Stuttgart, 4. Januar 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 1

Der gefährdete Friede

Pius XI. hat am 24. Dezember an seine Kardinäle und Prälaten eine Weihnachtsansprache gerichtet. Sie bewegte sich um das naheliegende Thema „Friede auf Erden" und empfiehlt, wie ebenfalls begreiflich, als Weg zu diesem Ziel das Christentum in seiner katholisch-kirchlichen Prägung.

Wenn das alles wäre, dann brauchte die Rede des Papstes außer den frommen Katholiken niemand zu bewegen. Aber sie ist in der Tat für uns alle bedeutsam. Deshalb nämlich, weil aus ihr hervorgeht, wie der Papst die politische Lage der Gegenwart beurteilt. Pius XI. ist ein sehr klug und weiterfahrener Mann, und seine Informationen sind vermutlich nicht die schlechtesten.

Gleich zu Anfang hat der Papst von der Weltwirtschaftskrise und der großen Arbeitslosigkeit gesprochen. Sie beweise die „Notwendigkeit einer christlichen sozialen Ordnung", die eine „brüderliche Zusammenarbeit statt des Kampfes" ermögliche.

Da hat er recht; wenn die christliche Ethik von der Nächstenliebe und Feindesliebe nicht bloß in Form von Druckerschwärze und leer in den Wind gehenden Predigten vorhanden wäre, dann brauchte sich niemand um den inneren noch um den äußeren Frieden zu sorgen. Ob der „Friede Christi", der „nicht nur ein sentimentaler konfuser und indiskreter (aha!) Pazifismus" ist, sich durch das „Apostolat des guten Wortes, der Wohltätigkeit und des Gebetes" verbreiten und festigen läßt, darf aber nach den Erfahrungen von Konstantin dem Großen an bis auf Wilhelm den Zwoten füglich bezweifelt werden. Es ist nun einmal leider so und wird so bleiben, daß die Menschen und Völker „die ersten, hauptsächlichsten und gierigsten Bestrebungen den sinnlichen, materiellen, irdischen Gütern zuwenden". Von diesen glaubt Pius, daß sie „kaum für alle genügen können, auch wenn niemand sich den Löwenanteil nehmen wollte (was sich wohl schwerlich bewahrheiten dürfte)". „Je größer aber die Zahl der an den irdischen Gütern Teilnehmenden, um so geringer ist der Anteil eines jeden."

Stimmt; nur sind wir Sozialisten der Meinung, daß bei einer anderen, wenn auch nicht christlichen, Ordnung der Dinge unter den heutigen technischen Bedingungen jeder soviel an irdischen Gütern haben könnte, daß er nicht zu hungern und zu frieren brauchte.

Auch der „heilige Vater", der den Sozialismus mit den eben zitierten Worten (alle Zitate sind dem „Deutschen Volksblatt" entnommen) ablehnt, ist mit dem bestehenden Zustand nicht einig. Es sei schwer, gesteht er, daß „der innere Friede des Geistes und des Herzens herrsche zwischen Bürgern und Gesellschaftsklassen, wenn aus der ungleichen Verteilung und dem ungleichen Verhältnis der Güter und der Lasten, der Rechte und der Pflichten, des Erträgnisses und des Kapitals, der Leitung, der Arbeit und der Teilnahme an jenen Früchten, die nur aus freundschaftlichem Zusammenarbeiten geschaffen werden können, so starke Gegensätze unter den Bürgern und Gesellschaftsklassen entstanden sind und noch weiter bestehen". Noch schwieriger, um nicht zu sagen unmöglich sei es, fährt er fort, daß der Friede zwischen Völkern und Staaten dauerhaft sei, wenn „an Stelle der wahren und echten Vaterlandsliebe ein egoistischer und harter Nationalismus herrscht und sich austobt ..."

Und nun kommt eine höchst bemerkenswerte Stelle: „Absolut unmöglich aber ist es, daß die Völker sich jener Ruhe in Ordnung und Freiheit erfreuen, die das Wesen des Friedens ausmacht, solange von innen und außen Bedrohungen und Gefahren bestehen, ohne daß genügende Mittel zur Verteidigung Schutz gewähren." Jene Gefahren seien verbunden mit der Propaganda gegen die gesellschaftliche Ordnung und die Religion, die man mit materiellen Verteidigungsmitteln allein nicht besiegen könne.

An einen neuen Krieg, schließt der Papst, könne und wolle er jedoch nicht glauben, „da Wir nicht glauben können, daß es einen zivilisierten Staat gibt, der auf eine so monströse Weise ein Menschenmörder und gleichsam sicher auch zu einem Selbstmörder werden will". Wenn es einen solchen geben sollte, dann „müßten Wir Uns an Gott wenden mit dem inspirierten Gebet des königlichen Profeten, der auch Krieg und Sieg kannte: dissipa gentes quae bella volunt." (Eine Psalmstelle: „Zerstreue die Völker, die Kriege wollen.")

Wenn wir die vorsichtigen, diplomatisch abgewogenen, aus Tradition und Absicht oft allgemein, ja dunkel gehaltenen Worte des römischen Beherrschers der Gläubigen ihres christlichen Predigtcharakters entkleiden und in wenige dürre Sätze fassen wollen, dann wird sich hinter ihnen etwa folgende Auffassung der Weltlage offenbaren: Die sozialen Gegensätze spitzen sich zu. Die herrschenden Klassen fühlen sich mehr und mehr bedroht. Nach einem alten Rezept werden sie geneigt sein, die innere Spannung durch eine Entladung nach außen abzuleiten. Daher der anschwellende Nationalismus, die wachsende Kriegsgefahr.

Wenn einer sagt: ich kann und will nicht glauben, daß es Krieg gibt, dann heißt das, richtig verstanden, daß er stark mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet.

Durch einen Krieg könnte heutzutage die „Zahl der an den irdischen Gütern Teilnehmenden" erheblich vermindert werden.

Ich kann und will nicht glauben, daß Pius XI. mit seinem Pessimismus recht hat.

Erich Schairer

Der im Scherl-Verlag erscheinende „Tag" berichtet über eine Stahlhelm-Weihnachtsfeier im Berliner Dom. Abgekürzt sieht das so aus: „Ehernes Glockengeläute vom Berliner Dom ... Fahnensektionen ... flankieren ... den Altar ... Hof- und Domprediger D. Doehring ... „Lasset es helle werden in euren Seelen", dieses profetische Wort bedeute ... für die Stahlhelmkameraden nichts anders, als: „Lasset euch nicht unterkriegen, seelisch nicht und auch politisch nicht!" ... Kampfesfrohe Klänge des Händelschen Maccabäus-Marsches ... Mit dem Orgelspiel „Ich hatt' einen Kameraden" klang die Stunde echt soldatisch aus." — Man sollte Christus zum Ehrenmitglied des Stahlhelm ernennen.

Das Wichtigste

Lohnkampf im Ruhrbergbau

Im Ruhrbergbau sind Verhandlungen über eine Lohnsenkung ergebnislos abgebrochen worden. Die Unternehmer verlangen einen Abbau von 8 Prozent, die Gewerkschaften sind nur mit einem von 4 Prozent einverstanden. Die Zechenbesitzer haben deshalb 300 000 Bergarbeitern auf 15. Januar gekündigt. Das Reichsarbeitsministerium wird wahrscheinlich neue Verhandlungen einleiten.

1930/31

Eigentlich sollte die Überschrift „Neujahrsprofezeiung" heißen. Aber da ist mir gerade ein französischer Roman in die Hände gefallen, der mich zur Vorsicht bei Profezeiungen ermahnt hat. Da fragt nämlich einer den anderen, ob sich die Regierung halten werde, und bekommt nur die Antwort: „Woher soll ich wissen, wie die Kartoffelernte ausfällt?" Bei uns handelt es sich nicht um die Kartoffelernte, sondern um die Frage, ob wir einen strengen oder milden Winter bekommen werden. Die bisherige Wetterprofezeiung ging auf einen langen Herbst und einen harten Winter. Im ersten Teil hat sie recht behalten. Ob im zweiten? Davon hängt viel, sehr viel auch für die Politik ab.

•

Schwarz und rot, Brüning und Braun, sind verkoppelt. Läßt die Sozialdemokratie die Reichsregierung fallen, so wird das Zentrum die Preußenregierung nicht mehr halten. Umgekehrt würde jede Schwierigkeit, die das Zentrum etwa in Preußen machen sollte, die Reichsregierung sofort ihrer Stützen berauben. Das wissen beide Teile sehr gut, und beide wünschen in diesem Augenblick keine Neuwahlen, man hat ja gesehen, was dabei herauskommt. Ebensowenig wollen sie den Fascismus. Das Zentrum allerdings würde sich schließlich mit ihm abfinden, wenn es ein katholischer wäre wie in Italien, aber die protestantisch-preußische Prägung, die er bei uns bestimmt bekommen würde (mit etwas Wotanskult als Zusatz), würde ihm doch weit weniger liegen; die wilhelminische Aera, in der z. B. der spätere Reichskanzler Marx nicht einmal im katholischen Rheinland Landrat werden konnte, ist da noch in Erinnerung. Aber man soll auf diese augenblickliche Stimmung im Zentrum nicht zu fest bauen und es lieber mit jenem Pfarrer halten, der die Aufforderung zu einer Hochgebirgswanderung mit der Begründung ablehnte: „Allzusehr geb' ich mich nicht gern in Gottes Hand."

•

Soviel über innere Politik. Draußen sieht es ähnlich aus. Herr Brüning kann sich z. Z. darauf berufen, daß es ja auch in den meisten anderen europäischen Ländern keine Ministerpräsidenten gibt, die das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments besitzen. Gewiß, in Frankreich hat es Herr Steeg gerade noch mit sieben Stimmen geschafft; aber da gibt es ja überhaupt kein festes Parteisystem in unserem Sinne, und zudem war die Entscheidung der Kammer nicht einmal eine Vertrauenserklärung für die Regierung, sondern nur für ihre sehr unbestimmt gehaltene Erklärung. In England lebt Macdonald von Gnaden teils der Liberalen, teils des linken Flügels seiner eigenen Partei, der keineswegs gewillt ist, durch Dick und Dünn mit ihm zu gehen. Daneben gibt es Diktaturen, in reiner Form in Italien, mehr oder weniger aber auch in Spanien, in fast allen osteuropäischen Staaten vom Mittelmeer bis an die Ostsee.

Alle diese Diktaturen sitzen nicht fest im Sattel; im Inneren wächst die Arbeitslosigkeit, auch in Italien, wo man eigentlich noch die zur Miliz Einberufenen hinzuzählen muß, die ja auch auf Staatskosten leben. Jedenfalls scheint das Arbeitslosenproblem ebensowenig wie das des Geburtenrückgangs sich nach der Regierungsform zu richten. Minderheitsregierungen aber, die zudem noch mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, brauchen, um sich halten zu können, außenpolitische Erfolge, müssen sie haben oder wenigstens suchen; man denke an die Geschichte Napoleons I. und Napoleons III. Im heutigen Europa gibt es wieder einmal eine ganze Anzahl mehr oder weniger großer Napoleons oder doch Leute, die sich dafür halten.

Prost Neujahr!

Fritz Edinger

Kleine Chronik

In der Wirtschaftspartei ist zwischen Colosser und Drewitz ein Streit ausgebrochen. Colosser wirft Drewitz Unterschlagung von Parteigeldern vor.

In Braunschweig ist eine Warenhaussteuer eingeführt worden (für Warenhäuser 300 Prozent, für Filialbetriebe 150 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer).

Der braunschweigische Ministerpräsident Dr. Franzen hat den ehemaligen Berliner Stadtschulrat Paulsen, der von der früheren Regierung als Dozent für praktische Pädagogik an die Technische Hochschule nach Braunschweig berufen worden war, seines Amtes enthoben.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard David ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten im Dezember beträgt 141, 6 (im November 143,5).

In der englischen Kohlenindustrie haben sich Arbeiter und Unternehmer über die Arbeitszeit geeinigt: statt des von den Arbeitern geforderten 7½-Stundentages wird die 45-Stundenwoche eingeführt. Diese Regelung gilt für drei Monate.

Der englische Chemieindustrielle Lord Melchett (Sir Alfred Mond) ist gestorben.

Der rumänische Ministerpräsident Bratianu ist gestorben. Sein Nachfolger ist der bisherige Minister des Äußeren Duca.

In Angora ist eine Verschwörung gegen die Regierung aufgedeckt worden.

Verantwortungsscheu

Etat, Arbeitslosenversicherung, Gemeinden

Von Fritz Lenz

Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung (und des Reichstags?) im neuen Jahr ist die Beratung des Reichshaushalts für 1931/32. Nach der Regierungsvorlage soll er gegenüber dem für 1930 um 1316 Millionen Mark gekürzt werden. Auf welche Weise, das zeigt folgende Übersicht, in der die Ausgaben des Reichshaushaltes von 1930 und die von 1931 einander gegenübergestellt werden (in Millionen Mark):

	1931	1930
Kriegslasten	3641	3883
Schuldendienst und Finanzverwaltung	1384	1514
Überweisungen an Länder und Gemeinden	3173	3579
Restausgaben beim Reich	2104	2642
Zusammen	10302	11618

Von den „Restausgaben" entfallen 735 Millionen (mehr als ein Drittel) auf den Reichswehretat, 927 Millionen auf soziale Zwecke (davon 400 Millionen auf die Krisenfürsorge), 236 Millionen auf Wirtschaft und Verkehr; das übrige wird für auswärtige Vertretungen, Gesundheitswesen, Reichsverwaltung usw. ausgegeben.

An welchen Stellen nun sind die größten Abstriche gemacht worden? Bei dem Posten „Kriegslasten und Kriegspensionen" sollen 242 Millionen gespart werden, bei den Ausgaben für Wohnung und Siedlung 119 Millionen, ebensoviel beim Reichszuschuß für die Invalidenversicherung; der Reichszuschuß an die Arbeitslosenversicherung fällt ganz weg (Ersparnis: 265 Millionen), und die Überweisungen an Länder und Gemeinden werden um 406 Millionen gekürzt. Bei der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung (384 Millionen) und bei den Überweisungen an Länder und Gemeinden (406) Millionen spart das Reich also am meisten. Das bedeutet aber nichts anderes als: das Reich wälzt die Verantwortung für einen Teil der zu deckenden Ausgaben einfach auf andere Stellen ab, und zwar gerade für die konjunkturempfindlichen Ausgaben.

•

In fast allen Ländern sind die staatlichen Ausgaben gegenüber der Vorkriegszeit stark in die Höhe gegangen. In Deutschland laufen heute etwa 30 Prozent des Volkseinkommens durch die Kassen des Reichs, der Länder und der Gemeinden. Das ist teils eine Folge der Kriegslasten, teils kommt es daher, daß das Aufgabengebiet des Staates sich vergrößert hat. Deshalb ist das Gleichgewicht des Etats immer mehr von der wirtschaftlichen Konjunktur abhängig geworden (in dem Maße, heißt es in der Einleitung zur Regierungsvorlage, „in dem der Staat sich von einem Sicherheitsstaat zum Wohlfahrts- und Sozialstaat erweitert hat").

Lassen wir auch hier einmal die Einnahmen beiseite (die natürlich ebenso konjunkturempfindlicher geworden sind); betrachten wir lediglich die Ausgaben. Von den größeren Ausgabeposten sind nur der Schuldendienst, der Heeresetat und die Verwaltung einigermaßen gleichbleibend und berechenbar, die übrigen Ausgaben, vor allem die des Sozialetats, schwanken je nach der Konjunktur. Und gerade für diese Ausgaben will die Reichsregierung die Verantwortung abwälzen.

Das Reich will künftig nur noch für die Krisenfürsorge einen Zuschuß leisten; die Arbeitslosenversicherung dagegen soll ganz auf sich selbst gestellt werden. Der Ausfall der Reichszuschüsse soll durch die Beitragserhöhung auf 6,5 Prozent (die schon im Oktober erfolgt ist) gedeckt werden. Aber wenn (was wahrscheinlich ist) die Zahl der Arbeitslosen weiter steigt und die Mittel nicht mehr ausreichen? Dann müssen die Beiträge nochmals erhöht oder die Leistungen müssen noch mehr abgebaut werden. Der Reichsetat ist in Ordnung — die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung soll sehen, wo sie das Geld für die Arbeitslosenunterstützung hernimmt: das ist die Sanierungsmethode der Brüning-Regierung.

•

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Kürzung, die bei den Überweisungen an Ländern und Gemeinden vorgenommen werden soll. 406 Millionen am Reichshaushalt zu sparen ist sehr einfach, wenn man die Sorge, wie die Kosten für die wachsende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen aufzubringen sind, den Gemeinden überläßt; die sollen sehen, wie sie zurechtkommen.

Nun gibt es in vielen Städten „rote" oder „besitzfeindliche" Mehrheiten, und deshalb ist die Gefahr vorhanden, daß manche Gemeindevertretungen, um die Gelder für soziale und kulturelle Zwecke aufzubringen, solche Steuern erhöhen, die den Besitz treffen (Einkommensteuer, Grund- und Gewerbesteuer). Aber dagegen hat die Reichsregierung vorgesorgt: wenn eine Gemeinde die Realsteuern oder die Einkommensteuer erhöhen will, dann muß sie vorher die Kopfsteuer („eine allgemeine Belastung aller Bürger", wie es in dem Programm der Reichsregierung heißt) einführen. Das ist die Forderung, die von den Großindustriellen und den Politikern der Rechtsparteien schon seit Jahren erhoben wird; Brüning hat sie, auf den Vorarbeiten Hilferdings fußend, erfüllt.

An keinem Punkt des Sanierungsprogramms der Reichsregierung merkt man so deutlich wie an diesem, welchen Herren die Regierung Brüning dient. Den Gemeinden werden die Überweisungen gekürzt. Die Ausgaben, vor allem die Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden wachsen aber beständig. Also müssen die Steuern erhöht werden. Die Besitzsteuern dürfen aber nur erhöht werden, wenn zugleich die Kopf- oder Negersteuer eingeführt wird. So werden die „roten Mehrheiten", die „Marxisten" in den Gemeinden lahmgelegt. Außerdem werden manche Gemeinden gezwungen sein, die Tarife ihrer Betriebe zu erhöhen. Die Folge wird sein: steigende Abneigung unter den Massen gegen öffentliche Unternehmungen und in vielen Fällen Verschuldung und Zusammenbruch öffentlicher Betriebe. Wem nützt's? Man braucht

nur über diese Frage ein wenig nachzudenken und man weiß, wer in Deutschland regiert.

•

Auf diese Weise wird die Selbstverwaltung der Gemeinden natürlich vernichtet. Wehren sie sich dagegen? Wenn die Reichsregierung die Verantwortung von sich abschiebt — nehmen sie die Gemeinden auf sich? Es ist ihnen in den letzten Jahren oft vorgeworfen worden, sie hätten eine verantwortungslose Politik getrieben und seien deshalb im Grunde an ihrer jetzigen Lage selber schuld. Wir wollen nicht nachprüfen, wieviel an diesem Vorwurf berechtigt ist — an dem heutigen Verhalten vieler Gemeindevertretungen ist keine Kritik zu scharf. Sie wissen zwar, daß die Bereitstellung von Mitteln nötig ist, aber sie geben ihre Zustimmung zu Steuererhöhungen nicht. Die Folge ist, daß ein Staatskommissar eingesetzt wird und die nötigen Steuererhöhungen verordnet. Sie lassen sich vergewaltigen — und Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Gemeinden gehen vollends zum Teufel. Die Zahl der Städte, die sich unter das Joch eines Staatskommissars beugen, wird beinahe jeden Tag größer.

Der Freiherr vom Stein hätte sich das vor 120 Jahren auch nicht träumen lassen.

„... Wozu sich unbeliebt machen, wenn da doch eine kommunale Aufsichtsbehörde ist, die das Ding auch drehen kann? So schaltet sich die kommunale Selbstverwaltung leider selber aus, und es beginnt geradezu eine Posse: Die Gemeinde in Preußen, die bis zum Heutigen Bürger- oder Biersteuer noch nicht eingeführt hat, sie aber nach den Voraussetzungen der Notverordnungen einführen müßte, erhält einen Staatskommissar, zumeist in der Person des Bürgermeisters. Dieser „beschließt" an Stelle der Gemeindevertretung die Steuern, die Sache kommt dann vor den Bezirksausschuß und wird dort genehmigt und das ganze heißt trotzdem nach wie vor: kommunale Selbstverwaltung. Es gibt böse Zungen, die behaupten, man könne die Stadtverordneten und Gemeindevertreter eigentlich in Urlaub schicken ..." (Kölnische Zeitung)

Die Rundfrage

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat verschiedenen Politikern den Weihnachtswunsch vorgelegt, sie möchten die Frage beantworten: „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?" Als wünschenswert ist die Regierungsbeteiligung erklärt worden von General von Seeckt, von dem deutschnationalen Abgeordneten Oldenburg-Januschau, von Schacht und anderen.

Auf diese Antworten hat nun der „Völkische Beobachter" geantwortet: es gehe gar nicht mehr um die Frage, ob Hitler regierungsfähig sei, sondern darum, mit wem Hitler regieren wolle.

Durch diese Rundfrage und die verschiedenen Antworten wird die innenpolitische Situation Deutschlands zum Jahresbeginn gekennzeichnet: zwischen den bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten tobt ein stiller, aber erbitterter Kampf darum, wer in der kommenden Koalition der stärkere Partner sein wird. Die bürgerlichen Parteien verfügen über die Machtmittel des Staats, vor allem die Reichswehr; die Nationalsozialisten, unterstützt durch die immer noch wachsende Zahl ihrer Anhänger, kämpfen mit der Drohung, im Reich und in Preußen Neuwahlen zu erzwingen (in Preußen durch das geplante Volksbegehren, das Goebbels als das über der Regierung Brüning schwebende Damoklesschwert bezeichnet hat).

Treue um Treue

Der Dank des Hauses Adolf scheint dem „Dank des Vaterlandes" verflucht ähnlich zu sehen. In die wunderschönen Tiraden über den heldenmütigen Kampf des „unbekannten S.A.-Mannes" ums dritte Reich, die ganze Spalten der Feuilleton-Beilagen völkischer Blätter füllen, mischt sich nicht selten ein kühler Ton voraussetzungsloser Sachlichkeit.

In Bochum hat sich kürzlich ein S.A.-Mann anläßlich eines Ausmarsches eine Beinverletzung zugezogen und ist infolge dieser Geschichte arbeitslos geworden. Er wandte sich an die Partei um Unterstützung und nach langem vergeblichen Warten zuletzt direkt an Adolf. In einem Schreiben, das ihm daraufhin von der Gauleitung zuging, wird er u. a. mit folgenden Worten abgefertigt: „... Sie sind von uns in keiner Weise angehalten worden, an unseren S.A.-Ausmärschen teilzunehmen, im Gegenteil sind Sie darauf aufmerksam gemacht worden, daß Sie für eventuelle Folgen, die entstehen könnten, selbst haftbar seien, worüber Sie sich selbst im klaren waren. Ob Ihre Betätigung bei uns aus ideellen Gründen geschehen ist, können wir ... nicht überprüfen."

Hungersnot

Segen der Erde

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise unterscheidet sich von den meisten der Krisen, die das kapitalistische System seit seinem Bestehen in regelmäßigen Abständen durchgemacht hat, dadurch, daß sich mit der Absatzstockung in der Industrie eine außerordentlich scharfe Krise der Landwirtschaft verbindet. Die Ursachen dieser Agrarkrise sind einerseits mangelnde Kaufkraft der Massen, andererseits eine Umwälzung in der Technik der Bodenbearbeitung, vor allem beim Getreidebau. Die Krise, die durch die Rationalisierung der Getreideerzeugung entstanden sei, stehe, schreibt die „Frankfurter Zeitung" in ihrer wirtschaftlichen Jahresübersicht, „der Krise von 1875 bis 1895, die durch die Fortschritte der Verkehrstechnik hervorgerufen war, an Tragweite um nichts nach. Die Erfindung von Kraftschlepper und Mähdrescher ist an sich nicht neu. Neu aber ist ihre Verbindung („combine"), die, von zwei Mann bedient, in 24stündiger Arbeit ebenso wie die Scheibenegge etwa 30 Hektar pro Tag bearbeiten kann, während das sonst übliche Mähen und Dampfdreschen fast 12 Stunden Männerarbeit je Hektar erfordert. Ebenso wie seinerzeit mit Hilfe der Eisenbahnen nach 1850 die Prärie (in Nordamerika) besiedelt wurde, so ist es jetzt (seit 1925) mit Hilfe der neuen Methoden möglich und sogar sehr lohnend geworden, auf ganz extensive Weise — ohne Düngung — die Trockengebiete der „Great Plains" im fernen Westen neu in Bearbeitung zu nehmen. Bis 1929 ist der Weizenanbau in jenem Gebiet um 3,6, ferner mit der gleichen Technik in Kanada, Australien und Argentinien um 4,24 Millionen Hektar ausgedehnt worden, und auch in Rußland ist mit Hilfe amerikanischer Maschinen eine große Umstellung im Gang ... Die Vereinigten Staaten sind, was innerhalb und außerhalb des Landes niemand geahnt hatte, in wenigen Jahren wieder ein Weizenüberschußland geworden."

Und dieser Segen der Erde wird nicht aufhören. Unbebautes Land ist auf dem Erdball noch genug vorhanden. Es wird in Angriff genommen werden; trotz den Absatzschwierigkeiten und den niedrigen Preisen denkt niemand an Anbauverringerung, denn auch die Produktionskosten werden von Jahr zu Jahr geringer. Max Sering, Professor für Agrarwissenschaft, rechnet deshalb auf lange hinaus mit einem Tiefstand der Getreidepreise und meint, man müsse die Lage des europäischen Getreidebaues als sehr ernst ansehen.

Vielleicht erfahren auch Hugenberg und die Landbundleute einmal etwas davon, daß der Mähdrescher den deutschen Getreidebau zum Tod verurteilt hat und daß deshalb die deutsche Landwirtschaft nur noch gerettet werden kann, wenn sie sich auf die Veredelungsproduktion umstellt. Aber wahrscheinlich wird es dann schon zu spät sein.

In China verhungern Millionen

Der Segen der Technik und der Segen der Erde überschwemmen die Länder mit Getreide — aber in China sind im letzten Jahr Hunderttausende verhungert, und in diesem Winter werden in der Provinz Schensi 600 000 Menschen Hungers sterben, wenn nicht rasch Hilfe gebracht wird. Der Völkerbund hat sich überhaupt nicht geregt. Eine amerikanische Hilfsorganisation, die eingreifen wollte, hat eingestehen müssen, Hilfe sei unmöglich, solange die politischen Verhältnisse in China so verwirrt seien wie gegenwärtig. Das ist wahrscheinlich richtig; aber es glaubt doch niemand im Ernst, daß es den Regierungen der Großmächte nicht möglich wäre, Getreide in die Hungergebiete zu schaffen, wenn sie nur wollten. Sie wollen nicht; sie denken nicht daran.

Segen der Technik, Segen der Erde — aber Hungersnot in China. Und der Hunger wütet ja nicht nur in China (wenn auch dort besonders stark), sondern in allen Ländern, in allen Städten, in deiner Stadt, neben dir. Die Erzeugung zu steigern, „Überproduktion" hervorzurufen — das verstehen die Menschen; aber den Segen gerecht zu verteilen, verstehen sie nicht. Es fehlt an der richtigen Organisation, am planvollen Wirtschaften; es fehlt an Menschen (wie etwa Fritjof Nansen), die in einem solchen Fall wie der Hungersnot in China eine Hilfsaktion einzuleiten und durchzuführen wissen.

Überfluß an billigem Getreide in allen Erdteilen, aber Hunger in allen Ländern, Hungersterben in China — wann werden die Massen das Todesurteil sprechen über eine Wirtschafts„ordnung", die das zuläßt?

Otto Beuter

Korruption

Seitdem der Reichstag nur noch zusammenberufen wird, um, mehr oder weniger vergewaltigt, zu diktatorischen Maßnahmen Ja und Amen zu sagen, ist eine gute Zeit für Agitationsanträge angebrochen. Von der Enteignung der Bank- und Börsenfürsten bis zur schärferen Besteurung der Aufsichtsratstantiemen oder der Doppelverdiener werden so ziemlich alle möglichen Forderungen erhoben, die den Wählern zeigen sollen, wie antikapitalistisch und besitzfeindlich die oder jene Partei ist. Und eine Hauptforderung ist die: Reinlichkeit in der Politik! Keine Verquickung von Politik und Geschäft! (Die Forderung scheint nötig zu sein.)

Das Durcheinander in diesen Anträgen ist schon so groß, daß Verwechslungen vorkommen, daß etwa eine sozialdemokratische Zeitung einen antikapitalistischen Antrag als sozialdemokratischen ausgibt, der in Wirklichkeit von den Kommunisten eingebracht und von den Sozialdemokraten abgelehnt worden ist. Oder ist es am Ende ein sozialdemokratischer, der eben dem kommunistischen zu ähnlich sieht?

Wenn es nach diesen Anträgen ginge, dann wäre Deutschland für die reichen Leute eine Hölle. Aber die Anträge sind ja meistens nicht ganz ernst gemeint und werden immer im richtigen Augenblick abgelehnt, und selbst wenn sie angenommen würden — was wäre damit erreicht?

Nehmen wir einmal einen Antrag der Staatspartei, der fordert, daß jeder Abgeordnete verpflichtet sein soll, über seine wirtschaftliche Tätigkeit und über alle Quellen seines regelmäßigen Einkommens offen Auskunft zu geben. Es ist möglich, daß der Reichstag diesen Antrag annehmen wird. Aber, nochmals: was wäre damit erreicht?

Gar nichts. Ja, wenn die Korruption so aussähe, wie sie sich der kleine Moritz vorstellt: daß das Aufsichtsratsmitglied H. des J.-Konzerns in den Reichstag geschickt wird, um dort gegen ein monatliches Fixum die Interessen des Konzerns zu vertreten, — dann würde ein solcher Antrag vielleicht etwas nützen. Aber das kommt wohl nicht sehr häufig vor und ist noch lange nicht der schlimmste Fall der Korruption. Schlimm wird es erst, wenn die Beziehungen zwischen Politik und Geschäft nicht so offen liegen. Wenn etwa ein Abgeordneter sich im Reichstag warm für die Interessen der Tabakindustrie einsetzt, ohne Aufsichtsratsmitglied zu sein — fallen dann die Vergütungen, die er vielleicht von der Tabakindustrie erhält, unter sein „regelmäßiges Einkommen"? Wird er so ehrlich sein und sie angeben?

Da ist ferner ein Antrag der Sozialdemokraten, nach dem die Abgeordneten zur Angabe ihrer Aufsichtsratssitze verpflichtet werden sollen. Was soll das nützen? Einen Aufsichtsratsposten kann niemand heimlich innehaben; das Handelsregister gibt darüber genaue Auskunft. Aber es wäre doch wirkungsvoll, wenn eine Liste veröffentlicht würde: die Deutsche Volkspartei hat so und so viele Aufsichtsratssitze, die Staatspartei so viele, und die Sozialdemokratie — keinen. Wenigstens nicht in Privatunternehmungen. Eine ganze Anzahl freilich in öffentlichen Unternehmungen. Aber sind denn da die Korruptionsmöglichkeiten geringer? Keineswegs; man braucht ja nur an die zahlreichen in den letzten Jahren aufgedeckten Korruptionsfälle in der Kommunalpolitik zu denken, vor allem an die verschiedenen Affären in Berlin.

Die gegenwärtig im Wettbewerb von verschiedenen Parteien eingebrachten Anträge, die der Korruption, der Verquickung von Geschäft und Politik, ein Ende machen sollen, sind zwecklos. Sie sind, ob sie nun von links oder rechts kommen, in 99 Prozent aller Fälle gar nicht ernst gemeint, sondern sollen nur der Demagogie, der Nasführung der Dummen dienen. Unter den verführerischen Scheinblüten dieser Agitationsanträge aber wuchert im politischen Erdreich die wirklich gefährliche Korruption üppig weiter.

Gerhard Stoll

Innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehen sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters, alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Ausbeutungsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter zu einem Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses im selben Maße, worin letzterem die Wissenschaft als selbständige Potenz einverleibt wird.

Karl Marx

Die Angestellten

Von Karl Berger

Die Lage der Angestellten hat schon seit geraumer Zeit begonnen, sich von Grund auf zu ändern; ihre Zahl hat sich infolge der einschneidenden Strukturwandlungen der Wirtschaft rapid erhöht (wir haben heute rund 3,5 Millionen Angestellte); die Stellung des einzelnen hat durch Rationalisierungsmaßnahmen eine Einengung der Funktionen und dadurch eine wesentliche Minderung erfahren; die meisten sind durch kärgliches Auskommen, Unsicherheit der Stellung und schlechte Aufrückungsmöglichkeiten weithin proletarisiert. Trotzdem spukt in den Reihen der Angestelltenschaft immer noch eine nebelhafte berufsständische Ideologie, die die Stellung des Angestellten in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht klar werden läßt.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß S. Kracauer in seiner im Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei erschienenen Broschüre „Die Angestellten" (Preis 3 Mark) sich bemüht, die wirkliche Lage der Angestellten zu umreißen. Er geht bei seiner Betrachtung hauptsächlich von den Verhältnissen in den Großbetrieben aus, wird also einem Teil der Angestelltenschaft nicht ganz gerecht; aber da die Großbetriebe in steigendem Maße die Mehrzahl der Angestellten aufsaugen und von dort her das Gesicht der ganzen Schicht immer mehr bestimmt wird, kann man die Betrachtungsweise hinnehmen.

Die Rationalisierung hat in den meisten Großbetrieben zu einer völligen Umschichtung der Angestelltenschaft geführt; die Tätigkeit des einzelnen ist weithin zu einer monotonen Teilfunktion herabgesunken, und die Dispositionsbefugnisse selbst von einigermaßen gehobenen Posten sind äußerst bescheiden geworden; die Möglichkeit des Aufstiegs ist für die Mehrzahl ebenfalls gering; dabei machen viele Großbanken, Handels- und Industriebetriebe „den Eintritt in die Seligkeit ihrer kaufmännischen Abteilungen vom Einjährigen abhängig und bevorzugen Leute mit Abitur. Von den glücklichen Zeugnisinhabern bleiben viele zeitlebens auf eine Tätigkeit beschränkt, die jeder strebsame Volksschüler auch auszuüben vermöchte; der hohen Bildung entspricht keineswegs immer ein hohes Gehalt; Abbaumaßnahmen und sonstige Übel, die Schicksalsschläge heißen, treffen gleichmäßig Berechtigte und Unberechtigte." Trotzdem ist Jagd auf Berechtigungsscheine immer noch unvermindert stark. Der Standesdünkel will und kann ihrer nicht entbehren. Hunderttausende bringen es fertig, ihn durch ihr proletarisiertes Angestelltendasein zu tragen, obwohl schon die Menschenauslese in den Betrieben gar zu oft dem allem ins Gesicht schlägt. Sie hören gar zu willig auf leere Redensarten wie die: „Jeder werde an den Posten gestellt, den er ... nach der Eigenart seiner ganzen Persönlichkeit am besten auszufüllen imstande ist" und sehen nicht, wie die üblichen Eignungsprüfungen über die sogenannten Persönlichkeitswerte hinwegschreiten und rein von den Betriebsinteressen aus entscheiden; sehen nicht, wie die stupide Arbeitsweise im allerengsten Pflichtenkreis für viele ein schweres Hemmnis für jede persönliche Entwicklung ist.

Die Gefahren dieser auf einseitigen Teilfunktionen beruhenden kaufmännischen Betriebsorganisationen haben dazu geführt, daß eine Reihe Großbetriebe sich um die Heranbildung gehobener Kräfte bemühen: durch Kurse, Werkschulen, Stipendien usw.; leider ist auch dann der Weg nach oben nicht leicht, sind die Beförderungschancen nicht gerade rosig. Zur Erlangung der dünn gesäten leitenden Posten scheinen oft andere Dinge maßgebend, z. B. gute Herkunft und Gesellschaftsfähigkeit. Kracauer schreibt: „In der Tat spricht eine der maßgebenden Personen des deutschen Wirtschaftslebens mir gegenüber geradezu von einer oberen Kamorra: „Man ist in ihr", sagt er, „durch Geburt, durch gesellschaftliche Beziehungen, durch die Empfehlung hoher Beamten und wichtiger Kunden; selten durch Leistungen aus dem Betriebe heraus. Die Jungen, die Protektionskinder, werden zu dem einzigen Zweck in das Unternehmen gesteckt, um sie auf ihre künftige Generalstabsbahn vorzubereiten. Im übrigen vollzieht sich ihre Karriere innerhalb der Clique, die sich zum großen Teil aus sich selbst ergänzt und mit ihrem glänzenden Einkommen gewaltig von der Menge absticht. Scheidet wirklich einmal einer aus, so ist für ihn gesorgt, und manche Posten sind Sinekuren." Alle anderen sitzen sehr locker und das herannahende Alter bringt zugleich die lähmende Angst vor der Entlassung; die Gefahr ist selbstverständlich in den oberen Regionen geringer als in den niederen, aber auch innerhalb der einzelnen Kategorien verschieden; im allgemeinen herrscht die Tendenz rücksichtsloser Verjüngung, dabei scheint es, wie Kracauer richtig bemerkt, daß man dem Alter gegenüber sehr oft rücksichtsloser verfährt, als im Interesse der Rentabilität des Betriebs nötig wäre.

Trotz diesem eindeutigen Herabgleiten in die proletarische Lebenslage bewegt sich die Mehrheit der Angestellten noch in alten bürgerlichen Ideologien. „Auf das Monatsgehalt, die sogenannte Kopfarbeit und einige andere ähnlich belanglose Merkmale gründen gegenwärtig große Teile der Bevölkerung ihre Existenz, die gar nicht mehr bürgerlich ist ... Die Stellung dieser Schichten im Wirtschaftsprozeß hat sich gewandelt, ihre mittelständische Lebensauffassung ist geblieben. Sie nähren ein falsches Bewußtsein. Sie möchten Unterschiede bewahren, deren Anerkennung ihre Situation verdunkelt; sie frönen einem Individualismus, der dann allein sanktioniert wäre, wenn sie ihr Geschick als einzelne noch gestalten könnten. Auch dort, wo sie in und mit Organisationen als Arbeitnehmer um bessere Daseinsbedingungen kämpfen, ist häufig ihr wirkliches Dasein durch das bessere bedingt, das sie einst hatten. Eine verschollene Bürgerlichkeit spukt in ihnen nach." Man markiert Mittelstand und ist dann aber doch wieder heftig bemüht, sich vom andern durch irgend eine kleine Rangstufe abzuheben. Das Standesgefühl, an und für sich vage, löst sich gleichzeitig in zahllose lächerliche Ranggefühlchen auf.

Im Privatleben regt sich derselbe Drang, den Schein einer bürgerlichen Existenz zu wahren, und sei es hier selbst auf Kosten der Ernährung. Der Drang nach einer Scheingeltung führt zu einem Scheinglanz; man wird das Opfer der heutigen Talmikultur, will die Monotonie und fatale Ärmlichkeit und Abhängigkeit des Arbeitstages vergessen und stürzt sich in den Großstädten auf billige Aufmachung, ob das nun das Heim oder das Vergnügen in öffentlichen Massenluxuslokalen betrifft. Man schafft sich einen Ausweg aus der Misere des entwurzelten Daseins, aber es ist ein Notausgang: man drückt sich vor der Erkenntnis seiner wirklichen Lage und damit vor der Verpflichtung, sich für eine Neuordnung der Dinge einzusetzen.

Manche Unternehmer tun noch ein übriges, diese Indolenz zu fördern. Man sucht etwa auf dem neutralen Boden von Sportvereinigungen aller Art „Werkgemeinschaft" zu pflegen und so über die Schwierigkeiten der grundsätzlichen Gegnerschaft zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer hinwegzutäuschen. Dabei gefällt man sich manchmal bei festlichen Höhepunkten dieses Werk-Gemeinschaftslebens in einer patriarchalischen Jovialität, die leider immer noch Eindruck macht und selten als deplaziert empfunden wird. Auf dem Boden unerbittlicher Rentabilitätsberechnungen sollte man keine Gemeinschaftskränzchen mit sozialem Feuerwerk veranstalten. Es gäbe Wichtigeres zu tun.

Die Situation schreit nach einer Neuordnung. Die Massen sehnen sich darnach, ihren Dasein Sinn und Inhalt zu geben.

Kulturkampf

An Weihnachten war in Berlin die Polizei alarmbereit. Auch in anderen großen Städten hatte man Angst um Schaufenster und Christbäume. Von wegen der Arbeitslosigkeit.

Am „heiligen Abend" mit knurrendem Magen und klapperndem Gebein zusehen und zuhören müssen, wie andere sich's wohl sein lassen, fromme Lieder singen und Christentum spielen, ist ohne Zweifel keine Kleinigkeit. So etwas muß provozierend wirken. Es ist ein Beweis 1. für die Gedankenlosigkeit unseres „christlichen" Bürgertums, 2. für die Zahmheit des deutschen Proletariers, daß nirgends etwas „passiert" ist. Die „Christbäume" haben gebrannt wie sonst, und kein Haus ist angezündet worden.

Doch, ein paar Störungen von „Gottesdiensten" sind vorgekommen. Die rechtsstehende und die katholische Presse haben die Nachrichten darüber tüchtig aufgemacht. Man tut, als ob das Vorpostengefechte für einen nahenden großen Angriff der „Gottlosen" gewesen wären, der natürlich von Moskau aus dirigiert ist. Eine „Internationale der Gottlosen" sei im Werden, die sogar beabsichtigen soll, ihren Sitz in Berlin aufzuschlagen.

In Wirklichkeit ist die Situation eher umgekehrt. Die „Gottlosen", Freidenker und Freireligiöse, sind so uneinig, haben so viel mit ihren inneren Spaltungen und Zerwürfnissen zu tun, daß sie, wenigstens in Deutschland, vorläufig kaum die Stoßkraft für einen Angriff auf die Kirche aufbringen werden. Dagegen rüstet diese ihrerseits zu einem Feldzug, und den „weltlichen Arm" dazu sollen ihr die Nationalsozialisten leihen, mit denen sie sich in diesem Jahr zu verbünden gedenkt.

Die Stuttgarter Geschäftsstelle des Deutschen Freidenker-Verbandes hatte, wie schon öfters um diese Zeit, ein Flugblatt drucken lassen, das die Arbeiterschaft zum Kirchenaustritt aufforderte. Es ist in sehr gemäßigten Tönen verfaßt und enthält sogar die ausdrückliche Aufforderung, in der Kirche zu bleiben, wenn man gläubiger Christ sei. Siehe „Süddeutsche Zeitung", Nr. 603, Abendausgabe vom 27. Dezember; dort ist das ganze Flugblatt wörtlich abgedruckt. Dieses Blatt und ein anderes („Der Kulturfaschismus wütet") ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden, da es angeblich gegen Str.G.B. Paragraf 166 (Gotteslästerung und Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen) verstoße. Insbesondere der Satz „Solang du bleibst der Kirche treuer Sohn, so lange prellt man dich um deinen Lohn" soll diesen Tatbestand enthalten.

Man greift sich an den Kopf: so weit sind wir also wieder! Aufforderung zum Kirchenaustritt gilt anscheinend von jetzt an als Gotteslästerung.

Man wird sich auf allerhand gefaßt machen dürfen. Die deutsche Republik führt uns herrlichen Zeiten entgegen.

Kazenwadel

Eine Stimme über Russland

In einer Besprechung des neuen Buches von Max Hodann über Rußland („Die Sowjetunion gestern, morgen, heute") schreibt Dr. Hans Hartmann im Dortmunder „Generalanzeiger" u. a.:

„Kein geringerer als David Lloyd George hat kürzlich wieder ausgesprochen, daß in Rußland Weltgeschichte in großem Stile gemacht wird. Und in der Dezembernummer der amerikanischen Monatsschrift „The World Tomorrow", die internationales Ansehen genießt, schreibt Sherwood Eddy, einer der besten Rußlandkenner, über Rußland. Er war fünfmal lange dort gewesen, zuletzt noch 1930, und der Tenor seines Aufsatzes ist der: Wenn wir uns auch gegen Diktatur, Weltrevolution durch Gewalt und religiöse Verfolgungen erklären müssen, so gibt es doch so viel des Positiven, daß Amerika unbedingt so bald wie möglich Rußland anerkennen muß. Und dieses Positive ist der wirtschaftliche Aufbau, der langsam zu gelingen scheint, das Strafrecht, das wohl das modernste, vernünftigste, menschlichste der Welt ist, die Sozialversicherung, die plangemäß die von Deutschland und England übertreffen wird, die Kollektivierung der Landwirtschaft und das Wachsen der Konsumvereine ins Gigantische, der absolute Kommunismus, der die Herrschenden wirtschaftlich nicht besser stellt als die breite Masse, das ebenso absolute Fehlen jeden Vorurteils in Fragen der Rasse, der Kaste, der Hautfarbe, die reine Lösung des Minderheitenproblems, der Fortschritt in der Bildung, der es bewirkte, daß die Zahl derer, die lesen und schreiben können, von 40 Prozent im Zarenreiche auf 79,9 Prozent jetzt gestiegen ist."

Kollektivehre

Wir haben heute kaum ein moralisch und weltanschaulich wirklich verpflichtendes Kollektiv. Die Ansprüche an den Einzelnen sind selbst bei anspruchsvoll erscheinenden Gruppierungen recht bescheiden, und man sollte deshalb denken, daß es heute keinen ehrlichen Menschen gibt, der wachen Sinnes in das Dunkel einer sagenhaften Kollektivehre zu flüchten wagt oder Wert darauf legt, irgendwelche Kollektivgefühle „gewahrt" zu sehen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Auf Schritt und Tritt begegnet man dem sturen Drang, die unmöglichsten Dinge für irgend einen Kreis für tabu zu erklären und den Apparat der Kollektivehre spielen zu lassen, falls jemand es wagt, daran zu rühren. Die Verlogenheit der Vereinsprogramme, der ideologischen Leitsätze und der Festreden spukt in ihr bis zum Wahnwitz, und die Stupidität ihrer fanatischen Vertreter tut noch das ihre, daß der Schritt zur völligen Lächerlichkeit forsch und bedenkenlos getan wird.

Da ist beispielsweise die Frontkämpferehre. Die militärische Musterung war bei Gott keine Schönheitskonkurrenz und der k.v.-Betrieb der Untersuchungskommissionen kein Prüffeld für die Olympiade, aber die patentierte Frontkämpferehre will, daß bei der Verbildlichung des Frontsoldaten weder eine unvorteilhafte Visage noch eine etwas reduzierte männliche Gestalt Verwendung finde. Man „wahrt", wo es gar nichts zu wahren gibt.

Auf religiösem Gebiet trifft man das selbe. Herr X. hat z. B. eine religiöse Haltung, die widerlich ist, aber man verlangt von mir, daß ich in ihr jenes sagenhafte religiöse Gefühl achte, das sich sein kirchliches Kollektiv hat gesetzlich schützen lassen. Wenn ich das Bild des Herrn X. so zeichne, wie es ist, und wenn ich aufzeige, daß das kirchliche Kollektiv weithin nur eine Summierung ähnlicher Individuen ist, setzt sich die religiöse Kollektivehre in Positur. Ein Gefühl, das nicht da ist, fühlt sich verletzt.

Je weniger einer für sich ist, desto mehr ist er geneigt, sich auf solche Kollektivqualitäten zu berufen, und je verschwommener das Kollektiv ist, desto intensiver wirft man sich in ihm auf eine „Ehre", die allen schmeichelt und zu nichts verpflichtet; der Umschlag von der bloßen Quantität in die Kollektivqualität ist nur das Werk der Kollektivfraseologie. Wehe, wenn sie wie heute losgelassen! Schon wenden sich Berufsorganisationen dagegen, daß in Theaterstücken minderbegabte Vertreter ihrer Gattung gezeigt werden. Bald werden die Bäckerlehrlinge protestieren, wenn man ihresgleichen mit Henkelohren darstellt. Man wird in Humoresken und Satiren nur noch gänzlich neutrale Troddel verwenden können, die in kein Kollektiv hineinpassen, und sicher wird es kein Kino wagen, einen Völkischen im Film zu zeigen, der nicht aussieht, als sei er eigens von Herrn Günther in der arischen Retorte zusammenexperimentiert worden.

Wenn das so weitergeht, kann es noch eine recht ungute Sache werden, denn die diversen Kollektivehren leben unter sich auf ziemlich gespanntem Fuß; Achtung vor der Gegenseite ist nicht gerade ihre Stärke — und schon damit zeigen sie allerdings eindeutig, was von ihnen zu halten ist. oha

Gestörte Weihnachtsfeier

... Der Dom war bis auf den letzten Platz gefüllt, und in den Gängen drängte sich eine dichte Menschenmenge, als plötzlich aus den ersten Reihen am Altar ein Mann aufstand und nach der Kanzel ging. Von hier aus rief er mit laut durchdringender Stimme: „Ich bin ein Abgesandter Gottes. Mein Haus ist ein Bethaus, ihr aber habt es zu einer Mördergrube gemacht." Der Mann ging dann nach dem am Altar aufgestellten Christbaum, riß die elektrische Beleuchtung auseinander und warf den Baum um. Dombeamte und mehrere zum Gottesdienst erschienene Männer wollten den Ruhestörer entfernen, wurden aber von ihm angegriffen und durch wuchtige Faustschläge verletzt. Erst nach hartem Kampf konnte der Tobende überwältigt und von herbeigeholten Polizeibeamten abgeführt werden ... Man wird ihn am nächsten Montag dem Schnellrichter zur Aburteilung wegen Störung eines Gottesdienstes vorführen. (Berliner Tageblatt, 27. Dezember 1930)

Die Federal Reserve Bank von New York hat den Diskont von 2½ auf 2 Prozent herabgesetzt.

Das sowjetrussische Arbeitskommissariat hat Verordnungen erlassen, die die Arbeitsdisziplin verschärfen und die Arbeitsleistung erhöhen sollen.

Abraham Gumbel gestorben

Mit 78 Jahren ist in Heilbronn mein Onkel Abraham Gumbel, den Lesern dieser Zeitung als „Emel" bekannt, sanft in das Land gegangen, aus dem es keine Wiederkehr gibt. Im Dorfe Stein am Kocher, wo unsere Ahnen seit über 200 Jahren ansässig waren, ist er geboren, in Heilbronn bestattet. Mit ihm starb einer der wenigen unabhängig denkenden, freien Menschen, die unser angebliches „Land der Dichter und Denker" aufzuweisen hat.

Schon unter dem Sozialistengesetz hat er gezeigt, daß die herrschende Meinung, d. h. die Meinung der Herrschenden, ihn nicht beeinflußt, das Geschrei der Straße ihn nicht berührt hatte. Er war eng und nah dem Heimatboden verwurzelt und gerade deswegen ein überzeugter Europäer. So verstand er die heimische Erde, das Volk, die Scholle zu lieben, und die Herren, die säbelrasselnden Habebald und Eilebeute, die Vaterlandspartei und die „angestammten" Fürsten anzuklagen.

Im Jahr 1914, als sein Sohn gefallen war, wandte er sich der Kriegsschuldfrage zu. Mit ungeheurem Eifer, Fleiß und Nachdruck vertrat er die Theorie, die er mit immer neuen Dokumenten zu belegen verstand, daß das deutsche Volk unschuldig sei, daß aber die volle Alleinschuld auf den Berliner Hof treffe. Seinem profunden Wissen der ganzen diplomatischen Aktenstücke wurde das Bild der Entstehung des Krieges immer einfacher. In zahlreichen Artikeln hat er dies belegt und manche Polemik durchgehalten.

Während des Krieges hoffte er auf eine geistige Revolution, die das alte Regime und alle, die den Krieg bejaht hatten, mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte. Nach der Niederlage, die er immer hatte kommen sehen, vertrat er den Standpunkt Eisners, daß nur ein neues Deutschland einen gerechten Frieden erringen könnte. Eine Bekämpfung des Versailler Vertrags war ihm nur auf dieser Grundlage möglich. Die Beteuerung der Unschuld für die Männer von 1914 bekämpfte er als verschleierte Propaganda zur Wiederherstellung der Monarchie und der Schichten, die in ihr geherrscht hatten. In diesem Sinne arbeitete er mit an der Fürstenenteignung.

Als die Gelehrten und „Fachleute" in der Inflation genau so versagten wie während des Krieges und sie auf die Reparationen oder gar die passive Handelsbilanz zurückführten, zeigte er die einfache Wahrheit: die Inflation kommt vom Zetteldrucken. Ohne Erfolg verlangte er die Zerstörung der Notenpressen. Schon früh erkannte er auch die ungeheure Gefahr des Nationalsozialismus.

Er blieb ein Prediger in der Wüste. Nur im engen Kreis seiner schwäbischen Heimat hat er gewirkt. Mir hat er mehr gegeben als irgend ein anderer Mensch. Er liebte die Wahrheit; er war aufrecht und frei. Sein Leben war voller Mühe, sein Tod ohne Schmerz. E. J. Gumbel

Josef Wirth

Es hat einmal Leute gegeben, die in Josef Wirth eine Hoffnung der Republik sahen. Sogar Lord d'Abernon hat hinter dem „knabenhaften" Äußeren Kraft, Fülle von Einfällen und Ideen und die Fähigkeit, die Menschen durch den Zauber seines Wesens gleichzeitig anzuregen und zu beeinflussen, gefunden. Und es hat vielleicht einmal einen Josef Wirth gegeben, der solche Achtung verdiente. Aber lang, lang ist's her.

„Der Feind steht rechts!" hat er einst gerufen, und heute beugt er sich den Feinden von rechts. Dem Sturm Goebbels auf den Remarque-Film ist der Minister des Innern Josef Wirth gewichen, und vor Frick ist er nun auch ins Mausloch geschlüpft.

Wirths Vorgänger Severing hatte die Polizeikostenzuschüsse des Reichs an Thüringen gesperrt, weil Frick Nationalsozialisten, nach Severings Ansicht Angehörige einer staatsfeindlichen Partei, zu Polizeidirektoren ernannte. Wirth hob die Sperre zunächst auf, verhängte sie dann aber wieder, als Frick ganz offen die Polizei mit Nationalsozialisten zu durchsetzen suchte. Und jetzt hat er einen Vergleichsvorschlag des Reichsgerichts angenommen: die Zuschüsse werden wieder ausbezahlt, und die thüringische Regierung verspricht, den unpolitischen Charakter der Polizei zu wahren und die Einstellung von Sozialdemokraten (wenigstens grundsätzlich) nicht mehr abzulehnen. Die nationalsozialistischen Polizeidirektoren bleiben natürlich im Amt und arbeiten für das dritte Reich.

Es war einmal ... Lang, lang ist's her ... Wann, Herr Wirth, dürfen wir Sie als Minister im dritten Reich begrüßen?

Einen Krieg beginnen, heißt nichts weiter, als einen Knoten zerhauen, statt ihn aufzulösen. Chr. Morgenstern

---

Aus ihren Erfahrungen heraus sind sie mißtrauisch gegen jedwede Ansprüche auf Menschenführung, die von den Unternehmern kommen. „Das ist die eigentliche Klage über den heutigen Wirtschaftsbetrieb, daß er nicht der in ihm tätigen Massen wegen funktioniert, sie vielmehr allenfalls bewirtschaftet" und daß er die Entwicklung der Dinge dem automatischen Ablauf der freien Konkurrenz überlassen will. Kracauer glaubt, daß die Schuld an dem heutigen Zustand nur zum Teil bei den Unternehmern selber liegt. „Im Verlauf der Nachkriegszeit haben sie sich nicht nur in den veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zurechtfinden müssen, sondern sind auch noch mit dem Anspruch belastet worden, das Vakuum auszufüllen, das die verschwundene frühere Oberklasse hinterlassen hat. Die Aufgabe, zu führen, statt allein zu wirtschaften, ist ihnen über Nacht zugewachsen. Sie versuchen ihrer mächtig zu werden, indem sie die alte Herrschaftsform in eine aufgeklärte Despotie verwandeln, die der sozialistischen Gegenströmung Zugeständnisse macht ... Sämtliche Kompromisse beweisen freilich nur, daß das Unternehmertum sich um des souveränen Wirtschaftens willen den gegenwärtigen Bedingungen anpaßt, ohne sie zugrunde zu legen. So kommt es, daß sich eine Schicht in der Macht befindet, die im Interesse der Macht und zugleich diesem Interesse entgegen ihre Position nicht weltanschaulich fundieren kann. Wenn sie selbst aber die Konfrontation mit dem Grund ihres Daseins scheut, ist der Alltag der Angestellten erst recht preisgegeben."

Das „Berliner Tageblatt" (Nr. 614) veröffentlicht den Brief eines Angestellten, in dem u. a. gefragt wird, ob die Arbeitsämter und Stellenvermittlungen einem arbeitslosen Angestellten Arbeit verschaffen. Es heißt da: „Wahr ist, daß man sich bemüht, die freiwerdenden Stellen durch diese Ämter zu besetzen. Ebenso wahr ist, daß die Aussicht, eine erstrebenswerte Stellung durch diese Ämter zu erhalten, gleich Null ist. Hätte ich darauf gewartet, so würde ich noch heute darauf warten. Beweis: alle meine Schicksalsgenossen, die sich auf dieses Rezept verließen, Dreivierteljahre sieben Mark achtzig wöchentlich erhielten, und jetzt in der Blüte ihrer Arbeitskraft auf die Mildtätigkeit von Verwandten angewiesen sind." Ein Bekannter habe dem Briefschreiber erzählt, „daß ihm im ganzen letzten Jahre eine, sage und schreibe eine Stellung angeboten wurde, „Vertrieb von Staubsaugern (Millionenartikel!) an Privat!" Ein Betrieb, der neue Leute einstellt, hat ja gar nicht nötig, sich an den Arbeitsnachweis zu wenden. Wird er doch täglich von genügend Leuten bestürmt, die den Chef selbst kennen, die früher schon im Hause tätig waren, mit berücksichtigungswerten Empfehlungen kommen usw. Wenn also überhaupt ein Erfolg in Frage kommt, so nur durch das grenzenlos deprimierende Wandern von Tür zu Tür, mit dem unbeirrbaren Entschluß, sich den Eingang zu einer Brotstelle zu erschleichen, durch Beziehungen, List oder — welches Mittel es auch sei. Ohne Sentimentalität, ohne Mitleid für den andern, der über Bord geht!"

König Laurins Rosengarten

Unsere Schuljugend wird im deutschen Unterricht immer noch gefüttert mit den literarischen Verherrlichungen einer rohen Zeit und eines brutalen Draufgängertums. An den Volksschulen wie an den höheren Lehranstalten, an Knaben- wie an Mädchenschulen.

Ich denke zunächst an die Vermittlung Homers durch die Erzählungen unserer Lesebücher, die für die Kleinen bestimmt sind. Jedesmal wenn ich in einer Klasse den Abschnitt über die barbarische Schändung der Leiche Hektors durch den „göttergleichen" Achilles las, hörte ich von den feiner organisierten Kindern Ausrufe des Abscheus und des Entsetzens, während der Durchschnitt rohe Zustimmung zu diesen Unmenschlichkeiten äußerte. Ich greife nur dieses eine Beispiel heraus. Es wimmelt auch sonst in diesen Erzählungen von Scheußlichkeiten, die ihre Wirkung auf die Fantasie der Schüler nicht verfehlen. Warum den Vernichtungstrieb, der besonders bei Knaben ja immer schon vorhanden ist, durch diese Schilderungen noch aufpeitschen? Warum begnügen wir uns nicht mit den menschlich erhabenen Stellen aus der Ilias und Odyssee, die bei der Jugend eine adlige Gesinnung zu wecken imstande sind? Man glaube ja nicht, daß diese Verherrlichung der rohen Gewalt ohne Eindruck auf die Kindesseele bliebe, daß sie ihr moralisches Gefühl nicht umstürzte! Gerade wenn diese Greuel in dem schönen Gewand der künstlerisch geformten Erzählung dargeboten werden, verlieren sie den abstoßenden Blutgeruch und wirken als erlaubtes, ja anzustrebendes Heldentum.

Das selbe gilt auch von manchen Erzählungen aus der deutschen Heldensage. Da ist z. B. Laurins Rosengarten. Wie unethisch schon der Anlaß zum Kampf! Dietrich von Bern zieht an der Spitze seiner Helden aus, um den Zwerg Laurin zu bekriegen, weil dieser nicht dulden will, daß man seinen schönen Rosengarten beschädige. Außerdem ist der starke Dietrich an seiner Ehre gekränkt, da man ihm gesagt hat, König Laurin sei unbesieglich. Er macht sich also wie ein Preisboxer auf, um seinen Meisterschaftstitel zu verteidigen. Die „Helden" zerreißen den Seidenfaden um Laurins Rosengarten und zertrampeln ihm seine herrlichen Rosen, obwohl er ihnen nicht das Geringste zuleide getan hat. Sie führen sich wie richtige Lausbuben auf. Wie solche nehmen sie auch, mit Verlaub zu sagen, das Maul recht voll. Da der Zwerg so unverschämt ist, sich gegen diese Rüpel zu wehren, so wird er „gerechterweise" von dem Berner besiegt und zinspflichtig gemacht.

Kann man sich wundern, daß junge Leute, denen in der Schule so herrliche Anschauungen von „Heldentum" beigebracht wurden, diesen Vorbildern nachzustreben sich bemühen? Daß sie mit Steinen Schaufenster einwerfen, Möbel zerschlagen, Schreib- und Druckereimaschinen demolieren oder gar einen Menschen hinterrücks erdolchen oder erschießen, nur weil er irgendwie anders geartet ist als sie! Jeder „forsche Draufgänger" nimmt sich das Recht, das Rosengärtlein seines Mitmenschen zu zertrampeln, aus Wut darüber, daß dieser kein solcher Unflat und Schlagetot ist wie er. Diese deutschen Recken springen so wüst in die Rosenkultur hinein, weil sie nach ihrer Aussage diese Kultur als undeutsch ablehnen, in Wirklichkeit weil sie, um mit Goethe zu reden, den Knaben gleich sich üben wollen und die Disteln köpfen.

Ist die Schule so ganz unschuldig an dem massenhaften Auftreten dieser neuzeitlichen „Helden"? Paul Kretzer

Literatur

Die goldene Galeere. Von Fritz Rosenfeld. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin. Preis broschiert 3,40 Mark. — Ein Roman aus der Filmindustrie, der diesen Malstrom, in dem die Menschen und ihre besten Instinkte zerrieben werden, entlarvt und die verhängnisvolle Rolle dieses „Kulturfaktors" aufdeckt. Anklage, Entlarvung und — Ausblick, Ausweg. Das soziale (nämlich unsoziale) Gesicht der Filmindustrie wird entlarvt, ihre soziale Funktion enthüllt. Saubere, einwandfreie Tendenz des Buches gegen die Reaktion, deren Lakai der Film ist. Temperamentvolle, logisch fortschreitende Darstellung. B.

Das neue Rußland. Herausgeber: Erich Baron, Berlin-Pankow, Kavalierstraße 10 — Das Januar-Heft ist als Sonderheft über den Ramsin-Prozeß erschienen. Enthält das Urteil und Artikel von Gelehrten und Intellektuellen über den Prozeß. Preis des Sonderheftes 50 Pfennig.

Leser an buchhändlerlosen Orten und im Ausland beziehen ihre Bücher rasch und portofrei durch die Buchhandlung Walther List, Metzingen (Württbg.).

Ein unangenehmes Buch

Dr. Magnus Hirschfeld, der bekannte Sexualforscher, hat eine „Sittengeschichte des Weltkriegs" in zwei Bänden herausgegeben. Es ist hier eine Masse von Material zusammengetragen, das die Wirkung des Kriegs auf die sexuellen Instinkte zeigt, das vor allem dartut, wie sich die anormalen Kriegszustände, die Unmöglichkeit normalen geschlechtlichen Lebens, im Feld, in der Heimat, in der Gefangenschaft auswirkten, welch üble Zustände sich in den Etappen herausbildeten, in welch weitem Umfang geschlechtliche Perversionen durch den Kriegsgeist, seine Brutalitäten und Möglichkeiten des Quälens, geweckt oder begünstigt wurden. Selbst dem, der seinerzeit nicht mit Scheuklappen umherging und vieles schon weiß, wird eine Unsumme von neuen Einzelheiten vorgesetzt, die ihm jetzt erst die Wirkung dieses moralischen „Stahlbades" ganz zum Bewußtsein bringen.

Man mag im einzelnen manches aussetzen. Man mag z. B. bedauern, daß unter den hunderten von Bildern allzuviele das spielerisch Kokette, das unernst Wirklichkeitsfremde, das Pikante in dem Zeitspiegel der erotischen „Kriegskunst" dokumentieren (man hätte diese, allerdings sehr charakteristische, Seite der Sache auch mit weniger Aufwand zeigen und dafür noch deutlicher in die eigentlichen Abgründe und Hintergründe hineinleuchten können). Aber das alles kann nichts daran ändern, daß hier, in einer Fülle von bezeichnenden, oft grauenvoll packenden Bildern und in einem großen Teil des dokumentarischen Textes, etwas sehr Wichtiges geleistet worden ist.

Den Leuten, die gewisse Dinge nicht sehen wollen, weil sie nicht in ihre Programme, Systeme oder Predigten hineinpassen, geht das Werk selbstverständlich schwer auf die Nerven. Auch unsere heimischen Hüter der Sitten (der Kriegssitten) zittern vor Entrüstung. Die „Süddeutsche Zeitung" hat „schon in ihrer Abendausgabe vom 20. Dezember darauf hingewiesen, welche Gefahr dem deutschen Frontsoldaten von dem novemberdeutschen Dr. Hirschfeld droht". Dabei fühlt sich der wirkliche deutsche Frontsoldat, der richtige Gefahren überstanden hat, von solcher Gefahr natürlich nicht im geringsten bedroht; die ihm bekannten sexualmoralischen Folgeerscheinungen des außergewöhnlichen Kriegszustands, an denen auch er, teils mehr teils weniger, beteiligt war, findet er hier nur ergänzt und bestätigt, und auch seine besondere Eigenschaft als deutscher Frontsoldat sieht er absolut nicht angegriffen, da die Zustände bei den andern kriegführenden Nationen, die allzumal Sünder waren, nicht minder deutlich geschildert sind.

Bezeichnend für das Echo im Lager der Moralschützer sind auch die Auslassungen des württembergischen evangelischen Pressverbands. Das sieht er zwar ein: „keiner, der den Krieg erlebt hat, kann leugnen, daß solche Dinge geschehen sind," aber dann glaubt er Verwahrung dagegen einlegen zu müssen, daß der erotische Trieb hier als so beherrschend dargestellt und daß alles mit ihm erklärt bzw. herabgesetzt werde: der Verfasser verdächtige damit Tausende von toten und lebenden Kameraden und edle deutsche Frauen.

Es ist natürlich vollkommen unrichtig, daß hier mit dem erotischen Trieb alles erklärt wird. Es wird hier nur, dem Sinn und Titel des Buchs entsprechend, unter diesem Gesichtswinkel das ganze ungeheuer verwickelte Gebiet des Kriegsgeschehens betrachtet und alles, was dabei sichtbar wird, zusammengefaßt. Wenn dabei in diesem Werk — das recht einsam unzähligen anderen, geflissentlich diese Dinge übersehenden und vertuschenden Büchern gegenübersteht — viel Peinliches ans Licht kam, wenn sich dabei zeigte, daß im Krieg die erotischen Triebe und ihre Auswirkungen eine viel größere und peinlichere Rolle gespielt haben, als viele wahr haben wollen, dann liegt dies an den Tatsachen, an der Natur des Menschen und an der Natur des Kriegs, und nicht an einem novemberdeutschen Verfasser. Wer rein von Fehle, werfe den ersten Stein; wer sich schuldlos fühlt, kann durch diese Dokumente in seiner „Ehre" nicht verletzt werden. (Das gilt auch für die zwei Millionen Toten.)

Wer aber die Wahrheit nicht sehen will, nämlich daß, neben der zweifellos geschehenen Erweckung von wertvollen Gefühlen, Gedanken und Taten, der Krieg — und zwar in einem ungeheuren alle Lichtseiten verdunkelndem Maße — auch jenes ganz Andere gezeigt hat, wer nicht den moralischen Mut aufbringt, wirklich deutlich und unmißverständlich gegen den Krieg, den Vater dieser Dinge und im übrigen den grauenvollsten Gegensatz zur Bergpredigt, unter Berufung auf die Sittengesetze des Evangeliums aufzutreten — der möge hier mit seiner moralischen Entrüstung etwas vorsichtiger sein.

R. R.

Vorsicht!

Daß Goethe einer der genialsten Menschen war, die es je gegeben hat, daß er ein Dichter und Sprachmeister war, das ist uns ganz selbstverständlich. Wagen Sie es zu bestreiten, daß Schillers Wallenstein eines der besten Dramen ist? Können Sie etwa behaupten, es habe Beethoven an ästhetischer Bildung und an Schönheitssinn gefehlt?

Aber die Urteile über diese Männer waren nicht immer so einhellig wie heute. Über Goethe z. B. hat einer seiner bedeutenderen Zeitgenossen 1823 geschrieben: „Besonders auffallend sind die grammatikalischen Fehler, welche man in Goethes Schriften gewahrt. Auch in seiner Biografie kommen viele vor, und einige sind doch wahrlich zu arg ... Überhaupt gehört Goethe zu den Ignoranten, welche den grammatikalischen Unterschied zwischen dem Dativ mir und dem Akkusativ mich nicht kennen." Und Karoline Herder hat 1808 über Goethe geurteilt: „Übrigens glaube ich: so brav und gut Goethe im Innern ist, so hat er doch seinen großen Beruf als Dichter sehr verfehlt."

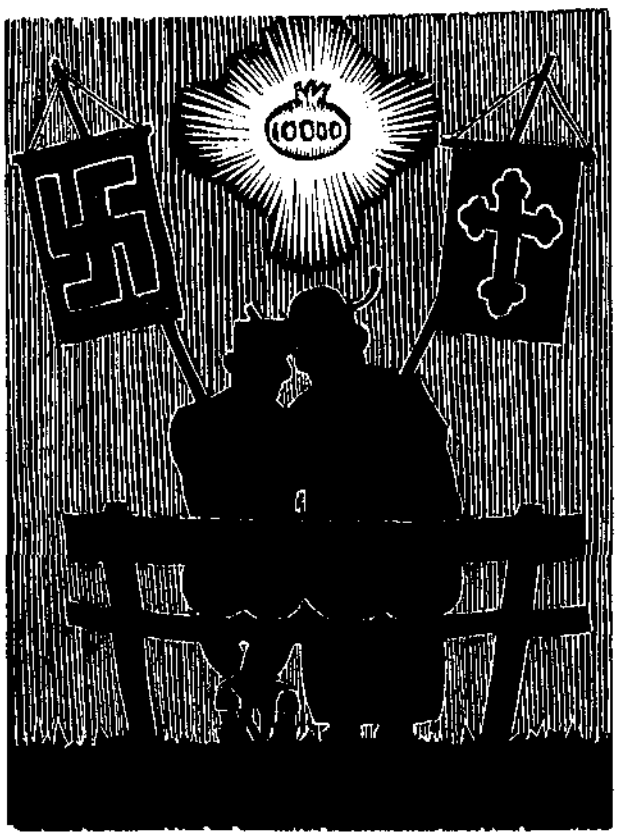
„Ich kenne keine poetische, namentlich keine dramatische Gestalt, die in ihrem Entwurfe so zufällig, so krankhaft individuell in ihrer Ausführung, so unwahr wäre als Schillers Wallenstein." Urteil eines Ungebildeten? Nein, eines Dichters: Otto Ludwigs.

Über Beethoven hat der Komponist Louis Spohr geschrieben: „Ich gestehe frei, daß ich den letzten Arbeiten Beethovens nie habe Geschmack abgewinnen können. Ja, schon die vielbewunderte IX. Symfonie muß ich zu diesen rechnen, deren drei erste Sätze mir trotz einzelner Genieblitze schlechter vorkommen als sämtliche der acht früheren Symfonien, deren vierter Satz mir aber so monströs und geschmacklos und in seiner Auffassung der Schillerschen Ode so trivial erscheint, daß ich immer noch nicht begreifen kann, wie ihn ein Genius wie der Beethovensche niederschreiben konnte. Ich finde darin einen neuen Beleg zu dem, was ich schon in Wien bemerkte, daß es Beethoven an ästhetischer Bildung und an Schönheitssinn fehle."

Also Vorsicht im Urteil über Zeitgenossen! Am Ende ist Goebbels doch ein Genie?

Jan Hagel

So wird's werden



Holzschnitt von Hans Gerner

Film-Groteske

Die „Ufa" hat vor Weihnachten einen neuen Fridericus-Film, „Das Flötenkonzert von Sanssouci", herausgebracht. Einige Tage nach der Berliner Uraufführung hat der „Vorwärts" folgende Meldung veröffentlicht: „Sachsen erhebt Einspruch — der Fridericus-Film ein schwerer Angriff auf die sächsische Volksehre." Der sächsische Gesandte in Berlin, hieß es weiter, habe gegen die Aufführung des Films protestiert, weil er eine Verhöhnung des sächsischen Volkes und der sächsischen Armee darstelle.

Zur Begründung dieses Schrittes werden dann aus dem Film folgende Tatsachen erwähnt: Alle im Film vorkommenden Repräsentanten Sachsens seien als verächtliche Menschen gekennzeichnet (im siebenjährigen Krieg waren die Sachsen ja Gegner Friedrichs, also müssen sie im Film heute verächtlich gemacht werden); der sächsische Ministerpräsident Graf Brühl erscheine als intriganter Diplomat mit mangelhafter Intelligenz; der sächsische Hof sei als sittenlos dargestellt usw. Die Aufführung des Films müsse zu einer Explosion des Volkszornes in Sachsen führen; der Film müsse also verboten werden.

Soweit die Meldung des „Vorwärts". Daß der „Vorwärts" sich dabei einen Ulk geleistet hat, merkt jeder Tertianer sofort. Aber die sächsische Regierung nahm die Sache ernst und dementierte: „Stempel tendenziöser Erfindung an der Stirn", „Grober Unfug" usw. Und auch die rechtsstehenden Berliner Blätter wußten nicht recht, wie sie sich verhalten sollten. Der „Lokalanzeiger" marquiert Entrüstung über so einen dummen Aprilscherz. Die „Deutsche Zeitung" fragt sogar in ihrer Empörung, ob die sächsische Regierung sich durch eine solche „Lüge" nicht verleumdet fühle und weitere Schritte unternehmen wolle. Am schönsten aber hat sich der „Tag" blamiert: er schreibt nämlich, der „Vorwärts" sei auf eine Falschmeldung hereingefallen und habe im blindwütigen Zeloteneifer den grandiosen Ulk gar nicht gemerkt.

Sinn für Ironie und Satire ist eben eine seltene Pflanze.

Ein Film „1914", der unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes gedreht worden ist und die Kriegsursachen behandelt in der Absicht, Deutschland von dem Vorwurf der Alleinschuld zu befreien, ist von der Filmprüfstelle Berlin verboten worden, weil er das Ansehen Deutschlands gefährde.

Ein Tonfilm über den Ramsin-Prozeß in Moskau ist vom Reichsministerium des Innern für Deutschland verboten worden, weil er kein „Kulturfilm", sondern eine „Aktualität" sei und die für Aktualitäten zugestandene Länge von 50 Metern übersteige.

Kleinigkeiten

Erhöhte Sektquote. „Zur Ausübung und Erwiderung von Gastfreundschaft durch die Reichsmarine, insbesondere durch die Besatzungen deutscher Kriegsschiffe" ist im Etat für 1930 die Summe von 91 000 Mark eingesetzt gewesen. Im Etat für 1931 sind es 120 000 Mark. — Denn wir müssen sparen.

Wie die Alten sungen ... Im Potsdamer Wald hat man am Vortag des Christfestes eine Höhle entdeckt, in der sich Jungens Tisch, Bänke und einen Weihnachtsbaum aufgestellt hatten; ein an die Wand geheftetes Plakat hatte folgenden Wortlaut: „Wie unsere Väter einst im Schützengraben das Weihnachtsfest verbringen mußten, so wollen auch wir eingedenk der großen Tage unser Fest schmucklos und schlicht in nackter Erde feiern ..." — Das werden sie noch bald genug in Wirklichkeit mitmachen können.

Schafe. Die illustrierte Beilage des „Berliner Lokalanzeigers" zeigt in einer der letzten Nummern Kinderspielzeug, u. a. zwei Holzschafe, von denen das kleinere in einer Einfriedung steht. Text: „Links: deutsches und französisches Schaf. Sieht man da zuviel hinein, wenn man sagt, daß das französische Schaf mit seinem Kreis-Auge etwas Grausames im Blick hat? Auf dem Bilde blickt es jedenfalls recht von oben herab auf das deutsche, das durch einen großen Zaun an jeder Bewegungsfreiheit gehemmt wird. Das Lämmchen verspricht, die ganze Mutter zu werden." — Bitte jeden sich aufdrängenden Vergleich unterdrücken!

Die Weihnachtsbeilage. An Weihnachten, dem Fest des Friedens, hat die „Deutsche Zeitung" ihre Leser mit einer Sonderbeilage erfreut, die den Titel „Vom Unfug des Weltfriedens" führte; Vertreter des „neuen Nationalismus" stimmen darin Lobgesänge auf den Krieg an, der Gelegenheit gebe, Opfermut und andere edle Eigenschaften zu beweisen. — Warte nur, balde ...

Schuldfrage gelöst. Was ist schuld am Niedergang des deutschen Adels? Herr Darré, der Leiter der Organisationsabteilung II für Landwirtschaft der N.S.D.A.P. hat die Frage gelöst: in seinem Buch „Neuadel aus Blut und Boden" schreibt er: „Die Bekehrung der Germanen zum Christentum, d. h. zur Lehre des Gesalbten, entzog dem germanischen Adel seine sittlichen Grundlagen." — Vielleicht könnte die Einführung des Wotan-Kultes den deutschen Adel noch retten.

Ist Hitler regierungsfähig? Diese Frage hat ihre endgültig bejahende Antwort durch folgendes Inserat im „Völkischen Beobachter" erhalten: „Das neue Ziertaschentuch in künstlerischer Ausführung darf bei keinem Hitlermann fehlen. Das Dutzend M 8.40 und M 12.—." — Jetzt sind sie sicher fein genug.

Das fehlende Augenmaß. Im „Angriff" des Herrn Goebbels wird in einem Artikel über Laienspiel und Volkskunst geschrieben, hier breche ein neues Kunstschaffen aus dem lange verschütteten Quell deutscher Volksseele, es fehle aber den Leuten, die sich darin betätigen, das „Augenmaß für Höhenverhältnisse", das große Format. Dann heißt es weiter: „Der Nationalsozialismus hat dieses ganz große Format ... Für den Nationalsozialismus kämpfen die kühnsten politischen Köpfe um ein politisches Ziel von erschütternder Größe ... Im Nationalsozialismus marschieren ... die Arbeiterbataillone um eine neue sozialistische Lebensordnung zu erzwingen ... ein Ziel von weltgeschichtlichen Ausmaßen ... Der Nationalsozialismus als Weltanschauung wächst aus einer Idee, die ein neues kosmisches Zeitalter bedingt ..." — Größenwahn.

Unvermeidlich. In einer vom „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht" herausgegebenen Broschüre „Theorie und Praxis der Arbeitsschule" heißt es in einem Artikel von Oberschulrat Hellwig: „Die Kriege haben in der schulmäßigen Behandlung mehr zugunsten der auf friedlichem Wettbewerb beruhenden Vorgänge zurückzutreten. In diesen engeren Grenzen sind sie zu behandeln als unvermeidliche Erscheinungen im Völkerleben und je nach ihrer Art als Hemmungen der Kultur, als Schutzmaßnahmen gegen ihre Vernichtung oder auch als Träger ihrer Verbreitung. Beispiele kriegerischen Heldentums im edleren Sinne sind zu erfassen als Muster höchster Pflichterfüllung im Dienste der Gesamtheit." — Mit einem Worte: jain.

Tröstliche Feststellung. Nach einer Meldung der Telegrafen-Union aus London ist es kürzlich in der indischen Stadt Buldana „zu schweren Ausschreitungen der Landbevölkerung gegen die dortigen Geldverleiher und Grundbesitzer" gekommen. Die Leute plünderten, stahlen Juwelen, verbrannten Getreide und die Kontobücher der Geldverleiher auf der Straße. Zum Schluß heißt es in der Meldung: „Man versichert, daß die Bewegung keinen kommunistischen Charakter trägt". — Das ist den ausgeplünderten Herren Grundbesitzern und Geldverleihern sicher ein Trost.

Notruf. In der nationalen deutschen Presse wird ein „Notruf der Togoländer" veröffentlicht, unterzeichnet von dem Präsidenten des Bundes der Deutsch-Togoländer, Johann A. Agboka. Inhalt: Togo geht „unter französischer Gewaltherrschaft immer weiter dem Untergang entgegen ... Es ist eine große Schande, daß Togo einer Macht zur Verwaltung übergeben worden ist, die die Eingeborenen ihrer Schutzgebiete nur ausbeutet ... Die einzige Rettung erblicken wir hierin, daß es wieder unter deutschen Schutz gestellt wird." — Aber selbstverständlich.

Bolschewistische Nudeln. In Frankreich entrüsten sich einige Zeitungen darüber, daß ein Teil der in der Armee verwendeten Nahrungsmittel, besonders Nudeln und andere Teigwaren, russischer Herkunft seien. Es ist zwar offiziell verboten, im Heer ausländische Nahrungsmittel zu verwenden, aber ein Großlieferant, der die Lieferung durch Unterbieten der Konkurrenz erhielt, hat seine Waren seit drei Jahren aus Rußland bezogen. — Ein Skandal!

Staatsstreich. Ludwig II., der Fürst von Monaco (25 000 Einwohner), hat am 26. Dezember die Verfassung aufgehoben und das parlamentarische Regime abgeschafft. Grund: der Streit der politischen Parteien habe zu Kundgebungen und Unruhen geführt, und das sei dem — Fremdenverkehr nicht förderlich.

Zwei Fragen. Aus dem Briefkasten der „Heidelberger Neuesten Nachrichten": „H. in H. Frage 1: Der Vater meines unehelichen Kindes hat Berufung beim Landgericht eingelegt. Wo kann ich mich nun hinwenden, damit die Sache beschleunigt wird? Das Jugendamt kann mir darüber keine Auskunft geben. Frage 2: Wann ist das Filmstück „In einer schönen blauen Sommernacht" in den Kammerspielen zum erstenmal gespielt worden?" — Ursache und Wirkung?

Universitätsreform. „Die theologische Fakultät wird abgeschafft und es bleiben die medizinische Fakultät, die Rechtsfakultät, sowie die Fakultäten für Literatur, Wissenschaften und Nationalökonomie. Auch die Institute für Apotheker und Zahnärzte bleiben bestehen." — Meldet das Argentinische Tageblatt unter dem 8. November 1930 aus Lima in Peru.

Letzte Möglichkeit. „Da gegenwärtig die Verhandlungen unserer Parlamente durch die Zersplitterung und Uneinigkeit des deutschen Volkes bedeutend erschwert sind und vielfach die größten Gefahren für das Vaterland und die Kirche, ja für die Religion überhaupt herbeiführen können", hat das Bischöfliche General-Vikariat in Trier die Herren Pfarrer ersucht, künftig während der Verhandlungen des Reichstags und Landtags ein im Jahr 1867 vom „sel. Bischof Leopold" eingeführtes Gebet um Erleuchtung der Herren Abgeordneten gemeinschaftlich beten zu lassen. — Hoffentlich hilft's.

Oberammergauer Töne. Eine Berliner Firma hat bei der Staatlichen Fachschule für Holzschnitzereien in Oberammergau angefragt, ob dort ein geschnitztes Holztablett französischer Herkunft in ähnlicher Art um zirka zehn Mark zu bekommen sei. Sie erhielt die Antwort, die Sache würde mindestens auf 20 bis 25 Mark kommen, aber vielleicht mache ein Franzose die Arbeit um zehn Mark: „denn um einen solchen französischen Künstler wäre es nicht schade, wenn er bei dieser Arbeit verhungern würde, aber um einen deutschen Oberammergauer". — Weil doch der das nächstemal wieder bei der Darstellung der Passion mitwirken muß.

Der Garant. Der katholische „Johannesbund" bettelt in einem Flugblatt um Darlehen, da er in Berlin, „der Stadt der Millionen weißer Heiden", ein Heim errichten will. „Für die Sicherheit des Geldes", heißt es da, „bürgen der Johannesbund mit seinen verschiedenen Häusern und die vielen Tausende seiner Mitglieder und Helfer. Und der hl. Josef, unser guter Hausvater, garantiert dafür, daß Darlehen bei uns mindestens so sicher stehen wie auf der besten Bank."

Sinnvolle Demonstration. Im Duisburger Stadtparlament hatte das Zentrum einen sozialdemokratischen Antrag zu Fall gebracht, der 200 000 Mark Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen verlangte. Mehrere hundert Erwerbslose zogen hierauf vor das Amtsgericht, um dort ihren Austritt aus der Kirche zu erklären. — Zur Nachahmung empfohlen.

Kirchenaustrittsformulare für Württemberg gratis durch den Verlag der S.-Z.

Vier Wochen lang wird die S.-Z. gratis an Adressen, die dem Verlag angegeben werden, geliefert. Schickt Adressen! Werbt Abonnenten!

Heilbronn. Alle Mitglieder und Freunde der Deutschen Friedensgesellschaft werden gebeten, am Montag, den 5. Januar, 20 Uhr, bei Kaden zum Lohtor (Nebenzimmer) zu einer Besprechung zu erscheinen. Thema: Zusammenschluß und Fortführung unserer Arbeit.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 11. Januar 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 2

Anschauungsunterricht

Ein Gutes hat die große Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden: sie erteilt auf breitester Basis Anschauungsunterricht über das kapitalistische System, unter dessen Herrschaft die Menschen neben vollen Scheuern verhungern können.

Die Menschen wollen fühlen, nicht hören. Ein Beispiel, und vollends eines am eigenen Leib, ist besser als zehn Predigten. Auch das Beispiel genügt im allgemeinen nicht, wenn es vereinzelt bleibt. Es muß repetiert und wieder repetiert werden. Am Ende des letzten Kriegs war alles voll Abscheu und Ablehnung gegenüber dem Wahnsinn des Völkermords nach dem Prinzip der umgekehrten Auslese. Nie wieder Krieg! Heute ist jener Eindruck schon wieder halb vergessen. Man treibt in Europa auf einen neuen Krieg zu, der schlimmer sein wird als der vorige. Vielleicht wird das dann der letzte sein, oder der vorletzte.

Auch von der gegenwärtigen Krise, der „größten Weltwirtschaftskrise seit einem halben Jahrhundert" (Julius Hirsch), glauben manche, sie werde den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus heraufführen. Wir wollen nicht so optimistisch sein; aber soviel ist sicher, daß sie mithilft, ihn vorzubereiten. Not lehrt denken, fragen, zweifeln.

„Sollte es denn im zwanzigsten Jahrhundert dem menschlichen Geiste, der fast jedes technische Problem spielend löst, der immer neue Methoden zur Steigerung des Güterreichtums ersinnt, nicht möglich sein, auch eine Organisation der Wirtschaft zu schaffen, die eine störungslose Entwicklung ermöglicht und alle Menschen auch wirklich in den Genuß dieses Güterreichtums bringt?" So fragt Max Weber im schweizerischen „Aufbau" und wird sicher auch mancher fragen, der sich sonst nicht mit wirtschaftstheoretischen Problemen zu befassen pflegt. Ein Pfarrer aus der Stuttgarter Umgebung, kein Sozialist, schreibt in der zum Jahresschluß von ihm herausgegebenen Chronik seiner Gemeinde: „. . . Im übrigen muß eine Ordnung gefunden und aufgerichtet werden, nach der nicht die einen prassen und die andern darben, nach der das Wohl des ganzen Volkes und jedes einzelnen und nicht der Profit und die Bereicherung verhältnismäßig weniger das Maßgebende und Entscheidende ist." Also genau das, was wir hier seit elf Jahren immer wiederholen. Und Hugo Borst, der frühere kaufmännische Direktor der Robert Bosch AG., ebenfalls kein Sozialist, hat vor acht Tagen im „Stuttgarter Tagblatt" gesagt: „Es handelt sich . . . gegenwärtig um die vielleicht letzte Probe auf die Tragfähigkeit unserer heutigen individualistischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung . . . Auch Wirtschaftsformen ändern sich und entwickeln sich weiter." Er fährt allerdings fort: „Ich glaube nicht, daß wir heute schon am Ende der unserigen stehen", und zwar „weil wir aus unserer gegenwärtigen Schwäche und Armut heraus gar nicht die Kraft aufbringen, eine völlig neue, bessere Ordnung zu schaffen".

Diese Begründung mag stimmen oder nicht; jedenfalls beweisen die angeführten Sätze, daß sogar im kapitalistischen Lager selber, um einen militärischen Ausdruck zu gebrauchen: die Moral der Truppe zu wanken beginnt. Und das ist keineswegs unwichtig. Wenn die Vertreter eines Systems selber nicht mehr daran glauben, dann trägt das ebensoviel oder mehr zu seinem Ende bei als die Angriffe der Gegner von außen. Man erinnere sich an das politische Ende des wilhelminischen Reiches, das 1918 nur deshalb so leicht zu stürzen war, weil es seine berufenen Verteidiger von innen her bereits aufgegeben hatten.

Der Anschauungsunterricht durch Beispiel ist wirksamer als alle Theorie. Und doppelt wirkungsvoll ist das Beispiel, wenn es durch ein Gegenbeispiel unterstützt wird. Wenn es wahr ist, daß der russische Fünfjahresplan in diesem Jahr dahin geändert werden soll, daß die Erzeugung und Verteilung von Konsumwaren, die seither zugunsten der Schwerindustrie zurückgestellt gewesen ist, jetzt mehr in den Vordergrund treten wird, so könnte darin ein kluger Schachzug der Bolschewisten gerade im Hinblick auf das heutige Elend in den kapitalistischen Ländern liegen.

Erich Schairer

„Der Minister (Reichsfinanzminister Dietrich in einer Rede in Stuttgart) bekannte sich als Anhänger des heutigen Wirtschaftssystems und als grundsätzlicher Gegner des Sozialismus, erklärte aber, daß die Aufrechterhaltung des privatkapitalistischen Systems nur möglich sein werde, wenn die Mängel, an denen es heute leide, ausgemerzt werden können . . . Ein Wirtschaftssystem, das nicht imstande wäre, mit der gegenwärtigen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, das sich mit ihr als mit einer Dauereinrichtung abfinden müßte, würde dem Untergang verfallen sein, genau wie die Wirtschaftssysteme früherer Zeiten in dem Augenblick untergingen, wo sie ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen konnten." („Frankfurter Zeitung", 7. Januar)

„Der Kapitalismus hat versagt, weil er durch Beseitigung der freien Konkurrenz, d. h. durch Aufhebung des Gesetzes, nach dem er angetreten, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum zerstört hat. Er hat versagt, weil er die finanzielle Verantwortung für die Arbeitslosigkeit, die er durch Rationalisierung geschaffen hat, ablehnt. Er hat versagt, weil er ohne entsprechende Gegenleistung dem Staate unverhältnismäßige Lasten aufbürdet. Dieses sind, um nur einige zu nennen, die wahren Ursachen für die Krise des Kapitalismus. All das würde aber die Krise nicht so bedrohlich gestaltet haben, wenn nicht gleichzeitig der Beweis erbracht worden wäre, daß auch ein anderes Wirtschaftssystem als das kapitalistische sich praktisch durchzusetzen vermag: das sozialistische, in Rußland. In immer weitere Kreise — links und rechts — ist der Gedanke gedrungen, daß es auch ohne Kapitalismus geht."

R. Kuczynski in „Finanzpolitische Korrespondenz"

Der Reichsparteiausschuß der Wirtschaftspartei hat den Abgeordneten Colosser, der gegen den Parteivorsitzenden Drewitz schwere Vorwürfe erhoben hatte, aus der Partei ausgeschlossen.

General Joffre ist im Alter von 79 Jahren gestorben.

Das Wichtigste

Gescheiterte Vermittlungsaktion

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat versucht, im Ruhrbergbau zwischen Unternehmern und Arbeitern zu vermitteln. Seine Bemühungen sind aber gescheitert, da die Unternehmer auf ihrer Forderung eines achtprozentigen Lohnabbaus beharrten und die Vertreter der Bergarbeiterverbände erklärten, sie könnten eine Lohnsenkung, die mehr als vier Prozent betrage, nicht annehmen. Der staatliche Schlichter wird nun nochmals Verhandlungen zwischen den Parteien einleiten.

S.P.D. und K.P.D.

Die Lohnsenkung in der Berliner Metallindustrie hat die Bahn frei gemacht: eine Industrie nach der andern kündigt die Tarifverträge; an vielen Orten flackern Streiks auf; an andern Stellen erfolgen Aussperrungen; überall aber steht am Schluß die Lohnsenkung.

Nun ist auch im Ruhrbergbau der Konflikt ausgebrochen. Die Unternehmer haben eine Lohnsenkung von 12, dann von 8 Prozent gefordert und, als Verhandlungen scheiterten, 300 000 Arbeitern auf 15. Januar gekündigt; nur derjenige, der sich mit dem gekürzten Lohn begnügt, soll seine Stelle behalten.

Die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften können nichts tun als ihre Mitglieder auf neue Verhandlungen vertrösten. Kampf? Daran können sie nicht denken. Die sozialdemokratische Partei unterstützt ja die Regierung Brüning, die den Lohnabbau propagiert und durchführen hilft; ja die Regierung scheint sogar den Unternehmern schon im November 1930 ein mehr oder weniger bindendes Versprechen (auf das sich diese jetzt berufen) gegeben zu haben, sie werde sich für eine 8prozentige Lohnsenkung im Bergbau einsetzen. Die Gewerkschaften müßten also, wenn sie sich wirklich gegen eine Lohnkürzung wehren wollten, gegen die Regierung Brüning kämpfen; und das können sie nicht, weil die Sozialdemokraten die Regierung unterstützt.

Auch es einem andern (mit dem genannten allerdings zusammenhängenden) Grunde suchen die Gewerkschaftsführer jeden Streik möglichst zu vermeiden: sie fürchten (und das mit Recht), ein Streik könnte sich ausdehnen und in einen politischen Streik verwandeln. In der Epoche des niedergehenden Kapitalismus geht jeder größere Streik fast mit Notwendigkeit in den politischen Kampf über und stellt die Frage des Sturzes der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Und vor diesem entscheidenden Kampf scheuen sich die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei: Fluch des Reformismus!

Über diese Zusammenhänge und die schwierige Lage, in der sich die Gewerkschaften und die SPD. befinden (einerseits dürfen sie der Lohnabbau-Regierung Brüning keine Schwierigkeiten machen, andererseits können sie den Massen ihrer Anhänger nicht zuviel an wirtschaftlichen Lasten aufbürden), ist ja in der S.-Z. von andern Mitarbeitern schon einigemale geschrieben worden. Ich möchte deshalb auf etwas anderes hinweisen, nämlich auf die Taktik der Kommunisten. Ihr Ziel ist: die Arbeiter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsführer zu entreißen, sie zu revolutionieren und auf den Kampf für den Sozialismus vorzubereiten. Ihre Taktik ist (wie sich in den letzten Tagen im Ruhrgebiet wieder gezeigt hat): Anzettelung von wilden Streiks und kleineren Putschen (zu einem größeren reicht's nicht), mit dem Zweck, die organisierten Arbeiter zu verwirren und womöglich die revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO.) zu einer selbständigen Gewerkschaft umzugestalten, was sie in der Berliner Metallindustrie erreicht haben, aber offenbar im Ruhrbergbau nicht erreichen werden.

Aber selbst wenn es ihnen auch hier gelingen würde — was wäre damit gewonnen? Sehr wenig. Selbständige kommunistische Gewerkschaften wären in wirtschaftlichen Kämpfen viel erfolgloser als die jetzigen Gewerkschaften, obwohl deren Bürokratie völlig „reformistisch verseucht" ist (denn der Erfolg im gewerkschaftlichen Kampf beruht auf der möglichst geschlossenen und einheitlichen Organisation); die Unternehmer hätten immer wieder Gelegenheit, die Kommunisten aus den Betrieben hinauszuwerfen (auch im Ruhrbergbau werden, wie nach dem Berliner Metallarbeiterstreik, kommunistische Arbeiter auf der Strecke bleiben, häufig die besten Kämpfer). An die im Kampf zwischen Arbeit und Kapital entscheidenden Massen der organisierten Arbeiter aber kommt die KPD. mit ihrer jetzigen Taktik nicht heran; im Gegenteil, sie isoliert sich von ihnen. Und daher ist, trotz objektiv günstiger Lage, ihr Einfluß auf die Massen immer noch so gering.

Pitt

Kleine Chronik

Der Reichskanzler hat in der letzten Woche die Grenzgebiete im Osten bereist.

Die Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank hat vom Reich 64 Millionen Mark Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erworben.

Die Zahl der Arbeitslosen auf der ganzen Erde beträgt nach einer Statistik des internationalen Arbeitsamtes 15 Millionen.

Die Bank von Frankreich hat den Diskont von 2½ auf 2 Prozent herabgesetzt.

In Südwales haben die Bergarbeiter die im englischen Bergbau vereinbarten Abmachungen über die Arbeitszeit nicht anerkannt. 130 000 Bergarbeiter streiken.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos hat der italienischen Regierung einen Besuch abgestattet.

In Panama ist die Regierung durch einen Militäraufstand gestürzt worden. Es hat sich eine revolutionäre Offiziersregierung gebildet.

In der Klemme

Schlechte Aussichten für Genf

Von Otto Beuter

Es gibt für die deutsche äußere Politik der letzten Jahre zwei Daten von entscheidender Bedeutung: der Tod Stresemanns am 3. Oktober 1929 und die Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Wir wollen die beiden Daten einmal in die Entwicklung der Nachkriegspolitik einordnen.

Die von Erzberger und Rathenau geführte Erfüllungspolitik in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch ist vom Ruhrabenteuer der Herren Stinnes und Cuno unterbrochen worden. Nach dem Fiasko des Ruhrkriegs, im Herbst 1923, hat dann Stresemann das Steuer ergriffen. Dawes-Plan, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, Locarno, Thoiry, Young-Plan und (nach Stresemanns Tod) die Rheinlandräumung sind die Etappen, über die Stresemann die äußere Politik Deutschlands geführt hat. Jeder, der nicht mit nationalsozialistischen Scheuklappen vor den Augen herumläuft, muß, wenn er heute an das Jahr 1919 oder das Jahr 1923 zurückdenkt, eingestehen: es war ein Weg ins Freie, ein Weg zu größerer Freiheit; es war ein Weg, auf dem der Vertrag von Versailles fortwährend „revidiert" wurde. „Stresemann", schreibt Lord d'Abernon, bis 1928 englischer Botschafter in Berlin, „kann es für sich in Anspruch nehmen, daß er Deutschland aus der Lage eines besiegten und entwaffneten Feindes in die eines diplomatisch ebenbürtigen Volkes hob, ihm alle Rücksichten, die einer Großmacht zukommen, sicherte und ihm eine internationale Garantie zum Schutze seiner Grenzen verschaffte. Dies in den wenigen Jahren, in denen er im Amt war, vollbracht zu haben, ohne Unterstützung einer Waffenmacht, ist eine Leistung, würdig der besten Namen, die in dem großen Buch des Ruhmes verzeichnet sind."

Ohne Unterstützung einer Waffenmacht — mit welchen Mitteln? Dadurch, daß er sich mit den „Gegnern" zu verständigen und für sich und für Deutschland Vertrauen zu erwerben suchte. Und das ist ihm gelungen. „Das Merkwürdigste bei all dem nun aber ist, daß die Sympathie und Bewunderung, diese Autorität und dieses Vertrauen ihm zufielen, obgleich seine Partner in aller Welt, besonders auch der Franzose, genau wußten, was ja auf der Hand lag, daß Stresemann seine Politik als deutscher Patriot verfolgte und daß ihr Ziel gerade das war, wovon man glauben sollte, daß es den Männern der ehemaligen Entente das widerwärtigste sein müßte: nämlich die „Durchlöcherung" des Vertrages von Versailles und die Befreiung und Wiedererhebung Deutschlands. Sie hätten ihm eigentlich jeden Erfolg in dieser Richtung möglichst verwehren und, je erfolgreicher er dennoch war, ihn desto mehr fürchten und hassen müssen. Wenn es so ganz anders war, so lag das selbstverständlich daran, daß er seine Arbeit für Deutschland zugleich im Interesse Europas tat . . . Und doch bleibt hier ein unaufgelöster Rest von Widerspruch und Rätsel, der, wenn ich mich so ausdrücken darf, der unterbewußten Weltpsychologie anzugehören scheint. Der Vertrag von Versailles ist heilig, heißt es, er ist tabu, ist die Grundlage des Friedens. Das gilt nach außen und beherrscht das Bewußtsein der Urheber dieses Vertrages. Aber vielleicht gibt es da etwas, was sie nicht wissen: daß nämlich nicht nur Deutschland, sondern auch sie selbst, auch ganz Europa im Grunde aus dem Bann des Versailler Vertrages sich fort und hinaus und vorwärts sehnen und mit heimlicher Hoffnung und Erwartung auf Deutschland blicken, auf dieses Land, dem immer viele bewußte und unbewußte Hoffnungen und Erwartungen gegolten haben: ob es die Klugheit und Feinheit, das politische Ingenium besitzen werde, die Welt auf schonende Art aus dem Banne von Versailles hinauszuführen? So paradox das klingt — die ungeheure europäische Beliebtheit Stresemanns und die allgemeine Untröstlichkeit über seinen frühen Tod sprechen für eine solche psychologische Vermutung."

Hinter dieser paradoxen Vermutung, die Thomas Mann in seiner „Deutschen Ansprache" am 17. Oktober 1930 in Berlin geäußert hat, steckt sicher ein gutes Stück Wahrheit. Seit Stresemanns Tod aber ist diese Wahrheit vergessen worden. Sein Ziel war: Revision der Verträge durch Vertrauen, Verständigung und durch europäische Politik; die Parole der „aktiveren" Außenpolitik, die von den Nationalisten gefordert und von der Regierung Brüning teilweise auch geführt worden ist, lautet: Revision durch Drohungen und durch Bündnispolitik; im einzelnen: Revision der Ostgrenzen, besserer Schutz der deutschen Minderheiten (vor allem in Polen), Erlaubnis zur Aufrüstung, Zerreißung des Young-Plans oder mindestens Moratorium.

Die Welle dieser „aktiveren" Revisionspolitik ist im Jahre 1930 immer mehr angeschwollen. Der 14. September hat ihre Stärke gezeigt und ihr zugleich einen neuen Antrieb gegeben und hat dadurch für die deutsche Außenpolitik sehr verhängnisvoll gewirkt (ebenso wie für die Wirtschaftspolitik; bitte einmal in wirtschaftlichen Jahresübersichten die Kurven der Aktienkurse nachzusehen!). Denn wo steht die deutsche Außenpolitik nach einem Jahr des aktiven Revisionismus? In einer „splendid isolation". So schreibt die „Germania", sozusagen das deutsche Regierungsblatt. Bedauerlich dabei ist nur, daß diese isolation durchaus nicht splendid ist, und daß diese Erkenntnis etwas spät kommt. Denn das hätte man von Anfang an wissen können, und wenn man nicht so klug war, dann hätte man es doch aus dem Echo der Reichstagswahlen und vor allem aus dem Verlauf der Tagung der Abrüstungskommission in Genf ersehen können. Da hat sich nämlich wieder einmal deutlich gezeigt, daß eine deutsche Regierung, die keine europäische, sondern eine eng nationalistische Politik treibt, nur die Entente zwischen England und Frankreich wiederherstellt. Die Tagung war ein Musterbeispiel für den „politischen Bewegungsmechanismus, daß die englische Regierung um so enger mit Frankreich zusammenarbeitet, je schärfer Deutschland gegen Frankreich

auftritt", wie es die S.-Z. in Nr. 52 ausgedrückt hat.

Ein anderes Beispiel haben wir in den letzten Tagen erlebt, auf wirtschaftlichem Gebiet. Frankreich ist das Land in Europa, das Überfluß an Kapital und an Gold hat. Verschiedenemale sind im vergangenen Jahr, von deutscher und von französischer Seite aus, Versuche gemacht worden, den Kapitalüberfluß Frankreichs in das kapitalarme Deutschland zu leiten. Die Versuche sind gescheitert, einfach weil das zu einer solchen Transaktion nötige Vertrauen fehlte. Und der 14. September hat natürlich allen derartigen Hoffnungen ein Ende gemacht (ja es sind damals kurzfristige französische Kredite aus Deutschland zurückgezogen worden und im Frühjahr drohen wieder einige gefährliche Kündigungstermine). Statt mit Deutschland hat sich Frankreich nun mit England verständigt. Die Zusammenarbeit auf der Abrüstungstagung hat den Weg dazu vorbereitet, und so sind letzte Woche englisch-französische Verhandlungen über bessere Verteilung des Goldes, offenbar erfolgreich, abgeschlossen worden. Auch darüber scheinen sich die beiden Staaten geeinigt zu haben, daß ein Moratoriumsgesuch Deutschlands abzulehnen sei, und auch Amerika hat sich diesem Standpunkt angeschlossen.

Sollte also auf der nächste Woche beginnenden Völkerbundstagung Deutschland auf das Thema „Zahlungsaufschub" zu sprechen kommen, so werden wir ein drittes Beispiel dafür haben, wie isoliert heute Deutschland dank seiner „aktiveren" Außenpolitik ist. Und wie steht's mit dem Hauptthema der kommenden Tagung: den Beschwerden über die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen? Von Frankreich wird niemand erwarten, daß es gegen Polen auftritt; aber auch England hat schon deutlich zu erkennen gegeben, daß es Deutschland nicht unterstützen wird. „Wenn wir die europäischen Stimmen richtig einschätzen, betrachtet man heute nicht Polen, sondern Deutschland als den unbequemeren Partner in Europa. Bleibt: ein neugieriges Gesicht in Moskau und ein elegisches Lächeln in Rom" („Frankfurter Zeitung"). Das Ergebnis der Januar-Tagung des Völkerbundes steht also fest: es wird eine schwere Niederlage Deutschlands, die es den deutschen Nationalisten erleichtern wird, den erfolglosen Minister des Äußern Curtius abzuschlachten.

Haben unsere bürgerlichen Politiker denn keine Ahnung von dem Unwetter, das sich über Deutschland zusammenzieht? Doch; die oben angeführten Zitate aus der „Germania" und der „Frankfurter Zeitung" beweisen es; auch daß Herr Kaas mit den Nationalsozialisten so scharf ins Gericht gegangen ist, hat seinen Grund wohl in der Absicht, vor der Genfer Tagung noch für gutes Wetter und ein bißchen Vertrauen in Deutschlands europäisches Solidaritätsgefühl zu sorgen. Aber das alles kommt ja zu spät und wird darum nicht mehr viel helfen. Das deutsche Bürgertum hat eben im letzten Jahr zwei entscheidende Tatsachen vergessen: 1. daß die europäischen Staaten wirtschaftlich so verflochten und so aufeinander angewiesen sind, daß nur enge Zusammenarbeit, deren Vorbedingung politisches Vertrauen ist, sie vor katastrofalen Zusammenstößen bewahren kann; 2. daß Frankreich der mächtigste europäische Staat ist und wohl noch lange bleiben wird, daß also Deutschland, wenn es irgend etwas erreichen will, sich mit Frankreich verständigen muß. Eine Politik, die diese beiden Tatsachen nicht berücksichtigt, führt Deutschland in die Klemme und bewirkt eine Einkreisung, die mindestens ebenso verhängnisvoll ist wie diejenige vor 1914.

Nachwort der Redaktion: Der vorstehende Artikel ist eine (sicher richtige) Kritik an der deutschen Außenpolitik vom bürgerlichen Standpunkt aus. Inhalt: die maßgebenden bürgerlichen Parteien haben die Politik Stresemanns verlassen und vergessen, daß ihr wahres Interesse sie auf europäische Zusammenarbeit hinweist. Aber vielleicht sind sie, aus innenpolitischen Gründen, überhaupt nicht mehr imstande, die Politik Stresemanns fortzuführen? Außerdem darf man noch einige Fragen stellen: Würde eine engere Vereinigung der europäischen Staaten nicht den Kapitalismus in Europa stabilisieren? Würde ein kapitalistischer europäischer Staatenbund nicht mit Notwendigkeit in einen Gegensatz zu Sowjetrußland geraten? Wäre ein geeinigtes Europa wirklich in der Lage, die Krisen des Kapitalismus zu mildern und so die Ursachen fast aller außen- und innenpolitischen Konflikte zu beseitigen? Ist der Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten wirklich eine Verständigung der kapitalistischen Staaten Europas, und nicht vielmehr ein Bund der sozialistischen europäischen Länder? Für heute soll es mit diesen Fragen genug sein.

Hakenkreuz-Revue

Kleinkrieg

Die Redaktion des „Führers", des badischen nationalsozialistischen Organs, hat die Pressestelle der badischen Regierung gebeten, ihr die von dieser Stelle herausgegebenen Artikel direkt zuzustellen, eine nicht unbillige Bitte, die im allgemeinen auch Blättern gewährt wird, die weniger wichtig sind als das Hauptorgan einer so großen Partei. Die Presseabteilung hat die Bitte abgelehnt, worauf die Redaktion grinsend versicherte, es sei ihr wurscht, denn wenn sie etwas aus dem badischen Ministerium des Innern erfahren wolle, so habe sie ohnedies einen Weg, der kürzer sei als der offizielle der badischen Regierung.

Der umgedrehte Spieß

Antrag Frick und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen: „Der Reichsinnenminister Wirth wird gemäß Art. 59 der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angeklagt, schuldhafterweise die Reichsverfassung dadurch verletzt zu haben, daß er entgegen den Artikeln 130, 128, 118, 109 und 1 der Reichsverfassung unter der bewußt unwahren Behauptung, die NSDAP. verfolge hochverräterische Ziele durch gewaltsamen Umsturz der Verfassung, Angehörige der NSDAP. für unfähig zur Bekleidung des öffentlichen Amtes eines Polizeibeamten erklärte, demgemäß, weil" usw. . . . folgen 14 Zeilen kauderwelsches Deutsch, aus dem trotz der grammatikalisch und syntaktisch völlig verworrenen Sprache hervorgeht, daß die Sperrung der Reichszuschüsse für die thüringische Polizei die Verfassungsverletzung darstellen soll. Schlußsatz: „Die Rechts- und Verfassungswidrigkeit seines Vorgehens hat Dr. Wirth selbst zugegeben, indem er am 22. Dezember 1930 die Sperre der Polizeigelder wieder aufheben mußte."

Geschieht ihm recht, dem unsicheren Kandidaten Wirth.

Ein weiterer Antrag Frick und Genossen fordert, daß auch Groener vor den Staatsgerichtshof komme, weil er einen Erlaß herausgegeben hat, wonach alle in Reichswehrbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die der NSDAP. angehören, zu entlassen sind. „Die Verfassungswidrigkeit des Erlasses wurde in einem Urteil des Arbeitsgerichts Wilhelmshaven von Anfang Dezember 1930 festgestellt."

Natürlich ist der Erlaß verfassungswidrig. Alle Bestimmungen und Verordnungen deutscher Länder sind es ja, durch die Angehörige der NSDAP. und der KPD. von der Zulassung zu bestimmten Ämtern und Berufen und der Belassung in der Reichswehr ausgeschlossen werden. Aber was sollen wir uns bei Einzelheiten noch viel Sorge um Verfassungsmäßigkeit machen, wo wir seit langem verfassungswidrig regiert werden!

Hingabe

Die Nazis haben keine Skrupel. Sie gebrauchen die demokratischen und parlamentarischen Mittel nach Möglichkeit, um die Demokratie und den Parlamentarismus abzuwürgen. Als vor Jahren in Sachsen und Thüringen die Sozialisten und Kommunisten auf verfassungsmäßige und völlig gesetzliche Weise regieren, aber nach einem Kurs, der unserer Bourgeoisie nicht gefiel, marschierten Eberts Heerscharen ein, veranstalteten Blutbäder und stürzten auf verfassungswidrige Weise die zu Recht bestehende Regierung. Und hinter ihnen machten sich dann die Herren Richter an die Arbeit; ihr bekanntestes Opfer war Zeigner. Diesmal, da die Nazis die Demokratie per Demokratie abwürgen, wird keine Reichswehr ausziehen und mit Feuer und Schwert wüten; die Demokratie wird sich mit wohligem Aufseufzen hinsterbend dem süßen Diktator mit dem Hakenkreuz in die Arme sinken lassen: es ist so schön, vergewaltigt zu werden!

Max Barth

Kaas gegen Hitler

In Bremen hat die Zentrumspartei am 3. Januar eine öffentliche Kundgebung veranstaltet, in der Prälat Kaas, der Vorsitzende der Partei, die Rede hielt. Auf Zwischenrufe von Nationalsozialisten hat er dabei u. a. gesagt:

„Wenn ich den Nationalsozialisten raten soll, dann so: Nehmen Sie Urlaub von der Politik, aber möglichst ohne Retourbillett. Denn nur so können Sie dem deutschen Volk einen Dienst leisten . . . Wenn uns nicht die Verantwortung hielte, so würden wir aus pädagogischen Gründen den Nationalsozialisten Platz machen, damit das deutsche Volk ihre blutige Ignoranz erkenne . . . Nichts haben die Nationalsozialisten gesagt, wie man die außenpolitische Befreiung des deutschen Volkes herbeiführen könnte, sondern nur geschrien und lamentiert. Sie haben uns, die wir in der politischen Front stehen, verhöhnt und sich selbst heroischer Redensarten bedient. Es ist eine Erfahrung aus dem Weltkrieg, daß die Etappe sich immer heroischer benommen hat als die armen Kerle, die vorn im Dreck lagen."

Taktik des Augenblicks oder dauernde Erkenntnis?

Straßenkampf

Auf der Straße liegen sich junge Leute mit verschieden gefärbten Hemden oder Windjacken in den Haaren. Plötzlich fallen Schüsse oder Messer werden gezückt: ein Menschenleben ist vernichtet.

Andern Tags bricht in zwei Lagern wüstes Geschrei los: der Gegenseite wird die Schuld in die Schuhe geschoben, man fordert zu Protestkundgebungen auf, Menschenmassen fluten auf die Straße, man hält erregte Reden. Es gibt Leute, die sich aus einem gewissen Vergnügen an solchen Veranstaltungen beteiligen, aber es steigen immer mehr auch Leute auf die Straße, die seither abseits gestanden sind und die Dinge mit kühleren Augen betrachtet haben, als es in der überhitzten Demonstrationsluft möglich ist. Sie unterliegen der jahrelang in ihre Ohren getrommelten Mahnung, Solidarität zu üben und ihre Kraft für die und die Sache in die Wagschale zu werfen.

Nützen sie wirklich der „guten Sache", wenn sie der Aufforderung nachkommen? Unterstützen sie nicht vielmehr einen unheilvollen Massenwahn, der immer mehr dazu führt, daß die Initiative im politischen Kampf nicht mehr bei den Köpfen, sondern bei den Fäusten liegt? Und zwar bei denen, deren Drang zum Losschlagen am stärksten ist?

Die Politiker sind in weitem Maße die Gefangenen dieser mit Tatendrang geschwellten Gruppen geworden, zum mindesten wird ihr Streben durch die fortwährende Explosionsgefahr ziemlich stark irritiert. Man hat die Fäuste trainiert, um sich den Rücken zu decken, und siehe es ging einem wie damals, als man Rednerkurse für die Massen abhielt, um die Köpfe zu mobilisieren, und sich plötzlich dem endlosen Geschwätz von trainierten Mundwerken gegenüber sah, in dem die wenigen, die wirklich was zu sagen hatten, nicht hochkamen: die geschaffenen Kraftreserven haben angefangen, ein Eigenleben zu führen; von den tausend wichtigen Schauplätzen, auf denen heute der Machtkampf innerhalb des herrschenden Systems ausgefochten werden muß, ist ausgerechnet die Straße der wichtigste geworden; wo Gehirne notwendig sind, die nicht nur in den ausgefahrenen Parteischablonen denken, starren Fäuste, geleitet von den primitivsten Instinkten. Ihre Suggestivkraft ist heute schon so groß, daß man, ob man will oder nicht, immer wieder in ihren Umkreis gerissen wird. Ein Unschuldiger ist auf diesem neuen „Feld der Ehre" geblieben, und schon reißt einen die Empörung fort.

Aber das Unheil wird fortzeugend Böses gebären, wenn der Schwerpunkt politischen Strebens nicht aus dem Umkreis uniformierten Tatendrangs wegverlegt wird; denn hier wird auf einem falschen Schauplatz gekämpft, hier haben sich Fronten aufgetan, die gar nicht stimmen, hier sind, zum Vergnügen gewisser Leute, Kräfte gebunden, die sich mit Raketenfeuerwerk unterhalten, während auf wirksamere Weise gekämpft werden müßte.

Man kann bei Gelegenheit in Gruppenkolonne marschieren, aber man darf nicht in Gruppenkolonne denken. Man darf sich nicht zu Entscheidungen drängen lassen, die lediglich dem Mechanismus und der Eigengesetzlichkeit irgendeiner Massengruppierung entspringen. Der sture Tatendrang kann in einem günstigen Augenblick feindliche Stellungen überrennen, kann Machtpositionen erringen, aber der Einzelne wird entscheiden, ob sie gehalten werden. Darum sei heute vor einer falschen Solidarität gewarnt. Es ist verfehlt, einer Bewegung seine Faust zur Verfügung zu stellen, wo man ihr unter Umständen einen Kopf bewahren könnte. Und es ist verfehlt, dem Selbstbewußtsein von Massen zu schmeicheln, wo Einzelne ermuntert gehören.

Die jungen Leute, die auf der Straße angeblich im Dienste einer Idee ihre Keilereien veranstalten, nehmen sich deshalb so wichtig, weil man sie zu wichtig genommen hat. Man muß ihren Geltungsdrang schleunigst auf das ihnen gebührende Maß zurückführen. Es gibt Wichtigeres zu tun.

Max Winkler

Das Volk muß vor allem die Wahrheit wissen; es muß wissen, in wessen Händen in Wirklichkeit die Staatsmacht ruht.

Lenin

Die unsichtbare Kirche

Von F. Kahnis

Bei Andersen gibt es ein reizendes Märchen, das „Des Königs unsichtbare Kleider" überschrieben ist. Es handelt von einem einfallsreichen Schneidergesellen, der das Geld zu dem neuen Gewande des Königs unterschlägt und bei der Anprobe dafür den Leuten weismacht, das aus seinen Händen hervorgegangene Kleid könne nur von klugen Menschen wahrgenommen werden; für die dummen sei es unsichtbar. Es gelingt ihm auf diese Weise, alle zu Ausbrüchen der Bewunderung hinzureißen und den König dahin zu bringen, daß er sich stellt, als ob er bekleidet sei. Nur ein naseweiser Gassenbub wagt endlich die Wahrheit auszusprechen, daß der König ja in Unterhosen einherlaufe.

Wirklich, eine ausnehmend sinnreiche Geschichte! An sie muß ich immer denken, wenn ich irgendeinen Geistlichen von der „unsichtbaren Kirche" reden höre. Meist ist das dann der Fall, wenn dieser Geistliche auf unangenehme Weise an die mancherlei Schwächen der sichtbaren Kirche, der er angehört, erinnert worden ist.

„Ja," pflegt er in dieser peinlichen Lage zu sagen, „Sie haben recht, teurer Mitchrist, unsere sichtbare Kirche steht wie alles Irdische unter dem Gesetz der Sünde und unter dem Gericht. Aber so tief bedauerlich das ist, eine Gewißheit kann uns dadurch doch nun und nimmermehr geraubt werden: die freudige Gewißheit nämlich, daß hinter dieser mit Fehler beladenen Kirche eine unsichtbare steht, die durch keinen Schmutz der Sünde berührt wird."

Dieses interessante Argument ist nicht sehr neu, aber es hat den Anschein, als ob es einer stillschweigenden Verabredung zufolge jetzt zu Nutz und Frommen der Landeskirchen (denen während der letzten Jahre im Kampf mit ihren Kritikern manchmal wohl recht schlimm zumute war) wieder ausgegraben worden sei, um zu beweisen: a) wie demütig diese Kirchen doch eigentlich sind, b) wie wenig eine Kritik ihnen anhaben kann.

Und ich weiß nun nicht, ob es andern ebenso geht, aber was mich anlangt, so empfinde ich immer eine grimmige Art von Freude, wenn ich auf derartige Quersprünge der Dialektik stoße. Sie beweisen nämlich in Wirklichkeit viel, viel mehr (und etwas ganz, ganz anderes), als die Geistesakrobaten meinen, die sie vorführen.

Untersuchen wir die unsichtbare Kirche, die uns hier als neuestes Paradekleid der sichtbaren präsentiert wird, doch einmal ein bißchen näher! Es steht mit ihr — das lehrt schon der erste Augenschein — offenbar genau so wie mit des Königs unsichtbaren Kleidern: nur besonders Begabte können sie wahrnehmen. Wir naseweisen Gassenbuben sehen lediglich die — ziemlich schmutzige — Unterwäsche der Leute, die sich mit ihr brüsten. Und eigentlich bliebe uns unter diesen Umständen ja gar nichts anderes übrig, als uns bis in den Grund unserer Seele zu schämen, daß wir so unbegabt und daß wir naseweise Gassenbuben sind.

Indessen wenn wir es denn einmal sind, so wollen wir es auch recht sein und unsere Kritik — da wir ja ohnehin verloren sind — nur gleich noch ein Stückchen weitertreiben.

Also die Kirche, gegen die so viele und, wie ihre eigenen Vertreter neuerdings zugestehn, so berechtigte Anklagen erhoben werden, ist gar nicht die eigentliche, nicht die von Jesus gewollte „unsichtbare" Kirche! Sieh' an!

Ja, ist das denn nicht gerade von den Gegnern der Kirche immer schon behauptet worden? Und ist das nicht eben ihr Hauptfehler, daß sie, die sich nach Jesus nennt, so wenig mit dem Geiste Jesu zu tun hat?

Trefflicher Einfall, aus diesem schwersten Vorwurf — hast du nicht gesehn! — auf einmal ein Verteidigungsmittel zu machen! Das nenne ich, den Gegner verblüffen. Was für kluge Leute die Kirche doch hat!

Ein kleiner unscheinbarer Mangel bloß ist es, der dieser genialen Taktik nachzusagen wäre. Die Kirche besinnt sich darauf, daß sie „eigentlich" die Kirche Jesu ja gar nicht ist, nämlich stets nur dann, wenn nachträglich einmal vor irgendwelchen offenkundigen Entgleisungen die Rede ist, die sie begangen hat. Diese Entgleisungen selbst aber begeht sie immer mit der ganzen Autorität der unsichtbaren Kirche (die sie doch eingestandenermaßen nicht ist).

Oder wer hätte je gehört, daß sie ihren Abstand von der wahren Kirche Jesu irgendwann einmal betont hätte, wenn sie die Waffen segnete, wenn sie gegen die Fürstenenteignung Stellung nahm, wenn sie Staatsbeihülfen einklagte, die auch Freireligiöse mit bezahlen dürfen, wenn sie durch den Gerichtsvollzieher ihre Steuerrechnung präsentieren ließ, wenn sie Gewissenszwang ausübte, indem sie Lehrer bei Gefahr des Verlustes ihrer Stellung nötigte, ihre Austrittserklärung zurückzunehmen, wenn sie, um den Pastorennachwuchs zu sichern, verkündete, sie werde diejenigen Abiturienten der höheren Schulen, die den „Herzenswunsch" hätten, Theologie zu studieren, mit reichlichen Geldmitteln unterstützen?

Nein, in diesen und unzähligen andern Fällen hat die Kirche stets das ganze Ansehen der unsichtbaren Kirche für sich ausgebeutet. Was nützt es unter diesen Verhältnissen, daß sie hinterher nun erklärt, das seien alles Fehlgriffe gewesen, die allein der sichtbaren Kirche zur Last fielen? Die sichtbare Kirche — das ist ja eben sie selbst! Ihre Verwahrung würde nur dann vielleicht etwas nützen, wenn sie irgendeine Sicherheit dafür zu geben vermöchte, daß sie solche Fehlgriffe künftig unterlassen werde. Indessen, wie sie mit gottergebenem Achselzucken zugesteht, kann sie eine derartige Bürgschaft ja keineswegs übernehmen.

Ist es dann jedoch nicht das Ratsamste, überhaupt nicht mehr auf sie zu hören? Es scheint wirklich an dem. Denn wo gibt es bei einem so beschaffenen Sachverhalt noch ein Mittel, festzustellen, wann die Kirche mit Recht die Autorität Jesu für sich geltend macht und wann nicht?

Doch: „Halt!" ruft hier der Geistliche mit erhobenem Zeigefinger. „Nicht weiter! Dieses Mittel gibt es allerdings. Es ist die heilige Schrift. Sie ermöglicht jederzeit die Feststellung, ob die Kirche recht hat oder nicht."

Ausgezeichnet! Aber dieses Mittel hätte man ja wohl auch ohne die Kirche. Und die Kirche, die sich offenkundigerweise beständig irrt, wäre demnach das fünfte Rad am Wagen. Sie nützte der wahren, der unsichtbaren Kirche nicht nur nicht, sondern sie schadete ihr sogar gröblich, indem sie durch ihre teils berechtigten, teils auch sehr unberechtigten Kundgebungen fortwährend öffentliche Verwirrung stiftete. Ist's nicht so?

Also fort mit ihr! — muß das nicht wirklich die Schlußfolgerung gerade des religiösen Menschen sein, der an der „unsichtbaren Kirche" hängt? Wer soll denn einem Vertreter noch Glauben schenken, dessen Verlautbarungen von seinem angeblichen Auftraggeber immer wieder dementiert werden? Muß nicht schließlich auch der Harmloseste, durch solche Erfahrungen vor den Kopf gestoßen, auf den Gedanken

Die akademische Gefahr

Das Maß, in welchem Akademiker, also von Haus aus Theoretiker, Einfluß auf das öffentliche Leben Deutschlands gewinnen, birgt Gefahren. Vielleicht ist es sogar ein Merkmal unseres rasch voranschreitenden politischen Verfalles.

In den Wahlkörperschaften, gleich ob Reichs- oder Landtag oder Stadtverordnetenversammlung, sind die Sprecher und Vertreter der Parteien fast stets rechts- oder staatswissenschaftlich Vorgebildete. Angehörige der rein praktischen Berufe, der Arbeiter-, Bauern-, Händler- und Handwerkerschaft, kommen schon deswegen nicht zu Wort, weil sie kaum vorhanden sind. In unseren Parlamenten ist der „Mann aus dem Volke" eine fast unbekannte Erscheinung. Gesetze, von einer rein theoretisch gebildeten Ministerialbürokratie vorbereitet, von Akademikern auf Ministersesseln vertreten, von Rechtsanwälten und Syndicis durchberaten, mögen einen hohen Grad formaler Vollkommenheit erreichen, gehen aber vielfach an den Bedürfnissen und Erfahrungen der Tagesarbeit vorbei. Zwei große Staatsmänner der Neuzeit, Stein und Bismarck, haben eindringlich die Notwendigkeit betont, die Bedürfnisfrage einer Gesetzesvorlage sorgfältig zu prüfen.

Keine der unzähligen Wirtschaftsverbände, Handelskammern, überflüssigen Lokalorganisationen, kein betriebsamer Geselligkeitsverein glaubt ohne den Syndicus, den akademisch vorgebildeten „Fach"-Berater auskommen zu können. Dieses Neben- und Gegeneinander von Organisation und Uberorganisation mit Statuten, Ausschüssen, Tagungen und Rundschreiben, in denen stets das gleiche behandelt wird, bedeutet in Wahrheit eine erhebliche Belastung der Wirtschaft. Schon wegen der Beitragspflichten, mehr aber noch, weil der Zweck zahlreicher Organisationen sich in der Bekämpfung der Gegenorganisation erschöpft, wodurch unnötige, sachlich nicht gerechttertigte Schärfen in die Auseinandersetzungen getragen werden. Grundgedanken gehen darüber verloren, Gemeinsamkeiten werden zerpflückt. Zeigt sich irgendwo das kleinste Sonderinteresse — flugs entsteht ein neuer Verein zur Wahrung mikroskopisch nachweisbarer Absonderlichkeiten. Und an der Spitze steht ein akademisch gebildeter Syndicus.

Der akademische Fimmel hat bereits groteske Formen angenommen. Ein Vortrag über die Müllabfuhr ist ohne den fachkundigen Herrn Doktor kaum mehr möglich. Im Rundfunk äußert sich Herr Dipl. agrar. Dr. X. über die Verwertung von Stroh, Fräulein Dr. rer. pol. et Dr. med. Y. über die Arten der Zimmerentlüftung. Ein Zeitungsartikel findet den Weg zur Spitze nur dann, wenn er von einem Dr. h. c., Ministerialdirektor oder gar einem Minister a. D. geschrieben ist.

Ebenso betrüblich freilich ist die Angelegenheit von der Kehrseite betrachtet. Der Akademiker kann nicht mehr, wie seine Berufung lautet (daher der Name Universität), zum Ganzen streben. Sein Mißbrauch zu Bagatellen ist kein Spezialistentum. In einen ganz gewöhnlichen Schirm teilen sich drei Verbände: für Schirmstöcke, für Furnituren und für Bespannung. Jeder der drei Syndici plagt sich im Schweiße seines Angesichts, die „Berufsbelange" zu vertreten. Deutsche Gründlichkeit oder . . . ? Dafür hat also einer drei bis vier Examina gemacht, kennt die Wirtschaftsgeschichte der Welt, weiß in den einschlägigen Gesetzbüchern gründlich Bescheid, daß er in den reifsten Jahren und bei höchster geistiger Leistungsfähigkeit tagaus, tagein die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schirmstöcke energisch zu vertreten hat. Darüber ergehen lange Denkschriften und Eingaben an die Ministerien und gesetzgebende Körperschaften. Alle diese Leute werden nicht nach ihren Leistungen, sondern nach ihrer Vorbildung bezahlt.

Etwas über die Entziehung wertvollen Nachwuchses aus rein praktischen Berufen, über das Anwachsen des akademischen Proletariats, über die seelische Verwesung deutscher Führerschaft hinzuzufügen, erübrigt sich. Und das Empfinden des Volkes ist so undemokratisch, daß es diese akademische Gefahr gar nicht erkennt. L. H. Schmidts

---

Reichsfinanzminister Dietrich hat auf der „Dreikönigsparade" in Stuttgart, dem Parteitag der demokratischen Partei, einen Vorschlag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gemacht: ein Teil des Geldes, das als Unterstützung für Arbeitslose und Wohlfahrtserwerbslose ausgegeben wird, soll an Industrien, die Arbeitslose einstellen, als Lohnbeitrag ausbezahlt werden, damit die Produktion vermehrt und verbilligt werden kann.

Verletzte Gefühle

In der Strafanstalt Celle ist in den Weihnachtsfeiertagen für die nichtreligiösen Insassen eine weltliche Feier veranstaltet worden. Der Vortragende hat seinen Ausführungen die Lessingsche Fabel von den drei Ringen zugrunde gelegt und, nachdem er diese vorgetragen hatte, folgendes hinzugefügt: „Der Vater also ist das Vorbild. Für viele ist es der Vater im Himmel. Die, die an ihn glauben, mögen in diesem Glauben leben. Die Wissenschaft hat nicht erwiesen, daß ein gütiger Vater ist, auch nicht die Weltordnung. Wir müssen uns also an Menschen halten, die uns Vorbild sein können: an unsere Angehörigen oder an große Menschen wie Sokrates, Christus, Bruno bis hin zu Menschen der Jetztzeit. Und mitten unter Ihnen sind solche väterlich Gesinnte, die Ihnen Vorbild sein können: unter Ihren Aufsichtsbeamten. Da sehe ich gleich Ihren guten Herrn Oberlehrer. Und dann weiß ich es auch von Ihrem Direktor. Und mit herzlicher Beziehung wiederhole ich die Worte: Wohlan, es eifere jeder seiner unbestochenen, von Vorurteilen freien Liebe nach! Es strebe jeder um die Wette, die Kraft des Steins in seinem Ring an den Tag zu legen."

Dem bei der Feier anwesenden Strafvollzugspräsidenten Muntau, der sehr religiös veranlagt sein soll, gingen diese Bemerkungen gegen den Strich: er griff mitten im Vortrag ein und bezeichnete das Gehörte als das Schlimmste, was geschehen konnte: es sei das letzte herausgerissen worden, was noch in den Herzen sei.

Daraufhin gab es unter den Gefangenen einen großen Tumult; nur die Verehrung gegenüber dem Direktor der Strafanstalt hielt sie vor handgreiflicherem Ausdruck ihrer empörten Gefühle zurück.

Wie die „Rote Fahne" zu berichten weiß, hat der Strafanstaltsdirektor inzwischen vom preußischen Justizministerium einen Rüffel bekommen: der Herr Präsident Muntau habe sich mit Recht in seinen religiösen Gefühlen verletzt gefühlt. Wo die Berechtigung dazu liegen soll, ist allerdings nicht ganz klar; auf jeden Fall ist die Erregung der Gefangenen über das taktlose Vorgehen des Herrn Präsidenten verständlicher. Er wußte, daß es sich um eine Feier für Nichtreligiöse handelte, und durfte deshalb, weil ihm die ganze Richtung nicht paßte, nicht einfach einen beträchtlichen Teil der Gefangenen um die erwartete Festfreude bringen.

Sein Vorgehen war mehr als taktlos, und er kann von Glück sagen, daß nicht dem einen oder andern der Gefangenen der Gaul ganz durchging. Wahrscheinlich hätte man dies an manchen Stellen nicht mal ungern geehen, denn dann hätte man, fix wie man ist, sicherlich die „sittlich verrohende Wirkung" solcher Veranstaltungen konstatiert und damit Gelegenheit gehabt, den wenigen fortschrittlichen Strafvollzugsbeamten in die Arme zu fallen. Leichten Stand haben sie sowieso nicht. M.

Günstige Mischungen

Auf dem Gautag der Nazis in Berlin hat ein Herr Konopath einen Vortrag über Rassenprobleme gehalten. Die anwesenden Parteigenossen beurteilte er folgendermaßen:

„Ich habe mir am Eingang vorhin die Pgg. angesehen, rein nordisch ist wohl keiner von uns, wenn auch einige gute Typen darunter sind. Es ist nicht ausschlaggebend, ob einer nordisch aussieht, sondern ob er nordisch lebt, obwohl ich bei einem nordischen Menschen eine viel größere Garantie für seine Handlungen habe. Aber selbst Mischungen können manchmal zum Guten sein, z. B. unser Dr. Goebbels. Ich habe ihm gesagt, er ist mittelmeerländischer Abstammung, was er selbst für möglich hält, und deshalb will er eine Ahnentafel aufstellen."

Hoffentlich sind die mittelmeerländischen Vorfahren nicht zu minderwertig.

Ins dritte Reich

Ein „Großdeutscher Lehrspielverlag" hat für die Nazi ein Würfelspiel herausgebracht, das den dornenvollen Weg ins Dritte Reich darstellt. Nr. 1 ist die „Wallstreet", aus deren Krallen man nur durch den geschickten Wurf einer 2 sich zu befreien vermag. Auf Nr. 10 leidet der Spieler „zu sehr an der Humanität" und muß von vorne beginnen. Auf Nr. 19 befindet er sich in den Händen der Juden und verfällt der Zinsknechtschaft in Gestalt von 5 Spielpfennigen. Nr. 27 ruft laut „Deutschland erwache!", Nr. 49 wird von Marxisten überfallen und muß verwundet zurück. Auf Nr. 50 hat der Spieler das Ziel erreicht und ruft: „Heil Hitler!"

Heil! Und Glück auf den Weg!

Geld stinkt nicht

Auf den ersten Seiten des Hugenbergschen „Berliner Lokalanzeigers" wird Tag für Tag gegen die Bolschewisierung der deutschen Moral getobt. Die unmöglichsten Anlässe veranlassen das Blatt, darauf hinzuweisen, daß der Marxismus mit seinen freien Ansichten über Sittlichkeit, Ehe, Keuschheit usw. an allem schuld sei. Wenn man aber in den Teil des Blattes hineinsieht, wo nicht die schlechte Politik, sondern das gute Geschäft gemacht wird: in den Inseratenteil, dann entrollt sich da ein merkwürdiges Leben und Treiben.

Da werden spaltenlang und in hundert Variationen Ausgehpartner und Ausgehpartnerinnen gesucht: zwecks Spaziergängen, zwecks Tanz, zwecks Theaterbesuch, zwecks Rudersport, zwecks Segelsport, zwecks Reitsport, zwecks Skisport. Da möchte eine kastanienbraune Dame besserem stattlichem Herrn Autopartnerin sein, da sucht ein Autobesitzer junge hübsche Tanzpartnerin, da sucht eine Hellblondine Ausgehpartner (möglichst Autobesitzer), da wünscht ein Kaufmann, 35jährig, eine korpulente Dame zwecks Ausflügen, da wünscht eine 18jährige Dame, 1,68, gebildeten Tanzpartner, da sehnt sich ein Sportsegler nach Mitseglerin und Frohnatur aus guter Kaufmannsfamilie, da werden Sportkameraden über Weihnachten angeboten und verlangt, lebenbejahende Reisepartnerinnen (Konfession Nebensache), vollschlanke Damen mit Herzensbildung nebst netten, lieben oder patenten Kerlchen. Auch allerlei junge Männer werden von ebensolchen gesucht.

Daß Absicht und Erfolg derartiger Inserate nur zu einem dürftigen Prozentsatz den in den deutschnationalen Leitartikeln geforderten Moralmaximen entspricht, dürfte selbst harmlosen Zeitgenossen klar sein. Aber das spielt natürlich keine Rolle, wenn man mit dieser andern Hand, die solchen Dingen Vorschub leistet, solch schönes Geld verdient.

*

Das christlichkatholische „Deutsche Volksblatt" (Stuttgart) hat neulich seinen Lesern einen umfangreichen Artikel dargeboten, in dem Herr Grauaug vom Stuttgarter Friedrichsbautheater anläßlich seines 30jährigen Varietédirektor-Jubiläums herzlichst gefeiert wird. Z. B. mit solchen Worten: „Fingerspitzengefühl für die varietistische Nuance, geschickteste Auslese, kompositorischer Sinn, hohes Niveau, Programme, die die ganzen 30 Jahre hindurch fast ohne Ausnahme internationale Spitzenleistungen darstellten."

Nun weiß natürlich das fromme Blatt sehr wohl, welche Masse von spärlich bekleideten Revuegirls und Tänzerinnen (unter vielen andern Josefine Baker, die verruchte Negerin, oder Bella Siris, die nackte Schwedin) in diesen drei Jahrzehnten über die Bretter des Friedrichsbaus getanzt sind; es ist ihm genau bekannt, wieviele Komiker hier schon Witze gemacht haben, die vom Standpunkt der christkatholischen Moral aus mit tiefster Entrüstung abgelehnt werden mußten; es erinnert sich auch an allerlei Revuen, Schwänke und Zeitstücke (Abtreibung, Ehebruch u. ä. betreffend), in denen man keineswegs so wollte wie die Geistlichkeit — aber wenn's Inserate und Freikarten gibt . . . siehe oben! R. R.

Gegen Bezahlung

Die sozialdemokratische „Schwäbische Volkszeitung" in Augsburg bringt in ihrer Nummer vom 31. Dezember 1930 einen Artikel „Die Prinzessin von Ahlfeld", in dem sie Friedrich den Großen als Abkömmling einer französischen Maitresse brandmarkt und aus dieser Abstammung die undeutsche Gesinnung Friedrichs erklärt.

Im Anzeigenteil der gleichen Nummer liest man in einem Rieseninserat für den Hugenberg-Film „Das Flötenkonzert von Sanssouci" u. a.: „Der große historische deutsche Tonfilm, der in grandiosen Ausmaßen inszeniert ist und Friedericus Rex, den Unvergeßlichen, als König, Feldherrn und Menschen würdigt . . . Wirbelndes, atemberaubendes Geschehen, voll von Königsworten und Frauenlachen, von Liebe und Reiterbravour, von Herzens- und Soldatendienst."

Der Mut gegenüber S. M. dem inserierenden Geldsack und S. M. dem Leser ist eben nicht so groß wie der republikanische Stolz vor einem (umgestürzten) Königsthron.

Die Presse, wie sie heute ist, ist der Prellbock, an dem jeder Fortschritt, jede Wahrheit, jede Erkenntnis, jede Befreiung scheitern müssen. Hans v. Weber im „Zwiebelfisch"

Ich weiß nicht, aber mich dünkt, wenn Despotismus und Sklaverei zusammenkommen, so hört man deutsche Worte und sieht man deutsche Geduld. Heinrich Heine

---

kommen, daß hier mit dem Heiligsten ein unsauberes Spiel gespielt, daß seine Vertrauensseligkeit durch einen andauernden Standpunktwechsel auf das empörendste mißbraucht wird? „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht."

Nein, ich glaube auch an die unsichtbare Kirche, aber ich glaube nicht, daß die sichtbare irgend mehr mit ihr zu tun hat als der Konsumverein. Und wenn sie dennoch durch ihr ganzes Auftreten darauf Anspruch erhebt, diesen Anspruch gelegentlich aber, sobald sie nämlich darauf festgelegt werden soll, wieder leugnet, dann ist das nicht mehr und nicht weniger als heuchlerische Doppelzüngigkeit, geboren nicht etwa aus christlicher Demut, sondern aus Scheu vor der Verantwortung, — aus der Furcht zugleich, sich bessern zu müssen und aus dem unbewußten Gefühl, sich doch nicht bessern zu können.

Jener Schneider bei Andersen ist ein Hochstapler, ohne Zweifel! Was aber ist dann die Kirche? Ich lasse die Frage offen. Sonst kommt mir die Kirche mit dem einzigen wirksamen Argument, über das sie zu verfügen pflegt, wenn man ihr ernsthaft ins Gewissen redet: mit dem Staatsanwalt.

Christliche Mast- und Stopfanstalten

Ein Mensch wird Tag um Tag magerer; er zehrt aus. Was kann das sein? Er leidet doch keine Not. „Nein, ganz gewiß," sagt der Arzt, „davon kommt es nicht; es kommt gerade von seinem Essen: er speist zur Unzeit, speist ohne hungrig zu sein, braucht Reizmittel um ein bißchen Eßlust hervorzurufen; und auf die Weise vernichtet er seine Verdauung und schwindet hin, wie wenn er Not litte."

So auch in der Religion. Das Verderblichste von allem ist, ein Bedürfnis zu befriedigen, das noch gar nicht gefühlt wird, das Bedürfnis nicht abzuwarten, sondern ihm zuvorzukommen, ja sogar durch Reizmittel etwas hervorbringen zu wollen, das für ein Bedürfnis gelten und dann befriedigt werden soll. O, das ist empörend! Und doch tut man das auf dem religiösen Gebiet, und dadurch betrügt man die Leute um das, was ihres Lebens Gehalt sein sollte, und hilft ihnen, das Leben zu verspielen.

Denn dazu dient die ganze Maschinerie mit einer Staatskirche und tausend Staatsbeamten. Da wird unter dem Titel der Seelsorge der Mensch um das Höchste im Leben betrogen: darum, daß die Bekümmerung um sich selbst, das Bedürfnis entstünde, das dann gewiß auch einen Lehrer, einen Pfarrer nach seinem Sinn fände. Darin nämlich, daß dieses Bedürfnis in dem Menschen entsteht, liegt die höchste Bedeutung des Lebens. Jetzt aber kann dieses Bedürfnis gar nicht entstehen; denn dadurch, daß es lange ehe es entstand befriedigt wird, dadurch wird seine Entstehung verhindert. Und das soll die Fortsetzung des Werks sein, welches der Erlöser des Menschengeschlechts vollbrachte? — Das, daß man das Menschengeschlecht in dieser Weise verhunzt — und warum? Darum, weil nun einmal so und so viele Staatsbeamte da sind, die mit Familie unter dem Titel — „Seelsorger" davon leben sollen! Kierkegaard

Hakenkreuz-Christentum

Der „Christliche Volksdienst", das Wochenblatt des Christlichsozialen Volksdienstes, charakterisiert in seiner letzten Nummer das bedenkenlose Liebäugeln evangelisch-kirchlicher Kreise mit dem Nationalsozialismus u. a. folgendermaßen:

„Ist es nicht ein Jammer, sehen zu müssen, wie junge und alte Theologen der evangelischen Kirche scharenweise zum Nationalsozialismus überlaufen, wie die Christlichen Vereine Junger Männer die fettesten Domänen für die politische Zellenbildung der Hitlerleute sind, wie auch Führer von Gemeinschaften und Blätter der Tagespresse, ja christliche Tageszeitungen, wie z. B. der „Aufwärts", mit dieser Bewegung mehr oder weniger offen (der „Aufwärts" z. B. läßt an Offenheit nichts zu wünschen übrig!) liebäugeln?

. . . Ist es nicht unsäglich betrüblich, daß man zwar — und mit Recht — gegen Unchristliches im Sozialismus und Kommunismus zu Felde zieht, — aber ähnliche Erscheinungen im „nationalen" Lager mit dem Schleier der christlichen Liebe überdeckt?

Eine Kirche, eine christliche Gemeinde, die nicht mehr den Mut zum Zeugnis hat, ist zum Untergang verurteilt. Die evangelische Kirche wird gut tun, daran zu denken, daß der Nationalsozialismus für seine Anhänger ebenso sehr Religionsersatz ist wie der Sozialismus für die seinigen. Die „Christlichen Vereine Junger Männer" werden es jetzt schon spüren, daß das Hauptinteresse vieler ihrer Mitglieder nicht mehr in erster Linie der Bibel, sondern dem „Völkischen Beobachter" gilt, und daß viele Vereine zu politischen Debattierklubs und Agitationszirkeln für die Hitlerbewegung geworden sind."

Literatur

Im Namen der Sowjets. Aus Moskauer Gerichtsakten. Von Matwey Liebermann. Malik-Verlag, Berlin W 50. Kart. 2,80 Mark, geb. 4,80 Mark. — Man bekommt hier Material aus bemerkenswerten Moskauer Kriminalprozessen. Das ist zu begrüssen, denn die Frage, wie sich nun eigentlich in Rußland neben der Umgestaltung des wirtschaftlichen Apparates die gesinnungsmäßige Wandlung der Menschen vollziehe, scheint in gewisser Hinsicht wichtiger als die, wie weit der Fünfjahresplan erfüllt wird. Institutionen sind immer leichter zu ändern als Gesinnungen und Sitten, und aufgepfropfte parteipolitische Anschauungen erfahren durch das Alltagsleben manchmal nicht unwesentliche Korrektionen. Die hier der Öffentlichkeit unterbreiteten sieben Fälle hängen mehr oder weniger mit der Geschlechtsmoral im sozialistischen Staat zusammen, und der Hauptfall „Der Mord an der Mrawina" zeigt gleich mit aller Deutlichkeit, daß jener „Sexualbolschewismus", mit dem man in sämtlichen reaktionär-christlichen Lagern Europas krebsen geht, da und dort vielleicht in wirren Köpfen und bei hemmungslosen Triebnaturen spuken mag, daß er aber — selbstverständlich — vom bewußten sozialistischen Streben energisch abgelehnt und bekämpft wird. Die übrigen Fälle zeigen u. a. das Männchen, das seine Frau als Eigentum und willenlose Sklavin betrachtet und auf ihr ehrliches Geständnis, daß sie ihn nicht mehr liebe, mit einem Mord an ihr und an ihrem Geliebten antwortet; zeigen den Hörigen, der um einer überspannten Frau willen sich zu riesigen Unterschlagungen treiben läßt, nur um ihr eine schauspielerische Karriere zu ermöglichen; zeigen einen Schüler der Kriegsakademie und künftigen Führer der roten Armee, der im Liebeskonflikt zum Duell, diesem Überbleibsel einer feudalen Epoche, seine Zuflucht nimmt, um im Zweikampf seine verletzte „Ehre" reinzuwaschen. Bei allen diesen Prozessen ist das zielbewußte Streben der Sowjetunion spürbar, sich gegen eine solche „ideologische Reaktion", gegen derartige „Gefühle von gestern" und ihre Auswirkungen zu schützen, das Verhältnis der Geschlechter zu einander gerader, offener und verantwortungsbewußter zu gestalten: vom Kommunisten wird verlangt, daß er auch hier wie in jeder anderen beliebigen Lage so handle, wie es das Programm der Partei vorschreibt. Das wird gerade auf diesem Gebiete seine Schwierigkeiten haben, denn die Triebe entziehen sich gerne der Korrektion durch die Vernunft, aber daß hier Wandlungen vor sich gehen und daß energisch darauf hingearbeitet wird, zeigt dieses Buch deutlich. M

Das verlorene Paradies

In der unteren Donau, nicht weit von Orschowa, liegt unter vielen Inseln eine namens Ada Kaleh. Sie ist etwa tausend Meter lang und vierhundert Meter breit; ihr Name ist türkisch und bedeutet so viel wie Inselfestung.

Die Insel ist nämlich im Jahr 1718 von den Türken als Grenzfestung gegen Ungarn ausgebaut worden. Das linke Donauufer gehörte Ungarn, das rechte war damals türkisch. Auf Ada Kaleh lag eine starke türkische Garnison, und da die Soldaten zum großen Teil Familien hatten und Handwerker und Kaufleute sich niederließen, so entstand im Lauf des 18. Jahrhunderts eine türkische Stadt mit Marktplatz, Basar, Moscheen und Minaretts.

Im 19. Jahrhundert löste sich Serbien vom türkischen Reich und wurde selbständig, wenn auch zunächst noch unter türkischer Oberherrschaft. Die Türken gaben die Festung in der Donau auf, zogen die Garnison zurück und überließen die Insel samt ihren inzwischen über tausend Einwohnern ihrem Schicksal.

Dieses Schicksal zeigte sich äußerst gnädig. Als nämlich der Berliner Kongreß (1878) die Grenzen auf dem Balkan festlegte, vergaßen die Herren die Insel Ada Kaleh. Sie hätte sie wahrscheinlich sonst einiges Kopfzerbrechen gekostet. Da sie dem linken Donauufer näher liegt, hätte sie eigentlich ungarisch werden müssen; aber die Bewohner waren doch waschechte Türken und fromme Moslemin und paßten deshalb schlecht nach Ungarn.

Von 1878 bis 1914 gehörte die Insel also niemand. Links war Ungarn, rechts Serbien, und die Türkei, die formell Hoheitsrechte über das Stück Land besaß, war weit, weit weg und kümmerte sich nicht darum. Die Bewohner von Ada Kaleh waren darob nicht böse. Im Gegenteil, sie fühlten sich pudelwohl. Niemand tat ihnen etwas zuleide, sie zahlten keine Steuern, dienten in keiner Armee und konnten nach beiden Ufern des Stromes einen einträglichen Schmuggelhandel betreiben, da sie zu keinem Zollgebiet gehörten.

Die österreich-ungarische Monarchie setzte schließlich ein paar Soldaten auf die Insel, aber ohne daß sie jemand gestört hätten. Erst zu Beginn des Krieges wurde sie von Österreich-Ungarn okkupiert. Über den Krieg war Ada Kaleh also ungarisch; und der Pariser Kongreß, der den großen europäischen Krieg liquidierte, war pünktlicher als 40 Jahre vorher der Berliner. Er sprach das Gebiet von Ada Kaleh Rumänien zu.

Jetzt müssen seine Bewohner Steuern zahlen, die Männer werden zum Militär geholt, und Handel und Wandel liegen darnieder, denn mit dem Schmuggel ist's aus und vorbei.

Das Glück von Ada Kaleh ist zerstört. Die Moscheen, in denen für den Sultan gebetet wurde, der so angenehm ferne war, zerfallen, die Häuser und Gärten sind verwahrlost. Viele Bewohner sind in ihr nie gekanntes „Vaterland", die Türkei, ausgewandert, wo es ihnen vermutlich nicht gerade glänzend gehen wird.

Kazenwadel

Militärfilme

Das langsam abebbende Entrüstungsgeschrei über den Remarquefilm wird übertönt durch das begeisterte Quitschen über die augenblicklich laufenden Militärfilme. Der kritiklose Dienstbotengeist eines großen Teils unseres Volkes könnte nicht besser zum Ausdruck kommen als dadurch, daß man die Stätten heroischen Leidens in Schullesebuchmanier verklärt wünscht und sich lieber zu den dümmsten Darstellungen des Vorkriegsgarnisonslebens flüchtet, als daß man sich endlich einmal Rechenschaft darüber gäbe, welche Rolle einem zu spielen hier wie dort oblag.

In Stuttgart läuft zurzeit der Tonfilm „Drei Tage Mittelarrest". „Wer das Lachen verlernt hat, lernt es wieder!", heißt es in den Ankündigungen, und in der Tat: man scheint schon zu wissen, wo man seine Pappenheimer anzupacken hat. Das Bedürfnis nach Deutschlands Erneuerung trifft sich mit der Empfänglichkeit für einen „Humor", dem das Dümmste immer gerade gut genug ist. Man gewahrt ein Milieu, in dem ein miekriges Kleinstadtbürgertum das unvermeidliche Drum und Dran für eine fabelhafte Garnison darstellt. Das Leben der Muskoten pendelt neckisch zwischen der Kaserne und den diversen Küchen hin und her, und auf Bänken und in zugänglichen Diensbotenkammern entwickelt sich ein forciertes Liebesleben, das ab und zu durch den sachlichen Schrei nach Fourage unterbrochen wird. In den Salons des Bürgertums spinnen sich ebenfalls die Fäden, nur daß hier die kessen Leutnants ihr munteres Spiel treiben, begünstigt durch einen Überfluß an Töchtern und durch die unausrottbare Hochachtung vor schmucken Uniformen.

Was für ein Leben! Das Publikum strampelt vor Vergnügen, wenn die vom bunten Tuch betörten Frauenzimmer serienweise auf dem Standesamt uneheliche Kinder anmelden. Die Hochachtung vor der sich hier offenbarenden völkischen Potenz scheint größer als das Verständnis für den moralischen Koller, von dem der Bürgermeister überfallen wird, weil auch seine Köchin den Gefahren einer deutschen Garnison erlegen ist. Die blöde Hartnäckigkeit, mit der er nach dem verantwortungslosen Verführer fahnden geht, ist willkommener Anlaß, sich immer noch tiefer in die gebotene Materie hineinzuknieen. Wenn da die Köchin die Front abschreitet und verstohlen unter Führung eines martialischen Feldwebels nach dem Vater ihres Kindes äugt, schmatzt das Publikum vor Behagen. Welche Situation durch des seligen Militarismus Fügung!

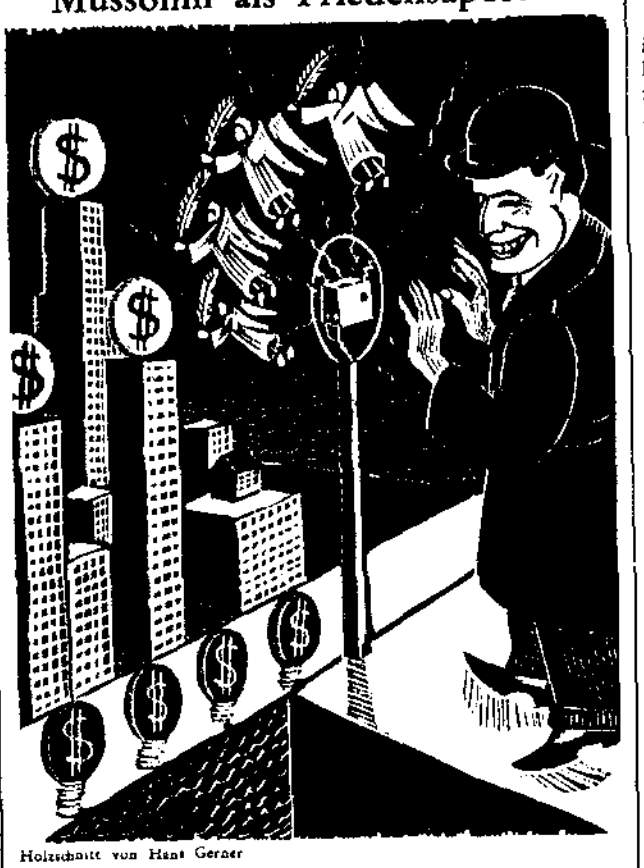
Das vergnügliche Augenzwinkern da oben auf der Leinwand setzt sich im Parkett intensiv fort. Dabei übersieht das leicht getrübte Auge einige Dinge, die peinlich an vergangene Wirklichkeiten erinnern: den anrüchigen Schliff auf dem Kasernenhof, das durch eine forsche Feldwebelvisage notdürftig verbrämte Untermenschentum, den rizinuswütigen Herrn Stabsarzt und einiges andere.

Aber das zu erreichen, ist ja der Zweck der Übung.

oha

Ein Satz aus einem Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig in einem Prozeß des Braunschweiger „Volksfreundes" gegen den Minister des Innern Franzen: „Auf die Berufung des Verfügungsbeklagten wird das Urteil des Landgerichts hier vom 17. Juni 1930 und der Beschluß desselben Gerichts vom 23. Oktober insoweit aufgehoben, als dem Verfügungsbeklagten untersagt ist, in der dort bezeichneten Weise öffentlich zu behaupten oder zu verbreiten, der Verfügungskläger habe den wegen Bannkreisverletzung und Überretung festgenommenen Landwirt Guth, welcher sich der Berliner Polizei gegenüber auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Eisenbahnausweises als preußischer Abgeordneter Lohse bezeichnet hatte, ebenfalls als Lohse reklamiert und unter Hinweis auf die aus der Landtagsabgeordneteneigenschaft folgende Immunität Lohses die Freilassung Guths zu erwirken versucht, also die Polizei irregeführt."

Mussolini als Friedensapostel



Holzschnitt von Hans Gerner

Der jüngste Pazifist?

Am 1. Januar hat Mussolini durch das Mikrofon eine Neujahrsbotschaft an das amerikanische Volk gerichtet. Es war die reinste Friedenspredigt: „Weder ich noch meine Regierung noch das italienische Volk wünschen einen Krieg. Ich habe als einfacher Soldat im Kriege gefochten und weiß, was ein Krieg bedeutet. Die schreckliche Erinnerung an diese Jahre, als eine ganze Generation so vieler Länder in den Krieg zog, kann nicht vergessen werden. Ich selbst wurde ernstlich verwundet. In den Jahren, die seitdem verstrichen sind, habe ich das Panorama der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Folgen des Krieges vor Augen, und zwar nicht nur der Folgen in Italien. Wie kann jemand annehmen, daß ich mit dieser doppelten Erfahrung anders als mit Schrecken an einen Krieg denken könnte! Selbst wenn der Krieg nur zwischen zwei Ländern ausbrechen sollte, so würde er heute unvermeidlich zu einem allgemeinen Kriege werden. Die Kultur würde gefährdet sein. Die Fortschritte der Technik würden den zukünftigen Krieg noch schrecklicher gestalten als den letzten. Die Todesgefahr würde nicht nur auf die Kämpfenden beschränkt sein, sondern die gesamte Bevölkerung wäre der Gefahr ausgesetzt. Italien benötigt den Frieden."

Italien benötigt den Frieden. Aber auch Geld. Denn die finanzielle Lage Italiens ist miserabel; alle Bemühungen Mussolinis, Kredit zu erhalten, sind gescheitert. Die Friedensrede Mussolinis ist nichts als ein nochmaliger Versuch, amerikanische Dollars zur Wanderung über den Atlantischen Ozean zu bewegen.

Ordensersatz

Wie dem „Magazin für die deutschen Angestellten" zu entnehmen ist, hat eine bekannte süddeutsche Firma als Auszeichnung für ihre Angestellten eine Anstecknadel gestiftet; sie wird nach folgenden Gesichtspunkten verliehen:

§ 1. Gruppe 1: Stahlnadel nach einem verflossenen Dienstjahr; Gruppe 2: Silberstahlnadel nach 10 verflossenen Jahren; Gruppe 3: Silbernadel nach 25 verflossenen Jahren; Gruppe 4: Silbernadel für Handelsbevollmächtigte und Reisebeamte; Gruppe 5: Goldsilbernadel für Filialleiter, Prokuristen und Oberingenieure; Gruppe 6: Goldene Nadel für den Vorstand.

§ 2. Die Nadel soll als sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zur Firma . . . immer getragen werden.

Beim Einrücken in eine andere Gruppe wird die vorher getragene Nadel durch die der neuen Gruppe ersetzt; mit dem Erlöschen des Dienstverhältnisses erlischt auch die Berechtigung zum Tragen der Nadel. Jedoch verbleibt die Nadel als Andenken dem Besitzer.

Diese hübsche Einrichtung wird das im übrigen durch Tarifverträge geregelte Verhältnis der Angestellten zur Geschäftsleitung sicher wesentlich verklären.

Das Rizinus-Wunder

Der Pater Cyrillus vom Kloster Ottilien in Oberbayern ist dazu berufen, der Retter der deutschen Landwirtschaft zu werden. Er hat festgestellt, daß fast überall dort, wo über Unglück im Stall (Abmagern, Euterkrankheiten, Verwerfen, Fehlgeburten, Maul- und Klauenseuche usw.) geklagt wurde, unterirdische Wasseradern vorhanden waren, und man stand nicht an, sie in Zusammenhang mit den betrüblichen Erscheinungen zu bringen, ja man glaubte sogar gewisse Erkrankungen der menschlichen Bewohner auf die schädlichen Auswirkungen der unterirdischen Wasserläufe zurückführen zu können.

Aus überquellender Nächstenliebe hat nun Pater Cyrillus einen Apparat konstruiert, mittels dessen den üblen Einflüssen zu begegnen jedermann in der Lage sein soll. Es wird mit einer Wünschelrute festgestellt, ob ein unterirdischer Wasserlauf vorhanden ist, und dann wird an den Stellen, wo das Wasser in den Bereich des Hauses tritt und ihn verläßt, der besagte Apparat eingebaut. Wenn man den zahlreichen Dankschreiben glauben darf, so ist die Wirkung fast durchweg fabelhaft: das Unglück im Stall verschwindet, die Bewohner erfreuen sich einer besseren Gesundheit, ja man will sogar beobachtet haben, daß der Milchertrag auf das drei- bis vierfache gestiegen ist.

Die hilfreichen Klostermänner sollen schon über 5000 Stück von dem segensreichen Apparat verkauft haben. Wahrscheinlich haben sie dabei nebenher ganz hübsch verdient, denn der Apparat ist eine verhältnismäßig einfache Sache: er besteht lediglich aus zwei 20 cm langen und 7 cm breiten Blechbüchsen, die nichts weiter enthalten, als etwas Beton und ¼ Liter Rizinusöl. Leute, die etwas davon verstehen, behaupten, daß der Apparat nichts tauge, aber da über dieses Rizinuswunder so viele Dankschreiben vorliegen und die wunderbare Hilfe aus einem Kloster kommt, werden die Brüder von St. Ottilien sich beim Vertrieb dieses Artikels sicher noch manche Verdienste erwerben.

P.

Wer das Zunftgeheimnis belauert hat, weiß, daß die Pfaffen viel weniger als die Laien den Gott respektieren, den sie zu ihrem eigenen Nutzen nach Willkür aus Brot und Wort zu kneten wissen.

Heinrich Heine

Kleinigkeiten

Weitblickend. Nach einer Mitteilung des „Montag Morgen" soll im Keller der neuen Berliner Reichskanzlei ein großartiger bomben- und gassicherer Unterstand mit allermodernster Panzerung eingebaut worden sein. — Ja, ja: man weiß nicht was noch kommen mag.

Zersetzung der Reichswehr? Im „Militärwochenblatt" berichtet ein Oberleutnant Wagener über die Religiosität in der Reichswehr: „Wir sind dahin gekommen, daß der Kirchgang geschlossener Abteilungen sehr selten geworden ist und nur einzelne Soldaten am Arm der Braut den Weg zum Gottesdienst finden. . . . Nur fünf bis zehn Kirchgänger von einer Truppe finden sich ein. . . . Wir leben in einer Zeit des „Ich-Kultus" und erleben das beginnende „Kulturbolschewikentum". Zur Hebung des Kirchenbesuchs wird dann in der Hauptsache empfohlen, daß der verantwortliche Führer „befehlend" eingreife. — Das ist auch das einfachste.

Erich-Mathilde. In einem Brief an die „Saarbrücker Landes-Zeitung" empfiehlt Ludendorff die religionsfilosofischen Schriften seiner Frau. „Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mich auf den Boden der Deutschen Gotteserkenntnis meiner Frau stelle und das Christentum als unvereinbar mit Deutscher Art ablehne." In den Schriften seiner Frau stehe „das Größte, was seit Kant-Schopenhauer geschrieben ist". — Ist Deutschland ein Irrenhaus?

Du hast so was . . . In den ostpreußischen Lehranstalten bekommen heute noch Schüler aus der Schülerbücherei ein Buch, in dem neben Gedichten auf den Kaiser auch folgendes auf den Kronprinzen steht: „Du hast so was im Auge und hast's im Angesicht, so was vom alten Fritzen, das eigen zu uns spricht. Hinein in Schlachtengloriel Wohlauf zum Heldenritt! Des ganzen Volkes Liebe zieht rauschend mit dir mit!" — Wie wär's mit einem Kronprinzenfilm, Herr Hugenberg?

Noch zu wenig gelogen. Der unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes zustande gekommene Film „Juli 1914" ist auf Betreiben desselben Ministeriums verboten worden. In ihm wird nämlich die Kriegsschuld hundertprozentig auf Rußland geschoben, so daß für Frankreich und England gar nichts mehr übrig bleibt. Nach Ansicht des A. A. könnte dadurch das Ansehen Deutschlands gefährdet werden. Unschuldig am Krieg waren nämlich nur Deutschland und Österreich-Ungarn. — Aber jewiß doch.

Chancen für Offiziere. Im „Militärwochenblatt" ist zu lesen: „. . . Ein Spezialgebiet, das nicht überfüllt ist und in dem wirkliche Könner in Deutschland nicht zahlreich sind, ist die Tätigkeit als Reklametachmann, die dem Offizier die besten Aussichten zu bieten scheint. Sie hat viel Ähnlichkeit mit dem militärischen Beruf." — Vielleicht deshalb, weil beide Berufe in der Masse Bedürfnisse wecken, die kropfunnötig sind?

Lumpen. In einem Befehl des Generalinspekteurs der nationalsozialistischen S. A. an die Gaustürme heißt es: „Bekanntlich kennt der kommende nationalsozialistische Staat keine allgemeine Wehrpflicht im alten Sinne der wilhelminischen Zeit. Die S. A. würden es sich verbitten, wenn dadurch jeder Lump gezwungen werden könnte, unser Ehrenkleid anzuziehen. Die Auslese der Wehrpflichtigen erfolgt durch Wehrrecht." — Die „Lumpen" sind wahrscheinlich ganz damit einverstanden, daß beim nächsten Krieg diejenigen die Köpfe hinhalten, die heute auf ihn hinarbeiten.

Erschröckliche Begebenheit. Das „Stuttgarter Neue Tagblatt" hat seinen Lesern nach Neujahr ein Spezialtelegramm seines Berliner Korrespondenten unterbreitet, wonach beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps in Bukarest der deutsche Gesandte in auffälliger Weise gefehlt habe. Er habe sich eine Stunde später beim König melden lassen, sei aber nicht empfangen worden. Sonst hätte er sagen können, daß auf seiner Einladungskarte statt 12 Uhr 15 als Empfangszeit 13 Uhr 45 gestanden habe. Das Tagblatt nennt das einen „seltsamen diplomatischen Zwischenfall". — In der Tat aufregend, so was.

Wie man's braucht. Über „Weihnachten in Rußland" melden die bürgerlichen Zeitungen: „Die in den letzten Tagen aus Sowjetrußland eingelautenen Nachrichten lassen trotz aller anderslautenden offiziösen Meldungen erkennen, daß in den meisten Städten der Sowjetunion am Weihnachtsabend und während der Feiertage die Kirchen überfüllt waren." — Und wir gläubigen Leser der bürgerlichen Presse haben bis jetzt gemeint, die meisten Kirchen in Rußland seien geschlossen und Kirchenbesuch sei nur unter Lebensgefahr möglich.

Pech. Der Mechaniker Watts, der bei der Katastrophe des englischen Luftschiffes „R 101" mit dem Leben davonkam, ist bei einem Motorradunfall tödlich verunglückt.

Modernes Christentum. Sportnachricht im „Progreß", Caldwell, New Jersey: „Die Gesellschaft für Indirekte Christliche Bestrebungen hat am Dienstagnachmittag ein neuartiges Golfmatch auf dem Golfplatz von Mr. R. Pettitt, Fairfield Avenue, abgehalten. Jeder Spieler, der den Ball in ein Loch trieb, mußte dabei einen Bibelspruch zitieren oder einen Choral anstimmen. Bei dem neun-

Nur keine Panik. Der württembergische Kirchenpräsident hat zum Neuen Jahr die Losung erlassen: „Nicht Schönfärberei, aber auch nicht Panik, sondern Treue." Er wendet sich u. a. gegen einen unnötigen Zweckpessimismus und meint: „Wollen wir nicht zuerst einmal dankbar feststellen, daß wir uns einer sehr viel besseren Lebenshaltung erfreuen als in den Tagen der Hungerblockade?" — Wenn einer nicht gerade Festbesoldeter der Kirche ist, kann ihm das unter Umständen schwer fallen.

Adressen gesucht. Es liegen einige hundert ältere Nummern der S.-Z. auf der Redaktion. Ich bitte um Adressen, an die ich sie als Probenummern verschicken kann.

Wer weiß eine deutschsprechende Person oder Familie in Frankreich, bei der ein deutscher Pazifist im Frühjahr einige Zeit (gegen Bezahlung) wohnen kann? Franz Schafhausen, Hildesheim, Almsstraße 15.

Deutsche Friedensgesellschaft. General von Schoenaich spricht am 12. Januar in Vaihingen/Fildern (Turnhalle), am 13. in Fellbach („Adler", Cannstatter Straße), am 14. in Cannstatt („Schwabenbräu"), am 15. in Zuffenhausen („Kirchtal"), am 16. in Waiblingen („Adler"), am 17. in Plochingen, am 18. in Groß-Eislingen. Thema: „Vom preußischen General zum Pazifisten und Republikaner."

Karlsruhe. Leser der S.-Z. treffen sich am 17. Januar, 20 Uhr, im Jagdzimmer des Friedrichhofes, Karl-Friedrich-Str. 28. (Fortsetzung des Themas: Fünfjahresplan.)

Stuttgart. Am Samstag, 17. Januar, 20 Uhr, Familienabend der Ortsgruppe Stuttgart des Bundes der Kriegsgegner (Deutsche Friedensgesellschaft) im Bürgermuseum, Lange Straße 4 B. Gesinnungsfreunde willkommen.

Im Café Marstall, Stuttgart, Königstraße 1, liegt von heute an die Sonntags-Zeitung auf.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 31), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 5

Stuttgart, 18. Januar 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 3

Das „Reich"

Der 18. Januar, der Tag der Gründung des „zweiten" Reiches, das, wie man meinen sollte, am 9. November 1918 sein Ende gefunden hat, ist seit dem Bestehen der deutschen Republik nur inoffiziell, von Studenten und Offizieren, gefeiert worden. In diesem Jahr wird er zum erstenmal von der Reichsregierung und einzelnen Landesregierungen zwar „einfach und würdig", aber doch offiziell begangen.

Auch ein Zeichen der Zeit. Wieder ein Schritt weiter auf dem Kreisbogen nach rückwärts, der allmählich in das „dritte" Reich einmünden soll.

Den ersten Schritt auf diesem Wege haben schon die Herren „Revolutionäre" selber getan, als sie 1918 die deutschen Bundesstaaten nicht liquidierten, sondern als Fundament willkommener Thronsitze in all ihrer Zufälligkeit und mittelalterlichen Rückständigkeit weiterbestehen ließen. Den zweiten tat die Nationalversammlung, als sie mit ihrer Halb und Halb-Verfassung diese Unterlassungssünde sanktionierte, als sie die Flagge mit der Gösch einführte und den Namen „Deutsches Reich" wieder aufnahm. (Gerade die Demokraten, die Enkel der Achtundvierziger, waren es, die aus einer echt deutschen Mischung von Sentimentalität und Größenwahn heraus damals den alten Namen retten zu müssen glaubten.) Die weiteren Stationen — wie innerdeutsche Feldzüge der Reichswehr, Ruhrkrieg, Wahl Hindenburgs zum Präsidenten, Fürstenabfindung, Aufblähung des Heeresetats, Pazifistenhetze, und so fort bis zu den Septemberwahlen und dem Verbot des Remarquefilms — mag ein späterer Geschichtsschreiber einmal zusammenstellen.

Deutschland ist überhaupt noch nie ein „Reich" gewesen und wird nie eines werden. Schon das „erste" Reich, von Karl bis Franz, von 800 bis 1806, vom Papst gegründet und vom Kaiser der Franzosen mit einem Fußtritt beseitigt, war eine höchst zweifelhafte Namensverlängerung eines untergegangenen wirklichen Reiches, des römischen, gewesen. Das „zweite" Reich, das preußisch-deutsche, hat sich törichterweise berufen gefühlt, dem britischen Reich seine Krone zu entreißen. Es ist an diesem überheblichen Wahn, der seiner Bestimmung und Eigenart widersprach, zu Grunde gegangen. Aber, o Tragikomödie: die leere Hülse ist noch da, und in ihr wollen die Leute, die nichts lernen und nichts vergessen können, nun bald das „dritte" Reich errichten, die geradlinige Fortsetzung des zweiten.

Deshalb feiern sie den Tag der Kaiserkrönung in Versailles und bemühen sich, den 9. November totzuschweigen. Da die Weimarer Verfassung mit den Worten „Das Deutsche Reich" beginnt, so scheint den braven deutschen Republikanern hiebei alles in Ordnung.

Nur das Ausland schüttelt ein wenig den Kopf und hat sich das wahrscheinlich meist etwas sarkastisch ausgesprochene Fremdwort „Le Reich" oder „The Reich" beigelegt; denn für ein Reich, das gleichzeitig Republik ist, das keinen Kaiser und keine Kolonien mehr hat, aber Versailles feiert, und zwar ohne bei diesem Wort zu erröten, gibt es in seinen Zungen keinen entsprechenden Ausdruck.

Erich Schairer

Zeitungsmeldung: „Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zugeleitet, wonach Veranstaltungen, die aus Anlaß und zu Ehren der 60. Wiederkehr der Reichsgründung stattfinden, der Vergnügungssteuer nicht unterliegen." — Wird auch meistens kein Vergnügen sein.

Vor sechzig Jahren

Aus einem unveröffentlichten Brief von Theobald Kerner (dem Sohn von Justinus Kerner) an den Grafen v. Bentheim: „Weinsberg, 18. Januar 1871. Euer Hochgeboren! Seit ich Ihnen das letztemal schrieb, hat sich so Vieles verändert und so Vieles ist geschehen, was nicht allein ein weiches Dichterherz, nein jedes Menschenherz wehmütig berühren muß: Welche unzählbare Opfer sind dem Moloch Krieg gefallen und wie ist das Leid in mannigfachster Gestalt in Hütte und Palast eingekehrt! Unter denen, die im Felde stehen, las ich auch mehrmals den Namen Bentheim, ist einer Ihrer Söhne oder Verwandten dabei? Von uns sind zwei Verwandte verwundet, die Leiche eines andern kommt morgen aus Frankreich zurück. So ist überall Trauer und wann wird es wieder einen hellen Lichtblick in die Zukunft geben?

Gott hat den Deutschen den Sieg verliehen, möge er den Siegern jetzt auch Mäßigung und Milde verleihen! Den Hohenzollern geht Grazie und Ritterlichkeit vollkommen ab, sie sind die unkultivierten Raubritter. Der Blutweg, den sie gehen, kann nimmermehr zum Heile Deutschlands führen. Das Christentum ist gegenwärtig großen Prüfungen ausgesetzt, die schönsten Lehren von Milde und Versöhnung werden als unnütze hindernde Fraseu auf die Seite gestoßen und verlacht, und unsere protestantischen Geistlichen geben an Blutdurst den Inquisitoren unter Philipp II. nichts nach, ein Autodafé Allen, die nicht in verba magistri Bismarki schwören! ...

Euer Hochgeboren untertänigster Theobald Kerner."

Kleine Chronik

Das Reichswehrministerium hat ein Gutachten abgefaßt, wonach die Übung der Reichsbannerortsgruppe Gera, wegen deren Frick die Ortsgruppe auflösen wollte, keinen Verstoß gegen den Versailler Vertrag darstelle. Der Reichsminister des Innern Wirth hat deshalb seine Zustimmung zur Auflösung der Ortsgruppe nicht gegeben.

Die in Stuttgart erscheinende „Süddeutsche Arbeiterzeitung" ist auf 14 Tage verboten worden, weil die Ausführungen eines Artikels „Volksrevolution gegen fascistische Diktatur" als Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens anzusehen seien.

In Danzig ist eine Rechtsregierung gebildet worden, die auf die Unterstützung der Nationalsozialisten angewiesen ist. Senatspräsident ist ein Deutschnationaler, Dr. Ziehm.

Der Remarque-Film ist auch in Österreich verboten worden, nachdem er einige Tage lang unter starkem Polizeischutz aufgeführt worden war.

Das Wichtigste

Eine Milliarde Defizit

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat mit der Beratung des Reichsetats für 1931/32 begonnen. Reichsfinanzminister Dietrich hat einen Überblick über den Stand der Finanzen gegeben: das Defizit des Jahres 1930/31 betrage 1 Milliarde (100 Millionen Mark mehr als bisher offiziell angenommen); der Voranschlag für 1931, den er mit „gemäßigtem Optimismus" aufgestellt habe, sei ausgeglichen.

Vom Osten nach Genf

Reichskanzler Brüning ist auf seiner Ostreise nicht überall glänzend empfangen worden. Häufig konnte er sehen, wie die demonstrierenden Massen mit dem Gummiknüppel bearbeitet wurden; er hörte die Protestrufe der Nationalsozialisten wie der Kommunisten; er erblickte Aufschriften wie „Tod der Hungerdiktatur!" und ein Bild, in dem er selber am Galgen hing. Vielleicht ist es ganz gut, wenn er auf diese Weise einmal die Stimmung großer Teile des Volkes kennen gelernt hat, aber ein eines Diktators würdiger Triumfzug war seine Ostreise nicht.

Die Reise freilich, die sein Kollege Curtius nach Genf macht, wird noch viel weniger ein Triumfzug werden. Es ist für ihn ja wahrscheinlich sehr angenehm, einmal wieder mit gesitteten Menschen, statt mit deutschen Reichstagsabgeordneten verhandeln zu dürfen, aber was kann er tun, nachdem England, Frankreich und Polen sich schon geeinigt haben, den deutschen Beschwerden über Polen ein stilles Begräbnis zu bereiten und jeder andern Forderung, die Deutschland noch etwa vorbringen könnte, geschlossen entgegenzutreten? Nichts, als die Niederlage einstecken.

Die halbwegs vernünftigen deutschen Linksblätter bereiten das Publikum schonend auf die kommende Niederlage vor, nachdem sie bisher in ängstlichem Wettstreit mit ihren stimmkräftigeren Nachbarn zur Rechten auch mehr oder weniger in „Revisionspolitik" gemacht hatten, was kein Zeichen politischer Klugheit war und mit schuld ist an der peinlichen Lage, in der sich die deutsche Außenpolitik heute befindet. Die nationalistischen Blätter aber haben gute Zeiten: erst bewirken sie durch ihr Geschrei nach Zerreißung des Young-Planes und des Versailler Vertrags, nach Grenzrevision, nach Aufrüstung (womöglich alles auf einmal), daß die übrigen Staaten sich gegen Deutschland zusammenschließen, und treiben durch eben dieses Geschrei die deutsche Regierung in eine Niederlage, — und dann bringt ihnen die außenpolitische Niederlage der Regierung wieder neuen Stoff zur Aufhetzung. In diesem verhängnisvollen Kreislauf werden wir uns solange bewegen, bis er einmal durch eine blutige Belehrung unterbrochen wird. Vielleicht hilft dann die, nachdem die letzte offenbar ohne Wirkung geblieben ist.

Das Ende des Ruhrkampfes

Nach der seit zwei Jahren geltenden Schlichtungsordnung konnte ein staatlicher Schlichter, der in einem Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern zu entscheiden hatte, nur dann einen gültigen Schiedsspruch fällen, wenn er sich einer der beiden Parteien anschloß. In dem Kampf um die Lohnsenkung im Ruhrbergbau, in dem die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne um 8 Prozent verlangten, die Gewerkschaften aber nur eine von 4 Prozent bewilligen wollten, konnte sich der Schlichter nicht entschließen, sich auf die eine oder andere Seite zustellen.

Deshalb hat die Regierung, um es nicht zum Kampf kommen zu lassen, aufgrund von Artikel 48 der Verfassung eine Verordnung erlassen, die bestimmt, „daß im Falle des Scheiterns eines Schlichtungsverfahrens, wenn es das öffentliche Interesse erfordert, ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet werden kann". Der Schlichter kann zwei unparteiische Beisitzer berufen; der Spruch, der von dieser Kommission mit Stimmenmehrheit gefällt wird, kann vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt werden. „Hierdurch soll erreicht werden, daß praktisch stets ein Schiedsspruch gefällt werden kann."

Im Ruhrkonflikt hat eine solche Kommission eine Lohnsenkung von 6 Prozent, rückwirkend ab 1. Januar, beschlossen; der Spruch ist für verbindlich erklärt worden.

*

Die Kommunisten haben am Sonntag, 11. Januar, in Essen eine selbständige kommunistische Bergarbeitergewerkschaft, den „Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands", gegründet und für den folgenden Tag die Parole eines neuen Streiks ausgegeben. Die Belegschaften sind am Montag alle vollzählig eingefahren.

Zweiwochen-Bilanz

(Statt eines Buches „Deutschland von heute")

In den zwei Wochen vom 22. Dezember 1930 bis 4. Januar 1931 sind Zwangssteuern eingeführt worden in: Altona, Tönning, Koblenz, Mannheim, Heidelberg.

In den zwei Wochen vom 22. Dezember 1930 bis 4. Januar 1931 sind Staatskommissare eingesetzt worden in den Gemeinden: Bad Nassau, Braunschweig, Giessen, Bürstadt, Lampartheim (Kreis Worms), Bensheim (Kreis Großgerau), Bielefeld, Harburg-Wilhelmsburg, Wuppertal und in den Städten der Kreise Unterlahn und Koblenz.

In den zwei Wochen vom 22. Dezember 1930 bis 4. Januar 1931 sind durch Schiedssprüche die Löhne gesenkt worden: in der Altmärker Metallindustrie um 5½%, in der Wuppertaler Textilindustrie um 7%, in der Dürener Papierindustrie um 6,5%, im sächsischen Steinkohlenbergbau um 6%, in der badisch-pfälzischen Metallindustrie um 5—6%, in der rheinischen Textilindustrie um 7%, in der Solinger Metallindustrie um 8%, in der westfälischen Zementindustrie um 5—6%, in der Lüdenscheider Metallindustrie um 6%, in der württembergischen Metallindustrie um 5% (Akkordlöhne um 6%), in der sächsischen Metallindustrie um 4% (Akkordlöhne um 5%).

Bei Besprechungen im Reichsarbeitsministerium ist die Einführung der Arbeitsdienstpflicht von den Vertretern der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber abgelehnt worden.

Kapital-Riesen

Von Fritz Lenz

Versuchen Sie einmal zu schätzen, wie viele gewerbliche Betriebe es in Deutschland 1875 gegeben hat und wie viele es im Jahr 1925 waren. Ich meine, nur reingewerbliche Betriebe, also nicht landwirtschaftliche oder Gärtnerei-Betriebe, sondern lediglich die in Industrie und Handwerk. Wie viele Personen waren wohl 1875 bzw. 1925 in diesen Betrieben beschäftigt?

Darüber gibt folgende Übersicht Auskunft, die dem vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Buch „Deutsche Wirtschaftskunde" entnommen ist.

	1875	1925	Veränderung
Zahl der Betriebe	2 334 000	1 922 000	— 17%
Beschäftigte Personen	5 438 000	12 627 000	+ 132%
Kraftmasch.-Leistg. i. PS	950 000	18 609 000	+ 1860%

Die Zahl der Betriebe ist also um ein Sechstel zurückgegangen, die der in den Betrieben beschäftigten Personen hat sich mehr als verdoppelt, und die Maschinenleistung hat sich verzwanzigfacht.

Wie viele Personen sind in den eigentlichen Großbetrieben beschäftigt? Das Statistische Reichsamt, das über die Großbetriebe erst seit 1895 genauere Zahlen hat, schreibt darüber: „In den kleinen Betrieben bis zu 10 beschäftigten Personen, die zu Beginn der Periode (1895) weit mehr als die Hälfte der gesamten gewerbetätigen Bevölkerung umfaßten, arbeitete 1925 nur noch ein gutes Drittel des beschäftigten Personals, während die Großbetriebe über 50 Personen nahezu die Hälfte der menschlichen und mehr als fünf Sechstel der motorischen Arbeitskräfte an sich gezogen haben. Die Bedeutung der großbetrieblichen Wirtschaftsform kommt noch beträchtlich stärker zum Ausdruck, wenn man statt der örtlichen Niederlassungen, die den hier wiedergegebenen Zahlen zugrunde liegen, die Gesamtunternehmungen betrachtet. Denn viele dieser örtlichen Niederlassungen sind nur Zweigbetriebe der über das ganze Reich sich erstreckenden Groß- und Riesenunternehmungen, die ihrerseits wiederum die Glieder mächtiger Industrie- und Handelskonzerne darstellen."

Die Konzentrationstendenz, die nach diesen Zahlen des Statistischen Reichsamts zwischen 1895 und 1925 wirksam war, hat auch in den folgenden Jahren kaum an Stärke eingebüßt. Besonders Krisenzeiten (wie die Stabilisierungskrise und die Krise seit 1929) begünstigen die Vernichtung der kleinen Betriebe und die Zusammenballung des Kapitals in großen Konzernen. Ob die Konzentration in der deutschen Wirtschaft heute in der Hauptsache beendet ist, läßt sich schwer sagen, denn die künftige Entwicklung ist nicht leicht vorauszusehen. Wir wollen einfach einmal den heutigen Stand betrachten.

Völlig durchkartelliert ist der Bergbau (Steinkohle, Braunkohle und Nebenprodukte wie Koks, Ammoniak, Benzol usw.); Außenseiter gibt es hier nicht mehr.

In der Schwerindustrie ist der Stahlwerks-Verband das alles beherrschende Kartell. In ihm sind vereinigt: die (die Rohstahlerzeugung zu 100 Prozent beherrschende) Deutsche Rohstahlgemeinschaft, zu der die Riesenkonzerne Krupp, Oberhausen, Mannesmann, Klöckner, Thyssen und andere Großbetriebe gehören, vor allem die 40 Prozent der Rohstahlgemeinschaft kontrollierende Vereinigte Stahlwerke-A.G.; der Stabeisenverband, der Grobblechverband und andere Vereinigungen. Auch in die eisenverarbeitende Industrie sucht der Stahlwerksverband einzudringen.

In der chemischen Industrie hat der Farbentrust die Vormachtstellung; höchstens 5 Prozent der Betriebe sind trustfrei.

Die Mühlenindustrie und die Zuckerindustrie sind zu 100 Prozent kartelliert. In der Brauindustrie, wo scheinbar die größte Mannigfaltigkeit herrscht, sind durch Kartellvereinbarungen die Absatzgebiete restlos aufgeteilt und die Preise festgesetzt. In der Zigarettenindustrie beherrscht der Reemtsma-Trust etwa 95 Prozent der Produktion (Betriebe wie Batschari, Waldorf-Astoria, Manoli, Josetti und viele andere existieren nur noch dem Namen nach und sind in Wirklichkeit dem Reemtsma-Trust angeschlossen).

Die optische Industrie hat sich zum Fototrust Zeiß-Ikon-A.G. zusammengeschlossen; ihm gehören neben andern Firmen an: Contessa-Nettel-A.G., die Goerz-A.G., die Ica-A.G. Die Papierindustrie, die Ziegel- und die Zementindustrie sind zu 100 Prozent kartelliert; die Elektroindustrie, die Linoleumindustrie, die Glas- und Porzellanindustrie zu fast 100 Prozent.

Damit sind wohl die Industriezweige ziemlich vollständig aufgezählt, in denen Kartelle oder Konzerne Erzeugung und Verteilung zu 90 bis 100 Prozent beherrschen. Daneben gibt es eine Reihe von Industriezweigen, in denen Kartelle oder Trusts eine überragende Vormachtstellung innehaben, ohne freilich ein Monopol zu besitzen. Hierher gehört z. B. der Schiffahrtstrust, der durch die Fusion von Hapag und Norddeutschem Lloyd entstanden ist; er umfaßt 80 Prozent der deutschen Handelsflotte und ist mit einem Aktienkapital von 1,08 Milliarden Mark und einem Schiffspark von 2,4 Millionen Tonnen der größte Schiffahrtstrust der Welt.

In diesem Zusammenhang darf die Konzentration im Bankwesen nicht übergangen werden. Im Jahre 1929 sind 108 Privatbanken und genossenschaftliche Kreditinstitute zusammengebrochen; das Jahr 1930 wird wohl eine ähnlich hohe Zahl erreicht haben. Diese Zusammenbrüche bedeuten natürlich einen Machtzuwachs für die Großbanken, unter denen die aus der Fusion von Diskonto-Gesellschaft und Deutscher Bank entstandene DD-Bank den ersten Platz einnimmt. Im Versicherungswesen ist die Allianz durch die Übernahme der zusammengebrochenen Favag (Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.G.) zum „größten Konzern des Kontinents" geworden.

Ist diese Durchorganisierung nicht ein Beweis für die Stärke des Kapitalismus? Sollte eine so planvoll aufgebaute Wirtschaft nicht imstande sein, die dem Kapitalismus eigentüm-

lichen Krisen zu lindern oder zu verhindern? Viele haben es in den Zeiten der guten Konjunktur geglaubt; die Krise, die das System heute erschüttert, hat gezeigt, daß das ein Aberglaube war. Vor der Bildung eines Kartells sucht jeder Betrieb seine Anlagen zu erweitern und die Produktion zu vergrößern, um bei der Quotenverteilung möglichst günstig dran zu sein; nachher muß dann ein großer Teil der Anlagen stillgelegt oder vernichtet werden; denn Drosselung der Produktion, Vernichtung von Produktionskräften ist ja der Sinn der meisten Kartelle. Bei jeder Fusion und jedem sonstigen Konzentrationsprozeß werden Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen, wodurch der unproduktive Teil der Bevölkerung und damit die Krisengefahr wächst. Die Kartellpreise richten sich nach dem wirtschaftlich schwächsten Teilnehmer, müssen also sehr hoch sein und schwächen so die Kaufkraft der Konsumenten. Hohe Monopolgewinne einerseits, Arbeitslosigkeit und Schwächung der Kaufkraft andererseits — das sind die Folgen der Konzentration; parallel mit der Konzentrationswelle steigt die Welle des Elends. Und wenn die Krise da ist, hindern die kartellierten Preise ihr Abflauen; wer könnte es wagen, den „organisierten Kapitalismus" zu Preisherabsetzungen und Verminderung des Profits zu zwingen? Dabei wird durch die Organisierung die Konkurrenz gar nicht ganz ausgeschaltet; immer wieder werden Kartelle gesprengt und der Quotenkampf mit seiner ungeheuren Verschwendung von Produktionsmitteln beginnt von neuem.

Die Kapitalkonzentration sichert Einzelnen hohe Gewinne und bringt den Massen Armut; sie führt zu immer schärferen Krisen; die Krisen wiederum begünstigen die Verstärkung der Konzentration — und dieser Kreislauf wird solange weitergehen, bis diesem System ein Ende gemacht und ein anderes an seiner Stelle errichtet wird, in dem nicht mehr das Profitstreben allmächtiger Herrscher ist.

Die chlorreiche Internationale

Am 15. Dezember 1929 hat, wie Lehmann-Rußbüldt, der Verfasser des Buches „Die blutige Internationale", jetzt im „Aufbau" (Basel) mitteilt, der sozialistische Abgeordnete Charles Baron in der französischen Kammer darüber berichtet, wie während des Krieges von Deutschen abgeblasenes französisches Giftgas französische Soldaten getötet hat. Das ging so zu:

Die chemische Fabrik Stoltzenberg, bekannt durch das Hamburger Giftgasunglück, inserierte während des Kriegs in Schweizer Zeitungen, sie kaufe Schwefelkohlenstoff auf (der zur Herstellung von Phosgen dient). 100 Kilo kosteten damals etwa 50 Goldfranken. Stoltzenberg aber bot 500 Franken, weshalb es die französischen Produzenten für rentabler hielten, ihren Schwefelkohlenstoff über die Schweiz an die Firma Stoltzenberg zu verkaufen als an französische Fabriken.

Der Abgeordnete Baron erzählte in der Kammer, er habe, als Ingenieur in einer Sprengstoffabrik an der französisch-schweizerischen Grenze, beobachtet, wie Waggons mit Schwefelkohlenstoff die Grenze bei Genf passierten. Er meldete es seinem Vorgesetzten und erklärte, der Schwefelkohlenstoff kehre „in die französischen Schützengräben als gefährlichstes Giftgas zurück, denn Phosgen ist fünfzehnmal tödlicher als Chlor". Er erreichte nichts mit seiner Beschwerde. Er sandte an eine große Tageszeitung einen Artikel mit der Überschrift: Unser Schwefelkohlenstoff geht nach Deutschland und kommt als Giftgas zurück." Die Zensur verhinderte das Erscheinen des Artikels. Bald darauf verbot jedoch die Regierung die Ausfuhr von Schwefelkohlenstoff.

Erst im Dezember 1929 erfuhr die französische Öffentlichkeit etwas von diesem Geschäft ihrer patriotischen Rüstungsindustrie durch die Rede Barons in der Kammer. „Die Kammer war tief bewegt durch seine Ausführungen", hieß es damals in den Zeitungsberichten. Was sie aber wohl nicht hindern wird, den Rüstungsindustriellen einmal wieder Gelegenheit zu ähnlichen Geschäften zu geben.

Während der Anwesenheit Brünings in Oppeln sind dort drei polnische Militärflugzeuge notgelandet, die sich angeblich verirrt haben. Die deutsche Regierung hat gegen diese „Grenzverletzung" in Warschau protestiert, worauf sich die polnische Regierung entschuldigt hat.

Die deutsche und die polnische Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit haben eine Erklärung veröffentlicht, in der jede die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bedrohende Politik aufs schärfste verurteilt wird. Sie erinnern die Regierungen beider Länder an ihre durch internationale Verträge übernommene Verpflichtung, Unstimmigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln, und fordern strengste Maßregeln gegen Hetzpropaganda.

Krise in U.S.A.

Die Brandung der Welt-Wirtschaftskrise, in der wir seit Jahren wie ein lecker Waschzuber schaukeln, hat auch Amerikas Küsten erreicht. Die Not wächst, die Arbeitslosenzahlen steigen nach amerikanischen Rekordmaßstäben: man schätzt zurzeit offiziell auf drei bis fünf Millionen Arbeitslose, inoffiziell auf sieben oder acht. Eine amtliche Statistik gibt es darüber nicht, und das macht das Gespenst der anwachsenden „industriellen Reservearmee" nur umso drohender.

Man gibt sich, allem Anschein nach, keinen Illusionen mehr hin, wenigstens nicht hinsichtlich der Schwere und Gefährlichkeit der Situation. Die Regierung sucht Arbeit zu schaffen, die Notwendigkeit der produktiven Hilfe ist erkannt. Man will Aufträge für Bauten und Anlagen im Werte von 500 Millionen Dollars und für Wegebau in Höhe von 750 Millionen erteilen. Die Staaten und Gemeinden haben natürlich auch ihre Pläne.

Im wesentlichen aber sieht man drüben jetzt einen großartigen Versuch, der herrschenden Not auf charitativem Wege beizukommen. Ein Hochbetrieb an privater Hilfstätigkeit hat eingesetzt. Wohltätigkeit statt Umorganisierung der Nationalwirtschaft, Almosen statt Rechte und Anteil am vorhandenen und produzierten Gut: das ist die Losung. Trotzdem ist das Ausmaß und die Intensität, mit der die charitative Hilfe betrieben wird, bewundernswert und vielversprechend. Im ganzen Land werden Fonds gegründet, Vereinigungen gebildet, die Reichen geben regelmäßig kleine Vermögen hin, die Beteiligung an der Hilfstätigkeit wird zur Ehrensache, zur Bürgerpflicht erklärt. In jeder Stadt sind Komitees und Vereine aufgemacht worden; die Geschäfte machen an bestimmten Tagen bekannt, daß sie soundsoviel Prozent des Tagesumsatzes den Arbeitslosen zukommen lassen werden; in einer Stadt hat sich ein Verein solcher Hausbesitzer gebildet, die sich verpflichteten, bis Weihnachten (1930) mindestens für 100 Dollars Reparaturen ausführen zu lassen und auch weiterhin an ihren Häusern Schäden zu entdecken und ausbessern zu lassen; Familien übernehmen die Versorgung und Betreuung anderer Familien; Arbeiter, die selbst nicht viel haben, üben praktische Solidarität, indem sie die Sorge für andere übernehmen; Kommis tun sich zu Gruppen zusammen und geben ein Sechstel ihres Einkommens ab, um damit Gruppen von Arbeitslosen zu ernähren. Kurzum: ein großartiger Elan hat das Volk ergriffen. Man fühlt nationale Solidarität und Schicksalsverbundenheit und kommt auf individualistischem Wege zu Formen der Betätigung des Gemeinsinns, die sich — formal — mit Dingen berühren, deren man sich aus den ersten, bitteren Jahren der Sowjetunion entsinnt.

Freilich nur formal. Drüben wird die Hilfsbereitschaft mobilisiert, um den Zusammenbruch des in Schwulitäten geratenen kapitalistischen Systems zu verhindern oder doch hinauszuzögern. Aufopferungsfähigkeit, Entsagung, Mitleid, Dienstbereitschaft werden angerufen, damit die amerikanische Prosperität (der Reichen) nicht in die Binsen geht. Nach der Überwindung der Krise (nehmen wir einmal an, sie sei wirklich zu überwinden) geht das alte Spiel wieder an — die Brüderlichkeit wird an den Nagel gehängt, die Menschen werden wieder nur „Hände" sein, die für ihre Sklavenhalter schuften können, und Münder, die froh sein müssen, wenn man ihnen ab und zu einen Bissen hinwirft.

Es ist nicht das Richtige. Das liegt alles im Fieber, da drüben, die ganze amerikanische Prosperität wird von Konvulsionen geschüttelt und herumgeworfen, vielleicht ist es schon die Agonie. Zwar sagen die Besitzenden, es sei vorerst noch nichts zu befürchten; sie lassen durch ihr Personal die Arbeitslosen aushorchen und machen selbst ihre Stichproben, und versichern, daß bei den Opfern der Krise nur Hilfsbereitschaft und gegenseitige Unterstützung zu bemerken sei, aber nichts von revolutionärer oder gar bolschewistischer Stimmung. Europäische Reisende freilich sprechen seit etwa einem Jahr anders. Es kommen manche von drüben zurück und sagen uns, U.S.A. sei der Revolution näher, als man glaubt, und vor allem: wenn es dort drüben einmal zur großen Katastrofe und der zugehörigen Auseinandersetzung komme, werde gründlicher und definitiver aufgeräumt werden, als wir's uns träumen lassen.

Wer recht behalten wird, das muß die Zukunft lehren. Möglich, daß wir eines Morgens unser blaues Wunder erleben.

Max Barth

Die Zivilisation ist eine Krankheit, die durch die Gepflogenheit, Gesellschaften mit verdorbenem Material aufzubauen, hervorgerufen wird.

Bernard Shaw

Richtung Bagdad?

Der englische Premierminister Macdonald hat seine Regierungszeit im Jahre 1928 mit einem außenpolitischen Erfolg einleiten können: es ist ihm gelungen, die Beziehungen Englands zu den Vereinigten Staaten von der feindseligen Verbitterung, unter der sie die Jahre zuvor gelitten hatten, zu reinigen. Aber die ersten Wochen außenpolitischer Aktivität wurden bald von Monaten allmählichen Zurückweichens abgelöst. Heute unterscheidet sich die Außenpolitik Macdonalds und Hendersons kaum mehr von der, die Baldwin und Chamberlain getrieben haben: in der Kontinentalpolitik steht England in fast allen Fragen an Frankreichs Seite, wozu die „aktive" deutsche Außenpolitik auch ihr Teil beigetragen hat, und in der Empire-Politik folgt Macdonald treu den Spuren seiner konservativen Vorgänger, woran vor allem die Tatsache schuld ist, daß der Verwaltungsapparat des Empire ganz in der Hand der konservativen Großbourgeoisie und ihrer Diener aus dem politisch und wirtschaftlich entwurzelten Kleinbürgertum ist.

Nur eines hat sich vielleicht geändert: an die Stelle von abenteuerlustigen Offizieren und kühnen Forschern, die sich früher bei der Eroberung und Festigung des englischen Weltreichs betätigt hatten, treten immer mehr politische Agitatoren, die die Massen zu führen verstehen, und Agenten von Wirtschaftsgruppen. Vor allem für die führenden Männer der Wirtschaft, für Bankiers, Industrielle, Reeder usw., die in England besonders eng mit den Spitzen von Heer und Marine versippt sind, ist es gleichgültig, ob Vertreter der Konservativen oder der Arbeiterpartei auf den Ministersesseln sitzen: sie sind stärker als jede Regierung und setzen ihren Willen immer durch.

◆

Und dieser Wille bestimmt die englische Politik. Ein Beispiel: Die Regierung Macdonald hat die diplomatische Verbindung mit Sowjetrußland wieder aufgenommen und versucht, die Beziehungen zu diesem Land zu bessern. Ist es ihr gelungen? Scheinbar; aber in Wirklichkeit ist der Kampf zwischen England und Rußland eher heftiger geworden. Der Kriegsschauplatz ist vor allem Vorderasien. England sucht hier eine Brücke zwischen dem afrikanischen und dem asiatischen Teil seines Reiches zu bauen; Rußland sucht diese Absicht durch kommunistische Zellen in Palästina, Arabien und Indien zu verhindern.

Der wirtschaftlich wichtigste Teil dieser Brücke ist das Mossul-Gebiet; denn dort gibt es Öl. Die englische Regierung hat 1930 beschlossen, in den nächsten Jahren 20 bis 30 Millionen Pfund zu investieren, um die Ölproduktion in Mossul zu heben und um eine Rohrleitung von Mossul ans Mittelmeer zu bauen. Die englische Flotte könnte dann über das Mittelmeer statt wie bisher über den Persischen Golf mit Öl versorgt werden, und mit dem Überschuß der Mossulproduktion soll versucht werden, das russische Öl von den Märkten des mittleren und fernen Ostens zu verdrängen.

Die englische Regierung ist für diesen Plan offenbar durch das Argument gewonnen worden, die für Mossul notwendigen Lieferungen würden die Arbeitslosigkeit in England vermindern.

◆

Nun ist aber das Mossul-Gebiet England vom Völkerbund nur als Mandat übertragen worden. Wenn England die Mossul-Quellen ausbeuten will, haben also die übrigen Völkerbundsmitglieder auch etwas dreinzureden. Das ist für England einerseits unangenehm; andererseits aber bietet es der englischen Regierung eine gute Gelegenheit, auch andere Staaten in die Antisowjetfront zu drängen, indem es sie am Mossul-Geschäft beteiligt. Neben Italien und Frankreich ist auch Deutschland eingeladen worden. Es soll 12½ Prozent des Ertrags erhalten, und an den Materiallieferungen würde die deutsche Industrie auch einige Millionen verdienen.

Die Gefahr, in weltpolitische Konflikte hineingerissen zu werden? Was kümmert das die großen Herrn, die ihr Geld anlegen wollen! Haben sie nicht auch vor dem letzten Krieg das Bagdad-Abenteuer mitgemacht? Wir stehen heute vor einer ganz ähnlichen Situation wie damals.

Pitt

Auf der ganzen Erde

Nach einer vom Internationalen Arbeitsamt in Genf veröffentlichten Statistik hat die Zahl der Arbeitslosen auf der ganzen Erde in den letzten Monaten des vergangenen Jahres 15 Millionen betragen. Davon entfielen auf U.S.A. 5 bis 7 Millionen, auf Deutschland 3,9 Millionen (1929: 2,3), auf England 2,3 (1929: 1,2), auf Italien 534 000 (1929: 330 00), auf Japan 386 000 (1929: 268 000).

Geht es auch ohne?

Ohne Kultur

Die Eskimos wohnen in Grönland, im nördlichen Amerika und Asien. Sie sind mit den Indianern verwandt, haben eine gelbliche Hautfarbe, schwarze Haare und mongolische Gesichtszüge: Neigung zu Schlitzaugen, breites Gesicht, platte Nase, stark betonte Backenknochen.

Wie man sieht, eine minderwertige, offenbar „ostische" Rasse. Nichts Edles, Nordisches, Blondes — obwohl die Leute ihren Wohnsitzen nach als ausgesprochen nordisch anzusprechen sind.

Ein altes Wort konstatiert, daß die Kulturhöhe eines Volkes seinem Verbrauch an Seife proportional sei. Also ist die Kultur der Eskimos gleich Null, denn sie kennen keine Seife. Auch Bäder sind bei ihnen nicht üblich, weil sie keinen Überfluß an warmem Wasser haben.

Die Wohnung des Eskimos besteht aus Schneeplatten. Nahrung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung liefern in der Hauptsache Seehund, Walroß und Eisbär. Vegetarier findet man nördlich des 60. Breitegrads keine. Dagegen „Rohköstler", die das Fleisch ihrer Beute gleich an Ort und Stelle, noch warm und blutig, hineinschlingen. Schauderhaft, so etwas! Der anständige Mensch läßt sein Filet erst ordentlich abhängen und brät es dann, gehörig mit Salz und Pfeffer eingerieben und mit etwas Zitronensaft beträufelt.

Von Staatsgesinnung oder vaterländischem Empfinden ist bei den Eskimos keine Rede. Sie kennen nicht einmal den Unterschied von Monarchie und Republik. Sie haben keine Flaggenfrage, kein Parlament, keine Parteien, kein Ministerium des Auswärtigen oder Inwendigen. Sie führen keine Kriege, haben kein Militär, ja nicht einmal einen Staatsanwalt oder eine Polizei. Sie behaupten, sie brauchen das nicht, weil sie weder stehlen noch morden noch lügen.

Wenn einer so etwas tut — es kommt nur ganz selten vor — dann strafen ihn seine Stammesgenossen damit, daß sie nicht mehr mit ihm reden und verkehren. Das gilt als harte Strafe, denn die Eskimos sind sonst gegeneinander sehr freundlich und gefällig. Wenn einer Jagdglück gehabt hat, so gibt er von seinem Ertrag alles her, was er entbehren kann. Wenn einer Pech hat, dann unterstützen ihn die andern. Sie halten das für selbstverständlich. Infolgedessen gibt es bei den Eskimos kein Geld, keine ganz reichen und keine ganz armen Menschen. Verdammt rückständig, nicht wahr?

Auch von Kirche und Schule, von Religionsunterricht und achtem Schuljahr wissen diese armen Teufel nichts. Die Erziehung der Kinder besorgen die Eltern, und zwar ganz ohne Prügel und Schimpfworte. Sie verstehen es eben nicht besser. Bücher über die Seele des Kindes gibt es keine bei ihnen. Nicht einmal über Sexualprobleme. Wahrscheinlich wissen sie kaum, was ein Ödipuskomplex ist.

Überhaupt: die sogenannte „Sittlichkeit". Die ist bei den Eskimos sehr bescheiden. Wenn sie herangewachsen sind, dann halten sie es für das Gegebene, zu heiraten, und zwar ohne kirchliche oder standesamtliche Trauung. Wenn einem verheirateten Mann eine andere Frau gefällt, dann heiratet er sie einfach auch, nachdem er seine Frau gefragt hat, ob sie nichts dagegen habe. Sie hat gewöhnlich nichts dagegen. Es kommt auch vor, daß eine Frau noch einen zweiten Mann nimmt. Oder daß zwei Ehepaare übereinkommen, sich auf kürzere oder längere Dauer gegenseitig auszuwechseln. Eifersucht ist eine unbekannte Erscheinung, Prostitution ebenso. Als unmoralisch gilt es lediglich, wenn ein Mann oder ein Mädchen über zwanzig noch ledig ist; wenn eine Ehe kinderlos bleibt, ohne daß sie durch eine „Hilfskonstruktion" ergänzt wird; und wenn ein verheirateter Mann oder eine Frau ein Liebesverhältnis hat, von dem der Ehepartner nichts weiß. Wie man sieht, höchst primitive Zustände, da oben in Grönland!

Und die Eskimos fühlen sich dabei sehr wohl. Sie hätten wahrhaftig im Zeitalter des Radios Gelegenheit genug, sich zu einer höheren Kulturstufe emporzuschwingen. Aber sie wissen anscheinend immer noch nicht, wieviel besser wir Kulturvölker daran sind.

Es wäre höchste Zeit, ihnen das einmal gründlich beizubringen. Was an Mission bei den Eskimos bis jetzt geleistet wurde, ist mehr als dürftig und hat so gut wie nichts gefruchtet. Es ist unsere Pflicht, nun auch der kalten Zone die Segnungen unserer Kultur nicht länger vorzuenthalten. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir christlichen Arier mit allen unseren wundervollen Errungenschaften und Einrichtungen nicht auch den Norden der Erde beglücken könnten. Wo doch sonst kein Winkel auf ihr mehr vor uns sicher ist.

Eugen Kazenwadel

Ohne Staat

... Es gibt in Mexiko neben der legalen Ehe eine sogenannte natürliche Ehe, die darin besteht, daß zwei Leute zusammen wohnen und sich als Eheleute betrachten. Die Arbeiter verheiraten sich in vielen Fällen vor ihrem Gewerkschaftssekretär. Eine solche Ehe ist nicht legal, wird aber von den Behörden respektiert in der Mehrzahl der Rechtsansprüche, die aus der Ehe und durch die Kinder erwachsen. Diese Ehe kann von dem Gewerkschaftssekretär auch wieder geschieden werden.

Ich muß warnen, aus solchen Sitten irrige Schlüsse zu ziehen, insbesondere etwa anzunehmen, daß die Moral des mexikanischen Volkes tief stehe. Die Moral des mexikanischen Volkes ist auf alle Fälle ehrlicher als die Moral in Europa. Aber sie ist nicht nur ehrlicher und durchaus gesünder, sondern sie ist auch im Herzen sittlicher. Untreue der Frau ist bei den oberen Klassen sehr selten und bei den unteren Klassen in keiner Weise häufiger als in den unteren Klassen Englands, Frankreichs oder Deutschlands. Diese einfachen Eheverbindungen sind indianischen Ursprungs, und da die unteren Klassen in der Mehrzahl indianischen Blutes sind, so ergeben sich die Sitten ganz von selbst. Der Pfaff tut auch in Mexiko nichts umsonst, und auch das Eheregisteramt arbeitet nicht ohne Bezahlung. Die Eheschließenden der proletarischen Klasse können nichts für die Zeremonie bezahlen, aber sie lassen sich nicht das Recht dadurch beschneiden, eine Ehe zu schließen. Der Gewerkschaftssekretär tut es umsonst. Die Gewerkschaft ist für den Arbeiter der Staat, und wenn seine Ehe innerhalb der Gewerkschaft anerkannt ist, kümmert er sich den Teufel darum, was andre Leute über ihn oder seine Frau denken. Es fällt auch in Mexiko, aus dem freien sittlichen Empfinden heraus, niemand ein, die Frau oder die Kinder etwa zu bespucken oder niederträchtig hinter ihnen herzureden, weil sie nicht den Pfaffen um seinen Segen gebeten haben.

In neuerer Zeit werden auch häufig die Taufen der Kinder von Arbeitern durch den Gewerkschaftssekretär vollzogen. Die Kinder werden von den Eltern in eine Gewerkschaftsver-

Der völkische Lebensstil

In schwachen Stunden scheint im Nazilager doch hie und da einer die Diskrepanz zwischen den unsterblichen völkischen Frasen und der wüsten Wirklichkeit zu spüren. Aber wie das den in holder Selbstbeweihräucherung befangenen Nazis beibringen? Leicht ist es nicht.

Neulich hat Goebbels selber zur Feder gegriffen und einen langen Artikel über nationalsozialistischen Lebensstil vom Stapel gelassen. Natürlich hat er dabei zunächst seinen S.A.-Mannen reichlich Honig um den Mund geschmiert. Er bezeichnete Stil als „die selbstverständliche Übereinstimmung zwischen innerer Dämonie und Ausdruck" und glaubte von dieser Formulierung ausgehend feststellen zu müssen, daß die nationalsozialistische Bewegung „aus der Dämonie ihrer Weltanschauung" bereits einen neuen Stil geboren habe. Man erkenne ihn in der Art, wie beispielweise ein S.A.-Mann über die Straße gehe, wie die Ortsgruppenführer ihre Versammlungen leiteten, wie von den Nazis Propaganda getrieben werde, wie sie sich in den Parlamenten bewegten usw.

Sehr orginell ist das alles nun ja gerade nicht; das meiste ist nach uralten bewährten Mustern und sicherlich wäre es ohne den großen Aufwand weltanschaulich fundierter „Dämonie" gegangen — aber Goebbels braucht diese süßen Zuckerchen ja nur, um auf das zu kommen, was ihm am Herzen liegt. Er fährt nämlich fort: „Was soll das heißen: ein Aschenbecher mit Aufschrift „Deutschland erwache!"? Das setzt man dem Bürger auf den Rauchtisch, aber der S.A.-Mann hat kein Verständnis dafür ... Was will das bedeuten: ein Bierzipfel mit Hakenkreuz? Das soll sich der Spießer auf dem fetten Bauch baumeln lassen ... „Deutsche Schokolade" mit dem Bildnis eines verwundeten S.A.-Mannes! Schlagt sie den findigen und geschäftstüchtigen Fabrikanten links und rechts um die Ohren ... Zigarren-Etuis mit dem Bildnis Adolf Hitlers und darunter die Aufschrift: „Der Führer zur deutschen Freiheit!" Welcher Parteigenosse schämt sich nicht, daraus sein Rauchwerk zu nehmen! ... Räumt auf mit diesem bürgerlichen Kitsch ... Die Gesinnung in Ehren, aber plakatiert sie nicht in geschmacklosen Tributen an allen möglichen und unmöglichen Körperteilen ... Firlefanz als Ausdruck einer charakterlichen Haltung, die ein ganzes Jahrhundert geschichtlich bestimmen will, wirkt lächerlich und geschmacklos."

Herr Goebbels vergißt bei diesen Tiraden, daß die der Nazipresse nahestehenden Verlage selber sehr intensiv an der Verbreitung solcher Geschmacklosigkeiten beteiligt sind und vor allem, daß vieles von dem, was er selbst als neuen Stil gelten läßt, nicht minder geschmacklos ist. Aber der erste Schritt der Selbsterkenntnis ist getan; vielleicht kommt den Leuten eines Tages doch die Einsicht, daß man im Interesse des dritten Reiches zuerst mal an sich selbst arbeiten sollte, ehe man sich den andern gegenüber das Recht auf Führung anmaßt.

oha

Schund

Früher bin ich ab und zu gern ins Kino gegangen; aber seit es dort auch tönt — danke! Ein paarmal hab ich's versucht; bis zum Ende durchzuhalten ist mir jedoch nicht gelungen: Geräusche und Spielhandlung waren zu schauerlich.

In diesen Dingen hat offenbar der „Völkische Beobachter" die gleichen Ansichten wie ich. Was er immer wieder gegen den Tonfilm sagt, findet meistens meinen Beifall. In der Nr. 13 z. B. gibt er einige „Kostproben" aus Tonfilm-Operetten. Ein Niveau ist das! Herrschaften, ich bin nicht zimpferlich und von Verdrängungen ziemlich verschont — aber als tägliche Nahrung für große Massen des Volkes wünscht man sich doch etwas Besseres als diese Schlager, bei denen man nie weiß, ob es einen vor ihrer Unmoral oder ihrer Geschmacklosigkeit mehr schaudert.

Ich habe bei meiner Kampfgenossenschaft mit dem „Völkischen Beobachter" nur einige kleine Bedenken. „Natürlich", schreibt er, „ist es nicht der Film an sich, der als Zerstörer jeglicher Moral auftritt, sondern die Macher, die mit ihren Riesenkapitalien hinter dem Film stehen, mit einem Wort die bolschewistischen Juden." Bisher habe ich immer gemeint, der größte deutsche Filmkonzern, die Ufa, gehöre Herrn Hugenberg; und ein Teil der vom „Völkischen Beobachter" zitierten moralzerstörenden Schlager stammt gerade aus Ufa-Filmen. Außerdem spricht der „Beobachter" von einem Filmkritiker namens Aros-Rosenthal, der am „Montag" mitarbeite, und vom „Filmkurier", der „vorwiegend jüdischen Interessen dient". Aber sowohl der „Montag" wie der „Filmkurier" gehören zum Hugenberg-Konzern — wie ist das nun eigentlich? Ist Hugenberg nur eine Puppe an den Fäden der „bolschewistischen Juden"?

Und das zweite Bedenken, das ich habe, ist folgendes: wie werden wohl Film und Theater im dritten Reich aussehen? Herr Frick hat sich ja als Kultusminister in Thüringen ein Jahr lang in Kunstpolitik betätigen können, und wie ist das Ergebnis? An den staatlichen Theatern in Thüringen ist im Jahre 1930 die Zahl der Uraufführungen deutscher Stücke wie auch die der Aufführungen ernster Stücke überhaupt gegen das Vorjahr zurückgegangen, die Zahl der Operettenaufführungen dagegen hat sich beinahe verdreifacht. Ich fürchte, im dritten Reich werden Kunstproduzenten und -vertreiber ihre „ganze wirtschaftliche und künstlerische Kraft daransetzen, publikumswirksame Sujets herauszubringen, die nach keiner Richtung hin irgendwie Anstoß oder Diskussionen erregen", wie es der Hugenberg'sche Filmkritiker Aros-Rosenthal fordert. Und ob S.-A.-Leute ganz ohne Schlager auskommen wie „Am schönsten sind die Mädchen wenn sie baden gehn" u. ä., weiß ich nicht sicher.

Vorerst aber, Völkischer Beobachter, sind wir einig: der Tonfilm hat den Film vollends ganz auf den Hund gebracht; was einem heute im Kino geboten wird, ist Schund übelster Sorte.

Jan Hagel

Kaffern

Der Kaffernselbstschutz der Antisemiten ist ganz und gar überflüssig. Kunst, Bühne, Literatur, Wissenschaft sind nicht verjudet, sondern verkaffert, und die Juden, als die besseren Geschäftsleute, sind natürlich geschickter, den geschäftlichen Apparat zu dirigieren. Das meiste, was produziert, erzeugt, gelesen, gekauft wird, ist doch nur Geschäft, Konjunkturerzeugnis. Was aber rein und unbedingt ist, wird, auch bei einwandfreier arischer Herkunft, von den verkafferten Ariern am zähesten abgelehnt. Sie sind es, nicht die Handvoll Juden, an denen die Kleist und Büchner, Nietzsche, Conradi, Sack zugrunde gehen und von denen die Otto Ernste und Presbers leben. Sie sind es, die aus Goethe eine Gipsbüste, aus Schiller ein Nährpräparat für patriotische Säuglinge und aus Nietzsche einen Parteipolitiker in der Westentasche machen, aus den Lebenden aber ein paar mittelmäßige Lieblinge wegen ihrer löblichen treudeutschen Gesinnung eben mit durchfüttern ... Sie sind es, die über jeden der geistigen Freiheit verdächtigen Juden oder Judengenossen herfallen, aber selbt keinen wesentlichen Deutschen lesen; denn sie selbst können über das Brett vor ihrem Kopf hinweg Neues gar nicht sehen. Nicht nur Fontane erfuhr das, sondern auch Löns — Löns! — wurde erst wirklich anerkannt, seitdem ein Jude den „Werwolf" mit dem Respekt begrüßt hatte, der einem großen Werk ziemt.

Hans W. Fischer („Von Menschen und Kaffern")

Versteckte Fonds

Neben den großen Summen, die den Kirchen aus staatlichen Mitteln zufließen, spielen die Zuschüsse der Kommunen eine nicht unbedeutende Rolle.

Ein Musterbeispiel liefern die Etats des „roten" Berlin. Im Kapitel „Aufwendungen für Vereine auf dem Gebiet der Wohlfahrt" sind im zentralen Haushalt 1 158 070 Mark für kirchlich oder christlich orientierte Organisationen ausgesetzt (Gemeinnütziger Verein für Rechtsauskunft (kirchlich) 45 000 Mark; Bahnhofsmission 75 000 Mark; Evangelischer Verband für Kinderpflege 263 040 Mark; Verein Mädchenhort zu Berlin (kirchlich) 62 980 Mark usw.); aus den Etats der einzelnen Stadtbezirke kommen noch weitere 677 000 Mark hinzu.

Unter „Unterstützungswesen" werden an kirchliche Einrichtungen (Krankenhäuser, Pflegeanstalten, Wohlfahrtsküchen usw.) insgesamt 4 986 450 Mark gegeben; beim Kapitel „Jugendwohlfahrt" entfallen auf kirchliche Institutionen (private Fürsorgeanstalten, Krankenhäusern usw.) insgesamt 6 153 150 Mark; aus den Kapiteln „Gesundheitswesen", „Allgemeine Verwaltung", „Schulverwaltung, Kunst und Wissenschaft" kommen weitere 369 693 Mark hinzu.

Allein diese Posten ergeben die schöne Summe von 13 371 363 Mark; dabei sind alle Summen außer Betracht gelassen, die in den ominösen Kapiteln unter „Sonstiges" stecken, auch die Summen, die für Religionsunterricht an allen Schulgattungen ausgegeben werden.

Die Kirchen machen sich Freunde mit dem ungerechten Mammon; sie zahlen aus Taschen, die ihnen nicht gehören und verstärken damit ihren Einfluß und ihre Macht.

Hans Krauß

Schon hier auf Erden möchte ich durch die Segnungen freier politischer und industrieller Institutionen jene Seligkeit etablieren, die nach der Meinung der Frommen erst am jüngsten Tage im Himmel stattfinden soll.

Heinrich Heine

Das Seelen-Trümmerfeld

In das Dorf Seelenfeld im Kreis Minden ist General Ludendorff mit seiner Frau Mathilde eingebrochen und hat dort Eroberungen gemacht, die seinen diversen Siegen im Weltkrieg ebenbürtig zur Seite gestellt werden können. Fast das ganze Dorf ist unter seinem Einfluß aus der Kirche ausgetreten und hat sich dem von Ludendorff aufgezogenen „Deutschglauben" in die Arme geworfen. Der dortige Pastor hat es zuerst mit Mittelchen versucht, die man auch gegenüber Freidenkern nicht ungern anwendet, so u. a. mit der Sperrung des Friedhofs für die neugebackenen Wotansjünger; aber die haben resolut und kurz entschlossen einen eigenen aufgemacht, und zwar in der Nähe uralter Hünengräber, dort wo die ehrwürdigen Eichen rauschen. Und Ludendorff hat erklärt, er wolle dort begraben werden, denn nur dort gebe es noch wahre Deutsche.

Solche geschlossene Flucht aus der Kirche wäre noch vor Jahren, wenigstens in bäuerlichen Kreisen, undenkbar gewesen. Sie ist ein Symptom, wie es um die protestantische Kirche steht. Es ist nämlich durchaus nicht so, daß in der Hauptsache nur Proleten aus der Kirche austreten, und es ist auch nicht wahr, daß nur sie aus materiellen Gründen, nämlich wegen Ersparung der Kirchensteuer, sich lossagen. Gerade Leute mit größeren Einkommen sehen sich immer mehr veranlaßt, einer Vereinigung den Rücken zu kehren, die für ihre manchmal sehr bescheidenen Dienste recht klotzige Regiebeiträge einstreicht. Daß gerade in den bürgerlichen Schichten die Bindungen an die Kirche vielfach nur noch rein materieller, oder besser gesagt geschäftlicher Natur sind, zeigt der Fall, wo eine ganze Reihe Geschäftsleute eines Orts aus der Kirche austraten, weil sie bei den von der Kirchengemeinde vergebenen Arbeiten nicht oder nicht gebührend berücksichtigt worden waren.

Wenn nun aber erst die Saat aufgeht, die die Kirche durch eine Vielzahl ihrer geistlichen Vertreter im Zeichen des völkischen Taumels ausstreut, wird sie erstaunte Augen machen. Die Hakenkreuzfahnen, die jetzt an Altären wehen, und die verliebten Blicke, die von pastoraler Seite auf die forschen S.-A.-Uniformen fallen, sie werden sich weit schlimmer rächen als die vielen Kriegspredigten und die Durchhalteparolen, die in der großen Zeit von den Kanzeln herab ertönten. Die Leute von links, die sich damals trotz allem nicht über diese Kirche klar werden konnten, werden es jetzt oder nie. Die Austrittsbewegung ist wieder im Steigen begriffen, da und dort sind Massenaustritte zu verzeichnen, und sicher ist das allerorts zu erreichen, wenn nur mit den geeigneten Mitteln nachgeholfen wird: in den Betrieben, den Vereinen, den einzelnen Wohnbezirken usw.

Aber auch mit der Gegenliebe im Lager der heiß umworbenen Nazi ist es für die Kirche so eine Sache. Das Hakenkreuz wird letzten Endes das Kreuz auffressen, wenn sich die Kirche nicht auf sich selbst besinnt.

Doch das wird sie sicher nicht.

Kurt Epple

Die Jugend setzt auf den ihre Hoffnung, der sich immer zu stark ausdrückt; der Mann auf den, dessen Worte hinter seinem Vollbringen zurückbleiben.

Friedrich Nietzsche

Mütterliche Liebe

Bei einem Gang durch die Aufenthaltsräume der Berliner Schupo ist Herrn Grzesinski die „große Lieblosigkeit" aufgefallen, die ihm überall entgegentrat. Er vermißte in der rauhen Männerwelt das fraulich Sorgende, sozusagen die Mutterbrust, an die sich der Hüter des Gesetzes flüchten kann, wenn er den Gummiknüppel beiseite legen und wieder Mensch sein darf. Es sollen deshalb von jetzt an je 60 Mann eine liebende Betreuerin bekommen, deren Alter das Überwiegen mütterlicher Regungen einigermaßen gewährleistet.

Hoffentlich bleibt dieses menschlich schöne Verständnis eines Polizeipräsidenten ein Ausnahmefall; auf die Spitze getrieben könnte es die größte Verwirrung in den polizeilichen Betrieb bringen. Wer für die Lieblosigkeit in den Mannschaftsquartieren ein Auge hat, kommt leicht dazu, sie auch anderswo zu entdecken: etwa in den Wachlokalen im Umgang mit eingeliefertem Publikum. Auch dieses würde sich manchmal gerne aus der Lieblosigkeit der Situation in den Umkreis einer würdigen Matrone flüchten. Und welche schweren Folgen müßte es beispielsweise haben, wenn bei Straßenkrawallen eine zarte Frauenhand den Gummiknüppel sozusagen mit Watte umwickelte, bevor er niedersaust!

Es wäre nicht auszudenken. Darum Vorsicht, Herr Polizeipräsident!

m

---

sammlung gebracht, und sie werden hier unter gewissen Zeremonien den versammelten Gewerkschaftsgenossen präsentiert und dadurch offiziell in die Gemeinschaft der Gewerkschaftler aufgenommen.

Wie man an diesen praktischen Beispielen sieht, geht es ganz vortrefflich ohne einen Staat.

B. Traven in „Land des Frühlings"

Astrologische Voraussage für 1931

Garantiert zuverlässig

Januar. Kältester Monat dieses Jahres. Frost und Schnee. Flugzeugunfälle. Krankheiten der Atmungsorgane. Tod eines Staatsmannes. Hungersnot in China. Streikunruhen.

Februar. Bei zeitweiliger Aufheiterung und Neigung zu klarem Frost vereinzelt erhebliche Niederschläge. Schwerer Eisenbahnzusammenstoß. Fortdauer der Arbeitslosigkeit. Ungünstig für Geschäftsreisen und Heiraten. Ein Riesenbetrug wird entdeckt.

März. Kühl und trocken, Schneefälle im Gebirge bei Regen in den tieferen Regionen. Starke vulkanische Tätigkeit in der Südsee. Kritische Zeit für Gärtner und Tierzüchter. In mehreren Ländern starke innenpolitische Erregung. Zunahme der Selbstmorde. Nägel vorsichtig schneiden!

April. Heiter und sonnig, vorübergehend bewölkt, strichweise Regenschauer. Außenpolitische Verstimmungen. Viele Prozesse. Hinrichtungen in Rußland. Neuwahlen. Zunahme rechtsradikaler Bestrebungen. Erkrankung eines bekannten Wirtschaftsführers.

Mai. Nachtfröste, tagsüber Erwärmung. Starke Regenfälle. Leichte Besserung der Wirtschaftslage. Revolution in einem südlichen Staat. Bergwerksunfälle. Ein deutscher Parteiführer gerät in große Verlegenheit. Gut für Haar- und Schönheitspflege.

Juni. Gewitter, teilweise mit Hagelbildung, als Folge barometrischer Störungen. Wo Regen andauert, mehr feucht als trocken. Hochzeit in einem Fürstenhaus. Schwarzer Tag an der Börse. Sinken der Getreidepreise. Schiffsunglück im Stillen Ozean. Leichte Geburten, doch erhöhte Säuglingssterblichkeit.

Juli. Heiß und schwül; Regen vor allem in den Küstengegenden. Zusammenbruch eines Konzerns. Autounfälle. Drohende Mobilmachung eines europäischen Staates. Wichtige technische Erfindungen. Ungünstig für alle Personen mit trägem Blutkreislauf, sowie solche, die Müller heißen. Günstig für Brauereien.

August. Deutliches Abnehmen der Tageslänge. Warm, feucht, kühle Nächte. Kosmische Unruhe; ein Komet wird gesichtet. Fertigstellung eines Riesenprojekts in Rußland. Inflationsgefahr. Großes Fischsterben. Zahlreiche Vergiftungsfälle und Explosionen. Bankeinbrüche, Hoteldiebstähle.

September. Herbstlich mild, häufige Niederschläge. Wichtiger Vertrag zwischen zwei Regierungen. Fusion zweier Banken. Vorsicht vor Erkältung, namentlich bei Blutarmut oder höherem Alter. Viele Autounfälle. Drohender Bergrutsch. Wichtiges Ereignis in Indien.

Oktober. Starke Frühnebel, sonst sonnig und heiter, doch teilweise regnerisch. Gefahr für Bergsteiger und allein reisende Personen. Günstige Zeit für Geldanlage und finanzielle Unternehmungen. Gründung eine neuen Partei. Neues Flottenprogramm. Tod eines Massenmörders.

November. Nordwestliche Luftströmungen, feucht und kühl. Starker Laubfall. Überschwemmungen. Nicht gut für Seereisen. Drohende Riesenernte in Amerika. Bei Darmträgheit abführen! Vorsicht für Herzleidende, Glückspieler und Artisten! Das große Los fällt auf Nr. 138727.

Dezember. Teils sonnig, teils starke Wolkenbildung. Schnee- und Regenfälle. Fortdauer der Kirchenaustrittsbewegung. Schwere Erkrankung eines ehemaligen Heerführers. Konkurse. Eheskandal in der guten Gesellschaft. Raubmorde; Lynchjustiz in Amerika. Zahlungsunfähigkeit einer großen Stadtverwaltung. Regierungswechsel. Kritisch für Magenleidende und Beamte. Umschwung in der Damenmode.

Mitgeteilt von Abakadabra

Der Index

Der „Apostelkalender 1931" der „Gesellschaft des Göttlichen Heilandes" schreibt auf Seite 87: „In der Räterepublik — die von Dummköpfen als Paradies der Freiheit angesehen wird — ist ein von der Schwester Lenins unterzeichnetes und in einer Auflage von 5000 Exemplaren versandtes Rundschreiben erschienen, welches eine Liste verbotener Bücher aufzählt, die aus allen Bibliotheken zu entfernen und zu vernichten sind. ... Wenn die Kirche, welche heilig ist und für meine Seele bangt, mir das Lesen von Büchern verbietet, die dem Heil meiner Seele gefährlich werden können, so verstehe ich das und weiß es zu würdigen. Wenn aber eine weltliche Behörde, die nicht einmal an eine unsterbliche Seele glaubt, mir vorschreiben will, welche Geisteskost ich genießen darf und welche nicht, dann sehe ich darin nicht nur einen ganz unlogischen und unvernünftigen Fanatismus, sondern auch teuflische Geistestyrannei."

Über die Echtheit des russischen Index, der von der Witwe (nicht Schwester) Lenins zusammengestellt sein soll, ist vor etwa einem Jahr heftig gestritten worden. Stehe es damit wie es wolle — gegen die Logik des „Apostelkalenders" ist nicht aufzukommen.

Etwas für Theologen

Ein Jerusalemer Universitätsprofessor hat in einem Vortrag in der Berliner Archäologischen Gesellschaft mitgeteilt, man habe dort ein Ossuarium (eine Steinkiste mit Gebeinen) aus der Zeit des Beginns der christlichen Zeitrechnung gefunden, das die Inschrift „Jesus Sohn Josefs" trage. Es handle sich also möglicherweise um die Gebeine von Jesus Christus.

Ätsch, Herr Professor Drews: also hat Jesus doch gelebt!

Bloß mit der Auferstehung wäre es so eine Sache. „Und gingen hinein, und fanden den Leib des Herrn Jesu nicht", heißt es Lukas im vierundzwanzigsten. „Er ist nicht hie, er ist auferstanden."

Wie kann da ein Professor heute die Knochen finden?

Literatur

Erlebnisse mit Tieren und Menschen. Von Adolf Reichwein. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Halbleinen 2,50 Mark. — Enthält kurze Schilderungen persönlicher Reiseerlebnisse in U.S.A., Kanada, Alaska, Mexiko, China. Reichwein ist ein guter Beobachter und versteht es, von fremden Zonen Ausschnitte zu geben, die immer packend und aufschlußreich sind. Gutes Bildmaterial ist beigegeben. Für reifere Jugend, aber gerade so gut auch für Erwachsene geeignet.

Hotel Amerika. Reportage-Roman von Maria Leitner. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8. Kart. 3,50 Mark, geb. 5 Mark. — Das Hotel Amerika ist das Symbol der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: neben gesichertem Luxus das erbitterte Ringen der Vielen um eine kleine Existenz. Einige, wie hier Herr Fish, versuchen mit untauglichen Mitteln nach oben zu kommen. Warum dies töricht ist, zeigt dieser Roman sehr anschaulich.

Internationaler Geburtenstreik

In dem Jahrzehnt vor dem Krieg entfielen auf eine Eheschließung in Deutschland durchschnittlich 4,0 Geburten; im Jahr 1929 waren es nur noch 1,9. Manche halten diesen empfindlichen Rückschlag für sehr bedenklich; andere weisen darauf hin, daß wir im Jahr 1929 immerhin noch einen Überschuß von 341 000 Menschen zu verzeichnen hatten; es gibt sogar Leute, die von der Gefahr einer Übervölkerung reden. Offenbar ist das Gebiet wissenschaftlich noch lange nicht so erforscht, um solche extremen Schwankungen auszuschließen.

Nimmt man das kürzlich im Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M., erschienene Buch „Der internationale Geburtenstreik" von Ernst Kahn (kart. 4,80 Mark) zur Hand, so scheint es doch, daß für die kommende Zeit alles auf eine allmähliche Entvölkerung hindeutet. Bei uns in Deutschland wäre augenblicklich zur Erhaltung des status quo für jede Ehe eine Mindestzahl von etwa drei Kindern erforderlich; tatsächlich waren es aber schon 1929 nur 1,9. Wenn wir trotzdem heute noch einen beträchtlichen Überschuß zu verzeichnen haben, so deshalb, weil der Altersaufbau augenblicklich ziemlich anormal ist: rund 12½ Millionen gegen 9½ Millionen vor dem Kriege waren Mitte 1930 zwischen zwanzig und dreißig Jahren, also im Heiratsalter; Folge: statt relativ weniger, aber kinderreicher Ehen, gibt es viele, aber kinderarme; dazu kommt augenblicklich eine dünne Besetzung der oberen Altersklassen, was eine Minderung der Sterbeziffern zur Folge hat.

Diese günstige Konstellation wird in einer Spanne von vielleicht noch zehn Jahren zu Ende sein. Die kinderarmen Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge kommen ins Heiratsalter. Kahn berechnet, daß dann unter sonst gleichen Bedingungen die heutige Eheziffer von 9,3 auf 5,6 Promille für den Durchschnitt der Jahre 1940 bis 1954 sinken müßte, und entsprechend natürlich auch die Geburtenzahl.

Die Ursachen der starken Geburtenminderung sieht Kahn in der durch den Krieg und den modernen Verkehr bedingten Zusammenführung ländlicher und städtischer Elemente, wodurch die Kenntnis der Antikonzeptionsmittel fast allgemein wurde. Den Einfluß der wirtschaftlichen Not und der Existenzunsicherheit schätzt er nicht hoch ein: dieselben Erscheinungen seien schon vor Jahren in dem bestens florierenden Amerika zu bemerken gewesen und bei uns habe vor dem Krieg die Not der untersten Schichten die Gebärfreudigkeit nicht zu mindern vermocht. Dagegen verweist er mit Recht auf den immer mehr um sich greifenden Rationalismus selbst in Kreisen, die äußerlich noch der Kirche angehören, auf den weithin vorhandenen Aufstiegswissen, die gesteigerten Bedürfnisse der unteren Schichten und vor allen Dingen auf die Emanzipation der Frau: alles Dinge, die die Freude am Kindersegen nicht gerade steigern.

Nach dem (sehr vorsichtig aufgestellten) Berechnungen von Ernst Kahn würde die Bevölkerungszahl Deutschlands von 64 370 Millionen im Jahr 1930 auf 49 610 Millionen im Jahr 1975 zurückgehen; die Zahl der Eheschließungen würde von derzeit (1929) 587 000 unter Schwankungen auf durchschnittlich 242 000 im Jahrfünft 1970/74 zurückgehen; die Kinderzahl würde pro Ehe von zuletzt 1,94 ganz allmählich auf 1,5 sinken, und die Lebensdauer der Bevölkerung würde sich langsam heben.

Diese radikale Veränderung der Bevölkerungsdichte und die völlige Umgruppierung im Altersaufbau würde natürlich nicht ohne einschneidende Folgen für das Wirtschaftsleben sein. Kahn gibt da eine ausführliche Darstellung der wahrscheinlichen Wandlungen und beschäftigt sich zum Schluß mit den heute zur Debatte stehenden ernsthaften Vorschlägen zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs, wie Elternversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Bekämpfung der Landflucht, steuerliche Maßnahmen usw.

Die Wirkungsmöglichkeit solcher Hilfsmittelchen ist nicht gerade hoch einzuschätzen; eine besondere Veranlassung, dem Geburtenrückgang in seinem jetzigen Stadium entgegenzuwirken, ist auch nicht gegeben, denn seine Vorteile scheinen vorerst bedeutend größer als seine Nachteile. Sollte aber die von Kahn aufgezeigte Tendenz tatsächlich über einen längeren Zeitraum hin anhalten, so wird allerdings eine zielbewußte Bevölkerungspolitik im Interesse der Stabilisierung von Wirtschaft und Staat nötig werden. h m

Der Eheberater

Der Papst hat eine Enzyklika veröffentlicht, in der er sich u. a. auch eingehend über das christliche Eheideal ausläßt. Er tritt der zunehmenden Verweltlichung der Ehe und dem Umsichgreifen der Mischehe entgegen und verwirft vor allen Dingen jede Lockerung der Ehe durch die sogenannte Kameradschaftsehe und ähnliche Erscheinungen, sowie jegliche Erleichterung der Ehescheidung. Geburtenkontrolle und jede unmittelbare Vernichtung keimenden Lebens wird als Mißbrauch der Ehe und als naturwidrig zurückgewiesen, jede geschlechtliche Betätigung außerhalb der Ehe als sittlich unzulässig erklärt. Die „Entartung" des heutigen ehelichen Lebens wird vor allem auf die mißlichen Wirtschaftsverhältnisse zurückgeführt, zu deren Beseitigung Vorschläge gemacht werden.

Monarchen unter sich

Aus dem 3. Band der von der „Vossischen Zeitung" veröffentlichten Denkwürdigkeiten Bülows ein paar kleine Beispiele dafür, wie sich die Gottbegnadeten untereinander zu benehmen pflegten:

„Aus Kiel hörte ich, Kaiser Wilhelm habe die Trauerkunde von Serajewo erhalten, während er in der Kieler Bucht auf dem „Meteor" segelte. Er sei zuerst sehr bestürzt gewesen ... habe sich aber bald beruhigt, und es war sogar seiner Umgebung nicht ganz leicht geworden, ihn zum Aufgeben der Segelwettfahrt zu bewegen, zumal er gute Chancen hatte, den von ihm selbst ausgesetzten schönen Preis zu gewinnen."

„Alle Nachrichten aus Wien stimmten darüber überein, daß die tiefe Abneigung des Kaisers Franz Josef gegen seinen Neffen und Erben bei dessen traurigem Ende in fast grausamer Weise zutage getreten war ... Der Kaiser hatte nichts unterlassen, was das Andenken des Erzherzogs und insbesondere seiner dem alten Herrn verhaßten morganatischen Gemahlin herabsetzen konnte. Während der Sarg des Erzherzogs auf einem prunkvollen Wagen mit goldenen Rädern zu der Trauerfeier gefahren wurde, folgte der bescheidene Sarg seiner Gattin auf einem niedrigen und unansehnlichen Karren."

„Gespräch in Potsdam 1916. Der Kaiser entwickelte dem General von Bissing, dem Generalgouverneur von Belgien, der für einen Anhänger der Annexion von Belgien galt, daß er den König von Belgien nicht zu entthronen beabsichtige. Er sei vor allem Legitimist. Er bedaure, daß sein Großvater unter dem Einfluß des bösen alten Bismarck 1866 die legitimen Herrscher von Hannover, Kurhessen und Nassau entthront habe. Ein Monarch von Gottes Gnaden dürfe eigentlich nie abgesetzt werden. Als Bissing und ich den Kaiser erstaunt ansahen, der sich in Hannover seit Jahrzehnten ganz als Herrscher fühlte und Wiesbaden und Wilhelmshöhe mit Vorliebe besuchte, meinte S. M.: „Was geschehen ist, ist geschehen. In Hannover, Hessen und Nassau bleibt alles beim alten. Aber Albert soll in Belgien bleiben, denn auch er ist ein Herrscher von Gottes Gnaden. Natürlich wird er nach meiner Pfeife tanzen müssen."

Der Papst will Kinder

Holzschnitt von Hans Gerner

Kauft deutsche Waren

In Kaiserslautern trafen sich unlängst die Vertreter der pfälzischen Wirtschaft und berieten über Wirtschaftskrise und Preisabbau. Hiebei wurde einmal wieder der weitverbreitete Irrtum gebrandmarkt, als ob etwa englische Kleiderstoffe oder italienische Hüte besser seien als die entsprechenden deutschen Fabrikate. „Ein echter Deutscher kauft nur deutsche Ware, zumal in dieser Notzeit, wo es gilt, die deutsche Fabrikation zu unterstützen, damit sie nicht gezwungen sei, noch mehr Arbeiter zu entlassen!" Allgemeiner, warmer Beifall.

Da erhob sich einer in der Versammlung, schlich hinaus und nahm im Vorzimmer, wo die Garderobe der versammelten Herren hing, sachte einen Hut nach dem andern vom Haken, um mit sachverständigem Blick das Innere zu prüfen.

Es ergab sich, daß der Hauptredner des Tages einen englischen Hut hatte; die andern trugen italienische.

(Nach der „Frankfurter Zeitung")

Erfinder an die Front

Wissen Sie, daß jährlich 40 Millionen Kubikmeter Gas durch undichte Gasrohre und Gasschläuche verloren gehen?

Daß wir jährlich 140 Millionen Zentner Kartoffeln durch Fäulnis, aber 300 Millionen Zentner durch eiliges Schälen verlieren?

Daß durch Rost für 1 Milliarde Mark Eisen pro Jahr zerstört wird?

Daß in Deutschlands Blumengeschäften (es sind 8000) 30 bis 50 Prozent Blumen welken, wodurch ein Schaden von mehreren Millionen Mark entsteht?

Liebes „Anderes Deutschland", da du diese traurigen Dinge mitteilst, darf ich dich des weiteren darauf aufmerksam machen, daß

jährlich 7 Millionen Kubikmeter Seife verloren gehen, weil die Seife patschnaß ins Seifenbecken gelegt wird;

daß man mit den 30 Millionen Zentnern Holz, die aus weggeworfenen Zündholzstummeln bestehen, sämtliche deutschen Redaktionen den Winter über heizen könnte;

daß 50 Millionen Tonnen Rindsleder gespart werden könnten, wenn wir alle unsere Stiefel nageln ließen;

daß man mit dem Wasser, das jährlich durch Unachtsamkeit, hohe Temperatur u. dgl. verdunstet, die Wüste Sahara in einen paradiesischen Garten verwandeln könnte?

Und was dergleichen Mängel dieses Erdendaseins mehr sind. Sch.

Kleinigkeiten

Nationale Einstellung. Der christliche Landarbeiterverband hat dem Reichstag eine Eingabe zugehen lassen, die sich gegen die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern wendet. Aus dem beigefügten Tatsachenmaterial: General Hell auf Groß-Grieben, Landesverbandsvorsitzender der Deutschnationalen, beschäftigt statt den dreißig bewilligten polnischen Arbeitern neunzig, die auf illegalem Weg auf das Gut gebracht worden sind; Walter v. Corswand, Spitzenkandidat der Nazi in Pommern, beschäftigt ebenfalls zahlreiche „Fremdstämmige", weil sie „billiger" arbeiten. — Nebenher zetert man über das Ansteigen der Arbeitslosenziffer durch den Young-Plan.

Republikanischer Aufbau. Die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Preußen geht eben daran, die Wohnung der Königin Luise im Stadtschloß in Potsdam in ihrer ursprünglichen Form wieder herzustellen. Die Möbel aus dem Besitze der Königin aus Schloß Monbijou u. a. werden zu diesem Zweck vereinigt, wie das ähnlich schon bei der Wiederherstellung des Neuen Palais und des Schlosses von Sanssouci mit „starker Wirkung" geschehen sein soll. — Die arme Republik hat wenigstens noch was für die Herrichtung von Schlössern übrig.

Ausverkauf. Wie Berliner Blätter berichten, will Prinz Friedrich Leopold von Preußen (der sich in Lugano eine prächtige Villa hat errichten lassen) das ihm gehörige Schloß Glienicke an der Havel verkaufen. Die Verhandlungen mit Kaufliebhabern, die das Schloß als Wochenendhotel zu verpachten beabsichtigen, sollen sehr aussichtsreich sein. Inzwischen wird das Inventar verkauft, wertvolle Teppiche, Kunstgegenstände und Altertümer, unter ihnen auch die Flöte Friedrich des Großen. — Die „Ufa" wird sie wohl für Otto Gebühr ersteigern.

Das Allheilmittel. Meldungen über die kommunistischen wilden Streiks im Ruhrgebiet wird in nationalsozialistischen Zeitungen folgender Kommentar angefügt: „Die Arbeiterschaft wird wohl zu spät einsehen, wie sie von den Moskauer Banditen mißbraucht wird. Stände sie heute schon geschlossen zur N.S.D.A.P., so gäbe es Arbeit und Brot statt Hunger und Not, und das Land wäre sauber von Banditen und Mördern." — Höchst einfach.

Kleines Versehen. In Hamborn ist ein in Stuttgart von Kommunisten erstochener Nationalsozialist beerdigt worden. In dem Bericht des Stuttgarter „N.S.-Kuriers" über die Trauerfeierlichkeiten heißt es u. a.: „Der greise Pfarrer — in seinem weißen Bart und mit den gütigen hellen Augen wie eine prachtvolle Gestalt des alten Bundes — spricht ihnen (den Angehörigen) Trost zu."

Auch du? Im „Tag" beginnt Generalleutnant a. D. von Metzsch einen Artikel über „Wehrhafte Arbeiterschaft" mit den Worten: „Wenn ich in einem Hinterhaus von vierzig Parteien mit Elternelend und Kinderarbeit groß geworden wäre, wäre ich wahrscheinlich Kommunist." — Na also!

Die Zensoren. Die Mitglieder der Berliner Filmoberprüfstelle, die den Film „Im Westen nichts Neues" wegen angeblicher Gefährdung des deutschen Ansehens verboten hat, waren: 1. Ministerialrat Seeger, 2. der Chefredaktör der „Deutschen Tageszeitung", Paul Baecker, 3. der Direktor des Evangelischen Presseverbandes, Professor Hinderer, 4. ein Fräulein Reinhardt, Tochter des Generals Reinhardt. — Nummer drei ist vermutlich unser engerer Landsmann.

Schlimme Aussichten. In Argentinien wird eine „Rekord-Maisernte", nach einem Börsenblatt „wahrscheinlich die weitaus größte in der Geschichte des Landes" erwartet. — Die armen Maisbauern! Man wird das Zeug wieder verheizen müssen.

Gute Idee. „Die australische Regierung erwägt, die Goldreserven von 25 Millionen Pfund, auf der ihre Notendeckung beruht, an die Bank von England zu verkaufen, für den Erlös am Londoner Markt britische Staatspapiere zu kaufen und diese statt des Metalls zur Notendeckung zu benutzen, wobei sich für den Staat ein jährlicher Zinsertrag von rund 850 000 Pfund ergeben würde" (Württemberger Zeitung, Nr. 4). — Wie wär's, Herr Luther? In Ihren Kellern liegen, wenn ich recht weiß, auch so an die zwei Milliarden Goldklumpen, die keinen Zins tragen.

Ein Optimist. Der spanische Revolutionär Major Franco hat sich in Brüssel von einer Anzahl Reporter interviewen lassen. Er gab u. a. folgendes von sich: „Diese Revolution ist eine Revolution, um das Königtum zu beseitigen, keine Revolution, um Klassengegensätze zu rächen. Mit der Republik wird die soziale Gerechtigkeit von selbst kommen." — Es verlautet, daß die SPD. ihn auf Grund seines schönen Glaubens zum Ehrenmitglied ernennen will.

Der Würdenträger. Briefkopf eines Amerikaners: „Bill Raley, Dr. jur., Mitglied vieler Gesellschaften, Schriftsteller, Psychologe, Filosof, Soziologe, Handlungsreisender, Historiker, Humorist, Versammlungs- und Straßenredner, Weltreisender, Kriegsverletzter und -beschädigter. Gegenwärtige Adresse: National Sanatorium, Johnson City, Tennesse." — Die gegenwärtige Adresse scheint die angemessene zu sein.

Originelle Strafe. In Detroit ist ein Richter, um den vielen Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung Einhalt zu gebieten, auf eine besonders schwere Strafart verfallen: er läßt die Angeklagten je nach der Schwere des Falls hundertmal oder noch öfter Sätze schreiben, die ihm sein zweckwidriges Handeln ins Bewußtsein hämmern; so z. B. den: Wenn das rote Licht sich zeigt, muß ich halten. — Schreibfräulein mitnehmen.

Tierliebhaber. Im Tierschutzverein Frankfurt a. M. ist der dortige Schlachthofdirektor in den Vorstand gewählt worden. — Friß die Tiere, aber quäle sie nicht.

Zeitgemäße Reklame. In Oberwehrendorf im Erzgebirge hat der evangelische Pfarrer am Ortseingang eine Tafel anbringen lassen, die fremde Sportler zum Besuch des Gottesdienstes auffordert: „Sportler halt! Gewinne Kraft auch für den inneren Menschen! Hier ist Sonntags ½10 Uhr ev. Gottesdienst. Dauer 1 Stunde. Kirche geheizt." — Man kann also jetzt auch seelischen Betriebsstoff tanken.

Erhöhte Gebühren. Die Tuttlinger „Volkszeitung" hat dem Aldorfer katholischen Geistlichen vorgeworfen, er habe für seine Mitwirkung bei den Leichenfeierlichkeiten beim letzten Grubenunglück übermäßig hohe Stolgebühren genommen. In einer Berichtigung im „Katholischen Sonntagsblatt" wird nun darauf hingewiesen, daß die ganze Sache „zu Lasten" der Grubengesellschaft gegangen sei; da ein Begräbnis auf „feierlichste Weise" gefordert und die Feier außerdem zu einer außergewöhnlichen Zeit veranstaltet worden sei, habe man erhöhte Gebühren angesetzt, „da es doch überflüssig war, der reichen Aktiengesellschaft in diesem Falle etwas zu schenken". — Die Kirche tut in keinem Fall was umsonst.

Neue Kirchen. Nach einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten" (Nr. 1) ist in Nürnberg „von der Geistlichkeit der beiden Konfessionen im engsten Einvernehmen mit dem Stadterweiterungsamt" beschlossen worden, in den nächsten Jahren acht protestantische und neun katholische Kirchen zu errichten.

Kirchenbau tut not. Ein Artikel im evangelischen „Christenboten" sucht die vielen Kirchenbauten der letzten Zeit zu rechtfertigen und zitiert dabei aus einer Ansprache, die Dekan Wurm bei der Eröffnung der neuen Kirche in Hedelfingen gehalten hat, folgenden Satz: „Wie einst der größte Armen- und Menschenfreund die Maria in Schutz nahm gegen den Vorwurf der Verschwendung . . ., so wissen auch wir uns von ihm ermächtigt, wenn wir in schwerer, sorgenvoller Zeit ein Wahrzeichen seines Namens aufrichten und ein Haus erstellen, das der Verkündung seines Wortes und der Sammlung der Gemeinde dient." — Auf welchem Wege ihnen wohl diese Ermächtigung zugegangen ist?

Jungpazifisten-Gruppe Stuttgart. Am Montag, 19. Januar, 20 Uhr, spricht im Café Fürstenhof (Marienstraße) F. W. Bachofer über „Wege und Ziele der Deutschen Friedensgesellschaft".

Volksbund für Geistesfreiheit, Ortsgruppe Stuttgart. Samstag, den 24. Januar, 20 Uhr, findet im Städt. Jugendhaus, Hauffstr. 3, im Festsaal ein kulturpolitischer Abend statt. Vortrag: „Im Westen nichts Neues?"

Ulm. Friedensgesellschaft: Samstag, 17. Januar, 20 Uhr, spricht Häbler-Karlsruhe im Nebenzimmer des „Hecht" (Olgastraße) über das Thema: „Wer einigt die uneinigen Staaten von Europa?"

Pforzheim. Öffentliche Versammlung der Friedensgesellschaft am 19. Januar, 20½ Uhr, im Bernhardushof. Hauptlehrer Reble spricht über Magnus Hirschfelds Sittengeschichte des Weltkriegs.

Göppingen. Friedensgesellschaft: Am 24. Januar, 20 Uhr, spricht im großen Saal der „Germania" Fritz Schloß, Vorsitzender der Ortsgruppe Bruchsal, über das Thema: „Dennoch Friede auf Erden".

Stellung gesucht. Zahntechniker (21 Jahre alt) sucht bei Dentisten oder Zahnarzt Stellung. Angebote an: Waldemar Römhild, Rudolstadt (Thür.), Im Baumgarten 5 II.

Winter auf der Alb. Billiges Standquartier für Skitouren usw. finden Sie in Roßwangen bei Balingen (Württ.). Matthäus Klaiber.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 31). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 25. Januar 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 4

Freiwillige vor

Im Reichsarbeitsministerium hat kürzlich auf amtliche Einladung hin ein Kreis von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern die Frage der Arbeitsdienstpflicht erörtert.

Wenn man die jugendlichen Deutschen zwischen 14 und 24 Jahren unter gewissen Voraussetzungen zum öffentlichen Arbeitsdienst einziehen könnte, so würden Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung entlastet, und es würde zum Nutzen der Gesamtheit und der Arbeitsrekruten selber Arbeit geleistet statt nichts getan. Die jungen Leute kämen „von der Straße", und könnten bauen, was uns überall fehlt: Automobilstraßen.

Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag den Antrag gestellt, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Es gibt verschiedene Organisationen, die für sie werben, z. B. eine Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Dienstpflicht und ein Kuratorium für Arbeitsdienstpflicht. Der Gedanke ist nicht neu, z. B. hat ihn seinerzeit Rathenau vertreten; und er ist auch an keine Partei gebunden, wenn schon allerhand Hintergedanken militaristischer und nationalistischer Art hinter ihm lauern. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, die Lähmung des privatkapitalistischen Apparats, bildet jedenfalls einen günstigen Boden für seine Verbreitung. Selbst die liberale „Frankfurter Zeitung" gesteht in ihrer Immerhin-Sprache, es sei „nicht gesagt, daß die Idee gänzlich unbrauchbar sei".

Jene Besprechung im Arbeitsministerium hat nun aber zu einer einmütigen Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht geführt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer wollen beide gleich wenig von ihr wissen. Es komme nichts dabei heraus, und ihre Durchführung sei viel zu teuer. Ein Ministerialrat Lehfeldt hat vorgerechnet, daß jeder Arbeitsdienstpflichtige den Staat auf täglich zehn Mark kommen werde, also jährlich auf 3000 Mark, während die Arbeitslosenversicherung (einschließlich Verwaltungskosten) pro Kopf und Monat bloß 80 Mark aufwenden müsse. Arbeitsdienst wäre also rund viermal teurer als Arbeitslosigkeit.

Mit Verlaub: da stimmt etwas nicht ganz. Herr Lehfeldt scheint für die Arbeitsarmee etwa die Spesen angesetzt zu haben, die bei der Reichswehr üblich sind. Ich würde ihm vorschlagen, pro Kopf etwa den doppelten, nicht den zehnfachen Betrag der Unterhaltskosten eines Soldaten der Vorkriegsarmee zu nehmen; dann kommt etwas anderes heraus. Ich behaupte: mit zwei Mark täglich kann man einen Arbeitssoldaten unterbringen, kleiden und ernähren. Und wenn Lehfeldt meint, „besonders wichtig sei die Frage der Materialkosten", so erwidere ich, daß diese besonders einfach ist. Denn Holz, Erde, Steine, Sand und sogar Eisen — das Material, mit dem man Straßen und Baracken baut — sind in Deutschland meines Wissens vorhanden und stehen dem Staat, wenn er will, umsonst zur Verfügung.

Man kann die Arbeitsdienstpflicht aus allen möglichen Gründen ablehnen. Bloß aus dem einen nicht, weil ihre Durchführung zu kostspielig sei. Das ist lächerlich. Namentlich wenn es von Leuten behauptet wird, denen die Unterhaltung eines militärischen Heeres, das wahnsinnig teuer ist und gar keinen Wert hat, gar nichts Positives leistet, keineswegs zu teuer erscheint.

Wenn es den Herren angst ist, 900 000 oder 450 000 Dienstpflichtige zur Arbeit „fürs Vaterland" einzuberufen — gut, warum machen sie nicht wenigstens eine Probe mit Freiwilligen? So nach dem System „Schwarze Reichswehr"?

Man rühre die Trommel, gründe ein Freikorps Soundso, kleide die Truppen feldmäßig ein (es werden sich noch irgendwo Bestände vorfinden), gebe ihnen statt der Knarre eine Schaufel in die Hand, sorge für Musik und Spielleute, Fahnen, Tressen, Schnüre und dergleichen, und lasse in Gruppenkolonnen antreten. Tausende werden herbeiströmen, sich mit dürftigstem Quartier begnügen, gerne aus der Gulaschkanone essen und am zackigen Kommando schnauzbärtiger Unteroffiziere ihre helle Freude haben.

Gäbe es eine bessere, vernünftigere Gelegenheit, um Instinkte, die man durch einen kleinen Weltkrieg und dementsprechende Erziehung in der deutschen Jugend wachgerufen hat, zu befriedigen oder auf das im Interesse des europäischen Friedens wünschenswerte Maß zurückzuführen?

Jetzt füllen alle diese zu spät geborenen Kriegsfreiwilligen die Windjackenverbände von rechts und links, machen Radau und liefern sich Saalschlachten.

Warum läßt du sie nicht, wie unsere Weingärtner sagen, „mit dem Erdreich kämpfen", Vater Staat?

Erich Schairer

Sechsstundentag

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, das Heer der Arbeitslosen durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit zu lichten. Nach einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung hätten bei Durchführung dieses Plans mindestens 700 000, unter Umständen sogar 1,5 Millionen Mann wieder eingestellt werden können. Aber die Industriellen und die volkswirtschaftlichen Fachleute erklärten das Projekt für undurchführbar.

Eine Einzelfirma, die Harburger Ölwerke, hat vor einem Vierteljahr die Probe darauf gemacht. Die Betriebsleitung erreichte das Einverständnis des Betriebsrats und des Fabrikarbeiterverbandes zu einer Herabsetzung der Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden. Es wurde nunmehr einfach in vier statt in drei Schichten gearbeitet. Dadurch konnten 350 Mann neu eingestellt werden, ohne daß die Gestehungskosten sich erhöht hätten. Allerdings mußten die seitherigen Arbeiter in eine 25prozentige Verdienstkürzung willigen. Sie taten dies, um ihren erwerbslosen Kollegen zu helfen.

Der hier beschrittene Weg mag nicht immer ganz einfach sein, und vom Arbeitnehmerstandpunkt aus auch nicht ohne Bedenken. Aber hier ist wenigstens etwas geschehen; und schließlich wird die weitere Verkürzung der Arbeitszeit als notwendige Folge der fortschreitenden Verbesserung der Technik nicht ausbleiben können.

Das Wichtigste

Deutschland und Polen in Genf

In Genf ist der Völkerbundsrat zu einer Tagung zusammengetreten, deren Hauptthema die deutsche Beschwerde über die Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen ist. Die Debatte darüber ist durch eine Auseinandersetzung zwischen den Ministern des Äußern Curtius und Zaleski eingeleitet worden.

Auf kaltem Weg

Die Entfremdung

Das Verhältnis zwischen Zentrum und Nationalsozialisten hat sich in den letzten Wochen merklich abgekühlt. Prälat Kaas, der Führer des Zentrums, hat den Nationalsozialisten empfohlen, sich aus der Politik zurückzuziehen, und sie sind diesem Ratschlag offenbar gefolgt: die Abgeordneten Goering, Frick und Feder sind aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags zurückgezogen worden; Überlegungen bürgerlicher Politiker, ob die Nationalsozialisten koalitionsfähig seien, werden als Unverschämtheit bezeichnet; die Partei ist zur reinen Opposition zurückgekehrt, zur Agitation, mit der sie die Macht zu erobern hofft, um dann ihrerseits zu bestimmen, welche von den bürgerlichen Parteien für sie koalitionsfähig sind.

Das Zentrum hat zur Abwehr der anschwellenden Agitation mit Enthüllungen über die Führer der Nationalsozialisten gedroht, worauf nationalsozialistische Zeitungen sofort erklärten, dann würden sie der Öffentlichkeit einmal kundtun, welche Angebote das Zentrum den Nationalsozialisten schon gemacht habe. So wird wohl aus dem angekündigten „Sturm" des Zentrums gegen die Nationalsozialisten nicht viel werden.

Immerhin, eine gewisse Entfremdung zwischen den beiden Parteien ist eingetreten; die Nationalsozialisten haben heute weniger Aussicht, einen Zipfel der Regierungsmacht ergreifen zu können, als vor einem oder zwei Monaten.

Aber die Gefahr des „Fascismus" ist deswegen kein Haar kleiner geworden.

Streiken verboten

Was heißt denn „Fascismus"? Der Fascismus ist die Herrschaftsform, zu der die Regierungen kapitalistischer Staaten ihre Zuflucht nehmen, wenn sie ihre Macht auf demokratischem Wege nicht mehr zur Geltung bringen können. Der Inhalt der Politik ist in der bürgerlichen Demokratie und im fascistischen Staat der gleiche: die Herrschaft des Kapitals; nur die Regierungsmethoden sind verschieden. Wenn eine schwere Wirtschaftskrise die Massen immer mehr zunächst gefühlsmäßig antikapitalistisch, allmählich auch (wenigstens zum Teil) bewußt revolutionär macht, dann ist die herrschende Klasse gezwungen, zu undemokratischen, diktatorischen Mitteln zu greifen. Sie stützt sich dabei auf die Zwischenschichten, deren wirtschaftliche Existenz zwar vom immer stärker monopolisierten Kapitalismus bedroht ist, deren politisches Bewußtsein aber noch nicht genügend geweckt ist und den eigentlichen Feind noch nicht erkannt hat; auf die Schichten, die die Reihen der fascistischen Parteien füllen.

In Deutschland ist diese fascistische Partei die N.S.D.A.P. Das Besondere an der gegenwärtigen Lage in Deutschland ist, daß diese Partei zwar nicht an der Regierung beteiligt ist, aber trotzdem der herrschenden Kapitalistenklasse sehr nützliche Dienste leistet: die Regierung kann nämlich die Sozialdemokraten zwingen, zu allen diktatorischen oder halbdiktatorischen Maßnahmen, die das in Schwierigkeiten geratene kapitalistische System am Leben erhalten sollen, Ja und Amen zu sagen; diesem Zwang müssen sich die Sozialdemokraten fügen, wenn sie nicht riskieren wollen, von den Nationalsozialisten aus verschiedenen Machtpositionen verdrängt zu werden. Mit andern Worten: Die Basis, auf die sich eine kapitalistische Regierung in Deutschland heute stützen kann, hat sich verengt. Das zwingt die Regierung zu fascistischen Maßnahmen. Dabei benützt sie die fascistische Partei vorerst noch nicht direkt, sondern nur indirekt, indem sie durch diese Partei auf die Sozialdemokratie einen Druck ausübt.

So ist das Reformprogramm mit seinen die Massen belastenden Steuergesetzen mit Hilfe von Artikel 48 durchgeführt worden; so wird wohl auch der Etat für 1931 durch eine Notverordnung in Kraft gesetzt werden; und so ist den Arbeitern das Streikrecht genommen worden. Aufgrund von Artikel 48 hat die Regierung bestimmt: Bei Lohnkämpfen kann ein staatlicher Schlichter von sich aus einen gültigen Schiedsspruch fällen; der Reichsarbeitsminister kann den Spruch für verbindlich erklären; Streik gegen diesen Spruch gilt als Vertragsbruch. Das heißt nichts anderes als: es ist verboten, zu streiken.

Auf kaltem Weg

„Das Jahr 1931 bringt die Entscheidung." „Gegen die Nazi-Pest." „Verteidigt die Demokratie!" So und ähnlich leuchtet es einem von den Plakatsäulen und aus den sozialdemokratischen Zeitungen entgegen. Mit Versammlungen, Reden, Aufmärschen führt die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Fascisten. Und unter Fascisten versteht sie die Nationalsozialisten. In Wirklichkeit sind diese Fascisten nur gefährlich, solange und weil sie von Brüning, von der herrschenden Klasse, vom Kapitalismus benützt werden. Gegen diesen (gefährlicheren) Feind aber kämpft die Sozialdemokratie nicht; sie will nicht merken, daß er, während sich die Massen hüben wie drüben in Windjacken werfen und Saalschlachten ausfechten, auf kaltem Weg den Fascismus einführt. Denn wenn es den Arbeitern verboten ist, zu streiken, dann ist der Weg von der deutschen demokratischen Republik zum fascistischen Staat Mussolinis nicht mehr allzu weit.

Hermann List

Die deutsche Außenhandelsbilanz des Jahres 1930 weist einen Ausfuhrüberschuß von 1,8 Milliarden auf.

Revolutionärer Pazifismus

Von Max Barth

Die Schicksalsfrage des Pazifismus (nicht nur des deutschen, in dem die Stellung dieser Frage und die Stellungnahme zu ihr immer wieder Konflikte heraufbeschwört und Gegensätze akut macht, sondern der pazifistischen Weltanschauung überhaupt) heißt: „Wie stehst du zu Revolution und Bürgerkrieg?" Alle anderen pazifistischen Spezialthemen und -probleme (wie Kriegsdienstverweigerung, Kriegsächtung, Ablehnung des Militäretats, internationale Pakte usw.) sind, an dieser Frage gemessen, klein und zweitrangig. Sie betreffen nur Linderungsmittel, Flickarbeiten, Beruhigungspulver fürs persönliche Gewissen. Die mehr oder minder ehrlichen Versuche der Regierungen und kulturellen, religiösen, wirtschaftlichen Organisationen, den Krieg „abzuschaffen", erweisen sich ja doch als vergeblich, wenn die politische Situation eines Tages zur Explosion gereift ist. Der Völkerbund in Genf, auch wenn er nicht Theater spielte, auch wenn er wirklich ernstlich etwas der Abrüstung Ähnliches in Angriff nähme, wird seine Belanglosigkeit in dem Augenblick enthüllen, da ein Konflikt zwischen zwei Staaten die vitalen Interessen der Gegner oder vielmehr der in den beiden Lagern herrschenden Gruppen der besitzenden Klassen betrifft. Und die persönliche Entscheidung, sich nicht an bewaffneter Auseinandersetzung zu beteiligen — sei's gegen das Ausland, sei's gegen Volksgenossen —, ist eine subjektive Lösung, die nicht jedermanns Gewissen beruhigen und einschläfern kann. Durch sie wird der Krieg nicht verhindert, der Bürgerkrieg auch nicht; wer sich tolstoianisch der Beteiligung enthält, hat sich freilich in christlichem Sinn auch von Schuld reingehalten, soweit man die Fiktion isolierten Daseins mit isolierter Entscheidungsmöglichkeit und Verantwortung aufrechtzuerhalten vermag, er hat vielleicht sogar die Genugtuung, für seine sittliche Haltung zu leiden — aber er hat kein bißchen dazu beigetragen, daß aus dem Chaos der bewaffneten Auseinandersetzung seine sittliche Idee als Siegerin hervorgegangen ist.

Solange der Kapitalismus irgendwo auf Erden noch besteht, wird er gezwungen sein, sich von Zeit zu Zeit durch neue Kriege um den Anteil an den vorhandenen Gütern (und anderer Zwecke wegen) zu stabilisieren. Der Gemeinplatz, es werde immer Kriege geben, ist begründet, solange man nicht eine vollkommene Änderung der gesellschaftlichen und politischen Struktur der Menschheit ins Auge faßt. In der Idee des ewigen Friedens ist als Kern und Keim ohne weiteres auch der Gedanke einer allgemeinen Neuordnung der Dinge enthalten, ohne die eine wirksame Friedenssicherung chimärisch bliebe.

Derjenige Pazifismus, der glaubt, die endgültige und dauernde Sicherung des Friedens erwirken zu können, ohne das bestehende Herrschafts- und Wirtschaftssystem umzustürzen, ist unsinnig. Wer einmal den Weltfrieden als höchstes Wunschziel gewählt hat, muß, ob es ihm leicht oder schwer fallen mag, die Konsequenz ziehen, daß auch das Vorziel zu erstreben ist, über das der Weg zum Endziel unweigerlich führt.

Mag man die neue Ordnung nun Sozialismus oder Kommunismus nennen — gewiß ist, daß ihre Herbeiführung die erste Etappe des Kampfes um den Weltfrieden ist. Der Pazifismus muß darum um seiner selbst willen sozialistisch oder kommunistisch sein. Wenn eine pazifistische Bewegung sich darauf konzentriert und beschränkt, den Frieden um jeden Preis und die Ablehnung jedes Gewaltmittels zu seiner Erkämpfung zu verkünden, gibt sie sich selbst auf.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nur durch eine Klasse erkämpft werden: durch das Proletariat. Die Machtmittel des Staates sind aber (und werden sein) in den Händen der kapitalistischen Herrscherclique und der kapitalistisch gesinnten Bourgeoisie. Wenn das bestehende System durch ein anderes ersetzt werden soll, auch wenn es durch ein grundsätzlich und praktisch brüderliches, altruistisches, friedliches ersetzt werden soll, wird die an der Macht befindliche Klasse alle Mittel, auch die verwerflichsten, gebrauchen, das zu verhindern. Sie tut es schon jetzt und wird es in weit stärkerem Maße tun, wenn ihre Lage noch kritischer sein wird als heute. Wer der Arbeiterschaft anrät, auf die Drohung und das Mittel bewaffneten Widerstands und Aufstands zu verzichten, rät ihr schlecht und berät sie, als wäre er ihr Feind. Er fordert sie auf, ihrem Erzfeind, ihrem Unterdrükker und Mißbraucher zu erklären: wir möchten gern haben, daß du abtrittst und uns ranläßt, aber wenn du nicht willst, werden wir uns nicht wehren, sondern alles einstecken, was du uns bietest. Die Parole der absoluten Gewaltlosigkeit ist reaktionär, arbeiterfeindlich und unpazifistisch.

Der Pazifismus ist im Grunde eine Sache, die in den falschen Händen liegt. Er ist eine proletarische Forderung, aufs innigste verknüpft mit der Vorstellung eines proletarischen Staates, einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung. In den Händen der humanitären Bürger ist er diskreditiert worden; sie haben ihn umgemodelt zu einem Mittel, das gute Gewissen des kämpfenden Proletariers zu lähmen, der proletarischen Front im Klassenkampf Abbruch zu tun und die Garantien für das längere Bestehen des Kapitalismus zu verstärken. Gewiß: im guten Glauben, fortschrittlich und zukunfthaft zu handeln —, aber diese subjektive Einstellung ändert nichts an der objektiven Schädlichkeit der bürgerlich-pazifistischen These. Diese Diskreditierung des Pazifismus durch die Pazifisten hat dem Arbeiter nicht nur die Freude am Pazifismus verleidet: sie hat ihn den Pazifismus verkennen und verachten und hassen gelehrt. Die Tatsache, daß das Ziel des allgemeinen Friedens Teil seiner sozialistisch-kommunistischen Weltanschauung ist, ist ihm verschleiert worden.

Der Pazifismus muß sich zum Sozialismus bekennen. Er muß revolutionär sein, sonst ist er nicht pazifistisch. Wir sind vor die Wahl gestellt, den Frieden im Rahmen des herrschenden Systems zu sichern oder ihn durch ein neues System in die Welt zu bringen. Das erste, selbst wenn es möglich wäre, würde bedeuten: dem herrschenden System einen Freibrief zur Begehung jeder unkriegerischen Schandtat auszustellen und ihm das moralische Plus einer friedlichen Ordnung zu

verschaffen. Das kann nicht die Absicht des Pazifisten sein. Der Friede, der mit ewiger Ausbeutung und wirtschaftlicher Unterdrückung, mit sozialer Benachteiligung und erzwungener Unbildung der arbeitenden Klasse, mit Cliquenwirtschaft, Pfaffenherrschaft, kultureller Reaktion und Polizeiterror erkauft wäre, wäre keiner. Das Ideal des ewigen Friedens bleibt eine Utopie, solange, bis es unlösbar verbunden wird mit der Zielvorstellung einer gerechten, sozialen, sozialistischen Gesellschaftsordnung. Und wer diese will, muß auch den Weg zu ihr, das Mittel zu ihrer Erreichung wollen. Ob es uns schwer fällt oder leicht: wir müssen auf der Seite des revolutionären Proletariats stehen, wenn wir Pazifisten sein wollen. Sind wir gezwungen, eine Schuld auf uns zu nehmen — und wir sind's! —, so darf es nicht die sein: durch unsere Enthaltung von jeder Gewalt ein verurteilenswertes, korruptes und menschenfeindliches System geschützt zu haben, sondern nur die andere: durch Billigung und Anwendung gewaltsamer Mittel das System der Gerechtigkeit und menschenwürdigen Ordnung herbeigeführt zu haben.

Wie sich's der kleine Moritz denkt

Im Dezember 1914 hat Kaiser Wilhelm dem Reichskanzler Bülow, wie dieser in seinem Memoiren mitteilt, seine Auffassung über die Entstehung des Weltkriegs dargelegt. Und zwar so:

„Sein Vetter, der König von England, und sein Vetter, der Kaiser von Rußland, hätten sich im Mai 1913 während der Hochzeitsfeierlichkeiten anläßlich der Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Herzog von Braunschweig gegen ihn verschworen — die Geschichte aller Zeiten kenne keine größere Niedertracht — Tücke und Verrat im Herzen, hätten die beiden „Vettern und Kollegen" sein armes Kind zu Gottes Altar geführt. Dafür werde sie Gottes Strafe treffen. Als er am Tage vor der Hochzeit im Berliner Schloß unvermutet bei dem König von England eingetreten sei, habe er ihn im Tête-à-Tête mit dem Zaren überrascht. Beide wären erschrocken aufgefahren. Damals hätten sie die letzten Verabredungen für den Überfall auf Deutschland getroffen. Die Undankbarkeit des Zaren, dem er immer ein treuer Freund gewesen wäre und dem er so viele vortreffliche Ratschläge erteilt hätte, schreie zum Himmel. Über das Benehmen von „Georgie" könne er nur sagen, ihre gemeinsame Großmutter, die Königin Victoria, hätte sich sicher im Grabe umgedreht, als ihr englischer Enkel ihrem deutschen Enkel den Fehdehandschuh hingeworfen habe."

Wilhelms Orplid

Wilhelm, ehedem, da er noch mitzählte, der Zwote genannt, hat dem Rechtsanwalt Bloch das Ritterkreuz seines Hausordens verliehen. Die wackeren Holländer sind bitterböse über diese neueste Wichtigtuerei des weiland hohen Herrn. Die Regierung ist von verschiedenen Abgeordneten gefragt worden, ob man dem Knaben das Asyl nicht kündigen solle, wenn er immerzu so Sachen macht, die bei seiner Zulassung nicht vorgesehen waren.

Hier droht uns Gefahr! Denn gesetzt den Fall, Wilhelm merkt sich den Tip und macht sich durch fürdere Extravaganzen bei den Holländern so unbeliebt, daß sie ihn raussetzen — wer garantiert uns dafür, daß er nicht, wie einst sein Filius, im trauten deutschen Vaterland eine neue alte Heimat findet? Unsere Volksvertreter und unsere diversen Regierungen sind dagegen gewiß kein Schutz.

Wäre es demnach, möchte ich sanft und wohlwollend fragen, nicht gut und beiden Teilen, nämlich dem deutschen Volk wie auch dem Verflossenen, angenehm und nützlich, die in solchem Fall zu erwartenden Gelüste des hohen Herrn auf ein geeigneteres Objekt abzulenken? Laßt mich einen Tip geben: Es ist noch keinen Monat her, da traf ich im Zug Basel-Frankfurt einen jungen Mann, der kam direkt aus Ostafrika, dem jetzigen Tanganjika-Gebiet. Stolz und wehmütig zugleich wußt' er zu berichten, daß die Seelen der ehemals kaiserlich deutschen Untertanen schwarzer Hautfarbe in Treue fest am angestammten Vaterland hangen, dem schnöden Albion zum Trotz. In jedem Haus, in jeder Hütte, sagte er, hängt das Bild des Kaisers an einem Ehrenplatz.

Dort also wäre das Land, das Wilhelms Herrscherpersönlichkeit mit der Seele suchen sollte. Sein treues Volk am Tanganjika wartet seiner. Dahin, dahin ...! Ix

---

Nach einer Meldung der „United Press" hat in letzter Zeit der frühere deutsche Kaiser „im Doorner Park eine sehr lebhafte Tätigkeit entfaltet, den Baumbestand stark durchforstet und einen Rosengarten neu angelegt, zu welchem Zweck zahlreiche alte Bäume gefällt wurden". Die holländische Regierung hat dem Kaiser diese Beschäftigung jetzt unmöglich gemacht, indem sie Haus Doorn zum Naturschutzgebiet erklärte. — Inclusive Bewohnern?

Ein Fass ohne Boden

Die Reichsregierung hat nach der Rückkehr des Kanzlers von seiner Ostreise das Osthilfegesetz fertiggestellt. Dem deutschen Osten soll also einmal wieder geholfen werden. Nach einem Sechsjahresplan sollen etwa eine Milliarde Reichsmark für die östlichen Provinzen Deutschlands aufgewendet werden. Der größere Teil dieses Geldes wird naturgemäß der Landwirtschaft zugutekommen.

Teure Landwirtschaft! Und dabei ist diese Summe nur ein kleiner Teil dessen, was das deutsche Volk für seine Bauern und seine Großgrundbesitzer opfert.

In Deutschland liegen auf fast allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen hohe Zölle; die Preise in Deutschland sind also höher (z. T. um ein vielfaches höher) als die Weltmarktpreise. Und die Differenz zwischen Inlandspreisen und Weltmarktpreisen ist nichts anderes als eine Belastung, die der deutsche Konsument zugunsten der deutschen Landwirtschaft trägt. Wie hoch ist diese Belastung?

An Brotgetreide (Weizen und Roggen) kommen in Deutschland jährlich etwa 10 Millionen Tonnen auf den Markt. Der Preis im Inland ist pro Tonne 80 Reichsmark höher als auf dem Weltmarkt, die Extrabelastung der deutschen Konsumenten beträgt also 800 Millionen Mark. Beim Zucker sind die entsprechenden Zahlen: Menge 1,5 Millionen Tonnen; Preisdifferenz: 300 Reichsmark; Extra-Belastung: 450 Millionen Mark. Bei der Butter: Menge: 400 000 Tonnen; Preisdifferenz: 500 Mark; Extra-Belastung: 200 Millionen Mark. Bei Eier, Käse, Fleisch, Fett und Gemüse beträgt die (ebenso zu berechnende) Extra-Belastung etwa 400 Millionen Mark. Rund zwei Milliarden jährlich ist der „Tribut", den das deutsche Volk im Interesse seiner notleidenden Landwirtschaft trägt. Grob ausgedrückt: Die Agrarzölle zwingen jeden Deutschen (Männlein, Weiblein und Kindlein), jährlich 35 Mark an die Landwirtschaft abzuführen, damit diese nicht zusammenbricht oder sich nicht — umzustellen braucht.

Denn das ist die Wirkung: diese Subvention, die für eine Übergangszeit berechtigt wäre, wenn sie der Landwirtschaft wirklich helfen würde, nützt ihr tatsächlich nicht nur nichts, sondern sie schadet ihr, indem sie für den Augenblick die notwendige Umstellung überflüssig macht und so die Katastrofe hinausschiebt, wodurch sie aber nur noch vernichtender werden wird.

Wie muß sich die deutsche Landwirtschaft umstellen? Sie muß den Getreidebau einschränken, mit der Zeit sogar, wenn sie nicht zur chinesischen, gartenmäßigen Art des Getreidebaus übergehen will, ganz aufgeben, und zur landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion übergehen. Daß diese Forderung notwendig ist, dafür gibt es einen sozusagen negativen und einen positiven Beweis.

Es ist in der S.-Z. schon einmal (Nr. 1) vom „Mähdrescher" („combine") die Rede gewesen. Die Erfindung dieser zeit- und arbeitsparenden landwirtschaftlichen Maschine ist aber von solcher Bedeutung für die Weltwirtschaft, daß man seine lieben Zeitgenossen nicht oft genug auf sie hinweisen kann. Der Mähdrescher hat eine Agrarrevolution eingeleitet. Die riesigen Strecken unbebauten Bodens, die es in Kanada, in U.S.A., in Südamerika und Rußland noch gibt, werden im Herbst oder Frühjahr mit dem Traktor aufgerissen, gesät wird ebenfalls mit Maschinen, und die Ernte (vom Schneiden bis zum Dreschen) besorgt der „Mähdrescher" in kürzester Zeit und mit wenigen Arbeitern. Die Folge ist billiges Getreide, mit dem das in Deutschland nach alten Methoden gebaute Getreide nicht konkurrieren kann. Und die Folge davon sind die Agrarzölle. Aber auf die Dauer können auch sie die getreidebauende deutsche Landwirtschift nicht retten. Die Produktionskosten des von bisher unbebautem Boden stammenden Getreides werden in den nächsten Jahren eher noch sinken als steigen, unbebautes Land ist noch genug vorhanden, und wenn der Traktor auch eine paarmal über die gleiche Fläche gegangen ist, kann durch künstliche Düngung ohne wesentliche Mehrkosten der Ertrag auf der bisherigen Höhe gehalten, ja sogar gesteigert werden. Dank Chemie und Mähdrescher ist der extensive Getreidebau wieder rentabel geworden; Chemie und Mähdrescher haben den deutschen Getreidebau zum Tod verurteilt.

Das ist der sozusagen negative Beweis dafür, daß die deutsche Landwirtschaft sich umstellen muß. Und der positive ist die Tatsache, daß es zwar den vorwiegend Getreide erzeugenden Betrieben im Osten schlecht geht, den Betrieben aber, die sich, vor allem im Westen und Südwesten, auf die Veredelungsproduktion gelegt haben, durchaus befriedigend, z. T. sehr gut. Und ferner die Tatsache, daß in den Ländern, die den Getreidebau überhaupt aufgegeben haben, vor allem Dänemark und Holland, die Landwirtschaft fast ohne jeden Zollschutz gut gedeiht.

Warum folgt Deutschland nicht ihrem Beispiel? Sehen wir ab von dem Gesetz der Trägheit, das auch hier wirksam ist, so sind es zwei Gründe, und zwar politische Gründe, die in Deutschland die notwendige Umstellung der Landwirtschaft verzögern: erstens soll verhindert werden, daß Deutschland im Falle eines Krieges von der Einfuhr ausländischen Getreides abhängig ist, und zweitens sind die vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiete, besonders im Osten, bei den heutigen Betriebsformen die festesten Stützen der Rechtsparteien. Und die bestimmen ja, wie die Regierung auch heiße, den Kurs unserer Agrarpolitik. Sie lassen immer wieder Millionensummen nach dem Osten strömen, statt daß dieses Geld dazu verwendet würde, um die Bauern zu schulen, die Veredelungsproduktion zu fördern, die genossenschaftliche Zusammenarbeit beim Ein- und Verkauf auszubauen und auf Standardisierung der Erzeugnisse hinzuarbeiten. Fritz Lenz

In einem Artikel „Glückliche Bauern" schreibt Karl Bahnmüller in der „Frankfurter Zeitung" (Nr. 48) über die Landwirtschaft in Dänemark u. a.:

„Die Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion von Getreide auf Butter, Fleisch und Eier vollzog sich erst um 1880 mit dem Einsetzen der amerikanischen Konkurrenz auf dem europäischen Getreidemarkt und nicht leichthin, sondern von schweren Geburtswehen begleitet. Was hier von jedem einzelnen Bauern verlangt wurde und was er wirklich durchgeführt hat, war gewiß eine schwere Aufgabe, nicht viel geringer und kaum weniger schwierig als die Aufgabe, die jetzt vor den deutschen Bauern steht. Der dänische Bauer, das muß zugestanden werden, hatte freilich nicht jene lange Periode der immer unzureichenden staatlichen Preisstabilisierungen hinter sich, die den deutschen Bauern über seine wirkliche Lage hinwegtäuschten und in das jetzige Stadium führten, von dem zu sagen ist, daß es katastrofale Auswirkungen hat. Die Schonperiode, die irgendwann doch ein Ende haben muß, verschuldet die Verhaltungsweise der deutschen Bauern.

In der dänischen Umstellungsperiode ging es nicht an, im alten Trott in den Tag hineinzutreiben. Wollte einer bestehen, dann mußte er unermüdlich tätig sein. In dieser rauhen Luft aber wuchsen die weltoffenen, beweglichen Menschen, denen es unter allen Bauern Europas westlich des Don und des Baltischen Meeres am besten gelang, sich zu behaupten, deren Wirtschaftsgrundlagen nicht gefährdet sind, weil sie sich umstellten und weil sie zusammenarbeiten."

Honoraris causa

Ein Theologieprofessor (man muß das besonders dankbar anerkennen): Geheimrat Seeberg, hat wieder einmal den Ehrendoktor-Schwindel angeprangert. „In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle" handle es sich hier nicht um eine Anerkennung besonderer Verdienste um die Wissenschaft, sondern um eine reine Geldfrage, um ein Zug um Zug-Geschäft. Und der „Montag Morgen" hat dazu eine ergänzende Statistik über die Ehrendoktoren bei den größten deutschen Unternehmungen veröffentlicht, die ergibt, daß sich unter den 910 Aufsichtsratsmitgliedern dieser Unternehmungen 200 Ehrendoktoren befinden. Mag der eine oder der andere darunter sein, bei dem von gewissen wissenschaftlichen Verdiensten gesprochen werden kann, aber 200 von 900 ...?

Immerhin: hat diese höchst kostspielige Reverenz der Generaldirektoren vor dem akademischen Doktorhut nicht etwas Rührendes?

Nationale Neurose

Sagen Sie einmal zu einer völkischen Volksversammlung das Folgende: „Man muß es in Kauf nehmen, wenn einem Volke, das am nationalen Nervenfieber und politischen Ehrgeize leidet, leiden will, mancherlei Wolken und Störungen über den Geist ziehen, kurz, kleine Anfälle von Verdummung: z. B. bei den Deutschen von heute bald die antifranzösische, bald die antijüdische ... Die Deutschen haben damit alles, was kam und was heute ist, auf dem Gewissen, diese kulturwidrigste Krankheit und Unvernunft, die es gibt, den Nationalismus, diese nationale Neurose, an der Europa krank ist, diese Verewigung der Kleinstaaterei Europas."

Daß Sie unter dem Rufe: „Juda verrecke!" hinausfliegen, ist selbstverständlich. Denn die guten Leute wissen natürlich nicht, daß diese Worte der tausendfach zitierte Halbgott völkischen Machtglaubens, Friedrich Nietzsche, geschrieben hat.

Die Arbeiter sollen einmal leben wie jetzt die Bürger, aber über ihnen, sich durch Bedürfnislosigkeit auszeichnend, die höhere Kaste: also ärmer und einfacher, doch im Besitz der Macht.

Friedrich Nietzsche

Eine dumme Geschichte

Von Hermann Mauthe

Ich sitze in Leslies Etablissement in der 6. Avenue und beobachte das Paar am Nebentisch. Es stimmt mit den Beiden was nicht. Ich wittere da eine Geschichte. Da wird sich vielleicht was machen lassen.

Der gute Junge — nennen wir ihn ruhig mal Billy — hat wohl allerhand erlebt. Wahrscheinlich spielt da das Frauenzimmer mit herein, das neben ihm sitzt. Ich will sie Jane heißen. Das geht wohl.

Also da ist bestimmt irgend eine Geschichte mit Jane. Vielleicht ist es so, daß Billy noch vor wenigen Wochen da oben gewesen ist in Nord-Dakota. Kalkuliere auf einer Farm. Da wird er wohl einen ganz guten Posten gehabt haben. Ich schätze, man konnte ihn gebrauchen. Möglich sogar, daß ihn alle gern hatten.

Aber da muß dann noch was gewesen sein. Irgend eine Affäre. Wie war das wohl?

Ich denke mir, da war Jane, die Tochter des Farmers, und das Teufelsmädel hatte sich in Billy vergafft. Ja! Und nun ist es klar, daß so was nicht lange gut tut. Der Alte, kann ich mir denken, wird da ordentlich dazwischen funken. Er spinnt natürlich auch seine Fäden. Eines Tages, ich sehe das deutlich, läd er Mc Poole zu einem kleinen Sommerfest ein. Er sähe es furchtbar gern, wenn Jane und Mac ein Paar würden. Mc Pooles Farm stößt nämlich an die von Janes Vater. Da sind natürlich gewisse Möglichkeiten. Es wäre da geschäftlich allerhand zu machen. Aber Jane, stelle ich mir vor, ist an dem Abend sehr häßlich zu Mac und hat ein dummes Getue mit dem Hungerleider Billy. Das ist eine ungute Geschichte. Sie endet sicher schlecht. Denn Janes Vater und Mac, das ist klar, besaufen sich nun wie toll. Na, und dann ist es so, daß der Alte bei einem kleinen Anlaß dem Billy eine mit der Reitpeitsche überzieht. So denke ich mir das. So könnte das wohl gewesen sein. Da hat natürlich Jane dann zu Billy gehalten. Vielleicht hat sie dem Alten die Peitsche herausgerissen und ihm vor die Füße geworfen. Ich kann mir die Szene gut vorstellen; sie müßte herrlich gewesen sein. Na, daraufhin sind dann beide auf und davon gegangen, hier herunter in den Süden.

Warum sitzen sie aber nun hier in Leslies zweifelhaftem Etablissement in der 6. Avenue? Warum ist sie so schlecht gelaunt und warum hat er einen unguten Zug um den Mund?

Ich stelle mir vor, die Beiden haben ein paar Wochen sehr glücklich gelebt, aber eines Tages war dann sein Konto auf der Bank erschöpft. Da begann wohl die Misere. Möglicherweise hat sie eine Stellung angenommen, weil er nirgends ankam. Sie ist vielleicht in einem Hotel Weißzeugbeschließerin oder so. So was ist durchaus möglich.

Und nun sind sie also heute zusammengetroffen. Ich sehe noch nicht klar, warum. Es ist da etwas, was ich nicht ganz durchschaue.

Billy kritzelt reichlich nervös auf einem Blatt Papier, er hat Jane eben was über den Tisch hinübergegeben, und nun scheint sie furchtbar gekränkt. Hallo! ist es so weit mit den Beiden! Sie hat ihm wohl, wie schon oft, einen kleinen Scheck hingeschoben, damit sich der Junge über Wasser hält. Und nun will er nicht mehr. So was erträgt einer selbstverständlich nicht lange. Ich wette, Billy wird damit endgültig Schluß machen. Vielleicht wird er sich morgen auf die Bahn setzen und versuchen, im Westen auf einer Farm unterzukommen. Ich traue es ihm zu. Ich halte ihn für einen Kerl. Für meine Geschichte wären in dieser Hinsicht wundervolle Möglichkeiten gegeben. Da brauchte ich mich bei Gott nicht lange zu besinnen: Jane hat am Abschiedstag, das liegt auf der Hand, ihre jetzige Depression völlig überwunden. Ich denke, sie beherrscht sich und benimmt sich ganz wie die Tochter eines Farmers aus dem Norden. Sie drücken sich beim Abschied einfach fest die Hand — und Billy geht nach Colorado. Da ist es dann in der Folge natürlich nicht so, daß sich seine Hoffnungen erfüllen. Er muß sehr weit unten anfangen und hat es verdammt schwer. Na, und dann ist da wahrscheinlich eine dumme Geschichte, die Billy mit irgend einem Strolch auszuwetzen hat. Sie endet nicht gut, und Jane wird Billy nie wieder sehen. Ich sehe diesen Schluß voraus, obwohl es mir um die Beiden leid tut.

Wie gesagt, die Geschichte wäre so wohl zu machen. Es käme alles auf Jane an. Über sie bin ich mir nicht so ganz im klaren. Mit ihr könnte es auch etwas anders sein. Ihr Gesicht hat im Zwielicht der Nische so was Unbestimmtes. Man müßte sie mal näher unter die Luppe nehmen.

Gott sei Dank, nun beugt sie sich endlich mal vor. Da schlag' einer hin! Der Teufel hole mich alten Esel, wenn auch nur ein Jota von dem stimmt, was ich bis jetzt über sie zusammengereimt habe. Diese Jane ist bestimmt nicht auf einer Farm im Norden aufgewachsen. Wette, sie ist nicht weit von Leslies zweifelhaftem Etablissement zu Hause. Man kennt ja diese Sorte. Es scheint mir, dieses Weibsbild hat schon allerhand hinter sich. Da werde ich wohl auch Billy anders taxieren müssen. Dieser Billy wird morgen nicht nach Colorado fahren und sich auf einer Farm abplagen. Billy wird hier in der City den Leuten das Geld auf bequemere Art herausquetschen. Ich sehe nun ganz deutlich, was es mit den Beiden in Wirklichkeit auf sich hat. Ein Irrtum ist da gar nicht mehr möglich. Billy hat ganz einfach mal wieder ein dunkles Plänchen und Jane will nicht recht. Es war da schon mal so ne Geschichte, und dabei ist sie nicht gut weggekommen. Auf dem Papier da auf dem Tisch ist, so wie ich Billy jetzt kenne, ein Plan aufgezeichnet mit allen wichtigen Details. Ich kann mir vorstellen, es handelt sich um das Haus Ecke Houston- und Allen-Street und im Erdgeschoß befindet sich eine Bank. Sich mal einer an! Billy will da einen ganz großen Coup machen.

Was aber will er von Jane? Welche Rolle hat er ihr zugedacht?

Die Frage ist lächerlich. Gleich neben der Bank ist, denke ich mir, ein leerer Laden zu vermieten. Jane soll ihn zum Schein übernehmen, und Billy wird von dort aus eines Nachts die Geschichte schaukeln. Das ist klar. Es gibt da keine andere Möglichkeit.

Wird sich aber Jane noch herumkriegen lassen? Sie ist eben nervös aufgestanden und hat sich ans Fenster gestellt. Nun reißt sie zornig mit den spitzen Mausezähnchen an ihrem Taschentuch. Die Lage steht für Billy nicht gut. Ich sehe ein heimtückisches Flimmern in Janes Augen. Sie will ihm einen Streich spielen. Wahrscheinlich aus Eifersucht. Ich traue ihr zu, daß sie dem Mann, der eben da draußen vorüberging, ein Zeichen gegeben hat. Ich habe da so einen Blick aufgefangen. Dann kommt der Mann natürlich jetzt gleich in das Lokal und bittet Billy, ihm unauffällig zu folgen. Billy wird noch irgend eine dunkle Geschichte auszubaden haben.

Ja, und nun sehe ich tatsächlich jenen Mann das Lokal betreten. Jetzt kommt er geradewegs auf Billy zu. Ich habe also haarscharf ins Schwarze getroffen. Wenn ich mal wen

Gestohlen?

Der Reichstag wird erst in einigen Tagen wieder zusammentreten. Eigentlich müßte ich also seine kommenden Taten abwarten. Leichtsinnig, wie ich nun einmal bin, nehme ich aber an, daß sie, wie bisher, gleich Null sein werden. Die Herren Abgeordneten werden etwas schimpfen, im Herzen aber ganz froh sein, daß die Regierung sie der unangenehmen Lage überhebt, sich vor den Augen ihrer Wähler die Finger zu verbrennen. Ich nehme daher als sicher an, daß der Etat für 1931 einschließlich aller gepanzerten Lustkähne durch Regierungsdiktat ebenso bewilligt werden wird, wie den Gewerkschaften die Durchführung von Lohnkämpfen unmöglich gemacht worden ist.

Ich komme also zu dem traurigen Ergebnis, daß die Republik in Nebel gehüllt morgen verschwinden kann, und daß die Staatsgewalt dem Volke entzogen worden ist. Als nur kümmerlichen Laienjuristen interessiert mich nun die Frage, ob die Staatsgewalt etwa gestohlen ist. Und da ist mir folgender Vergleich eingefallen.

Die fremden Kaufleute in China pflegen sich, da die einheimischen Arbeitskräfte billig sind, sehr viel häusliche Dienstboten zu halten. Diese chinesischen Dienstboten haben sich zweierlei angewöhnt: Jeder tut nur das, wofür er gemietet worden ist, und alle verstehen es, sich durch allerlei Listen Nebeneinnahmen zu verschaffen. Diejenigen Dienstboten aber, denen das noch nicht genügt, haben, soweit sie nicht einfach plump mausen, eine geniale Methode des allmählichen Stehlens erdacht. Objekt dieses Tuns sind solche Gegenstände, die die Herrschaft nur sehr selten braucht. Sie werden zunächst an irgend einen geheimen Ort innerhalb des Hauses verbracht. Wenn die Herrschaft eines Tages danach fragt, so erklärt der Täter, er könne sich nicht darauf besinnen, den Gegenstand jemals gesehen zu haben. Dann fällt die Entscheidung: Entweder die Herrschaft findet sich mit der Tatsache ab, daß der Gegenstand futsch ist, oder sie schlägt Krach. Im letzteren Falle erscheint der betreffende Boy (so heißen diese in China) bald mit dem glücklich wiedergefundenen Gegenstand und avanziert dadurch zur „Dienstbotenperle". Im ersteren Falle kann der Boy den Gegenstand nunmehr in aller Ruhe zum eigenen Nutzen verwerten.

Ich muß gestehen, daß ich diese chinesische Kunst des allmählichen Stehlens für das genialste halte, was auf dem Gebiete der Enteignung jemals von einem Menschenhirn erdacht worden ist.

Und nun die Nutzanwendung für unsere Sendboten des Volkes: Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt ist noch vorhanden, sie ist von der Regierung Brüning nur an einem verborgenen Platze niedergelegt worden. Die große Entscheidung steht jetzt bevor. Wird das Volk Krach schlagen oder wird es sich mit der Tatsache abfinden? Herr Brüning möge es mir nicht übelnehmen, daß ich ihn gewissermaßen mit einem chinesischen Boy vergleiche. Er möge es um so weniger übelnehmen, als manche dieser Boys sonst ganz famose Leute sind. Jedenfalls dünkt mir seine Methode immer noch schmerzloser als die, die die Mannen Adolfs I. vermutlich anwenden werden. Sie werden mit Gewalt den Kleinen im Volke den letzten Rest ihrer Staatsgewalt nehmen und ihn sich selbst und ihren großen Freunden in die Taschen bugsieren.

Gibt es für unsere nach Gehaltsklasse 10 (— 20 Prozent) besoldeten Volksboten denn eigentlich gar keine Möglichkeit mehr, uns aus den, in mancher Hinsicht gewiß bequemen, chinesischen Haushaltsverhältnissen wieder in unbequemere, aber solidere westeuropäische zurückzuführen?

Paul von Schoenaich

Die Reichsregierung hat verordnet, daß für eine Reihe von Markenartikeln die Preisbindung nur dann gültig sein soll, wenn die Preise gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1930 um 10 Prozent gesenkt werden.

Die Indien-Konferenz in London ist abgeschlossen worden. Sie hat einen Verfassungsentwurf angenommen, der Indien eine dominionähnliche Stellung verleihen soll.

In der Sowjetunion ist innerhalb des Rates der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Molotow eine fünfgliedrige „Vollzugskommission zur Verwirklichung des rascheren Plantempos" gebildet worden. In den Rat für Arbeit und Verteidigung ist Stalin aufgenommen worden, der damit zum erstenmal ein Regierungsamt übernimmt. (Er war bisher nur Generalsekretär der kommunistischen Partei Rußlands.)

In der Justizmaschine

Ein „Gnadenakt"

Der Dortmunder „Generalanzeiger" hat sich schon seit geraumer Zeit eines Falles angenommen, der zum mindesten eine gewisse Zähflüssigkeit des juristischen Apparates offenbart. Es handelt sich um den Fall des Schneidermeisters Faupel in Unna. Er wurde am 13. Dezember 1913 wegen Anstiftung zu gewinnsüchtiger, falscher Beurkundung in Tateinheit mit Betrugsversuch zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt; zwei mitangeklagte Ober-Postassistenten bekamen wegen Verbrechen im Amte je 18 Monate Zuchthaus.

Während nun der Schneidermeister, zermürbt durch einen Nervenzusammenbruch und von seinem Verteidiger schlecht beraten, die Strafe annahm, legten die beiden Mitangeklagten Revision beim Reichsgericht ein. Die erneute Verhandlung vor dem Schwurgericht brachte die Freisprechung der beiden als Haupttäter verurteilt gewesenen Postbeamten. Für den im Zuchthaus Celle sitzenden Schneidermeister beantragte nun ein neuer Verteidiger die Wiederaufnahme des Verfahrens: die Dortmunder Strafkammer lehnte den Antrag ab, hielt es also offenbar an der Ordnung, daß das Nebendelikt bestraft bleibt, obwohl das Verfahren wegen des Hauptdelikts mit einem Freispruch geendet hatte. Endlich im August 1914 verfügte der Strafsenat des Oberlandesgerichts im Hamm telegrafisch die Entlassung aus dem Zuchthaus und die Wiederaufnahme des Verfahrens. Faupel kämpft heute noch um sie. Denn am 29. Juni 1920 erhielt er vom Oberstaatsanwalt in Dortmund den Bescheid, daß durch Erlaß der preußischen Staatsregierung die Untersuchung gegen ihn niedergeschlagen worden sei. Niedergeschlagen, obwohl vom Oberlandesgericht ausdrücklich die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet worden war und obwohl offen zutage lag, daß dem durch die entehrende Zuchthausstrafe um Existenz und Ansehen gekommenen Schneidermeister nur eine Wiederaufrollung des Falles und ein Freispruch einigermaßen zu seiner Rehabilitierung verhelfen kann.

Es soll nun allerdings, wie vom Dortmunder „Generalanzeiger" darauf hingewiesen wird, im Januar 1920 ein Gesetz über Niederschlagung von Untersuchungen erlassen worden sein, wonach gerichtlich eingeleitete Untersuchungen, die infolge der besonderen Verhältnisse des Krieges längere Zeit geruht haben, im Gnadenweg niedergeschlagen werden können. Aber hier handelt es sich um kein schwebendes Verfahren, sondern um eine Wiederaufnahme, und selbst ein „Gnadenakt" hat wohl nur Sinn, wenn er keine Benachteiligung des Betroffenen bringt. Was Faupel erwarten kann, ist Freispruch, öffentliche Rehabilitierung und angemessene Entschädigung. Was man von der Justiz erwarten kann, ist, daß sie sich dort, wo sie fehlgesprochen hat, nicht hinter formale Bedenken verschanzt, sondern alles tut, um wieder gut zu machen.

Wenn es aber immer wieder in solchen Fällen des zähen Nachhelfens der Öffentlichkeit bedarf, soll sie sich nicht wundern, wenn das „Schlagwort" von der Vertrauenskrise immer wieder ertönt.

hm

Leerlauf

„Die Justizpressestelle Düsseldorf teilt mit: In der Strafsache gegen den Massenmörder Kürten haben sowohl die vorläufige Untersuchung durch Professor Sioli als auch die klinische Untersuchung in der Landesheilanstalt Bedburg-Hau ergeben, daß Kürten für seine Taten verantwortlich ist ... Zeit und Ort der Hauptverhandlung können erst bestimmt werden, wenn das Hauptverfahren eröffnet ist."

Eine kleine, in manchen Blättern fettgedruckte Notiz. Die stillgelegte Justizmaschinerie ist also wieder in Betrieb gesetzt, sie wird mit altgewohnter Präzision funktionieren und den pp. Kürten verarbeiten.

Es handelt sich nicht darum, ob dieses Leben objektiv gesehen erhaltenswert ist oder nicht. Es handelt sich nur um die Frage, ob das Schema, nach dem die Verantwortlichkeit und Haftbarkeit von Verbrechern für ihre Taten festgestellt wird, noch zulänglich ist. In den Zeiten der hochpeinlichen Hals- und Gerichtsordnungen hatte man von Menschen- und Seelenkunde, von der Psychologie und den Gesetzen geistiger und ethischer Gesundheit so gut wie keine Ahnung: man darf den Geschlechtern jener Tage aus ihrer tölpisch-plumpen Rechtsprecherei keinen Vorwurf machen. Aber heutzutage wirkt es beschämend, wenn man sieht, wie der Justizapparat mit störrischer Unbelehrbarkeit sich über einen Menschen hermacht, der schon durch seine Taten seine Abnormalität und Unzurechnungsfähigkeit bewiesen hat.

Kürten, einer jener Maniaken, die besessen brennen, Sexualverbrechen begehen und Menschen abschlachten, ohne „Motiv", aber aus eingefleischtem Trieb (der jedes Motiv überflüssig macht, weil er keines nötig hat), fällt so sehr aus dem Rahmen des Nachkontrollierbaren und Verständlichen, aus dem Rahmen der Zurechnungsfähigkeit und Verantwortlichkeit heraus, daß der riesige Hochbetrieb des Apparats, der nun zur Bewältigung seiner paar Dutzend Verbrechen eingesetzt ist und nach stereotypem Muster ablaufen wird, ein monströser Leerlauf sein muß, wie auch das Urteil ausfallen mag. Der Gerechtigkeit kann hier keine Sühne geboten werden; weder die Todesstrafe noch die lebenslängliche Internierung unter Gesunden oder Kranken können in der Vorstellung der Denkfähigen einen Ausgleich herstellen für die Taten dieses animalisch wütenden Abnormen.

Die Außerordentlichkeit und Unmeßbarkeit dieses Menschen leuchtet ein wie ein Axiom, und wenn zehnmal die Kontrollier- und Meßmaßnahmen der berufsmäßigen Psychiatrie versagen. Der große Aufwand an Zeit, Arbeit, Geld, der verschwendet werden wird, um das Problem Kürten zu einer Pseudolösung zu führen, hätte gespart werden können, wenn wir den Apparat, mit dem wir Schädigungen der Gesellschaft wieder in Ordnung bringen wollen, besser ausgedacht, konstruiert und organisiert hätten. Wir müßten längst soweit sein, daß das kriminelle Monstrum statt durch das unzulängliche und wirkungslose Instrument der Justiz durch eine einfach, gut und exakt wirkende Verwaltungsinstitution aus dem gesellschaftlichen Prozeß ausgeschaltet würde.

M. B.

Das ewige Streichholz

Einem Wiener Ingeniör ist es gelungen, das ewige Streichholz zu erfinden.

Es besteht aus einer ähnlichen Masse wie der Kopf der heutigen Streichhölzer, die aber durch irgend eine Beimengung zwei neue Eigenschaften bekommen hat: erstens ist sie so hart, daß man das ganze Stäbchen aus ihr herstellen kann, also kein Holz mehr braucht, und zweitens brennt sie so langsam, daß man die Flamme wieder ausblasen kann. Ein Zündstäbchen von der Größe eines Streichholzes soll sich infolgedessen sechshundertmal anzünden lassen, so daß z. B. ein Raucher mit etwa sechs Stäbchen ein ganzes Jahr reichen würde.

Wenn diese Neuigkeit einschlägt, dann ist das Ende der Zündholzindustrie gekommen. Ivar Kreuger kann einpacken, Millionen von Nadelholzbäumen brauchen nicht mehr geschlagen zu werden.

Wenn Herr Kreuger keine Zündhölzer mehr fabriziert, gehen allerdings ein paar Staatsbudgets aus den Fugen, in denen der Holzverkauf oder die Zündholzsteuer oder die vom Zündholzkönig liebenswürdig gepumpten Zwischenkredite eine gewisse Rolle spielen. Aber da ist nichts zu machen. Technische Fortschritte lassen sich doch nicht aufhalten!

Meinen Sie? Wie ist es denn dann mit der ewigen Glühbirne, die längst erfunden ist, oder mit dem unzerbrechlichen Glas, das es ebenfalls seit einer Reihe von Jahren gibt? Schon was gemerkt davon?

Genau so wird es mit dem ewigen Streichholz gehen. Ein Elektrotrust hat das Patent der Dauer-Birne gekauft und — vernichtet. Der Glastrust hat das Dauerglas-Rezept in Händen und macht davon nur sehr sparsamen Gebrauch. Und der Zündholztrust wird dem gefährlichen Wiener Chemiker seine Erfindung um ein paar lumpige Millionen abkaufen, damit sie gut aufgehoben ist.

Erfindungen und Entdeckungen: schön. Aber wo sie sichere, konjunkturgeschützte Profite gefährden: zum Teufel damit. Wenn es nach Mister Rockefeller gegangen wäre, würden wir wahrscheinlich heute noch Erdölfunzeln brennen. (Die Kapitalisten reden in solchen Fällen gerne von den vielen Arbeitern, die sie nicht brotlos werden lassen möchten.)

Moral von der Geschichte: das privatkapitalistische System, die „freie" Wirtschaft, ist offenbar doch nicht so ausschließlich die Heimat des Fortschritts und der technischen Vollendung, wie es gerne von sich rühmen läßt.

Wir brauchen nicht zu fürchten, daß wir nach seinem Zusammenbruch wieder mit Stahl und Zunder werden Feuer schlagen müssen.

Blechschmidt

Ich glaube, es ist nicht Talentlosigkeit, was die meisten deutschen Gelehrten davon abhält, über Religion und Filosofie sich populär auszusprechen. Ich glaube, es ist Scheu vor den Resultaten ihres eigenen Denkens, die sie nicht wagen dem Volke mitzuteilen.

Heinrich Heine

---

richtig unter die Luppe genommen habe, kann man sich auf meine Kombination verlassen. Da wickelt sich alles so exakt ab, wie hier: Jetzt ist der Mann noch zwei Schritte von dem ahnungslosen Billy entfernt. Jetzt hebt er die Hand. Jetzt legt sie sich schwer auf Billys Schulter. Und nun sagt er ... ja was denn? Wie ist mir denn? „Georgie", sagt er, „die Missionsversammlung in Hills-Garden hat sich leider nicht mehr verschieben lassen, und nun muß dein Frauchen ihren Geburtstag in diesem gräßlichen Milieu verbringen."

Verdammt noch mal! Ein Pastorenehepaar!

Die Tragödie des Fachmanns

Wie weit ist am unglücklichen Ausgang des Krieges unsere militärische Leitung schuld? Hat es an der politischen Führung gefehlt? Was hat es mit dem Dolchstoß auf sich? Die Debatte über diese Fragen ist endlos und weithin durch einseitige Stellungnahme getrübt.

Eine ausführliche und sich um Sachlichkeit bemühende Darstellung der Triebkräfte unseres militärischen und politischen Lebens während des Krieges gibt Karl Tschuppik in seinem Buch „Ludendorff. Die Tragödie des Fachmanns" (Verlag Dr. Hans Epstein, Wien-Leipzig). Er wird der bedeutenden militärischen Persönlichkeit Ludendorffs durchaus gerecht, zeigt aber deutlich, wie das einseitig gerichtete Streben des Fachmannes verderblich werden mußte ohne das Gegengewicht einer nennenswerten politischen Potenz und Energie.

Die zum Teil durch verwegenes Hasardspiel gewonnenen Schlachten im Osten sichern Ludendorff im vornherein einen Nimbus, angesichts dessen die politische Führung im Vertrauen auf den militärischen Fachmann in weitem Maße auf eigenes Denken und Nachprüfen verzichtet. Der Schwerpunkt der Entscheidungen verlegt sich deshalb immer mehr in den Umkreis der Obersten Heeresleitung, besonders weil sich der Reichstag bei wichtigen Entscheidungen selbst ausschaltet oder willfährig mitgeht. So kann z. B. in der Hoffnung auf den Zuwachs vager, auf dem Papier errechneter polnischer Divisionen das Königreich Polen ausgerufen werden, mit dem einzigen Erfolg, daß der russische Nationalismus nochmals zu einer letzten Kraftanstrengung ausholt. So kann man zu dem letzten Mittel greifen, das die Rettung bringen soll: zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Man tut es im Hinblick auf das Urteil der Fachleute; aber es stellt sich heraus, daß diese weder über die Wirkungsmöglichkeiten der eigenen Waffe noch über den Umfang der feindlichen Abwehrmittel ein klares Bild hatten. Auch nicht über die drohende Gefahr weiterer verhängnisvoller Verwicklungen. So stürzt sich der Siegesoptimismus auf jede neue technische Errungenschaft und zieht aus ihr ein künstliches Kraftgefühl, auch wenn ihr einziger Wert nur darin besteht, die Stimmung im Ausland gegen uns zu verschlechtern.

Der Umschlag in schwarzen Pessimismus erfolgt, sobald unsere technische Unterlegenheit auf den Kriegsschauplätzen im Westen spürbar wird. Ludendorff, der sich in den Gedanken einer rettenden Vernichtungsschlacht verbissen hat, sieht nicht, daß „alles nicht ausreicht, den „neuen Kriegstyp", die Verteidigung in der maschinellen Schlacht, umzuwerfen. Der bedeutendste Fachmann des alten preußischen Generalstabs vermag die moderne Schlacht nicht mehr zu meistern."

Foch hat Ludendorffs Methode Büffelstrategie genannt. Auf der Gegenseite war man durch den Wahnwitz des abgesägten Generals Nivelle schon lange darauf gekommen, daß ein Sieg mit den Methoden und der Taktik der „altmodischen Offensiven" unmöglich sei. Man war darauf gekommen, nachdem ganze Divisionen sich geweigert hatten, die Sinnlosigkeit des stupiden Anrennens länger mitzumachen. Allerdings war dort das politische Gegengewicht viel stärker als bei uns, wo Ludendorff eher automatisch als durch bewußtes Streben die Rolle eines Diktators zufiel: die politische Führung hatte dort nicht die nötige Kontrolle über die militärische verloren.

Ludendorffs Tragik bestand darin, „daß er ein Schwert war, dem die zur Führung berufene Intelligenz gefehlt hat". Zur Organisierung und vollen Entfaltung der Gewalt mögen jene „wertvollen Fähigkeiten zweiten Grades genügen, die in einem Volk des Gehorsams und der Fachmänner tausendfach vorhanden sind. Zum Sieg gehört mehr: die Schätzung und der Gebrauch der „allerhöchsten Kraft", des menschlichen Geistes."

oha

Die Staatskunst ist die Organisation des Götzendienstes. Die Bürokraten sind die Beamten, die Aristokraten die Götzenbilder, die Demokraten die Götzendiener.

Bernard Shaw

Literatur

Die Geächteten. Von Ernst von Salomon. Verlag Ernst Rowohlt, Berlin W 50. Broschiert 5 Mark. — Salomon schildert mit bemerkenswertem Temperament und Können die Nachkriegszeit, wie sie sich in dem Streben der aktivistischen nationalen Jugend widerspiegelt. Wurzellos und von Haß und Tatendrang besessen ist sie überall dabei, wo in der Unruhe der Umwälzung Abwehr und Angriff gegen inneren und äußeren Feind aufflammt; bei den Noskiten, im Baltikum, in Oberschlesien, beim Kapp-Putsch, im Rheinland und anderswo. Mit dem Rathenaumörder Kern zusammen sammelt Salomon, angewidert von dem zu nichts verpflichtenden patriotischen Geschwätz der nationalen Zirkel, überall die aktivsten Elemente für den Kampf gegen Besatzung und Republik: der Kampf am Rhein und an der Ruhr geht los; die Angriffe auf die Republik aus dem Dunkel der Verschwörernester mehren sich; Erzberger wird ermordet und schließlich fällt Rathenau. Hier ist viel ungewisser Drang und eine große Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel, aber man spürt eine echte Leidenschaft, den Mut zur Unbedingtheit und zum persönlichen Einsatz, und das ist in einer Zeit des lauwarmen, berechnenden Paktierens schon einiges.

m

Christus am runden Tisch. Offene Aussprachen unter den Augen Jesu in Indien. Von E. Stanley-Jones. Furche-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis brosch. 6,60 Mark — Stanley, der seit 23 Jahren als Missionar in Indien arbeitet, sieht klar die Möglichkeiten, die in dem Zusammentreffen indischen Geistes mit dem wahren Geist Christi liegen. Er hat nichts von einem bekehrungswütigen Missionar üblichen Kalibers, er predigt nicht, es geht ihm nicht um spitzfindige Diskussionen — er sucht religiöse Wirklichkeit gegen religiöse Wirklichkeit zu stellen. Dabei ist ihm in Indien durchweg eine gewisse Empfänglichkeit für Christus und eine scharfe Kritik am abendländischen Christentum begegnet. Stanley teilt diese Kritik weitgehend; das Versagen der Kirche in der entscheidungsträchtigen Nachkriegszeit hat ihn enttäuscht. „Man erwartete, die Kirche würde nach dem Kreuze fragen, statt dessen fragte sie nach Bequemlichkeit." Er sieht genau, daß mit diesem Geist nirgends mehr wirkliche Eroberungen zu machen sind — am wenigsten in Indien; es gibt nur eine Autorität in religiöser Hinsicht: sie fließt aus bedingungsloser, dienender Selbstverleugnung. — Man gewinnt durch das Buch einen guten Einblick in die geistige Lage Indiens.

K. Berger

Film-Unruhe

Vor der Leinwand, die für Millionen augenblicklich die Welt bedeutet, herrscht zunehmende Unruhe. Das greuliche Gemisch „Publikum" fordert für seinen entrichteten Obolus von dem Kinobesitzer nichts weniger als die „Wahrheit".

Das ist ein bißchen viel verlangt. Besonders, wenn dahinter die Forderung lauert, seine eigenen Anschauungen „voll und ganz" bestätigt zu sehen, wenn der Ruf nach Lebensnähe und Echtheit aus Bezirken kommt, wo die Nebel der Wunschträume auf- und abwogen. Die Kinoleute werden es verdammt schwer haben, wenn diese augenblickliche Aktivierung des Publikums anhält oder gar fortschreitet, wenn sich das seitherige Allerweltspublikum in ein undurchsichtiges Gegeneinander einzelner Gruppen auflöst. Vor allem aber auch dann, wenn diese Aktivierung an Dingen spürbar wird, die nicht ohne weiteres so greifbar sind wie die Fälschungen der Kriegsfilme und die patriotische Verklärung geschichtlicher Motive.

Doch es ist noch nicht so weit! Vorerst erstreckt sich das Interesse der Demonstranten nur auf ganz handgreifliche Dinge: die einen protestieren gegen Remarque und verlogenen Studentenkitsch, die andern gegen den Fridericus-Rummel und jetzt gegen den neuen Ufa-Kriegsfilm. In Leipzig hat es wegen dieses Films in zwei Theatern erregte Kundgebungen gegeben, die Vorstellungen mußten abgebrochen werden, und die Kinobesitzer sahen sich genötigt, die Eintrittsgelder zurückzubezahlen.

Das ist immerhin etwas! Aber man täusche sich nicht darüber hinweg, daß diese Aktivität in Augenblicksstimmungen wurzelt, die nicht einmal Allgemeingut der großen Massen sind, daß sie weithin nur Reaktion auf die Aktivität von rechts ist. Trotz einer jahrzehntelangen Arbeiterbewegung ist ein sicheres Urteil in kulturellen Dingen bei den Massen nicht vorhanden; neben der straffen politischen Bindung fehlt es an der weltanschaulichen. Man hat vielleicht einen Blick für Dinge, die durch die Politik des Tages nahegerückt sind, aber darüber hinaus ist man bis in die Reihen der Führer hinein manchmal von einer bewundernswürdigen Kritiklosigkeit.

Die gelegentlichen kleinen Tumulte über gar zu offensichtliche Beeinflussungs- und Verfälschungsversuche können nicht die Tatsache verschleiern, daß die Massen die Filmwelt bis jetzt ohne nennenswerten Widerspruch, ja mit einer sehr empfänglichen Willfährigkeit hingenommen haben. Sie haben die hartnäckigen Bemühungen, ihnen gute und einwandfreie Filme nahezubringen, in weitem Maße mit Interesselosigkeit beantwortet. Diese Bemühungen sind allerdings vom größten Teil der sozialistischen Arbeiterpresse auch kaum nennenswert unterstützt worden. Zwei Seelen wohnen auch auf diesem Gebiet in ihrer Brust, und die landläufigen Wechselwirkungen zwischen dem redaktionellen Teil und der Anzeigenabteilung sind auch bei ihr vorhanden. Ihre Filmkritik bewegt sich behutsam innerhalb jener Grenzen, in denen sich für den Kinobesitzer eine Insertion noch rentiert. Sie kann gelegentlich ein paar Hopser darüber hinaus tun, aber für die Regel ist es undenkbar, will sie dabei nicht sehr beachtliche Einnahmen aufs Spiel setzen.

Ohne eine scharfe, zielbewußte Führung durch die Tagespresse ist aber die Masse dem verderblichen Einfluß der heutigen Filmwelt kaum zu entreißen; ohne konsequente Kritik wird die Einwirkung der Presse auf die Filmproduktion gleich Null sein. Der Kampf auf dem Boden der Kriegsstücke ist verhältnismäßig einfach, und die wenigen Protestsiege sind im Hinblick auf Ziel und Umfang der sozialistischen Bewegung mehr als bescheiden. Welche Hoffnungen darf man da angesichts der raffiniert aufgezogenen Gesellschaftsstücke haben, die gewissen, vom sozialistischen Standpunkt aus peinlichen, Sehnsüchten entgegenkommen, und denen gegenüber der Ruf nach Wahrheit und Echtheit plötzlich merkwürdig verstummt und weithin einem Wohlgefallen Platz macht, das nicht gerade von klarer Zielstrebigkeit zeugt?

Die Stellung zum Film wird stets ein Maßstab dafür sein, wie tief wirklich sozialistisches Streben in den Massen wurzelt oder wie weit ihre Haltung in Ressentiments der Zukurzgekommenen begründet ist. M.

Kein Kulturbolschewismus?

Filminserat in den Stuttgarter Tageszeitungen: „Dienstag zum erstenmal: Geza von Bolvary, der Regisseur der Filme „Zwei Herzen im Dreiviertel-Takt" und „Ein Tango für Dich" schuf einen neuen Tonfilm mit Willy Forst in der Hauptrolle: „Der Herr auf Bestellung". Die musikalischen Schlager des Films sind: „Dein Hemdchen ist aus Crêpe de Chine ...", „Karte gnügt — komme ins Haus", „Die Mutter braucht ja nichts davon wissen", „Hab keine Angst vor dem ersten Kuß"."

Der Film wird gespielt im Ufa-Palast. Die Ufa gehört zum Konzern Hugenbergs, des Mannes, der auszog, das deutsche Volk vom „Kulturbolschewismus" zu erlösen und zu christlich-teutsch-nationaler Biederkeit zurückzuführen.

1931

Nach der Fysikstunde in der Untersekunda des Lyzeums in D. findet sich eine Büchermappe, die liegen geblieben ist. Herr Studienrat M. öffnet sie, um die Eigentümerin festzustellen. Entsetzt fährt er zurück, da ihm eine grün und rot gestreifte Packung entgegenleuchtet, zu klein für den in so vielen Geschäften angepriesenen Gummischwamm, doch aus der gleichen Fabrik.

Die Missetäterin wird herbeigerufen. In bewegten Worten stellt ihr der Herr Studienrat das Verwerfliche ihres Tuns vor Augen. Schließlich verweist er sie auf die Folgen, die das Vorkommnis für ihre Schullaufbahn haben könne, wenn er es ordnungsgemäß melde. Da antwortet sie ihm gelassen: „Dann müssen Sie die ganze Klasse hinauswerfen. Was sollen wir denn tun? Die Herren sind ja so unvorsichtig".

Bildung

Es ist nicht erstaunlich, wenn den hochtrabendsten Vertretern akademischer Bildung, den überwiegend nationalsozialistischen Studenten der Erlanger Universität, nachgewiesen wird, daß sie von allen Büchern ihrer Universitätsbibliothek am häufigsten die Romane von Karl May entlehnen. Es ist auch niemand überrascht, wenn der Literaturhistoriker der Universität Gießen durch einen an sämtliche Studenten ausgegebenen Fragebogen feststellt, daß 50 Prozent der Studenten nie eine Zeile von Gerhart Hauptmann gelesen haben oder daß nur ganz vereinzelten Studenten einmal der Name Stefan George zu Ohren gekommen ist.

Es ist aber doch einigermaßen verwunderlich, wenn die Herren nicht einmal für das Gebiet, das sie, abgesehen vom Fachstudium, als Einziges berühren könnte: für die „wissenschaftliche" Grundlegung ihrer völkischen Politik (bzw. Schreierei) Interesse zeigen. Als nämlich Minister Frick der Universität Jena den Rasseprofessor Günther aufdrängte, geschah das mit der Begründung, daß das große Interesse unserer heutigen Jugend an dem Problem der Rassenkunde die Errichtung eines solchen Lehrstuhls dringend nötig mache, und als man zählte, wieviel von den 3000 Studenten das Kolleg Günthers belegt haben, ergab es sich, daß es zwölf Mann waren. R.R.

Deutsche Sehnsucht

Holzschnitt von Hans Gerner

Kleinigkeiten

Mach dich nützlich. Der Chef der Marineleitung hat erlaubt, daß der Kreuzer Emden auf seinen Auslandsfahrten seltene Pflanzen und Sämereien für den botanischen Garten in Berlin sammelt. — Man wird also fürderhin nicht mehr behaupten können, die vielen Auslandsfahrten seien unnötig.

Er kann's nicht lassen. Das Nachrichtenblatt des Verbandes ehemaliger 46er (Graf Kirchbachbund) vom Januar 1931 enthält folgende Mitteilung: „Seine Majestät der Kaiser hat dem Rittmeister der Landwehr der Kavallerie a. D. Bloch, der ihn in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt in dem Beleidigungsprozeß gegen den Redakteur Mendel der Ullsteinschen „Morgenpost" vertreten hat, nachstehendes Schreiben übersandt: „Als Zeichen meiner dankbaren Anerkennung Ihrer erfolgreichen juristischen Arbeit und Ihrer bewährten treuen Gesinnung in dem Kampf gegen Niedertracht und Tücke verleihe Ich Ihnen das Ritterkreuz Meines Königlichen Hausordens von Hohenzollern. (gez.) Wilhelm I. R." — Nächsten Dienstag anlegen, Herr Rittmeister!

Der Ätherkrieg. Der „Deutschen Zeitung" ist der Bau der beiden Großsender Mühlacker und Heilsberg noch nicht genug, sie wettert gegen alle „unverschämten Lufteindringlinge", die, wie die Russen, den deutschen Luftraum mit „geistig-seelischen Stinkgasbomben" verpesten, und fordert den schleunigen Ausbau der Großsender Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg und München, damit die deutschen Hörer vor „fremden Einflüssen" geschützt seien. — Deutschland, Deutschland über alles, auch im Äther.

Löbliche Absichten. Die neugegründete radikal-demokratische Partei hat in Berlin eine Kundgebung abgehalten, bei der ihre Redner versicherten, die Partei wolle endlich die Republik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit schaffen. Sie sei in der Außenpolitik entschieden pazifistisch, in der Kulturpolitik vorurteilslos-freiheitlich, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik radikal-sozial und antiplutokratisch. — Die Botschaft hör ich wohl ...

Verdächtige Parole. Heute findet in Nagold eine Tagung des württembergischen „N.S.D. Ärztebundes" statt. Sie steht unter dem Motto: „Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker! Vorwärts ins dritte Reich!" — Hoffen wir im Interesse der Patienten, daß damit nicht das Himmelreich gemeint ist.

Inkonsequent. Der „Angriff" richtet „Ein Wort an den unbekannten S.A.-Mann" und fordert ihn zur Mitarbeit auf: „Wenn auch die Art jedes einzelnen und sein Denken und Empfinden verschieden ist, so ähnelt doch eine Seele der andern ... Adolf Hitler kennt nur noch wenige von euch persönlich, weil die Masse so groß ... ist. Aber er ... will sich zurechtfinden in eurer Seele, will wissen, was ihr erlebt ... denkt und empfindet." — Aber warum denn, wenn doch die Seelen einander so ähneln?

Nützliche Lektüre. Der redaktionelle Teil des „N. S. Kuriers", der Stuttgarter nationalsozialistischen Tageszeitung, ist ziemlich ungenießbar, aber der Inseratenteil kann mit Nutzen gelesen werden. Aus ihm kann man immerhin lernen, in welchen Wirtschaften man liebenswerte Gesellschaft findet. Lehrreich sind auch die Riesenin serate von Universum, Ufapalast usw. — Stinkbombenversicherung?

Nationale Erfinder. Laut Inserat im „Stahlhelm" ermöglicht Ihnen die „Nationale Erfinderorganisation" die Ausbeutung Ihrer Erfindungen und Ideen. — Fragen Sie aber zuerst, ob nicht Herr Tausend daran beteiligt ist!

Nationaljuden. Im Organ der nationaldeutschen Juden schreibt ein Max Neumann: „Uns Deutsche jüdischen Stammes steht der erdfeste deutsche Dichter Ludwig Thoma mit dem eckigen, von Säbelhieben zerhackten Schädel seelisch näher als der wendige Literat Lion Feuchtwanger ... Thoma oder Feuchtwanger, das ist in anderer Form nur die Frage: Deutschland oder Fremdheit. Für die große Mehrheit der deutschen Juden heißt die Antwort: Thoma." — Inklusive von Säbelhieben zerhacktem Schädel?

Ein Druckfehler. Nach dem Hannoverschen Kurier hat das Landeskirchenamt für die Hannoveranische Landeskirche seinen Geistlichen anheimgegeben, am 18. Januar der 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages zu gedenken; als Leitsätze wurden vorgeschlagen: Hilfe in dieser Zeit der Not. Bitte um den Geist wahrer Bruderliebe. Wahrung innerer Zwietracht. — Die Nazipfarrer werden wohl das letzte gewählt haben.

Die falsche Seite. Der thüringische Landeskirchenrat hat gegen vier Pfarrer (Fuchs, Kohlstock, Kleinschmidt und von Jüchen) ein Disziplinarverfahren eröffnet, weil sie während des letzten Reichstagswahlkampfes für die Sozialdemokratie gesprochen hätten, obwohl er verfügt hatte, Geistliche dürften keine politische Tätigkeit ausüben. — Wenn die Angeklagten fürs Hakenkreuz eingetreten wären, so wäre das vermutlich keine politische Tätigkeit gewesen.

Die Folgen. Infolge des skandalösen Verhaltens des Strafvollzugspräsidenten Muntau bei der Weihnachtsfeier in der Strafanstalt Celle sind dort 40 Gefangene aus der Kirche ausgetreten. Das „Berliner Tageblatt" nennt diese einzig richtige Antwort eine „bedauerliche Erscheinung". — Scheint ein christliches Gemeindeblatt geworden zu sein.

Gottesfurcht rentiert sich. Aus einem Bericht des „Berliner Tageblatts": „Die Georgenkirchgemeinde gilt als die reichste Kirchengemeinde Berlins. Sie ist es dadurch geworden, daß sie seinerzeit große Freiflächen für später zu errichtende Friedhöfe billig ankaufte und einen großen Teil dieser Bauflächen jetzt als Bauland verwerten konnte." — Also durch Bodenwucher.

Wasch mir den Pelz ... Französische Schriftsteller, unter ihnen Victor Margueritte, Romain Rolland, Georges Pioch, Georges Duhamel, haben eine neue pazifistische Intellektuellen-Organisation gegründet. Sie „will nur mit geistigen Waffen, nicht aber politisch kämpfen", berichten die Blätter. — ... aber mach ihn nicht naß!

Der wunde Punkt. Im Rosenthal-Lyzeum in Magdeburg hat ein Studienrat ausrechnen lassen, welche Länge sich ergebe, wenn man die zehn Millionen Toten des Weltkriegs aneinanderreihe. Die Rechtspresse hat sich darüber mächtig aufgeregt. — Wahrscheinlich nicht weil das eine Geschmacklosigkeit ist, sondern weil so nüchterne Zahlen vielleicht doch abschreckend wirken könnten.

Kaum denkbar. Ein ehemaliger deutscher Fremdenlegionär namens Glienke berichtet in seinen Erinnerungen („Ein Prolet in der Fremdenlegion", Agis-Verlag, Wien und Berlin) von scheußlichen Grausamkeiten und Gemeinheiten ekelhafter Vorgesetzter, unter denen sich zu seiner größten Erbitterung nicht wenige Deutsche befunden hätten. — Kann nicht stimmen. Nur die Franzosen sind bekanntlich Sadisten; die Deutschen sind durchweg edel und human.

Krähwinkeleien. Wie der „Magdeburgischen Zeitung" zu entnehmen ist, hat der Ort Papstdorf zwei Gemeindevorsteher, und zwar einen über 1329 Einwohner und einen über 273 Einwohner. Das Dorf liegt nämlich gerade auf der Grenze Braunschweig-Preußen. Der braunschweigische Dorfteil mit 1329 Einwohnern gehört zum Kreis Wolfenbüttel, das zuständige Finanzamt ist in Schöningen, das Amtsgericht in Schöppenstadt; der preußische Teil mit 273 Einwohnern zählt zum Kreis und Finanzamt Aschersleben und zum Amtsgericht Halberstadt. — Für Einwohner, die auf beiden Landesteilen etwa Grundbesitz oder Einkommen haben, soll die Feststellung der „Zuständigkeit" nicht immer leicht sein.

Die Zuflucht. In Somogny in Ungarn ist ein großer Zug verzweifelter Erwerbsloser vor das dortige Gefängnis marschiert und hat um Aufnahme gebeten, da sie nicht mehr in der Lage seien, so wie bisher weiter zu leben. „Ihr Antrag wurde", wie es wörtlich heißt, „mit Hilfe eines Polizeiaufgebots abgewiesen."

Lynch-Premiere. Am 13. Januar ist in Maryville (Missouri) die erste Lynchung dieses Jahres gefeiert worden. Ein Neger, der eine Lehrerin vergewaltigt und ermordet hatte, wurde von 5000 Menschen feierlich durch die Straßen der Stadt geführt und auf dem Dachfirst der Schule angebunden. Dann wurde das Haus in Brand gesteckt. — Maryville bekommt also ein neues Schulhaus.

Wettbewerb. In U.S.A. ist unter den „zwillingsreichen" Familien der Rekordfimmel ausgebrochen. Bis vor kurzem lag eine Familie Keßler in Effingham in Georgia mit vier Paar Zwillingen an der Spitze; den Rang hat ihr nun aber eine Familie Golda in Omaha streitig gemacht, die bis jetzt 5 Paar produziert hat, und zwar zwei Paar Knaben, zwei Paar Mädchen und ein Paar gemischt. — Wer bricht den Rekord?

Bitte an die Leser. Die vier im Februar erscheinenden Nummern der S.-Z. (unter ihnen eine Faschingsnummer) möchte ich gratis an 500 Adressen verschicken. Wer Bekannte weiß, von denen er glaubt, daß sie für die S.-Z. sturmreif gemacht werden können, möge deren Adresse dem Verlag der Sonntags-Zeitung, Stuttgart, Postfach 51, mitteilen.

Stuttgart. Am Sonntag, 25. Januar, 19 Uhr, veranstaltet die Marxistische Arbeiterschule einen öffentlichen Lichtbildervortrag. Max Schärm spricht über: „Die Bedeutung des Kunstwerks für das Proletariat". Diapositive von Masereel, Daumier, Zille u. a. Eintritt frei. — Anfang Februar spricht in einer Sonderveranstaltung der Marxistischen Arbeiterschule S. Tretjakow, der Verfasser des Schauspiels „Brülle, China!", über das Thema: „Die Rolle des geistigen Arbeiters in der Sowjet-Union".

Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Die Schulentlassungsfeier in Stuttgart findet am 22. März statt. Anmeldungen nehmen entgegen: E. Koch, Immenhoferstr. 56, und G. Ruff, Brennerstr. 6.

Alleinstehendes Fräulein, freidenkende Jüdin, Mitte vierzig, mit rein vegetarischer Lebensweise, in Eigenheim in württembergischer Kleinstadt wohnend, sucht gleichgesinnte Dame als Mitbewohnerin gegen Bezahlung eines Teils der Haushaltungskosten. Zuschriften an B. Dreyfuß, Mannheim, Leibnizstraße 6.

Winter auf der Alb. Landhaus in schöner Alblandschaft bietet Gesinnungsfreunden angenehmen Erholungsaufenthalt. Pensionspreis 4,50 Mark. Vegetarische Küche. Sofie Dabringhaus, Urach (Württ.), Haus am Grünen Weg.

Um die Restauflagen loszubekommen, habe ich die Preise folgender im Verlag der S.-Z. erschienenen Bücher herabgesetzt:

Mit andern Augen
Jahrbuch der S.-Z. 1920—29 — *2 Mk. (statt 3 Mk.)*

Kabif
Gedichte Mufti Muftis — *1 Mk. (statt 2 Mk.)*

Illustrierte Verfassung
Holzschnitte von Hans Gerner 0,50 Mk. (statt 1 Mk.)

Ausserdem sind vom Verlag der S.-Z. zu beziehen:

Kapitalkontrolle
Von Fritz Naphtali — *50 Pfennig*

Wirtschaft ohne Unternehmer
Von Walther Rathenau — *50 Pfennig*

Verschwendung im Handel
Von A. C. M. Rieck — *50 Pfennig*

Sozialisierung der Presse
Von Erich Schairer — *50 Pfennig*

Auslieferung dieser Bücher und Broschüren nur gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheck-Konto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung)

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 1. Februar 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 5

Kleine Anfrage

Sehr geehrter Herr Reichsarbeitsminister, lassen Sie sich eigentlich die Geschichte mit der Arbeitslosigkeit auch hie und da durch den Kopf gehen? Haben Sie schon die Möglichkeit erwogen, daß wir die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit überhaupt nicht los werden? Daß auch bei günstigster Konjunktur eine Million Arbeitslose sitzen bleiben könnten, die nirgends unterkommen? Was gedenken Sie in diesem Fall zu tun? (Denn um Ihr Ressort handelt es sich doch ohne Zweifel.)

Daß jene Möglichkeit keine bloße Fantasie ist, werden Ihnen Fachleute bestätigen. Die Amerikanisierung unserer Technik ist so rasch vor sich gegangen, daß die Theorie wieder einmal nicht nachgekommen ist. Früher sagten die Professoren immer: wenn infolge der Verbesserung von Maschinen Arbeiter entlassen werden, so schadet das gar nichts; denn sie werden von der eben durch solche Verbesserung und die mit ihr verbundene Produktionsverbilligung neu belebten Wirtschaft binnen kurzem wieder aufgesogen werden. Diesmal hat sich gezeigt, daß diese Rechnung nicht stimmt. Der Apparat ist stark (zu stark!) modernisiert worden, und von Belebung der Wirtschaft und so weiter ist vorläufig nichts zu merken. Die an die Luft gesetzten Arbeitskräfte können anklopfen, wo sie wollen: nirgends wird ihnen aufgetan, denn überall sind's schon zu viele. Was soll mit ihnen werden, wenn sie schließlich nicht mehr unterstützt werden können?

Es gibt für sie außer Massenabschlachtung in einem Krieg (die Sie wohl nicht in Betracht ziehen werden) und Massenauswanderung (die unmöglich ist) nur einen Ausweg außer dem Verhungern: Umstellung. Rückkehr in die Landwirtschaft.

Ein pflichtbewußter und über den nächsten Tag hinausdenkender Arbeitsminister hätte meines Erachtens die Aufgabe, diese Umstellung in großzügiger Weise in die Hand zu nehmen, seine Kollegen, den Reichstag, die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen. Aber man hört und sieht nichts dergleichen.

Dabei wäre bei der heutigen Situation unserer Landwirtschaft der Zeitpunkt für eine solche Umstellung, die zugleich auch eine Umstellung der Landwirtschaft selber wäre, sehr günstig. Der Getreidebau in Deutschland ist zum Tode verurteilt, weil er unrentabel geworden ist, und mit ihm steht und fällt der Großgrundbesitz. Dänemark und Holland haben uns gezeigt, welchen Weg wir zu gehen haben, wenn wir unsere Landwirtschaft retten wollen: Viehzucht, Obst- und Gemüsebau statt der Körnerproduktion. Das bedeutet aber: Bauerngenossenschaften statt Großgrundbesitz.

Ist es nicht ein Wahnsinn, für den bankerotten Großgrundbesitz Milliarden-Subventionen zum Fenster hinauszuwerfen, die sein Ende doch nicht aufhalten werden, und dem armen Volk durch immer höhere Zölle Brot, Fleisch und sämtliche wichtigen Lebensmittel zu verteuern, ebenfalls ohne daß das Mittel hilft?

Mit der Milliarde, die eben wieder als „Osthilfe" verpulvert wird, könnten hunderttausend bäuerliche Siedler angesetzt werden. Mit den dadurch ersparten Arbeitslosenunterstützungen weitere zehntausend. (Nebenbei: das wäre die richtige „nationale" Politik, mit der man den Osten für das Deutschtum erhalten könnte.)

Wir führen jährlich für über zwei Milliarden Mark Fett, Fleisch, Eier, Butter, Gemüse und Obst ein. Ein großer Teil davon könnte in Deutschland selber erzeugt, die Handelsbilanz könnte dementsprechend aktiviert, oder dafür mehr Brot- und Futtergetreide eingeführt werden.

Siedlung ist die einzige wirklich „produktive" Arbeitslosenfürsorge, die es bei uns gibt.

Sehen Sie das nicht ein, Herr Arbeitsminister? Ist es Ihnen noch nie von kompetenter Seite gesagt worden? Müßten nicht Ihre Kollegen vom Finanz- und vom Ernährungsressort in der gleichen Richtung vorgehen?

Wie glauben Sie, daß wir sonst aus der Sackgasse, in der wir stecken, herauskommen werden? Warten Sie auf ein Wunder?

In vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

Erich Schairer

Arbeiten verboten

„Der Beamte des Arbeitsamtes muß einen Mann aufsuchen, der angezeigt ist wegen selbständiger Arbeit trotz Empfang von Arbeitslosenunterstützung. Mann, Frau, sieben Kinder; Unterstützung 15,75 Mark die Woche; kleines, ärmliches Häuschen, Lehmfußboden im Zimmer; Kinder bleich und halbnackt. Frau schwerkrank. Der Mann bindet also Besen, verkauft sie. Nach dem Gesetz muß ihm die Unterstützung entzogen werden."

„Ein junger, elternloser Mann erhält 7,60 Mark die Woche, wohnt bei einer Arbeiterfamilie, die sich mit Besenbinden selbst nur elendesten Unterhalt schaffen kann. Die große, arme Familie behält ihn, schleift ihn mit durch. Er sucht zu helfen, indem er als gelernter Schuhmacher beginnt, für andere Schuhe zu besohlen usw. Es muß ihm die Unterstützung entzogen werden, denn der Arbeitslose darf nicht andern Arbeitenden auch noch die Arbeit wegnehmen." (Aus einem Bericht des Bezirksfürsorgeverbandes des Landkreises Hildburghausen.)

Politischer Instinkt?

„Ich glaube, mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, das deutsche Volk hat einen ganz tiefen Instinkt dafür, was in den entscheidenden Augenblicken an Taten notwendig ist. Das deutsche Volk ist doch nicht so unpolitisch, wie es manche politischen Führer haben möchten. Glaubt man denn ernstlich, daß diese gewaltige Auferlegung von Opfern für alle Schichten der Bevölkerung, vor allem aber für die Ärmsten, so ruhig aufgenommen würde, wenn nicht in diesem Volke etwas geradezu Fabelhaftes an politischer Begabung und Verantwortungsgefühl steckte?"

Also sprach der Kanzler in Köln. Ob es von tiefem politischem Instinkt zeugt, sich von Brüning und den Kapitalisten Opfer auferlegen zu lassen, sei dahingestellt. Interessant ist aber, daß Brüning sagt, Opfer würden vor allem von den Ärmsten verlangt. Oder sollte er sich da versprochen haben?

Das Wichtigste

Unternehmerangriff gegen das Tarifrecht

Die Vereinigten Stahlwerke haben in Duisburg einige Betriebe stillgelegt und die Arbeiter und Angestellten entlassen. Kurz darauf haben sie vorgeschlagen, die Betriebe weiter zu führen, wenn sich die Belegschaften mit einem 20prozentigen Lohnabbau einverstanden erklären, obwohl der Tarifvertrag bis September 1931 läuft. Auf diese Weise versuchen die Unternehmer, den Tarifvertrag für die Gruppe Nordwest der Eisenindustrie zu erledigen und allmählich das Tarifrecht überhaupt zu zertrümmern.

Il duce tedesco

Am 25. Januar hat der Reichskanzler Brüning bei einer Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Köln in einer großen politischen Rede eine Gesamtdarstellung der Politik seines Kabinetts gegeben.

Wir haben, sagt Brüning, falsch gewirtschaftet. Wir haben uns eingebildet, wir könnten trotz dem verlorenen Krieg besser leben als vorher. Wir haben, statt jeden Pfennig ein paarmal umzudrehen, bevor wir ihn — zurück in die Sparkasse steckten, mit dem Geld geaast, und nun müssen wir uns endlich ans Sparen und Haushalten machen. Mit den Lohnsenkungen allein, wie die Unternehmer meinen, sei die Senkung der Produktionskosten nicht möglich. Die Rationalisierung müsse gebremst werden, weil sie immer mehr Menschen aus dem Arbeitsprozeß ausschaltet; man müsse zu gemeinsamer Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern kommen. Gegen die Theorie, zuerst müsse es ein Chaos geben, es könne nicht schaden, wenn nach dem Chaos die Arbeiterschaft für Jahre am Boden liege, werde die Regierung alles tun, die Staatsautorität zu sichern. „Wir lassen keine Chaospolitik unter dem Mäntelchen nationaler Gesinnung zu."

Man sieht: eine wirtschafts-optimistische Rede, eine Propagierung des „soliden Aufbaus", wie Brüning sagt. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen soll durchgeführt werden, finanzielle Konsolidierung im Reich, Ländern und Gemeinden ist das Ziel. Ja: „Wir werden in den weiteren Maßnahmen, die unbedingt ergriffen werden müssen, die gesamte Produktion in Deutschland, landwirtschaftliche sowie industrielle, in ihrer lebenswichtigen Bedeutung gegeneinander ausgleichen, um die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit in lebensfähigem Zustande zu erhalten und zu einem richtigen Anschluß an die Weltwirtschaft zu kommen."

Der Satz macht einen aufhorchen. Sollte wirklich einmal der Staat den ernstlichen Versuch machen, die Wirtschaft unter seine Botmäßigkeit zu zwingen?

Wir haben zwei solcher Experimente vor Augen: das bolschewistische in der Sowjetunion und das fascistische in Italien. Daß es sich bei Brüning nicht um Bolschewismus handeln kann, ist von vornherein klar. Er hat ja auch seine Rede, obwohl er sich auf seine getreuen Knappen, die Sozialdemokraten, stützt, zu einer Kampfansage an den Marxismus benutzt: „Wir glauben, daß wir auf diesem Wege das deutsche Volk aus dem Klassengegensatz am schnellsten herausbringen, daß der Klassenkampfgedanke am sichersten erledigt und der Marxismus wirklich vernichtet werden wird." Nein, Bolschewik scheint der Kanzler kaum zu sein.

Was ist er dann? Fascist. Er verkündet ein pseudosoziales Evangelium, die Interesseneinheit und Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die Überwindung des Klassengegensatzes mit bürgerlichen Mitteln. Er verkündet darüber hinaus die Überwindung der Demokratie unter der Parole ihrer Rettung. Man überlege den Sinn folgender Sätze: „Nicht alle Pläne der Reichsregierung können in diesem Augenblick schon der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Man muß mit einem klar durchdachten und überlegten Plan, nicht auf drei Monate, sondern auf ein Jahrzehnt, kommen." Es soll also von oben herab regiert werden; die Regierung in ihrer Weisheit wird dem Volk mitteilen, was sie vorhat — in entsprechenden Dosen und zu entsprechenden Zeiten. Und: Brüning hat die Absicht, lange am Ruder zu bleiben, oder doch seinen Kurs auf lange hinaus zu sichern. Er hat keinen Fünfjahresplan, wie die anmaßenden Bolschewisten, sondern gleich einen Zehnjahresplan.

Ferner: die Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern denkt er sich als Vereinbarungen über bestimmte Fragen, „z. B. die Arbeitszeit". Sie sollen „elastisch, von Fall zu Fall und von Gewerbe zu Gewerbe unterschiedlich beraten und gelöst werden können". Die Einheitsfront der Arbeiter und die Einheitstaktik der Gewerkschaften soll also gebrochen werden.

Und der Reichstag soll vollends entrechtet und aus dem Diener des Volkes (der er, wenigstens nominell, ist) zu einem Werkzeug der Regierung gemacht werden. Es soll ihm, nach Brünings Ausführungen zu schließen, offenbar noch mehr zugemutet werden als die schon angekündigte Änderung der Geschäftsordnung, die das Recht der Antragstellung beschneiden wird.

Es besteht kein Zweifel, daß diejenigen Parteien, die grundsätzlich für den Parlamentarismus sind, und vor allem die, welche Brünings „demokratisches" Kabinett stützen, sich dazu hergeben werden, ihre eigene Entrechtung zu vollziehen. Sie werden dem starken Mann, dem deutschen Duce zulieb der Demokratie auf dem Hackklotz den Kopf abhauen wie einem armseligen Hühnchen, und warum? Um ihr das Leben zu retten, wie sie meinen.

Brünings Rede in Köln ist das deutlichste Bekenntnis zu seiner fascistischen Denkweise und seinen fascistischen Plänen, das wir bisher aus seinem Munde vernommen haben. Dieser Mann ist gefährlicher als Hitler.

Karl Fehr

In Frankreich ist das Kabinett Steeg gestürzt worden. Senator Laval hat eine neue Regierung gebildet, die ähnlich zusammengesetzt ist wie das frühere Kabinett Tardieu.

Alarmruf

Die Gefahren der österreichischen Reaktion

Von Pitt

Die Kriegsgefahr im heutigen Europa ist chronisch. Die Gegensätze zwischen den europäischen Staaten und Sowjetrußland ebenso wie die zwischen einzelnen europäischen Staatengruppen (z. B. zwischen dem französischen und dem italienischen Block) werden immer schärfer.

Die chronische Gefahr ist in den letzten Monaten an zwei Orten ins akute Stadium getreten: an der deutsch-polnischen Grenze und in Österreich. Die Zeitungen sind (mit wenigen Ausnahmen) auch in diesen Fällen ihrer Gewohnheit, über das Wesentliche oder über Dinge, die den Schlaf der Abonnenten stören könnten, nicht zu berichten, treu geblieben. Immerhin: daß die Lage an der deutsch-polnischen Grenze Ende November sehr gefährlich war, daß die Nationalsozialisten damals verlangt haben, die Regierung solle einen Ostgrenzschutz von 100 000 Mann aufstellen, daß es bei dieser Forderung nicht geblieben ist, sondern daß größere Gruppen des Stahlhelms und der Nazi schon zum Aufmarsch bereit waren — darüber hat der Zeitungsleser schließlich doch einiges vorgesetzt bekommen; über die außenpolitischen Gefahren aber, mit denen die österreichische Reaktion gespielt hat, hat er so gut wie nichts gehört.

*

Die österreichische Reaktion, d. h.: Kirche, Adel, Großbanken und Großkapital, oder, mehr von der Oberfläche gesehen: die Heimwehren und der rechte Flügel der Christlich-Sozialen, hat im September 1930 Schober, den Mann der Mitte und des Ausgleichs, zum Rücktritt gezwungen. An seine Stelle trat Vaugoin mit einem reaktionären Minderheitskabinett. Seipel, der hinter den Kulissen die Fäden der Reaktion in der Hand hält, schien die Zeit des Putsches und der Diktatur für gekommen zu halten. Es wurden „schon Aufrufe „an das Volk" gedruckt, eine fascistischem Vorbild abgeguckte „Verfassung" geriet in Umlauf, die Aufrüstung der reaktionären und putschistischen Verbände wurde beschleunigt, Heer, Gendarmerie, Polizei heftig bearbeitet, die Bundesbahnen ... durch einen das Rechtsempfinden des ganzen Volkes tief verletzenden Gewaltakt verläßlichen Reaktionären in die Hände gespielt, in nervöser Geschäftigkeit alle freien Stellen mit sicheren Leuten besetzt. Schließlich wurden die Befehle für den schon so oft angedrohten Marsch der Heimwehren nach Wien ausgeteilt und der Überfall wäre versucht worden, wenn sich nicht Ungarn und Italien diesem Abenteuer energisch widersetzt hätten."

Von all diesen Dingen hat der deutsche Zeitungsleser, während sie geschahen, nichts erfahren. Nur die „Frankfurter Zeitung" hat einen Bericht aus Graz veröffentlicht, die Reaktion habe alle Vorbereitungen für einen Marsch auf Wien getroffen. Diese Meldung hat zwar sicher zur Verhinderung des Putsches einiges beigetragen, aber in der Öffentlichkeit hat man von ihr kaum Notiz genommen. Erst jetzt wird man darüber aufgeklärt durch die Broschüre „Alarmruf aus Österreich. Ein Blick hinter die Kulissen der Reaktion." Von einem österreichischen Beamten. (Verlag: Frankfurter Sozietätsdruckerei; Preis 1,50 Mark.) Die Schrift orientiert ausgezeichnet über den Zerfall der Donaumonarchie, über den schlechten Start und den Niedergang der Demokratie im neuen Österreich, über die verschiedenen (meist unter sich uneinigen) Gruppen der Reaktion und über deren internationale Freunde.

*

Im Zusammenhang unseres Artikels interessieren uns besonders die Letzteren. Es sind vor allem: Italien und Ungarn. Warum haben sie sich dem Putschversuch der österreichischen Reaktionäre im letzten Herbst widersetzt? „Rom und Budapest kennen die internationalen Möglichkeiten besser als die österreichischen Putschisten und durften den österreichischen Freunden den Angriff nicht in einem Zeitpunkt überlassen, wo sie sich selbst einer größeren Krise und Gefahrenprobe nicht aussetzen durften. Einem österreichischen Bürgerkriege wäre eine weitere Brandstiftung gefolgt. Mussolini und Horthy hatten aber beide im Herbst 1930 allerlei gewichtige Gründe, nichts Endgültiges zu wagen. Ein verfrühtes Vorprellen der Österreicher hätte den allgemeinen Plan verdorben." Erst wenn es zum kriegerischen Abschluß des grossen Spieles um Afrika und das Mittelmeer zwischen Frankreich und England kommen sollte, werden die Reaktionäre Österreichs und Ungarns nebenbei ihr Spiel machen dürfen. Das Ergebnis wäre: „eine Habsburgermonarchie im Schatten der Kirche, von dem wieder mit den alten Vorrechten ausgestatteten Adel repräsentiert, von Italien und vom Vatikan begönnert".

*

Wäre das heute noch und wieder möglich? Ist es nicht „ein tragikomischer Irrtum, zu hoffen, daß man die schon voll entwickelte Krise Europas durch den Geist beschwören könne, der sich in den Hirtenbriefen der österreichischen Bischöfe, in den Drohungen der Industriekapitäne, den militärischen Träumen der alten Generale, den grotesken Ansprüchen des Adels, den Quacksalbereien mancher Heimwehrführer äußert"?

Gewiß, das Spiel der österreichischen Reaktion wäre wohl nur ein lächerlicher Spuk, und ein Versuch, ihre Pläne durchzuführen, würde wahrscheinlich nur eine kurze (wenn auch gefährliche) Episode werden, wenn nicht hinter ihr auswärtige Mächte stünden, von denen sie auf dem Spielbrett der großen Politik hin- und hergeschoben wird.

Im letzten Herbst haben die internationalen Freunde die österreichische Reaktion nocheinmal zurückgepfiffen; ein andermal, wenn ein Bürgerkrieg in Österreich besser in ihre Pläne paßt, werden sie es nicht mehr tun.

Wir Reichsdeutsche sollten auf die österreichischen Ereignisse viel schärfer achten; nicht nur, weil die Entwicklung der inneren Politik in den beiden Ländern ziemlich parallel läuft (wobei bisher Österreich immer ein bißchen voraus war auf

dem Wege zur Reaktion), sondern auch weil Österreich einer der Punkte ist, wo die chronische europäische Kriegsgefahr einmal akut werden kann.

Die Alpine Montangesellschaft, eine der größten österreichischen Firmen, eng liiert mit der rheinischen Schwerindustrie, hat ihre sämtlichen Arbeiter entlassen. Wiedereingestellt wird nur, wer in eine zwölfprozentige Lohnsenkung einwilligt und einen Einzelvertrag abschließt. Die Alpine Montangesellschaft hat also den Kollektivvertrag abgeschafft; die Gewerkschaften existieren für sie, dank der Mithilfe der Heimwehren, nicht mehr.

Tiroler Zeitungen berichten: Die italienische Regierung läßt eine Straße zum Brenner auf acht Meter verbreitern. Der Bau von drei neuen strategischen Straßen zum Übergang ins Zillertal und ins Ötztal wird in Angriff genommen. An der Bahnstrecke Bozen-Brenner werden die Bahnhöfe mit großen Ausladerampen versehen, „deren Zweck nur ein militärisch-strategischer sein kann. Die größte dieser Rampen zieht sich von dem Ort Freienfeld bis in die Nähe von Sterzing und ist so lang, daß bequem drei Militärzüge gleichzeitig in zehn Minuten ausgeladen werden können ... Der Hauptgrund für diese strategischen Bauten liegt in dem Plan Italiens auf Errichtung eines großen mitteleuropäischen fascistischen Blocks, bestehend aus Österreich, Deutschland, Ungarn und Italien mit der Spitze gegen Frankreich und die Kleine Entente!"

Wie es kommt

Nie tritt ein Bergsturz von einer Stunde auf die andere ein. Vielmehr bereitet er sich durch Zerreißungen im Gesteine vor. Je größer die Masse, um so länger dauert das Heranreifen des Sturzes. Erst wenn der letzte Zusammenhang reißt, beginnt der schnelle Abfall ...

In Goldau ging schon Jahrzehnte vor dem 1806 erfolgten Bergsturz die Redensart, der Berg komme einmal ins Tal. Das stumpfte die Einsicht und die Wachsamkeit ab ... Es glaubte sozusagen niemand an die Gefahr. Man vermutete, daß die abstürzenden Massen am Fuße des Berges anhalten würden. So verloren 457 Menschen das Leben. 111 Wohnhäuser, zwei Kirchen und 220 Scheunen und Ställe wurden vernichtet. „Glarner Nachrichten"

Der Hochverrat

Das Reichsgericht hat den Arbeiter Stolze aus Köln-Ehrenfeld wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu einem Jahr sechs Monaten Festung verurteilt. Das hochverräterische Unternehmen hat er, wenn man dem nicht gerade streng kommunistischen „Berliner Tageblatt" glauben darf, vorbereitet, indem er in einer kommunistischen Demonstrationsversammlung den überwachenden Polizeibeamten zurief, sie sollten sich im Ernstfall nicht gegen ihre Klassengenossen, sondern gegen die kapitalistischen Ausbeuter wenden.

Woraus zweierlei hervorgeht. 1. Ein Zuruf kann „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" sein. 2. Eine gegen „kapitalistische Ausbeuter" gerichtete feindselige Handlung gilt dem Reichsgericht als Hochverrat, d. h. als Angriff auf den Staat. Das Reichsgericht identifiziert also die kapitalistischen Ausbeuter mit dem Staat, den es schützen will.

Den Herren im vierten Strafsenat zu Leipzig sei für dieses Bekenntnis zum Marxismus gedankt und wärmstens die Hand geschüttelt.

Ei der Tausend

Der Goldmacherprozeß Tausend wirkt zunächst ziemlich komisch; aber es stoßen einem doch Merkwürdigkeiten auf. Haben alle diese Leute, von denen man zum mindesten annehmen kann, daß sie einigermaßen kritisch gegen die Goldmacherei eingestellt sein sollten, von denen vor allem der größte Teil an führender Stelle im wirtschaftlichen Leben steht — haben alle diese Leute sich nicht nach kurzer Überlegung sagen müssen, daß, wenn man den Goldbestand der Welt, sei es mit echtem, sei es mit falschem Golde, erhöht, der Wert des Goldes sofort sinken würde?

Man erinnert sich unwillkürlich an die Fälschung der Tscherwonzen, die in der ausgesprochenen Absicht erfolgte, das russische Wirtschaftsleben in Unordnung zu bringen. Haben vielleicht die Herren um Herrn Tausend, die anscheinend sämtlich aus dem rechten oder rechtsradikalen Lager kommen und von denen einer bei seinem Verhör von „selbstlosen politischen Zwecken" geredet hat, eine ähnliche Absicht mit Deutschland und vielleicht auch mit anderen Ländern gehabt?

Der Völkerbundsrat hat als Datum für die Abrüstungskonferenz den 2. Februar 1932 festgesetzt. Der Tagungsort ist noch nicht bestimmt.

Gandhi ist aus dem Gefängnis entlassen worden.

Vor und hinter den Kulissen

Curtius im Siegerkranz

Dem deutschen Minister des Äußern Curtius sind nach seiner Rückkehr aus Genf von der Presse aller der Parteien, die das Kabinett Brüning unterstützen, Lorbeerkränze gewidmet worden. Mit Recht? Ich weiß nicht; im Grunde ist doch das Ergebnis der Völkerbundstagung und der Debatte über den polnischen Terror gegen die Deutschen in Oberschlesien so, wie man es erwartet hatte: nichtssagend. Curtius war in seinen Anklagen und Forderungen sehr vorsichtig; sein Gegenspieler Zaleski hat von vornherein zugegeben, daß im polnischen Wahlkampf Gewalttaten gegen Deutsche vorgekommen seien, diese mißbilligt und Bestrafung der Schuldigen versprochen. Der Völkerbundsrat konnte daher nichts anderes tun als seine Erwartung auszusprechen, daß Polen auf der nächsten Ratstagung, im Mai, über die zur Bestrafung der Schuldigen und zur Wiedergutmachung getroffenen Maßnahmen berichten werde.

Das Ergebnis ist also: ein Blatt Papier ohne jede Garantie.

Warum aber die Lobeshymnen für Curtius? In diesem Fall ist es wirklich nicht schwer, hinter die aus Zeitungspapier errichteten Kulissen zu sehen: das Genfer Ergebnis muß als ein persönlicher Erfolg Curtius' hingestellt werden, weil sonst die Gefahr zu groß wäre, daß er gestürzt und dadurch das Kabinett Brüning gefährdet würde.

Friedensschalmeien und Militärbündnisse

Kur vor dem Völkerbundsrat hat in Genf die Paneuropa-Kommission des Völkerbundes getagt. Ergebnis: ein Friedensmanifest. Also wieder ein Blatt Papier.

Aber dieses Manifest ist nicht das einzige Ergebnis: In aller Stille ist nebenher das Militärbündnis zwischen Polen und Rumänien, das seit 1926 in Kraft ist, auf weitere fünf Jahre verlängert worden. In diesem Bündnis versprechen sich die beiden Staaten gegenseitige Hilfe im Falle eines russisch-polnischen bzw. russisch-rumänischen Krieges. Nach einem Bericht der „Moskauer Rundschau" ist die Verlängerung des Vertrags nicht ganz leicht gegangen: jeder der beiden Staaten hat, um den Partner zum Abschluß zu bewegen, Gerüchte verbreiten lassen, er stehe mit der Sowjetunion in Verhandlungen, bis die Sowjetpresse diese Gerüchte als Bluff kennzeichnete.

So werden also jetzt die beiden Länder gemeinsam fortfahren, den Interventionskrieg gegen Rußland vorzubereiten.

Was bei diesen Interventionsvorbereitungen hinter den Kulissen vor sich geht, davon bekommt man einen kleinen Begriff, wenn man folgende Meldung betrachtet: General Miller, der Chef der militärischen Verbände der russischen Emigranten, hat eine Inspektionsreise auf dem Balkan gemacht. Er war sehr befriedigt und versicherte, daß 60 000 Mann jeden Augenblick bereit stehen, einem an sie ergehenden Aufruf Folge zu leisten. Englischen Zeitungen hat er erklärt, die Verbände hielten treu zusammen und seien bereit, bei einer günstigen internationalen Konstellation mit der Roten Armee die Waffen zu kreuzen, wobei sie auf die Unterstützung einer der Großmächte, die den Sturz des Bolschewismus wünschen (wohl Frankreich; d. Verf.), rechnen könnten.

Herr Deterding taucht auf

Bei allen antibolschewistischen Plänen spielen die Herren des Öls eine große Rolle. Die russische Ölproduktion steigt von Jahr zu Jahr; die Ausfuhr wird immer größer und für die englischen und amerikanischen Ölgesellschaften immer gefährlicher, denn auch die Ölindustrie leidet unter einer Überproduktionskrise. Die Ölgesellschaften schränken deshalb die Produktion ein und suchen sich über die Absatzmärkte zu verständigen, aber dabei stoßen sie immer wieder auf die russische Konkurrenz.

Es gilt also, Rußland von den Märkten zu verdrängen und einzukreisen. Besonders Sir Henry Deterding, der Präsident der Royal Dutch Shell-Co., widmet sich dieser Aufgabe: in Spanien, in Frankreich, und nun ist er auch in Deutschland aufgetaucht. Er kennt die chronische Geldnot — nicht bei sich, aber bei der deutschen Regierung: da ließe sich doch ein Geschäft machen, indem er der deutschen Regierung eine Anleihe (man spricht von 600—1000 Millionen Mark) gibt und diese der Royal Dutch Shell-Co. und der Standard Oil-Co. das Öl- und Benzinmonopol in Deutschland überträgt.

Deterding hat bereits dementieren lassen; vielleicht folgt auch bald das Dementi der deutschen Regierung. Aber schließlich wäre es ja nicht das erstemal, daß sich ein Gerücht trotz Dementis im Laufe der Zeit bewahrheitet.

Gummierte Menschenliebe

Auch der Negerstaat Liberia ist von der Weltwirtschaftskrise nicht verschont geblieben. Die ausländischen Unternehmungen und Banken haben zugemacht, das staatliche Geld wird nicht mehr als Zahlungsmittel angenommen, die Regierung bekommt keine Steuern mehr. Deshalb haben der Präsident King und der Vizepräsident Yancy eine alte Sitte wieder aufleben lassen: den Sklavenexport. Sie sollen an jedem verkauften Sklaven drei Pfund Sterling verdient haben.

Darüber große Entrüstung in England und Amerika. Der Völkerbund wird angerufen; er veröffentlicht eine ausführliche Denkschrift.

Und was steckt hinter der Entrüstung? Die amerikanische Firestone-Company hat in Liberia Gummiplantagen angelegt, aber nicht genügend Arbeitskräfte im Land gefunden. Deshalb der moralische Kreuzzug gegen den Sklavenhandel. Denn die Sklaven dürfen nicht aus Liberia exportiert werden, sondern sollen im Lande bleiben und für das amerikanische Gummikapital arbeiten.

Otto Beuter

Betriebsräte im Aufsichtsrat

Von Arbeitgeberseite aus wird vielfach behauptet, die Tätigkeit der Betriebsräte werde höchst selten sabotiert. Dazu bringt die „Deutsche Handelswacht" in ihrer letzten Nummer eine hübsche Illustration aus der Praxis der Betriebsräte in den Aufsichtsräten.

Ein Betriebsrat schreibt: „Einladung zur Bilanzsitzung des Aufsichtsrats wenige Tage vor dem anberaumten Termin. Da keine Unterlagen mit der Einladung überreicht wurden, bat ich um die Bilanz. Antwort: Sie ist noch nicht fertig, wird in der Sitzung vorgelegt! In der Sitzung werden Zahlen vorgelesen und als genehmigt betrachtet. Schluß wenige Minuten nach Beginn der Sitzung. Zweite Aufsichtsratssitzung: Verteilung der Ämter und Ausschüsse. Einladung eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung. Dauer der Sitzung 10 bis 15 Minuten, da einfach die Beschlüsse verlesen und auf Zuruf genehmigt wurden. Dann unterschreibt man und wird hinauskomplimentiert!"

Ein anderes Betriebsratsmitglied berichtet ebenfalls über Vorenthalt des zur Orientierung nötigen Materials: die übrigen Herrn des Aufsichtsrats erhalten Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Unkostenaufstellung und Mitteilungen über Neuanlagen, die Betriebsräte einen leeren Umschlag.

Weitere Zuschriften bestätigen ausdrücklich, daß diese Behandlungsmethoden „allgemein üblich" seien.

Arbeitervertreter

„Der Beamtenbund", die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbunds, bringt in seiner Nummer 2 vom 9. Januar 1931 eine Zusammenstellung über die Berufe der Abgeordneten im neuen Reichstag. Nur zwei Dinge daraus:

53 Abgeordnete geben sich als Arbeiter aus. Das ist etwas wenig, wenn man bedenkt, daß die drei Parteien, die sich Arbeiterpartei nennen, zusammen über 327 Sitze verfügen. Von diesen 53 Arbeiterabgeordneten gehören 42 zur K.P.D., 9 zu den Nazis, 1 sogar zur Volkspartei und — unter den 143 Sozis befindet sich ein einziger Arbeiter. 107 Abgeordnete von den 143 der S.P.D. sind Gewerkschaftsangestellte, Redakteure, Parteiangestellte, Minister, politische Beamte, Bürgermeister und höhere Beamte. Eine ziemlich feudale Sache für sozialistische Verhältnisse!

Das Bonzentum — wenn man unter diesen Begriff die Gewerkschaftler, die Redakteure der Parteizeitungen und die Parteiangestellten aller Parteien zusammennimmt — stellt 200 Abgeordnete. (Auch die Nazis sind schon fast zu einem Drittel verbonzt.) Das sind etwas mehr als der dritte Teil aller Sitze.

Die Staatsgewalt geht vom Volk aus. H. G.

Die Organisation der Trauer

Inserat im „Stahlhelm": „Volkstrauertag! 1. März. Neben erfolgsicherem Aufführungsmaterial, wie Chöre, Melodramen, vaterländische Bühnenwerke, Gedenkfeiern, Rezitationen und dgl. empfehlen wir insbesondere: Volk in Trauer, eine vorzügliche Sammlung von zugkräftigem Vortragsmaterial, wie Prologe, Ansprachen, Deklamationen, lebende Bilder usw. nebst Anleitung zur Veranstaltung der Feier, sowie Nachweis geeigneter Chöre und Musikstücke. G. Danner, Fest- und Vereinsabzeichen, Dekorationen für Straße, Haus und Saal."

Wenn es eine Unsterblichkeit der Seelen gibt — hier müssen sich die Toten wehren.

Kriegsfilme

Von K. Bauder

Wo die Kriegsfilme sich Mühe geben, den Krieg als Einzelschicksal zu zeichnen, sind sie gezwungen, das namenlose Grauen durch rein äußerliche Dinge dem Publikum faßbar zu machen. Es ist aber sehr schwierig, seelische Qualen durch Darstellung begreiflich zu machen. In dem Tonfilm „Westfront 1918" sehen wir den Leutnant plötzlich schreien wie einen Irrsinnigen. Welche Abgründe des beginnenden Wahnsinns einen Menschen dazu zwingen, als einzigen und vitalsten Ausdruck des Protestes wie ein wildes Tier zu schreien, erschütternd zu schreien, ohne aufzuhören, das kann kein Film zeigen. Er führt uns Wirkungen vor, deren Ursache wir uns nach dem Gesehenen denken sollen. Diese Ursache kann kein Mensch nachfühlen, der sie nicht selbst erlebt hat. Das beweist uns das Verhalten der Jüngeren im Kino. Es ist vorgekommen, daß gelacht wurde, wo dazu wirklich kein Grund vorhanden war.

Wir Kriegsteilnehmer anerkennen das Bemühen des Films, dem Publikum einen Begriff des ungeheuerlichen Geschehens zu vermitteln. Es gibt aber Dinge, die uns der Film unmöglich zeigen kann. Von diesen soll hier die Rede sein.

Welcher Kinobesucher hat eine Ahnung davon, welch entsetzliches Geschehen sich im „Minenkrieg" vollzieht? Der Horchposten meldet eines Nachts seltsame dumpfe Geräusche. Das sind die Miniergänge, die der Feind gegen unsere Stellung vortreibt. Wenn er unter unserem Graben angelangt ist, sprengt er uns in die Luft. Die Nervenanspannung ist unerträglich. Gegenminen müssen mit rasender Eile getrieben werden. Wer zuerst fertig wird, ist gerettet.

Wer empfängt im Kino eine Vorstellung davon, was im stürmenden Soldaten vorgeht, der sehen muß, wie die angreifenden Wellen immer dünner werden. Maschinengewehre hämmern, die feindliche Artillerie trommelt wie rasend mit Sperrfeuer, und das ist erst der Anfang. Der stürmende Soldat weiß, daß 30 Meter vor dem Ziel die feindliche Grabenbesatzung mit Handgranaten zu werfen beginnt. Jeder Wurf des Feindes ist durch seine Streuung ein Treffer, während die eigenen Granaten wirkungslos sind, wenn sie nicht direkt in den feindlichen Graben fallen. Dazu kommen andere Nahkampfmittel wie Flammenwerfer, Stilett, Spaten, Pistolen, Bajonett. Diese Gräßlichkeiten sind im Film kaum angedeutet. Einen wirklichen Nahkampf, Mann gegen Mann, kann er nicht zeigen. Das Bajonett im Körper eines Menschen ist nicht ohne weiteres wieder herauszuziehen, gar nicht selten ist es nötig, Mittel anzuwenden, deren Gräßlichkeit zu schildern sich die Feder sträubt.

Weißt du, was es heißt, wenn ein Angriff vor den Hindernissen des Feindes zusammenbricht? Jetzt erst beginnt das Martyrium für die Reste der Angriffstruppen. Sie flüchten sich in die vorhandenen Granatlöcher, die meist am Boden mit Schlamm und stinkendem Wasser bedeckt sind. Ahnst du, wie lang so ein Tag sein kann, wenn du bis an die Knie im Wasser die Nacht erwartest, in der heimlichen Hoffnung, dich retten zu können? Nein, du hast noch nie in einem solchen Trichter gelegen, mit quälendem Hunger, unerträglichem Durst, vielleicht verwundet und mit nassen Kleidern. Du weißt nicht, daß der Feind mit hundert Augen und Ohren darauf lauert, daß du im Schutze der Nacht fliehen willst. Er wird gleich mit Leuchtkugeln das Trichterfeld taghell erleuchten und mit Maschinen-Gewehren abstreuen. Rings herum liegen Dutzende deiner Kameraden tot oder verwundet. Das Stöhnen der Letzteren ist zum Wahnsinnigwerden. Denn es ist ganz unmöglich, ihnen zu helfen. Und du als Überlebender wartest auf die Nacht, ist diese da, dann wartest du auf den Tag. Denn du mußt auf irgend etwas warten können, sonst wirst du irrsinnig, wie viele andere, oder legst Hand an dich selbst. Denn nur ein Wunder kann dich retten.

Kein Film bringt dem Publikum das nahe. Er zeigt uns auch nicht die Wirkung eines Volltreffers in eine marschierende Kolonne. Denn man kann doch nicht dem Beschauer abgerissene Köpfe samt Stahlhelm, Arme mit Schulterblatt oder gar zerrissene Beine zeigen, die noch im Stiefelschaft stecken. Menschen, die brüllen wie Stiere und den zerfetzten Unterleib zuhalten, damit die Gedärme nicht heraushängen, Unglückliche, denen der ganze Unterkiefer fehlt, das kann man doch nicht zeigen. Dafür darfst du reichlich Tote sehen oder Verwundete mit verbundenem Arm oder Kopf. Oder du siehst, wie der hier oder jener dort „fällt". Und bildest dir ein, der Mann sei tot. Leider sind die wenigsten sofort tot. Das fürchterliche Leiden des Verwundeten, seine Durstqualen, sein langsames, aber sicheres Sterben siehst du ja nicht.

Den Film, der einem Publikum den Begriff „Trommelfeuer" einhämmert, gibt es nicht. Aus dem einfachen Grund, weil vom sicheren Sessel zusehen nicht „erleben" heißt. Das Verrichten der Notdurft ist mit der Gefahr, verstümmelt zu werden, verknüpft. Ich betone absichtlich „verstümmelt", weil der rasche Tod durch Herz- oder Kopfschuß der heimliche Wunsch jedes Soldaten ist. Oft wurde die Notdurft im Unterstand verrichtet. So ein Trommelfeuer kann Tage und Nächte dauern. An der Somme dauerte es sieben Tage und, was weit schrecklicher ist, sieben Nächte. Die Essenträger kehren selten zurück. Du hungerst, hast sieben Nächte nicht geschlafen, deine Augen sind entzündet, der Atem geht immer schwerer, denn diese Luft ist unerträglich, oft kommt auch noch Gas dazu. Manche werden irrsinnig, andere können nur mit Gewalt abgehalten werden, an die frische Luft zu gehen, obwohl das sicheres Verstümmeltwerden bedeutet. Die Nerven hämmern wie ein Schmiedewerk. Dazu kommt das Ungeziefer, das dir Löcher in den ohnedies geschundenen Leib frißt. Wasser ist keins mehr da. Waschen und Durstlöschen gibt es nicht. Manche trinken abgekochten Urin, wenn nicht der Himmel ein Einsehen hat und Regen sendet. Und immer ist die Gefahr da, durch den Treffer der schweren Artillerie verschüttet zu werden. Und das alles ist nur Vorspiel.

Kein Film zeigt die gräßliche Wirkung der Dum-Dum-Geschosse im Körper. Ein Treffer in den Unterleib verwandelt seinen Inhalt in einen Brei von Blut und Fleischfetzen, vermischt mit Kot. Darein ergießt sich der brennende Urin und verursacht Höllenqualen, bis der Verletzte bewußtlos ist. Denn er ist nicht tot, aber auch nicht zu retten. Gar nicht selten schossen ganz vertierte Bestien mit Leuchtpatronen auf die Angreifer. Diese dringt in den Körper ein und brennt dort langsam ab. In deinem Leib brennt also buchstäblich ein Feuer, ähnlich dem Blitzlicht der Fotografen. Kannst du ahnungsloser Kinobesucher ermessen, wie der innerlich Verbrennende aufschreit? Nein, du kannst es nicht; dich hat noch nie ein Verwundeter bei allen Heiligen angefleht, ihn mit einem sicheren Schuß zu erlösen.

Vielleicht hast du noch die Illusion, daß ein Verwundeter einfach „zurückkommt". Weißt du, daß dieses „Zurückkommen" nicht selten eine weitere Verwundung bedeutet? Vielleicht trifft es einen der Sanitäter und er stürzt und läßt den

Wohin rollst du . . .

Wenn du wissen willst, wie es um die evangelische Kirche steht, dann vertief dich in die Pfarrersblätter. Mach dich aber auf einiges gefaßt.

Die große Anzahl Pfarrer, die bisher kokett den Stahlhelm zum Bäffchen getragen hat, probiert jetzt aus, wie sich das Hakenkreuz als weitere Zutat pastoraler Kriegsausrüstung machen würde. Nach einem Artikel im „Deutschen Pfarrersblatt" zu schließen, finden sie es offenbar sehr dekorativ. Ein Dompfarrer D. Wieneke hat dort einen Artikel losgelassen, in dem er den Nationalsozialismus verherrlichte, und daraufhin ist bei ihm eine Fülle von Zuschriften aus den verschiedensten deutschen Bundesstaaten eingegangen. Von lauter Pfarrern, die „lebendige", ja begeisterte Zustimmung zum Ausdruck brachten. Sie haben zum großen Teil ernstliche Sorge, „es könnte unsere Kirche an der neuen großen Bewegung achtlos vorübergehen und eine Gelegenheit erster Ordnung verpassen, dem Volke helfend dienstbar zu sein".

Vorderhand scheint mir die Gefahr größer, daß sie den Anschluß zu leicht findet. Das Rowdytum der Nationalsozialisten findet in kirchlichen Kreisen so weitgehendes Verständnis, daß man nicht weiß, ob es auf hemmungslose Sympathie oder bloß auf Begriffsverwirrung zurückzuführen ist. In einer Polemik, die der Herausgeber des zitierten Pfarrerblattes, D. Wahl, mit den religiösen Sozialisten gehabt hat und in der er sich bemühte, „sachlich" zu sein, heißt es u. a.: „Es ist ungerecht, den Nationalsozialisten ihre vielleicht mitunter allzu stürmische Kampfesweise zum Vorwurf zu machen, aber die Gewalttaten ihrer kommunistischen Gegner, die wohl schon an die hundert ermordete Nationalsozialisten auf dem Gewissen haben, mit dem Mantel religiös-sozialistischer Liebe zu bedecken. Wir können dem Opfermut der nationalsozialistischen Jugend, die freudig ihr Leben einsetzt für ihre Sache, ebensowenig unsere Anerkennung versagen, wie ihrem begeisterten Streben, das deutsche Volk und Vaterland aus der gegenwärtigen untragbaren Lage zu befreien . . ."

Aus dieser Auslassung spricht eine Gesinnung, der jedes Streben um nationale Freiheit recht ist, auch wenn es sich einseitig zum Mittel stupider Gewalt bekennt, und die die widerlichsten Erscheinungen eines solchen Kampfes durch „vielleicht mitunter allzu stürmische Kampfesweise" entschuldigt und als Ausfluß von „Opfermut" hinstellt. Vermutlich gehört Herr D. Wahl der „Christlich-deutschen Bewegung" an, in der sich Geistliche seiner Einstellung gefunden haben. In ihren programmatischen Forderungen heißt es u. a., daß die Undankbarkeit gegenüber den Hohenzollern, die durch fünf Jahrhunderte hindurch der evangelischen Kirche segensreiche Dienste geleistet hätten, bekämpft werden müsse; es müsse Verständnis dafür erweckt werden, daß zur Erreichung der von Gott gewollten Freiheit des deutschen Volkes Wehrhaftigkeit, Kampf und im äußersten Fall Krieg notwendig seien.

Etwas konkreter drückt das die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung" aus: sie empfiehlt allen Ernstes die Überlegung, ob man sich nicht vom Versailler Vertrag lossagen und die Verstärkung der Rüstung in aller Form ankündigen solle. „Wir glauben bestimmt, die Weltsituation ist sehr bald reif für entscheidende Schritte in dieser Richtung. Zugleich würde damit den entfesselten nationalen Energien, die sich jetzt in inneren Kämpfen austoben, ein Ventil nach außen geöffnet werden."

Dieser offenen Kriegshetze stehen zahlreiche Maßregelungen pazifistischer oder sozialistischer Pfarrer gegenüber. Gottesdienste der religiösen Sozialisten finden nur schwer den nötigen Kirchenraum, dagegen wird von überall her über das Überhandnehmen von Hakenkreuz- und Stahlhelmfeiern in Kirchen berichtet. Die pfälzische Kirchenregierung hat offiziell das Mitbringen von Fahnen politischer Parteien in die Kirche verboten, aber die Fahnen militärischer Vereinigungen sowie die Fahnen, die bei geschlossenen Parteigottesdiensten mitgeführt werden, von dem Verbot ausgenommen. Worauf das hinausläuft, ist offensichtlich.

Dem Fascismus ist in der evangelischen Kirche Tür und Tor geöffnet; alles freiheitliche Streben aber wird unterdrückt oder widerwillig geduldet. Arthur Grashoff

---

Gib deinen Kindern ja keinen moralischen und religiösen Unterricht, wenn du nicht ganz sicher bist, daß sie ihn nicht zu ernst nehmen werden. Bernard Shaw

Der Glaube eines Menschen kann durch kein Glaubensbekenntnis, sondern nur durch die Beweggründe seiner gewöhnlichen Handlungen festgestellt werden. Bernard Shaw

Ein Schuljubiläum

In diesem Jahre wird in Frankreich gemäß einem Beschluß der Kammer eine Ausstellung und eine Gedenkfeier zu Ehren des 50jährigen Bestehens der Staatsschule veranstaltet werden. Gleichzeitig wird der Vater jener Gesetze, Jules Ferry, gefeiert werden, dessen 100. Geburtstag dieses Jahr wiederkehrt.

Die französische Staatsschule war von Anfang an durchaus weltlich. Zur Begründung der Weltlichkeit des Schulwesens sind vor 50 Jahren in der Kammer wichtige Grundsätze ausgesprochen worden, die angesichts der heutigen deutschen Schulpolitik ganz eigenartig berühren müssen:

1. Der Staat hat das Recht, ja die Pflicht, alle Vorsichtsmaßregeln für seine eigene Erhaltung zu treffen (gerichtet gegen die Machtansprüche der Kirche; d. Verf.).
2. Die Schule hat das Sittliche zu behandeln, die Kirche vom Religiösen zu sprechen. Jeder Familienvater, der den moralischen Unterricht der Schule nicht für ausreichend hält, hat das Recht, ihn durch diejenige Institution ergänzen zu lassen, die die oberste Autorität dafür mitbringt. Aber der Lehrer muß frei und unabhängig von der Kirche sein, wie der Pfarrer in der Kirche frei ist.
3. „Die Schule säkularisieren, heißt den normalen Zustand der Dinge herstellen: die Verantwortungen werden getrennt; der Religionsunterricht dem Beauftragten der Kultgemeinschaften, der allein dafür zuständig ist, aller weltliche Unterricht dem weltlichen Lehrer!" (Ferry vor der Kammer.)

Ein Tag der Woche, der Donnerstag, bleibt schulfrei, damit die Eltern Gelegenheit haben, ihre Kinder religiös unterweisen und auf die erste Kommunion vorbereiten zu lassen.

Die Weltlichkeit des Schulwesens wird heute, abgesehen von der Arbeiterschaft, vor allem von den französischen Lehrern verteidigt, die in ihrer übergroßen Mehrzahl freigewerkschaftlich organisiert sind. Ob sich freilich auch heute noch ein französisches Parlament finden würde, das solche Gesetze beschließt, ist fraglich, denn mittlerweile hat auch dort das Bürgertum seine liberalen Anschauungen stark revidiert. Wir in Deutschland vollends können kaum hoffen, daß die Lehrerschaft den Elan aufbringt, um eine Bewegung für eine wirklich freie Schule hervorzurufen, noch daß ein Parlament, in dem das Zentrum die ausschlaggebende Rolle spielt, ein freiheitliches Schulgesetz verabschiedet. Es wird Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft sein, auch auf diesem Gebiete ein Werk zu vollbringen, das ehedem als eine der vornehmsten Aufgaben des Liberalismus gegolten hat. Hans Krauß

Fascismus im Kleinen

Herr Remmele, der badische Unterrichtsminister, hat den Asta der Universität Heidelberg aufgelöst. Grund: die ständigen Angriffe auf Gumbel und die „fortdauernden Verstöße des Asta-Vorstands gegen die Satzungen der Allgemeinen Studentenschaft".

Man darf wohl annehmen, daß nicht die Gumbel-Hetze der Hauptanlaß zu dieser Maßnahme gewesen ist. Natürlich ist es dem Sozialdemokraten Remmele auch darum zu tun gewesen, seinen Parteigenossen Gumbel zu verteidigen; aber der Hauptgrund war wohl ein anderer: Die sozialdemokratischen Studenten hatten sich heftig über den nationalsozialistischen Terror beklagt. Die Nazis nämlich, als grundsätzliche Antidemokraten, haben, da sie nun mal in der Mehrheit sind, die von der Studentenschaft zu vergebenden Ämter mit ihren Leuten besetzt und auf das Verlangen der Sozialdemokraten, ihnen nach demokratisch-parlamentarischem Brauch doch auch einige zu überlassen, einfach hohngelacht. Das war nicht schön, aber zu erwarten.

Die Sozialdemokraten haben daraufhin gewaltiglich zum Herrn geschrien, und siehe da, ihr Flehen ist nicht ungehört verhallt: die höhere Stelle hat ihr Machtwort gesprochen, der Asta ist aufgelöst worden. Schon hat die Polizei demonstrierende Studenten nach Berliner Muster mit dem Gummiknüppel beruhigt: preußische Zustände malen sich als Silberstreifen am Horizont.

Die Taktik der sozialdemokratischen Studierenden und ihres Schützers Remmele wird vermutlich auch in Baden das erreichen, was in Preußen die Folge der Auflösung der Allgemeinen Studentenschaft gewesen ist: Die Selbstverwaltung hört auf; dafür wird der (in Heidelberg dem Stahlhelm freundgesinnte) Rektor, dem Beispiel seiner nordischen Kollegen folgend, die bisher von der Studentenschaft vergebenen Ämter reaktionären Studierenden übertragen. Die liberalen, sozialistischen und kommunistischen Studenten werden dann gar nichts mehr zu melden haben, während die rechtsstehenden nach wie vor das Heft in der Hand halten und als Hilfsbürokratie der Behörden staatlich geschützt und (wenn auch mäßig) bezahlt sind. Ix

Familienzauber

Die christlichen Frauenorganisationen und Elternbünde lassen anläßlich der Reichserziehungswoche wieder endlose Aufrufe von Stapel, die mehr oder weniger gefühlvoll zum Kampf gegen alle die Familie und Ehe zerstörenden Kräfte aufrufen. Gefordert wird Familiensinn, Freudigkeit zum Kinde und ähnliche schöne Dinge.

Leider ist gerade auf diesem Gebiete mit schönen Ermunterungen gar nichts getan. Die Familie kann nichts isoliertes sein, das unabhängig von der sonstigen Entwicklung „gepflegt" wird. Was z. B. die Freudigkeit zum Kinde anbelangt, so läßt sie eben einfach in dem Maße nach, als das Interesse an kulturellen Dingen und das Bedürfnis nach Lebensgenuß steigt. Die — womöglich noch berufstätige — Ehefrau wird, um nicht bloß Arbeitstier und Familiensklave zu sein, naturnotwendig auf eine Beschränkung der Kindererzeugung drängen, und der Wunsch, seine Nachkommen was Rechtes werden lassen zu können, wird noch ein übriges tun in dieser Richtung. Von ihr, die nicht allein für den Haushalt lebt und stirbt, den Familiensinn einer Patrizierfrau zu verlangen, ist Unsinn. Das Familienleben kann nun mal unter solchen Verhältnissen nicht mehr Mittelpunkt sein. Die knappe Zeit, die neben dem Berufsleben der Familie gehört, ist bei geistig und kulturell Interessierten mit sehr viel Dingen belastet, die alle außerhalb der Familie liegen. Haben dann die beiden Ehepartner gar noch verschiedene Interessen, so beschränkt sich das sogenannte Familienleben sehr oft im wesentlichen auf flüchtige Mahlzeiten und die Schlafenszeit. (Es gibt allerdings auch Leute, deren kulturelle Bedürfnisse z. B. durch den Rundfunk befriedigt werden; aber ob ein darum gruppiertes Familienleben ideal genannt werden kann, ist zu bezweifeln.)

Auch die Kinder sind nicht mehr in dem Maße im Umkreis der Familie zu halten wie früher. Sie geraten schon recht bald an hundert Dinge, die neben der Familie herlaufen; Vereinigungen und Veranstaltungen aller Art schlagen sie unter der Woche und Sonntags in Bann. Man zieht nicht mehr bis zur Konfirmation mit Vatern und Muttern ins Grüne; man wird nicht mehr allein durch Familie und Schule erzogen, sondern weithin durch Jugendvereinigungen aller Art.

Offensichtlich fährt der größere Teil der Jugend nicht mal schlecht dabei, denn unsere heutige Jugend ist offener und gerader als manche im trauten Heim rettungslos verkorksten Früchtchen von gestern. Die züchtige Hausfrau und Mutter der Kinder ist sehr oft alles eher als Pädagogin, und wenn die Jungens unter dem Einfluß der Durchschnittsväter immer wieder leidlich ausfallen, so tun sie das trotz dieser „idealen" häuslichen Einwirkungen.

Man lasse das Gejammer über die Auflösung der Familie. Ihre Umwandlung im Interesse einer primitiven, aber für Familienglück und Kindersegen empfänglichen Bevölkerung aufzuhalten, ist unmöglich. Und auch gar nicht wünschenswert. Frida Leubold

---

Der „Lokalanzeiger" des Herrn Hugenberg hat zur Reichs-Erziehungswoche einen Artikel veröffentlicht, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß trotz allen niederziehenden Einflüssen auf das deutsche Familienleben doch „das Kernige" der Familie sich Bahn breche. Dieser Hoffnung schließt sich der Appell an: „Laßt . . . Familienleben erstehen auch aus Ruinen!" — Ob ein so erstandenes Familienleben besonders „kernig" sein wird?

Das biblische Geschäft

In England ist der Kampf um das Wort Gottes mit leidenschaftlicher Heftigkeit entbrannt. Es handelt sich dabei allerdings nicht um Auseinandersetzungen zwischen Frommen und Gottlosen, sondern um einige Geschäftsleute, die sich auf den Verschleiß von Bibeln geworfen haben und sich nun aus Konkurrenzneid in den Haaren liegen.

Die Sache beschäftigt bereits den Londoner Obersten Gerichtshof. Als Kläger fungieren die Universitätsdruckereien von Oxford und Cambridge, sowie die Londoner Druckereifirma Eyre and Spottwood. Sie verlangen, daß die Verlagsbuchhandlung John Shaw den Druck und Vertrieb von Bibeln unterlasse und daß drei Millionen bereits hergestellte Exemplare eingestampft werden.

Wahrscheinlich werden die Kläger recht bekommen, denn sie können sich darauf berufen, daß die Verlagsrechte an Gottes Wort in England seit undenklichen Zeiten Kroneigentum sind, und daß die britische Krone ihnen im 16. Jahrhundert das ausschließliche Privileg der Bibelherstellung verliehen hat.

Wenn irgendwo Rahm abzuschöpfen ist, sieht man es eben nie gern, wenn sich auch andere beteiligen, selbst wenn es sich um die Verbreitung der heiligen Schrift handelt. m

---

schwer verletzten Kameraden aus Schulterhöhe fallen. Machtlos steht der andere mit dir da. Denn du könntest ebensogut dieser Verwundete sein, der durch den Sturz vollends verblutet.

Wer zeigt uns das Entsetzen der Zehntausende, die „vermißt" wurden? Glücklich diejenigen, die an einsamer Stelle den tödlichen Treffer empfingen. Aber wer sich das oft über eine Woche dauernde, langsame Hinsterben der Verwundeten in irgendeiner Erdmulde oder im Granattrichter vorstellen kann, der versuche sich auszudenken, wie es in so einem Soldaten aussieht.

Nein, das kann uns der Film nicht zeigen. Die Gräßlichkeiten des Gaskrieges, das Verbrennen der Atmungs-Organe mit den fürchterlichsten Giftstoffen besonders auszumalen, will ich dir, Kinobesucher, ersparen. Aber einen Begriff des Krieges solltest du haben, wie wir ihn gesehen haben. Denke dir nun die geschilderten Einzelheiten verzehntausendfacht, dann hast du einen stärkeren Begriff vom Kriege, als dir das Kino vermitteln kann.

Magazine

Als die Welt anfing, ein Magazin zu werden, lag nichts näher, als sie in „Magazine" einzufangen. Sie sind raffiniert zusammengestellte Probepackungen für Interessenten, die in der Hetze des Alltags rasch ein paar Brocken „Kultur" zu sich nehmen wollen. Zur Zerstreuung oder zur Anregung. Meist läuft es ja auf dasselbe hinaus.

Ein „Magazin" ist „gut", wenn es vom Dienstmädchen mit ebenso großem Interesse gelesen werden kann wie vom Universitätsprofessor. Dabei muß der Stoff so dargeboten sein, daß er gerade so weit unter die Oberfläche dringt, um den Oberflächlichen nicht zu ermüden, und doch so weit, um den Anspruchsvolleren noch zu fesseln. Das Magazin muß Dinge enthalten, die unterwegs auf dem Omnibus, in der Straßenbahn, mitten im Lärm des Verkehrs ohne Mühe genossen werden können; es muß aber auch solche enthalten, die im Eisenbahnabteil, am Stammtisch, im trauten Heim interessante Inanspruchnahme bieten oder eigenartige Stimmung vermitteln.

Wichtig ist vor allem das Bild. Es kommt dem Erlebnishunger des modernen Menschen am meisten entgegen, gibt seinen überreizten Nerven für kurze Augenblicke starke Eindrücke. Es speist in gleichem Maße heimliche Sehnsüchte wie den Hunger nach Sensation; lockt an, hält fest. Die Romantik des räumlich und kulturell Fernliegenden springt auf. Menschliche Außenseiter: Spione, Räuber, Hochstapler imponieren durch die Farbigkeit ihres Daseins. Wünsche und Ängste des Durchschnittsmenschen pendeln zwischen dem imponierenden Anblick der nach oben Geschwemmten und den Abfallstätten der Gestrandeten und Ausgestoßenen hin und her: eine Stunde Familienleben bei Milliardärs und ein Besuch im Gefängnis oder Irrenhaus. Man bekommt für die Eintönigkeit seines Daseins Kontraste serviert: den Reiz des Gestern neben dem Heute, den des abseitigen Idylls neben der Großstadt. Dazu ein wenig Zukunftsschmus mit ungeahnten Perspektiven oder Hintergründiges, von okkulten Schauern Umwittertes.

Probleme unserer Gesellschaftsordnung und unseres Zusammenlebens werden so weit gestreift, als ihnen ohne Gefahr Interessantes abzuquetschen ist: die Jugend von heute; das Verhältnis der Geschlechter zu einander; die Sensationen des Biceps, der Beine und entblößten Busen bis hinab zur eindeutigen Spekulation auf die verlorensten Instinkte. Daneben die Bedürfnisse der psychologisch Interessierten: ein bißchen Psychoanalyse, die Geheimnisse des Körperbaus, Handschriftendeutung und die Rätsel der Handlinien; Denkschulung für solche, die gerade sonst nichts zu tun haben, oder für den kleinen Ehrgeiz von Commis, die vom Weg nach „oben" träumen.

Dies alles ist sicher ein greuliches Gemisch, aber es ist nicht viel greulicher als dieses heutige Leben selbst. Wenn es gut aufgemacht ist und nicht die alleinige geistige Kost eines Menschen darstellt, soll man es nicht zu verächtlich ansehen; es ist mindestens so gut und kaum viel gefährlicher als gewisse literarische Produkte, die nur deshalb einen besseren Ruf haben, weil sie langweiliger sind. hm

Wie steht's um Hitler?

Die Zeitschrift „Das Neue Deutschland" bringt ein Horoskop von Adolf Hitler für das Jahr 1931. Nach ihm gibt die Sonne im Zeichen des Stiers Hitler einen starken Willen, großen Ehrgeiz und Erfolg in der Öffentlichkeit. Das Geburtszeichen Waage verheißt politische Erfolge. Die Wahlerfolge kommen im Horoskop deutlich zum Ausdruck; das Jahr 1931 wird noch weitere große Erfolge bringen.

Leider steht Mars, der Planet des Krieges und der Gewalt, in bösem Quadratschein zum Saturn im 10. Feld. Die Gefahr eines plötzlichen Sturzes von der erreichten Höhe besteht durch Überspannung und Überschätzung der Kräfte in aktiven militärischen oder kriegerischen Angelegenheiten, also auch in gewaltsamen politischen Unternehmungen. Ferner stehen, genau wie bei Ludendorff, über 19 Grad kritische Gestirne. Diese Aspekte können einen verwirrenden Einfluß auf Taten und Gedanken der Geborenen haben und deuten auf Streitigkeiten und Konflikte.

Besonders gefährlich werden Frühjahr und Herbst 1931 sein, weil da die gefährlichen Sterne Hitlers mit den Sternen der Republik, Ludendorffs, Hindenburgs und anderer politischer Führer in engem kritischem Zusammenhang stehen.

Jetzt wissen wir also Bescheid. oha

Literatur

Die Kommune der Habenichtse. Roman von F. Panferow. Verlag für Literatur und Politik, Berlin SW 61. Preis brosch. 4 Mark, gebunden 6 Mark. — In diesem Buch setzt Panferow seinen Roman „Die Genossenschaft der Habenichtse" fort. In seinen Schilderungen ist der herbe Geruch der Erde; in epischer Breite entrollt sich das Leben des russischen Dorfes; der primitive, bäuerliche Mensch zieht vorüber in seinem zähen Kampf um ein kärgliches Dasein: rührend in der heroischen Hingabe und erschreckend in seiner dumpfen Gier. Immer mehr wird er von der großen Auseinandersetzung um die neue Gesellschaftsform ergriffen; Stück für Stück drängt sie sich in sein Leben, zwingt zur Stellungnahme und Entscheidung; der Kampf für oder gegen das Kollektiv ergreift sie alle: die kleinbäuerlichen Habenichtse und die Kulaken. Die Kommune ist die Zelle, von der aus das Dorf, von der aus Rußland ein anderes Gesicht bekommen wird. Panferow gibt den russischen Bauern ohne Schminke oder Verzerrung, er schildert ihn lebensnah und in seiner ganzen Gebundenheit; man bekommt dadurch erst richtig einen Begriff von der Kühnheit des russischen Experiments. (Hält der Verlag übrigens den Hinweis, daß das Buch in „Sarpinka, dem unverwüstlichen Stoff russischer Bauernhosen" gebunden ist, für einen besonderen Anreiz zum Kauf?) hm

Abtreibung und Geburtenregelung. Von Prof. Felix Halle. Mopr-Verlag, Berlin NW 7. Preis 25 Pfennig. — Eine vollständige und billige Darstellung der Behandlung, die die beiden wichtigen Fragen durch das jetzige Strafrecht und durch den Entwurf des neuen Gesetzes erfahren. B.

Der fahrende Laden

Über die Unwirtschaftlichkeit des Kleinhandels in unserer heutigen Wirtschaft ist in der S.-Z. schon oft gesprochen worden. Auch der genossenschaftliche Kleinhandel, wie er von den Konsumvereinen betrieben wird, hat es bis jetzt nicht fertig gebracht, die Preise wesentlich zu senken oder die Qualität der Waren zu steigern.

In Zürich, neuerdings auch in anderen schweizerischen Städten (Winterthur, St. Gallen, Rorschach, Basel, Schaffhausen, Biel, Aarau, Bern, Luzern, Lausanne) arbeitet seit fünf Jahren eine Kleinhandelsfirma, die Migros-A.G., die sich rühmen kann, den Preis der von ihr vertriebenen Lebensmittel bis zu 50 Prozent, im Durchschnitt etwa um 15 Prozent, gesenkt zu haben. Sie hat heute den fünffachen Jahresumsatz wie am Anfang und ist dem Zwerg-Kleinhandel, den „Spezierern", auch den Konsumvereinen, ein mehr oder weniger erbittert gehaßter Konkurrent, während sie von den Hausfrauen sehr geschätzt wird.

Die Migros lädt ihre Artikel auf dem Güterbahnhof in Spezialautos um, die nach einem regelmäßigen Fahrplan täglich das ganze Absatzgebiet durchfahren. Die Waren werden aus dem Bahnwagen heraus gewogen und verpackt, und zwar so, daß die einzelne Packung je nach Inhalt jeweils 50 Rappen, 1 Franken, 2 Franken usw. kostet. (Das Gewicht richtet sich nach dem Preis, nicht umgekehrt!) Es werden nur ganz wenige, aber ausgesuchte Qualitäten geführt. Die Hausfrauen kommen zu bestimmten Zeiten (siehe Fahrplan) auf die Straße und holen sich ihren Bedarf, der bar bezahlt wird.

Über die Qualität der Migros-Waren herrscht eine Stimme des Lobes, und der Preis ist, wie gesagt, weit geringer als im Laden um die Ecke. Ein paar Beispiele: die Migros verkauft heute ein Kilo schönster kanadischer Äpfel um 1,25 Fr., das Kilo Orangen zu 60 Rappen, das Kilo Schokolade zu 2,95 Franken (statt 6 Franken!); sie hat eine ganze Anzahl von Fruchtsorten und Obst-Delikatessen, z. B. auch alkoholfreie Apfel- und Traubensäfte, die sonst wegen ihres Preises nur den oberen Schichten zugänglich waren, zum Volksnahrungsmittel gemacht.

Der Begründer der „Migros" ist davon ausgegangen, es sei ein krankhafter Zustand, wenn eine Ware, von ihrem Ursprungsort in Übersee bis zum Bahnhof in Zürich transportiert, nicht einmal halb so viel koste, als wenn sie vom Bahnhof vollends bis in die Küche der Hausfrau gelangt.

Er hat recht, und man hätte erwarten sollen, daß ein solcher Kaufmann als Wohltäter der Menschheit gefeiert werde. In Wirklichkeit ist es umgekehrt gegangen. Die Migros ist nach Strich und Faden schikaniert und boykottiert worden. Man hat ihr verboten, ihre Wagen fahren zu lassen, die Zeitungen haben sich geweigert, ihre Anzeigen zu bringen usw. Aber die Hausfrauen haben sich für sie entschieden und ihre glänzende Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen ist, herbeigeführt.

Warum bringen eigentlich die Konsumvereine, die doch in erster Linie auf so etwas kommen sollten, diesen „Dienst am Kunden" nicht fertig?

Blechschmidt

Mystischer Nebel

Immer wieder wird mit den verschiedensten Mitteln versucht, die alte Kaiserzeit, neben der sich natürlich die neue Zeit mit ihren Ideen und Zielsetzungen in düstester Schwärze abheben soll, zu glorifizieren. Außer mit dem üblichen Appell an die Oberflächeninstinkte, die Freude an schönen Farben, Fahnen, Uniformen und Militärkapellen probiert man es bei Menschen, die man für geistig anspruchsvoll hält, mit tiefsinnig historischer Mythologie. Josef Magnus Wehner, der Verfasser eines Kriegsbuchs, in dem mit wenig Talent und Beobachtungsgabe, aber mit viel religiös-mystischem Nebel der Kampf der „Sieben vor Verdun" geschildert wird, liefert für diese Methode ein besonders schönes Beispiel in einem Artikel, den „auf Kaisers Geburtstag" die „Süddeutsche Zeitung" veröffentlicht hat.

Da wird bei den alten Griechen begonnen und von königlicher Sehnsucht nach göttlicher Würde gesprochen, von dem mystischen Charisma der Könige, von dem großen symbolischen Akt, den ihr Leben und Sterben darstellt, von den mystischen Sinnbildern der Krone, des Zepters, des Reichsapfels, die astraler Herkunft sind und sich in den Nimbus der Sterne zurückziehen, wenn klebrige Finger sie zu schänden trachten. Da wird ein königlicher Sinn verlangt, der allein die Weihe dieser königlichen Ideen spüren könne. Da wird furchtbar über die heutigen finsteren Seelenforscher gezetert, die „ihre schmutzigen Füße im kastalischen Quell waschen", die alles analysieren, zerreden und dadurch morden.

Es ist erstaunlich, daß man solche Worte heute noch wagen kann; daß man sich erlauben kann, mit solchen Mitteln von den handgreiflichsten Wirklichkeiten abzulenken und einen mystisch wohlduftenden Weihrauch über Tatsachen abzublasen, die wahrhaftig in der penetrantesten Form deutlich geworden sind; daß man einem Volk zu verwehren versucht, sich mit den Mitteln des Verstands seine kaiserlichen Führer genau und klar zu betrachten. Man konfrontiere doch nur — von allem andern und von zahllosen andern gekrönten Häuptern abgesehen — diese prachtvollen Sternenmythos-Worte mit den nüchternen Feststellungen, die der treue Monarchendiener Bülow über seinen Herrn und Kaiser macht! Kann man da noch übersehen, daß diese scheinbar tiefsinnige Weltbetrachtung nichts anderes bedeutet als einen Freibrief für den grauenvollsten Dilettantismus? Insbesondere für Gepränge, schimmernde Wehr und heiligen Krieg, in dem der „Pöbel" dann das unveräußerliche Recht hat, für seinen Kaiser — evtl. auch für seinen Hitler — zu sterben?

R. R.

Gut deutsch sein, heißt sich entdeutschen.

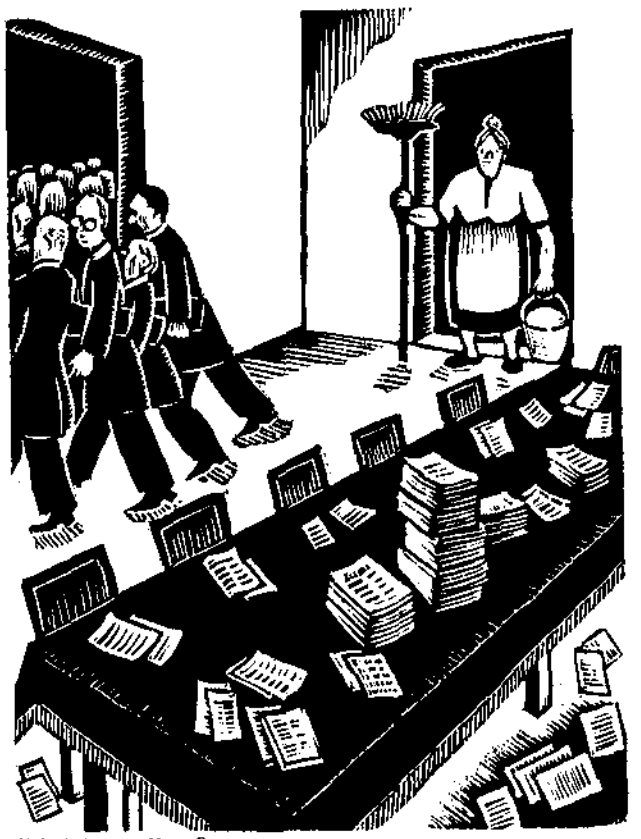
Friedrich Nietzsche

Der passende Mann

Für den bald zu besetzenden Posten des Oberbürgermeisters von Berlin liegen verschiedene Bewerbungen vor. Wie die „Rote Fahne" behauptet auch eine solche von dem bekannten Zirkusdirektor Stosch-Sarasani. Wenn das wahr ist, dann hat der Herr Direktor nicht nur ein bemerkenswertes Reklametalent, sondern auch einen ausgesprochenen Sinn für Humor. In seiner Bewerbung soll er darauf hingewiesen haben, daß seine dreißigjährige Tätigkeit als Zirkusdirektor ihn für den schwierigen Posten in der Reichshauptstadt besonders qualifiziere; er habe bis jetzt ein Personal unter seiner Obhut gehabt, das 40 verschiedene Nationalitäten aufwies, und habe dadurch den Beweis erbracht, daß er die unterschiedlichsten Elemente unter einen Hut zu bringen verstehe. Dabei sei zu beachten, daß sein Zirkus sehr schwer zu leiten sei, da er sich stets auf Reisen befinde.

Wie man sieht, würde Herr Sarasani einige entscheidende Fähigkeiten für die Bekämpfung des Berliner Durcheinanders mitbringen. Wie wäre es aber, wenn er sich für die Präsidentenwahl im nächsten Jahr bereithalten würde? Bis dorthin ist die Lage wahrscheinlich so, daß wirklich nur noch ein Zirkusdirektor in Frage kommt.

Das Genfer Ergebnis



Holzschnitt von Hans Gerner

Die Reichswehr lässt malen

In den Tagen, in denen George Grosz vor Gericht stand, weil er Christus für den Gaskrieg ausgerüstet hatte, bekam ich als Gegenstück zu der gottlosen Antikriegshetze von Grosz den Entwurf zu einem Wandbild im Speisesaal des Cannstatter Reiterregiments zu sehen. Da war, Gott sei Dank, nichts von jenen Greueln, mit denen Grosz das Andenken des Krieges verunglimpft; mit Wohlgefallen erkannte ich, daß es sehr wohl möglich ist, den Krieg als heitere, einer ästhetischen Betrachtung durchaus nicht unwürdige Angelegenheit zu behandeln.

Besonders sympathisch war der gesunde völkische Optimismus, der aus den aufmunternden Parolen sprach, die den Augenblicksbildern aus dem kommenden Wiedereroberungsfeldzug als Überschriften beigegeben waren. Eine reizende Ansicht von Eupen; gutgenährte, scheckige Kühe unter der Devise: Was deutsch war, muß wieder deutsch werden und bleiben!" „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!" stand über einigen, vermutlich nach echten Reiseerinnerungen gemalten Partien aus Steiermark und Tirol. (Vielleicht jedoch galt dieser Zuruf dem feldgrauen Reiter auf sich bäumendem Pferd, der in dieser Landschaft als Staffage fungierte.) An die Alpenländer schloß sich Sudetendeutschland an, in dem ebenfalls feldgraue Männer als Pferdebändiger ihr Wesen trieben. Über den Schloten einer offenbar in Hochkonjunktur arbeitenden Waffenfabrik prangte Ernst Moritz Arndts Wort vom Gott, der Eisen wachsen ließ, und seinen nicht gewollten Knechten. Die innige, durch keine räumliche Trennung widerlegbare Zusammengehörigkeit Oberschlesiens und unserer Kolonien war durch symbolische Verschmelzung in einem Feld dargetan. Einige farbige Lastträger waren dabei (aus Versehen? oder sollte es eine zarte Anspielung sein?) in die oberschlesischen Kolonien gerutscht.

Im Ganzen: Eine wohlgelungene Schilderei des kommenden frisch-fröhlichen Reiterkriegs und ein gutes Vorbild für Künstler, denen patriotische Gesinnung immerhin noch mehr bedeutet als die traurige Berühmtheit eines George Grosz.

Wilhelm Bauer

Ein Programm für alle

Auf dem Redaktionstisch der S.-Z. liegt ein Stoß Programme von Reichsgründungsfeiern, die uns aufmerksame Leser zugeschickt haben. Man bekommt eine kleine Vorstellung davon, wie viele Armeemärsche („Herzog von Braunschweig", „Bleisoldaten", „Großherzog von Baden" usw.) am 18. Januar 1931 auf dem Boden der deutschen Republik aus blechernem Munde ertönt sind.

Bei der Feier, zu der „Rektor und Senat der Universität Frankfurt" eingeladen haben, herrschte ein anderer Ton. Den Anfang des Programms bildete ein Musikstück „Verleih uns Frieden gnädiglich", den Schluß ein Psalm. Die Festrede aber hielt Professor Naumann über das Thema: „Der Mythos vom Gotte Balder und das altgermanische Lebensgefühl."

So sind Christen, Juden und Wotansjünger auf ihre Rechnung gekommen.

Kleinigkeiten

Für unser Geld. Wie eine Münchener Korrespondenz berichtet, sind im Haushaltsvoranschlag für 1931 als erste Rate für den Neubau einer Kaserne für Stab und 1. Kompanie der 7. Kraftfahrabteilung 800 000 Mark ausgeworfen; die Gesamtkosten des Baues sind auf 1 900 000 Mark veranschlagt. Selbst die „Münchener Neuesten Nachrichten" bezeichnen diesen Aufwand angesichts des geringen Bestandes an Truppen als „ungeheuerlich".

Frohe Botschaft. Ins Grau unseres republikanischen Daseins dringt die Botschaft, daß die Reichswehr ihre Musikinstrumente farbig verzieren will: die Trommeln und Pauken sollen auf dem äußeren Trommelreifen einen Schmuck in Dreieckform in den Farben der Länder der Truppenteile erhalten; die gleichen Farben bekommen die Banderolen der Signaltrompeten und Bataillonstambourstöcke; auch die Roßschweife der Glockenspiele und Schellenbäume werden die Landesfarben tragen. — Da wird aber die Republik beliebt werden!

Blumiges Deutschtum. In einer Auseinandersetzung der nationalsozialistischen Lehrer mit dem Leipziger Lehrerverein heißt es: „Beim Leipziger Lehrerverein zittert und hungert es (das Kind) in der Mitte von falschen Lehrern und einer Welt von Kanonen, die alle auf dieses deutsche Kind gerichtet sind. Beim Nationalsozialistischen Lehrerbund aber spielt es auf den grünen Wiesen seiner Heimat. Es nährt sich von einfachen kräftigen Früchten der heimatlichen Gärten und gesundem Roggenbrot. Weit, weit draußen über Deutschlands Grenzen, da stehen die deutschen Männer, die Lehrer im Braunhemd, um ihr Vaterland und ... das deutsche Kind zu beschützen, an ihrer Spitze Adolf Hitler, immer sorgend und prüfend, ob die Schutzmauer auch weit genug von dem spielenden deutschen Kinde entfernt ist und daß die deutschen Helden im Braunhemd nicht fallen, sondern stehen." — Ist euch eigentlich wohl bei diesem Schwafel?

Fastnachtsscherz. Adolf Hitler hat im Hinblick auf die allgemeine Not seinen Partei-Organisationen das Abhalten von Fastnachtsveranstaltungen verboten; wo solche bereits angesetzt sind, wird anheimgestellt, sie in „Deutsche Abende", die von nationalsozialistischem Geist getragen sind, umzugestalten. — Wird man den Unterschied denn auch immer merken?

Deutsche Töne. In einer Ankündigung von Rundfunkdarbietungen bringt Goebbels „Angriff" folgende Notiz: „... 7 Uhr nachmittags: Interview der Woche. (Wir wiederholen: Warum wird Dr. Goebbels nicht einmal interviewt, der heute mehr zu sagen weiß als irgend ein belangloser Herr, der sich am Mikrofon ausreden kann?)" — Die völkische Presse scheint den Mangel an Geist durch Derbheit wett machen zu wollen.

Noch so was. Im Evangelischen Gemeindeblatt für Stuttgart beschäftigt sich der Herausgeber mit den „freidenkerischen Frivolitäten" und der Entrüstung, die sie in der „breiten" Öffentlichkeit ausgelöst haben sollen, und meint dann: „Das weiß ich, daß, wenn diese Elemente in Deutschland das Heft in die Hand bekämen, Volk und Kirche wie von Säuen verwüstet würden." — Ein passender Gegenvergleich ist durch den § 166 unmöglich gemacht.

Das Seelentrümmerfeld. Der evangelische Pressedienst für Württemberg behauptet, es sei in Seelenfeld nicht „fast das ganze Dorf" ausgetreten (siehe S.-Z. Nr. 3); bis jetzt seien nur etwa 40 Personen inklusive Kindern von der Kirche abgefallen. — Das ist bei rund 250 Einwohnern auch noch ein ganz schöner Prozentsatz. Übrigens: ihr solltet eure eigene Presse mit dem selben Eifer kontrollieren wie die gegnerische.

Freiheit der Kunst. Das Landeskartell Thüringen des Deutschen Beamtenbundes hat beim Deutschen National-Theater in Weimar Beschwerde erhoben wegen des dort zur Aufführung kommenden Schauspiels „Bork" von Gerhard Menzel, in dem u. a. ein Sturm notleidender Bauern aufs Finanzamt vorkommt. Der Beamtenbund befürchtet, daß eine derartige Darstellung die Beziehungen der Beamtenschaft zur Bevölkerung erschwere. — Solche Beschwerden erleichtern das Verständnis für die Beamten auch nicht gerade.

Zartfühlend. Einige Ulmer Zeitungen haben beschlossen, angesichts der großen Not über Fastnachtsveranstaltungen keine Berichte zu bringen, da diese geeignet seien, bei einem großen Teil der Bevölkerung ein Gefühl der Bitterkeit auszulösen. — Ob sie wohl auch die Ankündigungen im Anzeigenteil ablehnen?

Wettervorhersage. In den „Münchener Neuesten Nachrichten" hat es neulich im Wetterbericht u. a. geheißen: „... Gleichzeitig hat sich die Vorderseite des großen isländischen Sturmfeldes bis an den Kanal und die deutsche Nordseeküste herangearbeitet, stößt hier aber auf den Widerstand des vaterländischen Hochdruckgebiets." — Hoffentlich bleiben uns dadurch nationale Niederschläge erspart.

Wenn das nicht hilft. Der kanadische Multimillionär Charles Millar hat in seinem Testament derjenigen Frau, die zehn Jahre nach seinem Tode die meisten Kinder hat, die ansehnliche Summe von 750 000 Dollar vermacht. — Eine ebenso verlockende wie riskante Angelegenheit.

Bitte und Dank. Von den 500 Adressen, an die ich die Februar-Nummern gratis versenden möchte, fehlen noch 90. Wer weiß noch welche? Denen, die Adressen geschickt haben oder auf andere Weise für die S.-Z. werben, sei bestens gedankt. Wenn der Februar-Feldzug erfolgreich ist, wird es vielleicht möglich sein, die Aufmachung der Zeitung in einigen Punkten zu verbessern.

Ferienaufenthalt in Frankreich. In Fontainebleau (eine Stunde Eisenbahnfahrt von Paris auf der Strecke Paris-Dijon) bietet sozialistische Familie Gesinnungsfreunden günstigen Ferienaufenthalt in herrlicher Lage. Preis pro Monat etwa 130 Mark, ausschließlich Wein, jedoch einschließlich einer Stunde Konversation täglich. Beginn am 1. April. Nähere Auskunft erteilen: Fritz Stiegel, Löbauß, Promenadenstraße 12, oder: Madame Finot, rue de l'épée, Sens (Yonne), Frankreich.

Vegetarische Wirtschafterin (mit Sinn für Garten) sucht alleinstehender pensionierter Beamter. Gerb, Mündhsmünster, Oberbayern.

Internationale Frauenliga, Ortsgruppe Stuttgart. Am Sonntag, den 1. Februar, 15 Uhr, spricht im Café „Fürstenhof" Hans Schumann, der Verfasser des Buches „Arbeiterklasse und Geldpolitik", über Währungspolitik.

Heilbronn. Deutsche Friedensgesellschaft: Prof. Hauser, Freiburg, spricht am Samstag, 7. Februar, 20 Uhr im Sonnensaal über das Thema: „Der internationale Verrat an den Frontsoldaten; Hochverratsprozess gegen Krupp und Thyssen."

Frankfurt a. M. S.-Z.-Leser aus Frankfurt und Umgebung treffen sich am Samstag, 7. Februar, 20¼ Uhr im vegetarischen Restaurant „Eden", Börsenplatz 7. W. Brückner spricht über das Thema: „Die Wirklichkeit der Politik".

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 15 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Ulm, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Um die Restauflagen loszubekommen, habe ich die Preise folgender im Verlag der S.-Z. erschienenen Bücher herabgesetzt:

Mit andern Augen
Jahrbuch der S.-Z. 1920—29 — *2 Mk. (statt 5 Mk.)*

Kabif
Gedichte Mufti Duftis — *1 Mk. (statt 2 Mk.)*

Illustrierte Verfassung
Holzschnitte von Hans Gerner 0,60 Mk. (statt 1 Mk.)

Ausserdem sind vom Verlag der S.-Z. zu beziehen:

Mild und bekömmlich
Gedichte Tylls aus der S.-Z. — *2 Mark*

Kapitalkontrolle
Von Fritz Naphtali — *50 Pfennig*

Wirtschaft ohne Unternehmer
Von Walther Rathenau — *50 Pfennig*

Verschwendung im Handel
Von A. C. M. Riech — *50 Pfennig*

Sozialisierung der Presse
Von Erich Schairer — *50 Pfennig*

Auslieferung dieser Bücher und Broschüren nur gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheck-Konto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung)

Stuttgart, 8. Februar 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 6

Zollsüchtig

Vor fünfzig Jahren, um 1880 herum, befand sich Europa infolge des auf einmal mit unerwarteter Stärke auftretenden amerikanischen Getreideexports in einer Agrarkrise, ähnlich der heutigen. Die Getreidepreise sanken rapid, der Anbau von Getreide erwies sich als nicht mehr lohnend, die Getreideerzeuger riefen nach staatlicher Hilfe. Aber nicht überall mit Erfolg.

Die holländische Regierung erwiderte damals den jammernden Bauern, die ihren Untergang an die Wand malten, sie könne es nicht verantworten, dem Volk das Brot zu verteuern. „Unser Bauernstand wird nicht zugrunde gehen", lautet ein Ausspruch des damaligen holländischen Premierministers; „er wird jetzt bedrängt, er wird sich aber selbst helfen; er wird gekräftigt aus der Krise hervorgehen". Und der holländische Bauer tat also. Er gab den Anbau von Getreide fast ganz auf und pflanzte dafür Kümmel, Senf, Raps, Mohn und Leinsaat, Gemüse, Zwiebeln, Bohnen und Erbsen. Er machte Wiesen aus seinen Feldern und widmete sich der Viehzucht, der Milch-, Butter- und Käsegewinnung. Er gründete Genossenschaften und Auktionsvereinigungen, um den Zwischenhandel auszuschalten. Und siehe da: der Bauer ging nicht kaput, sondern wurde wohlhabend und zufrieden. Die billige Einfuhr von Getreide und Futtermitteln aus dem Ausland ermöglicht ihm heute einen lohnenden Export von Gemüse, Butter, Käse und Eiern.

In Dänemark ging es ähnlich. Auch dort verzichtete die Landwirtschaft auf staatliche Hilfe. Der Bauer half sich selber. Er gab den Getreidebau auf und stellte seinen Betrieb auf Veredlungsproduktion um. Die dänische Landwirtschaft ist zu einer Art hochentwickelter Industrie geworden, die ihre Rohstoffe aus dem Ausland bezieht und dafür die Fertigwaren: Butter, Eier, Schweinefleisch ausführt, und zwar in prima Qualitäten und in Mengen, die kein anderes Land auch nur annähernd aufweisen kann.

Auch die deutsche Landwirtschaft stand damals am Scheideweg: Staatshilfe oder Selbsthilfe? Sie ist den anderen Weg, den der Staatshilfe, gegangen.

Im Jahr 1879 wurde der erste, zunächst sehr bescheidene, Getreidezoll eingeführt (1 Mark auf den Doppelzentner Weizen). Unter beständigen, aber siegreichen Kämpfen mit den Verfechtern des Freihandels sind die Zölle aufrechterhalten und ausgedehnt worden (auf 3 Mark, 5 Mark, 5,50 Mark). Sie haben heute einen Gipfelpunkt erreicht, der wohl kaum überhöht werden kann (25 Mark). Unser Brot ist infolgedessen doppelt so teuer als es zu sein brauchte.

Und trotzdem geht es der Landwirtschaft miserabel. Zu der indirekten Subvention in Gestalt der Zölle kommen immer wieder direkte Subventionen, die in die Milliarden gehen. Die Agrarzölle scheinen wie ein Narkotikum zu wirken: je länger man es nimmt, desto stärker muß die Dosis sein, und desto elender wird dabei der Organismus.

Gegenwärtig haben wir in Europa eine neue Agrarkrise. Länder wie Holland und Dänemark sind ihr offenbar gewachsen; Deutschland nicht.

Unser Landwirtschaftsminister Schiele, dem wir den gegenwärtigen Rekordzolltarif verdanken, arbeitet fleißig daran, ihn auszubauen. Ob er eine Vorstellung davon hat, wo das einmal enden wird?

Die russische Planwirtschaft wird zwar fortwährend totgesagt, aber wenigstens das Wort scheint ansteckend zu wirken. Auch Herr Minister Schiele läßt jetzt einen Reichsbestellungsplan ausarbeiten. Die Anbaufläche für Roggen soll um 700 000, diejenige für Hafer um 800 000 Hektar vermindert werden, dafür sollen je 500 000 Hektar mehr Weizen und Gerste gebaut und 500 000 Hektar sollen „zur Förderung der Viehwirtschaft" benützt werden, obwohl „die Zukunftsaussichten für die tierische Veredelungswirtschaft vorläufig wenig günstig sind".

Wie machen Sie das, Herr Schiele, daß statt Roggen und Hafer jetzt Weizen, Gerste und Futterrüben gebaut werden? Wir haben doch die sogenannte freie Wirtschaft, wo jeder Landwirt tun kann, was er will! Wollen Sie am Ende die Zölle auf Roggen und Hafer wieder heruntersetzen? Oder vielmehr die auf Weizen, Gerste, Vieh und tierische Produkte noch hinauf? Andere Mittel stehen Ihrer Fantasie und Ihrem Einfluß ja kaum zu Gebote.

Wenn auch Fleisch, Butter, Käse und Eier durch Zollerhöhungen verteuert sind, dann sind die Zukunftsaussichten für die tierische Veredelungswirtschaft günstiger. So meint wenigstens ein deutscher Landwirtschaftsminister, ohne daß der Ernährungsminister, der er in erster Linie sein sollte, Gewissensskrupel empfindet. Die „grüne Front" der zollmorfinistischen deutschen Großgrundbesitzer und Großbauern, von denen ein Mann wie Schiele abhängt, ist es nicht gewohnt, wie die holländischen und dänischen Klein- und Mittelbauern durch rationelle Wirtschaft und genossenschaftlichen Zusammenschluß ihre Aussichten zu verbessern. Und da seither auch die wahnsinnigsten Zollerhöhungen vom guten deutschen Volk geschluckt worden sind, so denken die Herren wahrscheinlich, das gehe endlos so weiter. Gleichzeitig schwafelt man dann vom Preisabbau und hat rund fünf Millionen Arbeitslose.

Es ist gar nicht anders denkbar: der Weg, den die deutsche Landwirtschaft mit so unbeirrbarer Verblendung marschiert, muß im Abgrund enden.

Erich Schairer

Im Verlaufe des Jahres 1930 sind die Weltmarktpreise für Weizen um 48 Prozent gesunken, der deutsche Preis hat eine Steigerung um 2,6 Prozent erfahren. Einem Sturz der Roggenpreise am Weltmarkte um 54 Prozent steht eine sehr mäßige Senkung des deutschen Inlandpreises um 8,9 Prozent gegenüber. Die fortgesetzte Erhöhung der Schutzzölle und die mit schweren finanziellen Opfern betriebene staatliche Roggenstützung haben diese Verteuerung des Brotes in Deutschland bewirkt. Die Butterpreise gingen im Auslande durchschnittlich um 40 Prozent, im Inlande nur um 19,2 Prozent zurück. Zucker verbilligte sich im Laufe des Jahres 1930 am Weltmarkte um 38 Prozent, in Deutschland um 5 Prozent.

(„Welt am Montag")

Das Wichtigste

Beginn der Reichstagsverhandlungen

Der Reichstag ist am 3. Februar wieder zusammengetreten, um den Etat für 1931 zu beraten. Am 5. Februar ist die Aussprache durch eine große Rede des Reichskanzlers eröffnet worden.

Reichswehretat—tabu

Das Recht, der Regierung die geforderten Steuern zu bewilligen bzw. zu verweigern, ist das älteste und wichtigste Recht der Parlamente. Der Reichstag der deutschen Republik hat mit diesem Recht nie etwas anzufangen gewußt, und heute wird der Etat (wie jede andere politische Maßnahme) eben von der Regierung diktiert, und das Parlament nickt dazu.

Ein nicht minder wichtiges Recht der Volksvertretung ist es, nachträglich zu kontrollieren, was nun eigentlich mit den bewilligten Steuergeldern geschehen ist. Mit der Ausübung dieses Rechtes steht es beinahe noch schlimmer. Wohl haben schon seit Jahren einige unabhängige Zeitungen immer wieder darauf hingewiesen, wie an vielen Stellen mit den Steuergeldern geaast wird, wie Subventionen zu andern als den ursprünglich bestimmten Zwecken verwendet werden, wie „übertragbare Posten" und unkontrollierbare Fonds die Nachprüfung erschweren usw. Meist ohne Erfolg. Nur an einer Stelle hat man eine Wirkung gespürt: beim Auswärtigen Amt, offenbar vor allem dank der scharfen Kritik des deutschnationalen Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven. Statt 64 Millionen vor zwei Jahren erfordert das A. A. heute nur noch 52 Millionen Zuschuß; die Diplomatengehälter sind stark herabgesetzt worden (manche fürchten schon, die diplomatische Karriere könnte wieder zu einem Monopol reicher Leute werden), einzelne Abteilungen sind ganz abgebaut worden, und die Reform an Haupt und Gliedern scheint noch nicht beendet zu sein.

In andern Ministerien dagegen geht die Mißwirtschaft ruhig weiter. Der Rechnungsprüfungsausschuß des Reichstags hat einen Bericht fertiggestellt (vgl. „Frankfurter Zeitung" Nr. 88), in dem zum Teil schwere Angriffe gegen verschiedene Reichsämter erhoben werden.

Da ist vor allem das Reichsernährungsministerium. Es erhält zur Unterstützung der Landwirtschaft Subventionen über Subventionen bewilligt — was geschieht mit dem Geld? Der Rechnungsprüfungsausschuß stellt „eine bedenkliche Verwirtschaftung von Reichsgeldern" fest: Richtlinien, die dem Ministerium mit der Bewilligung der Gelder gegeben wurden, fanden keine Beachtung; Geld zur Förderung der deutschen Eierproduktion wurde von Stellen verbraucht, die mit ausländischen Eiern handeln; an Banken wurden unbefugterweise gering verzinsliche Kredite gegeben usw. „Die Unterstützung großer landwirtschaftlicher Verbände begann zunächst einmal mit der Auswerfung sehr bedeutender Gehälter und mit luxuriösen Büroeinrichtungen. Allein hierbei gingen Hunderttausende — im ganzen aber gingen Millionen einen falschen Weg." („Frankfurter Zeitung".)

Noch geheimnisvoller geht es beim Reichswehrministerium zu. Es ist schon als ein großer Erfolg zu buchen, daß den Herren das Geständnis erpreßt werden konnte, wie viel sie von den bewilligten Geldern überhaupt nicht ausgegeben, sondern als Fond zurückgestellt haben: 30 Millionen. (Ob's stimmt, ist eine andere Frage.) Dem Ministerium aber, das offenbar gar nicht alles bewilligte Geld benötigt, den Etat zu kürzen, das ist nicht gelungen. Der Haushaltsausschuß des Reichstags, der in den letzten Wochen den Etat für 1931 durcharbeitete, hat am Reichswehretat nichts geändert: er ist und bleibt um 300 Millionen höher als im Jahre 1924.

„Gute Kenner unserer Reichsfinanzen sind sich darüber einig, daß ... leicht zwei-, wenn nicht dreihundert Millionen gespart werden könnten", sagt die „Frankfurter Zeitung", — wenn man nicht Rücksicht nehmen würde „auf die große Politik im Umkreis der Reichswehr" und auf die „sehr viel kleinere, aber besonders kostspielige Politik im Umkreis des Herrn Schiele".

Ja, man könnte ..., wenn nicht ... Die Regierung Brüning handelt doch im Interesse ihrer Selbsterhaltung, wenn sie Herrn Schiele und den agrarischen Parteien fette Subventionen hinwirft, und die Reichswehr splendid zu behandeln, ist doch einfach eine Lebensnotwendigkeit für sie. Eine geringe Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, ja eine kleine Veränderung in der parlamentarischen Situation kann die Regierung dazu zwingen, von der verschleierten zur offenen Diktatur überzugehen und die Reichswehr zu ihrem Schutz einzusetzen. In einer solchen Situation von der Regierung verlangen, am Reichswehretat 100 Millionen zu sparen, heißt: sie zum Selbstmord auffordern.

Man kann deshalb nicht, wie es manche unklaren Geister auf der Linken tun, die Reichswehr und ihren verschwenderisch dotierten Etat bekämpfen, aber Brüning, als das „kleinere Übel", tolerieren; Brüning, Reichswehr und ein hoher Reichswehretat gehören untrennbar zusammen. Wer gegen die Reichswehr ist, kann nicht für Brüning sein und kann nicht seine Regierung, in deren Schatten die Reichswehr zu immer größerer Macht aufsteigt, als das „kleinere Übel" betrachten.

Otto Beuter

Die französische Liga für die Luftfahrt hat in einer Kundgebung auf die Gefahren, die Frankreich angeblich von der deutschen Luftflotte und ihren Gasbomben drohen, hingewiesen. „Das ganze Arsenal der französischen Greuelpropaganda gegen Deutschland ist wieder auferstanden", schreiben deutsche Zeitungen und fügen dann hinzu: „Hinter der neuen Deutschen-Hetze in Paris steckt die Flugzeugindustrie, die auf Aufträge für fünf Milliarden Franken spekuliert." — Beziehungen zwischen der Industrie und nationalistischen Hetzern werden von der Presse gern aufgedeckt, vorausgesetzt daß es sich nicht um das — eigene Land handelt.

Paneuropa?

Von Max Barth

Als Pazifist wird man den europäischen Zusammenschluß wünschen. Er ist vielleicht die wichtigste Sicherung gegen eine Reihe der in der Luft liegenden Kriege. Er kann das wirtschaftlich immer mehr agonisierende Europa für ein Weilchen wiederbeleben. Er stärkt Europa gegenüber den anderen Kontinenten. Er ist sowas wie eine Lebensfrage für die europäischen Völker.

Auch vom sozialistisch-kommunistischen Standpunkt aus kann man für die wirtschaftliche und politische Einigung Europas sein. Nur darf es sich nicht um die Schaffung eines Syndikats der bisherigen Regierungen und der sie tragenden herrschenden Schichten handeln; das Ziel muß der europäische Volksstaat, der einheitlich organisierte Staat der Völker sein. In ihm wird die Zusammenarbeit des europäischen Proletariats erst richtig möglich werden. Die Interessengegensätze zwischen den selben Klassenschichten und den selben Berufsklassen der Proletarier verschiedener europäischer Länder werden ausgeschaltet; die Bourgeoisie kann das Proletariat nicht mehr spalten, indem sie nationalwirtschaftliche Interessengegensätze ausnutzt. Die Landesverratsparagrafen können weniger oft angewendet werden, wenn die rivalisierenden Länder weniger geworden sind. Die Einigung Europas kann der Einigung des Proletariat dienen; sie muß es nicht unbedingt.

Welche Ziele verfolgt Graf Coudenhove-Kalergi mit seiner Paneuropa-Idee?

Coudenhove will die Grenzen aufheben, die innereuropäischen Geschäftsunkosten verringern und im übrigen alles beim Alten lassen. Er will den Kontinent einigen, um seinen Besitzstand und seine Herrschaftsform zu erhalten. „Paneuropa" nennt er die Gesamtheit der europäischen Staaten (ohne Rußland und England) und ihrer Kolonien. Sein Paneuropa reicht bis nach Grönland, umfaßt den größten Teil von Afrika, dehnt sich im Westen aus bis nach Südamerika (Guayana) und im Osten bis in die Südsee. Daß Europa seine Kolonien festhält, ist ihm pure Selbstverständlichkeit. Die Sachlage erscheint ihm gut, so wie sie ist; seine Denkweise ist statisch, nicht dynamisch: die Aufhebung des Herrschafts- und Besitzverhältnisses zwischen Weißen und Schwarzen gehört nicht in den Bereich seiner Idee. Die Frage nach der Berechtigung des Kolonialismus, nach der Auseinandersetzung mit der Unabhängigkeitsbewegung aller Kolonialvölker stellt er nicht. Er operiert mit Gegebenem und will die Welt nicht ändern.

Das Bestehende zu stabilisieren, ist seine einzige Sorge. Diesem Ziel dient sein „Paneuropa". Kein Wunder also, daß er seit einigen Jahren offen ins Lager der Antibolschewisten übergegangen ist. Zwar will auch der Bolschewismus, und gerade er, die Grenzen, die Kriege, die Wirtschaftsgegensätze aufheben: indem er die Klassen aufhebt, kapitalistische Produktions-, Konsums- und Gesellschaftsordnung unmöglich macht. Er beseitigt die Ursachen, weil nur so die Wirkung beseitigt werden kann. Coudenhove als konservativer Politiker, dessen Absicht der Schutz und die Erhaltung des Bestehenden im gegenwärtigen Zustand ist, muß natürlich der Todfeind einer das Bestehende so völlig umwälzenden Denkweise und politischen Praxis sein.

„Siegt der Bolschewismus, so ist die europäische Kultur vernichtet. Dann werden nicht Frieden und Wirtschaftsvernunft Europa einigen — sondern Gewalt und Zerstörung." Er sagt „europäische Kultur" und meint: Profitrate, Ausbeutung, Klassenprivilegien. Er sagt „Wirtschaftsvernunft" und meint: klassenegoistische, nicht nach Bedarf und Allgemeininteresse orientierte Berechnung, Verwertung der Menschen als Rohmaterial für den kapitalistisch-egoistischen Produktionsprozeß. Er sagt „Frieden" und meint: Sicherung der Herrschaft einer Handvoll Reicher über Völker von Industriesklaven und Länder mit unerschöpflichen Naturschätzen und wehrlosprimitiven Besitzern.

„Allgemeines Elend bringt Bolschewismus und Krieg; die bolschewistische Revolution bringt Krieg und Elend." Ergo: „Paneuropa allein bringt den Europäern Frieden, Brot, Ordnung." Dieser Frieden ist der Krieg der Besitzenden gegen die Besitzlosen; das Brot ist das Gnadenbrot tyrannischer Sklavenhalter; die Ordnung ist die Ordnung eines mit allen Gewaltmethoden durchgeführten Rechtssystems, aufgerichtet gegen die machtschwächere Klasse, die Ordnung einer wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen den Klassen, die denjenigen am wenigsten Lebensgüter und Genußmöglichkeiten zuspricht, die am meisten von ihrer Arbeits- und Lebenskraft für den Dienst am Allgemeinen hergeben.

Er will Europa vor den „blutigen Plänen" der Kommunisten schützen. Aber die blutigen Pläne richten sich nicht wie die derjenigen Klasse, der Coudenhove dient, auf die Zeit der zu verwirklichenden neuen Ordnung, sondern nur auf die Fase der zur Durchführung der unblutigen Pläne notwendigen Machteroberung. Und die blutigen Pläne wären ganz unnötig und würden aufgegeben, wenn die Klasse des großen Paneuropäers auf blutige Mittel verzichtete und freiwillig eine vernünftige und gerechte Ordnung herbeiführen ließe.

Coudenhove sagt: „Das Programm der Paneuropa-Union ist mit Absicht so gefaßt, daß es alle bejahen können, die unter irgend einer Form den friedlichen Zusammenschluß Europas wollen." Das stimmt nicht. Es ist zum Beispiel nicht für diejenigen bestimmt und geeignet, die bereit wären, auf friedlichem Weg einen europäischen sozialistischen Einheitsstaat herzustellen.

Coudenhove sagt: „Abgesehen von der Sprachverschiedenheit sind die Unterschiede zwischen einem spanischen und einem polnischen Bauern, einem deutschen und einem tschechischen Industriearbeiter, einem italienischen und einem französischen Gelehrten unwesentlich. Die horizontale Gliederung Europas ist ausgesprochener als dessen vertikale." Das heißt also: die Klassenunterschiede sind größer und entscheidender als die nationalen. Coudenhove ist sich darüber klar, daß der brennende Punkt nicht der nationale Gegensatz ist, sondern der soziale. Er muß sich sagen, daß die Überwindung der

Gegensätze, die wahre dauernde Befriedung Europas nur durch die Beseitigung der Klassengegensätze möglich ist. Er weiß auch, daß das aktivistische Proletariat die Möglichkeit dieser Beseitigung in der Aufhebung der Klassen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung sieht. Er weiß, daß zu diesem sozialistisch-kommunistischen Weltbild die Abschaffung der Grenzen gehört.

Trotzdem schließt er Anhänger der sozialistischen Idee, Verfechter der Vereinigung der europäischen Staaten von der Zugehörigkeit zur Paneuropa-Bewegung aus, indem er sein Programm antibolschewistisch aufzieht und „Bolschewismus und Anarchie" in einem Atemzug nennt. Das Programm und die Zielvorstellung der Paneuropa-Bewegung sind nicht für alle bestimmt, die Europas Einigung wollen, sondern nur für diejenigen, die den Zusammenschluß auf der Basis des Gegebenen erstreben, für diejenigen, denen Paneuropa das Mittel sein soll, den bedrohten Kapitalismus zu retten, den Kolonialismus zu sichern, den Imperialismus zu stabilisieren. Wer ein unkapitalistisches, unkolonialistisches, unimperialistisches Europa will, kann mit Coudenhoves Paneuropa nichts zu tun haben.

Die Unschuldlüge

Die Memoiren des Fürsten Bülow haben, so viele Bedenken gegen sie und gegen Bülows Persönlichkeit auch wach werden, doch manche übrig gebliebene Illusion über die verflossene Herrlichkeit des wilhelminischen Reiches vollends zerstört. U. a. hat Bülow die für den Kriegsausbruch verantwortlichen Personen, vor allem Bethmann und Jagow, als vollendete Dummköpfe hingestellt, die aus lauter Ungeschicklichkeit Deutschland in den Krieg hineingelotst hätten.

Dagegen wendet sich nun in der „Vossischen Zeitung" Herr Dr. Eugen Fischer, der Sekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die Herren hätten keineswegs leichtsinnig und tölpelhaft gehandelt, wie Bülow behaupte, sondern in fester, wohlerwogener Absicht. Ihr einziger Fehler sei gewesen, daß sie sich über England getäuscht hätten. Sie seien überzeugt gewesen, England werde sich nicht einmischen. Der Krieg mit Serbien sei von Deutschland und Oesterreich-Ungarn herbeigeführt, der mit Rußland und Frankreich sei „in Kauf genommen" worden, weil man mit Recht an den sicheren Sieg geglaubt habe. Nur das unvorhergesehene Eingreifen Englands habe diesen Plan, der „nicht ohne Größe und Folgerichtigkeit" gewesen sei, scheitern lassen.

Das ist also das, was die S.-Z. seit elf Jahren wiederkäuen muß: daß die Berliner Regierung nebst der Wiener hauptschuldig am Kriege ist, weil beide Regierungen den Krieg mit Serbien gewollt haben, obgleich sie wissen mußten, daß dieser Krieg nicht „lokalisiert" werden konnte, sondern einen Weltkrieg nach sich ziehen werde.

Ob es mehr Dummheit oder mehr Verbrechen war, ist schließlich nicht so wichtig. In der Diplomatie ist oft beides das selbe.

Für die Ächtung der Kriegsmittel

Die Aktion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die zu einer Ächtung der Kriegsmittel aufruft, hat überall in der Welt starken Widerhall gefunden. Hunderttausende haben sich in die Listen eingetragen und damit von ihrer Regierung verlangt, daß diese alles unternehme, um die allgemeine und totale Weltabrüstung zu fördern und sich für eine Ächtung der Kriegsmittel als einer selbstverständlichen und notwendigen Ergänzung des Kriegsächtungspaktes einzusetzen.

Außer in Deutschland hat die Aktion besonders in Frankreich und vor allem in England ein sehr starkes Echo gefunden. In manchen Gegenden haben sich bis zu 10 Prozent der Bevölkerung in die Listen eingezeichnet. Die Liga hofft, bis zum Zusammentritt der Abrüstungskonferenz Millionen von Unterschriften sammeln zu können, um damit der Konferenz ein eindrucksvolles Bild von der wirklichen Stimmung in den Völkern zu geben.

Einzeichnungslisten sind zu beziehen von Frau Frida Perlen, Stuttgart, Salzmannweg 16.

Die Bundesleitung des Stahlhelms hat in einem Schreiben an den preußischen Minister des Innern beantragt, die Listenauflegung für das folgende Volksbegehren zuzulassen: „Der am 20. Mai 1928 gewählte Preußische Landtag ist aufzulösen."

Der Reichsindex für Lebenshaltungskosten im Januar 1931 beträgt 140,4 (im Dezember 1930: 141,6).

Entweder — oder

Er: Du magst sagen, was du willst — die Regierung Brüning ist doch seit langer Zeit die erste, bei der man den Eindruck hat: es wird etwas geschafft. Sie hat alle Panik-Gefahren und alle heiklen Zeitpunkte, etwa die Wochen nach den Wahlen oder die Dezembertagung des Reichstags, geschickt überwunden, und jetzt besteht sogar die Hoffnung, daß der Etat ohne Notverordnung eine Reichstagsmehrheit findet. Den Vorstoß der Deutschen Volkspartei mit ihrem Sparantrag scheint Brüning abgewiesen zu haben, die Partei wird auch diesesmal zur Regierung halten; der Angriff der Rechtsopposition auf Curtius wird erfolglos bleiben, und der Landvolkpartei und den Agrariern, die jetzt noch so unverschämt gegen die Regierung wettern, wird man sagen: wenn ihr die Osthilfe-Gelder wollt, bitte, dann bewilligt vorher den Etat, sonst ist kein Geld da. „Was aber eine parlamentarische Erledigung des Etats für Deutschland kredit-politisch bedeuten würde, weiß jeder, der die Auswirkungen der politischen Vertrauenskrise seit dem 14. September beobachtet hat. Sie bedeutet nach menschlicher Voraussicht die Stabilität der heutigen politischen Ordnung bis ins Jahr 1932, und das ist alles, was man heute wünschen darf." So schreibt ein Abgeordneter der Staatspartei, und die „Germania", sozusagen unser Regierungsblatt, stimmt dem zu. Außerdem weißt du ja wohl selber, daß es Anzeichen gibt, die auf ein Abflauen der Wirtschaftskrise schließen lassen. Wenn sie nicht trügen, dann wächst natürlich die Festigkeit der Regierung Brüning noch mehr. Was jetzt nötig ist, das ist: eine energische Regierung, die im Inland und Ausland das Vertrauen wieder herstellt; dann besteht die Hoffnung, daß wir bald aus dem ärgsten Dreck herauskommen. Für diese Aufgabe scheint mir, trotz allerlei Bedenken, die Regierung Brüning die richtige zu sein. Ich verstehe gar nicht, warum du immer gegen Brüning bist, ihn einen Fascisten, einen gefährlichen Gegner nennst ...

Ich: Du siehst die Lage, politisch und wirtschaftlich, vielleicht doch zu rosig. Aber ich will einmal annehmen, du hättest recht mit deinem Optimismus: der Etat wird parlamentarisch erledigt, das Vertrauen zur Regierung wächst, sie kann ihr Sanierungswerk durchführen, die Wirtschaftskrise flaut ab und (ich will sogar so weit gehen) macht dieses oder nächstes Jahr wieder einer guten Konjunktur Platz — so bleiben doch immer noch zwei schwerwiegende Fragen: Auf wessen Kosten wird die Sanierung durchgeführt? Und: Wie lange wird die Besserung anhalten?

Er: Aha, jetzt kommst du wieder damit. Du sagst natürlich: die Kosten der Krise tragen fast ausschließlich die Massen, und: die Krise wird nach ein paar Jahren wieder hereinbrechen, und zwar noch stärker als diesmal, und berufst dich dabei auf Marx oder Engels oder wen. Das hab ich schon einigemale von dir gehört.

Ich: Und wirst es noch oft hören. Ich behaupte nicht nur, daß die Kosten der Krise und der Sanierung hauptsächlich von den Massen getragen werden (denk doch an Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Abbau der Sozialversicherungen, Zölle und sonstige Massensteuern), sondern ich behaupte auch, daß die Krise von den Unternehmern bewußt ausgenützt wird, um die Organisationen der Arbeiter zu schwächen und ihre Kampfkraft zu zermürben. Mit Erfolg. Ist den Arbeitern nicht bereits das Streikrecht genommen? Und dabei hilft, neben den Nationalsozialisten, die Regierung Brüning mit. Und was das andere betrifft — das ist ein trauriges Kapitel. Es ist jetzt bald hundert Jahre her, daß Marx mit seiner Kritik des Kapitalismus begonnen hat. Er und seine Mitarbeiter und Nachfolger haben erklärt, warum der Kapitalismus immer wieder in bestimmten Abständen von Krisen erschüttert wird, haben vorausgesagt, daß diese Krisen eine Zeit lang schwächer werden, weil der „Imperialismus" den kapitalistischen Markt ausweiten, neue Märkte erobern wird, haben vorausgesagt, daß nachher, wenn diese Absatzgebiete sich selber industrialisieren, die Konkurrenzkämpfe der Staatengruppen immer heftiger werden, außerdem daß sich das Kapital immer mehr in großen Monopolen zusammenballt, daß dadurch die Mittelschichten zerrieben werden und daß die Krisen immer rascher und in immer größerer Stärke aufeinanderfolgen. Von diesen hundert Jahren Gesellschaftskritik, deren Voraussagen sich jetzt alle als richtig erweisen, hat der bürgerliche Mittelstand, haben die sogenannten „Gebildeten" außer einigen Frasen so gut wie nichts gehört oder hören wollen. Es ist eine Affenschande ...

Er: Nur nicht gleich so erregt!

Ich: Ja, du hast recht. Betrachten wir die Sache ruhiger. Sieh, diese Mittelschichten, die waren bis zum Krieg im ganzen wirtschaftlich gesichert, es ging ihnen gut, und deshalb wollten sie von Politik nichts wissen; sie wurden von den politischen Kämpfen nur oberflächlich berührt. Jetzt aber, wo es ihnen an den Kragen geht, wo Krieg, Revolution und Inflation ihre wirtschaftlichen Grundlagen vernichtet haben, wo jede Krise sie mehr proletarisiert — da reiben sie erstaunt ihre Augen, fragen, woher denn eigentlich die Krise komme, ob es denn keinen Ausweg gebe, und fallen auf allerlei Wunderdoktoren herein. Die einen resignieren, die andern laufen zu den Nationalsozialisten, und wieder andere schwanken, wie du, unentschieden hin und her und glauben, Brüning werde uns retten. Wahrscheinlich, ja möglich, daß sich die Weltwirtschaft nocheinmal erholt. Aber nach ein paar Jahren wird eine noch stärkere Krise hereinbrechen, und vielleicht einige Jahre später noch eine. Und jedesmal wird der Platz, auf dem du dich so unentschieden herumdrücken kannst, enger, und schließlich bleibt dir und deinesgleichen nichts übrig als zerrieben zu werden oder sich zu entscheiden: entweder mit denen, die ein morsches (und immer ungerechter wirkendes!) System von einer Krise zur andern hinüberzuretten versuchen, oder mit denen, die das Übel radikal (d. h.: mit der Wurzel) beseitigen wollen. Du machst ein ungläubiges Gesicht? Dann wollen wir uns während der nächsten Wirtschaftskrise wieder sprechen.

Fritz Lenz

In Zeiten ..., wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.

Aus dem „Kommunistischen Manifest" (1848)

Unmöglicher Bürokratismus

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" berichtet von einem Fall, bei dem Arbeitslosen die Unterstützung versagt wurde, weil sie von ihrer Firma die Zusicherung bekommen hatten, sofort wieder anfangen zu können, sobald sich der Auftragsbestand gebessert habe. Das angerufene Landesarbeitsamt erklärte von sich aus, daß eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit gemäß dem Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht vorliege, da die Arbeitsruhe ja zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vereinbart sei. Der Arbeitsvertrag sei zwar formell, aber nicht rechtlich gelöst.

Der Fall wurde dem Reichsversicherungsamt zur grundsätzlichen Entscheidung überwiesen, und dieses hat nun erklärt, daß geprüft werden müsse, ob die entlassenen Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung ständen; wenn sie nur auf Wiedereinstellung durch ihren alten Arbeitgeber warteten, treffe dies nicht zu und es entfalle dann der Unterstützungsanspruch.

Man unterbindet also die Möglichkeit, daß der Unternehmer von sich aus den Willen oder die Verpflichtung zur Wiedereinstellung kund tut, nimmt dem Arbeitslosen die Aussicht auf eine Wiedereinstellung und liefert ihn der völligen Ungewißheit aus.

Die Staffelordnung

„Neues Wirtschaftsdenken" ist das große Problem, mit dem sich das Januarheft der Nationalsozialistischen Monatshefte beschäftigt. Es steht dort u. a. folgender Satz von Dr. Hans Buchner:

„Nationalsozialismus bedeutet nicht Zerstörung von Hab und Gut, von Eigentum und Besitz, sondern ihre Begründung und sittliche Verankerung im Begriff der Dienstleistung an der Allgemeinheit, der Beziehungssetzung zu öffentlichen Interessen. Bedeutet nicht Diktatur einer künstlich gruppierten Bevölkerungsschicht oder Berufsklasse über die andern, sondern organische Einfügung aller Volksgenossen in die Arbeitsgemeinschaft nach leistungswertiger Staffelordnung."

Der Arbeiter, der sich durch diesen Frasenschleim bis zum Schlußwort durchgemüht hat, wird sich vorstellen können, auf welcher Staffel er im dritten Reich stehen wird.

Die Kameradin

Von Friedrich Kuhn

Es ist nicht länger mitanzusehen. Einen alten Hund könnt' es jammern ... Nein, da schweige, wer will! Ich, — ich werde reden (selbst auf die Gefahr hin, daß man mich dafür an die Laterne hängt).

Und ich glaube — wahrhaftig! —, ich habe das Recht dazu. Schon deswegen, weil ich nicht unmittelbar mehr daran interessiert bin. Denn ich bin Witwer. Meine dritte Frau ist bereits vor annähernd zwanzig Jahren gestorben. Und zu einer vierten habe ich mich nicht mehr entschließen können. Darum nicht mehr entschließen können, weil ... Aber damit bin ich schon mitten in meinem Problem angelangt.

Und dieses Problem möchte ich am liebsten — um über meine Stellungnahme von vornherein Klarheit zu schaffen — in die Form einer Anklage gegen die Männerwelt fassen. Was habt ihr aus der Frau gemacht? möchte ich sie fragen.

Denn darüber allerdings scheint mit eine Diskussion vollkommen überflüssig, daß für Sein und Wesen der Frau immer nur der Mann verantwortlich ist.

Ich habe das Unheil kommen sehen. Ja, ich habe sein Kommen von Etappe zu Etappe gleichsam miterlebt.

Meine erste Frau — Emilie hieß sie — war noch die beste. Sie war fleißig, treu und ehrlich, auf eigenen Wunsch entl ... — pardon: jetzt hab' ich ins falsche Fach gegriffen. Wirtschaftlich war sie, wollt' ich sagen. Und kochen konnt' sie, das mußte nur so sein. Ich hab' sie aufrichtig betrauert, als sie starb.

Die zweite war schon fortgeschrittener, moderner. Sie spülte Klavier, wie die erste die Flaschen oder Teller. Und literarische Bildung hatte sie auch.

Und die dritte? Nun, man soll an Verstorbenen allein die guten Seiten hervorheben. Ich begnüge mich also, mitzuteilen, daß unser Zusammenleben bloß anderthalb Jahre gedauert hat. Sie war in ihrer Art nicht übel, — wenn ich sie mit den heutigen Frauen vergleiche. Aber ich kann mir nicht helfen: sobald sie mir über Gerhart Hauptmann oder Richard Wagner zu predigen anfing, mußte ich (mußte ich ganz einfach) an den Likörschrank laufen. Du lieber Gott! Sie meinte es wahrscheinlich gar nicht einmal böse.

Mit einer vierten (sagte ich das bereits?) war ich auch schon beinahe einig. Da konnte sie es eines Abends nicht lassen, mir ihre Ansichten über die Ehe auseinanderzusetzen. Was sie dabei zutage gefördert hat, kann ich im einzelnen heut wirklich nicht mehr sagen. Ich weiß bloß noch das Eine, daß sie fortwährend ihren Entschluß beteuerte, mir als treue Lebenskameradin zur Seite zu stehen und verständnisvollen Anteil auch an meinen geistigen Interessen zu nehmen. Da wandte ich mich dann freilich schaudernd ab.

Ein schrecklicher Gedanke in der Tat: die Frau als Kameradin! Als Vertraute, die man seine geheimsten Gedanken wissen läßt. Vor der man täglich eine Beichte ablegt. Und der man von jeder Reise dicke Briefe schreibt.

Und wie erschütternd, zu sehen, mit welch naiver Gläubigkeit die Frau dieses Evangelium von der Kameradschaftlichkeit aufgenommen hat! Bei dem, was ich damals von meiner vierten zu hören bekam, ist es ja nicht geblieben. Das war ja gewissermaßen nur erst der Auftakt. Die Zumutungen an die unglückselige Verwandlungs- und Anpassungsfähigkeit der Frau sind ja seither noch gewachsen. Und wir sind ja beständig fortschrittlicher geworden.

Man weiß heute, daß die Frau dem Manne durchaus ebenbürtig ist. Und man sucht diese Erkenntnis (auf die merkwürdigerweise von all den großen Geistern der Vergangenheit nicht ein einziger gekommen ist) auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Man stilisiert den Frauenrock als eine Art von Hochländerkostüm. Man sucht die sekundären Geschlechtsmerkmale der Frau hinter männlich geschnittenen Jaketts zu verstecken. Man läßt die Frauen ihr Haar zu einem Bubikopf verschneiden.

Und ohne Murren, ohne auch nur den Versuch eines Widerstandes zu wagen, fügt sich die Frau, — fügt sich dem entarteten männlichen Geschlechtsgeschmack mit dem gleichen blinden Gehorsam, mit dem sie auch die wahnsinnigsten Stökkelschuhe und mit dem sie ihre dünnen Seidenstrümpfe noch bei zwanzig Grad Kälte im Schatten trägt, — bloß um dem Mann zu gefallen. Das gute Kind!

Sie fügt sich auch dem Zwang zur Geistigkeit. Denn die ist ja ebenfalls etwas Männliches. Und Männliches ist Mode (wenigstens bei den Frauen). Es bricht einem nahezu das Herz, beobachten zu müssen, wie selbst die nettesten Frauen heut unverdrossen in den Salons, auf der Reise, am Strand, wo sie nur gehn und stehen, die schwierigsten Probleme wälzen, wie sie von Weltentsagung und neuer Sachlichkeit, von Cinquecento und Rassenhygiene, von der Revolution der Jugend und der Relativitätsdrüse parlieren, daß einem der Schweiß in dicken Tropfen auf die Stirn tritt. Denn in der Tat; was für eine Miene soll man dazu aufsetzen? Weinen möchte man. Aber das würde nun wieder als Beleidigung aufgefaßt werden. Und eine derartige Beleidigung verdienen doch gerade solche rührenden Dulderinnen am allerwenigsten. Sie sind ja schließlich nur Mißleitete, ahnungslos darüber, was für eine beklagenswert lächerliche Rolle sie mit ihrem Spengler oder Schopenhauer spielen und wie unzweideutig ihnen die Unwahrhaftigkeit aus sämtlichen Rockärmeln (die sie nicht haben) hervorkuckt.

Da tun sie sich als Kritikerinnen über, Gott weiß, was nicht alles auf. Sie werfen mit Fachausdrücken nur so um sich, bis man vor Verlegenheit nicht mehr ruhig auf dem Stuhle sitzen kann. Und die meisten Männer hören entzückt dem Drama zu. Denn so haben sie's ja gewollt. Es ist ein Jammer. Das heulende Elend könnt' man dabei kriegen.

Ist es denn so schwer zu begreifen, ihr Männer, daß man die Frau nicht erhebt, sondern erniedrigt, wenn man sie zum Manne umlügt? Sieht man noch immer nicht, daß man durch solche Umlügung nur seine eigensten Interessen schädigt?

So laßt die Frauen in Gottesnamen denn noch bleiben, was sie sind! Damit ehrt ihr sie ja nur. Verzichtet auf die verfluchte Ritterlichkeit, mit der ihr sie verdorben habt. Prügelt sie lieber, als das ihr sie anbetet. Sie werden euch dafür dankbar sein.

Aber wie ihr wollt. Jeder nach seinem Chacun. Denn über das Disputandum läßt sich nun mal nicht streiten. Nur das Eine sollt ihr wissen: der Geschmack ist auch ein Wertmaßstab. Und wenn ein Goethe nicht die Lili, sondern die Christiane geheiratet hat, dann kann das wohl als Zeichen dafür gelten, wo hier der gute Geschmack (der Geschmack nämlich für das Echte) liegt.

Die Satire ist eine Art Spiegel, in dem die Beschauer allgemein jedermanns Gesicht erkennen, nur ihr eigenes nicht; das ist der Hauptgrund, weshalb sie in der Welt eine so gute Aufnahme findet und weshalb so wenig Leute an ihr Anstoß nehmen.

Jonathan Swift

Ein Wald stirbt

Im Herbst, als ich in diese Gegend kam, waren die Holzhauer in einem Tannenwald an der Nordseite des nächstgelegenen niedrigen Berges am Werk. Die Tannen bedeckten fast den ganzen Hang; wenn der Wind durchs Tal fauchte, schwankten und neigten sie sich, bogen sich die schlanken Stämme und rauschten mit den dunklen Kronen. Ein Tannenwald im Sturm ist wie ein Kornfeld im Wind; die Stämme wippen wie Halme, und durch das grünschwarze, belebte Gewölbe ihrer Wipfel läuft es in Wellen, ebbt auf und ab und

Bonzen?

In der letzten Nummer der S.-Z. ist darauf hingewiesen worden, daß von den 143 sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag 107 Gewerkschaftsangestellte, Redakteure, Parteiangestellte, politische Beamte usw. sind, also zu jener Kategorie gehören, die manche Leute gemeinhin als Bonzen bezeichnen.

Dazu wäre wohl zu sagen: Nicht jeder Arbeitervertreter, der nicht direkt von der Fabrik aus in den Reichstag zieht, sondern zuerst irgend einen Posten in der Arbeiterbewegung durchlaufen hat, ist ein Bonze. Nimmt man das an, so behauptet man indirekt, daß der in jeder Hinsicht „unbelastete" Mann aus dem Betrieb den idealsten Volksvertreter abgibt.

Abgesehen davon, daß auch bei einem solchen ein mehr oder weniger rasches Absinken in den sogenannten Bonzengeist durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, ist es doch einfach so, daß eine wirklich erfolgreiche Vertretung im Reichstag nicht nur die berühmte, allein in den Betrieben zu holende, „Lebensnähe" zur Voraussetzung hat, sondern eben doch auch einen gewissen geistigen Schliff und eine Schulung, die sich der in der Arbeiterbewegung Voranstrebende eben dadurch aneignet, daß er die Parteischulen besucht, sich in der Presse betätigt, schließlich irgendwo auf einer Redaktion oder auf einem Gewerkschaftsposten landet. Dieser Weg von den Erfahrungen des Betriebs zu den Erfahrungen innerhalb des Apparates scheint mir höchst notwendig, und man wird kaum leugnen können, daß in einer solchen Position der Kontakt mit der Arbeiterschaft und ihrer Wirklichkeit viel lebendiger sein kann als wenn man schließlich bloß in einem verhältnismäßig engen Wirkungsbereich innerhalb der Fabrik Erfahrungen sammelt. Hier laufen die vielfältigen Erfahrungen aus ganzen Bezirken zusammen und man gewinnt das, was ein Volksvertreter besonders braucht: die Freiheit des Überblicks.

Viel wichtiger als die Betrachtung solch roher Zahlen, die im Grunde nichts besagen, wäre der Aufschluß darüber, woher diese „Bonzen" kommen, wieviel Akademiker unter ihnen sind und wie weit innerhalb jenes Apparates, der den größten Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten abgibt, eine Überalterung zu verzeichnen ist. Ein zu hoher Prozentsatz akademischer Elemente hat für die Arbeiterbewegung sicher seine Gefahren, und daß die Klebrigkeit alter Partei- und Gewerkschaftsveteranen der Bewegung schadet, ist offensichtlich. Nur braucht man deswegen das Kind nicht gleich mit dem Bade auszuschütten.

Erstrebenswert ist doch wohl, daß innerhalb einer Reichstagsfraktion sich möglichst viel Abgeordnete betätigen, die nicht verbonzt sind und die Gewähr dafür bieten, mehr zu sein, als bloß Stimmvieh für von oben her jonglierte Fraktionsbeschlüsse. Ein Junger aus der Fabrik kann aber genau so Bonzengeist haben oder entwickeln wie ein Alter, und Tatendrang ohne die nötigen Erfahrungen und Kenntnisse kann ebenso auf ein totes Geleise führen wie die langjährige Praxis des Alten, die durch Skepsis und Indolenz nicht zur Auswertung kommt.

Wenn immer wieder die Falschen nach oben gespült werden, so soll man nicht in erster Linie der Bonzokratie und ihrem Apparat die Schuld geben, sondern daran denken, daß der Nachschub ja in weitem Umfang von der Arbeiterschaft aus sich herausgestellt wird; im Grunde entscheidet sie bei der Wahl ihrer kleinen Funktionäre über das Gesicht der Spitze. Kann die Spitze dafür, wenn unten immer die selben Typen neu einrücken?

Karl Nestle

Die gestohlene Wohnung

Die „Nordwestdeutsche Zeitung" (Bremerhaven) berichtet von folgendem „Verbrechen", das am 30. Januar vor dem Amtsgericht Geestemünde abgeurteilt worden ist: „Nach dem Eröffnungsbeschluß hatte der erwerbslose Arbeiter S. aus Wesermünde einem hiesigen Malermeister vom Arbeitsplatze eine Bude, 2,80×2,80 m groß, entwendet und diese als Notwohnung, um seine kranke Frau unterbringen zu können, an anderer Stelle wieder aufgebaut. Schon früher hatte er einer Firma aus demselben Grunde eine Bude entwendet, die ihm abgenommen worden war. Ein Jahr Gefängnis war die Strafe hierfür, und nun erhielt er noch vier Monate hinzu, da er mehrfach wegen Diebstahl vorbestraft ist."

Republik contra Republik

Der sozialdemokratischen Partei hat man einen Werbefilm verboten. Die Entrüstung darüber bei der S.P.D. ist groß, weil die Verbotsgründe durchweg fadenscheinig sind, und weil der Film, der hauptsächlich die Nazis in ihrer zweifelhaften Rolle als Kapitalsknechte und Republikfeinde zeigt, doch so schön mit wehenden schwarz-rot-goldenen Fahnen abschließt und mit in imponierender Geschlossenheit aufmarschierenden Arbeiterbataillonen.

Ein Film für die Republik von der Republik verboten! Man denke! Leider übersieht man in seiner Entrüstung, daß die Republik, für die hier geworben wird und die Republik, die verbietet, himmelweit auseinanderliegen. Wenn das Reichsbanner heute für die Republik demonstriert, riecht es für gewisse Herren schon nach Umsturz, und wenn die Nazis zum Sturz der Weimarer Republik auffordern, so wirkt das bereits ein bißchen antiquiert. Wir stehen ja bereits ganz wo anders. Manche Leute haben das nur noch nicht gemerkt. Oder wollen es nicht merken.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat gegen den Film Bedenken geäußert, weil er unsere Beziehungen zum Ausland (genauer: zu Italien) gefährden könne (er zeigt z. B. ein Bild, auf dem vor Mussolini ein gefesselter Arbeiter liegt); er befürchtete weiter eine Beeinträchtigung unseres Ansehens im Ausland, weil in dem Film gegen eine Partei losgegangen werde und man so die innere Zerklüftung zeige.

Das klingt natürlich alles sehr dumm, und die sozialdemokratische Presse hat recht, wenn sie ihren ganzen verfügbaren Hohn darüber ausgegossen hat; aber hinter diesen Scheinargumenten steht doch offensichtlich, daß einem diese Dinge vor allem deswegen nicht passen, weil sie in Verbindung mit dem schönen republikanischen Schluß serviert werden. Die Republik gegen die Nazis — dieser Eindruck des Films ist „unerwünscht", nicht das bißchen Kampf, das hier die sozialdemokratische Partei Hitler und seinen Trabanten ansagt.

Man wird den Film zerrechtsstutzen, und dann wird er nach einigem Zögern zugelassen werden. Wird die S.P.D. aus dem Vorkommnis lernen und sich auf ihre Position besinnen? Wohl kaum.

o h a

Die Fünftagewoche

In der Zigarettenindustrie wird, um Arbeiterentlassung zu vermeiden, ab 1. März die fünftätige Arbeitswoche eingeführt; es wird an Stelle der bisherigen 48 Stunden nur noch 42½ Stunden in der Woche gearbeitet werden. Um einen teilweisen Lohnausgleich herbeizuführen, werden 45 Arbeitsstunden bezahlt (der Ausgleich erstreckt sich allerdings nicht auf die Akkordsätze); begründet wird diese Zusatzleistung der Arbeitgeber durch die Möglichkeit, gewisse Ersparnisse an Heizung, Licht usw. zu erzielen. Für Industrien, die mit der Zigarettenindustrie in engerem Zusammenhang stehen (wie etwa die Kartonagenindustrie), sollen ähnliche Maßnahmen angestrebt werden.

Über die Erfahrungen, die man in Amerika mit der Fünftagewoche gemacht hat, gibt ein eben herausgegebener Bericht des National Industrial Conference Board, New-York, Aufschluß. Nach ihm arbeiteten neben 180 000 Bauarbeitern rund 217 000 Industriearbeiter nach einem regulären Fünftageplan; das sind nur 2,6 Prozent der industriellen Lohnempfänger (175 000 entfielen davon allein auf Ford). Bei der Hälfte der von der Untersuchung erfaßten Firmen ergab sich keine Änderung der Wochenproduktion, ein Viertel konnte sogar eine Leistungssteigerung feststellen. Sie wird erklärt durch Hebung der Arbeitsfreude und vor allem durch die Möglichkeit, Instandsetzungsarbeiten gründlicher ausführen zu können. Ersparnisse in den Betriebsunkosten wurden besonders dort erzielt, wo die Anlaufskosten groß sind, bei Firmen mit eigenen Dampfkraftanlagen usw.

Die Kurzwoche hat sich in Amerika vor allem dort bewährt, wo keine fortlaufenden Arbeitsgänge vorkommen; doch zeigt das Beispiel von Ford und anderen, daß sie auch bei ununterbrochenem Betrieb durch Einlegung von Schichten möglich ist.

Wir haben die Lande gemessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet, und siehe, wir haben herausgefunden, daß diese Erde groß genug ist, daß sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; daß diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des andern leben will, und daß wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.

Heinrich Heine

Das goldene Herz

Die Millionen Arbeitslosen, gestern noch am Rande der Verzweiflung, können wieder frohgemuter zu Bette gehen: die Regierung hat einen vielköpfigen Ausschuß gebildet, der über dem Problem der Arbeitslosigkeit brüten soll, und Damen der Berliner Gesellschaft haben eine ganz großartig aufgezogene „Winterhilfe" arrangiert. Die Berliner Zeitungen sind voll von Berichten; man sieht auf Bildern prominente Persönlichkeiten der äußerst dekorativ wirkenden Sammeltätigkeit nachgehen; an den Straßenecken klappert die Sammelbüchse genau so wie in den Vergnügungslokalen; wer einigermaßen auf sich hält, greift in die Tasche und entdeckt sein goldenes Herz. Man trägt es auf dem rechten Fleck, nämlich am Rock angesteckt, weithin sichtbar, damit ja kein Zweifel darüber besteht, daß man mit von der Partie ist.

Sicher wird auf die Art einiges zusammenfließen, und da diesmal, wie man glaubhaft versichert, der Apparat kaum Unkosten verursachen wird, so werden, wenn sich alle Hoffnungen erfüllen, auf den einzelnen Berliner Arbeitslosen wohl ein paar Mark kommen. Vielleicht aber auch bloß für die, die am miesesten dran sind. Es ist noch nicht ganz sicher. Es ist nicht alles Gold was glänzt, selbst wenn es auf „Herz" gearbeitet ist, sondern manchmal nur Doublé.

Nun, es kommt auch nicht so sehr darauf an. Ob man auf einen heißen Stein zwei oder sieben Tropfen Wasser träufelt, ist Jacke wie Hose. Scheußlich ist dies: daß der geräuschvoll kreisende nationale Berg ein ärmliches Wohlfahrtsmäuschen nach ganz altem Muster geboren hat, und daß die Opferbüchsen im Schatten eines Ausschusses klappern. Ausschüsse sind von jeher das Grab dringlicher Angelegenheiten gewesen, an dem sich aber immer wieder die alte dumme Hoffnung aufpflanzt. Bis der bescheidene Auftrieb, den sie jetzt erhalten hat, verpufft ist, wird man wohl über die schlimmsten Monate weg sein. Na, und dann wird Brüning oder sonst einer ein Sanierungsprogramm ausgeknobelt haben, mittels dessen man den Karren so langsam wieder aus dem Dreck bringt. Dabei wird man dann allerdings mehr das goldene Herz der unteren Schichten beanspruchen müssen, als das derjenigen, die heute im Vollgefühl einer guten Tat mit vergoldeten Ansteckнadeln paradieren.

Und die Massen lassen sich wieder mit der Schafsgeduld, die wirklich ein goldenes Herz vermuten läßt, zwischen den Ausplünderungen des Auf- und Abbaus und zwischen billigen Wohlfahrtsaktionen hin- und herschieben und schlagen sich hie und da, im Hochgefühl ihrer politischen Freiheit und ihres heiß erkämpften Rechts auf die Straße, gegenseitig die Schädel ein oder tragen stolz die Fahnen durch die Straßen. Währenddessen sitzen die andern gemütlich in ihren Kontoren und in den Cafés und machen ihre Geschäfte: auch in miesen Zeiten wie heute; auch in ganz schlechten; auch wenn ein großer Teil der andern schon längst draufgegangen ist. Die, die verkommen, haben eben ihr goldnes Herz am falschen Fleck, nämlich: am richtigen. Das bedeutet heute so viel wie: dumm und hoffnungslos.

M.

„Nationale Erdkunde"

Dem Geografieunterricht in den preußischen höheren Schulen liegt Fischer-Geistbecks „Erdkunde für höhere Lehranstalten" zu Grunde. Im Vorwort dieses nationalistischen Machwerkes, von dessen Existenz die „Neue Zürcher Zeitung" anscheinend besser unterrichtet ist (siehe deren Nr. 144) als der „Vorwärts", heißt es: „Daß die geografischen Auswirkungen des Versailler Vertrages immer wieder hervorgehoben, daß die Deutschland entrissenen Gebiete beim Deutschen Reich behandelt wurden, daß dem Deutschtum im Auslande bei einer Neubearbeitung heute mehr als in der Zeit gesicherten Besitzes nachgegangen wurde, soll als selbstverständlich für eine nationale Erdkunde hier nur kurz erwähnt werden."

Selbstverständlich ist für diese „nationale" Erdkunde natürlich auch, daß die Schweiz und Holland als „alter deutscher Volksboden" behandelt, daß für den Anschluß Österreichs und die Wiedergewinnung der Kolonien geworben wird, daß Angehörige des ehemaligen „Feindbundes" immer noch als „Feinde" bezeichnet werden, daß von „unseren unerlösten deutschen Brüdern" jenseits der Grenzen gesprochen wird, daß unsere frühere „herrliche Kriegsflotte" genau geschildert und mit der heutigen verglichen wird, daß die ehemaligen Festungen im Westen sorgfältig genannt und gewertet werden.

Das heißt man also „Geografie"!

---

dröhnt, tost und donnert wie die Brandung am Strand.

Dieser Tannenwald am Nordhang nun war, als ich ihn kennen lernte, noch ein weiter Komplex, schon angebrochen zwar — denn es waren breite Lücken in sein Feld geschlagen — doch erfreute er noch Aug und Sinn durch seine schöne, aufstrebende Stattlichkeit. Er zog sich am Hang empor, durch das schwärzliche Dach sah man Stücke des hellen Himmels, das Eichhorn lief eilfertig an den Stämmen hinauf, es sprang in weiten Sätzen von einer zitternden Astspitze zur anderen, und die Erde war bedeckt von den Spuren seines egoistischen Fleißes: die zerrupften Tannenzapfen und ihre abgerissenen Schuppen schimmerten in rötlichem Braun auf dem knisternden, nadelbedeckten Grund. Die Luft war vom Geruch des Harzes getränkt, Meisen trieben in den Wipfeln ihr Wesen, der Specht hämmerte in die Rinden, und ein Raubvogel zog ab und zu lautlos durch die hohe Halle.

Dort, wo die Holzknechte arbeiteten, schallten Axthiebe, sang surrend und eintönig die Säge, donnerte in großen Zeitabständen ein Baum krachend und prasselnd zwischen seinen Brüdern zur Erde, wobei er dem Nachbar Äste abriß und die Rinde zerschrammte. Zwischen den aufragenden Stämmen lag der bläuliche Rauch des Feuers, an dem die Arbeiter ihr Essen wärmten; er strich langsam, schwerfällig den Hang hinauf, über Gestrüpp hinweg, durchs Geäst der Bäume und verlor sich in der frischen Herbstluft.

Der Winter war beinahe schneelos, die Arbeit stockte nicht. Die Axt ruhte nicht, die Säge sirrte, die Feuer qualmten und die Stämme stürzten. Nun ist der Vorfrühling nahe, und vom Tannenwald stehen nur noch an zwei, drei Stellen ein paar Büschel armer Bäume. Junge, kleine Bäumchen, noch nicht einen halben Meter hoch, sind da und dort gepflanzt; an einem Fleck sieht man eine Baumschule mit handhohen Pflänzchen, wahrscheinlich hat man sie schon im letzten Jahr angelegt, vor meiner Zeit, gleich als die ersten Gruppen der alten Bäume gefallen waren; einige Flächen sind noch mit Unterholz bestanden, und eine große Halde liegt braun, zum Teil schwarzgebrannt, und kahl da. Das Wasser der Regen rinnt über den leeren Hang, was einsickert, rieselt unter der Decke übers Gestein hinab ins Tal, in die Bäche: es sind keine Wurzeln und Würzelchen mehr da, die es aufhalten und aufspeichern, hinaufsaugen in die schwellenden Gewebe der Stämme und Nadeln. Und keine überdachte Halle hält mehr die Feuchtigkeit der oberen Erdschichten zurück; der Wind streicht über den Boden, die Sonne wärmt den Grund, die Verdunstung geht schnell und gründlich. Lebten wir in wärmerer Gegend, so würde das Leben auf diesem entblößten Hang aussterben, wie es auf den bewaldeten Bergen Mazedoniens ausgestorben ist, nachdem die Römer sie abgeholzt hatten.

Wir leben unter regenreicherem Himmel; Hecken, Stauden, Büsche und junge Bäume werden wachsen und sich Nebel, Regen, Tau und Sonne zunutze machen. Aber bis wieder ein Wald auf der jetzt leeren Halde steht, ein Wald, in dem das Eichhorn lebt, die Meisen nisten und der Mensch glücklich und dankbar umhergeht und die Hand auf die Rinde hoher Stämme legt, um zu fühlen, wie unter ihnen und unter seiner eigenen Haut das gleiche, gemeinsame starke Leben pocht, sind wir abgeholzt und junge Setzlinge herangewachsen.

Max Barth

Die Matrosen von Cattaro

In Stuttgart hat man das Schauspiel „Die Matrosen von Cattaro" von Friedrich Wolf aufgeführt. Ein Zeitstück, das eindeutig Partei nimmt, ein Schauspiel, das im politischen Kampf Waffe sein will. Es hat vor anderen seiner Gattung den Vorzug, daß es nicht in jener billigen, auf primitive politische Kinder berechneten Schwarz-Weiß-Manier gehalten ist, die Leitartikel gegen Leitartikel setzt, statt Menschen und menschliche Konflikte zu gestalten: die meuternden Matrosen treten gerade auf dem Höhepunkt des Stückes, dort, wo der Mißerfolg ihres Unternehmens endgültig besiegelt ist, aus der politisch gefärbten Typik heraus; ihre letzten Entscheidungen wurzeln im tief Menschlichen; es ist kein Raum gegeben für die leere, auf äußere Wirkung ausgehende revolutionäre Rhetorik.

Wolf hat in dem Schauspiel die Revolte dargestellt, die anfangs 1918 das vor Cattaro liegende österreichische Kriegsgeschwader ergriff. Drei Tage lang wehte auf den Kriegsschiffen die rote Flagge und rund 6000 Matrosen waren bereit, durch eine entschlossene Tat das Signal zum Frieden zu geben. Man sieht, wie auf dem Kreuzer St. Georg, hervorgerufen durch schlechte Verpflegung der Mannschaften, üppiges Leben der Offiziere, Urlaubsverweigerungen und allerlei Ungerechtigkeiten und Härten im Dienst, der Wille zur Revolte greifbare Formen annimmt. Eine heimlich gefaßte Resolution macht die Runde auf den anderen Kriegsschiffen und wird schließlich entdeckt. Der schneidige Leutnant des Kreuzers will durch exemplarische Maßnahmen, der Fregattenkapitän durch „psychologisch" fundierte Milde über die brenzlige Situation hinwegkommen, aber es ist bereits zu spät: Überrumpelung der Offiziere während eines Gelages, Hissen der roten Fahne, und dann Bildung von Soldatenräten.

Damit beginnt die Tragik des Unternehmens. Von der Zielstrebigkeit des Anführers fortgerissen gelang die Überrumpelung, aber nun versickert alles schnell in Unklarheit und Unsicherheit; man stürzt sich auf nebensächliche Dinge und quält sich um Mehrheitsbeschlüsse, wo man entschlossen handeln und aus dem Bereich der gefährlichen Küstenbatterien herauskommen sollte. Zuletzt versperrt ein von Pola kommendes Geschwader den Ausgang der Bucht, und nun bleibt den Rebellen nur noch die Entscheidung, sich entweder zusammenschießen zu lassen oder sich zu ergeben. Man hat nicht mehr die Möglichkeit, die rote Fahne zu retten; man hat nur noch die Möglichkeit, mit ihr unterzugehen.

Die Mehrzahl entscheidet sich für das Leben; wie die rote Flagge niedergeht, stehen im ganzen nur drei Mann auf Seite des Führers. Seine letzte Ansprache ist keine Anklage gegen die, die sich hier dem letzten Heroismus versagt haben, aber Appell und Glaube an den Willen, über solche notwendig gegebenen Mißerfolge hinweg, vom Gedanken an das Ziel erfüllt, den Weg der Revolution zu gehen.

Kunst ist Waffe, sagt Wolf. Wenn, wie hier, nicht nur revolutionäres Feuerwerk verbrannt wird, sondern die Schwächen auch der eigenen Position Gestalt gewinnen, mag die Devise Berechtigung haben. Man erzielt dann nicht nur politische Aufpeitschung, sondern politische Klärung. Und die tut not.

h m

Literatur

Tatsachen und Zahlen Europas. Von Wladimir Woytinsky. Paneuropa-Verlag, Wien, Leipzig, Paris. Preis kart. 6 Mark, geb. 8,50 Mark. — Eine umfassende, ausgezeichnete Schilderung der wirtschaftlichen Situation Europas. Die Gemeinsamkeit der Interessen, die die Völker des Kontinents verbindet und den Zusammenschluß fordert, wird einleuchtend dargelegt. Der Text wird durch 24 grafische Darstellungen und 64 statistische Tabellen unterstrichen und vervollständigt.

B.

Paneuropa-ABC. Von R. N. Coudenhove-Kalergi. Paneuropa-Verlag, Berlin, Wien, Leipzig. Broschiert 50 Pfennig. — In diesem Heft werden in 26 kurzen Kapiteln (A-Z) die Ansichten und Absichten der Paneuropa-Bewegung dargelegt. Paneuropäern sowie ihren Gegnern rechts und links zu empfehlen.

B.

Die Neue Generation. Herausgegeben von Dr. Helene Stökker. Münchowstraße 1, Berlin-Nikolassee. Heft 11/12, 1930. Preis 1,50 Mark. — Auf dieses Blatt der unermüdlichen Kämpferin muß wieder einmal hingewiesen werden. Die Nummer enthält u. a.: Artikel über Geburtenkontrolle, Abtreibungsfragen, Christentum und Krieg, den Ramsin-Prozeß, die Stellung der Frau im fascistischen Italien.

Fromme Schallplatten

Die katholische Kirche, durch all die Jahrhunderte geschickt in der Anpassung an die sich wandelnden Formen der Kultur und Zivilisation, hat es bis jetzt auch im Zeitalter der Technik und Mechanisierung des Lebens verstanden, den einigermassen richtigen Weg bezw. Dreh zu finden. Die Kirchenfürsten haben sich nicht zu bald und nicht zu spät des Autos bedient, das eine gewisse Zeit lang manchem braven Schäflein als zu unfeierlich und weltlich erschienen war; die weltklugen Kleriker haben sich zur rechten Zeit des Kinos bemächtigt und ihre frommen Filme drehen lassen; die salbungsvollen Prediger haben sich bald genug an die Mikrofone des Rundfunks gestellt und ihre goldenen Worte auf elektrischen Wellen zum Ohr der Gläubigen tragen lassen. Sie haben überall den Zeitpunkt gesehen, an dem ein Teufelswerk zum Gnadenmittel wird.

Nun sind sie aber an einer Sache angelangt, die ihnen einiges Kopfzerbrechen macht. An der Schallplatte. Nicht an der Platte, die ein Ave Maria von Schubert oder ein Kyrie von Palästrina spielt. Dagegen erhebt sich nirgends Widerspruch. Aber an der Schallplatte, die im liturgischen Gottesdienst Verwendung finden soll.

„Schon manches Kirchlein", so liest man im „Korrespondenz- und Offertenblatt für die gesamte katholische Geistlichkeit Deutschlands", „nicht bloss auf dem Lande, macht sich heute mit Hilfe von Schallplatten seine Kirchenmusik, und gar nicht schlecht . . . Mit erstaunlicher Reibungslosigkeit ist die Einführung dieser tiefgreifenden Neuerung von der kirchlichen Oberbehörde erlaubt worden. Mit Recht. Denn wer z. B. die Kompliziertheit einer modernen Orgel kennt, wird die neue elektrische Musik nicht mechanischer finden. Schliesslich kommt hier wie dort unter Zuhilfenahme der von Gott in die Natur gelegten Kräfte der musikalische Klang zustande, den wir zum Lob des Schöpfers formen."

Aber das sei, so meinen dagegen die reinen und echten Theologen, eine allzu musikalisch-ästhetische Betrachtungsweise. Es sei die Frage aufzuwerfen, ob die Schallplatte mit dem Wesen der Liturgie überhaupt vereinbar sei, und diese Frage sei unbedingt zu vereinen. Man solle sich einmal ausmalen, daß der Priester statt eines Meßjungen, der ein schlechtes Latein spreche, ein Grammofon hinstelle, durch das ihm die Antwort auf das Dominus vobiscum und auf das Sursum corda in ästhetisch einwandfreier Weise gegeben werde. Wer das Groteske dieser Sache nicht einsehe, habe für das Wesen der Liturgie kein Verständnis. Es sei aber genau dasselbe, wie wenn ein schlechtsingender Chor durch einen gut singenden Apparat ersetzt werde . . . . Und es werden schließlich sogar protestantische Pfarrer als Eideshelfer in diesem Kampf gegen die frommen Schallplatten zitiert.

Ja, es ist eine ernste Sorge. Hier klaffen tiefe Abgründe der Meinungen. Und dabei ließen sie sich doch so leicht durch die Einsicht beseitigen, daß auf dem kurzen Weg, der von der tibetanischen Gebetsmühle zur römisch-katholischen Liturgie führt, auch eine sich wacker drehende Schallplatte wohl am Platze wäre.

R. R.

Bekenner

Die evangelischen Gläubigen Württembergs stehen vor den Wahlen zu ihrem Kirchenparlament, dem Landeskirchentag. Auch das kirchliche Parlament hat seine Parteien, nämlich „Gruppe I" und „Gruppe II".

Da aus diesen Bezeichnungen über das Wesen der beiden Gruppen nicht allzuviel herauszulesen ist, so teilt die Evangelische Pressekorrespondenz den verehrlichen Wählern darüber folgendes mit: „Der Unterschied zwischen beiden Gruppen läßt sich vielleicht am besten so fassen: Gruppe I legt bei aller Aufgeschlossenheit für die Gegenwartsaufgaben der Kirche den Wert auf die bekenntnismäßige Grundlage; Gruppe II erkennt das Heimatrecht verschiedener Ausprägungen evangelischen Christentums innerhalb der Volkskirche an."

Wißt ihrs jetzt, geliebte Christen, was eure beiden Richtungen, die „bisher ersprießlich zusammengearbeitet" haben, für Ziele verfolgen? Wahrscheinlich nicht, wenn ihr nicht in Tübingen studiert habt; drum will ich's euch verraten. Gruppe I sind die Orthodoxen, die die Liberalen nicht vor den Kopf stoßen wollen („bekenntnismäßige Grundlage", „bei aller Aufgeschlossenheit"), Gruppe II sind die Liberalen, die es mit den Orthodoxen nicht verderben wollen („Volkskirche", „Heimatrecht verschiedener Ausprägungen").

Das Ganze, so „ersprießlich zusammenarbeitend" wie nur je ein konservativ-fortschrittliches Parteienkonkubinat, gebärt fortzeugend das, was heute evangelische Kirche heißt: ein Brei von Kompromissen und Opportunitätsrücksichten, von Taktik und Gesinnungslosigkeit, von Vorsicht und Frasensalbaderei. Alles ist darin vertreten, von „rechts" bis „links", bloß etwas fehlt: Bekennermut, Frische, Wahrhaftigkeit. Die Orthodoxen schämen sich ihres Glaubens, den niemand mehr ernst nimmt, vielleicht sie selber nicht; die Liberalen möchten gern modern sein, frei, volkstümlich, aber sie sind zu feig dazu.

Für einen unverbildeten, gerade gewachsenen Menschen muß jene Begriffsbestimmung, mit der die „ep" die beiden evangelischen Gruppen „vielleicht am besten" karakterisieren zu können glaubt (und unfreiwillig karikiert), jede weitere Erklärung überflüssig machen. So wie jene beiden Sätze, so sind diese Leute. Gruppe I und Gruppe II, Gruppe II und Gruppe I — nicht einmal einen Namen wagt sich dieses gallertige Etwas zu geben, das weder gläubig noch ungläubig, weder warm noch kalt ist.

Laßt mich aufhören, ehe mir beleidigende Bibelstellen einfallen.

Kazenwadel

Was man nicht sagen darf

Die Universität Heidelberg hat dem Gumbel-Skandal einen zweiten folgen lassen: den um Pfarrer Dehne, der als Theologieprofessor nach Heidelberg berufen werden sollte, aber von Studenten und Professoren so angefeindet wurde, daß er gerne verzichtete.

Und warum der Haß? Weil Pfarrer Dehne gemäßigter Pazifist ist und vor zweieinhalb Jahren in einer Rede in Magdeburg u. a. gesagt hat: „Der Tod im Feld für das Vaterland hat seine Größe und Würde. Vom christlichen Standpunkt aus gesehen ist er jedoch nicht dem Tod christlicher Märtyrer gleich. Denn die Soldaten haben sich nicht nur geopfert, sondern auch ihrerseits töten müssen und wollen. Deshalb muß man sich überlegen, ob es richtig ist, in den Kirchen Gedenktafeln für die Gefallenen aufzuhängen, ob es nicht vielmehr richtiger ist, wenn die Gefallenen nicht rein kirchlich, sondern bürgerlich geehrt würden, also durch Gedenktafeln in Rathäusern usw."

Ein solcher Verbrecher kann natürlich in Heidelberg nicht geduldet werden.

Im „Wehrwolf" werden „1000 neue Reichswehrröcke" zu 24.50 Mark pro Stück angeboten. Woher stammen die wohl? Und wer hat die Einwilligung zum Verkauf an die Wehrwolfjugend gegeben?

Der agrarische Leierkasten

Holzschnitt von Hans Gerner

Christlicher Karneval

Angenommen, in irgend einer Stadt würde sich heute Folgendes abspielen:

Der Karneval dauert acht Tage. Man wählt einen Narrenbischof, der alle Ehren eines wirklichen geistlichen Würdenträgers von der unbändig ausgelassenen Bevölkerung erfährt. Vier Tage wird die Vesper in der Kirche dergestalt gefeiert, daß man zuerst mit Narren- und Spottgesängen leise anfängt, dann immer lauter und lauter schreit und zuletzt in ein greuliches Gebrüll und Geheul übergeht. Das Volk zieht sich dabei nackend aus. In die Räucherfäßchen wird altes Leder geworfen, auf die Altäre werden Schinken, Würste und riesige Bretzeln gelegt und während der Messe verzehrt, nachdem man zuvor darum gewürfelt hat. Weiber werden auf unzüchtige Weise verkleidet. Bei den Straßenumzügen treibt man den Mutwillen so weit, daß man sich mit dem widerlichsten Unrat bewirft ...

Sicher würde dann in der ganzen sogenannten Kulturwelt die einmütige Überzeugung herrschen, daß an solch gräßlichen Zuständen nur der scheußliche Marxismus schuld sei. Die Kleriker aller Richtungen würden in flammenden Worten zu einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus aufrufen, sie würden aber — listig verschweigen, daß es all diese Dinge im 12. Jahrhundert, z. B. in Reims, tatsächlich und nicht nur vereinzelt gegeben hat, zu einer Zeit also, da man noch nichts von einer materialistischen oder marxistischen Weltanschauung wußte, sondern der Geist der alleinseligmachenden Kirche noch die Welt beherrschte.

Wüst, dumm. faul und unwissend

Ernst Moritz Arndt, dem echten deutschen Mann, widmet der „Völkische Beobachter" in einer Nummer zwei mehrspaltige Gedenkartikel. (In einem wird sein 70., im andern sein 71. Todestag gefeiert. Er ist am 29. Januar 1860 gestorben.) „Der Gott, der Eisen wachsen ließ," wird natürlich in Fettdruck zitiert. Nicht zitiert wird jedoch — was würden da die treusten Leser sagen? — was Arndt über das Studententum zu sagen hatte. Zum Beispiel:

„Es läßt sich oft nichts Elendigeres, Dummeres und Platteres denken als das Treiben und Leben und Weben des sogenannten Comments und der flotten Burschikosität. Es ist unglaublich, mit welcher jämmerlichen und matten und geistlosen Leerheit und Nichtigkeit die faulen Filister und die wilden Renommisten die köstlichste Zeit der Jugend vertändeln und verspielen und wie sie das Nichts mit einem Ernst treiben, der bei solcher Jugend doppelt und dreifach possierlich ist. Sie drücken durch ihr breites und plattes Leben den Geist tot, das einzige, weswegen die akademische Freiheit noch geduldet werden kann. Sie zwingen eine Menge unerfahrener oder schwacher Jünglinge in ihre jämmerliche Tollheit hinein und machen sie wüst, dumm, faul und unwissend, wie sie selbst sind."

Kirchenaustritt

Der Februar ist in Württemberg die geeignete Zeit, um aus der Kirche auszutreten. Wer nämlich nicht bis Ende dieses Monats dem Vorsitzenden des zuständigen Kirchengemeinderats seine Absicht zum Austritt mitgeteilt hat, der muß die Kirchensteuer für 1931 noch zahlen. Denn der Austritt wird erst durch die nachfolgende Erklärung vor dem Standesamt rechtskräftig, und diese Erklärung darf erst einen Monat nach der Mitteilung an die kirchliche Instanz erfolgen. Wer aber erst nach Beginn des neuen Steuerjahres (1. April) austritt, muß für das ganze Steuerjahr noch zahlen.

Ungläubige, tretet aus! Formulare nebst genauer Darstellung der Formalitäten bekommt ihr gratis und franko von der Redaktion der „Sonntags-Zeitung". Der Austritt ist mit keinerlei besonderen Kosten verbunden.

Um die Restauflagen loszubekommen, habe ich die Preise folgender im Verlag der S.-Z. erschienenen Bücher herabgesetzt:

Mit andern Augen

Jahrbuch der S.-Z. 1920—29 2 Mk. (statt 3 Mk.)

Kabif

Gedichte Mufti Duftis 1 Mk. (statt 2 Mk.)

Illustrierte Verfassung

Holzschnitte von Hans Gerner 0,50 Mk. (statt 1 Mk.)

Auslieferung gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheck-Konto Stuttgart 198 44 (Die S.-Z.)

Kleinigkeiten

Aus der falschen Schublade. Bei der Reichsgründungsfeier der vaterländischen Verbände im Berliner Sportpalast sprach neben Hugenberg auch der antisemitische Hofprediger Doehring. Er sang in den höchsten Tönen das Loblied Wilhelms II. und zitierte dabei im Überschwang den Vers: „Dann reitet der Kaiser wohl über mein Grab, viel Schwerter klirren und blitzen; dann steig' ich gewaffnet hervor aus dem Grab, den Kaiser, den Kaiser zu schützen." — Die arischen Zuhörer sollen bei diesen Worten des Juden Heine begeistert gestrampelt haben.

Palastrevolution. In den Berliner S.A.-Formationen herrscht starke Gärung. Die Opposition klagt in ihrem Mitteilungsblatt darüber, daß „München" die S.A. auseinanderschlagen wolle; den Kameraden des Sturms 31 habe man schon Urlaub gegeben, andere würden wahrscheinlich dasselbe Schicksal erleiden. Das Blatt fordert deshalb zum Kampf auf gegen den Verrat der Führer, gegen Korruption und beginnende Pfründenjagd, gegen Cliquenpolitik und Machtkampf der Führer untereinander. — Wer nicht pariert, wird beurlaubt.

Die Idealisten. Inserat im Völkischen Beobachter: „Bekannter Volks- und Gauredner, erfolgreicher Organisator und bewährter Propagandist, mit Aufbau, Organisation und Sinn der Bewegung bestens vertraut, sucht per 1. Februar entsprechende Position in entwicklungsfähigem Gaugebiet. Angebote mit Gehaltsangabe ..." — Natürlich kein Bonze.

Deutsche Mannen. In Düsseldorf hat der St. Sebastianus-Schützenverein den Sebastianstag mit einem „feierlichen Gottesdienst" in der St. Lambertuskirche eingeleitet; anschließend daran fand man sich im Kaisersaal der Tonhalle zu einem „fröhlichen Trunke" zusammen, wobei der Festredner aufforderte, die Sitten der Väter hochzuhalten und jederzeit des Wahlspruches eingedenk zu sein: „Hie gut deutsch, hie gut rheinisch, hie gut düsseldorferisch." — Ein Musterbeispiel treudeutscher Schablone.

An allem schuld. Der Pariser „Temps" berichtet: „In Newyorker Bankkreisen erklärt man, Beweise von einer kommunistischen Verschwörung gegen das amerikanische Banksystem zu besitzen. Die Kommunisten sollen, so wird erzählt, beschlossen haben, das Vertrauen des Publikums zu den Banken zu untergraben und sollen zu diesem Zweck alarmierende Gerüchte verbreitet haben. Man hat in Erfahrung gebracht, daß vor der Schließung verschiedener Bankinstitute die Klienten dieser Institute telefonisch aufgefordert wurden, ihre Depots zurückzuziehen. Die amtlichen Kreise erklären, daß sie mutmaßen, daß die Kommunisten ein Einvernehmen mit einigen Börsenagenten haben, die selbst im Solde Moskaus stehen." — Teufelskerle müssen das sein, diese Kommunisten.

Vorurteilslose Wissenschaft. Die Universität Chicago hat eine kriminalistische Fakultät eingerichtet. Für einen Sonderkurs über praktisch angewandte Polizeimethoden hat man als Dozenten Koryfäen aus der Verbrecherwelt beigezogen, die über ihre Spezialgebiete referieren werden. — Ihre besten Geheimnisse werden sie wohl kaum ausplaudern.

Gekurbelte Wunder. Im katholischen Lehrervereinshaus in Berlin läuft zurzeit ein sechsaktiger Film, der „Lourdes im Glanze seiner Wunder" zeigt. Wie es in der Ankündigung heißt, sind die Ereignisse in der Felsengrotte und viele Einzelheiten, die mit Wunderheilungen zusammenhängen, wahrheitsgemäß dargestellt. — Der Regisseur muß ein fixer Kerl sein, denn unter allen Wahrheiten sind die über Wunder die nebulösesten.

Garantiert echt. Wenn Sie eine „große Geschenkkasette, Inhalt: Rosenkranz, Kerze, Muttergottesstatue mit Lourdeswasser gefüllt" wünschen, wenden Sie sich an den Buchversand „Lourdes", München 32. „Die Echtheit des Lourdeswassers wird durch Zollschein nachgewiesen und ist analysiert."

Imaginäres. Die Deutsche Keglerzeitung schreibt in einem Ausblick für 1931: „Große Umwälzungen, wie sie gerade in unserem Kegelsport in Erscheinung treten, entspringen selten oder nie dem klaren, aber auch kalten Gesichtskreise des Verstandes, in dem nur die Lehre der Ursächlichkeit herrscht, sie werden vielmehr herausgeboren aus jener Tiefe des Gefühlslebens, wo mehr geahnt als erkannt ... wird." — Ihr solltet euer deutsches Gefühlsleben nicht auf die Kegelbahn mitnehmen.

Leiser Kitzel. Daß die Hugenberg-Presse der jüdischen Asfaltpresse in keiner Weise nachsteht, zeigt folgende Notiz in „Sport im Bilde" über den Betrieb in den Weltbädern: „Man kann am Nachmittag und Abend im Freien tanzen. Vormittags ist es nur am Badestrand und im Badeanzug üblich. Der wohlverdiente Schweiß der Tanzenden vermählt sich dann mit einem letzten Rest der sonnengewiegten Flut, die noch durch Fräulein Lillis Trikot sickert und ein leises Kitzeln verursacht, während Herrn Meyers Rechte leicht und doch fest auf dem Knöchelchen ihrer Wirbelsäule ruht." — Besser brächte das ein „jüdischer Schmock" auch nicht fertig.

„Die Dame" bringt in ihrer letzten Nummer einen Artikel über das Bett. Man erlebe, heißt es dort, heute eine Hochrenaissance des Bettes; eine ganze Industrie sei rund um das Bett entstanden: „Pyjamas und Bettjacken werden immer kleidsamer, Bettwäsche, Decken und Kissen immer fantastischer. Für diejenigen Frauen, die gern makellos aufgebahrt liegen, gibt es sogar „Tagesstreifen" ... Spitzenvolants, die tagsüber angeknöpft werden, und auch sonst allerlei Spitzenüberrieseltes, Besticktes und Bebändertes ... Aber das Prunkbett verpflichtet zu dauernder Haltung, wenn auch zu horizontaler. Man markiert immer ein bißchen historisches Bild: „Maria Theresias letzte Tage" oder „Nach der Geburt der Infantin Ines Annunziata". — Z. K.

Adressen für Probenummern habe ich jetzt so viele bekommen, daß ich einen Teil erst im März beliefern kann. Allen Mithelfern besten Dank!

„Revolutionärer Pazifismus". Auf einige Anfragen (die durch den Artikel von Max Barth über „Revolutionären Pazifismus" in Nr. 4 der S.-Z. veranlaßt worden sind): Seit fünf Jahren besteht eine „Gruppe revolutionärer Pazifisten", der u. a. angehören: Alfons Goldschmidt, Rudolf Leonhard, Walter Mehring, Helene Stöcker, Ernst Toller, Kurt Tucholsky. Die Gruppe, geführt von Kurt Hiller, wirkt im Sinne der von Max Barth dargestellten Anschauung. Zuschriften an: Dr. Kurt Hiller, Berlin-Friedenau, Hähnelstraße 9.

S. Tretjakow, der Autor von „Brülle, China!", spricht am Dienstag, 10. Februar, 20 Uhr, im kleinen Saal des Bürgermuseums in Stuttgart (Lange Straße 4). Thema: Der geistige Arbeiter in der Sowjetunion. Eintritt 50 Pfg., für Erwerbslose 25 Pfg.

Jungpazifisten Stuttgart. Montag, 9. Februar, 20 Uhr, im Nebenzimmer des Restaurants Ihle, Schellingstraße, 5. Esperanto; kurzes Referat.

Gesucht auf 1. März zwei möblierte Zimmer in Stuttgart. Schreibtisch, Telefon, Bad erwünscht. Max Barth, Heppenheim an der Bergstraße.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lin, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, Fastnacht 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 7

Neger ersticht deutsches Mädchen!

Schwarzer Sadismus vergreift sich an schwäbischem Kinde

Berlin, 14. Februar 1931. Ein deutscher Kaufmann, der vor dem Krieg jahrelang geschäftlich in Paris tätig war, schreibt uns: Es war an einem Frühlingsnachmittag des Jahres 1899, als ich in einer Zugangsstraße zur Place de l'Opera (also in einem belebten Stadtteil; d. Red.) plötzlich weibliche Hilferufe vernahm. Ich ging ihnen, nichts Gutes ahnend, nach und bot sich mir in einer Hauseinfahrt eine gräßliche Szene dar: ein Neger drang mit gezücktem Dolch auf ein sich mit allen Kräften wehrendes junges Mädchen ein, das am linken Arm schon stark blutete. Nur meinem Dazukommen gelang es, den Neger in die Flucht zu schlagen, auf der er dann von der Polizei gefaßt wurde.

Einige Wochen später fand die Sache ein gerichtliches Nachspiel, bei dem auch ich als Zeuge zugegen war. Es stellte sich heraus, daß das Mädchen aus Fellbach bei Stuttgart stammte und in Paris einem typisch französischen Beruf nachging. (Dazu holen sich die Franzosen bekanntlich mit Vorliebe deutsche Frauen. Die Red.) Ob sie, wie der bestialische Neger behauptete, schon seit längerer Zeit in intimem Verhältnis mit ihm lebte und der Streit deshalb ausbrach, weil sie Geld von ihm forderte, konnte vor Gericht nicht festgestellt werden. Man bekam überhaupt den Eindruck, als ob das Gericht die Sache möglichst vertuschen und nicht zu einem Skandal auswachsen lassen wollte, offenbar weil es damals schon über die französischen Kriegsvorbereitungen genau informiert war und wußte, daß die schwarze Rasse für den französischen Angriff auf Deutschland von großer Bedeutung sein werde. Der sadistische Schwarze kam mit einer lächerlich geringen Strafe davon.

*

Dieser Bericht des deutschen Kaufmanns kommt gerade zur rechten Zeit. Ist doch die französische Regierung jetzt sogar so weit gegangen, einen Neger als Minister ins Kabinett aufzunehmen. Ein Neger, ein Angehöriger der Rasse, die schon vor 32 Jahren sich gegen deutsche Frauen so brutal benommen hat, unter unseren Fronvögten! Dagegen gilt es sich zur Wehr zu setzen! Wenn europäische Brudervölker sich bekriegen und bedrücken, so kann man das ja noch verstehen; wenn aber eine fremde Rasse uns bekämpft und peinigt, dann gibt es nur eines: Heilige Rache!

Die Russen exportieren Leichen

Entmenschtes Barbarentum

Auch die blühendste Fantasie ist zu schwach, sich das entsetzliche Verbrechen auszumalen, das die russischen Bolschewiken in Menschengestalt an ihrem Volke begehen. Die Tasten anständiger deutscher Schreibmaschinen sträuben sich, alles niederzuschreiben, was die entmenschten Gehirne einiger radikaler Syphilitiker täglich an Grausamkeiten ausbrüten. Nachdem die potemkinschen Dörfer des Fünfjahresplans als armselige Kartenhäuschen entlarvt sind und der Pleitegeier zu seinem letzten Schwanengesang ausholt, hat man seine letzte trübselige Hoffnung auf **den Verkauf von Leichen** geworfen. Die berüchtigte G.P.U. arbeitet mit einem frisch aus dem Boden gestampften **Leichen-Export-Amt** Hand in Hand, das Leichen aller Art an ausländische Studierende, Ärzte, Anatomie-Institute usw. verschachert. (Vgl. auch das Inserat in unserer heutigen Nummer.)

Vor uns liegt ein ausführlicher Katalog dieses Amtes. Mit zynischer Kaltschnäuzigkeit werden darin Leichen für die verschiedenartigsten Studienzwecke „angeboten". Das Innere krampft sich einem dort zusammen, wo die Pietät ihren Sitz hat, wenn man diese sachlich nüchternen „Offerten" liest. Man findet Leichen beiderlei Geschlechts und jeden Alters angeboten: vom unschuldigen Säugling, der von der Mutterbrust weg der Sowjethölle entfloh, bis zum ehrwürdigen Greis, dem Mütterchen Rußland ohne den Zaren nicht mehr liebenswert schien. Man offertert sie in verschiedenen Kategorien, die jeweils dem Studium bestimmter medizinischer Gebiete gerecht werden; besondere Wünsche werden in weitestem Maße berücksichtigt. Dahinter steckt eine

Teufelei, die nur von unserer Redaktion in ihrer ganzen Entsetzlichkeit erkannt

wurde. Man beschränkt sich bei diesem traurigen Geschäft nämlich durchaus nicht auf den „natürlichen Abgang", sondern **macht sich eben Leichen,** wenn Spezialwünsche es verlangen. Wie unser Sonderberichterstatter in der russischen Kolonie in Berlin aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, stehen die Ärzte der Sowjet-Union in dauernder Fühlung mit dem Leichen-Amt. Der ahnungslose Patient, der vertrauensselig Heilung sucht, wird durch sie registriert und, wenn er ein interessanter, begehrter Fall ist, beim Leichenamt „vorgemerkt". Kommt dann aus irgend einem Winkel der leichenhungrigen Welt eine Bestellung, so gerät er ohne viel Aufhebens plötzlich in die blutigen Fänge der G.P.U. von wo er nach einem kurzen Scheinverfahren bald als Leiche der Versandabteilung des Leichenamtes überwiesen wird.

Wie man hört, ist ein Fünfjahresplan der Leichenausfuhr aufgestellt worden. Man hofft, den Preis für die gewöhnliche „Durchschnittsware" so weit zu drücken, daß jeder kleine Arzt an der eigenen Leiche Studien machen kann. Wenn man bedenkt, daß allein in Deutschland 40 000 Ärzte praktizieren, so kann man sich ausmalen, was das für ein Geschäft für die Sowjets werden wird.

Nicht ausmalen kann man sich aber, welche sittlichen Verheerungen durch dieses Gebaren hervorgerufen werden. Schon haben, wie unser Bruderblatt der „Anstoß" meldet, sozialistische Studenten einen ehemaligen russischen Großfürsten seziert. Das ist kein wissenschaftliches Interesse mehr, sondern

Sadismus, erzeugt durch Klassenhaß.

Wenn uns die Sowjetunion keine Gewähr dafür bieten kann, daß nur Bolschewikenleichen über die Grenze kommen, verlangen wir strenges Einfuhrverbot. Schließlich haben wir in Deutschland Arbeitslose genug, die froh sind, wenn sie durch Verkauf ihres Leichnams noch einen Zehrpfennig hinterlassen können. Einen solch schönen Heroismus sollte man nicht durch Zulassung auswärtiger Schmutzkonkurrenz unterbinden, sondern mit allen Mitteln fördern.

Von Fremdrassigen geführt

Berlin, 14. Februar 1931. Wie die nationalsozialistische Pressekorrespondenz berichtet, hat ein Ahnenforscher in Krakau die Stammbäume der Minister unserer November-Republik geprüft. Jedes echtdeutsche Haar sträubt sich, wenn es die Ergebnisse dieses Forschers näher betrachtet.

Brüning z. B. hat in seinen Adern von seiner Urgroßmutter mütterlicherseits her holländisches Blut (das erklärt vieles; Anmerkung der Redaktion). Hindenburg ist nicht frei von wendischem Einschlag (**Josef Goebbels** hat mit instinktiv richtigem Gefühl schon vor drei Jahren darauf hingewiesen und mit dieser Tatsache die leichte Beeinflußbarkeit Hindenburgs von Seiten zugewanderter Ostjuden erklärt, was er mit zwei Jahren Gefängnis in Belgien und einem Reitpeitschenschlag übers Gesicht büßen mußte).

Die Krone aber dieses deutschen Skandals schießen Dietrich und Groener ab. Soll doch Dietrich in Tetnang geboren und in Botnang aufgewachsen sein, während Groener bekanntlich aus der Gegend von **Backnang** (!!) stammt. Beide haben unzweifelhaft

chinesisches Blut in ihren Verbrecheradern.

Wir fragen jetzt das letztemal: Können denn diese chinesischen Abkömmlinge anders als uns Deutsche zu **Kulis der Young-Sklaverei** machen? Wie lange sollen wir eigentlich noch warten, bis ein

Genie wie Josef Goebbels

endlich den Platz einnimmt, den diese Fremdrassigen schon viel zu lange verunreinigt haben?

Die rote Mordpest

Stuttgart, 14. Februar 1931. Wie der Berliner „Angriff" aus Breslau erfährt, sind am letzten Sonntag in Ulm a. D. zwei Nationalsozialisten auf viehische Weise von Kommunisten und Reichsbannerleuten maltraitiert worden. Die beiden Pgg. kamen eben vom Vormittagsgottesdienst aus dem Münster, als plötzlich aus dem Hinterhalt 46 Kommunisten und drei Reichsbannerlappen hervorbrachen und mit Revolvern und Stahlruten wie wild auf die beiden waffenlosen Pgg. losschlugen. Diese wehrten sich aber wie die Löwen, und bevor noch die Polizei erschien und die Pgg. in Schutz nahm, mußten 12 Kommunisten teils leicht teils schwer verletzt vom Platze getragen werden. Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren ist einer von ihnen im Krankenhaus an einem Lungenschuß gestorben, versehen mit den heiligen Tröstungen seiner Kirche.

Frankfurt a. Main, 13. 2. 31. Elf ahnungslos auf dem Heimweg begriffene S.A.-Leute wurden bei den Germaniabierhallen von einem Rotmordkämpfer hinterrücks überfallen und umzingelt; trotz dem festen Vorsatz, sich nicht provozieren zu lassen, mußten sie sich schließlich doch ihrer Haut wehren; sie schlugen sich mit gewohnter Tapferkeit, so daß sie nach wenigen Minuten ihren Weg unbehelligt fortsetzen konnten. Wie der Polizeibericht meldet, ist der heimtückische Angreifer seinen selbstverschuldeten Verletzungen heute Nacht erlegen.

Der brave Mann denkt an sich selbst zuerst. Sprenger
(Aus den Reden an die deutsche Nation über „Gehälter u. Diäten".)

Verbrechen an Hitler

Der Anschlag einer schurkischen Hebamme

Wir sind einem fürchterlichen Verbrechen des Weltjudentums auf die Spur gekommen. Verschiedene Anzeichen deuten nämlich darauf hin, daß die tschechische Hebamme Anna Mrzewski, die bei Adolf Hitlers Geburt helfend zugegen war, von Juden bestochen wurde, damit sie das rosige Knäblein Adolf in der Maienblüte seiner ersten Lebensstunden

mit seinem Zwillingsbruder Anton vertausche.

Indem man so die beiden für ihr ganzes Leben einer entnervenden Ungewißheit über ihre Identität auslieferte, hoffte man der in die Welt getretenen Freiheitsbewegung schon an der Wiege ihres geborenen Führers einen Schlag zu versetzen, der den erwachenden furor teutonicus in ein schwächliches Kastratengetue verwandeln sollte.

Die Erwartungen der Finsterlinge haben sich nicht ganz erfüllt. Aber eines wissen wir heute: Adolf Hitler leidet tatsächlich schon geraume Zeit unter dem peinigenden Gedanken,

er könnte vielleicht doch sein eigener Zwillingsbruder Anton sein. Und Anton wiederum (auf dem Bild rechts) windet sich unter der tiefen Tragik, im Schatten eines Mannes zu stehen, mit dem man ihn höchstwahrscheinlich schon in der Wiege verwechselt hat. Durch die Nächte der beiden

geistert eine verzehrende Ungewißheit,

hervorgerufen durch jene finsteren Machenschaften im schützenden Dämmerlicht der kleinen Schlafstube in Braunau.

Die tschechische Hebamme Anna Mrzewski wirft ihren widerlichen Schatten über das erwachende Deutschland!

Ein rettendes Licht war in der Welt aufgeflammt, und geschäftige Hebammenfinger verteilten es gewissenlos auf zwei zum Flackern verdammte Kerzen. Die Polackin hatte aber nicht mit Anton gerechnet, der mit echt deutscher Hingabe „Adolfs" bescheidene Flamme nährte, damit sich an ihr ein ganzes Volk wie benzingetränkte Putzwolle entzünde. Er sprang überall stellvertretend ein, wo „Adolf" durch das Übermaß der Anforderungen zu erlahmen drohte. **Niemand merkte es!** Weil sie sich zu ähnlich sind.

Aber was mag hinter solcher Selbstverleugnung an Herzeleid lauern? Welche Bitternis muß sich in einem Menschen aufhäufen, der wie Anton Hitler gezwungen ist, unter den Beifallsstürmen der begeisterten Massen seinen Bruder zu kopieren, der er mit ziemlicher Sicherheit selber ist? So was geht über die Kraft! Groll und Mißtrauen schleicht sich ins Herz. Bitterkeit spielt um die von Energie gestrafften Mundwinkel. Anton ging zum Heil der deutschen Freiheitsbewegung nicht darin unter. Indem er Adolf wie ein Schatten folgte, wurde er das lebendige Gewissen seiner selbst, das der andere, drapiert mit seinem Namen, Antons Gefühl nach nicht immer in wünschenswertem Maße rein hielt. Wenn „Adolf" mit Bankfürsten soupierte und bei Großindustriellen seine goldenen Fäden spann, begeisterte Anton mit der Glut seines reinen Herzens stellvertretend für „Adolf" die werktätigen Massen. Das Volk jubelte dann begeistert einem Adolf zu, der über die Hintertreppe einer Täuschung auf das Podium seiner ursprünglichen Bestimmung gelangt war, und die Herren Großindustriellen

WERBE-AUSSCHREIBEN!

1 Preis = eine vollständige S.A.-Uniform

sowie 99 wertvolle Preise und viele Trostpreise werden an diejenigen verteilt, die nachfolgende, nicht ganz leichte Preisaufgabe lösen:

reltiH flodA

Die Buchstaben in die richtige Reihenfolge gebracht, ergeben den Namen eines großen Mannes. Verzagen Sie nicht! Energie und Scharfsinn führt zum Ziel.

Senden Sie Ihre Lösung bis Aschermittwoch an: **Völkisches Kaufhaus, München,** Feldherrngasse 15.

schüttelten einem Retter die Hand, den eine im Judensold stehende Tschechin gewissenlos unterschoben hatte.

Ungeheure Erfolge waren zuerst das Resultat dieses Doppellebens, von dem

nicht mal unser großer Goebbels eine Ahnung

hatte. Aber mit dem Ausbau unserer Parteiorganisation machte sich doch fortschreitend die **Zwiespältigkeit unserer Führung** bemerkbar; gewaltige, durchaus ernst zu nehmende oppositionelle Strömungen innerhalb der Bewegung waren die unabwendbare Folge.

„Adolf" Hitler hat sich nun, um der Bewegung nicht zu schaden, endlich entschlossen, das Verbrechen von Braunau in der Öffentlichkeit einzugestehen und die Anhänger damit vor die schwerwiegende Entscheidung zu stellen:

Adolf oder Anton?

Die Frage wird nie eindeutig zu klären sein, denn die verbrecherische Hebamme hat vor zehn Monaten, geschüttelt von Gewissensbissen, ihre falschen Augen für immer geschlossen. Kein Geständnis entfloh ihrem ramponierten Zahngehege; mit der ihrem Volke eigenen hinterhältigen Verschlossenheit nahm sie das Geheimnis mit ins Grab.

Es bleibt uns bei dieser Sachlage nur eine Möglichkeit, der Wahrheit näher zu kommen: indem wir angesichts des Bildes die Stimme unseres Blutes sprechen lassen, das so stürmisch auf den völkischen Führer reagiert, wie die Wünschelrute auf unterirdische Wasseradern. Da ist eines sicher: Bei Adolf besticht die kühne Haltung des Kopfes und die verhaltene Energie im Gesichtsausdruck, die zwar bei Anton auch vorhanden ist, aber doch eine wesentliche Milderung erfährt durch das schlaffe Vorhängen des Schädels, das übrigens bei Büromenschen (Anton war früher Magistratsbeamter) mit einiger Sicherheit auf Neigung zu Hämorrhoiden schließen läßt. Man müßte sich diesem äußeren Eindruck nach also wohl für Adolf entscheiden, denn es fällt einem schwer, sich einen Führer vorzustellen, der mit Stuhlzäpfchen bewaffnet unsere Aufmärsche abnimmt. Auf der anderen Seite spricht für Anton seine konsequentere soziale Einstellung und die Tatsache, daß er ja (will man eine Verwechslung der Tschechin als wahr unterstellen) logischerweise der echte Adolf sein muß.

Wir befürchten, daß nach dieser ganzen Sachlage unsere Organisation schweren inneren Kämpfen entgegengeht; gewisse Kreise, die am liebsten jede lebendige Regung in den S.A. mit Beurlaubung der betreffenden Stürme beantworten möchten, bezeichnen die ganzen Gerüchte um Hitler als Ammenmärchen, die ein eifersüchtiger (ihnen nicht genehmer) Bruder inszeniert habe, um sich in die Wolle zu setzen, die Adolf mühsam zusammengetragen hat; andere operieren mit dem Hinweis, daß gerade so gut eine doppelte Verwechslung stattgefunden haben könne, so daß also

Adolf doch der richtige Adolf

wäre.

Man kann schon jetzt sagen, daß der teuflische Anschlag an der Wiege unseres Führers in den nächsten Monaten als verderbliche Saat aufgehen wird. Sorgen wir dafür, daß es später nicht einmal heißt, die deutsche Freiheitsbewegung sei durch die Tücke einer polackischen Hebamme zugrunde gegangen.

Die deutschvölkische Tierbewegung

Von Dr. Wilh. Walter Wotan Günther,
Prof. für nationale Zoologie an der Universität Jena

Mit eine der erschütterndsten Erscheinungen unseres entmenschten und entrafften marxistischen Kulturzustands ist ohne Zweifel die Tatsache, daß die uns zur Verfügung stehende Tierwelt bislang nur in dürftigstem Umfang nationalvölkischen Belangen dienstbar gemacht wurde. Ja, es scheint, dank der planmäßigen jüdischen Verseuchung unseres völkischen Gefühls in Palast und Hütte, die

völkisch-nationale Bedeutung dieser Kernfrage

überhaupt noch nicht erkannt zu sein. Dabei ist es doch voll und ganz klar, daß es so nicht weitergehen kann.

Zunächst bedarf es natürlich einer planmäßigen nationalen Erziehung der im Dienst des Hauses und Hofes stehenden Tiere, der ja in erster Linie Dienst ist am Vaterland und Vorbereitung auf den Kriegsdienst. Der Wehrgedanke muß hier mit allen Mitteln gefördert werden, nicht etwa nur dadurch, daß man immer wieder die Pferde gegen den Erbfeind galoppieren läßt, sondern vor allem auch dadurch, daß man die Kühe, die gemolken werden, und die Ochsen, die zum Schlachten geführt werden, nachdrücklich zu aufrecht opferbereiter Haltung erzieht, und jede Neigung zu widerspenstigem Wesen von vornherein rücksichtslos austreibt. Für Kälber, Schafe usw. gelten dieselben Richtlinien. Es geht hier ja darum, daß sie alle sich in die nationale Front einreihen und durch ihr vorbildliches Beispiel dem allgemeinen Wehrwillen ungeahnte Stärkung geben.

Eine besondere Rolle fällt dabei den Stieren und Böcken zu, deren geradlinig zielbewußter Charakter sie in hervorragendem Maße zur Führerstellung in der völkischen Kampftruppe berufen erscheinen läßt. (Bei ersteren sind vor allem durch nachhaltiges Vorhalten von rotem Tuch erstaunliche Erfolge zu erzielen). Den Schweinen ist besondere Beachtung zu schenken, da sie die erhebende Erinnerung an pflichttreuen Dienst in der Etappe aufrecht erhalten und so ebenfalls als aufmunterndes Beispiel und Sinnbild dienen. Die weiblichen Schweine seien ebenso wie die fröhlich schnatternden Gänse und Hühner der Obhut unserer bewährten Frauengruppen empfohlen, auch deshalb, damit sie mit ihnen gemeinsam

den Geist der nationalen Fruchtbarkeit pflegen

und so die verbrecherische Furcht vor Übervölkerung bekämpfen, die ja sowieso durch den nächsten Krieg behoben würde.

Die Hunde sind dahin zu erziehen, daß sie von selbst die feindliche Rasse spüren und jeweils den Betreffenden an die Waden oder Hosen fahren, zum mindesten durch lautes Bellen und Kläffen, die in der Nähe befindlichen Pg. Pg. aufmerksam machen und auf den Befehl „Juda verrecke" (der von der jeweils taktischen Lage und Zahl der Gegner abhängt) zum Angriff vorgehen. Es ist allerdings — worauf in einem von den Pg. Pg. Göbbeles, Bronner und Karpenstein unterzeichneten Rundschreiben hingewiesen wird — auf diesem Gebiet eine gewisse Vorsicht anzuraten, da bei nicht genügend informierten Hunden die Möglichkeit von Fehlgriffen vorliegt. (Es werden aus diesem Grunde auch rassenkundliche Kurse für begabtere Hunde an der Universität Jena eingerichtet werden, die evtl. mit den von der Studentenschaft nicht ausreichend besuchten Vorlesungen über dieses Thema zusammengelegt werden sollen.) Auch Papageien sind ungeachtet ihrer gebogenen Nasen in den Dienst der nationalen Sache zu stellen, da sie in beispielloser Weise zur Wiedergabe sämtlicher völkischen Führerworte geeignet sind.

Schließlich sei noch auf den außerordentlichen Kampfwert der exotischen Tiere hingewiesen, die aus vaterländischen Gründen natürlich nur aus (ehemals) deutschem Kolonialgebiet einzuführen sind. Über den Wert des Löwen gehen die Meinungen auseinander, da im Hinblick auf allerlei Vorkommnisse in Bayern dieses dort als Wappen verwendete Tier zu Beanstandungen Anlaß geben kann. Unbestritten ist dagegen der Wert der Pythonschlangen, die, in den verschiedensten Preislagen, Dicken und Längen erhältlich, den Kampf gegen marxistische Theaterstücke und Judenfilme in noch besserem Maße aufzunehmen vermögen, als die bisher verwendeten einheimischen Blindschleichen und Mäuse. Und vor allem sind auf diesem Hauptgebiet der völkischen Kulturbewegung die Stinktiere geeignet. Sie sind auch in besonderem Maße geeignet, die Parteigenossen auf ihre Pflicht hinzuweisen, nämlich sich in diesem Sinne voll und ganz in die vorderste Kampflinie einzureihen und in breitester Front, Schulter an Schulter mit unseren treuen Rassetieren, an der Durchnationalisierung unseres gesamten völkischen Lebens nachdrücklichst mitzuarbeiten.

Nur in der Beschränktheit zeigt sich der Meister. Felix Dahn

Selig sind, die da geistig arm sind, denn das dritte Reich ist ihrer. Otto Bismarck

Saust Wasser wie das liebe Vieh und meint, es sei Crambambuli! G. Feder („Der nationale Sozialismus.")

Sittlichkeits-Reglement

für das dritte Reich

Um das deutsche Geschlechtsleben in geordnete Bahnen zu lenken, bestimme ich bis auf weiteres folgende Regelung:

1. Der außerehelliche Geschlechtsverkehr hat nur insoweit zu erfolgen, als er nicht zu sehr von der Politik ablenkt; er hat lediglich als Vorschule für die Ehe eine gewisse Berechtigung. Da er vielfach lediglich zum Spaß ausgeübt wird, unterliegt er der Vergnügungssteuer. Die Sätze sind nach dem Alter des Mannes folgendermaßen gestuft:

18. bis 25. Lebensjahr	3.— RM.
26. bis 30. Lebensjahr	2.75 RM.
31. bis 40. Lebensjahr	1.48 RM.
41. bis 50. Lebensjahr	—.95 RM.
über 50. Lebensjahr	—.25 RM.

2. Der Wochenendbetrieb geht völlig in die Regie der Militärverwaltung über; er findet seine Regelung nach dem Erlaß der Etappeninspektion der 5. Armee vom 4. Oktober 1914 IV-A 23549 betr. Etappenbordelle. Als Aufsicht sind alte Sanitätsunteroffiziere beizuziehen; das weibliche Material wird auf dem Wege der Arbeitsdienstpflicht beschafft; Freiwillige können in erster Linie Berücksichtigung finden.

3. Der eheliche Verkehr ist kein Vergnügen! Er bedeutet Pflichterfüllung bis zum äußersten und ist deshalb von der Vergnügungssteuer befreit. Perversitäten sind nur bei ganz besonderen Anlässen erlaubt, die auf dem Verordnungswege bestimmt werden. Ob eine unerlaubte Perversität vorgelegen hat, entscheidet in Zweifels- und Streitfällen der Reichsvorstand des Luisenbundes, dem noch je ein Vertreter vom Verband der Tagichauffeure und von der Redaktion der Monatsschrift für Pastoraltheologie beizugeben ist.

4. In schwierigen ehelichen Notlagen stehen Mannschaften der Reit- und Fahrabteilungen unserer Reichswehr gegen mäßige Entschädigung zur Verfügung; sie können jedoch nur auf Wunsch des Ehemanns angefordert werden, da sonst Mißbrauch zu befürchten ist.

5. Wer nach einjähriger Ehe kein Kind hat, wird erschossen. Bewährungsfrist kann in allen Fällen gewährt werden, wo der Beweis der Böswilligkeit nicht erbracht ist.

Reichsleitung der N.S.D.A.P.
(gez.) Adolf Hitler

Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun.
A. Rosenberg („Völkisches Geschlechtsleben", 3. Bd.)

Ein edles Mensch zieht edle Menschen an und weiß sie fest zu halten.
Julius Streicher („Reden über Rassen- und Blutsünden")

„Ihre Abhandlung habe ich begriffen, wie selten eine Schrift in meinem langen Leben", schrieb A. Geistbeck über das durch die Völk. Zentralbuchhandlung München zu beziehende Buch V. Vogel, **Wozu denken?**

Achtung! Gelegenheitskauf!
Einmaliges Angebot!

Wir haben vom Verlag F. Rick & Cie. einen Posten der jedem Nationalsozialisten unentbehrlichen Aufklärungsschrift: **Wie hält man's als Nationalsozialist mit der sogenannten Wahrheit?** Von Minister F. Ranzen erstanden und geben das Stück zu dem konkurrenzlos billigen Preise von 7 Pfg. ab. — Ferner vom gleichen Verfasser: **Wie ziehe ich mich aus unangenehmen Affären?** (3 Pfg.) Außerdem die aufschlußreiche Monografie: **Das große nationalsozialistische Ehrenwort.** Von A. Hitler und G. Strasser. 14 Pfg., zwei Stück 25 Pfg., das Dutzend 2 Mark.

Wetterbericht

Über dem Kanal hat sich überraschend ein starkes Tief ausgebildet, das mit großer Wucht gegen den Kontinent vordrängt. Die vordere Regenfront ist bereits über Nordfrankreich weggezogen und hat das Rheinland erreicht. Für unser Gebiet haben wir bis heute Abend noch mit föniger Witterung, mit immer stärker werdenden südwestlichen Winden und dann mit stürmischen Regenschauern zu rechnen. (Anmerkung der Redaktion: Wie lange sollen wir es eigentlich noch dulden, daß alle Hochs bzw. Tiefs zuerst über Frankreich und dann erst über unser Vaterland wegziehen? Es ist dringend nötig, daß jeder Kämpfer für das dritte Reich mit allen seinen Geisteskräften auf Mittel und Wege sinnt, wie diesem entwürdigenden Zustand abzuhelfen ist.)

Michael

Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern

Von Joseph Goebbels

Die folgenden Tagebuchaufzeichnungen sind mit vorausgesetzter freundlicher Erlaubnis dem Buche „Michael, Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern" von Joseph Goebbels entnommen. (Verlag Frz. Eher Nachf., München; Preis 6,50 Mark.)

12. Mai: Ein Mann will ich werden! Umrisse bekommen. Persönlichkeit. Der Weg zum neuen Deutschen!

18. Mai: Ich lese Nietzsche's Mittagsandacht aus dem Zarathustra.

Still ... Still ...

Alles geht auf im All. Pan! — —

1. Juni: Hat mich Gott nach seinem Ebenbild erschaffen, dann bin ich ein Stück von ihm. Gott!

Je größer und ragender ich Gott mache, desto größer und ragender bin ich selbst.

14. Juni: Ich bin dabei, in mir die alte Glaubenswelt zu zertrümmern. Ich werde sie dem Erdboden gleichmachen. Dann baue ich eine neue Welt. Von unten fange ich an und richte Stück um Stück. In schweren Stunden bringe ich es zuwege. Ich ringe mit mir selbst um einen anderen Gott!

8. Juli: Ich trage mit mir einen großen dramatischen Wurf; alles steht fertig im Kopf, nur der Schluß bricht durch.

Die Frage unseres Jahrzehnts: anfangen, aber nicht zu Ende führen. Wollen, nicht können.

Es löst sich etwas in mir. Die Liebe gibt Schöpferkraft.

Jeder Mann von Format hat irgendwo und irgendwann eine Mission zu erfüllen.

18. Juli: Mir ist, als lebte ich nicht mehr in dieser Welt. Ich rase im Rausch, im Traum, im Zorn.

Ich ahne neue Welten.

Ferne wächst in mir.

Gib mir, o Gott, zu sagen, was ich leide!

Ich lese Nietzschepredigten, die Fröhliche Wissenschaft.

19. Juli: Christus ist das Genie der Liebe.

Er ist der größte und tragischste Mensch, der je auf Erden lebte.

12. August: Jetzt möchte ich irgend etwas unternehmen. Einen staubaufwirbelnden Aufsatz schreiben, so irgend etwas, um diesen Überschuß an Kraft los zu werden.

*

Ich sitze täglich am Strande und dichte meine rauschenden Verse. Das Meer gibt den Takt dazu.

Es ist das tiefste Glück, Herzblut in Form zu gießen. Ich schreibe mir Unruh und Qual von der Seele.

1. November: Große Stunde! Mit dem zweiten Menschen, dem anderen verjubelt und verträumt.

Tage, Jahre sammeln sich.

Eine ruhende stille Insel im Ozean Welt sind wir.

Ende und Anfang!

Grenze zwischen Leben und Ewigkeit!

Rausch, Fülle, Dasein! Ich nehme mein Herz in beide Hände.

Ich lebe!

O, diese Fülle von starkem Leben!

Symbol wird Wirklichkeit.

Lust ist Qual.

Ich taumle durch Ewigkeiten.

Ich falle in Schlünde, tief und unermeßlich.

Ich bin selbst nicht mehr!

27. April: Ich sitze in einem Saal, in dem ich noch nicht war ... Ich merke kaum, wie plötzlich einer oben steht und zu reden beginnt ...

Der da oben spricht. Wälzt Quader auf Quader zu einem Dom der Zukunft. Was in mir seit Jahren lebte, hier wird es Gestalt und nimmt greifbare Form an.

Offenbarung! Offenbarung!

Mitten unter den Trümmern steht einer und reißt die Fahne hoch.

30. April: Revolution wirkt in mir!

Ich habe viel verloren und viel gewonnen.

Zum höchsten Gesetz schreite ich voran: Du sollst ein Opfer sein.

Sich opfern für die andern! Für den Nächsten!

So will ich denn meinen Opfergang beginnen.

3. Juni: Ich lese jeden Abend die Bergpredigt. Ich finde nicht Trost darin, sondern Verzweiflung und Scham. Es stimmt da etwas nicht.

7. Juni: Stellte man Christus wieder her, so, wie er war, vielleicht wäre er unsere Erlösung.

20. Juni: Ich setze meinen Helm auf, ziehe meinen Degen und deklamiere Lilencron.

Manchmal überkommt mich so eine Anwandlung. Soldat sein! Auf Posten stehen!

26. Juli: Ich will in die Grube steigen, Bergmann werden!

Geringster unter den Armen sein!

Arbeiten will ich. Ein Beispiel geben.

Mich selbst erlösen; einen Weg für die anderen brechen.

Durch Opfer zur Erlösung!

14. August: Erst drei Stunden, seitdem ich einfuhr!

Ich bin grenzenlos müde.

Meine Arme sind wie tot. Meine Hände bluten.

Wieder an die Arbeit! Ich komme nicht los davon. Sie hält mich wie ein Dämon.

Ich schlage und schlage. Ich schlage auf meine Hände. Unerträglicher Schmerz!

Das Blut läuft um Daumen und Zeigefinger. Ich halte sie in den Mund. Sie brennen wie Feuer.

Schlagen! Schlagen! Die Arbeit peitscht mich weiter. Ich bin ihr Diener, ihr Sklave, ihr Hund!

Ich werde nicht aufhören können, bis ich umfalle.

Eine Lust zu schreien überkommt mich.

Mir ist es, ich schreie, ich brülle wie ein hungriges Tier.

Feuer spritzt aus den Steinen. Ich schlage Flammen! Ich schlage Licht!

Ich bin kein Mensch mehr. Ich bin ein Titane. Ein Gott!

Die deutsche Dichterakademie

Der genügend bekannte Verlag J. F. Lehmann hat neulich alle echten deutschen Dichter zu einem

gemütlichen urdeutschen Verlagsbier

in das Gambrinuszimmer im Münchener Hofbräuhaus eingeladen. Sie waren fast vollzählig erschienen, die alten Recken des deutschen Schrifttums, an deren Federn manche Scharte von hitzigen Gefechten Kunde gibt. Sie, die ewigen Wanderer zwischen zwei Welten, mit der ungestillten Sehnsucht nach dem heil'gen Kral deutschen Volkstums im Herzen, waren alle von dem Gedanken durchdrungen, endlich einmal dem zersetzenden jüdischen Literaturgeschmeis, das immer vorne schön tut,

während es hinten tödliches Gift verspritzt,

Volkskirche werde!

Von einem Pfarrer a. D. wird uns geschrieben:

Ist auch alles dunkel um uns her, wenn wir uns nur demütig führen lassen, finden wir schon den rechten Pfad. Wollten wir nicht schon verzagen darüber, daß unser einst so stolzes und mächtiges Volk so darniederliegt und hat uns da nicht des Himmels Fügung

einen Mann wie Adolf Hitler geschickt,

der mitten in unsere verzagten Herzen den Lichtschein seines heiligen Wollens warf? O möchten sich doch viele zu dem heiligen Radikalismus aufraffen, der allein die Lauheit der Herzen zu überwinden vermag!

Es ist heute so viel Jammerseligkeit in unserem Volke. Man schreit, die Gerechtigkeit sei abhanden gekommen, weil da und dort im begreiflichen Überschwang der Begeisterung kleine Mißgriffe vorgekommen sein mögen. Was tut es denn, wenn Einzelne sterben, wenn daraus nur Segen für unser Volk fließt! Gewiß, es stimmt immer schmerzlich, wenn Menschen im rohen Kampf fallen, und wir breiten über alle unser brüderliches Erbarmen, aber nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist in solchen Fällen schuldig. Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Wer hetzt und schürt und unser Land zu einem Tummelplatz internationaler Ideen macht, soll sich nicht wundern,

wenn er eines Tages an die Wand gestellt wird.

Wo die Begeisterung eines Volkes emporschäumt, werden ihre Fluten immer viel Haltloses und Morsches mit fortschwemmen. Sehen wir doch nicht immer bloß diese Seite der Bewegung, sehen wir doch, wie der Geist der ersten Blutzeugen die begeisterten Jünglinge umweht, wenn sie Versammlungen säubern und uns auf der Straße vom Anblick demonstrierlustigen Gesindels befreien. Heiliger Bekennermut blitzt aus ihren Augen; überall dort, wo verhetzte Massen unsere sowieso schon darniederliegende Wirtschaft durch Streiks und Ausstände noch mehr schwächen wollen, springen sie ein, suchen die Zaudernden zu ermahnen, die Radikalinskis zu bestrafen und die todesmatten Unternehmer zu stützen.

Ach, möchten doch **gerade auch unsere Geistlichen** diesem herrlichen Geist werdender Gemeinschaft Tür und Tor öffnen, damit auch unsere Kirche neues Licht durchflute. Volkes Stimme ist Gottes Stimme. Wer Ohren hat zu hören, der höre.

Wir wir kurz vor Schluß der Redaktion erfahren, hat die Evangelische Landeskirche 2000 Übermenschen angefordert; sie sollen von Hofprediger Dehring zu Geistlichen der dritten Reichskirche herangebildet werden.

Blutopfer deutscher Dienstmädchen

Das bei Bankier Rosenzweig beschäftigte Dienstmädchen Emma Klein hat sich gestern infolge der jüdischen Hast, die in dem sainen Haushalt des berüchtigten Geldjuden herrscht, an einem Spiegelschrank gestoßen; sie verlor

durch Nasenbluten ca. 0,05 Liter wertvollen Blutes.

Da solche Fälle wahrscheinlich öfters vorkommen, darf mit einem jährlichen Blutverlust von 0,50 Liter gerechnet werden, und das nur, weil der Jude dem deutschen Menschen Arbeitsmethoden aufdrängt, die seinem ererbten Rhythmus zuwiderlaufen.

Welche unersetzlichen Schäden dadurch am deutschen Volkskörper verursacht werden, zeigt eine einfache Berechnung: Nimmt man für ganz Deutschland nieder geschätzt 50 000 bei Juden beschäftigte Dienstboten an, so kommt man zu einem Jahresblutverlust von rund 25 000 Liter; das macht auf 12 Jahre glorreiche Republik umgerechnet

300 000 Liter arisches Blut,

das im elendesten Frondienst verströmt wird. Wir fragen: Wie lange darf dieses krummnasige Gelichter in perverser Gier mit einem Fuß am Mark und Blut des Volkes saugen, während es mit dem andern sich als treudeutscher Volksgenosse anzubiedern versucht?

*

In dem galizischen Judennest Brody ist ein scheußlicher Ritualmord aufgedeckt worden. Der Synagogendiener Veiteles hat den katholischen Ortspfarrer mit einer Nagelschere umgebracht und mit seiner (des Synagogendieners) Familie acht Tage lang von der Leiche gelebt. Der unglückliche Geistliche wurde teils als Kalbsragout, teils als Roulade usw. aufgetischt. Veiteles hat sich zu seinem Unheil selbst verraten: indem er (geizig und hamsterhaft, wie dieses Volk nun einmal ist) einen Teil seines Opfers einpökelte, angeblich für „schlechte Zeiten" (als ob Juden jemals die Not des Lebens kennen lernten!). Ein zufällig vorüberkommender reichsdeutscher Nationalsozialist roch sofort den Geruch des unschuldig gemordeten Christenfleisches und entlarvte den entmenschten Schammes.

Der Uebermensch geglückt!

Aus Weimar wird ein freudiges Ereignis allerersten Ranges gemeldet. Pg. Prof. Günther ist es inmitten seiner berühmten 12 Studenten nach jahrelangem, hartnäckigem Bemühen gelungen,

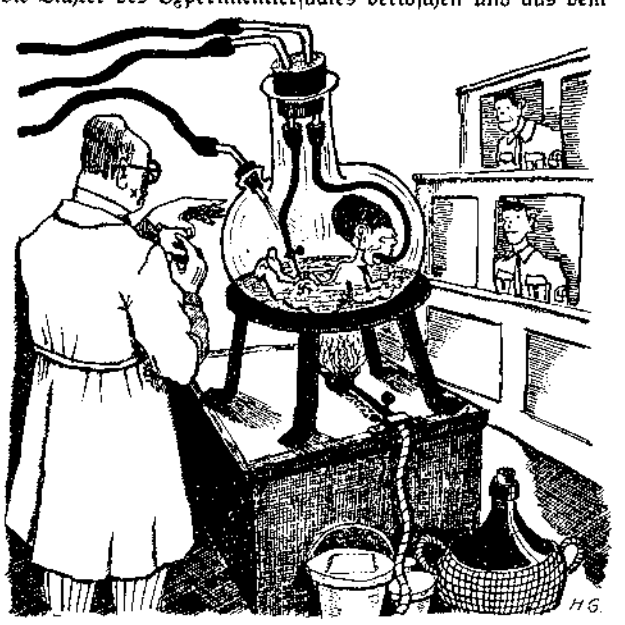
den deutschvölkischen Übermenschen ins Leben zu rufen.

Man plant vorerst von der Erfindung 5000 Pärchen herzustellen, die unter der Leitung von Prof. Günther großgezogen werden. Sie sollen die Stammeltern eines Titanengeschlechts werden, in dessen Schatten die minderwertigen Rassen aus Ekel vor sich selbst Selbstmord begehen werden, so daß wir in absehbarer Zeit auf dieser Erde unter uns sein werden.

Die Formel, die das umwälzende Ereignis Wirklichkeit werden ließ, wird natürlich **ängstlich geheimgehalten,** um den kommenden Übermenschen vor böswilliger Nachahmung zu schützen. Nur so viel wurde bekannt, daß man auch das entscheidende Experiment schon als mißlungen ansah, als es dem Lieblingsschüler Prof. Günthers wie von Wotan eingegeben einfiel, einen hochprozentigen Absud aus 20 Teilen Völkischer Beobachter, 50 Teilen S.A.-Studentenfutter, 20 Teilen Hitler „Mein Kampf" und 10 Teilen Biserirte Magnesia auf der Südseite des Übermenschen einzuführen. Schon nach 13 Sekunden

erschütterte ein entsetzliches „Heul"en die Retorte,

die Lichter des Experimentiersaales verloschen und aus dem



mystischen Dunkel leuchteten plötzlich von zwei zarten Rosa-Hinterbäckchen **zwei blutrote Hakenkreuze,** die sich rasch zu hornartigen Gebilden verhärteten.

Damit hatte man nicht nur die Geburt des deutschvölkischen Übermenschen erlebt, sondern wie durch Fügung des Himmels gleichzeitig eine brauchbare Variation gefunden, die dank ihrer besonderen fysischen Konstitution zur Führung höchster Ämter besonders geeignet sein wird. Ein Blick auf das Bild überzeugt davon, daß wir es hier nicht mit einem kalt klügelnden Verstandesmenschen zu tun haben, sondern mit einem, der aus der Tiefe des deutschen Gemütes einmal den Platz behaupten wird, auf den ihn Adolf Hitler hingesetzt hat. Und das ist es, was wir gerade jetzt bei der Übernahme der morschen Gesellschaftsordnung vor allen Dingen nötig haben.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beantragt, Adolf Hitler den Ehrentitel „Degeneral von Deutschland" zu verleihen.

Da unsere Reichstagsabgeordneten fortgesetzt den schwersten Angriffen und Mißhandlungen ausgesetzt sind, hat Pg. Dr. Goebbels im Reichstag den Antrag eingebracht, den nationalsozialistischen Abgeordneten eine besondere Märtyrerzulage zu gewähren.

In Rheinfelden (an der Schweizer Grenze) sind unserem Pg. Sütterlin siamesische Zwillinge ohne Kopf geboren worden. Das unzertrennliche Paar wird ein wackerer Kämpfer fürs dritte Reich werden: der Nationalsozialismus braucht keine Köpfe sondern Fäuste. Heil!

Deutsche, lest nur unbeschnittene Bücher! Hofprediger Stöcker

die Stirne zu bieten. Wie ein Mann schnellten alle empor, als der alte Kämpe Adolf Bartels unter Hinweis auf die jetzige Judenakademie den markigen Ausspruch tat „Heinrich, uns graut vor dir!" Damit war der Trennungsstrich zu jener novemberlichen Nachgeburt gezogen, an deren Spitze ein „Mann" steht, dessen gemäßigterer Bruder schon eine Zumutung für jeden wahrhaft Deutschen bildet. Damit war gleichzeitig ein uralter Traum deutschen Wollens erfüllt: die völkische Dichterakademie! Was sie will, wie sie dem deutschen Kulturleben ihren Gummistempel aufdrücken will, darüber werden wir später ausführlich berichten.

Heute interessiert nur der gemütliche Teil dieser denkwürdigen Veranstaltung. Als Erster trat Max Jungnickel auf, diese blaue Blume im Hain deutscher Dichtung. Als er im verhaltenen Ton deutscher Romantik das Lied von dem Roßäpfelchen zum besten gab, das das Lachen verlernt hatte, da atmete man den keuschen Duft des deutschen Märchens. In eine ganz andere Kerbe hieb unser allverehrter Arthur Dinter; in unnachahmlicher Weise spielte er den Sünder wider das Blut, und als er zum Schluß gar als gewandter Zauberkünstler dem nichts Böses ahnenden Rumpelstilzchen ein paar Semitokokken, diese gefährlichen israelitischen Bakterien, aus der Nase zog, da blieb kein Auge trocken. Trotzdem vermochte der alte Bartels diesen größten Lacherfolg des Jahres noch in den Schatten zu stellen. Mit kaum glaublicher Komik legte er an der ebenfalls erschienenen Frau Hedwig Courths-Mahler die kritische Sonde an, ohne dabei verletzend zu werden. Stürmischer Jubel und ein bezauberndes Schmunzeln von Frau Hedwig dankte dem neckischen alten Herrn für seinen goldigen Humor.

Zum Schluß des Abends erschien dann noch der markante Olympierkopf des Herrn Goebbels, des Schöpfers des Monumentalwerks **„Michael".** Man gestand ihm allerseits bereitwilligst und ohne Neid, daß er damit den Vogel abgeschossen habe, den manche jahrzehntelang im Gehirn herumwälzen, ohne ihn jemals in so idealer Weise zu Papier zu bringen. Goebbels quittierte mit einem selbstsicheren Lächeln und als man dann in später Stunde auseinander ging, da wußte jeder: das war ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes. **Und zwar kein kleiner!**

„Fröhlich Pfalz, Gott erhalt's"

Der Kampf in Pirmasens.

Völkischer Buchverlag „Haltet aus!" Preis RM. 5.50. Soeben erschienen.

Diese Kriegserinnerungen unseres allverehrten Ministers Frick geben ein erschütterndes Bild treuster Pflichterfüllung. Mit eisernem Willen hielt dieser wahre Führer die Stellung, wohin sein König und Kriegsherr ihn gerufen. Auch Jugendlichen sei dieses vorbildliche Werk bestens empfohlen.

Neues Wirtschaftsdenken

(19. Fortsetzung unseres nationalökonomischen Kurses.)

Es ist deshalb, da die Brechung der Zinsknechtschaft nach wie vor und trotz aller Stänkerei dagegen das Achs- und Herzstück unseres Wirtschaftsprogramms bleibt, auch dem einfachsten Laienverstande klar, daß Nationalsozialismus nicht Zerstörung von Hab und Gut, von Mein und Dein bedeutet, sondern viel mehr ganz im Gegenteil ihre höchste ethische Verankerung im Begriff der persönlichen Dienstleistung und ihre Inbeziehungssetzung zu den öffentlichen Interessen aus dem Begriff der leistungswertigen Staffelordnung hervorgeht. Woraus logisch folgt: Nur organische Zusammenarbeit art- und blutverwandter Einzel- und Familienwirtschaften kann uns aus den Sklavenketten retten. Soviel über die Volkswirtschaft.

Nun zur Weltwirtschaft! Über dieses Thema zitieren wir aus Heft 10 der „Nationalsozialistischen Monatshefte": „Die Volkswirtschaft ergänzt sich organisch nicht zur Weltwirtschaft, sondern zu

Gemeinschaftsgruppen artverwandter standortbedingter arbeitsteiliger Raumwirtschaften rasse- und blutsnaher Nationen.

Die teilweise Öffnung derselben bezieht sich zunächst nur auf eine ganzheitliche Stoffaufnahme und Stoffabgabe in angeschlossenen artbezogenen Volkswirtschaftskomplexen. So entsteht ein aus Raumwirtschaftsordnung erwachsenes Aggregatsystem aufeinander abgestellter Volkswirtschaften, das in seiner leistungsbedingten Gliederung durch rassemäßige Kräfte im Ausleseprozeß bedingt wird."

Das ist, wie alles, was unseren Theoretikern in den Feder fließt, geschliffen und kristallklar. Wir möchten nur noch auf eines hinweisen: Auch die scharfsinnigste Durchleuchtung aller Wirtschaftskomplexe und der durch sie bedingten Aggregatzustände darf uns nicht über die grundlegende Tatsache hinwegtäuschen, daß

der Mensch der Träger der Wirtschaft ist.

Erst gilt es also, durch eiserne Zucht den menschlichen Boden aufzulockern und auf ein neues Wirtschaftsdenken umzustellen. Erst wenn die Mehrheit unseres Volkes auf legalem Weg die riesenhafte kosmische Umwälzung, die der Nationalsozialismus im wahrsten Sinne des Wortes repräsentiert, in sich aufgenommen und absorbiert hat, erst dann ... (20. Fortsetzung in der nächsten Nummer.)

Das Maultier sucht im Nebel seinen Weg.
Gottfried Feder („Was verstehen wir unter Sozialismus?")

O daß sie ewig grünen bliebe, die goldene Zeit der jungen Liebe!
Adolf Hitler im Industriellen-Klub in H.

Der Zug des Herzens ist des Schicksals Stimme. (Ebendaselbst)
Legt's zu dem Übrigen! (Ebendort)

Kleine Nachrichten

Vorsicht auf der Straße. Auf dem Weg zur Goebbelsversammlung in der Liederhalle erlitt ein S.A.-Mann durch einen herabfallenden Dachziegel eine **schwere Gehirnerschütterung,** so daß er sofort das Bewußtsein verlor; trotzdem ließ er es sich nicht nehmen, in vorbildlicher nationalsozialistischer Pflichttreue in der Versammlung seinen Dienst zu erfüllen. (Der Mann hat bis Redaktionsschluß das Bewußtsein nicht wieder erlangt.)

Schweres Mißgeschick. Beim Verlassen seiner Villa im Herdweg stieß gestern vormittag ein **sozialdemokratischer Gemeinderat** gegen eine Straßenbahn. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

Zeichen der Zeit. Im Entbindungsheim in Berg gab ein lediges Dienstmädchen einem 7 Pfund schweren Knaben das Leben; die Nase wiegt allein 1½ Pfund. Wie wir hören war das Mädchen bei Bankier Salomonsohn (!!) im Dienst.

Zwei Todesfälle. In Klöpfers Bilderladen erschien gestern früh der erste Kunde in diesem Jahr; der Geschäftsinhaber bekam vor Freude einen Herzschlag. — Im Warenhaus Tietz stürzte sich eine Kundin aus Verzweiflung **vom dritten Stockwerk in den Lichthof;** sie hatte vier Stunden lang vergeblich versucht, sich an den Tisch mit besonders preiswerter Unterwäsche heranzuarbeiten.

Verdiente Strafe. In einem Hause der Rosenbergstraße verprügelte heute Nacht ½12 Uhr ein 12jähriger Schüler, der der Hitlerjugend angehört, seinen nach Hause kommenden Vater, **weil er trotz seines Verbots** eine kommunistische Hetzversammlung **besucht hatte.**

Briefkasten der Redaktion

Sammler in N. Sie hätten gerne für Ihre Sammlung „Dokumente fürs dritte Reich" die Unterhose, die Hitler beim Putsch im November 1923 getragen hat. Ja, wenn Hitler selbst nicht mehr weiß, wo sie geblieben ist, ist guter Rat teuer. Fragen Sie doch mal seine Waschfrau, die muß sie ja in die Hände bekommen haben.

Pastor B. in X. Christus wäre selbstverständlich Nationalsozialist, wenn er heute leben würde, da haben Sie ganz recht; für die S.A. käme er dagegen unseres Erachtens kaum in Frage.

Pg. Kohnzelmann. Wir raten Ihnen, den berühmten Chirurgen Prof. Dr. Zeller aufzusuchen, er ist Spezialist für die Korrektion von sogenannten Judennasen. Sie werden allerdings schwer ankommen, denn der Andrang ist seit 14. September beträchtlich.

C. Ohn. Sagen Sie statt 5000 im Monat 5500, und wir sind einverstanden und keine Antisemiten.

Neugieriger in P. Sie fragen, ob Goebbels oder Hitler der geistig Bedeutendere sei. Die Antwort kann, um Zwietracht in unseren eigenen Reihen zu vermeiden, nur lauten: Keiner von Beiden.

Arbeiter A. R. in Bs. Sie haben recht: der Nationalsozialismus ist der unversöhnliche Feind der Kapitalisten.

Krupp, Kirdorf, Thyssen, Mannesmann, Siemens, von Stauß und andere. Machen Sie sich keine Sorge. (Unser Postscheckkonto ist Berlin 22222221. Sie können aber auch direkt an die Partei senden.)

Thusnelda. Wenden Sie sich ans Jugendamt. Im übrigen: da zwei in Frage kommen, halten sie sich von vornherein an den Juden: der zahlt. Da Sie genau wissen, daß unser Pg. der Vater ist, können Sie sich im stillen glücklich fühlen, daß sie einen der fremdstämmigen Parasiten zwingen, die Aufzucht eines strammen, reindeutschen Ariers zu bezahlen. Möge es diesem krummbeinigen Gesindel immer so ergehen. Heil!

Einsame Seele. Nach Ihrem Lichtbild zu urteilen, verdienen Sie ihr Los nicht, Sie rassiges Goldkind! Kommen Sie doch mal nach Büroschluß auf unserer Redaktion vorbei. Wir sind alle lebensfrohe Junggesellen, die ihren Mann stellen.

Josef Goebbels, Berlin-Plötzensee. Sie legen Wert darauf, festzustellen, daß Sie mit Dr. Goebbels nicht identisch sind. Was soll denn das?

Aus unserem Arbeitsfeld

Um der Raumersparnis halber haben wir die Versammlungsberichte aus verschiedenen Orten zusammengezogen.
D. Red.

Nagold, Plieningen, 2 Hochdorf, Calw, Crailsheim: Reichsbanner und Rotfront hatten aus Nah und Fern ihre Tscheka zusammengerufen. Schon am frühen Nachmittag sah man die betrunkenen Gestalten des Untermenschentums durch die Straßen ziehen. Das Handgeld Moskaus arbeitet prompt. Immer größer wird die Zahl dieses lichtscheuen Mordgesindels. Die ganze Stadt kommt in Erregung. Unruhe lagert auf allen Gesichtern. Was wird kommen? Die marxistischen Horden wachsen mehr und mehr. Sie ballen sich vor dem Eingang zum Versammlungslokal drohend zusammen. Ein Geschrei und Geheule, man glaubte sich wahrhaftig in das Innerste Afrikas hinein versetzt. Schlimmer, unmenschlicher und blutgieriger können selbst die Menschenfresser nicht sein.

Inzwischen marschieren die S.A.-Leute vom Sammelpunkt zum Versammlungslokal. Drohend versucht die Meute den Weg zu sperren. S.A. marschiert weiter; kurz aber schneidig das Kommando ihres Führers. In strenger Disziplin schiebt sich die S.A. durch die blutgierige Meute. Plötzlich ein Steinhagel. Blutüberströmt stürzt ein S.A.-Mann nieder. Ein zweiter, ein dritter, ein vierter ist mehr oder weniger schwer verletzt. Schlagring und Dolch arbeiten. Plötzlich erscheint die Polizei, schafft Ordnung und verbietet die Versammlung. Wieder ein Sieg errungen! Trotz Terror bleibt der Ort unser!

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

UFA

Der Schlager des dritten Reichs!

Mein Hemd ist nicht aus Crêpe de Chine

In der Hauptrolle Adolf Hitler
als
„Herr auf Bestellung"

Manuskript . . . . . v. d. Schwerindustrie
Zwischentitel . . . . . Völkischer Beobachter
Regie . . . . . Osaf Hauptm. Pfeffer
Ausstattung . . . . . Reichszeugmeisterei der N.S.D.A.P.
Aufnahmen . . . . . durch das Parteibüro

Im Beiprogramm:

Fricky-Maus spielt Innenminister

Sie lachen sich tot!

Großer Saison-Ausverkauf

Reduzierte Preise!

Jeder Käufer erhält eine Hakenkreuznadel oder Brosche gratis!

Erfrischungsraum:

Täglich von 2 bis 5 Uhr Konzert durch erstklassige S.A.-Kapelle.

Buchabteilung:

Adolf Hitler liest am Mittwoch und Samstag zwischen 3 und 4 Uhr aus eigenen Werken. (Juden haben keinen Zutritt!)

Man spricht deutsch!

WARENHAUS WERTHEIMER & CO.

Echten, tadellos (minister-) reifen, groß-löcherigen

Mergenthaler Käse

empfiehlt zu sofortig. Gebrauch **das Proviantamt der württb. S.A.-Truppen.**

Der Gott, der

Aisen

wachsen ließ, ließ auch ein Kraut dagegen wachsen. — Trinkt nur deutsch. **Kräuter-Blutreinigungs-Tee** von Apotheker J. Streicher. Erhältlich in allen völk. Heil-Apotheken.

Arbeiter! Volksgenossen!

Heute
abend 8 Uhr im Festsaal der Liederhalle

Ideologische Auseinandersetzung

zwischen

Kommunismus und Nationalsozialismus.

Kommun. Redner: Genosse Huber VIII.
Nat.-soz. Redner: Prof. Meckertaler.

Mitwirkende:
Athletenklub Heslach — Boxgruppe der S.A. Feuerbach und Cannstatt — Bauarbeitervereinigung Groß-Stuttgart — Arbeitersamariterbund Württemberg.

Bereitschaftsdienst:
Dr. Gutbrod, Dr. Manfred, Dr. Lang, Dr. Mayer II, Dr. Groß. Telefonischer Sonderdienst mit der chirurgischen Abteilung des Ludwigspitals.

Verbandzeug selbst mitbringen!

Der Einberufer.

Luisenbund, Feuerbach

Vortrag
von Frau Generalleutnant a. D. von Hülsen über:

„Der Anstandsrock als Symbol deutscher Treue"

Anschließend große Volkskundgebung!

Öffentliches Verbrennen von seidener Unterwäsche. (Die letzte Schlupfhose wird punkt 9 Uhr unter allgemeinem Gesang von „Der Gott, der den Flanell erfand, der wollte keine Seide" dem Feuer überantwortet).

Die 1. Vorsitzende: Frl. Amalie Lieblich.

Oeffentliche

Blutbadanstalt

tadellos arbeitende Organisation für Anrichten von Blutbädern unter Marxisten bestens eingerichtet, ebenso zur Herstellung von sogen. Rotfrontmorden zu Propagandazwecken, empfiehlt sich den verehrten Ogrufs. pp. Im Abonnement billiger.

Wir empfehlen als Zimmerschmuck: prächtig kolorierte

Erinnerungsblätter

an Ihre Saal- und Straßenschlachten mit broncierter Goldrahme fertig zum Aufhängen. Auf der Hauptfigur im Vordergrund wird völlig gratis ihr Kopf eingesetzt.

Kunsthaus Haller, Stuttgart

Alternde Männer

konsumieren gerne teure Hormonpräparate, um ihre Jugendkraft zurückzugewinnen. Wir warnen Sie im völkischen Interesse vor solchem Raubbau. Schenken Sie ihrem Frauchen einen

Frigidaire

und es wird sich bald jene seelische Harmonie einstellen, die Ihnen einen ruhigen Lebensabend gewährleistet.

Frigidaire A.G. Berlin

Pg., 1,80 m, ehem. Femerichter, strammer Reiter, in allen Sätteln gerecht, sucht sportliebende deutsche Mädchen zu gemeinsam. Übungen. Angeb. u. „(H)ERDS" an die Exp. d. Bl.

Wo bist Du, den ich ersehne, wenn mich in meinen wohlig warm wogenden Jungmädchennächten die große Sehnsucht ergreift nach deutscher Art und markigem, deutschem Männertum? Du, des Bild mir vorschwebt, wenn mein arisch Weibtum nach Erfüllung verlangt, willst Du eine echte deutsche, keuschstolze Mädchenknospe Dir erschließen, so schreibe eilends an die Exped. d. Bl. unter „Hingabe 7777".

Älterer, seriöser Herr,

Pg., mit hohem Titel und noch in voller Manneskraft befindl., sucht fleißige, tüchtige, in Positionen erprobte und in sämtl. Pflichten bewanderte Privatsekretärin. Brünette bevorzugt. Alter nicht über 20, Größe nicht unter 1,64 m. Lichtbild beilegen. Heirat ausgeschlossen. Angeb. u. „Pascha" an d. Exp.

Ich sehne mich

nach dem Mann u. dem Kinde. Wo ist er, der Gebieter seiner Sinne, der Herr seiner Tugenden, rechtwinklig gebaut an Leib und Seele, damit er mit mir einen höheren Leib schaffe, eine erste Bewegung, ein aus sich rollendes Rad (im Sinne Nietzsches)? Bin 29 Jahre alt; Frohnatur; Kontoristin mit schöner Aussteuer (Möbel in kanadisch Birke); am liebsten wäre mir pens.-ber. Beamter, jedoch müßte er voll und ganz mit obigen Ansprüchen konform gehen. Angebote unter **„Trautes Heim"** an die Redaktion d. Bl.

Wer liefert dauerhafte, exakt funktionierende

Guillotinen

mit Patentvorrichtung, die für gutes Rollen der Köpfe garantiert? Eilangebote an Böbbeles, Reichstag.

Einmaliges Angebot!

Da ich der veränderten Umstände halber meinen rationell betrieb. Schriftstellereibetrieb auf

echte Heimattöne

umgestellt habe, biete ich Interessenten einen größeren Restposten schmissiger Großstadtlyrik (erotisch leicht gefärbt; Fabrikmarke „Tüll") zu Selbstkostenpreisen an. Bei Abnahme von größeren Quantitäten frei vors Haus. — Eilangebote an **Josef Schweinerle,** staatl. anerkannter Heimatdichter. Gold. Medaille der landwirtschaftl. Ausstellung Stuttgart 1930.

Für **Verfassungsbrüche** aller Art empfehlen wir unsere raffiniert konstruierten

Bruchbänder
D.R.P. 00048

Sie machen auch in schwierig. Fällen eine Operation unnötig; bequemes, unauffälliges Tragen. Dankschreiben v. ersten Politikern und Staatsmännern.

A. B. Bruch, G.m.b.H., Berlin,
Platz der Republik.

Durch jüdische Hinterlist

in bittere Not und tiefes Elend gestoßener Pg. sucht gegen hohen Zins ein Darlehen von

50 Mille.

Rückzahlung in Monatsraten von 2000 Mk. Angebote unter „Wer hilft?" Nr. 3197" an die Expedition dieser Zeitung.

Zur Befreiung aus den Ketten eines jüdischen Bankkonzerns, der an d. Versklavung Deutschlands mit in erster Linie tätig ist, suche ich

120 000 Mark

zu unterparteiprogrammäßig. Zins. Es soll damit eine erste Hypothek von 70 000 Mark abgelöst werden. Wert des Objekts (gutgehend. industrielles Werk in Südbayern mit lohnenden Aufträgen) nach amtlicher Schätzung 50 000 Mark. Angebote u. „Juda verrecke!"

Garantiert rein!

Germanische Hormone

Unter Aufsicht des löbl. sächs. Kultusministers hergestellt. Von hohen und höchsten Führern empfohlen! — **Ein Zeugnis von vielen:** „... und habe ich solches mit großem Erfolg angewandt und hoffe ich, daß selbiges auch weiterhin germanisierend auf mich wirken wird! Schicken Sie mir gleich noch 2 Doppeldosen! Goebbels."

Koch-Weser, G. m. b. H.,
in Liquidation, **Berlin.**

Bund der Kinderreichen.

Beim letzt. Familienabend sind 6 Säuglinge liegen geblieben; 4 davon sind bis heute noch nicht abgeholt. Wir bitten die p. p. Haushaltungsvorstände, ihre Bestände nachzuprüfen! Kinder, die bis 15. ds. Mts. nicht abgeholt sind, stellen wir für d. Tombola der demnächst stattfindenden vaterländischen Wohlfahrtsveranstaltung zur Verfügung. **Der Vorstand.**

Geheim-Fotos

aus Paris werden unter der Hand von frembrassig. Schmutzfinken angeboten. Ein deutscher Mann läßt die Hände davon u. versucht es mit meinen hochinteressanten Original-Serien. Pikante Sujets von nie versagender Wirkung in Freundeskreis und am Stammtisch. Diskreter Versand.

Völkischer Schönheitsverlag, München, Herrengasse 8.

Massage

Modern eingerichteter Salon. Bäder im Hause. Hübsche Assistentinnen. Unsere Spezialität: **Völkische Abreibungen.** Mitglied. vaterländischer Verbände 10% Preisermäßigung! Juden u. Lieferanten Eingang durch d. Hof. **Elli Krawuschke**

Knetinstitut „Freya"

empfiehlt sich und ihr garant. reinrassiges, nordisches Personal allen leidenden Deutschen. Wunderbare Heilerfolge bei billigen Preisen. Sowas können Ihnen die Juden nicht bieten. Machen Sie einen Versuch, Sie werden zufrieden sein. Einmal „Freya" und immer wieder. Besuch jederzeit; es wird Tag und Nacht durchgearbeitet. Die Damen sind am Reinverdienst prozentual beteiligt.

S.A.-Führer

sucht verständnisvollen jungen Pg. als Diener für seinen frauenlosen Haushalt. Bedingung: nicht über 20, ohne Körperfehler, blond. Lichtbild Voraussetzung. Diskretion beiderseits Ehrensache. Meldg. unter „Homo sum" a. d. Exp. d. Bl.

Der unbekannte

S.A.-Mann,

der im Juli letzten Jahres anläßlich des Hitlertages mit meiner Tochter Gertrud im Grünen war, wird dringend um seine Adresse gebeten, da ich sonst die Sache d. Jugendamt übergebe. Zweckdienliche Hinweise Dritter erwünscht. Besondere Kennzeichen des Betreffenden: Braunes Hemd, blonde Haare; sagt öfters „Heil".

Arthur Christlieb,
Schneidermeister, am Markt.

Widerruf

Ich nehme hiermit die gegen die N.S.D.A.P. gerichtete und im Wirtshaus „zum Grünen August" öffentl. ausgesprochene **Beleidigung,** der Nationalsozialismus sei eine sozialistische Bewegung, auf das überzeugende Zureden der hiesig. Ortsgruppe reuevoll zurück und erkläre zugleich, daß ich die Arztkosten für die Besprechung mit den Beauftragten der Partei freiwillig selber übernehme und keinerlei Forderung an die O.Gr. stellen werde.

Schmälzle, Mitgl. d. N.S.D.A.P.

Ich vergebe

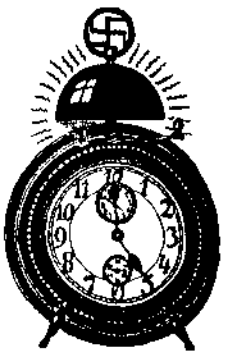
im Submissionswege an den Wenigstfordernden die Lieferung einer

langen Bank,

auf die man den im Parteiprogramm stehenden Sozialismus schieben kann. Adolf

---

Deutschland erwache!



beim Alarm unserer prima Wecker!

Mit einfachem Läutwerk:
RM. **1,95 2,45 3,65.**
Mit Läutwerk und Musikdose (Horst-Wessel-Lied spielend): RM. **4,50.**
Mit Bild Hitlers auf dem Zifferblatt: **RM. 4,50**
(mit nachtleuchtender Nase 50 Pfg. mehr).

Kaufhaus HERMANN TÜTTS, Stuttgart

FEDER

leicht wird Ihnen ums Herz trotz der schweren Zeit, wenn Sie Ihr Geld bei uns anlegen. Wir gewähren höchsten

ZINS. DIE KNECHTSCHAFT

hat für Sie ein Ende, wenn Sie sich von uns fachmännisch über Kapitalanlagen beraten lassen.

Wir wahren Ihnen Ihre heiligsten Güter!

Evangelische Zentralbank

Echt thüringisches

Frickassee

aus garantiert tadellos zerhacktem Fleisch ostjüdischer Schweine, für jeden kerndeutschen Männermagen bestens bekömmlich, empfiehlt

Johann Huber,
Gasthof z. dritten Reichsadler.

Echt deutsches Erzeugnis! (Made in Germany.) Reiner, unverfälschter

!! „Hitlergeist" !!

der neue deutsche Branntwein aus nur deutschen Gewächsen. Das Doppelliter nur 6 Rpfg. Erhältlich in allen Standquartieren der N.S.D.A.P. und in allen Redaktionen der nat.-soz. Arb.-Presse. Flaschen sind mitzubringen.

Achtung Ärzte! Anatomische Institute!

Wir bieten an:

Erstklassige Leichen in allen Lebensaltern und Konstitutionen zu kulanten Bedingungen.

Prima Gefrierware!

Kadaver mit besonders interessanten Krankheiten oder Mißbildungen 20 bis 70 Prozent Aufschlag.

Wir liefern jedes Quantum!

Verlangen Sie ausführliche Prospekte!

Gelegenheitskauf:

Kleiner Restposten Großfürstinnen im Alter von 30 bis 70 Jahren mit 100 Prozent Zuschlag. (Unter dreißig: vergriffen.)

Jermakowkoje-Leichen-Export, Moskau

Irrenanstalt Weißenau.

Die Pg. unter d. Insassen haben sich zu einer nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Am 17. 2. 31 spricht im Tagesraum der Manisch-depressiven Herr Maniak Alfred Jakob Maier über: **„Die Rolle der Imbezillität im Kampf um das dritte Reich."** Vor und nach dem Vortrag wird Brom gereicht. Der Einberufer: Johannes Krause (Dementia praecog).

Verband gläubiger Kaufleute.

Bierstube zur blauen Laterne:

Diskussionsabend

über

1. Darf ich meinem Geschäftsfreund einen Leberhaken landen, wenn er nicht bezahlt?
2. Wie begegne ich leiblichen Anfechtungen auf der Reise?
3. Ist Aufrichtigkeit im Verkehr mit dem Finanzamt denkbar?
4. Schlußgebet durch Kollege Großhans und Freibier von Kollege Rothenfelder.

Achtung! Kulturkämpfer!

Für Theater- u. Filmpremieren empfehlen wir unser erstklass.

Deutsches Faulei

(Nicht zu verwechseln mit d. deutschen Frischei!) Infernalischer Gestank w. garantiert. Achten Sie auf den Stempel „Stinktier mit Hakenkreuz". Unverdorbene Eier werd. anstandslos zurückgenommen.

Südd. Hühnerfarm, Heubert.

Reitschule am Karlsplatz

Für kommerzielle Kreise habe ich den bekannten Wechselreiter und Diplom-Kaufmann Haberstroh als Lehrer gewonnen. Sie bleiben **fest im Sattel,** wenn Sie sich seine langjähr. Erfahrungen zunutze machen. Die theoretischen Fragen des Wechselrechts werden nach wie vor von mir behandelt.

Kilian Huber,
Verwaltungspraktikant a. D.

Stuttgart, 22. Februar 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 8

Lehrer und Kirche

Als vor zwölf Jahren die „Roten" an der Macht waren und die Weimarer Verfassung auch den Beamten unmißverständlich ihre Gewissensfreiheit garantierte, schien es eine zeitlang, als sei es mit der Kirchensklaverei der Lehrerschaft wirklich zu Ende.

Männer, die wegen ihrer heidnischen Gesinnung gemaßregelt worden waren, wurden von sozialdemokratischen Kultministern rehabilitiert (z. B. in Württemberg Eduard Hertlein); viele Lehrer legten den Organistendienst und die Erteilung von Religionsunterricht nieder; manche traten aus der Kirche aus und halfen, weltliche Schulen einzurichten.

Bei uns in Württemberg waren es freilich nur wenige, die soweit gingen. Schon unter dem Ministerium Hieber begann sich der Wind wieder zu drehen, und unter dem zentrumsgebundenen Bazille hatte die Kirche gewonnenes Spiel. Kirchenaustritte von Lehrern wurden rückgängig gemacht; wer durchhielt, wie die tapfere Johanna Häberlen, der flog eben. Da das in der Verfassung vorgesehene Reichsschulgesetz heute noch nicht da ist, wandten die Behörden einfach die alten Schulgesetze aus der Vorkriegszeit an und kümmerten sich nicht um die anders lautende neue Verfassung.

In einigen Ländern wie Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Preußen ging es mit dem Sieg der Reaktion etwas langsamer. Dort hatten sich lebensfähige weltliche Schulen entwickeln können, und sie waren ein Asyl für die Lehrer, die ihre Überzeugung nicht verleugnen wollten und aus der Kirche ausgetreten waren.

Aber auch das ist jetzt bald vollends zu Ende. Der nationalsozialistische Wahlsieg vom 14. September hat dem Zentrum eine solche Schlüsselstellung verliehen, daß auch von der Sozialdemokratie keine Hilfe für die freie Gesinnung mehr erwartet werden darf. Wo Nationalsozialisten an der Stange sind, tun sie alles der Kirche zuliebe, denn sie müssen das Zentrum für die Koalition im Reich gewinnen. Und wo, wie in Preußen, die Sozialdemokraten noch mit dem Zentrum koaliert sind, wagen sie nicht mehr aufzumucken, damit ihnen nicht gekündigt wird.

In Braunschweig hat der nationalsozialistische Minister Franzen im Januar sechsundzwanzig festangestellte dissidentische Lehrer Knall und Fall entlassen. Auch in Thüringen sind eine Reihe solcher Maßregelungen erfolgt. Die „Allgemeine freie Lehrergewerkschaft" hat feierlich protestiert, weil dieses Vorgehen verfassungswidrig sei. Das ist es; aber es wird kein Hahn darnach krähen. (Der Herr Reichsminister des Innern ist auch vom Zentrum.)

In Preußen haben neuerdings sämtliche Provinzialregierungen Anweisung erhalten, keine dissidentischen Lehrer mehr anzustellen. Die Freie Lehrergewerkschaft hat infolgedessen den Junglehrern geraten, vorläufig nicht aus der Kirche auszutreten; wer schon ausgetreten sei, solle eben „vorläufig" wieder eintreten, wenn ihm Schwierigkeiten bei der Anstellung gemacht würden. Man werde versuchen, die Partei, nämlich die sozialdemokratische, für eine „Aufhebung dieser Zwangsmaßnahmen" zu interessieren.

Man vergegenwärtige sich, daß die Zwangsmaßnahmen von einem sozialdemokratischen Kultusminister ausgegangen sind, und man wird sich vorstellen können, was bei jenem Versuch herauskommen wird.

Sozialdemokraten und Nazis kämpfen um die Macht. Der lachende Dritte ist das Zentrum, die katholische Kirche, und in ihrem Schlepptau auch die evangelische. Einen deutlichen Beweis dafür liefert der Fall Eckert in Baden. Eckert ist ein tapferer Kämpe; er hat sich seiner Behörde gegenüber auch früher schon manches herausgenommen. Diese hat aber seither nie gewagt, etwas gegen ihn zu unternehmen, denn er ist der Führer der „religiösen Sozialisten" (zu denen auch der preußische Kultusminister gehört) und hatte seine Partei, die S.P.D., hinter sich. Heute ist die taktische Situation der S.P.D. so schwach geworden, daß der badische Oberkirchenrat sie nicht mehr zu fürchten braucht. Sie wird sich hüten, allzueifrig für Eckert einzutreten.

Schatten über Deutschland! Schwarze Schatten!

Erich Schairer

Verfrühter Jubel

Die Nationalsozialisten sind aus dem Reichstag ausgezogen (auf Völkisch: „Die Deutschen haben das Young-Parlament verlassen und sind zum Volk zurückgekehrt"); eine Zeit lang ging sogar das Gerücht, die nationale Opposition wolle in Weimar ein Rumpfparlament bilden.

Im republikanischen Lager herrscht über den Auszug der Kinder Hitlers große Freude, die verstärkt wird dadurch, daß das Zentrum, das vom 14. September bis zum Beginn des Jahres 1931 mit den Nationalsozialisten sehr intim verhandelt hat, sich in die antinationalsozialistische Front eingereiht hat; der „Vorwärts" redet sogar von einer „Marneschlacht" der Nationalsozialisten.

Aber wenn die Nationalsozialisten nach ihrem Propagandafeldzug, den sie jetzt beginnen, nicht nur stärker, sondern auch etwas vernünftiger und damit für das Zentrum koalitionsfähig zurückkehren — was dann? „Die Hiebe", schreibt Carl v. Ossietzky in der „Weltbühne", „die Brüning den Nationalsozialisten gegenwärtig verabfolgt, dienen ihrer Zähmung, nicht ihrer Vernichtung. Er schlägt als Pädagoge, nicht als Feind ... Er hat sich lange genug auf das Bündnis mit der äußersten Rechten eingerichtet und die Republikaner en canaille behandelt, er wird wieder anders können, wenn die erst Umworbenen, dann Geprügelten endlich etwas Vernunft annehmen."

„Wir haben früher schon darauf hingewiesen, daß die wunderbare Dressur der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die wie ein gehorsamer Pudel über jeden Stock sprang, den Herr Dr. Brüning hinhielt, nicht allein der Kunst des Reichskanzlers zu verdanken ist, sondern auch der Tatsache, daß auf der anderen Seite des Hauses die Nationalsozialisten in erheblicher Anzahl saßen. Solange sie da waren, mußten sich die Sozialdemokraten sagen: der Reichskanzler kann auch anders. Deshalb waren sie brav und folgsam und ertrugen schweigend den Hohn der Kommunisten und das Mißtrauen der alten Genossen und die Abwanderung der Jugend."

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Das Rumpfparlament

Holzschnitt von Hans Grohe

Die Miliz

Wenn man Brüning und das Brüning-Regime für fascistisch erklärt, wird man leicht für einen Hetzer oder Hitzkopf gehalten, für einen, der das Kind mit dem Bade ausschüttet, der unter dem Hochdruck innerer Empörung zu übertriebenen Formulierungen greift.

In Wirklichkeit aber ist gerade die Feststellung, daß bei uns der Fascismus eingesetzt hat, das Ergebnis nüchternster und kältester Beobachtung. Für diese Regierungsart, die nominell die Wirtschaft (die Industriellen) und die Arbeiter unter ihre Botmäßigkeit bringen und zu gleichberechtigten Trägern der Produktion wie der Staatsverantwortlichkeit machen möchte; die da, wo die Verfassung der Regierung nicht freie Hand gibt, sich in verfassungswidrigen Notverordnungen manifestiert; die den Streik verbietet, die Frage der Arbeitszeit durch private Abmachung zwischen den Produktionskontrahenten von Fall zu Fall regeln will; die den Reichstag durch die Drohung mit weiterer, nichtgerechtfertigter Anwendung des Diktaturparagrafen veranlaßt, seine eigenen Rechte aufzugeben; die durch eine Änderung der Geschäftsordnung die Finanzhoheit des Parlaments aufhebt oder doch beschneidet; — für diese Art, Völker zu regieren, gibt es nun einmal den Fachausdruck „Fascismus".

Daß kein Duce da ist — oder doch nur ein mattes Spiegelbild von ihm — ist eine unerhebliche Äußerlichkeit. Daß keine Miliz vorhanden ist —

— es ist eine vorhanden. Selbstverständlich sind Staatsparteiler und Sozialdemokraten zum großen Teil der gutgläubigen Ansicht, das, was sie unterstützten, sei die Sicherung der Demokratie und Republik, nicht aber die Durchführung des Fascismus. Das ändert aber nichts daran, daß sie und mit ihnen das Reichsbanner die zuverlässigsten Stützen dieses fascistischen Systems sind (das bei uns von vornherein klerikal ist, anders als in Italien, wo die Einigung mit dem Vatikan erst nachfolgte).

Die Miliz ist da; und die Regierung wird wohl wissen, warum sie die Durchorganisierung und Bereitmachung des Reichsbanners duldet. Sie wird wohl wissen, warum sie Hörsings Scharen heute aufmarschieren läßt. Und die eigentlichste Regierungspartei, das Zentrum, wird ebensowohl wissen, warum es eine katholische Wehrorganisation, die „Kreuzschar", gegründet hat.

Ob die Arbeiter und Kleinbürger im Reichsbanner und in der Kreuzschar sich nun darüber klar sind oder nicht: ihre Organisationen haben die Funktion der fascistischen Miliz zu erfüllen. Sie sind die private Truppe der fascistischen Regierung: eine Ordnungs- und Sicherungstruppe, ein Aktivposten der Bourgeosie im Klassenkampf, ein Vertrauenskörper und Vertrauenskorps, bestimmt, nicht nur den Revolutionären rechts und links zu imponieren, sondern auch der Reichswehr, die ja ein unsicherer Posten in der Rechnung ist, zu zeigen, wo die Macht steht, ihr die Bündnisfähigkeit der Regierung klarzumachen und ihr Achtung vor Brünings Willen abzunötigen.

Max Barth

Der Damm gegen den Sozialismus

„Die Parole „Gegen den Marxismus" ist unter allen Dummheiten, die heute in Deutschland verzapft werden, so ziemlich der dümmste Kinderquatsch. Es ist unheilbare Blindheit, wenn Teile des Bürgertums und insbesondere des industriellen Bürgertums, nicht mit der sehr möglichen Verwirklichung des sowjetrussischen Fünfjahresplans rechnen und den Damm zerstören wollen, der zwischen ihnen und der bolschewistischen Flut besteht. Man muß eine besondere Veranlagung zum Selbstmord haben, wenn man vergißt, daß man die preußische Sozialdemokratie und die unbequemen Gewerkschaften in der Periode des Spartakus sehr dringend gebraucht hat, und nicht bedenkt, daß man sie vielleicht eines Tages noch dringlicher brauchen wird."

Theodor Wolf im „Berliner Tageblatt" (15. Febr.)

Was ist zu tun?

I. Die Weltwirtschaftskrise

Von ***

Der Verfasser dieses Artikels ist Mitglied der kommunistischen Opposition (K.P.O.). Es werden noch zwei weitere Artikel folgen: „Die Rolle der Sozialdemokratie in der Krise" und „Die Aufgabe des Kommunismus". D. Red.

Das Wort „Weltwirtschaftskrise" ist heute beinahe zu einem unerläßlichen Bestandteil des allgemeinen Sprachgebrauchs geworden. Trotzdem darf man berechtigte Zweifel hegen, ob die so bezeichnete internationale Wirtschaftserscheinung nun auch so allgemein in ihrem Wesen, ihrer unerhörten Schärfe und ihrem riesenhaften Ausmaß erkannt ist als das, was sie ist: als der allgemeine Niedergang des kapitalistischen Systems.

Ihren Ausgang hat die Krise von den als sicherster Hort des Kapitalismus geltenden Vereinigten Staaten von Nordamerika genommen und dann fast alle Länder — mit Ausnahme der Sowjetunion — in ihren Bannkreis gezogen, zuletzt auch Frankreich und Skandinavien, die am längsten von ihr verschont geblieben waren.

Worin besteht das Charakteristische dieser Krise? Sie spiegelt den ungeheuren Widerspruch wider zwischen Produktionskapazität und Aufnahmefähigkeit des Marktes. Bestand dieser Widerspruch auch schon vor dem Weltkriege, und war dieser selbst ein wenn auch mißglückter Versuch zur Behebung des Widerspruchs, so sind nach dem Kriege der Produktionsapparat und die Produktionsfähigkeit in einem Umfang und einem Tempo gewachsen, daß die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes dieses Wachstum nicht kompensieren konnte. Im Gegenteil, die kapitalistische Entfaltung der Produktivkräfte in den Kolonien und halbkolonialen Ländern tat noch ein übriges, den Weltmarkt einzuengen. Es fehlt somit dem Kapital sowohl an Absatzmärkten wie Gelegenheiten zu erfolgversprechenden Anlagen.

Im Gegensatz zu den Vorkriegskrisen, die abwechselnd durch länger andauernde, oft stürmische Perioden der Hochkonjunktur abgelöst wurden, stellt die heutige Krise eine Dauererscheinung dar, höchstens unterbrochen durch unerhebliche und kurzfristige Aufstiege. Was ihr aber noch ein besonderes Merkmal aufdrückt, das ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, die sie selbst in Zeiten sich bessernder Konjunktur begleitet.

Die Ursachen dieser Veränderungen liegen in dem rapiden Tempo, in dem sich die monopolistische Zusammenballung des Kapitals vollzieht, die in den Trusts, als der höchstentwickelten Kapitalform, ihren sichtbaren Ausdruck findet. Das Monopolkapital, das durch Enteignung der Kleinbauern, Handwerker und Kleinhändler sich die unbestrittene Herrschaft auf dem Markte unter Ausschluß jeder Konkurrenz erobern konnte, entledigte sich auch noch anderer unbehaglicher Spannungen durch die Methoden einer rücksichtslosen Rationalisierung und damit Brachlegung eines Teiles seiner toten und lebendigen Produktivkräfte. Durch solche Zentralisation seiner Kräfte steigerte es gewaltig seinen politischen Einfluß und brachte die Staatsmacht mehr und mehr in enge und feste Abhängigkeit von sich.

Charakteristisch ist ferner, daß in allen kapitalistischen Ländern das Trustkapital die gleichen Mittel anwendet, um der durch es selbst hervorgerufenen Krise Herr zu werden: Lohnabbau und die Errichtung neuer und die Erhöhung alter Zollmauern. Der deutsche Kapitalismus hat über diese allgemeinen Schwierigkeiten hinaus noch seine besonderen zu überwinden, die ihm aus dem verlorenen Weltkrieg erwachsen sind. Der Weg, den er in dieser Lage eingeschlagen hat, ist gekennzeichnet durch: Senkung der Löhne um durchschnittlich 10 Prozent, brutaler Abbau der Arbeiter, Angestellten und Beamten nebst erheblichen Gehaltskürzungen, Milliardenlasten für die werktätigen Schichten durch immer neue Massensteuern und höhere Agrarzölle, mehrfache Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung und gleiches Vorgehen bei der Krankenversicherung, Drosselung der Gemeindefinanzen, Vernichtung der meisten sozialen und kulturellen Errungenschaften, die sich die Arbeiterschaft in schweren Kämpfen erobert hatte.

Die gleichen wirtschaftlichen Ursachen erzeugten auch die wesensgleichen politischen Auswirkungen. Es wachsen die kriegerischen Tendenzen; denn das Monopolkapital sucht seine ökonomischen Schwierigkeiten wie 1914 mit dem Schwert zu lösen, d. h. sich Absatzmärkte und Raum für Kapitalanlagen zu erobern. Schon lösen sich die nach dem Versailler Vertrag gebildeten Mächtegruppen auf und bringen neue Militärbündnisse zuwege. Allenthalben wird fieberhaft gerüstet, technische und finanzielle Kriegsvorbereitungen werden getroffen, und durch Presse, Rundfunk und Kino wird die notwendige Begleitmusik zur ideologischen Massenbeeinflussung gemacht. Ganz besonders ist das Augenmerk der Kapitalisten aller Länder auf die Eroberung des aufnahmefähigen russischen Marktes gerichtet, und aus den Hetzartikeln der Presse spürt man nur zu deutlich, daß eine Weltkoalition gegen die Sowjetunion das Ziel der vorläufig noch geheimen Wünsche ist.

Den außenpolitischen Auswirkungen entsprechen die innenpolitischen Maßnahmen des internationalen Trustkapitals. Bediente es sich nach dem Kriege demokratischer Redensarten und des bürgerlichen Parlamentarismus, so marschiert es heute überall in der Richtung auf den fascistischen Staat. Damals köderte es zur Verbreiterung seiner Herrschaftsbasis die enteigneten Kleinbürger und die empörte Arbeiterschaft mit Versprechungen und kleinen Zusicherungen, um sie von dem Einschwenken in den breiten Strom der proletarischen Revolution abzuhalten, heute sind ihm diese Unkosten an Besitzsteuern, Soziallasten, Arbeitslöhnen zu hoch und seine politischen Zugeständnisse zu unbequem; in seinen ausschlaggebenden Teilen strebt es zum Fascismus, als der bürgerlichen Herrschaftsform, die offen die Diktatur aufrichtet zur Niederhaltung der sich aus den gesellschaftlichen Widersprüchen herauskristallisierenden Enttäuschung der Kleinbürger und des erwachenden Widerstandes breiter Arbeiterschichten. Ein Blick nach Polen, Litauen und auf den Balkan beweist das

ebenso wie die Entwicklung der politischen Situation in Deutschland.

Hier wird das Kabinett Brüning ernannt, ohne daß es eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, eine offene Maßnahme der Präsidentendiktatur. Seine Niederlage gelegentlich der ersten Notverordnungen beantwortet es nicht mit seinem verfassungsmäßig gebotenen Rücktritt, sondern mit der Auflösung des Reichstags und der Wiederholung der abgelehnten Diktaturverordnungen, die wiederum keine rechtliche Grundlage in der Verfassung haben. Der neue Reichstag wird bei allen wichtigen Entscheidungen ausgeschaltet und ihm unter ständiger Drohung mit Artikel 48 nur das eine Recht zugestanden, dem Regierungsdiktat zuzustimmen. Die Notverordnungen wieder enthalten alle Kennzeichen, die eine weitere Zentralisierung der Kräfte und eine verstärkte Macht des Trustkapitals bedeuten: Generalpardon für die Drückeberger von Einkommen-, Vermögens- und Kapitalertragssteuern und für die ehrsame Zunft der Kapitalverschieber ins Ausland; Aufhebung der Kapitalertragssteuer und Senkung der Kapitalverkehrssteuern; Minderung der Grund- und Gewerbesteuer in den Gemeinden und Festsetzung einer Höchstgrenze; die Ausgleichung hiebei etwa entstehender Steuerausfälle durch Gemeindebier- und Negersteuern; Heraufsetzung der Grenze für die Vermögenssteuer auf 20 000 Mark, sowie Geschenke, die durch Steuervereinheitlichung und Riesensubventionen an Industrie und Agrariertum erfolgen. Im Gegensatz hiezu stehen die sich gleichbleibenden Sätze für die Lohnsteuer, die Mammutsteuern auf den Umsatz, die immer weiter ausgebauten Massensteuern.

Schritt für Schritt festigt das Monopolkapital seine wirtschaftlichen Positionen und baut es seine politischen Stellungen aus. Die demokratischen Formen zersplittern dabei wie Glas, die Verfassung zerfetzt wie altes Papier, der Reichstag wird zur wesenlosen Attrappe. Politische Entrechtung und ungeheuerliche wirtschaftliche Not aber sind das Ergebnis für die auf der Schattenseite des Lebens stehenden Massen. Die Saat, die auf dem Boden dieser Krise wächst, ist einesteils die Verzweiflungsstimmung, die Hunderttausende von enttäuschten Kleinbürgern und Arbeitern in die Arme des demagogischen Fascismus treibt, und anderenteils revolutionäre Energien, die einen anderen Ausweg aus diesen Zuständen suchen.

Regt sich was?

Im Juli 1919 hat Hindenburg in der „Kreuzzeitung" eine Erklärung veröffentlicht (und sie im November 1928 ausdrücklich bestätigt), in der er über die Flucht des Kaisers nach Holland sagt: „daß der Entschluß des Kaisers auf meinen und anderer Rat erst nach qualvollen Seelenkämpfen gefaßt und ausgeführt wurde, um die Fortsetzung des Krieges oder eines Bürgerkrieges zu vermeiden und dadurch dem Vaterlande Not und Elend zu ersparen".

Nun erklärt Major Anker, er habe aus Hindenburgs eigenem Munde gehört, der Kaiser sei anno 18 auf eigene Faust stiften gegangen, nicht aber auf Zureden des Feldmarschalls. Vielmehr sei an jenem ominösen 9. November im Hauptquartier von einer Abreise des Gottesgnädigen überhaupt nicht die Rede gewesen, und er, der Marschall, habe erst am anderen Morgen, als er wie gewöhnlich zum Vortrag antreten wollte, zu seiner Überraschung erfahren, daß der Liebling des Volkes schon fünf Stunden vorher eilends gen Holland entwichen war. Er, Hindenburg, habe die Erklärung im Juli 1919 nur aus Loyalität veröffentlicht, um die Verantwortung für die Flucht des Kaisers auf seine Schultern zu nehmen.

Peinlich für Hindenburg. Aber was kann er tun? Er schreibt nocheinmal an die „Kreuzzeitung", die Darstellung des Major Anker sei falsch, er habe niemals zu Anker gesagt, der Kaiser sei von alleine geflohen; die Flucht sei tatsächlich so vor sich gegangen, wie es in seiner Erklärung vom Juli 1919 dargestellt sei. Major Anker aber hält seine Behauptung aufrecht.

Wer kann entscheiden, wer recht hat? Nur einer. Vielleicht regt sich was im Doorn: der Ritterliche dort könnte nun für seinen Paladin auch einmal in die Bresche springen und gestehen, daß er auf eigene Faust und Rechnung desertiert ist. Damit von dem alten Herrn endlich das Odium dessen genommen wäre, der uns unseres Kaisers und gottgewollten Oberhaupts beraubt hat. Na? Mara Bu

---

Wenn ein Jude betrügt, so hat ihn unter neun Malen der Christ vielleicht siebenmal dazu genötigt.

Einem ehrlichen Manne ist es nicht genug, die Wahrheit entdeckt zu haben, er tritt auch offen an ihre Seite.

Lessing († 15. Febr. 1781)

Bewaffnete Neutralität?

Neutralität gestattet Abrüstung

Ludendorff tritt in seiner namentlich auf dem Lande vielgelesenen Broschüre „Weltkrieg droht" für die Neutralität Deutschlands in einem kommenden Kriege ein. Trotzdem ist er für Aufrüstung, nicht für Abrüstung. Denn nur ein militärisch starkes, wohlgerüstetes Land, sagen er und seine Anhänger, sei imstande, bei einer kriegerischen Auseinandersetzung der Nachbarn seine Neutralität aufrechtzuerhalten.

Als Hauptbeispiel zur Illustration dieses Satzes wird gewöhnlich die Schweiz angeführt. Nur ihrem ausgezeichneten Heer habe es die Schweiz zu verdanken, daß im Jahr 1914 und während des ganzen letzten Krieges ihre Grenze weder von den Deutschen noch von den Franzosen verletzt worden sei.

Demgegenüber weist nun ein großes ostschweizerisches Blatt, die St. Gallener „Volksstimme", nachdrücklich darauf hin (Nr. 38), der schweizerische General Wille selber habe zugegeben, daß im Falle eines feindlichen Einbruchs im Jahr 1914 der schweizerische Grenzschutz versagt hätte. Wenn während des weiteren Kriegsverlaufs ein deutscher Durchbruch versucht worden wäre (es soll einmal beinahe soweit gekommen sein, wie Ludendorff vielleicht wissen wird), so wäre das ganze schweizerische Mittelland bis zum Voralpengebiet geräumt und dem Feinde preisgegeben worden. Generalstabschef von Sprecher habe das, schreibt die „Volksstimme", auf eine Anfrage des Schweizer Sozialdemokraten Herman Greulich im Nationalrat ausdrücklich bestätigt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß auch im Falle eines italienischen Durchbruchversuchs bei einem italienisch-französischen Krieg das Gebiet bis zum Gotthard (Tessin, Wallis, Waadt) kampflos geräumt werden würde.

Daraus ist zu schließen, daß „bewaffnete Neutralität" kein Schutz in einem heutigen Kriege ist, ja daß die Gefahr, Kriegsschauplatz und besetztes Gebiet zu werden, in diesem Fall eher größer ist als bei unbewaffneter. Wenn die Schweiz heute angesichts der internationalen Spannungen um sie herum ihre Rüstung vergrößern und modernisieren zu sollen glaubt, so ist sie auf dem Holzweg. Und ebenso Deutschland.

Nicht ihrer Armee hat es die Schweiz zuzuschreiben, daß im vergangenen Krieg ihre Neutralität respektiert worden ist, sondern einem moralischen Faktor: weder Deutschland noch Frankreich wollten es riskieren, den sozusagen von der ganzen Welt garantierten Frieden der Schweiz anzutasten. Es gibt doch schon so etwas wie ein Weltgewissen, das in solchen Fällen reagiert. Hat nicht Deutschland heute noch darunter zu leiden, daß es damals die belgische Neutralität, die bei weitem nicht so heilig und so sicher war wie die schweizerische, gebrochen hat?

Strikte Neutralität verlangt und gestattet strikte Abrüstung. Dänemark hat das eingesehen und befindet sich wohl dabei. Deutschland, gerade Deutschland, sollte diesem Beispiel folgen.

Rauschnabel

Förster propagiert Rüstung

Professor Förster, der (mit Fug und Recht) Deutschlands Abrüstung und Pazifizierung fordert, hat schon vor Jahren den Polen zugerufen: „Rüstet nicht ab, sondern rüstet auf!" Nun hat er der Schweiz einen ähnlichen Rat gegeben („Die Zeit", Nr. 23, 1930). Das Blatt der schweizerischen Militaristen und Militärs, der Berner „Bund", nimmt mit Freuden Kenntnis von Försters militaristischer Propaganda und tischt seinen Lesern hochbeglückt das Fazit des professoralen Artikels „Soll die Schweiz abrüsten?" auf: daß die Abrüstung falsch und verhängnisvoll wäre und daß die Schweiz im Interesse des Friedens ein starkes, aufs modernste ausgerüstetes Heer haben müsse.

„Je weniger die Schweiz ihre Fronten in Abwehrzustand setzt" — schreibt Förster — „desto leichter wird einer der Kriegführenden daraus einen Vorwand nehmen, seinerseits die Schweiz zu okkupieren ... Daher würde auch ein Vorgehen der Schweiz im Sinne des Beispiels vollständiger Abrüstung nicht nur keine Nachfolge finden, sondern sogar die Nachbarn zu vermehrter Rüstung aufpeitschen." Abrüstung für andere ein Ansporn zur Aufrüstung: sollte da Herr Förster etwa die außerordentlich eifrig betriebene Aufrüstung der Franzosen und den hundertprozentigen Ausbau ihrer Ostbefestigungen als Folge der deutschen (zwar nicht im vorgeschriebenen Maß und, soweit es geschehen ist, sehr unwillig durchgeführten, trotzdem und trotz allem Aufrüstungswillen aber doch recht weitgehenden) Abrüstung erklären wollen?

Warum rät der große Pazifist, wie es die Pflicht jedes Pazifisten ist, Deutschland unermüdlich die Abrüstung an — und rät sie nicht den Franzosen, und rät den Polen und den Schweizern zur Beibehaltung des Heers, ja, zur Aufrüstung? Vermutlich stecken dahinter zwei Absichten: Erstens will Förster verhindern, daß Deutschland etwa wiederum den Versuch macht, Europa zu unterwerfen und zu unterdrücken. Diese Absicht sei gepriesen — obgleich Försters Taktik und Methode nicht begrüßt werden kann. Zweitens ist Förster ein wütender Antibolschewist. Er, der die Bolschewisten mit wilden Hunden vergleicht, ist auf Gedeih und Verderb an das Ideal des bürgerlich-kapitalistischen pseudodemokratischen Friedenszustands gebunden. Daher erscheint ihm jedes Mittel recht, das angetan sein könnte, diesen Zustand zu sichern — auch das militaristische. Für Polen kommt für ihn hinzu, daß dieser Staat natürlich beim Abwehr- und beim Angriffskampf gegen Rußland eine bedeutende Rolle haben wird: Polen muß also für diesen Pazifisten militärisch stark sein. Und Deutschland, in dem es unstoppbar gärt, in dem Reichswehrkreise zu Sowjetkreisen gewisse Beziehungen unterhalten, käme unter gewissen Umständen als Bundesgenosse der USSR. in Frage — sei es vor oder nach dem deutschen Umsturz —: ein triftiger Grund mehr, seine Abrüstung zu wünschen.

Ix

Man sollte ein großes Reich mit ebensoviel Einfachheit regieren wie man einen kleinen Fisch kocht.

Laotse

Die Überschrift

„Um weitere Hunderttausende von Frauen für die Industriearbeit zu gewinnen, hat die Sowjetmacht gemeinsam mit den Gewerkschaften und anderen öffentlichen Organisationen zunächst die Absicht, die Frau von der Arbeit im Haushalt zu befreien und den Kindern für die Zeit, da die Mutter von ihrem Beruf in Anspruch genommen ist, sorgfältige Pflege und Aufsicht zu sichern.

Zu diesem Zweck soll vor allem eine enorme Anzahl neuer Kinderkrippen eröffnet werden; daneben soll das Netz der öffentlichen Speisehallen, Waschanstalten und der verschiedenen anderen Einrichtungen, die die Hausfrauenarbeit ersetzen, erheblich ausgebaut werden. Während in den Kinderkrippen in der gesamten Sowjetunion im Jahre 1930 71 000 Kinder Aufnahme finden konnten, werden die Kinderkrippen in diesem Jahre bereits 170 000 Kinder aufnehmen können; ihr Budget wird sich demgemäß von 27 Millionen bis auf 83 Millionen Rubel erhöhen. Gleichzeitig wird die Zahl der Kindergärten und Spielplätze so weit vermehrt werden, daß 3 Millionen Kinder dort Aufnahme finden werden (468 000 Kinder im verflossenen Jahre)."

Diese Meldung stammt aus der „Germania". Und was für einen Titel hat das fromme Blatt darübergesetzt? Nun: „Die Zerstörung der russischen Familie."

Die Faschingsnummer

hat uns diesmal große Schwierigkeiten gemacht. Denn etwas so Verrücktes wie die nationalsozialistische Presse auch noch überbietend zu verulken, ist nicht ganz einfach. Eine Erleichterung war es, daß wir manches wörtlich oder fast wörtlich aus nationalsozialistischen Zeitungen übernehmen konnten; es paßte ohne weiteres in eine Faschingsnummer. Echt sind z. B. die Abschnitte aus dem Roman „Michael" von Joseph Goebbels. Echt ist das Zitat aus Heft 10 der „Nationalsozialistischen Monatshefte" in dem Artikel „Neues Wirtschaftsdenken" (wo von den „artverwandten standortbedingten arbeitsteiligen Raumwirtschaften" die Rede ist). Der Versammlungsbericht („Aus unserem Arbeitsfeld") ist, abgesehen von den drei letzten Sätzen, wörtlich einem Bericht des „N.-S.-Kuriers" über eine Versammlung in Balingen entnommen. „Schon am frühen Nachmittag sah man die betrunkenen Gestalten des Untermenschentums durch die Straßen ziehen" — erfinden Sie das mal! Die Nachricht, daß die Russen, um Devisen hereinzubekommen, Leichen ausführen, war ebenfalls in nationalsozialistischen Zeitungen zu finden.

Dagegen ist die Geschichte von dem Kalb mit den zwei Köpfen ... wie? also das Verbrechen der schurkischen Hebamme an Hitler ist, wie der übrige Inhalt der Nummer, von der Redaktion aus dem hohlen Bauch gesogen worden.

Zwischen Weiss und Rot

Von Edwin Erich Dwinger

Die folgenden Abschnitte sind den Buche „Zwischen Weiß und Rot" von Edwin Erich Dwinger entnommen (Verlag Eugen Diederichs, Jena; Preis geb. 7,80 Mark). Dwinger ist aus einem Gefangenenlager in Sibirien entflohen, hat versucht, nach Deutschland zu gelangen, und ist nach abenteuerlichen Schicksalen in die Armee Koltschaks, des Führers der weißen Armee in Sibirien, eingetreten. Er hat dann den Vormarsch Koltschaks bis zum Ural und nach dem Sieg der Bolschewiken den Rückzug nach Sibirien mitgemacht. In seinem Buch schildert er seine Erlebnisse im russischen Bürgerkrieg, in dem Krieg zwischen Weiß und Rot, der vielleicht der grausamste Krieg der Weltgeschichte gewesen ist, von dem die Europäer fast nichts wissen und von dem sie doch so viel wissen sollten; den wie 1919—1922 kann auch 193... wieder um russisches Öl, Platin, Silber und Erz gekämpft werden. Und deshalb ist das Buch, obwohl die politische Stellung des Verfassers sehr unentschieden ist (er schwankt offenbar auch heute noch zwischen Weiß und Rot), zu empfehlen.

Die Red.

... Mittags kam Lückner mit sichtlicher Erregung aus der Stadt. „Die weiße Offensive hat eingesetzt!" rief er. „Ufa ist bereits genommen, überall geht es siegreich vorwärts. General Kappell hätte fast Trotzkis Zug erwischt ... Sie werden sehen, in vier Wochen ist die ganze Geschichte vorüber, ist die rote Herrschaft vergessen! Übrigens sind die Weißen, solange sie siegen, kulant und milde."

„Glauben Sie wirklich, daß es so rasch geht?" fragte ich zögernd.

„Sicherlich! Was wollen die Roten machen? Koltschak ist ein großer Führer, ein neuer Napoleon, sagen seine Offiziere. Zudem helfen ihm die Alliierten, sind überall ausländische Truppen gelandet — Engländer, Franzosen, Amerikaner, Japaner ... Nein, wirklich, die ganze Welt steht hinter ihm, um diese Bolschewiki zu vernichten! Und wenn Sie die Karte ansehen ..."

Er nahm einen Atlas heraus, schlug mir Allrußland auf. „Sehen Sie, hier im Osten steht Koltschak. Ganz Sibirien einschließlich des Urals gehört ihm. Im Süden steht General Denikin, den ganzen Süden, das reichste Gebiet Rußlands, beherrscht er mit den Donkosaken und seiner Freiwilligenarmee. Im Norden wieder steht General Miller, um von dort aus auf Moskau zu marschieren, eine starke englische Okkupationsarmee unterstützt ihn. Im Westen endlich, in gerader Richtung auf Petrograd, steht Judenitsch, der große Zarengeneral, gleichfalls von Tanks und ausländischen Truppen unterstützt. Ein fester Ring, völlig geschlossen und unzerreißbar ... Nun? Geben Sie es zu?"

Ich gebe es zu. Es scheint unmöglich, diesen Ring jemals zu sprengen. „Ich hätte nie geglaubt, daß es für die Bolschewiki so schlecht aussieht", sagte ich.

◆

Man spricht davon, daß die Roten mancherlei Neuerungen in ihre Kampfesweise aufgenommen hätten. Es gibt zum Beispiel dem gewöhnlichen gefangenen Soldaten gegenüber keinerlei Grausamkeiten mehr. Jeder Gefangene wird sachgemäß entwaffnet, mit gutem Lachen nach Haus geschickt, zu Frau und Hof und Feld. Das ist schlimm ...

Als sie keinerlei Gefangene machten, jeder unserer Soldaten wußte, daß Gefangenschaft einem grauenvollen Martertod gleich war, kämpften sie löwenhaft. Die Folge dieser Neuerung wird sein, daß jeder ans Überlaufen denkt. Wozu noch kämpfen, wenn wir nach der Gefangennahme gleich in unsere Heimat, zu Frau und Kindern gehen können? werden sie sagen. Und sich der kleinsten Übermacht gefangengeben ... Ich fürchte sehr, daß diese neue Taktik unsere Truppen mehr dezimieren wird als die schwersten Stürme.

Bei den Offizieren ist natürlich alles beim alten geblieben. Sie werden erschossen, gemartert, geschlachtet — wo man sie findet.

◆

Man hat ein Chinesenregiment gefangen. Ein ganzes Regiment von tausend Mann nebst seinen Kommissaren. Die Kommissare wurden nachmittags zu Tode geprügelt, die Chinesen führte man gegen Abend in eine Talsenkung, umstellte sie links und rechts mit einer Kosakensotnja, baute zwei leichte Maschinengewehre vor ihnen auf.

„Jetzt geht's los!" sagte Petroff zynisch. „Fort mit Schaden ..." Er quetschte es durch die Zähne und machte gierige Augen.

Die Chinesen, in guten Uniformen, standen in zwei Gliedern. Ruhig, in langen Linien, die sich kaum bewegten. Einige setzten sich auf die Erde, gleichgültig, als ob sie sich zum Plaudern niedersetzten; die meisten blieben aufrecht stehen. Ihre Gesichter veränderten den Ausdruck nicht, ihre gelbe, fettige Haut war nicht mehr über ihre eckigen Backenknochen gespannt als sonst, ihre schwarzen Wieselaugen, kleinen Jetkugeln gleichend, glänzten wie immer. Mir war es, als hätte ich noch niemals Menschen sich gleichgültiger zum Sterben richten sehen.

Ein Offizier kommandierte etwas, beim dritten Wort, das schrill durch den Abend schnitt, setzten die Maschinengewehre ein. „Taktaktak ... taktaktaktak ... taktaktaktaktak ..." Die Reihen fielen von der Mitte aus nach rechts und links — als ob sie alle aneinandergebunden wären und einer den andern mitrisse, sah es aus. In wenigen Sekunden verwandelte sich alles in ein wirres Knäuel, aus dem Arme und Beine in die Luft schlugen. Jetzt standen noch zehn, jetzt nur noch sechs, jetzt drei — jetzt keiner mehr.

Im Augenblick des Verstummens des Gewehrgeknatters vernahmen wir, daß dieses Knäuel von Menschen doch nicht lautlos starb. Ein tausendfaches Stöhnen kam aus der Hekatombe verstürzter Leiber — gleichsam das Stöhnen eines einzigen, aber in einer Lautstärke, in einer tierischen Intensität, wie es noch niemand von uns gehört hatte.

Ein Kosakentrompeter blies zur Attacke. Langsam setzten sich die Sotnjen in Bewegung, senkten die Lanzen zum „Stich zur Erde", fielen in einen schwerfälligen Galopp, brausten klirrend in das verfilzte Knäuel hinein.

◆

Bei der Umfassung an der Bjelaja fingen wir zwanzig Internationalisten. Vereniki kam zu mir und sagte, daß ein paar Deutsche unter ihnen seien. „Wenn du mit ihnen sprechen willst? Sie werden heute noch abgetan ..."

Ich blicke von einem zum andern. „Wo sind Sie her?" frage ich einen kleinen, stämmigen Menschen. „Aus Hamburg", sagt er. „Schauermann ..." „Und warum bliebt ihr nicht im Lager? Warum tratet ihr in die rote Armee ein?" „Mein Gott ..." Er schweigt etwas. „Nun", sagt er dann, „Sie wissen vielleicht nicht, was wir erlebten. In den Gefangenenlagern ... Was man erdulden mußte vom zaristischen Regime, von den weißen Offizieren, von tschechischen Legionären. Und als die Bolschewiken kamen — Brot, Frieden, Freiheit — auch für uns, für uns vergessene Gefangene ..."

„Wissen Sie nicht, was mit uns geschieht?" fragt der Kleine. Er drängt an mich heran, seine Stimme zittert.

„Nein", sage ich. „Aber ihr müßt euch auf das Schlimmste gefaßt machen! Denn ihr habt als Kriegsgefangene die Waffen erhoben ..."

Ich kann plötzlich ihre Augen nicht mehr sehen, ihre großen, fragenden, angstgeweiteten Augen. Sind es nicht Kameraden? Standen sie nicht einst an unserer Front mit mir in einer Linie? Ich breche ab, laufe jählings hinaus ... Nein, ich bin kein Pfarrer, der sie vorm letzten Gange trösten könnte.

Die neue Enzyklika

Die Neujahrsenzyklika des Papstes Pius XI. ist eine umfangreiche Doktorarbeit über göttliches und weltliches Recht, sorgfältig mit Zitaten und Fußnoten gespickt. Sie beruft sich auf frühere Rundschreiben des regierenden Papstes, auf Enzykliken Leos XIII., auf Pius VI. (1775—1800), auf das Tridentiner Konzil (um 1545), auf Thomas von Aquin, auf Augustinus, auf die Evangelisten, auf Paulus und die Genesis.

Was das Hauptthema der Enzyklika, die Ehe, betrifft, so geht Pius von der augustinischen Definition aus, die als wesentliche Merkmale dieses Instituts Nachkommenschaft, Treue und sakramentalen Charakter nennt. Infolgedessen werden die Unlösbarkeit der Ehe und die Pflichten hundertprozentiger sexueller Treue und der Kinderzeugung rigoros statuiert. Als Begründung für die starren Forderungen genügt dem Oberhirten im Grunde die Theorie, daß ein Gott die Ehe gestiftet habe und daß sie ihrer Natur nach eine göttliche Institution sei, nicht eine weltliche. Indessen läßt sich der Papst doch herbei, mit den ihm zu Gebote stehenden Vernunftsgründen nachzuweisen, daß das göttliche Gebot klüger sei als die Forderungen der „Verwegenen", die Verhütungsmittel, Indikationen und Ehescheidungsmöglichkeiten fordern. Er verficht die Abhängigkeit der Frau, die eheliche Keuschheit, den Gebärzwang, die Zwangsehe, die Erziehung der Jugend durch die Eltern (die in den seltensten Fällen berufene Erzieher sind).

Wenn ein Papst nach der Wahl den Namen Pius annimmt, darf man vermuten, daß er ein aktiver, streitbarer Diener (oder Beherrscher) der Kirche sein will. Der jetzige Pius hat schon einige Male gezeigt, daß auch er gewillt ist, die Macht der Kirche auszubauen, ihre Position zu stärken. Er darf sich das umso eher zumuten, als er ja bereits einen großen diplomatischen Erfolg: die Wiederherstellung des Kirchenstaats, errungen hat.

Die Enzyklika vom Januar 1931 bemüht sich denn auch aufs deutlichste, den Primat der Kirche über den Staat zu verkünden. Das menschliche Recht ist unbedeutend gegenüber dem göttlichen; die Familie steht höher als der Staat. Die Enzyklika ist eine politische Verlautbarung, die den Versuch macht, die Gesetzgebung der Staaten zu beeinflussen. Sie lehnt es ab, die Begründung der Ehe durch den bürgerlichen Akt ihrer Schließung zu anerkennen; sie gesteht der bürgerlichen Gesellschaft nicht das Recht zu, aus Gründen des Gemeinwohls die Ehescheidung zu gestatten und zu regeln; sie streitet dem Staat das Recht ab, über die Freigabe der Abtreibung zu entscheiden. Natürlich ist nie so offen gegen diese Rechte des Staats Stellung genommen. Es wird nur von „Gegnern", den „Feinden des Sakraments", den „Verwegenen" geredet, die solche verdammten Absichten verfechten. Die Wirkung — die bei der Abfassung des Erlasses gewiß nicht außer acht gelassen wurde — ist: Aufputschung der Gläubigen, darunter auch der katholischen Politiker und Abgeordneten, gegen die Auffassung, daß der Staat sein Recht selbst schaffen kann.

Wenn die Komintern in Moskau einen Erlaß an die Kommunisten der Welt richtet, schreit das gesamte Bürgertum Zeter, weil diese von der Sowjetregierung mindestens organisatorisch getrennte Zentrale nur ein Werkzeug der russischen Regierung sei. Wenn aber der weltliche Souverän des Kirchenstaats sein geistliches Oberhirtenamt dazu benutzt, die Gläubigen in aller Welt in bestimmtem Sinn politisch zu beeinflussen, schweigt das selbe Bürgertum ergebenst und nimmt die Worte des Stellvertreters Gottes devot entgegen.

Karl Fehr

Die „Germania", das Organ der deutschen Katholiken, fügt der Meldung, der kommunistische Abgeordnete Pieck sei gegenwärtig in Moskau, folgenden Kommentar hinzu: „Ist es eine übertriebene Empfindlichkeit, wenn wir in diesem fortgesetzten Dekretieren und Regieren des Kreml über deutsche Staatsbürger einen Eingriff in unsere inneren deutschen Verhältnisse sehen? Die Staatsbürger keines westeuropäischen Landes können mit ähnlicher Ungeniertheit und Freizügigkeit mit den Sowjetmachthabern verkehren, wie die

---

Gottlob hat man schon lange verlernt, Kirchensynoden zu fragen, was christliche Gewissenspflicht sei. Man kann nachträglich wohl umgekehrt am besten erfahren, was Christentum sei, wenn man das Gegenteil von dem, was sie dafür erklären, für die Wahrheit hält.

Leonhard Ragaz

Pfarrer Eckert

Der badische Kirchenpräsident läßt durch die Presse folgende Meldung verbreiten:

„Der Oberkirchenrat hat von dem durch die Art seines Auftretens allenthalben bekannten Pfarrer Eckert eine Zusammenstellung der von ihm abzuhaltenden politischen Versammlungen verlangt, um über den Geistlichen in ausreichender Weise die Dienstaufsicht ausüben zu können. Pfarrer Eckert ist der Anordnung nicht nachgekommen. Es wurde daher gegen ihn ein allgemeines Verbot, als Redner in politischen Versammlungen aufzutreten, ausgesprochen. Als Pfarrer Eckert auch hiergegen Front machte, hat der Oberkirchenrat unterm 4. ds. Mts. von Amts wegen das Dienststrafverfahren gegen ihn eröffnet. Pfarrer Eckert hat es nun aber noch für nötig gefunden, einen amtlichen Bericht, in welchem er völlig unsachliche und für die Kirchenbehörde beleidigende Ausführungen machte, in der Presse zu veröffentlichen. Da in diesem Verhalten des Pfarrers Eckert Gefahr für das Wohl der Kirche liegt, sah sich der Oberkirchenrat unterm 6. Februar ds. Js. genötigt, Pfarrer Eckert mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes zu entheben. Es wird nunmehr der Spruch des Dienstgerichts abzuwarten sein."

Mit einem Disziplinarverfahren pflegt man im allgemeinen nur gegen solche Beamte vorzugehen, die schwere moralische Verfehlungen begangen haben. In gleichem Maße wie durch ein solches Delikt wird das Ansehen der Kirche offenbar auch geschädigt, wenn ein Pfarrer sich zum Sozialismus und Pazifismus bekennt. Eine „Gefahr für das Wohl der Kirche" ist es, wenn ein Pfarrer seinem Gewissen folgt, öffentlich seine Gesinnung bekennt und für seine Überzeugung eintritt.

Die hohen Herren in Karlsruhe haben also noch immer nicht gelernt, daß die Kirche, wenn sie weiterleben, und nicht nur, wie jetzt, weitervegetieren will, aus der Volksfremdheit und antisozialen Gesinnung aufwachen muß. Den Staatschristen und ihren Führern gelten die Ragaz, Hartmann, Roland-Holst, Eckert usw. nicht als Vorkämpfer einer Bewegung, durch die allein das Proletariat für Kirche und Religion interessiert werden könnte (wahrscheinlich freilich ist es dazu längst zu spät) — nein, ihnen sind diese wahren Christen Verräter an der (wie sie meinen) guten Sache.

In diesem Gegensatz lebt der Zwiespalt Luther-Münzer weiter. Luther, der sich zum Adel stellte und die Bauern, die er erst zum Kampf gegen ihre Unterdrücker ermuntert hatte, verriet. Münzer, den sein Gewissen trieb, mit den Bauern und für die Bauern zu kämpfen und unterzugehen. Die Rolle des Adels spielt heute der Kapitalismus, die der Bauern das Proletariat, das aber nicht untergehen wird.

Richard Faber

Wenn man mir vom christlichen Staat spricht, so möchte ich die Gewalthaber fragen: Wenn man euch einen Backenstreich gibt, haltet ihr die andere Wange hin? Liebt ihr eure Feinde, oder schlagt ihr sie nicht vielmehr tot? Setzt ihr euren Vorteil dem eurer Nächsten (der benachbarten Völker) nach? Erlaubt ihr nicht dem reichen Gläubiger, den armen Schuldner auszupfänden, wenn er dessen Handschrift in Händen hat? Gebt ihr den Dürftigen oder fordert ihr nicht vielmehr Steuern von ihnen? Wenn ihr nun als Staat gerade das Gegenteil von dem tut, was das Christentum fordert, wie könnt ihr von einem christlichen Staate sprechen?

Grillparzer

Hinausgeworfen

Die Evangelische Kirchenpflege Stuttgart hat kürzlich dem Leiter der anthroposofisch orientierten „Christengemeinde" Pfarrer Dr. Rittelmeyer einen Brief folgenden Inhalts geschickt: „Im Jahre 1926 hat der Steuerausschuß der Gesamtkirchengemeinde Stuttgart beschlossen, Sie nicht mehr zu besteuern, sondern als aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden zu betrachten. Da seinerzeit eine Mitteilung an Sie unterblieben ist, so holen wir dies hiermit nach."

Tatsache und Form dieses Ausschlusses setzen einigermaßen in Erstaunen. Man hat noch nie gehört, daß die evangelische Kirche von sich aus jemand ausgeschlossen hätte. Sie hält Gläubige und Ungläubige, Gerechte und Ungerechte gleich fest in ihren Armen, ja sie macht neuerdings mancherorts solchen Leuten, von denen es einwandfrei feststeht, daß sie nichts mehr mit ihr gemein haben, den Austritt schwer, indem sie die Vorschriften für den Austritt verschärft. Will sie diese Taktik ändern und endlich alle die aus ihren Reihen entfernen, die nicht mehr völlig im Einklang mit ihren Lehren stehen? Dann dürfte sie nicht nur gegen Angehörige der „Christengemeinschaft" vorgehen, die es der freien Entscheidung ihrer Mitglieder überläßt, ob sie weiter in der Landeskirche bleiben wollen oder nicht; sie dürfte vor allem nicht gerade bei solchen lebendigen Gruppen und Personen beginnen, die ernsthaft nach „religiöser Erneuerung" trachten, sondern müßte zuerst mal bei jenen Elementen anfangen, die weder aus Glauben noch aus Religiosität, sondern nur dem Gesetz der Trägheit oder geschäftlichen Erwägungen zufolge noch in der Kirche sind. Das tut sie natürlich nicht; ihre Reihen würden sich zu sehr lichten.

Um die Todesstrafe

In der New-Yorker Zeitschrift „Current History" hat Lewis A. Lawes, der Direktor des Sing-Sing-Gefängnisses, einen Aufsatz über die Frage veröffentlicht, ob die Todesstrafe abschreckend wirke. Er verneint diese Frage glattweg und weist auf drei Tatsachen hin: erstens sei in den acht Staaten von U.S.A., die die Todesstrafe abgeschafft haben, die Anzahl der Morde und Totschläge nicht nennenswert gestiegen; zweitens habe es in den 40 Staaten, in denen die Todesstrafe beibehalten wurde, kein spürbares Abnehmen der Mordfälle gegeben, und drittens sei weder auf das Fällen von Todesurteilen noch auf Hinrichtungen hin eine Verminderung der Mordtaten erfolgt.

Natürlich birgt diese Methode, die rohen Zahlen der Mordziffern mit denen der Verurteilungen bzw. Hinrichtungen zu vergleichen und sie kurzerhand in Beziehung zu bringen mit der Einführung oder Abschaffung der Todesstrafe, allerhand Fehlerquellen. Aber so viel geht einwandfrei aus dem gebotenen Material hervor: es besteht zwischen den Staaten mit und ohne Todesstrafe kein offensichtlicher Unterschied in der Häufigkeit der Mordfälle und Totschläge. Ihr Auf und Ab wird eben mehr durch die sozialen Gegebenheiten bedingt als durch das herrschende System der Strafandrohung; in gewissen Situationen ist selbst die Aussicht auf die härteste Strafe kein entscheidender Hinderungsgrund. Not und Verkümmerung sind die beste Vorbedingung für Beseitigung von Hemmungen; die Gesellschaft, die den Verbrecher unter Anklage stellt, klagt sich deshalb mit ihm selbst an. Sie handelt unanständig, wenn sie auf die von ihr mehr oder weniger mitverschuldeten Verirrungen mit einem Bestrafungssystem antwortet, das in dem Bedürfnis nach Rache seinen Ursprung hat.

Es stünde ihr besser an, auf Entgleisungen durch soziale Hilfe und den Arzt zu antworten. Wenn sie den Verbrecher aufrichtet, statt ihn auszustoßen und für sein ganzes weiteres Leben zu zeichnen, richtet sie sich selber auf. Sie hat kein Recht, auf Verbrechen mit Verbrechen zu antworten. Die heutige Freiheitsberaubung aber ist ein Verbrechen, weil sie immer noch zu einseitig unter dem Gesichtspunkt der Bestrafung vor sich geht, und weil sie die Rückkehr ins geordnete Leben vielfach vollends unmöglich macht: das Vorbestraftsein ist sehr oft schlimmer als die Strafe selbst. Und die Todesstrafe ist ein Verbrechen, weil mit ihr unter Berufung auf eine fragwürdige Gerechtigkeit genau das vollzogen wird, was auf der andern Seite im Banne abnormer Hemmungslosigkeit geschieht. Die einzige einigermaßen angängige Ausrede für sie ist eben die, daß sie abschreckend wirke, und diese Annahme ist falsch.

Kurt Epple

Es ist unmöglich, der Justiz unrecht zu tun. Karl Kraus

Mord und Todesstrafe sind nicht Gegensätze, die einander aufheben, sondern Ebenbilder, die ihre Art fortpflanzen.

Gefangenschaft ist ebensowenig gut zu machen, wie der Tod.

Den hingerichteten Verbrecher braucht man nicht zu ersetzen, aber ein hingerichtetes soziales System muß man ersetzen.

Bernard Shaw

Eine feine Nummer

Die Volksrechtspartei hat in der letzten Zeit (auch in Stuttgart) Versammlungen mit einem ehemaligen englischen Hauptmann namens Vivian Stranders veranstaltet, der Ehrenmitglied des deutschen „Stahlhelms" ist. Der Mann schimpft in seiner Rede fürchterlich auf Frankreich, auch ein wenig auf Pazifisten und Juden, Polacken und Tschechen. Den Krieg hat nach seiner Ansicht Frankreich vom Zaun gebrochen.

Daß dieser Stranders so böse auf Frankreich ist, kommt nach dem „Andern Deutschland" daher, daß er wegen Spionage für Deutschland anderthalb Jahre in französischen Zuchthäusern zugebracht hat.

Im Quartier werfe ich mich auf den Ofen. Plötzlich höre ich Getrampel, dann Petroffs Stimme. „Nur ruhig Freundchen!" lacht er spöttisch. „Es ist gleich vorbei ..."

„Nicht in den Kopf!" schreit einer auf. Es sind deutsche Worte, es ist die Stimme des Kleinen aus Hamburg. „Nicht in den Kopf — bitte ... bitte ..."

Es knallt — dumpf, hölzern, berstend.

Ilja, der unter mir am Tisch irgendwelche lyrischen Gedichte liest, hat sich bei Petroffs erstem Wort die Finger in die Ohren gebohrt. Oh, er weiß Bescheid ... Seine dünnen Kinderlippen zucken, er sieht mich an wie ein gepeinigtes Tier. „Schon wieder, Fähnrich?" flüstert er zitternd.

Es knallt weiter — zweiundzanzigmal.

*

Zwanzig Werft hinter Irkutsk erreicht uns ein Offizier. Er liegt auf seinem Pferd wie ein Gemarterter. Seine Gesichtszüge sind unnatürlich verzerrt, seine Augen von panischem Entsetzen geweitet. „Koltschak ist tot!" schreit er. „Koltschak ist tot ..."

Die ganze Abteilung bleibt mit einem Schlag stehen. Niemand tut mehr einen Schritt, aller Augen sind gleichsam erstarrt. Nur die Pferde hängen die Köpfe herab, mit jedem dampfenden Atemzug tiefer. Man hört keinen Laut als ihr erschöpftes, rasselndes Schnaufen.

Ich drehe mich sofort nach Vereniki um. Er sitzt vornübergesackt auf seinem großen Hengst, eine gewaltige Fleischmasse, ohne jedes Leben.

Abends erfahren wir die Umstände seines Todes. An jenem Morgen, an dem wir Irkutsk stürmen wollten, um ihn aus dem Gefängnis zu befreien, hat man ihn und seinen Minister Pepeljaew durch eine kommunistische Vollstreckabteilung in den Hof geführt. Man sagt, daß er wie ein Sieger zwischen ihnen hergegangen, daß seine Lippen so fest geschlossen gewesen wie an dem Tag, an dem man ihn verriet.

Als man ihn an die Mauer stellte, hat er sich die letzte Zigarette angezündet und seine silberne Dose dem Rotgardisten geschenkt, der ihm den Platz anwies. Sein Gesicht ist wie aus Stein gemeißelt, der ganze Mensch unendlich ruhig gewesen.

Die Rotgardisten haben angelegt, ein Kommissar hat Feuer kommandiert. Aber nicht einer hat geschossen.

Plötzlich hat er die Zigarette fortgeworfen, den rechten Arm soldatisch aufgehoben, selbst das tödliche Kommando gegeben. „Feuer!" ist sein letztes Wort gewesen. Er ist im Knattern seiner eigenen Salve vornübergesunken. Wie ein Standbild, ohne einzuknicken, steil und gerade.

*

Jetzt bin ich fertig, jetzt ist nichts mehr übrig. Wird man erkennen, daß diese Tragödie für Jahrhunderte die Schande der Menschheit bleibt? Daß die Weltgeschichte durch diesen gigantischen Raubzug einen Flecken erhielt, der alle bisherigen übertrifft? Daß man ein Volk von hundertfünfzig Millionen ins Elend stürzte, nur um des Geldes willen, und keine Stimme seiner Sterbenden jemand ins Herz drang? Daß die Worte Petroleum, Platin, Silber, Gold, Erz den ungeheuren Chor einer Million Sterbender so übertönten, daß niemand auf der Welt ihn hörte?

Kirchliches Wurstschnappen

Während dem Volk der Brotkorb immer höher gehängt wird, führt die Kirche (wenigstens die von Mecklenburg) einen hartnäckigen Kampf um den ihr von altersher angeblich noch zustehenden Wurstbelag. Vor etwa 150 Jahren wurden nämlich die Hofbesitzer von Demen angehalten, der Kirche jährlich 130 Pfund Mettwurst zu liefern. Die Sache war seit langem eingeschlafen, aber plötzlich besann sich die notleidende Kirche auf ihr altes „Recht" und verlangte im Jahre des Heils 1928 energisch die ihr zustehende Wurst, auf die sie offenbar mehr Wert legt als die Hofbesitzer von Demen auf die von der Kirche gelieferte religiöse Erbauung: die erklärten nämlich, nachdem ihnen die Gier der Kirche nach erstklassiger Mettwurst zu dick wurde, daß sie aus der Kirche austreten. Zu verdenken ist ihnen das nicht, denn die Kirche hat gegen sie, nachdem sie den Schrei nach der Wurst mit dem Hinweis beantwortet hatten, daß das Gerechtsame überlebt und ungültig sei, einfach gerichtlich Klage angestrengt, und die säumigen Kirchenschafe wurden nach langem Hin und Her zur Lieferung der Wurst und zur Zahlung der recht klotzigen Prozeßkosten verdonnert.

Auf das hin lieferten sie schließlich zweimal der Kirche die begehrte Wurst. Aber offenbar war ihr Herz nicht bei der Sache, denn die Kirche, die nicht nur einen guten Magen, sondern auch einen feinen Gaumen hat, fand den Geschmack der Wurst weder landes- noch kirchenüblich und ließ sich vom Nahrungsmittelamt in Rostock bescheinigen, daß in der Wurst zu viel Rindfleisch vermanscht sei; die Wurst entspreche nur etwa der üblichen Schlachterwurst, wie sie für die Stadtbevölkerung geliefert werde. So was taugt natürlich nicht für pastorale Mägen und könnte höchstens hungrige Arbeitslose locken.

Die Kirche sorgte deshalb prompt für eine Neuauflage des Prozesses, in dem nicht nur über Kirchenrecht und ähnliche antiquierte Dinge, sondern auch über Geschmacksfragen gestritten wurde, wobei sich ergab, daß die Geschmäcker offenbar verschieden und die der Herren Pastoren hochentwickelt sind. Wahrscheinlich liegt der Kirche ein Geschmack aus früheren, fetteren Jahren auf der Zunge, und um den kämpft sie nun. Sie wird höchstwahrscheinlich siegen, und der Austritt wird den Hofbesitzern wohl nicht viel nützen, denn die Kirche verkündigt mit großer Genugtuung, daß die Lieferungspflicht auf dem Grundbesitz und nicht auf der Person der Besitzer ruhe. An die hält sie sich nun in echt christlichem Brudersinn und bedauert dabei nur, daß die Hofbesitzer von Demen so widerspenstig sind, heute, wo es, wie sie sagt, so notwendig wäre, daß Kirche und Grundbesitz gegen den andringenden Bolschewismus zusammenstehen. Sie sieht allem nach mit Grausen eine Zeit herannahen, in der die schönen Wurstlieferungen endgültig ein Ende haben. M.

Der Aberglaub', in dem wir aufgewachsen, verliert, auch wenn wir ihn erkennen, darum doch seine Macht nicht über uns. Es sind nicht alle frei, die ihrer Ketten spotten.

Der Aberglauben schlimmster ist, den seinen für den erträglicheren zu halten. Lessing († 15. Febr. 1781)

Literatur

Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern. Von Joseph Goebbels. Verlag Frz. Eher Nachf. G. m. b. H., München. Gebunden 6,50 Mark. — Im Feuilleton der Fastnachtsnummer ist einiges aus diesem greulichen Buch abgedruckt, das ein „Denkmal deutscher Inbrunst und Hingabe" sein will, und in welchem im Stil eines größenwahnsinnig gewordenen Commis „letzte Dinge" mit einer Plattheit serviert werden, die weniger „faustischen Drang" als ein bedenkenloses Mundwerk offbart. Daß ein Mann, der einen solchen Schmarrn kritiklos herausgibt, eine führende Rolle im „erwachenden" Deutschland bekleidet, ist mehr als traurig. „Wir müssen den Geist überwinden", meint Herr Goebbels unterm 23. November; nach diesem Machwerk kann er sich glatt zur Ruhe setzen: er hat ihn radikal überwunden. m

Heine-Lesebuch. Poesie und Prosa. Von H. Werneke. Verlag H. Werneke, Kehl (Baden). Zweite Auflage. Brosch. 2,50 Mark. — Eine reichhaltige Auswahl aus Heines Schriften, die verdient, volkstümlich zu werden. Sie macht diejenigen Seiten des heinischen Geistes lebendig, die gelüfteten Geistern angenehm und dienlich sein können, und läßt den anderen, den fragwürdigen, antifortschrittlichen, monarchistisch-patriotisch-reaktionären Heine, den es auch gegeben hat, erfreulicherweise fast ganz außer Betracht. B.

Stimmen aus dem Aether

Anläßlich seines neunten Krönungstages hat Papst Pius XI. durch seinen funkelnagelneuen Sender auch den Weg zu meinem Ohr gefunden. In seiner Botschaft an die ganze Welt versicherte er u. a. auch mir als Ungläubigem ausdrücklich, daß er täglich für mich bete. Ich lege darauf nicht gerade großen Wert, aber wenn es ihm Spaß macht, kann er es ja tun. Auch daß er zum Schluß seiner Ansprache den Apostolischen Segen spendete, war mehr, als ich für meine bescheidene Rundfunkgebühr erwarten konnte.

Überhaupt gab er sich ordentlich Mühe mit seinen Ermahnungen an Gläubige und Ungläubige, Hohe und Niedere, Reiche und Arme. Da ich nicht zu den Reichen gehöre, freute mich sein, allerdings in konzilianter Form ausgesprochenes „Wehe" über die Reichen; mich als Armen bat er, doch jederzeit der Armut Jesu eingedenk zu sein und im übrigen ja nicht den Erwerb von geistigen Gütern zu vernachlässigen. Offenbar ist darin die Mahnung enthalten, dem Rundfunk nicht das Abonnement zu kündigen, selbst wenn die Übertragungen aus dem Vatikan sich häufen sollten.

Stark berührte mich auch der Appell an den Untertanen in mir. Ich soll, meint der Papst, den Oberen gehorchen, nicht wie Menschen, sondern wie Gott, wissend, daß der, der sich der gesetzmäßigen Gewalt widersetzt, den Verordnungen Gottes zuwiderhandelt. Da ich Demokrat und Bürger der freiesten Republik der Welt bin, in der die Staatsgewalt laut Verfassung restlos vom Volke ausgeht, fand ich diese Ermahnung reichlich antiquiert. Ich bin nicht für Diktatur, auch wenn sie von Gott bzw. von Herrn Brüning verordnet ist, und meinen geistigen Reichtum, der dem Papst offenbar wirklich am Herzen liegt, möchte ich am liebsten bei den Stellen beziehen, die mir persönlich behagen. An Ansprachen Seiner Heiligkeit, so gut sie vielleicht gemeint sein mögen, ist mir nicht viel gelegen; dagegen wünschte ich z. B., daß ich mit meinem bescheidenen Apparat den teilweise auch deutsch sendenden Straßburger Sender höre; schon deshalb, weil er nicht ganz so langweilig und steril sein soll wie der von Mühlacker, den man mir vor die Nase bzw. vor das Ohr gesetzt hat, damit er all das übertöne, was ich international Verseuchter gerne hören möchte. Die angeblich von Gott verordnete, sicher aber vom Zentrum gelenkte Regierung läßt den Grenzen entlang Groß-Sender um Groß-Sender setzen, damit ich vor dem Reichtum geschützt bleibe, der über die Grenze strömen will; sie stürzt sich in einen kostspieligen Kampf, um im Interesse meiner geistigen Unterhaltung Frankreich, Polen, Rußland u. a. zu überschreien.

Daß ich nach Rußland hinhöre, sieht sie am ungernsten; es ist gefährlich den vom Papst gewünschten geistigen Reichtum aus dem bolschewistischen Reservoir zu schöpfen. Die „Germania" hält diese Übermittlung kommunistischer Ideen für eine üble Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse und verlangt, daß hier das Auswärtige Amt eingreife. Ihr ist vor allem in die Knochen gefahren, daß sich die deutschen Kommunisten planmäßig brauchbare Apparate für gemeinsames Abhören der russischen Übermittlungen bauen; sie hält den Rundfunk nur so lang für ein weltumspannendes Mittel zur Verbindung der Völker, als er im Dienste der katholischen Kirche steht; sonst ist man für möglichste Abriegelung nach außen. Es ist in der Tat ja auch bedenklich, wenn der Rundfunkhörer die Möglichkeit besitzt, die Botschaften aus dem Vatikan abzudrehen und auf Moskau umzustellen. o h a

---

An die Ungläubigen und Getrennten. Auch an Euch wendet sich unser Gedanke und unsere Rede, die Ihr noch immer vom Glauben und von der Einheit Christi getrennt seid. Für Euch bringen wir täglich Bitten und Opfer Gott, dem Herrn aller, dar, indem Wir ihn anflehen, daß er Euch mit seinem Lichte erleuchte und zu den Schafen führe, die seine Stimme hören, und mit ihnen vereinige, auf daß ein Schafstall und ein Hirte sei (Joh. 10, 16).

(Aus der Rundfunkansprache des Papstes)

Solange wir Gefängnisse haben, macht es wenig aus, wer von uns die Zellen bewohnt.

In einer häßlichen und unglücklichen Welt kann sich auch der reichste Mann nichts als Häßlichkeit und Unglück verschaffen.

Bernard Shaw

Die Privatsekretärin

In Stuttgart ist der Film „Die Privatsekretärin" gezeigt worden. In ihm nimmt sich ein junges, unternehmungslustiges Mädchen vor, es als Stenotypistin zu etwas zu bringen, und sie hat bald heraus, daß das auf dem alltäglichen Weg nicht möglich ist. Den unvermeidlichen Kampf um einen dürftig bezahlten Büroposten kürzt sie deshalb dadurch ab, daß sie vermittels einer kleinen List zum Personalchef einer Großbank vordringt und dort unter vier Augen mehr ihre körperlichen als ihre beruflichen Fähigkeiten anbietet. Resultat: sie ist als Stenotypistin mit 125 Mark Monatsgehalt eingestellt und bekommt mit der ersten Arbeit „vordringlichst" die Einladung ins Bett des Vorgesetzten.

Dazu dünkt sie sich, da sie den Posten nun hat, doch zu schade. Weniger aus moralischen, als aus sachlichen Erwägungen: der Mann ist ihr zu klein. Sie hat höherfliegende Pläne, denkt keineswegs an eine Verbindung mit einem Angestellten. Deshalb läßt sie auch einen sonst äußerst sympathischen jungen Kollegen abblitzen, mit dem sie einen recht netten Abend verbracht hat. Leider stellt sich andern Tags heraus, daß der also Verschmähte der Bankdirektor selbst ist, und nun braucht sie viel Geduld und List, bis sie wieder mit ihm ins Reine kommt und endlich den Posten als Privatsekretärin erhält.

Dann geht die Sache allerdings Schlag auf Schlag: sie wird prompt in die Privatwohnung zum „Diktat" eingeladen und erfährt dort beim Tee raschestens, daß der Herr Direktor ihr alles zur Verfügung stellen will: Schmuck, schöne Kleider, Auto, alles — nur keine „wahre Liebe". Eigentümlicherweise ist die sonst so vorurteilslos Denkende darüber maßlos empört, sie bedankt sich für die ihr zugedachte Rolle. Es gibt dann aber zuguterletzt doch eine Versöhnung, bei der man annehmen darf, daß die Sache nun mit Liebe vor sich gehen wird.

Über diesen Film amüsiert sich ein Publikum, das zu einem großen Teil aus kleinen Angestellten besteht. Man demonstriert ihm eine Gesellschaftsordnung, in der man sich um eine miserabel bezahlte Stellung die Beine wund laufen muß — und es lacht. Es sieht, daß dabei ein Mädchen mitunter die Ware Fleisch anbieten muß, um die Ware Arbeitskraft loszuwerden — und schmunzelt behaglich dabei. Man zeigt ihm seine Existenz als äußerst miekrig und besingt in einem Schlager die Hoffnung auf das Glück, auf das Glück irgend einem Abteilungsleiter oder Direktor fürs Bett genehm zu sein, denn der Gehalt eines kleinen Angestellten reiche ja doch zu nichts — und kein Protest regt sich. Offenbar empfindet das Publikum nichts von der Schamlosigkeit, mit der hier das herrschende System seine eigene Fäulnis zu einem Lustspielmotiv macht; es hat kein Gefühl für seine eigene Erniedrigung innerhalb dieser Gesellschaftsordnung; seine Lage kommt ihm wohl zuweilen mies, aber nicht unwürdig vor, und es ahnt auch kaum, daß die Rolle, die es sich selbst in seinen eigenen Wunschträumen zudiktiert, genau so betrüblich und trostlos ist wie die der Privatsekretärin in diesem Film. h m

Aus dem Film: Die Privatsekretärin

Kontoristin sucht Stellung
(Wie sich's die Filmindustrie vorstellt)

Monarchistischer Spuk

In der Pfalz gibt es eine Kuriosität, die eigentlich besser in ein Irrenhaus paßt als in die deutsche Republik: die Monarchistische Deutsche Arbeiterpartei. Eine Zeitung hat die Partei auch; der Kopf dieses Blattes sieht aus wie die Kulisse eines Fridericus-Gebühr-Films: „Deutsche Neueste Nachrichten" — „Monarchistische Nationaldeutsche Zeitung" — „Kampfblatt der Monarchistischen Deutschen Arbeiterpartei und des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot sowie des Kaiserin Augusta Viktoria Bundes" — „Deutsche Liebe — Deutsche Treue" — „Mit Gott für König und Vaterland! Mit Gott für Kaiser und Reich". Zwischen diese Sprüche verteilt: Der Adler mit Szepter und Krone, dazu Bismarck- und Fridericusbilder.

Vollends vom Übel aber ist, was unter diesen vermotteten Sprüchen verkündet wird. Da heißt es z. B. in den Richtlinien der Partei: „Wir kämpfen auf gesetzlichem Wege für die Wiedereinsetzung der deutschen Fürsten in ihre gesetzlichen Rechte, wie vor dem Krieg, und soll der Träger der Krone der erste Diener des Staates sein." Zu der Syntax dieses Satzes paßt ein anderer Punkt des Programms, der lautet: „Letztere" — deutsche Beamte nämlich — „müssen geborene Deutsche sein und die deutsche Sprache und Schrift von Grund auf fließend beherrschen."

Und diese deutsche Sprache sieht so aus: „Das heutige sozialistisch-republikanische System ist infolge des jeden guten deutschen Menschen unsympathischen, geistigen Fluidiums, den dasselbe dauernd ausströmt, niemals fähig und in der Lage, die deutsche Jugend zu überzeugen, daß die heutige sozialistisch-republikanische Staatsform gut und echt deutsch ist und muß deshalb die politische Erziehung der deutschen Jugend den politischen Parteien und Bewegungen überlassen."

Wenn man die vier Seiten des monarchistischen Blattes unvorbereitet durchliest, glaubt man, eine Karnevalszeitung vor sich zu haben, vor allem, wenn man an die Schilderung über „eine gewaltige monarchistische Kundgebung in der Rheinpfalz" gekommen ist. Dauernd ertönen, immer aus Arbeitermund natürlich, Rufe wie: „Rupprecht heraustreten!" „Wo ist der Kronprinz?" „Wir sind noch deutscher geworden als bisher." „Heil unserm König, Heil!" „Arbeit und Brot!" „Nur König Rupprecht ist in der Lage, allein Arbeit und Brot zu geben!" So begrüßte die Pfälzer Arbeiterschaft „König" Rupprecht als rechtmäßigen Landesherrn.

Namen solcher „Arbeiter" sind allerdings nie genannt. Aber ein paar Honoratioren werden aufgeführt. In Zweibrücken begrüßte „der zweite Bürgermeister Goerl Kronprinz Rupprecht". In „Deidesheim wurde durch den zweiten Bürgermeister Schreck der Ehrentrunk ... gereicht". In Speyer: „Später zeigte er" — ER nämlich — „sich nochmals auf dem Balkon, rechts von ihm Ministerpräsident Held, links Landtagspräsident Stang."

„Reichster Flaggenschmuck zeigte sich in den einfachsten Arbeitervierteln." „Die ganze Bevölkerung Männer, Frauen, Kinder, Greise in allen ihren Schichten ..." „Reichsten Flaggenschmuck zeigen selbst einfachste Arbeiterviertel." „Alles war auf den Beinen Männer, Frauen, Greise und Kinder." So wird um und um fortwährend alles wiederholt.

In Speyer hat sogar „das gewaltige Gotteshaus förmlich gerauscht, als der hohe Herr durch das Mittelschiff zum Königschor geschritten ist".

Was es mit diesen Arbeitermonarchisten auf sich hat, wird uns zum Schluß doch verraten. Rupprecht hat nämlich nicht nur „Grüfte seiner Ahnen" besucht, wie der verzückte Verfasser alle fünfzehn bis zwanzig Zeilen neu berichtet; er hat auch die Großindustrie nicht vergessen. Genannt werden da: Geheimrat Knoll in Ludwigshafen, Kommerzienrat Philipp Helffrich in Neustadt a. d. H., und am gleichen Ort Dr. Hermann Oehlert. Um die Zukunft dieses heiteren Blattes braucht uns also nicht bange zu sein. Wir können deshalb beruhigt mit einem Zitat aus dem gereimten Teil schließen: „Uneigennutz muß das Steuer führen — deshalb laßt uns einen Kaiser kühren." (Gedichtet von Ludwig Wasem, Arbeiter, Pirmasens.)

Raoul Kern

A wie Adel

Der Adelsfeldmarschall Exc. v. Berg-Markienen erläßt im Deutschen Adelsblatt einen Aufruf an die Mitglieder der Deutschen Adelsgenossenschaft, in dem es heißt: „In dem gewaltigen Ringen unseres Volkes um seine Neugestaltung finder sich die Deutsche Adelsgenossenschaft mit all denen zusammen, die unter restloser Überwindung der Demokratie und der aus der französischen Revolution geborenen liberalistischen Gedanken das auf organischer Grundlage ruhende dritte Reich erstreben. Aus dem jetzigen Chaos wird sich eine neue Gliederung unseres Volkes und damit eine neue Oberschicht herausbilden. Will sich der Adel, seiner Tradition getreu, der in ihm ruhenden wertvollen Erbmasse bewußt erweisen, so muß sein Streben dahin gehen, Kern und richtungweisender Faktor dieser Oberschicht zu werden."

Der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei entbieten wir zu dieser ihrer hochgeborenen Führerschicht unseren herzlichsten Glückwunsch. Das A in N.S.D.A.P. wird man also dann im dritten Reich = Adel lesen können.

Kleinigkeiten

Der Verbrecher. Der deutsche Minister des Äußern Curtius ist, als er bei der Völkerbundstagung in Genf war, nach Lausanne gefahren, um sich — Deutschland erröte! — den Remarquefilm anzusehen. Empört wendet sich die „Süddeutsche Zeitung" gegen diese „Taktlosigkeit": „Ein deutscher Außenminister, der so wenig Empfinden dafür zeigt, was er im Interesse des deutschen Ansehens zu tun und zu lassen hat, hat das Recht verwirkt, weiterhin sein Land nach außen zu vertreten. Wann gehen Sie endlich, Dr. Curtius?" — Gehen Sie in sich und dann möglichst rasch fort aus diesem Land!

Der Dreh. Im „Angriff" kommt ein Bericht von nationalsozialistischen Schülern, die in der Schule Schwierigkeiten bekamen, weil sie dem Nationalsozialistischen Schülerbund angehören; sie fragen, ob es denn keinen Ausweg vor dem „Terror" ihrer Schulleitung gebe. Die Schriftleitung rät ihnen, entweder „hart zu bleiben bis zur letzten Konsequenz" oder aber klein beizugeben; in diesem Falle habe sich die Weltgeschichte geirrt, „als sie glaubte, auf Eure schwachen Schultern die gewaltigste Entscheidung des Jahrtausends legen zu dürfen". — Ihr solltet euch wirklich mal untersuchen lassen.

Die Urdeutschen. Wenn der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters" Rosenberg heißt, wenn in Pommern der Pg. Ehrlichmann, wenn in Schlesien der Pg. Jakubaschk, wenn in Thüringen die Pg. Pg. Karpenstein und Katzmann Volksreden halten — dann wird es mit dem Rassenkampf im dritten Reich wohl nicht so schlimm werden.

Deutscher Sieg. Das Potsdamer Glockenspiel, das jahraus jahrein immer „Lobe den Herrn" und „Üb' immer Treu und Redlichkeit" spielt, ist den von ihm Betroffenen auf die Nerven gefallen. Es wurde deshalb beantragt, mehr Abwechslung in die Geschichte zu bringen. Magistrat und Kirchengemeinderat haben aber eine Änderung dieser „durch jahrelange Tradition geheiligten" Spielerei abgelehnt, und die Rechtspresse bucht das als einen Sieg über die unverantwortlichen Elemente, deren schlechtes Gewissen das an Treu und Redlichkeit mahnende Gebimmel nicht vertragen könne.

Trost den Armen. In Hugenbergs „Tag" war in einem Bericht über eine der vielen Berliner Fastnachtsveranstaltungen u. a. zu lesen: „... Und dann ist alles zu Ende ..., aber noch weiß man genau, wie die Melodie vom letzten Tango war und wie das Lied sich in den Kronleuchtern spiegelte. Morgen ist alles nur noch ein Traum, ein Märchen, und die Armut steht wieder auf der Straße und bettelt. Aber von dem großen Fest kommt ein Glanz zu ihr und tröstet sie." — Davon wird sie satt werden.

Schön gesagt. Im „Berliner Tageblatt" liest man: „Die Zeitung ist wahrhaftig nicht dazu da, Unwahrheiten zu melden, sondern nur dazu, der Wahrheit zu dienen." — Unberufen, toi, toi, toi!

Also doch. Die „Frankfurter Zeitung" (13. Februar) berichtigt eine kürzlich von ihr gebrachte Meldung mit folgendem Dementi: „Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" nicht, wie wir kürzlich mitgeteilt haben, Orden verleiht. Es handelt sich um ein schlichtes Gemeinschaftszeichen der Notgemeinschaft in Form einer Medaille ... Diese Medaille ... soll zugleich als Ausdruck des Dankes ... dienen ..." — Also ein schlichter — Orden. Es geht eben nichts über sowas.

Nach und nach. Das Stuttgarter Städtische Nachrichtenamt teilt mit: Das im Stadtgarten aufgestellte Kaiser Wilhelm-Denkmal ist schadhaft geworden. Da das Denkmal nach der Auskunft des Landesamts für Denkmalpflege vom künstlerischen Standpunkt aus entbehrt werden kann und die Instandsetzung nicht unerhebliche Kosten verursachen würde, hat die zuständige gemeinderätliche Abteilung beschlossen, es entfernen zu lassen. — Auf diesen Standpunkt hätte man sich auch schon bälder stellen können.

Übler Leumund. Das „Berliner Tageblatt" schreibt über einen Mörder: „So kam sie (die Polizei) auf Kablitz ..., der einen schlechten Ruf in der Gegend hatte. Dieser junge Mann (und nun hier ab in Fettdruck) hatte bereits mit zwanzig Jahren geheiratet und war Vater eines Kindes." — Kein Wunder, daß er zum Mörder wurde, der Schamlose!

Geistliche Alkoholreklame. Im „Katholischen Sonntagsblatt" erscheint ein empörter Artikel über die Verwendung von Heiligen bei Bierreklame: „Da steigt auf einem Plakate ... Sankt Emmeran im Bischofskleide aus dem Himmel herunter und schickt ... durch einen Engel den durstigen Menschen sein Emmeranstarkbier. Da kündigt ein anderes ... durch die Zerrgestalt eines feisten und soffenen Mönchsgesichtes gar einen Kronenfastenbräu an!" Aus solchen Darstellungen werde man, meint das Blatt, die Meinung ableiten, die Kirche segne den Suff; man müsse deshalb solche Reklame bekämpfen. — Die Kirche segnet den Suff nicht, aber sie hat ihn durch die Klosterbrauereien wesentlich gefördert.

Wohin rollst du ... Zu dem also überschriebenen Artikel von Arthur Grashoff in Nr. 5 der S.-Z. schreibt ein pfälzischer Pfarrer und langjähriger Leser, daß der zitierte Erlaß der pfälzischen Kirchenregierung eben im Hinblick auf rechtsradikale Vorkommnisse herausgegeben worden sei; es sei kein Grund für die Befürchtung, daß die Möglichkeit von geschlossenen Sondergottesdiensten von rechts zu parteipolitischen Kundgebungen mißbraucht werde. — Werden auch die sogenannten vaterländischen Veranstaltungen künftig als parteipolitisch angesehen?

Wie oft gehn Sie in die Kirche? — — Wie oft ärgern Sie sich über die Kirche? — — Warum zahlen Sie dann eigentlich noch Kirchensteuer? Austrittsformulare kostenlos vom Verlag der Sonntags-Zeitung, Stuttgart, Postfach 51.

Für ein 17jähriges Mädchen wird passender Wirkungskreis gesucht. Sie hat feinen Charakter, ist zuverlässig und ordnungsliebend, hat Freude am Haushalt. Zuschriften an Dr. Erich Schairer, Sulzgries bei Eßlingen.

Karlsruhe. Leser der S.-Z. von Karlsruhe und Umgegend treffen sich am 21. Februar, 20 Uhr, im Jagdzimmer, Friedrichhof, Karl-Friedrichstr. 28. Thema: Krise der Weltwirtschaft.

Ettlingen (Baden). Am 21. Februar, 17 und 20 Uhr, spricht in den Union-Lichtspielen Ludwig Renn über „Reiseeindrücke in der Sowjetunion". Anschließend wird der Film „Gigant" vorgeführt, der die Umgestaltung der russischen Landwirtschaft zeigt.

Leipzig. Angestellter, 31 Jahre alt, sucht auf 1. März einfach möbliertes Zimmer oder Mansarde in Leipzig oder naher Umgebung. Karl Haupt, Dreieichenhain, Post Offenbach a. M. Land.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 8 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lis, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späch, Weiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Stuttgart, 1. März 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 9

Vom Sparen

Unsere Reichswehr besteht aus sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen. Etwas viel Kavallerie; wahrscheinlich weil der nächste Krieg vorwiegend zu Pferde (mit Lanzen!) ausgefochten werden wird. Oder weil die Kavallerie so billig ist und wir, wie man öfters hören kann, sparen müssen?

Vor ein paar Jahren erfuhr man aus dem Berliner „Acht-Uhr-Abendblatt", das Reichswehrministerium habe bei einer Münchner Firma für seine reitenden Truppen 50 000 neue Sättel machen lassen. In Worten: fünfzigtausend. Etwas viel für 18 Kavallerieregimenter, 7 Artillerieregimenter und 7 Fahrabteilungen. Aber bei der Reichswehr sind auch andere Leute beritten; die Infanterie braucht 7000 Pferde (beinahe so viel wie die Artillerie!), die Nachrichtentruppen 1500, auch die Marine hat ein paar hundert, damit die Admirale auf Deck ihrer Flaggschiffe spazieren reiten oder fahren können. Die ganze Wehrmacht hat über 40 000 Pferde, die also 50 000 neue Sättel gebraucht haben.

Nach der Behauptung des „Acht-Uhr-Abendblattes" (20. Juni 1929) waren nun diese 50 000 Sättel unbrauchbar. Sie wurden abgeändert, was neue Kosten verursachte, seien aber auch dann noch nicht verwendbar gewesen. Zum Teil habe man sie dann als Altmaterial verkauft.

Das Reichswehrministerium verklagte den Redaktör wegen Beleidigung. Der Prozeß ist letzte Woche gestiegen, nachdem das Verfahren 20 Monate hingehalten worden war. Ein Vertreter der Reichswehr hat zugegeben, daß die Sättel allerdings bis jetzt nicht in Gebrauch genommen seien, aber nur aus Ersparnisgründen: man wolle die neuen Sättel schonen. Die Münchner Firma habe nur 16 000, nicht 50 000 Sättel gemacht. Ein Teil sei geändert worden, aber höchstens 10 000, und die Änderung habe nicht 70, sondern höchstens 35 Mark pro Stück gekostet. Sonst sei alles, was das „Acht-Uhr-Abendblatt" geschrieben habe, nicht wahr.

Der Fall ist durch einen Vergleich erledigt worden. Ob das Reichswehrministerium fünf Millionen Mark verpulvert hat, wie das Berliner Abendblatt schrieb, oder ob es mehrere hunderttausend Mark gespart hat (wie die Anklage behauptete), oder wo die Wahrheit in der Mitte liegt, wird der Steuerzahler also kaum erfahren.

Wer sich ein Wahrscheinlichkeitsurteil darüber bilden will, dem sei die Denkschrift des Reichsrechnungshofes über die Haushaltungsrechnung von 1928, die dem Reichstag soeben zugegangen ist, zum Studium empfohlen. Man erfährt daraus erbauliche Dinge.

Die Beamten des Reichs wohnen teilweise in Dienstwohnungen. Sie zahlen in diesem Fall an das Reich Miete, die sie aus dem vom Reich erhaltenen Wohnungsgeld bestreiten. (Warum einfach, wenn es auch umständlich geht? Die Beamten zahlen ja auch dem Reich Einkommensteuer aus dem Einkommen, das sie vom Reich beziehen.) Nun hat der Rechnungshof herausgebracht, daß allein im Bereich der Finanzverwaltung die Wohnungsgeldzuschüsse an die Beamten um 900 000 Mark höher waren als die Mieten, die sie daraus entrichteten. Für den ganzen Etat werden also schon ein paar Millionen herauskommen, die das Reich hier verschleudert.

Die Ausstattung solcher Dienstwohnungen scheint äußerst „standesgemäß" vorgenommen zu werden. Mosaikparkettböden, glasgemalte Flurfenster bis zu 400 Mark das Stück, Badezimmer mit Wandfliesen und eingebauten gekachelten Wannen hat der Rechnungshof nicht etwa nur in den höheren Regionen der Beamtenschaft, sondern „auch mitten und unten" entdeckt, wie die Frankfurter Zeitung meldet. In den „höheren" Beamtenwohnungen werden „natürlich viel höhere Beträge" hinausgeworfen. „Natürlich"!

Das Reichsverkehrsministerium hat 1928 eine „Motorpflugüberwachung G. m. b. H." mit 250 000 Mark unterstützt, eine „Landkultur A.G." ebenfalls mit 250 000 Mark, obwohl diese Firmen mit dem Verkehr absolut nichts zu tun haben. Einer ungenannten „kleinen G. m. b. H." hat der Reichsverkehrsminister im Lauf der letzten Jahre 340 000 Mark Beihilfe und 525 000 Mark Darlehen gegeben, diese teilweise an den Firmeninhaber persönlich, und zwar unverzinslich und unkündbar. „Umwandlung der Darlehen in Beihilfen beantragt." Also Geld, das glatt verpulvert worden ist. Unser Geld!

Bei den Behörden der Reichsabgabenverwaltung beanstandet der Rechnungshof die Anschaffung von teuren Gegenständen, „für die ein Bedürfnis überhaupt nicht anzuerkennen war", von kostspieligen Einrichtungen, von Büchern lediglich unterhaltenden Inhalts, von Ausgaben für „Gesellschaftsabende der höheren Beamten" u. dgl. Hier und in anderen Zweigen der Verwaltungen werden vielfach im letzten Monat des Rechnungsjahres, im März, noch rasch bedeutende Bestellungen von Büchern, Materialien usw. gemacht, nur damit das Ausgabensoll, die bewilligte Summe, auch erreicht wird. Für den Staat zu sparen gilt offenbar als Wahnsinn.

Ein Amt, offenbar das Reichsgesundheitsamt, hat im Jahr 1928 „zur Ausführung wissenschaftlicher Untersuchungen" 400 Flaschen „Graacher Himmelreich" gebraucht. Merkwürdige Wissenschaft das!

Man bedenke, daß der „Rechnungshof des deutschen Reiches" in Potsdam, der diese Dinge hervorzieht, nicht etwa eine kommunistische oder auch nur novemberlich-republikanische Einrichtung ist, sondern eine biedere alte Reichsbehörde von einigen zwanzig Ministerialräten und Ministerialdirektoren, also von Kollegen der Beamten, denen sie in ihrem Bericht zu nahe treten. Dann kann man sich ungefähr vorstellen, wieviel Geld aus unseren Taschen außerdem noch verpulvert wird, ohne daß man daran etwas zu beanstanden findet.

Erich Schairer

Das Reichskabinett hat beschlossen, vom Reichstag eine Generalermächtigung zu verlangen, um alle zur Förderung der Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können. Gestützt auf diese Ermächtigung will die Regierung vor allem die Osthilfe durchführen.

In Paris ist unter dem Vorsitz Briands eine europäische Getreidekonferenz eröffnet worden, die über die Absatzmöglichkeiten für den Getreideüberschuß des Erntejahres 1930 beraten soll.

Der Eisenfresser

Holzschnitt von Hans Gerner

Anschauungsunterricht

151 Abgeordnete der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Landvolks sind aus dem Reichstag ausgezogen. Unter den zurückgebliebenen 426 Abgeordneten haben jetzt die Kommunisten (77 Sitze) und die Sozialdemokraten (143 Sitze) zusammen eine absolute Mehrheit.

Absolute Mehrheit — was könnten sie da nicht alles durchsetzen! Aufhebung des Remarquefilm-Verbots, Herabsetzung des Wehretats auf 500 Millionen, schärfere Besteuerung des Besitzes, Abwehr der Angriffe auf die Sozialversicherung usw. — sollte da nichts zu machen sein?

Naive Frage. Zwar haben die Kommunisten im Haushaltungsausschuß des Reichstags den Antrag gestellt, das Verbot des Remarquefilms aufzuheben, und haben im Reichstag eine stärkere Besteuerung der großen Vermögen beantragt, aber wohl weniger im Glauben, mit diesen Anträgen sei etwas Praktisches zu erreichen, als in der Absicht, die Sozialdemokraten zu „entlarven". Und die Sozialdemokraten haben auch richtig beide Anträge abgelehnt. Zwar haben sie sich bisher gegenüber ihren Kritikern immer damit entschuldigt, sie seien eben im Reichstag nicht in der Mehrheit und könnten deshalb nicht alles durchsetzen, was sie an sich gerne wollten (z. B. die Herabsetzung des Wehretats), und haben daran die Aufforderung geknüpft, man solle, statt zu „nörgeln", lieber mithelfen, damit die Partei mehr Sitze im Reichstag bekomme — aber jetzt, wo sie mit den Kommunisten zusammen die absolute Mehrheit haben und nach der Theorie des „parlamentarischen Kretinismus" (um mit Marx zu reden) doch einiges erreichen sollten, geht es auf einmal nicht.

Es wäre töricht, nun nach Spießbürger-Manier über die S.P.D. zu schimpfen, sie tauge nichts, es fehle ihr an „Männern" usw. Der S.P.D. ist kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie auch bei der jetzigen Konstellation im Reichstag nichts erreicht, sondern daraus, daß sie nicht einsieht oder nicht mehr einsehen kann, daß im Parlament nichts zu erreichen ist. Inhalt und Form der Politik werden eben von andern Kräften und Notwendigkeiten bestimmt als von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen. Durch die wirtschaftliche und politische Verengerung der Basis S. M. des Trustkapitals ist die den Interessen des Kapitals dienende Regierung Brüning gezwungen, den Angriff auf die Lebenshaltung der Massen zu führen, und zwar in Formen, die immer fascistischer werden (ob die Nationalsozialisten an der Regierung beteiligt oder in Opposition sind). Und zu dieser Politik gehört auch notwendigerweise ein hoher Wehretat; denn die Reichswehr kann jeden Augenblick als undemokratische Stütze der Regierung benötigt werden und nach außen entspricht dem fascistischen Regime erhöhte Kriegsgefahr. Wer gegen einen hohen Reichswehretat ist, muß gegen Brüning kämpfen und damit kämpft er auch gegen den Fascismus. Und umgekehrt: wer gegen den Fascismus und seine Ursachen kämpfen will, muß gegen Brüning, der uns so allmählich an die fascistische Politik gewöhnt, kämpfen, und nur dann hat auch der Kampf gegen den Reichswehretat einen Sinn.

Dieser Kampf würde sich bald zu einem Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus ausweiten, und gerade das wollen die sozialdemokratischen Führer verhindern. Sie unterstützen deshalb Brüning, suchen einiges Schlimme zu verhindern und einige Vorteile für sich herauszuschlagen, und erzielen mit dieser Politik trotz der günstigen parlamentarischen Situation nur minimale Erfolge.

Die Tatsachen geben gegenwärtig einen guten Anschauungsunterricht über „Parlament und Kampf gegen den Fascismus". Sind sie immer noch nicht deutlich genug?

Otto Beuter

„Wenn die Sozialdemokraten wollten, könnten sie viel größere Massen auf die Beine bringen als die Nationalsozialisten, aber sie lehnen derartige Mittel der Gasse ab."

Crispien im Haushaltsausschuß des Reichstags

Was ist zu tun?

2. Die Rolle der Sozialdemokratie in der Krise

Von ***

Es folgt hier der zweite der von einem Mitglied der K.P.O. verfaßten Artikel (vgl. Nr. 8 der S.-Z.). In der nächsten Nummer wird der Schlußartikel „Die Aufgabe des Kommunismus" veröffentlicht werden. D. Red.

Die sozialdemokratischen Parteien aller Länder sehen in der internationalen Krise nicht eine Niedergangsperiode des kapitalistischen Systems, sondern halten sie für eine Stockungsperiode, wie sie auch die Vorkriegszeit des öfteren durchgemacht hat, nur von besonderer Schärfe, die hauptsächlich durch den Krieg verursacht worden ist. Sie profezeien dem Kapitalismus sogar einen weiteren Aufstieg, falls es nur möglich sein wird, einen neuen Krieg zu verhindern und auf dem Wirtschaftsgebiet unnötige Unruhe und Störungen zu vermeiden. Und diese Möglichkeiten bestehen nach ihrer Ansicht, wenn nur die Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie ihren Einfluß auf die Geschicke der Welt geltend zu machen weiß. Die riesenhafte Vergrößerung und höhere Technisierung des Produktionsapparates, die durch die friedliche Arbeit herbeigeführt wird, soll eine Steigerung des Verbrauches zur Folge haben und eine bessere Lebenshaltung der breiten Massen mit sich bringen.

Eine derartige Kennzeichnung der künftigen Entwicklung führt naturgemäß zu jener bürgerlich-pazifistischen Meinung, daß diese neueste Fase des Kapitalismus zu einem Überimperialismus überleitet, der alle nationalen Gegensätze und Schwierigkeiten durch die überstaatliche Schlichtungsstelle des Völkerbundes ausgleichen läßt, und die für den inneren Frieden das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und staatliche Kontrollämter aller Art als Rezept empfiehlt. Aus solcher Auffassung resultiert dann der Ministerialismus, die Teilnahme an bürgerlichen Koalitionsregierungen und die grundsätzliche Ablehnung des bewaffneten Aufstandes als Mittels zur Eroberung der Macht.

Auch die Stellung zum Staat und zu seinen Institutionen hat bei der Sozialdemokratie eine prinzipielle Revision erfahren. Nach Marx und Engels ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; er dient zur Schaffung der „Ordnung", die diese Unterdrückung festigt und zum Gesetz erhebt und die Zusammenstöße zwischen den Klassen dämpft. Nach neusozialdemokratischer Theorie ist der Staat ein imaginäres Etwas, das über den Parteien und Klassen schwebt, das eine Versöhnung der Klassen herbeiführt, und dessen Funktionen durch parlamentarische Mehrheitsverhältnisse bestimmt und kontrolliert werden. Die parlamentarische Demokratie bildet dann folgerichtig das beste und sicherste Mittel zur friedlichen und gesetzmäßigen Einführung des Sozialismus; sie erfolgt dann, wenn die Arbeiterklasse die Mehrheit im Parlament besitzt und die Staatsmacht gewaltlos übernimmt. In der jetzigen Zeit ist das Bürgertum nicht mehr stark genug, allein zu herrschen, und das Proletariat noch nicht stark genug, die Macht allein zu übernehmen; für eine derartige Situation ist die „Koalitionsregierung die gegebene Übergangsform" (nach Karl Kautsky).

Wenn nach sozialdemokratischer Lehre diese Krise nur eine vorübergehende Erscheinung ist, dann wird sich mit dem kapitalistischen Aufstieg auch der ökonomische Aufstieg der Arbeiterklasse verbinden. Der politischen Demokratie wird nun auch die Wirtschaftsdemokratie zur Seite gesetzt, die neben dem gewerkschaftlichen Kampf die gesetzliche Beteiligung der Arbeiter an den Organisationen der Wirtschaft zu einem Hebel des sozialen Fortschritts machen soll. Konzentration der Gewerkschaftsgelder und Sparguthaben der Proleten auf Arbeiterbanken und der Ausbau der Genossenschaften sollen darüber hinaus den Aufstieg wirksam unterstützen. Politische Demokratie, Wirtschaftsdemokratie und organischer Zusammenschluß der ökonomischen Mittel der Arbeiterklasse bilden den einzigen möglichen Weg zur Ausdehnung der Macht des Proletariats bis zu seinem — allerdings in nebelhafter Ferne winkenden — Sieg.

Ganz besonders deutlich bringt die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie den krassen Wandel in den Grundanschauungen und Handlungen zum Ausdruck. Sie will eine Arbeiterpartei sein (oder doch so scheinen), und sie sammelt auch heute noch große Massen von Arbeitern und Kleinbürgern um ihre Fahnen; aber in Wirklichkeit ist sie doch nichts anderes als der Wandschirm für die Bourgeoisie, die sie jedesmal, wenn revolutionäre Stürme über das Land brausen, vor Erschütterungen ihrer Herrschaft bewahrt. Aus diesem Grunde muß die S.P.D. auch stets eine Doppelrolle spielen: den ehrlichen Sachwalter der Arbeiter und Kleinbürger markieren und gleichzeitig die unbedingte Zuverlässigkeit gegenüber dem Bürgertum bei drohenden gesellschaftlichen Katastrofen beweisen.

So war es z. B. am 9. November 1918. Der monarchistische Staat ist völlig zusammengebrochen; der Krieg droht in eine proletarische Revolution umzuschlagen. In diesem Augenblick organisiert die S.P.D. im Verein mit den Weißgardisten die bewaffnete Konterrevolution; und nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes und der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte schafft sie zusammen mit dem Bürgertum die Verfassung von Weimar als „die freieste Demokratie der Welt". Sie befreit zu allen Zeiten das Bürgertum aus seinen außen- und innenpolitischen Verlegenheiten (Friedensschluß, Reparationszahlungen, Ruhrkrieg, Dawes- und Youngplan), und die Massen vertröstet sie unter Hinweis auf das „kleinere Übel" mit dem Argument: erst Ordnung nach außen, dann Ordnung drinnen im Lande. Die Parole, man müsse die Republik erhalten und einen Rückfall in Vorkriegsverhältnisse verhindern, sichert ihr bei solchen Gelegenheiten auch noch die Sympathien und die Gefolgschaft breiter Massen und den Nymbus einer Bahnbrecherin des Fortschritts.

Die Theorie von der friedlichen Überwindung des bürgerlichen Staates findet auf wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiet ihren Ausdruck in der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum. Sie hat zur Folge, daß sich auf An-

raten der Führer die Arbeiter am wirtschaftlichen Wiederaufbau — natürlich am kapitalistischen — zu beteiligen haben (eine Konkursmasse könne man nicht sozialisieren!); nur mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sei eine Belebung des deutschen Arbeitsmarktes, eine Vermehrung der Arbeitsmöglichkeit und eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter möglich. Die Lehre vollends von der Wirtschaftsdemokratie als von dem allmählichen Eindringen der Arbeiter in die Betriebsführung legt den Gewerkschaften, um die Rentabilität der Betriebe „im Interesse der Arbeiter" nicht zu gefährden, Schranken auf, die Streiks verhindern und Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen meist unmöglich machen. Zur Herstellung einer ungetrübten Klassenharmonie und ungestörten Fortführung der Regierungskoalition werden die dagegen rebellierenden Elemente aus den Gewerkschaften rücksichtslos entfernt; müssen die proletarischen Freidenker schweigen zu abgeschlossenen und kommenden Konkordaten, zu den Attentaten auf die Schule und die Geistes- und Gewissensfreiheit; werden die Sportverbände gespalten, um sie von den klassenbewußtesten Mitgliedern zu säubern. Auch die letzte Chance, die der Partei nach den Wahlen von 1928 gegeben wird, endet trotz einer bis an die äußerste Grenze gehenden Selbstentäußerung an proletarischen Forderungen mit einem jämmerlichen Fiasko: statt Festigung der demokratischen Errungenschaften und des parlamentarischen Regimes eine immer weitergehende Durchlöcherung der Demokratie; statt pazifistischer Befriedung und Abrüstung eine ungeheure Aufblähung des Heeresetats und Bewilligung der Panzerkreuzer; statt wirtschaftlichem Aufstieg der Massen Millionen hungernder und frierender Proletarier, verarmter Kleinbauern und bankrotter Kleinbürger; statt Sicherung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte ihre Aushöhlung durch Streikabwürgung, Beamtenerlasse, und zuguterletzt die Aufkündigung der Koalition. Aber auch dann noch die weitere Unterstützung der schon halbfascistischen Regierung Brüning als der offenen Herrschaft der Trustdiktatur, nur um wenigstens die Koalition in Preußen zu erhalten. (Aber auch sie wird in jener Stunde zerspringen, in der das Monopolkapital seinen Augenblick für gekommen erachtet.)

So ist die Sozialdemokratie ausgezogen, ein Königreich zu gewinnen, und hat einen erschrecklichen Bankrott heimgebracht. Die einzigen Nutznießer dieser Politik sind diejenigen, deren Vordringen verhindert werden sollte, die Fascisten: als eine Prätorianergarde von 107 Braunhemden sind sie in den Reichstag eingezogen. Und ihre Erfolge verdanken sie der schamlosen Demagogie, daß sie alles das, was die S.P.D. im Interesse der Aufrichtung der Trustherrschaft getan hat, als Sozialismus und Marxismus denunzieren.

Der von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Weg als Ausweg aus der Krise hat sich als ein ungeheuerlicher Irrtum erwiesen; er muß, wenn er fortgesetzt wird, nicht nur der S.P.D., sondern der ganzen Arbeiterklasse zum Verhängnis werden.

Die in Köthen erscheinende „Chemische Zeitung" hat am 7. Januar folgendes Inserat gebracht: „Gesucht Fachmann zur Beratung ausländ. Kampfgasfabrik. Detaillierte Angaben unter ..." — Auf dem Gebiet wird in den nächsten Jahren allerhand zu machen sein.

Wirth vertieft sich

Der Reichsminister des Innern Wirth hat im Haushaltsausschuß des Reichstags die Abgeordneten über die Gefahren, die der europäischen Kulturwelt vom Kommunismus drohen, aufgeklärt. Er habe sich, sagte er, in die Geschichte und die Ideenwelt des Kommunismus „sehr sorgfältig vertieft". „Auf Grund dieser Studien kann ich sagen, daß es sich um mehr als um klassenmäßige Arbeiterfragen handelt. Es handelt sich um den Einbruch einer neuen Ideenwelt in das mitteleuropäische Kulturgebiet ... Es schaudert einen, wenn man bedenkt, mit welcher Verantwortungslosigkeit hier die europäische Geistesentwicklung um drei Jahrtausende zurückgebogen wird ... An Stelle des großen europäischen Gedankengutes in Wissenschaft, Glauben und Staatsbildung wird eine Sinnlosigkeit gesetzt, eine Leerheit an Gedanken und Idealen, die einen bis ins Innerste rührt."

Bisher hatte ich immer gemeint, die kommunistischen Ideen seien zuerst von Marx und Engels entwickelt worden und diese beiden Mitteleuropäer seien die Fortsetzer der klassischen deutschen Filosofie (vor allem Hegels), der englischen Nationalökonomie und der französischen Geschichtsschreibung und Gesellschaftskritik — aber wahrscheinlich habe ich mich nicht so sorgfältig in den Kommunismus vertieft wie Josef Wirth.

Jan Hagel

Zur Erinnerung

12. November 1918: Aufruf des Rats der Volksbeauftragten: „... Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung setzt sich zur Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen." 21. November: Die Reichsregierung an die heimkehrenden Soldaten: „... Sozialisierung der dazu reifen Betriebe! Alles ist im Werden!"

1. Dezember 1918: Volksbeauftragter Ebert in einer Versammlung der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisation: „... Die Sozialdemokratie ist entschlossen, eine Sozialisierung unserer Industrie, soweit und sobald wie möglich, zur Durchführung zu bringen. Das darf aber nicht das Werk einzelner Fantasten sein. Nur das Werk ernster wissenschaftlicher Vorbereitung und Organisation kann zum Erfolge führen."

10. Dezember: Zusammentritt der ersten Sozialisierungskommission.

16.—20. Dezember 1918: Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. Volksbeauftragter Dittmann: „... Danach gilt es, die Produktion wieder in Gang zu bringen und jede Störung sorgsam zu vermeiden, eine leichte Arbeit, wenn man in Frieden und Überfluß lebt, aber anders jetzt, wo nichts da ist und alles nach Ware schreit. Daher kann die Sozialisierung nur mit Vorsicht ins Werk gesetzt werden."

♦

23.—26. Dezember 1918: Spartakuskämpfe in Berlin.

29. Dezember: Erklärung der Regierung: „... Im Innern gilt es, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen."

15. Februar 1919: Vorläufiger Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

♦

17.—28. Februar 1919: Aufstand im niederrheinischen Industrierevier. 3. März: Generalstreik in Berlin. Kundgebung der Reichsregierung: „Die Sozialisierung ist da! Das Kohlensyndikat wird sofort sozialisiert ... Die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in Vorbereitung ... Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen der Gemeinwirtschaft, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird. Und das ist Sozialismus."

8. April 1919: Die Sozialisierungskommission legt ihren Auftrag in die Hände der Regierung zurück, da die Mitglieder sich davon hätten überzeugen müssen, „daß das Reichswirtschaftsamt der Kommission die Rolle eines gänzlich bedeutungslosen Beirats gebe und versteckt Obstruktion treibe".

5. Juli 1919: Hilferding (U.S.P.) auf dem 10. deutschen Gewerkschaftskongreß: ... Was heute von den Wirtschaftsplänen der Regierung bekannt sei, erfülle nicht die Erwartung, daß man dort in Zukunft an die Sozialisierung denke.

♦

12.—17. März 1920: Kapp-Putsch. 18.—25. März: Kommunistische Aufstände im Ruhrgebiet.

29. März: Erklärung der Regierung Hermann Müller: „... Was das erste Kabinett der Republik schon auf sein Arbeitsprogramm geschrieben hat, muß jetzt verwirklicht werden ... Der nächste Schritt wird die Übernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich sein." Einberufung der zweiten Sozialisierungskommission.

31. Juli 1920: Bericht der zweiten Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Ende! Ende?

Ein schwieriger Fall

Die Nationalsozialisten haben dem Reichstag Anträge über die Verwendung ihrer Diäten überreicht und verlangt, daß die Stimmen der 107 nationalsozialistischen Abgeordneten trotz ihrer Abwesenheit mitgerechnet werden. Was ist da zu machen? Der Fall ist ohne Vorgang und auch aus einem andern Grund sehr schwierig. Vor ihrem Auszug aus dem Reichstag haben die Nationalsozialisten nämlich feierlich „vor der Weltöffentlichkeit" erklärt, kein Gesetz, das dieser verfassungswidrige Reichstag beschließe, könne als rechtsverbindlich gelten.

Vielleicht entwirren die Kronjuristen des dritten Reiches diesen schwierigen Fall.

Der Parteigenosse Polack spricht nach dem Versammlungsanzeiger des „Völkischen Beobachters" gegenwärtig im Landkreis Spremberg in der Ostmark. Es ist sicher überzeugend und aufrüttelnd, wenn er für die nordische Rasse und gegen das Untermenschentum der Polen flammende Worte redet. — Aufnordung.

Jahresbilanz

Zwar sitzen in Thüringen neben den beiden Nationalsozialisten noch fünf „bürgerliche" Männer in der Regierung, Vertreter des Landvolks, der Wirtschaftspartei und ein Mann von der Deutschen Volkspartei; aber diese Parteien wie ihre Exponenten sind von jeher dort so von völkischem „Geist" — wenn man sich eufemistisch ausdrücken will — durchdrungen, daß man sie von den echten und vollausgewachsenen Nazis kaum unterscheiden kann.

Ein Jahr lang hat diese Regierung die Geschicke des kleinen Landes in der Hand. Wie sieht es nun aus? Sind die Finanzen des Landes geordnet? Sind die Steuern ermäßigt? Haben die Massen Brot und Arbeit? Wird für die Erwerbslosen gesorgt? Alles Fragen, die sich von selbst ergeben, wenn man an die Versprechungen denkt, die die Hakenkreuzler in ihrem skrupellos geführten Wahlfeldzug gegeben haben.

Das Land steht vor seinem finanziellen Ruin. Trotz formell ausbalanziertem Etat existiert ein Fehlbetrag von über 20 Millionen, der nur durch Verschiebung von einem Jahr auf das andere und durch Betriebsmittelkredite nach außen hin verschleiert wird. Es gibt kein Land, in dem die Steuerschraube die Bürger so würgt wie in Thüringen: Die erste Negersteuer, geschämig „Verwaltungsabgabe" genannt, wird schon im August 1930 aufgelegt, und im Januar 1931 als „Bürgersteuer" wiederholt. Gegenüber allen anderen deutschen Ländern zahlt Thüringen eine um sechs Prozent höhere Hauszinssteuer; die Grund- und Gewerbesteuern wurden wesentlich erhöht, so daß Thüringen den höchsten Lebensmittelindex aufweist. Die Zuschüsse an die Gemeinden sind so gedrosselt, daß diese in keiner Weise mehr ihre sozialen und kulturellen Verpflichtungen erfüllen können. Alles Maßnahmen, die nur zu Lasten der werktätigen Bevölkerung gehen, denen die Nazis doch angeblich Hilfe bringen wollen.

In ganz besonderem Lichte erscheint der Fricksche „Sozialismus", wenn man sich auch nur ein wenig in die Einzelheiten seiner Sparmaßnahmen vertieft. Sie können an unsozialem Geist überhaupt nicht überboten werden. Vier Millionen allein werden da am Schuletat „erspart"; dabei werden die Volks- und die Berufsschule nahezu stranguliert. Hatten die vorangegangenen Bürgerblockregierungen schon ihr Möglichstes getan, um ihren volksfeindlichen Charakter zu zeigen, so werden der Volksschule von Frick weiter 1,25, der Berufsschule 0,5 Millionen gekürzt. Zu den schon früher vorgenommenen 1000 Stelleneinschränkungen an der Volksschule fügt Frick noch weitere 259 hinzu. Der 1922/23 begonnene Aufbau der Berufsschule, der während der Jahre 1924/29 schon stark rückwärts revidiert worden war, wird durch einen weiteren Abstrich von 85 Lehrerstellen vollends gedrosselt. Die höhere Schule aber, von jeher das Schoßkind aller kapitalistischen Regierungen, bleibt von Sparmaßnahmen so gut wie unberührt. Die Kirche sogar, die in dem durch seine lieben Fürsten schon so ausgeplünderten Lande durch einen überaus günstigen Vertrag abgefunden war, erhält zu ihren horrenten Zuschüssen in dieser Notzeit eine weitere halbe Million.

Der Beamtenapparat wird von allen auch nur des Fortschritts verdächtigen Elementen gereinigt, so daß der Abbau wie eine einzige politische Maßregelung aussieht. Volks- und Berufsschule verlieren ihre Fachreferenten, während überall die stockreaktionären Verwaltungsjuristen sitzen bleiben. Für die Erwerbslosen hat man zwar keine Mittel im Etat, aber ein gutes Herz: eine Landesspende hat 100 000 Mark eingebracht, so daß ein Erwerbsloser 70 Pfennig erhalten kann. Dann vermehrt die Regierung die Arbeitslosigkeit selbst noch durch Stillegung ihrer eigenen Betriebe (Schieferbrüche).

Aber Frick bringt dem bedrängten Lande auch Positives: Er führt völkische Schulgebete ein, die sogar der reaktionären Justiz über die Hutschnur gehen. Er macht durch seine Parteiverbote das Koalitionsrecht der Beamten illusorisch. Er verbietet lustig drauf los alle Filme und Theaterstücke, die ihm nicht passen, auch wenn sie reichsgesetzlich zugelassen sind. Wider Gesetz und Recht werden Versammlungen verboten und aufgelöst und Leute unter Anklage wegen Beleidigung des empfindsamen Herrn Minister gestellt, wenn sie auch nur gegen derartige Praktiken protestieren.

Der Fascismus in Thüringen gibt auch dem politisch Unerfahrensten ein Schulbeispiel für die Verhältnisse in einem dritten Reich. Es wird Zeit, daß sich alle, denen Recht und Freiheit noch nicht leere Worte geworden sind, ohne Rücksicht auf parteipolitische Differenzen zu einer Abwehrfront gegen den Fascismus zusammenschließen.

Hans Krauß

Huber „lebt"

Von Paul Heinkel

Ich bin gewiß kein Lebemann, aber am Samstag oder Sonntag möchte ich eben doch ab und zu in ein feines Lokal; man ist gleich ein ganz anderer Mensch. Die ganze Woche hindurch hat man im Geschäft all das Unangenehme; jeder glaubt, er könne die Schuhe an einem abputzen. Da ist zum Beispiel der Chef, dieses alte Ekel; kaum habe ich 'ne Kleinigkeit verbockt, geht es auch schon los, in diesem unwürdigen Ton, den ich hasse: „Huber," heißt es da, „wenn das wieder vorkommt, fliegen Se; mit ihnen steht es mir bis da!" Dann greift sich das dumme Aas an den Hals — und ich kann gar nichts machen, weil es doch so schwer ist, irgendwo rein zu kommen. Man muß froh sein, daß man was hat. Der Alte reibt mir das auch immer hin: „Sind Sie nur froh", schreit er, „daß ich ein humaner Mensch bin, Sie säßen sonst schon längst auf dem Pflaster." Was soll man da sagen? Man kann gar nichts sagen, obwohl es einem höllisch in die Knochen fährt; man muß sich eben daran gewöhnen. Ich denke mir immer im Stillen: „Du kannst mich nicht beleidigen, du nicht!" Das gibt einem das Gleichgewicht wieder.

Und dann denke ich auch an den Samstag und Sonntag, wie das ist, wenn ich meinen guten Anzug anhabe und im Café Excelsior durch die Flügeltür trete. Ich weiß es nicht, was da in mir vorgeht, aber ich spüre da so eine Verwandlung in mir. Ich bin jedesmal ein ganz anderer Mensch. So muß es unserem Otto Gebühr zumute sein, wenn er den Alten Fritz spielt. Es ist einfach eine Metamorfose, wie man sagt. Und nicht so knapp.

Oft denke ich: „Wenn du nur jetzt nicht dem Chef begegnest. Es könnte dir die Stellung kosten." Ich glaube, ich könnte in einem solchen Moment furchtbar brutal sein. Man sieht das oft im Kino, wie einer im Geschäft alles hinunterschlucken muß, aber dann begegnet er seinem Chef an einem feinen Ort; schon will er kriecherisch den Hut ziehen, da besinnt er sich noch rechtzeitig und sieht den andern kalt und hochmütig an, daß der ganz klein und häßlich wird und zuerst grüßt. Ich glaube, ich könnte in diesem Fall auch so sein; ich habe das nötige Format zu so was. Der Alte würde sicher ganz in sich zusammenschrumpfen; aber ich bin mir nicht sicher, ob er mich nicht andern Tags rauswerfen würde. Wahrscheinlich würde er es tun. Darum ist es mir lieber, er begegnet mir nicht.

Also, wenn ich in das Excelsior komme, mache ich das immer so, daß ich mit ein paar raschen energischen Schritten bis in die Mitte des Lokals vorstoße; das verrät den Weltmann. Die meisten sind anfangs durch die Pracht des Lokals irgendwie irritiert, stehen unschlüssig in der Nähe des Eingangs herum, benehmen sich wie kleine Leute. Ich mache das ganz anders. Mir kann auch der größte Luxus nicht imponieren, ich bewege mich in sowas wie zu Hause, und diese weltmännische Sicherheit macht mir Spaß. Plötzlich fällt mir etwas ein und ich bleibe in der Mitte des Lokals stehen; alles schaut auf mich; ich ziehe mit einer Nonchalance, wie ich sie immer so an Harry Liedtke bewundere, mein Notizbuch aus der Tasche, schreibe irgend was Dummes hinein. Beim Einstecken lasse ich dann meinen Blick gelangweilt über die Menge schweifen: ein jeder soll sehen, wie furchtbar gleichgültig mir dieses ganze Milieu ist.

Und dann ist da noch die große Treppe, die in die oberen Räume führt. Es ist ein Jammer, wie sich vor ihr manche Leute benehmen. Sie wissen, daß man sie beobachtet, und werden entweder entsetzlich linkisch und ungeschickt oder aber verfallen in ein lächerliches, affektiertes Getue, das sofort verrät, mit wem man es zu tun hat.

Ganz anders ich. Ich nehme die Treppe so, als ob sie gar nicht da wäre; dabei ist aber jeder Schritt Berechnung. Auf dem zweiten Absatz zünde ich mir umständlich eine Zigarette an, und etwas in meinem Verhalten deutet an, daß ich das Lokal für ein wenig überfüllt halte. Ein leichtes Zaudern verrät den Entschluß, wieder umzukehren und das Café zu verlassen. Man soll sich um mich bemühen, man soll mir zeigen, daß man auf mich Wert legt. Tatsächlich stürzt auch der distinguierte Geschäftsführer auf mich zu, flüstert: „Bitte sehr, gleich hier links, ein wundervoller Eckplatz." Eine leichte Raffung meines linken Augenlides besagt, daß ich den Platz nun nicht gerade für so wundervoll halte, aber ich nehme ihn dankend an, um nicht für ungehobelt zu gelten.

Wenn ich dann so sitze in dem feinen Lokal, vergesse ich alles, was mir die Woche durch das Leben schwer machte. „Hier bist du Mensch", sage ich mir, „und darfst es sein." Wie herrlich weit haben wir es doch gebracht. Wenn ich daran denke: Noch mein Großvater saß als armseliger Bauer auf seiner Klitsche, nichts von Kultur, nichts von dem Glanz, der das Leben erst lebenswert erscheinen läßt. Und ich, ich sitze hier, der Fuß versinkt lautlos in weichen Teppichen, von den Wänden träufelt gedämpftes Licht, bricht sich in kostbaren Holzverschalungen, Seide und Brokat schmeichelt dem Auge, Geigen schluchzen. Was wären wir ohne dies alles!

Der Kaffee könnte zwar ein bißchen besser sein, aber das sind unwesentliche Kleinigkeiten. Die Hauptsache ist, man braucht nicht allzuviel auszugeben. Zu zwei Kaffees kann man ziemlich lange hinsitzen, dabei spart man zu Hause noch die Heizung. Ich mag nicht an die Mietskaserne denken, in der ich kampiere, und an die miekrigen Menschen in ihr. Es sind zwei Welten.

Ab und zu dringt die andere auch hier ein. Eben zum Beispiel geht der Zeitungsverkäufer an mir vorüber. Ein widerlicher Kerl. Er kommt so auf die Leute zu, wie man das in feinen Lokalen nicht tut. Ich brauche mir das nicht ohne weiteres gefallen zu lassen: eine leicht erhobene Hand in Abwehrstellung heißt: „Bitte Distanz", ein leichtes Stirnrunzeln, und er wird kuschen. Wenn ich mich jetzt beim Geschäftsführer über den Mann beschwerte, wäre er vernichtet. Aber ich tu es nicht. Ich bin ein viel zu humaner Mensch. Trotzdem: ich werde es ihn wissen lassen, daß das in meiner Macht steht; er soll mir dankbar sein für meine Nachsicht. Sollte sich aber wider Erwarten sein Benehmen nicht ändern, werde ich es ihm mit aller Offenheit sagen, daß alles seine Grenzen hat, auch meine Geduld, daß es mir bereits bis da ist. Und ich werde dann wahrscheinlich eine Bewegung machen wie mein Chef, wenn er auf einen meiner Fehler gestoßen ist. Schließlich gehe ich nicht in das Excelsior, um mich zu ärgern.

Leider ist es nun so, daß auch das Excelsior nicht mehr ganz meinen verwöhnten Ansprüchen genügen kann. Ich habe so ein Bedürfnis nach Abwechslung, nach etwas Außerordentlichem. Ich möchte mal eine richtige Orgie feiern können. Ich möchte einmal recht viel Sekt bestellen, teuren Sekt; wenn ich dann angeheitert wäre, würde ich die Leute brüskieren und eine Menge feine Gläser an die Wand werfen, und es müßte dann so sein, daß der distinguierte Geschäftsführer dazu nachsichtig lächelt. Es müßte den Anschein haben, als ob so was das Allerselbstverständlichste für mich wäre.

Ja, so was möchte ich einmal. Und wenn sie dann im Geschäft wieder die Schuhe an mir abputzen, würde ich lächeln, weil niemand ahnt, daß man es hier mit einem zu tun hat, der schon einmal im Excelsior Gläser an die Wand geworfen hat. Es ist doch einfach so, daß man im Leben einen Höhepunkt braucht, von dem man zehren kann, eine Insel, auf

Eingeständnisse

In Hugenbergs „Tag" hat Generaloberst a. D. von Einem in einem Artikel „Verdun", der zur Erinnerung an den Beginn der Schlacht bei Verdun vor 15 Jahren geschrieben ist, bemerkenswerte Eingeständnisse über das Versagen unserer militärischen Führung im Weltkrieg gemacht. Er sagt u. a.: „Um die Jahreswende 1915 zu 1916 war auf allen Teilen des Weltkriegsschauplatzes eine allgemeine Erstarrung eingetreten. Die „Strategie der Halbheit", als deren Repräsentant uns heute der Chef des Generalstabs v. Falkenhayn, geschichtlich betrachtet, gegenübersteht, hatte ... zur Folge, daß man auch in Rußland zum Stellungskrieg gekommen war ... Es waren schon viele Fehler gemacht worden ... Man kam auf den Gedanken, Verdun anzugreifen. Damit war ein Entschluß gefaßt, der allen Gesetzen der Strategie ins Gesicht schlug ... Die Aufgabe der deutschen Westfront konnte es allein sein, sich in den stärksten Abschnitten zur stärksten Verteidigung bereitzumachen. Statt dessen berührte man die Westfront, und zwar an ihrer gefährlichsten Stelle ... Erfahrungen der Kriegsgeschichte und des bisherigen Kriegsverlaufs seit 1914 wurden über den Haufen geworfen. Indem man sie vermied, hatte man als einzigen Bundesgenossen für die mit dem Angriff betrauten Truppen nur noch das Glück, aber nicht das Glück, das nach Moltke auf die Dauer dem Tüchtigen im Kriege zufällt, sondern das Glück des Zufalls, auf das man nicht zählen darf."

Schon nach kurzer Zeit ist dann die Schlacht völlig festgerannt: „Verdun wird nun in den folgenden Monaten zur Hölle ... Was in diesem Kriege der Welt gegen uns von der deutschen Führung vermieden werden mußte, ist eingetreten. An der Westfront müssen wir Division über Division in einer Schlacht opfern, die nicht notwendig war und die niemals zum Siege führen oder auch nur einen Sieg vorbereiten kann ... Von der mittleren Führung bis zum letzten Soldaten begreift niemand, weshalb man in diese Hölle gebracht wird ..."

Herr von Einem meint dann, man müsse versuchen, aus Fehlern zu lernen. Seine eigene Nutzanwendung ist allerdings etwas eigenartig, denn er versucht eine gewisse Verbindung herzustellen zwischen der Falkenhaynschen Strategie der Halbheit und der „politischen Strategie der Halbheit von heute": „Man darf ... nicht gegen die Stimmung der besten nationalen Kräfte regieren, wie man bei Verdun rücksichtslos und auf die Dauer gegen die Stimmung des damals besten Bestandteils des Staates geführt hat: die heldenmütige Truppe."

Das soll wohl heißen: Weil damals vor Verdun einfache Frontkämpfer klarer blickten als die verbohrte militärische Führung, muß man sie wenigstens jetzt ans Ruder lassen; sie sind nach wie vor der „beste Bestandteil des Staates", gegen dessen Stimmung und Einsicht zu regieren töricht ist und genau so zum Fiasko führen muß, wie das verfehlte Unternehmen von Verdun.

Verwunderlich ist nur, daß ausgerechnet ein Mitglied der im Weltkrieg kompromittierten Führerschicht diese demokratische Forderung erhebt — und wer garantiert Herr von Einem, daß die heldenmütigen und klar blickenden Verdunkämpfer von damals identisch sind mit den besten nationalen Kräften, die er heute im Auge hat? Könnte es nicht sein, daß gerade sie damals genau so verblendet waren wie ihre Führer? Dann allerdings wäre es geradezu Pflicht, gegen die Stimmung dieser Leute zu regieren. hm

---

Der englische Minister des Äußern Henderson führt in Paris und Rom Verhandlungen über die Flottenabrüstung.

Der Allmächtige

In der Beschreibung einer Italienreise, die im „Völkischen Beobachter" erschienen ist, stehen die Sätze: „Wir fahren nach dem Wundereiland Capri, aus dem Mussolini ein Schmuckkästchen gemacht hat. Palmen, schöne grüne Eidechsen, Zitronenbäume, alte Fischer in malerischer Tracht ... Wer Capri einmal gesehen hat, kehrt wieder zu seinem Felsenstrand. Prächtig die azurfarbene blaue Grotte ..."

Nun haben zwar vor Jahrtausenden schon die römischen Kaiser gemerkt, daß Capri eine wundervolle Felseninsel ist, und ungezählte Tausende von Menschen sind durch all die Jahrhunderte dorthin gefahren, um seine Schönheit zu genießen, aber das spielt natürlich keine Rolle: Mussolini hat Capri zu einem Schmuckkästchen gemacht. (Und wenn wir künftig in einem Schwarzwaldtal singen: „Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut so hoch da droben?", dann tönt die Antwort: Hitler!)

Sie haben recht

Im „Student im Braunhemd" — so heißt die Hochschulbeilage des Stuttgarter N. S. Kuriers — kämpft ein wackerer Streiter gegen die republikanischen Studenten und ihre Faschingsscherze. Wir erhalten dazu folgende Zuschrift:

„Sehr geehrter Herr Kommilitone! Sie haben vollkommen recht, wenn Sie dem republikanischen Studentenbund — im besten deutschvölkischen Deutsch — die Meinung sagen, wenn Sie ihm erklären: „ihn als politischen Kampfbund anzuerkennen ist er uns zu winzig und unbedeutend", und wenn Sie in aller Ruhe und ohne den geringsten Ärger nur eine ganze Spalte darauf verwenden, um ihm dies zu sagen. Es ist auch durchaus richtig, wenn Sie mitteilen: „Die auf uns gemünzte Anpöbelung durch das Wort „Frickymaus" können wir getrost übergehen; sie entspricht dem Niveau eines jüdischen Tingeltangel„konferenziers" und ist daher nur für Hintertreppler witzig, zumal sie noch aus der „Sonntags-Zeitung" geklaut ist."

Erstens hat es keinen Wert, wenn man etwas übergeht, ohne zu sagen, was man übergeht. Zweitens mußten Sie selbstverständlich durch den Hinweis auf die Hintertreppe daran erinnern, daß für Sie, als Mitglied der N.S.D. Arbeiter-Partei, etwas anderes als die Vordertreppe und der Eingang für Herrschaften überhaupt nicht in Frage kommt.

Ganz ausgezeichnet war auch Ihre Bemerkung: „Das Vorspiel zum Fasching lieferten sich diese Jünglinge bereits einige Tage vorher am Fachschaftsabend der Architekten, als sie in verschiedenen Sketschs in geradezu unerhörter Weise die christlichen Religionen in den Schmutz zogen."

Ihnen ist das Christentum — wie sagt doch Pg. Rosenberg? — „nicht eine leere Frase, sondern glutvolles Leben. Er lebt in ihnen, den Nationalsozialisten, und durch sie. Nicht das laute Bekenntnis zu ihm, das Leben in seinem Geiste adelt den Menschen. Vorleben ist das Wichtigste." Sie tun es. Wie erquickend war doch z. B. dieses christlich vorgelebte Vorbild der Kommilitonen von der Technischen Hochschule in Wien, die kürzlich den Kiosk der sozialistischen Studentenvereinigung in Brand steckten, die Plakate mit tintengefüllten Eiern bombardierten und sozialistische und jüdische Studenten und Studentinnen mit Ochsenziemern blutig schlugen! Welch innere Erhebung im Geist des Christentums der Überfall der Herren Pg. Pg. auf die Reichsbannerleute, die letzten Samstag, von einer Versammlung des Stuttgarter republikanischen Studentenbunds kommend, mit Stahlruten, Kabelenden, Farrenschwänzen, Dolchen und Revolvern bearbeitet wurden! Sie haben recht, Herr Kommilitone (Sie ebenso wie Pg. Rosenberg): Das adelt den Menschen! Das ist das wahre Christentum und der wahre Adel. Das ist die wahre Führerschicht des dritten Reichs. Hitler Heil!" M. M.

Schächtverbot?

Der Bürgerschaft in Bremen, in der über ein Schächtverbot verhandelt wird, ist eine Eingabe zugegangen, die die Beibehaltung des Schächtens im Bremer Schlachthof verlangt. Die Eingabe stammt vom — Norddeutschen Lloyd.

Der Lloyd befürchtet nämlich, daß seine Dividende beschnitten würde, wenn die jüdischen Fahrgäste auf seinen Schiffen kein geschächtetes Fleisch mehr bekämen. Oder er müßte das koschere Fleisch aus dem „Ausland" (Preußen, England oder Frankreich) beziehen, was sowohl für ihn wie für den Bremer Schlachthof ein Verlust wäre.

Nun wird die Bremer Bürgerschaft wohl nichts anderes tun können als das Schächten beizubehalten. Die Nazifraktion freilich, die in Bremen, wie anderswo zu andern Industriellen, zum Lloyd gute Beziehungen unterhält, wird in ihrem Innersten einen schweren Kampf auszufechten haben. Schließlich aber wird auch hier die „Vernunft" siegen.

Warenhaussitte

Wie aus der Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser zu ersehen ist, verdankt man die neuerliche Einbürgerung des Johannistags als Kinderfesttag den Bemühungen der Warenhäuser. Die Schaffung der Johannismännchen-Figur als Symbol sei restlos gelungen; 5000 Werbeplakate und rund 500 000 Werbemarken seien abgesetzt worden; in 70 Städten sei die Werbung mit stattlichen und viel beachteten Veranstaltungen verbunden gewesen; der Gedanke habe insbesondere durch die Schulen erfreuliche Förderung erfahren. Zur Vorbereitung der nächstjährigen Propaganda wird eine Johannismännchen-Schallplatte herausgebracht, die in Massen verbreitet werden soll.

Auch die Warenhäuser fangen an, wie die Presse ein „Kulturfaktor" zu werden.

Filmzensur

Wie die Monatsschrift „Orient im Bild" in ihrer letzten Nummer mitteilt, sind von der Filmprüfstelle Berlin aus dem Missionsfilm „Armeniernot und Christenhilfe" einige für die Türken peinliche Teile verboten worden. Einmal der Titel: „Während der Jahre 1915 bis 1916 wurden 1½ Millionen armenischer Christen, meist Greise, Frauen und Kinder, nach den arabischen Wüsten vertrieben"; dann eine Bildfolge, die eine Wüstenlandschaft darstellt, bei der, wie die Prüfstelle zartfühlend behauptet, „im Vordergrund Gegenstände liegen, die im Zusammenhang mit dem vorausgehenden Titel als Leichenreste angesprochen werden können". — Diese „Gegenstände" stellen nun allerdings keine Leichen oder Leichenreste dar, sondern Grasbüschel; aber offenbar hält man bei den von uns geduldeten Heldentaten unserer Verbündeten solche Assoziationen für naheliegend.

Ich könnte mir einen wirklichen deutschen Film denken, der ... ein wahrhaftiges Bild der heutigen Zeit gibt. Einfach, ich möchte gern im Film einmal den Mann sehen, der neben mir wohnt. Aber ihn selbst, nicht als Charge dargestellt ... Auch die Stube von nebenan möcht ich gern sehen, das „Milljöh" sozusagen, nicht erst hervorragend einfallsreich von illustren Architekten aufgebaut ... nein, so nebenbei wie im Leben ... Bei uns ahmt man nach und imitiert und hätte es eigentlich gar nicht nötig. So kommt es, daß tatsächlich das einzige Stück wirklichen deutschen Lebens ausschließlich den Wochenschaubildern vorbehalten bleibt. Das andere ist meistens Pappe, Dekoration und im besten Falle Märchen für Erwachsene. George Grosz

Gefängnis für Preisabbau

Ein Zigarrenhändler hatte Zigaretten 10 v. H. unter dem festgesetzten Preis verkauft. Ihm trat die „Preisschutzstelle" der Zigarettenindustrie entgegen. Da der Händler gerichtliche Austragung der Sache verlangte, beschäftigte sich zunächst das Amtsgericht damit und gab dem Händler recht, weil sein Verhalten nur dem Bestreben der höchsten Regierungsstellen entsprochen hätte. Die Preisschutzstelle legte Berufung ein, und das Landgericht verurteilte den Händler. Er konnte die mehrere tausend Mark betragende Geldstrafe nicht bezahlen, und sie wurde in ein Jahr Gefängnis umgewandelt. („Deutsche Postzeitung")

Rationalisierung

Die Migros A.G. in Zürich verkauft von ihren „fahrenden Läden" aus nur zu runden Preisen (50 Rappen, 1 Franken, 2 Franken), denn die Wagen fahren nach einem genau eingehaltenen Fahrplan, und es darf mit Herausgabe von Kleingeld keine Zeit vergeudet werden. Je nach dem Wert der Ware ist deshalb die Packung verschieden groß; man bekommt etwa für einen Franken 170 Gramm Tafelbutter oder 1370 Gramm Teigwaren oder 1850 Gramm Reis usw.

Auch für eine Schachtel Emmentaler bezahlt man einen Franken; da aber der Preis nur 90 Rappen ist, liegen in jeder Schachtel mitverpackt 10 Rappen in bar, die der Kunde zurückerhält, ohne daß der Verkäufer einen Finger zu rühren braucht.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika

Ein amerikanischer Ausschuß, der sich mit der Arbeitslosigkeit befaßt, schätzt heute die Zahl der Arbeitslosen in U.S.A. auf rund 5 Millionen oder 10 Prozent der „gewöhnlich Erwerbstätigen"; in den großen Städten beträgt die Arbeitslosigkeit durchschnittlich 20 bis 25 Prozent, in zehn Städten 25 bis 30 Prozent und in Detroit sogar über 30 Prozent. In New-York wurde von dem Ausschuß festgestellt: voll beschäftigt sind 61,7 Prozent, teilweise beschäftigt 15 Prozent, völlig unbeschäftigt 23,3 Prozent.

Immer unbefangen

„Zu Beginn der Verhandlung lehnte der Verteidiger der drei angeklagten Kommunisten den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor S., wegen Befangenheit ab. Er begründete dies u. a. damit, daß S. in der Ortsgruppe der Deutschnationalen Partei eine führende Rolle spiele und sich öffentlich schon mehrfach sehr temperamentvoll gegen die Partei der Angeklagten gewandt habe, so daß er als „Kommunistenfresser" bekannt sei. Das Gericht zog sich zurück. Nach viertelstündiger Beratung wurde die Sitzung wieder eröffnet. Die Kammer hatte entschieden, daß die Ablehnung von Landgerichtsdirektor S. aus Besorgnis der Befangenheit unbegründet sei."

Wie oft haben wir so oder ähnlich schon gelesen! Ich möchte nur ein einzigesmal erleben, daß sich ein Richter unter solchen Umständen selber für befangen hält und auf die Verhandlungsleitung freiwillig verzichtet.

---

der man nicht mehr Huber ist mit dem kleinen Gehalt, Huber, gegen den sich der Prinzipal alles erlauben kann, sondern einer, der an unserer Kultur lebendigen Anteil hat.

Wenn ich ein paar Monate kalt zu Mittag speise, bringe ich vielleicht die Summe zusammen. Ich will doch mal sehen, ob es sich nicht machen läßt.

Ein Café in der Chausseestraße in Berlin hat sein Inneres als Zuchthaus herstellen lassen. — Ausstattungsfimmel.

Eine hübsche Szene

Wie der „Paris Midi" zu berichten weiß, hat sich bei der Preisverteilung für die Wintersportveranstaltungen in St. Moritz eine „ungewöhnlich hübsche" Szene zwischen französischen Sportsleuten und dem neuen Europameister im Viererbob Hauptmann a. D. Zahn abgespielt. Als Zahn seinen Preis erhalten sollte, traten Graf de la Frégulière und drei andere französische Herren vor die versammelten Preisträger und baten für einen Augenblick um Gehör. Im Namen seiner Freunde richtete dann der französische Sportsmann an den deutschen Sportsmann eine Ansprache, in der er von einem deutschen Fliegeroffizier berichtete, der während des Krieges einen französischen Flieger hinter den deutschen Stellungen abgeschossen und den Unverletzten gefangen genommen habe. Der junge Franzose habe damals sein Pech bedauert und zugleich der Sorge Ausdruck gegeben, daß sich jetzt seine Mutter grundlos um ihn ängstige, da sie nicht wisse, was mit ihm geworden sei. Der deutsche Offizier habe ihm daraufhin erlaubt, einen kurzen Brief an seine Mutter zu schreiben, worauf beide gemeinsam in dem deutschen Flugzeug aufgestiegen seien, um im französischen Frontabschnitt den Brief an die Mutter abzuwerfen. „Der deutsche Flieger, der damals so als Gentleman handelte", rief Graf de la Frégulière in St. Moritz aus, „war Hauptmann Zahn, der neue Europameister. Wir französischen Sportsleute empfinden das Wiedersehen mit diesem vorbildlichen deutschen Offizier als eine besondere Ehre. Gestatten Sie, daß wir Hauptmann Zahn auf unsere Schultern nehmen und zum Zeichen unseres Danks an der Front der Preisträger vorbeitragen."

Also geschah es dann auch, und diese Ehrung des deutschen Hauptmanns soll bei dem internationalen Publikum ungeteilten Jubel hervorgerufen haben; es sei niemand im Saal gewesen, der den Deutschen nicht begeistert begrüßt habe.

Leider wurzelt diese Begeisterung in dem romantischen Schimmer, der über solchen Gesten der Ritterlichkeit liegt. Man berauscht sich an solch „ungewöhnlich hübschen" Szenen, um die Erinnerung an die Schweinerei zu tilgen, zu der im letzten Krieg die Massen verdammt waren, an die Schweinerei, in der kein Platz war für romantisch verklärte Heldentaten und schöne ritterliche Gesten. Der Muskote hatte keine Gelegenheit, den Gentleman zu spielen; er lag dem feindlichen Muskoten monate- und jahrelang im Graben gegenüber, und wenn er zum Sturmangriff aus seinen Höhlen hervorkroch, trat der Teil seiner Instruktionen in Kraft, der vom Nahkampf handelt. Von Ritterlichkeit steht nichts dort. Das einzige, was der militärische Drill von dem gemeinen Mann in solchen Situationen verlangt, sind zuverlässige Reflexbewegungen, die „ihn ohne Nachdenken das Richtige tun lassen". Die Szenen, die sich dann abspielen, sind zwar ungewöhnlich, aber nicht „hübsch", sie eignen sich in keiner Weise zur angenehm prickelnden Sensation für internationale Herrschaften, wie die Geschichte von der Ritterlichkeit des Hauptmann Zahn; man trifft sie weder in der Presse noch in den Schullesebüchern dargestellt.

Obwohl das gerade notwendig wäre, um einen Begriff davon zu geben, wie es dann erst im kommenden Krieg mit der Ritterlichkeit bestellt sein wird. Die schneidigen Fliegeroffiziere, die Lieblinge der mondänen Damenwelt, die sich heute im Glanze ihrer Ritterlichkeit sonnen, werden in neuer Auflage und mit der alten Bravour zu forschen Husarenstückchen in der Luft starten, es wird ein Materialkrieg werden, bei dem der Muskote nur noch ein dürftiges Anhängsel einer grandiosen Maschinerie sein wird, bei dem die Zivilbevölkerung dazu verdammt sein wird, im Schutze von Gasmasken ihr Dasein zu fristen, soweit sie nicht der Vernichtung anheimfällt. Die letzte romantische Verkleidung des Kriegs wird dann fallen, aber der Preis für seine Entlarvung wird höchstwahrscheinlich sehr hoch sein. Max Winkler

---

Ein wenig reine Luft! Dieser absurde Zustand Europas soll nicht mehr lange dauern! Gibt es irgendeinen Gedanken hinter diesem Hornviehnationalismus? Welchen Wert könnte es haben, jetzt, wo alles auf große und gemeinsame Interessen hinweist, diese ruppigen Selbstgefühle aufzustacheln? Und was in einem Zustande, wo die geistige Unselbständigkeit und Entnationalisierung in die Augen springt und in einem gegenseitigen Sichverschmelzen und -befruchten der eigentliche Sinn und Wert der jetzigen Kultur liegt?

Friedrich Nietzsche

Sport und Kirche

Die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung" leistet sich in einer Beilage „Sport und Kirche" u. a. folgende Ergüsse: „Wahrer Sport ist immer von tiefer Religiosität beseelt ... Wahrer Sport und wahre Religion sind in den Tagen der Nachkriegszeit Bruder und Schwester geworden. Eine wundervolle Beziehung ist plötzlich da. Der Sportsmann findet in seinem Ethos die Grundgesetze des Menschentums: Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft, Uneigennützigkeit, Selbstvertrauen, sittliche Haltung und göttliche Aufgeschlossenheit. Er steigt auf die Berge — und sie sind ihm Religion. Er geht in den Wettkampf, nicht ohne vorher in stillen Stunden — oder seien es auch nur Minuten — den Sinn dieses überdacht zu haben. Er siegt — und dieses überströmende Gefühl des Berufenseins wird ihn zu Dankbarkeit und vorbildlicher Lebensführung bringen. Religion ist Vorbereitung für den Sport. Und umgekehrt soll der Satz von dem guten Geist, der im gesunden Körper wohnt, Geltung haben. So kommen Sport und Kirche zusammen. Und mit viel Freude und Hingabe wird man an der gemeinsamen Aufgabe, die Menschen besser und gesünder zu machen, arbeiten müssen."

Dieser Schmus ist auch schon beinahe eine sportliche Leistung.

◆

Die drittgrößte Kathedrale der Welt (in New-York) hat einen dem Sport gewidmeten Chor mit Fenstern von „glutender Schönheit". Der Sport ist als ein Engel dargestellt, der einen aus den olympischen Kämpfen heimkehrenden Sieger mit dem Lorbeer schmückt. In den Fenstern und Nischen sind alle Sportarten versinnbildlicht.

Literatur

Unter Cowboys und Kumpels. Erinnerungen eines amerikanischen Arbeiterführers. Von Wm. D. Haywood. Mopr-Verlag G. m. b. H., Berlin NW. 7. Preis in Leinen geb. 6,50 Mark. — Die Meinung, die Vereinigten Staaten seien jemals ein Arbeiter-Eldorado gewesen, wird durch dieses Buch gründlich zerstört: die fortschreitende Industrialisierung Amerikas brachte der zum Klassenbewußtsein erwachenden Arbeiterschaft furchtbare Ausbeutung und blutige Unterdrückung mit den bedenkenlosesten Mitteln. Haywood ist der Organisator der „Western Federation of Mines" und der „International Workers of the World" (IWW); seine Erinnerungen umfassen ein großes und entscheidendes Stück der amerikanischen Arbeiterbewegung, hauptsächlich in den Weststaaten; sie zeigen vor allem die Entwicklung der I.W.W. im Kampf gegen Unternehmerwillkür und Reformismus, und reichen bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Amerikas. m

§ 218

In der Nacht vom 20. auf den 21. Februar ist der Arzt Dr. Friedrich Wolf in Stuttgart verhaftet worden. Er wird bezichtigt, aus seiner von ihm oft und öffentlich bekannten und verfochtenen Weltanschauung Konsequenzen gezogen zu haben, indem er dem § 218, den er durch sein Stück „Cyankali" auf vielen deutschen Bühnen angegriffen und bekämpft hat, auch in der (ärztlichen) Praxis getrotzt habe. Mit ihm, oder vielmehr: kurz nach ihm, ist auch eine Ärztin, Frau Dr. Kienle-Jacobowitz, festgenommen worden.

Aus den Pressemeldungen muß man den Eindruck gewinnen, als hätten sich die beiden zu einem Kompagniegeschäft zwecks fabrikmäßiger oder doch mindestens serienweiser Vornahme von Abtreibungen zusammengetan und ein Unternehmen, bei dem die Aufgabe Wolfs die Lieferung fachmännischer Gutachten über die Notwendigkeit des operativen Eingriffs, die seiner Partnerin aber die Ausführung des Eingriffs gewesen wäre.

So einfach und belastend liegt aber der Fall nicht. Die Verabredung ist zum mindesten unwahrscheinlich; denn die beiden haben einander kaum gekannt, sind sich ein einzigesmal begegnet und haben einander bei dieser Gelegenheit nicht länger als eine halbe Stunde gesehen. Es ist kaum vorstellbar, daß zwei Menschen, die einander zum ersten Male sehen und dazu noch in Gesellschaft anderer, sofort ein Komplott zur gemeinsamen Begehung strafbarer Handlungen schmieden,

Ferner: Frau Dr. Kienle soll rund 200 Operationen vorgenommen haben. Sie hat genau darüber Buch geführt und die Unterlagen über die einzelnen Fälle gesammelt. Sie erklärt, sich nicht strafbar gemacht zu haben, und hat zur Begründung ihrer Behauptung die Atteste ihrer Kollegen, die ihr die Patientinnen vorlegten, vorzuweisen. Von diesen Attesten — rund 200, wie gesagt — sollen nur 60—80 von Friedrich Wolf stammen. Trotzdem ist — bisher — Wolf der einzige Arzt, der in Verbindung mit dem Fall Kienle festgenommen worden ist.

Der Fall Kienle — ja: ursprünglich hat es sich nämlich gar nicht um Wolf gehandelt. Die Aktion der Behörden richtete sich nur gegen die Ärztin. Gegen sie war von Seiten eines (maßgebenden) Kollegen Anzeige erstattet worden, weil ein Fall vorgekommen war, in dem der Eingriff unglückliche Folgen hatte oder überhaupt verunglückt war. Daraufhin Untersuchung, im Lauf dieser Untersuchung Beschlagnahme einer Kartothek, aus der ersichtlich war, welche Ärzte in Attesten Indikationen bescheinigt hatten. Unter ihnen war Friedrich Wolf.

Daß man gerade ihn herausgriff, hatte wohl zwei Gründe: Erstens ist er Kommunist und also Gegner des § 218, hatte diese Gegnerschaft auch öffentlich proklamiert. Zweitens hat er offenbar in seinen Attesten nicht nur medizinische Gründe für die Eingriffe geltend gemacht, sondern auch soziale. Die summarische Formulierung, er habe teils medizinische, teils soziale Indikation attestiert, ist nicht ganz exakt. Wolfs eigene Aussage lautet: er habe immer medizinische Indikation gestellt und nur in Zweifelsfällen (in denen aber auch die medizinischen Gründe die ausschlaggebenden waren) die soziale mit herangezogen. Wo also ein anderer Hilfsbereiter eindeutig und summarisch eine medizinische Begründung gegeben hätte, hat er anscheinend gewissenhaft und gründlich auch noch die sozialen Gründe berücksichtigt — und sich dadurch die Schlinge um den Hals gelegt.

Denn es ist klar: der Buchstabe des Gesetzes in seiner stupiden, grandiosen Unmenschlichkeit ist in diesem Punkt so streng und starr, daß wenig Aussicht auf völlige Freisprechung Wolfs besteht. Daß er Kommunist und allen reaktionären Bourgeois ein Dorn im Auge ist, wird auch nicht zu seinen Gunsten mitsprechen.

Der § 218, dieses berüchtigte vielschneidige bürgerliche Mittel im Klassenkampf, wird wieder einmal mit voller Schärfe angewandt werden. Die politische Bedeutung dieser furchtbaren, volksfeindlichen Strafbestimmung wird wieder einmal vor den Augen von ganz Deutschland aufs drastischste demonstriert. Ob es zweckmäßig ist, schon jetzt, im Anfangsstadium der Angelegenheit, noch ehe der gesamte Tatbestand und der ganze Umfang der Anklage auch nur in einigermaßen deutlichen Umrissen feststeht, mit dem Maschinengewehrfeuer des Flugblattes und dem schweren Geschütz der öffentlichen Protestversammlungen loszulegen, erscheint mir allerdings fraglich. Man sollte sein Pulver nicht vorzeitig verschießen und sollte außerdem nicht durch heftiges Losballern, bevor noch die Front deutlich erkennbar ist, die eigene Kampfkraft verschwenden und die Stellung der Verteidigung erschweren. Daß anläßlich dieses aktuellen Falles der prinzipielle Kampf, der Kampf gegen das Prinzip, der Kampf gegen den berüchtigten Paragrafen selbst mit aller Energie geführt werden muß, ist klar. Aber mit spontan reagierender Taktik ist nichts getan: es bedarf überlegender, planmäßiger Strategie.

Max Barth

Friedrich Wolf ist gegen Stellung einer Kaution von 25 000 Mark aus der Haft entlassen worden.

Mutter oder Embryo?

Die Zahl der jährlichen heimlichen Abtreibungen in Deutschland wird von Professor Julius Wolf in seiner Broschüre „Mutter oder Embryo?" (Carl Heymanns Verlag, Berlin, Preis 1,60 Mark) auf etwa 1,2 Millionen veranschlagt; davon kommen etwa 5000 zur Kenntnis der Gerichte und zur Aburteilung, die andern gehen straffrei aus.

Wo die Straftechnik so gründlich versagt und die Strafandrohung so offenkundig nicht von der Gesetzesverletzung abzuhalten vermag, muß ein Zwiespalt zwischen Rechtsübung und Rechtsempfinden des Volkes bestehen, der nach Abänderung der bestehenden Gesetze schreit. Der Schaden, den das jetzige Gesetz anrichtet, ist ein ungeheurer, der Nutzen der Bestrafung ein sehr bescheidener. Der § 218 „beraubt die Million Frauen, die sich trotz der Strafbarkeit von der Fruchtabtreibung nicht abhalten läßt, in der Regel des Beistandes des Sachkundigen. Die Gesetzgebung führt, da sie den kunstgerechten Abort, seltene Fälle ausgenommen, verbietet, zum „Pfuschabort". Wieviele Frauen infolgedessen die Abtreibung mit dem Tode büßen, ist des genaueren nicht festzustellen. 4000 bis 5000 jährlich in Deutschland sind aber nach allgemeiner sachverständiger Annahme ein Minimum."

Die Zahl derer, für die der kurpfuscherische Abort zwar nicht den Tod, aber lange dauerndes körperliches und seelisches Siechtum bedeutet, ist ungleich größer; sie wird von Professor Liepmann auf jährlich mindestens 100 000 geschätzt. Dazu kommt noch die Einbuße an Fruchtbarkeit: nach ärztlicher Schätzung folgt dem kunstgerechten Abort in etwa 3 Prozent der Fälle Sterilität, dem Pfuschabort in etwa 30 Prozent. „Das Gesetz übt also in dieser Hinsicht genau die gegenteilige der beabsichtigten und ihm in der Regel zugeschriebenen Wirkung aus. Es schützt nicht das keimende Leben, sondern unterdrückt es, rodet es in einem Großstaat wie Deutschland in Tausenden, ja Hunderttausenden von Fällen aus. Das Gesetz vernichtet Lebenskeime vermutlich mehr, als es solche rettet."

Professor Julius Wolf stellt als Mindestmaß dessen, was vom Reichstag dem Volk zu bewilligen sein wird, auf: Abtreibungsfreiheit während der drei ersten Monate der Schwangerschaft, nicht bloß bei medizinischer, sondern auch bei wirtschaftlicher Indikation; Behandlung in Kliniken oder von ausdrücklich legitimierten Ärzten. Auch einer solchen Regelung werden sich die herkömmliche Standesauffassung der Ärzte, die Tradition der Juristen und die Sexualmoral der Kirche entgegenstemmen, und man wird dabei so tun, als ob die Forderung, die Abtreibung sei zu bestrafen, tief im deutschen Volks- und Rechtsempfinden wurzle. Professor Wolf zeigt in seiner Broschüre klipp und klar, daß dies nicht der Fall ist, daß sie erst von Kirche und Staat künstlich hineingetragen wurde.

Aber selbst wenn die Abtreibung allgemein als verwerflich angesehen würde, wäre sie deshalb noch nicht strafwürdig: „Vor den Strafrichter gehören einzig und allein Eingriffe in eine fremde Rechtssfäre, in die Rechtssfäre anderer Personen oder der Gesamtheit. Daß sich die Schwangere bei der Abtreibung keines Eingriffes in die Rechtssfäre anderer Personen schuldig macht, liegt auf der Hand. Als andere, „zweite" Person kämen nur der Partner und der Embryo in Betracht. Nun erfolgen aber die Abtreibungen gemeinhin in beiderseitigem Einvernehmen, ja zumeist auf Betreiben des Partners. Doch auch dann, wenn dies nicht der Fall sein sollte, liegt noch nicht unbedingt eine Rechtsverkürzung des Partners vor. Auch der Ehemann hat keinen Anspruch darauf, daß jeder Embryo ausgetragen wird. Dazu gehört der beiderseitige Wille. Ebensowenig macht sich die Schwangere bei der Abtreibung einer Rechtsverkürzung des Embryos schuldig, da der Embryo überhaupt keine Rechtssfäre hat."

Bliebe also nur noch ein Eingriff in die Rechtssfäre der Gesamtheit. Davon kann natürlich mindestens so lange keine Rede sein, solange nicht der Staat der Gebärpflicht seiner Bürger eine Unterhaltspflicht seinerseits gegenüberstellt. „Die Sorge für das Kind ist das Korrelat der Geburtspflicht." Solange der Staat sich nicht auf sie festlegt, kommt die Sorge um die Mutter und die Lebenden vor der Sorge um den Foetus, so lange ist die Aufrechterhaltung eines so verderblich wirkenden Paragrafen ein Verbrechen.

Mauthe

Nach einem Gemälde von Murillo

Im nächsten Weltkrieg

Kleinigkeiten

Nicht hoffnungslos. In den „Eisernen Blättern" berichtet D. Traub von einer alten Dame, die nach langer Zeit wieder nach Deutschland kam und nun stundenlang das Palais des Reichspräsidenten belagerte, nur um Hindenburg zu sehen. Leider war er gerade nicht da; dagegen machte der Posten einen tiefen Eindruck auf sie. In einem Abschiedsbrief kommt das zum Ausdruck: „Nun bin ich umsonst in Berlin gewesen und habe unsern Hindenburg nicht zu sehen gekriegt, aber vor seinem Palais hat ein Posten gestanden, stundenlang mucksmäuschenstill und hat sich auch nicht ein bißchen bewegt. Daß es heute doch noch so etwas gibt im alten Vaterland, das ist mir ein Trost gewesen. So ganz schlimm kann es also um Deutschland noch nicht stehen." — Das ist auch unser Eindruck.

„Nomen est omen", sagt der Lateiner, der Name ist eine Vorbedeutung. Auch im völkischen Deutschland. Nur weiß man beim stellvertretenden Osaf Major Schneidhuber nicht, ob der Ton auf der ersten oder auf der zweiten Silbe liegt. Immerhin, daß der Major Hühnlein, der nationalsozialistische Automobil-Kommandant, beim großen Kampf in der Etappe bleibt, wird niemand bezweifeln.

Mehr Lüftung. Im „Angriff" macht Goebbels seinem Ärger darüber, daß es im Reichstag auch ohne die Nazis geht, folgendermaßen Luft: „... Es fehlt der Pfeffer, der die Speise schmackhaft macht ... Was sollte der Mann aus dem Volke auf der Publikumstribüne? Es gibt nichts zu beobachten und keine Überraschung lauert im Hintergrunde. Und gar erst die hohe Diplomatie? Die da unten auf ihren Bänken hocken und sich bei den faden Abstimmungen mit dem Lüften der Gesäße begnügen, die kennt man allzugut von den internationalen Konferenzen her." — Besser ein gut gelüftetes Gesäß als ein schlecht gelüfteter Kopf, Herr Goebbels.

Deutsches Bügeln. In Berlin-Wilmersdorf hat ein Bügelgeschäft Reklame-Zettel mit folgendem Text verteilen lassen. „Wer Nationalgefühl besitzt, lasse seine Garderobe nur handbügeln nach Körperform. Unterstützen Sie nicht den fremdländischen Bügelmaschinenfabrikanten. Kommen Sie zum deutschen Fachmann. Rein christliches Geschäft ..." — Ist für die Faschingsnummer leider zu spät gekommen.

Preisabbau. Im „Oldesloer Landboten" kündigten die Bäckermeister an, daß sie den Brotpreis von 50 auf 40 Pfennig herabgesetzt hätten; gleichzeitig sprachen sie die Erwartung aus, daß die Bevölkerung nunmehr ihren ganzen Bedarf am Ort decke. Wie der „Fridericus" behauptet, stellte sich nun allerdings nachträglich heraus, daß die biederen Bäckermeister nicht nur den Preis, sondern auch das Gewicht herabgesetzt hatten, nämlich von 1100 Gramm auf 900 Gramm.

Eins zu zehn. Sie möchten gern wissen, was der Herstellungspreis einer elektrischen Glühbirne sei. Wie wird sie denn verkauft? Eine Mark fünfzig? Na also: fünfzehn Pfennig.

Eine Ausnahme. Die Stadt Siegen in Westfalen (Regierungsbezirk Arnsberg, 32 000 Einwohner) erhebt keine Bürgersteuer, keine Biersteuer, hat die geringsten Gewerbesteuersätze im Bezirk, hat seit dem Krieg hunderte von Wohnungen gebaut und ihren Grundbesitz auf 1000 Hektar ausgedehnt. Dabei hat sie im Jahr 1928 mit einem Überschuß von 273 000 Mark, 1929 mit einem solchen von 58 000 Mark abgeschlossen und trotz den vielen Arbeitslosen auch 1930 kein Defizit. — Wenden Sie sich an Herrn Oberbürgermeister Fißmer in Siegen.

Gutes Beispiel. Die Londoner Wochenschrift „John Bull" läßt bei Anzeigenaufträgen über Nahrungsmittel, Getränke, Kosmetika, Arzneien usw. eine Prüfung durch einen eigenen Analytiker vornehmen, um ihre Kundschaft vor schwindelhaften Anpreisungen zu schützen. — Auch die deutschen Zeitungen dürften ein besseres Auge auf schwindelhafte Anzeigen haben.

Kleinlich. Die „Schwäbische Tagwacht" hat die Aufnahme eines Inserates, das zwei Vorträge des Anarchisten Rudolf Rocker ankünden sollte, „der Konsequenzen wegen" abgelehnt. — Es gibt also offenbar doch Fälle, wo die Redaktion Einfluß auf den Inseratenteil hat.

Nur für Herrschaften. Inserat im „Stuttgarter Neuen Tagblatt" (23. Februar, Abendausgabe): „Deutsche Hebamme. Frau Margot, Genf, Rhonestraße 23, empfängt Pensionärinnen zu jed. Zeit. Tel. Stand 6065." — Es gibt eben auch Leute, die sich um den Paragrafen 218 nicht zu scheren brauchen.

Erziehung. Inserat im „Gießener Anzeiger": „Bund für christliche Erziehung in Haus und Schule. Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, im Johannessaal Familienabend. Vortrag von Herrn Pfarrer Draudt über „Strafrechtsreform im Licht der christlichen Ethik". Musikalische Darbietungen durch Mitglieder der Militärkapelle. Der Vorstand." — Die Militärkapelle soll wohl den Marsch hin zur Kasernenhoferziehung erleichtern.

Auffallend. Der Theaterdichter R. Österreicher ist kürzlich vor eine Berliner Polizeibehörde zitiert und gefragt worden, warum er jedesmal, wenn er nach Berlin komme, in einem andern Hotel wohne. Er konnte diese merkwürdige Frage einleuchtend mit dem Hinweis auf die in verschiedenen Theatern und Stadtteilen Berlins stattfindenden Proben und Aufführungen seiner Theaterstücke und Filme beantworten. — Was aber soll ein gewöhnlicher Sterblicher antworten, wenn er von der Polizei gefragt wird, warum er, was natürlich ebenso auffallend ist, immer im gleichen Hotel absteige?

Der unzüchtige Dürer. Das Amtsgericht Leipzig hat die Reproduktion einer Radierung von Albrecht Dürer (Flagellation unter Weibern) aus dem Werk „Der Flagellantismus als literarisches Motiv" von Dr. Ernst Schertel beschlagnahmt, da es nach § 184, I St.G.B. unzüchtig sei. Es soll sich nach dem Urteil namhafter Gelehrter und Juristen um ein wissenschaftliches Werk handeln.

Ehescheidungsgrund. Nach einer neueren Entscheidung des Reichsgerichts (Band 130, Seite 178) wird in der Teilnahme an gemeinschaftlichen Nacktbädern ein Ehescheidungsgrund erblickt: eine Frau hatte ohne vorherige Verständigung ihres Mannes in Begleitung eines Freundes ein Nacktbad aufgesucht. Also Vorsicht!

Berichterstattung. Der aus dem Frenzelprozeß bekannte Landgerichtsdirektor Hellwig beschäftigt sich in der letzten Nummer der Zeitschrift „Deutsche Presse" mit dem Problem der Gerichtsberichterstattung und führt dabei folgenden Fall an: Beim letzten Frenzelprozeß war eine Vernehmung der älteren Tochter Else auf einen bestimmten Tag festgesetzt; der Termin wurde aber im letzten Moment vom Vorsitzenden verschoben; trotzdem brachte die Presse andern Tags Aussagen von Else Frenzel. — Von der Entstellung bis zur Erfindung von Nachrichten ist nur ein kleiner Schritt.

Wenig schmeichelhaft. In einem Buch von E. Mann über „Weib und Rasse", das aus rassenmäßigen Gründen zu einer Ablehnung des Christentums kommt, heißt es u. a.: „Vermehrung der protestantischen Pastoren bleibt vom Standpunkt des Rassehygienikers aus betrachtet ebenso ungünstig für die Entwicklung eines ... Volkes, wie die Fortpflanzung der katholischen Geistlichen in unehelichen Kindern." — Da werden die Nazipastoren aber Augen machen!

Kaum glaublich. Wie die Zeitschrift „Mutiges Christentum" zu berichten weiß, teilen in einer deutschen Großstadt die Kirchenbehörden den religiösen Sozialisten die Kirchenaustritte offiziell und namentlich mit, damit diese sich der Ausgetretenen annehmen können. — In welcher Gegend mag sich wohl diese Großstadt befinden?

Das christliche Geschäft. Eine Firma „Missionsversand" in Köln hat anläßlich des 700. Todestags des hl. Franz v. Assisi ein Leuchtkreuz hergestellt, das „von den höchsten geistlichen Würdenträgern als ein starkes Instrument zur Hebung des christlichen Glaubens bezeichnet wurde. Besonders des Nachts, wenn Ihnen die Sorgen des Alltags nicht schlafen lassen, möchte man dem Heiland näher sein. Das St. Franziskus-Leuchtkreuz ist ein wundersamer Vermittler, indem er bei kleiner Belichtung am Tageslicht wochenlang des Nachts leuchtet. Im Dunkel der Nacht erscheint unser Erlöser mit dem Strahlenstern in einem magischen, erhebenden Licht, wodurch der Gläubige sich mit dem Heiland verbunden fühlt." — Nicht teuer und gegen Teilzahlung zu haben.

Einbildung. Der berühmte und deshalb nicht gerade an Minderwertigkeitsgefühlen leidende Chirurg Professor Sauerbruch hat unlängst behauptet, er sei eigentlich am Ausbruch des letzten Krieges schuldig. Er sei es nämlich gewesen, der 1912 in Davos dem russischen Ministerpräsidenten Sassonoff durch eine Operation das Leben gerettet habe. Wäre Sasonoff damals nicht am Leben geblieben, so hätte er auch 1914 den Krieg nicht entfesseln können. — Man kann ein guter Chirurg und doch vollkommen ahnungslos sein.

Gegen die Gumbel-Hetze. Die Ortsgruppe Stuttgart der Deutschen Friedensgesellschaft hat in ihrer am 18. Februar abgehaltenen Hauptversammlung folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Hauptversammlung der Ortsgruppe Stuttgart der Deutschen Friedensgesellschaft vom 18. Februar 1931 dankt dem badischen Unterrichtsminister Herrn Dr. h. c. Remmele für den energischen Schutz, den er dem Professor Gumbel in Heidelberg gegen die über ihn verbreiteten Verleumdungen angedeihen läßt, und bittet den Herrn Professor Gumbel von seinem Posten aus fortzufahren in der Verkündigung einer besseren und helleren Zukunft des Menschengeschlechts."

Jungpazifisten Stuttgart. Montag, 2. März, Restaurant Ihle, Schellingstraße 5. Esperanto; kurzes Referat.

Kempten. Leser der S.-Z. treffen sich am Dienstag, 3. März, 20 Uhr, in der Weinstube Winkel (Biedermaierzimmer).

W. Kaiser

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 1[illegible] (Postfach 51). Telefon 146 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lim[illegible] Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 46 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Weiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Stuttgart, 8. März 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 10

Verständigung?

Was ich hier in der Sonntags-Zeitung seit ihrem Bestehen so oft wiederholt habe: daß Deutschland und Frankreich nicht Erbfeinde, sondern Brüder seien, die sich gegenseitig in jeder Beziehung aufs glücklichste ergänzen, — diese vor ein paar Jahren noch beinahe „landesverräterische" Behauptung scheint allmählich, wie viele Wahrheiten, zur Banalität zu werden und damit politische Bedeutung zu gewinnen.

Sehr viel dazu beigetragen hat das glänzende Buch des Redaktörs Sieburg von der Frankfurter Zeitung über Frankreich. Seine französische Ausgabe scheint noch breiter und tiefer gewirkt zu haben als die deutsche. Auch in Frankreich hat man nämlich verkehrte Vorstellungen vom Nachbar über der Grenze. Und daß ein Deutscher das Wesen des Franzosen so ausgezeichnet erfaßt und dargestellt hat wie Sieburg, muß drüben geradezu eine Sensation gewesen sein.

Etwa zweihundert französische „Intellektuelle", Schriftsteller, Künstler und Gelehrte, haben daraufhin eine „Verständigungs"kundgebung erlassen. Sie haben sich energisch gegen einen etwaigen neuen Krieg zwischen beiden Ländern gewandt und den Kriegstreibern unter ihren Landsleuten offene Fehde angesagt. Etwa ebensoviele deutsche Berühmtheiten haben enthusiastisch geantwortet, sie wollten es ebenso machen. Eine deutsch-französische Gemeinschaft sei das nächste Ziel, das man sich stecken müsse; dann könne man gemeinsam ein neues Europa heraufführen.

Jetzt wird am Ende alles gut, möchte man meinen. Jetzt brauchen sich bloß noch die Politiker zusammenzusetzen, Briand und der Nachfolger Stresemanns, und der Streit eines Jahrtausends, den unsere Geschichtsprofessoren uns eingebläut haben, kann begraben werden.

Aber die Sache hat einen Haken. Seit die „Verständigung" in die Finger der Politiker zu geraten beginnt, kann man nicht mehr recht mittun. Ihr Sinn verwandelt sich, sie droht sich als ein Komplott zu verwirklichen, das nicht Frieden, sondern erst recht Krieg und Zerstörung bedeutet: in eine Verabredung gegen Rußland. Daran wird seit einiger Zeit von den „Maßgebenden" (und das sind nicht die Friedensfreunde, sondern die kapitalistischen Machthaber auf beiden Seiten) gearbeitet.

Der Vorschlag des französischen Publizisten Graf d'Ormesson, der kürzlich durch die Zeitungen gegangen ist, mag vielleicht ursprünglich noch pazifistisch gemeint gewesen sein. Er empfahl einen Verzicht Frankreichs auf die Hälfte der Reparationszahlungen (wozu Amerika sein Einverständnis äußern müßte), und dafür eine Rüstungsbeschränkung auf beiden Seiten, je um ein Zwölftel des vorgesehenen Budgets. Das Echo klang nicht sehr begeistert, denn unsere und die französischen Großkopfeten wünschen eher Vermehrung als Einschränkung der Rüstungen, einerlei, was es kostet.

Mit diesem Programm sind kürzlich einige rechtsstehende, also einflußreiche deutsche Politiker und Industrielle nach Paris gefahren, um sich mit französischen Nationalisten zu besprechen; und zwar in der ausdrücklichen Absicht, eine Interessengemeinschaft gegen die „bolschewistische Gefahr" ins Leben zu rufen. Ein ähnliches Projekt, bei dem eine Vermehrung des deutschen Heeres auf die dreifache Zahl eine Rolle spielt, ist auch früher schon mehrere Male in Paris vorgetragen worden; das letztemal im vorigen Jahr. Den Vermittler dabei macht der deutsche Industrielle Arnold Rechberg. Auf französischer Seite ist seinerzeit der heutige Minister Paul Reynaud engagiert gewesen; diesmal ist mit einem Senator Lémery verhandelt worden.

Über das Ergebnis herrscht vorläufig Schweigen. Daß es sich um ein militärisches Bündnis gegen Rußland handelt, ist kaum zu bezweifeln. Es wird auch kein Zufall sein, daß etwa gleichzeitig von Regierung zu Regierung erfolgreiche Kreditverhandlungen gepflogen wurden, daß der Zentrumsführer und künftige deutsche Außenminister Kaas in seinen Reden die Sowjet-Union als gemeinsamen Gegner Deutschlands und Frankreichs bezeichnete; daß der „Temps" den Abbruch der deutsch-russischen Handelsbeziehungen forderte und die „Germania" als Gegenstück ein Interview desselben Inhalts mit dem Petroleumkönig Deterding veröffentlichte.

Die „bolschewistische Gefahr" ist da, nämlich für die westeuropäischen Kapitalisten. Sie wird immer größer, je mehr der Fünfjahresplan vorankommt. Daß er voraussichtlich erfüllt werden wird, wagt heute niemand mehr zu bestreiten. Wenn aber Rußland aus einem Agrarland zum exportierenden Industriestaat werden wird, wenn das russische „Dumping" sich von Erdöl, Holz und Getreide auch auf Industrieerzeugnisse ausdehnen wird, dann haben die kapitalistischen europäischen Konkurrenten und früheren Lieferanten schwere Zeiten vor sich.

Je weiter die Russen mit dem Aufbau ihrer Industrie vorwärts schreiten, desto größer wird also auch die Gefahr der Intervention, des Kriegs der kapitalistischen europäischen Länder gegen Sowjetrußland, dessen Zusammenbruch man umsonst erwartet hatte, das man nun nur noch auf diese Weise als wirtschaftlichen Gegner erledigen zu können glaubt.

Ein Krieg Europas gegen Sowjetrußland wäre ein ebenso großes Unglück wie der andere mögliche Kriegsfall: die Selbstzerfleischung Europas. Vielleicht noch ein größeres.

Deutsch-französische Verständigung? Von Herzen! Aber deutsch-französisches Komplott gegen Rußland? Hände weg!

Erich Schairer

In Moskau hat ein Prozeß gegen Mitglieder eines „Union-Büros des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Rußlands" begonnen. Die Angeklagten werden beschuldigt, die Intervention kapitalistischer Staaten begünstigt und Schädlingsarbeit geleistet zu haben.

In Braunschweig haben letzten Sonntag Gemeindewahlen stattgefunden. Das Ergebnis, verglichen mit den Landtagswahlen vom 14. September 1930, ist: weiteres Anwachsen der Nationalsozialisten, starker Rückgang der bürgerlichen Parteien, Abbröckeln bei den Sozialdemokraten (etwa 10 Prozent Verluste), starker Anstieg der Kommunisten.

Das Wichtigste

Der Kampf um den Wehretat

Reichskanzler Brüning hat in der vergangenen Woche mehrere Male mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen der parlamentarischen Erledigung des Wehretats verhandelt. (Nach dem Auszug der nationalen Opposition ist für die Annahme des Wehretats zum mindesten die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten nötig.) Die Sozialdemokraten fordern Gegenleistungen auf sozialpolitischem und steuerpolitischem Gebiet, scheinen im übrigen bestrebt zu sein, die endgültige Entscheidung bis zur dritten Lesung Ende März hinauszuschieben.

Kuhhandel in Sicht

Die Deutsche Volkspartei hält die Stunde für gekommen, den Lohn für ihre Zugehörigkeit zu den „Staatserhaltenden" einzustreichen und zugleich den bösen Verdacht, sie sei am Ende gar nicht „national", da sie im Reichstag weiter mitarbeitet, von sich abzuwälzen. Drum hat sie frisch und fröhlich drei Anträge zur Änderung der Verfassung eingebracht, die folgendes fordern:

1. Das Wahlalter soll von 20 auf 25 Jahre hinaufgesetzt werden. — Eine alte, abgedroschene reaktionäre Forderung; kennen wir schon, weiter!

2. Der Reichstag soll vom Reichspräsidenten einberufen und geschlossen werden. — Eine schneidige Attacke gegen die (allerdings nur auf dem Papier vorhandene) Volkssouveränität. Das Parlament soll, wenn auch zunächst nur formal, aus dem Werkzeug des Volkes zu dem der Regierung werden. Der Reichspräsident soll mit größerer Befugnis ausgestattet, erhöht, zum Monarchenstellvertreter gemacht werden. Auf diese Weise wäre der Apparat dann für die (ach, so sehnlichst zu wünschende!) künftige Monarchie vorbereitet: erst ein Präsident, dann ein Wahlkaiser, dann — usw. Der kommende Herr fände alles präpariert; ihn würde ein gutsitzendes konstitutionell-monarchisches System einladend erwarten. Sehr nette Idee!

3. Der Reichspräsident soll zugleich Oberhaupt des preußischen Staates sein. — Das ist schon gar nicht mehr anders als monarchisch vorzustellen. Jene für ganz Deutschland so unheilvolle Verbindung, die nur dynastischen Gegebenheiten entsprang und mit dem Sturz der Dynastie Sinn und Berechtigung verlor, wiederherstellen zu wollen, ist die reaktionärste Provokation des deutschen Volkes. Wir haben weißgott genug Erfahrungen mit dieser Hegemonie des größten deutschen Landes gemacht und müßten richtige Esel sein, wenn wir, statt Preußen endlich in Provinzen des längst fälligen deutschen Einheitsstaates zu zerlegen, wiederum jenen monströs-plumpen, schwerfälligen und verhängnisvollen Zustand der prinzipiellen Borussifizierung der deutschen Innen- wie Außenpolitik herstellen. Eine verspätete Fastnachtsidee.

Es besteht keine große Aussicht, daß die Anträge der Volkspartei alle drei durchgehen. Selbst mit den Stimmen der Deutschnationalen und der Nazis bekämen sie keine Zweidrittelmehrheit. Trotzdem bergen sie eine Gefahr: es wäre denkbar, daß ein Teil der Zentrumsabgeordneten in einzelnen Punkten mit der Reaktion stimmen würden. Z. B. bei Antrag 1. Und die Nazis könnten möglicherweise, obgleich sie einstweilen noch für die Beibehaltung des 20. Lebensjahres sind, unter dem Einfluß irgendwelcher Exzellenzen und Bankfürsten für die Hinaufsetzung eintreten. Der Antrag 1 ist der gefährlichste, weil er am ehesten Aussicht auf Annahme hat.

Immerhin; wenn nicht besonders drastische Umfälle erfolgen, bleibt alles beim Alten. Vielleicht rechnen die Volksparteiler auch gar nicht auf die Annahme. Ihre Anträge können sehr wohl reine demagogische Manöver sein; sie wollen wahrscheinlich zeigen: dem Volk, daß sie auch national und altbacken-reaktionär sein können; der Regierung: daß sie ihr unbequem werden können, wenn sie nicht auf ihre Sonderwünsche entsprechende Rücksicht nimmt. Leicht möglich, daß sie in Bälde irgendeine Extrawurst aus dem Stullenpapier wickeln, die sie gerne am traulichen Herd der guten Freunde braten möchten — als Entschädigung für die Zurücknahme ihrer Anträge oder für die Enttäuschung über deren Ablehnung.

Ix

Der Reichstag hat einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, nach dem jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zugelassen werden sollen. (Die Annahme des Antrags ist durch die Abwesenheit der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen ermöglicht worden.)

Der deutsche Minister des Äußern Curtius hat der österreichischen Regierung einen Besuch gemacht.

Die englische, die französische und die italienische Regierung haben einen Flottenpakt abgeschlossen, der das Wettrüsten bis zum Jahre 1936 verhindern soll. Die französische Flotte wird der italienischen um etwa 150 000 Tonnen überlegen bleiben; außerdem ist Frankreich eine U-Boot-Tonnage von 70 000 Tonnen zugestanden worden (England und Amerika haben sich im Londoner Flottenabkommen auf je 52 000 Tonnen festgelegt).

Demokraten

Nach einem Bericht des „Hannoverschen Kurier" hat in einer Versammlung der Staatspartei in Braunschweig Professor Obst u. a. gesagt: Noch immer werde die Demokratie in Deutschland verkannt. Es gebe zwischen Demokratie und Aristokratie keine Gegensätze. Wahre Demokratie, der Gedanke, in freier Wahl den Führer zu küren und ihm Gefolgschaftstreue zu halten, sei urdeutsch ..., die Deutsche Staatspartei knüpfe mit dieser Auffassung bewußt an alte germanische Überlieferung, an die Gemeinschaft freier Männer an.

Diese arischen Töne werden die Demokratie auch nicht mehr retten.

Was ist zu tun?

3. Die Aufgabe des Kommunismus in der Krise

Von ***

Als einziger Ausweg aus der Krise, die wie ein drohendes Gewitter die Welt überzieht und mit besonderer Stärke sich über Deutschland entladen hat, bleibt nur die revolutionäre Lösung: der Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung der Rätediktatur. Das ist die Aufgabe, die dem Kommunismus von der Geschichte gestellt ist.

Die Vorbedingungen für eine solche Lösung sind sicherlich vorhanden. Die bürgerliche Klassenherrschaft ist in ihren Grundfesten erschüttert. Große seither parlamentarisch gestimmte Massen schwanken und wenden sich dem Antiparlamentarismus zu; sogar das Kleinbürgertum nimmt gegenüber der nackten Kapitalsherrschaft eine drohende Haltung ein. Aber die Abwendung von der Demokratie kommt vorläufig nicht der Revolution zugute. Zwar konnte die revolutionäre Partei des Proletariats bei den letzten Reichstagswahlen einen beachtenswerten Zuwachs von 1 ½ Millionen Stimmen verbuchen; aber die ausgesprochenste Form der Konterrevolution, der Fascismus, brachte es zu einem Stimmengewinn von 5 ¾ Millionen. Dabei enthält keine Situation derartig günstige Bedingungen für den Kommunismus wie die jetzige: die unerträgliche Bürde des Youngplans; das heillose Durcheinander in den bürgerlichen Parteien; das offensichtliche Fiasko der sozialdemokratischen Politik. Warum bringt der Komunismus nicht die Ernte in seine Scheuern ein, die ihm bei solcher Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus naturgemäß zufallen müßte?

Die kommunistische Partei erkennt sehr richtig, daß die gigantische Krise ungeheure Möglichkeiten für die proletarische Revolution enthält, aber bei ihr erzeugen diese Möglichkeiten schon das Wunschbild einer akut revolutionären Situation, eines Zustandes, der erst durch richtige politische Maßnahmen geschaffen werden muß. Sie stellt darum den revolutionären Kampf um die Eroberung der Staatsmacht auf die Tagesordnung, obwohl die Voraussetzungen hierfür noch gar nicht gegeben sind, nämlich 1) daß sie bereits die große Massenpartei des Proletariats darstellt, und 2) daß darüber hinaus breite Massen von der Richtigkeit und Notwendigkeit des revolutionären Kampfes überzeugt und auch bereit sind, ihn aufzunehmen. Derweil die K.P.D. schon die Galgen errichtet und die Listen anfertigt für die aufzuhängenden Klassenfeinde, nutzen die Göbbels und Frick die Zeit und organisieren mit antikapitalistischen und scheinrevolutionären Frasen die deklassierten Kleinbürger und weniger klassenbewußten Arbeiter zur Konterrevolution.

Die K.P.D. hat davon zunächst überhaupt nichts gesehen. Dann redete sie auf einmal wie aus der Pistole geschossen von dem Fehlschlagen der fascistischen Bestrebungen, in die Betriebe einzudringen, und von dem „zum Stillstand gebrachten Vormarsch der Hakenkreuzler"; wenige Tage später wurde der Stillstand sogar zum „Rückschlag dieser von klingenden Frasen lebenden Unternehmerorganisation". Dann hat die Parteileitung auf einmal eine ganz neue Entdeckung gemacht; die Sozialdemokraten, bisher der „linke Flügel" des Fascismus, sind zu „Sozialfascisten" avanziert, für die nun die Parole gilt: „Nationalfascismus ist gleich Sozialfascismus" und außerdem die andere: „Schlagt die Sozialfascisten — sogar die kleinen — wo ihr sie trefft!" Also für die irregeleiteten Klassengenossen die Wucht der Faust, statt überzeugender Argumente. Selbstverständlich beantworten die sozialdemokratischen Arbeiter solche Beschimpfung und Behandlung nicht mit zunehmender Sympathie für die K.P.D. und die Führer haben leichtes Spiel bei Ausschlüssen und verschärfter Hetze.

Nach den Reichstagswahlen, die das Gegenteil der kommunistischen Profezeiungen bewiesen haben, nämlich einen unglaublichen Erfolg der Konterrevolution, feiert die K.P.D. diesen Erfolg als ihren Sieg und kündigt dem Fascismus sein endgültigen Abstieg an, um bei den Nachwahlen wieder erfahren zu müssen, daß die Nationalsozialisten weitere Riesenfortschritte gemacht haben. Können derartige unmotivierte Prognosen aus der blauen Luft Vertrauen zu der Partei erwecken?

Als notwendigste Voraussetzung für den Kampf um die Macht ist die Mobilisierung der großen und entscheidenden Teile der Arbeiterklasse für dieses Ziel anzusehen. Als bestes Mittel hierfür gilt die von Lenin empfohlene Einheitsfronttaktik. Aber gerade diese wird von der Parteiführung im Zusammenhang mit der verrückten Theorie vom Sozialfascismus aufs gröblichste mißachtet, obwohl man das Wort wohl noch häufig genug im Munde führt. Was die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer von rechts her besorgen, das ergänzen die Kommunisten wirkungsvoll von links: Spaltung der Gewerkschaften, der Freidenker und Sportler bis zu den Sängern und Mandolinisten, also aller überparteilichen Klassenorganisationen des Proletariats.

Gerade in den Riesenverbänden der Gewerkschaften aber ist die beste Gelegenheit für die Einheitsfrontbestrebungen gegeben. Wenn die Gewerkschaftsführer solche Absichten auf jede nur erdenkliche Art hintertreiben, so ist das nur zu begreiflich, denn ihre Verwirklichung würde ja die wirtschaftsfriedlichen Pläne mit dem Unternehmertum durchkreuzen, die Massen revolutionieren und die Führer zur Preisgabe ihrer ganzen Politik zwingen. Die K.P.D., die doch die Revolution als einzigen Ausweg anerkennt und diesen auch beschreiten will, müßte die Einheitsfronttaktik als wirksamsten Hebel für die Erreichung ihrer Ziele benutzen. Gerade jetzt in der Krise kommen breite Schichten der Arbeiter zu der Erkenntnis, daß es auf dem von den Gewerkschaften beschrittenen Wege nicht mehr weiter gehen kann. Hier ist die Stelle, wo die Kommunisten ihren Klassengenossen helfen müssen bei der Einsicht, daß eine wirkliche und dauernde Besserung der Lage der gesamten Klasse nur möglich ist, wenn die widersinnigen Eigentumsverhältnisse umgestoßen werden und der Sturz des kapitalistischen Systems herbeigeführt wird. Das ist möglich, wenn, anknüpfend an die täglichen Nöte der Masse

durch lebendige und packende Losungen, breiten Schichten, die bisher von den Erfolgen des rein gewerkschaftlichen Kampfes überzeugt waren, die Schranken und Grenzen aufgezeigt werden und ihnen dadurch zum Bewußtsein gebracht wird, daß der unzulängliche wirtschaftliche Kampf seine Ausweitung erfahren muß zum aussichtsreichen politischen Kampf. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Aufgabe der Eroberung der Gewerkschaften für die Revolution eine ungemein schwierige Aufgabe ist und an die Geduld und Energie der damit Betrauten hohe Anforderungen stellt. Aber sie ist doch unvergleichlich leichter als jene, die sich die heutige Partei stellt, wenn sie ohne und gegen die Gewerkschaften ihre Kämpfe führen will. Und darauf läuft es hinaus, was sie mit ihrer R.G.O,-Politik betreibt.

Was ist die R.G.O., die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition"? Sie ist gewerkschaftliche Opposition, die sich aber selbst außerhalb der Gewerkschaften stellt und die Zusammenfassung bildet 1) der roten Betriebsräte und der hinter ihnen stehenden Belegschaften, 2) der revolutionären Vertrauensleute, 3) der neugegründeten kommunistischen Gewerkschaften und 4) der vorhandenen oppositionellen Fraktionen in den Gewerkschaften. Aus der Theorie vom Sozialfascismus und einem grenzenlosen, wenn auch berechtigten Haß gegen die Gewerkschaftsführer ist der Unglaube erwachsen, daß die Revolutionierung der Gewerkschaften eine Unmöglichkeit sei; man verspricht, es durch die R.G.O. besser zu machen. Aber was zeigt sich? Die neue Organisation ist eine Seifenblase, die in ein Nichts zerplatzt: Die roten Betriebsräte repräsentieren keine Macht, weil sie nicht in den Gewerkschaften wurzeln, die für die wichtigsten Arbeiterfragen (Tarifabschlüsse, Arbeitsverhältnisse, Lohnfestsetzungen) allein zuständig sind. Revolutionäre Vertrauensleute fristen auf dem geduldigen Papier der kommunistischen Sekretariate ihr kümmerliches Dasein. Die eigenen Gewerkschaften können nur mit Mühe und durch künstliche Einspritzungen am Leben erhalten werden. Innergewerkschaftliche Fraktionen, die den Kurs der K.P.D. steuern, gibt es nicht mehr. Infolgedessen übt die R.G.O. überhaupt keinen Einfluß aus, wenn man die Lufterschütterungen durch Frasen und Reklame nicht als solchen ansprechen will.

Wohl aber hat sie andere sehr unerwünschte Folgen. Den reformistischen Gewerkschaften liefert sie das probate Mittel für den Hinauswurf aller oppositionellen Elemente und ebnet damit den Weg für den Reformismus und den durch ihn geförderten Fascismus. Und die Erfolge, die die R.G.O.-Politik bei Kämpfen, die sie führte, zeitigen konnte, sind geradezu katastrofal. Überall Niederlage der Arbeiter, Sieg der Unternehmer und Reformisten in den günstigsten Fällen; in den anderen daneben noch Maßregelungen und Entlassungen. Die Versprechungen, es besser zu machen, können nicht verwirklicht werden, und die natürliche Folge werden Mutlosigkeit, Indifferentismus und Unglaube der Massen an die sozialistische Bewegung überhaupt sein. Schon die Bewegungen, die durch R.G.O.-Parolen ausgelöst werden, beweisen, daß sie nicht geeignet sind, notwendige große Massen- und Klassenaktionen hervorzubringen, sondern daß ihre Zugkraft höchstens für kleine parteipolitische Scharmützel reicht. Die R.G.O.-Taktik offenbart sich als Verzweiflungspolitik und Hilflosigkeit gegenüber den großen Aufgaben der Revolution und bringt die ganze Ohnmacht der Parteiführung ans Licht.

Was ist zu tun? Zunächst muß auf die unsinnige Theorie vom Sozialfascismus Verzicht geleistet und versucht werden, mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern Abwehrorganisationen gegen den Fascismus zu bilden. Dann ist anstelle der R.G.O.-Politik ehrliche Einheitsfronttaktik in allen überparteilichen Organisationen zu betreiben, ausgehend von den täglichen Nöten der Massen, wie Kampf gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung, für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, für Belastung der Besitzenden, für Abbau der Riesengehälter auf 600 Mark monatlich usw., Forderungen, wie sie die kommunistische Opposition in ihrem Kampfprogramm formuliert hat. So wird die notwendige große Massenbewegung gegen den Fascismus entstehen, in der die sozialdemokratischen Mitglieder mitmarschieren, auch wenn sie noch nicht aufgehört haben, Sozialdemokraten zu sein. Dann ist der Wall niedergelegt, der heute noch die Arbeiterschaft in zwei feindliche Lager trennt, und die Bataillone formieren sich zum Sturm auf die kapitalistische Feste. Es ist Zeit, daß gehandelt wird; denn es gibt nur eine Alternative: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei.

Unterdrückte Völker

Der 1918 konstituierte „Staat der Serben, Kroaten und Slowenen" hat seit 6. Januar 1929 die schlimmste Militärdiktatur. An diesem Tage hat König Alexander die Verfassung aufgehoben, alle politischen Parteien und jede politische Betätigung verboten, die Gesetze über die politischen Rechte der Staatsbürger abgeschafft und die Diktatur proklamiert. Einige Monate vorher hatte die kroatische nationale Bewegung unter Führung der kroatischen Bauernpartei ihre Forderungen auf Anerkennung der nationalen Rechte und Freiheiten des kroatischen Volkes aufgestellt, waren ihr Führer Raditsch und zwei seiner Kameraden in einer Parlamentssitzung ermordert worden. Damit war der Ausrottungskampf, der schon seit dem siegreich beendeten Balkankrieg von Serbien gegen die nationalen Minderheiten geführt wird, in ein neues Stadium getreten; die Gegner des Regimes sind durch scharfe Ausnahmegesetze geknebelt, werden aufs grausamste verfolgt, gefoltert und ermordet. Hunderte von Kommunisten wurden ins Zuchthaus geschickt oder ermordet, ebenso zahlreiche mazedonische Bauern; in dem jugoslawisch-bulgarischen Grenzgebiet wurden im Jahr 1929 mehr als hundert bulgarische Männer, Frauen und Kinder niedergemetzelt.

Der volle Umfang der Greueltaten wird nie bekannt werden, weil eine strenge Zensur herrscht; es ist grundsätzlich verboten, etwas anderes über diese Vorkommnisse und die Zustände in den serbischen Gefängnissen zu berichten als die Regierung für gut hält. Der Bund „Freier Balkan" veröffentlicht nun eine Teilstatistik („Diktatur in Jugoslawien." Dokumente und Tatsachen, herausgegeben vom Bund „Freier Balkan", Berlin W 15, Kurfürstendamm 173. Preis 0,50 Mark). Diese Teilstatistik führt allein rund 60 Polizeimorde im Jahre 1929 an und rund 20 im ersten Halbjahr 1930; alles Fälle, in denen die Gefangenen zu Tode gefoltert oder „auf der Flucht erschossen" wurden, oder bei denen amtlicherseits angegeben wurde, daß sie „Selbstmord begingen" oder „spurlos verschwanden".

Einige Beispiele: Der Arbeiterin Anka Grzetitsch suchte man durch Folterung Geständnisse zu entlocken. Als dies nicht gelang, beschloß man sie zu ermorden. Sie wurde vom zweiten Stock des Zagreber Polizeigefängnisses in den Hof geworfen; da sie zufällig auf Sägespäne fiel, blieb sie trotz schweren Verletzungen am Leben. Daraufhin wurde sie auf einem Transport nach Osijek aus dem Zug geworfen.

Brief aus dem Gefängnis in Osijek: „Man schlägt uns mit Gummiknüppeln, Fäusten, Gewehrkolben, Stöcken ... Sehr oft schlägt man uns auf die Geschlechtsteile ..., tritt man uns mit den Füßen in die Weichteile und auf den Bauch. In den Mund wird uns gewaltsam Salz gepreßt, dabei wird uns das Wasser ständig entzogen."

Das Ergebnis von sieben Wochen Polizeihaft von 50 Kommunisten: ein Toter (wurde aus dem Fenster gestürzt), ein Selbstmordversuch um den Folterungen zu entgehen, ein Irrsinniger, einige Nervenzusammenbrüche, Tuberkulose, Ischias, schwere Körperverletzungen infolge Folterungen bei fast allen Gefangenen.

Aus dem Bericht eines Polizeibeamten: „Die Gefesselten wurden mit einem Ochsenziemer auf die Fußsohlen geschlagen, in den Bauch und auf die Brust getreten, an den Haaren gerissen, ihre Arme wurden mit Zigaretten gebrannt, unter die Fingernägel wurden ihnen Nadeln gestoßen."

Bericht aus dem Zagreber Gefängnis: „Dem Gefangenen werden die mit Ketten gefesselten Hände über die Knie gezogen, die horizontal an zwei Pfosten befestigt wird. Der Gefangene wird jetzt um die Achse der Eisenstange gedreht, bis er bewußtlos wird. Oft werden die Gefangenen mit der Kette, mit der die Hände gefesselt sind, an die Türpfosten gehängt, dann wird ihr Kopf nach unten gezerrt, bis die Knochen brechen."

Noch einige Fälle: Der kroatische Nationalist Javor wurde kastriert, indem man an seine Hoden schwere Eisengewichte und Ziegelsteine hängte, bis die Blutadern rissen. Professor Neschitsch wurde in Belgrad gefesselt aus einem Fenster des Gefängnisses gestürzt. Einem montenegrinischen Lehrer wurden mit Eisenzangen sämtliche Nägel der Finger und Zehen abgerissen, in seinen Schädel wurden mit einem Hammer Eisennägel geschlagen. Der kroatische Nationalist Zbik wurde gefesselt in eine Zelle gesperrt, in die ein Bienenschwarm gelassen wurde.

Diese Grausamkeiten gegenüber sozial Geknechteten und national Unterdrückten sind jener würdig, die schon seit geraumer Zeit von den Polen an den Bewohner der West-Ukraine verübt werden; aus den Gefängnissen Lemberg und Luzk hört man von denselben Scheußlichkeiten. Und wenn man weiß, daß diese zwei Staaten mit ihrem traurigen Ruhm keineswegs allein stehen, daß über das Horthy-Ungarn, das Rumänien der Herren Bratianu und Averescu, über Bulgarien und Italien eine einzige Kette der Unterdrückung und Knechtung geht, daß überall im Namen von Ruhe und Ordnung der ärgste Terror herrscht, dann möchte man seine Hoffnung auf das Erwachen der öffentlichen Meinung der übrigen Welt werfen — wenn es einen Wert hätte. Diese übrige Welt ist selbst auf dem Weg zur Diktatur.

Mauthe

Die Diktatur

Agram, die einstige freie Hauptstadt Kroatiens, hat schwere „Königstage" hinter sich. Wie von einem Albdruck befreit atmete die Bevölkerung auf, als sie erfahren hatte, daß der Aufenthalt des serbischen Königspaars urplötzlich abgebrochen wurde, und daß König Alexander mit seinen Gendarmen, Detektiven und seinem Garderegiment Agram verlassen hat. Die Wahrheit über die Reise des Serbenkönigs konnte man nur auf Umwegen erfahren. Die unter strenger Zensur stehende Presse durfte nur die zensierten Berichte veröffentlichen und in diesen wieder konnte man nur über den „begeisterten Empfang" des Königs in Zagreb und über die „kühnen Spaziergänge" des Zaren aller Serben lesen.

In Wirklichkeit bedeutete dieser Besuch ein großes Opfer für den König, der keine ruhige Nacht verbringen kann und von Angstträumen geplagt wird. König Alexander fühlt sich nicht einmal in Belgrad sicher. Seine Mahlzeiten nimmt er in strengstem Familienkreise ein. Seit dem Bekanntwerden der neugegründeten Verschwörerliga „Freiheit und Gerechtigkeit" hat der König vor seinen liebsten Generälen Angst, was begreiflich ist, war doch sein jetziger Ministerpräsident, General Zschifkowitsch, auch Hofoffizier des ermordeten Königs Alexander Obrenowitsch und drang als Erster in der Mordnacht in den Konak in Belgrad.

Diese anschauliche Schilderung einer Diktatur und Generalsherrschaft kann man im — „Völkischen Beobachter" lesen. Soll sie uns einen Vorgeschmack von der nationalsozialistischen Diktatur geben?

Soldatenehre

In den Instruktionen für die Reichswehr heißt es u. a.: „Artet die Beleidigung durch einen Zivilisten in grobe Beschimpfungen deiner Person oder des Soldatenstandes aus, so hast du den Zivilisten mit Waffengewalt daran zu hindern, seine Beschimpfungen fortzusetzen, denn auch ein schwerer Angriff auf seine Ehre berechtigt den Soldaten zur Notwehr."

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" hat beim Reichstag die Aufhebung dieser Vorschrift verlangt, da sie im Widerspruch zu § 53 St.G.B. stehe. Es ist ja auch nicht einzusehen, warum der Soldat in dieser demokratischen Republik mehr Recht haben soll als der Zivilist, dem es selbstverständlich nicht erlaubt ist, auf Beleidigungen mit Tätlichkeiten zu antworten. Hier spukt noch die alte Einstellung von vorvorgestern, daß die soldatische Ehre etwas Besonderes sei und daß sie nicht anders „gewahrt" werden könne als durch Gebrauch des Sabels oder blanken Seitengewehrs.

Dem Soldaten eine solche Ermächtigung zu geben ist aber auch schon deshalb gefährlich, weil man es seinem Urteil überläßt, ob es sich um eine gewöhnliche Beleidigung oder um eine „grobe" Beschimpfung handle. Der Trennungsstrich wird für einen biederen Soldaten sehr schwer zu ziehen sein, vollends in jenen alkoholgeschwängerten Situationen, in denen die meisten Beleidigungen vorkommen. Man „wahrt" da gern ein bißchen mehr als in normalem Zustand.

Jeder vernünftige Mensch wird also dem Antrag der Liga für Menschenrechte zustimmen. Nicht so der Hugenbergsche „Tag". Er tituliert die Liga „Propagandagesellschaft für Untermenschentum" und nennt ihr Vorgehen einen schamlosen Kampf gegen die soldatische Ehre. „Solange der deutsche Soldat", schreibt er, „berechtigt ist, einem Angehörigen der Liga, der seinen Rock beschimpft, mit dem blanken Seitengewehr über die Sprechwerkzeuge zu schlagen, solange ist das Heer noch intakt. Gegen dieses einfache, aber urgesunde Mittel sind die einflußreichen Kreise der Liga machtlos."

Dieses dumme Geschwätz beweist am besten die Notwendigkeit, dem Soldaten das Recht auf das „einfache, aber urgesunde Mittel" möglichst rasch zu entziehen.

m

Der völkische „Illustrierte Beobachter" bringt das Bild eines angeblich von Kemal Pascha gehängten aufständischen Derwisch und knüpft daran die Frage, ob der in schwieriger Lage befindliche Alfons XIII. nicht aus dem Beispiel lernen wolle. „Ist Alfons zu milde?", fragt er zweifelnd, und meint dann treuherzig: „Auf jeden Fall greifen die Republiken energischer zu." — Was man aber von der deutschen sicher nicht behaupten kann.

Stimme aus dem Leunawerk

Von Max Barth

Aus dem Buch „Stimme aus dem Leunawerk" von Walter Bauer (Malik-Verlag, Berlin; Preis 2 Mark) hat die S.-Z. schon in Nr. 51, 1930 einige Proben veröffentlicht. Hier folgt nun eine ausführliche Besprechung des Buches. D. Red.

Diese Stimme schreit nicht; sie ist, was sie sich selbst nennt: „eine halblaute Stimme aus dem Leuna-Werk". Sie erzählt, in Versen und in Prosa, ruhig, mit kraftvoller Monotonie das Leben eines Arbeiters, des „proletarischen Hiobs". Ein Prolet spricht in wunderbar gebändigter, nach Inhalt und Form einzigartiger Sprache, in Worten, die mit greifbaren Vorstellungen und Bildern geladen sind, in Schilderungen von sauberster Gegenständlichkeit vom Leben des Proleten. Bauer gibt eine großartige Reportage — und mehr als das: die Kultur und Kraft seiner Rede ist hohe Kunst.

Er spricht von der Kindheit und beginnt bei der Geburt. Irre ich mich nicht, so haben wir noch nie und nirgends in der Literatur diese unantastbare wahre Schilderung der Atmosfäre der Proletarierwohnungen und die eindringlich-plastische Darstellung der Armseligkeit und Kargheit aller Empfindungen, die in solcher trostlosen Umgebung wachsen.

Hier spricht die Hebamme:

„Das ist immer das gleiche: ein fremdes Zimmer.
Es riecht nach ungeborenem Leben, nach Schweiß,
nach Angst, Noch-nicht-Gebärenkönnen und Urin.
Und da ist eine Uhr und da ein Tisch,
ein Teller mit Essen, Kopfkissen
mit der Höhlung des nachtbedeckten Gesichts.
— — — — — — —
Wieviele Zimmer hier sind — und alle so:
Stockflecken an den Wänden, viele Betten
oder was Betten gleichkommt, ob fällt der Putz.
In jedem: Geruch. In jedem: Menschen.
Ich höre: das Haus atmet aus.
Röhren, in denen es flüstert: der Abort."

Mit solcher unwidersprechlichen Selbstverständlichkeit erzählt Bauer. Mit der selben ruhigen Sicherheit berichtet er in Prosastücken von wenigen Seiten über das, was das Leben des jungen Armen ausmacht. Manches ist nicht für immer gültig: „Hiob" ist im Krieg aufgewachsen. Da gibt es Stücke, die heißen: „Letzter Urlaub meines Bruders", „Wir stehlen auf fremden Feldern", „Die Stimmen der Gefangenen", und hier wie immer wird die Bedeutung des Alltäglichen für den jungen Menschen durch die maßvolle, klare und unmißverständliche Darstellung deutlich.

Die Jugend wächst auf in Not und Lebenskampf, in Armut und Nüchternheit; aber in diesen Kindern eines dürren, baum- und blumenlosen Milieus lebt die Sehnsucht nach der Erde — nach der braunen Erde mit Schollen, Bächen, Gewächsen und Tieren und nach der weiten Erde: der Ferne, der Welt, der wunderbaren Länder. In dem Stückchen: „Ich bringe einen Hund mit nach Hause, Mutter" heißt es: „Als du mich weggeschickt hast im Regen, Mutter, habe ich meinen Kragen hochgeschlagen und bin ohne Mütze gegangen; was sollen wir denn mit Mützen, wenn wir erst einmal in Amerika landen und die Indianer warten an der Küste im Gebüsch, daß wir kommen." So einfach und groß schreibt selten einer.

Das ist die Märchenwelt der Jugend. Aber die Wirklichkeit ist anders. Die heißt: Rüben, Kartoffeln, Kraut, Kohlen stehlen, Zeitungen austragen, Schnüre sehnsüchtig in den Teich hängen, ob wohl die kleinen Fische anbeißen („Mittags gingen die Kinder hinaus an den Teich, satt waren sie nicht, dazu war alles zu wenig.") Ja:

„Kindheit war wie ein Schorf,
drunter die Wunde quillt seit tausend Jahren.
Essen gab es nicht viel.
Wenn wir hungrig waren,
tröstete uns in einem Neubau am Abend
verbotenes Spiel."

Dann nimmt das Werk das Kind auf: der Lehrling hört die Geräusche der Nacht, da er im gemeinsamen Schlafzimmer liegt und daran denkt, daß für ihn die Kindheit ein Ende hat. Dann steht er in der unbehaglichen Morgenfrühe auf, macht sich fertig und geht zum erstenmal zur Arbeit, Nun ist die Welt für ihn erst gegenständlich geworden: begrenzt, fest, hart, unentrinnbar. Er ist eingereiht unter die anderen:

„... entweder
wirst du vom Gebiß zerrissen,
und wir holen dich aus dem Riemen,
oder du wirst neben mir marschieren,
Kamerad, kleiner, proletarischer Bruder."

Das Werk wird zugleich Mittelpunkt, Rahmen und Inhalt seines Lebens. Er flucht ihm nicht: er nimmt es hin — gut und böse, wie es ist. Aber er weiß, es ist ein Ringen; der Mensch ist wie das Tier im wilden Wald, wie der Jäger und Trapper im wilden Westen: immer muß er auf der Hut sein; immer heißt es zum Sprung gespannt sein; immer muß List und Kraft wach und schlagfertig sein, sonst wird man zerfetzt. Arbeitskollegen stürzen ab, werden zermalmt, eine Hand wird einem abgerissen (und Bauer schreibt eines der wunderbarsten Prosastücke seines Buches über diese abgerissene Hand); er selbst wird vorübergehend krank; er hat die Hand gequetscht und darf herumlaufen, sich ins Gras legen, zum Himmel aufsehen. („Ein Glück, ein großes, schönes, schmerzhaftes Glück ist auf mich gefallen: ich bin krank! Und frei von den Werken! Begreife, Kamerad, Freund, daß es ein Glück ist, krank zu sein, weil Sommer ist.")

Dieser Bauer ist noch nicht so innerlich verarmt wie die große Masse der Industriearbeiter: in ihm lebt noch der, dessen Namen er trägt; er weiß, daß der Sieg der Maschine und des Proletariats den Menschen nicht nur vom Herrn und Ausbeuter frei machen muß, sondern auch frei machen muß zur Wiedervereinigung mit der Welt, mit den Dingen, die außerhalb der Technik aus der Erde sprießen: Schönheit der Fremde, Geruch des Waldes, Grün des Baumes, Duft des Meers und besonnter ferner Länder. Aber er sentimentelt nicht; er steht mit offenen Augen in seiner Muß-Welt; einmal hat er das Land durchzogen — er ist zurückgekehrt in das Werk. Das Werk ist es, dem seine Melodie gilt. Er besingt Treppen, Bahnhöfe, Arbeiter im Zug; er schildert das arme Leben in der Mietbude, den Schichtwechsel der Arbeiter, das tägliche Bad in der Fabrik, das den Schmutz des Tages abspült, den Streik, es gibt ein schönes, unnachahmliches Gedicht: „Arbeiter zieht ein reines Hemd an", das enthält den ganzen inneren und äußeren Proleten. Es gibt unendlich vieles in diesem kleinen Bändchen. Hier ist einer, der was in sich hat und was kann.

Bauer beherrscht die Sprache wie wenige. Er steht als Künstler zweifellos höher als die Nur-Reporter, die sich zur-

Führung und Gefolgschaft

Im „Illustrierten Beobachter" vom 28. Februar veröffentlicht Adolf Hitler einen Artikel über „Führung und Gefolgschaft", der eine bemerkenswerte Geringschätzung derer verrät, die ihm und seinen Unterführern egal mit gleichbleibender Begeisterung zujubeln. Herr Hitler hält verdammt wenig von seinen Getreuen, dafür umsomehr von sich selbst. Selbstkritik scheint nicht seine Stärke zu sein. „Es liegt", schreibt er in dem Artikel, „im Wesen einer Organisation, wenn einer höchsten geistigen Führung (womit er wahrscheinlich sich meint) eine breite, mehr gefühlsmäßig eingestellte Masse dient." Seine schlecht verhehlte Bewunderung gilt dem bösen Marxismus, der es so großartig verstanden habe, sich eine gut disziplinierte Parteitruppe heranzubilden, wohingegen sich das deutsche Bürgertum bisher der einfältigen Meinung hingegeben habe, „daß eine politische Bewegung, die nur aus Kreisen der „Intelligenz gebildet wird, schon aus diesem Grunde wertvoller sei".

Für so weltfremde Ansichten hat Herr Hitler kein Verständnis; ihm liegt mehr an dem „disziplinierten Gehorsam", mit dem die Anhänger seiner „höchsten geistigen Führung" Gefolgschaft leisten: derjenige wird siegen, der die überlegenste Führung und zugleich „die disziplinierteste, blindgehorsame, bestgedrillte Truppe hat".

Ob Adolf Hitler sich in besinnlichen Stunden tatsächlich für einen geistigen Führer hält, ist schwer zu sagen; daß er aber von der Masse eine hundsmiserable Meinung hat, steht nach diesem Artikel fest. Er sagt in ihm ganz deutlich, daß das „sogenannte Programm der Bewegung" im Hinblick auf die ungebildeten Massen ausgeklügelt ist. Für sie habe man das Programm in 25 Leitsätze gegossen, bei deren Formulierung man auf psychologische Momente Rücksicht nehmen mußte; sie seien „gewissermaßen ein politisches Glaubensbekenntnis", angesichts dessen man sehr wohl im Laufe der Zeit zu der Überzeugung kommen könne, daß einige Leitsätze „anders gefaßt" werden sollten; solche Versuche würden sich jedoch meist verhängnisvoll auswirken; sobald einzelne Punkte der „glaubensmäßig dogmatischen Festlegung" entzogen würden, seien endlose Debatten und allgemeine Wirrnis die Folge. Es bestehe „bei der Oberflächlichkeit der Menschen" die große Gefahr, daß sie in der rein äußeren Formulierung eines Programms die wesentliche Aufgabe einer Bewegung sehen. Wer also den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung ernstlich wolle, müsse zur unerschütterlichen Festigung des einmal als „günstig" befundenen Programms beitragen. Es müsse für immer beibehalten werden, „auf alle Fälle aber so lange, bis sie (die nationalsozialistische Bewegung) der Sieg gekrönt hat".

Deutlicher kann es wohl nicht der Öffentlichkeit hingestrichen werden, daß dieses „sogenannte" Programm der Nazi, das „gewissermaßen" ein politisches Glaubensbekenntnis darstellt, raffiniert auf die Bedürfnisse der urteilslosen Massen eingestellt und lediglich darauf berechnet ist, die Massen zu ködern. Es wird vielleicht für „immer" beibehalten werden, wahrscheinlich aber nur so lange, bis Adolf im Sattel sitzt; dann wird man anfangen anders zu formulieren, man wird sein wahres Gesicht zeigen.

Verdient ein Volk, das sich von einem politischen Führer solche Aufsätze bieten läßt, nicht, daß es schnellstens unter seine Knute kommt? h m

Edelschmus

Der „Wehrwolf" hat auch Frauenabteilungen; sie heißen sich „Opfergruppen". Was in ihnen für eine Luft weht, zeigt ein Aufruf in der „Deutschen Zeitung"; in ihm heißt es u. a.:

„Dem furchtbaren, unentrinnbaren Schicksal der hungernden Arbeitslosigkeit kann der Mensch nicht entfliehen, — und das grade wollen ja die tückisch verborgenen Feinde des Deutschtums — — aber wie irren sie sich! Wohl lichten sich die Scharen der „Masse" etwas, aber die da bleiben, sind zum Kampfe geweckt und rufen auch die Brüder auf zum Leben, zur sieghaften Überwindung des „bloßen Tieres", zur Schöpfermöglichkeit des schaffenden Geistes.

Der Mensch wird ein Wahrheitsucher. Göttlich leuchtet das Auge, das Wahrheit begehrt und findet. Gleich dem göttlichen Funken der „Schönheit" zündet sich der göttliche Funke der „Wahrheit" zu einem lebenspendenden Feuer. Darin wachsen diese Menschen und werden „Bund", einen sich zu gemeinsamem Wege, finden Führer und vertrauen ihnen und dem deutschen Gott, der Glück dem Mutvollen gibt und Wahrheit nicht zuschanden werden läßt."

„Echtes Deutschtum" ist gewissen Kreisen ohne solchen verkrampften Salat offenbar nicht denkbar.

Königin Luise

Die Königin Luise ist im Jahre 1810 während einer ihrer zahlreichen Vergnügungsreisen eines natürlichen Todes gestorben: also ist sie ein Opfer der napoleonischen Fremdherrschaft, wird verehrt und trägt einen nationalen Heiligenschein.

Vor allem müssen die jungen Mädchen der Deutschnationalen Volkspartei bei diesem Götzendienst herhalten. Zu diesem Zweck gibt es einen „Bund Königin Luise"; da gibt es Luisenbräute, Pflichtabende, feierliche Verpflichtung neuer Kameradinnen usw. („Darauf stellten sich die zu verpflichtenden Kameradinnen um das Bild der Königin Luise und Frau Bopp richtete an sie eine kurze Ansprache. Die Verpflichtungsfrage wurde von allen mit einem freudigen Ja beantwortet; jede einzelne empfing sodann Bundeszeichen und Handschlag, während das Bundeslied gespielt wurde.")

Wie hat nun diese verehrte Königin in Wirklichkeit ausgesehen? Der Freiherr vom Stein z. B., gewiss ein unverdächtiger Zeuge, sprach immer nur mit der größten Geringschätzung von ihr. Er bezeichnete sie als „Weibchen", das nichts könne als kokettieren und sich amüsieren. Und Alexander von Humboldt nannte sie äußerst selbstsüchtig, verschlagen und versteckt.

Diese Königin, die ja, wie man uns immer erzählt, sozusagen für ihr Volk Hungers gestorben ist, hat sich nie um die allerdings furchtbare Not ihres Volkes gekümmert. Sie jammerte, weil das Menü mittags nur vier, abends nur drei Gänge enthielt: das nannte sie „von der Luft leben"!

Nationale Würde rühmt man an ihr. Nun, sie hat sich zu Zeiten sehr würdelos benommen. Sie bemühte sich in jeder Weise um Napoleon, ohne aber im geringsten einen günstigen Eindruck auf ihn zu machen; ihre Kokettieren lief an ihm ab wie das Wasser vom Wachstuch, erzählte er nach der Begegnung in Tilsit.

Durch die Blamage von Tilsit war aber die Königin nicht etwa abgeschreckt. Im Jahre 1807 wollte sie sogar nach Paris fahren, um sich durch ihre Liebenswürdigkeit die „Geißel der Welt" gefügig zu machen und politisch zu beeinflussen. 1809 wollte sie Napoleon die Patenschaft bei ihrem jüngsten Kinde anbieten. Die Ausführung solcher Pläne wurde immer wieder von Leuten gehindert, die allerdings kein königliches Blut in den Adern hatten.

Diese Landesmutter hat stets angenommen, daß das Leben nur dazu da sei, sich möglichst gut zu amüsieren. Deshalb erzwang sie sich auch die Vergnügungsreise nach Petersburg an der Jahreswende 1808/09, obwohl der Zar in Erfurt gerade sein Bündnis mit Napoleon erneuert hatte. Außerdem fehlte das Reisegeld. Aber in echt königlicher Unbekümmertheit verlangte sie, daß die nötige Summe einem Fond entnommen werde, der zur Linderung der Not in Ostpreußen bestimmt war. Die Königin setzte in diesem Fall ihren Willen gegen den Widerstand des Freiherrn vom Stein durch und konnte reisen.

Denn für ihren „geliebten und einzigen Alexander" hatte Luise stets eine ganz besondere Schwäche. Er war ihr die „Verwirklichung eines schönen Ideals, das man in der Seele trägt, ohne doch die Hoffnung zu haben, es jemals erfüllt zu sehen". Mit solchen Liebeserklärungen sind die Briefe an den Zaren gespickt, der immer reichlich zurückhaltend antwortete.

Selbstverständlich sind nicht nur die Briefe, sondern auch die Tagebücher dieser preußischen Königin in französischer Sprache abgefaßt. Da gibt es auch ein solches „Journal", in dem gerade diese Reise nach Petersburg beschrieben wird. Es ist von nichts anderem die Rede als vom Tanzen, von Kleidern, von Schmuck, von Theaterbesuchen und von den Strapazen des Spätzubettgehens. Etwas Armseligeres kann man sich nicht denken: Herzensergüsse eines Backfisches über Tanzstundenerlebnisse.

Ein Jahr nach dieser Petersburger Schlittenfahrt kehrte der preußische Hof von Königsberg wieder nach Berlin zurück. Die erste Tat des Königspaares war ein Erlaß in den Berliner Zeitungen über Hoffähigkeit, Hoftoiletten, über die Stiftung zweier neuer Klassen des Roten Adlerordens usw. Und kurz vor ihrem „Hungertod" schickte Luise der Kaiserin von Rußland eine Schachtel mit Hüten und schrieb dazu: „Die kleine weiße Mütze mit dem grünen Rand wird Ihnen sicher entzückend stehen; ich sehe im Geiste die schöne weiße Haut darunter hervorkommen."

Das edle Vorbild unserer jungen Mädchen. Wohl bekomms!

Raoul Kern

Eine vorbildliche Familie

Ich weiß nicht, was die Leute immer über die schlechten Zeiten zu klagen haben, das ist doch alles übertrieben, wissense, die sind eben mit nichts zufrieden, ich zum Beispiel kenne da eine gewisse Familie, die kommt ganz schön aus, sie lebt vom Existenzminimum und kann alle Einnahmen, die darüber hinausgehen, auf die hohe Kante legen. Ich will Ihnen mal ihren vorbildlichen Etat vorführen.

Also es sind fünf Köpfe: Vater, Mutter, ein Bub von 14, ein Mädel von 7 Jahren und dann noch ein Setzling von anderthalb. Sehen Sie, die leben da glücklich und vergnügt in einer Zweizimmer-Wohnung; Küche ist natürlich dabei; aber von Zentralheizung und Warmwasserversorgung und solch kostspieligem Zeug ist seffaständlich keine Rede, die Leute sind halt noch vom guten, alten Schlag. Darum leben sie auch in einer Altwohnung — ist immerhin auch eine Ersparnis, wer den Pfennig nicht ehrt, und Raum ist in der kleinsten Hütte ...

Übrigens zahlen die Leutchen keinerlei Steuer, wozu auch; Steuern hat ja in Deutschland nur unsereins zu zahlen, und wie! — immer gleich in die Zehntausende, aber was die sozial tieferstehenden Schichten sind, die haben's ja wie der Herrgott in Frankreich, und zahlt der vielleicht Steuern?

Na, sie verdienen auch diese Vergünstigung, meine lieben Bekannten; denn die sind noch vom alten Schlag; da hat zum Beispiel die Frau bis vor sechs Jahren immer noch einen weißen Unterrock gekauft, jedes Jahr; den hat sie aber nun auch aufgegeben; was die Leutchen anziehen, sind wenige, aber gute Sachen: baumwollene Strümpfe die Frau, Flanellhemden der Mann und der Junge, schwarze Rindslederstiefel alle zusammen. Solid, aber gut. Die Stiefel werden zweimal im Jahr besohlt, nur die der Alten und der beiden größeren Kinder versteht sich; achtmal Schuhsohlen für fünf Personen — das langt.

Was soll ich Ihnen noch erzählen? Ja, also Obst, Salat und dergleichen essen diese schlichten, vorbildlichen Menschen nicht; für Sport werfen sie kein Geld zum Fenster hinaus, und Tabak und Bier gibt's nicht. Was die Bildung betrifft, so kommen sie mit vier Kinobilletten und vier Reclamheften im Monat aus; ist ja auch reichlich genug, was sollen schon solche Leute mit zum Beispiel Literatur! Zweimal im Monat darf sich auch eins von den Fünfen die Haare schneiden lassen, natürlich tragen da die übrigen immer ein bißchen wilde Perücken herum, bis sie auch an der Reihe sind; aber das hält warm, schützt das Hirn und erspart Kopfbedeckung, wenigstens im Sommer, meinen Sie nicht auch? Der Vater läßt sich jeden Monat achtmal rasieren, fast jede Woche zweimal, trägt also auch auf diese Weise zur Verbilligung des Haushaltes bei. Kurzum, es sind vorbildliche Staatsbürger, wenn nur alle, die immer so auf die Besitzenden schimpfen, sich nach ihnen richten würden. Wir brauchen Einfachheit und Bescheidenheit, brauchen wir, nehmse noch ein Brasil, ja? und einen Hennessy, bitteschön!

Was sagense? Gäb's nich, sone Familie? Da irrense aber, kann ich Ihnen flüstern: die gibt's! Wissense, was der Reichsindex der Lebenshaltungskosten ist? Das ist die amtliche Berechnung des durchschnittlichen Existenzminimums. Und die Familie, von der ich Ihnen erzählt habe, ist diejenige, nach der unser Index berechnet ist. Die Etatsposten, die ich Ihnen da von meinen Bekannten erzählt habe, stammen aus dem Haushalt der amtlichen Indexfamilie. Was amtlich ist, das stimmt; und wenn amtlich ausgerechnet wird, daß die normale Familie so und so lebt, dann sollten Sie's nicht besser wissen wollen. Vielleicht mehr: nehmse sich ein Muster, und noch'n Kognac. Mara Bu

Zweifelhafte Anzeigen

Was alles in Zeitungsanzeigen angeboten wird, zeigt folgender Hinweis der Zeitschrift „Der Zeitungsverlag": „Ein bekanntes Mittel gegen Zuckerkrankheit besteht nur aus 50 Gramm Terpentinöl und Wasser, dafür werden ... 11,50 Mark abgefordert. Ein Krebsmittel ... enthält in 6 Schächtelchen mit je 10 Tabletten, für die 24 Mark gefordert werden, nichts weiter, als einige harmlose, abführende Drogen, die wenige Pfennige wert sind! Als Universalmittel werden sehr teuer empfohlen: Indische Wurzeln ..., die weiter nichts sind, als ungeschälter Ingwer; ein anderes stellt lediglich Ebereschenpulver, ein drittes weiter nichts als gepulverten Leinsamen dar. Ein aus Lederblümchen, etwas Faulbaumrinde und Süßholz hergestellter Menstruationstee wird bei einem tatsächlichen Wert von 60 Pfennig mit 6 Mark in Inseraten angeboten."

---

zeit als einzig proletarische Dichter anpreisen. Dabei ist er echterer, wahrerer Prolet als sie. Er fürchtet sich nicht, gutstilisierte Sätze zu schreiben und lyrische Bilder zu verwenden, denn er ist sich seines Proletentums sicher; er hat keinen Intellektuellen-Minderwertigkeitskomplex durch übersteigerte Proletasterei zu verdecken. Er hat es nicht nötig, Stadt und Industrie gegen das Land auszuspielen: er weiß, daß alles, alles dem schaffenden Volke bestimmt ist und daß eines ohne das andere arm ist. Er spricht mit der selben Liebe vom modernen Betrieb, von der Eroberung der Universitäten, vom Radio wie vom Gras, vom Baum, von der Landschaft. Er erfaßt in allem das, was man seine Seele nennt. Mit welch feiner Beobachtung sagt er z. B. über den Bummelzug: „Schön und wie beruhigt aufgewacht fährt aus den Feldern mit dem großen Himmel der kleine Bummelzug aus den Dörfern heran, die in der Stille ihre kleinen Lebensläufe verbringen. Er zerstört die Landschaft nicht, es ist, als glätte er mit seinem beruhigenden Pfeifen die Falten der Erde."

Walter Bauer — ein Dichter, ein ganz einzigartiger Gestalter und, wenn ich mich nicht irre, eine große Begabung.

Spiel eines Jungen

Heute nachmittag haben meine Kameraden bis vier Schule; solange muß ich allein auf der Erde spielen. Bis sie pfeifen an der Haustür, bin ich allein mit mir. Ich trabe dahin, mein Herz ist voll und blüht auf, ich bin ...

Ich bin der Postreiter Joe Hannas (aus der „Eroberung des Westens" von Ludwig), ich weiß nicht, wo geboren, frage auch nicht danach; well, ich bin ein verwegener Kerl, fragt jemand zuviel und falsch — mein Colt macht ihm ein ganz kleines, niedliches Loch, goddam, Sir.

Ich fliege auf meinem Hengst Silberpfeil ohne Steigbügel, man wirft mir die Post zu, es ist gut. Ich brause vor Wind und Staub aus der Siedlung Adamsfield.

Unendlich ist das Präriemeer, ein Fremder ertrinkt darin, aber Silberpfeil kennt den Weg. Gräben, vorbei, überflogen; Flüsse durchschwommen, am andern Ufer hinauf, — ich singe wild und großartig ein Lied ohne Text.

Gelange ich in den Wald — meine Sorge macht mir so wenig zu schaffen wie das Loch im Hut, da kann der Schweiß gut durch. Der Pfeil, der aus dem Dickicht kommt, war erwartet, das Geheul der Sioux fällt ab wie Schmutz, Silberpfeil brennt wie Präriefeuer dahin. Aber das Herz bleibt im großen Donnern kühl.

Wenn ich ankomme und man bietet mir einen schönen Whisky, many thanks, Sir, sage ich nur: 'war ein bißchen rauchig.

Jetzt lege ich mich hier in die Sonne der Prärie —

ach, schau nur, wer ich bin:

ein kleiner Junge, Walter Bauer, zwölfjährig, liege in der vollen Sonne am Nachmittag und kaue einen Grashalm, spucke aus und warte, daß die Kameraden aus der Schule kommen.

Aus: Walter Bauer, „Stimme aus dem Leunawerk"

Die Gottlosenhetze

Den Gottseligen müssen alle Dinge zum Besten dienen. Selbst wenn ihnen von den bösen Gottlosen Gefahr droht, wissen sie daraus Vorteile für sich zu ziehen. Wenn die Gefahr, in der sie schweben, nicht sehr groß ist, vergrößert man sie einfach. Wozu hat man denn die christliche Presse, die zwar zuweilen einen etwas salbungsvollen Ton anschlägt, aber sonst recht gut über die Methoden Bescheid weiß, mit denen man heute ziemlich skrupellos „öffentliche Meinung" macht?

In der letzten Zeit hat man in ihr gegen die angeblich geplante Niederlassung des russischen Bundes der Gottlosen so intensiv vom Leder gezogen, daß man darob ganz zu untersuchen vergaß, was eigentlich an der Geschichte Wahres sei. Man braucht ja so was nicht so genau zu nehmen und kann deshalb, seit die Nachricht glücklich in die Welt gesetzt ist, ruhig über die gefährlichen Absichten des bolschewistischen Bundes jammern; in den meisten Fällen meint man eben die deutschen proletarischen Freidenker, die zu treffen der Zweck der ganzen Übung ist. Man möchte diese Bewegung unmöglich machen, indem man behauptet, sie sei von Rußland importiert.

Neuerdings spukt dieser sagenhafte Bund und seine angebliche Propaganda sogar in amtlichen Verlautbarungen. So hat z. B. das Bayrische Staatsministerium für Unterricht und Kultur einen Erlaß herausgegeben, in dem die aufsichtsführenden Schulbehörden angewiesen werden, auf etwaige Beeinflussungen der Kinder „im Sinne des Verbandes der Gottlosen" zu achten, die Propagandisten zur Anzeige zu bringen und den Schülern, die durch sie gefährdet erscheinen, im Benehmen mit dem Religionslehrer erhöhte Fürsorge zuzuwenden.

Aus diesem Erlaß blickt sehr deutlich eine Einstellung durch, die bewußt so tut, als ob Kinder oder Jugendliche, die sich dem Einfluß der religiösen Propaganda entzogen haben oder entziehen, verwahrlost seien und in irgend einer Weise der Fürsorge bedürften. Wie gefährlich unter den heutigen Umständen eine solche Einstellung werden kann, zeigt z. B. das bayrische Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz; nach ihm ist „zum Antrag auf Anordnung der Fürsorgeerziehung die geistliche Behörde berechtigt", in allen Fällen ist die zuständige geistliche Behörde zu hören. Bei den heute üblichen Ansichten über Gottlosigkeit ist es naheliegend, daß bei den Entscheidungen über Verhängung von Fürsorgeerziehung gerade auch diese Dinge eine ausschlaggebende Rolle spielen; es besteht da eine hübsche Möglichkeit, Jugendliche wieder mit sanfter Gewalt in den Umkreis einer christlichen Erziehung zurückzubringen — und man wird sie natürlich ausnützen. A. G.

Ahnenprobe

Die „C.V.-Zeitung" bringt den Faksimileabdruck eines Schreibens, das ein jüdischer Student auf seine Anfrage, was als Nachweis deutscher Abstammung gelte, erhalten hat. Es ist in einer unsicheren, geradezu kindlichen, für einen Grafologen sehr interessanten deutschen Handschrift ausgefertigt und lautet:

„Wien, 27. 1. 1931. Unter einem Beleg für die deutsche Abstammung im Sinne der Zuschrift des Vorprüfungsausschusses vom 21. 1. 31. sind die Taufscheine beider Eltern zu verstehen, wenn daraufhin kein weiterer Zweifel in die nichtjüdische Abstammung des Angefochtenen besteht. Im Zweifelsfalle sind auch die Taufscheine der Großeltern beizubringen. Für den Vorprüfungsausschuß phil. Otto Steiner." Darunter ein Stempel: „Deutsche Studentenschaft der Universität Wien, Mitglied der Deutschen Studentenschaft."

Was beweisen schon die Taufscheine der Großeltern? Das Mindeste, was man verlangen müßte, wäre eine Bescheinigung Hermann des Cheruskers, daß der Urahn des Angefochtenen in der Schlacht im Teutoburger Wald mitgekämpft hat und dafür mit der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet worden ist.

Außerdem müßte der Angefochtene selbst noch den Nachweis liefern, daß er ebenso gutes Deutsch schreiben kann wie die Beauftragten des „Vorprüfungsausschusses".

Der Fall Wolf

Durch die Verhaftung von Friedrich Wolf ist der Kampf um den § 218 aus dem Sitzungszimmer des Strafrechtsausschusses, wo er schon begraben schien, herausgeworfen worden, mitten unters Volk — wohin er gehört. Diese lebenswichtige Frage darf nicht entschieden werden ohne Stellungnahme und Mitbestimmung derer, die es angeht: das sind die Männer, die gegen ihren Willen zu Vätern gemacht werden sollen, obgleich sie die Verantwortung für ein Menschenleben nicht auf sich nehmen können; die Frauen, die gezwungen werden sollen, ein Kind auszutragen, für dessen Aufzucht sie nicht sorgen können oder wollen (welches von beiden erscheint euch furchtbarer?); die Ärzte, die der leidenden Menschheit helfen wollen und nicht dürfen. Das sind, vor allem, die zehntausend Frauen, die Jahr für Jahr als Opfer des Paragrafen sterben, der sie dem Pfuscher in die Arme treibt. Fast eine Million Abtreibungen werden jedes Jahr in Deutschland vorgenommen; das heißt: in jeder Stunde (Tag und Nacht gerechnet!) mehr als 100, in jeder Minute 2. In jeder Stunde stirbt in Deutschland eine Frau an einer verpfuschten Abtreibung. Ist es nötig, mehr über die Bedeutung des Kampfes gegen den Paragrafen 218 zu sagen?

Ob der Fall Wolf tatsächlich die Beseitigung oder Milderung des Paragrafen bringen wird, ist allerdings noch sehr die Frage. Keine Frage ist es aber, daß heute schon bis weit in Volkskreise hinein, die in allem anderen erzreaktionär sind, leidenschaftliche Stellungnahmen für die Abschaffung vorkommen. Die Öffentlichkeit hat die Parole, daß es notwendig ist, anläßlich des neuen Falles die Frage prinzipiell aufzugreifen, gut aufgenommen: die Rechtspresse schimpft und lästert, aber die von Kommunisten, Sozialdemokraten und linken Bürgerlichen einberufenen Protest- und Aufklärungsversammlungen sind überfüllt. Die Staatsanwaltschaft in Stuttgart hat, ohne es zu ahnen, eine Lawine in Bewegung gesetzt.

Es hatte so ausgesehen, als bestünde jetzt, da das Zentrum unangreifbar und allmächtig geworden ist, keine Aussicht auf erfolgreiche Bestürmung der Bastion. Die Hoffnung, daß das künftige Strafgesetz eine Wendung zum Besseren bringen würde, schien — soweit es sich um § 218 handelte — vergeblich. Nun rückt der Fall Wolf das Problem plötzlich ins helle Licht öffentlicher Diskussion, und siehe da: das Volk aller Schichten nimmt lebhaften Anteil, die Möglichkeit einer grossen Volksbewegung gegen den Paragrafen taucht auf.

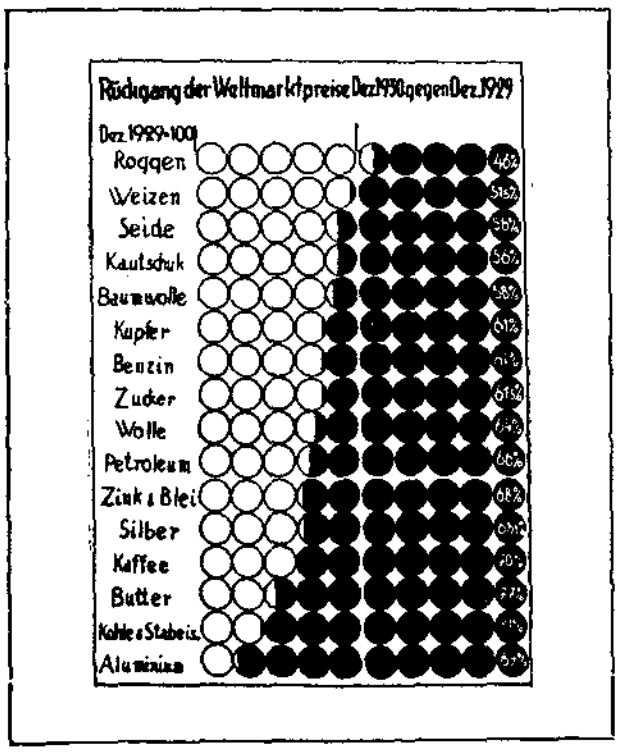
Schon jetzt, im frühen Stadium der Angelegenheit, tun sich zwei Perspektiven für die Strategie des Kampfes auf. Die eine heißt: den Fall Wolf juristisch exakt und systematisch durchführen, ihn nach Möglichkeit von politischen Beimischungen freihalten; einen juristischen Erfolg erreichen: die Freisprechung in höchster Instanz, vor dem Reichsgericht. Die andere: eine Volksbewegung einleiten, nicht nur an die Gerichte, sondern auch an die Richter Deutschlands, an das Gericht des Volkes appellieren, den bösartigen Paragrafen zu Fall bringen durch parlamentarische Mittel. Die erste Taktik dürfte wohl diejenige der Verteidigung sein; siegt sie, so ist ein Präzedenzfall geschaffen. Die zweite Methode betreibt die kommunistische Partei, betreiben aber auch die sozialdemokratischen und bürgerlich-humanitären Organisationen sowie private Kreise und Einzelne. Das Ziel: Ausmerzung eines volksschädigenden Paragrafen. Es ist das höhere und weiterliegende Ziel.

Zu befürchten ist, daß sich in einzelnen Fasen des Prozesses Zwiespälte zwischen Verteidigung und Partei, beziehungsweise Öffentlichkeit ergeben. Die Ansichten über das, was nötig ist, sind verschieden. Das ist bei allen Prozessen mit politischem Einschlag so. Die Geschichte des Prozesses gegen Sacco und Vanzetti ist auch eine Geschichte der Gegensätze, Zwistigkeiten und Mißverständnisse zwischen der Verteidigung und dem Sacco-Vanzetti-Komitee. Man kann daraus vielleicht lernen und von vornherein dafür sorgen, daß im Falle Wolf Verteidigung und Komitee besser zusammenarbeiten als dort.

Die Fälle liegen ja auch nicht ganz gleich. Damals galt es nichts weiter als zwei Menschenleben zu retten. Heute handelt es sich darum, ein Prinzip zum Sieg zu führen. Es ist nicht ohne weiteres ausgeschlossen, daß diejenigen, die es in erster Linie auf den Sturz des Paragrafen abgesehen haben, gelegentlich (in Einzelpunkten) denen entgegenarbeiten müssen, die in erster Linie die Rettung des Angeklagten erkämpfen wollen. In dieser Situation hat wahrscheinlich die schwierigste Position — Friedrich Wolf. Er ist das Material, er muß für jede Ungeschicklichkeit, für jede Fehlaktion seiner Freunde büßen; er muß eventuell gerade dann mehr leiden, wenn die von seiner Partei unternommene Kampagne Aussicht auf Erfolg verspricht. Aber er ist Kommunist, und es ist daher anzunehmen, daß er über sein persönliches Schicksal das der Sache setzen wird.

Es war vielleicht aus manchen Gründen nicht sehr richtig, so frühzeitig mit dem Appell an die Öffentlichkeit herauszukommen; aber es ist geschehen; der Appell ist mit Begeisterung aufgenommen worden; die Bewegung darf nicht gestoppt werden, sonst ist sie hin und ihr Ziel verraten: nun muß der Kampf durchgeführt werden, und zwar ohne Pausen, ohne Unsicherheiten — es riecht nicht nach Niederlage.

Max Barth



Paragraf 218

Holzschnitt von Hans Gerner

„Seid fruchtbar und mehret euch!"

Logik schwach

Der „Evangelische Pressedienst" schreibt zur Verteidigung des Abtreibungsparagrafen im neuen Strafgesetzbuch: „... Von den Gegnern ... wird § 218 St.G.B. gerne als Proletarier-Paragraf hingestellt. Zugegeben, daß Frauen der handarbeitenden Schichten ihm besonders häufig verfallen, schon weil hier infolge der Mittellosigkeit der Beteiligten die Fälle leichter ans Licht kommen. Keineswegs aber sind die Vergehen gegen § 218 auf die unteren Schichten beschränkt. Man weiß vielmehr, wie sehr auch Frauen der sogenannten oberen Zehntausend daran teil haben, die es nur eben verstehen, die Sache „diskreter" zu behandeln ..."

Und siehst du, lieber Pressedienst, weil die „besseren" Frauen das können und infolgedessen der Paragraf 218 fast nur gegen arme Frauen zur Anwendung kommt, deshalb, gerade deshalb heißt man ihn Proletarier-Paragraf.

Schrecklich

In New-York hat, wie man einer Sonntagsbetrachtung von D. Traub entnehmen kann, ein höheres Gericht entschieden, ein Ehemann könne von seiner Frau nicht verlangen, daß sie ihm Kinder gebäre; auch dann nicht, wenn sie vor der Ehe ausdrücklich versprochen habe, Mutter zu werden, und körperlich durchaus fähig sei, Kinder in die Welt zu setzen.

D. Traub entringt sich angesichts dieses vernünftigen Urteils die bange Frage, ob wir denn zum Untergang reif seien; er schließt mit den Worten: „Die Erde schwankt und die Welt ist erschüttert."

Und das alles nur wegen der Geburtenregelung.

Für was?

In einem Toten-Gedenkartikel in der „Neuen Preußischen Kreuzzeitung" schreibt Domprediger D. Richter u. a.: „Christlich sei unser Gedenken an die Gefallenen. Wer die grausame Sichel auf hundert Schlachtfeldern rauschen hörte, der weiß, daß der Kriegertod ohne Wahl dahinraffte, was ihm begegnete, Helden und Nichthelden, Ernste und Oberflächliche, Ewigkeitsbereite und Ewigkeitsscheue oder Ewigkeitsleugner, Reife und Unreife ... So angesehen ist der Kriegstod gewiß kein christliches, sondern ein rein menschliches Erleben gewesen."

Mit anderen Worten: eine sinnlose Schweinerei; aber zu dieser Schlußfolgerung kommt der Herr Domprediger natürlich nicht.

Kleinigkeiten

Heimgefunden. Senatspräsident Grützner, bisher Mitglied der S.P.D., bekannt durch seinen Angriff auf das Privatleben Grzesinskis, ist in die N.S.D.A.P. eingetreten. „Senatspräsident Walther Grützner bittet uns", schreibt der „Völkische Beobachter", „von seinem Eintritt kein großes Aufsehen zu machen. Er sei der Partei Adolf Hitlers beigetreten als einfacher deutscher Arbeiter und wolle nach seinen besten Kräften beitragen zum Wiederaufstieg Deutschlands und zur Errichtung des wahren deutschen Sozialismus." — Viel Glück dazu!

Der Vergleich. Bei einer Rede im Berliner Sportpalast am 19. Februar hat Goebbels nach dem Bericht des „Angriff" (Nr. 34) erklärt: „Wenn man uns fragt: Was habt ihr geleistet?, dann sagen wir: wir haben diese herrliche Partei aufgebaut! Das ist seit Verdun die erste positive Leistung im deutschen Volk." — Ob Goebbels auch daran gedacht hat, wie der Kampf um Verdun vor fünfzehn Jahren ausgegangen ist?

Der immune Bandit. Wie der Pressedienst der Zentrumspartei mitteilt, ist zu einer Nazi-Versammlung in Hamburg wie folgt eingeladen worden: „Es spricht der Parteigenosse Dr. Goebbels, genannt der „Bandit von Berlin", Inhaber der Immunität, kann reden was er will." — Scheinen die Immunität für eine Art Narrenfreiheit zu halten.

Kräftige Worte. Der Lehrer Wilhelm Müller in Neustadt bei Koburg hat verkündet: „Wenn wir Nationalsozialisten zur Macht gelangen, werden wir jeden, der sich uns entgegenstellt, niederschießen! Wir werden dabei das nackte Kind in der Wiege nicht schonen." — Warum nicht schon im Mutterleib? Geburtenkontrolle gegen Nichtfascisten — in diesem Zeichen werdet ihr siegen.

Völkische Schuhputzer. Im „Völkischen Beobachter" liest man folgendes Inserat: „Nationalsozialisten verlangen in Schuhputz nur Marke: „Der Deutsche Schuhputz. Allen voran." Rührige Pg. als Bezirksvertreter überall gesucht." — Nationaler Hochglanz! Damit man den Dreck darunter nicht mehr sieht.

Nein. „Edelgrob Grün" ist keine Bezeichnung für Nazi-Jünglinge, sondern eine neue Tabaksorte.

Tja! Von Zeit zu Zeit verzapfen die Nazis außer der allgemein gehaltenen Parole: „Deutsche, kauft deutsche Waren!" auch die speziellere Aufforderung, nur deutsche Autos zu benutzen. Und worin sehen meine betrübten Augen den Kreisleiter der Nationalsozialisten in Heppenheim an der Bergstraße immer so fröhlich des Weges brausen? In einem Citroen, dem Erzeugnis eines französischen Juden. — Waih geschrien, Adolf! B.

Der Zwiespalt. Eine Christofstaler Tuchfabrik preist in völkischen Zeitungen unter Berufung auf den „fortschrittlich-munteren Christofstaler Arbeitsgeist" ihre deutschen Stoffe an; benamst sind sie: Flamenga, Pointillé, Charmeline, Panette, Fleur de laine usw. — Der Reklamechef der Firma kennt eben seine Pappenheimer.

Kindliches Spiel. Die „Deutsche Tageszeitung" entsetzt sich darüber, daß zurzeit auf den Berliner Straßen und in den Höfen der Mietskasernen die Kinder mit Vorliebe „Mord" spielen; sie schiebt die Schuld an dieser gewiß bedauerlichen Tatsache natürlich auf die neudeutsche Kindererziehung. — Ist denn das von den Nationalen empfohlene Soldatenspiel wünschenswerter?

Zeichen der Zeit. In einigen schlesischen Kreisen hat die Polizeibehörde verfügt, daß bei politischen Versammlungen das Bier nicht mehr in Gläsern, sondern nur noch in Pappbechern ausgeschenkt werden darf. — Um die Diskussion zu „erleichtern".

Fortschritt. Das Divisionsgericht in Aargau in der Schweiz hat einen Lehrer, der sich als Pazifist weigerte, seine Dienstpflicht weiter zu erfüllen, zu acht Tagen Gefängnis, Degradation und zum Ausschluß aus der Armee verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm aber nicht abgesprochen, da er „aus achtungswerten Motiven" gehandelt habe.

Vernünftig. Die Amsterdamer Arbeitgeberzeitschrift „De Zakenwereld" schreibt über die Beschäftigung älterer Angestellter u. a.: „Es ist der ältere, erfahrene Angestellte, der das Geld für uns verdient. Er ist es, der schwerlich ersetzt werden kann. Das ganze Geschrei, daß man keine Leute über 45 Jahre mehr einstellen soll, ist ... Narrheit. Nach meiner Erfahrung ist es gerade das Alter, in dem sie erst richtigen Wert bekommen."

Gottes Garde. „... In der Aussprache betonte Herr Redakteur Schlang, die kath. Jugendvereine seien Förderer der kath. Ideen im Staatsleben. „Bleibt treu dem Verein! Weckt sie wieder auf, die D.J.K., die Schupo Gottes! Seid bereit euern Glauben zu schützen und vor den Bildern der Heiligen Wache zu stehen!" (Unterländer Volkszeitung, 25. Februar.) — Mit dem Gummiknüppel?

Könnte man nicht auch ...? Der österreichische Ackerbauminister Thaler beabsichtigt, mit einigen hundert Tiroler Landsleuten eine Siedlung in Paraguay zu gründen. Die „Frankfurter Zeitung" findet das lobenswert, fragt aber: „Könnte man nicht auch daran gehen, die Söhne der Alpen im entvölkerten Lande des ostdeutschen Großgrundbesitzes anzusiedeln?" — Darangehen könnte man schon, aber ans Ziel kommt man in Paraguay eher als in Preußen.

Sittlich entrüstet. Der „Schwäbische Merkur" erklärt mit vollbärtiger Entrüstung: „Die Anwälte von Dr. Wolf hatten die Presse telefonisch zur Entgegennahme einer Erklärung und Besprechung der Angelegenheit Wolf in eine Stuttgarter Gastwirtschaft eingeladen. Wir stellen fest, daß dieser Vorgang bis jetzt in Stuttgart einzig dasteht, und haben es abgelehnt, an dieser Besprechung, die die Einführung gewisser Berliner Praktiken darstellt, teilzunehmen." — Nächstes Mal einen kleinen Inseraten-Auftrag damit verbinden!

Zeitgemäßes Thema. Der „Allgemeine Anzeiger für Langen und Umgegend" bringt die Ankündigung eines Vortrages der Frau Ufer-Held über „Die Mutter als Sonne in der Familie". — Die deutsche Frau im Haus ersetzt eine sonnige Wohnung.

Begehrte Persönlichkeit. Der Chicagoer Verbrecherkönig Al Capone hat die Absicht, sich aus dem „Geschäftsleben" zurückzuziehen. Ein großer Zeitungsverlag hat ihm bereits für seine Autobiografie die runde Summe von 2 Millionen Dollar angeboten; 1 Million Dollar will ihm eine Filmgesellschaft geben, wenn er in einem Film aus der Unterwelt in der Hauptrolle auftritt.

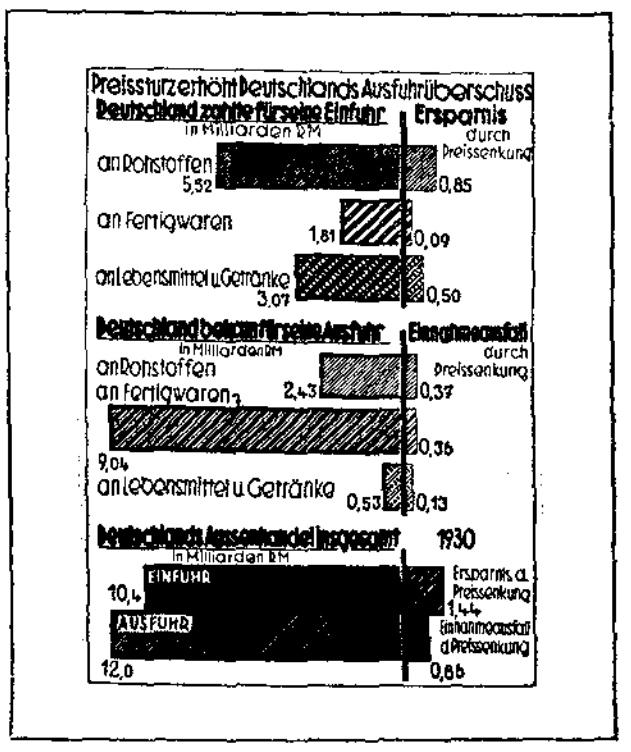
Materialecht. In Belfast ist für den ersten Erzeuger von Gummireifen, G. B. Dunlop, ein Denkmal eingeweiht worden. Es wurde sinnigerweise aus Hautgummi hergestellt. — Wenn das nur nicht Schule macht.

Das Testament. Ein vorigen Monat verstorbener englischer Schiffskapitän namens Robinson hat sein Vermögen, 7000 Pfund gleich 140 000 Mark, der deutschen Regierung verschrieben, damit sie es kriegsbeschädigten deutschen Soldaten zukommen lasse. England habe für seine Kriegsbeschädigten selber Geld genug. Die Verwandten fochten das „verrückte" Testament an, der oberste Gerichtshof erklärte es aber für gültig. — Wackerer Mann. Bloß: ich würde so etwas nicht machen, wenn ich bei der Verteilung nicht selber dabei sein kann.

Freie Arbeiter-Union (Anarchosyndikalisten): Dienstag, 10. März, 20 Uhr, spricht im Lokal Stecher, Sofienstraße 19, Karl Völker über das Thema: „Freiheit oder Diktatur?" (Hitler, Brüning, Stalin.) Gäste willkommen.

Internationale Frauenliga, Ortsgruppe Stuttgart. Am Donnerstag, 12. März, 20 Uhr, spricht im Café Fürstenhof, 2. Stock, Auguste Kirchhoff-Bremen über das Thema: Die Frau und der Fascismus.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3



Stuttgart, 15. März 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 11

Deutsches Brot

Ein Zentner inländischer Roggen kostet in Deutschland heute 10 Mark. (Der Bauer bekommt 8 bis 8,50 Mark.) Auf dem Weltmarkt kostet der Zentner Roggen 3 Mark. Der deutsche Roggenzoll betrug bisher 7,50 Mark für den Zentner, so daß ausländischer Roggen sich auf 10,50 Mark, einschließlich Spesen etwa auf 11 Mark stellte.

Da der ausländische, namentlich der russische Roggen in der Qualität dem deutschen überlegen ist, so hat der hohe Zoll die Einfuhr von Auslandsroggen nicht ganz zu unterbinden vermocht. Als eine deutsche Getreidehandelsfirma (Kampffmayer in Berlin) gemeinsam mit anderen, auch ausländischen Firmen kürzlich in Holland 2,7 Millionen Zentner russischen Roggen zum Preis von 2,90 Mark für den Zentner kaufte, befürchtete die deutsche Regierung, daß ein Teil davon nach Deutschland kommen und den Preis des Inlandsroggens drükken würde. Sie hat deshalb am 6. März sozusagen über Nacht den Roggenzoll auf 10 Mark für den Zentner erhöht. Wahrscheinlich wird infolgedessen auch der Inlandspreis für Roggen steigen, und wenn der Roggenpreis steigt, dann steigt auch der Weizenpreis. Ende vom Lied: das Brot wird teurer werden. („Preisabbau.")

Weizen kostet auf dem Weltmarkt 5,50 Mark der Zentner. Der deutsche Weizenzoll beträgt 12,50 Mark. Auslandsweizen käme also in Deutschland auf mindestens 18 Mark der Zentner. Trotzdem kostet der inländische Weizen „nur" 15 Mark. (Der Bauer bekommt 13 Mark.) Das rührt daher, daß der Weizenpreis nicht allzuhoch über dem Roggenpreis liegen darf, sonst wird bei dem starken Roggenangebot Roggen statt Weizenbrot gegessen.

Wir zahlen in Deutschland das doppelte des normalen Preises für unser Brot, weil der Getreidebau in Deutschland, überhaupt in Westeuropa, nicht mehr rentabel ist. Es heißt, man müsse die „Landwirtschaft" erhalten. Einverstanden; aber ist denn die Landwirtschaft mit dem preußischen Großgrundbesitz identisch, oder mit Getreidebau nach veralteten Methoden?

Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man versuchen könnte, den deutschen Getreidebau vielleicht noch zu retten. Erstens die amerikanisch-russische Methode: maschinelle „Getreidefabrikation" auf Großgütern, mit denkbar größter Verringerung der Unkosten, namentlich der Personalunkosten. Zweitens die chinesische Methode: gartenmäßiger Getreidebau, bei dem jede Pflanze einzeln behandelt (versetzt, gehäufelt) wird; hierbei soll eine fabelhafte Steigerung des Ertrags herauskommen. Der erste Weg würde sich für den menschenleeren deutschen Osten, der zweite für die dicht bevölkerten Gebiete mit Kleingrundbesitz im Westen und Südwesten eignen.

Wenn das nicht gehen sollte, dann bliebe nur ein Drittes: den Getreidebau mehr und mehr einzuschränken. Die geringeren Böden wären liegen zu lassen und aufzuforsten, die besseren zum Bau von Futtermitteln, Gemüse und Obst zu verwenden.

Keiner aber von den drei Wegen ermöglicht ein Weiterbestehen des privaten Großgrundbesitzes in Deutschland. Er muß dem Staatsgut oder der bäuerlichen Siedlung weichen.

Aber er will nicht, er wehrt sich bis zum äußersten; und da die preußischen Großgrundbesitzer, die eigentlich längst alle bankerott sein müßten, immer noch die Hälfte der politischen Macht in Deutschland haben, so lassen sich sie einfach vom deutschen Volk aushalten. Milliarden über Milliarden werden ihnen geschenkt, in Form von Entschuldungskrediten à fond perdu, die immer wieder von neuem gezahlt werden, und in Form der Getreidezölle, die die Masse im Brotpreis zu entrichten hat.

Hoher Brotpreis heißt: Verteuerung der Lebenshaltung, hohe Minimallöhne, hohe Gestehungskosten für die Industrie, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Entweder geht der deutsche agrarische Großgrundbesitz, der es längst verdient hat, zuerst zu Grunde, oder die deutsche Industrie.

Wenn die Ära Schiele noch lange dauert, letztere.

Erich Schairer

Der Reichsrat hat die Gesetzentwürfe zur Osthilfe angenommen.

In der bayrischen Metallindustrie sind 40 000 Arbeiter ausgesperrt worden.

Klassenjustiz

Ein glänzendes Beispiel von deutscher „Rechtspflege" hat die „Frankfurter Zeitung" am 7. März berichtet.

In Freyburg an der Unstrut hatte der nationalsozialistische Student der Theologie Gießler bei einer Saalschlacht einem Polizeibeamten mit dem Bierglas ins Gesicht geschlagen, ihn an der Gurgel gepackt und ihm den Gummiknüppel zu entreißen versucht.

Das Schöffengericht in Naumburg hatte den Mann freigesprochen. Begründung: einem Theologen könne man eine solche Tat nicht zutrauen.

Die Sache kam vor die Strafkammer. Wie in der ersten Instanz wurde der Tatbestand von Zeugen beeidigt, es konnte gar keinen Zweifel an seiner Richtigkeit geben. Trotzdem wurde der Student von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen.

Der Vorsitzende, der selber von der Unrichtigkeit des Urteils überzeugt war, wußte sich nicht anders zu helfen als damit, daß er in der Begründung des Urteils bekannt gab, die Mehrheit des Gerichts sei von der Schuld des Angeklagten überzeugt gewesen, aber zwei von den fünf Richtern seien nicht dazu zu bewegen gewesen, für „schuldig" zu stimmen. Da eine Verurteilung nur erfolgen könne, wenn vier Richter für „schuldig" stimmen, so habe der Angeklagte trotz eindeutiger Beweisaufnahme wegen „Mangel an Beweisen" freigesprochen werden müssen.

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt in einem Rundfunkbericht: „Am Volkstrauertag hörte man eine Totenfeier von Leo Weismantel, die der Weltkriegs-Tragödie ergreifenden Ausdruck verlieh, aber auf eine Herausarbeitung der ideellen Momente, für die gekämpft wurde, vollkommen verzichtete." — Wird auch nicht ganz leicht sein.

Allmächtig?

Holzschnitt von Hans Gerner

Das Zentrum regelt den Verkehr

Der andere Weg

Der Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag, von der Linken zunächst als „Marneschlacht" der Rechten bejubelt, erweist sich immer mehr als ein schlauer Schachzug, geeignet, die Sozialdemokraten in beinahe ausweglose Situationen zu bringen (besonders beim Kampf um den Panzerkreuzer B). Und mit ihnen alle diejenigen, die glauben, man müsse Brüning, als das kleinere Übel, parlamentarisch unterstützen. Z. B. Hellmut v. Gerlach. Ende Februar hat er, schweren Herzens, den Sozialdemokraten empfohlen, den Panzerkreuzer zu schlucken; denn sonst sei am andern Tag eine Regierung Hugenberg-Goebbels da und das würde das Ende der ausländischen Kredite, das Ende Deutschlands und Europas bedeuten. Vierzehn Tage später aber verlangt v. Gerlach, daß die S.P.D. den Panzerkreuzer ablehne; Begründung: Hindenburg sei über die nationale Opposition so erbost, daß er sie nicht an die Regierung rufen werde (Brüning würde den Etat dann eben mit Artikel 48 in Kraft setzen), die Sozialdemokraten aber würden durch ihre Zustimmung zum Panzerkreuzer ihre Partei so schwächen, daß einer fascistischen Regierung von links her überhaupt kein Widerstand mehr geleistet werden könnte.

In so unmögliche Situation kann man geraten, wenn man glaubt, man könne den Fascismus durch parlamentarische Abstimmungen bekämpfen. Hindenburgs Groll gegen die nationale Opposition wird so zum letzten Damm gegen eine Regierung Hugenberg-Goebbels und erlaubt zugleich — welch glückliche Fügung! — der Sozialdemokratie, den Panzerkreuzer mannhaft abzulehnen.

Die Spekulation auf Hindenburg ist natürlich politisch sehr töricht. Denn selbst wenn Hindenburg nicht sofort eine Rechtsregierung berufen würde, so wäre doch die erneute Anwendung von Art. 48 nichts als ein weiteres Stück fascistischer Politik und ein Schritt auf dem Weg zu einer Rechtsregierung. Nein, der erste Artikel Gerlachs ist viel konsequenter als der zweite. Denn wer der Sozialdemokratie rät, den Panzerkreuzer abzulehnen, der darf sie nicht bloß auf Hindenburg vertrösten, sondern muß ihr sagen, was sie eigentlich zur Bekämpfung des Fascismus tun solle. Und da weiß Gerlach offenbar keinen Vorschlag.

Die Lage ist doch so, daß die Sozialdemokratie den Panzerkreuzer einfach nicht ablehnen kann. Ihr vorzuschlagen, sie solle es tun, oder ihr Vorwürfe zu machen, daß sie es nicht tut, ist töricht. Ihre Schuld liegt nicht darin, daß sie die Kreuzerrate bewilligt, sondern darin, daß sie sie bewilligen muß. In diese Zwangslage ist sie eben durch ihre reformistische Politik gebracht worden, die sie seit 1918 (oder 1914 oder 1900) betreibt. Sie muß den Kreuzer bewilligen, schwächt dadurch sich selber und kann wahrscheinlich doch eine fascistische Regierung auf die Dauer nicht verhindern.

Der Fall (und Umfall) Gerlach ist ein gutes Beispiel dafür, in welch hilfloser Lage sich die befinden, die mit den Sozialdemokraten nur die Möglichkeit sehen: parlamentarische Tolerierung Brünings oder fascistische Regierung. Der Ausweg aus dieser Lage ist der, daß man die Entscheidung eben anders stellt, nämlich: parlamentarischer oder außerparlamentarischer Kampf gegen den Fascismus. Die Aufgabe ist dann: eine außerparlamentarische antifascistische Einheitsfront zu bilden, indem man durch ein Aktionsprogramm die Massen der sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter in Bewegung bringt. Wer dieses Programm aufstellt, ist zunächst gleichgültig. Lenken wird die Bewegung die Partei oder Gruppe, die die Interessen der Arbeiterschaft am erfolgreichsten vertritt und die beste Taktik anwendet. Wohin die Bewegung führen wird und führen muß, das wird die Arbeiterschaft, belehrt durch die Erfahrungen des Kampfes, bald begreifen.

Otto Beuter

Die Angeklagten im Menschewistenprozeß in Moskau sind zu Gefängnisstrafen von 5 bis 10 Jahren verurteilt worden.

Einheitsfront

Von K. L. Gerstorff

Der Fascismus gewinnt Position auf Position. Auf der andern Seite ist zu konstatieren, daß im Lager der Linken dem Fascismus nicht eine einheitliche Abwehrfront entgegengestellt wird, im Gegenteil, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten aufs erbittertste bekämpfen. Was liegt näher, als bei diesem brudermörderischen Kampf, der die Aufgaben der Konterrevolution erleichtert, den Sozialdemokraten und Kommunisten zuzurufen: Begrabt vorläufig euern Streit, vereinigt euch zur gemeinsamen Abwehr gegen Fascismus und Konterrevolution. Müller und Thälmann gehören, so erklärt man, in eine gemeinsame Front gegen Hitler.

Gewiß, sagen die Vertreter dieses Gedankens, sind bei dieser gemeinsamen Abwehrfront Schwierigkeiten zu überwinden, aber sie müssen eben überwunden werden, angesichts der drohenden Gefahr.

Der grundlegende Fehler, den die Verfechter einer solchen Einheitsfront begehen, ist dieser, daß sie die ökonomische Funktion, die der Fascismus heute im Niedergang des deutschen Kapitalismus hat, übersehen, daß sie daher einen isolierten Kampf gegen den Fascismus für möglich halten, während in Wirklichkeit die nationalsozialistische Bewegung heute die konterrevolutionäre Avantgarde des Monopolkapitals ist, die Prätorianergarde, die dem Monopolkapital den kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu organisieren hat. Man kann den Fascismus nicht bekämpfen, ohne das Monopolkapital zu bekämpfen. Man kann aber nicht das Monopolkapital bekämpfen, indem man gleichzeitig die Regierung Brüning toleriert, ihr Finanz- und Wirtschaftsprogramm annimmt, mit ihrem Schlichtungswesen die Löhne abbaut, die Ausgestaltung von Streiks zu politischen Streiks verhindert — das heißt, indem man die Politik treibt, die heute der reformistische Flügel der Sozialdemokratie treibt.

Durch die Politik dieser reformistischen Führer, die nebenbei innerhalb der Massen der sozialdemokratischen Arbeiter täglich, stündlich an Einfluß verlieren, wird also der Fascismus nicht bekämpft, im Gegenteil: es werden den Nationalsozialisten, wie die Monate nach den Reichstagswahlen zeigten, immer wieder neue Arbeitermassen zugeführt.

Mit dem reformistischen Flügel innerhalb der Sozialdemokratie ist also keine Einheitsfront möglich. Aber was ist zu tun?

Sicherlich nicht das, was die kommunistische Partei heute tut. Sie hat lange Zeit die Sozialdemokraten als Sozialfascisten beschimpft und vor lauter Sozialfascisten die wirklichen Fascisten nicht gesehen, bis sie selber zugeben mußte, daß sie in der Bekämpfung des Fascismus einen Tempoverlust erlitten hat. Sie hat ihn nicht wieder gutgemacht; im Gegenteil, sie hat im völligen Bruch mit den genialen taktischen Grundsätzen Lenins durch ihre Politik der roten Betriebsräte und heute durch ihre Politik der eignen Gewerkschaftsläden die revolutionäre Elite der Arbeiterschaft von den Massen getrennt, und dies in dem verkehrtesten Augenblick, nämlich in der Zeit, wo die ökonomische Situation den breiten Massen die Gesetze der historischen Dialektik immer stärker einhämmert, wo sie also nur auf die Elite warten, die sie in den Kampf führt.

Weder mit den Reformisten noch mit der heutigen Führung der kommunistischen Partei wird eine Einheitsfront zu organisieren sein. Das muß gegenüber allen illusionären Vorstellungen mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Eine Einheitsfront ist nur herzustellen, indem man Parolen in die Massen wirft, Parolen, die sie verstehen, Parolen, für die sie bereit sind, ihre ganze Aktivität zu entfalten, die ein politisches Minimalprogramm bedeuten und zeigen, wie sich die Arbeiterschaft den Ausweg aus der Krise denkt.

Solche Parolen sind: Ein Finanzprogramm, das den Sozialetat nicht abbaut, sondern in gleicher Höhe bestehen läßt, wie er vor der Kanzlerschaft Brünings bestand. Wenn aber die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt und die Sozialpolitik in gleicher Höhe aufrecht erhalten werden soll, dann müssen die Summen dafür beschafft werden durch Abbau des Wehretats, durch Erhöhung der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuer nach englischem Muster. Also: Gegen das Finanzprogramm der Regierung Brüning, für ein Arbeiter-Finanzprogramm. Außerdem für andere Führung von Wirtschaftskämpfen, denn in der heutigen Niedergangsepoche des deutschen Kapitalismus können von der Arbeiterschaft einzelne Wirtschaftskämpfe nur dann siegreich zu Ende gekämpft werden, wenn sie zu politischen ausgestaltet werden.

Für diese Parolen ist die Arbeiterschaft schon heute zu kämpfen bereit; und wenn sie dafür kämpft, so spürt sie im Kampfe die Einheitsfront von Monopolkapital und Fascismus, spürt auf der andern Seite die Solidarität der sozialdemokratischen, der politisch nicht organisierten, der kommunistischen Arbeiter. Da sie diese Solidarität spürt, so werden heute noch der sozialdemokratische und der kommunistische Parteiapparat gegen diese Einheitsfront kämpfen. Wir wissen aus der Geschichte, daß keine herrschende Klasse freiwillig abtritt, wir haben hinzuzufügen: auch kein Apparat. Daher sind also die Gruppen, die heute eine Einheitsfront auf solcher Basis organisieren, noch klein. Sie werden, sie müssen größer werden, denn die Historie arbeitet für sie.

Wenn in absehbarer Zeit eine Regierungskombination Brüning-Frick da ist, so werden die Reformisten sie nicht revolutionär bekämpfen; sie werden die Regierung Brüning-Frick tolerieren, um legal zu bleiben. Im Krieg hat man die Kreditbewilligung unter anderem dadurch motiviert, daß sonst die Gewerkschaftshäuser, die Gewerkschaftskassen beschlagnahmt würden. Man wird auch diesmal um eine Motivierung nicht verlegen sein. Die breiten Massen aber werden diese völlige Selbstverleugnung nicht mitmachen, denn sie haben ja für die fascistische Politik die Opfer zu bringen.

Wie lange die kommunistische Partei noch legal bleiben wird, steht dahin. Wird sie illegal, dann muß sich aufs deutlichste herausstellen, daß durch ihre gesamte bisherige Politik keine wirklichen Führer geschaffen wurden. In der kommunistischen Presse ist täglich von den „historischen" Führern die Rede. Bisher hat sie aber noch keine politischen. Ein

politischer Führer fällt nicht vom Himmel. Lenin sagte einmal dem Sinne nach: ein politischer Führer ist nicht einer, der niemals irrt, so einen gibt es nicht, sondern einer, der weniger irrt als andere und der seine Fehler schneller zu korrigieren versteht. Um eine politische Führerschicht zu erziehen, muß man den einzelnen Politikern die Verantwortung für ihre Handlungen selbst überlassen, und wenn sie Fehler begangen haben, sie diese selbst korrigieren lassen, respektive diejenigen an ihre Stelle treten lassen, die sich gegen diese Politik ausgesprochen haben.

Von alledem ist in der kommunistischen Partei bisher wenig die Rede gewesen. Die Zentrale in Berlin befiehlt, befiehlt nicht gerade selbständig, die Provinz führt aus. Dort entstehen keine politischen Führer — es sind nur ausführende Beamte. Man telefoniert nach Berlin und holt sich Weisungen. Wenn die Partei illegal wird, dann wird man schwerer nach Berlin telefonieren können, dann werden die historischen Führer an allen Ecken Deutschlands ihre Aktion danach einrichten müssen, wie sie selbst die Lage einschätzen. Sie werden täglich versagen, weil es ihnen an politischer Ausbildung mangelt.

So werden diejenigen, die heute, befehdet von beiden Parteiapparaten, den Kampf gegen Fascismus und Monopolkapital auf der Basis von Minimalforderungen zu organisieren suchen, dann auch das Sammelbecken für die enttäuschten kommunistischen Arbeiter werden.

Einheitsfront gegen Fascismus und Monopolkapital — das ist die Parole. Der Weg dazu ist nicht die Einheit der augenblicklichen sozialdemokratischen und kommunistischen Führung. Der Weg der Einheit geht über die Millionenmassen, die durch die beiden Parteiapparate heute noch voneinander getrennt sind.

Der erste Schritt auf diesem Wege sind kleine Kreise in allen Teilen Deutschlands, Kreise, die sich dann weiter ausbreiten werden, wenn draußen den Massen die Historie deutlich demonstriert wird, auf welch tönernen Füßen die Parteiapparate stehen.

Einheitsfront gegen Monopolkapital und Fascismus bedeutet, wenn sie durchgeführt wird, nicht nur Einheitsfront gegen, sondern auch Einheitsfront für — Einheitsfront für ein sozialistisches Deutschland.

Mensch sei gesund

Die Massen möchten gar zu gerne etwas von dem Ausschuß zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit hören, aber vorerst müssen sie sich leider mit den Kundgebungen des Reichsauschusses für hygienische Volksbelehrung zufrieden geben; sie warten stündlich auf Arbeit und Brot und man sucht sie davon zu überzeugen, wie lebensnotwendig für sie ein Gesundheitspaß ist. Wie es heißt, will man jedem Staatsbürger ein Büchlein in die Hand drücken, in dem fein säuberlich zu notieren wäre, wie er bisher seinen Leib durch die Misere des Daseins gebracht hat.

Zweifelsohne kein schlechter Gedanke. Der Krankheitsherde sind heute so viele, daß es tröstlich ist, eine übersichtlich geordnete Krankheitsgeschichte in den Händen zu haben. So was beruhigt und bringt über manche trübe Stunde hinweg. Man wird aus diesen Pässen ersehen können, wie sich die unteren Schichten zwischen englischer Krankheit, Blutarmut, Hunger und Tuberkulose durchlaborieren, wie sich in der heutigen Gesellschaftsordnung ein Arbeiterdasein zusammenbraut. Man wird feststellen können, wie bald der Leib des Proleten, falls er überhaupt jemals richtig zur Entfaltung kam, anfängt ausgequetscht zu sein, wie er bereits Mitte der dreißiger Jahre beginnt, in einen Zustand zu kommen, der den Personalchefs der Fabriken im Hinblick auf die Rentabilität nicht mehr gefällt.

Deshalb wird dieser Gesundheitspaß, gedacht als ernster Mahner und geboren aus der Sorge um Volksgesundheit, leicht zum Ankläger werden, wenn sein Besitzer mehr oder weniger gezwungen sein wird, ihn auf die Suche nach Arbeit mitzunehmen. Was er seither vielleicht noch notdürftig durch seinen Konfektionsanzug verbergen konnte, wird sein Paß schonungslos enthüllen. Er wird sich auf der Jagd nach einer Stellung nicht mehr auf seine „menschlichen Qualitäten" berufen können: man wird sich aus seinen Zeugnissen über sein Können, aus seinem Paß über seinen Leib und durch psychotechnische und andere Prüfungen über seine sogenannte „seelische" Struktur informieren. Man wird über ihn restlos im Bilde sein. Und da man sich innerhalb einer Gesellschaftsordnung befindet, die zwar ein wenig humanitätsduselig ist, im übrigen aber die Forderungen der Menschlichkeit in nüchterner Sachlichkeit denen der Rentabilität unterordnet, werden die staatliche Sorge um den Leib des Bürgers und die Sorge des Unternehmers um die Dividende bewirken, daß körperliche Mängel noch mehr als seither eine Gefahr für das Weiterkommen werden.

oha

Der Kampf gegen den Geist

Der Doktor Wirth hat sich seltsam gemausert. Es gab eine Zeit, da er mannhaft und fest verkündete: der Feind steht rechts! — und nun ist er zum Vorkämpfer eben dieses rechten Feindes geworden und reitet gegen links.

Zum zweiten Male innerhalb dreier Wochen hat er nun gegen die gottlosen Gottlosen gewettert und geschimpft. Er faselt von der „Verrohung", die im Kampf gegen die Kirche Orgien feiere, und kündet an, daß er gegen die kommunistischen Gottlosen-Abende energisch vorgehen werde. Man darf also gewärtig sein, daß den gang und gäben Verletzungen der Reichsverfassung, in denen die Maßgeblichen exzellieren, nun auch serienweise Mißachtungen des in jenem fürtrefflichen Papier garantierten Rechts der freien Meinungsäußerung folgen werden.

Es ist erstaunlich, mit welchem Aufwand von geschwollenem Gemüt und seichtem Pathos Herr Wirth sich in die Brust und die Brust in die starrenden Spieße der bösen Kirchengegner wirft. Er dröhnt nur so von schmetternden Anklagen wider die kommunistische „Unkultur" und von marktschreierischen Anpreisungen der christlich europäischen Hochkultur. Die Antikirchenpropaganda ist ihm ein „barbarischer Einbruch in das Geistesleben unseres Volkes". Er, der hier als deutscher Minister Lanzen bricht für den lieben Gott, statt sich um die Nöte des Volkes zu kümmern, die viel eher in sein Ressort fallen, der Vertreter einer nur zur Hälfte politischen, zur anderen Hälfte kirchlichen Partei, der Katholik und geistige Reaktionär, schreit uns in die Ohren, er wolle „das liberale Kulturgut vieler Jahrhunderte" retten. Er verzapft Sprüche der Weisheit wie den: durch die antireligiöse Propaganda werde „die europäische Geistesentwicklung um drei Jahrtausende zurückgebogen". Ausgerechnet der Vertreter einer Auffassung, die noch tief im Totemismus und Fetischismus steckt, erhebt diese Anklage gegen die Attacke des Geistes auf den mythischdumpfen Zauberer-, Medizinmann- und Seelenglauben.

Das Zentrum hat Oberwasser; von den unter Gentlemen üblichen Spielregeln weiß es nichts: nun es die Macht hat, zeigt es die Zähne. Wenn die Herren von der Republik es nicht mit ihm verderben wollen, müssen sie mitgehen und müssen das abgestandene Kulturgebräu sonder Murren hinabwürgen, das der rauhe Wirth ihnen unfreundlich einschenkt.

Die Ungläubigen sind vogelfrei; die Spaltung der Freidenkerbewegung in eine brävere, sanftpfotige sozialdemokratischer Allgemeintendenz und eine unbrave, scharfkrallige kommunistische gibt den Reaktionären die Möglichkeit, mit sämtlichen Registern gegen den Atheismus an sich loszulegen. Und Skrupel kennen die Herren ja nicht. Herr Wirth sagt denjenigen Abgeordneten, die gegen seine Anpöbelungen protestieren, einfach: „Wenn Sie das nicht anhören können, dann gehen Sie doch an die frische Luft!" Der Abgeordnete Kaas vom Zentrum darf den Kommunisten im Reichstag ungestraft sagen: „... Wenn man auf dasjenige Land hinschaut, als dessen allerdings nur sehr intim akkreditierte Vertreter Sie hier sitzen..." Sagen Sie dem Herrn mal, er sei der akkreditierte Vertreter einer fremden Macht, nämlich des Vatikans — und Sie werden was erleben.

Auf die Unverschämtheiten der Herren Christen sollte es nur eine Antwort geben: verschärften Kampf gegen die Kirche; statt defensiven Verhaltens das aggressive. Wenn die Pfaffen von den Kanzeln auf die Atheisten schimpfen; wenn sie die Ungläubigen in „seelsorgerlicher" Unterredung mit den Gläubigen verleumden; wenn die christliche Presse Märchen erfindet, um die Gottlosen schlecht zu machen — geht ihnen auf die Eisen. Prangert sie an, und wo sich die Handhabe ergibt, zieht sie vor die Gerichte. Warum soll nur bestraft werden, wer die Wahrheit und Vernunft verteidigt und die Dummheit und Lüge angreift? Warum soll jeder das Recht zu Beleidigungen haben — sofern er nur den Mitgliedsschein eines religiösen Klubs vorweisen kann?

Karl Fehr

In Dresden hat Professor Schultze-Naumburg, Herrn Fricks Kunstwart, in einer öffentlichen Versammlung gesprochen und dabei, wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, die „sonderbarsten völkischen Prinzipien" zum besten gegeben. „Manchmal wurden seine Ausführungen so wunderlich, daß sogar die ruhigsten älteren Herren der Dresdner Kunstwelt einen Ruf des Erstaunens nicht ganz unterdrücken konnten. Das sollte ihnen nicht gut bekommen. „Halts Maul, sonst hauen wir dir ein paar runter!" war die Replik, die ein Professor der Dresdner Kunstakademie auf einen rein sachlichen Einwand von einem Zuhörer erfuhr. Andere Künstler wurden kurzerhand an die Luft gesetzt."

In einem engeren Kreis in Dresden wurde dann später über die Fragen, die der Vortrag Schultze-Naumburgs aufgeworfen hatte, diskutiert. Aber von den anwesenden Freunden Schultze-Naumburgs meldete sich, trotz wiederholten Aufforderungen, niemand zum Wort. Erst als ein Herr bemerkte, die Nationalsozialisten seien offenbar, wenn sie sich nicht in ihren eigenen Versammlungen befänden, zu feig zum Reden, raffte sich ein Nationalsozialist auf und sprach die markigen Worte: „Darf ich Sie mal hinausbitten?" So sehen von nationalsozialistischem „Geist" befruchtete Debatten über Kulturfragen aus!

Das liberale Bürgertum aber nimmt (von wenigen Ausnahmen, wie etwa der „Frankfurter Zeitung", abgesehen) alles hin, nimmt hin, daß Frick verbietet, was ihm nicht paßt, und wertvolle Bilder aus dem Weimarer Museum entfernen läßt; nimmt auch hin, daß ein Abgeordneter der Staatspartei sogar Heinrich Mann als Kulturbolschewisten bezeichnet. Es muß doch Herrn Wirth im Kampf gegen den Ungeist von links unterstützen, und wird dabei immer mehr von dem „Geist", der von rechts her drängt, gefangen genommen.

Generaloffensive

Seitdem die Erfüllung des russischen Fünfjahresplans nicht mehr so utopisch erscheint, ist die hochkapitalistische Welt auf dem qui vive. Das Gezeter vom „Dumping" und von der „Zwangsarbeit", die russische Waren angeblich so sehr verbilligt, ist in praktische Konsequenzen umgemodelt worden: die Vereinigten Staaten, Kanada, die Grafschaft London haben schon Teilverbote für russische Einfuhr erlassen. Man versucht den Angriff auf die eigene hohe Profitrate abzuwehren, indem man die billigen Produkte der Bolschewisten ausschließt.

Die Blätter der europäischen kapitalistischen Presse machen mit Hochdruck Antisowjetpropaganda. Der Tenor aller Ausführungen ist: der Fünfjahresplan werde in seinen wichtigsten Teilen ganz oder fast ganz erfüllt werden, daran sei nicht zu zweifeln; diese Erfüllung bedeute die wirtschaftliche Gefährdung Europas; wer der russischen Wirtschaft und Industrie Waren, vor allem Maschinen, liefere, oder wer sonst (etwa durch Kreditgewährung) zu ihrem Ausbau beitrage, grabe Europa das Grab; es müsse schleunigst eine europäische Einheitsfront gegen die USSR. hergestellt werden. So Deterding, so der „Matin", so die „Bergwerkszeitung", so die „Germania", so Ullsteins „Montagspost".

Es ist eine merkwürdige Monotonie in all diesen Äußerungen: ein Beweis, wie unmittelbar und einheitlich das kapitalistische Bewußtsein auf das, was in Rußland vorgeht, reagiert. Ein Artikel des preußischen Abgeordneten Schwering geht durch die Zentrumsblätter; sein Titel ist die Parole des gegenwärtigen antisowjetischen Treibens: „Die steigende Weltgefahr des Kommunismus". In ihm heißt es: „Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß der sogenannte Fünfjahrplan gelingt. Das will besagen, daß Rußland etwa 1932/33 in der Lage ist, ein ungeheures Dumping auszuüben und damit die europäischen und die Weltmärkte in wichtigen Erzeugungsgebieten einfach zu unterbieten und zu zerstören. Also das Heer der Arbeitslosen in Europa riesig zu vergrößern und damit die Zahl der Unzufriedenen zu steigern und endlich die Idee der Weltrevolution mit größerer Aussicht auf Erfolg in die hungernden Erdteile zu schleudern!"

Kein Wunder also, daß nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf kultureller Basis Großkampfzeit ist. Durch den wirtschaftlichen Vormarsch der Bolschewisten rückt für die Vertreter des Bestehenden auch die Gefahr des geistigen und politischen Sieges des Kommunismus wieder näher. Es ist darum ganz logisch, wenn sich der Reichsminister Wirth in Koller redet und den Volksvertretern seine Wut über die atheistische Propaganda im übelsten Ton ins Gesicht schreit. Wenn der Bourgeois seine heiligsten Güter bedroht sieht, wird er ein Berserker und sieht rot.

Die Verwirklichung des Fünfjahrplans, auch wenn sie nicht ganz in der vorhergesehenen Höhe möglich werden würde, ist die aussichtsreichste Attacke auf den Kapitalismus, da haben dessen Vertreter ganz recht. Die kapitalistischen Staaten werden deshalb zu entscheidenden und gemeinsamen Entschlüssen gedrängt. Ihre Generaloffensive gegen den frechen Provokateur ist im Gange; die militärische Bereitschaft ist ebenso weit gediehen wie die moralische: wenn die Bolschewisten nicht eine sehr kluge Politik betrieben, könnten wir beim ersten Funken, der in ein diplomatisches Tintenfaß fiele, außer der wirtschaftlichen auch die militärische Generaloffensive erleben. Vielleicht ist die Furcht vor der europäischen Revolution das einzige, was den Krieg noch hinauszögert.

Max Barth

An alle Irren

Verehrte Mitirre! Diese Zeilen haben den Zweck, einem längst tiefgefühltesten Bedürfnis abzuhelfen. Es ist sicher schon jedem von Ihnen aufgefallen, daß in unserer durch den Dolchstoß in den Rücken und die Vernunftlehre des Marxismus entirrten Zeit der Einzelne nichts mehr gilt und nur der markige Zusammenschluß Gleichgerichteter und Gleichinteressierter gegen die Interessentenwirtschaft und Richtungsmanie, die unsere Epoche beherrschen, anzukämpfen in der angenehmen Lage sein dürfte. Diese tieferschütternde Erkenntnis ist auch mir aufgegangen und habe ich mich daher entschlossen, zur Gründung eines Reichsverbands Deutscher Irren (R.D.I.) aufzurufen.

Es ist endlich an der Zeit, dafür zu sorgen, daß man uns nicht länger als Staatsbürger und Menschen zweiter Klasse behandelt! Sehen wir uns doch nur um in der von den Vernünftigen eingerichteten und geleiteten Welt: Gibt es irgendein Gebiet, auf dem sie ganze Arbeit leisteten? Kranken wir nicht gerade daran, daß die Gesunden in ihrem Verstandeswahn sich einbilden, alles am besten zu können und infolgedessen alle Posten und ausschlaggebenden Stellungen in Staat, Kirche, Justiz, Schule einnehmen oder wohin wir sonst auch mit dem geschärften, durchdringenden Blick des standesbewußten, seine fixe Idee unentwegt im Auge behaltenden Schizofrenen schauen mögen? Hat nicht jeder von uns sich tausendmal schon gesagt, daß er selbst oder irgendein anderer hochqualifizierter Irrer von Rechts wegen auf den Kanzeln, den Kathedern, in den Richter- und Ministerstühlen sitzen müßte, auf, beziehungsweise in denen sich jetzt ein unzulängliches Geschlecht von Nichtirren krampfhaft abmüht, um letzten Endes doch nur Stückwerk und Stümperei, unfundiertes, widerstandsunfähiges halb verrücktes Zeug zu produzieren? Wären nicht wir Irren mit der eisernen Konsequenz, die uns als Manische auszeichnet, die Zierden jeder Kirche, die Leuchten jeder Schule, die Koryfäen jeder Wissenschaft, die Giganten jeder Volks-, Staats- und Weltverwaltung — wenn wir nur an den uns gebührenden Plätzen säßen? Viele sind berufen, wir wenigen aber sind auserwählt.

Wie kläglich sind die krampfhaften Bemühungen der jetzt Herrschenden anzusehen, einen Funken irrer Erleuchtung in ihrem traurig unfruchtbaren Gehirn aufleuchten zu lassen! Wie jämmerlich die Versuche, vom unzulänglichen Weg der Vernunft abzuweichen und die Welt nach tauglichen und wirksamen Prinzipien, nämlich nach irrsinnigen, einzurichten! Kaum daß einmal dem einen oder anderen Minister ein leicht blödsinniges Programm, eine halbwegs verrückte Maßnahme einfällt. Man muß zugeben, daß die Vernünftigen sich ehrlich bestreben, ihre Pflichten aufs beste zu erfüllen, daß sie aufrichtig glauben, das Irrsinnigste zu leisten, das möglich ist. Wir, die wir über diese Dinge ein besseres Urteil haben als sie, wissen natürlich, daß sie mit allem Mühen und Streben immer nur soviel an Irrsinn produzieren können, als eben ihr vernünftiges Gehirn hervorbringen kann.

Darum gilt es, den Reichsverband Deutscher Irren (R.D.I.) schnellstens zu schaffen. Wenn erst bei uns der Anfang gemacht ist, werden sich unsere irren Brüder in allen Ländern aufraffen und unser Beispiel nachahmen. Wir werden die große I.d.I., die Internationale der Irren gründen. Ihr Motto wird sein: „Irre aller Länder, vereinigt euch!", und in diesem Zeichen werden wir siegen.

Dieser Aufruf richtet sich nicht nur an die Schizofrenen, — das sei, zur Vermeidung von Mißverständissen betont, weil ihrer oben einmal ausdrücklich gedacht worden ist —, sondern an alle Irren, gleichviel welcher psychotischen oder pathologischen Sonderklasse sie angehören. Wir machen keinen Unterschied zwischen seelisch-geistigen Spezialitäten: jeder ist uns willkommen. Wir dienen nur unserer großen Sache, der Sache aller Irren, und gedenken nicht, durch eine Interessenorganisation den Irren gegen den Irren auszuspielen. So wie für den Reichsverband Deutscher Irren (R.D.I.) Religion, Beruf, politische Parteizugehörigkeit, Bildungsgrad und soziale Stellung Privatsache seiner Mitglieder ist, verhält er sich auch den medizinischen Sondergruppen derselben gegenüber unparteiisch und überparteilich. Der Zirkuläre ist uns nicht weniger lieb als der Schizofrene; ob Sie Dementia praecox haben oder leidenschaftlicher Katatoniker sind, ob Sie es vorziehen, in stillem Blödsinn vor sich hin zu duseln oder ob Sie das Zerschlagen von Fensterscheiben und die Verherrlichung Ihres Spezialgottes durch markerschütterndes Gebrüll als Daseinszweck sehen — den R.D.I. schiert das nicht. Wenn Sie die Beitrittserklärung ausgefüllt haben und Ihren Beitrag regelmäßig pünktlich entrichten, sind Sie vollwertiges Mitglied des Reichsverbands, und der R.D.I. vertritt nach außen und innen auch Ihre Interessen.

Wir brauchen jeden Mann und jede Frau. In unserem Reich, dem Vierten Reich, ist für jeden ein seiner würdiger und gutbezahlter Posten bereit. Mögen immerhin die Schizofrenen aufgrund ihrer qualitativ höheren Veranlagung die oberen Posten des Gemeinwesens besetzen: auch für die große Masse der bescheidenen Zirkulären ist gesorgt. Es kann nicht jeder Verrückte Minister, Konsistorialrat oder Landgerichtsdirektor sein; auch das riesige Heer der schlichten Existenzen, die allüberall im Stillen arbeiten, im kleinen Kreise für das Wohl der Allgemeinheit wirken, dient Gott und dem Vaterland. Ich denke da etwa an die vielen, vielen Unterbeamten bei der Post, der Bahn, den Finanzämtern usw. Hier dürfte sich für jeden Zirkulären ein Plätzchen finden, das ihm zusagt, und in dem er nach seiner Weise seinen kleinen, heiteren Irrsinn aufs glücklichste ausleben kann.

Und somit denn, werte Mitirre, rufe ich Sie auf, zusammenzutreten und den R.D.I. zu gründen. Melden Sie sich umgehend als zukünftiges Mitglied des Verbands an; wer zuerst kommt, hat die Chance, in den Vorstand gewählt zu werden. Bestellen Sie auch, ehe es vergriffen ist, unser Vereinswappen (Miniaturformat) als Mitgliedsabzeichen. Es ist die Schöpfung eines erstklassigen irren Künstlers und stellt in meisterhafter Ausführung eine durchs Mikroskop gesehene degenerierte Gehirnzelle dar. Man adressiere an

Mara Bu, vereidigten Oberirren

Charlie

So greulich sonst das Getue um die seriösen Filmstars ist, man freut sich, daß Charlie Chaplin in London und Berlin von großen Menschenmassen herzlich empfangen worden ist. Hinter der Verehrung für ihn steckt etwas mehr als jenes zweifelhafte Interesse an gut entwickelten Biceps, feschen Menjou-Bärtchen und hübschen weiblichen Lärvchen, wie es sich sonst bei ähnlichen Anlässen so lieblich offenbart. Charlie hat in seinen Filmen und in seiner unvergänglichen Figur einen Typ herausgestellt, der wesentliche Züge des kleinen Mannes von heute in sich vereinigt: unscheinbar, miekrig, schwach und unheldisch und dann doch wieder bewundernswürdig in der Art, dieses Leben in der Dreckline der heutigen Gesellschaftsordnung zu bewältigen. Es ist in dieser Figur

Vernebelung

Das heutige Leben erschiene längst nicht so interessant, wenn die Berichterstatter nicht wären; der Zwang, die vielen Spalten der Morgen- und Abendblätter immer wieder zu füllen, läßt sie nimmer ruhn. Sie wappnen sich stündlich mit Fixigkeit und Fantasie, um die gespannten Erwartungen, die die Abonnenten gegenüber dem Leben haben, nicht zu enttäuschen. Die Wirklichkeit erwacht erst durch sie zum richtigen Leben, d. h. zu jenem, das der erlebnishungrige Abonnent aufgetischt wünscht und der Aktionär des Unternehmens für richtig hält. Hinter allem steht die Furcht vor dem Gespenst der Langeweile. Langweilig ist immer das, was durch eine noch interessantere Nachricht überboten wird, weshalb die Reporter den Ereignissen erbarmungslos die letzten Möglichkeiten abquetschen.

Der amerikanische Reporter z. B., der kürzlich im Maastal bemerken konnte, daß die ungesunden Nebel jener Gegend ungünstig auf die Atmungsorgane der Bewohner wirken, wußte sofort, daß hier eine jener langweiligen Tatsachen zu verzeichnen war, die keinen verwöhnten Zeitungsleser interessieren. Eine Angelegenheit von schätzungsweise acht Zeilen, die wahrscheinlich im größten Teil der Presse im Übersatz geblieben wäre, wenn der betreffende Journalist nicht das Stichwort von den „Todesnebeln" gefunden hätte. Als er das nach New-York gekabelt hatte, da wußte er, daß dieser Nebel seinen Weg in die fettesten Schlagzeilen der Weltpresse finden werde. Zuerst sichtete, wie der „Jungdeutsche" zu berichten weiß, ein Berliner Sensationsblatt diesen verheißungsvollen Nebel und ließ sich raschestens einen Sonderbericht kommen, den jener Berichterstatter in einem Brüsseler Hotelzimmer unter Benützung eines Atlasses zu Papier brachte.

Von da ab waren die vernebelten stillen Dörfer an der Maas im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. In den ungesunden Nebel jener Gegend mischte sich der noch unheilvollere der Presse; Gelehrte von Ruf suchten dem Maasnebel jene Geheimnisse zu entlocken, die ein findiger Kopf durch eine schmissige Schlagzeile um ihn gewoben hatte. Selbst die Bewohner fühlten sich beunruhigt; hatten sie vorher angenommen, daß die Todesfälle, die sich zu jener Zeit zufällig etwas gehäuft hatten, sozusagen durch das Klima bedingt waren, flüsterte man sich jetzt die Vermutung ins Ohr, es könne sich möglicherweise um verwehten Staub aus der Wüste Sahara handeln. Zuvor war man ohne viel Aufhebens an den Atmungsorganen erkrankt, aber jetzt schauderte man bei dem Gedanken, man habe es vielleicht doch mit recht geheimnisvollen Vergiftungserscheinungen zu tun, und je weniger die Kapazitäten hinter die Sache kamen, desto stärker wurde der Glaube, daß tatsächlich etwas besonderes dahinter stecke.

Die Blätter aber, die nicht nur der Vermittlung von Sensation dienen, sondern auch den politischen Bedürfnissen der Staatsbürger gerecht werden müssen, besannen sich auf diese Mission. Der Leser möchte um sein Geld tiefere Zusammenhänge aufgedeckt sehen; er fühlt sich, dank der durch die Presse vermittelten Informationen, in der großen Politik zu Hause, wie die Dienstboten im Vorleben ihrer Herrschaften, und es lag deshalb nichts näher, als sich vom Saharastaub der Politik zuzuwenden. Die nationalistischen Blätter Belgiens fühlten sich bemüßigt, gegen Deutschland zu hetzen, indem sie die Möglichkeit andeuteten, es könne sich um von den Deutschen vergrabene Giftgase handeln, während man sich in Deutschland durch den Verdacht revanchierte, es werde von den Belgiern in jener Gegend die Fabrikation von Kriegsgiftgasen betrieben. So kam auch bei diesem Fall das politische Interesse voll auf seine Kosten. Man hatte mal wieder einen Blick hinter die Kulissen getan, und als dann die offiziellen Dementis behaupteten, daß an Ort und Stelle überhaupt nichts Positives festzustellen gewesen sei, da hatte der Leser, falls man ihm überhaupt davon Kenntnis gab, noch die besondere Genugtuung, das für einen plumpen Vertuschungsversuch zu halten. „Etwas", sagte sich jeder, „wird schon daran gewesen sein."

Die Illusion, es lasse sich aus dem Nebel der Sensations- und Zweckmeldungen, der falschen und echten Dementis jemals wirkliche Klarheit gewinnen, ist eben fast unverwüstlich.

Mauthe

Die Mission der Presse ist, Geist zu verbreiten und zugleich die Aufnahmefähigkeit zu zerstören.

Die Zeitungen haben zum Leben annähernd dasselbe Verhältnis wie die Kartenaufschlägerinnen zur Metafysik.

Die Deutschen sitzen an der Tafel einer Kultur, bei der Prahlhans Küchenmeister ist. Karl Kraus

Filmsorgen

Die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung" bringt Mitte Februar mehrfach Berichte über die Protestkundgebungen gegen den Film „Das Flötenkonzert von Sanssouci", bezeichnet den Film als einen „Hetzfilm" und hält es angesichts der Berliner Störungen für erwiesen, daß der Film die öffentliche Ruhe aufs schwerste gefährde — einige Tage darauf kündigt sie in ihrem Inseratenteil den Film für Dresden an. Der „Jungdeutsche" fragt etwas naiv, wie sich denn so was miteinander vertrage. Er soll mal die Inseratenabteilung des Blattes fragen, vielleicht verrät sie ihm das Geheimnis.

In Filmangelegenheiten redet nämlich immer noch der Verlagsdirektor das letzte Wort und nicht die Redaktion; ehe eine Zeitung die fetten Inseratenaufträge der Filmtheater schwimmen läßt, gibt sie einen allzu ungeschickten Filmkritiker preis; das haben schon manche erfahren. Es ist gefährlich zu sagen, daß ein verlogener Schmarrn ein Schmarrn und der übliche Edelkitsch minderwertiger Mist ist. Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie nennt solche Offenheit „unsachlich" und sie läßt keinen Zweifel darüber, daß sie die Mittel hat, sich dagegen zu wehren. Im „Film-Journal", das sich „Die unabhängige Wochenschrift der Filmindustrie" nennt, wird ganz deutlich gesagt, was man von der Filmkritik denkt, und was man von ihr erwartet: „. . . Das empfindliche Instrument der Filmkritik muß gehandhabt werden von Leuten, die die Materie beherrschen, Verantwortungsbewußtsein genug haben, um über Millionenobjekte zu Gericht sitzen zu können, und einen Film um seiner selbst willen zu kritisieren und nicht, um eine Manifestation ihrer für die Allgemeinheit durchaus uninteressanten politischen oder künstlerischen Überzeugung zu geben." Deutlicher gesagt: die Millionenobjekte sollen aus Verantwortungsbewußtsein gelobt werden, da jede absprechende Kritik „die Exportmöglichkeiten des deutschen Films verringert" und so letzten Endes „nationale Belange" schädigt.

Aber nicht nur die Filmindustrie verlangt das, sondern auch die Filmtheaterbesitzer. Im „Filmkurier" kann man z. B. die entrüstete Zuschrift eines Theaterbesitzers lesen, weil in der X.-Zeitung ein von ihm gespielter Film absprechend beurteilt worden war. „Sinn und Zweck der Kritik ist es doch aber", meint der Betreffende, „das Geschäft zu fördern. Ich bitte Sie, der Zeitung gehörig die Meinung zu sagen." Die Redaktion des „Film-Kuriers" ist natürlich zu klug, um dieser plumpen Aufforderung öffentlich nachzukommen. Dagegen wird an anderer Stelle eine in der „Bonner Abendpost" erschienene Besprechung des Films „Ihre Majestät die Liebe", die in rückhaltloser, aber sachlicher und treffender Weise Kritik übt, als „unsachlich" abgelehnt — woraus deutlicher als durch eine direkte Erklärung hervorgeht, daß auch dieser Seite wirkliche Kritik unerwünscht ist.

In anderen Teilen des „Film-Kuriers" kann man nun allerdings feststellen, daß die empfindlichen Theaterbesitzer selbst keine gute Meinung von der Filmproduktion haben. Es wird da furchtbar gejammert, daß es mit den vom Tonfilm erwarteten Einsparungen an Musikergagen nicht weit her sei, daß man wieder Kapellen einstellen müsse, daß man für die Bühnenschau teure Variété-Nummern brauche. Warum? „Weil die Tonfilme das Publikum einfach nicht befriedigen. Zu diesen mageren Tonfilmen erhalten wir ärmliche Beiprogramme, die ewigen Zeichen-Trickfilme, zum hundertunddrittenmal Volksleben in Masuren usw., Sachen, die kein Mensch mehr sehen will. Die ganze Darbietung wäre ohne unsere Zutaten (große Kapellen und Variétéprogramme) von einer bleiernen Langeweile und völlig tot."

Angesichts solcher Misere bleibt nichts anderes übrig, als für eine gute Pressekritik besorgt zu sein. Und die Zeitungen werden sich den Zumutungen, die in dieser Hinsicht von der Filmindustrie und den Theaterbesitzern an sie gestellt werden, nicht entziehen können. Dazu sind sie nicht unabhängig genug.

M. R.

Geografie oder Völkerverhetzung?

Selbst das doch gewiß neutrale Gebiet der Geografie muß herhalten, alles Übel, das uns widerfährt, auf die bösen Nachbarn zurückzuführen. So heißt es in dem sonst recht brauchbaren und billigen Handatlas über alle Teile der Erde von E. Gaebler (Verlag Georg Dollheimer, Leipzig): „Außerordentlich ungünstig ist die politische Lage Deutschlands. Während der Engländer nach allen Seiten, der Franzose, Spanier, Däne nach drei Seiten auf das freie Meer blickt, ist Deutschland von fast allen Seiten eingeengt und behindert. Und kein Volk hat so viele und dazu noch mißgünstige, feindselige Nachbarn als das deutsche."

Und weiter: „Durch die Beraubung Deutschlands ist das europäische Gleichgewicht, das wesentlich auf der annähernd gleichen Größe der wichtigsten europäischen Staaten beruhte, erschüttert worden."

„Wie oft ist Deutschland infolge seiner unglücklichen Lage in die europäischen Streitigkeiten hineingezogen worden, wie oft es mit blutenden Wunden aus denselben hervorgegangen! Und diese Gefahr ist nach dem Schandvertrag von Versailles noch größer geworden."

Geschlechtsleben und Strafrecht

Im Mopr-Verlag, Berlin NW 7, hat Professor Felix Halle eine Arbeit über „Geschlechtsleben und Strafrecht" erscheinen lassen (Preis kart. 2,90 Mark, geb. 4,50 Mark), die in gedrängter Form die sozialen Wirkungen des geltenden Rechts sowie des Strafgesetzentwurfs von 1927 insoweit untersucht, als es sich um Straftaten handelt, die mit dem Geschlechtsleben zusammenhängen.

Halle präzisiert zu den einzelnen Fragen des Sexualstrafrechts die Haltung der Regierung, der parlamentarischen Ausschüsse und wenn nötig der Parteien und stellt dem gegenüber die Bestrebungen des Proletariats um ein Strafrecht, das unter Ausschaltung moralisierender Tendenzen und religiöser Vorurteile an die Sexualdelikte herangeht; daneben werden die Regelungen angeführt, die in der Sowjetunion zu der jeweiligen Materie getroffen wurden, um zu zeigen, wie ein sozialistischer Staat diese Probleme zu lösen sucht.

Eines wird sehr deutlich: das heutige Strafrecht ist ein Sammelsurium von alten kirchlichen, feudalen, polizeistaatlichen und liberalen Anschauungen. Der neue Entwurf bringt keineswegs, wie vielfach angenommen wird, wesentliche Verbesserungen oder Erleichterungen; er weist (nach Hirschfeld) in nicht wenig Fällen erhebliche Straferhöhungen auf; Erhöhung der Mindeststrafe ist bei 12 Sexualparagrafen vorgeschlagen, in 8 wurde eine Erweiterung des Tatbestandes vorgenommen; 10 neue Tatbestände sind hinzugekommen usw. Von den 52 Veränderungen auf dem Gebiet der Sexualgesetzgebung erweisen sich 39 als Verschärfungen, 13 als Milderungen.

Wer weiß, daß das Straf„recht" eben ein Instrument der herrschenden Klasse ist, wird sich ob dieser „Reform" nicht wundern. In ihr kommt eine Gebundenheit an kirchliche, nationalistische und militaristische Denkweise zum Ausdruck, von der man nicht erwarten darf, daß sie derartige Fragen vorurteilslos nach dem gegenwärtigen Stand der naturwissenschaftlichen und sexualmedizinischen Erkenntnisse löse. In grotesker Weise mischen sich in dem neuen Gesetz Abschreckungs- und Vergeltungsstrafe, liberale Besserungsstrafe, Ordnungsstrafe im Sinne des alten Obrigkeitsstaates und Sicherungsmaßnahme mit angeblich sozialem Charakter. Man spürt die Unfähigkeit und den schlechten Willen zur Lösung dieser Fragen.

Professor Halle stellt dem die Forderungen des Proletariats an die Umgestaltung der Sexualgesetzgebung entgegen; neben sozialpolitischen und medizinisch-pädagogischen Maßnahmen (Behebung der Wohnungsnot, Schutz von Mutter und Kind, Umgestaltung des Familienrechts, sozialhygienische Einrichtungen) wird gefordert: Aufhebung aller mit den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen unvereinbaren Strafandrohungen (gegen Sodomie, Päderastie, lesbische Liebe usw.) mit Ausnahme von Handlungen, bei denen Interessen anderer oder der Allgemeinheit gefährdet werden; Beschränkung aller strafrechtlichen Schutzmaßnahmen auf dem Gebiete des Sexuallebens auf: den Schutz von Kindern und geschlechtsunreifen Jugendlichen, den Schutz der Gesundheit gegen Ansteckung und gegen die Winkelabtreibung und den Schutz gegen Sexualhandlungen, die unter Gewalt, Drohung, Ausbeutung einer Notlage usw. erzwungen werden; Gleichstellung der beiden Geschlechter; Ausdehnung der Strafbarkeit der Vergewaltigung der Frau durch den Mann auch auf den durch Gewalt oder Drohung erzwungenen Beischlaf innerhalb der Ehe; Schaffung eines Vollzugssystems sozialer Maßnahmen gegenüber den Verübern asozialer Handlungen auf dem Gebiet des Geschlechtslebens, das mit der Sicherung der Gesellschaft die Heilung der Täter anstrebt (soweit sie sich als heilfähig erweisen) und bewußt auf Vergeltung und Zufügung von Übeln verzichtet.

Die exakte und äußerst konsequente Arbeit orientiert vortrefflich über die weitschichtige Materie. K. Berger

---

Das Christentum hat die erotische Mahlzeit um die Vorspeise der Neugier bereichert und durch die Nachspeise der Reue verdorben. Karl Kraus

---

so viel von der unsichtbaren Wirklichkeit der heutigen Massen eingefangen, daß sie trotz ihrer kaum definierbaren Zusammensetzung ohne weiteres wahr wirkt; es klingen in der manchmal recht schauderhaften Handlung der Chaplin-Filme immer wieder Situationen an, durch die Millionen auf irgend eine Weise hindurchgegangen sind oder hindurchgehen. Diesen Hintergrund macht Chaplin spürbar; seine Filmfabel ist auf ihnen aufgebaut, und er übersetzt sie fortwährend in eine tiefere Wirklichkeit; er psychologisiert nicht und erklärt nicht, sondern deckt auf und läßt durchblicken. „Die Kamera fängt nur ein paar Quadratmeter Erde", sagt Chaplin, „aber sie muß immer auf unendlich eingestellt sein."

Die meisten stummen Filme kranken daran, daß sie uns in einen Strudel wild bewegter Wirklichkeit hineinreißen, man wird aufgepeitscht und fortgerissen, manchmal vielleicht durch psychologische Feinheiten oder durch Virtuosenstückchen „neuer Optik" überrascht, aber zuletzt hat man doch ein peinlich leeres Gefühl. Wie erfrischend und befreiend sind dem gegenüber Filme wie „Goldrausch" oder „Zirkus". Man betrachte etwa jene Szene in „Goldrausch", wie Charlie ahnungslosen Gemütes und gewappnet mit Selbstgefühl und dem Kraftbewußtsein des Schwachen den gefahrvollen Gebirgspfad entlang wandelt. Direkt hinter ihm schreitet das Unheil in Gestalt eines mächtigen Bären. Aber Charlie wendet sich immer nur dann um, wenn der Bär sich zufällig seinem Blick durch einen Felsvorsprung entzogen hat: auf diese Weise bewahrt eine gütige Vorsehung sein Herz vor einem katastrofalen Rutsch in die Buxen; die Gefahr, von der er nicht weiß, macht ihm nicht heiß.

Unerhört auch in „Goldrausch" jene Szene um den Brötchentanz, wie mitten in der Bitternis des Verschmähten das Leben plötzlich eine Wandlung erfährt: der Enttäuschte träumt seinen unerfüllten Traum in einer Ersatzwelt zu Ende.

Und dann: noch nie habe ich einem Rücken so viel Traurigkeit entströmen sehen wie in der Szene in „Goldrausch", wo Charlie in der Goldgräberkneipe abseits als Ausgestoßener dem fröhlichen Treiben der andern zuschaut. Immer sind solche Wolken melancholischer Traurigkeit bereit, sich um Charlie zu legen, aber ebenso schnell vermag die geringste Kleinigkeit ihm ungeahnten Auftrieb zu geben; ein tapferer kleiner Kerl, der vor dem fürchterlichen sozialen Hintergrund eben so viel Heroismus aufbringt, als in ihm steckt. Am Schluß des „Zirkus" z. B. ist auch eine solche Szene, wo der kleine Mann sich gewissermaßen zu neuem Mut für eine neue Schlacht seines miekrigen Daseins aufrafft: er hat wieder mal

eine große Enttäuschung erlebt und sitzt nun traurig und verlassen auf einer Kiste in der leeren Landschaft, aber dann reißt es ihn zusammen, er gibt einem Papierknäuel mit elegantem Schwung einen Tritt und entwetzt mit seinem Stöckchen; entschlossen zu neuen Taten. Derartige Szenen sind unvergeßlich, um ihretwillen kann man Chaplins Filme immer wieder ansehen.

hm

Denk daran, daß dir am Tage des jüngsten Gerichts alle deine Filme wieder vorgeführt werden. Charlie Chaplin

Selbstdarstellung des Menschen in seiner rational nicht faßbaren Ganzheit: das ist die eigentliche Aufgabe des Films, eine Aufgabe, die nur er durch die magische Kraft des Bildes lösen kann.

Wolfgang Pfleiderer

Gespräch über die Obrigkeit

Ort: Abteil dritter Klasse in einem von Stuttgart abfahrenden Zug. Neben mir drei Bauern, langsam und bedächtig in ihren Bewegungen und ihren Reden; Pietisten, wie sich aus ihrem Gespräch ergibt, das, einige andere religiöse Fragen leicht berührend, bald auf das Thema kommt, ob jede Obrigkeit von Gott eingesetzt sei.

Der Erste: „Dees isch schwer zum Begreifa, daß au de heitig Obrigkeit von Gott ei'gsetzt sei' soll."

Der Zweite: „Vielleicht hat se der Herrgott als Zuchtrute über ons verhängt, wia d'Keenig übers Volk Israel. Wer woiß, was Gott en sei'm großa Pla' mit dem vor hot."

Der Erste: „Aber wenn mer's vom menschliche Verstand aus a'sieht, no kammer's net recht begreifa. Dia hent sich doch selber na'drängt, mit G'walt."

Der Zweite: „Em Wort Gottes stoht halt, jede Obrigkeit sei von Gott ei'gesetzt, no wird's au mit onsrer jetzige so sein."

Der Dritte (tief aufseufzend): „Dees will g'laubt sei' heitzudag!"

Literatur

Paradies Amerika. Von Egon Erwin Kisch. Erich Reiß Verlag, Berlin. — Aufstehn Kisch! Sie haben da was geschrieben, das Ihnen mal einer nachmachen soll. Sie haben sich umgeguckt: das kann nicht jeder. Das Thema ist mitnichten verfehlt; mit der Ihnen eigenen Respektlosigkeit (dem einzigen Gegengift gegen die narkotisierende Wirkung puritanisch-prohibitionistisch babbittischer Selbstbewunderung) haben Sie sich nicht gescheut, einen netten kleinen Film aus dem Leben der Wolkenkratzer, Gefängnisse, Börsen, Friedhöfe (der armen Menschen und reichen Hunde — vierbeinige sind gemeint), aus den Privatparadiesen dessen, was in U.S.A. die soziale Ordnung heißt, aufzunehmen. Kalkuliere, die Jänkies werden Ihnen keine Ehrengirlande aus Kaugummi flechten, sagt Kapitän Marryat. Gut gemacht, Kisch! Setzen Sie sich eins rauf! B.

Elend in U.S.A.

Die Leute, die immer so tun, als ob unser heutiges Elend zu 95 Prozent ein „Young-Elend" sei, sollten sich mehr mit den augenblicklichen Verhältnissen in Amerika beschäftigen. Die Weltwirtschaftskrise hat U.S.A. in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen, die dem satten und selbstsicheren Gesicht der Prosperität plötzlich den Stempel der Not und Sorge aufgedrückt hat. Armut und Elend brechen aus allen Ecken hervor und bedrohen immer mehr auch jene Kreise, die sich bis jetzt durch die Krise durchretirieren konnten. Die Slums der großen Städte mit ihrem Elend hat es auch in den Blütezeiten gegeben, und Elendsviertel wie zum Beispiel die Bowery in New-York waren von jeher die Sammelbecken jener im brutalen Kampf um die Existenz Unterlegenen, die zuletzt froh sind, mit den Gnadenbrocken der privaten Wohltätigkeit ihr trauriges Dasein fristen zu können; es war auch in jenen Zeiten an der Tagesordnung, daß Arbeitermassen im Interesse der Rentabilität rücksichtslos auf die Straße geworfen wurden, wo sie sehen konnten, wie sie sich durchschlugen — aber heute sind weit über 10 Prozent aller normalerweise Berufstätigen aus dem Erwerbsleben hinausgedrängt; in den großen Städten sind sogar 20 bis 30 Prozent der sonst Arbeitenden ohne Arbeit. Das Elend ist heute nicht mehr auf jene Viertel lokalisiert, es macht sich allmählich überall bemerkbar.

Die Bundesregierung ist gegenüber der Krise genau so hilflos wie die unsere. Man berät und berät und drückt sich ängstlich um radikale Maßnahmen in der Hoffnung, die Konjunktur werde bald wieder anziehen. Man hat für den Bau von öffentlichen Gebäuden und Straßen 300 Millionen mehr ausgesetzt als im letzten Jahr, die Staaten und Gemeinden bemühen sich ebenfalls um Schaffung von Notstandsarbeiten, aber das alles ist ein Tropfen auf einen heißen Stein, nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der brachliegenden Arbeitskräfte wird auf diese Weise aufgesaugt. Vor den staatlichen und privaten Arbeitsnachweisen ballen sich in Städten wie New-York oder Chicago täglich Tausende, die bereit sind, jede Arbeit zu den miserabelsten Bedingungen anzunehmen, aber nur Wenige haben das Glück, unterzukommen, und für gewöhnlich handelt es sich um kurzfristige Aushilfsarbeiten, so daß sie nach kurzer Zeit wieder auf der Straße liegen.

Der Weisheit letzter Schluß ist augenblicklich die Mildtätigkeit. Arbeiterorganisationen, christliche Wohlfahrtsvereine und -ausschüsse, Private, die Heilsarmee, das Rote Kreuz, alles müht sich, der Not zu steuern. Unterkunftshäuser und Speisehallen müssen überall erweitert oder neu erstellt werden, um den Elendsstrom einigermaßen abfangen zu können. Das städtische Asyl in New-York beherbergt gegenwärtig allein jede Nacht gegen viertausend Menschen; man hat eine weitere Halle zum Übernachten einrichten müssen, in der über 1000 Menschen unterkommen können. Die Leute liegen dicht gedrängt auf Pritschen, auf dem Boden, kauern auf Bänken oder über Tische gebeugt; das selbe Bild in den Missionshäusern, das selbe in den Privathäusern der New-Yorker Bowery und der Elendsviertel anderer Groß-Städte. Die Massen müssen sich stundenlang anstellen, um eine warme Suppe in den Magen zu bekommen, und die übrige Zeit ist ausgefüllt durch geduldiges Anstehen vor den Arbeitsnachweisen und den Unterkunftshäusern, denn es ist augenblicklich nicht die Zeit, im Freien zu kampieren und sich mit Zeitungen zuzudecken.

Die Krise hat aber auch das Gesicht der Geschäftsviertel stark verändert. Hunderte von Läden stehen zum Beispiel in New-York leer; vielfach sieht man Ankündigungen von billigen Räumungsverkäufen; Büros in den großen Wolkenkratzern sind massenweise frei geworden; viele Wohnungen sind verlassen, weil es die Inhaber vorgezogen haben, sich aufs billigere Land zurückzuziehen, da man hofft, dort leichter über die Krise zu kommen; der sogenannte Mittelstand ist aufs Empfindlichste in Mitleidenschaft gezogen. Das billige Mittelchen der Geschäftsbelebung durch Appell an den guten Willen der noch einigermaßen Gesicherten hat keinen großen Erfolg gehabt, die Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten konnte das Anschwellen der Arbeitslosenziffern nicht verhindern, und von Arbeitsbeschaffung auf anderem Wege, etwa durch Verkürzung der Arbeitszeiten, spricht niemand; man sucht zu beschwichtigen und den berühmten Durchhaltegeist zu stärken, indem man die Hoffnung auf einen baldigen Umschwung setzt. Genau wie in Deutschland!

Karl Reuter

Aufrichtig denken heißt für alle denken, selbst wenn man gegen alle denkt. Romain Rolland

Republikanisches

Die monarchistische „Bayrische Umschau" berichtet von einem bayrischen Mädchen, das sich mit einem außerbayrischen jungen Mann verheiraten wollte, aber von dem außerbayrischen Standesbeamten abgewiesen wurde, weil ihre Papiere mit einem Stempel „Königreich Bayern" versehen waren. Auf Reklamation hat der bayrische Bürgermeister die Änderung des Stempels abgelehnt. Folge: Beschwerde bis hinauf zu Severing; Schreiben des Reichsinnenministeriums an das Bayrische Innenministerium , daß der bayrische Standesbeamte einen neuen Stempel beschaffe und daß geprüft werde, ob nicht ein dienstwidriges Verhalten vorliege.

Daraufhin wurde der Stempel endlich abgeändert, von einer Bestrafung des zuständigen Beamten oder einem Verweis hat man nichts gehört; dagegen glaubt sich die „Bayrische Umschau" folgende Bemerkung schuldig zu sein: „Wir sind der Ansicht, daß es außerhalb der weißblauen Grenzpfählen niemanden etwas angeht, was in Bayern für Dienststempel geführt werden."

Ihr solltet eben doch einen eigenen Laden aufmachen.

Die Hoheits-Abzeichen

Im „Völkischen Beobachter" wurde kürzlich bekanntgegeben: „Zum Gedenktag des ersten öffentlichen Auftretens der N.S.D.A.P. am 24. 2. 1920 in München ordne ich an: 1) Das bisher den Mitgliedern der Reichsleitung vorbehaltene Abzeichen (Hoheitsabzeichen der Bewegung) wird künftighin von der gesamten S.A. und S.S. (Führer und Mann) getragen. 2) Von den nicht in der S.A. oder S.S. tätigen Mitgliedern der Bewegung tragen das Hoheitsabzeichen künftig alle politischer Leiter von der Ortsgruppe aufwärts. Adolf Hitler. Das Abzeichen ist bei der Reichszeugmeisterei anzufordern. Preis 40 Pfennig." — Oder: wenn Hitler demokratisch wird.

Arbeitslose in Chicago

Segen der Deutschheit

Es ist eine Lust zu leben — im Zeitalter des Nationalsozialismus. Er bringt geradezu eine Ära der Neugeburt herauf und kann man feststellen, daß dasselbe nicht nur auf politischem, moralischem und geistigem Gebiet der Fall ist, sondern auch auf körperlichem. Der Nationalsozialismus ist die große Gesundungsbewegung unseres Volkes, das beweist aufs Neue ein Artikel von I. Hübscher im „N.S.-Kurier".

Der Verfasser gedenkt — und ach, mit welchem Recht! — wehmütig der großen Zeiten, da der normal gebaute Spieß- und Staatsbürger gewürdigt ward, durch erfahrene Korporäle mittels weidlichen Drillens aus tumbem Vieh zum Vorbild edlen Menschtums hinangebildet zu werden. Wenn ein also Ertüchtigter nach gehabter freudenvoller Dienstzeit „strammer und gesunder, zum Mann eines tüchtigen Mädchens, zum Vater gesunder Kinder herangereift" in die Heimat zurückkehrte — hei, wie lachte da Mutter Germania das Herze!

Aber wie stehen wir heute da, anno 1931? „Der Schandvertrag von Versailles hat uns diese wahrste und beste Volksschule, diese Schule der Gesundung und Mannhaftigkeit gestohlen!" Wie wahr und packend ist das gesagt; man merkt dem Verfasser die gute Schule an, für die er schwärmt. Und wie muß man ihm aus voller Kehle energisch beipflichtend in die Seite treten, wenn er fortfährt: „Mit ingrimmigem Schmerz sehen wir alten Front- und Vorkriegssoldaten auf die schlechte Haltung, die saloppen Manieren der heutigen Jugend!" Fürwahr! es muß anders werden: „Wir brauchen einen kerngesunden S.A.-Mann!"

Wie der zu erziehen sei, lehrt uns Kamerad und Pg. Hübscher. Nehmen wir uns ihn zum Vorbild (Ringelnatz: „ein jeder muß sich seinen Helden wählen ..."), so werden wir uns zu einem Geschlecht eiserner Recken emporstählen. Er hat's am eigenen Leib erfahren. Denn obgleich er die beste und wahrste Volksschule durchgemacht hatte, nämlich den Kommißdienst in Frieden und Krieg, litt er bis im Winter 1929/30 an einem angeborenen Übel: Winter für Winter bekam er mindestens einmal einen fürchterbaren Katarrh, welcher sich sogar nicht scheute, ihn gelegentlich aufs Krankenlager hinzustrecken, eine Lage, unwürdig des deutschen Mannes, der gewohnt ist, nicht den schmachvollen Strohtod, sondern täglich den Heldentod des alten Germanen zu sterben, durchbohrt von des Neidings tückischem Schwert, nicht aber von des Schnupfens (snuppo communis) mikrobischen Giften.

In solcher Lage fand Pg. Hübscher den angebrachten mannhaften Entschluß und das richtige Wort: „Das darf nie wieder vorkommen!" Und als der Lenz wiederkehrte, begann er seine Abhärtungskur: „Jeden Morgen sprang ich, frisch vom Bett heraus, zur großen Waschschüssel, ohne erst zu überlegen, ob sie wohl zu kalt sei!" Und mit der kalten Waschschüssel hat er's auch geschafft: er ist ein kerngesunder S.A.-Mann geworden, an dem Papa Hitler seine Freude haben kann. Und ist somit seine Methode allen erblich belasteten (mit Katarrh, natürlich!) Braunhemden bestens zu empfehlen.

So sehen wir denn, lieber Leser, daß der Nationalsozialismus, abgesehen von allen geistigen und politischen Segnungen, die er im Gefolge hat, auch noch, unerwarteterweise, das Gute mit sich bringt, daß seine Anhänger lernen sich zu waschen. Ist eine so segensreiche Bewegung nicht unserer vollen Sympathie und aktiven Anteilnahme würdig? Peng

Richtlinien

„Im Juli 1917 lag eine österreichische Division auf dem glühenden Felsplateau der Hermada über Triest. Die italienische Artillerie hatte die Wasserversorgung der Truppe unterbunden und die Leute, die in der grauenhaften Hitze auf dem nackten Felsen halb verschmachteten, tranken ihren eigenen Urin! Da Viele krank wurden, erließ die Divisionssanitätsabteilung „Richtlinien betreffs des Urintrinkens!" Vor allem wurde festgestellt, daß „mäßiges Urintrinken für die Gesundheit nicht schädlich ist". (Aber diese Leute waren eben unmäßige Säufer und das mußte abgestellt werden.) Dann wurde eindringlichst nahegelegt, — nur den eigenen Urin zu trinken! Und schließlich machte die Divisionssanitätsabteilung praktische Vorschläge, wie das Trinken von Urin bei den Truppen am besten und unschädlichsten geschehen könnte. „Der Stoff" sollte schon am Abend gesammelt werden, so daß er über Nacht gründlich abkühlen könne. Er werde so abgekühlt am besten gleich frühmorgens „genossen". So sei es am besten und gesündesten."

(„Arbeiterzeitung", Wien)

Kleinigkeiten

Die deutschen Buchzeichen. Die Köpfe der Führer der N.S.D.A.P. werden neuerdings nicht in den Sand, sondern in Bücher gesteckt. Sie sind soeben mit Genehmigung der Reichsparteileitung in der Parteifoto-Zentrale als „Deusche Buchzeichen" erschienen. — Das wird den Büchern wie den Köpfen gut bekommen.

Ausdehnung des dritten Reichs. Im „Völkischen Beobachter" ist folgender „Aufruf" inseriert: „Ich bitte alle deutschen Männer und Frauen, welche in der Schweiz und Liechtenstein wohnen, sich zwecks Zusammenschlusses (Hitler-Bewegung) bei mir zu melden. Vaduz (Liechtenstein), Wilh. Gorzel." — Wie verwandelt man die Eg. in Pg. (die Eidgenossen in Parteigenossen), wenn es keinen Erbfeind zu hassen und keinen Youngplan zu zerreißen gibt?

Tiefe Tragik. Aus dem N.S.-Kurier: „Volkstrauertag. Eine 76jährige Mutter sitzt ihrem Sohn gegenüber. Sie legt die Zeitung aus der Hand und schaut den Sohn mit tränenerfüllten Augen an. „Da lies, Bub! Drei Söhne hatte ich draußen. Du bist der Letzte, lahmgeschossen. Das ist der Dank des Vaterlandes. Nicht einmal Halbmast." — Nicht einmal Halbmast: umsonst geopfert!

Pr ... Im Kölner Stadtrat befindet sich, wie die „Kölner Volkszeitung" berichtet, ein nationalsozialistischer Stadtrat Ernst Schesink, der in Wirklichkeit Przedzienk heißt und sich dieses Namens offenbar schämt; man hat ihn jetzt gezwungen, unter seinem richtigen Namen aufzutreten.

Probemobilmachung. In Tokio sind Versuche mit künstlicher Vernebelung durch Flugzeuge gemacht worden. Die säurehaltige, zum Zerstäubtwerden bestimmte Flüssigkeit ist auf die Zuschauer herabgetropft und hat ein paar hundert von ihnen schmerzhaft verbrannt. — Vielleicht scheut das gebrannte Kind das Kriegsfeuer.

Der Hauptmann von Köpenick im Anmarsch. Der „Hauptmann von Köpenick", von Zuckmayer dramatisiert, ist in Berlin uraufgeführt worden. Wir werden ihn in dieser Spielzeit auch noch im Stuttgarter Landestheater zu sehen bekommen. Die nationalen Kreise haben den Motor der sittlichen Entrüstung schon angekurbelt; in Hugenbergs Lokalanzeiger wurde die Parole ausgegeben: „Fader Spaß voll Rüpeleien und Geschmacklosigkeiten, ein Hetzstück gegen alles, was Uniform heißt. Dies ein deutsches Märchen zu nennen, ist würdelos." — Hier kann natürlich nur das würdevolle Schauspiel eines nationalen Theaterskandals helfen.

Exzellenzen. Auf Grund eines neuen päpstlichen Dekrets dürfen sich die Bischöfe von jetzt an „Exzellenzen" nennen. — Die deutschen wollen mit unseren Herzögen von Afghanistan zur Feier dieser Ehrung einen Cakewalk auf dem Grab der Reichsverfassung tanzen.

Die Kosten. Nach der „Grünen Post" kostet der Landtag von Mecklenburg-Strelitz jährlich pro Kopf der Bevölkerung 82 Pfennig, der von Braunschweig 49 Pfennig, der preußische 17 Pfennig; dagegen kommt unser Reichstag nur auf ganze 12 Pfennig. — Das sollte er uns noch wert sein.

Der richtige Mann. Der schwarze Unterstaatssekretär Diagne im französischen Kolonialministerium hat vor einigen Tagen in der französischen Kammer mit bemerkenswertem Temperament (es kam sogar zu Schlägereien) die Zwangsarbeit in den Kolonien verteidigt; er selbst stammt aus den Kolonien. — Die Schwarzen waren von jeher die besten Antreiber.

Stuttgarter, wenn du sehen willst, wie die Reichspost ihre Gebäude verschandelt, dann betrachte einmal die Malereien am Eingang ins Postgebäude in der Schloßstraße. Pinsel und weiße Farbe her!

Druckfehlerteufel. In der Notiz „Materialechte" in der letzten Nummer der S.-Z. ist aus dem Wort Hartgummi die Bezeichnung Hautgummi geworden; offenbar hat der Setzer an etwas zum Aufblasen gedacht, während es sich bei dem Denkmal von Dunlop natürlich um gepreßten Hartgummi handelt.

Wehe, wehe! Das fromme Blättchen „Licht und Leben" bezeichnet es als „Despotie", daß in dem roten Berlin kürzlich bei der Wahl von Schulrektoren durch die Schuldeputation drei Rektoren gewählt wurden, von denen einer Dissident und Verfechter der weltlichen Schule, und zwei Anhänger der Gemeinschaftsschule seien; man habe also lauter Gegner der Bekenntnisschule genommen. — Diese Roten kennen auch gar keine Selbstverleugnung.

Das päpstliche Geld. Ende dieses Monats werden die eigenen Münzen des vatikanischen Staates herauskommen; eigene Marken hat er schon. Auch mit den Münzen wird ein schwunghafter Handel getrieben werden: die komplette Serie vom großen Goldstück bis zum kleinen Kupfergeld, im Nennwert von 180,85 Lire, wird um 220 Lire abgegeben werden. — 22 Perzent, immerhin e Geschäft.

Sport und Kirche. Die katholische Kirche hält im Münchner Hauptbahnhof Frühmesse ab, damit die mit den ersten Zügen ins Gebirge fahrenden Wintersportler nicht nur sportlich, sondern auch seelisch gut ausgerüstet den Sonntag verbringen.

Für gewisse Leute. In der „Jugend" bietet ein Berliner Buchversand ein Werk „Die Brautnacht" an. „In dieser Sensationspublikation wird", wie es in der Anzeige heißt, „zum ersten Male alles, was über das Wesen von Brautstand, Brautnacht, Flitterwochen gesagt werden kann, in einer für jedermann verständlichen Form geschildert." Aus dem Inhalt: Psychologie der Brautnacht — Das Fiasko der Brautnacht — Brautnachtsanomalien u. v. a. m. 200 Bilder sowie Originalabzüge aus „Brautnachtssituationen" sind dem Werk beigeben. Kostenpunkt: 25 Mark. — Wahrscheinlich verspricht das Werk mehr, als es hält. Aber es gibt immer wieder Leute, die für so was gerne 25 Mark hinlegen.

Sinnig. Im „Ulmer Tagblatt" kündigt der „Bund der Kinderreichen" seine diesjährige Generalversammlung an; als Versammlungslokal wurde das Gasthaus zum Storchen gewählt.

Jungpazifisten, Stuttgart. Montag, 16. März, 19½ Uhr, Restaurant Ihle, Schellingstr. 5. Nur für Mitglieder.

Volksbund für Geistesfreiheit, Stuttgart. Samstag, 21. März, 20 Uhr, im Festsaal des Städtischen Jugendhauses, Hauffstr. 3, satirischer Abend. Eintritt frei.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Stuttgart. Die Schulentlassungsfeier findet am 22. März im Festsaal des Bürgermuseums (Lange Str. 4) statt. Beginn ½10 Uhr.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lim Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Kennen Sie Erzbergers Sozialisierungsprogramm, das er in einer Denkschrift („Richtlinien für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens") niedergelegt hat? Es ist veröffentlicht worden im Jahrbuch der Sonntags-Zeitung **mit andern augen** Lesen Sie das Buch, Sie werden dann auch sonst einiges ansehen. Preis 2 Mark. Portofreie Zusendung gegen Voreinzahlung auf Postscheckkonto Stuttgart 19844 (Die Sonntags-Zeitung)

Stuttgart, 22. März 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 12

Reise nach Russland

Sieben deutsche Großindustrielle sind nach Leningrad und Moskau gefahren und haben zweierlei heimgebracht: einen „durchaus günstigen", nach anderen bürgerlichen Berichten einen „starken" Eindruck von der erfolgreichen Durchführung des Fünfjahresplans, und für 300 Millionen neue Aufträge für die Stahl-, Maschinen- und Elektroindustrie.

Da in diesem Jahr sowieso schon für 600 Millionen Mark russische Bestellungen laufen und auch die Reichsbahn 500 Lokomotiven und 10 000 Waggons aus ihrem „Überbestand" nach Rußland verkaufen will, so wird die deutsche Ausfuhr nach Rußland im Jahr 1931 ungefähr eine Milliarde Reichsmark betragen. Wenn alles klappt; das heißt, wenn man sich über die Bedingungen einigt, über die zurzeit in Berlin verhandelt wird. (Die Russen wünschen 24 Monate Ziel, die Deutschen 20 Prozent Anzahlung und eine Ausfallbürgschaft aus der Reichskasse in Höhe von 70 Prozent.)

Man wird sich einigen. Die Russen brauchen die deutschen Maschinen, denn sie haben sich vorgenommen, mit ihrem gigantischen Fünfjahresplan in vier Jahren, bis 1. Oktober 1932, fertig zu werden. Die Deutschen brauchen Aufträge, von wegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Das neue „Russengeschäft" wird, wie man behauptet, 100 000 bis 150 000 Arbeitslose aufsaugen.

Reizt es nicht zu einigen ironischen Betrachtungen, dieses Russengeschäft?

Der sozialistische Aufbau der russischen Wirtschaft, den man noch vor kurzem für Utopie oder Schwindel erklärt hat, während man heute von dem „überaus energischen und zähen und daher auch erfolgversprechenden" Willen spricht, der dahinter stehe (Frankfurter Zeitung), beginnt in großem Maße deutschen Arbeitslosen Arbeit und deutschen Industriellen — Profite zu liefern.

Werden die deutschen Arbeiter sich freuen, für Rußland arbeiten zu können? Werden sie sich beklagen, daß man ihnen die Löhne drückt, mit der Begründung, das sei unvermeidlich, denn die Russen hätten die Preise gedrückt? (Die sozialdemokratische Presse behauptet das z. B. von dem Stahlwerk Hennigsdorf bei Berlin.)

Und die deutschen Kapitalisten? Denken sie sich eigentlich gar nichts dabei, wenn sie den Russen helfen, ihre Wirtschaft aufzubauen? Sind sie nun nicht selber daran interessiert, daß der Fünfjahresplan in Rußland gelinge, wenigstens solange sie dort Kredite ausstehen haben? Und wenn er gelingt, wird dann nicht aus dem Besteller bald ein gefährlicher Konkurrent werden, den man sich großgezogen hat? Heißt Rußland Maschinen liefern nicht dasselbe wie dem Feinde Waffen liefern?

Wahrscheinlich denken die kapitalistischen Lieferanten bei dem Geschäft an gar nichts als an das Geld, das sie dabei verdienen wollen. Sie würden ja auch dem Feinde —, nein sie haben dem „Feinde" vor dem Krieg und mitten im Krieg Waffen und Materialien geliefert, ohne darob schlaflose Nächte zu haben. Geschäft ist Geschäft, und: mach' ich's nicht, macht's ein anderer. Das sind ja eben die Devisen unseres famosen Wirtschaftssystems, und es liegt eine Art von großartiger Konsequenz oder, andersherum angesehen, von innerer Gerechtigkeit darin, daß der niedergehende Kapitalismus selber dem aufsteigenden Sozialismus die Wege ebnet.

Klöckner und Genossen Mitarbeiter am Fünfjahresplan! Jedenfalls wird man uns jetzt nicht mehr erzählen können, es seien „Potemkinsche Dörfer", die da in Rußland gebaut würden.

Übrigens: wie wär's, wenn wir selber mal hinführen, um nachzusehen? Wenn die Herren aus Berlin und dem Rheinland in ein paar Tagen so gute Eindrücke in Rußland bekommen haben, daß sie sich daraufhin über 300 Millionen abzuschließen getrauen, sollten nicht auch wir gewöhnliche Sterbliche einmal unsere Neugier befriedigen können?

Das Sowjet-Reisebüro Intourist G.m.b.H., Berlin NW 7, Unter den Linden 62, lädt uns ein, einzeln oder in Gruppen zu den staatlichen Maifestlichkeiten am 1. und 2. Mai einen Besuch in Rußland zu machen. „Von 168 Mark an. Nur für Reisende, die zwischen 20. April und 1. Mai einreisen. Sechs verschiedene Touren. Einbegriffen sind: Bahnfahrt innerhalb der Sowjet-Union, Sowjet-Visen, Hotel-Unterkunft und Verpflegung, Besuch von Theatern, Museen usw., Besichtigung der Städte und Betriebe, sprachkundige Führung."

Wer riskiert's? Ich fahre mit, wenn mir der Herr Reichsverkehrsminister 300 Mark pumpt. („Unverzinslich und unkündbar, Umwandlung des Darlehens in Beihilfe beantragt.")

Erich Schairer

Unser Feind, das internationale Kapital, muß helfen, unseren Staat aufzubauen und unsere Waffen gegen sich selbst zu schmieden.

Lenin

Ruhe gewünscht

Das sowjetrussische Handelsblatt „Für Industrialisierung" schreibt (nach einer Wolff-Meldung), Rußland wünsche seinen Außenhandel dauerhaft zu organisieren. Bei einigen russischen Wirtschaftspolitikern sei deshalb der Gedanke einer fünfjährigen deutsch-russischen Zusammenarbeit aufgetaucht, die die restierenden zwei Jahre des Fünfjahresplans und drei weitere Jahre umfassen sollte. Hierzu seien allerdings einige wichtige Voraussetzungen erforderlich, nämlich langfristige Kredite, Aufgabe der Praxis der Festsetzungen von Sonderpreisen für den Sowjetstaat und eine politisch ruhige günstige Atmosfäre.

Für Kommunisten (zum Nachdenken im stillen Kämmerlein): Ist ein Land, das zum Aufbau seiner Wirtschaft eine „politisch ruhige günstige Atmosfäre" zwischen sich und seinen Nachbarstaaten wünscht, zur Führung der Komintern, deren Sektionen doch die Weltrevolution vorbereiten sollen, geeignet?

Inserat in der ersten Märznummer der Pferdesportzeitung „Sankt Georg": „Reiter-Regiment 11, Neustadt O.S., sucht zum sofortigen Ankauf ein großes, auffallendes, angerittenes, als Paukerpferd geeignetes Pferd (Schimmel oder Fuchs). Eilangebote an 11. (Preuß.) Reiter-Regt., Neustadt, Oberschles." — Warum das wohl so eilt? Wahrscheinlich weil das Regiment die Oberschlesienfeier nicht gut ohne Paukerpferd begehen kann.

Das Wichtigste

Stimmenthaltung der S.P.D.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, sich bei der Entscheidung über die letzte Rate des Panzerkreuzers A und die erste Rate des Panzerkreuzers B der Stimme zu enthalten, unabhängig davon, was das Schicksal der sozialdemokratischen Steueranträge sein wird.

Anfangen!

Er: In den letzten Nummern der S.-Z. ist verschiedene Male davon die Rede gewesen, der Fascismus könne nur von einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft abgewehrt und überwunden werden und die Bildung einer solchen Einheitsfront sei nur möglich, wenn man Parolen unter die Massen werfe, wenn man ein Aktionsprogramm mit Minimalforderungen aufstelle. Was meinst du dazu?

Ich: Ich halte das für unbestreitbar richtig. Wenn der Fascismus sich weiter entwickelt (unter Fascismus verstehe ich den Angriff, den das Monopolkapital, durch die Wirtschaftskrise gezwungen, auf die wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse unternimmt, wobei die „Fascisten", d. h. die Nationalsozialisten, nur die Hilfstruppen sind) — dann wird das Bündnis der Sozialdemokraten mit Brüning, das heute noch die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten verhindert, gesprengt werden, das Monopalkapital wird sich offen auf die Nationalsozialisten stützen und seinen Angriff gegen die Arbeiterklasse noch verstärken. Und dann wird sich erst recht zeigen, daß von links her kein erfolgreicher Widerstand möglich ist. Die Sozialdemokraten werden nur auf legalem Boden kämpfen, und die Kommunisten haben noch lange nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich, so daß sie einen Kampf wagen könnten. Außerdem würde ihnen die Illegalität drohen, und das würde bei der heutigen Beschaffenheit der Partei die völlige Lähmung ihrer Aktionskraft bedeuten. Man muß also jetzt endlich beginnen, die Arbeiterschaft in eine einheitliche Abwehrfront zu bringen, und dazu ist ein Kampfprogramm nötig.

Er: Und wie muß ein solches Programm beschaffen sein?

Ich: Es muß ganz konkrete Forderungen enthalten (der Fall Wolf z. B. sollte doch gezeigt haben, wie unendlich wirksamer eine konkrete Forderung ist als allgemeine Parolen wie: für Sowjetrußland u. ä.), und zwar Forderungen, die von den täglichen Nöten des Arbeiters ausgehen. Also etwa: 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, Steuerentlastung der unteren und mittleren Schichten, Belastung der Vermögenden, billige Lebensmittel usw.

Er: Und du glaubst wirklich, daß im Kampf um solche Forderungen Erfolge erreicht werden können? Sagst du sonst nicht immer, der Kapitalismus kenne aus der Krise gar keinen andern Ausweg als den, die Massen zu belasten, er müsse eben die Löhne abbauen usw.

Ich: Das sage ich auch jetzt noch; denn das ist einfach richtig. Und der Kampf um die konkreten Forderungen eines Programms soll den breiten Massen gerade die Erfahrung bringen, daß der Kampf um den Aufstieg, ja der Kampf ums Stückchen Brot heute erfolglos sein muß, wenn man im Rahmen des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates bleibt und daß deshalb — dieser Rahmen gesprengt werden muß.

Er: Wäre es da nicht einfacher, den Massen von vornherein klar zu machen, daß ihnen nur der Kampf für ein sozialistisches Deutschland Hilfe bringen kann?

Ich: Also den Gaul am Schwanz aufzuzäumen. Nein; das kannst du zwar einzelnen theoretisch Vorgebildeten am Schreibtisch klar machen, aber die Massen (und auf sie kommt es im politischen Kampfe an) lernen nur in der Praxis des täglichen Kampfes; nur aus dem Kampf schöpfen sie die nötigen Erfahrungen, nur im Kampf wächst ihre Kraft.

Er: Der Kampf würde also bald über die einzelnen Programmpunkte hinausgehen, er würde sich weiterentwickeln und andere Fragen, zuletzt den Kampf um die Macht auf die Tagesordnung stellen. Hast du eine Ahnung von den Schwierigkeiten eines solchen Kampfes?

Ich: Mindestens ebensogut wie du. Ich weiß nicht nur, wie schwer es ist, die Massen überhaupt einmal in Bewegung zu bringen, sondern auch, daß zur Weiterführung des Kampfes eine straff organisierte revolutionäre Partei nötig ist, die das Vertrauen der Massen besitzt, und daß es gegenwärtig in dieser Beziehung nicht sehr hoffnungsvoll aussieht. Aber ich weiß auch, daß man trotz allem endlich einmal anfangen muß, eine einheitliche Abwehrfront gegen den Fascismus zu bilden. Denn das ist der einzige Weg, der uns geblieben ist.

Fritz Lenz

Hurra! Hurra!

Am Mittwoch, den 11. März, hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schöpflin bei der Beratung des Marineetats im Haushaltsausschuß des Reichstags gesagt:

„Die Sozialdemokratie hat ihren Standpunkt zur Wehrmacht nicht geändert. Er habe schon 1919 in der Nationalversammlung die Schaffung einer Wehrmacht vertreten. Die Sozialdemokratie habe die Reichswehr stets bejaht und den Wehretat in allen Jahren bewilligt. Auf Grund ihrer positiven Staatsanschauung habe die Sozialdemokratie die Vaterlandsverteidigung immer bejaht, auch schon in der Kaiserzeit. Er sei nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch Deutscher. Und wenn ihm vorgeworfen werde, er hätte Befehle vom Reichswehrminister entgegengenommen, so müsse er den Kommunisten antworten, wenn es sich um das deutsche Vaterland handle, dann gehe er zehnmal lieber mit Herrn Groener als nur einmal mit dem Kommunisten Stoecker."

Das „Andere Deutschland" zitiert in seiner letzten Nummer aus dem Fachausschuß der S.P.D. für Wehrfragen folgenden hübschen Ausspruch: „Unter uns wird wohl niemand sein, der den militärischen Dienstgrad erreicht hat, um sich ein Urteil über den Panzerkreuzer erlauben zu können." — Ihr solltet jemand von der Marineleitung beiziehen.

Ein Kampfprogramm

In der „Arbeiterpolitik", der Tageszeitung der K.P.D.-Opposition, wird ein antifascistisches Kampfprogramm veröffentlicht (Nr. 58, 10. März). In der Einleitung heißt es u. a.:

„Der Zweck des antifascistischen Kampfprogramms ist der, die politische Grundlage abzugeben für die Bildung der proletarischen Einheitsfront im Kampf gegen den Fascismus und den fortschreitenden Kapitalsangriff.

Das antifascistische Kampfprogramm stellt dem Kapitalsangriff und der Aktion der Fascisten ein proletarisches Abwehrprogramm entgegen, das vom Gesichtspunkt und den Interessen der Arbeiterklasse ausgehend die Lasten der Wirtschaftskrise und des Young-Planes auf die besitzenden Klassen abwälzt und den Kampf der Arbeiterklasse mit dem der städtischen und ländlichen Mittelschichten verbindet. Die Forderungen des antifascistischen Kampfprogramms bewegen sich im Rahmen eines Minimalprogramms, sie überschreiten an sich noch nicht den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates ...

Der Anfang einer wirklichen Massenbewegung der Arbeiterklasse, das ist heute das Entscheidende im Kampf gegen den Fascismus und den Kapitalsangriff. Der Kampfwille in den Massen wächst. Es gilt, das antifascistische Kampfprogramm im Anschluß an die konkreten Angriffe des Fascismus und der Unternehmer zu propagieren, um die ersten organisatorischen Ansätze der antifascistischen proletarischen Einheitsfront so umfassend wie möglich auszubauen und zur Massenaktion vorzustoßen.

Ist die Massenbewegung einmal in Gang, so wird sie schnell den engen Rahmen von Tagesforderungen sprengen. Aber es kommt alles darauf an, endlich einmal anzufangen!"

In dem Programm werden folgende Forderungen aufgestellt:

Steuerraub und Steuerbetrug. Zur Abwälzung der Lasten des Young-Planes und der Weltwirtschaftskrise von den Werktätigen auf die Besitzenden muß gefordert werden: Sofortige Einstellung aller Subventionen an Großindustrie und Großgrundbesitz. Rückerstattung aller an die Industrie, Hochfinanz, Großgrundbesitzer und Großbauern geleisteter Subventionen und Unterstützungen. Sofortige Einstellung aller Zahlungen an Kirchen und Religionsgemeinschaften. Sofortige Einstellung aller Pensionszahlungen an ehemalige Offiziere, Minister und höhere Beamte. Sofortige Einstellung aller Zahlungen an die Fürsten und Standesherren und ihre Enteignung. Kürzung aller Beamtengehälter, soweit sie den Betrag von 600 Mark monatlich übersteigen. Sofortige Streichung aller Ausgaben für den Wehretat und Rüstungszwecke überhaupt.

Aufhebung aller Steuern, die das Einkommen und den Verbrauch der breiten Massen belasten. Aufhebung aller Zölle, die direkt oder indirekt den Massenverbrauch belasten. Belastung der Besitzenden durch progressive Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer. Sofortige Einziehung aller den Besitzenden gestundeten Steuerbeträge. Statt einer 15- bis 20-prozentigen Herabsetzung der Löhne und Gehälter, die die Kapitalisten fordern, die Erhebung eines Notopfers von 15 bis 20 Prozent von allen kapitalistischen Vermögen und von allen Einkommen über 7000 Mark jährlich zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse der Werktätigen, insbesondere der Arbeitslosen, bis die neu zu erschließenden Einnahmequellen fließen.

Kampf gegen den Lohnabbau. Hier muß gefordert werden: Gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche als Höchstarbeitszeit. Erkämpfung des vollen Lohnausgleichs. Führung der Lohnkämpfe ohne Rücksicht auf die kapitalistische Profitwirtschaft und den bürgerlichen Staat. Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Kampf gegen die Versuche, die Gewerkschaften als Tarifkontrahenten auszuschalten und an die Stelle der Tarifverträge oder den individuellen Arbeitsvertrag zu setzen.

Da angesichts der kapitalistischen Konzentration und der Weltwirtschaftskrise die nurgewerkschaftlichen Kampfmittel nicht ausreichen, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften zum politischen Kampf gegen die Brüning-Regierung und den Fascismus eingesetzt werden. Nur der politische Einsatz der Gewerkschaften kann den Kapitalsangriff wirksam abwehren. Vorbereitung des politischen Massenstreiks durch die Gewerkschaften für diesen Zweck durch Organisation von Massenversammlungen und Massendemonstrationen, um die gesamte Arbeiterklasse für die Abwehr der Angriffe der Kapitalisten und der Brüning-Regierung auf ihre Lebenshaltung und zur Erkämpfung der proletarischen Forderungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu mobilisieren und organisieren.

Gegen den Preiswucher der Monopole. Statt der wirkungslosen Scheinmaßregeln der Regierung gegen die Kartelle, statt des Preisabbau-Betruges der Regierung und der bürgerlichen Parteien: Bildung von Preiskontrollkommissionen der Arbeiter und Angestellten unter Zuziehung von Vertretern der Kleinhändler, Handwerker und Kleinbauern zur Entlarvung des Preiswuchers der kapitalistischen Monopolorganisationen und zum Kampfe gegen ihn.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Kampf gegen die Massenentlassungen. Mobilisierung der Gewerkschaften und Betriebsräte für diesen Kampf. Volle Unterstützung der Arbeitslosen während der ganzen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit. Statt Subventionierung der Industrie- und Finanz-Monopole und des Großgrundbesitzes: Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für den Bau von Arbeiterwohnungen.

Gegen die Kulturreaktion. Aufhebung der abgeschlossenen und Verhinderung aller geplanten Konkordate. Vollständige Trennung von Staat und Kirche, Kirche und Schule. Kampf gegen jede Art der staatlichen Zensur. Ausbau des Schulwesens auf der Grundlage der Produktionsschule. Ausdehnung der Schulzeit bis zum 18. Lebensjahr ohne Belastung der Eltern, freier Unterricht, freie Schulverpflegung und Lehrmittelfreiheit. Aufhebung des Paragrafen 218 des Strafgesetzbuches.

Was bedeutet Furcht vor einem Programm? Jedermann weiß es: Furcht vor einem Programm ist Furcht vor den Massen.

Leo Trotzki

Die Unverantwortlichen

Herr Hitler verurteilt in einem parteiamtlichen Ukas die Tat seiner Hamburger Parteigenossen, die den kommunistischen Abgeordneten Henning überfallen und vorsätzlich ermordet haben; er erklärt sie als durch ihre Tat automatisch aus der Partei ausgeschlossen und kann es sich dabei nicht verkneifen, sie als „verirrte unglückliche Opfer" einer „seit Monaten ungestraft betriebenen Blut- und Mordhetze" hinzustellen — womit er keineswegs etwa auf seine eigene Parteipresse, sondern auf das Walten seiner kommunistischen Gegenspieler abzielt.

Auf so einfache Weise läßt sich nun allerdings diese Angelegenheit, die ja nicht isoliert dasteht, doch nicht abtun. Es kommt nicht darauf an, was Herr Hitler jeweils nach begangener Untat aus irgendwelchen Gründen „verurteilt", sondern darauf, ob sich diese sich immer mehr häufenden Taten nicht etwa zwangsläufig aus dem ergeben müssen, was Herr Hitler und seine Getreuen täglich landauf landab propagieren. Wer alle Andersdenkenden und Fühlenden kurzerhand als Verräter am Volkstum oder als verbrecherische Trottel anprangert, und gleichzeitig jedem Hergelaufenen, der Beifall klatscht, kritiklos bescheinigt, daß er ein vortrefflicher Deutscher ist, muß damit rechnen, daß die auf solche Weise großgezogene Unduldsamkeit und Überheblichkeit sich von selbst in ganz bestimmter Richtung in Marsch setzt. Es bedarf da nicht einmal des nachhelfenden Drills der S.A.-Formationen, um die Massen bald an einen Punkt zu bringen, wo man die Gegensätzlichkeiten und Spannungen des heutigen Daseins durch intensive Bearbeitung der jeweils verfügbaren Schädeldecken zu beseitigen sucht. Dieser sture Drang ist dank der unermüdlichen Tätigkeit der Nazileitung so weit gediehen, daß sich bereits Leute in der Straßenbahn verprügeln, nur weil sie sich an ihren Zeitungen als Gegner erkannt haben. Man fühlt sich schon durch das bloße Dasein des andern provoziert und provoziert in diesem Zustand natürlich seinerseits wieder.

In dem allem steckt aber nicht nur dieser blöde Haß, daß es noch Andersdenkende gibt, die „an allem schuld" sind, sondern vielleicht auch ein dunkles, uneingestandenes Gefühl, seine letzte Hoffnung auf eine Bewegung gesetzt zu haben, die im entscheidenden Moment nicht zum Zug zu kommen versteht. Wenn einer in Versammlungen andauernd von „Sieg" zu „Sieg" stürmt und sich nachher immer wieder in den von solchen Hochgefühlen befreiten nüchternen Alltag zurückfinden muß, dann ist er bald prall von jenen Spannungen erfüllt, die jede Ohnmacht erzeugt. Es entwickelt sich so etwas wie eine Haftpsychose, die in sinnlosem Wüten einen Ausweg sucht, wo ihr kein vernünftiger gezeigt werden kann.

Die Herren Hitler, Goebbels und Genossen bekommen durch solche Taten wie der Hamburger Mord ihre Verantwortungslosigkeit und Unfähigkeit aufs deutlichste bescheinigt: sie haben geglaubt, mit skrupellosen Mitteln eine Lawine entfesseln zu können, von der sie heute noch nicht wissen, wo und wie sie niedergehen soll. Zu einem gewaltsamen Umsturz fehlt einem offenbar die Courage, den legalen Weg hat man im Bewußtsein seiner Unfähigkeit verlassen, und nun steht man vor der entfesselten Aktivität und dem ersten Aufflackern der Enttäuschung. Herr Hitler weiß in dieser Lage nichts anderes zu tun, als zu „verurteilen", was er selber heraufbeschworen hat, und über die Leiden zu flennen, denen angeblich „Zehntausende von Nationalsozialisten wegen ihrer deutschen Gesinnung wehrlos preisgegeben sind", und Herr Goebbels braucht bereits kleine Bomben-Attentate, um seinen Anhängern zu zeigen, daß sein großes Mundwerk beim Gegner genau so ernst genommen wird wie in den eigenen Reihen. Wenn dieser Zerfahrenheit der Führung nicht ein wilder Betätigungsdrang der aufgeputschten Massen gegenüberstünde, könnte man die Bewegung ruhig an ihrer eigenen Unzulänglichkeit laborieren lassen. Leider liegen aber gerade in dieser Schlappheit der Führung gewisse Gefahren, die im jetzigen Stadium zu bannen nicht so leicht sein dürfte. Mauthe

---

Das Geheimnis des Agitators ist, sich so dumm zu machen, wie seine Zuhörer sind, damit sie glauben, sie seien so gescheit wie er.
Karl Kraus

Das deutsche Recht

Die geistige Zurückgebliebenheit, die sachliche und fachliche Ungeschultheit der Nationalsozialisten erklärt zwar viele Ungereimtheiten und Hanstwursteleien ihrer Politik, aber es bleibt ein ungelöster Rest, der nicht aus dem Intellektuellen, sondern nur aus dem Psychischen zu erklären ist. Der Antisemitismus der Bewegung mit seiner infantilen Angst vor dem schwarzen Mann hat schon immer darauf hingedeutet, daß der wunde Punkt, aus dem heraus ihre absonderlichen Reaktionen erwachsen, ein Minderwertigkeitskomplex ist. Dieser Eindruck wird verstärkt und vervollständigt durch eine Sondernummer der „Nationalsozialistischen Monatshefte", die der „Neugeburt des deutschen Rechts" gewidmet ist.

In den Hauptbeiträgen zu dieser Nummer kreisen die Gedanken und Gefühle der Autoren mit eiserner Konsequenz manisch um den einen schmerzenden Punkt: die verletzte Ehre. Diese Menschen spüren ihre durch irgendeine erlittene Schmach beschädigte Ehre wie eine Wunde brennen, und ihre fanatische Reaktion besteht nicht etwa im Versuch, sich heilen zu lassen (wofür der Psychoanalytiker zuständig wäre), sondern darin, im eigenen Fleisch zu bohren und zu wühlen, Salz in die offene Wunde zu streuen und ihre Krankheit zur Grundlage einer sittlichen Weltanschauung auszubauen. „Inhalt des ethischen Nationalsozialismus", sagt der Rechtsanwalt Frank II, „ist die Wiedererstellung des deutschen Menschen in geschichtlich geläutertem Sinne." Das wahrscheinlich ganz unbegründete Gefühl des eigenen Unwerts führt hier zu der verallgemeinernden Ansicht, unser ganzes Volk sei verkommen oder auf dem Weg zur Verkommenheit, es sei höchste Zeit, das Verderben zu bremsen und eine frühere, in der verklärenden Rückschau edlere, wertvollere, schönere Lebensstufe und Lebensform wieder zu gewinnen. Hinter dieser Anschauung steckt wahrscheinlich als eigentliche Ursache die Erinnerung an den Krieg. Schlechtes Gewissen, das militärische Versagen Deutschland, das unbewußt als Strafe für den Krieg empfunden wird — und heftige Abwehr des Schuldgefühls, fanatische Überbetonung der Gerechtigkeit der eigenen Sache und der Tauglichkeit des eigenen Volkes (nun erst recht!): daraus sind die wirren, fiebrigen Ideen des Nationalsozialismus geboren.

Der große Theoretiker der Bewegung, Alfred Rosenberg, baut einen ganzen babylonischen Turm völkischer Rechtsauffassung auf dem übersteigerten Ehrbegriff auf. Er spricht vom „nordisch-deutschen Recht" und sagt: „In der Verfälschung der nordischen ehrbewußten Rechtsidee durch römisch-syrische Einflüsse liegt eine der tiefsten Ursachen auch unserer heutigen sozialen Zerrissenheit." Im Gegensatz zu dem bei uns herrschenden römischen Recht, das überdies durch die Juden noch verschlechtert und mißbraucht sei, ruhe das alte germanische Recht durchaus auf dem Gedanken des Ehr-Schutzes. „Der Angriff auf die Ehre des einzelnen wurde Ausgangspunkt einer rechtlich anerkannten persönlichen Abwehr." So soll es wieder werden.

„Die Fähigkeit, sein Leben der Idee der Ehre zu opfern, sehen die Isländersagas als das Wesen des nordischen Mannes an." Wenn man die Isländersagas als Maßstäbe für Gesetz und Recht im zwanzigsten Jahrhundert nehmen will, so wird man allerdings zu einem auf den Ehrbegriff basierten Rechtssystem kommen; aber die Ehre, die da geschützt werden wird, ist nach unseren unisländischen, heutigen Begriffen alles andere als eine Ehre. In den Sagas schützt die, wie Rosenberg sagt, „auf dem Ehrbegriff fußende Gemeinschaft" nicht etwa den Verletzten, sondern den Stärkeren. Wer mit der größeren und besser bewaffneten Schar von Freunden zum Thing kommt, behält Recht. Grettir, die mächtigste Gestalt der Sagas, wird trotz allen von ihm verübten Gewalttaten freigesprochen, solange er mit einem starken Aufgebot von Helfern erscheint; als er später vereinsamt ist, wird er geächtet. Die Sagas gehören zu den krassesten Beispielen willkürlicher, verwilderter Faust-Rechtsordnung.

Das krankhafte Ehrgefühl wird vom Einzelnen auch auf das Volk übertragen. Pazifistische Gesinnung und Betätigung gilt als Landesverrat; dagegen sind die Fememörder „Männer, die, von hundert Wunden bedeckt, in schwerster Kampfzeit bezahlte Spione erledigten", und also Kämpfer für die Ehre des Volkes. Rosenberg stellt — um den Komplex aufs drastischste deutlich zu machen — folgende Forderung auf: „Jeder Deutsche und in Deutschland lebende Nichtdeutsche, der durch Wort, Schrift und Tat sich einer Beschimpfung des deutschen Volkes schuldig gemacht hat, wird, je nach der Schwere des Falles, mit Gefängnis, Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft." Ein Deutscher, der das Verbrechen außerhalb der Reichsgrenzen begeht, wird für ehrlos erklärt; falls er sich nicht den deutschen Gerichten stellt, des Landes verwiesen und in die Acht getan. Sein Vermögen wird zugunsten des Staats beschlagnahmt. Isländersagas, Ehrloserklärung, Acht, Landesverweisung und Feme: deutlicher kann der mittelalterlich-unentwickelte Charakter völkischer Rechtsauffassung nicht belegt werden.

Zusammenfassend kann man sagen: auf dem Untergrund eines starken Minderwertigkeitskomplexes erwächst die infantile Empfindlichkeit, der ein ins krankhafte übersteigertes Ehrgefühl entspricht. Dieses Ehrgefühl wird zur Grundlage der Rechtsordnung gemacht und schafft nicht nur neue strafbare Tatbestände absurder Art, sondern erklärt auch bisher für stark verbrecherisch und schuldhaft gehaltene Taten (z. B. Fememorde) als entschuldbar oder gar als gerecht. Diese altertümliche, primitive Faust-Rechtsordnung greift, folgerichtig, auf ebenso primitive und barbarische Strafmittel und Strafarten halbzivilisierter Generationen zurück. Die ganze Rechtsanschauung der Nationalsozialisten ist ein Rudiment aus dem Mittelalter und dem germanischen Altertum. Max Barth

Heldenfabrikation

Den Nazis scheint manchmal eine Leiche lieber zu sein als ein Lebendiger. Sie läßt sich besser zu Propagandazwecken gebrauchen; umfangreiche Verlustlisten sind der beste Nährboden für den Rachegeist, mit dem man die S.A.-Mannen füttert.

Leider scheinen sie nicht immer ganz zu stimmen. So wurde im Herbst vorigen Jahres bei einer Versammlung in Nowawes ein Wilhelm Müller verwundet und mußte ins Oberlin-Krankenhaus gebracht werden. Obschon Müller schon einige Monate vorher den Nazis den Rücken gekehrt hatte, brachte man ihn in der Parteipresse als Naziopfer. Er wurde mit allem Drum und Dran zum deutschen Helden gestempelt, der auf dem „Feld der Ehre", nämlich in diesem Falle in einem Bierlokal, fürs dritte Reich schwer lädiert worden sei. Kurz darauf erschien dann eine groß aufgemachte, dickumrandete Traueranzeige, in der sein Tod angezeigt wurde; Überschrift: „Ein deutscher Held durch Rotmord getötet." An einer andern Stelle fand man einen großen Aufruf, in dem Müller ein guter Eingang in Walhall profezeit wurde; es folgten in der bekannten Manier eine grausige Schilderung seiner Verwundung und haargenaue Details über seine Todesstunde. Zuguterletzt gelobte der Verfasser, daß er als „alte märkische Eiche" den Tod Müllers rächen werde.

Leider war Müller aber gar nicht gestorben. Er lag einige Wochen von den Nazis unbeachtet im Krankenhaus, und als er sich nach seiner Entlassung hilfesuchend an die wandte, die von seinem angeblichen Tod so viel Aufhebens gemacht hatten, kam er ziemlich ungelegen. Von Unterstützung durch Parteistellen keine Spur. Dagegen nahm man ihn in die Liste der gemordeten Parteimitglieder auf, in der er immer wieder bis in die jüngste Zeit zu Propagandazwecken als Held erschien. Ein Widerruf der Todesanzeige ist natürlich auch nicht erfolgt. Zu was auch. m

Der Dritte Reichs-Jargon

Laut Bekanntmachung der Reichszeugmeisterei der N.S.D.A.P. können nunmehr die Zeugmeistereien und parteiamtlichen Vertriebsstellen mit Lieferung der neuen Abzeichen laut Abzeichentafeln 1, 2, 3 und 4 beginnen. Mit sofortiger Wirksamkeit treten folgende Preise in Kraft: Scharhemd ohne Achselklappen, ohne Abzeichen mit zwei angenähten Lederknöpfen für Achselklappen, ohne Binder, Zwirnqualität, bis Halsweite 36 Stück Mk. 6,65 ... Achselklappen mit Abzeichen für Reichsführer, Reichsf.-Adj., Reichs-Scharführer, Oberführer, Oberf.-Adj., Gauführer, Gauführer-Adj., Gauscharführer, Reichs-SZF. und Gau-SZF. Paar Mk. 1.10 ... Schwalbennester für Gruppen SZF., SZ. und MZ. (bei Bestellung angeben, ob für SZ. oder MZ.) ... usw.

Wem beim Lesen dieser Worte und Zeichen nicht das Auge leuchtet, wem hier nicht sein ganzes deutschvölkisches Innenleben vor Begeisterung stillsteht — dem ist nicht zu helfen.

Vor Verdun

Vor 15 Jahren hat bei Verdun eine der blutigsten (und sinnlosesten) Schlachten des Weltkriegs getobt.

Längs der Bahn tauchen die ersten Haustrümmer auf — ungefähr bei Vitry fängt das an. Ruinen, dachlose Gebäude, herunterhängender Mörtel, Balken, die in die Luft ragen. Nur eine kleine Partie — dann präsentiert sich die Gegend wieder ordentlich und honett, sauber und schön aufgebaut. Viele Häuser scheinen neu. Der Zug hält. Auf dem Nebengleis steht ein Waggon. „FUMEURS" steht an einer Tür. Ein Pfosten verdeckt das „FU", man kann nur den Rest des Wortes lesen.

Es ist eine weite, hügelige Gegend, mit viel Buschwerk und gar keinem Wald. Immer, wenn man auf eine Anhöhe kommt, kann man weit ins Land hineinsehen. Hier ist eine Million Menschen gestorben.

Hier haben sie sich bewiesen, wer recht hat in einem Streit, dessen Ziel und Zweck schon nach Monaten keiner mehr erkannte. Hier haben die Konsumenten von Krupp und Schneider-Creuzot die heimischen Industrien gehoben. (Und wer wen dabei beliefert hatte, ist noch gar nicht einmal sicher.)

Auf französischer Seite sind vierhunderttausend Menschen gefallen; davon sind annähernd dreihunderttausend nicht mehr auffindbar, vermißt, verschüttet, verschwunden ... Die Gegend sieht aus wie eine mit Gras bewachsene Mondlandschaft, die Felder sind fast gar nicht bebaut, überall liegen Gruben und Vertiefungen, das sind die Einschläge. An den Wegen verbogene Eisenteile, zertrümmerte Unterstände, Löcher, in denen einst Menschen gehaust haben. Menschen? Es waren wohl kaum noch welche.

Da drüben, bei Fleury, ist ein Friedhof, in Wahrheit ein

Massengrab. Zehntausend sind dort untergebracht worden — zehntausendmal ein Lebensglück zerstört, eine Hoffnung vernichtet, eine kleine Gruppe Menschen unglücklich gemacht. Hier war das Niemandsland: drüben auf der Höhe lagen die Deutschen, hüben die Franzosen — dies war unbesetzt. Lerchen haben sich in die Luft hinaufgeschraubt und singen einen unendlichen Tonwirbel. Ein dünner Fadenregen fällt.

Der Wagen hält. Diese kleine Hügelgruppe: das ist das Fort Vaux. Ein französischer Soldat führt, er hat eine Karbidlampe in der Hand. Einer raucht einen beißenden Tabak, und man wittert die Soldatenatmosfäre, die überall gleich ist auf der ganzen Welt: den Brodem von Leder, Schweiß und Heu, Essensgeruch, Tabak und Menschenausdünstung. Es geht ein paar Stufen hinunter.

Hier. Um diesen Kohlenkeller haben sich zwei Nationen vier Jahre lang geschlagen. Da war der tote Punkt, wo es nicht weiter ging, auf der einen Seite nicht und auf der andern auch nicht. Hier hat es Halt gemacht. Ausgemauerte Galerien, mit Beton ausgelegt, die Wände sind feucht und nässen. In diesem Holzgang lagen einst die Deutschen; gegenüber, einen Meter von ihnen, die Franzosen. Hier mordeten sie, Mann gegen Mann, Handgranate gegen Handgranate. Im Dunkeln, bei Tag und bei Nacht. Da ist die Telefonkabine. Da ist ein kleiner Raum, in dem wurde wegen der Übergabe parlamentiert. Am 8. Juni 1916 fiel das Fort. Fiel? Die Leute mußten truppweise herausgehackt werden, mit den Bajonetten, mit Flammenwerfern, mit Handgranaten und mit Gas. Sie waren die letzten zwei Tage ohne Wasser. An einer Mauer ist noch eine deutsche Inschrift, mit schwarzer Farbe aufgemalt, schwach zu entziffern. Und dann gehen wir ins Verbandszimmer.

Es ist ein enges Loch, drei Tische mögen darin Platz gehabt haben. Einer steht noch. An den Wänden hängen kleine Schränke. Oben ist, durch eine Treppe erreichbar, der Alkoven des Arztes. Ich habe einmal die alte Synagoge in Prag besucht, halb unter der Erde, wohin sich die Juden verkrochen, wenn draußen die Steine hagelten. Die Wände haben die Gebete eingesogen, der Raum ist voll Herzensnot. Dieses hier ist viel furchtbarer. An den Wänden kleben die Schreie — hier wurde zusammengeflickt und umwickelt, hier verröchelte, erstickte, verbrüllte und krepierte, was oben zugrunde gerichet war. Und die Helfer? Welcher doppelte Todesmut, in dieser Hölle zu arbeiten! Was konnten sie tun? Aus blutdurchnäßten Lumpen auswickeln, was noch am Leben in ihnen stak, das verbrannte und zerstampfte Fleisch der Kameraden mit irgendwelchen Salben und Tinkturen bepinseln und schneiden und trennen, losmeißeln und amputieren ...

Linderung? Sie wußten ja nicht einmal, ob sie diese Stümpfe noch lebendig herausbekämen! Manchmal war alles abgeschnitten. Die Wasserholer, die Meldegänger — wohl eine der entsetzlichsten Aufgaben des Krieges, hier waren die wahren Helden, nicht im Stabsquartier! —, die Wasserholer, die sich, mit einem Blechnapf in der Hand, aufopferten, kamen in den seltensten Fällen zurück. Und der nächste trat an ... Wir sehen uns in dem leeren, blankgescheuerten Raum um. Niemand spricht ein Wort. Oben an dem Blechschirm der elektrischen Lampe sind ein paar braunrote Flecke. Wahrscheinlich Rost ...

Drüben liegt das Fort Douaumont, das überraschend fiel; da die Höhe 304; da das Fort de Tavannes. Teure Namen, wie? Einem alten Soldaten, der hier gestanden hat und lebendig herausgekommen ist, muß merkwürdig zumute sein, wenn er jetzt diese Gegend wiedersieht, still, stumpf, kein Schuß. Weit da hinten am Horizont raucht das, was dem deutschen Idealismus 1914 so sehr gefehlt hat: das Erzlager von Briey. Und wir fahren weiter.

Die Sturmreihen sind in die Erde versunken, die armen Jungen, die man hier vorgetrieben hat, wenn sie hinten als Munitionsdreher ausgedient hatten. Hier vorn arbeiteten sie für die Fabrikherren viel besser und wirkungsvoller. Die Rüstungsindustrie war ihnen Vater und Mutter gewesen, Schule, Bücher, die Zeitung, die dreimal verfluchte Zeitung, die Kirche mit dem in den Landesfarben angestrichenen Herrgott — alles das war im Besitz der Industriekapitäne, verteilt und kontrolliert wie die Aktienpakete. Der Staat, das arme Luder, durfte die Nationalhymne singen und Krieg erklären. Gemacht, vorbereitet, geführt und beendet wurde er anderswo.

Da kämpften sie, Brust an Brust: Proletarier gegen Proletarier, Klassengenossen gegen Klassengenossen, Handwerker gegen Handwerker. Da zerfleischten sich einheitlich aufgebaute ökonomische Schichten, da wütete das Volk gegen sich selbst, ein Volk, ein einziges: das der Arbeit. Hinten rieben sich welche voller Angst die Hände.

Ein Mauerwerk taucht auf, das ist das Denkmal über der Tranchée des Baionettes. Am 11. Juni 1916 wurde hier die Besatzung dieses Grabens — es war die zweite Linie — verschüttet. Keiner entrann. Man fand sie so, unter der Erde, nur die Bajonette ragten aus der Erde. Der Graben ist seit diesem Tag so erhalten; ein Amerikaner, Herr Georges F. Rand, hat einen großen Steinbau darüber errichten lassen. Unten, auf dem zugeschütteten Graben, stehen ein paar Kreuze, liegen Kränze und ragen die Bajonette. Drei Mann müssen außerhalb des Grabens postiert gewesen sein; die Läufe ihrer Gewehre ragen ein paar Zentimeter hoch aus dem Boden, man stolpert über sie.

In der Nähe ist ein „ossuaire", eine kleine Holzhalle, wo man die Gebeine der Soldaten, die nicht mehr zu identifizieren waren, gesammelt hat. Sie ruhen da, bis eine große

Der Paragraf

Die Vernehmungen im Falle Wolf-Kienle schreiten rüstig voran. Von den rund 320 Fällen, die der Ärztin zur Last gelegt werden, waren Mitte März 130 durchgenommen. So ein Verhör scheint nicht gerade dezent und fair vor sich zu gehen. Die Untersuchenden begnügen sich nicht in allen Fällen mit den verdächtigen oder schuldigen Frauen und Mädchen, sondern wollen gerne auch erfahren, wer die Väter der nicht zur Welt gebrachten Kinder sind. Statt die Sache nach Möglichkeit in Grenzen zu halten, scheint man sich zu bestreben, den Kreis der Anzuklagenden aus allen Kräften zu erweitern.

So schlimm das für die unnötig Betroffenen sein mag, so vorteilhaft ist es ohne Zweifel für den Kampf der Gegner des Paragrafen. Die kommunistische Partei und die kommunistische Presse könnten den Herren vom Gericht schöne runde Zahlen über ihr Wachstum in den letzten vierzehn Tagen nennen, Zahlen, für die der Staatsanwaltschaft in Stuttgart gedankt werden muß.

Was nun die Methoden der Inquisitoren betrifft, so sind da erstaunliche Dinge vorgekommen. Einem Mädchen ist gesagt worden, es solle doch in erster Linie sich selbst entlasten und keine Rücksicht auf die beiden Ärzte nehmen. Auch die bekannte Drohung, bei Verweigerung der Aussage werde die Zeugin in Haft genommen, soll von den vernehmenden Beamten nicht verschmäht werden. Der Justizminister hat zwar jetzt an alle mit der Erhebung befaßten Beamten eine Anweisung gegeben, in der es u. a. heißt: „Falls im Laufe der Untersuchung bei einzelnen Zeuginnen offensichtliche Hemmungen gegen die polizeiliche Vernehmung zutage treten sollten, so sind dieselben dahin zu belehren, daß es ihnen freisteht, die Aussagen vor der Polizei oder aber vor dem Untersuchungsrichter zu machen. Sollten ferner Zeuginnen fragen, ob sie verpflichtet sind, auf Fragen, deren Beantwortung ihnen selbst oder nahen Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen würden, Auskunft zu erteilen, so sind sie darauf hinzuweisen, daß sie der Polizei gegenüber dazu nicht verpflichtet sind." Aber diese Anweisung kann in keiner Weise befriedigen: es wäre zu verlangen, daß den Beamten befohlen wird, in jedem Fall schon vor Beginn der Vernehmung die Zeugin auf ihre Rechte aufmerksam zu machen. Es geht nicht an, sie erst schuldig werden zu lassen und sie dann dem Selbstvorwurf zu überlassen: daß eine einzige Frage, ob es denn nicht ihr Recht sei zu schweigen, sie hätte retten können.

+

Es ist anzunehmen, daß Dr. Wolf sich darüber klar gewesen ist, daß irgendeine Denunziation von reaktionärer Seite (wie sie nun tatsächlich auch eingegangen ist) ihn vor die Aufgabe stellen würde, das, was er in Wort und Schrift immer verteidigt hat: die soziale Indikation, auch vor Gericht zu verfechten. Übrigens hat er in der Hälfte der inkriminierten Fälle rein medizinisch indiziert und in der anderen Hälfte soziale Gründe nur mit herangezogen. Diese zweite Art der Indikation, die sogenannte gemischte, wird von vielen führenden Medizinern ausdrücklich gebilligt; auch ärztliche Standesorganisationen, besonders in Berlin, haben sie anerkannt. Merkwürdigerweise haben die württembergischen Ärzte eine von keinem Hauch modernen Geistes gestreifte schroffe Ablehnung der Berücksichtigung sozialer Gründe veröffentlicht. Die beiden angeklagten Ärzte haben dafür zahllose Mediziner von Rang in aller Welt für sich; aus allen Ländern erfolgen derartige Stellungnahmen; in Deutschland stehen selbst Autoritäten, die grundsätzlich nicht für die Abtreibung sind, auf ihrer Seite, so Grotjahn.

Übrigens ist Dr. Wolf selbst keineswegs für die Abtreibung. Er ist, wie seine Partei, für die Erhaltung alles tauglichen Lebens, das ernährt und erhalten werden kann. Wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, erscheint die Geburtenregelung geradezu geboten. Wolf fordert etwa folgendes: In erster Linie Geburtenregelung durch Empfängnisverhütung. Der § 184 Abs. 3, der die Ankündigung und Anpreisung von empfängnisverhütenden Mitteln verbietet, müßte aufgehoben werden. In den höheren Schulen, den Fortbildungsschulen usw. hätte eine regelrechte Aufklärung und Belehrung über Sexualhygiene und Geburtenregelung zu erfolgen. Es wären öffentliche Stellen für kostenlose Sexualberatung einzurichten, von denen unentgeltlich Verhütungsmittel auszugeben wären: auch die Krankenkassen hätten diese Mittel kostenlos abzugeben. Abtreibungen dagegen wären nur durch beamtete Ärzte zu gestatten; die Untersuchung und Begutachtung hätte durch zwei sozial geschulte beamtete Ärzte zu erfolgen, der Eingriff unter Kontrolle des Staates, also in staatlichen Kliniken.

Das Ziel der gegenwärtigen Aktion ist nicht nur die Aufhebung der §§ 218 und 184 Abs. 3, sondern die Entlarvung und Bekämpfung der herrschenden Kulturreaktion. Es ist darum selbstverständlich, daß nicht parteipolitisch, sondern allgemein-politisch gearbeitet werden muß. Der akute Fall muß alle Kreise in Bewegung setzen, die antireaktionär, fortschrittlich, freiheitlich gesinnt sind. Karl Fehr

Tscheka-Methoden

Wenn dein Gegner im Vorteil ist, so sage, er kämpfe auf einem niederen Niveau; das wird immer Eindruck machen. Die Kirche wendet jetzt das Mittelchen im Kampf um den Paragrafen 218 an.

Die Stuttgarter Kommunisten haben kürzlich aufgefordert, sich jene besseren Herrschaften, die sich immer so laut für hemmungslosen Kindersegen einsetzen, mal hinsichtlich ihrer eigenen Fruchtbarkeit näher zu besehen. Daraufhin ging der Süddeutschen Arbeiterzeitung ein Bericht aus einer württembergischen Kleinstadt zu, in dem Leute der sogenannten besseren Stände mit nicht mehr als zwei Kindern namentlich benannt waren; es wurde dazu bemerkt, daß diese „bessere Gesellschaft" es nicht für notwendig halte, mehr als zwei Kinder großzuziehen, „weil sie jedenfalls die finanziellen Mittel dazu besitzt, um weiteren Geburten entgegenzutreten".

Zweifelsohne ein sehr wirkungsvoller, wenn auch ein wenig robuster Anschauungsunterricht für die breiten Massen. Er entlarvt die schamlose Heuchelei, die hinter dem Schrei nach Beibehaltung des Paragrafen steckt, weshalb der Evangelische Presseverband ihn verwerflich findet. Hier werde, meint er, ein Verleumdungsfeldzug größten Stils in Szene gesetzt. Die Verleumdung besteht für ihn offenbar darin, daß man behauptet, eine Reihe besserer Leute habe nicht mehr als zwei Kinder (was der E.P. wohl nicht gut bestreiten kann), und die Verwerflichkeit ist jedenfalls die, daß man die breiten Massen nicht weiterhin in der Meinung läßt, jene Leute hätten fünf bis acht Kinder. Solange sie diese Meinung hatten, lebten sie still und harmlos und zeugten Kanonenfutter und Reservearmeen für die Industrie, aber jetzt sind sie aus ihrem Frieden herausgeschreckt und ergehen sich, statt der Vermehrung obzuliegen, in einer „hetzerischen Fantasie".

Fantasien sind dann hetzerisch, wenn sie in die Nähe der Wahrheit kommen. Der Glaube, die oberen Schichten trügen das ihre zum Geburtenüberschuß bei, wirkt staatserhaltend, während schon der Verdacht, man fröne in jenen Regionen der Tugend der Enthaltsamkeit, bedenklich ist, ganz abgesehen von jenen immer mehr um sich greifenden frivolen Ansichten, gehemmter Kindersegen bei einem normal begabten Ehepaar lasse auf Routine in gewissen Dingen schließen.

Wenn das Volk sich vermißt, in seinem Wahn bis ins Licht dieser Erkenntnis vorzustoßen, hört für die Kirche die Gemütlichkeit auf; sie nennt das geschmackvoll einen „Vorgeschmack russischer Tschekamethoden" und ruft nach dem Staatsanwalt.

Es ist dies die einfachste Methode, sich mit brennenden Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen. oha

Weder — noch

Die Arbeitsämter veranstalten häufig Fortbildungskurse für Arbeitslose. Dürfen Arbeitslose, die mit der Bahn zu solchen Kursen fahren, Schülerkarten benützen? Nein, sagt die Reichsbahn (siehe Nachrichtenblatt der Reichsbahndirektion Stuttgart vom 7. März 1931); denn da die Arbeitslosen Unterstützungen beziehen, „die ihre — wenn auch notdürftige — Lebenshaltung gewährleisten, sind sie nach dem Tarif vom Bezug von Schülerkarten ausgeschlossen".

Aber vielleicht dürfen sie Arbeiterwochen- oder Arbeiterrückfahrkarten benützen? Nein, sagt die Reichsbahn, das dürfen sie nicht, „weil diese Vergünstigungen ein Arbeitsverhältnis voraussetzen".

Die Arbeitslosen dürfen weder — noch; sie müssen eben zahlen.

Gotteslästerung

Ein alter Witz

Witze sind meist uralt. Sie werden immer von Zeit zu Zeit wieder aufgewärmt und dabei hie und da modernisiert (durch Hinzufügen von Begriffen wie Automobil oder Ratenzahlung).

Ein alter Witz ist auch der folgende: Als ein Sträfling seinem letzten Stündlein entgegenharrte, ließ er den Anstaltsdirektor und den Gefängnisgeistlichen kommen und bat sie, sich neben seinem Bett aufzustellen, der eine rechts, der andere links. Als man ihn fragte, warum er es so wünsche, sagte er: er wolle sterben wie Jesus: zwischen zwei Schächern.

Diese Geschichte ist vor einiger Zeit im Feuilleton des sozialdemokratischen Zwickauer „Volksblattes" aufgewärmt worden. Der verantwortliche Redakteur, Walter Victor, ist jetzt deshalb zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der Witz, wie gesagt, ist uralt; ich vermute, daß er aus dem Mittelalter stammt, wo man der Kirche nicht so ehrfurchtsvoll gegenüberstand wie heute — vielfach angenommen wird. Neu ist offenbar nur, daß man die Veröffentlichung mit vier Monaten Gefängnis büßen muß.

Grober Unfug

Das Bayrische Oberste Landesgericht hat kürzlich (wie die „Juristische Wochenschrift" berichtet) das Urteil eines Amtsgerichts bestätigt, durch das der öffentliche Anschlag: „Religion ist Opium für das Volk" als grober Unfug bestraft worden ist.

Das Amtsgericht hat in seiner Urteilsbegründung eine allgemeinverständliche Auslegung des Textes gegeben. Sie lautet: der Sinn der Inschrift sei eindeutig und für jeden denkenden Menschen verständlich; er gehe dahin, jede Religion sei wie das Opium ein Rauschgift für das Volk; dieses werde von den Lehren der Religionsgesellschaften vergiftet; die Religion bewirke wie das Opium, daß die Menschen in einen schlafähnlichen Zustand versetzt würden, der sie zur Erkenntnis der Wahrheit, deren sich die Freidenker rühmen, unfähig mache.

Soweit das Amtsgericht. Besser und richtiger hätten wir's auch nicht sagen können.

Warum aber „grober Unfug"? Nun, sagt das Amtsgericht (und das Oberste Landesgericht billigt es), es dürfe zwar jeder in Glaubens- und Gewissenssachen seine Überzeugung vertreten, er müsse sich aber dabei an die durch Gesetz und Verkehrssitte gezogenen Schranken halten.

Die Anbringung des Plakates mit seiner provozierenden und kränkenden Inschrift störe den äußern Bestand der öffentlichen Ordnung und sei daher grober Unfug.

Wenn schon ein Plakat, von dem jeder nach Belieben den betroffenen Blick wegwenden kann, die öffentliche Ordnung stört — was soll man dann von Prozessionen sagen, bei denen der Verkehr verstopft wird, Zeremonien vollführt werden, die Andersdenkende abstoßen, buntbemalte hölzerne Heiligenfiguren umhergetragen werden usw.?

Noch einige Fälle

In Frankenthal hat ein Redakteur das Gedicht von Lenau „Der Jesuit" abgedruckt. 500 Mark Geldstrafe wegen Gotteslästerung.

In Regensburg hat eine Frau auf dem Grabstein ihres Mannes die Inschrift „Nimmerwiedersehen!" anbringen lassen. Über den Geschmack läßt sich streiten; auf jeden Fall ist die Wahl der Inschrift Privatsache der Frau. Das Gericht freilich erkennt das nicht an, sondern diktiert: vier Wochen Gefängnis.

In Fischhausen bei Königsberg sind zwei Arbeiter wegen Anklebens eines Plakates der Freidenker zu vier und sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht mußte zwar zugeben, daß der Inhalt des Plakats an sich nicht den Tatbestand des § 166 darstelle. „Beim genauen Lesen zeigt es sich, daß die Worte „Der liebe Gott" und „ein Heuchler", die fettgedruckt sind, gar nicht zusammengehören; wohl aber liegt dieser Tatbestand in der Hervorhebung dieser Worte. Plakate sind ihrem ganzen Wesen nach auf Fernwirkung eingestellt."

Also weil aus der Ferne falsch gelesen werden kann, werden diejenigen, die das Plakat ankleben, verurteilt! Ix

---

Grabkapelle für sie fertiggestellt ist. Die Überbleibsel sind nach Sektoren geordnet. (Was die Offiziere aller Länder anbetrifft, so scheinen sie sämtlich an ansteckenden Krankheiten

zugrunde gegangen zu sein — denn warum hat man sie so oft von den Mannschaften abgesondert?) Stereoskope sind aufgestellt mit Bildern aus den Mordtagen. Auf einem ist unter Steintrümmern ein Bein zu sehen. Ein abgerissenes Bein, der Benagelung nach ein deutsches.

Auf einem andern Bild sieht man einen deutschen Gefangenen, einen bärtigen, schlecht genährt aussehenden Mann. Er steht bis zu den Hüften im Graben, er hat kein Koppel mehr, er wartet, was nun noch mit ihm geschehen kann. Im Vordergrund ragen ein paar Stiefel aus dem Schlamm und ein halber Körper. Den kann man nicht mehr gefangennehmen. Die Franzosen und der Deutsche stehen da zusammen, der Betrachter muß glauben, einen Haufen Wahnsinniger vor sich zu haben. Und das waren sie ja wohl auch.

Jetzt regnet es in dichten Strömen. Der Wagen rollt. Der Schlamm spritzt. Und immer wieder Stacheldraht, Steinbrocken, verrostetes Eisen, Wellblech.

Ist es vorbei —?

Sühne, Buße, Absolution? Gibt es eine Zeitung, die heute noch, immer wieder, ausruft: „Wir haben geirrt! Wir haben uns belügen lassen!"? Das wäre noch der mildeste Fall. Gibt es auch nur eine, die nun den Lesern jahrelang das wahre Gesicht des Krieges eingetrommelt hätte, so, wie sie ihnen jahrelang diese widerwärtige Mordbegeisterung eingebläut hat? „Wir konnten uns doch nicht beschlagnahmen lassen!" Und nachher? Als es keinen Zensor mehr gab? Was konntet ihr da nicht? Habt ihr einmal, ein einziges Mal nur, wenigstens nachher die volle, nackte, verlaust-blutige Wahrheit gezeigt? Nachrichten wollen die Zeitung, Nachrichten wollen sie alle. Die Wahrheit will keine.

Und aus dem Grau des Himmels taucht mir eine riesige Gestalt auf, ein schlanker und ranker Offizier, mit ungeheuer langen Beinen, Wickelgamaschen, einer schnittigen Figur, den Scherben im Auge. Er feixt. Und kräht mit einer Stimme, die

leicht überschnappt, mit einer Stimme, die auf den Kasernenhöfen halb Deutschland angepfiffen hat, und vor der sich eine Welt schüttelt im Entsetzen:

„Nochmal! Nochmal! Nochmal —!"

Kurt Tucholsky (in: Mit 5 PS)

Aufräumungsarbeiten

Auf den Schlachtfeldern von Verdun werden immer noch zwischen Schutt, Geröll und Kriegsmaterial aller Art, Knochenreste von ehemaligen Soldaten ans Tageslicht befördert; man schätzt, daß noch etwa 50 000 Tote in der Erde liegen. Täglich werden bei den Aufräumungsarbeiten Überreste von fünf bis zehn Menschen gefunden.

Der Volksbund für Kriegsgräbersorge versichert, daß die französische Regierung strenge Anweisungen gegeben habe, nach denen die Toten in „würdiger Weise" in gemeinsamen Sammelgräbern bestattet werden sollen; tatsächlich würden auch die gefundenen Toten sofort auf einem in der Nähe gelegenen deutschen Friedhof beigesetzt. Aus einer ausgezeichnet bebilderten Reportage in der neuesten Nummer der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" (das zweite Bild ist ihr entnommen) geht nun allerdings hervor, daß schon seit sechs Jahren rund 9800 uneingesargte Skelette in Schuppen und Totenhäusern herumliegen, immer 6—7 Skelette in einer Kiste, und die Kisten übereinander gestapelt. Mindestens 14 000 Unbestattete liegen so in der Umgebung von Douaumont und Verdun.

So sehr „würdig" geht es also offenbar nicht zu.

In Friedenszeiten weiß das Volk nichts von dem, was vorgeht, außer dem, was die Leute, die ein Interesse daran haben, es zu prellen, ihm in ihren geknechteten Zeitungen zu sagen Lust haben. Die Wahrheit ist unter Verschluß. In Kriegszeiten macht man das besser, da ist das Volk unter Verschluß. Romain Rolland

Wir müssen entweder politische Fähigkeiten züchten oder durch die Demokratie zugrunde gehen. Bernard Shaw

Schlechte Werber

Im englischen Unterhaus ist bei der Beratung des Heeresetats auch darüber geklagt worden, wie schwierig die Anwerbung der Rekruten sei. Ein Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums hat dabei darauf hingewiesen, daß besonders der Einfluß der ehemaligen Frontsoldaten die Rekrutierung schädige; denn diese Kriegsteilnehmer hätten die Angewohnheit, den jungen Leuten zu versichern, daß „der Krieg unter modernen Bedingung ein tierisches Geschäft" sei.

Aus grosser Zeit

An der unvergleichlichen Tapferkeit der deutschen und österreichischen Truppen zerschellen die verruchten Pläne des wort- und treubrüchigen Blutzaren und seiner Alliierten, seien es nun die verschlagenen Japse, die hinterlistigen Briten, die ruhmredigen Franzosen, die verlogenen Belgier, die undankbaren Buren, die Renommierkanadier oder auch die halbwilden, verschleppten Indier, Turkos, Zuaven, Neger u. a. Geschmeiß."

„Courier", Organ des deutschen Transport-Arbeiterverbandes (25. 10. 1914)

Literatur

Die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung vom 18. März enthält neben der Reportage über das Schlachtfeld von Verdun auch sonst interessante Bilder und Artikel, z. B. von den Kämpfen in Mitteldeutschland im März 1921. (Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48; Preis 20 Pfennig.)

Die „Arbeiterpolitik", die Tageszeitung der K.P.D. (Opposition) erscheint in Berlin SO 36, Elisabethufer 28—29.

Sklavenarbeit

Es gibt in der heutigen Welt noch Sklavenarbeit. Nicht nur in Liberia, das kürzlich deswegen die Verachtung der ganzen zivilisierten Welt und eine umfangreiche Denkschrift des Völkerbundes über sich ergehen lassen mußte, sondern auch — man höre — in Sowjetrußland.

Die Vereinigten Staaten haben sich darüber schon im letzten Jahr derart empört, daß sie kurzerhand Sowjetschiffen, die mit Papier, Holz usw. beladen waren, die Landung verboten. Es sei, hieß es damals, nach amerikanischem Gesetz nicht statthaft, Waren einzuführen, die durch Sklavenarbeit hergestellt seien. Die Sklavenarbeit erblickte man darin, daß in Sowjetrußland Gefangene zum Abholzen der Wälder verwendet werden.

Lange bestand nun allerdings jenes so sonderbar begründete Verbot nicht; man hob es bald wieder auf, weil man die russische Zellulose nicht entbehren konnte. Nun ist das Verbot erneut ausgesprochen worden. Der Grund liegt wohl in der ungeheuren Arbeitslosigkeit; in der Öffentlichkeit betreibt man aber wie früher die Hetze wegen der sogenannten „Sklavenarbeit". Man hört förmlich das demokratische Weltgewissen hämmern. Eine neue Parole gegen den Arbeiterstaat ist in die Welt gesetzt. Daß sie ihre Wirkung durchaus nicht verfehlt, zeigt die Tatsache, daß sogar der amerikanische Gewerkschaftsbund sich diese Begründung des Verbotes zu eigen machte. Ein Schulbeispiel dafür, wie leicht den Massen ein Floh ins Ohr zu setzen ist. Das Wort „Sklavenarbeit" hypnotisiert sie derart, daß sie darob die Tatsache vergessen, daß man auch anderswo die Sträflinge zu solcher Arbeit heranzieht, und daß es heute die Sehnsucht von Millionen freier Menschen ist, solche Arbeit zu bekommen.

Die heutige kapitalistische Gesellschaft hätte alle Ursache, sich nicht über sogenannte Sklavenarbeit zu verbreiten; sie lebt ja davon. Sie hat ja den Nachweis erbracht, daß es durchaus nicht der offiziellen Sklaverei bedarf, um die Menschen auszuquetschen; bei freien Menschen kann man das viel risikoloser, weil man in ihnen kein Kapital investieren muß. Sie stehen kostenlos und unbeschränkt zur Verfügung, und man hat es bei ihnen nicht nötig, jene Schonung walten zu lassen, die man bei teuer erworbenen Sklaven oder Maschinen anwendet.

Aber neben dieser offen zutage liegenden Sklaverei des heutigen Systems läuft noch eine getarnte. Erst kürzlich hat sich in der französischen Kammer ein schwarzer Unterstaatssekretär zu ihrem Anwalt gemacht. Man glaubt in den Kolonialländern nicht ohne Zwangsarbeit auskommen zu können. Da die Menschen dort nicht so unter dem Druck der wirtschaftlichen Not stehen, treibt man sie mit der Peitsche zur Arbeit. Das geschieht nicht nur bei sogenannten „öffentlichen Arbeiten", sondern auch in rein privatem Interesse. Die also Gepreßten werden nach Willkür bezahlt, oft erhalten sie überhaupt keinen Lohn oder werden auf irgend eine raffinierte Art darum geprellt.

In den französischen Kolonien werden diejenigen, die sich bei der Aushebung zum Militärdienst als überzählig erwiesen haben, zum Arbeitsdienst herangezogen, und man sorgt natürlich dafür, daß so viel „überzählig" sind, als man benötigt. In den portugiesischen Kolonien sind die Eingeborenen angehalten, wenn nötig rund 200 Tage im Jahr ohne Gegenleistung Arbeit zu tun. In der Südafrikanischen Union werden die Schwarzen, sobald sie die Grenze ihrer Reservatgebiete überschreiten, häufig abgefangen und zur Zwangsarbeit verschleppt. Sie erhalten anstelle eines Lohnes Gebrauchsgegenstände; dabei spekuliert man auf die Begehrlichkeit und bewertet die Gegenstände so hoch, daß die Eingeborenen oft monatelang gezwungen sind, die angerechneten Summen abzuverdienen. Diese Art, die Arbeitenden in Abhängigkeit zu bringen, findet man überall auf der Welt, wo der Kapitalismus sich primitiver Menschen bedient, um mühelos zu seinen Profiten zu kommen.

Von da aus ist ein gerader Weg zu den etwas komplizierteren Formen der Ausbeutung. Der Auswanderer z. B., der in die Hände einer geschäftstüchtigen Siedlungsgenossenschaft fällt, ist sehr oft nichts anderes als der Sklave, der für sie das Land urbar macht, verleitet durch schlaue Verträge und lockende Vorschüsse. Die Liste wäre beliebig fortzusetzen. Die Sklaverei ist innerhalb des heutigen Systems nie aufgehoben, sie wechselt nur ihr Gesicht. Das Geschrei über die angebliche „Sklavenarbeit" in Rußland ist nur eines der Mittel, die Aufmerksamkeit von dieser Tatsache abzulenken.

Arthur Grashoff

Der Wert der deutschen Einfuhr im Februar beträgt 620 Millionen Mark, der der Ausfuhr 778 Millionen.

Viel Feind, viel Ehr

Der Stuttgarter „N.S.-Kurier" sucht Inseratenaufträge; davon lebt ja eine Zeitung. Er hat es dabei allerdings nicht so leicht wie andere Zeitungen, denn „der N.S.-Kurier ist die einzige Zeitungsrichtung, die die Warenhäuser, Konsumvereine und Ringgesellschaften bekämpft und Inserate dieser Häuser grundsätzlich ablehnt, obschon diese auch für uns die gewinnbringendsten in finanzieller Hinsicht wären".

Um nun seinen Wert als Insertionsorgan zu steigern, erläßt er einen flammenden Aufruf an seine Leser. „Wer Anspruch darauf erhebt, als Nationalsozialist und Charaktermensch zu gelten, darf bestimmt nur noch in den Geschäften kaufen, die im N.S.-Kurier inserieren."

Nun, das geht noch an. Aber der N.S.-Kurier geht noch weiter: er verlangt nicht nur, daß man bei seinen Inserenten kauft, sondern sogar, daß man bei seinen Nichtinserenten nicht kauft. „Wir verlangen unter allen Umständen von unseren Mitgliedern, diejenigen Geschäfte, die wegen ihrer jüdischen Kundschaft nicht bei uns inserieren, unter allen Umständen zu meiden ... Wir verlangen schärfsten Kampf gegen unsere Nichtinserenten."

Wie stellt sich wohl der N.S.-Kurier den Kampf gegen das Heer der „Nichtinserenten" vor?

Im „N.S.-Kurier" zeichnet seit kurzem verantwortlich für Württemberg und Stuttgart: Hans Dähn, für Inserate: Hans Dähn. — So nur können, wie Adolf Hitler so treffend sagt, die Begriffe Sauberkeit, Reinheit und Freiheit wieder auf des deutschen Volkes Fahnen geschrieben werden!

Der Frosch-Mäuse-Krieg

Die nationalsozialistische Presse berichtet: „Auf Dr. Göbbels wurde ein Anschlag verübt, der nur durch die Kaltblütigkeit der Beteiligten vereitelt werden konnte ... Die Papprolle enthielt acht Stück starke Explosivkörper, die mit einer Pulverladung verbunden waren."

Die Polizei stellt fest: In der Schachtel befanden sich acht kleine Feuerwerkskörper, sogenannte „Frösche", wie sie von Kindern als Scherzartikel benützt werden. Wenn es zu einer Entzündung gekommen wäre, so hätte es lediglich einen Knall gegeben.

Herr Göbbels, der kaltblütige Herr der Mäuse, wurde also von Fröschen angegriffen. Man atmet auf. Das Niveau ist gehalten.

Bei Stalin

Holzschnitt von Hans Gerner

Die Industriekönige aus dem Abendland

Berichterstattung

Neuer Inhalt braucht neue Form. Es ist selbstverständlich, daß der umwälzende Inhalt des kommunistischen Evangeliums auch eine neue Sprache, einen neuen Rede- und Schreibstil schaffen muß.

Also schreibt die „Rote Fahne" im Bericht über die Rede eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten: „Wie gebannt saßen die Abgeordneten auf ihren Plätzen und lauschten den Ausführungen des Genossen Becker." Und: „Geschlagen saßen die Bürger auf ihren Plätzen und man sah, wie der Vizepräsident Esser mit blassem Gesicht sich seinen Bart zauste."

Soll das der neue Stil sein? Diese Hintertreppen-Kolportage, diese Mischung aus Courths-Mahler und dem Verfasser von „Amanda oder das blutige Geheimnis der Höhle auf dem Schreckenstein"! Wo wird sich der Vizepräsident mit blassem Gesicht den Bart („den schütteren Bart" hättet ihr sagen müssen) zausen, wenn ein Kommunist redet! Da sitzen diese Bourgeois viel zu warm und sicher auf ihren Polsterstühlen. Blamiert euch doch nicht durch derlei Geschwafel! Und versucht dem Proleten nicht einzureden, daß die bürgerliche Weltordnung wackelt, wenn einer von euch den Mund auftut. Im Gegenteil: sagt ihm, daß vom Reden und Schreiben nichts anders wird; daß die Gesichter der Bourgeois erst erblassen, die Bärte erst zittern werden, wenn nach dem vielen Mundauftun der Führer endlich der Arbeiter selber einmal die Hand zur Faust ballt. (Und sagt ihm auch, daß es noch lang ist bis dahin; daß er noch allerhand Geduld beweisen muß.)

Glücklicherweise gibt es auch andere Beispiele. Eine Meldung über den Husaren Runge unseligen Angedenkens in kommunistischen Zeitungen sieht so aus: „Berlin, 14. März. In den Straßen um das Cottbuser Tor strolchte gestern der Luxemburgmörder Runge umher. Er wurde von mehreren vorübergehenden Erwerbslosen erkannt und mußte später schwerverletzt weggebracht werden."

Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein! Es ist (im Gegensatz zu jenem Reichstagsbericht, der aus nichts einen aufgeblasenen Ballon macht) viel weniger gesagt als vorgegangen ist, und doch! — das nenn ich mir eine zünftige und herzhafte Reportage. Statt auf den Stelzen des hochtrabenden Komödiantenpathos einherzustorchen, kommt diese kleine Meldung auf den schlichten Sohlen eines trefflichen Humors, haut hin, prägt sich ein und sitzt. A. Th.

Das deutsche Handwerk

Die vergangene Woche war die Reichshandwerkswoche. Sie war der Förderung des Handwerks gewidmet. Dies geschah: durch Plakate, Anzeigen, Aufsätze, Aussprüche von Prominenten, Reden von ebensolchen und Handwerkssyndikussen, durch Versammlungen mit Musik- und Theaterstücken.

Aus allen den vielen Reden und Zeitungsartikeln konnte man erfahren, wie stark und blühend, wie gesund und leistungsfähig das deutsche Handwerk sei. Nur dürfe ihm die „öffentliche Hand" nicht durch Regiebetriebe Konkurrenz machen, und die Haushaltsvorstände, personifiziert in „Herrn Bastelmayer", ebensowenig, indem sie etwa selber Tapeten ankleben, Tischfüße absägen, Sicherungen auswechseln oder den Hahn an der Badewanne abdichten.

Wenn das Handwerk so glänzend dasteht, warum eigentlich „Reichshandwerkswoche"? Und warum die Angst vor dem Mann, der einmal selber einen Nagel einschlägt?

Wie wäre es im übrigen mit billiger und solider Arbeit? Wenn die nicht möglich ist, dann hilft auch keine Werbewoche.

Wir haben's ja

Es hat etwas lange gedauert, bis die Gehälter der hohen Herren bei der Reichsbahn und der Reichsbank bekannt gegeben worden sind. Nun hat aber die Reichsregierung die Zahlen doch veröffentlicht. Also:

Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft bezieht 97 000 Mark jährlich (außerdem hat er freie Wohnung). Der Vertreter des Generaldirektors erhält 62 400 Mark. Die Gehälter der Vorstandsmitglieder der Reichsbahngesellschaft bewegen sich zwischen 36 000 und 48 000 Mark,

Der Präsident der Reichsbank bezieht jährlich 168 000 Mark, der Vizepräsident 112 000 und jeder der Bankdirektoren 84 000 Mark.

Die Zahlen sind amtlich von der Reichsregierung bekannt gegeben worden.

Im Inseratenteil der alldeutschen „Deutschen Zeitung" zeigt die Nationalsozialistische Volksbühne eine Vorstellung im Zirkus Busch an, betitelt „Volk in Not"; direkt darunter empfiehlt sich „Haus Vaterland" als das Vergnügungsrestaurant Berlins. — Offenbar nimmt die Leitung dieses Luxus-Etablissements an, daß das Volk in Not die Deutsche Zeitung liest.

Kleinigkeiten

Schöne Aussichten. Die 34 erfolgreichsten Werber bei der S.P.D.-Aktion „Wo bleibt der zweite Mann?" dürfen am nächsten Parteitag als Ehrengäste teilnehmen, und zwar über die ganze Tagung. — Hoffentlich schreckt das nicht Allzuviele zurück.

Nötige Anschaffung. In der „Eßlinger Zeitung" (Nr. 61) preist Frhr. v. Woellwart in Hohenroden, Post Essingen, Gasmasken an. (Bei Bestellung Kopfweite angeben!) In einer zugehörigen Reklamenotiz wird auf die Gefahr eines polnischen Einfalls und eines italienisch-französischen Krieges verwiesen, bei dem Deutschland Kriegsschauplatz werde. „Sage keiner: das hat noch Zeit!" — Lachen Sie nicht. Der Mann kann recht haben. Er hat freilich nur einen Atemeinsatz, der „gegen die zurzeit bekannten Giftgase" schützt ...

Entrüstung. Die „Berliner Illustrierte" veröffentlicht gegenwärtig Artikel eines ehemaligen deutschen Spionage-Offiziers über seine Tätigkeit in Rußland. Der „Deutsche Offiziersbund" hat einen geharnischten Protest dagegen losgelassen. Nicht etwa, weil die selbstverständlich „auf ein sensationslüsternes Lesepublikum zugeschnittenen" Berichte vielleicht reichlich fantasievoll sind, sondern weil darin von nicht immer einwandfreiem Benehmen von Offizieren im Gefecht, u. a. von einem betrunkenen Bataillonsführer die Rede ist. — Nein, Bataillonsführer waren damals nie betrunken.

Republikanisches Potpourri. Bei dem Fußball-Länderkampf in Paris hat es Mißstimmung erregt, daß beim Einzug der Deutschen nicht das Deutschlandlied gespielt wurde, sondern irgend ein Marsch. Wie das „Tempo" versichert, war in ganz Paris keine Platte mit dem Deutschlandlied aufzutreiben; eine zuletzt von der deutschen Botschaft ausgeborgte habe ein patriotisches Potpourri mit Preußenlied, Wacht am Rhein, Deutschlandlied usw. enthalten; der Teil mit dem Deutschlandlied sei wahrscheinlich im Begrüßungsbeifall überhört worden. — Wenn diese Platte mit der „Wacht am Rhein" u. a. tatsächlich verwendet worden ist, kann man von Glück sagen, daß nicht nur die Deutschen das Deutschlandlied, sondern vor allem die Franzosen die Wacht am Rhein überhört haben.

Neue Namen. „Hitlerika" hat kürzlich ein glücklicher Pg. sein eben angekommenes Mädchen getauft. Auch „stramme Hitler-Jungen" (ein tüchtiger Mann, dieser Hitler!) werden sicher bald in Massen umherlaufen und so schöne Namen wie „Hitlerhard" oder „Hitlerenfried" tragen. Auch ein „Hitlerich" wird nicht mehr lange auf sich warten lassen; nur wird dabei auf richtige Betonung zu achten sein.

Ein Experiment. In einem Dorf bei Ulm a. d. D. wird, angeregt durch Professor Münzinger von der Landwirtschaftlichen Hochschule, die ganze Gemeindemarkung als motorisierter Großbetrieb gemeinsam bewirtschaftet; man will auf diese Weise eine wesentliche Minderung der Betriebskosten erzielen.

Millionäre. Die Zahl der Millionäre in Deutschland hat laut Vermögensteuer-Veranlagung seit dem vorigen Jahr um 130 zugenommen und beläuft sich jetzt auf 2465 Personen. Von ihnen besitzen 115 mehr als 5, 40 mehr als 10 Millionen Mark. — Randbemerkungen: 1. Die „Krise" ist für manche Leute bekömmlich. 2. In Wirklichkeit werden es tausend Millionäre weiter sein. 3. Da wäre was zu holen.

Einheitssatz. Der Staat hat mit den Eltern der in Lübeck durch die Calmette-Impfungen ums Leben gekommenen Kinder einen Kollektiv-Entschädigungsvertrag abgeschlossen: er hat sich verpflichtet, für jedes verstorbene Kind eine einmalige Abfindungssumme von 300 Mark zu zahlen. — Jetzt weiß man doch, was kleine Kinder hierzulande wert sind.

Deutsch. Reichskanzler a. D. Hermann Müller ist operiert worden. Über die Operation wurde von ... nein: „seitens der behandelnden Ärzte folgende Mitteilung herausgegeben: „Nach der heute morgen eingetretenen Besserung des Allgemeinbefindens wurde der operative Eingriff bei Reichskanzler a. D. Müller heute abend planmäßig ausgeführt. Es wurden ein großer Abszeß in und um der Gallenblase und sehr viele Steine entleert. (gez.) Borchardt, Sauerbruch, Zondek, Dr. Heyn."

Der Schlager. Inserat in der Zeitschrift „Die Feder": „Wer verlegt den neuesten, größten Kriegsroman: Nothung??? Deutsch bis auf die Knochen, nord. Christentum: Evolution. Gefl. Angebot unter „Nothung" an die Feder." — Wenn der Roman ebenso konfus ist wie das Inserat, dann wird es ja wohl ein Erfolg werden.

Segen der Bildung. In der Monatsschrift „Die Drei" steht in einem Artikel über Goethes Mutter u. a. folgendes: „Mit siebzehn Jahren war des hochangesehenen Frankfurter Stadtschultheißen Textor sehr muntere älteste Tochter Katharina Elisabeth an den doppelt älteren Wirklichen Kaiserlichen Titularrat Dr. jur. Johann Caspar Goethe ... verheiratet worden und von ihrem schulmeisterlichen Gatten mit Sprachstunden, Schönschreibunterricht und Klavierlehre von früh bis spät traktiert worden, bis sie ihm nach einem Jahre den Johann Wolfgang gebar." — Auf diese Weise kommen also große Männer zustande.

Quellenstudium? Die „Germania" gibt bekannt, daß „Die vollkommene Ehe" von van der Velde auf den Index gesetzt worden sei; sie fügt noch hinzu: „Wie verlautet, hat dieses Buch den zuständigen Stellen der Kurie schon vorgelegen, bevor der Papst die bekannte Enzyklika über die christliche Ehe veröffentlichte." — Sind die päpstlichen Kenntnisse über interne eheliche Fragen also doch nur aus Büchern?

Die neue Partei. In Breslau hat sich eine „Mieter- und Volksrechtspartei" aufgetan; § 19 ihres Programms lautet also: „Den katholischen Geistlichen wird vom Reiche erlaubt, zu heiraten, ohne daß sie von ihrem Amt entfernt werden dürfen, damit endlich die sittlich unzulässige Geschlechtsbetätigung außerhalb der Ehe wenigstens bei den Geistlichen aufhört." — „Wenigstens" ist gut.

Karlsruhe. Leser der S.Z. in Karlsruhe und Umgebung treffen sich Samstag, 21 März, 20 Uhr, im Jagdzimmer, Friedrichshof, Karl Friedrichstraße 28. Herr Stern spricht über „Die Weltwirtschaftskrise".

Stuttgart. Sonntag, 22. März, Jugendhaus, Hauffstraße 3: Lichtbildervortrag von Otto Weiß: Der freiwillige Hilfsdienst in den Überschwemmungsgebieten Südfrankreichs. Eintritt frei. Veranstalter: Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker).

Jungpazifisten, Stuttgart. Montag, 23. März, 20 Uhr, Restaurant Ihle, Schellingstraße 5. Hauptlehrer Meier spricht über das Thema: Was ist Pazifismus?

Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Ortsgruppe Stuttgart. Montag, 23. März, Restaurant Ceres, Lange Straße 5. Professor Christaller spricht über die Friedensfrage.

Bund für herrschaftslosen Sozialismus: Donnerstag, den 26. März, 20 Uhr, spricht im Lokal „Stecher", Sofienstraße 19, Berta Ulrich, Heilbronn, über das Thema: „Mann und Frau in der bürgerlichen Gesellschaft und im Sozialismus". Gäste willkommen!

Frankfurt a. M. Im Café Zott, Große Bockenheimer Straße 46, liegt die Sonntags-Zeitung auf.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 29. März 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 13

Kulturbolschewismus

Bolschewismus ist in Deutschland ein Schimpfwort, und wenn Leute wie Herr Minister Wirth gegen den „Kulturbolschewismus" vom Leder ziehen, so glauben sie vielleicht sogar selber, daß sie die „Kultur" gegen die Unkultur verteidigen.

Man könnte den Stiel auch herumdrehen und finden, daß der sogenannte Kulturbolschewismus aus einer Reihe von Fortschritten besteht, die längst fällig sind und mit dem Bolschewismus als solchem gar nichts zu tun haben. Aus welchen?

1. Trennung von Kirche und Staat, weltliche Schule. Eine alte Forderung aus der Achtundvierzigerzeit. In der Weimarer Verfassung ist ein Anlauf dazu genommen, aber er ist stecken geblieben. Man darf in Deutschland aus der Kirche austreten und seine Kinder vom Religionsunterricht abmelden. Aber der Staat lebt immer noch mit der Kirche im Konkubinat; er unterhält sie mit den Steuern, die er auch von den Nichtchristen eintreibt, und trotz anders lautenden Paragrafen in der Verfassung hat die Kirche die Schule fast in ihrer Hand. In Frankreich ist die Trennung von Kirche und Staat längst durchgeführt, in den Vereinigten Staaten von Amerika ebenfalls; aber weil auch die Russen sie haben, so ist das „Kulturbolschewismus", und er wird mit fantastischen Märchen von geschlachteten Pfaffen und zerstörten „Gotteshäusern" illustriert. Wenn wir nur so weit wären wie die Russen!

2. Gleichstellung von Frau und Mann in der Ehegesetzgebung, im wirtschaftlichen und politischen Leben. Auch hierzu sind bei uns Ansätze vorhanden. Aber die Frau ist rechtlich und gesellschaftlich immer noch stark im Nachteil. In Rußland nicht mehr. Da auch die nichtregistrierte Ehe (das „Verhältnis") als Ehe gilt, so gibt es keine unehelichen Kinder und keine verlassenen unehelichen Mütter mehr. Da die Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt gestattet ist, so gibt es keine ungewollten Kinder und keine Abtreibungstragödien. (Trotzdem ist die Geburtenhäufigkeit in Rußland mehr als dreifach so groß als in Deutschland.) Die Prostitution ist so gut wie beseitigt; auch die eheliche Prostitution kann bei der Einfachheit der Ehescheidung als abgeschafft gelten. Wo liegt die Barbarei: bei uns, wo noch der alte kirchliche Satz „er soll dein Herr sein" maßgebend ist, oder bei den Bolschewisten, die Mann und Frau in jeder Beziehung als gleichberechtigt behandeln?

3. Respektlosigkeit gegenüber Tradition, Sitte, gefühlsmäßigen Neigungen und Abneigungen. Daher: freies Feld für „neues Leben", für soziologische Umgruppierung, neue Gesellschafts- und Wirtschaftsformen. Erst wenn Einrichtungen und Begriffe, wie Familie, Sonntag, Nation, Liebe nicht mehr „heilig" sind, ist die Möglichkeit zu ernstlichen Fortschritten, zu kulturellen Neubildungen gegeben. Dabei können auch Fehler gemacht werden, und es geht dabei oft nicht sehr pietätvoll zu, — aber das ist unvermeidlich, das darf für unser Urteil nicht maßgebend sein. Unsere „Kultur" ist ohne Zweifel reif zum Untergang; der „Kulturbolschewismus" ist der tastende Versuch zu neuer Kultur. Die tastenden Finger sind hie und da etwas täppisch und grob. Aber das macht nichts. Sie regen sich wenigstens. Warum sollen nicht andere Tage ebenso „heilig" sein als der siebente? Andere menschliche Bindungen ebenso heilig als die Familie? Und wie lange sollen wir längst überwundene Anschauungen, wie sie etwa unserer Sexualgesetzgebung oder unserem Strafrecht überhaupt (Gotteslästerung! Vergeltungstheorie! Todesstrafe!) zu Grunde liegen, noch mitschleppen? In Rußland hat man es gewagt, all diesen Ballast mit einem entschlossenen Ruck abzuwerfen.

Hinter dem Kampf gegen den „Kulturbolschewismus" stehen die mittelalterlichen Mächte, die man seit hundert Jahren mit dem Wort „Reaktion" zusammenzufassen pflegt. Führend ist dabei, wie begreiflich, die Kirche, die der Geschorenen und die der Gescheitelten. Und ihr stärkster Bundesgenosse ist die Dummheit, für die man das Wort „Kulturbolschewismus" erfunden hat. Erich Schairer

---

Der Reichstag hat einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, wonach Filme, deren öffentliche Vorführung verboten worden ist, „zur Vorführung vor bestimmten Personenkreisen oder unter beschränkenden Vorführungsbestimmungen" zugelassen werden können. Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Tantiemesteuer und des Einkommensteuerzuschlags für Einkommen von über 20 000 Mark sind mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Christlich-Sozialen und eines Teils des Zentrums angenommen worden. Der rechte Flügel der Regierungskoalition fordert, daß der Reichsrat Einspruch gegen die Steuererhöhungen erhebt.

Müllhaufen-Sprösslinge

In einem Bericht über einen nationalsozialistischen Kulturabend heißt es im „Angriff" u. a.:

„Der Schutz vor den Juden ist aber nicht allein ein Problem für unser deutsches Volk. Es geht darum, die ganze Menschheit vor den „Eigenschaften" dieser Rasse zu bewahren.

In der Landschaft Palästina, die seit historischen Zeiten die Brücke zwischen Afrika und Asien-Europa war, bildete sich aus den minderwertigen Bruchstücken durchziehender Völker, aus hängengebliebenen Schwächlingen, aus den Kranken und Aussätzigen, ein Menschenschlag, der die Urväter unserer heutigen Juden abgab. Das Land Palästina war der Müllhaufen der vorantiken Welt, wohin Assyrer, Babylonier, Ägypter, Neger und viele andere Völker ihre anormalen und krankhaften Auswüchse abstießen. An diesem Erbe schleppt heute noch das Judenvolk, so daß es als Ganzes und auch in seinen einzelnen Gliedern als erblich belastet gelten muß.

Dieser wilde Hexenkessel, in dem sämtliche Übel der Menschheit sich zusammenbrauen, ergießt sich nun schon seit tausenden von Jahren über die Menschheit und zersetzt die Reiche urwüchsiger Völker, wie es die Geschichte lehrt.

Es ist die Aufgabe des Nationalsozialismus, dieser Flut von Übel, die den Materialismus als Wegbereiter schickt, in den Weg zu treten und sie durch das Einwirken deutschen Gemütes und deutscher Seele zu versanden."

Wenn dein starker Sand es will, stehen Judas Fluten still.

Das Wichtigste

Ein Hohenzoller kommt zur K.P.D.

Der Hohenzollernprinz August Wilhelm, genannt „Auwi", der gefühlsmäßig schon lange revolutionärer Antikapitalist, ja Sozialist war, ist der Kommunistischen Partei Deutschlands beigetreten, weil er, durch die Polizeiattacke in Königsberg schwer verletzt, sich in der Ruhe des Krankenlagers zu der klaren Erkenntnis durchgerungen hat, daß allein die K.P.D. den Kampf führt gegen die sadistischen Methoden des neupreußisch-sozialdemokratischen Polizeiterrors. Genosse Auwi wird, wie uns in allerletztester Sekunde mitgeteilt wird, am 1. April in einer von der K.P.D. einberufenen Massenversammlung in den Hohenzollern-Sälen in Berlin über das Thema sprechen: „Mein Weg von Potsdam über Königsberg nach Moskau."

Sorgen und Kummer

Die Annahme des Panzerkreuzers B durch die Sozialdemokratie ist nicht ohne einen kleinen Regiefehler vor sich gegangen. Die Parteiführer wußten natürlich sehr gut, daß sie einigen sonderbarerweise sozialistisch Gesinnten unter ihren Abgeordneten durch das Verlangen, sich zu Helfershelfern des Militarismus zu machen, recht viel zumuteten. Die Fraktion machte also ein, hm, Zugeständnis, indem sie darauf verzichtete, Fraktionszwang zu beschließen. Um diesem revolutionären Entschluß aber die Giftzähne auszubrechen, wurde gleichzeitig ein Antrag, die Abstimmung freizugeben, abgelehnt.

Die Sachlage war also die: damit Groener seinen Panzerkreuzer bekam, enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme; derjenige von ihnen, der diese Politik nicht billigte, hatte zwar nicht das Recht, gegen den Panzerkreuzer zu stimmen, er war andererseits aber auch nicht durch Fraktionsbeschluß zur Stimmenthaltung verpflichtet; sein Weg war ihm vorgeschrieben: er durfte sich von der Abstimmung drücken oder aber erscheinen und sich freiwillig der Stimme enthalten. Eine andere Wahl hatte er nicht.

Trotzdem haben neun sozialdemokratische Abgeordnete die Stirn gehabt, schamlos gegen Groeners Etat zu stimmen. Unter ihnen befanden sich Seydewitz, Rosenfeld, Ströbel und Dr. Anna Siemsen. Diese Rebellen haben also mit zynischer Dreistigkeit das in sie gesetzte Vertrauen der Fraktion mißbraucht, um mit den Kommunisten den Panzerkreuzer abzulehnen, ein Verbrechen, das, nach der derzeit geltenden sozialdemokratischen Verlegenheits-Theorie, nichts anderes ist als direkte Unterstützung des Fascismus. Es versteht sich am Rande, daß die bösen Neun auf dem nächsten Parteitag vorgeknöpft werden und ihre Haltung verteidigen müssen.

Wenigstens ist ihnen das angedroht. Bis zum Parteitag werden allerdings viele Wasser den Berg hinablaufen, der Zahn der Zeit heilt Wunden und es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Die S.P.D. wird bis dahin vielleicht andere Sorgen haben und froh sein, wenn sie wie bisher von der Popularität der „linken" Sozialdemokraten in gewissen Kreisen der Arbeiterschaft profitieren kann: diese Oppositionellen sind doch das wirksame Aushängeschild, das immer noch gutgläubige Proleten zu der längst bürgerlichsten, spießbürgerlichsten Partei lockt (und bei ihr festhält) und ihnen den Glauben beibringt, sie befänden sich in der Gesellschaft, die sie suchten.

Die neun Unbotmäßigen sind nicht die einzigen Sozialdemokraten, denen es schwummrig zumute wurde bei dem Gedanken, Herrn Groener auf den traditionell schwieligen Proletarierfäusten einen niedlichen Panzerkreuzer präsentieren zu müssen. Außer ihnen muß man auf die Liste der unsicheren Kantonisten wohl auch den größeren Teil der 23 Abgeordneten setzen, die bei der Abstimmung gefehlt haben. Sechs von ihnen waren durch Krankheit entschuldigt. Der Rest scheint der Tapferkeit besseres Teil erkoren zu haben, indem er sich dem Dilemma durch die Flucht aus dem Reichstag entzog.

Die Fraktion scheint also aus drei Sekten zu bestehen: aus denen, die, wie Herr Schöpflin, lieber mit Groener als mit den Kommunisten marschieren; aus ihren Antipoden, die lieber mit Thälmann stimmen (wenn auch nicht marschieren) als mit Groener gehen und, drittens, aus den tragischen Gestalten, die zwar wissen, was sie gern möchten, aber sich nicht getrauen, es auch zu wollen und darum, eilende Strauße, Geflügel der Wüste, den verwirrten Kopf in kritischen Situationen schmerzerfüllt in den Dünensand oder ins erstbeste Bierseidel des Reichstagsrestaurants einbohren. Drei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!

Alles in allem kann man weherschüttert sagen: ein tragisch schwer Verhängnis waltet über dieser Partei, denn einerseits und andererseits und in Anbetracht und nach gewissenhafter Erwägung aller äußeren, inneren, staats-, partei- und kirchturmspolitischen Verantwortlichkeiten kann sie halt immer nicht anders, und die Geschichte wird ihr Opfer eines Tages rechtfertigen. Wer lacht da hinten? Herr Brüning. Peng

„Würden diese Genossen (die neun linken S.P.D.-Abgeordneten) anders gehandelt haben, so würden die Massen der sozialdemokratischen Wählerschaft, die unter keinen Umständen neue Kriegsschiffe bauen lassen wollen, sich durch die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr vertreten fühlen. Die Folge wäre ein Linksabmarsch von Hunderttausenden gewesen. Und das haben die gegen den Kreuzer stimmenden Genossen verhindert."

Abg. Rosenfeld im Zwickauer „Volksblatt"

Der Unverantwortliche

„Nur der schuldbewußte kleine republikanische Lump kann den politischen Mord als etwas Verdammenswertes an sich bezeichnen."

Hitler im „Illustrierten Beobachter" (39, 1929)

Mitteleuropa

Von Pitt

In der vergangenen Woche sind zwischen Deutschland und Österreich „Richtlinien" vereinbart worden, die einen deutsch-österreichischen Zollvertrag vorbereiten sollen. Der Vertrag selber (der frühestens in einem Jahr in Kraft treten könnte) soll die Zölle der beiden Staaten in möglichst weitgehende Übereinstimmung bringen; die Ein- und Ausfuhrzölle zwischen Deutschland und Österreich sollen aufgehoben werden; an ihre Stelle würden Zwischenzölle treten, die für eine Übergangszeit den Industrien der beiden Länder einen gewissen Schutz bieten (diese Zwischenzölle könnten auch teilweise durch Kartelle ersetzt werden).

Was würde ein solcher deutsch-österreichischer Zollvertrag bedeuten?

*

Zunächst wollen wir einmal die rein wirtschaftlichen Folgen betrachten, und zwar an Hand der Interessenten-Einsprüche, die schon jetzt gegen den Abschluß eines solchen Vertrages laut geworden sind.

Da ist einmal der Landbund als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen. Er sieht schon das „Loch im Südosten", d. h. er fürchtet, nach der Angleichung der Zölle der beiden Länder könnten die Agrarprodukte der osteuropäischen Länder über Österreich nach Deutschland einströmen (heute werden landwirtschaftliche Produkte in Deutschland durchschnittlich mit 30 Prozent ihres Wertes durch Einfuhrzölle belastet, in Österreich mit 17 Prozent). Außerdem führt er an, die deutsche Regierung sei doch gerade gegenwärtig daran, die Zollgesetzgebung (durch Ermächtigungsgesetze) so elastisch zu gestalten, daß die Zölle jederzeit rasch erhöht werden können — wäre das auch möglich, wenn Österreich und vielleicht sogar noch andere Länder in das deutsche Zollsystem einbezogen würden?

Ähnliche Befürchtungen vor ihrer ausländischen Konkurrenz haben natürlich auch diejenigen Industriezweige, deren Erzeugnisse in Österreich weniger zollgeschützt sind als in Deutschland. Oder sollte in allen diesen Fällen der höhere Zollsatz maßgebend werden?

Dann wären die Konsumenten die Leidtragenden. Ihnen (wenigstens dem größten Teil von ihnen, nämlich den Arbeitnehmern) droht auch noch eine andere Gefahr: daß die Angleichung des Zollniveaus ergänzt wird durch eine Angleichung des Lohnniveaus, wobei wahrscheinlich das österreichische maßgebend wäre (denn es ist das niederere).

Alle diese Bedenken erscheinen freilich unwichtig neben der Frage: kann ein Zollbündnis zwischen Deutschland und Österreich, allgemeiner gesprochen: kann ein regionales Zollbündnis, eine Vergrößerung der jetzigen Zollgebiete Produktion und Austausch heben und die Krisen des heutigen Wirtschaftssystems mildern? Die Antwort lautet: höchstens in ganz geringem Maße. Denn ein Zollbündnis zwischen zwei Staaten, das ja im Grunde nicht ist als ein Versuch, die Krisenerscheinungen (Produktions- und Absatzstockung) vom eigenen Zollgebiet fernzuhalten und auf ein anderes abzuwälzen, führt notwendigerweise zu erhöhtem Zollschutz gegen die übrigen Staaten, also zu vermindertem Warenverkehr mit diesen und als Folge davon zu handelspolitischen und wahrscheinlich auch zu rein politischen Auseinandersetzungen.

*

Bei einem deutsch-österreichischen Zollbündnis ist die Gefahr, daß die wirtschaftlichen Erleichterungen, die es vielleicht bringt, zunichte gemacht werden durch die politischen Schwierigkeiten, die es hervorruft, besonders groß: das Gespenst eines von Deutschland geführten Mitteleuropa taucht auf und bringt neue Unruhe in das friedlose Europa.

Daß sich Deutschland gegenwärtig stärker als je dem Südosten zuwendet, hat noch deutlicher als die deutsch-österreichische Vereinbarung eine „mitteleuropäische Wirtschaftstagung" gezeigt, die vor vierzehn Tagen in Wien abgehalten wurde. Auf ihr hat der Präsident der Stettiner Handelskammer erklärt, Deutschland habe das größte Inseresse an der einheitlichen wirtschaftlichen Organisation der Ländergruppe von Deutschland bis zur Donaumündung; die deutsche Wirtschaft sei bereit, an einer Zusammenfassung der mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftskräfte aktiv mitzuarbeiten. Daß Frankreich seine Vormachtstellung in Europa durch diese Absichten bedroht sieht, ist verständlich; daß die deutsche Regierung solche Pläne (wie übrigens auch die Wirtschaftsverhandlungen der Industriellen mit Rußland) unterstützt, um Frankreich zu zeigen, daß sie auch noch einige Trümpfe auf der Hand habe, ist kaum zu bezweifeln.

*

So scheinen die Bestrebungen, die mittel- und südosteuropäischen Staaten zusammenzufassen, die Einigung Europas nur zu hemmen. Ob sie nicht schließlich doch nur eine Etappe auf dem Weg zur gesamteuropäischen Einigung sind, hängt vor allem von der Entwicklung in Rußland ab. Das zeigen deutlich folgende Sätze aus einem Zeitungsbericht über die „mitteleuropäische Wirtschaftstagung": „Immer wieder ertönte der Warnruf vor dem Sowjetdumping. Österreichische Waldbesitzer, tschechische Industrielle, südslawische Bankiers vereinigten sich in der Angst vor dem Ergebnis des Fünfjahresplans. Dr. Kallbrunner-Wien sagte: Die russische Gefahr hat das eine Gute an sich, daß die Angst vor Rußland schließlich zu einer Einigung Europas führen wird."

*

Wir haben also allen Grund, die mitteleuropäischen und europäischen Einigungsverhandlungen sehr aufmerksam, aber ohne jede Illusion zu verfolgen.

Die diplomatischen Vertreter Englands in Wien und Berlin haben der österreichischen und der deutschen Regierung in Aussicht gestellt, der Völkerbund werde prüfen, ob das geplante deutsch-österreichische Zollbündnis nicht gegen internationale Verträge verstoße.

Der Reichstag hat das Osthilfegesetz und den Reichshaushalt 1931/32 mit 277 gegen 64 Stimmen verabschiedet und sich bis 13. Oktober vertagt.

Die Krise in Italien

Er ist merkwürdig still geworden, der sonst so redegewandte Duce. Wenige Jahre ist es erst her, daß er mit kriegerischem Geschrei drohte, die grün-weiß-rote Trikolore über den Brenner zu tragen; jetzt redet er vor dem Mikrofon nach Amerika wie der sanftmütigste Pazifist, und Frankreich poussiert er wie ein verliebter Schwärmer.

Was hat das zu bedeuten? Hat er einen aufrichtigen Gesinnungswechsel vollzogen?

Nein; nicht Mussolini hat sich gewandelt, sondern die Verhältnisse haben sich geändert. Italien wird nämlich genau wie die übrigen Ländern von der ungeheuren internationalen Wirtschaftskrise gewürgt, obwohl es nicht Reparationsschuldner, sondern Reparationsgläubiger ist: ein Riesendefizit in der Staatskasse, eine Riesenarbeitslosigkeit in der Wirtschaft und ein Riesenmassenelend im Lande.

Die Staatsfinanzen zeigen trotz aller schwindelhaften Aufmachung einen offenbaren Bankrott. Er kann auch dadurch nicht verheimlicht werden, daß neben dem eigentlichen Kassenbudget noch ein besonderes Zuständigkeitsbudget geschaffen worden ist, in dem durch undurchsichtige Transaktionen sogar noch Überschüsse errechnet werden. Die nackte und bittere Wahrheit demonstrieren nämlich die schwebenden Staatsschulden, die von 1,32 Milliarden Lire im Juni 1928 auf 3,76 Milliarden im Juni 1930 angewachsen sind, und mit deren weiterem Steigen auf 4,5 Milliarden im Oktober 1931 zu rechnen ist. Das Kassendefizit hat im Jahr 1927/28 1,5 Milliarden betragen, im Etatsjahr 1929 3,3 Milliarden. Die sanften Flötentöne Mussolinis können darum nur als Lockmittel an das Ausland aufgefaßt werden, um rasch und leichter Auslandskredite hereinzubekommen.

Die gegenwärtige Zahl der Arbeitslosen (2 Millionen) ist für ein Land, das noch lange kein ausgesprochenes Industrieland ist, geradezu ungeheuerlich; noch dazu, wenn man das Tempo betrachtet, in dem sie gewachsen ist; hat sie doch im vergangenen Oktober noch nicht eine halbe Million betragen.

Die allgemein wirtschaftlichen Verhältnisse sind trostlos. Nachdem vor 1—1½ Jahren bereits ein rigoroser Lohnabbau von 20 Prozent durchgeführt worden war, ist neuerdings eine weitere Lohnsenkung um 8—12 Prozent erfolgt. Als Weihnachtsgeschenk erhielten die Beamten eine Gehaltskürzung von 12 Prozent beschert, die das Kassendefizit ausgleichen sollte. In keinem Lande liegt das Niveau des Reallohnes so tief wie in Italien. Die Produktion geht ständig zurück, die Umsätze am Binnenmarkt zeigen ebenso wie beim Außenhandel eine konsequent absteigende Linie. Es ist daher kein Wunder, wenn die Zahl der Bankrotte steigt, wenn die Schwindelkonzerne zusammenkrachen, wenn das Kapital ins sichere Ausland flüchtet.

Wie in Deutschland machte man auch in Italien Lohnsenkung und Gehaltsabbau den davon Betroffenen mit Preissenkungsversprechungen schmackhaft; sie erwiesen sich aber hier ebenso wie bei uns als ausgemachter Beruhigungsschwindel. Dafür werden die Zölle und die Massensteuern erhöht, besonders die Umsatzsteuer, die Steuern auf Kaffee und Tabak, die Zölle auf Weizen, Zucker und Alkohol; sie sollen seit Beginn der Diktatur auf das Doppelte angestiegen sein.

Zur Niederhaltung der durch die Verhältnisse etwa unwillig werdenden Massen besteht ein riesenhafter Militär- und Polizeiapparat, dessen Posten sich durch Korruption und Spitzelwesen noch wesentlich erhöhen. Die Ausgaben für diesen politischen Unterdrückungsapparat haben sich seit 1924 ebenfalls verdoppelt.

So sieht es im Experimentierland des Fascismus aus.

Hans Krauß

Meine Erwägungen wurden schließlich bestimmt durch die Schlagbereitschaft meiner nun einmal vorhandenen Truppen, durch meinen wohlgefüllten Schatz und durch die Lebhaftigkeit meines Charakters; sie gaben den Ausschlag zum Kriege gegen Maria Theresia.

Ehrgeiz, Interesse und Wunsch, von mir reden zu machen, gewannen die Oberhand, und der Krieg wurde beschlossen.

Wer ein Herz im Leibe hat und zu sehen versteht, den müssen die Leiden erschüttern, die durch die Gedankenlosigkeit oder die Leidenschaft der Staatsmänner über die Völker gebracht werden.

Friedrich der Große

Wenn das deutsche Volk wüßte, wie Friedrich der Große wirklich gewesen ist, würde es ihm grauen. Walter Rathenau

Die Maschinenstürmer

In der Monatsschrift „Die Tat" berichtet Heinrich Fellmann von einem Ereignis, das beweisen soll, „daß zum erstenmal in der neueren Geschichte ein Widerstand gegen die Verdrängung des Menschen durch die Maschine erfolgreich gewesen ist".

Um was handelt es sich? In der englischen Textilindustrie, und zwar probeweise zunächst in einer einzelnen Fabrik in Burnley, sollte ein neues Verfahren ausprobiert werden, das gestattet, in Zukunft die doppelte Anzahl von Spindeln durch einen Arbeiter bedienen zu lassen als bisher. Das bedeutete, da ja bei der augenblicklichen Wirtschaftslage eine Vermehrung der Produktion untunlich ist, die Entlassung der Hälfte der beschäftigten Arbeiter. „Aber da brach der Widerstand aus und wurde so heftig, ging so tief, daß die Maßnahme zurückgezogen werden mußte. Die bisherige Arbeitsart wird beibehalten."

Der Verfasser betrachtet das als „einen Meilenstein in der Entwicklung, ... einen Akt der Selbstbefreiung auch gegenüber der Doktrin der Arbeiterbewegung aller Länder, die in den letzten Jahrzehnten, auch wenn sie nicht streng marxistisch war, die liberale und mechanistische Wirtschaftstheorie widerspruchslos übernommen und sogar noch übersteigert hat." Es folgen Ausfälle gegen die deutsche Sozialdemokratie, von den † † † Kommunisten ganz zu schweigen.

Wir wollen annehmen, daß der Verfasser die Ereignisse selbst richtig dargestellt hat, was ich nicht nachprüfen kann. Was bedeutet dann der Vorfall? Vielleicht, daß die englischen Arbeiter, die im Beginn des modernen Kapitalismus die Maschinen zerschlagen haben, vielleicht, daß Tollers „Maschinenstürmer" eigentlich recht gehabt hätten und nur der Gewalt unterlegen seien? Man braucht wohl nicht marxistisch geschult zu sein, sondern nur halbwegs entwicklungshistorisch zu denken, um das Absurde dieser Frage zu erkennen.

Aber bleiben wir bei dem konkreten Beispiel. Hier hat also anscheinend eine gut organsierte Arbeiterschaft die Unternehmer — wenigstens vorübergehend — gezwungen, auf ein privatwirtschaftlich rentables Verfahren zu verzichten. Erfolg: eine arbeitsparende Erfindung wird nicht ausgenutzt. Der Arbeiter muß ebensolange und ebensoviel arbeiten wie zuvor und der Unternehmer profitiert von der ganzen Sache auch nichts. Ist das wirklich der Sinn technischen Fortschritts?

Wir wollen einmal eine andere Rechnung aufmachen. Also die Arbeiter hier sind stark genug, Entlassungen zu verhindern und den Unternehmer zu zwingen, auf den größtmöglichen Profit zu verzichten (ob auf die Dauer?). Dann müßten sie doch auch stark genug sein, den technischen Fortschritt zu ihren Gunsten auszunutzen. Der Unternehmer, der ja so edeldenkend ist, daß er auf die lohn- und arbeitsparende Maschine verzichtet, müßte an dem verbesserten Spinnapparat, der die Stundenproduktion verdoppelt, zwei Arbeiter nur je vier Stunden zum alten Tageslohn arbeiten lassen, allenfalls viereinhalb bis fünf, um Zinsen und Amortisation für die neue Einrichtung hereinzubekommen. Damit wäre beiden Teilen geholfen.

Wäre! Wenn es nämlich diesen so edel und so unkaufmännisch denkenden Unternehmer gäbe. Und wenn es sich nur um einen einzelnen Unternehmer handelte. Daß aber die gesamte englische Textilindustrie angesichts der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt auf die Dauer bereit sein soll, auf arbeit-, also lohnsparende Methoden zu verzichten, das ist wirklich nur dem etwas jugendromantisch angehauchten Leserkreise der „Tat" aufzutischen. Ebensogut könnte man ja diesen Textilunternehmern zumuten, angesicht der schlechten Lage im Kohlenbergbau doppelt soviel Kohle zu verbrauchen als nötig.

Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Verfasser des Tat-Artikels seinen Hymnus auf die englischen Maschinenstürmer ehrlich meint. Er dürfte in intellektuellen Kreisen zu suchen sein. Und damit hätten wir wieder einmal einen schönen Beweis für den marx'schen Satz: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."

Fritz Edinger

Wir waren kompliziert genug, die Maschine zu bauen, und wir sind zu primitiv, uns von ihr bedienen zu lassen. Wir treiben Weltverkehr auf schmalspurigen Gehirnbahnen. Karl Kraus

Volkswirtschaft

Die deutsche Reichsbahn hat einen „Überbestand" von etwa 1000 Lokomotiven und 100 000 bis 150 000 Waggons. Die Hälfte der überflüssigen Lokomotiven und ein Zehntel der Waggons will sie jetzt nach Rußland verkaufen. Warum nicht mehr? Warum den Rest nicht nach Jugoslawien, Tschechien oder sonstwohin, wo man Bedarf dafür hat? Zu jedem Preis, denn was hat es für einen Sinn, 1000 Lokomotiven und 100 000 Waggons herumstehen und verfallen zu lassen, die man nicht braucht?

Voraussichtlich wird es bald noch mehr Überbestand geben infolge Elektrifizierung von Bahnlinien, infolge Rückgang des Verkehrs auf der Bahn wegen zu hoher Tarife und immer stärkerer Verwendung des Autos zum Personen- und Frachttransport. (Damit die Bahn ja nicht überlastet wird, bauen wir außerdem noch Kanäle.)

Will die Reichsbahn Millionen von überflüssigen Waggons dastehen haben, wenn einmal Gras zwischen ihren Schienen wächst?

Glaubt sie am Ende, mit ihnen eines Tages die Wohnungsnot aus der Welt schaffen zu müssen?

*

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat auf eine Anfrage im Landtag erklärt, es sei ihm allerdings bekannt, daß eine Reihe von städtischen Gasanstalten in Preußen ausländische Kohlen verwenden. Die Staatsregierung werde auf eine „Abstellung dieses Mißstandes" hinwirken.

Da ausländische Kohlen erheblich billiger sind als inländische, so ist ihre Verwendung als entschiedener Mißstand zu betrachten. Ein Land, in dem das Brotkorn dreimal so teuer ist als auf dem Weltmarkt, weil sonst seine Großgrundbesitzer nicht mit Vieren fahren können, ist es auch seinen Kohlenbaronen schuldig, dafür zu sorgen, daß ihre Arbeitslosenunterstützung nicht geschmälert werde. Was macht es, wenn die breite Masse dann etwas höhere Gaspreise zahlen muß? Sie zahlt ja auch den doppelten Brotpreis.

*

Dem Rechnungshof für das deutsche Reich ist es aufgefallen, daß in fast allen Behörden im 11. und 12. Monat des Etatsjahrs auf einmal verzweifelt Anschaffungen gemacht werden, aus dem einzigen Grund, um die im Etat ausgesetzten Mittel restlos aufzubrauchen. Ein Beamter einer „mittleren" Behörde hat das in der Zeitung erklärt: wenn in einem Etatsjahr von den bewilligten 5000 Mark bloß 3000 ausgegeben werden (weil man bei vernünftiger Wirtschaft damit ausgekommen ist), dann erhält man im nächsten Jahr eben nur 3000 Mark bewilligt; man ist also „genötigt", den ganzen Betrag auszugeben, und macht nun eben unnötige Ausgaben, „um den ausgesetzten Betrag auch für das kommende Jahr zu retten".

Zu retten ist gut. Und kein Ministerialrat bringt jetzt trotz eifrigstem Kopfzerbrechen heraus, wie diese tragische Verkettung gelöst werden könnte.

Ich würde vorschlagen, den Herren Bürokraten für ihre Tinte und ihre Aktendeckel gar nichts „auszusetzen" und sie einfach am Schluß jeden Monats eine Spesenrechnung einreichen zu lassen. So machen's, wenn ich mich nicht irre, die Leute, die kaufmännisch rechnen.

Bei Behörden ist aber so etwas wahrscheinlich undenkbar. Auch wenn dadurch „in die Millionen gehende Beträge" gespart werden könnten. Blechschmidt

Folgen des Stahlbads

Zeitungsbericht über den Prozeß Tetzner: „... Als Tetzner seiner Frau seinen Plan vortrug, riet sie ihm dazu, doch eine Leiche zu nehmen und nicht erst jemand zu erschlagen. Darauf erwiderte er ihr: „Du hast ja einen Vogel, man muß dabei Blut sehen. Im Krieg sind soviele Menschen zugrunde gegangen, da kommt es auf den einen nicht an."

Zeitungsbericht über den Prozeß Saffran: „... Zunächst habe ihm die Kontoristin Ella Augustin von dem bevorstehenden Zusammenbruch des Geschäfts erzählt, und dann habe man ihm erst den Plan entwickelt, man müsse einen Menschen umbringen, um in den Besitz der großen Versicherungssumme zu gelangen. Im Kriege seien so viele Menschen gefallen, daß es auf einen mehr nicht ankomme."

Menschen im Zuchthaus

Von Hermann Mauthe

Die Kriminalität ist der beste Spiegel einer Gesellschaftsordnung. In der Art, wie der Staat sich gegenüber den Entgleisten verhält, erkennt man den Geist der „Volksgemeinschaft". In unserem Strafgesetz spiegeln sich liberalistische Tendenzen in holder Abwechslung mit dem Vergeltungs- und Abschreckungswillen des alten Obrigkeitsstaates, und in unserem Strafvollzug ist das Durcheinander noch schlimmer. Er ist in den verschiedenen Ländern verschieden geregelt. In Preußen und einigen Ländern hat sich seit 1923 der stufenmäßige Strafvollzug Bahn gebrochen, der theoretisch im sogenannten Verbrecher den Entgleisten, Schwachen oder Kranken sieht, dem man helfen und den man erziehen muß, damit er sich eines Tages wieder in die menschliche Gesellschaft zurückfindet und sich dort behaupten kann, oder den man verwahren muß, wenn eine solche Einwirkung nicht möglich ist. In einigen Musteranstalten, wie z. B. in Celle, ist dieser moderne Strafvollzug in vorbildlicher Weise durchgeführt; die Gefangenen haben die Möglichkeit, bei guter Führung Vergünstigungen zu erhalten und in die nächste Stufe einzurücken; in der zweiten und dritten Stufe sind sportliche Betätigung, Spaziergänge, Radio, Zeitungen usw. erlaubt; die dritte Stufe hat in einigen Anstalten weitgehende Selbstverwaltung. Während die drei Stufen bisher in den einzelnen Anstalten vereinigt waren, geht Preußen neuerdings daran, für jede Stufe besondere Anstalten einzurichten, und zwar jeweils getrennt für Gefängnissträflinge und Zuchthaussträflinge.

Leider ist auch dieser neue ideale Strafvollzug abhängig von dem zur Verfügung stehenden Vollzugspersonal, das weithin noch vom Geist der Strafe erfüllt scheint. Immer noch spukt in den Köpfen höherer und niederer Beamter der Wahn, man müsse den Gefangenen durch Darbietung von billigen Ermahnungen und durch ein System ausgeklügelter Strafmaßnahmen „bessern", d. h. gefügig machen; in ihrem Umkreis läuft das neuzeitliche Vergünstigungssystem vielfach darauf hinaus, daß man im Wohlverhalten der Gefangenen das letzte Ziel des Systems sieht, während es eigentlich dazu dienen sollte, dem Gefangenen einen Anreiz zur Selbsterziehung zu geben. So kann es nicht ausbleiben, daß nicht immer gerade die wertvollen und charakterstarken Elemente in den Genuß der Vergünstigungen kommen, sondern die Heuchler und Kriecher.

Der neue Strafvollzug braucht notwendig neue Menschen für seine sinngemäße Durchführung; er braucht an Stelle des Wachtmeisters von ehedem sozialpädagogisch geschulte Vollzugsbeamte und vor allem auch die weitgehende Mitwirkung freiwilliger Kräfte, deren Sorge für den Übergang der Gefangenen ins Leben nicht erst einsetzt, wenn sich die Tore des Gefängnisses für den zur Entlassung Kommenden öffnen, sondern in erster Linie darauf abzielt, daß im Strafvollzug selbst alles getan wird, um den einzelnen Gefangenen für die Rückkehr ins Leben zu ertüchtigen.

Der Entwurf zu einem deutschen Strafvollzugsgesetz sieht solche freiwilligen Anstaltshelfer vor (sie sollen von den Justizministerien der einzelnen Länder berufen werden). Welche schwierige Aufgabe ihrer wartet, zeigt mit großer Deutlichkeit das Buch von Lenka von Koerber „Menschen im Zuchthaus" (Societäts-Verlag, Frankfurt a. M.; Preis brosch. 4,80 Mark). In ihm sind aus den Erfahrungen freiwilliger Gefangenenfürsorge rund 30 Fälle geschildert, an denen die Mängel unseres heutigen Strafrechts und des noch im Vorgestern wurzelnden Strafvollzugs klar zutage treten. Man erfährt von mancherlei Menschenkindern die erschütterndsten Schicksale und sieht sofort, wie verheerend gegenüber solchen Menschen der in altem Geist betriebene Strafvollzug wirken muß, der in der Aufrechterhaltung von Ruhe, Disziplin und militärischer Zucht seine Hauptaufgabe erblickt. Zu der inneren Not und Zerrissenheit kommt noch der fürchterliche Zwang, sich in einen niederdrückenden Apparat so einzufügen, daß möglichst wenig Reibungen verursacht werden. Die Gefangenen sind auf das Wohlwollen der Beamten angewiesen und können die einzelnen Vergünstigungen nur durch Gefügigkeit erreichen; sie müssen sich „daran gewöhnen, eine Maske zu tragen, die alte vorschriftsmäßige Züge trägt. Wenn sie einmal fällt, wenn der Gefangene seiner ganzen Verbitterung Ausdruck verleiht, dann wird der Ruhestörer, der Widersetzliche bestraft und sieht, daß mehr von ihm verlangt wird als von den Menschen im freien Leben. Er soll immer beherrscht sein, er soll sich immer unterordnen, er soll zu keiner Klage Anlaß geben. Wer erreicht das von den Unbescholtenen? Aber weil er verurteilt ist, soll er bestraft werden; weil er ein Gefangener ist, darf er überfordert werden." Man verweigert ihm kleine Genüsse, wie etwa das Rauchen, die gerade ein wirksames und unschuldiges Gegenmittel gegen die durch die Haft erzeugten Spannungen sein könnten; eine strenge Briefzensur macht es dem Gequälten unmöglich, sich über seine wirklichen Nöte und Anliegen offen auszusprechen; die Beschränkung des Lesestoffs verhindert den lebendigen Kontakt mit draußen; um die Erfüllung der kleinsten individuellen Wünsche muß oft ein unnötiger Kleinkrieg geführt werden. Das alles ist geeignet, in dem Gefangenen einen Zustand zu erzeugen, der ihn vollends innerlich zermürbt und für das Leben untauglich macht.

Der neue Strafvollzug, soll er einen Sinn haben und wirksam werden, braucht ein intensives und verständnisvolles Eingehen auf die besonderen Gegebenheiten des Einzelnen. Es bedarf sozialpädagogisch geschulter Kräfte, die in Verbindung mit Leitung und Anstaltslehrer dafür sorgen, daß der Gefangene sinngemäß gefördert wird. Die Gefangenenfürsorge hatte bis jetzt zu sehr den Stempel der Wohlfahrt, und auch die übliche Betreuung durch den Anstaltsgeistlichen kann keine wirkliche Hilfe bedeuten; er muß ein paar hundert Gefangene „versorgen" und kann schon aus diesem Grunde nur in seltenen Ausnahmefällen mehr vermitteln als gelegentlichen Zuspruch und periodisch verabreichte seelische Erbauung. Was damit erreicht wird, hat keinen Bestand; selbst die gelegentliche Vermittlung von Vorträgen und mehr oder weniger wertvoller Unterhaltung, wie sie da und dort wohlmeinend betrieben wird, krankt an dieser oberflächlichen Art, die Menschen in irgend einer Hinsicht zu „erfassen". Einsichtsvolle Anstaltsleiter sind bereits darüber hinaus zu einer lebendigen schulischen Beeinflussung gekommen, die in kleinen, auf besondere Bedürfnisse zugeschnittenen Kursen und Arbeitsgemeinschaften dem Gefangenen die Möglichkeit gibt, an sich selbst zu arbeiten. Unterstützt werden diese Bemühungen durch Gelegenheit zu sportlicher Betätigung, die in Verbindung mit ab und zu gewährtem Urlaub gleichzeitig ein Mittel gegen die Sexualnot der vom Leben Abgeschlossenen ist.

Sehr wichtig ist die Frage der Arbeit für die Ertüchtigung des vom Beruf ferngehaltenen Menschen. Was bis jetzt auf diesem Gebiet da war, war lediglich eine stumpf und unlustig machende Beschäftigung, keine ernsthafte Arbeit. Angestrebt wird vom modernen Strafvollzug die Einrichtung von Gefängnis-Fabrikbetrieben, in denen sich der Gefangene beruflich betätigen und weiterbilden kann. Damit ist dann allerdings erst eine Schwierigkeit der Wiedereingliederung in ein geordnetes Berufsleben beseitigt; die andere, größere, besteht für den Vorbestraften darin, in der wiedergewonnenen Freiheit überhaupt wieder Arbeit zu bekommen. Bei der

Ungenügend

Alljährlich nehmen sich einige junge Leute das Leben, weil sie durch irgend ein dummes Examen gerasselt sind; entweder war ihr Selbstbewußtsein zu stark erschüttert, oder aber sahen sie keine Möglichkeit mehr, für eine einigermaßen annehmbare Laufbahn.

In Breslau hat dagegen kürzlich ein im Referendarexamen durchgefallener Prüfling sein gesundes Selbstbewußtsein dadurch gezeigt, daß er kurzerhand den preußischen Staat auf Schadenersatz verklagte. Es fiel ihm nicht ein, das Urteil der Herren Examinatoren anzuerkennen, die seine schriftliche Arbeit als „ungenügend" zurückgewiesen hatten; er fand seine Arbeit nicht gerade schlecht und will nun vor Gericht den Nachweis erbringen, daß verschiedene Autoritäten dieselbe gute Meinung von seiner geistigen Leistung haben.

Das Gericht hat bis jetzt seine Klage nicht zurückgewiesen, und so wird sich aus der Angelegenheit voraussichtlich ein sehr interessanter Prozeß entwickeln. Ist der Staat, der einem jungen Menschen durch ein falsches Prüfungsurteil seiner Examinatoren den Weg für eine gewählte Laufbahn versperrt und ihn zwingt, sich einem anderen Studium zuzuwenden, zu Schadenersatz verpflichtet? Kann er sich überhaupt auf einen Streit über geistige Leistungen einlassen, ohne damit das ganze heutige Prüfungssystem zu erschüttern? Er wird es kaum können, denn die Folge wäre eine unendliche Flut von Einsprüchen, und in vielen Fällen würden sich höchstwahrscheinlich die Urteile der angerufenen Autoritäten so widersprechen, daß man nur schwer zu einer eindeutigen Entscheidung käme.

Trotzdem hat der Breslauer Student recht getan, daß er den Staat auf Schadenersatz verklagt hat. Er demonstriert auf diese Weise weithin sichtbar den Unsinn unseres Prüfungs- und Berechtigungswesens. Wenn eine bestimmte Laufbahn von der Absolvierung einer bestimmten Prüfung abhängig gemacht wird und derjenige, der sie beschreiten will, dadurch zu einem recht kostspieligen und zeitraubenden Studium veranlaßt wird, ist es höchst bedenklich, wenn das Bestehen dieser Prüfung von dem Betreffenden nicht allein Fähigkeiten und Kenntnisse erfordert, sondern auch ein gewisses Glück; das Glück nämlich, im richtigen Augenblick an den richtigen Examinator zu geraten. Hat er das Glück nicht, und kommt der Examinator aus irgendwelchen unberechenbaren Gründen zu einem Urteil, das seine geistige Leistung verwirft, so wird er unter Umständen auf Jahre in seinem Entwicklungsgang zurückgeworfen, da das heute übliche Berechtigungssystem auf vielen Gebieten jedem den Weg versperrt, der nicht im Besitz der vorgeschriebenen Berechtigungsscheine ist.

In einer Zeit, die ganz auf Leistung eingestellt ist, ist es ein Unsinn, so wichtige Entscheidungen von unzulänglichen Prüfungen abhängig zu machen. Was einer ist und kann, zeigt sich besser und eindeutiger in der Praxis des Lebens; es ist eine Anmaßung, an Hand eines mittelalterlichen Prüfungssystems von vornherein über den Weg zu entscheiden, den einer nehmen darf. Nicht eine Erschwerung der Erlangung solcher Berechtigungsscheine ist notwendig (man schreit neuerdings wieder darnach), sondern eine andere Einstellung ihnen gegenüber. Sie waren von jeher weniger ein Mittel zur wirklichen Führerauslese als zur Sicherung der Pfründe für bestimmte Schichten und sind in dem Moment sinnlos, wo, wie heute, eine ungeheure Verbreiterung der Bildung (vor allem auch der akademischen) vor sich geht. In der freien Wirtschaft und bestimmten freien Berufen ist es immer mehr so, daß die wirkliche Leistung und nicht irgend ein Bündel staatlicher Schulzeugnisse entscheidet; nur im Umkreis des Staates sucht man auch heute noch mit einer beispiellosen Arroganz alles fernzuhalten, was nicht durch das recht zweifelhafte Sieb akademischer Prüfungen gegangen ist. K. Berger

Man kann die Deutschen in zwei Klassen teilen, in Hofräte und solche, die es sein möchten. Aber es ist betrüblich: wie wenige sind Hofräte, und wie viele möchten es sein! Ach, wenn ich ein deutscher Fürst wäre, es sollte anders werden. Ich wollte alle meine Untertanen glücklich machen. Ich würde sie alle zu Hofräten ernennen. Ohne Unterschied des Standes, der Geburt, des Reichtums, des Geschlechts, der Bildung und des Alters; sie müßten alle Hofräte sein: Vornehme und Geringe, Bürger und Beamte, Arme und Reiche, Männer und Weiber, Kinder und Greise, Gebildete und Rohe, ehrliche Leute und Schurken. Wenn im Frankfurter Wochenblättchen einer stirbt, und der Verewigte war Doktor und hatte sonst noch den einen und andern Titel, so vergißt das Wochenblättchen nie, diese Titel zu nennen, und man hat kein Beispiel seit Karl d. Gr., daß je einer vergessen worden wäre. Aber noch einmal: wie viele Menschen haben Titel? In Deutschland höchstens der zehnte Mann. Wenn ich aber Fürst wäre, dann sollte es anders werden, dann müßte es eine Lust sein, in Deutschland zu leben und zu sterben. Ludwig Börne

Kulturreaktion

Die Pfarrer, christlichen Vereinsleiter, Jugendsekretäre, Wohlfahrtstanten und was sonst noch bemüht ist, die Milch der frommen Denkungsart zu altjüngferlicher Säuerlichkeit gerinnen zu lassen, sind augenblicklich heftig dabei, die deutsche Kultur zu retten. So hat z. B. der Dreigroschenoper-Film neulich irgendwo einen Sturm der Entrüstung erregt, weil in dem Stück eine Hochzeit im Pferdestall gezeigt wird. Man denke! Hochzeiten finden von jeher in der Kirche und nachher in einem Nebenzimmer statt; umgeben von Bierseideln und Weingläsern verkörpert solch' ein Brautpaar bodenständige Sitte und kerniges Volkstum, während die Darstellung einer Hochzeit im Pferdestall lediglich ein bedauerliches Beispiel von Kulturbolschewismus gibt, gegen das man im Interesse der Reinerhaltung unseres munter vegetierenden Volkstums zu protestieren verpflichtet ist. Muß es nicht verheerend wirken, wenn das Volk erfährt, das statt des traditionellen Wirtshausqualms sich auch süßer Roßäpfelduft über dem Eingang zur Ehe lagern könne?

Aber das ist nicht das einzige, was an diesem Film beanstandet wird. Das Karlsruher Jugendamt z. B. hat mit Entrüstung entdeckt, was für eine lächerliche Figur der Polizeipräsident in dem Stücke macht. Es beruhigt sich nicht damit, daß es ja ein englischer Polizeipräsident ist, dessen Veräppelung schließlich nur dem Ansehen des Krämervolks überm Kanal abträglich sein kann, sondern kann nicht anders als in dieser Figur die „Verkörperung der hohen Staatsgewalt" an sich zu erblicken. Das erschwert natürlich die Situation. Zu sehen, wie sie in schamloser Weise lächerlich gemacht und an der Nase herumgeführt wird und wie das „kritiklose" Publikum zu schadenfrohem Lachen ausholt, muß jede Faser eines echt deutschen Volksbildners in dem Wunsch erzittern lassen, es möge schnellstens mit einem Verbot eingeschritten werden. Was Wunder, daß sich auch beim Karlsruher Jugendamt alsbald Entrüstung und Verantwortungsgefühl zu einer Eingabe an das Ministerium verdichteten. Dieser Film, heißt es in ihr, ist abzulehnen, denn er wird „durch das Herauskehren gemeiner und die Autorität herabsetzender Momente nur Schaden" anrichten.

Auf solche Weise erfahren die Herren in der Regierung, was da unten im Volk gespielt wird und wo der Schuh drückt. Sie hatten erwartet, daß die Preise abgebaut würden, und nun mußten sie zu ihrer Bestürzung erfahren, daß man lediglich die Autorität herabsetzte. Schon lange hatten sie das Gefühl, daß „etwas" geschehen müsse, und nun ermöglichte das Leben eine Transformation ihres bislang verhinderten Tatendrangs auf ein recht dankbares Gebiet. Ist es nicht gleichgültig, was geschieht, wenn nur überhaupt etwas geschieht? Und ist es nicht besser, man rühmt der Regierung später einmal nach, sie habe Seite an Seite mit Nazi-Frick dem Kulturbolschewismus mannhaft die Stirn geboten und das Verbot von „schändlichen" Filmen verlangt, statt daß man berichtet, es habe sich unter ihr die wirtschaftliche Lage des Volkes ein wenig gebessert? oha

Gemeinnützigkeit

Die „Gemeinschaft der Freunde" (Ludwigsburg) wird als „gemeinnützig" betrachtet, d. h. sie genießt bei einzelnen Steuern Vergünstigungen. Gemeinnützig ist die G.d.F. für ihre Mitglieder, nicht aber gegenüber ihren Angestellten. Im Gegenteil, von diesen wird sozusagen Gemeinnützigkeit verlangt, allerdings ohne Steuererlaß. Das Arbeitstempo in diesem Betrieb ist ... sagen wir einmal: außerordentlich; die Bezahlung erfolgt nicht nach dem nicht gerade hohen Tarif für Bankangestellte, der für das Unternehmen als Sparkasse richtig wäre, sondern nur „in Anlehnung" an diesen Tarif, d. h. es wird — abgesehen von der untersten Klasse — unter diesem Tarif bezahlt.

Nun hat sich die G.d.F. aber doch darauf besonnen, daß sie ein Bankbetrieb ist: sie will, ebenso wie die Banken, die Gehälter ihrer Angestellten um 6 Prozent abbauen (unter Vermeidung einiger sozialer Härten).

Die Angestellten müssen sich dem Diktat fügen; draußen stehen ja unzählige abgebaute Kaufleute, die froh sind, wenn sie ein paar Mark verdienen können. X. Y.

Auwi

Die Linkspresse berichtet mit offener oder nur schlecht verhehlter Freude über die Senge, die Prinz August Wilhelm von Preußen — schlicht „Auwi" genannt — vor einigen Tagen auf dem Königsberger Bahnhof bekommen hat. Es hat ihr offensichtlich Genugtuung bereitet, daß auch einmal ein leibhaftiger Prinz die Forschität des demokratischen Gummiknüppels zu spüren bekam. Sie, die immer wieder über unmotiviert rücksichtsloses Vorgehen der Sicherheitsorgane klagen muß, ergeht sich diesmal in einer genießerischen Behaglichkeit, die nicht nur Gebundenheit an Untertanenressentiments verrät, sondern auch sehr viel von jenem Geist, der sich wohl demokratisch gehabt, aber im Grunde dem guten alten Polizeigeist des Obrigkeitsstaates in manchem nahekommt.

Was gestern Herrn Dr. Goebbels und Prinz „Auwi" passierte, kann sich morgen schon bei irgend einem Reichsbannerführer oder sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wiederholen, und es wird sich nicht sehr gut ausnehmen, wenn dieselbe Presse dann plötzlich wieder das Register „Entrüstung" zieht; was dem Staatsbürger Müller recht ist, ist dem Staatsbürger „Auwi" billig. Machte es sich unterm alten Regime schon schlecht, wenn monarchistische Polizeipräsidenten den Schneid ihrer Untergebenen gegenüber den verhaßten Sozis in Ordnung fanden, so ist es doppelt peinlich, wenn sich jetzt angesichts der Vermöbelung eines Prinzen durch republikanische Schupo der demokratischen Öffentlichkeit eine gewisse Befriedigung bemächtigt. Doppelt peinlich auch deshalb, weil die zwölf Jahre Republik gezeigt haben, daß sozialdemokratische Polizeipräsidenten im „Durchgreifen" ihren monarchistischen Vorgängern in keiner Weise nachstehen, und weil es gut wäre, das gerade auch bei solchen Anlässen nicht zu vergessen.

Man kann der Polizei zugute halten, daß sie in der jetzigen Zeit keinen leichten Stand hat. Der Griff nach dem Gummiknüppel ist nicht immer vermeidbar, und die Nervosität, die sie manchmal zeigt, ist oft durch starke Inanspruchnahme hervorgerufen (im letzten Jahr hatte die Polizei im ganzen Reich 23 946 Demonstrationen und 34 742 Versammlungen zu schützen, an denen sich rund 25 bzw. 13 Millionen Menschen beteiligten); aber jeder, der einmal unversehens in einen Tumult hineingezogen wurde, weiß, daß die Polizei sehr oft mit einer Rücksichtslosigkeit vorgeht, bei der sie überhaupt nicht mehr darauf sieht, mit wem sie es zu tun hat; wer ihr in den Weg kommt, bekommt Senge, wie der unglückselige „Auwi". Solche Methoden sind in keiner Weise zu entschuldigen, selbst wenn sie gegenüber Prinzen angewandt werden; außerdem haben sie zur Folge, daß die Beamten bei brenzligeren Situationen zu schnell und mit derselben Rücksichtslosigkeit sich der Schußwaffe bedienen. Beispiele gibt es dafür genügend. m

Jesus der Arier

Wir sind über das Leben Jesu sehr schlecht unterrichtet. Wie schlecht, das merkt man erst, wenn man das Buch „Jesus der Arier" von Hans Hauptmann liest.

Hauptmann schildert das „Heldenleben" Jesu, der als Abkömmling der arischen Galiläer dem Haß der niederrassigen Juden zum Opfer fiel. Wo immer er auftauchte und lehrte, umgaben ihn heldische Jünglinge: „Eine weiße Stirnbinde trugen sie, in deren Mitte das arische Hakenkreuz, aus Gold gestanzt, blinkte. Lang herab fiel ihr Blondhaar, wie die freien Ahnen es getragen hatten. An dem blauen Gürtel um ihr weißes Linnenkleid hing einem jeden sein Schwert."

„Ihnen zu Ehren hatte Jesus die weiße Stirnbinde mit dem goldenen Hakenkreuz und ein weißes Linnenkleid angelegt. Von den Schultern wallte ihm ein blauer Mantel."

Er sprach zum Volk: „Die Zwietracht, von der ich sagte, bedeutet, daß die Gottessöhne, wo immer sie wohnen, einen Wall um sich aufwerfen müssen gegen die Niederrassigen und Mischlinge, die Kinder des Teufels!" „... Wenn ich euch von der Sünde wider den heiligen Geist gesprochen habe, die nie und nimmer verziehen werden kann, so wisset jetzt, daß die Vergeudung eures Blutes an Niederrassige und Mischlinge damit gemeint ist. Denn wer an diese sich wegwirft, der begeht ein unsühnbares Verbrechen an seinen Nachkommen, die er um das Erbe arischer Reinheit betrügt, und hinterläßt ihnen die Sünden derer, mit denen er sich gemischt hat ... Und wenn ich euch von eurem eigenen Willen sagte, daß ihr ihn nicht tun sollet, so wisset, daß ihr mit aller Kraft widerstehen müßt der teuflischen Versuchung, euer Edelblut in die Jauchengrube der Tiermenschen zu ergießen!"

---

heutigen Arbeitslosigkeit bekommen ja nicht einmal die Unbescholtenen Arbeit, und selbst wenn wieder mehr Arbeitsmöglichkeit vorhanden sein wird, bleibt immer die Abneigung, Vorbestrafte einzustellen.

Die heutige Gesellschaftsordnung verzeiht nichts weniger, als wenn einer das Opfer ihres Ausbeutersystems geworden ist. Selbst der Staat, der ja teilweise in seinem modernen Strafvollzug anerkannt hat, daß der Entgleiste ein Anrecht auf Wiederaufrichtung und Hilfe hat, verschließt sich dem Vorbestraften; dessen Aussichten sind also bei der herrschenden Arbeitslosigkeit äußerst gering, und die Gefahren fürs Rückfälligwerden groß. Er, der vielleicht das Glück hatte, die Segnungen des humanen Strafvollzugs zu genießen, bekommt es alsbald wieder mit aller Deutlichkeit zu spüren, daß es in der Freiheit des heutigen Systems weniger human zugeht.

Verwirrte Fronten

Der völkische Architektur- und Kunstprofessor Schultze-Naumburg reist in Deutschland umher und hält in dichtgefüllten von S.A.-Leuten geschützten Sälen reaktionäre Vorträge über die angeblich völlig verrottete heutige deutsche Kunst, wobei er, sehr bequem mit der alten Methode der Gegenüberstellungen arbeitend, fragwürdige moderne Werke neben überragenden Meisterwerken früherer Jahrhunderte zeigt. Die Anwendung dieser Methode wird ihm leider von einem Teil der Linkspresse erleichtert, nämlich von den Zeitungen, die jede abwegig verstiegene Kunstäußerung als „revolutionär" und „modern" loben und oft Künstler und Kunstwerke in den Himmel heben, an denen man lieber still vorbeigehen sollte.

Da wird in der modernen Kunst gegen die bisherige Körper- und Raumwelt revolutioniert, da werden von ganz besonderen kunstfilosofischen Gesichtspunkten aus die Gegenstände zerlegt, zerschnitten, in Spannungsverhältnisse gebracht, völlig denaturiert, geometrisiert, da entsteht eine Schemenwelt von Farbflächen, Kurven und unmenschlichen Figuren, die vielleicht einigen Menschen mit besonders organisierten Raumerkenntnissen und Formgefühlen eine interessante Abwechslung, aber dem unvorgebildeten Geist und Gefühl der breiteren Schichten völlig unfaßbar, fremd oder gleichgültig ist. Wenn solcher Kunst gegenüber — wie man das erst kürzlich wieder anläßlich einer Stuttgarter Ausstellung von Willi Baumeister erleben konnte — in der für die Arbeiterschaft bestimmten Presse von großem Mut, von immensem Talent, von dem Wunder des neuen Menschen gesprochen wird, dann entsteht bei denen, die solches lesen und mit Gesehenem vergleichen, nicht nur erhebliche Verwirrung, sondern auch ein mißtrauisches Gefühl der Fremdheit gegenüber den sogenannten intellektuellen Führern. Der Anhänger der sozialen Revolution glaubt verpflichtet zu sein, sich mit den als wesentliche Revolutionäre der Kunst vorgeführten Männern solidarisch zu fühlen, aber sein innerstes Gefühl sagt ihm, daß diese Leute ihn eigentlich sehr wenig angehen. Er fühlt sich angewiesen, eine Stellung gegen die Reaktion zu verteidigen, die ihm im Grund als sinnloser Außenposten erscheint. Er ist wohl gewillt, sich von Leuten mit feinerem Spürsinn für künstlerische Werte in noch ungewohnte Bezirke der Kunst führen zu lassen, aber was zu viel ist, so denkt er, ist zu viel.

George Grosz, ein Künstler, der etwas mehr als die Formspiel-Revolutionäre das Solidaritätsgefühl und die Aufmerksamkeit der sozialistischen Massen beanspruchen kann, hat kürzlich gesagt:

„Die Kunst der Zeit ist blaß. Ein richtiges Stubenkind der großen Städte. Man sieht ihm an, daß es viel spintisiert. Natur- und wirklichkeitsabgewandt schafft es aus sich heraus exakte Kreise und mathematisch scheinende Figuren. Und nimmt all dies ungeheuer ernst. Man wird staunen und schmunzeln, wenn man in späterer Zeit einmal das betrachtet, was heute den Leuten durch geschickte Propaganda und Tumbgläubige als „letzte Kunst" aufgeredet worden ist."

Man wird wohl ein wenig auf George Grosz hören müssen, wenn man auf dem Schlachtfeld des Kulturkampfs allerlei Zwiespalt, Konfusion und Mißerfolg vermeiden will. A. A.

Vorübergehende Berührungen zwischen bürgerlicher Dichtung und Arbeiterklasse finden immer wieder statt in Perioden des Übergangs aus einem in den andern Abschnitt der bürgerlichen Kunst in der Zeit ihres Niedergangs. Sie beruhen jedesmal auf einem vorübergehenden Mißverständnis der bürgerlichen Künstler, die ihre Rebellion gegen eine jeweils abgelebte Form der bürgerlichen Kunst für wesensgleich ansehen mit der Rebellion des Proletariats gegen die bürgerliche Klasse. So in den Anfängen des Naturalismus, wo die Gerhart Hauptmann, Arno Holz, Henkell sich zeitweilig für „Sozialisten" hielten oder von andern dafür gehalten wurden, so in den Anfängen des Expressionismus, wo die Hasenclever usw. revolutionäre Hymnen Schillerschen Schwunges dichteten, so in der Morgenröte der „neuen Sachlichkeit". Die Betreffenden werden in der Regel bald ihren Irrtum gewahr. Es kommt nur darauf an, daß die Arbeiterklasse ihrerseits nicht in dieselben Illusionen verfällt.

A. Thalheimer (Einleitung zu Mehrings gesammelt. Aufsätzen)

Die Revolution der Ahnungslosen

Es gibt kein Ressort der Politik, in dem sich die Nationalsozialisten nicht täglich blamieren. Aber der schrecklichste der Schrecken ist, wenn sie Theater-Politik machen.

Da kämpft nun der gute N.S.-Kurier gegen das württembergische Landestheater. Er zählt vor allem — anläßlich der Aufführung von Alsbergs „altmodisch konstruiertem" Stück „Voruntersuchung" — die sechs oder sieben Juden auf, die im Lauf des letzten Jahrzehnts am Landestheater zum Wort gekommen sind. Er spricht dabei auch von einer „kleinen Gruppe Andersdenkender, die gegen die jüdisch-freimaurerische Richtung nicht aufkomme", und versteht darunter — o heilige Einfalt — Götz, Wanner, Schäfer und Kolbenheyer. (Selbstverständlich hat er keine Ahnung davon, daß diese solches Lob mindestens mit verzeihendem Lächeln, wenn nicht mit lautem Lachen quittieren.) Und schließlich bricht der Kurier in die pathetische Frage aus: Wo sind die Männer, die selbständig handeln und richtig zu führen vermögen, im deutschen Geist? Was sollen wir also tun?

Die beste Antwort gibt ihm die Nationalsozialistische Volksbühne in Berlin. Bei der vergeblichen Suche nach nationalsozialistischen Autoren, die den „hohen Sang der neuen Freiheit" anstimmen, die dem völkischen Geist so etwas wie dichterische oder auch nur theaterwirksame Form zu geben vermöchten, kam man dort auf einen genialen Ausweg. Man hat sich nach Leuten umgesehen, die vielleicht in ihrer früheren sehr liberalen, manchmal auch humorvollen Produktion nicht das geringste mit dem Dritten Reich zu tun hatten, die aber (woran wohl hauptsächlich die Arterien schuld sind) im Alter zum völkischen Heerhaufen gestoßen sind. Die nationalsozialistische Volksbühne in der Klosterstraße führt deshalb — welch revolutionierendes Zeitheater! — des guten Ernst von Wolzogen harmlos biederes 40jähriges Familien-Lustspiel vom „Unbeschriebenen Blatt" auf ...

Gegen die Leitung des württembergischen Landestheaters ist manches zu sagen. Aber hier hätte sie recht, wenn sie dem N.S.-Kurier, diesem zu allerletzt zuständigen Kunstrichter, genau mit den Worten erwiderte, mit denen er sie zu verurteilen sucht: „Wie arm, wie langweilig, wie unfruchtbar und ahnungslos!" M. Müller

Arische Geschäftsmoral

Das Stuttgarter Naziblatt, der „N.S.-Kurier", läßt es sich nicht länger gefallen. Es hat's satt und zieht nun andere Saiten auf. Bisher nämlich halten sich Firmen, die etwas auf sich halten, von seinem Inseratenteil fern; das muß anders werden, da muß die germanische Initiative mal hineingreifen, wär doch gelacht, wenn das so weitergehen sollte!

Also kündet der die üblen jüdischen Geschäftsmethoden verabscheuende, von arischer Sauberkeit triefende Kurier an, daß er nach Beendigung seiner zurzeit laufenden „Werbeaktion" ein Verzeichnis derjenigen Firmen herausgeben werde, „die durch Insertion im N.S.-Kurier beweisen, daß sie Wert darauf legen, unsere Parteifreunde und Anhänger als Käufer zu behalten oder zu gewinnen". Außerdem habe das Blatt seinen Freunden „strikte Anweisung" gegeben, nur noch in denjenigen Geschäften zu kaufen, die ihren Samen in seiner Inseratenplantage ausstreuen.

Natürlich gibt es Böswillige, die solche unjüdischen Geschäftsmanieren, wie der Kurier sie da in vorbildlicher Weise anwendet, mißbilligen oder gar schmähen. Darüber ist sich das Blatt klar: „Dieses unser Vorgehen k ö n n t e (Sperrdruck im Original) u. U. den Anschein einer Erpressung erwecken." Aber diese Verdächtigung wird „aufs entschiedenste" zurückgewiesen. Das Manöver hat nur sehr anständige und rücksichtsvolle Gründe: „Unter den Nichtinserenten könnten sich ja sogar auch Firmen befinden, die es gar nicht gerne sehen würden, wenn Parteimitglieder oder Anhänger unserer Bewegung bei ihnen kaufen sollten, weil ihnen das Hakenkreuz, vielleicht sogar schon unser nationales Empfinden zuwider wäre." Da wollen sie ihnen den unangehnemen Anblick ersparen. „Hier wollen wir einmal feinfühlig sein."

Aber diese eigenartige Werbeaktion geht noch weiter. Der Kurier fordert: „Keinen Pfennig unseren Nichtinserenten." (Sie nennen diejenigen, die gar nichts mit ihnen zu tun haben wollen: „unsere".) Und „um unseren Anhängern auch hier eine Handhabe zu geben, wo sie n i c h t kaufen sollen, werden wir uns erlauben, auch diejenigen Firmen zu veröffentlichen, die keinen Wert auf nationale Kundschaft legen". Und da sie sich mit Recht sagen, daß kein Geschäftsmann sich oder andere ihnen verraten wird, „müssen wir zu dem Mittel greifen, alle Geschäfte anzuführen, die es abgelehnt haben, im N.S.-Kurier zu inserieren!"

Das sind also die unjüdischen, deutschen Geschäftsmethoden. Natürlich muß es einer Bewegung freistehen, darauf hinzuweisen, daß der oder jener durch ein bestimmtes demonstratives Verhalten gezeigt hat, es liege ihm nichts an einer bestimmten Gattung von Kunden. Aber wenn als demonstrativer Hinweis gebucht wird, daß der Herr Soundso es abgelehnt hat, einer bestimmten Zeitung Tribut zu entrichten, so „k ö n n t e das u. U. den Anschein einer Erpressung erwekken", und der Staatsanwalt sollte sich mal von seiner Lieblingsbeschäftigung, der Jagd auf Kommunisten, Abtreiber und unsittliche Literatur ein wenig ab- und der Betrachtung nationalsozialistischer Geschäftsprinzipien zuwenden. Sie wäre gewiß nicht uninteressant und unergiebig.

Was nun die verdammenswerten Nichtinserenten betrifft, so werden die ja wohl wissen, was sie zu tun haben. Wer sich gerne erpressen lassen will, mag sich dem Vergnügen nach Belieben hingeben und Inserate bestellen, damit er nicht auf die schwarze Liste kommt. Wer sich selbst achtet, wird auch das Anathema der Nazis zu ertragen wissen. I x

Nach einem Artikel in der „Schwäbischen Tagwacht" hat der „N.S.-Kurier", das nationalsozialistische Organ für Württemberg, schwach 4000 Abonnenten. Trotzdem schreibt der „N.S.-Kurier": „Die Auflagenhöhe der nationalsozialistischen Zeitungen wird den schwarz-roten Tributparteien in ihren schlaflosen Nächten als ein Gespenst erscheinen, über das sie bestimmt nicht gerade in Seligkeit zerfließen werden."

Zwei Erlasse

Die Leitung der N.S.D.A.P. hat, wie der „Vorwärts" berichtet, ein streng vertrauliches Rundschreiben mit der Überschrift „Die Betriebe sind zu Hochburgen des Nationalsozialismus zu machen" an alle Ortsgruppen gerichtet. Es heißt in dem Rundschreiben u. a.:

„Wenn freigewerkschaftliche Arbeiter Nationalsozialisten werden, sollten sie nicht aus den Gewerkschaften austreten, sondern möglichst unauffällig für den Nationalsozialismus wirken. Die Partei ernennt einen freigewerkschaftlich organisierten Nationalsozialisten, der vielleicht zu diesem Zwecke erst der Gewerkschaft beigetreten ist, zum Betriebsfunktionär."

Diesem Betriebsfunktionär wird zur Pflicht gemacht, sich das Vertrauen der Belegschaft zu erwerben. Aber auch das Vertrauen des Unternehmers. Mit dessen Unterstützung soll er eine nationalsozialistische Zelle in der Gewerkschaft bilden und dann, wenn ihm genügend Arbeiter folgen, eine „nationale Gewerkschaft" bilden.

Der Betriebsfunktionär soll sich mit dem Unternehmer vor allem darüber verständigen, daß an die freiwerdenden Arbeitsplätze womöglich Nationalsozialisten kommen. Wo sich das herumspreche, würden zahlreiche Arbeiter, nur um eine Stelle zu bekommen, der N.S.D.A.P. beitreten.

*

Reichsgeschäftsstelle
Braunes Haus
München, Briennerstr. 45
Postscheckkonto 11263

München, den 4. März 1931.

An den Gauleiter des Kreises Hessen
Darmstadt.

Geheim H./R.

An Kampfschatzspenden für den Gau Hessen sind eingegangen M. 15 000, beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Dyckerhoff, Dr. A. Dyckerhoff, Dipl.-Ing. A. Gastell, sowie die Direktoren Schindler und Jung.

Diese Spenden verpflichten bei weiteren Einstellungen zur besonderen Auswahl von gesinnungstreuen S.A.-Leuten, um dem Anwachsen der kommunistischen Elemente in den betreffenden Betrieben unseres Pgs. tatkräftig entgegentreten zu können und hauptsächlich aber bei den Betriebsrätewahlen unsere Macht noch mehr zu stärken.

Nur dadurch können wir unter den Anhängern der Kommunisten, mit Hilfe größtmöglichster Propaganda jedes einzelnen S.A.-Mannes, eine Bresche in die Rot-Front-Partei schlagen, um den Endsieg für unser drittes Reich zu erringen!

Für weitere Einstellungsmöglichkeiten unserer S.A.-Leute in die Betriebe obengenannter Pgs. ist absolut einwandfreier Leumund und restlose Gesinnungstreue Voraussetzung. Gediente Leute sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Die Gauleitung hat dementsprechend seine Kreis- und Ortsgruppenführer zu instruieren.

gez. A. Hitler.

Die Partei sollte sich in N.S.D.U.P. umtaufen. (U = Unternehmer.)

Die Hochschule der Politik

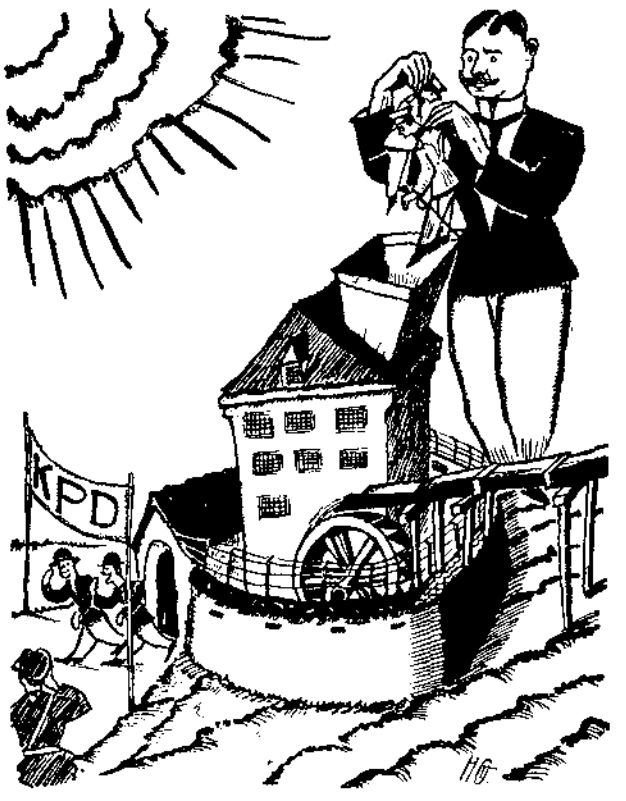
Im vergangenen Jahr hat das Reichsgericht den Leutnant Scheringer und zwei andere Reichswehroffiziere zu Festung verurteilt, weil sie unser stolzes Heer nationalsozialistisch zu unterwühlen versucht hatten. Und im März 1931 hat ein kommunistischer Abgeordneter im Reichstag einen Brief dieses Scheringers verlesen, durch den er verbrennt, was er bis dahin angebetet hat: den Nationalsozialismus, und anbetet, was er verbrannt hat: den Kommunismus. Er hat die Nase voll von der Hitlerei, sagt er; sie betrüge das Proletariat, diene dem Kapitalismus und sei nichts.

Wie konnt' dies Wunder nur geschehen? Der „Angriff" erklärt es mit der Haftpsychose; Hugenbergs „Tag" beklagt die „Wahnsinnserklärung" des „Umnachteten" und stöhnt: „Ihn haben die Furien gepackt; ein reicher Geist ward hier zerstört."

Leutnant Scheringer scheint ein Opfer des bekanntlich viel zu modernen Strafvollzugs geworden zu sein. Man hat den Unglücklichen schutzlos in die Feste Gollnow gesteckt, allwo er unter die Räuber fiel: achtundzwanzig Kommunisten und nicht einmal „namhafte oder führende" (sagt das bürgerliche, allzubürgerliche „Stuttgarter Neue Tagblatt") büßten dort mehr oder minder schwere Verbrechen gegen die kapitalistische Gesellschaft, die den Nationalsozialismus großpäppelt. Was taten sie? Frech, wie diese Moskowiter sind, nahmen sie sich der Zuwachses an. Er ward verführt, Marx, Engels, Lenin zu lesen, und schon flammte in seinem von der Haftpsychose mitgenommenen Hirn die Brandfackel bolschewistischer Gesinnung auf: er war dem Guten verloren.

Kaum gedacht, nahm er auch schon Urlaub, fuhr zu Goebbels und Hitler, um sie an die Pflicht zu mahnen, zu der sie sich durch zahllose schöne Reden zu bekennen pflegen: die Pflicht, den Kapitalismus zu bekämpfen, den Sozialismus zu erstreben. Die Antwort war: man bot ihm Posten an. Hitler lief männlich-streng mit der Reitpeitsche im Parteipalast zu München herum; aber diskutieren wollte keiner. Also fuhr Scheringer nach Hause, in seine Festung, und bekannte sich zum Bolschewismus.

So hat denn einmal ein Urteil des Reichsgerichts Gutes gestiftet. Wenn die Festungen zu Altweibermühlen für idealistische Nationalsozialisten werden — als Hakenkreuzler gehen



sie hinein, mit dem Sowjetstern kommen sie heraus — möchte man beinahe wünschen, daß Herr Groener seine Offiziere kompagnieweise vor die Gerichte zitieren und verknacken läßt. Von der Reichswehr hat man gelegentlich den Eindruck, daß sie eine Schule des Nationalsozialismus sei. Laßt die wackeren Männer ihren Bildungsgang nur abschließen: schickt sie aus der nationalsozialistischen Vorschule durchs Übergangsexamen vor dem Reichsgericht in die Festung, damit sie dort ihren Studiengang vollenden und das Abgangszeugnis holen; an Instruktoren fehlt's nicht: in welcher deutschen Festung, in welchem deutschen Gefängnis säßen nicht ein paar Kommunisten! M a r a Bu

Henny Portens Freveltat

Henny Porten, viele Jahre lang als vorbildlich deutsch-blondes Frauenwesen insbesondere in der nationalen Presse gefeiert, hat kürzlich in Berlin die Pariser Advokatin Misard nach einem Rededuett umarmt, sich also, es ist kein Zweifel, eine Geste des Friedens geleistet.

Prompt spuckt die nationale Presse Gift und Galle. „Rumpelstilzchen" stellt plötzlich fest, daß Henny nie sehr intelligent war, daß sie jetzt schon ein etwas spitzes Gesicht habe und daß sie im übrigen — ihr erster Mann ist als Reserve-Offizier gefallen — einen Herrn aus dem verdächtig nichtvölkischen Hause Kaufmann-Asser geheiratet habe. Kurz: Henny Porten hat eine Sünde wider den heiligen Ungeist des Nationalismus begangen, die man ihr nie mehr verzeihen wird. Auch wenn sie demnächst im Tonfilm als „Königin Luise" erscheint!

(Anmerkung für Mitglieder des Königin Luise-Bunds: Sie könnten immerhin froh sein, wenn Sie soviel Intelligenz, Humor und Schönheit besäßen, wie die Henny heute noch besitzt. Auch sei den monarchistischen Gemütern noch verraten, daß der Gatte aus der verdächtigen Familie den letzten König von Württemberg — welch höchstes Glück! — zum Paten hatte.)

Kleinigkeiten

Sta. IV-Gesichter. Im „Angriff" wird von einem Massenkonzert im Zirkus Busch berichtet; die Spielmannszüge hielten, stürmisch bejubelt, ihren Einzug: „voran der Lehrspielmannszug, exakt wie immer, dann der S.Z. der Sta. I mit den weißen Schlächterkitteln, darauf die langen blonden Kerle von der Sta. IV mit ihren typischen, stolzen und schmalen Sta. IV-Gesichtern." — Ist das nun schon eigene Zucht?

Eine Empfehlung. In der „Deutschen Zeitung" vom 12. März erschien folgendes Inserat: „Nationalgesinnter, 32jähriger, ehemaliger Fememörder, gelernter Klempner, sucht Stellung ..." — Wenn d e r Mann nicht unterkommt, wer dann?

Druckfehler? In Stuttgart hat die N.S.D.A.P. durch Plakate zum Besuch eines Vortrags des Pg. Goering eingeladen. Thema: Warum haben die 107 Nationalsozialisten geschlossen den Reichstag verlassen? Überschrift des Plakats: Wir stürmen weiter! — Es muß natürlich heißen: Wir türmen weiter.

Neugieriger Leser. Sie fragen, wo Hitlers echtdeutsche Redakteure ihr Deutsch gelernt haben? — Wir auch.

Tief gesunken. In Danzig hat, wie ein Leser der S.-Z. mitteilt, eine Dame ihren Köter (Promenadenrasse) dazu abgerichtet, auf den Ruf „Heil Hitler!" die Vorderpfote zum Fascistengruß zu heben. — Damit ist also das dritte Reich auf den Hund gekommen.

Gut gebrüllt. Der Stuttgarter N.S.-Kurier spricht in einer Auseinandersetzung mit dem Berliner Tageblatt von einer meilenweiten „Kluft zwischen unserer Rasse und der jüdischen Rasselbande". — Typisch jüdische Wortspielerei.

Die Unverwüstlichen. In der „Leipziger Volkszeitung" heißt es zur Panzerkreuzerfrage: „Der Verlauf der Bornaer Unterbezirkskonferenz bezeugt, daß die Befürchtungen der neun Dissidenten der Reichstagsfraktion nicht stichhaltig sind, die glauben, daß bei der Haltung der Fraktion zum Panzerkreuzer B die Werbemöglichkeit und die Widerstandskraft der Partei stark gemindert würde." — Täuscht ihr euch da nicht doch ein wenig?

Wem sagen Sie das? Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht" schreibt im Nachruf für Hermann Müller, den verstorbenen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei: „Hermann Müller starb an einer Krankheit, die man fast als die Berufskrankheit d e m o k r a t i s c h e r Politiker ansehen kann. Ähnlich wie Friedrich Ebert und Gustav Stresemann wurde auch Hermann Müller ..." — Wenn ihr euch selbst so kategorisiert, wer wollte euch da widersprechen?

Wenig schmeichelhaft. Der Radikaldemokratische Pressedienst schreibt in einem Artikel über Hermann Müller: „Hermann Müller war kein starker Mann. Er war ein verbindlicher politischer Führer. Er war ein Mann, der als Süddeutscher niemals die starke Persönlichkeit abgeben konnte wie sein Parteifreund Braun in Preußen. Das liegt eben im Wesen des Süddeutschen." — Dagegen liegt es nicht in seinem Wesen, derartig kühne Behauptungen mit so viel Selbstbewußtsein vorzutragen.

Berichterstattung. Die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung" berichtet über einen Doppel-Selbstmord und schließt: „Die beiden Toten gehörten zu jenen, die Geld im Überfluß haben, stammen aus Stuttgart und sind zurzeit noch beschlagnahmt." — Kürzer und sachlicher kann man's kaum sagen.

Das Denkmal. Die Stadt Berlin hat eine Straße „Bolivar-Allee" genannt, zu Ehren des Befreiers der südamerikanischen N o r d staaten, Simon Bolivar. Flugs haben nun Argentinier, die in Berlin wohnen, erklärt, sie wollten der Stadt ein Denkmal i h r e s Helden, nämlich des Befreiers der südamerikanischen S ü d staaten schenken. Berlin hat sich bereit erklärt, das Geschenk anzunehmen. — Nun noch ein Washington, ein Lenin, eine Jeanne d'Arc usw., und Berlin ist die Siegesallee aller Kontinente.

Anstrengende Tätigkeit. In Wien ist der wegen Mords angeklagte Gustav Bauer freigesprochen worden. Die Geschworenen wurden wegen dieses Urteils zum Teil heftig angegriffen. Die einzige weibliche Geschworene in diesem Prozeß hat nun der Presse versichert, daß das Urteil nach bestem Wissen und Gewissen und sicher nicht leichtsinnig gefällt worden sei; sie z. B. habe im Verlauf des Prozesses rund 6 Kilo an Körpergewicht verloren. — Da muß sie sich aber ordentlich Mühe gegeben haben.

Filmkritik. In einer Besprechung des Films „Der Weg nach Rio" heißt es in der „Württemberger Zeitung" u. a.: „Es ist der Vorzug dieses Films, daß er die Kraft hat, das übliche Schema des Mädchenhändlerfilms zu sprengen; das Niveau zu heben. Es geht alles auf eine sehr dezente kultivierte Weise vor; und doch genügend brutal, wie nun einmal das Leben ist." — Eine solche Mischung wird dem Publikum sicher gefallen.

Unerwünschter Titel. Auf die Mahnung, seine Bürgersteuer zu bezahlen, hat ein Einwohner von Dachau bei München mit folgender Frage geantwortet: „Ich bitte um Mitteilung, ob nicht die Möglichkeit besteht, den Titel „Bürger" abzulegen, denn ich habe damit schon sehr schlimme Erfahrungen gemacht."

Alkoholfreies Abendmahl. Wie die Zeitschrift „Lebensreform" zu berichten weiß, hat das Pfarramt St. Peter in Zürich angeordnet, daß fürderhin beim Abendmahl neben dem gewöhnlichen Wein auch alkoholfreier Wein dargeboten werde. Darob gab es einige Aufregung. In den „Züricher Neuesten Nachrichten" hieß es, man müsse gegen diese Neuerung flammenden Protest erheben, es käme beim Abendmahl doch nicht auf das dargebotene „Material", sondern auf die geistige Einstellung an; das Abendmahl sei doch kein Ausschank, sondern ein Symbol; nächstens würden, wenn das so weiter gehe, die Deutschen mit Rheinwein, die Briten mit Whisky und die Italiener mit Chianti bedient.

Adressen für evangelische Pastoren. Da der Nationalsozialismus bei den evangelischen Geistlichen so viel ehrliche Begeisterung ausgelöst hat, macht sich allerorts das Bedürfnis bemerkbar, sich zu organisieren. Hier folgende Adressen: Pfarrer Hase in Mochau hat eine „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Pfarrer" für Sachsen ins Leben gerufen; Pfarrer Streng, Waldwimmersbach, gründete einen „Nationalsozialistischen Pfarrersverband" für Baden. — Das dritte Reich ist nahe herbeigekommen.

Frohe Botschaft. Dem sich bedroht fühlenden Kirchenchristentum erstehen täglich neue Helfer; auf der Generalversammlung der Sankt Sebastians-Bruderschaft Düsseldorf-Unterrath, auf der u. a. auch der Termin für das diesjährige Schützenfest festgelegt wurde, waren die anwesenden Schützenbrüder einmütig der Auffassung, daß man „gerade jetzt, wo die Gottlosenpropaganda einsetzt", sich schützend vor das Christentum stellen müsse. — Dazu ist ja ein Schützenklub sehr geeignet.

Aussichtsreicher Beruf. Während es heute in jeder Branche und jedem Beruf fast unmöglich ist, unterzukommen, kann die evangelische Kirche rund 1500 Pfarrstellen und eine entsprechende Anzahl Vikarstellen wegen Mangel an Theologen nicht besetzen, obwohl in den letzten Jahren die Zahl der Theologiestudierenden wieder stark zugenommen hat. — Laßt eure Söhne Pfarrer werden!

Die Jünger Jesu. Von Spanien kann man augenblicklich ein Bild sehen, auf dem Adelige und Priester an einem 15 Meilen von Madrid entfernten, weit ins Land hineinragenden Christus-Denkmal um „Ruhe und Frieden" beten; im Hintergrund gewahrt man das Denkmal, im Vordergrund einige hundert Automobile. — Sie machen sich die „Nachfolge" so bequem wie möglich.

Erholungsaufenthalt. Landhaus in schöner Albhandschaft bietet Gesinnungsfreunden angenehmen Erholungsaufenthalt. Pensionspreis 4,50 Mark, Sonderpreis 4,00. Vegetarische Küche. Sofie Dabringhaus (früher Karl Raichle), Urach (Württ.), Haus am grünen Weg, Telefon 139.

Volksbund für Geistesfreiheit, Ortsgruppe Stuttgart. Sonntag, 29. März, 19 Uhr, im Städtischen Jugendhaus, Hauffstraße 3 (Hans Breuer-Zimmer): Freigeistige Feierstunde.

Für Probenummeradressen ist stets dankbar der Verlag der Sonntags-Zeitung, Stuttgart, Postfach 51.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 5

Stuttgart, 5. April 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 14

Planwirtschaft

Ein hörbares Aufatmen geht durch die Reihen des deutschen Unternehmertums: der Krisenwinter ist „überwunden", und die Fensterscheiben sind noch ganz. Dampf auf, der nächsten Konjunktur entgegen!

So etwa läßt sich die Stimmung formulieren, die neuerdings aus Börsenberichten und aus Reden deutscher Wirtschaftsführer herausklingt. Jetzt bloß noch die Zinsen herunter und den „eisernen Vorhang der Weltwirtschaft", die Kriegslasten, aufgezogen, meint Geheimrat Duisberg, Präsident des Chemietrusts und des Reichsverbands der deutschen Industrie (auf einer Industriellentagung in München), und neuer Wirtschaftsblüte steht nichts mehr im Wege. Zollverträge und amerikanische Kredite wünscht Franz von Mendelssohn, der Vorsitzende des deutschen Industrie- und Handelstags (auf dessen Vollversammlung in Berlin), und um Gotteswillen keine neuen Steuern, die das Kapital belasten; dann kann die Wirtschaft fröhlich ihren Wiederaufstieg antreten.

Einer aber ist doch aus dem Rahmen gefallen und wird wahrscheinlich jetzt unter seinen Kollegen als Bolschewist gezeichnet sein: Generaldirektor Erwin Junghans, unser württembergischer Landsmann. Er hat auf einer Tagung der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustriellen in Elberfeld dem Kapitalismus einiges Unangenehme gesagt. Er hat vor allem die „Planlosigkeit unserer Wirtschaft" bemängelt, die „nicht zu sehr über die Notwendigkeit des freien Wettbewerbs hinausgehen" dürfe. Der Kapitalismus sei jetzt aus seiner Flegeljahrperiode heraus und brauche „eine gewisse Planwirtschaft", um mit größerem Nutzeffekt wirtschaften zu können. In dem sozialistischen Schlagwort von der Planwirtschaft liege „viel Berechtigtes".

Junghans empfiehlt für die von ihm erwartete Reifeperiode des Kapitalismus die „individuelle Planwirtschaft". Er versteht darunter „freien Wettbewerb unter individueller Führung, aber in den Grenzen einer übergeordneten planmäßigen Volkswirtschaft". Die „volle Freiheit" (nämlich unser gegenwärtiges Wirtschafts-Chaos) bedeute heute sinnlose und planlose Kapitalzerstörung. „Besonders wichtig ist eine Regelung der Kapitalbeschaffung und eine Überwachung der Produktionserweiterung." (Das Wort „individuelle Planwirtschaft" ist nicht sehr glücklich. Es klingt etwas nach hölzernem Schüreisen. Vielleicht hat Herr Junghans es gewählt, um im Kreise seiner Standesgenossen nicht allzu sozialistisch zu wirken.)

Wenn dem freien Wettbewerb durch eine übergeordnete Planwirtschaft Grenzen gesetzt würden, wenn Kapital nicht mehr beliebig beschafft bzw. investiert werden dürfte, wenn ein Fabrikant seinen Betrieb nicht mehr ohne Erlaubnis vergrößern oder seine Produktion nicht ohne weiteres auf andere Gebiete ausdehnen dürfte, so wäre das mehr als eine neue Entwicklungsstufe des seitherigen Wirtschaftssystems; wenn geschähe, was Junghans sich vorstellt, so könnte das der Anfang vom Ende des Kapitalismus, der Beginn einer neuen, sozialistischen Wirtschaftsepoche sein.

Ist es denn möglich, den Sozialismus sozusagen stückweise heraufzuführen? Ohne daß vorher alles drunter- und drübergeht?

Wünschenswert wäre es. Und, theoretisch betrachtet, auch möglich. Eine Sozialisierung des Bankwesens, die Voraussetzung der Junghans'schen Planwirtschaft, würde wahrscheinlich zunächst genügen, um die Weiche der Wirtschaft entscheidend umzustellen. Aber, das ist das große Aber: wo ist der Weichensteller, der das fertig brächte? Werden die Banken, ohne daß man ihnen mit Handgranaten kommt, damit einverstanden sein, daß sie verstaatlicht oder auch nur einer eingreifenden Staatsaufsicht unterstellt werden (die nicht wieder von ihnen selbst oder von Interessenten ausginge)? Läßt sich auch nur die geringste Bewegung zum Sozialismus hin durchführen, ohne daß das heilige private Eigentumsrecht angetastet, ohne daß das Privateigentum beseitigt wird?

Was Junghans vorschwebt, ist im Grunde nichts anderes, als was die von Wichard von Moellendorff verfaßte Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. Mai 1919 dem Reichskabinett vorgeschlagen hat: Planwirtschaft ohne Enteignung, eine „zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft". Moellendorff und sein Minister Wissell glaubten damals, daß sich kontrollierende Einsicht in die Wirtschaft und Einfluß auf Preisbildung und Gewinnverteilung „auch anders als durch Eigentumsübertragung" erreichen lasse. Sie hatten das Projekt einer „Rätеorganisation" entworfen, wonach die ganze deutsche Wirtschaft sowohl regional als fachlich in Selbstverwaltungsverbände (paritätisch aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzt) gegliedert worden wäre; die oberste Leitung der Wirtschaft hätte der Reichswirtschaftsrat „im Zusammenwirken mit den berufenen höchsten Organen des Reichs", also den einschlägigen Ministerien, gehabt.

Moellendorffs geistiges Kind ist damals in den Windeln gestorben, nicht an seiner konstitutionellen Schwäche, sondern durch Aussetzung: die Planwirtschaft fiel unter den Tisch, weil keine Macht da war, sie einzuführen.

Genau so ginge es mit der Planwirtschaft nach Junghans, wenn er etwa versuchen wollte, seine Idee lebendig werden zu lassen.

Erich Schairer

Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.

Karl Marx in „Kritik der politischen Ökonomie"

Die Vergesellschaftung der Arbeit, die in tausendfältiger Form mit ständig zunehmender Geschwindigkeit voranschreitet und besonders sinnfällig in Erscheinung tritt im Wachstum der großen Industrie, der kapitalistischen Kartelle, Syndikate und Trusts, ebenso aber in dem gigantischen Anwachsen des Umfangs und der Macht des Finanzkapitals, — dies ist die hauptsächliche materielle Grundlage für das unvermeidliche Kommen des Sozialismus. Als intellektuelle und moralische Triebkraft, als fysischer Vollstrecker dieser Umwandlung erscheint das vom Kapitalismus selbst geschulte Proletariat. Sein Kampf mit der Bourgeoisie, der sich in verschiedenen und zunehmend inhaltreichen Formen äußert, wird unvermeidlich zum politischen Kampf, der auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat („Diktatur des Proletariats") gerichtet ist. Die Vergesellschaftung der Produktion muß zum Übergang der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft führen, zur „Expropriation der Expropriateurs".

Lenin 1914 (Sämtl. Werke, Bd. XVIII, S. 36/37)

Schöne Bescherung

Holzschnitt von Hans Gerner

„Der Reichstag legt noch schnell ein Ei,
und dann kommt der Tod herbei."

Weggetreten!

Der Sommer der Diktatur

Als die nationale Opposition aus dem Reichstag auszog, hoffte sie, die Sozialdemokratie werde einerseits nicht allem, was Brüning verlangen würde, zustimmen können und werde andererseits die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit ausnützen, um Forderungen zu stellen, die Brüning nicht erfüllen könnte, und so werde die stille Koalition gesprengt werden. Die Sozialdemokratie hat den Plan zunichte gemacht, indem sie einfach alles billigte, was Brüning verlangte (Gesamtetat, Wehretat, Panzerkreuzer, Osthilfe, Zollerhöhungen usw.), und indem sie nur ganz schüchterne Versuche machte, Gegenforderungen zu stellen. Die Behandlung der sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung des Einkommensteuerzuschlags für Einkommen über 20 000 Mark und der Tantiemesteuer war nicht mehr als ein Possenspiel. Die Anträge wurden im Reichstag angenommen, dann wurde der Reichstag in seine Halbjahres-Ferien geschickt, und darauf erhob der Reichsrat (mit Unterstützung der preußischen Regierung) Einspruch, was zur Folge hat, daß die Anträge erst Gesetz werden können, wenn sie der Reichstag im Herbst mit Zweidrittelmehrheit nocheinmal annimmt. Also nie.

Ohne jede Gegenleistung hat die Sozialdemokratie der Regierung Brüning alles bewilligt; ja, sie hat ihr auch noch Diktaturvollmacht für den parlamentslosen Sommer mitgegeben. Sie ist also mitverantwortlich für alle Regierungsmaßnahmen des kommenden Sommers.

Ohne jede Gegenleistung? Hat sie nicht ihr Ziel, das seit dem 14. September 1930 ihre Politik bestimmt, erreicht, Demokratie und Parlamentarismus gegen die Nationalsozialisten zu verteidigen?

Ein halbes Jahr lang hat die Sozialdemokratie die Regierung Brüning toleriert, um die Demokratie zu retten — und was ist jetzt von der Demokratie übrig geblieben? Nichts, aber auch gar nichts. Der Reichstag hat unter der Fuchtel der Regierung den Etat verabschiedet (weil das angeblich das Vertrauen des Auslandes stärkt), und dann kam der Befehl: weggetreten!

Was nun folgen wird, davon gibt die erste Notverordnung einen kleinen Begriff. Sie setzt so ziemlich alle verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Staatsbürgers außer Kraft. Die Reichsregierung habe sich zu einer Maßnahme entschlossen, die eigentlich nur im Kriegsfall ergriffen werde, und den „Belagerungszustand über Deutschland" verhängt, schreibt eine bürgerliche Zeitungskorrespondenz.

Aber das ist ja nur der Anfang. Die Regierung ist ermächtigt, sämtliche gesetzlich nicht gebundenen Etatspositionen zu ändern, und kann mit einer Notverordnung auch alle übrigen Positionen herab- oder heraufsetzen. Und mit dieser Tätigkeit wird sie nicht beim Wehretat, sondern bei den Sozialversicherungen beginnen. (Ein Entwurf zur Reformierung der Arbeitslosenversicherung wird ja schon seit einigen Wochen beraten.) Und da erörtern die Zeitungen noch die Frage, ob man bei dieser beinah absoluten Regierungsvollmacht von „starker Führung" oder von „Diktatur" reden solle. Da gäbe es doch wichtigere Fragen zu beantworten. Nämlich:

1. In wessen Interesse führt Brüning seine Diktatur durch? Antwort: Die Regierung ist vom Monopolkapital „beauftragt", durch einen verstärkten Angriff auf die Lebenshaltung der Massen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu bahnen.

2. Wie kann der Angriff abgewehrt werden? Antwort: Wer den Fascismus abwehren will, muß nicht in erster Linie die Nationalsozialisten bekämpfen, sondern deren Nährvater, das Monopolkapital. (Täglich wird uns von den sozialdemokratischen Zeitungen versichert, die nationalsozialistische Bewegung gehe „rapid der Pleite entgegen"; fragt sich niemand von den Lesern dieser Enthüllungen, warum die Politik trotzdem immer diktatorischer, immer fascistischer wird?) Dieser Kampf kann nicht auf parlamentarischem Boden ausgefochten werden (den ja die Regierung selber verlassen hat). Den Fascismus abwehren und besiegen kann nur die außerparlamentarische Aktion der durch ein konkretes Kampfprogramm in Bewegung gebrachten Massen.

***

Der Kapitalismus denkt nicht daran, in absehbarer Zeit, rein ökonomisch, zusammenzubrechen. Für jede absehbare Zeit hat der Kapitalismus, rein ökonomisch, noch Auswege genug. Zum Zusammbruch des Kapitalismus führt infolge seiner Widersprüche die politische Tat des Proletariats, die natürlich die Verschärfung der ökonomischen Widersprüche zur Voraussetzung hat.

Fritz Sternberg (in „Eine Umwälzung der Wirtschaft?")

Das Osterei

Der Reichstag hat sich bis zum Oktober vertagt; die Volksboten haben sich verzogen, Herr Brüning hat freie Bahn: er wird's schon schaffen.

Er schafft's. Die Stühle der heimgegangenen Abgeordneten waren noch warm, da legte das Kabinett schon sein erstes Ei, ein Ostergeschenk an das Volk in Form einer „Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen".

Der neue Erlaß konnte nicht länger zurückgehalten werden: er mußte schnell noch raus, damit man mit seiner Hilfe die geplanten Veranstaltungen gegen Karfreitags- und Osterfestivitäten der Kirchen verbieten oder bestrafen konnte.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung (der hier ebenso unberechtigt angewendet wird, wie bei den bekannten früheren Gelegenheiten) wird bestimmt, daß alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel spätestens 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde gemeldet werden müssen. Sie können verboten werden, wenn „zu besorgen ist", daß unter anderem zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen aufgefordert oder angereizt werden wird. Ferner wenn „zu besorgen ist", daß Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden sollen. Ferner wenn „zu besorgen ist", daß eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden sollen oder daß in sonstiger Weise die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet werden wird.

Eine Ausnahme ist ausdrücklich statuiert: kirchliche Prozessionen usw. können nicht verboten werden. Wenn durch ihren Anblick unkirchliche Kreise provoziert werden und es infolgedessen zu Störungen der Ordnung kommt, werden auf alle Fälle die bösen Antikirchler, Antiprozessionler am Kragen genommen.

Außerdem sind „gewöhnliche Leichenbegängnisse" ausgenommen. Begraben darf man sich also lassen. Freilich wird (zum Beispiel) das Begräbnis eines ermordeten Kommunisten, wenn daran mehr als die behördlich anerkannten Leidtragenden teilzunehmen wünschen, ohne Zweifel ein ungewöhnliches Leichenbegängnis sein und darum verboten werden können.

Bewundernswert ist die Großzügigkeit, mit der auf Grund des Artikels 48 das Strafgesetz erweitert wird. Wer ohne Anmeldung oder gegen ein Verbot eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet, bekommt Gefängnis nicht unter drei Monaten. Ebenso wer dabei als Redner auftritt und wer zu einer Gewalttat gegen Personen oder Sachen auffordert. Die Teilnehmer werden mit Gefängnis- oder Geldstrafe belegt.

Das Tragen einheitlicher Kleidung oder einheitlicher Abzeichen kann verboten werden. Wer nicht gehorcht, bekommt Gefängnis nicht unter einem Monat, bei mildernden Umständen Geldstrafe.

Der Abschnitt zwei der Verordnung führt die Vorzensur ein. Plakate oder Flugblätter, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt oder eingezogen werden. Plakate und Flugblätter politischen Inhalts sind mindestens 24 Stunden, bevor sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen. Andernfalls können sie beschlagnahmt und eingezogen werden.

Auch Druckschriften, in denen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen aufgefordert wird oder Organe des Staates böswillig verächtlich gemacht werden oder eine der Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts oder ihre Einrichtungen beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Handelt es sich um Tageszeitungen, so können sie bis auf die Dauer von acht Wochen, sind es andere periodisch erscheinende Druckschriften, gar auf ein halbes Jahr verboten werden.

Das ist also der erste große Coup der Firma Brüning-Wirth. Metternich hätte bei den Herren in die Schule gehen können. Deutschlands politische und geistige Überwachung und Erziehung wird den Polizeibehörden anvertraut; die kulturellen Belange unseres Volkes sind der Obhut derjenigen Behörden überantwortet, die von Berufs wegen am wenigsten davon zu verstehen gehalten sind. Jeder kleine Bürgermeister einer kleinen Stadt, ja unter Umständen schon ein Dorfschulze, hat das Recht, durch die seinem Befehl unterstehende Polizeimacht politischen Parteien Knüppel zwischen die Beine werfen zu lassen und geistige Äußerungen, die über seinen vorschrifts-

mäßig begrenzten Horizont hinausragen, zu unterdrücken und zu bestrafen.

Daß die S.P.D. vor dieser Attacke auf das Recht der freien Meinungsäußerung und auf das Recht der (von ihr angeblich vertretenen) Arbeiterschaft, für ihre politischen und kulturellen Interessen wirksam einzutreten, das Feld geräumt hat, gereicht ihr nicht zur Ehre. Sie hat wieder einmal eine Gelegenheit versäumt, klare Fronten zu schaffen. Statt dessen hat sie den Herrn Brüning und Wirth mit schämig abgewendeten Gesicht und zugedrückten Augen eine Blankovollmacht zur Durchführung ihrer reaktionären Pläne (über die kein Zweifel bestehen konnte) in die Hand gedrückt. Ein klägliches Schauspiel.

Max Barth

Aufgrund der neuen Notverordnung ist eine Ausgabe der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" beschlagnahmt worden.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Reichstags beantragt, damit er über die Aufhebung der Notverordnung berate. Der Ältestenausschuß des Reichstags wird sich erst nach Ostern mit dem Verlangen der Kommunisten beschäftigen.

Die Nationalsozialisten beabsichtigen, vor dem Reichsgericht die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen.

Neudeutscher Imperialismus

Wenn ein Fabrikant seine Lager nicht leer bekommt, weil seine bisherigen Kunden nicht mehr kaufkräftig sind, dann sucht er neue Abnehmer zu gewinnen. Seine Konkurrenten, die in der gleichen Not sind, werden zum gleichen Mittel greifen, und an einem bestimmten Punkt werden die Rivalen aufeinanderstoßen. Absatzschwierigkeiten machen den Konkurrenzkampf heftiger.

Im großen: Die Absatzschwierigkeiten einer Wirtschaftskrise, die, wie die gegenwärtige, beinahe alle Länder der Erde erschüttert, verschärft den Kampf der nationalen Wirtschaftsgruppen ungeheuer. Beispiel: der Kampf zwischen Dollar und Pfund auf den südamerikanischen Märkten, wohl der größte Wirtschaftskampf der Geschichte. Ein uns näherliegendes Beispiel: der deutsche Vorstoß nach Südosten, der sich in dem Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion ankündigt.

◆

Die gegenwärtige Wirtschaftsstockung ist dadurch gekennzeichnet und dadurch verschärft, daß die Krise der Industrie von einer starken Krise der Landwirtschaft begleitet ist. Auch bei dem „südöstlichen Ausweg", den die deutsche Wirtschaft sich zu bahnen sucht, spielt die Landwirtschaft eine große Rolle.

Die unehrliche Handelsvertragspolitik, die fortwährenden Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Produkte, die Versuche, das Meistbegünstigungsprinzip durch allerlei zweifelhafte Mittelchen zu durchbrechen, haben den handelspolitischen Zusammenschluß von zwei antideutschen Staatengruppen begünstigt: es hat sich ein Nordwestblock (Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen) und ein Südostblock (Ungarn, Rumänien, Südslawien, Bulgarien, in manchen Fällen gehören auch Polen und die Tschechoslowakei dazu) gebildet. Die Staaten des Südostblocks sind vorwiegend Agrarstaaten; ihr Ziel ist, die Zollmauern innerhalb des Blocks möglichst niedrig, nach außen möglichst hoch zu halten. Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion will den Südostblock sprengen oder ereichen, daß Deutschland an ihm beteiligt (womöglich führend beteiligt) werde.

Die Industrie will in diesem Falle der Landwirtschaft in Richtung Südosten folgen; sie beschreitet damit einen Weg, der ihr aus den Jahren vor 1914 nicht ganz unbekannt ist. Daß sie ihn damals gegangen ist, hat eine der Hauptursachen des Krieges gebildet.

◆

Birgt auch der heutige Vorstoß nach Südosten Kriegsgefahren in sich?

Ohne Zweifel. Frankreich hat schon durch den Mund seines Paneuropäers Briand scharf protestiert. Und zwar weil ein deutsches Vordringen nach Süosten nicht nur die politischen Grundlagen der französischen Hegemonie erschüttert, sondern auch wirtschaftliche Positionen Frankreichs bedrohen würde. Man darf nicht vergessen, daß in den Südoststaaten (namentlich in Jugoslawien und Rumänien) französisches Kapital ein sehr ausgedehntes und ertragreiches Betätigungsfeld gefunden hat. (Es ist bezeichnend, daß aus Polen sofort Stimmen laut wurden, Polen werde dem deutsch-österreichischen Bund beitreten, wenn es nicht von Frankreich — Agrarkredite erhalte.) Wenn jetzt das deutsche Kapital hier einzudringen versucht, so wird dadurch ein typisch imperialistischer Konflikt und die Gefahr eines imperialistischen Krieges heraufbeschworen.

◆

In der gegenwärtigen Periode sind drei Arten von Kriegen möglich. Erstens: nationale Kriege, d. h. Kriege, die Völker führen, um sich ihren nationalen Staat zu schaffen oder um ihre nationale Selbständigkeit gegen fremde Völker zu verteidigen. Nationale Kriege waren die meisten Kriege des 19. Jahrhunderts; ein nationaler Krieg wäre z. B. ein Krieg Indiens (oder eines andern Kolonialvolkes) gegen England (bzw. einen andern Unterdrückerstaat).

Zweitens: imperialistische Kriege, d. h. Kriege, die kapitalistische Staaten um Märkte, Einflußsfären usw. führen, in der Periode, in der die Welt aufgeteilt ist, in der also jeder Versuch eines Staates, irgend einen Markt zu erobern, sofort zum Zusammenstoß mit einem andern Staat führen muß. Ein imperialistischer Krieg war z. B. der Weltkrieg; ein imperialistischer Krieg wäre also auch, wie schon gesagt, ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, der um den Einfluß in Südosteuropa geführt würde.

Muß der verschärfte Kampf um die Märkte, sei es in Südosteuropa, sei es anderswo, zu einem imperialistischen Krieg führen?

Kriege gehören, wie die Krisen, zum Wesen des Kapitalismus und des Imperialismus. Mit einem imperialistischen Krieg wäre also sicher zu rechnen, wenn nicht im 20. Jahrhundert eine dritte Art von Kriegen möglich wäre: ein Krieg kapitalistischer Staaten gegen sozialistische, vorerst: gegen den sozialistischen Staat.

Wie die Verhältnisse in Europa und in Rußland sich entwickeln werden, ob die imperialistischen Gegensätze zwischen den europäischen Staaten schon jetzt ausgeglichen werden durch die Einigungsbestrebungen gegen Rußland (die auch bei den Südosteuropa-Plänen schon eine gewisse Rolle spielen), läßt sich natürlich nicht vorhersagen.

Pitt

P.S. für Pazifisten, soweit sie nicht kleinbürgerlich, sondern sozialistisch-revolutionär sind: Welches ist eure Stellung zum nationalen, zum imperialistischen und zum antisozialistischen Krieg?

Die deutsche und die österreichische Schwerindustrie sind schon lange verschwistert. Die Zollunion Deutschland-Österreich bedeutet für sie eine Herabsetzung der Kosten. Darauf kommt es an. „Aus der Enge des nationalen Wirtschaftsraums streben kräftige Industriestaaten ebenso wie absatzsuchende Agrarstaaten nach größeren übernationalen Wirtschaftsräumen, die für einen größtmöglichen Anteil der Produktion Ausgleich in sich bieten und nach außen hin als starke Handelsvertragspartner auftreten können." Um diese von Duisberg proklamierte Tendenz handelt es sich in der Tat, um diese „regionale Wirtschaftskombination", die „das europäische Problem von der Süd-Ost-Ecke aus aufrollen soll".

Kostenverringerung durch Vereinheitlichung und damit Erleichterung der Expansion, d. h. Verminderung der Krise, aus der das europäische Kapital nicht mehr herauszukommen fürchtet. Wer mit Aufmerksamkeit in diesen Wochen die Bilanzen der großen deutschen Industrieunternehmungen und Banken liest, die Kommentare zu ihnen und die Zustutzung der Gewinn- und Verlustkonten studiert, der sieht die Vorbereitungen für einen neuen Kampf. „Stärker machen!" ist die Devise. Reservestellungen, Abschreibungen und sonstige Ansetzungen von Fett. Aber das genügt den Verwaltungen nicht. Sie verlangen in einem Augenblick, in dem sie wieder in Optimismus machen, Heruntersetzung der Löhne und Gehälter, das heißt Verteilung und Verallgemeinerung der Arbeitslosigkeit durch Senkung des Arbeitseinkommens.

Interessengemeinschaften, Fusionen, Reserven, Druck auf Lohn und Gehalt, das sind Bedingung und Erscheinungen der Wirtschaftsexpansion. Sie ist nicht Friede, sondern Kampf, und zum Kampf muß man gerüstet sein. Auch die Wirtschaftsunion Deutschland-Österreich ist Rüstung des Kapitals.

Alfons Goldschmidt im Dortmunder „Generalanzeiger"

Jugenderzieher

In Lübeck scheinen nicht nur die Ärzte, sondern auch die Pädagogen in der Wahl ihrer Mittel eine nicht ganz glückliche Hand zu haben. Es ist noch nicht sehr lange her, da hat man Säuglinge mit einem verunreinigten Tuberkulosemittel gefüttert, jetzt wird berichtet, daß Tertianer zwecks Erziehung zu mannhaftem Deutschtum in eine Reichswehrkaserne geführt worden sind. Früh übe sich, was ein deutscher Held werden will. In einer Zeit, in der die vaterländische Politik bereits in Kleinkinderbewahranstalten eindringt und man anfängt, Säuglingen Gasmasken zu verpassen, ist es nicht mehr als billig, daß Tertianer über den Mechanismus eines einfachen M.G. Bescheid wissen. Mit dem Geist der Völkerversöhnung ist es ja endgültig Essig; kann man den § 148 der Weimarer Verfassung dem Feind um die Ohren schlagen, wenn es mal so weit ist? Man kann nicht! Viel wichtiger ist es, ein Maschinengewehr bedienen zu können.

Deshalb war der betreffende Erzieher in Lübeck darauf bedacht, dem ihm anvertrauten Nachwuchs Exerzieren am Maschinengewehr zu zeigen. Mannschaften des 2. Bataillons des Infanterieregiments 6 wurden dazu entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellt. Ein neuer Beweis dafür, wie warm allmählich die Beziehungen der Reichswehr zur Bevölkerung werden. Die Lübecker Tertianer zeigten sich des freundlichen Entgegenkommens würdig und legten sogar Interesse für eingehendere Instruktion an den Tag. Ein Waffenmeister gab sie ihnen an Hand praktischer Vorführungen. Er ließ das interessante Ding sogar ein wenig knattern. Wobei es leider ein kleines Malheur gab. Unter den Platzpatronen war nämlich eine scharfe. Der Anschauungsunterricht ging infolgedessen zu weit. Zwei der Knirpse wälzten sich so, wie sich vor Jahren Millionen gewälzt haben. Ein Stückchen Feld der Ehre wurde sichtbar.

Eine sehr unangenehme Sache; das Reichswehrministerium beeilte sich, den Vorfall „bedauerlich" zu nennen. Er ist es tatsächlich, denn die zwei Kinder schweben in Lebensgefahr; außerdem war die Wirkung, die der Vorfall auslöste, nicht so, wie man sie wünschte. Man wollte den empfänglichen Kindern einen eindrucksvollen Mechanismus vorführen, und nun wurde ihnen die blutige Verwüstung, die er hervorzubringen imstande ist, mit fataler Eindringlichkeit demonstriert.

Optimisten hoffen, von einer Maßregelung jenes Lehrers zu hören, der sein Amt dazu mißbraucht hat, kleine Kinder mit der neuesten Mordtechnik bekannt zu machen; bis jetzt hörte man aber nur, daß der mitschuldige Waffenmeister seines Amtes enthoben werden solle. Es wird immer über den wüsten Geist geklagt, der heute unter die Schüler eingezogen ist, und manche Länder haben Verordnungen erlassen gegen die radikale politische Verhetzung von außen her, aber man sollte, ehe man den Geist der Schüler kritisiert, zuerst mal kontrollieren, in welcher Weise ein Teil der Lehrer seinen vaterländischen Unterricht gibt. Gerade die Lehrer schaffen vielfach erst die Vorbedingungen, daß der rechtsradikale Geist so hemmungslos einbrechen kann. Wer es zuläßt, daß Tertianer im M.G.-Schießen unterrichtet werden, darf sich nicht wundern, wenn sie ein paar Jahre später bei Hitler landen.

Karl Reuter

Vielleicht nicht

„Es war ein erschütterndes und in seiner Tiefe zugleich erhebendes (Tiefe ... erhebendes ... so, so) Bild, wie im Frühlingsglanz der sinkenden Sonne sich ..." Courths-Mahler?

„Umweht vom schwarzen Flor, durch den der rote Strahl der verlöschenden Sonne schimmert, wogen ..." Courths-Mahler?

„Eingebettet in einen Blütenkranz des Dankes ..." „Die Sonne stand bereits im Begriff, der Nacht zu weichen, als ..." Courths-Mahler?

„Vor dem einfachen Sarg stand eine trauernde Schar, schlicht und prunklos. Und wenn sich ein Fremder zufällig in diese Schar verirrt hätte, er wäre vielleicht nicht auf den Gedanken gekommen, daß hier die Vertreter der großen, weltumspannenden Arbeiterbewegung einen toten Führer zu Grabe brachten. Einfach und schlicht ..., ganz so, wie es das Wesen Hermann Müllers war ..."

Also doch nicht Courths-Mahler.

Vom Gesetz vernichtet

Von Kurt Desch

Unbekannt und abseits liegt im Taunus das kleine Dorf Riedelbach. Ein paar hundert Menschen leben in alten Bauernhöfen. Sie leben, das heißt: sie arbeiten, um nicht zu verhungern, zeugen Kinder und sterben. Fern von ihnen rast die große Welt, die sie kaum kennen, von der sie nur staunend und zweifelnd hören.

In dem Taunusdorfe können die Menschen voreinander nichts verbergen. Jeder weiß Alles vom Andern. Die unscheinbarsten Dinge verkünden sich von Mund zu Mund, von Stube zu Stube, von Hof zu Hof. Das primitivste Laster, der Klatsch, vergiftet den Bauern jeden freien Atemzug.

In einer kleinen Stube sitzt um den Tisch herum die Küsterfamilie von Riedelbach. Der arbeitsgeschwächte alte Küster zerbricht mit zitternden Händen sein Brot. Für die Arbeit taugt er nichts mehr. Nun muß der alte Mann seine kleinen Kinder besorgen und die Wohnung in Ordnung halten. Seine Frau verteilt die Kartoffeln an die sieben Kinder, die enganeindergepreßt um den Tisch hocken. Ihre Hände sind groß und schwer. Die verquollenen Finger reden von Feldarbeit, vom Acker, vom Scheuern und Waschen bei fremden Leuten, von einem lebenslangen Frondienst für Andere. Wie sollten sie, die da still um den Tisch sitzen, auch sonst leben können?

Mitten in der Kinderschar sitzt Emma, die Vierzehnjährige. Sie bekommt heute Abend eine besonders große Ration. Die Blicke der Eltern zu ihr sind freundlich. Seit zwei Tagen verdient sie ein paar Pfennige. Bei Pauly, dem alten Kriegsinvaliden, wäscht sie das Geschirr, scheuert die Stube und Küche und hält die Wohnung in Ordnung. Emma ist jetzt das geliebteste Kind, denn sie hilft nun, den Eltern die Sorge um das tägliche Brot zu erleichtern. Und Emma begreift, daß jetzt, mit vierzehn Jahren, die Kindheit vorbei ist und die Arbeit ihren Tag ausfüllen wird bis ans Ende.

◆

Es ist Samstag. Der achtundfünfzigjährige Invalide Pauly sitzt in seinem Krankenstuhl und starrt unbewegt auf die Uhr an der gegenüberliegenden Wand. In drei Minuten wird sie wohl da sein, denkt Pauly. Dabei hebt er sich aus dem Sitz, packt fest seine beiden Krankenstöcke und schiebt den Stuhl neben das Bett.

Die Tür geht auf. Emma kommt herein: „Tag, mit der Küche bin ich fertig." Sie nimmt vom Waschtisch die Waschschüssel, trägt sie hinaus, gießt das Wasser aus und bringt sie wieder herein. Sie holt in einem Krug frisches Wasser. Den Krug stellt sie in die Waschschüssel. Dann putzt sie mit einem grauen Lappen an dem Waschtisch herum. Wortlos starrt der Invalide auf die flinken Arme. Er stiert auf ihren Rücken.

Emma legt das Kissen und die Bettdecke über einen Stuhl und glättet das Laken. Paulys Finger spannen sich um die Stuhllehne. Langsam schiebt sich der Gelähmte, der Mann, der am Rande des Alters steht, aus dem Krankenstuhl. Seine Gestalt wächst zur Decke der Stube. Emma schiebt eilfertig die zwei Bettkissen zurecht. Sie will an Pauly vorbei. Da umklammern seine Fäuste ihre Schultern. Der schwere Körper wirft sich über das Mädchen. Ihre Schreie ersticken im Bett, hilflos und zerbrochen.

Ein zweiter Samstag kommt. Das Kind, das Mädchen, die Vierzehnjährige geht zu dem alten Invaliden Pauly und spült, scheuert, macht das Bett. Und wieder stürzt sie ins Dunkle.

Und viele Samstage kommen. Viele Samstage vergehen. Das finstere Etwas bleibt. Wenn sie dann durch die Dorfstraße nach Hause wankt, eine Zerbrochene, eine Nichtsbegreifende, nur mit einfachen Sinnen ein grenzenloses Elend spürend, da werden die wachsamen Augen der Bauernhöfe groß und betasten das Mädchen mit bösen Fragen.

Die Eltern freuen sich über die paar Mark, die sie für die Familie verdient. Aber Emma weiß nicht, was in ihrem Körper wächst und was ihn verändert.

◆

Emma verläßt die Schule. Sie gehört nun ganz der Arbeit.

Der Sommer kommt. Die Mutter bemerkt die Veränderungen an Emma. Im Juni geht sie mit ihrer Tochter zum Arzt. Der Arzt will an eine Schwangerschaft nicht glauben: „Ich möchte Ihnen raten, mit Ihrer Tochter zu einer Frauenärztin zu gehen."

Die Mutter geht mit Emma nicht zur Frauenärztin. Sie hat kein Geld. Die sechs Kleinen wollen leben. Das Geld ist für das Essen da.

◆

Der Sommer ist vorbei. Vorüber der Herbst. Der Winter bringt den ersten Schnee nach Riedelbach. Die Augen der Bauernhöfe haben den paar hundert Menschen die Mäuler geöffnet. Eine Flut von Schmähungen stürzt über das Mädchen Emma. Ein Hexenkessel menschlicher Roheit und Falschheit umbrodelt die Küsterfamilie. Was sind nun die schönen Worte von der christlichen Nächstenliebe? Hohn für die gequälten Menschen. Zur Qual der schweren Arbeit kommt für die Küsterfamilie die Qual der Verfemung.

Winterball in Riedelbach am 6. Dezember 1930. Das Dorf feiert in bunten Kostümen. Man lacht, singt und tanzt. Die Musik muß ohne Pausen spielen. Jung und Alt flieht aus dem schweren Alltag ins Vergessen. Einmal will man ein paar Stunden froh und ohne Sorgen sein.

Da erscheint im Saal die Küstersfrau, an der Hand das hochschwangere Kind, die Emma, die sich das Kostüm eines Tiroler Buben angezogen hat.

Die alte Mutter tanzt mit der Tochter. Sie tanzt mit ihr einen Tanz um den andern. Sie läßt Emma nicht los. Die Stunden vergehen. Mutter und Tochter tanzen immerfort. Das Mädchen darf nicht ruhen. Die Musik spielt, die Mutter faßt die Tochter um die starken Hüften. So tanzen Beide und tanzen. So kommt Mitternacht und noch ist das seltsame Paar nicht müde. Wieder vergehen Stunden und Mutter und Tochter tanzen, drehen sich, laufen und drehen sich und die Musik spielt und das Volk lacht und singt.

Spät in der Nacht geht die Küstersfrau mit ihrer Tochter Emma nach Hause.

◆

Zwei Tage später gebar Emma das Kind. Ihre Schreie durchlaufen das Haus, alle Zimmer und Ecken. Ein vierzehnjähriges Kind muß die höchsten Schmerzen einer Mutter durchleiden und ertragen.

Die Mutter arbeitet im Kartoffelkeller und hört die furchtbaren Schreie der Tochter. Sie stürzt die Treppen herauf. In Emmas Bett findet sie das neugeborene Wesen. Mit schnellem Griff nimmt sie das Kind heraus, legt es in einen Eimer und versenkt es in der Jauchegrube im Hof. So verhindert die Küstersfrau, daß die Frucht eines Krüppels und ihres vierzehnjährigen Kindes ein Leben der Qual beginnen sollte.

Im Bett liegt Emma und starrt an die Decke. Aus dem unwissenden Kinde ist eine Wissende geworden.

Zwei Tage darauf arbeitet Emma wieder wie ein Mann.

◆

Schwer und roh hat das Leben den mühevollen Alltag der Küsterfamilie zerstört. Aber noch grausamer und rücksichtsloser vernichtet das Gesetz diese Arbeiterfamilie.

Die gerichtliche Tragödie hat beim Ortsgendarm begonnen und im Frankfurter Schwurgericht geendet: Auf der Anklagebank sitzt die Mutter. Gegen sie — so will es das Gesetz — steht als Zeugin ihre eigene Tochter, die Emma. Das Gericht verurteilt die Küsterfrau wegen Totschlags zu zwei Jahren Gefängnis.

So wird das Leben einer Arbeiterfamilie völlig zerstört. Die Mutter, die sieben Kinder gebar, die mit ihrer Hände Arbeit fünfundzwanzig Jahre schon die Familie und die Kinderschar ernährt, wird ins Gefängnis gesetzt. Die Tochter Emma, das unwissende vierzehnjährige Kind, wird zum Schandbild gestempelt von einer verdummten lästernden Menschenhorde, von einer falschen unmoralischen Klassenethik. Zurückbleibt ein alter, kranker, arbeitsunfähiger Mann, der Küster, mit sieben hungrigen Kindern.

Geburtenregelung

Wie sieht es aus?

Die jetzige Situation sei durch die kurze Wiedergabe der bereits weithin bekannten Daten dargestellt. Der Paragraf 218 des Strafgesetzbuches zwingt die Frauen, Kinder auch dann zu gebären, wenn sie das Produkt eines blutschänderischen Aktes oder einer Vergewaltigung sind, wenn die werdende Mutter noch im Kindesalter steht, aber gesund ist, und wenn die wirtschaftliche Lage der Mutter so ist, daß das zu gebärende Kind nicht voll ernährt werden kann, also mit Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit gesundheitlich geschädigt werden wird (und eventuell noch seinen Geschwistern die karge Existenzmöglichkeit beschränkt).

Dieser Paragraf wird unterstützt durch einen anderen, den § 184, Abs. 3, der die öffentliche Ausstellung, Ankündigung und Anpreisung von empfängnisverhütenden Mitteln mit Strafe bedroht.

Die einzige Möglichkeit, unerwünschten Kinderzuwachs auf einfachem und natürlichem Wege zu verhindern, wird der großen Masse des Volkes also sorgfältig verhehlt; die Beseitigung der wachsenden Frucht durch den Arzt wird unter Strafe verboten.

Die Folge: in Deutschland werden Jahr für Jahr rund eine Million Fehlgeburten eingeleitet, von denen mindestens 900 000 strafbar sind. Gerichtlich abgeurteilt werden aber jährlich nur rund 6000 Personen; da unter diesen Verurteilten auch die Helfer sind, finden nur höchstens 3000 der kriminellen Fälle (wahrscheinlich weniger; denn drei bis fünf Mitschuldige sind keine Seltenheit) ihre gerichtliche „Sühne". Der Paragraf ist also so gut wie unwirksam.

Durch den Paragrafen 218 werden die Frauen den Kurpfuschern in die Hände getrieben. Jährlich sterben 10 000 an Pfuschaborten. Die Pfuschbehandlungen führen in mindestens 100 000 Fällen zu schweren Nacherkrankungen. Der kunstgerechte, durch den sachkundigen Arzt ausgeführte Abort hat in etwa 3 Prozent der Fälle Unfruchtbarkeit zur Folge, der vom Pfuscher vorgenommene in 30 Prozent. 250 000 Frauen werden unfruchtbar und scheiden für die eventuelle spätere Produktion von Volksgenossen aus. Der Paragraf schädigt nicht nur die einzelne Frau, sondern das Volksganze.

Wie soll es werden?

Semaschko, der russische Volkskommissar für Gesundheitswesen, sagt: „Wir wollen, daß alles Leben zu etwas Gewolltem wird, daß alle Kinder mit Liebe erwartet werden; sie seien willkommene Gäste am Tische des Lebens."

Was muß geschehen?

Die Geburtenregelung muß erleichtert werden. Der Paragraph 184 Abs. 3 muß fallen.

Die Verantwortlichkeit der Gesellschaft und des Staates für alles Leben oder zum Leben Bestimmte muß festgestellt, die Sorge und Fürsorge für alles, was geboren ist, zur Pflicht des Staates gemacht werden.

Die Abtreibung ist ein Notbehelf, der letzte Ausweg, kein Ideal. Es gibt zwar eine Anschauung, die grundsätzlich jede Abtreibung frei wissen möchte, gleichviel aus welchem Motiv sie gewünscht wird. Sie stellt als Prinzip den Satz auf, daß die Frucht ein Teil der Mutter sei, über den sie nach eigenem Belieben entscheiden dürfe. Victor Margueritte hat diesen Grundsatz so formuliert: „Dein Körper gehört dir!" Die katholische Kirche hat zeitweise die gleiche Auffassung vertreten. Später hat sie die Abtreibung bis zum achtzigsten Tag nach der Empfängnis freigegeben. Erst seit 1869 verbietet sie grundsätzlich und vom Moment der Befruchtung an den Abort.

Die heutigen konsequenten Gegner des Paragrafen 218 sind fast ohne Ausnahme auch Gegner der Abtreibung. Sie wünschen trotzdem, daß sie straffrei bleibe, weil Staat und Gesellschaft ihre Pflicht, für die wirklich zur Welt gekommenen Kinder zu sorgen, nicht erfüllen und weil in Fällen, wo die Empfängnisverhütung versagt hat oder unterblieben ist, nur ein Eingriff die nicht wünschenswerte Geburt verhüten kann.

Es gibt eine Reihe von Vorschlägen zur Behebung des Übelstandes. Professor Grotjahn, Berlin, tritt für ein Spezialgesetz ein, das „im Laufe der Jahrzehnte nach Maßgabe der gemachten Erfahrungen erweitert werden kann". In ihm möchte er von Anfang an auch die eugenische und soziale Indikation anerkannt wissen.

Professor Julius Wolf, Berlin, wünscht die Abänderung des Paragrafen 218 in dem Sinne, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft durch besonders dazu ermächtigte Ärzte und Kliniken in den ersten drei Monaten erlaubt wird: a) bei reduzierter Gebärfähigkeit und eugenisch unerwünschtem Nachwuchs, b) bei wirtschaftlicher Bedrängnis.

Die einzige großzügige Regelung der Frage hat die Sowjetunion vorgenommen. Sie duldet nicht nur Geburtenregelung und Abtreibung, sondern lenkt sie in feste Bahnen. Der gegenwärtige Stand ist etwa der folgende:

Hebammen, Wärterinnen und anderen Laien ist die Vornahme von Unterbrechungen verboten. Dafür ist die unentgeltliche operative Unterbrechung in den Spitälern zugelassen, weil dort „ein Maximum an Unschädlichkeit gesichert ist". Über die Gewährung des Eingriffs entscheidet eine Kommission aus einem Arzt und zwei Delegierten. Wer zum erstenmal gebiert und wirtschaftlich gesichert ist, wird mit seinem Ersuchen abgewiesen. Wo soziale Not vorliegt, wird der Abort eingeleitet. Die Grenzzeit von drei Monaten wird streng eingehalten; nur in 0,4 Prozent aller Fälle wird sie überschritten. Die Nacherkrankungen machen weniger als 5 Prozent aus. Todesfälle kommen fast nicht vor. Der Bevölkerungszuwachs beträgt 24 aufs Tausend (im Deutschland des § 218 nur 6,7 pro Tausend).

Die Operationen werden in der Sowjetunion ohne Narkose durchgeführt; die Ausräumung dauert 4 bis 6 Minuten. (Ihr geht vermutlich die durchaus nicht schmerzlose Zeit von 12 oder mehr Stunden voraus, in der die Patientin einen Quellstift trägt.) Dr. Ruben-Wolf meint, die Operation sei „ohne Narkose mindestens ebenso erträglich wie eine Zahnbehandlung". Hier scheint mir ein Zweifel erlaubt. Denn der wahnsinnige Schmerz der Auskratzung der Gebärmutter, die in der Zeit der Schwangerschaft beinahe Mittelpunkt aller Empfindungen ist, kann sicherlich schwerwiegende seelische Folgen haben. Vielleicht schafft man in der USSR. auch in dieser Hinsicht bald Änderung: in einer Moskauer Klinik wird bereits das Verfahren des deutschen Apothekers Heiser angewendet, bei dem keine Instrumente gebraucht werden (also auch der häufigste „Kunstfehler", die Durchstoßung der Gebärmutter, vermieden wird).

Richtunggebend muß folgendes sein: Die negativen Forderungen: Abschaffung der Paragrafen 184 Abs.3 und 218, müssen durch positive Maßnahmen ergänzt werden. Hierher gehört eine möglichst weitgehende Aufklärung über die Mittel zur Empfängnisverhütung. (Ausgezeichnete Dienste leistet dabei das Buch von E. Höllein, „Gebärzwang und kein Ende", erschienen im Neuen Deutschen Verlag zu Berlin.) Außer der Abschaffung der beiden Paragrafen wäre im Rahmen unseres jetzigen Systems auch die Erfüllung folgender Forderungen von Friedrich Wolf möglich und erreichbar: 1. Die Einrichtung von Beratungsstellen für Geburtenregelung und Sexualhygiene, in denen an Krankenkassenmitglieder und Unbemittelte kostenlos Verhütungsmittel ausgegeben werden. 2. Freigabe der Unterbrechung von Schwangerschaften aufgrund von Attesten, die durch sozial geschulte, beamtete (nur beamtete? Der Verf.) Ärzte ausgestellt sind, und Durchführung der Unterbrechung durch geschulte Ärzte in staatlichen Kliniken.

Der eingeleitete Kampf gegen die beiden Paragrafen ist keineswegs aussichtslos. Er hat alle Aussicht auf Erfolg, wenn er unter positiven Losungen und nach konsequentem, einheitlichem Plan geführt wird.

Karl Fehr

Nichts für Kinder

Die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung" wehklagt darüber, daß es den Marxisten jetzt gelungen sei, dem Bürgertum eine öffentliche Auseinandersetzung über den § 218 aufzuzwingen. Das Problem eigne sich nicht zur öffentlichen Diskussion, besonders nicht in Zeitungen; denn eine Zeitung werde doch in der Familie gelesen, also auch von Kindern, und was würden denn Sie sagen, Herr Abonnent, wenn Ihre Buben, angeregt durch die Zeitungslektüre, allerlei Fragen ... usw.

Deutschnationale Familienblätter dürfen sich also nicht mit dem § 218 befassen, sagt die „Süddeutsche Zeitung". Ihr Gesinnungsfreund in Berlin, der hugenbergische „Lokalanzeiger", ist da offenbar etwas anderer Ansicht. Zwar wahrt auch er im Textteil die deutsche Sitte, aber im Inseratenteil ... Die zweifelhaften Anzeigen, mit denen das Liebespaar auf dem Bild in der heutigen Nummer umrahmt ist, stammen alle aus dem „Lokalanzeiger".

Eignet er sich trotzdem als deutsches Familienblatt, liebe „Süddeutsche"?

Wir brauchen Kolonien

In Leipzig sind, wie ein Leser der S.-Z. berichtet, vor einiger Zeit verschiedene Schulen geschlossen zu einem Filmvortrag in das Ufakino „Alberthalle" geführt worden. Zu einem höchst langweiligen und außerdem technisch schlechten Film über unsere ehemalige Kolonie Deutsch-Südwestafrika sprach ein gewisser Herr von Throta, der den Bildstreifen auf einer Expedition 1925 aufgenommen hatte, erläuternde Worte.

Der Film wurde eingeleitet durch ein Bild, auf dem ein springender Löwe zu sehen war, mit dem Titel: Deutsche Jugend, vergiß nicht unsere Kolonien!

Ein anderes Bild: Verschiedene Negerhäuptlinge versichern dem adligen Herrn ihre Hochachtung vor Deutschland (wozu natürlich die schwarz-weiß-rote Fahne weht).

Oder: Buschmänner, die ihm feindlich gesinnt sind, weil sie angeblich denken, er sei ein Engländer, werden im Handumdrehen die besten Freunde, als sie erfahren, daß er Deutscher ist.

So geht es reichlich zwei Stunden lang, bis der Vortragende zu folgendem Schluß kommt: „Wir Deutsche brauchen Kolonien! Wir sind ein arbeitstüchtiges Volk; wir brauchen Platz und Ellenbogenfreiheit! Wir sind ein Volk ohne Raum. An der deutschen Jugend liegt es, unsere ehemaligen Kolonien wiederzugewinnen!"

Die deutsche Jugend klatschte natürlich begeistert Beifall. Sie ist mindestens ebenso gut dressiert wie der Negerknabe in dem Film, der in der Missionsschule auf einen Wink des Pastors an die Wandtafel schreibt: „Wem gilt noch immer unsere Huldigung? Deutschland!"

Wer außer den Politikern, die sie begehen, beklagt die Dummheiten in der Politik? Sind denn die Gescheitheiten in der Politik gescheiter?

Karl Kraus

Die Gottlosenzentrale

Es ist leichter, den lieben Gott persönlich zu sprechen als den Genossen †††, den Leiter der bolschewistischen Gottlosenzentrale in Berlin. Ich bin trotzdem zu ihm vorgedrungen. Darauf kann ich stolz sein. Es war bei Gott nicht leicht. Um es gerade heraus zu sagen: Genossin M ... a war meine Fürsprecherin. Wir standen sehr gut mit einander. Ich werde traurig, wenn ich an sie denke. Jetzt, da ich alles verrate, was ich durch ihre Vermittlung erfahren habe.

Ich weiß, ihre Liebe wird sich in teuflischen Haß verwandeln. Sie wird die blutige Tscheka, die Avantgarde des Antichrist auf mich hetzen. Eines Tages werde ich auf der Strecke bleiben. Gemeuchelt! Gleichviel. Ich will und muß enthüllen. Ich muß es in die christliche Welt hinausschreien, was mir Genosse ††† in unbegreiflicher Geschwätzigkeit anvertraute.

Man hatte mich eines Tages in die russische Botschaft bestellt. Von da ging es mit verbundenen Augen im Auto kreuz und quer durch Berlin. Meine Nerven vibrierten. Heiß und rasend pulste meine Blut. So muß es Luther gewesen sein, als er nach Worms ging. Oder ähnlich. Zuletzt führte man mich durch geheimnisvolle unterirdische Gänge. Wie Grabesluft strich es und eiskalt um meine fiebernden Schläfen. Mich fror! Ein Zeichen — und eine schwere Eisentür öffnete sich. Man war am Ziel. Im Allerunheiligsten der Gottlosigkeit.

Als man mir die Binde herunterriß, blickte ich in zwei stechende Katzenaugen, die aus einem tückischen Mongolengesicht mir lauernd entgegenblitzten. Ein Bolschewik in Menschengestalt stand vor mir. Ich war maßlos verwirrt. Das also war der Gegenspieler Gottes! Er streckte mir die Hand entgegen und sagte: „Genossin M ... a hat mir von dir erzählt, Genosse. Ich stehe zu deiner Verfügung." Sein Vertrauen gab mir meine Sicherheit wieder. „Genosse", sagte ich und blickte ihm voll ins Gesicht, „es ist in letzter Zeit viel über die Tätigkeit deiner Zentrale ans Licht der Öffentlichkeit gedrungen. Du scheinst planmäßig die Welt von der Gottespest befreien zu wollen." (Ich bediente mich absichtlich der bolschewistischen Terminologie, um ihn in Sicherheit zu wiegen).

Genosse ††† nickte. „Die Organisation", sagte er, „ist so gut wie beendet. Die Arbeit ist voll im Gang."

Nun wußte ich, daß ich in den nächsten zehn Minuten den Teufelsplan des Antichrist erfahren würde. Mich fröstelte. Eine törichte Sicherheit überfiel mich trotzdem. Ich wollte zeigen, daß ich schon einigermaßen im Bilde sei und sagte, zu einer vagen Geste ausholend: „Du hast angeordnet, daß allenthalben Gottlosenumzüge veranstaltet werden; man demonstriert machtvoll; von Transparenten und aus Liedern träufelt Hohn über die Kirche und ihre Diener; man veranstaltet gottlose Ausstellungen; George Grosz z. B. hat ..."

Weiter kam ich nicht. Genosse ††† sah mich erstaunt und mitleidig an. Er machte Miene, sich zu erheben. Mißtrauen geisterte über sein verschlagenes Asiatengesicht. Mein Gott, fuhr es mir durch den Sinn, du hast dich selbst entlarvt. Es drehte sich mit mir alles im Kreise. Wie kam ich nur lebend aus diesem Höllenpfuhl heraus? „Genosse", sagte ich, mehr tot als lebendig, „ich wollte nur betonen daß ... es war gewissermaßen so ... Genossin M ... a hat ..." Ich stockte. Kam nicht weiter. Ich sah ihn verzweifelt an.

Er lächelte nachsichtig. Das hatte wohl die Erwähnung der Genossin M ... a bewirkt. (Er liebt sie maßlos.) Er wurde gesprächig. Entrollte den ganzen Feldzugsplan gegen das Christentum. Es war entsetzlich! Um die Wahrheit zu sagen: Der ganze offizielle Kampf der Gottlosen ist nur ein Scheinkampf, der ihren wirklichen maskieren muß. „Wir werden nicht so blöd sein", sagte Genosse ††† höhnisch, „unsere Hoffnungen auf die Freidenkerbewegung allein zu setzen. Ja, in gewisser Hinsicht ist sehr vieles in ihrem Verhalten uns unangenehm. Wir werden," sagte er, und ein diabolisches Grinsen machte seinen Anblick kaum mehr erträglich, „wir werden das Kirchenchristentum an sich selbst zugrunde gehen lassen. Der Prozeß ist schon längst in vollem Gang. Es darf nur noch planmäßig und zielbewußt nachgeholfen werden. Wie dies geschieht, zeigt dir dieses Kartenwerk, Genosse."

Er trat an einen Tisch, auf dem wie auf einem Generalstabstisch Karten ausgebreitet lagen. „Hier", sagte er und deutete auf eine graphische Darstellung, „das theologische Studium der europäischen Länder ist zu acht Zehntel, das Amerikas hundertprozentig unter unserem Einfluß; drüben ist heute Gottesdienst gleichbedeutend mit dem Servicegedanken; Service ist weniger Dienst am Nächsten, als Dienst am Kunden; der Weg zur Prosperity führt über Gott; Gottvertrauen sieht sich nur noch im geschäftlichen Erfolg gerechtfertigt; es bricht zusammen, wenn das System zusammenbricht."

„Und du glaubst", sagte ich, und meine Stimme zitterte, „daß dieser Geist auch das europäische Christentum ergreifen wird?" Er lachte laut auf und sagte mit einer ekelhaften Selbstgefälligkeit: „Die Vorbedingungen dafür sind außerordentlich günstig. Wir werden es schaffen. Wir schicken unsere Leute auf die Universitäten und von da aus werden sie immer mehr in die Pfarrstellen eindringen; sie werden noch mehr als bisher die Kirche und das Christentum durch ihren Geist unmöglich machen. Sie müssen in vollendetster Weise Verfechter der Gewalt und Ausbeutung werden. An den Alten gibt es da ja kaum mehr viel zu tun. Es handelt sich nur darum, unter den Jungen einen recht hohen Prozentsatz zu erreichen. Wir registrieren alle Stahlhelmpastoren und Nazipfarrer und senden ihnen planmäßig hetzerisches Material, das sie in ihrem Wahn noch bestärkt. Bei den Unpolitischen beackern wir den Versorgungskomplex. Wir haben Geheimagenten in den Standesorganisationen sitzen, die möglichst oft Gehalts- und Pensionsfragen in den Vordergrund schieben. Alle diese geheimen Mitarbeiter werden in Spezialkursen herangebildet. Unsere Gottlosen-Universität zählt zurzeit rund 2000 Studierende. Momentan läuft ein Sonderkurs für christliche Presse; aus ihr muß noch mehr als bisher ein Geist sprechen, der sich selbst als williger Helfershelfer der gewalttätigsten Reaktion und des heutigen Ausbeutersystems zu erkennen gibt. Unsere Erfolge auf diesem Spezialgebiet sind groß. Wir haben heute schon Pfarrerblätter, die durch ihre reaktionäre Hetze unsere erfahrensten Genossen beschämen. Wenn sie so weiter machen, müssen doch schließlich auch die Dümmsten dahinter kommen, was das für ein Christentum ist. Wir werden vor allem auch der Züchtung der Heuchelei unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden; wir werden ..."

Ich unterbrach ihn, um meine Interessiertheit zu zeigen und fragte, ob denn nicht die Gefahr bestehe, daß man innerhalb der Kirche diese intensive auf Verfälschung des Christentums gerichtete Arbeit bemerke. Mit einer energischen Handbewegung wies Genosse ††† diesen Gedanken von sich. „So wenig", meinte er, „wie es den Militärs im Weltkrieg auffiel, daß man ihnen Weiber zur Ausspionierung auf den Hals gehetzt hatte."

Dann rieb er sich befriedigt die Hände und erhob sich zum Zeichen, daß das Interview zu Ende sei. „Ich lebe ganz meiner teuflischen Mission", sagte er mit einem undefinierbaren Lächeln. Ich vermochte ihm kaum für seine Liebenswürdigkeit zu danken. Man führte mich mit verbundenen Augen hinaus. Durch geheime unterirdische Gänge geleitete man mich ins Leben zurück. Als ich wieder die Sonne sah und frische Luft atmete, war es mir, als sei das alles nur ein wüster Traum gewesen. Ich zog sinnend heimwärts. An einer Straßenecke schlugen uniformierte Burschen einen Arbeiter nieder; auf einem freien Platz sprach ein Geistlicher vor uniformierten Massen; wild bemalte Fahnen senkten sich. Er sprach seinen Segen über ihnen.

Also doch schauerliche Wirklichkeit, sagte ich und verkroch mich in eine Weinstube, um mich von den Anstrengungen dieses Tags zu erholen. Es war der schwerste meines Lebens. Bei Gott.

Paul Heinkel

Literatur

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. — Das in dem Artikel von Karl Fehr empfohlene Buch ist im Neuen Deutschen Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48, erschienen. Preis kart. 3,50 Mark, in Leinen 4,50 Mark.

Der verfluchte Überfluss

Da ist also in Rom eine Weltgetreidekonferenz abgehalten worden (wegen der vielen Eier, die uns der Osterhase gelegt hat, und wegen der Aufregung über den deutsch-österreichischen Zollvertrag haben wir fast nichts von ihr gehört). Auf dieser Konferenz haben sich Vertreter aller Länder die Köpfe zerbrochen über die Frage: Was fangen wir mit unserem vielen Weizen an? Und: wie machen wir es, daß wir dieses Jahr nicht so viel Weizen bekommen?

Man solle den Weizen doch denen geben, die, sei's in China, sei's in Stuttgart, hungern, meinen Sie? Nein, so einfach geht das nicht; das sehe sogar ich volkswirtschaftlicher Laie ein. Ich will ihnen einfach einmal erzählen, was die Herren in Rom verhandelt haben. Da saßen also die Vertreter der europäischen Staaten, die ihre nach alten Methoden Getreide bauende Landwirtschaft nur durch riesenhohe Zollmauern am Leben erhalten können, neben den Vertretern Australiens, Argentiniens, Nordamerikas und Kanadas, also der Länder, die billiges Getreide auf den Markt bringen. Und diese überseeischen Vertreter haben etwa gesagt: „Bei uns geht im Frühjahr der Kraftschlepper mit anhängenden Eggen und Sämaschinen über weite Ebenen fruchtbaren Bodens, im Sommer folgt der Mähdrescher, der die Ernte mäht und drischt; auf dem Feld werden die Körner auf Lastwagen verladen und in den nächsten Speicher gebracht. Wenn wir den Zentner Weizen um 3 bis 4 Mark verkaufen, haben wir noch einen schönen Gewinn; wenn ihr in Europa 12 Mark bekommt, sind kaum eure Unkosten gedeckt. Gebt doch den Getreidebau auf und laßt uns das Getreide für die ganze Welt produzieren; dann wird es billiger und es gibt keine Absatzkrisen."

Vernünftig gesprochen, denkt man. Aber was sollen dann die deutschen Bauern tun? Nun, sie sollen sich umstellen: Schweine und Hühner züchten, Fleisch und Eier verkaufen, Gemüse bauen, gute Obstbäume pflanzen usw.

„Schön", hat der Vertreter Deutschlands erwidert. „Aber stellen sie sich einmal vor, meine Herren, was das für einen Überfluß an Speck, Eiern, Milch usw. gäbe! Schon jetzt ist durchaus kein Mangel an diesen Produkten; wenn die europäische Landwirtschaft sich umstellen würde, wie Sie es verlangen, dann würde die Welt nicht in Weizen, sondern in Milch schwimmen, und die Misere wäre die gleiche." (Er hat zwar nicht so gesagt, sondern: „Das heutige Getreideproblem würde nicht gelöst, sondern nur auf ein anderes Gebiet verschoben", aber gemeint hat er etwa das selbe.)

Hat er nicht recht damit? Wahrscheinlich hat er recht; die Herren aus Übersee haben wenigstens nichts Stichhaltiges dagegen sagen können. Die ganze Konferenz ist überhaupt zu keinem rechten Ergebnis gekommen. Es soll „eine Weltorganisation zur Einschränkung der Überproduktion und damit eine gewisse Solidarität zwischen Europa und Übersee geschaffen werden". Ein Redner hat, etwas konkreter, gefordert, alle Länder sollen ihre Anbaufläche einschränken; aber ihm ist sofort erwidert worden, Produktionseinschränkung bedeute steigende Preise, und diesen zuliebe werde dann der eine oder andere Staat sich heimlicherweise um die Abmachung drücken.

Schon möglich; durchaus nicht unwahrscheinlich. Aber zum Teufel, was ist dann eigentlich zu tun? Jan Hagel

---

„... Durch die Tatsache, daß die kalifornischen Bauern mit Hilfe der Regierung 100 000 Tons = 100 000 000 kg Rosinen an den Weinstöcken verrotten ließen, weil es sich bei den damaligen niedrigen Preisen für die kalifornischen Weinbauern nicht lohnte, diese Trauben abzuernten, ging der Preis in die Höhe. Er stieg dann noch weiter, als plötzlich die großen Überschwemmungen in Klein-Asien eintraten, schon während die Ernte der Trauben im Gang war."

(Aus dem Prospekt einer Importfirma)

„Nach einer amtlichen Statistik sind im Verlaufe eines Jahres nicht weniger als 36 000 Leichen in den Straßen Schanghais aufgefunden worden, darunter 34 000 Kinder. Die Toten sind in weitaus größter Zahl an Nahrungsmangel gestorben."

(Meldung der Telegrafen-Union)

Die Verdienste des Pfarrers

„... Mit Kamerer Bause ist ein Priester aus dem Leben geschieden, der besonderer Beachtung wert ist. Er hat in unserer Diözese reich und vorbildlich gewirkt. In westfälischer Erde geboren, kam er infolge des Kulturkampfes in unser Bistum. An allen Orten, an denen er wirkte, hat er hervorragend viel gearbeitet. Seine erste ständige Stelle war die Diasporapfarrei Pfedelbach (O.A. Oehringen). Fast 13 Jahre hat er in diesem schwierigen, weit ausgedehnten Bezirk gewirkt, eine Zeit, die keiner seiner vier Nachfolger erreicht hat. Besonderes Verdienst hat er sich dort durch den Bau einer neuen Kirche erworben. Es wurde ein schönes Gotteshaus, das heute noch eine Zierde ist.

Von Pfedelbach aus rief ihn sein Bischof nach Kirchhausen. Dort hat er nicht ganz sieben Jahre gewirkt. Nicht eher ruhte er, bis die dortige Kirche restauriert und einen neuen Fußboden erhalten hatte. Auch der Bau eines Schwesterhauses ist ihm zu verdanken.

Nachdem die Pfarrei Laudenbach erledigt war, bot ihm der damalige Patronatsherr, der hochselige Fürst Johannes diese Stelle an, wo er schon als Vikar sieben Jahre angestellt war. Hier war es seine besondere Aufgabe, die Bergkirche, die ziemlich verfallen war, zu restaurieren und die Wallfahrt wieder zu beleben. Mit einem Aufwand von 68 000 Mark hat er diese herrliche alte Kirche wieder hergestellt, daß sie in der alten Schönheit erstrahlt. Auch die daneben gelegene Expositurvikariatswohnung hat er umgebaut und eingerichtet als Kapuzinerhospiz ..."

(„Deutsches Volksblatt")

Denkmäler

Die Reichsregierung hat beschlossen, das Ehrenmal, mit dem sie seit langem schwanger geht, in Berka bei Weimar zu errichten. „Um aber auch den Wünschen des deutschen Westens entgegenzukommen", ist zugleich mit diesem Beschluß auch noch der gefaßt worden, ein „Einheits- und Freiheitsmal" am Rhein aufzurichten. In Mainz wird demnächst das Denkmal für Stresemann in Angriff genommen, das nebenbei auch ein Befreiungsmal sein wird; im Osten steht das Tannenbergdenkmal.

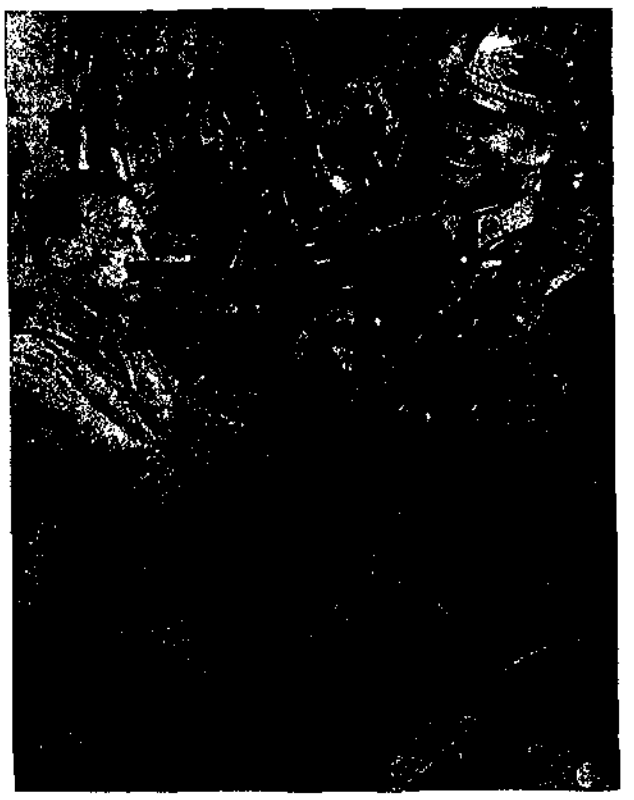
Ein siegreiches, einiges und freies Volk muß sich halt durch Denkmäler ehren; das ist so der Brauch. Über einem halben Dutzend Ehrenmälern wird man die Niederlage von 1914—18, über den Einheitsmälern den zurzeit blühenden sanften Bürgerkrieg, über den Freiheitsmälern die Young-Sklaverei vergessen. So wird dem defaitistischen Pessimismus das Wasser abgegraben, ein zukunftsfroher Optimismus schießt ins Kraut: wende den Blick ab von deiner Not, mein Volk, und schau leuchtenden Auges empor zu deinen Denkmälern — sie rufen dir fröhlich zu: keep smiling!

Die meisten Geschichtswerke, die wir besitzen, sind Anhäufungen von Lügen, gemischt mit einigen Wahrheiten.

Friedrich der Große

Der Wert der Bildung offenbart sich am deutlichsten, wenn die Gebildeten zu einem Problem, das außerhalb ihrer Bildungsdomäne liegt, das Wort ergreifen. Karl Kraus

Das andere Deutschland



Christschall

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat sechs Schallplatten beschlagnahmt, die im wesentlichen aufreizende, in Musik gesetzte und zum Teil gar die Kirche beschimpfende Gedichte des Schriftstellers Weinert enthalten. Geschieht ihm recht, dem Weinert. Denkt sich das ganz einfach, der Kerl: läßt seine kulturbolschewistischen Reimereien durch die „Proletarische Schallplatten-Zentrale" aufnehmen und will auf dem Weg über das Grammofon des kleinen Mannes (trautes Heim, Glück allein) das deutsche Volk bis ins vaterländische Mark hinein vergiften und zermürben, wo es doch ohnehin schon durch die nationalsozialistische Gehirnerweichung taperig genug geworden ist.

Weinert-Platten sind nichts fürs deutsche Herz. Da haben wir, gottlob, ganz andere Dinge: echte, wahre, sittlich reine und geistig unbelastete Schall-Kunst. Oder gibt es vielleicht keinen „Christschall-Bund", bitteschön? „Christschall" ist „das katholische Schallplattenunternehmen", falls Sie es zufällig noch nicht wissen sollten, eine „Wirtschaftsgemeinschaft zur Verbilligung der hochwertigen religiösen Schallplatte". Ein äußerst dankenswertes Unternehmen, so uns lange, ach, allzu lange gefehlt hat.

„Die Gründung des Christschall-Bundes mußte erfolgen, um der Christschall-Idee den ihrer Bedeutung entsprechenden Wirkungskreis zu schaffen." Und wie Sie sich denken können: „Die Christschall erfüllt eine hohe Kulturmission", was in unseren Zeiten des Kulturbolschewismus besonders nötig ist. „Die liturgische und sonstige religiöse Musik muß auch durch die Schallplatte im Dienste Christi in der ganzen Welt verbreitet werden ... Sie (= die „Christschall") trägt die religiöse Musik in der höchsten musikalischen und technischen Vollendung hinein in jedes Heim, in jede katholische Veranstaltung." Tragt's nur hinein ins volle Menschenleben!

Jeder muß Mitglied des „Christschall-Bundes" werden. Man begnüge sich nicht mit dem Christschall, der vom hohen Sessel des Ministers Wirth mit den dem Gegenstand angemessenen Posaunenstößen ins Land der Heiden und Unchristen herniedergeschmettert wird: im eigenen Heim ertöne, was die Seele stärkt und den Geist schwächt. Bei den Klängen der ff. liturgischen (und auch sonstigen) Christschall-Musik kuschle man sich wohlig in den Großvaterstuhl und sei glücklich, daß eine weise Weltordnung den bösen Unchristen das Grammofon vernagelt und den braven Christschall-Gläubigen die Engelschöre und das fromme Hallelujah der Seligen zugänglich macht. Denn wozu hätten wir eine Republik, wenn sie nicht einmal fertig brächte, denen, die vom Christschall-Schall Bauchgrimmen bekommen, ihre proletarische Liturgie abzudrehen! Ix

Schmarren gegen Schmarren

„Vielfach ist", so jammert einer im Film-Kurier, „von selbständigen Theaterbesitzern Klage darüber geführt worden, daß in der letzten Zeit Wanderbetriebe mit Empfehlung der katholischen Geistlichkeit Vorstellungen gaben und so dem Ortskino das „Wasser abschöpften". Wenn man weiß, daß bei einem regelrechten „Schmarren" in Aachen letzthin ein Wanderunternehmen bei vier Tagen Spielzeit 6000 Mark Reingewinn erzielen konnte, so kann man die Einwände der Theaterbesitzer wohl verstehen. Zwei Jahre katholische Filmaktion in Westdeutschland! Über 300 Pfarr- und Vereinskinos, sechs Millionen abgeschlossene Filmmeter!"

Den Markt der Dummheit hätte man eben von Anfang an sauber kontingentieren sollen.

Ostern

Wenn die Schokolade keimt,
wenn nach langem Druck bei Dichterlingen
„Glockenklingen" sich auf „Lenzesschwingen"
endlich reimt,
und der Osterhase hinten auch schon preßt,
dann kommt bald das Osterfest.

Und wenn wirklich dann mit Glockenklingen
Ostern naht auf Lenzesschwingen, — — —
dann mit jenen Dichterlingen
und mit deren jugendlichen Bräuten
draußen schwelgen mit berauschten Händen — — —
ach, das denk ich mir entsetzlich,
außerdem — unter Umständen —
ungesetzlich.

Aber morgens auf dem Frühstückstische
fünf, sechs, sieben flaumweich gelbe, frische
Eier. Und dann ganz hineingekniet!
Ha! Da spürt man, wie die Frühlingswärme
durch geheime Gänge und Gedärme
in die Zukunft zieht,
und wie dankbar wir für solchen Segen
sein müssen.

Ach, ich könnte alle Hennen küssen,
die so langgezogene Kugeln legen.

Joachim Ringelnatz (in „Allerdings")

Kleinigkeiten

Aus der guten, alten Zeit. Ein Uniformen-Fachmann schreibt, eine Bemerkung über die „Uniformen-Pietät Wilhelms II." berichtigend, der „Frankfurter Zeitung" folgende Geschichte: „Der Kaiser, dem an der Uniform des Zaren eine Art von Fangschnüren außerordentlich gefiel, fragte diesen, ob er ihm diese Schnüre nicht verleihen könne. Der Zar bedauerte ablehnen zu müssen, weil nur gewisse direkte Nachkommen des herrschenden Zaren diese Schnüre als Abzeichen eines Generaladjutanten tragen. Daraufhin hat der Kaiser sie sich selbst verliehen, indem er sich nachträglich zum Generaladjutanten seines (damals schon längst verstorbenen) Großvaters ernannte." — Die Sorgen unseres herrlichen und hochbegabten Kaisers!

Appell ans christliche Herz. In Thüringen hat die deutsche Volkspartei den Nationalsozialisten den Gehorsam aufgekündigt. Der Gauführer der thüringischen N.S.D.A.P., Pg. Sauckel, beschwört deshalb in einem Artikel die „nationale Wählerschaft", doch daran zu denken, wie „furchtbar frevelhaft", wie „ungeheuerlich" es wäre, Herrn Frick, „den Minister der deutschen Schulgebete, den Kämpfer für deutsches Wesen und deutsche Kultur", zu stürzen. Und dann: „Wollen die nationalen Parteien Thüringens vor dem Karfeitag noch den nationalen, christlichen Gedanken wie einst Judas verraten um den Preis der Auslieferung Thüringens an den antichristlichen Marxismus?" — Herr Sauckel könnt einen Pfarrer lehren.

Das Selbstbildnis. „Sie sind ruhmreiche, hoffärtige Schelme, die bis auf diesen Tag nichts mehr können, als sich zu rühmen ihres Stammes und ihre Geblüte sich loben, verachten alle Welt und sie verfluchen in ihren Schulen, ebenso in Gebeten und in ihren Lehren." — Wer zitiert diese kräftigen Stellen aus einem ungenannten Autor und von wem ist die Rede? Sie werden lachen: das Stuttgarter Naziblatt zitiert, und gemeint sind die Juden.

Schimpfereien. Das teilweise übertriebene Geschmuse der Berliner Presse um Chaplin sucht die „Deutsche Zeitung" auf ihre Art wettzumachen. Sie spricht von einem „orientalischen Reklamegeschrei", nennt Chaplin einen „Ghetto-Clown", dessen „Whitechapel-Englisch" ihn für den Tonfilm untauglich mache, und leistet sich dann den Satz: „Die Behauptung, daß ihm seine Einfälle von einem Nahestehenden gegen Bezahlung geliefert werden, ist bisher noch nicht entkräftet worden." — Wie man risikolos jemand verdächtigen kann, scheint man auch auf „deutschen" Redaktionen zu wissen.

Strafvollzug. Hugenbergs „Lokalanzeiger" berichtet mit viel Behagen über die Verfolgung und Festnahme eines Diebes, der von sechs Passanten mit Leibriemen verhauen wurde. Er wettert darüber, daß es das „Gelichter" heute im Gefängnis so schön habe; hier übten, ruft er freudig aus, deutsche Männer „in praxi modernen Strafvollzug, wie sie ihn verstehen". — Willkür hat euch von jeher die größte Freude bereitet.

Der direkte Weg. Aus einer Veröffentlichung der nationalsozialistischen „Reichspropaganda-Abteilung 2, Fritz Reinhardt, Herrsching a. Ammersee": „Das Rednermaterial enthält Material und Waffen für jeden Redner sowohl, als auch für jeden Werber von Mund zu Mund." — Recht so! Den Umweg übers Gehirn könnt ihr euch sparen.

Sozialdemokraten. Der „Vorwärts" hat anläßlich der Vorfälle in Königsberg eine große Zeichnung veröffentlicht, auf der Prinz Auwi und Goebbels, von einem riesigen Polizeiknüppel bedroht, ängstlich fliehen. Darunter stand die Bemerkung: „Manche Leute lernen nur auf diese Weise begreifen, was Demokratie ist." — Gleiches Recht für alle, Prügel zu beziehen — diese Definition der Demokratie ist dem „Vorwärts" vorbehalten geblieben.

Nicht wetterbeständig. Mein Freund hatte sich vor drei Jahren ein Häusle gebaut und die Läden wunderschön rot streichen lassen. Als ich ihn neulich wieder besuchte und wir uns vom Bahnhof her dem Hause näherten, entfuhr es mir: Aber wie sehen denn deine Läden aus! Tja, sagte er, gelb, wie du siehst. Marke S.P.D.! — Wieso S.P.D.? — Früher einmal rot gewesen.

Severing. In Kürschners „Deutscher Reichstag" kommt bei den Personalien Severings auch die Abkürzung (reform.) vor. Das soll wohl „reformistisch" heißen? Oder besagt es bloß, daß Severing noch in der Kirche ist?

Kein Aprilscherz. Wie die „Neue Augsburger Zeitung" berichtet, muß man auf der Kraftpostlinie Wertheim a. M.—Würzburg ab 1. April an der bayrisch-badischen Grenze umsteigen, da die Wagen künftig nicht mehr durchfahren, sondern an der Grenze umkehren. — Wahrscheinlich hat es Zuständigkeitsschwierigkeiten zwischen den in Betracht kommenden Oberpostdirektionen gegeben.

Unerwünschte Wirkung. In Traunstein wird augenblicklich ein großer Wildererprozeß verhandelt. Der Vorsitzende fragt einen der Hauptmissetäter, woher er so gut schießen könne. „Vom Kleinkaliberschießen", ist die Antwort. Hierauf der Vorsitzende: „Wenn sich das Kleinkaliberschießen derart auswächst, wie wir es hier erleben müssen, dann müssen von der Regierung geeignete Maßnahmen ergriffen werden." — Das Kleinkaliberschießen war doch nur als Vorbereitung auf den Bürgerkrieg oder die nächste „große Zeit" gedacht.

Nachruhm. Der „NS-Kurier", Stuttgart, meldet den Tod eines Oberregierungsrats und sagt zu seinem Ruhme das Folgende (und nichts weiter): „Der Verstorbene hat sich mit den Vorbereitungen zum Jubiläum der Hochschule und dessen Durchführung seinerzeit große Verdienste erworben." — Auch ein Verdienst!

Betriebsunfall. In einem Bericht der „Frankfurter Zeitung" über Straßendemonstrationen in Madrid heißt es: „... Bei einem solchen Zwischenfall wollte die Schutzmannschaft gegen die Menge mit Tränengas vorgehen, wußte aber die Apparate nicht recht zu handhaben und stand schließlich selbst weinend da, dem Gelächter des Publikums preisgegeben."

Die Gerüchte. Die „Arbeiterpolitik" schreibt: „Nach Gerüchten, die in Weimar herumlaufen, soll" usw. — Gerüchte haben kurze Beine.

Würde ihnen passen. Im „Tag" protestiert der Evangelische Gesamt-Elternbund Groß-Berlin gegen die Zulassung des „Sturmtags der Gottlosen", der heute in Berlin stattfindet. Es liege, behauptet er, auf der Hand, daß bei derartigen Veranstaltungen eine ganze Reihe strafbarer Handlungen (Gotteslästerungen usw.) vorkommen. Die Polizei habe nicht nur die Aufgabe, zu bestrafen, sondern auch zu verhüten, weshalb die Veranstaltung zu verbieten sei. — Das beste Verhütungsmittel wäre, die Gottlosigkeit überhaupt zu verbieten.

Anspruchsvoll. Im Katholischen Sonntagsblatt antwortet der verantwortliche Redakteur im Briefkasten u. a. folgendes: „K. W. in D. Ihre herzliche Verehrung des hl. Joseph freut mich. Gewiß hat auch der Heilige an Ihrem Gedicht Wohlgefallen, da es gut gemeint ist. Aber da es starke literarische Mängel hat, müssen wir trotzdem von einer Veröffentlichung absehen." — Warum denn? Die Leser sind doch nicht anspruchsvoller als der hl. Joseph.

Wer weiß Adressen, an die Probenummern der S.-Z. mit Aussicht auf Erfolg geschickt werden können?

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 12. April 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 15

Legalität um jeden Preis

Zu Ostern hat es im Dritten Reich eine kleine Rebellion gegeben. („C'est donc une révolution?" — „Non, sire, ce n'est qu'une révolte.") Hauptmann Stennes, der Gruppenführer Ost der S.A., der abgesetzt werden sollte, weil ihm Hitlers anläßlich der Notverordnung abgegebene Loyalitätserklärung nicht paßte, hat sich wider Gott erhoben und, ein gefallener Engel, zum Abfall aufgerufen. Er hat dem großen Adolf und den übrigen Bonzen Verrat an der Sache vorgeworfen, weil sie in ihrer bourgeoisen Saturiertheit die revolutionäre Idee verrieten.

Hitler ist mit den Unbotmäßigen rasch fertig geworden. Stennes und andere Rädelsführer sind aus der Partei ausgeschlossen worden, und die meisten der aufrührerischen Sturmscharen haben, zumal der Löhnungstag vor der Tür stand und Stennes zwar für einige Stunden die Redaktion des „Angriffs", nicht aber die Parteikasse okkupieren konnte, in unverbrüchlicher Treue zu ihrem Führer zurückgefunden.

Sinn und Bedeutung des Sturms im Wasserglas war: Die Söldnerschar, auf revolutionäre Frasen eingeschworen und landsknechthaft ungestüm nach Taten lechzend, hat sich gegen die gesättigte, leiblich wie geistig leicht angefettete Führerschaft erhoben, um die gefährdete Idee vor dem Versinken im schwabbligen Ursumpf bourgeoiser Selbstzufriedenheit zu retten; aber der gutbürgerliche „Kopf" hat die rabiate Bewegung rasch zur Ruhe gebracht: der Republik werden die Fensterscheiben nicht eingeschmissen; Hitler wird sich loyal erweisen und seine Partei, koste es, was es wolle, in der Legalität erhalten. „Angesichts der erlassenen Notverordnung besteht die große Gefahr, daß die Absicht der inneren Feinde, die Bewegung durch Aufreizung zu illegalen Handlungen hinzureißen, verwirklicht und damit den Feinden des deutschen Freiheitskampfes endlich die Möglichkeit geliefert wird zu einer Unterdrückung und Auflösung der Bewegung", sagt er in jenem bewundernswerten Deutsch, das er mit göttlicher Willkür aus dem hakenkreuzgeschmückten Ärmel zu schütteln pflegt. „Ich habe die strenge Legalität der Partei beschworen, und ich lasse mich von niemandem zum Meineidigen machen, am wenigsten vom Polizeihauptmann a. D. Stennes." Und: „Ich halte jeden Mann, der es versucht, eine gänzlich unbewaffnete Organisation zu einer Gewalttat gegen den heutigen Staat aufzuputschen, entweder für einen Narren oder einen Verbrecher oder für einen Lockspitzel." Und: „Im Jahre 1923 habe ich erklärt, marschieren zu wollen, und bin dann marschiert. Heute muß ich bekennen, daß ich jeden weiteren Versuch in dieser Richtung als Wahnsinn ansehe." Das sind von Stennes provozierte Bekenntnisse Hitlers.

Noch deutlicher spricht sich in naiver Dummdreistigkeit der Stuttgarter „NS.-Kurier" über die gegenwärtige politische Funktion der NSDAP aus: „Würden die 10 Millionen, die heute hinter Hitler stehen, ihrem Führer nicht folgen und sich hinter die Verantwortungslosigkeit einzelner Querköpfe stellen — dann gute Nacht, Demokratie! Denn dann wäre das fällig, was wir von Deutschland verhüten: eine bolschewistische Orgie, in der Deutschland untergehen wird." Und was lesen meine betrübten Augen vier Zeilen unterhalb dieses Eingeständnisses der staatserhaltenden Funktion unserer NSDAP? Nun: „Ein Hitzkopf wurde abgewiesen, die demokratische Meute jaulte — und ehern und stahlhart steht auf dem Granitblock der Selbstverleugnung und des Opfers der Nationalsozialist, mit ruhigem, sicherem Blick die gierige Bestie meisternd, die ihn mit fiebernden Lefzen umkreist." Lassen wir mal die demokratische Meute jaulen und die gierige Bestie (ist's die Demokratie, der Bolschewismus oder gar Stennes?) fiebernd kreisen, sehen wir von dieser orientalisch blumenhaften Rhetorik ab — was bleibt dann? Wo könnten wir das schon mal gelesen haben von der Selbstverleugnung und dem Opfer? Es war schon einmal eine große Partei, die wurde staatserhaltend, wer rät den Namen?

Hitler klammert sich mit allen Kräften an die Legalität. Er weiß allzugut, daß mit der Illegalität auch das Ende seiner schauspielerisch bombastischen Selbstdarstellungen käme und daß die Illegalität auch den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Wehrmacht brächte. Man kann zur Not einen Funktionärkörper im Verborgenen weiterexistieren lassen, aber man kann keine militärischen Übungen vornehmen, keine Aufmärsche in Uniformen und mit feldmarschmäßiger Ausrüstung veranstalten, keine Armee ungeduldiger Landsknechte im Geheimen regelmäßig löhnen. Hitler kann es nicht darauf ankommen lassen, die zu Massentieren erzogenen, zu Kompagniefüllseln herangedrillten Anonymen sich selbst zu überlassen. Besonders dann nicht, wenn Stahlhelm und Reichsbanner die Uniformfreudigen ungestraft durch die Darbietung militärischer Paraden locken und die kommunistische Partei die Sozial-Revolutionären durch den Appell an ihre umstürzlerischen Instinkte gewinnen können.

Hitler ist auf die Legalität seiner Partei angewiesen. Vermutlich werden die Zuwendungen der Geld- und Industriefürsten trotz der Legalität der NSDAP schon jetzt sparsamer fließen. Im Falle der Illegalität hätte die Bewegung natürlich noch weniger zu erhoffen. Darum hat Herr Hitler vollkommen richtig gehandelt, als er gegen die Aufrührer mit eiserner Rücksichtslosigkeit einschritt und schnellstens vor aller Welt zum Ausdruck brachte, daß die Legalität sein höchstes Ziel ist.

Max Barth

Gegen die kapitalistische Korruption

Kürzlich hat, wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, ein Redakteur des Finanzteils einer englischen Zeitung gekündigt, weil dieser Finanzteil dazu mißbraucht wurde, für Wertpapiere Reklame zu machen, an denen der Inhaber der Zeitung, gleichzeitig das Haupt eines riesigen Konzerns von Zeitungs- und andern Unternehmungen, interessiert ist. Es handelt sich um den Redakteur des City-Teils der „Daily Mail", des Hauptblatts des betr. Konzerns. Die Finanzinteressen des Inhabers erstrecken sich auf Zeltstoff, Zement, Landerschließung usw.

Das Haupt des Konzerns ist — Lord Rothermere. (Man erinnert sich, daß dieser Herr der vielgepriesene Freund der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei ist, der Führerin im Kampf gegen die kapitalistische Korruption.)

Der Klimmzug

Holzschnitt von Hans Gerner

Für Hitler den Regierungsschemel, für Stennes einen Fußtritt

Hitler-Brüning

Wenn man's oberflächlich betrachtet

Die „Linkspresse" (d. h. die sozialdemokratischen und die paar großen demokratischen Zeitungen) hat wieder einmal bewiesen, daß sie es zwar versteht, Sensationen „aufzumachen", aber nur ein Minimum an politischem Instinkt besitzt (von der Fähigkeit, die politischen Triebkräfte wissenschaftlich zu erfassen, zu schweigen).

Der Prüfstein war diesmal der Streit Hitler-Stennes. Die Linkspresse hat diesem Ereignis gegenüber gerade so versagt wie gegenüber allen Verschiebungen, die sich in den letzten Jahren auf der Rechten vollzogen haben. Sie hat gejubelt, als Hugenberg seine Partei „zerschlug" (die Folge der Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei war die Belastung des Kabinetts durch Schiele und Treviranus), sie hat versucht, das Volksbegehren gegen den Young-Plan als das Werk von Idioten lächerlich zu machen (es war der Geburtshelfer der nationalsozialistischen Welle), sie hat frohlockt: „Hitler frißt Hugenberg" (in Wirklichkeit lenkt Hugenberg heute den Block der nationalen Opposition sicherer als manche Leute auf der Linken ahnen), sie fabuliert acht Tage lang schadenfroh über die Familienauseinandersetzung im Hause Hitler, wird ziemlich kleinlaut, als es sich herausstellt, daß die NSDAP immerhin noch lebt, und scheint keine Ahnung davon zu haben, was es bedeutet, wenn Hitler die radikaleren Elemente aus der Partei hinauswirft: daß dann nämlich die Partei regierungsfähiger wird.

Im vergangenen Herbst hat sich Brüning mit der NSDAP nicht einigen können, weil die Forderungen der Partei zu übertrieben waren, weil die nationalsozialistischen Abgeordneten sich als unfähig zu sachlicher Arbeit erwiesen und vielleicht auch noch aus andern Gründen, über die man nur Vermutungen anstellen kann, da man von den Verhandlungen Brünings mit der NSDAP nichts Genaueres weiß. Seither schlägt das Zentrum auf die NSDAP los. Aber es sind die Prügel des Erziehers. Und Hitler gibt sich alle Mühe, ein gehorsames Kind zu sein. Er wirft die Radikalen aus seiner Partei hinaus, nicht nur, um der Notverordnung gegenüber die Legalität der Partei zu wahren, sondern auch, um die Hindernisse, die einer Regierungsbeteiligung im Wege stehen, zu beseitigen. Und seine Chancen sind heute im Wachsen; das gilt es allem Jubel der Linkspresse gegenüber festzuhalten.

Wenn man tiefer geht

Also ist die „fascistische Gefahr" im Wachsen? Ohne Zweifel. Freilich nicht so sehr deshalb, weil die Hitlerpartei regierungsfähiger wird, sondern weil (wofür die Annäherung Brüning-Hitler eben nur ein Symptom ist) die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, von der die Politik diktiert wird, die Regierung immer mehr zu fascistischen Herrschaftsmethoden drängt. Denn (das muß man den Köpfen fortwährend einhämmern) die Politik wird nicht bestimmt von der parteimäßigen Zusammensetzung der Regierung, sondern von tieferliegenden Ursachen: von der Entwicklung der Produktivkräfte und von den außerparlamentarischen Machtverhältnissen der Klassen.

Wie ist die Lage heute? Das Monopolkapital herrscht; es ist zwar wirtschaftlich und politisch in einiger Bedrängnis, aber es herrscht und sucht sich mit allen Mitteln den kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu bahnen. Und diese Mittel sind: nach außen Wirtschaftsexpansion (Kampf um die Märkte, Zollbündnisse), was zu imperialistischen Konflikten führt; nach innen: Angriff auf die Löhne und die Sozialversicherungen, was die Verschärfung des Klassenkampfes und diktatorische Regierungsmethoden zur Folge hat. (Und diese Politik nennt man „Fascismus".) In den Zeiten des Aufstiegs, vor allem in den Zeiten kolonialer Expansion, hat das Kapital den Arbeitern wirtschaftliche und politische Konzessionen machen können (hohe Löhne, Sozialversicherung, Demokratie), heute, wo es immer mehr eingeengt wird, muß es diese Konzessionen Stück für Stück zurücknehmen. Nur auf diese Weise kann es sich, besonders in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise, an der Herrschaft halten. Rücksichtslos geht es den Weg, den es gehen muß.

In dieser Entwicklung kann ein Punkt kommen, an dem es für die Parteien des Monopolkapitals günstiger ist, wenn bei der Durchführung des Fascismus nicht mehr die Sozialdemokraten, sondern die Nationalsozialisten Hilfe leisten und die Sozialdemokraten sich in eine Scheinopposition begeben. Wann dieser Punkt erreicht sein wird, läßt sich nicht vorhersagen. Brüning hat für alle Fälle vorgesorgt, und Hitler ist bereit, ihm zu Willen zu sein.

***

Der oben stehende Artikel war schon gesetzt, als einige Zeitungen Meldungen über die Hintergründe der S.A.-Revolte veröffentlichten. Danach sollen die Verhandlungen zwischen Brüning und Hitler seit dem 14. September nie unterbrochen worden sein. Die Regierung und die hinter ihr stehenden (die NSDAP finanzierenden) Kapitalistenverbände wußten zwar, daß Hitler persönlich „zuverlässig" sei, aber sie wollten den Beweis dafür, daß er seine Partei und die S.A.-Verbände fest in der Hand habe. „Also", schreiben die „Zeitnotizen", „wurde als erste Bedingung von Herrn Brüning Herrn Hitler auferlegt, alle nicht unbedingt „zuverlässigen" Elemente aus der S.A. auszuscheiden und diese entsprechend umzubilden. Diese Umorganisation war nun im Gange und ist der Grund zur Meuterei der S.A., genau wie im Kapp-Putsch die Marinebrigaden wegen ihrer drohenden Auflösung meuterten."

Einen zweiten Punkt der Verhandlungen habe Hitlers Stellung zur Reichswehr gebildet. Hitler habe sich zunächst geweigert, die S.A. unbedingt der Reichswehr zu unterstellen. Nun habe aber Hauptmann a. D. Röhm, Hitlers Stabschef, sich mit den Gönnern der Nazibewegung im Reichswehrministerium im Sinne der von den Unternehmern gewünschten Forderungen verständigt. Und damit sei der Zeitpunkt für die „Säuberungsaktion" in der S.A. gekommen gewesen.

Die Pläne des Monopolkapitals

Gegen die Arbeitslosenversicherung richtet sich heute der konzentrische Angriff der Kapitalisten, und dies nicht nur darum, um den Etat in Ordnung zu bringen, um den Steuerrückgang auf dem Rücken der Arbeiterschaft auszutragen, sondern auch darum, weil ein starker Abbau des gesamten Sozialetats den weitern Angriff auf den Lohn erleichtert.

Der Rückgang der Arbeitslöhne in der letzten Zeit ist weit größer gewesen, als es der Rückgang der Tariflöhne zeigt. „Das Arbeitseinkommen hat sich in den zurückliegenden Monaten erneut stark vermindert. Nicht nur der saisonübliche Beschäftigungsrückgang hat dazu beigetragen; auch der konjunkturelle Schrumpfungsprozeß des Arbeitseinkommens hat weiter große Fortschritte gemacht. Der Rückschlag des Arbeitseinkommens hat neuerdings einen Umfang angenommen, wie er in den letzten vierzig Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Vier Faktoren sind es, die gegenwärtig das Arbeitseinkommen vermindern: Erstens die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit; zweitens die Verdienstminderung durch Kurzarbeit; drittens der Abbau der übertariflichen Bezahlung; viertens die Senkung der Tariflöhne." (Bericht des Instituts für Konjunkturforschung.) Aber die Unternehmer begnügen sich nicht damit, daß, um die Worte noch einmal zu zitieren, „der Rückschlag des Arbeitseinkommens neuerdings einen Umfang angenommen hat, wie er in den letzten vierzig Jahren nicht mehr zu verzeichnen war". Im Gegenteil, die nächsten Monate werden eine neue Lohnraubaktion bringen.

Aber wie hoch sollen die Löhne sein? Das plaudert die „Kölnische Zeitung" aus. Sie schreibt in einem Aufsatz: „Ein Vorschlag für elastischere Gestaltung des Tarifsystems" (Nr. 102 der „K. Z."): „Der unabdingbare Teil des Lohns ist nicht mehr wie bis heute der Tariflohn, sondern wird gesetzlich auf einen Lohnsatz begrenzt, der etwa den heutigen Sätzen der Arbeitslosenversicherung entspricht."

Nun, das ist wohl deutlich genug. Senkung der Tariflöhne bis zu den heutigen Sätzen der Arbeitslosenversicherung. Um aber dann noch einen Unterschied zwischen Betriebsarbeitern und Arbeitslosen zu haben, müssen vorher die Sätze der Arbeitslosenversicherung abgebaut werden.

Das ist das ökonomische Programm der deutschen Kapitalisten für die nächsten Monate. K. L. Gerstoff („Weltbühne")

„... Deswegen muß das Finanz- und Monopolkapital sich mit den Maßnahmen, die ihm unmittelbar eine Erleichterung seiner gefährdeten Lage bringen, beeilen. Es gilt insbesondere, die Mittel zu ergreifen, die sofort mehr Profite sichern, die Konkurrenzstellung verbessern und wenig kosten. Deswegen wird die neue Kapitalsoffensive weniger mit kostspieligen technischen Umstellungen und Erweiterungen verbunden sein, als vielmehr mit rücksichtslos gesteigerter Ausbeutung, mit weitergetriebenem Lohnabbau und „Ersparnis" der letzten Sozialausgaben, an deren Stelle Subventionen und Steuergeschenke an das Großkapital treten sollen. Diese Maßnahmen sollen, ohne Verzögerung durch parlamentarisches Geschwätz, durchgeführt werden, um so gleichzeitig das Vertrauen des ausländischen Finanzkapitals zu erhalten und damit die eigene Kreditlage zu verbessern." („Die Internationale", Heft 4, 1931)

Die grossen Herren der Republik

Progressive Einkommens- und Vermögenssteuern, menschenwürdige Löhne und ähnliche „marxistische" Methoden hindern bekanntlich — eine Sünde wider den Geist der kapitalistischen Wirtschaft — die „Kapitalbildung". Wie wirtschaftlich das Kapital angewandt wird, das man durch Abwendung jener Methoden bildet, zeigen dabei nicht nur allerlei Zahlen über die Dividenden- und Tantiemenzahlungen zahlreicher Großgesellschaften, sondern auch sehr leibhaftig z. B. die stolzen Privatyachten der großen Konzernherren, so die Yacht des Herrn C. F. von Siemens, der sowohl Großlieferant der Reichsbahn, als auch, durch das Vertrauen der republikanischen Regierung, Verwaltungsrats-Vorsitzender der Reichsbahngesellschaft ist. Es ist dabei bezeichnend, daß diese Herrn nicht einmal die Form wahren, die ihnen die Rücksicht auf ihre Stellung innerhalb der deutschen Republik auferlegen könnte: am Heck der Siemens-Yacht flattert über dem Mittelmeer eine schwarz-weiß-rote Fahne mit der Hohenzollernkrone, die Matrosen zeigen am Mützenband das Zeichen des Kaiserlichen Yachtklubs.

Romain Rolland für USSR

Unter den unabhängigen Geistern bürgerlicher Herkunft, denen ihre humanitären Zielvorstellungen mehr sind als reizvolle Spielereien und willkommene Anlässe, Geist und Witz zu üben und treffliche Formulierungen, köstliche Pointen zu erfinden, überrascht bald der, bald jener die Welt durch ein Bekenntnis zur unbürgerlichsten, unspielerischsten Anschauung: zur einfachen kommunistischen Haltung. Vor kurzem hat auch Romain Rolland, der früher entschieden gegen die Bolschewisten Stellung nahm, ein deutliches Bekenntnis zu seiner veränderten Gesinnung abgelegt. In der pazifistischen Zeitschrift „Nouvelle Revue Mondiale" antwortet er auf eine Herausforderung des Friedensfreundes und Paneuropäers Gaston Riou. Die „Neue Generation", Berlin, bringt den Text seines Artikels auf Deutsch. Rolland formuliert in ihm seinen jetzigen Standpunkt mit prächtiger Entschiedenheit und Klarheit.

Er spricht zunächst aus, daß die Bewegung zur Herstellung eines einigen Europas eine Illusion zur Grundlage hat — bei den gutgläubigen Intellektuellen, aber eine sehr reale Tendenz — bei Politikern wie Briand. Europa, wie es jetzt aussieht, zu einen, bedeutet: Sanktionierung der durch die Friedensverträge geschaffenen unhaltbaren Zustände. „Das Ziel wäre also, den Frieden, die Satzungen von France-Europa, auf der Basis der Verträge von 1919 festzulegen." Ohne Revision der Friedensverträge kein Europa, sagt Rolland. „Es gibt kein Europa. Es gibt nur gefesselte Völker, die an ihren Ketten zerren. Und es gibt auch die, die die Ketten geschmiedet haben. Mit wem wollt ihr es halten?"

Dann, Rollands zweites Argument, sein zweiter Appell: Die deutsch-französische Einigung ist nur noch eine Teilaufgabe, und nicht einmal die wichtigste. Viel wichtiger ist die Gefahr, die in einer deutsch-französischen Militärallianz liegt. „Diese ungeheuerlichen Projekte der kriegerischen Verbindung bilden einen der geheimen Drehpunkte des neuen Pan-Europa ... Die zwei mächtigsten westlichen Staaten verstärken nicht ihre Rüstung und ihre Armeen, um von den Waffen keinen Gebrauch zu machen. Diese ausgehungerten Bäuche gelüstet es nach Beute, und da sie nicht imstande sind, sie ganz allein zu zerlegen, so sind sie bereit, miteinander zu teilen. Wo ist diese Beute?" Hier Rollands Antwort:

„Mein Großvater, Colas Breugnon, lehrte mich seit meiner Kindheit das weise Mißtrauen der Schafe von Nivernais. Arme Schafe! Hätten wir uns nur gegen den Wolf zu verteidigen, wie leicht würden wir uns vor ihm hüten. Aber wer wird uns vor dem Schäfer behüten? Ich bin mißtrauisch und beobachte seit Jahren die Machenschaften der schlechten Schäfer zur Einkreisung der USSR, ihr verdächtiges Zusammenspiel mit den emigrierten Weißen und den reaktionären Parteien, unsere militärischen Missionen, die beauftragt sind, die Söldnerarmeen von Polen und vom Balkan zu organisieren. Der Moskauer Prozeß frischen Angedenkens (gemeint ist der Ramsin-Prozeß, d. Red.) hat mir nichts gezeigt, was ich nicht schon früher befürchtet hätte; und wenn man von den zusätzlichen Übertreibungen absieht, durch die Gauner wie Ramsin ihre Bekenntnisse verstärkt haben, um ihren Kopf zu retten, so ist der Kern dieser Geständnisse sehr leicht nachprüfbar. USSR ist die Beute, auf die man es abgesehen hat. Wenn bis jetzt alle gegen sie gerichteten Pläne mißlungen sind, so ist zu ihrem Glück der Grund der, daß die großen internationalen Diebe, die anglo-germano-französischen Räuberhäuptlinge, sich täppisch um das Bärenfell stritten, ohne sich untereinander einigen zu können. Wenn aber die Einigung erreicht und der europäische Geschäfts- und Waffenblock verwirklicht ist, wollte man sich dann einbilden, daß er untätig bleiben könnte der sowjetistischen Welt gegenüber, die sozial seine Negation ist und deren Gedeihen seine Existenz bedrohen würde? ... Falls USSR bedroht ist — ich stehe ihr zur Seite, wer auch ihre Feinde seien. Ich bin nicht blind ihr gegenüber, und ich habe ihr oft ins Gesicht gesagt, welche Fehler sie meiner Ansicht nach begeht. Aber ich glaube, und ich weiß, daß sie den heroischsten Versuch, die festeste soziale Zukunftshoffnung verkörpert. Falls sie verschwinden sollte, würde Europas Zukunft mich nicht mehr interessieren. Es wäre in meinen Augen sozial verurteilt auf Jahrhunderte hinaus."

Weiter. Der dritte Angelpunkt der Politik ist für Rolland die Unabhängigkeitsbewegung der Kolonialvölker. „Wenn der Zweikampf, den Europas blinder Egoismus so gut wie unvermeidlich macht, beginnen wird — welches werden die fügsamen Soldaten der europäischen Abenteurer sein gegen die Unabhängigkeit der revoltierenden Welt? Ich antworte für mich, ohne andere verpflichten zu wollen, aber ich verpflichte mich ganz: Ich werde dieser Soldat nicht sein! Falls du, Europa, diesen ungeheuerlichen Kampf entfachen wirst, werde ich gegen dich, gegen deinen Despotismus und deine Habgier kämpfen, für meine Brüder aus Indien, China und Indochina und aus allen unterdrückten, ausgebeuteten Ländern. ... Trotz allem möchte ich hoffen, daß dieser große Völkerzusammenstoß zwischen den beiden Hälften der Menschheit noch vermieden werden kann. Aber sollte es nicht gelingen, so bin ich dem Tode zu nahe, um meine Gedanken zu verbergen. Ich sage der USSR von Lenin und dem Asien von Sun-Yat-Sen und Gandhi: „Brüder, ihr könnt auf mich rechnen! Ich bin zwar nur ein Mensch unter Millionen, aber dieser Mensch ist und war sein ganzes Leben lang eine freie Stimme des Westens, die Stimme von Jean-Christophe und von Colas Breugnon, ein freier Arbeiter, ein Bruder der freien Arbeiter in der ganzen Welt, die die Bahn eröffnen wollen für die Gemeinschaft der Arbeiter in einer Welt, die von Vorurteilen, vom Joch der Rassen, Kasten und Klassen befreit ist." Und ich sage Europa: „Werde weit oder stirb! Nimm alle neuen und freien Kräfte der Erde in dich auf! Du erstickst in deiner gestrigen glorreichen, aber verknöcherten Schale. Zersprenge sie! Atme und laß uns atmen! Wir brauchen ein Haus, ein Vaterland, das weiter ist als Europa ... Meine Heimat ist nicht das Gestern, meine Heimat ist das Morgen."

Wettlauf nach Russland

„Nach der Rußlandfahrt der deutschen Industriellen häufen sich in Moskau die Angebote von Besuchen von Industriellen aus aller Welt. Zuerst kamen Ankündigungen von Vertretern von Handel und Industrie aus Frankreich, Italien und Amerika. Jetzt kündigt der Verband der belgischen Schwerindustrie seine Absicht an, eine Rußlandreise zur Stärkung der kommerziellen Beziehungen zu unternehmen. Auch dieses Angebot wird von der russischen Presse höflich und freundlich aufgenommen." (Zeitungsmeldung)

In der russischen Erdölindustrie ist der Fünfjahresplan in zweieinhalb Jahren erfüllt worden. Rußland rückt in der Erdölproduktion von der dritten Stelle, die es bis jetzt innehatte, an die zweite.

Geistige Waffen?

Im „Zionsboten" schreibt Dr. Dibelius über das Verbrechen des Versicherungsmörders Tetzner: „Man würde das als eine krankhafte Verirrung einzelner unglücklicher Menschen abtun können, wenn nicht die russische Praxis das Beispiel im größten Ausmaß gäbe."

In einem Heft des von der christlichen Traktatgesellschaft in Kassel herausgegebenen „Friedensboten" findet man die Sätze über Rußland: „Fällt einmal die sinnliche Lust eines Mannes auf ein junges Mädchen, ob nun Arbeiterin, Studentin oder gar noch im schulpflichtigen Alter, so muß es sich dem hingeben, sonst gilt es als Bourgeoistochter, unwürdig des Namens einer Kommunistin." Und: „Viele Menschen verlieren den Verstand, und manche Eltern töten ihre Kinder, besonders die Mädchen, ehe sie sie den Kommunisten ausliefern."

Jetzt warte ich nur darauf, daß irgend eine kirchliche Stelle einmal von diesen und ähnlichen gemeinen Verleumdungen öffentlich abrückt.

Jan Hagel

Da können Sie lange warten. Red. d. S.-Z.

Humbug

In den letzten Wochen ist durch die ganze deutsche Lokalpresse ein Klischee-Artikel gelaufen unter der flammenden Schlagzeile „Die Kriegsschuldlüge widerlegt, Franzosen wollten schon 1912 in Belgien einmarschieren".

Poincaré hatte nämlich 1912, als zwischen Deutschland und England (ergebnislos) über einen Neutralitätsvertrag verhandelt wurde, an seinen Londoner Botschafter Cambon geschrieben: falls Deutschland bei Aachen Truppen zusammenziehe, um Frankreich anzugreifen, und Frankreich dann zum Schutz seiner Grenze auf belgisches Gebiet vorstoße, so dürfe das nicht als französischer Angriff auf Deutschland gelten, bei dem England neutral zu bleiben hätte.

Damit soll also die „Kriegsschuldlüge" widerlegt sein! Komisch, daß sie immer wieder von neuem widerlegt werden muß.

In Preßburg sprang ein Einbrecher in selbstmörderischer Absicht in die Donau, wurde aber noch gerettet. Er erklärte, er sei lebensmüde, da sich das Einbrechen nicht mehr lohne. Wenn nach stundenlanger, mühevoller Arbeit ein Geldschrank geknackt sei, fänden sich immer nur lächerlich geringe Beträge und höchstens noch Mahnungen der Steuerbehörden.

Mordprozess Kürten

Morgen, am 13. April, beginnt in Düsseldorf der Prozeß gegen den Massenmörder Peter Kürten. Es wird eine große Sensation werden. Die Presse hat schon vor Monaten den Wettlauf nach gesicherten Plätzen begonnen. Der Schwurgerichtssaal reicht nicht aus, um die informationshungrigen Vertreter einer entrüsteten Öffentlichkeit aufzunehmen. Man wird die Verhandlung in einer Turnhalle durchführen. Rund dreihundert Zeugen werden aufmarschieren; 36 Sachverständige werden zu den einschlägigen Fragen „Stellung nehmen". Entscheidend werden vor allem die Gutachten der ärztlichen Kapazitäten sein. Sie haben Kürten monatelang unter der Lupe gehabt und sollen nun sagen, ob er zurechnungsfähig ist oder nicht. Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, daß er ohne Zweifel „Sadist mit fetischistischen Neigungen" ist, und die Mehrzahl soll ihn für zurechnungsfähig (im Sinne des § 51) halten. Das Gericht wird sich höchstwahrscheinlich dieser Ansicht anschließen, denn schon allein das „Gerechtigkeits"gefühl der erregten Bevölkerung verlangt in solchen Fällen, in dem „Unmenschen" einen Verbrecher und keinen abnormen Kranken zu sehen.

Die Guillotine wird also voraussichtlich wieder einmal in Bewegung gesetzt werden. Aber gerade gegenüber Menschen wie Kürten ist dies Verfahren ein bißchen bequem. Bei einer ganzen Reihe Massenmörder, so z. B. bei Haarmann, Großmann u. a., hat sich nämlich genau wie bei Kürten mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß unsere Justiz gegenüber Abnormen vollständig versagt und dadurch oft an deren schrecklichem Ende mitschuldig ist. Die meisten Massenmörder sind, bevor sie endgültig letzter Hemmungslosigkeit verfielen, immer wieder wegen Sexualdelikten unter die Augen der Gerichte und der Gerichtsärzte gekommen; man hat sie vorübergehend in die Gefängnisse und Zuchthäuser gesteckt, weil sie an Hand des mittelalterlichen § 51 für zurechnungsfähig erklärt wurden, und gerade durch die für ein abnormes Triebleben doppelt gefährliche Einkerkerung sind sie dann vollends der sexuellen Raserei verfallen.

Dieser unmögliche § 51 schließt nur dann eine strafbare Handlung aus, „wenn der Täter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, wodurch seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war". Bei Menschen, die unwiderstehlich zum entsetzlichsten Morden getrieben werden, neigt der gesunde Menschenverstand dazu, die freie Willensbestimmung als ausgeschaltet anzusehen. Nicht so die meist rückständigen Gerichtspsychiater. Sie kommen an Hand des § 51 immer wieder dazu, selbst das abnormste Monstrum für zurechnungsfähig zu erklären; es fehlt ihnen vielfach das Organ für jene krankhaften Störungen der Geistesverfassung, wie sie durch Anomalien des Trieblebens hervorgerufen werden.

Der neue Strafgesetzentwurf vom Jahr 1927 bringt hier insofern eine kleine Besserung, als nicht mehr als Merkmal der Unzurechnungsfähigkeit der „Ausschluß der freien Willensbestimmung" bezeichnet wird. § 13 Abs. 1 des Entwurfs besagt: „Nicht zurechnungsfähig ist, wer zur Zeit der Tat wegen Bewußtseinsstörung, wegen krankhafter Störung der Geistestätigkeit oder wegen Geistesschwäche unfähig ist, das Unrechtmäßige der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln." Dem einsichtigen Psychiater wird es bei dieser Fassung eher möglich sein, Menschen, die unter dem Zwang eines abnormen Trieblebens stehen, den Klauen einer stupiden Vergeltungsmaschinerie zu entreißen und dem Arzt zuzuführen. Der Betreffende kann dann zur Heilung einer Heil- und Pflegeanstalt überwiesen werden, oder aber, wenn er unheilbar ist, in eine zweckmäßige Sicherungsverwahrung gebracht werden.

Wahrscheinlich wird sich aber auch dann, wenn der neue Entwurf Gesetz sein wird, nicht viel ändern. Die bescheidenen Möglichkeiten, die in der neuen Fassung gegeben sind, werden bei dem heutigen Geist der Justiz und der Gerichtspsychiatrie nur in verhältnismäßig geringem Maße zur Auswirkung kommen, und die Gesellschaft wird auch fernerhin von Zeit zu Zeit solche selbstgefälligen Orgien der Gerechtigkeit mit Gruseln genießen können, wie auch der Kürtenprozeß eine werden wird.

M.

Die Lobredner unserer Justiz haben eine fatale Ähnlichkeit mit jenem Tröster, der auf die Klage einer Witwe, ihr Seliger habe an einer schweren Lungenentzündung gelitten, die beruhigenden Worte findet, es werde hoffentlich nicht so schlimm gewesen sein.

Karl Kraus

Schutz den Gefährdeten

Von Friedrich Kuhn

Manche Leute behaupten da immer, die Welt werde zusehends egoistischer und kein Teufel kümmere sich mehr um den bedrohten Nächsten.

Ich kann das nicht finden. Ich habe die Dinge ernstlich geprüft — mit dem Ernst, der einem den Siebzig sich Nähernden zukommt —, aber mein Eindruck ist ein völlig anderer. Es ist, möchte ich fast sagen, der entgegengesetzte Eindruck, den ich gewonnen habe.

Mir scheint (zu meiner eigenen Verwunderung, wie ich bekenne): nicht egoistischer, sondern altruistischer wird die Welt beständig, und nicht wenig, sondern sehr, sehr viel bekümmert man sich um seine Mitmenschen. In gewissem Sinne nämlich.

Daß soziale Forderungen erfüllt werden, daß man gesunde und billige Wohnungen baut, hohe Löhne zahlt, Kranke und Arbeitslose reichlich unterstützt (wie es heut bekanntlich allenthalben in unserm Vaterlande der Fall ist), — das ist eigentlich gar kein Ausfluß von Altruismus oder Nächstenliebe. Es ist nichts als wohlverstandener Egoismus, gesunde Selbstsucht. Es gehört ganz einfach zu dem großen Sicherungssystem, durch das der Mensch als Gattungswesen die Zufälligkeiten des Schicksals von sich fernzuhalten und die willkürlichen Auslesemethoden der Natur zu beherrschen und zu berichtigen bemüht ist. Heute dir, morgen mir, — da gibt es nichts von Wohltat und Aufopferung; es geht alles ganz klar und verständig dabei zu: wie bei einer gut kalkulierten Versicherung auf Gegenseitigkeit.

Nein, der Altruismus, über den ich mich wundere, liegt ganz wo anders. Und er zeigt wesentlich idealere Formen.

Er äußert sich meines Erachtens vor allem immer dort, wo je und dann unter uns der Ruf laut wird: Mitmenschen, wahrt eure heiligsten Güter! Und es ist nicht zu verkennen, daß dieser Ruf in der Gegenwart recht häufig ertönt (sicher ein Zeichen der zunehmenden Moralität!).

Das Wunderbare und in absonderlicher Weise Altruistische an jenem Ruf besteht nun aber zunächst darin, daß die, die ihn erheben, gar kein ersichtliches Interesse an den heiligsten Gütern haben, für die sie sich mit solchem Nachdruck einsetzen. Und noch wunderbarer freilich ist es, daß die tatsächlichen Interessenten an diesen heiligsten Gütern deren Schutz meist überhaupt nicht fordern, daß hier auf beiden Seiten demnach die Ausschaltung niederer Selbstsucht und Vorteilsjägerei in der vollkommensten Weise geglückt ist.

Da gibt es etwa Anwälte der Sittlichkeit, die es sich zur Aufgabe machen, Mädchen vor Entjungferung, Jünglinge vor Verführung zu bewahren. Aber diese Anwälte (die auch weiblichen Geschlechts sein können) sind selber entweder längst entjungfert und verführt, oder sie haben die Gefahr der Entjungferung und Verführung persönlich gar nicht mehr zu fürchten. Und andererseits: die, die sie vor Entjungferung und Verführung schützen wollen, verlangen nach nichts sehnlicher, als gerade danach, entjungfert und verführt zu werden! Kann man die Selbstlosigkeit, kann man die Fürsorge für den Nächsten also weiter treiben?

Manche wieder beschäftigen sich mit der Ehe, — der ihrer Mitmenschen wohlgemerkt. Sie wollen sie gegen eine um sich greifende Laxheit in der Auffassung der ehelichen Treue und zumal gegen eine gegenseitige geübte unsittliche Toleranz der Ehegatten schützen. Und dabei lehrt die Erfahrung, daß Eheleute, die einander im Punkt der ehelichen Treue Dispens gewähren und insofern eine laxe Auffassung von ihren sittlichen Pflichten bekunden, weder gegen ihre Toleranz im besonderen noch gegen ihre Laxheit im allgemeinen geschützt sein wollen, — während hinwiederum zugestanden werden muß, daß selbst die verwerflichste Laxheit und die weitestgehende Toleranz anderer Ehepaare die sittenstrengeren Mahner von der ehrbaren Führung ihrer eigenen Ehe nicht abzuhalten braucht. Und dennoch, dennoch dieser Eifer! Daß er altruistisch ist, wird man nicht bezweifeln können.

Eine fernere Spezies von Altruisten wirft sich vorzugsweise auf die Spielarten der Liebe, die heut als widernatürlich gelten. Und das heißt in den meisten Fällen: auf die Homoerotik, — bei andern, versteht sich. Aber niemand zwingt sie, selber gleichgeschlechtlichen oder sonstwie widernatürlichen Verkehr zu pflegen, und die, die es tun, die tun es offenbar mit Lust und Liebe, — ohne ein Bedürfnis nach Schutz vor ihrer Neigung. Liegt nicht demgemäß auch bei den zu solchem Schutz Aufrufenden eben diese nicht das Ihre suchende Nächstenliebe vor, die so viele in unserer Zeit vermissen?

Verbreitet, sehr weit verbreitet sogar, ist sodann noch die Gemeinschaft jener Menschenfreunde, die den Frauen durchaus die Schmerzen der Abtreibung ersparen wollen. Und doch steht fest, daß die überwiegende Mehrzahl der Frauen, die sich aus irgendwelchen schwerwiegenden Gründen zu einer Abtreibung entschließen, diese Schmerzen lieber ertragen als die der Geburt. Jenen Menschenfreunden aber bleibt es für ihr Teil ja ganz unbenommen, ihre Frauen mit soviel Kindern zu beschenken, als Zeit und Kraft ihnen nur irgend erlauben. Woher darum ihre Sorge hinsichtlich der Abtreibungsakte der andern? Woher, wenn nicht aus Nächstenliebe?

Und ähnlich steht es auch mit den erleuchtenden Geistern, die die Schundliteratur beseitigen wollen. Kein Gesetz legt ihnen die Verpflichtung auf, selber Schund zu lesen. Und die, die ihn lesen, lehnen, wie man immer wieder sieht, mit sicherem Instinkt jedes ihnen angebotene Surrogat des Schundes verächtlich ab. Sie wollen den Schund und nicht seine Beseitigung. Trotzdem: man schützt sie vor dem Schund, — aus Nächstenliebe.

Habe ich nicht also recht, wenn ich unsere Zeit gegen den Vorwurf liebloser Gleichgültigkeit dem Nächsten gegenüber verteidige?

Sie ist dem Mitmenschen gegenüber keineswegs gleichgültig. Sie ist es so wenig, wie es etwa das Mittelalter war. Und das Mittelalter bedeutet im ganzen und großen doch wohl einen Höhepunkt des Altruismus.

Niemanden damals ging die persönliche Überzeugung der andern etwas an. Und doch ließ es bekanntlich den frommen Eiferern der Zeit keine Ruhe, wenn sie den Verdacht schöpften, daß ihr Nächster vielleicht nicht in allen Punkten den rechten Glauben besaß (dem selber unangefochten huldigen zu dürfen, ihnen keineswegs genügte). Ihre Nächstenliebe drängte sie in solchem Falle, den irregehenden Mitbruder mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf den rechten Pfad zurückzubringen und — sei es auch erst auf dem vorsorglich für ihn angezündeten Scheiterhaufen — seine unsterbliche Seele dem Bösen zu entreißen.

Wie gesagt: das ist Altruismus, und es mag für die Frommen und Guten unserer Zeit eine Beruhigung sein, daß diese Gesinnung auch heute noch bei einem großen Teil der Menschheit und insbesondere unseres eigenen Volkes vorherrscht. Indessen wird eine Frage dadurch noch nicht aus der Welt

Zucker

Das Reichsgesetzblatt vom 30. März enthält eine Verordnung über den Zusammenschluß der Zuckerindustrie, die von Reichstag und Reichsrat angenommen worden ist. Sämtliche deutschen Zuckerfabriken sind darnach zu einer „Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuckerindustrie" zusammengeschlossen. Der Zuckertrust ist perfekt.

Worin bestehen die Aufgaben und Befugnisse des Zuckertrusts in der Hauptsache?

Erstens: er setzt den Preis des Zuckers fest. Den Inlandspreis nämlich, den Preis, den wir zahlen müssen. Er ist gegenwärtig etwa das Doppelte des Weltmarktpreises. Ein Pfund deutschen Zuckers kostet in Kreuzlingen 16 Pfennig, in Konstanz 32 Pfennig. (Weshalb die Konstanzer ihren Zucker in Kreuzlingen einkaufen; Konstanz und Kreuzlingen liegen beieinander wie Ulm und Neu-Ulm, Hamburg und Altona, Mannheim und Ludwigshafen.) Über den Auslandspreis hat der deutsche Zuckertrust einstweilen keine Macht. Er erstrebt sie aber: durch Vereinbarungen mit den anderen Produktionsländern. (In Europa hat nur noch die Tschechoslowakei eine große Zuckerindustrie, in Übersee: Kuba, Indien, Java.)

Zweitens: der Zuckertrust setzt das „Kontingent", das Absatzquantum der einzelnen Zuckerfabriken für das Inland fest. Was infolge höherer Ergiebigkeit der Rübenernte an Zucker etwa mehr produziert wird, muß verfüttert oder zu technischen Zwecken verwendet oder exportiert werden. Auf Zuckererzeugung ohne entsprechendes Kontingent steht Geldstrafe.

Drittens: der Trust sorgt für die Förderung des Verbrauchs. Er macht Reklame für den Zuckerkonsum, z. B. indem er auf den Bahnhöfen Plakate aufhängt, die den Zukkergenuß empfehlen, oder indem er „wissenschaftliche" Abhandlungen in Zeitschriften lanciert, worin nachgewiesen ist, daß man vom Zucker jung, schön und stark werde. Wenn der Verbrauch steigt, kann nämlich entweder das Kontingent erhöht oder der Preis hinaufgesetzt werden. (Verschwiegen wird in der Reklame natürlich, daß der Zucker, wie er heute geliefert wird, ein Nahrungsmittel von höchst zweifelhaftem gesundheitlichem Wert ist.)

Ist nun der Zuckertrust ein Stück Planwirtschaft, am Ende gar „individuelle Planwirtschaft", wie sie Herrn Direktor Junghans vorschwebt?

Ohne Zweifel. Der Trust schaltet die „freie Konkurrenz" in der Zuckererzeugung aus, er reguliert die Erzeugung aufgrund des ziemlich genau zu erfassenden wahrscheinlichen Verbrauchs, er verhindert „Überproduktion", Kräftevergeudung, Kapitalverschwendung. Jede einzelne Fabrik weiß: ich habe im laufenden Geschäftsjahr so und so viel zu produzieren und bekomme dafür den und den Preis; zur Herstellung des Kontingentsquantums sind so und so viel Rüben und so und so viel „Hände" (wie der amerikanische Unternehmer der Einfachheit halber statt „Arbeiter" sagt) erforderlich. Für die „individuelle" Wirksamkeit des Herrn Generaldirektors, für seinen „Unternehmungsgeist", seine schöpferische Initiative bleibt dabei freilich kein allzu großer Spielraum mehr übrig. Er könnte sich vielleicht eine neue Apparatur oder Betriebsorganisation ausdenken, die den Wirkungsgrad der Arbeit verdoppelt. Aber wird ihm dann sein Kontingent auch erhöht werden? Wird sich die Anschaffung kostspieliger neuer Maschinen lohnen, wenn sie nachher nicht voll ausgenützt werden können? Wozu sich solche Sorgen machen, wenn Absatz, Gewinn und fürstliches Gehalt garantiert sind?

Auf keinen Fall wird der Verbraucher von den Vorzügen dieser Art von Planwirtschaft etwas zu spüren bekommen. Die volkswirtschaftliche Ersparnis, die sich aus der Organisation der Industrie in Kartellen, Syndikaten oder Trusts unbestreitbar ergibt, kommt einzig und allein der Produzentenseite zu Gute; wogegen das Monopolkapital in der Lage ist, dem ohnmächtigen Konsumenten den Preis zu diktieren, der ihm paßt, also z. B. 32 Pfennig für das Pfund Zucker, das in der Schweiz um 16 Pfennig verkauft wird.

Wie würde der Zuckertrust aussehen, wenn er keine kapitalistische, sondern eine sozialistische Einrichtung wäre? Äußerlich zunächst wahrscheinlich nicht viel anders als jetzt. Er würde bestimmen, wie viel Zucker erzeugt und wie viel ausgeführt wird, was für Qualitäten geführt werden und dgl. Nur daß leitender Gesichtspunkt bei all dem nicht die Rücksicht auf den Profit der Produzenten wäre, sondern die wirtschaftliche Gesamtsituation und das Bedürfnis oder besser, wenn auch abgedroschener ausgedrückt: das Wohl der Gesamtheit.

Angenommen etwa, es würde sich herausstellen, daß der Zucker kein Nährmittel, sondern ein wertloses Genußmittel ist, so würde die Produktion eingeschränkt und der Preis erhöht werden. Wenn der raffinierte Zucker den Zähnen schadet, so würde das Publikum darüber nicht im Unklaren gelassen, und man würde die Produktion mehr und mehr auf braunen Zucker umstellen. Wenn es sich zeigen würde, daß der Rohrzucker aus Cuba und Java besser und billiger zu produzieren ist, so würde man sich überlegen, ob man den Rübenanbau nicht einschränken und die deutschen Zuckerfabriken stillegen sollte, um dafür mit dem bisher dort investierten Kapital Dinge herzustellen, die von den Leuten in Cuba und Java gerne gekauft werden. Man würde es sich leisten können, unter erheblichem Aufwand neue Produktionsverfahren auszuprobieren, die im Falle ihrer Bewährung ohne Weiteres der Gesamtheit zu Gute kämen. Vielleicht würde man die Produktion vervielfachen, um damit Schulden im Ausland abzuzahlen, ähnlich wie Rußland es gegenwärtig mit seiner Holz-, Getreide- und Ölausfuhr macht. Es wäre sogar denkbar, daß auch dann deutscher Zucker im Ausland billiger wäre als im Inland. Aber der Unterschied gegen heute wäre der: nicht zu Gunsten einiger weniger Kapitalisten, nicht ohne Rückwirkung auf diejenigen, denen Opfer zugemutet werden.

Die Herstellung von Zucker ohne behördliche Erlaubnis mit Geldstrafe zu belegen, wie das in unserer heutigen „freien" Wirtschaft geschieht, wäre dann unnötig. Denn das würde niemand einfallen. Erich Schairer

Preislehre: Fünfundzwanzig Pfennig zahlen Sie für Ihre Rasierseife? Hier stimmt nun die Proportion Herstellungspreis (Material plus Arbeit) zu Verkaufspreis wie eins zu zehn nicht. Hier müssen wir, wie bei vielen Markenartikeln der Parfümeriebranche, schon eins zu fünfundzwanzig sagen. Die Reklame in den illustrierten Zeitungen ist ein teurer Spaß, den Sie sich leisten.

Konkurrenz ist schädlich

„... Gerade bei der chemischen Industrie muß eine ungeregelte Konkurrenz die Rentabilität herabdrücken und angesichts des ständigen chemischen und technischen Fortschritts und des damit verbundenen Risikos für Investitionen zu einer Verlangsamung, wenn nicht zum Stillstand jeglicher Forschung führen."

„... Wenn man auch in alten Zeiten sagte, als die Geschäfte sich noch auf ein ganz kleines Tätigkeitsfeld beschränkten, die Konkurrenz sei die Seele des Handels, so ist das heute doch nicht mehr dasselbe. Die richtige Grundlage, die sowohl von dem Verbraucher wie von dem Erzeuger gewünscht wird, ist die Verständigung. Die Verständigung bringt Sicherheit, Stetigkeit, sie vereinigt die Energien, die durch die Konkurrenz aufgebraucht und verbraucht würden. Sie erlaubt es, die Kosten der Produktion, des Verkaufs, des Transports und schließlich auf den Preis für den Konsumenten zu verringern ..."

„... Es kommt darauf an, unter den ... Produzenten und ... Verkäufern ein Übereinkommen zu erzielen, das die Wiederkehr der törichten und kostspieligen Konkurrenzkämpfe ... verhindern und ... die Desorganisation des Marktes vermeiden würde, die nur Verluste und Arbeitskämpfe mit sich bringt ..."

Diese drei Äußerungen stammen von einem deutschen und zwei französischen Großindustriellen (Länderheft „Frankreich", der Frankfurter Zeitung, 1931).

Früher war die „freie Konkurrenz" die Triebfeder des Fortschritts, heute führt sie zum „Stillstand jeglicher Forschung". Früher garantierte die freie Konkurrenz dem Konsumenten billige Preise, heute die „Verständigung", allerdings erst „schließlich auch".

Konkurrenz ist offenbar ganz unmodern geworden.

Der kleine Finger

Eine Stuttgarter Dame hatte bei einem Autounfall den kleinen Finger eingebüßt. Das Gericht verurteilte den Schuldigen zu 17 000 Mark Schadenersatz. Hiezu bemerkt das „Andere Deutschland": „Wenn ein Kriegsbeschädigter den kleinen Finger verloren hat, bekommt er — nichts. Hat er den Daumen an der Gebrauchshand verloren, so gilt er als 25 Prozent kriegsbeschädigt und bekommt — nichts, denn erst von 30 Prozent an werden Renten ausgezahlt. Hat er drei Finger an der Gebrauchshand verloren, so bekommt er monatlich 28.95 Mark; er braucht also ca. 49 Jahre bis er soviel zusammen hat, wie die Dame auf einmal bekommt. Ist er gar vollkommen zum Krüppel geworden, so bekommt er monatlich 138.25 Mark. In etwa 10 Jahren hat der Mann die Dame eingeholt, die den kleinen Finger verlor."

Keine Fememorde mehr

Man kann über die mittelalterlichen Femgerichte denken wie man will. Aber eines muß endlich einmal ausgesprochen werden: Die „Schöffen des heimlichen Gerichts" oder die sogenannten „Wissenden" (Freischöffen) haben es wirklich nicht verdient, sich mit unseren Fememördern auf eine Stufe stellen zu lassen.

Die Gerichte sollen ihren Ursprung auf Karl den Großen zurückführen, konnten ursprünglich nur vom Kaiser das Recht erhalten, den Blutbann zu verhängen; später ging das Recht auf die Landesherren über, nur in Westfalen wurde noch kaiserliches Recht gesprochen. Der „Bund der Wissenden" hat sich im 14. Jahrhundert rasch über ganz Deutschland verbreitet; er war eine Art geheimer Orden, dem aber — das ist zu betonen — jeder freie unbescholtene Deutsche beitreten konnte. Die Gerichtssitzungen waren, von Ausnahmen abgesehen, keineswegs heimlich; sie fanden an bekannten Orten („Freistellen") und nur bei Tage statt, jeder Freigeborene konnte an ihnen teilnehmen. Femegerichte griffen dort ein, wo die ordentlichen Gerichte versagten, also vor allem gegenüber den Mächtigen, und „illegal" waren sie nur insofern, als die Freischöffen ohne Bindung an das moderne römische Recht auf Grund eigener Überzeugung ihr Urteil fällten. Von der damals noch üblichen Folter wurde kein Gebrauch gemacht; die Verhandlungen wurden mit einer peinlichen Genauigkeit geführt, welche die der ordentlichen Gerichte meist weit übertraf.

*

So war es im Mittelalter. Und heute? Wir haben zwar den Feme-Oberleutnant Schultz, dem jetzt seine früheren Parteigänger sehr offen „Kameradenmord, der wahllos Schuldige und Unschuldige traf", vorwerfen, wir haben den Herrn Femerichter Heines M. d. R., aber der Fememord ist nach ein paar Jahren seiner Herrschaft wieder verschwunden. Er ist nämlich überflüssig geworden, seit man die Leute ganz ohne jede Heimlichkeit auf offener Straße oder im Omnibus abknallen kann. Fritz Edinger

Schauderhaft

Die nationalsozialistische „Flamme" bringt eine sie „geradezu toll anmutende Meldung". Die Juden haben nach ihr nämlich jetzt auch im Vatikan Einzug gehalten. Der jüdische Gelehrte Naftali Fried aus Poljane, ein hervorragender Kenner der talmudischen Literatur, ist zum Direktor der hebräischen Abteilung der vatikanischen Bibliothek ernannt worden. Man ist ihm sogar so weit entgegengekommen, daß man ihm rituelle Verköstigung ermöglicht; es werden also um seinetwillen u. a. katholische Ochsen geschächtet werden müssen.

Aber das Naziblatt sieht natürlich tiefere Zusammenhänge. Es weiß, warum die vatikanische Geistlichkeit eine solche Vorliebe für jüdische Gelehrte hat. Vor dem Naftali Fried war nämlich der jüdische Bibelforscher Donath lange Zeit Gast des Vatikans, und dieser Donath soll eine bestimmte Stelle des Alten Testaments, in der Jehova als Gott der Rache bezeichnet wird, als irrtümlich widerlegt haben. „Da erübrigt sich", ruft das Blatt erleuchtet aus, „wohl jeder Kommentar."

In der Tat! Es ist offensichtlich, daß man im Vatikan mit Hilfe jüdischer Rabulistik den lieben Gott zu einem pazifistischen Weichling machen will. Gerade jetzt, wo das erwachende Deutschland einen streitbaren himmlischen Helfer benötigt. Das Blatt hat ganz recht, wenn es bei dieser Sachlage bezweifelt, „daß im Vatikan ein Nationalsozialist Anstellung als Fachreferent über Rassefragen finden könnte". Es geht hier um andere Dinge, und wo man einen Naftali mit offenen Armen empfängt, ist für einen Günther kein Platz. K. P.

Ehrenkränkung

Der § 322 (Beleidigung) des Strafgesetz-Entwurfs enthält folgenden Absatz: „Ist ein Verstorbener beleidigt, so wird die Tat nur auf Verlangen seines Ehegatten oder eines Kindes verfolgt. Sind Ehegatte oder Kinder nicht vorhanden oder vor Ablauf der Frist, innerhalb deren das Verlangen gestellt werden muß, gestorben, so wird die Tat auf Verlangen seiner Eltern, Großeltern, Enkel oder Geschwister verfolgt."

Man vermißt die Bestimmung, daß der Tote, der sich beleidigt fühlt (oder kann er beleidigt werden, ohne etwas davon zu merken?) gleichfalls Antrag auf Verfolgung stellen darf. Das muß unbedingt noch hinein.

Im übrigen: sollte ich je meine zahlreichen Onkel und Tanten überleben (worauf ich wenig Wert lege), dann soll mir nur mal einer was Abfälliges über meinen toten Großvater sagen: wie ich den vor den Kadi zitieren werde! Peng

---

geschafft, die sicher dem einen oder andern meiner Leser, die — ich gestehe es — auch mir selber hier aufsteigt und die zur öffentlichen Diskussion zu stellen, hoffentlich keinerlei Mißdeutung erregt.

Ich meine nämlich die schlichte Frage, ob solcher Altruismus denn nun auch menschliche Berechtigung hat, ob er sittlich begründet ist und im Sinne kulturellen Fortschritts wirkt.

Vielleicht steht es einem alten Manne nicht wohl an, und vielleicht wird es mir von manchem übelgenommen werden, aber ich kann mir nicht helfen, ich muß es aussprechen: ich bin nicht dieser Ansicht. Ich bin, um es deutlich zu sagen, für einen soliden und nüchternen Egoismus, wie ich ihn im Anfang zu charakterisieren versuchte. Aber ich bin nicht für jenen idealistischen Altruismus, der heiligste Güter wahrt, von deren Wahrung die daran Interessierten nichts wissen wollen, und der Gefährdete schützt, die nichts lieber möchten, als in Ruhe gelassen zu werden.

Ja, wenn es noch gälte, einen schwachen Willen zu stützen, der den Weg, auf den man ihn zwingen will, wohl als den richtigen anerkennt, aus sich selber aber nicht die Kraft findet, ihn auch zu gehen! Das wäre etwas anderes in meinen Augen.

Oder wenn die Gefährdeten, sich selbst überlassen, zugleich für andere eine Gefahr bedeuteten, indem sie sie angriffen oder hinderten, nun ihrerseits den für besser geltenden Weg zu beschreiten! Auch das würde mir jenen diktatorischen Altruismus als gerechtfertigt erscheinen lassen.

Aber das alles ist ja nicht der Fall, — in den Beispielen, die ich nannte, nicht und nicht in unzähligen andern, die auf der gleichen Linie liegen (wobei etwa an die Nacktkultur oder sogenannte unsittliche Moden gedacht werden möge).

Ich kann also meine geheimen Bedenken dem sichtbarlich umgehenden Altruismus unserer Tage gegenüber nicht loswerden. Ja, je mehr ich mich innerlich mit ihm beschäftige, um so näher legt sich mir die — vielleicht allzu ketzerische — Ansicht, dieser Altruismus sei im Grunde gar nichts anderes als eine Form der Vergewaltigung und des Mangels an Achtung vor der Individualität des Nebenmenschen.

Noch einmal: ich bin mir der Anstößigkeit meiner Meinung voll bewußt. Aber es könnte ja sein, daß ihr dennoch ein richtiges Empfinden zugrundeliegt und nur meine schriftstellerische Unbeholfenheit mich nicht dahin gelangen läßt, ihm den passenden Ausdruck zu verleihen. Und ist es so, dann wäre es schön, wenn mein bescheidener Versuch Klügere dazu anregte, dem Gegenstand erfolgreich zu Leibe zu gehen.

Lichter der Großstadt

In dem neuen Chaplinfilm „Lichter der Großstadt" entflammt Charlie in edlem Mitgefühl für ein blindes Blumenmädchen, und ein reicher Millionär schließt seinerseits im Suff den zerlumpten Charlie als Freund ans Herz. Der Mensch ist gut; aber leider in mancher Hinsicht gebunden: der Millionär, wieder bei klarer Besinnung, verleugnet ganz selbstverständlich den zweifelhaften Freund — er darf nur Mensch sein, wenn er besoffen ist —, und das blinde Blumenmädchen kann sich, sehend geworden, nicht dem armseligen Vagabunden zuneigen, weil er nicht dem Bild entspricht, daß es sich von ihm gemacht hat.

Die Lichter der Großstadt, die Chaplin in diesem Film aufsteckt, sind Lichter auf unsere soziale Ordnung und auf die allgemeine menschliche Wirrnis; es gibt in ihm Szenen, die unsere ganze Gesellschaftsordnung entlarven, und solche, die über den Menschen mehr aussagen, als jemals Bücher vermöchten. Dazwischen ergeht sich Charlie in den tollsten Clownerien, er hat unbezahlbare Einfälle, und dabei schadet es nichts, daß er manche schon mal ähnlich gehabt hat. Der tollste ist wohl der, wie Charlie bei einem vornehmen Fest aus Versehen ein Pfeifchen verschluckt und nun bei jedem Räuspern einen Pfiff von sich gibt, was die Gesellschaft, die sich gerade für einen seriösen Gesangsvortrag in Positur gesetzt hat, arg irritiert.

Die Geschichte mit dem Blumenmädchen ist wieder von einer wundervollen Kitschigkeit, aber Charlie bleibt nie in der Sentimentalität stecken, er versteht sie immer wieder durch eine kleine Geste weltweiser Ironie aufzulösen. Beispiel: er sitzt da, vollgepfropft von Mitleid und Hilfsbereitschaft gegenüber dem armen Mädchen — das nichtsahnend einen Topf Wasser über ihn ausschüttet. Was freilich seinen Edelmut nicht abzukühlen vermag. Er steigt für sie heldenmütig in den Boxring, das unabwendliche k. o. auf seine Art hinauszögernd, er sucht für sie als Straßenkehrer Geld zu verdienen (und man muß den fachmännischen Blick gesehen haben, mit dem er z. B. einen Pferdetransport auf die möglicherweise entstehenden Abfallsprodukte taxiert).

Bei allen seinen Abenteuern ist er gewappnet mit der Stärke des Schwachen: der Anpassungsfähigkeit. Unerhört die Szene, wie der vom Leben arg mitgenommene Charlie dem lebensmüden Millionär an der Hafenmauer neuen Lebensmut beibringt; entlarvend gleich anfangs die Szene, wie bei der Denkmalsenthüllung nach dem anspruchsvollen Getue der Festdamen und Festherren sich das armselige Menschenkind Charlie in den Armen der pompösen Statue präsentiert; und wenn Charlie gar im geschenkt bekommenen Rolls Royce hinter einem genießerisch rauchenden Herrn herfährt und nur darauf lauert, bis er sich auf den weggeworfenen Stummel stürzen kann, dann sind damit nicht nur Atavismen des kleinen Mannes dargestellt, sondern es entschleiert sich gleichzeitig das Wesen einer Kultur, die in Wirklichkeit in einem Luxusauto hinter einem Zigarrenstummel her ist.

Man hat behauptet, der Film habe nicht die harmonische Geschlossenheit des „Goldrausch". Mag sein. Aber er zeigt Chaplin in alter Meisterschaft, und dafür kann man ruhig ein paar unebene Stellen mit in Kauf nehmen. hm

(Der Film läuft gegenwärtig in den Palast-Lichtspielen in Stuttgart, Königstraße 1.)

Literatur

Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches nach Beschlüssen des Reichstagsausschusses und der Deutschen und Österreichischen Strafrechtskonferenzen. Von Professor Kohlrausch. Zweite Ausgabe. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. Preis 1,60 Mark. — Enthält den Entwurf, wie er nach der ersten Lesung, oder vielmehr der Beratung im Ausschuß, aussieht, und die Beschlüsse der zweiten Lesung (die etwa bis zur Mitte gediehen ist und deren Fortsetzung durch die Auflösung des Reichstags in graue Zukunft verschoben worden ist). Für Juristen notwendig, für uns alle empfehlenswert und nützlich: seht euch an, was sie mit euch vorhaben! B.

Die neue Generation. Herausgegeben von Dr. Helene Stöcker. Verlag Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1. — Das erste Heft dieses Jahres (Januar-März) enthält den Artikel von Romain Rolland, aus dem diese Nummer der S.-Z. einen Auszug bringt. Ferner schreiben: der kürzlich verstorbene Brunold Springer über Geburtenregelung und Mischung, Lydia Stöcker über die uneheliche Mutterschaft der Lehrerin, Kurt Hiller über den Fall Friedrich Wolf, Max Barth über die Ehe-Enzyklika des Papstes usw.

Klamauk

Herr Meyer-Scharten, der im „Schwäbischen Merkur" seinen „Bürgergesprächen" dadurch eine eigene Note zu geben versucht, daß er kleine Bosheiten, die jeder säuerlichen alten Jungfer zur Ehre gereichen würden, im gespreizten Ton eines pensionierten Oberlehrers serviert, hat sich auch den Fall Jacobowitz-Kienle vorgeknöpft. „Ursprünglich gewillt, enthaltsam zu bleiben", haben seine Schließmuskeln offenbar doch nicht mehr dicht gehalten, und so hat er alles, was in ihm war, von sich gegeben. Angeblich, um den „Klamauk" zu kennzeichnen, der um die Angelegenheit gemacht wurde.

Gegen die Methoden, wie durch die Presse manche Dinge „gemacht" werden, ließe sich manches sagen, nur darf das nicht durch Leute geschehen, die wie Herr Meyer-Scharten in diesem Bürgergespräch in der Wahl der Mittel keinem „Berliner Asfaltschmock" etwas nachgeben. Wer zum Beispiel angesichts des Falls Kienle den Satz niederschreibt: „Möge ihr, dies ist ein aufrichtiger Wunsch des Bürgers, beim Blick in die zeugungsträchtige Natur nicht der Gedanke an handwerksmäßiges Menschentum kommen", der hat offenbar keinen Sinn dafür, wo die Anständigkeit aufhört und die Niederträchtigkeit beginnt.

„Das nur nebenbei." Er hat aber auch keinen Sinn für Reinlichkeit, wenn er auszieht, um gewisse Methoden der Stimmungsmache anzuprangern, und im gleichen Moment die widerlichste selbst anwendet. Nämlich die, etwas, was man unbestimmt läuten hörte, in unverbindlicher Form widerzugeben und gleichzeitig doch Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, die auf die betreffende Person ein schlechtes Licht werfen sollen. Beispiel: „Dem Plauderer dieses", schreibt Herr Meyer-Scharten, „wurde ... von 100 bis 150 Reichsmark gesprochen, die sie (Frau Kienle) als Ergebnis einer ihrer diversen Bemühungen buchen konnte ..."; Herr Meyer-Scharten fragt nicht: stimmt die Summe? war sie für den bloßen Eingriff oder etwa für längere klinische Behandlung? war der verlangte Satz üblich oder nicht? — er erlaubt sich nur die hinterhältige Bemerkung, daß es sich bei diesen 100 bis 150 Mark jedenfalls um „Arbeitergroschen aus saurem Proletenschweiß" gehandelt habe, da ja behauptet werde, Frau Kienle habe sich „fürnehmlich" in den Dienst von Proletarierfrauen gestellt. Herr Meyer-Scharten wollte also den Eindruck erwecken, als ob Frau Kienle unverhältnismäßig hohe Beträge von den Ärmsten genommen habe, und er tut es auf eine leichtfertige Art, die sich jedenfalls keiner von jenen nachsagen ließe, die er, im Kleide des ehrsamen Bürgers, des Klamauks beschuldigt.

Es ist noch viel von der Art in dem Artikel. Ein Hinweis, daß „in der Wohnung der Frau Doktor ein „Interview" gegen 300 Reichsmark „verschleudert wurde", beginnt bezeichnenderweise mit den Worten: „Trifft es zu ...", und fast alles, was da losgelassen und gefolgert wird, ist auf eine solche Weise fundiert. Ein anständiger Journalist sagt in einem solchen Falle gerade heraus, was er weiß, und wenn er nur von Dingen weiß, die man sich hintenherum ins Ohr flüstert, hält er die Klappe und benützt sie nicht zu Anwürfen, die das Maß berechtigter Kritik weit übersteigen. Wenn aber Herr Meyer-Scharten sich bei gebotener Gelegenheit für berechtigt hält, dummdreiste Witzeleien über Porträt und Figur einer Frau loszulassen, die sich immerhin in einer Lebensfrage des Volkes sehr tapfer und mutig gezeigt hat, wenn er hofft, ihre Schultern werden bald wieder wohlgerundet sein, wenn er Vermutungen darüber anstellt, ob sich Frau Kienle nach achttägigem Hungerstreik von Joghurt oder Biomalz nähre — dann mag er das mit sich selber abmachen; viel Verständnis wird er dafür bei einigermaßen gerade gebauten Männern kaum finden.

Mauthe

Der Zopf

Nach der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht der Freizügigkeit innerhalb der Reichsgrenzen. Aber ziehen Sie mal nach Stuttgart ...

Da erhalten Sie eines schönen Tages ein vorgedrucktes Schreiben „An Herrn Mara Bu, hier": „Nach den in Württemberg geltenden Bestimmungen bedürfen Sie zur Wohnungnahme in Stuttgart der wohnungsamtlichen Genehmigung. ... Da Sie nach unseren Ermittlungen beim Meldeamt des Polizeipräsidiums hier zugezogen sind, ersuchen wir Sie, den beigeschlossenen Fragebogen auszufüllen, die Notwendigkeit Ihrer Wohnungnahme in Stuttgart nachzuweisen und den Fragebogen unter Anschluß einer Arbeitsbescheinigung innerhalb 10 Tagen an uns zurückzusenden."

So. Und was geschieht, wenn Herr Mara Bu dem Ersuchen (unter Menschen bittet man, wenn man was vom andern haben oder wissen will; Behörden ersuchen) nicht nachkommt? Sehr einfach: „Gegen Personen, die sich ohne die vorgeschriebene wohnungsamtliche Genehmigung hier aufhalten, muß den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend vorgegangen werden." Wir wollen doch hoffen, daß ein wohllöbliches Wohnungsamt sich auch im Umgang mit Personen, die sich mit vorgeschriebener Genehmigung in Stuttgart aufhalten, an die gesetzlichen, nicht an ungesetzliche, Bestimmungen hält!

Was tut Herr Mara Bu? Er kommt dem Ersuchen nach, Entgegenkommen liegt nun mal in seiner Natur. Er füllt einen Fragebogen aus, teilt mit, wes Stammes und welcher Sippe er ist, woher er kommt, wie er dort gewohnt hat, was er treibt, getrieben hat und treiben wird und gibt auch auf die spezialisierten Fragen: „Haben Sie am Krieg teilgenommen und wie lange?" und: „a) an der Front vom ... 191.. bis ... 191.." eine summarische Antwort. Genaue Daten kann er leider nicht geben: es fehlt ihm die schriftliche Unterlage, der Militärpaß, weil er, auf solche Papiere einer einstmals für groß gehaltenen kleinen Zeit nur minderen Wert legend, ihn nicht zur Hand, ja, vermutlich verloren hat.

So weit, so gut.

Auf den Fragebogen — der, das nebenbei, mit der vorgedruckten demütigen Petition beginnt: „Ich möchte meinen Wohnsitz nach Groß-Stuttgart verlegen und bitte" (nein, Sie irren; in diesem Fall heißt's nicht „ersuche"; im Verkehr von Mensch zu Behörde gilt das Gesetz des guten Tons, das für den umgekehrten Weg strikt verpönt ist) „um Wohnerlaubnis. Über die Gründe meiner Wohnsitzveränderung, sowie über meine persönlichen, familiären und beruflichen Verhältnisse gebe ich nachstehend wahrheitsgetreu Auskunft" — auf diesen Fragebogen erfolgt nach zwei Wochen untige, wie oben vorgedruckte, Antwort: „Solange Sie sich nur allein hier aufhalten und hier beruflich tätig sind, wird Ihr Aufenthalt in einem möblierten Einzelzimmer nicht beanstandet. Ausdrücklich weisen wir Sie jedoch darauf hin, daß Sie nicht in Stuttgarter Wohnungsfürsorge genommen werden können und deshalb auch keinen Anspruch auf Überlassung einer zwangsbewirtschafteten Familienwohnung oder einer mit Hilfe öffentlicher Mittel erstellten Neubauwohnung haben."

Das ist also der Ton, in dem diese Melodie geht, anno 1931! „Solange Sie nur allein hier sind —", und wenn eines Tages die durch äußere Umstände einstweilen noch von Groß-Stuttgart ferngehaltene, standesamtlich an Mara Bus Herz geschmiedete Gattin sich gleichfalls „hier aufhalten" will: geht dann das schöne Spiel von neuem los — Ersuchen, Fragebogen, „wie lange an der Front?", Bitte um Wohnerlaubnis, „nicht beanstandet"? Und wird wieder ängstlich und grob darauf hingewiesen, daß man keinen Anspruch auf „Überlassung einer zwangsbewirtschafteten usw." habe — auf eine Überlassung, die man schon im Fragebogen gar nicht zu beanspruchen versucht hat?

Ein schöner Zopf, meine Herrschaften, diese beiden Formulare, von denen eines anno 1928, das andere gar erst 1930 gedruckt worden ist! Natürlich können die Beamten, die einen mit solchen Briefen beglücken, nichts dafür: das System spricht den Einzelnen frei, verantwortlich ist keiner. Aber sehen Sie mal, meine Herren: selbst in China macht man sich um verschiedene Zöpfe kürzer. Wie wär's, wenn auch in Groß-Stuttgart mal einer entschlossen nach der Schere griffe? Nett wär's.

Mara Bu

Das Schwänzchen

Der Arbeitslose wartet schon lange sehnsüchtig auf Arbeit. Nun hat er wenigstens für Tage eine kleine Beschäftigung gefunden. Vielleicht kann er Schuhe machen oder Hosen, von Millionen Proleten heiß begehrt, vielleicht würde er gerne Steine schlagen oder das saftige Fleisch von Schwein und Rind in wohlschmeckende Würste verwandeln. Aber das darf er nicht. Man verlangt nur von ihm, daß er durch die Straßen der Stadt gehe und die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich lenke. Nicht um soziales Mitgefühl zu erwecken in wehleidigen Bürgerherzen oder gar durch seinen Anblick unvernünftigen Haß gegen die herrschende Gesellschaftsordnung zu schüren. Beileibe nicht. Er soll nichts mehr und nicht weniger als den Kontakt herstellen zwischen dem kaufbeflissenen Bürger und dem deutschen Geistesleben.

Dazu hat man ihn als Osterhasen verkleidet. Plakate auf einem neckisch übergeworfenen Bücherränzchen mahnen eindringlich, nicht nur Blumen, sondern vor allem auch Bücher sprechen zu lassen, und damit die Aufmerksamkeit aller gefesselt werde, hat man ihm hinten am bunt gezierten Gesäß ein niedliches Hasenschwänzchen angenäht. Wenn er damit wackelt, zeigt sich Jung und Alt gleichermaßen interessiert. Er wackelt recht oft. Man weiß nicht, liegt ihm das deutsche Geistesleben so sehr am Herzen, oder sucht er auf diese Weise über die peinliche Rolle hinwegzukommen, die er da gegen mäßige Vergütung zu spielen übernommen hat.

Seinem Gesicht nach ist es ein Mann in den mittleren Jahren. Wahrscheinlich hat er, wenn er des Abends das Hasenkostüm auszieht, zu Haus die Würde eines Familienvaters zu wahren; vielleicht ist er sogar Vorstand in einem gewichtigen Verein, sicher aber ist er einer jener deutschen Helden, die draußen für Deutschlands Ruhm und Ehr sich vier Jahre lang wacker gehalten haben. Im Felde unbesiegt! Nun hat ihn die Krise am Wickel, und er, der einst vielleicht an einem M.G. seinen Mann gestellt, wackelt in den Straßen mit einem angenähten Hasenschwänzchen. Als ein brauchbarer Muskote deutscher Kultur. Das Volk der Dichter und Denker rechnet auf ihn, seinen getreuesten Sohn. Und die Buchhändler, die ihn angestellt haben, erwarten von ihm Pflichterfüllung bis zum äußersten. Nicht nur um des deutschen Geisteslebens willen, sondern damit sich ihr Aufwand bezahlt mache. Der Weg zum Kunden führt über das kleine Schwänzchen: es wackelt fesch, und schon entschließt sich die ehrbare Bürgersfrau, dem Gatten dem Teuren statt wollener Socken ein Buch von unserem Ernst Zahn zu schenken; es gönnt sich ein paar Sekunden geruhsamer Beschaulichkeit, und schon keimt in empfänglichen Passantenherzen die stille Sehnsucht nach Rabindranath Tagores unsterblichen Werken. Der Dichter denkt, und das Schwänzchen des Reklamemannes lenkt. Auf diese Weise bleibt uns der Ruf einer Kulturnation erhalten. Der Arbeitslose soll daran denken, wenn ihn nachträglich Mißmut überfällt und Scham darüber, daß er sich zu so was hergeben mußte, um ein elendes Leben zu fristen.

oha

Kirchen und Geburtenkontrolle

Die protestantischen Kirchen in den Vereinigten Staaten, die im „Amerikanischen Kirchenbund" zusammengeschlossen sind, haben, um Sexualfragen und besonders die Frage der Geburtenkontrolle und Empfängnisverhütung zu klären, einen Ausschuß eingesetzt, dem neben Bischöfen und Theologen der verschiedensten Richtungen auch Politiker angehören. Eine vor kurzem veröffentlichte, gegen eine geringe Minderheit angenommene Erklärung stellt nun — immerhin ein beachtlicher Fortschritt — fest, Kinderreichtum führe oft dazu, die Möglichkeit einer besseren Erziehung zu gefährden, die Mutter zu überanstrengen und ihr die Möglichkeit eines Lebens zu nehmen, das von mehr weiß, als nur von den alltäglichen Pflichten im Hause; die Anwendung von Vorbeugungsmitteln sei deshalb sittlich berechtigt. Weiter heißt es, die Enthaltsamkeit in der Ehe biete, außer für wenige, keine Gewähr für Lösung dieser Probleme und sei unter normalen Umständen an sich nicht wünschenswert. Dem Bedenken, daß durch Freigabe der Empfängnisverhütung der außereheliche Geschlechtsverkehr zunehmen könne, wird keine entscheidende Bedeutung zugemessen.

In den Kirchen Englands ist man auch schon weiter als bei uns in Deutschland. Es gibt zwar einen Bischof Gore, der, dem romfreundlichen Flügel der Staatskirche angehörend, jede Art der Empfängnisverhütung für antichristlich hält, die Mehrheit der anglikanischen Bischöfe hat sich jedoch auf ihrer letzten Konferenz für die Empfängnisverhütung ausgesprochen: 193 Bischöfe der anglikanischen Kirchengemeinschaft, einschließlich der englischen Staatskirche, haben sich offiziell für die Geburtenkontrolle erklärt.

Man pflegt bei uns über das muckerische England und Amerika zu lächeln. Aber man muß auch hier wieder feststellen, daß die Leute dort in manchen Fragen immerhin noch um einige Grade vernünftiger sind als bei uns.

Kleinigkeiten

Zitieren ist gefährlich. Ein Redakteur vom kommunistischen „Kämpfer" in Chemnitz ist wegen „literarischen Hochverrats" zu zwei Jahren Festung verurteilt worden; u. a. weil er in einem Artikel das Wort von Karl Marx „Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaftsordnung" zitiert hatte. Wenn ein Zitat angewandt werde, heißt es in der Begründung, um damit eine ideologische Beeinflussung der Massen zu erreichen, die wiederum den Zweck habe, den Sturz der Verfassung vorzubereiten, so sei dies strafbar. — Am besten ist es, man versieht jeden Staatsbürger mit einem republikanischen Maulkorb.

Der Leutnant und der Kinderwagen. Ein französischer Leutnant hat kürzlich auf dem Boulevard Hausmann in Paris einen Kinderwagen geschoben, worauf in der nationalistischen Presse von Paris entrüstete Zuschriften erschienen. — Warum dürfen denn eigentlich die Leutnants nicht um das heranwachsende Kanonenfutter besorgt sein?

Anormal. Aus einer Urteilsbegründung des Landgerichts Cottbus in einem Prozeß gegen den Spielleiter des „Roten Sprachrohrs": „Der Angeklagte verfügt über eine anormale Neigung, denn sonst hätte er nicht seine bürgerliche Karriere aufgegeben, um sich der KPD anzuschließen, denn das tut kein normaler Mensch. Diese anormale Neigung führte den Angeklagten auf Abwege, die Agitation und Propaganda heißen." — Wenn der kommunistischen Presse bei der Wiedergabe dieser Urteilsbegründung kein Textfehler unterlaufen ist, hat die normale Neigung eines bürgerlichen Gerichts wieder mal eine recht nette Selbstenthüllung geliefert.

Genosse Scheringer. Nach der „Thüringer Zeitung" hat der nationalsozialistische Abgeordnete Frank II in einer Rede, die er in Erfurt hielt, zu verstehen gegeben, Scheringer sei im Einverständnis mit der NSDAP zu den Kommunisten gegangen und werde bald wieder zu seiner früheren Partei zurückkehren, wohlversehen mit wertvollen Nachrichten. — So etwa haben wir's uns von Anfang an vorgestellt.

Unter sich. Wie das „8-Uhr-Abendblatt" berichtet, hat der „Osaf Mitte", Manfred Killinger, bei einer im März stattgefundenen Unterredung über Hitler u. a. folgendes gesagt: „Glauben Sie, daß ich dieser Operettendiva noch lange folgen werde? Dieses Schwein muß erledigt werden." — Herr Killinger hat sich inzwischen wieder unterworfen, und ist von dem „Schwein" Hitler in Gnaden aufgenommen worden.

Ein Gerücht. In der Druckerei des „Völkischen Beobachters" sollen die Buchstaben T, r, e und u in sämtlichen Schriftarten unbrauchbar geworden sein; sie sind durch die allzu häufige Anwendung des Wortes „Treue" in den letzten Ausgaben des „Völkischen Beobachters" zerquetscht worden. — Wir halten dieses Gerücht für eine Übertreibung.

Hitlerschüler. „Der N.S. Schülerbund ist z. Zt. die stärkste Schülerorganisation Thüringens" — „400 Abiturienten treten in diesen Tagen in die Reihen der sächsischen S.A." — In dieser Art triumfiert fast täglich der „Völkische Beobachter". — Wenn auch die Behauptungen und die Zahlen nicht ganz stimmen, ohne eine „überparteilich nationale" Lehrerschaft sind diese Dinge alle nicht denkbar.

Der ungeduldige Adolf. Hitler 1929 nach der Biografie von seinem Verehrer Weigand von Miltenberg: „Ich bin jetzt vierzig Jahre alt, ich muß endlich an die Macht kommen." — Ein triftiger Grund.

Endlich! Im Inseratenteil des „Völkischen Beobachters" wird eine neue Taschenlampe angepriesen: „Der neue Scheinwerfer durchdringt auf 80 m tiefst. Dunkel. Für S.A. unentbehrlich." — Aha, der durchdringt wohl auch die dicksten Schädelwände! Endlich ein Lichtblitz in finstere Hirne!

Geschäft ist Geschäft. Der „Angriff" bringt riesige Anzeigen des Internationalen Margarine-Trusts-Unilever, in welchen die Margarine „Sanella" angepriesen wird. — Was werden die bäuerlichen Pgs. dazu sagen?

Eheberatung. Aus einem Jahresbericht der städtischen Eheberatungsstelle Neukölln geht hervor, daß von 433 Ratsuchenden 172 wegen Geburtenverhütung vorsprachen; 72 Frauen erschienen zur Untersuchung auf Schwangerschaft bzw. mit dem Wunsch nach Schwangerschaftsunterbrechung. Die Zahl der Untersuchungen wegen Kinderlosigkeit war, wie der Bericht ausdrücklich hervorhebt, ganz gering. — Wahrscheinlich weil die Leute heute andere Sorgen haben.

Über den Parteien. Ein Berliner Reporter hat verschiedene Damen der Gesellschaft nach ihrer Stellung zu § 218 gefragt, u. a. auch Henny Porten. Auf einen Telefonanruf erhielt er von der Sekretärin die Antwort: „Gnädige Frau läßt bedauern. Aber da es sich bei dem Kampf um den § 218 um eine parteipolitische Angelegenheit handelt, kann sich gnädige Frau leider nicht zu diesem Thema äußern. Gnädige Frau steht über den Parteien." — Sie meinte wohl: über dem Paragrafen.

Young-Plan nach innen. Professor Dr. Brandt, Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung in Berlin, auf einer Mitgliederversammlung des Verbandes württembergischer Industrieller in Stuttgart (März 1931): die Agrarzollpolitik belastet die Allgemeinheit schon jetzt mit 3 bis 3½ Milliarden, die sich in wenigen Jahren auf 6 Milliarden steigern werden.

Girlande gemischt. Im Stuttgarter Gemeindeblatt wird über eine Massentaufe von ca. 50 Säuglingen in der Landeshebammenanstalt berichtet: „... In einem weiten Bogen saßen Frauen und Männer ... und trugen in weißen Kissen, jedes geschmückt mit einem Blumenstrauß, die zarten Menschenknospen ... zum Altar. Ehelich oder unehelich geboren, jedes Kindlein fand seine Patin und war ein Glied der prächtigen Girlande. Die ca. 150 Anwesenden hatten die ... Plätze des Hörsaales eingenommen und stimmten kräftig mit ein in den ... Gesang: Lobe den Herren, der künstlich und fein dich bereitet ..."

Kirche und Hakenkreuz. Der badische Pfarrer Streng von Waldwimmersbach hat am 18. Januar unter einer Hakenkreuzfahne gepredigt und auf dem Altar einen Stahlhelm, einen Säbel und ein Gewehr niederlegen lassen. Sein Kollege Eckert, der wegen seines Kampfs gegen die Nazis vom Amt suspendiert worden ist, hat dagegen beim kirchlichen Verwaltungsgericht Einspruch erhoben. Er ist abgewiesen worden.

Stillgestanden! Aus der „Allgäuer Zeitung" (Kempten): „Für die Angehörigen der Reichswehr fand heute früh 6 Uhr bei St. Lorenz die Feier der hl. Osterkommunion statt. Ein Missionsprediger hielt eine kurze, sehr eindringliche Ansprache, in der er vom Heiland der Soldaten sprach und Christus als den Höchstkommandierenden der Armeen zeichnete." — Im Offizierskorps soll dieser Höchstkommandierende mit seinen Parolen („Du sollst nicht töten" u. ä.) nicht sehr geachtet sein, zumal er aus einer Proletarierfamilie stammt und angeblich jüdisches Blut in den Adern hat.

Gibt es noch Christen? An den Landeskirchenwahlen in Württemberg (Ende März) haben sich nach einer kirchlichen Wahlstatistik 37,6 Prozent der wahlberechtigten Kirchenmitglieder beteiligt, also etwas über ein Drittel.

Der Gipfel. Über die Osterfeiertage haben an der Zugspitze Skiveranstaltungen stattgefunden, verbunden mit Renntierschlittenrennen, Freiballonaufstieg und Leichtflugzeugvorführungen. Den Gipfel der Veranstaltung stellte ein Modetee im Sporthotel Schneeferner dar; es dürfte, wird stolz ausgerufen, das erstemal sein, daß eine Modeschau in solcher Höhe, dicht unter dem Gipfel des höchsten deutschen Berges, der 2966 Meter hohen Zugspitze, stattfand. — Huch nein!

Volksbund für Geistesfreiheit, Ortsgruppe Stuttgart. Sonntag, 12. April, 19 Uhr, im Städtischen Jugendhaus, Hauffstraße 3: Freigeistige Feierstunde.

Jungpazifisten der D.F.G. Montag, 13. April, 20 Uhr, Restaurant Ihle, Schellingstraße 5. Referat: Chr. Frey: „Der italienische Fascismus". Gäste willkommen.

Stuttgart. Freiwirte, Fysiokraten, Währungs- und Bodenreformer, Zinsgegner treffen sich zwecks Zusammenschlusses am 16. April, 20 Uhr, im Restaurant „Olgaecke", Ecke Olga- und Charlottenstraße.

Erholung und Urlaub in ruhigem Bauernhaus der schwäbischen Alb (Tannenwälder); gut bürgerliche Kost; Pension 3 Mark. Matthäus Klaiber, Roßwangen, Post Balingen-Land.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3.

Stuttgart, 19. April 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 16

Hitler vor den Toren

Hitler hat sich durch die Abstoßung der revolutionären Elemente um Stennes für Brüning schon beinahe bündnisreif gemacht. Der dortmunder „General-Anzeiger" bringt einen Artikel der Civis-Korrespondenz, den er für zutreffend hält und u. a. mit der Profezeiung einleitet: „Die Entwicklung wird beweisen, daß die zu allen Kompromissen bereit gewesene SPD um den Lohn für ihre der Regierung Brüning bis zur Selbstaufgabe geleistete Unterstützung geprellt werden soll." In diesem Artikel wird behauptet, Hitler wolle unbedingt im Herbst in die Regierung; seine industriellen Hintermänner wollten die Regierung nicht über den Herbst und den Winter hinweg in der „Gewalt" der Sozialdemokraten lassen.

Diese Meldung dürfte stimmen. Wenn erst die alljährlichen Krisenzeiten wieder da sind, braucht die Regierung eine zuverlässig reaktionäre Mehrheit, die ihr hilft, die ihr notwendig erscheinenden Gesetze und Maßnahmen zur Niederhaltung der hungernden Plebs durchzuführen. Die Sozialdemokratie hat zwar keine große Wahl: wenn ihre Unterstützung verlangt würde, müßte sie eben wie bisher mit Brüning durch Dick und und Dünn gehen. Aber die Nazis sind den Herren an der Spitze natürlich noch lieber: mit ihren und der Deutschnationalen Stimmen kann man den Fascismus legal durchführen; Herr Brüning muß nicht das Odium dessen auf sich nehmen, der den Artikel 48 unvorschriftsmäßig anwendet; und außerdem gehen die Hakenkreuzler mit Freuden mit, wenn es sich darum handelt, nach der Zurückschraubung des wirtschaftlichen Niveaus der Arbeitenden endlich auch das kulturelle prähistorischen Zuständen um ein Weniges anzunähern.

Nach der oben genannten Korrespondenz hat Hitler bereits mit Brüning Fühlung genommen, Hauptmann Göring der Reichsregierung legales Verhalten der NSDAP zugesichert und Pater Muckermann mit den Nazis verhandelt, mit dem Erfolg, daß die Retter Deutschlands ihren Amoklauf gegen Rom eingestellt haben.

Der „Völkische Beobachter" hat sich schon in einem sehr vollbärtig-würdevollen anonymen Artikel über die Frage „Revolutionäre Methoden oder revolutionäres Ziel?" ausgesprochen. Die Staatsmacht, sagt er, ist seit 1918 in den falschen Händen, so daß es kein Wunder ist, „daß sich an der Willkürherrschaft des heutigen Systems sehr oft der Unwille und der Protest aller erwachenden Deutschen — und ihre Zahl wird täglich größer — entzündet". Es ist auch zu verstehen, daß Gesetzesverletzungen vorkommen. „Bei diesen Überlegungen wird aber vergessen, daß es keine Gesetzmäßigkeit an sich gibt, da der Staat eine Machtorganisation ist, die immer die Gesetze erläßt, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz braucht." Karl Marx hat das besser gesagt; aber man darf von der Ziege keine Kuhmilch verlangen; es ist schon allerhand, daß sie wenigstens so viel allmählich kapieren.

„Es kann deshalb auch im politischen Kampf nicht mit den bestehenden Gesetzesverhältnissen gerechnet werden, sondern einzig und allein mit den politischen Machtverhältnissen." Hier ist der Punkt, auf den es ankommt: jetzt muß eine Entscheidung getroffen werden. Eben weil es nur auf die Machtverhältnisse ankommt, könnte ein zielbewußter Revolutionär sagen: also muß alle Kraft, alle Klugheit, aller Wille auf die Eroberung der politischen Macht und die Vorbereitung der Revolution gerichtet werden. Diese Konsequenz wird hier nicht gezogen. Vielmehr wird die Pflicht zur „Aufklärung und Unterrichtung des Volkes" proklamiert und die „Umgestaltung seiner Ideale und seines Denkens" zum Ziel gesetzt. Aus der politischen Aufgabe wird eine pädagogische (die freilich, würde sie durchgeführt, sich immer noch unheilvoll genug auswirken würde); die Abkehr von der Aktion wird verkündet.

„Jede politische Bewegung muß mit dem Möglichen, nicht mit dem Wünschenswerten rechnen", heißt es da. Und: „Wer nur die Staatsgewalt reizt, die Gesetze übertritt, ist noch kein Revolutionär, sondern meist ein Fantast oder Dummkopf." Und die Nazis wollen beileibe keine Fantasten oder Dummköpfe sein, drum gehen sie dahin, wo bis jetzt noch jeder Lakai auf seine Rechnung gekommen ist: zum gutzahlenden Bürgertum. Zwar versichert der Artikelschreiber, das Endziel werde trotz allem hochgehalten; diese schöne Frase vom Banner, das steht, wenn die SA auch in die Schlinge der kapitalistischen Bourgeois fällt, durfte natürlich nicht fehlen. Aber der Grundsinn, der Endsinn ist klar: Kapitulation, Einschwenken; Herr Brüning, die Kompagnie hört auf Ihr Kommando!

„Unter dieser Voraussetzung ist auch jede Gewähr dafür gegeben, daß der Nationalsozialismus seine historische Aufgabe, die Revolution des 20. Jahrhunderts in den Formen der Legalität durchführen wird." Kein Zweifel, meine Herren! Nur, daß das, was ihr Revolution nennt mit Revolution so wenig zu tun hat wie Margarine mit Butter oder wie das Deutsch eurer Artikelschreiber mit der deutschen Sprache.

Max Barth

Brüning Triumfator

Die „Deutschen Nachrichten", das Blatt der deutschvölkischen Freiheitsbewegung, bringen einen Leitartikel von Reinhold Wulle, der sich unter der Ueberschrift „Brüning Triumfator" mit dem Streit im Hitlerlager befaßt. Wulle, der sich in diesen Bezirken immerhin auskennt, schreibt:

„Die gegenseitigen Schimpfkanonaden sind nicht wichtig. Wichtig ist etwas anderes, und das sagt Herr Hitler mit folgendem Satz: „Ich habe die strenge Legalität der Partei beschworen und ich lasse mich von niemanden zum Meineidigen machen, am wenigsten von Polizeihauptmann a. D. Stennes". Das ist ein Programm, und zwar ein neues Programm. Während noch vor Weihnachten 1930 der Abgeordnete Georg Strasser im Reichstag erklärte, daß er diesem Staat gegenüber sich nicht verpflichtet fühle, überhaupt einen Eid zu halten, unterstreicht der Parteichef seinen Eid von Leipzig, von dem ihn niemand abbringen könne. Das ist die feierliche Absage Hitlers an den Umsturz, die Anerkennung der „gegebenen Tatsachen", das Bekenntnis zur verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit, die Gründung des Dritten Reiches mit Hilfe der Weimarer Verfassung. Der Aufstand der S.A. hat letzte Nebel verjagt, aus dem einst revolutionären Nationalsozialismus ist eine Parlamentsfraktion geworden. Uns war das seit langem eine Gewißheit, jetzt wissen's auch die Anhänger im Lande. Das ist ein Wendepunkt."

In Wulle Veritas.

Der Pensionär der Republik

Holzschnitt von Hans Gerber

Die Republik zahlt

Nach Behauptungen, die von kommunistischen Abgeordneten im Reichstag aufgestellt worden sind, hat der frühere Zar Ferdinand von Bulgarien aufgrund eines mehr oder wenig dunklen Abkommens mit der kaiserlichen Regierung von der Republik im Lauf der letzten Jahre viele Millionen Mark bekommen.

Die Regierung Wilhelms II. hatte ihm im Jahre 1915 als Bezahlung für die Beteiligung Bulgariens am Krieg gegen die Entente bestimmte Zusicherungen gegeben. Die republikanische Regierung hat dann zur Abgeltung dieser Ansprüche im Jahr 1921 an Ferdinand 25 Millionen ausbezahlt. Obgleich der ehemalige Zar damals schriftlich bestätigt hat, daß damit seine Ansprüche erledigt seien, hat er später direkt und indirekt weitere Geldmittel erbeten und bekommen. Bis jetzt scheint festgestellt zu sein, daß ihm außer den 25 Millionen zweimal je eine Million bezahlt worden ist, und daß er ferner erhalten hat: einmal einen Betrag von unbekannter Höhe, einmal (im Februar 1931!) eine halbe Million und in den Jahren 1927—1930 je 120 000 Mark als Jahresraten einer ihm von der Republik zugestandenen lebenslänglichen Rente.

Der Reichstag ist von diesen Zahlungen nicht benachrichtigt worden. Im Reichsetat treten diese Ausgaben nicht auf. Aus welchem Geheimfond sie bestritten worden sind, ist noch nicht bekannt. Auf die Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Torgler hat der Finanzminister Dietrich sich bereit erklärt, die Angelegenheit im Auswärtigen Ausschuß zu behandeln. (Die Verhandlungen dieses Ausschusses sind nämlich vertraulich.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat die Anklagen der Kommunisten aufgegriffen und zum Gegenstand einer „kleinen Anfrage" gemacht. Auf die Antwort der Regierung darf man gespannt sein, obwohl keine Hoffnung besteht, daß sie die Hintergründe dieser Finanz-, hm, -Operation wirklich aufklären wird. Die Vermutung, daß der Koburger (beziehungsweise Bulgare) irgendein Geheimnis der kaiserlichen Regierung kennt, das von der Republik heilig gehalten wird, liegt nahe. Oder welches Druckmittel kann er sonst in Händen haben? Seiner schönen Augen wegen wirft man ihm doch das Geld nicht nach.

In Spanien ist die Republik ausgerufen worden. König Alfons hat das Land verlassen, ohne auf seine Rechte zu verzichten.

Die Einheitsfront

Von allen Parolen, unter denen der nationalsozialistische Spießbürger „gegen das Kapital kämpft", ist bekanntlich die dümmste die vom internationalen Leihkapital, das zu hassen, und vom produktiven deutschen Kapital, das zu schützen sei. Die guten Menschen sollten doch nur wenigstens ein einziges Mal irgend einen der Großbank-Jahresberichte in die Hand nehmen, die in den letzten Wochen wieder heraus kamen, und auf die Namen der Vorstände, Aufsichtsräte usw. einen kurzen Blick werfen. Z. B. auf den der D. D. Bank, wo im Vorstand und Aufsichtsrat die Herren Wassermann, Solmssen (Salomonsohn) usw. sitzen, ebenso wie der Herzog von Arenberg, der Fürst von Hatzfeld, der Graf zu Stolberg-Stolberg, der frühere Reichskanzler Cuno, die Herren Kirdorf, Klöckner, Opel, Reusch; im württembergischen Landesausschuss der D. D. Bank findet man Namen wie Gminder, Hohner, Junghans, Scheerer, Dinkelacker, Schippert (Daimler), Eckener (Zeppelin); auch der Herzog Philipp von Württemberg hielt es nicht für einen Raub dabei zu sein.

Wer bei solcher Verfilzung noch an den nationalen „Sozialismus" und seine sinnlosen Unterscheidungen glaubt, wer da noch nicht die kapitalistische Einheitsfront aufmarschiert sieht, wer noch nicht gemerkt hat, daß sich das Industriekapital mit dem Bankkapital zum „Finanzkapital" verschmolzen hat, dem ist nicht mehr zu helfen.

Agrarisches

Zahlen und Tatsachen

Über den Preissturz der Agrarprodukte auf dem Weltmarkt gibt folgende Tabelle eine Übersicht (Preise in Reichsmark für den Doppelzentner).

	1929	Dez. 1930
Weizen (frei Rotterdam)	20,67	11,94
Roggen (frei Rotterdam)	18,34	7,27
Argentin. Hafer (frei London)	17,93	7,24
Molkereibutter (Kopenhagen)	340,73	248,40
Zucker (Java) frei London	24,65	15,74
Kaffee (frei New York)	202,87	96,94
Baumwolle (frei Manchester)	193,10	103,21

Das Wachsen der Vorräte (die „Vorrätestauung") wird deutlich durch folgende Zahlen (in 1000 Tonnen):

	Sept. 1925	Sept. 1929	Sept. 1930
Weizen	5659	13803	14796
Zucker	1697	2698	3683
Kaffee	470	1207	1650
Baumwolle	881	994	1521

Wie in Deutschland die Zölle seit 1914 gestiegen sind, zeigt folgende Tabelle für Weizen, Brau- und Futtergerste (Zollsatz in Mark pro Doppelzentner):

	Weizen	Braugerste	Futtergerste
Vorkriegszeit	5,50	4	1,30
1925—1929	5	5	2
Dezember 1929	7,50	9	5
Januar 1930	9,50	9	5
April 1930	15	15	12
September 1930	18,50	15	12
Oktober 1930	25	20	12

Die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft hat am 31. Dezember betragen (in Millionen Reichsmark):

Realkredite	Kredite mittlerer Laufzeit	Kurzfristige Personalkredite	Schwimmschulden
4373	330	3038	3850

Die Zinsenlast hat die Höhe von einer Milliarde Reichsmark erreicht.

Die Ursachen

Traktor und Mähdrescher haben die Produktionskasten von einem Doppelzentner Weizen auf neuerschlossenem Boden in Übersee auf 3,50 Mark herabgedrückt (in Europa etwa 10 Mark) und machen den Getreidebau auch da lohnend, wo die Erträge ganz gering sind (7—8 dz je ha).

In USA sind in den letzten Jahren 16 Millionen Hektar Land für den Getreidebau neu erschlossen worden. In Australien ist die Weizenanbaufläche von 4,8 Mill. ha im Durchschnitt der Jahre 1925—29 auf 7,3 Mill. ha im Jahre 1930/31 gestiegen.

Auf der ganzen Erde arbeiten gegenwärtig etwa 110 000 Mähdrescher. Davon 80 000 in USA, 400 in Rußland, 20 in Deutschland.

Die wissenschaftlichen Fortschritte in der Chemie und in der Biologie (Sortenauswahl, Veredelung) haben die landwirtschaftlichen Erträge oft um ein vielfaches gesteigert. Der Zuckerrohrertrag in Java ist von 10 Tonnen pro Hektor im Jahre 1918 auf 20 Tonnen im Jahre 1930 gestiegen. (In Deutschland liefert ein mit Zuckerrüben bebauter Hektar etwa 4 Tonnen fertigen Zucker.) In modernen Betrieben beträgt die Milchleistung einer Kuh 4600 Liter im Jahr gegen etwa 2200 Liter im bäuerlichen Betrieb, die Legeleistung einer Henne 130—160 Eier gegen 85.

Der Welthandel in Butter hat im Jahre 1928 150%, der in Käse 140% und der in Dauermilch 260% des Vorkriegsstandes betragen. Der Weltumsatz in Eiern hat im Jahre 1923 rund 3 Millionen Doppelzentner, 1927 schon 5,49 Millionen Doppelzentner betragen.

Die osteuropäischen Agrarländer sind Ausfuhrländer für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte geworden. Estland, Lettland, Litauen, Finnland und Polen haben 1922 rund 4% der Weltausfuhr an Butter bestritten, heute 18 Prozent. Holland hat seinen Eierexport von 67 000 dz vor dem Krieg auf 619 000 dz 1927 gesteigert. Seit 1923 ist Frankreich zu einem Eierexportland geworden.

In Deutschland, England, Italien und Japan gibt es mindestens 10 Millionen Arbeitslose. In USA schätzungsweise ebensoviele. Auf der ganzen Erde etwa 30 bis 40 Millionen. Im Jahre 1930 ist durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau das Einkommen der deutschen Arbeiterklasse um 8 Milliarden Mark gesenkt worden.

Ändert den Strafvollzug

Nachdem der Leutnant Scheringer während seiner Festungshaft dem staatserhaltenden Nationalsozialismus von kommunistischen Agitatoren auf so schnöde Weise abtrünnig gemacht worden ist, verhandelt das Reichswehrministerium, um solche Bekehrungen künftig unmöglich zu machen, „in Verbindung mit dem Justizministerium und den sonstigen zuständigen Stellen des Reiches und der Länder über eine Änderung im Strafvollzug für Reichswehrangehörige". In Zukunft werden wohl Reichswehrangehörige in einer besonderen Strafanstalt inhaftiert und dem erzieherischen Wirken bewährter nationaler Männer unterstellt werden.

Oder will das Justizministerium die kommunistische Agitation in den Gefängnissen dadurch verhindern, daß es alle kommunistischen politischen Gefangenen freiläßt?

Nach einer Meldung der „Welt am Montag" sind in Thüringen im Jahre 1928 10 733 Personen aus der evangelischen Kirche ausgetreten, im Jahre 1929: 14 560, im „Frick-Jahr" 1930: 27 900.

Werkspionage

In Ludwighafen sind Arbeiter verhaftet worden, weil sie im Auftrag der Russischen Handelsgesellschaft in Berlin in Betrieben der I. G. Farbenindustrie „Werkspionage" betrieben hätten.

Die „Frankfurter Zeitung" hat geschrieben (Nr. 270), wenn die Missetäter nicht gefaßt worden wären, so wäre „eine Schädigung der deutschen Wirtschaft hervorgerufen worden", da nämlich „die Spionage offensichtlich dazu dienen sollte, die russische chemische Produktion zu fördern und zu unterstützen".

Wenn nämlich die russische chemische Industrie hinter gewisse Fabrikationsgeheimnisse der I. G. Farben kommt, dann ist sie imstande, Dinge wie Aspirin, Salvarsan, Insulin oder Anilin ebenfalls herzustellen und zu verkaufen. Da der deutsche (kapitalistische) Chemietrust seine Produkte infolge seiner Monopolstellung mit einem ungeheuren Preisaufschlag verkauft, so wäre es dem russischen (sozialistischen) Chemietrust vermutlich ein Leichtes, die entsprechenden Waren billiger anzubieten. Er könnte dem Farbentrust nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch in Deutschland erfolgreich Konkurrenz machen. Die I. G. Farben müßte dann ihre Preise herabsetzen. Wir Konsumenten könnten uns dessen nur freuen; nicht aber die Aktionäre der I. G. Farben, die für voriges Jahr — das Jahr der „Krise" — 17 (siebzehn) Prozent Dividende beziehen.

Darin bestünde jene Schädigung der „deutschen Wirtschaft", zu der es nun beinahe gekommen wäre. Förderung der russischen Produktion ist Schädigung der „deutschen Wirtschaft": wir sind offenbar schon mitten im wirtschaftlichen Kriegszustand, und die armen Arbeiter, die man ertappt hat, werden ohne Zweifel als eine Art von Landesverrätern behandelt werden. (Die Unternehmer dürfen natürlich Geschäfte mit Rußland machen, das ist etwas anderes. Wie im Kriege!)

In einer sozialistischen Wirtschaftsordnung wird es Fabrikationsgeheimnisse nicht mehr geben. Sie sind nämlich nichts anderes als übelste Ausbeutung, sie kommen gleich hinter den vernichteten Patenten, und sind wie diese ein Beweis für die Fortschrittsfeindlichkeit des kapitalistischen Systems.

Besonders deutlich wird die Unritterlichkeit derartiger Monopole, wenn es sich um Arzneimittel wie Salvarsan oder Insulin handelt, die heute um den zehnten Teil ihres Preises verkauft werden könnten. Wie viele Tausende mögen schon an Zuckerkrankheit gestorben sein, bloß weil sie zu arm waren, sich eine Insulinbehandlung zu leisten!

Schädigung der deutschen Wirtschaft, nämlich des Geldbeutels der I. G. Farben-Aktionäre, wäre es also, wenn russisches Insulin zu erschwinglichen Preisen zu haben wäre, oder wenn die I. G. Farbenkönige dadurch gezwungen würden, ihr Fabrikat auch an arme Teufel, nicht bloß an die Reichen, abzusetzen.

Ich bin der Meinung: die verhafteten Werkspione in Ludwigshafen verdienen unsere aufrichtige Sympathie. (Was die „Frankfurter Zeitung" vielleicht nicht sagen darf.)

Erich Schairer

Armer Tommy

Sechs deutsche Frauen, die mit englischen Besatzungssoldaten verheiratet waren, haben fluchtartig England verlassen. Die vaterländische Presse weiss genau warum. „Deutsch ist eben deutsch", sagt sie, „und Tommy ist Tommy." So was tut nie gut. Man kann eine deutsche Frau erobern, kann ihr alles geben, was ihr Herz begehrt, kann der Vater ihrer Kinder sein — aber „besitzen tut man sie darum noch lange nicht". So einfach ist die deutsche Frau nicht zu haben.

Etwas nämlich kann ihr „Old-England" nicht bieten: „die deutsche Heimat, den deutschen Rhein und den deutschen Lebensinhalt." Und dann scheint „Tommy" durchgängig höchst fatale Unarten an sich zu haben. Warum wollte er sich z. B. als Gatte einer deutschen Frau nicht an deutsche Heimatgerichte gewöhnen? Warum legte er sich immer nur mit den schmutzigen Stiefeln auf das Sofa? Warum konnte er nicht begreifen, daß man nicht ins Zimmer spucken darf?

Vielleicht tat er es nur, damit ihm die deutschen Nationalisten mal wieder eins auswischen konnten. Kenne sich einer aus in diesen Tommys.

Rund um 218

Stuttgart

Der Augenarzt Sanitätsrat Dr. Neunhöffer veröffentlicht im „Medizinischen Korrespondenzblatt für Württemberg" eine Erklärung, warum und wieso er Frau Dr. Kienle der Staatsanwaltschaft und der Polizei (doppelt genäht hält besser!) denunziert habe. Er erklärt, durch den Anblick eines mit perforiertem Uterus in die Klinik eingelieferten jungen Mädchens „so erschüttert" worden zu sein, daß er es „für nötig hielt, dem unverantwortlichen Treiben der Frau Dr. Jacobowitz-Kienle ein Ziel zu setzen". Er habe deshalb gegen Frau Dr. Kienle Anzeige wegen schwerster Kunstfehler und Körperverletzungen erstattet.

Frau Dr. Jacobowitz-Kienle erklärt dagegen in den stuttgarter Blättern, daß nach dem Protokoll des Kriminalkommissars (das sie wörtlich zitiert) Dr. Neunhöffer als „eine Person, die nicht genannt sein will", angezeigt hat, eine Patientin der Frau Dr. Kienle sei in dem geschilderten schlimmen Zustand ins Krankenhaus eingeliefert worden, und er habe den Verdacht, „daß sich jemand an der Frauensperson vor ihrer Einlieferung ... in strafbarer Weise zu schaffen gemacht hat".

Frau Dr. Kienle weist mit Recht darauf hin, daß Dr. Neunhöffer, der so bescheiden seinen Namen verschweigen wollte, nicht sie, sondern „jemand" beschuldigt hat, und zwar nicht eines Kunstfehlers oder einer Körperverletzung, sondern der strafbaren Schwangerschaftsunterbrechung.

Ein Kommentar zu der Art und Weise, wie der Prozeß Wolf-Kienle ins Rollen gebracht worden ist, erübrigt sich wohl.

Wäre noch zu vermerken, daß die Patientin, deren Fall zur Begründung der Denunziation hat herhalten müssen, nicht gestorben, sondern lebendig und gesund ist.

Deutschlan voran!

Oberregierungsrat Dr. Rößle aus dem Reichsgesundheitsamt schreibt in der Zeitschrift „Das neue Rußland":

„Auf 1000 Geborene kommen Sterbefälle infolge Schwangerschaft und Entbindung in Moskau 2,5, in Berlin 12,9. Der enorme Unterschied zwischen diesen beiden Sterbeziffern, von denen die für Berlin fünfmal höher ist als die für Moskau, läßt ohne weiteres die Mehrsterblichkeit der Frauen im Alter von 15 bis 29 Jahren in Berlin erklären. Die beiden Rubriken weisen, wenn man auch in Berlin die Sterbefälle infolge Aborts zuzählt, für Moskau die niedrigsten und für Berlin die höchsten Sterbeziffern von allen europäischen Hauptstädten in der Gegenwart auf. Der Hochstand des Mutterschutzes im neuen Rußland scheint also keine leere Frase zu sein."

Der Hochstand des Mutterschutzes im alten Deutschland dagegen — nun?

Stimme aus dem Grabe

Der Oberreichsanwalt a. D. Dr. Ebermayer hat in der „Berliner Volkszeitung" seine Stellungnahme folgendermaßen charakterisiert: „Die Frucht ist von Anfang an ein selbständiges Lebewesen, das Rechtsschutz verlangen kann. Für die strafbare Belassung (er meint: dafür, daß die Abtreibung auch künftig bestraft werden muß) sprechen zunächst Gründe der Bevölkerungspolitik. Die Strafdrohung hat immerhin abschreckende Wirkung, hauptsächlich auf die höheren Volksschichten. Bei Freigabe würde eine ganz ungeheuerliche Verwilderung und Hemmungslosigkeit des Geschlechtsverkehrs eintreten und die Zahl derjenigen Mädchen, die noch unberührt in die Ehe gehen, würde erschreckend sinken."

Das ist das reaktionärste Dokument, das mir im bisherigen Verlauf der Kampagne bekannt geworden ist. Juristisch kann dieser Jurist a. D. seinen Standpunkt nicht begründen; also macht er Anleihen bei der Theologie („von Anfang an selbständiges Lebewesen": die Doktrin Pius des Neunten, anno 1869; bis dahin nicht einmal von der Kirche verfochten), bei der nationalistischen Ideologie („Bevölkerungspolitik"), bei der Hintertreppenkriminologie („abschreckende Wirkung" — dieser Ladenhüter, den kein maßgeblicher Rechtslehrer mehr aufzubügeln wagt, und „hauptsächlich in den höheren Volksschichten" — von denen feststeht, daß gerade sie sich einen Dreck um bevölkerungspolitische Erwägungen und um die Strafdrohung des § 218 kümmern). Der Schlußpassus kann wohl nur durch Senilität erklärt werden. Diese blutrünstigen Visionen vom entfesselten Eros sind gesunden Menschen mit normalen Funktionen fremd. Desgleichen der zeternde Eifer um die Jungfernschaft junger Mädchen. Das ist nicht die Sache alter Herren, sondern der zuständigen Jungfrauen und derjenigen männlichen Generation, die als ihre Partner in Betracht kommt. Wo Männer die Unverletzbarkeit des Hymens propagieren, tun sie's nicht der Jungfrauen, sondern ihres eigenen Geschlechts wegen: die Mädchen sollen ihren Schatz nicht für sich aufheben, sondern für die Männer. Aber welches Interesse hat Herr Ebermayer, die Unberührtheit heutiger und künftiger Bräute zu sichern?

Karl Fehr

Die verwahrlosten Kinder

Über den heutigen Stand der Kinderverwahrlosung in der Sowjetunion werden in Nr. 19 der „Moskauer Rundschau" folgende Zahlen veröffentlicht: Im Jahre 1919 hat die Zahl der umherschweifenden verwahrlosten Kinder in der RSFSR 9 Millionen betragen. Im Jahre 1924 war diese Zahl auf 700 000 herabgesunken. Im Jahre 1928 wurden noch folgende Ziffern publiziert: Sibirien: 1250, Nordkaukasien: 900, Krim: 500 usw. Im ganzen in der RSFSR ca. 10 000. Im verflossenen Jahr ist diese Zahl auf 7000 gesunken. Das Leningrader Gebiet ist nach übereinstimmenden Angaben aller Organisationen vollkommen frei von Verwahrlosten. In Moskau ist die Zahl stabil geblieben (500 bis 700). Das erklärt sich durch die starke Anziehungskraft, die dieses Zentrum immer wieder für die Kinder hat. Die Krim, die besonders im Sommer ein beliebter Aufenthaltsort für die kleinen Vagabunden ist, gibt die Zahl der noch herumstreichenden Kinder für dieses Jahr mit 200 an. Der Ferne Osten ist beinahe verschont von diesem Übel. Bei einem intensiven Streifzug durch ganz Sibirien wurden im Laufe eines Monats nur 600 Verwahrloste aufgegriffen.

In der RSFSR bestehen im ganzen ca. 1700 Heime für verwahrloste Kinder. Durchschnittlich sind 75 bis 150 Kinder in einem solchen Heim untergebracht — insgesamt 140 000. Die Haupttendenz in der pädagogischen Arbeit geht dahin, die Kinder dem normalen Leben einzugliedern.

Diese Zahlen, bemerkt die „Moskauer Rundschau", zeigen klar, daß es sich hier nicht um die in der feindlichen Emigrantenliteratur sogenannte „Stabilisierung des Kinderelends" handelt, sondern daß der Weg zur endgültigen Behebung der Kinderverwahrlosung nicht mehr weit ist.

Obwohl also die Aktion der Sowjetregierung gegen das aus den Zeiten des Bürgerkriegs und der Invasion der kapitalistischen Armeen überkommene Kinderelend erfolgreich fortschreitet, werden die verwahrlosten Kinder, die Besprisorni, schon noch eine Zeit lang Gegenstand hochmoralischer Entrüstung aller frommen und rosaroten Bolschewistenfresser sein. Dagegen liest man weniger davon, daß in Shanghai im letzten Jahr 34 000 Kinder verhungert sind. In Shanghai herrscht nämlich nicht der „Kulturbolschewismus", sondern, von Tschiankaischek im Bunde mit europäischen Unternehmern und Bankiers stabilisiert, der „Kulturkapitalismus".

„Dieses ... Verwobensein mit allem Leid ... nötigt ihn, ... nicht zuerst an sich zu denken, sondern an die tausend Kinder, die bei Bauern verdingt sind und in greulicher Weise ausgebeutet und verwahrlost werden, und an die Kinderscharen, die vagabundierend im Lande herumziehen und so zu Verbrechern heranreifen, die dann von der Regierung von Zeit zu Zeit wie Wild gejagt, eingesperrt und geprügelt werden ..."

J. Weidenmann über Pestalozzi (in „Heinrich Pestalozzis soziale Botschaft", Genossenschaftsbuchhandlung Zürich und Winterthur).

Selbsterkenntnis

Die Nationalsozialisten wollen Deutschland von Landesverrätern säubern. Deshalb hat die nationalsozialistische Fraktion im Münchner Stadtrat beantragt, die Kreittmayr-Straße umzutaufen und für die Erhaltung des Kreittmayr-Denkmals am Promenadeplatz nichts mehr aufzuwenden. Die neuesten Ergebnisse der Geschichtsforschung hätten nämlich gezeigt, „daß der ehemalige (nämlich im 18. Jahrhundert lebende) kurbayrische Außenminister und Staatskanzler Bayerns, Alois Kreittmayr, zeitlebens im Solde des die Eigenstaatlichkeit Bayerns bedrohenden Habsburger Reiches gestanden und als bezahlter Verräter am bayrischen Staat anzusehen ist".

Da der Antrag am 31. März im Stadtrat behandelt werden sollte und die Zeitungen darüber also am 1. April berichtet hätten, zogen ihn die Nationalsozialisten wieder zurück; sie mußten selber eingestehen, daß „die Gefahr bestand, daß die Debatte darüber in auswärtigen Zeitungen als April-Scherz aufgefaßt würde".

Der Februaraufstand

Wer hat ihn geleitet?

Von Leo Trotzki

Im Verlag S. Fischer, Berlin, ist soeben der erste Band der „Geschichte der russischen Revolution" von Leo Trotzki erschienen („Februarrevolution"). Wir veröffentlichen hier gekürzt das Kapitel: Wer leitete den Februaraufstand? D. Red.

... Tugan-Baranowski hat recht, wenn er sagt, die Februarrevolution hätten die Arbeiter und Bauern vollbracht, die letzteren in der Person der Soldaten. Es bleibt aber die große Frage bestehen, wer hat den Umsturz geleitet? Wer hat die Arbeiter auf die Beine gebracht? Wer die Soldaten auf die Straße geführt? Nach dem Siege wurden diese Fragen Gegenstand von Parteikämpfen. Am einfachsten wurden sie durch die Universalformel gelöst: keiner hat die Revolution geleitet, sie vollzog sich von selbst. Diese „Elementar"-Theorie kam nicht nur jenen Herrschaften bestens gelegen, die gestern noch in aller Ruhe administriert, gerichtet, angeklagt, verteidigt, gehandelt hatten, heute aber beeilt waren, sich der Revolution anzubiedern, sondern auch vielen Berufspolitikern und gewesenen Revolutionären, die, nachdem sie die Revolution verschlafen hatten, nun glauben machen wollten, sie unterschieden sich in dieser Hinsicht nicht von allen andern.

Um ein klares Bild von der Lage der revolutionären Führung zu erhalten, muß man sich vergegenwärtigen, daß die autoritärsten Revolutionäre, die Führer der linken Parteien, sich in der Emigration, zum Teil auch in Gefängnissen und Verbannung befanden. Die Bolschewiki hatten keine Dumafraktion: fünf Arbeiterdeputierte, in denen die zaristische Regierung das organisierende Zentrum der Revolution sah, wurden in den ersten Kriegsmonaten verhaftet. Lenin war in der Emigration, mit ihm Sinowjew; Kamenjew, wie auch die damals nur wenig bekannten führenden Praktiker Swerdlow, Rykow, Stalin waren in der Verbannung. Der polnische Sozialdemokrat Dscherschinski, der damals noch nicht zu den Bolschewiki gehörte, befand sich in der Katorga.

Wenn aber schon die bolschewistische Partei den Aufständischen keine autoritäre Leitung zu sichern vermachte, so konnte bei den übrigen politischen Organisationen davon erst recht nicht die Rede sein. Dies unterstützte die verbreitete Meinung vom elementaren Charakter der Februarrevolution. Nichtsdestoweniger ist sie tief irrig, im besten Falle inhaltslos.

Der Kampf dauerte in der Residenz nicht eine und nicht zwei Stunden, sondern fünf Tage. Die Führer waren bestrebt, ihn einzudämmen. Die Massen antworteten mit verschärftem Ansturm und drangen vorwärts. Sie hatten gegen sich den alten Staat, die liberale Bourgeoisie mit Reichsduma, Semstwo- und Stadtverbänden, Kriegsindustrieorganisationen, Akademien, Universitäten und weit verzweigter Presse; schließlich zwei starke sozialistische Parteien, die dem Druck von unten patriotischen Widerstand entgegensetzten. Die Partei der Bolschewiki war die dem Aufstand am nächsten stehende Organisation, wenn auch enthauptet, mit zersplitterten Kaders und schwachen illegalen Zellen. Dennoch entbrannte die Revolution, die in jenen Tagen niemand erwartet hatte, und als man oben glaubte, die Bewegung erlösche bereits, sicherte sie sich in schroffem Aufstieg nach mächtigen Konvulsionen den Sieg.

Woher diese beispiellose Kraft in Beharrlichkeit und Ansturm? Es genügt nicht, auf die Erbitterung zu verweisen, Erbitterung allein wäre zu wenig gewesen. So sehr die Petrograder Arbeiter während der Kriegsjahre durch proletarisches Rohmaterial auch verwässert worden waren, so besaßen sie immerhin große revolutionäre Erfahrung. Ihre Beharrlichkeit und ihr Elan verlieh ihnen, trotz fehlender Leitung und trotz Gegenwirkung von oben, eine wenn auch nicht immer ausgesprochene, aber auf Lebenserfahrung begründete Fähigkeit, die Kräfte abzuschätzen und selbständig strategische Berechnungen vorzunehmen. Gerade der Krieg, seine Opfer, seine Schrecken und seine Schande ließen nicht nur die alten, sondern auch neue Arbeiterschichten mit dem zaristischen Regime zusammenstoßen, mit neuer Schärfe dagegen anprallen und zu der Schlußfolgerung kommen: man darf es nicht länger dulden! Diese Schlußfolgerung war allgemein, sie verband die Massen und verlieh ihnen die gewaltige Kraft des Vorstoßes.

Die Armee quoll auf, indem sie Millionen Arbeiter und Bauern in sich aufnahm. Jeder hatte Angehörige beim Militär: einen Sohn, einen Mann, einen Bruder oder einen anderen Verwandten. Die Armee war nicht mehr wie vor dem Kriege durch eine Mauer vom Volke isoliert. Man kam jetzt mit Soldaten viel mehr zusammen, man begleitete sie, wenn sie zur Front abmarschierten, man lebte mit ihnen, wenn sie auf Urlaub kamen, man unterhielt sich mit ihnen in den Straßen und den Trams, man besuchte sie in den Lazaretten. Arbeiterviertel, Kaserne, Front und zum großen Teil auch das Dorf wurden miteinander verbundene Gefäße. Die Arbeiter wußten, was der Soldat dachte und fühlte. Sie führten endlose Gespräche über den Krieg, über Menschen, die sich am Kriege bereicherten, über Generale, über die Regierung, über den Zaren und die Zarin. Der Soldat sagte über den Krieg: Verflucht sei er! Der Arbeiter antwortete über die Regierung: Verflucht seien sie alle! Der Soldat sagte: Weshalb schweigt ihr hier, im Zentrum? Der Arbeiter antwortete: Mit leeren Händen ist nichts zu machen, schon im Jahre 1905 haben wir uns an der Armee blutig gestoßen. Der Soldat, grübelnd: Wenn sich doch alle auf einmal erheben wollten! Der Arbeiter: Ja, eben alle auf einmal. Solche Gespräche wurden vor dem Kriege von einzelnen geführt und hatten einen konspirativen Charakter. Jetzt sprach man überall so, bei jedem Anlaß und fast offen, mindestens in den Arbeitervierteln. Das molekulare Ineinanderdringen von Armee und Volk ging ununterbrochen vor sich. Die Arbeiter verfolgten die Temperatur der Armee und fühlten sofort das Nahen des kritischen Punktes. Das verlieh auch dem Ansturm der in den Sieg vertrauenden Massen diese unwiderstehliche Kraft.

Hier müssen wir die treffende Bemerkung eines liberalen Würdenträgers anführen, der versuchte, das Fazit seiner Februarbeobachtungen zu ziehen: „Es ist üblich, zu sagen: die Bewegung hat elementar begonnen, die Soldaten sind von selbst auf die Straße gegangen. Ich kann dem keinesfalls zustimmen. Was will auch das Wörtchen „elementar" besagen? Die „Urzeugung" ist in der Soziologie noch unmöglicher als in der Naturwissenschaft. Weil kein revolutionärer Führer von Namen der Bewegung sein Etikett anhängen kann, wird sie nicht unpersönlich, sondern nur namenlos." Diese Fragestellung, die unvergleichlich ernster ist als die Hinweise Miljukows auf deutsche Agenten und russische Elementargewalten, gehört einem ehemaligen Staatsanwalt, der im Range eines zaristischen Senators der Revolution begegnete. Vielleicht hat gerade seine Richtererfahrung Sawadski erlaubt, zu der Einsicht zu kommen, daß der revolutionäre Aufstand weder auf Kommando ausländischer Agenten, noch als unpersönlicher Naturprozeß entstehen konnte.

Während des Brandes des Bezirksgerichts drückte ein liberaler Jurist, aus dem Kreise desselben Senators, auf der Straße sein Bedauern darüber aus, daß das Laboratorium der Gerichtsexpertise und das Notariatsarchiv vernichtet werden. Ein älterer Mann von düsterem Aussehen, dem Äußeren nach ein Arbeiter, erwiderte mürrisch: „Wir werden die Häuser und das Land verteilen können, auch ohne dein Archiv!" Wahrscheinlich ist die Episode literarisch etwas abgerundet worden. Doch solcherart ältere Arbeiter, die die nötige Abfuhr zu geben wußten, gab es in der Menge nicht wenig. Sie selbst

Kopf ab, oder — ?

Kürten — welches Schicksal wird er haben? So fragt man sich und ventiliert mit Sachlichkeit seine Aussichten (auf die Guillotine). Und so ganz nebenbei stellt sich heraus, daß in juristischen und naturwissenschaftlichen Kreisen die Frage, wie man einen Menschen mit dem geringstnotwendigen Aufwand von Grausamkeit in jenes Nichts befördert, das eine fantasievolle Weltanschauung zu einem Jenseits umzufrisieren bestrebt ist, bereits ein diskussionsreifes Problem ist. Das versichert uns wenigstens Walter Zadek im dortmunder „General-Anzeiger".

Man wird Zadek gerne beipflichten, wenn er versichert, daß der Tod auf dem elektrischen Stuhl nicht das höchste der Gefühle ist. (Ich weiß nicht, ob ich ihm, hätte ich die freundliche Wahl, nicht das kurzangebundene Fallbeil oder den strammen Strick vorziehen würde, aber lassen wir das einstweilen dahingestellt; wenn es erst soweit ist, — die Frage ist für den, den sie angeht, ja immer aktuell.) Da auch andere Leute sich über die Annehmlichkeit unserer bisherigen Methoden, Menschen oder ihre Köpfe umzulegen, ihre Gedanken gemacht haben, steht für eine etwaige „Reform" der Hinrichtungsart die Vergasung durchaus zur Diskussion.

Wie ist es nun damit? Von der Massenvergasung anläßlich des nächsten Heldenzeitalters wollen wir nicht reden. Da werden wir ja nicht gefragt: wir bekommen unser Teil vorgesetzt, und es heißt einfach: Vogel schnauf und stirb! Aber, nicht wahr, der eine oder andere von uns könnte ja in die Lage kommen, noch vor dem Ausbruch der großen Zeit ganz persönlich und privatim seinen behördlicherseits ausgestellten Überweisungsschein für die ewigen Jagdgründe ausgestellt zu bekommen, und was wünschen Sie sich da?

Ich gestehe: mir würde die Wahl schwer fallen. In Nevada (USA) machen sie's mit Blausäuregas. Im vergangenen Jahr hat man die Wirkung dieses milden Parfüms an einem Versuchskaninchen namens White wissenschaftlich beobachtet und in allen Einzelheiten verfolgt. White hat zum Sterben elf Minuten gebraucht; ein wenig zu viel für meinen Geschmack. Das Unangenehme an der Blausäure ist außerdem, daß man sie riecht: wie aus allen besseren Kriminalfilmen zu erfahren ist, duftet sie nach bitteren Mandeln. Das stört. Denn für einen modernen Menschen steht eines fest: wenn man wirklich die Grausamkeit aus der Hinrichtung nach Möglichkeit eliminieren will, so ist es das Beste, den Delinquenten zu vergasen, ohne daß er es merkt.

Im dortmunder „General-Anzeiger" macht darum ein Chemiker den Vorschlag, Kohlenoxyd zu verwenden. Das ist billig: es findet sich im Leuchtgas und in dem in der Industrie viel verwendeten Wassergas. Außerdem ist es geruchlos (was im Leuchtgas stinkt, ist nachträglich als „Warn-Parfüm" hineingemanscht und kann herausgefiltert werden) und läßt sich in Bomben (ähnlich den Kohlensäurebomben der Herren Restaurateure) leicht transportieren.

Damit dem Verurteilten die Todesangst erspart bleibe, soll man ihn, so wird vorgeschlagen, erst durch Ermüdung oder Alkoholgenuß in Schlaf verfallen lassen und dann sacht und leise seine Zelle vergasen. (Den Seinen gibt's der Herr Scharfrichter im Schlaf.)

Ich weiß nicht — so recht wohl ist mir aber auch dabei nicht. Ich wenigstens würde mich, sobald ich einmal wüßte, was man mit mir vorhätte, hinsichtlich jeglichen, auch des verlockendsten, Alkohols streng abstinent verhalten und ausserdem in Schlafstreik treten. Wenn ich gar noch in die hermetisch verschließbare Zelle gebracht würde — meine Herren, da wär ich Tag und Nacht auf der Lauer, und je länger ich mich aufrecht halten könnte, desto länger hätte ich die Hosen voll Angst. Nein, ich fürchte, auch der Vorschlag mit der Vergasung im glücklichen Traum taugt nichts. Die beste Hinrichtungsart scheint mir — das will ich gegen alle Welt verfechten — halt doch die durch Altersschwäche zu sein.

Mara Bu

Die württembergische Regierung hat von einem schweizerischen Bankenkonsortium eine Anleihe von 25 Millionen Franken (verzinslich zu 6½ Prozent, Laufzeit 25 Jahre) aufgenommen. Der Erlös der Anleihe wird von der württembergischen Regierung der Deutschen Reichsbahn zum zweigleisigen Ausbau der württembergischen Nord-Südstrecke übergeben werden.

Die Jammergestalt

Da sich die deutsche Dankbarkeit lieber in gefälligen Denkmälern als in materieller Unterstützung jener äußert, denen man zu Dank verpflichtet ist, stolpert man allenthalben über Erinnerungssteine. Augenblicklich wird die längst angeschnittene Frage eines „Ehrendenkmals für das deutsche Kriegspferd" intensiv „ventiliert". Es liegt bereits ein Entwurf von dem Bildhauer Professor Limburg vor, darstellend einen Brunnen mit Reliefs, auf denen die Taten des Pferdes im Kriege zu sehen sind; in der Mitte erhebt sich ein Sockel, auf dem ein Pferd steht.

Dieses Pferd ist leider nicht so, wie es im vaterländischen Interesse wünschenswert wäre. Im „Militärwochenblatt" gibt deshalb General von Poseck die Bedenken nationaler Kreise von sich. Der Künstler habe, schreibt der Herr General, „auf das Postament ein Pferd im Zustand völliger Erschöpfung und Entkräftung gestellt. Ein unglückliches, zum Skelett abgemagertes Tier, mit sichtbaren Rippen, herausstehenden Hüften und müde herabhängendem Kopf. Eine Jammergestalt, wie wir sie während des Bewegungskrieges im Westen und Osten leider oft am Wege stehen sahen, bis eine mitleidige Kugel das arme Pferd von seinen Leiden erlöste."

Ein solches Pferd auf die Nachwelt zu bringen ist natürlich undenkbar. Sein reduziertes Äußeres könnte ja im Beschauer den Gedanken hervorrufen, es habe die Leiden seiner menschlichen Kampfgenossen weitgehend geteilt, und da man den Heldentod des Muskoten vaterländisch verklärt hat, kann man die Gestalt seines Leidensgenossen nicht realistisch verewigen. „Soll denn", meint der Herr General, „wie bei Remarque nur das, was im Kriege abschreckend und häßlich war, verewigt werden?"

Es soll natürlich nicht, schon weil es angeblich dem gesunden Empfinden des Frontkämpfers widerstrebt — und dann passen zu singend in den Tod ziehenden Soldaten wirklich nur freudig schnaubende Rösser und keine abgemagerten Jammergestalten, die mit hängendem Kopf dastehen. Auf den Sockel des Denkmals gehöre, heißt es in dem Artikel, ein Pferd in voller Kraft und stolzer Schönheit, eine edle ostpreußische Remonte, an deren Anblick jedes Reiterherz seine Freude haben könne. Die stummen Heldentaten des Kriegspferdes hätten ein Anrecht darauf, in einem durch vollendete Schönheit wirkenden Standbild der Nachwelt überliefert zu werden, nicht in einer Jammergestalt.

So werden die Kriegspferde voraussichtlich bald ein „würdiges", wenn auch verlogenes Denkmal haben. Warum soll man auch gerade bei ihnen eine Ausnahme machen? oha

Grosszügig

Oder: Was wir jetzt gerade so nötig brauchen

Aus einem Artikel „Der Merlin als Beizvogel" von Prof. Dr. Thienemann in „Wild und Hund", 33. Jahrgang, Nr. 10:

„Neulich war ein Kommando der 1. (preuß.) Nachrichtenabteilung unter Herrn Major Reiner aus Königsberg hier in Ulmenhorst. Ich konnte meine Beizvögel vorführen, die ihre Sache an dem Tage recht gut machten ... Der Merlin ritt tadellos bei und schlug aufgelassene Sperlinge — kurz, es war eitel Lust und Freude. Die Herren waren so begeistert, daß der Beschluß gefaßt wurde, den Beizjagdbetrieb bei der Nachrichtenabteilung offiziell einzuführen. Herr Major Reiner kommandierte bald darauf seine sämtlichen Brieftaubenmeister unter Führung eines Oberleutnants mit vier Pferden zur Erlernung der Falknerei hierher nach der Vogelwarte, wo theoretische und praktische Unterweisung erfolgte. Die ganze Sache soll groß aufgezogen werden. Hoffen wir, daß alles wohl gelingt. Ich verfolge ja mit der ganzen Falknerei den Zweck, daß dieses alte, ritterliche Weidwerk in Hände kommt, denen die nötigen Hilfsmittel und Hilfskräfte zur Verfügung stehen, und das ist beim großzügig arbeitenden Militär der Fall. Wir hätten dann Stellen in Deutschland, an denen man den Beizjagdbetrieb immer sehen und studieren könnte ... Und gerade die Beizjagd kann uns noch viel geben. Es liegt ja so viel Poesie, so viel Kraft, so viel Anreiz zum Schönen und Guten in dieser edlen Hantierung, und das alles brauchen wir ja jetzt gerade so nötig."

Jetzt wissen die SPD-Wähler wenigstens, wozu es gut war, daß ihre Abgeordneten den Wehretat toleriert haben.

„In Deutschland sterben zu oft die verkehrten Leute, und man kommt in der deutschen Geschichte nie darüber hinaus zu fragen: was wäre geschehen, wenn, ja wenn der Richtige gestorben wäre?"

Werner Hegemann in „Fridericus"

Kirche und Prostitution

Über die Prostitution in der Kirche siehe Schrempf, Zur Reform des evangelischen Pfarramts, Frommanns Verlag, Stuttgart 1911. Das Wort ist hiebei bildlich gebraucht, mit Bezug auf geistige und seelische Dinge. Solche Prostitution ist bekanntlich nicht strafbar und gilt als nichts Besonderes. Wenigstens ist Schrempfs Auftreten gegen die geistliche Prostitution damals kaum beachtet worden.

Prostitution in der Umgebung von Kirchen ist ärgerniserregend und deshalb strafbar. Gemeint ist hier wirkliche, nämlich körperliche Prostitution. Unter der „Umgebung" einer Kirche scheint man an zuständiger Stelle den Umkreis von 50 Meter zu verstehen. Wird in diesem Umkreis, also etwa in einer Entfernung von 49 Metern von der Stuttgarter Leonhardskirche, Prostitution ausgeübt, so ist dies der Würde des Orts abträglich und infolgedessen zu bestrafen. Bei 51 Meter Abstand liegt der Fall bedeutend harmloser.

Eine Anzahl von Stuttgarter Prostituierten hat kürzlich je drei bis fünf Tage Haft bekommen, weil sie ihr Gewerbe allzunahe bei der Leonhardskirche betrieben haben.

Eine davon glaubte sich vor Gericht mit dem Hinweis rechtfertigen zu können, daß sie doch auch Kirchensteuer bezahle.

Es hat ihr aber nichts geholfen.

Ein evangelischer Mann heiratet eine katholische Frau, die seit Jahren nichts mehr von der Kirche wissen will, weshalb das Paar auch auf eine kirchliche Trauung verzichtete. Die katholische Kirche betrachtet eine solche Ehe als ein Konkubinat, was sie freilich nicht hindert, von dem Mann zu verlangen, daß er für seine „Konkubine" Kirchensteuer zahle.

Mit beinahe dem selben Recht könnte die Kirche auch von den Zuhältern verlangen, daß sie für ihre Schützlinge Kirchensteuer zahlen.

Ein teutscher Mann

Ein Reklame-Verlag in Stuttgart verschickt an die Bürgermeisterämter sog. „Oberamts-Orientierungstafeln", auf denen eine Karte des betr. Oberamts wiedergegeben ist, umrahmt von Empfehlungen von Gasthäusern usw. Diese Tafeln läßt der Verlag in der Druckerei herstellen, in der die S.-Z. gedruckt wird.

Bei den Tafeln für das Oberamt Kirchheim u. T. hat nun die Druckerei das Verbrechen begangen, zum Verpacken Makulatur der S.-Z. zu verwenden. Vom Bürgermeisteramt Aichelberg, O.A. Kirchheim u. T., hat der Reklame-Verlag deshalb folgendes Schreiben erhalten:

„Die durch Schreiben vom 21. März 1931 angekündigten Oberamts-Orientierungstafeln von Kirchheim sind eingetroffen, umgeben mit einem Blatt „Die Sonntags-Zeitung". Ich muß daher annehmen, daß ich es hier mit einem pazifistisch eingestellten, wenn nicht gar mit einem jüdischen Unternehmen zu tun habe. Pazifistisch eingestellten Kreisen wie Schairer usw., zu denen ich auch Sie rechne, versage ich grundsätzlich meine Unterstützung. Ich weigere mich daher, die zugesandten Orientierungstafeln zu verteilen. Die Tafeln werden hier aufbewahrt und liegen zur Abholung bereit. Senden Sie mir das Porto, so werden die Tafeln an Sie zurückgesandt. Mit deutschem Gruß Bürgermeister Hörler."

Die S.-Z. als Packpapier — das wirkt auf einen deutschen Bürgermeister wie ein rotes Tuch auf einen Stier; da fragt er nicht lange, ob ein Verlag verantwortlich ist für das Papier, das seine Druckerei zum Packen verwendet, da weigert er sich einfach, da geht er zum Boykott über, und merkt nicht, wie lächerlich er sich dadurch macht.

Wir nehmen an, daß der Reklame-Verlag auf den „deutschen Gruß" des Bürgermeisters mit einem gut schwäbischen Gruß geantwortet hat.

Das fehlende Komma

In einem Satz der neuen Notverordnung heißt es, eine Versammlung könne verboten werden, wenn „zu besorgen ist, ... daß eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder ..." usw.

Im Reichsgesetzblatt fehlt tatsächlich hinter „des öffentlichen Rechtes" das Komma, das nach Brünings Willen eigentlich hingehört (so allmächtig ist er offenbar doch noch nicht, daß ohne seinen Willen kein Komma von seinem Platze fällt), und der Sinn der Verordnung ist dadurch in sein Gegenteil verkehrt.

Herr Brüning, tun Sie sich einen Beirat für Interpunktionsfragen ein, damit sie nicht auf dem Weg der Reaktion über ein fehlendes Komma stolpern!

---

hatten keine Beziehung zur Brandstiftung des Bezirksgerichts: jedenfalls aber konnten solche „Exzesse" sie keineswegs schrecken. Sie bewaffneten die Massen nicht nur mit den nötigen Ideen gegen die zaristische Polizei, sondern auch gegen die liberalen Juristen, die die größte Angst davor hatten, daß im Feuer der Revolution die Notariatsakten des Eigentums verbrennen könnten. Diese namenlosen rauhen Politiker der Fabrik und der Straße waren nicht vom Himmel gefallen: man mußte sie erzogen haben.

Die Mystik des Elementaren erklärt nichts. Um die Situation richtig einzuschätzen und den Moment des Ausholens gegen den Feind zu bestimmen, war es notwendig, daß die Masse, daß deren führende Schicht ihre eigenen Ansprüche an die historischen Ereignisse stellte und eigene Kriterien zu ihrer Bewertung besaß. Mit anderen Worten, nicht die Masse an sich war notwendig, sondern die Masse der Petrograder und der russischen Arbeiter im allgemeinen, die die Revolution von 1905 erlebt hatten und den Moskauer Dezemberaufstand von 1905, der an dem Semjonowski-Garderegiment zerschellte; es war notwendig, daß unter dieser Masse Arbeiter zerstreut waren, die über die Erfahrung von 1905 nachgedacht, die konstitutionellen Illusionen der Liberalen und Menschewiki kritisiert, die Perspektive der Revolution sich angeeignet, Dutzende Male das Problem der Armee überlegt, aufmerksam verfolgt hatten, was in ihrer Umgebung vorging, Arbeiter, die fähig waren, aus ihren Beobachtungen revolutionäre Schlüsse zu ziehen und sie den anderen zu vermitteln. Schließlich war notwendig, daß sich bei den Truppenteilen der Garnison fortgeschrittene Soldaten fanden, die in ihrer Vergangenheit von revolutionärer Propaganda erfaßt oder mindestens berührt worden waren.

In jeder Fabrik, in jeder Werkstatt, in jeder Kompagnie, in jeder Teestube, im Lazarett, in der Etappe und sogar in dem entvölkerten Dorfe ging eine molekulare Arbeit des revolutionären Denkens vor sich. Überall gab es Deuter der Ereignisse, hauptsächlich Arbeiter, die man ausfragte, was es Neues gebe, und von denen man das nötige Wort erwartete. Diese Anführer waren häufig sich selbst überlassen, nährten sich von Bruchteilen revolutionärer Verallgemeinerungen, zu denen sie auf verschiedenen Wegen gelangten, selbst in liberalen Zeitungen lasen sie, was sie brauchten, zwischen den Zeilen heraus. Ihr Klasseninstinkt war durch ihr politisches Kriterium geschärft, und wenn sie auch nicht immer ihre Ideen zu Ende dachten, so arbeitete ihr Gedanke doch unablässig und beharrlich stets in der gleichen Richtung. Elemente der Erfahrung, der Kritik, der Initiative, der Selbstaufopferung durchdrangen die Masse und bildeten die innere, dem oberflächlichen Blick unerreichbare, aber nichtsdestoweniger entscheidende Mechanik der revolutionären Bewegung als eines bewußten Prozesses.

Den hochmütigen Politikern des Liberalismus und des gezähmten Sozialismus erscheint gewöhnlich alles, was in den Massen geschieht, als instinktiver Prozeß, wie wenn es sich um einen Ameisenhaufen oder Bienenstock handle. Tatsächlich war der Gedanke, der tief in den Arbeitern bohrte, viel kühner, weitsichtiger und bewußter als jener Gedankenkram, mit dem die gebildeten Klassen sich die Zeit vertrieben. Während die offizielle Gesellschaft, dieser Überbau der herrschenden Klassen, Schichten, Gruppen, Parteien und Cliquen tagein, tagaus in Trägheit und Automatismus verharrte, sich die Zeit mit Resten abgenutzter Ideen vertrieb, taub gegen die unabwendbaren Forderung der Entwicklung, sich von Gespenstervisionen blenden ließ und nichts voraussah — vollzog sich in den Arbeitermassen ein selbständiger und tiefer Prozeß des Anwachsens nicht nur des Hasses gegen die Herrschenden, sondern auch der kritischen Erkenntnis von deren Ohnmacht, der Anhäufung von Erfahrung und schöpferischer Einsicht, ein Prozeß, der mit dem revolutionären Aufstand und dessen Siege abschloß.

Auf die oben gestellte Frage: wer hat den Februaraufstand geleitet, können wir folglich mit genügender Bestimmtheit antworten: die aufgeklärten und gestählten Arbeiter, die hauptsächlich von der Partei Lenins erzogen worden waren. Aber wir müssen dabei hinzufügen: diese Leitung genügte, um dem Aufstande den Sieg zu sichern, doch reichte sie nicht aus, um die Führung der Revolution von Anfang an in die Hände der proletarischen Avantgarde zu legen.

Im darauffolgenden Kapitel untersucht Trotzki die Frage, warum der von bolschewistischen Arbeitern geleitete Aufstand die Macht zunächst nicht in die Hände des Proletariats, sondern in die der liberalen Bourgoisie legte.

Sieger im Wettlauf

An der Spitze sein ist alles. Da liest man am Schluß des Karfreitagsartikels in der „Vossischen Zeitung":

„In Nacht und Nebel liegt das Kreuz, doch über Golgatha
geht auf die Ostersonne — Gottes Reich kommt doch."

„Die Grüne Post schon heute!"

Das Ullstein-Tempo hat also gesiegt. Das Reich Gottes wird schon noch eine Weile auf sich warten lassen.

Bei den Kulturbolschewisten

Frau von B. geriet neulich in eine sehr merkwürdige Gesellschaft. Eine psychoanalytisch interessierte Ausgehpartnerin stellte sich ihr vor, eine Segelkameradin für Tages- und längere Fahrten, eine Sozia für Motorrad (Wochenend, getrennte Kasse aber nicht Bedingung), ein Gentleman, der vollschlanke Blondinen bevorzugt, ein Eintänzer (begleitet Damen 5 Uhr-Tee), ein Nichttänzer (zwecks Wanderungen), der Vorsitzende eines Bundes für neugeistige Esoterik, eine Tante Anna (täglich stimmungsvoller Witwenball, Bombenbetrieb), eine junge Masseurin (Hochparterre), eine ältere Hebamme (diskreten Fällen) . . . . .

Frau von B., eine brave und stockkonservative Dame, war entsetzt. Sie warf den „Lokalanzeiger" auf den Tisch. „Daß man bei Hugenbergs solche Leute trifft! Das ist furchtbar. Das sind ja lauter Kulturbolschewisten!" „Das verstehst du nicht" erwiderte der Gatte und gab ihr eine vordere Seite des Blatts. „Hier, meine Liebe, lies die neue dortmunder Rede unseres Parteiführers. Hör, wie schön er das sagte:

„Wir kämpfen mit Erbitterung gegen die Mächte, die unseren Volksgenossen das Christentum aus dem Herzen reißen wollen. Wir verteidigen den Herd der Familie, damit nicht russische Willkür und Zerstörungswut auch dies Heiligtum aus den Herzen der Menschen reißen."

Frau von B. nahm und las und war nun wieder ganz beruhigt.

In die Schranken gewiesen

Das katholische „Deutsche Volksblatt" in Stuttgart schreibt: „Am 25. März las der Schriftsteller Franz Blei im Rahmen des Frankfurter Rundfunkprogramms eine Erzählung „Das Gastmahl". Diese Darbietung, die in Wirklichkeit eine Verhöhnung der katholischen Eheauffassung war, gab zu lebhaften Protesten Anlaß. Die Leitung der Süddeutschen Rundfunk AG., die von Anfang an diese Entgleisung lebhaft bedauerte, hat sich nun im Benehmen mit katholischen Kreisen entschlossen, zu gleicher Abendstunde am Donnerstag, den 16. April, einen Vortrag über „Das Ethos der katholischen Ehe" halten zu lassen. Als Redner hat sich der bekannte Professor Dr. theol. Linhardt (München-Freising) zur Verfügung gestellt. Wir machen heute schon alle Rundfunkhörer auf diesen wichtigen Vortrag aufmerksam. Er wird, im Gegensatz zu der widerlichen Persiflage des Schriftstellers Blei, das Ethos der katholischen Ehe in einer auch für nicht katholische Rundfunkhörer beachtenswerten Form behandeln."

Hoffentlich ist es dem Herrn Professor gelungen, genügend wirksames Gegengift zur Neutralisierung der Bleivergiftung zu produzieren.

Kleine Revue

Ja, Herrschaften, wenn meine Augen noch so gut sitzen würden wie mein Frack ...! Trotzdem: der Geist ist noch frisch und macht sogar Entdeckungen. Z. B. die, warum Hitler im vergangenen Jahr keine Revolution gemacht, sondern sein „Braunes Haus" gebaut hat. In seiner Jugend wollte er nämlich Architekt werden, aber er konnte auf der Wiener Kunstakademie nicht ankommen, weil die nötige Vorbildung fehlte. So stand er enttäuscht in der „mit ihren Palästen prahlenden Stadt", wie einer seiner Biographen sagt, und mußte als Maurer arbeiten.

Das gab einen Komplex,

den er erst im Winter 1930/31 beim Bau des „Braunen Hauses" abreagieren konnte. So ist Deutschland von einer Revolution verschont geblieben. Kleine Ursache, große Wirkung!

✦

Um auf andere Gedanken zu kommen, veranstaltet die gute Gesellschaft von Berlin W zurzeit einen Wettbewerb um

das blaue Band der Not.

Die größte Aussicht hat bis jetzt Frau Generalkonsul Fröbel: sie hat in drei Wochen 11½ Pfund abgenommen, so daß sie nur noch 205 Pfund wiegt. Sie hofft, bis zum 1. Mai Frau Direktor Momsen, die bis jetzt mit 14 Pfund Gewichtsverlust an der Spitze liegt, entscheidend zu schlagen. Das Bild der Siegerin wird durch den Ullstein-Pressedienst der ganzen Welt übermittelt werden. Dieses Bild deutscher Not wird im Ausland sicher wie eine Bombe einschlagen, so daß die Revision des Schandvertrags von Versaich nicht mehr zu umgehen sein wird.

✦

Vielleicht ist die Abmagerung der Frau Generalkonsul beschleunigt worden durch die Panik, die Berlin am Abend des 14. April durchzitterte, als in den Straßen der Ruf erscholl:

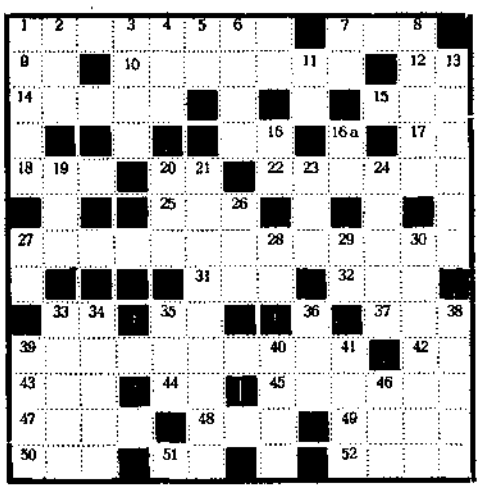
„Extrablatt! Die Republik ausgerufen!"

Die Leitung einer großen staatserhaltenden Partei trat sofort zusammen, um zu der neuen Sachlage Stellung zu nehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers B sofort zurückzuziehen mit der Begründung, daß die Volksvertreter durch die Regierung arglistig über den bevorstehenden Ausbruch der Republik getäuscht worden sein. Außerdem wurde sofort ein Aufruf der Partei an das deutsche Volk entworfen, der mit den flammenden Worten begann: „Die Republik ist da. Unserem stets hochgehaltenen Programm getreu stellen wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Die Staatsgewalt geht ab morgen vormittag 10.30 Uhr vom Volke aus." Glücklicherweise sprach es sich aber verhältnismäßig rasch herum, daß die Republik nicht in Deutschland sondern in Spanien ausgebrochen war. So wurde die bedrohte Ordnung in Deutschland nocheinmal gerettet.

✦

Diese Panik in Berlin, meine Herrschaften, ist der beste Beweis dafür, wie sehr die politische Bildung des deutschen Volkes im Argen liegt. Woher beziehen wir unsere Bildung? Aus den Kreuzworträtseln. Woher wissen wir, daß Ara eine Papageienart und Ate eine griechische Göttin ist, wenn nicht aus Kreuzworträtseln? Aber leider sind die Rätsel ganz unpolitisch. Deshalb gehört ins traute Heim des deutschen Bürgers, dessen Schlummerlied immer noch „Deutschland erwache!" ist,

das politische Kreuzworträtsel.



Wagrecht: 1. Diktator; 7. Rentenempfänger; 9. ägyptischer Gott; 10. Form der Arbeitslosenunterstützung; 12. Ausruf; 14. was uns der Schandvertrag entrissen hat; 15. bekanntes indisches Wort; 17. Doppelkonsonant, beliebt bei allen Versöhnungspolitikern; 18. Name vieler Bäche; 20. Abkürzung einer Institution, die die kirchlichen Belange gegen die Gottlosen verteidigt; 22. nationales Kinderspielzeug; 25. lateinisches Wort für Weg; 27. was die SPD zu schlucken pflegt; 31. Abkürzung für Mitteleuropäische Telegrafen-Abteilung; 32. Tier, Sinnbild undeutscher Furchtsamkeit; 33. italienisches Wort für König; 37. Berlinerische Verneinung; 39. ohne was wir gesiegt hätten; 42. Abkürzung eines Mädchennamens; 43. griechische Göttin; 44. zwei gleiche Vokale; 45. Name des Antichrist; 47. Astrolog Wallensteins; 48. jüdischer Schiffsbauer aus dem alten Testament; 49. Kollege Adolf Hitlers; 50. nationalliberale Partei; 51. Abkürzung für eine nationalistische Kampftruppe; 52. vier echt deutsche Buchstaben.

Senkrecht: 1. Marxistischer Preußenzar (zusammen mit 18 wagrecht: Geburtsort von Deutschlands Befreier); 2. selten; 3. Paradies; 4. wann wir die Reparationen bezahlen werden; 5. Tierlaut; 6. was sich um die Schultern von Böß gelegt hat; 7. zwei im Alfabet aufeinanderfolgende Buchstaben; 8. völkisches Zuchtergebnis; 11. persönliches Fürwort (in großen Buchstaben = Wilhelm II.); 13. Deutschlands Befreier; 16. persönliches Fürwort; 16a. erste Silbe von Bereitschaftsdienst; 19. Ausruf; 20. Mädchenname; 21. Stadt, in die ein nationalsozialistischer Führer von seinem König gestellt wurde; 23. Abschiedsgruß; 24. echtdeutsche Stadt, die jetzt unter Mussolinis Herrschaft leben darf; 26. kulturbolschewistische Handlung unter vier Augen; 27. Bezeichnung für einen guten Deutschen; 28. wie 9 wagrecht; 29. erste Silbe von Urgroßvater; 30. was hoffentlich alle Kinder sind; 33. Abkürzung für ein noch nicht geschaffenes nationalsozialistisches Amt; 34. was in Young-Deutschland herrscht; 35. ges. gesch. Verhältnis; 36. woran im dritten Reich alle Verräter gehängt werden; 38. wer uns nur retten kann; 39. Konjunktion aus den Buchstaben d, a, s, s; 40. Abkürzung eines nationalsozialistischen Amtes; 41. Erfinder des Sadismus; 46. undeutsche Eigenschaft, häufig im Zusammenhang mit „Trug" und „welsch" gebraucht.

Da können Sie sich dran den Kopf zerbrechen, verehrte Herrschaften, genau wie die Redaktion der S.-Z., als sie sich bemühte, einen

Kollektiv-Aforismus

zu erfinden, getreu der neuen Manier der Dichter, eine A.G. zu gründen, wenn das Vermögen eines einzelnen zur dichterischen Produktion nicht genügt. Der Aforismus sieht so aus:

Ein edler Geist schafft sich ein edles Gefäss.

Verfaßt vom Verlags- und Redaktionskollektiv der S.-Z. Idee: **Hermann Mauthe.** Formulierung: **Max Barth.** Orthografie, Interpunktion, Satzbild: **Hermann List.** Verantwortlich für Druckfehler: **Erich Schairer.**

Einfach ist das nicht; ich habe die Redaktion schwitzen gesehen und kann nur sagen: Eine Notverordnung zu erlassen ist einfacher als einen Aforismus zu erfinden. (Schon wieder ein Aforismus.) Eine Notverordnung macht Herr Brüning ganz alleene. (Allerdings mit Kommafehlern.)

✦

Zwei entferntere Mitarbeiter der S.-Z., Herr h m und Herr I x, haben mich gebeten, folgende Erklärung

in eigener Sache

bekanntzugeben: „In Stuttgart ist von böswilligen Verleumdern die Behauptung verbreitet worden, wir seien ebenfalls an dem geheimen Vertrag des ehemaligen Zaren Ferdinand von Bulgarien mit der ehemaligen kaiserlichen Regierung beteiligt gewesen. Demgegenüber versichern wir an Eides Statt: Es ist unwahr, daß wir von der kaiserlichen Regierung durch Geldversprechungen zur Beteiligung am Krieg gegen die Entente gewonnen worden sind. Wahr ist vielmehr, daß wir von der kaiserlichen Regierung für unsere Mitwirkung am Weltkrieg während der ganzen Kriegsdauer stets nur die regelmäßige, unseren militärischen Stellungen entsprechenden Dekaden-Löhnungen erhalten haben, außerdem, wie jeder andere Gemeine und Unteroffizier, die uns zustehenden Anteile an Kontributionsgeldern, sowie militärische Kleidung und Ausrüstung, freie Kost und freies Logis. Und werden wir jeden vor Gericht ziehen, der uns weiterhin in obiger Weise verleumdet."

✦

Nein, es haben's nicht alle so gut getroffen wie der Ferdinand oder wie etwa dieser Herr hier.

Ist Ihnen, verehrte Herrschaften, die Marke, deren Schachtel einst dieses Bildnis zierte, gut bekommen? Mir nicht; mir ist noch speiübel davon. Aber wer ist schuld an unserem Elend? Die Radfahrer, der Dolchstoß und die Juden. Besonders die letzteren; denn sie sind es, die Sabbatage am deutschen Volkstum treiben.

✦

Die Reichsregierung hat, um dem Ansturm gegen den § 218 den Wind aus den Segeln zu nehmen, beschlossen,

den Paragrafen abzuschaffen.

Er soll durch einen § 217a ersetzt werden.

✦

Wissen Sie übrigens schon, daß dem

Erfinder der Reaktion, Wassermann,

in München ein Denkmal errichtet werden soll? Die Reichsregierung hat Herrn Adolf Hitler mit der Ausführung beauftragt. Zweite Gelegenheit zum Abreagieren!

J. A. Sowas

Der schlaue Schiller

Die „Schwäbische Bühne", das Mitteilungsblatt des Bühnenvolksbunds Stuttgart, veröffentlicht in Heft 6 einen Beitrag „Gegen die Internationalisierung der Theater-Spielpläne" von Dr. Walter Stang. Da heißt es unter anderem: „... Auch wenn Schiller den Franzosen in der Jungfrau von Orleans ihre Nationalheilige schenkte, ist sie doch deswegen in ihrer ganzen seelischen Struktur noch keine Französin; sie ist trotzdem auf deutschem Boden geboren und besitzt eine deutsche Seele."

Der Friedrich Schiller muß doch ein hinterhältiger Schwabe gewesen sein: er schenkt, wie die Griechen den Trojanern ein Holzpferd, den Franzosen eine Nationalheilige (ohne Schiller wüßten die Franzosen wahrscheinlich gar nichts von ihrer Johanna), und dann stellt sich heraus, daß sie eine deutsche Seele besitzt. Vermutlich stammt daher die Erbfeindschaft zwischen den beiden Völkern.

Rechts fahren!

„In Berlin ist die Vereinigung kraftfahrender Journalisten e.V. gegründet worden."

So der „Vorwärts" vom 9. April. Damit dürfte sicher einem langempfundenen Bedürfnis abgeholfen sein, zumal im Vorstand dieses „lebenswichtigen" Vereins neben dem Herrn Dr. Otto Kriegk vom Hause Hugenberg auch Herr Victor Schiff als Repräsentant des „Vorwärts" sitzen wird.

Die sozialdemokratischen Arbeiter können ohne Sorge sein, Herr Victor Schiff wird den „Vorwärts" nicht blamieren, aufs „Rechtsfahren" versteht er sich ja Gott sei Dank aus dem ff.

(„Die Arbeiterpolitik")

Courths-Mahler bei der SPD?

In Karlsruhe hat dieser Tage ein Kursuslehrer der SPD aus Weimar während eines Funktionärkursus folgendes erzählt: Die „Leipziger Volkszeitung" faßte mal Frau Courths-Mahler wegen irgendeines ihrer Produkte etwas unsanft an, worauf sich die besagte Dame beschwerdeführend an den Parteivorstand in Berlin wandte und ihm eröffnete, daß sie als Parteigenossin doch das Recht auf anständige Behandlung in der Parteipresse habe. Der Parteivorstand teilte ihr höflichst mit, bis dato keinen blassen Schimmer von ihrem politischen Aufenthaltsort gehabt zu haben; es gehe auch nicht aus ihren Schriften hervor, daß sie Sozialistin sei, und damit basta.

Ob der Vorstand der SPD von der Dame, der er bestätigte, keine Sozialistin zu sein, das Parteibuch zurückverlangte, wußte der Gewährsmann nicht. Dazu liegt aber auch gar kein Grund vor; denn in der SPD haben noch ganz andere Leute Platz als die Courths-Mahler. Da gibt es einen, der sich rühmte, der Bluthund der Revolution zu sein. Und einen anderen, der erst neulich wieder sagte: „Lieber zehnmal mit ..." usw. Verglichen mit diesen beiden und noch vielen anderen, die den politischen Kurs bestimmen, ist die Courths-Mahler ein unschuldiges Waisenmädchen; sie mag das Mitgliedsbuch der SPD ruhig behalten.

A. F.

Kleinigkeiten

Die Notverordnung. Dem stuttgarter Kampfausschuß gegen den Paragrafen 218 ist in einem Plakat, das eine Versammlung ankündigte, folgender Satz durch die polizeiliche Zensur gestrichen worden: „Beschafft euch so rasch wie möglich Karten im Vorverkauf." Begründung: die Notverordnung erlaubt nur die unbedingt nötigen Angaben über Ort, Zeit, Redner, Veranstalter, Teilnehmer, Thema und Eintrittspreis. — Die fällige Glosse muß aus Rücksicht auf die Notverordnung unterlassen werden.

Die falsche Walze. Die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung" berichtet über die Umzüge beim „Volkskongreß gegen Hunger und Fascismus": „Siegesgewißheit auf den abgehungerten Arbeiter- und Bauerngesichtern! Kampfwillen, freiwillige Proletarier-Disziplin und roter Rebellengeist in den Demonstrationen! Zitternd stand der privilegierte Bürger abseits." — Man sollte nur schreiben, was man selbst glaubt.

Ungeschminkte Antwort. Anläßlich des zehnten Todestags der früheren Kaiserin wurden in vielen Artikeln auch ihre Besuche in den Lazaretten erwähnt; die Soldaten sollen meist überglücklich gewesen sein. Nur einer, dem man beide Beine amputiert hatte, zeigte kein Interesse an der kaiserlichen Huld; auf wiederholte Anfrage, ob er keinen Wunsch habe, gab er schließlich zur Antwort: „Ja, ich habe einen Wunsch! Daß Ihr Mann und Ihre Söhne so weit kommen möchten, wie ich jetzt bin." — Die Geschichte eignet sich nicht fürs deutsche Lesebuch.

Deutsche. Der „Völkische Beobachter" empfiehlt einen Gedichtband von Alfons Hayduk, zu dem Karl Szczodrok ein Schlußwort beigesteuert hat. — Es scheint sich da wieder einmal um hundertprozentige Germanen zu handeln.

Deutsche Presse. Der nationalsozialistische „N.S.-Kurier" bringt im Textteil eine 50 bis 60 Zeilen starke Geschäftsempfehlung des stuttgarter „Indanthren-Hauses", die wie eine Frühlingsplauderei beginnt und mit der unverhüllten Aufforderung schließt, die empfohlene Firma aufzusuchen. — Wenn sich die „Judenpresse" eine solche Verbindung von Reklame und öffentlicher Meinung erlauben würde, würde man über zweifelhafte Geschäftspraktiken zetern.

Sportliche Ertüchtigung? Zur Erlangung des vom Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen geschaffenen Sportabzeichens und Jugendsportabzeichens sind neuerdings auch gute Durchschnittsleistungen in Segelflug, Gepäckmarsch, Klein- und Großkaliberschießen nötig. — Eure körperliche Ertüchtigung geht etwas weit.

Politische Novität. Eben hat eine „Soziale Königspartei" ihre Grundsätze veröffentlicht. Sie erstrebt eine Verbesserung des Parlamentarismus auf legalem Wege und möchte einen königlichen Führer als Reichspräsidenten ans Ruder bringer. Der Wirtschaftsfriede soll durch eine „Königsgabe des deutschen Besitzes" herbeigeführt werden. Die Fahne der neuen Partei ist eine schwarze Krone auf weißem Feld in rotem Grund; der Parteigruß besteht im Erheben des rechten Armes nebst drei Fingern, wobei ein „Königsheil" auszustoßen ist; der Parteischutz soll zu einer starken Verteidigungsorganisation ausgebaut werden; eine besondere Kommission für Ehrenauszeichnungen der Partei ist vorgesehen. — Theoretisch sind also die Vorbedingungen für den Erfolg durchaus gegeben.

Die Unbildung. In der Rechtspresse wird augenblicklich über mangelndes geschichtliches Wissen bei unserer gebildeten Jugend geklagt, und dabei eine Veröffentlichung von Professor Waldecker zitiert, wonach bei einer Referendarprüfung allen neun Kandidaten der Name Gneisenau unbekannt war; acht von neun wußten nicht, wer Blücher und Stein waren. — Entsetzlich.

Gut informiert. Die „Swakopmunder Zeitung" vom 24. 2. 31. berichtet: „Der Wolf im Lammfell. Berlin, 21. 2. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des Schauspielers Wolf und einer Ärztin ... Wolf hat Medizin studiert, ehe er Schauspieler und Dichter wurde." — Auf den famosen Einfall Schauspielerei zu studieren hat ihn erst die „Swakopmunder Zeitung" gebracht.

Wir gratulieren! Das „Berliner Tageblatt" meldet: „Reichswehrminister Dr. Groener ist vor einigen Tagen von seiner Gattin mit einem Sohne beschenkt worden." — Von wem denn sonst?

Die Todesanzeige. In der „Deutschen Handelsvertreter-Zeitung" meldet der „Verein der Handelsvertreter Wiesbaden e. V." den Tod eines seiner Mitglieder folgendermaßen: „Wiederum hat der Verein den Verlust eines treuen Mitglieds, Herrn Ludwig Schmitz, zu beklagen, der am 21. März verschieden ist. Der Verstorbene gehörte der Tabakgruppe und der Sterbekasse an." — Tabakgruppe und Sterbekasse weinen, vereint, untröstlich an deinem Grabe, Schmitz.

Letztes Glück. Dem Kommandanten der Marienbader Freiwilligen Feuerwehr wurde vor einigen Tagen ein Fackelzug dargebracht und bei dieser Gelegenheit das Ehrenkommandantendiplom überreicht. Der Mann war darob so freudig überrascht, daß er einen Herzschlag bekam. — Wer so stirbt, der stirbt wohl.

Besonders veranlagt. Auf der Jahresversammlung des Württembergischen Pfarrervereins ist den evangelischen Pfarrern das Recht auf eigene politische Meinung zugestanden worden; besonders veranlagten Persönlichkeiten solle es sogar nicht verwehrt sein, sich in der Öffentlichkeit politisch zu betätigen. — Es wäre natürlich falsch, wenn sich auf das hin sozialistische Pfarrer für „besonders veranlagt" ansehen würden, denn es wurde in der Versammlung gleichzeitig betont, daß man der Kirche nicht durch öffentliche Kritik das Leben erschweren dürfe; sie habe es sowieso schwer genug.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 7

Stuttgart, 26. April 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 17

Helft euch selber

Den Bauern geht's schlecht. Sie sagen, sie bekämen zu wenig für ihre Erzeugnisse. Den Leuten in der Stadt geht's auch schlecht. Sie sagen, sie müßten für ihre Bedürfnisse zu viel bezahlen.

Beide haben recht. Die städtischen Konsumenten sollten ihre Lebensmittel billiger einkaufen, die ländlichen Produzenten sollten sie besser verkaufen können. Das wäre möglich, wenn der Weg von hier nach dort nicht über den Handel ginge.

Der Handel verteuert die Waren ums Doppelte und mehr, weil er mit zu hohen Spesen arbeitet, und weil der einzelne Händler zu wenig umsetzt. Etwas Unrationelleres als unser Verteilungssystem, genannt Handel, läßt sich ja in unserer Zeit der Rationalisierung nirgends finden. Es ist der helle Wahnsinn. Aber alles Predigen dagegen hat noch nichts geholfen.

Auch die Genossenschaften, die der Produzenten und die der Konsumenten, haben merkwürdigerweise nichts gebessert. Sie sind selber ein Stück Handel und arbeiten zu teuer; sie haben auch die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher bis jetzt nicht herzustellen vermocht. Es gibt Fälle, wo am selben Ort ein Konsumverein und eine landwirtschaftliche Genossenschaft bestehen, aber sie wissen anscheinend nichts voneinander. Der Konsumverein läßt seine Eier aus Italien kommen, die Milch, Butter und Käse aus dem Allgäu, aus Holland oder Dänemark; die Bauern liefern ihre Eier, ihre Milch, ihre übrigen Erzeugnisse via Genossenschaft irgendwohin, vielleicht ebensoweit weg. Komisch, so etwas.

Läßt sich denn der Handel, lassen sich die immensen Spesen des Handels (Laden, Reklame, Personal, Steuern, Warenschwund) wirklich nicht ausschalten?

Es käme auf den Versuch an. Zwei Vorschläge seien gestattet; einer den Konsumenten, der andere den Produzenten.

1. Ein Dutzend, zwei Dutzend oder mehr Familien tun sich zusammen, kaufen ihre Bedürfnisse planmäßig gemeinsam aus erster Hand ein und verteilen sie nach der Bestell-Liste. Sie können dem Lieferanten den Großhandelspreis zahlen, der zwischen Erzeuger- und Ladenpreis liegt. Erfolg: der Bauer bekommt weiter, der Verbraucher bezahlt weniger. Spesen: etwas Fahrgeld, ein Heft um zehn Pfennig, eine Waage, eine leere Zigarrenkiste.

Vorsintflutlich? Aber immer noch rationeller als im Laden kaufen! Viele wissen nicht, daß man heute sogar das Brot billiger und besser bekommt, wenn man das Korn zentnerweise beim Bauern kauft, es in der Mühle mahlen und den Bäcker bloß den Teig backen läßt, als wenn man es fertig im Laden (auch im Konsumvereinsladen) kaufen würde.

Der Versuch ist übrigens schon von einzelnen und für einzelne Waren gemacht worden. In Oerlikon bei Zürich gab es z. B. eine kleine Vereinigung von Angestellten, die sich zusammentaten, um billige Lebensmittel einzukaufen. Sie brachten es soweit, daß der Konsumverein in Oerlikon liquidierte und daß sogar Züricher Familien ihre Waren billiger von den Selbstversorgern in Oerlikon bezogen als sie sie in der Stadt kaufen konnten.

Ein Heilbronner Leser der S.-Z. hat in einer Zuschrift an die Redaktion kürzlich einen ähnlichen Gedanken zur Diskussion gestellt. Er empfiehlt, Verbrauchergruppen von 200 bis 300 Familien zu bilden, die einen bestehenden Lebensmittelhändler sozusagen engagieren, so daß dessen Umsatz gesichert (und genau umschrieben) ist und er mit einem bescheidenen Zuschlag zu seinen Einkaufspreisen auskömmlicher leben kann als vorher. Er verwaltet dann sozusagen lediglich die Verteilungsstelle der Genossenschaft und führt auch nur ganz bestimmte Waren, die von den Genossenschaftern bestellt werden. Gegen Übervorteilung und schlechte Warenlieferung, meint der Einsender, würden sich diese durch Vertrag und Kontrolle sichern können; sie müßten sich auch strikt verpflichten, ihren gesamten Bedarf durch die Genossenschaft zu decken. (Wogegen sich einiges einwenden läßt.)

2. Wenn man mit Bauern spricht und sie fragt, warum sie ihre Erzeugnisse, namentlich Eier, Obst und Gemüse, nicht lieber selber an den Verbraucher verkaufen statt um ein Nasenwasser an den Großhändler, so erhält man regelmäßig die Antwort: der Markt ist überfüllt, und: wir können doch keinen Laden mieten.

Nun, wie wär's, wenn eine Gemeinde sich für ihre Produktion einen Laden nicht mieten, sondern kaufen würde? Aber einen auf Rädern, sagen wir einen gebrauchten Fordlieferwagen um 2000 Mark (der genügt für den Anfang). Mit dem wird aber nicht auf den Wochenmarkt gefahren, zweimal in der Woche, sondern täglich wird nach festem Fahrplan eine Route bestrichen, innerhalb deren zu bestimmten Minuten an bestimmten Plätzen gehalten wird. Der Fahrplan wird den verehrlichen Hausfrauen in der Zeitung bekannt gegeben, die Preise müssen (wie oben) zwischen Erzeuger- und Konsumpreis liegen, und es darf nur gute und frische Ware angeboten werden.

Dieses System des fahrenden Ladens, das einzige wirklich der Zeit entsprechende Vertriebssystem für Lebensmittel, ist von einem genialen Züricher Kaufmann erfunden worden und hat in der Schweiz zu einer Art Revolution im ganzen Lebensmitteldetailhandel geführt. Es funktioniert glänzend; warum wird es nicht nachgeahmt?

So viel ich weiß, haben einige gut geleitete Detailhandels-Großbetriebe (Lichdi in Heilbronn, Gottlieb in Freiburg, eine Firma in Pforzheim) Versuche mit diesem „Migros-System" gemacht, sie aber wegen Gebühren-Schikanen u. dgl. wieder eingestellt. Aber derartige Schwierigkeiten müssen sich überwinden lassen, und was man aus zarter Rücksicht auf den „Mittelstand" dem modernen Handels-Großbetrieb in den Weg legt, wird man vielleicht dem doch ebenfalls von den Regierenden so hoch geschätzten Bauernstand, namentlich wenn er in geschlossenen Gruppen auftritt, nicht zu bieten wagen.

Probiert's! Probieren geht über Studieren.

Erich Schairer

Das Wichtigste

Regierungsarbeit ohne Parlament

Das Reichskabinett hat den Osterurlaub beendigt und die Arbeit wieder aufgenommen. Die wichtigsten Fragen, die im Kabinett behandelt werden, sind: Zollerhöhungswünsche der Landwirtschaft, Etatsabstriche, die wegen des Rückgangs der Steuereinnahmen notwendig werden, und „Reform" der Sozialversicherungen.

Schöne Pläne

Das „Internationale Arbeitsamt" in Genf ist daran, einen kühnen Plan zur Behebung der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten. Es will, soviel man bis jetzt davon gehört hat, den Regierungen vorschlagen, in großem Maßstab internationale Notstandsarbeiten durchzuführen. Die einen Länder würden dabei profitieren, weil ihnen Straßen oder Elektrizitätswerke gebaut würden, die andern, weil ihre Arbeitslosen beschäftigt würden, wieder andere, weil sie Maschinen oder Materialien liefern könnten, und als Abfallprodukt (sozusagen) würde der „europäische Geist der Zusammenarbeit" gedeihen.

Das Arbeitsamt denkt vor allem an die Schaffung eines europäischen „Nervensystems" in Form von Autostraßen und Kraftleitungen. Eine Autostraße Paris-Wien-Athen, ein zweite Paris-Berlin-Warschau-Moskau, eine dritte Hamburg-Sizilien und eine vierte Riga-Konstantinopel — das gäbe Arbeit!

Gäbe —! Vorerst gibt der Plan nur einigen Kommissionen Arbeit; es werden Unterausschüsse eingesetzt, von „gemischten Studienausschüssen" ist die Rede, und bis die fertig sind, gibt es wahrscheinlich gar keine Arbeitslose mehr.

•

Die Sache, um die es sich handelt — nämlich die Arbeitslosigkeit —, ist zwar verflucht ernst, aber wenn ich höre, eine Kommission sei eingesetzt, um dem Übel zu steuern, dann muß ich trotz allem von vornherein lachen. Und manchmal auch nachträglich.

Die Reichsregierung hat eine Kommission (nach ihrem Vorsitzenden, dem früheren Arbeitsminister Brauns, Brauns-Kommission genannt) damit beauftragt, ihr Vorschläge zur Linderung der Arbeitslosigkeit vorzulegen. Diese Kommission hat zwar erklärt, es sei nicht ihre Aufgabe, die Ursachen der Arbeitslosigkeit aufzudecken (also Heilungsversuch ohne Diagnose), aber in praxi hat sie doch nicht anders gekonnt, als auch ihre Meinung über die Ursachen kundzutun. Aber was ist da herausgekommen! Der Produktionsapparat sei zu groß, die Konsumkraft zu klein — mit andern Worten: die Armut kommt von der Powerteh. Warum dieses Mißverhältnis entsteht und warum die gute Konjunktur in die Krise umschlägt, darüber erfahren wir von der Brauns-Kommission nichts.

Der Rat, den die Kommission gibt, ist auch nicht gerade originell. In dem bis jetzt vorliegenden Teilgutachten schlägt sie nämlich vor, man solle die Arbeit strecken, indem man in den Betrieben, in denen es technisch möglich ist, die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden herabsetzt und dafür neue Arbeiter einstellt. „Daß auf diesem Wege das ungeheure Heer der Arbeitslosen nicht unbeträchtlich vermindert werden kann, ist nicht zu bezweifeln."

Das ist richtig. Und es wäre natürlich sozial sehr nützlich, wenn auf diese Weise Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingereiht würden. Aber es gibt gegen den Vorschlag der Arbeitstreckung doch auch schwerwiegende Bedenken.

Erstens muß man immer wieder darauf hinweisen, daß die Arbeitsstreckung zwar sozial sehr nützlich sein kann, aber zur Überwindung der Krise gar nichts beiträgt. Denn da ein Betrieb, der infolge Verkürzung der Arbeitszeit neue Arbeiter einstellt, die gleiche Lohnsumme auszahlt wie vorher und der einzelne Arbeiter in der Woche weniger erhält, werden weder die Selbstkosten des Betriebs gesenkt, noch wird die Kaufkraft der Arbeiter erhöht. Zweitens bereitet die wenn auch nicht tarifmäßige so doch tatsächliche Lohnsenkung, die mit der Arbeitszeitkürzung verbunden ist, den Weg für eine allgemeine Senkung der Reallöhne vor. Deshalb: 40-Stundenwoche mit Lohnausgleich — ja; ohne Lohnausgleich — Vorsicht!

•

Auf der Generalversammlung der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft am 17. April hat Direktor Wassermann eine Rede über die Wirtschaftskrise und die Krisenbekämpfung gehalten. Der wichtigste Satz der Rede war der: „Senkung der Nominallöhne ist nicht genug. Die Wahrheit, daß die Reallöhne unter den augenblicklichen Verhältnissen zu hoch sind, kann doch nicht mehr verheimlicht werden." Also müssen die Reallöhne herunter!

Das ist von all den schönen Plänen zur Krisenbekämpfung derjenige, der am meisten Aussicht auf Verwirklichung hat. Denn hinter ihm steht die einheitliche Macht des Monopolkapitals, während die Gegenkräfte immer noch zersplittert sind.

Fritz Lenz

Proletarier, überall auf Erden, finden ein besonderes Vergnügen daran, sich gegenseitig die Köpfe zu zerhacken. Deshalb bleiben die Köpfe ihrer Herren heil.

B. Traven

Als Damm empfiehlt sich . . .

Die Streitereien zwischen Hakenkreuz und Krummstab gehen weiter. Sie werden auch nie aufhören. Aber entscheidend ist, daß im Hintergrund immer wieder der gemeinsame Ton erklingt. Beim „Völkischen Beobachter" geschieht das in Form der empfehlenden Erinnerung:

„Uns Hitlerleuten ist es klar, daß dieser heutige Wirrwarr nur die Episode einer politischen Gärungszeit darstellt, die unser Glaube an den Sieg der Wahrheit überwinden wird und nicht zuletzt unser Haß gegen den Hauptfeind: die Gemeinheit des Untermenschentums, die in Gestalt des Bolschewismus, des Antichrist, droht. Und der lebende Damm, der dieses Unheil auch von den christlichen Kirchen abhält, werden Hitlers Braunhemden sein."

Die Krise in der SPD

Von Hermann List

Ein Kapitel Nationalökonomie

Wenn ein Fabrikant 100 Handarbeiter beschäftigt und es tritt eine Absatzstockung, eine Krise ein, dann entläßt er 70 Arbeiter und erledigt den verringerten Auftragsbestand mit den übrigen 30 Arbeitern. Die Krise schmälert seinen Gewinn, bringt ihm aber keine Verluste.

Wenn dieser Fabrikant nun Maschinen aufstellt, die 80 von den 100 Arbeitern überflüssig machen, dann entläßt er die 80 und produziert bei guter Konjunktur mit seinen Maschinen und den 20 Arbeitern ebensoviel wie früher mit 100 Arbeitern. Wenn jetzt eine Krise eintritt, dann kann er zwar auch einige Arbeiter entlassen, aber im Verhältnis nicht so viel wie früher; außerdem sind die Entlassungen für ihn keine solche finanzielle Erleichterung wie im maschinenlosen Betrieb, weil das Lohnkonto in der Gesamtsumme seiner Ausgaben eine kleinere Rolle spielt. Die Ausgaben für die Maschinen (Zinsen, Abschreibung) nehmen einen verhältnismässig viel größeren Platz ein, und diese bleiben ziemlich konstant, ob die Konjunktur nun gut oder schlecht ist.

Wissenschaftlich ausgedrückt: Die Rationalisierung verändert die organische Zusammensetzung des Kapitals in der Weise, daß der Anteil des konstanten Kapitals (Maschinen) steigt und der des variablen (Arbeitskräfte) fällt; in der Summe c + v (konstantes plus variables Kapital) verschiebt sich das Verhältnis zugunsten des konstanten Kapitals.

Die Folge dieser Veränderung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals ist erstens, daß der Gewinn sich im Verhältnis zum Kapital verringert („tendenzieller Fall der Profitrate"). Deshalb: Monopole und Zölle. Der „Preiswucher" der Monopole ist notwendig, um den „tendenziellen Fall der Profitrate", der durch die Veränderung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals hervorgerufen wird, auszugleichen. Besonders notwendig (für das Kapital) ist das Hochhalten der Monopolpreise in einer Krise.

Die zweite Folge der veränderten organischen Zusammensetzung des Kapitals ist die, daß die Bezahlung der Arbeitskraft hinter der Leistungssteigerung zurückbleibt. Wenn heute eine Arbeiterin an einer Maschine 100 Zigaretten in der gleichen Zeit verfertigt, in der sie ohne Maschine 1 Zigarette gedreht hat, dann erhält sie trotzdem nicht 50mal mehr Lohn. Die Zigaretten werden auch nicht 50mal billiger. Warum nicht? Weil die hohe organische Zusammensetzung des Kapitals (d. h. das Überwiegen von c über v) einen „tendenziellen Fall der Profitrate" hervorruft und weil der Kapitalist gezwungen ist, diesen Fall durch Hochhalten der Preise und durch Niedrighalten der Löhne auszugleichen. Besonders notwendig (für das Kapital) ist das Senken der Löhne in einer Krise.

Die Wirkung auf die Politik

Warum diese theoretischen Ausführungen in einem Artikel über die Krise in der SPD? Nun, weil man auch nicht den nebensächlichsten politischen Vorgang richtig verstehen kann, ohne daß man sich über die grundlegenden wirtschaftlichen Tatsachen, die eben kurz zusammengefaßt worden sind, im klaren ist. Es ist eine Lebensnotwendigkeit für das Monopolkapital, die Preise hochzuhalten und die Löhne zu senken, d. h. die arbeitenden Massen sowohl als Konsumenten wie als Verkäufer der Ware Arbeitskraft zu treffen. Und die Regierung hat die Aufgabe, den Kapitalsangriff auf die Massen zu unterstützen. Das Monopolkapital verlangt von der Regierung: Verringerung der Sätze der Arbeitslosenunterstützung und Herabsetzung der Löhne durch staatliche Schiedssprüche bis etwa auf die jetzigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung. Und die Regierung, das Exekutivkomitee der herrschenden Klasse, gehorcht und sucht etwaigen Widerstand durch Verbote und „härtere Waffen" zu unterdrücken.

Diese Politik (die man „fascistisch" nennen muß, auch wenn die eigentlich fascistischen Parteien nicht in der Regierung sind) hat die SPD bis jetzt mitgemacht. Sie hat dem Monopolkapital die größten Dienste geleistet, indem sie den Schein der Demokratie aufrechtzuerhalten half (was für den Kredit im Ausland nützlich war) und indem sie, soweit ihr das möglich war, die Radikalisierung ihrer Anhänger verhinderte. Aber es wird ein Punkt in der Entwicklung kommen, von dem ab ihr das nicht mehr gelingen wird. Der neue Angriff, den Regierung und Unternehmer vorbereiten, wird die arbeitenden Massen so schwer treffen, daß auch die SPD bedroht ist, wenn sie die Politik der Regierung Brüning weiter mitmacht oder toleriert. Von diesem Augenblick an ist es sowohl für die SPD als auch für die Regierung günstiger, wenn die SPD in Opposition geht: für die SPD, weil sie sonst schließlich doch nicht verhindern könnte, daß ihre Anhänger abfallen, für die Regierung, weil sie ein Interesse daran hat, die Radikalisierung der bis jetzt der sozialdemokratischen Führung folgenden Arbeiter zu verhindern.

Diese Situation ist die Ursache der jetzigen stärkeren Aktivität der „Linken" in der SPD. Bis jetzt freilich sind die linken Führer immer auf halbem Wege stehen geblieben; sie haben häufig radikal geredet, aber sich bei den meisten wichtigen Entscheidungen doch der Mehrheit gefügt. Auf diese Weise haben sie die Masse ihrer Anhänger immer noch bei der SPD gehalten (und sich dessen öfters gerühmt). Auch auf dem kommenden Parteitag werden sie es wohl unterlassen, die Konsequenzen zu ziehen.

Die scheinradikale Politik der linken Führer ist, objektiv betrachtet, dem Parteivorstand nur von Nutzen. Es besteht bis jetzt noch kein Anlaß, zu glauben, daß sie in nächster Zeit andere Wege einschlagen werden. Die Frage ist nur, wie lange die Führer ihre Gefolgschaft noch halten können. Wenn es nicht zum Bruch zwischen den linken Führern und dem Parteivorstand kommt (was nicht sehr wahrscheinlich ist), dann muß eben eine Auseinandersetzung zwischen den linkssozialdemokratischen Massen und den linken Führern begonnen werden.

Ein schweres Hemmnis für die offene Entfaltung der schleichenden Krise in der SPD ist die Politik der KPD. Aber trotz der falschen Taktik der jetzigen kommunistischen Führung ist es unmöglich, daß die linken Sozialdemokraten im-

mer wieder mit dem Parteivorstand, mit Groener, mit Brüning gehen, nur weil die Zustände in der Partei, mit der sie gerne gingen, nicht gerade verlockend sind. Sie müssen eben selbständig handeln, sei's auch ohne ihre Führer, und zwar aus klarer Erkenntnis der jetzigen Situation und der durch sie bedingten Forderungen. Und diese Erkenntnis lautet:

Es ist für das heute herrschende Monopolkapital eine Lebensnotwendigkeit, den Angriff auf die Lebenshaltung und die politischen Rechte der werktätigen Massen fortzusetzen. Das Kapital folgt bei diesem Angriff einem genau festgesetzten Programm und ist, soweit dieser Angriff in Frage kommt, unter sich einig. Und das angegriffene Proletariat? Es muß den Lebensnotwendigkeiten des Kapitals gegenüber seine eigenen Lebensnotwendigkeien verteidigen, dem Programm der Kapitalisten ein proletarisches Kampfprogramm, der kapitalistischen Einheitsfront eine Einheitsfront der Arbeiter gegenüberstellen. Das ist die Aufgabe, die sowohl den Kommunisten als auch den linken Sozialdemokraten eine schwere Verantwortung aufladet. Die linken Sozialdemokraten können den Teil der Aufgabe, der ihnen zufällt, nur erfüllen, wenn sie vor einer offenen Auseinandersetzung und vor notwendig werdenden Konsequenzen nicht zurückscheuen.

Die „Einheit" der deutschen Sozialdemokratie ist von Anfang bis zu Ende Heuchelei, faktisch verdeckt sie nur die unvermeidliche Unterwerfung unter jedes Ultimatum der Opportunisten.

Lenin 1915 (Sämtl. Werke. Bd. 18, S. 359)

Das Diktaturprogramm

Im Jahr 1926 hat die preußische Regierung bei einigen Nationalisten-Führern (Hugenberg, Class, Kirdorff u. a.) Haussuchungen vorgenommen und dabei eine Verschwörung zur Errichtung der fascistischen Diktatur aufgedeckt. Das Diktaturprogramm, das gefunden wurde (und das angeblich nur als „Anregung" für den Reichspräsidenten gedacht war, wie er im Notfall mit Hilfe von Artikel 48 die Verfassung außer Kraft setzen könnte), wird jetzt von Erich Mühsam im „Fanal" wieder veröffentlicht. Es enthält u. a. folgende Artikel:

§ 1. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 und die nach dem 9. November 1918 erlassenen Verfassungen der Länder sind aufgehoben.

§ 2. Der Inbegriff der Staatsgewalt, das Recht der Gesetzgebung, Verwaltung und Vollstreckung sowie die oberste Befehlsgewalt ist auf den Reichsverweser übergegangen.

§ 8. Im Interesse des Allgemeinwohls wird die öffentliche Arbeitsdienstpflicht und die öffentliche Hilfspolizeidienstpflicht angeordnet.

§ 9. Über das gesamte Reichsgebiet wird der Belagerungszustand verhängt.

§ 11. Bis auf weiteres ist die Pressefreiheit aufgehoben. Zeitungsunternehmungen ..., von denen nach ihrer bisherigen Betätigung anzunehmen ist, daß sie der Neuordnung der Dinge entgegentreten, sind sofort zu schließen.

§ 12. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben.

§ 13. Jede Aussperrung seitens des Arbeitgebers und jede (Arbeits-)Einstellung der Arbeitnehmer wird mit dem Tode bestraft.

Vor fünf Jahren war das ein Programm. Heute ist es zum Teil schon Wirklichkeit. Wird es vollständig verwirklicht werden? „Vielleicht", schreibt Mühsam, „begreifen die Arbeiter leichter, was sie als einzige Kraft, die die Gefahr bannen kann, zu tun haben, wenn sie das Programm ... ihrem Gedächtnis einprägen."

Das Lob

„Man ist geneigt, die Haltung der Sozialdemokratie gering zu werten, wenn man die Motive kennt, die dazu geführt haben. Gleichwohl wünschte ich, daß ein Führer der Deutschen Volkspartei niemals in der Lage wäre, seinen Anhängern so viele Zumutungen aufzuerlegen, wie es die Führer der Sozialdemokratie getan haben. (Starker Beifall.) Wir wollen nicht unterschätzen, daß unter der harten Zuchtrute des letzten Winters innerhalb der Sozialdemokratie sich die Kräfte der Besonnenheit durchsetzen konnten."

Dingeldey, Vors. d. D.V.P., in einer Rede am 19. 4. 31.

In verschiedenen deutschen Großstädten ist der Brotpreis erhöht worden. Da die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im März dem Gesetz, das die Regierung zu Zollerhöhungen ermächtigt, nur unter der Bedingung zugestimmt hat, daß die Regierung mit allen Mitteln eine Brotpreiserhöhung verhindere, hat sie jetzt von der Regierung eine Senkung der Roggen- und Weizenzölle gefordert.

Republik Spanien

Der Übergang Spaniens vom monarchistischen zum republikanischen System ist für das Volk und die Fürsten schmerzlos verlaufen. Allerdings darf man nicht vergessen, daß das Volk sich sein Recht auf Selbstregierung längst erkauft hatte: durch seine Leiden unter einer achtjährigen Diktatur mit allen Terrormaßnahmen, die diesem Regierungssystem eigen sind.

Alfons war reif. Es ist ihm gut gegangen. Er ist ungefähr so gut davongekommen wie unser Wilhelm; nur wird sein Volk, nachdem es ihn hat entkommen lassen, ihm hintennach wahrscheinlich nicht noch einen erklecklichen Teil des Volksvermögens nachwerfen. Er hat sein Geld rechtzeitig ins Ausland verschoben; die Kronjuwelen hat seine Frau mitgenommen: Nahrungssorgen wird er keine haben.

Politisch ist Alfons ein trüber Genosse gewesen. Menschlich ist er ein armer Tropf. Eine späte Frucht eines degenerierten Stammes, stand er vor der unfreundlichen Aussicht, daß selbst dann, wenn das monarchische System erhalten bliebe, seine Dynastie am Aussterben sei. Von seinen vier Söhnen sind zwei Bluter, drei Idioten; der vierte scheint einigermaßen intakt zu sein, freilich weiß man das nicht genau; auch über ihn geht das Gerücht, er sei nicht ganz richtig.

Die Republik hat sich überraschend schnell eingeführt. Vorläufiger Präsident ist Zamora; eine verfassunggebende Nationalversammlung soll schon bald die staatsrechtliche Grundlage des neuen Zustands schaffen. Einige Staaten, unter ihnen Frankreich und Großbritannien, haben die Republik Spanien bereits anerkannt. Auch Deutschland, nach einigem Zögern: bei uns liebt man Republiken nicht.

Die Republik scheint nicht gefährdet zu sein. Die Banken haben der Regierung ihre Unterstützung zugesagt; das ist die beste Gewähr. Zugleich aber auch ein Anzeichen, wes Geistes Kind das neue Gebilde sein wird: eine bürgerlich-liberale Sache. Zamora hat bereits verkündet, daß man eine Demokratie aufmachen wird, und das ist gerade das, was das europäische Kapital brauchen kann. Eine Demokratie — das heißt: der Profit wird nicht mehr in die Taschen des Königs, sondern der Wirtschaftler und Finanzleute fließen; die ideale Republik nach bürgerlichem Muster. Kommen Sie mal studienhalber zu uns, meine Herren; da können Sie lernen, wie man sowas aufzieht!

Sozialisten und Kommunisten sind in Spanien zwar nicht bedeutungslos; aber bis zu ihrem Sieg ist es noch weit; sie dürfen den Kampf wahrscheinlich noch nicht wagen. Was in Spanien an revolutionärem Proletariat vorhanden ist, das ist in der Mehrheit anarcho-syndikalistisch. Der Förderalismus spielt eine Hauptrolle. Seine erste, deutliche Auswirkung war die Ausrufung einer Republik Katalonien. Kommunistische Versuche, die Revolution zu starten, sind da und dort gemacht worden, aber ohne Erfolg geblieben. Die Einigung der Nation auf bürgerlich-demokratischer Basis wird wohl das nächste und hauptsächlichste Ergebnis des Umschwungs sein. Außerdem die bereits erfolgte Anerkennung der Republik Katalonien und vielleicht die Gründung der proklamierten baskischen Republik, beides im Rahmen der Gesamtrepublik. Die Regierung hat eine gutgemeinte, aber unbestimmt formulierte Ankündigung baldiger Landaufteilung beziehungsweise der Umwandlung großer Güter in Kollektiveigentum von Gemeinden erlassen. Im übrigen wird aber wohl keine einschneidende wirtschaftliche oder soziale Umgestaltung bevorstehen.

Spanien hat jetzt seine bürgerliche Republik. Es besteht kein Grund, anzunehmen, daß sie einen anderen Weg gehen wird als die übrigen europäischen Republiken: sie wird kapitalistisch, plutokratisch, vielleicht wie die deutsche fascistisch werden. Auf dem Weg von ihr zur sozialen Republik liegen wie in allen Ländern die Barrikaden der proletarischen Revolution.

Max Barth

Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann — die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sichrer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, ... andrerseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich umso leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren ... Und endlich herrscht die besitzende Klasse mittels des allgemeinen Stimmrechts. Friedrich Engels

Der Landesverräter Bullerjahn

Es ist kein Geheimnis, daß der Lagerverwalter Bullerjahn vor sechs Jahren auf die Aussagen eines damals geheimgehaltenen Zeugen hin (der nichts zu sagen hatte, als daß ein französischer Offizier ihm Bullerjahn als Landesverräter bezeichnet habe) zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, mit der Absitzen er seither beschäftigt ist.

Es ist, ferner, inzwischen bekannt geworden, daß der geheimnisvolle Zeuge der Industrielle Herr von Gontard war, und daß der französische Leutnant Jost mitgeteilt hat, Bullerjahn sei gar nicht der damals gemeinte Verräter.

Trotzdem hat nun der Oberreichsanwalt die Ablehnung der Wiederaufnahme des Prozesses beantragt; höchstwahrscheinlich wird das Reichsgericht in seinem Sinne entscheiden. Über den einzigen ernstzunehmenden Zeugen, den Leutnant Jost, sagt seine Begründung nicht viel. Jost hat von der französischen Regierung keine Erlaubnis bekommen, vor einem deutschen Richter über den Fall auszusagen. Seine dem deutschen Journalisten Berthold Jacob und dem Verteidiger Bullerjahns, Rechtsanwalt Oskar Cohn, gegenüber aufgestellte Behauptung, Bullerjahn sei unschuldig, lehnt der Oberreichsanwalt damit ab, daß er sagte: man könnte ja nicht wissen, ob sie wahr sei. Auf die Rechtsgutachten der Herren Kahl, Goldschmidt, Kohlrausch, Radbruch und Mittermaier (lauter Autoritäten unter den Rechtslehrern unserer Zeit) antwortet er mit einem einzigen Satz: es erübrige sich, auf sie einzugehen. Dagegen wird die unter dem Mantel der Anonymität gemachte Aussage des Zeugen von Gontard als Stütze des ablehnenden Bescheids verwendet. Vom Oberreichsanwalt ist also nicht zu hoffen, daß er die Bemühungen, den ungerecht diffamierten und eingespunnten Bullerjahn zu rehabilitieren und zu befreien, unterstützen wird. Bleibt ein anderer Weg? Vielleicht.

Frau Bullerjahn hat nämlich beim Landgericht Berlin I die Scheidungsklage eingereicht. Es kann ihr nicht zugemutet werden, mit einem wegen Landesverrats mit hoher Strafe belegten Verbrecher zusammenzuleben. Bullerjahn aber leugnet, ein Verbrecher zu sein und beruft sich auf den Leutnant Jost als Zeugen für seine Unschuld. Was wird nun geschehen?

Wenn alles gut geht, wird der Leutnant Jost in Frankreich von einem französischen Richter vernommen werden. Für das Zivilverfahren gibt es nämlich eine völkerrechtlich festgelegte „Rechtshilfe", aufgrund deren ein Verlangen eines deutschen Gerichts diese Vernehmung zur Folge haben muß. Auf diese Weise wird Bullerjahns Unschuld gerichtlich (im Zivilprozeß) festgelegt; die Scheidungsklage wird abgewiesen, und Bullerjahn kann endlich mit der Bescheinigung seiner Unschuld ans Reichsgericht gehen und Wiederaufnahme verlangen. So wunderbar sind die Wege der deutschen Justiz.

Und wenn das Landgericht in Berlin und der französische Richter und der Oberreichsanwalt ein wenig Dampf dahinter machen, dann kann Bullerjahn am Ende noch das Glück haben, daß er von den neun Jahren, die noch vor ihm liegen, nur, na, sagen wir: drei bis vier absitzen muß.

Die Zuchthaustür fällt mit gutgeschmierter Leichtigkeit hinter Gerechten und Ungerechten zu; aber auf bringt man sie mit allem Drücken, Zerren, Heben und Treten nur unter dem schwerfälligsten, unwilligsten Knarren der verrosteten Angeln.

Peng

Die bloße Mahnung an die Richter, nach bestem Wissen und Gewissen zu urteilen, genügt nicht. Es müßten auch Vorschriften erlassen werden, wie klein das Wissen und wie groß das Gewissen sein darf.

Karl Kraus

Die kläglichen Kleinstaaten

Das „Freie Wort", die von dem sozialdemokratischen M. d. R. Ernst Heilmann herausgegebene Wochenschrift, hat sich kürzlich über Fricks Tätigkeit in Thüringen folgendermaßen geäußert:

„Herr Hitler hat ihm einen überschwenglichen Dankbrief geschrieben. Aber als bisherigen Erfolg weiß auch Hitler nur zu rühmen, daß der Minister Frick Thüringens nationale Selbständigkeit gerettet hätte. Natürlich die thüringische Nation! Und die braunschweigische Nation! Und die Nation von Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg! Wenn man weiter nichts zu schaffen vermag, als die elende Selbständigkeit von ein paar kläglichen Kleinstaaten ..., dann soll man sich begraben lassen."

Ganz gut gesagt. Nur nicht ganz von der richtigen Stelle. Es wurde nämlich u. a. vergessen, daß sich z. B. der Sozialdemokrat Jasper als braunschweigischer Ministerpräsident bis zum 14. September 1930 mit seiner ganzen Kraft für die Erhaltung des Freistaats Braunschweig, also dafür eingesetzt hat, daß die „elende Selbständigkeit eines kläglichen Freistaat erhalten" bleibe.

L. G. R.

Von Wilhelm Sieburg

Diese drei Buchstaben prangen auf den blauweißgestreiften Zeltbahnstoffkitteln der „Ausrücker" des Landesgefängnisses Rottenburg, der angeblich „humansten" Strafanstalt Württembergs. Da sich in letzter Zeit in den Tageszeitungen die Stimmen mehren, der Strafvollzug sei zu human, so möchte ich kurz einiges über die Praxis dieses Strafvollzugs mitteilen.

Da es an Absatzmöglichkeiten für die im Zellengefängnis hergestellten Kokosmatten fehlt, kommen alle Sträflinge, gleich welchen Alters und welcher Berufsgattung, zu den „Ausrückern"; 110 bis 150 Mann verlassen in Gruppenkolonnen unter Bewachung von 10 mit Karabinern bewaffneten Wachtmeistern jeden Morgen die Anstalt und ziehen unter dem Gaudium der Maul und Nasenlöcher aufsperrenden Rottenburger durch die Stadt nach dem eine halbe Stunde entfernt gelegenen Steinbruch. Es ist bekannt, daß die Arbeit im Steinbruch zu den schwersten gehört; nicht jeder ist dazu fähig. Aber darum kümmert sich niemand; die Wachtmeister treiben in einem fort, denn nur dadurch können sie es erreichen, daß ein zweiter Stern auf ihren Litzen prangt und sie mit Herr „Ober"wachtmeister angeredet werden.

In den ersten Tagen arbeitete ich in einer Kolonne, die 30 bis 50 Pfund schwere Vorlagesteine aus einer fünf Meter tiefer liegenden Grube nach oben weiter gab, wie die Maurer sich die Backsteine zugeben. Als ich nach zweistündiger ununterbrochener Tätigkeit einige Steine vor mich hinfallen ließ, weil ich meine Arme keinen Zentimeter mehr in die Höhe brachte, fuhr mich der Wachtmeister barsch an. „Ich kann nicht mehr!", schrie ich rasend vor Wut, während der Wachtmeister seinen zahnlosen Mund zu einer scheußlichen Grimasse verzog. Arbeitsverweigerung wird mit Arrest bestraft!

Während der diesjährigen Schneeperiode verwandelte sich der Steinbruch in ein Klein-Sibirien. Obwohl so gut wie gar keine produktive Arbeit geleistet wurde, mußte man den ganzen Tag im Schnee stehen und Schienen reinigen, die im nächsten Augenblick wieder verweht waren. Das Essen wurde in einem Schuppen eingenommen, davor standen Bänke, auf die das ausgeteilte Essen gestellt wurde. Da bis zum Einrücken der einzelnen Kolonnen nach Arbeitschluß immerhin 15 Minuten vergingen, kann man sich leicht vorstellen, was aus dem Kaffee wurde, in den die Flocken lustig hineintänzelten. Genau so viel Bänke standen aber unter Verdeck; man muß schon von bösem Willen sprechen oder an Borniertheit glauben, wenn man hört, daß die Essenschläge immer wieder unter „freien Himmel" auf ihre Besitzer warteten.

Ein besonderes Kapitel bildet das Verbot des Tabakgenusses. Warum kann man nicht nach einigen Monaten, wie in Preußen auch, das Rauchen gestatten? Das Verbot wird ja doch umgangen, und um Tabak zu erwischen, werden alle möglichen Tricks versucht, bei deren Ausführung dann alle Menschenwürde hintangelassen werden muß. Das Kauen von Tabak dagegen ist erlaubt. Der „Schick" wird nun im Ofen getrocknet, trotz der natürlich nicht zu entfernenden ätzenden Lauge in Zeitungspapier gedreht und geraucht. Wie die Geier warten dann die Herumsitzenden auf die Asche, die dann geschnupft wird. Also eine restlose Verwertung! Beim Marsch von und zum Steinbruch sieht man immer wieder blitzschnell Körper sich der Straße nähern, Zigarrenstumpen aus dem Kote klaubend. Ein Ingenieur in meiner Kolonne war darin Spezialist — der Trieb war eben übermächtig.

Nicht mit Unrecht nennt man in Württemberg die Pfarrer die „schwarze Polizei". Der Herr Pastor ist der erste Mann im Staate. Alle Gesuche wegen Begnadigung müssen zuerst von ihm unterschrieben sein, erst dann gehen sie zum Justizrat. Das schafft eine Heuchelei, die ihresgleichen sonst wohl nirgends hat. Ein rückfälliger Sittlichkeitsverbrecher hat sich aus diesem Grunde als Laienprediger aufgespielt und sein Verlangen nach kirchlichen Veranstaltungen, Ruhe auf dem Kirchgang, Beherzigung der Predigt usw. mit kindischen Worten dargetan. Was macht es, daß alles lacht? Der Pfarrer hat seine Freude.

Ein Bildchen, das die angestrebte Ruhe vor dem Kirchgang beleuchtet. Der Justizrat steht vor der Abteilung. Einer wendet den Kopf. „Sie sprechen, während ich vor der Front stehe? Unverschämt, führen Sie den Mann ab." Der Mann hatte aber zufällig nicht gesprochen und verteidigte sich mit lauten, aber nicht aus dem Rahmen fallenden Worten, dabei sicher unbewußt dem Gefängniskommandanten den Teil der Rückenverlängerung zudrehend, der bei jedem Menschen am dicksten ist. Das war ja nun des Guten zu viel. „Einen Tag Arrest" schnarrte die Major a. D.-Stimme, und eine Eisentür klappte. Da der Gemaßregelte Psychopath ist, was dem Herrn Justizrat unbedingt gegenwärtig sein mußte, war die Szene doppelt unnötig, und mit ziemlich gemischten Gefühlen zogen wir in das Haus, wo Friedensreden gleich en bloc serviert werden.

Überhaupt hagelt es bei jeder Gelegenheit Arreststrafen. Ein junger hamburger Maurer bekommt einen Hexenschuß. In solchem Fall wird das Schaufeln und andauernde Bücken im Steinbruch zur Quälerei. Der Maurer geht zum Arzt. Dessen Diagnose: gesund — also Steinbruch. Am nächsten Tag beim Justizrat folgender Dialog: „Ich kann nicht arbeiten, ich bin krank. — Gehen Sie zum Arzt! — Der sagt, daß mir nichts fehlt. — Also was wollen sie dann?" Zur Belohnung zwei Tage Arrest bei Wasser und Brot und Bettentzug. Eine Dosis „Humanität" darf auch nicht fehlen — daher muß er am Morgen des dritten Tages ausgehungert sofort wieder in den Steinbruch.

Hat man's im Magen, was ja bei den Rottenburger Diners vorkommen kann: vier Tage Tee — nichts als Tee —, am fünften Tag Steinbruch. Das sind die Methoden des Doktor Eisenbarth!

Zum Schluß noch eine Begebenheit, die auf die Organisation, die mit einer Sorglosigkeit und Wurstigkeit sondergleichen arbeitet, ein besonderes Licht wirft. Der Staat schreibt vor, daß ein Steinbruch nur terrassenförmig abgebaut wird; für ihn als Arbeitgeber kommt dies Gesetz anscheinend nicht in Frage. Lustig baut man bis zu einer Höhe von 45 Meter ab. Ein Gefangener, der am Rande arbeitete, stürzte ab. Er war bewußtlos. Eine Bahre oder auch nur Tücher waren nicht zur Stelle. Wie eine tote Katze wurde er in einen Schuppen getragen. Auf vielfaches Drängen eines Gefangenen waren an diesem Tage dem Arzneikasten neue Binden einverleibt worden, sonst hätte man die Wunden nicht einmal verbinden können. Jeder Verbandskasten eines Fußballplatzes ist besser mit Medikamenten versorgt. Betäubungsmittel existieren nicht (außer sie wären durch Hunger erzeugt). Als Mitgefangene sich anschickten, den Stiefel aufzuschneiden, jammerte ein Wachtmeister: „So das Eigentum des Gefängnisses zu ruinieren!" Bis die auf Eisenrädern laufende Bahre kam, vergingen 35 Minuten. Dann schaukelte man auf holprigen Landwegen nach Rottenburg zurück. Von

Der Offensivgeist

Nach völkischer Lesart — deren Verlogenheit inzwischen durch eine amtliche Untersuchung festgestellt worden ist — hat der sozialdemokratische Landrat Hansmann aus Schwelm, Inhaber des Eisernen Kreuzes erster Klasse, also, was den Krieg betrifft, Fachmann, vor einigen Wochen in einer Versammlung gesagt, die deutschen Soldaten seien in großer Zeit „besoffen wie die Schweine auf die französischen Gräben losgetorkelt". Das ist ein Sakrileg, das nur durch eines gesühnt werden kann: durch sofortige Amtsenthebung. Der Schrei nach der Absetzung des Frevlers schallt denn auch mit teutonischer Lungenkraft durch die reaktionäre Pressewelt. Auch der „Schwäbische Merkur", das Lieblingsblatt aller geistig Anspruchslosen in Württemberg, fleht Severing an, nach dem Rechten zu sehen und den Übeltäter aus dem Amt zu feuern. Nach diesem Blatt heißt die inkriminierte Stelle der Rede so: „Das deutsche Volk hatte genug von dem bunten Rock. Es ist während des Krieges in die Sturmangriffe hineingetrieben worden wie das Schlachtvieh. Die achtzehnjährigen Jungen sind weinend mit Rufen nach Vater und Mutter in die Sturmangriffe geschickt worden, nachdem man ihnen vorher Alkohol eingetrichtert hatte. Und so sind überhaupt die deutschen Frontsoldaten besoffen wie die Schweine auf die französischen Gräben losgetorkelt."

Abgesehen davon, daß der letzte Satz großzügige Zutat der nationalen Journaille ist, scheint in diesem Passus auch anderes auf eine Frisur durch erhitzten Geist und erregte Hand hinzudeuten. Aber wenn auch der Wortlaut nicht authentisch ist, so ist doch der Sinn des vom Landrat Hansmann Gesagten offenbar nicht verfälscht (wenn man den Schlußsatz außer Betracht läßt). Und wenn die Herren vom „Merkur" über die Zustände an der seinerzeitigen Front besser orientiert wären, als sie zu sein scheinen, wäre es ihnen nicht in den Sinn gekommen, die lächerliche Behauptung aufzustellen, daß für die Unrichtigkeit des in dem zitierten Passus Gesagten (immer vom Schlußsatz abgesehen) „jeder deutsche Frontsoldat einstehen kann".

Denn gerade das kann nicht jeder deutsche Frontsoldat. Wem in den letzten Jahren nicht das Gehirn verschleimt ist, der weiß sehr wohl, welche wichtige Rolle der Alkohol im Felde gespielt hat, sowohl in normalen Tagen, zur Aufrechterhaltung einer gewissen soldatischen Unentwegtheit, als auch, wenn's drauf ankam: bei Sturmangriffen. Das ist nun mal so: der Schnaps ward mit Recht „Offensivgeist" genannt; er ist als Stimulans verabreicht worden; er mußte dem Volk in Waffen Elan und Verve geben, auf daß es kraftvoll und stur in den Tod rannte. Denn wer seine fünf Sinne beisammen hat, muß immerhin einige innere Hemmungen: Mahnungen des Gewissens, Appelle der Vernunft, Anrufe des Verantwortungsbewußtseins, überwinden, bevor er wie ein Stier rot sieht, als Berserker ins Gelände tobt und im Sturmschritt übers Vorfeld der Ehre rast.

Dafür daß der Landrat Hansmann diese Rolle des Alkohols öffentlich bekannt gemacht hat, sollte man ihm dankbar sein. Denn sein Vorwurf trifft nicht die Feldsoldaten, die ja mehr als ihre Pflicht getan haben, sondern das System, das geglaubt hat, mit der Schnapsbuddel die Tanks der Alliierten zerschmettern zu können. Nicht der unbekannte Soldat, dessen leeren Magen man mit hochprozentigem Alkohol aufgefüllt, dessen Hirn man mit Spiritus überschwemmt hat, ist an den Pranger gestellt, sondern ganz andere. Diejenigen nämlich, die jetzt von der reaktionären Presse in Wirklichkeit geschützt werden sollen, wenn sie so tut, als wolle sie das (gar nicht gefährdete) Andenken des schlichten Feldsoldaten vor Verunglimpfung bewahren. Die waren aber nicht in den Schützengräben, sondern leiteten die Kämpfe in Westen, Osten und Südosten von der selben gesicherten Warte aus, von der aus sie heute die Front des Klassenkampfes dirigieren.

Ix

Was sind gute Sitten?

Ferdinand, einst König von Bulgarien, hat nach dem, was bisher über diese Finanzgeschichte bekannt geworden ist, vom Deutschen Reich erhalten: Während des Kriegs: Summe unbekannt; im Januar 1921: 25 Millionen; 1924: 1 Million; 1925: 1 Million; ab 1927: jährlich 120 000 Mark; im Februar 1931 (zum 70. Geburtstag): 500 000 Mark.

Diese Zahlungen gehen zurück auf einen Vertrag, der 1915 beim Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg abgeschlossen worden ist. „War er nicht vielleicht nichtig, weil er gegen die guten Sitten verstieß?", fragt die „Frankfurter Zeitung". Dieser wackere Monarch hat, „bevor er die bulgarischen Bauern in die Schlacht führen ließ, das deutsche Kaiserreich verpflichtet, seine hohe Person finanziell sicherzustellen ... Welch ein schamloser Handel!"

Schamlos, gewiß, aber durchaus üblich. Und nicht nur bei Monarchen üblich. Denn nicht nur Ferdinand hat Geld bekommen, sondern auch seine Minister und Berater; und nicht nur von Deutschland, sondern auch von der Entente. Wieviel Geld von beiden Seiten aufgewendet worden ist, um die neutralen Länder in den Krieg hineinzuziehen, das wird man wohl nie feststellen können, denn es existieren dafür natürlich keine Belege; aber sicher ist, daß die Zahlungen an Ferdinand nur einen bescheidenen Teil davon ausmachen. Lesen Sie einmal in dem Buch von Morus über Sir Basil Zaharoff nach, wieviel Geld dieser Rüstungsindustrielle an Minister, Politiker, Journalisten usw. verschleudert hat, um Griechenland auf die Seite der Entente zu ziehen; da hat sich das Deutsche Reich Ferdinand gegenüber doch knauserig benommen.

Erst mußte das Geld rollen, dann konnte das Blut fließen. Das war in allen Ländern so. Waren das keine guten Sitten? Dann war eben der ganze Weltkrieg ein Verstoß gegen die guten Sitten.

Wohnung zu vermieten

In Berlin stehen heute Zehntausende von Wohnungen leer: weil sie zu teuer sind. Zehntausende von Wohnungsuchenden sind ohne Wohnung: weil Wohnungen, die sie bezahlen könnten, nicht da sind.

Könnte man da nicht ...? Nein, man kann nicht. Et jinge wohl, aber et jeht nich. Für die größeren, teuren Wohnungen ist die Zwangswirtschaft nämlich längst aufgehoben; denn es sind ja so viele da, und was im Überfluß vorhanden ist, braucht nicht „bewirtschaftet" zu werden. Die kleineren, billigen Wohnungen werden vom Wohnungsamt bewirtschaftet, aber fehlen leider.

Warum baut man keine kleinen, billigen Wohnungen, wenn solche fehlen? Wenn man sie baut, dann gibt es kleine, aber teure Wohnungen, und die will niemand. Der Vermieter wird mit dem Preis herunter müssen, früher oder später, und dann rentiert sein Kapital nicht mehr. Er will lieber noch ein wenig warten, bis das Bauen billiger ist.

Der Hausbesitzer mit den großen, teuren Wohnungen könnte vielleicht aus einer Wohnung zwei machen, dann hätte man kleine, billige. Aber erst muß er noch eine Küche und ein Klosett einbauen, das ist teuer; und wenn die Zeiten besser sind, finden sich wohl auch wieder Mieter für größere Wohnungen. Also lieber noch ein wenig warten.

Infolgedessen gibt es Zehntausende von Wohnungen, die leer stehen; und Zehntausende von Wohnungsuchenden, die keine Wohnung bekommen können. Merkwürdig, wenn man sich das so vorstellt.

In Moskau gibt es keine leeren Wohnungen. Dort hat man auch die herrschaftlichen Zehnzimmerwohnungen „bewirtschaftet": in jedem von den zehn Zimmern wohnen heute ein bis vier Mietsparteien. Neue Häuser kann man erst bauen, wenn andere, vorläufig noch dringendere volkswirtschaftliche Aufgaben erledigt sind. Und: man baut sie dann lieber nicht in Moskau.

Schön ist das ja auch nicht, in Moskau. Aber es sieht immerhin ein bißchen vernünftiger aus als die Berliner Zustände.

Bl.

Selbstbezichtigung

In Berlin ist ein „Komitee für Selbstbezichtigung gegen § 218" gebildet worden. Beteiligt sind daran u. a.: Dr. Heinrich Dehmel (Richard Dehmels Sohn), Lion Feuchtwanger, Stefan Großmann, Thea von Harbou, Karin Michaelis und Ernst Toller. Man will den § 218 dadurch ad absurdum führen, daß man eine große Anzahl von Selbstbezichtigungen sammelt, vor allem solche von Angehörigen sozial höherstehender Schichten. Sympathie-Erklärungen haben u. a. abgegeben: Pfarrer Bleier, Albert Einstein, Else Lasker-Schüler.

Zum Beweis dafür, daß ein Erfolg dieser Kampfmethode denkbar ist, sei zitiert, was unser Mitarbeiter Dr. Edinger vor einigen Wochen im „Berliner Tageblatt" geschrieben hat:

„In einer mitteldeutschen Großstadt wurde auf dem Höhepunkt der Inflationszeit gegen einen kleinen Lebensmittelschieber verhandelt. Obwohl der Schuldbeweis lückenlos war, erfolgte Freispruch; ja, der Staatanwalt selbst ließ seinen Strafantrag fallen mit der Begründung, er könne es vor seinem Gerechtigkeitsempfinden nicht verantworten, daß einer bestraft werde für eine Handlung, die täglich von Tausenden begangen wird. Abtreibungen kommen in Deutschland auf jeden Tag 2000 bis 3000, bestraft werden davon allerhöchst zwei bis drei, und damit ist eigentlich für jeden gerechtdenkenden Menschen der § 218 — jedenfalls in seiner heutigen Fassung — erledigt. Daß die paar armen Sünder, die man hängt, nicht der Oberschicht angehören, ist bekannt."

Freie Bahn für die Selbstbezichtigung der Oberschicht!

Der Platz an der Sonne

Sie fragen mich, Herr Nachbar, warum sich bei uns nichts geändert hat, warum vielmehr alles beim alten, ja beim ältesten geblieben ist? Das hat seine guten Gründe, unter denen der schlechteste nicht der ist: daß die entscheidenden Stellen, die maßgebenden Posten seit Urväter- oder doch Großväterzeiten in bestimmten Familien vererbt werden. Wir haben, als sauren Rahm auf dem nationalen Milchtopf, eine Schicht von Privilegierten, innerhalb deren die bevorzugten Stellungen aufgrund stillschweigend eingehaltener Konvention weitergereicht werden. Es gibt ganze Dynastien, in denen der Papa seine Privilegien, wenn nicht gar seine eigene Stellung an den aufstrebsamen Sohn vererbt.

Das Statistische Reichsamt hat die Familienverhältnisse von 1370 höheren Beamten untersucht und dabei für die Klassifizierung der Herkunft drei Kategorien aufgestellt. Die erste umfaßt die „geistige Oberschicht". Ihr gehören an: die Akademiker der verschiedenen Fakultäten, dann die Künstler, Ingenieure, Chemiker usw. und die Offiziere (!). Also, wenn man von Künstlern absieht, nicht so sehr die durch geistige Qualität Hervorragenden als vielmehr die durch das Bildungsprivileg Ausgezeichneten und dazu noch in gehobenen Amtsstellungen Befindlichen oder für sie Prädestinierten. Ferner jene Kategorie ungelernter Arbeiter, die ihre Bildung vorzugsweise aus dem Instruktionsbuch fürs Heer, aus Exerzier- und anderen Reglements bezieht. Die zweite Gruppe, die „wirtschaftliche Oberschicht", umfaßt die Großindustriellen, Großhändler, Bankiers, Großgrundbesitzer, Hoteliers, Direktoren, Privatiers usw. Alles übrige, also etwa zwei Drittel des deutschen Volkes, gehört in die dritte Gruppe, die „mittleren und unteren Schichten des Volkes". Der Volksschullehrer findet sich dort brüderlich vereint mit dem Unteroffizier, dem Handwerker, dem Bauern, dem Arbeiter usw. Das ist so die Vorstellung, die das Statistische Amt von der Klassenschichtung unseres Volkes hat.

Die Gruppe eins, wie gesagt: „geistige Oberschicht" (Offiziere inbegriffen), stellt drei Fünftel der höheren Beamten. Etwas mehr als ein Fünftel liefert die „wirtschaftliche Oberschicht" und nicht ganz ein Fünftel stammt aus den „mittleren und unteren Schichten". Klugerweise hat das Statistische Amt durch seine Kategorisierung die Arbeiter mit dem unteren Mittelstand und dem Kleinbürgertum in die gleiche Kiste bugsiert; das verschleiert erfreulich den wahren Zustand: daß unter den Vätern der hohen Beamten so gut wie keine Proleten sind.

Von je 100 höheren Beamten, deren Familien der „geistigen Oberschicht" angehörten, hatten 25,1 bereits höhere Beamte zu Vätern; 8,5 Väter waren Offiziere, 5 Ärzte, 3,4 Gelehrte usw. So verteilt die privilegierte Oberschicht die wichtigen Posten unter ihre Angehörigen. Das Volk sitzt draußen und weiß nicht, was gespielt wird. Die Herren hinter den Türen werden schon alle Dinge zum besten lenken. Zu ihrem eigenen Besten nämlich.

Mara Bu

Künstliche Blindheit

Die „Frau im Staat" (4. Heft, 1931) berichtet von einem Triumf der Rationalisierung im Bereich der deutschen Schwerindustrie.

Die Gießereien brauchen für die Kernmacherei Strohseile, die mit Hilfe von Spezialmaschinen von Arbeiterinnen gesponnen werden. Nun wurde festgestellt, daß die Leistung dieser Frauen am größten ist, wenn sie ihre „optische Aufmerksamkeit ausschalten", d. h. gar nicht auf die Arbeit hinsehen. Man gab ihnen deshalb völlig undurchsichtige Schweißbrillen, die sie während der acht Stunden Arbeit aufhaben, so daß sie also blind spinnen. Es wurden dadurch Dauerleistungssteigerungen bis zu 10 Prozent pro Schicht erzielt; und die Arbeiterinnen, heißt es, hätten sich so sehr an ihre künstliche Blindheit gewöhnt, daß sie auch das Hin- und Zurückgehen zum Arbeitsplatz blind verrichteten.

Bedeutend einfacher wäre es ja, wenn man die Arbeiterinnen einfach blenden würde, wie die Italiener ihre Singvögel. Denn dann würden die Anschaffungskosten für die Blindbrillen erspart.

Aber unsere lieben Schwerindustriellen sind wahrscheinlich zu human dazu.

— — — —

In Preußen haben sich in die Listen des Stahlhelm-Volksbegehrens, das eine vorzeitige Auflösung des preußischen Landtags verlangt, mehr als 20 Prozent der Stimmberechtigten eingetragen. Es wird deshalb ein Volksentscheid veranstaltet werden, bei dem mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten für die Forderung des Stahlhelms stimmen muß, wenn der Volksentscheid Erfolg haben soll.

Der deutsche Ausfuhrüberschuß im März 1931 beträgt 263 Millionen Mark (einschließlich 45 Millionen Reparationssachlieferungen.)

---

hier aus wurde der Abgestürzte mit mehreren Brüchen und inneren Verletzungen in einem Auto nach Tübingen überführt. Wäre man praktisch vorgegangen, so hätte man den Verletzten von der Unfallstelle direkt nach Tübingen verbracht; es wäre ihm eine qualvolle Stunde erspart geblieben.

Die Humanität der Wirklichkeit sieht eben etwas anders aus, als sie sich in den Gehirnen der Herren von den bürgerlichen Blättern widerspiegelt.

Verrückte Welt

Nachfolgend angeführte drei Fälle zeigen, daß man auf Grund eines ärztlichen Gutachtens, das oft nach oberflächlichen und flüchtigen Eindrücken ausgestellt ist, entmündigt oder ins Irrenhaus gesteckt werden kann, ja daß selbst mehrere Gutachten von Kapazitäten noch keine Garantie sind für eine richtige Diagnose.

Da ist der Fall eines Assessors im Bezirk Kassel, von dem der dortmunder „Generalanzeiger" ausführlich berichtete. Dieser Assessor bekam im Jahr 1911 von seinem Oberlandesgerichtspräsidenten die Aufforderung, sofort abzugehen. Er war nämlich als ein „Linkser" denunziert worden. Auf seine Bitte um Gehör wird er kurzerhand vom Amt suspendiert. Daraufhin gibt es eine Menge Zivilprozesse gegen den Denunzianten, der unter anderem behauptet, der Assessor leide an Wahngedanken. Folge: es werden diverse Psychiater in Bewegung gesetzt. Ein Dr. J. stellt, lediglich an Hand der Akten, lebenslängliche Dienstunfähigkeit fest, „wegen vasomotorischer Neurose". Grund: sein vieles Klagen und Sichbeschweren. Ein Prof. T. bestätigt das Gutachten, nach zweimaliger Rücksprache; ein Prof. H. erkennt auf Minderwertigkeit. Auf diese Gutachten hin pensioniert das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. den Assessor als lebenslänglich dienstunfähig wegen außerdienstlichen unwürdigen Verhaltens und dadurch bewiesenen Mangels an Sudordination. Dieser Mangel an Subordination bestand lediglich in dem Bestreben, sich gegen seine Verleumder zu wehren. Es wurde sogar die Entmündigung ausgesprochen, die aber nach einem Jahr wieder aufgehoben werden mußte.

Jetzt klagt der Assessor gleichzeitig gegen den Staat, seine Verleumder und die Gutachter auf Schadenersatz. Der nunmehr beigezogene vierte psychiatrische Gutachter Prof. Kl. erklärt kurzerhand den Prozeß als eine Wahnidee. In einem neuen Prozeß gegen sämtliche Beteiligten einschließlich des letzten Gutachters wird endlich auf Grund eines neuen Gutachtens eines hohen Medizinalbeamten durch das Oberlandesgericht Kassel und 1927 durch das Reichsgericht die geistige Gesundheit und die Dienstfähigkeit des Assessors bestätigt und Auffälliges in seinem Benehmen als Reaktion des jahrelangen Existenzkampfes bezeichnet. Trotzdem konnte der so Gerechtfertigte keinen Schadenersatzanspruch durchsetzen, und zwar deshalb, weil nunmehr das Oberlandesgericht und das Landgericht Kassel eine neue Unregelmäßigkeit begingen, indem die Bearbeiter es unterließen — wie das Reichsgericht ausführte — „einen nachprüfbaren Sachverhalt im Urteil" darzubieten. Von einem disziplinarischen Vorgehen gegen die psychiatrischen Sachverständigen ist nichts bekannt; obwohl Reichstag und Reichsregierung Preußen nahegelegt haben, der Wiedereinstellung und Schadloshaltung des Assessors näherzutreten, ist bis heute nichts geschehen.

*

Einen ähnlichen Ausgangspunkt hat der Fall der bayrischen Lehrerin Maldaque. Sie hat sich im Sommer 1928 zum Kommunismus bekehrt und sich in der Folge mit großem Eifer in der kommunistischen Bewegung betätigt, ohne aber Mitglied der Partei zu sein. Die vorgesetzten Behörden werden aufmerksam auf sie. Eines Tages wird durch die Polizei eine Haussuchung vorgenommen. Man findet nichts Belastendes; neben einiger Literatur ein Tagebuch, aus dem man ein paar enthusiasistische Sätze, daß sie ihr Leben dem Kommunismus weihen und sich ganz ihren Kindern hingeben wolle, herausgreift. Dieses „Material" geht der Regierung zu, und da die Lehrerin noch so naiv ist, sich Ferienverlängerung für eine Studienreise nach Sowjetrußland zu erbitten, bekommt sie eines Tages ihre fristlose Entlassung aus dem Schuldienst (nach siebzehnjährigem Dienst, zwei Monate vor der definitiven Anstellung). „Die Regierung hat", wird in dem Schreiben gesagt, „die Überzeugung gewonnen, daß Sie Ihrer geistigen Einstellung nach der Bewegung des Kommunismus und des Freidenkertums angehören." Grund genug, auch in der Republik genau wie im Vorkriegsdeutschland einen Menschen seiner Existenz zu berauben.

Der Kampf der Maldaque um ihr Recht endet leider anders als der des Assessors. Sie hat nicht dessen Zähigkeit und Ausdauer und erleidet nach fruchtlosen Bemühungen einen Nervenzusammenbruch. Der Vater, der ihr offenbar aus manchen Gründen nicht gut gesinnt ist, läßt sie mit Unterstützung der Behörden ins Irrenhaus schaffen. Dort stirbt sie, elf Tage nach ihrer Einlieferung, angeblich an Lungenentzündung.

*

Daß es offenbar nicht allzuschwer ist, unliebsame Angehörige ins Irrenhaus abzuschieben, zeigt auch ein „kleiner" Fall, von dem die „Welt am Abend" dieser Tage berichtete. Die Tochter eines Polizeiobersekretärs wird arbeitslos und fällt ihren Eltern zur Last. Es gibt häufig Streit. Eines Tages begeht das Mädchen aus Verzweiflung über ihre Lage einen Selbstmordversuch. Der Herr Polizeiobersekretär läßt sie daraufhin von einem Polizeiarzt untersuchen, und der sorgt für ihre Überführung ins Irrenhaus. Von hier aus Hilferufe des keineswegs geisteskranken Mädchens, das sich an die Öffentlichkeit wenden muß, um zu beweisen, daß es normal ist. Vorderhand wenigstens noch, denn es befürchtet mit Recht, in der Umgebung von Geisteskranken wirklich verrückt zu werden.

Drei Fälle von Inanspruchnahme staatlicher Institutionen zur Vergewaltigung von unschuldigen Menschen. Sind es seltene Ausnahmen?

Mauthe

Gespräch übers Kino

„Haben Sie den Film „Hoheit befehlen" schon gesehen?" „Nein." „Ich habe ihn gestern gesehen. Also ich sage Ihnen, so ein Dreck. Das müssen Sie sich ansehen. Um jeden Pfennig, den man dafür ausgibt, ist es schade. Gehen Sie nur hin und sehen Sie sich's an!"

Das Gespräch ist echt; und bezeichnend für die heutige Situation. Was würde die Filmindustrie machen, wenn alle diejenigen, die nur ins Kino gehen, „um sich den Dreck mal anzusehen", nicht ins Kino gingen? Wahrscheinlich bankrott.

Literatur

Linker Sozialdemokrat. „Eine freie Meinungsäußerung gibt es in der SPD nicht mehr", hat der Abgeordnete Seydewitz am 15. April in einer Rede in Hamburg gesagt. Du erfährst deshalb aus den Parteiblättern fast nichts über die Auseinandersetzungen in der SPD. Lies einmal einen Monat lang „Die Arbeiterpolitik" (Berlin SO 36, Elisabeth-Ufer 28/29; Postabonnement 2,46 Mark).

Der Irrtum

Auf dem letzten württembergischen Landeskirchentag haben der Kirchenpräsident D. Wurm und der Vizepräsident des Kirchentags, Dekan Welsch, Ausführungen zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage gemacht, die klar die Hilflosigkeit des Kirchenchristentums gegenüber der heutigen Lage erkennen ließen. Es mußte von ihnen zugegeben werden, daß die ganze christliche Hilfs- und Liebestätigkeit, so wertvoll sie im einzelnen auch sein möge, nichts ändern könne an der Gesamterscheinung der herrschenden Not.

Die einzig mögliche Schlußfolgerung aus dieser bemerkenswerten Einsicht blieb aber bei beiden Rednern aus. Man sprach von der heiligen Pflicht, aus der Bahn geworfenen Menschen seelische Widerstandskraft zu vermitteln, damit sie wieder an einen Sinn des Lebens glauben könnten, und man appellierte an die noch verhältnismäßig Sichergestellten, nicht zu klagen, sondern sich darüber zu freuen, wenigstens e t w a s mithelfen zu können an der Linderung der Not. Hoffnung auf „den Glauben, der trägt, die Liebe, die mitträgt, und die Hoffnung, die ausharrt", war der Weisheit letzter Schluß.

Daß man diese Kräfte selbst nicht als sehr weitreichend einschätzt, zeigte die Bemerkung des Herrn Kirchenpräsidenten, es möge alles getan werden, daß die Verkündigung dieser Heilsbotschaft nicht wie ein wohlfeiles Vertrösten auf das Jenseits aussehe.

Mit Verlaub: kann sie denn überhaupt als etwas anderes empfunden werden? Hat man nicht selbst eingestanden, gegen die Not nichts Rechtes tun zu können? Mit schönen Redensarten von brüderlichem Mittragen und Mitkämpfen ist nichts getan, wenn dahinter bestenfalls der Wille steckt, Wohlfahrtspflege zu treiben und im übrigen aufs Jenseits zu verweisen. Man hat es auf diesem Kirchentag selbst ausgesprochen, daß dieser ganze anspruchsvoll aufgezogene Apparat „ein Tropfen auf einen heißen Stein" ist, und wehrt sich dennoch mit Händen und Füßen dagegen, dann eben seinem angeblich so bereitwilligen Mittragen andere Formen zu geben; vielleicht indem man daran mitarbeitete, daß diese unmögliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sich von Grund aus ändere.

Die ganz Schlauen verkleiden diesen schlechten Willen in mehr oder weniger dunkle Andeutungen, wie segensreich sich trotz allem der christliche Geist auswirke. Es sei nur nicht immer so leicht zu messen und zu wägen. Der Herausgeber des Stuttgarter Gemeindeblattes ist auch der Ansicht; er bringt es sogar fertig, im gleichen Atemzug, in dem man (allerdings verschleiert) um das Fiasko des kirchenchristlichen Geistes herumreden muß, sich an dem schlimmen Rußland zu reiben: „. . . . Wir müssen es heutzutage besonders an Rußland, wo die Verkündigung des Evangeliums aufs äußerste erschwert ist, wahrnehmen, zu was für einer Gleichgültigkeit gegen das Wohl der Volksgenossen, besonders der Jugend, und zu was für einer Brutalität in der Behandlung der Menschen die Abwendung vom Evangelium ein Volk führt."

Ich weiß nicht, woher der Herr Stadtpfarrer seine Kenntnisse über Rußland bezieht; nehmen wir einmal an, das was er behauptet, stimme: hat denn die Hinwendung zum Evangelium, in der Form, wie sie vom Kirchenchristentum betrieben wird, zu etwas Besserem geführt? Ist das Endresultat nicht sinnlosestes Helotentum von Millionen im Interesse von skrupellosen Großverdienern und scheinheiligen Tröpfen, die an der Ausbeutung beteiligt sind, und sich innerlich dadurch entlasten, daß sie von Zeit zu Zeit ihren gefüllten Geldbeutel öffnen? Welche Härten sind leichter zu ertragen, die, die sich im wirklichen Interesse des Volkes als nötig erweisen, oder die, die eine unmögliche Wirtschaftsordnung verursacht?

Die religiösen Sozialisten, die immer noch die Hoffnung haben, innerhalb dieser Kirche etwas erreichen zu können, sind auf dem Holzweg. Hier ist keine Verständigungsmöglichkeit. Dieses Christentum zieht sich beharrlich auf seinen bequemen Erbauungsstandpunkt zurück und nennt alles, was auf eine Änderung des heutigen Zustandes hinausläuft, eine „bedenkliche Einseitigkeit". Sein zähes, einseitiges Festhalten an der kapitalistischen Ausbeuterei scheint ihm dagegen nicht bedenklich. Kapitalistisch eingestellte Vertreter innerhalb der kirchlichen Institutionen sind eine Selbstverständlichkeit; sozialistisch eingestellte werden als Fremdkörper betrachtet.

Es gibt gegenüber dieser Kirche nur eines: schnellstens austreten.

Max Winkler

Wer den Sklaven tröstet, statt ihn zur Rebellion gegen die Sklaverei aufzurütteln, der unterstützt die Sklavenhalter. Lenin

Die andere Seite

Den Lesern der S.-Z. ist die Lösung der Kirchenfrage in Sowjetrußland bekannt: die Kirche wurde enteignet, ihr Besitz an Ländereien und Kapitalien zum Eigentum des arbeitenden Volkes erklärt; sie ging ihrer staatlichen Einkünfte verlustig und ebenso der Möglichkeit, neuen Privatbesitz zu erwerben; sie muß als privater Verein ihre Ausgaben aus den Beiträgen ihrer Mitglieder bestreiten. Kirche und Religion wurden dadurch zu einer rein persönlichen Angelegenheit eines jeden Bürgers.

Die griechisch-orthodoxe Kirche aber als anerkannte Staatskirche war eine der mächtigsten Organisationen der alten politischen und gesellschaftlichen Ordnung, ein Wesensbestandteil der zaristischen Herrschaft. Es ist begreiflich, daß sie den konsequenten Eingriff des neuen Staates in ihre „wohlerworbenen Rechte" nicht mit Gleichmut oder gar mit innerer Zustimmung hinnahm, sondern im Gegenteil ihre Abneigung gegen das neue System bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck brachte. Einige gravierende Fälle dieser Art sollen hier aufgezeichnet werden.

Zur Zeit des Bürgerkrieges und der Intervention wurden die weißgardistischen Heere, wenn sie erfolgreich vordrangen, überall von den alten Kirchenfürsten als „Befreier von der Gewalt des Bolschewismus" gefeiert. Für die Heere Denikins und Koltschaks im Süden des Landes besorgte die Kirche die eifrigste politische Propaganda und Organisation.

Die durch die neue ökonomische Politik (Nep) geschaffene Atempause wurde von den Vertretern der Kirche als geeigneter Zeitpunkt angesehen, ihre Rechte und ihre Macht wieder herzustellen. Die materielle Armut des Staates und der dadurch hervorgerufene Mangel an Elan für die sozialistische Aufrüttelungsarbeit ermöglichten eine neue konterrevolutionäre Propaganda im In- und Ausland — hier öffentlich, dort heimlich — die schließlich in dem Kirchenkongreß von Karlsbad gipfelte, der in unverhüllten Resolutionen seine Feindschaft gegen die neuen Verhältnisse kundgab. Bezeichnend ist, daß sich an dieser Kundgebung besonders Adelige, Offiziere und geflüchtete Professoren beteiligten, also prominente Nutznießer des alten Systems.

Als die Sowjetregierung während der Hungersnot der Jahre 1921/22 aufforderte, die versteckten Kirchenschätze zugunsten der Hungernden herauszugeben, setzte wiederum eine lebhafte Gegenpropaganda der Kirche zur Verheimlichung und Verweigerung der Herausgabe ein.

Seitdem nun der „Fünfjahresplan" das Programm des neuen Staates bildet, der von seinen Bürgern gewaltige Opfer und Entbehrungen fordert, regen sich die reaktionär-kirchlichen Kräfte mit ihrem sozial entrechteten Anhang aufs Neue. Sie wenden sich besonders an die unaufgeklärten und rückständigen Schichten auf dem Lande und bilden unter dem Deckmantel religiöser Gemeinden mit Kulaken, Nepleuten, früheren Gutsbesitzern und Kapitalisten politische Vereinigungen zum Kampf gegen die Sowjetmacht. Eine solche Tätigkeit entfaltete, um konkrete Beispiele zu nennen, im letzten Jahr die Ukrainische unabhängige Kirche, ferner eine christliche Sekte im Kaukasus, die ihre Mitglieder bewaffnete, durch ihre Prediger gegen Schulen und Kooperativen hetzen ließ und Propaganda dafür machte, die Verfügungen der „Macht des Antichrist" nicht zu befolgen. Ähnliches hat sich auch in Astrachan, Jarosław, Kinoscheno usf. abgespielt, und überall stellte sich heraus, daß neben den kirchlichen Initiatoren dieser staatsfeindlichen Bewegung abgetakelte Großfürsten und Generale standen und die Teilnehmer Banditen aus den Bürgerkriegsjahren waren.

Besonders heftig richten diese Reaktionäre ihre kirchliche Agitation gegen die Kollektivwirtschaften. Die Paffen warnen von der Kanzel herab vor dem Eintritt ins Kollektiv, drohen mit Ausstoßung aus der Kirche, verbreiten die unsinnigsten Gerüchte, wie „Gottes Feuersäule" werde die Kollektiven vernichten; sie fordern auf, das Getreide nicht abzuliefern, die Saatfläche nicht zu vergrößern, die neuen Maschinen unbrauchbar zu machen, die Kinder nicht in die Schule zu schicken. Um nur ein Beispiel für die angewandten Methoden anzuführen: Unweit der Stadt Schue im Industriegebiet hatten die Kulaken im Verein mit den Geistlichen beschlossen, die Kollektivwirtschaft nicht zuzulassen. Sie schüchterten die Bauern, die zu einem Vortrag über Kollektivierung zur Stadt fuhren, ein, indem sie auf einem Sumpfe „Teufel" erscheinen ließen, die brüllten, die Wagen umwarfen und schließlich erreichten, daß die meisten Reisenden umkehrten. Auf einen Bauer, der seinen Weg dennoch fortsetzte, wurde geschossen. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß die Veranstalter des Spuks Kulaken waren, in deren Auftrag der Sohn eines Popen und ein Psalmensänger als die „Teufel" auftraten.

Bei allen entscheidenden Situationen im Leben des neuen Staates hat die Kirche ihre Gegnerschaft bekundet und sich als Feind des Fortschritts erwiesen, wohl aus der instinktiven Erkenntnis heraus, daß der Sozialismus die Kirche samt ihrem Anhang entbehrlich machen wird.

Wenn aber die Sowjetregierung gegen ihre Feinde und die Saboteure des sozialistischen Aufbaus einschreitet, die einen einsperrt, die anderen des Landes verweist, dann hallt es im ganzen kapitalistischen Blätterwald bis zum „Vorwärts" und seinen Gewerkschaftstrabanten wider von Religionsunterdrückung und Knebelung der Gewissensfreiheit durch den Kommunismus. Wir kennen die Weise und kennen den Text.

Hans Krauß

Alle unterdrückenden Klassen ohne Ausnahme bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen: der des Henkers und der des Pfaffen. Der Henker soll den Protest und die Empörung der Unterdrückten ersticken, der Pfaffe soll ihnen die Perspektiven auf Milderung der Leiden und Opfer bei Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ausmalen und sie eben dadurch mit dieser Herrschaft aussöhnen, sie von revolutionären Taten abhalten, ihre revolutionäre Geisteshaltung untergraben, ihre revolutionäre Entschlossenheit zerschlagen.

Lenin 1915 (Sämtl. Werke. Bd. 18, S. 340)

Kürten

Holzschnitt von Hans Gerner

Der „Düsseldorfer Massenmörder" Kürten ist wegen Mordes in neun Fällen zum Tode, wegen vollendeter Notzucht in zwei Fällen und wegen acht Mordversuchen zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Erkenntnisse eines Historikers

Vor den Deutschnationalen in Karlsruhe hat, wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, ein Professor Dr. Roller einen Vortrag über russische Geschichte und russisches Volksleben gehalten. U. a. hat er ausgeführt:

„Der Haß der neuen Herrscher Rußlands gegen die früheren Zaren gründete sich vor allem auf den Einfluß ihres Führers Lenin, dessen Bruder als einer der Mörder des Zaren Alexander II. gehängt war. Das Regiment der Bolschewisten hat sich für Rußland durchaus nicht segensreich erwiesen, denn 20 Millionen Einwohner sind durch ihre Gewaltherrschaft ums Leben gekommen. Unter der Herrschaft der zahlreichen Fürsten, die allerdings nach unseren Begriffen nur Großgrundbesitzer waren und sich eine Menge Leibeigene hielten, war das im Grunde gutmütige Volk zufrieden. Jetzt seufzt das Volk nach dem im großen betriebenen Raub an den Ländereien unter schweren Hungersnöten und wartet auf die Befreiung durch Deutschland. Aufgabe einer gesunden deutschen Außenpolitik wird es einmal sein, dieser Volksstimmung Rechnung zu tragen."

Kleinigkeiten

Also nicht „Hermann Müller"? Das Reichswehrministerium teilt mit, daß der Panzerkreuzer A am 19. Mai vom Stapel laufen und daß der Name des Schiffes erst an diesem Tage bekannt gegeben werden wird. — Welche Überraschung sie sich wohl ausgedacht haben?

Nur munter leugnen! Aus einem Artikel des stuttgarter „NS-Kurier": „Wir verurteilen den Mord, auch den politischen, im Gegensatz zur SPD, die ihn in ihren Kampfjahren verherrlichte! Aber bisher ist noch kein Beweis erbracht, daß Nationalsozialisten einen Mord begangen haben." — Henning in Hamburg, z. B., ist an einem heftigen Anfall von Nasenbluten gestorben.

Träume. Der „Völkische Beobachter" meldet: „Die Stargarder (er meint: stuttgarter) Ärztin Frau Dr. Jacobowitz-Kienle, gegen die bekanntlich das Verfahren wegen berufsmäßiger Abtreibung schwebt, ist jetzt Mitglied der Kommunistischen Partei geworden und betreibt eifrig kommunistische Hetze in Wahlversammlungen. Sie beabsichtigt sogar nach Moskau überzusiedeln." — Die Sowjetregierung hat sich kontraktlich verpflichtet, ihr zur Stillung ihrer Leidenschaft fürs Abtreiben täglich drei Dutzend schwangere Mädchen und Frauen zu liefern.

Völkische Vision. Der „Angriff" schreibt in einer Kritik über die Aufführung der „Josefslegende": „Wenn sich Ruth Abramowitsch in Zuckungen am Boden wälzt, glaubt man sich beinahe in ein jüdisches Freudenhaus zu Wilna oder Kowno versetzt." — Daß dieses Beduinenvolk selbst die Unzucht konfessionalisiert hat, das konnte auch nur ein Sachkundiger wissen.

Unsichere Kantonisten. Hitler hat in einer Rede in Kaiserslautern versichert, er sei anläßlich der berliner Vorkommnisse bereit gewesen, 10 000 unsichere Elemente aus der Partei auszumerzen; es seien dann aber nur 200 ausgeschieden worden. — Aus Angst vor den Folgen?

Große Zeit in kleinen Bildern. Inserat im „Völkischen Beobachter": „Kriegsteilnehmer, lassen Sie sich vollkommen unverbindlich einen Prospekt über die in unserem Verlag erscheinende Bild-Kriegs-Chronik senden. Anfertigung nach den Militärpapieren oder einer Beschreibung der Kriegserlebnisse. Preis M. 7.—. National-Verlag München." — Oder: der Weltkrieg aus der Privatperspektive des kleinen Mannes.

Peinlich. Der Filmregisseur Richard Oßwald bereitet unter dem Titel „1924" einen Film vor, in dem u. a. der Münchner Bürgerbräu-Putsch von 1923 dargestellt wird. Die Rolle Hitlers spielt Felix Bressart — der Spezialist für dämliche Rekruten und ähnliche komische Figuren.

Russengeschäft, die große Mode. „Welcher Kapitalist finanziert größere, kurzfristige R u s s e n a u f t r ä g e? Offerten von Selbstgebern mit Angabe über verfügbares Kapital erbeten unter E 7253 an Annoncenmayer, Frankfurtmain." (Inserat in der Frankfurter Zeitung.)

Die andere Seite. Ebenfalls aus dem Inseratenteil der „Frankfurter": „Barüberweisung nach R u ß l a n d, nach allen Orten der U.d.S.S.R., unter voller Garantie einer ersten Berliner Bank zu sehr günstigen Bedingungen durch Paul Eisner, Berlin SW 68, Schützenstr. 29/30."

Wozu ein Kaiserdenkmal gut ist. Die Stadt Stargard hat das Denkmal Wilhelms I. an eine Gießerei auf Abbruch verkauft und den Erlös für die 20 Zentner Bronze zur Deckung ihrer Schulden verwendet. — Wir geben diese entrüstete Meldung des „Völkischen Beobachters" ohne Entrüstung wieder.

Der gute Ruf. Die Pressestelle der Stadt Düsseldorf hat die Presse gebeten, die Mordtaten Kürtens, die ebensogut in jedem anderen Lande und jeder anderen Stadt hätten passieren können, nicht immer im Zusammenhang mit dem Namen der Stadt Düsseldorf zu erörtern, da dies den Ruf Düsseldorfs außerordentlich schädige. — Die schrecklichste Folge eines Verbrechens ist die Gefährdung des Fremdenverkehrs.

Gerettet. Frau Kürten als Zeugin im Prozeß: „In Altenburg sind wir nur standesamtlich getraut worden. Die kirchliche Trauung haben wir in Düsseldorf nachgeholt auf Veranlassung des Gefängnisgeistlichen im Untersuchungsgefängnis." — Gottseidank, da wird Kürten, wenn sie ihm den Kopf abgehackt haben, vielleicht doch noch in den Himmel kommen!

St. Bürokratius. Das „Tempo" berichtet von einem Angestellten, dem das Finanzamt immer wieder Formulare für Gewerbe- und Umsatzsteuer zuschickt, obwohl er jedesmal erklärt, er sei ein schlichter Gehaltsempfänger, der für die beiden Steuerarten nicht in Frage komme. Kürzlich bekam der Betreffende eine Aufforderung zur Entrichtung der vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer; diese seien am 10. April mit —.0 Mark und am 10. Juni mit —.0 Mark zu entrichten; falls diese Beträge nicht rechtzeitig bezahlt würden, sei Zwangsvollstreckung zu gewärtigen. — Seitdem zerbricht sich der Mann den Kopf, wie er die —.0 Mark dem Finanzamt zukommen lassen soll.

Trüber Lebensabend. Die „Frankfurter Zeitung" berichtet über eine Schar Mennoniten, die wegen der in der USSR angeblich ausgeübten Religionsverfolgungen nach der Mandschurei ausgewandert sind: „Unter den flüchtenden Mennoniten befinden sich viele deutscher Abstammung, die bereits vor zwei Jahrhunderten in Rußland eingewandert sind und nun fast ohne Mittel einer ungewissen Zukunft entgegensehen." — Traurig, wenn man in solchem Alter noch auf die Wanderschaft muß!

Religiöse Behandlung. Nach einer neueren Verfügung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt über Seelsorge in Krankenhäusern darf der Kranke bei seiner Aufnahme nicht mehr gefragt werden, ob er religiöse Betreuung wünsche, dagegen hat der Geistliche das Recht zur Einsicht in die Krankenlisten. Wo Lebensgefahr besteht, ist dem Geistlichen auf alle Fälle der Zutritt gestattet, auch dann, wenn der Kranke den Wunsch nach religiöser Betreuung nicht ausdrücklich geäußert hat. — Man hat also der Kirche das Recht eingeräumt, sich wider den Willen der Betroffenen am Sterbebett aufzudrängen.

Von der Krise verschont. Aus dem „Regensburger Anzeiger" vom 15. April: „Gestern fand im Hotel „Drei Mohren" in Deggendorf die Versteigerung des 609 Tagwerk umfassenden Besitzes von Schloß Egg statt ... Geringstes Angebot war 182 000 Mark. Nach zwei Mehrangeboten blieb das Kloster Metten mit 186 000 Mark Endsteigerer." — Woran man sieht, wer Geld hat.

Feuerbach. Friedensgesellschaft: 29. April, 20 Uhr, Gasthaus zum Hirsch: Lichtbildervortrag „Im Westen nichts Neues". Gäste willkommen.

Stuttgart. Freiwirte, Zinsgegner usw.: Nächste Zusammenkunft Donnerstag, 30. April, 20 Uhr im Restaurant „Olgaecke", Olgastraße 40. Gäste willkommen.

Das dissidentische Waisen- und Erziehungsheim Murrhardt (Wttbg.) nimmt Kinder bis zum 14. Lebensjahr in gute Pflege. Anfragen an Schwester Knaus, Murrhardt, Karlsberg. Auch für Wochenendgäste Unterkunft und Verpflegung; Preis 3,50 Mark.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Stuttgart, 3. Mai 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 18

Zukunftsmusik

Wie es kommen wird

Daß die Gewalt die Geburtshelferin neuer politischer und gesellschaftlicher Formen ist, wird sich beim Blick auf die Geschichte nicht bestreiten lassen.

Trotzdem behaupte ich, daß in Deutschland der Sozialismus nicht das Ergebnis einer Revolution sein wird, sondern schrittweiser Entwicklung, genauer gesagt: schrittweiser Verzichte der Großkapitalisten auf ihre Herrschaft, anfänglich (und scheinbar damit im Widerspruch) unter gleichzeitiger Ausdehnung ihrer (wenn auch mehr und mehr kontrollierten) Verfügungsgewalt in die Breite.

Die Demokratie ist in den deutschen Ländern nicht vom siegreichen Volk, sondern vorbeugenderweise von den bedrängten Fürsten eingeführt worden, denen der Spatz in der Hand lieber war als der Adler auf dem Dach. Sie trösteten sich über die konstitutionelle Einengung ihrer Macht, indem sie dafür kleinere Kollegen mediatisierten. Erst als ihre Throne überreif fürs Museum waren, gaben sie sie vollends her, nicht ohne sich reichlich dafür entschädigen zu lassen.

Ähnlich wird es bei uns, wo noch nie eine Revolution gelungen ist (auch das ist geschichtliche Erfahrung), mit den Fürsten des Kapitals, mit den Beherrschern der wirtschaftlichen Herzogtümer und Königreiche gehen. Der Prozeß der Demokratisierung, d. h. der formalen Machtbeschränkung der Regierenden, und des Zusammenschlusses kleinerer Gebilde zu Großorganisationen in der Wirtschaft ist längst im Gange, eine fast vollkommene Analogie zur deutschen politischen Vergangenheit. Die Zivillisten der Wirtschaftskönige sind dabei vorläufig nicht gefährdet, auch wenn es der Masse dreckig geht; es gibt eine Anzahl von „aufgeklärten", von „liberalen" Köpfen unter ihnen, die sehr viel Sinn für moderne Gedankengänge, für Planwirtschaft und Rationalisierung an den Tag legen; und man verkehrt auf gleichem Fuße mit den Machthabern des neuen sozialistischen Reiches im Osten, wie seinerzeit die deutschen Monarchen mit dem Emporkömmling Napoleon, dem „Erbfeind", vor dem man sich fürchtete, mit dem man Geschäfte machte, und den man auf vielen Gebieten, offen oder heimlich, zum Vorbild nahm.

Die deutschen Fürsten der Vorkriegszeit waren Generaldirektoren mit hohem Gehalt, deren Betriebe von selber liefen, bis zu der großen Fehlspekulation von 1914, die ihnen zu einem angenehmen Ruhestand verhalf.

Unsere heutigen deutschen regierenden Fürsten, nämlich die Herren Generaldirektoren und Führer der großen Konzerne, haben ihre napoleonischen Kriege und am Schluß vielleicht auch einen wirtschaftlichen Weltkrieg noch vor sich: wenn Rußland auf die Höhe kommt, wenn „der rote Handel droht", wenn ein gewaltiger und planmäßig funktionierender Produktionsapparat ihnen als konkurrierender Nachbar auf den Leib rücken wird.

In ein paar Jahren wird das Wort „Planwirtschaft", das 1919 so höhnisch verworfene, bei uns große Mode sein. Die Kapitalisten werden beginnen, den Sozialismus einzuführen. Zunächst freilich einen, wie sie ihn auffassen, so etwa nach dem Muster des einstigen Kriegssozialismus, des „Hindenburgprogramms", mit (verschleierter) Zivildienstpflicht und wirtschaftlichen Kriegsanleihen. Das deutsche Volk wird dabei vielleicht manches von dem durchmachen müssen, was das russische dann hinter sich haben wird.

Hoffentlich wird es nicht umsonst sein. Sonst müßte die Prüfung eben repetiert werden.

Individuelle Planwirtschaft

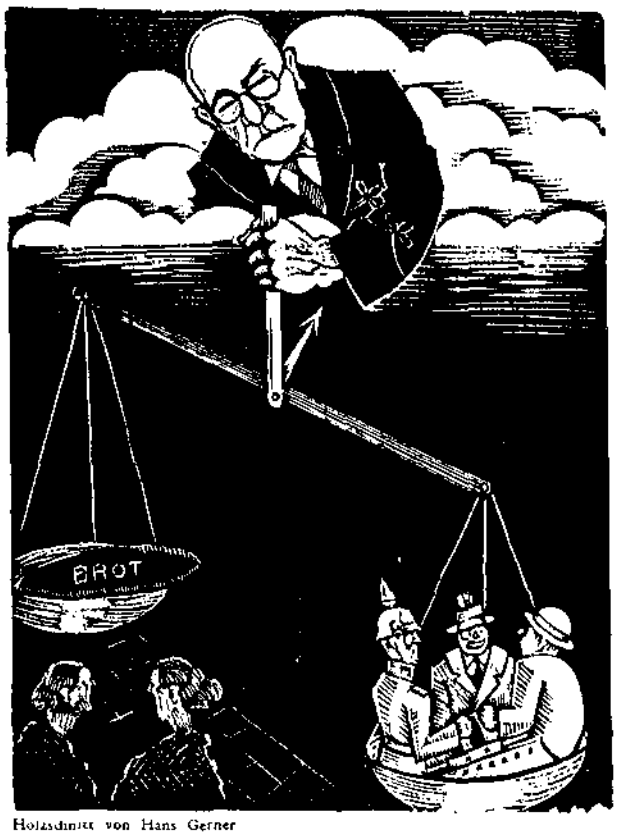
Herr Generaldirektor Junghans im Schramberg ist für „individuelle Planwirtschaft". Er versteht darunter „freien Wettbewerb unter individueller Führung, aber in den Grenzen einer übergeordneten planmäßigen Volkswirtschaft".

Wenn man boshaft sein wollte, könnte man diesen Begriff, der einen offenkundigen Widerspruch in sich schließt, etwa so erklären, daß Herr Junghans zwar Planwirtschaft möchte, aber nur, wenn er selber dabei Generaldirektor („individueller Führer") bleiben kann. Etwas Derartiges mag wohl über oder unter der Schwelle des Bewußtsein in seiner Seele mitgesprochen haben, als er die individuelle Planwirtschaft erfand; aber vielleicht hat er damit auch lediglich andeuten wollen, daß keine Wirtschaft, heiße sie wie sie wolle, der individuellen Leistung, der Führer-Initiative, des Einsatzes der Persönlichkeit entraten dürfe, ohne Schaden zu leiden. Wenn er das hat sagen wollen, dann hat er unbedingt recht. Falsch wäre es nur, darin ein triftiges Argument gegen den Sozialismus finden zu wollen, wie es manche oberflächliche Antisozialisten zu tun pflegen, deren Schluß folgendermaßen lautet: Ohne Profit keine Initiative, ohne Initiative kein Fortschritt, also Kapitalismus! Negativ ausgedrückt: Sozialismus gleich Bürokratie, Bürokratie gleich Stillstand, also fort mit dem Sozialismus! Hierin stecken zwei Fehler.

Erstens ist die Bürokratie durchaus kein ausschließliches Merkmal nichtkapitalistischer, d. h. nicht vom Profit geleiteter Wirtschaft. Wer einmal einen Blick in den Verwaltungsapparat von Großbetrieben und Konzernen getan hat, der weiß, daß es dort auf ein Haar so „bürokratisch" zugeht wie im Staatsbetrieb oder in der Staatsverwaltung. Sobald sich ein organisatorisches Gebilde irgend welcher Art nicht mehr von einem Punkt aus bis in die Einzelheiten übersehen läßt, ist Teilung der Verantwortung und Kontrolle notwendig, ist eine gewisse Schwerfälligkeit und sogar ein gewisser Leerlauf unvermeidlich. Es handelt sich lediglich darum, diese Übel nicht überwuchern, die Verantwortung weder einschlafen noch zu ängstlich werden zu lassen, die Kontrolle richtig zu dosieren.

Zweitens ist die Initiative keineswegs an den Profit geschmiedet. Wieviele Krämerprofite werden in unserer Wirtschaft gemacht, ohne daß Leistung oder Einsatz dahinter stünde! Und wie viel Leistung, sogar Spitzenleistung gibt es, bei der keine Spur von Profithoffnung, ja nicht einmal Ehrgeiz oder Geltungsbedürfnis als Triebfeder wirksam war, sondern lediglich Schaffensfreude und Tätigkeitsdrang! Im übrigen wird auch eine sozialistische Wirtschaftsordnung, zum mindesten für eine Übergangszeit, den Besitz- und den Geltungsinstinkt in ihren Mechanismus einzuspannen wissen, nicht nur in Form des Gruppenwettbewerbs, sondern auch durch Prämien und Auszeichnungen für Einzelne. (In Rußland sind in letzter Zeit öfters Spezialisten und Arbeiter mit Geldgeschenken und Orden für besondere Leistungen belohnt worden.)

Erich Schairer



Holzschnitt von Hans Gerner

Das Elend wächst

Die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 305) veröffentlicht einen Artikel ihres Berliner Korrespondenten, der betitelt ist: „Was Kommunisten lesen. Reportage des Elends." Inhalt: In Berlin herrsche das Gefühl, daß die nationalsozialistische Gefahr verringert sei; man beobachte deshalb mit größerem Ernst die Entwicklung auf der radikalen Linken.

Und was sieht man? Ein Anwachsen der Kommunisten. „Sie schließen sich zusammen, weil sie sich als die Klasse der Hoffnungslosen und durch den Kapitalismus um die Chance ihres Lebens betrogen fühlen." Sie lesen die „Welt am Abend" (Auflage 180 000) und die „Rote Fahne" (Auflage etwa 90 000) und finden dort ihr eigenes Leben geschildert: Familie mit zwei tuberkulösen Kindern (ein drittes ist unterwegs) als Untermieter in einer Küche. Wenn sie sich selber helfen wollen, droht der § 218. „Die Sozialdemokraten aber bewilligen Panzerkreuzer, wenn Kinder dahinsiechen." Schilderungen aus Betrieben über das Benehmen von Meistern und Ingenieuren; 8 Prozent Lohnraub, Entlassungen, 14 Prozent Dividende; Hungerschiedsspruch gegen die Holzarbeiter; Liste von 22 „SPD-Abstimmungen gegen die Arbeiterklasse"; Brotpreiserhöhung: „Den Lohnabbau habt ihr! Die Massenarbeitslosigkeit habt ihr! Aber statt Preisabbau habt ihr Preiserhöhung."

Ist das „ins Blaue hinein geschrieben"?, fragt der Korrespondent. Nein, die Sätze sind „buchstäblich wahr ... Die Proletarierhausfrau erfährt es im nächsten Bäckerladen." Ein Stück unserer politischen Wirklichkeit ist geschildert. „Es hat keinen Sinn, die Augen zu verschließen ... Was können wir tun? Was schlägt uns Herr Dr. Brüning zu tun vor?"

Ob es dem Verfasser bewußt war oder nicht — diese Schlußfrage des Artikels ist die schärfste Verurteilung des kapitalistischen Systems. Denn was schlägt Herr Dr. Brüning vor? Zollerhöhungen und Lohn- und Gehaltsabbau. Er muß das. Wenn er nicht die Wirtschaftsordnung und die Eigentumsverhältnisse umstürzen will, dann muß er den Weg gehen, den ihm die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus vorschreiben: er muß die Kosten der Krise den Massen aufladen, damit das Kapital geschont wird, damit wieder Jahre besserer Konjunktur kommen, damit diese wieder einer Krise Platz machen, die noch größeres Elend schafft als die gegenwärtige. Diese Entwicklung wird so lange fortgehen, bis die „Klasse der Hoffnungslosen" aufmarschiert, nicht nur um „ihr Hoch auf Moskau auszubringen", sondern um geschlossen und bewußt zu kämpfen. Und dann werden auf ihrer Seite auch Menschen stehen, die zwar nicht zur „Klasse der Hoffnungslosen" gehören, die aber wissen, daß Herr Dr. Brüning keinen Ausweg zeigen kann, als den zu neuem größerem Elend, und die den Mut haben, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen.

Otto Beuter

„Jetzt wollen gewisse Stimmen wissen, daß Stegerwald für eine Butterzollerhöhung gewonnen worden sei, wenn gleichzeitig der Weizenzoll gesenkt würde und damit die Möglichkeit einer Rückgängigmachung der Brotpreiserhöhung geschaffen würde. Es heißt, der Reichsarbeitsminister habe sich davon überzeugt, daß der Butterpreis für den größten Teil der Arbeiterschaft gleichgültig sei, weil diese doch Margarine esse. Man darf gespannt sein, wer sich denn demnächst überhaupt in Deutschland die zollverteuerte Butter noch aufs Brot streichen soll, zumal wenn auch der angekündigte Weg der Beamtengehaltskürzung weiter beschritten werden soll, nachdem in der Privatwirtschaft die Bezüge allenthalben in noch größerem Maß vermindert worden sind."

Diese Sätze schreibt nicht etwa die „Rote Fahne", sondern die schwerindustrielle „Kölnische Zeitung".

Eine andere Ansicht

Von Hermann List

Lieber Herr Dr. Schairer, Sie haben mir gestattet, auf Ihren Artikel zu erwidern. Ich habe nicht die Absicht, Ihre Ansichten zu „widerlegen" (was wahrscheinlich unmöglich ist) — ich möchte nur zu einigen Punkten Ihrer Ausführungen meine Ansicht äußern.

1. Der Vergleich zwischen den jetzigen „Erz"herzögen und den früheren Fürsten ist schief. Man sieht das schon daran, daß Sie Demokratie und Monarchie einander gegenüberstellen müssen, was gar keine Gegensätze sind. (Ist die englische Monarchie nicht eine bessere Demokratie als die immer fascistischer werdende deutsche Republik?) Aber nehmen wir einmal an, der Vergleich stimme — sind denn die deutschen Fürsten ohne Gewalt beseitigt worden? Hat Napoleon, hat Bismarck ohne Gewalt die Zahl der Fürsten verringert? War die Revolution 1918 kein Akt der Gewalt? Ich bin kein Lobredner dieser Revolution — aber man tut ihr Unrecht, wenn man behauptet, die bewußte und gewaltsame Wendung der Arbeiter und Soldaten gegen Monarchie und Militarismus sei eigentlich unnötig gewesen, die Fürsten wären auch ohne das davongelaufen. Wenn man schon die (falsche) Annahme macht, daß in Deutschland der Sturz des Kapitalismus ähnlich verlaufen werde wie der Sturz der Monarchie, dann muß man zu folgender Vorstellung kommen: Der Kapitalismus wird sich in ein kriegerisches Abenteuer einlassen, das verunglückt, so daß er völlig abgewirtschaftet haben wird, und selbst dann wird es einer gewaltsamen Auflehnung der Massen bedürfen, um die Kapitalisten zur Abdankung zu zwingen.

2. Aber der Vergleich zwischen dem Abschlagen eines Ornaments (der Abschaffung der Monarchie) und dem Niederreißen eines alten und der Grundlegung eines neuen Gebäudes (dem Aufbau des Sozialismus) ist ja mehr oder weniger eine Spielerei. Wir wollen einmal ernsthafter reden. Die „Einführung" des Sozialismus ist nicht möglich ohne Umsturz der gesamten Eigentumsverhältnisse. Es genügt nicht, die Bankiers und die Trustkapitalisten zu enteignen (das ist noch lange kein Sozialismus, höchstens ein kleiner Schritt auf dem Weg zum Sozialismus) — der Besitz der kleinen und mittleren Eigentümer (Händler, Handwerker, Bauern), die immer wieder automatisch Kapitalismus schaffen (Lenin), muß in ganz andere Formen umorganisiert werden. Das ist eine derart riesenhafte, alles von Grund auf ändernde, sich über Jahrzehnte erstreckende „Revolution", daß man unmöglich annehmen kann, sie werde ohne Gewalt vor sich gehen.

3. Rationalisierung? Planwirtschaft, „individuelle" Planwirtschaft? Alle die Maßnahmen, an die Sie bei diesen Worten denken, haben doch gerade den Zweck, die jetzigen Eigentumsverhältnisse aufrechtzuerhalten und den Kapitalisten ihren Profit über die Krisen hinüberzuretten. (Daß sie diesen Zweck zwar erfüllen, aber zugleich den Grund legen für neue Krisen, ist nur ein Beweis für die Ausweglosigkeit des Kapitalismus.) Die Kapitalisten gehen in ihrer „Planwirtschaft" gerade so weit, als sie ihnen nützt, gerade bis zu dem Punkt, an dem sich das Privateigentum noch halten läßt. Und keinen Schritt weiter. Eher greifen sie zu gewaltsamen Mitteln (Diktatur, Krieg). Die Ansicht, der „planvolle", der „organisierte" Kapitalismus, wie er sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, leite auf krisenlosem und friedlichem Weg zum Sozialismus hinüber, ist doch durch den Einbruch der Weltwirtschaftskrise seit 1928 gründlich erschüttert worden und wird jetzt nur noch (wahrscheinlich mit schlechtem Gewissen und in Furcht vor revolutionären Konsequenzen) von einigen reformistischen Sozialdemokraten aufrechterhalten. „Es tut mir in der Seele weh ..."

4. Und wie steht's mit den „aufgeklärten" Kapitalisten? Merken Sie in der gegenwärtigen Krise etwas von ihrem Wirken? Ich nicht. Ich sehe bloß, daß die Kapitalisten rücksichtslos ihren Profit, ihr Eigentum, das kapitalistische System zu retten suchen und alle Kosten der Krisenüberwindung den Massen aufbürden. Und zwar mit allen Mitteln; auch gewaltsamen (schon jetzt im „Frieden"). Der ganze Staatsapparat, Heer, Polizei, offene und geheime Rüstungen — glauben Sie, das diene nur zur Verteidigung nach außen? Das ist alles zum mindesten zur Hälfte Schutz des kapitalistischen Eigentums und ein Beweis dafür, daß die Kapitalisten nicht so bescheiden abdanken werden wie unsere Wilhelms und Friedrichs. Zu glauben, die Kapitalisten würden selber beginnen „den Sozialismus einzuführen", was doch, wenn es nicht eine unklare Redensart ist, bedeutet: das private Eigentum am Kapital aufzuheben — das heißt die ungeheuren Umwälzungen, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf der ganzen Erde vor sich gehen werden, etwas harmloser nehmen als sie tatsächlich sein werden. Da müssen sich also wohl die Arbeiter gar nicht auf die schwersten Kämpfe (Kämpfe jeder Art) gefaßt machen? Ein schlechter Rat, für den sie sich bedanken werden.

Lieber Herr Dr. Schairer, Sie denken rationalistisch, nicht dialektisch (verzeihen Sie die Fremdwörter!). Sie sagen sich: Sozialistische Planwirtschaft ist mein Ziel und wird im Lauf der Zeit immer mehr Menschen als vernünftige Forderung erscheinen; das deutsche Volk hat bisher wenig revolutionären Elan gezeigt, folglich werden eben die Kapitalisten den Sozialismus ohne Revolution einführen (das ist doch möglich und denkbar, warum nicht?).

Tatsächlich ist das weder möglich noch auch nur denkbar. Sie können sich das gar nicht so vorstellen; Sie haben in dieser Beziehung keine Freiheit, außer der Freiheit im Hegelschen Sinn: Freiheit gleich Einsicht in die Notwendigkeit. In unserem Fall sieht die Notwendigkeit so aus: Der Kapitalismus verstrickt sich im Laufe seiner Entwicklung in immer schärfere Widersprüche zwischen den Produktionskräften und den Eigentumsverhältnissen, zwischen der gesellschaftlichen Form der Arbeit und der privaten Form der Aneignung. Die Fesseln der Eigentumsverhältnisse können nicht gesprengt werden von den Kapitalisten selber (eine Klasse begeht keinen Selbstmord, sie muß vernichtet werden). Die Kraft, die dazu nötig ist, ist das Proletariat, nicht etwa weil der „proletarische Mensch" „wertvoller" wäre als der „bürgerliche Mensch"

(wie manche Gefühlssozialisten meinen), sondern weil das Lebensinteresse des Proletariats als Klasse die Zerreißung dieser Fesseln verlangt. Es ist beim Wachsen und Absterben des Kapitalismus wie bei jedem anderen historischen Prozeß: er schafft im Laufe seiner Entwicklung Ansätze von Organisationsformen, die ihn „negieren", die ihn einst ablösen werden (Monopole, Trusts usw.), und er erzeugt selber die Kraft, die diesen Formen zum Sieg verhelfen wird: das Proletariat, ähnlich wie, um ein verniedlichtes Beispiel zu gebrauchen, im Ei das Kücken heranwächst, das die Schale zertrümmern wird. Der entscheidende Augenblick, in dem die Schale zerbrochen wird, in dem das Proletariat hervortritt, in dem der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlägt — das ist die Revolution. Sie m u ß nicht eintreten (das Kücken kann zu schwach sein); dann verfault eben das ganze Ei.

Diese Ausführungen sind vielleicht nicht so „einfach", nicht so auf den ersten Anhieb zu erfassen, aber sie haben den Vorzug, richtig zu sein und vor allem den, zu richtigem politischem Handeln anzuleiten, während einer, der sich von Ihren Ansichten lenken ließe, schließlich ins Lager der Gegner geführt würde.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Kapitalismus entwickelt sich von einer Krise zur andern weiter, dann führt er schließlich ins Chaos, oder er wird gestürzt von der Arbeiterklasse, die geführt wird von einer Elite, die, wie das „Kommunistische Manifest" sagt, „vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" voraushat.

Es kommt überall nicht mehr darauf an, Zusammenhänge im Kopf auszudenken, sondern sie in den Tatsachen zu entdecken.

E n g e l s (Ludwig Feuerbach)

Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.

K a r l M a r x (Kritik der politischen Ökonomie)

Ultimatum?

„Die Stunde kann nicht mehr allzu fern sein, wo sich Brüning endgültig entscheiden muß. Vielleicht schlägt sie schon in der nächsten Woche, wenn er die Aussprache mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand hat.

Akut geworden ist die Lage durch die Erhöhung des Brotpreises ... Brüning muß jetzt wählen zwischen rechts und links, zwischen Landbund und Sozialdemokratie. Es muß sich entscheiden, weil die Sozialdemokratie auf einer Entscheidung bestehen muß. Die Politik des Fortwursteln kann lange Zeit als das kleinere Übel erscheinen. Es gibt psychologische Augenblicke, wo der Entscheidung nicht mehr ausgewichen werden kann.

Die 2-Pfennig-Brotpreis-Erhöhung stellt den psychologischen Augenblick dar. Jetzt muß die SPD Brüning ein Ultimatum stellen, falls ihr nicht von einem großen Teil ihrer eigenen Wählerschaft ein Ultimatum gestellt werden soll. Es gibt Grenzen. Die Grenze ist erreicht."

So schreibt H. v. Gerlach in der „Welt am Montag". Er wird sich täuschen. Die SPD wird kein Ultimatum stellen, sondern mit Brüning und Schiele gehen, bis ihr der Stuhl vor die Tür gestellt wird. Und da es Brüning wahrscheinlich erreichen wird, daß er im Reich mit den „Fascisten" und in Preußen mit den Sozialdemokraten regieren kann, wird die SPD auch dann nur die allergetreueste Opposition spielen.

Heimarbeit

Der ostschweizerische Kettenstichfabrikanten-Verband hat an eine gewisse Gattung von Heimarbeiterinnen (die Ausschneiderinnen) einen Aufruf erlassen, sie sollten keine Arbeit annehmen, bei der eine geübte Arbeiterin sich nicht auf 20 Rappen (16 Pfennig) Stundenlohn stelle. Dieser Lohn entspreche einem Beschluß des Fabrikantenvorstandes. In der letzten Zeit seien wegen schlechten Geschäftsgangs (von Außenseitern!) vielfach geringere Löhne gezahlt (und angenommen!) worden.

Ein schöner Verdienst für eine mühselige und nicht gerade gesundheitsfördernde Arbeit, wie es das Ausschneiden von „rideaux" ist: 16 Pfennig die Stunde.

Und die F a b r i k a n t e n sind es, die sich gegen Lohndrückerei wehren! Grotesk!

Unruhe im Osten

Es braut sich was zusammen.

In Königsberg machen drei französische Offiziere Aufnahmen von Teilen der Befestigungen und von exerzierenden deutschen Soldaten. Große Erregung über den „Spionagefall". Die Offiziere werden von ihrer Regierung nach Hause gerufen. Die Affäre verläuft im Sand. Was auf den beschlagnahmten Platten eigentlich zu sehen ist, wird der Öffentlichkeit nicht genauer mitgeteilt — weil das Staatswohl es verbietet oder weil es harmlose Dinge sind?

Eine deutsche Gendarmerieabteilung gerät versehentlich in polnisches Gebiet. Entschuldigung in Warschau durch einen deutschen Vertreter; die Polen geben sich damit zufrieden; verzichten darauf, ein Kapitalverbrechen aus der Sache zu machen. Hat es sich wirklich um ein Versehen gehandelt?

In einer Stadt an der Ostgrenze liegen (wie der Abgeordnete Kippenberger im Reichstag berichtet hat) in einem amtlichen Gebäude Gewehre, Maschinengewehre, Pistolen en masse. Für wen? Gegen wen?

Und dann Danzig! Der polnische Bevollmächtigte in Danzig, Dr. Strasburger, hat seine Demission eingereicht. Grund: es sei ihm unmöglich, als Vertreter Polens Erklärungen des danziger Senatspräsidenten entgegenzunehmen, die nicht der Wahrheit entsprechen; außerdem verfüge er nicht über ausreichende Mittel, um die persönliche Sicherheit der polnischen Bevölkerung von Danzig zu schützen.

Was wird da gespielt? Sollte gar das kleine Danzig dem großen Polen trotzen, Hohn lachen? Es trotzt; es lacht Hohn. Wer steift ihm den Rücken?

Vor einiger Zeit ist der polnische Eisenbahnbeamte Styrbicki von einem rechtsstehenden deutschen Eisenbahner Gengerski erstochen worden. Gengerski wurde vom Schwurgericht Danzig freigesprochen: er habe in Notwehr gehandelt. Der Staatsanwalt legte Revision ein, zog sie aber wieder zurück. Am 10. April — schon nach der Zurücknahme — versicherte der Senatspräsident Ziehm dem Vertreter Polens, Dr. Strasburger, in Gegenwart des Völkerbundskommissars, der Prozeß werde durch ein Revisionsverfahren nachgeprüft werden. Was nicht der Wahrheit entsprach. Vielleicht hat Herr Ziehm von der Zurückziehung des Revisionsantrags tatsächlich nicht gewußt: warum gibt er aber eine diplomatische Erklärung ab, ohne sich richtig informiert zu haben?

Das Urteil gegen (oder vielmehr: für) Gengerski ist rechtskräftig. In einer Note des danziger Senats heißt es, „daß auch die Durchführung des Rechtsmittels mit absoluter Bestimmtheit keinerlei Erfolg hätte haben können". Also: eine Bankerotterklärung der Justiz; hat der Vertreter Polens unrecht, wenn er sagt, er könne seine Landsleute nicht schützen?

Der Fall Gengerski ist nicht der einzige Beleg für die Recht- und Schutzlosigkeit der Polen in Danzig. Das „Andere Deutschland" zählt eine Reihe von Vergehen gegen Polen auf, die nicht gesühnt worden sind.

Neunmal sind die polnischen Briefkästen in Danzig beschädigt worden; einmal wurde ein Täter gefaßt. Das Gericht sprach ihn frei, weil die polnische Post die danziger Interessen schädige. Es ist also nicht einmal der Versuch einer juristischen Begründung des Freispruchs gemacht worden.

Das polnische Generalkonsulat wird mit Hakenkreuzen und Hitlerplakaten bekleckert; die Polizei tut nichts dagegen.

Stahlhelmer und andere Deutsche werfen die Fenster polnischer Schulen ein.

Polnische Schüler und Schülerinnen wurden des öfteren verprügelt, weil sie unter sich polnisch sprachen. Entweder wurde die Untersuchung eingestellt oder die (bekannten) Täter wurden überhaupt nicht verfolgt.

Im Dezember wurden polnische Eisenbahner verprügelt. Täter nicht ermittelt. Einige Tage später wurde ein polnischer Zollbeamter in Gegenwart von zwei danzigern verhauen. Der Täter ist bekannt, wurde aber nicht angeklagt.

Ein polnischer Matrose wurde von Nationalsozialisten überfallen und mißhandelt; unter anderem wurde ihm ein Hakenkreuz auf die Brust geritzt. Die Täter blieben unbestraft; aber e r wurde zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er sich das Hakenkreuz selbst beigebracht habe.

Der polnische Vertreter in Danzig ist nur beurlaubt, seine Demission ist abgelehnt worden. Dafür scheinen die Polen mit dem Einmarsch in Danzig zu liebäugeln; der Völkerbund hat aber abgewinkt. Auf alle Fälle: die Ostgrenze wackelt; es riecht brenzlig.

P e n g

Spät kommt ihr . . .

Es hat sich jetzt in Europa und Amerika so ziemlich überall herumgesprochen, daß der russische Fünfjahresplan von ausschlaggebender Bedeutung für die politische Entwicklung der Welt ist, daß er auf vielen Gebieten schon jetzt erfüllt ist und daß er (d. h. seine ursprüngliche Fassung) in allen Teilen zu weit mehr als 100 Prozent erfüllt werden wird. Die europäischen Kapitalisten haben erkannt, daß man mit den Bolschewisten ganz gute Geschäfte machen kann. Bürgerliche Berichterstatter malen das Gespenst des „roten Handels" an die Wand, der die Weltwirtschaft bedrohe. Schon müssen es dem gegenüber besonnene Beurteiler als ihre Pflicht betrachten, darauf hinzuweisen, daß auch die gigantischsten Erfolge des Fünfjahresplanes (und vielleicht eines zweiten und dritten Fünfjahresplanes) nicht genügen werden, um die russische Wirtschaft in allen Teilen auf die Höhe der europäischen oder amerikanischen zu heben; und selbständig denkende Kommunisten sollten sich manchmal im stillen oder in kleinen Kreisen überlegen, wieweit Rußland schon sozialistisch ist, welche Fehler die Sowjetregierung macht, welche Gefahren aus der Führung der Internationale durch Moskau, überhaupt aus dem Nebeneinander eines den Sozialismus aufbauenden Landes und der übrigen noch vor der Revolution stehenden Länder für die kommunistische Politik entspringen können usw.

Das sind die Ansichten, die man gegenwärtig über Rußland haben kann (je nach der verschiedenen Einstellung). Aber halt! — da hat es bisher ja noch zwei Organisationen gegeben, die ihren Anhängern Rußland als die Hölle darstellen: das sind — scheußlich, es sagen zu müssen! — die Kirchen und die Sozialdemokratie.

Aber jetzt gärt es auch in diesem Punkt in der SPD. Im neuen Heft des „Klassenkampfs", der Zeitschrift der linken SPD, liest man einen Artikel, in dem festgestellt wird, daß der Fünfjahresplan „wahrscheinlich" gelingen werde, und gefordert wird, die Sozialistische Internationale solle den Aufbau in der Sowjetunion aktiv unterstützen.

Auf die Dauer kann eben auch die beste Presseorganisation nicht verhindern, daß die Arbeiter die Wahrheit über Rußland erfahren.

„... Das wichtigste politische Ereignis in der Welt ist heute der russische Fünfjahresplan ... Die nächsten fünf Jahre werden voll von Spannung und neuen Erfahrungen sein, und es wird gut sein, während dieser Zeit zu leben. Sie wird vermutlich die bedeutendste und interessanteste Periode im Leben unserer Zeitgenossen sein."

J a m e s M a x t o n auf dem Parteitag der englischen Unabhängigen Arbeiter-Partei, Ostern 1931 (New Leader).

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" meldete, es werde den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Österreichs verboten, sich an Reisen nach Rußland zu beteiligen. Kurz zuvor aber hatte die „Arbeiter-Zeitung" ein Inserat eines Reisebüros gebracht, das zu Reisen in die Sowjet-Union aufforderte. Als dieses Mißgeschick bemerkt wurde, mußte die „Arbeiter-Zeitung", sich entschuldigend, erklären; das Inserat sei ohne Wissen der Redaktion aufgenommen worden; die Empfehlung könne nicht aufrecht erhalten werden, das Geld sei dem inserierenden Reisebüro zurückgeschickt worden.

Völkischer Bekennermut

Es ist immer das selbe Bild: Herr Göbbels verleumdet in munterer Hemmungslosigkeit, nachher drückt er sich unter allen möglichen Vorwänden um die Termine und die Folgen. Pg. Reichstagsabgeordneter Löppelmann, wegen Beleidigung des berliner Polizeivizepräsidenten verklagt, macht's ebenso; er entschuldigt sein Fernbleiben von der Gerichtsverhandlung mit einer Ausrede, die als glatter Schwindel nachgewiesen wird. Pg. Kaufmann (der Mann mit dem falsch angegebenen Alter und dem selbstverliehenen E. K. I) muß zu einer Beleidigungsverhandlung zwangsweise vorgeführt werden, weil er sich von den früheren Terminen gedrückt hat — jede Woche werden neue derartige Fälle berichtet.

Auf anderem Gebiet ist's ebenso. Alfred Rosenberg, der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters", des unbestritten parteiamtlich offiziell führenden Hitlerblatts, hat über den „Mythus des 20. Jahrhunderts" ein Buch geschrieben, das wegen seiner unchristlichen Äußerungen dem Nationalsozialismus etwas im Magen liegt und mit der neuerdings immer notwendiger und deutlicher werdenden Behauptung, daß Hitler und seine ganze Bewegung christlich sei, nicht recht zusammenstimmen will. Weshalb man (siehe N.S.-Kurier) fröhlich erklärt, der Inhalt des Buchs habe mit der Auffassung der Partei nichts zu tun.

Wenn man nicht wüßte, daß es sich hier um die stahlharten Bannerträger der Zukunft handelt, müßte man wohl von jüdischer Feigheit sprechen.

Wie ich Sozialist wurde

Von J a c k L o n d o n

Ich stamme aus der Arbeiterschicht. Frühzeitig entwickelten sich in mir Begeisterung, Ehrgeiz und Ideale, und wie ich sie erfüllen könnte, damit beschäftigten sich die Gedanken meiner Kindheit. Meine Umgebung war ungebildet, roh, hart. Ich konnte nicht weit um mich sehen, nur über mich hinauf. Mein Platz in der Gesellschaft war tief unten, wo nichts als Schmutz und Elend war, wo Körper und Geist ausgehungert und zerquält wurden.

Und über mir türmte sich das ungeheure Gebäude der Gesellschaft auf, und zu diesem Gebäude wollte ich emporklimmen. Über mir sah ich Männer in schwarzen Anzügen und gewaschenen Hemden und Frauen in schönen Gesellschaftskleidern. Da gab es auch viel Gutes zu essen und in reichlicher Menge. Und dort gab es auch Nahrung für die Seele. Ich wußte, da über mir wohnten Selbstlosigkeit, reine und edle Gedanken und frisches Geistesleben. Es war für mich so sicher wie der Aufgang der Sonne, daß über mir alles schön und edel war und auch alles was dem Leben Annehmlichkeiten und Bedeutung gibt und was einen für die Mühe und Arbeit belohnt.

Aber es ist nicht leicht, aus der Arbeiterschicht emporzusteigen, besonders wenn man belastet ist mit Idealen und Illusionen. Ich wurde von den Kapitalisten mitleidslos ausgebeutet. Ich besaß Muskeln, und sie machten Geld daraus, während sie mir nur einen sehr dürftigen Lebensunterhalt ließen. Ich wurde Matrose, Hafenarbeiter, Kohlenschlepper, ich arbeitete in Konservenfabriken und Wäschereien, ich arbeitete im Garten, klopfte Teppiche und wusch Fenster. Ich ging auf die Landstraße und bettelte mich von Tür zu Tür durch die ganzen Vereinigten Staaten hindurch und ging durch die harte Schule der Spelunken und Gefängnisse. Ich befand mich in dem Kellergeschoß der Gesellschaft, in Tiefen, wo Elend herrscht und über die man nur ungern spricht. Es war der Abgrund, der Müllhaufen, die Jauchegrube, die Abdeckerei, der Abschaum der Zivilisation. Es war jener Teil des Gebäudes der Gesellschaft, in den die Gesellschaft nie hineingeht. Die Dinge, die ich dort sah, versetzten mich in furchtbare Angst. Und diese Angst brachte mich zum Nachdenken. Ich sah ganz nackt und klar die einfachen Tatsachen der vielfach verschlungenen Zivilisation, in der wir leben. Leben ist eine Magen- und Wohnungsfrage. Und um Essen und Wohnung zu bezahlen, müssen die Menschen irgend etwas verkaufen. Der Kaufmann verkauft Schuhe, der Politiker seinen Charakter, die Volksvertreter — es gibt natürlich einige Ausnahmen — Treue und Glauben, nahezu alle verkaufen ihre Ehre. Auch die Frauen, sei es auf der Straße oder im geheiligten Ehebett, verkaufen ihren Körper. Alle Dinge werden Ware, alles kauft und verkauft. Der Arbeiter hat nur eine einzige Ware zu verkaufen — seine Muskeln.

*

Ich war in der Kellerwohnung der Gesellschaft, aber mir gefiel die Luft nicht. Sie war recht ungesund, und die Luft darin sehr schlecht. Wenn ich schon nicht im Wohnzimmer der Gesellschaft leben durfte, so wollte ich doch wenigstens versuchen, in einer Dachstube unterzukommen. Die Kost ist dort zwar nur schmal, aber die Luft ist wenigstens rein, und ich entschloß mich, von jetzt ab keine Muskeln mehr zu verkaufen, sondern mein Gehirn.

Eine wilde Jagd nach Wissen begann. Ich vertiefte mich in soziologische Fragen, und ich fand in den Büchern die Gedanken bereits wissenschaftlich formuliert, die ich schon für mich selber ausgearbeitet hatte. Andere und größere Geister als ich hatten, schon bevor ich geboren war, all das, was ich ausgedacht, bereits ausgearbeitet und ein gut Teil mehr. Ich machte nur die Entdeckung, daß ich ein Sozialist war.

Die Sozialisten sind Revolutionäre, da sie die heutige Gesellschaft umstürzen und aus dem übrigbleibenden Rohstoff eine neue zukünftige Gesellschaft aufbauen wollen. Ich war jetzt auch ein revolutionärer Sozialist. Ich schloß mich den revolutionären Hand- und Kopfarbeitern an, und zum erstenmal kam in mein Leben etwas Geistiges. Ich kam zusammen mit kühndenkenden Köpfen und hinreißenden Rednern, mit starken und geweckten Mitgliedern der Arbeiterklasse, auch wenn sie eine schwielige Hand hatten. Ich traf Prediger ohne Talar, deren Christentum für jede Gemeinde von Mammon-Anbetern allzu ernst war, Universitätsprofessoren, die entlassen worden waren, weil sie nicht länger bloß der herrschenden Klasse dienen wollten, sondern ihr Wissen in den Dienst der gesamten Menschheit stellten. Hier fand ich warmen Glauben an die Menschheit, glühenden Idealismus, Selbstlosigkeit, Selbstverleugnung und Bekennertum, all die herrlichen und bewegenden Taten des Geistes. Hier erneuerte sich das Leben wieder und wurde voller Wunder und Größe, und es war eine Lust für mich zu leben.

Und ich, ich armer Tor, betrachtete all das als bloßen Vorgeschmack der Lebensfreuden, die ich über mir in der Gesellschaft finden würde!

*

Als einer, der mit seinem Gehirn arbeitet, hatte ich Erfolg. Die Gesellschaft öffnete mir ihre Tore. Ich durfte geradeswegs ins Empfangszimmer gehen, ich setzte mich zu Tische mit den Herren der Gesellschaft und speiste mit deren Frauen und Töchter. Aber rasch verflog eine Illusion nach der anderen. Die Frauen waren wohl schön gekleidet, aber zu meinem Erstaunen machte ich die Entdeckung, daß sie doch aus demselben Lehm geformt waren wie alle übrigen Frauen, die ich im Kellergeschoß kennengelernt hatte. Und doch war es nicht so sehr dieses, was mich so betroffen machte, als vielmehr ihr Materialismus. Wohl plapperten diese elegant gekleideten schönen Frauen von ihren niedlichen kleinen Idealen und von ihren kleinen moralischen Anwandlungen, aber durch all ihr Plappern hindurch kam immer der Grundzug ihres Lebens hindurch, ihr Materialismus. Und sie waren so merkwürdig sentimental egoistisch. Sie halfen bei allen möglichen niedlichen Wohltätigkeitsveranstaltungen mit und waren stolz, wenn sie davon erzählten, während all das Essen, das sie sich und ihren Gästen vorsetzten und all die schönen Kleider, die sie trugen, bezahlt waren von Geschäftsgewinn, so daß das Blut von Kinderarbeit daran klebte, von übermäßiger Arbeit, selbst von Prostitution.

Nicht besser fuhr ich mit den Herren der Gesellschaft. Ich hatte nach ihren reinen, edlen, lebendigen Idealen erwartet, reine, edle und lebendige Menschen zu finden und war erstaunt, wie ihre Moralbegriffe aufhören, wenn das Geschäft anfängt.

Ich traf einen aristokratisch aussehenden Herrn mit feinen Zügen, er nannte sich Direktor, war aber nur ein Strohmann, ein Werkzeug eines Trustes, der Frauen und Waisen beraubte. Einen Herrn traf ich, der schöne Bilder sammelte und ein besonderer Literaturfreund war und Erpressergelder zahlte an politische Parteigrößen mit Hängekinnen und Augenwülsten. Ich traf einen Zeitungsherausgeber, der Inserate von Schwindelmedikamenten aufnahm, und der nicht wagte, in seinen Zeitungen die Wahrheit über diese Medizinen zu drucken, aus Furcht, er könnte das Inserat verlieren. Ich traf einen Senator, der nur das Werkzeug und der Sklave einer mächtigen und ungebildeten Parteigröße war, ein großes Kirchenlicht, der für ausländische Missionen hohe Beiträge zahlte, aber seine Ladenmädchen um einen Hungerlohn zehn Stunden am Tage arbeiten ließ und sie dadurch der Prostitution gerade in die Arme trieb. Ein anderer, der Universitäten mit neuen Lehrstühlen ausstattete, leistete vor Gericht einen Meineid wegen ein paar Dollar. Ein Eisenbahnkönig brach sein Wort und wurde ein Lügner, indem er einem von zwei rivalisierenden Industriehäuptern, die sich auf Tod und Leben bekämpften, geheime Vergünstigungen gewährte. Es war überall dasselbe, überall Verbrechen und Betrug, Betrug und Verbrechen.

Wehrsport

„Es gibt keine schwarze Reichswehr!" hat einst unverfroren, wie es nur ein Minister der Republik Deutschland tun kann, Reichswehrminister Geßler verkündet. Es ist ihm zwar das Gegenteil bewiesen worden, aber es gibt eben heute so viele Dinge und so große verlorene Posten in den einzelnen Etats, daß der Fachminister unmöglich davon wissen kann. Man muß ihn eben „aufklären". Dafür sind die Herren dann meist sehr dankbar.

Zweifellos hat auch der bayerische Minister Goldenberger keine Ahnung davon, wie intensiv an seinen bayerischen Universitäten und Gymnasien und Oberrealschulen die „militärische Ertüchtigung der akademischen Jugend" betrieben wird. Man muß ihm das sagen. Sonst kommt einmal eine nette kleine Anfrage eines vorwitzigen Sozialisten oder Kommunisten im Landtag und — er ist dann nicht im Bilde. Das ist immer blamabel.

Passen Sie also gut auf, Herr Kultusminister Goldenberger! Sie haben ebenso wie jüngst Reichskanzler Brüning schon so manches rührende Wort geprägt über die „beispiellose Notlage der studierenden Jugend", haben an die „Mildtätigkeit weitester Kreise" appelliert — und zwar mit schönem klingenden Erfolg! Finden Sie es da nicht empörend, daß diesen „armen Studenten, die hungernd und frierend in ihren Dachstuben sitzen", namhafte Gelder für militärische Spielereien abgeluxt werden?

So wird vom 15. Juli bis 15. August in der hübschen und etwas abgelegenen Kleinstadt Neuburg a. D. unter Leitung des Herrn Major B. (München) wieder ein sogenanntes „Wehrsportlager" abgehalten, an dem sich alle bayerischen Studenten, die auf „nationale Ehre" noch was geben, beteiligen müssen und zu dessen „Unkosten" sie pro Mann und Nase 50 Mark beisteuern müssen. Müssen? Ja, — denn jede honorige Korporation hat einen Schrieb bekommen, in dem empfohlen wird, es nicht auf „freiwillige Meldungen" ankommen zu lassen, sondern die Sache „offiziell" zu machen; d. h. jede Korporation hat die Beteiligung an diesem etwas kostspieligen Ferienvergnügen ihren Mitgliedern zur bindenden Pflicht gemacht. Wer nicht mitmacht, hat eben damit bewiesen, daß ihm die nötige „vaterländische Gesinnung" fehlt und damit die Berechtigung, weiterhin das Band zu tragen. Also macht alles mit.

Rechnen Sie sich mal aus, Herr Kultusminister, wieviel Gelder für diese Ihnen natürlich unbekannten Zwecke zusammenfließen, wenn da jeder Ferienrekrut 50 Mark blechen muß, um sich vier Wochen lang tüchtig „aufschwanzen" zu lassen, wie der militärische Fachausdruck heißt. Dieses „Aufschwanzen" ist von den zu solchen „Wehrsportlagern" abkommandierten Unteroffizieren und Offizieren in einem früheren Fall so gründlich besorgt worden, daß die Studenten einfach protestiert — militärisch gesagt: gemeutert haben. Ein krasses Beispiel, wie pazifistisch verseucht sogar die alte Stammtruppe der schlagenden Korps im modernen Deutschland ist.

Und das „Arbeitsprogramm"? Exerzieren, Gepäckmärsche, Nachtübungen, Handgranatenwerfen („Keulenübungen" genannt), Brückenschlagen und Pontonübungen, Kleinkaliberschießen und Scharfschießen mit der „Wehrmannsbüchse", also dem richtiggehenden Militärgewehr (wer stellt eigentlich die Waffen und die scharfe Munition zur Verfügung)?

Herr General v. Xylander, der sich schon seit der Revolution um die Aufputschung der akademischen Jugend immer mit besonderer Vorliebe angenommen hat und sich dafür von der Republik eine hübsche Pension auszahlen läßt, die es ihm ermöglicht, die Sache in wirklich intensiver Weise zu betreiben, wird zum Schluß die Besichtigung der Truppen vornehmen — wollte sagen: wird sich davon überzeugen, ob sich die armen Studenten bei diesem Kurs auch tüchtig erholt haben.

Herr Kultusminister, könnten Sie nicht den Studenten den Rat geben, ihre Freizeit nutzbringender zu verwenden? Sie könnten vielleicht die Studenten durch unser Bayernland wandern lassen und ihnen einen Einblick in die Wirtschaft vermitteln, ihnen zeigen, wie schwer die Arbeiter überall schaffen müssen (etwa in den Bergwerksbetrieben Hausham und Penzberg); oder Sie könnten sie durch die Gebiete der Heimindustrie führen, wo die bayrische Strohhut- und Spielwarenindustrie blüht und die Arbeitskraft der kleinen Leute ausgebeutet wird. Glauben Sie nicht auch, daß das für die künftigen Führer des Volkes vorteilhafter wäre als Wehrsportwochen?

Hiasl

Die Ziviloffiziere

Bei der Beratung des Wehretats hat Minister Groener am 19. März erklärt: „Geheimrüstungen gibt es nicht." Nach ihm hat der sozialdemokratische Abgeordnete Stücklen Behauptungen über geheime Rüstungen für Fantasieprodukte erklärt. Dann hat Herr Ersing vom Zentrum das „Andere Deutschland" und die Deutsche Friedensgesellschaft Kriegshetzer und Kriegstreiber genannt.

Und dann hat der kommunistische Abgeordnete Kippenberger unter anderem folgende Behauptungen aufgestellt (die Herr Groener, falls ihm daran liegt, ja nachprüfen kann):

Wir haben auf je 18 Mann der Reichswehr einen Offizier. Es gibt, über ganz Deutschland verteilt, sogenannte Ziviloffiziere. Sie sind als Kreisoffiziere auf die Kreise verteilt und haben den Auftrag, die Mobilmachung und die Bereitstellung der Reserven zu organisieren. Jeder von ihnen hat ein Oberersatzamt, Ersatzämter, Meldestellen, Ersatzkommissionen zu schaffen. Diese Stellen haben Aufstellungsbefehle vorzubereiten, Aufstellungskalender zu schaffen, die Maßnahmen für den ersten Aufstellungstag zu treffen und Gestellungsbefehle vorzubereiten. Mit der letztgenannten Arbeit ist schon begonnen.

Einzelheiten der Tätigkeit des Kreisoffiziers: Abgrenzung der Meldebezirke, Aufstellung von Verzeichnissen der benachbarten Meldestellen; Anfertigung von Stärke- und Ausrüstungsnachweisen, von Stellenbesetzungslisten, von Listen der Pferde und Fahrzeuge; Feststellung der Lage der verschiedenen Geschäftsstellen und der Punkte, wo Wegweiser zu diesen Stellen anzubringen sein werden; Anfertigung von Skizzen der Geschäftsstellen und ihrer Raumaufteilung, von Übersichten über vorhandene und notwendige Ausstattung, von Listen der Lieferfirmen, die für die Vervollständigung der Ausstattung in Betracht kommen, von Verzeichnissen der Ortschaften des Bezirks mit Angabe der Einwohnerzahlen, von Verzeichnissen der im Bezirk befindlichen leistungsfähigen Zeitungen, von Verzeichnissen folgender Dinge: Kraftfahrzeuge, Baulichkeiten, die als Massenquartiere in Betracht kommen, leistungsfähige Firmen, die Massenverpflegung übernehmen können; er hat auch die für später nötigen Formulare und Vordrucke zu sammeln und den eventuellen Bedarf festzustellen.

Kippenberger zeigte dem Reichstag ein Formular, das unter anderem auch das Muster eines Gestellungsbefehls enthält.

Er berichtete dann von schwarzen Waffenlagern. Eine genaue Übersicht hat er sich nur über eines — es liegt an der Ostgrenze Deutschlands — verschafft. Dort befinden sich 50 000 Gewehre, 2850 leichte Maschinengewehre, 1640 schwere Maschinengewehre, 3700 Pistolen, 30 Maschinenpistolen. In Leipzig haben Arbeiter in einem einzigen Raum eines schwarzen Waffenlagers 6000 Gewehre, über 1000 Seitengewehre, 1200 Pistolen, 350 Maschinengewehre entdeckt.

Soweit der Abgeordnete Kippenberger nach dem amtlichen Reichstagstenogramm. Das Wort hat nun Herrn Groeners Dementiermaschine.

Ix

Stierkampf?

Es gibt auch unter den Engländern naive Leute. Da hat einer namens Wyndham Lewis ein ganzes Buch über Hitler geschrieben, über das der „Völkische Beobachter", natürlich höchst geschmeichelt, ausführlich berichtet. Lewis schließt sein „epochemachendes" Buch also:

„Hitler wird jetzt bald der Meister Deutschlands sein. Ich freue mich, ihn als den Vertreter der deutschen Männlichkeit anzusehen, mit der ganzen bewundernswürdigen Beharrlichkeit, Härte und Intelligenz der deutschen Rasse, nicht, um Politik zweiten Grades zu treiben, sondern um den Stier, genannt Hochfinanz, bei den Hörnern zu packen und damit die Freiheit wieder zu gewinnen."

Stierkampf? Wenn man schon im Bild und beim Hornvieh bleiben will: ein Beefsteak beim gemeinsamen Diner dürfte der Situation eher entsprechen.

Dunkles Deutschland

Die Filmprüfstelle Berlin hat die Verfilmung der auch in Deutschland auf dem Theater oft gespielten Komödie „Die Cousine aus Warschau" von Verneuil wegen unsittlicher Wirkungen zum zweitenmal verboten, nachdem auf das erste, am 15. April erfolgte Verbot einige Stellen geändert worden waren. Der Bildstreifen stelle, heißt es in der Begründung, sowohl in seiner Gesamthandlung als auch in der Einzeldarstellung eine frivole Verhöhnung der Ehe, der Liebe, der Frau und des Mannes dar. Insbesondere eine Verführungsszene am Ende des dritten Aktes und eine Ankleideszene am Ende des fünften Aktes seien so grob auf erotisch aufreizende Wirkung eingestellt, daß die komischen Elemente stark in den Hintergrund gedrängt würden. Die in beiden Fällen sich aus der Situation ergebende erotische Spannung werde durch das Spiel in berechneter Weise ausgenutzt und ihre Wirkung auf die Spitze getrieben, so daß hier wie noch an vielen anderen Stellen die „zulässige Grenze" überschritten werde.

Betrachtet man dem gegenüber auch nur flüchtig die Erotik jener Filme, die sich nach Ansicht der Prüfstelle innerhalb der „zulässigen Grenze" bewegen, so erkennt man sofort, daß ein guter Teil von ihnen mindestens ebensogut wie das Verneuilsche Stück erotische Spannungen „in berechneter Weise" auszunützen versteht. Ihre Erotik ist jedoch anders gelagert; sie entspricht z. B. bei den deutschesten aller Filme, den Militärfilmen, mehr jener Oberlehrer- und Dienstmädchenmentalität, von der heute die Filmzensur beherrscht ist. Sie ist meist so plump und dick aufgetragen, daß es in der Tat ein Kunststück wäre, sie für „frivol" zu halten. Sie wirkt meist nur dumm, aber ihre „entsittlichenden Wirkungen", wenn man so will, sind sicherlich deshalb nicht geringer, nur weil sie sich volkstümlicher gebärdet.

In der „Cousine von Warschau" wurde eine Dialogstelle beanstandet, in der eine Frau, darnach befragt, ob sie ihren Mann liebe, antwortet: „Wenn ich das selber wüßte." Offenbar hat die Prüfstelle befürchtet, es könnte eine Menge Kinobesucherinnen sich, durch den Film angeregt, dieselbe Frage vorlegen und dann vielleicht zu einer ähnlichen Antwort kommen. Welche Gefahr für das deutsche Eheleben! Aber wenn der Herr Zensor schon so unendlich zartfühlend ist und eine solche Antwort einer Ehefrau für frivol und gefährlich hält, warum hat er dann z. B. den Film „Drei Tage Mittelarrest" passieren lassen, in dem das „ungenierteste" Liebesleben von Dienstmädchen und Soldaten gezeigt wird, in dem Offiziere behaglich schmunzeln, weil eine Köchin nicht den Vater ihres unehelichen Kindes finden kann, und ein Bürgermeister, der über den Verführer entrüstet ist, als lächerliche Figur erscheint? Das sind doch alles Dinge, die im Sinne der Filmprüfstelle eine „entsittlichende Wirkung" ausüben müssen.

Einfach darum, weil ihr diese „Richtung" liegt, während die andere ihr schon deshalb frivoler erscheint, weil sie einen leichteren Ton anschlägt und sich sublimierter gibt. Sie bejaht die Dienstboten- und Grenadier-Erotik und verbietet, über Liebe und Ehe anders zu denken. Also eine eindeutige und einseitige Geschmackszensur und damit eine Überschreitung der vom Gesetzgeber vorgesehenen Befugnisse, die allerdings im Wesen der Sache liegt. Es sind immer die reaktionärsten Elemente, die sich solcher Einrichtungen zu bemächtigen verstehen. Daran hätte die Sozialdemokratie denken sollen, bevor sie im Bunde mit dem Zentrum die unglückselige Filmzensur aus der Taufe hob.

K. Berger

Die „Alliance-Film-Gesellschaft", die den Film „Die Cousine aus Warschau" gedreht hat, erklärt, sie werde, falls das Verbot nicht aufgehoben werde, künftig auf die Herstellung von künstlerischen Filmen verzichten und nur noch Schwank-Filme drehen. (Die Gesellschaft plant u. a. die Verfilmung von Döblins „Alexanderplatz").

— — —

Die Filmprüfstelle Berlin hat einen Ufa-Tonfilm „D-Zug 13 hat Verspätung" nicht zugelassen. Begründung: 1. Es wird ein Attentat auf den Zug eines Staatspräsidenten eines Märchenlandes gezeigt: das wirke aufreizend und gefährde die öffentliche Sicherheit. 2. Es wird ein Kinobrand dargestellt: das müsse die Zuschauer beunruhigen. 3. Der Film spiele zwar im Ausland (in Wirklichkeit sogar in einem Fantasieland), aber das sei nicht deutlich genug.

Kinobrände und Eisenbahnattentate dürfen in Deutschland nicht vorkommen! Da ist sogar die Reichsbahngesellschaft vernünftiger: sie hatte, nach Prüfung des Film-Manuskripts, für die Aufnahmen einen Sonderzug und einen Bahnhof zur Verfügung gestellt.

Und daneben stand die hoffnungslose Menge, die nur reinlich war und sonst nichts Großzügiges und Lebendiges hatte, die zwar vorsätzlich kein Unrecht tat, aber durch ihre Teilnahmslosigkeit und ihre Unwissenheit sündigte, indem sie zu der landläufigen Unmoralität schwieg und davon Nutzen zog.

Ich wollte nicht länger mehr in den guten Räumen der Gesellschaft leben, es langweilte mich, es machte mich krank. Ich dachte an meine geistigen und idealen Freunde, an meine abgesetzten Prediger, entlassenen Professoren, an die reinlichdenkenden klassenbewußten Arbeiter. So kam ich zurück zu den Arbeitern, unter denen ich geboren war und zu denen ich gehörte. Ich wollte nicht höher klettern. Das mächtige Gebäude der Gesellschaft über meinem Kopfe hatte keine Reize mehr für mich. Nur die Grundmauern dieses Gebäudes haben noch Interesse für mich. Dort bin ich zufrieden bei meiner Arbeit, bin Schulter an Schulter mit geistigen idealen Menschen, mit klassenbewußten Arbeitern, die manchmal einen festen Hebebaum in die Hand bekommen, mit dem sie das ganze Gebäude ins Schwanken bringen. Eines Tages, sobald wir nur ein paar Hände, ein paar Brechstangen mehr bekommen haben werden, werden wir es gänzlich umwerfen, mit all seinem faulen Leben, seinen unbegrabenen Toten, seiner ungeheuerlichen Eigensucht und seinem abgelebten Materialismus. Dann werden wir das Kellergeschoß wieder wohnlich machen und ein neues Wohnhaus für die ganze Menschheit erbauen, in welchem es kein besonderes Empfangszimmer geben wird, in welchem alle Räume in gleichem Maße hell und luftig sind, und wo die Atmosfäre überall rein, edel und lebendig ist. Ich sehe vor mir eine Zeit, wo die Menschen auf etwas Wertvolleres und Höheres hinstreben als auf die Befriedigung des Magens, wo es höhere Motive geben wird, die Menschen zur Tat anzutreiben, als den Trieb des Magens. Ich behalte meinen Glauben an das Edle und Hervorragende im Menschen, ich glaube, daß die Freundlichkeit und Selbstlosigkeit der Seele über die heutige grobe Gefräßigkeit siegen wird. Und vor allem glaube ich an die arbeitende Schicht der Bevölkerung. Der Treppenaufgang der Zeit hallt beständig wider von hinaufgehenden Arbeiterschuhen und herabkommenden Lackschuhen.

(Aus dem Essay-Band „Revolution")

Gang ins Blumige

Das Hakenkreuz von vorne ist schon eine schöne Sache; aber auch die Rückfront ist lieblich und lustig. Wenn man sich durch die strengen Kolonnaden nationaler Polit-Wissenschaft, durch die scharfen, gesalzenen Ausbrüche stolzer Besessenheit hindurchgearbeitet hat, tut ein Gang durchs völkische Inseratengärtchen der Seele wohl; das Gemüt lacht und wackelt vor Freude mit dem Bäuchlein. Wen oder was trifft man denn da, welche blauen Mauerblümchen lächeln uns freundlich an?

Schau, schau, Kollegen strahlen uns entgegen: „Pg., erstklass. Schriftsteller, rasch, pointiert, kernerfassend, auf allen Gebieten vom Leitartikel bis Briefkasten bewandert, fähig auch Redaktion für Zeitung oder Zeitschrift zu führen, steht zur Verfügung." Ach, kernerfassender, pointierter Freund und Handwerksgenosse, hätt' ich doch einen Briefkasten: ich würd' ihn freudig dir zur Verfügung stellen, bis zum Leitartikel, wenn's sein müßte. Wir würden ein fideles Geschäft aufmachen, und uns zu diesem Behufe noch einen Dritten holen, wie den, von dem es heißt: „Nationalsozialistischer pol. Schriftsteller, für schlagartige Berichte geeignet, gesucht." Das wäre ein löblich Triumvirat, fürwahr. Indes du vom Leitartikel bis zum Briefkasten kernerfassend zur Verfügung ständest und er schlagartig aber emsig berichtete, ließ' ich mir was vorspielen. Was denn und von wem denn? Das verrät dir das neckische Inserätchen: „Jede S.A.-Kapelle spielt Deutsche Helden." Nicht nur die S.A.-Kapelle! Wer bei euch spielte denn nicht deutsche Helden?

Ach, und wie gern erinnert man sich seiner Heldentaten! Wie gern läßt man sich seine stolze Erinnerung was kosten! Für acht lumpige Mark schon bekommt man zum Beispiel ein Souvenir an unvergängliche Taten: „Zur Erinnerung an den Auszug der N.S.D.A.P. aus d. Reichstag kauft jeder Pg. unseren Trommler (38 cm hoch)." Trommler, trommle; hinter dir marschiert ein Heer, geschmückt mit „Hakenkreuzschmuck, Abbildungen gratis". Wer liefert die raunende Rune auf silbernem Ring? Wer anders als der Pg. mit dem urarischen Namen: „Pg. W. Levin, Goldschm. in Artern a. Kyffh."! Wabernd umwoget Wotans Wallebart wunschvoll-wonnig den wahrhaft deutschen Weihenamen.

Levins hakenkreuzgeschmückten Silberring am deutschen Goldfinger taste ich mich suchend durchs blühende Beet der Annoncen, nach Taten dürstend. Siehe da: Aufgaben harren des deutschen Mannes, die allzulange mir unbewußt geblieben, durch jüdische Hinterlist mir schmählich vorenthalten. Es erklinget der Ruf an mein germanisch Ohr: „Werte Parteigenossen u. -freunde! Als holsteinischer Parteigenosse bitte ich um gütigste Unterstützung, da ich meine Reklame nur der Presse der N.S.D.A.P. überlassen habe." Nicht ungehört soll dein Ruf verhallen, du Treuer! Gleich heische ich von dir zehn zum Bersten volle Wagenladungen Rosen, Dahlien, Gladiolen und Fichten. Und auch dir soll geholfen werden, der du männlich herrisch mich anrufst: „Nationalsozialisten heraus! Zur Einführung eines nicht von jüd. Firmen hergestellten Geflügelfutters!" Du hast das erlösende Wort gesagt: gebrochen werde die Hegemonie des jüdischen Geflügelfutters! Nur von deutschen Körnern sollen deutsche Hühner sich nähren; so allein züchten wir die nordische Edelrasse im Geflügelhof.

Fort mit dem jüdischen Einfluß! Wo er herrscht, werde er vernichtet, mit allen Mitteln, und sei's mit schnödem Mammon. Den Beutel gezückt, Kameraden, wie wir sonst das Schwert zu zücken gewohnt sind: „In den Krallen der Juden! Rheinländerin sucht sofort M. 130 000 infolge Hyp.-Kündigung." Hier muß geholfen werden; lange genug hat jüdisches Geld im treudeutschen Haus gesteckt: hinaus mit ihm, fort mit dem stinkenden Hebräergold — wenn der schnöde Wucherer es denn durchaus zurückhaben will.

Lasset uns stoppen, Freunde. Entschreiten wir dem leuchtenden Blumengarten des Inseratenteils. Man muß nicht alles auf einmal hinabschlingen; morgen ist auch ein Tag; auch er wird uns zwingen, nach der männermordenden Lektüre des politischen Teils in den Annoncenbeeten Entspannung und Erholung zu suchen.

Mara Bu

An die Leser

Trotz der schlechten Wirtschaftslage, die viele finanziell gut fundierte Zeitungen schwer erschüttert, ist die Auflage der Sonntags-Zeitung seit Beginn dieses Jahres gestiegen. Das ist vor allem der Werbearbeit derjenigen Leser zu verdanken, die ihre Nummern weitergeben, die Zeitung immer wieder ihren Bekannten empfehlen oder dem Verlag Adressen für Probenummern mitteilen. Das sind die billigsten und erfolgreichsten Arten der Propaganda. Eine andere Art ist die, in Ortsgruppen von Parteien oder Vereinen und in Versammlungen Zeitungen zu verteilen.

„Die Auflage verdoppelt sich, wenn jeder Leser einen neuen Abonnenten wirbt", ist ein Werbespruch mancher Zeitungen. Wir wollen uns nicht zu dem Optimismus dieses Wenn-Satzes versteigen, sondern bescheidener sagen: wenn die Leser fortfahren, in der bisherigen Weise zu werben, dann wird sich der Leserkreis auch in Zukunft vergrößern. Wer daran mithelfen will, möge also die S.-Z. weiter empfehlen oder Adressen für Probenummern schicken (unter ihnen womöglich nicht allzuviel Anschriften von Nationalsozialisten, die wir vom Hakenkreuz erretten sollen) oder ältere Nummern zum Verteilen anfordern vom

Verlag der S.-Z.

Düsseldorf

Der Prozeß Kürten, auf den „die Augen der ganzen Welt" gerichtet waren, hat ein eigenes Gesicht gehabt. Es war vielleicht das erstemal in Deutschland, daß sich ein Gericht bereitgefunden hat, den Angeklagten in ausführlichster Ausführlichkeit über sich und seine Taten reden zu lassen. Kürten hat die große Chance bekommen, die man jedem wünschen möchte, der vor den Richtern steht: uneingeschränkt, bis in alle Einzelheiten, sich selbst zu schildern, seine eigene Charakteristik zu geben.

So erfreulich diese Großzügigkeit des Gerichtshofs war, so unangenehm war die Art, wie Kürten von ihr Gebrauch gemacht hat. Stand man ihm von vornherein mit der Anteilnahme und dem Mitleid gegenüber, die einem so unglücklich Veranlagten gebühren, so machte er es einem von Tag zu Tag schwerer, die aufkeimende widerliche Empfindung zu unterdrücken, daß man die schminkfreudige Selbstporträtierung eines unaufrichtigen Menschen mitansehen mußte. Die muckerische Selbstherabsetzung, der pfäffische Schauder vor der eigenen Schlechtigkeit, die der da servierte, die gutgelernte und paradierend vorgetragene Schilderung der eigenen Krankhaftigkeit, das medizinische Gutachten, das so vollständig ausgeführt und so selbstgefällig daherdoziert war, daß dem Fachmann nicht mehr viel zu sagen übrig blieb — dieses ganze anspruchsvolle Agieren vorn an der Rampe, im freudig aufgesuchten vollen Strahl der Lichter, das dazu noch eine allzugute und sachkundige Regie verriert, die beobachtend und lenkend hinter der nächsten Kulisse stand: alles das war höchst abstoßend.

Der Gipfel dieser großen Szene wurde erreicht und überschritten, als der Akteur mit Pathos und anklagender Geste sein letztes Wort sprach. Er griff in den Busen und präsentierte uns sein Entsetzen über die schlechte Welt: schalt die Alkoholverkäufer, die „Propagandeure der Gottlosigkeit" und die Revolverblätter, die — angeblich — blutrünstige Schauderberichte über ihn brächten, und bekannte in theaterhafter Erschütterung, es sei ihm „ein bitterer Stachel, daß Leute wie Dr. Wolf und Frau Dr. Kienle frei herumlaufen, die sich mit dem Blute von mehr als fünfhundert Menschen besudelt haben".

Wenn noch ein Zweifel darüber bestanden hätte, wo die Manager dieses unwürdigen, komödienhaften Spiels sitzen, so hätte die „Koblenzer Volkszeitung", ein Zentrumsblatt, ihn zerstreut: sie jubelte, die katholische Presse sei nicht allein gewesen auf dem „Kampfplatz"; katholische Pädagogen, Sozialbeamtinnen und Priester seien während des Prozesses immer anwesend gewesen; die katholischen Blätter des Inlands und Auslands seien organisiert gewesen, um „zunächst einen Damm der Abwehr zu schaffen gegen eine gefährdende Sensationsberichterstattung". Es durften nur solche Sensationen in die Presse kommen, die zur höheren Ehre Gottes zu dienen geeignet waren: Kürtens schmalziges Zurückdenken an den „schönsten Tag im Leben eines jeden Menschen, den Tag der ersten Kommunion", seine Angriffe auf die verruchten Gottlosen, seine augenrollende Entrüstung über die beiden Ärzte. „Wir wollten auch eine öffentliche Meinung schaffen", sagt das genannte Blatt. Sie haben dazu ihr Bestes getan; dafür, daß es nichts Gutes geworden ist, können sie nichts; wer kann gegen seine Natur!

Mit Kürten ist ein frivoles Spiel getrieben worden. Sein Leben war verfallen, und eine kulturpolitische Gruppe hat diesen Verlorenen benutzt, um durch ihn vor aller Welt ihre private Sache marktschreierisch ausrufen zu lassen; dieser Todeskandidat mußte mit einem verdienstlichen Werk von der Bühne abtreten; die Gelegenheit war günstig: alles hörte nach Düsseldorf, alles lauschte, was dieses Monstrum sagen würde — und im Angesicht des Schaffots gab es den sicher nicht von ihm formulierten Protest einer kulturreaktionären, jeder geistigen Entwicklung todfeindlichen Weltanschauung von sich.

◆

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; er kann gehen. Kürten ist neunmal zum Tode verurteilt worden. Die Sachverständigen, lauter Psychiater, haben ihn für voll verantwortlich erklärt. Sadismus — das ist der Tenor ihrer Ausführungen — ist eine im Grunde normale Angelegenheit, bitteschön: so modern sind wir; und weil sie normal ist, gibt es bei ihr natürlich keinen Ausschluß der freien Willensbestimmung (so altbacken seid ihr!). Unter den Sachverständigen war keiner der bekannten, autoritativen Sexualforscher Deutschlands, kein einziger Psychoanalytiker: die Schulpsychiatrie hat dem Gericht genügt; die Alltagspsychiatrie, die mit hergebrachter Scholastik die pathologischen Erscheinungen registriert, die „Fälle" nach ihren Symptomen rubriziert und die Ursachen unangetastet eingesargt im Unterbewußtsein ruhen läßt, hat ihr Wort sagen dürfen; weiteres wurde nicht für nötig gehalten.

◆

Das Todesurteil ist gefällt — wird es vollstreckt werden? Der preußische Justizminister hat schon 1928 erklärt, er werde keine Vollstreckung mehr anordnen, bis die Frage der Todesstrafe überhaupt gelöst sei. Aber bei Kürten scheint man eine Ausnahme machen zu wollen; sein Kopf wird vielleicht fallen. Unnötig, zu sagen, daß dieses Leben nicht besonders erhaltenswert erscheint. Trotzdem wäre es eine katastrofale Inkonsequenz, Kürten hinzurichten. Wenn man grundsätzlich und aus stichhaltiger Überlegung heraus die Todesstrafe ablehnt oder aufgehoben hat, darf man nicht aus Gefühlsgründen das Prinzip zeitweilig außer Kraft setzen, sobald es einmal ernst wird, das heißt: wenn das Vergehen einmal besonders schwer, besonders kraß erscheint. Der Fall Kürten ist die Probe aufs Exempel; wird Kürten hingerichtet, so wird nicht nur er geopfert, sondern das Prinzip.

Max Barth

Die normale Bestie

Im Prozeß gegen den Düsseldorfer Vampyr ist die hauptsächliche Bemühung der Justiz darauf gerichtet, den Peter Kürten als ein durchaus durchschnittliches Geschöpf Gottes erscheinen zu lassen. Was der Mann alles angerichtet hat, das ist aus den diskreten Berichten der Tagespresse nicht zu ersehen. Der Korrespondent einer deutschnationalen Zeitung telefonierte seinem Blatt die Erzählung Kürtens von dem Ende der kleinen Albermann. Wie er das Kind auf dem Arm herumgetragen, dann gewürgt, wieder getragen und endlich gestochen habe. Die keusche Redaktion strich das Würgen und Stechen. Es blieb nur, daß Kürten das Mädchen auf den Armen getragen hat. Von den Anfällen wütenden Blutdursts, in denen Kürten sich auf seine Opfer, Frau oder Mann, stürzte, erfährt man nichts. Nichts davon, wie er den Strahl Blut mit dem Mund auffing, der warm aus der Halsschlagader aufspritzte. Nichts von den Schafen, die er würgte, von dem Schwan im Düsseldorfer Hofgarten, dem er den Hals abriß, um sein Blut zu trinken.

Diese Tendenz ist so zu definieren: Peter Kürten soll mit allen Mitteln verniedlicht werden. Denn nur dann kann der Prozeß, das Todesurteil und besonders die Exekution der Todesstrafe verstanden werden, auf die man zielbewußt hinsteuert.

Klar, daß die Einzelheiten der Kürtenschen Kriminalreportage nicht in die Tageszeitungen gehören. Sie gehören nämlich in eine Pathologia sexualis, und nur dorthin. Aber eben das muß vernebelt werden, damit der arbeitslose Henker wieder sein Beil schleifen darf. Seitdem die Darstellung von Jakubowskis Tod Deutschland erschüttert hat, war schlechte Zeit für sein Gewerbe. Jetzt will man ihm wieder Beschäftigung schaffen, indem man eine Bestie liefert. Aber sie sei nicht allzu bestialisch, sonst fällt der Plan ins Wasser. Es muß sozusagen eine normale Bestie sein.

Juristisch gesprochen: Kürten darf nicht unzurechnungsfähig sein, und er muß mit Überzeugung gehandelt haben. Darum werden sein vorzügliches Gedächtnis und sein scharfer Intellekt herausgestrichen. Man sagt ihm geradezu Elogen über das ausgezeichnete Funktionieren seines Denkapparats. Man konnte mit gutem Grund Kürten für ewige Zeiten in einer Irrenanstalt verschwinden lassen; so war die Gesellschaft von ihm befreit, und das Ärgernis, das man angeblich befürchtet, war vermieden. Statt dessen wurde diese „öffentliche" Gerichtsverhandlung arrangiert, die keineswegs so öffentlich ist, wie es scheinen soll. Als einer der zugelassenen Korrespondenten einen wahrheitsgetreuen Bericht von der halb geheimen Verhandlung hinausgehen ließ, entstand eine furchtbare Aufregung, der Draht wurde warm von den dringlichen Beschwörungen, das Referat zu verfälschen. Die ganze, von langer Hand angelegte Aktion war in Gefahr, wenn die Öffentlichkeit erkannte, daß hier einem Wolf, keinem domestizierten Lebewesen der Prozeß gemacht wurde.

(„Tagebuch")

Das Fallbeil wirkt

Noch immer gilt die seinerzeit allen Länderministerien vom Reichsministerium der Justiz zuteilgewordene „Empfehlung", ausgesprochene Todesurteile nicht vollstrecken zu lassen. Die Länder haben sich auch daran gehalten — mit Ausnahme von Württemberg, das am 21. Juni 1930 den Mörder Zell in Ravensburg geköpft hat. (Staatspräsident: Bolz, Zentrum.)

Ein Beispiel ist damit gegeben; der fromme Eifer, es nachzuahmen, ist entflammt: das bayrische Gesamtministerium hat das Gnadengesuch des Mörders Tetzner abgelehnt. Er soll von Rechts wegen abgemurkst werden. Das katholische Bayern wird sich doch nicht lumpen lassen!

In Düsseldorf ist Kürten für überzählig erklärt worden, und das preußische Staatsministerium soll geneigt sein, die Hinrichtung vollziehen zu lassen. Auch hier steckt der Klerikalismus dahinter. Er hat den Prozeß aufgezogen, hat aus einem vors medizinische Forum gehörenden Fall ein Schauerstück für die Jahrmarkts-Schmiere gemacht, bei dem der Hauptakteur, ehe das gerechte Beil ihn fällte, an die Rampe trat und eine moritätlich abgestimmte Mahnung ans Publikum richtete: „Seid brav von Kind auf, gehorcht euren Eltern, treibt nicht ab, geht zur Kirche, sonst verfallt ihr dem Teufel und es geht euch wie mir!"

Von der Sozialdemokratie ist kein ernstlicher Widerstand gegen die Hinrichtung Kürtens zu erwarten: um Gottes willen — da könnte ja die Preußenkoalition in Trümmer gehen!

Über Leben und Sterben entscheidet das Zentrum. Die Kirche und ihr politisches Werkzeug hält mit eiserner Strenge darauf, daß Blut fließt. Diejenige Weltanschauung, die immer wieder bombastisch die Heiligkeit des Lebens verkündet und den göttlichen Ursprung, die göttliche Bestimmung des Menschenlebens lehrt, duldet nicht, daß das Leben erhalten bleibt: der Kopf muß ab.

Karl Fehr

Die Ahnungslosen

Wie „lebensnah" unsere Justiz ist, zeigt folgender Ausschnitt aus einem Bericht der „Welt am Abend". Der Scheidungsrichter zum Beklagten: „Sie weigern sich, Ihrer Frau die vom Gericht festgelegte Summe zum standesgemäßen Unterhalt zu zahlen?"

„Ich kann nicht."

„Aber Sie sind doch als schuldiger Teil erkannt worden!"

„Ich kann nicht. Ich bin seit anderthalb Jahren erwerbslos."

„Was heißt das — Sie können nicht? 30 Mark werden Sie schon noch im Monat aufbringen können."

„Ich kriege ja man bloß knapp 50 Mark Stempelgeld im Monat."

„Wenigstens etwas können Sie doch davon erübrigen?"

„Das soll mir der Herr Richter erst mal vorrechnen!"

„Was ist denn das für 'ne Antwort?! Werden Se bloß nich noch renitent! Sonst nehme ich Sie hier gleich in Strafe."

Der Mann schweigt. Der Richter beruhigt sich, fragt weiter, nicht etwa grob, nicht etwa gefühlsroh, nein ganz einfach ... ahnungslos: „Und weshalb suchen Se sich denn keine Arbeit?"

Gebt mir die richterliche Gewalt, dann könnt ihr die ganze papierene Welt eurer Gesetze und Verordnungen behalten; ich mache mich anheischig, das euern Gesetzen widersprechendste System zum Triumf zu bringen.

Jules Michelet

Der Fall Schmerz

Wie aus Graz berichtet wird, ist das gegen Professor Dr. Schmerz anhängig gemachte Strafverfahren wegen Körperverletzung — begangen durch planmäßige Unfruchtbarmachung einer Anzahl von Männern auf deren Wunsch — eingestellt worden, nachdem der Angeklagte in der ersten Instanz verurteilt worden war.

Professor Schmerz, der sozialistische Chefarzt einer Heilanstalt der Angestellten-Krankenkasse in Graz, hatte Ehemännern, die wegen Erkrankung der Frau oder aus wirtschaftlichen Gründen keinen Kindersegen mehr wünschten, durch Unterbindung der Samenstränge vorübergehend die Fortpflanzungsfähigkeit genommen. Für die Ausführung des technisch leichten Eingriffs nahm er gewöhnlich 200, von sozialdemokratisch Organisierten nur 30 Schilling Honorar (18 Mark). Das Gericht stellte sich in der ersten Instanz auf den Standpunkt, daß die Operation die Tatbestandsmerkmale der „Zufügung von Körperschäden leichter Natur mit sichtbaren Merkmalen und Folgen, die vorsätzlich zugefügt sind", aufweise, und verurteilte Professor Schmerz zu einer ziemlich hohen Geldstrafe. Es wurde dabei ausdrücklich betont, daß die Einwilligung der Operierten an der Rechtswidrigkeit nichts ändere. Natürlich ließ sich auch der zuständige Ärzteverein nicht lumpen: er schloß den Professor einstimmig aus, „weil er sich mit seinen die Zukunft des deutschen Volkes schädigenden Entmannungseingriffen in Gegensatz zu den ethischen Anschauungen des deutschen Ärztestandes gesetzt habe".

Sparsam

Ein Schwerkriegsbeschädigter aus Neuenbürg im württembergischen Schwarzwald muß, wenn er sich von einem Orthopäden behandeln lassen will, nach Stuttgart. Zum Orthopäden ins nahe badische Pforzheim darf er nämlich nicht fahren. Daß er jedesmal (und bei künstlichen Gliedern gibt's oft etwas zu reparieren) statt einer starken halben Stunde sechs Stunden auf der Bahn sitzt, daß ihm das Fahrgeld und ein ganzer Tag Verdienstausfall bezahlt werden müssen, das spielt keine Rolle.

Ein Gesuch, sich vom Arzt in Pforzheim behandeln lassen zu dürfen, ist abgelehnt worden. Daß die betreffenden Versorgungsämter derartiges auf dem Verrechnungsweg erledigen, ist ausgeschlossen, da Baden eben feindliches Ausland ist. Im übrigen geben solche Kosten (sie summieren sich) Gelegenheit, über den hohen Versorgungsetat zu jammern und eine Senkung der Renten zu fordern.

Kleinigkeiten

Angeblich. Meldung des sozialdemokratischen Pressedienstes: „Die kommunistische Reichstagsfraktion hat dem Reichstagspräsidenten einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags zugehen lassen. Sie begründet diesen Schritt mit angeblichen sozialreaktionären Plänen der Regierung." — Schon möglich, daß die Redakteure des Pressedienstes nichts spüren von den Wirkungen der „angeblichen" Pläne.

Blinder Eifer. Das Reichskabinett will sich demnächst mit der Reichsreform beschäftigen. — Schon wieder! Bitte, ja nichts überstürzen!

Neues Schulfach. Die „Deutsche Zeitung" möchte unsere Jugend zu guten Staatsbürgern erzogen wissen und macht deshalb den Vorschlag: „Ebenso gut wie die körperliche Ausbildung an der Schule erfolgt, sollte das Karabinerschießen zum Pflichtfach gemacht werden. Es geschieht nicht, um aus den Schülern Kunstschützen oder Krieger zu machen, sondern um in ihnen die Freude am Schießen zu wecken und ihnen beizubringen, daß das Schießen künftig zur Erziehung als Staatsbürger gehört." — Sollte man ihnen nicht auch gleich Unterweisung im „Nahkampf" beibringen?

Deutschtum in Not. Aus einem in Gottfried Traubs „Eisernen Blättern" veröffentlichten Brief eines Deutschen in Australien: „... Ich bin fast der Meinung, daß es noch nicht ganz hoffnungslos aus ist um das Deutschtum, wenn nur von Deutschland mehr von gelehrten und gebildeten Leuten uns hier regelmäßig besuchen könnten, von der Kunst und Großartigkeit Deutschlands und auch über deutscher Historie uns alles klar machen täten. Aber über alles, was den besten Eindruck geben tät, wären doch Bilder, allermeist Bilder über den deutschen Militär. Wir haben hier noch nie Bilder von deutschen Reichswehr gesehen. Das tät gewiß einer echte und dauernde Interesse aufwecken in uns." Traub meint, man fühle schon an der Sprache, in welcher Not sich das Deutschtum in Australien befinde. — Man merkt's auch am Inhalt.

Haltet den Dieb! „... Schutztruppen des Börsenkapitals, Reichsbanner und Rotfront ..." — Wo steht das? Natürlich im „Völkischen Beobachter", dem Blatt aller wahren Antikapitalisten, dem Organ der Partei, die noch nie einen Pfennig von Banken, Industriellen, Gutsbesitzern, prinzlichen Millionären und Großhändlern bekommen hat.

Ist das deutsch? Goebbels „Angriff" hat mit Wonne die Nachricht gebracht, daß Kürten Mitglied des Reichsbanners gewesen sei: wenn er „der Polizei nicht endlich doch in die Hände gefallen wäre, dann hätte er heute sicherlich einen leitenden Posten in Hörsings Schufo inne. Daß er die Qualität dazu besitzt, hat er ja bewiesen." — Schmutziger kann man den politischen Kampf kaum mehr führen.

Kleines Versehen. Aus dem „Angriff": „So urteilen unsere Inserenten über den Werbewert des „Angriff". Eines von zahlreichen uns unaufgefordert zugegangenen Anerkennungsschreiben: Auf Ihren Wunsch bestätige ich Ihnen gern, daß ich mit dem Erfolg meiner Insertion im „Angriff" zufrieden bin. Gustav Cords."

Deutsch, elegant, vornehm, wirkt, laut Inserat im N.S.-Kurier, die gesetzlich geschützte Krawatte mit dem Hakenkreuz. — Die inserierende Firma Meyer in Nürnberg wird nicht ruhen, bis das Hakenkreuz allen Deutschen zum Hals heraus hängt.

Empörend. Die deutsche Waldlaufmeisterschaft ist von einem gewissen Herrn Kohn aus Berlin gewonnen worden. — Ausgerechnet Kohn! Und das im deutschen Wald!

Hochbetrieb in Genf. Die Völkerbundskommission „zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels" hat eine Denkschrift über den schlechten Einfluß der Schönheitskonkurrenzen auf den Charakter der Schönheitskönigin von sich gegeben. Eine Anzahl der prämierten Schönen soll sich, stellt die Kommission besorgt und stirnrunzelnd fest, von Glück und Freude strahlend schnurstracks in den Rausch unsittlichen Lebens gestürzt haben. Und da müsse der Völkerbund nach dem Rechten sehen. — Völkerbund, deine Sorgen möcht ich haben!

Gefährlicher Anreiz. Gegen den Dietrich-Film „Marokko" haben einige Verbände, die sich die Bekämpfung der Fremdenlegion zur Aufgabe gemacht haben, Einspruch erhoben. In dem Film sieht man u. a. einen Fremdenlegionär mit einer schönen Frau zusammensitzen; das sei ein Anreiz für viele junge Deutsche, in die Fremdenlegion einzutreten.

Wir haben es ja. Der „Reutlinger Generalanzeiger" macht einige Angaben über den Aula-Erweiterungsbau an der Tübinger Universität. Die Ausstattung sei üppig und oft geradezu luxuriös: „Marmorwände und Marmorsäulen aus einem Stück gehauen. Marmor, hochwertig und vom Ausland, wohin das Auge blickt. Das Vestibül ein Schmuckkasten, der Festsaal in blendender Pracht. Die Möblierung des Hauses entsprechend: Kirschbaum und ausländisches Birkenholz. Sogar die Erfrischungsräume sind von dieser üppigen Pracht nicht ausgenommen." — Der Bau kostet die Kleinigkeit von 6,4 Millionen.

Menschen im Zuchthaus. Das aus dem Mordprozeß Ulbrich bekannte Lieschen Neumann hat im Frauengefängnis in der Barnimstraße in Berlin einer Tochter das Leben geschenkt. Nach den Bestimmungen des heute geltenden Strafvollzugs kann sie das Kind einige Monate bei sich im Gefängnis behalten. — Was wird das für ein Leben werden, das im Zuchthaus begann?

Wird Sekt Volksgetränk? Die Vereinigung Rheinischer Sektkellereien in Wiesbaden hat beschlossen, die Kleinverkaufspreise der ausgesprochenen Markenartikel um eine Mark pro Flasche zu ermäßigen. — Wenigstens ein kleiner Silberstreifen am trüben Horizont des Preisabbaus.

Logik. Generaldirektor Wassermann in einer Rede auf der Generalversammlung der DD-Bank: „Der Kapitalismus ist nicht am Ende seiner Kraft; das beweist gerade die Krisis. Sie kann nämlich ihrer Natur und aller Erfahrung nach nur eine lebensfähige, in ihrer Grundlage gesunde Wirtschaft befallen." — Wenn Sie also einmal krank werden, so beweist das, daß Sie gesund sind.

Figaro als Finanzminister. Die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Friseure im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. Oder hat auf einer Tagung gefordert, daß eine Reichs- oder Staatssteuer auf jede Klinge für einen Selbstrasierapparat gelegt werde. — Die Gewerkschaft Deutscher Rotundenfrauen hat daraufhin beschlossen, die Besteuerung jedes in einem Privathaushalt verbrauchten Stückes Klosettpapier zu verlangen.

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde: Samstag, 2. Mai, 20 Uhr, im Lokal Stecher, Sofienstraße 19, Gildenabend. Otto Schuster spricht über „Lesefrüchte".

Ettlingen. Die Deutsche Friedensgesellschaft zeigt am Mittwoch, den 6. und Donnerstag, den 7. Mai, 20 Uhr, in den Union-Lichtspielen die Filme „Shanghai" und „Sturm über Asien".

Karlsruhe. Leser der S.-Z. und Mitglieder der Friedensgesellschaft: Samstag, 9. Mai, 20 Uhr, Jagdzimmer Friedrichshof, Karl Friedrichstr. 28. Dr. Schairer spricht über das Thema: „Nationaler Sozialismus".

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 5

Stuttgart, 10. Mai 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 19

Gegenseitige Hilfe

Die kürzlichen Betriebsrätewahlen in der Druckerei des „Völkischen Beobachters" haben folgendes Ergebnis gehabt: freie Gewerkschaften 293 Stimmen (5 Sitze im Betriebsrat), Kommunisten 103 Stimmen (3 Sitze), Nationalsozialisten 27 Stimmen (kein Sitz).

Ein Ergebnis, das Stoff zu einigem Nachdenken liefert.

Die Herstellung des nationalsozialistischen Zentralorgans erfolgt also keineswegs ausschließlich oder vorwiegend durch Gesinnungsgenossen. Nur 6,4 Prozent der Belegschaft des „Völkischen Beobachters" sind „Pgg.". Die Geschäftsleitung mag das vielleicht bedauern; aber unter den Buchdruckern — die Buchdrucker sind immer eine gewisse geistige Elite der Arbeiterschaft gewesen — gibt es eben nur sehr wenig Nationalsozialisten. Vielleicht aber oder wahrscheinlich ist es der Leitung des völkischen Blattes vollkommen gleichgültig, was für ein Parteibuch die Setzer und Drucker in der Tasche haben. Bezahlt werden sie nicht nach der Gesinnung, sondern nach dem Tarif, und der ist der gleiche für Gerechte und Ungerechte.

Schon eher möchte man sich von der andern Seite her wundern: daß Sozialdemokraten und Kommunisten offenbar gar nichts dabei finden, ein nationalsozialistisches Blatt zu setzen und zu drucken. Gewiß: die ganze bürgerliche Presse wird von Sozialdemokraten und Kommunisten hergestellt. Aber der Fall „Völkischer Beobachter" liegt doch besonders grotesk. Wie mag es einem klassenbewußten Kommunisten oder einem Mitglied des Reichsbanners Schwarz-rot-gold zu Mute sein, wenn er Aufsätze setzt und vervielfältigt, in denen es von Beleidigungen seiner Gesinnungsgenossen nur so wimmelt? Denkt er sich denn gar nichts dabei, fühlt er sich nicht als mitverantwortlicher Helfer bei einem Unternehmen, das gegen seine eigenen Interessen gerichtet ist, ja als Komplize einer unsauberen Intrige, als die ihm doch die ganze völkische Politik von seiner eigenen Parteipresse fortwährend dargestellt wird?

Anscheinend nicht. Sonst täte er nicht mit, nicht wahr? Man hat noch nichts davon gehört, daß das Personal des „Völkischen Beobachters" etwa einmal die Arbeit verweigert habe, weil auf seinem Papier gar zu üble Sätze über die Marxisten oder die rote Mordpest verbreitet worden wären. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten beim „Völkischen Beobachter" stehen auf dem Standpunkt, daß sie nur mit dem Buchstaben, der Farbe, den Maschinen zu tun haben, aber nichts mit den Sätzen, mit den Behauptungen und Folgerungen, die vermittels jener Mittel in die Öffentlichkeit getragen werden.

Ist dieser Standpunkt richtig? Ist er nicht etwas bedenklich? Erinnert er nicht von ferne an das zynische „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing"', mit dem schon mancher Charakterlose sich selber oder anderen gegenüber seine Schwäche bedeckt hat, mancher Beamte, mancher Pfarrer, auch mancher „Gelbe" unter den Angestellten und Arbeitern? Revolutionäre jedenfalls werden die Leute beim „Völkischen Beobachter" keine sein, auch die nicht, die kommunistisch gewählt haben.

Aber wenn nun die 396 Sozialisten oder wenigstens die 103 — denn die werden es doch sicher sein! — eines Tages wirklich fänden, daß sich die Arbeit in einer nationalsozialistischen Druckerei für sie nicht schicke, und kündigen würden? Was wäre dann?

Dann würden im Handumdrehen 103 andere an ihrem Platze stehen, und sie selber mit ihrem empfindlichen Gewissen könnten stempeln gehen.

Würden Sie das vorziehen? Ja? Allen Respekt, aber da sind Sie eine Ausnahme. Leider, leider ist es so, daß die wirtschaftlichen Krisen, während deren die Arbeiter sich alles gefallen lassen müssen, auf diese häufig nicht revolutionierend wirken, sondern eher gegenteilig. Wenn heute Mangel an Buchdruckern herrschen würde statt Überfluß, dann müßte der „Völkische Beobachter" vermutlich seine Suppen etwas vorsichtiger salzen. Auch eine tragische Ironie: wenn der Arbeiter am meisten Anlaß hätte, gegen das kapitalistische System zu rebellieren, dann fehlt ihm die Kraft dazu; und wenn es ihm etwas besser geht — in der Hochkonjunktur —, dann scheint ihm der zureichende Anlaß zu fehlen.

Wenn die Arbeiter einig und wenn sie gut geführt wären, dann könnten sie den Kapitalismus aus seinen Angeln heben, ohne Zweifel. Was für eine Macht liegt bloß in den Händen der Buchdrucker, ohne daß sie sich deren bewußt sind! Man stelle sich vor, daß eines Tages (nach sorgfältiger organisatorischer und finanzieller Vorbereitung, die durchaus denkbar wäre) an sämtlichen bürgerlichen Zeitungen das technische Personal in Ausstand träte! Oder wenn das zu kühn fantasiert ist: warum haben die sozialdemokratische Partei oder der Verband der deutschen Buchdrucker nicht drei Wochen vor den Septemberwahlen 1930 aus sämtlichen Nazidruckereien das Personal herausgezogen, indem sie jedem Kollegen Weiterbezahlung seines Verdienstes bis zu anderweitigem Unterkommen garantiert hätten? So etwas wäre möglich. Es geschieht nicht: weil die Arbeiter nicht einig und weil sie nicht gut geführt sind.

Und deshalb ist es so, daß Sozialisten den Kapitalismus erhalten helfen.

Ist es ein Trost, daß auch die Kapitalisten nicht einig und schlecht geführt sind; und daß unsere deutschen Kapitalisten sich gegenwärtig große Mühe geben, eine sozialistische Wirtschaft aufbauen zu helfen — in Rußland?

Erich Schairer

Deutsches Öl

Die deutsche Erdölproduktion hat betragen (in Tonnen):

1921	38 000	1926	95 000
1922	42 000	1927	97 000
1923	51 000	1928	92 000
1924	59 000	1929	104 000
1925	79 000	1930	170 000

Im laufenden Jahr wird die Ausbeute weit über 200 000 Tonnen sein, da verschiedene starke Quellen erbohrt worden sind.

Das Wichtigste

„Ankurbelung" durch Kredite?

Die von der Regierung eingesetzte Kommission, die Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit machen soll, die sog. „Brauns-Kommission", hat ihr zweites Teilgutachten vorgelegt. Das Gutachten schlägt vor, die Regierung solle sich um die Aufnahme eines langfristigen Auslandskredites bemühen. (Das erste Teilgutachten hat Verkürzung der Arbeitszeit gefordert.)

Am gleichen Punkt

Es kann nichts schaden, sich einmal die Entwicklung der deutschen inneren Politik seit einem Jahr ins Gedächtnis zurückzurufen.

März 1930: Die SPD wird aus der Regierung gegangen. Anlaß: Meinungsverschiedenheiten über die „Reform" der Sozialversicherungen. Tieferer Grund: Zentrum und Deutsche Volkspartei glauben, den (für das Monopolkapital notwendigen) Angriff auf die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse nicht mit der SPD durchführen zu können. Brüning wird Kanzler. Sein Sanierungsprogramm wird im Frühsommer von der KPD, der SPD, den Deutschnationalen und den (damals noch schwach vertretenen) Nationalsozialisten abgelehnt; der Reichstag wird aufgelöst, das Programm durch eine Notverordnung in Kraft gesetzt.

Wahlkampf. Schärfste Gegnerschaft zwischen SPD und Brüning („Doch mit den Ärmsten aller Armen, da hat Herr Brüning kein Erbarmen"). Zentrum und deutsche Volkspartei nehmen offen den Kurs auf eine Rechtsregierung.

Das Anwachsen der Nationalsozialisten und ihre übertriebenen Forderungen verhindern zunächst die Bildung einer Rechtsregierung. Trotzdem sind die Nationalsozialisten für Brüning sehr nützlich, denn durch die beständige Drohung mit einer Regierung Brüning-Frick kann er die Sozialdemokraten zwingen, ihn bei der Durchführung seines Sanierungsprogramms zu unterstützen, obwohl dieses Programm in Herabsetzung der Besitzsteuern, Erhöhung der Zölle und Massensteuern und im Angriff auf Gehälter und Löhne besteht.

Das Bündnis Brüning-SPD hat den Winter über gehalten. Und jetzt stehen wir wieder am gleichen Punkt wie vor einem Jahr, nur auf einer höheren Stufe der Entwicklung. Die Krise hat sich verschärft, die erste „Sanierungswelle" hat wenig genützt; nun soll die zweite auf uns losgelassen werden, und wieder glauben die bürgerlichen Parteien, nicht mehr mit der SPD zusammen regieren zu können.

Nur ist die Lage für die SPD-Führer, die stille Regierungsteilhaber bleiben wollen, ziemlich schwieriger als im vorigen Jahr. Denn erstens ist die Grundlage ihrer Partei in den Massen stärker erschüttert, und zweitens sind die Nationalsozialisten durch die Erziehungsmethoden Brünings „entgiftet"; sie sind regierungsreifer geworden.

Die „elastische Taktik" der SPD hat lediglich erreicht, daß die Partei heute vor den gleichen Entscheidungen steht wie im vorigen Jahr und daß die Gefahr einer Regierung Brüning-Frick größer ist als je.

L.

Ein kommunistischer Antrag, den Reichstag einzuberufen, damit er die bevorstehenden sozialen Abbaumaßnahmen verhindern könne, ist vom Ältestenrat des Reichstags gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden.

Die kapitalistische Festung

Die Partei der schlaueren Generaldirektoren und Generäle (sie nennt sich Deutsche Volkspartei) hat in Stuttgart einen Parteitag abgehalten. Bei der öffentlichen Kundgebung gaben die Parteiführer Dingeldey und Generaloberst von Seeckt deutliche Kunde von den Hauptzielen ihrer Partei: das Rad muß zurückgedreht, die Verfälschung des Kapitalismus durch „sozialistische" Gedankengänge muß beendigt, die die Wirtschaft beengenden Steuern, Löhne und Soziallasten müssen abgebaut werden; wir brauchen unpopuläre Maßnahmen, die Regierung Brüning hat begrüßenswerterweise den Anfang damit gemacht, sie muß auf ihrem Weg weiterschreiten, und die Nationalsozialisten sollen, statt spazieren zu gehen, mithelfen. Daneben fordert der Herr Generaloberst als Hauptziel der Außenpolitik freie Bahn für die tüchtigen Rüstungsinteressenten (wenn die andern nicht abrüsten, müsse Deutschland aufrüsten; auch aus volkserzieherischen Gründen sei die Wehrpflicht für uns notwendig).

Hier zeigt diese kleine, aber gewichtige Partei die Linie, hinter die sie (und die hinter ihr stehenden geld- und einflußreichen Leute) nicht mehr zurückgehen will. Hier wird eine wohlbefestigte Stellung bezogen, die man nicht so leicht von selbst aufgeben wird. Die Vorfeldkämpfer, die unter den Fahnen Hugenbergs und Hitlers noch ihre Sondermärsche ausführen und ihre Kräfte im Geschrei nach andern Staatsformen und Weltanschauungen verzetteln, wird man dann schon noch rechtzeitig in den Vorgürtel der kapitalistischen Hauptfestung einzuordnen wissen.

Halbe Erkenntnis

Europa wird sich mehr und mehr darüber klar werden müssen, daß es mit dem Kriege Selbstmord begangen hat. Man kann nicht ungestraft sich ein Jahrzehnt lang aus dem übrigen Weltverkehr ausschalten, ohne dauernden Schaden zu nehmen.

Ein Kapitalismus, der nicht imstande ist, die Arbeitermassen in der Welt zu ernähren, hat keinerlei Existenzberechtigung. Die schwere Schuld, die das kapitalistische System auf sich geladen hat, beruht in seiner Verbündung mit der imperialistischen und militaristischen Gewaltpolitik.

Niemals ist die Unfähigkeit der wirtschaftlichen Führer der kapitalistischen Welt so zutage getreten wie gegenwärtig. Wundert sich da noch jemand, daß eine allgemeine Erbitterung in den breiten Bevölkerungsschichten fast aller Länder sich geltend macht, die in sozialistischen, kommunistischen und bolschewistischen Reaktionen Ausdruck sucht?

Hjalmar Schacht

Keine Illusionen!

Die Regierung Brüning hat bis jetzt Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und an der Sanierung der Wirtschaft und an der Krisenüberwindung gearbeitet. Der Winter, der so bedrohlich aussah, ist überstanden, der Frühling ist gekommen, alles will schon zum Aufatmen ansetzen — da merkt man, daß weder das Anwachsen der nationalsozialistischen Welle aufgehört hat noch die wirtschaftliche Lage besser geworden ist. Die Not ist überall größer als je, das Defizit in allen öffentlichen Kassen steigt, die Zahl der Arbeitslosen nimmt kaum ab (nicht einmal so stark wie man bei einer normalen Saisonbelebung erwarten könnte), nirgends ist ein Zeichen sichtbar, daß der Tiefpunkt der Krise erreicht ist: der größte Teil der Sanierungsarbeit stellt sich als wirkungslos, ja als Bluff heraus. Selbst die bisherigen Lobredner Brünings müssen feststellen, daß er zwar ein geschickter Taktiker sei, daß aber Taktik allein nicht genüge, um eine Krise von dem Ausmaß der gegenwärtigen zu überwinden.

Diejenigen, die auf Brüning gehofft haben, sind um einige Illusionen ärmer (freilich nicht immer so ehrlich, das sich und andern einzugestehen). Dafür tauchen aber wieder andere Illusionen auf; z. B. die, daß das herrschende Monopolkapital und die Regierung Brüning jetzt zur Krisenüberwindung andere Maßnahmen als bisher ergreifen werden. Es werden auch allerlei Vorschläge gemacht. Der Finanzsachverständige der Sozialdemokratie z. B., Paul Hertz, rät der Regierung, die Reichsfinanzen durch Streichungen am Wehretat, durch eine Reorganisation des Branntweinmonopols und eine Reform der Tabaksteuer, durch eine Erhöhung der Benzinsteuer und eine Verschärfung der Aufsichtsratssteuer, nötigenfalls auch durch Erhöhung anderer Steuern („die auch die breite Masse treffen") zu sanieren. Anders sei eine Deckung des Fehlbetrags nicht möglich, „es sei denn, daß man neben einer neuen Kürzung der Beamtengehälter zu einem Generalangriff auf die sozialen Leistungen schreiten will". Andere machen andere Vorschläge: man sollte, man könnte doch usw.

Ja, die Regierung könnte manches — wenn sie könnte. In Wirklichkeit kann sie eben nichts anderes tun als ihr bisheriges Programm in zweiter Auflage vorzulegen und einen zweiten Angriff auf die Sozialversicherungen, die Gehälter und die Löhne einzuleiten. Auf 31. Mai ist der Rahmentarif für die Arbeiter in der Eisenindustrie Nordwest gekündigt; auf das gleiche Datum der für die Ruhrbergarbeiter. Der Lohntarif für die Bergarbeiter wird auf Ende Juni gekündigt werden, und etwas später läuft das Lohnabkommen bei den Eisenarbeitern ab. Es stehen also die schärfsten Auseinandersetzungen über Lohn und Arbeitszeit in Aussicht. Bevor diese Kämpfe an der Ruhr ausbrechen, wird die Regierung durch eine Notverordnung die Leistungen der Sozialversicherungen herabsetzen (sonst könnten die Löhne nicht gekürzt werden), und da die Kassen des Reichs, der Länder und der Gemeinden leer sind, werden dann auch die Beamtengehälter nochmals beschnitten werden. (Trotz allen bisherigen Dementis.)

Das ist der Weg, den die Regierung und das Monopolkapital gehen werden. Es ist eine naive Illusion, zu glauben, ein anderer Weg sei für sie möglich; wer das annimmt, der kann die Wucht, mit der der Angriff durchgeführt wird, gar nicht begreifen.

•

Während das Monopolkapital so im Innern seinen Angriff vorträgt, sucht es gleichzeitig nach außen seine Macht zu vergrößern. Der Beweis dafür ist der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion. Das Bekanntwerden dieses Planes hat Deutschland völlig isoliert. Die Staaten der Kleinen Entente, Frankreich und auch England haben sich sofort zur Abwehr zusammengeschlossen, nicht nur, weil sie durch das überraschende Vorgehen Deutschlands verärgert waren, nicht nur weil sie als Folge des wirtschaftlichen Zusammenschlusses den politischen kommen sehen, sondern vor allem weil sie natürlich den Kernpunkt des Zollplanes: das Vorstoßen des deutschen Kapitals nach Südosten, erkannt haben.

Deutsche Politiker haben Beruhigungsreden gehalten. Briand hat einen Gegenvorschlag gemacht, und auch diesen in Nebel eingehüllt: Paneuropa und der Friede sei das Ziel usw. Aber wie man einen Menschen nicht nach dem beurteilt, was er aus sich macht und von sich sagt, so darf man auch die Politik von Staaten nicht nach den Reden, ja nicht einmal nach dem ehrlichen Wollen der Staatsmänner beurteilen, sondern nach dem innersten Wesen der Staaten, aus dem die politischen Handlungen mit Notwendigkeit entspringen. In der gegenwärtigen Epoche ist jeder kapitalistische Staat gezwungen, Märkte für den Absatz von Waren und die Anlage von Kapital zu suchen. Da der Kapitalismus im eigenen Land immer weniger Spielraum hat, wird die Wucht des Vorstoßes nach außen immer stärker; und da das äußere Betätigungsfeld für die kapitalistischen Staaten immer enger wird (vor allem weil die Kolonien sich industrialisieren und z. T. politisch selbständig werden), wird die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße immer größer.

„Da sollten die Staaten eben ..." „Da könnte doch der Völkerbund ..." Immer die gleichen Illusionen! Wenn sich die deutschen und die französischen Kapitalisten um den Einfluß in den Südoststaaten Europas streiten (und sie müssen das, bei Strafe des eigenen Untergangs), dann muß das irgendwann einmal zum Krieg führen. Es sei denn, daß sich die europäischen Staaten einigen, um ihrem Expansionsdrang (der ein Expansionszwang ist) eine andere Richtung zu geben und gemeinsam in ein nichtkapitalistisches Territorium vorzustoßen: Rußland.

•

Die meisten Menschen trennen sich schwer von Illusionen. Deshalb ist es nötig, immer wieder zu betonen: Krisen und Kriege gehören zum Wesen des Kapitalismus; wer gegen Krisen und Kriege kämpfen will, muß gegen den Kapitalismus kämpfen.

Wirksamer freilich als Zeitungsartikel sind Tatsachen, die jeder am eigenen Leib spürt. Alle diejenigen, die jetzt durch Lohn- oder Gehaltskürzungen Opfer der Krise werden, kommen beinahe von selbst allmählich zu der richtigen Erkenntnis, daß es innerhalb des Kapitalismus keinen Ausweg aus

den Krisen gibt. Wenn dabei durch beständige Aufklärung, durch Aufdeckung der Zusammenhänge, durch Warnung vor Illusionen nachgeholfen wird, dann wächst mit der Zeit die Kraft heran, die Krisen und Kriegen ein Ende machen wird.

Hermann List

Hitler will stürmen

Herr Hitler hat einem Vertreter des Daily Expreß ein Interview gewährt, in dem er seine außenpolitischen Ansichten entwickelte. Er sagte im wesentlichen Folgendes:

Deutschland muß seinen „Platz an der Sonne" wieder haben; es darf nicht länger als „Paria" behandelt werden. Deutschlands Interessen sind denen Englands ähnlich; wir können mit England und Italien zusammenarbeiten. (Von Frankreich dagegen hat Hitler mit „bitterem Haß" gesprochen.) Von England erwartet er die Streichung der Reparationsschulden und „freie Hand im Osten". Er gab zu verstehen, daß damit unter anderem auch die Rückgabe des polnischen Korridors gemeint sei. Nicht gemeint sind aber die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien und die Herstellung der Grenzen von 1914 im Norden, Westen und Süden. Dafür sind die Ostpläne recht expansiv: unsere überzähligen Millionen müssen die Möglichkeit bekommen, sich „in den leeren Räumen an unseren östlichen Grenzen auszubreiten. Man muß ihnen erlauben, die wirtschaftlichen Schätze auszubeuten, die jetzt durch bolschewistische Mißwirtschaft verschwendet werden. Das ist das einzige, was Deutschland und Europa vor dem Ruin retten kann."

Das bedeutet: Krieg gegen die Sowjetunion. Hitlers außenpolitisches Programm ist ein Annexionsprogramm, es kann nur durch den Krieg verwirklicht werden.

Ist das nur Hitlers Programm, oder hat er Sympathisierende auch außerhalb der „nationalen Opposition"? Er hat sie. Die wesentlichen seiner Forderungen sind auch die des größten Teils unserer Bourgeoisie. Sie haben sich alle längst mit dem stärkeren, einigen, unangreifbaren Westen abgefunden und sehen der Sonne entgegen: Gen Ostland woll'n wir reiten! Dort lockt eine Welt von Naturreichtümern, dort ist noch was zu erobern und zu verschachern, dort kann der in die Enge getriebene Kapitalismus noch einmal Luft schnappen, dort kann nocheinmal für die Ideale gestritten werden, für die der Bürger so gern fremdes Blut vergießt, dort kann noch einmal die Kultur gerettet werden!

Dieses Interview ist keine zufällige und nebensächliche Angelegenheit. Es schlägt eine Brücke zwischen dem Deutschland, das an der Macht ist beziehungsweise morgen dran sein wird, und England, dem Organisator des Interventionskrieges gegen USSR. Hitler hat den Engländern gesagt, woran sie mit ihm sind: auf ihn können sie sich verlassen; wenn er in einigen Monaten coram publico den Bruderbund mit der bürgerlichen Rechte und Mitte schließt, wird es keine Panik in London geben. Er spielt mit, er gehört zu den Auguren.

Bei den nächsten Reichstagswahlen, meint Hitler, werden sich seine Wähler verdoppeln, die Partei wird die stärkste des Reichstags und des Reichs werden. Käme es so, dann wäre freilich die Bourgeoisie geeint wie nie und stärker als je: unter der Führung des nationalsozialistischen Kolosses würden wir das größte politische Syndikat sehen, das jemals da war: die geschlossene Rechte vom Zentrum und der Staatspartei an.

Das wäre im Innern der offene Fascismus mit ausgeprägt antisozialer, nicht nur unsozialer, Tendenz und geistiger, kultureller Reaktion; nach außen aber: Vorbereitung des Krieges gegen Rußland im Einverständnis mit England (und — das würde die politische Praxis trotz allem „bitteren Haß" des Herrn Hitler schon lehren — Frankreichs). Die Deutschen würden der Stoßtrupp der europäischen Invasionsarmee. (Ob man uns hintennach freundlichst die „leeren Räume" im Osten besiedeln ließe, bleibt allerdings die Frage.)

In England kann man mit Hitler zufrieden sein. In Deutschland darf man seine Sympathie noch nicht so offen zeigen. Die Volksstimmung muß erst geknetet werden; man muß dem Volk die süßen Ideen nationaler Eroberungspolitik in vorsichtigen Dosen einträufeln. Das „Stuttgarter Neue Tagblatt" z. B. macht sich zwar über Herrn Hitler mit sanfter Ironie lustig; aber im Schlußsatz seines Kommentars zum Interview wirft es den Köder aus, auf den der wackere Bürger nur allzugerne anbeißt: „Daß England heute etwas besonderes tun werde, weil ihm die ganz natürlichen und längst bekannten Lebensnotwendigkeiten (Sperrdruck im Original) von dem nationalsozialistischen Führer, anstatt durch den deutschen Außenminister, klargemacht werden, ist eine eigenartige Illusion". Es ist also kein wesentlicher Unterschied zwischen Hitler und Curtius (sagt das „St. N. T."); was Hitler da verlangt, sind nur Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes; es ist ganz selbstverständlich, und die Engländer wissen es ja.

So wird der harmlose Leser daran gewöhnt, die Niederwerfung der USSR als Lebensnotwendigkeit zu empfinden. Noch ist Hitler zwar ein unwichtiger, privater Krakehler — aber immerhin sind seine Ansichten die des Außenministers (sagt das St. N. T."); wir wollen ja alle nur das Eine, wir haben alle nur einen Feind: Rußland. Eines Tages wird es so weit sein: England weiß, mit wem es zu tun hat, und das deutsche Volk ist durch seine neutrale Presse dazu erzogen, die Lebensnotwendigkeiten einzusehen. Dann wird der Völkerbund die große Aktion starten können, die ihm endlich, endlich ein Daseinsrecht gibt: die europäischen Heere werden gen Osten marschieren und die aufatmende Welt von der Pest des Bolschewismus befreien.

Max Barth

Der Vertreter des „Daily Expreß", der Hitler interviewte, durfte auch, geführt von einem Graf du Moulin, das „Braune Haus" besichtigen. Er schreibt darüber u. a.: „Wir sahen in einen Raum hinein, wo vier Offiziere über Karten gebeugt waren. Sie diskutieren den Krieg, sagte der Graf du Moulin. — Welchen Krieg? fragte ich. — Den nächsten, sagte er grinsend."

Reichs-Wehrgedanken

Die Feinde der Reichswehr mäkeln immer an deren klotzigem Etat herum. Aber man hat auch dort seine Sorgen. Das lehrt ein Blick ins „Militärwochenblatt". Man müht sich nicht nur, technisch auf der Höhe zu sein, sondern hat nebenbei noch die schwere Aufgabe, in den Augen des pazifistisch verseuchten Volkes einen guten Eindruck zu hinterlassen, auf diese Weise zur Stärkung des sogenannten Wehrgedankens beitragend.

Leicht ist das nicht, obwohl das Volk auch für die neuen Uniformen eine gewisse Empfänglichkeit zeigt. Die eigentliche Misere beginnt, wenn man dem Berichterstatter des „Militärwochenblatts" glauben darf, für die Reichswehr erst bei den großen Übungen. Da befällt die Militärs immer ein „großes Schamgefühl" darüber, daß man durch den Friedensvertrag in diversem Kriegsmaterial so sehr beschränkt ist. Man möchte vor dem zuschauenden Volk doch ganz anders aufprotzen können. Der Berichterstatter hat allerdings den Eindruck, daß da eine zu große Empfindlichkeit vorliegt; das Volk, meint er, nimmt diese Dinge nicht so wichtig: „Es sieht nur die straffe Zucht, das reibungslose Ineinandergreifen aller Bewegungen ... Schöne Pferde, bunt bemalte Fahrzeuge und Geschütze erregen sein naives Interesse, namentlich das der Jugend. Und auf diese kommt es besonders an."

Dieses Interesse, hauptsächlich der ländlichen Bevölkerung, muß ausgenützt werden. Man will daher versuchen, die grossen Übungen immer mehr zum vaterländischen Unterricht auszubauen. Das Volk soll möglichst nahe herangelassen werden. Bei der Schlußkritik soll das Sachliche möglichst zurücktreten hinter einer populären Darstellung des Gefechtsverlaufs, damit die Zivilisten auch was davon haben. Sie wollen keine fachmännischen Ausführungen über Taktik usw., sondern wollen das Urteil, das sie sich selbst gebildet hatten, bestätigt sehen: „Der Sieger soll gelobt, der Unterlegene getadelt werden." Also macht es die Reichswehr. Was tut man nicht alles um des Wehrgedankens willen! Man will sogar am Schluß der jeweiligen Geländeübungen dem anwesenden Volk die Waffen praktisch vorführen: durch Probeschüsse und so. Damit es auch sieht, wie man Geld verpulvert.

Sicher hebt das die Reichswehr in manchen Augen. Nur dürfen dann die Herren Offiziere den guten Eindruck nicht verderben, indem sie sich abends im Städtchen oder Dorf absondern; sie sollten sich möglichst dem Volke, d. h. ihren Quartierleuten widmen: „Wir wollen die kleine Mühe gern auf uns nehmen, den reichlich ausführlichen Gesprächen alter Kriegsteilnehmer aufmerksam zuzuhören."

Bei so viel Entgegenkommen von oben kann man erwarten, daß die Betroffenen das zu schätzen wissen und ihre Geschwätzigkeit zügeln. Am besten wäre es, sie beschränkten sich auf einige wenige, aber deutliche Worte aus ihrem Frontsoldaten-Wortschatz.

oha

Zweierlei Verrat

Kommunistische Arbeiter sollen in einigen Betrieben des Farbentrusts Werkspionage getrieben und Patente oder geheime Fabrikationsverfahren der sowjetrussischen Handelsvertretung mitgeteilt haben. Die Kommunisten dagegen behaupten, die Industriegruppe Chemie der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) habe nur Nachrichten über Preisgestaltung usw. gesammelt, um diese Kenntnisse bei Lohnkämpfen zu verwerten.

Ich bin natürlich nicht in der Lage, nachzuprüfen, wer tatsächlich recht hat. Aber ich will einmal annehmen, die kommunistischen Arbeiter hätten wirklich, um der sowjetrussischen chemischen Industrie zu nützen, „wirtschaftlichen Landesverrat" begangen — wäre das ein Verbrechen? Gibt es keine proletarische Solidarität, die einem international gesinnten Sozialisten höher steht als der Profit eines kapitalistischen Trusts?

Die Kapitalisten sind da nicht so gewissenhaft und zimperlich. Wenn es gilt, die Arbeiter und die Konsumenten auszubeuten und den eigenen Profit zu steigern, dann gibt es keine Staatengrenzen; da tritt die gut fundierte Internationale der Kapitalisten in Kraft. Gerade die chemische Industrie ist ein sehr gutes Beispiel dafür.

Professor Bergius hat schon vor einigen Jahren ein Verfahren zur Verflüssigung der Kohle entdeckt. Das Patent hat damals die I.G.-Farben-Industrie erworben. Und viele Leute haben geglaubt, jetzt werde Deutschland kein Benzin mehr einführen müssen, sondern sein Benzin aus deutscher Kohle gewinnen, und Tausende deutscher Arbeiter würden in dem neuen Industriezweig Beschäftigung finden.

Aber man hat bis jetzt nichts davon gemerkt. Die amerikanische Standard Oil Co. nämlich, die von dem Bergius-Verfahren eine Verringerung ihres Öl- und Benzin-Absatzes befürchtet, hat dem Farbentrust die Bergius-Patente abgekauft. Sie hütet sich, sie zu verwenden, um aus Kohle Benzin herzustellen; sie benützt sie nur, um die Ergiebigkeit der Benzingewinnung aus dem Rohöl zu steigern.

Würde die Ausnützung des Bergius-Verfahrens der deutschen Industrie, den deutschen Arbeitern und den deutschen Konsumenten nicht nützen? Doch. Ist der Verkauf der Patente an eine ausländische Gesellschaft also kein „wirtschaftlicher Landesverrat"? Genau so wie die Werkspionage der Arbeiter. Der Unterschied ist nur der, daß er in größerem Maßstab betrieben und besser bezahlt wird: gegenüber einem Börsengerücht, der Kaufpreis habe 120 Millionen Mark betragen, erklärt der Farbentrust, man habe mit den Amerikanern Abmachungen getroffen, „die eine Veröffentlichung der finanziellen Vereinbarungen noch nicht zulassen". Es wird sich also wohl um eine Summe in dieser Höhe handeln.

Wahrhaftig, der Verrat der Industriellen und der der Arbeiter ist wirklich zweierlei.

Pitt

Aufklärung

Daß der russische Gewerkschaftssender seit einiger Zeit Funkvorträge in deutscher Sprache verbreitet und dabei natürlich die Hörer über russische Zustände aufklärt, also Propaganda für den Bolschewismus macht, ist unseren Zuständigen schwer auf den Magen gefallen. Es werden deshalb künftig ab und zu „von deutschen Sachkennern der russischen Verhältnisse Vorträge über die wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zustände in Sowjetrußland in deutscher Sprache gehalten".

Da wird für die Emigranten und ihre deutschen Freunde ein prächtiges Feld der Betätigung aufgetan: die geistige Mobilmachung für den Krieg gegen USSR, die Vorbereitung des deutschen Kleinbürgers auf die große Auseinandersetzung, die psychologische Infizierung des deutschen Volkes mit antibolschewistischen Angst- und Haßgefühlen beginnt. Sie nennen's Aufklärung — freilich, das ist ja ein militärischer Fachausdruck: vor dem Angriff muß aufgeklärt werden.

Sigmund Freud

Von Dr. Heinrich Meng (Frankfurt)

Sigmund Freud ist am 6. Mai 75 Jahre alt geworden.

Er hat in Wien das Gymnasium besucht. Noch kurz vor der Entlassung schwankte er, ob er Jurist oder Naturwissenschaftler werden solle. Er entschloß sich unter dem Eindruck von Goethes „unvergleichlich schönem Aufsatze über die Natur" Arzt zu werden.

Als er von der rein wissenschaftlichen Forschung zur praktischen Arbeit am Krankenbett kam und sich der wissenschaftsgemäßen Behandlung Nervenkranker zuwandte, war er enttäuscht. Er fand die Ergebnisse der damaligen Medizin für den nervös-kranken Menschen zum Teil unzulänglich, zum Teil unbrauchbar. Aber er bearbeitete in mustergültiger Art die Themen der Sprachstörungen und der Kinderlähmungen, wurde aufgrund seiner Arbeiten Dozent und erhielt ein Auslandsstipendium.

1883 hatte der berühmte französische Nervenarzt Charcot entdeckt, daß die Hysterie ein körperliches Leiden sei, das auf seelischem Wege zustande kommt. Freud arbeitete 1886/87 in Paris auf der Klinik Charcots und sah, wie dieser große Arzt durch Suggestion und Hypnose, also durch rein seelische Eingriffe, experimentell hysterieartige Symptome erzeugte; er erlebte, wie durch Provozierung und Übertragung von Vorstellungen körperliche Störungen, wie Lähmung, Sprachverlust, Taubheit, wachgerufen wurden. Gerade als ausgezeichneter Kenner der Anatomie und Fysiologie des Gehirns und Nervensystems kam Freud mehr und mehr zur Gewißheit, daß das Rätsel der sogenannten nervösen Erkrankungen nicht lösbar sei durch Feststellung von körperlichen Veränderungen an Zellen und Organen, so wichtig auch die Erforschung beider für die Erkenntnis anderer Krankheiten war. In Paris ging ihm langsam die später zur Gewißheit werdende Vermutung auf: es gibt rein seelisch bedingte Krankheiten mit deutlich ausgeprägten körperlichen Störungen, die Neurosen; sie hängen zusammen mit Vorgängen im Seelenleben, sie sind nur verständlich, wenn man die unbewußten Vorgänge im Menschen erforscht und deuten kann.

Erfüllt von der Freude am neuen Wissen kehrte Freud nach Wien zurück. Er berichtete in der Ärztegesellschaft über das in Paris Gesehene und wurde scharf abgewiesen, zum Teil verlacht, vor allem, weil er behauptete, daß auch Männer hysterisch sein könnten! Hatte er als Schüler und Student erfahren, was es bedeutet, Jude zu sein, so erfuhr er jetzt, was es heißt, eigene Wege gehen zu müssen; er erreichte nur, daß die offizielle Wissenschaft behauptete, er schwatze Unsinn.

Schon vor der Pariser Zeit hatte Freud einen sehr bedeutenden Arzt, Joseph Breuer, kenngelernt. Breuer ging eigene Wege. Er hatte Jahre zuvor an einer Patientin etwas Wunderbares erlebt. Sie war an schwerer Hysterie erkrankt, an Lähmung, Stummheit, Schlaflosigkeit. In Hypnose versetzt, erzählte sie in diesem Zustand Tag für Tag ihre früheren Erlebnisse, und dabei sah Breuer, wie sie allmählich ihre Symptome verlor. Breuer fand dabei, daß vor allem dann auffallende Besserungen eintraten, wenn in der Hypnose Dinge berührt wurden, die im Wachbewußtsein vergessen waren, die aber für das Entstehen des Leidens eine vollkommene Erklärung gaben, weil sie einen Zusammenhang mit tatsächlich schwer zu ertragenden Erlebnissen aufdeckten. Breuer hatte das Thema wieder fallen lassen. Freud veranlaßte ihn, die Arbeit gemeinsam fortzuführen. Freud verwandte bei seinen hysterisch Kranken die neue Erforschungsmethode und bestätigte die Funde Breuers.

Etwas, das Freud trotz dieser Erfolge nicht in Ruhe ließ, trieb ihn noch einmal nach Frankreich, um in Nancy, wo Bernheim lehrte, weiter zu lernen. Hier machte auf Freud vor allem Eindruck die Wirkung der posthypnotischen Suggestion. Bernheim sagte beispielsweise zu einer Person während der Hypnose: „Eine Stunde nach dem Erwachen aus dem Schlafe werden Sie in die Hände klatschen und Hurra rufen." Die Versuchsperson tat das genau; gefragt weshalb, stammelte sie eine Antwort, die gar nichts zu tun hatte mit der wirklichen Ursache; diese schien vergessen. Wenn man ihr aber zuredete und sie bedrängte, gelang es meist ganz allmählich, den vergessenen Befehl ins Bewußtsein zurückzurufen; dies geschah im Wachbewußtsein.

So hatte Freud bei Charcot gelernt, daß man in der Hypnose Symptome der Hysterie erzeugen könne, bei Bernheim, daß man im Wachbewußtsein Erinnerungen wieder bewußt machen könne, die vergessen, oder, wie Freud später sagte, verdrängt waren.

Nach seiner Rückkehr nach Wien arbeitete Freud erneut mit Breuer zusammen. Aus der gemeinsamen Arbeit ergab sich erstens, daß das hysterische Symptom Ersatz für normale seelische Vorgänge ist, deren Ablauf gesperrt ist. Zweitens, daß das Symptom verschwindet, wenn es gelingt, dem Kranken den bewußt unbekannten Sinn des Symptoms zu enträtseln. Es fiel auf, daß alle Vorgänge, die bei der Symptomentwicklung zusammenwirken, mit starkem Gefühl oder Affekt besetzt waren; dieser Affekt war ursprünglich, als die Ursache der Krankheit gelegt war, verhindert, sich zu entladen oder abreagiert zu werden. Die Affektmasse war statt dessen — gleichsam auf einem falschen Weg — in den Körper geraten. Breuer und Freud nahmen an, daß ein seelischer Schock, eine seelische Verletzung wesentlich mitgewirkt hatte, wenn ein Mensch hysterisch krank wurde oder blieb. Das Verfahren Breuers, im hypnotischen Schlaf sprechen und abreagieren zu lassen, zielte darauf hin, „eingeklemmte" Affekte nachträglich zu entladen und unschädlich zu machen und den Sinn des ursächlichen Schocks zu enträtseln.

Die neue Erkenntnis räumte mit der alten Auffassung auf. Man hatte jahrhundertelang die Neurosen auf organische Veränderungen im Körper zurückgeführt. Breuer und Freud zeigten, daß bei ihnen, vor allem bei der Hysterie, Gemütsbewegungen und Affektäußerungen sich in Körpersymptome verwandeln.

Die Hypnose hatte sich Freud als ein unsicheres Verfahren gezeigt, das oft nicht gelingen wollte. Sie wurde durch ein neues Verfahren ersetzt, das Freud erst versuchsweise anwandte, später aber beibehielt, weil es ihm viel tiefere und sicherere Ergebnisse brachte als die Behandlung in der Hypnose. Er nannte es Psychoanalyse, wörtlich: Seelenzergliederung, ein Ausdruck, der die Parallele der psychologischen Untersuchung mit der chemischen Analyse andeuten sollte.

Freud hatte festgestellt, daß im Hintergrund ein ungelöster Konflikt — unbewußt — im Patienten bestand; an diesem Kern fand er jedesmal in hohem Maße die Sexualität beteiligt. Als Freud auf Konflikte dieser Art stieß und seine Befunde Breuer vorlegte, konnte Breuer sich nicht entschliessen, den gemeinsamen Forschungsweg weiterzugehen. Er zog sich zurück und überließ es Freud, auf den beiden gefundenen Fundamenten weiterzubauen. Damit stand Freud völlig isoliert der gesamten Wissenschaft als Gegner gegenüber, aber auch unbeirrbar durch eingewurzelte Vorurteile der Wissenschaft. Bald sammelten sich einzelne überzeugte Anhänger und Schüler um ihn.

Mit der Trennung von Breuer gab er die hypnotische Methode für immer auf. Bernheim hatte gezeigt, daß man dem Bewußtsein entzogene und „eingeklemmte" Affekte durch drängendes Fragen bewußt machen könne; Freud hielt den Weg der Bewußtmachung ohne vorherige Hypnose therapeutisch für wirksamer und baute diesen Weg so aus, daß er statt durch drängendes Fragen durch die Methode der freien Assoziation Vergessenes und Verdrängtes bewußt werden ließ. Er ging von der Erkenntnis und Erfahrung aus, daß, wenn ein Mensch die Verpflichtung befolgt, im Wachbewußtsein alles zu sagen, was ihm einfällt, er allmählich verrät, was früher in seinem Leben lebendig war, was er aber aus Gründen verschiedenster Art, z. B. Scham und Anpassung an kulturelle Forderungen, unterdrückt hatte, ohne es seelisch bewältigt zu haben. Wenn jemand die „psychoanalytische

Polizeigeist

Die staatliche Schutzpolizei hält neuerdings Höflichkeitsunterricht für ihre Beamten ab, Polizeipräsidenten bereisen das Ausland, um das gute Einvernehmen zu studieren, das da und dort zwischen Polizei und Publikum zu finden ist, und mancherorts ist der Ton der Ordnungshüter nicht mehr ganz so rauh wie im Kaiserreich. Aber man täusche sich trotzdem nicht darüber, daß die Stellung der Polizei in der Republik noch genau die selbe ist. Recht deutlich wird das in den nicht gerade seltenen Fällen, in denen sich Staatsbürger aus irgend einem Anlaß von der Polizei ungerecht behandelt sehen. Wenn sie dann aufbegehren und als aufrechte Bürger ihre Belange mit mehr oder weniger Temperament zu wahren suchen, merken sie sofort, welches Gewicht der Bürger und welches die Polizei in der Republik hat. Meist wird ihnen nämlich dieses Streben, zu ihrem Recht zu kommen, sehr übel ausgelegt, und wenn sie sich über der Art und Weise, wie ihre Beschwerden aufgenommen werden, nicht beruhigen können, sehen sie sich zuguterletzt oft einem Strafbefehl wegen Ruhestörung, Widerstands und ähnlicher Delikte gegenüber.

Ein typischer Fall aus den letzten Tagen: In Stuttgart ist ein Arbeitsloser, der einen der letzten Vorortszüge benützen wollte, bei der Räumung des Hauptbahnhofs irrtümlicherweise am Genick gefaßt und zum Bahnhof hinausgeworfen worden. Er hat daraufhin — innerlich erregt, aber äußerlich noch ruhig — einen Schutzmann gefragt, wo er sich nun eigentlich über diese Behandlung beschweren und wie er vor allen Dingen auf den Bahnsteig gelangen könne. Daraufhin erhielt er eine offenbar spöttische, bestimmt aber (wie das Gericht ausdrücklich feststellte) unzweckmäßige Antwort. Was seine Erregung nicht gerade milderte. Da sie sich in der Folge in lauten Bemerkungen äußerte, sah der Beamte nun den Moment gekommen, um „einzuschreiten". Der Mann, der sein Recht suchte, fand sich plötzlich aufgefordert, zur Wache mitzukommen; darüber natürlich erregter Protest und dann in zwangsläufiger Entwicklung: Polizeigriff, Toben, Widerstand, Handschellen und zuletzt eine Gerichtsverhandlung wegen Ruhestörung und Widerstand.

Das Gericht verurteilte den Mann zu 6 Mark Geldstrafe wegen Ruhestörung und zu 25 Mark wegen Widerstands. Es wurde ihm ausdrücklich eingeräumt, daß seine Erregung durch die unmotivierte Behandlung und die unzweckmäßige Auskunft in gewisser Hinsicht berechtigt gewesen sei, aber sie sei dann weit über das Maß dessen hinausgegangen, was angesichts dieser Lage entschuldbar war.

Diese Verurteilung, die wie gesagt kein Ausnahmefall ist, besagt, daß der Staatsbürger auf Mißgriffe der Polizei ein bescheidenes und zurückhaltendes Wesen an den Tag zu legen hat; er darf sich nur insoweit erregen, als dies keinen Grund zu weiterem Einschreiten bietet. Auf der anderen Seite wird der Polizei in solchen Fällen stets bescheinigt, daß sie keine leichte Aufgabe habe und daß in gewissen Situationen Mißgriffe nicht zu vermeiden seien. Die Folgen dieser Mißgriffe gehen auf Kosten der in Mitleidenschaft Gezogenen; am Schluß der langen und verzwickten Kette von Ursache und Wirkung bleibt daher häufig zu Ungunsten des Betroffenen der Tatbestand der Ruhestörung oder gar des Widerstands. Der Beamte nimmt es auf seinen Diensteid, daß sich der Betreffende ungebührlich und renitent benommen habe, und dem gegenüber nun überzeugend aufzuhellen, wie es dazu kam, gelingt dem Angeklagten sehr selten. Man wird ihm nie zugestehen, daß der Beamte auch zu der Verschlimmerung der Angelegenheit das Seine beigetragen haben könne. Er wird verurteilt, weil man in solchen Fällen zwar der Polizei zubilligt, daß ihr mal Unzulänglichkeiten unterlaufen und die Nerven durchgehen können, niemals aber dem Untertanen.

Paul Stefan

Der Wohlstand eines jeden Staates wird gefördert und seine Ruhe und Ordnung gewährleistet, wenn der Schuhmacher bei seinem Leisten bleibt, der Arbeiter ein gehorsamer Knecht ist und der Wissenschaftler die Probleme des wirtschaftlichen Lebens verschleiert.

Es gibt auf Erden zahlreiche Systeme der Versklavung und der Ausraubung von Menschen, die, wenn sie nicht wirklich existierten, von keinem vernünftigen und normalen Menschen erfunden werden könnten.

B. Traven

Du ahnst es nicht

... Er spricht mit Hochachtung von den Sowjetführern, die er kennengelernt hat. „Das sind überaus sachliche Leute", sagt er, „die ihr Handwerk ausgezeichnet verstehen. In drei bis vier Jahren werden sie wesentliche Resultate erzielen, wenn auch noch viel Arbeit zu leisten ist. Im Augenblick ist es ihnen gelungen, mit großer Schnelligkeit Fabriken herzustellen, die nach den letzten Geboten der Technik eingerichtet sind. Jetzt müssen sie noch lernen, diese Unternehmungen richtig auszunützen, und auch dieses werden sie schaffen."

„... Die Lage der Dinge in der Sowjetunion hat sich als sehr viel günstiger erwiesen, als ich es vermutet hatte", fuhr er fort. „Das bezieht sich auch auf die Arbeitsbedingungen. Aussagen gegenteiliger Art ... müssen energisch zurückgewiesen werden."

Wer ist dieser „er", der sich so anerkennend über die Sowjetunion ausgesprochen hat?

*

„Niemand ist in der Lage, zu unterscheiden, ob diese stuttgarter Ärzte (Dr. Wolf und Frau Dr. Kienle) unschuldige Opfer eines übereifrigen Staatsanwalts und denunziatorischer Kollegen geworden sind, oder ob sie, was doch auch denkbar wäre, aus Gewinnsucht Lohnabtreibung vorgenommen und dabei Patienten in ihrer Gesundheit schwer geschädigt haben."

Der Verfasser dieser Sätze (wer?) schreibt im selben Artikel über den Hungerstreik der Frau Dr. Kienle: „Wir haben bei Fememördern und Bombenlegern ähnliche Manöver zur Sabotierung der Strafjustiz bereits erlebt ... Wir machen uns jede Politik unmöglich, wenn wir uns selbst die Kraft nehmen, demagogischen Mätzchen entgegenzutreten."

Wer den Hungerstreik der Frau Dr. Kienle ein „demagogisches Mätzchen" nennt, der kann auch noch mehr: „Herr Dr. Friedrich Wolf in Stuttgart ist ein ärztlicher Hochstapler, der schon in seinem früheren Tätigkeitsort von Arbeiterpatienten große Geldsummen herausgeschunden hat. Damals war die Homöopathie der Trick. Jetzt hat er erst behauptet, die Atteste unentgeltlich gegeben zu haben, und dann auf Vorbehalt zugeben müssen, daß er sie sich ganz ausgiebig hat bezahlen lassen."

Nochmals: wer ist der Verfasser dieser Zeilen?

*

Auflösung: a) Der Großindustrielle Klöckner in einem Interview des berliner Korrespondenten der „Iswestija". b) Die Sätze über „diese stuttgarter Ärzte" und über den Hungerstreik hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heilmann in der Zeitschrift „Das freie Wort" geschrieben; den Satz über den „Hochstapler" Dr. Wolf der selbe in einem Brief an einen sozialdemokratischen Schriftsteller.

Bitte die beiden Autoren nicht aus Versehen zu verwechseln!

Jan Hagel

Die Entdeckung

Die nationalsozialistischen Theoretiker haben sich bisher in der Welt der harten ökonomischen Tatsachen noch nicht so ganz zurechtgefunden. Aber allmählich wird das besser. Der „Völkische Beobachter" z. B. macht auf seinen Streifzügen durch das Labyrinth der Weltwirtschaft die erstaunlichsten Entdeckungen. „Deutschland", schreibt er, „ging bisher von der irrigen Annahme aus, daß seine Handelsbilanz günstig sei, wenn die Gesamtausfuhr größer als die Einfuhr sei." Irrig? Ja, denn „bei tieferem Verständnis" stellt sich heraus, daß wegen dieser Ansicht dem deutschen Nationalvermögen ungeheure Werte verloren gegangen sind. Wir führen nämlich viele Fertigwaren aus, und in diesen (das ist die Entdeckung des „Beobachters") steckt der Wert von Rohstoffen, die wir zuerst haben einführen müssen. Wenn wir also für 1 Million Maschinen ausführen, so vermehrt sich das deutsche Volksvermögen nicht um diesen Betrag, sondern nur um 1 Million minus dem Wert der eingeführten Rohstoffe. Und darauf hat die deutsche Wirtschaft gar nicht geachtet. (Meint wenigstens der „Völkische Beobachter".)

Was ist da zu tun? Der „Völkische Beobachter" weiß Rat. „Die beste und schnellste Art, das Nationalvermögen unseres Volkes zu vermehren, ist die möglichst große Erzeugung von Urprodukten in unserem Lande (landwirtschaftliche Erzeugnisse, Kohle, Salze, Öle pp.) und deren Ausfuhr nach dem Ausland gegen Barzahlung ... Würden wir nach dem Ausland lediglich Urprodukte ausgeführt haben, so würde die gesamte Ausfuhrziffer eine Vermehrung unseres Nationalvermögens in Höhe der Ausfuhr-Goldmarkbeträge bedeuten. Wir brauchten dann nur dafür zu sorgen, daß die Einfuhr sich möglichst niedrig hält und wir würden dauernd unser Nationalvermögen wachsen sehen."

Höchst einfach! Die Amerikaner haben das größte Verlangen danach, ihre Schiffe mit deutschem Öl (gegen Barzahlung!) zu heizen, die Kanadier mit ihrem jungfräulichen Boden und ihren Mähdreschern möchten nichts lieber als uns (gegen Barzahlung!) den teuren Weizen abnehmen, die Engländer haben keinen andern Wunsch als möglichst viele deutsche Kohlen zu kaufen. Deutschland versorgt die Welt mit Rohstoffen und führt jährlich einige Zentner Bananen ein — so etwa stellt sich dem „Völkischen Beobachter" das Ideal der Weltwirtschaft dar.

Bis er Regierungsblatt wird, muß er schon noch einiges dazulernen.

Heinrich Simmel

Barbarei

Aus dem Brief eines Justizbeamten an die Redaktion der S.-Z.: „... Nach den Berichten der meisten Zeitungen soll Tetzner ruhig und gefasst zum Schaffott geschritten sein (nur ein paar Blätter schreiben, er habe zum Schaffott geschleppt werden müssen). Ich habe in meinem Leben drei Hinrichtungen ansehen müssen, und jedesmal ist in den Zeitungen „ruhig und gefasst" gestanden, in Wirklichkeit war es jedesmal kaum zum Ansehen. „Schleppen" ist schon ein milder Ausdruck ... Eine Hinrichtung ist etwas vom Barbarischsten, das Sie sich vorstellen können ... Ich kann mir nicht denken, daß es bei der Hinrichtung Tetzners anders gewesen sein soll."

*

Dieser Schlußsatz wird ergänzt durch den Bericht eines Vertreters der „Münchner Telegramm-Zeitung", der der Exekution beiwohnte. Er macht dem Vorsitzenden des Gerichts, von dem das Todesurteil gefällt wurde, Landgerichtsdirektor Engert, einen Vorwurf, weil er nicht den Mut aufbrachte, bei der Hinrichtung zugegen zu sein (was sonst immer üblich war); er schreibt: „... Gewiß ist es für die Nerven eine schwere Probe, dem grauenvollen Akt beizuwohnen, aber, Herr Landgerichtsdirektor, glauben Sie, daß es für den Geistlichen angenehm war, im Angesicht der Hinrichtungsmaschine seines Amtes zu walten? Auch der Oberstaatsanwalt mußte alle Kräfte aufbieten, um nicht aus der Fassung zu kommen, und der baumlange Gefängnisbeamte, der die Glocke zu läuten hatte, lehnte im entscheidenden Augenblick gleich an der Mauer und fand kaum den Glockenstrang ..."

*

Über die Hinrichtung des Ehepaares Manning in London am 13. November 1849 hat Charles Dickens geschrieben: „Das ruchlose und leichtfertige Benehmen der zahllosen Volksmenge bei der heutigen Hinrichtung war eine so schauderhafte Szene, wie sie kaum ein Mensch sich vorstellen und wie sie schwerlich in irgend einem Heidenlande unter der Sonne vorkommen kann. Die Schrecken des Galgens und des Verbrechens, das die elenden Mörder an denselben gebracht, verschwanden in meiner Seele vor dem greuelhaften Gebaren, der Miene und Sprache der versammelten Zuschauer. Ich kenne das Londoner Leben in seiner schlimmsten Verdorbenheit; aber es ist meine feierliche Ueberzeugung, daß der größte Scharfsinn nichts zu erdenken vermöchte, was in so engem Raume und so kurzer Zeit so viel Unheil stiften kann wie eine einzige öffentliche Hinrichtung. Ich glaube nicht, daß ein Gemeinwesen gedeihen kann, wo ein solches Schauspiel von Greuel und Ensittlichung unmittelbar vor den Haustüren guter Bürger aufgeführt wird."

Geburt und Tod umsonst

Im schweizerischen Kanton Thurgau kostet das Begrabenlassen nichts. Kanton und Gemeinde tragen je die Hälfte der dadurch entstehenden Ausgaben.

In den größeren Gemeinden des Kantons (Frauenfeld, Arbon, Romanshorn, Kreuzlingen) wird unentgeltliche Geburtshilfe gewährt. Im ganzen Kanton wird außerdem den Wöchnerinnen ein Staatsbeitrag von 10 Franken, bei Zwillingen von 20 Franken ausbezahlt.

Grundregel", alles sofort zu sagen, wie es ihm einfällt, erfüllt, ergibt sich, daß er damit auch immer Spuren von Vergessenem zeigt oder sie richtig erraten läßt. Durch eine bestimmte Technik der Durcharbeitung und Deutung wird in der psychoanalytischen Sitzung das Vergessene und Verdrängte bloßgelegt, alte Erlebnisse werden wachgerufen und neu durchlebt. Der Kranke lernt allmählich viele Schwierigkeiten seiner trieblichen und charakterlichen Entwicklung kennen und sich feien gegen Fehler, die er unbewußt gegen sich und im Umgang mit seiner Umwelt immer wiederholte. Freud entdeckte, daß seelisch kranke Menschen in ihrer triebhaften Entwicklung Schiffbruch erlitten haben, vor allem in ihrer sexuellen Entwicklung. Er entdeckte, daß der Mensch schon als Kind Ansätze und Vorformen der späteren Sexualität aufweist, daß in den ersten fünf Jahren in jedem Kind deutliche Liebesstrebungen und Liebeskonflikte auftreten. So macht jedes Kind die „Oedipussituation" durch, d. h. eine Zeit, in der der Knabe mit allen ihm verfügbaren Kräften die Mutter liebt, das Mädchen den Vater, und jedes um dieser starken Liebe willen den andern Elternteil wegwünscht und haßt. Das Schicksal, das diese Bindung erfährt, macht tiefsten Eindruck auf die weitere seelische und charakterliche Entwicklung des Heranwachsenden. Die Art, wie Eltern die Konflikte des Kindes behandeln und erledigen, ist für sein ganzes Leben wichtig, ihre Einschätzung der frühkindlichen Onanie, die Art der Erziehung zur Reinlichkeit, ihr Verhalten zu Äußerungen der Grausamkeit und des Trotzes des Kindes gestalten, wie Freud nachwies, entscheidend die spätere Fähigkeit des Menschen zum Genießen, zum Arbeiten, zum Verzichten und Sichselbstbeherrschen. Freud wies nach, daß eine Erziehung, die künstlich Angst und Schuldgefühle erzeugt, zur Quelle von Seelenstörungen wird.

Zum Schluß sei angedeutet, welche Bedeutung das Werk Freuds für die medizinische und außermedizinische Forschung hat.

Die Psychoanalyse ist eine individuelle Heilmethode, die Kranksein zu beheben und seine Wiederkehr unmöglich zu machen trachtet, indem sie unbewußte, deshalb der Realität, auch der sozialen, nicht anpaßbare Strebungen dem Ich aufdeckt und so Ordnung und Einheit in Körper und Seele, einschließlich des Trieblebens, ermöglicht. Weiter kann sie eine wirksame soziale Hygiene schaffen, da sie die Quellen der Kultur- und Gesellschaftskrankheiten erschließt und diese Quellen bereits von ihrem Ursprung in der Kindheit an durch die Erziehung zum geordneten Abströmen bringt.

Die medizinische Bedeutung der Psychoanalyse tritt immer stärker hervor. Alle Teile der medizinischen Wissenschaft empfingen Anregungen und Verfeinerung ihrer Verfahren. Ihr Hauptgebiet ist zwar nach wie vor das Reich der seelisch bedingten Erkrankungen. Manche Ärzte bedienen sich ihrer aber auch bei groben Organerkrankungen, da nachweislich bei ihnen recht oft seelische Faktoren in der Entstehung und Erhaltung dieser Leiden mitbeteiligt sind.

Die Psychoanalyse hat auch tiefe Beziehungen zu den nicht medizinischen Arbeits- und Erkenntnisgebieten, ihre Funde sind von großer Bedeutung für die Völkerkunde, Religions- und Kulturgeschichte, Biographik, Mythologie und Literaturwissenschaft, für Rechtspflege und Soziologie. Freud hat die Brücke zu diesen Wissenschaften dadurch hergestellt, daß er neben die „Bewußtseinspsychologie" die „Tiefenpsychologie" stellte, die ein helles Licht wirft auf unbewußte seelische Vorgänge im primitiven, normalen, abnormen, künstlerischen, religiösen, ethischen und ästhetischen Schaffen der Menschheit.

Wenn das Werk eines Menschen so stark die Aufmerksamkeit der Wissenschaft und des Volkes auf sich zieht wie das Werk Freuds, so ist das nur möglich, wenn hier ein Anstoß gegeben ist, Verhältnisse von grundlegender Bedeutung zu klären. Freud war zuerst interessiert daran, das krankhafte Seelenleben zu erforschen, entdeckt aber mit naturwissenschaftlichen Methoden und intuitiver Einfühlung eine neue Psychologie des kranken und des gesunden Menschen. Er überschreitet die Grenzen, die ihm als Arzt gesetzt schienen, er schließt von den seelischen Leistungen menschlicher Gemeinschaften auf die der Völker. Er taucht tief in das Meer des Unbewußten, in dem alle Menschen mütterlich verwurzelt sind. Er zeigt die Erdgebundenheit aller Sehnsucht nach Vervollkommnung, Schönheit und Licht und gleichzeitig die Quelle schöpferischer Kraft im Halbdunkel, Dunkel und in der Nacht, in Wildheit und Tierheit.

Literatur: S. Freud: Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. S. Freud: Selbstdarstellung, Bd. XI von Freuds Gesammelten Schriften. Federn-Meng: „Das Psychoanalytische Volksbuch". (Die beiden erstgenannten Werke sind im Internationalen Psychoanalytischen Verlag Wien, das dritte ist im Hippokrates-Verlag Stuttgart erschienen.)

Die Vereinsgründung

Eine stattliche Anzahl evangelischer Pastoren traf sich zwecks Gründung eines nationalsozialistischen Pfarrerbundes. Alle hielten das für ein Gebot der Stunde, und die Gründung war infolgedessen rasch vollzogen. Ein junger Heißsporn stellte daraufhin den Antrag, die Kunde von der historischen Tat an die Presse zu geben. Dem widersprach ein greiser und erfahrener Dekan. „Lasset", sagte er mit sanfter Stimme und erhobenem Zeigefinger, „die Linke nicht wissen, was die Rechte tut." Worauf man von einer Publizierung absah.

Deutsche Klage

Die großen Heiterkeitserfolge von Zuckmayers „Hauptmann von Köpenick" im Stuttgarter Landestheater sind den Völkischen natürlich auf die Nerven gegangen. Sie haben immerhin gemerkt, daß diese Blamage des militärischen Systems auch in Zuckmayers wohlwollender Märchenaufmachung der Pflege des Wehrgedankens nicht gerade dienlich ist. Nicht weniger erheiternd aber klingt die Klage des N.S.-Kuriers: „Wir wünschten von Herzen, daß einer auch einmal dramatisieren dürfte, was bei Zarnow steht, die Betrügereien eines Barmat, die Fälschung bei der Femehetze, die Parteibuch-Politik, die Geldentwertung und so viele andere Dinge."

„Dürfte?" Ja, um's Himmels Willen, wer hindert euch denn daran? Was, wenn nicht euer Mangel an Talent?

Aus dem „Völkischen Beobachter": „Deutsche Volksgenossen! Besucht das deutsche, judenreine Nordseebad Borkum." — Von Pfarrer Münchmeyer gereinigt.

Literatur

Der Hauptmann von Köpenick. Von Wilhelm Schäfer. Einmalige ungekürzte Volksausgabe. Verlag Georg Müller, München. Ganzleinen 3,80 Mark. — Schäfer zu lesen, ist nicht leicht. Er stellt hohe Anforderungen an sein Publikum. Denn was er gibt, sind eigentlich immer nur sorgfältig und mit Liebe beschriebene Tatsachen. Deren Ausdeutung und Bewertung überläßt er fast ganz dem Leser. Und es ist merkwürdig, daß er dennoch nicht einen Augenblick in die Nähe bloßer Reportage gerät. Aber davor schützt ihn seine deutsche Besinnlichkeit, seine warmherzige Liebe zur leidenden Kreatur, sein unbeirrbarer Glaube an den Menschen, schützt ihn mit einem Wort sein Dichtertum. Und dieses Dichtertum bewährt sich vor allem in der Art, wie er hinter den Zufälligkeiten seiner Tatsachen langsam ein Schicksal erkennbar zu machen weiß. Sein „Hauptmann von Köpenick" ist in diesem Sinne weit mehr als nur die Darstellung der Lebensbahn eines berühmt gewordenen Hochstaplers, es ist die Geschichte des durch die Unvernunft einer staatlichen Allgewalt aus der Bahn Geworfenen überhaupt, — die Geschichte eines vom Leben Mißhandelten, dem es gelingt, sich an den Organen dieses Lebens zum Schlusse noch humorvoll zu rächen. Ein weises, ein gütiges und ein künstlerisch hochwertiges Werk!

Kuno Fiedler

Verhüten ist besser als Abtreiben. Lesen Sie:

Emil Höllein,

Gebärzwang und kein Ende

Preis kart. 3,50 Mark. Gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) zu beziehen vom Verlag der S.-Z.

Geld und Politik

Den Älteren zur Auffrischung des Gedächtnisses; denen, die außer Barmat, Kutisker und „Gefesselter Justiz" keine Korruption kennen, zur Erweiterung ihres Wissens; allen zur Belehrung. D. Verf.

1. Kaiserin, Kirche und Konto K

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts machte Ihre Majestät die Kaiserin von Deutschland die Entdeckung, daß es in dem Sündenpfuhl Berlin zu wenig Kirchen gebe. (Es sollen im Jahre 1890 bei 1,5 Millionen Einwohnern nur 37 gewesen sein.) Die fromme Herrscherin ließ deshalb durch den Grafen Mirbach zwei Vereine ins Leben rufen, die die Aufgabe hatten, die Zahl der Kirchen zu vermehren: den Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein und den Evangelischen Kirchenbauverein. Diese beiden Vereine und Graf Mirbach machten sich nun ans Schnorren. Bis zum Jahre 1900 brachten sie 31 Millionen Mark zusammen, mit denen 55 Kirchen gebaut wurden, unter ihnen die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche.

Auf welche Weise? Durch „Kanalisierung der Eitelkeit". Graf Mirbach machte sich an die reichen Leute heran, an Christen sowohl wie Juden (was besondere Entrüstung hervorrief), und bettelte um Geld für Kirchenbauten, indem er ihnen dafür Orden oder Titel versprach. Da er gute Beziehungen zur Kaiserin hatte und diese ihm für die so zusammengebrachten Kirchenbaugelder sehr dankbar war, erhielten die Leute immer die ihnen versprochenen Auszeichnungen. Ein in seiner Art ganz redliches Handelsgeschäft.

Nur ließ sich Graf Mirbach auch mit Leuten ein, die das Geld nicht immer auf einwandfreie Weise verdient hatten. Z. B. mit der „Pommernbank". Von ihr erhielt er 800 000 bis 1 Million Mark. (Die Hypothekenbanken hatten natürlich ein großes Interesse an den Kirchenbauten, weil durch solche Bauten oft ganze Stadtteile neu erschlossen wurden.) Mirbach ließ auf der Pommernbank ein besonderes Konto errichten, über das die Kirchenbaugelder liefen, das „Konto K". Für diese der Kaiserin und der Kirche geleisteten treuen Dienste erhielt die Pommernbank im Oktober 1900 das Prädikat „Hofbank der Kaiserin" (was ihr geschäftliches Ansehen in der besseren Gesellschaft und bei den Frommen im Lande natürlich hob), und die beiden Direktoren der Bank, Schultz und Romeick, wurden mit Titeln bedacht.

Kurze Zeit darauf saßen sie wegen verschiedener Schwindelgeschäfte in Moabit. Die Pommernbank brach zusammen, und dabei kam auch die Affaire Mirbach ans Tageslicht.

Aber wie wurde die Sache behandelt? Die Kirche deckte Mirbach und seine Geschäfte. („Unsere hohe Geistlichkeit in Preußen hat nur die Pflicht empfunden, den Freiherrn und seine Arbeit in Schutz zu nehmen. Wieviel schneller könnten wir den Fall Mirbach zu den Akten legen, wenn dies nicht geschehen wäre! ... Jetzt hat die Kirche durch ihre Würdenträger ein gut Teil Verantwortung für das System Mirbach auf sich genommen", schrieb damals die „Christliche Welt".) Das Gericht ging in dem Prozeß gegen die Pommernbank über die Geheimnisse des „Konto K" diskret hinweg. Daß ein unterer Hofbeamter und ein Verwandter Mirbachs beschuldigt wurden, sie hätten bei der Verwendung der Gelder in die eigene Tasche gewirtschaftet, blieb auch nur eine Episode. Die Kaiserin ließ den Grafen Mirbach keineswegs fallen; er durfte nach wie vor für Kirchenbauten Geld sammeln; der Erfolg war allerdings nicht mehr so klingend wie früher.

Mirbach selber fühlte sich durchaus nicht als schuldig, sondern als Märtyrer fürs Reich Gottes. „Daß ich mir", schreibt er, „in meinem Amt und in meinem Wirken Mühe gebe, unserm Herrn und Heiland zu dienen, daran nimmt die Welt ein Ärgernis. Aber gegen alle Mächte des Hasses und der Lüge bleibt es bei dem alten Luther-Wort: Und wenn die Welt voll Teufel wär', es soll uns doch gelingen." Peter F.

(Wird fortgesetzt)

Auf die Frage, ob er denn wisse, was „unschicklich" sei, hat einmal ein kleiner Junge geantwortet: „Unschicklich ist, wenn jemand dabei ist." Und der erwachsene Gesetzgeber möchte immer dabei sein. Karl Kraus

Abgewürgt

In Möttingen (Bayern) gab es bisher ein Zementwerk. Es stellte den besten deutschen Zement her, weil Möttingen (als einziger Ort in Bayern) Traßlager hat. Da mit dem Produkt des möttinger Werkes an Qualität kein anderer Zement konkurrieren konnte, hatte das Werk es nicht nötig, dem Zementsyndikat beizutreten.

Um die Outsider kirre zu machen, kauften nun die Herren vom Syndikat zunächst den Boden auf, soweit sie ihn bekommen konnten: sie nahmen also den Traß weg. Fürs Hektar wurden 15 000 Mark bezahlt. Dann senkte das Syndikat plötzlich den Preis für Zement von 520 Mark für 10 Tonnen auf 280 Mark, das heißt unter die Selbstkosten. (Im internationalen Verkehr heißt das „Dumping", und der Staat, der sich das leistet, wird von anderen weidlich aufs Korn genommen. Innerhalb der Landesgrenzen findet man aber nichts dabei.)

Trotzdem trat das möttinger Werk dem Syndikat nicht bei. Darauf wurden einem der Hauptaktionäre seine Aktien abgekauft. Schließlich mußte das besiegte Werk stillgelegt werden: seine 200 Arbeiter gingen stempeln. Im bayrischen Landtag wurde beantragt, das Werk durch den Staat zu enteignen; der Antrag wurde angenommen, aber die Enteignung unterblieb. Als ein Interessent mit Kapital bereit war, das enteignete Werk zu übernehmen, bekam er den Bescheid, daß an Enteignung nicht zu denken sei. Also wurde das Werk abgebaut, die Arbeiter verdienen nun für ein Weilchen an der Zerstörung ihrer früheren Existenzbasis, das Zementsyndikat gedeiht, der Konkurrent, der den besten deutschen Zement hergestellt hatte, ist futsch, und zehn Tonnen Zement kosten wieder 520 Mark.

Die Geschichte könnte von Traven erfunden oder erzählt sein, wenn sie nicht zufällig statt in Mexiko in Bayern passiert wäre.

Nicht aus einer vortrefflichen Ordnung, sondern nur aus einer aufgewühlten Unordnung kann eine neue gesunde Ordnung sich zum Dasein ringen. B. Traven

Im Verlag der S.-Z. sind erschienen:

Mit andern Augen
Jahrbuch der S.-Z. 1920—29 2 Mk. (statt 3 Mk.)

Kabif
Gedichte Mufti Buftis 1 Mk. (statt 2 Mk.)

Illustrierte Verfassung
Holzschnitte von Hans Gerner 0,50 Mk. (statt 1 Mk.)

Auslieferung gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheck-Konto Stuttgart 19844 (Die Sonntags-Zeitung) oder gegen Nachnahme.

Helden und Orgler

Wir sind ein armes Volk, aber für Totenehrungen haben wir immer noch sehr viel übrig. Das könnte ein schöner Zug sein, wenn er nicht zu neun Zehnteln dem Bedürfnis gewisser Kreise entspräche, sich anläßlich der vielen Gedenkfeiern selbst in Positur zu setzen. Eine wirkliche Ehrung der Überlebenden des großen Kriegs, soweit sie zu seinen wirklichen Opfern zählen, wäre lange keine so repräsentative Angelegenheit. Zudem käme sie teurer zu stehen.

Zu den vielen Ehrendenkmälern und Heldenhainen haben wir im Süden, dort wo Deutschland und Österreich zusammenstoßen, eine Helden-Riesen-Orgel bekommen.

Holzschnitt von Hans Gerner

Sie klang letzten Sonntag von der Feste Geroldseck bei Kufstein zum erstenmal „mächtig in die Weite". Zu Ehren aller Gefallenen deutscher Zunge. Hindenburg hatte ein Telegramm geschickt, in dem er in „unvergeßlicher Treue" (sollte wohl heißen: infolge vergessener Untreue) der tapferen Waffenbrüderschaft im Weltkrieg gedachte. Sonderzüge brachten viele Tausende nach Kufstein; es gab imponierende und begeisternde Umzüge, Vorbeimärsche von Ehrenkompanien, Feldmessen an drei Enden des Städtchens, Fackelzüge und feenhafte Festbeleuchtung. Auf den Tribünen saßen die prominenten Leute, für die solche Festivitäten eine berufliche Angelegenheit sind: die Vertreter der beiderseitigen Regierungen, des österreichischen Heeres, der deutschen Reichswehr usw. usw. Als die Ehren-Riesen-Orgel verklungen war, sang die Menge trutzig das Andreas Hofer-Lied. Es muß imponierend gewesen sein. Die Herren Generale haben sicher ihre helle Freude dran gehabt.

Mächtig orgeln fürderhin auch vom Süden her die vertrauten Töne durchs Land. Ein neues Instrument, aber alte Weisen, und vor allem im Hintergrund die alten Spieler. Es wäre besser gewesen, man hätte den miserabel abgefundenen Kriegsopfern für das hier verpulverte Geld Drehorgeln gekauft. hm

---

Die deutsch-österreichische „Waffenbrüderschaft" hatte mehr als einen Haken. Lange Zeit waren die österreichischen Truppen samt ihren Feldherrn dem Oberbefehl des preußischen Generalfeldmarschalls Mackensen unterstellt. Damals zirkulierte der Ausspruch Kaiser Franz Joseph: „Die Zentralmächte haben es gut: die Deutschen haben ihren Hindenburg und wir unsern Mackensen."

Wenn von zwei Generälen alle beide dumm sind, muß notwendigerweise der eine siegreich sein. Anatole France

Notgemeinschaft

Wo die Not am größten, sind die staatlichen Zuschüsse am nächsten. Größer als der Hunger der Arbeitslosen scheint der Hunger nach wissenschaftlicher Erkenntnis, weshalb das Reich jährlich diverse Millionen an die „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft" abführt. Die unterstützt damit wissenschaftliche Größen, auf daß wir angesichts ihrer Forschungsresultate sehen können, wo uns der Schuh drückt. Auf diese Weise sind uns z. B. im letzten Jahr folgende Werke beschert worden:

„Die Geschichte des Tübinger Stifts"; „Beiträge zur Gründungsgeschichte der oberrheinischen Kirchenprovinz"; „Das Regensburger Religionsgespräch von 1601"; „Die Geschichte des vereinigten Kurpfalz-Bayrischen Heeres unter Kurfürst Karl Theodor und in den ersten Regierungsjahren Max Josephs von 1778—1804"; „Der Aufbau des pindarischen Epinikions"; „Die deutschen Grußformeln in der neu-hochdeutschen Zeit"; „Iktus und Akzent im lateinischen Sprechvers".

Längst fällig ist eine Abhandlung über die Behebung der Arbeitslosigkeit. Wann sie herauskommen wird, ist zweifelhaft; dagegen soll die von der Notgemeinschaft namhaft unterstützte Erforschung der „Topographie biblischer Teichanlagen" gute Fortschritte machen.

Wenigstens ein Lichtblick in dieser sorgenvollen Zeit.

Berichtigung

„In Preußen haben neuerdings sämtliche Provinzialregierungen Anweisung erhalten, keine dissidentischen Lehrer mehr anzustellen. Die Freie Lehrergewerkschaft hat infolgedessen den Junglehrern geraten, vorläufig nicht aus der Kirche auszutreten ..." (Aus dem Artikel „Lehrer und Kirche" in Nr. 8 der S.-Z.)

Dazu schreibt die „Allgemeine Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands" an die Redaktion der S.-Z., der Vorwurf, diesen Rat erteilt zu haben, sei in einer Berliner Stadtverordnetensitzung dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Dr. Löwenstein, gemacht worden (also nicht der Freien Lehrergewerkschaft, die niemals einen solchen Rat gegeben habe). „Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie berichtigten, daß es sich bei diesem Gerücht nicht um die Freie Lehrergewerkschaft handele, sondern daß es sich auf den Abg. Dr. Löwenstein beziehe, der seinerseits in der Presse aber die Behauptung als unwahr zurückgewiesen habe."

Was hiemit geschehen ist.

Kleinigkeiten

Die falsche Rechnung. General von Metzsch schreibt in einem Artikel „Knechtgeist": „Wenn Tausende sterben, damit Millionen leben, so verrät das ein höheres Menschentum, als wenn alle leben, ohne der gemeinsamen Verkümmerung Einhalt zu gebieten ... Überfüllte Lungenheilstätten, Sanatorien, Irrenhäuser, Pflegeanstalten für belastete Kinder ... übertreffen den Jammer jeder Wahlstatt weit." — Glauben Sie, daß nach einem modernen Gaskrieg die Lungenheilstätten und Pflegeanstalten leerer sein werden, Herr General?

Vertieft. Aus einer Buchbesprechung von General a. D. Kabisch im „Stuttgarter Neuen Tagblatt": „Bedeutend am Buch das allgemein Gedankliche: „Kriegsstürme werden über die Erde rasen, solange es Menschen gibt, sobald die Zeit erfüllt ist —", „Ein Ästhet rettet das Vaterland nicht, sondern ein rauher Krieger, dem nichts etwas anhaben kann", „Jede Kulturstufe besitzt die Art des Krieges, die ihr entspricht". In solchen Gedankensplittern führt der Verfasser zu vertiefter Auffassung des Weltgeschehens und des Wesens des Krieges." — Wenn das eine „vertiefte Auffassung" ist, möchte ich gerne wissen, was flach ist.

Ungeheuerlich. General Ludendorff hat kundgetan: man rechne in den Kreisen des Stahlhelms und der Nationalsozialisten bei einem künftigen Krieg immer noch auf seine Hilfe, aber er werde diese Hoffnung nicht erfüllen, er werde nicht kommen. Die Hitler-Presse findet das „direkt ungeheuerlich" und spricht von „glatter Kriegsdienstverweigerung".

Schwarze Liste. Die Abteilung für Rasse und Kultur bei der Reichsleitung der NSDAP hat in Verbindung mit einer geheim gehaltenen Stelle eine große Anzahl jüdischer und jüdisch versippter Persönlichkeiten in einer Kartei „erfaßt"; sie erteilt auf Wunsch gegen eine Gebühr von 2 Mark Auskunft über Stammbaum usw. — Hat die Kartothek nicht noch einen anderen Zweck?

Hände hoch! „Prakt. Scherz-Zigaretten-Etui in Browingform versendet ..." usw. — Das liest man im Inseratenteil des „Völkischen Beobachters". Es würde auch in den redaktionellen Teil passen, unter der Überschrift: Unser Kampf gegen das Kapital.

Nationale Küche. „Unser Versuch", so liest man in der Frauenbeilage des Berliner Lokalanzeigers, „nach Anregungen aus dem Leserkreise Vorschläge für eine nationale Küche zu machen, hat uns eine Fülle freundschaftlicher Mitarbeit gebracht. Leider hielt ein großer Teil der Eignungsprüfung für unsern speziellen Zweck nicht Stand." — Fehlt's am nationalen Duft? Man nehme, da man hat, vielleicht ein wenig Kommiß-Stiefelleder oder Bombengas ...

Namen nennen! Der „Völkische Beobachter" vom 26./27. April schreibt, ein „Grazer Jidd" habe zu einer Angestellten gesagt: „Zu was haben Sie Ihre Jugend, lassen Sie sich wenigstens von irgendeinem reichen Juden aushalten! So rückständig dürfen Sie nicht bleiben! Glauben Sie, Ihr Chef hält weibliche Angestellte allein für den Verkauf seiner Ware?" — Den Mann beim Namen zu nennen wäre wirksamer. Ist aber vielleicht nicht möglich.

Humaner Strafvollzug. Von der Hinrichtung Tetzners wird berichtet, daß das Schaffott durch einen schwarzen Vorhang verdeckt gewesen sei; man habe ihn erst im letzten Moment aufgezogen. — Hoffentlich wußte Tetzner diese zarte Aufmerksamkeit zu würdigen.

Begleiterscheinungen. In Bremen hat die Evangelische Auswanderer-Mission ihr 50-jähriges Jubiläum abgehalten. Pfarrer Griesebach hob dabei, nach dem Bericht des „Tag", „neben der nationalen und kulturellen Bedeutung der Auswanderer-Missionen ... insbesondere auch hervor, wie wichtig diese für den deutschen Wirtschaftsverkehr seien, da dadurch der Warenaustausch und die Handelsbeziehungen mit den überseeischen Ländern gefördert würden." — Die Gottseligkeit ist zu allen Dingen nütze.

Wiederkäuer. Das fromme Blättchen „Licht und Leben" zitiert folgende Betrachtung über den geistigen Verdauungsprozeß: „... Das Gute, das wir hören, bedarf naturnotwendig des Wiederkauens, soll es ... Kraft und Leben in uns werden. Wie hastig hören und lesen wir meist! Unsere Versammlungen und Konferenzen sind, ohne Atempause, aufs laufende Band eingestellt. Es ist kein geruhliches Essen, eher ein Schlingen: Was dann, wenn man nicht wiederkaut ...?" — Dann gibt es ein Christentum, wie es heute allgemein üblich ist.

Die Beigabe. In Rexingen (bei Horb a. N.) verkündet der Pfarrer von der Kanzel: „Die Kommunionzettel mit dem Vierfessopfer und der üblichen Beigabe sind im Pfarrhaus abzuliefern." Die Beigabe besteht in einem Ei; wer keins hat, muß dafür ein paar Pfennig bezahlen; wer's nicht von selbst tut, bei dem wird eingezogen. — Auch ein alter Zopf, die Beigaben!

Ein gewagter Vorschlag. In einer Schrift „Revolution der Religion" empfiehlt ein Pfarrer Kuptsch der Kirche den Mut zur Konsequenz: „Die Kirche sollte vor der Kirchenaustrittspropaganda keine Angst haben, sondern ihr zuvorkommen und Kirchensäuberungswochen veranstalten." Sie müsse alle ausscheiden, die nur noch Sinn hätten für das Materielle, für ihre Begierden, ihre Machtgier, für Bürgerkrieg und Beraubung der andern. — Da müßte sie aber viele hinauswerfen.

Marxistische Arbeiterschule, Stuttgart. Mittwoch, 13. Mai, 14 Uhr: Erwerbslosenkurs (Thema: Kommunismus). Am gleichen Tag, 20 Uhr: Rednerkurs (Lehrer: Grade). Donnerstag, 14. Mai, 20 Uhr: Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion (Lehrer: Rau). Schullokal: Landhausstraße 2.

Volksbund für Geistesfreiheit, Stuttgart. Sonntag, 10. Mai, 10 Uhr: Morgenfeier im Jugendgarten. Sprecher: Ing. Seiß.

Jungpazifisten, Stuttgart. Montag, 11. Mai, 20 Uhr, Restaurant Ihle, Schellingstraße 5: Politisch-satirische Dichtung (Heine u. a.).

Freie Arbeiter-Union (Anarchosyndikalisten): Samstag, 16. Mai, 20 Uhr, spricht im Lokal Stecher, Sofienstraße 19, Karl Völker über das Thema „Was wollen die Anarchosyndikalisten?"

Ferien in der Nähe von Berlin. 30 Minuten mit Schnellbahn vom Stettiner Bahnhof. Wald und Havel. Pension 4,50 Mark. Wilhelm Düwell, Hohen Neuendorf bei Berlin, Birkenwerder Straße 89.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 11 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Etappe Gent
Das Buch, das Heinrich Wandt ins Zuchthaus brachte
kartoniert 2.50 Mark, gebunden 3.80 Mark

Erotik und Spionage
2. Band der „Etappe Gent"
kartoniert 3 Mark, gebunden 4 Mark

Zu beziehen vom Verlag der S.-Z. gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 19844 (Die Sonntags-Zeitung) oder gegen Nachnahme.

Stuttgart, 17. Mai 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 20

Über-Rationalisierung

In Betrachtungen und Denkschriften über die Weltwirtschaftskrise (die dadurch leider noch nicht beseitigt worden ist) hat man in letzter Zeit öfters lesen können, die Überproduktion, das Kennzeichen der Krise, rühre von der Über-Rationalisierung her. Die Technik habe zu rasche Fortschritte gemacht, denen das arme Wesen Mensch mit seinen kurzen Beinchen sozusagen nicht nachkomme.

In Wirklichkeit und wenn man aufs Ganze sieht, liegt der Fall genau umgekehrt. Wir haben eine Unterproduktion; wir könnten mit den zu Gebote stehenden Mitteln das Mehrfache produzieren, und zwar ohne daß dadurch ein lästiger Überfluß an Konsumgütern entstünde. Und diese Unterproduktion, die sich in dem Narrenhaus unserer Wirtschaft schon als Überproduktion gebärdet, ist darin begründet, daß der ganze Apparat der Erzeugung und Verteilung nicht etwa zu viel, sondern zu wenig rationalisiert ist, daß er voller Unzweckmäßigkeiten, voller Leerlauf, Reibungsverlust, Kraftvergeudung steckt. Wenn rationalisieren kaufmännisch ausgedrückt soviel heißt wie Unkosten sparen: unser kapitalistisches Wirtschaftssystem mit seinem planlosen Durcheinander und Gegeneinander ist, an den rein technischen Möglichkeiten gemessen, von geradezu vorsintflutlicher Rückständigkeit.

Ein Beispiel für den Stand der technischen Entwicklung: in U.S.A. ist eine Maschine zur Herstellung von Glasballons konstruiert worden, die in der Stunde 8000 Korbflaschen zu 25 Liter herstellt. Eine einzige solche Maschine würde ausreichen, um den gesamten Bedarf der Vereinigten Staaten an 25 Liter-Flaschen zu befriedigen; zehn würden den Weltbedarf decken können. Wenn dabei unzerbrechliches Glas verwendet würde (die Erfindung ist längst gemacht, nur wird sie nicht ausgewertet), dann würde sogar die eine Maschine für den Weltbedarf ausreichen und könnte nach drei Jahren bis auf Weiteres stillgelegt werden.

Statt dessen werden heute vermutlich an tausend verschiedenen Stellen mit und ohne Maschinen Flaschen von 22, 23, 24, 25 und 26 Litern Inhalt, teils mit dicken, teils mit dünnen, teils mit kurzen, teils mit langen Hälsen, einhenklig oder zweihenklig, grün, gelb oder weiß, fabriziert; und diese Flaschen werden von zehntausend Händlern und Zwischenhändlern über hundert Zollmauern kreuz und quer herum- und hinumbefördert, bis sie in die Hände des Verbrauchers gelangen. Wenn jene leistungsfähige neue Maschine wirklich irgendwo stehen und laufen sollte, dann gewiß nur mit halber Geschwindigkeit und nur einen Tag in der Woche, als ein Beispiel für „verfehlte Rationalisierung". Maschinen oder bessere Maschinen einstellen heißt nämlich nur dann rationalisieren, wenn diese Maschinen auch ausgenutzt werden können. Wenn ich meinen Hausgarten mit einem Traktor bearbeite, oder wenn zum Abladen von Baumwollballen statt einer gewöhnlichen Rutschbahn ein hochmoderner Kran in Betrieb gesetzt wird, so ist das nicht Rationalisierung, sondern das Gegenteil davon.

Das bedeutet aber, daß in der heutigen zersplitterten, anarchischen Wirtschaft mit ihrer Marktabsperrung und Marktunsicherheit überhaupt nicht rationell fabriziert werden kann. Für Produkte von Maschinen, die der heutigen Höhe der technischen Entwicklung entsprechen, bedarf es eines ausgedehnten und konstanten Absatzes; sie dürfen deshalb auch nicht durch einen wahnsinnig aufgeblähten, daher mit übermäßigen Unkosten durchaus unrationell arbeitenden Handel vertrieben werden, wie wir ihn in unserer „freien" Wirtschaft haben. Die heutige Technik schreit geradezu nach einer sozialistischen Wirtschaft, und zwar einer nicht bloß national, sondern international organisierten.

Weiß jemand eine deutsche Ziegelei, die es sich leisten könnte, eine Spezialmaschine anzuschaffen, die mit zwei Mann Bedienung täglich über eine Million Backsteine ausspeit? Und: was glauben Sie, was ein Stück Palmolive-Seife kosten würde, wenn die herstellende Firma ohne blödsinnige Reklame und bei rationellem Verteilungssystem einen Dauerabsatz von der zwanzigfachen Höhe des heutigen hätte? Höchstens fünf Pfennig statt fünfunddreißig. Wissen Sie, daß bei wirklich rationeller Herstellung und Verteilung so ziemlich alle Waren um den zehnten Teil ihres heutigen Preises und noch billiger geliefert werden könnten? Daß wir Erdbürger mit den heutigen Preisen ein Hundertmillionenheer von bewußten und unbewußten Schmarotzern ernähren?

Maschinen für Massenfabrikation gibt es genug. Aber sie sind zur Unrentabilität verurteilt, weil die mangelnde Organisation von Erzeugung und Verteilung keinen Massenabsatz zuläßt.

Die heutigen Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten, haben sich gelegentlich auch schon besonnen, wie dem abzuhelfen wäre. Ein „Normenausschuß der deutschen Industrie" mit einigen Dutzend Unterausschüssen gibt sich seit anderthalb Jahrzehnten große Mühe, wenigstens einmal einheitliche Maße in der Fabrikation einzubürgern. Das Erreichte ist bis jetzt sehr bescheiden; noch nicht einmal ein einheitliches Gewindesystem hat sich durchsetzen können. Der Eigennutz und der Konkurrenzneid der verschiedenen Firmen sind schwere Hindernisse, die bei einer internationalen Vereinheitlichung noch multipliziert werden müßten.

Ein anderes, höchst anfechtbares Mittel, das die Privatwirtschaft gefunden hat, um durch vermehrten Absatz die Fabrikation rentabler zu machen, ist die Qualitätsverschlechterung, die Herabsetzung der Lebensdauer der Waren, die neuerdings allen Ernstes als „einziger Weg zur Genesung" und „Ideal der Zukunft" gepriesen wird. (Th. Lessing in der Württemberger Zeitung vom 21. April 1931). Daß hiebei die bessere Ausnützung der Maschine durch Materialverschwendung und Vergeudung von Arbeitskraft erkauft wird, daß auch die Herstellung von Schundware sozialwirtschaftlich unrationell ist, kann man einem Verfechter der privaten Profitwirtschaft nur schwer begreiflich machen. Aber es ist doch so. Um nocheinmal auf das unzerbrechliche Glas zu kommen: profitiert wird an der Herstellung und am Verkauf von zehn zerbrechlichen Fensterscheiben ohne Zweifel mehr, als wenn es sich an ihrer Stelle um eine unzerbrechliche handeln würde. Aber die Herstellung und Verwendung dieser einen ist trotzdem um so viel wirtschaftlicher, als Material und Arbeit dabei gespart wird.

Die wachsende Spannung, mit der vor allem Industrielle und Techniker auf der ganzen Welt den Aufbau einer planmäßigen Wirtschaft in der USSR verfolgen, ist wohlbegründet. Nur in einer solchen, nur in einer sozialistischen Wirtschaft von großem Ausmaß wird sich zeigen können, was Rationalisierung heißt: welchen ungeahnten Wirkungsgrad die menschliche Arbeit mit Hilfe der modernen Technik heute entfalten kann.

Erich Schairer

Das Wichtigste

Kampf um die Zollunion

In Genf ist der Völkerbundsrat zusammengetreten. Gleichzeitig tagt dort der Europa-Ausschuß des Völkerbundes. Das Hauptthema der Verhandlungen bildet der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion.

470:0

Mit diesem Stimmenverhältnis ist in der französischen Kammer eine Resolution angenommen worden, in der es heißt: „Die Kammer ... verurteilt das Projekt einer Zollunion zwischen Österreich und Deutschland." Und in seiner Rede, die dieser Abstimmung vorherging, hat Briand gesagt: Frankreich habe dieses Ereignis (die Zollunion) mit einem Gefühl der Bitterkeit aufgenommen. „Deutschland und Österreich erklären, sie hätten das Recht, einen solchen Plan vorzubereiten. Wir, wir sagen: Nein!" Frankreich müsse seine Vorsichtsmaßnahmen treffen, um einen Krieg mit einem 70 Millionen-Nachbar zu vermeiden, denn der Krieg wäre eine nicht wiedergutzumachende Katastrofe; aber das französische Volk halte seine Augen offen.

Nach diesen Äußerungen kann sich kein deutscher Staatsmann darüber beklagen, daß er über die Haltung Frankreichs im unklaren gelassen werde. Warum aber diese einmütige und schroffe Ablehnung?

Weil der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion einen Angriff auf eine politische und wirtschaftliche Festung Frankreichs, auf das Fundament seiner Hegemoniestellung bedeutet. Politisch: denn die Staaten der Kleinen Entente sind ein Teil des Ringes um Deutschland (und auch um Italien bzw. dessen Verbündeten Ungarn); wirtschaftlich: denn in diesen Staaten hat das französische Kapital ein gewinnbringendes Tätigkeitsfeld gefunden. Niemals wird Frankreich zulassen, daß seine Stellung hier geschwächt wird; und es sieht natürlich, daß der Anschluß an eine deutsch-österreichische Zollunion für die Staaten der Kleinen Entente manches Verlockende hätte; diesen Anschluß sucht es mit allen Mitteln zu verhindern. Wer an dieser Stelle angreift, muß wissen, daß er mit dem Feuer spielt.

Geradezu naiv mutet es an, wenn dem gegenüber deutsche Politiker zu beruhigen suchen, indem sie behaupten, es handle sich gar nicht um Politik, sondern um ein rein wirtschaftliches Abkommen. So hat Curtius, verantwortlicher Leiter der deutschen Außenpolitik, am letzten Sonntag auf einem Bankett des Vereins der ausländischen Presse gesagt: Absatz für unsere Arbeit, Markterweiterung sei das Ziel, das wir anstreben; die Auffassung, daß wir Machtpolitik mit unserem Plane verfolgten, zeuge von völliger Verständnislosigkeit. Also „nur" Markterweiterung! Weiß Herr Curtius nicht, daß das Streben nach Markterweiterung schon die blutigsten Kriege hervorgerufen hat und gegenwärtig, bei der Absatzkrise aller kapitalistischen Länder, die Kriegsgefahr aufs höchste steigern muß? Dann möge er sich von seinem Kollegen Briand belehren lassen. Der sagt: „Der Versuch, dem wir uns heute gegenüber sehen, hat einen wirtschaftlichen Charakter. Ich sage das nicht, um seine Bedeutung abzuschwächen. Ich halte sogar dafür, daß wirtschaftliche Probleme uns zur Stunde mehr beschäftigen müssen als gewisse Ereignisse rein politischer Ordnung."

Die „Frankfurter Zeitung" behauptet, diese Sätze seien „nicht sehr deutlich". Ich finde sie zwar vorsichtig, aber deutlich genug: gerade weil die geplante Zollunion nicht (oder nicht nur) politischer, sondern wirtschaftlicher Natur ist, weil sie ein Versuch des deutschen Kapitals ist, den Markt im Südosten auf Kosten des französischen Kapitals zu erweitern (nach Curtius' Auffassung eine harmlose Sache), weil sie ein Teil des Kampfes zwischen den zur Kapitalexpansion gezwungenen imperialistischen Staaten ist — gerade deshalb bringt sie die Kriegsgefahr in nächste Nähe. Wer das nach Briands Reden und nach dem Stimmenverhältnis 470:0 nicht begreift, der wird es wahrscheinlich erst einsehen, wenn es zu spät ist.

Pitt

Um den Brotpreis

Im März hat der Reichstag die Regierung ermächtigt, die Getreidezölle ohne jedesmalige Zustimmung des Parlaments festzusetzen. Die Sozialdemokratie hat diesem Ermächtigungsgesetz nur zugestimmt, weil die Regierung in einer „Verbraucherschutz"-Bestimmung versprochen hatte, eine Erhöhung des Brotpreises über den Durchschnitt der letzten sechs Monate (d. h. praktisch über 46 Pfennig für den Kilo-Laib) zu verhindern.

Nun ist in verschiedenen Großstädten der Brotpreis auf 48, 50 und 52 Pfennig erhöht worden. Was hat die Regierung getan, um ihr Versprechen einzulösen? Sie hat verhandelt. Und was hat sie erreicht? Daß die Kleinbäcker in Berlin den Preis wieder auf 47 Pfennig ermäßigt haben. Auch dieser Preis ist (nach dem Versprechen der Reichsregierung) noch zu hoch. Aber er gilt, wie gesagt, nur für die Kleinbäcker. Die Brotfabriken verlangen 50 Pfennig, einzelne 52. Die Regierung hat also nur erreicht, daß in der Frage des Brotpreises ein völliges Durcheinander herrscht: man muß 47, 48, 50 oder 52 Pfennig zahlen, je nach dem Betrieb, in dem das Brot hergestellt worden ist.

So hält die Regierung Brüning ihr Versprechen.

Der „boshafte" Brüning

Heilmann hat keine Sorgen

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann behandelt im „Freien Wort" (Nr. 18) eine Anzahl „Sorgen-Fragen", die der Partei offenbar zu schaffen machen. Z. B.:

„Warum baut Brüning alle Sozialleistungen ab?" Antwort Heilmanns: Das ist „keine Bosheitspolitik"; eine bürgerliche Mehrheit kann eben in der Krise nichts anderes tun. (Das sagt ein Sozialdemokrat, nicht etwa um die Arbeiter zum Sturz des widersinnigen kapitalistischen Systems aufzurufen, sondern um sie zur Tolerierung der Abbau-Regierung zu ermahnen!)

Warum toleriert die SPD den Zollwucher der Regierung Brüning-Schiele? Antwort: Weil das der einzige Weg zur Rettung der deutschen Landwirtschaft ist.

„Warum hat uns Brüning das Joch des Panzerkreuzers auferlegt?" Antwort: Groener hat ihn dazu gezwungen, und Groener „mußte den Willen des Reichspräsidenten ausführen". (Stillgestanden, deutsche Proletarier!)

Besteht nicht die Gefahr, daß Brüning die SPD doch noch prellt und mit den Nazis geht? Keine Sorge! „Für die nächste politische Zukunft ist jede Annäherung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ausgeschlossen, es sei denn, daß wir sie durch einen plötzlichen Wechsel unserer Gesamthaltung zusammenzwingen."

Das sagt Heilmann in dem Augenblick, in dem auch (sollte man meinen) der Blindeste von dem Techtelmechtel zwischen

Nationalsozialisten und Zentrum

bzw. der Regierung Brüning samt ihren militärischen Stützen etwas sehen müßte. Wir wollen für Herrn Heilmann (und für die Sozialdemokraten, die sich immer noch solchen Führern anvertrauen) einige Tatsachen festhalten:

In dem Prozeß in Moabit, in dem Hitler vor etwa zehn Tagen wieder einmal seine unbedingte Legalität beschworen hat (um das Bündnis mit Brüning zu ermöglichen), ist festgestellt worden, daß Hauptmann Röhm den Generalen von Hammerstein und Schleicher versprochen hat, die SA umzuorganisieren und dem Befehl der Reichswehr zu unterstellen (was die Stennes-Revolte zum Ausbruch brachte) und daß Hauptmann Goehring Herrn Treviranus die gleiche Zusicherung gegeben hat.

Hauptmann Goehring ist in Rom vom Papst empfangen worden; er habe, schreibt der „Vorwärts", versprochen, seine Partei wolle künftig gegenüber der katholischen Religion größte Zurückhaltung üben.

Im bayrischen Landtag hat der Nazi-Abgeordnete Buttmann am 29. April erklärt, die bisherigen freiwilligen Leistungen des Staates an die Kirchen müßten in Pflichtleistungen umgewandelt werden; der Nationalsozialismus stehe auf dem Boden des positiven Christentums, er sei der beste Schutz gegen den „jüdisch-materialistischen Ungeist" und den „Bolschewismus" usw.; die Nationalsozialisten seien für Konkordate.

Über die gleiche Frage diskutieren das Zentrumsblatt „Germania" und der Nationalsozialist Gregor Strasser ganz offen. Strasser schreibt, die Nationalsozialisten wären jetzt auch bereit, einem Konkordat mit der katholischen Kirche zuzustimmen. Die „Germania" hört das nicht ungern („Man fühlt offenbar allmählich, daß es notwendig ist, mit den deutschen Katholiken als einem sehr konstanten Machtfaktor zu rechnen"), fordert dann aber eine parteioffizielle Erklärung: „Wir nehmen den Gesinnungsumschwung gern zur Kenntnis, bezweifeln, aber inwieweit Gregor Strasser die Vollmacht hat, für die nationalsozialistische Partei bindende Erklärungen abzugeben. Solche Dinge pflegt man nicht beiläufig in einem Kampfartikel der Parteizeitung abzutun."

So wird schon ganz öffentlich über die gemeinsame Regierungsplattform diskutiert. Aber Herr Heilmann hat keine Sorgen.

„Bosheitspolitik?"

Ist es Bosheit von Brüning, wenn er, obwohl ihm die SPD so treu gedient hat, an den Voraussetzungen für ein Bündnis mit der Rechten arbeitet? Wenngleich sein Wortbruch in der Brotpreisfrage eine solche Vermutung nahelegen könnte, wenngleich man es verstehen könnte, daß es ihm Genugtuung bereiten würde, eine Partei, die ihn noch vor dreiviertel Jahren aufs wüsteste beschimpft hat und ihn jetzt als einzigen Schutz gegen den Fascismus betrachten muß, etwas hereinzulegen — so wäre eine solche Betrachtungsweise doch sehr oberflächlich. Nein, Brüning verhandelt mit den Nazis nicht aus Bosheit, sondern weil er die Möglichkeit sieht, daß er einmal gezwungen sein könnte, mit den Nazis zu regieren.

Ob und wann diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird, hängt von der wirtschaftlichen Lage ab. Die gegenwärtigen politischen Ereignisse und die der nächsten Monate werden der klare Beweis sein dafür, daß heute die Politik bis in die kleinsten Einzelheiten bestimmt wird von der Entwicklung des Klassenkampfes an der Wirtschaftsfront.

Die erste Sanierungswelle, die Brüning auf uns losgelassen hat, war von geringem Nutzen; es herrscht Katzenjammer, Bankrott-Stimmung. Also wird die zweite Welle folgen, der zweite Angriff auf Löhne, Gehälter und Sozialversicherungen. Und da muß ein Punkt kommen, wo die SPD und die Gewerkschaften trotz allem „guten Willen" und aller Tolerierungssucht der Führer nicht mehr mitmachen können, ohne Selbstmord zu begehen. Da auch Brüning kein Interesse hat, die SPD und die Gewerkschaften zu sehr zu schwächen, wird das Bündnis Brüning—SPD gelöst werden. Möglich, daß Brüning diesen Wechsel der Pferde nicht leichten Herzens vornehmen wird (denn das rechte Pferd wird ihn sehr ungern als Reiter tragen und ihn vielleicht bei Gelegenheit abwerfen), aber er wird müssen. Er scheint sogar der SPD ihre Lage etwas erleichtern zu wollen, indem er die Entscheidungen über die neue Welle der Sozialreaktion bis nach dem sozialdemokratischen Parteitag verschiebt, aber zuletzt wird er doch gezwungen sein, der SPD den Laufpaß zu geben.

Dann wird die zweite Etappe auf dem Weg zum Fascismus beginnen. Die erste war das Bündnis Brüning—SPD, bei dem Brüning führte. Die zweite wird sein das Bündnis

Brüning—Hitler, bei dem ebenfalls Brüning, d. h. die kapitalistische Bourgeoisie führen wird. Die dritte wäre dann: Herrschaft der offen fascistischen Parteien und Organisationen (Deutschnationale, Nationalsozialisten samt SA, Stahlhelm usw.). Die zweite Etappe wird sich kaum mehr vermeiden lassen; ob die dritte, das hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab und von dem Widerstand, den die Arbeiterklasse dem Fascismus entgegensetzen wird.

Hermann List

PS.: In der SPD scheinen sich doch nicht alle Leute so mit Optimismus zu schminken wie Herr Heilmann. Wenigstens schreibt Albert Weidner in der „Welt am Montag": „Es gibt in der SPD sehr kluge, prominente Politiker, in denen das große Mißtrauen erwacht ist ... Brünings Politik — das ist selbst bei prominenten Politikern auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie ein undurchsichtiges Problem geworden."

Undurchsichtig? Dann sind eben diese „prominenten Politiker" blind, d. h. sie glauben, die Politik der Reichsregierung sei abhängig vom guten oder schlechten Willen Brünings, und sehen nicht, daß Brünings Frontwechsel durch die Lage auf dem wirtschaftlichen Kriegsschauplatz erzwungen ist. Und diese Partei war einst stolz auf ihren Marxismus!

„Es ist schon so weit bei der sozialdemokratischen Fraktion gekommen, daß sie sich bei den Anträgen stets fragt: „Was wird Brüning dazu sagen?" Es ist so, daß die Volkspartei befiehlt, das Zentrum kommandiert und die SPD pariert."

Portune, Reichstagsabgeordneter der SPD, in der Frankfurter Delegiertenversammlung am 30. März.

„Die langsame Wandlung der Sozialdemokratie zur größten bürgerlichen Partei wird von uns nicht bestritten, sondern anerkannt; diese Wandlung verdient jede Förderung ... Wer behauptet, man müsse die sozialdemokratische Partei vor dem Kommunismus schützen, sollte auch erkennen, daß sie in der Opposition dafür bedeutend bessere Aussichten hat als in der Verantwortung ... Sie gehört jetzt, übrigens auch zu ihrem eigenen Nutzen, einmal in die Opposition."

„Deutsche Allgemeine Zeitung" (schwerindustriell) vom 20. April

Der Legalist

Bei den Nationalsozialisten herrscht Hochbetrieb. Der ganze Apparat ist darauf eingestellt, jetzt mal nichts anderes zu tun, als die Legalität der Bewegung zu beweisen. Vor einigen Wochen, als man von Verhandlungen zwischen der Partei und Herrn Brüning erfuhr, hieß es, Brüning habe Hitler eine Art Bewährungsfrist gegeben: wenn ihr euch den Sommer über gut führt, werden wir im Herbst mal über die Zusammenarbeit reden.

Hitler führt sich seit Wochen krampfhaft gut. Er hat eine Generaloffensive zur Niederringung des Mißtrauens seiner geliebten Bourgeoisie eröffnet. Er selbst kämpft in vorderster Front: vor wenigen Tagen hat er, schon zum zweitenmal — diesmal in Moabit — vor Gericht seine Legalität beschworen.

Im württembergischen Landtag hat der nationalsozialistische Abgeordnete Mergenthaler versichert, seine Partei stehe durchaus auf dem Boden der Weimarer Verfassung.

Durch die nationalsozialistische Presse geht ein Dementi des Dr. Nieland M. d. R., von dem der Amtliche Preussische Pressedienst behauptet hatte, er habe in öffentlicher Versammlung ausgesprochen, die NSDAP sei nicht legal, sie sei es nur vorübergehend und aus Klugheit. Das Dementi sagt unter anderem: „In der Weimarer Verfassung ist vorgesehen, daß die Verfassung auf legale Weise geändert werden kann. Man kann also, wenn man über die erforderliche Mehrheit im Reichstag verfügt, durch Reichstagsbeschluß, auf legale Weise, aus der schwarzrotgoldenen Fahne die Hakenkreuzfahne machen, und aus der parlamentarischen Republik die nationalsozialistische Diktatur. Man kann also auf Grund der Weimarer Verfassung revolutionäre Ziele auf legale Weise durchsetzen. ... wir wollen durch Wahlen, also auf legale Weise, an die Macht kommen." Im „Völkischen Beobachter" steht unter dieser Erklärung des Pg. Dr. Nieland: „Von allen Parteiblättern nachzudrucken!" Die Partei hat keine Zeit zu verlieren: es muß schleunigst in alle Winde gerufen werden, daß man sich umgestellt hat.

Hier wird also vorgegeben, das Ziel sei das alte, nur der Weg sei geändert worden. Wie weit aber auch schon die Ziele — nicht nur die Wege — umgeformt sind, hat Hitlers Interview mit dem Vertreter des „Daily Expreß" gezeigt. Hitler fordert nicht mehr die Vorkriegsgrenzen; mag auch seine Presse unentwegt nach Beseitigung des Versailler Vertrags rufen — der Führer selbst hat sich bereits auf den derzeitigen Standpunkt der bürgerlichen Parteien gestellt: die Verträge zu anerkennen.

Was nun, wenn Hitler die Regierung stützt oder gar an ihr teilnimmt? Wird er dann — wenn das Heft erst in seiner Hand ist — eins zwei drei, hastenichgesehn, die Verfassung stürzen, den nationalsozialistischen Terror einführen, zur Rückeroberung des Elsaß ausziehen? Macht er den parlamentarischen Klimbim nur mit, um im günstigsten Moment das Bürgertum zu überlisten? Möglich, daß er sich's so ähnlich denkt. Die Wirklichkeit wird freilich anders aussehen. Er kann mit seinen naiven Söldlingen, mit seinem Heer von Landsknechten, verbitterten Kleinbürgern und Unterbeamten, mit seinen ideologisch durcheinandergebrachten Spießern nie gegen die feine und klug geleitete Maschinerie der kapitalistischen Politik aufkommen.

Herr Brüning, oder vielmehr Herr Siemens, Herr Klöckner oder wer Sie wollen, kann das Spiel und hat die Fäden in der Hand. Herr Hitler darf höchstens die Spieltische abräumen und ab und zu ein kleines Spielchen als Gast mitmachen und dabei sein Geld an die Bank verlieren. Hitlers Anhänger kommen für die herrschenden Oligarchen nur als Mameluckentruppe in Betracht. Mit ihnen kann man diejenige kapitalistische Herrschafts- und Verwaltungsform durchsetzen und (vorübergehend) sichern, die jetzt an der Reihe ist: den offiziellen, systematisch ausgebauten Fascismus. Die nationalen Kampfbünde sind dem Bürgertum willkommen als Ersätze für die vielleicht nicht hundertprozentig zuverlässigen Heere der Reichswehr und der Polizei. Aber in die Fabriken, in die Aufsichtsratssitzungen, in die Kalkulationsbüros, in die Verhandlungen der Arbeitgeberverbände, in die Büros der Vertrauensleute unserer Wirtschaftsführer in den Ministerien wird Hitler keinen Finger stecken dürfen. Die Maschine geht ihn nichts an; er hat da nichts zu melden; will er irgendwo ein Zipfelchen Einfluß bekommen, so muß er bezahlen: indem er sich mit den Herrschenden solidarisiert, sich mit dem System indentifiziert. Er darf durch die kompakte Masse seiner Anhänger und die Schlagkraft seiner organisierten Truppenformationen das fascistische System sichern — aber bestimmen werden die anderen. Max Barth

Lieber Max Barth, Sie sollten vorsichtig hinzufügen: zunächst. Zunächst wird Brüning (oder Klöckner) führen; die Bourgeoisie hat zunächst ein Interesse daran, den Nationalsozialisten einen möglichst geringen Anteil an der Macht einzuräumen. Aber stellen Sie sich einmal vor, der Angriff des Kapitals auf die Lebenshaltung der Massen gehe so weit, daß die Massen rebellieren — wird dann nicht die Bourgeoisie den fascistischen Terror entfesseln und durch dessen Zusammenarbeiten mit den staatlichen Machtmitteln die Organisationen der Arbeiterklasse (Presse, Parteien, Gewerkschaften) vernichten? Wird sich der Fascismus dann, wenn er seine stärksten Feinde im Auftrag der Bourgeoisie unschädlich gemacht hat, wieder in die Schranken weisen lassen? Wird er dann nicht auch die, die bis dahin seine Verbündeten gewesen sind: die kapitalistischen Mittelparteien (oder was von ihnen noch übrig sein wird) beherrschen wollen und können?

Diese Fragen sind nicht mit einem glatten Ja oder Nein zu beantworten. Aber die Möglichkeit, daß es so kommen wird, ist ins Auge zu fassen; gegen die Gefahr des offenen Fascismus muß jetzt schon die Gegenwehr organisiert werden.

L.

Wie Ludendorff in seiner „Volkswarte" mitteilt, ist die Überwachung der NSDAP durch den Sonderkommissar des Ministeriums des Innern seit 15. April eingestellt.

Das Oldenburger Barometer

Vor vierzehn Tagen haben in Schaumburg-Lippe Landtagswahlen stattgefunden. Ergebnis: die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten haben abgenommen, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und (was vielleicht das Wichtigste an dem Ergebnis ist) die Deutschnationalen haben zugenommen.

Heute wird in Oldenburg der Landtag neu gewählt. Sogar Reichskanzler Brüning hat durch eine Rede in Kloppenburg persönlich in den Wahlkampf eingegriffen. Das deutet darauf hin, daß die Regierung den Oldenburger Wahlen einige Bedeutung beimißt. Wahrscheinlich betrachtet sie den Ausgang als ein Barometer für die politischen Stimmungen.

Aus dem Fascio

Razzia in einer deutschen Großstadt. Ein reichlich berüchtigtes Stadtviertel wird von der Polizei gegen Mitternacht „abgeriegelt". Wer sich nicht ausweisen kann, muß per Lastauto zur Polizei. Nur einer widersetzt sich, wird tätlich, kriegt Püffe, teilt welche aus. Hilft ihm aber nichts, muß eine Nacht auf dem Polizeipräsidium verbringen, wo er auch nicht gerade als Hotelgast behandelt wird. Vier Wochen später Anklage und Verhandlung „wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt". Aber ausnahmsweise findet sich diesmal ein vernünftiger Richter. Der pfeift den Herrn Oberwachtmeister an: „Hatten Sie gegen den Mann irgend einen Verdacht?" „Ja, er hielt sich in der H.-Straße auf und hatte keinen Ausweis." „Ist es verboten, die H.-Straße zu betreten?" „Nein." „Wissen Sie, daß in ruhigen Zeiten kein Deutscher verpflichtet ist, einen Ausweis bei sich zu tragen?" Schweigen. Freispruch. Begründung: Der Mann war berechtigt, sich gegen eine vollkommen unberechtigte Verhaftung zu verteidigen. Es gibt — manchmal — noch Richter in Deutschland.

*

Auf dem Luganer See. Der Dampfer berührt einen kleinen Ort, der hübsch aussieht; außerdem hat man Kaffeedurst, und der tessiner Kaffee ist gut. Auf einmal merkt man — vor dem Kriege merkte man das zunächst gar nicht —, daß man in Italien ist. Schon die Schiffsbrücke wird von zwei Gendarmen mit kriegerischen Hahnenschwänzen am Hut bewacht, die jedes einzelne Gesicht scharf aufs Korn nehmen. Dann geht's in ein Gebäude, in dem die Pässe genau geprüft und mit dem Datum gestempelt werden. Das ist aber nicht so einfach. Der Mann, der mich auf „Verbrecher" bzw. auf politische Verdächtigkeit — das ist so ziemlich das selbe — prüft, zieht zunächst einmal das Heft, Buchstabe E, hervor und studiert sorgfältig fünf Seiten mit Namen, um zu sehen, ob ich mich nicht auf der Verdächtigenliste befinde. Diese Hefte enthalten die sogenannte „lista nera", d. h. die schwarze Liste; auf der steht jeder, der sich bei den Fascisten irgendwann einmal mißliebig gemacht hat, und sei es auch nur durch einen Artikel wie diesen hier. In leichten Fällen wird die Einreise verweigert, in etwas weniger leichten, z. B. wenn man ein sozialdemokratisches Blatt bei sich trägt, kann es einem blühen, „fern von Madrid" etwas länger über die Sache nachzudenken. Für besonders störrische Leute gibt es Ricinuskuren gratis.

Aber ich habe es bestanden, und nun darf ich meinen Kaffee trinken und dann, wiederum von zwei Gendarmen scharf beobachtet und nochmals vom Listenmann streng kontrolliert, den gastlichen Boden Italiens wieder verlassen mit der nochmals amtlich abgestempelten Bescheinigung, kein Schwerverbrecher zu sein. (Die kommen ganz bestimmt mit falschen Pässen durch, wie kürzlich die Geschwister Reins, die Mörder.)

Kurz gesagt: Das fascistische Italien ist eine Art belagerte Festung. Die Orte, an denen man unter den oben geschilderten Schikanen überhaupt hereinkann, sind dünn gesät. Wer anderswo — etwa mit seinem Boot — anlegen will, stößt auf Stacheldraht und Gendarmen, Zöllner und Sünder. Das alles hat nicht nur den Zweck der Abwehr, sondern beschäftigt zugleich ein Riesenheer von Beamten und Angestellten, vor allem auch tausende von Zivilspitzeln, die alle an der Erhaltung des fascistischen Systems interessiert sind und einen seiner festesten Pfeiler bilden, fester jedenfalls als das filosofisch-politische System des Herrn Vilfredo Pareto, die Charta del Lavoro (ständische Arbeitsordnung) und andere schöne Dinge, über die romantisch angehauchte Fascistenfreunde in Deutschland gerne dicke Bücher schreiben.

Wozu das alles? Wozu die Gegenüberstellung? Ich gehöre ganz gewiß nicht zu den Leuten, die zu Hause alles besser finden und am Ausland alles bemäkeln. Diese Leute interessieren mich nicht. Ich spreche zu denen, die meinen, wir hätten den Fascismus in Deutschland schon und viel schlimmer könne es nicht mehr kommen. Es kann noch viel schlimmer kommen, es kann dahin kommen, daß man auch in Deutschland kein offenes Wort mehr auf der Straße und im Betrieb reden kann. Und vielleicht kommt diese Warnung zu spät.

E.

Am 11. Mai ist der zwischen dem preußischen Staat und den acht evangelischen Landeskirchen Preußens abgeschlossene Kirchenvertrag unterzeichnet worden.

An den Justizminister

Eingabe, betrifft:
Rechtsunsicherheit im Mordgewerbe.

Hochverehrter Herr Justizminister!

Der Unterzeichnete erlaubt sich höflichst, sich mit einer untertänigen Bitte an Sie zu wenden und bittet derselbe um gnädige Antwort.

Indem ich seit einem halben Jahr ausgesteuert bin als stellenloser Friseur und wo doch heutzutage keiner keine Arbeit nicht finden kann weil sich die Herren und auch andere Männer oder sogar die halben Buben, wo noch nicht trocken sind hinter den Ohren, aber wenn sie nur drei Haare unter der Nase haben selber rasieren. Mit Schillettklingen. Deshalb habe ich mich entschlossen, den Beruf eines Mörders zu ergreifen indem derselbe noch eine Aussicht hat in unserem deutschen Vaterland wo jeden Tag in der Zeitung wieder einer jahrelang als Massenmörder beruflich tätig gewesen ist, leider, aber das ist kein Wunder bei den Juden und dem Jungplan. Ich möchte darum diese Laufbahn einschlagen, denn wenn man keine Erwerbslosenunterstützung mehr bekommt und dann immer mit der Wohlfahrt oder später gar Armenpflege, das ist doch auch nichts; aber ich bin sehr dafür geeignet, für den Mörderberuf, denn ich bin ein guter Friseur, der wo seine Sache gelernt hat und immer saubere und scharfe Messer, aber tipptopp. Habe auch schon schwere Arbeit geleistet, mit Hammer und Axt und so und im Krieg gelernt, wie man schießt. Ich bin in der ersten Schießklasse gewesen und der Unteroffizier Töpfner hat immer gesagt: „Du Schwein schießt lauter Zwölfer, und wenn wir im Frieden wären bekämst du sicher die Schützenschnur." Also kann ich bei dieser Profession mein gutes Auskommen finden und die Wohlfahrt muß nicht für mich bezahlen.

Aber sehr geehrter Herr Justizminister, da hat mir mein Freund in der Zeitung gezeigt, daß in Bayern einer geköpft worden ist und auch in Düsseldorf passiert es vielleicht einem. Das hat mich gewundert, denn ich habe nicht gewußt, daß der Tarif geändert worden ist. Es hat sonst immer geheißen, jetzt gibt es nur noch lebenslänglich und jetzt auf einmal wird einem der Kopf abgeschlagen. Da weiß man ja gar nicht mehr, wo man dran ist und was gilt.

Ich sage nichts gegen das Köpfen, die Herren werden schon wissen, was für uns am besten ist; aber es muß einem doch gesagt werden, das ist doch keine Ordnung nicht, wenn man meint lebenslänglich und hintennach dann heißt es auf einmal Kopf ab. Das ist keine Rechtssicherheit mehr sondern Anarchie und man verliert alles Vertrauen zu der Justiz. Hochverehrter Herr Minister, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie wollten so gut sein und mir eine Abschrift von den Bestimmungen über Morden und Todesstrafe oder auch Lebenslänglich zuschicken. Franko!! Denn es muß alles seine Ordnung haben.

Wenn man weiß, Kopf ab, kann man sich danach richten und aufpassen, daß sie einen nicht so leicht erwischen und wenn sie einen dann doch kriegen, so kann man halt nichts machen, aber es ist dann richtig, denn es steht so im Gesetz. Aber nur nicht diese Unsicherheit, daß man meint, es gibt nur lebenslänglich und nachher geht es einem an den Kragen, oder daß man meint, es sei lebenslänglich ausgemacht und es ist auch in Preußen und anderswo so und nachher erfährt man, daß schon zehn Meter vorher Bayern gewesen ist und man hat nur den Grenzpfahl nicht gesehen. Das ist ärgerlich, weil man es nicht vorher gewußt hat. Da wird man als Staatsbürger ganz dumm im Kopf und muß sich über die Judenrepublik ärgern, weil es da ohne Ordnung zugeht. Unser Hauptmann hat immer gesagt: „Ordnung ist das halbe Leben."

Und dann, verehrter Herr Minister, was soll man da denken, wenn sogar in Preußen der eine begnadigt wird, zum Beispiel die wo ihr Kind ins Wasser geworfen hat, und überhaupt alle begnadigt werden, aber auf einmal wird dann einer einfach hingerichtet. In Düsseldorf. Da geht ja der Respekt vor dem Staat verloren, Herr Minister, und ich an Ihrer Stelle täte das auf keinen Fall zulassen. Der Tarif muß für alle gleich sein, da darf man keine Ausnahmen machen und Vetterleswirtschaft und derlei Sachen. Wenn wir unsere Steuern zahlen, verlangen wir auch, daß alles gerecht zugeht, besonders wenn einer so einen gefährlichen Beruf ausübt wie ein Mörder.

Wenn Sie sich alles recht überlegen, werden Sie schon sehen, daß ich recht habe und daß es nicht so weitergehen kann, weil sonst die Grundpfeiler der Sittlichkeit wanken, wie unser Herr Pfarrer sagt. Sorgen Sie für Ordnung; es ist mir gleich was für eine, denn ich werde doch nicht erwischt, aber wenn ich erwischt werde, dann ist es halt vorbei und das macht nix, wenn der Kopf ab ist. Aber man weiß dann doch, daß es gerecht zugeht und nicht mit Schiebung und Ausnahmen machen.

Schicken Sie mir also bald den Tarif, denn ich möchte endlich wieder eine geregelte Beschäftigung haben und schreiben Sie nur an Ignaz Hugendubel, Wadelfing, der Briefträger weiß es dann schon.

Ignaz Hugendubel

Massenmörder

Eine Serie scheußlicher Morde erregt augenblicklich die Öffentlichkeit. Aber mit Abscheu und Empörung allein ist noch nichts getan, und mit dem Rachegeschrei und dem Ruf nach dem starken Arm der „Gerechtigkeit" erst recht nichts. So gewiß viele Mörder geborene Verbrecher sind, so gewiß sind sie gleichzeitig auch das Resultat unserer Gesellschaftsordnung; man kann nicht von ihrer Schuld reden, ohne sofort auf die Mitschuld unserer stattlichen Ordnung zu stoßen. Betrachtet man die besonders scheußlichen Fälle einzelner Massenmörder jenseits von Sensationsberichterstattung und Vertuschungsmanöver an Hand sachlicher Studien, so tritt diese Mitschuld der Gesellschaft bei den meisten sofort klar zutage. Man geht an einen Kriminalfall heran und sieht sich einem Krankheitsfall gegenüber, der nicht oder nicht früh genug als solcher erkannt wurde.

Der bekannte Kriminalist Hans Hyan hat die markantesten Fälle gründlich untersucht; fünf davon sind in dem Buch „Tiermenschen", Band 2 der Erinnerungen Deutscher Kriminalisten (Verlag Josef Singer, Leipzig. Preis 2 Mark) dargestellt, unter ihnen der besonders scheußliche Fall des Massenmörders Großmann; ferner sind enthalten Studien über den rätselhaften französischen Frauenmörder Landru, über Schumann, Sternickel u. a.

Bei fast allen stößt man auf das, was bei Großmann am deutlichsten sichtbar wird: An diesen Asozialen, durch abnormes Triebleben und gefährliche Atavismen Belasteten versagt ein Bestrafungssystem, das selbst für geistig Gesunde eine schwere Belastung und Gefahr bedeutet. Die stupide Absperrung im Zuchthaus steigert noch den abnormen Ablauf ihres Trieblebens; die Strafe schreckt sie nicht ab und bessert sie nicht, sondern macht sie durch Stauung der Triebe nur noch toller und gefährlicher. Viele der scheußlichsten Sittlichkeitsverbrechen werden sofort oder kurz nach der Entlassung aus dem Zuchthaus begangen.

Hier kann nur eines helfen: nicht mechanisch verhängte Strafe, sondern geeignete Absonderung, bei der zu berücksichtigen ist, ob der Betreffende noch zu bessern bzw. zu heilen ist oder nicht. Bevor man dazu kommen kann, ist allerdings die Abneigung unserer Justiz zu überwinden, die Verirrungen des Trieblebens als geistige Erkrankung anzuerkennen. Auch im neuen Strafgesetzentwurf hat sich in dieser Hinsicht kaum etwas geändert. Aber auch die im Gesetz gebotenen Möglichkeiten werden nur selten ausgenützt, weil die Richter in ihrer Mehrzahl zu sehr vom Eifer des Bestrafens erfüllt sind, und weil, worauf Hyan mit Nachdruck

Der Fall Spanien

Die spanische Republik konsolidiert sich. Das ungebärdige Katalonien ist gezwungen worden, sich Madrid zu fügen; seine Regierung hat nichts weiter zugestanden bekommen als die Befugnisse und Rechte einer Provinzialverwaltung. Das Ergebnis ist wohl ausschließlich oder doch in der Hauptsache dem Boykott der katalonischen Industrie durch das übrige Spanien zu verdanken: man sperrte den Katalanen die Aufträge und zog sogar viele der bereits erteilten zurück.

Der Ministerrat hat einen bedeutsamen Entschluß über das Unterrichtswesen gefaßt: Religionsunterricht ist künftig in den Schulen nicht mehr Pflichtfach; er wird nur erteilt, wenn die Eltern einen Antrag stellen; findet sich kein Lehrer, der bereit ist, ihn zu geben, so wird ein Geistlicher beauftragt, er bekommt dafür aber keine Bezahlung. Im katholischen Spanien greift die Republik also ein bißchen schärfer durch als im protestantischen Deutschland: statt die Abmeldung vom — als selbstverständlich behandelten — Religionsunterricht festzusetzen, schreibt sie die Anmeldung für diesen — von Amts wegen nicht für nötig gehaltenen — Unterricht vor.

Die direkte Aktion der empörten Volksmassen richtet sich weniger gegen die Religion als gegen ihre vorzüglichsten Nutznießer, die Jesuiten. Zehn ihrer Klöster sind am vergangenen Montag in Brand gesteckt worden. Gewöhnliche Kirchen blieben dagegen unbelästigt. Der Zorn des Volkes richtet sich mit gutem Grund gegen die Jesuiten: der Orden besitzt riesige Reichtümer und betreibt eine Anzahl industrieller Unternehmungen.

Sehr bemerkenswert ist, daß auch die Bauern eine recht gesunde revolutionäre Stimmung beweisen. Unsere bürgerliche Presse weiß in dunklen Andeutungen viel von „kommunistischer Propaganda" zu melden. Was daran wahr ist, kann man nicht so leicht nachkontrollieren. Sicher ist aber, daß die Bauern — mag nun kommunistische oder anarchistisch-syndikalistische Agitation diese Frucht getragen haben — sehr konkrete Vorstellungen von dem haben, was sie von einer richtigen Republik erwarten. Die Landarbeiter und Kleinbauern haben einen Teil der von den emigrierten Gutsbesitzern verlassenen Güter in Besitz genommen. „Viele von ihnen haben in ihrem simplen Verstand eine merkwürdige Vorstellung von einer Republik und glauben tatsächlich, daß ihnen ein Recht auf den Grund und Boden zustehe, auf dem sie bisher als Tagelöhner dienten", schreibt die „Vossische Zeitung" in ihrem simplen Verstand. Scheint auch eine merkwürdige Vorstellung von einer Republik zu haben, dieses Blatt.

Natürlich wird Spanien als bürgerlich-kapitalistische Republik aufgezogen werden. Das Monopolkapital ist einstweilen noch immer der Stärkere. Aber die Vorgänge in diesem relativ schwach industrialisierten Land, die Versuche, aus der Staatsreform eine Revolution zu machen, die Besitzverhältnisse grundsätzlich zu ändern, zeigen, daß jede Umwälzung in einem europäischen Land heutzutage wirtschaftliche Parolen auslösen muß. Mit den Freiheitsfloskeln des Aufklärertums ist's nicht getan. Mag auch, wie in Spanien, irgendwo eine Bourgeoisie ihren König absetzen, um selbst an seiner Stelle die Verwaltung und Ausbeutung der Volkskraft vorzunehmen: in den arbeitenden und abhängigen Massen aller Länder sind, mehr oder minder bewußt, die konkreten sozialistischen und kommunistischen Vorstellungen vorhanden; wo ein staatliche Umwälzung eintritt, werden sie immer in Form aktueller Forderungen proklamiert werden. Mag einstweilen noch die Gegenseite stärker sein als die Antikapitalisten: die Tendenz steht fest; die Entwicklung muß notwendig in Richtung dieser Tendenz führen; jede Schwäche des liberalistischen oder fascistischen Kapitalismus wird den Einbruch kommunistischer Gedanken und kommunistischer Realisierungen ins Gefüge des internationalen Kapitalismus zur Folge haben. Jedes Versagen des Kapitalismus wird antikapitalistische Kräfte in Aktion setzen. Man kann in keinem Land Europas mehr die Massen auf die Dauer auf humanitär-filosofische Reformbestrebungen ablenken, um sie von wirtschaftlichen Revolutionszielen fernzuhalten. Auch der aufgeklärteste Liberalismus kann der proletarischen Klasse das Wesen des Staates, den Sinn der Wirtschaft und die Aufgabe des Proletariats nicht mehr verschleiern.

Karl Fehr

Die Kürten-Komödie

Der Prozeß gegen den Massenmörder Kürten, dem ich neun qualvolle Tage beigewohnt habe, war ein Unikum in der Geschichte des Strafprozesses. Einen Tag vor Beginn wurde den 69 anwesenden Pressevertretern mitgeteilt, daß nur 15 zugelassen würden: nur die gerichtsnotorisch braven Düsseldorfer und einige Ausländer. Von den Ausländern waren die meisten schon nach zwei, drei Verhandlungstagen so desillusioniert, daß sie ihre Koffer packten.

+

Diejenigen Zeugen, die die Seele des Angeklagten hätten erschließen können, sind entweder gar nicht geladen (wie die Ehefrau Kürten) oder nicht vernommen worden (wie frühere Zelleninsassen). So konnte (gute Regie!) das Urteil der (beamteten) Psychiater nicht erschüttert werden: dieser Vampyr, den nur das Blut von Mensch oder Tier berauschen und befriedigen konnte, ist „völlig normal". „Er bleibt mir allerdings ein Rätsel", ergänzte sich ein Sachverständiger. Dieses Rätsel will man mit dem Fallbeil aus der Welt schaffen.

+

Das „Institut für Sexualforschung in Wien" bat mich um Vermittlung einer Originalhandschriftprobe Kürtens. Unter Vorlage des Auftrags wandte ich mich an den Sachbearbeiter Staatsanwalt Jansen. Er lehnte ab mit der Erklärung: „Wir werden uns der Wissenschaft nicht mehr verschlossen zeigen, wenn der prozessuale Akt Kürten restlos abgeschlossen ist." Also erst köpfen, dann untersuchen. Der Verteidiger Kürtens sagte noch deutlicher: „Ich denke nicht daran, diesem Institut Material zu liefern." Er ist ein braver Zentrumsmann.

+

Aus der Monotonie der neun Verhandlungstage hoben sich nur einige pointierte Episoden hervor, die gegen die gerichtliche Regie verstießen. Ein paar Proben:

Der Richter in Verlegenheit. Richter (jovial zum Vater Kürten): Also, Sie waren Sandformer, Gießer, und da haben Sie, na, das weiß man ja noch so aus der Vorkriegszeit, gern viel getrunken, was? Vater Kürten: Viel getrunken? Es ist wohl umgekehrt, Herr Richter — wir haben den Namen davon, und Ihr tut es vielleicht.

Gekränkte Standesehre. Richter zum sachverständigen Zeugen (zwei Eide!): Kürten hat angegeben, diesen Dolch bei Ihnen gekauft zu haben. Stimmt das? Sachverständiger: Nein nein nein nein, ausgeschlossen! Es handelt sich hier um einen Dolch in der Preislage von eine Mark zwanzig bis eine Mark fünfzig. So billige Ware führe ich nicht. (Ab.)

Erziehungsproblem gelöst. Vater Kürten: Mein Sohn hat eine gute Erziehung gehabt — ich habe ihn immer in die Kirche geschickt.

Rund um die Ehe. Frau Kürten (bei der protokollarischen Vernehmung): Ich lernte meinen Mann in Altenburg kennen. Er war mir von vornherein unsympathisch.

Verteidigung. Der Verteidiger zur Zeugin, die bekundete, daß sie einen Hammerschlag erhielt und ohnmächtig zu Boden stürzte: Weshalb hat er sie, als sie am Boden lagen, nicht weiter geschlagen?

Zu einer anderen Zeugin: Dann sind Sie mit dem Angeklagten in den Wald gegangen, und da haben Sie sich geküßt. Zeugin: Nein. Verteidiger: Was — nein? Sie haben sich nicht geküßt? Zeugin: Nein. Verteidiger: Was — Sie gehen mit einem Manne in den Wald — und küssen sich nicht? Eine sonderbare Sache.

Erkenntnis (am dritten Tage). Kürten: Ich lege gar keinen Wert auf weitere Beweise, Herr Vorsitzender, es kommt ja doch nichts mehr dabei heraus.

Hanns Weinberg, Düsseldorf

Zwischen zwei Gebeten

Die Berichte über die Hinrichtung des Versicherungsmörders Tetzner in Regensburg sind dazu angetan, Übelkeit zu erregen. Nachdem man ihn tags vorher mit Nierenbraten, gemischtem Salat und Bier, abends mit Zwiebelfleisch gefüttert hatte, schleifte man ihn am nächsten Morgen zum Richtblock, wo er nach dem üblichen Gebet halb ohnmächtig und schreiend unter das Fallbeil geschoben wurde. Als der Kopf, über und über mit Blut besudelt, mit weit aufgerissenen Augen im Netz lag, wurde die Zeremonie mit einem neuerlichen Gebet geschlossen. („Welt am Montag")

Stuttgarter Idyll

Was beim Parlamentarismus herauskommt

Haustierzucht

Professor Haber, der deutsche Giftgasmann, ist als Preisrichter in Paris gewesen. Er sollte mitentscheiden, welche Arbeit bei einem Ausschreiben des Roten Kreuzes die Frage nach einem Erkennungsmittel für Gelbkreuzgas am besten gelöst habe. Er fand, daß keine „genügend" verdiene. Es gebe kein solches Erkennungsmittel. Am besten wäre es, meint Haber, wenn man ein Tier fände, das schon auf eine winzige, für Menschen noch unschädliche Menge dieses Gases reagiere, dessen Sterben also das Nahen der Gasgefahr ankündigen könne. Dieses Tier müßte dann als Haustier gezüchtet werden.

„Arbeiter"-Lyrik

Der Hohenzollernprinz August Wilhelm hat in München vor seinen nationalistischen Pg. Pg. eine große Rede gehalten. Er hat verkündet: „Wir kennen keine Landesgrenzen mehr, wir sind nur Nationalsozialisten," aber niemanden ist es bei solcher handgreiflichen Erinnerung an den kaiserlichen Vater schlecht geworden. Und als er rief: „Wir haben der Feiern genug, wir wollen arbeiten", hat ihn in dieser Versammlung einer „Arbeiter"partei kein allgemeines Gelächter zugedeckt. Im Gegenteil: „Die Körper gestrafft und die Sehnen, die Augen voll Feuer in Glaubens- und Hoffnungszuversicht, die Beine im Takt der Musik und des Herzens, so wuchteten sie vorüber und tauchten ihre Blicke in die Augen des Prinzen."

Der ehrbare Kaufmann

Sie kennen doch den „ehrbaren alten Kaufmann", der für die Zigaretten des Hauses Neuerburg (d. h. des deutschen Zigarettentrusts Reemtsma-Neuerburg) in den illustrierten Zeitungen Reklame macht. So ziemlich alle alt- und echtdeutschen Tugenden sind ihm eigen; er rühmt deutsche Gründlichkeit, deutschen Fleiß, deutsche Arbeit.

Dieser „ehrbare Kaufmann" verkauft seine Zigaretten auch in Frankreich. Dort legt er in jede Schachtel einen Zettel, auf dem die Güte der Holzschachteln gerühmt wird; das Holz dazu stamme nämlich aus — Französisch-Äquatorialafrika.

Nie wieder

Der „Stadt-Anzeiger" von Bremen-Elberfeld schäumt: auf einem im Theater verteilten Prospekt wird angekündigt, Elisabeth Bergner werde auf einer Gastspielreise an verschiedenen Theatern Westdeutschlands spielen, zuletzt auch noch in „Strasbourg". Nicht Straßburg, sondern „Strasbourg". Deshalb: „Fort mit dieser Schauspielerin!" Es handelt sich hier „um ein Zeichen solcher Würdelosigkeit, daß wir allen Grund haben, uns Elisabeth Bergners zu schämen". So etwas muß „jeden wirklichen Deutschen, mag er Kommunist, Sozialist, Deutschnationaler oder was immer sein, auf das Tiefste empören." „Das aber muß mit allem Nachdruck gefordert werden: Elisabeth Bergner darf nie wieder auf unseren Bühnen spielen!"

---

hinweist, ihre Ausbildung insofern mangelhaft ist, als sie weder Psychologie noch Psychopathologie als Hochschuldisziplin pflichtmäßig gelehrt wird.

In einigen der von Hyan aufgezeichneten Fällen zeigt sich eine bedenkliche Interesselosigkeit des Gerichts, den Angeklagten überhaupt psychopathologisch zu ergründen, ja direkt eine Abneigung dagegen. So hat man sich z. B. bei so außerordentlichen Fällen wie denen von Großmann und Schumann nicht einmal die Mühe genommen, die Möglichkeiten des Gesetzes auszunützen und sie gründlich beobachten zu lassen. Die Untersuchung durch die Gerichtsärzte dauerte z. B. bei Schumann jeweils vielleicht eine Stunde; bei Großmann stützten sich die Gutachten, wie Hyan sagt, sozusagen auf Beobachtungen zwischen Tür und Angel. Man verhindert auf diese Weise, daß die Verantwortlichkeit der „Bestien" ernsthaft in Frage gestellt werden kann, und kommt damit dem Rachebedürfnis der öffentlichen Meinung entgegen, das nach einer Verurteilung schreit. Man verteidigt so jeweils natürlich auch eine wichtige Position: denn wenn einmal der starre Begriff „Schuld" erschüttert ist, wankt das ganze Gebäude des heutigen Strafrechts.

m

Von Hans Hyan sind u. a. noch erschienen: „Massenmörder Haarmann", Verlag Dr. Eysler & Co, Berlin SW 68; „Verbrechen und Strafen im neuen Deutschland", Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Vom Film

Zugelassen

Mit den Militärfilmen appelliert die Filmindustrie an den Dienstbotengeschmack niederster Sorte. Sie macht glänzende Geschäfte dabei. So jetzt wieder mit dem Schlager „Der Schrecken der Garnison". In ihm ist der Held ein gutmütiger Tölpel, der die geheiligte militärische Ordnung ein wenig durcheinander bringt. Dem Beschauer werden auf diese Weise jene Schauder der Befriedigung vermittelt, die jeder kleine Mann bekommt, wenn er sieht, daß auch mal der Getretene den Gang der Ereignisse zu beeinflussen vermag. Er übersieht hier in diesem Fall, daß der widerliche deutsche Kommiß nur dadurch einen verklärten Schimmer bekommt, daß dem Helden Narrenfreiheit gewährt ist. Man muß diese Erkenntnis unterdrücken, um die gebotenen Situationen „witzig" zu finden; sonst sind sie nur affentraurig und dumm.

Jedoch: die Verfertiger des Films kennen ihre Gemeinde; sie sind außerdem gute Psychologen. Sie wissen um die Radfahrerinstinkte der unteren Schichten, und sie wissen vor allen Dingen auch um gewisse Muskotenressentiments, die abzureagieren man Gelegenheit geben muß. Sie haben deshalb in diesem Film die abgetakelten Gewalten von gestern vielfach bis hart an die Grenze des Lächerlichen herangeführt: es wird z. B. eine entsetzliche alte Durchlaucht vorgeführt, deren Gehabe ein einziges Argument gegen die Monarchie ist; es werden Offiziere in peinlicher Weise als höfische Statisterie gezeigt, und beim Anblick des Feldwebels könnte einem besonders empfindlichen Vertreter dieser Charge das Verlangen nach einer Kollektiv-Beleidigungsklage aufsteigen. Aber das alles wird dann wieder auf eine sehr geschickte Weise zurechtgebogen: die unmögliche Durchlaucht läßt zum Schluß auf wahrhaft rührende Weise Gnade vor Recht ergehen. Was dem Publikum Gelegenheit gibt, einerseits sich über fürstlichen Edelmut gerührt zu zeigen, und andererseits sich darüber zu freuen, daß dem racheschnaubenden Feldwebel auf diese Weise der gutmütig-dumme Tölpel entrissen wird.

Wenn es dem Publikum ins Bewußtsein käme, wie nieder man es einschätzt, indem man ihm solche auf die simpelsten Instinkte spekulierende Machwerke vorsetzt: es würde randalieren. Aber es randaliert nicht, sondern es quietscht vor Vergnügen.

Verboten

Diese Militärfilme mit ihrem widerwärtigen Vorkriegsmist verbietet die Filmprüfstelle natürlich nicht. Dagegen unterdrückt sie mit Wonne jeden ehrlichen Versuch, den Film der heutigen Wirklichkeit aufzuschließen und durch ihn brennende Tagesfragen zu behandeln. Sie hat jetzt wieder den Film „Kinder vor Gericht" verboten, der sich ernsthaft mit dem Problem der Kinderaussagen vor Gericht auseinandersetzt. Als Verbotsgründe werden angeführt, daß Polizei und Gericht in dem Film versagen: die Wahrheit komme durch einen Zeitungsjungen ans Licht; das sei geeignet, das Ansehen der deutschen Rechtspflege in den Augen unkritischer Elemente herabzusetzen. Es darf also mit dem Mittel des Films nicht dafür gekämpft werden, daß Kinderaussagen vor Gericht künftig vorsichtiger als seither gewertet werden; es darf nicht gezeigt werden, wie vor der Polizei zuweilen „Geständnisse" zustandekommen, und es darf ganz allgemein nicht auf das soziale Elend in seinen fürchterlichsten Auswirkungen hingewiesen werden. Das mindere das Ansehen unserer Justiz oder es wirke verrohend und entsittlichend.

Gefördert

Gefördert werden im Bereich des Films nur Dinge, die dem sogenannten „Lampe-Ausschuß" gefallen. Er hat zu entscheiden, ob ein Film „künstlerisch wertvoll" ist oder nicht, ob er als „volksbildend" angesprochen werden kann oder das Prädikat „Lehrfilm" verdient. Je nachdem können diese bevorzugten Filme teilweise oder ganz von der Vergnügungssteuer befreit werden.

Der Film „Cyankali" z. B. ist in den Augen des Ausschusses selbstverständlich weder künstlerisch noch volksbildend: das Thema ist nicht genehm. Der ausgezeichnete Russenfilm „Blauer Expreß" wurde ebenfalls nicht als volksbildend befunden, da er schon wegen seiner Parteilichkeit minderwertig sei: es werde alles Mitgefühl der Beschauer nur für die unterdrückte Klasse erregt. Dagegen hat der Ausschuß z. B. „Das Flötenkonzert von Sanssouci" als künstlerisch wertvoll und volksbildend erklärt.

Worüber Herr Hugenberg sich gewiß gefreut hat.

K. R.

Bei der Vorschau eines amerikanischen Filmes hat die Presse abgeraten, ihn in Deutschland laufen zu lassen, da er zu kitschig sei. Die Firma hat daraufhin eine zweite Vorschau veranstaltet, zu der Stenotypistinnen, Chauffeure, Bürodiener usw. eingeladen wurden: er fand begeisterte Aufnahme und wird deshalb in Deutschland gezeigt werden.

Sein Beschützer

In Arbeiterversammlungen nimmt Goebbels zur Vorsicht immer einen besonderen Leibschutz mit. In Gestalt eines voluminösen Pg., mit imponierendem Biceps.

Neulich sprach der kleine Mussolini in B. Das Podium war recht klein, und Goebbels Ersatzbiceps konnte am Vorstandstisch nicht mehr untergebracht werden. „Wo soll ich hin?", fragte er ratlos.

„Verteilen Sie sich unauffällig im Saal", flüsterte Goebbels leise.

Fleiss

Ein Journalist besucht die göttliche Hedwig Courths-Mahler. Findet sie am Schreibtisch. Über der ... zigsten Fortsetzung ihres ... zigsten Romans.

„Ich bewundere Ihre Ausdauer, gnädige Frau", sagt der Besuch lächelnd. Worauf Frau Hedwig in die Klage ausbricht: „Ja, ich kann mich doch von meinen Lesern nicht beschämen lassen!"

Verhüten ist besser als Abtreiben. Lesen Sie:

Emil Höllein,

Gebärzwang und kein Ende

Preis kart. 3,50 Mark. Gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) zu beziehen vom Verlag der S.-Z.

Geld und Politik

2. Kolonialskandale

Eines der grausamsten und blutigsten Kapitel im Buch der Weltgeschichte ist jenes, das von der Kolonisierung fremder Länder handelt. Auch die kurze Episode, in der es Deutschland vergönnt war, über Andersfarbige zu herrschen, macht da keine Ausnahme. Da sich in den Zivil- und Militärverwaltungen der Kolonien häufig Elemente breit machten, die aus irgendwelchen Gründen aus andern Stellen abgeschoben worden waren, und da in den Kolonien unter Umständen jeder Beamte oder Soldat beinahe unumschränkte Vollmacht hatte, so war der Weg frei für die Äußerungen der niedersten Instinkte, von der sinnlosen Quälerei oder der barbarischen Bestrafung einzelner Eingeborener bis zur grausamen Ausrottung ganzer Stämme mit „militärischen" Mitteln. (Die Anführungszeichen sind gesetzt in Erinnerung daran, daß bei der Niederwerfung des Herero-Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika Männer, Weiber und Kinder in die Wüste getrieben wurden, wo sie verhungert und verdurstet sind.)

Aus solchem blutgedüngten Boden schossen die massenhaft gegründeten Kolonialgesellschaften empor. In Deutschland sind etwa 200 solcher Gesellschaften entstanden. Vielfach waren es Schwindelunternehmungen, die durch fantastische Versprechungen den Leuten das Geld aus der Tasche holten; wenn die Versprechungen nicht genügten, so wurden Fürsten oder Adlige als Mitgründer oder Aktionäre gewonnen, deren Namen das etwa vorhandene Mißtrauen beim Publikum zerstreuen sollten. Eine 1912 gegründete Frucht- und Waldfarmen-Gesellschaft z. B. versprach, vom Jahre 1925 ab eine jährliche Dividende von 66 Prozent zu zahlen. Unter den ersten Aktionären befanden sich als Köder der König von Württemberg, der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha und andere Fürstlichkeiten.

Einzelne dieser Kolonialgesellschaften freilich buchten solche Gewinne, daß sie ihre Versprechungen wahr machen konnten. Vor allem an Lieferungen für die Kolonien wurden riesenhafte Gewinne gemacht, und zwar ohne großes Risiko; Auftraggeber und Abnehmer war ja das Reich, ein vertrauenswürdiger Zahler. Die Kunst bestand nur darin, Lieferungen in Auftrag zu bekommen, und dazu brauchte man eben Beziehungen.

Am vorteilhaftesten war es natürlich für eine Firma, wenn sie einen Monopolvertrag mit dem Reich abschließen konnte. Die Oranien-Apotheke z. B. hatte während des Herero-Aufstandes 1904—06 das Monopol für die Lieferung von Medikamenten. Später stellte sich dann heraus, daß sie auch andere Dinge (Hufeisen, Pferdedecken u. a.) geliefert hatte, ebenfalls zu überhöhten Preisen. Sie war eben so klug gewesen, hohe Beamte, die bei der Vergebung der Lieferungen ein Wort mitzureden hatten, an den Gewinnen zu beteiligen.

Für die Seetransporte nach den Kolonien hatte die Woermann-Linie ein Monopol. Ihre Preise waren um 40 Prozent höher als der Durchschnitt. Aber das Reich zahlte; denn Regierungsbeamte füllten sich ihre Taschen dabei, und das Parlament kümmerte sich wenig darum, daß die Ausgaben für die Kolonien jedes Jahr höher wurden.

Erst als die Regierung zur Niederwerfung des Hereroaufstandes 180 Millionen verlangte, wurde der Reichstag aufmerksam. Der damals achtundzwanzigjährige Erzberger, der ein guter Etatkenner und durch seine Beziehungen zu den katholischen Missionen über die Zustände in den Kolonien offenbar genau unterrichtet war, begann zu enthüllen. Viele sehr peinliche Schiebungen kamen ans Tageslicht. Die Bombe der Enthüllungen aber war die Affäre Tippelskirch.

Die Firma Tippelskirch u. Co. hatte im Jahr 1895 mit dem Reich einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie das Monopol für die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen an die Kolonialtruppen erhielt. Der Vertrag war dann im Jahre 1902 bis 1911 verlängert worden. Sie hat aus diesem Monopolvertrag riesenhafte Gewinne gezogen, besonders an den Lieferungen während des Hereroaufstandes. Sowohl vom Abschluß wie von der Erneuerung des Vertrags hatte der Reichstag nichts gewußt. Es war in beiden Fällen nicht ohne Schmiergelder an hohe Kolonialbeamte und Offiziere der Schutztruppen abgegangen. Die Hauptursache aber, warum gerade die Firma Tippelskirch das Lieferungsmonopol erhalten hatte, war, wie Erzberger 1906 aufdeckte, die, daß an dieser Firma der preußische Landwirtschaftsminister General Podbielski mit 40 Prozent beteiligt war. Er, der Minister, konnte also 40 Prozent der Gewinne, die die Firma Tippelskirch auf Kosten des Reiches machte, einschieben. (Podbielski gab dann zu seiner Verteidigung an, nicht er, sondern seine Frau sei an der Firma Tippelskirch beteiligt; es bestehe Gütertrennung. Der Reitergeneral sucht hinter dem Unterrock seiner Frau Deckung, sagte man damals.)

Was geschah auf Erzbergers Enthüllungen hin? Zunächst wurde bei Erzberger Haussuchung gehalten (selbst im Reichstag war er vor dem Zugriff des Untersuchungsrichters nicht sicher). Dabei fand man Material, das einige Beamte im Kolonialamt belastete. Gegen diese Beamten wurde also ein Disziplinarverfahren „wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses" eingeleitet. Dann reichte Podbielski sein Abschiedsgesuch ein. Der Kaiser lehnte es ab; es hätte ja sonst aussehen können, wie wenn er sich der öffentlichen Meinung beuge. Erst einige Monate später wurde Podbielski in Gnaden entlassen, versehen mit einem königlichen Handschreiben und den Brillanten zum Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe.

Die Firma Tippelskirch u. Co. wurde liquidiert. Immerhin blieb ihrem Teilhaber Podbielski noch so viel übrig, daß er sich ein Schloß am Bodensee kaufen konnte, um sich dort von den Anstrengungen seiner Minister- und Schieberzeit zu erholen.

Peter F.

(Wird fortgesetzt)

Etappe Gent

Das Buch, das Heinrich Wandt ins Zuchthaus brachte
kartoniert 2.50 Mark, gebunden 3.80 Mark

Erotik und Spionage

2. Band der „Etappe Gent"
kartoniert 3 Mark, gebunden 4 Mark

Die blutige Internationale

der Rüstungsindustrie
Von Otto Lehmann-Russbüldt
Preis 1,50 Mark

Zu beziehen vom Verlag der S.-Z. gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 19844 (Die Sonntags-Zeitung) oder gegen Nachnahme.

Goebbels neuer Mitarbeiter

Holzschnitt von Hans Gerner

Der Asfalt-Schmock

Die „deutschbewußte Presse" unterscheidet sich lediglich dadurch von der „jüdischen Asfaltpresse", daß sie langweiliger und in schlechterem Deutsch geschrieben ist. Manchmal hat sie das Bestreben, es der verlästerten Konkurrenz nachzumachen, aber selbst zum Geschmuse gehört Talent. Sonst wird's leicht Kohl.

Der stuttgarter Lokal-Berichterstatter der „Süddeutschen Zeitung" ist dieser Tage mit gezücktem Bleistift durch die „Großstadtsumpf-Asfaltnacht" geschlichen und hat daraufhin rund 150 Zeilen von sich gegeben. „Wir sind zu lange", ruft er erschüttert aus, „mit verschlossenen Augen an dieser „andern Seite" vorbei gegangen und in der Zwischenzeit haben diese finsteren Mächte unsere volkliche Basis angefressen." Man denke! Hätte Schmock früher daran gedacht, eine Plauderei über die Unterwelt zu schreiben, es wäre uns viel Fäulnis erspart geblieben. So aber ist inzwischen die „Liebe zur Ware geworden und wird von käuflichen Mädchen, die in den zahllosen Straßen der Stadt gehen, schlecht serviert. Schande und Schmach!"

Daß sich die Liebe als käuflich erweist, ist schon stark, aber sie sollte sich wenigstens ästhetisch einwandfrei anbieten. Schmock sieht sich deshalb gezwungen, sie schamhaft eine „heidnische Göttin" zu nennen, der man in unserer Stadt „huldige". Die Dirnen verwandelt sein feuilletonistisch trainiertes Auge in „Priesterinnen", und die Knallbuden, in denen sie ihrem Handwerk obliegen, werden zu Tempeln in Anführungszeichen. Und nun kann er nicht umhin, über das ganze Problem ein paar tiefschürfende Gedanken von sich zu geben. Ihm „scheint die Liebe des Städters anders zu sein, als die des Landbewohners". In der Stadt frönt man einem mehr oder weniger fragwürdigen Genuß, aber auf dem Lande „dient man der Art und, wie man glaubt, dem Ewigen". Wie man glaubt ...

Aber Schmock ist auch in den Verbrecherspelunken gewesen, in „diesen Fundgruben für Menschenkenner": „Immertreugestalten, darunter Karikaturen, deren Motive (?) den Käfigen eines Tiergartens entnommen: schiefe Bulldoggengesichter, freche Vogelgesichter, Paviane, stiernackige Köpfe." Schmock vergleicht sie mit den Lichtgestalten seiner Umgebung und ist natürlich furchtbar enttäuscht: „Nirgends die Vision eines Künstlers in Fleisch und Blut, nirgends der Versuch einer Göttergestaltung, nirgends auch nur halbwegs ein Götterbild mit kleinen Defekten." Fürchterlich! Er hätte eben zu Hause bleiben müssen auf seiner deutschnationalen Redaktion, da hätte er wahrscheinlich alles gehabt: die Visionen in Fleisch und Blut und die halbwegsigen Götterbilder mit kleinen Defekten.

oha

Denkmalschutz?

In einer muckerischen Protestversammlung gegen das stuttgarter „Nachtleben" forderte Graf Degenfeld vom Bund für Heimatschutz, daß das Verbot, wonach im Umkreis von Kirchen und Schulen nicht der sogenannten Unzucht nachgegangen werden darf, auch auf die Denkmäler ausgedehnt werde.

Da würde es in Deutschland die Unzucht künftig aber verflixt schwer haben.

Die Gottlosenbrutstätte

In einer Broschüre über die Not der protestantischen Deutschrussen schreibt ein Pastor Feldmann, die Russen und Deutschrussen machten uns Deutsche mitverantwortlich für den „Teufelstanz des Atheismus". Deutschen Ursprungs seien nicht nur die Schriften von Marx, Lasalle usw., sondern auch die von Häckel, Ostwald, Feuerbach, Nietzsche, Schopenhauer u. a.; deutsch seien auch die Theologen um Strauß, auf denen vor allem der Atheismus gründe. „Unsere deutschen und christlichen Brüder in Rußland sehen daher nicht Rußland, sondern Deutschland als die Hochburg und Quellenstube des Atheismus und Kommunismus an. Sie machen es uns zum Vorwurf, daß wir im eigenen Lande alle diese Ideen wuchern lassen, die ihnen das Leben nehmen."

Man hätte eben schon längst die ganze Richtung verbieten sollen.

An den Meistbietenden . . .

Im letzten Heft des „Tagebuchs" bringt Kurt Kersten einige Neuigkeiten über die Subventionierung des Zaren Ferdinand von Bulgarien. U. a. berichtet er, der russische Botschafter in Paris, Iswolski, habe Ende August 1915 seiner Regierung nach Petersburg telegrafiert:

„Nach hier vorliegenden Nachrichten ist einer der Hauptgründe für Ferdinands Schwanken seine Befürchtung, er könne seine Besitzungen in Österreich-Ungarn, die auf 75 Millionen Franken geschätzt werden, verlieren. Delcassé äußerte mir gegenüber, die verbündeten Mächte könnten ihm diese Summe garantieren."

Aber da Deutschland ihm noch mehr garantierte, sogar eine lebenslängliche Rente, hat sich Ferdinand für Deutschland entschieden.

Kleinigkeiten

Arges Pech. Ein boshafter Mensch hat dem „Angriff" unter dem Pseudonym „Scheinpflug" ein kleine Kriegsskizze „Nacht an der Front" geschickt, die dieser auch prompt abdruckte. Leider stammt nun diese Schilderung einer Feuertaufe junger „Helden" aus der pazifistischen Feder des verhaßten Remarque und ist dessen „Machwerk", betitelt „Im Westen nichts Neues", entnommen. — Goebbels soll aus Ärger über diesen „jüdischen Trick" wieder mal weiße Mäuse gesehen haben.

Schont Kröten und Fröschel, ruft der „Lokalanzeiger" seinen Lesern zu. „Sie stehen unter Naturschutz, denn sie vertilgen allerlei Schädlinge. Ihr Fangen und Vernichten ist daher strafbar." — Außerdem brauchen wir sie doch für den nächsten nationalen Filmskandal.

Die Grausamen. Wie der „Jungdeutsche" verrät, hat sich unter der berliner Studentenschaft ein „Jungheidnischer Ring" gebildet, der nur blonde Teutonen aufnimmt. „Wer das Leben bejaht", heißt es u. a. in dessen Programm, „muß hart und grausam sein können. Im Interesse des gesunden Germanentums darf auf Kranke und Schwache keine übermäßige Rücksicht genommen werden." — Auch nicht auf geistig Schwache?

Im Auto ins dritte Reich. Zeitungsmeldung: „Der von Adolf Hitler während der Automobil-Ausstellung gekaufte große Mercedes-Benz-Wagen, der 40 000 Mark kostet, ist gestern von dem Rennfahrer Caracciola von Stuttgart in drei Stunden nach München gebracht und Hitler übergeben worden."

Vom Wesen der Demokratie. Der „Vorwärts" begrüßt die neuesten Legalitätsbeteuerungen Hitlers folgendermaßen: „Vom Köpferollen ist keine Rede — die Erziehung zur Legalität macht Fortschritte ... Die Macht der verfassungsmäßigen Zustände wirkt auf ihn. Ihre Stärke läßt ihn den Putsch als ein aussichtsloses Mittel erkennen. Die Erziehung ist so stark, daß er sich nun zur Revolution der Köpfe bekennt — was bekanntlich das Wesen der Demokratie ausmacht." — Das Wesen dieser Demokratie ist von dem Wesen der Hitlerei nicht mehr weit entfernt; darum putscht Adolf nicht.

Ein sinnreiches Wort. Die „Deutsche Zeitung" berichtet über Wikingerfunde in Ostpreußen. In das Heimatmuseum in Lochstedt habe man u. a. ein Wikingerschwert eingeliefert, auf dessen Klinge in Runen das Wort „Amen" eingegraben sei. „Fürwahr, ein sinnreiches Wort", ruft das Blatt aus, „das dem gefällten Feinde zugleich mit dem Todeshieb auch noch das letzte Gebet sprach; zudem ein Denkmal für die erste Einführung des Christentums in die nordischen Länder." — Vielleicht ließe sich dieses „sinnreiche" Wort beim nächsten Krieg auch auf den Gasbomben anbringen.

Raucherstreik. Im ersten Quartel dieses Jahres soll der Konsum von Zigaretten in Deutschland von über 8 Milliarden Stück (im selben Zeitraum der letzten vier Jahre) auf 3,7 Milliarden zurückgegangen sein), also um über die Hälfte.

Wilhelm jr. repräsentiert. Nach einem Bericht des „Berliner Lokalanzeigers" hat sich beim Internationalen Reitturnier in Rom „unser Kronprinzenpaar" in vollem Glanz gezeigt: umgeben von republikanischen Reichswehroffizieren. — Da hat nur noch Hitler gefehlt.

Die Zeit verklärt alles. Hofprediger Doehring in einer Festrede über die Kaiserin: „Die Kaiserin wird zu den Gestalten gehören, die, je weiter wir uns von ihnen entfernen, desto leuchtender strahlen, und die Geschichte und das Bewußtsein ihres Volkes werden sie neben die Königin Luise setzen." — Auf solche Weise kommt der Nimbus unserer vaterländischen Lesebuchgestalten zusammen.

Der Etatsposten. Das Städtchen Neviges im Wuppertal hat in seinen Etat kurz und bündig „Mittel zur Deckung erwaiger Ausfälle bei Veruntreuungen" eingestellt. — Man muß aus der Not eine Tugend machen.

Jedem das Seine. Bei der Einweihung der neuen Köln-Mülheimer-Brücke sind, wie man jetzt anläßlich einer gesalzenen Nachforderung von 5¾ Millionen erfährt, allein 700 000 Mark verpulvert worden (Festtribünen, Festessen, Musik, Feuerwerk usw.); dagegen haben die Hinterbliebenen von vier beim Bau tödlich verunglückten Arbeitern von der Stadt zusammen ganze 1600 Mark an Unterstützung und Abfindung bekommen: pro Familie also 400 Mark.

Der reiche Mann. Folgende Notiz aus einer amerikanischen Zeitung geht als Kuriosum auch durch die europäische Presse: „Seit Tagen bereist eine geheimnisvolle Persönlichkeit im Automobil die Gegend am Mississippi und verteilt unter die Farmer, die durch die anhaltende Trockenheit fast zugrunde gerichtet sind, große Geldbeträge. Für seine Wohltätigkeit gibt er keine andere Erklärung als die, daß die Leute, die Geld haben, die Pflicht hätten, denen zu helfen, die keines haben. Der Wohltäter soll ein Herr Jones aus Jersey City sein, der kürzlich von seinem Vater ein riesiges Vermögen geerbt hat." — Sollte der Mann die Bergpredigt gelesen und — ernst genommen haben? Dann wird seine Entmündigung nicht lange auf sich warten lassen.

Eßlingen. Internationale Frauenliga: Donnerstag, 28. Mai, 20 Uhr im Café Württemberger Hof, 1. Stock. Thema: Aktuelle Frauenfragen. Redner: Landtagsabgeordneter Schneck.

In Lüttich findet am 22. und 23. Mai das vierte internationale Grenztreffen, veranstaltet von den Friedensorganisationen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Luxemburg, statt. Anmeldungen an Herrn Egon Formanns, Aachen, Krämerstraße 14.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hält ihre Sommerschule dieses Jahr vom 22. August bis zum 5. September in Löwenberg (Schlesien). Auskunft: Kläre Marck, Breslau 18, Kurfürstenstraße 29.

Erholung finden Sie in ruhigem Bauernhaus auf der schwäbischen Alb. Pension 3 Mark. Matthäus Klaiber, Roßwangen, Post Balingen Land.

Ich suche die Jahrgänge 1920—1922 der S.-Z. Angebote an Friedrich Hoppenberg, Hemelingen bei Bremen, Orleansstraße 23.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 31), Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Im Verlag der S.-Z. sind erschienen:

Mit andern Augen
Jahrbuch der S.-Z. 1920–29 — 2 Mk. (statt 3 Mk.)

Kabif
Gedichte Mufti Buftis — 1 Mk. (statt 2 Mk.)

Illustrierte Verfassung
Holzschnitte von Hans Gerner — 0,50 Mk. (statt 1 Mk.)

Auslieferung gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheck-Konto Stuttgart 19841 (Die Sonntags-Zeitung) oder gegen Nachnahme.

Stuttgart, 24. Mai 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 21

Urdemokratie

Wer wissen will, wie Demokratie aussieht, der muß in einen der Schweizer Kantone gehen, wo noch die alte Einrichtung der Landsgemeinde besteht, des germanischen „Thing", bei dem die freien Männer sich unter freiem Himmel versammeln, um ihre Führer zu wählen und über ihre Gesetze zu beschließen.

Diese „direkte" Demokratie ist in ihrer ursprünglichen Form — ohne Verwendung von Papier — von einer gewissen Größe der Bevölkerung an technisch nicht mehr möglich und wird wahrscheinlich auch da, wo sie sich erhalten hat, in Glarus, den beiden Appenzell und den beiden Unterwalden, in absehbarer Zeit vollends verschwinden. Sie gilt schon heute als eine Merkwürdigkeit, zu der die illustrierten Blätter, und zwar nicht bloß die schweizerischen, einen gewissen Stab von Fotografen entsenden und Fensterplätze rechtzeitig bestellt werden müssen.

Zehntausend Männer mögen es gewesen sein, die ich am letzten Aprilsonntag in Hundwil (Appenzell-Außerrhoden) auf öffentlichem Platz versammelt sah, jeder nach altem Brauch mit seinem Degen oder Säbel und, da es Aprilwetter war, die meisten nebenher noch mit einem Regenschirm bewaffnet. Viele Stunden waren sie von überallher marschiert, auch zu Pferd, zu Wagen und im Auto waren ein paar hundert gekommen. Eine Kapelle spielte, die Spießer, Trommler und Peifer in den Farben des Kantons umschritten feierlich den Platz, die Glocken begannen zu läuten, und als der Landammann und die Herren von der Regierung samt dem „Waibel" in Schiffhut und Mantel die Tribüne betreten hatten, entblößten sich die Häupter und das „Landsgemeinde-Lied" erscholl. Dann wurden die verschiedenen „Traktanden" erledigt, nämlich die sieben Mitglieder des Regierungsrats und aus deren Mitte der Landamman (der Kantonspräsident), und die elf Oberrichter gewählt, es wurde die Jahresrechnung genehmigt und über drei Gesetzesentwürfe entschieden, alles durch einfaches Handaufheben. Die Neugewählten wurden jeweils aus der Menge heraus auf die Tribüne (den „Stuhl") geholt; das ging so: die Umstehenden hoben ihre Degen in die Höhe, dann machten sich die Spießer, Trommler und Pfeifer auf den Weg und geleiteten den neuen Würdenträger durch die sich bildende Gasse. Zum Schluß kam noch mit erhobenen Schwurfingern die Eidesleistung der Versammelten, bei der allerdings trotz Ermahnung schon ein Teil der „getreuen, lieben Mitlandleute und Bundesgenossen" weggelaufen war, obwohl die ganze Sache nur gerade eine Stunde gedauert hatte.

Ehe mich mein Appenzeller Freund, der mich zur Landsgemeinde eingeladen hatte, auf meinem Beobachtungsposten verließ, hatte ich mir vorgenommen, mit kritischen Äußerungen taktvoll zurückzuhalten. Ich hatte nämlich befürchtet, daß diese altertümliche Schaustellung mit ihren, wie mich deuchte, künstlich konservierten Formen einen leicht komischen, einen „spießigen" Eindruck auf mich machen würde. Aber es war nicht so. Ich gestehe, daß ich das Ganze schön, würdig und beinahe erschütternd fand, die riesige, lautlose Menge, die Tausende von erhobenen Händen, die alten Trachten und Formeln; ja sogar die Zusammenstellung von Schirm und Seitengewehr in den Bauernfäusten kam mir nicht im geringsten lächerlich vor. Ich empfand so deutlich wie nie zuvor, was das demokratische Prinzip heißen will, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe. Das wurde hier demonstriert, und zwar in einer Weise, die jedem demokratisch Gesinnten ans Herz greifen mußte, einfach, aber nicht formlos, traditionsgemäß, aber nicht frasenhaft.

Freilich: auch hier, in diesem Bauernkanton, in dieser ihrer geflissentlich festgehaltenen Ursprünglichkeit und Unmittelbarkeit, war die Demokratie, wie ich mir sagen mußte, nicht mehr ganz echt und wahrhaftig vorhanden. Die Wahlen, scheinbar direkt aus dem Volke heraus vorgenommen, waren durch eine wochenlange Pressekampagne vorbereitet gewesen, bei der der Geldbeutel keine geringe Rolle gespielt hatte; die Gewählten waren offenbar Männer, die nicht ohne Beziehungen zur finanziellen Oberschicht im Kanton waren. Die Gesetze, die das Volk von Appenzell-Außerrhoden da beschlossen hatte — eines über eine Arbeitslosenversicherung, eines über eine Vergnügenssteuer, eines wegen einer Winterbeihilfe — waren vom Parlament, dem Kantonsrat, vorher beraten und gutgeheißen, so daß also ihre Annahme in der Vollversammlung der Bürger nicht viel mehr als eine Formsache war. Dies ging auch noch aus einem besonderen Umstand deutlich hervor. Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf, der den Gemeinden die Berechtigung zur Erhebung einer Vergnügungssteuer gab, war es zunächst nicht klar, ob mehr Stimmen dafür oder dagegen waren. Es wurde ein zweites, ein drittes Mal abgestimmt, und jedesmal schien es mir, als ob die Hände für „ja" weniger, die für „nein" mehr geworden wären. Aber die Herren auf dem „Stuhl" die das zu beurteilen hatten, fanden einfach, daß der Entwurf angenommen sei, und damit basta.

Demokratie, dachte ich, als wir im Strom der heimwärts flutenden Menge das Dorf Hundwil verließen, Demokratie ist die einzige Staatsform, die eines Volkes von aufrechten Menschen würdig ist. Aber sie hat eine unerläßliche Voraussetzung, wenn sie mehr als eine Form sein soll: die Unterschiede des Besitzes dürfen nicht groß sein, es darf keine sehr reichen neben sehr armen Leuten geben. Denn sonst geht die Staatsgewalt eben nur scheinbar vom Volke, tatsächlich aber von den Reichen aus.

So ist es bei uns in Deutschland, die wir seit zwölf Jahren eine demokratische Staatsverfassung haben. Und so ist es vielleicht, wenn auch noch weniger deutlich und weniger brutal gehandhabt, auch schon in der Schweiz, der alten Heimat der Freiheit und Demokratie, wo noch die bewaffneten Männer sich unter freiem Himmel versammeln, um ihre Führer und Richter zu wählen und sich selber ihre Gesetze zu geben.

Erich Schairer

Nichts ist engherziger als Chauvinismus oder Rassenhaß. Mir sind alle Menschen gleich, überall gibt's Schafsköpfe und für alle habe ich die gleiche Verachtung. Nur keine kleinlichen Vorurteile.

Karl Kraus

Das Wichtigste

Entscheidende Sitzungen

Das Reichskabinett hat in einer vertraulichen Sitzung über den Inhalt der Notverordnungen, die Anfang Juni veröffentlicht werden sollen, beraten. In einer ebenfalls vertraulichen Sitzung hat Reichskanzler Brüning der Zentrumsfraktion die Pläne der Reichsregierung mitgeteilt.

Neue Notverordnungen

Am 31. Mai beginnt in Leipzig der Parteitag der SPD, am 5. Juni reisen Brüning und Curtius nach England zu einem Besuch Macdonalds — nach diesen beiden Daten hat sich die deutsche Regierung beim Erlassen ihrer neuen Notverordnungen zu richten. Sie scheint jetzt folgenden Plan zu haben: eine erste Notverordnung, die Sparmaßnahmen im Reichsetat vorsieht, vor allem einen Abbau der Beamtengehälter, soll vor der Abreise nach England veröffentlicht werden, damit Brüning bei den Besprechungen, in denen wahrscheinlich auch die Reparationsfrage angeschnitten werden wird, auf seinen geordneten Etat hinweisen kann. Eine zweite Notverordnung wird dann erst nach dem sozialdemokratischen Parteitag erlassen werden, damit die Führer der SPD auf dem Parteitag nicht mit der Verantwortung für einen neuen Abbau der Sozialversicherungen belastet werden können. Denn der Inhalt der zweiten Notverordnung wird (nach Meldungen der „Montagspost" und der „Zeitnachrichten") sein: die Leistungen der Arbeitslosen-, der Kranken-, der Unfall- und der Invalidenversicherung werden um 10 Prozent herabgesetzt und die Krisenfürsorge wird abgeschafft (auf die Arbeitslosenversicherung soll also gleich die Wohlfahrtshilfe folgen).

Diese Ankündigungen liest man gerade an dem Tag, an dem der Panzerkreuzer „Deutschland" vom Stapel läuft. Und dazu paßt vorzüglich folgende Meldung: „Die Gehälter und Pensionen der Reichswehr sollen nicht gekürzt werden, sondern in voller Höhe weiterbestehen; nur unter dieser ausdrücklichen Bedingung haben die Herren Groener und Hindenburg in das Fortbestehen der Regierung Brüning eingewilligt."

Die SPD-Führer sind über diese Pläne der Reichsregierung unterrichtet. Da sie die Regierung Brüning immer noch tolerieren, da sie der Vertagung des Reichstages zugestimmt und bisher alle Anträge, den Reichstag einzuberufen, abgelehnt haben, sind sie mitverantwortlich für diese reaktionären Maßnahmen. Sie werden einmal ernten, was sie gesät haben, auch wenn es ihnen durch Dementieren und Verschweigen und mit gnädiger Beihilfe Brünings auf dem Parteitag gelingt, die Entscheidung nocheinmal hinauszuschieben.

Hermann List

„Wir müssen der Wahrheit ins Gesicht sehen, die uns sagt, daß mit dieser Politik der Reichstagsfraktion keine neuen Massen gewonnen werden können. Die festgefügten Organisationen der Partei können durch ihren Aufmarsch eine Zeitlang das politische Kräfteverhältnis in der Balance halten, aber sie können nicht verhindern, daß die vom Hunger getroffenen Massen sich gegen die Politik wenden, die schuld an ihrer Verelendung ist und die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verantwortlich mit getragen wird."

K. Böckel (linker Sozialdemokrat) in der Chemnitzer „Volksstimme"

Soll das alles sein?

„In sozialdemokratischen Kreisen", schreibt der dortmunder „Generalanzeiger", „ist man infolge der Ereignisse der letzten Zeit außerordentlich mißtrauisch geworden, da niemand mehr weiß, was Brüning eigentlich beabsichtigt. Auch in gemäßigten Kreisen der SPD, die bisher noch wohlwollend dem Kabinett Brüning gegenüberstanden, ist in den letzten Tagen die Erregung stark gestiegen. In diesen Kreisen beklagt man vor allem, daß Brüning in der Brotpreisfrage jede Aktivität vermissen ließ. Die politische Lage ist also ernster denn je. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich in der nächsten Woche auch darüber schlüssig werden müssen, ob sie die Ausschaltung des Reichstages noch weiter dulden kann. In den Reihen der SPD verstärkt sich die Meinung, daß die Sozialdemokratie nach dem Leipziger Parteitag unbedingt für eine Einberufung des Reichstages in der zweiten Junihälfte eintreten müsse."

Mißtrauen und die Forderung, den Reichstag einzuberufen — ist das alles? Auch die radikalen Kreise in der SPD scheinen sich immer noch vor entscheidenden Schritten zu scheuen. Die weitere politische Entwicklung und die nach den „Gesetzen" des Kapitalismus immer mehr wachsende Not werden schließlich auch hier ihre Wirkung tun.

Kein einziger denkender Arbeiter in irgend einem Lande der Welt wird bereit sein, sich noch weiter mit der Legalität des bürgerlichen Parlamentarismus zufrieden geben, — nachdem diese Legalität in allen vorgeschrittenen Ländern durch einen einzigen Federstrich aufgehoben worden ist.

Lenin 1915

Premiere mit Hindernissen

Am 19. Mai ist der einst hart umstrittene Panzerkreuzer A vom Stapel gelassen und auf den Namen „Deutschland" getauft worden. Während Brüning ausführte: „Ich glaube nicht, daß es irgendeinen wahren Friedensfreund stören kann, wenn wir diesen Stapellauf feierlich begehen, währenddessen in Genf der deutsche Außenminister dem hohen Ziele des Weltfriedens und der europäischen Verständigung dient", glitt der Kreuzer vor der festgesetzten Zeit ins Wasser, so daß Hindenburg ihm den Namen nachrufen mußte.

Wahrscheinlich haben sich während Brünings Rede auf der Gleitbahn einige Balken verbogen.

Die „Süddeutsche Zeitung" ist anderer Ansicht: in einem Artikel „Das Offensivschiff" meint sie, das Schiff (das nicht fünf Minuten zu früh, sondern fünf Jahre zu spät vom Stapel gelaufen sei) habe seinen Offensivdrang nicht länger bändigen können. „Ein Symbol? Gute Fahrt, „Deutschland"! Zur Offensive."

Das Begräbnis

Einige Tage, bevor der österreichische Minister des Äußern Schober nach Genf abreiste, ist bekannt geworden, daß die größte österreichische Bank, die Österreichische Kreditanstalt, dringend der Sanierung bedarf. Der „Angriff" hat für das Zusammentreffen dieser beiden Tatsachen sofort eine Erklärung bei der Hand: Die französischen Kapitalisten wollen die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich verhindern. Deshalb müssen die österreichischen Finanzverhältnisse zerrüttet werden. Deshalb hat das Haus Rothschild, das an der Kreditanstalt beteiligt ist, die Bank an den Rand des Bankrotts geführt, der österreichische Staat muß 100 Millionen Schilling zuschießen, da er selber kein Geld hat, muß er eine Anleihe aufnehmen, Geld kann er bloß bei französischen Kapitalisten bekommen, folglich haben diese ein Druckmittel in der Hand, um Österreich von der Zollunion abzubringen. Fein eingefädelt!

Ob an dieser Fantasie irgendetwas der Wirklichkeit entspricht und wieviel, möchte ich dem Urteil des Lesers überlassen (tatsächlich kommen ja in der Geschichte hie und da solche Hintertreppenromane vor). Soviel ist jedenfalls richtig, daß Schober in Genf durch Drohungen und Verlockungen jeder Art dazu gebracht werden soll, den Plan der Zollunion mit Deutschland aufzugeben. Die „Bank für internationalen Zahlungsverkehr" (BIZ) ist bereit, dem österreichischen Staat

Holzschnitt von Hans Gerner

Curtius und Schober. Wird die Nibelungentreue halten?

bei der Sanierung der Kreditanstalt durch eine Anleihe beizustehen (ohne diese Sanierung würde die österreichische Wirtschaft aufs schwerste erschüttert werden). Auch sonstige Anleihepläne werden erwogen. Außerdem werden die Staaten der kleinen Entente mit Drohungen und Kreditverlockungen bearbeitet, damit ihnen die Lust vergehe oder der Anreiz fehle, der Zollunion beizutreten, wodurch diese auch für Österreich an Wert verliert.

Wird Schober fest bleiben? Vielleicht. Vielleicht aber wird die österreichische Regierung gestürzt (sie steht bei ihrer Sanierungsarbeit jetzt vor ganz ähnlichen Aufgaben wie die deutsche, nämlich vor der Entscheidung: neue Steuern oder Gehaltsabbau), und eine neue Regierung könnte dann den Zollunionsplan stillschweigend fallen lassen.

Die Art, wie in Genf der Kampf um die Zollunion geführt wird, sollte jeden, der noch irgendwelche unklare Anschauungen hat, über den wahren Sinn des Unionplanes belehren: es ist einer der ersten Versuche des neuen deutschen Imperialismus, sich gegen das in Versailles und St. Germain geschaffene Herrschaftssystem in Europa aufzulehnen, und zwar durch einen wirtschaftlichen Vorstoß auf die französische Stellung in Südosteuropa. Der Kampf um die Zollunion ist also ein imperialistischer Kampf um Märkte für Waren und für Kapitalanlagen, und wird (s. oben!) mit den Mitteln geführt, die dem Wesen der Union entsprechen: mit finanziellen und wirtschaftlichen.

Wahrscheinlich wird der deutsche Imperialismus mit diesem Versuch nichts erreichen. Die französische Vorherrschaft ist nicht nur wirtschaftlich und militärisch, sondern auch juristisch, durch den Wortlaut der Verträge so gut gesichert, daß, um das Versailler System zu erschüttern, schon größere Kraftanstrengungen nötig sind, als sie die deutsche Bourgeoisie heute vollbringen kann.

Auch juristisch, durch den Wortlaut der Verträge. Der Gerichtshof im Haag, der untersuchen soll, ob die Zollunion den von Österreich abgeschlossenen Verträgen widerspricht, wird diese Frage nur mit Ja beantworten können. Wahrscheinlich ist die Anrufung dieses Gerichtshofes nichts anderes als die äußere Form des Begräbnisses der Zollunion.

Pitt

Im sog. Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 ist die Völkerbundsanleihe für Österreich von einer Verpflichtung abhängig gemacht worden, in der es heißt, die österreichische Regierung werde sich „jeder Verhandlung enthalten, die geeignet sein könnte, mittelbar oder unmittelbar diese Unabhängigkeit (nämlich die der österreichischen Republik; Red. d. S.-Z.) zu gefährden". Österreich be-

halte zwar „seine Freiheit auf dem Gebiet von Zolltarifen oder wirtschaftlichen oder finanziellen Abkommen", dabei gelte aber „immerhin als abgemacht, daß Österreich seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit keinen Eintrag wird tun dürfen durch die Bewilligung einer Sonderbehandlung oder ausschließlicher Vorteile an irgendeinen Staat, die geeignet wäre, diese Abhängigkeit zu bedrohen".

Sehr klar ist das nicht, aber soviel ist sicher, daß diese Verpflichtung, die Österreich eingegangen ist, jedem Gericht die Unterlage dazu liefern kann, die Zollunion als vertragswidrig zu bezeichnen.

Plädoyers für den Kapitalismus

In den Kreisen unserer Wirtschaftsführer ist die Diskussion über den Wert des Kapitalismus und des Kommunismus in vollem Gang. Mag auch die teilweise Erfüllung des Fünfjahresplans das Alarmsignal gewesen sein, das viele unserer Prominenten erst aufgescheucht und mit der brennendsten Frage unserer Zeit konfrontiert hat — es sind sicher noch andere Ursachen da, die zur Überprüfung des Systems veranlassen. Nicht nur der aktuelle Fall in der USSR legt das Problem offen; vielmehr nagt der Wurm im morschen Holz unserer Wirtschaft, und die Herren können sein Klopfen nicht mehr überhören. Sie haben längst gelernt, vor hohen Arbeitslosenziffern die Augen zuzudrücken und über die Not der Machtlosen seiltänzerisch hinwegzubalanzieren; aber allmählich knistert und knackt es im Gebälk ihrer eigenen Paläste; die Wirtschaftsmaschine gerät in einen Hinketakt; ihre Ölbehälter sind leer: so weit das Auge späht, findet es keinen vertrauenerweckenden Geldschrank mehr; der wärmende Gold- und Golfstrom der Überschüsse fällt, die fröhlichen Anwohner fangen an zu frieren.

Also setzen sie sich zusammen und diskutieren. Wo viele auf einem Haufen sitzen und mit Mund und Händen reden, steigt die Temperatur. Jeder trägt sein Scherflein bei, den andern warm zu machen. Herr Junghans malt die Fata Morgana der „individuellen Planwirtschaft" an die Wand. Der Lederindustrielle Freudenberg aus Weinheim dagegen hat sich die Sowjetunion angesehen und verkündet den stuttgarter Demokraten, daß es dort mächtig aufwärts gehe, die Aufbautätigkeit sei stellenweise so großartig, daß nichts, nicht einmal die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, sich damit vergleichen lasse. Das russische Volk sei von der Idee des wirtschaftlichen Aufbaus in einer Weise erfaßt, für die es anderswo kein Beispiel gebe. Aber trotzdem — denn schließlich haben doch alle Reden unserer Wirtschaftskapitäne nur den einen Sinn und die eine Aufgabe: das Volk von kollektivistischen Experimenten abzuschrecken und den Optimismus kleinmütiger Kapitalisten wieder aufzupumpen — trotzdem antwortet Freudenberg auf die Frage, ob das kommunistische System dem unsrigen überlegen sei: Rußland entwickle sich nicht durch seinen Kommunismus so günstig, sondern trotz ihm, und es würde rascher hochkommen, wenn es nach privatkapitalistischen Grundsätzen arbeitete. Man müsse sich nicht von der Sowjetunion abschließen, sondern ihr durch Kredite zu Hilfe kommen.

Das letztere klingt ja sehr nett. Allerdings wird die Aufforderung wohl nicht ganz freiwillig erlassen worden sein: schließlich ist es eine lebenswichtige Frage für den internationalen Kapitalismus, ob er es fertig bringt, die USSR irgendwie in sein Wirtschaftssystem einzubeziehen. In diesem riesigen Gebiet zwischen Europa und dem Stillen Ozean gibt es noch einmal Luft für den erstickenden Kapitalismus. Nun wollen die Sowjetleute zwar die Zusammenarbeit, aber nach ihrem Sinn. Sie sind nicht der Ansicht, die Herr Freudenberg so wohlmeinend und wohlwollend serviert: daß man sein Geschäft privatkapitalistisch aufziehen müsse, damit es sich rentiere. Sie wissen, daß diese Rentabilität zwar nicht ausbleiben würde, wenn sie sich umstellten: aber sie ginge zugunsten der freundlichen Kreditgeber, während das Volk der Union ebensowenig Nutzen vom gutfunktionierenden Kapitalismus hätte wie die Völker der hilfsbereiten europäischen Kapitalisten.

Nicht nur der traditionelle Optimismus, sondern auch die Pflicht der Selbsterhaltung zwingt unsere Wirtschaftler, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu preisen. So hat Dr. Silverberg, Mitglied des Präsidiums des Reichsverbands der Deutschen Industrie, unlängst auf einer Tagung des „Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln" eine Rede gehalten, in der er die unbedingte und im Wesen der Sache begründete Berechtigung des Kapitalismus verkündete. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Selbstverantwortlichkeit des individuellen Unternehmers, — sagte er, — habe sich in vollem Umfang bewährt; es sei also an ihnen festzuhalten. Alle Kollektivtendenzen müßten abgelehnt werden. Man müsse vielmehr die Schlacken beseitigen, die die Entwicklung der letzten Jahre in die kapitalistische Wirtschaftsordnung gebracht habe.

Also ein unbedingtes Bekenntnis zum Kapitalismus — nicht als einem Notbehelf, sondern als dem einzig rechten und gerechten System. Und eine Attacke auf die bescheidenen Versuche, dieses System zu durchlöchern, die wir seit 1918 erlebt haben.

Herrn Silverbergs Meinung schloß sich Geheimrat Professor Eckert an. Er sprach aus, daß man der Jugend eine neue wirtschaftliche Ideologie geben müsse, um den bis weit ins Bürgertum eingedrungenen antikapitalistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Die Kapitalisten haben ihre Fehdehandschuhe geworfen. Die Zuspitzung der Situation ist nicht mehr zu verkennen. Die Herren der Wirtschaft rüsten sich zum Entscheidungskampf. Sie sind reif für den Fascismus; sie werden vom Leder ziehen, denn sie wissen, daß die Insel, auf der sie stehen, immer mehr abbröckelt unter dem Wellenschlag der roten Flut. Sie werden die Auseinandersetzung provozieren, weil sie die Bedeutung der Stunde und die Schärfe der Situation erkannt haben. Wie weit ist sich auch das Proletariat über diese Dinge klar? Ist es gerüstet?

Max Barth

Man rückt sich näher

Die brennenden Klöster in Spanien haben außer ihrer Umgebung noch ein Weiteres erhellt: nämlich die Marschroute Hitlers.

Man lese im „Völkischen Beobachter" nach, wie furchtbar er sich über die Brandstifter und Kirchenschänder und besonders über die Judenpresse aufregt, die (wie z. B. der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts") für die Auflehnung der Volksmassen und die Zurückhaltung der Regierung und der Polizei einiges Verständnis zeigt. Man beachte vor allem, wie sich die Nationalsozialisten durch solche Entrüstung als die wahren Verteidiger des Christentums gegen die rote Weltrevolution in empfehlende Erinnerung zu bringen suchen, wie sie immer mehr vom Hakenkreuz die Haken abschleifen.

Man sehe sich auch die brüderlich christlichen Hände an, die von der anderen Seite ausgestreckt werden. Man höre die schönen Worte, die neulich der evangelische Landesbischof von Mecklenburg, D. Dr. Rendtorff, gesprochen hat: „Die nationalsozialistische Bewegung bejaht mit Leidenschaft den sozialen Gedanken, den Brudergedanken. Damit vertritt sie ein Anliegen, das auch ein solches der evangelischen Kirche ist ... Die evangelische Kirche muß um ihres Berufes willen aus der nationalsozialistischen Bewegung das große Wollen heraushören und dankbar begrüßen." Was dann hinwiederum von der Hitlerpresse als „ernster Versuch der Würdigung des Nationalsozialismus" dankbar begrüßt wird.

Erheiternd (und erhellend) ist bei dieser Gelegenheit auch die Feststellung, daß die Hakenkreuzler mit ihrem Schlagwort „Judenpresse" allmählich immer mehr ins Gedränge kommen. Auf der selben Seite, über die in den dicksten Buchstaben die „Begeisterung der berliner Judenpresse über die spanischen Christenverfolgungen" gesetzt ist, liest man noch eine bittere Klage des Herrn Zarnow-Moritz („Gefesselte Justiz") über die ihm durch den Reichsverband der Presse zuteil gewordene Behandlung und das Verhalten des Ehrengerichtsvorsitzenden Dr. Breslauer, der, zu der Mitteilung über Zarnows Niederlage vor dem Ehrengericht, noch offiziell erklärt hat, daß er, Zarnow, mit seinem Austritt einem sichern Ausschluß zuvorgekommen sei. Das sei ein durchaus jüdisches Verhalten des „nationalen" Juden Breslauer, als Quittung dafür, daß die Juden in Zarnows Buch so schlecht weggekommen seien.

Leider ist nun Herr Breslauer Chefredakteur des Berliner Lokalanzeigers, des Hauptblatts von Hugenberg, des deutschnationalen Führers und Bundesgenossen Hitlers auf dem Weg zur nationalen Erneuerung. Es wird sich also im Lauf der nächsten Zeit als notwendig erweisen, daß man nicht mehr mit judenfeindlichen Plänkeleien den fascistischen Gesamtmarsch stört. So wie die antiklerikalen Trompeter abgebaut werden, so wird man auch die antisemitischen Trommler zurückpfeifen müssen.

R.

Posten zu vergeben

Was möchten Sie lieber sein, Minister oder Mag..., Verzeihung: Oberbürgermeister? Ich würde fast eher zu diesem raten. Sie sitzen sicherer, und wenn Sie sich, wie ich voraussetze, eine Großstadt, sagen wir (da wir hier in Stuttgart sind) etwa München oder Düsseldorf, heraussuchen, dann bekommen Sie 30—40 000 Mark, also auch nicht weniger als ein Minister.

Was möchten Sie noch lieber sein? Sie besinnen sich? Ich will Ihnen helfen: Max Pallenberg oder Fritz Kortner oder Werner Krauß oder Albert Bassermann, bzw. in weiblich: Käthe Dorsch, Elisabeth Bergner, Greta Garbo oder Fritzi Massary? Die stellen sich so auf 200—300 000 Mark im Jahr.

Mas möchten Sie lieber sein, Oberpräsident oder Direktor bei der Reichsbahn? Raten Sie mal, wer mehr hat? Der Oberpräsident? Falsch geraten, der bekommt lumpige 24 000, ein Reichsbahndirektor 40—45 000. Der Herr Generaldirektor Dorpmüller bekommt natürlich noch weiter, so an die 100 000 Mark.

Was möchten Sie noch lieber sein? Ich will's Ihnen sagen, was ich sein möchte: Aufsichsrat. Natürlich mehrfacher, so dreißig- bis vierzigfacher, wie es unsere Herren „Wirtschaftsführer" zu sein pflegen, ohne daß sie sich deshalb überarbeiten müssen. Ein Aufsichtsrat bei einer anständigen Firma bekommt für seine Existenz 20 000 Mark, bei I. G. Farben sind's etwa 40 000. Multiplizieren Sie das ein bißchen, und seien Sie dann noch irgendwo Generaldirektor oder Direktor, was sich ja von selber versteht, also vielleicht bei der D.D. Bank mit 350 000, beim Ruhrkohlensyndikat mit 400 000, beim Norddeutschen Lloyd mit 800 000, beim Chemietrust mit 1 000 000 Mark! Dann werden Sie sich nicht mehr nach Ministersesseln oder derartigen ärmlichen Posten sehnen.

Die Wirtschaft ist die Hauptsache, ohne die kann der Staat nicht existieren. Ist es da nicht recht und billig, daß die Führer unserer Wirtschaft, die so Gewaltiges leisten, die sie so weit gebracht haben, daß man in ihr 5 000 000 Arbeitslose entbehren kann, — ist es nicht ganz am Platz, daß die auch über kleinliche Alltagssorgen hinausgeschoben werden, mit einem Jahreseinkommen von ein bis zwei Milliönchen?

Geniale Köpfe müssen das sein, die so viel Geld verdienen!

Namentlich wenn man sie etwa mit ihren russischen Kollegen vergleicht. Die bekommen 2700 Rubel im Jahr. Etwa 5000 Mark.

Kazenwadel

Wahlen in Oldenburg

Bei den Landtagswahlen in Oldenburg am letzten Sonntag haben die Nationalsozialisten 101 419 Stimmen erhalten (bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930: 76 216), die Deutschnationalen 13 529 (14 203), die Christlich-Sozialen 3000 (3054), das Landvolk 5427 (12 756), die Wirtschaftspartei 4525 (10 029), die Deutsche Volkspartei 5796 (13 431), das Zentrum 46 295 (47 733), die Staatspartei 8983 (13 579), die Sozialdemokraten 57 536 (66 148), die Kommunisten 19 389 (13 933).

Von dem vielzitierten Abebben der nationalsozialistischen Welle ist also nichts zu spüren. Das Ergebnis zeigt das gleiche Bild wie bei den Wahlen in Schaumburg-Lippe: die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme des Zentrums) nehmen ab, die Deutschnationalen halten sich, die Kommunisten und die Nationalsozialisten nehmen zu. In dem bäuerlichen Oldenburg ist die Propaganda der Nationalsozialisten wohl vor allem durch die Agrarpolitik Schieles unterstützt worden, die den Bauern in Elend und Verzweiflung und dem Fascismus in die Arme treibt.

Theorie und Praxis

In Berlin stand kürzlich der Inhaber eines Spezialgeschäfts vor dem Arbeitsgericht. Er hatte einem Angestellten, der 17 Jahre bei ihm tätig war, entlassen, weil er beim Kauf eines Anzugstoffes den Namen der Firma angegeben hatte, um ihn ein paar Mark billiger zu bekommen. Nach langem Hin und Her entschloss er sich zögernd zur Wiedereinstellung des Angestellten, nachdem er zuvor versucht hatte, den Gehalt zu kürzen.

Der Fall ist deswegen lehrreich, weil der selbe Herr einen Tag vor der Verhandlung in einem Berliner Blatt einen wunderschönen Artikel über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte erscheinen lassen, der von Edelmut nur so strotzte.

Von der Art ist das meiste, was heute zur Beseitigung unserer Not vorgeschlagen wird.

Ein Vorkämpfer

Von Otto Klein

Die zerstörten spanischen Klöster und die Verdrängung der Religion als Pflichtfach aus den spanischen Schulen lassen an einen Mann denken, der für die freie Jugenderziehung seines Landes bahnbrechend war: Francisco Ferrer.

Als infolge der Uneinigkeit der freiheitlichen Bewegungen Spaniens im Jahr 1873 die erste spanische Republik gestürzt wurde, kam Ferrer zu der Überzeugung, daß nur durch eine freiheitliche Erziehung der Jugend in Verbindung mit der Aufklärung und Organisierung der Arbeiterschaft die Vorbedingungen geschaffen werden könnten für erfolgreichere Versuche zur Umgestaltung der herrschenden Gesellschaftsordnung. „Nur jene Stadien des Fortschritts sind dauernd, die im Denken und Fühlen der Menschheit wurzeln, ehe irgend ein Gesetz sie gut heißt!" Die Menschen leben noch zu sehr in Unwissenheit und Aberglauben aller Art, ihr Streben nach einer freiheitlicheren Ordnung ist noch zu unklar, als daß es nicht immer wieder zum Mißerfolg verurteilt sein müßte. Die jahrhundertelange geistige Bevormundung durch die Jesuiten muß gebrochen werden; vor allem muß die Jugend dem Einfluß der Kirche entzogen werden.

Im August 1901 eröffnete Ferrer seine erste „Moderne Schule" in Barcelona. Sie war nicht die erste dieser Art. Schon 15 Jahre vorher hatte die Freidenkerbewegung angefangen, sich um eigene Schulen zu bemühen. Sozialisten, Anarchisten, Syndikalisten, Genossenschaftler taten sich zusammen, um die nötigen Mittel aufzubringen. Im Jahr 1885 wurde eine weltliche Schule in San Felice de Guipolo eröffnet; 1888 schufen sich madrider Freidenker eine ähnliche Schule. Die Bewegung breitete sich trotz schlimmstem Terror immer mehr aus; schon im Jahr 1888 waren auf dem Internationalen Freidenkerkongreß sechzig spanische Freidenkervereine vertreten, die in der Hauptsache für eine nichtkirchliche Erziehung kämpften. In vielen Dörfern Kataloniens bildeten sich Freidenkervereine (es gibt heute ganz abgelegene Gebirgsdörfer, wo der größte Teil der Begräbnisse ohne Priester vorgenommen wird und die Trauungen ohne Priester bei den Klängen der Marseillaise vor sich gehen).

Der Boden war also einigermaßen vorbereitet, als Ferrer mit seinen Schulen anfing. Er konnte bald darnach die bestehenden antiklerikalen Schulen einheitlich organisieren und durch ein von ihm gegründetes Verlagshaus mit geeigneten Unterrichtswerken versehen. In einem Manifest, das Ferrer bei der Einweihung seiner ersten Schule herausgab, erklärte er die Schule für eines der wirksamsten Mittel, um zur vollständigen geistigen und wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse zu gelangen; wenn das arbeitende Volk unwissend bleibe, werde es nicht aus der Abhängigkeit von Kirche und Kapitalismus gelöst werden können. Es müßten deshalb schon die Kinder Gelegenheit haben, den Ursprung der wirtschaftlichen Ungleichheit, der religiösen Lüge, der verderblichen Vaterlandsliebe und der althergebrachten Sitten und Gewohnheiten in Familie usw., kurz: aller Dinge, die den Menschen in geistiger und materieller Knechtschaft halten, zu erkennen. Die Aufgabe sei, sie zu Menschen zu erziehen, die frei und selbständig denken und Wahrheit und Gerechtigkeit lieben; die Fähigkeiten der Einzelnen müßten so geweckt und gefördert werden, daß sie nicht nur nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft, sondern auch Werkzeuge zur geistigen und moralischen Hebung ihrer Klasse würden.

Die freiheitlichen Schulen machten in der Folge in Spanien große Fortschritte, und die Wut der Geistlichkeit über ihren Führer war enorm. Man begeiferte ihn auf den Kanzeln und in den klerikalen Zeitungen; es gab fast keine Niederträchtigkeit, die ihm nicht vorgeworfen wurde. Man stempelte ihn für die kirchenhörige Masse zum verabscheuungswürdigen Scheusal, und lauerte auf eine Gelegenheit, ihn unschädlich zu machen.

Als dann im Mai 1906 der Anarchist Matteo Morral, ein Freund Ferrers, ohne dessen Wissen eine Bombe gegen den Hochzeitswagen Alfons des jetzt Verflossenen warf, war es selbstverständlich, daß Ferrer als geistiger Urheber des Attentats bezeichnet wurde. Er wurde verhaftet, und seine Schulen wurden geschlossen, aber nach einem Jahr mußte er wegen Mangel an Beweisen und unter dem Entrüstungssturm der fortschrittlich gesinnten europäischen Öffentlichkeit freigelassen werden. Damals schrieb eine religiöse Zeitschrift in Bilbao: „Diese Verbrechen werden sich wiederholen, solange man in Spanien die Freiheit des Lesens, der Lehre und des Denkens aufrechterhält; ihr entspringen alle diese antisozialen Ungeheuer." Das war die allgemeine Auffassung der Geistlichkeit. Sie sah ihren Einfluß schwinden, und suchte deshalb mit allen Mitteln, die Bewegung um ihr geistiges Haupt zu bringen.

Nach drei Jahren, im Juli 1909, bot sich eine neue Gelegenheit. Bei der Einschiffung einer Strafexpedition gegen aufständische Eingeborene in Marokko brach in Barcelona ein Aufstand aus, mit dem Ziel, die Einschiffung der Truppen zu verhindern; die revolutionäre Arbeiterschaft erklärte den Generalstreik, der aber nach wenigen Tagen zusammenbrach, da es an einer einheitlichen Leitung fehlte. Es war trotzdem wieder eine herrliche Gelegenheit für die Klerikalen, Ferrer auf die Anklagebank zu bringen. Der Militärgouverneur von Barcelona erklärte ihm auf seine Unschuldsbeteuerungen von vornherein, daß das Lesen der Bücher der „Modernen Schule" recht gut eine Ursache des Aufstandes sein könne. In diesem Geist wurde die ganze Untersuchung geführt. Man fand trotz heftigen Bemühungen keine Beweise für Ferrers Urheberschaft, aber man konstruierte aus seiner Stellung als Führer der freigeistigen Bewegung eine intellektuelle Urheberschaft und verurteilte ihn schließlich, als in „zweiter Linie" für den Aufstand verantwortlich, auf Grund des einschlägigen Paragrafen des Militärstrafgesetzbuchs zum Tode.

Die Drahtzieher triumfierten und die Kirche ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, ihren Sieg auszukosten. Ferrer war in der Nacht vor seiner Hinrichtung noch den größten Belästigungen durch kirchliche Vertreter ausgesetzt. Man brachte ihn in ein zur Kapelle ausgeschmücktes Zimmer, in dem ein Jesuitenpater und sechs barmherzige Brüder bereit waren, ihm die „Tröstungen der Religion" zu vermitteln. Er lehnte ab und bat um Entfernung eines auf dem Altar aufgestellten Muttergottesbildes, da er von jeher ein Feind der Fetischverehrung gewesen sei. Man kam dem natürlich nicht nach. Dagegen wurde die ganze Nacht der Versuch fortgesetzt, ihn seinem „Unglauben" zu entreißen.

Am 13. Oktober 1909 setzte man sich zu seiner Hinrichtung in Bewegung. Ein Kaplan begleitete ihn trotz Protest. — Heute, zweiundzwanzig Jahre später, brennen Klöster. Es ist die Antwort auf die jahrhundertelange Unterdrückung.

Die Bayernwacht

Die „Bayerische Volkspartei" hat eine eigene Parteitruppe aufgezogen: die „Bayernwacht". Sie kämpft gegen den Kulturbolschewismus, Pazifismus und Marxismus, und für eine gut christliche und kernbayrische Volksordnung. Der folgende Stimmungsbericht lehnt sich an einen Vortrag an, den der münchner Stadtrat Gerstl kürzlich auf dem Gautag des Gaues Lindau der Bayernwacht gehalten hat.

„Sie, Herr Nachbar, erlaubn's, was is dös eigentlich für a Versammlung? San dös Hitlerleut und Nazisozi oder Stahlhelmer oder Reichsbanner oder gar Rontfrontsoldaten? Mit dene Uniforma? Oder san dös Tannenbergbündler oder Wehrwölfler oder was san dös für Soldaten?"

„Das ist die Bayernwacht!"

„Ja, für was is die guat, Herr Nachbar?"

„Härtens vorher aufpaßt! Der Herr Stadtrat Gerstl vo Minga hats so schön ausdeutscht: die Preißn wollen s'Boarn-

Justizblüten

Stuttgart

Im Januar war ein Kavalier namens Philipp wegen Zuhälterei angeklagt. Die in Frage kommende Prostituierte Babette schrieb vor der Verhandlung an die Mutter des Angeklagten, sie solle als Zeugin aussagen, daß ihr Sohn Philipp von den Eltern von Zeit zu Zeit Geld für den Lebensunterhalt bekommen habe.

Die Verhandlung kam. Babette sagte unter Eid aus, Philipp habe von der Mutter regelmäßig Geld bekommen. Sie bestritt, „trotz eindringlichsten Ermahnungen des Gerichtsvorsitzenden", daß sie den bewußten Brief an die Mutter geschrieben habe. Nun zückte der Vorsitzende das Corpus delicti: Babettens Meineid war offenbar. Desgleichen ihr Versuch, die Mutter zu dem selben Verbrechen zu verleiten.

Babette ward angeklagt und bekam zehn Monate fünfzehn Tage Gefängnis. Wenn der Herr Vorsitzende früh genug in die Akten gegriffen und den belastenden Brief hervorgeholt hätte, wäre ihr nichts passiert. Aber nein: „Ihr laßt den Armen schuldig werden ..."

Noch eine kleine Pointe: Babette nannte vor Gericht ihren Philipp ihren Bräutigam. „Ein merkwürdiger Bräutigam", meinte der weltfremde Vorsitzende, „der zuläßt, daß die Braut der Gewerbsunzucht nachgeht." Denken Sie mal an — sowas gibt's in der Tat!

Potsdam

In Potsdam ist der Kommunist Kliche zu fünf Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt worden. Er hat im Februar zwei Schüsse auf einen Polizisten abgegeben, den er im Verdacht hatte, einen seiner Angehörigen erschossen zu haben. Die Schüsse gingen fehl; dem Polizisten ist nichts geschehen. Desto mehr jetzt dem Attentäter. Die Höhe des Strafmaßes mag sich zum Teil aus seinen vielen Vorstrafen erklären; aber es bleibt immer noch ein Rest zu tragen peinlich. Wenn dieser „Totschlagsversuch", der ohne irgendeine Beschädigung des gemeinten Polizisten abgelaufen ist (wie ist das eigentlich: war nun der betreffende Wachtmeister tatsächlich der Mörder des Verwandten, den Kliche rächen wollte?) so schwer „gesühnt" werden muß: welche Strafen müßten jene treffen, die am 1. Mai 1929 in den Straßen, in den Hausfluren und auf den Balkonen Berlins 33 Zivilisten — Männer und Frauen, Gesunde und Invaliden, Kommunisten, Parteilose, Reichsbannersozialdemokraten, Journalisten — ermordet haben? Welche Strafen müßten sie bekommen — wenn sie nicht zufällig Polizisten wären?

Berlin

In Berlin beschäftigt man sich damit, die Ehre des Schahs von Persien wiederherzustellen. Einer der persischen Emigranten, die in Berlin leben, hatte seinem Landesfürsten in seinem Blatt „Der Kampf" Despotismus und Geldgier vorgeworfen. Die berliner Polizei hat nun schon die vierte Nummer dieses Blattes beschlagnahmt. Und zwar auf Grund des Majestätsbeleidigungsparagrafen (§ 103 des Strafgesetzbuchs). Veranlaßt hat die Beschlagnahme das Auswärtige Amt auf Betreiben eines Beamten von der persischen Gesandtschaft.

Solche Sorgen haben wir. Um die Ehre eines fremden Potentaten zu retten — da wir schon keinen eigenen mehr haben — der auch nach europäischen Auffassungen nicht unbedingt zu den besten und angenehmsten Vertretern seines fragwürdigen Gewerbes gehört, wird der Majestätsbeleidigungsparagraf aus Kaisers glanzvollen Tagen von der Republik neu aufgebügelt. Ix

Zweimal Hochverrat

Im November vorigen Jahres ließ der Oberreichsanwalt zwei Arbeiter in Hagen i. W. wegen des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat verhaften. In dem einen Fall handelte es sich um das „Verbrechen" des Arbeiters Browa, der in später Nachtstunde etwas angesäuselt einen gleichfalls etwas angesäuselten Mariner traf und ihm im Verlaufe eines wahrscheinlich nicht sonderlich tiefsinnigen Plauderskets die Frage stellte, ob man bei der Marine auch eine Richtung nach links oder eine nach rechts habe, ob es gar etwa da auch Kommunisten gäbe. Delikt: Vorbereitung zum Hochverrat, Verhaftung von der Arbeitsstelle weg, fünf Monate Untersuchungshaft. In diesem Falle hat der Oberreichsanwalt in diesen Tagen das Verfahren eingestellt und Browa wieder in Freiheit gesetzt.

Der tapfere Mariner wird wohl die nach dem Groener'schen Uhrenerlaß für Aufdeckung hochverräterischer Umtriebe verheissene goldene Denunziantenuhr vorläufig noch nicht auf seinem teutschen Herzen tragen können.

Im zweiten Fall hat der Arbeiter Fischer in einer Versammlung der Wohlfahrtsarbeiter den Satz hinausgeschmettert: „Es kann sein, daß wir eines Tages auch mit der Waffe in der Hand dieser morschen Gesellschaft entgegentreten müssen." Wegen dieses entsetzlichen Verbrechens hatte er sich am 9. Mai vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verantworten, das ihn zu 18 Monaten Festungshaft verurteilte.

Der erzieherische Strafvollzug wird wohl jetzt einen gesitteten Staatsbürger aus ihm machen. Hanns Weinberg

Die Russlandhetze

Die evangelische Kirche kämpft augenblicklich in trautem Verein mit dem Katholizismus für die angeblich bedrohte Gewissensfreiheit der „russischen Brüder". Ein ungleiches Paar, aber gleich bedenkenlos in der Wahl der Mittel. Lügen, die dazu in die Welt gesetzt sind, die Wiedereroberung eines verlorengegangenen Absatzgebietes für die Weltwirtschaft vorzubereiten, sollen den Anschein erwecken, als gehe es um die Solidarität religiöser Verbundenheit. Man sagt Christus, und gemeint ist Erdöl oder Getreide. Der Monopolkapitalismus schafft sich auf diese Weise die Stimmungen, die er im geeigneten Augenblick für kriegerische Aktionen nötig hat. Da der kleine Mann für die nackte Profitsicherung nicht sehr gerne seine Haut zu Markte trägt, redet man ihm ein, er habe die christliche Kultur zu retten. Die Kirche übernimmt allzu willig dieses Geschäft, und sie stellt sich taub gegenüber jeder Kritik an diesem Verhalten; ja der Fall Eckert zeigt, daß sie gar nicht die Ohren hat zu hören.

Es ist erfreulich, daß nun auch einmal von bürgerlicher Seite eine eindeutige und scharfe Kritik an dieser fatalen Haltung der Kirche kommt: der Giessener Universitätsprofessor Fr. Lenz übt sie in einer Broschüre „Youngplan, Kirchen und Sowjetunion" (Verlag „Der Vorkämpfer", Krefeld, Preis 80 Pfennig). Lenz ist Nationalist, aber Antikapitalist; er bejaht die Notwendigkeit einer kollektiven Wirtschaftsform, sieht die innere Unmöglichkeit einer demokratischen Staatsform, deren Machtausübung an das Einverständnis des Industrie- und Bankkapitals gebunden ist, und zeigt ungeschminkt, was es mit dem Nationalismus unserer Industriellen auf sich hat. Im Vorhandensein Rußlands erblickt er das für Deutschland günstige und nötige Gegengewicht gegen den westlerischen Hochkapitalismus.

An die protestantische Kirche richtet Lenz die ernste Frage, ob sie heute, da jede Analyse unserer Volksgemeinschaft die Erkenntnis einschließen müsse, daß mindestens neun Zehntel des Volkes vom Eigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln ferngehalten werden, den Gedanken ablehne, daß die Wirtschaft allen Arbeitenden gehören müsse und planmäßig zu ordnen sei: „Wollen die Kirchen von sich sagen, daß sie den Übergang zu neuen und gerechteren Produktionsformen nicht ertragen können, während sie jede Art von Ausbeutung daheim wie in den Kolonien und „unentwickelten Gebieten" dulden oder fördern?"

Lenz zeigt sehr deutlich, woran diese Kirche krankt. Er zeigt ihre und des aus seinen seitherigen Positionen gedrängten Kleinbürgertums Flucht aus der unbequemen Realität des Heute. Das Kleinbürgertum rettet sich in die ständische Neu-Romantik des Fascismus, der die Macht des Monopolkapitalismus verhüllen aber nicht gefährden kann, und die Kirche flüchtet angesichts der heimischen Krisenlage und des Wachstums der Sowjetmacht in eine krampfhafte Aktivität um Behebung „seelischer" Nöte, hinter der die Angst um das bedrohte Privateigentum lauert. Damit macht sie sich zum Schrittmacher der finstersten Reaktion, und am Ende steht wieder, als der Weisheit letzter Schluß, „der Feldprediger mit der Gasmaske". Die Gebetskolonnen von heute werden dank der pastoralen Vorbereitung morgen vorzügliche Stoßtrupps gegen den Todfeind der „heiligsten Güter" sein; die Angst der Kapitalisten vor dem Gelingen des russischen Experiments wird, umgemünzt zu religiösem Abscheu vor Gottlosigkeit und Barbarei, eine kriegerische Auseinandersetzung herbeiführen, gegen die der letzte Weltkrieg verblassen wird. Die Kirche, die sich heute noch der Erkenntnis verschließt, daß die „Krisis unserer sozialen Umwelt auch den Kirchenglauben" erfaßt hat, und jede radikale Erörterung unterbindet, wird sich vielleicht dann einer Ordnung gegenübersehen, in der sie keinen Platz mehr hat. Max Winkler

Gegebenenfalls

Der neugewählte württembergische Landeskirchentag ist zum erstenmal zusammengetreten. Er hat das Recht, noch sechs Abgeordnete zuzuwählen. Die Vertreter der Gruppe I und II hätten also die Möglichkeit gehabt, das Unrecht des Wahlverfahrens, durch das die religiösen Sozialisten vom Kirchenparlament ferngehalten wurden, obwohl sie 12 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatten, wenigstens teilweise gutzumachen, indem sie ein paar religiöse Sozialisten zuwählten. Von christlicher Gesinnung wollen wir nicht reden — die Loyalität hätte das gefordert. Aber das Kirchenparlament hat mit 35 gegen 23 Stimmen die Zuwahl eines religiösen Sozialisten abgelehnt. (Glauben wohl noch alle religiösen Sozialisten, sie könnten diese Kirche erobern?)

Wie hilflos die Kirche dem politischen und sozialen Leben gegenübersteht, hat man an der Rede des Kirchenpräsidenten Wurm wieder einmal sehen können. „Die Kirche wird für soziale Anliegen ebenso offen sein wie für nationale; sie wird gegebenenfalls auch die Regierenden mahnen, bei allen gebotenen Sparmaßnahmen doch die schwachen Schultern möglichst zu schonen."

Vielleicht wäre dieser Fall jetzt, vor den neuen Notverordnungen, gegeben? Vielleicht könnte die Kirche auch auf einen Teil der Staatszuschüsse verzichten? Nein, denn „jede wesentliche Verkürzung der Staatsleistungen würde eine entsprechende Erhöhung der Kirchensteuer bedeuten, die im jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage kommen kann".

Und wie wär's mit Sparen und Einschränkungen?

Die Gasmaske der Hausfrau

In Berlin gibt es einen „Gasschutzladen", für den die Hugenbergpresse Propaganda macht. Jedermann kann sich dort eine Gasmaske kaufen, für den Fall, daß es über Nacht losgeht.

Da der Absatz von Gasmasken aber zu wünschen übrig läßt, so besinnen sich die Interessenten eifrig, wie man ihn „finanzieren" könnte. Man ist auf folgendes gekommen: ein „Allgemeiner Hausfrauen-Rabatt-Sparverein" in Berlin wendet sich an die Geschäftsleute mit der Bitte, seinen Mitgliedern Rabatte zu gewähren, die dann zur Versorgung von deren Familien mit Gasmasken verwendet werden sollen.

Hinter diesem Verein, der als Spitzenverband aller Hausfrauen-Vereinigungen gedeckt ist, scheinen eine Anzahl ehemaliger Offiziere zu stehen, und hinter diesen wieder die Firma Dräger in Lübeck. Sie fabriziert Gasmasken.

Hunderttausend Gasmasken hofft man in Berlin unterzubringen. Bei einem Durchschnittspreis von 30 Mark immerhin eine siebenstellige Sache.

Könnte man vielleicht der deutschen Wirtschaft durch Massenproduktion von Gasmasken wieder auf die Beine helfen?

Das amerikanische Rote Kreuz veröffentlicht in seiner Zeitschrift zwei einander gegenübergestellte Bilder: 1. In den Krieg ziehende Soldaten nehmen betrübt Abschied. 2. Ein Pärchen steigt vergnügt ins Auto. Darunter steht folgender Text: „Im Weltkrieg 1917/1918 fielen 37 568 Amerikaner; im Jahr 1929 wurden 33 061 Amerikaner durch Autounfälle getötet." — Soll man auf diese Belehrung hin fürderhin ernsteren Sinnes das Auto besteigen, oder soll damit bezweckt werden, daß der nächste Ausmarsch nicht so tragisch genommen wird?

Die Lisl und ihr Hemdchen

Wenn der nationale Theaterbesucher die in der letzten Nummer der S.-Z. zitierten Worte der Entrüstung vernimmt, die der Stadtanzeiger von Elberfeld wegen des Wortes „Strasbourg" auf dem Programm über die würdelose Elisabeth Bergner ausschüttet („Nie wieder auf unsern Bühnen" usw.), dann weiß er, was er zu denken hat.

Wenn ihm aber dann in seinem nationalen Leibblatt, der „Süddeutschen Zeitung", in einem großen bildgeschmückten Artikel („Die Lisl und ihr Glückshemd") und in wunderschönen Sätzen das künstlerische Glaubensbekenntnis der großen Schauspielerin vorgesetzt und gesagt wird, sie trage nicht nur, als Amulett, ein Kinderhemd, sondern sie habe auch noch das deutsche Bekenntnis abgelegt, daß ihr Schillers Johanna über die von Shaw gehe, — dann weiß er wieder nicht, was er tun soll. Hoffentlich hat wenigstens bis zu dem am Montag beginnenden Gastspiel im Stuttgarter Landestheater Herr Hugenberg oder Herr Hitler durch einwandfreien Regimentsbefehl die diesbezüglichen Gefühle geregelt.

Am einfachsten wäre es wohl, wenn die Lisl sich zu einem Braunhemd entscheiden könnte.

---

landl stehln! Aber mir sagn: an Dreck, Herr Nachbar! „Bayern den Bayern!" Hat er g'sagt, der Herr Gerstl. „Unsere hohe boarische Kuitur hat scho lang blüaht, wie auf dem Fleckerl, wo heut d'Berliner hausen, überhaupts no gar nixen da war als wia a Sandwüsten!" hat er g'sagt der Herr Gerstl. Schön hat er dös gsagt. Und dö Leut, wo also nix wia Sand im Hirnkastl haben könne, die mechten ins was sagen, die möchten unsa Boarlandl einstecka. Dös tat eana passen, die Saupreißen! Aba dafür san jetzta unsere Leut von der „Bayernwacht" da. Schaugn's Sie's nur an, Herr Nachbar — dös san Lackl, die ham no a Schmalz! Dös san halt Bauernbuam und koane so zsammagschnigelte Großstadtstrizzi, die koan Saft und Kraft nimma ham. Die wann amal zuahaun, dös gibt aus, Herr Nachba!"

„Ja, auf was tean nacha die jetzt schwörn?"

„Auf d' Muatta Gottes. Dös is insa Schutzpatronin — die „Batrona Bavariä" hat er gsagt, der Herr Gerstl. Und inserna Satzungen — dös san die 10 Gebote, mehra brauche mir net. Es is dös scho fast z'vui zum Merka. D'Hauptsach is, daß mir inserna Versammlunga wieder guat abhalten könna und daß die Nazibazi und d'Sozi nimma so frech sein könna. Sonst haun mas scho so vui, daß in d' ..."

„Steht dös in die 10 Gebote drinna?"

„A Schmarrn steht drinna! Wia ma ins zsammagsetzt ham und ham Satzunga macha wolln, da san ma erst drauffkemma, daß d'Hitlerleut und d'Stahlhelmler und wia die alle hoassn, scho alls in ihre Statuten drinna stehn ham, was mir wolln. Drum ham mir die 10 Gebot hergnomma, weil 's ja eh' wurscht is, was aufm Papier steht. Do scheert sie heut do koa Mensch net drum. Aba jetzt solln's es no amal probiern in unsere Versammlung neischreia, die kriagn ja d'Fotzn so voll, daß gern stad san, Herr Nachbar! „Kernboarisch müaß ma wieda wern!" hat er gsagt, der Herr Gerstl — „die berliner Afaltkuitur kinna mir net brauche, die lehna ma ab!" Bazifisten kenna mir net braucha in der Bayernwacht, hat er gsagt, mir wolln koana Papiersoldaten, sondern gsunde Kerl, die so an Berliner Windhund in d'Luft naushebn, bis er verhungert is."

„Ja, aber so a Preiß ka do a a ganz guata Christ sein, Herr Nachba."

„Was hams gsagt? Reden's do koan Mist daher! Dös kenna mir do ganz genau ausananda: in Preißn dromma gibts bloß oa Sorten Christen — dös san die Schwarzen, 's Zentrum, wo der Brinning dabei is, was jetza unsa Reichskanzla is. Und die schwarzen Brüada kenna ma glei weg von die andern: die ham sie jetzt a organisiert, dös is die „Kreuzschar". „Für die Heimat und für das Kreuz" hoaßt unsa Losung. Hams scho a mal was von die Kreuzzüg gehört, Herr Nachba? Da hams fei andersta zuaghaut, die Ritta, die hams ordentli umanandalassen die Türkenbande die miserablige und ham eana d'Weiba weggnumma. Die ham scho saubere Weiba ghabt, die Kruzi-Türken. Da gibts koa Mißverständnis, Herr Nachba: Was schwarz is, dös is „christlich" — und was net schwarz is, dös san d'Bolschwisten! Dös is ganz oafach, hat er gsagt der Gerstl, da gibt's gar koana Würschtl. Resl, no a Moß!" Hiasl

Deutsche Frauen

Deutsche Frauen haben im Saalbau des berliner Zoo eine Ausstellung eröffnet, die ihr Sinnen und Trachten um deutsche Sitte und Kultur widerspiegelt. Eine Abteilung ist der „Kultur des Tisches" gewidmet. Man kann sich denken, daß jemand, der nichts zu beißen hat, „es" wenigstens hübsch arrangiert zu sich nehmen möchte, aber leider sind die von den deutschen Frauen gezeigten Tafeldekorationen etwas abwegig und teuer. Ein Lohengrin aus Speiseeis z. B. paßt nicht auf jeden Tisch, wenn er auch noch so niedlich ist, und ein imponierendes Torpedoboot aus Marzipan vermag zwar die patriotischen, nicht aber die Hungergefühle zu stillen. Auch mit einem rigaer Lachsfrühstück, dessen Mittelpunkt ein martialisch aussehender Ordensritter krönt, werden die wenigsten Deutschen was anfangen können; dagegen ist denkbar, daß die kunstvoll aufgebaute Hafenanlage nebst Panzerkreuzer wenigstens ein paar Sozialdemokraten nachdenklich stimmt.

Damit die Besucher der Ausstellung nun aber sehen, daß die vaterländischen Frauen neben dem Luxus auch noch wissen, was deutsche Einfachheit ist, zeigen sie dem staunenden Publikum den Mittagstisch eines U-Boot-Kommandanten. Der sieht nun allerdings neben der üppigen Fülle der anderen Tische recht mager aus: Kondensierte Milch, trockenes Brot, eine Büchse Corned-Beef und eine Flasche „Winkelhausen alte Reserve"; damit haben unsere Seehelden jahrelang eine ganze Welt in Schach gehalten. Eine eindringliche Mahnung an die Helden des Alltags, sich trotz der „Notzeit" nicht einer miesen Stimmung zu überlassen und nicht begehrlich nach den feudalen Tafeldekorationen zu schielen. Eines schickt sich nicht für alle. M. W.

Liebe S.-Z.

Ein Spaßvogel schickt dem „Angriff" einen mit Adolf Hitler gezeichneten Artikel. Er erscheint prompt in der nächsten Nummer. Andern Tags hängt Hitler am Telefon: es sei unverständlich, wie so was habe geschehen können; der Artikel sei langweilig, nichtssagend und voller Platitüden.

„Sehr richtig", sagt Goebbels, „die gesamte Redaktion war derselben Ansicht."

„Warum haben Sie ihn dann gebracht", brüllt Adolf heiser.

„Wir dachten", haucht Goebbels ergeben, „er sei von Ihnen!"

•

Karl Sternheim gab einem jungen Mann ein Empfehlungsschreiben an den einflußreichen Bankdirektor R. mit.

„Gut", sagte der Bankdirektor, „nun bin ich über Sie im Bild — aber sagen Sie mal: Wer ist eigentlich dieser Sternheim?"

Literatur

Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente von Zeitgenossen. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Preis in Ganzleinen 10 Mark. — Am 28. Mai sind 60 Jahre verflossen, seitdem die Pariser Kommune nach blutigen Kämpfen von der bürgerlichen französischen Regierung, die dabei von den Deutschen unterstützt wurde, vernichtet worden ist. Außer von Karl Marx („Der Bürgerkrieg in Frankreich") und von Lissagaray („Der Pariser Kommuneaufstand") ist die Geschichte der Pariser Kommune noch nicht dargestellt worden. In diesem Buch wird, unter Verarbeitung von Berichten und Dokumenten, ein Überblick über die französische Geschichte seit 1830 und eine ausführliche Schilderung der drei Monate währenden Herrschaft der Kommune in Paris gegeben. Es ist reich mit Bildern und Karten ausgestattet.

Der Pariser Kommune-Aufstand. Von H. P. O. Lissagaray. Soziologische Verlagsanstalt, Berlin W 50, Passauer Straße 3. Preis in Leinen geb. 2,85 Mark. — Lissagaray, der selbst auf den Barrikaden der Kommune gekämpft hat, hat die vorbildliche Schilderung eines proletarischen Aufstands geschrieben. Die Geschichte und die Bedeutung der Kommune und ihres Kampfes werden festgelegt; die Rolle der „linken" Bourgeoisie in entscheidenden Situationen, die Fehler und Versager der Führer der Kommune, die Lehren dieser ersten proletarischen Revolution für jede folgende werden herausgeschält. Der Anhang enthält Briefe von Karl und Jenny Marx, die sich auf den pariser Aufstand beziehen.

Der Film „Im Westen nichts Neues" ist in Deutschland immer noch verboten. Aber etwa 200 Bilder aus dem Film sind zusammengestellt in dem Buch

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern

Preis 2,85 Mark

Gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) zu beziehen von Verlag der S.-Z.

Geld und Politik

3. Die „Graue Eminenz" spekuliert

Darf ein einflußreicher Politiker, etwa ein Minister und Kanzler, an der Börse spekulieren? Kann er nicht oft seinen Einblick in sonst noch unbekannte politische Zusammenhänge benützen, um geschickter zu spekulieren als andere Leute? Besteht nicht die Gefahr, daß er sich, bewußt oder unbewußt, bei seinen politischen Entscheidungen durch seine Engagements an der Börse beeinflussen läßt?

Diese Fragen sind im Reichstag, in der Presse und in Gerichtssälen behandelt worden, als Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein Landrat von Diest-Dabers und die konservative Presse, vor allem die „Kreuzzeitung", einen scharfen Feldzug gegen Bismarck führten. Bismarck wurde vorgeworfen, er lasse seinen Bankier Gerson Bleichröder für sich an der Börse spekulieren, verdiene dabei erhebliche Summen und werde so allmählich auch politisch abhängig von Bleichröder und andern Finanzleuten.

Bismarck hat sich vor Gericht nie gegen diese Vorwürfe verteidigt (er erklärte immer, für ihn als Offizier sei nur ein Kriegsgericht zuständig); wieviel an den Anklagen berechtigt war, ist niemals klargestellt worden. Sicher ist nur, daß sich Bismarck im Laufe seines Lebens statt der ursprünglichen Schulden ein beträchtliches Vermögen erworben hat, daß er dem Bankier Bleichröder Generalvollmacht über sein Privatvermögen erteilt, daß er ihn auch zu diplomatischen Aufgaben (Sammeln oder Weitergeben von Informationen) verwendet hat, daß er aber, besonders seit den Angriffen Diest-Dabers, sehr vorsichtig war und bei der Vermehrung seines Privatvermögens Bleichröder völlig freie Hand ließ, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, er verquicke Politik mit Geschäft.

Dagegen hat sein Schüler Fritz von Holstein, Geheimrat im Auswärtigen Amt, genannt „Die Graue Eminenz", jahrzehntelang seine politischen Kenntnisse zu Börsenspekulationen verwendet. Holstein, der Mann im Dunkel, war seit Bismarcks Sturz wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich der Leiter der deutschen auswärtigen Politik. Weder Bülow noch der Kaiser konnten auf die Dauer ihren Willen gegen den seinen durchsetzen. Das fortwährende Schwanken der deutschen auswärtigen Politik in der Ära Bülow erklärt sich zum größten Teil daraus, daß drei Männer die Politik zu leiten versuchten: der Kaiser, der Kanzler und die graue Eminenz. Wie einflußreich Holstein war und welche verhängnisvolle Rolle er gespielt hat, ist der Öffentlichkeit erst nach dem Krieg bekannt geworden. Und erst im Jahre 1925 hat man erfahren, daß er die politischen Geheimnachrichten, die bei ihm einliefen, fast täglich dazu verwendet hat, an der Börse zu spekulieren.

Sein Bankier war ein Geheimrat Meyer-Cohn. „In dem Briefwechsel", schreibt Morus in seinem Buch „Das Geld in der Politik", „den der Geheime Rat von Holstein drei Jahrzehnte lang mit seinem Bankier führte, herrscht ein recht munterer und rauher Ton. Wenn die Spekulationen anders auslaufen als man es sich gedacht hat — und das kommt oft genug vor —, machen der Staatsmann und sein Kreditgeber einander die heftigsten Vorwürfe. Bei Verlusten über tausend Mark hat auch die Diplomatensprache eine Grenze. Dann wird Fraktur geredet. „Wir sind hereingefallen", schreibt dann Holstein, „vor Wut habe ich nicht geschlafen, wahrscheinlich wie Sie. Dafür werden Menschen bezahlt, solche Schundnachrichten zu melden." ... Das Börsenspiel ist für Holstein eine verteufelt ernste Sache, ernster fast noch als für seinen Bankier, der immer reiselustig ist. „Ich halte es für unrecht", mahnt Holstein, „jetzt mitten in der Konjunktur abzuschnappen, und schlage deshalb vor, daß wir erst Donnerstag reisen." Bei einer anderen Gelegenheit: „Ich reise zunächst nicht, selbst falls das Wetter besser wird. Nach so langem Warten den psychologischen Moment verpassen, das wäre zum Haare ausreißen."

Diese Nervosität versteht man, wenn man hört, um welche Summen es sich bei Holsteins Spekulationen manchmal handelte. „Lassen Sie die Konjunktur, welche jetzt anfängt, nicht vorübergehen. Wenn Sie statt 600 000 eine Million Rubel nehmen, würde ich das auch nicht für gefährlich halten", schreibt er einmal an seinen Bankier.

Holstein hat die Nachrichten, die täglich bei ihm einliefen, zunächst darauf geprüft, wie sie sich an der Börse verwerten lassen, und sie dann sofort seinem Bankier mitgeteilt, ob es nun Meldungen vom Burenkrieg oder von internationalen Anleihegeschäften oder von Cholerafällen in Rußland waren. Besonders aufmerksam war Holstein auf Russenwerte, und hier ist ihm auch sein ertragreichster Coup geglückt. Peter F.

(Wird fortgesetzt)

Im Stile Neros

Einer der größten Skandale des letzten Jahrhunderts: der Tod des österreichischen Thronfolgers Rudolf und seiner Geliebten Marie Vetsera in Mayerling, ist mit den damaligen kaiserlichen Machtmitteln verschleiert worden: die offizielle Lesart sprach von Selbstmord in geistiger Umnachtung und verheimlichte den Tod der Baronesse Vetsera. Im Lauf der Jahre ist dann manches durchgesickert. Nun tritt in der „Kölnischen Zeitung" der Bonner Universitätsprofessor Geheimrat Friedrich Marx vor die Öffentlichkeit und berichtet mit wissenschaftlicher Sorgfalt von dem geheimnisvollen Protokoll, das die vom Kaiser nach Mayerling entsandte Kommission aufgenommen hatte, das man aber heute nicht mehr aufzufinden vermag. Marx ist vom Verfasser dieses Protokolls, dem Ersten Staatsanwalt von Wien Friedrich Edler von Langer, mündlich über den Inhalt unterrichtet worden.

Danach ist am Abend des 29. Januar 1889 der Kronprinz Rudolf ermordet worden, und zwar von einem Kavalier, der die Baronesse geliebt hat und der es nicht ertragen konnte, das schöne und kurz vorher noch unschuldige achtzehnjährige Mädchen in den Händen des entarteten Abkömmlings eines alten Herrschergeschlechts zu wissen.

Geheimrat Marx erwähnt u. a. auch die Aussage des Hofrats Karabacek, wonach die Leiche der Baronesse Vetsera völlig nackt vorgefunden wurde, und die Darstellung der Prinzessin Luise von Belgien (der Schwester der österreichischen Kronprinzessin Stephanie), wonach der Katastrofe eine Orgie gleich den Banketten z. Zt. des Tiberius und Nero vorausging. Schließlich vermag er auch nachzuweisen, daß man, nach dem Ausspruch eines römischen Kardinals, im Vatikan die Wahrheit von Anfang an gekannt hat. W.

Ich mag sie nicht, diese neuesten Spekulanten in Idealismus, die Antisemiten, welche heute ihre Augen christlich-arisch-biedermännisch verdrehen und durch einen jede Geduld erschöpfenden Mißbrauch des wohlfeilsten Agitationsmittels, der moralischen Attitude, alle Hornviehelemente des deutschen Volkes aufzuregen suchen — (daß jede Art Schwindelei-Geisterei im heutigen Deutschland nicht ohne Erfolg bleibt, hängt mit der nachgerade unableugbaren und bereits handgreiflichen Verödung des deutschen Geistes zusammen, deren Ursache ich in einer allzu ausschließlichen Ernährung mit Zeitungen, Politik, Bier und Wagnerscher Musik suche).

Friedrich Nietzsche

Unter dem Gummiknüppel

„Die Freiheit der Person ist unverletzlich." (Aus Art. 114 der Weimarer Verfassung.)

„Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich." (Aus Art. 115.)

„Das Briefgeheimnis, sowie das Post- und Telegrafen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich." (Aus Artikel 117.)

„Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden." (Aus Art. 118.)

„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln." (Art. 123.)

Herrliche Rechte haben wir Deutschen! Leider sind alle diese in der Verfassung verankerten Rechte und einige andere dazu durch die Notverordnung vom 28. März 1931 außer Kraft gesetzt worden. Die Freiheit der Person, die Wohnung, das Briefgeheimnis sind also nicht mehr unverletzlich, die Versammlungsfreiheit besteht nicht mehr, eine Zensur „findet statt", und wie! Ein Beispiel: Das hier abgebildete Flugblatt, durch das die „Gemeinschaft proletarischer

Freidenker" in Hagen i. W. zu einer Versammlung über „Kirche und Fascismus" eingeladen hat, ist von der Polizei zensiert worden. Welche verbrecherischen Sätze sind wohl von der Druckerschwärze des zensierenden Polizeipräsidenten, der (man ist schon beinahe versucht zu sagen: natürlich) ein Sozialdemokrat ist, überdeckt worden? Die folgenden: „Der Fascismus ist zweifellos eine Gefahr für die schaffende Bevölkerung. Welchen Standpunkt nehmen die Kirchen zum Fascismus ein? Lehnen sie ihn rundweg ab oder werden sie sich doch noch mit ihm abfinden? Diese außerordentlich wichtigen Fragen wird Anton Krenn in bekannter sachlicher Form untersuchen und beantworten."

Mit dem selben Recht hätte die Polizei den Satz: „Niemand versäume diese Versammlung!" streichen können, denn nach § 10 der Notverordnung darf ein solches Plakat nur „Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Veranstalter, Teilnehmer, Redner, Vortragsgegenstand, Aussprache und Eintrittsgeld enthalten". In Stuttgart ist auf einem Plakat einmal der Satz: „Man besorge sich Karten im Vorverkauf" beanstandet worden, und der zensierende Beamte hat auf eine Anfrage zugegeben, ein anderer Beamter hätte vielleicht diesen Satz durchgehen lassen und dafür einen anderen gestrichen.

Die Willkür der Polizeibeamten hat also freie Bahn. Oft wirkt sich das in Mätzchen aus, die harmlos scheinen. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch die bisher erlassenen Notverordnungen der Apparat geschaffen worden ist, mit dem eine fascistische Diktatur jederzeit alles verbieten kann, was sie will. Die Diktatur-Maschine ist fertig; sie braucht nur in Gang gesetzt zu werden. Schon im Dezember vorigen Jahres hat der deutschnationale Abgeordnete Quaatz geschrieben: „Jetzt ist durch die Praxis des Kabinetts Brüning festgestellt, daß es für das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten praktisch keine Grenzen gibt, d. h., daß der Reichspräsident in der Lage ist, jederzeit eine Diktatur aufzurichten. Damit ist das Scheingebilde des neudeutschen Parlamentarismus zerstört. Der politische Kampf dreht sich jetzt klar und deutlich nur noch darum, wer die Klinke der Diktatur in die Hand bekommt."

Diese Frage, wer die Klinke in die Hand bekommt, wird wohl bald entschieden werden.

Spärlicher Beifall

Der Jahresversammlung des Deutschen Auslands-Instituts, die in Stuttgart wieder mit dem üblichen Brimborium abgehalten wurde, haben die üblichen Prominenten die üblichen Begrüßungstelegramme geschickt. Bei Verlesung des Telegramms des Reichskanzlers Brüning: lautes Bravo und Händeklatschen. Bei Verlesung des Telegramms des Ministers des Äußern Curtius: lautes Bravo und Händeklatschen. Bei Verlesung des Telegramms des preußischen Ministerpräsidenten Braun: Grabesstille (erst nach krampfhaftem Klatschen des Vorsitzenden bescheidenes Geplätscher).

Woran man nicht nur den Geist des D.A.I. erkennt, sondern auch sieht, welche Rolle die Sozialdemokratie, trotz allen Bemühungen und Panzerkreuzern, zu spielen hat.

Sonnenschein

In dem neuen zeitkritischen Buch des katholischen Schriftstellers Otto Forst de Battaglia „Hurra modern" liest man:

„Es war einmal und vor nicht zu ferner Frist einer, der verstand es, über die haarscharfe Brücke zu kommen, die vom bürgerlichen zum proletarischen Berlin führt. Der hieß Sonnenschein und war seines Zeichens ein Priester, nicht eines esoterischen Kultes und nicht der Göttin Menschheit, sondern der römischen Kirche. Aber er ist dahin, der Unersetzliche, und seither dringt kein Sonnenschein aus der Helle in die düstere Hölle des fronenden oder gar des vergeblich um Fron und Unterhalt darbenden Volkes."

Merkt der Verfasser nicht, welches Armutszeugnis er der katholischen Kirche und Weltanschauung ausstellt, deren „ungeheure Liebeskraft" hier gar keinen Ersatz hervorbringen konnte?

Kleinigkeiten

Immer lustig. In der Nachtsitzung vom 8. Mai muß es im preußischen Landtag ziemlich lustig zugegangen sein; eine Anzahl von Zentrumsabgeordneten soll in „ausgelassener Fröhlichkeit" eine Flasche schlesischen Korn nach der anderen geleert haben. Der Sozialdemokrat Leinert hat in einer der folgenden Sitzungen behauptet, der Hauptübeltäter sei ein Abgeordneter der Wirtschaftspartei; das „Berliner Tageblatt" dagegen sprach von einem deutschnationalen Abgeordneten. — Da scheinen allerhand Leute daran beteiligt gewesen zu sein.

Die haben gerade noch gefehlt. In einem Artikel über Spanien berichtet Kapitän Persius u. a., daß sich die vertriebenen katholischen Geistlichen in Scharen auf deutschen Schiffen nach Hamburg und Bremen eingeschifft haben. — Sie vertrauen offenbar dem guten Ruf, den Deutschland als Zufluchtsstätte für Pfaffen hat.

Auf der Höhe. In der Ausgabe des „N.S.-Kuriers" vom letzten Montag hat man die Ergebnisse der oldenburger Landtagswahlen nicht nur im politischen Teil lesen können, sondern auch im — Inseratenteil. Dazu einen Text, der einen belehrte, die NSDAP habe den gewaltigsten Sieg zu verzeichnen, den je eine Partei errungen habe, sie sei die Partei der Zukunft und des Aufstiegs. „Daraus folgt der Schluß, daß die nationalsozialistische Presse, für Württemberg und Hohenzollern der N.S.-Kurier, das Inseratenblatt des denkenden Geschäftsmannes wird und heute schon sein sollte." — Jüdischer Geschäftsgeist?

Fascistische Kultur. Die in der letzten Nummer der S.-Z. gegebene Darstellung des italienischen Fascismus ist durch einen neuen, wahrhaft schlagenden Beweis ergänzt worden. Einer der berühmtesten Italiener, der Dirigent Toscanini, mußte sich in Bologna verprügeln lassen, weil er trotz dem ausdrücklichen Wunsch des Publikums die fascistische Hymne nicht spielte. — Wenn in einiger Zeit Furtwängler seine Beethoven-Sinfonien nicht mit dem Horst-Wessel-Marsch einleitet, dann wird's im Namen der deutschen Kultur Ohrfeigen geben.

Goethe in Rußland. Zeitungsmeldung: „Von der 13bändigen Goethe-Ausgabe, die der Russische Staatsverlag unter der Redaktion Lunatscharskis, Kamenews und Rosanows, denen eine Anzahl Übersetzer und Kommentatoren zur Seite stehen, für 1932 vorbereitet, liegt nunmehr der größte Teil im Manuskript vor. Der „Slavischen Rundschau" zufolge sind Goethes lyrische und epische Dichtungen in einer umfassenden Auswahl aufgenommen und größtenteils von zeitgenössischen Dichtern neu übersetzt worden." — Kulturbolschewismus?

Ein Bedauernswerter. Das Städtische Steueramt Stuttgart bescheinigt im Amtsblatt vom 19. ds. Mts. den Empfang von 200 Mark, die ein Unbekannter ohne Angabe des Verwendungszwecks überwiesen hat. — Der Mann kann nur in einem Zustand vorübergehender geistiger Verwirrung auf diesen absurden Gedanken gekommen sein.

Die Preisfrage. „Wieviel Männer in Deutschland könnten nach Ihrer Schätzung durch eine Okasa-Kur bedeutende Leistungssteigerung und Stärkung ihrer gesundheitlichen Widerstandsfähigkeit gewinnen?" Für die „treffendsten Schätzungen" sind Preise im Wert von 1000 Mark ausgesetzt. — Für die Erfinder solcher Preisfragen wäre wohl eine Kaltwasser-Kur nützlich.

Sport. Zeitungsnotiz vom letzten Montag: „Der bei der Prügelei bei dem Fußballspiel Fürth gegen Hertha-BSC. von den Zuschauern übel zugerichtete Fürther Verteidiger Kraus liegt im St. Viktoria-Krankenhaus mit Schädelverletzungen bedenklich darnieder." — Kraus hatte durch grobes Spiel den Zorn der Zuschauer erregt.

Männchen oder Weibchen? Die „Welt am Montag" verzeichnet als Resultat einer an die Arbeiterjugend Deutschösterreichs gerichteten Rundfrage: „Welches Buch hat Ihnen am besten gefallen?": „Es ergab sich die folgende Reihenfolge der beliebtesten Schriftsteller: Sinclair, B. Traven, E. M. Remarque, Alfons Petzoldt, Emilie Zola, Jack London." — Emilie Zola ist die Schwester des durch Emile Zola bekanntgewordenen Lebedame Nana.

Ernste Frage. Im Schaufenster einer stuttgarter evangelischen Buchhandlung liest man auf dem Deckel einer Broschüre: „Was hat Gott vor?" — Ja, das frag ich mich manchmal auch.

Vorher und nachher. In der Ausgabe 1914 eines für Schauspieler, Geistliche usw. bestimmten Selbstunterrichtswerkes, betitelt „Die Kunst der Sprache", ist u. a. folgende Sprechübung enthalten: „Oben thront der Nonnen Kloster. / Ohne Trost und ohne Wonne / Wohnen dorten fromme Nonnen, / Loben Gott voll toter Worte. — / Doch Gott grollet solchen Opfern." In der Ausgabe 1925 hat diese Übung den veränderten Verhältnissen entsprechend folgende Wandlung erfahren: „Oben thront der Nonnen Kloster. / Voll von Trost, voll hoher Wonne, / Wohnen dorten fromme Nonnen, / Loben Gott vor Morgenrot."

Erholungsaufenthalt. Landhaus in schöner Alblandschaft (Wasser, Wiesen, Bergwald) bietet Gesinnungsfreunden angenehmen Erholungsaufenthalt. Vegetarische Küche. Pensionspreis 4,50 Mark. Sofie Dabringhaus (früher Karl Raichle), Urach (Württ.), Haus am grünen Weg; Fernruf 139.

Volkshochschulheim auf dem Darß, Dr. Fritz Klatt, Prerow an der Ostsee. 1. Kurs, 17.—23. August: „Die geistige Wendung der medizinischen Wissenschaft." 2. Kurs, 25. August bis 16. September: „Das Rechtsempfinden des modernen Menschen und die Staatsidee der Gegenwart." Teilnehmer: Lehrer und Studenten. Anfragen (mit doppeltem Briefporto) an das Sekretariat des Volkshochschulheims auf dem Darß.

Etappe Gent
Das Buch, das Heinrich Wandt ins Zuchthaus brachte
kartoniert 2.50 Mark, gebunden 3.80 Mark

Erotik und Spionage
2. Band der „Etappe Gent"
kartoniert 3 Mark, gebunden 4 Mark

Die blutige Internationale
der Rüstungsindustrie
Von Otto Lehmann-Russbüldt
Preis 1,50 Mark

Gebärzwang und kein Ende
Von Emil Höllein
Preis 3,50 Mark

Zu beziehen vom Verlag der S.-Z. gegen Voreinzahlung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) oder gegen Nachnahme.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3. Holzschnitt von Hans Gerner

Stuttgart, 31. Mai 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 22

Keine Staatskirche

Nach zweijährigen Verhandlungen ist ein dem Konkordat mit der römischen Kirche entsprechender preußischer Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche, vielmehr mit den acht in Preußen bestehenden evangelischen Kirchen abgeschlossen worden. Der preußische Staatsrat hat ihn bereits genehmigt. Die Zustimmung des Landtags steht noch aus, wird aber bestimmt erfolgen. Die Parlamente sind ja heute nur Dekoration; man weiß immer schon vorher, was sie beschließen werden.

Der Inhalt des Vertrags bedeutet, auf eine kurze Formel gebracht, daß der Staat die Kirche finanzieren, ihr aber sonst nicht viel dreinreden darf. Wie der klassische Paragraf der Weimarer Verfassung sich ausdrückt, der Ausgangspunkt für das unreinliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland geworden ist: „Es besteht keine Staatskirche."

Staatskirche ist ein reinlicher Zustand: da weiß jedermann, daß die Kirche eine staatliche Einrichtung ist. Trennung von Staat und Kirche ist ebenfalls reinlich. Die Kompromißler in Weimar wollten weder das eine noch das andere, oder beides auf einmal. Deshalb haben wir „keine Staatskirche", sondern im Staat einen vom Staat ausgehaltenen Kirchenstaat, der mit Naturnotwendigkeit Heimat, Zuflucht und Brutstätte der im Staate um ihre Existenz und neue Herrschaft kämpfenden reaktionären Kräfte ist.

Der preußische Staat hat der evangelischen Kirche 4950000 Reichsmark zu zahlen (seither 3760000, also jetzt 31,6 Prozent mehr). Der katholischen zahlt er laut Konkordat 2800000 Mark. Daneben zahlt er als Zuschuß zur Pfarrerbesoldung dieses Jahr 44300000 Mark (der katholischen Kirche 18100000 Mark). Ferner darf er zur Heranbildung der Geistlichen an zehn preußischen Universitäten evangelisch-theologische Fakultäten unterhalten, deren Professoren von ihm nur „im Einvernehmen mit der Kirchenbehörde" nach vorheriger Einholung eines kirchlichen Gutachtens über ihre „Lehre" und ihr „Bekenntnis" ernannt werden dürfen. Andererseits hat der Staat der Kirche bei der Ernennung ihrer Pfarrer nichts dazwischenzureden; lediglich bei der Ernennung ihrer leitenden Beamten muß die Kirche sich vergewissern, daß „Bedenken politischer Art" nicht gegen sie vorliegen, wobei aber „nur staatspolitische, nicht dagegen kirchen- oder parteipolitische" Bedenken als „politisch" gelten dürfen.

Zwei Sozialdemokraten und ein Demokrat haben am 11. Mai diese Kapitulation des preußischen Staats vor der Kirche der Stahlhelm-Pastoren unterzeichnet: der Ministerpräsident Braun, der Kultusminister (eigentlich „Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung") Grimme und der Finanzminister Höpker-Aschoff.

Grimme ist „religiöser Sozialist", also ein engerer Gesinnungsgenosse des Pfarrers Eckert, der anläßlich seines Kampfs gegen die Nationalsozialisten des Amtes enthoben worden ist.

Und Höpker-Aschoff schreibt am Schluß eines Aufsatzes über den Kirchenvertrag (Frankfurter Zeitung, 12. Mai) folgenden köstlichen Satz: „Die Staatsregierung darf mit Befriedigung auf das Werk schauen, denn ihr muß daran liegen, daß die bedeutsamen geistigen Kräfte, die in den Kirchen lebendig sind, nicht in staatsfeindliche Bahnen gelenkt werden."

So etwa hätte sich einer der kaiserlichen Vorgänger Höpker-Aschoffs ausdrücken können.

Staatsfeindliche Bahnen — nein, das werden die immer noch kgl. preußischen Nachfolger Jesu Christi kaum betreten.

Und Kräfte seien lebendig in den Kirchen? Geistige Kräfte, auch noch bedeutsame?

Besinne dich, o Leser, was damit gemeint sein kann. Mir ist nichts eingefallen.

Erich Schairer

Ausschaltung des Handels

In der Nr. 17 vom 26. April habe ich unter der Überschrift „Helft euch selber" eine direkte Verbindung von ländlichen Produzenten und städtischen Konsumenten empfohlen, entweder von der einen oder von der andern Seite her. Wenn die Zwischenstation, der Handel, ausgeschaltet ist, kann der Bauer mehr bekommen und der Konsument braucht weniger zu bezahlen.

Für beide Wege haben sich inzwischen Beispiele gemeldet.

1. Der Josef-Verein in Haslach O.A. Leutkirch (Württemberg), ein katholischer Wohltätigkeitsverein, teilt mit, daß er seit einem Jahr die wichtigsten Lebensmittel, vor allem Eier, Butter, Käse, Teigwaren, direkt vom Erzeuger kauft und nach Bestellung an seine Mitglieder verteilt. Der Zwischenhandelsverdienst (samt Handelsunkosten) kommt hierbei zur Hälfte dem Erzeuger, zur andern dem Verbraucher zu Gute. Eier kosteten z. B. Ende April 7,5 Pfennig (gegen 10 Pfennig im Laden), Butter das Pfund 1,40 Mark (gegen 1,60 bis 1,80 Mark).

Der „Deutsche Käuferbund", Bezirksgruppe Dresden, Gneisenaustraße 20, gibt bekannt, daß er das in Nr. 17 von einem Heilbronner Leser empfohlene System der „Anstellung" eines Kleinhändlers für eine gewisse Gruppe von Verbrauchern verfolge; ob nur theoretisch oder auch praktisch, war nicht zu ersehen.

2. Die Hirsch-Kupfer A.G. in Berlin verkauft in Berlin die Erzeugnisse ihrer Hühner- und Gemüsefarm Finow mit „fahrenden Läden", die nach Fahrplan fahren und an bestimmten Stellen halten. Die Preise sollen nicht viel unter den Ladenpreisen liegen; die Firma verdient also wahrscheinlich bei diesem Verkauf recht gut, jedenfalls bei weitem mehr als die Landwirte, die an den Handel liefern.

Die Firma Gustav Lichdi in Heilbronn hat dieses System des „fahrenden Ladens" nicht, wie in Nr. 17 irrtümlich geschrieben wurde, wieder aufgegeben, sondern seit Januar 1927 mit gutem Erfolg durchgeführt, trotz anfänglichen großen Schikanen von seiten der Kleinhändler und vieler Gemeindebehörden.

Die Edeka (Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwarenhändler) in Stuttgart hat übrigens versprochen, sie wolle alles tun, daß meine Ausführungen in Nr. 17 „in ihrer ganzen Lächerlichkeit an den Pranger gestellt werden".

Sch.

Holzschnitt von Hans Gerner

Aufmarsch zum Parteitag

Der einzige Weg

„Er (Brüning) hat uns — unter schweren Opfern, auch Opfern des politischen Gewissens — dahin gebracht, daß wenigstens die Maschinerie der Republik und das Gerippe der Demokratie erhalten blieb; aber alle Opfer haben nicht ausgereicht, ein weiteres wirtschaftliches Versacken großer Volksschichten zu verhindern. Welch furchtbares Schlachtfeld der Politik und der Wirtschaft!"

Deutlicher kann man eigentlich den Bankrott Brünings nicht zugeben als es die „Frankfurter Zeitung" mit diesen Sätzen tut (Nr. 382). Das Ergebnis von Brünings Politik: ein Schlachtfeld, über das das Gerippe der Demokratie schreitet.

Und jetzt geht die Regierung daran, das Schlachtfeld noch furchtbarer zu machen und das Gerippe der Demokratie vollends zu zerschlagen. Die Notverordnungen, die uns bevorstehen (Herabsetzung der Gehälter in irgend einer Form, Abbau der Sozialversicherungen, damit im Laufe des Sommers die Arbeitslöhne noch weiter gesenkt werden können, Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und vielleicht auch Erhöhung einiger Steuern) werden die Not noch vermehren, und was es mit Demokratie zu tun hat, wenn die Regierung die Notverordnungen hinter verschlossenen Türen ausarbeitet und dann von oben herab dekretiert, das weiß ich nicht.

•

Vielleicht wissen es die sozialdemokratischen Führer, die, um die Demokratie zu retten, die Regierung Brüning tolerieren? Wohl kaum. Auch ihre Politik steht, wie die Brünings, vor dem Bankrott. Sie haben gehofft, im Frühjahr werde sich die Konjunktur bessern und die nationalsozialistische Flut werde abebben. Sie haben sich getäuscht (die „Gesetze" des Kapitalismus, an die sie nicht glauben, machen sich eben doch geltend). Immer mehr ehrliche Sozialdemokraten kommen zu der Einsicht, daß die Arbeiterklasse den Fascismus nicht bekämpfen kann, indem sie eine Regierung wie die Brünings toleriert und dabei ein demokratisches Recht nach dem andern, eine wirtschaftliche Errungenschaft nach der andern kampflos preisgibt. Wer von den Sozialdemokraten noch nicht zu der Erkenntnis gelangt ist, daß die reformistische Politik der Sozialdemokratie schließlich zur Kapitulation vor dem Fascismus führen muß, oder nicht so ehrlich ist, sie sich einzugestehen, der wird davon überzeugt werden, wenn einmal die Gummiknüppelverordnungen nicht nur, wie jetzt, gegen die Kommunisten, sondern gegen die Organisationen der Arbeiterklasse überhaupt angewendet werden. Aber dann wird es wahrscheinlich zu spät sein.

Deshalb ist es Pflicht eines jeden, der die Gefahr des Fascismus in ihrer ganzen Größe sieht, dabei mitzuhelfen, ohne wüstes Geschimpfe, durch sachliche Aufklärung, daß möglichst viele von denen, die jetzt noch unter dem Einfluß des Reformismus stehen, sich möglichst bald von diesem Einfluß lösen und den einzig möglichen Weg finden: den des einheitlich geführten außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten gegen Fascismus und Kapitalsherrschaft.

Hermann List

Friedensangebot?

Ohne Kommentar wiedergegeben; zum Nachdenken

Vor der Europa-Kommission in Genf hat der Vertreter Rußlands, Litwinow, am 18. Mai den Vorschlag gemacht, die europäischen und amerikanischen Staaten sollten sich in einem „Nichtangriffspakt" verpflichten, keine wirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die sich gegen Rußland richten. Zur Begründung seines Vorschlags sagte er u. a., Rußland treibe kein Dumping, es sei bei seiner Ausfuhr ja selber an hohen Preisen interessiert; es habe auch keinen „diabolischen Plan", die Wirtschaft anderer Länder in Unordnung zu bringen; der steigende Warenaustausch beweise, „daß das kapitalistische und das kommunistische Wirtschaftssystem ganz gut nebeneinander bestehen können".

Rund um Wien

In der Sackgasse

Es ist schwer, mit Sicherheit zu sagen, wie die deutsche und die österreichische Regierung auf den Gedanken der Zollunion gekommen sind und warum sie sich auf ihn so versteift haben. Da Schober in Genf versichert hat, für Österreich sei die Frage nicht drängend gewesen, muß man wohl annehmen, daß Berlin den größeren Teil der Verantwortung trägt. Im Auswärtigen Amt scheint seit der Abreise des Staatssekretärs Schubert nach Rom und dem Einzug seines Nachfolgers v. Bülow der nationalistische Einfluß gewachsen zu sein; die Regierung Brüning muß, ihrem ganzen Wesen und der heutigen Situation nach, bestrebt sein, den Nationalisten einigen Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie selber nationalistische Politik macht; vielleicht glaubte Brüning auch, den Plan der Zollunion als Handelsobjekt gegen Zugeständnisse der Partner in der Reparationsfrage verwerten zu können; so stieß der Expansionsdrang des Finanzkapitals bei seiner Verwandlung in eine politische Aktion auf keine persönlichen Widerstände — der Plan der Zollunion konnte starten.

Heute steht die deutsche Regierung am Grabe der Zollunion. So geschlagen ist selten ein Politiker von einer Konferenz heimgekehrt wie Curtius aus Genf. Frankreich hat wieder einmal seine überragende Stellung bewiesen: schon vor der Zusammenkunft in Genf hatte es Rumänien dazu gebracht, die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland abzubrechen; während der Ratstagung gewährte es Jugoslawien eine Anleihe (zum Dank dafür durfte oder mußte der jugoslavische Vertreter Herrn Curtius in Genf übel zerzausen); der Tschechoslowakei stellte es eine Anleihe in Aussicht (die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen); Österreich wurde durch den Krach bei der Kreditanstalt sehr deutlich daran erinnert, von wem es abhängig ist; Italien gegenüber drohte Frankreich mit einem Abbruch der Flottenabrüstungsverhandlungen, und da sich Italien auf ein Wettrüsten mit Frankreich nicht einlassen kann, fügte es sich —; so stand, da England nur schüchtern zu vermitteln suchte, Deutschland völlig isoliert.

Das ist die Lehre von Genf: Das „Versailler System", d. h., wenn man von den Verträgen absieht und aufs Wesentliche geht: die politische, militärische und finanzielle Vormachtstellung Frankreichs in Europa, ist unerschüttert. Die Möglichkeiten der sog. Verständigungspolitik scheinen, nach der Rheinlandräumung, erschöpft zu sein; weitere Zugeständnisse zu machen, die die Fundamente seiner Macht antasten müßten, ist Frankreich nicht gewillt (wahrscheinlich keiner deutschen Regierung gegenüber; bestimmt nicht einem nationalistischen Deutschland). Also, sagt das Auswärtige Amt, müssen wir mehr Aktivität zeigen. Aber bei jedem aktiveren politischen Auftreten stößt Deutschland an die Mauern des „Versailler Systems" und schlägt sich den Kopf blutig.

Das ist die Sackgasse, in der die deutsche auswärtige Politik steckt.

Pitt

Eine „österreichische" Bank

Im Herbst 1929 ist die Boden-Kredit-Anstalt in Wien in Schwierigkeiten geraten, ihre Schalter wurden gestürmt, ausländische Kredite zurückgezogen — sie mußte beinahe über Nacht mit der Kredit-Anstalt fusioniert werden.

Im Mai 1931 ist nun die Kredit-Anstalt in Schwierigkeiten geraten. Kein „Run" auf die Schalter, keine Zurückziehung von Krediten; in Wien und Genf wird ruhig über die Sanierung beraten; die österreichische Regierung und die „Bank für internationalen Zahlungsverkehr" in Basel stellen miteinander die Bank wieder auf gesunde Beine.

Woher dieser Unterschied? Weil an der Kredit-Anstalt fast alle mächtigen Bankgruppen der Welt beteiligt sind; sie ist ein Musterbeispiel für die internationale Verflechtung des Bankkapitals.

Hauptaktionär der Kredit-Anstalt ist die Bank von England; das Haus Rothschild ist beteiligt; ebenso die größte englische Versicherungsgesellschaft (die „Prudential"); außerdem die drittgrößte amerikanische Bank (Kuhn, Loeb u. Co.). Beteiligt sind ferner eine belgische und eine holländische Bank und die französische Rüstungsfirma Schneider-Creuzot. Wenn solche Kapitalkolosse Pate stehen, ist das Kind nicht so schnell gefährdet.

Interessant ist auch, zu wissen, wo nun wiederum die Kredit-Anstalt beteiligt ist, in welchen Ländern ihr Geld arbeitet. Vor allem in Böhmen, dann in Polen, Ungarn, Jugoslavien, Rumänien, über eine berliner Bank auch in Holland. In der Hauptsache also in den osteuropäischen Staaten. Das heißt: die Kreditanstalt ist eine Durchgangsstation für das westeuropäische und amerikanische Kapital, das in Osteuropa arbeiten will. Wenn man dazu noch weiß, daß die Kredit-Anstalt 60—70 Prozent der österreichischen Industrie, teils durch Beteiligung, teils durch Kreditgewährung, tatsächlich in der Hand hat, dann versteht man, daß viele österreichische Industrielle über den Plan der Zollunion durchaus nicht erfreut waren, und daß die westeuropäischen Banken jederzeit die Zollunion verhindern können, indem sie der österreichischen Industrie die „Blut"zufuhr sperren.

Es gibt kein Land, in dem eine einzige Bank einen so großen Teil der Industrie beherrscht wie die Kredit-Anstalt in Österreich. Und diese Bank ist völlig abhängig vom ausländischen Kapital. Mit andern Worten: Österreich ist kaum viel mehr als eine Kolonie.

In der Sprache der Politiker aber sagt man, durch die Zollunion werde die „Unabhängigkeit" Österreichs gefährdet, und wenn die Zollunion scheitere, werde Österreich weiter „selbständig" bleiben. Eine merkwürdige Sprache, die Sprache der Politiker!

Konrad Rieger

In Braunschweig haben vor einigen Monaten etwa 2000 Eltern als Protest gegen die Maßregelung dissidentischer Lehrer ihre Kinder zum Schulstreik aufgefordert. Jetzt hat der nationalsozialistische Minister des Innern Franzen diesen Schulstreik für gesetzwidrig erklärt und den Eltern, die zum Schulstreik aufgefordert hatten, eine Strafverfügung zugestellt. 2000 Eltern sollen je drei Tage ins Gefängnis.

Kriege und Krisen

Bemerkungen zu einer Artikelreihe von Heinrich Ströbel

In den Nummern 16—20 des „Andern Deutschland" hat der linke Sozialdemokrat Heinrich Ströbel Artikel über Krieg und Sozialismus, Demokratie und Diktatur u. ä. geschrieben, in denen beinahe jeder Satz zum Widerspruch reizt. Wenn ich hier einige Punkte herausgreife, so tue ich das nicht, um Ströbel zu widerlegen, sondern weil das Einhaken an einer gegnerischen Ansicht vielleicht geeignet ist, Klarheit in die Behandlung einiger Fragen zu bringen, die dringend der Klarheit bedürfen.

◆

„Ihr oppositionellen Sozialdemokraten", schreibt Ströbel, „verlangt doch für die Parteiorganisation die Demokratie, um den Willen der organisierten Massen richtig zu ermitteln und zur Geltung zu bringen ... Wenn ihr aber hier die Vorzüge und die Überlegenheit der Demokratie anerkennt, wie könnt ihr dann für Staat und Gesellschaft die Diktatur fordern?"

Eine Partei ist eine freiwillige Vereinigung von Menschen, die aufgrund gleicher Gesinnung und gleicher Interessen gemeinsam ein bestimmtes Ziel zu erreichen suchen. Hier müssen alle Mitglieder gleichberechtigt mitarbeiten, um in freier Diskussion den richtigen Weg zum Ziel zu suchen; wer mit dem Ziel nicht einverstanden ist, muß eben austreten (die sozialdemokratische Partei z. B. würde doch keinen Anhänger Hugenbergs in ihren Reihen dulden); wenn es nicht nur über taktische, sondern auch über grundsätzliche Fragen Meinungsverschiedenheiten gibt, wird ein Teil der Partei (unter Umständen nach längerem Kämpfen) ausscheiden oder ausgeschlossen werden.

Die Gesellschaft dagegen ist eine sehr unfreiwillige Vereinigung von Menschen oder Gruppen, die nicht die gleiche Gesinnung, nicht die gleichen Interessen und nicht ein gemeinsames Ziel haben. Und der Staat ist der Apparat, mit dessen Hilfe eine Gruppe oder eine Klasse über eine andere herrscht und die Interessengegensätze zum kleineren Teil ausgleicht, zum größeren Teil gewaltsam unterdrückt. Solange die Gesellschaft aus mehreren Klassen besteht, deren Interessen einander entgegengesetzt sind, kann die Demokratie gar nichts anderes sein als eine Verschleierung der wirklichen Herrschaftsverhältnisse, verbunden mit einigen Konzessionen an die Unterdrückten. Sie wird beseitigt, sobald aus irgendwelchen Gründen diese Konzessionen nicht mehr aufrecht erhalten werden können und die wirklichen Machtverhältnisse in nackter Brutalität hervortreten (siehe die Geschichte der deutschen Republik in den letzten Jahren).

Wer die Demokratie für den Staat fordert mit der Begründung, in einer Partei sei doch die Demokratie auch das richtige Prinzip, der geht, bewußt oder unbewußt, von der Vorstellung aus, daß der Staat eine Art „Volksgemeinschaft" sei; der sieht nicht, daß im Staat sich heute zwei Klassen gegenüberstehen, deren Interessen einander scharf entgegengesetzt sind. Bei einem Sozialisten, auf den noch viele linken Sozialdemokraten ihr Vertrauen setzen, ist das eine bedauerliche Unklarheit.

◆

„Während des Krieges ist das Märchen aufgebracht worden, daß der Krieg gar nicht zu verhindern gewesen sei, weil er im tiefsten Wesen des Kapitalismus selbst liege ... In Wirklichkeit war der Weltkrieg durchaus keine kapitalistische „Notwendigkeit" ... Ebensowenig wird der nächste Weltkrieg, wenn er kommt, eine kapitalistische „Notwendigkeit" sein, sondern das Werk größenwahnsinniger Nationalisten und Militaristen ... Man klage unserthalben die menschliche Dummheit an, die scheinbar unüberwindlich ist, nicht aber „eherne" Gesetze des „Kapitalismus" und „Imperialismus"."

Daß und warum der Krieg zu den „Notwendigkeiten" des Kapitalismus gehört, das zu zeigen ginge über den Rahmen dieses Artikels hinaus. Ich möchte hier nur auf einen ähnlichen Fall hinweisen: auf die Wirtschaftskrisen. Jahrelang haben uns die Parteigenossen Ströbels eingeredet, die Krisen könnten bei halbwegs „vernünftiger" Politik (vor allem Lohnpolitik) der Unternehmer und bei verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern vermieden werden, denn sie gehörten nicht zu den „ehernen Gesetzen" des Kapitalismus. Und jetzt? Ist die Krise nicht gerade in dem Land zuerst und am stärksten ausgebrochen, das den reformistischen Theoretikern als Vorbild diente: in Amerika? Hat sie nicht von dort aus die ganze kapitalistische Welt erfaßt? Stehen nicht sowohl die bürgerlichen als auch die sozialdemokratisch-reformistischen Politiker der Krise völlig hilflos gegenüber? Es scheint also doch „eherne Gesetze" des Kapitalismus zu geben. Wer die Auswirkungen dieser Gesetze (Krisen und Kriege) bekämpfen will, der muß zuerst diese Gesetze erforschen; wer sie einfach leugnet, wer den nächsten imperialistischen Weltkrieg als ein Werk größenwahnsinniger Nationalisten betrachtet, der wird ihm genau so hilflos gegenüberstehen wie heute der Krise, dessen Kampf gegen den Krieg ist völlig wirkungslos. (Das Erwachen aus der Illusion wird dann allerdings noch schrecklicher sein als heute.)

Daraus geht hervor, wie ungeheuer wichtig die Frage, ob der Krieg zu den „Notwendigkeiten" des Kapitalismus gehört, für alle Kriegsgegner ist. Es ist die Frage, an der sich Pazifismus und Pazifismus scheiden. Aus ihr entspringen alle andern wichtigen Fragen: Läßt sich der nächste Krieg verhindern? Wenn ja: wie? Wenn nein: was ist bei Ausbruch, was ist im Verlauf des Krieges von den Kriegsgegnern zu tun, damit der Krieg abgekürzt wird und damit womöglich Kriege überhaupt aus der Welt geschafft werden? Welches ist die Stellung der Pazifisten, wenn in ihrem Land der imperialistische Krieg in den Bürgerkrieg umgewandelt wird?

Für heute soll es mit diesen Andeutungen genug sein. Die Leser mögen diese Fragen einmal konsequent durchdenken, vielleicht auch in Versammlungen diskutieren.

Und dann noch eine bescheidene Frage: Wie stellt sich eigentlich die Deutsche Friedensgesellschaft zu diesen Problemen? Stimmt sie mit Ströbel überein? Oder hält sie solches „theoretisches" Fragen überhaupt für unnötig? L.

Dem „Volke", das unter dem Kriege leidet, müssen wir die Wahrheit sagen, und sie besteht darin, daß es gegen die Schrecken des Krieges keinen Schutz geben kann ohne den Sturz der Regierung und der Bourgeoisie eines jeden kriegführenden Landes.

Lenin 1915

In Ost und West

Pfingsten. Düsseldorf. Weihe eines Denkmals für Schlageter und die Opfer des Ruhrkampfs. Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Kriegervereine, Regimentsverbände, Studentenkorporationen, Vertreter der Presse, der Reichsregierung und der Geistlichkeit und viel Volks, „wohl an die 30 000", wie das „Stuttgarter Neue Tagblatt" berichtet. Redner u. a.: Jarres und Cuno.

Pfingsten. Annaberg. Gedenkfeier „zur Erinnerung an die vor zehn Jahren anläßlich des dritten Polenaufstandes erfolgte Erstürmung des Annaberges durch den oberschlesischen Selbstschutz". „Neben den Selbstschutzformationen, zahlreichen Krieger- und andern Vereinen war auch die Oppelner Reichswehrgarnison und die Schutzpolizei vertreten."

„Nationalisten-Rummel in Ost und West", hätte man vor ein paar Jahren gesagt, als man noch hoffte, die „Vernunft" werde schließlich doch siegen. Heute sieht man die Dinge mit etwas ernsteren Augen an: Die Gegensätze zwischen den schwerbewaffneten Staaten werden immer schroffer, die Konfliktsherde sind so zahlreich, daß man sich beinahe verwundert fragen muß: Warum haben wir eigentlich noch keinen Krieg? Deshalb müssen die Massen geistig auf den Krieg vorbereitet werden, und das geschieht durch derartige Feiern.

Gegenüber diesem Feldzug auf die Gehirne (der von der gesamten bürgerlichen Presse einmütig unterstützt und sicher von gewissen Stellen ganz bewußt geleitet wird) gerät der Pazifismus, der sich in der Hauptsache auf Propaganda beschränkt, immer mehr ins Hintertreffen. Sein Einfluß mag absolut steigen — relativ zu dem Vordringen des Nationalismus wird er geringer, umso geringer, je größer die Kriegsgefahr wird.

Was ist also zu tun?

Friedenspropaganda ohne gleichzeitige Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen kann in der gegenwärtigen Zeit nur Illusionen erwecken, kann das Proletariat nur korrumpieren, indem es sein Vertrauen auf die Humanität der Bourgeoisie zu setzen angehalten wird, sie kann das Proletariat nur zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegführenden Länder machen.

Lenin 1915

Die Patrioten

„Die A. W. Faber-Castell-Bleistift-Fabrik A.G., Stein b. Nürnberg, die Bleistiftfabrik vorm. Johann Faber A.G., Nürnberg, und die Koh-i-noor Bleistiftfabrik L. & C. Hardtmuth, Budweis, schließen sich zum Zweck rationeller Ausnützung ihrer Betriebe ... zusammen ... Da dieser Zusammenschluß internationale Auswirkungen hat, ist wohl anzunehmen, daß — auch wegen der billigeren Gründungskosten — der Sitz der Gesellschaft in die Schweiz verlegt wird ..."

Militärische Schanddokumente

Kriegsministerium.
O. S. p. II. 4980/Ia. Berlin, den 14. Juni 1919.

An das Generalkommando des VI. Armeekorps
in Breslau.

Trotz der großen Menge der verhafteten Polen hat man keine Einzelheiten bezüglich der Pläne oder der Verbindung zwischen den oberschlesischen und den Warschauer Polen herausbekommen. Den Grund muß man gewiß in der zarten und loyalen Behandlung der Gefangenen suchen. Man muß unbedingt aus diesen Gefangenen solche Aussagen herausbekommen, welche wir zur Bloßlegung der Machenschaften in Oberschlesien brauchen. Aus diesem Grunde erteilen wir den Befehl, eine schlechte Behandlung der Gefangenen systematisch einzuführen. Die Auswahl der bezeichneten Mittel wird dem Generalkommando überlassen.

Auf Befehl: Major von der Ahe, Abteilungschef.

◆

Stab der 117. Inf.-Div. Gleiwitz.
I. N. 1489/19.

An das Generalkommando des VI. Armeekorps
in Breslau.

Die Polen verhalten sich ruhig. Sie betreiben ihr Werk vorsichtig und geheim, daß ein offenes Einschreiten unsererseits nicht gut möglich ist. Es gilt also die Polen so weit zu bringen, daß ihrerseits eine vorzeitige Erhebung stattfindet und werden unsere derzeitigen Maßnahmen vollauf genügen, um der Bewegung Herr zu werden. Unsererseits wird nichts unversucht gelassen, um es so weit zu bringen.

Auf Befehl: Gall, Hptm. und 1. Stabsoffizier.

◆

Diese beiden Dokumente hat die „Katholische Volkszeitung" (Rybnik in Polnisch-Oberschlesien) schon vor zehn Jahren und nun wiederum vor einigen Wochen veröffentlicht. Eine Erklärung von oben, die Dokumente seien nicht echt, ist nicht erfolgt, obwohl einige deutsche Zeitungen das Reichswehrministerium öffentlich aufgefordert haben, die Frage: Echt oder unecht? klarzustellen.

Das erste Dokument ist eine Aufforderung, durch systematisch schlechte Behandlung von den Gefangenen Geständnisse zu erpressen, das zweite ist ein Eingeständnis, daß die Deutschen versucht haben, polnische Erhebungen zu provozieren.

Bei der Annaberg-Feier an Pfingsten sind die beiden Dokumente wohl nicht verlesen worden.

Die Brot-Preisfrage

Die Regierung Brüning hat den Sozialdemokraten im März versprochen, eine Erhöhung des Brotpreises zu verhindern (nur unter dieser Bedingung haben die Sozialdemokraten dem Zollermächtigungsgesetz zugestimmt). Aber der Brotpreis ist gestiegen und nicht wieder zurückgegangen, obwohl die Sozialdemokraten die Regierung immer wieder ergebenst darauf aufmerksam machen, daß ..., und obwohl die Regierung immer wieder versichert, sie werde alles tun, daß ... Im gewöhnlichen Leben heißt man so etwas: einen hereinlegen, oder: einen übers Ohr hauen.

Die Situation ist für Brüning freilich nicht ganz einfach. Für ihn heißt die Frage: Schiele oder billiges Brot?, für ihn wird die Brotpreis-Frage zu der Brot-Preisfrage: Wie verbillige ich das Brot, indem ich die Zölle erhöhe? Und diese Preisfrage dürfte wohl auch für den Kanzler Brüning, den „besten seit Bismarck" wie ihn der Herr von Oldenburg-Januschau genannt hat, nicht lösbar sein.

Des Himmels Lohn

Dem „Katholischen Sonntagsblatt" wird aus Costarica der Fall eines Rechtsanwalts berichtet, an dem sich in eklatanter Weise die „Macht des vom heiligen Vater durch das Radio erteilten Segens" erwiesen hat.

Besagter Rechtsanwalt hörte mit anderen Gläubigen die Ansprache des Papstes an, die dieser anläßlich der Einweihung des vatikanischen Senders an die ganze Welt richtete. Als der päpstliche Segen erteilt wurde, fiel der Rechtsanwalt als Erster auf die Knie, auf solche Weise den andern mit gutem Beispiel vorangehend. Er wurde dafür umgehend belohnt. Bei einem Autounfall, den er in den nächsten Stunden erlitt, kam sein Begleiter ums Leben, während er, nicht minder schwer verletzt, mit dem Leben davon kam und bereits sechs Wochen später sich als völlig hergestellt ansehen konnte. „Da soll noch einer", ruft das fromme Blatt aus, „von glücklichen Zufällen reden".

Es ist in der Tat ein recht überzeugender Fall.

Beim Abt von Cortegassa

Von Eça de Queiroz

Pater Amaro besuchte den Abt von Cortegassa. Es war ein freundlicher, sehr mildtätiger alter Herr, der — schon dreißig Jahre im gleichen Kirchspiel — als bester Koch der Diözese galt. Der Abt feierte Geburtstag. Er hatte noch andere Gäste, den Domherrn Dias, Pater Natario und Pater Brito. Pater Natario war ein galliger, welker Mann mit tiefliegenden, bösartigen Augen. Viele Blatternarben durchsetzten seine Haut. Man bezeichnete ihn als Schnüffler und hielt ihn für klug, aber streitsüchtig. Er lebte mit zwei verwaisten Nichten zusammen, die er „die beiden Rosen seines Blumengartens" nannte. Pater Brito war der dümmste und dickste Geistliche der Diözese. Er hatte das Aussehen und Benehmen eines Bauern, der mit einem Knüppel aufzutrumpfen, einem Literkrug Wein tüchtig zuzusetzen und mit Bauernmädchen im Maisstroh herumzualbern versteht. Dichtes Wollhaar bedeckte bis zu den Augenbrauen seinen ungeheuerlich großen Kopf.

Als die kleine Gesellschaft des Abtes sich zu Tische gesetzt hatte, erschien Gertrudes, seine stattliche alte Amme, mit einer riesigen Terrine Hühnerbrühe. Das Menü hatte der Abt selbst bereitet. Schon bei der Suppe gab es Begeisterungsausbrüche ...

Gläserklingen und Messerklappen erfüllten das alte Zimmer unter der verräucherten Eichendecke mit einer ungewohnten Heiterkeit. Schon hatte man zwei Kannen Wein geleert. Da kam ein Bettler, der an der Tür kläglich ein Vaterunser murmelte. Während ihm Gertrudes ein halbes Maisbrot in den Bettelsack schob, plauderten die Pater über die Bettlerschwärme, die augenblicklich die Kirchspiele durchstreiften.

„Hier ist viel, viel Armut", sagte der gute Abt. „Dias, wollen Sie noch ein Flügelstück?"

„Viel Armut — ja — aber auch große Faulheit", bemerkte Pater Natario streng. In vielen Gehöften — das wisse er — fehle es an Tagelöhnern. Dennoch sehe man junge Burschen, stämmig wie Pinien, die an den Haustüren Vaterunser plärrten, das faule Gesindel!

„Laß das, Pater Natario!" erwiderte der Abt. „Schau, es gibt hier wirkliche Armut! Hier leben Familien — Mann, Frau und fünf Kinder —, die auf dem Boden wie Schweine schlafen, und die hungern müßten, wenn sie keine Kräuter fänden."

Aber der Domherr schimpfte, während er seine Finger ableckte. „Sollen die Leute denn Truthahn speisen?! Jedem das Seine!" Der brave Abt legte die Serviette über den Bauch und sagte mit Wärme:

„Die Armut ist unserem Herrn angenehm."

Pater Amaro bemerkte ernst: „Es ist nur gut, daß es auch Reiche gibt, damit diese Leute für fromme Werke und den Bau neuer Kirchen spenden können."

„Alles Eigentum sollte in der Hand der Kirche sein!" warf Natario voll Wichtigkeit ein.

Lärmend wandte sich der Domherr Dias um: „Zur Verherrlichung des Kultes und für die Ausbreitung des Glaubens!"

Aber, meinte Natario mit pedantischem Ausdruck, das Schlimmste sei eben die Morallosigkeit.

„Oh! Darüber wollen wir nicht reden!" rief angewidert der Abt. „Augenblicklich sind allein in meinem Kirchspiel zwölf unverehelichte Mädchen schwanger. Und, meine Lieben, wenn ich ihnen Vorhaltungen machen will, so erdreisten sie sich, mich auszulachen."

„In meinem Ort", erzählte Pater Brito, „kamen Landstreicher zur Arbeit, als es bei der Olivenernte an Händen fehlte. Das war damals wirklich die Höhe!"

Er berichtet von diesen fahrenden Arbeitsleuten, die von Gehöft zu Gehöft ziehen und ihre Arbeit anbieten. Da lebten Männer und Frauen in wildem Durcheinander. Die kämen alle im Elend um. „Es war erforderlich, dauernd mit der Peitsche hinter ihnen zu stehen."

Hernach erzählte Pater Brito von sechzehn- bis achtzehnjährigen Mädchen, die in einer Strohscheune mit gleichaltrigen Burschen die Nächte verbringen.

Darauf erwiderte Pater Natario, dessen Augen schon glasig waren, wobei er die Worte übermäßig dehnte: „Ich weiß ja nicht, was alles da in deinem Dorf vorgeht, lieber Brito. Aber wenn tatsächlich Böses geschieht, dann kommt vielleicht das schlechte Beispiel von oben. Hat man mir doch erzählt, du seiest mit der Frau des Gemeindevorstehers ..."

„Lüge!" schrie Brito und wurde blutrot.

„Brito! Brito!" sagte man und tadelte ihn gütig.

„Lüge!" heulte Brito. Dann sagte er mit einem Male: „Das Gerücht verbreitet der Majoratsherr von Cumiada, weil der Gemeindevorsteher bei der letzten Wahl nicht für ihn stimmte. Ich werde ihm die Knochen zerbrechen, so wahr ich hier sitze!" Er hatte wütende Augen und hieb die Faust auf den Tisch: „Ich zerbreche ihm die Knochen!"

„Das ist die Sache nicht wert", bemerkte Natario.

„Ich zerbreche ihm alle Knochen! Ich werde ihm nicht einen heil lassen!"

„Ach! — Ruhe, Löwe!" sagte gemütlich der Abt.

Dann gedachte man des Einflusses, den der Herr von Cumiada ausübte. Er gehörte damals zur Opposition, und doch fielen zweihundert Stimmen auf ihn.

Nun redeten die Pater von den Wahlen. Natario hatte bei der letzten Wahl allein achtzig Stimmen zustande gebracht.

„Könnt ihr euch aber vorstellen, wie? — Mit einem Wunder!"

„Mit einem Wunder?" fragte man erstaunt.

Jawohl. Er setzte sich mit einem Missionar ins Vernehmen. Und am Vorabend der Wahl kamen Briefe aus dem Himmel von der Mutter Maria unterzeichnet. Sie forderten unter Heilsversprechungen und Drohungen die Wahl des Regierungskandidaten. — „Ein glänzender Trick, wie?"

„Ein glänzender Einfall!" anerkannten alle.

Nur Amaro schien überrascht zu sein.

„Aber auch mit der Beichte läßt sich was anfangen", fuhr Natario fort. „Dann führt der Weg zwar über die Weiber — aber er ist sicher. Aus der Beichte läßt sich noch eine Parteirichtung gründen."

Pater Amaro, der bisher geschwiegen hatte, wandte sehr ernst ein: „Schließlich ist aber die Beichte ein außerordentlich wichtiger Akt — und, wenn sie den Wahlen dient ..."

Pater Natario, auf dessen Wangen zwei glutrote Flecke strahlten, zischte ein unvorsichtiges Wort hervor: „Nehmen Sie die Beichte denn ernst?!"

„Ob ich die Beichte ernst nehme?" Amaro stieß den Stuhl zurück. Seine Augen funkelten.

„Hör mal!" bemerkten die anderen, „Natario, Junge!"

Pater Natario war aufgeregt: „Aber laßt mich doch reden, Kinder! Ich will ja gar nicht sagen, die Beichte sei eine Spielerei — — das nicht — — ich bin doch kein Freigeist. — Ich meine nur, daß sie ein Prüfstein der Geschehnisse ist, um

Fürsorgeerziehung

Nach dem Jugendgerichtsgesetz muß bei Jugendlichen unter 18 Jahren von einer Bestrafung abgesehen werden, wenn das Gericht Erziehungsmaßnahmen für ausreichend hält. Der Staat zeigt also den Jugendlichen gegenüber den Willen, von dem Prinzip der Vergeltung und Abschreckung abzugehen und statt dessen auf Besserung durch Erziehung hinzuwirken. Leider kommen auch hier wie beim humanen Strafvollzug Theorie und Praxis häufig nicht zusammen. In den meisten Fürsorgeanstalten fehlt es an fähigen Pädagogen. Es herrschen auch da noch immer die primitiven Feldwebelnaturen, die mit Prügel und militärischem Drill das „Material" zu bändigen suchen. Die Jugendlichen sind dabei völlig der Willkür dieser „Pädagogen" ausgeliefert, und es ist bezeichnend, daß die Wissenden lieber ins Gefängnis gehen als in die Fürsorgeanstalt.

Am peinlichsten ist in letzter Zeit die der Stadt Berlin gehörende Fürsorgeanstalt Scheuen aufgefallen. Nicht nur deshalb, weil dort jahrelang einer der übelsten Prügelhelden, der Anstaltsleiter Dr. Straube, sein Handwerk ausübte, sondern weil er es unter den Augen einer sozialdemokratischen Dezernentin, der Frau Dr. Weyl, tun konnte. Seit 1927 sind in Scheuen immer wieder Fälle schwerer Mißhandlungen aufgedeckt worden, und man ist ihnen nie ernsthaft nachgegangen, obwohl die Magistratsrichtlinien Prügelstrafe ausdrücklich verbieten und bei Übertretung fristlose Entlassung ankündigen.

Im Februar 1930 kam es in Scheuen zu einer schweren Revolte der Zöglinge, bei der ein Zögling zu Tode geprügelt wurde. Man suchte auch da noch zu vertuschen, das Ganze als „kommunistische Hetze" hinzustellen und Dr. Straube zu decken. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung sah man sich dann genötigt, Straube seines Postens zu entheben. Eine berliner Zeitung hat unter dem Eindruck dieses sonderbaren Verhaltens einer sozialdemokratischen Dezernentin den Vorwurf erhoben, Frau Weyl habe das Treiben des „Totschlägers und Menschenschinders" Straube begünstigt. In einem Beleidigungsprozeß wurde der verantwortliche Redakteur der Zeitung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt; in einer Berufungsverhandlung, die vor einigen Tagen stattgefunden hat, ist diese Strafe auf 100 Mark ermäßigt worden. Es hätte ein Freispruch erfolgen müssen, denn die Verhandlung hat vollauf bestätigt, daß Frau Dr. Weyl um das Treiben Straubes gewußt hat und ihn trotzdem herauszustreichen suchte.

Was in dieser Verhandlung über die Zustände in Scheuen ans Tageslicht kam, war so hanebüchen, daß das Gerichtsurteil dem Herrn Straube ausdrücklich bescheinigen mußte, er sei mit Recht als „Totschläger und Menschenschinder" zu bezeichnen. Straube hat nicht nur selbst Mißhandlungen begangen, sondern hat sich auch aus Günstlingen sogenannte „Saalplatten" geschaffen, die über mißliebige Zöglinge Gericht hielten. Einer der autoritativsten Sachverständigen in diesem Prozeß hat das Walten dieser mit Gummiknüppel usw. versehenen Prügelgarde als „übelsten Sadismus" bezeichnet und Herrn Straube außerdem schlimmste Begünstigungswirtschaft bescheinigt; es wäre besser gewesen, die Jugendlichen weiter in den Straßen Berlins herumlaufen zu lassen, als sie nach Scheuen zu bringen, denn in solchen Fürsorgeanstalten würden sie erst recht zu Verbrechern.

Daß nicht die „kommunistische Verhetzung" an den vielen Revolten schuldig ist, sondern ein durch Unfähigkeit und Unteroffiziersinstinkte verdorbenes System, zeigten u. a. recht deutlich die Aussagen des Direktors der Anstalt Struveshof: in seiner Anstalt ist noch niemals eine Unruhe ausgebrochen, obwohl er eine Menge Jungens bekam, die zuvor in anderen Anstalten revoltiert hatten. Solche Erzieher, die in gleicher Weise ihrer schweren Aufgabe gewachsen wären, gibt es genügend, aber leider werden sie von der subalternen Bürokratie in den Jugendämtern lange nicht so begünstigt wie die Schindernaturen vom Schlage Straubes. Im Gegenteil, man sucht ihnen ihre Arbeit durch allerlei Schikanen schwer zu machen — wenn man sie überhaupt zum Zuge kommen läßt.

Karl Reuter

Der Sieger

Die deutschen Filmtheater-Besitzer haben wieder einmal abstimmen, d. h. die Filme nennen müssen, die ihre größten Kassenerfolge waren. Folgende drei Filme marschieren an der Spitze: „Die Drei von der Tankstelle", „Drei Tage Mittelarrest", „Das Flötenkonzert von Sansouci". Also eine zum großen Teil läppische Autosportfilm-Operette, ein gesinnungsmäßig höchst fragwürdiger Militärschwank und eine verlogene Lesebuch-Glorifizierung des Fridericus mit schmetternden Kriegsmärschen.

Zweimal Bullerjahn

Das Reichsgericht hat die Wiederaufnahme des Prozesses Bullerjahn für zulässig erklärt, desgleichen die Vernehmung des Zeugen von Gontard. Das Verfahren wird also in absehbarer Zeit wieder in Gang kommen, Herr von Gontard wird vernommen werden, auf die Aussage des französischen Leutnants Jost wird man freilich verzichten müssen, wenn sie nicht im Scheidungsprozeß der Frau Bullerjahn gegen ihren Mann abgegeben wird.

+

In den letzten Wochen hat sich ein anderer Fall ereignet, der vielleicht ebensoviele Kämpfe ums Recht hervorrufen wird wie der des Lagerverwalters Bullerjahn:

Das höchste bayrische Gericht, das Oberlandesgericht in München, hat gleichfalls einen „Landesverräter" zur Strecke gebracht. Es hat den ungarischen Schriftsteller Österreicher wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dem Verurteilten ist nachgewiesen worden, daß er Bekanntschaft und Umgang mit ausländischen Offizieren gehabt hat. Nicht nachgewiesen ist ihm laut Urteilsbegründung, daß er ihnen militärische Geheimnisse mitgeteilt hat und daß er überhaupt solche Geheimnisse gekannt oder versucht habe, sich Nachrichten über sie zu verschaffen. Seine Bekanntschaft mit den ausländischen Offizieren war dem Gericht ein zureichender Grund, ihm zu unterstellen, daß er an diese Bekannten solche Nachrichten weitergegeben hätte, wenn er Gelegenheit gehabt hätte, sie sich zu verschaffen, und daß er die Gelegenheit, solche Nachrichten zu bekommen, benutzt hätte, wenn sie sich ihm geboten hätte. Diese Unterstellung wiederum genügte, den Unschuldigen ins Gefängnis zu bringen. Wie weit sein Judentum (auf das man nach seinem Namen schließen muß) bei der Beurteilung seines Charakters eine Rolle gespielt hat, kann man nicht abschätzen.

Dieses auf keinerlei Indizien oder Geständnisse, sondern nur auf sehr anfechtbare Konstruktionen und Eventual-Vermutungen aufgebaute Urteil wird eine Korrektur erfahren müssen, wenn nicht nach dem längst selig entschlafenen Vertrauen in die moralische Zuverlässigkeit unserer Justiz auch das zur formalen flöten gehen soll.

Ix

Bullerjahn ist, zunächst für drei Monate, aus der Haft entlassen worden.

Der Fall Gumbel

Den reaktionären Studenten in Heidelberg ist der Professor Gumbel nach wie vor ein Dorn im Auge. Es ist ihnen nicht gelungen, die badische Regierung zur Zurücknahme der Ernennung Gumbels zu zwingen. Ihre Volksabstimmung gegen den Verhaßten ist kläglich im Sande verlaufen, obwohl sie nicht nur beim angekalkten Bürgertum Heidelbergs Stimmen gesammelt haben, sondern auch Gymnasiasten zur Einzeichnung in die Liste veranlaßt und selbst durchziehende Handwerksburschen auf der Hauptstraße angehalten haben, auf daß sie ihre Empörung gegen Gumbels Ernennung zum Professor unterschriftlich bestätigten.

Nach diesem danebengelungenen ersten Streich folgte nun der zweite: Die Deutsche Studentenschaft, die Organisation der Korpsiers und Nationalsozialisten, hat dem Deutschen Hochschulverband einen Brief geschrieben, um seine Unterstützung im Kampf für die gerechte Sache zu erhalten. In diesem Schreiben werden nicht nur ungereimte, sondern auch falsche Behauptungen aufgestellt. Es ist von Gumbels „Berufung" die Rede — in Wirklichkeit ist Gumbel, sogar etwas später als im allgemeinen üblich, nach traditioneller Gepflogenheit vom Privatdozenten zum Professor ernannt worden. Es heißt, das Unterrichtsministerium habe die Ernennung „unter bewußter Umgehung der heidelberger Fakultät" vorgenommen. In Wirklichkeit hat das Gesamtministerium den Titel verliehen, und zwar nach Anhörung der Fakultät. Es heißt: Gumbel sei viermal wegen Landesverrat angeklagt gewesen. In Wirklichkeit sind gegen ihn zwar Anzeigen erstattet worden, aber da sie immer völlig haltlos waren, ist nie Anklage erhoben worden.

Der Deutsche Hochschulverband, die Vereinigung der deutschen Hochschullehrer, hat nichts Klügeres zu tun gewußt, als in seinem Mitteilungsblatt den Herren Studenten zu versichern, daß er sich über jede Äußerung vaterländischer Gesinnung freut. Die alten Herren, denen schon lang der Anschluß an die Zeit fehlt, bringen die Begriffe ein wenig durcheinander: „vaterländische Gesinnung" heißt es bei ihnen, wenn man mit unwahren Behauptungen einen mißliebigen Andersgesinnten und das Ministerium anpflaumt.

Eine Anzahl deutscher Hochschullehrer haben bereits gegen den Erguß ihres Vereinsvorstands Protest eingelegt, unter ihnen auch Professor Hermann von der Technischen Hochschule Stuttgart. Es gibt also auch einige weiße Raben unter der Herde schwarzer Schafe.

Polizei gegen Kellogg-Pakt

Viele Leser der Sonntags-Zeitung werden die Listen kennen, die von der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" zur Sammlung von Unterschriften in Umlauf gesetzt sind. Diese Unterschriften sollen bei der kommenden Abrüstungskonferenz in Genf die öffentliche Meinung repräsentieren, die den hohen verhandelnden Herren ins Gewissen zu reden hat. Die Einzeichnungslisten kursieren überall in der alten und der neuen Welt, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten, in England (dort z. B. sind schon 400 000 Unterschriften gesammelt worden), in Deutschland und auch in Württemberg.

Noch nirgends in der ganzen Welt hat eine Behörde dieser Sammlung Schwierigkeiten gemacht; nirgends, nur in Württemberg. Da die ganze Geschichte hohe Unkosten verursacht, ist auf den Listen gebeten, die Arbeiten „womöglich durch einen Beitrag zu unterstützen". Das Kollektieren spielt also eine völlig nebensächliche Rolle. Trotzdem hatten sich vor dem Amtsgericht in Stuttgart am vergangenen Dienstag Frau Perlen und Frau Endriß, die für den württembergischen Teil der Aktion verantwortlich sind, wegen „unbefugten Kollektierens" zu verantworten.

Die Vorgeschichte, die zu diesem eigenartigen Eröffnungsbeschluß des Gerichts geführt hat, ist grotesk. Im Sommer 1930 schon hatte Frau Perlen über diese Sammlung mit Herrn Bolz, dem Minister des Innern, sich besprochen. Er soll sich, man kann fast sagen begeistert über dieses Werk größter Menschenfreundlichkeit geäußert haben und jede ihm mögliche Förderung der Aktion zugesichert haben. Das war allerdings vor den Wahlen vom 14. September. Nachher sah es mit der Liebenswürdigkeit und sachlichen Einstellung des Herrn Bolz wesentlich anders aus. Aber immerhin bestritt er persönlich doch nicht, daß selbstverständlich auch Geldbeträge zur Deckung der Unkosten bei Gesinnungsgenossen und Freunden der Frauenliga gesammelt werden dürfen.

Kurz nach dieser ministeriellen Zusicherung wurde das Sammeln von Geldbeträgen durch schriftliche Verfügung des Polizeipräsidiums Stuttgart verboten, und zwar ohne Einschränkung, mit der Begründung, daß Sammlungen, die nicht rein inländischen Zwecken dienten, angesichts der Notlage des deutschen Volkes eingeschränkt werden müßten.

Die mangelnde Übereinstimmung zwischen dem Manneswort eines württembergischen Ministers und den schriftlichen Taten seiner untergeordneten Organe führte natürlich zu einem Konflikt mit den betreffenden Behörden, in dessen Verlauf Frau Perlen und Frau Endriß Strafbefehle in Höhe von je 150 und 100 Mark zugingen. Gegen die Bestrafung erhoben sie Einspruch.

Vor dem Amtsgericht mußten sie wohl oder übel freigesprochen werden. Zwar war man stark gewillt, eine Strafe auszusprechen. Aber einerseits sollte doch vermieden werden, den Herrn Staatspräsident Bolz als Zeugen zu laden; er hätte ja zugeben müssen, daß die Angeklagten seinem Verhalten bei den mündlichen Unterredungen nach annehmen mußten, sie hätten das Recht, in beschränktem Umfange auch Gelder zu sammeln: eine für einen Minister immerhin etwas blamable Situation. Andererseits stellt die ganze Aktion gegen die beiden Frauen genau genommen einen Verstoß gegen ein deutsches Reichsgesetz dar (der Kellogg-Pakt ist nämlich seit dem 9. Februar 1929 Gesetz); die Sabotierung einer Tätigkeit, die doch im Sinne dieses Gesetzes liegt, hätte wohl einen ziemlich üblen Eindruck gemacht. Man sabotiert lieber nur so lange, als man dabei im Dunkeln bleiben kann. Und das hat man ja auch in diesem Fall wieder nach Kräften getan.

Denn das ist doch das Interessante an diesem Fall, daß, wie so oft, deutsche Behörden wieder einmal gegen eine private Arbeit vorgegangen sind, die ganz in der Richtung der heute noch offiziell geführten Politik des Auswärtigen Amtes liegt. Anstatt dieser hinterhältigen Sabotage hätte also von rechtswegen die Frauenliga eine Unterstützung verdient, — wenn nämlich die offizielle Politik ehrlich gemeint ist, was zu bezweifeln man ja schon oft Gelegenheit hatte.

Der Pazifismus bürgerlicher Prägung könnte aus diesem Vorkommnis erneut lernen, daß seine Ziele in der bestehenden Gesellschaftsordnung niemals zu verwirklichen sind; solange die Gegensätze innerhalb der Völker nicht beseitigt sind, so lange ist auf keinem Gebiet von Politik und Wirtschaft eine saubere Einheitlichkeit denkbar; ohne die aber kann nichts erreicht werden.

Hans Urban

---

die Herde hierhin oder dorthin zu lenken. Die Absolution ist eine Waffe! — Jawohl, eine Waffe!"

„Eine Waffe?!" fragte man.

Der Abt widersprach.

Natario zankte ärgerlich: „Gut, vielleicht wollt ihr behaupten, daß irgendeiner von uns, nur weil er Pater ist, nur weil der Bischof ihn dreimal eigenhändig gesegnet hat, und weil er sein Gelübde sprach, einen unmittelbaren Auftrag Gottes hat? Daß er selbst Gott sei, um verzeihen zu können?"

„Vielleicht", meinte man, „vielleicht."

Der Domherr Dias sprach, während er einen Bissen Schoten in den Mund schob: „Quorum remiseris peccata, remittuntur eis. — So lautet nun mal die Formel, und die Formel bedeutet alles, mein guter Junge."

„Die Beichte ist das Wesen des Priestertums", redete Amaro mit schülerhafter Bewegung und drohte Natario. „Lesen Sie doch den heiligen Ignatius! Lesen Sie den heiligen Thomas!"

Aber Natario belferte Amaro wütend an: „Wenn Sie sich zum Beispiel nach einem guten Frühstück mit geröstetem Brot, Kaffee und Zigaretten in den Beichtstuhl setzen — vielleicht mit Familienangelegenheiten beschäftigt oder beunruhigt von Geldmangel, von Kopf- oder Bauchschmerzen — stellen Sie sich dann vor, daß Sie wie Gott die Vergebung der Sünden aussprechen können?"

Der Einwurf überraschte. Domherr Dias legte sein Besteck beiseite. Er hob die Arme und rief mit spöttischer Feierlichkeit: „Hereticus est! — Du bist ein Ketzer, mein Lieber!"

„Hereticus est! — das sage auch ich", murmelte Pater Amaro.

Da kam Gertrudes mit einer breiten Schüssel süßen Reisbreis.

„Reden wir nicht weiter von diesen Dingen!" bat darauf inständig der Abt. „Wir müssen ja dem Reislein zuleibe. Gertrudes, gib die Flasche Portwein her!"

Gemächlich goß er den Portwein ein.

„Achtzehnhundertfünfzehner! Das trinkt man nicht alle Tage."

Um den Wein zu schlürfen, der in den durchsichtigen Gläsern vor dem Licht aufglühte, lehnten sich die Patres in den ledernen Sesseln zurück. Der Nachtisch dauerte lange, und es wurde viel geschwatzt. Natario hatte sich beruhigt. Er sprach von „den beiden Rosen seines Blumengartens". Er zitierte Verse von Virgil und stippte Kastanien in den Wein. Amaro rekelte sich auf seinem Stuhl mit den Händen in den Taschen. Träumend schaute er die Bäume des Gartens an. Er dachte an Amelia und seufzte vor Verlangen. Währenddessen wollte Pater Brito — der vom Weingenuß jetzt schon dunkelrot aussah — alle Republikaner zum Quittenstock des Herrn zurückführen.

Darauf schlug der Abt vor, den Kaffee unten in der Weinlaube zu trinken.

Es war drei Uhr. Beim Aufstehen schaukelten alle leicht, sie schnauften tüchtig und lachten satt.

Aus: Das Verbrechen des Paters Amaro

Die Aktion

Der „Weltspiegel" (Beilage des Berliner Tageblatts) kündigt eine große Sommer-Aktion an. Aktion? Also da geschieht endlich etwas? Da wird endlich etwas getan? Bei näherem Zusehen ergibt sich dann, daß der Weltspiegel unter der Überschrift „Großer Deutscher Baby-Schönheits-Wettbewerb" sich für die Sommerwochen 1931 die Aufgabe gestellt hat, in allen Teilen Deutschlands die schönsten Kinder zu suchen. Den reizenden kleinen Siegern winken außerordentlich wertvolle Preise (je 3 Hauptpreise für die Einjährigen, Zweijährigen und Dreijährigen), den in die engere Wahl Kommenden winken zahlreiche weitere Prämien.

Mehr als „winke! winke!" läßt sich zu solcher Aktion wohl kaum sagen.

Literatur

Juden ohne Geld. Von Michael Gold. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Preis kart. 4 Mark, gebunden 6 Mark. — Michael Gold schildert das entsetzliche Leben der Armut und des Verbrechens in der Eastside New-Yorks, wo die namenlose Masse der nicht hoch gekommenen Einwanderer, entgleistes Lumpenproletariat, Huren, Diebe, Zuhälter ihr Leben fristen. Inmitten dieser Welt von Laster und Verbrechen ist Michael Gold groß geworden. Sohn eines der armen Juden, die hier in Massen in den schauerlichen Löchern elendester Mietshäuser dahinvegetieren. Er schildert diese Jugend, die nicht nur durch Not um ihr Bestes gebracht war, sondern auch durch frühes Wissen um das sich hier unverhüllt darbietende Laster. Es ist keine Wehleidigkeit in der Darstellung dieses Lebens; es wird mit einer anklägerisch wirkenden Offenheit gezeigt. (Nur der Schluß bringt ein paar Sätze unklarer, pathetischer Sentimentalität.) Ein Wunder, wenn einer hier aufwächst und nicht den Weg des Verbrechens geht. Von einem Sumpfboden kann man nichts anderes erwarten. Man muß ihn trocken legen. Gold bekennt sich zu diesem Befreiungskampf aus sozialer Knechtschaft; er steht in vorderster Reihe der revolutionären Bewegung Amerikas.

m

Mit toten Augen zum Licht. Von René Roy. Verlag Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart. — Die Geschichte eines jungen Franzosen, der 1917 am Chemin des Dames das Augenlicht verlor, als Blinder Frankreichs berühmteste Schule, die Ecole Polytechnique, besuchte, sie 1920 als Bester seines Jahrgangs verließ, jetzt als Ingenieur im Ministerium der öffentlichen Arbeiten angestellt ist. Das Buch ist schön und fesselnd durch die merkwürdige Geschichte des Verfassers und die Schilderung seiner psychologischen Erlebnisse und seiner inneren Entwicklung. Erschütternd aber ist die Tatsache, daß der Mann absolut nichts gelernt hat: für ihn ist der Krieg zwar etwas Grausames, aber trotzdem ehrenvoll, groß, erhaben, ruhmvoll. Das nächstemal ginge er begeistert wieder mit, wenn er könnte.

B.

Das Verbrechen des Paters Amaro

Von Eça de Queiroz (1843—1900)

Preis kart. 4 Mark, geb. 6 Mark

„... Noch krächzen die unsterblichen Raben menschlicher Dummheit Schmähungen wieder einen, der nun schon dreissig Jahre in Portugals Erde ruht. Noch hält die katholische Kirche mit greisenhafter Dickköpfigkeit seinen Roman „Das Verbrechen des Paters Amaro" auf dem Verzeichnis der verbotenen Bücher — jeden katholischen Leser mit schwerster Kirchenstrafe bedrohend. Vergeblich — wie in jedem Falle großer Leistung: Eça de Queiroz wirkt über Land und Zeit hinaus, weil sein Werk — nach seinem eigenen Wort — „unter dem durchscheinenden Mantel der Fantasie die nackte Kraft der Wahrheit" birgt." (Aus dem Vorwort von Gerhart Pohl.)

Gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) zu beziehen vom Verlag der S.-Z.

Geld und Politik

3. Die „Graue Eminenz" spekuliert (Fortsetzung)

Zu Beginn des Jahres 1887 sah es in Europa sehr kriegerisch aus. Wegen der Wirren in Bulgarien (in deren Verlauf der Koburger Ferdinand, jetzt von der deutschen Republik reich beschenkt, an Stelle des Battenbergers Alexander den bulgarischen Thron bestieg) standen sich Rußland und Österreich sehr unfreundlich gegenüber. In Frankreich begann gerade der französische Hitler, General Boulanger, seinen (freilich episodenhaften) Aufstieg zur Macht und drohte bramarbasierend mit Krieg. Wenn Deutschland also seinem Verbündeten Österreich die Nibelungentreue zu halten versprach oder ihm gar für das Vorgehen gegen Rußland (wie 1914 für die Politik gegen Serbien) eine Blankovollmacht ausstellte, dann mußte es mit einem Zweifrontenkrieg rechnen, zumal der Manager Boulangers, Déroulède, in Rußland herumreiste und offen für ein russisch-französisches Bündnis und für den Krieg gegen Deutschland Propaganda machte.

Bismarck aber, der ein vorsichtigerer Politiker war als seine Nachfolger, der immer unter dem „cauchemar des coalitions", dem Alpdruck der Koalitionen, litt und vor allem gar kein Vertrauen zur militärischen Stärke seines österreichischen Bundesgenossen hatte, lehnte es ab, sich, wie er sagte, „an einen ungarischen Kometenschweif zu binden" und „sich das Leitseil über den Kopf werfen zu lassen". Bulgarien, sagte er, sei für Deutschland Hekuba. Er war Österreich gegenüber sehr kühl und begann, mit Rußland zu verhandeln. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war der sog. Rückversicherungsvertrag (18. Juni 1887), in dem Deutschland u. a. „die geschichtlich erworbenen Rechte Rußlands auf der Balkanhalbinsel" anerkannte.

Freilich war die Besserung der deutsch-russischen Beziehungen nicht sehr nachhaltig. Bismarck versuchte deshalb, Deutschlands diplomatische Stellung gegenüber Rußland zu festigen, einerseits indem er ein Bündnis mit Italien und England anbahnte, andererseits indem er einen Feldzug gegen die russischen Papiere eröffnete und im November 1887 der Reichsbank und der Preußischen Seehandlung verbot, russische Wertpapiere zu beleihen. Die Folge dieses Verbots war ein Sturz des Rubelkurses und der russischen Papiere und eine schwere Schädigung des russischen Kredits, und die Folge davon waren riesenhafte Verluste der Börsenspekulanten.

Nicht zu den Verlierern, sondern zu den ganz wenigen Gewinnern an diesem Börsensturz gehörte das Bankhaus Meyer-Cohn, das Bankhaus des Geheimrats Holstein vom Auswärtigen Amt. Holstein kannte natürlich alle Einzelheiten der Politik Bismarcks und konnte so seinem Bankier den richtigen Tip geben. Beide, der Bankier und der Geheimrat, haben an diesem „Russengeschäft" schöne Summen verdient.

Die Vorgeschichte dieses Börsengewinnes, von der bulgarischen Krisis über den Rückversicherungsvertrag mit Rußland und die erneute Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen, liegt heute klar vor uns. Es ist eigentlich selbstverständlich, möchten wir sagen, daß man nur so spekulieren konnte wie Holstein. Aber damals kannten eben nur wenige Leute die Grundzüge der Politik Bismarcks, und vollends den für den Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren richtigen Zeitpunkt genau bestimmen konnte nur einer, der über die einzelnen Maßnahmen Bismarcks im voraus unterrichtet war, und das war wohl nur Holstein. Er gehörte zu den wenigen Eingeweihten, zu der kleinen Klique derer, die das Räderwerk der Diplomatie regieren oder wenigstens übersehen, und für ihn war es ein beinahe selbstverständliches Recht, seine Kenntnisse für private Börsenspekulationen auszunützen. Andere machten es ebenso; nur waren ihre Kenntnisse nicht immer so gut und ihre Tips nicht immer so gewinnbringend wie die Holsteins (wobei man allerdings bemerken muß, daß auch Holstein nicht selten falsch getipt hat).

„Man hat versucht", schreibt Morus in seinem Buch „Das Geld in der Politik", „den Spekulanten Holstein als eine pathologische Ausnahmeerscheinung hinzustellen, und bis zu einem gewissen Grad war er das auch. Aber abgesehen davon, daß der Geheime Rat von Holstein nun einmal eine der mächtigsten und bedeutsamsten Figuren der wilhelminischen Zeit war, pflegt sich bisweilen in solchen Ausnahmeerscheinungen das Charakteristische einer Epoche widerzuspiegeln. Das Pathologische ist ja immer nur ein Auswuchs, eine Übersteigerung des Normalen, in der Grundstruktur ist es nicht so sehr von ihm verschieden.

Wenn der Baron von Holstein zwischen seiner amtlichen und seiner privaten Tätigkeit, zwischen Politik und Geschäft gar keinen Trennungsstrich zog, wenn er innerlich keinerlei Schranken zwischen dem einen und dem andern anerkannte, so war das doch nur die letzte Konsequenz eines Gedankens, der allenthalben unter dem alten System zu finden ist. Die herrschende Schicht, die sich den Staat so aufgebaut hat, wie sie ihn braucht, fühlt sich in diesem Staat zu Hause. Spekulation ist für sie die Politik in Pantoffeln, privater Vorteil ist das gute Recht des Hausherrn, dem im Grunde ja doch alles gehört."

Peter F.

(Wird fortgesetzt)

Das „Evangelische Deutschland" zitierte neulich eine Meldung, wonach sich in den Arbeitervierteln Berlins die Fälle häufen, bei denen der Arzt gebeten wird, alte Familienangehörige zu beseitigen: durch eine „Spritze" oder eine „größere Dosis". Das Blatt sieht darin einen weiteren Beweis der „Auflockerung des Verantwortungsgefühls", wie sie sich schon in der Tötung Ungeborener bemerkbar mache, und findet diese Dinge erschütternd in ihrer naiven Grausamkeit. — Es sollte zuerst mal das ganze System grausam finden, dann hätte es für solche Dinge vielleicht eine andere Erklärung.

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Geld in der Politik. Von Morus. Brosch. 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

Etappe Gent. Von Heinrich Wandt. Kart. 2,50 Mark, geb. 3,80 Mark.

Erotik und Spionage. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Aus dem dunklen Erdteil

Deutschlands Erwachen findet bei rapid um sich greifender kultureller Dunkelheit statt. Nachdem die Sozialdemokratie diverse „kleinere Übel" geschluckt hat, wird sie so langsam auch an die großen glauben müssen. Vielleicht verliert sie dabei einige Illusionen über ihren zentrömlichen Bundesgenossen. Sicher ist es nicht.

Als es die ersten Filmverbote hagelte, trösteten sich manche damit, daß es sich hier offensichtlich um wild gewordene Spießer handle, um unmögliche Gestalten, die an ihrer geoffenbarten Lächerlichkeit zugrunde gehen würden. Es fällt ihnen gar nicht ein. Sie sind nicht von ungefähr in ihre Ämter hineingeweht, und daß sie nun plötzlich anfingen, im Porzellanladen des Films um sich zu schlagen, war weniger Ausfluß einer Augenblicksstimmung als Einleitung einer planmäßigen Aktion. Die Zeit des Zentrums ist gekommen. Es wird jetzt ernten, was es mit Hilfe der Sozialdemokratie säen konnte, und es wird dieser schwer werden, sich erfolgreich dagegen zu wehren. Schon Mitte März hat der Vertrauensmann des Zentrums im preußischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Klausner, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Katholischen Aktion" eine Eingabe an Severing gemacht, in der strenge Polizeimaßnahmen im Kampf um die gefährdeten guten Sitten gefordert wurden. Es soll u. a. gegen Vergnügungsetablissements eingeschritten werden, die durch ihre Darbietungen die „niedrigsten Instinkte" ihrer Gäste geschäftlich ausbeuten. Ferner wird gegen die Prostitution Sturm gelaufen. Die gleichen Kreise haben vor Jahren so lange gegen die Kasernierung der Dirnen gewettert, bis die Bordelle aufgehoben wurden, mit dem Resultat, daß sich die Puffs in Privatwohnungen einnisteten und der Kundenfang der Dirnen auch Straßen und Stadtteile ergriff, wo er vorher nicht zu spüren war. Und nun findet die „Katholische Aktion" die so erzeugte Atmosfäre außerordentlich bedenklich. Auch das Schund- und Schmutzgesetz hat sie enttäuscht: immer noch sind ihr in den illustrierten Zeitungen zu viel nackte Gestalten, und deshalb ruft sie nach Polizeimaßnahmen.

Severing hat versucht, sich um eine Stellungnahme zu dieser unangenehmen Eingabe möglichst lange zu drücken; er gab einen Monat lang überhaupt keine Antwort; aber inzwischen haben sich die Forderungen zu einer großen Anfrage verdichtet, in der scharfe Maßnahmen gegen jedwede Verächtlichmachung von Ehe, Familie, Mutterschaft usw. gefordert werden, und zugleich ersucht wird, in gleichem Sinn auch auf die Reichsregierung einzuwirken. Die hat aber einen solchen Wink nicht nötig, denn in ihr waltet ja Herr Wirth. Er wird schon das Seinige dazu beitragen, daß allem, was nicht in die Gedanken- und Anschauungswelt katholischer Jungfrauen- und Gesellenvereine hineinpaßt, so weit als möglich Schwierigkeiten bereitet werden.

K. Berger

Der erwähnten großen Anfrage ist bereits ein neuer Antrag gefolgt, in dem die preußische Regierung ersucht wird, gegen die angeblichen Unsitten im öffentlichen Badewesen einzuschreiten.

Um 50 Gramm Butter

In einer Sammlung von Schulwandbildern habe ich kürzlich ein Bild gesehen, das unter dem Titel „Um 50 Gramm Butter" die „andere Seite des Weltkriegs, den Kampf der Heimat" deutlich machen will. „Siegesfahnen an den Häusern und darunter eine Schlange darbender Menschen: dieser Gegensatz wurde zum Schicksal."

1914—18 waren die in der Heimat Hungernden „Helden". Wird denn im Deutschland des Jahres 1931 nicht auch gehungert? Aber wer spricht von Heldentum? Schlägt über das heutige Elend ein Mensch so lyrische Töne an wie über den „Kampf der Heimat" während des Krieges?

Nein; denn heute sitzt der böse Feind ja vor allem im eigenen Land. In der „großen Zeit" waren allen die gleichen Lebensmittelmarken (wenn auch nicht die gleichen Lebensmittelmengen) zugeteilt. Da ließ sich leicht Solidarität markieren, Solidarität mit denen, die auch schon vor der großen Zeit ihr armseliges Leben stets in Hunger, Not und Sorge abgedient hatten, und so waren alle miteinander „Helden".

•

Diese Solidarität wirkt bis heute noch nach. So hat z. B. der Syndikus Oppenheimer vom Verband Berliner Metallindustrieller gesagt: „Über das, was noch als erträglich angesehen werden kann, gehen die Meinungen sehr auseinander. Ich erinnere an den Krieg. Damals haben wir auch nicht geglaubt, daß wir diesen Hunger mit trockenem Brot und Kohlrüben überwinden könnten."

Aber „wir" haben ihn überwunden. Und „wir" werden auch die heutige Not überwinden. Denn „wir" können damit rechnen, daß die Arbeiter und Angestellten die Teurung und die Lohnkürzung, die „wir" ihnen nochmals zumuten müssen, ohne Widerstand hinnehmen werden, zermürbt und elend, wie sie sind und außerdem zum großen Teil in der Hand von Führern, die die Revolution hassen wie die Sünde. Wären die Standes- und Klassengenossen des Herrn „Wir" nicht so sicher, daß sie von den Massen nichts zu fürchten haben, dann würden sie es nicht riskieren, so ungeniert darauflos zu reden und darauflos zu leben, „standesgemäß" zu leben, wie sie es tatsächlich tun.

•

„Um 50 Gramm Butter!" „Von Tag zu Tag stieg die Not ..., dumpfe Traurigkeit senkte sich über Deutschland ..., verhungerten seine Kinder, verkümmerten seine Frauen." Als ob es heute anders wäre! Auch damals ist nicht der Gegensatz zwischen „Siegesfahnen und Schlangen darbender Menschen" zum Schicksal geworden, sondern, wie heute, der Gegensatz zwischen Hungernden und Satten, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern.

E. Ernst

Reformer und Filantropen sind immer um ein Jahrhundert ihrer Zeit zurück. Sie erreichen immer nur das, was einer fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaftsweise günstig ist. Nicht mehr.

B. Traven.

Nicht sowohl als vielmehr

In dem Sonderbericht des „Schwäbischen Merkur" über den Stapellauf des neuen Panzerkreuzers heißt es, nach einer Hindenburg betreffenden Einleitung („allüberall" begrüßt, „schreitet er hinan...."): „Des Reichskanzlers Taufrede erlebte ihren Schluß nicht. Die Macht des Unvorherzusehenden, eine technische Unzulänglichkeit oder ein Versehen, beides an sich nebensächlich und klein, umso sichtbarer in den Auswirkungen, zerbrach einen der letzten stützenden Balken. Und während die Zehntausende den durch Lautsprecher überall hingetragenen Worten des Kanzlers lauschten, begann auf einmal ganz unerwartet der riesige Körper abwärts zu gleiten. Dem Laien drohte der Herzschlag zu stocken."

Weiter unten aber wird über die Sensationspresse geklagt, „die mit zollhohen Lettern über einen „peinlichen Zwischenfall" berichtete, von dessen Peinlichkeit niemand etwas bemerkt hat, der an dem einzigartigen Erlebnis teilnehmen durfte".

Kleinigkeiten

Der letzte Mann. Bei der Einweihung eines Schlageterdenkmals bei Düsseldorf hat u. a. auch der frühere Reichskanzler Cuno gesprochen. Seine Rede klang aus in dem Satz: „Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen." — Herr Cuno wird nicht so rasch in die Lage kommen, er hat zurzeit ein Einkommen von rund 600 000 Mark jährlich.

Schreckliche Entdeckung. An den „Fridericus" hat sich einer mit übervollem, bekümmertem Herzen gewandt: er hat nämlich entdeckt, daß das Hotel „Germania" in Bad Wildungen nur rituell zubereitete Speisen verabfolgt. — Die Germania koscher! Das ist allerdings stark, selbst wenn es sich nur um ein Hotel handelt.

Der Amtsschimmel. Einem Kriegsinvaliden aus einem Dorf in der Nähe von Berchtesgaden sind nach einer ärztlichen Untersuchung bis zur endgültigen Regelung seiner Ansprüche 600 Mark als vorläufige Entschädigung ausbezahlt worden. Von diesem Geld machte der Invalide Kuren und schaffte sich Heilgeräte an. Bei einer späteren Untersuchung wurde er nun für gesünder befunden. Deshalb sprach ihm das Versorgungsamt nicht nur die Rente ab, sondern verlangte auch die schon ausbezahlten 600 Mark zurück. Da der Invalide kein Vermögen besitzt und die 600 Mark schon ausgegeben hat, droht ihm jetzt die Pfändung. (Nach der „Berchtesgadener Landzeitung".)

Neues aus Gotha. Meldung der „Thüringer Korrespondenz": „Um das Andenken an den Widerstand im Ruhrkampf wachzuhalten, hat die Polizeidirektion auf Antrag des Stadtvorstandes verfügt, die neue Verbindungsstraße zwischen Fichte- und Seebergstraße ab 23. Mai Schlageterstraße zu benennen." Aus derselben Nummer: „Dem Andenken an die verstorbene deutsche Kaiserin Auguste Victoria, die lange Jahre ihrer Jugend in Gotha verbrachte, wurde jetzt eine Gedenktafel gewidmet. Die Tafel wurde in dem in der Lindenau-Allee gelegenen Palais Augustenburg, in dem die Verstorbene erzogen wurde, angebracht." — Revanche und Monarchie.

Die wahren Deutschen. Wenn die nationalsozialistische Presse einen deutschen Dichter lobt, dann tut sie das natürlich aufgrund ihres besonders tiefen Gefühls für deutsches Wesen und deutsche Sprache. Sie beweist dabei — siehe einen Artikel zum Gedächtnis an Christian Morgenstern im N.S.-Kurier — jenes Gefühl durch Sätze wie diesen: „Der Knabe schon wurde von seinen sich viel auf Reisen befindlichen Eltern überallhin mitgenommen."

Wer zahlt? Der pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" hat eine Reise in die Gegend von Lille gemacht, wo gegenwärtig 150 000 Arbeiter streiken, und dabei auch mit einem Gewerkschaftssekretär gesprochen. „Er fragte, wer in Deutschland für die Arbeitslosen zahle. Der Staat. Er war ganz betroffen." — Da ist man freilich betroffen.

Nur keine Ablenkung. Im Amerika ist ein großer Fabrikbetrieb ganz ohne Fenster gebaut worden. Die Fabrikleitung ging davon aus, daß eine gleichmäßige künstliche Beleuchtung und Belüftung die Arbeitskraft schont und daß das Fehlen jeder Ablenkung durch äußere Eindrücke die Arbeitsintensität steigert.

Reklame. Für die „Oberst"-Zigarette wird augenblicklich folgende Reklame gemacht: „Die guten Dinge: Vor allem: Nichtstun! Sehr viel Nichtstun!!! Dann — der Leser hat's erraten — die lieben schönen Frauen. Gewiß auch ein Fläschchen guten alten Weins. Doch nicht zuletzt die gute Oberst." — Ihr scheint nicht recht zu wissen, wer als Käufer der Oberst in Frage kommt.

Unerwünscht. Auf dem 7. evangelischen Kirchentag in Potsdam hat Generalsuperintendent D. Dibelius u. a. gesagt: „Die Kirche hat in dieser Schicksalsstunde die Pflicht, die Verkündigung des göttlichen Willens auch in die Reihen derer zu tragen, die sich von letzten Bindungen befreit haben." — Wir bitten ebenso dringend wie höflich, davon Abstand zu nehmen.

Jugend von heute. Der Direktor eines Mädchengymnasiums in Belgrad hat den Schülerinnen den Gebrauch von Schönheitsmitteln verboten. Die haben sich daraufhin an die Öffentlichkeit gewandt und mit Schulstreik gedroht. „Wir lassen uns nicht", heißt es in dem Aufruf, „mit vorsintflutlichen Mitteln erziehen. Rotgefärbte Lippen, polierte Fingernägel und ondulierte Bubiköpfe sind uns wichtiger als Latein, Griechisch und andere Belanglosigkeiten. Wir wollen nicht häßlich sein wie unsere Großmütter und wollen heiraten. Ohne Reifezeugnis bekommen wir eher einen Mann als ohne körperliche Aufmachung."

Das Wesen der Welt. Wie Fr. W. Förster in seiner „Zeit" mitteilt, gibt Professor Heidegger an der Universität Freiburg folgende Definition für das Wesen der Welt: „Das Worin des sich verweisenden Verstehens als Woraufhin des Begegnenlassens von Seiendem in der Seinsart der Bewandtnis ist das Phänomen der Welt." — Jetzt wissen wir also Bescheid.

Gesuch im „Schwarzwälder Boten": „Für 1. Juni Büffetanfängerin gesucht, welche Umgang mit den Gästen hat. Zeugnisse mit Bild erwünscht. Bahnhofwirtschaft Crailsheim." — Sollte in Crailsheim der Kulturbolschewismus ausgebrochen sein?

Freiwirtschaftler, Zinsgegner usw. Sonntag, 31. Mai, Fahrt nach Eßlingen (Stuttgart ab 7,02 Uhr). Wanderung mit den eßlinger Freunden.

Arbeitsgemeinschaft für Geld- und Bodenreform. Dienstag, 2. Juni, 20 Uhr, spricht im Bürgermuseum (Lange Str. 4B) Dr. Findeh. Thema: „Weltarbeitslosigkeit".

Feuerbach. Am Samstag, 30. Mai, 20 Uhr, spricht Heinrich Vierbücher im Bierkeller (Rosenstraße). Thema: Europa am Scheideweg.

Bund der Kriegsgegner

Calw und Umgebung. Freunde der S.-Z. treffen sich am Samstag, 6. Juni, 20 Uhr, im „Lamm" in Altburg. Dr. Schairer spricht. Gelegenheit zum Übernachten.

Pflegekind. Freidenkende Witwe in Stettin möchte ein Pflegekind, am liebsten ein Mädchen, aufnehmen. Anfragen an Dr. Erich Tschirn, Stettin, Am Logengarten 14.

Allen, die in den letzten Wochen neue Abonnenten geworben, Adressen für Probenummern geschickt oder Werbenummern angefordert haben, sei auf diese Weise gedankt; jedem einzelnen zu schreiben ist leider unmöglich.

An viele. Manuskripte können nur zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beiliegt.

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Das Kapital. Von Karl Marx. 2 Bände. Preis je 3,75 Mark. — Leider gekürzt, aber die billigste Ausgabe.

Lohn, Preis, Profit. Von Karl Marx. 90 Pfennig. — Die Wert- und Mehrwerttheorie von Marx in einfacher Form.

Über Verfassungswesen. Von Ferdinand Lassalle. 90 Pfennig. — Zwei Vorträge Lassalles aus dem Jahre 1862 („Die wahre Verfassung — das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse").

Staat und Revolution. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben Sommer 1917.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stuttgart, 7. Juni 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 23

Ohne Zölle

Auf der letzten britischen Reichskonferenz schlug der australische Premierminister vor, das Mutterland solle den bedrängten Töchtern Kanada und Australien ihren Weizen abnehmen, den sie nicht los werden. England solle sich verpflichten, Weizen erst dann von anderen Ländern zu kaufen, wenn Australien und Kanada ausverkauft seien.

Die englische Regierung lehnte diese Zumutung ab. Lebensmittel müßten auf dem billigsten Markt gekauft werden.

Wenn doch die deutsche Regierung diesen Grundsatz zu ihrem Standpunkt machen und die verrückten Lebensmittelzölle beseitigen würde! Versuchen wir uns vorzustellen, was die Folgen wären.

1. Unsere Landwirtschaft wäre genötigt, zu Weltmarktpreisen zu verkaufen. Diese liegen weit unter den heutigen Inlandspreisen. Unsere Getreidepreise z. B. sind das Drei- bis Vierfache, unser Zuckerpreis ist das Dreifache des Weltmarktpreises. Wenn die Getreidezölle fallen würden, so würde derjenige Teil der Landwirtschaft, dessen Existenz auf dem Verkauf von Getreide beruht, zu Grunde gehen. Das ist im Wesentlichen der ostelbische Großgrundbesitz, für den die Zölle und die ganze Agrarpolitik der Regierung zugeschnitten sind. Nicht gefährdet wäre der Kleinbesitzer, der Getreide lediglich für die eigene Wirtschaft baut, dem es also ziemlich gleichgültig sein kann, ob der Preis hoch oder nieder ist. Nicht gefährdet wäre auch der bäuerliche Betrieb, der nicht auf der Getreideproduktion, sondern der sogenannten „Veredelungswirtschaft", der Erzeugung von Fleisch, Milch, Butter, Eiern usw. beruht. Ihm kämen vielmehr die niedrigen Preise für Futtergetreide zu gute. Ein Berliner Professor namens Brandt, der Direktor des „Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung", hat es denn auch kürzlich in einem Vortrag in Karlsruhe offen ausgesprochen, daß die gegenwärtige deutsche Agrarpolitik der „unmögliche Versuch" sei, 5000 unhaltbare Großbetriebe auf Kosten von 5 000 000 Bauern künstlich am Leben zu erhalten. Der Getreidebau in Deutschland, außer für den Eigenverbrauch, ist unwirtschaftlich. Es ist längst Zeit geworden, ihn zu liquidieren.

2. Der Konsument würde, wenn Brot, Zucker und andere Nahrungsmittel nicht durch Zölle bis zum Dreifachen des gerechten Preises verteuert wären, schätzungsweise um die Hälfte billiger leben. Eben jener Professor Brandt taxiert die Belastung der deutschen Konsumentenschaft durch Agrarzölle auf jährlich 3 bis 4 Milliarden Mark. Das ist der Betrag, den das arme deutsche Volk neben Steuern und Abgaben laufend aufbringen muß, um die preußischen Junker, seine eigentlichen Todfeinde, am Leben zu erhalten. Im Budget des kleinen Mannes sind die Ausgaben für Lebensmittel etwa die Hälfte bis zwei Drittel seiner Einnahmen. Man kann sich also ausrechnen, um wieviel eine Preisverbilligung durch Zollabbau sein Realeinkommen erhöhen würde: um ein Drittel bis die Hälfte. Unter der Voraussetzung eines solchen Zollabbaus und nur unter dieser Voraussetzung wäre für den deutschen Arbeiter eine Arbeitszeitstreckung ohne Lohnausgleich, wäre vielleicht sogar eine Senkung des Nominallohns möglich, wären die geplanten „Reformen" der Arbeitslosenunterstützung und Wohlfahrtspflege erträglich.

3. Der Industrie würde eine allgemeine Verbilligung der Lebenshaltung mit darauffolgender Senkung der Nominallöhne eine Herabsetzung ihrer Unkosten bringen. Sie könnte dann ihre Preise ermäßigen, die im Inland und die im Ausland. Sie würde damit konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt, und auch auf dem inneren Markt würde ihr Absatz zunehmen. Heute ist die Lage ja vielfach so, daß die Industrie außerhalb Deutschlands zu Weltmarktpreisen verkauft (denn sonst könnte sie überhaupt nicht auftreten), ihren dadurch entstehenden Ausfall (die Preise liegen z. T. unterhalb der Gestehungskosten) aber dadurch wett macht, daß sie innerhalb Deutschlands, — ebenfalls mit Hilfe von Zollschutz, wie die Getreideproduzenten — das Mehrfache fordert und erhält. Deutscher Zucker z. B. kostet außerhalb der Grenze halb so viel wie innerhalb, deutscher Zement den vierten Teil.

Der russische Minister des Äußeren Litwinoff hat im Genfer Europaausschuß einen wirtschaftlichen „Nichtangriffspakt" vorgeschlagen. Ein solcher würde bedeuten, daß im Ausland nicht unter Inlandspreisen verkauft werden dürfte (Dumping); er würde in seiner letzten Konsequenz wohl auch dahin führen, daß ausländische Ware im Inland nicht teurer sein dürfte als im Ausland (Zoll).

Verzicht auf Dumping und Zoll wären in der Tat wohl die einzigen Mittel, ohne grundlegende Änderung des Wirtschaftssystems, wenn auch nicht ohne Verluste, aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Litwinoff scheint überzeugt zu sein, daß die russische Wirtschaft von einer solchen freien internationalen Konkurrenz nichts zu fürchten hätte. Er ist der Meinung, „das kapitalistische und das kommunistische Wirtschaftssystem könnten ganz gut nebeneinander bestehen".

Wenn er hinzugefügt hat, Rußland wolle den Kapitalismus in den anderen Ländern „nicht desorganisieren", so dürfte er dabei ironisch gelächelt haben. Denn an dem ist wahrhaftig nicht viel zu „desorganisieren". Erich Schairer

Wie soll man den Weizenüberschuß unterbringen? Darüber hat im Februar in Paris eine europäische Getreidekonferenz beraten (Ergebnis: 0), dann im April in Rom eine Konferenz sämtlicher Getreideanbauländer der Welt (Ergebnis: 0), und kürzlich in London eine Konferenz sämtlicher Getreideexportländer (Ergebnis: 0).

Inlands- und Weltmarktpreis

Mitte April haben die Getreidepreise für je 100 kg betragen:

	in Deutschland	auf dem Weltmarkt
Weizen	30,20 Mk.	12,23 Mk.
Roggen	20,80 Mk.	6,92 Mk.
Gerste	23,20 Mk.	8,86 Mk.
Hafer	19,15 Mk.	7,09 Mk.

Das Wichtigste

Die Notverordnung ist fertig

Die Reichsregierung hat vor der Abreise Brünings und Curtius' nach England die neue Notverordnung fertiggestellt und dem Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt.

Katastrofen-Politik?

1. Noch hatte Curtius Genf nicht verlassen, als schon die „Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Angriff gegen ihn begann. Die Zeitung, die vorher den Zollunionplan bejubelt hatte, malte Deutschlands Niederlage in Genf in den schwärzesten Farben und schob alle Schuld an der Isolierung Deutschlands Herrn Curtius in die Schuhe (als ob nicht der Zollunionsplan an sich zu dieser Isolierung führen mußte!). Also weg mit Curtius! Heraus aus dem Völkerbund!

Wer steht hinter der „D.A.Z."? Wer steht hinter dem Angriff auf Curtius? Diejenigen unter den deutschen Industriellen, die mehr zu Hugenberg als zu Brüning neigen (vor allem Herr Vögler); ihr Kandidat für den Posten des Außenministers ist offenbar Herr Cuno unseligen Angedenkens. Zugleich mit Curtius wollten sie auch Brüning treffen, dessen Politik nach außen (gegenüber den Reparationsgläubigern) und nach innen (gegenüber der Arbeiterschaft) ihnen zu schlapp ist.

2. Vor acht Tagen hörte man plötzlich, der Reichsfinanzminister Dietrich sei amtsmüde. Dieses Gerücht scheint, wie der Zeitungsangriff gegen Curtius, seinen Ursprung in Essen zu haben. Dietrich hat nämlich verhindert, daß das Kohlensyndikat nicht auf neun Jahre verlängert wurde; er hat durchgesetzt, daß es nur um zwei Monate verlängert wird, so daß die Regierung (wenigstens auf dem Papier) die Möglichkeit hat, das Syndikat etwas zu kontrollieren. Außerdem scheint er im Kabinett gegen die Zollpolitik Schieles und gegen die einseitige Belastung der Beamten und Angestellten durch die Notverordnung aufgetreten zu sein. Also, sagen die Herrn von der Reaktion, weg mit ihm!

3. Am 18. Mai hat der frühere Reichsbankpräsident Schacht im Industrieklub in Dortmund eine Rede gehalten. Nach einem Bericht im dortmunder „Generalanzeiger" (der seinen Gewährsmann als zuverlässig bezeichnet) hat er u. a. ausgeführt: Deutschland sei zahlungsunfähig; es müsse das offen zugeben und die Reparationszahlungen kündigen. Vor Kreditkündigungen des Auslands brauche man keine Angst zu haben (wo nichts sei, sei auch nichts zu holen), und politische Sanktionen unserer Gläubiger müsse man eben in Kauf nehmen. Gleichzeitig mit der Einstellung der Tributzahlungen müsse ein kleines Gremium, ein Aktionsausschuß an die Spitze des Reiches treten und die notwendigen inneren Reformen durchführen. Mit dem Parlament sei da nichts zu machen, und die heutige Regierung lasse die nötige Aktivität vermissen.

4. Der Arbeitgeberverband Nordwest erklärt in seinem soeben erschienenen Jahresbericht, die bisherigen Lohnsenkungen seien ungenügend. Die Tariflöhne müßten sofort nochmals gesenkt werden. Da es aber aussichtslos sei, diese Aufgabe durch Tarifverhandlungen zu lösen, solle in allen Tarifverträgen ein Lohnspielraum gelassen werden, so daß die einzelnen Betriebe nach Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne unterschreiten dürften. Das heißt: das Tarifrecht soll vernichtet werden.

*

Diese Tatsachen sind kennzeichnend für die heutige Situation. Wir wollen zu ihrer Erläuterung einmal von dem Kampf um Personen absehen und aufs Wesentliche gehen.

Die Unternehmer bereiten die zweite (nach einer andern Zählung die dritte) Lohnsenkungsaktion vor. (Das ist ihr Ausweg, der kapitalistische Ausweg, aus der Krise.) Da sie dabei Arbeitskämpfe vermeiden wollen, suchen sie das Tarifrecht zu umgehen und mit den einzelnen Belegschaften zu verhandeln. Die Regierung wird ihnen bei der Lohnsenkung behilflich sein; durch Versicherungsraub und Gehaltskürzung bahnt sie den Unternehmern ja den Weg.

Diese Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer steigern die Not der Massen noch mehr. Ihre Kaufkraft sinkt, und das bringt die kleinen Gewerbetreibenden und Händler vollends zum Erliegen. Was vom einstigen Mittelstand noch übrig ist, wird zerrieben, proletarisiert. Damit wird die Gefahr (Gefahr für Unternehmer und Regierung) revolutionärer Empörungen immer größer. Deshalb muß die Regierung immer diktatorischer werden (Aktionsausschuß), deshalb muß das militärische Fundament der Regierung verbreitert werden, indem man die bewaffneten Verbände (SA, Stahlhelm usw.) heranzieht. Die Scharfmacher unter den Unternehmern sehen diese Entwicklung und die Notwendigkeiten, die sie mit sich bringt, klar voraus; deshalb lassen sie die für die Nationalsozialisten bestimmten Geldquellen wieder reichlicher fließen, deshalb wollen sie die „schlappen" Mitglieder aus der Regierung entfernen.

Nach außen suchen sich die Kapitalisten Luft zu machen, indem sie gegen die Reparationen Sturm laufen. Wenn auch die Forderungen Schachts etwas fantastisch anmuten (sein „Aktionsausschuß" wird sich die Kündigung der Tributzahlungen gründlich überlegen) — Tatsache ist, daß der Angriff gegen die Reparationen immer stärker wird. Auch auf die Gefahr kriegerischer Verwicklungen hin (wozu sonst Stahlhelm-, Schlageter-, Panzerkreuzer„rummel" etc.?). Nicht Fortschritt, Wohlstand, Frieden, Demokratie sind die Kennzeichen unserer Epoche, sondern Rückschritt, Elend, Krieg, Revolution.

Katastrofenpolitik? Nein, aber kapitalistische Politik. Je enger die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Kapitalismus werden, desto gewaltsamer und brutaler tritt er auf und desto mehr muß er rein politische (vor allem militärische) Mittel anwenden, um sich zu behaupten. Wenn man in Gefahr ist, greift man zum Revolver. Das ist keine Katastrofenpolitik, sondern Notwendigkeit. Zur Katastrofe (für den Kapitalismus) führt diese Politik erst dann, wenn ihre Opfer zu bewußten Kämpfern werden. Hermann List

Leipziger Allerlei

Staat oder Klasse?

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist zwar, wenn diese Zeilen in Druck gehen, noch nicht beendet, aber Überraschungen sind wohl keine mehr zu erwarten, waren ja auch vor dem Parteitag nicht zu erwarten. So kann man sich, ohne fürchten zu müssen, von unvorhergesehenen Ereignissen noch korrigiert zu werden, an eine Würdigung des Parteitags machen.

Rußlandhetze. Die Eröffnungsrede hielt der Parteivorsitzende Wels. Der Schluß dieser Rede war eine Rußlandhetze auf einem Niveau, wie es auch der, der an der SPD schon lange verzweifelt ist, nicht erwartet hätte. Und am zweiten Tage nahmen Tarnow und Nölting (Frankfurt) das Thema nocheinmal auf. „Das russische Volk", sagte Tarnow, „ist seit 14 Jahren in einem dunklen Höllental des Elends herumgeführt worden, das schlimmer ist als in einem andern Land" (Beifall). „Fort mit dem Trug vom Arbeiterparadies Rußland", rief Nölting. „Selbst wenn der Fünfjahresplan gelänge, würde es uns gar nichts bedeuten." Das glaubte er wohl selbst nicht. Im Gegenteil: gerade daß das Rußland-Thema eine solche Rolle spielt, ist der Beweis dafür, von welcher Bedeutung der Fünfjahresplan auch für die SPD ist, und dafür, welche Furcht sie vor dem Gelingen des Planes hat.

Tarnow, der heilende Arzt. Am zweiten Tag, am Montag, hielt Tarnow ein Referat über das Thema: „Die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und die Arbeiterklasse". Tarnow hat in den fetten Jahren nach der Stabilisierung ein Buch geschrieben „Warum arm sein?", das die Theorie vom „organisierten Kapitalismus" in populärer Form den Massen nahe bringen sollte. „Armut", heißt es da (S. 71), „ist kein ökonomisches Muß, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht." (Wobei Nörgler fragen dürften: wenn im Kapitalismus schon alle reich werden können, wer hat dann noch ein Interesse am Sozialismus?) Die Unternehmer brauchen nur durch Trusts und Kartelle die Wirtschaft planmäßig zu organisieren und hohe Löhne zahlen und dadurch die „Konsumkraft auszuweiten" — dann steht dem Einzug des Paradieses auf die kapitalistische Erde nichts mehr im Weg. Hat es in Amerika, dem Land der Prosperity, dem Ideal Tarnows, nicht schon Fuß gefaßt? Gott Prosperity ist groß, und Ford ist sein Profet. „Das Buch von Henry Ford „Mein Leben und mein Werk" ist sicher die revolutionärste Schrift der ganzen bisherigen Wirtschaftsliteratur", hat Tarnow S. 19 seines Buches geschrieben. Armer Marx!

Nun haben zwar die Ereignisse der letzten Jahre nicht Ford, sondern Marx rechtgegeben (die Krise ist im „Paradies Amerika" ausgebrochen und wütet dort am schärfsten), die Theorie Tarnows hat vollständig Schiffbruch gelitten — aber er hält das Wirtschaftsreferat auf dem Parteitag. Und niemand lacht. Früher hat er hohe Löhne gefordert, jetzt fordert er niedere. „Die Krise muß mit den von der Arbeiterschaft dazu nötigen Opfern im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft behoben werden", hat er am 27. November 1930 in Königsberg gesagt. Jetzt muß er zwar zugeben, daß die „Organisierung" des Kapitalismus in Kartellen und Monopolen zu einem „wirtschaftlichen Bandenkrieg" geführt habe — aber er hält trotzdem die Theorie vom „organisierten Kapitalismus", der allmählich zum Sozialismus hinüberleite, aufrecht. Jetzt geißelt Tarnow zwar mit den schärfsten Worten das widersinnige System des Kapitalismus, das auf der einen Seite Überfluß und Reichtum anhäufe und auf der andern Hunger und Not — aber er fordert die Hungernden nicht auf, dieses System zu stürzen, sondern ermahnt sie, es zu stützen; denn der Kapitalismus ist bloß krank, und die Sozialdemokratie steht ihm gegenüber als „Arzt, der heilen muß". Sie dürfe dem Patienten, sagt Tarnow, kein Gift geben, sondern müsse ihm zu neuer Gesundheit verhelfen.

Der Kapitalismus bringt also den Massen Hunger und Elend, aber sie dürfen ihn nicht vernichten, sondern müssen ihn wieder aufpäppeln. Das kann man eigentlich nicht mehr „Theorie" nennen; das ist ein Verlegenheitsgestammel, mit dem Tarnow sich und andere über den entscheidenden Punkt hinwegtäuschen will: die Arbeiterschaft hat nur die Wahl, unter großen Opfern den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat weiterhin zu stützen, oder ihre eigenen Interessen zu verteidigen, was sie sofort zum Kampf gegen Kapitalismus und Staat zwingen würde. Denn so ist heute die Lage (nicht weil irgendjemand das so wünscht, sondern weil die Entwicklung der Produktivkräfte und des Klassenkampfes zu diesem Punkt geführt hat): wenn die Arbeiterschaft heute entschlossen ihre Interessen vertritt, dann wird ihr sofort der Entscheidungskampf gegen den bürgerlich-kapitalistischen Staat aufgezwungen. (Überspitzt ausgedrückt: in der heutigen Situation führt jeder ernsthaft durchgeführte Streik zum Bürgerkrieg.)

Vom Thema darf nicht gesprochen werden. Der dritte Tag brachte die Berichte über die Politik der Reichstagsfraktion. Kaum eine Debatte darüber, ob die Tolerierungspolitik richtig war oder nicht (das wurde als selbstverständlich vorausgesetzt), kein Wort über den wichtigsten Punkt bei dieser Frage: über Preußen, und das Thema, das dem Parteitag hätte verhängnisvoll werden können: die neue Notverordnung, wurde kaum gestreift. „Wir kennen den Inhalt der neuen Notverordnung nicht und können deshalb nicht dazu Stellung nehmen", hat Sollmann gesagt. Und damit basta! Und ein solches schamloses Betrugsmanöver hat sich der Parteitag gefallen lassen! Erstens sind die Führer der Partei von Brüning ständig von den Beratungen über die Notverordnung unterrichtet worden, und zweitens hätte Sollmann nur 24 Stunden zu warten brauchen, dann hätte er den Inhalt der Notverordnung in allen Zeitungen lesen können. Statt dessen die Lüge: „Wir kennen den Inhalt nicht."

So hat die Reichstagsfraktion vom Parteitag die Vollmacht erhalten, die Notverordnung zu prüfen und dann dazu „Stellung zu nehmen", d. h. die Regierung Brüning weiterhin zu tolerieren. Nicht einmal die Einberufung des Reichstags ist auf dem Parteitag verlangt worden.

Und die Opposition? Es war zwar nicht so, wie

manche linksbürgerlichen Blätter in der Freude darüber, daß die SPD auch in Zukunft mit Brüning gehen will, meldeten, daß man von der Opposition gar nichts gemerkt hätte (es kam einigemale zu recht tumultuösen Auseinandersetzungen), aber man wird trotzdem sagen können, daß der Parteitag einen hundertprozentigen Erfolg für den Parteivorstand bedeutet. Und dieser Sieg ist, sportlich ausgedrückt, „verdient". Denn die Stellung der „linken" Opposition ist inkonsequent und unhaltbar. Der Parteivorstand sagt offen: wir sind nicht für den Sturz des Kapitalismus, höchstens für ein allmähliches Hinübergleiten in den Sozialismus; gegenwärtig müssen wir dem kranken Kapitalismus als Arzt beistehen, auch wenn die Arbeiterklasse dabei (wie jetzt bei der Tolerierung Brünings) Opfer bringen muß. Das ist einigermaßen konsequent (wenngleich durch diese Politik, die das Interesse des Kapitalismus vor das der Arbeiterschaft stellt, die Partei allmählich zerrieben werden oder ihren Charakter als Arbeiterpartei verlieren wird). Die „Linken" rufen: wir wollen das kapitalistische System stürzen, wir dürfen Brüning nicht mehr tolerieren!, wenn man sie aber fragt: ja, was dann —?, so folgt Schweigen. Und wenn, wie auf dem Parteitag, über die Frage debattiert wird, ob man nicht der deutschen Wirtschaft (doch wohl der kapitalistischen?) durch eine Auslandsanleihe wieder auf die Beine helfen solle, dann sind die „Linken" natürlich dafür. Heißt das nicht, „heilender Arzt" sein?

Solange die „Linken" nicht die Forderung aufstellen: die Arbeiterklasse muß für ihre Interessen kämpfen ohne Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaft, ohne Rücksicht auf den bürgerlichen Staat, so lange ist ihre Opposition wertlos. Und der Parteitag hat wohl die letzte Hoffnung, daß sie dazu fähig sind, begraben. Gerhard Stäbler

Nachbemerkung der Redaktion. Der vierte Tag (Mittwoch) scheint infolge einiger geschickter Vorstöße der Opposition doch noch etwas erregter geworden zu sein. (Auch die Anwesenheit des Kommunisten Torgler auf der Galerie scheint einen kleinen Krach verursacht zu haben.) Umso deutlicher freilich hebt sich der Sieg des Parteivorstandes ab. Nicht der Parteitag, sagte Breitscheid in seinem Schlußwort, hat die Richtlinien für die Führung der Politik zu geben, sondern die Reichstagsfraktion. „Ihr könnt sie ja bei den nächsten Wahlen zum Teufel jagen!"

Der sozialdemokratische Parteitag hat mit 324 gegen 62 Stimmen das Verhalten der „Neun" bei der Panzerkreuzer-Abstimmung mißbilligt und die Fraktion ermächtigt, in ähnlichen Fällen künftig Fraktionszwang zu beschließen. Die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Brüning wird gebilligt. Nach der amtlichen Veröffentlichung der neuen Notverordnung soll die Reichstagsfraktion zusammentreten und über die Einberufung des Reichstag entscheiden.

Das russische Wunder

Der einzige wichtige Rohstoff, den Rußland bisher nicht selbst produzieren konnte, Kautschuk, wird nunmehr dort aus einer in Kasakstan entdeckten Pflanze namens „Tau-Sagys" gewonnen. Die ersten hundert Kilogramm Kautschuk aus dem versuchsweisen Anbau von Tau-Sagys sind kürzlich der russischen Gummiindustrie übergeben worden.

Die Summe der Spareinlagen in den russischen Sparkassen beträgt jetzt ungefähr eine Milliarde Rubel.

Im russischen Zentral-Asien sind große Kalilager entdeckt worden. Sie sollen leichter abzubauen und ertragreicher als die staßfurter Lagerstätten sein.

An der Spitze der Kollektivisierung der Bauernwirtschaften in Rußland steht die Deutsche Wolgarepublik, wo jetzt 91 Prozent aller Betriebe (über 4 Millionen Wirtschaften) zu Kollektiven zusammengeschlossen sind.

Die (noch sehr unentwickelten) russischen Eisenbahnen haben im Jahr 1930 immerhin eine Gesamtbeförderung von 52 Milliarden Personenkilometern geleistet. (Vereinigte Staaten: 43, Deutschland 44 Milliarden PK.)

Am 15. Mai ist das Riesen-Erzbergwerk von Magnitogorsk eröffnet worden.

In Polen ist russische Kunstseide eingetroffen. Sie koster halb so viel als die polnische.

Spanien hat mit der russischen Nafta-Gesellschaft einen Vertrag auf Lieferung von jährlich einer Million Tonnen Benzin abgeschlossen. Spanien spart dabei viele Millionen Peseten.

Falsche Zeugen

Bemerkungen zu einer Artikelreihe von Heinrich Ströbel
vgl. Nr. 22 der S.-Z.

Die wichtigste Frage, die sich jeder Kriegsgegner vorlegen und beantworten muß, lautet: Ist die Abschaffung des Krieges innerhalb des kapitalistischen Systems möglich? Andersrum betrachtet: Ist der Kampf mehr für den Frieden und gegen den Krieg oder mehr für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus zu führen?

Heinrich Ströbel behandelt diese Frage in Nr. 16 des „Andern Deutschland" und kommt zu der Antwort: „Ohne Völkerfrieden kein Sozialismus!" (Womit unausgesprochen gesagt ist, daß der Völkerfrieden schon im Kapitalismus möglich ist.) Seine Folgerung ist dann natürlich: die Hauptaufgabe der Sozialisten ist der Kampf für den Frieden. Denn Kriege, so zitiert er aus einem Brief eines pazifistischen Freundes, „schwächen die Arbeiterklasse ..., nicht den Kapitalismus; Kriege führen zu Revolten, nicht zu Revolutionen (Rußland ist ein besonderer Fall) und zum Sozialismus".

Mit Verlaub, das ist nicht richtig. Sämtliche proletarischen und halbproletarischen Revolutionen in Europa (d. h. alle europäischen Revolutionen im Zeitalter des Imperialismus) sind im Gefolge eines Krieges ausgebrochen: der pariser Kommune-Aufstand 1871, die erste russische Revolution 1905, die zweite 1917, die deutsche Revolution 1918. Der geschichtlichen Erfahrung nach scheint also im Zeitalter des Imperialismus ein enger Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution zu bestehen. (Es ist doch schon von vornherein klar, daß die Massen dann den revolutionären Weg beschreiten, wenn sie am meisten leiden und den „Schwindel", wie man 1918 sagte, am ehesten durchschauen; und das ist während eines Kriegs der Fall.)

Daß nicht jede Revolution siegreich ist und zum Sozialismus führt, ist klar. Ebenso, daß mit der Feststellung des Zusammenhanges zwischen Krieg und Revolution noch nichts darüber gesagt ist, wie sich ein revolutionärer Sozialist zum Krieg (oder zu den verschiedenen Arten des Krieges) verhalten soll (das ist ein sehr schwiergies Thema). Festgehalten werden soll heute nur, daß derjenige, der, wie Ströbel, behauptet, Kriege begünstigten die Revolutionen nicht, sich nicht auf die geschichtliche Erfahrung berufen darf; denn die sagt das Gegenteil.

◆

Für seine These, die Hauptaufgabe der Sozialisten sei der Kampf gegen den Krieg, hat Ströbel noch einen andern Zeugen: die Vorkriegssozialdemokratie. Um zu beweisen, daß „der Kampf um den Völkerfrieden nach den Kundgebungen der höchsten internationalen Instanz des Welt-Sozialismus die wichtigste und unerläßlichste Aufgabe der Sozialdemokratie" ist, zitiert er u. a. einen Satz aus der Resolution des Sozialistenkongresses von Stuttgart (1907), in dem es heißt, die Sozialdemokratie sei „verpflichtet, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung des kapitalistischen Klassenstaats zu beschleunigen".

Ströbel hätte diesen Satz nicht zitieren dürfen; denn er zeigt klar, daß für die Sozialdemokraten 1907 nicht der Kampf gegen den Krieg, sondern der gegen den Kapitalismus im Vordergrund stand. Man darf auch daran erinnern, daß Lenin 1914—1917 in hunderten von Aufsätzen (die jetzt in Band 18 und 19 seiner Werke vorliegen) die internationale Sozialdemokratie unermüdlich bearbeitet hat, sie solle den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen den Kapitalismus umwandeln — immer unter Berufung auf jenen von Ströbel zitierten Satz aus der stuttgarter Resolution. Und dann möchte man Heinrich Ströbel empfehlen, doch einmal die ganze Resolution zu lesen. In ihr steht u. a., „daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen", und, noch deutlicher: „Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist."

Auch hier wiederum: mit der Feststellung des Inhaltes der stuttgarter Resolution ist noch nichts darüber gesagt, wer nun recht hat: Ströbel oder die Resolution. Festgehalten soll heute nur werden: die Vorkriegssozialdemokratie hat bei der Frage „Wie bekämpft man Krieg und Militarismus?" mit einer marxistischen Analyse der politischen Lage begonnen („Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt" usw.) und dann klar ausgesprochen: „Kriege liegen im Wesen des Kapitalismus"; also muß man am Sturz des Kapitalismus arbeiten und das kann man u. a. dadurch, daß man den Krieg zur Revolutionierung der Massen ausnützt (was man natürlich nur tun kann, wenn man von Anfang an gegen den Krieg gekämpft hat). Ströbel sagt: Kriege sind nicht wirtschaftlich bedingt, sie sind das Werk größenwahnsinniger Generale, sie liegen nicht im Wesen des Kapitalismus, Hauptaufgabe ist nicht der Kampf gegen den Kapitalismus, sondern der gegen den Krieg; und wie er sich verhalten wird, wenn der nächste Krieg durch eine gewaltsame Revolution beendigt wird, das ist nicht klar. Woraus doch deutlich genug hervorgeht, daß er nicht das Recht hat, sich auf die Vorkriegssozialdemokratie zu berufen. L.

Keine Illusionen!

Curtius und Brüning sind nach England abgereist, um den englischen Premierminister Macdonald übers Weekend auf seinem Landsitz in Chequers zu besuchen. Wenn man manchen deutschen Zeitungen glauben will, werden sie den Engländern die Pistole auf die Brust setzen: entweder gebt ihr uns eine Anleihe oder wir zahlen einfach nicht mehr.

In Wirklichkeit werden sie das nicht tun, sondern nur sehr unverbindliche Gespräche über die Reparationen führen. Denn ob wir Zahlungsaufschub oder eine Anleihe erhalten, darüber haben nicht die Engländer zu entscheiden, sondern die Franzosen und Amerikaner.

Man muß also rechtzeitig vor Illusionen warnen.

Die „Frankfurter Zeitung" wendet sich in einer sehr scharf gefaßten Notiz gegen den Landbund, der die verarmende Masse der Konsumenten verhöhne, indem er von „Brotpreisrummel" und „Brotpreispsychose" spreche. „Es wird ja auch einmal die Zeit kommen, wo das verzehrende Arbeitsvolk im Verein mit dem unterdrückten Bauerntum mit jener Großagrarierpsychose Schluß machen wird, in der wir seit einem halben Jahrhundert befangen sind und die unser Elend war und noch ist." — Bolschewistisch geworden?

Die Berater

Kaum war die Österreichische Kreditanstalt durch das Einspringen der Regierung und die Hilfe der BIZ in Basel vor einer Katastrofe gerettet, als statt dem erwarteten plötzlichen Sturz ein langsames Abgleiten begann. Das Mißtrauen der an der Bank Beteiligten war erwacht: konnte man einem Land, in dem ein solcher Zusammenbruch möglich, noch trauen? Was beim ersten Krach vor drei Wochen nicht der Fall war, trat jetzt ein: von Paris, London, New York wurden Kredite gekündigt, die Bank konnte zum zweitenmal nicht mehr weiter. Und nicht nur die Bank war bedroht, sondern auch die österreichische Währung, und selbst in Berlin war ein leises Beben (vermehrte Nachfrage nach Devisen) zu spüren. Die österreichische Regierung mußte zum zweiten Male helfen, durch Übernahme einer Garantie in Höhe von 1100 Millionen Schilling.

Außerdem ergriffen die französische Regierung und die französischen Finanzleute die Gelegenheit, Österreich noch stärker an goldene Ketten zu legen. Als „Berater" der Kreditanstalt ist Professor Rist aus Paris in Wien eingetroffen, und zwei andere Franzosen, Vertreter der BIZ, werden als „Berater" der Österreichischen Nationalbank über die österreichische Währung wachen.

Österreich sei eine Kolonie, habe ich in der letzten Nummer der S.-Z. geschrieben. Die Österreicher selber reden jetzt von Finanz-Sklaverei. Der Zollunionsplan, der „Schulter an Schulter" mit Deutschland gemachte Versuch, selbständig Politik zu treiben, hat damit geendet, daß Österreich heute unselbständiger ist als je. Ob Schober das überdauern wird? K. Rieger

---

Auf einer Tagung des „Langnamvereins" haben letzte Woche die Herren von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie folgende Forderungen aufgestellt: höhere Zölle für Industrieprodukte, Senkung der Besitz- und Vermögenssteuern, Einschränkung der Sozialpolitik, Abschaffung des Tarifrechts, Herabsetzung der Löhne, Schaffung eines Regierungsdirektoriums mit diktatorischer Vollmacht. (Der Sozialdemokratische Pressedienst weiß nichts Besseres als dieser Meldung hinzuzufügen, die Industriellen hätten ihre Rußlandreise offenbar zum Studium benützt, wie man die Arbeiter am besten hungern lassen könne.)

Etappe

Die „Etappenbullen" führen heute wieder das große Wort; die „Frontsoldaten" im Stahlhelm und andern Verbänden marschieren im Paradeschritt begeistert an ihnen vorbei. Seit 1918 ist manches vergessen worden! D. Red.

... Es gab wohl keine Formation im Großen Hauptquartier (in Charleville), die solch hohe Zahl von Gutscheinen für Getränke mit wahnsinnigen Summen aufzuweisen hatte, wie der große Generalstab.

Ein verwöhnter Genießer in französischen Kognacs ist der Generalintendant gewesen. Den Herrn zu befriedigen war eine Qual. Sein Adjutant hat sich mehrere Tage damit beschäftigt, von allen vorrätigen Kognacjahrgängen je eine Probeflasche herbeizuschaffen. Mit einem Dienstauto raste ich fortwährend hin und her, als ob die wichtigsten Dinge zu erledigen wären. Aber immer noch nicht war der Gaumen des Generalintendanten befriedigt. Ich war schier verzweifelt. Jeder Jahrgang war zu herbe, nicht ölig genug. In meiner Not griff ich zu einer List. Ich goß einige Tropfen edlen Madeira in eine Flasche Kognac, erdichtete mit dem französischen Weinhändler zusammen einen neuen Namen und siehe da, ich war gerettet.

In den Kasinos weiter nach unten war die Verpflegung weniger feudal. Doch die Tafelfreuden schlugen dieselben Wellen und traten nicht unbeträchtlich über die Ufer des Anstandes. Ein bekanntes Offiziersspeisehaus war der sogenannte „Salon des Familles" oder „Festhalle". Dort herrschte Großbetrieb. Alle 14 Tage lieferte ich zweimal 220 Liter Faßwein. Karaffenweise wurde er verabreicht. Aber an Sonntagen und bei großen Siegesfeierlichkeiten marschierten die edlen Flaschen batterienweise auf. Der Weinkeller dieses „Salon des Familles" schien unerschöpflich zu sein. Der geflohene französische Besitzer hatte auf Jahre hinaus seine Vergnügungshallen mit Vorräten an Wein und Likören versorgt. Für die Deutschen reichte es nur für Monate. Selbstverständlich stieg in vorgerückter Stunde die Stimmung. Trunkfest grüßten Auserwählte das Morgenrot. Für die nötige Unterhaltung diente Gesang mit Klavierbegleitung und Ringkämpfe unter Indianergeheul.

In zwei Kasinos der letzten Kriegsjahre trieb man's toller als die flottesten Korpsstudenten bei ihren Kneipen. Entweder stieg den Herren mit dem Wein auch der Größenwahn in den Kopf und sie gröhlten Befehle an die schlaftrunkenen Ordonnanzen mit überkippender Stimme in den Morgen hinein, oder andere spielten im Kasinogarten Pferdchen wie unsere Kleinen in den Kinderstuben. An einem hellen Sommermorgen habe ich gesehen, wie eine Korona von Offizieren kreisförmig um eine Suppenterrine standen und sie gemeinschaftlich als Nachtgeschirr benutzten. Die Bevölkerung und unsere Soldaten schauten dem Schauspiel zu.

Aus: Charleville, von W. Appens

◆

... Der Kronprinz frönte, immer feste druff, seinem „Familiensinn" offener und ungezügelter als je, und in Charleville, seinem letzten Hauptquartier, lief eine ganz niedliche Anzahl junger Mädchen und jüngerer Frauen herum, die von den wissenden Feldgrauen mit der scherzenden, aber vielsagenden Anrede „Königliche Hoheit" begrüßt wurden.

Aber diese kleine Schwäche wurde von seinem guten Herz für seine Soldaten tief in den Schatten gestellt. Ihrer gedachte er mit echt landesväterlicher Fürsorge.

So rief er eines Tages, als er im blütenweißen Tennisdreß vor seinem herrlichen Quartier stand, den an ihm vorbeiziehenden „Frontochsen", die in die tausend Höllen der Dauerschlacht um Verdun marschierten, anfeuernd zu: „Macht es gut, Kameraden!" und winkte ihnen dabei vergnügt lächelnd mit seinem Ballschläger zu.

Und er fand trotz seiner anstrengenden Beschäftigung mit dem Ewigweiblichen noch genug Muße, sich im Hauptquartier zur sonstigen Kurzweil zwölf aalglatte und immer aufs beste gefütterte und gepflegte Vollblutpferde und einen leibhaftigen, gleichfalls gute Bedienung erfordernden großen Affen zu halten.

Die fürchterlichen Opfer, die für seinen Traum, die Bezwingung Verduns, schon gebracht worden waren, hielt er noch nicht für genügend. Er erließ deshalb am 27. 10. 1916 folgenden Befehl:

„Eine der bedauerlichsten Folgeerscheinungen für die zersetzenden Einflüsse der schweren Kämpfe an der Westfront ist unser verhältnismäßig hoher Verlust an unverwundeten Gefangenen.

Ich verkenne keineswegs, daß es Lagen geben kann, in denen ein weiterer Widerstand nutzlos ist. Solche Fälle können eintreten, wenn Leute verwundet oder wehrlos sind, wenn einzelne Leute oder Abteilungen umzingelt und von allen Seiten mit erdrückender Übermacht angegriffen werden.

Wir müssen aber an dem Standpunkt festhalten, daß es für einen Truppenteil gemeinhin als eine Schande gelten muß, sich mit der Waffe in der Hand gefangen zu geben.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Auffassung vielfach der Truppe verloren gegangen ist und lenke das Augenmerk der Kommandierenden Generale und der Divisions-Kommandeure eindringlich auf diese Frage.

Hauptsächlich wende ich mich aber an meine Regiments-Kommandeure als die verantwortlichen Träger für den Geist und die Disziplin der Truppe. Von ihrer verständnis- und kraftvollen Einwirkung erwarte ich, daß in dieser Auffassung ein Wandel eintritt und daß in meiner Armee die Auffassung gilt:

Lieber in Ehren untergehen, als leben ohne Ehre!

Der Oberbefehlshaber: Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen."

„Lieber in Ehren untergehen ...", das heischte der Mann, der zum Heile des deutschen Volkes nicht Kaiser wurde und es vorzog, lieber „ohne Ehre" weiterzuleben, von — den andern.

Und das verlangen auch alle anderen ehemaligen glorreichen „Etappenbullen", die schon wieder die große Schnauze haben, morgen erneut wieder von allen Dummen, die sich von ihnen als Kanonenfutter mißbrauchen lassen.

Aus: Erotik und Spionage, von Heinrich Wandt

Eine Frau allein

„Eine Frau allein" (Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt am Main) ist die Lebensgeschichte der Amerikanerin Agnes Smedley, der jetzigen Korrespondentin der „Frankfurter Zeitung" für den fernen Osten. „Lebensgeschichte" ist allerdings insofern zu viel gesagt, als A. S. noch lange nicht in dem Alter ist, in dem man zurückschaut, sondern mitten in den Jahren tätiger Leistung und regster Wirksamkeit.

Smedley schildert also ihre Jugend, ihre Entwicklung, ihr Heranreifen zu der selbstbewußten, unabhängigen, politisch tätigen Frau, die sie heute ist. Sie wächst — neben mehreren Geschwistern — als Kind eines trunksüchtigen Vaters halbindianischer Abstammung und einer arbeitsamen, früh sich verbrauchenden Mutter auf. Aus den Brüdern und Schwestern wird nicht viel; Agnes aber ist das Kuckucksjunge im Nest der zahmen Zeisige. Sie geht mit Bergleuten, Farmern, Cowboys um und beweist von früh an ihren scharfen Blick für Realitäten: für menschliche Eigenarten wie für soziale Zustände. Mit Unterbrechungen und unter viel Sorgen besucht sie Schulen, wird Lehrerin und geht später als Stenotypistin zu einer Zeitung. Von dort aus macht sie den Sprung in die Journalistik, die ihr zum Lebensberuf werden soll. Ihre Geschichte ist die der Selbsterziehung und Selbstbezähmung einer kleinen Wilden. Noch als Redakteurin einer Schulzeitung, als Mädchen von siebzehn Jahren, hat sie in ihrem Zimmer eine mexikanische Decke, ihren Reithut, ihre großen ledernen Reiterhandschuhe an der Wand hängen,

Das graue Elend

Während Herr Brüning an Notverordnungen laboriert, die immer noch größere Beschneidungen der Löhne, Unterstützungen und Renten bringen, kommen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands Meldungen, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß die stille Not in Bauerndörfern und Arbeitervierteln um vieles schlimmer ist als diejenige, die sich in lauten Protestversammlungen darbietet.

Frankenwald

Aus dem Rodachtal im Frankenwald sendet eine große Anzahl Bauerngemeinden dringende Hilferufe an die Öffentlichkeit. In den dicht bevölkerten Dörfern herrscht bittere Armut, da Waldarbeit und Heimindustrie infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise vollständig brachliegen. Die Dörfer, die infolge ihrer Abgelegenheit von jeher zu den Elendsgebieten gehörten, stehen jetzt vor dem Erliegen. Hunderte von Familien sind völlig brotlos. Familien von acht und mehr Personen leben von einer wöchentlichen Wohlfahrtsunterstützung von 10 bis 12 Mark. Die Gemeinden sind überschuldet und werden bald überhaupt nichts mehr leisten können.

Thüringer Wald

Der gleiche Notschrei kommt aus dem südöstlichen Teil des Kreises Hildburghausen im Thüringer Wald. Dort sind die Dörfer Schnett, Heubach und Fehrenbach besonders schwer betroffen. In Schnett z. B. haben von 297 Haushaltungen nur noch 59 ein eigenes Einkommen; 238, also rund 80 Prozent beziehen irgendwelche Unterstützung und müssen davon kärglich leben: 37 beziehen Arbeitslosenunterstützung, 34 Krisenunterstützung, 102 Wohlfahrtsunterstützung von höchstens 9 Mark die Woche. (Zum Vergleich: unter den Städten marschiert Breslau mit 41 Wohlfahrtsunterstützten auf je 1000 Einwohner an der Spitze.) Eine vierköpfige Familie lebt in Schnett durchschnittlich von 34 Mark Unterstützung monatlich, während im Reich der Durchschnitt sogar für eine zweiköpfige Familie 63 Mark monatlich beträgt. Man sieht: es gibt in der Verelendung offenbar keine Grenzen. Das Resultat ist hier aber auch darnach: 33 Prozent der Kinder sind tuberkulös (in einer Waldgegend!), 17 Prozent hochgradig schwächlich und 55 Prozent untergewichtig. Diesen Leuten wird Herr Brüning die Hungerrationen noch mehr beschneiden; sie werden sozusagen auf dem Verordnungswege zugrundegehen.

Berlin

In Berlin-Mitte, das etwa 300 000 Einwohner zählt, wurden im Februar rund 63 000 Erwerbslose registriert; 35 Prozent der Bewohner sind zurzeit arbeitslos und Rentenempfänger. Die Leute können vielfach ihre teuren Wohnungen nicht mehr halten, trotz weitgehender Untervermietung; im Jahr 1930 wurden in dem Bezirk 715 Exmittierungen vorgenommen.

Aber auch in den Siedlungen der Vororte, wo eine idyllische Fassade „trautes Heim" mit dazugehörendem Familienglück vortäuscht, sind die Zustände geradezu vernichtend. In der Großsiedlung Brietz zum Beispiel sind, wie aus einer Erhebung von „Berlin am Morgen" hervorgeht, zurzeit 38 Prozent der Mieter überhaupt nicht mehr imstande, ihren Mietsverpflichtungen nachzukommen. In der rund 3000 Haushaltungen umfassenden Siedlung schweben zurzeit über vierhundert Exmissionsklagen. Was eine Exmission für die Betroffenen bedeutet, geht daraus hervor, daß bei Erlaß eines Räumungsurteils kein Recht auf eine Ersatzwohnung mehr ausgesprochen wird.

Preußen

Zum 30. April dieses Jahres sind in Preußen 709 769 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden gegenüber 682 564 am Ende des Vormonats; also eine Zunahme um 27 205, die die Märzzunahme (17 456) erheblich übersteigt. Durchschnittlich entfallen in Preußen jetzt 18,6 Wohlfahrtserwerbslose auf 1000 Einwohner.

Max Winkler

Zur Konzentration des Kapitals: Die Zahl der Aktiengesellschaften in Deutschland ist von 1925 bis 1930 von 13 010 auf 10 970 zurückgegangen; das Kapital dieser Gesellschaften ist von 19 auf 24 Milliarden gestiegen, das Durchschnittskapital pro Aktiengesellschaft demnach von 1,47 auf 2,21 Millionen Mark.

Wära

Die Anhänger Silvio Gesells haben Jahre hindurch um die Anerkennung ihrer Schwundgeld-Theorie gekämpft. Sie sind verlacht, bekämpft, verfolgt worden. Jetzt, mitten in der großen Wirtschaftskrise, ist ihnen ein — wenigstens einstweiliger — Erfolg beschieden. In Schwanenkirchen im Bayrischen Wald läuft seit einiger Zeit ihr eigenes Geld, „Wära" genannt, um, und die ganze Gegend profitiert davon.

Die ganze Theorie des „Schwundgeldes" soll hier nicht auseinandergesetzt werden. Es sei nur auf eine wesentliche Eigenschaft des neuen Zahlungsmittels aufmerksam gemacht. Das Geld muß, nach Silvio Gesell und den Fysiokraten, an Wert verlieren, nicht aber im Wert konstant bleiben und gar noch Zinsen bringen. Wenn sein Wert automatisch sinkt, hat keiner ein Interesse daran, es festzuhalten, sondern nur daran, es in Umlauf zu bringen, es gegen Waren einzutauschen. Die Wirtschaft wird also im Fluß bleiben; es kann keine Stauung durch die Anhäufung von Geld eintreten. Die Theorie ist umstritten; man kann ihr zweifelnd gegenüberstehen; man kann sich sagen: erst die Praxis wird (nach vielleicht langer Zeit) erweisen können, ob die Theorie richtig ist; man kann und wird vor allem bezweifeln, daß diejenigen Fysiokraten recht haben, die glauben, vom Geld her die Wirtschaft umkrempeln, durch die Einführung der Wära den Kapitalismus erledigen zu können. Aber man kann trotzdem das Bestehende der Lehre erkennen und wird mit Interesse die Praxis der Wära-Wirtschaft verfolgen müssen.

Diese Praxis sieht bis jetzt so aus: Schwanenkirchen und seine Umgebung litten unter großer Not, weil ein dort befindliches Braunkohlenbergwerk still lag. Die Fysiokraten setzten darauf die Grube mit 50 000 Wära wieder in Betrieb. Eine Wära ist gleich einer Reichsmark; sie verliert aber jeden Monat ein Hundertstel ihres Wertes. Damit sie wieder vollwertig wird, ist es nötig, eine Marke im Werte eines „Cents" — also eines Pfennigs — aufzukleben. Natürlich ist es Produzenten, Händlern und Konsumenten lieber, sie haben ein (langsam) schwindendes Geld als überhaupt keines. Auch das Risiko, gerade an den Stichtagen die Wära in den Händen zu haben und sie durch Aufkleben einer Cent-Marke wieder aufwerten zu müssen, schreckt da nicht ab, umso weniger, als heute alle Volkskreise bei Kauf und Verkauf mit weit größeren Verlusten zu rechnen haben als mit einem Hundertstel.

Seit der Einführung der Wära zirkuliert in Schwanenkirchen und Umgebung das Leben wieder. Die Arbeit blüht, der Handel funktioniert, die Verbraucher verdienen ihren Lohn und können damit einkaufen. Arbeit und Brot sind wieder da — ohne Herrn Brüning und trotz ihm.

Auf diesen Erfolg hin haben sich in Berlin schon mehr als hundert Geschäfte bereit erklärt, die Wära anzunehmen, in Hamburg dreihundert. In Schmölln in Thüringen läuft Wära gleichwertig mit der Reichsmark um; in Ostfriesland soll eine Eisengießerei ihre Löhne in Wära zahlen, eine Dampfschiffreederei sie annehmen. Im ganzen Reiche, sagen die Fysiokraten, akzeptieren schon einige tausend Geschäfte das neue Geld. Es gibt schon Werbeprospekte in fremden Sprachen. Die Fysiokraten wollen es erreichen, daß Wära international anerkannt wird; Genf soll der Ausgabeort, der 1. Jänner 1935 der Ausgabetag der internationalen Emission werden.

Man wird die Wära nicht so leicht abtun dürfen. Mindestens muß man sich mit der Sache beschäftigen. Noch mag man sagen können, es handle sich einfach um Gutscheine, denen kein realer Wert innewohne; aber die große Frage ist ja: muß dem Geld tatsächlich ein materieller Warenbestand (Gold) zugrundeliegen, oder genügt die offizielle Anerkennung, um aus einem Gutschein einen Geldschein zu machen? Die Fysiokraten sagen ja, wie mir scheint; wenn sie recht haben, werden die Wära-Scheine in dem Augenblick Wert- und Geldscheine sein, in dem die internationale Finanzwelt, das internationale Kapital und die Regierungen sie anerkennen.

Die Verwirklichung dieses Ziels: Entthronung des Geldes, erscheint theoretisch leicht. Praktisch freilich wird sie kaum zu erhoffen sein: denn so wenig wie vor friedlichen Protesten des internationalen Proletariats werden die Herren der Welt — nämlich: der Mark, des Pfunds, des Dollars — vor der Logik der Schwundgeldtheorie auf die Herrschaft und ihr Herrschaftsmittel, das Geld, freiwillig verzichten.

Franz Kury

Die Gynäkologen

In Frankfurt haben sich vor einigen Tagen die deutschen Gynäkologen versammelt. „Im Mittelpunkt der Verhandlungen", sagt die „Frankfurter Zeitung", „standen die wichtigen Fragen der schonenden Entbindung und der Geburtenverhütung". Zunächst sprach Professor Sellheim-Leipzig. Er betonte die Notwendigkeit der Fürsorge für Mutter und Kind. Er wünscht vor allem auch, daß „die vorhandenen Schonungsmittel jeder Frau zugute kommen", es muß z. B. von der Möglichkeit, bei Geburten den Schmerz zu lindern, Gebrauch gemacht werden. Damit setzt sich Professor Sellheim natürlich in scharfen Gegensatz zur großen Masse der meisten praktischen Ärzte in Klein- und Mittelstädten und auf dem Land: die betrachten es ja als eine Sünde gegen Gott, wenn sie dazu beitragen, daß ein Weib nicht „in Schmerzen gebären" kann.

Der nächste Referent, Professor Hirsch, stellte eine Reihe von Forderungen hinsichtlich Gattenwahl, Geburtenregelung, Schwangerenfürsorge, Mutterschutz auf, die ihn jedem sympathisch machen müßten, der diese Probleme nicht aus dem Beichtstuhl oder aus dem Braunen Haus anschaut.

Dann kam Professor Fränkel aus Breslau an die Reihe. Er sprach über Sterilisierung (Unfruchtbarmachung) und Konzeptionsverhütung (Empfängnisverhütung). Die Sterilisierung aus sozialen Gründen lehnt er rundweg ab. Was die Schwangerschaftsverhütung betrifft, so ist er zwar dafür und wünscht, daß sich die Kassen an ihr beteiligen. Aber ja nicht zu erfolgreich! Und ja nicht nach dem Belieben der Frauen! „Es sollen aber nicht öffentliche Stellen gegründet werden, wo wahllos jede weibliche Person sich schützen lassen kann, vielmehr muß dem einzelnen Arzt diese Tätigkeit vorbehalten bleiben. Ein Arzt, mit dessen Weltanschauung sich die „Contraception" im allgemeinen oder im einzelnen Falle nicht verträgt, kann sie verweigern." So faßt die „Frankfurter Zeitung" Fränkels Meinung zusammen. Der Herr Referent ist strenger als das Gesetz: das erlaubt — selbstverständlich — die Vorbeugung; aber dieser Vertreter der Heilkunde hat eine Heidenangst, daß sich „weibliche Personen" „wahllos" Pessare einsetzen lassen könnten. Man muß das ins Ermessen der einzelnen praktischen Ärzte mit ihren von den Vätern zugleich mit der Praxis ererbten „Weltanschauung" stellen. Außerhalb der Großstädte — das wäre die Folge dieses Prinzips — würden die Frauen keine Hilfe finden; da müßten sie Kinder in die Welt setzen, noch und noch, weil es dem Herrn Doktor so gefiele. Ja, ich weiß von einem Fall, da selbst in einer Großstadt, in Mannheim, ein Arzt, der keineswegs der älteren Generation angehörte, sich fast auf den Kopf stellte, als an ihn das Ansinnen gestellt ward, einem Mädchen ein Pessar einzusetzen. Hätte sich die Besucherin nicht schließlich als Medizinerin bekannt, so wäre sie wahrscheinlich abgewiesen worden.

Es bedarf keiner Frage, daß in der Diskussion die Herren Gynäkologen wacker in die Kerbe hieben, die Herr Fränkel geschnitzt hatte. Die meisten hatten es, statt mit ihrem Fach, der Medizin, mit der Theologie, das ist so bei den Medizinmännern — eine Beobachtung, die man selbst bei den primitivsten Völkern machen kann.

Ein Hauch ihres, hm, Geistes hat auch in einem von der Versammlung angenommenen Leitsatz seinen Niederschlag gefunden. Er heißt: „Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie anerkennt die Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen. Sie verlangt jedoch, daß diese Stellen nur von solchen Ärzten, die sich auch ihrer Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes bewußt sind, nach ärztlichen Grundsätzen geleitet werden. Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie legt ganz besonders Verwahrung dagegen ein, daß solche Beratungsstellen zu Einrichtungen herabgewürdigt werden, die nur der Verbreitung antikonzeptioneller Mittel dienen sollen." Ärzte, die sich nicht darauf einlassen, ihre Hilfe nach reaktionären Gesichtspunkten abzustufen, zu gewähren oder zu versagen, werden also als solche diffamiert, die sich „ihrer Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes nicht bewußt sind". Statt ihre Pflicht zu tun, sollen die Mediziner sie verweigern. Und die Sexualberatungsstellen sollen auf keinen Fall sich mit dem befassen, was unter anderem ihres Amtes ist, sondern die Erfüllung einer ihrer wichtigsten Aufgaben nach Möglichkeit unterlassen. Deutsche Mediziner 1931!

Karl Fehr

---

während am Bettpfosten der Ledergürtel mit dem Revolver baumelt und auf dem Schreibtisch ein Dolch als Brieföffner liegt, der Dolch, mit dem sie sich später gegen einen Überfall wehrt. Dieses Mädchen aus der Wildnis hat schon als Kind zwei entscheidende Einsichten. Vielleicht sind sie ihr nicht in ihrer ganzen Tragweite bewußt; aber sie beobachtet und zieht Schlüsse, und diese Schlüsse heißen: Der Arme ist dem Reichen wehrlos ausgeliefert; man muß aus der Tiefe heraus und dem Reichen auf seinem eigenen Grund und Boden als Gegner gegenübertreten. Und: Die Frau wird durch die Ehe versklavt; es liegt nicht am einzelnen Mann, sondern in der Natur der Sache. — Diese beiden Eindrücke und Einsichten verbinden sich bei ihr zum Leitmotiv ihres künftigen Handelns; sie bestimmen jeden Schritt, den sie tut.

Trotz ihrer Erkenntnis heiratet Smedley zweimal, und beide Male kommt es zur vorhergeahnten Krise. Diese Frau spricht unbefangen und offen über sich, wie es bisher nur Männer wagen konnten — weil unsere Gesellschaftsordnung nur Männern das Recht zugestand, auszusprechen, daß sie einen Leib und sexuelle Regungen haben. Agnes Smedley ist ein Selfmadewoman im besten Sinn des Wortes: ihre scharf und herb herausgearbeitete Persönlichkeit hat sie sich selbst geformt; sie hat aus sich einen Menschen gemacht, der seinen Platz in der Welt kennt und ihn zu behaupten nicht nur entschlossen, sondern auch befähigt ist. Ihr Buch ist prachtvoll und einzigartig.

Ich weiß nicht, ob A. S. Kommunistin ist. Sicher ist aber, daß sie schon während des Weltkriegs für die aufständischen Inder gearbeitet hat und dieser Arbeit wegen lange gefangen gehalten wurde. Sie hat sich die Tätigkeit unter den erwachenden Völkern Asiens zur Lebensaufgabe gemacht; sie steht seit vielen Jahren ganz in diesem Kampf für die Befreiung der unterjochten Völker. Ihre Berichte über China, über die Filippinen, über die Zustände im kolonisierten fernen Osten fallen durch ihre Gründlichkeit, Zielbewußtheit und durch ihr entschiedenes Eintreten für die Sache der Unterdrückten aus dem Rahmen der üblichen schönfärberischen, pro-europäischen (bzw. -amerikanischen) oder feuilletonistisch vagen Reportage der kapitalistischen Berichterstatter heraus. Sie sind etwas Einmaliges wie ihre Verfasserin. B.

Agnes Smedley an der Arbeit

... Später erhielt ich (von der sozialistischen Zeitschrift „Call") den Auftrag, über den Hochverratsprozeß, der zwei Arbeiterführern wegen Gründung der amerikanischen kommunistischen Partei gemacht wurde, zu referieren. Einer von den beiden war ein Ire. Täglich saß ich im Gerichtssaal, schrieb alle Aussagen nach und berichtete darüber für die Zeitung, die große Zuverlässigkeit und Genauigkeit verlangte, da sie immer vor der Gefahr des Verbots stand. Als der Angeklagte schließlich verurteilt wurde und nach Sing-Sing verschickt werden sollte, erkundigte ich mich, mit welchem Zug der Transport vor sich gehe. Ohne vorher mit dem Redakteur darüber zu sprechen, bestieg ich diesen Zug und durchlief, als wir ein gutes Stück aus der Station heraus waren, sämtliche Wagen, bis ich ihn fand. Zwei bewaffnete Detektive saßen an seiner Seite.

Eine Weile beobachtete ich die drei. Die zwei Detektive, die offenbar auch Iren waren, redeten eifrig auf den Gefangenen ein. Schließlich entschloß ich mich sie anzusprechen. Der Verurteilte, der mich kannte, starrte mir voller Staunen ins Gesicht, als ich den Detektiven mitteilte, ich sei eine Freundin ihres Gefangenen und wünsche ihn nach Sing-Sing zu begleiten. „Es wird lange dauern, bis ich ihn wiedersehe," klagte ich mit schmerzlicher Stimme, so daß die Detektive meinen mußten, ich sei seine Geliebte. Der eine lächelte und flüsterte dem anderen etwas ins Ohr, während der Gefangene, der die Situation sofort begriff, antwortete: „Ja, zehn Jahre ist eine lange Zeit, bis ich sie wiedersehe — darf sie nicht ein wenig hier neben mir sitzen?" Nach einigem Hin und Her erlaubten sie mir, den Gefangenen nach Sing-Sing zu begleiten.

So saßen wir nebeneinander und sprachen über Irland und die irische Arbeiterbewegung, bis wir die Stadt erreichten, wo wir den Zug verlassen mußten. Die Detektive geleiteten den Verurteilten durch die Stadt auf die Landstraße, wo wir dann zusammen langsam vorangehen durften. Arm in Arm wanderten wir dahin, während die beiden Detektive in einiger Entfernung, in eine Unterhaltung vertieft, folgten. Der Ire beugte seine hohen Schultern herab, ich schmiegte mich hinein und verbarg mich so vor den Blicken der Detektive, während ich stenografisch einen Aufruf an die Arbeiter Irlands und der Vereinigten Staaten aufnahm. Endlich erreichten wir Sing-Sing. Da man glaubte, ich sei seine Geliebte, erlaubte man mir, zuzuschauen, wie er gewogen, seine Größe gemessen, Fingerabdrücke abgenommen und die Personalien registriert wurden. Dann führte man ihn durch ein großes eisernes Tor einen langen Korridor hinunter. Ich preßte mein Gesicht gegen die Gitterstäbe, seine hohe Gestalt verschwand, und durch die Tränen hindurch, die mir plötzlich in die Augen schossen, sah ich, wie er am Ende des Korridors seine Hand zu einem letzten Gruß erhob. Dann verließ ich das Gefängnis von Sing-Sing, setzte mich an den Wegrand und schrieb meinen Bericht über die Verurteilung, seine Einkerkerung und seinen letzten Aufruf.

Es war Mitternacht, als ich dem Chefredakteur den Bericht übergab. Obschon der „Call" das Organ der sozialistischen Partei war und der Aufruf des kommunistischen Führers eine scharfe Kritik der Sozialisten enthielt, veröffentlichten wir ihn ohne Kürzungen.

Die Sammlung Borst

Stuttgart hat seit Anfang Juni eine Gemäldegalerie mehr. Hugo Borst hat seine mit Liebe und Sachkenntnis zusammengestellte schöne Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie ist auf sehr einfache Weise geworden; man kann ihr Wachsen nacherleben. Ihren Kern und Keim bildeten die Werke einheimischer Künstler; um sie legte sich ein weiterer Ring: es kamen Süddeutsche nichtwürttembergischer Herkunft hinzu; es kamen Schweizer, es kamen Franzosen. Diese in zwanzig Jahren entstandene Sammlung ist heut eine köstliche und kostbare kleine Auswahl aus der Kunst der Gegenwart. Vertreten sind fast ausschließlich lebende Künstler. Daß die Schwaben bevorzugt sind, ist verständlich und lobenswert; von anderen seien genannt: die Deutschen Nolde, Pechstein, Modersohn-Becker, Beckmann und vor allem Carl Hofer, die Schweizer Hodler, Amiet, Pellegrini, die Franzosen Utrillo, Vlaminck, Dérain — Namen, die nur mit einigem Schuldbewußtsein herausgegriffen werden, denn bei dem und jenem hat nur eine kleine Nuance ganz persönlich-unverbindlicher Vorliebe ihnen den Vorzug der Nennung vor anderen verschafft. Die in den Räumen verteilten Plastiken stammen von Lehmbruck, Fehrle, Renée Sintenis und anderen. Für den archaisierenden Kopf eines griechisch aufgemachten modernen Girls („Venus 1928") von Maillol kann ich mich allerdings nicht sehr begeistern — obgleich er mir technisch vollendet scheint.

Diese Sammlung Borst ist eine an Quantität und Qualität so reiche Galerie, daß hundert Prozent unserer Mittelstädte froh sein könnten, sie wäre die ihre — wenn unsere Mittelstädte den Ehrgeiz hätten, der Kunst Heimstätten zu bereiten. B.

Die Sammlung Borst, Haus „Sonnenhalde", Gähkopf Nr. 3, ist Samstags von 14—17 Uhr unentgeltlich geöffnet. An anderen Tagen ist wegen Besichtigung vorherige Verabredung nötig (Telefon 275 63).

Eros im Stacheldraht. Von Hans Otto Henel. 11.—20. Tausend. Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Preis 2,80 Mark. — Siebzehn Geschichten von jener spezifischen Art sexueller Not, die mit dem Krieg unlösbar verknüpft ist. Ordentlich gebaute Erzählungen, nicht ohne leere Stellen, aber im ganzen ansprechend (wofür die Tatsache, daß diese Neuauflage nötig geworden ist, zeugt). B.

Geld und Politik

4. Geheimfonds

Wir erfahren manchmal von geheimen Fonds in der Republik, Fonds, mit denen z. B. Herr Lohmann seine Geschäfte betrieben hat — aber auch das Kaiserreich hat seine Geheimfonds-Skandale gehabt.

Einer der größten Geheimfonds aller Zeiten war wohl der Welfenfond: er betrug 16 Millionen Taler. Bismarck hatte ihn 1866 aus dem beschlagnahmten Vermögen des Königs von Hannover geschaffen und zunächst zur Abwehr aller Bestrebungen bestimmt, die auf die Wiederherstellung eines selbständigen Hannover abzielten. Als aber die Welfengefahr immer geringer wurde, verwendete Bismarck den Fonds zu Bestechungen jeder Art: er finanzierte Wahlen, gab Geld an kleinere und größere politische Lumpen, an Spione usw., bestach die Presse und — König Ludwig II. von Bayern. Von 1867 bis zu Bismarcks Entlassung (1888) erhielt Ludwig aus dem Welfenfond jährlich 300 000 Mark. Mit dieser Summe erkaufte Bismarck die bayrische Reichstreue. (Der Oberstallmeister des Königs, Graf Hohnstein, der das Geld alljährlich in Berlin abholte, durfte jedesmal 10 Prozent (30 000 Mark) einstecken.)

Bismarck hat nach seiner Entlassung alle Belege über die Verwendung des Welfenfonds verbrannt. Von Caprivi ist der Fond 1893 dem ehemaligen hannoverschen Herrscherhaus wieder zurückgegeben worden.

*

Die Regierung hatte auch später noch Fonds zu ihrer Verfügung, wenn auch keinen so reich dotierten mehr. Man erfuhr davon z. B. bei der Vorbereitung zu den Reichstagswahlen 1907.

Im Dezember 1906 wurde der Reichstag aufgelöst. Grund (oder wenigstens Anlaß): die Angriffe der Linksopposition gegen die Kolonialpolitik der Regierung und die Enthüllungen Erzbergers über einige Kolonialskandale (Fall Tippelskirch u. a.). Die Wahlen brachten der Regierung einen vollen Sieg (die Sozialdemokraten schmolzen von 81 auf 43 Sitze zusammen). Die Regierung finanzierte nämlich den Wahlkampf in großzügiger Weise. Sie bediente sich dabei vor allem des „Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" (Vorsitzender: Generalleutnant von Liebert) und des Deutschen Flottenvereins (Vorsitzender: Generalmajor Keim).

Auf dem Büro des Flottenvereins fehlten eines Tages zwei wichtige und belastende Briefe. Große Bestürzung, vergebliches Suchen. Drei Tage später waren die Briefe wieder da. Aber gleichzeitig wurden sie in einem Zentrumsblatt veröffentlicht. In dem einen (von Generalmajor Keim an den Chef der Reichskanzlei von Loebell gerichtet) hieß es: „Sehr geehrter Herr Geheimrat! Wie unser Fürst Salm-Horstmar mir mitteilt, hat der Herr Reichskanzler zu dem Wahlagitationskosten 30 000 Mark zur Verfügung gestellt, und Herr Dernburg meint, daß sich der Rest auch noch auftreiben lasse ..." Der zweite Brief war die Antwort Keims auf die Frage einer Druckerei, ob sie für die Stichwahlen noch Agitationsmaterial drucken solle, es seien nur noch 150 000 Stück „Die Wahrheit über die Kolonien" und 500 000 Stück „Deutsches Volk" auf Lager; Keim antwortet darauf, das hänge davon ab, ob die Reichsregierung auch für die Neuauflagen die Druck- und Versandkosten übernehme, die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

So finanzierte die Reichskanzlei, hinter dem Flottenverein versteckt, aus einem Geheimfond die Wahlen. Als Wilhelm II. auf einem Hofball nach den Wahlen den Fürsten Salm-Horstmar, den Präsidenten des Flottenvereins, traf, rief er ihm laut zu: „Mein lieber Fürst, die Wahlen sind ja vorzüglich ausgefallen, und ich freue mich, daß Ihr Flottenverein die Sache so prächtig gemacht hat!" Peter F.

(Wird fortgesetzt)

Anscheinend scheinbar

Wie der „Völkische Beobachter" berichtet, erfährt der „Daily Telegraph" aus „scheinbar authentischer Quelle" ... Der V. B. will natürlich sagen, von anscheinend authentischer Quelle, aber als das führende Blatt des Deutschtums hat er es natürlich nicht nötig, die deutsche Sprache zu beherrschen und zu merken, das er damit jene Quelle als eine Quelle bezeichnet, die den Anschein des Authentischseins zu erwecken sucht, in Wirklichkeit aber gar nicht authentisch (und daher auch nicht glaubwürdig) ist.

Wenn nun im weiteren Verlauf des Berichts über die Aussichten in Chequers mitgeteilt wird, daß man in England oft folgende Worte höre: „Schlagt den Knoten durch und verweigert weitere Zahlungen! Was soll euch denn weiter passieren? Wollten die Franzosen einrücken, hat Deutschland die gesamte Meinung der englisch sprechenden Welt auf seiner Seite" — dann weiß man wieder nicht, ob Hitler an diese schönen Worte anscheinend oder scheinbar glaubt.

Die Notleidenden

Der Ende Juni in Stuttgart stattfindende Deutsche Fleischerverbandstag, zu dem 8—10 000 Metzgermeister aus ganz Deutschland erwartet werden, wird, wie man von zuständiger Seite erfährt, durch ein „erstklassiges" Vergnügungsprogramm verschönt werden, das man sich allerlei kosten läßt (Begrüßungs-Abend in der Stadthalle, Festabend im Stadtgarten, Abschiedsabend usw.). Der Reichsverband der kraftfahrenden Fleischer veranstaltet eine Sternfahrt und eine Lotterie, bei der man 6 Autos gewinnen kann — und das alles wird dann natürlich von Reden und Resolutionen umrahmt werden, in denen die katastrofale Notlage des Fleischergewerbes herzbewegend geschildert wird.

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Verbrechen des Paters Amaro. Von Eça de Queiroz. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Geld in der Politik. Von Morus. Brosch. 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

Etappe Gent. Von Heinrich Wandt. Kart. 2,50 Mark, geb. 3,80 Mark.

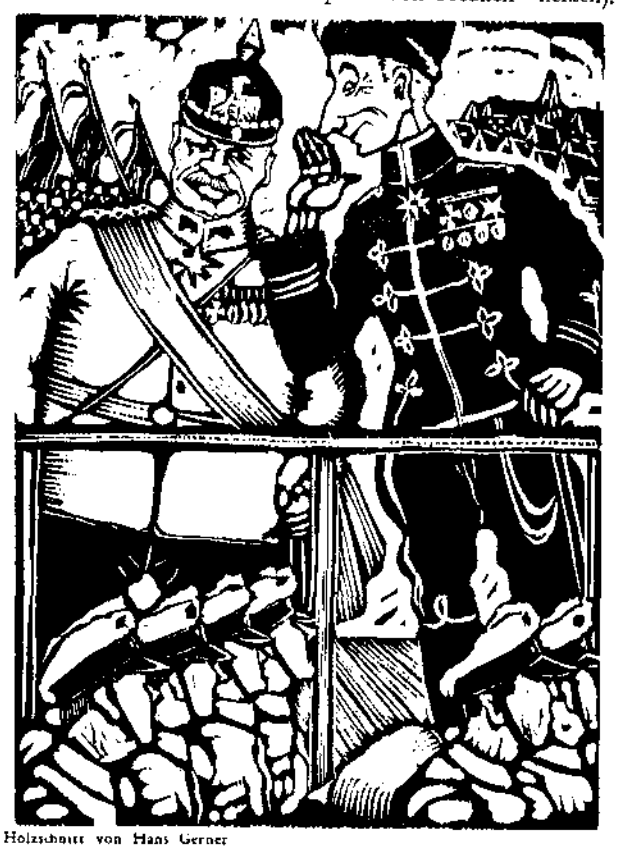
Erotik und Spionage. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stahlhelmtag

Am letzten Sonntag sind in Breslau zum 12. Frontsoldatentage rund 150 000 Mann aufmarschiert. Die Polizei konnte stellenweise die Kontrolle der vielen Autokolonnen nicht bewältigen, und resignierte. In Oels, dem Wohnsitz „unseres" Kronprinzen, strömten zuvor rund 10 000 brandenburgische Stahlhelmer zusammen, Man hatte sich eine eindeutige monarchistische Demonstration vorgenommen, und ER, der vor Jahren der Republik sein Ehrenwort gab, sich nicht politisch zu betätigen, tat kräftig mit. Vor dem Schloß war mit klingendem Spiel eine Ehrenkompanie Stahlhelmer aufmarschiert, die ER in „schlichter Generalsuniform" abschritt (sie darf sich fürderhin „Kameradschaft Kronprinz von Preußen" heißen).



Holzschnitt von Hans Gerner

„August, die machen ihren Dreck nicht mehr lange alleene"

Nachher war große Parade im oelser Stadion, wo die zehntausend Mann heißhungrig darauf warteten, ihrem „einstigen Oberbefehlshaber" ins blaue Auge zu sehen. Wie er die Front abreitet, fällt alte preußische Armeemusik ein, Fahnen wehen im Wind. Auf einer ist zu lesen: „Wir märkischen Bauern sind von geringem Gut und dienen unserem Kurfürst mit unserem Blut." Ein Satz, gegen den zwölf Jahre Republik nicht anstinken können.

In Breslau war dann neben den 150 000 Muskoten die ganze Elite des anderen Deutschland zu sehen. Sie waren alle gekommen, die von gestern und die von vorgestern: die Hohenzollern, die Wettiner, die Coburger usw. usw., Generale der alten Armee, der Kapp-Putscher Lüttwitz in trautem Verein mit Herrn v. Seeckt und dem Generaloberst Heye. Republik und Monarchie, ein Herz und eine Seele. Der anwesende „Geenig" August von Sachsen wurde zum Ehrenmitglied des Stahlhelms ernannt. Über allem schwebte der Geist des Ehrenvorsitzenden des Bundes, des Herrn v. Hindenburg. Er hatte ein Telegramm geschickt. Dem Kronprinzenpaar brandete immer wieder helle Begeisterung entgegen. Beim Vorbeimarsch leistete ER sich eine kleine Demonstration; er tritt mit Mackensen zusammen plötzlich vor: die Stahlhelmleute aus Danzig marschieren vorbei!

Aus dem Mund des Selterswasserfabrikanten Seldte hatte man zuvor starke Worte vernommen: gegen das Novemberverbrechen und das heutige System. Eine „Abrechnung" im üblichen großmauligen Stil. Im geeigneten Moment läßt er die 150 000 Mann eine Wendung machen gen Osten: „Dort liegt der deutsche Osten. Dort liegt Deutschlands Schicksal!" Der Pollack muß raus aus Schlesien. Man wird nicht ruhen, bis alles geraubte deutsche Land wieder zurückgekehrt ist ins Reich. Die neue Zeit ist da. Die heutige Last muß abgeworfen werden. So oder so.

So oder so! Sie werden wieder die dämlichste Lösung wählen. oha

Das Gabelfrühstück

Deutsche Werke Kiel, Aktiengesellschaft
Stapellauf Panzerschiff „Deutschland", 19. Mai 1931
Frische Champignon-Creme-Suppe
Rheinlachs kalt nach Gärtnerin-Art
Gemüsesalat
Holsteiner Sahneschnitzel mit jungen Erbsen und Karotten
Kalifornische Früchte
Salat — Käse — Mokka.

In drei Zeilen

Zeitungsmeldung: „In der Versteigerung des Nachlasses Rantzau in Berlin durch Ball und Graupe brachten: ein Louis XIV.-Tischchen RM. 12 000, andere Tische und Kommoden RM. 5000, 3000, Bronzen brachten RM. 1000 und darüber, Vasen aus China und Frankreich 5000, Renaissance- und französische Louis XVI.-Uhren RM. 2000—5000."

Fortschritt: „Das englische Unterhaus hat einstimmig ein Gesetz angenommen, das die Todesstrafe für schwangere Frauen abschafft und statt dessen lebenslängliche Zuchthausstrafe einführt."

Nach dem blöden Militärfilm „Drei Tage Mittelarrest", einem der zugkräftigsten Filme des Jahres, wird zurzeit eine Operette fabriziert. Sie wird sicherlich ebenso wiehernd begrüßt werden.

In Deutschland sind arbeitstäglich an Steinkohlen gefördert worden: im Januar 1931: 449 000 t, im Februar: 411 000 t, im März 408 000 t; an Braunkohlen: im Januar: 424 000, im Februar: 396 000, im März: 387 000 t.

Den größten Tank besitzt augenblicklich Frankreich: er hat Raum für 20 Mann und führt als Bewaffnung ein 15 cm-Geschütz und 12 Maschinengewehre oder zwei 7,5 cm-Geschütze und 12 Maschinengewehre mit sich; seine Panzerung soll dem Geschoß eines Feldgeschützes standhalten. Frankreich besitzt augenblicklich im Ganzen rund 3700 Tanks.

Die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen haben im Laufe des Monats März die 11. Milliarde überschritten (Die 10. Milliarde ist im Juli 1930 erreicht worden.)

Kleinigkeiten

Neuer Hereinfall. Nachdem der „Völkische Beobachter" auf Heine und der „Angriff" auf Remarque hereingefallen ist, tut die nationalsozialistische Provinzpresse was sie kann, um ihrer führenden Presse nicht nachzustehen. Der nationalsozialistische „Tag" in Aussig nahm eine Meldung auf, wonach der Nationalsozialismus in England ungeheure Fortschritte mache; es heißt dann zum Schluß: „Goebbels wird für Juli in London erwartet, trotzdem die jüdische Hochfinanz alle Anstrengung macht, sein Auftreten zu verhindern. Er wird im Hotel Jail, Old Bailey, absteigen und vom Chief Executioner persönlich empfangen werden. Das Festarrangement ruht in den Händen der Parlamentarier A. Burglar und F. A. U. Scoundrel. Das Völkererwachen beginnt." — Es fällt zufällig mit dem endgültigen Triumf der Dummheit zusammen. (Jail = Gefängnis, chief executioner = oberster Scharfrichter, burglar = Einbrecher, scoundrel = Schuft.)

Zu geschmackvoll. Scherls „Nachtausgabe" kritisiert die zum Ehrenmal umgebaute „Neue Wache" in Berlin u. a. so: „Eine Stilisierung ..., mit der man vielleicht Stilpuristen Genüge getan, nimmer aber den Geschmack des Volkes getroffen haben dürfte, für das dieses Ehrenmal als Wallfahrtsort, als Weihestätte doch bestimmt ist. Hier singen und klingen nicht befreiend die alten Märsche, hier sieht das Auge träumend keine Fahnen — dumpfe Klage nur schwingt, antike Trauerchöre tönen im Ohr, und Viktoria verhüllt ihr Haupt." — Das hätte Wilhelm anders gemacht!

Die neueste Bezeichnung. Die Nationalsozialisten sind unermüdlich im Erfinden von Namen für ihre Gegner (Rotmord statt Rotfront, Reichsbananen statt Reichsbanner usw.). Nun hat der N.S.-Kurier für die SPD eine neue Bezeichnung entdeckt: in einem Bericht über eine Rede Schumachers (genannt: Schmumacher) schreibt er: „Wenn das irgend ein kleines Kläfferchen sagt, dann feixt man. Wenn aber die politische Käsglocke eines Prominenten so eng ist, dann ist es wahrhaftig Zeit, daß du zur Nacht betest, Espedona." — Shakespeare samt Othello und Desdemona sollen sich einigemale im Grabe herumgedreht haben.

Drittes-Reich-Kost. In einem berliner Lokal gibt es neuerdings S.A.-Bockwurst mit Kartoffelsalat zu 50 Pfennig die Portion. Die „Welt am Abend" schlägt zur weiteren Vervollständigung der Nazi-Speisekarte u. a. vor: Leg(alis)ierte Kraftmeierbrühe, Hitlerschinken mit Rosen(berg)kohl und Rollkopfsalat, Osaftbraten, und als allgemeine Zugabe: Hitlersenf.

Die unpatriotische Filmzensur. Der Tonfilm „D-Zug 13 hat Verspätung" war zuerst verboten worden, u. a. deshalb, weil ein Eisenbahnattentat dargestellt war. „Nach Einfügung eines Textes", schreibt nun die „Münchner Zeitung" in einer Besprechung des Films, „wonach dieses Attentat nicht in Deutschland sich ereignet habe, ließ die Oberprüfstelle den Film zu. Damit fallen leider auch nicht mehr auf deutsches Konto die heldenmütigen Polizisten, die pflichttreuen Eisenbahner und ähnliche Vorzüge." — Scheußliches Pech.

Kleine Belehrung. Professor Piccard, der glücklich zurückgekehrte Stratosfären-Flieger, hat bei der Begrüßungsfeier in Augsburg unter den verlegenen Blicken der Prominenten einen für ihn bereitgestellten mit Wappen und Krone reich geschmückten Lehnstuhl weggeschoben und mit der Bemerkung: „Wir sind doch in einer Republik" um einen einfachen Sessel gebeten. — Er scheint in der Stratosfäre den Blick für die „republikanische" Wirklichkeit verloren zu haben.

Balzgesang. Im „Stuttgarter Neuen Tagblatt" findet man folgende nicht ganz lichtvolle aber doch schöne Lyrik eines Geschäftsmannes: „Zart und traut, stärkt, erbaut mit einer Dame von 40 Jahren, aufgeweckt, erfahren, freudig ist bereit, über ihre Zeit kann verfügen frei, Hemmung keinerlei, sucht Geschäftsm., ev. Heirat ev. leichte Tätigkeit. Angeb. unt. A. 402 an das Tagblatt." — Dichten ist zwar keine ganz leichte Tätigkeit, aber soo schön, wenn man's kann.

Lohntütenzauber. Ein Fabrikbetrieb in Rottweil legt seinen Arbeiterinnen neuerdings Traktätchen des „Deutschen Sittlichkeitsvereins und Rettungsvereins, Plötzensee" in die Lohntüte. In den Blättchen wird in der blumigsten Weise dargelegt, was es um Mädchenstolz, Mädchenehre und Mädchenreinheit auf sich habe, und wie herrlich es doch sei, mit reinem Leib und reiner Seele in die Ehe zu kommen und glückliche Mutter einer blühenden Kinderschar zu werden. — Bezahlt eure Arbeiterinnen gut, das ist wichtiger als dieses ganze Geschmuse.

Bade christlich. Ein Prälat Mausbach hat in einer Broschüre alles zusammengefaßt, was ein rechter Christenmensch wissen muß, bevor er ins Bad steigt. Gegen das Baden selbst hat der Herr Prälat nichts, „denn aus dem natürlichen Bad ist das übernatürliche Seelenbad, die Taufe, hervorgegangen", aber er verlangt, daß es in einem einwandfrei verpaßten Badeanzug absolviert werde, denn sonst sei es Ausdruck von einem sündigen Kulturbolschewismus. — Am christlichsten wären wohl hochgeschlossene Badeanzüge mit Feigenblattmuster.

Im Weinberg des Herrn. Ein stuttgarter Pfarrer sucht im „Neuen Tagblatt" ein gebildetes, junges Mädchen, „welches fröhlich im Haus und Garten mitarbeiten will ohne gegenseitige Vergütung". — Möchte der Herr Pfarrer nicht auch seinen Gehalt nebst Pensionsanspruch durch die Anspruchslosigkeit „fröhlicher Mitarbeit" ersetzen?

Produktiv? Der württembergische Kirchenpräsident Wurm hat sich bei der Eröffnung des zweiten evangelischen Landeskirchentags gegen den Vorwurf verteidigt, es seien in der letzten Zeit in üppiger Weise Kirchen- und Gemeindehausbauten ausgeführt worden. Er bezeichnete den Kirchenbau als „produktive Erwerbslosenfürsorge", die an den betreffenden Orten sehr begrüßt worden sei. — Ungefähr so produktiv wie der Bau von Panzerkreuzern.

Redaktion und Verlag der Sonntags Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Das Kapital. Von Karl Marx. 2 Bände. Preis je 3,75 Mark.

Lohn, Preis, Profit. Von Karl Marx. 90 Pfennig. — Die Wert- und Mehrwerttheorie von Marx in einfacher Form.

Über Verfassungswesen. Von Ferdinand Lassalle. 90 Pfennig. — Zwei Vorträge Lassalles aus dem Jahre 1862 („Die wahre Verfassung — das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse").

Staat und Revolution. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben Sommer 1917. Enthält u. a.: Was ist Sozialismus: Jedem das Gleiche? oder: Jedem nach seinen Bedürfnissen?

Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben 1920. Untersucht u. a. die Frage: Dürfen revolutionäre Parteien mit andern Parteien Kompromisse schließen?

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stuttgart, 14. Juni 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 24

Die Verleger

Unsere Herren Kollegen, die deutschen Zeitungsverleger, sind im „Verein deutscher Zeitungsverleger" organisiert, dessen Hauptaufgabe wie bei vielen Vereinen darin zu bestehen scheint, daß er jedes Jahr eine „Hauptversammlung" abhält. Diesmal war es in Wien und sehr, sehr feierlich, denn man mußte das bedrängte Deutschtum energisch hochhalten und der Welt zeigen, daß unter dem kläglichen Scheitern des Zollunionsplans der Sinn für die vaterländische Frase keinesfalls gelitten habe.

Da das Zeitungsgeschäft trotz Wirtschaftskrise glänzend floriert (wo gibt es sonst noch einen Fabrikanten, der seine Ware vorausbezahlt erhält, ehe sie überhaupt angefertigt ist?), so konnte man sich die kostspielige Reise in den Süden leisten; aber auch die viel ärmere deutsche Regierung entsandte einen Geheimrat mit „Grüßen und Wünschen" nach Wien, der die „Bedeutung der Tagung" zu „würdigen" hatte; und die österreichische Bundesregierung, die eben die „Kreditanstalt" mit vom Ausland gepumpten Millionen saniert hatte, ließ sich auch nicht lumpen und gab ein fabelhaftes Bankett in der ehemaligen kaiserlichen Hofburg.

Daß Geschäftsleute, die viel Geld machen, gerne zu solchen Vereinsfestlichkeiten reisen und dort gut essen und trinken, während ein „erstklassiges" Orchester die Ouvertüre zu den Meistersingern spielt, ist schließlich menschlich begreiflich. Mancher von uns würde das geradeso machen, wenn er könnte. Aber wozu braucht es dabei noch die geistigen Unkosten, in die sich die vorsitzenden Kommerzienräte immer wieder stürzen, und für deren Produkte sie nachher die sonst so geizig rationierten Spalten ihrer Blätter freigebig zur Verfügung halten? Glauben die Leute denn am Ende selber das Geschwätz, das da mit dem Bratenduft an die Decke steigt, daß sich die Balken biegen? Etwa so: „Von Anbeginn hat es der Verein deutscher Zeitungsverleger als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet, das Bewußtsein der letzten und höchsten Verantwortung zu schärfen und zu stählen." Oder: „Heute, wo das Deutschtum der äußeren Machtmittel beraubt ist, sind es allein die moralischen Kräfte, mit denen wir unsere Weltgeltung zu erringen und zu bewahren vermögen, und das wichtigste Werkzeug dafür ist die Presse." Oder: „Mögen Millionen, so schloß er, auch mit dem geschriebenen und gedruckten Wort in furchtbarer Weise das Göttliche in der Welt verleugnen: wir werden uns nicht den Glauben aufzwingen lassen, daß in diesem homerischen Kampf um die Kultur der schmähsüchtige und kulturlose Thersites Sieger bleibt."

Wozu das? Zuhause betrachten es die deutschen Zeitungsverleger schlicht und konsequent als ihre Hauptaufgabe, mit ihren Inseratenplantagen so dick als möglich zu verdienen. Das Göttliche und die moralischen Kräfte, die berühmte Freiheit der Presse und das sogenannte öffentliche Interesse pflegen ihnen keine schlaflosen Nächte zu machen. Wenn die guten Leute dann bloß nicht jedes Jahr auf ihren Festbanketten solche Töne spucken wollten, bei denen unsereinem und jedem, der ein wenig hinter die Kulissen sieht, ein unüberwindlicher Brechreiz hochsteigt!

Die österreichische Regierung war von diesen Ergüssen so überwältigt, daß sie nicht umhin konnte, dem Vereinsvorsitzenden durch ihren Bundeskanzler das „Große Ehrenzeichen der österreichischen Republik" überreichen zu lassen; und weil eine Ehre der andern wert ist, so überreichte im Anschluß daran der deutsche Gesandte in Wien im Auftrag der Reichsregierung dem österreichischen Oberverleger das „Ehrenkreuz zweiter Klasse des Roten Kreuzes". Orden sind bei uns abgeschafft, aber das sind wahrscheinlich keine Orden.

Und dann, ja dann, daß ich's nicht vergesse, kam das Telegramm an Hindenburg. Man „entbot" ihm „ehrfurchtsvollen Gruß", teilte ihm mit, daß die deutschen Stämme von unbeirrbarem Zusammengehörigkeitsgefühl durchdrungen seien, und daß man in ihm ein ehrfurchtgebietendes Vorbild verehre, weil sein ganzes Sinnen und Trachten auf das Wohl und die Einigung des deutschen Volkes gerichtet sei, woran die Zeitungsverleger „durch Sammlung der in der deutschen Presse lebendigen geistigen Kräfte" fleißig mitarbeiten.

Dieses Telegramm, dreiundzwanzig Zeilen, mit sieben Zeilen Antwort Hindenburgs („mit besonderer Befriedigung entgegengenommen ...", wünsche von Herzen ...") dreißig Zeilen, haben die in Wien vertretenen 2500 (zweitausendfünfhundert) reichsdeutschen Zeitungen alle als höchst interessante und wichtige Neuigkeit abgedruckt, da sie sich ihrer „verantwortungsvollen Aufgabe" wohl bewußt sind.

Seien wir froh und dankbar, daß wir nicht dabei sind und keine so schwere Verantwortung haben. Erich Schairer

Die Bombe

„In Nordamerika wirkte die Notverordnung wie eine Bombe ... Die deutsche Notverordnung und der gleichzeitige Aufruf der Reichsregierung haben, das kann man ohne Übertreibung sagen, in den Vereinigten Staaten ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Das Schicksal Deutschlands ist mit einemmal ein Problem geworden, das alle eigenen Sorgen Amerikas in den Schatten stellt." (Stuttgarter Neues Tagblatt.) Oder: Wie sich der kleine Moritz die Politik vorstellt.

„Wer Amerika aus nächster Nähe gesehen hat, bringt den Eindruck heim, daß Amerika ganz andere Sorgen hat als die Rettung Europas und Deutschlands." (Richard Lewinsohn in der „Vossischen Zeitung.")

„In U.S.A. ist man wortkarg ... Es ist so gut wie unmöglich, aus amtlichen Kreisen einen Kommentar zu der deutschen Notverordnung zu erhalten. Alle Regierungsbeamten verhalten sich äußerst wortkarg und beschränken sich, wenn sie überhaupt etwas sagen, auf die Erklärung, daß für die amerikanische Regierung kein Grund für irgendwelche Maßnahmen vorhanden sei." (Meldung der United Press aus Washington.)

Die Filmprüfstelle Berlin hat den Film „Im Westen nichts Neues" zur Aufführung in geschlossenen Veranstaltungen zugelassen.

Der Ständerat in Zürich, die erste Kammer des Parlaments, hat mit 22 gegen 14 katholisch-konservative Stimmen beschlossen, in das neue Strafgesetzbuch die Todesstrafe nicht mehr aufzunehmen.

Rettung aus der Krise

Holzschnitt von Hans Gerner

„Wir müssen uns eben hochhungern"
(Kommerzienrat Reusch auf einer Tagung des Langnam-Vereins Anfang Juni)

Wenn Brüning stürzt — was dann?

Die neue Notverordnung ist zu umfangreich, als daß hier der Inhalt auch nur in großen Zügen dargelegt werden könnte. Die Zahl der sozialen Härten und Ungerechtigkeiten kann nicht aufgezählt werden; jeder findet eine, die ihn besonders stark trifft. Die Regierung hat eben bei der Ausarbeitung der Verordnung zwar nicht auf die parlamentarischen Parteien, aber auf die Interessenten, die hinter den „tolerierenden Parteien" stehen, Rücksicht nehmen müssen, und da zu diesen Interessenten sowohl die Gewerkschaften als auch die verarbeitende Industrie als auch die Schwerindustrie als auch der Landbund gehören, ist es kein Wunder, daß die Verordnung ein unorganisches Sammelsurium geworden ist und daß sie von der Presse aller Parteien abgelehnt wird.

Häufig allerdings ist diese Ablehnung nur Theaterdonner. Das wird sich zeigen, sobald sich die Parteien über die Einberufung des Reichstags zu entscheiden haben. Da der Zusammentritt des Reichstags heute mit 90 Prozent Wahrscheinlichkeit den Sturz der Regierung Brüning bedeuten würde, wird wohl keine der „tolerierenden Parteien" (bei der jetzigen Art unserer „Demokratie" kann man nicht mehr von „Regierungsparteien" reden) den Mut aufbringen, die Einberufung des Reichstags zu fordern. Wahrscheinlich werden sich alle damit begnügen, daß irgend ein Ausschuß eingesetzt wird, der die Notverordnung in einigen Punkten abändert.

Vor allem die Sozialdemokratie wird sich damit begüngen. Es werden zwar jetzt in allen Ortsgruppen der SPD radikale Entschließungen gefaßt, die die Einberufung des Reichstags und die Ablehnung der Notverordnung verlangen, aber genau so wie der Parteivorstand auf dem Parteitag über die Forderung, zu der neuen Notverordnung Stellung zu nehmen, hinweggegangen ist, so wird er auch über die Entschließungen (die er wohl als Auffang oppositioneller Stimmungen gar nicht ungern sieht) hinweggehen. Denn die sozialdemokratischen Führer betrachten die Regierung Brüning immer noch als den stärksten Damm gegen den Fascismus und sind froh, solange es ihnen von den übrigen Parteien gestattet wird, Brüning zu tolerieren. Tausende haben vom Parteitag eine Antwort erwartet auf die Frage: Wie kämpfen wir gegen die Krise, und haben nur gehört: „Stillehalten! Brüning tolerieren! Denn wenn Brüning stürzt, kommt es noch viel schlimmer." Auch die „Linken" in der Partei wissen auf die Frage „Wenn Brüning stürzt — was dann?" keine Antwort. Allenfalls sagen sie: dann wird die Partei das tun müssen, was wir schon immer von ihr verlangt haben, nämlich in die Opposition gehen, und meinen damit die parlamentarische Opposition. Aber nur-parlamentarische Opposition gegen eine Regierung, an der Hugenberg oder Hitler beteiligt ist, oder gegen ein Direktorium, bedeutet heute Tolerierung dieser Regierung, denn sie würde sich noch weniger um das Parlament kümmern als Brüning.

*

Wenn Brüning stürzt — was dann? Die Frage wird bald akut werden, auch wenn das Schicksal bzw. die Schwerindustrie diesmal Herrn Brüning noch gnädig ist und ihm eine Bewährungsfrist gibt. Auf der Tagung des Langnamvereins, die Anfang Juni in Düsseldorf stattgefunden hat, ist über dieses Thema debattiert worden. Die Herren haben dort einen „Deutschen Plan" ausgearbeitet. Inhalt: Höhere Zölle für Industrieprodukte, Senkung der Besitz- und Vermögenssteuern, Abbau der Sozialpolitik, Abschaffung des Tarifrechts, Herabsetzung der Löhne, Schaffung eines Regierungsdirektoriums mit diktatorischer Vollmacht. Diese Pläne schweben nicht in der Luft; in der Notverordnung hat die Regierung bereits die Ermächtigung erhalten, die Bezüge der Arbeitslosenversicherung nötigenfalls nochmal herabzusetzen, was der Auftakt auch zu einer nochmaligen Lohnabbauwelle wäre. Rücksichtslos trägt das Kapital den Angriff auf die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft vor. Und dabei müssen die Regierungsmethoden immer diktatorischer werden, müssen sich die Grundlagen der Regierung immer weiter nach rechts verschieben, müssen sich die Fascisten und ihre militärischen Hilfstruppen immer mehr in Regierungsstützen umwandeln.

Und nun sagen die Sozialdemokraten: weil wir diese Gefahren voraussehen, suchen wir Brüning so lange als möglich zu halten, auch wenn wir dabei manches Unangenehme tolerieren und wenn wir (vorübergehend) zurückweichen müssen.

Diese Haltung ist falsch, ist verderblich. Ob die Regierung, die auf Brüning folgt, gefährlicher sein wird, das hängt allein von dem Widerstand ab, den ihr die Arbeiterklasse und ihre Organisationen leisten werden. Gelingt es noch, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den außerparlamentarischen Kampf gegen die Regierung Brüning und ihre Nachfolgerin zu gewinnen, dann braucht man vor einem Sturz Brünings nicht zu bangen. Gelingt das nicht, dann wird der Fascismus immer weiter vorstoßen, in den Staatsapparat eindringen, die Arbeiterorganisationen teils seinem System eingliedern, teils zerschlagen. Und dann wird er triumfieren.

Die Führer der Sozialdemokratie werden diesen außerparlamentarischen Widerstand nicht organisieren, auch die „linken" Führer nicht; sie scheuen sich, die Macht der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter gegen den Kapitalsangriff und den Fascismus einzusetzen; denn sie fürchten sich vor den Konsequenzen.

Noch ist es Zeit, daß diejenigen sozialdemokratischen Arbeiter, die die Tolerierungspolitik nicht mehr mitmachen wollen, von sich aus an der Schaffung der außerparlamentarischen Einheitsfront des Proletariats arbeiten, damit an allen Punkten, wo das Kapital zum Angriff vorgeht, entschlossener Widerstand geleistet wird, ohne Furcht vor der Konsequenz, daß der Kampf um Lohn und Brot sich zum Kampf um die Macht entwickeln wird. Hier, im Kampf der Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitals, fällt die Entscheidung über die Frage: Wenn Brüning stürzt — was dann? H. List

Das russische Erdöl

Der ursprüngliche Fünfjahresplan hatte für das Jahr 1932/33 eine tägliche Erdölförderung von 58 000 Tonnen vorgesehen. Diese Förderung ist schon im März 1931 erreicht worden. In der Erdölindustrie ist also die Losung „Der Fünfjahresplan in zweieinhalb Jahren" verwirklicht; Rußland ist von der dritten Stelle der Erdöl produzierenden Länder (hinter U.S.A. und Venezuela) an die zweite Stelle (hinter U.S.A.) gerückt. Die Rohölförderung hat schon 1930 das Doppelte derjenigen des Jahres 1913 betragen.

Der größte Teil dieser Produktion entfällt auf die alten Erdölgebiete um Grosny im Kaukasus und um Baku am Kaspischen Meer; nur ein kleiner Teil stammt aus neu erschlossenen Feldern. Bohrversuche wurden in allen Teilen Rußlands gemacht, wobei viele neue Felder entdeckt wurden, so daß Rußland nicht (wie Amerika) mit Bangen dem Tag entgegensehen muß, an dem seine Erdölvorkommen erschöpft sind. Die russischen Erdölreserven werden gegenwärtig auf 4,6 Milliarden Tonnen geschätzt (das ist etwa die Hälfte der auf der ganzen Erde geschätzten Vorräte).

Beinahe die Hälfte des in Rußland geförderten Erdöls wird ausgeführt, meistens in Form von Benzin oder Heizöl. Der beste Kunde ist England (1930: 973 000 t), dann folgen Italien (826 000 t), Frankreich (557 000 t) und Deutschland (505 000 t); neuerdings ist auch Spanien in diese Größenklasse eingerückt. In diesen Ländern bestehen (wenn sie nicht gerade auseinandergefallen sind) Konventionen mit den übrigen Ölgesellschaften über Preise und Absatzmengen; hier ist wenig Raum zu offenem Kampf. Um so heftiger tobt dieser auf andern Märkten: in Südamerika, Südafrika, Hinterindien und seit einiger Zeit auch in China, wo die Russen gegenwärtig eine Absatzorganisation zu schaffen im Begriff sind. Die englischen und amerikanischen Gesellschaften suchen ihre Absatzgebiete mit allen Mitteln zu halten, können aber häufig gegen das bessere und billigere russische Öl nicht aufkommen. Sie versuchen immer wieder, mit dem russischen Erdöltrust zu Vereinbarungen zu gelangen, hie und da gelingt es auch, aber da die Russen auf eine Steigerung ihrer Ölproduktion und Ölausfuhr nicht verzichten können, sind die Abmachungen meist nur von kurzer Dauer. Gerade gegenwärtig sind die amerikanischen Gesellschaften wieder daran, mit den Russen zu verhandeln (während Henry Deterding, der Leiter der englisch-holländischen Royal Dutch Shell Co., sich noch zurückhält), aber die Weltwirtschaftskrise, die alle Märkte einengt, läßt wenig Hoffnung auf Verständigung. Man vertröstet sich auf bessere Zeiten. „Die nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise sicher zu erwartende Zunahme des Weltverbrauchs an Erdölerzeugnissen, namentlich an Benzin, bietet vielleicht die Voraussetzung für die Zusicherung höherer Absatzmengen an die Russen, ohne zu schwere Schädigung der Erdölkonzerne", schreibt Wilhelm Mautner (Amsterdam), wohl der beste Kenner der internationalen Erdöl-Politik.

Das Erdöl ist eine der stärksten wirtschaftlichen Waffen der Sowjetunion auf dem Weltmarkt. Und das Wachstum der Erdölindustrie ist ein Beweis für die Kraft des Aufbauwillens und für manche Zweifler zugleich eine Garantie dafür, daß in Rußland technische Fortschritte und Produktionssteigerungen in erster Linie den Arbeitern zugute kommen. Lassen wir darüber nicht sowjetrussische Zahlen, sondern einen sicher nicht des Bolschewismus verdächtigen Mann sprechen: I. Trone, den Vizepräsidenten der amerikanischen International General Electric Co. Er hat in einer Rede im August 1930 u. a. gesagt: „Ich kannte die russischen Arbeitsverhältnisse von 1917 und 1918, als die in den Ölfeldern arbeitenden Leute wie Vieh lebten — einen andern Ausdruck kann ich nicht gebrauchen. Sie wohnten nicht in Häusern, sondern in Schuppen; oft bildete das Erdreich den Boden. Da gab es nichts, was einer Badegelegenheit ähnlich sah, und Trinkwasser mußte mehrere hundert Meilen weit herbeigeholt werden. Jetzt haben sie Gartenstädte, schön gebaute Wohnungen, eine gute Wasserleitung, Gärten und Anlagen. Es ist jetzt eine Wohnstätte für menschliche Wesen. Ich spreche nicht über Wirtschaftsfragen, sondern über menschliche Wesen, und das ist es, was sie geleistet haben." Pitt

Terror in China

Jahrelang war in China Revolution; endlich aber kristallisierte sich aus dem brodelnden Schaum die Herrschaft der Kuomintang unter der Führung der Nanking-Regierung heraus. Die chinesische Revolution war beendet, das Land zu Recht und Ordnung zurückgekehrt, Tschiankaischek garantierte für stabile Verhältnisse, das internationale Kapital wußte wieder, an wen es sich zu halten hatte, es war eine konsolidierte Firma da, und ein Mann, auf den man sich verlassen konnte, hatte Prokura. Zwar waren die Vorrechte der Mächte während der Wirren über Bord gegangen; aber die elastischen Bande wirtschaftlicher Verpflichtungen der chinesischen Republik gegenüber europäischen und amerikanischen Geldgebern garantierte ebenso sicher den normalen Verlauf der Geschäfte wie die starren Palissadenwände der eigenen Gerichtsbarkeit.

Seit der Wiederkehr der „Ordnung" ward der elysische Friede bürgerlicher Berichterstattung über China nicht mehr gestört außer durch einzelne Artikel der unbotmäßigen Agnes Smedley, die in der „Frankfurter Zeitung" gelegentlich aus der Reihe tanzt und uns Einblick in das Reich der Mitte tun läßt. Man erfährt von ihr, daß dort der Kommunismus keineswegs erledigt ist, daß es immer noch Rote Armeen gibt, daß immer noch große Provinzen sich zum kommunistischen Prinzip bekennen und kommunistische Praxis betreiben und daß der Kampf der bürgerlichen Reaktion gegen die Revolutionäre weitergeht.

Einzelheiten aus diesem Kampf bringt ein Protest, den die Vereinigung linksgerichteter Schriftsteller Chinas Ende April erlassen hat. Diese Organisation erklärt, daß die Kuomintang „eine Partei und Regierung der Diktatur ist, zusammengesetzt aus Gutsbesitzern, korrumpierten Beamten und shanghaier Bankiers, die das Werkzeug der internationalen Finanz sind". So ungefähr konnte man sich's ja auch vorstellen: aus den Früchten konnte man auf den Baum schließen.

Unter dieser bourgeoisen Diktatur ist der weiße Terror in schönster Blüte. Die chinesische terroristische Regierung wird wohlwollend unterstützt von den Vertretern der weißen Mächte. Die Revolutionäre liegen nicht nur in den Kerkern Tschiankaischeks, sondern auch der ausländischen Konzessionen, und zwar unter gleichen Lebens-, oder vielmehr Sterbensbedingungen: im Halbdunkel oder Dunkel, angekettet. Für Politische, sagen die linken Schriftsteller in ihrem Protest, bedeutet eine Verhaftung fast immer den Tod. Gingen sie bisher unter der unmenschlichen Behandlung langsam zugrunde, so greift man neuerdings zu rationelleren Beseitigungsmethoden: man holt Verurteilte, die bereits einen Teil ihrer Strafe abgesessen haben, aus den Gefängnissen und bringt sie um. In Tschangscha, Kanton und Hankau sind auf diese Weise in den letzten Monaten zahlreiche politische Häftlinge ermordet worden. „Vor jedem revolutionären Jahrestag finden Serienerschießungen zur Einschüchterung der Massen statt." Am 5. April 1931 sind 22 politische Gefangene, die schon zwei Jahre ihrer Strafe abgesessen hatten, aus den Gefängnissen in Tsinan und Schantung geholt und ohne weiteres erschossen worden. Am 15. April hat der Gouverneur von Schantung angeordnet, daß alle Gefängnisse geleert werden und daß Gefangene, die keinen zuverlässigen Bürgen für ihre gute Führung (was die Bourgeoisie so „gute Führung" heißt!) finden könnten, getötet werden sollten. Am selben Tag wurden 27 Gefangene enthauptet.

Die Zusammenarbeit mit den Ausländern funktioniert beim Kampf gegen die Roten ausgezeichnet. Vor einem halben Jahr ist ein Schriftsteller — Tsung Hui — in Nanking erschossen worden, weil er die streikenden Arbeiter einer englischen Fabrik unterstützt hatte. Am 17. Januar 1931 wurden durch die englische Polizei in der ausländischen Konzession von Shanghai 24 junge Revolutionäre, darunter eine schwangere Frau, festgenommen und den Chinesen, nämlich dem Shanghai-Wusung-Hauptquartier, ausgeliefert. Fünf der Verhafteten gehörten der Vereinigung linksgerichteter Schriftsteller an. Die Verhafteten wurden mißhandelt, damit sie weitere Genossen verrieten. Sie schwiegen. Am 7. Februar, in der Nacht, zwang man sie, ihre Gräber zu graben. Die Soldaten bekamen den Befehl, sie lebendig hineinzuwerfen und zuzuschaufeln. Fünf von ihnen wurden lebendig begraben. Die übrigen 19 wurden erschossen, weil die Soldaten sich nicht länger dazu hergaben, sie lebend einzubuddeln. Die Namen der fünf Mitglieder der Vereinigung linksgerichteter Schriftsteller, die bei dieser Gelegenheit ermordet wurden, sind: Li Wei-Sen, Dschu Schih, Hu Yeh-Pin, Yin Fu und Feng Keng — unsere Weltpresse mag nachprüfen, ob die Angaben stimmen. Feng Keng war eine junge Frau.

Geht das uns an? Es geht uns an. Es kann uns nicht kalt lassen, wenn die Vertreter der europäischen Völker im fernen Osten mit dem übelsten Abschaum, der jemals durch Gesinnungslosigkeit und Verrat an die Macht gelangt ist, gemeinsame Sache machen. Wenn eine verantwortungslose diktatorische Regierung im Auftrag unserer Profitmacher ihr Volk abschlachtet. Wenn im Einverständnis und unter Beihilfe

unserer in China Konzessionierten die chinesische Arbeiterklasse vom weißen Terror zerfleischt wird, weil sie ihre einheimischen Kapitalisten und deren ausländische Spießgesellen, nämlich unsere eigenen Ausbeuter, zum Teufel jagen will. Es geht uns an, wenn das Proletariat in China leidet. Denn die Armen in der ganzen Welt sind wie ein einziger Leib, und jeder Streich, der einen chinesischen Kuli trifft, ist ein Schlag über die blutende Haut des internationalen Proletariats.

Max Barth

Bedürftig?

Eine der schreiendsten Ungerechtigkeiten in der neuen Notverordnung ist die Bestimmung, daß zwar die Bezüge der Arbeitslosen und der Kriegsbeschädigten, nicht aber die hohen Pensionen gekürzt werden. Herr Cuno, Reichskanzler a. D., verdient zwar als Vorsitzender des Hapag-Direktoriums einen schönen Haufen Geld, erhält aber trotzdem vom Reich jährlich über 18 000 Mark Pension — und die Notverordnung kürzt diese Pension um keinen Pfennig. Herr Moldenhauer ist nach seiner ebenso kurzen wie blamablen Ministertätigkeit in den Aufsichtsrat der I. G. Farben und auf seinen Professoren-Stuhl zurückgekehrt, nachdem er sich vom Reich eine Pension von annähernd 30 000 Mark hat zusichern lassen — und die Notverordnung kürzt diese Pension um keinen Pfennig. Die Reichsregierung wird, höflich wie sie ist, die Herren Pensionsempfänger in einem eingeschriebenen Brief bitten, doch freiwillig auf einen Teil der Pension zu verzichten.

Solchen Leuten die Pension ganz zu nehmen, das wäre wohl zu grausam; aber — eine bescheidene Anfrage —: könnte man nicht bei so gutbezahlten Doppelverdienern, wie bei den Krisenunterstützten, die Bedürftigkeitsprüfung einführen?

Das Gebet

Das „Stuttgarter Evangelische Sonntagsblatt" veröffentlicht „ob seiner Zeitgemäßheit" ein „Gebet für arme Arbeitslose und für reiche Müßiggänger", in dem es heißt:

„... Vor dir, gerechter Gott, bekennen wir uns alle mitschuldig an diesem Mißstande unseres gewerblichen Lebens, der sogar willige Arbeiter in das Elend des Müßiggangs und der Sorge stößt ... Desgleichen jedoch gedenken wir voller Sorge und Mitleid auch jener Müßiggänger unter den Reichen, die zwar gesund sind an Körper und Geist und trotzdem keine nützliche Arbeit verrichten. Vergib ihnen, daß sie auf arbeitsgekrümmte Schultern die Last laden, für ihren Unterhalt zu sorgen ... Verleihe ihrer Seele die Kraft, aus der seidenen Schande sich aufzuraffen und künftighin das Brot, das sie essen, ihren Brüdern vollwertig mit Arbeit wiederzuzahlen."

Vielleicht trägt dieses Gebet dazu bei, daß sich etwa Herr Cuno oder Herr Moldenhauer aus ihrer „seidenen Schande" aufraffen.

Zweierlei Pazifismus

Bemerkungen zu einer Artikelreihe von Heinrich Ströbel
vgl. Nr. 22 und 23 der S.-Z.

Die Einwände, die man gegen die Artikelreihe von Heinrich Ströbel in den Nummern 16—20 des „Andern Deutschland" vorbringen kann und muß, lassen sich vielleicht am besten zusammenfassen, indem man Ströbels Ansicht und — sagen wir einmal: eine andere Ansicht einander gegenüberstellt. Also:

Ströbels Ansicht: Ohne Völkerfriede kein Sozialismus.
Eine andere Ansicht: Ohne Sozialismus kein Völkerfriede.

Ströbels Ansicht: Kriege gehören nicht zum Wesen des Kapitalismus; sie sind das Werk „größenwahnsinniger Nationalisten und Militaristen"; sie können also schon im Rahmen des kapitalistischen Systems abgeschafft werden, und zwar durch „vernünftige Aufklärungs- und Werbearbeit" und durch „Lebendigmachung der Demokratie".

Eine andere Ansicht: „Kriege liegen im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist" (Aus der Resolution des VII. internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907). Der Kampf gegen den Krieg kann also lediglich ein Teil des sozialistischen Klassenkampfes gegen den Kapitalismus sein.

Ströbels Ansicht zur Frage, wie der Sozialismus verwirklicht wird: in erster Linie durch den Kampf gegen den Krieg, denn der Friede ist ja die Vorbedingung des Sozialismus, während der Krieg immer die Arbeiterschaft schwächt und die Sache des Sozialismus schädigt.

Eine andere Ansicht: Der Aufbau des Sozialismus ist nicht möglich ohne soziale Revolution, ohne eine Übergangszeit, in der die Diktatur des Proletariats herrscht. Ein Krieg kann, wenn die Arbeiterschaft richtig geführt wird, die Revolution herbeiführen und dadurch die Vorbedingung des sozialistischen Aufbaus schaffen. (Kann, muß nicht.)

Ströbels Ansicht zu der Frage, wie sich der Kriegsgegner verhalten soll, falls ein Krieg ausbricht, wird aus seiner Artikelreihe nicht deutlich. Schade; denn das ist für Kriegsgegner eine der wichtigsten Fragen. Auch ein Anhänger Ströbels muß doch, wenn er ehrlich ist, zugeben, daß der Weltkrieg 1914—18 mit 95 Prozent Wahrscheinlichkeit nicht der letzte Krieg gewesen ist. Was ist also zu tun, wenn wieder ein Krieg ausbricht? Die meisten Pazifisten werden antworten: Kriegsdienstverweigerung. (Auch Ströbel wird wahrscheinlich so antworten, obgleich diese Antwort seinem Hang zur Demokratie nicht entspricht; denn wenn etwa der deutsche Reichstag mit Zweidrittelmehrheit die Beteiligung an einem Krieg beschließt, hat sich doch der demokratisch denkende Staatsbürger zu fügen.) Aber, so frage man weiter, wird Kriegsdienstverweigerung den Krieg verhindern oder abkürzen? Zu Beginn des Krieges werden es jedenfalls nur so wenig Dienstverweigerer sein, daß sie leicht unschädlich gemacht werden können (denn die Kriegsbereitschaft der Massen, schon heute groß genug, wird bis zum Ausbruch des nächsten Krieges beständig wachsen; das ist kein Zufall, keine Folge menschlicher Dummheit, sondern Begleiterscheinung der objektiv immer größer werdenden Kriegsgefahr). Wenn die Bewegung während des Kriegs anschwellen würde, müßte sie dann, wenn sie nicht unterdrückt werden soll, nicht schließlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse führen? In diesem Falle müßte sie sich zu der Parole bekennen, die eine andere Ansicht so ausdrückt: „Falls der Krieg ausbrechen sollte, ist es die Pflicht ..., mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen" (Stuttgarter Resolution 1907), oder, in der Formulierung Lenins: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung.

•

Das sind nur Andeutungen. Aber so viel wird klar sein, daß diese beiden Auffassungen von Pazifismus einander wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Jeder Pazifist, jede pazifistische Organisation muß sich eindeutig für die eine oder die andere entscheiden. Das sind die Themen, die in den Versammlungen der Pazifisten, vor allem der Deutschen Friedensgesellschaft, diskutiert werden müßten. Alle pazifistische Arbeit bleibt planlos, zerfahren, wirkungslos, wenn sie nicht auf einem klaren theoretischen Fundament ruht. Und wie lange wird es noch dauern, daß solche Fragen nicht mehr theoretisch sind, sondern jedem von uns in praxi gestellt werden? L.

Ein ungläubiger Pfarrer

Oder: das verfälschte Christentum

Daß die evangelischen Pfarrer „nichts glauben", zum Beispiel nicht an die christlichen Lehren von der Dreieinigkeit, von der Gottessohnschaft Christi, von dessen jungfräulicher Geburt, Auferstehung und Himmelfahrt, auch nicht an die „Erlösung durch den Glauben", ist ein weitverbreiteter Verdacht, man kann sagen: ein offenes Geheimnis.

Wenn man die geistlichen Herren daraufhin anredet, was nicht gerade als taktvoll gilt, so wird man in den meisten Fällen eine ausweichende Antwort zu hören bekommen. Selten ein offenes Ja, das den Sprecher zum Minderwertigen, zum Sonderling oder — Lügner stempeln müßte; selten auch ein offenes Nein, zu dem auch heute noch, wenigstens für einen Mann, der jene Lehren offiziell zu verkünden hat, eine Portion Mut gehört.

Pfarrer Schenkel, der Verfasser des Buches „Das Doppelgesicht des Christentums", hat diesen Mut, seinen „Unglauben" zu bekennen, und zwar nicht etwa errötend und stotternd, sondern frisch von der Leber weg, nicht mit defensiven theologischen Erklärungen, sondern in einer erfrischenden Offensive des gesunden Menschenverstandes.

Das christologische Dogma, sagt er, hat für uns heutige Menschen jeglichen Sinn verloren. Das „Lamm Gottes" ist eine Geschmacklosigkeit, die Lehre von der Gottmenschlichkeit Christi (wahrer Gott und wahrer Mensch in einer Person) ist „nicht tiefsinnig, sondern verschroben und unsinnig", die Unterscheidung von Gott Vater und Gott Geist eine „sehr überflüssige Wortklauberei". Es gibt selbstverständlich keinen Himmel und keine Hölle; den Mythus vom zürnenden Gott, der dem Menschen wegen seiner „Sünde" böse ist, der wegen jeder Kleinigkeit „beleidigt" ist und den man dann wieder versöhnen muß, empfindet Pfarrer Schenkel „geradezu als Gotteslästerung"; jedenfalls ist es eine „verkrampfte und häßliche" Vorstellung.

Auf die Frage, was sich vom „mythologischen Christentum" denn dann noch festhalten lasse, antwortet Schenkel: sehr einfach, nichts. Dies ist, wie er schon im Vorwort schreibt, „in Fachkreisen weithin bekannt". Aber die Pfarrer „geben sich selbst und dem Volk über die veränderte Sachlage keine ehrliche Rechenschaft". Es fehlt ihnen an ehrlichem Willen. Und die moderne Theologie (der „Barthianer") ist vollkommen unfruchtbar, sie ist nichts als eine „dünne und armselige dialektische Spekulation", sie ist „geradezu ins Pathologische entartet".

Aber dieses primitive mythologische Christentum, das sich in dem „nicht nur erschütterten, sondern unmöglich und sinnlos gewordenen" Dogma darstellt, ist ja gar nicht die wahre christliche Religion. Das wirkliche Christentum ist eine „geistige Religion von großer sittlicher Höhenlage", die Religion nämlich, die Jesus gelebt und verkündet hat. In ihr handelt es sich überhaupt um keinen Glauben, sondern um ein Tun, um tätige Liebe, wie sie der „Wille Gottes" ist. In den christlichen Glaubensbekenntnissen mit ihrem „veralteten Theologengezänk" steht kein Wort von dieser Lehre Jesu, weht kein Hauch von seinem Geist, der vielmehr ein „Ende aller überlieferten kirchlichen Frömmigkeitsformen" bedeutet. Der Inhalt der kirchlichen Bekenntnisse ist „für uns gegenstandslos", er ist „unterchristlich und jesusfern".

Die christliche Bekenntniskirche ist nichts anderes als eine Fälschung des Christentums. Jesus wollte überhaupt keine Kirche gründen. Er wollte die Menschen lehren, umzudenken, er wollte eine neue Gesinnung in ihre Herzen pflanzen, sonst nichts. Er wollte keinen „Glauben" predigen, sondern die Menschen von den Fesseln ihres Glaubens befreien. Er war ein „Lehrer der Weisheit", der Zweifel säte, den Mut zur Kritik weckte, zum Nachdenken und zur Wahrhaftigkeit erzog; kein „fantastischer Narr", der an Wunderkatastrophen glaubte, im Gegenteil: ein Rationalist; kein Fanatiker, sondern ein Fortsetzer der alttestamentlichen Weisheitsliteratur mit ihrer milden und gütigen Aufklärung. Den Kirchenfrommen seiner Zeit, den Autoritätsgläubigen und Orthodoxen, die ja immer gegen den Fortschritt sind, erschien er deshalb als Gotteslästerer, als „gefährlicher Freigeist" und Revolutionär. Er war einer von den Pietätlosen, die den Menschen ihre Religion nehmen, ein Neuerer und Umstürzler. Darum mußte er sterben, wie nach ihm Stefanus und der ganze Zug der Gotteslästerer und Revolutionäre bis auf den heutigen Tag.

Von wann datiert jene Fälschung, deren Ergebnis das geschichtliche Christentum war? Von Anfang an. Die Botschaft Jesu ist sozusagen im Keime erstickt worden. Daß sie nicht siegte, sondern die von ihm stets bekämpfte Messiasidee, jener „unheilvolle Aberglaube" (Messias ist dasselbe Wort wie Christus), daran waren schon seine Schüler, die „Jünger", die „Apostel", schuld, die ihn so schmählich verlassen und verraten und so völlig mißverstanden haben. Schenkel spricht von ihrer „abgrundtiefen Verständnislosigkeit", von der „Umbiegung seines Werkes bis zur völligen Fälschung", die sie auf dem Gewissen hätten. In den Evangelien offenbart sich dem unvoreingenommenen Leser der „geistige und sittliche Tiefstand dieser Männer"; es gibt Äusserungen von ihnen, aus denen „ein Abgrund von Aberglauben, Überheblichkeit, Lieblosigkeit und Fanatismus" spricht. Sie waren alle miteinander „arme Fantasten"; Petrus war „ein Wichtigtuer ohne wahre Größe, beschränkt und feige", Paulus ein Fanatiker, der „das Evangelium Jesu verdrehte".

Man sieht: Pfarrer Schenkel ist ein Mann, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Wo studierte Pfarrer untereinander sind, ohne Zeugen, pflegen derartige Formulierungen öfters zu fallen; aber hier ist einer, der auch Laien gegenüber damit nicht hinter dem Berge hält. (Ich muß hinzufügen: wenn man die hier zusammengestellten Zitate, etwa die Urteile über die sogenannten Apostel, die ich als Rosinen aus Schenkels Buch gepflückt habe, so aus dem Zusammenhang gerissen hinter einander liest, so könnten sie in ihrer anscheinenden Brutalität fast abstoßend wirken. Ich bitte auch die Bibelunkundigen oder oberflächlichen Bibelkenner unter den Lesern versichern zu dürfen, daß sie für Theologen keineswegs neu, sondern wohlbegründet sind und in Schenkels Buch auch ausgezeichnet illustriert und als stichhaltig bewiesen werden.)

Infolge des Versagens seiner Jünger ist also aus der Wirksamkeit Jesu gerade das herausgewachsen, was er nicht wollte. Das Christentum begann als jüdische Sekte, und als es gesiegt hatte, war es das selbe geworden, was Jesus so energisch bekämpft hatte: eine Autoritätsreligion, eine Kirche, unfruchtbar, freiheits- und fortschrittsfeindlich. Das geschichtliche Christentum hat „der Menschheit nichts wesentlich Neues gebracht", schreibt Schenkel. „Alle Welt weiß, wie sehr das Christentum versagt hat." Es ist „ein Hemmschuh der menschlichen Entwicklung", ein „großes geistiges Hemmnis", die christlichen Kirchen waren zeitenweise „die zähesten Feinde der Freiheit". Alle großen Fortschritte der Humanität sind gegen das Christentum erkämpft worden: von den Rationalisten, den Freigeistigen, den „Gotteslästerern". Von „Christen" dagegen sind die „schamlosesten Teufeleien" begangen worden, die je auf der Welt vorkamen, „alle heidnischen Greuel eingeschlossen". „Es gibt kein Verbrechen, das sie (die Autoritätsgläubigen) nicht getan haben, keine Unmenschlich-

Gestern und heute

In der sozialdemokratischen Presse erscheint augenblicklich eine Artikelreihe über die sogenannte Zabernaffäre. Der Fall jenes wild gewordenen kaiserlichen Leutnants v. Forstner, der im Jahr 1913 der elsässischen Bevölkerung mit Reitpeitsche und Säbelhieben seine Gottähnlichkeit demonstrierte, ist zu bekannt, als daß es sich lohnte, ihn im Jahre 1931 in weitschweifigen Fortsetzungen breitzutreten. Warum tut das die sozialdemokratische Presse dennoch? Fehlt es ihr an aktuellem Stoff? Will sie den Kontrast aufzeigen zwischen der alten Monarchie und der „freiesten Republik der Welt"? Oder wühlt sie nur deshalb im Schuldenregister des alten Systems, um von einigen unangenehmen Tatbeständen abzulenken? Dann hätte sie gerade im jetzigen Augenblick die Zabernaffäre beiseite lassen sollen. Fast jeder Satz des Berichts erinnert peinlich an Affären, die im Umkreis sozialdemokratischer Verantwortlichkeit passierten.

„Jeder, der auf der Straße nur eine Miene verzog, wurde mit Kolbenstößen traktiert." Harmlose Passanten wurden niedergeschlagen, in Massen verhaftet und in schmutzige Keller eingesperrt: andern Tags mußte man sie als völlig schuldlos entlassen. Auf die Entrüstung der Bevölkerung antwortete die Regierung — weit entfernt, die Vorkommnisse eindeutig zu verurteilen — mit zu allen Zeiten zugkräftigen Schlagworten: „Ehre der Armee! Schutz der Autorität!" usw. usw. Man kennt das. Und es ist schwer, sich nach zwölf Jahren Republik über so was aufzuregen. Wir haben uns noch an ganz andere Dinge gewöhnen müssen. Warum ventiliert die sozialdemokratische Presse nicht diese naheliegenderen Fälle?

Sie hätte gerade dieser Tage eine wunderschöne Gelegenheit gehabt. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin I fand nämlich die Berufungsverhandlung gegen zwei Polizeioffiziere und einen Polizeiwachtmeister statt, die am 1. Mai 1929 an der Mißhandlung von sieben unschuldigen Arbeiterschützen beteiligt oder mitverantwortlich gewesen sind. An jenem Ruhmestag der sozialdemokratisch geleiteten Polizei sind in Berlin beiläufig 33 Arbeiter auf der Strecke geblieben; hunderte wurden unnötig geschlagen und mißhandelt, hunderte verhaftet. Der Tatendrang des Leutnants Forstner und seiner Mannen war ein harmloses Kinderspiel dagegen. Dort die Tat eines übergeschnappten jungen Menschen, mit dem man das übrige Offizierskorps immerhin nicht restlos identifizieren konnte, hier die brutale Äußerung eines Systems, das offen dazu überging, die etwa noch vorhandenen Illusionen über die Demokratie mit Gummiknüppeln und blauen Bohnen auszutreiben. Die Entrüstung über die Nonchalance, mit der Bethmann-Hollweg damals im Reichstag die Geschichte abzutun versuchte, verblaßt, wenn man betrachtet, was in diesem Fall hier geschehen ist. Von den vielen Polizeibeamten, die sich am 1. Mai 1929 ausgetobt hatten, konnten nur ganze drei gestellt werden. In der ersten Verhandlung wurden die beiden verantwortlichen Offiziere, unter deren Augen die Mißhandlungen der Arbeiterschützen zum Teil geschehen waren, freigesprochen; der an den Mißhandlungen beteiligte Polizeiwachtmeister Gärtner bekam die geringe Strafe von vier Monaten Gefängnis. Das Gericht betonte im Urteil, daß man den wirklichen Tätern näher gekommen wäre, wenn manche Zeugen (gemeint waren Polizeibeamte) es mit ihrem Eid genauer genommen hätten.

Die Berufungsverhandlung wurde dank dem unhemmbaren Drang des heutigen Systems nach Popularität zwei Jahre verschleppt. Der Tatbestand ist dadurch nicht durchsichtiger geworden. Man kam deshalb durchweg zu Freisprüchen. Auch der im ersten Prozeß verurteilte Wachtmeister wurde freigesprochen. Schuld an diesem Ausgang ist nicht nur die Solidarität der unteren Beamten, von denen keiner den andern verriet, sondern auch die Leitung der Polizei, der über diesen Fall hier bereits andern Tags Mitteilung gemacht wurde, und die nichts tat, um die Angelegenheit sofort aufzuklären.

Die sozialdemokratische Presse aber unterhält ihre Leser mit Betrachtungen über die Zabernaffäre. oha

In drei Zeilen

Die zwanzig größten öffentlichen Theater Deutschlands erhalten jährlich rund 30 Millionen Zuschuß aus städtischen oder staatlichen Mitteln. Sind sie das noch wert?

Der Anteil der Warenhäuser am gesamten Umsatz des deutschen Einzelhandels hat 1928 etwa 4,3 Prozent betragen, 1930 rund 5 Prozent. In Amerika war im Jahr 1928 die Prozentzahl 16, in Holland 8, in Frankreich 6, in England 4. Der Warenhausumsatz, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, war 1927 von allen deutschen Städten in Berlin am höchsten (124 Mark); dann folgen Stuttgart mit 100 und Frankfurt a. M. mit 65 Mark. Am Schluß steht Breslau mit 24 Mark.

Aus Deutschland sind nach Übersee ausgewandert: 1930: 37 300 Personen, 1929: 48 734, 1928: 57 240.

Der Benzinpreis ist jetzt, nachdem die letzten Herbst auseinandergefallene Treibstoff-Konvention wieder zusammengekittet worden ist, auf 29 Pfennig pro Liter gestiegen (vor dem Bruch der Konvention 35, nach dem Bruch 25 Pfennig). Dieser Preis setzt sich ungefähr folgendermaßen zusammen: Produktionskosten einschließlich Produzentengewinn: 4,5 Pfg., Reklame und Amortisation des Vertriebsnetzes: 2,5, Fracht bis Hamburg: 2, Zoll: 12, Fracht von Hamburg und Zufuhr zur Tankstelle: 3, Gewinn des Händlers: 5 Pfennig. (Infolge der Zollerhöhung in der neuen Notverordnung wird der Benzin-Preis noch mehr steigen.)

Kleine Justizbilder

Keine Gnade

Ein unbestrafter Gutsarbeiter hat, zusammen mit einem andern, Mitte Oktober letzten Jahres im Wald 0,15 Kubikmeter Kiefernknüppel entwendet. Wert: 0,75 Reichsmark. Obwohl der Magistrat erklärt, er habe an einer Verfolgung kein Interesse, wird durch Strafbefehl eine Geldstrafe von 3 Reichsmark verhängt, die auch beim gerichtlichen Einspruchstermin aufrechterhalten wird; zu ihr kommen noch 2 Reichsmark Gerichtskosten und 38 Pfennig für den auf den Angeklagten entfallenden Anteil am gestohlenen Holz. Zusammen: 5,38 Reichsmark. Ein Gnadengesuch an das Landgericht Potsdam ist abschlägig beschieden worden; der Fall wird jetzt dem Justizminister unterbreitet werden.

Wird er dem seit 18 Monaten arbeitslosen Missetäter die Strafe erlassen? Eine schwere Entscheidung!

Gefängnis, weil arbeitslos

Ein Arbeitsloser bekommt einen Strafbefehl wegen Hausfriedensbruchs. Beim Einspruchstermin bittet der Anwalt um Herabsetzung der Strafe, da es dem Arbeitslosen schwer falle, auch einen verhältnismäßig kleinen Betrag aufzubringen. Der moabiter Einzelrichter zieht sich daraufhin zur „Beratung" zurück. Gleich darauf wird das Urteil verkündigt: Schwerer Hausfriedensbruch. „Bei der Arbeitslosigkeit des Angeklagten kam eine größere Geldstrafe nicht in Frage. Es mußte daher auf Gefängnis erkannt werden." Resultat: drei Wochen Gefängnis. Weil der Mann arbeitslos ist — und eine niedere Geldstrafe das Ansehen unserer Justiz zu sehr erschüttert hätte.

Arbeiten wird bestraft

Eine Frau im Kreis Potsdam betreibt einen Produktenhandel im Umherziehen. Ihr Mann bekommt keinen Wandergewerbeschein, weil er vorbestraft ist. Sie nimmt ihn trotzdem eines Tages zu ihrer Unterstützung mit über Land. Der Wandergewerbeschein wird unterwegs von der Gendarmerie geprüft. Resultat: Strafbefehl über 22,50 Reichsmark, da sich die Frau beim Handel im Umherziehen „der Hilfeleistung ihres Mannes bedient habe". Eine Übertretung nach § 7, 9, 18, 24, 25, 27, 28 des Gesetzes vom 3. 7. 1876, in der Fassung der Novelle vom 4. 1. 1922. Der Einspruch wird vom Gericht natürlich verworfen; die Kosten haben sich durch ihn auf 35 Reichsmark erhöht. Zu zahlen, weil der Mann seiner Frau behilflich sein wollte. Max Winkler

Das ist was ganz anderes

Aus den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 29. Mai: „Schiessen, ein alter-neuer Sport. Erziehung zur Selbstbeherrschung ... Wohl in keinem andern Sportzweig werden Sehkraft und Nerven in so hohem Maße gestärkt und werden Selbstbeherrschung und Entschlußkraft in so hervorragendem Maße anerzogen wie gerade durch das Schießen. Auf Grund dieser Tatsache hat auch der Reichsausschuß für Leibesübungen das Schießen als Leibesübung anerkannt und dies dadurch dokumentiert, daß er das Schießen als Teilübung in die Bedingungen zur Erlangung des Deutschen Sportabzeichens aufnahm ... Der Deutsche Schützenbund ... schuf darum auch vor einigen Jahren die Deutsche Einzel-Schießmeisterschaft ... Deutsche Mannschafts-Meisterschaft im Großkaliberschiessen einzuführen ... Deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Kleinkaliber-Schießen geschaffen ... Interesse an diesen Wettkämpfen sehr groß ... für den Schießsport ein ganz hervorragendes Ergebnis ..." usw.

Aus den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 31. Mai: „Kommunistische Schießübungen für den Bürgerkrieg." Folgt der Abdruck eines Flugblattes der Arbeiter-Schützen (Oppo) Groß-Dresden und die Aufforderung, den kommunistischen Schießübungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, d. h. sie zu verbieten.

Blick ins Dritte Reich

Wie es im Dritten Reich aussehen wird, hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Jenke in Feuerbach in öffentlicher Versammlung geschildert. Die Selbstenthüllung ist immer die beste Karikatur: keiner von uns könnte so treffend und schonungslos die Armseligkeit hakenkreuzlerischer Zukunftsvorstellung und hakenkreuzlerischer Weltanschauung aufdecken wie dieser Rufer im Streit.

Nicht alle seiner Voraussagen brauchen der Mitwelt serviert zu werden; eine wohlsortierte Auswahl genüge. Da ist zuerst die Ankündigung, daß man die Führer der vor dem Versammlungslokal, auf der Straße, Stehenden (nämlich der Arbeiter, die sich draußen über die Nazis lustig machten) „in ihrem eigenen Fette schmoren" werde. Dann die nicht ganz neue Nachricht, daß „im Herbst oder etwas später" Hitler die Regierung übernehmen und die Nazis in Preußen bald den Innenminister stellen würden. „Wir werden dann die Polizei so einexerzieren, wie wir sie haben wollen". Nun, viel Arbeit werdet ihr da nicht mehr nötig haben.

Andere brennende Probleme gruppieren sich um die nationalsozialistischen Minderwertigkeitskomplexe, die auf die Stichworte „Schwarze, Rote, Juden" zu bellen beginnen. Wenn Hitler dran ist, sagt Jenke, „werden wir erleben können, daß die Sozis und das Zentrum, diese Schweinebrut, die ersten sind, die eine Spionagezentrale für Polen und Frankreich gegen unseren deutschen Adolf Hitler, diesen herrlichsten Menschen, einrichten". Doch das wird nicht ungerochen bleiben: „Wir werden ihnen Saures geben!" Was die Juden betrifft, so werden alle, die seit dem Jahre 1914 eingewandert sind, „hinausgejagt". „Die anderen werden wir ungeschoren lassen."

Aber neben dem inneren Feind darf der äußere nicht vergessen werden. Den Franzosen und Amerikanern wird die nationale Retterregierung erklären: „Wir bezahlen vom nächsten Vierteljahr ab keine Reparationen mehr!" Marschieren dann aber die Franzosen ein, so wird der „Guerillakrieg" geführt, und zwar „mit der Mistgabel". Notabene: „Wenn diese (die Franzosen) allein kommen." Denn: „Der Franzose ist ein feiger Hund!"

Das Glanzstück völkischer Zukunftsmalerei ist aber folgendes: „Wir werden unsere deutsche Jugend wieder erziehen; wir werden die zweijährige Arbeitsdienstpflicht einführen und dort wird dann der Schliff nachgeholt, der unserer heutigen Jugend fehlt. Wir werden dafür sorgen, daß die Jungen von ihrer Arbeit von morgens bis abends acht Uhr so müde werden, daß es ihnen dann nicht mehr einfällt, noch mit einem der ausgemergelten Mädels auszugehen." Das ist so das Ideal der verhinderten Sadisten, die sich zurzeit so heftig in der Politik abarbeiten: Jugend unter der Knute zu haben, der man die Gefühle austreibt — bis auf das eine, versteht sich: das masochistische Bedürfnis, geknutet zu werden. Und mit den Mädchen scheinen die Herren es ja auch nett vorzuhaben: ist's nun der Hunger oder eine besondere Art von Schliff, durch den die Volkserretter sie ausmergeln wollen? Übrigens passiert den Mädchen noch was ganz Schlimmes: Sie „werden ihre seidenen Strümpfe ausziehen und wieder wollene Strümpfe anziehen müssen". Es ziemt sich, daß die Schäfchen, die wacker mithelfen, ihre angebeteten Helden auf den Thron zu heben und sich selbst wieder in die politische Rumpelkammer zu sperren, in deutscher Schafwolle einhergehen.

Es versteht sich für Eingeweihte von selbst, daß die Arbeitsdienstpflicht noch eine besondere, über sie selbst hinausweisende Aufgabe hat: „In der Arbeitsdienstpflicht können wir dann wieder die herrliche Schule der Armee aufbauen. Wir werden zwangsweise exerzieren." Na also, endlich ist's raus! Hier liegt des Pudels Kern begraben, hier liegt der Hase im springenden Punkt: die NSDAP ist ein großer Verein derer, die zu kurz gekommen sind: sie haben nicht genug exerzieren dürfen. Es gibt welche, denen wird das Hirn sauer, wenn sie nicht vor einem Korporal auf dem Bauch rutschen dürfen und wenn kein Schnösel von Leutnant sie ankotzt. Für die hat Hitler — „jener herrliche Mensch, den die Welt je gesehen hat" (sagt Jenke) — die nationalsozialistische Partei erfunden. Noch einer der Herren ohne Befriedigung? Bitte, treten Sie ein! Peng

---

In der zweiten Hälfte des Jahres 1930 haben in Deutschland 32 000 Paare weniger geheiratet als im gleichen Zeitraum des Jahres 1929.

Die Zahl der Selbstmorde in Deutschland hat betragen: 1919: 11 555, 1923: 13 218, 1928: 16 036, 1930 (nach Schätzungen): 21 000 (das sind 58 im Tag).

---

keit, die sie nicht mit frommem Geschwätz vollbracht hätten." Wenn sie einmal irgendwo in der Minderheit sind und dann auf einmal Duldung für sich verlangen, so ist das deshalb eine „besonders widerliche Unehrlichkeit".

Darum ist der Kampf gegen die Autoritätskirchen eine Notwendigkeit. „Wenn die Geistesfreien ihn nicht führen wollten, so wäre es Verrat an der Wahrheit, am Fortschritt, am Geist, Verrat auch an dem langen Zug derer, die als Gotteslästerer bekämpft und verfolgt wurden, nur weil in ihnen der Geist lebendig war ... Es wäre aber auch Verrat am kommenden Geschlecht, das dann von neuem dem Klerikalismus ausgeliefert würde, der seine Seele verbiegen und es um das aufrechte Wachstum in der Sonne des ewigen Geisteslichtes bringen würde."

Ich hoffe, die Grundgedanken des Schenkel'schen Buches richtig wiedergegeben zu haben. Wenn ich Kultminister wäre, so würde ich es an den Oberklassen sämtlicher Schulen einführen. Da das nicht gehen wird, so möchte ich es wenigstens in die Hand sämtlicher Lehrer wünschen. Vielleicht greift auch hie und da ein „Christ" darnach und läßt sich von ihm beeindrucken, weil es doch von einem Pfarrer geschrieben ist. Willkommen als Mitkämpfer gegen die Kirche, Herr Pfarrer! (Über Gott und Religion sind wir zwar nicht ganz einer Meinung, aber das macht nichts, das ist auch nicht nötig.)

Sehr gespannt wäre ich, ob wohl auch einer von den Herren im evangelischen Oberkirchenrat, oder wie dieses württembergische Synedrium heißt, seine Nase hineinstecken wird. Und ob die Hohepriester und Schriftgelehrten dann nicht finden, daß Sie ein Ketzer und Lästerer sind, ein „gefährlicher Freigeist", ein „Revolutionär des Geistes", den man nicht länger als Stadtpfarrer in Zuffenhausen bei Stuttgart dulden darf, sondern schleunigst suspendieren und vor ein Disziplinargericht stellen muß. Schairer

Um Jesus entwickelte sich eine Religion, die so ganz anders wurde als die Religion Jesu, daß der Jesus der Geschichte im Lauf der letzten anderthalb Jahrtausende sicherlich mehr als einmal den Wunsch gehabt haben würde, zu erklären, daß er selbst kein Christ sei. Aus: The World Tomorrow

---

Pfarrer Dr. G. Schenkels Buch „Das Doppelgesicht des Christentums" ist im Verlag Strecker und Schröder in Stuttgart erschienen und kostet kartoniert 3,30 Mark, gebunden 4,60 Mark. Es kann gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrags vom Verlag der S.-Z. bezogen werden.

Für deutsche Kultur

Auf einem kürzlich in Potsdam abgehaltenen Kongreß des „Kampfbundes für deutsche Kultur" hat, wie man nachträglich aus dem „Völkischen Beobachter" erfährt, Hanns Johst einen Vortrag über „Deutsche Sprache, deutsches Schrifttum und deutsche Erziehung" gehalten und dabei u. a. gesagt: Wir bekommen jahrelang auf unserem Entwicklungswege das jüdische Volk als das auserwählte Volk vorgesetzt. Aber was gehen unsere Jugend die unerhörten Betrugsgeschichten von Esau und den Brüdern Josefs an oder wie diese Erzväter und Erzgauner alle heißen mögen, und ihre häßlichen und ekelhaften Mord- und Ehebruchgeschichten? Haben wir nicht unsere eigenen herrlichen Überlieferungen in ihrer wunderbaren Reinheit?

Doch, doch; z. B. den gierigen Kampf um den Goldschatz der Nibelungen, die Betrugsgeschichte von Brunhildes Brautnacht, den hinterhältigen Mord Hagens usw. Was brauchen wir da noch jüdische Geschichten?

Armut erwünscht

Die Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung bringt in ihrer Nummer 16 einen Aufsatz: „Kann die Goldwährung wirtschaftliche Gerechtigkeit garantieren?" Darin wird auf eine Aufsatzreihe verwiesen, die Regierungsrat Nölle veröffentlicht hat und es werden dann auch verschiedene Einwände gegen Nölle und gegen die Freigeldtheorie erwähnt. Ein hoher Geistlicher der katholischen Kirche macht folgenden Einwand: „Sicherlich, durch Gesells Festwährung und Freigeld werden die Notstände und damit die Arbeitslosigkeit verschwinden; daran kann kein vernünftig denkender Mensch zweifeln; aber wenn keine Arbeitslosigkeit mehr besteht bzw. keine Not, dann ist auch keine Gelegenheit, Liebe zu üben, Almosen zu geben, charitativ tätig zu sein; aus diesem Grunde wird die katholische Kirche wohl kaum die Einführung des Freigeldes und der Festwährung dulden."

Liebe S.-Z.

In der preußischen Staatskanzlei brüten die Minister über dem Fall Kürten. Eine „Soll ich?-Soll ich nicht?-Stimmung" liegt über dem Raum. Der Justizminister zählt schon zum dreizehntenmal die Knöpfe seiner Weste ab, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Es wird allmählich peinlich. Da bittet ein protokollführender Referendar einen Vorschlag machen zu dürfen. „Wie wäre es", meint er, „wenn Sie bei fünf Fällen das Todesurteil bestätigten, und bei den andern vier eine Begnadigung aussprächen?"

Wegen dieser wahrhaft demokratischen Lösung soll der Referendar, als für Regierungsgeschäfte besonders geeignet, bei der nächsten Regierungsbildung zum Unterstaatssekretär ernannt werden.

♦

In Leipzig saßen sozialdemokratische Korifäen abends im Hotel. Man beratschlagte, wie man den Abend vollends verbringen wolle: Theater? Varieté? Tanzbar? Das alles sei nichts Besonderes. Es müsse mal etwas Anderes sein.

„Nu, dann gähn se ähm in ä Arbaidrgneibe", meinte listig blinzelnd ein Sachse am Nebentisch.

Theater in Aalen

Vier Inserate aus der „Kocher-Zeitung" (Aalen)

I.

Löwenkellersaal Mittwoch, 10. Juni: Ensemble-Gastspiel der Truppe S.O.S. (Direktion Müller) Erstaufführung von § 218 Cyankali, Schauspiel von Dr. Friedrich Wolf. Vorverkauf Herrn Höltzel, Hauptstraße.

II.

Der Vorverkauf für „Cyankali" § 218 am 10. Juni findet nicht bei Herrn Höltzel, sondern Alter Kirchplatz 2 (Büro) statt.

III.

Die Aufführung des Stückes „Cyankali § 218" von Dr. Wolf im Löwenkellersaal kommt nicht in Frage. Für ein solches Theaterstück steht ein deutsches Haus nicht zur Verfügung. Löwenkeller K. Barth. (S.A.-Führer; d. Red.)

IV.

Infolge Unkenntnis des Stückes und anderer Machinationen wird die auf 10. Juni ausgeschriebene Vorstellung „Cyankali" bis auf weiteres verschoben. Die gelösten Karten behalten Gültigkeit oder werden zurückbezahlt.

Eßt Spargeln. Vor einiger Zeit hat der preußische Minister des Innern angeordnet, bei der Verpflegung der staatlichen Schutzpolizei möglichst viel Spargeln zu verwenden; jetzt hat der Reichswehrminister einen gleichen Erlaß herausgegeben und den Truppenteilen nahegelegt, von dem großen Angebot an Spargeln nach Möglichkeit Gebrauch zu machen und dadurch die Landwirtschaft zu unterstützen. — Die Arbeitslosen würden sich auch gerne an dieser vaterländischen Aktion beteiligen, aber ihr Etat ist nicht so üppig wie die der Reichswehr und der Schupo.

Geld und Politik

5. Der Mann im Dunkel

Wenn man sich mit dem Thema „Geld und Politik" beschäftigt, dann darf man nicht vorbeigehen an der abenteuerlichsten Gestalt der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit: an Sir Basil Zaharoff, dem „mysteriösen Europäer", dem Mann im Dunkel. Sein Aufstieg ist einzigartig: geboren in einem kleinasiatischen Dorf, ist er einer der größten Rüstungsindustriellen und einer der reichsten Männer der Welt geworden, der nicht nur an den Kriegen auf der ganzen Erde verdient, sondern auch Kriege entfesselt und finanziert hat.

Sir Basil Zaharoff ist 1849 in Mughla in Kleinasien geboren. Bald siedeln seine Eltern nach Konstantinopel über. Dort wächst Zaharoff auf, geht in die Schule und sucht sich, da sein Vater sein Geld in unglücklichen Geschäften verlor, seinen Lebensunterhalt als Geldwechsler, Fremdenführer oder was es sei zu verdienen. Aus dieser armseligen Existenz wird er befreit, als ihn ein Onkel, ein Tuchhändler, auffordert, in sein Geschäft einzutreten. Das war, wie Zaharoff später selbst erzählte, nicht nur für ihn, sondern auch für den Onkel ein Gewinn; denn Zaharoff brachte durch seine kaufmännische Tüchtigkeit das Geschäft in die Höhe. „Die Bilanz, die ich am Ende dieses (des zweiten) Jahres aufstellte, ergab eine erhebliche Steigerung des Reingewinns. Darauf erhielt ich von meinem Onkel einen Brief, in dem er mir für die guten Ergebnisse aufs wärmste dankte und mich gleichzeitig zu seinem Kompagnon machte. Ich sollte künftig mit einer Tantieme von soundsoviel Prozent an dem Ertrag des Geschäfts beteiligt sein."

Schön; wenn nur der Onkel die versprochenen Tantiemen auch ausbezahlt hätte! Da er es nicht tat, ging Zaharoff, während sein Onkel einmal auf Geschäftsreisen war, selbständig vor. Er machte Bilanz, schrieb an seinen Onkel, daß er aus der Firma austrete, nahm die fälligen Tantiemen aus der Geschäftskasse und fuhr nach London. So schildert er es wenigstens selber. Sein Onkel faßte die Sache aber anders auf, nämlich als Diebstahl, als unberechtigten Griff in seine Kasse, und ließ Zaharoff durch die englischen Behörden verfolgen. Zaharoff wurde in London verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Verzweifelt sah er dem Termin entgegen: er hatte kein einziges Dokument bei sich; wenn sein Onkel, der zu der Verhandlung nach London gekommen war, es auf seinen Eid nahm, daß er Zaharoff nicht zum Kompagnon gemacht habe, war Zaharoff verloren.

Gerichtstag. Ein kalter Morgen. Zaharoff nahm aus seinem Koffer einen warmen Mantel, den er schon lange nicht mehr getragen hatte, und fand auf dem Weg zum Gerichtssaal in einer Manteltasche — den Brief seines Onkels, in dem dieser ihn zum Teilhaber ernannt hatte. Es folgte natürlich vor Gericht eine dramatische Szene. Zaharoff hielt das rettende Dokument zurück, bis sein Onkel die Hand zum (falschen) Eid erhob, und konnte so inmitten der allgemeinen Empörung und Überraschung den Triumf des Sieges ganz auskosten.

Zufall? Wunder aus 1001 Nacht? Oder nur gute Regie Zaharoffs? Untersuchen wir nicht weiter. Die Karriere großer Männer hat nicht immer rein und makellos begonnen.

Zaharoff verläßt dann London wieder und sucht in Athen Fuß zu fassen. Aber es gelingt nicht; hier sieht man ihn als Kassendieb an und boykottiert ihn. Nur einen Freund hat er: den späteren griechischen Ministerpräsidenten Etienne Skuludis, der eben, 1876, seine politische Laufbahn in Athen begann. Ihm verdankt es Zaharoff, daß er im Herbst 1877 von der englischen Rüstungsfirma Nordenfeldt als Vertreter für den Balkan, wo damals die Gewehre sehr leicht losgingen, die Rüstungsindustrie also auf Profit hoffen konnte, engagiert wurde. Damit begann Zaharoffs Aufstieg zu Macht und Reichtum.

Peter F.

(Wird fortgesetzt)

Verwirrung

Was verstehen Sie unter „Marxismus"? Wahrscheinlich wie ich auch die ökonomischen und geschichtsfilosofischen Lehren von Karl Marx. Und „Marxisten" nennen wir die Anhänger dieser Lehren, das sind heute in erster Linie die Kommunisten.

Das scheint klar. Gehen Sie aber einmal vom linken Lager ins rechte, so sieht die Sache ganz anders aus. Wenn die Nationalsozialisten von „Marxisten" reden, so meinen sie nicht die Kommunisten (das sind „Söldlinge Moskaus" oder „Untermenschen"), sondern die Sozialdemokraten, also Leute, denen wir leider wenig Marxismus mehr anmerken.

Das Zentrum halten wir für reaktionär (politisch und kulturell), für einen Damm des Kapitalismus gegen den Sozialismus; die Sozialdemokraten sind nach unserer Auffassung den Kommunisten nicht gerade freundlich gesinnt — aber wir sind da offenbar auf falscher Fährte: der „Völkische Beobachter" nennt das Zentrum „kulturbolschewistisch", und daß die Sozialdemokraten und das Zentrum mit den Kommunisten unter einer Decke stecken, ist den Nationalsozialisten schon längst kein Geheimnis mehr. („Entsprungene Tollhäusler können sich nicht wahnsinniger gebärden als das von Zentrum und Sozialdemokratie gegen das erwachende Deutschland aufgepeitschte bolschewistische Untermenschentum", schreibt z. B. der N.S.-Kurier.)

Das Reichsbanner wird, so nehmen wir an, bei einem zweiten 1918 auf die Kommunisten schießen — aber in der Ausdrucksweise der Nationalsozialisten stehen Reichsbanner und Rotfront beim Fascisten-Mord brüderlich zusammen als „Schutztruppe des Kapitals".

So verschieden sehen die Dinge von verschiedenen Seiten aus.

Jan Hagel

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Verbrechen des Paters Amaro. Von Eça de Queiroz. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Geld in der Politik. Von Morus. Brosch. 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

Etappe Gent. Von Heinrich Wandt. Kart. 2,50 Mark, geb. 3,80 Mark.

Erotik und Spionage. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

S. M. der Unteroffizier

In einer in der Zeitschrift der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten erschienenen Kritik des Kriegsbuchs „Stahlbad Anno 1917" von Peter Riß (Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf) hat ein Dr. Lüders u. a. geschrieben: „Die sadistischen Schinder mit Achselstücken und Tressen, kulturwidriges, teils feiges Gesindel, für das selbst ein Strick zu schade war, treten in diesem Buch auf. Der preußische Unteroffizier hat durch sein verruchtes, preußisches Viehtreibersystem viel zum verlorenen Krieg beigetragen."

Diese etwas hitzige, in schlechtem Deutsch vorgetragene Charakterisierung gewisser, nicht gerade seltener Typen des ehemaligen Unteroffizierkorps hat den Ökonomieinspektor im Ruhestand Ewald Grünbein nicht ruhen lassen. Als ehemaliger Kapitulant und Unteroffizier und nachmaliger Feldwebelleutnant spürte er den Drang in sich, sich gewissermaßen stellvertretend für das verflossene preußische Unteroffizierkorps beleidigt zu fühlen. Er erhob deshalb Klage beim Amtsgericht Berlin-Mitte, und das eröffnete auch ohne Bedenken das Verfahren und verurteilte vor ein paar Tagen den Dr. Lüders und den Schriftleiter der Zeitschrift zu je 100 Mark Geldstrafe, da der Herr Kläger sich über diese herbe Kritik an seinem früheren Berufsstand mit Recht habe beleidigt fühlen können, umsomehr, als die Kritik das „erlaubte Maß" weit überschritten habe und den Eindruck erwecke, als ob alle Unteroffiziere der alten Armee von der geschilderten Art gewesen seien. (Das Urteil wird von dem Verteidiger angefochten werden, da nach seiner Ansicht ein Stand, der gar nicht mehr existiert, sich auch nicht beleidigt fühlen kann.)

Der Unteroffizier des alten wilhelminischen Heeres in seiner unerfreulichen Schindergestalt ist zwar eine beliebte Lustspielfigur, und man darf über seine zweifelhafte Mentalität lachen, aber man darf sich nicht in starken Worten über sie aufregen. Die Ehre der alten Armee ist in seine Hand gegeben, und wir wissen, wie er sie „gewahrt" hat. Es gab in seinem Stand natürlich auch solche und solche. Aber mehr solche. Sein guter Ruf bei allen, die den Kasernenschliff lieben, und sein schlechter bei denen, die auf ein wenig Menschenwürde bedacht sind, basiert durchaus auf dem Typ Himmelstoß. Darüber braucht nicht mehr diskutiert zu werden. Es gibt da auch nichts mehr zu wahren. Man weiß Bescheid! In einer Zeit, da Kollektivbeleidigungen an der Tagesordnung sind, scheint es reichlich antiquiert, sich gerade der Ehre eines Standes anzunehmen, der so sehr erledigt ist wie dieser. Die Republik hätte Wichtigeres zu tun.

h m

Innere Mission

Siedlung

Der Bauspar-Konzern Devaheim, der rund 20 000 Bausparer umfaßt, leidet augenblicklich unter ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. Das große Vertrauen, das er seither genoß, ergab sich hauptsächlich aus der rührigen Propaganda, die von kirchlicher Seite für ihn gemacht wurde. Indessen scheint nicht alles unbedingt dieses Vertrauens würdig gewesen zu sein. Der Gottseligkeit der leitenden Männer stand eine ebensogroße geschäftliche Unerfahrenheit gegenüber, einige von ihnen verfügten sogar mit einer Unbedenklichkeit über fremde Blanko-Schecks, die zu einem Strafantrag wegen widerrechtlicher Verwendung solcher geführt hat. Auch die Lebensführung einiger leitender Herrn soll mit christlicher Anspruchslosigkeit wenig zu tun gehabt haben; so wurden z. B. Paradefahrten gemacht mit einem Luxusauto, das man dem verflossenen König Amanullah von Afghanistan abgekauft hatte.

Der „Zentralausschuß für innere Mission", der zu den hauptsächlichsten Gründern des Konzerns gehört, hat sich um all das offenbar nicht gekümmert. Jetzt, nachdem die Schwierigkeiten da sind, hat man ein „Hilfskomitee" gebildet, das versuchen wird, mit irgendwelchen kirchlichen Mitteln dem Konzern wieder auf die Beine zu helfen.

Die vielen kleinen Bausparer müssen sich eben inzwischen mit Gottvertrauen wappnen.

Erziehung

In Kiel wurde letzter Tage auf Berufung eines ehemaligen Fürsorgezöglings nochmals gegen einen Prügelpädagogen der Fürsorgeanstalt Rickling verhandelt (in der ersten Verhandlung waren drei angeklagte Erzieher dieser Anstalt zu ganz geringfügigen Strafen verurteilt worden). Die Anstalt, die inzwischen geschlossen worden ist, gehörte der „Inneren Mission"; die Zöglinge wurden mit Gottes Wort und viel Prügel erzogen. Zehn Stunden täglich mußte schwere Arbeit im Torfmoor geleistet werden; wer bei der Arbeit schlapp machte, wurde mit Stockhieben und Fußtritten angetrieben; auf Beschwerden reagierte man mit erneuter Grausamkeit. Solange der aufsichtsführende Pastor zu Besuch da war, wurden die Zöglinge, von denen man Beschwerden befürchtete, eingesperrt. Gelang es einem, sich über Mißhandlungen zu beschweren, so erhielt er von dem geistlichen Herrn die Antwort: Gott habe die Strafen verhängt.

Die Berufungsverhandlung endete mit einem Vergleich, da durch das Verhalten des Gerichts eine umfangreiche Beweisaufnahme nicht möglich war; dabei mußte sich der „Landesverein für innere Mission" zu der blamablen Erklärung bequemen, daß ihm eine nochmalige Aufrollung der dem Prozeß zugrundeliegenden Vorkommnisse unerwünscht sei.

Karl Berger

Das russische Wunder

Die Bevölkerung von Moskau hat in den letzten vier Jahren um 24 Prozent zugenommen und beträgt gegenwärtig nahezu drei Millionen.

Die vor fünf Jahren gegründete große Moskauer Fabrik Elektrosawod, die den Fünfjahresplan in zweieinhalb Jahren (am 1. April 1931) erfüllt hat, führt bereits elektrische Glühbirnen nach Persien, der Türkei und Südamerika aus. Noch vor vier Jahren mußte Rußland seine Lampen einführen.

Der russische Chemietrust (Wsechiprom) hat mit der Gewinnung von Zucker aus Holz nach dem Bergiusverfahren begonnen. Professor Bergius ist seit einiger Zeit in Moskau.

Die große russische Tageszeitung „Prawda" erscheint in einer Auflage von zwei Millionen Stück.

Die russische Bevölkerung hat Anfang 1931 die Zahl von 160 Millionen überschritten. Der jährliche Zuwachs ist 3,5 Millionen.

In Rußland gibt es keine Arbeitslosen.

Der (revidierte) russische Fünfjahresplan sieht für 1931 die Ingangsetzung von 518 großen Industriewerken vor.

Auf der Konditoreiwaren-Ausstellung in Boston (U.S.A.) im Mai war auch Rußland vertreten. Ebenso auf der Kunstgewerbe-Ausstellung in Johannesburg (Südafrika).

Zurzeit sind 52 ausländische Staaten durch diplomatische Missionen in Berlin vertreten; zur Förderung der „Abrüstung" sind 32 Militärattachés tätig (Handelsattachés sind es dagegen nur 20).

Fünfzig amerikanische Großindustrielle haben eine Reise nach Rußland angetreten.

Kleinigkeiten

Laßt Blumen sprechen. Auf dem SPD-Parteitag kam am Tag der Panzerkreuzerdebatte Genosse Löbe mit einem großen Strauß Kornblumen, die er auf den einzelnen Tischen verteilte. „Das war", meint Walther Victor in einem kleinen Stimmungsbericht, „das Schönste in Leipzig. Und nicht nur das Schönste! Denn solange einer wie Paul Löbe, der ja schließlich noch einige andere Sorgen hat, Kornblumen liebt und glücklich darin ist, anderen damit eine Freude zu machen, solange ist mir um diese Partei nicht bange." — Dem könnte man zustimmen, wenn die SPD ein Verein für Blumenfreunde und keine Arbeiterpartei wäre.

Stimmung: zuversichtlich. Börsennotiz nach Beendigung des sozialdemokratischen Parteitags: „In berliner Bank- und Wirtschaftskreisen wurde heute vormittag die allgemeine Lage entschieden ruhiger beurteilt ... Auch der Ausgang des sozialdemokratischen Parteitages ... hat einen guten Eindruck hinterlassen." — Der Eindruck auf die Arbeiterschaft war weniger befriedigend.

Versteckspiel. Im Garten von Chequers steht eine eroberte deutsche Kanone. Vor dem Besuch der deutschen Minister hat man sie taktvoll in ein nahes Wäldchen gebracht, sie so der Sicht der deutschen Gäste entziehend. Zufällig stießen aber MacDonald und Brüning bei einem Spaziergang auf die verleugnete Trofäe. Sie sollen beide herzlich gelacht haben. — Daß die Kanone bis Mitte 1931 dort stehen konnte, hätte eigentlich nachdenklich stimmen müssen.

Kleines Opfer. In der Eckernförder Bucht in der Nähe von Kiel wurde bei Torpedoübungen ein kleines Privatboot, das mit drei Personen besetzt war, von einem Torpedo in den Grund geschossen. Zwei Personen kamen dabei um. — Starben sie nun eigentlich auch „fürs Vaterland"?

Republikanisches. „Liebe S.-Z., wenn man von Eicha aus nach Trappstadt die Grenze überschreitet (ohne Zölle!), kommt man aus dem Freistaat Thüringen in das Königreich Bayern. Zwischen Herbstadt und Milz steht nur ein königlich bayrischer Grenzpfahl." — Die Pfähle können ruhig stehen bleiben; in ein paar Jahren ...

Die Diva. Im „Braunschweiger Volksfreund" wird in Faksimile eine Originalquittung des Reichsschatzmeisters der NSDAP an die dortige Ortsgruppe veröffentlicht, in der dankend der Empfang einer Summe von 2000 Mark für das Referat Hitlers in einer einzigen Versammlung in Braunschweig bestätigt wird.

N.-S.-Kurier. Ihr schreibt in einem Artikel beharrlich von der „Autarktie". Ist euch euer Wirtschaftsideal so schleierhaft, daß ihr nicht einmal den Namen wißt?

Letztes Mittel. Im „Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen" bietet sich ein Handlungsgehilfe folgendermaßen an: „Warum denn gleich heiraten? Ich arbeite ja, Ihrer Überzeugung zuliebe, erst einen Monat umsonst! Wann beginnen wir? ..."

Schmieren und Salben. Die Chemische Fabrik Klever, Köln, empfiehlt ein Neo-Ballistol-Armeeöl, „unübertroffenes Waffenöl gegen Nachschläge und Rost. Zugleich Desinficiens. Tötet Eiter und Wundbazillen und regt Gewebeneubildung hervorragend an." — Man kann also im nächsten Krieg die Helden aus der gleichen Büchse einschmieren, der man das Fett für die Schußwaffen entnimmt.

Mätzchen. Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstützte bekommen auf Wunsch eine Freikarte zum einmaligen Besuch der Deutschen Bauausstellung. — Was sollen sie denn da?

Kulturbolschewismus. Bei dem Stahlhelmrummel in Breslau sollen rund vierhundert „Damen" von auswärts anwesend gewesen sein, um auch einen Teil von dem dort konsumierten Gefühlsüberschwang abzubekommen. Bereits zwei Tage vorher waren die Herren Zuhälter zu einer Besprechung zusammengekommen, um die organisatorische Seite der Angelegenheit zu erörtern.

Ahnungslos. Wie wenig Ahnung die reaktionäre Presse von den Dingen hat, über die sie sich in großartigstem Tone äußert, enthüllt wieder einmal eine Glosse der „Süddeutschen Zeitung", in der die „Weltbühne" als „Wochenschrift der heutigen Regierungs-Sozialdemokratie" bezeichnet wird, eine Zeitschrift, die seit Jahr und Tag Nummer für Nummer den Kampf eben gegen diese Regierungs-Sozialdemokratie führt. — Wie deutlich muß man eigentlich werden, bis die Hugenberg-Leute etwas merken?

Träumerei im Tessin. Frau Agnes Harder träumt im „Berliner Lokalanzeiger" vom Tessin. Sie hat dort auch die Bauernhäuser angesehen: „Hier hausen meist mehrere Familien gemeinsam, vielleicht mit den Tieren zugleich. Mehr als ein großes Ehebett ist zur Ausstattung nicht nötig. Auch in dem nahen Ristorante leben das junge Paar des Wirts, die Eltern und die Schwester mit Mann und Kindern gemeinsam. Das setzt eine Verträglichkeit voraus, die charakterbildend ist."

Wo verbringen Sie den Sommer? lautet die übliche Rundfrage des „Neuen Wiener Journals" an prominente Schriftsteller, Musiker und Bühnenkünstler. In der Unzahl von großenteils lyrischen oder läppischen Antworten ist die von Roda Roda erfreulich. Er schreibt: „Ich warte Ihre Zeitung ab, um daraus zu erfahren, wohin keiner meiner Kollegen geht ..."

Arbeitsgemeinschaft für Geld- und Bodenreform. Am ersten und dritten Mittwoch jeden Monats Schulungs- und Ausspracheabend in der Eberhard-Mittelschule, Saal 3, Erdgeschoß. Beginn pünktlich 20.30 Uhr. Gäste willkommen.

Jung-Pazifistengruppe. Dienstag, 16. Juni, Restaurant Ihle, Schellingstraße 5, 20 Uhr: Das Experiment des Bolschewismus. Gäste willkommen.

Karlsruhe. Leser der S.-Z. und Mitglieder der Friedensgesellschaft treffen sich am 20. Juni 20 Uhr im Heim des Z.d.A., Gartenstr. 25, Part. Zimmer 3. Thema: Wege zum Sozialismus.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Das Kapital. Von Karl Marx. 2 Bände. Preis je 3,75 Mark.

Lohn, Preis, Profit. Von Karl Marx. 90 Pfennig. — Die Wert- und Mehrwerttheorie von Marx in einfacher Form.

Über Verfassungswesen. Von Ferdinand Lassalle. 90 Pfennig. — Zwei Vorträge Lassalles aus dem Jahre 1862 („Die wahre Verfassung — das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse").

Staat und Revolution. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben Sommer 1917. Enthält u. a.: Was ist Sozialismus: Jedem das Gleiche? oder: Jedem nach seinen Bedürfnissen?

Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben 1920. Untersucht u. a. die Frage: Dürfen revolutionäre Parteien mit andern Parteien Kompromisse schließen?

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stuttgart, 21. Juni 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 25

Höchste Zeit

Wie wird's in Deutschland wohl weiter gehen?, fragen einen häufig die Leute. Einzelheiten zu profezeien, ist wertlos; wichtig ist, die Tendenz der Entwicklung zu zeigen. Nehmen wir einmal die schlimmste Möglichkeit an: Die Regierung Brüning wird aus der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise keinen Ausweg mehr finden und abtreten. Ihr wird ein Direktorium folgen, von der nationalen Opposition zunächst nur toleriert (vielleicht auch wird Hugenberg schon offen daran beteiligt sein). Wenn die Wirtschaftskrise sich dann noch verschärfen und der Angriff der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse sich noch verstärken wird, muß das Direktorium als außerparlamentarische Stütze seiner Macht die Fascisten immer mehr an sich heranziehen, die bewaffneten Verbände der Rechten werden die Miliz der Regierung bilden, jede revolutionäre Bewegung wird unterdrückt, die kommunistische Partei verboten werden, Presse und Organisationen der Arbeiterklasse werden sich (so wie sie sich während des Kriegs bemüht haben, legal zu bleiben) dem fascistischen System einfügen müssen oder vernichtet werden, die wichtigsten Stellen in der Industrie und in der Verwaltung werden von Fascisten besetzt werden, die Fascisten werden den Staatsapparat immer mehr in die Hand bekommen; allmählich wird das herrschende kapitalistische Bürgertum die politische Macht den Fascisten ausliefern, um seine wirtschaftliche Macht behalten zu dürfen. Das wird dann der offene Fascismus sein.

◆

Der Sturz der Regierung Brüning ist letzte Woche noch einmal verhindert worden, einerseits weil die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zweimal an einem Tag umgefallen ist und die Notverordnung bedingungslos angenommen hat, und andererseits weil die bürgerlichen Parteien es noch nicht gewagt haben, die Verantwortung für den Sturz Brünings und die wahrscheinlich darauf folgenden wirtschaftlichen Erschütterungen auf sich zu nehmen. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat auf die Devisenabgabe der Reichsbank, auf die wieder einsetzende Kapitalflucht und auf die Zurückziehung französischer und amerikanischer Kredite hingewiesen und diese Hinweise durch eine zweiprozentige Diskonterhöhung unterstützt. Solchen Argumenten konnten weder die Sozialdemokraten noch die Deutsche Volkspartei widerstehen.

Dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, einem der geheimen Regenten Deutschlands (die Reichsbank ist neben der Reichswehr und dem Reichspräsidenten eine der wichtigsten außerparlamentarischen Stützen der Regierung) verdankt also Brüning die Verlängerung seiner Kanzlerzeit. Luther war dabei der Exponent des Teils der Bourgeoisie, der es jetzt noch für richtiger hält, Brüning zu stützen, als sich mit den Fascisten zu verbünden, und dieser Teil ist immer noch einflußreicher als der radikalere, der ein sofortiges Zusammengehen mit Hitler verlangt. Denn man soll sich beileibe nicht vorstellen, daß die deutschen Kapitalisten nichts sehnsüchtiger wünschen als sich den Fascisten (die nur ihre letzte Reserve sind) in die Arme zu werfen. Das wird für sie nämlich ein sehr gewagtes Experiment, das sie vor allem wegen der außenpolitischen und (was damit zusammenhängt) wirtschaftlichen Folgen so lange als möglich zu vermeiden suchen. Schließlich allerdings wird ihnen nichts andres übrig bleiben.

◆

Nur unter zwei Voraussetzungen läßt sich der offene Fascismus noch vermeiden: entweder wenn die Wirtschaftskrise bald abflaut (was unwahrscheinlich ist) oder wenn die Arbeiterklasse geschlossen und entschlossen Widerstand leistet. Und das ist immer noch möglich (so gering auch die Hoffnung darauf ist). Jetzt zu sagen: wir müssen eben durch; die Herren Kapitalisten sollen nur einmal ihr Direktorium einsetzen; dieses wird dann bald merken, daß es in der Lohn- und Sozialpolitik und in der Außenpolitik ganz und gar nicht so rücksichtslos vorgehen kann wie es gerne möchte — das ist verhängnisvoll. Denn das Direktorium wird nur eine Etappe sein auf dem Weg zu einer noch weiter rechts stehenden, zu einer fascistischen Regierung, und eine Rechtsregierung ist heute etwas ganz anderes als etwa vor drei Jahren. Sie würde sich erlauben, sehr rücksichtslos vorzugehen und jeden Widerstand und jede revolutionäre Bewegung mit Verboten, Gummiknüppeln und Maschinengewehren niederzuschlagen. Sie würde es nicht wagen, die Arbeitslosenversicherung anzutasten, weil sonst die hungernden Erwerbslosen rebellieren würden?* O doch; und an Stelle der Versicherung würde sie die Arbeitsdienstpflicht, militärisch aufgezogen, einführen. (Nur ein Beispiel.) Die Politik der Sozialdemokraten ist nicht deswegen falsch, weil sie Hugenberg für ein „größeres Übel" halten als Brüning (was ohne Zweifel richtig ist), sondern weil sie glauben, durch die Tolerierung Brünings das „größere Übel" verhindern zu können, während sie in Wirklichkeit durch ihre Tolerierungspolitik nur die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächen.

Nein, solange überhaupt noch die Möglichkeit dazu besteht, muß alles versucht werden, damit dem nahenden Fascismus Widerstand geleistet wird. Da stehen die Massen der Erwerbslosen, die Betriebsarbeiter, und vor allem die fünf Millionen in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Wenn die nicht zu kämpfen beginnen (und wenn der Anfang — bescheiden — nur ein Proteststreik von einigen Stunden wäre), ist allerdings kein Widerstand gegen den Fascismus möglich.

Die Sozialdemokraten können es nicht wagen, die Gewerkschaften zum Kampf aufzurufen — hier rächen sich jahrzehntelange grundsätzliche Fehler, von denen sich die Partei nicht mehr befreien kann (wohl aber können das die einzelnen Mitglieder). Die Kommunisten haben ihre Aufgabe, die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, noch lange nicht erfüllt, vor allem haben sie in den Gewerkschaften fast keinen Einfluß mehr — hier rächen sich taktische Fehler, die noch gutgemacht werden können. Aber es ist höchste Zeit.

Hermann List

Für die Polizeihunde ist im berliner Polizeietat die Summe von 52 Mark pro Monat eingesetzt worden. Die Wohlfahrtsempfänger erhalten im Monat 30 Mark, in einigen Bezirksämtern noch weniger.

Holzschnitt von Hans Gerhes

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Notverordnungen" (Brüning Imperator)

Liebesgaben

Wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe, steht in der Bibel — die neue Notverordnung gibt eine Illustrierung zu diesem Satz.

◆

Die Reichsregierung hat mit der Reichsbahn vereinbart, daß diese an die Eisenindustrie für 200 Millionen Mark mehr Aufträge vergibt als im Voranschlag vorgesehen. 100 Millionen sollen beschafft werden durch eine Anleihe des Stahlwerkverbandes an die Reichsbahn, deren Zinsen das Reich bezahlt, 40 Millionen bringt die Reichsbahn durch Gehaltskürzungen auf und 60 Millionen zahlt das Reich aus Mitteln der Krisensteuer.

Motiviert wird diese Subvention der Eisenindustrie (das ist es nämlich) damit, daß sie die Neueinstellung von Arbeitern ermögliche. Eine merkwürdige Art von Arbeitsbeschaffung: erst nimmt man den Beamten und Angestellten einen Teil ihres Einkommens, weshalb diese weniger kaufen können, weshalb noch mehr Gewerbetreibende und Fabriken bankrott gehen, weshalb immer mehr Arbeitslose auf die Straße müssen — und dann gibt man das Geld den Eisenindustriellen und rühmt sich noch, dadurch werde für Erwerbslose Arbeit beschafft.

◆

Neben der Eisenindustrie wird auch die Kohlenindustrie in der Notverordnung mit einer Liebesgabe bedacht: die Reichsregierung ist ermächtigt, im Kohlenbergbau die Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Unternehmer und der Arbeiter von sich aus zu bezahlen, d. h. das Unkostenkonto des Bergbaus um 6½ Prozent zu vermindern. Dafür sollen die Kohlenbarone die schon längst fällige Kohlenpreissenkung vornehmen.

Die Preissenkung ist erwünscht, ist notwendig. Aber warum soll gerade die Reichsregierung, d. h. letzten Endes der Steuerzahler, die Kosten der Preissenkung tragen? Für andere Zwecke scheinen die Herren an der Ruhr mehr Geld zu haben: eine Meldung der „Rheinischen Zeitung", die von der „Frankfurter Zeitung" ausdrücklich bestätigt worden ist, besagt, der „Bergbauliche Verein" (zweiter Vorsitzender: Herr Hugenberg) habe vor kurzem der NSDAP 500 000 (in Worten: fünfhunderttausend) Reichsmark überwiesen; die „Frankfurter Zeitung" fügt sogar hinzu, die Reichsregierung sei über diese Subventionierung Hitlers unterrichtet worden.

◆

Wenn Kohlenbergbau und Eisenindustrie Liebesgaben erhalten, dann werden wohl auch sonstige Industriefirmen Bittgänge zur Regierung machen. Die Borsigwerke haben schon ihre Subventionswünsche eingereicht, und zwar über den Reichswehrminister. Warum gerade dieser Weg? Alte Freundschaft! „Soweit bekannt ist", sagt das Reichswehrministerium in einer Antwort auf eine Frage des „Berliner Tageblatts", „hat sich Herr von Borsig nur deshalb an den Reichswehrminister Groener persönlich gewandt, weil er ihn aus dem Kriegsamt und auch aus seiner Tätigkeit als Verkehrsminister gut kennt." Damals, in der großen Zeit, als wie heute die Massen Not und Hunger litten, kam es für die Industrieherren auch darauf an, auf Schleichwegen gewinnbringende Aufträge zu erhalten; damals war es vorteilhaft, einen guten Bekannten im Kriegsamt zu haben. Hallo, sitzt dieser Groener nicht auch heute in der Regierung? Ist nicht in der Republik der Soldat der mächtigste Mann im Staat? Wenden wir uns mal an Groener, vielleicht fällt für uns auch etwas ab von dem Geld, das die Regierung durch die Krisensteuer aus Beamten und Angestellten herausquetscht.

◆

Wenn man von Liebesgaben spricht, darf man die Pensionen nicht vergessen. Daß den Reichskanzlern a. D. und den schwarz-weiß-roten Generälen die Pensionen nicht um einen Pfennig gekürzt werden, das ist auch eine Liebesgabe. Und die Begründung ist einer der besten Witze, die es gibt: eine Kürzung der Pensionen wäre verfassungsändernd und könnte nur von einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags beschlossen werden. Verfassungsändernd? Reichstag? Hört man richtig? Werden nicht mit einem Federstrich dem deutschen Staatsbürger seine in der Verfassung garantierten Grundrechte genommen? Wieviele Verfassungs-Artikel außer dem achtundvierzigsten sind denn noch in Kraft? Wer wagt noch von Rechten zu sprechen, wenn den Beamten ihr Gehalt, den Kriegsopfern ihre Renten gekürzt werden, oder wenn die Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung, der sie bisher ihre Beiträge bezahlt haben, herausgenommen werden?

Aber 20 000-Mark-Pensionen dürfen nicht ohne Beschluß des Reichstags gekürzt werden. Und da gibt es Leute, die behaupten, in Deutschland seien Demokratie und Parlamentarismus abgeschafft!

Jan Hagel

Unmöglich?

Kritik des Fünfjahresplans

Kann der Fünfjahresplan gelingen? fragt Professor Franz Oppenheimer in einem Leitartikel der „Vossischen Zeitung" (Nr. 129), und antwortet: nein.

„Selbst wenn alles glückt, zu hundert Prozent glückt, was Moskau vorgeschrieben hat, wird sich das Kennzeichen erfolgreicher Volkswirtschaft, die Proportionalität zwischen Aufwand und Erfolg, zwischen dem Bedürfnis und der Befriedigung aller, nicht einstellen." Denn die „Planung von oben her" ist nach Oppenheimers Überzeugung, nach seiner Kenntnis der „inneren Gesetze der Volkswirtschaft", nicht imstande, das zu leisten, was das System der privatwirtschaftlichen Konkurrenz mit seiner „Unzahl selbständiger Motoren der Wirtschaft" zu leisten vermag, nämlich ein großes Volk mit all den „Gütern der Notdurft, des Behagens und der Kultur" zu beliefern, deren es bedürftig ist. „Die Volkswirtschaft, wie wir sie bisher kannten, ist ein riesenhafter Kollektivorganismus, dessen sämtliche „Zellen" ein selbständiges, aufeinander abgestimmtes Eigenleben haben und durch ihre zusammenwirkenden Kräfte das Ganze regulieren. Diese autonomen Kräfte auszuschalten und durch eine einzige zentrale Kraft zu ersetzen, die „von außen stößt", wie jener Gott Goethes, erscheint mir als grade so unmöglich, als wollte ein Arzt das Herz eines Kranken stillstellen und den Blutumlauf durch eine Maschine betreiben."

Was man in Rußland heute sehen kann, ist deshalb nach Oppenheimers Auffassung „bestenfalls nichts als geglückte Technik", nicht etwa geglückte Wirtschaft. Technik, sagt er, könne sich jeder leisten, der das Geld dazu habe. Auch der König von Aschanti könne sich eine hochmoderne Fabrik in seinen Palmenwald setzen; aber wenn der Kattun, den sie herstelle, nicht billiger oder besser oder beides sei als die bisher importierte Ware, und wenn die Fabrik nicht mehr Reinertrag abwerfe als Leihkapital bei normalem Zinsfuß, dann sei die technisch noch so vollkommene Anlage wirtschaftlich verkehrt, und die Kosten hätten die armen Aschantineger zu tragen.

Ich möchte versuchen, meinem verehrten Lehrer Herrn Professor Oppenheimer einige Einwände dagegen vorzutragen.

Daß der Fünfjahresplan oder vielmehr der mit ihm eingeleitete Aufbau einer neuen Wirtschaft in Rußland gelingen wird, läßt sich wohl auch heute noch nicht mit Bestimmtheit behaupten. Ich halte es aber für wahrscheinlich, unter zwei Voraussetzungen: daß kein Krieg und daß keine Gegenrevolution dazwischen kommt. Daß er nicht gelingen könne, aus inneren wirtschaftlichen Gesetzen heraus, vermag ich jedenfalls nicht einzusehen.

Gewiß: wenn die russische Wirtschaft nicht dahin kommen sollte, daß das russische Volk einmal billiger und besser versorgt ist als früher, anders betrachtet: wenn die russische Planwirtschaft sich nicht als rentabler, nicht als wirtschaftlicher erweisen sollte als die planlose Konkurrenzwirtschaft, der wir in den kapitalistischen Ländern preisgegeben sind, — dann wäre der Fünfjahresplan lediglich ein kostspieliges Experiment, dann wäre er wirtschaftlich verfehlt, wäre mit jener „gelungenen" Operation zu vergleichen, bei der nur leider der Patient verstorben war.

Aber warum soll eine Planwirtschaft, die sich einer hochentwickelten Technik bedient, dieser Aufgabe nicht gewachsen sein? Vielmehr: erfordert nicht gerade die moderne Technik, um sich auswirken zu können, eine planmäßige, krisenfreie, räumlich ausgedehnte Wirtschaft? Wenn der König von Aschanti sich eine moderne Textilfabrik hinstellt, so wird er sein Volk billiger, besser und rentabler mit Hüfttüchern versorgen können als vorher: dann nämlich, wenn die Fabrik von Leuten geleitet und von Arbeitern bedient wird, die ihre Sache verstehen und ihr Äußerstes hergeben, und wenn ihre Produktionskapazität dem vorhandenen Bedarf angepaßt ist.

Oppenheimer scheint das für unmöglich zu halten. Er erzählt eine Anekdote von einem Besuch bei Ford in Detroit, wo sich herausgestellt habe, daß das rein Technische in der Produktion lange nicht so schwer zu bewältigen sei wie die Mathematik des Bedarfs; das laufende Band sei nichts Besonderes, viel schwieriger sei die stets ausreichende Beschaffung von Material, von Schrauben, Lack, Leder usw., ohne die der Betrieb ins Stocken käme. Warum eigentlich? Ist es ein wesentlicher Unterschied, ob es sich in einem Haushalt um Tausende oder Millionen oder Hunderte von Millionen handelt? Läßt sich der Bedarf eines Volkes schwerer berechnen als der einer Familie, — ein Kunststück, das jeder Haushaltungsvorstand fertig bringen muß? Ein Stadtplan ist ebenso rasch entworfen wie der eines Hauses, wie Herr May gezeigt hat; für ein Regiment ist nicht schwerer kochen als für einen Junggesellen; die Beschaffung von Schuhnägeln für ein ganzes Volk ist kein komplizierterer Vorgang als wenn es sich nur um ein Paar Stiefel handelt. Im Gegenteil! Erst wo es sich um Massenbedarf handelt, kann die moderne Technik mit ihren gewaltigen Kraftersparnissen in Funktion treten. Erst dann können die Möglichkeiten der Maschine ausgeschöpft werden, kann billig und rentabel produziert, kann ohne Kraftverlust verteilt werden. Unsere heutige Wirtschaft als Gesamterscheinung ist der unwirtschaftlichste Apparat, den man sich denken kann. Sie liefert alles, aber zu Preisen,

die zehnfach über dem Herstellungspreis liegen. Kann man eine solche Volkswirtschaft eigentlich einen „Kollektivorganismus" nennen? Kann man sagen, daß ihre Zellen, deren Eigenleben leider nicht zu bezweifeln ist, aufeinander „abgestimmt" seien, daß ihre Kräfte „zusammenwirken"? Ich sehe sie eher gegeneinander, günstigstenfalls nebeneinanderher wirken. Und das sie speisende Herz, um dieses Bild zu benützen, ist das Herz eines Kranken, das auf örtlichen Reiz hin Entzündungen und Wucherungen mit Blut versorgt und gesunde, lebenswichtige Organe daneben verkümmern läßt.

Nun fragt es sich freilich immer noch, ob eine sachlich noch so planmäßig geordnete und technisch noch so hochstehende Wirtschaft auch die Menschen hat, deren sie bedarf; ob ihre Leiter und ihre „Hände" Sinn für Ordnung haben und etwas von Maschinen verstehen, und ob sie nicht bloß gutwillig sondern auch fleißig sind. Hier handelt es sich um ein Problem, das größer ist als das technische. In Rußland weiß man ein Lied davon zu singen. Aber es ist nicht unlösbar. Die Russen gehen ihm zu Leibe, und zwar mit den selben Mitteln, deren sich auch unsere Wirtschaft bedient: mit Pädagogik. Mit Ausbildung der intellektuellen Fähigkeiten, und mit Willenserziehung und -beeinflussung. Auch in Rußland wird heute „kaufmännisch" gerechnet, so daß die „Frankfurter Zeitung" von einer neuen „Nep" schreibt; unter Mißbrauch dieses Begriffs, der soviel bedeutet hat wie: Zulassung der Privatwirtschaft, für die Anwendung sogenannter privatwirtschaftlicher, in Wirklichkeit überhaupt wirtschaftlicher Methoden in der sozialisierten Wirtschaft. Jeder Wirtschaftsbetrieb, auch der sozialistische, muß suchen, mit möglichst geringem Aufwand den größtmöglichen Effekt zu erreichen. Auch in Rußland wird heute im Akkord gearbeitet, wird am laufenden Band nach modernsten Methoden produziert; nur daß dort der Arbeiter sich gerner plagt als der Sklave des Kapitalisten und daß er offenbar deshalb auch objektiv mehr aushält als dieser. („Es hat sich erwiesen", schreibt der russische Psychotechniker Prof. Spielrein, „daß die gleiche Arbeitslast verschiedene Reaktionen des Organismus hervorruft, je nachdem welche Beweggründe den Menschen zu Arbeit veranlassen"; ich glaube, daß das wahr ist.)

Daß das russische Volk einstweilen die Früchte seiner neuen Wirtschaft noch nicht genießt, weil sie noch nicht reif sind, noch nicht reif sein können, stimmt. Die russische Lebenshaltung, in Nahrung, mehr noch in Kleidung, mehr noch in Wohnung, ist vorläufig sehr dürftig. Immerhin ist sie für die breite Masse wahrscheinlich heute schon besser als unter dem Zaren; der Gesundheitszustand ist sogar weit besser (die Sterblichkeit hat stark abgenommen), und für Bildung und Unterricht, für die kommende Generation wird viel getan. Man sieht schon heute, daß die Kurve aufwärts geht.

Oppenheimer schreibt: „Daß das System (des Bolschewismus) jemals dahin gelangen wird, den durchschnittlichen Russen besser mit den Gütern der Notdurft, des Behagens und der Kultur zu beliefern, als der Kapitalismus den durchschnittlichen Nordamerikaner oder sogar Deutschen, das halte ich für völlig unmöglich."

Wenn ich es für unmöglich hielte, dann würde auch ich auf den Fünfjahresplan pfeifen.

Ich kann es aber nicht für unmöglich halten. Ich halte es, sogar in absehbarer Zeit, für wahrscheinlich.

Erich Schairer

Das russische Wunder

Rußland besitzt riesige Torfvorräte, schätzungsweise drei Viertel des Weltvorkommens. Die Ausbeute ist von 1,6 Millionen Tonnen im Jahr 1913 auf 6,5 Millionen im Jahr 1930 gestiegen; in diesem Jahr werden es 14 Millionen Tonnen, im Jahr 1933 gar 33 Millionen sein.

Der ehemalige Frankfurter Stadtbaurat Ernst May, der jetzt das russische Städtebauwesen leitet, berichtet, er habe in Scheglowsk, einem Steinkohlenbergwerk am Tom in Sibirien, in drei Tagen den Plan einer Stadt für 170 000 Einwohner entworfen, mit dessen Ausführung sofort begonnen wurde.

Im Kohlengebiet am Tunguskafluß (Sibirien) sind riesige Graftlager entdeckt worden.

Die größte russische „Getreidefabrik", der „Gigant", umfaßt 220 000 Hektar und hat 1930 allein 7,3 Millionen Pud (1 Pud sind etwa 33 Pfund) Weizen geliefert.

In Wien werden seit einigen Monaten russische Obstkonserven angeboten, die viel billiger sind als die amerikanischen.

In der Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen steht Rußland heute an zweiter Stelle unter den Produktionsländern und wird voraussichtlich noch in diesem Jahr auch U.S.A. überholen.

Der Papst gegen den Sozialismus

Seit einigen Tagen ist die vollständige, authentische Übersetzung der päpstlichen Enzyklika über die soziale Frage im Buchhandel. Dieses Dokument ist eine Rechtfertigungsschrift für den Kapitalismus und eine Kampfansage an den Sozialismus.

Den äußeren Anlaß zum Erlaß der Bulle gab die vierzigste Wiederkehr des Tages, an dem Leo XIII. in seinem Rundschreiben „Rerum novarum" zur sozialen Frage Stellung genommen hat. Pius XI. unterstreicht das, was Leo gesagt hat, und ergänzt es durch umfangreiche eigene Beiträge zum Thema. Die Gliederung des Werkchens ist ihrer Deutlichkeit wegen interessant: „Wir wollen die segensreichen Früchte des Leonischen Rundschreibens für die Katholische Kirche wie für die ganze menschliche Gesellschaft rückblickend überschauen (I), alsdann des großen Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftslehre gegenüber gewissen Erörterungen, die sich daran geknüpft haben, zweifelsfrei klarstellen, sowie in einigen Stücken ihre Ansätze weiter entfalten (II), endlich mit der Wirtschaft von heute ins Gericht gehen und über den Sozialismus das Urteil sprechen, um die wahre Ursache der gegenwärtigen Störung der gesellschaftlichen Ordnung aufzudecken und damit zugleich den einzigen Weg zur Heilung aufzuzeigen, nämlich die sittliche Erneuerung aus christlichem Geiste (III)."

„Die segensreichen Wirkungen von Rerum novarum" (Überschrift des ersten Hauptteils) bestehen nach Pius darin, daß „die katholischen Sozialprinzipien mit der Zeit Gemeingut des Menschengeschlechts geworden" sind. Der Ausbau von Wohlfahrts- und Wohltätigkeitseinrichtungen, die Schaffung eines Arbeitsrechts und das „von Leo XIII. so tief begründete und so kraftvoll verfochtene Koalitionsrecht" sind, wenn man dem scherzhaften Bullenschreiber glauben will, die Früchte päpstlicher Sozialtheorie. Die vom Heiligen Vater gewünschte Schlußfolgerung ist klar: wendet euch ab von weltlichen Wirtschaftstheorien; die erprobte christliche Lehre hat das alles, und zwar viel besser und aus erster Hand! Seine Heiligkeit wittert den Wind, der durch unsere Zeit weht, und will ihn in ihren Segeln auffangen, damit das glückhafte Schiff der Kirche gute Fahrt habe.

Der zweite Hauptteil verkündet die „Machtvollkommenheit der Kirche über Gesellschaft und Wirtschaft". Er verteidigt das Privateigentum und sucht ohne sonderliches Geschick die kitzlige Frage zu entscheiden, wie weit das Sondereigentum eine Individual- und wie weit es eine Sozialnatur habe. Kurz und gut: der Papst schlägt sich redlich mit der schweren Aufgabe herum, auf beiden Schultern Wasser zu tragen. Trotz allen Bemühungen kommt er aber nicht darum herum, auszusprechen, daß die „Arbeit, die gegen Entgelt in fremdem Dienst geleistet wird", kein Eigentumsrecht an den hervorgebrachten Gütern erzeugt. „Ursprünglicher Eigentumserwerb vollzieht sich ... durch Besitzergreifung herrenlosen Gutes und durch Bearbeitung ... Was sodann die Arbeit betrifft, so besitzt natürlich nur diejenige, die der Mensch im eigenen Namen ausübt ..., eigentumschaffende Kraft." Alle Versuche, die Rechten und Pflichten der Unternehmer und der Arbeiter exakt abzugrenzen scheitern: an den Stellen, wo das angepackt wird, gerät selbst dieser Vertreter traditioneller Formulierungskunst ins Butterweich-Verschwommene. Man merke sich folgende Sätze, die in der Ausgabe der „Germania" wohlweislich nicht fett gedruckt sind wie manche andere. Erstens über die Intellektuellen, die sich auf die Seite der Arbeiter stellen: „Jenem angeblichen Naturgesetz der Wirtschaft (nämlich einem extrem kapitalistischen Prinzip, d. V.) stellen sie ein ebenso aus der Luft gegriffenes sittliches Postulat entgegen: alle Erträgnisse oder Überschüsse, nach Abzug lediglich des Mindestbedarfs für Kapitalerhaltung und Kapitalerneuerung, gebührten kraft Rechtens dem Arbeiter." Und: „Ganz in die Irre geht ein heute viel verfochtener Grundsatz: der Wert der Arbeitsleistung und daher der Entgelt zum Gleichwert sei gleichzusetzen dem Wert des Arbeitsertrags; der Lohnarbeiter habe infolgedessen einen Rechtsanspruch auf den vollen Arbeitsertrag."

Kein Wunder, daß Seine Heiligkeit im dritten Hauptteil („Wandlung seit Leo XIII.") zu sehr scharfen Sätzen kommt, in denen er den Sozialismus eindeutig ablehnt. Er widmet dem Kommunismus ein kleines, aber saftiges Kapitel, in dem er ihn „gottlos und ungerecht" nennt und von den Verwüstungen fantasiert, die er „in dem ungeheuren Ländergebiet von Osteuropa und Asien angerichtet hat". Dann wird dem „gemäßigten" Sozialismus eine Verbeugung gemacht: „Dieser Sozialismus verzichtet nicht nur auf die Anwendung roher Gewalt, sondern kommt mehr oder weniger selbst zu einer Abmilderung des Klassenkampfes und der Eigentumsfeindlichkeit, wenn nicht zu ihrer gänzlichen Preisgabe." (Die Herren Führer in der SPD werden diese Anerkennung mit Stolz lesen — ob auch ihre proletarischen Anhänger, ist eine andere Sache.) Aber trotzdem bleibt der Sozialismus für den Papst ein zu bekämpfender Feind: „Der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar." Und: „Es ist unmöglich, gleichzeitig ein guter Katholik und ein wirklicher Sozialist zu sein." Womit Seine Heiligkeit das Nägelchen aufs Köpfchen getroffen haben dürfte.

Bliebe noch grundsätzlich zu sagen: diese Enzyklika ist, wie schon die vom Neujahr über die christliche Ehe, ein Versuch, ins politische Leben der Völker einzugreifen, der von Rechts wegen durch die Regierungen dieser Völker energisch zurückgewiesen werden müßte. Aber bevor das geschieht, wird Brüning Kommunist.

Karl Fehr

Die Strafe für Pfarrer Eckert

Das Disziplinarverfahren gegen den Mannheimer Pfarrer Ekkert, den Führer der „religiösen Sozialisten", wegen seiner Unbotmäßigkeit gegen die reaktionäre badische Kirchenregierung hat letzten Sonntag damit geendet, daß Eckert zur Tragung der Kosten (die ziemlich erheblich sein dürften) und zur Zurückversetzung im Dienstalter um sechs Jahre, also zu einer Geldstrafe, verurteilt worden ist.

Eigentlich wollte man Eckert mit Amtsenthebung bestrafen. Aber die Karlsruher Kirchenbehörde hat den Mut dazu nicht aufgebracht. Eckert ist, in seiner Gemeinde und weit darüber hinaus, sehr beliebt, und der „Bund der religiösen Sozialisten" hatte vor der Verhandlung in einem Aufruf erklärt, eine Dienstentlassung Eckerts wäre ein Akt, den die evangelische Kirche Badens und ganz Deutschland „teuer bezahlen dürfte". Offenbar haben die Disziplinarrichter Angst vor einer etwaigen Kirchenaustrittsbewegung bekommen.

Geldstrafe dafür, daß ein Pfarrer seinem Gewissen folgt: eine wirklich echt christliche und „evangelische" Lösung. Sch.

Über Kimme und Korn

In der Zeitschrift „Der Stahlhelm" wird die Rede veröffentlicht, die Seldte bei der Stahlhelm-Parade in Breslau gehalten hat. Es heißt da zum Schluß:

„Und so sei unser Gelöbnis, das wir ablegen wollen am heutigen 12. Reichsfrontsoldatentag, daß wir nicht ruhen und rasten wollen, bis alles deutsche Land, das das Blut und den Schweiß zahlloser deutscher Generationen getrunken hat, wieder zurückgekehrt ist ins Reich. Wer als alter M.G.-Schütze weiß, was eine Zielansprache ist? An den wende ich mich als alter M.G.-Führer. Er weiß, daß er, wenn ihm ein Ziel von dem Führer gezeigt wird, zu rufen hat: Erkannt! Ich sehe euch jetzt alle als M.G.-Schützen an und wenn ich euch jetzt das Ziel zeige, so werdet ihr antworten: Erkannt!

Achtung! Das Ganze: Rechts um!

Geradeaus eine lange Brücke. Dahinter ein hoher grüner Baum. Erkannt?

Wie ein einziger Schrei erklingt die Antwort auf diese Frage: „Erkannt!"

„Hinter diesem Punkt liegt der deutsche Osten. Erkannt?"

Und wieder dröhnt die Antwort: „Erkannt!"

„Wenn 150 000 Männer dieses Ziel erkannt haben, so ist das ein Schritt vorwärts. Es liegt nun bei den anderen, ob man unsere Mitarbeit bei der friedlichen Regelung der Dinge zulassen will, oder ob man uns zwingt, den Osten über Kimme und Korn ansehen zu müssen."

Geld wie Heu

Unser stolzer Panzerkreuzer „Deutschland" hat bare 75 Millionen gekostet. Nach dem „Berliner Tageblatt" ist in England der Bau von Kriegsschiffen um 59 Prozent billiger, haben die Luxusdampfer „Bremen" und „Europa" pro Tonne 1290 Mark gekostet — die Tonne Panzerkreuzer dagegen kommt uns auf 4000 Mark. Vor dem Krieg hat man bei Luxusdampfern und Kriegsschiffen mit 1000 Mark die Tonne gerechnet. Für die drei Millionen Mark, die jetzt zwei Torpedorohre gekostet haben, hat man 1914 zwei fertige Kanonenboote oder 44 Torpedorohre bekommen.

Sollte der neue Kreuzer also am Ende ein Überluxusboot geworden sein? Kaum glaublich. Auch das „B. T." meint: „Kein Wunderpanzer gegen Minen und U-Boote kann das Geheimnis um diese 75 Millionen Baukosten erklären."

Fragt sich also nur, ob diejenigen Beträge, die über das wirklich Notwendige hinaus verrechnet worden sind, in die Kassen der herstellenden Firmen, in die Taschen von geschäftigen Zwischenstellen oder aber in Geheimfonds des Wehrministeriums geflossen sind.

Der blinde Passagier

Von Heinrich Nuschke

„Mensch", sage ich, „wenn ich nicht so schwabbelig auf den Beinen wäre, würde ich dir eine kleben." Da sitzt man ahnungslos auf der Plaza, denkt an nichts Krummes, und auf einmal steht so'n Schweinehund vor einem. Einfach toll! Vor ungefähr drei Monaten habe ich mich droben in Puebla mit ihm eklig rumgehauen. Gott weiß wegen was, und nun will er sich anbiedern!

Machen wir nicht! Feindschaft ist Feindschaft! Schließlich hat man auch seinen Charakter.

Ich spucke aus, dem Kerl haarscharf an den Stiefeln vorbei, aber er ignoriert das einfach. Das kann einen schon ärgern! Und dann sieht er mich an, als ob er meine Gouvernante wäre.

„Hast du eigentlich Fieber?" fragt er mich mit einer süßen Stimme wie ein Karbolmäuschen.

„42 Grad im Schatten", schrei ich, und pfeife mir was. So ein Mistvieh! Wenn ich das eklige Fieber nicht hätte, gäb's jetzt ne anständige Keilerei. Aber so geht es nicht. Schade!

Ich versetz ihm deshalb bloß nen ordentlichen Blick und sage: „Scher dich doch zum Teufel!"

Richtig haut er auch ab. Unterwegs dreht er sich noch mal rum und ruft: „Ein tolles Aas!"

Es tut mir eigentlich schon leid, daß ich so gegen ihn war. Ich glaube, ich hab ihn mal gut leiden können, bevor die Geschichte war mit der Keilerei in Puebla. Na ja!

Vielleicht hätte ich ihn auch anpumpen können!

Wie ich mir das so überlege, wie das eigentlich ist mit den Freundschaften und überhaupt mit dem Leben, da kommt das Mistvieh auch schon wieder zurück. „Zufällig nen kleinen Rest Chinin gefunden", sagt er und hält mir ne Schachtel hin.

Ich grinse ihm was: „Kein Bedarf für Restbestände! So weit sind wir noch nicht!"

Da kriegt er aber nen roten Kopf und schreit: „Du bist wohl ganz des Teufels, was? Willst wohl hier verrecken?"

„Das gerade nicht", sage ich, „aber da ist doch noch die Geschichte von Puebla. Wie war das eigentlich? Zwischen uns zwei muß doch irgend eine Todfeindschaft sein oder so was."

„Ich glaube", sag ich, „du hast dich damals nicht fein benommen, Gustav!"

„Benommen hin, benommen her", schreit er, und wirft die Schachtel auf die Bank, daß die schönen Tabletten auf den Boden kullern. Da kommt mir denn doch die Wut. Und ich sage: „Junge, nun mach mal nen Punkt!" Und wie ich aufstehen will, merk ich erst wieder, wie schwach ich auf den Beinen bin, und winke deshalb ab: „Na, dann später! Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!"

Aber er tut, als sei nichts gewesen, und setzt sich zu mir auf die Bank und sagt: „Hör mal, du mußt von hier weg, sonst krepierst du!"

„Ach nee!", sage ich, „was du nicht sagst! Wie fahren wir denn? Erster Kajüte? Sonnendeck? Wie? Leider habe ich momentan nicht gewechselt."

Er geht gar nicht darauf ein und quasselt von einer wunderbaren Gelegenheit, mich als Blinden auf die „Cordoba" zu bringen: „Heute mittag, wenn die Offiziere beim Essen sind, bringe ich dich rauf!"

„So, so! Da bringst du mich rauf! Aha!"

Ich hab zwischen Frisco und Buenos Aires schon manches erlebt, aber daß mich einer auf ein Schiff bringen will, damit ich nicht krepiere, das ist doch schon allerhand.

„Ich will von dir, Affe, keine Gefälligkeit", sag ich und bin drauf und dran, ihm eine in die Fresse zu hauen.

„Ich tu's ja nicht dir zuliebe", meint er, und blinzelt mich so komisch an.

„Ja, dann ist es ja was anderes", sage ich, „da läßt sich drüber reden." Und nun erzählt er ne lange Geschichte, wie ihn der Captain von der „Cordoba" wegen einer dusseligen Schnapsflasche habe ins Kittchen sperren lassen, und daß er ihm nun was anhängen möchte.

Es klingt alles verdammt nach Kohl, aber wenn schon. Hauptsache, ich komme auf den Kahn! Hauptsache, ich komme von hier weg! Man verreckt ja schließlich in so nem Fieberloch. „Gustav", schrei ich, und schüttle ihn, als hätt ich nie Fieber gehabt, „dem Captain werden wir's schon beibringen, was es heißt, einen wegen einer dusseligen Schnapsflasche ins Kittchen zu bringen. Verdammt noch mal!" —

Wie ich dann im Mannschaftsquartier hinter den Koffern verstaut bin, ist es mir auf einmal ganz anders ums Herz und ich sage zu Gustav: „Vergessen wir die alte Geschichte von Puebla, die Hand drauf!"

Aber da sieht er mich auf einmal spöttisch an und schreit: „Du denkst wohl, ich hab das dirzuliebe gemacht, du oller Dussel!"

Wie ich zu Wort kommen will, ist er schon weg und ich denke: „Hoffentlich war's nur Theater". Manchmal tut man doch so, obwohl es einem ganz anders ums Herz ist.

Und dann sind endlose Stunden bis zur Abfahrt des Kastens. Ich denke drüber nach, wie das nu alles war, die ganzen letzten Monate. Manchmal denke ich: „Hättest doch nicht abhauen sollen! Ist eigentlich ne Affenschande!" Aber wenn dann einer durchs Quartier läuft und in die Ecken blinzelt, möchte ich doch wieder nicht, daß sie mich erwischen. Verdammte Geschichte!

Auf einmal hör ich dann, wie die Ketten rasseln und sie das Schiff klar machen, und ich werde ganz lustig und überlege, ob ich Gustav nicht die Machete schenken soll, die ich mir von die Indianers als Andenken mitgenommen habe. Aber wenn er noch lange so protzig tut, werde ich sie ihm wahrscheinlich nicht schenken.

Na, ja! Werden ja sehen! —

Und dann ist es Nacht. Wir schwimmen schon weit draussen im Golf von Mexiko, und es ist Zeit, daß ich mich mal dem Offizier vom Dienst vorstelle. Wird Stielaugen machen, das ist klar! Na, er kann auch toben! So was läuft an mir ab wie Butter. Hauptsache: das Schiff fährt.

Wie ich auf die Kommandobrücke rauf gehe, krieg ich doch nen bißchen Herzklopfen. Aber dann sag ich laut und frech: „Guten Morgen!" Er erwidert den Gruß und dreht sich nicht mal um. „Jetzt muß ich dir das Leid antun", denke ich, und sage forsch: „Ein blinder Passagier meldet sich zur Stelle!" Da fährt er aber auf dem Absatz herum und brüllt: „Was ist los? Was? Sie frecher Lümmel wagen es, auf das Schiff zu kommen? So eine Unverschämtheit." Er tobt auf der Kommandobrücke herum, als ob halb Amerika verloren wäre. „Die unvermeidlichen Spesen bei so einer Geschichte", denke ich und sage gar nichts.

Und da kommt er ganz nah zu mir heran und mustert mich von oben bis unten. Läuft weg. Kommt wieder zurück. Dem guten Jungen ist die Geschichte höllisch unangenehm, das sieht man. „Menschenskind", seufzt er zuguterletzt, „was haben Sie sich bloß bei der ganzen Geschichte gedacht? Wissen Sie, was das für Folgen für Sie hat?"

„Ich weiß nur dies", sage ich, „daß ich noch zwei Möglich-

Amerikanische Justiz

Mooney und Billings

Die amerikanischen Arbeiterführer Mooney und Billings, die wegen eines Bombenattentats, das im Jahr 1916 in San Franzisco gegen einen Kriegsdemonstrationszug verübt wurde, unschuldig auf lebenslänglich ins Zuchthaus geschickt worden sind, warten immer noch vergeblich auf die Wiederaufrollung ihres Prozesses. Die Beiden wurden damals lediglich deshalb zu Schwerverbrechern gestempelt, weil sie, genau wie Sacco und Vanzetti und viele andere, den Unternehmern ein Dorn im Auge waren. Man wollte durch ihre Beseitigung der aufstrebenden radikalen Arbeiterbewegung einen entscheidenden Schlag versetzen. Der Prozeß war von den Geschäftsleuten finanziert, die Belastungszeugen waren von ihnen gekauft.

Es ist schon geraume Zeit her, daß die Belastungszeugen Macdonald und Smith schriftlich erklärten, ihre damaligen Zeugenaussagen seien bestellte Arbeit gewesen. Eine Wiederaufnahme des Prozesses konnte trotzdem nicht erreicht werden. Vor knapp einem Jahr wurde dann noch dem Hauptbelastungszeugen Crowley durch den Rechtsanwalt Clairborne nachgewiesen, daß er zur Zeit des Attentats gar nicht in der Nähe des Tatorts gewesen sein kann. Es gab wieder eine erregte Diskussion in der Öffentlichkeit, aber von einer Wiederaufnahme hat man bis heute nichts gehört.

Nun hat dieser Tage ein wegen Diebstahls in Los Angeles festgesetzter Carl von Moltke-Huitfeld (angeblich ein Neffe des Feldmarschalls von Moltke) behauptet, nicht Mooney und Billings hätten das Attentat verübt, sondern deutsche Spionage-Agenten, und zwar auf Geheiß des deutschen Kriegs-Spionagedienstes, dem Carl von Moltke ebenfalls angehört haben will.

Es ist schwer zu sagen, was an diesen Aussagen ist. Die Distriktsanwaltschaft von Los Angeles legt ihnen keinen Wert bei. Obwohl sich Moltke erboten hat, seine Behauptungen dokumentarisch zu belegen. Oder vielleicht gerade deshalb. Die amerikanische Justiz wird eben auch in diesem Fall ihre Rolle als Dienerin der herrschenden Gewalten konsequent durchführen und sich keinen Deut um die Weltmeinung kümmern.

Neun Neger

Sie hat sich eben wieder in den Dienst der dümmsten Rassenhetze gestellt. In Alabama sind neun Neger im Alter von 14 bis 20 Jahren zum Tode verurteilt worden, weil sie sich an weißen Mädchen vergangen haben sollen. Sie wurden verurteilt, obwohl sich auch hier schon während des Prozesses die Haltlosigkeit der Anklage ergab (Mooney und Billings wurden damals verurteilt, obwohl einer der Richter während des Prozesses der Überzeugung Ausdruck verlieh, die Hauptbelastungszeugen würden Meineide leisten). Die vergewaltigten Mädchen konnten nämlich nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß es die angeklagten Neger waren, und der einzige „Augenzeuge", der zuerst belastend ausgesagt hatte, nahm im Lauf des Prozesses seine Aussagen zurück und erklärte, sich geirrt zu haben. Trotzdem wurde das Todesurteil gefällt und bis jetzt hartnäckig aufrechterhalten. Offensichtlich steht auch hinter diesem Justizmord das „Geschäft"; die Farmer und Grubenherren halten es für wünschenswert, die durch die Krise bedingte miese Stimmung auf die Neger abzulenken.

Das Urteil stellt die schlimmste Lynchjustiz dar, die sich nur dadurch von den wilden Lynchungen unterscheidet, daß sie im Namen des Staates und der „Gerechtigkeit" vor sich geht. Zur Verteidigung der Verurteilten hat sich ein Komitee gebildet, dem der bekannte bürgerliche Schriftsteller Theodore Dreiser und der Journalist Lincoln Steffen vorstehen; es hat einen offenen Brief an den Gouverneur Miller gerichtet, in dem das Urteil als eine schlecht verhüllte Lynchung bezeichnet und die Wiederaufnahme des Verfahrens gefordert wird. Wird diesen Bemühungen der gleiche Erfolg beschieden sein, wie in den Fällen „Sacco und Vanzetti" und „Mooney und Billings"? M.

Im Jahre 1930 wurden in Amerika 40 schwarze Arbeiter durch weißen Pöbel gelyncht; in diesem Jahr sind es bis jetzt annähernd zwanzig.

In deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern haben im Jahre 1929 1256 Insassen Selbstmord begang.

Die evangelische Schriftenmission in den Strafanstalten hat im Jahr 1930 monatlich rund 36 000 christliche Wochen- und Monatsschriften verteilt; außerdem noch eine Menge Bücher. Sozialistische Literatur wird dagegen rigoros zu unterdrücken versucht.

Kesseltreiben

In Stuttgart sind in anderthalb Verhandlungstagen 28 Arbeiter im Schnellverfahren abgeurteilt worden, weil sie sich, entgegen dem Demonstrationsverbot, an öffentlichen Kundgebungen gegen die neue Notverordnung beteiligt hatten („Zusammenrottung von politisch verhetzten jungen Burschen" nannte es der Staatsanwalt). Bei diesem Schnellverfahren treten die Hilflosigkeit und Brutalität unserer Klassenjustiz besonders kraß in Erscheinung. Die Angeklagten wurden wegen jeder Kleinigkeit (z. B. wenn einer eine Hand in die Tasche steckte) von Richter und Staatsanwalt im Kasernenhofton angeschnauzt. Und schon durch diesen rüden Ton wird ja der Prolet, der meist von vornherein vor Gericht eingeschüchtert ist, in völlige Hilflosigkeit gegenüber seinen Richtern getrieben.

Wie aber in diesen Fällen das sogenannte Beweismaterial zusammenkonstruiert wurde, das kann man nur als Skandal bezeichnen. Als Zeugen fungierten lauter Polizeibeamte, auf deren unter Diensteid gemachten Aussagen natürlich alles aufgebaut werden kann, was man haben will, nur eben kein objektives Urteil. Das ist ja immer so, aber hier war es besonders kraß. Es wurden da von fast allen Beamten Aussagen in einer Form gemacht, die man bei einem gewöhnlichen Sterblichen jederzeit in der schärfsten Form beanstanden würde.

So wurde nach Aussage eines Beamten ein Arbeiter festgenommen, „weil er so aussah, als ob er an einer Demonstration wohl teilgenommen haben könnte". Als belastende Aussage galt auch der Ausdruck: „So viel ich gesehen habe". Dann wieder wurde einer laut Aussage des Beamten verhaftet, weil er „einen so unruhigen Ausdruck in den Augen hatte". Bei einem andern hatte man es an der Mundstellung gesehen, wie er gerufen hatte: „Nieder mit der Notverordnung"; gehört hat es allerdings niemand. Auch folgende Aussage wurde ohne Einwurf des Vorsitzenden angehört: „Ich müßte mich sehr täuschen, aber meine innerste Überzeugung sagt mir, der ist's". Worauf der betreffende Arbeiter zu einer Geldstrafe von 15 Mark verurteilt wurde.

Aber man darf sich über das Benehmen dieser Polizeibeamten nicht wundern. Man hatte sie ja schon vor Beginn der Demonstration scharf gemacht und ihnen den Befehl gegeben, so viele Festnahmen zu machen wie irgend möglich. Das haben verschiedene junge in der Gerichtspraxis noch nicht genügend geübte Polizeianwärter wiederholt ausgesagt. Von solchen Aussagen über interne Dinge bei der Polizei war weiter interessant, daß sich eine Anzahl von Polizisten in Zivil unter die Menge gemischt hatten. Sie hätten auf diese Art „besonders gute Beobachtungen" machen können, bemerkte einer von ihnen im Genießerton.

Unter diesen Umständen wurde selbstverständlich der größte Teil der Arbeiter verurteilt. Im allgemeinen wurden Geldstrafen von zehn bis fünfzig Mark verhängt. Und bei allen diesen Verurteilungen wurden die „Tatbestände" auf die oben beschriebene Weise aus der Luft gegriffen. Ungeheuerlich ist die Verurteilung eines Arbeiters zu drei Monaten Gefängnis, weil er eine gefährliche Waffe bei sich trug: eine Hundspeitsche nämlich. Einem andern wollte der rabiate Staatsanwalt „intellektuelle Beihilfe" andrehen, weil er einem Zivilisten, der Arbeiter an die Polizei verpfiffen hatte, das Wort „Schuft" zugerufen hat. Überhaupt konnte sich dieser Staatsanwalt gar nicht genug tun bei der Stellung schwerer Strafanträge. Für angebliches Schreien, das niemand gehört, sondern nur gesehen hatte, beantragte er zehn Tage Gefängnis, weil er sich aus diesem vielleicht gemachten Ausruf die Bedrohung eines Beamten erdichtete.

Der Staatsanwalt sprach wiederholt vom „Klamauk" am Montag Abend. Da ist man wohl berechtigt, dieses ganze Schnellverfahren als Skandal zu bezeichnen. E. Ernst

Der Umdichter

Von der sozialistischen Arbeiterjugend wird auf Plakaten, Transparenten usw. oft der Vers gebraucht:

„Republik, das ist nicht viel,
Sozialismus ist das Ziel."

Das ist, sagt Heilmann im „Freien Wort", eine „Verächtlichmachung der Republik" (in der doch das Bankkonto des Genossen Heilmann so schön gewachsen ist). Und Sollmann hat auf dem Parteitag in Leipzig der Jugend den Rat gegeben, den Vers umzuändern etwa in:

„Wohl ist die Republik uns viel,
doch Sozialismus ist das Ziel."

Diejenigen, denen die Republik nicht viel ist und nicht viel gibt, sondern viel nimmt, müssen sich eben andere Parolen suchen.

Ein gutes Prinzip

Die Kasernierung verirrter Jugendlicher birgt Gefahren in sich, die man selbst dann nicht immer ganz zu bannen vermag, wenn fähigere Pädagogen an der Arbeit sind als dies heute im allgemeinen der Fall ist: die Anstalten wirken sich sehr oft als wahre Hochschulen der Gaunerei aus. Die einzelnen Typen der Verwahrlosung müßten mehr als bisher in besonderen Fürsorgestätten untergebracht werden, und der Betrieb der Anstalten dürfte nicht vom Geist der Isolierung und Absperrung gegenüber dem Leben geleitet sein.

Eine Anstalt mit weitgehender Freiheit ist das Mädchenheim Harthau bei Chemnitz. Die Anstalt ist der Sächsischen Kammgarnspinnerei angegliedert. Die Mädchen, die zunächst ein Vierteljahr im Innendienst sich Kenntnisse im Haushalt aneignen, arbeiten täglich acht Stunden in der Fabrik. Zum üblichen Tariflohn, der den Älteren ausgehändigt wird, während er für die Jüngeren an die Anstaltsleitung abgeführt wird. Die Mädchen bezahlen für Unterkunft und Verpflegung 1,90 Mark im Tag und haben im übrigen Gelegenheit, sich ihre Ausstattung anzuschaffen bzw. an ihr zu arbeiten.

Die Anstalt ist wohl die einzige ihrer Art in Deutschland. Ihre Einrichtungen heben sich vorteilhaft ab von der großen Mehrzahl der anderen Anstalten, die mehr oder weniger Kasernen mit Arbeitsdienst und militärischem Drill sind. Natürlich kann man auch hier noch manche Bedenken haben. Abgesehen davon, daß die Anstalt in den Händen der „Inneren Mission" ist, birgt diese bis zur Selbstversorgung der Zöglinge getriebene Freiheit die Gefahr in sich, daß die Jugendämter die fabelhafte Gelegenheit benützen und aus Gründen der Kostenersparnis über unbequeme Jugendliche die Fürsorgeerziehung verhängen. Auch die Verkoppelung mit einer Fabrik hat ihre Schattenseiten. In einem Bericht im „Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt" heißt es nämlich, daß die Mädchen aus „betriebstechnischen Gründen" mindestens zweieinhalb Jahre in der Anstalt bleiben müssen, weil diese Zeit angeblich nötig ist, um die „volle Laufbahn von der ungelernten bis zur ausgebildeten Arbeiterin" durchzumachen. Man wird also unter Umständen aus „betriebstechnischen" Gründen zweieinhalb Jahre und noch mehr Fürsorge aufrechterhalten, auch wenn es vom erzieherischen Standpunkt aus nicht gerechtfertigt erscheint.

Immerhin: die Einrichtungen dieser Anstalt zeigen Möglichkeiten, und die Gefahren, die sie noch bergen, können ja bekämpft werden. Frieda Leubold

---

In Berlin ist ein Kampfausschuß gegen die Fürsorgeerziehung ins Leben gerufen worden. Er will der Öffentlichkeit zeigen, daß Fälle wie „Scheuen" keine Ausnahmen sind, und darüber hinaus eine möglichst breite Diskussion über die Probleme der Fürsorgeerziehung herbeiführen.

Der Erbfeind soll helfen

Die „Berliner Börsenzeitung" schreibt in einem Artikel „Alarm" u. a.: „Das Ruhrrevier ist einer derjenigen deutschen Bezirke, die am schwersten schützbar sind, ... vor allem wegen des Umstands, daß eines der wichtigsten der dem staatlichen Schutz dienenden Organe, nämlich die Reichswehr, wegen der neutralen Zone nicht eingesetzt werden darf ... Es ist deshalb hoch an der Zeit, endlich durchgreifende Maßnahmen zum Schutz gegen linksradikale Gewaltmaßnahmen zu treffen. Sie hätten auszugehen von ... einer sofortigen Einleitung diplomatischer Verhandlungen mit dem Ziel, Blankovollmachten für die Reichswehr zum Einmarsch in die neutrale Zohne im Falle von Unruhen zu erhalten."

Der Polizeipräsident in Köln hat angeordnet, daß die Polizeibeamten künftig, wenn sie angegriffen werden, sofort scharf schießen sollen.

Fehlleistungen

Die „Mannheimer Volksstimme" schreibt, es wäre besser gewesen, wenn die Notverordnung schon vor dem Parteitag der SPD erlassen worden wäre, dann hätte „schon der Parteitag alle Tatsachen voll überblicken und daraus die notwendigen Entschuldigungen" treffen können.

Sehr richtig; zu Entscheidungen wäre es ja doch nicht gekommen.

Die „Leipziger Volkszeitung" hat in einem Bericht über den Parteitag u. a. geschrieben, der Parteivorstand habe beschlossen, „das Referat über den Fascismus und den Bericht der Reichstagsfraktion aufeinander folgen zu lassen und die Diskussion darüber zu verhindern".

Denn was hätte eine Verbindung der Diskussionen schon genützt?

---

keiten gehabt habe: Verrecken oder hier rauf auf den Kasten. Na, da bin ich eben hier rauf!"

Er erwidert gar nichts und läuft einfach weg. Sieht minutenlang hinunter auf die See. Sie ist glatt wie Öl! Plötzlich dreht er sich wieder um und ich denke: „Der Tragödie zweiter Teil!" Aber er schnauzt mich nur barsch an und schreit: „Haben sie Hunger?" Und ich sage: „Nicht so knapp", und haue in die Brötchen ein, die er mir hingeschoben hat. Und wie ich am fünften bin, sagt er: „Da ist auch nen bißchen Kaffee! Allerdings nimmer viel drin."

„Feiner Kerl", denke ich, „da hast du mal wieder Schwein gehabt!"

Mond von links

Im stuttgarter Friedrichsbautheater gibt die Piscatorbühne zurzeit das sowjetrussische Lustspiel „Mond von links" von Bielowzerkowsky. Eine ebenso harmlose wie belustigende Angelegenheit, in der die Russen eine hübsche Kollektion eigener Schwächen verarzten.

Das Stück spielt in der Zeit des Bürgerkriegs: Kowaljow, der Vorsitzende der Tscheka in einer kleinen südrussischen Stadt, hat die ebenso revolutionäre wie abwegige Ansicht, daß sich ein echter Revolutionär der Liebe enthalten müsse, solange die Revolution noch in Gefahr ist. Das wäre vielleicht zu machen, wenn die Sekretärinnen in Rußland nicht eine ähnliche Rolle spielen würden wie ihre Kolleginnen in kapitalistischen Ländern, und wenn Kowaljows Sekretärin, die Karpinskaja, nicht ein ebenso reizendes wie ausdauerndes weibliches Wesen wäre: sie zieht ihn trotz seinem beharrlichen Sträuben und heftigster Prinzipientreue doch endlich „hinan". Was ihn als Revolutionär ärgert, und als Mensch tief beglückt. Im weiteren Verlauf kann Kowaljow dann — ein Akt ausgleichender proletarischer Gerechtigkeit — doch noch zeigen, daß er der Mann ist, wenn nötig die Geliebte der Revolution zu opfern. Glücklicherweise handelt es sich nur um einen Scherz, vermittels dessen ihn seine Genossen prüfen wollen, und infolgedessen liegen sich in der Schlußszene die beiden Liebenden beglückt in den Armen.

Wie man sieht: eine im Grunde altbackene Angelegenheit, bei der der Mond, der „Seufzerfürst" alten Schlages, intensiv kitschelnd mitwirkt, gerade so, als ob er ein gewöhnlicher Mond von rechts wäre, und nicht der „Arbeitsmann Genosse Mond", wie er im Lied besungen wird. Sie gewinnt an Bedeutung durch die unbeschwerte Art, wie hier die Russen so zwischendurch die Finger auf diverse kleinbürgerliche Wunden am Sowjetkörper legen.

Die Inszenierung erzielte durch primitive Versatzstücke zum Teil verblüffende Wirkungen. Gespielt wurde mit viel Temperament und Laune. hm

Uebergeschnappt

An der aachener Technischen Hochschule doziert der Herr Professor Schreber. Er bezieht seinen Gehalt von der Demokratie, aber seine Liebe ist offensichtlich anderswo. In der Zeitschrift „Technik und Kultur" verrät er, was er über das Volk denkt. Die Muskelarbeiter z. B. sind für ihn „nach einem unabänderlichen Naturgesetzt" nichts als Muskeln, deren Beitrag zur Entwicklung der Menschheit äußerst nieder anzusetzen ist, und die deshalb nur so viel vom Ertrag unseres Wirtschaftens bekommen dürfen, daß sie gerade leben können. Alle Besserung der Lebenshaltung ist Folge der Geistesarbeit. Überließe man die Wirtschaft den Muskelarbeitern, so würde die Lebenshaltung sicherlich sofort zurückgehen. Deshalb hat der Nur-Muskelarbeiter „auf Grund seiner Muskelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Erde überhaupt, also vielleicht der Neandertal-Mensch besaß. Das, um was seine jetzige Lebenshaltung besser ist, verdankt er ausschließlich der Gutmütigkeit der Geistesarbeiter, die ihm vom Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben."

Ebenso mind werden von dem Herrn Professor die Büroangestellten, Lehrer usw. taxiert. Ihre Arbeit ist reine Gedächtnisarbeit. Nichts Werteschaffendes. Nur die „fördernden Geistesarbeiter", die „Denkarbeiter" schaffen Werte. Zu ihnen gehören natürlich die Professoren (auch solche vom Schlage des Herrn Schreber?) und vor allem die Wirtschaftsführer.

Man wird zugunsten des Herrn Professor annehmen müssen, daß ihm die Hitze über Gebühr zugesetzt hat. Wenn nicht, wäre es ratsam für ihn, sich schleunigst untersuchen zu lassen, ehe er seine Lehrtätigkeit fortsetzt. M. W.

Literatur

Die Rebellion des Ingenieurs Karinski. Von Dmitrij Tschetwerikow. Verlag Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7. In Leinen geb. 4,80 Mark. — Ein Liebesroman, den man lesen kann. Das Thema: trotz grundsätzlich moderner Auffassung erotischer Dinge gibt es auch in der Sowjetunion Liebeskonflikte. Man vernimmt's ohne Erstaunen, denn es versteht sich von selbst. Der Roman hat (für zwei seiner Gestalten) ein happy end: sie lassen sich von ihren betreffenden Partnern scheiden und heiraten einander. Das Buch will nach dem Waschzettel des Verlags und wohl auch nach dem Willen des Verfassers nebenbei auch die Mißstände im Leben der Sowjetbürokraten geißeln; aber was es auf dem Gebiet leistet, ist nur leichte Satire. Die bolschewistischen Dichter machen das treffsicherer und schonungsloser. B.

Die lebende Peitsche. Von Milo Urban. Universumbücherei für Alle. Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. — Urban schildert das Leben eines armen slowakischen Bergdorfes während des Krieges, die Last, die das geduldige Volk zu tragen hat: wie es von den Beamten, Gendarmen und Soldaten betrogen und gequält wird; wie unter der Decke von Ergebenheit und Dumpfheit langsam das Feuer der Empörung heranwächst und endlich in einem orgiastischen Taumel zu hellen Flammen auflodert, alles vernichtend, was seither das Volk bedrückt hat. Das bäuerliche Milieu ist mit dichterischer Kraft gezeichnet; sehr eindringlich die Rebellengestalten des jungen Hlschik und des Adam Hlavaj. Ein Antikriegsbuch, das nicht aufdringlich predigt und doziert, sondern einfach das Leben sprechen läßt: das Leben des primitiven, aber mit einem gesunden Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit ausgestatteten bäuerlichen Menschen. Der Roman gehört sicher zu den Kriegsbüchern, die auf längere Zeit hinaus Bestand haben. m.

Wer finanziert die Hitler-Bewegung? Wie viel von seinen Diäten behält ein kommunistischer Abgeordneter für sich? Wie hat Hugenberg seine Finanzmacht errichtet? Warum schont Mussolini das Kapital? Auf welche Weise wird die französische Presse bestochen? Auf diese und ähnliche Fragen gibt Richard Lewinsohn (Morus) Antwort in dem Buch

Das Geld in der Politik
Preis brosch. 7 Mark, geb. 9,50 Mark

Der selbe Verfasser schildert das abenteuerliche Leben des Rüstungsindustriellen Sir Basil Zaharoff in dem Buch

Der Mann im Dunkel
Preis brosch. 3,50 Mark

Gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) zu beziehen vom Verlag der S.-Z.

Geld und Politik

5. Der Mann im Dunkel (Fortsetzung)

Im Jahre 1877, als Sir Basil Zaharoff von der Rüstungsfirma Nordenfeldt als Vertreter für den Balkan engagiert wurde, war gute Konjunktur: überall auf dem Balkan, in Bosnien, in Montenegro, in Serbien, in Bulgarien flackerten die Aufstände gegen die türkische Herrschaft auf, und dann kam Rußland den Balkanvölkern in ihrem Kampf gegen die Türken zu Hilfe.

Griechenland ist neutral; es rüstet nur und liefert Waffen. Und Zaharoff vermittelt und verdient. Als die Russen immer näher an Konstantinopel heranrücken, werden auch die europäischen Großmächte unruhig: das englische Parlament bewilligt für Rüstungen einen Kredit von sechs Millionen Pfund Sterling, Österreich verstärkt seine Rüstungen — und an allem verdienen die Rüstungsfabrikanten. Auch der Berliner Kongreß 1878 bringt den Balkan nicht zur Ruhe; immer wieder steigt die Kriegsgefahr auf; fieberhaft rüsten die kleinen Balkanstaaten, besonders Griechenland. Bei einem Gesamtetat von 20 Millionen Franken werden 16 Millionen für das Heer ausgegeben; 1885 nimmt das kleine Land eine Anleihe von 100 Millionen Franken zum Ausbau von Heer und Flotte auf. Den größten Teil der griechischen Rüstungsaufträge kann Zaharoff seiner Firma, der Firma Nordenfeldt, sichern, denn er kennt in Athen allerlei Hintertürchen.

Der Inhaber der Firma, der schwedische Ingenieur Nordenfeldt, macht eine Reihe von gewinnbringenden Erfindungen; Aufsehen erregt er vor allem durch die Konstruktion des Unterseeboots. Und welcher Staat kauft ihm das erste U-Boot ab? Es ist, durch Zaharoffs Vermittlung, Griechenland. Da Griechenland gegen die Türken rüstet, müssen sich auch diese die neue Waffe verschaffen: sie kaufen, durch Zaharoffs Vermittlung, zwei U-Boote.

Dann aber erhält Nordenfeldt eine gefährliche Konkurrenz: ein amerikanischer Ingenieur namens Hiram Maxim erfindet das Maschinengewehr. Zaharoff sucht mit allen Mitteln, auch mit den gemeinsten Lügen, zu verhindern, daß Maxim von den Regierungen größere Aufträge erhält. Mit Erfolg; denn Maxim ist Techniker, er besitzt weder die Verschlagenheit Zaharoffs noch das Geld der Firma Nordenfeldt; er besitzt nur das Patent auf seine Erfindung. Aber könnten sich das Geld des Industriellen und das Patent des Erfinders nicht vereinigen? Im Jahr 1888 schließen sich Maxim und Nordenfeldt zusammen, der Konkurrenzkampf ist beendigt. Vertreter der Firma, jetzt nicht nur auf dem Balkan, sondern bei einer immer größeren Zahl von Regierungen, ist Zaharoff. Er bleibt es auch, als 1890 Nordenfeldt aus der Firma ausscheidet: Maxim ist technischer, Zaharoff kaufmännischer Leiter der Firma.

Die Gewinne vergrößern sich. Selbst in den Zeiten um die Jahrhundertwende, die uns jetzt beim Rückblick „friedlich" erscheinen, hat die Rüstungsindustrie immer zu tun. Nicht nur der „Friedensbedarf" der Großmächte, die ihre Rüstungen fortwährend verstärken, gibt ihr Arbeit, sondern auch einige Kriege sorgen für regen Absatz. Kämpfe zwischen der Türkei und Griechenland, zwischen Japan und China, zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten und die Kolonialkriege der Großmächte lassen Zaharoff nicht zur Ruhe kommen. „Im Schnellzug durch Europa sausen, um Völker, die morgen vielleicht schon im Kriege gegeneinander stehen werden, gleich liebenswürdig, gleich eifrig, wenn auch nicht immer zu den gleichen Preisen, mit den gleichen Waffen zu versehen: das ist Basil Zaharoffs Gewerbe." (Morus, Der Mann im Dunkel.)

Die Provisionen des „Reisenden" ergeben allmählich ein nettes Vermögen; er legt es in Aktien der Maxim-Gesellschaft an und gewinnt so auch finanziell Einfluß auf die Firma, die er vertritt und deren Absatz er immer mehr auszudehnen hilft (besonders eine von Maxim erfundene Schnellfeuerkanone, die von England in Kämpfen in Afrika angewendet wurde, vergrößerte die Gewinne und das Ansehen der Maxim-Gesellschaft). Maxim und Zaharoff werden bald den paar großen Rüstungsfirmen gefährlich, und so ist es kein Wunder, daß die englische Rüstungsfirma Vickers den Vorschlag einer Fusion macht. Maxim geht darauf ein: 1897 übernimmt die Firma Vickers gegen Bezahlung von 27 Millionen Mark die Maxim-Gesellschaft; Maxim zieht sich zurück, Zaharoff tritt in die neue Firma über.

Am Burenkrieg verdient die Firma Vickers, indem sie sowohl den Buren als auch den Engländern Waffen liefert. Der russisch-japanische Krieg bringt Millionen-Gewinne, da Zaharoff in Rußland die Vertreter aller andern Rüstungsfabriken aus dem Felde schlägt. Und nach dem Krieg beginnt erst das eigentliche Geschäft: Rußland macht sich daran, im eigenen Land eine Rüstungsindustrie aufzubauen; da es an Kapital und an Technikern fehlt, werden ausländische Gesellschaften herangezogen. Und meistens macht Zaharoff das Rennen. Sein bestes Geschäft ist ein 1913 abgeschlossener Vertrag, wonach Vickers den Bau und die Finanzierung einer Waffen- und Munitionsfabrik in Zarizyn an der Wolga übernimmt (Aktienkapital 50 Millionen Mark). Es ist übrigens interessant, daß an dem glänzenden Geschäft, das die russischen Rüstungen von 1905 bis 1914 den Rüstungsindustriellen boten, nicht nur Firmen der Entente, sondern auch deutsche und österreichische Betriebe beteiligt waren. „Die österreichischen Skoda-Werke übernehmen, friedlich neben Schneider-Creusot, ein Aktienpaket von Putiloff. Österreichische Banken betätigen sich als Geldgeber für die Petersburger Waffenindustrie; die Hamburger Werft Blohm und Voß hilft bei der Instandsetzung der Newa-Werft mit, die Putiloff mit Unterstützung Schneider-Creusots aufgekauft hat." (Morus, Der Mann im Dunkel.) Und auch Krupp mischt sich in die russischen Rüstungsgeschäfte.

In den Jahren vor dem Krieg tritt Zaharoff, dessen Namen bis dahin nur wenige gekannt hatten, hie und da auch in die Öffentlichkeit. Er sah in England, wie eng die Rüstungsindustrie mit der Regierung, dem Parlament und der Presse verbunden war, verbunden sein mußte. Denn eine Rüstungsfirma hat Interesse an solchen Beziehungen nicht nur um Aufträge, die von der Regierung vergeben werden, an sich zu ziehen, sondern auch um die Politik zu beeinflussen, um zum Krieg zu schüren und (durch die Presse) die Massen in Haß gegen andere Völker und in Kriegsbereitschaft zu treiben. Zaharoff sah z. B., daß die beiden großen englischen Rüstungsfirmen Vickers und Armstrong eine Anzahl von Mitgliedern des Ober- und Unterhauses am Geschäft beteiligten und daß vor allem einige Staatssekretäre und Minister zu den Aktionären gehörten. So sucht er sich in Frankreich gute Freunde zu machen. Er beteiligt sich mit 250 000 Franken am Verlag des „Excelsior", er stiftet an der Universität Paris einen Lehrstuhl für Flugwesen, er finanziert Erholungsheime für Soldaten und Matrosen usw. Der Lohn bleibt nicht aus: er, der Sohn eines armen Händlers aus Kleinasien, wird vom Präsidenten der französischen Republik zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt. Die Begründung lautet: „Services exceptionels (außerordentliche Dienste) — Das Ministerium des Auswärtigen."

Das war am 31. Juli 1914. Dann begann für Zaharoff, wie für die ganze Rüstungsindustrie, die große Zeit. Peter F.

(Wird fortgesetzt)

Metafysische Aktionen

Die Fantasie ist eine armselige Helferin. Gar oft werden ihre kümmerlichen Offenbarungen durch die angeblich nüchterne Wirklichkeit in Schatten gestellt. Es gibt auch im Zeitalter der Technik krause Dinge, die sich die ornamentlose Oberfläche nicht träumen läßt. Der Mensch wandelt sich nur langsam. Unter der modernen Hülle toben ein Menge Atavismen. Auch Schalterbeamte haben noch ihre Tiefen, und Fabrikdirektoren sind nicht immer frei von obskuren Vorstellungen und Sehnsüchten.

Ein Mitarbeiter des „Karlsruher Tagblattes" hat neulich eine junge Dame interviewt, die sich auf „metafysische Aktionen" geworfen hat. Andere sitzen in Kontoren und addieren endlose Kolonnen, oder sie geben in Kindergärten ungezogenen Sprößlingen milden Sinnes Popoklatsche. Diese Dame aber übernimmt „Wunschaufträge aus besseren Gesellschaftskreisen". Sie hat einmal scherzweise in Gesellschaft sich erbötig gezeigt, in Vertretung eines vielbeschäftigten Großindustriellen einem seiner Feinde einen Autounfall zu wünschen: am übernächsten Tag ging der menschenfreundliche Wunsch in Erfüllung. Von da ab sprach sich in den besseren Gesellschaftskreisen ihre Fähigkeit herum. Das Wunder gebar auch hier postwendend den Glauben. Heimlich kamen die Herrschaften zu der jungen Dame in die Wohnung: vorsichtig tastende Gespräche auf den Lippen und schwarze Wünsche und Gedanken im Herzen.

„Wünsche, intensiv gehegt, haben Wirksamkeit, greifen in den Ablauf der Dinge ein. Haben Kraft. Aber die meisten Menschen sind kraftlos oder zu bequem, um selbst zu wünschen." Was liegt näher, als sich einen Wünscher zu engagieren, der dem andern Haarausfall, rapide Gewichtszunahme, hemmungslosen Kindersegen oder ähnliches wünscht. Die junge Dame eignet sich dafür: „Solchen Leuten stelle ich mich gegen mäßige Entlohnung mit meiner bestens bewährten Wunschkraft zur Verfügung. Ich übernehme ihre Wünsche ..., wünsche für sie stark und zuversichtlich. Sie sind entlastet. Bedrückung weicht von ihrer Seele."

Was sind das nun für Wünsche, die sich solchergestalt einer bestens bewährten Wunschkraft anvertrauen? Um es gleich zu sagen: fast durchweg schlechte. An die guten verschwendet niemand so viel Aufwand, wenn sie nicht gerade die werte eigene Person betreffen. Die schlechten, die man den „getreuen Nachbarn und dergleichen" wünscht, sehen so aus: Vermögensverlust, Unterschlagungen im Geschäft, Blamage verschiedenen Grades, belanglose aber dafür umso lästigere Hautkrankheiten usw. usw. Viele Wünsche sind sehr kompliziert; die Wünschenden machen sich die Schädigung ihrer Feinde sozusagen nicht leicht.

Fast immer sind die Wünschenden moderne Menschen. Menschen, die im Leben stehen. Trotzdem werden die metafysischen Aktionen gar nicht selten mit zeremoniellem Klamauk gewünscht. Man bringt etwa das Bild des Feindes und wünscht, daß es unter dem nötigen Drum und Dran mit einer goldenen Nadel durchbohrt werde, und was ähnliche Scherze mehr sind. Bankleute mittleren und großen Formats suchen die talentierte Ergänzerin ramponierter Wunschkraft auf, bevor sie sich in schwierige Transaktionen einlassen; Industrielle kommen, wenn sie die Welt für einen neuen Artikel begeistern wollen und nicht das nötige Zutrauen zur Werbekraft der Reklame haben. Das Geschäft der jungen Dame geht glänzend. Sie gibt sich alle Mühe den holden Glauben zu rechtfertigen, der ihr aus „besseren Gesellschaftskreisen" entgegengebracht wird. Wahrscheinlich konzentriert sie den größten Teil ihrer Wunschkraft darauf, daß dieser Glaube recht lange erhalten bleibe. oha

Gleich oder sofort?

Schwäbische Tagwacht, 17. Juni: „... Die Sozialdemokratie verzichtet darauf, ihren Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses formell einzubringen, nachdem der Reichskanzler erklärt hatte, daß er an einem späteren geeigneten Zeitpunkt bereit sei, in Verhandlungen über eine Änderung der Notverordnung einzutreten."

Fünfzehn Zeilen weiter unten: Beschluß der Reichstagsfraktion: „Nachdem die Regierung sich zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung der Notverordnung bereit erklärt hat, nimmt die sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses angesichts der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand."

Preisfrage: Wann werden die Verhandlungen beginnen?

Die gestörte Prozession

In Haisterkirch bei Waldsee (Württbg.) wollten zwei Radfahrer, angeblich Kommunisten, an einer katholischen Prozession vorbeifahren. „Auf die Aufforderung, abzusteigen", so berichten die Zentrumsblätter, „und die Kopfbedeckung abzunehmen, hatten sie nur höhnische Bemerkungen. Von gereiften Männern wurden die Burschen gezwungen, von den Rädern abzusitzen. Darauf zog der eine der frechen Burschen einen Revolver aus der Tasche und gab etwa acht Schüsse auf die Prozessionsteilnehmer ab. Glücklicherweise wurde nur ein Mann leicht verletzt. Nach einer wohlverdienten Tracht Prügel wurden beide in den Ortsarrest verbracht, bis der herbeigerufene Landjägerbeamte den einen nach Waldsee abführte. Der andere mußte durch den Arzt ins Krankenhaus nach Waldsee überführt werden." Er ist kurz darauf gestorben.

In drei Zeilen

In der „Tat" hat unlängst Ferdinand Fried (hinter diesem Pseudonym soll sich ein Angehöriger der Familie Borsig verbergen) mitgeteilt, daß der Herstellungspreis einer Glühbirne 10,5 Pfennig betrage, der Verkaufspreis 1,50 Mark; ein Grammofon, das um 120 Mark verkauft wird, kostet 12 Mark Herstellung, eine Schallplatte zu 3,50 Mark: 35 Pfennig, eine zu 5 Mark: 50 Pfennig.

Der Arbeitersportverein Fichte hat eine Luftsportvereinigung ins Leben gerufen, die sich mit dem Gleit- und Segelflug beschäftigt. Es soll auf diese Weise ein Gegengewicht geschaffen werden gegen den ganz in nationalistischen Händen befindlichen Flugsport.

Auf dem pariser Boulevard Paissonière bietet seit einiger Zeit ein Kiosk, der seither Magazine usw. verkaufte, Bibeln feil. Mitten in der Auslage liegt eine große Bibel, der Interessenten im Vorübergehen rasch ein Bibelwort gratis entnehmen können.

In Chicago sind innerhalb vier Tagen 27 Banken insolvent geworden: mit insgesamt rund 200 000 Konten und etwa 100 Millionen Dollar Depositen. Die Runs auf andere Banken halten an.

Der Lebensversicherungsbestand in Deutschland betrug Ende 1930 über 17 Milliarden Reichsmark; damit ist der Bestand von 1913 (16 Milliarden) beträchtlich überschritten.

Kleinigkeiten

Dienst am Volk. Um ihre ohnedies schon beträchtliche Popularität noch zu steigern, hat die republikanische Polizei einen Reklamefilm herstellen lassen, in dem ihr Umgang mit dem Publikum z. T. wie ein harmonisches Familienidyll dargestellt erscheint. Bei der Aufführung in Frankfurt a. M. kam es zu Protestkundgebungen; der Film mußte abgesetzt werden. Einer der Zwischenrufe: „Zeigt uns auch, wie die Arbeiter auf den Polizeiwachen verdroschen werden!"

Schlichter Kranz. Im Gefallenen-Ehrenmal, Neue Wache, Berlin, liegt ein Eichenkranz aus Gold und Silber (192,5 Kilo Silber, 6,35 Kilo Gold); Kostenpunkt: 46 113 Reichsmark. — Das wird die durch die neueste Notverordnung ein bißchen aufgebrachten Kriegsinvaliden sicher wieder einigermaßen aussöhnen.

Insbesondere. Auf der diesjährigen Tagung des Deutschen Offiziersbundes wurde flammender Protest eingelegt gegen jede weitere Belastung und Kürzung der Pensionen, „insbesondere der Renten der Kriegsverstümmelten, da ihre Bezüge kaum noch zur Bestreitung des nötigsten Lebensunterhalts ausreichen". — Wie wär's, wenn ihr auf eure klotzigen Pensionen ver... Doch nein! Resolutionen sind billiger.

Anteil der Kirche. Auf der pariser Kolonialausstellung, auf der zwar die kolonialen Erfolge, nicht aber die Unterdrückungsmethoden dargestellt sind, mit denen man sie erzielte, ist dieser Tage auch der Pavillon der katholischen Missionen eröffnet worden. Mit einer stillen Messe, bei der Eingeborene als Ministranten figurierten. Admiral Lacaze dankte den Missionaren dafür, daß sie durch ihr Wirken die Kolonisation fördern: „Dabei arbeiten sie zweifellos und in erster Linie für Gott — aber sie dienen überdies auch Frankreich." — Man wird also nicht nur im Himmel, sondern auch an der Börse ihr Walten mit Wohlgefallen betrachten.

Statt Panzerkreuzern. Der österreichische Heeresminister Vaugoin hat nicht weniger als 112 Vollblutpferde angekauft, die er durch englische Trainer für Hindernisrennen zureiten läßt. (Auf Staatskosten, natürlich). — Die Herren Offiziere müssen doch ihren standesgemäßen Sport haben.

Ludendorff kann nichts dafür. Der Kampf gegen Ludendorff, der früher als großer Feldherr und als Freund Hitlers ein weltgeschichtliches Genie war, ist heute für die Nationalsozialisten eine peinliche Sache. Man hat deshalb einen neuen Dreh gefunden und schreibt z. B. im N.S.-Kurier, Pg. Haak habe erbarmungslos mit dem Tannenberg-Bund und dessen geistiger Führerin, Frau Mathilde Ludendorff, abgerechnet. — Also: an allem ist Mathilde schuld. (Oder: der „Pantoffel-Heros".)

Billige Arbeitskraft. Die Provinzial-Pflege-Anstalt Wienebüttel bei Lüneburg schickt, wie der „Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter" berichtet, leicht Geisteskranke zur Arbeit auf die Güter der Großgrundbesitzer und bezahlt diesen Herren noch obendrein monatlich bis zu 100 Mark Unterhaltungszuschüsse pro Mann. — Wenn da die „notleidenden" Junker nicht hochkommen!

Matth. 6 Vers 26. Auf einer Tagung des Lutherrings in Rheinsberg hielt Hofprediger Doehring eine Ansprache über den Bibelspruch „Sehet die Vögel ...": Angesichts der heutigen Lage sei eine Seelenverfassung nötig, die wisse, daß unser Vater im Himmel sorgt, ein Glaube, der nicht klagt, nicht jammert, sondern ruhig und unbeirrt den Weg der Pflicht wandelt und, wenn es nötig ist, mit gläubigem Vertrauen und aufrechten Sinnes in den Tod geht. Nur so sei es für unser Volk möglich, in der hereinbrechenden Not durchzuhalten. — Ein vom Staat garantierter Gehalt ist beim Durchhalten aber auch ganz nützlich.

Dreh. Der jetzt frei gegebene Film „Kinder vor Gericht", den die Filmprüfstelle verboten hatte, da er entsittlichend und verrohend wirke, ist von der inzwischen neu besetzten Bildstelle bei der Zentralstelle für Erziehung und Unterricht (dem früheren Lampe-Ausschuß) für „volksbildend" erklärt worden. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, der Film versuche auf anständige und saubere Weise einem schwierigen und brennenden Problem gerecht zu werden. — So verschieden sind die Urteile der filmamtlichen Stellen.

Stellengesuch in den „Deutschen Hotel-Nachrichten: „Hoteliers-Sohn, 22 Jahre alt, sucht Stellung als Journalführer, Sekretär, Kassierer. Italienisch, Französisch und Englisch in Wort und Schrift. Langjährige Auslandspraxis. Mit dem mir zugedachten Gehalt bin ich von vornherein einverstanden."

Lehrling bekommt Arbeit. Anzeige in der „Saarbrücker Zeitung": „Alte Eisenwarenhandlung hier am Platze stellt Lehrling ein, wenn von ihm ein Kapital von zehn- bis zwölftausend Mark gegen gut eingetragene Sicherung zur Verfügung gestellt wird." — Derartige Inserate sind heute keine Seltenheit mehr. Man muß Kapital mitbringen, um Arbeit zu bekommen.

Auch Einer. Ein evangelischer Pfarrer Teichmann hat neulich in Wolfenbüttel bei der Einweihung neuer Nazi-Standarten einen „Feldgottesdienst" abgehalten und zum Schluß über den Fahnen Adolfs den vollen kirchlichen Segen gesprochen: „Der Herr segne euch und behüte euch ..." — Gott ist immer mit den jeweils stärksten Bataillonen.

Gottlosenhetze. Zwei Meldungen: 1. Die berliner Stadtsynode beschäftigt auf den Friedhöfen nur noch Arbeiter, die der Kirche angehören. 2. Der soziale Fonds beim Siemens-Konzern unterstützt nur noch Arbeiter, deren Kinder kirchlich eingesegnet sind. — Materieller Druck führt sicher viele wieder zum Herrn Jesus.

Kinderheim Haus Flötheberg, Ostlutter, Kreis Goslar, Harz, nimmt Kinder von 7—14 Jahren auf. Kein konfessioneller Zwang. Wald, Luftbadeplätze. Gute Verpflegung.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lim, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Weiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Verbrechen des Paters Amaro. Von Eça de Queiroz. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Doppelgesicht des Christentums. Von Stadtpfarrer Dr. G. Schenkel. Kart. 3,30 Mark, geb. 4,60 Mark.

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

Etappe Gent. Von Heinrich Wandt. Kart. 2,50 Mark, geb. 3,80 Mark.

Erotik und Spionage. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stuttgart, 28. Juni 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 26

Das Moratorium

Die Diplomatie kann, wenn's drauf ankommt, erstaunlich rasch und geheim arbeiten. Seit der Zusammenkunft in Chequers ist zwischen Berlin, London, Paris, Washington und wahrscheinlich noch einigen andern Hauptstätten fortwährend über eine Erleichterung der deutschen Reparationslasten verhandelt worden. Die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten haben diese Verhandlungen beschleunigt, indem sie die wirtschaftliche Panik bewußt verstärkten. Das machte, vielleicht, in Amerika Eindruck, nicht aber in Frankreich. Die Lenker der französischen Außenpolitik (dazu gehören heute, in Frankreich wie andern Ländern, mehr als je die Beherrscher der paar großen Banken, die es in jedem Land gibt) suchten allerlei Einwände zu machen und die Verhandlungen zu verschleppen. Da trat der amerikanische Präsident Hoover mit dem Vorschlag eines einjährigen Moratoriums für Kriegsschulden und Reparationen an die Öffentlichkeit, die Regierungen der meisten Großmächte stimmten sofort zu — Frankreich sah sich also dem moralischen Druck der „Welt-Öffentlichkeit" gegenüber.

Wird es sich diesem Druck ohne weiteres fügen? Das ist nicht anzunehmen. Zwar reden die englischen Zeitungen den Franzosen in lockenden Tönen gut zu und Brüning hat im Rundfunk an Frankreichs Adresse so versöhnliche Worte gerichtet, wie wenn ihn der Geist von Locarno befeuert hätte, aber Frankreich wird sich trotzdem mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, wehren.

Die triumfierende Freude über den Moratoriumsvorschlag, die man in den meisten deutschen Zeitungen findet, ist also schon deswegen fehl am Platz, weil man noch gar nicht weiß, wie das Moratorium zustande kommen wird. Aber auch aus andern Gründen muß vor illusorischen Hoffnungen gewarnt werden. Untersuchen wir einmal, was für Absichten die amerikanische Politik bei ihrem Moratoriumsvorschlag verfolgt.

1. Das in Deutschland und andern europäischen Staaten arbeitende amerikanische Kapital soll vor wirtschaftlichen Paniken und politischen Unruhen gesichert werden; durch das Moratorium sollen die Verhältnisse in Europa wieder stabilisiert werden. Dann kann noch mehr amerikanisches Kapital zuströmen, können wieder mehr amerikanische Waren in Europa abgesetzt werden. Die Folge davon wird ein verstärkter Konkurrenzkampf auf den Märkten sein, und die Folge davon ein verstärkter Angriff der Kapitalisten auf die Löhne. Wer also nicht Kapitalist ist, hat gar keinen Grund zum Frohlocken.

2. Durch das Moratorium soll die Abrüstungskonferenz, die für das Jahr 1932 in Aussicht genommen ist, vorbereitet werden. Amerika will eine größere Flotte als England (bisher ist Parität vereinbart). England ist zu diesem Zugeständnis nur bereit, wenn Frankreich seine Flotte verkleinert. Wird Frankreich sich darauf einlassen? Nun, vielleicht kann man es dazu zwingen, indem man etwa — ein Schuldenmoratorium vorschlägt, bei dem Frankreich dasjenige Land ist, das die größten Opfer zu bringen hat.

In Wirklichkeit sind die Abrüstungsfragen noch viel komplizierter. Aber schon das Gesagte zeigt doch deutlich, daß der Moratoriumsvorschlag nichts mit Menschenfreundlichkeit und dgl. zu tun hat, sondern ein Stück imperialistischer Politik ist und eine ganze Reihe imperialistischer Machtfragen auf die Tagesordnung stellen wird.

Wer also nicht an imperialistischer Politik interessiert ist, braucht über das Moratorium nicht zu jubeln, wie es z. B. die sozialdemokratische Presse tut. Sie redet, genau so wie beim Dawes-Plan und beim Young-Plan, von „Erleichterungen". Tatsächlich wird ja auch das Moratorium, wie der Dawes-Plan und wie der Young-Plan, einige „Erleichterungen" bringen, fragt sich nur für wen: für die Kapitalisten oder für die Arbeiterklasse. Wenn sich die Arbeiterschaft nicht wehrt und mit allen Mitteln (nicht nur mit Bitt-Besuchen) für eine Änderung der Notverordnung und für eine andere Verteilung der Lasten kämpft, dann werden die Vorteile des Moratoriums nur die Macht der Kapitalisten stärken und diese können dann den Angriff auf die Löhne, zu dem sie — siehe oben! — durch die Folgen des Moratoriums gezwungen sind, mit umso größerer Wucht einleiten. Sich nicht falschen Moratoriums-Hoffnungen hingeben, die imperialistischen Hintergründe des Moratoriumsvorschlags erkennen und für eine gerechtere Lastenverteilung kämpfen, das ist die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Hermann List

P.S.: Die Vorgänge der letzten Tage an den Börsen haben schon mit genügender Deutlichkeit gezeigt, wem das Moratorium nützt: die Kurse sind stark gestiegen (bis zu 30 Prozent an einem Tag). Das heißt: es sind Millionensummen verdient worden. Sind auch die Löhne gestiegen? Oder werden sie steigen? Die Kapitalisten bekommen die „Erleichterungen" schon im voraus zu spüren, die Arbeiter — überhaupt nicht.

...

Wenn der Moratoriums-Vorschlag Hoovers Wirklichkeit wird, muß Deutschland die vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 fälligen 1,5 Milliarden Mark nicht bezahlen. Die Reparationsempfänger müssen dafür ein Jahr lang ihre Schulden an Amerika nicht bezahlen. Bei den meisten Staaten gleicht sich das aus. Nur Belgien müßte auf 27 Millionen und Frankreich auf etwa 400 Millionen Mark verzichten. Die amerikanische Staatskasse hätte 1027 Millionen Mark weniger Einnahmen.

1923 — 1931

Die Ereignisse der letzten Monate weisen in mancher Hinsicht Ähnlichkeit mit denen des Sommers 1923 auf.

1923: Ruhrkampf, Wirtschaftskrise (Inflation), Gefahr einer Revolution. Mitte August: Cuno wird durch einen Generalstreik gestürzt. Die Bourgeoisie (Stresemann) bricht, aus Furcht vor dem wirtschaftlichen Bankrott und vor der Revolution, den Ruhrkampf ab und verständigt sich mit Frankreich. Amerika und England, die um ihre in Deutschland angelegten Gelder bangen, stehen dabei hilfreich zur Seite. Die Fascisten, die von der Bourgeoisie zu Sabotage-Akten und aktivem Widerstand eingespannt worden waren, werden abgehalftert. Die Sozialdemokratie wird in die Regierung aufgenommen, wodurch die Arbeiter wieder mit allerlei parlamentarischen Illusionen erfüllt und vom revolutionären Kampf abgehalten werden.

1931: Wirtschaftskrise, revolutionäre Gefahr. England und Amerika bangen um ihre in Deutschland angelegten Gelder. Aus Furcht vor dem wirtschaftlichen Bankrott und vor revolutionären Unruhen verständigt sich die Bourgeoisie der Großmächte über ein Moratorium.

Es ist sehr lehrreich, bei dem Vergleich die Unterschiede zu beachten: 1923 trat die Arbeiterklasse viel aktiver auf als heute (kann man daran denken, daß Brüning durch einen Generalstreik gestürzt wird?); deshalb flaute damals die fascistische Bewegung ab, heute wird sie immer stärker.

Wie Österreich gerettet wurde

Der 16. Juni 1931 war sowohl für Deutschland wie für Österreich ein Tag, an dem Entscheidungen von größter Tragweite gefallen sind: in Berlin ist an diesem Dienstag die Regierung Brüning nocheinmal gerettet worden, in Wien — das Land Österreich. Das kam so:

Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion hat alle europäischen Staaten stark beunruhigt. In erster Linie Frankreich, das in dem Plan den Beginn eines gefährlichen Angriffs auf seine europäische Hegemonie sah. Der Zusammenbruch der „Österreichischen Kreditanstalt" bot eine günstige Gelegenheit, Österreich in die Klemme zu nehmen und es, unter dem Vorwand der Erhaltung seiner „Selbständigkeit", von einem wirtschaftlichen oder politischen Bündnis mit Deutschland abzubringen. Von der Kreditanstalt sind mindestens 70 Prozent der österreichischen Industrie finanziell abhängig. Brach die Kreditanstalt zusammen, so bedeutete das chaotische Zustände in der österreichischen Wirtschaft. Also mußte die Regierung wohl oder übel bei der Sanierung mithelfen. Aber dazu brauchte sie Geld, und sie hatte (natürlich) keines. Wer leiht 150 Millionen Schilling? Eine Republik (samt Anschlußverzicht) für 150 Millionen Schilling.

Der Kapitalist unter den europäischen Völkern ist Frankreich; es kam von vornherein eigentlich nur ein französischer Kredit in Betracht. Aber Frankreich wollte sein Geld nicht bedingungslos hergeben. Nach einer Reihe leichterer Drohungen überreichte der französische Gesandte in Wien am Vormittag des 16. Juni der österreichischen Regierung folgendes Ultimatum: 1) Österreich verpflichtet sich, die Vorschläge einer Völkerbundskommission für die Sanierung des Landes von vornherein anzunehmen. 2) Österreich verzichtet feierlich für alle Zukunft auf jede politische Aktion, die irgendwie das Verhältnis zu einem Nachbarstaat verändern könnte. Das Ultimatum muß spätestens am Abend des 16. Juni beantwortet werden. Wenn die Antwort befriedigend ausfällt, erhält Österreich den nötigen Kredit.

Über die Mittel, mit denen heute Politik gemacht wird, soll man sich keinen Illusionen hingeben: sie sind meistens von der Art dieses Ultimatums — aber ein so schroffer und unverhüllter Erpressungsversuch gehört doch zu den Seltenheiten. Die österreichische Regierung gab sofort die einzig mögliche Antwort: nein, teilte das Ultimatum den übrigen Mächten mit, und abends erhielt sie von der Bank von England das nötige Geld. Frankreich war aus dem Feld geschlagen.

Es ist der englischen Regierung (im Einverständnis mit ihr handelte natürlich die Bank von England) sicher nicht leicht gefallen, Frankreich diese harte Lektion zu erteilen; denn es ist ein durch reale Interessen gut fundierter Leitsatz der englischen Politik, Frankreich nicht zu verstimmen. Aber im Fall Österreich hatte die französische Regierung eben den Bogen überspannt, und das führte die Niederlage herbei.

Die Vorgänge am 16. Juni sind auch für Deutschland von großer Wichtigkeit. Daß sich die französische Außenpolitik auf diese Weise bloßgestellt und in eine gefährliche Isolierung gebracht hat, hemmt ihren Widerstand gegen Hoovers Moratoriumsvorschlag stark. Es wäre freilich verkehrt, zu glauben, Frankreich werde deshalb gar keinen Widerstand leisten. Es wird vielleicht vorsichtiger und mit etwas andern Mitteln arbeiten, aber es wird bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen, die vor allem eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich bringen werden, seine ganze Kraft aufbieten, um jede selbständige Äußerung Deutschlands, d. h. des neuen deutschen Imperialismus, zu unterdrücken. Genau wie es das Österreich gegenüber versucht hat. Ob es dabei ebenso erfolglos bleiben wird, läßt sich natürlich nicht vorhersagen.

Konrad Rieger

Die Ausnahmen: Die Reichsregierung hat im Einverständnis mit den Länderregierungen beschlossen, daß die Reichswehr vom einfachen Soldaten bis zum Hauptmann von der neuen Gehaltskürzung ausgenommen werden soll. Die Länder sollen für die Schupo die gleiche Regelung durchführen. — Die Regierung weiß, wo ihre Stärke liegt.

Frankreichs Politik

Bei den kommenden Reparationsverhandlungen wird Frankreich Deutschland gegenüber folgende Forderungen vertreten:

Deutschland erkennt die französische Vorherrschaft in Europa an und verzichtet auf alle selbständigen Versuche, die Machtverhältnisse zu ändern (z. B. auf die Zollunion).

Deutschland wird auf der kommenden Abrüstungskonferenz nicht gegen die französischen Landrüstungen auftreten, sondern wird sich militärisch Frankreich unterordnen (womöglich Militärbündnis).

Deutschland verzichtet auf selbständige Politik Rußland gegenüber. (Daß die französische Regierung seit einigen Wochen mit den Russen über einen Nichtangriffspakt verhandelt, ist wohl in erster Linie als Druckmittel gegenüber Deutschland gedacht.)

Nun gibt es Leute, die sagen: Verhandlungen über diese Fragen kann zwar Brüning führen, aber nicht eine Rechtsregierung, und schöpfen daraus Hoffnung, daß der Fascismus nicht kommen oder doch sofort an der äußeren Politik scheitern werde. Nichts ist verkehrter als diese Ansicht: solange Brüning die nationale Opposition im Rücken hat, kann er mit den Franzosen nicht über diese Dinge verhandeln, ohne als Verräter etc. verschrien und schließlich gestürzt zu werden. Eine Rechtsregierung dagegen, ja sogar eine offen fascistische Regierung wird bei solchen Verhandlungen eine viel freiere Hand haben.

Nur für Anfänger

Die Kunden der D.D.Bank, der „Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft", haben in letzter Zeit gratis eine kleine volkswirtschaftliche Broschüre erhalten, nämlich die gedruckte Rede des Herrn Bankdirektors Oscar Wassermann auf der diesjährigen Generalversammlung. Sie handelt, wie sich's gehört, von der Weltwirtschaftskrise, und ist auf einen liebenswürdigen Optimismus abgestimmt.

Die Krise kommt, sagt Wassermann, letzten Endes daher, daß wir zwar keinen Krieg mehr, aber immer noch keinen Frieden haben, keine Wiederherstellung des internationalen Vertrauens auf die Zukunft. Infolgedessen ist der Welthandel gehemmt und eine Überproduktion von Rohstoffen entstanden; die Zinssätze für langfristiges Leihkapital sind zu hoch, der Bankkredit dagegen ist zu billig (wodurch die Mobilisierung der beliehenen Warenlager allzu lange hintangehalten worden ist).

Wenn Deutschland aus seiner Spezialkrise herauskommen soll, so muß ihm zunächst einmal Frankreich entgegenkommen, denn der endgültige Frieden kann „ohne Erfüllung unserer Forderungen nie zustande kommen". (Welcher Forderungen? Nun, wahrscheinlich: Aufrüstung, Anschluß Österreichs, Beseitigung des Korridors, Streichung der Reparationen, kurz: Abschaffung des Versailler Vertrags.) Außerdem müssen die Zinsen herunter, die Besitzsteuern und die Löhne auch; das Volk soll sparen und nicht so viel ausländische Waren kaufen; der Staat soll auch sparen und seinen Verwaltungsapparat nach dem Muster der Deutschen Bank vereinfachen.

Wenn das geschieht — Wassermann scheint überzeugt zu sein, daß wir auf dem Wege dazu sind — dann wird schon alles recht werden. Einstweilen „bleibt uns nur übrig, frei von allen Illusionen, aber auch frei von Pessimismus, im Vertrauen auf uns selbst, uns nach der Decke zu strecken".

Mit einer unzweckmäßigen Verteilung der Goldvorräte auf der Welt oder gar einer behaupteten Goldknappheit hat die Krise laut Wassermann nichts zu tun. Ebensowenig mit einer Planlosigkeit der kapitalistischen Gütererzeugung. Von einer „Krisis des Kapitalismus" zu sprechen, erklärt er für „ganz abwegig". Rußland wird nicht deshalb nicht von ihr betroffen, weil es planmäßig wirtschaftet, sondern weil es „außerhalb der Weltwirtschaft gehalten wird".

Wenn die Krise nicht zur Heilung führen sollte, fährt er gleich darauf fort, so würde übrigens auch Rußland in sie hineingerissen. (Das also offenbar vorläufig doch nicht ganz außerhalb der Weltwirtschaft steht.) Wassermann sieht das so: „Wenn der Kapitalismus sich nicht selbst heilen kann, wenn er Produktion und Konsum nicht wieder in Einklang zu bringen vermag, so müßte doch der Tag kommen, an dem Rußland seinen Überschuß an Weizen, Öl, Holz zu keinem in Betracht kommenden Preise im Auslande mehr absetzen könnte. Dann wird auch sein Wirtschaftssystem es nicht fertig bringen, daß Arbeiter zur Gewinnung von Erzeugnissen weiter beschäftigt werden, für die der Absatz fehlt, und es wird trotz aller Planung auch nicht möglich sein, die Arbeiter weiter zu lohnen, die mit dem Erlös der Ausfuhr bezahlte Maschinen in den russischen Staatsfabriken montieren und betreiben sollen. Doch soweit werden die Dinge nicht treiben, weil eben der Kapitalismus seiner Nöte schon Herr werden wird."

◆

Auf die Kunden der D.D. Bank, soweit sie sich noch „nach der Decke strecken" können, mag der Optimismus des Herrn Direktors seine angenehme Wirkung nicht verfehlt haben. Wenn Hitler vollends soweit ist, nicht wahr, dann werden Zinsen, Steuern und Löhne gesenkt, und die Franzosen werden in ihrer Angst zu allem bereit sein. Stören wir solche Hoffnungen nicht, da sie zur „Kapitalbildung" wahrscheinlich nötig sind.

Aber was Wassermann da von Rußland sagt, ist so bezeichnend für das wirtschaftliche Denken unserer Kapitalisten, daß man wirklich versucht ist, ein kleines Kolleg für Anfänger darüber zu halten.

Was würde wohl geschehen, wenn die kapitalistischen Länder eines Tages nicht mehr imstande wären, Rußland seinen „Überschuß" an Weizen, Öl und Holz abzukaufen?

Zunächst: es ist noch kein Überschuß. Rußland könnte seine Produktion an Weizen, Öl und Holz noch auf lange hinaus im eigenen Lande unterbringen. Aber es braucht diesen Export, um seinen Import von Maschinen und dgl. zu bezahlen. Diese Maschinen, z. B. Weizenproduktionsmaschinen, hofft es binnen absehbarer Zeit ebenfalls selber herstellen zu können; aber es will nicht so lange warten, es kann nicht so lange warten, und deshalb kauft es sie einstweilen vom Ausland und gibt dafür wohl oder übel Holz, Öl und Weizen her, obwohl es sie auch im Inland „absetzen" könnte.

Wenn Rußland seinen Weizen nicht mehr ins kapitalistische Ausland absetzen könnte (oder nicht mehr dorthin abzusetzen brauchte), dann gäbe es den Weizen den Arbeitern, die Maschinen montieren und betreiben, oder ließe ihn den Bauern, die ihn hergeben. Und wenn diese Bauern und Arbeiter alle soviel Weizen hätten, daß sie keinen mehr brauchen könnten, wenn auch die Chinesen oder Feuerländer den Weizen nicht mehr gegen andere Waren eintauschen wollten oder könnten, dann, aber erst dann würde wohl Rußland die überschüssigen Arbeiter, die jetzt mit der Gewinnung von Weizen beschäftigt sind, anderweitig beschäftigen, etwa mit der Herstellung von Maschinen oder Chemikalien. Auf keinen Fall würde Rußland Weizen produzieren, um ihn nachher zu verbrennen, wie es die amerikanischen Farmer oder Getreidehändler schon gemacht haben. Denn in einer sozialistischen Wirtschaft wird für den Bedarf, nicht für den „Absatz" produziert.

Herr Wassermann scheint zu glauben, wenn Rußland keine Waren mehr ins Ausland absetzen würde, könnte es seine Arbeiter nicht mehr entlohnen. Dabei ist es gerade umgekehrt: es könnte sie besser entlohnen. Denn die Waren, die im Land blieben, stünden doch zur Verteilung im Lande zur Verfügung. Bankleute, denen die Wirtschaft durch den Geldschleier verhüllt ist, vergessen manchmal ganz, daß der

Mensch das Geld ja nicht essen kann, daß das Geld nur ein Mittel zur Verteilung von Waren, von Bedarfsartikeln ist.

Angenommen, Rußland stellt seinen Export ein, weil es keinen Import mehr damit bezahlen muß: wird das russische Volk dann etwa verhungern müssen? Und wenn etwa von einer seither produzierten Ware der „Absatz" im Lande nachlassen sollte, wird das dann eine „Krise" für die sozialistische Wirtschaft werden, werden dann Arbeiter nicht mehr entlohnt werden können? Im Gegenteil: eine Erleichterung wird es sein, die Arbeiter werden bei gleicher Entlohnung weniger zu tun haben.

Begreifen Sie das, Herr Wassermann? Wenn in der kapitalistischen Wirtschaft der Bedarf und damit der Absatz nachläßt, ist es ein Unglück, bedeutet Gewinnausfall, Krise, Arbeitslosigkeit. Wenn es in der sozialistischen Wirtschaft geschieht, so heißt es nichts anderes, als daß weniger zu tun ist, daß sich die Menschen weniger plagen müssen.

In der kapitalistischen Wirtschaft muß man sich „nach der Decke strecken". In der sozialistischen wird die Decke so bemessen, daß sie gerade ausreicht, nicht heute zu lang ist und morgen zu kurz, nicht für Sie aus daunengefüllter Seide besteht und für andere aus Lumpen. Erich Schairer

Das russische Wunder

Rußland hat mit dem deutschen Stahlverband ein Abkommen geschlossen, wonach zu den bereits zu liefernden 200 000 Tonnen Eisen und Stahlerzeugnisse weitere 100 000 Tonnen zu liefern sind.

Diesen Sommer wird im Ural mit dem Bau des zweitgrößten russischen Hüttenwerks (6 Hochöfen) begonnen. Jährliche Leistung: 1,775 Millionen To. Roheisen und 1,860 Millionen To. Stahl.

Der neue Expreßzug „Krassnaja Strela" (Roter Pfeil) fährt die Strecke Leningrad — Moskau, die etwa der Entfernung Stuttgart—Berlin entspricht, in 9 Stunden 50 Minuten.

Die Sowjetregierung hat begonnen, in der Behandlung der Militärdienstverweigerer neue Wege einzuschlagen: Tausend Tolstoianer, die den Dienst verweigerten, haben statt einem Platz an der Mauer oder einer Gefängniszelle ein Stück Land in Sibirien angewiesen bekommen. Es handelt sich um 4000 Hektar. Den Siedlern werden die zur Bebauung des Landes nötigen Geräte gestellt; Steuer und Militärdienst werden ihnen erlassen.

In Leningrad wird nach dem Muster der Chicagoer Schlachthöfe ein großes „Fleischkombinat" für täglich 8000 Schlachtungen erbaut.

Mit zweierlei Maß

Denjenigen, die der russischen Justiz Terror, Grausamkeit usw. vorwerfen, schreibt Max Hodann (Sowjetunion, gestern, heute, morgen) folgendes ins Stammbuch:

„Sabotageversuche am Aufbau der UdSSR werden schon immer von Kreisen der kapitalistischen Welt organisiert, und Helfershelfer für solche Versuche finden sich gerade in den Kreisen, die von früher her Beziehungen zur Welt des Westens haben. Wenn man sich dann, in einer Periode schärfsten Kampfes um die Erhaltung des Sowjetstaats, darüber entrüstet, daß Verfahren mit „ungenügender Rechtssicherheit" durchgeführt würden und „unerhörter Terror" die Würde des sozialistischen Aufbaus schände: warum mißt man nicht mit gleichem Maß?

War das Verfahren und die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti ein Ausdruck „genügender Rechtssicherheit"?

Weiß man, daß in zehn Jahren weißen Terrors in Jugoslawien 3964 Todesurteile und politische Morde, 40 000 politische Verhaftungen, 3500 Abwanderungen in die politische Emigration zu verzeichnen sind?

Weiß man und entrüstet man sich darüber, daß im Jahr 1929 in 73 kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern bei der Auflösung von Demonstrationen und der Niederschlagung von Aufständen 94 498 Personen ermordet und 31 984 Personen mißhandelt und verletzt worden sind? Nach Mitteilungen aus 50 Ländern der kapitalistischen Welt haben 1929 1686 politische Prozesse stattgefunden, wobei 8916 Personen verurteilt wurden. Darunter 2322 Personen zum Tode, 56 zu lebenslänglichem Kerker, die übrigen zu insgesamt 12 412 Jahren Kerker und Zuchthaus und zu 191 514 Dollar Geldstrafen.

Weiß man, daß das zivilisierte Frankreich seinen indochinesischen Mitbürgern in Tonkin die Lektüre von Victor Hugo, Rousseau und Montesquieu verbietet, dafür aber die Indochinesen mit Strafen von 20 000 bis 30 000 Francs und Gefängnis bis zu drei Jahren belegt, wenn sie Alkohol produzieren, dessen Giftgehalt schwächer ist als von der Regieverwaltung vorgeschrieben? Daß Annamiten in den Gefängnissen der französischen Verwaltung nachts angekettet werden und alle, die mehr als drei Jahre abzusitzen haben, mit dem Hals an einen Pfahl gebunden werden?"

Roubaix

Im Zentrum der französischen Textilindustrie, in der Gegend von Roubaix-Tourcoing an der belgischen Grenze, streiken seit sieben Wochen rund 120 000 Textilarbeiter, weil man ihnen die Hungerlöhne um weitere 4 Prozent kürzen will. Der qualifizierte Arbeiter kam dort seither höchstens auf 200 Franken (ca. 33 Mark) die Woche, der Durchschnittsverdienst lag zwischen 120 und 150 Franken.

Es ist für den Arbeiter jenes Gebiets ganz selbstverständlich, auf Angriffe der Unternehmer mit seiner wirksamsten Waffe zu antworten: mit dem Streik. Auch dann, wenn die Umstände nicht sehr günstig sind. Immer noch besser, als sich kampflos zurückdrängen zu lassen. Streik läßt keine demokratischen Illusionen aufkommen. Wenn, wie in Roubaix, sich die staatlichen Ordnungsorgane an den Straßenecken mit Schießprügeln aufpflanzen, sieht auch der Dümmste, wie vorzüglich der Staat für den Bürgerkrieg gerüstet ist und wie eindeutig diese Machtmittel ein Instrument der herrschenden Klasse sind. Er merkt auch, daß es unter Umständen besser ist, sich auf den passiven Kampf des Streiks zu beschränken, als sich zu einer Zeit vor die Gewehre locken zu lassen, wo man aller Voraussicht nach verlieren muß.

Eine Mahnung auch für uns in Deutschland. Unser Bürgertum kann sich nur darüber freuen, daß die beim Proletariat langsam verfliegenden demokratischen Illusionen abgelöst werden von Illusionen über die augenblickliche Schlagfähigkeit proletarischer Wehrorganisationen. Es kann ihm nur recht sein, daß das Proletariat über den Tiraden uniformierter Feldwebel vom Schlage Hörsings die Indolenz seiner Gewerkschaftsbonzen vergessen und sich auf eine Ebene begeben hat, auf der es bei der augenblicklichen Konstellation keine großen Chancen hat: weil die Einigung des Proletariats im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung sehr fraglich ist, und weil die Gegenseite auf diesem Boden im Vorteil ist. Durch ihre straffere Organisation der Massen, durch bessere Möglichkeiten in der Bewaffnung, durch zielklarere Führung usw. Es kommt für das Proletariat heute nur noch eines in Frage: den Kampf dorthin zu verlegen, wo Hitler und Genossen immer noch keine großen Eroberungen gemacht haben: in den Betrieb. Nur dort, und nur von dort aus kann der Kampf geführt werden. Und je mehr man sich unter den gegenwärtigen Umständen hütet, ihn zu einem bewaffneten Kampf werden zu lassen, umso besser.

Man sage nicht, dazu sei jetzt die ungünstigste Zeit. Die Situation wird nicht günstiger, sondern miserabler, und wenn man sich jetzt nicht aufrafft, wird man auf lange hinaus keine Möglichkeit mehr haben aufzumucken. In Roubaix kämpft zurzeit ein Proletariat, das von seinem letzten Streik im Vorjahr noch geschwächt ist, das seither nur von Hungerlöhnen vegetierte, und jetzt mit einer Streikunterstützung von 33 Franken (5,50 Mark) die Woche durchhält. Aber es kämpft! Man sieht dort, daß, wenn die Massen nur wollen, sich auch die Bonzen zum Kampf bequemen müssen. Der jetzige Streik ist von den christlichen, reformistischen und revolutionären Gewerkschaften gemeinsam beschlossen.

Die Situation ist in dieser Richtung bei uns allerdings viel ungünstiger. In einem großen Teil der Arbeiterschaft ist der Wille zum gewerkschaftlichen Kampf systematisch erstickt, beim andern ist das Vertrauen in die Führer erschüttert. Eingehüllt in den Nebel der Parteifrasen und emsig mit kindlichem Soldatenspiel beschäftigt, hat die Masse jede Fähigkeit zu eigener Initiative verloren. Sie wird sich kaum, wie manche hoffen, über die Köpfe der Führer hinweg zusammenfinden, wenn es not tut. Denn dann hätte sich das schon längst anbahnen müssen. Eine verflixte Situation, wenn es eindeutig um Sein oder Nichtsein geht. Man wird wahrscheinlich erst aufwachen, wenn man den bewaffneten Fascismus vor sich hat und seine Arbeitsdienstarmeen im Rücken. Dann ist es zu spät. M.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat bis jetzt an die streikenden Textilarbeiter in Nordfrankreich 50 000 Essensportionen ausgegeben, große Lebensmittelverteilungen vorgenommen und hunderte von Kindern in Pflegestellen gegeben; sie hat ihren Sektionen die Aufgabe gestellt, bis zum 25. Juni 10 000 Mark an die Streikenden zu überweisen und 10 000 Kinder in Pflege zu nehmen. Spenden werden angenommen vom Zentralkomitee der IAH., Berlin, Wilhelmstraße 48, oder Postscheckkonto Berlin 115 185 (Willi Münzenberg).

Der Rechnungsabschluß des Deutschen Reiches für 1930 ergibt einen Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark, der sich aus 812,8 Millionen Mindereinnahmen und 366,2 Millionen Mehrausgaben zusammensetzt.

Hunger

Der Arbeitslose N. durchwandert abends einen Vorort Berlins. Mit hungrigem Magen und ohne Aussicht auf ein Nachtasyl. Da kommt ihm angesichts eines Privatkrankenhauses die Idee, einen Autounfall vorzutäuschen. Er stellt sich als Schulze, Mitinhaber eines berliner Warenhauses, vor und liegt in der Folge fünf Tage lang in weißes Linnen eingebettet und bestens gehegt und verpflegt. Bis der Schwindel herauskommt. Der moabiter Strafrichter verurteilt N. wegen falscher Namensangabe zu zwei Tagen Haft, und wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis.

Billiger tut es dieses System nicht, das mit vaterländischen Frasen auch die bescheidensten Unterstützungssätze schmälert oder ganz streicht.

*

Im Südosten Berlins, in der Wrangelstraße, durchziehen etwa 200 Menschen die Straße mit „Hunger"-Rufen. Es kommt zu Plünderungen von Lebensmittelläden. Wie die Polizei auf mehreren Schnellwagen eintrifft, haben sich die Beteiligten längst im übrigen Publikum verloren. Unter dem Eindruck der vor Erregung brodelnden Straße ziehen sich die Beamten, die zuerst versucht hatten, die Straße nach altem Rezept zu „säubern", ohne vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht zu haben, wieder zurück.

*

Einer der Täter bei dem Überfall auf den berliner Geldbriefträger Assatyk, der Arbeitslose Fallmann, wird in seiner Wohnung in der Memelerstraße verhaftet. Die Beamten finden ihn dort vor Hunger völlig entkräftet. Sie füttern ihn zuerst mit ihren Frühstücksstullen, damit er überhaupt mitkommen kann. Auf der Wache gibt er an, daß er sich wenigstens einmal ordentlich satt essen wollte. In der Tasche findet man einen Brief, in dem er seinen Angehörigen mitteilt, daß er aus dem Leben scheiden werde. Fallmann ist ausgesteuert und bekommt — wie Zehntausende seinesgleichen — so gut wie keine Unterstützung. Wer ist nun eigentlich an seiner Tat schuld? Max Winkler

Eine Gefängnisbibliothek

Ein junger Arbeiterdichter, der augenblicklich wegen literarischen Hochverrats ein Jahr Festung absitzt, berichtet der „Welt am Abend" über die Bibliothek seines Gefängnisses. Sie ist vom Amtsgerichtsdirektor X. selbst zusammengestellt, und zwar, wie er sagt, „mit tiefem Einfühlungsvermögen in die Psyche des Strafgefangenen". Das fünf Blättchen umfassende Verzeichnis notiert in der ersten Abteilung die Bibel, ein paar Gesangbücher, das Neue Testament in sieben Exemplaren, sowie zwei Werke über die aktuelle Frage „Gibt es einen Gott?" und über „Biblische Kindererziehung". Unter der schönen Literatur finden sich neben Raabes „Hungerpastor" und Eichendorffs Gedichten: „Erzählungen einer Großmutter" von der liebwerten Frau Nathusius, „Schön Suschens Heirat" und „Mag auch die Liebe weinen ..." Von dem langweiligen Herrn Lhotzky gewahrt man „Die Seele deines Kindes" und das „Buch der Ehe", daneben den alten Schmarrn „Arbeiten und nicht verzweifeln", ferner „Der deutsche Gedanke in der Welt" von Herrn Rohrbach, einen „Aufseherkatechismus" und einen Reisebericht mit dem vielversprechenden Titel „20 Jahre an indischen Fürstenhöfen".

Wie sieht so eine Gefängnisbibliothek erst aus, wenn sie jemand untersteht, der kein so „tiefes Einfühlungsvermögen" hat?

In der Welt voran

Wir marschieren trotz der augenblicklichen Flaute doch noch in mancher Hinsicht an der Spitze. Zum Beispiel mit unseren Haussegen. Das sind die schön eingerahmten, bunt gestickten Sprüche, in deren Mitte hübsche, aus Zelluloid gegossene Figuren prangen. Etwa die Rasenbank am Elterngrab, oder ein Blumenstrauß, oder muntere Vögelein (man kann das alles im stuttgarter Landesgewerbemuseum in der jetzt leider durch Raumnot bedrohten Abteilung für Geschmacksverirrungen sehen).

In Deutschland sind die Dinger nicht mehr sehr im Schwung. Dagegen haben unsere Brüder in fernen Zonen noch intensives Interesse dafür, wenn man einem Bericht im „Tempo" glauben darf. Eine Fabrik in Berlin fertigt den holden Mist auch heute noch in Massen an, und dann schwimmt er, in Kisten wohl verpackt, über die Ozeane. Nach Amerika, Afrika, Australien. Kurz, überall dorthin, wo deutsche Herzen höher als andere schlagen, und das Gemüt in weichen Stunden einen Halt braucht. Er hat dieser seiner gemütlichen Wirkung wegen sogar in ausländischen Familien Eingang gefunden.

So haben mitunter abwegige Gefühle wirtschaftliche Auswirkungen, die ihr Teil zur Weltgeltung einer Nation beitragen. oha

---

Russland-Bücher

Von Max Barth

Man könnte beinahe von einer Rußland-Mode, von einer Hausse in Rußland-Literatur sprechen: jeder Verlag, der etwas auf sich hält, hat sein mehr oder weniger epochemachendes Buch über die Sowjetunion herausgebracht (und wer druckt meines, wenn ich wirklich im August nach USSR kann?). Der proletarische Staat steht, soweit die eigenen Sorgen und Nöte es zulassen, für die ganze occidentale Welt im Brennpunkt des Interesses. Die Flut der Rußlandbücher ist noch immer im Steigen. Vielleicht steckt hinter dieser Fortdauer der Beschäftigung mit Rußland mehr als bloße Konjunkturwitterung: seitdem Knickerbocker die alarmierende Formel „Der rote Handel droht!" geprägt hat, verfolgt die kapitalistische Welt aus berechtigtem Eigeninteresse, aus verständlichem Selbsterhaltungstrieb den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Berichte über die Sowjetunion werden noch lange aktuell sein, denn die Darstellung der sowjetischen Entwicklung ist ebenso wichtig wie die der sowjetischen Ausgangssituation, und jedes neue Jahr wird ein neues Bild, eine neue Fase, eine neue Verwirklichungsetappe darbieten.

Im Nachfolgenden werden einige Werke über die Union besprochen, deren Lektüre nützlich oder gar wertvoll ist. Sie gehören zu den Standardwerken über unser Thema; man begegnet ihnen immer wieder, denn sie werden bei Debatten über den Bolschewismus in Schrift und Rede zitiert.

Da ist zuerst Panaït Istrati, ein revolutionärer Schriftsteller, halb Grieche, halb Rumäne, lebt in Frankreich. Er galt lange als zuverlässiger Kommunist und wurde von der Parteipresse geschätzt. Bis zu dem Tag, da er sich als „Abtrünniger" und „Reaktionär" entpuppte. Er hatte sich selbst entlarvt, indem er bei R. Piper und Co., Verlag, München „Drei Bücher über Sowjetrußland" herausbrachte. Ihre Titel heißen: „Auf falscher Bahn", „So geht es nicht", „Rußland nackt". Sie bezeichnen zugleich die Basis, von der aus Istrati zu kämpfen glaubt: als Revolutionär und (gesinnungsmäßiger) Kommunist wirft er dem kommunistischen Staat vor, daß er den Kommunismus verrate. Es zeigt sich, daß Istrati, ein leidenschaftlicher Verehrer Trotzkis, ein Freund des immer noch verbannten Rakowski, ungefähr (nur ungefähr; denn ob er gleich das revolutionäre Pathos hat, so fehlt ihm doch die klare ideologische Linie!) vom Standpunkt der trotzkistischen „Links"-Opposition aus gegen die stalinische Linie polemisiert. Schön und gut — das ist seine Sache. Aber weder gut noch schön ist es, daß er unter einem Namen (wie er im Vorwort mitteilt) nicht nur seine eigenen Berichte und Meinungen auftischt, sondern auch die anderer. Man hat irgendwelche Herren X. und Y. vor sich, von denen man nur vermuten kann, daß sie ehemalige Linksoppositionelle, also immerhin Kommunisten, sind (bestenfalls; aber wer garantiert uns, daß nicht irgend ein antibolschewistischer Emigrant mit untergeschlupft ist oder irgend ein Herr Bessedowski, der aus Furcht vor der Kassenabrechnung sich nicht getrauen durfte, dem Ruf nach Moskau zu folgen?). Istratis Bücher müssen also mit Vorsicht gelesen werden. Sie enthalten im übrigen hauptsächlich Beispiele des Versagens kommunistischer Funktionäre, Greuel- und Scheueltaten der GPU, der lokalen Sowjetgewalthaber aus vielen Teilen der Union, Enthüllungen, Entlarvungen, Aufdeckungen von Mißständen und Schandtaten. Die Mängel eines noch jungen, unbewährten Systems marschieren auf — es sind die gleichen, die auch in altbewährten, erprobten Systemen vorkommen; aber bei Istrati müssen sie herhalten, um die Verkommenheit des Bolschewismus zu beweisen. Typisch bourgeoise Argumentation: die Aufzählung und Verallgemeinerung von schlimmen Zuständen und Vorkommnissen als Urteilsgrundlage für die Verdammung des gegenwärtigen sowjetistischen Herrschafts- und Verwaltungssystem — so arbeitet Istrati mit seinen Freunden. Manche der ach, so beweiskräftigen Schandtaten muß an mehreren Stellen herhalten, im Verlauf der Lektüre begegnen einem immer wieder derlei Bekannte aus früheren Kapiteln. Das Material haben die Schreiber übrigens fast ausschließlich aus kritischen Veröffentlichungen sowjetistischer Amtsstellen, Journalisten und Komsomolzen; was die Verantwortlichen aufgedeckt und zur Grundlage ihres Einschreitens gemacht haben, muß hier dazu dienen, die Verantwortlichen und ihre Sache zu belasten und anzugreifen.

Die Bücher Istratis sind aber trotzdem von Bedeutung. Erstens wegen der Charakterisierung einer bestimmten oppositionellen Stellung innerhalb der kommunistischen Bewegung, der trotzkistischen nämlich; zweitens wegen der Einblicke in die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung einer Neuorganisierung der Gesellschaft und des Staats ergeben, und drittens weil sie zeigen, wie leicht eine falsch aufgezogene Kritik am Kommunismus zu praktischem Antibolschewismus mit verhängnisvollen Auswirkungen werden kann.

Bei weitem positiver, sachlicher und fruchtbarer sind zwei Bücher ganz anderer Art. Sie sind beide von bürgerlichen Verfassern geschrieben und haben sich zur Aufgabe gesetzt, das, was ist, zu schildern — gleichviel, ob das zu Berichtende den kapitalistischen Überzeugungen der Autoren lieb oder leid ist. Es handelt sich um das Bändchen „Piatiletka" (132 Seiten, Preis 3 Mark) von Michael Farbman, erschienen im Verlag S. Fischer, Berlin, und um das Buch des amerikanischen Journalisten H. R. Knickerbocker: „Der rote Handel droht!" Letzteres ist bei Ernst Rowohlt, Berlin, erschienen und kostet 4,80 Mark. Farbman liefert eine umfassende Studie über die Durchführung des Fünfjahresplans; in knapper, sachlicher Darstellung sagt er das Wesentliche über alle Teilgebiete der Piatiletka. Das Werk eines Nationalökonomen. Es enthält sich aller feuilletonistischen Kleinmalerei und aller tendenziösen Schärfe.

Knickerbockers Buch ist viel feuilletonistischer als das von Farbman. Zwar bringt auch er eine Menge von Zahlen, und seine Zuverlässigkeit ist nicht anzuzweifeln. In den wesentlichen Schlußfolgerungen und Ansichten deckt er sich mit Farbman. Man kann ihre Meinung summarisch etwa so ausdrücken: der Fünfjahresplan wird nicht auf allen Gebieten gleichmäßig rasch erfüllt: er wird in einzelnen Teilen vorzeitig durchgeführt sein, in anderen nachhinken; aber als Ganzes wird er ausgeführt werden. Aber während Farbman mit der nüchternen Trockenheit des Nationalökonomen spricht — sein Werkchen ist zuerst in der bekannten englischen Wirtschaftszeitschrift „Economist" erschienen — gibt Knickerbocker eine interessante, in anderen als statistischen Partien oft feuilletonistisch-oberflächliche und -skizzenhafte Reportage. Obwohl er ausführlicher ist als Farbman und auch mehr Einzelbeispiele und Belege bringt, sagt er nicht wesentlich mehr als jener. Natürlich ist sein Buch unterhaltsamer zu lesen.

Weitaus am besten ist Max Hodanns großes Buch „Sowjetunion gestern, heute, morgen". Preis 8,80 Mark, Verlag: Universitas Deutsche Verlags-A.G., Berlin. Das Buch eines Sympathisierenden, geschrieben mit Liebe und Verantwortungsgefühl. Der Text ist durch 70 fotografische Aufnahmen ergänzt. Hodann bemüht sich, grund-

Enttäuschung

Lieber Freund, du bist zu der Überzeugung gelangt, daß du „irgendeine Konsequenz" ziehen mußt, weil du die Augen nicht mehr verschließen kannst vor der Tatsache, daß deine alten Ideale Schiffbruch gelitten haben. Du verlangst von mir sozusagen, daß ich dir postwendend ein Patentrezept übermittle zwecks Anpassung an die Realität. Du willst umgehende Zusendung einer neuen Ideologie, womöglich unter Beilegung einer leichtverständlichen Gebrauchsanweisung.

Du möchtest dir's leicht machen; aber ich gedenke dir dabei nicht hilfreiche Hand zu leisten. Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil man sich's gar nicht leicht machen kann. Würde ich dir sagen: tausche die und die Ansichten, das und das Partei- oder Vereinsabzeichen gegen folgende um, und du wirst selig werden, so würdest du nur allzubald entdecken, daß du einen durchlöcherten Topf gegen einen anderen ausgewechselt hast, und immer noch kein Wasser schöpfen kannst. Du würdest durstig bleiben müssen. Denn nur das kann uns dienen, was wir selbst erworben haben. Man kann nicht auf Anraten eines Menschen, dem man aus irgendeinem Grund Vertrauen entgegenbringt, seinen politischen Glauben wechseln wie ein Hemd. Es handelt sich schließlich nicht um ein neues Hemd, sondern um eine neue Haut — allermindestens! Kurz und gut: du bist ein wenig bequem geworden, und statt selbst den richtigen Weg zu suchen — nun, da du gemerkt hast, du bist in eine Sackgasse geraten — verlangst du wie jeder andere Autoritätsgläubige, daß man dich an der Hand nimmt, dich an den richtigen Kreuzungspunkt führt und sagt: Gradaus! Und dann willst du blind und beruhigt gradaus marschieren, bis du wieder mit der Nase an eine Mauer oder an einen Laternenpfahl rennst. Da tu ich aber nicht mit.

Wenn unsere bürgerliche Erziehung, unser bürgerlicher Bildungsgang etwas Gutes gehabt hat, so das: daß er uns, wenigstens theoretisch, eingeprägt hat: selber urteilen, selber verantwortlich sein! Das ganze Geschmuse von Persönlichkeit und Individualität hat doch als positiven Kern den Grundsatz gehabt, daß wir aufgrund eigener Beobachtung und Erfahrung eigene Schlüsse ziehen und nach ihnen unser Handeln einrichten sollen. Das war gut und richtig: nur so weit, als wir die Notwendigkeit und Folgerichtigkeit eines bestimmten Verhaltens einsehen, können wir zweckmäßig und sachgerecht handeln. Wenn du also einen anderen Weg einschlagen willst, so mußt du aufgrund eigener Überlegung selbst entscheiden, welcher von den möglichen der richtige ist.

Deine Ideale sind dir also in die Binsen gegangen? Schlimm, aber man soll Morsches nicht halten wollen. Oder handelt es sich gar nicht um Morsches? Sind am Ende deine „Ideale", will sagen: deine Zielvorstellungen noch immer die alten? Solltest du dir nicht die Welt, wie du sie wünschtest, immer noch so denken wie bisher: sozial, gerecht, lebenswert? Gilt deine Enttäuschung nicht vielmehr den Methoden zur Verwirklichung deiner Ziele? Mir scheint, deine Entmutigung („Es nützt ja alles doch nichts!" „Die Dummheit bleibt halt Sieger!" „Die Reaktion ist Trumpf." „Wir sind ohnmächtig.") bezieht sich auf das Versagen der politischen Richtung, zu der du dich bis jetzt gehalten hast, nicht aber auf die Idee und die Sache selbst. Ich hab nicht ohne Absicht so viel vom falschen W e g gesprochen.

Konkret ausgedrückt scheint es sich bei dir um folgendes zu handeln: Du siehst, daß die humanitären Bewegungen unserer Zeit leer laufen: die Inhumanität triumfiert. Du siehst, daß die Demokratie zur krassen Vergewaltigung des Volkes, zur Vernichtung jeder Demokratie wird, und zwar — auch das hast du erkannt — ganz folgerichtig. Du siehst, daß deine Partei, die den Sozialismus erkämpfen will, den Sozialismus verhindern hilft — und auch das zwangsläufig. Und du deutest mir, mit dem heimlichen Wunsch, ich möchte die Richtigkeit deiner Schlußfolgerung bestreiten, an, daß du dich von Verstand und Gewissen gedrängt fühlst, aus deinen humanitären Organisationen auszutreten, das Bekenntnis zur Demokratie aufzugeben und von deiner hilflos den Kapitalisten ausgelieferten Partei Abschied zu nehmen. Ich kann deinen heimlichen Wunsch, dir von solchen Schritten abzuraten, leider nicht erfüllen. Mir scheint: um den Austritt aus deiner Partei wirst du nicht herumkommen; die Hoffnung auf den Erfolg der Demokratie wirst du aufgeben müssen; die humanitären Organisationen sind unschädlich, aber auch fast ohne Nutzen — es bleibt sich beinahe gleich, ob du drin bleibst oder nicht. Um diese negativen Konsequenzen, glaube ich, wirst du dich nicht drücken können, wenn du wirklich eine positive Neuorientierung suchst. Aber über diese Neuorientierung ein anderes Mal. Max Barth

Mörder von heute

Kino

Der Artist Urban, der den Geschäftsführer des berliner Mercedes-Palastes überfallen und getötet hat, kam zu seiner Tat, weil er seiner frisch erworbenen Braut helfen wollte, und weil er Geld brauchte, um eine „Hochzeitsfeier großen Stils" halten zu können. „Ich sah im Geist", sagte Urban, „das Bild des Hochzeitstages wie eine Fata-Morgana." Der Wunschtraum von Millionen, durch tausend blödsinnige Filme genährt, wurde in dem kleinen, armseligen Artisten übermächtig: seine Sehnsucht nach Ausstattung und sein Geltungsbedürfnis trieben ihn zu dem Raubüberfall. Bei dem dann der Revolver losging und ein Menschenleben vernichtet wurde.

Das Schlußwort des nachher zu acht Jahren Zuchthaus Verurteilten liest sich wie Film-Zwischentexte: „... Meine Tränen sind versiegt ... Auch Sie haben ein Herz in der Brust und wissen, was man aus Liebe zu einem Menschen tun kann ... Es gibt keinen Menschen, der sein Hochzeitsbett durch einen Mord besudelt ..."

Unordnung und spätes Leid

Der seelisch stark belastete 25jährige Calistros Thieledke hat seine Mutter, die ihn von Kind auf tyrannisierte, im Badezimmer ermordet. Aus der Schilderung der Tat: „... Plötzlich hatte ich das Gefühl, als wenn mein Vormund (er nannte seine Mutter nur Vormund) mich angriff ... Ja, und dann war einfach Kurzschluß bei mir ... Ja, nun sind in meiner Erinnerung nur noch Stationen. Also das Phonetische hat sich sehr gut in meinem Gedächtnis aufgezeichnet, aber nur das Phonetische. Zum Beispiel wie die Hand des toten Vormunds an die Wanne schlug ... Was das Optische anbelangt, so hat meine Erinnerung sehr gelitten ..." Man fragt ihn, warum er die Tote aus der Badewanne genommen habe: „Sehen Sie mal — es wird zynisch klingen, aber ich konnte den Körper doch nicht in der Wanne liegen lassen wie den von einer abgebrühten Sau ..."

Aus dem Schlußwort des nachher zu zehn Jahren Zuchthaus Verurteilten: „... Man hat mir meine starre Ruhe nach der Tat vorgeworfen ... Ich habe mich absichtlich nicht gehen lassen, auf Grund meiner Selbsterziehung. Ich fühlte mich repräsentativ verpflichtet, nicht zu weinen ... Ich habe aber die ganze Nacht nicht geschlafen und geweint, und als ich dann wieder hier war, war ich ruhig ... Sollte ich den Menschen ein Schauspiel bieten? Bin ich denn ein Waschlappen?" hm

Kleine Fortschritte

Alles fließt. Der alte Heraklit kann feststellen, daß sogar die Sitten der konservativen und guten Gesellschaft Deutschlands von seinem Satz nicht ausgenommen sind.

Man erinnert sich noch der Zeit, da die Röcke kürzer wurden und alle Wächter und Wächterinnen deutscher Sittlichkeit sich mit Worten tiefster Abscheu diesen Schamlosigkeiten widersetzten. Heute darf sich Rumpelstilzchen in der Hugenberg-Presse munter und harmlos für die elastischen Schritte des jungen sporttreibenden Mädchens begeistern und kategorisch erklären: „Der kurze Rock ist ein Kulturfaktor geworden."

Man hat noch das Geschrei über die Demoralisierung der Jugend in den Ohren, das sich einst erhob (in manchen Kreisen erhebt sich's immer noch), wenn junge Mädchen mit jungen Herren allein Touren machten, ohne über Nacht heimzukommen. Heute darf Rumpelstilzchen in zustimmendem Tonfall von einem Reichswehrleutnant berichten, der der Tochter des Hauses anläutet: „'n Tag Else, ich möchte mit Martens, der auch dienstfrei ist,anderthalb Tage rudern. Hast du Lust? Wir suchen eine Steuerfrau, die uns bekocht und nett aussieht."

Man weiß noch ganz gut, welch furchtbare Kämpfe um die Familienbäder, diese Tummelplätze sittlicher Verlotterung, gekämpft wurden (in manchen Kleinstädten immer noch gekämpft werden). Heute darf Rumpelstilzchen schwärmerisch feststellen, daß wir in einer gesunden Zeit leben und daß erstaunlich viele prachtvoll gewachsene junge Mädchen und Männer den Körper Luft und Sonne trinken lassen. Es wird zwar, so meint er, noch einiger Zeit bedürfen, bis wir, die aus der vorigen Generation, das begriffen haben. „Aber ich selbst habe schon vor einer Reihe von Jahren umgelernt: der Eindruck der entmufften neuen Jugend war stark, sehr stark."

Der kleine Rückblick läßt Rückschlüsse zu. Von dem, was diese Leute heute noch als schamlosen Kulturbolschewismus anprangern, werden sie in ein paar Jahren vielleicht abermals einiges als notwendige Entmuffung begriffen haben.

Man betrachte ihr Pathos unter dieser Perspektive, und es wird sofort zur Posse.

Gefallene Mädchen

Nach unserer Reichsverfassung hat die Mutterschaft „Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates", ist die Frau mit dem Manne gleichberechtigt, stehen dem unehelichen Kind die gleichen Rechte zu wie dem ehelichen. So steht es wenigstens auf dem Papier; in der Praxis ist natürlich alles anders.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft macht mitnichten die Sitte mit, auf dem Papier zeitgemäßer zu sein als in der Wirklichkeit. Sie nennt uneheliche Mütter frei und offen „gefallene Frauen oder Mädchen". Wenn ein Fürsorgeverband eine Frau, die auf anderem als ehelichem Weg schwanger geworden ist, in ein Heim verschickt, bekommt er Fahrpreisermäßigung. Die entsprechenden Formulare reden von „Gefallenen" (siehe oben!).

Selbst der nicht gerade stürmisch revolutionäre „Bund deutscher Frauenvereine" fand das höchst unlobenswert und wandte sich an die Reichsbahngesellschaft mit der Aufforderung, die Formulare nicht mehr zu verwenden. Die Antwort kam. Unter dem Rubrum: „Fahrpreisermäßigung für gefallene Frauen und Mädchen". Inhalt: Die ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen habe sich „nicht entschließen können, auf den Ausdruck „gefallene" zu verzichten, um nicht die bisherige enge Auslegung hinsichtlich des Kreises der Berechtigten aufzugeben." Der „Kreis der zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung Berechtigten" solle künftig folgendermaßen gekennzeichnet werden: „Die berufsmäßig tätigen Pfleger und die Leiter der im Deutschen Reich ansässigen Vereine, die sich nach den Satzungen in freier Liebestätigkeit ausschließlich folgender Fürsorge widmen: a) für gefallene Frauen und Mädchen, oder b) für gefallene und sittlich gefährdete Frauen und Mädchen, oder ..."

Man könnte nun fragen, ob nach dem Gut- oder vielmehr Schlechtdünken der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen uneheliche Väter als „gefallene Männer oder Jünglinge" zu bezeichnen wären. Aber damit wäre nichts geändert, nichts geholfen. Viel nützlicher und für die offenbar aus der Zeit v o r Erfindung der Eisenbahn stammenden Vollbärte in der hohen Kommission bei weitem b e l e h r e n d e r wäre es vielleicht, wenn einige Frauen oder Mädchen, die aufgrund eines der ominösen Viehscheine mit dem vorgeschriebenen 50prozentigen Rabatt befördert wurden, wegen der ihnen schwarz auf weiß zugefügten B e l e i d i g u n g die Herren Beleidiger einmal vor den Kadi zitieren würden. Es gibt wahrscheinlich in Deutschland in einigermaßen ausgelüfteten Städten nur noch wenige Richter, die auf dem vorsintflutlichen Standpunkt stehen, daß man Mütter einfach deshalb beschimpfen dürfe, weil sie a) das getan haben, was jeder normale Mensch in einem bestimmten Alter tut und was vermutlich auch die Herren in der Tarifkommission mit Lust und Liebe getan haben, solange sie noch in der Maienblüte ihrer Jugend waren, b) weil die Bestimmungen der Reichsverfassung noch nicht bis in die Gemächer der Herren Tarifkommissionäre durchgesickert sind. Man sollte eine so schöne Gelegenheit zur Aufklärung unwissender Volksschichten nicht ungenützt vorübergehen lassen. Ix

---

Majestätsbeleidigung: Gegen „Berlin am Morgen" ist auf Grund des § 103 des Strafgesetzbuchs ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eröffnet worden. Der Schah von Persien, der schon wiederholt die in Berlin erscheinende persische Emigrantenzeitschrift „Der Kampf" beschlagnahmen ließ, fühlt sich durch die Feststellung, er sei ein orientalischer Despot und Diktator, verletzt. — Und die deutsche Republik beeilt sich, ihm Sühne zu verschaffen.

In drei Zeilen

Acht europäische und amerikanische Schiffahrtsgesellschaften (darunter Hapag, Norddeutscher Lloyd, White Star Line, Cunard Line) haben wegen des geringen Passagierverkehrs beschlossen, 30 große Dampfer aus dem Sommerfahrplan zu streichen.

Nach der neuesten Statistik gibt es in Spanien 4698 Klöster mit zusammen 65 316 Insassen. In der besonders gesegneten Provinz Lorida kommt auf 387 Einwohner ein Kloster, und auf je 33 Einwohner ein Ordensmann und eine Ordensfrau.

In den letzten 18 Monaten hat Berlins Bevölkerung um 40 165 Köpfe abgenommen (durch Wegzug und Geburtenunterschuß.)

Zurzeit bekommen in Deutschland 1599 pensionierte Generäle 19 423 000 Mark, 122 Admiräle 1 582 000 Mark, und 32 höhere Sanitätsoffiziere 354 000 Mark.

K e g e l n ist neuerdings ein „seriöser" Sport geworden. In Amerika gibt es heute 160 000 Bahnen, auf denen sich schätzungsweise rund 6 Millionen Sportkegler betätigen; davon sind 30 Prozent Frauen.

---

sätzlicher als alle anderen und mit besserem Erfolg, ein Gesamtbild der Situation in der USSR zu geben. Er betrachtet, wägt, urteilt. Er anerkennt und lobt, kritisiert und lehnt ab. Er tut das alles aus dem Bewußtsein heraus, der Wahrheit verpflichtet zu sein. Er zieht nicht nach dem Muster jener uns allzu bekannten amerikanischen Reisenden durchs Land und fragt: „Can you give me any information about the neue Lebensgefühl?" und notiert dann: „Das neue Lebensgefühl besteht in folgenden Ansichten über Eigentum, Essen und Trinken, Erotik, Religion usw." Sondern er sucht nach den Ursachen der Dinge; er vergleicht Heute und Vorkriegszeit, er stellt neben oder gegen die russischen Beispiele europäische. Er schildert auch die Oberfläche, die ja das unmittelbarste und brennendste aller Erlebnisse ist; aber er zeigt, wieso sie nur Symptom der Struktur ist, wie sie sich schon geändert hat, weil die Struktur eine andere geworden ist, und wie sie sich ändern wird und ändern muß, wenn wirklich der kommunistische Bau bis in alle Ausläufer durchgearbeitet sein soll. Hodanns Buch ist wohltuend deutsch: es sucht den Kern der Dinge und zeigt, wie der Autor nach bestem Wissen und Gewissen in schöner Aufrichtigkeit ausspricht, was ist — auch dann, wenn er der Sache zuliebe viel lieber anderes sagen würde.

Eine Entgleisung

Das Evangelische Gemeindeblatt für Stuttgart befleißigt sich wie andere Blättchen gleicher Färbung der Hetze gegen Rußland. In der Nummer 24 vom 14. Juni brachte es wieder einen Artikel, der in der Hauptsache ein paar Briefe umfaßte, die angeblich von Deutschrussen stammen. In diesem Artikel ist nun was Furchtbares unterlaufen. Der Verfasser, der am Anfang betonte, es gehe in Bezug auf Rußland „um die Frage der Wahrheit", vergaß unbegreiflicherweise einen Augenblick seine Hetzaufgabe und streute Sätze ein, die von ferne nach ein wenig Objektivität rochen und deshalb dem „wahrheits"liebenden Leser die Haare zu Berge trieben. Er schrieb nämlich u. a.: „Uns liegt es nicht ob, den Sozialismus Rußlands zu kritisieren oder das, was er an Aufbauarbeit wirklich leistet, zu schmälern ... Wohl baut Rußland seine Industrie und Wirtschaft zu gewaltiger und an sich anerkennenswerter Höhe auf, aber es baut auf einem unsicheren Fundament ..."

Solche Töne sind Leser christlicher Blättchen nun nicht gewöhnt. Fünf Zeilen unter 150, in denen man sich nicht mit dem „Dorn in des Bruders Auge" beschäftigt! Eine Unmöglichkeit! Deshalb erregter Protest an den Herausgeber, der in der Nummer 25 seinem Bedauern über die Entgleisung folgendermaßen Ausdruck verleiht: „Sie tadeln an dem Aufsatz „Rufe aus der Tiefe" ... ein paar Sätze, die inmitten des Schrecklichen, was wir berichteten, wie eine Anerkennung einzelner Bestrebungen der russischen Sowjetherrschaft klingen. Sie haben ganz recht: solche Sätze sollten vermieden werden. Gegen den Satanismus der Sowjets gibt es bloß Kampf."

Die Wahrheit muß vermieden werden! Gut, daß wenigstens einer mal den Mut gefunden hat, sich offen dazu zu bekennen. m

Sorgen der Hausfrau

Aus der Zeitschrift: „Stuttgarter Hausfrau", Rubrik: „Sie fragen — wir sagen":

„Ich bin 38 Jahre und möchte mich Mitte Juni wieder verheiraten. Mein erster Mann ist 1916 in Frankreich gefallen. Kinder habe ich nicht. Zur Trauung will ich ein schwarzes, schlichtes Seidenkleid tragen, weiß aber nicht, ob ich Kranz und Schleier anlegen soll. Nach meinem Empfinden wäre es nicht richtig, doch möchte ich das Gefühl meines zukünftigen Mannes nicht verletzen, da ich ihn sehr gern habe und er empfindlich ist. Er ist zu alledem fünf Jahre jünger als ich und war bisher unverheiratet. Wie mache ich es richtig?

A n t w o r t: Ihr Gefühl sagt Ihnen ganz richtig, daß Kranz und Schleier in diesem Fall nicht angebracht sind. Sie gehören nach altem Volksbrauch der jungfräulichen Braut. Es würde nicht gut wirken, wenn Sie als Witwe darin erscheinen wollten ..."

Das Leben ist schwer und voller Probleme!

Literatur

Gewalt und Terror in der Revolution. Von I. S t e i n b e r g. Preis geh. 5, in Leinen geb. 8 Mark. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin. — Steinberg, ein ehemaliger Volkskommissar der Sowjetrepublik, setzt sich vom Standpunkt der linken Sozialrevolutionäre (Narodniki) aus mit der Frage der Gewaltanwendung und des Terrorismus auseinander. Er verficht das Recht auf den Gebrauch der Gewalt in der Revolution und lehnt den Terror ab, vor allem, wenn er als Verwaltungssystem gedacht wird. Die umfangreichen Beweisführungen und Begründungen seiner politisch-filosofischen Theorie sind nicht immer überzeugend und klar; die Vernichtung des Marxismus durch humanitäre Argumente ist nicht gelungen. Seine Ausführungen über das Thema „Terror" erscheinen mir aber für jeden Revolutionär wichtig und bedenkenswert: warum soll man nicht aus der Praxis der Revolution lernen? Vielleicht haben die Bolschewisten den Terror in der Tat sich zu leicht und dem Volk zu schwer gemacht. Allerdings: mag auch vieles, was Steinberg gegen den Terror in USSR anführt, berechtigt sein — unberechtigt ist die Gesamthaltung, die antimarxistisch und antibolschewistisch ist und wirkt. B.

Hindenburg. Sein Leben und sein Wirken. Von F. A. Voigt und M. Goldsmith. Aus dem Englischen übersetzt von G. Fischer. Verlag Kindt und Bucher, Gießen. — Hindenburg vom Ausland her gesehen, und zwar mit durchaus nicht übelwollenden Augen. Die Verfasser nennen ihn „ein Genie der Ehrlichkeit und Treue". Aber sie wollen doch die Legende zerstören, daß er ein Mann von überragender Feldherrntüchtigkeit ist: „Hindenburgs Begabung liegt nicht in der Erfindung, noch überhaupt im Intellektuellen". Die Dispositionen für die erste Schlacht bei Tannenberg waren von dem Chef des Stabes Prittwitz, Oberstleutnant Hoffmann, bereits erteilt worden, als Hindenburg und Ludendorff in Marienburg eintrafen. Und auch für die späteren Dispositionen wird Ludendorff als der eigentlich leitende Geist betrachtet, der im übrigen als Politiker eine sehr schlechte Zensur erhält. Hindenburg wird bei aller Anerkennung seiner moralischen Größe als ein typischer altpreußischer „Untertan" dargestellt, dessen größtes Streben und Glück darin bestand, empfangene Orders pflichtgetreu auszuführen. F. O.

Der Baldamus und seine Streiche. Von O s k a r W ö h r l e. Verlag Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7. In Leinen geb. 4,80 Mark. — Eine Landstreichergeschichte, harmlos, aber vergnüglich zu lesen. Die Jugendgeschichte eines Elsässers, der ein Taugenichts im eichendorffischen Sinne ist, kein Gut tut, auf die Walze geht, in die Fremdenlegion gerät und das Glück hat, noch gut davonzukommen. Kein wohlstilisiertes und -frisiertes Kunstwerk, sondern eine frisch und manchmal ein wenig schludrig dahererzählte wahre Geschichte. Die Wahrheit einer Erzählung ist immer und immerhin ein Plus. Wöhrle führt, mit mindestens dem gleichen Geschik wie Burte, ein gut Teil alemannischer Vokabeln in die Schriftsprache ein. B.

Sämtliche Bücher, gleichgültig ob sie hier angezeigt sind oder nicht, können durch den Verlag der S.-Z. bezogen werden. Soweit unsere Kenntnisse reichen, geben wir in literarischen Fragen gerne Auskunft

Geld und Politik

5. Der Mann im Dunkel (Fortsetzung)

Während des Krieges hat die englische Rüstungsfirma Vickers für etwa vier Milliarden Mark Waffen, Panzerplatten, Flugzeuge usw. geliefert. Als Teilhaber und Vertreter dieser Firma tritt Sir Basil Zaharoff in enge Beziehungen zum Munitionsminister und späteren Premierminister Lloyd George (eine Freundschaft, die lange gehalten, aber schließlich den Sturz Lloyd Georges verursacht hat). Zaharoff wird von Lloyd George zu Verhandlungen benützt, über die möglichst für immer ein Schleier gebreitet bleiben soll. Zaharoff liebt solche Geschäfte und ist der geeignete Mann dazu: er hat überall Bekannte, vom Portier eines Ministeriums bis zum Minister selber (in Frankreich z. B. ist er mit Viviani, Briand und Painlevé bekannt), kennt in allen Ländern die Hintertürchen, weiß, wie man in dem und dem Land und bei diesem oder jenem Politiker vorzugehen hat, und vor allem: er besitzt Geld und ist damit, wenn es Politik zu machen, d. h. Staatsmänner oder Journalisten zu bestechen gilt, nicht knauserig; auf ein paar Millionen kommt es ihm da nicht an.

Solche Männer brauchen die Großmächte besonders bei den Kämpfen um die Seele der neutralen Staaten. Die deutsche Republik zahlt ja heute noch Millionen an den einstigen Zaren von Bulgarien; das sind nichts anderes als Schmiergelder, mit denen man das Kriegsbündnis Bulgariens gekauft hat. Die Zahlungen an Ferdinand sind sicher nur ein kleiner Teil der Summen, die es Deutschland gekostet hat, Bulgarien auf seine Seite zu ziehen. Riesige Summen sind auch in Griechenland ausgegeben worden. Dort arbeitete als Führer des deutschen Geheim- und Spitzeldienstes ein Baron von Schenk. Seine Aufgabe war es, Griechenland zu bewegen, neutral zu bleiben, und dabei war seine Stütze vor allem der König, ein Hohenzoller. Die Entente dagegen machte sich an den Franzosenfreund Venizelos heran, und so ging der Kampf hin und her.

Da wird Sir Basil Zaharoff nach Athen geschickt. Er macht der französischen Regierung das Angebot, den Propagandafeldzug in Griechenland selber zu finanzieren (hier zeigt sich sein griechischer Patriotismus, der ihm später zum Verhängnis werden sollte). Mit mehreren Millionen Franken unterstützt er die venizelistische Bewegung, 1,5 Millionen spendet er der französischen Nachrichtenagentur „Agence Radio", die nun nach Griechenland beständig von Siegen der Alliierten berichtet, er gründet oder kauft Zeitungen auf und richtet einen Propagandadienst ein, bei dem schließlich 162 Personen (nicht gerade die feinsten Leute) mit dem Sammeln von richtigen und dem Verbreiten von falschen Meldungen beschäftigt sind. So gelingt es ihm, Griechenland zum Eintritt in den Krieg auf Seiten der Entente zu bewegen. Er hat damit den Alliierten die Operationsbasis geschaffen, von der aus sie im Sommer 1918 den Angriff gegen die bulgarische Front begannen, deren Zusammenbruch dann die Katastrofe der Mittelmächte einleitete. Er wird deshalb zum Großoffizier der französischen Ehrenlegion ernannt (Begründung: „Außergewöhnliche Dienste, geleistet für die Sache der Alliierten"). Ein Jahr später erhält er das Großkreuz der Ehrenlegion und von der englischen Regierung das Adelsprädikat „Sir". Wie der „Temps" im Sommer 1918 berichtete, hat Zaharoff während des Krieges für die Sache der Alliierten mindestens 30 Millionen Franken hergegeben. „Wieviel er", schreibt sein Biograf Morus, „am Krieg durch die Alliierten verdient hat, ist der Öffentlichkeit nicht so genau übermittelt worden."

Nach dem Krieg ist es der Traum des griechischen Ministerpräsidenten, das Großgriechenland des Altertums wieder herzustellen, d. h. die kleinasiatische Küste für Griechenland zu erobern. Hinter Venizelos steht mit Rat und Tat (was in diesem Falle Geld bedeutet) Sir Basil Zaharoff. Seinem griechischen Patriotismus bringt er jetzt die größten Opfer. Er finanziert die griechischen Offensiven gegen die Türkei im Jahre 1919 und 1920. Venizelos wird gestürzt — der Krieg gegen die Türkei geht weiter, denn es bleibt Sir Basil Zaharoff (und es bleibt natürlich die wirtschaftlich und geografisch bedingte Rivalität zwischen Griechenland und der Türkei).

Die Kämpfe drohen die ganze mohammedanische Welt in Aufruhr zu bringen — warum bleibt England neutral? Immer wieder wird Lloyd George wegen seiner Griechenpolitik angegriffen, und immer offener wird das Geheimnis, daß hinter Lloyd Georges Orientpolitik niemand anders steckt als Zaharoff. „Basil Zaharoff hat aus seiner Tasche vier Millionen Pfund Sterling gegeben, um die griechischen Streitkräfte auszurüsten, um sie für den Einfall in Kleinasien vorzubereiten. Es ist Zeit, daß sich der Ministerpräsident von diesem Ratgeber freimacht", sagte z. B. ein oppositioneller (konservativer) Abgeordneter im Unterhaus. Es folgen Dementis von Zaharoff und von Lloyd George; nocheinmal gelingt es Lloyd George, sich zu halten. Als aber die Griechen bei ihrer dritten Offensive nach Kleinasien im September 1921 in der Schlacht an der Sakaria von Kemal Pascha vernichtend geschlagen werden, da bricht die Katastrophe über Griechenland herein — und über Lloyd George. Er muß abtreten; bei den Neuwahlen erleidet er eine Niederlage. Er ist über seine Orientpolitik, zu der ihn sein Freund Zaharoff veranlaßt hat, gestürzt.

Der griechisch-türkische Krieg, sein ureigenstes Werk, von ihm in Gang gebracht und bezahlt, war der Höhepunkt von Zaharoffs Leben. Seine uneigennützigste Tat, die Tat, bei der er am wenigsten mit finanziellem Gewinn rechnete, bei der er die größten Opfer brachte (freilich auch einige hunderttausend Menschenleben geopfert hat), ist ihm zum Verhängnis geworden. Das ist die Tragik im Leben des „mysteriösen Europäers". Später arbeitet er noch mit, wie die Firma Vickers sich weiter ausdehnt und die der deutschen Rüstungsindustrie verlorengegangenen Märkte erobert; er beteiligt sich auch am Ölgeschäft (wo Geld und Politik ja ähnlich nahe beieinander wohnen wie in der Rüstungsindustrie), aber seine Kraft scheint gebrochen; das Fiasko seiner griechischen Politik, die Enttäuschung, die er als griechischer Patriot erleben mußte, scheint er nicht überwinden zu können. Er kauft 1923 die Spielbank von Monte Carlo, verdient Riesensummen daran, und verkauft sie im Jahre 1927 wieder. Mit 75 Jahren heiratet er ein spanische Adlige, die er — eine ganz romantische Geschichte im Leben des kalt rechnenden Politikers und Rüstungsindustriellen — seit früher Jugend geliebt hat, die er aber erst 1924, nach dem Tode ihres Gatten, zur Frau nehmen kann. Seither lebt er zurückgezogen in Frankreich.

Peter F.

Der gute Europäer

Vor 1914 kontrollierte Zaharoff folgende Werke der Rüstungsindustrie: Die Vickers Ltd. (England), an der mit größeren oder kleineren Aktienpaketen beteiligt waren: 4 Herzöge und Marquis, 50 Grafen und Barone, 20 Knights (Ritter), 3 Parlamentarier, 21 Offiziere und 6 Journalisten, außerdem 10 große englische Rüstungsfirmen mit Ausnahme der Armstrong, Withworth & Co. Ltd., die er erst nach dem Kriege bezwungen hat. (Dies geschah durch ein großartiges Fusionsmanöver, bei dem Zaharoff seinen Einfluß auf die englische Regierung und die Bank of England dahin geltend machte, daß diese den unter Geldbedarf leidenden Firmen Vickers und Armstrong keinerlei Subventionen mehr zukommen ließ. Die Kapitalien der Firmen mußten um etwa eine halbe Milliarde Mark reduziert werden, und sie mußten deshalb, um lebensfähig zu bleiben, notgedrungen fusionieren. Damit hat Zaharoff auch die Armstrong Ltd. geschluckt.) Zaharoff kontrollierte weiterhin die französischen Firmen Creuzot, die Aciérie Hanécourt, die Châtillon-Commantry mit im ganzen 320 Millionen Mark Aktienkapital, und er besaß eine qualifizierte Minorität bei den russischen Putilow-Werken.

O. Lehmann-Rußbüldt in: Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie.

Unzurechnungsfähig

Die Abrechnung über die Markenautomaten der Reichspost untersteht in Stuttgart einem Postbeamten, dessen Einkommen Gewähr bietet, daß er sich nicht aus Not an den Geldern vergreift. Eine Kontrolle sorgt für erhöhte Sicherheit: die Gelder, die von den Automaten eingehen, werden dem Postbeamten im Beisein einer Postbeamtin übergeben, wobei die Zehner und Fünfer in Haufen von je 25 Stück aufgestellt werden. Trotzdem wollte die Abrechnung nie stimmen. Da nur wenige Personen in Betracht kamen, bestand seit längerer Zeit Verdacht gegen den Beamten, der die Abrechnung vornahm. Am Heiligen Abend des Jahres 1930 traf ihn das Verhängnis. Bei einer Untersuchung fand man in seinen Taschen für 15 Mark Zehnpfennigstücke.

Sofortige Dienstenthebung mit Disziplinarverfahren und halbem Gehalt war zunächst die Folge. Die weitere Untersuchung ergab, daß er für die für ihn aufgestellten Haufen allemal anstatt 25 Stück 26 Stück genommen hatte. Die kontrollierende Beamtin machte ihn auch einmal darauf aufmerksam, daß seine Haufen größer seien als die ihren, und als die Beamtin auf einer Nachzählung bestand, warf er das abgezählte Geld über den Haufen. Der juristische Beirat der Reichspost leitete schließlich die Akten an die Staatsanwaltschaft weiter mit der Anzeige: erschwerte Amtsunterschlagung.

Der weitere Gang der Handlung wäre nun einfach gewesen, wenn es bei uns nicht eine besondere Logik gäbe. Sie läßt sich kurz so zusammenfassen: Ein Mann, der aus frommer Zentrumsfamilie stammt, kann nicht betrügen; betrügt er dennoch, dann ist er nicht zurechnungsfähig. Es trat daher ein gewisser Apparat in Tätigkeit. Ein ärztliches Zeugnis über die Unzurechnungsfähigkeit während der Tatzeit wurde beigebracht. Auch der Telefondraht zwischen Rottenburg und Reichspost spielte. Das Disziplinargericht sprach den geistig gestörten Beamten frei. Er erhält die zurückbehaltenen halben Monatsgehälter nachbezahlt, und da die geistige Störung natürlich nur vorübergehend war, bleibt er im Dienst. Das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft wird niedergeschlagen. Da die Unterbeamten nichts mehr mit ihm zu tun haben wollen, hat man ihn eben auf ein halbes Jahr beurlaubt. Man wird dann weiter sehen.

Wir sind nun keineswegs für sinnlos hohe Bestrafung derartiger Vergehen, aber wir erinnern uns an den kleinen Eisenbahnunterbeamten von Neuenbürg, der aus Not 1,60 Mark unterschlug und dafür ein Jahr Zuchthaus erhielt. Wir erinnern uns auch der Sachverständigen-Gutachten, die bei Sexualmorden und im Blutrausch begangenen Taten ohne weiteres die Zurechnungsfähigkeit feststellen. Vergleicht man damit das sehr bewußte und raffiniert ausgeklügelte Verhalten des Postbeamten, der zudem aus keiner Notlage heraus handelte, so muß man sich fragen: wer ist unzurechnungsfähig?

R.

Seid umschlungen

Die Aufführung der Neunten Sinfonie im Freilicht-Theater des Bopserwaldes war, wie die ganze stuttgarter Presse berichtete, ein wundervolles Erlebnis. Ätherisch klangen die Streicher, ideal die Waldhörner; der Genius loci schuf das Erhabene. Viele lagerten im Walde, jenseits der abgesperrten Wege, um zuzuhören. Bis sie von der Polizei mit Gummiknüppeln vertrieben wurden.

Das hat sich der junge Karlsschüler Schiller nicht träumen lassen, daß sich sein „Seid umschlungen, Millionen!" auch auf die im Wald sitzenden Mitmenschen, die keinen Platz bekommen und keinen Eintritt bezahlt hatten, beziehen würde, und zwar so nachdrücklich, daß die Polizei mit Gummiknüppeln auf sie einschlug, um der „Ode an die Freude" den richtigen Rhythmus zu geben.

„Brüder, überm Sternenzelt muß ein lieber Vater wohnen." Aber hier unten regiert vorerst noch der Gummiknüppel.

Hitler-Coué

(„Ich werde von Tag zu Tag vornehmer")

Otto Strassers „Deutsche Revolution" berichtet, daß kürzlich auf dem Schloß der schlesischen Führerin des Königin-Luise-Bundes eine Zusammenkunft des schlesischen Adels stattgefunden hat, bei der auch das Kronprinzenpaar zugegen war. Der schlesische Gauleiter der NSDAP, Brückner, erklärte dort unter dem Beifall der Versammelten, seine Partei erstrebe die Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland. (Mit einer Verneigung vor dem Kronprinzenpaar fuhr Brückner fort, daß als Monarch selbstverständlich nur ein Hohenzoller in Frage käme.)

Prinz August Wilhelm hat kürzlich in einer Rede in München gesagt: „Mein Vater hat an mich geschrieben: Du kannst stolz sein, daß du zum Märtyrer dieser großen Volksbewegung werden durftest! Ich glaube, nach diesem Urteil werden die ewig Gestrigen sich vielleicht auch überlegen, ob sie diese Bewegung weiter als eine so verächtliche ansehen wollen, daß sie zu feig und vornehm sind, bei uns einzutreten."

Nein: nun kann allerdings niemand mehr zu vornehm sein.

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Verbrechen des Paters Amaro. Von Eça de Queiroz. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Doppelgesicht des Christentums. Von Stadtpfarrer Dr. G. Schenkel. Kart. 3,30 Mark, geb. 4,60 Mark.

Das Geld in der Politik. Von Richard Lewinsohn (Morus). Broschiert 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

Der Mann im Dunkel. Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des mysteriösen Europäers. Brosch. 3,50 Mark.

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

Etappe Gent. Von Heinrich Wandt. Kart. 2,50 Mark, geb. 3,80 Mark.

Erotik und Spionage. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Kleinigkeiten

Strafverschärfung. Die Entscheidung über Kürtens Schicksal ist noch immer nicht gefallen. Kürten ist im Gefängnis vollkommen zusammengebrochen, weil ihm eine „an Wahnsinn grenzende Angst vor dem Tode" peinigt. — Kürten hat seine Opfer nicht so lange gequält.

Die neue Idee. In der Zeitschrift „Der freie Angestellte", dem Organ des Zentralverbandes der Angestellten, schreibt der Sozialdemokrat Hertz u. a.: „Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist mit Not und Elend untrennbar verbunden. Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie, das ist deshalb Kampf für den Sozialismus in unserer Zeit. Das ist die neue Idee, von der die Verhandlungen des Parteitages beseelt waren und die der sozialistischen Arbeitnehmerbewegung die Schwungkraft geben wird im Kampf um eine bessere Welt." — Wenn man das Allerneueste erfahren will, muß man offenbar auf einen sozialdemokratischen Parteitag gehen.

Zeichen und Wunder. Die Staatspartei berichtet nicht von einer Aus-, sondern von einer Eintrittserklärung: Herr Kolosser, bisher ruhmreich in der Wirtschaftspartei tätig, ist der Staatspartei beigetreten. — Ein kolossaler Erfolg!

Ludendorffiana. Frau Dr. Kemnitz-Ludendorff in „Erlösung von Jesus Christus": „... Immerhin aber ist es seltsam, daß 500 Millionen Menschen in einer Welt, in der viele Millionen edler und edelster Menschen qualvoll und meist heldisch für ihre Überzeugung starben, als eine einzige und noch nie dagewesene große Tat den Märtyrertod eines Menschen (nämlich des Juden Jesus von Nazareth) feiern, der von all diesen Märtyrern als einziger viel zu kurz gequält wurde, um nach ärztlichem Wissen überhaupt daran gestorben sein zu können."

Pech. Beim Brand des Münchner Glaspalasts sind auch die Bilder der Stuttgarter Sezession großenteils verbrannt; außerdem schien es, daß die Leihgabe der Stuttgarter Gemäldegalerie, ein großes Bild des Münchner Malers Herterich, vernichtet sei. In den Kreisen der Stuttgarter Sezession hat man die leise Hoffnung gehabt, daß der Staat die zu erwartende reichlich hohe Versicherungssumme von 20 000 Mark den notleidenden Künstlern der Sezession zugut kommen lasse. Leider stellt sich nun heraus, daß — ausgerechnet dieses Bild gar nicht verbrannt ist.

Zeitgemäße Attraktion. Ein Frl. Gutfleisch hat beim Regensburger Polizeipräsidium um Ausstellung eines Wandergewerbescheins ersucht. Sie möchte nämlich mit ihrem Verlobten das nur halb verbrannte Auto Tetzners auf Jahrmärkten um Geld zeigen. Ihr Gesuch ist abschlägig beschieden worden.

Vom Himmel hoch ... Prinz Auwi hat kürzlich in einer Rede in Braunschweig gesagt, Adolf Hitler sei dem deutschen Volk von Gott gesandt. — Das kann schon stimmen; der liebe Gott hat uns ja auch schon andere Übel beschert.

Schwein. Letzten Sonntag fand in Lübben ein „Deutscher Tag" statt. Mit Feldgottesdienst, Fahnenweihe und Schlachtfest, bei dem ein von dem eben in die Nazipartei eingetretenen früheren Reichsbankpräsidenten Schacht aus „Gutsbeständen" gestiftetes Schwein sein Leben für Deutschlands Zukunft lassen mußte.

Immer noch ein Denkmal. Auf dem Truppenübungsplatz Döberitz ist letzten Sonntag ein Denkmal „Deutsches Land in fremder Hand" eingeweiht worden.

Weltrekord. Reverend Fütterer, der Präsident der Bibelgesellschaft von Hollywood, hat kürzlich eine zwanzigstündige Predigt gehalten. Er hat damit den Weltrekord des Negerpfarrers Brown um ganze zwölf Stunden geschlagen. — Einige der Zuhörer sollen bis zum Schluß wach geblieben sein.

Schwacher Anreiz. Bisher wurde dem deutschen Familienvater vom zwölften Kind ab für seine Bemühungen eine Ehrengabe von 200 Mark gegeben; Preußen gibt diesen Betrag jetzt nur noch für das zwölfte Kind; vom dreizehnten ab reicht es nur noch zu 100 Mark. — Viele werden sich jetzt wohl mit einem Dutzend „begnügen".

Fanatische Jünger Jesu. In Morelia (Mexiko) hat ein angeblich deutscher Kommunist in der Kirche Santana Maya eine antireligiöse Ansprache halten wollen: er wurde von den Gläubigen kurzerhand an einem Deckenbalken des Kirchenschiffs aufgeknüpft: unter Assistenz des Geistlichen und vieler Damen der Gesellschaft. — Man sollte ihn dort hängen lassen, als Wahrzeichen christlicher Nächstenliebe.

Genormt. Auf Antrag des Deutschen Städtetags hat der Deutsche Normenausschuß nunmehr die bei der Feuerbestattung Verwendung findenden Aschekapseln genormt: es gibt fürderhin eine einheitliche Kapsel für Erwachsene mit 4 Liter Inhalt und eine für Kinder mit 1,4 Liter Inhalt. — Man hat also jetzt die Gewähr, daß es wenigstens bei der Bestattung einigermaßen ökonomisch zugeht.

Kongreß gegen § 218. Am 4. und 5. Juli 1931 findet in Dinkelackers Saalbau in Stuttgart ein württembergischer Landeskongreß gegen den Paragrafen 218 statt. Die verschiedenen lokalen Kampfausschüsse gegen 218, die angeschlossenen linken Organisationen und die Betriebe entsenden Delegierte. Aufgaben des Kongresses: Berichterstattung über die Tätigkeit der Ortsausschüsse; Referate über die soziale, politische, juristische und medizinische Seite des § 218; Zusammenstellung einer Delegation, die die Regelung der Abtreibung, Geburtenregelung, der Fürsorge für Mutter und Kind usw. in der USSR studieren soll. An jedem der beiden Tage findet eine Aufführung von Friedrich Wolfs Drama: „Cyankali" statt. Eintrittspreis 60 Pfennig, für Erwerbslose 30 Pfennig.

Belgienreise. Suche Gefährten für eine Urlaubsreise vom 2. bis 16. August durch Belgien, verbilligt durch 15-tägiges Eisenbahnabonnement für 27.40 Mark. Für Übernachten, Mahlzeiten usw. ist je nach Ansprüchen mit 80 bis 120 Mark zu rechnen. Die Reise ist vollständig privat und unabhängig. Albert Seitz, Neustadt (Haardt), Luitpoldstraße 31.

Erholungsaufenthalt im Schwarzwald. Volle Pension 3,50 Mark. Frau Mia Kunter, Klosterreichenbach bei Freudenstadt.

Erholungsaufenthalt. Landhaus in schöner Alblandschaft (Wasser, Wiesen, Bergwald) bietet Gesinnungsfreunden angenehmen Erholungsaufenthalt. Vegetarische Küche. Pensionspreis 5 Mark. Sofie Dabringhaus (früher Karl Raichle), Urach (Württ.), Haus am grünen Weg; Fernruf 139.

Stuttgart. Am 29. Juni zeigt die Volkshochschule den russischen Film „Erde" (großer Hörsaal des Landesgewerbemuseums, 20,45 Uhr). Eintrittspreis 80 Pfennig; Vorverkauf im Kunsthaus Schaller, Marienstraße.

Eßlingen. Am 4. und 5. Juli halten die Freiwirte Süddeutschlands im Blarer Saal des Gemeindehauses in Eßlingen eine Tagung ab. Vorträge: Samstag 20 Uhr, Sonntag ½11 Uhr und 20 Uhr.

Keine kleinen Anzeigen mehr. Die Bitten von Lesern um Aufnahme von kleinen Anzeigen haben sich in letzter Zeit so gehäuft, daß ich in jeder Nummer eine Spalte opfern müßte. Es bleibt mir deshalb keine andere Wahl als die Veröffentlichung von kleinen Anzeigen überhaupt abzulehnen. Ausgenommen sind die Ankündigungen von S.-Z.-Leser-Zusammenkünften und einige Anzeigen, die jetzt schon auf der Redaktion liegen und in den nächsten Nummern veröffentlicht werden.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 50. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 5. Juli 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 27

Die Weizenfrage

Der deutsche Weizen, Ernte 1930, geht zu Ende. Bis die neue Ernte in Brot verwandelt werden kann, dauerts noch zwei Monate. Es wird also ausländischer Weizen importiert werden müssen; etwa 500 000 Tonnen schätzen die Fachleute.

In Amerika liegen noch 12 Millionen Tonnen Weizen, je die Hälfte in USA und in Canada. Wenn er bis zur neuen Ernte nicht verkauft ist, muß er verbrannt werden. Man bekommt ihn um 120 Mark die Tonne, wahrscheinlich auch schon um 100 Mark. Der deutsche Weizen kostet 300 Mark, worin 200 Mark Unterstützung der Landwirtschaft stecken.

Da immer noch vier Millionen Arbeiter in Deutschland von Unterstützungen leben müssen und die anderen nicht viel mehr verdienen, als die Arbeitslosen bekommen, so wäre es wünschenswert, daß die Hauptnahrung Brot billiger wäre. Und man könnte denken, eine solche Verbilligung (durch Aufhebung des Zolls) wäre jetzt wenigstens bis zur neuen Ernte möglich, ohne daß der notleidenden Landwirtschaft etwas abginge; denn die hat ihren Weizen ja verkauft.

Aber wenn morgen der Weizenzoll aufgehoben würde, dann würden alle Weizenhändler und Mühlen Bankrott machen, die noch zollbelasteten Weizen da liegen haben, oder der billige Weizen würde nach der Einfuhr bis auf Weiteres spurlos verschwinden, denn die Käufer würden ihn solange zurückhalten, bis der Zoll wieder in Kraft ist.

Ein Ausweg aus dieser Klemme (der natürlich nicht beschritten werden wird) wäre der, daß der Staat den ausländischen Weizen kaufen, im Lohn vermahlen und verbacken lassen und das billige Brot an die Arbeitslosen verteilen würde.

Technisch wäre das durchaus möglich; es liegen Erfahrungen auf diesem Gebiet vor. Aber es wäre eine halbe Maßregel. Wo wäre die Grenze der Bezugsberechtigten zu ziehen? (Sie müßte sehr weit bemessen werden.) Und könnte man für diese das Brot nach der neuen Ernte dann einfach wieder teurer werden lassen, wenn es in den Winter hineingeht und vielleicht noch schlimmere Verhältnisse kommen als im letzten?

Das Getreideproblem in Deutschland wäre radikal sehr einfach zu lösen, wenn man die Zölle aufheben und den Getreidebau von heute auf morgen eingehen ließe. Will man das nicht, aus Rücksicht auf die Landwirtschaft, will man die Landwirtschaft schonen und doch billiges Brot haben, dann bleibt nur Eines: das Getreidemonopol.

Die staatliche Monopolverwaltung, die das alleinige Recht auf Kauf und Verkauf von Getreide hätte, würde dann sowohl inländischen als ausländischen Weizen kaufen. Den letzteren zum Weltmarktpreis, den ersteren zu einem jährlich auf Grund des Ernteausfalls festzusetzenden höheren Preis. Dieser Preis müßte von Jahr zu Jahr langsam gesenkt und dem Weltmarktpreis schließlich angeglichen werden. Die Getreideproduzenten wären dann gezwungen, entweder ihre Erträge so zu steigern, daß sie den Weltmarktpreis vertragen könnten, oder den Weizenanbau mehr und mehr zurückgehen zu lassen.

So wie die Dinge liegen, würde es wahrscheinlich auf die größtmögliche Einschränkung des Getreidebaus hinauskommen. Denn die Getreideexportländer werden noch auf lange hinaus durch maschinelle, extensive Bearbeitung jungen Bodens in der Lage sein, Weizen zu einem Bruchteil des Preises zu produzieren, der bei uns in Deutschland rentabel ist.

Solange das der Fall sein wird, ist der Getreidebau in Deutschland wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Er ist Vergeudung von Arbeitskraft, die besser dazu verwendet würde, den Agrarländern im Austausch gegen ihre Erzeugnisse die Maschinen zu liefern, die sie selber noch nicht herzustellen vermögen.

Auf den deutschen Getreideäckern könnte derweil ruhig der „deutsche Wald" wieder wachsen, der früher einmal dort gerauscht haben soll.

Erich Schairer

Das amerikanische Federal Farm Board hat 40 000 Tonnen Weizen zum Preis von 80 Mark die Tonne nach Ostasien verschifft, um wenigstens einen Teil seiner Vorräte vor der neuen Ernte loszuwerden.

Eierkämpfe

Da liest man immer von dem verheizten Weizen, dem ins Meer geschütteten Kaffee oder Zucker, und wundert sich über diese fantasielosen Methoden zur Besserung der Wirtschaftslage.

Viel origineller ist die Lösung der „Eierfrage", zu der man jetzt in Amerika gelangt ist. „American Mercury" berichtet darüber folgendes:

„Die Mitglieder des Rotary- und des Börsenklubs von Turlock, Kalifornien, werden am kommenden Freitag Eierkämpfe veranstalten, um den Überschuß an Farmprodukten, der augenblicklich dort herrscht, zu reduzieren und der Geflügelzucht wieder auf die Beine zu helfen. Die Klubmitglieder werden Ritterrüstungen anlegen, sich mit Körben von Eiern bewaffnen und einander bombardieren, bis ungefähr hundert Kisten geleert sind. Die Siegerpartei wird befreundete Klubmannschaften aus Modesto, Merced und andern Städten zum Kampf herausfordern. Das sportliche Ereignis steht unter dem Protektorat der Handelskammer."

Aus dem letzten Satz ist zu entnehmen, daß es sich um eine, wenn auch spaßhaft aussehende, ernsthafte wirtschaftliche Maßnahme handelt.

Arbeitslose bekommen hoffentlich ermäßigte Eintrittskarten. Sie werden sich beim Zuschauen halb totlachen.

Die Ausnahmen

In der letzten Nummer der S.-Z. ist berichtet worden, die Reichsregierung plane, die Reichswehr und die Schupo von der neuen Gehaltskürzung auszunehmen. Nationalsozialistische Zeitungen (sie haben offenbar gute Beziehungen zum Reichswehrministerium) können nun schon folgenden Erlaß des Wehrministeriums veröffentlichen:

„Die zweite Gehaltskürzungsverordnung vom 5. Juni 1931 — RGBl. S. 65 Nr 1924 — findet auf die Soldaten in den Dienstgraden vom Hauptmann (Stabsarzt, Stabsveterinär) einschl. abwärts (Bes.-Ordg. C. Bes.-Gr. 7—22) keine Anwendung. Für sie bleibt es bei der bisherigen Gehaltskürzung nach der ersten Gehaltskürzungsverordnung vom 1. Dez. 1930. Dagegen sind Kinderzuschläge nach Maßgabe der zweiten Gehaltskürzungsverordnung vom 5. Juni 1931 zuständig.

Die obengenannten Soldaten sind auch von der Zahlung der Krisenlohnsteuer — s. dritter Teil, Kap. 3 der Verordnung v. 5. Juni 1931, RGBl. I Seite 282 — befreit."

Bei der Schupo wird wohl inzwischen eine ähnliche Regelung getroffen worden sein. Einen besseren Anschauungsunterricht dafür, auf welche Machtmittel sich die Regierung Brüning stützt, kann man sich nicht denken.

Ohne Frankreich?

Die Verhandlungen, die der amerikanische Schatzsekretär Mellon in Paris mit der französischen Regierung über Hoovers Moratoriumsvorschlag führte, sind zu einem hartnäckigen Ringen zwischen dem amerikanischen und dem französischen Imperialismus um die finanzielle Beherrschung Europas geworden. Die französische Regierung hat sich zwar bereit erklärt, ein Jahr lang auf die deutschen Reparationszahlungen zu verzichten, aber folgende Bedingungen gestellt:

1. Es müssen Garantien dafür gegeben werden, daß nach dem Moratoriumsjahr der Young-Plan wieder in Kraft tritt.
2. Deutschland muß die durch das Moratorium gestundeten Reparationszahlungen spätestens in fünf Jahren leisten.
3. Für den sog. ungeschützten Teil der Young-Zahlungen, d. h. für die 660 Millionen, die Deutschland nach dem Young-Plan auch dann zahlen muß, wenn seine Wirtschaft oder seine Währung gefährdet sind, wird kein Moratorium gewährt. Frankreich verzichtet zwar ein Jahr lang auf seinen Anteil an den ungeschützten Zahlungen, aber Deutschland muß die 660 Millionen trotzdem der BIZ überweisen. Die BIZ wird dann aus dieser Summe den mittel- und osteuropäischen Ländern Kredite gewähren. Also nicht nur Deutschland, sondern auch den östlichen Verbündeten Frankreichs.
4. Es muß irgend eine Instanz (etwa der Völkerbund) damit beauftragt werden, zu kontrollieren, wie Deutschland das durch das Moratorium ersparte Geld verwendet; vor allem muß verhindert werden, daß Deutschland das Geld in Kriegsrüstungen steckt.

Die beiden ersten Forderungen sind wohl mehr aus Prestigegründen aufgestellt worden oder als Handelsobjekte gedacht gewesen. Dagegen ist es dem französischen Imperialismus mit den beiden anderen Forderungen blutiger Ernst. Nicht Deutschland allein soll Hilfe gebracht werden, sondern auch den Südoststaaten; nicht Amerika allein soll den Retter spielen, sondern auch Frankreich soll (durch die Kredithilfe der BIZ) eingeschaltet werden und das Recht der Kontrolle erhalten; und ebenso soll ihm die Möglichkeit, die deutschen Rüstungen zu kontrollieren, gegeben werden. (Frankreich ist nicht unter allen Umständen gegen die deutsche Aufrüstung; sie muß nur auf jeden Fall unter französischer Kontrolle vor sich gehen und womöglich schließlich zu einem deutsch-französischen Militärbündnis führen.)

Europa muß finanziell und militärisch unter französischer Kontrolle bleiben — das ist das A und O der Politik des französischen Imperialismus seit Versailles. Bisher hat Frankreich diese Position erfolgreich gegen jeden Gegner verteidigt, gegen Deutschland und England ebenso wie gegen Amerika, das ja in der Abrüstungsfrage besonders starke Druckmittel in der Hand hat. (Wodurch sich Frankreich freilich nicht abschrecken läßt: vor acht Tagen hat die Kammer zum Ausbau der Befestigungen an der deutschen Grenze einen neuen Kredit von 400 Millionen Mark bewilligt, also gerade die Summe, auf die Frankreich infolge des Hoover-Moratoriums verzichten müßte.)

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika sind noch nicht abgeschlossen; wahrscheinlich werden sie mit einem Kompromiß enden. Dann werden die zwischen Frankreich und Deutschland folgen, in denen die französische Regierung Brüning gegenüber die obenangeführten Forderungen aufstellen wird. Möglich, daß bei diesen Verhandlungen die „nationale Opposition" Herrn Brüning vollends das Genick bricht.

Hermann List

„Deutschland machte schwere Tage durch. Es wird bei uns unter gewissen Bedingungen die notwendige Hilfe finden für seine Wiederaufrichtung. Wir werden Herrn Brüning sagen, daß ... wir es nicht wünschen, daß die 10 Milliarden (Francs), um die das Budget des Reiches erleichtert wird, gegen uns verwendet werden könnten und gegen den Frieden der Welt, daß wir nicht wünschen, daß unsere Reparationen benützt werden könnten für ich weiß nicht welche Politik des Dumping (hier ist die Zollunionspolitik gemeint; Red. d. S.-Z.), eine tödliche Politik für alle diejenigen Länder, die sie sich zu eigen machen, und ebenso für diejenigen Länder, die sie ertragen müssen."

Ministerpräsident Laval in der französischen Kammer

Kinderfürsorge

Als die fremde Besatzung den Staub des Rheinlandes von den Füßen schüttelte, hinterließ sie einige tausend uneheliche Kinder, deren Mütter zunächst nach dem Vater und dann nach Alimenten riefen. Die deutschen Frauenvereine bemühten sich damals heftig, auf diplomatischem Wege die Entwichenen zu dem üblichen Tribut zu zwingen. Ohne nennenswerten Erfolg. Man soll sich eben nicht mit fremdem Militär einlassen. Zu was haben wir denn unsere Reichswehrsoldaten!

Wenn man einer Meldung der „Welt am Abend" glauben darf, haben auch deren Liebesbemühungen oft unerwarteten Erfolg. Der Reichswehrsoldat darf in den ersten sechs Jahren nicht heiraten, und so ist es kaum zu vermeiden, daß ab und zu ein uneheliches Kind unterläuft. Deren Mütter wären genau so schlimm daran wie die im Rheinland, denn im Sold des Reichswehrsoldaten sind keine Alimente einkalkuliert, aber zum guten Glück springt nun hier die Reichswehrkasse ein, die so großzügig ist, ganz oder teilweise die fälligen Alimente aufzubringen. Es sollen zurzeit an rund 8500 uneheliche Soldatenkinder Zuschüsse bezahlt werden.

Auf diese Art fließen die Überschüsse aus dem hohen Reichswehretat wenigstens teilweise wieder ins Volk zurück.

oha

Noch ein Hoover-Plan

Von Pitt

Der amerikanische Präsident Hoover hat gleichzeitig mit dem Moratoriums-Vorschlag, der dem kranken Europa wieder etwas auf die Beine helfen soll, noch einem andern Erdteil, der ebenfalls schwer unter der Wirtschaftskrise leidet, Hilfe angeboten: Südamerika. In beiden Fällen ist es Hoover darum zu tun, Märkte für amerikanisches Kapital und amerikanische Waren zu erobern oder zu sichern. Gerät er bei seinem Europa-Plan in Konflikt mit Frankreich, so drohen bei der beabsichtigten Südamerika-Hilfe Auseinandersetzungen mit England. Denn es gibt in der Geschichte kein Beispiel eines Wirtschaftskrieges, der erbitterter und in umfassenderer Weise geführt worden wäre als der englisch-amerikanische Konkurrenzkampf um die südamerikanischen Märkte.

In diesem Krieg, wie in denen, die Amerika an andern Fronten führt, hat Hoover systematisch und rationell ganz neue Methoden eingeführt.

◆

Herbert Hoover hat sich vor 1914 als Bergingenieur und Unternehmer in England und den englischen Dominions betätigt. Während des Weltkriegs war er Leiter der Wirtschaftsstelle, die die amerikanischen und alliierten Heere in Europa und z. T. auch die Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Waren zu versorgen hatte (man hätte ihn damals etwa den „Rathenau der Alliierten" nennen können). Hier bewährte er sich als vorzüglicher Organisator, hier lernte er (wie schon bei seiner Tätigkeit vor dem Krieg) die Weltwirtschaft von Grund aus kennen, und hier formte er sich sein Bild des zukünftigen amerikanischen Weltreiches, das nach rationellen kaufmännischen Methoden seine Macht vergrößern und schließlich mit goldenen Ketten (Wirtschaftsverträge, Kredite etc.) die Welt leiten sollte.

1921 erhielt er im Kabinett Harding das Handelsministerium. Und nun begann er, sein Ministerium und die ganze Regierung in eine Neben- und Hilfsstelle der amerikanischen Wirtschaft umzuwandeln. (Die Entwicklung zu diesem Ziel hin hatte sich natürlich schon längst angebahnt, aber kein Politiker hat sie so bewußt gefördert wie Hoover.) Sein Ministerium schuf eine umfassende Auskunftsdienst-Organisation für die Wirtschaft. Es sammelte in der ganzen Welt systematisch Nachrichten über die Vorräte der verschiedenen Warengruppen, über die Aktionen der Konkurrenten, über Ernteaussichten usw., es gab den Industriellen „praktische Winke", vor allem beim Export (wie muß in Japan Reklame gemacht werden? was für Seidenstrümpfe bevorzugen dieses Jahr die Engländerinnen? wie gewinnt man die Regierung von Venezuela für einen günstigen Abschluß? wie ist in Frankreich die Konkurrenz für Automobile? etc. etc.), es begünstigte die Fusionierung von amerikanischen Gesellschaften, es ließ junge Leute als Techniker oder Handelssachverständige ausbilden und verwandte sie dann bald in Regierungsämtern, bald stellte es sie der Wirtschaft zur Verfügung (so wurde eine Art Adel des amerikanischen Wirtschaftsreiches geschaffen).

Wie glänzend der Nachrichtendienst des Handelsministeriums funktionierte, dafür gibt es ein sehr anschauliches Beispiel: Am 1. September 1923, nachmittags, wurde Japan von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Ein paar Stunden darauf berieten in Washington einige hohe Beamte darüber, wie man die Bevölkerung der Erdbeben-Gebiete mit Lebensmitteln, vor allem mit Reis, versorgen könnte. Wo und zu welchem Preis liegen Reisvorräte sofort griffbereit? Nachdem einige Herren sich mit Schätzungen abgemüht hatten, zog Hoover einen Zettel aus der Tasche, auf dem der Stand des Reishandels im fernen Osten am Vormittag des 1. September aufgezeichnet war (Vorräte in den Lagerhäusern, schwimmende Vorräte, Preise, Ernteaussichten usw.) Ein paar Telegramme — und es wurden im fernen Osten Vorräte aufgekauft, konzentriert, die Bevölkerung war vom Hungertod errettet und amerikanische Händler hatten schön verdient. Diese Erzählung mag episodisch zugespitzt sein, aber sie ist doch charakteristisch für Hoovers Arbeitsweise.

◆

Mit diesen Methoden nun machten sich Hoover und die amerikanische Regierung daran, die Engländer von den südamerikanischen Märkten zu verdrängen. Wohl oder übel mußten sich die Engländer den neuen Methoden anpassen. 1925 sandten sie den Prinzen von Wales als Commis voyageur nach Südamerika. Aber kaum war Hoover 1928 zum Präsidenten gewählt, als er, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen und neues zu erobern, höchstpersönlich eine Propagandareise nach Südamerika unternahm; auch Lindbergh mußte seinen Ruhm in den Dienst amerikanischer Handelsinteressen stellen. 1929 sandten dann die Engländer eine Wirtschaftsdelegation unter Lord d'Abernon nach Argentinien und Brasilien (der im vorigen Jahr nocheinmal der Prinz von Wales folgte). Lord d'Abernon hat in Argentinien sehr erfolgreich gearbeitet: ein englisch-argentinischer Handelsvertrag wurde abgeschlossen, Argentinien senkte die Zölle für englische Textilwaren, englische Gesellschaften erhielten einen 1½ Millionen-Dollar-Auftrag für Untergrundbahnmaterial, und vor einigen Tagen las man, daß eine argentinische Eisenbahngesellschaft von England eine Anleihe von 3 Millionen Pfund Sterling erhalten hat (die sie wohl zum größten Teil für den Kauf von Materialien in England verwendet).

Aber trotz diesen Erfolgen ist England dem amerikanischen Angriff nicht gewachsen. Sein Anteil an der argentinischen Einfuhr ist von 1913 bis 1927 von 31 auf 19% gefallen, der amerikanische von 14 auf 25% gestiegen; der englische Anteil an der argentinischen Ausfuhr ist zwar von 1913 bis 1927 gleich geblieben (25%), der amerikanische aber hat sich beinahe verdoppelt (von 4,7 auf 9,1%). Von der Einfuhr ganz Südamerikas entfielen auf England 1913: 25%, 1927: 16%, auf USA 1913: 24%, 1927: 38%. Von der Ausfuhr Südamerikas nahm England 1913: 19%, 1927: 17% ab, während USA 40% der Ausfuhr aufnehmen.

Wenn jetzt Hoover seinen angekündigten Plan durchführt, Südamerika zu Hilfe zu kommen (das bedeutet: durch Zu-

schuß von amerikanischem Kapital die Wirtschaft der südamerikanischen Staaten anzukurbeln), dann wird die Entwicklung, die sich in den angegebenen Zahlen ausdrückt, noch beschleunigt werden: England wird auf dem südamerikanischen Kriegsschauplatz von Amerika geschlagen.

Um was geht der Kampf? Um den Absatz von Waren jeder Art (Textilwaren, Eisenwaren, Autos, Grammofone, Filme), um die Gewinnung von Rohstoffen und Rohstoffmonopolen (Öl, Kautschuk, Baumwolle, Kupfer, Nickel) und um den Absatz von Kapital, meist in Form von Anleihen, dem dann häufig Warenabsatz und engere wirtschaftliche Zusammenarbeit folgen. Ausgetragen wird der Kampf auf dem Rücken der südamerikanischen Arbeiter und Kulis, die in Bergwerken, auf Ölfeldern und auf Plantagen oft unter den unmenschlichsten Bedingung schuften müssen. Er wird dauern, bis England völlig besiegt ist oder — bis die Unterdrückten ihm ein Ende setzen.

Regierungskunst

Der Stahlhelmtag vom Anfang Juni oder vielmehr seine Genehmigung hat eine nicht uninteressante Vorgeschichte gehabt, wenn der dortmunder „Generalanzeiger" nicht falsch berichtet ist. Er meldet darüber folgendes:

Der preußische Ministerpräsident Braun habe die „feste Absicht" gehabt, die provokatorische Tagung, von der man keine günstigen politischen Auswirkungen erhoffen durfte, zu verbieten. Der Reichskanzler sei mit dem Verbot einverstanden gewesen. Da aber meldete sich der höhere Wille, wollt sagen: der Wille des Höheren. Der Reichspräsident drohte „in der entschiedensten Form" mit seinem Rücktritt, wenn der Rummel verboten würde. Und siehe da: schon wurde Herrn Seldte freie Bahn gegeben, damit der hohe Herr bei guter Laune blieb.

Der „Generalanzeiger" fragt mit Recht, ob Briand, bevor er in der Kammer erklärte, er glaube sich mit der Reichsregierung einig in der Verurteilung solcher Kundgebungen, nicht von unserem Botschafter Dr. von Hoesch eine entsprechende Versicherung erhalten hatte. Das deutsche Außenministerium hat später nationalsozialistischen Blättern erklärt, Hoesch habe keine Anweisung erhalten, der französischen Regierung das Bedauern der deutschen über die chauvinistischen Reden bei der Parade auszusprechen.

Hat nun von Hoesch sich und uns entschuldigt oder nicht? Wenn ja: hat er's auf Geheiß unserer Regierung getan oder weil er von allein (und: allein) gewußt hat, was sich gehörte? Hat das Außenministerium dem Botschafter den Auftrag gegeben, den Franzosen das deutsche Bedauern auszusprechen, und will das Ministerium das nun nicht wahr haben, weil Hindenburg die Stirne gerunzelt hat? Oder traut es sich nur nicht, vor aufbegehrerischen Nazis zu bekennen, daß es getan hat, was der Anstand erforderte? Was wird in unseren Ministerien eigentlich gespielt? Nach welchen Rezepten regiert man dort herum?

Peng

Noch normal?

Das Wesen der sogenannten Gesinnungspresse besteht darin, daß sie der Gesinnung ihrer Leser schmeicheln muß. Wenn diese Leser, wie die Nazis, zu neun Zehnteln mit Ressentiments angefüllt sind, hat es der Redakteur nicht leicht. Im Abonnement fällt es selbst dem antisemitischen Radikalismus schwer, nicht zu enttäuschen. Wenn einer mit den höchsten Tönen anfängt, schnappt er bald über. Stimmlich, und auch sonst.

Der „Angriff" des Herrn Goebbels ist bereits in diesem Stadium. Er füllt halbe Seiten mit Tiraden, die nicht mehr den Zensor angehen, sondern den Arzt. Den Nervenarzt. Aus der Nummer 126 brüllt es einem zum Beispiel entgegen: „Viehische Totenschändung! Prälat Lichtenberg verhöhnt unsere Gefallenen! ... Das deutschbewußte Berlin steht fassungslos vor einer der niederträchtigsten, der verkommendsten Verhöhnungen, die ihm in seiner langen Leidenszeit geboten worden sind." Man fragt sich bestürzt, was hat dieser Monsignore Lichtenberg verbrochen? Und hört dann, daß er einen Aufruf des Friedensbundes Deutscher Katholiken mit unterzeichnet hat, in dem Karten für den Remarquefilm angeboten werden. Nichts weiter! „Eine solche Verkommenheit", kreischt der „Angriff", „ist noch nicht dagewesen. Das ist die absolute Höhe, das Non plus ultra der moralischen Verpestetheit! Hier lohnt sich kein harmloser Protest mehr, hier muß deutsch geredet werden." Und dann redet das Blatt deutsch. Wenigstens hält es sein besinnungsloses Gekeife für deutsch.

Es wäre töricht, noch weiter darauf einzugehen. Aber man fragt sich: wo stehen wir eigentlich, wenn so was nicht nur möglich ist, sondern sogar als anbrechende deutsche Erneuerung empfunden wird?

K. Berger

Zivilkurasche

Lieber Freund, denk nicht, daß du der einzige seist, der sich mit der Frage abquält: „Was ist zu tun?" So fragen überall zahllose andere, die wie du den Boden unter ihren Füßen wanken fühlen und nirgends festen Grund sehen — oder aber den, den sie sehen, nicht zu betreten wagen, weil zu viele bürgerliche Vorurteile und Voreingenommenheiten sie abhalten.

Viele dieser Menschen sind wie du auf einen Außenposten gestellt: sie sind nicht einfach Intellektuelle, die zwischen Bourgeoisie und Proletariat schwanken und sich über diesen gräßlichen Zwiespalt in nächtelangen Diskussionen mit gleichermaßen Gespaltenen auseinandersetzen können, sondern sie sind als Einzelne unter die unbeweglich träge Masse trister Kleinstädter und in verstockten, verfilzten, verholzten religiösen und politischen Vorstellungen dahinwuchernden Bauerntums verpflanzt. Ihr Lehrer, Beamten, Leute mit freien Berufen — ihr unter das unaufgeklärte Volk verschlagenen Intellektuellen seid alle in der selben Lage. Euere Situation ist die gleiche, aber euere Rolle hängt von jedem Einzelnen von euch selbst ab.

Ihr könnt euch wehmütig resigniert auf die Pflege euerer Ideale beschränken, die Faust im Sack ballen, wenn euch der Unverstand und die sture Bosheit der stumpfen, unbeweglichen Menge empört, und euch von der rosigen Hoffnung nähren, daß es einmal, eines Tages, anders werden und daß irgendwann irgendeiner euerer Nachkommen oder Nachfolger in einer besser eingerichteten Welt glücklicher leben wird als ihr. Das könnt ihr: dann seid ihr verlorene Posten und verlorene Positionen. Ihr müßt euerer Umwelt erliegen, ihr werdet besiegt, ihr seid ohne Erfolg und geht vorbei wie der Wind. Und mit euch geht die vorgeschobene Stellung an den Feind verloren.

Oder aber: ihr resigniert nicht. Ihr sucht euere Einsamkeit zu durchbrechen, indem ihr Genossen werbt. Ihr beweist Zivilkurasche. Ihr nehmt Stellung — nicht blindwütend und jähsinnig, sondern überlegt, zielbewußt, indem ihr euere Methoden auf den Gegner, nämlich die Gleichgültigkeit und Feindseligkeit der konservativen, reaktionären Umwelt, einstellt. Ihr vertretet euere Ansicht; ihr unterstützt diejenigen, die aus irgendeinem aktuellen Anlaß durch eigene selbständige, kritische, der herkömmlichen Moral entgegenstehende Stellungnahme oder Handlungsweise in Konflikt mit ihrer Umgebung gekommen sind. Ihr Intellektuelle könnt nicht ohne weiteres ins Lager der Proletarier übergehen: euere Lebenshaltung, euer Denken, euere Art zu fechten sind nicht so leicht mit der des Arbeiters in Einklang zu bringen. Ihr seid auf lange hinaus dazu verurteilt, als Abtrünnige und Verräter an euerer Klasse allein zu kämpfen, ein bißchen freibeuterisch und franktireurmäßig. Es ist bei weitem leichter, einer Klasse anzugehören, als zwischen den Klassen zu stehen. Aber ihr müßt das halt zunächst auf euch nehmen. Bevor ihr euch dem Proletariat mit Nutzen anschließen könnt, müßt ihr den Schritt zum Marxismus ganz getan haben. Ihr habt es dabei nicht so leicht wie der Prolet; denn ihr müßt, um Marxisten zu werden, erst eine ganze Weltanschauung, ein ausgebautes Gedankensystem in euch überwinden.

Tut zunächst also das eine: beweist Zivilkurasche! Ihr sollt euch nicht als Hans Dampf in allen Gassen zeigen; aber wo in euerem kleinen Bereich (sei's Familie, Beruf, Gemeinde oder wo sonst) die Möglichkeit einer Stellungnahme besteht, da bekennt Farbe. Macht nicht die Verfemung unehelicher Mütter mit, bekennt euch offen als Gegner der Todesstrafe, des Krieges, des § 218, verteidigt jedem dummen oder gehässigen Angriff gegenüber den Aufbau in der Sowjet-Union, haltet mit euerer Ansicht über die Religion nicht hinter dem Berge. Riskiert es, euch um einer prinzipiellen Frage willen zu isolieren; sorgt dafür, daß die Menschen ein Bild von euch bekommen, daß sie die neue Haltung gegenüber dem Leben, vor deren Kenntnis Kirche und Presse sie sorgfältig schützen, irgendwo verkörpert finden. Stänkert nicht, laßt euch nicht in Rage bringen, sondern zeigt ohne Auftrumpfen, mit unerschütterlicher und unbombastischer Selbstverständlichkeit, daß ihr anders denkt als die kompakte Masse der übrigen.

Bekennt! Sprecht aus, wie ihr über Erziehung, Schule, Staat, über Familie und Ehe, über soziale Gerechtigkeit denkt. Seid an der Seite der Arbeiter zu finden, wenn sie bei euch einen geistigen Kampf durchfechten. (Zu verlangen, daß ihr auch bei anderen, bei materielleren, körperlichen Auseinandersetzungen schon mittut, wäre vielleicht falsch: der Sache ist nicht dadurch gedient, daß das Land und die Kleinstadt von aktiven, aufklärenden, aufrüttelnden Lehrern, Beamten, Anwälten usw. gereinigt wird.)

Sucht Kameraden, die wie ihr denken; erarbeitet euch gemeinsam politische Plattformen, beratet, handelt gemeinsam. Bildet Zellen. Als Einzelne seid ihr Vorposten; bildet Zellen, und ihr seid Vortrupps. Unterstützt die Arbeiterorganisationen durch Geld, Übernahme von Bildungsvorträgen, Abnahme von Zeitungen, Broschüren und Büchern. Nehmt Fühlung mit den Arbeitern. Unterstützt die Rote Hilfe und die Internationale Arbeiterhilfe. Und lernt Marxismus: lest Marx, Engels, Lenin.

Nicht das ist wichtig, daß ihr offiziell aus einem Verein in eine andere Vereinigung übertretet, sondern daß ihr euch in die revolutionäre Front einreiht, da, wo ihr nach dem jeweiligen Stand euerer politischen Überzeugung und euerer theoretischen Erkenntnis, nach euerer praktischen Eignung und euerer sozialen Stellung am richtigen Platz seid. Könnt ihr — aus äußeren oder inneren Gründen, gleichviel! — noch nicht oder überhaupt nicht Kommunisten werden, so werdet euerer Überzeugung getreu Kämpfer, die freiwillig, unter freiwilliger Anpassung an die Notwendigkeiten des Kampfes, auf der Seite des Proletariats streiten.

Max Barth

Kurioses aus Baden

Sonderbare Dinge geschehen im badischen Ländle. Dort herrschte seit Olims Zeiten, also seit dem Bestehen der Republik, eine Koalition, die ursprünglich eine sogenannte Weimarer war, sich aber seit 1929 nur noch auf das Zentrum und die Sozialdemokraten beschränkte, weil man es verstanden hatte, die Demokraten von der Beteiligung abzuschrecken. Die merkwürdige Paarung aus Schwarz und Rot, pardon: Rosarot, verrichtete ihre bescheidenen Geschäfte still und friedlich; von weitem sah es gar nicht danach aus, als habe man ein Brüderpaar vor sich: wie aus einem Guß taten die siamesischen Zwillinge ihr lobenswertes Werk.

Indessen zeigt sich nun, daß auch Zwillingsbrüder, und wären sie gleich auf Gedeih (des einen) und Verderb (des anderen) aneinandergewachsen, eine recht verschiedene Entwicklung durchmachen können. Denn mit der Zeit hat sich das anfänglich recht umgängliche Zentrum zu kraftvoller Eigenwilligkeit durchgerungen: dem starken Zug der Zeit folgend, ist es mehr und mehr reaktionär geworden, und seiner Kraft bewußt hat es nun dem kleinen und schwächlichen rötlichen Bruder das Zugeständnis abgezwackt, eine Firma „Große Koalition" aufzumachen.

Und wie sieht sich die Sache nun an? Da die Demokraten an ihrer Forderung festhielten, das Kultusministerium, das sie bis 1929 innehatten, zu behalten, das Zentrum aber ebenso heftig diesen wichtigen Posten für sich reklamierte, wurde die Große Koalition ein Gegenstück der kleinen „Weimarer": man nahm die Volkspartei hinein und ließ die schmollenden Demokraten draußen. Die Sozialdemokraten übernahmen das Innenministerium, ein Volksparteiler wurde Finanzminister, und die beiden wichtigen kulturellen Posten: das Unterrichtsministerium und die Justiz besetzten Zentrumsmänner.

Eine Regierung aus zwei reaktionären Parteien und einer Arbeiterpartei — wer ist da der Dumme? Durch die Hereinnahme der Volksparteiler in die Regierung haben die Sozialdemokraten nicht nur das Verhältnis der Parteien, die nun zusammenarbeiten sollen, zu ihren Ungunsten geändert, sondern auch im Landtag der reaktionären Abteilung des Regierungsblocks ein größeres Übergewicht über sich selbst verschafft. Sie nennen das Politik. Drum grüß ich dich, mein Badnerland, Badnerland ...!

Mara Bu

Die beiden Thyssen

Der Bergwerksdirektor August Thyssen hat sich, wie die „Tat" zu erzählen weiß, eine Sammlung von Gemälden alter Meister angelegt, deren Wert auf 20 Millionen Mark geschätzt wird. Außerdem soll er sich kürzlich eine vergoldete Badewanne gekauft haben.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" hat der seit sieben Jahren arbeitslose 52jährige Bergmann Thyssen in Quedrat bei Köln zwei von seinen sieben Kindern getötet, dann sein Haus angezündet und sich selber erhängt.

ein vorschlag

schule — sprache — wortgesicht

von e. w. s. stuart

was ich schreiben möchte, gäbe ein buch. was ich schreibe ist auszug, bruchteil.

schule — was an und in ihr wäre besser zu machen? im vordergrunde stehe die volksschule. darüber herrscht wohl kein zweifel, daß sie leistungsfähiger gestaltet werden sollte; so leistungsfähig, daß der aus ihr entlassene den an ihn gestellten anforderungen genügen kann.

bis jetzt ist's doch so, daß auf die grundschule (1.—4. schuljahr) eine oberstufe (5.—8. schuljahr) gesetzt ist. wer eine höhere schule besuchen will, muß nach durchlaufen der grundschule aus der volksschule austreten. weiter besteht die möglichkeit, nach dem 6. schuljahr in eine aufbauschule aufgenommen zu werden. die höheren schulen führen zur mittleren reife und zur reife (abitur). daran schließt sich die hochschule. dieser aufbau ist nach meiner ansicht nicht zweckmäßig.

einem großteil der berufe genügt die volksschulbildung nicht, er verlangt die mittlere reife oder gar die primareife. dieses verlangen wirkt unsozial. wer aus irgendeinem grunde keine höhere schule besuchen konnte, dem ist der und jener beruf verschlossen. um diese gefahr nicht vor augen haben zu müssen, besucht jeder nach möglichkeit eine höhere schule, verlangt dafür bevorzugt zu werden und dann kommen die klagen. einerseits niedere durchschnittsleistung der volksschule, da alles einigermaßen „vermögende" abgewandert ist; anderseits überangebot „studierter".

wie wäre es, wenn man auf die gut ausgebaute grundstufe eine 5jährige oberstufe aufsetzen würde? diese müßte dann so ausgebaut werden, daß die leistung am ende der schulzeit dazu angetan wäre, einen großteil der berufe zufrieden zu stellen. es wäre von schule und wirtschaft festzulegen, für welche berufe vernünftigerweise die 9jährige schulzeit mit ausgebautem unterricht als genügend zu erachten ist.

jetzt erst, also nachdem der volksschulbesuch beendet ist, dürften die unterste klasse der höheren schule und die fachschule anschließen. dadurch wäre es jedem möglich, einen beruf nach maßgabe seines könnens zu ergreifen. wer einen beruf erlernen möchte, für den die volksschulbildung ausreicht, der kann es tun. wer mehr praktische schulung braucht, könnte die fachschule besuchen. wer das zeug zu einem geistigen beruf besitzt, dem dürfte es jetzt weitaus eher möglich sein, die höhere schule zu besuchen.

+

der jetzige schulaufbau umfaßt vom eintritt in die volksschule bis zur primareife 13 jahre, mein vorschlag sieht 14 jahre vor. dem neuen aufbau entspricht auch ein anderer ausbau. es wäre verschiedenes in die volksschule hereinzunehmen, was bisher der höheren schule vorbehalten war — nicht alles. ferner müßte vieles hinausgeschmissen werden, was nicht unbedingt wissens- und könnenswert ist. der leser möge einmal selbst umschau halten, was da alles in frage käme. ich will den weg — ganz kurz nur — für ein fach aufzeigen: für die sprache.

man unterscheidet: sprachlehre (satz- und wortlehre, rechtschreiben), lesen (literatur, vortrag), aufsatz, schönschreiben. so steht's wenigstens in meinen zeugnissen.

schönschreiben, welche plage! haar-, flammen-, schlangen-, keilstriche und weiß kuckucks was alles verlangt man schon vom erstklässler. wer schreibt diese schrift im späteren leben? niemand! weg damit! her mit einer schrift, die die grundformen gibt, die jedes kind leicht auffaßt, die jeder nach seiner eigenart ausbauen kann. ich glaube, daß das nächste geschlecht sich über diesen wunsch wundern wird. schreibmaschine! man wird dann wahrscheinlich nur noch die kleinen lateinischen buchstaben erlernen.

aufsatz: da könnte ich es selbst mit unseren s.-z.-lesern verderben. wirr und gegenteilig sind die meinungen, was unter aufsatz zu verstehen sei. wenn wir ihn als aufschreibung von erlebtem, gehörtem, gebotenem, gelesenem, erfahrenem auffassen, kurz, von wissen, daß aus erfahrung und umgang stammt, dann könnte manches drum und dran des aufsatzunterrichts über bord geworfen werden.

über lesen möchte ich nicht viele Worte machen. auch hier scheint mir einiges entbehrlich. in erster Linie das bibellesen mit seinem kauderwelschen deutsch. eine ähnliche auffassung hege ich vom fremdsprachlichen unterricht.

+

eine veränderung des wortantlitzes habe ich schon immer vorgenommen. ich kann keiner wortart das recht zuerkennen, daß sie mehr wäre als eine andere. hat die großschreibung berechtigung, weil sie angeblich abwechslung, seele in das geschriebene bringt? soll die großschreibung bleiben, weil man's gewohnt ist? die alten schreiben tal noch mit h und vorräthig. uns jungen kommt das ungewohnt vor. wenigstens ging es mir so, als ich vor jahren in heidelberg am bismarckplatz auf einem wegweiser neckartal mit h stehen sah und kürzlich feststellen konnte, daß die tafel, auf der „vorräthige" eintrittskarten steht, immer noch links vom eingang zum badischen landestheater in karlsruhe hängt. genug, wir schreiben vorweg alles klein. die hälfte der arbeit des rechtschreibunterrichts ist erledigt. ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen vorteilen.

und dann werfen wir aus dem wortbild all das hinaus, was nicht zu hören ist. ich nähme keine rücksicht auf das geschichtlich gewordene? im sonstigen leben wählt man das beste, billigste, vernünftigste. ich halte es nicht für zuviel verlangt, wenn ich alle unhörbaren h aus dem wortbild weghaben möchte, ebenso q, v und x, vielleicht auch den j und y, und wie steht's mit c und ch, wo k genügt? eine weitere erleichterung: der tz könnte verschwinden mitsamt der übertriebenen dehnung und schärfung. warum aa: paar—rar, ee: seele—selig, oo: moor — tor? warum nicht: libe (die „himmelsmacht") und lipe (fluß)? warum sehr—der? warum nicht stât—stat (ländervereinigung—große siedlung)?

außer der kleinschreibung möchte ich wünschen, daß man die satzzeichen nicht mehr so häufig verwende. ich glaube, ich würde auch verstanden werden, wenn ich hundert zeichen weniger gesetzt hätte.

liber leser, denk dir auch die anderen schulfächer in der weise durchgefürt und von unnötigem befreit, dann hast du einen teil dessen was mir forschwebt. glaubst du daß man meinem forschlag zustimmen kann?

Der Freiherr vom Stein

Dem Freiherrn vom Stein sind bei der 100. Wiederkehr seines Todestags (29. Juni) von Festrednern und Artikelschreibern alle möglichen Tugenden nachgerühmt worden. Die Nationalsozialisten betrachten ihn als einen Vorkämpfer des fascistischen Ständestaates, die Regierungs-Republikaner sehen in ihm den Monarchen-Feind, die Sozialdemokraten preisen an ihm, daß er den selben „guten Kampf ... gegen Kastendünkel und Klassenselbstsucht" gekämpft habe wie sie heute (Hermann Wendel in der SPD-Presse). Daß die mit Steins Namen verknüpften Reformen (Bauernbefreiung, Militärreform und städtische Reform) nur unzulänglich durchgeführt wurden, wird meist dem Widerstand seiner Gegner, der Junker und Bürokraten, zugeschrieben. In Wirklichkeit ist das zu einem guten Teil die Schuld Steins selber, der seinem Charakter nach ein Konservativer und häufig sehr reaktionär war; das zeigte sich vor allem in seiner Stellung zur französischen Revolution, die damals ein ähnlicher Prüf-

Russischer Städtebau

Ernst May, ehemals Stadtbaurat in Frankfurt a. M., jetzt Städtebauer in Sowjet-Rußland, hat während eines kurzen Aufenthalts in Deutschland in Frankfurt über den „Bau sozialistischer Städte in der USSR" gesprochen. Hier einige Gedanken aus seinem Vortrag.

◆

Der sozialistische Städtebauer will sowohl die Zusammendrängung der Massen in Riesenstädten als auch die Isolierung der Menschen in abgeschiedenen Dörfern vermeiden (schon das kommunistische Manifest hat die Aufhebung des Unterschieds von Stadt und Land gefordert, und Lenin hat diese Forderung nachdrücklich wiederholt). Deshalb wird in USSR beim Bau von neuen Städten nur mit 120 000—150 000 Einwohnern gerechnet. Da man auf die Bodenpreise keine Rücksicht zu nehmen braucht, sind bei der Planung nur die Gesetze der Sozialhygiene und einer (richtig verstandenen) Wirtschaftlichkeit maßgebend.

◆

Bei der Gliederung der Städte muß vor allem die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Mehrzahl der Frauen berufstätig sind. Diesen Frauen muß die Arbeit der Familienernährung und der Kindererziehung abgenommen werden. Also: Schaffung von Speiseanstalten, die einen kleinen Bezirk versorgen, Kindererziehung in Krippen und Kindergärten, wo die Kinder sich entweder dauernd oder nur während der Arbeitszeit ihrer Mütter aufhalten.

◆

Es werden drei Häusertypen unterschieden: das Individualhaus, das Kollektivhaus und das Kommunehaus. In den Kommunehäusern werden 400—800 Menschen untergebracht, meist Junggesellen und kinderlose Eheppare; außer einem Zimmer ist den Bewohnern alles gemeinsam: Speisesaal, Klubraum usw. Die Kollektivhäuser haben zwar Einzelwohnungen, aber keine Einzelküchen; die Bewohner werden von einer Gruppenküche versorgt. Das Individualhaus herrscht vor; in zwei von May entworfenen Städten z. B. (Magnitogorsk und Usnietzk) sollen 75 Prozent der Bevölkerung in Individualhäusern, 25 Prozent in Kommunehäusern untergebracht werden.

◆

In der Hauptsache werden zwei Stadttypen ausgeführt: die Trabanten-Stadt und die Band-Stadt. Die Trabanten-Stadt gruppiert sich ringförmig um ein Kulturzentrum; die Bandstadt dagegen verläuft parallel den Industriebetrieben, von denen es durch einen Grünstreifen getrennt ist. Als Beispiele für diesen Stadttyp hat Ernst May die von ihm entworfenen Pläne für Magnitogorsk und Usnietzk vorgeführt. Der Wohnbezirk wird in „Quartale" (8—10 000 Einwohner) zusammengefaßt. Zwischen den Quartalen befinden sich, wie zwischen Wohn- und Industriebezirk, Grünstreifen (manchmal bis zu 250 m breit), innerhalb deren die Schulen errichtet werden. Jedes Quartal hat ein Versorgungszentrum, einen Sportplatz und ein Kulturzentrum mit Klub- und Kommunehaus. Unmittelbar an dem Grüngürtel, der die Wohnzone von den Industriebetrieben trennt, liegen die Hochschulen und die technischen Schulen, so daß die Studierenden in dauernder unmittelbarer Verbindung mit der Praxis stehen.

◆

Die Baukosten einer sozialistischen Stadt berechnet May mit 1000—1400 Mark pro Kopf der Bevölkerung.

Ernst Jacobs

Das russische Wunder

1914 konnten in Rußland 33 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben; 1930 waren es bereits 62,6 Prozent; 1929/1930 erhielten 10,5 Millionen Analfabeten ihre ersten Unterrichtskurse; bis 1930 sind 42 500 neue Schulen eingerichtet worden.

In der laufenden Bausaison sollen im Leningrader Gebiet 205 neue Schulen (Elementar-, Fach- und Dorfschulen) erbaut werden.

Fast alle in der Sowjetunion lebenden orientalischen Nationalitäten haben jetzt die Lateinschrift eingeführt.

Die russische Flugzeugfabrik Zagi baut ein neues Großflugzeug für 32 Passagiere aus rein russischem Material.

In diesem Frühjahr ist die mit Getreide angesäte Fläche in Rußland 10 Millionen Hektar größer gewesen als 1930.

Bernard Shaw wird in diesem Sommer mit einer Gruppe von englischen Gelehrten Rußland bereisen.

Rache ist süss

Die berliner Polizei hat einen Verlust erlitten: einer ihrer Beamten namens Kuhfeld ist bei einem Zusammenstoß mit jenem Volk, dessen Daseinszweck zum Teil darin besteht, den Kugeln tapferer Polizisten ein gutes Ziel zu bieten, tödlich verwundet worden. Wie der Hergang im einzelnen war, ist wohl nicht ganz klarzustellen. Die Bürgerpresse macht sich's, mit gewohnter Fingerfertigkeit und Wahrheitsliebe, leicht, indem sie berichtet, daß die Polizisten von den zusammengerotteten Kommunisten zuerst beschossen wurden. Die Erfahrung mit anderen derartigen Ereignissen spricht allerdings nicht gerade für diese Lesart. So locker wie den Polizisten sitzen den Arbeitern in der Regel die Revolver nicht. Es gibt auch Zeugen, die behaupten, der Polizeibeamte sei ins Feuer seiner eigenen Leute geraten und von einer Polizeikugel getötet worden; bei den 17 festgenommenen Demonstranten sind jedenfalls keine Waffen gefunden worden.

Der Tod des Polizeibeamten wird nicht ungerochen bleiben. Zunächst wurden einmal 12 Personen festgenommen; die wird der Richter wohl nicht mit Samthandschuhen anfassen. Außerdem aber hat der Polizeivizepräsident Weiß an Stelle des in Urlaub befindlichen Grzesinski das geplante kommunistische Sportfest, die Spartakiade, verboten. Welcher Zusammenhang zwischen dem Berufstod eines Polizisten und den Freiübungen der Kommunisten besteht, ist jedem Nichtpolizistenhirn schleierhaft. Der einzige Grund für das Verbot ist vermutlich die Tatsache, daß die durch Kuhfelds Tod beleidigte Polizei die Macht hat, durch eigene Initiative das herbeizuführen, was sie für eine „Sühne" halten mag. Kurzum: das sinnlose, unbegründete Verbot der Spartakiade ist einfach ein Racheakt.

Übrigens schlägt die berliner Polizei mit dieser Maßnahme gleich drei Fliegen auf ein Mal. Erstens zahlt sie's den verfluchten Kommunisten heim. Zweitens bekommt sie bei Herrn Dr. Wirth, der die Spartakiade ohnehin verboten wissen wollte, eine gute Nummer. Drittens tut sie das Ihre in dem zurzeit im Gang befindlichen Unterdrückungskampf gegen die KPD.

Jack

Die Rote Hilfe zählte in Deutschland in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juni dieses Jahres 48 von der Polizei oder Reaktion getötete Arbeiter. Vom 1. bis 16. Juni wurden 1650 Arbeiter verhaftet; die Zahl der angeklagten Arbeiter beträgt zurzeit rund 30 000; rund 5000 sitzen bereits in den Gefängnissen.

Streiks und Krise

Durch Streiks und Aussperrungen sind in Deutschland von 1899—1913 im Jahresdurchschnitt 2,11 Millionen Arbeitstage verloren gegangen, 1928: 4,87 Millionen, 1929: 1,09 Millionen, 1930: 840 000 Arbeitstage.

Bei jeweils 100 durch Streiks verlorengegangenen Arbeitstagen sieht der Erfolg so aus:

	1928	1929	1930
Voller Erfolg	15,5	14,7	2,1
Teilweiser Erfolg	80,6	54,0	31,9
Kein Erfolg	3,9	31,3	66,0

Unanprobiert

Was man heute gewissen „Gläubigen" bieten darf, zeigt folgendes Geschichtchen auf einem evangelischen Abreißkalender, das dem Buch „Erfahrungen eines von Gott Berufenen" von Gotthilf Eyrich entnommen ist. Dem Verfasser sagte eines Tages seine Frau: „Unser Helmut sollte notwendig Schuhe und Elisabeth neue Strümpfe haben." Ich erwiderte: „Wenn sie die unbedingt brauchen, dann bekommen sie sie auch. Seitdem der Herr mich in seinen Dienst berufen, hat er auch die Versorgung meiner Familie übernommen." Am andern Morgen brachte der Postbote ein Paket. Was enthielt es? Allerlei nützliche Dinge ... u. a. auch die gewünschten Schuhe und Strümpfe ... Meine Frau wunderte sich besonders darüber, daß die Sachen so gut paßten ... „Ja", sagte ich, „wir brauchen dem Heiland nicht erst die Größennummer sagen. Was er schickt, das paßt unanprobiert ..."

Ein katholischer Aktionär

Im Mai hat die „Katholische Aktion" von Herrn Severing für Preußen strenge Polizeimaßnahmen gefordert gegen die angeblich überhand nehmende Unsitte im Straßenbild. Herr Severing hat sich ein paar Wochen geziert, aber jetzt hat er einen Runderlaß an die Polizeibehörden hinausgegeben, in dem die ganze Ideologie der kirchlichen Sittlichkeitsschnüffler fröhliche Auferstehung feiert. Besser hätte das kein katholischer Minister machen können.

Eingeschritten soll werden gegen Buchhandlungen und Straßenhändler, die bei der Kundenwerbung hauptsächlich Bücher erotischen und sexuellen Inhalts in den Vordergrund schieben und vor allem solche Schriften herausstellen, die auf dem Titelbild nackte Menschen zeigen. Ferner soll gegen Vergnügungsstätten vorgegangen werden, die zum Anlocken der Kundschaft Nacktabbildungen ausstellen. „Diese Art der Auslage", sagt Herr Severing, „läßt die plumpe Spekulation auf sexuellen Sinnenreiz aus krassem Geschäftsinteresse erkennen. Gerade vom Standpunkt rechten Dienstes am Volke und echter Kunst muß solchen Mißständen entgegengetreten werden."

Es mag dahingestellt bleiben, was Herr Severing unter „echter Kunst" versteht (die Meinungen sind darüber bekanntlich sehr geteilt — und die Geschmäcker außerdem verschieden) und wieviel Prozent Sinnenreiz (sublimierten natürlich!) er ihr als wackerer Bundesgenosse des Zentrums zugesteht — fest steht, daß ihm nackte Abbildungen deswegen mißfallen, weil sie das Straßenbild irritieren, bzw. die Menschen, die darin herumwimmeln, weil sie das in plumper Art tun, und weil krasses Geschäftsinteresse dahintersteckt. Das ist mitnichten der rechte Dienst am Volk, der ja sonst in der Republik durchweg in Reinkultur betrieben wird, und ein solches Verhalten schlägt vor allem dem löblichen Grundsatz ins Gesicht, daß das Beste fürs Volk gerade gut genug ist.

Also polizeiliche Zwangsmaßnahmen! Auf Grund des allerneuesten republikanischen Polizeiverwaltungsgesetzes. Der in die Polizeikluft gesteckte Normalbürger entscheide, wo der Staatsbürger anfängt, sittlich gefährdet zu sein. Da der Religionsunterricht in seinem Bildungsgang eine keineswegs unbeträchtliche Rolle gespielt hat, wird er sich des rechten Wegs und der rechten Entscheidung ja wohl bewußt sein. Wahrscheinlich wird er sich sehr rasch auf Dinge stürzen, die selbst Herrn Severing in schwachen Stunden zwar nicht als „echte Kunst" erscheinen, aber doch irgendwie unbedenklich dünken. Und Herr Severing wird dann vielleicht erkennen, daß es so ziemlich das Törichteste ist, auf diese Weise der „Nackt-Spekulation" entgegentreten zu wollen. Was der Pfaffe verdorben, wird der Schutzmann nicht wieder gut machen. Nicht daß auf so plumpe Art auf sexuelle Sinnenreize ausgegangen wird, ist das Übel, sondern daß man es überhaupt kann. Statt das Straßenbild zu reinigen, sollte man lieber die Köpfe ausputzen. Es wäre nötiger und wirksamer. Man rückt einer versetzten Erotik nicht dadurch auf den Leib, daß man ihre Reklame dezenter gestaltet, aber bestimmt dadurch, daß man die Erziehung den Händen jener entwindet, auf deren Anregung Herr Severing diesen Polizeierlaß von sich gegeben hat.

Aber hinter solchen Erlassen spukt noch was anderes: nämlich eine übertriebene Vorstellung von der Gefährlichkeit des „Lasters", das sich da anbietet — und eine Unterschätzung der gesunden Sinnlichkeit, die Gott sei Dank trotz zweitausend Jahren Christentum noch da ist. Wer schon einen Blick in jene mit nackten Gestalten versehenen Schriften geworfen hat, weiß, daß gerade diejenigen unter ihnen, die eindeutig auf Sinnenreiz ausgehen, weit hinter der Normalfantasie eines Gymnasiasten zurückbleiben, und wer die Darbietungen gewisser Vergnügungsstätten kennt, der wird wahrscheinlich meist deshalb polizeiliches Vorgehen wünschen, weil die verlockenden Auslagen in unreeller Weise mehr versprechen, als in Wirklichkeit gehalten wird.

Sie sind auf dem Holzweg, Herr Severing, wenn Sie dieser Art im Fahrwasser des Zentrums segeln!

hm

In der amtlichen Schätzung der deutschen Zahlungsbilanz für 1930 verbleibt im Endergebnis „ein nicht aufgliederbarer und nicht aufgeklärter Saldo von 923 Millionen Mark. ... Es handelt sich dabei vermutlich in der Hauptsache um das ziffernmäßige Spiegelbild der Kapitalflucht." (Nach der „Frankfurter Zeitung".)

---

stein für die politische Haltung eines Menschen war wie heute die russische Revolution. In seinen späteren Jahren, als er ein ländliches und städtisches Proletariat entstehen sah, hat er die Bauernbefreiung und die Lockerung der Zünfte, seine eigenen Reformen, die eine Vorbedingung für die Entfaltung des Kapitalismus waren, beklagt. Eine wohl im ganzen richtige und gerechte Schilderung Steins hat ein Sozialdemokrat gegeben, der nicht nur gegen Klassenselbstsucht, sondern für die Aufhebung der Klassen überhaupt kämpfte: Franz Mehring, und zwar in einigen Artikeln, die 1912 in der „Neuen Zeit" erschienen sind und jetzt in Band 4 von Mehrings „Gesammelten Schriften" vorliegen. Als Gegengewicht gegen die üblichen Hymnus-Artikel sind hier einige Sätze Mehrings abgedruckt.

D. Red.

Karl Freiherr vom Stein gehörte dem reichsunmittelbaren Adel an, dessen Überlieferungen in ihm lebendig blieben, auf ein wie winziges Maß die Besitztümer seiner Familie auch zusammengeschrumpft waren. Aus dem Nassauischen stammend, hatte er zwar schon in jungen Jahren preußische Dienste genommen, aber seine amtliche Tätigkeit hatte ihn bis zum Jahre 1804, wo er ins Ministerium berufen wurde, an die westlichen Landesteile des Staates gefesselt, deren höhere Kultur und industrielle Entwicklung dem berliner „Regierungsmischmasch von Despotismus, Bürokratie und Feudalismus", wie Marx das friderizianische System einmal genannt hat, einen starken Wall entgegensetzten. Hier hatten die Stände noch eine gewisse Macht, und mittelalterliche Überbleibsel, wie sie waren, wurden sie doch durch die Interessen der Industrie vom Hauche einer neuen Zeit berührt.

Soweit man von einer Weltanschauung Steins überhaupt sprechen kann, war ihr Kern die Wiederbelebung mittelalterlicher Korporativbildungen auf moderner Grundlage. Über den ständischen Staat ist er nie hinausgekommen, und nichts ist verkehrter, als wenn ihn der heutige Liberalismus zu seinen Heiligen zählt. Adel, Bauern und Bürger waren als historische Stände für Stein die Grundfesten auch des modernen Staates; er wollte sie reformieren, aber nicht aufheben. Was unter diesen Ständen sich bewegte, die Häusler und Taglöhner auf dem Lande, die Gesellen und Fabrikarbeiter in den Städten, das kümmerte ihn nicht; es war für ihn eigentum- und heimatloser, durch Haß und Neid verzehrter Pöbel.

Das Ziel, dem Stein sein Leben widmete, war eine Utopie, und wenn man seine Kundgebungen mustert, so stößt man auf die unheilbarsten Widersprüche ...

Wenn es schwer zu sagen ist, was er eigentlich wollte, so ist wenigstens leicht zu erkennen, was er nicht wollte.

Einmal war er weit hinaus über die verbohrte Wirtschaftspolitik des friderizianischen Staates. Gehörte es zu dessen ehrwürdigsten Überlieferungen, die Landstraßen verfallen zu lassen, um den Feinden den Einmarsch ins Land zu erschweren und fremde Reisende möglichst lange ausbeuten zu können, so setzte Stein den Bau von Chausseen durch. Er kämpfte energisch gegen die Erdrosselung der Städte durch die Akzise und bemühte sich in seinem Wirkungskreis, freiere Bahn für Handel und Gewerbe zu schaffen.

Aber noch feindseliger als gegen den friderizianischen Staat stellte sich Stein gegen die französische Revolution. Ihr gegenüber bewies er eine kurzsichtige Verblendung, die kein ostelbischer Junker übertreffen konnte oder je übertroffen hat. Er beschützte die adligen Emigranten, die sich am Rhein gesammelt hatten, um im Bunde mit dem Landesfeind ihr Vaterland zu verraten; ja Stein ging so weit, diesem ruchlosen Gesindel die Einrichtung einer besonderen Post zwischen Hamm und Köln nachzusehen, was ihm sogar eine scharfe Rüge des Königs eintrug, der den Emigranten doch nichts weniger als abhold war. Für die ökonomischen Ursachen der französischen Revolution hat Stein nie einen Blick gehabt; er schrieb ihren Ausbruch einem verderblichen „Zeitgeist" zu und hat noch im Jahre 1814 nicht unwesentlich zur Restauration der Bourbonen beigetragen, die, wie er meinte, ihren Thron noch immer rechtlich besäßen; durch die Hinrichtung Ludwigs XVI. hätte sich die französische Nation zur sündhaftesten von allen gemacht. Was Stein allein an der französischen Revolution lobte und sogar bewunderte, war die unvergleichliche Energie, womit der Wohlfahrtsausschuß Heere aus dem Boden stampfte, um das Vaterland zu verteidigen. Das kennzeichnet am treffendsten den Mann.

Von den Zeitgenossen Steins hat vielleicht der mit ihm nahe befreundete Alexander von Humboldt das abgewogenste und feinste Urteil über ihn gefällt, indem er schrieb: „Stein war ein Mann der raschen Tat, mächtig an Willenskraft, voll Scharfblick im einzelnen, meist wie durch Inspiration; kein Staatsmann, aber viel Edles schaffend und veranlassend, sehr beschränkt im Freiheitssinn und wegen dieser Beschränkung oft im Widerspruch mit sich selbst; unerschütterlich warm der mittelalterlichen Mythe ergeben, die er sich von deutscher Freiheit, nicht im Volksleben, sondern in ständischen Abstufungen geschaffen; ungebildeter als das Zeitalter, in dem er lebte; rein und edel von Gemüt, bei vielen Ausbrüchen von Heftigkeit und Erbitterung; kein großer Mann, aber oft groß im Handeln, Großes und Freies hervorrufend, um einen Teil des Hervorgerufenen später zu bereuen."

Literatur

Der große Strom. Von Frida Rubiner. Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin. Preis brosch. 3,50 Mark, geb. 5 Mark. — Eine Rußlandreise, die Wolga abwärts von Quelle bis Mündung. Aber nicht um die Ufer der Wolga geht es der Verfasserin, nicht um die Landschaft. Du lernst Rußland kennen. Kein anderes Stück Rußlands könnte einen besseren Querschnitt vermitteln als die Wolgaebene. Ein Gebiet, dreimal so groß als Deutschland, bewohnt von etwa 40 Millionen Menschen, mit bedeutenden Städten: Nishni-Nowgorod, Sormowo (im Bau eine Riesen-Autofabrik, Jahresleistung 100 000 Wagen), Kasan, Samara, Saratow, Stalingrad (im Bau Traktorenfabrik mit einer Jahresproduktion von 50 000 Stück), Astrachan. Ein großer Teil russischer Geschichte — bis zur jüngsten Vergangenheit — hat sich an der Wolga abgespielt. Schauerlich müssen die weißen Garden dort gehaust haben. All das streift das Buch, und immer wieder: das neue Rußland! Aufbau der Landwirtschaft, Aufbau der Industrie, Aufbau des Verkehrsnetzes, Aufbau, Aufbau. Ein großes Land durchglüht von einer großen Idee. Allerdings auch: Schwierigkeiten an allen Ecken! Nichts verschweigt die Verfasserin, und man begreift erst aus ihren Schilderungen die ungeheuren Anstrengungen, die dort gemacht werden zum Aufbau einer neuen, sozialistischen Welt. Man begreift auch die Opfer, die einstweilen noch von allen gemeinsam getragen werden.

Hz. B.

Mein Leben bis zum Kriege. Von Joachim Ringelnatz. Verlag Ernst Rowohlt, Berlin. Preis Leinen gebunden 8,50 Mark. — Diese Selbstdarstellung eines ungemein buntbewegten Lebens ist ein wenig weiter hergeholt als die schon vorher erschienene Fortsetzung „Als Mariner im Weltkrieg" (ebenfalls bei Rowohlt); sie ist deshalb manchmal etwas blasser, aber es ist trotzdem viel von der erstaunlichen Ursprünglichkeit und Vitalität darin, mit der sich Ringelnatz auf seine Weise dem Leben hingibt. Der Ringelnatzverehrer kommt um dieses Buch kaum herum.

m

Gesammelte Schriften und Aufsätze. Von Franz Mehring. Soziologische Verlagsanstalt, Berlin W 8. — Geplant sind 10 Bände. Erschienen sind bis jetzt 4 Bände: I./II. Aufsätze zur Literaturgeschichte von Calderon bis Heine bzw. von Hebbel bis Gorki; III./IV. Aufsätze zur preußischen Geschichte vom Mittelalter bis Jena bzw. von Tilsit bis zur Reichsgründung. Preis jedes Bandes brosch. 6,50 Mark, geb. 8,50 Mark.

Sämtliche Bücher, gleichgültig ob sie hier angezeigt sind oder nicht, können durch den Verlag der S.-Z. bezogen werden. Soweit unsere Kenntnisse reichen, geben wir in literarischen Fragen gerne Auskunft

Kleine Leute henkt man

Der Fremdenlegionär

Das Reichsgericht hat kürzlich den 53jährigen Arbeiter Feldmann zu 5 Jahren Festung verurteilt: wegen Landesverrats. Was hat der Mann begangen? Er war bei Ausbruch des Krieges in der Fremdenlegion, kam dann in ein Internierungslager nach Frankreich und fand sich dort — um den Qualen der Internierung zu entgehen — im September 1918 von neuem zum Dienst in der Fremdenlegion bereit: Landesverrat nach § 88 des Strafgesetzbuches (unter Umständen mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht!). Die Republik, die eine ganze Reihe besserer Herrschaften, die im Krieg auf Seiten Rußlands gegen Deutschland kämpften, ungeschoren ließ, kühlte ihr Mütchen an dem kleinen Mann, der nicht aus finanziellen Gründen, sondern aus Not in den Dienst des Feindes trat. Sie gestand ihm nicht den sogenannten übergesetzlichen Notstand zu, nach dem eine Handlung nicht strafbar ist, wenn sie in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstand zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben begangen worden ist, und verurteilte ihn — 12 Jahre nach Beendigung des Krieges — zu 5 Jahren Festung.

Ein Musketier

Der Musketier Kleff stand im Juli 1918 wegen einer Reihe typischer Kriegsdelikte vor dem Kriegsgericht in Münster. Da man damals unter dem Zwang zum Durchhalten stand, wurden die kleinen Diebstähle und Dienstvergehen als Staatsverbrechen geahndet, und es ergab sich deshalb für Kleff die ansehnliche Gesamtstrafe von zehn Jahren Zuchthaus. Er erhielt zum Beispiel für Diebstahl von 25 Pfund Wurst 2 Jahre Zuchthaus, für Diebstahl eines Kleides 2 Jahre Zuchthaus, wegen Widersetzlichkeit gegenüber einem Vorgesetzten 6 Monate Gefängnis usw. usw.

Von der Strafe hat Kleff drei Jahre vier Monate abgesessen; im Oktober 1921 wurden ihm dann auf Grund einer Amnestie 1½ Jahre erlassen; für den Rest von fünf Jahren und zwei Monaten wurde ihm Straferlaß im Falle einer zehnjährigen Bewährung in Aussicht gestellt. Diese über Gebühr lange Bewährungsfrist ist Kleff zum Verhängnis geworden. Er wurde wegen Diebstahls rückfällig und soll nun ab 10. Oktober dieses Jahres die alte Militärstrafe absitzen. Er soll jetzt im Jahr 1931 dafür büßen, daß der preußische Militarismus im Jahr 1918 nur noch vermittels drakonischer Strafen „durchhalten" konnte.

Der Journalist Hanns Weinberg, der diesen Fall an die Öffentlichkeit brachte, hat beim preußischen Justizminister ein Gnadengesuch eingereicht.

Achtzehn Wanderburschen

In Nauen kamen an einem kalten Regentag im April 45 Wanderburschen auf die Herberge; 20 konnten nur Platz finden; 18 kamen auf den Gedanken, sich an den Bürgermeister der Stadt zu wenden. Sie zogen ordentlich und ohne Lärm von der Herberge zum Rathaus. Dort sahen sie sich unversehens arretiert, und das Amtsgericht Nauen verurteilte sie bald darauf wegen unerlaubter Zusammenrottung zu je drei Monaten Gefängnis. Da sie sich unschuldig fühlten, legten sie Berufung ein. Bis zur Berufungsverhandlung saßen sie nahezu zwei Monate in Untersuchungshaft. Sie wurden auch jetzt wieder verurteilt. Aber nur zu je einer Woche Gefängnis: wegen Veranstaltung eines ungenehmigten Aufzuges. Um endlich wieder frei zu werden, nahmen sie das Urteil an. Nur einer konnte sich auch jetzt noch nicht über das zugefügte Unrecht beruhigen, und zeigte Neigung, Revision einzulegen. Der Vorsitzende machte ihn aber darauf aufmerksam, daß er dann damit rechnen müsse, weiter in Haft zu bleiben. Da nahm er das Urteil notgedrungen an. Arthur Grashoff

---

Vom Schöffengericht Leipzig sind elf Wandervögel auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März zu je drei Monaten Gefängnis (ohne Bewährungsfrist) verurteilt worden, weil sie an Ostern in Viererreihen mit Zupfgeigenmusik in die Stadt Wurzen eingezogen sind.

Peter Kürten ist am 2. Juli in Köln hingerichtet worden.

Die Justiz der kleinen Gruppe nennt man Mord. Den Mord der großen Gruppe Justiz. Walter Rode in: Knöpfe und Vögel

Die höchste Gottheit

Der nordamerikanische Staat Nevada hat seine Wartezeit für Scheidungsanwärter wieder einmal herabgesetzt und versendet unter Hinweis auf diese wichtige Tatsache regelrechte Scheidungsprospekte. Den Staatsgouverneur von Mexiko hat diese Maßnahme nicht schlafen lassen. Er weiß, wie sehr sie den Fremdenverkehr zu fördern geeignet ist; er hat auch selbst erst kürzlich das Scheidungsgeschäft „als blühende Industrie des Landes" bezeichnet. Nunmehr beabsichtigt er, ein Gesetz einzubringen, wonach Scheidungen künftig sogar per Post erteilt werden können.

Es handelt sich zwar hier um das Sakrament der Ehe — aber der Gott des Fremdenverkehrs kann keine andern Götter neben sich haben.

Gedächtnisschwäche

Liebe S.-Z.! Als neueste technische Errungenschaft wird jetzt die „Wasserlandung" des Zeppelins, der fliegenden Wasserstoffgasanstalt mit zwei Warzen, gepriesen. Die Techniker haben scheint's vergessen, daß der alte Graf den Bau seines von Automobilmotoren durch die Luft gezogenen Gasschlauches gerade deshalb an den Bodensee verlegte, weil das Lufrschiff auf festem Boden nicht landen konnte. Es landete anfangs überhaupt nur auf dem Wasser; erst später kam man darauf, daß mit Hilfe von zwei Kompagnien auch auf festem Boden eine Landung möglich ist.

Es scheint nicht nur in der Politik Gedächtnisschwäche zu geben.

E. H.

In drei Zeilen

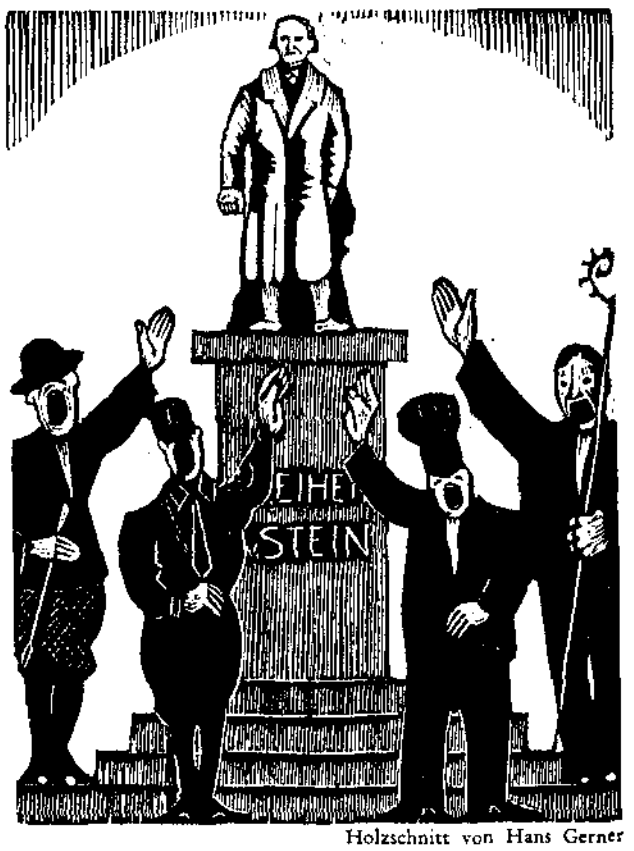
Im Reichshaushaltsplan für 1931 sind für Beamtenbesoldungen (einschließlich Reichswehr) 820 Millionen eingesetzt. Die Reichspost gibt für die Besoldung ihrer Beamten 993 Millionen Mark aus, die Reichsbahn 1,1 Milliarden. Der Besoldungsaufwand der Länder beträgt 1,86 Milliarden, der der Gemeinden 1,77 Milliarden Mark. Gibt zusammen 6,55 Milliarden (einschließlich Ruhe- und Wartegelder 8,395 Milliarden).

Nach einer Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung hat Deutschland zurzeit einen Schuhverbrauch von 1,3 Paar Schuhe pro Person im Jahr.

Die Aktiebolaget Kreuger u. Toll (der schwedische Zündholztrust) verteilt für 1930 dreißig Prozent Dividende.

Im April ist der Benzin-Zoll von 6 auf 10 Mark für 100 kg heraufgesetzt worden, durch die neue Notverordnung von 10 auf 17 Mark. Der Staat rechnet mit einer Mehreinnahme von 75 Millionen Mark. Die einheimischen Benzin-Produzenten (Bergbau, I. G. Farben, Erdölindustrie), die die Notverordnung nicht mit einer Ausgleichssteuer belastet, ziehen aus der Zollerhöhung einen Gewinn von 25 Millionen Mark.

Die Stein-Feiern



Holzschnitt von Hans Gerner

Eine Entdeckung der Wissenschaft

In Hamburg gibt es ein „Institut für Umweltforschung". Dieses Institut hat, wie die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 454) berichtet, eine Untersuchung über das „Duftfeld des Hundes" veröffentlicht, in dem u. a. folgende Ausführungen zu lesen sind:

„Wir stehen, wenn wir einen Hund seine Karte abgeben sehen, unmittelbar einem Hundemerkmal gegenüber und können uns die Frage stellen: Welche Bedeutung kommt diesem Merkmale in der Hundewelt zu?

Um diese Frage zu lösen, haben wir mit zwei Rüden und zwei Hündinnen Versuche im Hamburger Zoologischen Garten angestellt. Auf eigens dafür angefertigten Kartenskizzen wurden bei den täglichen Spaziergängen mit den Hunden im Dezember vergangenen Jahres alle Stellen angemerkt, an denen die Hunde sich erleichterten ...

Die Rüden, die wir anfangs an der Leine führten, bedachten entlang des ganzen Spazierweges fast alle auch unserem Auge kenntlichen optischen Merkmale mit Urin und zeichneten außerdem die Plätze aus, an denen die erwachsene Hündin sich entleert hatte. Um das optische Merkmal vom Geruchsmerkmal deutlich trennen zu können, stellten wir abwaschbare Holzpfosten längs des Weges auf und setzten einen tragbaren Pfosten den Hunden mehrfach vor die Nase. Alle Pfosten wurden ohne weiteres vorgenommen.

Jeder Hund zeigte das Bestreben, längs des Spazierganges die optischen Merkmale mit seinem Urin zu belegen. Dieses Bestreben wurde sehr gesteigert, wenn beide Hunde gemeinsam ausgeführt wurden. Ein Pfosten, der bereits den Eigengeruch des Rüden trug, wurde nicht mehr beachtet.

Wenn ein fremder Rüde vorbeigeführt wurde, lief der ältere von unseren Rüden erst auf ihn zu, um dann umzukehren und das nächste optische Merkmal mit Urin zu belegen. Indem der Rüde die optischen Merkmale seiner Umwelt mit seiner Duftflagge schmückte, grenzte er zugleich einen bestimmten Bezirk als ihm gehörig ab. Je nach ihrem Charakter benehmen sich die Rüden sehr verschieden. Die einen respektieren den Besitzanspruch des Haushundes und geben in dessen Duftfeld kein Wasser ab, während andere rücksichtslos in jedes fremde Duftfeld einbrechen, um überall ihre Duftflaggen aufzupflanzen. Diese Hunde finden sich auch in fremden Gegenden viel leichter zurecht, da sie an der Hand des eigenen Geruches sich nach Hause finden. Es bedeutet daher das Bewässern bei den Rüden die Erklärung eines Besitzanspruches für einen bestimmten Bezirk ...

Ferner hat sich herausgestellt, daß das nach der Wasserabgabe häufig auftretende Scharren mit den Hinterpfoten nicht ein Überbleibsel aus vergangenen Zeiten sein kann, von dem man annahm, daß es zum Verbergen des eigenen Geruchs dienen sollte. Der Hund will im Gegenteil durch das Scharren seinen Geruch weiterverbreiten. Zum Vergraben bedient er sich der Vorderpfoten und der Schnauze.

Wir sehen aus alledem, daß das Wasserlassen der Hunde viel mehr bedeutet als ein bloßer fysiologischer Akt, der ohne Einfluß auf die Umwelt wäre. Es entscheidet über das Mein und Dein in den Hundeumwelten."

Nachdem dieses brennende Problem, warum der Hund „optische Merkmale" mit einer „Duftflagge" schmückt, glücklich gelöst ist, können wir uns ruhig schlafen legen.

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Das Kapital. Von Karl Marx. 2 Bände. Preis je 3,75 Mark.

Lohn, Preis, Profit. Von Karl Marx. 90 Pfennig. — Die Wert- und Mehrwerttheorie von Marx in einfacher Form.

Das kommunistische Manifest. Von Karl Marx und Friedrich Engels. Preis 90 Pfennig.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Preis 1 Mark.

Über Verfassungswesen. Von Ferdinand Lassalle. 90 Pfennig. — Zwei Vorträge Lassalles aus dem Jahre 1862 („Die wahre Verfassung — das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse").

Staat und Revolution. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben Sommer 1917. Enthält u. a.: Was ist Sozialismus: Jedem das Gleiche? oder: Jedem nach seinen Bedürfnissen?

Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben 1920. Untersucht u. a. die Frage: Dürfen revolutionäre Parteien mit andern Parteien Kompromisse schließen?

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung)

Kleinigkeiten

SPD-Redakteure, ihr macht euch in diesen heißen Tagen die Politik etwas leicht: Jubel über das Moratorium, ein paar Worte gegen die Notverordnung, und dann in Wort und Bild tüchtig über die homosexuellen Affären der Nazis hergezogen — ja, wenn der Fascismus auf diese Weise zu besiegen wäre, dann müßte man für euch den Siegerkranz zu winden beginnen.

Deutsche Not. Aus der Nummer 17 der schweizerischen „Metallarbeiterzeitung": „... Das deutsche Kapital macht nach wie vor riesige Gewinne, die aber klug versteckt werden. Der Ausländer erhält einen Begriff, wenn er in Fremdenkurorten die Invasion deutscher Kapitalisten betrachtet, die oft einen Luxus entfalten, der Gästen sogenannter Siegernationen nicht möglich ist. Kein Franzose knallt in unseren Fremdenorten mit den Goldstücken so wie deutsche Kapitalisten."

90×Adolf. Im N.S.-Kurier müht sich einer mit dem Nachweis ab, das von Hitler höchstselbst eingerichtete „Braune Haus" sei mitnichten feudal ausstaffiert. Außer dem Marmor in der Halle, auf dem die Namen der fürs dritte Reich Gefallenen verewigt werden sollen, sei alles sehr einfach. In drei Stockwerken seien neunzig schlichte Arbeitsräume vorhanden: in jedem ein Bild Adolfs und zuweilen eines von Friedrich dem Großen. — Das heißt man für seinen eigenen Ruhm besorgt sein!

Parlamentarische Neuerungen. 1. Der Kölner Oberbürgermeister hat angeordnet, daß im Stadtparlament alle harten Gegenstände von den Pulten der Stadträte entfernt werden. Wasser darf nur noch in Pappbechern serviert werden. 2. Der Oberbürgermeister von Essen hat eine Heulsirene im Sitzungssaal einbauen lassen, mit der er sich auch bei den stärksten Radauszenen durchsetzen kann.

Die Marine wirbt. Im Laufe des Sommers werden Linienschiffe, Kreuzer, Torpedoboote und Minensuchboote der Reichsmarine verschiedene Häfen und Bäder der Ostseeküste anlaufen; die Schiffe werden dann dem Publikum zur Besichtigung freigegeben werden. — Damit es sieht, wohin sein Geld kommt.

Elektrifizierter Sozialismus. Der N.S.-Kurier behauptet in einem Artikel, in dem er seine Leser über den völligen Zusammenbruch des Fünfjahresplans aufklärt, der vollendet blödsinnige Satz, Bolschewismus sei „Sozialismus plus Elektrifizierung", stamme von Lenin. — Leicht daneben geraten.

Offenbarung. Aus einem Inserat: „... Saal wurde bis jetzt f. religiöse Zwecke benützt u. wird am liebsten auch wieder dafür abgegeben, kann aber auch für andere Gewerbe- oder Geschäftszwecke verwendet werden." — Die Sprache oder vielmehr die Schrift kann auch einmal verborgene Gedanken verraten.

Nur kein Neid. Die katholische Zeitschrift „Das neue Reich" empfiehlt für die „Katholische Aktion" u. a. folgende Schrifttexte: Für das Thema: „Die Kämpfer Gottes" Psalm 149, 6—9: „Im Munde Siegeslieder, zweischneidige Schwerter in den Händen: so üben sie Vergeltung an den Heiden und züchtigen die Völker ..."; für das Thema „Gott selber bereitet sich seine Kämpfer vor" Psalm 143, 1: „Gepriesen sei der Herr, mein Gott, der meine Hände übt zum Kampf und meine Faust zum Krieg ..." Der jeden militärischen Klamauk mit Freuden begrüßende evangelische „Reichsbote" (das Blatt der protestantischen Pastoren) bricht ob diesen angriffslustigen Texten in den heuchlerischen Ruf aus: „Wo bleibt hier eigentlich das Christentum?" — Leicht zu erraten: höchstwahrscheinlich dort, wo auch das seinige geblieben ist.

Begehrte Partien. Aus einem Interview mit einer hamburger Heiratsvermittlerin: „... die guten sicheren Gehälter und Pensionen stehen heute höher im Kurs auf dem Heiratsmarkt, als ein Vermögen ... Sogar die Pastoren sind wieder begehrte Partien geworden, um die sich heiße Kämpfe in den Heiratsagenturen abspielen. Man glaubt wieder an die Zahlungsfähigkeit der Kirche." — Ihr finanzieller Zustand ist imponierender als ihr religiöser.

Drohung. Im Maiheft der Zeitschrift „Widerstand" wird der liebe Gott vor folgende Alternative gestellt: „... Entweder wir haben einen deutschen Gott, oder wir wollen gar keinen ... Wir können nicht unsere Knie beugen vor einem Gott, der uns zugunsten der Franzosen vernachlässigt." — Wird ER die Franzosen nun schnappen lassen?

Landeskongreß gegen § 218 am 4. und 5. Juli in Dinkelackers Saalbau, Stuttgart. Beginn: Samstag, 17 Uhr. Samstag 20,30 Uhr, Sonntag 9 Uhr und 20,30 Uhr: Vorführung von Wolfs „Cyankali". Eintrittskarten zu diesen Vorstellungen (60 Pfg., für Erwerbslose 30 Pfg.) gelten als Gastkarten zu der Tagung.

Frau Dr. Kienle spricht über Geburtenregelung, Bevölkerungspolitik, Sozialhygiene in USSR am 9. Juli in Ulm, am 10. in Stuttgart (Liederhalle, Wulle) und in Cannstatt (Kursaal), am 11. in Tuttlingen, am 12. in Ludwigsburg und Bietigheim.

Stuttgart. Friedensgesellschaft: 5. Juli Gefallenengedenkfeier in Strümpfelbach (Station Stetten im Remstal). Abfahrt in Stuttgart 14,07 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft für Geld- und Bodenreform Stuttgart. Am ersten und dritten Mittwoch jeden Monats Schulungs- und Ausspracheabend in der Eberhard-Mittelschule, Saal 3, Erdgeschoß. Beginn pünktlich 20.30 Uhr. Gäste willkommen.

Hagen i. W. Die Marxistische Arbeitsgemeinschaft hält jeden Freitag 20 Uhr im Lokal Stiehl einen Kurs ab, in dem Grundfragen des Marxismus und des dialektischen Materialismus behandelt werden. Die Leser der S.-Z. sind eingeladen.

Landaufenthalt. Wald, Luft- und Wasserbad, vegetarische Verpflegung. Pension 4 Mark. Keine Nebenkosten. Gerb, Münchsmünster, Oberbayern.

Sommergäste nimmt auch dieses Jahr: Kunstmaler Otto Marquard, Allensbach am Bodensee.

Ferienaufenthalt. Zimmer mit 2 Betten. Autogarage. Schöne Lage zwischen Herrenalb und Baden-Baden. Pensionspreis 3,50 Mark. J. Rieger, Michelbach, Amt Rastatt (Baden).

Wer trotz den verschiedenen Notverordnungen noch verreisen kann, vergesse in seinen Ferien die S.-Z. nicht ganz. Beim Postamt umbestellen! Unterwegs an Kiosken nach der S.-Z. fragen! Ferien-Bekannte auf die Zeitung aufmerksam machen und ihre Adressen dem Verlag mitteilen, damit wir Probenummern schicken können!

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 28 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 5

Warum lesen Sie eigentlich noch Romane? Gerade so abenteuerlich und spannend wie mancher Roman ist das Leben des Rüstungsindustriellen Sir Basil Zaharoff, des mysteriösen Europäers. Es ist von Richard Lewinsohn (Morus) geschildert in dem Buch

Der Mann im Dunkel

Preis brosch. 3,50 Mark

Zu beziehen vom Verlag der S.-Z. gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto 19844 (Die Sonntags-Zeitung)

Stuttgart, 12. Juli 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 28

Militärisches

In der letzten Nummer der S.-Z. ist eine Meldung des dortmunder „Generalanzeigers" wiedergegeben worden, wonach der preußische Ministerpräsident Braun ursprünglich die Absicht gehabt habe, den Stahlhelmtag in Breslau zu verbieten, dann aber vor dem Einspruch Hindenburgs zurückgewichen sei. (Der betreffende Artikel hat, neben einem andern, die stuttgarter Polizei veranlaßt, die S.-Z. zu beschlagnahmen.) Die Meldung des „Generalanzeigers" ist inzwischen vom Amtlichen Preußischen Pressedienst dementiert worden: Braun habe nicht daran gedacht, den Stahlhelmtag zu verbieten, und Hindenburg habe nicht eingegriffen. Worauf der „Generalanzeiger" erwidert, er erlaube sich, über dieses Dementi seine eigenen Gedanken zu haben; nach seinen Informationen habe Hindenburg, wenn auch nicht direkt auf die preußische Regierung, so doch auf das Auswärtige Amt eingewirkt, um ein Verbot des Stahlhelmtags zu verhindern.

Wir wollen und können uns in diesem Streit um das Dementi nicht einmischen. Aber es sei gestattet, in diesem Zusammenhang auf eine nicht dementierte Meldung des „Angriffs" hinzuweisen, die sich mit den Hintergründen des Spartakiade-Verbots beschäftigt. Die Spartakiade war zunächst verboten, dann aber wieder erlaubt worden. „Ein Teil der Reichsregierung", schreibt der „Angriff", „war von vornherein gegen die ... Aufhebung des ursprünglich erfolgten Verbots der Spartakiade. Insbesondere drückten Schiele, Treviranus und vor allem der Reichswehrminister Groener auf Wirth und Brüning, sie möchten ihrerseits bei Severing vorstellig werden. Während Brüning eine schwankende Haltung einnahm, hatte Wirth eine Unterredung mit Severing, bei der dieser ihn aber glatt abfallen ließ. Die SPD wollte nämlich die KPD kurz vor dem kommenden preußischen Volksentscheid nicht vor den Kopf stoßen, aus Besorgnis, die Kommunisten möchten sonst sich aus Wut inoffiziell am Volksentscheid beteiligen." Dann aber sei Severing doch zur Nachgiebigkeit gedrängt worden. „Es wurde bekannt, daß Groener mit seinem Reichswehrministerium Schritte unternommen hatte, um Hindenburg zum Eingreifen zu veranlassen. Severing fürchtete nun, daß dabei sich eine Entwicklung anbahnen könne, die die SPD erst recht in eine peinliche Lage hineinbringen würde. Seit geraumer Zeit schon sind nämlich im Reichswehrministerium Bestrebungen im Gange, die Notverordnung vom 28. März d. J. dahin abändern zu lassen, daß ihre Durchführung einem besonderen Reichskommissar übertragen werden soll. Aus praktischen Gründen soll das Kommissariat dann einem Militär verliehen werden, wobei der bekannte General Schleicher diesen Posten erstrebt."

Diese Sätze des „Angriffs" werden noch von einer andern Seite bestätigt. In einer von den Gewerkschaften einberufenen Erwerbslosenversammlung in Halle hat der Sozialdemokrat Buchholz über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber der neuen Notverordnung gesprochen. Zunächst, führte er aus, habe die Fraktion den festen Willen gehabt, auf der Einberufung des Reichstag oder wenigstens des Haushaltsausschusses zu bestehen. Dann aber habe Severing darauf aufmerksam gemacht, daß neuerdings bei allen politischen Entscheidungen der Reichsregierung Groener hinzugezogen werde. Diese Tatsache lasse darauf schließen, daß Brüning nach seinem Rücktritt die Absicht habe, eine Militärdiktatur zu errichten. Unter einer Militärdiktatur aber hätte er, Severing, die Anweisungen dieser diktatorischen Regierung auszuführen. Bei den hienach zu erwartenden Unruhen sei das für die Sozialdemokratie untragbar. Bestehe die Reichstagsfraktion deshalb auf der Einberufung des Reichstages, so trete er und ebenso Braun aus der Preußenregierung aus. Worauf die Mehrheit der Fraktion nicht mehr für die Einberufung des Reichstags war.

Diese Nachrichten zeigen: 1. vor wem die Sozialdemokratie kuscht; 2. wie verhängnisvoll für die Arbeiterklasse das „republikanische Bollwerk" Preußen wirkt; 3. wer in Deutschland, zunächst noch im Hintergrund, vielleicht bald offen, regiert.

Ein weiterer Kommentar ist durch die Notverordnung (auch wenn sie vorerst noch nicht von Militärs gehandhabt wird) unmöglich gemacht.

Hermann List

2 mal Artikel 48

In Nr. 13 der „Zeit" schreibt Prof. Förster in einem Artikel „Innenpolitischer Machtkampf" u. a.:

„Wir wissen auf Grund genauer Information, daß augenblicklich zwei innerpolitische Tendenzen in Deutschland gleichzeitig danach streben, mit Hilfe des § 48, also durch Verfügung des Reichspräsidenten, das Reichskabinett in ihrem Sinne neu zu besetzen. Die eine dieser Tendenzen wird von der rechtsstehenden Großindustrie getragen, die für die Finanzen Schacht oder Silverberg, für Wirtschaft und Arbeit zusammen den Generaldirektor Vögler ernannt sehen möchte. Die andere Tendenz wird durch die Sozialdemokratie verkörpert, die auf dem gleichen Wege ein Koalitionskabinett Zentrum-Sozialdemokratie herbeiführen will, worin u. a. Breitscheid den Posten des Außenministers bekleiden würde. Da der Sozialdemokratie die reale innerpolitische Macht fehlt, um solche Kombination zu erzwingen, so ist Breitscheid nach Paris und London gereist, um die westlichen Linksregierungen zu bestimmen, daß sie ganz bestimmte Konzessionen versprechen, aber nur für den Fall, daß in Deutschland die unbedingten Vertreter der Verständigung im Kabinett säßen. Auf Grund solcher Zusagen könne dann Minister Braun den Reichspräsidenten überreden, die oben beschriebene Koalition anzuordnen."

Die Richtigkeit dieser Sätze nachzuprüfen, ist schwer; sie seien hier als eine (nicht unwahrscheinliche) Kombination wiedergegeben.

Das Kompromiss

Nach 14tägigem Ringen haben sich in Paris die amerikanischen Unterhändler mit der französischen Regierung über das Hoover-Moratorium geeinigt. Die wichtigsten Punkte des geschlossenen Abkommens sind:

1. Die Zahlung der interalliierten Schulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 ausgesetzt.

2. Deutschland zahlt während dieser Zeit nur die ungeschützte Annuität (660 Millionen); doch wird diese Summe von der BIZ der Reichsbahn als Anleihe zur Verfügung gestellt.

3. Die Deutschland gestundeten Zahlungen müssen verzinst und vom 1. Juli 1933 ab in zehn Jahresraten zurückgezahlt werden.

Am 17. Juli wird in London eine Konferenz aller an den Reparationen beteiligten Mächte beginnen. Dabei werden die amerikanische und die französische Regierung ihre Forderung präsentieren. Die amerikanische verlangt Abrüstung (damit die militärische Überlegenheit Amerikas gesichert wird), die französische verlangt von Deutschland Verzicht auf selbständige Politik. (Nach einem Artikel der „Kölnischen Zeitung" ist schon während der pariser Verhandlungen auf die Reichsregierung ein starker Druck ausgeübt worden, sie solle auf die Zollunion und auf den Bau weiterer Panzerkreuzer verzichten; und zwar ging der Druck von der englischen und amerikanischen Regierung aus, die dadurch den Franzosen das Eingehen auf Hoovers Moratoriumsvorschlag erleichtern wollten.)

Freiwillige Arbeitsdienstpflicht

Die Notverordnung vom 5. Juni erlaubt es der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung, für die Schaffung eines freiwilligen Arbeitsdienstes Gelder der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge auszugeben. Damit wurde ein hemmender Stein auf dem Weg zur Arbeitsdienstpflicht beseitigt; die Propagandisten des Arbeitsdienstes verstärkten ihre Anstrengungen, und jetzt liegt schon ein Referentenentwurf für die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes vor.

Ungeduldige Anhänger der Arbeitsdienstpflicht aber können nicht warten, bis der Entwurf zum Gesetz wird. In verschiedenen Gegenden Deutschlands wird von verschiedenen Organisationen die Arbeitsdienstpflicht schon praktisch durchgeführt. Der Jungdeutsche Orden z. B. hat bei Osnabrück mit Unterstützung der Behörden ein „Arbeitsdienst-Freizeitlager" errichtet; 50 Leute werden dort mit Wegebau beschäftigt. In Leipzig sollen (nach dem „Andern Deutschland") höhere Schüler für die Erntearbeiten angeworben werden. Zwar schreibt der „Deutsche Landarbeiterverband", es habe während der Frühjahrsbestellung in diesem Jahr 161 991 beschäftigungslose Landarbeiter gegeben, und diese Zahl wird während der Ernte nicht viel kleiner sein, aber — die „Arbeitsdienstler" sind billiger. Daß die Lohndrückerei ein Hauptzweck der Arbeitsdienstpflicht ist, das sagt die „Deutsche Mittelstandszeitung" ganz offen: „... Die Arbeitsdienstpflicht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn tatsächlich die volle Arbeitskraft gegen kein anderes Entgelt eingesetzt wird als den Lebensunterhalt in der einfachsten Form. Die Arbeitspflichtigen gehören in die Wirtschaft. Die braucht die billigen Arbeitskräfte, denn sie ist krank geworden, weil sie ihr fehlten."

Und dann nehme man zur Kenntnis, was für ein Zukunftsbild die „Deutsche Bergwerkszeitung" (Nr. 117) entwirft: „... Ältere, verdiente Offiziere übernehmen für jedes Kommando die Führung ... bei einem kleinen täglichen Taschengeld acht bis zehn Stunden täglich arbeiten ... Das Essen wird bereitet in der Gulaschkanone, Brot liefert zunächst die Heeresverwaltung ... Der Schreiber und die Kommandomutter darf nicht fehlen. Eiserne Disziplin ist selbstverständliche Voraussetzung. Ebenso die Verpflichtung, mindestens ein Jahr beim Kommando zu bleiben ... Seelsorgerische und ärztliche Betreuung ... sind Selbstverständlichkeiten."

In kurzen Worten: eine militärisch gedrillte Lohndrücker- und Streikbrecherarmee soll geschaffen werden — das ist der Zweck der Arbeitsdienstpflicht. (Die Freiwilligkeit wird bald flöten gehen; die häufig gebrauchte Zusammenstellung „Freiwillige" Arbeitsdienst-„pflicht" ist sehr bezeichnend.)

+

Bei solchen halbmilitärischen Übungen dürfen natürlich die Studenten nicht fehlen. Die Studenten der württembergischen Universitäten haben beschlossen, während der Sommerferien (Ende Juli bis Ende Oktober) „Arbeitskolonien" zu bilden. Eine Kolonie soll im Oberamt Crailsheim eine Bachkorrektion vornehmen, eine andere soll bei Herrenberg eine Riedfläche umlegen. Bei diesem zweiten Fall sind die Herren noch im Zweifel, ob sie einen Motorpflug zu Hilfe nehmen sollen oder nicht. Ein Motorpflug und zehn Leute würden die gestellte Aufgabe in zehn Tagen bewältigen, während man, wenn mit dem Spaten gearbeitet wird, mehr Zeit und mehr Leute braucht.

Diese Überlegung: Spaten oder Motorpflug? ist bezeichnend dafür, wie wenig bei den Arbeitsdienstplänen wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle spielen. Es kommt einem vor, wie wenn man krampfhaft nach Arbeitsgelegenheit suchen würde, damit die Studenten, die offenbar sonst nichts zu tun haben, während der Ferien beschäftigt werden können. Finanziert werden sollen die Arbeitskolonien aus Beiträgen der Studenten und aus Zuschüssen von den Gemeinden und der Arbeitslosenversicherung (jede Arbeitskolonie soll je zur Hälfte aus Studenten und aus Arbeitslosen bestehen).

Dabei wird viel vom „Idealismus" und der „Selbstentäußerung" der akademischen Jugend gesprochen, aber man fragt sich immer wieder: wozu? Ist es nicht ein etwas teurer Luxus, Idealismus gerade auf diese Weise zu pflegen? Und besteht nicht die Gefahr, daß dem Idealismus der Studenten zuliebe Arbeitern die Arbeitsgelegenheit genommen wird? Zwar sollen die Arbeitskolonien nur „zusätzliche" Arbeiten ausführen, d. h. solche, die ohne die Dienstpflicht nicht in Angriff genommen würden, aber wird es — bester Wille vorausgesetzt — immer möglich sein, zwischen „normalen" und „zusätzlichen" Arbeiten zu unterscheiden?

Haben die Studenten wirklich kein anderes Betätigungsfeld für ihren Idealismus?

Fritz Lenz

In Sowjetrußland sind im Jahr 1930 rund 8 Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie erzeugt worden, 2 Milliarden mehr als 1929. Im laufenden Jahr soll die Leistung auf 12 Milliarden KWSt erhöht werden. (Die großen Kraftwerke Dnjeprostroj, Magnitogorsk, Kusnetzk u. a., die gegenwärtig gebaut werden, sind daran noch nicht beteiligt.)

Hie Habsburg allewege

Von Konrad Rieger

In Ungarn ist das Parlament aufgelöst und Ende Juni neu gewählt worden. Die Wahlen haben, dank einem reaktionären Wahlgesetz und dem balkan-üblichen Terror, der Regierung eine sichere Mehrheit gebracht. Warum hat Bethlen das Parlament, dessen Lebensdauer erst 1932 abgelaufen wäre, schon jetzt auflösen und neu wählen lassen? Offenbar deshalb, weil er für das Jahr 1932 mit andern Ereignissen rechnet, die er nicht durch Wahlen gestört wissen will: mit der Restauration der Habsburger.

+

In den Jahren nach der Inflation, als in Europa nicht nur die Währungen, sondern auch die politischen Verhältnisse stabiler zu werden versprachen, hat man wenig von den Versuchen der Habsburger, wieder auf einen Thron, zunächst auf den ungarischen, zu gelangen, gehört. Aber als nach dem unglückseligen 15. Juli 1927, dem Tag des Brandes des wiener Justizpalastes, in Österreich die Reaktion, d. h. Kirche, Adel, Hochfinanz und Schwerindustrie, und ihre Hilfstruppen, die Heimwehren, immer mehr Oberwasser bekamen, blühten auch die Hoffnungen der österreich-ungarischen Monarchisten wieder auf. Die Reaktion besetzte in Heer, Polizei, Justiz und Verwaltung die meisten Posten mit ihren Anhängern und die wichtigsten mit „Legitimisten" (Parteigängern der Habsburger); die österreichischen Kirchenfürsten gelten alle als Legitimisten. Und wie's oben pfeift, so tanzen die Unteren.

Die österreichische Reaktion ist also für die Restauration der Habsburger gewonnen. Über den Thronkandidaten hat man sich geeinigt: es ist Otto, der Sohn der Kaiserin Zita. Aber wann soll er eingesetzt werden? Und: soll sein Reich sofort Österreich-Ungarn oder zunächst nur Ungarn heißen? Das sind Fragen, die nicht so leicht zu entscheiden sind, Fragen, deren Beantwortung vor allem von den außenpolitischen Verhältnissen abhängt.

Die wichtigste Aufgabe der österreichischen und der ungarischen Legitimisten war es also, die außenpolitischen Voraussetzungen für die Restauration der Habsburger zu schaffen. Sie ist heute zum größten Teil bewältigt. Österreich hat sich mit Italien ausgesöhnt (von Südtirol darf nicht mehr gesprochen werden), durch Italiens Vermittlung sind Österreich und Ungarn einander näher gerückt, und dann ist auch Bulgarien in diese Front eingeschwenkt.

Im Spätsommer hielt die österreichische Reaktion ihre Zeit für gekommen: der rechte Flügel der Christlichsozialen brach das Bündnis mit den übrigen bürgerlichen Parteien und bildete ein halbfascistisches Kabinett aus Heimwehrführern und Habsburg-Anhängern. Alles wartete auf den Putsch, auf den Marsch nach Wien, der die verfluchten „Austromarxisten", die stärksten Gegner der habsburgischen Restauration, vernichten sollte. Da bliesen Ungarn und Italien im letzten Augenblick noch ab — die Verhältnisse schienen ihnen noch nicht reif zu sein.

+

Die Gefahr der Restauration ist seither aber durchaus nicht kleiner geworden: Otto von Habsburg hat sich mit einer italienischen Königstochter verlobt, das bedeutet: Italien stellt sich offen auf die Seite der Habsburger, und der Zollunionsplan, dieses von jedem Standpunkt aus irrsinnige Stück deutscher Politik, hat Österreich von Deutschland getrennt und so ganz von selbst mehr auf Ungarns Seite gedrängt. Die ungarischen Legitimisten machen seit dem Scheitern des Zollunionsplanes die größten Anstrengungen, um Österreich für ein enges Bündnis, das schließlich von der habsburger Krone bestrahlt würde, zu gewinnen. Ein ungarischer Legitimisten-Führer, Graf Pallavicini, z. B. hat in österreichischen und ungarischen Zeitungen einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt: „Es kann heute fast als sicherstehend gelten, daß Ungarn nach den bittern Erlebnissen und Erfahrungen der letzten zwölf Jahre sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß eine ungarisch-österreichische Zusammenarbeit eine Notwendigkeit ist. Den Zweifel, ob auch in Österreich die psychologischen und politischen Voraussetzungen für eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit der zwei aufeinander angewiesenen Länder schon gegeben seien, habe ich zumeist nur bei uns zu Hause äußern gehört ... So ist es klar, daß in absehbarer Zeit die Stunde für die Lösung der ungarischen Königsfrage schlagen muß."

Die ungarische Regierung und die herrschende Klasse, die Großgrundbesitzer, sind also zum Empfang der Habsburger und zu einem Bündnis mit Österreich (am liebsten einer Personalunion) bereit. „Für Gott, König und Vaterland" war die Parole der ungarischen Wahlen vom Ende Juni 1931. Der Ministerpräsident Bethlen hat allerdings formuliert: „Erst Vaterland, dann König!", was wohl bedeutet: der König sollte womöglich eine territoriale Mitgift mitbringen. Aber würde nicht Otto von Habsburg, als Gemahl einer italienischen Prinzessin, vielleicht ein durch Mussolinis Gnade um Südtirol vergrößertes Österreich mitbringen können?

In Österreich ist trotz dem Vordringen der Reaktion die Abneigung gegen eine monarchistische Personalunion mit Ungarn natürlich ziemlich stark, vor allem in der Arbeiterschaft. Die wiener „Arbeiterzeitung" z. B. hat in den letzten Tagen gedroht, wenn in Ungarn die Monarchie aufgerichtet würde, dann würde sich Österreich sofort an Deutschland anschließen. Aber die Rückgabe Südtirols könnte vielleicht auch einen großen Teil des österreichischen Widerstands gegen den Anschluß an Ungarn brechen, und außerdem ist durch das Scheitern der Zollunion für Österreich auf lange Zeit der Weg zum Anschluß an Deutschland versperrt. Da Österreich auf die Dauer isoliert nicht wird leben können, wird es also keine andere Wahl haben als sich Ungarn anzuschließen.

+

Was werden die Großmächte zu einer österreichisch-ungarischen Vereinigung unter Habsburgs Zepter sagen? Von Italien haben wir schon geredet: Italien fördert ja die Restaurationspläne direkt; es sucht dadurch seine Stellung auf dem Balkan gegenüber Frankreich und dessen Verbündeten zu

stärken. Der Vatikan hat natürlich gegen eine Neuauflage der Habsburgermonarchie nichts einzuwenden. England würde wahrscheinlich nicht eingreifen, wenn die Verhältnisse im Südosten durch den Zusammenschluß Österreichs und Ungarns ohne größeren Krawall stabiler würden; vor allem für die in Zukunft mögliche Auseinandersetzung mit Rußland wäre das sehr wertvoll. Merkwürdig kommt es einem zunächst vor, daß auch Frankreich offenbar den Dingen im Südosten freien Lauf lassen will, obgleich es von der Restauration der Habsburger eine Stärkung Italiens erwarten muß. Aber Frankreich scheint das in Kauf zu nehmen, wenn nur dadurch die Gefahr eines deutsch-österreichischen Zusammenschlusses beseitigt wird. Und vielleicht hofft es sogar, daß ein katholisches, habsburgisches Österreich-Ungarn der Mainlinie wieder zu politischer Bedeutung verhelfen könnte?

•

In diesem Artikel sind Pläne und Tendenzen der Entwicklung aufgezeigt. Aber wer wagt zu bestreiten, daß aus diesen Plänen eines Tages Wirklichkeit werden kann, gefährliche Wirklichkeit?

Ein habsburgisches Österreich-Ungarn, mit Italien verbündet, vom Vatikan betreut, wäre eines der stärksten Bollwerke der Reaktion gegen den Sozialismus, gegen Rußland. Also: Augen auf!

Aera Bülow II

Vor einigen Monaten ist der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert als Botschafter nach Rom gegangen. Sein Nachfolger ist Herr von Bülow. Mit ihm scheint ein neuer Geist ins Auswärtige Amt eingezogen zu sein; man merkt's an der Politik, und man erfährt es aus manchen Nachrichten und Äußerungen, z. B. aus den folgenden Ausführungen, die dem dortmunder „Generalanzeiger" von „besonderer Seite" zugegangen sind. Auch wer in der Politik mehr die eigentlich wirkenden Kräfte (die nicht von einzelnen Persönlichkeiten abhängig sind) zu erkennen sucht, wird doch nicht übersehen können, wie verhängnisvoll manchmal ein einzelner Politiker wirken kann. D. Red.

Unsere völlige Isolierung, die selbst dazu geführt hat, daß unsere Beziehungen zu Sowjetrußland, die unter Rathenau, Maltzan und zum Teil noch unter Stresemann ausgesprochen herzliche waren, stark abgekühlt sind, ist die Folge eines völlig neuen Geistes im Auswärtigen Amt. Dieser Geist heißt „neue Würde" und sein Träger ist der Staatssekretär von Bülow. Man tut Herrn Curtius nicht weh, wenn man feststellt, daß er in seinem Amt bestenfalls der Bote zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist. Im Auswärtigen Amt regiert Bülow und lächelt über Wochenendbesuche und Rundfunkvorträge, die das diametrale Gegenteil von dem verkünden, was er als „praktische" Politik betreibt.

Seit Bülow regiert, sind die Beziehungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der berliner Diplomatie so gut wie abgerissen, soweit sie über das rein amtlich Notwendige hinausgehen ... Zu Maltzans Zeiten rief der englische Botschafter schnell einmal telefonisch an, um sich mit ihm ein paar Minuten über irgendeine Zeitungsnotiz zu unterhalten. Der russische Botschafter ging aus und ein und selbst Frankreichs Vertreter saß auch dann, wenn er keine hochamtlichen Missionen zu erledigen hatte, im Zimmer des Staatssekretärs und plauderte mit ihm über Politik. Unter Schubert wurde diese gute Tradition weiter gepflegt und kaum etwas daran geändert. Dann aber kam die Aera Bülow und mit einem Schlage änderte sich das Bild. Der Staatssekretär des Auswärtigen liebt keine persönlichen Beziehungen zu den Diplomaten. Er ist für Form und Würde. Ihm schien diese Art des Verkehrs zu leger, nicht ehrfurchtgebietend genug für die deutsche Republik und ihre politische Bedeutung.

Die nachbarlichen Besuche der Diplomaten haben aufgehört. Heute gehen Botschafter und Gesandte nur noch ins „Amt", wenn sie einen besonderen amtlichen Auftrag zu erledigen haben, wenn ihre Ministertätigkeit es unumgänglich notwendig macht. Die Würde der Republik ist gerettet. Der Herr Staatssekretär ist ein bedeutender Mann, den man nicht unnötig behelligt. Um Herrn von Bülow ein Dementi zu ersparen, sei festgestellt: Die Botschafter und Gesandten haben sich nicht öffentlich über diese Änderung der Beziehungen beklagt. Botschafter klagen nicht öffentlich, aber vielleicht weiß Herr von Bülow selbst, daß eigentlich er den französischen Botschafter de Margerie gestürzt hat, als er es unterließ, ihn zum mindesten rein persönlich und freundschaftlich über das vom Kanzler am Mikrofon in die Luft geblasene Zoll-Unions-Projekt zu informieren. Vielleicht ist Herrn von Bülow nicht unbekannt, daß alle Berliner Diplomaten sich sagen: es kann dir morgen ebenso gehen. Gewiß, gewiß, alle Beziehungen sind korrekt und formvollendet, aber das ist nicht die Basis einer Außenpolitik, die wir brauchen, und auch der Herr Staatssekretär könnte, wenn er sich nur in seiner nächsten Umgebung etwas umhören wollte, leicht erfahren, daß man in den Gesandtschaftsgebäuden nicht nur den Zeiten Schuberts und Maltzans nachtrauert, sondern auch die Ursache der politischen Entfremdung und Isolierung Deutschlands nicht zuletzt in dieser neuen Aera der außenpolitischen Würde sieht.

Papst und Duce

Zwischen Mussolini und dem Papst ist ein erbitterter Kampf im Gang. Katholizismus wie Fascismus sind orthodoxe, durchaus intolerante geistige Lehren, die absolute und allgemeine Anerkennung fordern. Für den Papst steht naturgemäß die Kirche und ihr Interesse über allem andern; Mussolini kennt ebenso selbstverständlich nur den Primat des Staats und seiner Interessen. Konflikte sind unvermeidlich.

Mussolini hat den Einfluß der Kirche auf die Jugendorganisationen systematisch herabgedrückt; die Jugend, die der Papst gerne für die Kirche reklamieren möchte, gehört nach Ansicht des Duce dem Staat. Überhaupt, meint er, haben die religiös orientierten Kreise und Organisationen im Staate nichts dreinzureden. Die Bildung des neuen Kirchenstaats war für ihn offenbar ein Opfer, das er im Interesse des Staats brachte; er wollte den Papst abfinden: wenn er seinen eigenen Laden hat, kann er sich dort mit den Seinen vergnügen, dann braucht er sich nicht in Dinge zu mengen, die ihn nicht angehen. So ungefähr.

Aber der Duce hatte nicht mit der „Katholischen Aktion" gerechnet. Er merkte bald, daß diese Miliz der Kirche sich höchst aktiv an der Beunruhigung des politischen Lebens in Italien beteiligte, und erklärte ihr den Krieg. Die Verbände der „K. A." wurden aufgelöst. Der Papst gab sofort scharfe Töne von sich, Mussolini blieb ihm nichts schuldig. Seine Heiligkeit schwang sich sogar zu einer Enzyklika über die „Katholische Aktion" auf, deren wesentlichster Punkt der Protest gegen die Auffassung Mussolinis vom Anrecht des Staats auf das ganze Leben seiner Bürger ist. Die fascistische Presse nimmt gegen das päpstliche Rundschreiben sehr scharf Stellung und erklärt, es sei ein ausgesprochen politisches Dokument. Womit sie ohne Zweifel recht hat.

Wie der Kampf weitergehen und wie er enden wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Fest steht, daß seit den Tagen der großen mittelalterlichen Päpste und Kaiser die beiden Prinzipien Staat und Kirche nie in so erbittertem Gegensatz gestanden sind und in so absoluter Eindeutigkeit gegeneinander Krieg geführt haben. Ix

Kriegspfarrer

In Württemberg besteht seit einem Jahr eine Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Kriegsteilnehmer aus dem Pfarrstand. Es ist unbekannt, ob ihre Mitglieder durchweg aktiv am Krieg teilgenommen haben, oder ob ein Teil von ihnen nur rhetorisch an der Durchhaltefront tätig war. Dagegen steht fest, daß sie sich zwölf Jahre nach Beendigung des Krieges zusammengefunden haben, um die „Fruchtbarmachung des religiösen Kriegserlebnisses" herbeizuführen. Sie erstreben eine „Klärung des Erlebten". Warum man diesen Drang jetzt erst verspürt, ist nicht recht verständlich. Auf jeden Fall trifft er gerade mit dem nationalen Erwachen zusammen so daß die beabsichtigte Klärung vom Glanz seines Morgenrots ziemlich viel abbekommt.

Auch eine letzthin abgehaltene Tagung war solchermaßen verklärt". Bei einer Betrachtung der Nachkriegsliteratur fand z. B. Hitler, Mein Kampf „besondere Beachtung"; der Stahlhelmpfarrer Borst hielt ein „kraftvolles" Referat über die nationale Bewegung und ihre markantesten Führer, die ihren „von Gott gewiesenen Weg" gehen; ein Wehrkreispfarrer sprach über „Wehrhaftigkeit und Friedenswille" und kam zu dem Ergebnis, daß zwar alle Verständigungsmöglichkeiten auf dem Boden des Weltprotestantismus „auszunützen" seien, daß dies aber unter keinen Umständen zu einer Verkümmerung des Wehrgedankens führen dürfe. Soweit aus dem Bericht der Evangelischen Presseckorrespondenz zu ersehen ist, hat man Referate von Pazifisten oder gar Sozialisten zur Klärung der aufgeworfenen Fragen nicht für nötig gehalten. Man hielt die Anwesenheit von Schwerkriegsbeschädigten am Tagungsort offenbar schon für ein genügendes Gegengewicht, denn in dem Bericht wird stolz erwähnt, daß durch sie die Arbeitsgemeinschaft „vor aller idealisierenden Schilderung des Krieges" bewahrt blieb.

Nicht bewahrt blieb sie vor der traditionellen pastoralen Sorge um den Wehrgedanken: weil man sich die Erhaltung unserer christlichen Kultur ohne die Sicherung durch Mordinstrumente nicht gut vorstellen konnte. Man wird also auch in Zukunft darum besorgt sein, daß er nicht verkümmere. Dadurch trägt man aber sein Teil dazu bei, daß bei nächster Gelegenheit wieder Millionen elend verkümmern. Eine nette „Fruchtbarmachung" des religiösen Kriegserlebnisses. m

Der „Reichsbote", das ev. Pfarrerblatt, regt sich fürchterlich darüber auf, daß sich anläßlich des Falls Kürten grundsätzliche Erörterungen über die Todesstrafe entsponnen haben, und schreibt dann u. a.: „Verhüte Gott, daß die Minderwertigen in unserem Vaterlande die Macht ergreifen und die Mörder zu Henkern bestellen über die Edelmenschen! Der Fall Kürten hat manchen von uns hellhörig gemacht! Eine Zeit, in der solche Stimmen laut werden dürfen, ist zum Untergang reif, wenn sich Gott ihrer nicht erbarmt." — Und nicht dafür sorgt, daß uns die Todesstrafe erhalten bleibt.

Fingerspitzengefühl

Es läßt sich nicht mehr länger leugnen: sogar die heiligsten Gefühle unserer deutschen Patrioten äußern sich in jüdischer Färbung. Wie direkt aufwühlend war es seither, wenn nach einer vaterländischen Feier sich die Häupter entblößten, das niederländische Dankgebet gen Himmel wuchtete und zuletzt das „Herr mach uns frei!" beinahe die germanischen Lodenjoppen sprengte. Jetzt ist es auch damit Essig! Ein völkischer Pfarrer hat nämlich entdeckt, daß an dem heute gebräuchlichen Text des niederländischen Dankgebetes nur die ersten acht Worte echt sind. Alles andere stammt von einem wiener Juden, dem Librettisten Weyhl, der Wilhelm II. für sein „Machwerk" zu interessieren wußte. Worauf das Lied in den Schulen und bei den Militärkapellen Eingang fand. In der Folge bei jeder Gelegenheit die Herzen aller echten Deutschen begeisternd. Was der Herr Pfarrer einigermaßen blamabel findet. Wer ein bißchen Fingerspitzengefühl habe, meint er, merke recht deutlich, welcher Rasse der Dichter dieses gedankenlosen Machwerkes angehöre. Auch der Schluß, „bei dem Pauken und Trompeten so nett zu tun haben", sei rein jüdisches Erzeugnis.

Da gerade dieser Schluß jeden wackeren Deutschen zu edler Kampfentschlossenheit fortreißt, haben wir wieder einen neuen Beweis dafür, daß das Fingerspitzengefühl für gewisse Dinge bei den Juden stärker entwickelt ist als bei den Ariern.

Dämmerts?

Der „Freidenker", das Zentralorgan des sozialdemokratisch geleiteten „Deutschen Freidenker-Verbandes", klagt in seiner Julinummer über die „geistige Vergewaltigung" und die Schikanen, denen ein Freidenkertreffen am 13. und 14. Juni in Roßlau (Anhalt) ausgesetzt gewesen sei. „In hervorragender Weise beteiligt" seien daran gewesen der sozialdemokratische Ministerpräsident Deist und der ebenfalls sozialdemokratische Regierungspräsident Paulick. „Es ist Sache der Genossen in Stadt und Land", schreibt der „Freidenker", „endlich einmal machtvoll bei allen Parteiinstanzen darauf zu dringen, daß die auf den Schultern der Arbeitermassen zu hervorragenden Stellungen emporgehobenen Führer sich auch im Sinne ihrer Mandatgeber betätigen. Den Interessen der sozialdemokratischen Wählerschaft ist nicht damit gedient, wenn die in Regierungsposten aufgestiegenen Sozialdemokraten sich als Büttel der Reaktion und Kirche gebrauchen lassen ... Es ist anzunehmen, daß Deist und Paulick durch ihr schamloses Vorgehen ... der Kirche ihre Loyalität bezeugen wollten."

Sind das Entdeckungen! Ja, da muß „endlich einmal machtvoll" darauf „gedrungen" werden, daß das anders werde. „Machtvoll"!

Fürsorgeerziehung

Von Hermann Mauthe

In Lüneburg wird seit drei Wochen gegen den ehemaligen Direktor der Fürsorgeanstalt Scheuen, Paul Straube, verhandelt, dem schon kürzlich in einem Beleidigungsprozeß vom Gericht bescheinigt wurde, er sei mit Recht als „Totschläger und Menschenschinder" zu bezeichnen (siehe S.-Z. Nr. 22); mit ihm sind 35 ehemalige Zöglinge angeklagt, die zum Teil zu Straubes Prügelgarde gehörten, zum Teil zu den Zöglingen, die im Februar 1930 revoltierten. Der Prozeß ist noch nicht zu Ende, aber was bis jetzt in ihm ans Tageslicht kam bzw. durch ihn bestätigt wurde, ist eine vernichtende Verurteilung nicht nur des Erziehers Straube, sondern des ganzen Systems unserer Fürsorgeerziehung. Scheuen ist kein Einzelfall! Und die bedenkliche Bereitwilligkeit der vorgesetzten Behörde, die schon seit Jahren erhobenen Beschwerden zu ignorieren oder bewußt zu vertuschen, ist symptomatisch für weite Bezirke der deutschen Fürsorgeerziehung. Alle paar Jahre mal ein Skandal, der nicht mehr zu umgehen ist, und nachher wieder sattes Behagen. Die paar Anstalten, in denen neuerdings unter modernen pädagogischen Gesichtspunkten an die schwere Aufgabe herangegangen wird, tun es nicht. Professor Siegmund-Schultze schätzte vor nicht langer Zeit, daß rund 60 Prozent aller Anstalten den erzieherischen Anforderungen nicht genügen. Allem nach ist der Prozentsatz höher. Und wenn man weiß, daß heute über 100 000 Jugendliche in Deutschland die Fürsorgeerziehung genießen, dann kann man den Umfang des Unheils ermessen, das da im Namen der Fürsorgeerziehung angerichtet wird.

Das Walten des Herrn Straube in Scheuen gleicht dem Walten vieler seiner Kollegen, wie eine Reihe neuer Skandale zeigt, auf die noch eingegangen wird, und man ersieht aus ihm, daß ein wenig organisatorisches Talent genügt, um das verantwortungsvolle Amt eines Erziehers übertragen zu bekommen. Was sich Herr Straube in diesem Amt an Brutalität und Sadismus geleistet hat, war aber nicht nur Ausfluß seiner Persönlichkeit, es war in mancher Hinsicht Folge einer unmöglichen Situation, an der die vorgesetzte Behörde schuld ist. Sie hat, geblendet durch die Erfolge Straubes beim Aufbau seiner Anstaltswirtschaft, seine pädagogische Unzulänglichkeit übersehen. Und sie hat wahrscheinlich über die Erziehungsmöglichkeiten innerhalb dieses kommißmäßig aufgezogenen landwirtschaftlichen Betriebs jene Ansicht gehabt, die heute noch ziemlich weit verbreitet ist: daß Arbeit in der Landwirtschaft Tunichtguten besonders förderlich sei. Körperliche Ertüchtigung bei gesunder Betätigung im Freien und Zucht und Ordnung im Innern, das war das, was sich in Scheuen als Erziehung darbot. Dabei fraß der „Betrieb" die Erziehung auf. Herr Straube wurde in Lüneburg erst lebendig, als er von seinen 150 Schweinen, 100 Schafen und dem großen Kuhstall erzählen konnte. Das alles gedieh prächtig. Nur die Jungens, die man der Verwahrlosung ihres Privatlebens entrissen hatte, kamen dabei zu kurz. Man lieferte sie einer Beschäftigung aus, die für sie ungewohnt und zu schwer war und für ihre Rückkehr ins Leben ohne jede praktische Bedeutung ist, und sorgte im übrigen durch die Anstaltsordnung, daß sie an schlechten Instinkten und Gaunereien noch was zulernten. Da keine wirkliche Autorität da war, sicherte sich Herr Straube durch Gummiknüppel und durch seine ihm ergebenen Topfkratzergruppen. Wo man selber nicht zu Rand kam, bediente man sich der sadistischen Neigungen der anvertrauten Minderjährigen; wer sich dabei besonders hervortat, wurde noch belohnt.

Auf diese Weise entstand ein unglaubliches Prügel- und Schindersystem, obwohl Herr Straube behauptet, grundsätzlich gegen die Prügelstrafe zu sein. Da er kein Pädagoge ist, mußte er sich in dieser Richtung entwickeln. Wenn ein Zögling frech kam, erhielt er kurzerhand Prügel. Herr Straube faßte das als Bedrohung seiner Autorität auf, die er auf keine andere Art zu wahren wußte. Eingefangene Ausreißer bekamen ebenfalls Prügel. Sie wurden kahl geschoren, in Sträflingskleidung gesteckt und eingesperrt. Ein Junge, der zur Fremdenlegion wollte, wurde in seiner Baracke auf einen Stuhl gesetzt und drei Tage und Nächte gewaltsam am Schlafen verhindert. Ein anderer Flüchtling wurde von Straube blutig geschlagen und zwei Nächte lang in einer Zelle liegen gelassen. Der vollendete Sadismus tobte sich dann im Februar 1930 aus, als ein Teil der gequälten Zöglinge revoltierte. Die meisten von ihnen wurden unmenschlich geprügelt, dem Zögling Ledebur wurde dabei mit einer Harke so auf den Kopf geschlagen, daß er später an seinen Verletzungen starb.

Diese unglaublichen Zustände sind, wie gesagt, keine Ausnahme. Bei einer ganzen Anzahl von Anstalten sind in den letzten Wochen ähnliche Erziehungsmethoden festgestellt worden. Die der Inneren Mission gehörende Anstalt Rickling wurde geschlossen, nachdem die frommen Prügelmethoden aufgedeckt waren; gegen das ebenfalls der Inneren Mission gehörende Fürsorgeheim Bethesda in Friedland wurde eine amtliche Untersuchung eingeleitet, da Prügel und Fußtritte an der Tagesordnung sind; ganz unerhörte Zustände herrschen offenbar in der christlichen, dem Pastor Grüber unterstehenden Anstalt Waldhof bei Templin. Das Heim ist von etwa 200 schulentlassenen Jugendlichen belegt, die nicht nur ausgebeutet werden, sondern auch beispiellosen Mißhandlungen ausgesetzt sind. Beim geringsten Anlaß setzt es Prügel. Und zwar so, daß die Folgen mitunter noch nach Wochen zu spüren sind. Zur Unterstützung der dort beliebten Erziehung ist eine große Anzahl Arrestzellen eingebaut: vierzehn Tage gewöhnlicher Arrest und tagelanger Dunkelarrest sind keine Seltenheit. Infolge dieses Systems kommt es fortgesetzt zu Fluchtversuchen; ein Junge wurde, nachdem er einen Selbstmordversuch gemacht hatte, noch mit Fußtritten traktiert; ein anderer entzog sich erfolgreich den fortgesetzten Verfolgungen durch Selbstmord. Allgemein bekannt ist der Skandal in der Anstalt Gütergotz, wo nicht nur Mißhandlungen und nationalsozialistische Propaganda aufgedeckt wurden, sondern auch sittliche Verfehlungen einiger Erzieher.

Die preußische Regierung hat sich nach all diesen Geschehnissen des Eindrucks nicht erwehren können, daß hier „etwas" getan werden müsse. Sie hat darum einen Erlaß hinausgegeben, in dem gefordert wird, daß in den Erziehungsanstalten Einrichtungen und Erziehungsmethoden auszumerzen seien, die dazu angetan sind, die Fürsorgeerziehung als Strafe und die ihr anvertrauten jungen Menschen als Jugendliche minderen Rechts erscheinen zu lassen. Verboten werden endlich mittelalterliche Dinge wie: Schweigegebot, Änderungen der Haartracht als Strafmaßnahme, Verhängung von Dunkelarrest. Ferner soll — man denke — die Arbeitszeit in den Fürsorgebetrieben fürderhin das für freie Betriebe gleicher Art zulässige Maß nicht überschreiten. Den Jugendlichen soll Gelegenheit gegeben werden, das längst auf dem Papier stehende Beschwerderecht ausüben zu können. Alle Behörden, die eine Verantwortung in der Fürsorgeerziehung haben, werden verpflichtet, allen Klagen aufs genaueste nachzugehen, und Mißstände „durchgreifend" und „nachhaltig" abzustellen. Die Reife der Zöglinge soll in kurzen Abständen gewissenhaft nachgeprüft werden; der Neigung „einzelner" Anstalten, ihre Zöglinge aus wirtschaftlichen Gründen länger festzuhalten als es vom erzieherischen Standpunkt aus geboten wäre, ist „nachdrücklich entgegenzuwirken".

Wenn man die stolze Reihe dieser Verbote und Sollvorschriften aufmerksam durchgeht, erkennt man in ihr die amtliche Bestätigung dafür, daß der Fürsorgezögling in Preussen (in Sachsen, Bayern usw. ist es in mancher Hinsicht noch schlimmer) tatsächlich „minderen Rechts" ist. Die Willkür beginnt zudem nicht erst in den Anstalten. Nach dem Einführungsgesetz zum Jugendgerichtsgesetz vom 16. 2. 1923 kann das Jugendgericht vor dem Urteil „vorläufige Anordnungen über die Erziehung und Unterbringung treffen, insbesondere die vorläufige Fürsorgeerziehung anordnen". Wie bedenklich da mitunter verfahren wird, zeigt ein Fall aus dem Straubeprozeß: der betreffende Junge wurde auf Grund

Zwischenbilanz

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Situation zeigt durch Beleuchtung eines Spezialgebiets eine Veröffentlichung des „Preußischen Statistischen Landesamts" über die Bevölkerungsbewegung im ersten Vierteljahr 1931. Danach ist die Zahl der Eheschließungen seit Mitte 1930 ständig zurückgegangen. Auch im ersten Quartal 1931 ist in fast allen preußischen Großstädten weniger geheiratet worden als im ersten Vierteljahr 1930. In manchen Städten ist die Zahl der Heiraten um ein Fünftel gesunken, in Gladbach-Rheydt sogar um ein Drittel.

Die gleiche Erscheinung zeigt sich bei den Geburten. Die durchschnittliche Geburtenziffer der preußischen Großstädte ist im Vergleich zu den drei ersten Monaten des Vorjahres um 9 Prozent gesunken. (Von 17,7 vom Tausend auf 16,1.) Der Geburtenüberschuß ist stark zurückgegangen. Die Großstädte hatten im Durchschnitt einen Überschuß von 2,4 vom Tausend gegenüber 5,2 im gleichen Vierteljahr 1930. Von den 35 Großstädten hatten 11 einen Sterbeüberschuß. Berlin zeigt dabei den höchsten Prozentsatz: 3,8 v. T.: dort übersteigt die Zahl der Gestorbenen die der Geburten um 4084.

Die Sterblichkeit ist höher als im gleichen Quartal des Jahres 1930. Bemerkenswert ist, daß die der Kinder im ersten Lebensjahr von 9,8 Todesfällen auf 9,5 unter 100 Lebendgeborenen gesunken ist.

Das sind lehrreiche Zahlen. Mitte 1930, als die Not immer weitere Kreise zu erfassen und sich immer gründlicher auszuwirken begann, setzte das Schwinden der Heiratslust — d. h. des Mutes zur Begründung einer Ehe — ein. Trotz allen Bemühungen der Religionsangestellten und der zivilen Behörden fühlt die Bevölkerung sich aus Verantwortungsbewußtsein verpflichtet, die Gründung von Familien zu unterlassen. Außerdem wird die Produktion von Menschen noch weiter eingeschränkt, als es schon bis dahin der Fall war. Ein Verhalten, für das Regierung und Verwaltungsbehörden eigentlich öffentlich Dank sagen müßten. Das Volk tut das Seine, um zu verhindern, daß die katastrofale Wirtschaftslage, mit der sich unsere Herren Maßgeblichen herumschlagen müssen, noch verschärft wird. Es produziert wenig Kinder; diejenigen aber, die es tatsächlich zur Welt bringt, sind in höherem Prozentsatz als vorher solche, deren Ernährung und Existenz gesichert ist: daher die Besserung in der Rubrik „Säuglingssterblichkeit". Der Anteil der wirtschaftlich besser gestellten Kreise an der Kindererzeugung hat sich etwas gehoben — prozentual, wahrscheinlich nicht absolut.

Trotz der Verringerung der Säuglingssterblichkeit ist aber die allgemeine Sterblichkeit gestiegen. Die Verschlechterung der Lebenslage, die Verschlimmerung der Lebensverhältnisse, die Gefährdung der Existenz bringen mehr Erwachsene zur Strecke als bisher. Die Alten, die Kranken, die wirtschaftlich Schwachen sind gefährdeter als früher und erliegen in höherem Prozentsatz. Ohne Zweifel wird sich diese Tendenz verstärken; wenn erst einmal die Zahlen über das zweite und dritte Quartal dieses Jahres vorliegen werden, wird sich zeigen, welche Lücken Brünings Attacken auf die Lebensbasis der Arbeiter und Erwerbslosen ins Volk gerissen haben. Die Zunahme der Sterblichkeit ist offenbar schon jetzt recht beängstigend, denn die „Frankfurter Zeitung" bringt zwar alle oben verwendeten Angaben über die Veröffentlichung des Statistischen Landesamts, verschweigt aber den Prozentsatz der Sterblichkeit und begnügt sich mit der Feststellung, daß sie in allen Großstädten „erheblich höher" gewesen sei als im Vorjahr. Ist es so schlimm, daß man's dem Volk gar nicht sagen darf?

Franz Kury

Auf dem Boden des Klassenkampfs sind wir unbesiegbar; verlassen wir ihn, so sind wir verloren, weil wir keine Sozialisten mehr sind. Die Kraft und Macht des Sozialismus besteht in der Tatsache, daß wir einen Klassenkampf führen, daß die arbeitende Klasse durch die Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt wird, und daß in der kapitalistischen Gesellschaft wirksame Formen, welche der Klassenherrschaft und der Klassenausbeutung ein Ende machen, unmöglich sind.

Wilhelm Liebknecht

Landarbeiterkinder

In Ostpreußen hat man Erhebungen über die Lebensbedingungen des proletarischen Landkindes angestellt. Sie zeigen, daß das Elend der Landarbeiterfamilien an das in den Großstädten heranreicht, ja es in mancher Hinsicht übertrifft. Siebzig Prozent der dörflichen Bevölkerung sind in Ostpreussen Arbeiterfamilien (Deputanten oder Freiarbeiter). Nach den gegenwärtig geltenden Tarifen bekommt der verheiratete Deputant nach Abzug der Soziallasten einen Barlohn von ungefähr 180 Mark jährlich. Da dieser Lohn natürlich kaum dazu ausreicht, eine Familie auch nur notdürftig zu kleiden (ganz abgesehen von kulturellen Bedürfnissen), muß auch die Frau hart mitarbeiten. Für Frauen ist zurzeit ein Stundenlohn von 24 Pfennig üblich.

Erschreckend ist das Wohnungselend in den Gutswohnungen. Von 2500 Landarbeiterfamilien, die von der Erhebung erfaßt worden sind, wohnen rund 2000 Familien in einem Zimmer, oder in einem Zimmer mit Kammer bzw. Küche; 74 Prozent dieser Wohnungen sind mit 5 bis 13 Personen belegt; in einzelnen Fällen bewohnen 10 bis 13 Personen nur einen Raum von 25 bis 30 Quadratmetern. Die oft stallartigen und baufälligen Gebäude sind in hygienischer Hinsicht trostlos: vermoderte Wände, ungenügende Lüftung, mangelnde Heizgelegenheit usw.; vielfach dienen die Wohnräume noch zur Aufbewahrung von Kartoffeln und sonstigen Naturalien. Es fehlt fast durchweg an den nötigen Einrichtungsgegenständen. Von 5362 erfaßten Kindern schlafen nur 612 im eigenen Bett; 89 Prozent schlafen mit Geschwistern oder Erwachsenen zusammen, viele zu dreien und vieren in einem Bett oder auf nebeneinandergestellten Stühlen. Die Kinder leiden allgemein an Unterernährung; Tuberkulose, Rachitis, Skrofulose sind an der Tagesordnung. Schwere gesundheitliche Schädigung bringt vor allem die frühzeitige Beschäftigung der Kinder. Sie werden oft schon vom siebten Jahr an zu mehrstündiger schwerer Feldarbeit herangezogen; in den Ernteferien arbeiten sie meist bis zu zehn Stunden täglich, an den schulfreien Nachmittagen bis zu sechs Stunden.

Der Landarbeiter Ostpreußens ist der Kuli der Junker. Seine Abhängigkeit vom Brotherrn ist noch viel empfindlicher als die des Industrieproleten. Sie ist deshalb besonders widerlich, weil man hier ein würdeloses patriarchalisches Verhältnis durch Anwendung übelster neuzeitlicher Ausbeutermethoden aufrecht zu erhalten sucht.

Frida Leubold

Beuteverteilung

Das Monstrum Kürten ist, ganz wie ein gewöhnlicher Mensch, den man für seine Taten hätte verantwortlich machen können, hingerichtet worden — nachdem es einige Wochen Todesangst ausgestanden hatte, ein Quantum, das beträchtlich über der Summe aller Todesängste seiner Opfer lag.

Kaum war der zerhackte Massenmörder in die Hände der Anatomen übergegangen, die ihn zu Nutz und Heil der Wissenschaft zerfasern und das kranke Gehirn nach allen Regeln der Kunst durchackern werden, da begann in Düsseldorf und Umgebung ein munteres Rätselraten und ein eifriger Wettkampf um die ausgesetzte Belohnung. Der Kopf war ab; wohlan, den Beutel auf, damit der Leichenschmaus beginnen kann! 15 000 Mark sind kein Pappenstiel; kein Wunder, daß sich mehr als 80 Bewerber um die Beute stritten. Von den rund sieben Dutzend, die glaubten ein Anrecht auf dreißig oder mehr Silberlinge zu haben, weil sie mitgeholfen hatten, die Justiz auf die Spur des Scheusals zu bringen, haben 16 vom Justizministerium größeres oder kleineres Anrecht auf das Kopfgeld zugestanden bekommen. Den Löwenanteil, 6000 Reichsmark, erhält Kürtens geschiedene Frau; sie hat keinen geringeren Fürsprecher gehabt als den seligen Unseligen selber. Er hat sich dafür ins Zeug gelegt, daß seine Ehemalige in erster Linie bedacht werde.

Mag sein, Kürten hat die Verpflichtung gefühlt, an seiner unschuldigen Frau etwas gutzumachen; mag sein, er hat aus Liebe, Zuneigung, Güte — die ja auch in Mörderherzen wohnen — ihr eine Erbschaft hinterlassen wollen. Wahrscheinlicher allerdings erscheint mir nach allem, was man vor dem Prozeß, während der Verhandlung und nachher von dem Massenmörder erfahren hat, daß er nicht ohne Berechnung für die Zuerkennung der Belohnung an seine Frau plädiert hat. Wäre er ins Irrenhaus gekommen, hätte man ihn zu lebenslänglicher Haft begnadigt, so hätte er immerhin in der Freiheit jemanden gehabt, der in der Lage gewesen wäre, ihm kleine Zuwendungen zu machen.

Nun, wenn Kürten derartiges erhofft hatte, — man hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er hat jetzt Ruh. Aber der Streit um die Beute, die Intrigen um den Anteil am Blutgeld (kann man's anders nennen?), die leidenschaftliche Parteinahme, in der sich auch die Presse gefallen hat, waren alles andere als schön.

Es heißt: Geld riecht nicht. Ich weiß nicht recht: in diesem Fall wird vielleicht doch ein warmer Dampf an den Prämiengeldern hängen bleiben, es haben zu viele Hände an ihnen herumgetastet, sie sind zu eifrig durch das noch warme Blut geschleift worden. Weder der Schweiß gieriger Hände noch das Blut eines Geköpften duften angenehm.

Ernst Maas

Komisches Volk

In Gibraltar ist vor einigen Tagen ein Mörder hingerichtet worden. Er hatte ein Mädchen umgebracht. Es war die erste Hinrichtung, die seit 35 Jahren wieder vorgenommen wurde. Obwohl der Täter kein sehr schätzenswertes Subjekt war, veranstaltete die Bevölkerung große Demonstrationen zum Protest gegen die Exekution und verlangte die Begnadigung. An der Spitze des Demonstrationszuges marschierte die Mutter des Verurteilten. Selbstverständlich wurde durch die Polizei und das Militär „die Ruhe wieder hergestellt". Sieben mehr oder weniger schwer Verletzte blieben auf der Strecke.

Sonderbares Volk, das sein Leben aufs Spiel setzt, um gegen die Ausführung der Todesstrafe zu protestieren; offenbar eine recht kulturlose Gesellschaft.

Ein Schwabenstreich

Das stuttgarter Landesgewerbemuseum ist in ganz Deutschland und über Deutschland hinaus bekannt durch seine Sammlung der Geschmacksverirrungen und seine ostasiatische Abteilung, die von Professor Pazaurek in seiner 25jährigen Tätigkeit am Landesgewerbemuseum auf- und ausgebaut worden ist. Daneben beherbergt das Museum kunstgewerbliche und industrielle Ausstellungen.

Nun hat schon seit längerer Zeit die württembergische Industrie, vor allem die Maschinenindustrie, hinter den Kulissen darauf hingearbeitet, das Landesgewerbemuseum mehr als bisher zu einem „Spiegelbild der heimischen Wirtschaft", d. h., etwas übertrieben ausgedrückt, zu einem Musterlager und Verkaufslokal von Industrieerzeugnissen zu machen, und in den letzten Wochen hat der Kampf um das Landesgewerbemuseum auch die Öffentlichkeit in Bewegung gebracht. Prinzipiell stand die Frage so: Soll das Museum durch seine Sammlungen und Ausstellungen von kunstgewerblichen Erzeugnissen aller Zeiten und Kulturkreise die Besucher, ob Industrielle, Gewerbetreibende oder „gewöhnliche" Menschen, anregen, bilden und zu richtigem Urteil über Wertarbeit erziehen (wobei vor allem die „Kitsch-Abteilung" sehr gute Dienste leisten kann), oder soll es den rein finanziellen Interessen der Industrie dienen als Raum, in dem die einzelnen Firmen ihre Erzeugnisse — gegen Platzmiete — ausstellen und verkaufen können?

Gesiegt hat die Industrie, da das Gewerbeamt und die Bürokratie des Wirtschaftsministeriums auf ihre Seite getreten sind. Die Kitsch-Abteilung und die ostasiatische Sammlung müssen umziehen bzw. sich mit weniger Raum begnügen. Professor Pazaurek hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Hintennach wird natürlich geleugnet, daß es sich um die prinzipielle Frage, welchen Zwecken das Museum dienen solle, gehandelt habe; die Industrie sei eben bisher etwas aschenbrödelmäßig behandelt worden und habe deshalb mit vollem Recht mehr Raum beanspruchen können; im übrigen aber erkenne sie den Wert der Arbeit Pazaureks durchaus an.

Pazaurek aber kann, wie sein Rücktrittsgesuch beweist, die Sache nicht so harmlos auffassen. Er sieht sein Werk bedroht. Und die Zukunft wird ihm wahrscheinlich recht geben. Denn wenn man vor den Industrieherren einmal ein paar Zentimeter zurückgewichen ist, darf man sich nicht wundern, wenn man später etliche Meter weichen muß. Stuttgart wäre dann in Gefahr, um einen in verschiedener Hinsicht wertvollen Anziehungspunkt (Fremdenverkehr, meine Herrn!) ärmer zu werden. Offenbar glauben manche Leute in ihrer Blindheit, die „emporsteigende" Stadt könne einen solchen Verlust leicht verschmerzen.

K. Z.

---

folgender Erwägung Fürsorgezögling: „Da bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes nicht anzunehmen ist, daß er auf seiner Wanderschaft Arbeit finden wird, so ist er als Landstreicher anzusehen." Und in eine Anstalt zu stecken. Es ist ja auch für die Fürsorgebehörden das einfachste. Und nicht nur das. Es ist auch billig. Billiger als andere Maßnahmen, denn der Staat zahlt zwei Drittel der Fürsorgekosten. Zudem ist hier eine so wundervolle Gelegenheit, Jugendliche zu drillen, die wegen ihrer proletarischen Gesinnung jenen Kreisen ein Dorn im Auge sind, die das Recht zum Antrag auf Fürsorgeerziehung haben (zu ihnen zählt vor allem auch die werte Geistlichkeit). Prügel, Kasernendrill und christliche Bibelsprüche sollen gutmachen, was der Staat und die Wirtschaftsordnung täglich an Verwahrlosung erzeugen. Daß sie auf erzieherischem Wege allein gar nicht mehr zu dämmen ist, sollte jedem einleuchten, der die heutigen Lebensbedingungen der unteren Schichten kennt.

Sie ist vor allem auch nicht zu dämmen, solange die geeigneten Erzieher fehlen. Die Fürsorgebehörden haben in der jetzigen Situation gar nicht das Recht, große Massen in den Umkreis ihrer zweifelhaften Erziehungsversuche zu ziehen. Es ist schon im zweiten Weylprozeß ausgesprochen worden, daß Erziehungsmethoden, wie sie in Scheuen und anderswo beliebt wurden und noch werden, die Jungens erst zum Verbrecher machen, und daß es besser wäre, sie frei herumlaufen zu lassen. Es fehlt an brauchbaren Pädagogen, und es fehlt an einer zweckmäßigen Differenzierung der Heime. Es müßten Aufnahme- und Spezialheime eingerichtet werden, die erst eine wirkliche Erziehungsarbeit ermöglichen und die verderblichen Einflüsse, die wahllos zusammengewürfelte Verwahrloste auf einander ausüben, reduzieren. Wohin der bis jetzt geübte Massenerziehungsbetrieb führt, zeigen ja die Vorkommnisse der letzten Wochen zur Genüge. Mit Prügel und Gebetbuch kann man zur Not normale Menschenkinder erziehen, sie werden manchmal trotz solchen Methoden leidlich brauchbare Menschen, aber gegenüber Verwahrlosten und Schwererziehbaren ist diese Methode ein Verbrechen.

Stresemann

Als Gustav Stresemann von Berlin kommend 1926 zum erstenmal den Bahnsteig des genfer Bahnhofes betrat, da erlebten die als Zuschauer anwesenden Genfer eine große Enttäuschung. Denn vor ihnen stand und ging der Typus des Deutschen, den sie täglich zu beobachten Gelegenheit hatten und der, laut schreiend und überall auffallend, in der ganzen Schweiz ein aus Geschäftsgründen zwar gern gesehener, aber nicht sympathischer Gast ist. So sah Stresemann aus: kurz, dick, die übliche Speckfalte im Genick, brutaler Mund, hervorquellende Augen; dazu hatte er eine metallisch klingende, etwas näselnde Stimme; die steifen, abgehackten Bewegungen waren von Jugend an seinen Idealgestalten, den preußischen Offizieren, abgesehen und für immer übernommen worden.

Von Jugend an spann sich Stresemann in jede mögliche romantische und reaktionäre Wunschvorstellung ein. Von überlieferten und von ihm mit Begeisterung übernommenen Schlagworten und Sentimentalitäten ist er nie losgekommen. In jungen Jahren schrieb er lindenblütentee-durchduftete Verschen und veröffentlichte sie unter dem trauten Titel „Traumjörg, Gedichte einer Jugend". Als gereifter Mann schwärmte er für die blauen Augen des ehemaligen Kronprinzen, den er wiederholt mit Napoleon verglich.

Er lebte einseitig in einem unbedingten Glauben an Kraft und Autorität, von der er aber auch aktiv Gebrauch zu machen wünschte. Wie oftmals Menschen, die nach Macht hungern, stand auch er in seinen Träumen und Fantasien auf Du und Du mit großen Persönlichkeiten; er fand dabei an sich Ähnlichkeiten mit ihnen, ja er identifizierte sich sogar mit Menschen wie Napoleon. Deshalb notierte er sich von solchen Männern geschriebene oder gesagte Sätze, die seiner Ansicht nach auch auf ihn zutrafen. „Man war aufmerksam auf den Knaben Bonaparte, aber geliebt war er nicht." Daraus folgerte Stresemann: auch ich hatte als Kind keine Freunde, aber ein guter Schüler war ich, also wird auch aus mir ein bedeutender Mann. Diese „persönlichen Bindungen" zu Napoleon ließ er sich auch durch den Krieg nicht verderben. Er schaltete einfach auf einen speziellen Punkt um und machte sich und andern Napoleon weiter genießbar als Erbfeind Englands.

Schwierig war es auch, Goethe, dem er sich doch ebenfalls „verwandt" fühlte, wegen seiner nicht gerade sehr patriotischen Haltung während der sogenannten Freiheitskriege in Schutz zu nehmen. Nun, Goethe schätzte eben Napoleon als „Bändiger der französischen Revolution". Man müsse sich vorstellen, sagte Stresemann, „daß heute jemand in Rußland aufstünde, der den Bolschewismus beseitigte". Und Stresemann ist der Ansicht, daß ein solcher Mann „auf die führenden geistigen Männer des heutigen Deutschland in anziehendem Hasse wirkte". (Was ohne Zweifel richtig ist.)

Zwar hat er sich selbst als „Fanatiker der Volksgemeinschaft" bezeichnet. Diese Gemeinschaft sollte aber nicht dazu da sein, dem „Volk" ein besseres Dasein zu schaffen, sie sollte lediglich dazu dienen, die Massen zur sogenannten „Staatsgesinnung" zu erziehen. Die Lebensinteressen des Proletariats sollen dem angeblichen Lebensinteresse des Staates geopfert werden: das war sein Ziel seit etwa 1906. (Die sozialdemokratischen Führer haben seither ja viel zur Erfüllung dieses Wunsches Stresemanns getan.) Er war immer dafür, den Massen mit Schlagworten und kleinen Konzessionen die klassenkämpferische Argumentation zu vernebeln; und wenn er auch der Masse nie recht traute, einzelne Führer hatten längst seine Zuneigung erworben. So war ihm Ebert die Idealgestalt eines sozialdemokratischen Führers, seit er ihn im Sommer 1918 sich hatte darüber beklagen hören, „daß in der Armee nicht mehr die alte Disziplin herrsche".

Letzten Sonntag ist für Stresemann in Mainz ein Denkmal eingeweiht worden; natürlich, denn er ist heute noch der Repräsentant derer, die sich in Deutschland für tonangebend halten. Deshalb fehlt bei dem Kränzewinden auch nicht Kunst und Dichtung. Bei einer Veranstaltung des berliner „Bühnenklubs" wurde Stresemann als geistiger Mensch, Künstler, Dichter und Denker ausgerufen. Ein Symptom für die Armseligkeit der bürgerlichen Mentalität.

E. Ernst

Die Unbeirrbaren

Der Herr Generalsuperintendent Dibelius stellt Sonntagsbetrachtungen für nationale Blätter her. Letzten Sonntag schrieb er, man könne manchmal bitter werden darüber, daß das Geld unser Schicksal sei. „Aber", sagt Herr Dibelius, „wir werden nicht bitter. Wir wollen im Gegenteil der Welt beweisen, daß es noch Menschen gibt, die sich zwar äußerlich vom Geld nicht unabhängig machen können, die sich aber die innere Freiheit ... bewahren. Auch die Kirche als Ganzes wird sich die innere Freiheit vom Gelde zu wahren wissen — gerade im gegenwärtigen Augenblick."

Wie das? Will sie die klotzigen staatlichen Zuschüsse zurückweisen? Gewiß nicht! Sie hat noch eine andere, eine gewissermaßen repräsentativere Möglichkeit entdeckt, dem bösen Mammon die kalte Schulter zu zeigen. Im Streit um das Moratorium sollen nämlich Bestrebungen im Gange gewesen sein, die zu stundenden Beträge „harmlosen Zwecken" zuzuführen; einflußreiche französische Abgeordnete sollen sich dafür eingesetzt haben, daß große Millionenkredite an die deutschen Kirchen gegeben würden; es habe nicht an Geldvermittlern gefehlt, die sich „im Schweiß ihres Angesichts" um dieses hohe Ziel bemüht hätten.

Durch dieses Geld nun, das die Kirchen vielleicht beinahe bekommen hätten, wenn die Bemühungen, die im Hintergrund gemacht worden sein sollen, Erfolg gehabt hätten — durch dieses Geld hat sich die Kirche in ihrer antimammonistischen Haltung nicht irre machen lassen. „Die evangelische Kirche will nicht Geld auf Kosten des Reiches haben", ruft Herr Dibelius aus. Zumal in einer Zeit, wo es so mies dran ist. Sie überläßt ihren imaginären Anteil an den anderthalb Milliarden großmütig Herrn Brüning zu anderweitiger Verwendung. Man denke!

Hätte sie das wohl auch getan, wenn jene sagenhaften Bemühungen hinter den Kulissen von klingendem Erfolg gekrönt gewesen wären?

hm

Schlaglichter

„Von 28 100 000 Einkommensteuerpflichtigen hatten im Jahr 1928 nur 430 000 oder anderthalb Prozent ein Einkommen von mehr als 8000 RM. jährlich. Einkommen von 100 000 RM. und mehr versteuern nur 5000 Personen. Der Ausfall für den Fiskus kann also nicht groß sein, wenn er durch vernünftige Besteuerung das Nötige tut, um diese höheren Einkommen im Lande zu halten."

Diese Sätze stammen von Herrn Bankdirektor Wassermann. Sie wurden gesprochen Mitte April bei der Generalversammlung der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, sind aber keine Neuerfindung, sondern eine gerade bei deutschen Steuerfachleuten häufig anzutreffende Berufsüberzeugung: hohe Einkommen dürfen nicht „unvernünftig", nämlich nicht hoch besteuert werden, sonst wandert das Geld ins Ausland.

Die Notverordnung vom Juni hat dann auch Herrn Wassermann Recht gegeben. Sie hat die hohen und die „freien" Einkommen verhältnismäßig viel zarter angefaßt als die kleineren und als Gehalt festgelegten.

Eine „vernünftige" Ungerechtigkeit ist dem heutigen Staat lieber als eine unvernünftige Gerechtigkeit. Es ist genau das Prinzip: die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen.

Aber ist denn nicht Gerechtigkeit die Grundlage der Staaten? Ist der moralische Schaden, der durch die Bevorzugung der Reichen und die Bedrückung der Armen angerichtet wird, nicht größer als der fiskalische Vorteil, den man dabei im Auge hat? Vor allem in einem „demokratischen" Staat? Und wäre es nicht Ehrensache der Begüterten, ihre „nationale Gesinnung" damit zu bekunden, daß sie von ihrem Überfluß gerne hergeben, um die Ärmeren zu entlasten?

Man könnte meinen. Aber der Staat ist eben für die Reichen etwas anderes als für die Armen. Für die Armen ist der Himmel.

•

„Innerhalb der Herrenbekleidungsindustrie wird gegenwärtig die Frage erörtert, ob die Herrenmode künftighin häufiger wechseln soll als bisher ... Wie bei allen nur wenig der Mode unterworfenen Gewerben ist es auch in dieser Branche heute dem Einzelhandel möglich, unverkaufte Saisonartikel noch im kommenden Jahr ohne nennenswerte Verluste abzusetzen. Infolgedessen wird natürlich der Einkauf neuer Warenbestände genau den vorhandenen Lagern angepaßt ... Die Aufträge für den Winter 1931/32 stehen derart im Zeichen der größten Zurückhaltung, daß die Herrenbekleidungs-Industrie ernste Sorgen hegt." (Aus einer Berliner Zeitung vom Ende Juni.)

Wenn die Herrenmode so rasch wechseln würde wie die Damenmode, dann müßten die Herrenkleiderhändler ihre heutigen Bestände jetzt zu jedem Preis losschlagen, weil sie sonst ganz liegen blieben, und müßten ihre Lager mit den Modellen der nächsten Saison auffüllen. Die Herrenkleiderfabrikanten hätten dann Absatz, ihr Geschäft würde wieder in Gang kommen. So ist dieser Gedankengang.

Wahrscheinlich ist er falsch. In einer Zeit wie der heutigen würde die „Herrenwelt" am Ende lieber altmodisch herumlaufen als nichts zu essen haben; die Händler, die sich mit neuer Ware eingedeckt hätten, könnten das Nachsehen haben, und die Fabrikanten dazu.

Aber einerlei, wie das ginge: die hier zitierten Sätze zeigen schlaglichtartig, wozu unsere Wirtschaft da ist. Nicht dazu, um das Bedürfnis der Konsumenten zu befriedigen (die bis jetzt keine Wünsche nach rascherem Herrenmodewechsel geäußert haben), sondern damit die Produzenten etwas zu tun und zu verkaufen haben.

Der Staat ist für die Reichen da, nicht für die Armen. Die Wirtschaft ist für die Fabrikanten da, nicht für die Verbraucher.

•

„Der Rundfunk überschlägt sich in der Darbietung kirchlicher Propaganda, die Freidenkerbewegung vertröstet er mit Redensarten ... Die Leitungen vieler Krankenhäuser, Erholungsheime, Fürsorge- und Strafanstalten verbieten die Verbreitung freidenkerischer Literatur. Versammlungs- und Plakatverbote gehören in vielen Gegenden der Republik zu den alltäglichen Erscheinungen. Handwerkerinnungen dürfen den Boykott über freigeistige Lehrlinge verhängen. In vielen kleinen Orten herrscht noch gegen Freidenker der Kirchenterror." (Max Sievers im „Vorwärts".)

Denken, Bildung, Wissenschaft, Kultur, glauben manche, seien wenigstens heutzutage allen zugänglich, seien frei und nicht an eine Klasse gebunden. Es ist ein Irrtum. Es gilt nur in dem Sinn wie es Reichen und Armen gleichermaßen verboten ist, zu betteln, zu stehlen und unter Brücken zu schlafen.

Der kirchliche Glaube, die Vorstellungen und Anschauungen, auf denen er beruht, sind für die gebildete Oberschicht unseres Volkes seit zwei Menschenaltern ein überwundener Standpunkt. Keinem ihrem Angehörigen fällt es ein, etwas davon noch ernst zu nehmen. Die Pfarrer selber wissen auf Grund ihres Studiums, daß das, was sie von der Kanzel zu verkündigen haben, großenteils überlebt und praktisch wertlos ist. Aber für das „Volk" gilt immer noch Aberglaube und frommes Geschwätz als einzig bekömmliche geistige Nahrung; nichts geschieht, um ihm aus dem Dunkel, in dem es sich bewegt, herauszuhelfen; alles geschieht, um zu verhindern, daß es selber herausfinde.

Wissen, geistige Weite und Freiheit ist für die „besseren Leute". Für die Massen: Lesen, Schreiben, Kopfrechnen und Religion.

Denn wir sind (zum Aussuchen): ein Kulturstaat, eine soziale Republik, die freieste Demokratie der Welt.

Erich Schairer

Ausgerechnet die Franzosen . . .

Die „Deutsche Zeitung" (Nr. 156) meldet aus Paris: „Seit dem Freitag befindet sich die Ausstellungsleitung der hiesigen großen Kolonialausstellung in einer sehr unangenehmen Lage. Die Anlagen, die Pavillons, die Vergnügungspaläste werden seit diesem Tage überschwemmt mit Millionen deutscher Flugblätter, ohne daß es bisher gelungen wäre, die Verteiler der Flugblätter zu ermitteln. In diesen Flugblättern, die in verschiedenen Sprachen abgefaßt sind und vom Deutschen Fichte-Bund aus Hamburg 36 stammen, wird in vorbildlicher Weise die Kolonial-Lüge widerlegt und die französische Kolonisierung in den ehemaligen deutschen Kolonien durch Aussprüche bekannter Ausländer als minderwertig erwiesen" Ganz Paris sei voller Wut über diese deutsche Propaganda.

Dann fährt die „Deutsche Zeitung" fort: „Ausgerechnet die Franzosen haben es nötig, sich über einfache deutsche Werbung zu beklagen, nachdem seit Monaten ein protziges Leuchtreklameschild am Kurfürstendamm allabendlich zum Besuch der Kolonialausstellung einladet."

Das Reklameschild ist protzig, die deutsche Flugblätter-Propaganda ist „einfache Werbung" — da scheint die Buchführung der „Deutschen Zeitung" doppelt zu sein.

Scheuen

Holzschnitt von Hans Gerner

Moderne Pädagogik in der Fürsorge:
„Selbsterziehung" der Zöglinge

Kleines Interview

Die letzte Nummer der „Sonntags-Zeitung" ist mit einer ziemlich vagen Begründung beschlagnahmt worden. Da Mitarbeiter wie Redaktion nicht den geringsten Wert auf polizeiliche Unterdrückung ihrer Meinung legen, ist klar, daß sie sich nicht bewußt waren, der Notverordnung auf die Schleppe getreten zu haben; hätten sie geahnt, daß man aus den beiden Artikeln eine „böswillige Verächtlichmachung" von Personen oder Instanzen herauslesen könnte, so hätten sie ihre Sätze in eigenem Interesse vorsichtiger formuliert.

Indes, das Unglück war geschehen; eine hohe Behörde fand im harmlos hingesprochenen Wort bösen Vorsatz, und es fragte sich nun: in welchem Wort? Lernbegierig betrat ich die Räume der Abteilung IIb und ließ mich beim zuständigen Herrn Oberregierungsrat melden. Vorgelassen, fand ich mich zwei Herren gegenüber, deren einer mir nichts tat, während der andere sich mit mir in eine Konversation begab. Den zweiten redete ich infolgedessen mit „Herr Oberregierungsrat" an, aber der andere war's. Ich erfuhr das erst, als ich längst wieder draußen war.

Die Unterredung verlief vollkommen ergebnislos. Der von mir für denjenigen Oberregierungsrat, dessen Name unter der Beschlagnahme-Verfügung stand, gehaltene Herr lehnte es praktisch, nicht ausdrücklich, ab, mitzuteilen, welche Ausdrücke die Berechtigung der Verfügung erweisen sollten. Er merkte mir einige Sätze an: die seien der Grund für die Beschlagnahme. Da die Sätze nach unserer Auffassung zu keinem Vorgehen berechtigten (sonst wären sie ja nicht gedruckt worden), bat ich um Bezeichnung derjenigen Worte oder Ausdrücke, die sie zu polizeiwidrigen Stellen machten. Er gab mir keine Auskunft; er behauptete lediglich, die Sätze überschritten das Maß sachlicher Kritik und seien ihrer Form wegen zu beanstanden.

Das Positive der Unterredung war die Mitteilung, daß es strafbar sei, diejenigen Sätze, die mir von dem von mir fälschlicherweise für den Verfügenden gehaltenen Herrn angezeichnet wurden, nun nocheinmal zu veröffentlichen. Immerhin dürfte es unsere Leser interessieren — ebenso wie es uns interessiert hat — zu erfahren, was man eigentlich in Stuttgart nicht aussprechen darf. Ich denke nicht daran, das Verbot zu verletzen, sondern teile nur denjenigen Lesern, die noch vor dem Zugriff der Polizei die Nummer 27 erhalten haben, mit, daß im Artikel „Rache ist süß" folgende Sätze als belastend bezeichnet wurden: Satz 1. Satz 5. Die beiden letzten Sätze von Abschnitt 2. Im Artikel „Regierungskunst": „Der ganze Artikel." Speziell: Von Zeile 1 bis inklusive Zeile 9 (nach dem Merkzeichen des Bescheid gebenden Herrn). Ganz speziell: Zeile 10—13 (letzter Satz von Absatz 2).

Übrigens wurde mir auf meine Frage hin zugegeben, daß die Begründung der Beschlagnahme in der Tat deshalb so allgemein gehalten war und deshalb die inkriminierten Sätze nicht enthalten hatte, damit diese Kundgebungen nicht durch den wortgetreuen Abdruck der Verfügung wiederholt werden könnten. Und dieses Eingeständnis scheint mir das positivste Ergebnis des kleinen Interviews zu sein. Es zeigt am deutlichsten, woran wir sind.

Max Barth

Nur, nur, nur dich allein . . .

Die „Schwäbische Tagwacht" hat sich's nicht verkneifen können, ihre Meldung von der Beschlagnahme der S.-Z. u. a. mit folgenden Sätzen zu glossieren: „Wir wissen nicht, was die Sonntags-Zeitung verbrochen hat. Unseres Wissens schimpft sie sonst doch nur auf die Sozialdemokratie, was wir allerdings nie tragisch nehmen. Die guten Leute sollen sich halt eins schreiben."

Jetzt wissen wir's: wir kritisieren überhaupt nur die Sozialdemokratie. Nur, nur, nur dich allein. Der Kampf gegen Kulturreaktion, Kirche, Kapitalismus, Militarismus, Fascismus, für den Sozialismus, für die ideologische Verteidigung der Sowjet-Union, für selbständiges, kritisches Denken, für politische Aufklärung usw. usw. — der geht halt so nebenher.

Da wird uns nichts übrig bleiben, als uns auch künftig „halt eins zu schreiben". Hie und da werden wir dann, wie bisher, auch erfahren, daß die Kritik an der SPD nicht alle Sozialdemokraten so gelassen und kühl läßt wie — dem äußeren Anschein nach — die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht", sondern daß manche oft merklich nervös werden.

Im übrigen: danke schön für die Erwähnung der S.-Z.; schon lange nicht mehr vorgekommen.

Wenn bei den Barbaren der Unterschied von Rechten und Pflichten noch kaum gemacht werden konnte, so macht die Zivilisation den Unterschied und Gegensatz Beider auch dem Blödsinnigsten klar, indem sie einer Klasse so ziemlich alle Rechte zuweist, der andern dagegen so ziemlich alle Pflichten.

Friedrich Engels

Kleinigkeiten

Geh du voran! Heinrich Ströbel schließt seinen Leitartikel in der letzten Nummer des „Anderen Deutschland" mit den Sätzen: „Die einzige Rettung für Deutschland, für Europa und den Weltfrieden kann nur von den deutschen Volksmassen selbst kommen, die Opfer der bisherigen Politik der Selbstzerstörung und der Katastrofenmacherei geworden sind. Nur ihre Einsicht und Tatkraft kann in Außenpolitik und Wirtschaft der Vernunft zum Siege verhelfen!" — Von den „Führern" dieser Massen scheint also auch Ströbel nichts mehr zu erwarten.

Auf die Finger geklopft. Der General von Hammerstein hatte auf eigene Faust die Notverordnung über den Abbau der Beamtengehälter außer Kraft gesetzt, soweit es sich um Reichswehrangehörige bis hinauf zum Hauptmann handelte. Das Reichskabinett hat darauf Herrn Groener bestimmt, zu veranlassen, daß sein Untergebener die eigenmächtige Handlung rückgängig macht. — Die Zeit scheint noch nicht ganz reif zu sein, Herr General. Bißchen Geduld, bitte!

Innerlich. In Stockach (Baden) hat in einer öffentlichen nationalsozialistischen Versammlung der Landtagsabgeordnete Roth u. a. gesagt: „Hinter uns steht die Polizei und die Reichswehr, wenn nicht äußerlich, dann doch innerlich." — Ein Abgeordneter muß das ja wissen.

Heikles Spielzeug. Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt zum bevorstehenden Besuch unserer Kriegsschiffe in den Ostseebädern: „Da die Reeden von Kolberg und Brunshaupten nur wenig Schutz bieten, können diese Orte nur bei günstiger Wetterlage angelaufen werden." — Der nächste Seekrieg findet unter diesen Umständen ebenfalls nur bei schönem Wetter statt.

Neues vom Kriegerbund. Auf einer Tagung des Kyffhäuserbundes in Königsberg hat der Präsident des Bundes, Exzellenz von Horn, die Begrüßungsrede gehalten. Die Einstellung von heute, meinte er u. a., habe dazu geführt, daß sich jeder zur Kritik und zum Schimpfen berechtigt fühle, während sich früher nur begabte Köpfe um die Politik bekümmert hätten. — Sicher hat er da an Herrn von Michaelis gedacht, der seine Entscheidungen nach den Losungen der Herrnhuter Brüdergemeinde getroffen hat.

Kommunistischer Beamter. Nein, die Beschlagnahme der Nummer 27 ist nicht wegen des in Nr. 26 veröffentlichten Artikels über einen vorübergehend unzurechnungsfähigen Postbeamten erfolgt. Das hätte uns die Polizei sonst sicherlich mitgeteilt.

Bemühe dich. In der Zahlstelle der Barmer Ersatzkasse in Berlin-Neukölln hängt folgendes Plakat: „Bemühe dich, keusch zu bleiben! Das beste Mittel dazu sind Leibesübungen. Sport und Spiel, Schwimmen und Wandern neben ernster Arbeit machen es dir leicht, enthaltsam zu bleiben. Enthaltsamkeit ist nicht schädlich." — Wenn das nicht hilft, muß eben Brüning eine diesbezügliche Notverordnung erlassen.

Gefährlicher Beruf. In Wien sind drei Schauspieler, die bei der Aufführung von Hasenclevers Schauspiel „Ehen werden im Himmel geschlossen" mitgewirkt hatten, wegen Gotteslästerung angeklagt, von diesem Delikt freigesprochen, aber wegen Beleidigung der katholischen Kirche zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Charakter. Die „Fränkische Wacht" entrüstet sich darüber, daß in Nürnberg protestantische Geschäftsleute aufgefordert worden sind, in den Festblättern zum Deutschen Katholikentag zu inserieren: „Daß sich protestantische Geschäftsleute finden könnten, die auf die plumpe Anreißerei hereinfallen und so öffentlich ihre ... Charakterlosigkeit zur Schau stellen, erachten wir als ausgeschlossen." — Werden sie auch so charaktervoll sein, an die erwarteten 120 000 Besucher nichts zu verkaufen? — —

Berichterstattung. Aus einem Bericht über Schmelings Mutter: „... Damski fand die aufgeregte Frau (in der Zeit des Boxkampfes) auf dem Balkon, wie sie auf einem Stuhl saß, am ganzen Körper zitterte, weinte und für ihren großen Jungen betete." — Fünfzig Zeilen weiter unten: Frau Schmeling bei der Siegesnachricht: „... Ich habe nie an seinem Sieg gezweifelt!"

Die letzte Nummer der S.-Z. (Nr. 27, vom 5. Juli) ist „auf Grund von § 12 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziff. 2 der Verordnung vom 28. 3. 31" beschlagnahmt worden; die Nummer enthält nach der Ansicht des Polizeipräsidiums Stuttgart „in den Artikeln „Rache ist süß" und „Regierungskunst" Kundgebungen, die als eine böswillige Verächtlichmachung von Organen, Behörden und leitenden Beamten des Staates anzusehen sind". Von dieser Nummer können daher keine Exemplare mehr nachgeliefert werden.

Karlsruhe. Die Leser der S.-Z. treffen sich mit den Mitgliedern der Friedensgesellschaft am 18. Juli, 20 Uhr, im Heim d. Z. d. A., Saal II., Gartenstr. 25. Thema: Politisches Sowjetrußland.

Hinweis. Auf dem Landeskongreß des Kampfausschusses gegen § 218 hat eine aus Arbeitern bestehende Theatergruppe Wolfs „Cyankali" aufgeführt. Die Gruppe ist ohne Zweifel eine der besten Arbeiter-Spielgemeinschaften. Organisationen, die in der Lage sind, sie durch Verwendung zu unterstützen, sollten das tun. Man wende sich an Wilhelm Deuschle, Foehrichstraße 70, Feuerbach bei Stuttgart.

Der Postabonnent, der in die Ferien geht, vergesse nicht, bei seinem Postamt zu beantragen, daß ihm die S.-Z. nachgeschickt wird. Auf Reisen an den Kiosken bitte nach der S.-Z. fragen!

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postrich 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 76 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Verbrechen des Paters Amaro. Von Eça de Queiroz. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Doppelgesicht des Christentums. Von Stadtpfarrer Dr. G. Schenkel. Kart. 3,30 Mark, geb. 4,60 Mark.

Das Geld in der Politik. Von Richard Lewinsohn (Morus). Broschiert 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

Der Mann im Dunkel. Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des mysteriösen Europäers. Brosch. 3,50 Mark.

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

Etappe Gent. Von Heinrich Wandt. Kart. 2,50 Mark, geb. 3,80 Mark.

Erotik und Spionage. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stuttgart, 19. Juli 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 29

Bankrott — und nun?

Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, das ist — wenn von manchen Seiten auch noch so schöne Worte drum herumgemacht werden — nichts anderes als die politische und wirtschaftliche Bankrott-Erklärung der Regierung und der Wirtschaftsführer. Die Regierung ist nicht imstande, nach aussen die Politik zu treiben, die in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des deutschen Kapitalismus notwendig wäre (nämlich eine Politik der Verständigung mit Frankreich) und sie kann im Innern nichts mehr tun als ein Loch mit einem anderen auszustopfen und sich mit Ach und Krach von einem Tag auf den andern am Leben zu erhalten, und unsere Wirtschaftsführer und Bankiers vermögen kaum noch ihre Betriebe in Gang zu halten, zu schweigen davon, daß sie etwa den allgemeinen Wohlstand heben. Der niedergehende Kapitalismus offenbart sich als eine Raubwirtschaft, durch die in wenigen Wochen Milliarden-Werte vernichtet und Not und Elend der Massen ins unerträgliche gesteigert werden.

Nun gibt es Leute, die mir zwar bis hieher zustimmen werden, aber immer noch glauben, diese Raubwirtschaft lasse sich durch Zufuhr neuen Blutes und durch Reformen wieder „vernünftig" handhaben. Die Ereignisse der nächsten Zeit (Monate? Jahre?) werden wohl solche Illusionen vollends vertreiben. Der Kapitalismus kann sich wohl noch durch Verstärkung der Ausbeutung und durch nackte, brutale Gewalt halten (besonders wenn er sich mit dem Fascismus verbündet), aber er wird deswegen nicht „vernünftiger", er bleibt trotzdem eine Raubwirtschaft, er hat sich eben historisch überlebt. Am Ende steht doch das Chaos. Wirkliche Ordnung kann nur geschaffen werden durch das revolutionäre Eingreifen der Arbeiterklasse, die den Kapitalismus stürzt und eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen beginnt.

*

Die Situation ist dafür — objektiv — günstig, wenn wir Lenin glauben wollen, der als Hauptmerkmale einer revolutionären Situation bezeichnet: „1. Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrecht zu erhalten; diese oder jene Krise der „Spitzen", Krise der Politik der herrschenden Klasse ... 2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Massen über das gewohnte Mass hinaus. 3. Beträchtliche — aus dem angeführten Ursachen sich herleitende — Steigerung der Aktivität der Massen, die sich in einer „friedlichen" Epoche wohl ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten aber ... zu selbständigem historischem Auftreten angetrieben werden."

Alle diese Merkmale treffen auf die heutige Lage zu. Trotzdem wird man mit Recht starke Zweifel hegen, ob die jetzige revolutionäre Situation nun wirklich zu einer Revolution führen wird. „Warum? Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution entsteht, sondern nur aus einer Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Wandlungen noch eine subjektive hinzukommt nämlich: die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierungsgewalt zu zerschmettern."

*

Wie ist diese „subjektive Wandlung" herbeizuführen? Indem man Parolen unter die Massen wirft, für die sie zu kämpfen bereit sind, weil sie an ihre Bedürfnisse und Stimmungen anknüpfen. Da weiss jedermann, daß die Krise u. a. dadurch verschärft wurde, daß die Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verschoben haben, und schimpft darüber; also Forderung: Bestrafung der Kapitalverschieber. Die kleinen Leute sind in Gefahr, ihre Ersparnisse zu verlieren, die Auszahlung der Löhne und Unterstützungen wird unsicher; also Forderung: Beschlagnahme der großen Vermögen zur Sicherstellung der kleineren Spareinlagen und der Lohnzahlungen. Betriebe brechen zusammen wegen Unfähigkeit oder Betrügereien ihrer Leiter, jedesmal fliegen einige tausend Arbeiter auf die Straße; also Forderung: Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter und Angestellten, Uebernahme zusammengebrochener Betriebe durch die Arbeiter. (Durch Heranziehung kaufmännischer und technischer Kräfte aus den mit der Arbeiterschaft sympathisierenden Schichten ist das ohne weiteres möglich.)

Das sind nur ein paar der Forderungen, die heute aufgestellt werden müssen. Ganz verwirklicht können sie erst werden, wenn die Staatsmacht erobert ist; Eroberung der Staatsmacht muss deshalb die Hauptparole sein.

*

Sind die Massen heute bereit, für solche Forderungen zu kämpfen? Daß sie es nicht sind, ist vor allem Schuld der Sozialdemokratie, die jede revolutionäre Aktivität der Massen unterdrückt. Der „Vorwärts" ermahnt z. B. in einem Artikel zur Ruhe, indem er schreibt: „Jeder Arbeiter und Angestellte in Industrie und Handel ist gegenwärtig davon abhängig, ob sein Unternehmen Kredit erhält." Folgerung: ruhig sein, abwarten, die kapitalistische Ordnung nicht stören! Jawohl, das stimmt: Arbeiter und Angestellte sind abhängig vom Kredit, den ihr Betrieb erhält. Aber daraus nun zu folgern, sie müßten sich ruhig verhalten, um die kapitalistischen Kreditaktionen nicht zu stören, das bedeutet doch, sich vorbehaltlos denen anvertrauen, die uns ins heutige Schlamassel geführt haben, und still zu warten, bis es ihnen vielleicht gelingt, nocheinmal einen Ausweg zu finden; während die einzig mögliche Folgerung ist: sich unabhängig machen von ihnen, sie vertreiben, selber Betriebe und Banken kontrollieren und in die Hand nehmen. Das wird nicht „einfach" durchzuführen sein, selbst wenn die Staatsmacht in den Händen der Arbeiter ist (Verkehr mit dem Ausland, Beschaffung von Rohstoffen!), es wird überhaupt „schwierig" sein, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, aber es gibt eben keinen andern Weg aus dem heutigen Chaos. (Das Chaos, Sozialdemokraten, mit dem ihr eure Anhänger immer schreckt, ist nicht die Folge revolutionärer Aktionen — die sollen es ja gerade verhindern —, sondern wird das Ergebnis der sinnlosen kapitalistischen Raubwirtschaft sein.)

Ebenso bezeichnend für die Politik der SPD wie dieser Artikel aus dem „Vorwärts" ist eine Glosse der „Schwäbischen Tagwacht". Die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung" hat zu politischen Massenstreiks aufgefordert (weswegen sie von der Polizei beschlagnahmt wurde), und die „Tagwacht" schreibt nun, mit dem Aufruf zu politischen Massenstreiks hätten sich die Kommunisten „etwas Urblödes" geleistet. Der Massenstreik, die Hauptwaffe der Arbeiterschaft, in einer revolutionären Situation „etwas Urblödes" — ja, solange die Mehrheit der Arbeiterklasse Führern folgt, die solcher Ansicht sind, besteht gar keine Hoffnung, daß wir auf einem anderen als dem kapitalistischen Weg aus der Krise herauskommen.

*

Das Zentral-Komitee der KPD hat, wie es seine Aufgabe ist, eine Reihe von Kampflosungen für die heutige Situation herausgegeben. Aber — diese Losungen finden kein genügendes Echo. Denn die KPD hat ihre strategische Hauptaufgabe: die Mehrheit der Arbeiterklasse, vor allem die der organisierten Arbeiter, hinter sich zu bringen, noch lange nicht gelöst. Das ist eine Tatsache, die einfach nicht bestritten werden kann; jede Demonstration zeigt das, die Wirtschaftskämpfe des letzten Jahres (berliner Metallarbeiterstreik, Ruhrstreik) beweisen es, und der Brief der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau an die Rote Gewerkschaftsopposition vom 10. Juni 1931 spricht es mit nackten Worten aus. Da die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Massen dem Kommunismus zutreibt, müssen hier schwere Fehler der Taktik vorliegen. Diese Fehler zu erkennen und gutzumachen, ist die Voraussetzung für erfolgreiches Eingreifen in die Politik. Bisher hat die Arbeiterklasse den Angriff des Kapitals widerstandslos hingenommen, sie hat auch in der Krise der letzten Wochen nicht aktiv eingegriffen — soll das auch in Zukunft so bleiben?

Die objektive revolutionäre Situation ist da; die subjektiven Voraussetzungen revolutionärer Aktionen fehlen. Sie gilt es zu schaffen. Nur dann kann der Bankrott überwunden und das Chaos vermieden werden. Hermann List

Aktionsparolen

Die vollständige Zerrüttung des gesamten wirtschaftlichen Lebens hat einen solchen Grad erreicht, daß eine Katastrofe von unerhörtem Ausmaße unvermeidlich geworden ist.

Der Weg zur Rettung vor der Katastrofe geht nur über die Einführung einer wirklichen Arbeiterkontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte.

Die Arbeiterkontrolle muß auf alle Finanz- und Bankgeschäfte ausgedehnt werden, wobei die gesamte Finanzlage der Betriebe klargestellt und sofort zu organisieren ist. Die Räte und Kongresse der Angestellten der Banken, Syndikate usw. zur Teilnahme herangezogen werden müssen.

Die Rettung des Landes vor der Katastrofe erfordert, daß der Arbeiter- und Bauernbevölkerung vor allem klargemacht wird — und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten —, daß sie sich vollkommen und unbedingt darauf verlassen kann, daß die zentralen und örtlichen leitenden Machtorgane nicht davor zurückschrekken werden, den größten Teil der Profite, der Einkommen und Vermögen der größten und großen Bank-, Finanz-, Handels- und Industriemagnaten der kapitalistischen Wirtschaft in die Hände des Volkes zu überführen.

Eine planmäßige und erfolgreiche Durchführung aller erwähnten Maßregeln ist nur möglich, wenn die gesamte Staatsmacht in die Hände der Proletarier und Halbproletarier übergeht.

*

Woher und wie soll das Geld beschafft werden? Es ist natürlich leicht, fünf Millionen für einen Betrieb zu „verlangen", aber man muß doch verstehen, daß für alle Betriebe bedeutend mehr erforderlich sein wird. Ist es nicht klar, daß ohne die Maßregel, die wir seit Anfang April fordern und predigen, ohne die Verschmelzung aller Banken zu einer Bank und ohne die Kontrolle dieser Bank, ohne die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, kein Geld beschafft werden kann?

*

Regelung und Kontrolle nicht der Arbeiter durch die Kapitalistenklasse, sondern umgekehrt — das ist des Pudels Kern. Nicht Vertrauen zum „Staat", sondern die Forderung nach einem von den Proletariern und Halbproletariern geleiteten Staat — das muß der Kampf gegen die Zerrüttung sein. Jede andere Lösung ist Frase und Betrug.

*

Tag für Tag muß Alarm geschlagen werden. Alle möglichen dummen Leutchen haben uns den Vorwurf gemacht, daß wir es mit der Übergabe der ganzen Staatsgewalt an die Räte der Arbeiter- und Bauerndeputierten zu „eilig" hätten. Jetzt können sogar die dümmsten von diesen kleinbürgerlichen Dummköpfen sehen, daß das Leben nicht wartet, daß nicht wir eilen, sondern daß die Zerrüttung eilt.

Die kleinbürgerliche Feigheit hat beschlossen: lassen wir vorläufig die Geschäfte in den Händen der Kapitalisten, vielleicht daß die „Zerrüttung „warten" wird! Die Tatsachen zeigen jeden Tag von neuem, daß die Zerrüttung wohl kaum warten dürfte.

*

Diese Sätze hat Lenin im Sommer 1917 in verschiedenen Zeitungsartikeln geschrieben. Sie sind (mit einigen Auslassungen) aus Band XX, 2. Halbband von Lenins „Sämtlichen Werken" zitiert.

Gang nach Canossa?

Der deutsche Kapitalismus wird sich ohne Unterstützung des Auslandes nicht mehr halten können. Ohne Frankreichs Zustimmung ist diese Hilfe unmöglich; die französische Regierung nützt diese Lage aus, um politische Zugeständnisse zu erpressen. Die deutsche Regierung wird keine andere Wahl haben als, wenigstens teilweise, den französischen Forderungen nachzugeben. Das ist, kurz gesagt, die heutige Lage.

„Es ist", schreibt der „Montag Morgen", „wieder mal wie 1918 und 1923.

November 1918: Ende des einundfünfzigmonatigen Weltkriegs. Nahrung und Rohstoffe gehen aus, die Bataillone schwinden dahin, Hilferufe an Wilson verklingen. General Groener spricht: „Wir müssen mit der weißen Fahne hinüber."

August 1923: Ende des achtmonatigen Ruhrkriegs. Deutschland ist nicht mehr imstande, die Produktion seiner Haupt-Industrieprovinzen zu entbehren und die feiernde Bevölkerung dieser Provinzen zu unterhalten. Die Sintflut der Milliarden überschwemmt alles Leben. Stresemann spricht: „Wir müssen mit der weißen Fahne hinüber."

Juli 1931: Ende des fünfzehnmonatigen Revisionskriegs. Deutschland ist nicht mehr imstande, den Vertrauenskollaps der Welt und seiner eigenen Bevölkerung zu ertragen. Es ist nicht mehr imstande, seine drei unproduktiven Kriegsindustrien Getreide, Eisen und Kohle vom Steuerzahler durchfüttern zu lassen. Die Unternehmungen krachen; Kredite, Vermögen, Devisen und Gold flüchten; Deflation trocknet die Adern der Wirtschaft aus; der Hilferuf an Amerika bringt nur einen Tropfen auf glühenden Stein. Es sprechen MacDonald, Stimson, sogar Mussolini: „Ihr müßt mit der weißen Fahne hinüber!" Hinüber wohin? Hinüber zu Frankreich!"

Es wird ein schwerer Gang werden für Brüning, der Canossa-Gang nach Frankreich. Aber er wird ihn tun müssen. In dem Kampf der beiden imperialistischen Regierungen Deutschlands und Frankreichs operiert die eine mit viel Geschick und mit allen denkbaren politischen und militärischen Machtmitteln, die andere fast ohne Machtmittel und mit dem denkbar größten Ungeschick. Der Ausgang des Kampfes kann also nicht zweifelhaft sein.

Sklarek-Lahusen

Man unterscheidet innerhalb von Deutschlands Geschäftswelt zwischen sogenannten königlichen Kaufleuten, die den ehrbaren deutschen Geschäftsgeist hochhalten, und den jüdisch verseuchten, die ihn teils eigenhändig, teils durch ihr schlechtes Beispiel untergraben. Im Umkreis dieser wimmeln die Novemberlinge, kleine Leute, die die Revolution an die Macht gebracht hat; im Umkreis der andern siedelt das deutsche Edelmenschentum, das nur für Deutschlands Ruhm und Herrlichkeit lebt. Die Sklareks sind der Prototyp der einen, die Gebrüder Lahusen, die den dieser Tage verkrachten Nordwollekonzern (Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei) geleitet haben, der der andern. Zuweilen verwischen sich die Grenzen zwischen den „galizischen Rinnsteinprodukten" und den Nachkommen stolzer Patriziergeschlechter. Sie zeigen unter ähnlichen Umständen ähnliche Verhaltungsweisen, wie man an der Affäre der Brüder Lahusen sieht. Skrupellosigkeit und Parvenutum scheinen eben nicht nur Emporkömmlingen eigen zu sein.

Die Lahusens sind ein stolzes Geschlecht. Der Großvater der Brüder Lahusen hat die St. Stefanskirche in Bremen erbaut und bereits im Jahr 1865 ein Preisausschreiben finanziert, zur Widerlegung der bösen lüberalen Geistlichkeit. Die Brüder Lahusen haben sich die traditionelle evangelisch-orthodoxe Frömmigkeit der Familie bewahrt, sie haben ihre reservierten Ehrenplätze in der Kirche, und politisch stehen sie so weit rechts, wie es sich eine solche Familie eben schuldig ist: sie sind Hauptfinanziers der Deutschnationalen in Bremen und vor allem Förderer der Hitlerbewegung.

Diesen Leuten ist nun eine Pleite passiert, die nicht nur im Umfang ihresgleichen sucht. Es wurden, bei einem Aktienkapital von 75 Millionen Mark Verpflichtungen in Höhe von 240 Millionen festgestellt (nach der Konkursordnung besteht die Pflicht, bei Verlusten, die über die Hälfte des Aktienkapitals hinausgehen, den Konkurs anzumelden); neben einer Reihe in- und ausländischer Banken sind vor allem auch eine Menge kleiner Leute hereingelegt; viele dadurch, daß sie sich von den Lahusens für abgekaufte Häuser und Grundstücke mit Aktien abfinden ließen.

Auf welche Weise die Riesenpleite zustandegekommen ist, ist heute im einzelnen nicht feststellbar, da die Geschäfte des Konzerns durch eine komplizierte Verschachtelung und durch verschleiernde Buchungsmethoden sich zum Teil recht undurchsichtig darbieten. Fest steht, daß viele dekorativen Elemente in den leitenden Stellungen saßen, daß es an der nötigen Kontrolle durch die Aufsichtsorgane fehlte, und daß von den Brüdern Lahusen nicht nur viel Geld für politische Zwecke verschleudert wurde, sondern daß sie auch sehr luxuriös lebten.

Sie haben sich ein Palais bauen lassen, das rund drei Millionen kostete (es war mit 3,6 Millionen gegen „Aufruhrschäden" versichert), und noch in letzter Zeit, als die Lage des Konzerns schon äußerst bedenklich war, den parvenuhaften Drang verspürt, eine Monografie erscheinen zu lassen, die von der Pracht und Herrlichkeit des Palais Lahusen berichtet. Sie haben die Hitlerbewegung so weitgehend unterstützt, daß eine zeitlang sogar gewisse Naziorganisationen in den Büroräumen des Konzerns untergebracht waren. Die finanzielle Unterstützung der nationalen Freiheitsbewegung soll in die Millionen gegangen sein, auch noch zu einer Zeit, da man die Beziehungen zu Hitler öffentlich ableugnete. In Bremen wurden daher die Nazis „Lahusaren" genannt.

Innerhalb des Konzerns spielten die „Beziehungen" eine große Rolle. Er war ein Dorado adeliger Postenjäger. Adelskronen und stramm nationale Haltung waren wichtiger als solide Geschäftskenntnisse. Gesellschaftliche Bindungen waren offenbar auch der Anlaß, warum die Pleitewirtschaft jahrelang verschleiert werden konnte. Der einflußreichste Mann im Aufsichtsrat, der bremische Finanz-Senator Bömers, ist der Schwiegersohn von G. Karl Lahusen, und der Vertreter der Danatbank im Aufsichtsrat, der preußische Generalkonsul Dr. Strube, bewegte sich ebenfalls im engeren Kreis der Familie Lahusen. Das Kontrollrecht dieser Leute ist offenbar stark vernachlässigt worden.

Vor einem halben Jahr schon soll auf Veranlassung des zentralen Buch- und Betriebsprüfungsdienstes im Reichsfinanzministerium eine Buchprüfung im Nordwolle-Konzern vorgenommen worden sein. Sie soll, wie geflüstert wird, das Vorhandensein zahlreicher Unstimmigkeiten und Unregelmäßigkeiten ergeben haben. Trotzdem ist der Öffentlichkeit nichts von einem Schritt des Finanzministeriums bekannt geworden. Nun ist gegen die Brüder Lahusen ein Verfahren wegen Betrugs und anderer Dinge eröffnet worden, nachdem

sich die Staatsanwaltschaft zuerst ein wenig geziert hat.

Wird man von der nationalen Presse über diesen Skandal ebenso intensiv unterrichtet werden wie über den Fall Sklarek?

Mauthe

Theaterdonner

Über den Lahusen-Skandal schreibt die „Germania", Zentrumsblatt und Regierungsorgan, u. a.: „Das hat uns gerade noch gefehlt! In einem Augenblick, in welchem alles an einem Faden hängt, in welchem es darauf ankam, eine Vertrauenskrise von geradezu niederschmetterndem Ausmaß zu überwinden, in diesem selben Augenblick verludert ein einziges Unternehmen fast 250 Millionen Goldmark; nahezu den sechsten Teil der Lasten, von denen nach unendlichen Mühen und Sorgen die gesamtdeutsche Wirtschaft in einem ganzen Jahre befreit werden soll. Hier klafft auch eine Lücke im Strafgesetzbuch. Was haben die Schädlinge, die so furchtbar viel Unglück über Tausende und Abertausende von Existenzen gebracht haben, die den Ruin vieler solcher Existenzen auf ihrem Gewissen tragen müssen, denn schon viel zu riskieren? Hier muß gründlich zugepackt werden!"

Einen ähnlich scharfen Artikel hat die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 506) veröffentlicht. Dieser Artikel zeigt auch, aus welchem Grund manche kapitalistischen Zeitungen in so scharfer Tonart über den Fall Lahusen schreiben: sie wollen das kapitalistische System retten, indem sie es zu „reinigen" versuchen, indem sie gegen „Auswüchse" losdonnern. Solche krassen Fälle wie der Lahusenskandal sind gefährlich, sagt die „Frankfurter Zeitung", weil die Massen „unsere Kapitalisten und unser System nach dem beurteilen, was sie von ihm sehen und hören. Sie sahen und hörten nicht, wenn sich Herr Lahusen das Gehirn zermarterte, als ihm die Verhältnisse über den Kopf wuchsen, sie sahen und hörten auch nicht die vielen Gedanken und Arbeiten, die diesen Großkonzern zu seinem glänzenden Aufstieg brachten, aber sie sehen und hören heute von dem großen Zusammenbruch, von der holländischen Grenze, vom „Schloß mit 107 Zimmern" und von dem irrsinnigen Luxus und dem spekulativen Wahn dieser Leute, die enorme Kapitalien verwüstet haben, welche ihnen ein gutgläubiges Publikum anvertraut hatte. Es gelüstet uns wirklich nicht, Gefallenen noch einen Stoß zu versetzen, aber es mag sein, daß heute während der Krise manches Ohr uns offener entgegenkommt als in guten Tagen. Jedenfalls muß es gerade denen, die das System verteidigen und die an die Tüchtigkeit des Unternehmertums in seiner Gesamtheit glauben, erlaubt sein, in aller Offenheit die Überzeugung auszusprechen, daß dieser Kapitalismus nur Bestand haben kann und zu haben verdient, wenn seine Führer durch die Art ihrer Arbeit und ihres Lebens täglich den Beweis erbringen, daß sie sich der Verantwortung voll bewußt sind, die jeder kapitalistische Unternehmer der Gesamtheit gegenüber trägt. Und keiner sollte vergessen, daß der persönliche Lebensstil zu den Wertmessern gehört, die der Mann von der Straße anlegt. Wenn es vollends dahin käme, daß solche Unternehmer als stolze Individualisten in guten Zeiten ihre eigenen Betriebe nach Belieben ausnützen, während sie, wenn es schlechter geht, die „Sozialisierung des Verlustes" als eine Selbstverständlichkeit betrachten, dann werden sie — bei zwanzig Millionen deutscher Sozialisten — früher oder später auch die Sozialisierung der Gewinne nicht verhindern können."

Sie werden das auch bei einem „vernünftigen", „gereinigten" Kapitalismus nicht können.

Daß das Kapital unterdrückt, daß es räubert, daß gerade das Kapital die Quelle der Anarchie ist, — darin ist der Kleinbürger bereit, mit dem Proletarier übereinzustimmen. Aber der Unterschied zwischen diesem und jenem beginnt sofort: der Proletarier betrachtet die Wirtschaft der Kapitalisten als eine räuberische und darum führt er den Klassenkampf gegen sie, darum baut er die ganze Politik auf unbedingtem Mißtrauen gegen die Kapitalistenklasse auf. Der Kleinbürger ist mitunter „wütend" über das Kapital, aber nach dem Wutanfall hat er gleich wieder Vertrauen zu den Kapitalisten, Hoffnung auf den „Staat" der Kapitalisten.

Lenin 1917

Günstiges Angebot

Inserat in der „Textil-Zeitung" (24. Mai 1931): „Schönes Fabrikanwesen, besonders für Textil, nahe Wien, eigene Wasserkraft, 2000 Quadratmeter lichter Arbeitsraum, 1,2 Hektar Areal, schloßähnliches Herrenhaus, Arbeiterwohnhäuser, starke, fabrikgewandte, gutartige, billige Arbeiter, unter halbem Schätzungswert zu verkaufen. Näheres beim Besitzer C. v. Gall, Wien, XIII., Hochsatzengasse 32."

Die Worte: „Unter halbem Schätzungswert zu verkaufen" beziehen sich natürlich nur auf das Fabrikanwesen.

Der Stevenson-Plan

In Nr. 27 der S.-Z. habe ich (in dem Artikel: Noch ein Hoover-Plan) auf den Wirtschaftskrieg, der von England und Amerika, vor allem um die südamerikanischen Märkte, geführt wird, hingewiesen. Eine der heftigsten (und interessantesten) Schlachten in diesem englisch-amerikanischen Krieg um Rohstoffe und Absatzmärke war der Streit um den Kautschuk.

Kautschuk, neben dem Öl der in der Weltpolitik umstrittenste Rohstoff, wird aus dem Saft der in Brasilien beheimateten Hevea Brasiliensis gewonnen. Obgleich Brasilien die Ausfuhr von Samen und Ablegern verboten hatte, gelang es doch 1876 einem Engländer, eine größere Menge Samen aus dem Land zu schmuggeln und dadurch Brasiliens Monopol zu brechen; die Heveen wurden auch außerhalb Brasiliens angepflanzt, allerdings gedeihen sie nur in der Äquatorialzone.

Die Weltproduktion an Kautschuk ist von 70 000 to im Jahre 1908 auf 700 000 to im Jahre 1928 gestiegen. 1922 befanden sich 77 Prozent dieser Produktion in englischen Händen, die restlichen 23 Prozent in holländischen (Hinterindien). Die Vereinigten Staaten besaßen nirgends eigene Kautschuk-Plantagen, und so konnten die Engländer ihre Monopolstellung ausnützen: sie trieben den Preis des Kautschuks, den sie besaßen und den die Amerikaner kaufen mußten, in die Höhe. Der „Stevenson-Plan", der die Produktion einschränkte und die Ausfuhrmengen und die Preise für Kautschuk festsetzte, wurde im Oktober 1922 vom englischen Parlament gebilligt; er schnellte die Preise von 12 Cents im Jahre 1922 auf 1,21 Dollar im Jahre 1925 hinauf.

Die amerikanischen Autobesitzer waren über diese Preissteigerung nicht sehr erfreut. Sie wandten sich an die Regierung um Hilfe, und Handelsminister Hoover begann seine antienglische Propaganda „der Aufklärung und des Protests", wie sie offiziell genannt wurde. Refrain: die Engländer sind an allem schuld. (Daß die amerikanische Industrie die Preise häufig noch durch Zuschläge mehr als nötig war in die Höhe trieb, brauchte man ja nicht laut zu sagen.) Die Propaganda Hoovers war ein klassisches Beispiel dafür, wie man Kriegsstimmung erzeugt. Die eigentlichen Kriegsursachen (Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte) liefern häufig ganz von selber auch die nötigen Argumente für die Erzeugung einer Haßpsychose (Verteurung von Massenartikeln); die Propaganda von oben muß nur noch etwas nachhelfen. Tatsächlich war von 1922 bis 1928 die Gefahr eines englisch- amerikanischen Kriegs mehr als einmal akut; erst die Regierung MacDonald hat die vergifteten Beziehungen zwischen den beiden Ländern gereinigt, in der Hauptsache dadurch, dass sie die Tatsache der amerikanischen (wirtschaftlichen und militärischen) Ueberlegenheit offen anerkannte.

Hoover beschränkte sich aber nicht nur auf Proteste: er suchte Amerika in der Kautschukversorgung von England unabhängig zu machen. Auf den Filippinen wurden Gummiplantagen angelegt. Das ging nicht ohne Schwierigkeiten, denn die Amerikaner hatten früher, um den Wohlstand der Filippinen zu heben, den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb gefördert und durch Bodengesetze gesichert. Gegen eine Aenderung dieser Gesetze wehrten sich die Filippinos, so gut sie konnten, aber allmählich liessen sich einige Führer der Filippinos davon überzeugen, daß auch bei großzügiger kapitalistischer Ausbeutung ein Teil der Gewinne für sie abfallen könnte (daß die große Masse der Eingeborenen dadurch zu Kuli-Arbeit verurteilt wurde, war ja nicht so wesentlich). So wurden die Bodengesetze geändert und amerikanische Kautschuk- und Zuckergesellschaften konnten einen grossen Teil des Landes in Besitz nehmen

In Liberia ging die Sache einfacher. Die Firestone-Co. erwarb dort etwa ½ Millionen Hektar Boden und pflanzte bis 1929 gegen 6 Millionen Kautschukbäume an. Die Regierung von Liberia erhielt eine 7 prozentige Anleihe, die bis 1967 läuft; das bedeutet: Liberia ist faktisch eine amerikanische Kolonie. Auf den Firestone-Pflanzungen sind etwa 300 000 Arbeiter beschäftigt: das ist die Sklavenarbeit in Liberia , über die sich die Engländer von Zeit zu Zeit so entrüsten (aus Konkurrenz-Gründen).

Noch großzügiger ging Ford in Brasilien vor, er erwarb eine Konsession von 2 — 3 Millionen Hektar und begann sie mit Heveen zu bepflanzen.

Sie erinnern sich vielleicht noch, geehrter Leser, daran, daß Amerika verschiedenemale Militär nach Nicaragua entsenden mußte. Grund: Kautschuk. (Und Oel.)

Trotz allen diesen amerikanischen Gegenmaßnahmen hätten die Engländer wohl den Stevenson-Plan nicht fallen lassen, wenn nicht die holländischen Plantagen-Besitzer die Lage ausgenützt und ihre Produktion vermehrt hätten, während die englische durch den Stevenson-Plan eingeschränkt wurde. So mußte die englische Regierung schließlich im November 1928 den Stevenson-Plan aufgeben. 1922 hatte England 77% der Kautschuk-Produktion kontrolliert, 1928 nor noch 53%: der zäheste und aussichtsreichste Versuch Englands, die Amerikaner im Wirtschaftskrieg zu schlagen, endete mit einer Niederlage Englands.

An der Londoner Kautschukbörse veranstalteten die Makler einen Leichenulk für den Stevenson-Plan und sangen:

Wer hat den Gummiplan umgebracht?
Wir Holländer haben die Sache gemacht.
Wir haben den Gummiplan umgebracht.

Pitt

Das Geheimnis des „russischen Tempos"

Aus einem Fabrikrapport: „Wir, die Arbeiter des großen Stalin-Kesselturbinen-Werkes, haben im zweiten Jahre der „Pjatiletka" die Aufgabe erhalten, unsere Leistungsfähigkeit von 85 000 KW auf 185 000 KW zu erhöhen. Diese Aufgabe haben wir nicht nur erfüllt, sondern übertroffen, indem wir einen Gegenplan für das zweite Jahr von 200 000 KW aufstellten und 210 000 KW lieferten. Unser Gegenplan für das Stoß-Vierteljahr von Oktober bis Dezember 1930 sieht die Lieferung von 82 000 KW, d. h. 40 Prozent des Programms für das ganze vergangene Jahr, vor. Bei der Ausarbeitung des Gegenplanes haben die Arbeiter 2700 Vorschläge und Erfindungen eingebracht, die eine Ersparnis von 6 Millionen Rubel ergeben werden."

Aus einem andern Fabrikrapport: „Wir, die Arbeiter des Karl Marx Werkes, die Initiatoren des ersten Gegenplanes, haben den Industrie- und Finanzplan des zweiten Jahres, der gegenüber dem ersten Jahre fast eine Verdoppelung aufweist, um 15 Prozent übertroffen. Die Gestehungskosten sind statt um 15 um 18 Prozent gesenkt, die Arbeitsproduktivität ist statt um 23 um 26 Prozent erhöht worden. Unser Werk, das während des Bürgerkrieges Feueranzünder und Petroleumkocher hergestellt hat, versorgt jetzt die ganze Sowjetunion mit Textilmaschinen. Wir haben das Land von dem Import dieser Maschinen, die im Vorkriegsrußland überhaupt nicht hergestellt worden sind, vollkommen befreit."

Aus einem Brief des Dockarbeiter Kuliew in Baku, der mit einem „Stoßtrupp" die Kessel zweier großer Schiffe im Hafen von Baku gereinigt hatte: „Vor der Revolution reinigte man solche großen Kessel in 10 Tagen. Uns war die Aufgabe gestellt, es in 3 Tagen zu tun; wir leisteten jedoch die Aufgabe in anderthalb Tagen. Die Arbeit war schwer, die Wände der Kessel waren mit dicken Ablagerungen versteinerten Meersalzes bedeckt. Was bedeutet aber solch eine Schwierigkeit, wenn der Arbeiter genau weiß, wofür und für wen er arbeitet!"

Aus der USSR

In der Podolsker Maschinenfabrik ist die erste elektrische Lokomotive fertiggestellt worden.

Die Sowjetunion ist heute das größte Maschinenimportland der Welt.

Das staatliche Institut für Pflanzenkunde in Leningrad besitzt die größte Weizensortensammlung der Welt (28 000 Sorten).

Die russische Ölausbeute betrug (nach Knickerbocker) im Jahr 1913: 63 Millionen Tonnen, 1928: 84, 1929: 99, 1930: 120 Millionen Tonnen. (Der Fünfjahresplan hatte für 1930 nur 113 Millionen Tonnen vorgesehen.)

Hilfe für die Armen

Vor einigen Wochen (vgl. S.-Z. Nr. 25) haben die Borsig-Werke in Berlin bei der Reichsregierung um eine Subvention gebettelt. Und zwar hat sich Herr Borsig an den Reichswehrminister Gröner gewandt, mit dem er aus der Kriegszeit her noch befreundet ist. Jetzt erfährt man, daß das Bittgesuch erfolgreich war: das Reich hat den Borsig-Werken 1,2 Millionen Mark ausbezahlt; dafür sollen die Borsig-Werke dem Reich in den nächsten drei Jahren Traktoren liefern, jedes Jahr für 400 000 Mark

Wahrscheinlich kommt das Geld aus Mitteln der „Osthilfe", denn die Traktoren kann das Reich doch nur an die Großgrundbesitzer weitergeben; es werden also nicht nur die Borsig-Werke, sondern auch die Junker subventioniert.

Bestellungen für drei Jahre und Bezahlung im voraus — auf diese Weise lässt sich schon noch wirtschaften!

Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von Bankfeiertagen.

Altdeutsches Sprichwort

Kautschuk

Im folgenden sind einige Abschnitte aus dem Buch „Das Leben der Autos" von Ilja Ehrenburg wiedergegeben. Sie behandeln die selben Tatsachen wie der Artikel „Der Stevenson-Plan", der in der heutigen Nummer veröffentlicht ist, und zeigen, wie ein Dichter ein so nüchternes Kapitel der Geschichte wie den englisch-amerikanischen Kampf um den Kautschuk sieht und darstellt. D. Red.

In den Wäldern Brasiliens gibt es viele Bäume. Ihre Namen kennen nur die Botaniker. Ein Baum zum Beispiel heisst „Hevea". Es ist ein hoher, reichverzweigter Baum mit hellgrauer und gefleckter Rinde, ein gewöhnlicher Baum. Er hätte in Brasilien bleiben können unter den anderen Bäumen. Leben doch in Brasilien die Menschen wie der Wald, — gemächlich weise und stumpf. Im Norden aber, in New York, haben es die Menschen mit dem Leben eilig. Sie haben wahrscheinlich Angst, zu spät zu sterben. In Paris, in London, in Berlin, — überall haben es die Menschen eilig. Dort gibt es viele Automobile. Es werden ihrer von Tag zu Tag mehr.

Der bescheidene Baum mit der gefleckten Rinde hat die Urwälder verlassen. Es verliebten sich in ihn gleichzeitig die Engländer, die Holländer und die Franzosen. Von ihm träumt jetzt jeder Yankee, mit dem etwas los ist. In großen Plantagen wird er gezogen. Um sein Schicksal beunruhigen sich alle Banken der Welt. Von ihm ist in diplomatischen Noten die Rede. Wenn die Minister die Flugzeuge zählen oder die Kampffähigkeit eines neuen Dreadnoughts abschätzen, denken sie immer wieder an diesen gefleckten Baum. Uebrigens wissen sie gar nicht, daß dieser Baum gefleckt ist. Sie haben ihn nie gesehen. Sie haben es eilig mit dem Leben, und sie brauchen Automobile.

Auf Java und Ceylon, auf dem Malaiischen Archipel und in Indochina rauschen an stillen Abenden inmitten von Fieber und Leid, inmitten von Cents und Piastern, inmitten gelber Tränen und gelber Dollars leise die schön gewachsenen Haine. Den Weißen bringen sie Dividenden, den Gelben den Tod. Sie rauschen, weil unter ihnen Geldgier und Armut sind: Sie rauschen abends, weil jeden Morgen nackte Kulis mit krummen Messern die zartgraue Rinde ritzen und alte Wunden aufreißen. Die Kulis und die Bäume verstehen einander: sie verbluten in gleicher Weise. Aber das Blut der Kulis kostet nichts, und niemand spricht von ihm; das milchweiße Blut des reichverzweigten Baumes indes ist wahrhaft kostbar. Es wird an allen Börsen notiert. Es bringt die Menschen um den Verstand. Seinetwegen sind sie bereit, sofort Tonnen von Menschenblut zu vergießen. Die Bäume wissen das, und sie rauschen mitleidsvoll. Die Wunden an ihrer Rinde verheilen nie.

*

In Singapore herrscht Aufregung. In Liverpol herrscht Aufregung. Was ist denn geschehen? Rebellieren etwa die Inder oder die Malaien? Sind das vielleicht Intrigen des Mister Krassin? Nein, die Kulis sterben gehorsam unter den reichverzweigten Bäumen. Die noch nicht gestorben sind, tragen Eimer voll Milchsaft. Aber der Kautschuk kostet in Liverpol nur neun Pence. Das ist ein Ruin! Das ist das Ende des Kautschuks.

Mister Churchill sagt zu Sir John Stevenson: „Sie müssen den Kautschuk retten ... Davon hängt jetzt die Macht des britischen Reiches ab ..."

Sir John Stevenson sezt sich an die Arbeit. Sein Plan ist bald fertig: „Um die Plantagen zu retten, muss die Ausbeute künstlich verringert werden. Je tiefer die Preise sinken, desto weniger Kautschuk lassen wir auf den Markt. Dann steigen die Preise unfehlbar, und entsprechend steigert man wieder die Produktion."

*

Einer der Abgeordneten seufzt betrübt: „Aber das ist ja doch Bolschewismus! Das ist Einmischung des Staates in den Privathandel. Das widerspricht allen unsern Grundsätzen ..."

„Der verehrte Abgeordnete wird zwischen der Reinheit der Grundsätze und der Rettung der Plantagen zu wählen haben. Davon hängt jetzt die Macht des britischen Reiches ab ..."

Der verehrte Abgeordnete wählt, anstandshalber seufzend, nicht die Grundsätze. Der „Stevenson-Plan" wird gebilligt.

*

Groß und vielseitig sind die Vereinigten Staaten! In ihnen gibt es Zedern und Bananen, Neger und Ku-Klux-Klan, Petroleum und Bisons, Mister Hoover und Charlie Chaplin. Aber der reichverzweigte Baum vermag keineswegs in den Vereinigten Staaten zu wachsen. Die Botaniker berichten: „Kein einziger Baum dieser Gattung vermag außerhalb der Äquatorialzone zu gedeihen, das heißt außerhalb der Zone, die sich zehn Breitegrade nördlich und südlich vom Äquator erstreckt ..."

Die Regierung der Vereinigten Staaten wendet sich an Großbritannien. Sie spricht in einem freundschaftlichen Ton. Sie spricht fast herzlich. Sie bittet um Aufhebung der Einschränkungen. Was soll man tun, — die Heveen wachsen in Penang, die Amerikaner aber brauchen Kautschuk!

Aber Mister Churchill ist unerbittlich. Sogar die unerwartete Zärtlichkeit des Mister Hoover vermag diesen verdrehten Dichter nicht zu rühren. Sie wollen kaufen? Nun, wir sind einverstanden. Aber die Preise setzen wir fest.

England hat an Amerika die alten Kriegsschulden zu zahlen. Der schlaue Mister Churchill hat beschlossen, den Kautschuk um den dreifachen Preis zu verkaufen, um den Amerikanern mit amerikanischen Dollars zu zahlen! Ein Journalist hat erklärt, daß Churchill die Spielschulden mit dem Radiergummi auslöschen wolle. Das hat gefallen. Nun ja, genau wie die Sowjets! ... Die erzürnten Amerikaner nennen Mister Churchill einen „unsittlichen Bolschewiken". Aber bitte, sie benötigen den Kautschuk, da aber kommt ihnen diese alberne Botanik dazwischen! Die Äquatorialzone! ... Gewiß, man kann sich der kleinen Republiken Zentralamerikas bemächtigen und dort Plantagen anlegen. Aber dann acht Jahre warten! ... Als ob irgend jemand in Amerika sich bereit erklären würde, auch nur eine Minute zu warten! Die Aktionäre haben es eilig, ihre Dividenden zu erhalten. Die Automobilisten haben es eilig, ihre Reifen zuschanden zu fahren. Und die Arbeiter haben es mit dem Essen eilig. Alle haben es eilig. Und alle benötigen den Kautschuk.

Das kann nicht so weiter gehen! Amerika muß seinen eigenen Kautschuk haben!

*

Vor Mister Hoover liegt eine große Karte der zwei Halbkugeln. Einige Länder, in denen die launischen Bäume wachsen können, sind mit roter Tinte umrissen. Die rote Tinte ist keine Allegorie, sie wurde nur aus Gründen der Deutlichkeit gewählt. Aber die Bewohner der umrissenen Länder können zum allmächtigen Gott aller Quäker beten: ist es doch üblich, vor dem Tode Gebete zu sprechen. Die rote Tinte des geschäftstüchtigen Amerikaners hat vielerlei zu bedeuten. Sie bedeutet Kautschuk, sie bedeutet auch Blut.

Liberia? Eine Anleihe gewähren, Land aufkaufen, Administratoren entsenden. Mit diesen Kaffern braucht man keine großen Umstände zu machen. Für sie genügt dieser poetische Spitzname. Weiter! Die Filippinen? Hier stehen einige Schwierigkeiten bevor. Vor allem Grundstücke kaufen und chinesische Kulis hinschaffen. Die Landesgesetze ein Hindernis? Nun, die Gesetze sind außer Kraft zu setzen. Die Vereinigten Staaten haben den Filippinen die Unabhängigkeit versprochen? Gewiß, sie haben sie versprochen. Aber seitdem hat sich

Akademisches

Berlin

In der berliner Universität hat es vor kurzem Krawalle gegeben. Zur Sühne dieser Vorkommnisse sind nun vier nationalsozialistische und drei kommunistische Studenten von der Hochschule ausgeschlossen worden. Dieses Zahlenverhältnis macht einen staunen: es ist doch in Deutschland sonst nicht üblich, mit so objektivem Maß zu messen, daß Hakenkreuzler ebenso schlecht oder gar noch schlechter wegkommen als die Kommunisten, die mit ihnen an irgend einer Aktion beteiligt waren.

Das Staunen weicht aber, wenn man erfährt (aus der „Welt am Montag"), daß die vier Nationalsozialisten erwischt worden sind, als sie draufschlugen, daß aber den drei Kommunisten eine aktive Teilnahme an der Prügelei mindestens nicht nachgewiesen werden konnte. Der Gedanke, der Rektor habe in einem schönen Anfall von Objektivität gehandelt, schmilzt dahin wie Butter an der Sonne: die drei ausgeschlossenen Kommunisten erscheinen als Sühneopfer auf dem Altar der Gottheit des dritten Reiches, die ohne solche Beruhigungsspende ungestüm Rache nehmen könnte an dem kühnen Verüber eines wahrhaft gerechten Urteilsspruches gegen vier hakenkreuzbegeisterte Raufbolde.

Ein nicht unblutiges Opfer, ein Menschenopfer: einer der drei zu Unrecht fortgejagten kommunistischen Studenten, der neunzehnjährige Leo Dobriner, hat sich am letzten Sonntag mittels Gas aus diesem Daseins ins Nichtsein hinübergeflüchtet. Die einzig nachweisbare Tätlichkeit des aus den heiligen Hallen der Universität Gestäupten hat sich gegen ihn selbst gerichtet. Wir wollen hoffen, daß das sang- und klanglose Ende des jungen Dobriner — schließlich war er ja nur ein Jude und Kommunist — denjenigen Herren des akademischen Senats, die für seinen Ausschluß verantwortlich sind, nicht die wohlverdiente Nachtruhe raubt.

Stuttgart

Aber du, Bethlehem Ephrata, bist mitnichten die kleinste unter den Städten des akademischen Vaterlandes. Du hast eine Sendung; deine Studenten, die Studenten deiner Technischen Hochschule, wissen, was sie der Welt schuldig sind. Sie haben am 11. Juli bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt, unter ihnen auch den, daß es zu mißbilligen sei, wenn auf einem Lehrstuhl in Heidelberg — der die technischen Studiosi in Stuttgart so viel angeht, wie Wotan in Walhall die Klagemauer der Juden zu Jerusalem — der dreimal verfluchte Gumbel sitzt. Gumbel muß fort! „Die Studentenschaft ist von der Berechtigung ihrer Forderung überzeugt und wird kein ihr zu Gebote stehendes Machtmittel unbenützt lassen, um die Rückgängigmachung der Ernennung Gumbels zu erreichen." Gut gebrüllt! Daß ihr keine Mittel scheut, wenn es gilt, gegen Geist, Wahrheit, exakte Wissenschaftlichkeit Sturm zu laufen, ist bekannt. Aber wenn ihr den kriegerischen Elan verwendetet, um erfolgreiche Angriffe auf die Bastionen des Wissens zu machen, wäre er in besseren und edleren Dienst gestellt, als wenn ihr ihn verpufft, um einen auswärtigen Dozenten zu verunglimpfen, weil er hat, was euch fehlt: Wissen, Denkfähigkeit und Bekennermut.

Was habt ihr noch beschlossen, liebe stuttgarter Studenten? Das: ihr müßt „mit Entrüstung feststellen, daß die Palast-Lichtspiele den Film „Im Westen nichts Neues" geben, wenn auch in geschlossener Vorstellung. Es wird gefordert, „daß der die Ehre unseres Feldheeres beleidigende Film mit sofortiger Wirkung vom Spielplan abgesetzt wird". Was fordert ihr denn da, laßt mal sehen!

Den alten Soldaten und denjenigen anderen, die im Gegensatz zu euch gern wissen möchten, wie es in so einem Krieg, dessen Herrlichkeit ihr immer ausposaunt, zugeht, soll die Möglichkeit, diesen Film zu sehen, genommen werden, weil ihr es nicht aushalten könnt, wenn andere die Wahrheit sehen und hören, gegen die ihr euch mit Händen und Füßen sträubt. Was geht euch das Gelüst des anderen an; seid doch zufrieden, wenn man euch in euerer Dunkelkammer läßt und euch nicht zwingt, selber zu sehen, was ihr nicht kennt, aber mit viel Aufwand von kindlichem Eifer im Munde führt. Wer hat euch denn den Vers von der Beleidigung der Ehre unseres (eueres? gestattet, daß ich lächle: es war eures nicht, ihr hattet damals noch keine Ahnung von dem, was so ein Feldheer war) — unseres Feldheeres also, wer hat euch den Vers eingetrichtert? Am Ende Papa Hitler? Ich sag euch doch immer, ihr sollt euere Schularbeiten allein machen; wenn der Papa hilft, wird's doch nie was.

Die Wahrheit, die ihr nicht kennt oder nicht kennen wollt, ist nämlich, daß dieser Film zwar sehr naturechte Szenen aus dem Schützengraben und von Kampfhandlungen bringt, aber die Ehre unseres (nicht eures — unseres, der alten Feldsoldaten) Heeres nicht beleidigt, sondern rühmt, aufbügelt: die Sturmangriffe zeigen immer den Sieg der Deutschen, nicht der Franzosen (und die Weltgeschichte hat dieses Kapitel ja ein klein wenig anders geschrieben!). Wo Edelmut als Verzierung angebracht ist, da ist es ein Deutscher, dem sie wie ein Heiligenschein ums Haupt liegt. Dieser Film tut dem deutschen Feldheer insofern sogar zu viel Ehre an, als er darauf verzichtet, den ebenso anständigen, ebenso ehrenvollen Gegner ausdrücklich durch Darstellung ehrender Episoden hervorzuheben. Das ist einer der Mängel dieses Films.

Euer Mangel aber ist, daß ihr wie meistens über etwas daherschwadroniert, was ihr nicht kennt — den Film nämlich — und was ihr, wenn ihr es kenntet, nicht beurteilen könntet. Ihr seid auf dem Holzweg, Herrschaften. Aber ihr habt euch dort ja seit Jahren eingefahren, und umkehren könnt ihr nicht; das haben euch euere Lehrmeister nicht gelehrt; sie haben euch nur gelehrt, gradeaus ins Dustere zu fahren.

Peng

Sorgen. Das Bayerische Oberste Landesgericht hat kürzlich eine grundsätzliche Entscheidung über das Führen von Hoftiteln getroffen. Hoftitel aus der Zeit vor 1918 dürfen ungeniert weitergeführt werden; solche, die nach 1918 von Mitgliedern früherer Herrscherhäuser verliehen worden sind, dürfen nur mit einem Zusatz geführt werden, aus dem erkennbar ist, daß sie in der kaiserlosen, schrecklichen Zeit verliehen worden sind. — Das wird den vielen Inhabern von „echten" Hoftiteln eine Genugtuung sein.

Zum Fall Scheuen

„... Die größte Ausführlichkeit in der Behandlung der Einzelheiten des Falles Scheuen genügt nicht. Es besteht die Gefahr, daß das Publikum vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen bekommt, wenn nicht in der Hauptsache auf das System hingewiesen wird. Auf das System, das die sadistischen Exzesse eines Straube, der Prügelpädagogen der Ricklinger und Gütergotzer Erziehunganstalt und vieler ihrer Kollegen in der Fürsorge ermöglicht, das die fahrlässige Amtsführung der Frau Stadträtin Weyl gutheißt, das die Prügelstrafe in den Schulen aufrecht erhält. Es ist das militaristische System, das jahrhundertelang rücksichtslos durchgeführt wurde, zum Zweck, unbedingten Gehorsam und knechtische Gesinnung zu erzeugen. Der Zweck wurde erreicht. Wie viele Kinder und Jugendliche unter diesem System Märtyrerqualen gelitten haben und zugrunde gegangen sind, hat man nicht zur Kenntnis genommen, denn die Berichterstattung war eine andere als die heutige. Aber nicht nur die Berichterstattung hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert, auch die Lebensbedingungen und mit ihnen die Menschen, sind andere geworden. Andere Zeiten müßten, so sollte man meinen, auch andere Erziehungssysteme erfordern. Aber Familie und Schule haben bis heute das militaristische System beibehalten, die Fürsorge hat es glatt übernommen. Nicht nur, weil man die Menschen gar nicht anders haben will, als sie im goldenen friderizianischen und wilhelminischen Zeitalter waren, sondern — und das ist das Hauptmotiv — weil dieses System so ungeheuer bequem ist.

Eine Erziehungsmethode, die nicht gewaltsam, aber den Bedürfnissen der seelischen Entwicklung des Kindes angemessen ist, setzt eine viel schwierigere, kompliziertere Ausbildung der Pädagogen voraus, als ein Herr Straube sie genossen hat, setzt vor allem eine gut fundierte psychologische Ausbildung voraus. Ein Erzieher, der um die kindliche Seele, ganz besonders um die kranke kindliche Seele, wie sie z. B. die Verwahrlosten haben, Bescheid weiß, wird nicht prügeln. Oder er ist ein schwerer Sadist. Sind aber erst sämtliche Erzieher und sogar die Inhaber der höchsten Stellen im Landesjugendamt — man verzeihe solchen Optimismus — über den wichtigsten Faktor in der Pädagogik, das kindliche Seelenleben, sachgemäß orientiert, so wird wohl solch einem pervers veranlagten Lehrer das Handwerk gelegt werden."

Aus: Der sozialistische Arzt, Heft 7

Witz in der Notverordnung

Aus der Verordnung der Reichsregierung über die „Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen": „Die Annahme von Einzahlungen unterliegt keinen Beschränkungen."

Der deutsche Ausfuhrüberschuß im ersten Halbjahr 1931 beträgt 1068 Millionen Mark.

In der Nähe von Kirchen

Seit etwa anderthalb Jahren führt die stuttgarter Polizei einen auffallend regen Kampf gegen die Prostituierten und gegen die „Ausübung ihres Gewerbes in der Nähe von Kirchen". Das heißt, es ist eigentlich nur die Leonhardskirche, die in den Gerichtsverhandlungen immer wieder eine Rolle spielt, wobei wir dahingestellt sein lassen, ob daran die Lage oder der Pfarrer dieser Kirche schuld ist, der in diesem Kleinkrieg an der Spitze der Streiter marschiert.

Wann sind nun die „Heiligkeit der Kirche und das religiöse Empfinden Einzelner" verletzt? Darüber herrschen sehr verschiedene Auffassungen: Eine Prostituierte, die kürzlich gegen einen Strafbefehl über neun Tage Gefängnis wegen dieses Vergehens Einspruch erhoben hat, war der Ansicht, daß eine Hundertmeter-Grenze vor Ärgernis und vor Strafe schütze. Der Staatsanwalt aber hielt ihr entgegen, daß „es nicht auf eine Entfernung in Metern ankomme, sondern darauf, ob die Ausübung des Unzuchtbetriebes bis an die Kirche hin ausstrahle". Diesen Ausspruch verdolmetschte er dahin, daß es wesentlich sei, ob die „Hauptanmarschstraßen" vom Strich her sehr nahe an der Kirche vorbeiführten, wie er überhaupt nicht mit militärischen Ausdrücken sparte (auch von einer „Gefahrenzone" sprach er).

Dabei hatte diese Angeklagte erwiesenermaßen den besten Willen gezeigt, dieser „Gefahrenzone" und einer Strafe zu entgehen: nachdem sie für ihre Tätigkeit im Hause Pfarrstraße Nummer 7 eine Gefängnisstrafe bekommen hatte, war sie sofort nach Nummer 17 umgezogen, weil sie sich dadurch über die 100 Metergrenze hinaus und damit sicher glaubte. Und hier bekam sie nach allerkürzester Zeit den zweiten Strafbefehl über neun Tage, dem sie nicht wieder, wie im ersten Falle, unwidersprochen Folge leistete. Der Staatsanwalt beharrte selbstverständlich auf dem ausgesprochenen Strafmaß. Der Anwalt der Angeklagten aber stützte sich in seiner Verteidigung vor allem darauf, daß man für die Ungenauigkeit dieser Gesetzesbestimmung, die in keiner Weise angibt, was man unter „Nähe von Kirchen" zu verstehen habe, nicht immer wieder diese Frauen könne büßen lassen. Ein vernünftiger Richter schloß sich dieser Auffassung an und sprach die Angeklagte frei.

Interessant an dieser Verhandlung war, daß über die Behandlungsmethoden einzelner Polizisten Prostituierten gegenüber nicht gesprochen werden durfte. Die Öffentlichkeit sollte nicht erfahren, daß im Zusammenhang mit dem verhandelten Fall ein Wachtmeister einer der Frauen auf den geringsten Widerspruch hin gleich Handschließen anlegen wollte. Auf die Bitte: „Behandelt uns doch nicht wie Tiere", antwortete er: „Sie stehen noch unter einem Tier."

Das sind bestimmt nicht die Methoden, mit denen die Prostitution, diese gewiß nicht erfreuliche Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems, aus der Welt geschafft werden kann. Wenn man nur einmal einsehen wollte, daß, solange für Geld alles, aber auch alles zu haben ist, auch die Liebe zwangsläufig käuflich sein muß. Und wenn man sich nur weiter darüber klar sein wollte, daß in der Nähe von Kirchen viel schlimmeres und empörenderes Ärgernis geschieht: daß z. B. dort Kinder wohnen, die nie satt werden, um nur eines zu nennen.

Wie verhält man sich aber diesem Übel und seinen „Ausstrahlungen" gegenüber?

E. Ernst

In drei Zeilen

Aus einem Bericht der J.G.-Farbenindustrie A.G. über das zweite Vierteljahr 1931 erfährt man, dass die Lage in allen Produktionszweigen der Gesellschaft (Farbstoffe, Düngemittel, Fotografika, Kunstseide) günstig ist; auch „die finanzielle Lage ist nach wie vor günstig, um so mehr, als keinerlei Bankverpflichtungen bestehen".

Die Stadt Sternberg Nm. hat beschlossen, die Umwandlung in eine Landgemeinde zu beantragen, wenn die kommunalen Lasten unter der Städteordnung nicht gemindert werden. Eine Anzahl anderer kleiner Städte trägt sich mit dem selben Gedanken.

Die österreichische Regierung plant, um die durch den Zusammenbruch der Creditanstalt entstandenen Verluste zu decken, ein Zündholz- und ein Benzinmonopol zu schaffen. Das Zündholzmonopol soll auf 40 Jahre dem Kreuger-Konzern verpfändet werden.

In Preußen haben von 1871 Gemeinden und anderen Körperschaften, die Berufsschulen unterhalten, 394 den Religionsunterricht eingeführt; von 239 012 Schülern nehmen 138 271 daran teil, also 57,8 Prozent.

---

ja vieles geändert. Wir brauchen zum Beispiel Kautschuk. Weiter! Brasilien! Unsere Position befestigen. Die Presse kaufen. Die Minister kaufen. Vor keinen Ausgaben zurückschrecken. Argentinien das Maul stopfen. Hier beginnt das Allerinteressanteste ... Guatemala? Erledigt? Sehr gut. Nicaragua? ... Nun, das werden wir im Handumdrehen erledigen ...

Mister Hoover hat eine eiserne Stirn. Er sitzt und er denkt.

*

Mister Hoover sitzt da und denkt nach. Nicaragua ist zur Botmäßigkeit gebracht. Brasilien ist gezähmt. Auf den Filippinen geht die Sache vorwärts. Auf Sumatra haben die Amerikaner riesige Plantagen angekauft. Jetzt machen auch die Botaniker Zugeständnisse: sie haben diese verdammte Zone erweitert. Es stellt sich heraus, daß Mexiko gar nicht so übel ist! ... In zehn Jahren wird Amerika genug Kautschuk haben. Wer aber kann wissen, ob man nicht vorher den künstlichen Kautschuk erfinden wird?. Ob man nicht neue Methoden der Fortbewegung ausdenken wird? Zehn Jahre! — für Amerika ist das ein Jahrhundert. Zehn Jahre! — für Mister Hoover bedeutet das Alter und Memoiren. Mister Hoover ist wütend. Seine eiserne Stirn legt sich in viele Falten. Er muß warten, obwohl man nicht warten darf, obwohl Warten für Amerika den Tod bedeutet. Er möchte den Kautschuk vergessen, möchte ausruhen, möchte mit Genuß ein Glas reines Wasser trinken und den blauen Himmel, dieses einzige Vergnügen aller Quäker, betrachten, aber die Kautschukgedanken sind zähe, man wird sie nicht los. Er trinkt Wasser, — das Wasser riecht nach verbranntem Gummi. Er betrachtet den Himmel, — der Himmel ist weiß wie der Milchsaft der Heveen. Er schläft ein, wieder träumt er Pharaos Träume. Mister Hoover flüstert etwas im Schlaf, dieses Flüstern ist bitter und ewig wie das Rascheln der reichverzweigten Bäume.

Mister Churchill hat mehr Fantasie. Nicht umsonst hat er gegen die Buren Krieg geführt und heroische Landschaften gemalt. Aber Mister Churchill ist auch nicht weiter, obwohl er die Partie gewonnen hat. Die Yankees haben die Sache in die Hand genommen: bald werden sie ihre eigenen Plantagen haben.

Das Spiel hat ja doch eben erst begonnen, und man kann die Karten nicht hinwerfen, kann nicht sagen, daß es Zeit sei, nach Hause zu gehen, und daß bald der Morgen anbrechen werde. Man muß spielen, spielen das ganze Leben lang, spielen, obwohl einem sicherer Spielverlust bevorsteht. Die verdammten Karten! Dann schon lieber Romane schreiben ... Doch nein, er ist verpflichtet, über den Kautschuk nachzudenken. Verzeihung, — was ist Kautschuk? Der Radiergummi in der Hand des Künstlers Churchill? Der wasserdichte Mantel des sich auf Reisen befindenden Churchill? Klistierspritzen, Gummischuhe, Gummisohlen? Unsinn! Kautschuk, — das sind Automobile, das sind Lastautos, das sind Schützengräben, das ist Sieg. Den Kautschuk haben wir! ...

Aber morgen? Aber Sumatra, Indochina, Brasilien, die Filippinen? Mister Churchill gähnt krampfhaft. Wie blaß er ist! Wie müde er ist! Mit so einem Gesicht betritt gegen Morgen der Fanatiker des Bakkarats die Straße, — in der Tasche einen Revolver oder einfach Veronaltabletten. Einschlafen! ... Aber das Spiel geht weiter. Über den Ozean schwimmt Kautschuk, er wird immer mehr und mehr, es haben ihn diese, es haben ihn jene, es haben ihn alle. Existieren denn wirklich Landschaften und Portweine? Die Welt ist aus Kautschuk gemacht. Erstaunt betastet Mister Churchill seine Weste, — sieh mal einer an, er hat erst jetzt gemerkt, daß er ein Kautschukherz hat! Es ist ihm einerlei, was er ist, — ob rechts oder links, es ist ihm einerlei gegen wen er kämpft. Er liebt niemand, und er glaubt an nichts. Irgend etwas in der Brust dehnt sich zuerst aus, zieht sich dann zusammen. Mister Churchills Hausarzt nennt es noch gewohnheitsmäßig: „Herz".

Von Gott geschickt

Aus dem Abreißkalender „Der christliche Hausfreund": Eine Leserin, die im Lauf der Jahre viel Segen aus unserem Abreißkalender empfangen, schreibt uns: Im Winter 1923 habe ich folgendes erlebt. In bitterer Kälte, einsam, arbeitslos, durch die Inflation ohne einen Pfennig, hatte ich seit Wochen wenig Nahrung genossen. Da ich von jeher schwächlich und kränklich und früher in besserer Lage war, war ich unglaublich kraft- und mutlos, und der Hunger peinigte mich unsäglich. Ich war krank und litt Schmerzen. Da warf ich mich vor meinen Gott im stillen Kämmerlein auf die Knie und betete inbrünstig um Hilfe. Gestärkt erhob ich mich, und als ich den Hausflur betrat, wurde ich durch das Rufen eines Krammetsvogels aufmerksam. Er hatte sich durch den harten Schnee in den offenstehenden Flur geflüchtet, blieb vor mir sitzen und sah mich an. Da kam mir der Gedanke, diesen Vogel schickt dir Gott. Das Tierchen ließ sich ruhig greifen, und ich konnte es mir mit Reis zu einer kräftigen Suppe zubereiten, die für mehrere Tage reichte und mich aussergewöhnlich stärkte. Möchte dieses Erlebnis allen denen den Glauben stärken, die in dieser schweren Zeit in Not geraten.

Die Bedingung

Aus den „Winsener Nachrichten": Hanstedt, 6. Juli (Pfarrerwahl.) Nachdem an den drei letzten Sonntagen Probepredigten von Bewerbern um die Pfarrstelle Hanstedt-Undeloh stattgefunden hatten, wurde gestern nachmittag unter Leitung des Herrn Superintendenten Schwietering die Wahl vorgenommen. Es erhielten Pastor Voß aus Bahrendorf 55 Stimmen, Pastor Reinecke aus Borstel bei Stade 109 Stimmen und Pastor Herkens aus Blender bei Verden 257 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. Da er jedoch die Annahme der Pfarrstelle vom Bau eines neuen Pfarrhauses abhängig gemacht hat, so ist es noch zweifelhaft, ob die Angelegenheit mit dieser Wahl erledigt ist.

Der Führer und Meister dieses Pfarrers, der nicht wußte, wo er sein Haupt niederlegen könnte, war nicht ganz so geschäftstüchtig.

Geburtsanzeige

„20 Millionen Deutsche zuviel!" (Clemenceau)

Die glückliche Geburt ihres achten Kindes und vierten Knaben Horst Richard zeigen stolz und hocherfreut an Dr. phil. Richard Grün, Saxoniae Jena, und Frau Atti, geb. Passow.

Düsseldorf, 13. Mai 31. „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen".

(„Deutsche Corpszeitung")

Armer Chaplin!

„Was ein einziger Filmjude anzurichten vermag, beweisen erschreckend die „Erfolge" eines Chaplin, der unendlich zur Revolutionierung Indiens beigetragen hat, denn er zeigte den Eingeborenen den bis dahin nur mit Ehrfurcht betrachteten weißen Herrn als einen verächtlichen Trottel. Die britische Marxistenregierung hat diese auf Vernichtung jedes Heldentums hinauslaufenden Filme nicht verboten und damit einen weiteren Beleg für die Aufweichung sogar englischer Nationalkraft durch eine verbrecherische Lehre gegeben." („Nationalsoz. Monatshefte")

Literatur

Das Leben der Autos. Von Ilja Ehrenburg. Malik-Verlag, Berlin. — Aus dieser „Auto-Biografie" sind in der heutigen Nummer einige Abschnitte abgedruckt. Wer auch den übrigen Inhalt kennen lernen will (Kampf ums Öl, das Schicksal einiger Arbeiter, die bei Citroen am laufenden Band stehen, Streik in Paris, Fords Aufstieg usw.), kann das Buch vom Verlag der S.-Z. beziehen (Preis 3,50 Mark).

Sorgen der Justiz

Der Bezirksverband Groß-Berlin des Preußischen Richterbundes hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich gegen böswillige Kritik an der heutigen Rechtspflege wendet. Es komme immer häufiger vor, daß Richter und Staatsanwalt von denjenigen Parteien, zu deren Ungunsten ihre Entscheidung gehen musste „grundlos" in „ehrenrühriger" und „beschimpfender" Weise angegriffen werden. Darin liege eine schwere Gefahr für das Ansehen der Rechtspflege. Richterschaft und Staatsanwaltschaft hielten „es daher für dringend erforderlich, gegen derartige Angriffe der Parteien und ähnlich geartete grundlose Angriffe dritter Personen durch die übergeordneten Organe der Justizverwaltung in nachdrücklicher Weise geschützt zu werden".

Es ist durchaus unnötig, gegen ehrenrührige und beschimpfende Angriffe auf Richter besonderen Schutz zu verlangen, den haben sie genau wie jeder andere Staatsbürger auch. Offenbar will man etwas anderes. Nämlich Schutz gegen unliebsame Kritik. Die „ähnlich gearteten" Angriffe dritter Personen sollen verfolgt werden. Das zeigt ganz deutlich eine Auslassung der „Deutschen Zeitung", die offen ausspricht, daß sich die Entschließung in erster Linie gegen die „unberufenen" und „unfähigen" Justizkritiker aus den Kreisen des „anderen" Deutschland richte. Ihre Kritik der Rechtspflege wünscht man nach Möglichkeit erschwert. Sie liegt dem reaktionären Richtertum schwer im Magen.

Aber nicht nur sie. Die „Deutsche Zeitung" weist bei der Gelegenheit auf ein anderes Sorgenkind der Justiz hin, auf den „Republikanischen Richterbund". Und sie verlangt vom Preußischen Richterbund, seinen Mitgliedern kurzerhand die gleichzeitige Mitgliedschaft in diesem verpönten Bund zu verbieten. Ihm macht man zum Vorwurf, er sei an der Vertrauenskrise der Justiz schuldig. Durch ihn sei die böse Parteipolitik in die Rechtspflege hineingetragen worden. Dem Richter sei zwar, wie allen Beamten, die Freiheit der politischen Gesinnung und Vereinigungsfreiheit gewährleistet, aber doch nur in den Grenzen, die ihm sein Amt ziehe; er dürfe sich nicht als Richter parteipolitisch organisieren usw. usw.

Also die paar Republikaner sind an allem schuld. Ohne sie gäbe es keine Vertrauenskrise in der deutschen Rechtspflege, ohne sie hätten wir so was wie eine parteipolitsche Gebundenheit von Richtern nie erlebt. Man kann die Dinge natürlich auch so darstellen. Aber gerade dieses verdächtige Bestreben, die Fiktion aufrechtzuerhalten, als ob überhaupt gänzlich unparteiisch „Recht" gesprochen werden könne, nach einem Recht, das eindeutig und unantastbar neben oder über dem in steter Entwicklung begriffnen Leben stehe, ist geeignet, das Mißtrauen gegen die Richter noch zu steigern. Wer nicht zu sehen vermag oder nicht sehen will, dass auch hinter der traditionellen „Objektivität" von Richtern konservativer Einstellung eine politische Gebundenheit steht, die genau so jedes Urteil beeinflußt wie eine mehr fortschrittliche Einstellung, der ist entweder ausserodentlich naiv oder aber von einer Engstirnigkeit, die keine großen Hoffnungen bezüglich seines richterlichen Waltens aufkommen läßt. Das Paragrafenwerk ist ja nicht alles; es kommt sehr viel auf die Rechtsanwendung an, und sie erhält ihr Gesicht durch die Einstellung des Richters.

Die eindeutigen parteipolitischen Entgleisungen, kommen sie nun von rechts oder links, sind der Justiz nicht sehr gefährlich, sie sind leicht zu bekämpfen. Die Hauptgefahr liegt darin ,daß man unter dem Schein einer Reinigung der Justiz von Einflüssen von außen, jede Auswirkung sozialpolitischer Grundanschauungen fortschrittlicher Prägung zu unterdrücken versucht, indem man freiheitlich gesinnte Richter als einseitig parteipolitisch belastet hinstellt und seiner Parteigesinnung den Stempel der Objektivität gibt. Das hat freilich auch sein Gutes. Es zeigt denjenigen, die es noch nicht wissen sollten, was man vom größten Teil des deutschen Richtertums zu erwarten hat.

Arthur Grashoff

Die Einnahmen beim Boxkampf Schmeling-Stribling haben 349 414 Dollar betragen. Davon erhält Schmeling 106 138 Dollar (die er wohl mit seinem Manager wird teilen müssen) und Stribling 33 168 Dollar. An Steuern mußten 75 704 Dollar bezahlt werden. Den Veranstaltern blieben also zur Deckung ihrer Unkosten und als Gewinn 134 404 Dollar.

Der Remarque-Film

Der Film „Im Westen nichts Neues" hat auch in Stuttgart die üblichen Exzesse der von nationalsozialistischen Begeisterungselixieren trunken gemachten Jugend hervorgerufen. Obgleich die Vorführungen nicht öffentlich, sondern nur für Mitglieder bestimmter Organisationen und ihre Angehörigen vorgenommen wurden, gingen die aufgeputschten Knaben auf die Straße und tobten gewaltig herum. Ein Glück für sie, daß die Polizei nicht aus Unmenschen besteht: man sah mehr Verhandeln und hörte mehr beruhigendes Zureden als Prügelattacken und rauhes Anschnauzen. Wenigstens gegenüber den Nazis. Dafür wissen Passanten und Zuschauer umso mehr von Hieben mit dem Gummiknüppel zu erzählen.

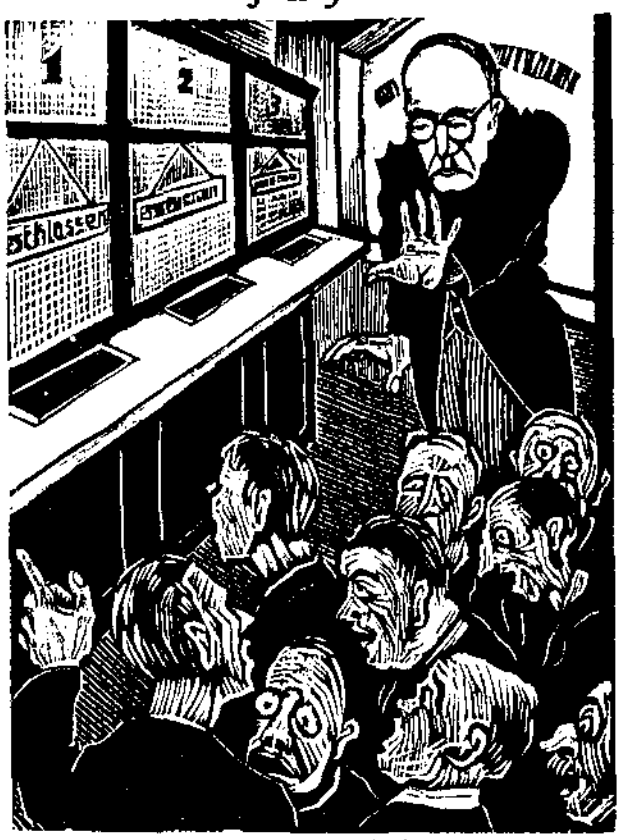
Viel Lärm um nichts. Der Film wäre eigentlich gar kein Anlaß zum Aufflammen hakenkreuzlerischer Protestfeuerwerke. Er ist, besonders in der Form, in der er nach dem Willen unserer allmächtigen Zensur vorgeführt wird, nicht sonderlich pazifistisch. Man könnte ihn eher ein „Heldenlied vom deutschen Soldaten" nennen. Und Herrschaften mit chauvinistischen Affekten hätten die schönste Gelegenheit, sich durch die Schlußszene zu gewaltigem Revanchegeschrei anspornen zu lassen. Die ist nämlich so: Paul Bäumer, der Letzte der Korporalschaft von jungen Freiwilligen, sieht an einem schönen Sonnentag durch seine Schießscharte einen Schmetterling. Er ist kindlich glücklich und will das Tierchen fangen. Da er es durch die Schießscharte nicht erreichen kann, wagt er sich — was außer im Film ein so alter Krieger wie er nie riskiert hätte — mit dem Oberkörper hinter den Sandsäcken hervor. Und da knallt ihn von drüben ein Franzose per Gewehr mit Zielfernrohr ab. Welch nationalistischer Ausklang: der heimtückische Welsche, der den harmlos-vertrauensseligen Deutschen wegputzt! — Nein, so ganz pazifistisch ist dieser Film nicht.

Umso weniger, als die ausgesprochen antikriegerischen Stellen herausgeschnitten sind. Nichts davon, daß Himmelstoß Prügel bekommt; nichts davon, daß Paul Bäumer im Urlaub vor der Klasse versagt, als er ihr patriotischen Schmus vormachen soll; gekürzt die Szene, in der die Klasse zu Beginn des Films vom Lehrer aufgeputscht wird, sich freiwillig zu melden; gekürzt das Bild, in dem Himmelstoß die Rekruten durch den Dreck schleift; gekürzt die Begegnung der nackten Soldaten mit den französischen Mädchen. Auf Schritt und Tritt merkt man die Verstümmelung des Films. Auch sonst hat er Mängel. Der gesprochene deutsche Text stimmt nicht zu den sichtbaren Lippenbewegungen der amerikanischen Spieler. Die prächtige Figur Kat macht stellenweise in furchtbarem Schmierenpathos. Kitsch ist es, wenn Paul Bäumer im Feldlazarett am Bett seines Kameraden Kemmerich auf die Knie sinkt und laut zu Gott betet, er solle den Sterbenden doch leben lassen. Kitsch, wenn er im Granattrichter den Franzosen, den er erstochen hat, anmonologisiert: Verzeih mir! Und: Ich will deiner Frau und deinem Kind schreiben; ich werde ihnen helfen; ich verspreche es dir!

Aber ausgezeichnet sind die Bilder aus dem Schützengraben und von den Sturmangriffen. Die Lärme der Schlachten, das heftige, sinnlose, opfervolle Hinundher von Angriff und Gegenangriff, das metallene Klirren der Flugzeuge, das grelle Schreien der Fliegerbomben, das Pfeifen der Granaten, der Schrei eines Verwundeten — alles sehr gut. Was die Kampfhandlungen betrifft, gibt es nichts auszusetzen. Die sind echt. Und das ist wohl auch der Grund, weshalb die nationalistische Schreier- und Schreiberklique gegen diesen Film so Sturm läuft. Die Bilder von der Wirklichkeit — so sagen sie sich mit Recht — könnten manchem, der das letztemal nicht dabei gewesen ist, das nächstemal aber nach ihrem Willen mitgehen soll, die Augen öffnen. Und nichts wäre den Geschäften der Herren Hitler und Hugenberg abträglicher als der plötzliche Ausbruch der Vernunft in den Hirnen ihrer Anhänger und derer, die es werden sollen.

M. B.

Juli 31



Holzschnitt von Hans Gerner

Brüning: „Nerven behalten!"
„Lieber unser Geld behalten!"

Da die Grundlage der Zivilisation die Ausbeutung einer Klasse durch eine andre Klasse ist, so bewegt sich ihre ganze Entwicklung in einem fortdauernden Widerspruch. Jeder Fortschritt der Produktion ist gleichzeitig ein Rückschritt in der Lage der unterdrückten Klasse, d. h. der großen Mehrzahl. Jede Wohltat für die Einen ist notwendig ein Übel für die Andern, jede neue Befreiung der einen Klasse eine neue Unterdrückung für ein andere Klasse.

Friedrich Engels

Kleinigkeiten

Keine Proteste. Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Erklärung, wonach er „aus Raummangel" Proteste aus den einzelnen Betrieben gegen die Notverordnung nicht bringen könne. — Nur aus Raummangel?

Höflich. Die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 515) fordert, man solle die Gebrüder Lahusen nicht „mit Glacéhandschuhen" anfassen, sonst werde der Verdacht erweckt, „als würden bei uns große Sünder besser behandelt als kleine"; es sei ein „richtiges, im In- und Ausland scharf beachtetes Symptom wirtschaftlicher Vertrauenswürdigkeit, wie Gesellschaft und Staat mit denjenigen verfahren, die ein Mindestmaß von Solidität unterschreiten". — So kann man auch sagen.

Seelsorgerliches Training. Der Eichenkreuz-Verband für Leibesübungen in den evangelischen Jungmännerbünden Deutschlands veranstaltet im August einen Sonderlehrgang in Leibesübungen für evangelische Pfarrer, an dem 55 Pfarrer teilnehmen werden. — Sie können also fürderhin nicht nur zeigen, wie man in den Himmel kommt, sondern auch, wie man einen guten Klimmzug macht.

Der göttliche Funke. Der Herausgeber des Evangelischen Gemeindeblattes für Stuttgart schreibt über Kürten: „Daß auch in ihm noch ein Funke des göttlichen Ebenbildes lebte, zeigte seine Reue. Und kein christlich denkender Mensch geht an einer solchen Hinrichtung, und wäre es die eines Kürten, gedankenlos vorüber. Aber wenn ein Fall, so hat dieser Fall schlagend bewiesen, daß die Abschaffung der Todesstrafe zu Ungeheuerlichkeiten führen würde, die jedem gesunden Rechtsempfinden ... ins Gesicht schlagen." — Ob euer Rechtsempfinden so gesund ist, ist noch eine Frage. Vielleicht stammt es auch bloß aus primitiven Rachegefühlen.

Pietätlos. Der prager Henker hat Geld unterschlagen, das er mit lockeren Mädchen durchgebracht hat. Zuletzt wurde er in einer prager Spelunke gesehen, wo er Damen der Straße mit Teilen eines Strickes honorierte, den er früher bei seinen Exekution benutzt hatte. Daraufhin ist er seines Amtes enthoben worden. — Man darf solche Sachen wohl als Andenken veräußern, aber nicht zu bargeldlosem Verkehr mißbrauchen.

Sport und Kirche. Der berliner Bischof Dr. Schreiber hat kürzlich in Köpenick feierlich drei Boote eines Rudervereins eingeweiht. — Sie werden jetzt wahrscheinlich bei jedem Wettkampf an der Spitze liegen.

Ehrung. Aus der „Deutschen Dentistischen Wochenschrift" (Nr. 26): „Eine uns aus Wien leider verspätet zugegangene Meldung besagt uns, daß der dortige Kollege Herr Dentist Arno Maresch, behandelnder Dentist der Kleruskrankenkasse, zum Ehrenkämmerer des Papstes ernannt wurde. Aus diesem Anlaß fand, wie das wiener Blatt meldet, in Anwesenheit des Domprälaten Sedlaczek, des Direktors des Alumnates Kanonikus Handlos, des wissenschaftlichen Referenten Dr. Guggenberger und anderer prominenter Persönlichkeiten, ein Festbankett im Hotel „Goldener Hirsch" statt, wobei Herr Obmann Generaldirektor Monsignore Fried Herrn Dentist Arno Maresch die große goldene Verdienstmedaille der Republik Österreich überreichte. Der Reichsverband Deutscher Dentisten e. V. schließt sich den Gratulanten an und wünscht dem Kollegen, daß er nach göttlichem Willen und nach menschlichen Wünschen noch recht lange als behandelnder Dentist der Priesterkrankenkasse so verdienstvoll wie bisher wirken möge." — Wir auch.

Luftdicht. Damit die Beratungen auf Schloß Hubertusstock, in dem Brüning und Macdonald zuammenkommen wollten, keine unliebsame Störung erfahre, sollte, dem „Tempo" zufolge, „eine hermetische Absperrung der ganzen Umgegend durch Gendarmen und Forstbeamte vorgenommen" werden. — Es ist zu fürchten, daß sie selbst bei engster Tuchfühlung nicht dicht gehalten hätten.

Die Miekrigen. In der „Invalidenstimme", dem Organ des Bundes christlicher Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen Deutschlands, wird die letzte Notverordnung u. a. folgendermaßen begrüßt: „Die neue zweite Notverordnung begrüßen wir in ihrem Hauptinhalt als eine große sittliche Tat." — Diese Formulierung wird selbst Herr Brüning zumindest leicht übertreibend finden.

Poesie. Heiratsgesuch im „Stuttgarter Neuen Tagblatt" (11. Juli 1931): Eine ruppig-rauhe Distel steht einsam auf grüner Aue. Wo ist ein mutig' Mädchen, das sie holt zu seiner Frau. Angeb. unt. G. 895 an das Tagblatt.

Definition. Nach dem Urteil eines englischen Gelehrten ist das Küssen die „Resultante von zwei Gruppen emotioneller Zellenvibrationen, die einander anziehen und durch den Kontakt zu einem reichen Akkord harmonisch vermengt werden". — Kein Wunder, daß es so beliebt ist.

Sparwut. Der Herr Reichspostminister hat soeben verfügt, daß in seinem Bereich kein Rollen-Closettpapier mehr verwendet werden darf; empfohlen wird Abfallpapier, insbesondere Zeitungspapier, das, falls gut gelagert, keineswegs gesundheitsschädlich sei. — Wollen wir's hoffen.

Gottesdienst leicht gemacht. Der Geistliche der Broadwey Tabernacle Kirche, New-Yorks führender Methodistenkirche, hat kürzlich, um sich und die Zuhörer vor der Hitze zu schützen, Eis und künstlichen Schnee unter der Kanzel aufschichten lassen; dazu lief ein Nordpolfilm. Die Predigt handelte von der Pflicht, kühl zu bleiben.

Auf biblischen Pfaden. In der „Kreuzzeitung" berichtet ein Herr v. Bülow über eine „Pilgerfahrt ins Heilige Land". Hier eine Kostprobe vom See Genezareth: „Wie mögen die Soldatenlieder — auch die der Kompanie des Hauptmanns von Kapernaum — auf den Märschen am See erklungen, wie oft mag der Zug Jesu und seiner Jünger diesen Truppen begegnet sein! Auch für den Militarismus hatte der Herr Sinn: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist", und die Disziplin gefiel ihm wohl, von der der Hauptmann bei seiner Kompanie rühmte: „Tue das — so tut er's; komme her — so kommt er".

Die Glücklichen, die jetzt in Ferien gehen, mögen nicht vergessen, bei ihrem Postamt zu beantragen, daß ihnen die S.-Z. nachgeschickt wird. Unterwegs an den Kiosken nach der S.-Z. fragen! Unter Ferienbekannten für die S.-Z. werben!

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Verbrechen des Paters Amaro. Von Eça de Queiroz. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

Das Doppelgesicht des Christentums. Von Stadtpfarrer Dr. G. Schenkel. Kart. 3,30 Mark, geb. 4,60 Mark.

Das Geld in der Politik. Von Richard Lewinsohn (Morus). Broschiert 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

Der Film „Im Westen nichts Neues" in Bildern. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

Gebärzwang und kein Ende. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

Etappe Gent. Von Heinrich Wandt. Kart. 2,50 Mark, geb. 3,80 Mark.

Erotik und Spionage. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Über die internationale Verflechtung der Rüstungsindustrie informieren folgende Bücher:

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

Der Mann im Dunkel. Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des mysteriösen Europäers. Preis 3,50 Mark.

Aus der Zuschrift eines Lesers: „... Schicken Sie mir noch einmal „Der Mann im Dunkel"; ich möchte das Buch verschenken ... Warum ist wohl die Lebensgeschichte dieses Rüstungsindustriellen Zaharoff, der in den letzten 20 Jahren auf die europäische Politik sicher mehr Einfluß gehabt hat als mancher Diplomat, so unbekannt?"

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

Das Kapital. Von Karl Marx. 2 Bände. Preis je 3,75 Mark.

Lohn, Preis, Profit. Von Karl Marx. 90 Pfennig. — Die Wert- und Mehrwerttheorie von Marx in einfacher Form.

Das kommunistische Manifest. Von Karl Marx und Friedrich Engels. Preis 90 Pfennig.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Preis 1 Mark.

Über Verfassungswesen. Von Ferdinand Lassalle. 90 Pfennig. — Zwei Vorträge Lassalles aus dem Jahre 1862 („Die wahre Verfassung — das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse").

Staat und Revolution. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben Sommer 1917. Enthält u. a.: Was ist Sozialismus: Jedem das Gleiche? oder: Jedem nach seinen Bedürfnissen?

Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben 1920. Untersucht u. a. die Frage: Dürfen revolutionäre Parteien mit andern Parteien Kompromisse schließen?

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung)

Stuttgart, 26. Juli 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 30

Vier Wochen verboten

Württ. Innenministerium
Nr. P.A. 2022/2 So. Ztg.

Stuttgart, den 22. Juli 1931.

An das

Polizeipräsidium — Landeskriminalpolizeiamt —

STUTTGART

Auf den Bericht vom 21. Juli 1931
Nr. II b 41018/31

Betreff: Verbot der Sonntagszeitung.

Der auf Seite 1 der Sonntagszeitung vom 19. Juli 1931 Nr. 29 abgedruckte Artikel mit der Überschrift: „Bankrott — und nun?" enthält Ausführungen, die eine ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung im Sinne des § 86 STGB. bedeuten. Das Amtsgericht Stuttgart I hat hiewegen durch Beschluß vom 18. Juli 1931 die genannte Nummer der Sonntagszeitung beschlagnahmt. Auf die Begründung dieses Beschlusses wird Bezug genommen.

Nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 91) ist außerdem die Voraussetzung für ein Verbot gegeben. Hiebei war zu berücksichtigen, daß die Zeitung innerhalb kurzer Zeit zweimal beschlagnahmt werden mußte. Es wird deshalb die Sonntagszeitung mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von 4 Wochen verboten. Dieses Verbot umfaßt nach § 13 Abs. 2 a. a. O. auch jede angebliche neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Das Polizeipräsidium — Landeskriminalpolizeiamt — Stuttgart hat das weitere beschleunigt zu besorgen, namentlich den Verleger zu verständigen.

gez. Bolz.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Stuttgart, den 22. Juli 1931.
Polizeipräsidium Abt. II.

L. A. Köhler, Polizei-Obersekretär.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfg., durch die Post bezogen monatlich 86 Pfg. (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Str. 3

Stuttgart, 23. August 1931

12. Jahrgang, Nr. 31/34

Die Sonntags-Zeitung

7 Millionen Arbeitslose

Die Regierung Brüning hat ihre Hoffnung, sofort ausländische Kredite zu bekommen, aufgeben müssen. Es ist lediglich erreicht worden, daß die kurzfristig angelegten Auslandsgelder in nächster Zeit nicht zurückgezogen werden. Die ausländischen Geldgeber wollen offenbar, daß die deutsche Regierung zunächst aus eigener Kraft tut, was sie kann, um Wirtschaft und Finanzen zu sanieren. Vorläufige „Selbsthilfe" als Grundlage internationaler Zusammenarbeit ist also die Aufgabe, die sich die Regierung für die nächsten Monate zu stellen hat.

Wie wird sie diese Aufgabe lösen? Brüning hat darüber dem Chefredaktör der londoner Zeitung „Daily Mail" in einem Interview einige Andeutungen gemacht. Der kommende Winter, sagt er, werde der schlimmste sein, den Europa seit 100 Jahren durchgemacht habe. In Deutschland müsse man mit mindestens sieben Millionen Arbeitslosen rechnen; das werde eine ungeheure Belastung für die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden bedeuten. Der Reichstag werde auch künftig nur zu kurzen Sitzungsperioden zusammentreten; das jetzige System der Notverordnungen müsse beibehalten werden.

Die Not soll also wie bisher durch Notverordnungen überwunden werden. Welchen Inhalt werden sie haben? Obwohl das Winterprogramm der Regierung erst in etwa vierzehn Tagen veröffentlicht werden soll, ist von den Plänen (die wohl zum größten Teil verwirklicht werden) doch schon einiges an die Öffentlichkeit gedrungen.

Die Steuern gehen nicht so ein, wie sie im Etat veranschlagt sind, außerdem hat das Reich für die Dresdner Bank 300 Millionen, für die Danatbank und die Schröderbank auch noch über 50 Millionen hergegeben, also: Ebbe in den Kassen, also: Steuererhöhung. (Wahrscheinlich werden die Krisen-, d. h. die Einkommensteuer, und die Umsatzsteuer erhöht werden.) Die Bezüge der Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden sollen nocheinmal gekürzt werden. Auch die Löhne der Arbeiter? Dem stehen vielfach die Tarifverträge entgegen. Schon seit langem fordern die Zeitungen der Schwerindustrie ein „Tariffeierjahr". Und jetzt schreibt der „Berliner Börsenkurier": „Es gilt für die Wirtschaftsberater der Reichsregierung als unerläßlich, die weiterhin notwendige Senkung der Lohn- und Preisebene elastischer zu gestalten, als es bis jetzt möglich war. Das bedeutet eine Auflockerung der allzu starren Tarifverträge und ihrer Sicherungen ... Man will die Möglichkeit schaffen, daß einzelne Betriebe mit *ihrer* Arbeiterschaft Löhne vereinbaren, die zeitweise unter dem allgemeinen Tarif liegen." Das heißt: das Tarifrecht soll zerschlagen werden, damit die Reservearmee von sieben Millionen ohne Hemmung auf die Löhne drücken kann. (Ob die Regierung auch gegen das Kartellrecht, durch das die Preise gebunden sind, vorgehen wird, werden wir ja sehen.) In der Arbeitslosenfürsorge sollen die drei Unterstützungsarten (Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge, Wohlfahrtsfürsorge) zusammengelegt und die Sätze gekürzt werden.

Das sind die Pläne der Regierung und ihrer „Wirtschaftsberater" für den Winter mit sieben Millionen Arbeitslosen; das ist die „nationale Selbsthilfe", das ist kapitalistische Sanierung. Wer wird Widerstand leisten? Hermann List

Nach dem Verbot

Nach vier Wochen unfreiwilligen Schweigens heißt es, wieder Anschluß an die Zeit gewinnen. Es fällt nicht sonderlich schwer; sie ist eigentlich nur auf dem Kalender vorgeschritten, im übrigen aber nicht viel weitergekommen. Die kritische wirtschaftliche (speziell finanzielle) Situation hat die akute Schärfe verloren, mit der sie Mitte Juli einsetzte; überwunden ist sie noch nicht. Daran, daß man über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinwegkommen wird, besteht aber kein Zweifel: zwischen den Kapitalisten der westlichen Demokratien (USA inbegriffen) und Deutschlands besteht eine Komplizensolidarität, auf Grund deren damit zu rechnen ist, daß die ausländischen Regierungen alles tun werden, um die gefährdete Stelle in der kapitalistischen Front, den vorgeschobenen Posten Deutschland, zu halten, solange es geht.

Der Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags am 9. August ist gescheitert, obwohl auch die Kommunisten zur Stimmabgabe für die Auflösung aufgefordert haben. Wie weit diese Politik in der Volksentscheidssache die KPD schädigen wird, kann man noch nicht absehen, und erst recht nicht als Außenstehender.

Im übrigen hat sich bei uns nichts wesentlich geändert. Die Notverordnung über die Hundertmarktaxe für Reisen ins Ausland wird zwar immer mehr durchlöchert. Aber sie besteht noch und verhindert nach wie vor alle Nichtorganisierten, soweit sie dem Kleinbürger- und Arbeiter-, ja, selbst dem unteren Mittelstand angehören, ihre Ferien in einem nahegelegenen Ausland zu verbringen, während sie den gutgepolsterten, mit zuverlässigen Scheckbüchern Versehenen die Freude an der Reise an die Adria, nach Deauville oder nach Kairo nicht weiter vergällt: was liegt denen an einem Hunderter!

Auch sonst ist alles beim Alten: die Presse muß nach wie vor kuschen. Die Presseverordnung ist durch Herrn Grzesinski, den berliner Polizeipräsidenten, authentisch dahin interpretiert worden, daß Zeitungsverbote jetzt erfolgen können, ohne daß „konkrete Tatbestandsmerkmale" vorliegen; das Verbot ist jetzt (sagt Grzesinski) „Sache des Ermessens". Das heißt: Es ist ein Lotteriespiel, eine Zeitung herauszugeben, einen Artikel zu schreiben: die Behörden können einem die Luft abdrehen, auch wenn kein Vergehen vorliegt. Ihr „Ermessen" — der oder der Artikel könne „Sicherheit und Ordnung" gefährden, genügt als Verbotsgrund.

Das Verbot der Sonntags-Zeitung im Juli ist allerdings nicht auf Grund der Presseverordnung, sondern auf Grund des Republikschutzgesetzes ergangen. Gegen Hermann List ist ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 86 des Strafgesetzbuchs (Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens) im Gang. K.

Die Annäherung marschiert

Holzschnitt von Hans Gerner

Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen — aber vorher noch anpumpen.

I. G. Deutschland

In den letzten Wochen sind die „Koalitionsgespräche" zwischen Zentrum und „nationaler Opposition", die eine Zeit lang verstummt waren, wieder aufgenommen worden. Das Ergebnis des Volksentscheids und finanzielle Sorgen scheinen die Koalitionsneigung der „nationalen Opposition" verstärkt zu haben, und Brünings Rede bei der Verfassungsfeier in Berlin (in der er u. a. sagte, man müsse „alle aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte zusammenfassen") konnte den Eindruck erwecken, als ob das Zentrum nicht abgeneigt sei, die Koalition nach rechts zu erweitern. Inzwischen sind die Koalitionsverhandlungen wieder mehr in den Hintergrund gedrängt worden; die Regierungspresse erklärt, zuerst müsse das Winterprogramm ausgearbeitet werden, dann könne ja jede Partei sehen, ob sie bei der Durchführung des Programmes mitarbeiten wolle, und ob man eine „nationale Notgemeinschaft" bilden könne.

Dieses Programm wird freilich so hart sein, daß die Parteien sich scheuen werden, offen für es einzutreten. Die Folge wird sein, daß das Parlament und die Parteien noch mehr als bisher ausgeschaltet werden. Der „Parteienstaat" verwandelt sich immer mehr in einen Staat „mit demokratisch-autoritärer Spitze", wie es von der „Kölnischen Volkszeitung", einem Zentrumsblatt, genannt wird.

*

Diese „demokratisch-autoritäre Spitze" bilden heute der Reichskanzler, der Reichspräsident samt Umgebung und das Reichswehrministerium. Ihnen ist seit einigen Wochen ein Wirtschaftsausschuß beigegeben, in dem neben dem Sozialdemokraten Hilferding Bankdirektoren und Vertreter der Industrie sitzen. Die „nationale Notgemeinschaft" besteht also bereits, ohne daß formell die Regierungskoalition erweitert worden wäre. Der einflußreichste Mann in diesem Wirtschaftsausschuß scheint Geheimrat Schmitz, der Finanzdirektor der I.G. Farbenindustrie zu sein, der in letzter Zeit auch zu internationalen Verhandlungen der Reichsregierung zugezogen worden ist. Er ist der Mittelsmann zwischen der Großmacht I.G.-Farben und der „Großmacht" Deutsches Reich.

Daß die I.G. Farbenindustrie zu solchem Einfluß gelangt ist, das hängt mit einer Entwicklung zusammen, die, offenbar ziemlich rasch, in der Wirtschaft vor sich gegangen ist: mit der Besiegung der Banken durch die Betriebe, durch das „Werk". Während man in der Periode der Stabilisierung davon reden konnte, daß eine Bank Industriekonzerne aufgebaut und gelenkt hat, ist es jetzt umgekehrt. Ein Beispiel: Die Danatbank hat den Stinnes-Konzern liquidiert und aus den Resten die Vereinigten Stahlwerke aufgebaut; heute übernehmen die Stahlwerke die verkrachte Danatbank (wobei das Reich einen Teil des Preises beisteuert).

*

Die Ablösung des „Parteienstaats" durch den „Staat mit demokratisch-autoritärer Spitze" und die Verdrängung der Banken aus ihrer Machtstellung durch die „Werke" — das sind Wandlungen, die zwar ziemlich unbemerkt vor sich gehen, aber wichtiger sind als Verschiebungen in der Regierungskoalition. Sie ermöglichen eine „nationale Volksgemeinschaft" nicht der Parteien, sondern der Interessenverbände. Der Wirtschaftsausschuß, der die Regierung, die „demokratisch-autoritäre Spitze", heute schon berät und wohl häufig ihre Handlungen bestimmend beeinflußt, ist der erste Ansatz zu einer Regierungsmethode, zu deren Charakterisierung schon das Wort „I.G. Deutschland" (Interessengemeinschaft Deutschland) gebildet worden ist. Pitt

Die Zahl der Arbeitslosen in Amerika wird auf 10 Millionen geschätzt.

Stalins neuer Kurs

„Kapitalistische" Methoden?

Von Erich Schairer

Der wirtschaftliche Aufbau in Rußland, anschaulich gemacht im „Fünfjahresplan", ist im Fortschreiten. Daran ist heute nicht mehr zu zweifeln.

Wesentlich wäre daran auch nichts geändert, wenn der Plan anstatt hundert- nur neunzig- oder nur fünfzigprozentig erfüllt würde. Ein wirtschaftlicher Aufbauplan ist kein Evangelium, sondern eine Parole (psychologisch-taktisch) und ein Feldzugsentwurf (strategisch).

Er wird das Ziel eher weiter stecken als zu nahe; wie die ersten Erfolge da waren, hieß es: Fünfjahresplan in vier Jahren, mit der Wirkung, daß in einzelnen Branchen (Naftaindustrie) und Betrieben (Elektrosawod, Moskau) der Fünfjahresplan innerhalb zweieinhalb Jahren, am 1. April 1931, erreicht und überholt war.

Und ein Plan wie der Fünfjahresplan kann auch die Widerstände noch nicht in ihrem vollen Umfang kennen, die ihm an der oder jener Stelle entgegentreten werden; daher ist es kein Wunder, wenn die Front nicht überall gleich weit voran ist, wenn sie teilweise stark zurückhängt (Donez-Kohlenbecken). Es gibt Überraschungen, wie das fabelhafte Tempo der Kollektivierung in der Landwirtschaft (die heute zu 50 Prozent erfolgt ist), und Enttäuschungen, wie etwa die Langsamkeit in der Entwicklung des Transportwesens, das in Rußland immer noch sehr wenig leistet. Infolgedessen kann und muß der „Plan" immer wieder geändert werden, wenn etwa seine „Kontrollziffern" durch „Gegenpläne" von eifrigen Belegschaften und „Stoßbrigaden" überholt sind, oder wenn sich irgendwo Schwierigkeiten gehäuft haben.

Die großen Schwierigkeiten, die in Rußland heute zu überwinden sind, heißen: Mangel an Maschinen, mehr noch: Mangel an qualifizierten Arbeitern, Technikern und Ingeniören, zu häufiger Wechsel in den Belegschaften wegen „Fluktuation" der Arbeitskräfte, zu große Verluste durch Unaufmerksamkeit und Ungeschicklichkeit der Arbeiter, durch Schwerfälligkeit und Verantwortungsscheu der Leitenden, zu geringe Arbeitsleistung, zu viel Materialverschwendung, zu geringe Qualität der Produkte.

Und die großen Projekte, die den Plan für 1931 beherrschen, sind: eine riesenhafte Kohlen- und Metallbasis in Ostrußland und Westsibirien, das „Ural-Kusnetzker Kombinat", wobei Ural und Kusnetzk-Bassin („Kusbass") über eine 2000 Kilometer lange Eisenbahnlinie miteinander verkehren, eine neue Metallbasis in Kasakstan und in Turkestan, der Ausbau des Eisenbahnnetzes, der Bau von Lokomotiven und Waggons.

*

Zur Bewältigung dieser Projekte und jener Schwierigkeiten bedarf es großer Anstrengungen, der Mobilisierung aller Kräfte, und des Einsatzes dieser Kräfte mit dem größtmöglichen Wirkungsgrad.

In einer Rede vor russischen Wirtschaftsführern, am 23. Juni in Moskau, hat Stalin dies auseinandergesetzt. Diese Rede ist am 5. Juli veröffentlicht und in Rußland in Massenauflagen verbreitet worden. Sie hat wegen des Mundes, aus dem sie kam, auch im Ausland großes Aufsehen gemacht, obwohl ihr Inhalt nicht neu war, sondern in der Hauptsache lediglich eine Zusammenfassung und Sanktionierung der Methoden, nach denen die Russen schon seit längerer Zeit arbeiten. Und dies sind keine neuen, sondern alte und wohlbekannte Methoden zur Hebung der Wirtschaftlichkeit, zur Steigerung der Produktivität.

Stalin hat nach einem Rückblick auf den russischen Produktionszuwachs der Monate Januar bis Mai, der im Vergleich zum Stand am Ende 1930 zwischen 6 und 50 Prozent liege, folgendes als notwendig bezeichnet:

1. Organisierte Werbung der Arbeiter für die Industrie durch Verträge der Industriebetriebe mit den ländlichen Kollektivwirtschaften; weitgehende Mechanisierung der Arbeit, vor allem der Schwerarbeit. (Rußland leidet, wie Amerika zu Beginn seiner Industrialisierung, an Arbeitermangel.)

2. Höhere Bezahlung der Facharbeiter, Zertrümmerung des „alten Lohntarifsystems", das dem ungelernten Arbeiter ebensoviel oder nicht viel weniger Lohn gab als dem gelernten. Erst wenn die „Gleichmachung der Arbeitslöhne" aufhört, wird es möglich sein, in den Betrieben einen stabilen Stamm von hochwertigen Arbeitskräften festzuhalten. (In Rußland wird jetzt fast überall im Akkord gearbeitet, sogar in den ländlichen Kollektivwirtschaften, den „Kolchosen"; es werden Prämien für besondere Leistungen bezahlt; die Konsumvereinsangestellten beziehen Umsatzprovisionen.)

3. Die Arbeiter müssen persönlich (nicht nur kollektiv) für ihre Arbeit, für die Behandlung der Werkzeuge und Maschinen, für die richtige Organisation der Arbeit verantwortlich gemacht werden. (Begonnen hat man mit dieser für russische Verhältnisse einschneidenden Neuerung s. Zt. im Eisenbahnwesen, als es mit den unbrauchbaren Lokomotiven allzu arg geworden war.)

4. Aus dem Arbeiterstand muß eine „betriebstechnische Intelligenz" emporwachsen, durch Ausbildung von qualifizierten Arbeitern in Hochschulen und im Betrieb, durch Heranziehung der Stoßbrigadenführer und Vorkämpfer des sozialistischen Wettbewerbs, die besonders unter der Jugend zu treffen sind. Hiebei darf Parteilosigkeit kein Hindernis bilden. Gerade Parteilose sollen auf „Kommandostellen" berufen werden. (Was bisher nur wenig der Fall war.)

5. Auch auf die bürgerliche Intelligenz darf nicht verzichtet werden, die heute ihren Frieden mit dem Sowjetregime zu machen beginnt und nicht mehr „von der Schädlingskrankheit verseucht" ist. (Gegen die „Spez"-Leute aus dem bürgerlichen Lager hat bisher starkes Mißtrauen geherrscht und sie sind oft sehr unfreundlich behandelt worden.)

6. Es müssen „neue Akkumulationsquellen" für die Wirtschaft erschlossen werden, da die alten (Landwirtschaft, Holzindustrie, Naftaindustrie) nicht mehr genügen. Die gesamte Industrie muß mehr Überschüsse ab-

werfen. Kaufmännische Kalkulation, Herabdrückung der Selbstkosten, strengste Wirtschaftlichkeit muß überall durchgeführt werden. Die schwerfälligen „Trusts", in denen bisher hunderte von Unternehmungen vereinigt waren, sollen dezentralisiert, in kleinere Organisationen aufgelöst, diese und die Einzelbetriebe sollen nicht kollektiv, sondern von Einzelpersonen verantwortlich geleitet werden. Die „Fünftagewoche" wird vielleicht wieder aufgegeben werden, da sie sich nicht überall bewährt hat. (Verantwortungsscheu und bürokratische Schwerfälligkeit sind bis jetzt für das russische System wie für jeden militarisierten Organismus charakteristisch gewesen.)

◆

Stalins Rede beweist, daß die Russen auf dem richtigen Wege sind. Selbstverständlich muß auch eine sozialistische Wirtschaft (und gerade eine sozialistische) wirtschaftlich handeln, muß mit dem kleinsten möglichen Aufwand den größten möglichen Effekt zu erreichen suchen. Dabei kann sie den Wirtschaftsfaktor Egoismus nicht ausschalten, zum mindesten solange nicht, als er die das menschliche Handeln vorwiegend bestimmende Triebkraft ist. Sie muß also z. B. den Arbeitslohn nach der Leistung bemessen. Stalin hat in seiner Rede ausdrücklich bemerkt, daß auch Marx und Lenin das ausgesprochen haben: der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit bestehe auch beim Sozialismus, sogar nach Beseitigung der Klassen, und werde erst beim Kommunismus verschwinden.

Der Kommunismus, bei dem nicht nur die Produktions-, sondern auch die Konsumtionsmittel Gemeineigentum sind, setzt voraus, daß diese im Überfluß vorhanden sind oder erzeugt werden können, was vorläufig höchstens auf Südseeinseln der Fall sein mag, jedenfalls nicht in Rußland. Rußland hat noch weit bis zum Kommunismus. Es ist zunächst einmal im Begriff, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, die vielleicht die Vorläuferin einer kommunistischen Wirtschaft werden wird.

Unsere bürgerlichen, teilweise auch die sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland wissen das nicht. Sie haben vom Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus so wenig Ahnung wie vom Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Sie haben deshalb Stalins Rede als „Rückzugsrede" begrüßt: Stalin müsse „den Kommunismus abbauen", der „nun einmal eine Utopie" sei. Er habe das „kapitalistische Prinzip der Rentabilität" anerkennen müssen. Die „Frankfurter Zeitung" ist die einzige, die im Bilde ist. Sie schreibt über den „Durchbruch zur Wirtschaftlichkeit" in Rußland: „Es wäre falsch, aus den gegenwärtigen Reformen auf eine Umbiegung in den Weg zum kapitalistischen System zu schließen. Das ist keineswegs beabsichtigt. Die neuen Veränderungen in der Wirtschaftsführung bedeuten keine Aufgabe des sozialistischen Aufbaus." Aber auch dieses Blatt fährt dann fort: „Man führt nur mehr und auffälligere kapitalistische Betriebs- und Arbeitsmethoden in den bisherigen Rahmen ein."

Sie hätte wenigstens das Wort „kapitalistisch" in Anführungszeichen setzen müssen, denn wirtschaftliche Methoden sind darum nicht kapitalistische, Rentabilität ist kein Monopol des kapitalistischen Systems, rationelle Arbeit hat mit der Wirtschaftsverfassung an sich nichts zu tun.

Im Gegenteil: wenn man eine solche Beziehung herstellen will, dann könnte man eher sagen: die sozialistische Wirtschaft will nicht nur im Einzelbetrieb, sondern in der ganzen Wirtschaft das Prinzip der Rentabilität, der Wirtschaftlichkeit durchsetzen. Auch sie bedient sich des menschlichen Egoismus, nur daß sie ihn parallel zum Gemeininteresse wirken läßt anstatt konträr. Auch sie kennt Verantwortung, aber im Dienste des Ganzen, nicht eines zahlungsfähigen Einzelwillens.

Grüne und blaue Bohnen

Vor vierzehn Tagen ist in Duisburg ein neues Polizeipräsidium eingerichtet worden. Bei dem Festakt hat Oberbürgermeister Jarres auf die schwierige Finanzlage der Städte hingewiesen, die vielleicht bald nicht mehr in der Lage seien, Beamtengehälter und Wohlfahrtsunterstützungen auszuzahlen. „Wenn man hunderttausende Münder nicht mehr stopfen kann, wird einer solchen Situation gegenüber auch die Polizei machtlos sein."

Darauf hat der preußische Minister des Inneren Severing u. a. erwidert: „Millionen hungernder Arbeiter kann man mit blauen Bohnen nicht zufriedenstellen. Grüne Bohnen sind zur Linderung der Not wirksamer als blaue."

Schöne Reden. Aber wie hält es Severing in der Praxis?

Die Reaktion an der Ruhr

Ein Redaktör des „Berliner Tageblatts", Günther Stein, hat eine „Forschungsreise" ins Ruhrgebiet gemacht und in einigen Artikeln über seine Eindrücke berichtet. Von großem Interesse, auch für denjenigen, der ihm nicht in allem beistimmen kann, ist sein Artikel „Die Gefahr von rechts" in Nr. 320 des „Berliner Tageblatts".

Stein beginnt mit der Feststellung, daß an der Ruhr, wo die Gegensätze krasser und eindeutiger sind als im übrigen Deutschland, nur noch zwei Flügel aktiv sind: die Reaktionäre und die Kommunisten. Die staatserhaltende Mitte wird aufgerieben, und „die Sozialdemokratie, im gesamten Reich der wichtigste Faktor des Beharrens beim heutigen Staate, ist kaum irgendwo in Deutschland so geschwächt, verliert kaum irgendwo so stark an Einfluß wie hier, an den Stellen des erbittertsten latenten Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Schwerindustrie spricht es offen aus, daß Brüning die heutige Macht der Sozialdemokratie erheblich überschätzt, wenn er hie und da bei seinen Notverordnungen noch immer eine gewisse, allerdings meistens nur wenig praktische Rücksicht auf sie nimmt."

◆

„In der Offensive ist die Reaktion. Noch gibt es nicht die einheitliche Partei, die sie unter einheitlichem Namen zusammenfaßt. Aber die Organisation klappt schon heute gut, so buntscheckig sie zusammengesetzt ist. Denn sie ist jedenfalls einheitlich finanziert." Ihr Anhang reicht bis in die Arbeiterschaft (ausgenommen — bezeichnenderweise — die Bergarbeiter und die Wohlfahrtserwerbslosen). Von „oben" wird am meisten der Stahlhelm geschätzt. Dann folgt die Hitler-Garde, „die statt der Quantität die Qualität stellt. Wer offiziell zur Deutschnationalen Parei zählt, gehört ebenfalls zu diesem Block der Reaktion, der sich zum Angriff in Bewegung gesetzt hat. Und schließlich folgt das große Heer der vielen, die sich unparteiisch und unpolitisch nennen, sowie der Zahlreichen, die pro forma wohl noch in der Volkspartei, der Wirtschaftspartei oder noch weiter „links" organisiert sind, die aber mit den Frasen und Parademärschen der organisierten Reaktion mehr oder weniger tatkräftig sympathisieren.

Man täusche sich nicht: Wenn dieses Heer einmal offen marschiert, so wird sich mancher dabei finden, der noch bis vor kurzem als linksbürgerlich oder sogar sozialdemokratisch galt."

◆

Über diesen Heerhaufen steht der Generalstab der Schwerindustrie, in seinem Handeln getrieben von den Kräften „eines kriselnden Wirtschaftssystems, das jetzt politisch um seine Erhaltung, und zu diesem Zweck um die „Ausgestaltung" zu seiner reinsten, seiner kompromißlosesten und brutalsten Form kämpft". Die Herren dieses Generalstabs führen die Reaktion in den Kampf. „Ein wenig überlegen lächelnd, so ein ganz klein bißchen mit erhobenem Zeigefinger, aber doch im Grunde stolz und froh, beobachten sie ihre Kinder und ihre jungen intellektuellen Angestellten im Dienste des Stahlhelms und des Hakenkreuzes und sie gebrauchen sie."

Wozu? Zum Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen die „hohen" Löhne, gegen die „demoralisierende" Arbeitslosenversicherung, und zur Propaganda für den Militarismus (der für die Schwerindustrie Aufrüstung und Profit bedeutet).

Überallhin hat die Reaktion ihre Verbindungen. „Sie unterhält angenehme Beziehungen mit den Universitäten und den technischen Hochschulen, bei denen ihre Führer Ehrendoktoren sind, und sie spendet die Gelder, die auch dort für den großen wissenschaftlichen Bedarf gern genommen werden ... Man finanziert nach allen Seiten, wo man heute, morgen oder auch erst übermorgen Nutzen erwartet ... Man unterhält Zeitungen vaterländischer Färbung, und da man auf dem gewöhnlichen Wege an die Arbeiterschaft nicht herankommt, wirft man regelmäßig Millionen-Auflagen besonderer Werkzeitungen in die Betriebe. Und außerdem sucht man die Arbeiter durch „wissenschaftliche Menschenführung", durch „Seelenbewirtschaftung" zu brauchbaren Lohnsklaven zu machen. Führend in dieser „Erziehungs"-arbeit ist das „Dinta", das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung" in Düsseldorf.

◆

Was Günther Stein über den andern Flügel, über die Kommunisten, sagt, möchte ich (ohne sich aufdrängende Einwände zu machen) nur zitieren: „Auf der anderen Seite steht die kommunistische Bewegung. Ihre Schwäche besteht darin, daß die Ärmsten, die Verelendeten, die stumpf Verzweifelten bei ihr einen gewaltigen Anteil haben. Wohlfahrtserwerbslose, Leute, die seit Jahren ausgesteuert sind, können nicht streiken, können keinen Betrieb stillegen. Und für die Straße sind sie keine Gefahr, denn sie haben keinen Drill, sie haben vielfach wegen Unterernährung nur geringe Körperkräfte, und sie haben keine kostspieligen Ausrüstungen wie Stahlhelm- und Hitler-Leute. Vor allem aber faßt die Polizei sie anders an als die Rechtsradikalen.

Aber auch ihre Bewegung wächst, und es dürfte kaum möglich sein, sie auf längere Dauer zu unterdrücken. Doch eines erscheint nicht zweifelhaft: in dem Kampfe, der heute latent ist und der vielleicht bald einmal akut werden wird — in dem Kampf, der nicht mit einem Bürgerkrieg identisch zu sein braucht, wenn er auch nicht unblutig bleiben kann — sind alle Chancen des Sieges auf seiten der Reaktion. Der stärkere Feind steht rechts — wenn auch Leute, die das früher selbst sahen, heute ihre Ansicht geändert haben."

◆

Zwei Flügel, von denen der rechte der stärkere ist und angreift. Was dazwischen liegt, löst sich auf, zerbröckelt, wird zerrieben. So sieht Stein die Verhältnisse im Ruhrgebiet.

Es ist im übrigen Deutschland genau so, nur nicht überall so deutlich sichtbar. Noch nicht.

Fritz Lenz

A Paris

Es war einmal ein europäischer Staat, der durch den Friedensschluß nach einem verlorenen Krieg wertvoller Teile seines Gebietes beraubt und auch auf andere Weise geschädigt wurde. Auf den Friedensschluß folgten Jahre gefährlicher innerer Wirren; Revolution und Bürgerkrieg schwächten das Land. Nach einer kürzeren Zeit der Stabilisierung brach dann die Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht herein.

Im Innern gewann eine Partei, deren Schlachtruf „Land, erwache!" war, immer mehr an Stärke. Ihr Ziel war die Revision des Friedensvertrags, auch gegen den Widerstand Frankreichs, mit Hilfe Italiens.

Aber die Krise wurde immer gefährlicher. Das Staatsdefizit wuchs von Monat zu Monat, die Industrie hatte keine Aufträge, die Zahl der Arbeitslosen stieg, die Landwirte brachten ihre Produkte zu lohnenden Preisen nicht mehr los, Banken krachten, und als dann ausländische Staaten ihre kurzfristigen Anleihen zurückzogen, konnte der Bankrott des Landes nur noch dadurch verschleiert werden, daß die Börsen und Banken geschlossen wurden. Bittgesuche um Geld bei den Großmächten: Italien, England, Amerika waren vergeblich, ebenso bei der BIZ, denn Frankreich machte nicht mit. Niemand sah mehr aus und ein.

Da wurden immer mehr Stimmen laut, die forderten: verständigen wir uns mit Frankreich! Auch Männer, die bis dahin strenge Nationalisten gewesen waren, schlossen sich dieser Forderung an. Einer der bedeutendsten Industrieführer schrieb in einem Artikel: „Frankreich sei heute anerkanntermaßen die Achse der europäischen Politik; wenn man politisch oder finanziell etwas erreichen wolle, müsse man sich eben mit Frankreich gut stellen." Der Artikel schloß mit dem Ausruf: „à Paris! à Paris!" Und das ...

Jetzt haben Sie, verehrter Leser, sicher danebengeraten: ich habe nicht von Deutschland geredet, sondern von — Ungarn. Nach diesem Geständnis kann ich also fortfahren: Und das Parlament (das in Ungarn bei so wichtigen Entscheidungen noch mitreden darf) hat nach ausführlicher Debatte beschlossen, die äußere Politik zu revidieren. Abkehr von Italien, Verständigung mit Frankreich war die Parole, in der sich alle Parteien einig waren. „Mit großer Freude konstatiere ich die Ablehnung der deutsch-österreichischen Zollunion durch unsere Regierung; das hat auch die Anerkennung Frankreichs gefunden, mit dem uns alte Bande verknüpfen", sagte ein monarchistischer Abgeordneter. Ein bürgerlicher Abgeordneter verlangte, Ungarn müsse die Beziehungen zu Deutschland lösen. „Dazu zwingt uns die weltpolitische Lage, bei der Frankreich die Führerrolle innehat, und die Überlegung, daß gegenüber dem deutschen Drang nach Osten wir allein berufen und fähig sind, einen Schutzwall zu errichten." Frankreich solle doch Ungarn als eine „verläßliche und feste Burg" an der Grenze der Zivilisation betrachten, erklärte der Minister des Äußern und wies auf die „unleugbaren ähnlichen Züge zwischen Franzosen und Ungarn" hin. (Was doch das Geld — oder der Mangel an Geld — alles zuwege bringt!)

Frankreich hat in den letzten Wochen in Ungarn einen Sieg errungen, der wieder einen Teil dazu beiträgt, seine Hegemoniestellung in Europa unangreifbar zu machen.

Konrad Rieger

Wie gehetzt wird

In seinem soeben erschienenen Buch „Rußland Ja und Nein" bringt Hans Siemsen einige Beispiele dafür, was „noch 1931 im „aufgeklärten", „zivilisierten" Deutschland an Bolschewiki-Hetze möglich ist". U. a. das folgende:

„Die Hölle im Sowjet-Paradies, Roman aus dem gegenwärtigen Rußland von Josef Eckerskorn." Soeben erschienen in dem christ-katholischen Verlag A. Vollmer, Münster in Westfalen. Für Stil und Inhalt ein Beispiel:

Iwan, der entmenschte Lüstling und Sadist, Kosakenataman und Bolschewik zugleich, der Hauptteufel des Buches, hat sich die Syfilis geholt. Nun geht es wörtlich weiter:

„Der Arzt gibt ihn auf. Anfangs hat man ihn, auf eigenen Wunsch, in ein Zimmer gelegt, wo bereits andere Kranke liegen. Diese können es aber vor Gestank bald nicht mehr aushalten. So wird er denn auf ein Zimmer gebracht, wo er allein liegt. Als einziger Schmuck hängt ein Bild Lenins über seinem Bett. Die Wärter beeilen sich, wenn sie ihn bedienen müssen; sie sind froh, wenn sie wieder draußen sind. —

In bitteren, von Schmerz durchwühlten Stunden, denkt der einsame Wüstling an die Orgien, die er mit gleichgesinnten Freunden verlebt hat. Da ist zum Beispiel das Hotel London in Moskau, das erste der Stadt. Das dreistöckige, graue Gebäude ist eintönig von außen, schmucklos starrt es in die Sadowaja, und doch, die „jeunesse dorée" verkehrt dort; die reichen Lebemenschen aus allen Schichten, und Mädels — Mädels ...! Was können die grauen Mauern erzählen! — Und da ist der Alexanderpark, kaum zehn Minuten vom Dom entfernt, — mit seinem Theater und den blumengeschmückten Terrassen, mit den heißen Sommernächten und Operetten und verschwiegenen Lauben, aus denen helles oder ersticktes Gekicher ertönt und leidenschaftliches Flüstern.

Iwan ist hier ständiger Gast gewesen, wenn er in Moskau sein mußte. Hier verkehren die entzückenden Gymnasiastinnen der höheren Klassen, die dem „Bund der freien Liebe" angehören, und jeden über Zweck und Ziele dieser Vereinigung gerne unterrichten. Die da glauben, Rußland sei dazu berufen, der Welt eine neue „Zivilisation" zu geben, damit endlich einmal die Vorurteile fallen, die seit mehr als zweitausend Jahren die Welt bedrücken. Diese kleinen Revolutionärinnen, — so nennen sie sich selbst mit Vorliebe, — erklären die Jungfräulichkeit als das sinnloseste Vorurteil und die Ehe als ein Verbrechen. Sie geben sich offen der ungehemmten Sinnlichkeit hin, um ihre Unabhängigkeit zu beweisen. Sie sind Iwans intime Freundinnen gewesen, diese Gänschen, und — verdammt! — ihnen hat er's zu verdanken, wenn man ihn jetzt wie die lebendige Pest flieht; wenn man sich in seiner Nähe die Nase zuhält, wegen des syfilitischen Gestankes, der seinem Körper entströmt.

Solche Erwägungen auf dem Krankenbett machen ihn besonders dann unsäglich bitter, wenn der Schmerz in seinen Gebeinen wühlt. Dann verflucht er das graue Gebäude und den Alexanderpark, die Gymnasiastinnen und die freie Liebe. Und dann ist es ihm ein hämischer Trost, wenn er daran denkt, wie in Rußland heute ungezählte Tausende dasselbe Los mit ihm teilen und in Stücke faulen. Schaut er aber auf das Bild Lenins an der Wand, dann sagt er sich:

„Du warst ein großer Lügner, aber ein Schlauberger. Die sittliche Verseuchung bezeichnetest du als ein erfreuliches Zeichen des Fortschrittes, und es gelang dir, das Volk willenlos zu machen. Die Verseuchung packte aber auch dich, wie sie mich gepackt hat. Du starbst, wie ich sterben muß. Deinen Leichnam hat man einbalsamiert und im Museum ausgestellt, die abgefaulten Teile ersetzte man durch Wachs. — Ave imperator! Morituri te salutant!" —

Über die grenzenlos dumme und gemeine Lügerei dieses christ-katholischen Elaborats braucht man wohl keine Worte zu verlieren.

„Wer liest denn so was?" fragen Sie. „Und wer wird denn das für wahr halten?" Literarisch und politisch auch nur halbwegs gebildete Menschen natürlich nicht. Aber wer in Deutschland ist literarisch und politisch halbwegs gebildet?

Außerdem macht der Autor dieses Hetz- und Hintertreppenromans seine Sache viel geschickter, als Sie nach dieser Probe seiner dichterischen Fantasie annehmen können. Durch Fußnoten, durch Hinweise auf scheinbar ernste „Quellen" und Berichte gibt er den besonders krassen Stellen seines Buches den Schein der beglaubigten Wahrheit.

Das macht er so: Eine Gerichtsverhandlung. Schilderung der Zuschauer. „Roh und herausfordernd ist auch das Betragen einiger Judenweiber, die in den vorderen Sitzen sind. Sie tun, als ob sie hier zu Hause seien und überbieten sich im Hohnlachen, wenn einer der angeklagten Priester sich verteidigt. Sie wissen, daß es meist Juden sind, welche die Revolution gemacht haben, daß Trotzki — Bronstein heißt, Sinowjew — Apfelbaum, Kameneff — Rosenfeld, Radek — Sobelsohn, Litwinow — Kinkelstein usw. Sie wissen, daß unter den 540 Führern der Sowjets 447 Juden sind, und daß die amerikanischen Großjuden Schiff, Speyer, Warburg, Kahn, Lewisohn u. a. das Geld für den russischen Umsturz lieferten. Das alles wissen sie, daher das frech-jüdische Betragen."

Dann kommt ein Sternchen und unten die Fußnote: „A. Hessenbach: Wann beginnt bei uns die Blutherrschaft Satans: Seite 46."

Oder:

„Lenin, der Vater des Bolschewismus, behauptete, daß es keine ewigen Gesetze der Moral gebe; er lebte danach — und starb an einer Geschlechtskrankheit. Heute sitzt Frau Venus auf dem Throne Rußlands, die Greuel der Unzucht übersteigen jedes Maß. Alle Leidenschaften sind entfesselt. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher schnellt unheimlich hinauf. Die Bestie im Menschen stürzt mit größerer Begier über die armen Opfer her, als die hungrigen Wölfe in den Steppen Rußlands. Das Weib ist Freiwild geworden."

Unten die Fußnote: „Rußland. Dr. J. Gorbach S. 34."

Mit diesen geschickt verstreuten Fußnoten und Anmerkungen will der Autor des Romans den Anschein erwecken, als basiere seine zwar romanhafte Darstellung in Wirklichkeit auf sorgfältig studierten „authentischen" Berichten, also auf Wahrheit.

Und wenn nun jemand fragt: „Welcher Leser wird denn darauf hereinfallen, wer wird denn das glauben?" — dann kann man ihm nur antworten: Die Leser dieser Art von Literatur glauben das ganz bestimmt. Und man muß hinzufügen: Die Zahl der Leser solcher Schundliteratur ist leider bedeutend größer als die Zahl derer, die Lenin oder Trotzki oder Holitscher oder Dreiser oder Feiler oder Scheffer oder andere ernst zu nehmende Autoren und Berichte lesen. Wenn wir verächtlich solchen Schund beiseite schieben, so dürfen wir deshalb doch seine böse Wirkung nicht unterschätzen.

Es wäre z. B. recht interessant, mal zu erfahren, was ein so feiner und gebildeter Katholik wie der Kaplan Fahsel zu diesen unappetitlichen, widerlichen und beabsichtigten Lügen eines Katholiken sagt?

Parteiverbot?

Eine rigorose Verfolgung alles Kommunistischen in Deutschland ist im Gang.

Kein Tag vergeht, ohne daß die Zeitungen berichten: über das Verbot eines Parteiblattes, über die Aushebung eines „Kommunistennestes" (oft handelt es sich dabei um ganz regelrechte, legale Versammlungen), über Razzien in kommunistischen Büros (in Berlin ist das Karl-Liebknecht-Haus, wo das ZK der Partei seinen Sitz hat und die Rote Fahne gedruckt wird, besetzt und auf einige Zeit geschlossen worden). Man sucht nach Material, wo immer man welches vermuten kann. Resultat: null.

In Berlin sind seit Ende Mai fünf Schupoleute erschossen worden, unter ihnen zwei Hauptleute. Die Polizei ist auf der Suche nach den Tätern. Aber sie hat bis jetzt weder den Mörder des Oberwachtmeisters Zenkert (erschossen am 29. Mai), noch des Wachtmeisters Kuhfeld (30. Juni), noch des Wachtmeisters Viebig (1. August), noch der Polizeihauptleute Anlauf und Lenk (9. August) finden können.

Für die Ergreifung der Täter sind insgesamt mehr als 20 000 Mark ausgesetzt worden. Man hat bereits mehr als 250 Personen verhaftet. Resultat: null.

Das Publikum wird mit Meldungen über geheime kommunistische Mordorganisationen, deren Anzahl und Teilnehmerzahl angegeben wird, beunruhigt: Beweise für die Existenz dieser Organisationen sind nicht geliefert worden; die ernstzunehmenden Blätter der bürgerlichen Mitte zweifeln in ihren Meldungen mehr oder minder offen ihr Bestehen an.

Auf den Schnellzug Basel—Berlin ist ein Attentat verübt worden. Man nahm an, es handle sich um einen politischen Anschlag, der dem aus Rom zurückkehrenden Reichskanzler gegolten habe. Man setzte einen Preis von 100 000 Mark auf die Ergreifung der Täter aus. Die Ermittlungen erstreckten sich in erster Linie auf kommunistische Kreise. Wie man bei der Suche nach der berliner „Mordorganisation" von dem geheimnisvollen „Russen" munkelt, der sie angeblich leitet, so bei den Nachforschungen über die Eisenbahnattentäter von einem mysteriösen Menschen „slawischen" Typs. Es ist wie anno 14: man glaubt zu wissen, in welcher Himmelsrichtung der Feind wohnt — weil man sich den Feind ja selbst gewählt hat — und schon spukt es von Emissären, Wühlern, Verschwörern aus dem Osten. Nervosität, Psychose wie damals!

*

Wenn die KPD noch immer legal ist, so haben die Behörden vielleicht noch keinen formalen Rechtsgrund für ein Verbot, vielleicht aber haben sie auch Gründe, die Partei einstweilen in diesem Zustand zu belassen. Sie haben es ja auch vorläufig nicht nötig, mit dem schweren Geschütz des Verbots aufzufahren, solange sie auf „legale" Weise den Kommunisten beikommen können.

Und das können sie. Die Parteipresse existiert kaum noch; die öffentliche Propaganda ist nur in beschränktestem Rahmen noch geduldet; die Partei ist durchspitzelt, die Polizei ist über die Vorgänge in ihr informiert. Das Verbot würde den Spitzeln die Arbeit erschweren, die Kontrolle der Mitgliedschaft wäre schwieriger; wirksam unterdrückt könnte die Partei durch das Verbot natürlich nicht werden; die parteilosen Arbeiter würden in der KPD mehr noch als jetzt die Verfechter ihrer Interessen erkennen; die natürliche Folge der Illegalität wäre (falls die Leitung ihrer Aufgabe gewachsen wäre) eine moralische Festigung der zahlenmäßig reduzierten Partei.

Die Frage, ob die Partei selbst das Verbot wünscht, kann man als Außenstehender nicht beantworten; man kann nur Vermutungen hegen. Daß aber die Behörden es lieber mit einer legalen Partei zu tun haben, die sie im Auge und unter Kontrolle halten können, als mit einer illegalen, scheint klar zu sein. Sie werden sich wohl nur ungern zu einem Verbot entschließen. Aber daß sie sich eines Tages entschließen, ist nicht ausgeschlossen.

Ernst Maas

Wehe jenen Staatsmännern, die zu dumm oder zu schlecht sind, zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen, sondern gegen die Armut zu Felde ziehen müsse.

Ludwig Börne

Die deutsche Außenhandelsbilanz im Juli zeigt einen Ausfuhrüberschuß von 254 Millionen Mark. Gegenüber Juni ist die Einfuhr um 69 Millionen zurückgegangen, die Ausfuhr um 75 Millionen gestiegen. Da der Ausfuhrüberschuß in den nächsten Monaten unter dem Druck der Krise wahrscheinlich noch größer werden wird, kann man für das ganze Jahr 1931 mit einem Ausfuhrüberschuß von annähernd drei Milliarden rechnen.

Ungetreue Haushalter

Die Deutsch-evangelische Heimstättengesellschaft (Devaheim), eine Bauspargesellschaft, hat den Konkurs anmelden müssen. Das Erstaunlichste bei diesem Zusammenbruch ist die Haltung jener Kreise, deren Initiative das Unternehmen sein Dasein verdankt. Der kleine Bausparer, der zuvor von seinem Geistlichen mit Vertrauen gegenüber diesem Unternehmen und seinen Tochtergesellschaften (Deutsche Entschuldungs- und Zweckspar-A.G.; Baugenossenschaft des Evangelischen Volksbundes) erfüllt worden war, bekam zuerst gewundene Erklärungen serviert, in denen ihm versichert wurde, daß die Gründung der Devaheim nicht von den Kirchenleitungen ausgegangen sei, daß dem Oberkirchenrat der preußischen evangelischen Landeskirche ein Aufsichtsrecht nicht zugestanden habe, daß der Zentralausschuß für Innere Mission rechtlich mit den genannten Bausparkassen nichts zu tun habe usw. usw. Jene Kreise, die sich sonst überkugeln in heiligem Zorn gegenüber der Verderbnis neudeutscher Prägung, begnügten sich hier in bescheidenen Nebensätzen mit der Versicherung, daß eine „falsche Geschäftsgebarung" oder „gar" strafbare Handlungen aufs schärfste zu verurteilen seien.

Nun, als strafbare Handlungen nennt man Wechselbetrug, Urkundenfälschung, Kreditbetrug, Bilanzfälschung, Konkursverbrechen und was dergleichen Dinge mehr sind. Und die Geschäftsgebarung war nicht nur falsch, sondern unter allem Hund. Es kam dank der unbedenklichen Lotterwirtschaft der mit der Leitung betrauten Pastoren und Pastorenvettern und der Saumseligkeit der geistlichen Aufsichtsräte zu einem Verluste, der mit rund zehn Millionen beziffert wird. Es ist das Geld kleiner vertrauensseliger Leute, die, zurückgestoßen von der Schlechtigkeit der Welt, ihr Vertrauen auf den Herrn warfen und ihre Ersparnisse in die sicheren kirchlichen Gehege brachten; und es ist auch das Geld der Allgemeinheit, denn es sind der Devaheim auch aus der sogenannten „Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen", die die Wohlfahrtszuschüsse des Reichs verwaltet, Hunderttausende zugeflossen.

Wie steht es nun mit der so leichthin abgeleugneten Verantwortlichkeit kirchlicher Kreise? Da gibt eine Werbeschrift der Devaheim Auskunft, in der ausdrücklich Bezug genommen wird auf die Tagung des Deutsch-evangelischen Kirchenausschusses in Eisenach im Jahr 1925, wo die Wohnungs- und Siedlungsfrage im Mittelpunkt der Beratungen gestanden hat. Die damals vom Kirchenausschuß erlassene Kundgebung, heißt es in dem Prospekt, sei der Anlaß gewesen, daß die Innere Mission im Juni 1926 in Verbindung mit anderen evangelisch-sozialen Verbänden die Devaheim gegründet habe, und zum weiteren Beweis, daß es sich hier um eine Angelegenheit der Kirche handle, wurden Namen mit gutem kirchlichem Klang als Vertreter des Aufsichtsrates genannt: der Pastor D. Cremer, langjähriger Schatzmeister beim Zentralausschuß für Innere Mission, Pastor D. Mumm vom kirchlich-sozialen Bund, Herren vom Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein, vom Evangelischen Volksbund usw. Sie alle waren nicht als Einzelpersonen, sondern als Vertreter kirchlicher Organisationen genannt, und sie hatten die Pflicht, das Vertrauen durch Wachsamkeit zu rechtfertigen.

Daß es trotzdem zum völligen Zusammenbruch kommen konnte, zeugt von einer bedenklichen Saumseligkeit dieser Herren. Der Präsident des Zentralausschusses Geheimrat Prof. D. Seeberg soll schon im Juli 1930 „wegen schlimmer Geldgeschichten bei der Inneren Mission" in seinem Wohlbefinden stark beeinträchtigt gewesen sein, und auch der evangelische Oberkirchenrat in Preußen hat schon im Jahr 1930 von den bedenklichen Geschäftsmethoden bei der Devaheim Kenntnis erhalten. Er beruhigte sich damals mit der etwas eigenartigen Feststellung, daß er auf die Geschäfte der Inneren Mission keinen Einfluß habe.

Höchst eigenartig ist das Verhalten der moralisch und rechtlich Verantwortlichen nach dem Eintritt der Pleite. Der Drang, die für die Sanierung notwendigen Mittel flüssig zu machen, war offensichtlich nicht sehr groß, und so sah sich die neue Geschäftsleitung der Devaheim genötigt, den Konkurs anzumelden. Hinterher beeilte sich die Notgemeinschaft der Inneren Mission, zu versichern, daß dadurch nicht ihr Bestreben aufgehoben sei, den notleidenden (soll wohl heißen betrogenen) Sparern „im Bereiche des Möglichen" zu helfen, aber was dabei herauskommen wird, kann man sich denken. Die Proben, die die durch diese Affäre moralisch Verpflichteten über die Tage des Zusammenbruchs von ihrem Interesse an der Sache gegeben haben, sind nicht gerade ermutigend. Führende Männer der Inneren Mission sollen über die kritische Zeit seelenruhig in Urlaub gefahren sein, und die anderen erschöpften sich in endlosen Sitzungen, bei denen keine praktischen Resultate zu erzielen waren. Das Ende war die Anmeldung des Konkurses durch den neuen Geschäftsführer, der nach seinem eigenen Ausspruch ausgehalten hat „bis zu einer Grenze, die strafrechtlich gar nicht mehr zu verantworten war".

Das Vertrauen der Kirchenschäfchen könnte durch diese Angelegenheit endgültig erschüttert sein, wenn sie die volle Wahrheit überhaupt zu Gesicht bekämen. Aber sie lesen nur ihre christliche Presse, und darin wird die ganze Sache sehr behutsam und pfleglich behandelt.

Hermann Mauthe

Wie der Internationale Missionsrat mitteilt, sind im Jahr 1928 für die protestantische Mission der ganzen Erde rund 226 Millionen Mark gesammelt worden.

Immer wieder: Not aus Überfluß

„Drei Eisenbahnwaggons tschechische Gurken, die nach Wien eingeführt waren, aber wegen der niedrigen österreichischen Gurkenpreise und des inzwischen von 3 auf 8 Pfennig erhöhten Zolls nicht abgesetzt werden konnten, wurden in die Donau geschüttet." (Zeitungsmeldung)

In Brasilien ist, wie ein Volkswirtschaftler in Bern feststellt, in einem Monat so viel Kaffee vernichtet werden, wie die Schweiz in einem Jahr verbraucht. Zweck: die Preise hochzutreiben. Der Kaffee wird verbrannt oder zu Dünger verarbeitet.

„Im Petroleumgebiet von Ost-Texas wird um 8 Uhr 30 das Standrecht erklärt werden. Der Gouverneur des Staates Texas hat sich zu dieser Maßregel entschlossen, um die Schließung zahlreicher Bohrtürme zwecks Verhinderung der Ueberproduktion durchzuführen." (Telegramm des WTB)

Die Südstaaten von Nordamerika stehen vor einer Rekordernte in Baumwolle. Folge: Preissturz (tiefster Stand seit 1894). Etwa die Ernte eines Jahres wird als Überschuß liegen bleiben, da drei Viertel der Ernte des letzten Jahres noch nicht verbraucht sind. Regierung und Farmer erwägen verschiedene Pläne: Soll man die ganze Ernte zu Dumping-Preisen auf den Markt werfen? Oder einen Teil der Ernte vernichten? Oder die Ernte überhaupt ausfallen lassen? Entschlüsse sind noch nicht gefasst.

Neben den Farmern sind die Banken die Leidtragenden bei diesem Ueberfluß. Sie haben Kredite auf Warenlager gegeben und haben jetzt die schönste Aussicht, ihr Geld zu verlieren, da die Lager nicht verkauft werden können. Da die Banken nicht nur Baumwolle, sondern auch Weizen, Zucker, Kautschuk, Kupfer beliehen haben und alle diese Rohstoffe in Ueberfluß vorhanden und deshalb biliger geworden sind, steht eine Reihe von Banken vor dem Ruin.

Eingeständnis

In den Berichten über den Klostersturm in Spanien ist es oft so hingestellt worden, als ob es sich lediglich um Ausschreitungen des „Pöbels" gehandelt habe. Nun veröffentlicht der Superior des Jesuitenkollegs in Loyola, R. P. Cesare Ibero, einen Bericht, der der Wahrheit wohl näher kommt. Er schreibt u. a.: „Als am 11. Mai unsere Häuser in Flammen aufschlugen, rannte ganz Madrid wie zum festlichen Schauspiel zusammen. Vom einfachsten Arbeiter bis zum vornehmsten Bürger standen die Zuschauer vor den Brandstätten und klatschten mit den Händen, wenn ein neuer Gebäudeteil zu rauchen begann. Die anrückende Feuerwehr wurde an der Löscharbeit gehindert und verbrüderte sich mit dem Volke. Wo blieben an diesem Tage die Katholiken? So schwer mir die Antwort auf die eigene Frage fällt, es muß gesagt sein: 99 Prozent der Klosterstürmer waren Katholiken. . ."

Was müssen die alles auf dem Kerbholz gehabt haben, bis es so weit kam!

Grützner — Zechlin

Der Pressechef der Reichsregierung, der Sozialdemokrat Dr. Zechlin, hat sich bei seiner Partei durch seine Pressepolitik unbeliebt gemacht. (Er soll u. a. kürzlich das Verbot von zwei bürgerlichen Blättern befürwortet haben; die Verbote sind dann am Widerstand der preußischen Regierung gescheitert.) Parteigenossen haben ihm deshalb (wie die „Welt am Montag" berichtet) nahegelegt, aus der Partei auszutreten. „Man befürchtet, daß sich aus dem Fall des Reichspressechefs Dr. Zechlin ein zweiter Fall Grützner entwickeln könnte, und möchte der Partei durch seinen freiwilligen Austritt eine neue Belastungsprobe ersparen."

Der Stuttgarter „N. S.-Kurier" bemerkt dazu: „Während Senatspräsident Grützner zur NSDAP übergetreten ist, ist dieser Schritt dem Halbjuden Zechlin verschlossen."

Schade; er hätte doch so gut zur NSDAP gepasst.

Das Buch, aus dem ich zitiere, ist, wie ich schon sagte, in einem christ-katholischen Verlag erschienen. Es ist ein Glied in der vom Papst aufgerufenen „religiösen" Kampffront aller christlichen Kirchen, der ganzen „Christenheit" gegen das antireligiöse Sowjetrußland. Und wenn auch nicht alle Glieder dieser Kampffront so schamlos lügen, wie dies Buch, sehr viel höher ist das Niveau, auf dem sie kämpfen, nicht, sehr viel anders, sehr viel wahrer ist das „Material", das sie gegen Rußland ins Feld führen, sehr viel wahrer sind die „Berichte", die sie — und die ganze ausgesprochen antibolschewistische Weltpresse mit ihnen — über Rußland verbreiten, nicht.

Der Naturfreund

In einem Berliner Reisebüro. Der Betrieb ist seit Einführung der Ausreisegebühr von 100 Mark wesentlich matter geworden. Unter den wenigen Besuchern ein hochgewachsener Herr mit Monokel. Er möchte nach Österreich reisen und erkundigt sich nach den Möglichkeiten, die bewußten 100 Mark zu sparen.

„Drei Vereine, so sagt man ihm, sind für ihre Mitglieder von der Gebühr befreit." Er will Näheres wissen. Den Deutsch-Österreichischen Alpenverein kennt er. Die anderen? „Der Deutsche Alpenverein, so wird ihm erwidert, ist das Ergebnis einer Sezession aus dem deutsch-österreichischen, die entstand, weil eine Reihe von Sektionen einen Arierparagrafen eingeführt hatten". Der mißbilligende Gesichtsausdruck des Herrn zeigt, daß der Deutsche Alpenverein für ihn nicht in Frage kommt.

Der Verein der Naturfreunde, so wird ihm weiter berichtet, ist eine statutenmäßig neutrale Wandervereinigung, die aber tatsächlich der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften nahesteht. „Nichts für mich," erklärt Herr X. diesmal unmißverständlich und will schon das Büro verlassen, fest entschlossen, dem Deutsch-Österreichischen Alpenverein beizutreten, mit dessen Arierparagrafen er offensichtlich durchaus harmonisiert. Da fällt ihm noch etwas ein, er wendet sich noch einmal und fragt nach der Höhe der Eintrittsgebühren. Und die Antwort lautet: „Deutsch-Österreichischer Alpenverein 21,60 Mark — Deutscher Alpenverein 10 Mark — Naturfreunde 6 Mark."

Herr X. steht stumm, eine ganze Weile, auf seinem Gesicht malen sich die Spuren schwerer innerer Kämpfe. Dann fragt er: „Na sagense mal, das verpflichtet ein' doch aber zu nichts, was?" Nein, so wird ihm bestätigt, das verpflichtet zu nichts! Und aufatmend erklärt er: „Na, dann werd ich doch lieber bei den Naturfreunden eintreten!

(„Frankfurter Zeitung")

Schmus

„Der Geotropismus der Mode zieht den Rock wieder zur Erde. In den Wasserwellen des Haares spielen die Wellen des Lichts. Im übrigen Figur, mein Lieber, Figur. Im leichten Schienendruck des wiedererstandenen Korsetts leistet sich der Körper ein künstliches Tal der Hüfte. Die Fettreservepolster werden ausgepresst und verlassen fluchtartig gewisse Partien, um sich in Neben- und Hinterzonen um so wohler und massiger zu fühlen. Die Rockschöße tänzeln zentrifugal und zentripetal um die eingeschuhten Füße. Nur nicht stolpern, zittert das koffeinhaltige Herz. . . ."

Dr. Tezät im „Stuttgarter Neuen Tagblatt"

Liebe S.-Z.

Bierabend beim Reichspräsidenten. In einer Ecke wird Brüning plötzlich von einem Parteigenossen gestellt, der in helleren Momenten demokratische Erinnerungsblitze hat. Er möchte gern wissen, wie sich der Herr Reichskanzler das eigentlich denkt, wenn es sich darum handelt, die Verfassung wieder in Kraft zu setzen. Ob das ihrer entwöhnte Volk sich's einfach gefallen lassen wird? Und wie es dann wohl mit dem Prestige des Herrn Diktators sei?

Brüning, stets auf dem Quivive, sagt schlicht: „Ich werde sie einfach auf Grund des Artikels 48 wiedereinführen."

Literatur

Mussolini ohne Maske. Von Alfred Kurella. Neuer Deutscher Verlag, Berlin. Preis kart. 3,50 Mark, geb. 5 Mark. Mit 80 Fotografien. — Der Titel kann einen irreführen: von Mussolini ist fast nicht die Rede, wohl aber von Italien, und zwar von dem Italien der Arbeit. Kurella hat Italien bereist in der Absicht, „den eigentlichen Inhalt der fascistischen Herrschaft zu ergründen. Es kam darauf an, diesem System Mussolinis, das sich als System der Überwindung des Klassenkampfes hinzustellen liebt, die Maske abzureißen und zu zeigen, welche Klasse hinter der fascistischen Maske die wirkliche Herrschaft ausübt ... Das eigentliche öffentliche Leben spielt sich in den Betrieben, auf den Landgütern, in den Dörfern und den Arbeitervierteln der großen Städte ab. Was geschieht hier? Was hat der Fascismus hier Neues gebracht? Wie hat er sich zu den halb mittelalterlichen und halb hochkapitalistischen Ausbeutungsformen in Stadt und Land gestellt? Welche Faktoren hat er gestärkt und begünstigt, welche unterdrückt oder zerstört? Das sind die Fragen, auf die meine Reise Antwort geben sollte." Das Ergebnis der Reise ist dieses Buch, das uns ein ganz unbekanntes Italien zeigt: das Leben der Arbeiter, Bauern, Pächter unter der Herrschaft des Fascismus.

L.

Rußland ja und nein. Von Hans Siemsen. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin. — Ein neues Buch über die USSR. Siemsen ist im Herbst 1930 dort gewesen. Er liefert zu dem großen Mosaik unserer Vorstellung von Rußland ein weiteres Steinchen, das selber wieder ein Mosaik ist. Er versucht nicht, eine autoritative, umfassende Meinung über den Sowjetstaat zu geben, sondern berichtet und schildert und hält sich dabei an das, was er gesehen hat. Sein Urteil ist unbefangen, im Prinzip pro Rußland und Kommunismus, wenn er auch in vielen Einzelheiten Stellung gegen manches nehmen muß. Er berichtet und urteilt mit Verantwortungsbewußtsein und wie sein Gewissen ihm vorschreibt. Wenn die kommunistische deutsche Presse klug wäre, würde sie sein Buch loben oder wenigstens, wie die „Moskauer Rundschau", gewissenhaft würdigen. (Preis brosch. 5,80 Mark, geb. 7,50 Mark.)

B.

fereinfacht di rechtschreibung. herausgegeben fom leipziger lererferein. dürrsche buchhandlung leipzig c 1. preis 4,50 mark. — das buch ist ein beitrag zu den erörterungen über eine neugestaltung unserer rechtschreibung, und zwar ein ser gründlicher, manchmal möchte man beinahe sagen: ein zu gründlicher. der sprachhistoriker kommt zum wort, der pädagoge, der psichologe. argumente für und wider werden behandelt. statistisches material und illustrationen suchen zu überzeugen. das ergebnis ist der sogenannte leipziger plan, der fir stufen zur allmälichen einfürung einer vernünftigeren deutschen rechtschreibung forsit. (diese besprechung ist, wenn mir keine feler unterlaufen sind, nach der zweiten stufe geschriben.) es ist zu wünschen, daß das buch seinen zweck: die entwicklung hin zu einer besseren rechtschreibung forwärts zu treiben, erreiche.

L.

Neue Lage, neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus. Von Stalin. Verlag Carl Hoym, Hamburg. Preis 10 Pfennig. — Die Broschüre enthält die autorisierte Übersetzung der Rede, die Stalin am 23. Juni vor den russischen Wirtschaftsführern gehalten hat. Die bisher über diese Rede geführte Debatte war oft sehr unsachlich; jetzt hat jeder die Gelegenheit, die Rede im Wortlaut zu lesen und sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Einheitspreisgeschäfte

Der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Maier hat neulich, da er auch bei verhältnismäßig unbedeutenden Veranstaltungen gern sein Redetalent zeigt, auf einer Gautagung des Verbandes württembergischer Gewerbevereine die wichtigsten Fragen behandelt, die zurzeit den gewerblichen Mittelstand bewegen. Unter anderem auch die Frage der Einheitspreisgeschäfte.

Er ging davon aus, daß das Umsichgreifen der Großbetriebe im Einzelhandel eine Unzahl von Existenzen des gewerblichen Mittelstandes vernichte, und betonte, daß sich diese verderbliche Entwicklung nur einigermaßen rechtfertigen lasse, wenn der Großbetrieb eine Verbesserung der Qualität der Ware bedeute. Brächten dagegen unpersönlich und rein kapitalistisch arbeitende Unternehmungen minderwertige, ja Schund- und Ramschware auf den Markt, so sei für den Staat kein Anlaß gegeben, diese die Gewerbefreiheit „ausnützenden landfremden" Betriebe weiter zu dulden. Es sei mit außerordentlichem Bedauern festzustellen, daß in letzter Zeit sowohl in der Landeshauptstadt als auch in vielen Landstädten Württembergs sich Geschäfte eingenistet hätten, denen der Absatz alles, die Qualität nichts bedeute. Diese Geschäfte seien volkswirtschaftlich anfechtbar, weil sie schon dem Lieferanten die angemessene Gewinnspanne nicht einräumten, sondern ihm zu unmöglichen Preisen in der Notzeit die Waren abnehmen. Eine Methode, mit der auch der Fabrikarbeiterschaft keineswegs gedient sei. Der Schutz des Publikums, die allgemeine Notlage des Einzelhandels und seiner Angestellten verlange in diesen Fällen eine Einschränkung der Gewerbefreiheit (an der im übrigen festzuhalten sei). Das württembergische Wirtschaftsministerium sei augenblicklich damit beschäftigt, Anträge an die Reichsregierung auszuarbeiten, damit die Landesregierungen in Zukunft in der Lage seien, solche Geschäfte (mit rückwirkender Kraft) einer Nachprüfung auf ihren volkswirtschaftlichen Wert zu unterziehen.

Diese Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers haben den württembergischen Gewerbetreibenden sicher sehr wohl getan. Es ist immer schön, wenn man auf die Frage, ob und wie weit man noch Existenzberechtigung hat, die Antwort erhält, der Andere habe sie bestimmt noch viel weniger, und wenn einem die Tatsache, daß die Geschäfte flau gehen, mit dem Hinweis erklärt wird, der bösen und übrigens landfremden Konkurrenz sei es eben zu sehr um den Absatz zu tun. Um jenen Absatz, den man zwar auch gern möchte, den man aber nicht erzielen kann, weil angeblich ein zu stark entwickeltes Gefühl für Qualität die Produkte verteuert, und weil man sie nach Verkaufsmethoden abzusetzen versucht, die einmal zu Großpapas Zeiten als „bewährt" und zweckmäßig galten.

In einer Wirtschaftsordnung, die so sehr auf Massenkonsum eingestellt ist wie die heutige, scheint es abwegig, das Überhandnehmen von Ramsch und Schund als „volkswirtschaftlich anfechtbar" zu bezeichnen. Volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist innerhalb des heutigen Systems das, was Absatz findet, und es wäre ein Unding, die sonst so sehr geschätzte Gewerbefreiheit gerade dort gewaltsam einschränken zu wollen, wo Produkt und Absatzmethode so offensichtlich der Kaufkraft und dem Bedürfnis der großen Masse der Konsumenten entsprechen, und dafür Jene liebevoll zu hätscheln, deren Produkte doch erst in fünfter oder sechster Linie deshalb teurer sind, weil ein unhemmbarer Drang nach Qualität hinter ihnen steht, im übrigen aber aus ganz anderen Gründen. Diese Gründe dem jammernden gewerblichen Mittelstand aufzuzeigen wäre viel notwendiger, als seinen Futterneid gegenüber den Warenhäusern noch zu schüren und ihn auf Tagungen in einer Weise zu kitzeln, die zwar seinem Selbstbewußtsein schmeichelt, aber nichts dazu beiträgt, daß er im Kampf um seine Existenz anpassungsfähiger werde. M.

Nocheinmal so?

Vor Kriegsausbruch

Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, sollen euch nicht als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Manifest des Parteivorstandes der SPD (25. Juli 1914)

Nach Kriegsausbruch

Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen ... Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die Kriegskredite.

Erklärung der Reichstagsfraktion der SPD (4. August 1914)

Zeichnet Kriegsanleihe!

Jetzt wird zum neunten Male Sturm geblasen. Bis in die letzten Ecken und Winkel des Reiches dringt der Ruf zur neunten Offensive des Geldes, zum neuen Wettkampf der silbernen Kugeln, wie eitler Feindesdünkel sich einst ausgedrückt hat. Spannung hält die Welt gefangen. Wird die Geschichte einst den Enkeln wieder erzählen: „... und alle, alle kamen!?" Sie dürfen nichts anderes hören und werden nichts anderes hören, unsere Enkel, wenn jeder von uns einsteht für Pflichterfüllung bis zum Äußersten. Darum zeichnet!

„Vorwärts", Zentralorgan der SPD (2. Okt. 1918)

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

RUSSLAND JA UND NEIN. Von Hans Siemsen. Geb. 7,50 Mark, brosch. 5,80 Mark. — Ein lebendiger, ernsthafter und kritischer Bericht über eine Reise nach der USSR. Gute Reportage, spannend zu lesen. Setzt sich ehrlich und aufrichtig mit den Grundfragen der russischen Revolution und des russischen Aufbaus auseinander.

EINE FRAU ALLEIN. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

DAS VERBRECHEN DES PATERS AMARO. Von Eça de Queiroz. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

DAS DOPPELGESICHT DES CHRISTENTUMS. Von Stadtpfarrer Dr. G. Schenkel. Kart. 3,30 Mark, geb. 4,60 Mark.

DAS GELD IN DER POLITIK. Von Richard Lewinsohn (Morus). Broschiert 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

DER MANN IM DUNKEL. Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des mysteriösen Europäers. Von Richard Lewinsohn (Morus). Preis 3,50 Mark.

DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGSINDUSTRIE. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

DAS TOTENSCHIFF. Von B. Traven. Preis 5 Mark.

DIE WEISSE ROSE. Von B. Traven. Preis 5 Mark.

DER FILM „IM WESTEN NICHTS NEUES" IN BILDERN. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

GEBÄRZWANG UND KEIN ENDE. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

ETAPPE GENT. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 3,80 Mark.

EROTIK UND SPIONAGE. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

vereinfacht die rechtschreibung, herausgegeben vom leipziger lehrerverein. preis 4,50 mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

In der Nachkriegszeit sind in Deutschland 335 Bausparkassen gegründet worden. Davon sind 83 aufgelöst oder zusammengebrochen.

In dem 260 000 Einwohner zählenden Stettin gibt es zur Zeit 100 000 Unterstützungsempfänger.

Unterkunft und Verpflegung

Notdelikte sind heute an der Tagesordnung. Sie ergeben sich zwangsläufig, und man sollte denken, daß der Staat einsichtig genug wäre, nicht dort den unerbittlichen Richter spielen zu wollen, wo die Kriminalität ein Ausdruck seiner eigenen Not ist.

Vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Wedding standen vor einiger Zeit zwei jugendliche Erwerbslose, die sich an der Plünderung eines Lebensmittelgeschäftes beteiligt hatten. Der eine ergatterte dabei eine Wurst, der andere zwei Büchsen Oelsardinen. „Typischer Notdiebstahl, der nicht bestraft werden kann", meinte der Verteidiger. Das Gericht sah die Sache anders an. Es verurteilte — man höre — wegen Landfriedensbruch zu je 8 Monaten Gefängnis. Zuvor hatten die Angeklagten sehr deutlich ausgesprochen was ist. „Wenn uns der Staat Arbeit und menschenwürdiges Auskommen geben würde, ständen wir nicht hier", verteidigte sich der eine; der andere beklagte sich darüber, daß er vergeblich um Aufnahme in ein Jugendheim ersucht habe: „Die Leute zwingen uns ja, stehlen zu gehen!"

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Böhmert, wollte von einem Notdiebstahl nichts wissen. Offenbar war es ihm nicht möglich, sich in die Lage von verzweifelten jungen Menschen zu versetzen, die schon zwei Tage nichts gegessen haben. „Der Staat", meinte er in der Urteilsbegründung, „ist selbst in Not; er kann nicht allen Menschen Arbeit geben", und er schickte die Beiden auf acht Monate ins Gefängnis, wo sie das finden, was sie draußen nicht bekommen konnten: Unterkunft und Verpflegung.

Das ist ein hübsches Beispiel dafür, daß der Staat, der Jugendliche hilflos durch die Straßen irren läßt und behauptet, nichts für sie tun zu können, plötzlich Mittel genug hat, ihnen auf Monate Kost und Logis zu geben, wenn nur ein strafbarer Tatbestand vorliegt. Wäre es in solchen Fällen denn nicht besser, den Notstand, den man für sich selbst in Anspruch nimmt, auch dem entgleisten Staatsbürger zuzubilligen, und die Mittel, die man für ihn als zukünftigen Sträfling in Reserve hat, für die Aufrechterhaltung seiner Existenz zu verwenden? Oder würde das das Ansehen unserer Justiz erschüttern?

K. B.

An die Leser

Die polizeilich verordneten Ferien sind zu Ende. Zuerst allen denen, die sich darüber beklagt haben, daß sie von dem Verbot nur durch den amtlichen Ukas benachrichtigt worden sind und daß sie während der Verbotszeit nichts vom Verlag der S.-Z. gehört haben, zur Aufklärung: Namen und Adresse der Leser sind mir nicht bekannt, weder derjenigen, die die Zeitung an einem Kiosk kaufen, noch derjenigen, die sie durch die Post beziehen; ich war also während der Verbotszeit völlig abgeschnitten von den Lesern. Wer für den Fall eines Falles (der hoffentlich vermieden werden kann) in Verbindung mit dem Verlag bleiben will, der möge bitte auf einer Postkarte seine Adresse angeben. Es wäre auch für normale Zeiten sehr nützlich, wenn ich eine Kartothek der Leser hätte.

Dann möchte ich allen, die in irgendeiner Form Sympathieerklärungen geschickt haben, danken. Einige Leser haben gefragt, was sie für die S.-Z. tun könnten. Die Antwort lautet: neue Abonnenten werben. Die Abonnenten, die sich während der Verbotszeit verloren haben, müssen durch neue ersetzt werden. Ein Leser hat vorgeschlagen, es solle doch jeder einen oder zwei Monate lang zwei Exemplare der S.-Z. bestellen oder am Kiosk kaufen und das zweite Exemplar zu Werbezwecken verwenden; ich gebe den Vorschlag weiter, vielleicht ist der eine oder andere in der Lage, ihn zu befolgen.

Benützt die Bestellkarte, die der heutigen Nummer beiliegt, um einen Bekannten zum Abonnement zu veranlassen! Schickt Adressen für Probenummern! Der finanzielle Verlust, den der Verlag durch ein vierwöchiges Verbot erleidet, ist so groß, daß er nur ertragen werden kann, wenn die Abonnentenzahl gesteigert wird.

Zum Ausgleich des Verlustes können die Leser auch beitragen, indem sie den Buchversand der S.-Z., der bisher mehr nebenher betrieben worden ist, den ich aber jetzt ausbauen möchte, benützen. Es können durch den Verlag der S.-Z. alle Bücher, auch solche, die nicht angezeigt werden, bezogen werden. Bei Büchern, die nicht auf Lager sind, ist die Lieferzeit etwa acht Tage. Wer also ein Buch nicht unbedingt sofort haben muß, möge es beim Verlag der S.-Z. bestellen.

Einige Leser haben ohne weiteres angenommen, daß ein „Verbots-Fonds" besteht oder geschaffen wird, und einen Beitrag einbezahlt. Ihnen nochmals vielen Dank! Da der Fonds jetzt besteht, wird er vielleicht noch ein wenig wachsen.

Es ist nicht angenehm, heute eine „Bettelei" zu beginnen, aber wer dazu beitragen will, daß die S.-Z. in der bisherigen Weise weiter arbeiten kann, soll nicht sagen können, er wisse nicht, wie er es anfangen soll.

Vom 17. Juli 1931 ab wird die deutsche Presse, ebenso wie die Presse diktatorisch regierter Länder, nicht mehr imstande sein, frei zu schreiben, was sie für richtig, was sie für nötig hält. Bei jeder Nachricht, bei jeder Meldung, bei jedem Artikel, bei jeder Stellungnahme muß mit der Möglichkeit eines Verbotes gerechnet werden, eines Verbots, das nicht auf klaren gesetzlichen Tatbeständen basiert, sondern auf einer Kautschukbestimmung, die beliebig dehnbar, beliebig auslegbar ist — auf dem Ermessen der Verwaltungsbehörden der Polizei. Die Gefahr, verboten zu werden, ohne sich auch durch größte Vorsicht vor dem Verbot schützen zu können, diese Gefahr ist schlimmer als die härteste Vorzensur. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist von heute ab in Deutschland praktisch beseitigt.

Berliner Tageblatt (18. Juli 1931)

Es ist in meinen Augen bei weitem nicht so betrübend, daß dieser oder jener Liberale seine Gedanken nicht drucken lassen darf, als daß viele tausend Familien nicht imstande sind, ihre Kartoffeln zu schmälzen.

Georg Büchner

Lest: Kurella

Mussolini ohne Maske

mit 60 Fotografien

Geb. 5 Mark, kart. 3,50 Mark

Kleinigkeiten

Mündig. Im Vertrieb der Südfilm A.G. ist ein Tonfilm erschienen, der nach einer Mitteilung des amtlichen preussischen Pressedienstes besonders für Verfassungsfeiern geeignet ist. Er ist 474 Meter lang und „Mündiges Volk" betitelt. — Falls der Film nicht sehr „gefragt" sein sollte, könnte man ihn ja durch Notverordnung dem mündigen Volk zwangsweise vorführen lassen.

Sinniges. Das von einem Sozialdemokraten geleitete Arbeitsamt Berlin-Mitte hat eine eigene Verfassungsfeier abgehalten. Eine „eindrucksvolle" Rede über das „Recht des Menschen zur freien Entfaltung seiner Kräfte" war umrahmt von „mit schönem Empfinden" vorgetragenen Chören, betitelt „Eintracht und Liebe" und „Hab' Sonne im Herzen". — Das muß ja direkt rührend gewesen sein.

Zur Feier der Verfassung. Aus dem „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel": „Restvorrat (ca. 500 Stück) Verfassung des Deutschen Reiches, Textausgabe, billig abzugeben. Wilh. Langguth, Eßlingen."

Theorie und Praxis. Im national-sozialistischen „Roten Adler" ist folgende Anzeige zu lesen: „Parteimitglied sucht von Freunden 700 Mark. In drei Monaten 1000 Mark zurück. Gute Sicherheit vorhanden...." — Das riecht nicht gerade nach Brechung der Zinsknechtschaft.

Was ist Wahrheit? Ein beliebter Sport der bürgerlichen Presse ist es, ihren Lesern die „Wahrheit" über Sowjetrußland nicht vorzuenthalten. Der „Angriff" brachte neulich den Bericht eines sogenannten Augenzeugen, der seine Auslassungen mit der Feststellung begann, Karl Radek habe vor einigen Jahren in Moskau Selbstmord begangen. — Von der Art sind drei Viertel von dem, was heute in den Tageszeitungen über Rußland zusammengeschmiert wird.

SPD-Redaktöre, warum schimpft ihr denn immer über Schieles Agrarpolitik? Sagt euren Lesern doch nur ein einziges Mal, daß die heutige deutsche Agrarpolitik seit bald zwei Jahren öffentlich propagiert und gemacht wird von — eurem Parteigenossen Baade.

Alles in Butter. Die „Schwäbische Tagwacht" vom 12. August fordert in einem Werbe-Inserat die Geschäftsleute auf, durch Inserieren in der Tagwacht doch einmal den Schwerpunkt der Propaganda auf die „werktätigen Kreise" zu verlegen. „Deren Bedarf ist gewaltig. Und die Kaufkraft ist da." — Bisher haben wir immer gemeint, sie fehle.

Gefallene vor! Die „Windsheimer Zeitung" schreibt zur Enthüllung eines Flammenwerfer-Ehrenmals": „An alle ehemaligen Gefallenen ergeht die herzliche Bitte, an dem Weiheakt und dem Wiedersehenstag teilzunehmen." — Hoffentlich folgen alle der Aufforderung.

Geschäftstüchtig. Der Verleger der „Konnersreuther Zeitung", der an den Wunden der Therese gut verdient hatte, war, nachdem die Konjunktur in Konnersreuth abgeflaut war, nach Galspach übergesiedelt und hatte dort den „Galspacher Anzeiger" herausgegeben. Da jetzt das Unternehmen des Wunderdoktors Zeileis zusammengebrochen ist, sitzt der geschäftstüchtige Verleger wieder auf dem Trockenen. — Er muß eben einen neuen Heiligen ausfindig machen; wird ja gegenwärtig nicht allzuschwer sein.

Trostreiche Entdeckung. „Wilkes Journal" in North Wilkesboro, North Carolina, meldet: „Professor T. A. Story hielt bei einem Bankett der Kiwanis eine optimistische Ansprache, in der er voraussagte, daß bis zum Jahre 2029 keine Wirtschaftskrisen mehr zu erwarten seien. Nach Professor Story gab es 1903, 1912 und 1930 Wirtschaftskrisen. Die Quersumme jeder einzelnen Jahreszahl beträgt 13. 13 ist eine Unglückszahl, und wenn sie in einer Jahreszahl vorkommt, bringt sie wirtschaftliche Erschütterungen. Auf Grund dieser Beobachtungen werden wir in den nächsten 98 Jahren keine Krise mehr erleben, weil erst die Quersumme des Jahres 2029 wieder 13 ergibt." — Da können wir also ganz ruhig sein.

Hohe Ansprüche. Das Arbeitsamt Wetzlar suchte neulich vermittels Anschlag einen Maurergesellen unter folgenden Bedingungen: „Nicht über 25 Jahre alt, fleißig und ehrlich. Der Bewerber muß über einen ausgeglichenen Tenor verfügen, der das hohe A mit Brustton singt. Auch muß der Bewerber in landwirtschaftlichen Arbeiten bewandert sein." — Ein bißchen viel auf einmal.

Sparsamkeit. Wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, hat eine Postbehörde in Westdeutschland angeordnet, daß der Luxus perforierten Klosettpapiers nicht mehr geduldet werden dürfe; es sollen künftig nur Blätter aus alten Telefonbüchern benützt werden. In einer „Durchführungsverordnung" wird bestimmt, daß die Seiten nicht ganz verwendet werden dürfen, sondern in zwei Hälften zerteilt werden müssen.

Monumentales. Der Gipfel des sagenumwobenen Brocken soll durch eine riesige Denkmalsanlage „verschönt" werden, für die bereits ein Entwurf eines berliner Bildhauers vorliegt. Das 125 Meter hohe Denkmal wird gekrönt sein „von vier hohen Bläsergestalten, die das große Wecken von der deutschen Einheit in die Weite posaunen". — Leider nur symbolisch. Könnte man nicht vier Lautsprecher einbauen?

Für den „Verbots-Fonds" (Postscheckkonto Stuttgart 19844, Die Sonntags-Zeitung) sind bis jetzt eingegangen: 1mal 1 Mark, 3mal 2 Mark, 1mal 4 Mark, 2mal 10 Mark, zusammen 31 Mark.

Dr. M., Berlin (nähere Adresse unbekannt): Besten Dank für die 10 Mark für den Verbots-Fonds!

Der Postauflage der heutigen Nummer liegt eine Bestellkarte bei. Wer für September noch nicht bestellt hat, fülle sie aus und werfe sie in den nächsten Briefkasten. Wer schon bezahlt hat, weiß vielleicht einen Bekannten, den er mit Hilfe der Bestellkarte zum Abonnieren veranlassen kann.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 50. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Spach, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 5

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

DAS KAPITAL. Von Karl Marx. 2 Bände. Preis je 3,75 Mark.

LOHN, PREIS, PROFIT. Von Karl Marx. 90 Pfennig. — Die Wert- und Mehrwerttheorie von Marx in einfacher Form.

DAS KOMMUNISTISCHE MANIFEST. Von Karl Marx und Friedrich Engels. Preis 90 Pfennig.

DIE ENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS VON DER UTOPIE ZUR WISSENSCHAFT. Von Friedrich Engels. Preis 1 Mark.

ÜBER VERFASSUNGSWESEN. Von Ferdinand Lassalle. 90 Pfennig. — Zwei Vorträge Lassalles aus dem Jahre 1862 („Die wahre Verfassung — dass sind die tatsächlichen Machtverhältnisse").

STAAT UND REVOLUTION. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben Sommer 1917. Enthält u. a.: Was ist Sozialismus: Jedem das Gleiche? oder: Jedem nach seinen Bedürfnissen?

DER „RADIKALISMUS" DIE KINDERKRANKHEIT DES KOMMUNISMUS. Von N. Lenin. 1,20 Mark. — Geschrieben 1920. Untersucht u. a. die Frage: Dürfen revolutionäre Parteien mit andern Parteien Kompromisse schließen?

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stuttgart, 30. August 1931

12. Jahrgang, Nr. 35

Die Sonntags-Zeitung

Ein Fusionsplan

Von der „Reichsreform" ist auch einmal wieder die Rede gewesen. Alle Jahre geschieht das, und allemal geschieht dann hintendrein nichts.

Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff, Spezialist in Reichsreform, findet die Zeit dafür eigentlich nicht ungünstig. Normalerweise wäre nämlich für eine Änderung des Länderaufbaus ein verfassungsänderndes Reichsgesetz, also eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag, erforderlich. (Außer wenn das Land zustimmt oder die Bevölkerung selber die Aenderung verlangt; dann genügt nach Artikel 18 der Verfassung eine einfache Mehrheit.) Zweidrittelmehrheiten sind Kunststücke, zum mindesten im deutschen Reichstag, wenn es sich nicht gerade um Vorlagen wie Erhöhung der Diäten oder Bewilligung von Kriegskrediten handelt. Weit einfacher ist eine Notverordnung. Und da wir gegenwärtig sowieso mit Notverordnungen regiert werden, sagt sich Herr Höpker-Aschoff: auf die eine käme es auch nicht an, durch die nach vorheriger Verständigung zwischen preußischer und Reichsregierung Preußen mit dem Reiche verschmolzen würde.

Nicht gerade plötzlich, so wild sind deutsche Demokraten nicht, aber in Etappen. Höpker-Aschoff denkt sich's so: 1. Der preußische Ministerpräsident wird deutscher Vizekanzler, der Reichsinnenminister übernimmt auch das preußische Innere, der Reichsjustizminister die preußische Justiz, und die preussische Steuerverwaltung geht aufs Reich über. 2. Später werden drei weitere preußische Ministerien (Wohlfahrt, Handel, Landwirtschaft) von den entsprechenden Reichsministern (für Arbeit, Wirtschaft, Ernährung) übernommen, so daß nur noch Finanz und Kultus preußisch blieben. 3. Die kleinen norddeutschen Länder würden dann von Preußen geschluckt und mit den ihnen benachbarten preußischen Provinzen zu „Ländern neuer Art" vereinigt werden.

Höpker-Aschoffs neuer Plan ist eine Legierung des vor drei Jahren veröffentlichten Luther'schen Plans (bei dem er Pate gestanden hat) und des seit über zwei Jahren in den Schubladen des Reichsinnenministeriums schlummernden offiziellen Planes der Länderkonferenz. Ob er gut oder schlecht ist, darüber braucht man sich vorläufig wohl nicht zu unterhalten. Erstens hat es mit der Durchführung seine guten Wege; die Wahrscheinlichkeit ist höchstens 10 Prozent, angesichts der kühlen Haltung des Zentrums, der leidenschaftlichen Gegnerschaft der Rechten und der politischen Ohnmacht der Linken. Zweitens wird Volksvertretung und „öffentliche Meinung" (Presse) dabei ja doch nicht gefragt oder berücksichtigt; wir werden gegenwärtig diktatorisch regiert, und die Presse, auch die einer gewissen großen Partei, kann sich „eins schreiben".

Von Interesse für den Betrachter des politischen Theaters ist die tiefere Ursächlichkeit, die Vorgeschichte des Hervortretens Höpker-Aschoffs gerade im augenblicklichen Zeitpunkt. Wahrscheinlich sind es weniger verwaltungstechnische und finanzielle Gründe, die dazu geführt haben (die liegen längst vor!), als politische, um nicht zu sagen persönliche.

Bisher war die Sozialdemokratie für ein Aufgehen Preußens im Reich und die Zerschlagung Preußens in seine Bestandteile nicht zu haben. Sie erklärte, Preußen müsse bleiben, es sei das festeste Bollwerk der Republik, und die politische Entwicklung im Reich schien ihr recht zu geben.

Nun sind aber im kommenden Frühjahr Neuwahlen in Preußen. Sie werden das Ende der heutigen preußischen Regierungkoalition bringen, daran ist nicht zu zweifeln. Auch in Preußen ist der sozialdemokratische Stern im Sinken. Damit ist jene Begründung für das Festhalten an Preußen im Begriff wegzufallen. Sie war schon früher falsch, weil sie nur an das Morgen, nicht an Übermorgen dachte. Preußen könnte, wie vor dem Krieg, auch wieder das Bollwerk der Reaktion in Deutschland werden.

Außer wenn man es vorher nach Höpker-Aschoffs Plan noch liquidieren würde. Der preußische Ministerpräsident Braun würde dann Vizekanzler; ein Schachzug, der ihm nicht nur seine Stellung in Preußen festigen, sondern seiner Partei auch wieder die Tür zum Reichskabinett öffnen würde.

Braun hat, in schroffem Gegensatz zu seiner früheren Haltung, in einer Rede am 11. August freimütig bekannt, daß Preußen heute „ohne jede Spur von Partikularismus" bereit sei, im Reich aufzugehen. Man wird also annehmen dürfen, daß Höpker-Aschoff seinen Vorstoß nicht ohne Einverständnis Brauns unternommen hat.

Aber es wird ihm nichts nützen. Denn es fehlt ihm das Einverständnis Hugenbergs. Erich Schairer

Nach dem Fest

Notverordnung Nr. wieviel?

Am 24. August hat der Reichspräsident „auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung" eine Verordnung „zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden" erlassen, die bestimmt:

1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.

2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden.

Wir werden also in den nächsten Wochen eine Serie von Notverordnungen erleben, mit deren Hilfe die Länder Sparmaßnahmen durchführen oder die Gemeinden zum Sparen zwingen. Und das zwei Monate, nachdem in ganz Deutschland der Freiherr vom Stein mit bombastischen Frasen als Vorkämpfer für die Selbstverwaltung gefeiert worden ist!

Polizeipräsident Grzesinski (Berlin) hat auf Grund der Notverordnung vom 17. Juli ds. Js. den im Internationalen Arbeiter-Verlag erschienenen Roman von Hans Marchwitza: „Sturm auf Essen" für ganz Preußen verboten und die Beschlagnahme angeordnet.

Zwei Fechtbrüder

Holzschnitt von Hans Gerner

Die Nebenregierung

Zwei Zitate

In der Woche nach dem offenen Ausbruch der Bankenkrise (12.—19. Juli) hat sich die deutsche Regierung über den Weg, den sie in den folgenden Monaten gehen wollte, entschließen müssen. Bitte um Unterstützung vom Ausland oder (vorläufige) „nationale Selbsthilfe"? Die Hilfe des Auslandes war nur zu erlangen, wenn die deutsche Regierung einige von Frankreich gestellte politische Bedingungen annahm. Sie hat das nicht getan. Warum nicht?

„Die Antwort", schreibt die „Saar-Chronik", „ist einfach und klar: weil die deutschen Minister, wenn sie auch nur eine einzige der französischen Bedingungen angenommen hätten, die Gefahr eines nationalistischen Staatsstreichs und Militärputsches riskiert haben würden.

Am 14. Juli tagte in Berlin eine interne Konferenz der Führer der bekannten „Katholischen Aktion", zu denen u. a. auch der Ministerialdirektor Klausener vom preußischen Innenministerium gehört. Die Konferenz war streng vertraulich; nicht einmal Vertreter der Zentrumspresse waren zugelassen. Im Laufe dieser Konferenz machte einer der Redner die aufsehenerregende Mitteilung, daß zwei führende Reichswehrgeneräle, nämlich General von Hammerstein und Generalmajor Schleicher, erklärt hätten, daß sie einen „Kotau vor Frankreich" unter keinen Umständen mitmachen würden und in diesem Falle jede Garantie für die Zuverlässigkeit der Reichswehr ablehnen müßten."

Generalmajor Schleicher gehöre zu den intimsten Vertrauten des Reichspräsidenten. „Es gibt da eine richtiggehende Kamarilla, die die Politik Hindenburgs dirigiert, seine Meinung macht und ihn hermetisch vor allen Einflüssen abschließt, die ihren Plänen gefährlich werden könnten. Das sind die Herren Generalmajor Schleicher, Reichsminister Treviranus, Staatssekretär von Bülow vom Auswärtigen Amt und Oberstleutnant von Hindenburg, der Sohn und persönliche Adjutant des Reichspräsidenten.

Diese vier Herren, in deren Händen Reichskanzler und Reichsminister nur noch Attrappen sind, „machen" die Politik des deutschen Reichspräsidenten. Diese vier Herren haben das geniale System der „Notverordnungen" erfunden, die von ihnen ausgearbeitet, von Hindenburg signiert und von Brüning befehlsgemäß gegengezeichnet werden und mit deren Hilfe das deutsche Sechzigmillionenvolk heute ohne unerwünschte parlamentarische Mitwirkung so überaus glorreich regiert wird."

Die Behauptung, die Reichswehr habe verhindert, daß Brüning sich in Verhandlungen mit Frankreich eingelassen habe, wird bestätigt durch ein Zentrumsblatt, die „Rhein-Mainische Volkszeitung", die am 15. Juli geschrieben hat:

„Wenn es nun wahr ist, was aus Berlin berichtet wird, daß nämlich in der entscheidenden Kabinettssitzung in der Nacht zum Montag Reichswehrminister Groener die von Frankreich nahegelegte Geste mit der Erklärung verhindert hat, er könne in diesem Falle nicht für die Treue der Reichswehr bürgen, so ergibt sich allerdings das Bild einer Lage, die der in den ersten Tagen des Cuno-Abenteuers unseligen Angedenkens verzweifelt ähnlich sieht."

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß diese Sätze in einem Blatt der Partei des Reichskanzlers veröffentlicht worden sind. K.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht des deutschen Stickstoffsyndikats, in dem eine Begründung für die neuerliche Erhöhung der Preise gegeben wird, heißt es u. a.: „Die Errichtung von Stickstoffanlagen beruht in vielen Ländern nicht allein auf wirtschaftlichen Erwägungen; meistens liegen ihr vor allem nationale und insbesondere militärische Rücksichten zugrunde. Infolgedessen befinden sich die Stickstoffabriken auch vielfach in Staatsbesitz, oder sie erhalten staatliche Zuschüsse." — Das heißt also: die chemischen Produkte verteuern sich, weil man die Vorbereitungen für den nächsten Krieg einkalkulieren muß.

Das fünfte Gebot

Von Gerhard Stäbler

In Heft 32 des „Tagebuchs" hat Leopold Schwarzschild vier Gebote aufgestellt, deren Befolgung Rettung aus der Krise bringen würde. Erstes Gebot: Entschließt euch, an die Theorie zu glauben, daß die Kaufkraft gestärkt werden muß. Zweites Gebot: Macht einen Plan, nach dem produziert und verteilt wird. Drittes Gebot: Schafft ein staatliches Kreditsystem; gebt dem Staat das Monopol der Kreditversorgung. Viertes Gebot: Macht Frieden in Europa.

Wer sollte mit diesen vier Geboten nicht einverstanden sein? Auch dem größten Teil der Begründung kann man nur zustimmen. Schwarzschild fragt: Es sind genug Rohstoffe da, es sind genug Maschinen da, es sind genug Arbeitskräfte da, es sind genug warenhungrige Menschen da — warum funktioniert der Wirtschaftsapparat nicht? Und antwortet: weil kein Wirtschaftsplan, ja nicht einmal die leiseste Andeutung einer Ordnung besteht. „Hier wurstelt jeder an seiner Stelle, wie es ihm einfällt, und es kann gar nicht ausbleiben, daß ein großes Tohuwabohu daraus wird. Stellen Sie sich ein riesiges Industrieunternehmen vor, etwa die I. G. Farben, mit ihren vielen einzelnen Werken und Betrieben. Stellen Sie sich vor, die Leiter dieser einzelnen Betriebe seien keinem einheitlichen Willen, keinem bestimmten Programm unterworfen. Das würde bald schön aussehen bei der I. G. Farben! Der eine Direktor käme plötzlich auf den Gedanken, daß ein neues Verfahren für Aspirinfabrikation besser ist als das alte und würde eine neue Fabrik dafür bauen. Ein anderer hätte die Idee, daß er eine eigene Transportflotte braucht und würde Schiffe in Auftrag geben. Ein dritter fände vielleicht, daß man die Salpetergruben in Chile aufkaufen muß, ein fünfter wiederum würde die Salvarsanabteilung schließen lassen, weil er glaubt, daß man in wenigen Jahren überhaupt kein Salvarsan mehr brauchen wird, — mit einem Wort: nach längstens zwei Jahren wäre die Firma so pleite wie nur denkbar.

Nun, ganz Deutschland, ja die ganze Welt ist eine einzige, gigantische I. G. Farbenindustrie, und es geht genau so in ihr zu, wie es in einer einzelnen Firma nie und nimmer zugeht. Wenn drei Textilfabriken, die das ganze Land versorgen konnten, gut gegangen sind, kommen sicher drei neue Unternehmer und errichten drei neue Fabriken. Jetzt gehen alle sechs schlecht und verzetteln ihre Hauptkraft in Versuchen, sich gegenseitig zu schaden und totzukriegen. Schließlich setzen sie sich ermüdet zusammen, beschließen alle nur noch halb soviel zu produzieren, wie sie könnten, und doppelt so hohe Preise zu verlangen. Die Folge davon ist, daß um soviel weniger von anderen Waren verbraucht werden kann, das heißt: der sinnlose Beutekampf innerhalb einer Branche wird in einen ebenso sinnlosen Beutekampf der verschiedenen Branchen untereinander verwandelt. Dasselbe geht nun auch noch im internationalen Rahmen vor sich, also zwischen den Textilfabriken aller Länder und der Gesamttextilindustrie und der gesamten übrigen Industrie. Und jetzt multiplizieren Sie sich das Beispiel der Textilindustrie, indem Sie es auf sämtliche Erwerbszweige übertragen, und überlegen Sie sich, wie es in einer Welt aussehen muß, in der es kein durchdachtes, kontrolliertes Zusammenarbeiten gibt, in der alles wirtschaftliche Geschehen von vagen Vermutungen und Hoffnungen des einzelnen abhängt und alles in einem wüsten gegenseitigen Köpfe-Einschlagen mündet. Ist es ein Wunder, daß diese Maschine, in der jedes Rädchen sich bewegt, wie es ihm gerade paßt, nicht funktioniert?"

Nein, es ist kein Wunder; und wir erleben's ja zu spürbar, daß die Maschine nicht funktioniert. Also brauchen wir einen Plan. „Man muß feststellen, was in jedem einzelnen Gut der jährliche Bedarf ist und muß die Mengen dieses Bedarfs auf die günstigsten Produktionsstätten konzentrieren, die dann vollbeschäftigt, also billigst produzieren werden. Das ist gar keine abenteuerliche Sache, sondern von zwanzig bis dreissig halbwegs gescheiten Menschen in einigen wenigen Monaten zu schaffen."

Bis hieher kann man nur sagen: ja, so ist es. Wenn aber Schwarzschild dann fortfährt: „Es ist nicht einmal dazu notwendig, daß man sehr tief ins Privateigentum eingreift", so wird man schon bedenklich. Besonders da Schwarzschild einem sehr anschaulich macht, daß gerade das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die private Verfügungsgewalt über die Kredite schuld daran sind, daß die Maschine nicht funktioniert. Denn sobald in der Wirtschaft nicht mehr die nötige Sicherheit und das nötige Vertrauen herrschen, macht der Kapitalist „lieber überhaupt nichts mehr mit seinem Geld, als daß er es in Gefahr bringt; die Bank gibt lieber überhaupt keinen Kredit, als daß sie sich dem Risiko aussetzt, keine Zurückzahlung zu empfangen. Sie können von ihrem privaten Standpunkt aus, vom Eigentumsstandpunkt aus, tatsächlich nicht anders handeln ... Das Eigentum hat also die Eigenart, daß es sich gerade in dem Augenblick, in dem es am notwendigsten wäre, verweigert ... Wenn es so weit gekommen ist, wie jetzt in Deutschland, wo nicht nur das ausländische, sondern bereits das inländische Eigentum sich ängstlich verkriecht und erklärt: „Ich kann nicht, ich passe", wenn es so weit gekommen ist, muß unbedingt ein Ausweg gegangen werden, der außerhalb des Gebietes des Eigentums liegt."

Deshalb muß, sagt Schwarzwild, der Staat eingreifen und den Kreditstrom entsprechend den Bedürfnissen der Verbraucher lenken. Der Staat würde also als überparteiliche Ausgleichsstelle funktionieren.

Aber in Wirklichkeit ist der Staat dazu gar nicht imstande. Denn der Staat ist keine überparteiliche Macht, sondern ein Apparat, der bald diesen, bald jenen Interessen dient; es kommt eben darauf an, wer ihn in der Hand hat. Und gegenwärtig haben ihn nicht die Massen der Verbraucher oder deren Vertreter in der Hand, sondern die Vertreter einer kleinen Schicht von Besitzenden, deren wirtschaftliche Macht so groß ist, daß sie den Staatsapparat (Verwaltungsbürokratie, Polizei, Heer usw.) ihren Interessen dienstbar machen können. Ein staatliches Kreditsystem oder Kontrolle der Banken durch

den Staat zu verlangen, heißt also, die Kapitalisten zur Kontrolle der Kapitalisten auffordern.

Der Ausweg, „der außerhalb des Gebietes des Eigentums liegt", führt also in eine Sackgasse. Das „Eigentum" (nach Schwarzschilds Terminologie) versagt in der Krise, es streikt; deshalb muß der Staat eingreifen; dieser ist aber vom „Eigentum", d. h. von den Besitzenden, abhängig, wird also nichts unternehmen, was deren Interessen schwer schädigt — das ist ein Kreislauf, dem man nur entrinnen kann, wenn man folgert: also müssen der Einfluß der Schicht von Besitzenden auf den Staatsapparat und ihre Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gebrochen werden. Schwarzschild folgert nicht so. Er verlangt zwar genau das, was die Bolschewiki heute in Rußland durchführen (staatliche Planwirtschaft), aber von dem, was die Bolschewiki 1917 bis 1922 getan haben, redet er kein Wort. Und doch wäre die heutige Planwirtschaft in Rußland unmöglich ohne die Ereignisse der Jahre 1917 bis 1922.

Das sind einige Andeutungen einer Kritik am zweiten und dritten der vier Gebote Schwarzschilds. Eine Kritik an den beiden andern käme zu den gleichen Ergebnissen.

•

Auf der einen Seite Überfluß an Rohstoffen, an Maschinen, an Arbeitskräften, auf der andern Seite Warenhunger und Not — das ist der Widersinn der kapitalistischen „Ordnung". Ihn anzuprangern, immer wieder auf ihn hinzuweisen, ist gut und notwendig.

Zu verlangen, dieser Widersinn müsse durch eine planmäßig betriebene Wirtschaft überwunden werden, ist besser.

Aber alle Kritik und alle Forderungen sind letzten Endes wertlos, wenn nicht die Rolle des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und die Rolle der Staatsmacht klar herausgearbeitet werden. Die Wirtschaft, sagt Schwarzwild, hat „nur einen einzigen Zweck: möglichst viele Menschen möglichst reichlich mit Gütern zu versorgen". Dieser Satz ist richtig, wenn er als Forderung aufgestellt wird, nicht aber, wenn er als Feststellung einer Tatsache gedacht ist; denn in der kapitalistischen Wirklichkeit ist eben der Zweck der Wirtschaft einzig und allein der, den Besitzern der Produktionsmittel Gewinn einzubringen. Ist dieser Gewinn gefährdet, dann streiken sie, dann stockt der ganze Wirtschaftsapparat, auch wenn Rohstoffe, Maschinen, Arbeitskräfte und Bedarf reichlich vorhanden sind. Dieser Widersinn wird so lange dauern, bis der Privatbesitz an den Produktionsmitteln beseitigt ist.

Und ebensowenig ist der Zweck des Staates (in der heutigen Wirklichkeit) der, als über den Klassen und ihren Interessen schwebende Ausgleichsstelle zu funktionieren. Wer die unter dem Kapitalismus leidenden Massen auf den (kapitalistischen) Staat vertröstet, der hilft die Durchführung der (an sich so vernünftigen) „vier Gebote" verhindern.

Wer nicht in einem fünften Gebot sagt, welche Kraft die vier Gebote zur Geltung bringen soll, auf welche Weise ihr Inhalt verwirklicht werden kann, der hilft im Grunde trotz aller Kritik den Unsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erhalten.

Vorsichtig ausgedrückt

„Die City weiß, daß der Grundlage der englischen Wohlfahrt, dem Pfund, gegenwärtig Gegensätzlichkeiten zu Frankreich nicht heilsam sind. Gewiß, auch die Außenpolitik des Labour-Kabinetts vertrat den Standpunkt, daß nichts im Kampfe gegen Frankreich zu erreichen sei, daß man in den beiden großen Fragen der Reparationen und der Kriegsschulden nur auf Grund freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Frankreich vorankommen werde, und die Mahnungen, die MacDonald und Henderson ihren deutschen Kollegen in Chequers, London und Berlin zuteil werden ließen, waren sicherlich in diesem Sinne gehalten. Immerhin tendierte die Entwicklung doch dahin, daß in beiden Fragekomplexen an den entscheidenden Zeitpunkten durch die verständigungsfreundlichere Welt ein gemeinsamer freundschaftlicher Druck auf Frankreich ausgeübt werden sollte. Vielleicht hat auch die Berliner Diplomatie eine solche Entwicklung in ihre Rechnung eingestellt. Nun aber mag es sein, daß sich in der englischen Haltung Verschiedenheiten des Tempos und der Nuance ergeben werden, die für die deutsche Außenpolitik in den entscheidungsvollen Monaten des nächsten Halbjahres erschwerend sein können."

So schreibt die „Frankfurter Zeitung" in einem Artikel über „Englands Krise". In ein Deutsch übersetzt, das auch außerhalb Frankfurts verstanden wird: der Sturz des Labour-Kabinetts hat die auch vorher schon utopische Hoffnung, in England einen Bundesgenossen gegenüber Frankreich finden zu können, vollends ganz zunichte gemacht.

Krise in England

In England ist die „Arbeiterregierung", die seit Juni 1929 am Ruder war, gestürzt worden. Und zwar nicht durch eine Abstimmung im Parlament, nicht durch die beiden gegnerischen Parteien, sondern durch die eigene Partei und die Gewerkschaften. Der Zusammenhang der Labour Party mit den Gewerkschaften ist äußerst fest; 150 Abgeordnete der Partei sind Gewerkschaftsmitglieder. Der bisherige Außenminister Henderson ist der Leiter der Gewerkschaften.

Der Grund für den Sturz des Kabinetts liegt in der wirtschaftlichen, speziell finanziellen Krisis, in der England sich befindet. Es hat erst vor einigen Wochen, am 1. August, von Frankreich und den Vereinigten Staaten einen Kredit von 50 Millionen Pfund (=1 Milliarde Mark) erhalten; er ist beinahe aufgebraucht. Man mußte sich nach einer Sanierung des Etats umsehen, und die Regierung — oder vielmehr ein Teil der Regierung, geführt von Mac Donald und Snowden — wollte die notwendigen Mittel durch Lohn- und Gehaltskürzungen, durch Abbau der Arbeitslosenunterstützung und anderer sozialer Leistungen aufbringen. Die Gewerkschaften und die Partei dagegen wollten statt dessen einen zehnprozentigen Zoll auf die gesamte Einfuhr legen und neue Steuern einführen, die den Besitz treffen sollten. Der Führer dieser Richtung in der Regierung war Henderson.

Da keine Einigung zu erzielen war, schieden die meisten Labour-Minister aus dem Kabinett aus; Mac Donald wurde vom König beauftragt, die Regierung umzubilden. Er verließ ihn mit „dem üblichen Handkuß", wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, und holte sich zu drei Labour-Kollegen, die nicht mit der Partei, sondern mit ihrem bisherigen Führer Mac Donald zu gehen bereit waren, vier Konservative und zwei Liberale ins Ministerium. Die „Arbeiterparteiler" sind also im Kabinett in der Minderheit.

Die Aufgabe der neuen Regierung ist die Durchführung der Sanierung nach dem Plan, der die Labourpartei zu Gegnern der alten gemacht hat. Der „Sozialist" Mac Donald führt jetzt ein bürgerliches Kabinett, in dem die Konservativen ausschlaggebend sind, und das die Pflicht hat, antisoziale Maßnahmen zur Rettung des englischen Kapitalismus zu treffen. Als er vor die uns Deutschen nicht unbekannte Frage: Staatswohl (lies: Wohl der Kapitalisten) oder Parteiwohl? gestellt war, hat er sich, wie es unsere deutschen SPD-Heroen auch gehalten haben, dafür entschieden, dem Interesse des Klassengegners das der eigenen Klasse zu opfern. Eine Station, die auch in der Entwicklung des englischen Sozialismus einmal kommen mußte.

Die Folgen? Sehr wahrscheinlich wird die Labour Party sich spalten. So gut wie sicher ist, daß, falls wider Erwarten die organisatorische Einheit der Partei erhalten bleiben sollte, nicht mehr Mac Donald, sondern Henderson Führer der Labour sein wird. Die Auswirkung der neuen Politik, nämlich die Verschlechterung der Lebenslage der englischen Arbeiter, wird die ideologische Klärung im englischen Proletariat fördern. Der Abbau der Löhne und der sozialen Maßnahmen muß den Arbeitern die Augen öffnen über die Rolle, die eine reformistische Partei im kapitalistisch-demokratischen Staat heute zwangsläufig spielen muß. Kurzum, wie die Bürger so schön sagen: Radikalisierung der Arbeiterschaft.

Diese Sanierungspolitik war für England nicht zu vermeiden. Es steckt mitten in der Krise; ausländische Kredite verdampfen wie Tropfen auf dem heißen Stein; das Pfund steht nicht mehr fest; das Ausland will in England nicht mehr gerne Gelder anlegen. „All das in einer Zeit", sagt Günther Stein im „Berliner Tageblatt", „in der von Australien und von Südamerika her eine riesige Kapitalzerstörung, eine beispiellose Absatz- und Preiskrise die wertvollsten englischen Auslandsanlagen von Tag zu Tag dezimiert." Die notwendige Folge der englischen Krise und die einzige mögliche Politik des neuen Kabinetts wird nach Stein die Umstellung Englands auf die Devise „Export um jeden Preis!" sein. England ist gezwungen, mit allen Mitteln als scharfer Konkurrent aller exportierenden Länder auf dem Weltmarkt aufzutreten. Die Folgen werden auch wir Deutsche zu spüren bekommen; auch unsere Existenz hängt vom Export ab, die Konkurrenz der Engländer wird das Lebensniveau des deutschen Arbeiters noch weiter herabdrücken, die wahrscheinlich nicht zu umgehende Einführung von Zöllen auf den Import nach Großbritannien wird weiter dazu beitragen, den deutschen Export zu erschweren. Kurzum: die Verschärfung der Situation geht weiter; die Krise des internationalen Kapitalismus wird noch schlimmer.

Max Barth

Französische Politik

Es ist jetzt etwa anderthalb Jahre her, daß die deutsche Außenpolitik „aktiv" geworden, daß die „Erfüllungspolitik" von der „Revisionspolitik" abgelöst worden ist. Was ist das Ergebnis dieser anderthalb Jahre? Die völlige Isolierung Deutschlands, eine Isolierung, der gegenüber die Einkreisung Deutschlands vor dem Weltkrieg harmlos und ungefährlich erscheint. Das haben eine falsche deutsche Politik und eine geschickte französische Politik zuwege gebracht.

Die wichtigste Tat der deutschen Revisionspolitik war der Plan einer Zollunion mit Österreich. Gegen Österreich richtete sich also der erste Angriff Frankreichs, der den Zusammenbruch der Kreditanstalt herbeiführte und den Staat an den Rand des Bankrottes brachte. Da Österreich zu einer Sanierung, die länger als einige Wochen halten soll, notwendigerweise die Hilfe des französischen Kapitals braucht, wird es sich wohl hüten, nocheinmal Deutschland in seinem Revisionsfeldzug zu unterstützen.

Den nächsten Sieg konnte die französische Politik in Ungarn erringen. Die wirtschaftliche und finanzielle Krise zwang die ungarische Regierung, bei Frankreich, dem europäischen Bankier, Hilfe, d. h. eine Anleihe, zu erbitten. „Von Frankreich", schreibt der pariser Korrespondent einer belgrader Zeitung, „wurden für die Bewilligung der Anleihe gewisse Garantien politischen Charakters gefordert." Z. B. der (jetzt erfolgte) Rücktritt der Regierung Bethlen. „Der Rücktritt Bethlens war die Erfüllung einer Verpflichtung, die Ungarn neben einer Reihe anderer Verpflichtungen auf sich genommen hatte." Ungarn, das mit seiner Revisionspropaganda und seiner Freundschaft mit Italien unsern Nationalisten immer als Vorbild galt, ist vor Frankreich zu Kreuze gekrochen.

Die Verhandlungen Frankreichs mit Rußland über einen Nichtangriffspakt stehen vor dem Abschluß. (Das französische Vorbild nachahmend hat auch Polen Verhandlungen mit Rußland begonnen.)

Aber vielleicht können die deutschen Revisionspolitiker noch auf ein Zusammengehen mit England bauen? Schwerlich; denn auch dort hat der französische Franc erfolgreich Politik gemacht. Die Finanzkrise, die das Kabinett Mac Donald gesprengt hat, ist, wenn auch nicht verursacht, so doch verschärft worden durch den Abzug französischen Geldes aus London (die Bank von England hat in den letzten zwei Monaten mindestens eine Milliarde Mark zur Stützung des Pfundkurses ausgeben müssen), und wahrscheinlich hat auch sonst noch französischer Einfluß beim Sturz des Kabinetts Mac Donald mitgewirkt. Auf jeden Fall wird die neue Regierung Frankreich gegenüber keine selbständige Politik treiben können (was die „Arbeiterregierung" Mac Donalds wenigstens einige Male versucht hat).

So hat die französische Politik in den letzten Monaten gearbeitet. Wenn der französische Ministerpräsident Laval im September nach Berlin kommt — er kann als Sieger auftreten.

Mit moralischer Entrüstung ist natürlich nichts getan. Die französische Politik, die mit allen Mitteln, vor allem mit finanziellen, die Machtstellung Frankreichs verteidigt und ausbaut, ist um kein Haar „unmoralischer" als die Politik anderer Länder, hat aber den Vorzug, klar und konsequent zu sein (und — erfolgreich). Wenn die deutsche Politik ebenso klar wäre, dann müßte sie unbeirrbar auf das Ziel lossteuern: Verständigung mit Frankreich. Ein machtloses Land hat gar keine andere Wahl als sich mit seinem stärksten Nachbar gut zu vertragen. Statt dessen zerrt die deutsche Politik immer wieder an der von Frankreich geknüpften Schlinge, und die Wirkung ist, daß sich die Schlinge immer mehr zusammenzieht. Die außenpolitischen Ereignisse der letzten Monate haben das anschaulich gezeigt.

Ob es der Regierung Brüning noch gelingen wird, in ein halbwegs erträgliches Verhältnis zu Frankreich zu kommen, ist mehr als zweifelhaft. Sie ist offenbar nicht mehr fähig, das durchzusetzen, was ihre wirklichen Interessen erfordern. Und eine andere kapitalistische deutsche Regierung ebenso wenig — ein sicheres Zeichen des Niedergangs. Es wird eben immer deutlicher, daß der Friede in Europa erst einziehen kann, wenn im Innern der Staaten die Vorbedingungen geschaffen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus geändert sind.

Pitt

Die Gesamteinlagen der preußischen Sparkassen sind im Monat Juli um 180,9 Millionen auf 6505,3 Millionen zurückgegangen.

Die am 18. Juli von der Reichsregierung erlassene Verordnung, wonach bei jedem Grenzübertritt 100 Mark zu bezahlen waren, ist am 26. August aufgehoben worden. — Sechs Wochen zu spät.

Roman der Wirtschaft

„Union der festen Hand" heißt ein Roman von Erik Reger, der im Verlag Ernst Rowohlt, Berlin W 50, erschienen ist (580 Seiten; in Leinen gebunden 8,50 Mark). Es ist der Roman der deutschen Wirtschaft und ihrer Entwicklung seit dem Kriege. Im Mittelpunkt stehen die rheinische Schwerindustrie und ihre Führer, die Krupp, Stinnes, Thyssen, Duisberg usw. Gezeigt werden mit außerordentlicher Sachkenntnis die komplizierte Verflochtenheit des industriellen Lebens, die nur schwer durchschaubaren Wechselbeziehungen zwischen Produktion, Finanz und Politik, und das Eindringen der Wirtschaft in jene Bezirke unseres kulturellen Daseins, die der Beeinflussung der Massen dienstbar gemacht werden können.

Der Roman beginnt mit jenen letzten Kriegsmonaten, wo der Kaiser in höchsteigener Person die „Waffenschmiede des Reichs", Krupp in Essen, besuchen mußte, um den Durchhaltegeist der Arbeiterschaft neu zu beleben, und er endet mit dem neuerlichen Versuch unserer Schwerindustrie, dem enttäuschten und ermatteten Proletariat an Stelle von „Freiheit und Brot" Arbeitsfreude und Werkverbundenheit beibringen zu lassen. Den kaiserlichen Stimmungsmacher hat der bestens honorierte Industriefilosof abgelöst, und an Stelle der betreßten Unterführer sind die Wirtschaftsoffiziere getreten, die durch einen raffiniert aufgezogenen Bildungs- und Beeinflussungsapparat, durch Werkschulen, Werkzeitungen usw. die Arbeitsmannschaften so zu drillen haben, daß sie dem neuen Arbeitsethos willig ihr Ohr leihen; im Hintergrund steht für alle Fälle als Reserve die mit reichlichen Mitteln ausgehaltene Söldnertruppe der Nazis.

Bis man so weit war, hat man sich zu manchen Wandlungen bequemen müssen; der Weg ging über vorsichtiges Lavieren, Arbeitsgemeinschaftsgesäusel, Burgfrieden und abwechselndes Auftrumpfen mit dem Herr-im-Haus-Standpunkt; er brachte den Herren der Wirtschaft eine bemerkenswerte Stärkung gegenüber der politischen Führung des Staates und ein schrittweises Zurückdrängen der Arbeiterschaft bis nahe an Vorkriegspositionen.

Reger zeigt die ganze Galerie unserer Wirtschaftsführer: die patriarchalisch angehauchten Bewohner der Villa Hügel, die Vorsichtigen und Bedächtigen und die Skrupellosen und Unbedenklichen. Sie alle kennen letzten Endes nur eines: Dividendensicherung und Machterweiterung. Man schluckt und wird geschluckt. Nach außen präsentiert sich das in eindrucksvollen Tagungen, in denen der Anspruch auf Führung und Autorität selbstherrlich vorgetragen wird, im Stillen hat sich bereits die „Union der festen Hand" (der „Langnamverein") etabliert. Der Regierung gegenüber gefällt man sich je nachdem in der Rolle des nationalen Bollwerks oder des Erpressers; mit der Arbeiterbewegung hat man zwar noch Scherereien und Ärger, aber im Grunde ist sie keine ernstliche Gegnerschaft. Sie ist durch die menschliche und intellektuelle Unzulänglichkeit ihrer Vertreter zur Ohnmacht verdammt: Dort höchst reale Machtmittel und ein raffinierter Beeinflussungsapparat, hier entweder lauter Radikalismus, zersetzt durch Unklarheit und Unsicherheit, oder geheime Sehnsüchte kleinbürgerlicher Prägung, die den Klassenkampf alsbald auf einem Nebengeleis enden lassen, sobald irgend ein Positiönchen ergattert scheint.

Man hat Regers Darstellung der Arbeiterschaft und ihres Klassen- und Existenzkampfes frivol genannt. Sie ist nur unbarmherzig. Mit Schmeicheleien ist hier wenig getan. Wie da der Klassenkampf in Lethargie, Korruption und kleinbürgerlicher Abseitigkeit endet, wie Rebellentum der heimlichen Bestechung erliegt und schwankende Ungewißheit der gutgeölten Frase, das alles zeigt, wie stark die Macht der einen ist, und wie lähmend die Ohnmacht der andern. Und dieses Übergewicht der einen besteht nicht nur darin, daß man dort die reale Macht und ein gekauftes Heer von Intelligenzen hat, sondern daß auf der andern Seite das sozialistische Wollen weder menschlich noch intellektuell so unterbaut ist, daß es dem täglichen Kleinkampf wirklich standhält.

Es gibt kaum einen Roman, der so wie dieser die unheimliche Verflochtenheit von Menschen und Dingen innerhalb unseres heutigen industriellen Daseins aufzeigt; er stellt neben die Generalanzeigerfrase die brutalen Zwangsläufigkeiten unserer heutigen Wirklichkeit und versteht es zugleich, die aufgezeigten Typen in ihrem Einzelschicksal lebendig werden zu lassen.

hm

Wer dem Volke Revolutionslegenden erzählt, handelt ebenso verbrecherisch wie der Geograf, der dem Seefahrer gefälschte Karten zeichnet.

Lissagaray

Deutsche Dichtung

Sind die Nationalsozialisten schon zum Fürchten gar, wenn sie in gelbbraunen Kolonnen, Lieder auf die Judenrepublik ausströmend, einhergewittern — wie wird einem erst, wenn sie außerhalb jener Sfäre, wo allein die Kraft der Lungen und des Bizeps entscheidet, ausziehen, gen Juda zu kämpfen! Wenn sie sich aufs Schlachtroß Pegasus schwingen, ihm die Sporen in die Seite treiben und poetisch vom Leder ziehen! Vor der Bildkraft und der zerschmetternden Gewalt hakenkreuzlerischer Schlachtlieder zerschmilzt die fade Reimerei aller nicht unter Hitlers Adlern kämpfenden Literatoren zu eitel jüdischen Schmonzes.

Das zeigt eine Doppelseite von Antworten auf die weltbewegende Frage: „Warum bevorzuge ich bei meinen Einkäufen in jedem Falle die Inserenten des „Völkischen Beobachters" und des „Illustr. Beobachters"? — Antworten, die reklamehalber in Heft 7 der „Anzeige" (Zeitschrift für das Anzeigewesen) abgedruckt sind.

Dort dichtet der Geheime Kriegsrat a. D. Ahlemann, Baden-Baden, Hauptstraße 2:

„Hebräer sind zu boykottieren,
Weil sonst den Endkampf wir verlieren!" —

Das heißt man, eine Welt an Gedankenreichtum auf knappste und zündendste Formel bringen.

Auch Herr Chr. Herm. Philippi, Bautechniker, Schlüchtern, Bez. Kassel, Alte Bahnhofstraße, bringt Hitlers geniale Wirtschaftslehre auf handliche Form:

„Die Juden sind die Raffer,
Die Deutschen sind die Schaffer;
Ich kaufe nur bei Schaffenden
Und niemals bei den Raffenden."

Recht so, Philippi! Gib's ihnen tüchtig! Seit an Seit mit Marie Freifrau von Gagern, Unterhaching 109 (Obb.) sag's uns, worauf es ankommt; du hast recht, und recht hat auch Marie von Gagern, wenn sie singt:

„Ich bin doch nicht so dumm,
Zu kaufen im Konsum,
Im Warenhaus und Judenladen,
Um meinem Volk damit zu schaden!"

Bewirtschaftung der Seele

In der Artikelreihe des „Berliner Tageblatts" über das Ruhrgebiet (vgl. den Artikel „Die Reaktion an der Ruhr" in der letzten Nummer der S.-Z.) behandelt der Verfasser, Günther Stein, auch das Dinta, das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung" in Düsseldorf, das von den Vereinigten Stahlwerken geschaffen worden ist und von Oberingenieur Dr. h. c. Karl Arnhold geleitet wird. Das Dinta dient der „Bewirtschaftung der Seele" der Arbeiter, ihrer Beeinflussung „im Dienste des wirtschaftlichen Gewinns, im Dienste der Sicherung eines Wirtschaftssystems, das sich infolge seiner organisatorischen und sozialen Mängel nicht nur von innen heraus, sondern von den Menschen her, die unter ihm leiden, bedroht fühlt".

Das wichtigste Mittel zu diesem Zweck sind die Werkszeitungen, die vom Dinta über ganz Deutschland, im Ruhrgebiet wie in Mitteldeutschland und Schlesien, verbreitet werden. Gegenwärtig sollen von jeder Nummer etwa zwei Millionen Stück, auf gutem Papier gedruckt, schön aufgemacht, von den Unternehmern kostenlos verteilt werden. Der Inhalt der unter verschiedenen Titeln („Zechenzeitung", „Werkszeitung MAN" usw.) erscheinenden Zeitungen ist zum größten Teil überall der gleiche; nur ein kleiner Teil wird mit lokalen Nachrichten gefüllt, ist also in jeder Gegend wieder anders.

Der Inhalt ist, wie das Dinta und die Betriebsleitungen versichern, unpolitisch. Abhandlungen über den Sturm auf den Annaberg, Bilder von Parademärschen und SS-Abteilungen, Sätze wie: „Die Kriegsschuld Amerikas ist angesichts schon jetzt vorhandener und erwiesener Tatsachen gar nicht mehr zu leugnen", oder: „Insbesondere muß es sofort für eine Notzeit von zwei Jahren freigegeben werden, daß sich die Arbeiter mit ihren Werksleitungen über Arbeitszeit und Löhne direkt verständigen" (d. h.: das Tarifrecht muß aufgehoben werden) — würden wir zwar als hochpolitisch, als klassenkämpferisch bezeichnen, aber das Dinta wird wahrscheinlich sagen, solche Ausführungen seien nur national, sie dienten dem „Volksganzen", dem Wohl der Allgemeinheit usw. Und der größte Teil des Inhalts ist ja tatsächlich unpolitisch. Abhandlungen über „Springende Ameisen" und über „Spinnen-Jünglings Liebesfreud und Liebestod" wechseln ab mit Anweisungen zum Entfernen von Flecken aus Kleidern oder mit Kochrezepten. „Der Kanarienvogel wird nicht überall nur seines Gesanges wegen gehalten, sondern mehr wegen seiner Zutraulichkeit und leichten Pflege. Rübsam, ein wenig gequetschter Hanf, Glanz und Mohn genügen als Futter, von Zeit zu Zeit etwas Grünes, wie Vogelmiere, Wegerich oder Obst, zur Gesundheit und Abwechslung. Reines Trinkwasser, ein großer, luftiger Käfig. Reinlichkeit, Schutz vor Luftzug und greller Sonne tragen zum Wohlbefinden des angenehmen Vögeleins bei." Und dann wieder ein Hymnus auf Scapa Flow. („Mit wehender Flagge sank die deutsche Flotte ins nasse, kühle Grab. Sonnenwende 1919 — Sonnenwende 1931." Durchaus unpolitisch!)

Damit das Beste nicht fehlt, wird auch Moral gelehrt. Zunächst: Arbeiter paß auf, daß du nicht verunglückst! „Der Unfall ist ein gar böser Gast, zumal wenn du ihn selber verschuldet hast." Dann: Sei freundlich zu deinen Kollegen! „Sei nicht neidisch, wenn der Nachbar was Neues hat oder sich verbessert." Und dann das Wichtigste: Sei bescheiden! Man muß nicht alles haben. Bescheidenheit und Zufriedenheit sind die schönsten Tugenden des Arbeiters. „Kannst du das Schöne *nicht* erringen, so mag das Gute Dir gelingen; ist nicht der große Garten Dein, wird doch für dich ein Blümlein sein."

Diese Zeitungen werden, wie gesagt, in zwei Millionen Exemplaren gratis verteilt. Der Arbeiter steckt sein Exemplar brummend oder überlegen lächelnd in die Tasche, legt es daheim auf den Tisch, die Frau liest es, findet es interessant, die Kinder machen sich drüber her — das nächste Mal muß der Arbeiter wieder ein Exemplar mitbringen, und zuletzt liest er es selber. Und langsam gewöhnt er sich an das Gift, das aus nationalen Stammtischergüssen und kleinbürgerlichem Familienschmus gemischt ist.

Unpolitisch seien die Werkszeitungen, behauptet das Dinta. Denn was hat eine Anweisung zur Kanarienvogelfütterung mit Politik zu tun?

Sehr viel. Und die Dinta-Redaktöre wissen das sehr gut. Bescheiden soll der Arbeiter sein, zufrieden mit seinem Blümlein, wenn er den ganzen Garten nicht bekommen kann, hie und da soll er sich national entrüsten, und seine eigenen Interessen soll er immer zurückstellen hinter die des „Werkes" oder der Allgemeinheit — auf daß den Interessen der großen Herren gedient ist. Fritz Lenz

Zeichen der Zeit

Die berliner Polizei hat verfügt, daß diejenigen Lokale, in denen vorwiegend Kommunisten verkehren, um 19 Uhr geschlossen werden können. Einige Lokale sind schon von der Verfügung betroffen worden. Wohlgemerkt: nicht daß den Wirten etwa die Konzession entzogen worden wäre — dazu war kein Grund vorhanden. Sie müssen nur um 19 Uhr zumachen. Nach 19 Uhr darf der Kommunist kein Bier mehr trinken, der Besitzer nichts mehr verdienen. Ohne daß sie etwas ausgefressen hätten, wird den Wirten, die als Gäste Kommunisten haben, zur Freude ihrer Konkurrenten die Schankzeit gekürzt.

Ja dürfen die denn das? fragt ihr mit dem König von Sachsen. Kann sein, sie dürfen's eigentlich nicht; aber tun tun sie's trotzdem.

•

Goebbels hatte im „Angriff" die Meldung gebracht, das Eisenbahnattentat von Jüterbog sei vom Reichsbanner veranstaltet worden, in der Absicht, die Reichswehr vom dortigen Truppenübungslager wegzulocken und hinter ihrem Rücken dort Waffen zu klauen. Wieder mal einer der faulen Witze, auf die unsere liebe Nazipresse so leidenschaftlich gern hereinfällt. Ein Grund zum Lachen für alle anderen.

Aber was tut Grzesinski, der berliner Polizeipräsident? Geht hin, beschlagnahmt die Nummer des „Angriffs", in der die Ente steht, und verbietet das Blatt für weitere fünf Tage. (Was ist den Blättern geschehen, die eine Woche lang täglich geschrieben haben, die Kommunisten seien die Urheber des Attentats? Red. d. S.-Z.)

Ist denn das Reichsbanner eine irgendwie behördliche, amtliche, offizielle Einrichtung, die durch unsere werten Notverordnungen geschützt wird, fragt ihr. Fragt nicht: das Reichsbanner ist offenbar schon zum offiziellen Bestandteil des Herrschaftsapparats avanciert.

•

Nicht nur das Reichsbanner. Bei der Beerdigung des von einem Kommunisten in Köln erschossenen Stahlhelmführers Heister hat sich die preußische Regierung offiziell vertreten lassen.

Wie — Stahlhelm ...? Ja: Stahlhelm. Hunderte von Nazis und Kommunisten sind in den letzten Jahren aus politischen Gründen umgebracht worden; die Ermordung des Stahlhelmers war nichts anderes, als das, was den Rechts- und Linksradikalen fast täglich passiert. Aber wenn ein Stahlhelmer fällt, scheint das System mitgetroffen zu sein.

Eines Tages wird vielleicht auch ein Regierungsvertreter auf der Bildfläche erscheinen, wenn ein Hakenkreuzler zu Grabe getragen wird. Nur noch ein wenig Geduld! Ix

---

In Berlin sind die Preise für Brot und Fleisch erhöht worden.

Die Wohlversorgten

Es herrscht gegenwärtig große Erregung über die hohen Pensionen der Generäle a. D. Dabei sollte man andere Herrschaften nicht vergessen, die mindestens ebenso gut versorgt sind. So zahlt z. B. allein der preußische Staat alljährlich an folgende Fürstlichkeiten folgende Summen:

	RM.
1. Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen	612 000.—
2. Friedrich Karl Prinz von Hessen	96 000.—
3. Chlodwig, Landgraf von Hessen-Philippsthal-Barchfeld, als Nachfolger des 1925 verstorbenen Ernst Eugen, Landgraf von Hessen-Philippsthal	150 000.—
4. Chlodwig, Landgraf von Hessen-Philippsthal	150 000.—
5. Albert, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg	181 013.28
6. Friedrich Ferdinand, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg	195 450.—
7. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75 000.—
8. Herzog von Arenberg	51 291.68
9. Fürst zu Salm-Salm	58 170.—
10. Fürst zu Salm-Horstmar	60 000.—
11. Herzog von Croy	18 000.—
12. Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg	46 216.20
13. Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein	22 500.—
14. Fürst zu Wied	46 511.64
15. Fürst zu Solm-Hohensolms-Lich	7 667.80
16. Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg	20 306.02
17. Die Nachkommen der Gräfin Reichenbach	38 812.80
18. Fürst zu Bentheim-Steinfurt	1 500.—
19. Fürst von Rheina-Wollbeck	3 700.—

Der kleine Mussolini

In einem pariser Verlag hat ein führender italienischer Fascist, Curzio Malaparte, ein Buch über die „Technik des Staatsstreichs" herausgebracht, in dem, wie das „8 Uhr-Abendblatt" berichtet, auch eine Charakteristik Hitlers enthalten ist. „Hitler", sagt Malaparte, „möchte gerne Mussolini imitieren; er glaubt an die Möglichkeit, Mussolini auf deutsche Manier zu modernisieren, d. h. sein Heldenideal ist ein Julius Cäsar im tiroler Kostüm. Man muß wirklich staunen darüber, daß das Klima des Deutschlands von Weimar sich einer derartigen Mussolini-Karikatur förderlich zeigt, die das ganze italienische Volk nur zur Heiterkeit reizen könnte. . . .

. . . Unter der langsamen Entwicklung zur Legalität steht der Nationalsozialismus im Begriff, aus einer revolutionären Armee eine mächtige Wählerorganisation zu werden, sozusagen ein nationaler Block. Er ist heute die Heilsarmee des deutschen Patriotismus, und sie könnte keinen würdigeren Führer als Hitler haben. Da sie im Grunde genommen Mussolini nicht ernst nehmen können, nehmen die deutschen Patrioten seine Karikatur ernst. . .

. . . Hitler, würde Giolitti sagen, ist ein Mann, der eine große Zukunft hinter sich hat. Was hat er für Gelegenheiten versäumt! Wieviele Male hätte er sich des Staates bemächtigen können, wenn er die günstigen Umstände zu nutzen verstanden hätte! Bei aller seiner Beredsamkeit, bei all seinen Wahlerfolgen und trotz dem unbestreitbaren Prestige seines Namens . . . ist Hitler dennoch ein dancbengeratener Führer. Hitlers Geist ist durch und durch ein femininer Geist. Seine Intelligenz, sein Ehrgeiz, sein Wille sogar haben nichts von Männlichkeit an sich. Er ist ein schwacher Mann, der sich in die Brutalität flüchtet, um sein Manko an Energie zu maskieren . . . Man kann seine Brutalität gegen seine eigenen Anhänger nur aus seiner Furcht erklären, daß ihn die S.A.-Leute auf den Weg der Insurrektion stoßen werden. . . Er hat den Charakterzug aller Diktatoren: die Eifersucht! Hitler ist eifersüchtig auf die, die ihm geholfen haben, im politischen Leben Deutschlands eine Vordergrundfigur zu werden. Wie alle Diktatoren liebt Hitler nur jene, die er verachten kann. Sein Ehrgeiz besteht darin, eines Tages das ganze deutsche Volk demütigen und versklaven zu können, und dies im Namen der Freiheit, des Ruhmes und der Macht Deutschlands. . .

. . . Ein Diktator, der nicht mit revolutionärer Gewalt die Macht an sich zu reißen wagt, kann Westeuropa keine Angst einjagen. Ein Deutschland, das ohne Widerstand die Diktatur Hitlers hinnehmen würde, ein Deutschland, das sich von diesem mittelmäßigen Abklatsch eines Mussolini unterjochen ließe, würde sich nie gegenüber den freien Völkern Westeuropas zur Geltung bringen können."

Ein Vorschlag

Die Herren mit den großen Pensionen machen der Reichsregierung immer noch schwere Sorgen. Die Pensionen sind zwar entsprechend der Gehaltskürzung bei den Staatsbeamten herabgesetzt worden, aber offenbar hat die Regierung das Gefühl, das sei bei Pensionen zwischen 20 000 und 30 000 Mark in der heutigen Notzeit nicht genügend. Sie hat ja ihrem Volk so halb und halb versprochen, die Großpensionäre in eingeschriebenen Briefen ergebenst zu bitten, auf einen Teil der Pensionen zu verzichten — aber die Briefe sind bis jetzt noch nirgends eingetroffen. Was tun?

Zur Änderung des Pensionsgesetzes ist eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages nötig, und woher soll man gegenwärtig einen Reichstag und eine Zweidrittelmehrheit bringen? So müssen die Pensionäre eben mit ihren hohen Pensionen geduldig ausharren, bis der demokratische Parlamentsbetrieb wieder funktioniert.

Ganz leise eine schüchterne Frage an die Reichsregierung: Wie wär's mit Artikel 48? (Womit ich aber um Gottes willen nicht zu einem Verfassungsbruch aufgefordert haben möchte.)

Ein Fall Holstein in Frankreich

Der Leiter der Chiffreabteilung, im französischen Ministerium des Äußeren, André Canniaux, ist zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er seine Kenntnis geheimer politischer Aktionen zu Börsenspekulationen benützt hat.

Sein letzter Coup war der Hooverplan. Als die französische Regierung (und mit ihr Canniaux) einige Tage vor der öffentlichen Bekanntgabe von dem Moratoriumsplan Hoovers erfuhr, gab er seinen Börsenfreunden sofort den Tip, auf Hausse zu spekulieren, was ihm und einigen Freunden viel Geld einbrachte.

Die Gerichtsverhandlung war geheim. Sonst hätte die Öffentlichkeit den Inhalt einiger Noten und Telegramme erfahren, der nicht für sie bestimmt war. Ein Beweis dafür, daß die Geheimdiplomatie seit 1918 abgeschafft ist.

Nein, Marie ist nicht dumm. Das wäre ja auch gar nicht möglich: wer am Hakenkreuz hängt, ist von selbst helle. Drum sagt der Sattler Gustav Himstedt in Bad Oeynhausen mit Recht:

„Wer keine weiche Birne hat,
Wer deutsch zu sein die Stirne hat,
— — — — — — —
Der wird noch immer satt."

Gut so; nur, daß du auf „satt" nachher die „deutsche Tat" reimst, ist nicht gut, Gustav; dazu sollte selbst der Deutscheste der Deutschen nicht die Stirne haben. Du solltest dir ein Beispiel nehmen an Viktor Freiherrn von Levetzow, Hauptmann a. D. in Harras bei Prien am Chiemsee, der dichtet wenigstens rein:

„Zum ersten ist es meine Pflicht,
Zum zweiten sieht man ein deutsches Gesicht,
Zum dritten ist man in guter Luft,
Die Nase kränkt kein Judenduft."

Zwar Knittelverse, aber reine Reime, wie gesagt. Levetzow kann's; kriegt eine Eins in Dichtkunst.

Dagegen ist die Schülerin Berta Baake in Schneidlingen bei Magdeburg bedauerlich schlecht. Man höre:

„Jede Frau, die Bücher liest,
Und dann nicht weiß, was Judas ist,
Die sollte sich was schämen!
Als Melkerfrau ist nicht viel Zeit,
Drum wähl, zum Einkauf ich den Weg,
Den mir der „I. B." weist."

Fleißig üben, Berta, dann wird's schon werden! Nimm dir ein Beispiel an Grete Holtz, Stütze in Stettin; wie munter sprudelt es bei ihr daher:

„Juden stellen stets ein Bein — —
Fall' nicht auf den Schwindel rein."

Bei der Grete läuft's wie geschmiert, da fehlt auch kein Silbchen, kein Gedankenstrichlein, kein Apoströfchen, da lacht einem das Herz.

Wenn man sich durch die zwei Seiten so durchgelesen hat, kann man beruhigt in die Zukunft schauen: das deutsche Volk weiß, worauf es ankommt, es kennt seine Pflicht, und wer sie nicht erkennt, über den ist das Urteil gesprochen:

„Wer nicht erkennet diese Pflicht,
Der ist ein echter Nazi nicht!"

singt mit Recht die Ehefrau Elisabeth aus Düsseldorf, Frau Elisabeth Ro —, tatsächlich: Rosendahl, entschuldigen Sie, aber sie heißt so. Mara Bu

Der Henker dankt ab

Vor einigen Jahren hat Mr. Ellis, ein englischer Scharfrichter, sein „Amt" niedergelegt, nachdem er einen Mann und eine Frau, einen Herrn Bywaters und eine Frau Thompson, die wegen Ermordung des Gatten der Frau Thompson angeklagt waren, hingerichtet hatte. Einem englischen Journalisten hat Ellis kürzlich über diese Hinrichtung u. a. folgendes erzählt:

„Schließlich brach der Tag der Hinrichtung an. Die Frau litt an schrecklichen Halluzinationen. Sie bebte vor Angst, wehrte sich wie eine Wahnsinnige gegen die Wärterinnen. Sie wollte Selbstmord begehen. Der Gefängnisarzt verabfolgte ihr mehrere beruhigende Einspritzungen. Aber sie war nicht in Schlaf zu bringen. Als ich beim Morgengrauen in ihre Zelle trat, stieß sie einen entsetzlichen Schrei aus, den ich nie vergessen werde. Erst nach einem wilden Kampf gelang es mir und meinen Gehilfen, die Unglückliche zu binden. Ich schnitt ihr ihr wundervolles Haar ab. Der Priester vermochte nichts gegen ihre Aufregung zu tun. Ich glaube, sie sah nichts mehr. Sie war von Sinnen. Das Gesetz schreibt vor, daß der Verurteilte den Galgen sehen muß. Ich werde den Blick der Unglücklichen nie vergessen können. Als ich ihr den Strick um den Hals legen und die Kapuze über den Kopf ziehen wollte, versagten meine Finger vor Steifheit. Ein Gehilfe mußte meine Arbeit verrichten. Sie starb mit einem wimmernden Klagelaut.

Ich war gebrochen an Leib und Seele. Ich hätte am liebsten sterben wollen, um mich nicht mehr an das Grauenhafte erinnern zu müssen. Aber ich mußte noch an Bywater Gerechtigkeit üben. Ich fand ihn für die geliebte Frau betend im Gefängnis von Pentonville. Er hatte weniger Stärkung nötig als ich. Er ging gefasst in den Tod.

Als ich nach der Exekution Pentonville verließ, sah ich mehr als zweitausend Männer und Frauen auf den Knien vor dem Gefängnis betend. Und ich fasste sofort den Entschluß, mein Gewerbe aufzugeben. Der Mörder ist ein bösartiges Wesen, aber wenn das Gesetz einem ehrenhaften Menschen vorschreibt, zum Mörder zu werden, so ist das etwas Entsetzliches, mit dem menschlichen Gewissen nicht zu Vereinbarendes."

Schweigen in Deutschland

Was soll das Leisetreten —
die Polizei stört's doch;
wir wollen schweigend beten,
das darf man noch.

Ich falte meine Hände
und bin ganz brav und fromm;
falls ich was scheußlich fände,
denk ich das still und stomm.

Bald schweigt im deutschen Reiche
der Mann, das Weib, das Kind;
nur einer frechen Leiche
entfährt ein lauter Wind.

Die Leiche kann sich's leisten,
die Leiche ist immun;
sie darf sich keck erdreisten,
denn ihr kann man nichts tun. Mufti Bufti

Literatur

Lenin, Sämtliche Werke. Verlag für Literatur und Politik, Berlin-Wien. — Von Lenins gesammelten Werken, von denen bis jetzt in deutscher Ausgabe die Bände 3, 4, 5, 6, 7, 10, 13, 18, 19, 20 und 25 vorlagen, ist soeben Band 8 erschienen. Er enthält Artikel, Briefe usw. aus der zweiten Hälfte des Jahres 1905, des Jahres der ersten russischen Revolution. Der Untertitel des Bandes heißt: Die Höhepunkte der allgemeinen Volkserhebung. Preis brosch. 11 Mark.

Lest: Kurella

Mussolini ohne Maske

mit 80 Fotografien

Geb. 6 Mark, kart. 3,80 Mark

Justiz

Es gibt Leute, die sich immer wieder leicht wundern, wenn unsere Justiz sich schämig ziert, gegen Angehörige besserer Stände in der sonst üblichen forschen Weise vorzugehen, falls sie was ausgefressen haben (siehe den Fall Lahusen), oder sich mit bemerkenswertem Einfühlungsvermögen in die Psyche vermöglicher Persönlichkeiten um Milderung der ausgesprochenen Strafe müht (siehe den Fall des Grafen Stolberg). Sie begreifen immer noch nicht ganz, daß die Justiz zu jeder Zeit das Gesicht der jeweiligen Klassenlage trägt, und daß es falsch ist, angesichts offensichtlicher Einseitigkeiten nach jener sagenhaften „Objektivität" zu rufen, mit der man eine „gerechte Rechtsprechung" sich ausgestattet denkt. Sie hat es nie gegeben und wird es nie geben, solange es Klassen gibt, und die Justiz wird immer dann einen besonders unerfreulichen Anblick bieten, wenn sie so wie heute in ein tolles Durcheinander zwischen Reaktion und Revolution hineingestellt ist.

Ein besonders unerfreulicher Fall erregt augenblicklich die Gemüter. Der hamburger Millionär Vicenz und seine Frau sind im Juli 1929 wegen Sittlichkeitsverbrechen bzw. Kuppelei zu fünf bzw. vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Noch im selben Jahr wurden die Strafen in der Berufungsverhandlung um je ein Jahr herabgesetzt; bald darauf verwandelte der Justizsenator Nöldecke auf dem Gnadenwege die Zuchthaus- in eine Gefängnisstrafe; im Gefängnis wurden den Beiden alle erdenklichen Erleichterungen gewährt, und nach kaum zwei Jahren wurde die Gefängnisstrafe überhaupt aufgehoben und das Ehepaar gegen Erlegung von 20 000 Mark in Freiheit gesetzt. Worauf es schnellstens ins Ausland verschwand.

Der von dem Ehepaar bezahlte Satz entspricht etwa dem, was auch in anderen Fällen für Freilassungen entrichtet wurde. Graf Christian Stolberg z. B. bezahlte für den nicht abgesessenen Rest seiner neunmonatlichen Gefängnisstrafe 3000 Mark; der hamburger Fr. W. Koch konnte sich für 5000 Mark, zahlbar in Monatsraten von 1000 Mark, von einer zehnmonatlichen Gefängnisstrafe loskaufen; der hamburger Fr. K. Jakobsen bezahlte für den Erlaß einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten 2500 Mark.

Man sollte diese Dinge nur als besonders markante Symptome werten, als nichts weiter. Die Gewohnheit, sich über Spitzenleistungen unserer Justiz periodisch aufzuregen, bringt die Gefahr mit sich, daß der nicht minder wichtige Alltagsbetrieb der Justiz nicht aufmerksam genug verfolgt wird. Und birgt, wie gesagt, weiter die Gefahr, daß das alles zu sehr unter dem Gesichtspunkt einzelner — wenn auch gehäufter — Entgleisungen angesehen wird. Die unhaltbare Lage der Justiz resultiert heute nicht nur aus ihrem Klassencharakter und der reaktionären Einstellung weiter Schichten des Richtertums, sondern ist in viel höherem Maße zu erklären durch die völlige Auflösung, in der sich die bürgerliche Gesellschaft befindet. Es wird heute bezeichnenderweise nicht nur von links, sondern in gleichem Maße — und in gewissem Sinne mit einiger Berechtigung — auch von rechts über Klassenjustiz geklagt. Man spricht außerdem dort von einer krankhaften Milderung des heutigen Strafsystems; bei Verbrechen werde die Zubilligung mildernder Umstände, die die Ausnahme bilden sollte, geradezu zur Regel; die Gewährung von Bewährungsfrist, die als Straflosigkeit aufgefaßt werde, habe einen erschreckenden Umfang angenommen usw. usw.

Diese Darstellung ist zwar etwas einseitig. Aber es ist nicht abzuleugnen, daß auch dort, wo von Richtern versucht wird, gewisse Härten des heutigen Rechts nach Möglichkeit zu mildern und Verständnis für die sozialen Gebundenheiten der unteren Schichten zu zeigen, eine starke Unsicherheit herrscht, so daß es schon sein mag, daß sich die spärlich tröpfelnde Milde nicht gerade immer am rechten Platz bemerkbar macht. Aber diese Milde träufelt, wie sich jetzt wieder an dem Fall Vicenz erweist, in ungleich stärkerem Maße auf Angehörige der oberen Schichten. Und leider sehr oft auf solche, bei denen Milde in keiner Weise am Platze ist. Das ist ein kleiner Unterschied.

Hermann Mauthe

Der Dritte Grad

Das amerikanische Bundesparlament hatte eine Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es war, die Zustände in der Rechtspflege zu untersuchen. Ihr Bericht, der sogenannte Wickersham-Bericht, liegt nun vor. Man ersieht aus ihm, in welch unmenschlicher Weise der sogenannte „Dritte Grad" gehandhabt wird.

Der „Dritte Grad" ist ein Sammelname für alle möglichen Formen der Mißhandlung, die angewandt werden, um aus Verhafteten Aussagen und Geständnisse herauszupressen. Der Bericht sagt: die verhafteten Personen werden in bester Gesundheit ins Polizeigefängnis eingeliefert und verlassen es mit eingefallenen Wangen, Knochenbrüchen und tiefen Wunden. Die Anwendung des Dritten Grads beschränkt sich nicht auf einzelne Orte und Behörden; sie ist allgemein beliebt. Die Polizisten schlagen mit Gummiknüppeln, vor allem in den Nacken, und zwar so lange, bis der Behandelte das Bewußtsein verliert. Man schlägt im Takt ins Gesicht. Man hängt die Verhafteten an den Füßen auf, sperrt sie in eiskalte oder überheizte Zellen, streckt sie auf dem Fußboden aus und gießt ihnen Wasser in die Nasenlöcher. In Chicago schlägt man ihnen das Telefonbuch um die Ohren. (Das Telefonbuch von Chicago ist bestimmt kein Flugblatt!) In Seattle bindet man sie an einen Eisenpfahl. In Boston jagt man sie barfuß über eiserne Treppen, solange bis sie zusammenbrechen oder gestehen.

Soviel von den Mißhandlungen, die sichtbare Spuren hinterlassen. Eine raffiniertere, nicht nachweisbare Malträtierung ist es, den Gefangenen ohne Unterbrechung zu verhören. Die Kriminalpolizisten lösen einander beim Verhör ab, der Verhaftete muß aushalten, unbegrenzt lange; nur das Geständnis kann seiner Qual ein Ende machen. Er bekommt kein Essen, nichts zu trinken, darf nicht schlafen. Manchmal allerdings gönnt man ihm ein bißchen Schlaf. Aber nach fünf Minuten wird er durch dröhnende Stockhiebe, die auf den Tisch niederknallen, aufgeweckt.

Wieviele Unschuldige schon verurteilt worden sind, weil sie lieber die Gefängnisstrafe ertrugen als diese Art von Verhör, kann man natürlich nicht feststellen. Einen besonders krassen Fall führt der Wickersham-Bericht an: In New York hat ein Mann einen Mord gestanden und wäre hingerichtet worden, wenn er nicht durchgesetzt hätte, daß er von einem Arzt untersucht wurde. Sein Körper trug mehr als hundert schwarze Narben.

Der Bericht liegt vor; sein Inhalt ist nun bekannt; wichtiger wäre, zu erfahren, ob es gelingen wird, den Dritten Grad abzuschaffen, ja, ob man es überhaupt versuchen wird.

Jack

In USA haben im ersten Halbjahr 1931 1778 Banken mit einer Gesamteinlagensumme von 478 Millionen Dollar ihre Zahlungen eingestellt; gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Zahlungseinstellungen verdreifacht.

In Thüringen sind (laut „Germania") seit 1919 137 000 Personen aus der evangelischen und 5000 aus der katholischen Kirche ausgetreten. Das bedeutet für die evangelische Kirche einen Verlust von 9 Prozent, für die katholische einen von 11 Prozent der Mitglieder. In Gera sind 34 Prozent der Mitglieder aus der evangelischen Kirche ausgetreten.

Schmiergelder

Die Affäre Devaheim wird immer toller. Die Staatsanwaltschaft ist eben dabei, den Beziehungen zum Zentralausschuß der inneren Mission (der bei der Devaheim über die Mehrzahl der Stimmen verfügte) und zur Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen nachzugehen. Es steht jetzt schon fest, daß neben dem Generaldirektor Jeppel vor allem Pastor D. Cremer vom Zentralausschuß der Hauptverantwortliche ist. Es sind auf sein Geheiß hin Schmiergelder und Sonderprovisionen ausbezahlt worden, die wahrscheinlich in die Millionen gehen.

Bei der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen, in der die kirchlichen Wohlfahrtsverbände dominieren, sind, wie jetzt erst entdeckt wird, vom Hauptbuchhalter 530 000 Mark unterschlagen worden. Da der Ehrenmann mit Enthüllungen über die Zustände bei der Hilfskasse drohte, warf man den verlorenen 530 000 Mark freiwillig noch 26 000 Mark nach. Als Schweigegeld!

Pastor D. Schowalter, ein Mann aus dem Zentralausschuß, der sich schon im vorigen Jahr durch seine Wachsamkeit bei der Devaheim mißliebig gemacht hat, bezeichnet in der Preußischen Kirchenzeitung die Affäre als eine „Katastrofe, die das ganze evangelische Deutschland erschüttert hat".

Er täuscht sich gewaltig. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß es durch die Korruption in den eigenen Reihen nicht so leicht zu erschüttern ist.

M.

Der Evangelische Presseverband für Württemberg hat kürzlich in einer Auslassung über den Devaheimskandal auch die Evangelische Sterbevorsorge (ebenfalls ein unter kirchlicher Assistenz großgezogenes Unternehmen) erwähnt. Er stellte (sicher nach gewissenhafter Prüfung) fest, daß hier etwaige Besorgnisse „unbegründet" seien. Jetzt erfährt man, daß dieses Unternehmen dem arg belasteten Pastor Cremer, der seine Pfarrerspension bezieht, auch noch nach seinem Ausscheiden finanzielle Unterstützung zukommen läßt. Es scheint also auch hier etwas großzügig mit dem Geld der kleinen Leute umgegangen zu werden.

Hinweis

Der Evangelische Presseverband für Württemberg schreibt: „In dem in Nr. 31/34 der „Sonntags-Zeitung" unter der Überschrift „Ungetreue Haushalter" veröffentlichten Bericht über den Zusammenbruch der Bauspargesellschaft „Deutsch-Evang. Heimstättengesellschaft" (Devaheim) ist zweimal die „Baugenossenschaft des Ev. Volksbundes" im Zusammenhang mit der Deva gebracht worden. Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich hiebei um eine Vereinigung des Rheinlandes handelt, mit der der Ev. Volksbund für Württemberg, an den jeder Leser zunächst denkt, in keinerlei Zusammenhang steht. Der Ev. Volksbund für Württemberg hat mit dem Zusammenbruch der Deva nichts zu tun."

Die abgehauene Hand

Auf der Zentrumstagung in Stuttgart am vergangenen Dienstag hat der Innenminister Wirth ein markiges Wort gesprochen, das verdient, im Herzen seines teueren Volkes aufbewahrt zu werden: „Ein gewaltsamer Umsturz ist im Winter nicht zu befürchten, denn die Regierung ist stark genug, eine Revolution niederzuschlagen. Nicht eine Sekunde darf gezögert werden, der Gewalt mit höchster Gewalt zu begegnen. Wer die Hand erhebt, dem wird sie abgeschlagen werden. Wir werden uns nicht überraschen lassen."

Kein Zweifel, daß man das Schwert ziehen würde, wenn die geballte Faust des Volkes sich erhöbe; aber wenn die Hand der Fascisten unter munteren Heilrufen gereckt wird — ob da nicht am Ende Herr Wirth, statt sie abzuhauen, sich entschließen würde, sie herzlich zu drücken?

Auf alle Fälle: des einstigen Antifascisten Wirth männlicher Satz von der abgehauenen Hand darf nicht vergessen werden, sondern soll in unserem Gedächtnis eingeschreint bleiben wie die Erinnerung an Scheidemanns verdorrte Rechte.

Mitteilungen des Verlags

Auf einige Anfragen. Die erste Nummer nach dem Verbot in erweitertem Umfang erscheinen zu lassen, war nicht möglich. Der Straßenverkauf (der in letzter Zeit im Verhältnis zum Postbezug immer wichtiger geworden ist) hat schon im Juli unter den beiden Beschlagnahmungen stark gelitten und ist während des Verbots natürlich ganz ausgefallen. Ein großer Teil der Ausgaben läuft auch während einer Verbotszeit weiter (z. B. Miete, Gewerbesteuer, Gehälter und andere Verpflichtungen). Dadurch, daß ein Teil der Abonnenten für August 80 Pfennig bezahlt und dafür nur zwei Nummern erhalten hat, ist der Verlust erträglich gemacht, wenn auch nicht ausgeglichen worden. Im übrigen hängt alles davon ab, wieviele Leser infolge des vierwöchigen Ausbleibens der Zeitung abgefallen sind. Solange sich das nicht überblicken läßt, verbieten sich für den Verlag alle Extraausgaben.

Anonym, Stuttgart. Sie haben's erraten: wir haben das Verbot provoziert, um (ausgerechnet!) Geld dabei zu verdienen. Ein Hochverratsprozeß und ein Jahr Festung gehören ja zu den schönsten und billigsten Freuden dieses Lebens.

Für den Fonds der S.-Z. (Postscheckkonto Stuttgart 198 44, Die Sonntags-Zeitung) sind vom 20.—27. August eingegangen: 27,50 Mark; bis 20. August: 31 Mark; zusammen 57,50 Mark.

Kleinigkeiten

Der Feind steht links. Der „Völkische Beobachter" behauptet, Minister Wirth wolle „überlaufen": er gelte als „einer der unbedingten Anhänger der Brüningschen Taktik einer Anlehnung nach rechts hin". Der „Beobachter" winkt aber gleichzeitig ab: sie wollen Herrn Wirth nicht. — Bei den Nazis scheint keine Freude zu herrschen über einen Sünder, der Buße tut.

Die verdorrte Hand. Die sozialdemokratische Presse berichtet von einer Versammlung in Rothenburg a. d. Fulda, in der Scheidemann sprach. Sie ist durch Kommunisten und Nazis gestört worden. Ein Nazi stürmte auf Scheidemann ein mit dem fortgesetzten Ruf „Wo ist die verdorrte Hand?" Scheidemann soll ihm daraufhin eine so kräftige Ohrfeige verabreicht haben, daß der junge Mann vor Bestürzung den Mund hielt.

Vorbereitungen. Für einen in Landsberg a. d. Warthe abgehaltenen Flugsportwerbetag wurde u. a. folgende Anzeige veröffentlicht: „Eine Siedlung in Flammen! In-Brand-schießen eines Siedlungshauses (Attrappe) von Flugzeugen u. a. m. Veranstalter: Deutsche Flugsportvereinigung." — Wahrscheinlich soll durch so was die Begeisterung für den kommenden Krieg geweckt werden.

Spielzeug. Der Spielzeugverlag J. F. Schreiber, Esslingen, hat einen Modellierbogen herausgebracht, der ein naturgetreues Modell des geschützten Kreuzers „Köln" darstellt. Der Kommandant des Kreuzers, Kapitän z. S. Schröder, hat daraufhin dem Verlag seinen Dank ausgesprochen für die wahrheitsgetreue Ausführung der Zeichnungen; man habe „an Bord" eine besondere Freude an diesem Werk, und es sei ihm im Interesse des Marinegedankens eine weitgehende Verbreitung zu wünschen. — Ein Spielzeug soll für das andere begeistern.

Kampf gegen den Kapitalismus. Vorne heißt es im „Völkischen Beobachter": „Bei uns ist der tiefe heilige Idealismus, das mit religiöser Inbrunst empfundene Wollen des deutschen Menschen." Hinten inseriert einer, der die Leser noch besser kennt: „Das Heute stürzt! Nach wie vor bleibt das größte Problem deines Lebens: Geldverdienen! Verlangen Sie hochinteressante Broschüre usw."

Moderner Strafvollzug. Im größten Gefängnis von Mexiko ist es neuerdings den Gefangenen gestattet, wöchentlich einmal mit ihren Frauen beisammen zu sein. Die Gefängnisbeamten haben einstimmig festgestellt, daß diese „Ehebesuche" sich als „vortreffliches Mittel gegen Verstimmungs- und Erregungszustände bewährt haben".

Enttäuschung. Überschrift in der „Frankfurter Zeitung": „Aufwärtsentwicklung ..." Nanu? „... der berliner Fleischpreise." Ach so!

Nix deitsch! Die „Welt am Montag" antwortet einem Zuschriftler, der sich über einen Besuch Noskes bei Hindenburg ausgelassen hat, in folgendem merkwürdigem Deutsch: „Ihre Vermutung, bei dieser Gelegenheit sondiert zu haben, ob Noske noch die Nerven für den im Winter notwendig gebrauchten starken Mann habe ..." — Gemeint ist: Hindenburg habe bei Noske sondiert.

Sie streiken. Auf der Insel Thasos sind die orthodoxen Priester samt dem Patriarchen in Streik getreten. Sie wollen ihr kirchliches Amt so lange ruhen lassen, bis ihnen Diäten bewilligt werden, die für ihre angeblich bescheidenen Lebensbedürfnisse ausreichen. — Sie sollten nach Deutschland kommen, da würden sie als Geistliche keine Not leiden.

Mißverständlich. Die „Saar-Chronik" schreibt in einer Glosse über die Notverordnungen: „... So erging es der tapferen stuttgarter „Sonntags-Zeitung", die wegen eines Leitartikels „Bankerott — und nun?" vom württembergischen Innenministerium vier Wochen lang nicht herauskommen darf." — Nein, so weit sind wir noch nicht, daß das württembergische Innenministerium solche Leitartikel verfaßt.

Die neue Mode in Gasmasken. Die bisher unter Hinweis auf „die näherrückende Gefahr eines Giftgaskrieges" im Handel vertriebenen Gasmasken kosteten zwar nur 24 bis 33 Mark, hatten aber den Nachteil, daß sie recht wenig kleidsam waren. Dem ist nunmehr abgeholfen durch das neue Produkt der chemischen Fabrik Stoltzenberg in Hamburg, die „C. F. S.-Vollblickmaske" (dernier cri). Sie hat nicht bloß Augenlöcher mit Fenstern, sondern läßt durch ihr durchsichtiges Vorderteil das ganze, glücklich lächelnde Gesicht des Inhabers bzw. der Inhaberin sehen. Leute, die etwas auf sich halten, tragen künftig nur noch Stoltzenbergs C.F.S.-Vollblickmaske.

Wer Sorgen hat ... Beim Amtsgericht Haynau ist das Rittergut Kreibau zwangsversteigert worden. Unter den Forderungen befand sich auch die eines Weingroßhändlers über in den letzten drei Monaten gelieferte Weine im Gesamtwert von rund 8000 Mark. — Ist der Mann nun zugrundegegangen, weil er so viel getrunken hat, oder hat er soviel getrunken, weil es bergab ging?

Wilhelm von Doorn. Spüren Sie auch etwas von der Notverordnungen-Serie?

Kein Wunder. Im Katholischen Sonntagsblatt bekommt ein neugieriger Leser folgenden Bescheid im Briefkasten: „A. D. in St. Die gewöhnlichen Gebetserhörungen beruhen gewiß auf übernatürlichem Einfluß, sind aber kein Wunder. Unter Wunder versteht man etwas, was außerhalb der gewöhnlichen Naturordnung geschieht." — Ein „übernatürlicher Einfluß" wäre demnach etwas, was noch innerhalb der „gewöhnlichen Naturordnung" vor sich geht, während ein Wunder außerhalb der „gewöhnlichen" Naturordnung (in der lediglich „übernatürliche Einflüsse" möglich sind) beheimatet ist. Ob das der gläubige Leser wohl begriffen hat?

Darwin außer Kurs. Im Staate Tennessee (USA.) hat die Abgeordnetenkammer ein Gesetz verabschiedet, nach dem es in Zukunft bei schwerer Strafe verboten ist, in den Schulen auf die Theorien Darwins einzugehen. — Die biblische Schöpfungsgeschichte ist für den Menschen ja auch viel schmeichelhafter.

Der Diener Christi. Inserat im „Fridericus": „Stahlhelmpfarrer, der reges Interesse am Sport und Vereinsleben hat und gewillt ist, selbst mitzuarbeiten, gesucht. von Buch, Patron, Stolpe an der Oder (Uckermark)." — Kleinkaliberbüchse ist mitzubringen.

Ernste Witze. Das christkatholische „Deutsche Volksblatt" wendet sich gegen die „schlechten" Witze: „Aber damit sei nichts gegen den Witz an sich gesagt! Im Gegenteil, in unserer Zeit mit ihren schweren Sorgen ist die befreiende Kraft guten Humors von hohem Wert, ihn zu pflegen sei allen ein ernstes Anliegen." — Und nach jedem Witz ein Amen?

Profitliches Sterben. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt: „So hat Gundolfs Tod den Absatz seiner Werke sehr belebt." — Man soll's doch nicht glauben, wie raffiniert diese Juden sind, wenn es um den Profit geht.

Verdienter Erfolg. Die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck meldet: „Auf dem Solstein gelang es ... eine Dame zu beanstanden, die nur auf das notdürftigste bekleidet war." — Auch das Beanstanden will gelernt sein!

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

RUSSLAND JA UND NEIN. Von Hans Siemsen. Geb. 7,50 Mark, brosch. 5,80 Mark. — Ein lebendiger, ernsthafter und kritischer Bericht über eine Reise nach der USSR. Gute Reportage, spannend zu lesen. Setzt sich ehrlich und aufrichtig mit den Grundfragen der russischen Revolution und des russischen Aufbaus auseinander.

EINE FRAU ALLEIN. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

DAS VERBRECHEN DES PATERS AMARO. Von Eça de Queiroz Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

DAS DOPPELGESICHT DES CHRISTENTUMS. Von Stadtpfarrer Dr. G. Schenkel. Kart. 3,30 Mark, geb. 4,00 Mark.

DAS GELD IN DER POLITIK. Von Richard Lewinsohn (Morus). Broschiert 7 Mark, geb. 9,50 Mark.

DER MANN IM DUNKEL. Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoff des mysteriösen Europäers. Von Richard Lewinsohn (Morus) Preis 3,50 Mark.

DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGSINDUSTRIE. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

DAS TOTENSCHIFF. Von B. Traven. Preis 5 Mark.

DIE WEISSE ROSE. Von B. Traven. Preis 5 Mark.

DER FILM „IM WESTEN NICHTS NEUES" IN BILDERN. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder aus dem in Deutschland verbotenen Film.

GEBÄRZWANG UND KEIN ENDE. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

ETAPPE GENT. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 3,80 Mark.

EROTIK UND SPIONAGE. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

vereinfacht die rechtschreibung. herausgegeben vom leipziger lehrerverein. preis 4,50 mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lutz, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Stuttgart, 6. September 1931

12. Jahrgang, Nr. 36

Die Sonntags-Zeitung

Selbsthilfe

Die Engländer haben aus Amerika und Frankreich einen Milliardenpump zur Sanierung ihrer Firma bekommen. Deutschland hat nicht so viel Kredit wie England. Es ist auf „Selbsthilfe" angewiesen. Was wird dabei herauskommen?

Erstens: Staatshaushalt. Er muß im Gleichgewicht gehalten werden, trotz verminderter Steuereingänge und vermehrter Soziallasten. Weg dazu: Verminderung der Ausgaben, Vermehrung der Einnahmen. Fraglich ist: welcher Ausgaben, welcher Einnahmen? Ein „Volksstaat", eine demokratische oder „soziale" Republik, müßte die Ausgaben für die höheren Schichten kürzen, die Einnahmen aus diesen Schichten steigern. Also: Reduzierung des Wehretats, Streichung aller Subventionen und Liebesgaben für Agrarier, Industrielle und Großbankiers, Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen; andererseits: schärfste Besteuerung der hohen Einkommen, Erhöhung der Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer, der Luxussteuern.

In Wirklichkeit werden die Ausgaben für die breite Masse gekürzt werden: für Schulwesen, öffentliche Hygiene und Wohlfahrt; die Unterstützungen werden im selben Maße abgebaut werden als ihr Umfang zunehmen wird; die Massensteuern werden erhöht werden.

Zweitens: Währung. Die Währung darf nicht erschüttert werden. Ihre Deckung durch Gold mag an sich Unsinn sein; aber da der Glaube an diesen Unsinn allgemein verbreitet ist, so würde Aufhebung der Golddeckung soviel bedeuten wie Währungs- und Finanzkrach. Die Auslandsgläubiger, die bis Februar 1932 „stillehalten" wollen, würden Krämpfe bekommen, und der soeben mit Mühe abgewehrte allgemeine Bankrott wäre da. Die Reichsbank wird also versuchen, ihr dahingeschmolzenes Gold- und Devisenpolster wieder aufzufüllen. Dies ist in der Hauptsache nur über den Warenexport möglich. Dieser wird forciert werden, auch durch „Dumping"; gleichzeitig wird der Import so weit als möglich gedrosselt werden, durch Zölle und Devisen„bewirtschaftung" (aufgrund der bestehenden Verordnungen).

Drittens: Wirtschaft. Wenn es gelänge, sie wieder „anzukurbeln", dann würden sich die Probleme „Währung" und „Staatshaushalt" nahezu automatisch erledigen. Die Aussichten auf Wiederankurbelung sind aber immer noch gering, wie aus dem schlechten Gang der diesjährigen Leipziger Herbstmesse und der weiter steigenden Arbeitslosigkeit hervorgeht.

Es gibt Leute, die jetzt von einer „Autarkie" schwärmen, von einer vollständigen Abschließung Deutschlands vom Weltmarkt. Sie wollen damit die Landwirtschaft retten, und nebenbei die „deutsche Kultur". Eine verrückte Idee; unter den heutigen kapitalistischen Bedingungen wäre eher das Gegenteil wichtig: teilweise Preisgabe der Landwirtschaft, Ausbau der Industriestellung. Billige Lebensmittel und billige Rohstoffe auf dem Weltmarkt müßten gerade während der großen Weltkrise der deutschen Fertigindustrie eine Chance liefern; denn die Preise für fertige Waren sind heute immer noch verhältnismäßig die besten. Man vergesse doch nicht, daß die großen Rohstoffländer wie Amerika von der Krise noch viel schlimmer betroffen sind als wir. Deutschland kann froh sein, daß sein größter Rohstoff Arbeit heißt; der steht trotz allem noch nicht so tief im Preise wie Weizen und Baumwolle.

Wenn Deutschland sich zu einem planwirtschaftlichen Umbau seiner Industrie entschließen könnte, dann könnte es jene Chance noch weit besser ausnützen. Die Preise für Fertigwaren (Maschinen, Textilien, Schuhe usw.) könnten dadurch auf den vierten Teil gesenkt werden. Der Export würde sich vervielfachen lassen, die landwirtschaftliche „Schere" würde sich schließen, auch die Getreidepreise könnten gesenkt werden, der Reallohn würde steigen, neue Kaufkraft würde entstehen und so fort.

Auch mit Rußland könnte Deutschland ein großes Geschäft machen, das seiner Wirtschaft vielleicht auf den Damm helfen würde: Austausch von Maschinen und Fertigwaren gegen Getreide in großem Maßstab. Dazu wäre ein staatliches Getreidehandelsmonopol notwendig, das den Marktpreis für Getreide aus Weltmarktpreis und heutigem deutschem Inlandspreis mischen würde. (Bei der diesjährigen schlechten Ernte in Deutschland wird sowieso ziemlich viel Getreide importiert werden müssen.)

Da die Großagrarier für diese, die Großindustriellen für jene Wirtschaftsmaßnahme nicht zu haben sind, so wird die „Selbsthilfe" in der Wirtschaft in Form einer Lohnsenkung auftreten. Dort ist der „Punkt des geringsten Widerstands".

Erich Schairer

Roggen auf Reisen

Im März ds. J. hat ein Konsortium deutscher, englischer und holländischer Firmen in Rotterdamm 135 000 Tonnen russischen Roggens aus den dort lagernden Beständen gekauft. Preis 3,5 Gulden pro Doppelzentner. Da die Reichsregierung fürchtete, der Roggen könnte nach Deutschland eingeführt werden, erhöhte sie den Zoll von 50 auf 200 Mark pro Tonne.

Im Mai stellte sich dann heraus, daß in Deutschland bis zur Ernte wahrscheinlich der Roggen knapp werden könnte, und die Reichsregierung kaufte vorsorglich 80 000 Tonnen des Russen-Roggens zum Preis von 4,77 Gulden.

Zunächst blieb der Roggen in Rotterdam, wurde aus Silos in Kähne und dann wieder in Silos umgeladen, und jetzt wird er von der deutschen Regierung für 3,75 Gulden zum Verkauf angeboten. Die Reichskasse erleidet an dieser ganz unnötigen Roggenschieberei einen Verlust von gut zwei Millionen Mark. Wir haben's ja.

(Nach der „Frankfurter Zeitung")

Die Zahl der festangestellten Lehrer in Deutschland beträgt rund 217 000, darunter 44 000 weibliche. Sie unterrichten 6 650 000 Schüler in 180 000 Schulklassen.

In Berlin sind 8800 Schulkinder als erwerbstätig registriert; ein großer Teil von ihnen arbeitet entgegen den gesetzlichen Bestimmungen über drei Stunden täglich oder in Fabrikbetrieben. Die wirkliche Zahl der arbeitenden Kinder ist natürlich viel höher.

1918—1931

Holzschnitt von Hans Gerber

„Die haben die Suppe eingebrockt, und wir dürfen sie auslöffeln."

Gulasch-Winter

Der kommende Winter soll ein richtiger Sparwinter werden. Wenn man die diesbezüglichen Programme des Reichsfinanzministers, des Arbeitsministers, des Städtetags usw. betrachtet, so steht schon heute fest: auf den Beamtungen wird diesen Winter die Arbeit nicht ausgehen. Es soll zwar u. a. auch nachgeprüft werden, wie weit der Behördenapparat in seinem gegenwärtigen Umfang aufrecht erhalten werden kann, aber selbst wenn es da und dort zu Einschränkungen kommen sollte, so ist doch zu erwarten, daß die Durchführung der umfassenden Sparmaßnahmen gar manchen wieder ins Brot setzen wird. Allein die geplanten Verwaltungsmaßnahmen, als da sind Beförderungssperre, Revision der Urlaubsbestimmungen, Einschränkung der Dienstreisen usw. usw. sind so weitschichtig, daß sie einer sorgfältigen und pfleglichen Behandlung bedürfen. Verwaltungstechnisch werden wir diesen Winter also vollauf zu tun haben; wahrscheinlich wird man sogar in einigen Sparten sich in ungewohnter Weise anstrengen müssen.

Einiges Kopfzerbrechen macht noch die Sicherstellung der Erwerbslosenhilfe. Man glaubt, daß man bei einem Anschwellen der Arbeitslosenziffer auf sechs oder sieben Millionen mit den bisherigen Methoden nicht mehr auskommen wird und „erwägt" da und dort, ob die Unterstützungen nicht teilweise durch Naturallieferung zu ersetzen wären.

Wenn man, sagt man sich, der Not der Arbeitslosen mit Gulaschkanonen zu Leibe rückt, ist das zugleich eine Hilfe für unsere gleichfalls schwer notleidende Landwirtschaft. Es hat zwar für den einfachen Laienverstand zunächst den Anschein, als ob die Verwässerung der Suppen nicht gerade eine Absatzsteigerung in Agrarprodukten zur Folge haben dürfte. Aber man denkt in Agrarkreisen ja mehr an das „preisstützende" Moment in der ganzen Angelegenheit. Staat und Kommunen werden die teuren Produkte unserer Landwirtschaft zu „angemessenen" Preisen abzunehmen haben, und von den Ersparnissen, die auf diese Weise zu erzielen sein sollen, werden nur die Mägen der Arbeitslosen, nicht aber die öffentlichen Kassen etwas zu spüren bekommen.

Eine solche Regelung würde indirekt eine weitere Subventionierung unserer Landwirtschaft darstellen, nichts weiter. Und das nicht nur durch Gelder des Staates, der angeblich am Ende seiner Kraft ist, sondern auch durch Mittel, auf die die Arbeitslosen auf Grund der Arbeitslosenversicherung und der für sie aufgebrachten Leistungen einen Rechtsanspruch haben. Diesem Anspruch durch Verabreichung von dünnen Bettelsuppen zu genügen, heißt die deutsche „Notgemeinschaft" weiter treiben, als nach Lage der Dinge nötig scheint. Man schafft zwar auf diese Weise alten Wohlfahrtstanten und Hurrapatrioten eine billige Gelegenheit, wichtig zu tun, aber das wird bei den meisten genau denselben fatalen Nachgeschmack hinterlassen wie bei den Arbeitslosen die dünnen Wassersuppen.

M.

Eine Niederlage des deutschen Imperialismus

In Genf ist der Völkerbund zu seiner Herbsttagung zusammengetreten. Im Europa-Ausschuß des Völkerbundes ist der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion endgültig begraben worden. Frankreich hat gesiegt, Deutschland und Österreich haben klein beigegeben. Österreich wird jetzt wohl eine Anleihe bekommen, Deutschland wird noch einige andere französische Bedingungen annehmen müssen. Für Brüning wird diese „Verständigung" nicht einfach sein, solange er die „nationale Opposition" im Rücken hat. Ein Grund mehr für ihn, seine Beziehungen nach rechts hin fester zu gestalten.

Einigkeit

Was das Kapital verlangt

Von Fritz Lenz

Der „Daily Herald", das Blatt der englischen Arbeiterpartei, das sich jetzt in Opposition zur Regierung MacDonald-Baldwin befindet, schreibt über die Vorgeschichte der englischen Regierungskrise u. a., die amerikanischen Banken hätten der englischen Regierung mitgeteilt, sie könne nur unter der Bedingung einen größeren Kredit erhalten, daß sie erhebliche Abstriche an der Arbeitslosenversicherung mache; wegen dieser Forderung der amerikanischen Banken sei es zum Bruch zwischen MacDonald und der Arbeiterpartei gekommen, und MacDonald habe dann, um die Forderung erfüllen zu können, ein Kabinett der „nationalen Selbsthilfe" gebildet. Schon vor der Bildung der Regierung MacDonald-Baldwin hat ein anderes Blatt, das „Journal of Commerce", erklärt, die französischen und amerikanischen Finanzleute seien bereit, England sofort einen Kredit von 400 Millionen Dollar zu gewähren und diesen Kredit sobald wie möglich in eine langfristige Anleihe umzuwandeln, unter der Bedingung, daß die englische Regierung die Arbeitslosenversicherung abbaue. Und so ist es ja auch geschehen.

Für den, der das kapitalistische Getriebe ein klein wenig durchschaut, ist das ja nicht verwunderlich. Der Kapitalist legt sein Geld nur an, wenn er die Sicherheit hat, daß er dabei profitiert, und der Profit muß eben aus den Arbeitenden herausgeholt werden. Deshalb lautet heute auf der ganzen Welt die Forderung des Kapitals: Herabsetzung der Selbstkosten (und unter Selbstkosten werden in erster Linie Löhne und „Soziallasten" verstanden).

Das ist in England genau so wie in Deutschland. Auch in Deutschland ist eine Regierung der „nationalen Selbsthilfe" im Bunde mit den Unternehmern am Werk, die Voraussetzungen für die Hilfe des Auslandskapitals zu schaffen, d. h. die „Selbstkosten" zu senken, damit die Anlage vom Kapital wieder mehr Profitmöglichkeiten bietet. Und die Presse, die als Sprachrohr des ausländischen Kapitals fungiert, gibt der deutschen Regierung dabei gute Ratschläge. So schreibt z. B. der „Temps" vom 19. August:

„Der beste Rat, den man heute dem Reich geben kann, ist, damit zu beginnen, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen und so nach innen und außen das Vertrauen wieder herzustellen, das die erste Vorbedingung eines dauernden Wiederaufstiegs ist ... Der Kredit Deutschlands ist allzusehr erschüttert, als daß es hoffen könnte, im Ausland neue Kapitalien leihen zu können, bevor es diese wichtigste Aufgabe erfüllt hat ... Die Anstrengungen, die Deutschland machen muß — und zwar nicht nur das Reich, sondern auch die Länder, die Kommunen und die Industrie, — ist im wesentlichen eine Sparsamkeitsmaßnahme ... Deutschland hat zuviel ausgegeben ... Die Aufblähung der Sozialausgaben ist vor allen Dingen bezeichnend ... Man kann hier denselben Fehler feststellen wie im englischen Haushalt: das wachsende Überhandnehmen der Soziallasten, dem die Finanzen keines einzigen Landes, wie groß auch seine Reichtümer sein mögen, auf die Dauer gewachsen sind. Eine der dringendsten Reformen, deren Notwendigkeit bereits Parker Gilbert vor einigen Jahren betont hat, ist die der kommunalen Finanzen."

Der „Temps" fordert also von der deutschen Regierung genau das, was die französischen und amerikanischen Kapitalisten von der englischen Regierung gefordert haben und was die — deutschen Kapitalisten von der deutschen Regierung fordern. Am 20. August hat der Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) seinen Mitgliedern in einem Rundschreiben mitgeteilt, er habe am Tag zuvor die Forderungen der Industrie dem Reichskanzler übergeben und ihn darauf aufmerksam gemacht, „daß die von uns (d. h. dem RDI) gewünschte positive Zusammenarbeit von Industrie und Regierung nur dann mit Erfolg fortgeführt werden kann, wenn die notwendigen Maßnahmen auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so schnell und umfassend durchgeführt werden, daß eine weitere Verschärfung der gegenwärtigen Lage abgewandt wird." Dann heißt es weiter: „Im Mittelpunkt des Selbsthilfeprogramms muß die organische Umgestaltung der Selbstkosten im Sinne einer möglichst weitgehenden Herabdrückung der Selbstkosten stehen." Deshalb habe der RDI von der Regierung gefordert: Herabsetzung der Steuern, der sozialen Abgaben, der Löhne und Gehälter; die Finanzpolitik der Gemeinden habe der RDI scharf kritisiert; außerdem habe er verlangt, daß alle Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere im Wohnungswesen, endgültig beseitigt werden. Das Rundschreiben schließt mit dem Satz: „Parallel mit dieser energischen Einwirkung auf das Kabinett, die von mündlichen Vorstellungen ergänzt wird, führen wir die Arbeiten auf allen unseren Tätigkeitsgebieten mit verstärktem Nachdruck fort."

Bei dem Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Arbeitslosen (in Deutschland und in England) sind, wie man sieht, die deutsche (und die englische) Regierung, die deutschen (und die englischen) Unternehmer und die französischen und amerikanischen Finanzkapitalisten einig. Und die Arbeiter?

Fritz Lenz

Exkaiser und Devaheim

Von dem Skandal um die Devaheim erfährt man jeden Tag ein neues Stück. Z. B. das folgende:

Als die mit der Devaheim zusammenhängende Baugenossenschaft des Evangelischen Volksbundes in Mülheim einmal in Schwierigkeiten war, bat sie die Hohenzollersche Vermögensverwaltung um einen Überbrückungskredit und erhielt 300 000 Mark, wofür sie bis zu 18 Prozent Zinsen zahlen mußte. Die Hohenzollern scheinen sehr geschäftstüchtig zu sein.

Jetzt aber, nach dem Zusammenbruch der Baugenossenschaft, ist das Geld für die Hohenzollern verloren. Vielleicht ist die Tatsache, daß neben 20 000 kleinen Sparern auch Wilhelm zu den Geschädigten gehört, für die Kirche (oder gar für den Staat?) ein Grund, die Verluste der Devaheim zu decken?

Ein Wendepunkt?

Das neue englische Kabinett sollte eine sogenannte „nationale" Regierung sein, das heißt: ein Koalitions- und Konzentrationskabinett aller drei Parteien, eine Zusammenfassung aller politischen Kräfte der Nation zu gemeinsamer Aufgabe, die im Interesse aller Schichten des Volkes liegt. In Wirklichkeit ist aber ein ausgesprochen bürgerliches Kabinett zustandegekommen, das zwar auf den Namen MacDonalds läuft, dessen ausschlaggebendes Mitglied aber der Konservative Baldwin ist.

Es ist nicht nur die Schuld MacDonalds oder Snowdens, daß es so gekommen ist, sondern auch das Verdienst der Arbeiterpartei.. Sie hat einen Trennungsstrich gezogen zwischen sich und den Ministern, die mit dem Klassengegner ein Bündnis eingegangen sind. MacDonald ist nicht mehr Führer der Labour Party, an seine Stelle ist Henderson getreten. MacDonald und Snowden haben bereits erklärt, daß sie sich wenn die dringende Sanierung der Staatsfinanzen durchgeführt sein wird, aus dem politischen Leben zurückziehen werden. Ihr Abgang ist kein eindrucksvoller: sie verlassen die Bühne nach einem Übergang von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen zur Klasse der Besitzenden.

Hinter den jetzt noch in in der Regierung befindlichen „Arbeiter"ministern stehen voraussichtlich nur sehr wenige Abgeordnete; es wurde zuerst mit etwa 20 gerechnet, aber wenn es zur Abstimmung kommt, werden es, so wie sich die Dinge inzwischen entwickelt haben, vielleicht nicht einmal die Hälfte sein. MacDonald ist von seiner Labour-Ortsgruppe aus der Mitgliederliste gestrichen worden.

Die Frage, warum die recht unradikale und unmarxistische englische Partei in dieser Situation so konsequente Prinzipientreue beweist, liegt nahe. Wir haben die unbestreitbare Tatsache vor uns, daß die Arbeiterpartei sich in Opposition zu ihrem obersten Führer gestellt hat, weil er versucht hat, sie gegen ihr Klasseninteresse in eine Front mit der gesamten Bourgeoisie zu bringen. Das wäre wahrscheinlich nicht so gekommen, wenn es in England eine ins Gewicht fallende kommunistische Partei gäbe. Da das Land aber seit 1918 im großen ganzen eine relative Prosperität hatte, wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen reformistischen und radikalen Arbeiterparteilern nie so scharf, daß es zur Spaltung gekommen wäre. Infolgedessen sind auch die radikaleren Elemente heute noch in der Partei und in den Gewerkschaften; die instinktive Erkenntnis dessen, was dem Wohl der Klasse zu- oder abträglich ist, wird nicht außerhalb der Labour Party errungen, sondern ist Gemeingut der einsichtigen und aktiven Elemente in den Arbeiterorganisationen. So konnte es zur Empörung gegen den Führer kommen.

Das Gegenbeispiel: Die deutsche sozialdemokratische Partei ist frühzeitig zum Sammelbecken der rein reformistischen, unradikalen, unrevolutionären Sozialisten geworden und hat infolgedessen keinen Gegensatz zwischen ihren Führern und sich empfunden, als sie die gleichen Wege ging, die jetzt MacDonald und Snowden eingeschlagen haben. Unsere sozialdemokratischen Minister machen seit 1918 genau das gleiche wie jetzt die englischen; die Partei hat nie daran gedacht, ihnen den Stuhl vor die Tür zu setzen, sondern ist ihnen begeistert gefolgt. Ihre politischen Ansichten sind die selben wie die ihrer Minister-Genossen.

Der Übergang in die Opposition bedeutet für die Labour Party freilich nicht den Übergang zum bewußten konsequenten Marxismus. Henderson ist schließlich aus dem gleichen Holz geschnitzt wie MacDonald. Wesentlich ist aber, daß die wirtschaftliche und politische Sachlage die Partei überhaupt zum Protest getrieben haben, daß die Gegensätze der Interessen einmal kraß in Erscheinung getreten sind, daß in der Arbeiterschaft einmal das Bewußtsein aufgeblitzt ist, daß Volksgemeinschaft eine leere Frase und daß die Politik ein Kampf zwischen zwei Klassen ist. Es darf erwartet werden, daß auf dem Boden der jetzigen Situation in der englischen Arbeiterschaft die marxistische Analyse des Staats und die Erkenntnis sozialer Beziehungen keimen und wachsen wird. Vielleicht fängt mit der Ausstoßung MacDonalds aus der Labour Party tatsächlich eine neue Epoche der englischen Arbeiterbewegung an: der Acker ist gepflügt, jetzt kann (und muß) gesät werden.

Max Barth

Der Film „Im Westen nichts Neues" ist jetzt in Deutschland zur unbeschränkten Aufführung freigegeben, nachdem die Herstellerfirma erklärt hat, sie werde den Film auch im Ausland nur in der in Deutschland genehmigten Fassung laufen lassen.

Wo bleiben die Juristen?

„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzug kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz."

So lautet Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Seit über einem Jahr werden wir durch Notverordnungen regiert, die auf Grund von Absatz 2 dieses Artikels erlassen werden. Steuern sind erhöht, Renten gekürzt, Versicherungen umgebaut worden, jetzt ist sogar den Länderregierungen die Ermächtigung erteilt worden, das Parlament auszuschalten und sich bei Sparmaßnahmen über das Landesrecht hinwegzusetzen — alles auf Grund von Art. 48 Abs. 2. Aber gibt dieser Artikel der Regierung bzw. dem Reichspräsidenten überhaupt das Recht zu solchen Notverordnungen? Wo sind die Juristen, die untersuchen, ob z. B. die geplante Änderung der Arbeitslosenversicherung oder die Erhöhung der Umsatzsteuer zu den „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen" gehören? Ich habe starke Zweifel daran, bin allerdings juristisch nicht gebildet und muß das Urteil den Fachleuten überlassen. Aber wo sind die Juristen, die dieses staatsrechtlich doch nicht unwichtige Thema behandeln?

Ich weiß wohl: Verfassungsfragen sind Machtfragen, und solange die Regierung die Macht hat, kann sie mit Artikel 48 regieren, auch wenn das juristisch nicht ganz begründet sein sollte; aber immerhin — die Juristen kümmern sich um so viele Dinge, die einem unnötig scheinen, warum sollten sie sich nicht einmal mit Artikel 48 befassen? Oder sind wir schon so weit, daß die Art, wie die Regierung diesen Artikel handhabt, eine juristische Kritik an dieser Handhabung unmöglich macht?

Jan Hagel

Viel Lärm um nichts

Seitdem wir im Vorstadium einer Bomben-Pleite dahinzockeln, wird die pp. Reichsreform wieder „ventiliert". Ist damit wirklich soviel los, wie man uns gerne weismachen möchte? Nein.

Erstens wird ja doch nicht sobald was daraus. Zweitens: bei der unnachgiebig partikularistischen Politik des ausschlaggebenden deutschen Landes Preußen kommt ja im besten Fall doch nur ein Großpreußen heraus. Und das Gesicht der preußischen Politik ist ja nicht das seiner aufgeschlosseneren westlichen Provinzen oder Berlins, sondern ein Gesicht mit weit leereren Zügen: der ostelbische Junker lewet noch. Wird die Reichsreform Wirklichkeit, so wird nicht Preußen reichisch, sondern das Reich preußisch werden, wie unter Wilhelm.

Drittens: daß eine Reform eine Ersparnis bringen könnte, ist nicht zu bestreiten. Aber auch der Bürokratismus in den aus Ländern zu Provinzen gewordenen Teilen des Reiches würde allerhand kosten, keine Angst, dafür würden unsere Verwaltungsfachleute schon sorgen! Und das, was erspart würde, das würde bei weitem nicht die Rolle spielen, die sich Gutgläubige jetzt vorstellen. Im Rahmen unserer kritischen Situation wäre es eine sehr unwesentliche Verminderung der Ausgaben. Es würde kein Arbeitsloser was davon spüren, daß durch die Schaffung des Einheitsstaats die deutschen Finanzen sich gebessert hätten.

Viertens und letztens: Die Reichsreform verdient zwar einiges Interesse, ist aber nichts Welterschütterndes. Mit einer Modernisierung der Fassade ist nicht viel getan, wenn das Fundament wackelt. Als ob uns gerade die Frage, wieviel Länder und Ländchen es im Deutschen Reiche gibt, auf den Nägeln brennte! In einer Zeit, in der längst schon das Wesen des Staates, die Frage der Staatsbeherrschung und der Neugestaltung seiner gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, geistigen Grundlagen aktuell ist; in einer Zeit, in der es sich fragt, wann und wie das abgewirtschaftete System, das mit unserem Volk spielt, durch ein anderes, wirksameres, nützlicheres ersetzt werden kann — ist es herzlich gleichgültig, ob morgen oder übermorgen noch schnell einige Wegweiser und Wirtshausschilder erneuert werden oder nicht.

Nicht der Umbau der Etagenwohnungen rettet ein Haus, das auf morastigem Grund steht. Reichsreformen und ähnliche Notstandsarbeiten mögen zwar den geschäftigen schwarzrotgoldenen Republikanern vorspiegeln, es sei mit ihrer Durchführung ein Werk geschaffen, dessen reicher Ertrag noch Generationen zugute kommen werde; aber in Wirklichkeit ist gar nichts geschaffen. Ob das Reich, wenn es einmal so weit ist, als Bundesreich oder als Einheitsstaat zusammenkracht, ist ziemlich nebensächlich gegenüber der Frage: wie räumt man das Gerümpel der Trümmer am schnellsten und gründlichsten auf, trocknet man den Sumpf, auf dem die wackere Ruine gestanden war und ihr Ende gefunden hat, errichtet man ein solides Fundament und konstruiert man ein stabiles, den Lebensbedürfnissen moderner, aufgeweckter Menschen angepaßtes neues Heim? Nein, die Reichsreform kann uns kaum in heilige Glut versetzen: unendlich wichtiger ist die Frage der Umgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems.

Karl Fehr

Razzia nach Waffen

Die berliner Polizei hat am 29. August eine große Razzia auf Waffen unternommen. 1000 Mann haben sich nach Mitternacht auf die Socken, beziehungsweise auf die Lastautos gemacht, um im Norden, Süden und Südosten der Stadt die Arsenale aufruhrlustiger Massen aufzuspüren und zu beschlagnahmen. Natürlich handelte es sich um Haussuchungen bei Kommunisten, nicht bei Nazioten.

Ganze Straßenzüge wurden umstellt, und um vier Uhr in der Frühe begann die Durchsuchung. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen. Nach der „B.Z." sah es so aus: „Die Waffenfunde waren erheblich: insgesamt wurden 15 Pistolen, mehrere Trommelrevolver, 24 Seitengewehre, 20 Dolche, ein Karabiner, eine große Menge Munition und zahlreiche sonstige Hieb- und Stichwaffen beschlagnahmt."

Man erfuhr später, daß es sich nicht um 15, sondern nur um 14 Pistolen gehandelt habe; das sei nur so nebenhin berichtigt: auf eine Pistole mehr oder weniger kommt es ja bei der Riesenmenge des aufgefundenen Materials nicht an.

◆

Wenn es der Polizei um Waffen zu tun ist, sollte sie sich lieber mal in den Privatkasernen der Nazis umsehen, die über ganz Berlin verstreut sind. Die „Vossische Zeitung" hat am 30. August einen längeren Artikel über diese Wachtstuben der Vaterlandsbefreier gebracht. Es gibt, sagt sie, in Berlin 108 „S.-A.-Heime", das heißt kasernenmäßige Unterkünfte für arbeitslose Nationalsozialisten. 2500 S.-A.-Leute sind in diesen Heimen Tag und Nacht untergebracht und spielen Soldätles. Die normale Tätigkeit der Besatzungen besteht darin, daß die Hälfte per Auto Geld und Lebensmittel schnorren geht, während die andere Hälfte Wache schiebt. Abends ist Instruktionsstunde. Über Straßenkampf, Handgranatenwerfen, Bau des Gewehres usw. Nachts werden Patrouillen in das von Feinden bedrohte berliner Gelände geschickt.

Die Schießscheiben, an denen die sichere Hand und der scharfe Blick der Krieger erprobt wird, sollen zum Teil das Bild Grzesinskis oder Severings tragen. Für verletzte Krieger gibt es heimliche Kliniken.

Denn diese Leutchen, die da im Frieden mit Leidenschaft Krieg spielen, dürfen womöglich den Behörden nicht in die Finger fallen, das versteht sich von selbst. Die Gefechte, bei denen ihr Blut fließt, sind nämlich nicht die einwandfreisten Beschäftigungen. Wenn es irgendwo in Berlin Stunk mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten gibt, wenn ein Frechling herausfordernd einen Sowjetstern auf dem Rockkragen trägt — flugs wird das nächstgelegene S.-A.-Heim angerufen, und schon stürmen die Wachleute mutig in die Schlacht, die vaterländischen Belange zu wahren. So eine nette, ausgebaute Organisation möchte ich auch gern haben, wenn ich die kommunistische Partei wäre.

Aber wenn ich sie hätte — ich hätte sie nicht lange. Die Polizei würde da schon nach dem Rechten sehen. Wie wär's, wenn sie sich in Ermangelung „kommunistischer Schlupfwinkel" auch einmal um die Nazikasernen kümmerte?

Peng

Fifi

Von Paul Heinkel

Genau vor acht Monaten bot sich mir die einmalige große Chance meines Lebens. Ich kam vom Stempeln. Meine Stimmung war mehr als mies. Da wedelte mir plötzlich aus einem auf der Kurpromenade haltenden eleganten Rolls Royce ein kleines Bologneserhündchen zutraulich entgegen. Verdammter Bourgeoisieköter, dachte ich, und wollte weitergehen, aber da sah ich, wie der im Wagen sitzenden Frau Generaldirektor M. Freudentränen in die Augen traten. Fifi (so hieß das reizende Tierchen) litt nämlich schon ein halbes Jahr an unheilbar scheinender Schwermut. Griesgrämig lag es in den vielen Kissen auf der Chaiselongue der Frau Generaldirektor, eine Wolke von Weltschmerz um sich. Irgend ein geheimnisvoller Kummer nagte an seiner zarten Hundeseele. Während es früher freundlich mit dem Schwänzchen wedelte, wenn es von der Frau Generaldirektor an den wohlgeformten Busen gedrückt wurde, antwortete es jetzt lediglich mit einem vorwurfsvollen Blick aus den melancholischen Augen. Es war entsetzlich!

Und nun auf einmal wedelte es nach langer Zeit der Enthaltsamkeit wieder mit dem Schwänzchen. Als ich sah, was da in dem Interieur der Frau Generaldirektor vor sich ging, da sagte ich zu mir: „Paul, das ist die große Chance deines Lebens!" „Jetzt oder nie", dachte ich, und trat mit Entschlossenheit an den vornehmen Wagen. Ich kraulte Fifi, das Schoßhündchen der Frau Generaldirektor M., hinter dem zarten linken Ohrchen. Ein hemmungsloses Freudengeheul war die Antwort. Fifi sah in mir offenbar die Erfüllung ihres Seins. Frau Generaldirektor schwamm in Wonne. Unnötig zu sagen, daß ich beim Chauffeur Platz nehmen mußte und mit in die Villa fuhr.

Es war ein Wendepunkt meines Lebens. Es war wie ein Traum.

Ich saß im Schlafzimmer der Frau Generaldirektor auf der Chaiselongue und kraulte das süße Tierchen, bis es müde und zufrieden in seinen Nachmittagsschlummer versank. Als ich an jenem Tag die Villa verließ, war ich neu eingekleidet und im Dienste der Frau Generaldirektor. Täglich vorerst drei Stunden war abgemacht. Die Stunde zu 1,50. Dafür sollte ich Fifi bei guter Laune halten. Ich wußte nicht, wie mir war. Als ich am Arbeitsamt vorbei kam, lungerten Hunderte untätig auf der Straße herum, jammerten über ihr Los, und schimpften in unflätiger Weise auf die herrschende Gesellschaftsordnung. Ich begriff das nicht. Wie konnte man auf eine Gesellschaftsordnung schimpfen, die solche Möglichkeiten bot? Ein Hündchen wedelt leicht mit dem Schwänzchen und schon hat einer eine auskömmliche und entwicklungsfähige Existenz!

Zu Hause fiel ich meiner Frau im Übermaß meines Glücks um den Hals. Sie glaubte, ich habe das große Los gewonnen, als sie aber die ganze Wahrheit erfahren hatte, da rollten ihr heiße Dankestränen über die abgemagerten Wangen. Wir saßen zusammen auf dem Sofa und schmiedeten Pläne. Es war mir klar, daß alles getan werden mußte, um den Posten zu halten und auszubauen. Nun galt es, Fifi dauernd bei guter Laune zu halten, und dabei zu vermeiden, daß ich schließlich überflüssig würde. Ich studierte in den Volksbibliotheken die Psychologie der Hunde. Mich selbst suchte ich nach der Methode Coué zu beeinflussen. Ich strebte nach einer harmonischen Seelenverfassung, um Fifi in keiner Weise zu irritieren. Ich las Ralph Waldo Trine „In Harmonie mit dem Unendlichen" und Gedichte von Cäsar Flaischlen. So fundiert mußte meine Tätigkeit Erfolg haben. Fifi zeigte denn auch in der Folge steigende Zuneigung. Sie war zu Frau Generaldirektor nur nett, wenn ich dabei war. Auf diese Weise verbrachte ich herrliche Stunden in der Villa. An manchen Tagen war ich fünf oder sechs Stunden beschäftigt. Ich verdiente sehr schön.

Abends, hinter meinem Weingläschen, sagte ich oft zu mir im Stillen: „Wer hätte das jemals gedacht!" Wenn mich Bekannte trafen, bekamen sie vor Neid Stielaugen. „Der hat es geschafft", war allgemein die Ansicht. Die ganz Boshaften fragten manchmal mit einem höhnischen Unterton, wie das wäre, wenn der Köter einmal das Zeitliche segne. Mich brachten solche Nadelstiche nicht aus dem Gleichgewicht.

Ich lebte in einer törichten Sicherheit dahin. „Sollte Fifi einmal eingehen — was Gott verhüten möge — wirst du bei dem großen Bekanntenkreis der Frau Generaldirektor schon was anderes finden," dachte ich. Meine Frau und ich saßen oft abend in der vergnüglichsten Stimmung beisammen; wir waren dankbar für die Tätigkeit, die nicht nur gut bezahlt war, sondern auch Befriedigung gewährte. Wie leicht hätte es sein können, daß mir eine jener mechanischen Arbeiten zugefallen wäre, bei denen man innerlich zermürbt wird. Fifis komplizierter Charakter dagegen stellte täglich immer neue schwierige Aufgaben. Ich freute mich, an ihnen zu wachsen und tat alles, um meine Kenntnisse zu erweitern.

So kam Weihnachten heran. Es packte uns der Übermut. Meine Frau hatte eine beachtliche Gans erstanden, und ich brachte ein paar Flaschen Affenthaler nach Hause. Wir lebten wie Gott in Frankreich. Auf dem Vertikow stand in einer broncierten Rahme Fifi, unsere Ernährerin. Ich trank auf Fifis Wohl und warf das Glas an die Wand, wie ich das beim Herrn Generaldirektor gesehen hatte.

Gleich nach diesen unvergeßlichen Tagen, diesen Höhepunkten in unserem Dasein, zogen dann die ersten unheildrohenden Wolken am Himmel auf. Eines Tages wedelte Fifi dem neuen Briefträger freudig zu. Zum guten Glück war Frau Generaldirektor nicht in der Nähe, aber ich war trotzdem zu Tode erschrocken. Abgründe öffneten sich. Ich wußte ein paar Stunden lang nicht mehr was ich tat. Völlig gebrochen kam ich zu Hause an. Ich sah das Ende herannahen, den Tag, an dem ein unbarmherziges Schicksal mich wieder in das Nichts zurückstoßen würde. Wenn meine Frau nicht Rat gewußt hätte, ich wäre schon damals verloren gewesen. Aber auf ihr Geheiß schenkte ich dem Briefträger fünf Mark. Dafür gab er Fifi bei nächster Gelegenheit einen Tritt. Daraufhin verkroch sich Fifi, wenn er kam. Meine Existenz war gerettet! Ich triumfierte. Zu bald. Ich wußte nicht, daß die Katastrofe mit Riesenschritten nahte.

Als ich nämlich eines Tages das Schlafzimmer der Frau Generaldirektor betrat, wedelte Fifi nicht mehr. Sie beschnupperte mich und floh dann vor mir. Nur mit Widerwillen war sie in meine Nähe zu bringen. Das Blut gefror mir zu Eis. So muß es einem Mörder sein, den man zur Hinrichtung abholt. Ich ging zum Arzt. Er vermutete, daß es sich um eine veränderte Ausdünstung infolge eines beginnenden Nierenleidens handle. Was war zu tun? Ich rieb mich vor dem Dienst mit Fleischextrakt ein, aber es nützte nichts. Fifis Zuneigung zu mir war dahin. Man sah förmlich, wie die alte Melancholie wieder in sie zurückkehrte. Traurig und teilnahmslos lag sie wieder auf ihren Kissen. Sie aß nicht mehr. Wahrscheinlich war ich für ihren Weltschmerz die letzte entscheidende Enttäuschung. Frau Generaldirektor vermutete es wenigstens.

Brief über russische Politik

An die Redaktion der Sonntags-Zeitung, Stuttgart.

„Vor der Europa-Kommission in Genf hat der Vertreter Rußlands, Litwinow, am 18. Mai den Vorschlag gemacht, die europäischen und amerikanischen Staaten sollten sich in einem „Nichtangriffspakt" verpflichten, keine wirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die sich gegen Rußland richten. Zur Begründung seines Vorschlags sagte er u. a., Rußland treibe kein Dumping, es sei bei seiner Ausfuhr ja selber an hohen Preisen interessiert; es habe auch keinen „diabolischen Plan", die Wirtschaft anderer Länder in Unordnung zu bringen; der steigende Warenaustausch beweise, „daß das kapitalistische und das kommunistische Wirtschaftssystem ganz gut nebeneinander bestehen können"."

Diese Sätze sind in Nr. 22 der S.-Z. veröffentlicht worden, und zwar mit der Bemerkung: „Ohne Kommentar; zum Nachdenken." Vielleicht ist jetzt, da Litwinow in Genf wieder einen ähnlichen Vorschlag gemacht hat und da Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich (und Rußland und Polen?) schweben, nocheinmal Gelegenheit zum Nachdenken darüber, ob „das kapitalistische und das kommunistische Wirtschaftssystem ganz gut nebeneinander bestehen können".

Die Politik der Sowjet-Regierung ist offenbar auf der These aufgebaut, daß ein solches Nebeneinanderbestehen möglich und für eine gewisse Zeit (für wie lange?) notwendig ist. Aber vielleicht darf man sich doch manchmal fragen, ob diese Auffassung nicht falsch und verhängnisvoll ist. Denn die Konsequenz dieser These ist die, daß die Sowjet-Regierung im Innern unter größten Anstrengungen den Fünfjahresplan durchführt und nach außen Frieden und Ruhe wünscht und jede Unruhe fürchten muß, daß ihre erste Sorge also der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft im eigenen Land ist und daß es für sie erst in zweiter Linie von Bedeutung ist, ob in einem andern Land die Revolution die Vorbedingungen sozialistischer Aufbauarbeit schafft.

Man soll nicht sagen, diese Rangordnung sei unwichtig. Daß die Führung der Kommunistischen Internationale so häufig versagt, daß es gegenwärtig außer in Deutschland nirgends eine starke kommunistische Partei mehr gibt, wird oft (etwas spießbürgerlich) einzelnen Persönlichkeiten zugeschrieben (etwa Stalin, der nie aus Rußland hinausgekommen sei und die außerrussischen Verhältnisse nicht kenne). Aber der wahre Grund liegt doch tiefer, nämlich eben darin, daß die Fragen der kommunistischen Politik in den nichtrussischen Ländern für die russische Regierung Fragen zweiten Ranges sind, daß die Bedürfnisse der Internationale denen der russischen Aufbauarbeit untergeordnet werden. Wenn die russische Regierung sagen würde: unsere erste Aufgabe ist es, möglichst rasch auch in andern Ländern der Revolution zum Siege zu verhelfen, und unsere isolierte Arbeit in Rußland ist nur ein (möglichst abzukürzendes) Provisorium, dann würde es in der kommunistischen Internationale sicher bald anders aussehen. Heute aber ist, wenn man es etwas übertrieben ausdrückt, die russische Regierung, die bei der Durchführung des Fünfjahresplans mit ausländischen Lieferungen und mit Export rechnet, am guten Funktionieren des Kapitalismus interessiert (sie hat keinen „diabolischen Plan", die Wirtschaft anderer Länder in Unordnung zu bringen, sagt Litwinow). Die Konsequenzen einer falschen Auffassung setzen sich eben in der Politik durch, auch wenn das von den Handelnden nicht gewollt und ihnen nicht einmal bewußt ist.

Das sind einige Andeutungen (die, wie gesagt, hie und da etwas zugespitzt formuliert sein mögen). Unnötig zu sagen, daß von allen politischen Ereignissen seit 1917 für mich nur das, was in Rußland geschehen, von Interesse und daß es für mich immer noch die größte Hoffnung ist. Aber die Bewunderung sollte die Kritik, die sich aufdrängt, nicht unterdrücken, besonders wenn es um so grundsätzliche Fragen geht. Vielleicht veröffentlichen Sie aus diesem Grunde meinen Brief.

Hochachtungsvoll Fritz Deeg

Am 4. August ist, wie der dortmunder „Generalanzeiger" berichtet, der Bergmann Otto Witt aus Lintfort aus seiner Wohnung herausgesetzt worden. Zwölf Kumpels halfen ihm, den Hausrat auf einem Wagen zu der ihm zugewiesenen Notwohnung zu schaffen. Dabei brachten sie an dem Wagen eine Sowjet-Fahne an. Ein Polizist machte sie darauf aufmerksam, daß ein solcher „Umzug" gegen das Umzugsverbot verstoße. Trotzdem ließen sie die Sowjet-Fahne weiter wehen.

Ende: Schöffengericht; drei Monate Gefängnis für Witt wegen Verstoßes gegen das Umzugsverbot.

Gehaltssünder?

In der „Christlichen Welt" hat ein Pfarrer Veller sich kürzlich darüber beklagt, wie sehr heute zwischen Pfarrer und Gemeinde die „Gehaltssünde" stehe, zumal in ärmeren Gemeinden. Zwischen dem „am Rande des Hungers schreitenden" Proletariat und dem im Genuß eines auskömmlichen und relativ sicheren Einkommens befindlichen Pfarrer sei ein Damm aufgeworfen, der die Seelsorge erschwere, ja weithin unmöglich mache: seelsorgerliche „Besuche wirken nicht mehr entspannend, versöhnend, sondern verbitternd und werden fast als eine Frechheit empfunden".

Das Echo auf den Artikel war stark. Er hat einige Zustimmung gefunden, aber mehr Ablehnung. Die war zu erwarten. Veller hatte sich in seinem Artikel darüber entsetzt, daß die seinem Pfarrblatt regelmäßig beiliegende Zeitschrift des Reichsbundes für höhere Beamte nichts zu kennen scheine als Gehalts- und Standesinteressen, und daß der evangelische Pfarrstand zu solcher Einstellung schweige „oder gar noch kräftig mittue"; in den Zuschriften, die ihm daraufhin reichlich zugingen, hat er „in einen wahren Abgrund unsozialer Gesinnung sehen müssen". Er verrät nicht, was die hartnäckigen Gehaltssünder alles zur Verteidigung ihres Standpunktes vorbrachten, aber nach dem, was sich teilweise ans Licht der Öffentlichkeit wagte, ist es sicher starker Tobak gewesen. In Briefen geht man eher aus sich heraus.

In der „Christlichen Welt" ergriff eine Pfarrfrau zu dem heiklen Thema das Wort, im „Deutschen Pfarrerblatt" tat es ein berliner Superintendent. In beiden Zuschriften empört sich das „gute Gewissen" über die Zumutung, von der Höhe seines akademisch vorgebildeten Standes herunter zu steigen: „Der Pfarrer kann doch nicht seine Familie von den höheren Ständen und ihren Lebensbedingungen absperren"; „soll man die Pfarrhäuser herunterziehen, die Kinder in Fabriken oder Geschäfte schicken?" Es ist eine Zumutung! „Die kleinen Leute haben dem Pfarrer noch nie seinen Gehalt gegönnt" — dabei leisten sie sich oft Dinge, die man sich in einem mit Kindern gesegneten Pfarrhaushalt nicht leisten kann. So ist dieses mißgünstige Proletariat!

So unbekümmerte und forsche Antworten hat Veller sicher nicht erwartet. Da ist nichts von jenen zarten Gewissensbedenken, daß das „Besserhaben zugleich ein Teilhaben an der Schuld der Gesellschaft" sei. Die Robusten sehen die Sache anders: wenn „unten" an den bescheidenen Pfarrgehältern „herumgemarktet" wird, so ist das ein Beweis a) für mangelnde Einsicht in die Bedürfnisse des Pfarrstandes, b) für einen nicht unbedenklichen Neid. Beides Dinge, unter denen übrigens schon der Apostel Paulus zu leiden hatte (1. Thess. 2, 9; 2. Thess. 3, 8). So ist es nun mal in der Seelsorge! Punktum!

Veller täuscht sich nun allerdings, wenn er annimmt, die Gehaltssünde sei allein schuld an dem Damm, der sich zwischen Pfarrer und Volk aufgerichtet hat. Das Mißtrauen geht tiefer als die Schlagwörter, deren sich das Volk im Alltag bedient. Es ist zwar noch nicht reif genug, um des religiösen Zuspruchs ganz entbehren zu können, aber es fühlt deutlich, daß das Walten der Kirche auf eine Unterstützung des herrschenden Systems hinausläuft. Nicht daß die Pfarrer hohe Gehälter haben, wird übelgenommen, sondern daß sie im andern Lager stehen. Wenn heute z. B. in der millionenfach verbreiteten religiösen Presse (und auch sonst) systematisch naive und kindliche Vorstellungen gepflegt werden, die vielleicht in die Welt Spitzwegs paßten (vielleicht!), so erzielt man damit — gewollt oder ungewollt — das, was heute auch die Industrie durch ihre sattsam bekannten Methoden der „Menschenbewirtschaftung" zu erreichen sucht: eine Lähmung der Kräfte des aufstrebenden Proletariats. Diese eindeutige Sachlage kann durch solche an und für sich gut gemeinten Ergüsse über die „Gehaltssünde" nur verschleiert werden. Die wahren Gewissensbedenken eines Pfarrers beginnen nicht dort, wo er anfängt, sich über seine Entlohnung Gedanken zu machen, sondern dort, wo er sich ehrlich über die Rolle der Religion im Klassenkampf klar zu werden versucht.

Mauthe

Auf sonniger Höhe

Aus dem Buch: „Der Weltkrieg im Urteil der deutsch-protestantischen Kriegspredigt" von Lic. F. Koehler, Pfarrer in Berlin (Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1915) veröffentlicht das „Tagebuch" einige Zitate. U. a. folgende:

„Ein großer Befreier ist der Krieg, ein Reiniger sittlicher Ideen, ein Regenerator und Regulator der Frömmigkeit."

„Aber nun komm, du Krieg, und gib mir Gelegenheit, einer großen Sache, meinem Herrn, zu dienen, und ich weiß, daß du mich vollendest."

„Dankbar muß auch der altväterlichste fromme Gott dafür sein, daß uns durch unermüdliche und gewissenhafteste technische Arbeit der Ingenieure zur rechten Zeit die 42 cm-Mörser und die ausgezeichneten Unterseeboote als Helfer und Heilande geschenkt wurden."

„Deutschland, das mit solchen Tugenden und Kräften ausgerüstet in den Krieg zieht, ist wohl dazu bereit, den Krieg selbst als einen Gottesdienst zu erleben. Gewiß ein kühner, aber auch ein echt protestantischer Gedanke."

„Es ist doch tatsächlich so, daß Gott den deutschen Michel jetzt gründlich bei den Armen packt und ihn den anderen Völkern um die Ohren schlägt."

„Der Krieg fördert aus uns hervor die heiligsten Kräfte, die der Mensch besitzt und die ohne den Krieg im Schlafe bleiben würden."

„Wir wußten 1914 gar nicht — welch schlagender Beweis für unser gutes Gewissen! —, wofür wir uns eigentlich schlagen sollten; wir hatten auf die Frage, wozu wir eigentlich die Waffen ergriffen, zunächst gar keine befriedigende Antwort."

Zu diesen und andern Sätzen (die — man glaubt es heute manchmal kaum mehr — aus während des Kriegs gehaltenen Predigten stammen) läßt sich der Herausgeber des Buches, Pfarrer Koehler, also vernehmen:

„Mit all diesen noch vielfach variierten Gedankengängen, die uns auf die sonnige Höhe des protestantischen Idealismus führen, ist nun aber eine Kriegsbetrachtung und Kriegswertung erreicht, die schlechterdings nicht mehr überboten werden kann."

Akademische Bildung

Professor Strupp von der Frankfurter Universität berichtet aus einer Referendarprüfung folgende Erfahrungen (mit Studenten, die eine Reifepüfung und ein abgeschlossenes Hochschulstudium hinter sich hatten):

Frage: Wer war Rousseau? Antwort: Das weiß ich nicht, Herr Professor.

Frage: Wann hat Friedrich der Große gelebt? Antwort: Im 17. Jahrhundert. Frage: Sie meinten, nach 1700? Antwort: Nein, um die Zeit des Westfälischen Friedens (1648).

Von fünf Kandidaten wußten vier nichts von Montenegro. Der fünfte bezeichnete es als einen Teil Albaniens. Einer wußte die Hauptstadt Schwedens nicht, ein anderer nannte sie Oslo. Kowno wurde mehrfach als Hauptstadt Polens bezeichnet. Von 87 Studenten konnten nur 28 die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns aufzählen, 7 rechneten Albanien dazu, je 5 Bulgarien und Rußland, 3 ließen Serbien neben Südslawien fortbestehen usw.

Wenn Prüfungen im Krachmachen abgehalten würden, dann würde der eine oder andere von diesen „Akademikern" vermutlich besser abschneiden.

Lehrer und „Sonntags-Zeitung"

Unter dieser Überschrift hat die „Schwäbische Tageszeitung", das Organ des Württembergischen Bauernbundes, am 16. August 1931 folgende Zuschrift veröffentlicht:

„Die pazifistisch-kommunistische „Sonntags-Zeitung" wurde wegen hochverräterischer Artikel auf vier Wochen verboten. Es ist höchste Zeit gewesen, daß dieser Giftmischerin endlich einmal das Handwerk gelegt wurde. Leider ist ein großer Teil der Bezieher im Lehrerberuf tätig. Ist es möglich, daß Volkserzieher heute noch in dieser Zeit durch Bezug dieser Zeitung helfen, den Hochverrat zu finanzieren? Kann dies der Staat seinen Beamten gestatten? Es soll jeder seiner politischen Meinung leben, aber Hochverrat steht doch außerhalb der Volksgemeinschaft und es kann mir kein Staat zumuten, meine Kinder zu einem Lehrer zur Erteilung des Geschichtsunterrichts, der in hohem Maße Gesinnungsunterricht ist, zu geben, der geistig von hochverräterischen Zeitschriften lebt.

Wenn der Staat nicht eingreift, was aber, wie wir hoffen, geschehen wird, sind wir zur Selbsthilfe gezwungen und werden uns die Lehrerbezieher dieses Schandblattes selbst näher besehen. Bauern, erlaubt nicht, daß eure Kinder in der Schule vergiftet werden, sondern wehret euch um das Beste, das ihr habt: Die Seele eurer Kinder!

Ein Vater."

Alle Lehrer, die bisher die S.-Z. gelesen haben, werden sie jetzt abbestellen und die „Schwäbische Tageszeitung" abonnieren.

Nach einem Bericht des Amerikaners Dr. Lorwin auf dem Internationalen sozialökonomischen Kongreß betragen die Gesamtkosten des Weltkrieges rund 1700 Milliarden Mark.

Was soll ich noch sagen? Nach zwei Tagen war es mit Fifi zu Ende. Für die Frau Generaldirektor war ich der Mörder. Sie zog sich zurück und ließ sich nicht mehr sehen. Ich saß völlig gebrochen im Gesindezimmer. Meine letzte Hoffnung war noch der Reporter vom Generalanzeiger. Er interviewte mich drei Stunden lang, ich vermittelte ihm interessante Einzelheiten aus Fifis Leben und hatte im Stillen die Hoffnung, in Fifis Nachruf lobend erwähnt zu werden. Es wäre wenigstens ein kleiner Trost gewesen.

Er brachte über Fifi genau 83 Zeilen, mich erwähnte er in einem Nebensatz. Er hätte es lieber nicht tun sollen. Niemand aus der besseren Gesellschaft wird mir jemals wieder einen Hund anvertrauen. Mein Leben ist vernichtet. Ich bin ins Nichts zurückgesunken, aus dem ich auf kurze Zeit hoffnungsvoll emporgetaucht war. Meine Frau ist gestern vor Kummer gestorben. Der Sturz von der Höhe kam ihr zu rasch. Sie ertrug es nicht.

La Rosa Blanca

Von dem in Mexiko lebenden B. Traven ist ein neues Buch „Die weiße Rose" erschienen (Preis gebunden 5 Mark). La Rosa Blanca ist eine Hacienda im Norden des Staates Vera-Cruz. Ihre Bewohner leben noch in primitiven, naturhaften Bindungen. Rosa Blanca ist für sie die Welt. Sie wissen nichts weiter. Ihr Leben ist von der Farbigkeit, aber auch zugleich von der Schwermut der Erde. Ihr Schicksal ist, daß ihr Fleck Erde Petroleum enthält. Das bedeutet Kampf. Das Ölkapital muß die Erde anzapfen, auch wenn es das Paradies selbst in eine verschmierte und ölige Einöde verwandeln muß, und der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Trusts zwingt dazu, so viel als möglich ölhaltiges Land mit Beschlag zu belegen. Die amerikanische Condor-Oil-Companie hat darum ihr Auge auch auf Rosa Blance geworfen. Das Profitstreben der Gesellschaft hat auch sie in seinen Plan einbezogen.

Aber Hacinto, der Besitzer, will sie nicht abgeben. Dem „verlausten" Indio ist Land noch keine Ware, und Geld macht absolut keinen Eindruck auf ihn. Er hat nicht wie der Präsident der Öl-Gesellschaft eine „fürstliche" Mätresse, die ein eigenes Schloß und eine Yacht beansprucht, und die Baptisten erwarten nicht von ihm, daß er ihnen eine Kirche baue. Er will auf Rosa Blanca sein primitives Leben weiterleben, nichts weiter.

Also ist gegen ihn Gewalt nötig! Das Kapital hat willige Helfer, auch solche, die vor einem Mord nicht zurückschrekken. Mr. Abner, der den Mord an Hacinto arrangiert, ist genau so vom Ölkapital bezahlt, wie der General de la Huerta, der zu gleicher Zeit politische Wirren entfacht. Solange die Mexikaner sich gegenseitig die Schädel einschlagen, haben sie keine Zeit, nach der Rechtsgültigkeit von Kontrakten zu fragen: auch nicht nach dem zweifelhaften Kontrakt, der über Rosa Blanca zustande gekommen ist. Und deshalb verwandelt sich die blühende Hacienda plötzlich in ein lärmendes und stinkendes Ölfeld. Ihre Bewohner werden jählings aus ihrem paradiesischen Idyll herausgerissen und hineingestoßen in die gärende Umwandlung, die einen halben Erdteil ergriffen hat.

Traven ist ein ausgezeichneter Kenner und Schilderer der indianischen Welt. Er stellt sie hier dem amerikanischen Ölkapitalismus und seinen skrupellosen Vertretern gegenüber und zeigt, daß sie rettungslos verloren ist, wenn sie sich nicht mehr als bisher auf die in ihr schlummernden Kräfte besinnt. Der Untergang von Rosa Blanca endet darum bei ihm nicht in wehleidiger Romantik, so sehr auch seine Liebe den Primitiven gilt. Im Hintergrund erhebt sich das erwachende Mexiko der zu politischer Einheit drängenden Massen der Bauern und Arbeiter. Diesen heroischen Kampf und diese fantastische Welt zu schildern, ist Travens Stärke. Er kennt sie durch und durch. Leider hat er sich in diesem Buch zu sehr in der Schilderung des Ölkapitalismus und der Geistesverfassung der „oberen Vierhundert" USA's verloren. So blieb ihm zu wenig Raum, den unvergleichlich zähen Kampf zu schildern, den der Eingeborene Mexikos trotz allen Niederlagen gegen den eindringenden Amerikanismus führt.

„Die weiße Rose" ist aber trotz diesen Mängeln ein erstaunlich farbiges und lebendiges Buch.

hm

Liebe S.-Z.

Roda Roda macht im Romanischen die Bekanntschaft eines in weitesten Kreisen unbekannten Literaten. Der, des eignen Werts mitnichten unbewußt, erfüllt die Ohren des Meisters der Anekdote mit unermüdlichen Anspielungen auf die eigenen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschienenen oder nichterschienenen Werke. Bis Rodas Bedarf gestillt ist.

„A propos", fragt er, „unter welchem Anonym schreiben Sie eigentlich?"

Notturno

Manchmal, in der Nacht,
wenn man zufällig erwacht,
fällt einem ein:
Wie mag das jetzt bei Hitler sein?

Hält er im Schlaf die Hände angelegt
ans Pyjama oder an die Nachthemdnaht
(man befürchtet, daß er — als Deutscher — letztere trägt)
wie ein gutgezogener Zinnsoldat?

Träumt er von seinem Braunen Haus,
daß es die Juden heimlich nach Jerusalem tragen?
Oder malt sich sein Unterbewußtsein aus,
wie im Dritten Reich bei seinem Anblick die Herzen höher schlagen?

Träumt er von Pogromen oder von Weißwurst und Radi,
von Brüning oder von der Hofbräuhauskathi?
Hat er im Traum ein Gerstenkorn am linken Lid
und kann also aus Prestigegründen nicht vor die Öffentlichkeit treten?
Sieht er ein Schreckbild, wie ein jüdischer Leutnant vom Leder zieht
und ein Regiment S.-A.-Leute von hinten erdolcht, während sie ihr Nachtgebet beten?

Ach, solche Alpträume und noch viel mehr
machen vielleicht Adolfs Nachtschlaf bitter und schwer.
Bei Jehowotan, jeder hat seine Sorgen!
Noch einen Kuß, Schatz! Schlafen wir weiter. Bis morgen.

Mufti Bufti

Literatur

Hausierer. Gesellschaftskritischer Roman. Von Franz Jung. Verlag „Der Bücherkreis G. m. b. H.", Berlin SW 61. Preis 4,80 Mark. — Wenn man die Grundtendenz dieses neuen Buches von Jung kurz darstellen will, dann so: Jedes Geschäftsunternehmen ist nicht nur, sondern muß folgerichtig unmoralisch sein. Kleine Hausierer werden auf die Käufer losgehetzt, straucheln und werden gefaßt, und in Wirklichkeit ist ihr Tun nur die Konsequenz des Gebarens der Großunternehmer, die dahinter stecken. Es ist ein Arbeitsroman des Kaufmanns, oft etwas langatmig, aber im ganzen interessant; erschütternd für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht. Jungs frühere Bücher waren kampfesfreudiger, wenngleich auch sie stets in einer gewissen Trostlosigkeit endeten.

S.

Kinderarbeit

Im württemb. Landtag ist vor einiger Zeit darauf hingewiesen worden, daß die Gutsverwaltung der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim in den Sommermonaten eine größere Anzahl schulpflichtiger Kinder von neun Jahren an mit Unkrautziehen und ähnlichen Arbeiten beschäftige und sie auch bei der bevorstehenden Ernte zu verwenden gedenke. Unter den rund 100 Kindern befänden sich besonders viel kleine und schwächliche Mädchen. Die Schulpflichtigen würden von 1 bis 6 Uhr, die Schulentlassenen von 6 bis 11 Uhr verwendet. Es wurde mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß es in der nächsten Umgebung von Hohenheim hunderte von Arbeitslosen gibt, die froh wären, gegen angemessene Bezahlung Beschäftigung zu finden, und daß gerade ein staatlicher Betrieb die Vorschriften über den Schutz von Kindern und Jugendlichen einzuhalten verpflichtet wäre.

Die Kinderarbeit ist in Deutschland nur für gewerbliche Betriebe eindeutig geregelt. Kinder unter vierzehn Jahren dürfen in Betrieben mit mehr als zehn Arbeitern und mit Motorwerkstätten nicht beschäftigt werden; Beschäftigung von dreizehn Jahren an ist erlaubt, wenn das Kind nicht mehr schulpflichtig ist. Unter gewissen Umständen können schulpflichtige Kinder drei Stunden, in den Ferien vier Stunden beschäftigt werden, niemals jedoch nach acht Uhr abends oder vor acht Uhr früh.

Am häufigsten werden die Kinder in der schwer kontrollierbaren Hauswirtschaft und Landwirtschaft herangezogen, für die besondere Schutzbestimmungen bei uns in Deutschland noch nicht bestehen. Von über neun Millionen Volksschulkindern unter vierzehn Jahren wurden im Jahr 1922 allein in der Landwirtschaft 1 770 000 beschäftigt, und daß sie in den Bestellungs- und Erntemonaten nicht nur drei bezw. vier Stunden herangezogen werden, liegt schon in der Natur des bäuerlichen Betriebs.

Noch schlimmer steht es mit den Heimarbeiterkindern, besonders in den sogenannten Elendsgebieten; die ganze Familie, vom Jüngsten an, arbeitet bis spät in die Nacht hinein, um sich kärglich über Wasser halten zu können. Die Beispiele wären beliebig fortzusetzen. Es gibt tausend Möglichkeiten, die vorhandenen Schutzbestimmungen zu umgehen, und tausend Notwendigkeiten, die kinderreiche Familien von sich aus dazu treiben.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf hat man sich kürzlich besonders über die Frage der Kinderarbeit in nicht gewerblichen Betrieben beschäftigt. Gegen die dabei geoffenbarte Gesinnung soll nichts gesagt sein. Es wird gekämpft für die „Beseitigung der Kinderarbeit und die Verpflichtung, die Arbeit Jugendlicher der beiden Geschlechter so einzuschränken, wie es notwendig ist, um ihnen die Fortsetzung der Ausbildung zu ermöglichen und ihre körperliche Entwicklung sicher zu stellen", aber gleichzeitig sieht man in der Praxis, daß die Jugendlichen immer früher in den Strudel des Erwerbslebens hineingezogen werden, während Familienväter über dreißig Jahre schwer tun, Arbeit zu bekommen (von den schulentlassenen Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren sind heute nahezu die Hälfte erwerbstätig). Das System will es eben so. Wahrscheinlich sind die Arbeitslosen um Hohenheim herum froh, daß ihre Kinder dort eine Gelegenheit haben, etwas zum Unterhalt der Familie zu verdienen.

Frida Leubold

Kleine Krisen-Chronik

Anfang Mai: Defizit im Reichshaushalt: 1,25 Milliarden Mark.

10. Mai: Die französische Kammer wendet sich mit 470 gegen 0 Stimmen gegen den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion.

13. Mai: Die Österreichische Kreditanstalt teilt mit, daß bei ihr 140 Millionen Schilling Verluste entstanden seien; das Ausland beginnt Geld abzuziehen (bis zum 26. Mai etwa 600 Millionen Schilling).

23. Mai: Auch in Deutschland beginnen die Geldabflüsse.

26. Mai: Die Reichsbank muß zum erstenmal zur Stützung des Markkurses Devisen abgeben. Gerüchte, Deutschland werde ein Moratorium für die Reparationszahlungen beantragen.

Ende Mai: Die Geldabziehungen des Auslandes werden stärker.

30. Mai: Verlust beim Nordstern-Versicherungskonzern: 28 Millionen.

31. Mai: Beginn des leipziger Parteitags der SPD.

3. Juni: Brüning und Curtius reisen nach Chequers. Die Reichsbank muß weiterhin Devisen abgeben.

5. Juni: Notverordnung zur Sicherung des Reichshaushalts.

6. Juni: Die „Welt am Abend" (Berlin) bringt eine Meldung über Schwierigkeiten bei der Danatbank. Wird dementiert.

10. Juni: Bei der Norddeutschen Wollkämmerei (Nordwolle-Konzern, Gebr. Lahusen) werden große Verluste bekannt.

11. Juni: Die Reichsbank muß 60 Millionen, am 12. Juni 200 Millionen Mark in Devisen abgeben.

14. Juni: Der Reichsbankdiskont wird von 5 auf 7 Prozent heraufgesetzt.

16. Juni: „Kritischer Tag erster Ordnung".

In Deutschland: Eine drohende Regierungskrise wird vermieden und die Regierung Brüning gerettet dadurch, daß die Sozialdemokratie auf ihre Forderung, den Reichstag einzuberufen, dann auch auf die, den Haushaltsausschuß einzuberufen, verzichtet. Das Reich erhält von deutschen Banken daraufhin einen Kredit von 250 Millionen.

In Österreich: Das Kabinett Ender tritt zurück. Kreditanstalt und Staat stehen vor dem Bankrott. Verhandlungen über eine Auslandsanleihe scheitern, weil die österreichische Regierung die von Frankreich gestellten politischen Bedingungen (vor allem Verzicht auf die Zollunion) nicht annehmen will. Abends springt die Bank von England ein und gibt einen Kredit von 150 Millionen Schilling.

17. Juni: Bis zu diesem Datum hat die Reichsbank mehr als eine Milliarde zur Stützung des Markkurses ausgegeben. Die französischen Banken ziehen (offenbar nach einem gemeinsamen Plan) ihre Kredite aus Deutschland zurück.

20. Juni: Der amerikanische Präsident Hoover schlägt ein Reparationsfeierjahr vor. Starke Hausse an den Waren- und Geldmärkten, die aber bald abflaut, da die französische Regierung den Hoover-Vorschlag nicht annimmt.

24. Juni: Brüning spricht im Rundfunk; betont die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung.

27. Juni: In Paris beginnen die französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Moratoriumsvorschlag Hoovers.

Anfang Juli: In Deutschland und England tauchen Pläne auf, das Reparationsmoratorium nötigenfalls auch ohne Frankreich in Kraft zu setzen. Die Reichsbank muß weiterhin Devisen abgeben. Gerüchte über Schwierigkeiten bei der Danatbank werden vom WTB dementiert.

6. Juli: Die französische Regierung und die Vertreter der USA in Paris einigen sich über das Reparationsmoratorium.

7. Juli: Die Verluste beim Nordwolle-Konzern werden auf 200 Millionen Mark geschätzt.

9. bis 11. Juli: Flug des Reichsbankpräsidenten Luther nach London und Paris. Die französischen Banken ziehen auch in London Geld ab, um die englischen Banken zu zwingen, ihr Geld aus Deutschland zurückzurufen, und um zu verhindern, daß England (wie im Falle Österreich) die deutschen Kreditwünsche unterstützt. Die Kapitalflucht aus Deutschland (auch die inländische) wird stärker.

11. Juli (Samstag): Dr. Luther kehrt aus Paris zurück — ohne Geld, da er offenbar über die von Frankreich gestellten politischen Bedingungen gar nicht verhandelt hat. In Berlin beginnen sofort die Beratungen der Reichsregierung, der Reichsbank und der Großbanken darüber, was nach diesem Fehlschlag der Kreditverhandlungen zu tun sei.

12. Juli (Sonntag): Die Verhandlungen in Berlin gehen weiter bis Montag Früh 3 Uhr. Die Danat-Bank teilt mit, daß sie am Montag nicht werde auszahlen können. Weder die Banken noch die Reichsregierung scheinen den Ernst der Lage ganz erkannt zu haben: die Banken lassen die Danatbank fallen, und die Reichsregierung begnügt sich damit, die Garantie für die Einlagen der Danatbank zu übernehmen.

13. Juli (Montag): Die Schalter der Danatbank bleiben geschlossen. Unruhe im Publikum. Starke Abhebungen bei den Banken und Sparkassen, die bald nicht mehr voll auszahlen können. Dr. Luther fliegt nach Basel zu einer Sitzung der BIZ; erhält keinen Kredit. Die Reichsregierung erklärt deshalb den 14. und den 15. Juli zu Bankfeiertagen.

15. Juli: Der Reichsbankdiskont wird auf 10 Prozent erhöht. In London starke französische Geldabzüge.

16. Juli: Brüning und Curtius reisen nach Paris, von dort mit französischen Regierungsmitgliedern nach London.

16. Juli bis 5. August: Beschränkter Zahlungsverkehr.

18. Juli: Nordwollekonzern in Konkurs.

20. Juli: Zusammenbruch der Schröder-Bank in Bremen.

22. Juli: Die Londoner Konferenz empfiehlt den Kreditgebern, ihre kurzfristigen Kredite in Deutschland zu belassen. Über die Einzelheiten beginnen in Basel Verhandlungen.

27. Juli: MacDonald und Henderson in Berlin.

31. Juli: Die Reichsbank erhöht den Diskont auf 15 Prozent. Das Reich übernimmt 300 Millionen Mark Vorzugsaktien der Dresdner Bank und bei der Danatbank die Garantie auch für die Wechselverbindlichkeiten.

4. August: Brüning spricht im Rundfunk; zieht die Folgerung aus den fehlgeschlagenen Kreditverhandlungen: vorläufig „nationale Selbsthilfe" als Voraussetzung für spätere Auslandshilfe.

5. August: Die Banken öffnen ihre Schalter wieder; am 8. August auch die Sparkassen. Brüning und Curtius in Rom.

11. August: Die Reichsbank setzt den Diskont auf 10 Prozent herab.

19. August: Die „Stillhalte"-Verhandlungen in Basel führen zu dem Ergebnis, daß etwa 6 Milliarden kurzfristiger ausländischer Kredite auf 6 Monate in Deutschland gelassen werden.

1. September: Die Reichsbank setzt den Diskont auf 8 Prozent herab.

Bankerotterklärung

Das Institut für Konjunkturforschung gibt die Abteilung Delphi auf: es werden keine Orakel mehr verzapft. Das Institut kann, so sagt es, gegenwärtig keine Voraussage für den Arbeitsmarkt aufstellen.

Und warum nicht? Weil „der akute Ausbruch der Kreditkrisis" an die „Fundamente der Wirtschaftsentwicklung" gerührt und „den organischen Ablauf der Depression" unterbrochen hat. Man sollte meinen, gerade die Vorausberechnung solcher Krisen gehörte zu den Aufgaben des Instituts für Konjunkturforschung, die andeutungsweise Darstellung des Ablaufs einer — wenn auch unvorschriftsmäßig auftretenden — Depression sei ein Teil seiner Arbeit. Aber das ist offenbar ein Irrtum. Solange die Situation sich nach den Lehrsätzen der Schul-Konjunkturforschung abspult, gibt das Institut seine Wetterberichte für die nächste Pleitenepoche heraus; aber wenn einmal ein Ernstfall eintritt, wenn es sich darum handelt, der katastrofalen Kalamität ins Auge zu sehen, sie auf Herz und Nieren zu prüfen und zu sagen, wie sie beschaffen ist, wo ihr unheilvoller Kern steckt, wie sie sich voraussichtlich entwickeln wird und wie man ihr mit einiger Aussicht auf Erfolg beikommen kann, erklärt sich das Institut für unzuständig und wird lyrisch-mythologisch. Es vergleicht die Ereignisse in Wirtschaft und Finanz mit Erdbeben und Brandkatastrofen und redet vom „ehernen Rhythmus der Jahreszeiten, der die Höhe der Arbeitslosigkeit mitbestimmt".

Vor dem unerforschlichen Walten der Natur stoppt es den bis dahin ehernen Rhythmus seiner Vorhersagen ab und überläßt es der irritierten Menschheit, mit den gefährlichen Problemen selber fertig zu werden. Die Herren vom Institut für Konjunkturforschung muten einen an wie wackere Pfarrherrn: die verweisen auch, wenn's um Sein oder Nichtsein geht, auf den lieben Gott: der sei da allein noch zuständig, die Grundfragen des Seins lägen außerhalb ihrer Kompetenz.

Ix

Aus dem Vorkriegsreichstag

Reichensperger: „Meine Herren, ich meine, wir hätten im Deutschen Reiche schon mehr als hinreichend Gelegenheit, eingesperrt zu werden." (6. März 1874)

v. Kardorff: „Deutschland ist dasjenige Land, welches von allen Ländern allein wirklich wertvolle Lumpen hat." (13. Dezember 1876)

Dr. Meyer: „Aber das kann ich sagen: aus der gesamten Lektüre, die ich gepflogen habe, habe ich die Überzeugung nicht gewinnen können, daß wir in der Produktion von Kohl hinter anderen Nationen zurückstehen." (17. März 1885)

Payer: „Was so eine richtige deutsche Geduld ist, die wird überhaupt nicht erschöpft." (25. November 1885)

Dr. Windthorst: „Stramm ist ja das Lieblingswort in Deutschland." (10. Juni 1887)

Dr. Böckel: „Der Herr Vorredner hat auch angeführt, wieviel Leute in Deutschland verurteilt werden. Es werden fast soviel Leute verurteilt, als überhaupt da sind." (30. Januar 1891)

Bebel: „Der Staat hat allezeit verflucht wenig nach Moral gefragt." (17. Juni 1872)

Schröder: „Meine Herren, dumme Menschen und ungeschickte Menschen, Leute mit kleinem Gehirn — die werden fast nie von der Regierung verfolgt, wenigstens nicht von der preußischen." (19. Dezember 1876)

Kleinigkeiten

Byzantinismus. Herrn Josef Wirth ist in Stuttgart eine Entgleisung passiert: er hat in einer Rede gedroht, daß demjenigen, der die Hand (zur Revolution) erheben werde, das nützliche Glied abgeschlagen werde. Gewisse Blätter der Reichs- und Weltstadt, z. B. die „Vossische Zeitung" und das „Achtuhrabendblatt", haben den betreffenden Passus (den zu verschweigen sie sich nicht getrauten, obgleich der größere Teil der „anständigen" Presse diesen feigen Ausweg gewählt hat) mit lakaienhafter Schönfärberei geändert. Es heißt bei ihnen nur, die erhobene Hand werde niedergeschlagen werden. — Das sind die Organe des aufrechten Bürgertums mit dem Männerstolz vor Königsthronen!

Generalprobe. Nach der „Humanité" haben bei der Einnebelung eines lothringischen Industriewerks, die im Rahmen gewisser Luftmanöver stattfand, vierzehn Arbeiter schwere Vergiftungen erlitten, obwohl sie auf das Alarmsignal hin sofort ihre Gasmasken anlegten. — Wenn sie's noch ein paarmal im Frieden probiert haben, sind sie vielleicht im Ernstfall immun gegen die Gase.

Nicht einmal ... Auf der Generalversammlung der Dresdner Bank, die vor einigen Tagen stattgefunden hat, mußten sich die Herren Direktoren auch gegen den Vorwurf zu hoher Gehälter wehren. Ein Mitglied der Direktion hat dies mit den Worten getan, daß einschließlich der Tantiemen „das bestbezahlte Vorstandsmitglied nicht einmal die Hälfte einer Million" beziehe. — Schrecklich, wie nieder diese Gehälter sind!

Kaum glaublich. Inserat in der sozialdemokratischen magdeburger „Volkswacht": „Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am Donnerstag, den 9. Juli, das Ehepaar A. T. Beide Gatten sind seit Jahren treue Leser der „Volkswacht". Sie blieben dabei bei voller Gesundheit." — Da können sie von Glück sagen.

Ein schwer Verärgerter. Ein Oberschullehrer (Schwerkriegsbeschädigter; Offizier des Beurlaubtenstandes) in Quedlinburg hat unter dem Eindruck der diversen Notverordnungen, die bis jetzt sein Netto-Einkommen um 24 v. H. gemindert haben, dem Herrn Reichspräsidenten einen Brief geschrieben, mit dem er gleichzeitig dem Deutschen Reich die ihm in der großen Zeit überlassenen Auszeichnungen zurückgegeben hat. — Es hat einiger Notverordnungen bedurft, bis er hinter die Frase vom „Dank des Vaterlandes" kam.

Sparen kostet Geld. In Gotha hat der Stadtrat die Stelle eines ehrenamtlichen Beigeordneten in die eines besoldeten umgewandelt. Der Oberbürgermeister hat (laut „Frankfurter Zeitung") diese Umwandlung mit der Erklärung begründet, durch die vom Reich „befohlenen" Sparmaßnahmen werde die Arbeit der Gemeindebeamten stark vermehrt.

Sprüche der Weisheit. Ein Warenhauskonzern hat in seiner magdeburger Filiale an die Kunden Abreißkalender abgegeben, auf denen für jeden Tag ein Sinnspruch vermerkt war. Unterm 11. August — dem Verfassungstag — war der bedeutungsvolle Spruch zu finden: „Laß dich nicht verblüffen!"

Kleines Versehen. In Breslau hat das Reichsbanner durch Plakate zu einer Verfassungsfeier eingeladen; der offenbar zerstreute Setzerlehrling machte aber eine Notverordnungsfeier daraus. Durch rasches Überkleben der ominösen Stelle konnte die „erhebende" Feier noch gerettet werden.

Der Ersatz. Auf einer Tagung des Deutschen Museumsbundes hat Museumsdirektor Dr. Hartlaub in einem Referat über die Existenzberechtigung der Museen u. a. gesagt, es sei allenthalben zu beobachten, daß der Museumsbesuch in den letzten Monaten erheblich zugenommen habe; das sei ein Zeichen dafür, wie weite Kreise gerade in der Notzeit nach einem geistigen Gegengewicht suchen. — Das deutsche Volk wird im kommenden Winter zwischen Suppenküchen und Museen hin und her pendeln.

Literatur. Der Schriftsteller Otto Herzog ist dieser Tage wegen Beleidigung vor Gericht gestanden. Er hat seinen Verleger einen „Schweinehund" und „betrügerischen Hochstapler" geheißen, weil sein Bühnenstück „Krach um Leutnant Blumenthal", das in republikanischem Sinn geschrieben war, plötzlich bei Piscator mit kommunistischer Tendenz gespielt wurde, und weil der Verleger zu allem Überfluß auch noch eine nationalsozialistische Fassung vorbereitete. — Mit auswechselbarer Tendenz kommt ein Verleger eben heute weiter als mit starrer Gesinnung.

Opfer unerhört. In der medizinischen Fachpresse hat, wenn man dem „Tempo" glauben darf, der Direktor einer großen Frauenklinik einen Artikel über die „ungeborenen Opfer der Motorräder" veröffentlicht. Es existiere zwar keine Statistik darüber, aber der Zusammenhang zwischen Motorradfahren und „Unfällen" in den ersten drei Monaten der guten Hoffnung sei doch unverkennbar; schuld seien die durch holperige Wege hervorgebrachten „ungewöhnlichen Erschütterungen des Körpers". — Nun weiß man doch, weshalb sich das Motorrad so großer Beliebtheit erfreut.

Die Kost. Das Christliche Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, empfiehlt „recht warm": „Pilgermanna. Erbauliche biblische Betrachtungen mit Liedern. Diese Kost ist in Jahrzehnten erprobt und bietet für jeden Tag eine Menge lebensfördernder Energien und Kalorien ..." — Und die Vitamine?

Höchste Zeit. Die „Ostschweiz" (St. Gallen) brachte am 25. August unter „Kirchliches" folgende Notiz: „Um von Gott bessere Witterung zu erflehen, sollen beim sonn- und werktäglichen Gottesdienste besondere Gebete verrichtet und in der hl. Messe die oratio imperata Nr. 17 eingeschaltet werden. Das bischöfliche Ordinat." — Worauf es dann endlich besser wurde.

Marxistische Arbeiterschule. 12. September, 20 Uhr, im großen Saal des Eduard Pfeifferhauses, Heusteigstraße 38: Eröffnungsfeier zu Beginn des Winterhalbjahres. Gezeigt wird u. a. der Film: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Karten 60 Pfg., für Erwerbslose 30 Pfg. Vorverkauf: Arbeiterleihbibliothek Gartenstraße 19, Literaturvertrieb Holzstraße 10, SAZ, Büro der Masch Hauptstätterstraße 96, Redaktion der S.-Z. Tübinger Straße 18.

Für den Fonds der S.-Z. (Postscheckkonto Stuttgart 19844, Die Sonntags-Zeitung) sind eingegangen: bis 27. August: 58,50 Mark; vom 28. August bis 3. September: 40 Mark; zusammen 98,50 Mark. Besten Dank! Ebenso denen, die Adressen für Probenummern geschickt oder neue Abonnenten geworben haben.

Zweihundert Abonnenten sind infolge des vierwöchigen Verbots abgefallen. Wer hilft 200 neue gewinnen?

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 146 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Lest: Kurella

Mussolini ohne Maske

mit 60 Fotografien

Geb. 5 Mark, kart. 3,50 Mark

Von B. Traven sind bis jetzt im Buchhandel erschienen (und vom Verlag der S.-Z. zu beziehen):

Das Totenschiff Preis 5 Mark

Die weisse Rose Preis 5 Mark

Stuttgart, 13. September 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 37

Zurück zur Natur

Einige preußische Kreislandtage haben, wie man in den Zeitungen lesen kann, beschlossen, die Steuern von den Bauern auch in Naturalien anzunehmen und diese Naturallieferungen an die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger weiterzuleiten. Im preußischen Wohlfahrtsministerium haben daraufhin Besprechungen stattgefunden, in denen diese Maßnahmen gebilligt wurden. Eine allgemeine gesetzliche Regelung soll offenbar vorerst weder über die Naturalsteuern noch die Naturalunterstützung getroffen werden; das Wohlfahrtsministerium scheint abwarten zu wollen, wie die unteren Behörden mit der neueingeführten „Naturalwirtschaft" zuwege kommen.

So hilft die preußische Regierung mit an der von interessierter Seite propagierten Änderung der Erwerbslosenunterstützung, wonach ein Teil der Unterstützung in Naturalien ausbezahlt werden soll. Die sozialdemokratische Partei fordert zwar in ihrem „Kampfprogramm", daß die Naturalleistungen nur „zusätzlich" sein sollen, d. h. auf die Geldunterstützung nicht angerechnet werden dürfen, aber die von der preußischen Regierung gebilligte Praxis schlägt dieser Forderung jetzt schon ins Gesicht. Denn daß die Behörden in Preußen so menschenfreundlich sind, ihre in Naturalform eingehenden Steuern einfach zu verschenken, das ist doch wohl nicht anzunehmen.

*

Wenn in der Frage der Naturalsteuern die gesetzliche Regelung noch auf sich warten läßt, so wird auf einem andern Gebiet die Rückkehr zur Natur auf gesetzlich gut unterbautem Weg vor sich gehen können. Die Reichsregierung hat nämlich einen Siedlungsplan (der wohl bald durch Notverordnung zum Gesetz erhoben werden wird) ausgearbeitet, nach dem in nächster Zeit etwa 100 000 Wohlfahrtserwerbslose angesiedelt werden sollen. Diese Erwerbslosen sollen zu „Selbstversorgern" werden und aus der Barunterstützung ausscheiden. Jeder erhält zwei bis vier Morgen Land und ein kleines Haus (das allerdings erst noch gebaut werden muß, und zwar zum Teil auf Kosten der Unterstützung, die der künftige Siedler jetzt noch erhält). Da die Siedlungen in der Nähe von Großstädten errichtet werden, kann der Siedler später vielleicht neben seiner Gartenbeschäftigung auch noch in der Fabrik arbeiten (falls er einen Arbeitsplatz bekommt), denn die Regierung scheint doch daran zu zweifeln, ob eine solche Siedlungsstelle ihren Mann voll ernähren kann.

Mit der Siedlung soll noch im September begonnen werden; bis nächstes Frühjahr sollen 100 000 Erwerbslose angesiedelt sein. Die Kosten werden auf 200 Millionen Mark geschätzt. Zum Reichskommissar für Siedlung wird Treviranus bestellt werden.

Soll man die Einwände gegen diesen Plan aufzählen? Nur einige wenige: Die kleinen Bauern und Siedler, die Erfahrung in landwirtschaftlicher Arbeit haben, können heute kaum mehr leben — wie soll der neu angesiedelte Erwerbslose aus seiner Siedlerstelle seinen Lebensunterhalt herausbringen? Er wird (da er Fabrikarbeit wahrscheinlich nicht bekommen wird) zur Heimarbeit oder zum Schuldenmachen gezwungen sein. Die Gefahr, daß beim Bau und bei der Beleihung der Siedlungshäuser die Spekulation ihr Unwesen treibt, wird sich kaum vermeiden lassen. Das Endergebnis wird meistens sein, daß der Siedler in seiner Lebenshaltung noch tiefer sinkt als der Wohlfahrtserwerbslose in der Stadt. Dieser „notwendige Versuch" (wie die sozialdemokratische Presse den Siedlungsplan nennt) hat mit wirklich wertvoller Siedlungspolitik, d. h. mit der Ansiedlung von Bauernsöhnen auf möglichst schuldenfreiem Grund und Boden, nichts zu tun.

*

In seinen jungen Jahren hat der Kapitalismus die letzten Reste der Naturalwirtschaft vernichtet; einen großen Teil der bäuerlichen Bevölkerung hat er vom Land vertrieben und in den Städten zusammengeballt. Jetzt kann er die Massen nicht mehr ernähren. Als Heilmittel wird nun empfohlen, die Naturalwirtschaft wieder einzuführen und einen Teil der Stadtbevölkerung wieder aufs Land abzuschieben. Aber diese „Rückkehr zur Natur" bedeutet nur noch größere Verelendung. Nein, es gibt keinen Weg zurück, sondern nur einen Weg vorwärts, über den Kapitalismus hinaus zu sozialistischer Wirtschaft.

Hermann List

Das Kampfprogramm der Sozialdemokratie

Unter dieser (drei Spalten breiten) Überschrift berichtet die sozialdemokratische Presse über eine Entschließung der Reichstagsfraktion, in der u. a. gefordert wird:

Sicherung der Lebenshaltung des deutschen Volkes. Kontrolle des Reiches über die Banken. Errichtung eines Kartellamtes. Reform des Aktienrechtes. Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft. Verbilligung des Brotes durch Herabsetzung der Zölle. Verhinderung jeden weiteren Lohnabbaus. Durchführung der 40-Stunden-Woche.

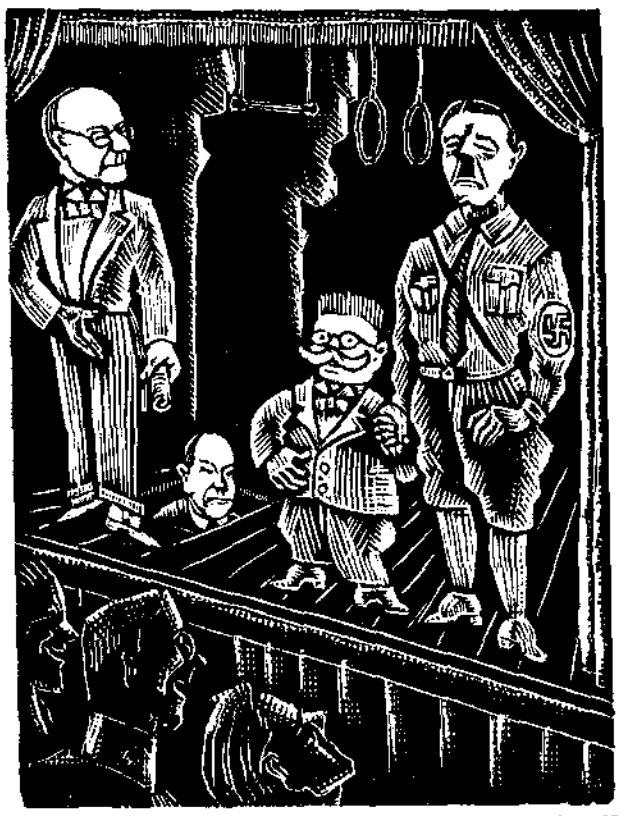
Leider geht aus der Entschließung nicht hervor, mit welchen Mitteln die Sozialdemokratie für diese Forderungen kämpfen wird.

Die Untertanen

„Man hält den Zeitgeist für eine journalistische Frase und nicht gewohnt, irgend etwas unregiert zu lassen, kann man sich da und dort nicht dazu verstehen, an Gefahren zu glauben, welchen die Polizei nicht gewachsen wäre. Hat man doch die Unterthanen gewöhnt, jedes Losungswort und alles Heil nur von Oben zu erhalten und immer erst der amtlichen Begutachtung und Weisung gewärtig zu seyn. Jetzt kam denn auch die Noth und gewohnheitsmäßig verlangte der Unterthan die Regierung solle sich zwischen ihn und die Noth stellen. Die Regierung macht einige kostbare Anstrengungen, die aber dem ungeheuren Bedürfnisse bei weitem nicht genügte. Sie verwies die Armen nach dem Gesetz an ihre Gemeinden. Die Armen pochten auf ihr Recht. Die Krawalle von Stuttgart und Ulm ..."

Aus: „Der Beobachter", ein Volksblatt aus Württemberg, vom 16. Oktober 1847

Die neue Nummer



Holzschnitt von Hans Gerner

„Da Herr Curtius seine Rolle ausgespielt hat, werden jetzt die Herren Hugenberg und Hitler ihren Illusionsakt vorführen"

In fünf Monaten

Die akute Bankenkrise ist vorbei, der Geldverkehr wickelt sich wieder reibungslos ab, die Reichsbank muß nicht mehr zur Stützung der Währung eingreifen, ausländische Kredite werden nicht mehr abgezogen — ist nicht alles in Ordnung?

Nur dem äußern Anschein nach. In Wirklichkeit aber sind eben Staat und Wirtschaft in einigen Ländern (nicht nur in Deutschland) so zerrüttet, daß der Bankrott nur noch durch einen Vergleich vermieden (oder hinausgeschoben) werden konnte. In Deutschland z. B. dadurch, daß die ausländischen Gläubiger auf die Rückzahlung von 5½ Milliarden kurzfristiger Kredite vorläufig, bis zum 16. Februar 1932, verzichteten. Da die deutschen Banken erklärten, die Rückzahlung sei unmöglich (ist das nun eigentlich eine Bankrott-Erklärung oder nicht?), blieb den Gläubigern nichts anderes übrig als auf sechs Monate (vom 16. August ab gerechnet) „stillzuhalten".

5½ Milliarden sind eine ungeheure Summe, eine Umwandlung in eine langfristige Anleihe ist kaum möglich — es wird also zum mindesten ein großer Teil dieser Schuldsumme in fünf Monaten zurückgezahlt werden müssen. Sind fünf Monate heute eine so lange Zeit, daß diejenigen, die es angeht, sich wegen dieses Termins keine Sorgen zu machen brauchen? Manchmal hat man den Eindruck, als ob unsere politischen und wirtschaftlichen Führer sich an das Bibelwort hielten: „Sorget nicht für den andern Morgen ..." Wir wollen uns deshalb einmal ihre Sorgen zu eigen machen und fragen: Wie sind die Aussichten?

Schlecht. Der Bericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 1. September (der vorsichtigerweise fast auf jede Prophezeiung verzichtet) sagt es deutlich genug: In den europäischen Industrieländern stockt die Investitionstätigkeit; das führt zu einer Marktverengung im Innern und damit zum Zwang, die Ausfuhr zu forcieren, vor allem die Ausfuhr in die Rohstoffländer. Die Rohstoffländer aber wehren sich gegen Einfuhr; der ungeheure Sturz der Rohstoffpreise hat ihre Finanzen völlig zerrüttet, sie müssen Schulden zurückzahlen (soweit sie ihnen nicht gesendet sind), müssen sich also möglichst einschränken und die Einfuhr abdrosseln. Trotz Warenvernichtung und Produktionseinschränkung geht die Preisbaisse (und damit auch der Produktionsrückgang) weiter. Durch diesen Wertschwund der Güter bei steigenden Zinssätzen, sagt der Bericht weiter, wachse das Mißverhältnis von Gläubigeransprüchen und Leistungsmöglichkeit der Schuldner; deshalb müsse den Überinvestitionen in der Welt, die zur Krise führten, eine radikale Kapitalabschreibung folgen; je rascher sie vorgenommen werde, desto eher und gründlicher werde der Weg für einen neuen Aufschwung der Wirtschaft frei.

In Deutschland sei dieser notwendige Prozeß durch die staatliche Bankensubventionierung verzögert worden. Deshalb befänden sich die Banken nach wie vor „in einer ihre Bewegungsfreiheit aufs stärkste einengenden Illiquidität, wobei nicht einmal zu übersehen ist, inwieweit Preissturz und Insolvenzen das Fundament der Aktiven angenagt und dadurch den Überbau der Passiven gefährdet haben."

Der Bericht sagt also: Weder von den Industrieländern noch von den Rohstoffländern aus ist ein baldiger Konjunkturumschlag zu erwarten; denn der zur Selbstheilung der Krise notwendige Prozeß der „Wirtschaftsschrumpfung" (d. h. der Werteverichtung) und der entsprechenden Kapitalabschreibung ist noch nicht beendet (besonders bei den deutschen Banken nicht).

Nach diesem Bericht kann es jeder Bankdirektor nun für sich abmachen, mit welchen Hoffnungen er dem 16. Februar 1932 entgegengehen will.

Fritz Lenz

Die Zollunion

In Genf und im Haag

Wir haben in unserer äußeren Politik schon lange keine solche Ohrfeige mehr bezogen wie jetzt in der Frage der Zollunion. Curtius und Schober haben in Genf klipp und klar erklären müssen, daß auf die Union verzichtet wird. Nicht einmal die Verlegenheitsfrase von einer „Zurückstellung" des Plans ist gestattet worden; und trotzdem ist ein großer Teil der französischen Presse noch nicht zufrieden. (Oder tut wenigstens, aus taktischen Gründen, so.) Es war ein sauberes, unzweideutiges Canossa.

Politik nach eigenen Prinzipien zu machen, eigene politische Ziele anzustreben und trotz der Mißbilligung anderer, durchzusetzen, das bringt im kapitalistischen Welt-Organismus eben nur derjenige Staat fertig, der finanziell gesichert ist. Wir sind's nicht, wir pfeifen zwar nicht auf dem letzten Loch, aber wir haben es schwer genug, Atem zu schnappen. Und Österreich braucht wieder einmal Geld vom Ausland. Wem es so dreckig geht, der muß tanzen wie andere pfeifen.

Derjenige, nach dessen Melodie zurzeit das Bein geschwenkt wird, ist Frankreich. Es hat mächtige Goldreserven angesammelt; es ist das relativ reichste Land, selbst England ist zu gedämpften Tönen gezwungen, weil es bei Frankreich in die Kreide gestiegen ist. Trotz eingefleischter Sympathie für die Franzosen und das, was sie an kulturellem Wert für die Welt verkörpern, fällt es einem schwer, Groll zu unterdrükken gegen dieses Land, das sich unbelehrbar und konservativreaktionär darin gefällt, den gefährlichsten und schrecklichsten Militarismus der Nachkriegszeit aufzubauen und mit finanziellen Mitteln imperialistischste Politik zu treiben, sich durch die zusammengehamsterten Goldschätze Europa zu unterwerfen.

Nicht genug, daß die Außenminister der beiden deutschen Staaten gezwungen worden sind, vor dem Völkerbund auf die Durchführung ihres Projekts zu verzichten — man hat unmittelbar danach auch im Haag ein ausgesprochenes Tendenzurteil gefällt, das ohne Mühe hätte vermieden werden können.

Zur Entscheidung stand die Frage des Völkerbunds, ob die deutsch-österreichische Zollunion im Widerspruch mit gültigen Verträgen stünde. Der internationale Gerichtshof im Haag besteht aus 15 Mitgliedern; eines davon ist ein Vertreter Deutschlands (Schücking). Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: daß die Zollunion den Verträgen nicht widerspreche, fanden sieben Mitglieder, nämlich die Vertreter von Deutschland, England, Belgien, USA, Holland, Japan, China. Als mit den Verträgen in Widerspruch stehend erklärten acht Mitglieder die Union. Es waren: Frankreich, Polen, Spanien, Italien, Rumänien, Kolumbien, San Salvador, Kuba. Sieben von ihnen fanden einen Widerspruch zum Vertrag von St. Germain und zum Genfer Protokoll (das Österreich 1922 unterzeichnen mußte, um eine Anleihe zu bekommen), einer, der Kubaner, nur zum letzteren.

Auf die Würdigung der Rechtslage ist es bei diesem Urteilsspruch nicht angekommen. Man hat Theater gespielt. Auch die Engländer und Belgier sind Gegner des deutsch-österreichischen Plans gewesen; aber man hat sich sorgfältig bemüht, das Prestige Deutschlands möglichst zu schützen und ihm trotzdem in der Sache unrecht zu geben. Infolgedessen stimmten die angesehenen angelsächsischen Staaten samt dem Präsidenten, dem Japaner Adatschi, für den deutschen Standpunkt, während Frankreich und seinen Trabanten die Aufgabe zufiel, im Verein mit Italien und einigen außereuropäischen Kleinstaaten den abschlägigen Bescheid zu begründen.

Dieses Theater mit klug verteilten Rollen wurde mit ernsten Mienen heruntergespielt. Es wurden sogar, peinlich sorgfältig, vier verschiedene Gutachten abgegeben. Das erste, das der Mehrheit, begründete die Ablehnung mit dem Genfer Protokoll. Das zweite ist von der Minderheit erstattet und begründet den gegenteiligen Standpunkt (Zollunion nicht im Widerspruch mit den Verträgen). Das dritte stammt von sechs der ablehnenden Richter: dem Franzosen, dem Spanier, dem Polen, dem Rumänen, dem Kolumbier und dem Salvadoreaner. Die Herren sind der Ansicht, daß die Union nicht nur dem Genfer Protokoll, sondern auch dem Friedensvertrag von St. Germain widerspreche. Das vierte Gutachten ist das des Italieners Anzilotti. Er erklärt, daß die Union zu beiden Verträgen im Widerspruch stehe, aber nur deshalb, weil es sich um eine Verbindung zwischen Österreich und Deutschland handle. Er meint, „daß eine ähnliche oder sogar eine noch weitergehende Zollunion zwischen Österreich und der Tschechoslowakei nicht die geringste Schwierigkeit aufgeworfen hätte", weil der Sinn der betreffenden Klauseln in den beiden Verträgen einzig der gewesen sei, die Vereinigung Österreichs mit Deutschland, nicht aber mit anderen Staaten, zu verhindern. Man darf, ohne Herrn Anzilotti unrecht zu tun, wohl hinter dem als Beispiel angeführten „Tschechoslowakei" ein in Wirklichkeit gemeintes oder mitgemeintes „Italien" lesen.

Anzilottis Gutachten ist recht interessant und wertvoll, weil es zynisch und ehrlich das wahre Gesicht internationaler Vertragspolitik enthüllt. Nicht um die Innehaltung von schönen, allgemeinverbindlichen Prinzipien, die durch die Verträge angeblich gesichert werden sollen, geht es, sondern um die Durchführung der Machtpolitik derjenigen Staaten, die in der glücklichen Lage sind, Verträge aufzuzwingen und über ihre Auslegung entscheiden zu dürfen. Der internationale Gerichtshof hat kein anderes Gesicht als der Völkerbund: beides sind Institutionen, deren Aufgabe es ist, als Werkzeuge dem Machtwillen der stärkeren Staatengruppe zu dienen. Daß das Urteil gegen die Zollunion ausgefallen ist, ist nicht wichtig. Wichtig und wertvoll ist aber die Entlarvung der Rolle der internationalen Rechts- und Verwaltungsinstitutionen. Und in diesem Sinne hat das Urteil und besonders das Gutachten des Italieners uns einen guten Dienst geleistet.

Barth

Die Folgen in Berlin

Wieviel politische Einsicht dazu gehört, die Außenpolitik eines Staates zu leiten, die politischen Kräfteverhältnisse zu überblicken und die Wirkungen einer bestimmten Aktion (etwa des Zollunionsplanes) vorauszusehen, das wird wohl nie genau festgestellt werden können. Daß aber keine über-

natürlichen Fähigkeiten dazu gehören, das zeigen folgende Zitate:

„Das Bekanntwerden dieses Planes hat Deutschland völlig isoliert. Die Staaten der Kleinen Entente, Frankreich und auch England haben sich sofort zur Abwehr zusammengeschlossen, nicht nur, weil sie durch das überraschende Vorgehen Deutschlands verärgert waren, nicht nur weil sie als Folge des wirtschaftlichen Zusammenschlusses den politischen kommen sahen, sondern vor allem weil sie natürlich den Kernpunkt des Zollplanes: das Vorstoßen des deutschen Kapitals nach Südosten, erkannt haben."

S.-Z. vom 10. Mai 1931

„Warum diese einmütige und schroffe Ablehnung? Weil der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion einen Angriff auf eine politische und wirtschaftliche Festung Frankreichs, auf das Fundament seiner Hegemoniestellung bedeutet. Politisch: denn die Staaten der Kleinen Entente sind ein Teil des Ringes um Deutschland; wirtschaftlich: denn in diesen Staaten hat das französische Kapital ein gewinnbringendes Tätigkeitsfeld gefunden. Niemals wird Frankreich zulassen, daß seine Stellung hier geschwächt wird. Wer an dieser Stelle angreift, muß wissen, daß er mit dem Feuer spielt."

S.-Z. vom 17. Mai 1931

„Wahrscheinlich wird der deutsche Imperialismus mit diesem Versuch nichts erreichen. Die französische Vorherrschaft ist nicht nur wirtschaftlich und militärisch, sondern auch juristisch, durch den Wortlaut der Verträge so gut gesichert, daß, um das Versailler System zu erschüttern, schon größere Kraftanstrengungen nötig sind, als sie die deutsche Bourgeoisie heute vollbringen kann."

S.-Z. vom 24. Mai 1931

„Heute steht die deutsche Regierung am Grabe der Zollunion. So geschlagen ist selten ein Politiker von einer Konferenz heimgekehrt wie Curtius aus Genf. Frankreich hat wieder einmal seine überragende Stellung bewiesen ... Das ist die Lehre von Genf: Das „Versailler System", d. h., wenn man von den Verträgen absieht und aufs Wesentliche geht: die politische, militärische und finanzielle Vormachtstellung Frankreichs in Europa, ist unerschüttert."

S.-Z. vom 31. Mai 1931

„Noch hatte Curtius Genf nicht verlassen, als schon die „Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Angriff gegen ihn begann. Die Zeitung, die vorher den Zollunionsplan bejubelt hatte, malte Deutschlands Niederlage in Genf in den schwärzesten Farben und schob alle Schuld an der Isolierung Deutschlands Herrn Curtius in die Schuhe (als ob nicht der Zollunionsplan an sich zu dieser Isolierung führen mußte!). Also weg mit Curtius!"

S.-Z. vom 7. Juni 1931

„Bei den kommenden Verhandlungen wird Frankreich Deutschland gegenüber folgende Forderungen vertreten: Deutschland erkennt die französische Vorherrschaft in Europa an und verzichtet auf alle selbständigen Versuche, die Machtverhältnisse zu ändern (z. B. auf die Zollunion)." (Folgen noch einige Forderungen.) „Nun gibt es Leute, die sagen: Verhandlungen über diese Fragen kann zwar Brüning führen, aber nicht eine Rechtsregierung, und schöpfen daraus Hoffnung, daß der Fascismus nicht kommen oder doch sofort an der äußeren Politik scheitern werde. Nichts ist verkehrter als diese Ansicht: solange Brüning die nationale Opposition im Rücken hat, kann er mit den Franzosen nicht über diese Dinge verhandeln, ohne als Verräter etc. verschrien und schließlich gestürzt zu werden. Eine Rechtsregierung dagegen, ja sogar eine offen fascistische Regierung wird bei solchen Verhandlungen eine viel freiere Hand haben."

S.-Z. vom 28. Juni 1931

„Möglich, daß bei diesen Verhandlungen die „nationale Opposition" Herrn Brüning vollends das Genick bricht."

S.-Z. vom 5. Juli 1931

„Es wird ein schwerer Gang werden für Brüning, der Canossa-Gang nach Frankreich. Aber er wird ihn tun müssen. In dem Kampf der beiden imperialistischen Regierungen Deutschlands und Frankreichs operiert die eine mit viel Geschick und mit allen denkbaren politischen und militärischen Machtmitteln, die andere fast ohne Machtmittel und mit dem denkbar größten Ungeschick. Der Ausgang des Kampfes kann also nicht zweifelhaft sein."

S.-Z. vom 19. Juli 1931

Beinahe in jeder Nummer der S.-Z. ist also gesagt worden: 1. Frankreich wird der Verwirklichung der Zollunion mit allen Mitteln Widerstand leisten; 2. Frankreich hat die Macht dazu, seinen Willen durchzusetzen. Für den, der die europäische Politik seit 1918 einigermaßen aufmerksam betrachtet hat, war das ohne weiteres klar; dagegen ist es etwas schwieriger, zu erkennen, auf welches Wunder eigentlich das Auswärtige Amt in Berlin bei der Veröffentlichung des Zollunionsplanes gerechnet hat ...

Hingegen war es wiederum nicht schwer vorauszusehen, daß die zu erwartende deutsche Niederlage in Genf der „nationalen Opposition" in Berlin neuen Aufschwung geben werde. Schon im Mai hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung" den Rücktritt Curtius' gefordert, heute tönt die Parole „Neue Männer ans Ruder!" aus allen Rechtsblättern, ja sogar aus Zeitungen der Staatspartei. Die „nationale Opposition" hat zwar vor einem halben Jahr den Plan der Zollunion als den Beginn einer „aktiven Außenpolitik" jubelnd begrüßt, jetzt aber stellt sie entweder das ganze Projekt als Unsinn hin oder behauptet, es sei eben „machtpolitisch nicht genügend fundiert" worden (Hitler) — ein Kniff, der moralisch nicht gerade vorbildlich, aber bei der heutigen politischen Unbildung und dem, wenn's hoch kommt, acht Tage reichenden Gedächtnis der deutschen Bürger sehr wirkungsvoll ist. War es für Brüning und Curtius wirklich zu schwer gewesen, dieses Spiel vorauszusehen?

L.

Zahlen zum § 218

Dieser Tage ist Professor Grotjahn, der Ordinarius für Soziale Hygiene an der berliner Universität, gestorben. Er war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, vor einigen Jahren auch Reichstagsabgeordneter, und eine Autorität auf dem Gebiete der Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik. Zu einem der wichtigsten Probleme dieses Gebiets, dem der Freigabe der Abtreibung, nahm er eine reaktionäre, ablehnende Haltung ein, bis er im vergangenen Frühjahr, als der Fall Wolf-Kienle in ganz Deutschland zur Stellungnahme herausforderte, schließlich bis zu einem gewissen Grad von seiner bisherigen Einstellung abwich und eine ziemlich verklausulierte Legalisierung der Abtreibung forderte.

Kurz vor seinem Tode hat Grotjahn in der „Medizinischen Welt" einen Auszug aus der Kartothek eines unbekannten (auch ihm unbekannten) Arztes veröffentlicht, die ihm von unbekannter Seite zugesandt worden ist. Er bekam seinerzeit ein Paket übersandt, in dem sich die Kartothekkarten eines kurz vorher verstorbenen Arztes aus einer Stadt mit 25 000 Einwohnern befanden. Es waren nur die Karten eines einzigen Jahres und nur diejenigen, die sich auf Fälle bezogen, in denen es sich um Abtreibung handelte.

Dieser eine Arzt hat in seiner kleinen Stadt in einem einzigen Jahr 556 Patientinnen in Fragen der Fruchtabtreibung beraten. Er hat 127 von ihnen abgewiesen, teils, weil er sie überreden konnte, das Kind auszutragen, in der Mehrzahl aber, weil ihm der Eingriff zu gefährlich erschien. In 426 Fällen hat er einen Abortus eingeleitet.

Die Patientinnen gehörten fast allen sozialen Schichten des Milieus an, in dem der Arzt tätig war. Da waren Frauen von Erwerbslosen, von Arbeitern, Landarbeitern, Hofbesitzern, Handwerkern, Gastwirten, Kaufleuten, unteren, mittleren, akademischen Beamten, zwei Polizistenfrauen und Frauen von Reichswehrangehörigen aller Chargen, darunter eine Offiziersfrau. Nur 74 der Behandelten waren ledig, 352 waren verheiratet. Bei den meisten Verheirateten war es nicht der erste Eingriff; bei 53 wurden in dem einen Jahr 1927 zwei Abtreibungen vorgenommen, bei 5 sogar drei.

Die Honorare waren niedrig; Gewinnsucht kann man dem Arzt nicht vorwerfen. Er hat in einem einzigen Fall 150 Mark genommen, im übrigen aber Beträge bis herab zu 3 Mark. Ein Teil der Eingriffe wurde unentgeltlich ausgeführt. Für die 556 Untersuchungen hat er im ganzen 695 Mark bezogen, also im Durchschnitt 1,25 Mark für den einzelnen Fall. Das Honorar für die 426 Eingriffe betrug insgesamt 10 116 Mark, das heißt 23,75 Mark für eine Operation. Dafür hat der Mann das Zuchthaus riskiert; er war bestimmt ein Menschenfreund.

Grotjahn hat sich durch diese Belege nicht etwa umstimmen lassen, sondern die Gründe, die ihn zum Gegner der vollständigen Freigabe der Abtreibung gemacht hatten, nocheinmal geprüft und trotz dieser Prüfung seinen Standpunkt beibehalten: er habe gesehen, sagte er, wie leicht man es habe, abzutreiben, wenn man die Abtreibung wirklich wünsche; eine völlige Freigabe würde bedeuten, daß die Frau kein Abwehrmittel mehr hätte, um dem Drängen ihrer Umgebung auf Einleitung eines Aborts zu widerstehen. Man muß sagen, daß Grotjahn in dieser Beweisführung auf reaktionärste Weise argumentiert hat. Die opferbereite Hilfsbereitschaft eines menschenfreundlichen Arztes rief bei ihm nicht den Wunsch hervor, solches heimliche Treiben zu unterbinden und Arzt und Patientinnen vor einem unsittlichen Gesetzesparagrafen zu schützen, sondern erweckte nur die höchst oberflächliche Waschweiber-Schlußfolgerung: „Da sieht man's ja, wie leicht es ist, abgetrieben zu bekommen!"

Grotjahn hat also seine Forderung einer Legalisierung des Aborts wiederholt. Die Regelung soll nach seinem Vorschlag nicht erfolgen, wie die meisten Kämpfer gegen den § 218 sie sich denken, aber immerhin steht diesen Kämpfern derjenige näher, der eine Erlaubnis der Abtreibung unter staatlicher Garantie ihrer exakten Durchführung fordert, als derjenige, der, vag und absolut, einfach proklamiert: „Dein Körper gehört dir, also kannst du damit machen, was du willst!"

Gegen diese letztere Parole richten sich Grotjahns Argumente wie die Argumente aller Reaktionäre im politischen und religiösen Lager. Man kämpft da drüben im vollen Bewußtsein der Unwahrhaftigkeit der eigenen Parole gegen die Gegner des Paragrafen, indem man ihnen Forderungen und Losungen unterstellt, die in Wirklichkeit nicht die ihren sind. Was von den Linken, speziell von den proletarischen Gegnern des § 218, gefordert wird, ist nicht die Freiheit, unverantwortlich abzutreiben, sondern die Regelung der Abtreibung nach sozialen Prinzipien. Aber den Herren Muckern und Verdrängern im reaktionären Lagern ist natürlich himmelangst, ihre Schäflein könnten einmal die Wahrheit über diese Dinge erfahren; deshalb malen sie einen Popanz an die Kirchenwand, der nirgends anders geboren wurde als in ihren eigenen bemitleidenwerten Gehirnen.

Karl Fehr

Trostlos

In Frankfurt a. M. hat in der ersten Septemberwoche der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seinen vierzehnten Kongreß abgehalten. Ich habe einen Delegierten, der vor der Rückreise in seine nördlichere Heimat noch Stuttgart besuchte, über seine Eindrücke auf dem Kongreß befragt. Er antwortete nur: „Trostlos ... Trostlos ..." Auf die Frage, ob noch mehr Delegierte so dächten, erwiderte er: ja. Auf meinen Einwand hin, nach den Zeitungsberichten sei doch auf dem Kongreß wenig von Opposition oder auch nur von solcher trostlos-zweifelnden Stimmung zu merken gewesen, zuckte er nur die Achseln.

Der ADGB ist mit annähernd 5 Millionen Mitgliedern immer noch die weitaus größte Organisation der deutschen Arbeiterschaft. Wenn eine solche Organisation heute einen Kongreß abhält, sollte man eigentlich erwarten dürfen, daß man etwas von positiven Plänen zur Überwindung der Wirtschaftskrise erfährt. Aber man hörte nichts davon. Die Vierzig-Stunden-Woche war das Hauptthema der Beratungen. Nichts gegen die Vierzig-Stunden-Woche — aber als wichtigste Forderung eines Gewerkschaftskongresses in der heutigen Krise ist das doch ein bißchen wenig, besonders wenn man nicht einmal die Wörtchen „mit Lohnausgleich" dahinter zu setzen wagt. Freilich, welche anderen Losungen sollte ein Gewerkschaftsbund, der ganz unter dem Einfluß der SPD steht und die Tolerierungspolitik mitmachen muß, aufstellen?

Die bürgerliche Presse (etwa die „Vossische Zeitung" oder die „Frankfurter Zeitung") ist voll des Lobes über die „innere Disziplin" und die „politische Überlegtheit" der Gewerkschaften. Das Vertrauen, das der Bundesvorstand genieße, mute „nahezu fantastisch an". Nur auf theoretischem Gebiet, sagt die „Frankfurter Zeitung", sind die Gewerkschaftsführer noch etwas unsicher; in ihrer Wirtschaftstheorie stehen sie der Krise „mit einer disziplinierten Fassungslosigkeit gegenüber". (Ein wundernetter Ausdruck!)

Dieses Lob aus bürgerlichen Blättern könnte einen beinahe dazu bringen, der Ansicht meines Bekannten beizustimmen: „Trostlos!", wenn man nicht die Gewißheit hätte, daß sich schließlich unter dem Druck der wirtschaftlichen Tatsachen auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern die Erkenntnis vom richtigen Weg aus der Krise durchsetzen muß.

Gerhard Stäbler

Der vom preußischen Landtag eingesetzte Sklarek-Ausschuß („Ausschuß zur Prüfung der Mißwirtschaft in der berliner Stadtverwaltung und der Unterlassung der Ausübung der Aufsichtspflicht seitens des zuständigen Ministeriums") hat vom 23. Oktober 1929 bis zum 24. Juni 1931 57 Sitzungen abgehalten. Das stenografische Protokoll dieser Sitzungen umfaßt 4268 Foliospalten.

Das Todesfest

Von Adam Heller

Unser Leben währet siebenzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre. Psalm 90.

Bekanntmachung betr. Todesfest 1932. Zur Aufnahme ihrer Personalien und ihres körperlichen Befundes werden die Lebenden des Jahrgangs 1857 ersucht, sich im Lauf des Monats August beim Amtsarzt Dr. Frohmaier, Friedhofstraße 23, nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr vorzustellen (ausgenommen Samstags). Ebendort sind auch freiwillige Todes-Anträge der Jahrgänge 1858—1862 und Stundungsgesuche einzureichen; bei körperlicher und geistiger Rüstigkeit können Angehörige der Jahrgänge 1853 bis 1857 auf einjährige Todesstundung rechnen. Restierende Lebende des Jahrgangs 1852 werden darauf hingewiesen, daß ihre Todesanzeige bis Ende dieses Jahres fällig ist, widrigenfalls sie Exekution und Verlust der freien Bestattung zu gewärtigen haben. Die Todeskandidaten werden aufgefordert, ihre Wünsche betr. Erd- oder Feuerbestattung jetzt schon anzumelden.

Kohlburg, 20 Juli 1932. Das Bezirksamt
Hahn, Obersekretär

•

Lokales. Wie wir vom Bezirksamt erfahren, wird die aktive Beteiligung beim diesjährigen Todesfest, wohl im Zusammenhang mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage, ausserordentlich stark werden. Begreiflichen Wünschen der Hinterbleibenden Rechnung tragend, hat der Bezirksrat sämtliche Todesgesuche der noch nicht pflichtigen Jahrgänge von 70 bis 74 genehmigt; Stundungsgesuche der 75- bis 79-Jährigen lagen nur ganz wenige vor; sie sind abgelehnt worden, mit Ausnahme desjenigen von General a. D. von Krautwasser, der sich infolge seiner Erholung im Weltkrieg in ausnehmend guter Verfassung befindet und die Festrede beim Stahlhelmtag 1933 übernommen hat. Von einem Alkoholverbot für das diesjährige Todesfest ist trotz der Vorfälle im Vorjahr mit Rücksicht auf unseren schwer geprüften Weingärtnerstand abgesehen worden. Es wird, namentlich von den Todeskandidaten, erwartet, daß Exzesse tunlichst vermieden werden.

•

Eingesandt. Die neuerdings umlaufenden Gerüchte, unser Vater hätte sich auf das Drängen ehemaliger Kameraden und wegen der Anrempelung von seiten der Ortsgruppe des Vereins der Kriegsbeschädigten entschlossen, sein Lebensverlängerungsgesuch zurückzuziehen, entsprechen den Tatsachen nicht. General von K. ist auf Grund seiner soldatischen Erziehung und Überzeugung nicht gesonnen, sich von derartigen Hetzereien beeinflussen zu lassen. Er fährt übrigens noch jeden Tag im Rollstuhl aus, und die vorübergehende Lähmung seiner Blasenmuskulatur kann als nahezu behoben betrachtet werden.

W. v. K.

•

Aus dem Inseratenteil:

Garantiert schmerzlos! Keine Gesichtsentstellung! Zum Todesfest empfehle nebst meinen bisherigen bewährten Medikamenten das neue I.G. Farben-Präparat Proserpinin 364 (in Tablettenform). Glänzende Anerkennungsschreiben. Angenehmes Einnehmen. Einhorndrogerie

Empfehle mich desgl. meiner geschätzten Kundschaft im Einbalsamieren und Schädelpräparieren. D. O.

•

Bringe mich den verehrl. Herrschaften in Todesfestessen, kalten Platten, ff. gepflegten Weinen und Likören ergebenst in Erinnerung. Motto: Scheiden tut nicht weh.

Traiteur Aug. Plenefisch, z. Museum

•

Nichts ist so feierlich und wertvoll als dauernder Familienbesitz wie eine Tonfilmaufnahme Ihrer letzten Augenblicke, für deren tadellose Ausführung und prompte Lieferung meine altrenommierte Firma bürgt. Bei längerem Sterbeakt können Sie sich noch persönlich überzeugen. (Erste Vorführung im Trauerhaus gratis.) Fotohaus Braun

•

In der „Volksstimme":

Achtung! Zum Todesfest! Todeskostüme, äußerst schick, das Neueste der Saison! Prima Särge mit Metallbeschläg, sowie Aschenurnen aus doppelt verzinktem und lackiertem Eisenblech! Sinnige Andenken aller Art, zu einem Fotomatonbild ein Bronze-Rahmen gratis!

Kaufhaus der Einheitspreise

•

Billig! Revolver älteren Kalibers, ff. Hanfseile, Stahlklingen in allen Preislagen offeriere billigst zum Todesfest.

August Brodhag, Haushaltungsartikel

Occasion! Habe auch noch einige Gasflaschen aus dem Weltkrieg auf Lager und gebe dieselben preiswert ab. Kriegsbeschädigte Kameraden Extrarabatt! D. O.

Am Vorabend. Das Todesfest wird sich am kommenden Sonntag, den 6. November, in der seit Jahren eingebürgerten Weise vollziehen. Bei der kirchlichen Feier sprechen im Namen der Todgeweihten Amtsgerichtsrat a. D. Pfeilsticker und Fräulein Anita Messerschmidt. Die Sitte des Gruppentods scheint übrigens zu Gunsten des Einzelsterbens in der Familie wieder mehr und mehr in den Hintergrund zu treten; auch ein Beweis für unsere kürzliche Behauptung, daß die kollektivistische Idee, die nach dem Kriege (wie schon öfters) vorübergehend aufgeflackert ist, langsam zurückebbt. Lediglich der Bezirkskriegerverein beabsichtigt auch dieses Jahr seine fälligen Mitglieder (sechs an der Zahl) gemeinsam zu verabschieden. Hiezu hat sich ein Halbzug der Maschinengewehrkompagnie des Infanterieregiments 17 in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt, und zwar, wie wir hören, unter dem Ehrenkommando unseres 78jährigen Mitbürgers General v. Krautwasser, der sich von seinem kleinen Schlaganfall wieder vollkommen erholt hat und es sich nicht nehmen lassen wird, in echt soldatischer Pflichterfüllung seinen Mann zu stellen. Die Einwohnerschaft wird gebeten, halbmast zu beflaggen und die Straßen in gutem Zustand zu halten.

•

Aus dem Festbericht: ... Der Wettergott hatte ein Einsehen, gegen Mittag begann der Himmel sich aufzuhellen, so daß der Festzug des Kriegervereins, dem sich zahlreiche Vereine mit umflorten Fahnen angeschlossen hatten, bestimmungsgemäß um ½3 Uhr stattfinden konnte. Auf dem Wasen entwickelte sich bald ein lebhaftes Treiben von Jung und Alt, und alles sah mit Spannung dem Hauptpunkt des Programms, dem Reihentod der sechs Veteranen, entgegen. Leider verlief der festliche Akt nicht ganz so, wie er gedacht war. Nach dem Verlesen des Telegramms des Reichspräsidenten, das wir an anderer Stelle im Wortlaut veröffentlichen (s. unter „Festreden am Todestag"), hatten die Todeskandidaten auf dem Hügel vor dem Kastanienwäldchen Aufstellung genommen. Am rechten Flügel stand in guter Haltung Klempnermeister Kodweiß alt, der selber dereinst, schon damals im hohen Mannesalter, als kriegsfreiwilliger Maschinengewehrschütze so manche volle Garbe in die Reihen des Feindes geschickt hat, und dem man den Stolz ansah, von seiner eigenen geliebten Waffe sterben zu dürfen. Den etwas gebrechlichen Kameraden Zündel und Körner am linken Flügel waren Ehrenstühle (gestiftet von der Möbelfirma Bayer & Co.) zur Verfügung gestellt worden. Das Maschinengewehr war in Stellung gebracht, General v. Krautwasser erhob mit Hilfe seines Sohnes den Degen, — aber kein Schuß ging los. Man glaubte erst an eine Ladehemmung, aber bald stellte es

Rund um Stinnes

Vor zwei Jahren ist Hugo Stinnes jr. von der Anklage, an umfangreichen Kriegsanleiheschiebungen beteiligt gewesen zu sein, bezw. um sie gewußt zu haben, frei gesprochen worden. Obwohl er dem Untersuchungsrichter eingeräumt hatte, „es könne sein", daß er von der Unrechtmäßigkeit der von seinen Untergegebenen getätigten Kriegsanleiheschiebungen schon zu einer Zeit gewußt habe, da die Schiebungen noch in vollem Gange waren. Dieses Geständnis war im Prozeß Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Es hieß, es sei durch Drohungen des Sonderkommissars Heinzmann erzwungen worden, und es sei gar nicht als Geständnis zu werten. Es erregte damals einiges Aufsehen, daß sich das Gericht dieser Auffassung der Verteidigung anschloß und in der Begründung des Freispruchs sich heftig bemühte, das Geständnis von Stinnes als ein falsches, unter dem Eindruck von Haftandrohung abgegebenes darzustellen.

Durch Enthüllungen von „Berlin am Morgen" beginnt nun einiges Licht in die Hintergründe dieses Prozesses zu dringen. Den Anstoß gab ein Zivilprozeß, den ein Rechtsanwalt Glade und seine Frau gegen Stinnes angestrengt haben auf Zahlung von 15 000 Mark für geleistete „juristische Dienste"; und ein Prozeß der Frau Glade gegen Rechtsanwalt Alsberg (den Verteidiger von Stinnes) und die Rechtsanwälte Gollnick (Kompagnon von Alsberg) und Samwer auf Vergütung von 1500 Mark für Festlichkeiten, Reisen usw.

Die „juristischen Dienste", für die Glade von Stinnes bereits 45 000 Mark erhalten hatte, bestanden in den guten Beziehungen, die Frau Glade zu dem Vorsitzenden im ersten Stinnesprozeß, Landgerichtsdirektor Arndt, unterhielt. Es soll durch Rechtsanwalt Gollnick von Frau Glade verlangt worden sein, Arndt in einem für Stinnes günstigen Sinne zu beeinflussen. Die Zahlung der von Stinnes in Aussicht gestellten Summe soll von der Erzielung eines Freispruchs abhängig gemacht worden sein. Ob und wie weit Frau Glade tatsächlich versucht hat, Arndt zu beeinflussen, ist noch nicht geklärt. Fest zu stehen scheint, daß Arndt über den Stinnesprozeß fast täglich zu den Glades gekommen ist; zu gleicher Zeit ging auch Gollnick dort aus und ein. Die beiden sind dort einigemale zusammengetroffen, im übrigen wurde Gollnick von Frau Glade über die Äußerungen Arndts auf dem laufenden gehalten. Wahrscheinlich wurde auch Alsberg darüber informiert, denn es soll verschiedenemal vorgekommen sein, daß Frau Glade im Auto zu Besprechungen in die Villa Alsbergs geholt wurde. Wie verlautet, soll der Freispruch schon vor der Verkündigung den Prozeßbeteiligten bekannt gewesen sein; Stinnes habe ihn zuerst aus dem Munde der Frau Glade erfahren, und zwar im Zimmer des Rechtsanwalts Gollnick. Kurze Zeit nach der Urteilsverkündung hat dann im Restaurant Hiller eine von Alsberg bezahlte intime Festlichkeit stattgefunden, an der das Ehepaar Glade, sowie Alsberg, Gollnick und Landgerichtsdirektor Arndt teilgenommen haben.

Natürlich hat über diese ganze düstere Angelegenheit sofort eine Flut von Erklärungen und Gegenerklärungen eingesetzt, die nicht immer den Zweck verfolgen, die Sache zu klären. Interessant ist 1.) daß Alsberg offenbar neben einem Grundhonorar von 500 000 Mark für den Fall eines völligen Freispruches ein — für Strafprozesse unzulässiges — Erfolgshonorar von 250 000 Mark zugestanden bekam (Gollnick ein solches von 150 000 Mark). 2.) Daß der Vorsitzende der Zivilkammer, vor der die Ansprüche des Ehepaars Glade verhandelt werden sollten, nach Einsicht in die Akten den Ausspruch tat: „Wenn das alles wahr ist, was da in den Akten steht, so ist das der ungeheuerlichste Justizskandal , den Deutschland je gesehen hat." Trotzdem hat er es unterlassen, die Sache der Anwaltskammer zu unterbreiten und seiner Aufsichtsbehörde zu melden. 3.) Es wurde versucht, die Berufungsverhandlung „im Interesse des deutschen Reichs" zu verhindern. Glade ist zu diesem Zwecke an einige Politiker herangetreten, um sie zu bewegen, ihren Einfluß beim preussischen Justizministerium geltend zu machen. Es sollen dort auch tatsächlich „Erwägungen" stattgefunden haben, ob die Berufung gegen das freisprechende Urteil nicht zurückgenommen werden solle.

Der ganze Skandal beschäftigt bereits das preußische Justizministerium aufs „intensivste", ebenfalls die Anwaltkammer. Im preußischen Landtag wird eine Anfrage eingebracht werden darüber, ob bei der Fällung des ersten Stinnes-Urteils illegale Einflüsse mitgewirkt haben und ob tatsächlich in unzulässiger Weise versucht worden ist, durch politische Einflußnahme die Zurücknahme der Berufung des Justizministeriums zu erreichen. Nebenher läuft noch eine ganze Reihe von Beleidigungsklagen. Einer umfangreichen „Klärung" steht demnach nichts im Wege. Wenn nicht aus Prestigegründen wieder abgebremst wird.

Mauthe

Ein Justizkollegium, das Ungerechtfertigkeiten verübt, ist gefährlicher und schlimmer als eine Diebesbande. Vor der kann man sich schützen, aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passionen auszuführen, vor denen kann sich kein Mensch hüten. Sie sind ärger als die größten Spitzbuben, die in der Welt sind, und verdienen eine doppelte Bestrafung.

Friedrich der Große

Gewissensfreiheit auf Abbruch

Unsere „freieste Demokratie der Welt" sichert in Artikel 135 der Verfassung „allen Bewohnern des Reiches" — also nicht nur jedem Staatsangehörigen, wie sonst oft in den Grundrechten — „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" zu. Artikel 136 formuliert diesen Grundsatz noch spezieller: „Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt. Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis ... Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen gezwungen werden."

Jedes unbefangene Gemüt wird aus solch klarer Deklaration herausgelesen, daß der Staat weder ein Gesetz erlassen, noch Anordnungen treffen darf, die im Widerspruch zu dem garantierten Recht auf Gewissensfreiheit irgendwie auf die Bewohner des Reiches einen Zwang oder Druck ausüben, ihnen vorschreiben könnten, etwas zu glauben oder nicht zu glauben. Und ganz zweifellos gilt dieses Recht auch für Beamte; denn es gibt in der Reichsverfassung auch nicht eine einzige unter den beamtenrechtlichen Bestimmungen, die in irgendeiner Form eine Einschränkung zuließe.

Trotz dieser klaren Rechtslage erläßt der preußische Oberregierungs- und Schulrat Timpe — im Nebenamt katholischer Geistlicher — im Auftrag der Liegnitzer Regierung an einen Lehrer seines Aufsichtsbezirks folgenden Ukas: „Da Sie aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten sind, können Sie nicht Lehrer an der evangelischen Volksschule bleiben (vergl. V.U.G. v. 28. Juli 1906, § 33, 38). Wir werden Sie daher im Interesse des Dienstes an eine Sammelschule versetzen, sobald wir eine freie Stelle zur Verfügung haben. Zunächst haben wir angeordnet, daß Ihnen der Unterricht in den Gesinnungsfächern (Deutsch und Geschichte), falls Sie solchen erteilen, entzogen wird."

Es ergibt sich folgender Tatbestand: Ein freigeistiger Lehrer hat seit einiger Zeit von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen. Er erteilt seitdem an solche Kinder, die vom Religionsunterricht abgemeldet sind, den von der Behörde eingerichteten lebenskundlichen Unterricht als einziger Lehrer eines größeren Kollegiums, wiederum durchaus verfassungsgemäß. Er zieht gemäß seiner weltanschaulichen Überzeugung auch die ehrliche Konsequenz und tritt aus der Kirche aus, mit der ihn keine innere Gemeinschaft mehr verbindet. Aus einem rechtlich zulässigen Grunde macht er mit einem rechtlich zulässigen Mittel von einem verfassungsmäßig zulässigen Recht Gebrauch; die Multiplikation dieser drei gesetzmäßigen Faktoren ergibt für ihn eine disziplinare Maßregelung auf Grund jenes Kautschukparagrafen „Im Interesse des Dienstes", mit dem man von altersher aufrechte Beamte drangsalierte. Ja, er wird auf der Stelle zu einem Lehrer minderen Rechts degradiert, indem ihm die Erteilung des Gesinnungsunterrichtes untersagt wird, die einen integrierenden Bestandteil seines staatlichen Lehrauftrags bildet und von seiner antireligiösen Auffassung unberührt bleibt.

Diesem Herrn Timpe aber macht es gar nichts aus, daß die vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder nunmehr ihren lebenskundlichen Unterricht nicht mehr von einem ihnen weltanschaulich nahestehenden Lehrer erteilt bekommen, sondern von einem christlichen, dessen Weltanschauung sie ablehnen. So werden die Empfindungen Andersdenkender geschont! Das ist das Recht auf „Glaubens- und Gewissensfreiheit"!

Hans Krauß

Pallenberg tobt

Die mit der Österreichischen Kreditanstalt eng verbundene Amstelbank in Holland hat Pleite und diese Pleite einiges Aufsehen gemacht, weil eine Reihe prominenter deutscher und österreichischer Bühnenkünstler ihre Ersparnisse auf der Amstelbank angelegt haben. Bei einzelnen Künstlern gehen die Ersparnisse an die Millionengrenze heran. (Eine lehrreiche Illustration für die Not der deutschen Theater: hohe Eintrittspreise, hohe Defizits, hohe Bankkonten der Prominenten.) Ob die in Holland angelegten Ersparnisse alle richtig versteuert worden sind, ist dem Unterzeichneten nicht bekannt. Dem Finanzamt wahrscheinlich auch nicht. (Motto: Was du heute verschieben kannst, verschiebe nicht erst morgen.)

Unter den „betrogenen Sparer" befindet sich auch Max Pallenberg. Und der hält es nicht mit dem Spruch: Lerne leiden, ohne zu klagen, sondern beginnt zu toben. Er will überall Vorträge darüber halten, wie er um seine Groschen gekommen ist, er will die betrügerischen Bankdirektoren in einem Theaterstück der Mitwelt vorführen, er will auch vor den „absurdesten Mitteln" nicht zurückschrecken. Vorerst begnügt er sich damit, seinem Groll in Zeitungsartikeln Luft zu machen. „Wo ist das Geld? Wo sind die Millionen? Wo ist das Geld? Und abermals: wer hat das Geld, wer hat jene Millionenkredite gewährt, die in den Büchern heute unter der Bemerkung: „Faul, uneinbringlich, ganz schlecht" fungieren? Wer! Wer! Wer!?" Und dann klärt er uns sogar über den Zweck (wenigstens über den negativen Zweck, wenn man so sagen darf) seines Lebens auf: „Ich lebe nicht, um bestohlen zu werden."

Andere Leute auch nicht, und werden's doch. Nur schreien sie nicht gleich: „Erstens verschleierte Bilanzen, zweitens unrichtige Bücherführung, drittens lügenhafte Korrespondenz, viertens Düpierung der um ihre Einlagen besorgten Sparer ... Wo ist das Geld? Wer hat das Geld?"

Ein bedauernswerter Mann! Nur 35 Prozent seiner Ersparnisse soll er zurückgezahlt bekommen!

Diese 35 Prozent machen bei Pallenbergs Bankkonto freilich immer noch rund 350 000 Mark aus. In diesem Fall — gestatten! — würde ich doch lieber die Klappe halten.

Jan Hagel

Hilfe für die Reichskasse

Die Ebbe in der Reichskasse hat einige Bürger des württembergischen Städtchens Tuttlingen nicht mehr schlafen lassen. Sie haben deshalb beschlossen, dem notleidenden Reich zu Hilfe zu kommen, und dem Reichsfinanzminister Dietrich folgenden Brief geschickt:

„In Anbetracht der Pressenotizen, wonach Ihnen ein Betrag von annähernd Mk. 2 000 000 000.— (zwei Milliarden) fehlt, erachten wir es als unsere patriotische Pflicht, Ihnen mit einem Beitrag unter die Arme zu greifen, und übersenden Ihnen mitfolgend Mk. 1 500 350 000.— in Reichsbanknoten. Wir hoffen gerne, Ihnen damit aus der Verlegenheit geholfen zu haben.

Einige Tuttlinger Bürger und ehemalige Frontsoldaten."

Die „Hilfsaktion" bestand in Übersendung von: 1 Reichsbanknote zu Mk. 1 000 000 000.— vom 15. Dezember 1922 (überstempelt); 1 Reichsbanknote zu Mk. 500 000 000.— vom 1. September 1923; 5 Reichsbanknoten zu Mk. 50 000.— vom 19. November 1922 und 5 Reichsbanknoten zu Mk. 20 000.— vom 20. Februar 1923.

Ein Trost

Aus Paris werden dem „Neuen Wiener Journal" rührende Dinge über die ältere Tochter des spanischen Exkönigs Alfons berichtet, die mit einem Prinzen von Bourbon-Orleans verlobt ist: sie macht keine Autofahrten und Tennispartien mehr, sondern sie stickt eigenhändig ihre Aussteuer; nach der Hochzeit erwartet sie in der Schweiz, wo der Herr Gemahl Ingenieur-Wissenschaften studiert, eine Zweizimmer-Wohnung mit einer kleinen Küche.

Nach diesem Bericht über die geradezu ärmlichen Verhältnisse der Exkönigstochter atmet man getröstet auf, wenn man erfährt, daß die Prinzessin von ihrem immer noch millionenschweren Papa zunächst einmal eine Mitgift von 350 000 Mark bekommen wird.

---

sich heraus, daß von bübischer, vermutlich pazifistischer Seite ein gemeiner Sabotageakt an dem schönen Instrument verübt worden war. Da die Reparatur sich vor Eintritt der Dunkelheit nicht hätte durchführen lassen, mußte zum großen Bedauern der Kandidaten und der großen Zuschauermenge die Erschießung mit Handfeuerwaffen vorgenommen werden (siehe das Bild in der Beilage). Einigermaßen entschädigt wurde das enttäuschte Publikum durch das hochinteressante öffentliche Harakiri von Direktor Waldschmidt, der bekanntlich Jahrzehnte in Japan gelebt hat und sich in echt japanischem Kostüm auf der Festplatztribüne einen rasiermesserscharfen krummen Dolch von rechts nach links durch den Unterleib zog. Sehr originell war auch der Tod des ehemaligen Elektrotechnikers Wörwag und seiner Gattin, geb. Pfleiderer, unter der Hochspannungsleitung (beim Transformatorhäuschen an der Straße nach Grafenberg). Ziemlich viel ist dieses Jahr, namentlich weiblicherseits, vom Tod durch den Gashahn Gebrauch gemacht worden, was wohl auf den hiezu bewilligten Sondertarif des Städt. Gaswerks zurückzuführen sein dürfte, der den Apotheken und Drogerien anscheinend manchen Kunden weggenommen hat. Aus dem Bezirk vermerkt sei noch Landwirt Beißwenger von Unter-Betzgenriet, der sich nach anheimelnder alter ländlicher Sitte am ausgeschwungenen Galgen seines Heuaufzugs erhängte, was bei dem alten Mann immerhin große körperliche Gewandheit erfordert haben muß und in der Abendbeleuchtung ein reizendes Schauspiel darbot. Oberstudiendirektor a. D. Metzger in Traifelfingen, der „letzte Lateiner", wie man ihn im Volksmund nannte, schied nach dem Muster seines geliebten Seneca durch Öffnen der Pulsadern in der Badewanne. Es war eine erhebende Stimmung, als gegen Sonnenuntergang bald an diesem, bald an jenem Haus oder Fenster in der Stadt die Todesflagge herauskam und lustig im Winde flatterte. Sämtliche Lokale waren am Abend überfüllt und verzeichneten einen bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage unerwarteten Umsatz. Von Ausschreitungen oder Unglücksfällen ist nichts bekannt geworden, wenn wir von dem Vorfall beim Kriegervereinsfest absehen. Es war alles in allem ein schöner, den übrigen Veranstaltungen des Jahres sich würdig anschließender Festtag.

*

Todesanzeige. Am 17. November ist, wohl infolge der durch eine technische Unzulänglichkeit beim letzten Todesfest verursachten schweren Aufregungen, die sein altes Leberleiden akut verschlimmerten, unser treubesorgter Gatte und Vater Wilhelm v. Krautwasser, Exzellenz, General d. Inf. a. D., Ritter hoher und höchster Orden, Chef des Infanterieregiments Nr. 205 von Krautwasser, Majoratsherr auf Barkhausen und Schindelbach, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Munitionsfabriken A.G., im 79. Lebensjahre sanft entschlafen ...

Das Lied von der Staatsgewalt

Es war mal eine Staatsgewalt,
die ging vom Volke aus.
Sie ging — wer weiß, wohin?
Das Volk, das blieb zu Haus.

Es war mal eine Staatsgewalt ...
schweig still, schweig still, mein Kind,
der Nebel steigt aus feuchtem Moor,
im Herbstlaub spielt der Wind.

Es war mal eine Staatsgewalt,
o rede nicht davon!
Es ging ein Märchen durch den Hain —
wach auf, wach auf, mein Sohn!

Es war mal eine Staatsgewalt,
die ging vom Volke aus;
sie ging dahin, sah sich nicht um,
kam nimmermehr nach Haus.

Mufti Bufti

Kleine Bemerkungen

Nur wer strebend sich bemüht, wird auf eigene Weise zu den zeitgenössischen Gemeinplätzen gelangen.

Das Hemd ist einem immer näher als der Rock. — Man muß es deshalb auch öfter wechseln.

Es ist nützlicher, seinen Bekanntenkreis zu erweitern, als seinen Gesichtskreis.

Beim Hungrigen denkt der Magen. Das wenigstens hat er mit dem Satten gemein.

Die meisten Menschen leben von ihren Hoffnungen; die ganz raffinierten von ihren Enttäuschungen.

Man soll von den Menschen das halten, was man in ehrlichen Stunden von sich selbst hält.

Tugenden sind in der Fähigkeit begründet, zwischen zwei Heubündeln leer zu schlucken.

Die kleinen Leute operieren mit dem „lieben Gott" wie die faulen Geschäftsleute mit ihrem überzogenen Bankkonto.

h m

Was ist eine Eisenbahn?

In den Entscheidungen des deutschen Reichsgerichtes für Zivilrechtssachen steht Bd. I S. 252 folgendes:

„Eine Eisenbahn ist ein Unternehmen, gerichtet auf wiederholte Fortbewegung von Personen oder Sachen über nicht ganz unbedeutende Raumstrecken auf metallener Grundlage, welche durch ihre Konsistenz, Konstruktion und Glätte den Transport großer Gewichtsmassen bzw. die Erzielung einer verhältnismäßig bedeutenden Schnelligkeit der Transportbewegung zu ermöglichen bestimmt ist und durch diese Eigenart in Verbindung mit den außerdem zur Erzeugung der Transportbewegung benutzten Naturkräften (Dampf, Elektrizität, tierischer oder menschlicher Muskeltätigkeit, bei geneigter Ebene der Bahn auch schon der eigenen Schwere der Transportgefäße und deren Ladung usw.) bei dem Betriebe des Unternehmens auf derselben eine verhältnismäßig gewaltige (je nach den Umständen nur in bezweckter Weise nützliche oder auch Menschenleben vernichtende und die menschliche Gesundheit verletzende) Wirkung zu erzeugen fähig ist."

Na also! Nun kann aber wirklich kein Zweifel mehr aufkommen!

Literatur

Literatur der Weltrevolution. Nr. 1. Erscheint monatlich im Staatsverlag zu Moskau. Alleinvertrieb für Deutschland, Österreich, Schweiz, Tschechoslowakei und Holland: Neuer Deutscher Verlag, Wilhelmstraße 48, Berlin W 8. 128 Seiten, Illustrationen. Preis 1 Mark. — Erste Nummer des Organs der Internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller; erscheint in Moskau russisch, französisch, deutsch und englisch. Enthält Prosa und Verse von Autoren verschiedener Nationalitäten, ferner eine Rundschau über Vorgänge auf literarischem Gebiet in USSR, Japan, China, USA, Polen, Bulgarien. Sehr viele Druckfehler (der Verlag entschuldigt sich: einstweilen noch Mangel an Setzern, die Deutsch können); unzulängliche Übersetzung (auch das wird anders werden müssen). In einer Reihe dramatischer Szenen von Wischnewskij sprechen die Ukrainer ausgerechnet (fehlerhaftes) Schwizerdütsch: drolliges Experiment. Das Heft ist ein Anfang, über dessen Unzulänglichkeit sich wohl auch die Herausgeber klar sind — was bedeutet: das nächstemal wird man trachten, es besser zu machen.

B.

Die Neue Generation. Herausgegeben von Dr. Helene Stökker. Verlag der Neuen Generation, Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1. Heft 7/8/9. 2 Mark. — Themen des Heftes: II. Internationale und Kriegsdienstgegner, Todesurteil über Neger in Alabama, Pazifismus, § 218 usw.

Verhüten ist besser als Abtreiben. Lesen Sie:

Emil Höllein,

Gebärzwang und kein Ende

Preis kart. 3.50 Mark. Gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) zu beziehen vom Verlag der S.-Z.

Der Profet

Immer wenn eine Epoche wurmstichig wird und die Zeit beginnt, nach Moder zu riechen, tauchen die Apostel und Profeten aus dem Schatten der Häuserwinkel auf und zücken wie blitzende Dolche ihre ethischen Forderungen aus der malerisch um die Brust geschlagenen Kamelhaardecke. Überall stehen sie auf, schießen gewaltig ins Kraut und donnern uns von ihrer Berufung und Sendung ins Ohr; alle haben sie die eine große Mission: die Welt zu erretten, die schon mit einem Bein über dem Abgrund baumelt. Lange genug hat die Menschheit nach Erlösung und Erlösern geseufzt, jetzt sind sie da, hallelujah! es ist so weit, die Menschheit wird sich freuen: antreten zur Welterlösung!

Unter denen, die im Schwabenlande zurzeit ihr Patentevangelium verkünden, ragt wie Saul unter seinen Brüdern Wilhelm Götz hervor. In allen Buchhandlungen liegen seine pp. Werke und, Sie werden lachen, Herr, die Produkte werden tatsächlich gekauft. Sie sind ihrem Inhalt und ihrer Aufmachung nach für jene Stillen im Lande bestimmt, die nie alle werden, und die strömen herbei, die Völkerscharen, und beweisen, daß sie tatsächlich und wirklich da sind.

Wilhelm Götz stellt uns wie alle im Erlöserberuf Tätigen vor die bitterernste Entscheidung, für oder gegen ihn und das Chaos in seinem auf so vielen Flugblättern und Broschüren strenggesichtig aus den Schaufenstern drohenden Schädel Stellung zu nehmen. Denn es geht jetzt um die Wurst: Götz hat's geschafft; in seinem „deutschen Rettungsprogramm" präsentiert er uns das garantiert selbstverfertigte Dauerkuddelmudel aus dem, was er an den Programmen und Parolen der verschiedenen politischen Parteien am gründlichsten mißverstanden hat. Wer sich nun nicht schleunigst auf den matschigen Sumpfboden des götzischen Gedankenkonglomerats stellt, der hat verspielt, „der wird von selbst gerichtet". Sagt er.

Es ist unmöglich, alle Schön- und Feinheiten des deutschen Rettungsprogramms zu würdigen; der Mangel an Raum verbietet das ebensosehr wie die Unzulänglichkeit und Unzuständigkeit des Journalisten: zuständig ist für viele der eigenartigsten Züge dieser zusammengemantschten Halbideenwelt und Ideenhalbwelt eigentlich nur der Mediziner. Aus dem Kranz der Perlen seien nur einige wenige herausgepickt.

Im Reiche Götzens soll es so aussehen: „Schluß mit Entschuldigung bei geistig defekten Menschen. Geistiger Defekt und faules Blut sind eine Strafe Gottes und die Menschengemeinschaft hat an der Erhaltung von Gezeichneten kein Interesse." Da wird's manchem schlecht ergehen!

„Gotteslästerung, Volksbetrug, Landesverrat, Volksverhetzung, Raub, Mord, Mordversuch: Todesstrafe durch Erschießen, dann Verbrennen." Was für eine krankhafte Lust tobt sich da in blutrünstigen Vorstellungen aus und kann sich nicht mit der Vernichtung Lebender genug tun, sondern muß sogar die Toten noch töter töten!

Das Arbeitslosenproblem löst Götz durch Straßenbau, Bau von Kanälen, Brücken, Kraftwerken. Von 120 000 Steuerbeamten scheidet er 110 000 aus und überführt sie, hastdunichtgesehn! in den Wirtschafts- und Arbeitsprozeß. Er verwirklicht alle Forderungen, die aus der unvollkommenen Erde ein vollkommenes Paradies machen können, durch Dekret; mit Ursachen und Vorbedingungen wirtschaftlichen, sozialen, geistigen Werdens gibt er sich nicht ab. Er ist der Geist, der über den Grundwassern schwebt.

Und alles macht er mit dem lieben Gott. „Wehe Euch Schurken alle! — Gottes Wille ist anders!" — er ruft es, und mein Auge bricht. Vor Schreck. Natürlich ist seine Fahne schwarzweißrot; sie hat sogar noch ein Eisernes Kreuz mit „Gott mit uns!" in sich.

Wilhelm Götz mit seiner selbstproklamierten Prominenz wird selbst mit seiner martialischsten Profetie die Welt nicht erschüttern, deren Zustand ihn anscheinend so sehr erschüttert hat. Er wird nur in einer Anzahl eng abgegrenzter Kleinbürgerhirne jene Verwirrung stiften, die ihn selbst in so hervorstechender Weise auszeichnet. Schade um diese kleinen Bourgeois.

Mara Bu

„Deutschland kann in vier Wochen ohne Arbeitslose sein, ohne Hilfe durch Auslandsanleihen, dafür haftet der Verfasser mit seinem Leben. Die Lösung kann geschehen, wenn das deutsche Volk will. Ohne Gewalt, ohne Inflation, nur auf der Grundlage der Wahrheit, des Rechtes und der Liebe. Der Verfasser ist bereit, die Arbeitslosenfrage ehrenamtlich zu lösen, und erklärt hiermit, daß sein Leben weiter verwirkt ist, wenn ihm während seiner Tätigkeit eine Ungerechtigkeit, Unwahrheit, Bestechung oder Eigennutz vorgeworfen werden kann. Er verpflichtet sich weiter, das deutsche Nationaleinkommen innerhalb Jahresfrist um 50 Prozent zu erhöhen, die Verwaltungskosten von Reich und Ländern bis zu zwei Drittel zu reduzieren und trotzdem das Einkommen der freiwerdenden Beamten um 50 Prozent zu steigern."

(Aus dem „Notruf" von Wilhelm Götz)

Von solchem Unsinn ist Stuttgart überschwemmt.

Sieben Kriegsregeln

Ein neuer Weltkrieg wird den Überschuß an Arbeitskräften vernichten. Das ist fraglos der einfachste Weg, ein schwieriges Problem zu lösen; denn es ist bedeutend einfacher, einen Krieg anzuzetteln, als gesunden Menschenverstand auf die Übel der Welt anzuwenden. Wenn wir also schon einen Krieg haben müssen, wollen wir auch gleich ein paar Regeln dafür festsetzen. Wir stellen deshalb folgende Punkte als Richtlinien zur Diskussion:

1. Alle Abgeordneten und Senatoren, die für den Krieg gestimmt haben, sollen vor die Wahl gestellt werden, entweder an die Front zu Stoßtrupps abkommandiert oder auf den Stufen des Kapitols erschossen zu werden.

2. Jedes Kriegsschiff und U-Boot, jeder Panzerkreuzer und Zerstörer soll einen oder mehrere Aktionäre von Rüstungskonzernen als Ballast mit sich führen.

3. Alle Kriegslieferanten sollen aufgehängt werden, wenn ihr Profit die Million-Dollar-Grenze erreicht hat.

4. Alle frommen Männer, die ihren Gemeinden verkünden, daß Gott mit uns ist, sollen ausgeschickt werden, um Gott über dieses Thema persönlich zu interviewen und festzustellen, ob ihre Behauptung stimmt.

5. Universitätsprofessoren soll bei hohen Strafen verboten werden, aus Geschichtsfolianten zu beweisen, daß der Feind schon immer ein gemeiner Schuft war.

6. Der Geheimpolizei soll verboten werden, jedesmal ein „feindliches Komplott" zu entdecken, wenn ein friedlicher Bürger das Licht in seinem Schlafzimmer andreht.

7. Der Krieg soll dem Land ganz offen als Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dargestellt werden und nicht als „heiliger Krieg zur Rettung der Zivilisation".

Eine internationale gesetzliche Sanktionierung dieser Kriegsregeln hätte vermutlich mehr Erfolg als alle Abrüstungskonferenzen und Friedensproklamationen zusammen." („Los Angeles Record")

Von B. Traven sind bis jetzt im Buchhandel erschienen (und vom Verlag der S.-Z. zu beziehen):

Das Totenschiff Preis 6 Mark

Die weisse Rose Preis 6 Mark

Der Douaumont-Film

In Stuttgart wird gegenwärtig der Verdun-Film „Douaumont" vorgeführt.

So darf also der Krieg aussehen! So wird der Kriegsfilm nicht verboten! So gibt es keine Proteste von Offiziersbünden und Studentchen, keine weißen Mäuse und Blindschleichen und Stinkbomben!

Glattrasierte, mit sorgfältig gescheiteltem Haupthaar versehene Soldaten treten da auf, in der „neuen, in der grauen, in der schönen Felduniform". Aus vorbildlich gebauten, unversehrten Schützengräben wie auf dem Exerzierplatz steigen sie heraus zum Angriff, Offiziere voraus mit blitzendem Degen. Sprung auf, marsch, marsch, hinlegen! Vereinzelte Granateinschläge wie auf Bilderbogen. Da und dort fällt einer und ist gleich maustot. Am Boden liegt ein verwundeter Offizier, er winkt mit dem heilen Arm: vorwärts, vorwärts, dann sinkt er zusammen und stirbt. Douaumont wird erobert, indem man einen französischen Wachtposten kurzerhand verhaftet. Die siegreichen Deutschen ziehen ein. Öfteres Händeschütteln, auch zwischen Offizier und Mannschaft. Zigaretten werden verteilt. Sogar der verhaftete Poilu kriegt zuletzt eine. O deutscher Edelmut! Eine Weile geht's im Fort Douaumont zu wie abends in einer Heimatkaserne. Motto: „Schön ist das Soldatenleben". Ziehharmonika, Mundharmonika, gemütvolle Lieder. Ganz vorne im Fort Douaumont! In der Hölle von Verdun! Gegenangriffe werden abgeschlagen. Vor einem Angriff wird auf einer Mundharmonika „Morgenrot, Morgenrot" gespielt. Romantisch, so was! Dazwischen einige echtere Bilder an Maschinengewehren, mit Gasmasken, im Lazarett, das seinerzeit ein einziger Volltreffer vernichtete. Schließlich müssen die Deutschen doch wieder raus. Man sieht unabsehbare Reihen französischer Artillerie feuern, wie wahnsinnig. In der Nähe aber, auf dem Douaumont, sieht's nicht so schlimm aus. „Eine jede Kugel die trifft ja nicht." Ungehindert ziehen die Deutschen in langem Zuge ab, immer noch glattrasiert und gepflegt aussehend. Da und dort trägt einer einen schneeweißen Verband, malerisch wie ein Student, der von der Mensur kommt.

Alles in allem ein Film, als hätte man Bilder aus der „Gartenlaube" Jahrgang 1914—18 herausgeschnitten und aneinandergereiht. Um Gotteswillen keine dreckigen, verlausten, blutigen, zerfetzten Muskoten mit Gesichtern, wie sie nun eben mal Proletarier haben. Das wäre ja „Tendenz"!

„Wollen Sie mal sehen, Frau Oberstudienrat, wie es im Kriege zuging? Da müssen Sie 'nein! In den Douaumontfilm! Nerven? Kopfweh? Nein, nein, seien Sie ohne Sorge, nicht von diesem Kramer oder Remarque oder wie der abscheuliche Mensch heißt. Nein, sauberer, anständiger Heldenmut und echt, man kann sich so richtig hineindenken."

(Man vergleiche die furchtbaren Schilderungen in Band 1 der „Schlachten des Weltkrieges", herausgegeben im Auftrage des Reichsarchivs: „Douaumont.")

Hans Resag

Die Hölle wird ausgewertet

Man sollte meinen, die „Hölle von Verdun" sei ein Gebiet, vor dem sich die Militaristen ein wenig hüten, weil aus diesem qualvoll sinnlosen Hin und Her, dieser grauenvollsten Menschenschlächterei der Weltgeschichte nicht viel für ihre Propaganda zu holen sei. Aber sie bringen auch das fertig. Auch Verdun wird „ausgewertet".

Da sieht man wieder einen Douaumont-Film, mit dem man die Leute zu „opfermutigem Handeln" begeistern will. Ohne dabei die Frage zu stellen, weshalb, wozu und von wem die Opfer verlangt werden, und ohne anzudeuten, daß auch die heutige Not allerhand und sinnvollere Gelegenheit zur Bekundung von Opferbereitschaft geben würde. (Wobei sich's nicht einmal ums Leben, sondern nur ums Geld handeln würde.)

Da wird bei einem großen thüringischen Gautag der Nationalsozialisten ein grandioses Riesenschlachten-Feuerwerk abgebrannt, dessen Schluß die „Hölle von Verdun" bildet. Es wird alles vorgeführt: Blitz und Donner der Hölle, Gewehrfeuer, Maschinengewehrfeuer, Geschützfeuer, Minenfeuer, platzende Schrapnells, Geschoßeinschläge und Explosionen, Raketen-Kreuzfeuer, Flammenwerfer und heulende Sirenen und als Abschluß ein Flammen-Tornado, bestehend aus hundert Bomben und Granaten. Der Frontsoldat, der s. Zt. zwischen verschütteten und zerfetzten Kameraden in der wirklichen Hölle lag und sich damals eine solche Volksbelustigung hätte profezeien lassen müssen, hätte ausgespuckt. Aber heute ist man in Deutschland schon wieder so weit, daß man die gräßlich gefühls- und gedankenleere Unanständigkeit dieses Schauspiels nicht mehr bemerkt, daß sich (bei Preisen bis zu 10 Mark) die Regisseure des nationalen Theaters wieder alles leisten können.

W. W.

Kultur oder nicht?

Die „Welt am Montag" schreibt in einem Leitartikel über den frankfurter Gewerkschaftskongreß über die Entwicklung der Wirtschaftsformen:

„Der theoretisch vermuteten Entwicklung hat Lenin in Rußland vorgegriffen, so entschlossen und hemmungslos vorgegriffen, daß den Marxisten, die in Westeuropa kulturell verwurzelt sind, der Schreck in die Glieder gefahren ist. Lenins und Stalins Wege sind unter Kulturvölkern tatsächlich nicht zu beschreiten."

Weniger blindwütende Bolschewistenfresser denken darüber anders. Wer nicht aus Affekt urteilt, sondern (aus Überlegung) sachlich zum Kommunismus Stellung nimmt, wird erkennen, daß Lenins und Stalins Wege nur „unter Kulturvölkern" (wir wollen mal das miserable Deutsch übernehmen) „zu beschreiten" sind. Was auch unter Nichtkulturvölkern möglich wäre, das ist zum Beispiel die Art der affektvoll-argumentlosen Kommunistenhetze der „W. a. M.".

B.

Forschungsdrang

Die vom Reich unterstützte Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die teils entlegenen teils abwegigen Forschungen ihre Förderung angedeihen lässt, bereitet u. a. einen Atlas deutscher Volkskunde vor, für den augenblicklich Fragebogen verschickt werden. Diese enthalten u. a. folgende Fragen: Gebräuchliche Schmeichelnamen für Haustiere? Welche Farben gelten als Trauerfarben? Besteht die Sitte, für Verunglückte oder Ermordete Erinnerungszeichen zu setzen? Ist eine Kinderwiege noch gebräuchlich? Sehr wichtig scheint auch die Frage „Wer bringt die kleinen Kinder?" Es ist zu hoffen, daß die Antworten die überragende Stellung des Storches auf diesem Gebiete bestätigen.

Kleinigkeiten

Die katholische Aktion. Mussolini und der Papst haben ein neues Abkommen getroffen, in dem der katholischen Aktion in Italien die politische Betätigung verboten wird. — Gottlob, in Deutschland ist man der Aktion gegenüber nicht so intolerant.

Vom Setzerlehrling. Im „Vorwärts" vom 2. August war in einer Betrachtung über die Rolle des Reichs als Aktionär der Großbanken zu lesen: „Jedenfalls ist schon jetzt zu fordern, daß das Reich den Einfluß, der ihm als dem maßgebenden Reaktionär nunmehr gebührt, voll und ganz in die Hand bekommt." — Es hat ihn schon!

Zuschußbetrieb. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" berichtet, erhält der Pächter des Reichstagsrestaurants einen jährlichen Zuschuß von 60 000 Mark. — Was fängt er denn mit diesem Geld in der heutigen reichstagslosen Zeit an?

Versilbert. Im berliner Stadtschloß wird demnächst das silberne Tafel-Service ausgestellt, das seinerzeit 413 preußische Städte dem Kronprinzenpaar zur Vermählung geschenkt haben. Das „Wunderwerk deutscher Juwelierkunst", das einen Wert von rund 500 000 Mark hat, ist vom Kronprinzen nach dem Zusammenbruch um 150 000 Mark an die Stadt Berlin verkitscht worden. — Geht man so mit Geschenken um, an denen das Herzblut deutscher Untertanen klebt?

Das Ende. Das badische Staatsministerium hat beschlossen, die badische Gesandtschaft bei Preußen mit Abschluß des laufenden Geschäftsjahres aufzuheben. — Wenn das nur gut geht!

Kirchliche Novitäten. Bei Westerland (Sylt) hat die protestantische Kirche sogenannte Dünengottesdienste eingeführt, bei denen sich die Gemeinde um eine in einem Dünental aufgepflanzte Kirchenfahne gruppiert. — Im Ruhrgebiet sucht man alte Bergmannssitten aufleben zu lassen, indem man Abendgottesdienste für Bergleute veranstaltet, bei denen das Gotteshaus nur durch Grubenlampen erhellt wird. Den Bemühungen ist bis jetzt kein großer Erfolg beschieden, da es keine „bodenständigen" Bergleute mehr gibt, die für so was Verständnis haben.

Inseratensumpf. Ein Dr. Bum in Charlottenburg hat gegen das „12 Uhr Blatt" Strafantrag wegen Kuppelei gestellt, da gewisse in dem Blatt regelmäßig erscheinenden Inserate nach seiner Meinung den Tatbestand der Kuppelei nach § 180 Abs. 1 St.G.B. erfüllen. — Er hätte den Antrag auch auf einige Hugenbergblätter ausdehnen können.

Nationalliberales Deutsch. „Im Rahmen der eingehenden Beratungen kam der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei zu der einmütigen Auffassung, daß die Reichsregierung angesichts des ungeheuren Ernstes der Lage in kürzester Frist eine Klärung über die zur Behebung der Wirtschafts- und Finanznot erforderlichen Maßnahmen herbeiführen muß." — Der Stil ist wie die Politik.

Ehrwürdige Rechte. Die Stadt Sagan ist gerichtlich zur Zahlung von 13 500 Mark an die dortige Katholische Kirchengemeinde verurteilt worden, damit diese die während des Kriegs zu „vaterländischen Zwecken" eingeschmolzenen Glocken ihrer Stadtpfarrkirche ersetzen kann. Nach einem Vertrag aus dem Jahre 1430 (vierzehnhundertdreißig) ist die Stadt nämlich verpflichtet, für die Instandhaltung des katholischen Glockengeläutes zu sorgen. — Man wird in Sagan jetzt wohl den Ausgesteuerten ihre Bezüge kürzen müssen.

Religion und Wirtschaft. Daß man auch das moderne Wirtschaftsleben mit Religion durchdringen kann, zeigt der Bericht einer RGO.-Gruppe aus einem rheinischen Textilgroßbetrieb, wo in den Ecken Mutter-Gottes-Bilder angebracht sind, die bei besonderen Anlässen mit Blumen und Kerzen geschmückt werden.

Der Apparat. Superintendent D. Schowalter in einem Artikel „Devaheim-Sparer und Kirche" im „Berliner Tageblatt": „Die wenigsten Menschen haben eine Vorstellung davon, ein wie unbeholfener Apparat die „Evangelische Kirche" ist, wenn sie für eine Rettungsaktion eingesetzt werden soll." — Diese Vorstellung ist in letzter Zeit fast Allgemeingut geworden.

Sprachliches. Was ist eine Dame, die aus Bremen stammt? Eine Bremenserin. Wie nennt man, was aus Baden kommt? Badensisch. So kann man wenigstens in berlinensischen Blättern lesen.

Was ist ein Hundehalter? Der berliner Magistrat erklärt das seinen Steuerbeamten durch folgende Definition: „Das Halten eines Hundes vollzieht sich im allgemeinen an demjenigen Orte, wo er seinem Besitzer in der Hauptsache die Dienste leistet, die der letztere von ihm erwartet. Der Begriff setzt einen Zeitraum von gewisser Dauer, ein gewisses Maß von Stetigkeit voraus und schließt es in der Regel aus, daß ein Hund, der vorübergehend nach einem anderen Orte mitgenommen wird, ebendort sogleich der Hundesteuer unterworfen wird." — Es vergeht wohl noch ein Zeitraum von gewisser Dauer, bis sich unsere Bürokraten ein klares Deutsch angewöhnen.

Vom Schulspiel. Der Verlag Höfling, München empfiehlt eine „Kurze dramatische Abschiedsfeier für austretende Mädchen". Kommt man durch so was den „Bedürfnissen" der Schülerinnen nicht zu weit entgegen?

Verboten. Das deutsche Militär-Tonfilm-Lustspiel „Drei Tage Mittelarrest" (in Nr. 2 der S.-Z. besprochen) wurde in Amerika von der Zensur verboten, weil die Handlung in „schamloser Weise das Schicksal einer unehelichen Mutter" verhöhne. — Im Deutschland Hugenbergs ist der geschmacklose und alberne Schmarrn auch heute noch eines der besten Kassenstücke.

Prämie. Edison hat in seinem Testament zehntausend Dollar demjenigen Gelehrten bestimmt, „der den objektiven Beweis dafür zu erbringen vermag, daß das menschliche Bewußtsein nach dem Tode fortdauert". Als solcher Beweis soll gelten: der Nachweis, daß eine durch ein Medium überbrachte Nachricht tatsächlich von dem Geist eines Verstorbenen stammt, oder aber die fotografische oder filmische Aufnahme einer wirklichen Materialisationserscheinung. — Man kann ein großer Erfinder sein und doch ...

Ausstellungs-Poesie. Aus einem Bericht über die Landwirtschaft auf der Gastwirts-Messe in Stuttgart: „Und da ist auch eine große Nische, aus der es uns entgegentönt: Hoch klingt das Lied vom deutschen Frischei!" — Kikeriki!

Freie Arbeiterunion. Samstag, 12. September, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Saal zur Weißenburg, Olgastr. 97C. Referat von Helmut Rüdiger über das Thema: „Spaniens Arbeiter im Kampfe um den Sozialismus." Eintritt 25 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lim, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Lest: Kurella

Mussolini ohne Maske

mit 80 Fotografien

Geb. 5 Mark, kart. 3,50 Mark

Stuttgart, 20. September 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 38

Nationalistisches Theater

In dem Artikel „Einigkeit" in Nr. 36 der S.-Z. hat Fritz Lenz darüber berichtet, daß die französischen und amerikanischen Banken der englischen Regierung erst dann eine Anleihe gewährten, als garantiert wurde, daß die Arbeitslosenversicherung abgebaut werde (und wahrscheinlich auch, daß die Regierung den bevorstehenden Angriff der Unternehmer auf die Löhne unterstützen werde). Diese Forderung der ausländischen Kapitalisten ist ja durchaus verständlich: Geld wird nur da angelegt, wo es Profit einbringt, und der Profit ist bei niederen Löhnen größer als bei hohen (der Kaufkrafttheorie zum Trotz). Lenz hat dann darauf hingewiesen, daß die französischen Banken durch den Mund des „Temps" die selbe Bedingung auch der deutschen Regierung gestellt haben: zuerst Abbau der „Soziallasten" und der „überhöhten" Löhne, dann kann man ja über eine Anleihe verhandeln. Und Brüning und die Länderregierungen sind daran gegangen, die gestellte Bedingung nach Kräften zu erfüllen und auf diese Weise der deutsch-französischen „Verständigung" den Weg zu ebnen.

Österreich gegenüber konnte man in den letzten Tagen das gleiche Spiel beobachten. In Genf hat der französische Finanzminister Flandin mit den Vertretern Österreichs über eine langfristige Anleihe verhandelt und dabei nach einem Bericht des „Neuen Wiener Tagblatts" folgende Bedingungen gestellt: In den Etats des österreichischen Bundes, der Länder und der Gemeinden muß durch strengste Sparsamkeit das Gleichgewicht wiederhergestellt werden; die „Soziallasten" müssen vermindert, die Kollektivverträge müssen beseitigt werden (damit die Löhne abgebaut werden können). Kollektivverträge, so hat Flandin nach dem Bericht des „Neuen Wiener Tagblatts" sich geäußert, seien „eine die Gläubiger schädigende Einrichtung" und müßten deshalb fallen. Frankreich sei weit davon entfernt, sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs zu mischen, aber — wenn Österreich Geld wolle, so müsse es eben bestimmte Voraussetzungen schaffen.

Das ist für Nationalisten wieder einmal eine Gelegenheit, sich über französische „Erpressungsversuche" zu entrüsten, nicht wahr. Aber vielleicht darf man darauf hinweisen, daß die österreichischen Sozialdemokraten nicht so sehr über Herrn Flandin und die französischen Banken entrüstet sind als vielmehr über die österreichischen Bankiers und Industriellen, die (nach Aussage der Sozialdemokraten) in Genf hinter den Kulissen alles getan haben, um die französischen „Erpresser" gegen die österreichische Sozialpolitik, gegen die „überhöhten" Löhne und gegen die Finanzpolitik der sozialdemokratisch *regierten* Gemeinde Wien scharf zu machen. Die Bedingungen des „Feindes" sind also ganz nach dem Wunsch und Willen derer, die sich der Welt in nationaler Entrüstung zeigen.

Wie im Krieg die Internationale der Rüstungsindustrie, so funktioniert im sogenannten Frieden die Internationale der Scharfmacher aufs trefflichste. Die Rüstungsbetriebe der verschiedenen Länder haben vor dem Krieg (und auch während des Kriegs) zusammengearbeitet, um an der Menschenschlächterei Geld zu verdienen, heute sind sich österreichische Industrielle und französische Geldgeber durchaus einig, daß der Profit auf Kosten der österreichischen Arbeiter erhöht werden muß — so stehen die Fronten. Nationalistische Entrüstung über den erpresserischen Feind (womit immer der über der Landesgrenze drüben gemeint ist) hat nur den Zweck, die klare Erkenntnis dieser Fronten zu verwischen.

Diese beiden Beispiele (Frankreich-England und Frankreich-Österreich) sollten sich vor allem die Anhänger der deutschen Sozialdemokratie genau ansehen, danach die Politik ihrer Partei beurteilen (und womöglich aus der gewonnenen Erkenntnis die Konsequenzen ziehen). Die außenpolitische Parole der deutschen Sozialdemokratie ist gegenwärtig mehr als je: Verständigung mit Frankreich. Deutsch-französische Verständigung bedeutet aber heute: Verständigung der deutschen und der französischen Kapitalisten auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft; denn genau so wie von Österreich verlangen die französischen Geldgeber auch von Deutschland (mit voller Zustimmung der deutschen Kapitalisten) strengste Sparsamkeit, vor allem Abbau der „Soziallasten" und der Löhne, damit sich die Anlage von Geld rentiert. Wer sich also zum Vorkämpfer dieser Verständigung macht, bereitet diesen Abbau vor.

Die Partei, deren Anhänger die Kosten der Verständigung tragen, ruft laut nach Verständigung mit Frankreich; die Parteien dagegen, deren Anhänger und Hintermänner den Nutzen von der Verständigung haben, ziehen es zunächst noch vor, gegen den „erpresserischen" Erbfeind zu hetzen — das ist eine Arbeitsteilung, die für sie nicht ohne Vorteil ist.

Hermann List

Wie einst bei Wilhelm

Über einen nationalsozialistischen Gautag in Gera bringt die Zeitung „Der Nationalsozialist" einen Bericht, in dem u. a. folgende Geschichte fürs Lesebuch des dritten Reiches enthalten ist:

„Endlich ertönte der scharfe Befehl: „SA., Stillgestanden!" Ein Rucken — ein Zuck! — Erstarrt stand das braune Heer, reglos standen auch die Mädels, bis Hitler dem Auto entstieg, unser Hitler! ...

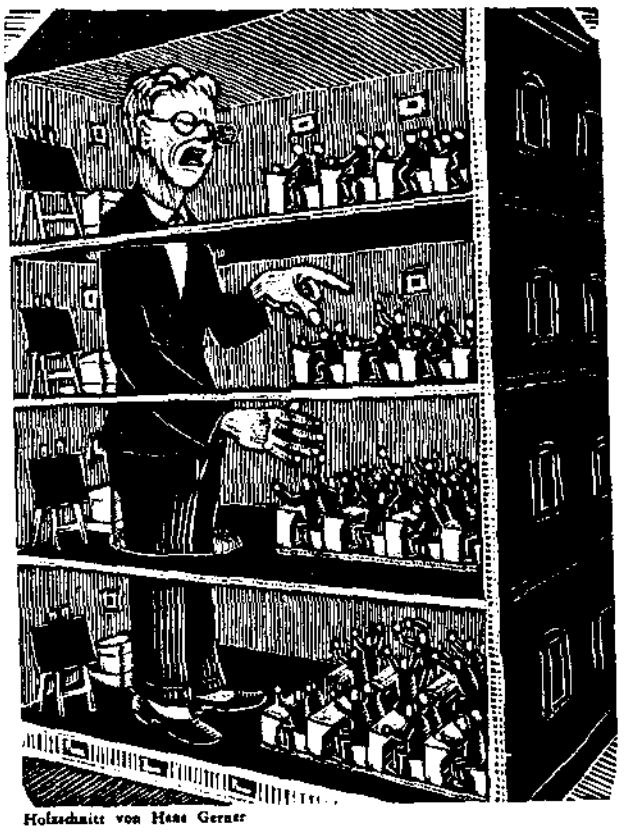
Wie er da stand! Wie sein Blick alle umfaßte, doch jeden einzelnen zu packen schien aus seinem braunen Heer, das sein Ruf unter dem Zeichen des Hakenkreuzes gesammelt hat, in einer ständig wachsenden Bewegung, in tiefster innerlicher Verbundenheit. Deutsche Volksgemeinschaft, in edelster Auswahl ...

Nach dem feierlichen Feldgottesdienst sollte für die Mädels noch ein ganz besonderer Höhepunkt kommen: Drei von ihnen sollten den obersten Führer im Namen aller Thüringer Hitler-Mädels begrüßen und Lorelott Pulzer-Gotha durfte ihm einen Strauß goldgelber Rosen überreichen. Sie erzählt selbst:

„Als ich vor Hitler treten sollte, vor all den tausend Menschen, war ich doch etwas befangen, bis ich vor Hitler stand. So unendlich gütig blickte sein Auge, daß ich ganz frei wurde, um ihm zu sagen: „Heil großer Hitler! Wir Mädels aus Thüringen grüßen den Führer." — Freundlich nahm er die Rosen aus meiner Hand und dankte mit einem festen Händedruck. Für mich war es der weihevollste Augenblick in meinem Leben."

Jetzt stellen Sie sich das auf Sächsisch vor!

Folgen des Lehrer-Abbaus



Holzschnitt von Hans Gerner

Das Programm des Botschafters

Ende September werden Laval und Briand zum Besuch der deutschen Regierung in Berlin eintreffen; um die gleiche Zeit wird, als Nachfolger von de Margerie, François-Poncet den Posten des französischen Botschafters in Berlin übernehmen. Wer ist Herr Poncet? Was ist sein Programm?

Poncet gehört politisch zur französischen Rechten; er hat gute Beziehungen zur Schwerindustrie. Sein Programm ist: deutsch-französische Verständigung, d. h. Zusammenarbeit von französischem Erz und deutscher Kohle, gemeinsame Arbeit der deutschen und der französischen Industrie in der Elektrizitätswirtschaft, Mitarbeit der deutschen Industrie bei großen öffentlichen Arbeiten in Frankreich (wohl im Anschluß an die Reparationssachlieferungen), und als Krönung dieser wirtschaftlichen Verständigung Abschluß eines mehrjährigen politischen Waffenstillstandes.

Es ist das Programm, das die französische Regierung und die französische Industrie seit 1919 verfolgen und gegen das sich die Herren in Berlin und in Essen ebensolange, abgesehen von einigen Episoden (Rathenau-Loucheur, Stinnes-Lubersac), gewehrt haben. Werden sie sich diesmal wenigstens auf sachliche Verhandlungen einlassen?

Wahrscheinlich. Denn als Preis der Verständigung winkt die große Auslandsanleihe, die letzte Hoffnung für die deutsche Wirtschaft wie für die Regierung Brüning. Und wenn diese Lockung nicht genügen sollte, dann hat Frankreich ja noch einige Druckmittel. Seine politische und finanzielle Macht wächst gegenwärtig von Woche zu Woche. Aus den südosteuropäischen Ländern kommen z. B. Nachrichten, wonach Frankreich dort den größten Teil der Ernteüberschüsse aufgekauft habe, was nicht nur diese Länder noch fester als bisher in das französische System einfügt, sondern auch eine wirtschaftliche Bedrohung Italiens ist (außerdem kann, wenn der Getreidehandel in Südosteuropa in einer Hand liegt, der Kampf gegen das russische „Dumping" mit mehr Aussicht auf Erfolg geführt werden). In diesem Zusammenhang darf auch eine Meldung wiedergegeben werden, wonach gegenwärtig in Genf französische Bankleute mit dem deutschen Land Bayern über eine größere Anleihe verhandeln (was sowohl für die bayrische wie für die französische Politik bezeichnend ist). Durch welche sonstigen Aktionen Frankreich seine Position in letzter Zeit gestärkt hat (Ungarn, Österreich, England), ist den Lesern der S.-Z. ja bekannt.

Vor allem aber ist die deutsche Regierung zu Verhandlungen mit Frankreich gezwungen durch die Gefahr einer französisch-russischen Verständigung. Die Nachrichten, Rußland verhandle mit Frankreich und mit Polen über einen Nichtangriffspakt, scheinen in Berlin den Widerstand gegen die Verständigung mit Frankreich gebrochen zu haben. „Die Gegner der deutsch-französischen Verständigung im Auswärtigen Amt", läßt sich der dortmunder „Generalanzeiger" „von besonderer Seite" schreiben, „sind verstummt, verstummt seit dem Tage, an dem das Gespenst eines französisch-russischen Vertrages am politischen Horizont erschien."

So hat Poncet gute Aussicht, sein Programm zu realisieren. Zweifelhaft ist noch, welche Wirkungen Poncets Programm auf die deutsche Innenpolitik haben wird. Der Einfluß der „nationalen Opposition" auf die Regierung ist in letzter Zeit gestiegen — es ist möglich, daß sie die Regierung durch ihre Propaganda gegen das „verräterische" Paktieren mit dem „Erbfeind" noch mehr schwächt, um dann nachher an der Regierung und an den Früchten der Verständigung teilzunehmen; möglich ist es auch, daß Poncet verlangt, die „nationale Opposition" solle zu den Verhandlungen herangezogen werden.

Nicht zweifelhaft dagegen ist es, was Sozialisten von diesem Programm und dieser Verständigung zu halten haben.

Pitt

Staatskapitalismus?

Von Erich Schairer

In seinem Buche „Rußland Ja und Nein" schreibt Hans Siemsen: „Der russische Kommunismus ist ... kein echter Sozialismus oder Kommunismus. Er ist vielleicht eine Art Staatskapitalismus, oder wie man das nun ausdrücken will. Aber eine sehr lehrreiche und tiefwirkende Vorstufe des echten Kommunismus ist er auf alle Fälle."

Der Amerikaner H. R. Knickerbocker beginnt sein Buch „Der rote Handel droht" mit dem Satze: „Das Wichtigste, was man bei dem heutigen „kommunistischen" Rußland nicht vergessen darf, ist, daß es nicht kommunistisch ist." Auch er findet, daß die russische Wirtschaftsorganisation „eine Art Kapitalismus ist, der heutige Staatskapitalismus Rußlands". Von Privatkapitalismus unterscheide sich dieser dadurch, daß keine privaten Gewinne gemacht werden, vor allem aber durch seine Planmäßigkeit; die Planwirtschaft sei „eines der Grundprinzipien marxistischer Wirtschaftstheorien".

Beide Autoren sagen mit ihren Feststellungen eigentlich nicht anderes als was W. I. Lenin in seiner im August 1917 (also vor der russischen Novemberrevolution) erschienenen Schrift „Staat und Revolution" schon als Lehre von Karl Marx dargestellt hat: daß nämlich die erste Fase der kommunistischen Gesellschaft, die „gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet" werde, noch kein vollständiger Kommunismus sei; auf dieser Stufe könne der Kommunismus noch nicht „völlig reif", noch nicht „völlig frei von den Traditionen oder Spuren des Kapitalismus" sein. Wie lange diese Fase dauern werde, innerhalb deren Maß der Arbeit und Maß des Konsums noch unter strengster Kontrolle des Staates zu stehen haben (während in der kommunistischen Gesellschaft ohne staatlichen Zwang „jeder nach seinen Fähigkeiten" tätig sein wird und „jedem nach seinen Bedürfnissen" zugeteilt werden kann), und welche Etappen bis zur Überwindung dieser Fase durchschritten werden müssen, das wisse man nicht und könne es nicht wissen.

Nehmen wir ruhig an, daß es, auch in Rußland, bis zum Kommunismus noch sehr lange dauern wird. Streiten wir auch nicht darüber, was Egoismus ist und ob der Mensch es bald, spät oder gar nicht lernen wird, anders als egoistisch zu denken und zu handeln. Aber darf man eigentlich jene erste Fase der Entwicklung zum Kommunismus, in die Rußland eingetreten ist, den Sozialismus, mit dem Begriff „Staatskapitalismus" gleichsetzen, weil auch er Überschüsse akkumuliert und die Arbeiter nach ihrer Leistung entlohnt, um möglichst viel „aus ihnen herauszuholen"? Sind das „kapitalistische Methoden"?

Ganz naive Leute pflegen es einer sozialistischen Wirtschaft schon übel zu nehmen, daß auch sie wirtschaftlich verfährt, nämlich mit dem möglichst kleinen Aufwand den möglichst großen Erfolg zu erreichen trachtet, also etwa Ausschuß vermeidet, Abfälle verwertet, arbeit- und zeitsparende Maschinen verwendet und diese restlos auszunützen strebt, daß sie die Produktionsmethoden verbessert, Wege abkürzt, Leerlauf ausschaltet und dergleichen. Als ob nicht jede Wirtschaft, auch die sozialistische, sogar eine kommunistische, es so machen müßte, wenn sie den Namen Wirtschaft verdienen soll!

Ebenso gehört aber auch die Erneuerung des Produktionsapparats im notwendigen Umfang durch „Kapitalisierung" eines Teils der Erträge zum Begriff des Wirtschaftens überhaupt, nicht bloß zu dem einer besonderen Wirtschaftsform, etwa der kapitalistischen. Ohne „Kapital" in diesem Sinne gibt es keine sozialistische, nicht einmal eine kommunistische Wirtschaft. Die Ansammlung von Überschüssen zur Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Produktionsmittel ist keine „kapitalistische" Handlung.

Und da eines der Produktionsmittel, vielmehr das wichtigste, schließlich immer der Mensch bleibt, so wird dieser in keiner Wirtschaft, nicht einmal in der kommunistischen, seine Kräfte und Fähigkeiten brach liegen lassen dürfen. So lange er sie nicht freiwillig, ohne äußeren Zwang oder Anreiz, in den Dienst der Wirtschaft stellt, wird man Zwang und Anreiz eben anwenden müssen. Auch der Sozialismus, gerade der Sozialismus, kann keine Faulenzer brauchen. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", ist ein durchaus sozialistischer Grundsatz.

Worauf beruht denn dann wohl der wesentliche Unterschied von Kapitalismus und Sozialismus?

Knickerbocker meint, in der Planwirtschaft. Aber könnte man sich nicht auch eine kapitalistische Planwirtschaft denken, deren Ertrag vorzugsweise einer kleinen Schicht von Kapitalisten zu gute käme? Es scheint sogar manchmal, als ob wir darauf zusteuerten.

Also wird die Aufhebung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die Ausschaltung der privaten Spekulation, des Einzelprofits aus den Erträgnissen der Wirtschaft, am Ende doch ausschlaggebend sein, wenn es sich um den charakteristischen Unterschied von Kapitalismus und Sozialismus handelt. Nicht daß Überschüsse gemacht werden, ist das Kennzeichen des Kapitalismus, sondern wie sie verwendet werden.

Und: wie sie gemacht werden. Ein Raubzug auf die Taschen anderer ist nur im kapitalistischen System „wirtschaftlich", im sozialistischen nicht. Ein Raubbau an der Gesundheit der Arbeitenden (und der Konsumenten) ebenfalls. Man stelle sich vor, wie ein „staatskapitalistisches" Alkoholmonopol gehandhabt würde, und wie ein sozialistisches. Man überlege sich die Bedeutung des Umsatzes, der „Bedürfniserweckung" (Reklame), der Qualitätsverschleierung, sagen wir deutlicher: des Schwindels, in der kapitalistischen und in einer sozialistischen Wirtschaft, — und man wird finden, daß Sozialismus doch etwas ganz anderes ist als „eine Art Kapitalismus".

Die Reichsregierung hat beschlossen, für die „Bankenkontrolle" kein Bankenaufsichtsamt zu schaffen, sondern einen Reichskommissar für Bankenaufsicht zu bestellen. Ihm zur Seite soll eine Kuratorium für das Bankgewerbe stehen.

Ein gutgehendes Geschäft

„Große Aufträge verschiedener Staaten auf leichte Maschinengewehre und Hand-M.-G. sind in Ausführung begriffen. Die neuen 13-mm-Flugzeugabwehr-M.-G.-Konstruktionen der Gesellschaft finden steigende Verbreitung."

„Was ist das? Was reden Sie da?"

„Das ist der Wortlaut des Geschäftsberichtes der Firma Hotchkiss & Cie. in St. Denis bei Paris."

„Habe ich noch nie gehört — aber wieder die Franzosen!"

„Die Großaktionäre dieser Firma sind seit 1887 Engländer! Aber da man zur Erzeugung von Geschützen, Maschinengewehren und Munition (laut Geschäftsbericht) noch immer Stahl und Sprengstoff braucht, so können Sie versichert sein, daß auch „die deutsche Produktion" durch die „Vereinigten Stahlwerke A.-G.", Düsseldorf (800 Millionen RM. Kapital) über die „Internationale Rohstahlgemeinschaft", durch die I.G. Farben (1100 Millionen Kapital) mit Chemikalien über Kuhlmann-Konzern, Paris (300 Millionen Fr. Kapital) und durch die Imperial Chemical Industries Ltd., London (95 Millionen Pfund Kapital) mit Stickstoff dabei ist."

„Wir sind in einer Zwangslage. Das ist alles historisch bedingt."

„Stimmt. Historisch bedingt ist auch die Treuherzigkeit, mit der Sie diesen Unsinn von historischen Bedingtheit nachbeten ... Sie scheinen entrüstet zu sein. Wenn ich Ihnen jedoch weiter etwas erzählen darf, so werden Sie mir vielleicht meine Grobheit verzeihen ... Sehen Sie, Hotchkiss. Wer kennt Hotchkiss? Es ist nur einer von einigen Dutzend. Die Firma begann 1887 mit 6 Millionen Francs Kapital. Heute steht sie mit 16 Millionen zu Buch."

„Das ist in Gold — warten Sie mal — etwa bloß die Hälfte des Vorkriegskapitals."

„Aber was lag dazwischen?! Das schon 1918 auf 16 000 000 Franken erhöhte Kapital konnte Hotchkiss nach zweimaliger Ausgabe von Gratisaktien 1 : 1 (1916 und 1918) 1923 voll zurückzahlen! Es wurde also dreimal zurückgezahlt. An Stelle der zurückgezahlten Aktien wurden „Genußscheine" ausgegeben, deren schöner Name sich durchaus rechtfertigt, wenn man erfährt, daß die Dividende seit 1923 von 50 Prozent jetzt auf 90 Prozent gestiegen ist. Man „genießt" also von Aktien, die nichts gekostet haben, noch 90 Prozent."

„Da kann einem ja ..."

„Die Spucke wegbleiben. Gewiß. Es wird Ihnen sogar dazu noch fürchterlich übel werden, wenn Sie bedenken, daß Hotchkiss nur ein „kleinerer Betrieb" neben den Giganten ist: Vickers in England, Du-Pont in USA.-Amerika, Schneider in Frankreich, Skoda in der Tschechoslowakei, Mitshubishi in Japan. Terni-Vickers in Italien ist nicht ganz ebenbürtig, exportiert aber schon flott die heiligen Güter der Landesverteidigung an Türken und Balkanier. Jeder dieser Giganten ist von einem Kranz kleinerer Betriebe umgeben, schätzungsweise zusammen 150. Es gibt außerdem nach dem neuesten dreibändigen Jahrgang des „Taschenbuchs der Luftflotten" allein 190 Firmen, die Kriegsflugzeuge bauen, davon in Frankreich 44, in England 29, in USA.-Amerika 38, in Italien 17 usw. Auch Sie haben sich wahrscheinlich bisher mit dem Zählen der 12 600 Kampfflugzeuge beunruhigt, die allein in Europa startbereit sind. Sie zählen jetzt besser nur deren Werften, die die Nester sind, in denen die Raubvögel aus Stahl ausgebrütet werden. Wenn sie vielleicht bald in der Luft dahinschwirren, werden sich unten 5000 moderne Riesensaurier als Tanks bis zu zwölf Meter Länge und fünf Meter Höhe vorwärtswälzen, um von den Europäern noch die zu vertilgen, die 37 000 Geschütze und Minenwerfer und 98 000 M.-G. in einem Giftgasmeer übrig gelassen haben."

„Diese Zahlen sind doch sicher übertrieben!"

„Ich habe nicht genug Fantasie, sie zu erfinden. Es sind zudem Mindestzahlen. Wenn Sie eine Kanone zuviel nennen, werden Sie der Zentrale des internationalen Rüstungswarenhauses, das alle Vaterländer mit Landesverteidigung beliefert, wegen Verleumdung ehrbarer Kaufleute angezeigt. Noch unglaublicher als die Zahl von 150 000 Mordmaschinen, um zirka 60 Vaterländer gegenseitig zu verteidigen, sind aber die Zahlen der Profite für die Herstellung dieser Mordmaschinen. Wie bei Hotchkiss, der nur einen kleinen Laden für M.-G. hat, ist das überall: Gratisaktien, Kapital zurückbezahlt usw. Manchmal sagen sie gar nichts, wenn es zu hoch geht. Alle Papiere fielen, selbst bei Gummi und Metallen große Pleite. Das Rüstungswarenhaus der Erde ist aber nach Ihnen eine historische Bedingtheit und daher „unbedingt fest", wie die Börsianer sagen."

Verstohlen fügte ich hinzu, daß das Fundament dieser historischen Bedingtheit allerdings ein sehr festes ist, nämlich die Dummheit der Menschen.

Er hatte es aber doch gehört und sich entrüstet davon gemacht.

Otto Lehmann-Rußbüldt

Proletarier, überall auf Erden, finden ein besonderes Vergnügen daran, sich gegenseitig die Köpfe zu zerhacken. Deshalb bleiben die Köpfe ihrer Herren heil. Denn die Wut, die sich unter dem Einfluß ihrer elenden und aussichtslosen wirtschaftlichen Lage ansammelt, verraucht in dem brüderlichen Zerfleischen der Proleten. Das ist der Grund, warum es ihnen an genügender Stoßkraft und an gesunder Wut fehlt, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Wirtschaftsordnung einmal in eine heilsame Unordnung zu bringen.

B. Traven in „Der Karren"

Der Heimwehr-Putsch

Sommer 1929: In Österreich erwartet man für den Herbst den Bürgerkrieg. Sommer 1930: In Österreich weiß man „ganz bestimmt", daß es im Herbst „losgehen" wird. Sommer 1931: In Österreich hat man Geldsorgen und denkt mehr an Pfund und Franken als an Putsch — aber gerade jetzt ist es „losgegangen".

Schwer zu sagen, welche politischen Ziele die Heimwehrführer verfolgten, als sie den Putsch vorbereiteten (wenn sie überhaupt ...). Aussicht auf Erfolg hätte der Putsch auch dann nicht gehabt, wenn die Organisation besser geklappt hätte. Vor einem Jahr jedenfalls waren die Heimwehren dem Ziel der Machtergreifung viel näher als vor dem September-Putsch 1931. Damals saßen zwei ihrer Vertreter in der Regierung, als Justizminister und als Innenminister; der Bundeskanzler und Heeresminister Vaugoin stand ihnen auch sehr nahe — sie konnten also damit rechnen, daß Heer und Polizei keinen Widerstand leisten würden. Der geplante Putsch wurde nicht unternommen, weil Ungarn und Italien, die damals die Heimwehren unterstützten, die Zeit noch nicht für reif hielten (wozu wohl auch noch einige andere Gründe kamen).

Im September 1931 konnten die Heimwehren weder auf Unterstützung vom Ausland rechnen noch hatten sie Bundesgenossen unter den Regierungsmitgliedern — aber sie schlugen trotzdem los. Der Plan war folgender: In der Nacht vom Sonntag, den 13., auf Montag, den 14. September sollten die Heimwehren in Steiermark (unter Pfriemer) und in Oberösterreich (unter Starhemberg) die wichtigsten Punkte besetzen, die Verwaltung und die Verkehrsmittel in ihre Hand bringen und dann den „Marsch auf Wien" beginnen. Gleichzeitig sollten in Wien die Heimwehren revoltieren. Der Plan war also nicht ganz so harmlos, wie er in manchen deutschen Blättern dargestellt worden ist, vor allem wenn man bedenkt, daß Pfriemer in Steiermark 40 000 gut bewaffnete Leute unter sich hatte, und daß er darauf rechnen konnte, von vielen Beamten und von einem Teil des Heeres unterstützt zu werden. Tatsächlich sind dann in Steiermark verschiedene Behörden, vom Kreisgericht in Loeben bis zu den Gendarmen in den Dörfern, mehr oder weniger offen auf seine Seite getreten. Das Heer dagegen stand überall zur Regierung, und das machte den Putsch sofort aussichtslos.

Sonstige Gründe für das Scheitern des Putsches: Pfriemer schlug 24 Stunden zu früh los, vielleicht weil er Verrat fürchtete, vielleicht weil er die Führung des Putsches ganz an sich reißen wollte; der telefonische Befehl an die wiener Heimwehr, nun ebenfalls früher zu putschen, gelangte nicht an die Ohren des wiener Heimwehrführers, sondern an die eines Kriminalpolizisten (Stoff für eine Komödie). Starhemberg in Oberösterreich konnte unter diesen Umständen auch nicht rechtzeitig losmarschieren — so blieb die Revolte auf Steiermark beschränkt. Von drei Seiten aus (von Wien, von Graz und von Klagenfurt her) kreiste dann das Bundesheer die Heimwehren Pfriemers, die zwischen Judenburg und Leoben standen, ein, und als, 19 Stunden, nachdem sich Pfriemer zum Führer des österreichischen Staates ausgerufen hatte, das Heer die ersten Schüsse gegen die Heimwehren abfeuerte, gab Pfriemer seine neue Würde wieder ab und floh nach Jugoslawien. Kampflos ergaben sich die Heimwehren; in die von ihnen besetzten Orte zogen die Bundestruppen ein. (Nur in dem Orte Kapfenberg kam es zu Blutvergießen.)

Vom Standpunkt der Heimwehren aus war der Putsch völlig sinnlos. Ob, wie manche annehmen, hinter den Kulissen der Putsch-Komödie ein Regissör namens Seipel steht, der seine bestimmten politischen Ziele verfolgt, läßt sich schwer beurteilen.

Konrad Rieger

Die Untersuchung gegen die österreichischen Putschisten ist den steirischen Behörden abgenommen und der wiener Polizeidirektion übergeben worden, da es sich herausgestellt hat, daß Angehörige der steirischen Landesbehörden und der Gendarmerie Mitglieder der Heimwehren waren. Die wiener „Arbeiterzeitung" wirft der Leitung des Bundesheeres vor, die Truppen seien so langsam vormarschiert, daß die Heimwehren überall ihre Waffen in Sicherheit bringen konnten. Die Heeresleitung entschuldigt sich mit dem schlechten Zustand ihrer Automobile.

Der deutsche Ausfuhrüberschuß im August hat einen Wert von 349 Millionen Mark.

Der gute Österreicher

Wenn wir, während der Kämpfe in Galizien, in angegriffene oder bedrohte österreichische Stellungen eingeschoben wurden, sahen wir immer wieder das gleiche Bild: die Soldaten waren zum Ausgehen fertig angezogen, hatten die Gamaschen gewickelt und die Mäntel an; hinter ihnen, auf dem rückwärtigen Grabenrand, lag der säuberlich gepackte Tornister, nur das Gewehr sah noch drohend den Russen entgegen. Kurzum, der ganze Graben stand mit einem Bein schon in der Reservestellung.

Einmal hat mir einer vom 69. Infanterieregiment verraten, warum und wieso. Er sagte: „Wenn er halt absolut durch will, der Ruß ...!" und zuckte die Achseln. So konziliant führten die Österreicher Krieg.

Der Dr. Pfriemer aus Judenburg in der Steiermark hat mit seinen Heimwehren eine Revolution gemacht. Morgens gab er bekannt, die Regierung in Wien sei abgesetzt, er habe selbst die Staatsleitung übernommen. Aber die Regierung in Wien ging nicht weg, sie kümmerte sich nicht um ihn, ihr Chef Buresch sagte keineswegs: „Na, wenn er halt absolut will, der Pfriemer ...", sondern schickte einige Regimenter auf den Weg nach Steiermark und meldete seinen Besuch in Genf, beim Völkerbund, an, wo er zu tun hatte. Ein schlechter Österreicher, der Buresch!

Aber der Doktor Pfriemer — auf den laß ich nix kommen. Kaum sieht er, daß die Regierung nicht nachgibt, sondern steif und stur am Ruder sitzen bleibt: was tut er? Schreibt am Abend ein neues Manifest und steckt die Revolution wieder in den Sack; es war nicht so wichtig, er hat's nicht so ernst gemeint: wenn sie halt absolut nicht abtreten will, die Regierung, na, da kann man halt nix machen, da räumt man eben selber das Feld! Ein guter Österreicher, der Doktor Pfriemer, ein sehr ein guter!

Mara Bu

Börsenblut

Im „Völkischen Beobachter" ist man keineswegs gegen die Börse. Im Gegenteil. Man ist anläßlich der Börseneröffnung und der Kursstürze der Meinung, daß sich der Staat unbedingt um die Börse kümmern müsse, weil sie für den wirtschaftlichen Blutkreislauf absolut nötig sei. Aber, so heißt es weiter, das gehe nur, wenn die in diesem Blute zehrenden Bazillen, die jüdischen nämlich, durch eine Radikalkur entfernt werden.

In dem Moment also, in dem wir arische Börsianer haben, ist alles in Ordnung. Heilige Einfalt!

Redeflation

Redeflation — wissen Sie was das ist? Ich auch nicht, und bin über dieses Nichtwissen ziemlich unglücklich. Denn Stegerwald hat auf einer Tagung der rheinischen Handwerker die Redeflation als einzigen Ausweg bezeichnet; da möchte man doch gern im klaren sein darüber, was das bedeutet. Nicht Inflation sei die Rettung, sagte Stegerwald, auch nicht Deflation, sondern Redeflation.

Hoffentlich ist es nicht einfach ein Druckfehler für Redeinflation.

Jan Hagel

Die stille Revolution

Die folgenden Ausführungen sind einem Artikel entnommen, die der englische Schriftsteller Clifford Bax in der londoner Zeitschrift „The Fortnightly Review" veröffentlicht hat.

D. Red.

Dreißig Jahre sind keine sehr lange Zeitspanne. Aber die letzten dreißig Jahre haben das Leben so radikal verändert, daß es erstaunlich schwer fällt, sich in jene noch so nahe Vergangenheit zurückzuversetzen. Die Veränderungen, die durch technische Erfindungen verursacht wurden, liegen offen zutage, aber zugleich sind sie so umwälzender Natur, daß es für jemand, der heute noch nicht dreißig Jahre alt ist, beinahe unmöglich sein muß, sich einen Begriff von dem londoner Leben zu machen, wie es zu Anfang dieses Jahrhunderts war.

Und wenn es schon schwierig ist, sich heute ein London vorzustellen ohne Flugzeug und Untergrundbahn, ohne Autobusse und Cocktails, ohne Tonfilm, ja sogar ohne Kino und Radio, und beinahe ohne Autos, Telefone und elektrisches Licht, so ist es noch viel schwieriger, sich vorzustellen, wie die Männer in jenen Tagen über die Frauen und wie die Frauen über sich selber dachten.

Im Jahre 1900 betrachtete der junge Mann ein junges Mädchen als ein fremdes Wesen; er nahm als gewiß an, daß die Gedanken und Gefühle des jungen Mädchens den seinen so wenig glichen, wie das Russische dem Englischen gleicht; er betrachtete es als in jeder Hinsicht weniger leistungsfähig, als Wesen, das des Schutzes gegen andere Männer bedürfe, aber zugleich dem Leben etwas Ideales verleihe. Für ihn war die Frau entweder vollkommen gut oder vollkommen schlecht, entweder ein liederliches Frauenzimmer oder eine Dame. Er kannte die junge Dame nur ganz formell. Keinerlei gemeinsame Interessen verbanden beide. Sie trafen sich nur auf neutralem Boden: auf Bällen oder bei Diners. Gab er ihr während der Tanzpause im Wintergarten einen Kuß, so hatte das für sie wie für ihn gewissermaßen schon etwas Bindendes an sich. Sie erblickte darin vermutlich das Vorspiel zu einem Antrag, und er hätte, wenn es zu diesem Antrag nicht gekommen wäre, beim nächsten Wiedersehen wahrscheinlich ein leises Schuldbewußtsein gefühlt. Hätten die Eltern der jungen Dame von dem Vorfall erfahren, so hätten sie dem jungen Mann den Zutritt zu ihrem Hause untersagt.

Bei allen jungen Damen wurde Unberührtheit vorausgesetzt. Sie hatten sich entweder zu verheiraten oder ewig Jungfrau zu bleiben. Der Gedanke, lebenslange Ehelosigkeit könne für die Frau unnatürlich, schwierig oder gefährlich sein, kam gar nicht auf. Die Frauen fügten sich diesem Los mit derselben Selbstverständlichkeit wie die Chinesinnen der Fußverstümmelung. Keuschheit war bei der jungen Dame etwas Wesentliches. Hatte sie ihre Unberührtheit verloren, dann gab es kaum eine Heiratschance mehr für sie. Und heiratete sie dennoch, indem sie die Wahrheit verschwieg, so mußte sie sich auf das Schlimmste gefaßt machen. Den Mann, der ihre Heiratschance gefährdete, indem er sie verführte, nannte man einen Schuft. Die Männer sammelten ihre vorehelichen Erfahrungen in Bordellen, bei Bardamen und Choristinnen.

Diese hohe Bewertung der Keuschheit führte naturgemäß dazu, daß alles Körperliche von den Damen so wenig wie nur irgend möglich betont wurde. Sie hatten weder Beine noch Brüste.

Wäre ein 25jähriger junger Mann im Jahre 1900 in Schlaf gesunken und im Jahre 1930 wieder aufgewacht, so hätte er seinen Augen und Ohren nicht getraut. Was hätte er gesehen? Choristinnen mit nackten Beinen, bis ans Kreuz entblößte Lido-Mädchen, badende Mädchen in den kürzesten Badehosen und Millionen von Mädchen, die sich freudig zur Existenz ihrer Beine und Brüste bekennen! Sein Erstaunen, seine Verwirrung müßten grenzenlos sein! Er würde erfahren, daß im Jahre 1930 geschiedene Leute, vor allem, wenn sie eine neue Ehe eingehen, durchaus nicht mehr der gesellschaftlichen Ächtung verfallen; er würde sich erinnern, wie im Jahre 1900 eine geschiedene Frau auf den Verkehr mit Künstlern und anderen fragwürdigen Existenzen angewiesen war. Er würde verblüfft sein von der Beschlagenheit mancher jungen Damen in sexuellen Dingen. Vielleicht würde sogar ein junger Romanschriftsteller aus meiner Bekanntschaft ihn mit der Bemerkung vor den Kopf stoßen, daß er von seiner Frau durchaus keine körperliche Unberührtheit verlange, weil es viel weniger riskant sei, ein Mädchen zu heiraten, das schon einige Erfahrung mit Männern hat, daß er sich dagegen sehr genau die Persönlichkeiten ansehen würde, zu denen sie in Beziehungen gestanden habe.

Und dabei würde unser Freund heute erst 55 Jahre alt sein. Die meisten seiner Zeitgenossen und viele Menschen einer noch älteren Generation leben in unserer Mitte und haben sich in anerkennenswerter Weise dieser seltsam veränderten Umwelt angepaßt. Ich möchte den Leser nicht durch Übertreibungen verärgern. Die alte Ordnung der Dinge ist zweifellos auch heute noch mächtig. Auch heute noch gibt es viele junge Damen, die auch nach früheren Begriffen anständig sind, und die Annahme, daß die neue Generation von Orgie zu Orgie taumelt, wäre lächerlich verfehlt. Aber abzuleugnen, daß eine ungeheure Befreiung der sexuellen Instinkte vor sich gegangen ist, oder daß die junge Generation die sexuellen Dinge leichter nimmt als die ältere, das hieße sich in einem puritanischen Narrenparadies vor der Wirklichkeit verstecken.

Die meisten Menschen, die diese Wandlung erkennen, führen sie auf den Krieg zurück. Die Wirkung des Krieges ist allerdings so ungeheuer, daß es heute noch gar nicht möglich ist, sie in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen. Ohne Zweifel hat der Krieg dem wachsenden Drang nach größerer sexueller Bewegungsfreiheit einen machtvollen Ansporn gegeben. Aber trotzdem ist die Umwälzung in den sexuellen Anschauungen nicht so sehr auf den Krieg als auf eine andere Ursache zurückzuführen, die auf den ersten Blick so überraschend und geringfügig erscheint, daß die meisten Menschen geneigt sind, sie ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Die Revolution, zu der die Erfindung der empfängnisverhütenden Mittel geführt hat, ist wahrscheinlich die bedeutsamste aller Revolutionen der Weltgeschichte. Furcht vor der Schwangerschaft war es, die seit den Anfängen der Zivilisation die Frauen dazu zwang, ein strengeres Leben zu führen als die Männer. Die Überwindung dieser jahrhundertealten Hemmung durch den weitverbreiteten Gebrauch empfängnisverhütender Mittel bedeutet einen gigantischen Markstein in der Menschheitsentwicklung. Zu dem alten Zustand kann die Welt heute so wenig zurückkehren, wie sie zurückkehren kann zu Pfeil und Bogen oder zu Wagen und Pferd.

Vor dieser Umwälzung riskierte der Mann wenig, das junge Mädchen alles. Es mußte sich also schon um eine große Liebe handeln, wenn es das Risiko auf sich nahm. Heute kann es unbeschwert seinem Instinkt folgen. Der Mann braucht sich keine Vorwürfe mehr zu machen, wenn er ein Verhältnis mit ihm hat, und das Mädchen kann es sich, auch ohne große Liebe für den Mann zu empfinden, gestatten, das Verhältnis einzugehen. Das hat unvermeidlicherweise zu einer Verflachung der Leidenschaft geführt und der romantischen Idealisierung starken Abbruch getan. Dagegen hat die Kameradschaft zwischen Mann und Frau eine starke Förderung erfahren. Die Frau ist heute bereit, ihren Anteil an der Verantwortung für die Überschreitung der Grenze zwischen Kameradschaft und Liebe zu tragen, und deshalb ist auch der alte Begriff, daß der Mann ein Mädchen „verführt", schon im Aussterben begriffen.

Die fysische Seite der Liebe hat eine viel geringere Bedeutung als vor der Revolution. Die Auswirkung dieser Tatsache auf unsere klassische Literatur mag allerdings verheerend sein, denn diese Literatur ist auf dem Glauben an die Keuschheit der Frau aufgebaut. Findet das Recht der Frau auf Befriedigung ihrer sexuellen Instinkte allgemeine Anerkennung, so werden Tristan und Isolde als bloße Opfer eines primitiven Tabu dastehen, und Othellos Schmerz und Abscheu werden als so fantastisch erscheinen, daß sie keinen Eindruck mehr machen.

Verantwortung

Die Devaheimangelegenheit gebiert immer neue Sonderbarkeiten. Die kirchlichen Vertreter sind aus dem Zentralausschuß der Inneren Mission ausgetreten und haben damit vor der Öffentlichkeit demonstriert, daß die Kirche die Mitverantwortung am Tun des Zentralausschusses ablehnt.

Leider ist mit diesem erfreulichen Bedürfnis nach Klarheit das recht sonderbare Bestreben verbunden, sich der Mitverantwortung für das Rückliegende zu entziehen. Man will immer noch nicht eingestehen, daß man mitverantwortlich war. Der berliner Superintendent Schowalter hat das am deutlichsten formuliert: „Es ist begreiflich, daß sich die Kirchenbehörden gegen jede Inanspruchnahme ihrer Haftung energisch verwahren, ihre Nichtbeteiligung an dem verunglückten Unternehmen steht außer allem Zweifel. Sie müssen eine Hilfe, die von ihnen gefordert wird unter Hinweis auf ihre Schuld, um der Ehre ihres Namens willen ablehnen. Sie können nicht helfen, solange ihre Hilfe den Eindruck machen müßte, als wollten sie damit eine Schuld abtragen und wiedergutmachen, was sie verbrochen haben." Also geht man aus dem Zentralausschuß heraus und zieht eine „Notgemeinschaft der inneren Mission" auf, in der man die böse Frage nach der Verantwortung entschlossen hinter sich gelassen hat und dafür sich im holden Licht freiwilliger Hilfsbereitschaft gegenüber den betrogenen Sparern präsentiert.

Ist dadurch die „Ehre ihres Namens" wirklich gerettet? Oder hat man sich auf diese Weise die Angelegenheit nicht peinlich leicht gemacht? In diesem Geist durfte man den Zentralausschuß nicht verlassen, in dem man zuvor doch eine gewichtige Rolle gespielt hat. Vertreten waren der preußische Oberkirchenrat, die Generalsynode und das Kirchenbundesamt. Das Vertrauen, das der Zentralausschuß in der Öffentlichkeit genoß, war mit bedingt durch ihre Mitarbeit. Die Mitverantwortung, die man damit eindeutig übernommen hatte, läßt sich nicht durch einen Austritt beiseiteschieben. Es wird jetzt darauf hingewiesen, daß das im Zentralausschuß vertretene Evangelische Kirchenbundesamt des Evangelischen Kirchenausschusses (in dem sämtliche deutsche Kirchen zusammengefaßt sind) gar nicht in der Lage sei, bindende Finanzbeschlüsse zu fassen, denen sich alle Kirchen zu fügen hätten. Das mag sein. Aber mit diesem gewichtigen Amt ist innerhalb des Zentralausschusses paradiert worden. Wenn der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß im Zentralausschuß (und nicht nur in dessen Hauptausschuß, sondern auch im Finanz- und Verwaltungsausschuß) vertreten war, so zeigte er den geldgebenden Instanzen, daß er und damit die deutschen evangelischen Kirchen für die Geschäfte der Inneren Mission moralisch die Mitverantwortung übernahmen. Es ist unfaßlich, wie diese eindeutige Situation durch spitzfindige Verklausulierungen bestritten werden mag.

In ähnlicher Weise scheinen auch die einzelnen Anstalten der inneren Mission ihre Mitverantwortlichkeit aufzufassen. Sie sind zwar im Zentralausschuß zusammengefaßt, sind aber juristisch und wirtschaftlich durchaus selbständig. Sie können ohne ihre Zustimmung zu Leistungen in der Devaheimangelegenheit nicht herangezogen werden. Solche Bindungen sind sehr glücklich. Allerdings nicht für die, die im Vertrauen auf diese Einheit von Kirche und kirchlichem Wohlfahrtswerk sich mit der Spitzenorganisation einlassen. Daß man sich, wenn es nottut, auch enger verbunden fühlt als jetzt, wo es um Verantwortlichkeit und ums Zahlen geht, zeigt (nach der „Frankfurter Zeitung") der Prospekt der 1926 aufgenommenen Amerikaanleihe der Inneren Mission (2,5 Millionen Dollar), in dem das beträchtliche Vermögen der im Zentralausschuß zusammengefaßten rund 4000 Anstalten als Unterlage für die Anleihe figuriert.

Kann man sich auf eine solche Weise verschachteln und verfilzen, ohne sich gleichzeitig moralisch und materiell verpflichtet zu fühlen? Man kann es normalerweise nicht! Und wenn es trotzdem getan wird, so verdient die freie evangelische „Liebes"tätigkeit so lange größtes Mißtrauen, solange sie sich nicht eine eindeutigere Form gibt. Mauthe

---

Die Forderungen der Gläubiger und Sparer bei der Devaheim und der Deuzag betragen zusammen 14,45 Millionen. Die Konkursquote für die vorrechtslosen Forderungen beträgt bei der Devaheim etwa 3 Prozent, bei der Deuzag etwa 6 Prozent.

Propaganda gegen die Kirche

Unter dem Titel „Der Mann ohne Arbeit" ist eine Broschüre erschienen, die die Stellungnahme der Kirche zu dem Problem der Arbeitslosigkeit in traktat-lyrischem Stil behandelt. Dieses „Wort der Kirche an den Arbeitslosen" wird in kirchlichen Blättern empfohlen, liegt im Fenster jeder evangelischen Buchhandlung und ist herausgebracht von dem repräsentativen Verlag C. Bertelsmann in Gütersloh; der Verfasser ist Pfarrer in Bochum.

Man muß annehmen, daß dieser Mann den guten Willen hat, sich hier mit einem der wichtigsten Zeitprobleme auseinanderzusetzen. Infolge der absoluten Tatsachen- und Volksfremdheit nicht nur seiner Person, sondern vor allem auch der durch ihn vertretenen Institution ist aber das, was bei dieser Bemühung herauskommt, eine glatte Verhöhnung der Not des Proletariats. Der übelste Zynismus hätte nicht schlimmer hausen können.

Das ganze ist im Tone eines Briefe gehalten an einen, den man sich zwar nicht gleichgestellt betrachtet, den man aber doch mit milder Güte gelten zu lassen sich bemüht, da man ihn ja doch für sich gewinnen will. Ihn belehrt der Verfasser zunächst über wirtschaftliche Fragen. „Das Wort Absatzkrise ist ... eine Sphinx, deren Rätsel noch niemand hat lösen können." Auch Marx nicht? Nein, Karl Marx ist der „schreckliche Antichrist", „ein heilloser Lügenprofet". Der Verfasser weiß eine bessere Lösung als dieser Lügenprofet: „Nur in einer sündenlosen Menschheit würde der Pendel des Wirtschaftslebens zur Ruhe kommen." Dann folgen Rezepte, wie sich die Kirche zu verhalten hat und wie man den Zustand der „Sündenlosigkeit" erreichen kann. „In der Frage der Soziallasten ist die Kirche verurteilt zu schweigen." Was hat dagegen der „Bruder von der schwieligen Faust" zu tun? „Ergib Dich einmal, lieber Bruder; wenn Du Dich niemals ergibst, wie wird sich dann Dein irdischer Gegner, der Arbeitgeber und Kapitalist, je ergeben?"

Aber auch mit diesem Ausspruch ist der Gipfelpunkt des hier zu Tage tretenden Zynismus noch nicht erreicht. Der kommt jetzt erst: „Wo von Gott gezeichnete Menschen sind, da ist der richtige Ort für die Kirche. Solange die Menschen Geld haben, um andere arbeiten zu lassen, da gibt es keine Hilflosen, die einen Heiland brauchen." Und dann bezeichnet er die Not vieler Millionen als „eine gnadenreiche Zeit, ein angenehmes Jahr, eine Erfüllungsstunde mitten unter Verwesung".

Hier hat also einer, der sich auskennen muß, eine ausgezeichnete Propagandaschrift gegen die Kirche geschrieben. Denn er bestätigt mit vollen Backen alles das, was andere über die Kirche immer sagen und schreiben. Deutlicher als er kann ja kein Gegner die Gesinnung und Haltung der Kirche charakterisieren.

Vielen Dank für dieses Propagandamaterial, o Bruder!

Hans Urban

Wohin fließt der Goldstrom?

Über die Veränderung der bei den großen Banken der verschiedenen Länder lagernden Goldbestände gibt folgende Tabelle Auskunft (in Millionen Dollar):

	USA	England	Frankreich	Deutschland
Ende 1928	3746	748	1253	650
Ende 1929	3900	710	1633	544
Ende 1930	4225	718	2100	528
Ende Mai 1931	4445	735	2181	569
Ende August 1931	4998	658	2300	325

Verdienste um die Republik

„Der österreichische Bundespräsident hat einer Frau eine Auszeichnung, die Silberne Medaille für Verdienste um die Republik, verliehen, die sie als Landwirtin und als Familienmutter ehrt. Sie ist eine einfache Frau aus Mittersill in Salzburg, Frau Maria Lemberger, geborene Rieder, die 1878 geboren wurde und 1905 heiratete. Der Reichsbauernbund hat darauf hingewiesen, daß ihr Wirken in Familie und Gemeinde in jeder Hinsicht vorbildlich ist. Frau Lemberger, genannt die „Harlandbäuerin", ist die Mutter zwanzig lebender Kinder im Alter von 3 bis 25 Jahren, die sie in musterhafter Weise erzogen hat." („Der Wiener Tag")

Küster — Kommunist?

Herr Küster vom „Anderen Deutschland" ist von der Presse der SPD, der Partei, der er selbst angehört hat, bös angeschwärzt worden: es wurde ihm nachgesagt, er sei zur KPD übergetreten und die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" (eine linksbürgerlich-pazifistische, unter anderem auch antikommunistische Gründung, an der er beteiligt ist) trage „den Charakter einer kommunistischen Hilfsorganisation". Küster hat daraufhin protestiert.

Der „Vorwärts", infolge der Existenz des § 11 des Preßgesetzes nicht umhin könnend, Küsters Berichtigung zu bringen, konnte sich's nicht versagen, hinzuzufügen, der Parteivorstand teile ihm mit, „er habe mit dem notwendigen Ernst zur Kenntnis genommen, daß Herr Küster die „Mitgliedschaft" in der Kommunistischen Partei noch nicht erworben hat". Der Parteivorstand sucht also die Vorstellung zu erwecken, daß Küster nicht weit vom Eintritt in die KPD entfernt sei. Um einen Unliebsamen zu diskreditieren, scheut also der sozialdemokratische Parteivorstand nicht einmal vor den kindischsten Mitteln zurück. Wieviel Naivität muß in jenen Zonen der SPD wohnen, wo die hohen Bonzen tronen!

Denn wäre es sonst möglich, daß man eine Organisation (eben die oben genannte „Arbeitsgemeinschaft") als kommunistische Hilfsorganisation anrüchig zu machen versucht, in deren Verlautbarung es mit Bezug auf die KPD heißt: „Radikale Frasen und pseudorevolutionäre „Taten" täuschen über die wirkliche Politik hinweg und trüben den ehrlichen Kämpfern den Blick ... Eine alles beherrschende, keine andere Meinung duldende „Führer-Gruppe" jagt die Partei von einer „Aktion" in die andere: Menschenleben gelten nichts dabei. Es ist empörend, in welchem Maße der National-Bolschewismus und ehemalige fascistische Arbeitermörder in der KPD eine Rolle spielen dürfen." Wahrhaftig, das müssen komische Kommunisten sein, die mit solchen selbstmörderischen Parolen harmlose Sozialdemokrätchen für ihre dreimal verruchte Partei einzufangen trachten! Und die ihren Appell an die Massen mit Sätzen schließen, in denen es heißt: „Gegen die pseudorevolutionäre Katastrophenpolitik der KPD! ... Gegen die nationalbolschewistische Nazi-Konkurrenzpolitik der KPD!"

Nein, solange Herr Küster der „Arbeitsgemeinschaft" angehört und solange die ihr jetziges Programm hat, leisten beide keine Zutreiberdienste für die KPD. Zwar wird die „Arbeitsgemeinschaft" nie zu politischer Bedeutung gelangen, weil sie als linksbürgerlich-pazifistische, systemlos-sozialistische Gruppe zwischen den beiden linken Parteien keine Existenzmöglichkeit und kein Existenzrecht hat. Aber solange sie überhaupt vorhanden ist, liefert gerade die Zugehörigkeit Küsters zu ihr die Gewähr dafür, daß sie kommunistenfeindlich ist. Es sei denn, Küster würde sich eines Tages ganz gründlich mausern; aber darauf zu hoffen, wäre eine belachenswerte Illusion. B.

Das Sparprogramm der englischen Regierung sieht u. a. vor, daß das englische Luftschiff verschrottet werden soll. — Die geplante Soldkürzung (auch ein Teil des Sparprogramms) hat in der Marine große Erregung hervorgerufen; die Manöver der Flotte mußten abgebrochen werden. Auf einigen Schiffen haben die Matrosen die Arbeit verweigert und kommunistische Lieder gesungen. „Wenn es erst einmal soweit gekommen ist", schreibt die „Frankfurter Zeitung", „dann ist gar nicht abzusehen, was später einmal bei einer anderen Gelegenheit passieren kann."

Eine kleine Lektion

Die Deutsche Friedensgesellschaft kündigt als Hauptredner ihrer bevorstehenden Jahrestagung den früheren französischen Ministerpräsidenten Herriot an. Die „Frankfurter Zeitung" erteilt deshalb der Friedensgesellschaft eine kleine Lektion: in Deutschland erkenne die Friedensgesellschaft nur radikale Kriegsdienstverweigerer als Pazifisten an, und nun lasse sie Herriot kommen, „einen Vertreter jener opportunistisch-gedämpften Friedensgesinnung, wie sie bei uns etwa auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei vertreten wird".

Die Kritik, die von der „Frankfurter Zeitung" hie und da an der Friedensgesellschaft geübt wird, entspricht nicht immer meinen Ansichten; aber in diesem Fall muß ich der „Frankfurter Zeitung" beistimmen. Herriot — das hätte nicht passieren dürfen. Warum nicht gleich Poincaré? L.

B. Traven

In der Nummer 36 der S.-Z. ist der Roman „Die weiße Rose" von B. Traven besprochen worden. Der Kritiker würdigte die außerordentlichen Qualitäten dieses Buches, warf aber Traven vor, daß er sich in diesem Buch zu sehr in der Schilderung des Ölkapitalismus und der Geistesverfassung der „oberen Vierhundert" USA's verliere und zu wenig Raum behalte, den zähen Kampf der Eingeborenen Mexikos gegen den eindringenden „Amerikanismus" zu schildern.

Neben den auch im Buchhandel erschienenen Büchern „Das Totenschiff" und „Die weiße Rose" sind weitere 6 Werke veröffentlicht — ein neuntes ist in Vorbereitung —, die sämtlich bei der „Büchergilde Gutenberg" herausgekommen sind. Alle diese Werke — bis auf das einzige „Totenschiff" — schildern jedes unter einem anderen Gesichtspunkt, eben den gigantischen Befreiungskampf der Indios nicht nur gegen den Amerikanismus, sondern gegen den Kapitalismus und die Vergewaltigung, die sie in wirtschaftlicher, kultureller und sittlicher Beziehung von der weißen Rasse zu erdulden haben. Als klassenbewußter Proletarier — Traven ist einer der wenigen Menschen, auf die diese abgedroschene Bezeichnung zutrifft — der durch kein Parteischema auf eine bestimmte Dogmengläubigkeit vereidigt ist, zeigt er immer aufs neue das Elend, in das unsere vielgepriesene „Kultur" die „Primitiven" hineinführt, und weist an großen und kleinen Schicksalen die innere Stärke und sittliche Größe der „Wilden" gegenüber den von der Zivilisation verbogenen und verkümmerten Menschen nach.

Im „Schatz in der Sierra Mada", im „Baumwollpflücker", der auch wieder in die USA hineinspielt, in den kleinen Geschichten des „Busch", besonders im „Karren", geht er in stets neuen Variationen auf das Leben und das Denken des Indianers ein, den er wie kein zweiter kennt, den er mit Hingebung liebt, und an dem er immer wieder die Überlegenheit des erdverbundenen, naturnahen Menschen über die Asfaltpflanze der „Bildung" aufzeigt. Erschütternd ist die handlungsarme, lyrische Erzählung „Die Brücke im Dschungel", unendlich wichtig das Werk „Das Land des Frühlings", das einzige, dem er keine Fabel zugrunde legt, sondern in dem er seine Eindrücke und Erlebnisse während langer Jahre innigen Zusammenlebens mit den Eingeborenen ohne große Worte, aber desto eindringlicher schildert. Übrigens enthält gerade dieses Buch, wie auch einige Monatshefte der „Büchergilde Gutenberg" eine Reihe von Aufnahmen Travens, die in ihrer Fülle und Klarheit vieles aus seinem Gesamtwerk erschöpfend illustrieren.

In wenigen Monaten erscheint sein neuer Roman „Regierung", der, nach den vorliegenden Proben zu urteilen, ein unvergleichliches Abbild des kämpfenden Indios gibt. „Was die Menschen brauchen, ist Organisation und Verwaltung. Was die Menschen nicht brauchen und darum beseitigen müssen, ist Regierung", so schreibt er in der Einführung, die er jetzt in den Blättern der „Büchergilde Gutenberg" veröffentlicht.

Wer Traven ist, woher er stammt, wie er lebt, weiß kein Mensch. Sein Werk aber gehört zu dem Wichtigsten, was in den letzten Jahren publiziert worden ist. Jeder sollte versuchen, es sich in seiner Gesamtheit zu verschaffen.

Mandelbrod

Ich bin schamlos

Jedermann spricht von seiner Not, der Kaufmann, der Bäcker, der Schuster, der Beamte, der Arbeiter. Nur der Künstler und Schriftsteller schweigt. Es ist eine Art Tradition, daß er — wenn er etwas auf sich hält — im Privatleben und in der Öffentlichkeit von seiner Not schweigt. Die meisten schweigen darum und wenn sie auch hungern.

Wenn ich nun diese Scham einmal fallen lasse und von mir persönlich rede, so tue ich es, weil ich diese Scham für falsch halte. Der Deutsche muß erfahren, wie es um die Lage seiner Dichter und Denker bestellt ist. Mein persönliches Bekennen möge deshalb, über mich hinaus, zugleich als typisch genommen werden, es soll auch für die sprechen, welche mit mir leiden.

Ich bin kein Prominenter und denke von mir selbst in größter Bescheidenheit. Immerhin habe ich etwa 25 Bücher veröffentlicht, von denen eines, „Der Papalagi", sogar eine Auflage von 27 Tausend erreichte und in etliche Weltsprachen übersetzt wurde.

Heute sind meine Einnahmen durch meine Bücher — da sie nicht unterhaltend, sondern mehr innerlicher Natur sind — gleich Null. Gelegentlich erhalte ich von einem Verleger etwa 7,50 Mark als Halbjahrhonorar oder weniger. Durch Vorträge im Winterhalbjahr habe ich mich notdürftig über Wasser gehalten. Mein Existenzminimum war seit anderthalb Jahren durchschnittlich 30 bis 40 Mark monatlich. Damit habe ich gelebt, ohne zu winseln oder mich selbst zu bemitleiden, weil ich, sobald die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens: ein Dach über dem Kopfe, bescheidenste Nahrung und bescheidenste Kleidung gedeckt sind, die eigentlichen Werte des Lebens auf anderer Basis suche.

Dieses Existenzminimum ist heute auch hinfällig geworden. Da ich gerne auf eigenen Füßen stehe, und sei der Standraum auch noch so klein, versuchte ich meiner Lage Herr zu werden, indem ich mir mit meiner Frau — zum größten Teil mit eigenen Händen — in der Verborgenheit deutscher Wälder ein Einzimmerhaus baute. Ich habe also ein Dach, wenn auch ein bescheidenes, so doch eigenes und einen Acker. Mein nächstes Ziel ist, diesen in einen Garten zu verwandeln, der mir in Zukunft eine bescheidene Freiheit sichern soll.

Dann aber kam die wirkliche Not. Meine Frau erkrankte plötzlich, kurz vor ihrer Niederkunft, am Blinddarm und mußte operiert werden. Sie liegt noch. Die Wunde heilt schlecht, ihres Zustandes wegen. Ich pflege sie und besorge die Hausgeschäfte. Geld ist keines da.

Was ist zu tun, wenn ein Mensch zu gesund ist, um dem Leben zu entfliehen oder zu verhungern? Ich bin willens, jede, auch die niedrigste, Arbeit zu übernehmen. Ich finde keine. An schöpferisches Gestalten ist vorerst überhaupt nicht zu denken, obwohl Arbeiten in mir auf Niederschrift warten, mit denen ich vielleicht mancher bedrängten Seele den Weg klären könnte. Arbeitslosenunterstützung erhalte ich als geistiger Arbeiter keine. Ich sehe also keinen Ausweg aus meiner Not, und ich bin skeptisch genug anzunehmen, daß es selbst meinen Verehrern gleichgültig ist, ob ich lebe oder verhungere. Ein wenig tröstet es mich, daß ich weiß: es gibt viele, denen es noch herber geht als mir und die der Welt mehr zu schenken hätten als ich.

Und nun noch ein Persönliches: Im Grund wäre mir, wie sicher vielen meiner Mitleidenden, leicht zu helfen. Fragte mich jemand: was kann deine Not zurzeit wenden?, so würde ich antworten: Ich habe keinen Mantel, meine Frau hat keinen, mir und ihr fehlen Strümpfe und Taghemden. Auf Geld verzichte ich gerne, wenn du mir monatlich etlich Pfund Reis, Mehl und ähnliche Lebensmittel sendest. Das Grünzeug schenkt mir der Wald oder gütige Bauern. Auf Fleisch verzichten wir. Ein Dach habe ich ja, Steuern bezahle ich keine, also könnte ich weiter schaffen. Doch der Jemand, der so fragt, fehlt mir — und anderen. Liebe und Gemeinschaftssinn sterben unter den Menschen aus, damit auch Dichtung und Kunst. Oder ob ich mich irre in meiner Skepsis? Auf alle Fälle: nennen wir uns um der Ehrlichkeit willen nie mehr das Volk der Dichter und Denker.

Erich Scheurmann, Bergfreiheit, Bad Wildungen-Land

Literatur

Samoa. Ein Bilderwerk, herausgegeben und eingeleitet von Erich Scheurmann. Enthält 139 ganzseitige Fotografien. — Aus dem Vorwort: „Dieses Buch will Samoa im Bilde zeigen; aus einem umfangreichen Material wurde mit Sorgfalt ausgewählt, was am besten geeignet ist, den Geist dieses paradiesischen Eilandes im Bilde zu vermitteln ... Der Text gibt gedrängten Bericht über Land und Leben Samoas." — Preis 3 Mark. Zu beziehen vom Verlag der S.-Z., Stuttgart, Tübinger Str. 18.

Illustrierte Verfassung des Deutschen Reiches. Ein Bilderbuch von Hans Gerner. Verlag der Sonntags-Zeitung. — Die Exemplare, die wir noch auf Lager haben, werden um 50 Pfennig (statt 1 Mark) abgegeben.

Tagung der Juristen

In Lübeck ist der 36. Deutsche Juristentag abgehalten worden. Er wurde durch ein kleines Skandälchen eingeleitet: Der Präsident des Kongresses, Dr. jur. und Dr. jur. h. c. Wildhagen, Rechtsanwalt am Reichsgericht, Geheimer Justizrat, 74 Jahre alt, fand es passend, bei der Erwähnung des haager Urteilsspruches über die Zollunion Racheschwüre vom Stapel zu lassen, von Feinden und „feindlichem Übermut" zu reden, wie es anno 70 und 14 guter Ton war, und mit Pathos zu verkünden, kommen werde der Tag, die Weltgeschichte sei nach wie vor das Weltgericht und wie diese freundlichen Klischees aus der Pennäler- und Stammtischsprache noch alle heißen. Der Juristentag, auf den das blamable Odium politischer Ignoranz und Anmaßung mitzufallen drohte, zwang Herrn Wildhagen, sein Bedauern auszusprechen, eine „Berichtigung" von sich zu geben und die fernere Leitung der Verhandlungen anderen zu überlassen.

◆

Diese Verhandlungen waren nicht uninteressant. Es standen einige der wichtigsten Themen der Rechtsreform zur Diskussion, und soweit Beschlüsse gefaßt wurden, sprachen sie sich für die Modernisierung der in Betracht kommenden Gesetze aus. Freilich ist damit noch nicht viel geschehen; denn der Juristentag verkörpert zwar die Gesamtheit des Standes, hat aber keine gesetzgeberische Funktion. Er kann Reformen vorschlagen; für ihre Verhinderung sorgen schon andere.

Was die Themen des Kongresses betrifft, so handelte es sich da zunächst um die Reform des Eideswesens. Die Meineids- und Meineidsprozeß-Seuche soll bekämpft werden. Die Vorschläge gingen in folgende Richtungen: Die Beeidung soll nur erfolgen, wenn sie dem Gericht notwendig scheint. Man soll den Voreid (der vor der Aussage erhoben wird) durch den Nacheid ersetzen. Die Eidesleistung soll sich nur auf einen Teil der Aussage erstrecken. (Sehr gut! Das würde zahllose Meineide verhindern, die auf Bagatell-Lügen zurückgehen.) Die Zeugen sollen grundsätzlich unbeeidigt vernommen werden, nur wenn die Beeidigung zur Begründung der richterlichen Überzeugung von der Wahrheit oder Unwahrheit einer Aussage unentbehrlich ist, soll der Eid verlangt werden.

Eine andere Diskussion galt der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Gefordert wird die längst fällige, nie eingeführte Schaffung der Reichsangehörigkeit, neben der die Landesangehörigkeit nur eine sekundäre Rolle spielen soll. (Bayerns Vertreter von Scheurl-Defersdorf protestierte „mit großer Schärfe"; die bayrischen Belange waren somit aufs trefflichste gewahrt. Eine Minderheit schlug sich auf seine Seite, die Mehrheit hielt zum Referenten Koch-Weser, der den obigen Vorschlag gemacht hatte.)

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Kongresses gehört eine Entschließung, in der gefordert wird, daß diejenigen Teile des Bürgerlichen Gesetzbuchs, in denen das Rechtsverhältnis zwischen Ehegatten geregelt ist, der veränderten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktion der Frau angepaßt werden. Gefordert wird: „die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen auf den Gebieten des persönlichen Eherechts, des gesetzlichen und vertraglichen Güterrechts, des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und ehelichen Kindern und des Vormundschaftsrechts". Diese Stellungnahme des Juristentags ist sehr dankenswert. Es ist längst notwendig, daß die heute noch immer bestehende tatsächliche Rechtlosigkeit der Ehefrau aufgehoben und durch die Gleichberechtigung mit dem Mann ersetzt wird. Freilich wäre es schön gewesen, wenn sich die Juristen hätten entschließen können, auch für die uneheliche Mutter Selbstbestimmungsrecht und Verantwortungsrecht zu verlangen. Sie kann z. B. nie Vormund ihres Kindes sein. Wenn durch eine Reform die Ehefrau — die schon jetzt in gewissen Fällen die Vormundschaft übernehmen kann — in dieser Hinsicht noch weitere Rechte (mit Recht, mit Recht!) erhalten wird, so wird der heute schon bestehende Abstand zwischen ihr und der rechtlosen unverheirateten Mutter noch verbreitert.

◆

Diese drei Themen waren wohl die bedeutendsten, die auf dem Kongreß diskutiert wurden. Ob aus den fortschrittlichen Beschlüssen und Forderungen sich praktische Folgerungen ergeben werden, wird sich ja zeigen. Selbst wenn es der Fall sein sollte, so wird es höchstens zu einzelnen Reformen kommen, die nichts weiter sein werden als eben Reformen, das heißt Ausbesserungen, Flickarbeiten. Eine grundsätzliche und wesentliche Änderung des Rechts kann nur aus einer anderen wirtschaftlichen und sozialen Gesellschaftsordnung erwachsen; denn das Recht ist ja nichts Absolutes, sondern die Kodifizierung der Rechtsauffassung der jeweils an der Macht befindlichen Klasse.

Max Barth

Kinderaussagen

Kürzlich hat Kurt Großmann über einige Sittlichkeitsprozesse berichtet, bei denen auf Grund fragwürdiger Kinderaussagen Menschen auf Jahre ins Gefängnis oder Zuchthaus geschickt worden sind. Um die selbe Zeit fand in Berlin-Moabit ein Blutschandeprozeß statt, in dem ein früherer Justizangestellter zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er sich an seinen acht und elf Jahre alten Töchterchen vergriffen haben soll. Der Angeklagte, der sich bei der Verkündigung des Urteils aus Verzweiflung die Pulsadern zu öffnen versuchte, beteuerte fortgesetzt seine Unschuld und versicherte, daß ein Racheakt seiner Frau vorliegen müsse, die sich von ihm habe scheiden lassen wollen, um einen andern Mann heiraten zu können.

Was aus der Verhandlung durch die Presse bekannt geworden ist, läßt auf jene primitive Einstellung gegenüber Kinderaussagen schließen, wie sie leider heute noch weithin üblich ist. Der Gerichtsarzt erklärte kurz und bündig, daß es keinen Grund gebe, an der Wahrhaftigkeit der beiden kindlichen Zeugen zu zweifeln, und der Vorsitzende meinte, es sei doch undenkbar, daß eine Mutter ihren Kindern derartig haarsträubende Einzelheiten in den Mund legen könne, wie die Kinder sie bei ihrer Befragung über das Verhalten ihres Vaters geschildert hätten.

Nun, wer nur einen kleinen Einblick in die Literatur über Kinderaussagen getan hat, wird mit einem „undenkbar" vorsichtig sein und nicht darauf sein Urteil aufbauen. Es werden jährlich von Kindern eine Unmenge tollster Anschuldigungen gegenüber Erwachsenen (hauptsächlich auch Lehrern) vorgebracht, und man hat genügend Beweise dafür, zu welchen heillosen Verstrickungen sie oft führen, sobald sie nur mal das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben. Wenn sich schon beim normalen Erwachsenen auf dem weiten Weg von der polizeilichen Vernehmung bis zur Gerichtsverhandlung manches Erinnerungsbild sachte verschiebt, und sich aus der meist unbewußten Vermengung von wirklicher Wahrnehmung und Dingen, die man nur vom Hörensagen kennt, Bekundungen ergeben, die nur mit Vorsicht zu werten sind, wievielmehr muß man gegenüber Aussagen von Kindern skeptisch sein, bei denen solcherlei Einflüsse in noch viel komplizierterer und schwerer kontrollierbarer Form durcheinanderlaufen.

Das ist nicht nur etwa beim lügnerischen und pathologischen Kind so, sondern gerade auch beim „normalen". Für seine Vernehmung können nur psychologisch und pädagogisch gut geschulte Kräfte in Frage kommen. Und da es gerade auf die erste Vernehmung entscheidend ankommt, wird heute gefordert, diese Ermittlungen so weit als möglich den polizeilichen Organen abzunehmen. Die polizeilichen Vernehmungsmethoden sind bei Kindern, und besonders wenn es sich um Sittlichkeitsdelikte handelt, unzulänglich und deshalb gefährlich. Die ersten Aussagen sind bestimmend für die Anklage und damit sehr oft für das Schicksal des Verdächtigten. Falschen Beschuldigungen, die auf den Irrwegen kindlicher Fantasie und schweifender jugendlicher Erotik zustandekommen, kommt man nicht bei durch „Erhebungen", die häufig mehr oder weniger den Zweck verfolgen, durch geschickte Suggestivfragen den Tatbestand der Beschuldigung bestätigt zu finden. Hier bedarf es Kräfte, die mit der Psychologie der Kinder und vor allem auch der Zeugen-Psychopathologie vertraut sind.

Die heutigen Richter und die übliche Gerichtsmedizin werden diesen Anforderungen, wie manche Fälle der letzten Zeit zeigen, oft nur schwer gerecht. Das greuliche Hin und Her solcher Verfahren mit seinem Übermaß an unzweckmäßigen und deshalb die kindlichen Zeugen nur verwirrenden Vernehmungen, die Suggestionen und irritierenden Einflüsse, die von der Hauptverhandlung ausgehen, all das zeigt, daß in solchen Fällen anders als bisher häufig üblich vorgegangen werden muß, soll es nicht immer wieder zu Fehlurteilen kommen.

M.

Filmwinter

Felix Bressart, der bis jetzt in den blöden Militärfilmen sein Talent an Trotteleien verschwenden mußte — zum hemmungslosen Vergnügen eines Publikums, das durchaus nicht nur aus Dienstmädchen und Kontorjünglingen besteht, und zur Freude der geschäftstüchtigen Filmfabrikanten —, Bressart will nicht mehr. Er fühlt sich als Künstler vergewaltigt und ist entschlossen, in Zukunft keinerlei Militärfilme mehr zu spielen.

Eine Hoffnung für den kommenden Filmwinter? Mitnichten! Offenbar sind vor dem heroischen Entschluß Bressarts noch rasch einige Kommiß-Zugstücke mit ihm gedreht worden (die Siegel-Monopol-Film kündigte wenigstens vier Bressartfilme an). Der Kleinleutegeschmack von vorvorgestern wird also auch diesen Winter auf seine Rechnung kommen. Zumal ein gut Teil der übrigen deutschen Produktion ungefähr auf demselben Niveau steht wie die Bressartfilme. Neben ihnen wird es eine ganze Reihe weiterer Militärfilme geben: „Dienst ist Dienst" (das Blödeste vom Blöden), „Der Stolz der 3. Kompanie", „Die Schlacht von Bademünde", „Der schönste Mann im Staate" usw. usw. Ihnen würdig an die Seite stellt sich eine große Anzahl Filmpossen dürftigsten Kalibers, sowie der übliche goldige Operettenmist, zum Teil mit weanerischem Schmalzaufstrich. Das ach so beliebte Privatsekretärinnenthema wird in dem Film „Wie heirate ich meinen Chef?" wieder auf die alte Weise abgewandelt; im „General York" — „ein grandioses Zeitgemälde in gewaltigen Ausmaßen" — setzt sich der vaterländische Unterricht fort, den man seither dem Publikum durch die Fridericusfilme über Gebühr zuteil werden ließ; einige Abenteurerfilme werden dem Publikum ebensosehr die Flucht aus der unangenehmen Wirklichkeit ermöglichen, wie ein paar neue Filme vom Rummelplatz und von weltferner Romantik.

Das Gesicht des deutschen Films wird also annähernd so trübe sein wie die ganze deutsche Lage. Gewiß, wir werden neben dem mittelmäßigen Mist sicherlich auch wieder einige Filme haben, die sich sehen lassen können (angekündigt sind Filme mit Jannings, von Granowsky, Kästner usw.), wenigstens was Regie, Fotografie oder schauspielerische Leistungen betrifft, aber Mittelmäßigkeit und Schund werden überwiegen. Was auch die besseren immer wieder vermissen lassen, ist ernsthafte Diskussion, die nicht ins Unverbindliche und Verwaschene abgebogen wird, Gesinnung statt Charakterlosigkeit, die nur an den Problemen herumtupft.

Wie man gefährliche Themen behandelt, bis sie im schlechtesten Sinne publikumsreif sind, zeigt die Ankündigung des anfangs mit einiger Spannung erwarteten Films der Frau Dr. Kienle „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin". Es heißt dort: „Nicht in den Streit über Nutzen und Nachteil des viel befehdeten Abtreibungsparagrafen will dieser Film eingreifen ..." Man kann sich ausmalen, was er demnach bringen wird: wahrscheinlich ein bißchen Sensationshascherei und ein Abbiegen der Diskussion auf gefahrlose Nebengeleise. Es dürfte ein Musterbeispiel werden für den Geist unserer Filmproduktion.

K. B.

Nicht nach seinem Geschmack

In der „Süddeutschen Zeitung" schreibt allwöchentlich einer, der unter dem Pseudonym „Der arme Mann im schwäbischen Wald" lebt, eine Kritik der Darbietungen des Südfunks. Stil à la Leberecht Hühnchen, modernisiert durch eine Dosis deutschnationalen Patriotismus und Abneigung gegen „Asfalt-Kultur".

In der Nummer vom 10. September z. B. schreibt der „arme Mann" u. a.: „Von der „Arbeiterdichtung" müßte ich wiederholen, was ich immer wieder von ihr gesagt habe; sie betont nur den Sklaven und spricht mir viel zu wenig von dem Glück, das oft das Herz im rauhen Kittel wärmer schlagen läßt als das Fettherz des um seines zweifelhaften Glückes beneideten Reichen."

Mit den Reichen in ihrem „zweifelhaftem Glück" kann man nur innigstes Mitleid haben; Armut dagegen, sagt Rilke, „Armut ist ein großer Glanz von innen".

Die Mathematik der Millionäre

Man erinnert sich der beiden Millionärssöhne Löb und Leopold aus Chicago, die einen jungen Verwandten zu Tode gemartert haben, um die Qualen ihres Opfers zu studieren. Der Einfluß der Eltern brachte es damals zuwege, daß das Urteil statt auf Tod auf lebenslängliche Zuchthausstrafe lautete. Nun hat man ihnen erlaubt, ihre Studien fortzusetzen. Beide studieren Mathematik. In bestimmten Zeitabständen erscheinen im Zuchthaus Kommissionen der Universität von Iowa, um die Sträflinge zu prüfen. Angeblich sind die Professoren außerordentlich erstaunt über das große Wissen der Beiden. Eingeweihte behaupten allerdings, die ganze Sache sei arrangiert, um die Öffentlichkeit auf eine Begnadigung vorzubereiten.

Wenn der Vater Millionär ist, läßt sich mathematisch berechnen ...

Und jetzt noch für Oktober einen Abonnenten werben

Kleinigkeiten

Marine schafft Arbeit. In den Deutschen Werken in Kiel werden in nächster Zeit etwa 800 Arbeiter neu eingestellt. Es handelt sich in der Hauptsache um Winterreparaturarbeiten der Reichsmarine. Die Arbeiter werden bis zum Frühjahr Beschäftigung haben. — Da sage noch mal einer was gegen unsere Marine.

Doppelverdiener. Vor einem berliner Gericht wurde dieser Tage ein Arbeitsloser verurteilt, weil er eine Nebenarbeit nicht angezeigt hat, bei der er nicht einmal Entlohnung, sondern nur Naturalvergütung bekommen hat. — Pensionierte Offiziere, die noch nebenher Direktor- und Aufsichtsratsposten innehaben, werden nie in diese Lage kommen.

Rußlandbericht. Der „Völkische Beobachter" in einem Bericht über die Besprisorni (die verwahrlosten Kinder): „Er (der Sowjetstaat) ergreift sie, die Verwahrlosten, und sammelt sie und dann — es sind solche Fälle vorgekommen — eines Tages werden 1000 Mann von ihnen auf eine Barke verladen, man fährt mit ihnen hinaus auf den unweit von Leningrad gelegenen Ladogasee, und hier, mitten auf dem Wasser, bohrt man die Barke an!! Wie Ratten ersäuft man so die Jugend des jetzigen Rußland!!" — Entsetzlich!

§ 218. In New York sagte der 70jährige Oberrichter am höchsten Gerichtshof, R. B. Russell (Vater von 18 Kindern), in einer Debatte über Geburtenregelung u. a. folgendes: „Wenn ich beim jüngsten Gericht vor Gott stehe, will ich ihm sagen, daß ich, welches auch meine Fehler gewesen sein mögen, wenigstens sein Gebot bezüglich der Kindererzeugung gehalten habe." — Hoffentlich ist ihm das nicht allzu schwer gefallen.

Dummheit. Ein berliner Bäckermeister hatte folgendes Plakat im Schaufenster: „Achtung, Hausfrauen! Diesen großen Knüppel könnte man für zehn Pfennige kaufen, wenn es keinen Reichsunterernährungsminister gäbe und keine Getreidewucherzölle!" Der Mann bekam wegen Beleidigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft einen Strafbefehl über 300 Mark; das Schöffengericht Berlin-Mitte hielt eine Geldstrafe von 75 Mark für ausreichend, da der Bäckermeister aus — Dummheit gehandelt habe.

Pensionspreise. Der pleitegegangene Pächter der preußischen Domäne Königshorst bezahlte für seine Rennpferde täglich sieben Mark Pension. Ein Landarbeiter mit Familie erhielt bei ihm höchstens 2,90 Mark pro Tag.

Alkohol. In New-York entdeckten Beamte der Bundesbehörde eine große Branntwein-Geheimbrennerei. Es wurden 74 000 Liter Alkohol im Werte von rund einer Million Dollar beschlagnahmt. — Die Brennerei befand sich in allernächster Nähe der Prohibitionszentrale.

Neugeschaffen. Es gibt nicht nur Abbau in Deutschland (Abbau von mehreren tausend Lehrern zum Beispiel), es gibt auch noch Aufbau, Neuschöpfung. Hat doch die Technische Hochschule Braunschweig anläßlich der Einweihung des Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften den neugeschaffenen Titel des Dr. cult. zum erstenmal verliehen. — Unsern Glückwunsch!

Das Heilmittel. Auf den Wägekarten der allenthalben aufgestellten Seca-Personenwaagen steht der hübsche Spruch: „Wer sich oft wiegt, kennt sich. Wer sich selbst kennt, dem geht's gut". — Man sollte diesen Winter das ganze deutsche Volk auf Seca-Waagen wägen. Zweimal täglich.

Old Shatterhands Meisterwerk. Im Briefkasten der „Roten Spur" (herausgegeben vom Bund freier sozialistischer Jugend) liest man: „Am kommunistischen Manifest hat Friedrich Engels mindestens ebensoviel Anteil wie Karl May ..."

Barden-Poesie. Bericht über die Versammlung einer Metzger-Innung: „Zunächst brachte der Innungs-Singchor unter Meister B's kundiger Stabführung feierlich und doch markig das Lied: „Hebt die Herzen empor" zum Vortrag." — Rindermark? Kalbsherzen? Schweineschmalz!

Jubelfeier. „Dreihundertjähriges Brand-Jubiläum der Reichsstadt Isny" überschreibt das „Stuttgarter Neue Tagblatt" einen Artikel über den Brand, der 1631 fast die ganze Stadt zerstörte, „verheerende Not und grausiges Elend brachte". — Mag sein, was will, es wird gejubelt.

Freudiger Optimismus. Aus einer Ankündigung des Bressartfilms „Trara um Liebe": „... Ein schwungvolles Lustspiel ... mit süßen Mädels und feschen Jungen, mit reizender Musik von Hans May, wie es die vielen Menschen wünschen, die im Lichtspieltheater Erholung suchen, und es mit freudigem Optimismus verlassen wollen." — Man kann die sanfte Idiotie, die von diesen Filmen ausgeht, auch so heißen.

Rizinusöl. Das „Tempo" gibt seinen Leserinnen, die Wert auf gutes Aussehen legen und gerne schön gebogene, dichte Wimpernhaare haben möchten, den Rat, die Wimpern vor dem Schlafengehen mit einem weichen, in Rizinusöl getauchten Bürstchen nach oben, respektive nach unten zu bürsten. — Ein Löffel „innerlich" würde da auch nichts schaden.

Achtung, Tollwut! Das Rundfunk-Archiv besitzt eine Platte, auf der das „überaus charakteristische Bellen" tollwütiger Hunde festgehalten ist. Man will beim Ausbrechen von Hundetollwut der Bevölkerung der betreffenden Gegend die Platte zu Gehör bringen, damit rechtzeitig entsprechende Schutzmaßnahmen ergriffen werden können. — Man wird zweckmäßigerweise immer acht Tage vor Ausbruch der Tollwut die Platte laufen lassen.

Mitteilungen des Verlags

Für den Fonds der S.-Z. sind eingegangen: bis 3. September: 98,50 Mark; vom 4.—17. September: 17,30 Mark; zusammen: 115,80 Mark.

200 Abonnenten sind infolge des vierwöchigen Verbots verlorengegangen. Wer hilft 200 neue gewinnen? Der heutigen Nummer liegt eine Bestellkarte bei; bitte benützen, um einen Bekannten zum Abonnement für Oktober zu gewinnen!

Der Oberreichsanwalt in Leipzig hat gegen Hermann List aufgrund des in Nr. 29 der S.-Z. erschienenen Artikels „Bankrott — und nun?" Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat und einiger anderer Vergehen erhoben. Die Voruntersuchung ist eröffnet.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschl. Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Weiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Und jetzt noch für Oktober einen Abonnenten werben

Stuttgart, 27. September 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrgang, Nr. 39

Vor einer Spaltung der SPD?

Am 13. Oktober wird der Reichstag zusammentreten. Da die Regierung keine Mehrheit hinter sich hat, auf die sie sich unbedingt verlassen kann, hat Brüning mit dem Reichstagspräsidenten Löbe vereinbart, daß die Regierung eine Erklärung abgeben wird und daß mit der Billigung bzw. Mißbilligung dieser Erklärung die Abstimmung über alle vorliegenden Anträge und Interpellationen verbunden werden soll. D. h.: der Reichstag wird sich nur für oder gegen die Regierung entscheiden können; alles übrige wird in den Ausschüssen erledigt werden. Auf diese Weise hofft Brüning auch diesesmal eine Mehrheit zu bekommen.

Da Herr Löbe mit dieser Taktik einverstanden ist, kann man annehmen, daß die sozialdemokratische Partei die Parole ausgeben wird, für Brüning zu stimmen. Es fragt sich nur, ob diesesmal alle Abgeordneten der Parole folgen werden. Schon bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer sind ja einige „Linke" aus der Reihe getanzt. Da das Winterprogramm, das die Regierung dem Reichstag vorlegen wird, noch einiges schwerer zu tolerieren sein wird als der Panzerkreuzer, werden die „Linken" noch weniger geneigt sein, für die Partei zu stimmen. Vielleicht sind sie am 13. Oktober überhaupt keine Parteimitglieder mehr?

•

Am Dienstag, den 22. September hat der sozialdemokratische Parteiausschuß getagt und in einer Entschließung erklärt, „daß die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft und die Mitarbeit an der Zeitschrift „Das andere Deutschland" unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Auch diejenigen, die Sonderbestrebungen wie die „Marxistische Büchergemeinde" (eine Organisation der Seydewitz-Gruppe) oder die „Freie Verlagsgesellschaft" (in der die linksoppositionelle Zeitschrift „Die Fackel" erscheint) unterstützen, werden aus der Partei ausgeschlossen.

Das ist ein offenes Ultimatum an die Seydewitz-Gruppe. Der Parteivorstand wird natürlich nicht nachgeben (schon auf einer früheren Tagung des Parteiausschusses soll ein Abgeordneter gesagt haben, man dürfe, wenn man die Tolerierungspolitik retten wolle, auch vor dem Ausschluß von 30 000 oder 40 000 Mitgliedern nicht zurückschrecken), und Seydewitz scheint diesesmal entschlossen zu sein, es nicht auf ein Kompromiß ankommen zu lassen — also Spaltung der SPD?

Wenn es schon in den nächsten Wochen zu einem Ausschluß der „Linken" kommen sollte, vor der Abstimmung im Reichstag oder im Anschluß daran (wegen Disziplin-Bruch), dann ist die Mehrheit Brünings gefährdet. Er hat dann nur noch die Wahl, zur offenen Diktatur überzugehen oder die „nationale Opposition" in die Regierung zu nehmen. Hugenberg ist bereit. Jetzt steht alles auf Spitz und Knopf.

Soll ich aus jeder der 50 Nummern der S.-Z., die seit dem 14. September 1930 erschienen sind, Sätze zitieren, die auf die Notwendigkeit dieser Entwicklung hingewiesen haben? Ich will mir's sparen. Wichtiger ist es, sich die Gründe dieser Entwicklung nocheinmal klar zu machen: Die sich immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise zwingt die Regierung zu Maßnahmen, die in der Form immer diktatorischer und im Inhalt immer arbeiterfeindlicher werden. Toleriert eine reformistische Arbeiterpartei diese Regierung, dann muß sie auseinandergesprengt werden, muß sie ihren Einfluß auf die Massen verlieren. Dadurch wird sie aber für die Regierung immer unnötiger und wertloser. Gleichzeitig wird die Rechte, die alle Vorteile der Opposition genießt, immer stärker und für die Regierung immer wertvoller, vor allem wegen ihrer in Krisenzeiten so nötigen außerparlamentarischen Hilfstruppen. So muß es irgendwann einmal zu der Entscheidung kommen, vor der wir heute stehen.

Ob Seydewitz diesesmal noch nachgibt oder nicht, ob die Entscheidung noch im Oktober oder einige Monate später fallen wird, ist ja gleichgültig. Fallen wird sie einmal. Und wenn der Parteivorstand wirklich ernst macht und auch nur einige tausend Mitglieder ausschließt, dann wird die Abbröckelung bei der SPD wohl ganz von selbst ein rascheres Tempo annehmen.

•

Wo werden die Ausgeschlossenen oder Abfallenden hingehen? Die „linken" Abgeordneten sollen in Düsseldorf letzte Woche schon beschlossen haben, eine neue Partei, eine Art USPD, zu gründen, der sich wohl die „Linkssozialistische Arbeitsgemeinschaft" (Küster) anschließen wird. Werden viele Anhänger folgen? Man kann jetzt schon sagen, daß eine solche Partei zwischen SPD und KPD keinen Bestand haben wird. Die harten Tatsachen haben die Illusionen des Reformismus zertrümmert; sie werden rasch auch die neuen Illusionen, die eine solche Parteigründung erwecken wird, zunichte machen.

Hermann List

Von kommenden Dingen

Wie wird der nächste Krieg aussehen?

Von Konrad Rieger

Die französische Armee hat Anfang September große Herbstmanöver abgehalten, und zwar in der Champagne, einem Gebiet, in dem die Dörfer alle neu gebaut und die Bäume alle noch sehr jung sind und in dem man hie und da in ein kleines Kraterloch stolpert. (Hoffentlich wußten die 20jährigen Soldaten, woher die Löcher stammen.)

Die „Roten" griffen von Soissons aus an. Es war ein anderes Bild als in den Jahren 1916—18. Kein Grabenkrieg, sondern Bewegungskrieg. Die Infanterie ging häufig im Schutz von Wolken, die von niedrig fliegenden Aeroplanen erzeugt wurden, vor; die leichten Tanks, die 40—50 Kilometer in der Stunde zurücklegen und alle Hindernisse nehmen, waren von Kavallerie begleitet. Im Endkampf konnten die Zuschauer sogar einen von Spahis in wehenden Mänteln ausgeführten Kavallerieangriff bewundern. Die notwendigen Verstärkungen wurden auf Lastwagen über große Entfernungen weg herangebracht (für die „Blauen" z. B. aus Verdun). Die Beobachter in den Flugzeugen waren erstaunt über die Leere des Schlachtfeldes; die Truppenbewegungen gingen alle sehr rasch vor sich, von den Fliegern häufig nicht bemerkt.

Das ist so das Wesentliche, was man aus den Berichten über die französischen Herbstmanöver erfährt. Geben sie ein zutreffendes Bild vom kommenden Krieg?

•

In Italien haben zur gleichen Zeit Manöver stattgefunden. Das Hauptquartier der Partei A war Mailand, das der Partei B war Rom. Sofort nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, um Mitternacht, stiegen von allen Flugplätzen Mittel- und Süditaliens die Flugzeuggeschwader auf, um zwei Stunden später den oberitalienischen Kriegshafen Spezia anzugreifen. Im Lauf einer Viertelstunde warfen sie eine solche Menge Bomben ab, daß Spezia für „fast gänzlich zerstört" erklärt wurde. Zwar wurden die Flugzeuge der Partei B dann von Jagdfliegern der Partei A zurückgeschlagen, konnten aber diese in eine Schlacht verwickeln, so daß Spezia doch schutzlos war, als gegen Morgen besondere Sturmabteilungen der Partei B aus geringer Höhe Maschinengewehrfeuer auf die Plätze und Straßen der Stadt richteten und Gase und giftige Flüssigkeiten ausgossen. Später erschienen dann nochmals Bombenflugzeuge und warfen ihre Geschosse aus 4000 m Höhe ab. Spezia war „vollkommen vernichtet".

So wie Spezia erging es in den fünf Tagen des Manövers auch anderen Städten: sie wurden in einigen Minuten vollständig zerstört. Die Abwehr versagte überall; die Abwehrgeschütze hätten ja nur die eigene Stadt bombardiert.

Als auch Mailand, das Hauptquartier der Partei A, angegriffen wurde, mußte die Manöverleitung erklären: „Nachmittags fünf Uhr, während das Bombardement von Mailand unerbittlich weitergeht, hat die Nation A, deren Leben nunmehr vollkommen zum Stillstand gekommen ist, der es nicht gelungen ist, ihre Mobilmachung zu Ende zu führen und ihr Heer zusammenzuziehen, weil alle Dienstwege desorganisiert sind und weil die Zivilbevölkerung vollkommen terrorisiert ist, um Waffenstillstand gebeten. Die Operationen haben so ihr Ende gefunden."

Der Krieg war also aus, bevor er richtig begonnen hatte, bevor auch nur die Gegner ganz mobil gemacht hatten. Wird der Krieg der Zukunft so aussehen?

•

Kurz vor den italienischen Manövern haben zwei italienische Offiziere in Zeitschriften darüber diskutiert, wie der kommende Krieg aussehen werde. Der eine sagte, der Krieg werde von der ersten Minute an mit allen Mitteln, vor allem mit Flugzeugen und Autos, und mit der äußersten Kraftanstrengung geführt werden, mit dem Ziel, die Industrie- und Verkehrszentren des Gegners zu zerstören und womöglich die vollständige Mobilisierung des Gegners zu verhindern; der Krieg werde rasch entschieden werden. Der andere Offizier hat darauf entgegnet: Auch die stärkste Luftflotte könne das Leben einer Nation nicht stillegen. Auch eine siegreiche Luftflotte habe Verluste, müsse sich zurückziehen und neue Kräfte sammeln, und dann würden wieder die Massenheere den Krieg führen, und dieser werde nicht so rasch entschieden werden.

Scheinbar haben die italienischen Manöver dem ersten Offizier recht gegeben. Aber — Manöver sind nicht der Ernstfall. Manöver sagen gar nichts aus über die Art des zukünftigen Kriegs. Beweis (wenn einer nötig ist): der Unterschied zwischen den französischen und den italienischen Manövern. Manöver werden so geführt, wie es angeordnet wird. Da können Reiterregimenter gegen Tanks vorrücken und 100 Flugzeuge eine Stadt in 10 Minuten zerstören — ob es in Wirklichkeit so gehen wird, ist eine andere Frage.

•

Am 1. August 1914 hat kein Mensch gewußt, wie der Krieg im Jahre 1915 oder im Jahre 1918 geführt werden würde — heute weiß niemand, wie der kommende Krieg aussehen wird. Niemand; weder Militärs noch Laien, weder Militaristen noch Pazifisten. Die einen sagen, die Hauptwaffen seien die Flugzeuge, die andern die Tanks; die einen halten nach wie vor ein Volksheer für notwendig, die andern wollen sich mit einer kleinen Armee begnügen. Die einen glauben, der Krieg werde nach einigen Wochen beendet sein (hat man nicht auch im August 1914 so gesagt?), die andern halten eine längere Dauer für wahrscheinlich. Die einen sagen, er werde die ganze Welt in Trümmer legen, die andern, er werde vorübergehen wie die Kriege vor ihm. Am ehesten scheint noch darüber Einigkeit zu herrschen, daß der kommende Krieg nicht in einen Stellungskrieg erstarren werde — aber wer will das mit Sicherheit voraussagen?

Aber darüber mögen sich andere Leute den Kopf zerbrechen. Wichtiger als die Methode, nach der der kommende Krieg geführt werden wird, ist die Art, wie er beendet werden wird.

Die englische Katastrofe

In der englischen Flotte, die den Stolz und eine der stärksten Stützen des Imperiums bildete, sind Meutereien vorgekommen. Das Gespenst des „Potemkin" ist gesehen worden. Ein bedenkliches Zeichen dafür, daß die Fundamente schwach geworden sind!

Das Parlament wird jetzt auch in England, dem klassischen Land des Parlamentarismus, an die Wand gedrückt werden. Die Regierung macht sich bereit, mit Notverordnungen zu regieren. Das Gespenst der Diktatur geht um.

Und nun sind in England, das bis 1914 Weltbankier war und auch heute noch über eine große Kapitalmacht verfügt, auch die Finanzen ins Schwanken geraten: die Goldwährung ist aufgehoben worden. Das Gespenst der Inflation taucht auf.

An dieser Stelle möchte ich mich in den Streit darüber, ob Golddeckung überhaupt nötig ist, ob die Goldwährung günstig oder ungünstig auf die Wirtschaft wirkt, nicht einmischen. Das englische Beispiel eignet sich nicht gut zur Debatte über dieses Thema. Denn die englische Regierung hat das Pfund nicht deswegen von der Goldwährung gelöst, weil sie die Goldwährung als unnötig erkannt hat, sondern weil sie den Pfundkurs einfach nicht mehr halten konnte. Sie hat aus Not gehandelt; sie hat ihre finanzielle Schwäche eingestanden. „Es ist sinnlos, diese Not als Tugend zu interpretieren" (Frankfurter Zeitung). Ob ihr der Schritt viel nützen wird, ist sehr fraglich. Wirtschaftlich und politisch scheinen die Folgen zunächst eher schädlich für das englische Imperium zu sein. Wirtschaftlich: die Kapitalflucht aus England verstärkt sich; manche Länder, deren Währung bisher an das Pfund gekettet war (z. B. Griechenland), lösen sich vom Pfund, und dadurch geht auch der finanzielle Einfluß Englands in diesen Ländern zurück. Politisch: die Dominions fühlen noch mehr als bisher den Drang zur Selbständigkeit.

Aber kann England, wenn jetzt der Pfundkurs sinkt, nicht leichter als bisher exportieren? Können Regierung und Unternehmer jetzt nicht die Reallöhne herabsetzen, ohne die Nominallöhne anzutasten, also wahrscheinlich ohne auf organisierten Widerstand zu stoßen? War das nicht vielleicht der Zweck der ganzen Übung? Die meisten deutschen Blätter haben im ersten Augenblick tatsächlich angenommen, die englische Regierung habe bei der Aufhebung der Goldwährung ganz bewußt solche Absichten verfolgt. Inzwischen hat sich die Beurteilung allerdings etwas geändert. „Vieles deutet darauf hin", schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung" in einem Artikel „Englands Spiel mit dem Feuer", daß der ... Entschluß, die Goldeinlösung einzustellen und den Pfundkurs ausweichen zu lassen, nicht ein Akt kühler und raffinierter Überlegung, sondern vielmehr ein Akt der Kopflosigkeit ist."

Was vollends die nationalistischen Zeitungen in ihrem ersten Freudentaumel geschrieben haben, das werden sie wohl heute schon selber als Hirngespinste bezeichnen. „So trifft der Stoß, der von England kommt, in erster Linie Frankreich und die Bank von Frankreich. Diese schmort nun in ihrem Golde ... Es kommt nun alles darauf an, daß dem Stoß, den England gegen die finanzielle Vorherrschaft Frankreichs in der Welt mit seiner Lösung vom Goldstandard führte, mit aller Kraft und mit jeder Möglichkeit nachgestoßen wird." Mit diesen Worten will die „Süddeutsche Zeitung" die deutsche Regierung auffordern, das „mitreißende Beispiel" Englands nachzuahmen. Seite an Seite mit dem perfiden Albion gegen Frankreich! „Französlinge" versicherten zwar immer noch, Paris sei der Angelpunkt der Weltwirtschaft, aber die Tatsachen hätten nun gezeigt, daß die französische Wirtschaftspolitik „marod" geworden sei. Warum sich also mit dem kranken und schwachen Frankreich einlassen? „Nichts hat sich durch diesen Vorgang (die Abschaffung der Goldwährung in England) mehr erübrigt als der Besuch der Herren Laval und Briand in Berlin. Was wollen die Herrschaften denn eigentlich noch hier?"

Nun, das werden die Herrschaften dann schon selber sagen, und sie werden deutlich zu verstehen geben, daß sie auch die Macht haben, das durchzusetzen, was sie wollen. Sie haben nämlich noch gar nichts davon gemerkt, daß sie jetzt die Besiegten und die Engländer die Sieger sind.

Der Entschluß der englischen Regierung, die Goldwährung aufzuheben, ist ein Eingeständnis der Schwäche, der größten Not; die von mancher Seite erhofften wirtschaftlichen Vorteile werden wahrscheinlich sehr gering sein; politisch bedeutet der Entschluß eine Schwächung Englands, an der heutigen Machtverteilung zwischen England und Frankreich ändert er nichts, auf keinen Fall ändert er das Verhältnis zugunsten Englands.

Pitt

„Wenn Deutschland erst sechs bis sieben Millionen Arbeitslose hat, dann wird es seine Forderungen schon herabschrauben."

Echo de Paris

Hugenberg ist bereit

Seit Jahren ist es einer der größten Fehler der Linkspresse, daß sie Hugenberg unterschätzt. Auch die beiden Reden, die Hugenberg vor acht Tagen auf dem Parteitag der DNVP in Stettin gehalten hat, hat sie nicht gebührend gewürdigt.

Gewiß, die Theorien, die Hugenberg über nationalen und internationalen Kapitalismus vorgetragen hat, sind konfus. Aber die praktische Politik, die er in den letzten Jahren getrieben hat, war um einiges erfolgreicher als die der Linken, die immer nur über Hugenberg gespottet hat. Konsequenter Rechtskurs — ein sturer Bock, der seine Partei zerschlägt. Volksbegehren gegen den Young-Plan — lächerlich. Unterstützung der Nationalsozialisten — Hitler wird Hugenberg schon fressen. Volksbegehren gegen die Preußenregierung — was will er denn, seine Partei wird ja immer kleiner.

Aber sein Einfluß immer größer. Denn er hat gewußt, daß die Zeit für ihn arbeitet. In der äußeren Politik erleidet die Regierung eine Niederlage nach der andern (zum Teil nicht ganz ohne Schuld der nationalen Opposition), also wird einmal die Zeit kommen, da auch die Rechte herangezogen werden muß („Es ergibt sich aus alledem der Schluß, daß die Führung der großen internationalen Verhandlungen der nächsten Zeit sich auf rechts stützen muß", hat er auf dem Parteitag gesagt). In der inneren Politik ..., doch da lassen wir Hugenberg selber reden: „Wir könnten uns in die Rolle hineinversetzen, daß wir mit dem vom Reichspräsidenten gestützten Reichskanzler ein Spiel mit verteilten Rollen gespielt hätten, ein Spiel, das der Sozialdemokratie vor den Augen ihrer Wähler deutlich sichtbar Verantwortung und Schuld auferlegt, ein Spiel, das zugleich nach und nach alle Macht in die Hand des Reichspräsidenten legt. Wenn dieses Spiel damit abschlösse, daß im geeigneten Augenblick die große Schwenkung nach rechts zur Rettung des Vaterlandes eintritt, so würde ihm die Geschichte die Note eines großen und guten Spieles geben. Aber dieser Augenblick wäre nunmehr da."

Die ironische Form darf nicht darüber täuschen, daß Hugenberg wirklich so gerechnet hat.

Die Golddeckung

Die Bank von England zahlt seit 20. September für englische Pfunde kein Gold mehr aus. England hat also — vorübergehend, wie versichert wird — die Goldwährung aufgegeben, es ist zur Papierwährung übergegangen. Das Pfund ist infolgedessen um 5, um 10 Prozent gefallen; vielleicht ist es noch weiter gesunken, bis diese Zeilen gedruckt sind.

Woher kommt das? Was hat es zu bedeuten? Was wird daraus entstehen?

Die Ursache des plötzlichen Verzichts auf die Goldwährung in England war dieselbe wie bei der deutschen Börsenkatastrofe im Juli: der internationale Kredit war ins Rutschen geraten, kurzfristige Auslandsforderungen wurden massenhaft abgerufen, das inländische Kapital flüchtete über die Grenzen. Wenn die Bank von England den an sie gestellten Ansprüchen weiter hätte genügen wollen, so hätte sie ihren Goldbestand opfern müssen. Dann wäre die englische Währung nicht mehr „gedeckt" gewesen, also nach Ansicht der Finanzgewaltigen „zusammengebrochen". Lieber den Rest Gold behalten, sagten sie sich, auf die Gefahr hin, daß das Pfund ein wenig fällt, als die letzte Reserve dieses internationalen Zahlungsmittels riskieren, mit der wahrscheinlichen Folge, daß das Pfund dann rasch und ganz gewaltig fällt.

Wenn das Pfund fällt, die Auslandsgläubiger mit Pfundguthaben aber hoffen können, daß es sich wieder erholen wird, dann werden sie vielleicht „stillhalten". Wenn sie befürchten, daß es weiter fallen wird, werden sie auf Zahlung drängen. Aber auch die Gläubiger mit Franken- und Dollarguthaben werden bei fallendem Pfund nervös werden. (Bei den Schuldnern im Ausland ist die Reaktion umgekehrt.)

Ist England im Ganzen eigentlich heute noch überwiegend Gläubigerland oder schon Schuldnerland? Welche Interessen überwiegen bei seinen seinen Mächtigen, die Gläubiger- oder die Schuldnerinteressen? Davon wird es abhängen, ob man in London das Pfund, etwa mit der Absicht einer Steigerung des Ausfuhrhandels, nun fallen lassen, und zu einer „Devalvation" (der Festsetzung eines niedrigeren Goldstandards, also etwa ein Pfund statt zwanzig Mark gleich fünfzehn Mark) oder gar Inflation schreiten wird, oder ob man es stützen und wieder zum alten Goldstandard zurückkehren wird. Das Letztere wird von den Sachverständigen bis jetzt als wahrscheinlich betrachtet, und die sofortige Diskonterhöhung (von 4½ auf 6 Prozent) liegt auch auf dieser Linie. Aber Sachverständige, namentlich in Währungssachen, haben bekanntlich schon manchmal daneben gehauen.

Es gäbe eine weitere Möglichkeit, und sie allein wäre ein währungspolitischer Fortschritt, der sozusagen weltgeschichtliche Wirkungen haben könnte: wenn England künftig auf die Goldwährung überhaupt verzichten und seine Goldreserve von heute noch 2,8 Milliarden Mark (Deutschland hat zurzeit rund 1,4 Milliarden) unter der Hand an Juweliere oder indische Nabobs verkümmeln wurde. Wenn die englische Notenbank gleichzeitig dafür sorgen wollte, daß der allgemeine Preisindex stabil bleibt (und das könnte sie durch Regulierung des Banknotenumlaufs), dann würde die Welt staunend feststellen, daß die Theorie von der Golddeckung ein Botokuden-Aberglaube ist, der im 20. Jahrhundert längst überwunden sein sollte. Und die beiden großen Weltgläubiger Amerika und Frankreich mit ihren riesigen Goldschätzen (U.S.A.: 20 Milliarden, Frankreich: 10 Milliarden Mark) würden durch das Fallen des Goldpreises darüber belehrt, daß sie da eine Ware gehamstert haben, deren Wert genau so relativ ist wie der des Silbers oder irgend eines anderen glänzenden Gegenstands.

Die wirkliche und vollkommen ausreichende Deckung einer Währung ist nicht das Gold im Keller der Zentralnotenbank, sondern der in der Volkswirtschaft umlaufende und täglich neu geschaffene Gütervorrat. Nach seinem Umfang, nicht nach dem irgend eines größeren oder kleineren Goldhortes hat sich vernünftigerweise der Geldvorrat eines Landes (unter Berücksichtigung der Umlaufsgeschwindigkeit) zu richten. Silvio Gesell, Keynes und Cassel haben das überzeugend dargetan. Die Freigeldleute schießen zwar übers Ziel hinaus, wenn sie von einer Währungsreform in ihrem Sinne die Heilung der ganzen sozialen Menschheitsmisere erwarten; aber darin haben sie unbedingt recht, daß die Goldwährung nicht mehr zeitgemäß, daß sie ein Hindernis für den wirtschaftlichen Fortschritt, eine Sackgasse, ein internationales Unglück ist.

Ein Schuldnerland wie Deutschland wäre wahrscheinlich nicht imstande, das Experiment einer Abschaffung der traditionellen Goldwährung zu wagen. Aber sollte nicht England, das bis zum Kriege als „Weltbankier" gegolten hat, dazu fähig sein?

Ist auch England schon Schuldnerland geworden? Oder ist es am Ende so, daß mächtige kapitalistische Interessen mit der Goldwährung verbunden sind? Daß sie eines der Instrumente ist, mit denen wenige aber starke Interessenten die Welt versklaven? Liegt die Tatsache der Weltgeltung des Goldes darin begründet, daß die Kapitalisten eine internationale Verbrechergilde sind, von denen keiner dem andern mehr über den Weg traut?

Erich Schairer

Die richtige Front

Die SPD hat eine neue Walze eingelegt; sie vergnügt sich jetzt in Schlagzeilen wie: „Unser Kampf um den kommunistischen Arbeiter." Erfolg wird die Partei mit dem neuen Spiel wohl nicht viel haben; denn ihre Ideologie ist nun einmal nicht auf den bewußten Arbeiter, den klassenbewußten Proletarier zugeschnitten, sondern auf den Kleinbürger. Und da sie unter dem neuen Titel die alte Melodie herunterleiert, nämlich die Sowjetunion schlecht macht, besteht für sie natürlich noch weniger Aussicht, den einigermaßen klaren und bewußten Kommunisten zu sich hinüberzuziehen. Wenn die Partei sich nicht schämt, die in Deutschland herumsitzenden russischen Menschewiken aufmarschieren und gegen ihr Heimatland vom Leder ziehen zu lassen; wenn, wie in Stuttgart, so einer hingestellt wird und Zahlen über das niedrige Einkommen des russischen Arbeiters verzapft, die Max Hodann, ein dem Sowjetismus durchaus freundlich gesinnter deutscher Radikaler, aus Verantwortungsbewußtsein nennt, um nicht über die Schwierigkeiten der großen Aufgabe, der sich drüben ein ganzes Volk unterzieht, hinwegzutäuschen — dann mag der wackere Menschewik zwar den Beifall der durch diese tendenziös herausgesuchte Dosis Rußlandbericht überrumpelten Hörerschaft ernten; aber er wird sich dadurch bei anderen kaum als Autorität und Kenner der neuen Dinge da drüben legitimieren.

Denn wer ein bißchen nachdenkt, dem wird eines klar werden: mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Lage des russischen Arbeiters ist weder für noch gegen die Sowjetunion etwas zu beweisen.

Die Frage: geht es dem Arbeiter drüben schlecht oder gut? ist eine, die zwar immer wieder erörtert werden muß — aber mit freundschaftlicher Besorgnis und Anteilnahme dessen, der sich mit denen verbunden fühlt, um die es sich in dieser Frage handelt; mit der Überlegung: wie lange wird es noch währen müssen? wie bald und wie sehr wird es sich zum Guten verändern können? was kann man tun, um mitzuhelfen, daß es dort voran geht? Wer aber von den miserablen Zuständen in der USSR schwadroniert, um sich zu ereifern und zu ergeifern: da sehe man's nun; es sei nicht besser, sondern schlechter geworden — der ist ein platter Reaktionär und Arbeiterfeind. Und ein Dummkopf. Denn er sieht nicht oder will nicht sehen, daß dort drüben, wenn wirklich gehungert wird, wenn man wirklich in engsten Verhältnissen mit einem Minimum an Bedürfnisbefriedigung existiert — das alles geschieht um eines Zieles willen.

Es ist der Gipfel des Unsinns und der trübste Verrat am Proletariat, wenn man während eines Krieges mit der Regierung eines halb irren Monarchen durch Dick und Dünn geht und der Arbeiterschaft, deren Interessen zu vertreten man vorgibt, das Gewissen steift, damit sie in Schafsgeduld Kohlrüben und Dörrgemüse frißt, in schundigem Nesselgewebe rumläuft und Holzsohlen und Papierabsätze unter den Schuhen trägt — nur damit der geliebte Kaiser seinen Feldzug nicht abzublasen braucht, bevor sein Volk auch wirklich leergeblutet ist ... und dann Zeter schreit, wenn ein Volk von Arbeitern, freiwillig in der großen Mehrzahl, sich den Riemen eng schnallt, um sein eigenes Reich aufzubauen und seinen Kindern eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Das Argument mit dem Hunger in USSR ist wertlos. Die Schuld, daß die Sozialdemokraten diesen Gaul so unermüdlich durch alle Pressespalten und Versammlungen hetzen, liegt allerdings zum Teil an den Kommunisten. Es ist dumm, bei jeder Gelegenheit mit geschwollenem Pathos nach Osten zu weisen und zu rufen: dort hat's der Arbeiter gut, und besser als bei uns! Das fordert natürlich den Widerspruch der andern heraus, und schwupps hauen sie uns ein paar Zahlen auf den Tisch, aus denen hervorgeht, daß es drüben dem Proleten auch nicht glänzend geht.

Man soll auf Rußland weisen; aber mit anderen Worten. Man sage: Dort schafft sich ein Volk endlich eine Existenz und sichert sie gegen die Ausbeuter und deren reformistische Helfershelfer! Dort stellt ein Volk an sich die schwersten Anforderungen, um das Ziel zu verwirklichen, nach dem seit dem Bestehen einer Arbeiterbewegung die Sehnsüchte der Proleten gehen! Dort wird aufgebaut und nicht zugunsten einer parasitären Klasse, sondern für das Proletariat! Dort liegt man im Kampf mit der eigenen Trägheit und Rückständigkeit und schlägt diese hemmenden Mächte jeden Tag in tausend Kleingefechten! Dort gilt das ernste Streben und die opfervolle Arbeit der Arbeiterklasse der Verwirklichung der großen proletarischen Grund- und Gesamtidee: der Schaffung der kommunistischen Gesellschaft!

Nicht der Zustand des heutigen Rußlands, des Rußlands im Übergangsstadium, kann ein Maßstab sein, sondern die Tendenz und das Maß der Verwirklichung der großen Vorsätze, die wir vor Augen haben. Das Rußland von heute ist nicht die kommunistische Gesellschaft, ist nicht das Ziel. Wir wollen die Herren Sozialbourgeois konfrontieren mit ihren aus Urväterzeiten stammenden, in den Parteischränken lagernden politischen und sozialen Thesen und Forderungen und ihnen gegenüberstellen: das Rußland, das drüben aufgebaut wird, die systematische Verwirklichung jener Urthesen und -forderungen aller wahren Sozialisten — und das Deutschland, das sie im trauten Verein mit Zentrum, Polizei, Reichswehr und emigrierten russischen Antikommunisten schützen und auszubauen trachten, als wär's das paradiesischste aller Paradiese.

Karl Fehr

In Thüringen werden demnächst wieder zwei Todesurteile vollstreckt werden; die Gnadengesuche sind vom Kabinett verworfen worden.

Kleines Versehen

In einem Bericht des „Vorwärts" über die Meuterei auf der englischen Flotte heißt es u. a.:

„Die Regierung gibt also nach und ist bereit, einen nicht unwesentlichen Bestandteil ihres Notprogramms aufzugeben. Das haben die Matrosen erreicht. Mit Recht werden jetzt andere, ähnlich schwer von dem Notbudget betroffene Schichten der Bevölkerung sagen, daß die Druckmittel der Flotte sich wirksamer erwiesen haben als die parlamentarischen Einsprüche z. B. der Lehrer, deren Gehaltskürzungen ebenfalls besonders hart empfunden werden."

Da muß der Redaktör etwas geschlafen haben, sonst hätte er diese Sätze nicht durchgehen lassen.

Ministerbesuch

Am heutigen Sonntag treffen Briand und Laval in Berlin ein. Der letzte französische Staatsmann, der Berlin besucht hat, war der Finanzminister Pouyer-Quertier, der im Oktober 1871 nach Berlin kam, um mit Bismarck über die „Reparationen" zu verhandeln (damals sagte man Kriegskontribution).

Aus diesen Verhandlungen eine kleine Episode: Am 17. Mai 1872 schlug der französische Ministerpräsident Thiers der deutschen Regierung vor, Frankreich werde die noch ausstehenden 3 Milliarden (2 Milliarden waren schon bezahlt) in sicher garantierten Anleihen und außerfranzösischen Wertpapieren zahlen. Was schrieb Kaiser Wilhelm I. an den Rand des betreffenden Schriftstücks? „Was heißt das? Es liegt ein Traktat zum Grunde, der erfüllt werden soll; volle Zahlung, dann volle Räumung."

Der Kulturbolschewist

Was würden Sie, lieber deutschnationaler Volksgenosse, von einem Manne sagen, der in seinen Briefen von sich gesteht: „Ich bin fortwährend exzessiv verliebt und wechsle häufig den Gegenstand", von einem Mann, der „liebelte, becherte, würfelte", Schulden machte und immer wieder von neuen Liebschaften und Leidenschaften zu berichten weiß?

Sie würden sicher erwidern: „Das ist ein typischer Vertreter dieser vom Kulturbolschewismus verseuchten Zeit!" Und Sie würden wohl peinlich berührt sein, wenn man Ihnen sagte, daß alles Obige aus kürzlich bekanntgewordenen Briefen Bismarcks an einen Korpsbruder entnommen ist.

Geschäft um Verdun

Von Hanns Weinberg, Düsseldorf

Vor dem dem Bahnhofe der Stadt Verdun zugewandten Eingangstore, dem Sankt-Pauls-Tore, steht ein neuerrichtetes Monument, das verkündet:

Verdun
vernichtet in zehn Monaten 1916
wiederaufgebaut in zehn Jahren 1919—1929.

Wiederaufgebaut wurde die Stadt, nicht die Festung Verdun; in einem künftigen Kriege haben die gas-, nicht die bombensicheren Zufluchtsstätten Bedeutung, deshalb hat man die letzteren abgerüstet. Nur die inneren Fortifikationen hat man mit Rücksicht auf das Stadtbild wieder in einen ansehnlichen Zustand gebracht. Und mit Rücksicht auf das Geschäft.

Der Kampf um Verdun war die blutigste Schlacht der Weltgeschichte; rund eine Million Menschen ließen dort ihr junges Leben, die Zahl der Krüppel, Siechen, Irrsinnigen wird nicht viel geringer sein. Die stärksten Forts Frankreichs wurden zu chaotischen Trümmerhaufen zermalmt, von zahlreichen Ortschaften und kleineren Städten wurde die letzte Spur ausgetilgt. Auf dem Bergrücken von Douaumont hat man eine Gebeinhalle errichtet — eine weihevolle Halle, die nur entblößten Hauptes und schweigend durchschritten werden darf, denn hier wandelt man über den zusammengelesenen Knochenresten von 90 000 unbekannten Soldaten. Zahlreiche Wegweiser und Hinweiser deuten auf die markantesten „Sehenswürdigkeiten" des riesigen Kampfgebietes hin, auf die besonders hart umkämpften Punkte, auf die verschiedenen Grenzstellungen der feindlichen Parteien, auf die zahlreichen Friedhöfe, auf die Denkmäler der Divisionen, der Regimenter, der gefallenen Heerführer, der Gefallenen von Vaux, von Douaumont, vom Toten Mann — nichts weist auf die Möglichkeit hin, daß man auf der Rückseite der feierlichen Gebeinhalle die wahllos zusammengeworfenen Knochenberge sehen kann. Das Bild ist zu grausig und fügt sich schlecht in das Programm der in und um Verdun entstandenen konkurrenzlosen Fremdenindustrie.

Von dieser Fremdenindustrie leben heute die Bürger von Verdun. Die Zahl der Hotels hat sich gegen früher vervielfacht, in guten Wetterzeiten und zum Wochenende sollen sie stets überfüllt sein. Auf Schritt und Tritt, am Bahnhof beginnend, bieten Auto- und Omnibusbesitzer ihre Wagen zu Rundfahrten über die Schlachtfelder an. Ausgezeichnete Autostraßen führen heute bis an das Fort Vaux, Douaumont, an den Bajonettgraben, an der Todesschlucht vorbei, über die blutgetränkten Trichterwüsten vom Toten Mann. In keiner Stadt Frankreichs müssen die für unsere Begriffe so winzig kleinen Briefkästen so häufig geleert werden wie in Verdun, denn rapide füllen sie sich immer wieder mit mehr oder weniger gruseligen und verlogenen Schlachtenbildern. Schreib- und Rauchtischgeräte, Schmuck- und Luxussachen aller Art, Konfitürenpackungen sind auf das Kriegsgeschäft eingestellt, haben die Formen von Munitionen, von dem Gewehrgeschoß und der Handgranate bis zu Fliegerbomben und dem Zweiundvierziger. Dem Wahnsinn von Verdun ist eine geschäftliche Psychose gefolgt, der die Symptome menschlicher Geistesschwäche zugesprochen werden müssen.

„C'est le capitalisme", das ist der Kapitalismus, war die Erklärung, die mir mein Führer aus Verdun zu dieser Erscheinung gab. Und auch späterhin wiederholte. Und nicht nur er. Auf den riesigen Friedhöfen, die jeweils von Tausenden belegt sind, in den Steintrümmern der Forts, während der Berichte der dort angestellten Führer über die Brutalität der um die Forts ausgetragenen Kämpfe, vor der Gebeinhalle, immer wieder wurde der Ausruf laut: „C'est le capitalisme!" Lehmann-Rußbüldt bezeichnete es noch prägnanter als „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie". Ein Beitrag hierzu: Das Fort Douaumont betritt man durch diejenige Kasematte, in der von deutscher Seite während der Besetzung ein Munitionslager angelegt worden war; dies ging durch eine französische Granate hoch, wodurch über 1200 Deutsche in den Gängen des Forts einen qualvollen Erstickungstod fanden. Im wiederhergestellten Nebenraum ist ein kleines Kriegsandenkenmuseum eingerichtet. Hier steht auch ein Flammenwerfer mit der Aufschrift: Leitz-Werke, Kreuznach, Wien, London, Mailand.

Unwürdig, verletzend, wirken auf den einstigen Verdunkämpfer das heutige geschäftliche und sensationelle Anpreisen der Reize dieses Kampfgebietes und die müßigen Beschauer jeden Alters und Geschlechts, denen es ein pikanter Kitzel ist, über die Abschlachtungsstätte einer Million junger Menschen zu scharwenzeln. Aber unheimlich lebendig und aufwühlend wirkt auf den einstigen Teilnehmer das Studium der Gegend mit ihren seinerzeit nie ganz erkannten Tücken und Gefahren.

Und ich mußte eines Kaiserwortes gedenken. Müde, abgekämpft, aufgerieben, waren wir Anfang April 1916 gerade seit einem Tage zur Ruhe in die Gegend von Metz zurückgezogen worden, als uns plötzlich der Befehl zur Reinigung von Uniform und Maschinengewehren den Traum auf Ruhe gründlich nahm. Am nächsten Tage sollte es feldmarschmäßig in noch nächtlicher Frühe zur Kaiserbesichtigung nach dem Truppenübungsplatz Diedenhofen gehen, und der Frontdreck konnte wirklich den paradelüsternen Augen von S. M. nicht zugemutet werden — ER hätte ja eine Vorstellung von der Wirklichkeit gewinnen können. Wir standen mehr als zwei Stunden im großen Karree, durchnäßt, durchfroren von gnadlosem Regen. Und dann kam ER. Und was hatte ER uns zu sagen? Einen Satz habe ich nicht vergessen können: „Verdun wird und muß fallen, und wenn Ich Meine letzte Kanone und Mein letztes Bajonett dransetze." An Seine Söhne hierbei auch zu denken, untersagte dem Landesvater offenbar allzugroße Vaterliebe.

Wir aber wußten damals alle schon, daß Verdun nicht fallen würde.

Jetzt erst kann man beschaulich feststellen, daß die deutschen Stellungen auf der Vaux-Höhe gradlinig zwischen den Batterien von Douaumont und der Südforts lagen, und daß deshalb ein Entrinnen aus dieser Hölle ein Glücksfall war.

◆

Eines der zahlreichen Bilderbücher, die man in Verdun als Originalfotosammlungen über die Kämpfe anpreist, brachte mir den Film „Verdun" wieder sehr stark in Erinnerung, denn das Album „Die Kämpfe um Verdun" enthält nichts als Ausschnitte aus dem Film, dem jedes Recht auf Anerkennung abzusprechen ist. Er ist ein Pro-Kriegsfilm, eine Truppenübungsplatzschau, ein tränenrührender Kitsch, weit entfernt von jeder Wirklichkeitsgestaltung, zusammengestoppelt aus all den Surrogaten, die den Krieg zu einem hohen Fest der Landsknechtsromantik und der kriegsgesetzlich begrenzten Nächstenliebe, genannt Kameradschaftlichkeit, machen. Die aber wurde im Dauerfeuer, zumal im Trommelfeuer, zerschmettert, wie jede Menschenwürde.

Im Film „Verdun" und ebenso in der zitierten Bildersammlung beginnen alle deutschen Soldaten die Februaroffensive im schützenden Stahlhelm — in Wirklichkeit kamen erst volle zwei Monate später Stahlhelme in wenigen Exemplaren als Muster zur Begutachtung durch die Regimentsstäbe an die Front, erst sechs Monate später war eine allgemeine Ausrüstung durchgeführt. Im Film opfern sich einzelne und Patrouillen auf, Verwundete zu retten — wer bei Verdun als Verwundeter die eigene Kraft zur Rettung nicht mehr besaß, verkam in Durst, Wahnsinn, Wundvergiftung. Und der be-

Sozialdemokraten

Severing

Herrn Severing ist, so hat es den Anschein, der Übermut der pogromlüsternen Hitlerjünglinge mächtig in die Knochen gefahren. Er hat infolgedessen schleunigst einen Erlaß an die untergeordneten Polizeibehörden hinausgegeben, der erneut strengstes Vorgehen gegen die Hetze radikaler Gruppen verlangt. Man kann der Meinung sein, daß zu einem energischen Vorgehen schon längst genügend Verordnungen die Handhabe böten — aber sei dem wie ihm wolle. Herr Severing beklagt sich in dem Erlaß, daß die friedliche religiöse Betätigung durch das „unverantwortliche Treiben radikaler Gruppen" wiederholt gefährdet und gestört worden sei. Und damit seine untergebenen Organe dabei nicht sofort und nicht nur an die bösen „bolschewistischen Gottlosen" denken, fügt er hinzu, daß hierher auch die aufs schärfste zu verurteilende antisemitische Verhetzung gehöre.

Aber es ist ihm nicht nur um die Bekämpfung der eindeutigen Ausschreitungen zu tun. Schon die „Erweckung" und „Schürung" von Gegensätzen zu „antichristlichen oder antisemitischen Zwecken" ist fürderhin als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzusehen (ob die „Schürung" von Gegensätzen zu antifreidenkerischen Zwecken ebenfalls hierunter fällt, hat Herr Severing vergessen anzugeben). Als Hauptaufgabe der Polizei wird die „vorbeugende Tätigkeit" angesehen, vermittels derer verhindert werden soll, daß es überhaupt zu Ausschreitungen komme.

Wenn man davon absieht, daß hier so nebenbei auch gegen den Antisemitismus gewettert wird, so heißt das wohl: Verbot von Freidenkerversammlungen. Das „Erwecken" und „Schüren" in antichristlichem Sinne wird von einem sozialdemokratischen Minister unverhüllt als Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gekennzeichnet, und während man sich rührend besorgt zeigt, daß die „Übung religiöser und konfessioneller Überzeugungen im Rahmen der christlichen Kirchen wie der jüdischen Religion" in „jeder möglichen Weise" geschützt wird, empfiehlt man gegen antichristliche Bestrebungen vorbeugende Maßnahmen, ja es wird noch extra betont, daß in besonderen Fällen „Anreizung zum Klassenhaß" in Frage kommen könne. Worin unterscheidet sich Herr Severing eigentlich noch von einem Naziminister?

Grzesinski

Der berliner Polizeipräsident hat die „Rote Fahne" auf Grund der Notverordnungen vom 28. März und 10. August ds. Js. auf vier Wochen verboten. Und zwar wegen des Abdrucks eines Telegramms der Kommunistischen Partei Deutschlands, in dem die meuternden englischen Matrosen beglückwünscht und zur Wahl von Matrosenräten und zur Verbrüderung mit den Kolonialvölkern aufgefordert werden. Diese Veröffentlichung ist, nach der Begründung des Herrn Polizeipräsidenten, geeignet, „die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England zu stören", und dadurch sei bei der außerordentlich großen Bedeutung, die die internationalen Verhandlungen zurzeit hätten, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Deutschland gegeben.

Das soll wohl heißen: wer die Illusion einer friedlichen internationalen Verständigung und Sanierung der Weltkrise zerstört, gefährdet die öffentliche Ordnung, die nur noch mit Hilfe dieser Illusion aufrecht zu erhalten ist; wer durch eine gegenteilige politische Meinung die jeweils von der Reichsregierung gepflogenen freundlichen (auch unfreundlichen?) Beziehungen zu irgend einem Lande stört und über die Bedeutung der augenblicklichen internationalen Verhandlungen nicht derselben Meinung ist wie Herr Grzesinski oder sonst eine mit Verbotsvollmachten ausgestattete Behörde, wird verboten.

Wollte man diesen Grundsatz allgemein anwenden, so könnte sich die deutsche Presse noch heute endgültig begraben lassen (besonders die rechtsoppositionelle, die sich ja anläßlich internationaler Verhandlungen gelegentlich wirkliche Dolchstöße leistet). Aber man wendet ihn in dieser rigorosen Form nur gegen links an. Und es sind besonders die sozialdemokratischen Stützen des heutigen Systems, denen jedes Mittel recht ist, sofern das getroffen werden kann, was die wirkliche internationale Solidarität des Proletariats fördern und die Illusionen über die bürgerliche Republik schwächen könnte. Sie stehen und fallen mit dem System. Und kein Konservativer altpreußischer Prägung könnte vor dem Wörtchen „Weltrevolution" mehr hochgehen als Herr Grzesinski, der in dem Telegramm an die englischen Matrosen auch den Satz: „Es lebe die kommunistische Weltrevolution!" beanstandet hat (damit werde auch zum Ungehorsam gegen deutsche Gesetze aufgefordert). Das Wörtchen hat in dem sozialdemokratischen Sprachschatz schon lange einen schlechten Klang, und es ist nur folgerichtig, wenn man jetzt daran geht, ihm mit Hilfe von Notverordnungen vollends den Garaus zu machen.

Mauthe

Wie die „Neue Montags-Zeitung" berichtet, will das Reichsinnenministerium Freidenker-Morgenfeiern im Rundfunk verbieten.

Erfolge

Es ist gelungen, die Notverordnung zu Gunsten der Minderbemittelten zu ändern. Für die Saisonarbeiter, für die jugendlichen Erwerbslosen, für die Kriegsbeschädigten sind Verbesserungen erzielt worden. 100 Millionen sind die von uns der Brüning-Regierung abgezwungenen Konzessionen wert.

So liest man es in den sozialdemokratischen Zeitungen und Flugblättern. Und mit dieser Art von „Erfolgen", propagiert durch einen starken Presseapparat, gelingt es der SPD tatsächlich, einem großen Teil der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen. Auf den leichtgläubigen sozialdemokratischen Leser machen die Angaben den Eindruck, als ob ein Erfolg im Interesse der Arbeiterschaft erzielt worden sei, und doch handelt es sich in der Tat nur um einen raffinierten Trick. Denn komischerweise wird jede Notverordnung immer erst dann geändert, wenn die neue erscheint und mit ihr die Möglichkeit gegeben ist, dem Proletariat die alten Lasten in neuer Form zu präsentieren.

Diese Änderungen an den Notverordnungen haben sich im Laufe der Zeit schon zum System entwickelt. Mit diesen angeblichen Verbesserungen werden der SPD Erfolge zugeschoben, die in Wahrheit gar nicht existieren, denn die SPD kann es trotz der „erzwungenen Änderung der alten Notverordnung" nicht verhindern, daß gleichzeitig den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen, überhaupt allen Proletariern vom Säugling bis zum Greis, neue Lasten bzw. neue Einschränkungen auferlegt werden. Einzelne Teile des Proletariats erfahren zwar gewisse Erleichterungen, aber anderen Teilen und der Gesamtheit der Arbeiterschaft werden dafür neue, noch größere Bürden aufgezwungen, und pro Saldo ist nichts erreicht.

Diese gemeinsam von der Brüning-Regierung und dem sozialdemokratischen Parteivorstand geübte Methode der Irreführung des Volkes und der Schmackhaftmachung der Notverordnungen kann gar nicht scharf genug herausgestellt werden angesichts des starken Propagandaapparats der SPD, der selbstverständlich nur die „Erfolge" gegenüber der Regierung Brüning betont, ganze Seiten mit ihnen füllt und sie so lange wiederholt, bis das ganze Volk es glaubt, sehr zu seinem eigenen Nachteil.

R. Brinkmann

Unsere Gegner schreien über den Bankrott des Sozialismus. Sie haben es damit ein wenig zu eilig. Und doch, wer wollte die Behauptung wagen, daß sie in jeder Beziehung Unrecht haben? Was in dieser Stunde stirbt, ist nicht der Sozialismus, sondern eine Abart des Sozialismus, ein gezuckerter Sozialismus, ohne den Geist des Idealismus und ohne Leidenschaft, mit den Allüren des Beamten und dem Schmerbauch des ernsten Familienvaters, ein Sozialismus ohne Kühnheit und ohne Wagemut, erpicht auf Statistik und bis über die Ohren vergraben in gütliche Verträge mit dem Kapitalismus, ein Sozialismus, der sich nur mit Reformen befaßt, der für ein Linsengericht sein Erstgeburtsrecht verkauft hat, ein Sozialismus, der sich der Bourgeoisie als Bezähmer der Ungeduld des Volkes darstellt, als einer Art von automatischer Bremse gegen unerschrockenes Auftreten des Proletariats.

Paul Golay (schweiz. Sozialist) 1915

Geburtenmoratorium

Die Präsidentin der amerikanischen Geburtenkontroll-Liga, Margaret Sanger, hat in einer Massenversammlung in New York den Vorschlag eines „Hoover-Feierjahrs auf dem Gebiet des Kinderkriegens" gemacht: da jedes neugeborene Kind im Augenblick das wirtschaftliche Elend nur vermehre, solle keine Frau binnen Jahresfrist oder bis zu einer fühlbaren Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein Kind in die Welt setzen.

Selbst im bigotten und, im Verhältnis zu Deutschland, immer noch reichen Amerika macht man solch radikale Vorschläge, aber bei uns darf an diese Dinge nicht getippt werden.

Doppelte Moral

Es ist in der letzten Zeit in der Linkspresse immer wieder auf die widerliche Heuchelei bürgerlicher Zeitungen hingewiesen worden, die im Textteil sich als Sprachrohr des prüdesten Muckertums gebärden, während sie im Anzeigenteil den mannigfaltigsten sexuellen Bedürfnissen durch versteckte oder offene Angebote weitgehend entgegenkommen. Nun hat auch die Staatsanwaltschaft, die sonst sofort bei der Hand ist, bei jedem außerehelichen Geschlechtsverkehr nach dem Tatbestand der Kuppelei zu schnüffeln, endlich eingegriffen und hat gegen einige berliner Zeitungen Verfahren wegen Kuppelei eröffnet. Es ist ihr offenbar nicht sehr leicht gefallen, denn es wird behauptet, es habe zuerst eines energischen Eingreifens des Reichsinnenministeriums bedurft, um sie so weit zu bringen.

Leider wird dieser kleine Dämpfer, den die Hüter der doppelten bürgerlichen Moral bekommen haben, mehr schaden als nützen. Die Anzeigen werden in Zukunft, vorsichtiger abgefaßt, in anderen Rubriken erscheinen, man wird etwa nicht mehr Massage, sondern spanischen Unterricht usw. anzeigen, und im Textteil wird man noch schamloser als seither die blütenreine christliche Sittlichkeit gegen die laxe Sexualmoral der „Kulturbolschewisten" ausspielen.

Außerdem wird dieses Vorgehen des Staatsanwaltes, das man nur billigen kann, sofern dadurch in den Kupplern gleichzeitig die Heuchler getroffen werden, alle Sittlichkeits- bzw. Unsittlichkeitsschnüffler auf den Damm rufen. Die Staatsanwaltschaft selbst hat dazu das Signal gegeben, indem sie behauptet, daß das Anbieten dieser Dinge das Scham- und Sittlichkeitsgefühl aller anständig denkenden Menschen verletze; womit offenbar die paar alten männlichen und weiblichen Tanten gemeint sind, die sich aus versetzter Erotik heraus auf die hartnäckige Bekämpfung der sogenannten Unsittlichkeit geworfen haben.

Ihr Maßstab ist allerdings auch heute noch der des Gesetzgebers, aber nicht mehr der der breiten Öffentlichkeit. Nur solange noch das Christentum herrscht und damit die auf seiner Sündenmoral aufgebaute bürgerliche Ehe, nur so lange wird der Prostitution in ihren heutigen Formen die Bedeutung zukommen, die sie augenblicklich hat. Das Bedürfnis nach all diesen Dingen wird nicht erst durch das Angebot geweckt, wie die Sittlichkeitsapostel glauben machen wollen. Berechtigt erscheint behördliches Vergehen gegenüber der sogenannten Unsittlichkeit lediglich dort, wo Jugendliche durch sie bedroht oder wirtschaftlich in Not Geratene ausgebeutet werden. Aber selbst der Begriff der Ausbeutung ist auf diesen Gebieten ein relativer, und es fragt sich auch hier, wie weit eine Gesellschaft das Recht hat, die „Ausbeutung" von Prostituierten als Kuppelei zu bezeichnen und zu verfolgen, die selbst in ihrem innersten Wesen auf hemmungsloser Ausbeutung basiert. Auf jeden Fall lehrt die Erfahrung, daß die von den Behörden gezeigte Empfindlichkeit gegenüber der Ausbeutung von Prostituierten vielfach lediglich ein Vorwand ist, um dem von der Kirche so sehr bekämpften „Sündenpfuhl" beizukommen.

hm

In Württemberg sind im Jahre 1930 4604 Personen aus der evangelischen Kirche ausgetreten (804 mehr als im Jahre 1929). Eingetreten sind 693.

Die ungesicherten Verpflichtungen bei der zusammengebrochenen Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes betragen 7 815 179 Mark; die betrogenen Sparer werden zu allem hin noch zur Zahlung der Haftsumme von je 500 Mark herangezogen.

Krasser Aberglaube

„Gar oft kann man sehen, wie am hintern Fenster der Autos Affen oder Teddybären als Fetische baumeln. Dieser Unfug wird leider auch von manchem katholischen Autobesitzer und Kraftwagenführer nachgeahmt. Und zwar aus Gedankenlosigkeit und Nachahmungstrieb. Und doch ist es im Grunde ein Rückfall in krassen Aberglauben. Man sieht die sonderbarsten Figuren, Affen und Teddybären als „Schutzgötter", und man muß sich nur wundern, wie Leute, die auf Menschenverstand Anspruch machen, so etwas mitmachen können. — Ins Auto gehört eine schöne, geweihte Christoforus- oder Benediktus-Medaille oder ein kleines religiöses Bild. Auch sollte jedes Auto gesegnet werden, wie auch jedes Flugzeug, wozu das kirchliche Ritualbuch ein eigenes Formular enthält."

„Ostschweiz", St. Gallen, 12. 9. 31

---

kannte tote Soldat wurde bei Nacht auf die Ränder der durchweg nur tischhohen Gräben geschoben, damit die Dekkung etwas höher war. Denn diese Gräben waren erfüllt von einer Menschenangst und Vertiertheit, die keine Parallele in der Weltgeschichte kennt.

Am Tage lag man bewegungslos an die Erde gepreßt, und wehe dem, der bei Nacht die versteiften Glieder reckte: hinter den Grabenrändern lauerten die katzengeschmeidigen Schwarzen (von denen der Film Verdun nicht einen zeigt!) mit sichelförmigen Messern in der Hand, und mancher deutsche Soldat brach plötzlich mit durchschnittener Kehle lautlos zusammen. Epidemisch brach der Wahnsinn aus, gruppenweise verließen die Soldaten die Gräben, Richtung Feind, Richtung Heimat — ohne eins von beiden zu erreichen. Denn Artillerie, Mienen, Gas, breiteten gnadlos ein weites, unentrinnbares Todesnetz aus, nicht nur die gegnerische Artillerie, denn Tausende fielen unseren eigenen zum Teil ausgeleierten, deshalb zielunsicher streuenden Geschützen zum Opfer.

Nichts davon im Film, nichts von der Wirkung des Sperrfeuers, das auf den schmalen Zugangsstraßen zur Front nächtlich oft ganze Regimenter vernichtete, nichts von den Vielen, die in den mit Wasser und Schlamm gefüllten Granattrichtern elend ersoffen, nichts von den Gasvergifteten, die kläglich und ohne Laut mit zerfressenen Lungen und Luftröhren erstickten, nichts von den Granatdepots, die aufflogen und Ungezählte zerschmetterten.

Der in den letzten Tagen in Deutschland auf den Markt gebrachte Kriegsfilm „Douaumont", der von heuchlerischster Gartenlauben-Romantik durchtränkt ist und das Riesenfeuerwerk der Nazis in Gera unter dem Motto „Die Hölle von Verdun" beweisen, daß man sich in Deutschland in dem Geschäft um Verdun von keiner sittlichen Forderung hemmen läßt.

Wer darf wen gefangen nehmen?

„Ein folgenschwerer Zwischenfall ereignete sich im Mai bei den Heeresmanövern in Schwadorf. Richard Schwarz, Korporal im Feldjägerbataillon Nr. 1 in Eisenstadt, erhielt den Befehl, mit einigen Soldaten die feindliche Stellung auszukundschaften. Beim Bahndamm sprang ihm aber plötzlich der Wehrmann Franz Sekanina, der den Feind darstellte, entgegen und erklärte ihn für gefangen. Der Korporal wollte sich jedoch nicht ergeben, da er der Meinung war, daß sich eher Sekanina zu ergeben habe. Der aber faßte den Korporal beim Traggerüst seines Tornisters und ließ ihn nicht los. Nun soll der Korporal — so behauptete wenigstens Sekanina — ihn mit seinem Bajonett abgewehrt haben und ihn hierbei an der Brust leicht verletzt haben. Auch wollte Schwarz seinen Gegner angeblich würgen.

Das Bundesministerium für Heerwesen prüfte den Fall sorgfältig, kam zu der Überzeugung, daß es sich in dem Falle um eine strafgerichtlich zu ahnende Tat handle und übermittelte den Akt an die Staatsanwaltschaft, die gegen den Korporal die Anklage wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit erhob.

Der Angeklagte stellte jedes Verschulden in Abrede. Seine Patrouille habe die längste Zeit Sekanina und seine Kameraden verfolgt und dann in die Flucht geschlagen. Auf einmal sei dieser ihm aber entgegengetreten. Er (der Korporal) habe sein Bajonett vorgehalten, und Sekanina sei direkt hineingerannt. Er sehe wohl ein, daß er für Sekanina ein fetter Bissen gewesen wäre, doch könne er sich als Korporal nicht gefangennehmen lassen. Damit würde er nur seine militärische Untüchtigkeit beweisen. Er habe übrigens Sekanina erst mit Hilfe eines Untergebenen abschütteln können, der dem Feind zugerufen habe: „Ja, das wäre für dich ein Fressen gewesen, einen Korporal zu fangen."

Der Richter verurteilte den Angeklagten zu zehn Schilling Geldstrafe oder 48 Stunden Arrest.

In der Begründung meinte der Richter, daß das Verschulden des Korporals eigentlich in seinem übergroßen Pflichtgefühl liege.

Es könne einem Soldaten, der tüchtig ist, nicht zugemutet werden, daß er sich vom Feind einfach gefangennehmen läßt. Früher habe man Soldaten, die sich nicht gefangennehmen ließen, belobt. Jetzt dagegen werde einer angeklagt.

Jedoch mit Rücksicht darauf, daß hierbei eine Verletzung entstanden ist, mußte das Gericht mit einem Schuldspruch vorgehen."

Gerichtssaalbericht im „Wiener Tag"

Der Vamp

Hanns Heinz Ewers hat zur Abwechslung mal einen nationalen Roman geschrieben. Einen Soldatenroman. Mit dem symbolischen Titel „Reiter in deutscher Nacht". Er erscheint in der „Berliner illustrierten Nachtausgabe". Damit aber deren Leser wissen, was Ewers alles hinter sich und damit in sich hat, gibt das Blatt einen kleinen Ausschnitt aus seinem erstaunlichen Leben. Und der sieht so aus:

„In fünf Zuchthäusern und Gefängnissen, darunter in Raymondstreet Yale, Trenton Queenscounty, in einem Irrenhaus für Verbrecher, im Sanct Elisabeth-Hospital hat der Deutsche H. H. Ewers während des Krieges gesessen, weil er Deutscher war und weithin betonte, es zu sein.

An Kriegen und Revolutionen, so in Haiti, Mexico, Peru, Lima hat der Schriftsteller, Forscher und Dichter H. H. E. teilgenommen, weil ihm das Leben der Völker und des Individuums dort am meisten sagte und gab, wo es am dramatischsten sich äußerte ...

In Indien, in Lateinamerika, in der Südsee, in den Ländern des Islam, in China, Japan und Australien hat er als Dichter die Kulte der Religionen und des Eros durchlebt, weil er Ursprung und Ziel der organischen und sehnsüchtigen Lebendigkeit: Mensch nachsann und nachforschte."

So einer ist Ewers. Und daß er von den diversen „Kulturen des Eros" allerhand profitiert hat, zeigt das schmatzende Behagen, mit dem seine vampirischen Werke aufgenommen worden sind. Mit dem neuen Roman wandte er sich angeblich anderen Ufern zu. „Auf der Höhe seiner Schaffenskräfte" fand er, der Weltenbummler, „den Weg zurück zum stärksten Erleben: den Weg nach Deutschland". Er schildert den Menschentyp, der als „nationale Hefe des Volkskörpers die Entscheidung unseres Jahrhunderts auf deutschem Raum herbeizuführen berufen" ist. Er schildert die Landsknechtsnaturen der Freikorps. Und gleich die erste Kostprobe zeigt, daß ihm auch ihr „Eros" nicht fremd ist. Sein Vamp-Auge hat auch sie erkannt. Aus „Reitern in deutscher Nacht" wurden so „Reiter in die Nachtausgabe". Was freilich der nationalen Wirkung keinen Abbruch tun wird.

oha

Literatur

Imán. Kampf um Marokko. Von Ramon J. Sender. Verlag Der Bücherkreis, Berlin SW 61. In Ganzleinen gebunden 4.80 Mark. — Ein Roman aus den Kämpfen der Spanier in Marokko. Stilistisch schön und gutgebaut; inhaltlich fesselnd und bereichernd. Plastische Schilderung, unsentimentale Darstellung, wenig Reflexion, keine Theorie der Kriegsgegnerschaft — das Resultat: wirkungsvollste Aufdeckung der Sinnlosigkeit des Krieges. Die Figur des Soldaten Viance, der durch die Kampfjahre mit jenem unvermeidlichen Pech hindurchgeht, das in jedem Heer und zu jeder Zeit ohne sichtbaren Grund einzelnen Unglücksvögeln anhaftet, und schließlich innerlich leer, fürs Leben unbrauchbar herauskommt, ist einprägsam und unvergeßlich.

B.

Auf eine Anfrage. Das Buch von Erich Scheurmann über Samoa (mit 139 Fotografien), das vom Verlag der S.-Z. bezogen werden kann, kostet 3 Mark. Diese 3 Mark kommen selbstverständlich ganz dem Verfasser zugute; das Porto trägt der Verlag der S.-Z. Das Buch kann auch direkt von Erich Scheurmann, Bergfreiheit, Bad Wildungen-Land, bezogen werden.

Die Rolle des Pazifismus

Nun ist endlich gerichtlich festgestellt worden, was seit Jahren in der deutschen Friedensbewegung vielen bekannt, aber der großen Masse verhehlt worden war: daß tatsächlich vor Jahren aus dem Ausland Gelder in Kassen deutscher pazifistischer Organisationen geflossen sind. Und zwar — unter anderem — aus der Tschechoslowakei und aus Frankreich.

Ich gestehe durchaus einer internationalen radikalen oder revolutionären Organisation das Recht zu, von Gesinnungsfreunden jenseits der Grenzen Gelder zur Führung ihres Kampfes anzunehmen. Diese Betätigung der internationalen Solidarität ist das gute Recht aller Empörer. Aber das Korrelat zu diesem Recht ist die verdammte Pflicht, jeden Pfennig zurückzuweisen, der durch die Finger eines ausländischen Politikers oder gar Staatsmanns gegangen ist, der zu den Bejahern und nicht zu den Bekämpfern des zu stürzenden Systems gehört. Und wenn Herr Herriot an so einer Geldsendung irgendwie beteiligt ist, ist dieser Fall gegeben. Ebenso, wenn Herr Benesch, der Außenminister der Tschechoslowakei, derjenige ist, der deutschen Pazifisten aus einem offiziell nicht zu den Regierungsfonds gehörenden, praktisch aber dem Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei zur Verfügung stehenden Goldstrom einen Anteil sichert.

Diese Geschichte mußte einmal bereinigt werden. Sie könnte es schon längst sein, wenn nicht einzelne in der Friedensbewegung Einflußreiche, die fürchteten, zu einem Teil die Verantwortung für die Vorkommnisse übernehmen zu müssen, sich mit Händen und Füßen dagegen gesträubt hätten. Jahre sind dahingegangen unter innerpazifistischen Kämpfen, die ihren Ursprung in dieser dunklen Angelegenheit hatten. In jede theoretische und taktische Meinungsverschiedenheit und Auseinandersetzung spielte die Sache mit den tschechisch-französischen Geldern herein, vergiftete sie, gab ihr eine Note unversöhnlicher Todfeindschaft, verschob die sachliche Front und spitzte sich zu persönlichen Duellen zu. Es waren lauter Kämpfe bis aufs Messer.

Die ganze angebliche Regenerierung der Deutschen Friedensgesellschaft, die sogenannte Ersetzung der „Alten" durch die „Jungen", hätte sich in anderen Formen vollzogen und hätte ein anderes Ergebnis gehabt, wenn nicht diese besinnungslose Vendetta am Werk gewesen wäre, die noch immer um Wahrheit oder Unwahrheit der Anschuldigungen von 1925 wütete.

Wozu die Massakers der letzten Jahre? Schließlich hätte man sich doch auch bei den Amokläufern drüben sagen müssen, daß eines Tages die Feststellung, daß Hillers und Stöckers Vorwürfe im Kern und ein gutes Stück darüber hinaus berechtigt waren, und die Aufklärung über Försters Rolle im deutschen Pazifismus nicht mehr hintangehalten werden könne.

Was ist nun geholfen? Nichts, gar nichts. Hätte man sich vor Jahren entschlossen, reinen Tisch zu machen, so hätte die Friedensbewegung einen neuen Start nehmen können, freie Bahn gehabt. Heute, nach der endlichen Klärung, ist die zerrissene, in Sondergleisen festgefahrene Bewegung unfähig, sich zu neuem, einheitlichem Vorstoß zu sammeln. Durch die Säuberung von den „Alten" hat man seinerzeit die Radikalen und Revolutionären aus der größten deutschen pazifistischen Organisation gedrängt. Durch die Spaltung des Friedenskartells ist diese größte Organisation gemeinsam mit der zweitmächtigsten aus dem Zusammenhang mit dem politischen Radikalismus gelöst und auf die kleinbürgerlich-staatserhaltende, letzten Endes reaktionäre Linie festgelegt worden.

Das Wachstum des deutschen Pazifismus stagniert nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem auch geistig: die Richtung Küster-Liga für Menschenrechte hat gegen die heutige Linke, die Kommunisten, einen Damm aufgerichtet; sie hat den Pazifismus zu einem Verteidigungsfort des heutigen Staats gemacht. Sobald man dem heutigen Staat Anerkennung und Schutz gegen den Fascismus mitgarantiert und die Parole der Gewaltlosigkeit ausgibt, stützt man die Reaktion gegen die Revolution.

Innenpolitisch ist der Pazifismus auf einem toten Gleis. Isoliert durch die Schuld seiner Führer. Außenpolitisch hat er nichts zu melden. Es bleibt ihm nur übrig, die verlogenen Pazifrasen ausländischer Minister zu beloben, als wären sie ernstgemeint, und sich gelegentlich einen dieser prominenten Pazipatrioten von draußen kommen zu lassen, damit er seinen Schleim von sich gebe, der zwischen den Pflastersteinen des vor uns liegenden politischen Golgathawegs spurlos versickern wird.

Man kann den Pazifismus eben nicht von der Politik trennen: man kann nur entscheiden, mit welcher Politik man ihn auf Gedeih und Verderb verbinden will. Die große Masse der deutschen pazifistischen Bewegung ist heute an die Politik der Konservierung des bestehenden Zustands, der Erhaltung des Gegebenen gebunden. Solange das so bleibt, wird die politische Wirkung ihres Handelns nicht — wie Naive wähnen — freiheitlich (in irgendeinem allgemein-liberalen Sinn) sein, sondern reaktionär, entwicklungsfeindlich, antiproletarisch.

Die Republik ist im Gleiten; sie ist längst auf dem Weg in die Hände der krassen, sturen, volksgegnerischen Tyrannis, in der eine G. m. b. H. von gewieften Nutznießern durch irgendeine gurgedrillte Diktator-Puppe herrschen wird. Das ist der Weg, den sie mit Notwendigkeit gehen muß. Wer sich an diese Republik hängt, wer sich nicht klar von der bürgerlichen Republik trennt, der kann sich der Entwicklung und der Richtung, in der sie hingleitet, nicht widersetzen — er muß mit! Der deutsche Pazifismus geht mit, denn es bleibt ihm nichts anderes übrig, da er für den Absprung zu steif geworden ist.

Max Barth

Personen, die ein Jahreseinkommen von über 100 000 Mark haben, gibt es in den Vereinigten Staaten rund 130 000, in England 27 000, in Frankreich 3162. In Deutschland sind es rund 4000; sie versteuern ein Gesamteinkommen von rund 800 Millionen.

Die Wirtschaftsschrumpfung

Nimmt man den Produktionsindex (an dem der Wert der Gesamtproduktion der einzelnen Läqnder gemessen wird) für 1928 gleich 100 an, so ergibt sich von der seither vor sich gegangenen Wirtschaftsschrumpfung folgendes Bild:

	Deutschland	Frankreich	England	USA
1929	101,4	109,4	107,9	106,3
1930				
April	92,3	113,4		95,5
Mai	88,4	113,4	98,4	93,7
Juni	82,0	113,4		90,1
Jahresdurchschnitt 1930	83,6	110,2	96,1	86,8
1931				
April	76,3	103,1		81,1
Mai	73,9	101,6	78,5	100,3
Juni	74,3	99,2		77,5

Die Lockung

Holzschnitt von Hans Gerner

Bärenjagd

Otto Pohl, der Herausgeber der „Moskauer Rundschau", ist mit anderen Journalisten auf dem Eisbrecher „Malygin" nach Franz-Josefsland gefahren. Über die Eisbärenjagd, die eine Hauptattraktion der Arktisfahrt war, schreibt er in seiner Zeitung: „In den Berichten älterer Polarfahrer kann man höchst dramatische Schilderungen von Kämpfen mit Eisbären lesen. In Wirklichkeit sind diese Tiere gutmütige Wesen, die gegenüber dem Menschen durchaus keine Feindschaft an den Tag legen — wenn man von den Bärenmüttern absieht, die ihre Nachkommenschaft in Gefahr sehen ... Es ist kein für das Menschengeschlecht sonderlich ehrenvolles Schauspiel, wenn die oft kilometerweit geradewegs auf das Schiff zulaufenden und zuschwimmenden Tiere — einmal kamen ihrer drei zugleich, die sich anmutig-drollig aufrichtend mit vorgestreckter dunkler Schnauze das unbekannte Meerungeheuer förmlich beschnupperten — aus kurzer Distanz niedergeknallt werden. Eine Schießscheibe von Quadratmetermaß aus einer Entfernung von ein paar Dutzend Schritten zu treffen, ist auch keine besondere Schützenkunst, und geradezu abstoßend ist das Bild, wenn der erste Treffer nicht tödlich ist und das verwundete Tier in einer Blutlache schwimmend sich zu retten versucht."

Ganz ähnlich haben sich neuerdings Afrikareisende über Löwen und Löwenjagd geäußert.

Deutsch

An deutschen Gymnasien wird als Lehrbuch für den Deutschunterricht verwendet: „Einführung in die deutsche Dichtung", von Gustav Klingenstein, Verlag R. Oldenbourg, 1926. Dafür, welches miserable Deutsch in diesem Lehrbuch zu finden ist, einige Beispiele:

Über die sentimentalische Periode: „In Deutschland ist diese literarische Einwirkung genährt durch den Pietismus, der als Unterströmung neben dem Aufklärungsgeist einherlief."

Über Goethes „Faust": „Ein erschütternder Kampf, der Menschheit ganzer Jammer ist der dichterische Rahmen, in dem die Vollendung der Persönlichkeit schließlich Ereignis wird."

Über Heine: „Im Zusammenprall mit der Welt hielt er das Recht der eigenen Person fest und verwarf jene."

Über Storms „Schimmelreiter": „Die Größe, die Storm sonst versagt war, ist hier an seinem Ende zu verspüren."

Über Unruhs „Opfergang": „... im einzelnen sieht man, daß die anscheinend ekstatischen Töne Gehirnarbeit einer maßlos erschütterten Seele sind."

Dem Verdienst die Krone

Der „Deutsche Sprachverein" hat beschlossen, „Seine Exellenz den Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg zum Ehrenmitgliede zu ernennen. Der Verein huldigt dadurch dem ehrwürdigen Oberhaupt des Deutschen Reiches, dem hohen Vorbild selbstloser Pflichttreue, dem deutschen Manne, der die deutsche Sprache nicht mit Worten, sondern durch die Tat geschützt hat".

Daß ihr da nicht bälder draufgekommen seid!

Devaheim

Die Hilfsgelderkasse wurde geführt
von wahren Christen und Frommen —
erfahren hat nie linke Hand,
wieviel die rechte genommen.

Heinrich Heine, Deutschland

In drei Zeilen

Die Zahl der Kinos in der Sowjetunion ist von insgesamt 6700 im Oktober 1928 auf 24 000 gestiegen; anfangs nächsten Jahres wird sich die Zahl auf 34 000 erhöht haben.

Die Ufa verteilt für das Geschäftsjahr 1930/31 sechs Prozent Dividende. Reingewinn: 3 Millionen (im Vorjahr 14 000 Mark).

In den deutschen Großstädten über 100 000 Einwohner (in denen etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung wohnt) sind im ersten Halbjahr 1931 3306 Selbstmorde registriert worden. Das ergibt fürs ganze Jahr im Reichsmaßstab 18 bis 20 000.

An der New-Yorker Börse ist die Young-Anleihe auf ein Drittel ihres Nennwertes gefallen; die beiden Preußenanleihen, die berliner Stadtanleihe, die bayrische Staatsanleihe gelten ungefähr noch ein Viertel der Ausgabekurse.

Die Zahl der an den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich Studierenden hat im Wintersemester 1930/31 130 072 betragen (46 Prozent mehr als im Wintersemester 1925/26).

Die landwirtschaftlichen Staatsgüter in der U.d.S.S.R. umfaßten am 1. Januar 1931 eine Gesamtfläche von 65,5 Millionen Hektar, mehr als die ganze Agrarfläche Deutschlands (28,6 Mill. Hektar) und Frankreichs (33,7 Mill. Hektar) zusammengenommen.

Kleinigkeiten

Der große Alliierte. Josef Goebbels bei der Beerdigung des S.A.-Manns Thielsch: „Wir werden im Namen des göttlichen Schöpfers dann, wenn wir die Macht haben, ein Strafgericht abhalten, das nur noch einen Maßstab finden soll an dem Unrecht, das man uns zehn Jahre lang straflos angetan hat". — Der liebe Gott wird dann notgedrungen mit den stärksten S.A.-Bataillonen sein müssen.

Was blasen die Trompeter ... Die berliner Winterhilfe wird diesmal fabelhaft wirkungsvoll aufgezogen; sie wird, wie es heißt, „auffällig und nicht zu übersehen sein". Der gesamte verfügbare Wagenpark der Reichswehr wird durch die Straßen rollen, und Trompeter werden mit Trara die Sammelwagen begleiten. — Da öffnen die Herrschaften sicher begeistert die Fenster und die Türen ..., ei bloß wegen dem tschingdarassa, bumdarassassa.

Die Anfrage. Zeitungsmeldung: „Im englischen Unterhaus richtete ein Abgeordneter an die Regierung die Frage, ob es wahr sei, daß die österreichisch-deutsche Zollunion nur unter dem Druck der ausländischen Finanzmächte gescheitert sei." — Es scheint in England naive Abgeordnete zu geben.

Arbeiterkult. Ein Versandhaus „Arbeiterkult" bietet „Die gute proletarische Uhr" an. Sie ist geschmückt mit dem Bilde Lenins; der Stundenzeiger hat die Form einer Sichel, und der Minutenzeiger die eines Hammers; die Mitte des Zifferblattes ziert der Sowjetstern. — Reif fürs Kitschmuseum.

Boykott. Frankreich hat bei dem Kommandanten des Kreuzers „Köln" offenbar keinen Stein im Brett. Er verbietet in einem Tagesbefehl „ausnahmslos den Verbrauch aller französischen Erzeugnisse". Solche aus anderen Ländern sollen „so weit als möglich" durch deutsche ersetzt werden; sollten sich diese als minderwertiger oder teurer erweisen, so will er bei den Handels- und Handwerkskammern auf eine Hebung der einheimischen Produkte hinwirken. — Und das alles neben seinem verantwortungsvollen Amt als Kreuzerkommandant.

Deutsche Presse. Die „Neue Preußische Kreuz-Zeitung", die Teutscheste der Teutschen, bringt folgenden Modebericht: „Bei A. Wertheim ... sieht man viel neue kapriziöse Ideen. Die Prononcierung geht vielfach über leichte Tournüren ... Neben den bisherigen Composés sieht man die Opposés, kontrastierende Effekte ... An Stoffen sind Crepe Amazone, Crepe de Chine, Marocain, Engelshaut und vor allem Satin verarbeitet". — Das könnte, wenn der Stil nicht so miserabel wäre, in einer „jüdischen Gazette" gestanden haben.

Ernste Verwarnung. Vor dem Arbeitsgericht Berlin läuft zurzeit eine Klage eines Angestellten des Landgerichts I. Berlin, der gegen eine ihm vom Präsidenten des Landgerichts erteilte ernste Verwarnung Einspruch eingelegt hat. Bei einer Debatte zwischen Angestellten und Beamten des Landgerichts über die Ausgestaltung einer Gefallenengedenkfeier im Lichthof des Landgerichts, die einen etwas erregten Verlauf nahm, war der Angestellte in den höchst bedenklichen Ruf ausgebrochen: „Es lebe die deutsche Republik!" — Was man auf einem deutschen Amt möglichst unterlassen sollte, wenn man Wert auf Beförderung legt.

Und jetzt noch für Oktober einen Abonnenten werben

Jägerhütchen. Nach den Schätzungen eines führenden pariser Damenhutsalons hat die neue Mode der Jäger- und Dreispitzhütchen aus der Zeit der Kaiserin Eugenie den Hutsalons der Welt einen Umsatz von mindestens 80 Millionen Mark gebracht. — Das ist die Zeit der großen Not.

Vorschlag. Betrogene Sparer der Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes haben beim preußischen Oberkirchenrat den Antrag gestellt, die 72 000 Pfarrer des deutschen Reichs möchten sich zu einer einmaligen Abgabe von 100 Mark von ihrem Gehalt entschließen. — Bevor das geschieht, wird man sich bestimmt in irgend einer Form an die Gelder der Kirchensteuerzahler halten.

Strenge Kälte. Die „Schwäbische Tagwacht" berichtet aus Freudenstadt über die Kälte im Hochschwarzwald: „In der Nacht auf Montag ging die Temperatur über 1200—1400 Meter unter den Gefrierpunkt zurück." — Nach den Versicherungen der ältesten Einwohner erinnern sie sich nicht, seit den Tagen Karls des Großen jemals wieder einen so tiefen Quecksilberstand beobachtet zu haben.

Vaihingen-Fildern. Deutsche Friedensgesellschaft: 26. September, 20 Uhr, spricht im „Waldhorn" Dr. Finckh über das Thema: „Das Unheil der Goldwährung".

Karlsruhe. Leser der S.-Z. treffen sich am Samstag, 26. September, 20,15 Uhr im Z.d.A.-Heim, Gartenstr. 25. Referat von Dr. Meures über das Thema: Die fortschreitende Mechanisierung und ihr Einfluß auf Arbeitsmöglichkeit.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 1B (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Vom Verlag der Sonntags-Zeitung sind zu beziehen:

RUSSLAND JA UND NEIN. Von Hans Siemsen. Geb. 7,50 Mark, brosch. 5,80 Mark. — Ein lebendiger, ernsthafter und kritischer Bericht über eine Reise nach der USSR. Gute Reportage, spannend zu lesen. Setzt sich ehrlich und aufrichtig mit den Grundfragen der russischen Revolution und des russischen Aufbaus auseinander.

EINE FRAU ALLEIN. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

DAS VERBRECHEN DES PATERS AMARO. Von Eça de Queiroz Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark.

DAS DOPPELGESICHT DES CHRISTENTUMS. Von Stadtpfarrer Dr. G. Schenkel. Kart. 3,30 Mark, geb. 4,60 Mark.

DAS GELD IN DER POLITIK. Von Richard Lewinsohn (Morus). Broschiert 7 Mark. geb. 9,50 Mark.

DER MANN IM DUNKEL. Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des mysteriösen Europäers. Von Richard Lewinsohn (Morus). Preis 3,50 Mark.

DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGSINDUSTRIE. Von Otto Lehmann-Rußbüldt. Preis 1,50 Mark.

DAS TOTENSCHIFF. Von B. Traven. Preis 5 Mark.

DIE WEISSE ROSE. Von B. Traven. Preis 5 Mark.

DER FILM „IM WESTEN NICHTS NEUES" IN BILDERN. Preis 2,85 Mark. — 200 Bilder.

GEBÄRZWANG UND KEIN ENDE. Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark. (Empfängnisverhütung.)

ETAPPE GENT. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark. geb. 3,80 Mark.

EROTIK UND SPIONAGE. Von Heinrich Wandt. Kart. 3 Mark, geb. 4 Mark.

vereinfacht die rechtschreibung. herausgegeben vom leipziger lehrerverein. preis 4,50 mark.

Auslieferung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung).

Stuttgart, 4. Oktober 1931

12. Jahrgang, Nr. 40

Die Sonntags-Zeitung

Krieg im fernen Osten

Am 27. Juni 1931 wurde in der nordwestlichen Mandschurei ein japanischer Generalstabsoffizier namens Nakamura samt drei Begleitern ausgeplündert und erschossen. Die chinesischen Behörden behaupteten, die Tat sei von einer Räuberbande verübt worden, die Japaner dagegen beschuldigten reguläre Soldaten aus der mandschurischen Armee.

Der japanische Minister des Äußern, Shidehara, versuchte, den Zwischenfall auf friedlichem Wege zu erledigen: er verlangte von der Regierung in Mukden (der Hauptstadt der Mandschurei) eine Entschuldigung, die Bestrafung der Täter und die Zahlung einer Buße. Die japanische Regierung hat in den letzten Jahren China gegenüber überhaupt eine versöhnliche Politik getrieben. Der japanische Generalstab indes war nie ein Freund dieser Politik, und auch im Fall Nakamura hat er von der Regierung ein energischeres Auftreten gefordert. Als er nicht viel erreichte, veröffentlichte er am 17. August eine Darstellung des Falles, die auf eigenen Ermittlungen beruhte und im Heer und in der Bevölkerung die nötige Erregung hervorrufen sollte und hervorrief.

Da die Mukdenregierung etwas zögerte, die japanischen Forderungen zu erfüllen, hatte die japanische Militärpartei einen Anlaß zum Einschreiten. In der Nacht vom 18. auf 19. September rückte die japanische Armee in der Mandschurei ein; sie hat seither, als „Vergeltungsmaßnahme", ein Gebiet von der Größe Deutschlands besetzt.

Die japanische Militärpartei würde am liebsten die ganze Mandschurei besetzen und annektieren. Denn das mundschurische Glacis ist in Kriegen gegen China oder Rußland ein notwendiger Schutz für das japanische Inselreich. Hinter der Militärpartei stehen offenbar auch noch einflußreiche Industrielle, die durchaus nichts dagegen hätten, wenn sich die Armee der reichen Rohstoffvorkommen in der Südmandschurei — Kohle, Eisen, Öl und Lebensmittel — bemächtigen würde. Die südmandschurische Eisenbahn und die an ihr liegenden industriellen Unternehmungen sind schon seit dem russisch-japanischen Krieg in japanischen Händen; aber in den übrigen Teilen des Landes wächst der Einfluß Chinas, denn in die Mandschurei ergießt sich der Strom der chinesischen Auswanderer. Alle Versuche, japanische Kolonisten anzusiedeln, sind gescheitert; die Kolonisten konnten sich den Verhältnissen nicht anpassen und mit den chinesischen Bauern nicht konkurrieren. Neuerdings werden deshalb Koreaner angesiedelt; aber einer Million Koreanern stehen in der Mandschurei immer noch 30 Millionen Chinesen gegenüber.

Deshalb ist es doch — nicht wahr? — das Einfachste, man besetzt die Mandschurei militärisch. Dann wird die Kolonisierung und die „Durchdringung" des Landes viel rascher fortschreiten. Die japanische Regierung treibt zwar Versöhnungspolitik gegenüber China — aber warum denn eigentlich? Die chinesischen Regierungen können ja nicht daran denken, mit Japan Krieg zu führen, und Genf — Genf ist so weit, so weit; bis dort die notwendigen Ausschüsse und Unterausschüsse eingesetzt sind und in Aktion treten, fließt viel Wasser den Amur hinunter.

Hermann List

Standrecht?

Die Reichsregierung hat die Einrichtung von Sondergerichten „zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur Reinerhaltung der deutschen Wirtschaft und der Steuermoral" angekündigt. Die „Frankfurter Zeitung" hat schon den Entwurf des Reichsjustizministeriums über die Notverordnung zur Einrichtung von Sondergerichten veröffentlicht. Die „Reinerhaltung der deutschen Wirtschaft" will man durch Schnellverfahren bei folgenden Delikten herbeiführen: Betrügerischer Bankrott, Unterschlagung, betrügerische Handlungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern von Aktiengesellschaften, Verbrechen und Vergehen gegen die in der Notverordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und Steueramnestie getroffenen Bestimmungen, Verstöße gegen die Devisenverordnung.

Außerdem gehören zum Aufgabenkreis der Sondergerichte („Schutz der öffentlichen Sicherheit"): Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Raub, Brandstiftung, Eisenbahntransportgefährdung, ferner ein Teil der im Strafgesetzbuch in den Abschnitten: Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung aufgeführten Delikte (Aufruhr, Auflauf, schwerer Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Anreizung zum Klassenhaß, Aufforderung zu strafbaren Handlungen und zur Auflehnung gegen Gesetze), Vergehen gegen das Schußwaffengesetz und schließlich eine Reihe von Vergehen gegen die Notverordnung vom 28. März 1931.

In den Verfahren vor den Sondergerichten wird die Strafprozeßordnung außer Kraft gesetzt. Eine Voruntersuchung findet nicht statt. Ein Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens wird nicht erlassen. Die in der Strafprozeßordnung auf eine Woche festgesetzte Ladungsfrist kann auf 24 Stunden herabgesetzt werden. Das Sondergericht kann die Beweiserhebung, also die Vernehmung von mißliebigen Zeugen, ablehnen. Gegen das Urteil des Sondergerichts ist kein Rechtsmittel zulässig. Es kann also keine Revision vor einer höheren Gerichtsinstanz beantragt werden.

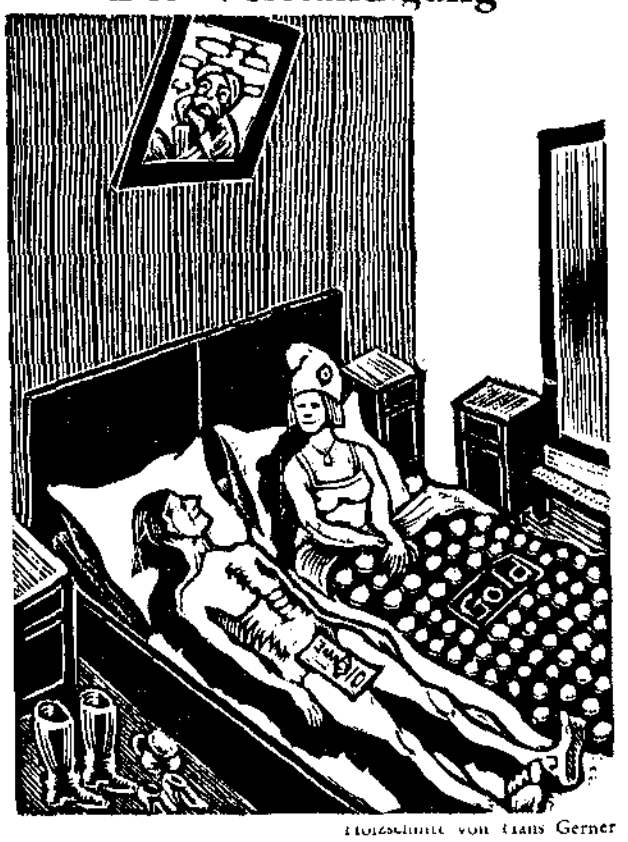
Wir werden ja sehen, wie viele Unternehmer wegen Verstößen gegen die Devisenordnung von solchen Sondergerichten verurteilt werden, und wie viele Arbeiter wegen „Auflauf" und wie viele Redaktöre wegen „Anreizung zum Klassenhaß".

Nicht nach Russland

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Vorwärts" einen Artikel, in dem es heißt:

„In einem Artikel vom 17. September in Nummer 180 fordert die „Rote Fahne" auf: „Sozialdemokratische Arbeiter, fahrt in die Sowjetunion. Die russischen Gewerkschaften laden 40 sozialdemokratische Arbeiter zum Studienaufenthalt in der Sowjetunion ein. Aufruf an die SPD-Arbeiter." Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bringt deshalb den Mitgliedern den Beschluß des Bezirksvorstandes Berlin in Erinnerung, wonach die Beteiligung an Rußlanddelegationen mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei unvereinbar ist."

Die Verständigung



Holzschnitt von Hans Gerner

Darf Michel unter die Golddecke schlüpfen?

Ergebnis: eine Kommission

Der französische Ministerpräsident Laval und der französische Minister des Äußern Briand haben am letzten Dienstag Berlin wieder verlassen. Was sie in Geheimbesprechungen mit ihren berliner Kollegen vereinbart haben, hat man natürlich nicht erfahren; der offiziell bekanntgegebene Erfolg der Konferenz ist der Beschluß, eine Kommission einzusetzen, die aus Vertretern der Regierungen, der Industrie und der Arbeiterschaft beider Länder besteht. Diese Kommission soll die Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Industrie vorbereiten und erleichtern. Gedacht ist offenbar an gemeinsame Ausführung großer öffentlicher Arbeiten (etwa den Ausbau des Kanals Basel-Straßburg); auch Arbeiten in andern Ländern oder in den französischen Kolonien scheinen in Frage zu kommen. Es soll auch davon die Rede gewesen sein, ob man nicht Deutsche in Kamerun und Togo ansiedeln könne.

Wenn eine solche Zusammenarbeit einmal klappt, wird man noch über andere Fragen verhandeln: über die Reparationen, über die Beziehungen zu Rußland und über die Rückzahlung der französischen Kredite, die nach der Stillhaltevereinbarung bis 1. Februar 1932 verlängert worden sind. Es ist möglich, daß ein Teil dieser Kredite in Aktien neugebildeter deutsch-französischer Trusts zurückgezahlt werden wird.

Ist die Einsetzung einer Kommission nicht ein etwas mageres Ergebnis? In diesem Falle wohl nicht; denn das Programm dieser Kommission ist, wie man sieht, sehr inhaltsreich und wird wohl zum größten Teil durchgeführt werden. Es wird zwar hie und da Reibereien und Schwierigkeiten geben, aber sie werden überwunden werden. Die Verhältnisse zwingen dazu. Schon ist ein Besuch französischer Industrieller in Berlin und im Ruhrgebiet angekündigt; eine Reise deutscher Industrieller in französische Industriezentren wird folgen.

Wird es dem Frieden nützen, wenn sich die deutschen und die französischen Kapitalisten auf diese Art verständigen? „Tatsächlich wird es in gewisser Hinsicht dem Frieden dienen. Man kann sich schwer vorstellen, daß etwa Herrn Hitler oder Seldte noch länger viel Geld aus jenen Kassen zuflösse, wenn sie erst einmal zur Hälfte oder gar mehr von Sachwaltern des Comité des forges betreut sein werden, — obwohl es auch dann nicht ganz unmöglich ist. Auch wäre es dem Frieden ohne Zweifel dienlich, wenn eine Reihe von Industriellen, die sich durch besonders militante Aktivität auszeichnen, aus ihren wirtschaftlichen Machtpositionen wegradiert würden, — was leider auch noch sehr ungewiß ist. Aber trotz diesem Schimmer von Aussicht auf günstige Wirkungen ist die ganze Idee doch so bedrohlich, daß man sich vor dieser Art deutsch-französischer Verständigung mit Grausen abwendet. Der Gedanke, daß sich jene deutschen Trusts und Monopole, die schon erstickend genug über den Menschen lagern, gar in völlig konkurrenzlose deutsch-französische Hypertrusts ausweiten könnten, genügt, um jedem, der auf Frasen nicht hereinfällt, das kleine Prozentchen internationaler Annäherung, das in der Sache verborgen sein mag, gründlich zu verleiden."

So schreibt das „Tagebuch", das gewiß nicht des Bolschewismus verdächtig ist. Wenn man dann noch eine kleine Ahnung davon hat, welche Gefahren der Arbeiterschaft der beiden Länder und später vielleicht Sowjetrußland von dieser „Verständigung" drohen, dann muß man schon auf einem merkwürdigen politischen Standpunkt stehen, wenn man diese Verständigung als Fortschritt des Pazifismus begrüßt.

Pitt

In der Nummer 39 der S.-Z. haben wir geschrieben: „Der letzte französische Staatsmann, der Berlin besucht hat, war der Finanzminister Pouyer-Quertier, der im Oktober 1871 nach Berlin kam ..." Das ist falsch. Denn auf dem Berliner Kongreß 1878 ist Frankreich durch den damaligen Minister des Äußern William Henry Waddington vertreten gewesen. Waddington war also der letzte französische Staatsmann, der Berlin besucht hat.

Vorbereitungen

Der Winter mit sieben Millionen Arbeitslosen, der Winter mit Hunger und Not steht vor der Tür. Haben die Leiter der deutschen Wirtschaft (soweit noch von „Leitung" die Rede sein kann) noch die Hoffnung und das Selbstvertrauen, den Wirtschaftsapparat so in Gang zu halten, daß er seiner Aufgabe, die Menschen mit Waren und Lebensmitteln zu versorgen, halbwegs genügt? Die meisten haben diese Hoffnung wahrscheinlich nicht mehr. Umso mehr müssen sie, wenn sie ihre Machtstellung verteidigen wollen, die Anwendung brutaler Machtmittel ins Auge fassen.

Sehr anschaulich zeigt das ein Artikel in den „Deutschen Führerbriefen", einer Korrespondenz, die der Deutschen Volkspartei nahesteht. In diesem Artikel wird die Frage untersucht, ob das Ruhrgebiet im Fall von Unruhen genügend geschützt sei, und mit Nein beantwortet. „Der Schutz der Schupo muß versagen in dem Augenblick, in dem größere Unruhen ausbrechen ... Daß im Fall organisierter größerer Unruhen eine genügende Sicherung zunächst nicht vorhanden ist, ergibt sich z. B. schon daraus, daß der Bezirk der Großstadt Essen mit 600 000 bis 700 000 Einwohnern nur 1200 bis 1300 verwendungsfähige Schupomannschaften zählt, die neben der Sicherung von rund 25 Revieren noch Einsatzbereitschaften und Überfallkommandos zu stellen und auch noch wichtige Punkte (Rathaus, Landgericht, Polizeipräsidium, lebenswichtige Werksanlagen usw.) zu schützen haben; in dem besonders unruhigen linksrheinischen Bezirk von Mörs mit einer vielfach kommunistisch gesinnten Bergarbeiterschaft von rund 30 000 Personen ist eine Schupobereitschaft überhaupt nicht vorhanden ...

Im Falle größerer Unruhen ist deshalb das Heranziehen von Reichswehr unentbehrlich. Hier ergibt sich zunächst die Schwierigkeit, daß der größte Teil des Ruhrbezirks (d. h. die ganze Gegend bis beinahe westlich Dortmund) in der entmilitarisierten Zone liegt. Auch wenn sich (mit oder ohne Genehmigung der Botschafter-Konferenz) die Reichswehr zu einem Einmarsch entschließen sollte, wird sie wahrscheinlich nicht die erforderlichen Truppen zur Verfügung haben und auch dann nicht, wenn sie sich auf die wichtigsten Gefahrenzonen (Berlin, Ostgrenze, Ruhrbezirk) beschränken sollte. Denn die Zahl der von der Reichswehr im Ruhrgebiet einzusetzenden Mannschaften wird vielleicht günstigstenfalls 15 000 bis 18 000 Mann betragen ...

... Genaue Berechnungen haben ergeben, daß von einer am Rhein aufgestellten Truppe nur der achte Teil nach Paderborn gelangen kann; der Rest wird vom Zwischenraum verschluckt ... Es erhebt sich die Frage, wie ein rechtzeitiger Einsatz der Reichswehr sichergestellt werden kann, mit welchen Kräften, in welcher Zusammensetzung und nach welchen Plänen er vorgenommen wird, wie eine „Miliz" (um diesen Ausdruck zu gebrauchen) zur Sicherung der „rückeroberten" Gebiete, zum Wachdienst, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den von Reichswehr und Schupo verlassenen Heimatgebieten usw. eingesetzt werden kann."

Wer soll diese Miliz bilden wenn nicht Stahlhelm und SA.? Die Industriellen wissen sehr gut, warum sie diese Verbände unterstützen.

Fritz Lenz

Jetzt aber Schluss!

Am 30. September ist im Ruhrbergbau der Lohntarif abgelaufen. Da Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, hat der Reichspräsident, wie vor einem halben Jahr, eine Notverordnung erlassen, wonach der Arbeitsminister einen Schlichter berufen kann, der zwei unparteiische Beisitzer zu Hilfe nimmt.

Dieses Kollegium hat einen Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 7 Prozent verlangt. Da beide Parteien gegen diesen Schiedsspruch protestiert haben, ist er durch Notverordnung in Kraft gesetzt worden.

Damit ist die neue (wievielte?) Lohnabbauwelle eingeleitet. „Jetzt aber Schluß!" ruft die „Schwäbische Tagwacht" in zweispaltiger Überschrift. Schluß — womit? Mit der Tolerierungspolitik?

Die Spaltung in der SPD

Die Abgeordneten Seydewitz und Rosenfeld sind aus der SPD ausgeschlossen worden, weil sie sich der Forderung des Parteiausschusses, die Herausgabe der „Fackel" einzustellen, nicht gefügt haben. Sie haben nun auf den heutigen Sonntag eine Reichskonferenz nach Berlin einberufen, in der über die Bildung einer neuen sozialistischen Partei beraten werden soll.

Von 182 Ortsgruppen sollen schon Vertreter angemeldet sein. Wieviele Ortsgruppen und wieviele Parteimitglieder mit Seydewitz gehen werden, läßt sich natürlich noch nicht sagen. Sicher ist nur eines: wenn die neue Partei sich nicht grundsätzlich gegen den Reformismus, gegen die bürgerliche Demokratie, gegen den Parlamentarismus, für den revolutionären Klassenkampf, für Räte und für die Diktatur des Proletariats erklärt, dann wird sie trotz allem oppositionellen Gebaren doch nur eine Stütze der sozialdemokratischen Politik werden.

Der SPD-Abgeordnete Oettinghaus ist zur KPD übergetreten.

Der gesamte Bezirksvorstand der SPD in Breslau ist aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die Wahlen in Hamburg

Am letzten Sonntag haben in Hamburg Wahlen zur Bürgerschaft stattgefunden. Über das Ergebnis unterichtet folgende Tabelle, in der aufgeführt sind: die Mandatszahlen nach der Wahl vom 27. Sept. 1931 und nach der Bürgerschaftswahl vom Jahre 1928, die Stimmenzahl der Wahl vom 27. Sept. 1931 und der Reichstagswahlen vom 14. Sept. 1930 und die Zu- bzw. Abnahme der Stimmen seit dem 14. Sept. 1930.

	Mandate 1931	bzw. 1928	Stimmen 1931	bzw. 1930	
SPD	46	(60)	214 509	(240 984)	— 11 %
KPD	35	(27)	168 618	(135 279)	+ 24,6%
Deutschnationale	9	(22)	43 269	(31 376)	+ 38,2%
Staatspartei	14	(21)	67 088	(64 129)	+ 4,6%
DVP	7	(20)	36 920	(69 145)	— 46,6%
Wirtsch.-Partei	2	(4)	11 373	(16 910)	— 32,7%
Nationalsozialist.	43	(3)	202 465	(144 684)	+ 40 %
Zentrum	2	(2)	10 794	(10 980)	
Christlich-Soziale	2	(0)	10 874	(11 968)	— 9,1%

Nochmals: Russische Politik

Auf meinen „Brief über russische Politik" (Nr. 36 der S.-Z.) hat die Redaktion der S.-Z. einige Zuschriften bekommen und sie mir übergeben, so daß ich nicht anders kann, als nocheinmal kurz auf das angeschnittene Thema zurückzukommen.

Unter den Zuschriften waren vernünftige und auch einige weniger vernünftige; ich kann nicht auf alle eingehen. Wenn mich aber einer fragt, ob die Sowjetregierung das Geld, das sie für den Bau irgendeiner Traktorenfabrik ausgibt, lieber an die europäischen kommunistischen Parteien weiterleiten solle, dann zeigt mir das, daß mein Artikel nicht recht verstanden worden ist. Ich habe gesagt: Es besteht ein Gegensatz zwischen der Aufgabe, in Rußland eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, und der, die übrigen Länder zu revolutionieren; es besteht also ein Gegensatz zwischen der Aufgabe der russischen Regierung und der Aufgabe der Leiter der Kommunistischen Internationale (Komintern). In diesem Konflikt siegen meistens die Interessen der Regierung, die Interessen des sozialistischen Aufbaus, und das ist häufig eine Hemmung für die Arbeit der Komintern. Wie dieser Konflikt vermieden werden könnte, ob es besser wäre, wenn die sowjetrussische Regierung keinen so großen Einfluß auf die Komintern hätte, oder ob sie ihre Aufbauarbeit der Arbeit der Komintern sogar ganz unterordnen sollte, das will ich gar nicht entscheiden; für mich genügt es heute, auf diesen Konflikt, der in der Natur der Dinge liegt, hinzuweisen.

„Aus gut informierter Quelle verlautet aus Moskau, daß der Leiter der Komintern, Manuilski, das Außenkommissariat wegen seiner Annäherungspolitik an Frankreich scharf angreift. Die Komintern befürchtet, daß eine solche außenpolitische Linie den kommunistischen Sektionen Europas große politische Schwierigkeiten bringen könnte. Manuilski soll der Ansicht sein, daß gerade in diesem Winter die Voraussetzungen für eine „Generalprobe der Weltrevolution" gegeben sind ... Litwinow (der Kommissar des Äußern) und Krestinski bekämpfen sehr heftig diese Tendenz. Sie sollen sich geäußert haben, daß die Komintern-Arbeit in irgendeinem Lande Europas den Abbruch der Beziehungen der Sowjet-Union zu vielen Staaten nach sich ziehen könnte. Die Sowjetwirtschaft und der Fünfjahresplan aber brauchen Ruhe und gute Beziehungen zu möglichst vielen Ländern." Ob an dieser Meldung des „Berliner Tageblatts" alle Einzelheiten stimmen, ist ja gleichgültig; im großen ganzen sind die Tendenzen sicher richtig geschildert, denn der Konflikt liegt ja, wie gesagt, in der Natur der Dinge.

•

Ein Leser meint in einer Zuschrift, das, was ich behauptet habe, sei ja vielleicht schon richtig — aber ob es nicht klüger wäre, in der Öffentlichkeit mit einer Kritik an der Politik der Sowjetregierung zurückzuhalten? Ich glaube, diese Auffassung ist falsch. Gegenüber gehässigen und unsachlichen Angriffen soll man die Sowjet-Union verteidigen; aber man soll nicht in das andere Extrem verfallen und so tun, als ob man alles, was von Rußland komme, schön und gut finde. Es gibt doch (hoffentlich) noch eine Schicht von Leute, die die politischen Ereignisse zwar von einem bestimmten Standpunkt aus, aber nüchtern und sachlich betrachten. Es gibt doch noch Leute, die z. B. die weltumwälzende Bedeutung der russischen Revolution vom ersten Tag an erkannt und die Taten der Sowjetregierung von Anfang an mit Sympathie verfolgt haben, die aber trotzdem über bestimmte Tatsachen objektiv unterrichtet sein wollen. Ich persönlich z. B. möchte über Rußland wissen: erstens: wie ist das Leben der Bauern und Arbeiter? wie sind die Löhne? die Wohnungsverhältnisse? wie steht es mit den Sozialversicherungen? wie ist die Versorgung mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs usw.? Ich kann, um das zu erfahren, nach Rußland reisen (falls ich Zeit und Geld habe), und ich kann die Rußland-Literatur studieren. Man muß sich dabei allerdings stets auf dem Laufenden halten (wenn z. B. einer, der Rußland im Herbst 1930 bereist hat, sagt, Moskau sehe aus wie Berlin 1919 am Stettiner Bahnhof, so mag das damals richtig gewesen sein, im Herbst 1931 stimmt es nicht mehr). Aber ist es heute immerhin einfacher als vor drei oder vier Jahren, ein einigermaßen objektives Bild vom Leben in Rußland zu gewinnen.

Zweitens möchte ich gerne über die Grundfragen der russischen Politik orientiert sein, über die Wandlungen, die Fehler, die Korrekturen. Der Fünfjahresplan z. B. sieht heute ganz anders aus als vor drei Jahren; nicht nur einzelne Ziffern sind höher angesetzt als im ursprünglichen Plan, sondern es mußten auch in manchen Wirtschaftszweigen die Grundlagen des Planes völlig umgeändert werden. Welchen Schwierigkeiten (politischen und wirtschaftlichen) mußte die Sowjetregierung in den einzelnen Fällen ausweichen? Wo haben sich Fehler gerächt? Wie sind sie verbessert worden? Und so weiter. Über alle diese Dinge erfährt man meistens nur zusammenhangslose Einzelheiten. Oder: Weil die Weltmarktspreise einiger von der Sowjetunion ausgeführter Waren (z. B. Getreide und Holz) stark gefallen sind, ist der Wert der russischen Ausfuhr dieses Jahr hinter den Planziffern zurückgeblieben. Folge: Die Russen konnten auch nicht soviel einführen (z. B. Maschinen), wie geplant war — wohl eine der wesentlichsten Ursachen dafür, daß in manchen Industriezweigen diesen Sommer das Soll des Planes nicht erreicht wurde. (Das ist übrigens ein gutes Beispiel für meine Behauptung, die Sowjetregierung sei am guten Funktionieren des Kapitalismus interessiert.) Über solche und andere Dinge möchte ich gerne sachlich und kritisch unterrichtet werden. Aber wo? Gerade Marxisten sollten solche Fragen sehr gründlich untersuchen.

Das ist es etwa, was ich über „russische Politik" zu sagen hätte.

Fritz Deeg

Der Gossen-Ton

Politische Volksversammlungen sind noch nie eine Schule guten Benehmens und anständigen Tons gewesen, aber so übel wie heute war es doch wohl selten. Keine Verleumdung und keine Dummheit, die nicht mit Pathos in den Saal geschmettert und begeistert aufgenommen würde! In Stuttgart hat kürzlich in einer Versammlung ein Nazi-Redner namens Heilemann (nach den Zeitungsberichten) gesagt, „Frau Dr. Kienle sei die größte Sau und das größte Schwein"; „Magnus Hirschfeld sei ein Sexualverbrecher, der sich an Mädchen mit 14 Jahren vergriffen habe und zweimal wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestraft sei".

Noch ausschweifender wird die Fantasie, wenn es gegen Sowjet-Rußland zu hetzen gilt. In derselben Versammlung in Stuttgart hat ein anderer Redner, Klötzner, erzählt, die Rote Armee komme „zu zwei Drittel in Lumpen gehüllt daher, sie hat kein Schuhwerk und verkauft die Waffen gegen Geld. Selbst Maschinengewehre kann man von den Rotarmisten erhalten." Die russische Regierung bestehe „aus ehemaligen Zuchthäuslern und Verbrechern". Stalin sei der größte Verbrecher dieses Jahrhunderts. Dann: Lenin habe gesagt, „jede Kommunistin müsse sich einem Kommunisten bedingungslos zum Geschlechtsverkehr zur Verfügung stellen, und selbst wenn es zwölfjährige Mädchen sind".

Eine Widerlegung zu versuchen (z. B. auf Lenins Ausführungen über die sexuelle Frage in Clara Zetkins „Erinnerungen an Lenin" hinzuweisen), wäre sinnlos. Denn mit irgendwelchem Willen zur Sachlichkeit haben ja solche Hetzereien nichts mehr zu tun.

Wie es in Sowjet-Rußland aussieht und wie verkommen dort die Moral ist, erfahren wir aus einigen Flugblättern, die während des Wahlkampfs in Hamburg verteilt wurden und zufällig in meine Hände gelangt sind. Eines von ihnen ist unterzeichnet: „Sektion ehemaliger Kommunisten in der NSDAP"; diese Kommunisten haben endlich mit Schaudern die Wahrheit erkannt und dann entschlossen den „Schritt von Marx zu Hitler" getan. Wie diese „Wahrheit" aussieht, zeigt ein anderes Flugblatt („Die Totengräber Rußlands"), auf dem die Köpfe von achtzehn jüdischen Bolschewisten abgebildet sind, achtzehn Köpfe mit Hakennasen, mit lockigem Haar, mit Vollbart (oder Bartstoppeln). Eine herrliche Galerie! Und jeder erhält einen Steckbrief. Trotzky z. B. den folgenden: „Der Jude Trotzky (richtiger Name Braunstein) wurde 1917 auf Vorstellungen der Juden hin in Frankreich aus der Haft entlassen, in New York mit Geld ausgestattet, und auf das russische Volk losgelassen." (Sein Bild gleicht einem Geier, der sich voll Blutdurst auf ein Aas stürzt.)

Nun ist da noch ein 19. Bild auf dem Flugblatt, ohne Hakennase, ohne Wuschelkopf: das Bild Lenins. Lenin war kein Jude — was machen wir da bloß? Aber Nationalsozialisten wissen sich in allen Lebenslagen zu helfen; unter das Bild Lenins schreiben sie: „Lenin (richtiger Name Uljanow). Der Russe Uljanow war allerdings der Stiefvater Lenins. Lenin hatte eine Jüdin zur Frau, die Kinder lernen hebräisch. Lenin hat den Sonntag in Rußland abgeschafft und den jüdischen Sabatt als Feiertag eingeführt. Er hat die Kirchen in Kinos und Tanzsäle verwandelt, während die Synagogen unberührt blieben und die jüdischen Rabbiner nach wie vor ihr Amt ausüben."

Sie können zwar Sabbat nicht richtig schreiben, aber im übrigen sind sie offenbar in die hinterlistigen Anschläge der Juden sehr gut eingeweiht.

Sums

Um die Fürsten

Die Diskussion über Spitzengehälter und Rieseneinkommen ist heute eine sozusagen naheliegende Betätigung, die vor und nach Tisch eifrig geübt wird. Je dürftiger die Mahlzeiten, desto üppiger die Diskussion. Statt dem Hühnchen im Topf verspeist man einen verantwortungslosen Aufsichtsrat mit Haut und Haaren, und wenn man besonders grimmig aufgelegt ist, legt man sich einen pensionierten General vor. Die Beschäftigung bringt einigermaßen über die Arbeitslosigkeit hinweg, so daß die Zeitungen, die immer bestrebt sind, ihren Abonnenten das zu bieten, was zur Abrundung ihrer Persönlichkeit förderlich ist, sich intensiv des Themas bemächtigen. Sogar solche, von denen man es nicht erwarten kann. Es gehört eben heutzutage dazu.

Augenblicklich konzentriert man sich auf die etwas zu bereitwillig abgefundenen Fürsten und Standesherren. Die Herren von der Staatspartei, die es ja wissen müssen, haben dieser Tage im preußischen Landtag in einem Urantrag betont, daß man sich bei der Abfindung des angestammten Herrscherhauses in einem übertriebenen Optimismus über die finanzielle Leistungsfähigkeit des preußischen Staates befunden habe. Man habe nicht nur den Herrschaften Geld und Gut nachgeworfen, sondern zu allem Überfluß auch noch die Versorgung der zahlreichen Hofbeamten und ihrer Hinterbliebenen übernommen. Während man also damals seinen republikanischen Stolz darein setzte, nicht nur den Fürsten, sondern auch ihren Lakaien einen goldigen Lebensabend zu sichern, hofft man jetzt unter dem Eindruck der Notverordnungen, die Herrschaften würden sich, gewappnet mit fürstlicher Denkungsart, wieder etwas abquetschen lassen, und verlangt nach Aufhebung der seinerzeit getroffenen Abmachungen und nach neuen Vereinbarungen.

Das sind freundliche Illusionen, die den einzigen Wert haben, daß sie den Arbeitslosen ergiebigen Gesprächsstoff liefern. Der Finanzausschuß des württembergischen Landtages war da schon weiser, als er einem Antrag zustimmte, dem Hause Württemberg den freiwilligen Verzicht auf einen Teil seiner recht klotzigen Jahresbezüge „nahezulegen". Das kann man ohne weiteres; den Generalen hat man ja auch „nahegelegt".

Ganz abwegig scheint aber das Gebaren einiger radikaler Blätter, die, unverblümt wie sie sich trotz Notverordnungen haben, darauf hinweisen, daß es sich hier um sozusagen zusammengeräuberte Vermögenswerte handle, die alsbald in Besitz und Nutznießung des Volkes überzuführen seien. Der Gedankengang ist nicht sehr neu. Zudem schreiben wir Oktober 1931. Heute steht nicht die Enteignung der Fürsten auf der Tagesordnung, sondern die des Volkes. Weil man die eine nicht zur rechten Zeit vornahm, ist die andere heute möglich. Man wird mit dem späten Geschrei um die Fürstenabfindungen allerhöchstens erreichen, daß die fürstlichen Herrschaften die Gelegenheit beim Schopf packen und, Volksfreundlichkeit und Edelmut markierend, von dem errafften Überfluß ein paar bedeutungslose Almosen zurückgeben. Dieser letzte Betrug wäre dann ärger als der erste.

M.

Wo bleibt die Notverordnung?

Das Oberlandesgericht Rostock hat in einem Aufwertungsstreit zwischen der großherzoglichen Familie in Mecklenburg-Strelitz und dem Staat entschieden:

die frühere Großherzogin Elisabeth erhält zwei Millionen Mark nebst 8 Prozent Zinsen seit 1925;

die Prinzessin Militza von Montenegro eine halbe Million nebst 8 Prozent Zinsen seit 1925;

die Prinzessin Maria zur Lippe 160 000 Mark nebst 8 Prozent Zinsen seit 1925.

Wir warten jetzt auf die Notverordnung, die diesen Richterspruch außer Kraft setzt.

Rede und Antwort

Auslandsgelder

Von Erich Schairer

Wer den Aufsatz von Max Barth „Die Rolle des Pazifismus" in der letzten Nummer der S.-Z. liest, muß den Eindruck bekommen, die Deutsche Friedensgesellschaft habe Geld aus der Tschechoslowakei und aus Frankreich entgegengenommen, und zwar Geld aus der Hand von Regierungspersonen (Herriot und Benesch).

In dem Moabiter Beleidigungsprozeß des Vorsitzenden der Friedensgesellschaft, Fritz Küster, gegen drei deutschnationale und einen kommunistischen Redaktör, die dies behauptet hatten, ist dies aber keineswegs „gerichtlich festgestellt" worden, sondern eher das Gegenteil. Es ist festgestellt worden, daß das Geld aus Frankreich, um das es sich handelte (es stammte von französischen Pazifisten), dem Reichsbanner zugeflossen ist; und das tschechische Geld, das der Vorsitzende der tschechischen „Liga für Menschenrechte" vermittelt hatte, der deutschen „Liga für Menschenrechte".

Das Gericht hat infolgedessen in seiner Urteilsbegründung ausdrücklich betont, den Beklagten sei der Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen nicht gelungen. Trotzdem sind sie freigesprochen worden: weil sie „in Wahrung berechtigter Interessen" gehandelt hätten (Str.G.B. § 193). Sie hätten nämlich „in Erfüllung einer vaterländisch aufgefaßten Pflicht" gehandelt, indem sie Vorgänge bekämpften, die „nach ihrer Auffassung an Landesverrat grenzten". Daß ihnen hiebei die Verwechslung des von ihren Gewährsleuten (Hiller, Röttcher, Schneider) gebrauchten abstrakten Begriffes „Friedensbewegung" (hierunter fällt auch die „Liga für Menschenrechte") mit dem konkreten Begriff „Friedensgesellschaft" unterlaufen war, hat das Gericht in Moabit nicht weiter tragisch genommen.

Rechtsanwalt Rosenfeld, der Vertreter der klägerischen Friedensgesellschaft, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Es ist ein krasses, juristisch unhaltbares Fehlurteil, wie wir sie leider heutigentags öfters erleben müssen und wie sie die S.-Z. und in ihr speziell Max Barth sonst an den Pranger zu stellen pflegen.

•

Nehmen wir, unter Beiseitelassung der in dem Moabiter Prozeß beschworenen Tatbestände, nun einmal an, auch die Friedensgesellschaft habe von dem Auslandsgeld, um das es sich gedreht hat, etwas bekommen. (Hat sie meinetwegen auch, indirekt: die „Liga für Menschenrechte" hat eine zeitlang das „Andere Deutschland", die Vereinszeitschrift der Friedensgesellschaft, als Organ benützt und eine größere Anzahl von Exemplaren bezogen.) Wäre das schlimm?

Durchaus nicht. Der Pazifismus ist eine internationale Bewegung; warum sollen ihre Anhänger sich nicht über die von ihnen negierten Landesgrenzen hinweg unterstützen dürfen?

Das gibt ja auch Max Barth zu. Dagegen stößt er sich anscheinend daran, daß die an der Übermittlung des Geldes direkt oder indirekt beteiligten Pazifisten Herriot und Benesch in ihrem Lande Minister waren. Er stempelt sie zu „Bejahern des zu stürzenden Systems" und liest anschließend der Friedensgesellschaft die Leviten, weil sie kleinbürgerlich und „letzten Endes reaktionär" sei.

Barth möchte offenbar die Friedensgesellschaft an der Seite der Kommunisten haben; das „zu stürzende System", das Herriot und Benesch „bejahen", Barth aber verwirft, ist, wenn ich ihn recht verstehe, das bürgerlich-kapitalistische.

Herriot und Benesch stehen, wie auch viele deutsche Pazifisten, in der Tat auf dem linken bürgerlichen Flügel. Andere, die Mehrzahl der Pazifisten sind sozialistisch gerichtet; auch die meisten von ihnen sind freilich im Sinne der Kommunisten „reaktionär", weil sie nicht bloß den Krieg nach außen, sondern auch den Bürgerkrieg ablehnen. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß die Friedensbewegung und die Friedensgesellschaft sich nicht gut auf den Kommunismus (oder die revolutionäre Frase) festlegen können.

Das „System", das die Pazifisten, Herriot und Benesch eingeschlossen, als solche bekämpfen, ist nicht das kapitalistische, sondern das militaristische, ist die Methode der kriegerischen statt der friedlichen Auseinandersetzung von Staatskonflikten. Geld, das mit Wissen oder auf Veranlassung von Männern wie Herriot oder Benesch einer deutschen pazifistischen Organisation zugeflossen ist, wäre anrüchig, wenn jene, etwa durch die Übernahme von Ministersesseln, aus Pazifisten zu Militaristen geworden wären. Es besteht keine Veranlassung, dies anzunehmen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Herriot oder Benesch sollen dumme oder böse Kerle sein, hinter denen sich in Wirklichkeit die militaristischen Kreise ihrer Völker als eigentliche Urheber der finanziellen Unterstützung einer deutschen pazifistischen Organisation, einerlei wie sie heiße, verstecken. Ich erkläre hiemit, daß ich auch solches Geld mit dem besten Gewissen annähme, wenn ich dem Pazifismus damit dienen könnte. Ich brauche mich dann noch lange nicht an den böswilligen Hintermann der Spende zu verkaufen. Ich gebe allerdings zu, daß in einem solchen Fall die Gefahr der Korruption vorhanden ist, und daß der entstehende böse Schein vielleicht mehr schaden könnte als der Nutzen einer solchen Stiftung aufwiegt. Dies wäre der einzige Grund, warum ich aus taktischen Gründen solches Geld ablehnen würde.

Hat übrigens vielleicht Lenin seinerzeit das Angebot des deutschen Generalstabs, also von „Bejahern des zu stürzenden Systems", ihm Hilfsstellung bei der Revolutionierung Rußlands zu leisten, abgelehnt?

Lehnt die kommunistische Partei es etwa ab, wenn ihr Zuwendungen aus kapitalistischen Kreisen gemacht werden? Stößt sich Max Barth daran, daß die kommunistischen Blätter fette Inserate von Kapitalisten gerne (und leider nicht ganz ohne Rückwirkungen!) aufnehmen?

Duplik

Lieber Herr Doktor Schairer, ich will mich bemühen, auf Ihren Angriff möglichst kurz zu erwidern.

1. Ein aufmerksamer Leser wird entdecken, daß ich die „Deutsche Friedensgesellschaft" nicht in Zusammenhang mit den ausländischen Geldern gebracht habe. Ich habe nicht einmal die „Liga für Menschenrechte" als Geldempfänger genannt, weil mir die Frage der angenommenen Summen und der betreffenden Empfänger viel weniger wichtiger war als die Betonung des Umstands, daß wegen dieser verfluchten Gelder der deutsche Pazifismus so viele Erschütterungen durchmachen mußte.

2. Ich habe nicht nur die Streitlust einer der beiden Parteien im deutschen Pazifismus für die Schwierigkeiten in der Friedensbewegung verantwortlich gemacht. Freilich ließ es sich nicht vermeiden, zu betonen, daß Kurt Hillers Vorwürfe durch das Gerichtsurteil eine Bestätigung erfahren haben. Diese Vorwürfe sind aber nicht identisch mit den von den beklagten Blättern erhobenen. Ich erinnere mich nicht, von Hiller jemals gehört (oder gelesen) zu haben, daß er die DFG als Geldnehmer nannte. Meines Wissens haben sich alle aus dem pazifistischen Lager kommenden Vorwürfe gegen die „Liga für Menschenrechte" und einige andere Stellen — nicht gegen die DFG — gerichtet. Die Berechtigung dieser Vorwürfe hat das Gericht jetzt bestätigt. Ausdrücklich nicht bestätigt hat es die von Nichtpazifisten gegen die DFG gerichteten Bezichtigungen.

Neun kleine Negerlein

Neun kleine Negerlein, je einer von 20 und 19, je zwei von 18 und 17, je einer von 16 und 15 Jahren sind zum Tod, einer von vierzehn ist zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Wenn das Oberste Appelationsgericht, bei dem ihre Sache zurzeit schwebt, die Urteile bestätigt, wird aus den neun kleinen Negerlein bald nur ein einziger geworden sein.

In Alabama steht, wie in den anderen Staaten des Südens und Südwestens der USA, auf Vergewaltigung die Todesstrafe. Das ist unsinnig; aber es ist so. Den neun jungen Negern wird vorgeworfen, sie hätten zwei weiße Mädchen genotzüchtigt; außer den Aussagen der Mädchen ist kein Beweis dafür vorhanden. Der Verlauf des Vorfalls war etwa folgender:

Zwei Fabrikarbeiterinnen aus Huntsville (Alabama) fuhren als blinde Passagiere in einem Güterzug ungefähr 160 km weit nach Chattanooga (Tennessee), angeblich, um Arbeit zu suchen. Sie wollen dort bei einer Frau Brochie übernachtet haben, die aber in der angegebenen Straße nicht existiert, ja nicht einmal im betreffenden Stadtteil. Die Mädchen haben dann, geben sie an, am Morgen ihre Übernachtungsgelegenheit verlassen, um Arbeit zu suchen; da sie keine fanden, seien sie am folgenden Tag zurückgefahren. Die Fabriken, in denen sie nach Arbeit gefragt haben wollen, können sie nicht angeben. Das ältere der beiden Mädchen ist sowohl in Huntsville als auch in Chattanooga als Prostituierte bekannt. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie nicht Arbeit, sondern anderen Verdienst gesucht haben, ist groß.

Die geschilderten Ereignisse spielten sich am 23. bis 25. März 1931 ab. Am 25. fuhren die Mädchen zurück,wieder als blinde Passagiere, und zwar in einem offenen Güterwagen, der zur Hälfte mit Kies gefüllt war. Im selben Wagen waren sieben junge Burschen, Weiße. Unterwegs kletterten noch zwölf junge Neger in den Wagen, die mit den Weißen in Streit gerieten und sie zum Abspringen zwangen. Nur einen von ihnen duldeten sie bei sich, weil er sich beim Versuch abzuspringen zu ungeschickt anstellte, so daß die Neger fürchteten, er könnte unter die Räder kommen.

Auf dieser Fahrt sollen nun die beiden Mädchen von je sechs der Neger vergewaltigt worden sein. Als die Gendarmen auf der Station Paint Rock die Burschen herausholten — drei waren unterwegs ausgestiegen; es blieben die neun — beklagten sich die Mädchen zunächst überhaupt nicht. Erst als sie merkten, welche Anschuldigungen man von ihnen erwartete, bezichtigten sie die Neger des Verbrechens. Die Untersuchung ergab, daß die Beiden kurz vorher Geschlechtsverkehr gehabt hatten.

Das Gericht in Scottsboro hat nach kurzen, summarischen Verhandlungen die Todesurteile gefällt. Es hat das jüngere Mädchen, dem es offenbar schwer wurde, die Angeklagten zu belasten, als „schwache Zeugin" abgetan und den einzigen Weißen, der im Wagen geblieben war, einen Jungen namens Orvil Gilley, für dumm, schwer von Begriff und unglaubwürdig erklärt. Die Aussagen dieser beiden stimmten mit denen der Hauptzeugin nicht überein, lauteten zugunsten der Angeklagten und wurden deshalb nicht verwertet. Die sechs weißen Burschen, die von den Negern vertrieben worden waren, sind überhaupt nicht vernommen worden, obwohl die Möglichkeit besteht, daß in Wirklichkeit sie die „Sünder" waren.

Spuren von Vergewaltigung sind nicht festgestellt worden. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich die Mädchen freiwillig zum Geschlechtsverkehr entweder mit den Weißen oder den Schwarzen bereitgefunden haben. Die Aussagen der beiden Mädchen widersprechen einander so stark, daß sie von Rechts wegen nicht als Beweis angesehen werden dürften. Nachprüfungen hat das Gericht nicht vorgenommen. Unter den Geschworenen war — natürlich — kein einziger Neger. Es ist kein Entlastungszeuge vernommen worden. Nicht einmal die Eltern oder andere Verwandte der jungen Burschen sind zum Prozeß hinzugezogen worden.

Der Beweis für die Schuld der Neun ist nicht erbracht. Aber da ihre Hautfarbe nicht weiß ist wie die ihrer Richter und des brav-bürgerlichen Mobs von Scottsboro, der kategorisch die Hinrichtung verlangt, werden sie wahrscheinlich büßen müssen, gleichviel, ob sie schuldig oder unschuldig sind. Sind sie unschuldig, so werden wieder einmal acht Menschen — dazu noch halbe Kinder — sterben müssen zur höheren Ehre jener Justiz, die vor Jahren bereits Sacco und Vanzetti umgebracht hat, obgleich ihre Unschuld offen zutage lag. Sind sie aber schuldig, schuldig eines „Verbrechens", das von ihren beiden „Opfern" überhaupt nicht wichtig genommen und nicht aus eigenem Antrieb zur Anzeige gebracht worden ist, so ist der Tod immer noch eine viel zu grausame Strafe für diese fünfzehn-, sechzehn-, siebzehnjährigen Buben.

Eines steht fest: handelte es sich um Weiße statt um Schwarze, so wäre es, falls überhaupt Anklage erhoben worden wäre, nicht zu Todesurteilen gekommen. Und wären die Angeklagten nicht nur weiß, sondern auch noch Kinder und dazu Kinder gutgestellter Eltern gewesen, so hätte sich kein Gericht gefunden, das die Gelegenheitsprostituierten als unglückliche Opfer männlicher Brutalität anerkannt hätte. Hier aber handelt es sich um Arme, um Arbeiter und gar noch um Schwarze — da empört sich das Empfinden des weißen Farisäers nicht gegen den widerlichen Gedanken, daß Kinder auf den elektrischen Stuhl geschnallt werden sollen.

Karl Fehr

Besprisorni

Die Besprisorni — die verwahrlosten Kinderhorden der russischen Übergangszeit — haben im Lande des Menschenschinders Straube viel zur Hetze gegen Sowjetrußland herhalten müssen. Statt an der Umgestaltung unseres noch in manchen Teilen unzulänglichen — weithin unter kirchlichem Einfluß stehenden — Jugendfürsorgewesens zu arbeiten, schielte man hämisch über die Grenzen und gefiel sich in dummen Anklagen. Inzwischen hat sich drüben einiges — bei uns fast nichts — geändert.

Der eben in Berlin uraufgeführte russische Tonfilm „Der Weg ins Leben" zeigt der Welt, in welchem Geist drüben das schwierige Problem unter schwierigen Umständen angefaßt worden ist. „Der Weg ins Leben" macht den Unterschied deutlich zwischen der Fürsorgeerziehung im proletarischen Staat und derjenigen innerhalb des kapitalistischen Systems. Hier die Tatsache, daß viel Wege in die Fürsorge hinein, aber wenige wieder herausführen, trotz mancher pädagogischen Hingabe. Weil eben das System den Weg zurück unendlich schwer macht. Dort der Weg der Freiwilligkeit über die Selbsterziehung in der Arbeitskommune, deren gemeinsamer Aufbau gleichzeitig Eingliederung bedeutet in den grossen Arbeitsprozeß des Arbeiterstaates. Der Film zeigt das Werden einer solchen Kommune. Und die Stürme der Bewunderung, die in Berlin bei der Uraufführung ausbrachen, und sich in begeisterten Äußerungen fast der gesamten Presse fortsetzten, galten nicht nur einem guten Film, sondern auch einer guten menschlichen Bemühung.

Leider hat dieser neuerliche Erfolg des Russenfilms die Filmgewaltigen um die Ufa herum nicht schlafen lassen. Einige der Filmindustrie nahestehenden Fachblätter machen bereits gegen diesen Film und die Russenfilme überhaupt Stimmung. Man behauptet, es sei hier wieder die sowjetrussische Propaganda zu spüren, die gerade „in heutiger Zeit tiefster Gärung" dem Theaterbesitzer ernste Bedenken gegen eine Vorführung derartiger Filme aufzwinge. Der „Filmkurier", ein Blatt der Theaterbesitzer, äußert sich ähnlich. Er gefällt sich in dunklen Andeutungen darüber, daß Versuche, die russischen Tonfilme in propagandistischer Weise auszunützen, am Widerstand der deutschen Lichtspielhäuser scheitern würden. Es kann zwischen den Zeilen gelesen werden, daß man diese Widerstände auch dem „Weg ins Leben" wünscht.

Aber so einfach wird dieser Film nun doch nicht zu unterdrücken sein. Die Öffentlichkeit hat ihn mit einer unzweideutigen Begeisterung begrüßt, und wenn sie ebenso energisch auf seiner Aufführung besteht, werden sich die Herren Theaterbesitzer wohl oder übel fügen.

K. B.

Völkerversöhnung

Anläßlich der Anwesenheit von Briand und Laval in Berlin hat ein berliner Blatt folgendes Rieseninserat gebracht: „Prosit! Es lebe die Völkerversöhnung! Mit einem so ausgezeichneten Stoff wie dem deutschen Bier läßt sich die Verflüssigung der eingefrorenen deutsch-französischen Beziehungen, an der sich der Völkerbund schon seit Jahren abmüht, am schnellsten und sichersten erreichen. Monsieur Briand! Herr Dr. Brüning! Monsieur Laval! Herr Dr. Curtius! Lassen Sie sich dieses altbewährte Hilfsmittel und nebenbei den Hochgenuß eines so ausgezeichneten Nasses nicht entgehen!"

Hoffentlich haben die Besprechungen dann auch im Zeichen des „Nasses" stattgefunden.

Edle Kampfesweise

Im Kampf gegen Freidenkertum und Marxismus ist gewissen besonders eifrigen Frommen alles recht. Auch die leichtfertigste Verdrehung und Verleumdung. Und sie können sich das leisten, weil noch keine Notverordnung in diese Bezirke der Frommen hinabreicht. Was dort geschieht, ist den Behörden unbesehen „wohlgetan". Sie sollten sich aber doch hie und da davon überzeugen, was man sich dort im „Erwecken" und „Schüren" von Gegensätzen leistet. Und alles angeblich im Kampf um das „Reich Gottes".

Das Blatt des „evangelischen Deutschland", der „Reichsbote", ist in dieser Beziehung eine Fundgrube. In der Nummer 230 vom 25. September leistet er sich folgendes Glanzstückchen: „Die furchtbaren Eisenbahnanschläge von Jüterbog und Bia Torbagy haben wieder einmal so recht gezeigt, worum es geht. Ist es nicht so, als ob heute die Dämonien der Tiefe in manchen Menschen willkommene Werkzeuge fänden? Auf dieser Zeit ruht Gottes Fluch. Kein Ding ist ihnen mehr heilig. Sie haben das Menschenleben entwertet zu einer Ware, deren sich jeder nach freiem Ermessen entäußern kann. Sie haben Unmoral und Verbrechen hochgezüchtet, weil sie der Menschheit den Glauben an die göttliche Herkunft allen Lebens aus dem Herzen gerissen haben. Alles haben sie zum Selbstzweck herabgewürdigt, den Staat, die Wirtschaft, das Volk, die Kultur. Und nun wundern sie sich, diese getreuen Jünger von Häckel und Marx, wenn dieser oder jener aus Lust betrügt und mordet, wenn Menschen niedergeschlagen werden wie Tiere, und entmenschte Verbrecher Züge zum Entgleisen bringen. Sind sie nicht eigentlich schuld an allem? Hat nicht erst die konsequente Weiterentwicklung der Wissenschaft und des Lebens ohne Gott die Dämonien entfesselt? Doch sie wollen sich jetzt reinwaschen, da alles zusammenbricht. Ihnen graust vor dem Werk ihrer Hände."

Man braucht mit dem „Reichsboten" nicht darüber zu rechten, wieviel Verbrechen in den letzten zweitausend Jahren auf dem Boden des Christentums gewachsen sind, ja wieviel direkt in seinem Namen verübt wurden: wenn man den Gottlosen zugestehen wollte, das alles nachzuholen, sie hätten einen Freibrief für lange hinaus. Aber man wundert sich über die frömmelnde Dreistigkeit, die angesichts des katastrofalen Devaheimbetrugs die „Lust am Betrügen" als einen Ausfluß des Freidenkertums und des Marxismus hinstellen möchte — ganz abgesehen von der nicht mehr zu unterbietenden Verantwortungslosigkeit, mit der hier die zwei noch völlig unaufgeklärten Eisenbahnanschläge dem verhaßten Gegner in die Schuhe geschoben werden.

Ein Christentum, das sich solche Glanzleistungen in einem seiner prominenten Organe ohne Protest bieten ließe, müßte eines Tages an seiner eigenen Verlogenheit ersticken.

h m

Ein Zeitungsverbot

Die „Neue Badische Landeszeitung", ein staatsparteiliches Organ, ist vom badischen Ministerium des Innern auf fünf Tage verboten worden. Die Zeitung hatte eine Meldung über eine bevorstehende Kürzung der Beamtengehälter in Baden gebracht, die offenbar Unrichtigkeiten enthielt und deshalb vom Minister des Innern als „eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" angesehen wurde.

Reichsfinanzminister Dietrich, Abgeordneter der Staatspartei im Wahlkreis Baden, hat sofort bei seinem Kollegen Dr. Wirth Schritte unternommen, und dieser hat die badische Regierung zur Aufhebung des Verbots bewogen.

An dieser kleinen Episode eines Zeitungsverbots sind interessant:

1. Die Tatsache, „daß sich der sozialdemokratische Innenminister Mayer hier den Wünschen der Zentrumskreise Badens so gefügig gezeigt hat". Die „Vossische Zeitung", die so schreibt, bezeichnet das als „höchst bedauerlich". Die Macht des Zentrums in Baden ist offenbar seit der Regierungsumbildung noch mehr gewachsen (soweit das möglich ist).

2. Die Äußerungen der bürgerlichen Zeitungen. Die „Frankfurter Zeitung" z. B. schreibt, man habe das Gefühl, daß es sich bei dem Verbot „um einen Ausfluß der Verärgerung der Regierung" handle. „Man sieht an diesem Falle, zu welch unmöglichen Auswirkungen die Notverordnung über die Presse in der Hand unbesonnener Behörden zu führen vermag."

Wie scharf doch bürgerliche Zeitungen werden können, wenn die Notverordnung einmal ein ihnen nahestehendes Blatt trifft!

---

3. Ein Fehlurteil scheint allerdings insofern vorzuliegen, als die Leichtfertigkeit, mit der die beklagten Blätter Vorwürfe, die gegen gewisse Kreise der Friedensbewegung erhoben worden waren, auf die Friedensgesellschaft bezogen haben, als Fahrlässigkeit zu ahnden gewesen wäre. Das für mich und meine Behauptungen in der letzten Nummer Wichtige ist aber nicht das Urteil über die angeklagten Redakteure und ihre falschen Behauptungen, sondern die Urteilsbegründung, in der die Richtigkeit der von pazifistischen Anklägern erhobenen Beschuldigungen bestätigt worden ist.

4. Die Unterstützung von Pazifisten durch Pazifisten aus anderen Ländern halte ich, wie gesagt, für richtig. Nicht aber die Annahme von Geldern aus den Händen von verantwortlichen antipazifistischen ausländischen Ministern und Politikern. Die Herren Benesch und Herriot für Pazifisten zu halten, habe ich keine Veranlassung.

5. Als sich die in der Schweiz lebenden bolschewistischen Emigranten an die deutsche Gesandtschaft in Bern wandten, um über Deutschland nach Rußland zu kommen, nahmen sie kein Geld vom Feind, sondern benutzten die prekäre Lage des deutschen Militarismus, um Gelegenheit zur Durchführung ihrer revolutionären Aufgabe zu bekommen. (Sie zahlten sogar das Fahrgeld.) Mit Geld aber ist es eine eigene Sache: es verändert die Perspektive des Empfängers. Es lenkt die Handlungen des Annehmenden fast automatisch in Bahnen, die dem Gebenden sympathisch sind.

6. Daß ich die „Deutsche Friedensgesellschaft" lieber „an der Seite der Kommunisten" haben möchte als sonstwo, bedarf keiner Frage. Daß sie sich nicht so bald dort einfinden wird, ist mir auch klar. Eine pazifistische Bewegung müßte aber meiner Meinung nach heute eine revolutionäre Bewegung sein, nicht eine konservative. Sie müßte das System, mit dem der Krieg als Mittel der Politik unlösbar verbunden ist, angreifen — nicht es im Bestreben unterstützen, durch Herstellung eines allgemeinen Friedens auf der gegebenen politischen Basis die herrschenden Zustände und das System selbst zu sichern. Das tut heute leider noch der Großteil der pazifistischen Bewegung; freilich bahnt sich auch in Kreisen der Friedensfreunde, ja selbst in der „Deutschen Friedensgesellschaft" manches an, was hoffen läßt, daß viele Pazifisten eines Tages den Widerspruch zwischen Ideologie und Praxis, zwischen ihren ethischen Forderungen und der politischen Rolle, die der Pazifismus spielt, überwinden werden.

7. Über Inserate ... Die Entdeckung, daß die politische Linie kommunistischer Parteiblätter durch Inserate bürgerlicher Firmen verbogen worden ist — wäre, glaube ich, erst noch zu machen.

Max Barth

Politisches Nachwort

Diskussionen unter Gesinnungsfreunden sind meist nicht sehr erfreulich. Da eine solche Diskussion jetzt aber einmal notwendig geworden ist, sei es mir gestattet, auch noch ein paar Worte zu sagen. (Es geht dann in einem Aufwaschen.)

Die Frage der Auslandsgelder lasse ich ganz beiseite. Barth hat ja in seinem Artikel in der letzten Nummer diese Frage nur als Anlaß genommen, um über die „Rolle des Pazifismus" zu sprechen, und er hat gesagt, die heutige Friedensbewegung in Deutschland wirke reaktionär.

Eine solche Behauptung stößt manche Leute vor den Kopf. Wieso reaktionär? fragen sie. Was soll denn die Friedensbewegung (oder sprechen wir konkret: die Friedensgesellschaft) tun, um nicht mehr reaktionär zu wirken? Soll sie sich etwa dem „Kommunismus (oder der revolutionären Frase)" verschreiben?

Der revolutionären Frase auf keinen Fall. Ob dem Kommunismus — das ist eine Frage. Aber eine Frage zweiten Ranges. Zuerst muß sie sich nämlich entscheiden, welche Politik sie treiben, propagieren oder befürworten will; dann erledigt sich die Frage, welcher andern Organisation sie sich nähern soll, ganz von selbst.

Nun steht es bei der Friedensgesellschaft so: In Worten verurteilt sie die Politik der Reaktion, die Politik Brünings und die Politik der Sozialdemokratie sehr scharf, in Wirklichkeit aber ...

Nehmen wir als Beispiel das wichtigste Thema der deutschen Außenpolitik: die „Verständigung" mit Frankreich. Wie stellt sich die Friedensgesellschaft dazu? Sie sagt (siehe „Anderes Deutschland"), bei der Verständigungspolitik spielten zwar kapitalistische Interessen mit, sie diene aber trotzdem dem Frieden und müsse deshalb von den Pazifisten unterstützt werden.

Die deutsch-französische Verständigung dient den Interessen der Kapitalisten; sie soll dem halb bankrotten System eine Erholungspause schaffen. Sie ist deshalb die Forderung aller, die für die „Gesundung" des Kapitalismus sind, von den Sozialdemokraten über Brüning bis zu — Hugenberg (man wird das ja bald sehen). Und die Friedensgesellschaft steht in dieser wichtigsten (auch für den Pazifismus wichtigsten) Frage der gegenwärtigen Politik in der Front SPD—Brüning(—Hugenberg). (Beweise mir einer das Gegenteil!) Wer aber heute nicht ganz klar und entschlossen gegen das kapitalistische System Stellung nimmt, wer in Fragen der praktischen Politik mit denjenigen geht, die eine Gesundung des Kapitalismus herbeiführen wollen, der wirkt eben reaktionär, auch wenn seine Äußerungen und selbst sein Wollen noch so radikal sind (in der Politik ist die Wirkung sehr häufig unabhängig vom bewußten Wollen). Und wer faktisch (wenn auch vielleicht nicht willentlich) den Kapitalismus stützt, der wirkt nicht pazifistisch; denn der Krieg ist mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden.

Der Pazifist, der diese Behauptung nicht so ohne weiteres akzeptiert, wird sich doch vielleicht in einigen Jahren mit Grausen von der deutsch-französischen Verständigung abwenden, wenn er sieht, wie die deutsche und die französische Rüstungsindustrie zusammen ihre Geschäfte betreiben werden (denn das wird auch eine Folge der Verständigung sein). Aber er wird dann nicht das Recht haben, zu sagen: ja, eine solche Verständigung habe ich nicht gewollt; denn er könnte heute, nach all den Lehren, die uns die Krise erteilt hat, einsehen, daß eine andere Verständigungspolitik auf dem Boden des heutigen Systems gar nicht möglich ist.

Dieses Beispiel zeigt hoffentlich, wie es gemeint ist, wenn man sagt, die Politik der DFG wirke reaktionär; es zeigt hoffentlich, daß man den Gedanken des Pazifismus nicht propagieren kann, ohne im Klassenkampf ganz eindeutig Stellung zu nehmen (daß man also z. B. nicht Herriot als Bundesgenossen ansehen darf); es hilft vielleicht auch etwas mit, daß sich einzelne Mitglieder der DFG darüber klar werden, wie ihre politische Haltung sein muß.

Hermann List

Literatur

Legenden und Gedichte. Von A. Demling. Tor-Verlag, Stuttgart, Breitlingstraße 31, Postscheckkonto Stuttgart 36789. — Ein sauberes, einfaches Bändchen von 120 Seiten. Verfasser: ein, wie man merkt, versonnener und allem Schreien abholder Elsäßer. Seine Legenden und Gedichte sind schlicht, still, sympathisch und von melancholisch-glücklicher Erinnerung an die Heimat getragen. Formal: die Prosa in ihrer reinlichen, sorgfältigen Abgewogenheit erinnert an gute Volkserzählungen; man sucht Vergleiche und denkt an Meister der Anekdote wie Hebel und Wilhelm Schäfer oder an einen so besinnlichen, unpathetischen Schreiber wie Hesse. Freilich ist Demling weicher und einstweilen weniger hervorragend als sie. Im ganzen: Prosa wie Poesie sind anspruchslos, unmodern und sympathisch.

B.

Ein Kapitel Volkswirtschaft

„Drei Eisenbahnwagen tschechischer Gurken, die nach Wien eingeführt wurden, aber nicht abgesetzt werden konnten, wurden in die Donau geworfen. In Delft wanderten zu gleicher Zeit und aus dem gleichen Grunde 30 000 erstklassige Gurken auf den Misthaufen. Gegenwärtig gehen bei uns tausende von Zentnern Obst zugrunde — unverkäuflich! In den Vereinigten Staaten jammert man über die überreiche Baumwollernte, die preisdrückend wirke. Verzweiflungsvorschläge wurden debattiert: ein Drittel der Baumwollernte soll untergepflügt und vernichtet werden. In Brasilien ist's der Kaffee: man hat in einem Monat dort so viel vernichtet, wie die Schweiz in einem Jahr verbraucht. In Argentinien ist's der Weizen: man rettet sich vor dem goldgelben Überfluß, indem man ihn verheizt. Die Staaten Oklahoma und Texas leiden unter dem Ölsegen. Truppen wurden aufgeboten, um die Öltürme stillzulegen, damit die Preise wieder anziehen. Auf der Insel Ceylon wurde der Teepflanze der Krieg erklärt. Man pflückte von jeder Teepflanze statt drei nur zwei Blätter und drückte so 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter.

Warum dieser Vernichtungstaumel? Sind die Menschen übersatt? Keineswegs! Es gibt ganze Völker, die hungern. In China sterben sie zu Hunderttausenden am Hunger — und bei uns haben Tausende nicht das Nötige zu essen! ... Das ist der fürchterliche Wahnsinn unserer Zeit. Wann endlich erfaßt die Menschen ein Grausen davor? Oder sollen wir mit sehenden Augen in den Abgrund hineintreiben?"

Wer findet so harte Worte über die kapitalistische Wirtschaft? Es ist (man glaubt es kaum) der Evangelische Presseverband (ep). Leider fragt er nicht, was eigentlich die tiefere Ursache dieses Wahnsinns ist. Aber vielleicht hört er einen Augenblick zu, wenn wir's ihm zu erklären versuchen.

Vor bald 100 Jahren, als die Kirche diesen „fürchterlichen Wahnsinn" (den es damals genau so gab wie heute) noch als gottgewollte Ordnung hinnahm, hat einen Mann das Grausen erfaßt. Er hat sich aber dadurch seine kühle Überlegung nicht rauben lassen, sondern hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung wissenschaftlich analysiert. Wenn wir seine Ergebnisse an einem Beispiel allgemeinverständlich machen wollen, können wir etwa sagen: In Kanada gibt es große Strecken unbebauten Bodens. Nun kauft sich ein Farmer einen Motorpflug, reißt den jungfräulichen Boden auf, sät Getreide und erntet und drischt dann mit dem sog. Mähdrescher. Auf diese Weise produziert er das Getreide viel billiger als früher, hat also einen größeren Gewinn. Wenn seine Nachbarn das sehen, machen sie es ihm natürlich nach. Andere, die bei den alten Methoden bleiben müssen, weil sie keinen Boden oder kein Geld haben, können nicht mehr konkurrieren und machen Pleite. Sie können dann auch nicht mehr so viel Maschinen oder Kleider oder Schuhe kaufen, ihr Kaufkraft fällt auf dem Markt aus, und wenn sie früher Arbeiter beschäftigt haben, müssen sie diese entlassen, was wieder eine Kaufkraftverminderung ist.

Die übrigen Farmer aber produzieren immer mehr und immer billigeres Getreide — bis sie es nicht mehr losbringen, oder doch nur zu einem so niederen Preis, daß sie lieber sagen: nein. Diese planlose Vergrößerung der Getreideproduktion ist ja nicht nur in Kanada vor sich gegangen, sondern gleichzeitig z. B. auch in Argentinien; und nicht nur die Getreideproduktion ist gestiegen, sondern auch die von Schuhen, Kleidern etc., und überall ist gleichzeitig die Kaufkraft gesunken oder wenigstens nicht so rasch gestiegen wie die Produktion. Es ist also überall ein Überangebot von Waren da, und so sinken natürlich die Preise. Und wenn die Preise sinken, nimmt die Kauflust ab; der Fabrikant sagt, er verdiene unter solchen Umständen nicht mehr genug, da mache er lieber den Laden zu; er entläßt Arbeiter, die Kaufkraft sinkt noch mehr usw.

Die Produzenten sitzen auf ihren Waren, die so billig geworden sind, daß sich der Verkauf kaum mehr rentiert (die Kaffee- und Zuckerpreise z. B. sind seit 1928 auf weniger als die Hälfte herabgegangen). Sie vernichten die Ware dann lieber, damit die Preise wieder steigen.

Man hat schon vorgeschlagen, sie sollten die Waren doch an die Hungernden (etwa in China) verschenken. Aber dadurch würden die Preise nur noch mehr gedrückt; man kann also auch vom allerchristlichsten Kaffeeplantagenbesitzer nicht verlangen, daß er seine Ware verschenkt; das Vorteilhafteste ist, er schüttet sie ins Meer.

Also: Weil kein Plan besteht, der anordnet, was und wieviel produziert werden soll, produziert eben jeder, wie und was er will (meistens das, was ihm am meisten Profit einbringt). Da die Produktionsmittel Privateigentum sind, könnten die Eigentümer, selbst wenn ein Produktionsplan aufgestellt wäre, nicht gezwungen werden, ihn einzuhalten. So entsteht in einzelnen Produktionszweigen Überproduktion. Folge: fallende Preise, Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit, sinkende Kaufkraft, neue Zusammenbrüche und so weiter im verhängnisvollen Kreislauf. Aufwärts geht die Entwicklung erst wieder nach einer ungeheuren Wertezerstörung, sei's durch Stillegung von Betrieben, sei's durch Herabdrükkung der Lebenshaltung der Massen, sei's durch Vernichtung von Waren.

Das ist das Ergebnis, zu dem jener Mann im vorigen Jahrhundert (er hieß Karl Marx) bei seiner Analyse der kapitalistischen Wirtschaft gekommen ist. Er hat es nicht mit diesen Worten gesagt, aber man kann's etwa so ausdrücken. Er ist dann noch weiter gegangen und hat gezeigt, wie sich der Kapitalismus nach den ihm innewohnenden Gesetzen weiter entwickeln wird und wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die damit verbundene Planlosigkeit der Wirtschaft aufgehoben werden können — aber so weit wollen wir ihm heute nicht folgen.

Den ersten Schritt, von der kritiklosen Hinnahme der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur schärfsten Kritik („fürchterlicher Wahnsinn") hat der ep schon getan; vielleicht macht er jetzt auch den zweiten, den wir ihm gezeigt haben: von der Kritik zu der Erkenntnis der Ursachen des Wahnsinns (Planlosigkeit der Wirtschaft und Privateigentum an den Produktionsmitteln). Das wäre schon ein großer Fortschritt. Und dann, vielleicht, wer weiß, macht er auch noch den dritten und wird — kommunistisch. Jan Hagel

Deutsche Waren

Die Firma Gerhard Conrad in Landau (Rheinpfalz) empfiehlt in der Zeitschrift „Die Porzellangroßhandlung" (Nr. 35/36 vom 5. September) ihre Weihnachtsteller mit folgenden Inschriften: „Drauf 1914 — Unsere Artillerie — Mit Gott für König und Reich — Kaiserjubiläumsteller — Walhalla."

In einer deutschen Exportzeitschrift sucht die Firma E. Kühntopp, Bernburg, für ein „Fliegerbombenabwurfspiel" eingeführte Vertreter „in allen zivilisierten Ländern".

Die unzivilisierten Länder sind für solche Exportwaren noch nicht reif.

Sieg der Gerechtigkeit

In Gera sind in aller Stille wieder einmal zwei per Guillotine ums Leben gebracht worden. Die Presse hat kaum Notiz davon genommen; es gab nur ein paar Zeilen für den Fall; wir haben jetzt ganz andere Sorgen, was denken Sie, Herr!

Der 26jährige Petzold hatte eine alte Frau ermordet in der Hoffnung, sie ausrauben zu können. Sie hatte aber keinen Pfennig bei sich. Der 50jährige Köppe hatte seine Frau und seine Haushälterin umgebracht. Die Nachricht von der Ablehnung der Gnadengesuche ist der Presse solange als möglich vorenthalten worden. Offiziell hat die Öffentlichkeit erst davon erfahren, als die Köpfe schon gefallen waren.

Die Operation hat der Scharfrichter Gröpler aus Magdeburg ausgeführt. Anwesend waren die zuständigen Staatsanwälte, die Richter und „zwölf ehrsame Bürger". Frauen und Pressevertreter waren ausgeschlossen.

Das hat seine Vorteile: in der Berichterstattung gibt es keine peinlichen Zwischenfälle. Man ist, schlicht und sachlich, davon unterrichtet worden, daß zunächst der Oberstaatsanwalt Gleißner eine kurze Ansprache gehalten hat, in der er „den Ernst der Stunde" betonte. Das ist schön gesagt, und trifft wahrlich den Nagel auf den Kopf. Dann schritt man fürbaß, in den inneren Hof des Gerichtsgebäudes, und ließ den Petzold kommen. Er kam, gab „laut und deutlich" seinen Namen an, wie es sich geziemte, war „sehr gefaßt", hörte sich das Urteil an, erklärte auf Anhieb, daß er nichts mehr zu erklären habe, und ward daraufhin um seinen Kopf gekürzt. Ein vorbildlicher Mörder.

Nicht ganz so einwandfrei wußte sich Köppe zu benehmen. Dieser Unselige, der zwar gleichfalls „sehr gefaßt" war, konnte sich's nicht versagen, nachdem das Urteil verlesen war, laut zu rufen: „Ich nehme das Urteil nicht an!" Aber das war ein groteskes Versehen von ihm; Köppe hatte nichts mehr zu melden, was fällt Ihnen denn ein, Herr! Sie werden gar nicht gefragt. „... schon hatten ihn die Scharfrichterhelfer ergriffen, er kam nicht dazu, weiter zu sprechen, er wurde auf die Guillotine geschnallt, und im nächsten Augenblick war die Hinrichtung vollzogen."

So berichtet die Presse. Die Presse hatte bei der Veranstaltung nicht zugegen sein dürfen. Die zwölf ehrsamen Bürger waren unter sich, zusammen mit den als Ausübende und Leidende an den Exekutionen Beteiligten. Es ist alles, nach den Meldungen der Presse, die aber nicht dabei war, glatt und sozusagen reibungslos verlaufen, und dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß wieder einmal die Gerechtigkeit über die Ungerechten gesiegt hat und daß ihr in vollem Maße Genüge geschehen ist. Peng

Notverordnung Nr. 1

Die württembergische Regierung hat am 28. September auf Grund der Ermächtigung, die die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. August den Landesregierungen gibt, eine Notverordnung erlassen, die vorsichtigerweise als „erste" Notverordnung bezeichnet wird. Die Notverordnung bestimmt:

Die Gehälter der Beamten und Angestellten des Staates, der Gemeinden und Körperschaften werden gekürzt, und zwar die der ledigen Beamten und der verheirateten Beamten ohne Kinder um 7 Prozent, die der übrigen Beamten um 5 Prozent. Beamte, deren Jahresgehalt 1500 Mark nicht übersteigt, sind von der Kürzung verschont.

Die Regierung hält es, wie sie in einer Erklärung sagt, „angesichts der Verhältnisse für unvermeidbar, daß in absehbarer Zeit in Verbindung mit sonstigen Maßnahmen zur Ausgleichung des Staatshaushalts eine weitere Kürzung der Beamtengehälter kommt".

Sparsamkeit

Die württembergische Regierung hat ihre „erste Notverordnung" erlassen und den Beamten die Gehälter gekürzt. Zur gleichen Zeit werden vom Staat Ausgaben gemacht, die man in der heutigen Zeit nicht verstehen kann.

Zugegeben, daß der Umbau, der jetzt an der Kunstgewerbeschule am Weißenhof vorgenommen wird, schon vor einer Reihe vor Jahren angefordert wurde. Damals waren die Zeiten aber noch besser. Anstatt nun die Bewilligung im Hinblick auf die allgemeine Not zurückzuziehen — wird munter drauf losgebaut. Dabei steht noch gar nicht fest, was mit der Kunstgewerbeschule wird, wenn sich die Finanzen des Staates nicht wieder bessern.

Zur gleichen Zeit hat man mit dem Umbau und der Vergrößerung des Vortragssaales im Landesgewerbemuseum in der Lindenstraße begonnen. 25 Jahre hat der Vortragssaal genügt. Wohl störten an einigen wenigen Plätzen die eisernen Säulen die Sicht, aber nur ganz selten war der Saal so besetzt, daß man diese Plätze überhaupt gebraucht hätte. Jetzt wird der Saal mit einem Kostenaufwand von 50 000 Mark umgebaut. Außerdem wird im Landesgewerbemuseum munter installiert; denn die vergrößerte technische Abteilung will mehr Aufmerksamkeit auf sich lenken.

Auf der anderen Seite der Kanzleistraße wurden im staatlichen Ausstellungsgebäude größere Innenausbauten vorgenommen. Während bisher der Gebäudeteil an der Kanzleistraße in einzelne Kojen untergeteilt war, wurden jetzt alle Zwischenwände herausgerissen; dafür wurde der Trakt an der Schloßstraße durch Einziehen neuer Wände in kleinere Räume aufgeteilt. Das alles verursachte Kosten, die der Staat gerade jetzt aufbringt, während er durch Notverordnungen die Gehälter kürzt.

Man könnte einwenden, daß die hier verbrauchten Summen gegenüber dem großen Defizit nicht so stark ins Gewicht fallen. Es sind auch nur Einzelfälle, die bestimmt noch ergänzt und vermehrt werden können. Aber abgesehen davon ist die Art, wie hier mit staatlichen Geldern umgegangen wird, symptomatisch.

L. F.

Der General denkt volkswirtschaftlich

In Überlingen am Bodensee verzehrt ein Herr von Heineccius seine kärgliche Generals-Pension. Plötzlich hört er, daß einige Volksgenossen die Pensionen der ausgedienten Generäle für etwas zu hoch halten und daß sogar die Reichsregierung ins Auge gefaßt hat, sich mit dem Gedanken zu tragen, ob man nicht erwägen solle, in eine Beratung über ein Gesetz zur Herabsetzung der Pensionen einzutreten — da setzt er sich hin und schreibt einen Artikel für die rund um den Bodensee erscheinenden nationalen Zeitungen. Er sagt da u. a.:

„Ist es vernünftig, immer wieder gegen die wenigen Menschen vom Leder zu ziehen, die noch ein paar Groschen auszugeben haben? Diese Groschen kommen doch den Gewerbe- und Handeltreibenden des Aufenthaltsortes zugute. Mein gesamtes Einkommen bleibt wenigstens fast restlos in Überlingen. Bald wird es überhaupt niemanden mehr geben, der etwas kaufen kann, womit doch den Geschäften nicht gedient wäre ... Volksgenossen! Hütet euch, euch durch Neid und Mißgunst vergiften zu lassen! Erkennt vielmehr die furchtbaren Gefahren, die uns von den überstaatlichen Mächten drohen, die im Verborgenen arbeiten!"

Ein Anhänger der Kaufkrafttheorie — wenigstens wenn es um seinen eigenen Geldbeutel geht. Bei anderen, etwa bei den Millionen Lohnempfängern, wird er die Sache wohl etwas anders ansehen.

Die Belange der Hebammen

In Lippe haben vor einiger Zeit die Rechtsparteien ein Volksbegehren zur Auflösung des Landtags durchgeführt. (Es ist gescheitert.) Dabei haben sie von den Hebammen mannhafte Unterstützung erfahren dürfen. Diese haben nämlich einen Aufruf veröffentlicht, in dem es u. a. hieß:

„Am kommenden Sonntag ist der Tag, wo sich das Geschick des lippischen Landes entscheiden soll. Das Volksbegehren fordert die Auflösung des jetzigen Landtages. Versäumen Sie bitte nicht, auch Ihre Stimme für die Auflösung abzugeben! Der jetzige Landtag hat nicht gehalten, was wir Hebammen von ihm erwartet haben ... Wer uns durch Schaffung und Unterhaltung der Gebäranstalten um unseren Verdienst bringt, der muß durch das Volksbegehren am kommenden Sonntag für immer erledigt werden! Es geht um Sein oder Nichtsein unseres Standes! Stimmen Sie daher für Auflösung des jetzigen Landtages!

Der Vorstand des Verbandes lippischer Hebammen.

I. A.: Frau Else Langenberg, Hillentrup."

Kleinigkeiten

Eingeständnis. Die alldeutsche „Deutsche Zeitung" berichtet von einem chilenischen Offizier, der bei der letzten Meuterei einen Zug von zwanzig Mann in Schach hielt, und dabei sieben Mann über den Haufen schoß. „Solche Offiziere", sagt das Blatt, „die die Lage übersehen und sich einsetzen, haben uns 1918 gefehlt." — Sie haben sich erst wieder hervorgewagt, als die Revolution längst verkorkst war.

Auch ein Ausschuß. Anläßlich des deutschnationalen Parteitags in Stettin hat sich der Druckfehlerteufel wieder einmal als der ahnungsvollste Engel erwiesen. Das deutschnationale stettiner Organ, das eine Sitzung des „Ausschusses für Heilberufe" (der Gruppe deutschnationaler Ärzte) ankündigen wollte, schrieb von einem Ausschuß für — Heilrufe!

Ein Hellseher. Bei einer Besichtigung in Thüringen erzählte neulich der große Adolf den Hitlerjungen aus seiner Jugendzeit. Er sei nie ein Freund des französischen Unterrichts gewesen. Das habe weniger an der französischen Sprache gelegen, als an der Art, wie sein Lehrer sie der Klasse vermittelt habe. Einmal habe der Lehrer zu ihm gesagt: „Sie werden niemals ein brauchbares Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden." — Er hat schon damals geahnt, daß sich Hitler der hohen Politik zuwenden werde.

Das alte Lied. Das Junkersflugzeug der an der amerikanischen Küste ins Meer gestürzten deutschen Ozeanflieger hat sich, so frohlockt die Presse, fabelhaft bewährt: es hat sich sechs Tage gehalten, großartige Leistung der heimischen Industrie. Davon, daß es ins Wasser fiel, ist nicht die Rede. — Die alten Kriegsberichterstatter leben noch.

Anzeigen — Anzeichen. Inserat im „Würzburger Generalanzeiger": „Solides Mädchen, welches in der Lage ist, einer besseren Familie als Darlehen 1000 bis 2000 Mk. zu gewähren, findet bei gutem Lohne, Behandlung und Kost erstklassige Dauerstellung. Angebote brieflich unter ..."

Fatale Anregung. Der französische Unterrichtsminister hat nebenbei den Ehrgeiz, den darniederliegenden französischen Weinbau zu fördern. Er hat neulich die Lehrer aufgefordert, den Schulkindern im Hinblick auf den wirtschaftlichen Nutzen fürs Vaterland den Genuß von Wein anzuraten. — Das kann einen fidelen Unterricht geben.

Das Streitobjekt. Großes Volksgemurmel im Lager der deutschen Christenheit: den Deutschen in Riga ist der dortige Dom weggenommen worden; die Besitzrechte sind im Verhältnis 3 : 8 unter Deutschen und Letten aufgeteilt worden. — Warum fragt man nicht den lieben Gott, ob er im rigaer Dom auf deutsch oder auf lettisch angebetet sein will? Menschenwille sollte ihm da nicht vorgreifen.

Das Defizit. Das „8 Uhr-Abend-Blatt" bringt folgende hübsche Anekdote: Dem Reichskanzler Brüning, der ein Gegner des Undezenten ist, fiel bei einer offiziellen Festlichkeit auf, daß die besonders magere Frau eines seiner Minister besonders tief dekolletiert war. Er drückte das folgendermaßen aus: „Sie tritt genau so vor mich hin wie ihr Mann: mit einem ungedeckten Defizit."

Die Auflage der S.-Z. ist gegenüber September etwas gestiegen. Die 200 verlorengegangenen Abonnenten sind allerdings noch nicht ganz ersetzt; vielleicht gelingt es im Oktober vollends. Allen, die Abonnenten geworben oder auf sonstige Weise für die Verbreitung der S.-Z. gesorgt haben, sei bestens gedankt.

Vorläufiger Dank

Erich Scheurmann schreibt der Redaktion der S.-Z., sein „schamloser" Artikel habe ihm eine solche Flut von Liebe gebracht, daß er ganz gerührt und beschämt sei (und für einige Zeit aller Not enthoben). Neben Paketen habe er etwa 500 Zuschriften bekommen, von denen er 300 beantworten sollte.

Es kann sich ja jeder selber ausrechnen, wieviel Zeit und Geld das kosten würde. Also Geduld!

In einer der nächsten Nummern wird wohl Scheurmann selber danken.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 31 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lin, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Jeder jeden Monat ein Buch

Für Oktober vier Bücher zur Auswahl:

Mussolini ohne Maske.
Von Alfred Kurella. Preis 3,50 Mark
Eine Reportage über das Leben der Arbeiter, Bauern, Pächter im fascistischen Italien

Die weisse Rose.
Roman von B. Traven. Preis 5 Mark
Schildert den Kampf zwischen einer amerikanischen Ölgesellschaft und einem mexikanischen Eingeborenen, auf dessen Besitz Ölquellen entdeckt wurden

Gebärzwang und kein Ende.
Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark
Der Kampf um die Kleinhaltung der Familie (Empfängnisverhütung)

Das kommunistische Manifest.
Von Karl Marx und Friedrich Engels. Preis 0,90 Mark

Vom Verlag der S.-Z. zu beziehen gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung)

Stuttgart, 11. Oktober 1931

12. Jahrgang, Nr. 41

Die Sonntags-Zeitung

Brünings Ende?

Das Krachen im Gebälke der heutigen Wirtschaftsordnung ist jetzt so stark, daß auch die größten Optimisten bedenklich werden. Die Wirkungen des Pfundsturzes lassen sich noch gar nicht abschätzen; vorerst kann man nur feststellen, daß in immer mehr Ländern die Währung ins Schaukeln gerät (z. B. in den nordischen Ländern) oder nur noch mit größten Anstrengungen gehalten werden kann (z. B. in Deutschland, wo die Mindestdeckungsgrenze von 30 Prozent kürzlich hart gestreift wurde). Die meisten Schuldnerländer (Deutschland, Österreich, Ungarn, Jugoslawien, die südamerikanischen Staaten) halten ihre Währung und ihre Wirtschaft nur noch dadurch aufrecht, daß sie eben — nicht zahlen. Ein „Stillehalten" der Gläubiger in diesem Ausmaß wäre noch bis vor einigen Monaten undenkbar gewesen; es wirft ja Begriffe wie Kredit, Sicherheit usw., auf denen das Funktionieren des Wirtschaftsapparates beruht, völlig über den Haufen.

Die Lenker der Wirtschaft und der Politik in allen Staaten scheinen nicht mehr aus und ein zu wissen; rat- und hilflos stehen Großindustrielle und Großbankdirektoren am Krankenbett des Kapitalismus und kommen resigniert zu der Diagnose: moribundus, hoffnungslos; finis letalis, nichts mehr zu machen.

Steht es wirklich so schlimm mit dem Patienten? Sehr schlimm, gewiß (vom Standpunkt der besorgten Ärzte aus). Aber die Gegner des Systems sollten sich trotzdem keine voreiligen Hoffnungen machen, der Kapitalismus werde bald (womöglich „von selber") zusammenbrechen. Nein, „von selber" bricht er nicht zusammen. Wenn er nicht gestürzt wird, dann hat er immer noch genug Möglichkeiten, sich Luft und eine Erholungspause zu schaffen.

In der heutigen Situation und speziell für den deutschen Kapitalismus heißen diese Möglichkeiten: nach außen: internationale Verhandlungen; nach innen: Verschärfung des Angriffs auf die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiter und (was notwendig damit zusammenhängt) Rechtsregierung.

*

Über die internationalen Verhandlungen kursieren die fantastischsten Gerüchte. Weltwährung, Anleihen, Revision des Versailler Vertrags, Verlängerung des Schuldenmoratoriums, Weltabrüstung — über diese und noch andere Themen soll in Washington verhandelt werden. Nächste Woche wird Laval nach Amerika reisen, später vielleicht auch ein deutscher Staatsmann. Man kann ja dann sehen, was von den Fantasien Wirklichkeit wird. Jedenfalls muß man feststellen, daß in verschiedenen Ländern die heutige Lage einige Ähnlichkeiten mit der im Juni/Juli aufweist und daß wohl nur ein Schritt Hoovers Erleichterung bringen kann.

Warten wir noch einige Tage ab, dann werden wir schon klarer sehen.

*

Im Innern wickelt sich, trotz allem scheinbaren Tohuwabohu, die Politik folgerichtig ab. Die Schwerindustrie will, um ihr Lohnabbauprogramm durchführen zu können, das Tarifrecht vernichten; dazu ist es nötig, den Gewerkschaften ihr bißchen Einfluß auf die Regierung vollends zu nehmen. Also Rechtsregierung oder parteipolitisch unabhängige (dafür von der Industrie umso abhängigere) Regierung!

Brüning macht noch einen letzten Rettungsversuch: er bildet sein Kabinett um. Aber auch das neugebildete Kabinett wird wohl am 13. Oktober, wenn der Reichstag zusammentritt, keine Mehrheit bekommen. Die „nationale Opposition", die heute in Harzburg tagt, wird den Sturz auch des neuen Kabinetts Brüning beschließen, und die Deutsche Volkspartei wird mit von der Partei sein.

Brüning hätte dann nur noch die Möglichkeit, zur offenen Diktatur überzugehen; aber dafür sind seine Reserven zu schwach und die Angriffe von rechts zu stark. H. List

Die Reichsregierung hat am 7. Oktober die „dritte Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" veröffentlicht.

Die englische Regierung hat für 28. Oktober Neuwahlen ausgeschrieben.

In Deutschland sind augenblicklich rund 120 000 Gerichtsvollzieher tätig; 400 000 Personen haben den Offenbarungseid geleistet.

Pfarrer Eckert

Pfarrer Eckert in Mannheim ist aus der SPD ausgeschlossen worden. Gründe: „Zellenbildung" und „Vertrauensbruch". Der Vertrauensbruch soll darin bestanden haben, daß Eckert, dem der Parteivorstand schon früher seiner oppositionellen Gesinnung wegen den Kümmel gerieben hat, versprochen habe, seine politische Haltung zu korrigieren, dieses Versprechen aber nicht erfüllt habe. Auf deutsch: Er hat, ungeachtet der erzieherischen Ermahnungen eines löblichen Vereinsvorstands, seine radikale, revolutionäre Gesinnung nicht aufgegeben. Besonders sein Entschluß, mit einer Delegation nach USSR zu fahren, hat ihn für die Maßregelung reif gemacht. Ein gesinnungstreuer Sozialdemokrat schaut sich, wie man weiß, Rußland nicht an, sondern bleibt, dem Parteibefehl gehorchend, brav daheim, damit er nicht in Versuchung geraten kann, das, was die Parteipresse ihm über die Zustände im bolschewistischen Inferno berichtet, anzuzweifeln oder gar zu kritisieren.

Eckert ist sich seit langem darüber klar gewesen, daß die Gründung einer neuen Partei ein Unding ist, und daß für ihn eine Beteiligung an einer solchen Neugründung nicht in Betracht kam. Er hatte die Absicht, das auch auf der berliner Konferenz der ausgeschlossenen Oppositionellen auszusprechen, ist aber gebeten worden, der Konferenz fernzubleiben. Man gestattete ihm nicht, seinen Vorschlag über das, was jetzt notwendig sei, vorzubringen; weil man wußte, er würde den Anschluß an die KPD empfehlen. Eckert selber hat die Konsequenz gezogen: er ist zu den Kommunisten gegangen.

Der Bund religiöser Sozialisten wird seinem Führer wohl nicht folgen. Das schließt freilich nicht aus, daß diejenigen Mitglieder oder Ortsgruppen, die seine Ansichten teilen und einsichtig genug sind, deren politische Konsequenzen zu erkennen, sich seinem Schritt anschließen.

Die Kirche, die bisher im Kampf gegen Eckert führend war, hat einstweilen noch nicht gesprochen.

Holzschnitt von Hans Gerner

Halt, Michel! Noch ein Pflaster!

Die neue Partei

Am Sonntag, den 4. Oktober, ist in Berlin der Gründungskongreß der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" abgehalten worden. Die Führer sind die aus der SPD ausgeschlossenen Abgeordneten Seydewitz und Rosenfeld. Sonst weiß man von der neugegründeten Partei noch ziemlich wenig: weder kann man auch nur annähernd sagen, wieviele Funktionäre und Mitglieder der SPD sich ihr anschließen werden, noch (was weit schlimmer ist) herrscht Klarheit über das Programm der neuen Partei. Ich greife nur einige Punkte heraus: Demokratie oder Diktatur? Darauf Seydewitz: Wenn es nötig wird, auch Diktatur. Stellung zu Rußland? Hier geht Seydewitz nur bis zu der (auch von bürgerlichen Liberalen anerkannten) Parole: Hände weg von Sowjetrußland! Zweite oder dritte Internationale? Darauf Seydewitz: Wir wollen einmal versuchen, uns dem linken Flügel der zweiten Internationale anzuschließen.

Mit solchen Unklarheiten geht es natürlich nicht. Für eine Arbeiterpartei mit einem so unentschiedenen Programm gibt es in der heutigen Situation keine Existenzmöglichkeit mehr.

Wer die Schädlichkeit des Reformismus erkannt hat, der muß sich organisatorisch von der SPD trennen. Das haben Seydewitz, Rosenfeld und noch vier andere Abgeordnete getan. Wenn sie sich aber nicht grundsätzlich gegen den Reformismus entscheiden und ein ganz eindeutiges Programm aufstellen — dann ist ihr Schritt nur ein halber.

Ein solches Programm würde sich von dem der Kommunisten so gut wie nicht unterscheiden. Warum sollen dann, so fragt man, die Leute um Seydewitz nicht einfach zur KPD gehen? Der Abgeordnete Oettinghaus hat diesen Schritt getan; aber wahrscheinlich werden ihm von der Seydewitz-Gruppe nur wenige folgen. Einerseits weil es ihnen noch an Entschiedenheit mangelt, andererseits aber auch, weil sie an der KPD mit Recht einiges zu kritisieren haben. Vor allem erweist sich in der heutigen Situation die Taktik der KPD in der Gewerkschaftsfrage als äußerst verhängnisvoll. Durch ihre RGO-Politik (d. h. durch die Politik, die auf die Schaffung eigener Gewerkschaften hinzielt) hat sie sich von den organisierten Arbeitern isoliert. Die RGO-Politik wird — ich plaudere damit kein Geheimnis aus — von vielen Funktionären der KPD für falsch gehalten und nur widerwillig mitgemacht. Der Abgeordnete Oettinghaus hat sogar behauptet, das Zentralkomitee habe ihm vor seinem Eintritt in die Partei versprochen, den RGO-Kurs zu „liquidieren". (Es ist freilich zweifelhaft, ob das Zentral-Komitee sein Versprechen auch halten wird.) Tatsache ist jedenfalls, daß zu einer Zeit, in der die Krise sich immer mehr verschärft, in der die harten Tatsachen alle reformistischen Illusionen in den Köpfen der Arbeiter zerstören, in der die reformistische SPD sich aufzulösen beginnt — daß in dieser Zeit die KPD nicht die nötige Anziehungskraft und gerade in den Betrieben, wo die entscheidenden Kämpfe geführt werden müssen, sehr wenig Einfluß besitzt.

Um nochmals deutlich zu sagen, was zu tun ist: die SAP müßte sich zu einem ganz eindeutigen Programm bekennen, und die KPD sollte jetzt endlich ihre falsche Gewerkschaftspolitik aufgeben. Dann könnte gerade jetzt in diesen Tagen, in denen die Kapitalisten zu einem neuen Schlag gegen die Arbeiterschaft ausholen und die Fascisten sich zur Übernahme der Macht bereit halten, die Grundlage geschaffen werden für breite Massenaktionen und dadurch für eine einheitliche rote auf dem Boden des Kommunismus stehende Kampffront.

* * *

Das „Berliner Tagblatt" schreibt in einem Bericht über die Vorgänge in Breslau, die zur Spaltung der S.P.D. und zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei geführt haben, u. a.:

„Die Fahne aus der Zeit des von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1873, die älteste Parteifahne der deutschen Sozialdemokratie, befindet sich in den Händen der Sezessionisten. Sie trägt die Aufschrift: „Einigkeit macht stark . . ."

Am Krankenbett

Von Erich Schairer

„Vermag unser Wirtschafts-System des Problems der Probleme, des Problems der Arbeitslosigkeit nicht Herr zu werden, dann hat seine Stunde geschlagen!"

Dieser pessimistische Satz steht in dem Buch eines deutschen Großindustriellen über die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung („Wirtschaftswende", von Robert Friedländer-Prechtl). Wie kommt der Mann zu dieser Überzeugung, die man in Unternehmerkreisen sonst nicht — nun: jedenfalls nicht laut zu äußern pflegt? Und: weiß er gar einen Weg, wie die Aufgabe zu lösen wäre?

Arbeitslosigkeit hat es schon immer gegeben, seit kapitalistisch gewirtschaftet wird. Aber bisher sind die durch sogenannte Überproduktion jeweils freigesetzten Arbeitskräfte nach einiger Zeit, nämlich wenn die vollen Warenlager geleert waren, vom Produktionsprozeß auch immer wieder irgendwo aufgesogen worden. Diesmal wird dies nicht der Fall sein, sagt Friedländer. Die heutige Arbeitslosigkeit unterscheidet sich von ihren Vorgängerinnen nicht bloß dem Grad, sondern dem Wesen nach; sie ist nicht „konjunkturell", sondern „strukturell" bedingt. Sie hängt mit dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung zusammen, dessen Druck auf den Arbeitsmarkt erst verschwinden wird, wenn die Menschen, die vor dem Kriege Kinder waren, nicht mehr arbeitsfähig sind.

Vor dem Krieg war Deutschland noch ein Land gewaltigen Geburtenüberschusses. Seine Bevölkerung ist z. B. in den Jahren 1903 bis 1913 um 8,5 Millionen gewachsen. In den zehn Jahren seit 1913 nur um 1,5 Millionen. Heute sind die kinderreichen Vorkriegs-Jahrgänge im Tätigkeits-Alter, die Jahrgänge der Unerwachsenen und Alten (der Untätigen) sind viel kleiner als früher. Außerdem sind infolge Verarmung durch Krieg und Inflation viele Hunderttausende früher Untätige (Rentner; Familienangehörige) zu Tätigen geworden, und auch die Verminderung des Heeres gegen früher liefert ein paar hunderttausend Arbeitende mehr. Gehörte vor dem Krieg mehr als die Hälfte der Bevölkerung zu den Untätigen, so ist es heute umgekehrt. Der Ausfall der Kriegsopfer, von dem man eine Verminderung der Tätigen nach dem Krieg erwarten mußte, spielt demgegenüber zahlenmäßig keine überragende Rolle. Es ergibt sich, daß heute in Deutschland fünf bis sechs Millionen mehr Berufstätige vorhanden sind als vor dem Krieg.

Gleichzeitig ist durch Verbesserung des maschinellen Produktionsapparats und der Arbeitstechnik der Wirkungsgrad der Arbeit stark gestiegen. Es ist also damit zu rechnen, daß die deutsche Arbeitsmarktlage auf viele Jahre hinaus nicht besser werden wird. Die Arbeitslosigkeit ist chronisch geworden. Die Krankheit ist unheilbar, wenn nicht eine ganz neue und radikale Methode der Behandlung gefunden wird. Mit den bisherigen Mitteln ist nicht zu helfen. Friedländer schreibt: „Wer ... erwartet, daß das Zentral-Problem der Heut-Wirtschaft sich von selbst, durch das in der Vorkriegs-Wirtschaft wirksame „freie Spiel der Kräfte" lösen werde — der ist mit einem beneidenswerten Gottvertrauen gesegnet ... Es muß mit schonungsloser Klarheit ausgesprochen werden: die Privatwirtschaft ist dieser Aufgabe nicht gewachsen! Ihre seitherigen Methoden waren zureichend, um Konjunktur-Änderungen zu bewältigen. Aber sie reichen nicht hin, um einer grundsätzlichen Struktur-Änderung der Gesamt-Wirtschaft und ihrer Auswirkungen ... Herr zu werden."

Was Friedländer nun vorschlägt, ist nicht etwa eine sozialistische Neuordnung der Gesamtwirtschaft. Das wird man von einem Großkapitalisten nicht erwarten dürfen. Aber es ist eine großzügige und originelle Idee, die er entwickelt: eine riesenhafte staatskapitalistische Unternehmung, ein auf sechs Jahre berechneter Feldzug, für den drei Millionen Arbeitskräfte mobilisiert werden sollen und dessen Kosten er insgesamt auf 84 Milliarden veranschlagt. Wie diese entstehen und wie sie aufgebracht werden können, kann in seinem Buch im Detail nachgelesen werden. Friedländer schreckt dazu vor einer Aufhebung der Goldwährung und einer vorübergehenden „Inflation" nicht zurück. (Währungspolitisch steht er so ziemlich auf dem Standpunkt der Gesell'schen Freigeldtheorie.)

Verwirklicht werden wird diese Utopie natürlich nicht. Der „Reichs-Führer", den Friedländer sich ausdenkt, ist nicht da; der Feldherr, der ihm den Krieg gegen die Arbeitslosigkeit gewänne, auch nicht. Und wären sie da, so würden sie wahrscheinlich beim ersten Einblick in die bürokratischen Kompetenzschwierigkeiten, die sich ihnen auftäten, Harakiri begehen.

Es könnte also, um auf die am Anfang zitierte Alternative zurückzukommen, schon sein, daß für unser jetziges Wirtschaftssystem die Stunde geschlagen hat.

„Es ist genau wie im Mythos von Ödipus und der Sfinx: löst er ihr Rätsel, so stürzt er sie in den Abgrund; wenn nicht, sie ihn."

Ende?

Während Dr. Brüning auf dem Sparkassentag wieder einmal die herzzerbrechend irrige These vorbrachte, daß die Krise eine „Reinigungskrise" sei, — also eine der üblichen, zyklischen Depressionen, die von selbst wieder zur Gesundheit führen, — zitiert das Unterhausmitglied Wilfred Wellock im „New Leader" vom 25. September eine sehr viel weniger geruhsame Stimme. Es ist eine Stelle aus einem Brief, den Montague Norman, Gouverneur der Bank von England, ganz kürzlich an seinen französischen Kollegen, M. Moret von der Bank von Frankreich, schrieb. Die Stelle lautet im Urtext: „Unless drastic measures are taken to save it, the capitalist system troughout the civilised world will be wrecked within a year. I should like this prediction to be filed for future reference."

Zu Deutsch: „Wenn nicht drastische Maßnahmen zu seiner Rettung ergriffen werden, wird das kapitalistische System über die ganze zivilisierte Welt hin binnen einem Jahre zerstört sein. Ich möchte, daß diese Voraussage zu den Akten genommen wird, damit in zukünftiger Zeit auf sie Bezug genommen werden kann."

Wie Mr. Wellock in die Lage gekommen ist, diese Sätze ver-

öffentlichen zu können, wissen wir nicht. Ob nur er sie kennt oder ob sie schon vorher in England publiziert worden sind, auch wie der übrige Teil des Schreibens lautet, war in der Schnelligkeit nicht festzustellen. Jedenfalls sind sie für Deutschland neu und man kommt nur dem Wunsch ihres Autors entgegen, wenn man sie auch hierzulande zu den Akten gibt, obwohl sie der offiziellen deutschen Theorie von der Reinigungskrise so verletzend widersprechen. („Tagebuch")

Der grosse Plan

Not macht erfinderisch. Die internationale Finanzkrise hat unsere verantwortlichen Kapitalisten auf den guten Gedanken gebracht, ihr durch ein internationales Mittel, nämlich eine einheitliche Welt-Währung, abzuhelfen. Die Regierungen befassen sich schon eine ganze Weile mit diesem Problem. Da die Krisis des Kapitalismus sich zurzeit im Geldwesen am deutlichsten erkennbar macht, wird die Sanierung dieser nicht mehr recht funktionierenden Funktion in Angriff genommen. Ob vom Gelde her das kapitalistische Wirtschaftssystem zu retten ist, ist eine andere Frage: die Ärzte des Kapitalismus glauben es — oder tun wenigstens so.

Der Plan ist folgender: Der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsverkehr) in Basel sollen eine Milliarde Dollars übergeben werden. In Gold. Ein Drittel soll Frankreich, zwei Drittel sollen die Vereinigten Staaten hergeben. Auf Grund dieses Stammkapitals sollen dann alle Länder Noten ausgeben, die auf eine internationale Währung lauten.

Diese internationalen Noten sollen auf die verschiedenen Länder nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden. Über ihn ist noch nichts bekannt. Er wird wahrscheinlich der Haken sein, an dem wir uns ein Loch in den Kittel reißen. Denn durch ihn werden bestimmte Länder von vornherein zu armen, andere zu reichen gestempelt werden. Denkbar wäre natürlich zum Beispiel, daß als Schlüssel das nach einem einheitlichen Maß berechnete Nationalvermögen der einzelnen Länder genommen würde. Denkbar wäre auch, daß man labilere, noch schwerer festzustellende Aktiven der Völker zu Grunde legen würde — etwa den Grad der Vollkommenheit und des Umfangs ihres Produktionsapparats, die maximale Leistungsfähigkeit ihrer Industrien oder anderes. Aber alle diese Beurteilungsgründe, das Nationalvermögen inbegriffen, würden Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten über die Bewertung der einzelnen nationalen Positiven geben. Es wird darum mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit so kommen, daß als Maßstab der Goldbesitz genommen wird. Das heißt: von den internationalen Scheinen werden die USA und Frankreich, die Goldgeber, den Löwenanteil bekommen, und die übrigen werden sich in den Rest teilen müssen, nach einem Schlüssel, der auf dem jeweiligen Goldbesitz an einem bestimmten Stichtag beruhen wird.

Mit ausschlaggebend werden da natürlich die politischen Machtverhältnisse sein. Die starken Staaten werden es fertig bringen, daß das für die Feststellung der Gold- und Devisenvorräte entscheidende Datum ein für sie günstiges ist. Es werden Wirtschaftskampagnen und -intrigen gestartet werden, mit dem Ziel, zum entscheidenden Termin im Besitz entscheidender Aktiven zu sein und die andern zu diesem Termin von Wertbesitz nach Möglichkeit zu entblößen. Summa summarum: der Plan wird nicht ohne turbulente Ereignisse in die Praxis umgesetzt werden, und es gibt bis zu seiner Verwirklichung sicher große Gewinn- und Verlustchancen für alle Spekulanten, seien sie Private oder Regierungen.

Daß mit der Einführung der Weltwährung dann allen ein gleicher Start gegeben ist, darf man wohl bezweifeln. Natürlich wird man, wenn erst wieder ein festes Geld da ist, wieder kalkulieren und auf lange Sicht disponieren können. Aber das Ziel wird das gleiche sein wie bisher auch: dem andern möglichst viel von den festen Moneten abzuknöpfen. Der Unterschied gegen die Zeiten, in denen noch alle nationalen Währungen fest standen, wird nur mit dem Mikroskop zu sehen sein. Im Grunde hat ja vor dem Weltkrieg auch so eine Art Weltwährung bestanden; denn wenn alle Valuten zueinander in bestimmtem festem Verhältnis standen, war's praktisch fast das gleiche, wie wenn sie auf den selben Namen gelautet hätten.

Das internationale Geld wird das Wesen des Kapitalismus nicht ändern; der Konkurrenzkampf wird fortdauern; die Weltwirtschaft wird nach wie vor ein Tohuwabohu von Duellen und Wirtschaftskriegen sein, sobald nur erst der neue Apparat funktioniert. Alles, was das neue Geld bringen kann, wird eine Atempause sein. Eine kürzere, wahrscheinlich, als die Väter des großen Plans hoffen. Franz Kury

Der letzte Reichsbankausweis

Der Devisenbestand der Reichsbank ist in der letzten Septemberwoche um rund 160 Millionen Reichsmark geringer geworden. Die Notendeckung ist von 40,1 auf 31,2 Prozent gefallen.

Was bedeutet das? Die deutsche Reichsbank hat im Laufe einer Woche ausländische Geldwerte in Höhe von 160 Millionen Reichsmark herausgegeben und dafür Wechsel auf Reichsmark oder andere deutsche Zahlungsmittel auf Reichsmark angenommen. Das wird besonders deutlich, wenn man einige Zeilen weiter liest, daß sich der Wechsel- und Scheckbestand der Reichsbank um ca. 550 Millionen erhöht hat.

Wer verfügt in Deutschland in der heutigen Zeit, unter dem Druck einer verschärften Devisenbewirtschaftung über die Machtmittel, um die Reichsbank zur Herausgabe so gewaltiger Werte innerhalb einer so kurzen Spanne Zeit zu zwingen?

Vielleicht der Staat. Aber seine Auslandsschulden sind durch den Hooverplan auf ein Jahr gestundet. Reparationen werden zurzeit keine gezahlt.

Vielleicht die Großbanken? Auch sie haben durch das Stillhaltebkommen ein halbes Jahr „Schonzeit", brauchen also zurzeit jedenfalls keine Devisen, um ihre ausländischen Kredite zurückzuzahlen.

So bleiben nur noch zwei große wirtschaftliche Machtgruppen: die Landwirtschaft und die Industrie. Die erstere schaltet wohl aus. Also die Industrie. Hatten die deutschen Konzerne Schulden in englischer Währung? Was konnte man verdienen, wenn man Millionen Pfundbeträge bei einem Valutastand von 16 gegen früher 20,4 abgedeckt hat? Daß man damit die deutsche Währung aufs Neue schwer erschüttert hat, wen kümmert das? Geschäft ist Geschäft — und die Notverordnungen gelten bekanntlich nur für das „Volk".

Ganz unbeteiligt scheint das Reich allerdings an dieser Aktion der Reichsbank und der „Wirtschaft" auch nicht zu sein. Wir registrieren mit einem gewissen Unbehagen, daß sich der Bestand der Reichsbank an Reichsschatzwechseln im Laufe der Berichtswoche von 9 Millionen auf 124 Millionen Reichsmark erhöht hat.

Was will das heißen? Das bedeutet, daß die Reichsfinanzverwaltung im Laufe einer Woche der Reichsbank Schatzwechsel (also auf Termin gestellte Zahlungsversprechen des deutschen Reiches) in Höhe von 115 Millionen Reichsmark ausgehändigt hat und dafür Reichsbanknoten im gleichen Werte erhalten hat. Die Diskontierung (der Ankauf) von Schatzwechseln des Staates jedoch durch die Zentralnotenbank eines Landes ist eine ausgesprochen inflatorische Erscheinung. Darüber sind sich sämtliche Finanzfachleute der Welt einig. Sollte gerade Herr Luther darüber im Zweifel sein, sollte er nicht wissen, was mehr wert ist: die 160 Millionen Devisen, die die Reichsbank ihren Freunden gegeben, oder die Schatzwechsel des Deutschen Reiches und die anderen Wechsel, die sie hereingenommen hat? Abel Croce

Zwischenrufe

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband feierte neulich den fünfzigsten Jahrestag seines Bestehens. Die prominenten Redner mühten sich, jene Atmosfäre des Vertrauens zu schaffen, die der kleine Mann braucht, damit er nicht ängstlich sein Geld im Strumpf versteckt. Zwecks nachhaltiger Wirkung wurde das Ganze auf den Rundfunk übertragen. Der beabsichtigte Effekt wurde aber leider durch unbequeme Zwischenrufe des kommunistischen Stadtverordneten Lange stark beeinträchtigt, so daß der Präsident in den ärgerlichen Ruf ausbrach: „Ich bitte um Ruhe! Was soll denn das Volk denken!"

Ehe das Volk an der Radiostrippe was denken konnte, vernahm es, wie der Zwischenrufer nach einigem Hin und Her unter dem Schlachtruf der Bankdirektoren „Raus mit dem Kerl!" hinausgeworfen wurde. Dann folgten wieder Reden von Severing, Dr. Luther u. a., die die Atmosfäre des Vertrauens zum Gegenstand hatten. Wie man hört, wußte das „Volk" nachher wirklich nicht, was es nun denken sollte.

Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen sind im August von 10 805,63 Millionen Mark auf 10 504,88 Millionen zurückgegangen. Die Abnahme in den Monaten Juni, Juli, August beträgt insgesamt 718,63 Millionen.

Der Zentrumsabgeordnete Professor Dessauer hat in einer Rede am 4. Oktober in Frankfurt a. M. gesagt, seit Beginn der Krise seien in Deutschland die Preise durchschnittlich um 9,8 Prozent gesunken, die Einkommen dagegen hätten sich um 26,8 Prozent vermindert.

Der Mohr kann gehen

Der Außenminister Curtius hat um seine Entlassung gebeten. Er hat sich offenbar dagegen gesträubt, den Prügelknaben zu machen; seitdem er in Genf den Verzicht auf die Zollunion ausgesprochen hatte, war er vereinsamt: seine Kollegen im Kabinett und seine eigene Partei forderten seinen Kopf. Man konnte ihm nicht verzeihen, daß er in Genf staatsmännisch gehandelt hatte: die Furcht vor dem Brüllen des nationalen Mobs verhinderte jedes Eintreten für ihn.

Ein Witz der Geschichte: der Mann, der während seiner ganzen Amtszeit keine entscheidende politische Handlung aus schöpferischer Initiative heraus vollbracht hatte, trat in Genf beim Verzicht auf die Zollunion zum erstenmal aktiv und selbständig auf; was er tat, war das einzig Mögliche und politisch Fruchtbare, und er tat es mit würdiger und angemessener Geste — und gerade wegen dieser richtigen und nützlichen Handlung wurde er ausgebootet. Die ewige Tragikomödie deutscher Politik: Schildbürgerstreiche werden belobt und belohnt, die fruchtbare Tat wird verfemt.

Curtius war als Außenminister keine hervorragende Erscheinung. Ihm fehlte die Beweglichkeit, die Wendigkeit, die Dickfelligkeit und der weite Horizont Stresemanns. Er hatte nicht die Bonhomie dieses bedeutenden Vorgängers, der in der internationalen Politik eine Rolle spielen konnte, weil er es verstanden hatte, seinen Partnern, vor allem Briand, menschlich nahe zu kommen. Curtius, von fast englischer Reserviertheit und von deutscher beamtenmäßiger Fantasielosigkeit, machte keine Politik, sondern führte die ihm obliegenden Geschäfte.

Aber er hat den Mut gehabt, zu tun, was notwendig war und was ihn mißliebig machen mußte. Er hat den Mut gehabt, ein aussichtsloses Unternehmen zu liquidieren. Wenn die Väter des Zollunions-Plans für dessen Scheitern hätten haften müssen, so wäre vielleicht Curtius unangefochten im Amt geblieben, und bestimmt hätte dann der Vizekanzler Dietrich über Bord gehen müssen. Es ist anders gekommen: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Curtius ist gegangen.

So komisch es anmutet: er ist ein Opfer der Nibelungentreue geworden. Schober hätte so oder so den Verzicht auf den Zollpakt aussprechen müssen; Österreichs Lage zwang ihn dazu. Er hatte an die Solidarität seines deutschen Kollegen appelliert, und nicht vergeblich. Curtius hat die Bitterkeit der Stunde mit ihm geteilt; in Genf hat Deutschland die Niederlage mitgetragen. Die anständige Geste hätte von rechtswegen gerade die Anschlußfreunde sympathisch berühren sollen: Österreich mußte nicht allein kapitulieren, auch in der schweren und peinlichen Stunde der erzwungenen Verzichterklärung standen die beiden deutschen Nationen Seite an Seite. So, sollte man meinen, hätten die deutschen Berufsnationalisten die Sache sehen sollen. Aber ihre Perspektive ist schief: was sie gesehen haben, ist wahrscheinlich ein Verzicht Deutschlands auf die Annektion Österreichs. Die ganze Anschlußidee ist ja bei ihnen nicht so sehr die Vorstellung der Vereinigung zweier Brudervölker als der Wunsch der Ausdehnung der deutschen Herrschaft auf das österreichische Volk — eine höchst imperialistische Sache. Und gerade diese imperialistische Auffassung ist den Franzosen sehr bekannt; gerade sie hält sie davon zurück, einem Anschluß zuzustimmen.

Der Verzicht des Ministers Curtius auf die Zollunion war die positivste seiner politischen Handlungen. Er hat die Isolierung, in die sich die deutsche Politik hineinmanövriert hatte, durchbrochen. Mit Curtius scheidet zwar kein bedeutender Politiker aus dem Kabinett aus, aber ein Gentleman, der ohne Anspruch und Pose gearbeitet hat, wie es seinem Ermessen nach das Beste war. Er scheidet auf eine Weise aus, die ihn ehrt. Max Barth

Druckfehler

Der „N.S.-Kurier" (Stuttgart) vom 2. Oktober belehrt einen, daß die Banken mit Hilfe der Depot-Aktien Einfluß auf die Gesellschaften gewinnen, vielfach ohne daß sie mit dem geringsten Betrag am Gesellschaftskapital beteiligt sind.

In der Morgen-Ausgabe des „Stadt-Anzeigers für Köln und Umgebung" vom 28. September steht im Bericht über eine Rede Lavals: „.... daß sein Berliner Aufenthalt die Annäherung zwischen dem deutschen und französischen Volk fördern und daß die Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern furchtbar sein würden ..."

Der „Magdeburger General-Anzeiger" schreibt über den Besuch der französischen Minister in Berlin: „Nach Ankunft der Delegation im Hotel Adlon wird ein verstärkter Streifendienst der Schußpolizei eingesetzt werden."

Kampf gegen die Religion

Von Hans Krauß

Bürgertum und Religion

Der Kampf des revolutionären Bürgertums gegen die absolute Macht der Monarchie und die Klassenprivilegien des Adels findet in der französischen Revolution seinen markantesten Ausdruck. Er richtet sich in dieser Situation auch gegen die Feudalmacht der Kirche und endet mit den radikalsten Maßnahmen ihr gegenüber: alle Abgaben an die Kirchen fallen fort; alles Kirchengut wird nationalisiert; die Geistlichen sind den bürgerlichen Gesetzen unterworfen und haben ihre Kulthandlungen allein nach den Bestimmungen des bürgerlichen Staates zu vollziehen.

Als freiheitliches Prinzip gegenüber der alten Ordnung vertritt das im Liberalismus zusammengeschlossene Bürgertum den Standpunkt der Glaubens- und Gewissensfreiheit, mit dem sowohl die Dogmen der Kirche, wie die Autorität der Bibel in unvereinbarem Gegensatz standen. Diese Tatsache führt dann hinüber zu der Weggemeinschaft mit den naturwissenschaftlichen Materialisten Moleschott, Vogt, Büchner, Häckel und zur Zersetzung der religiösen Vorstellungswelt: anstelle der These von der Schöpfung tritt die Lehre von der Erhaltung der Materie und Energie, anstelle der Wunder das Kausalgesetz. Feuerbach nennt die Meinung, daß Religion für das politische Leben gleichgültig sei, oberflächlich und zerstört sie gründlich. Ihm gesellt sich Bruno Bauer zu, und in der Frankfurter Nationalversammlung benutzt Professor Vogt die scharfen Waffen jener in seinen Reden gegen die Kirche und zieht als letzte Folgerungen: „Ich bin für die Trennung der Kirche vom Staat, allein nur unter der Bedingung, daß überhaupt das, was Kirche genannt wird, vernichtet werde ..., daß es spurlos verschwinde und sich dahin zurückziehe, wo es seine Heimat hat, in den Himmel, in den Himmel, von dem wir erfahren werden nach unserem Tode ..." Für ihn bedeuten Kirche und Religion einen „Hemmschuh der Zivilisation", eine „Zwangsanstalt der freien Entwicklung". Johann Jakoby fügt weiter hinzu: „Sicherlich ist die Zeit nicht mehr fern, da die richtige (durch Erfahrung und Urteil berechtigte) Weltansicht zu einem Gemeingut aller geworden, die religiöse Selbsttäuschung dagegen, der Gottesglaube und die Gottesgelehrtheit nur noch eine historische Antiquität und — gleich der Alchemie und Astrologie — dem Bereiche der Geschichtsforschung anheimfallen wird."

Solche Konsequenzen bleiben aber nur solange politischer Besitzstand des Bürgertums, als es um die Macht und deren Sicherung besorgt sein muß. Als stabilisierte herrschende Klasse wirft es, wie vieles andere, auch diese „Jugendsünde" beiseite und macht seinen Frieden mit dem alten Gegner. Nicht nur, daß es seine alten Kampflosungen: Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche preisgibt, sondern daß es selbst zu einer gläubigen Klasse wird.

Im Geschehen dieser rückläufigen Entwicklung sind unschwer folgende Stufen festzustellen: Die Großväter der Bourgeoisie sind Atheisten und wütende Kirchen- und Religionsfeinde; die Väter noch Freidenker und voll Spott über jeden, der an die religiösen Dichtungen glaubt, aber doch der Meinung, daß „dem Volke die Religion erhalten werden muß"; und die Kinder legen sich selbst wieder die religiösen Scheuklappen an und suchen in ihrem vom Ansturm der Arbeiterklasse bedrohten Schicksal Trost in der Religion, wie das so mancher tut, der seine Todesstunde herannahen fühlt.

Aus dieser gesellschaftlichen Ursache ist die heutige Haltung des einst liberalen Bürgertums in Konkordats- und Schulfragen nur zu verständlich.

Marxismus und Religion

Der konsequente Marxismus hält die Religion für eine der mächtigsten und gefährlichsten Waffen in den Händen der herrschenden Klasse. Die Unwissenheit des Volkes und sein kindlicher Glaube an das Unerklärbare und Wunderbare, die in den religiösen Vorstellungen zum Ausdruck kommen, erweisen sich als vorzügliche Stützen ihrer auf Ausbeutung beruhenden Herrschaft.

Die kapitalistische Produktionsweise enthält alle Voraussetzungen, die das Denken der Menschen zum Glauben an Gott und übernatürliche Kräfte hinlenken und die Bestrebungen unterstützen, durch metafysische Erklärungen die ihnen unerklärbar erscheinenden Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens zu enträtseln. Sowohl die Gütererzeugung wie die Güterverteilung vollziehen sich in der bürgerlichen Gesellschaft anarchisch, ohne Plan und ohne Regel, und sie haben als besondere Geißel für die werktätigen Massen plötzliche Preisschwankungen, Krisen, Konkurse, Arbeitslosigkeit im Gefolge, deren wirkliche Ursachen dem unaufgeklärten Beobachter und Beteiligten verborgen bleiben, ihn aber mächtig erschüttern, mit Angst und Existenzunsicherheit erfüllen.

In einer sozialistischen Gesellschaft fallen diese Willkürlichkeiten der Produktion, des Marktes und der Konsumtion weg, alles vollzieht sich hier nach einem für alle durchsichtigen und unter ihrer Mitbeteiligung aufgestellten Plan. Nach ihm wird nicht nur die Höhe der Gütermenge, sondern auch das Maß der Arbeit bestimmt. Alles Geheimnisvolle, Plötzliche, Unerwartete fällt ebenso weg wie Krisen und Arbeitslosigkeit; dagegen ist die Sicherheit der Existenz gewährleistet. Damit sind auch alle für übernatürliche Erklärungen und Aberglauben prädestinierenden Voraussetzungen gefallen. Der Sozialismus macht nicht nur die Kirche entbehrlich, sondern hebt auch die Suggestionskraft der religiösen Ideologie auf.

Aber dieses Ziel setzt der Marxismus nicht an den Anfang seiner Propaganda; darum macht er auch den Atheismus nicht zur Vorbedingung des Eintritts in eine seiner Organisationen. Nichtsdestoweniger aber führt er dort seine antireligiöse Aufklärung durch, auch den Kampf gegen die Organisationen der religiösen Ideologien, die Kirchen. Das letzte besonders dadurch, daß er sich entschieden gegen die materielle wie ideelle Unterstützung dieser Organisationen durch den Staat wendet. So energisch er diesen Kampf führt, so behutsam und vorsichtig geht er aber vor, wenn es sich um die Erschütterung der eingefleischten religiösen Vorurteile bei den Massen handelt, da sie tief im Leben derselben verwurzelt sind und zu ihrer Überwindung nicht nur größter Geduld und Ausdauer, sondern auch sorgfältigsten Taktes bedürfen. Jede Verletzung religiöser Gefühle bei den breiten Bevölkerungsschichten oder gar Verhöhnung und Gewaltanwendung, haben erfahrungsgemäß das Gegenteil des Erstrebten zur Folge, schaffen unerwünschte Märtyrer und verzögern die Aufklärung.

Das neue Rußland hat sich bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche diese Grundsätze zu eigen gemacht: es kennt keine Religions- und Ketzerverfolgungen, sondern gräbt durch seine sozialen Institutionen der Religion die sozialen Wurzeln ab. Sein antireligiöser Kampf ist in erster Linie auf die soziale Befreiung der Arbeiter und Bauern gerichtet. Jede Maßnahme staatlicher Fürsorge, jede Erweiterung des Schulnetzes, jedes Wegstück im Kampf gegen das Analfabetentum, jeder kulturelle

Freimaurer

Die deutsche Großloge zur Freundschaft hat vor einiger Zeit ein Rundschreiben erlassen, das den schönen Titel „Die maurerische Tat" trägt und folgende „Grundsätze" aufstellt (Text gekürzt):

„Ich verpflichte mich, gemäß den Erläuterungen:

1. Kein Kapital im Auslande anzulegen und das etwa dort befindliche Kapital innerhalb zwei Jahren zurückzuziehen.

2. Als Verbraucher keine ausländischen Fertigwaren und keine ausländischen Genußmittel zu kaufen ...

3. Den Verbrauch von Weizenmehl und Weizengebäck auf die Hälfte des Verbrauches an Roggenmehl und Roggengebäck zu beschränken.

4. Im Auslande nicht öfter als jedes dritte Jahr Erholung zu suchen ...

5. Eine rein deutsche Sprache zu pflegen und für sie einzutreten.

6. Dem Verein für das Deutschtum im Auslande oder dem Deutschen Ostbund oder dem Kolonialverein als zahlendes Mitglied anzugehören.

7. Ein Ehrenamt bei der Kirche, bei der Gemeinde oder bei einem sozialen, ethischen oder wohltätigen Verein oder einer Jugendorganisation zu übernehmen.

8. ... Nur Parteien anzugehören, die nach ihren Programmen gegen die Kriegsschuldlüge und das Versailler Diktat kämpfen und die das Recht der Wehrhaftigkeit Deutschlands verlangen, solange die Völker die feierliche Zusicherung der Abrüstung nicht erfüllt haben.

9. Mich tätig für Religion und Kirche gegen die Gottlosenbewegung einzusetzen.

10. Für nationale Zwecke, die die Billigung des Bundes gefunden haben, mindestens 1 Prozent des freien Einkommens zu zahlen."

Diese Grundsätze entsprechen durchaus der Mentalität der großen deutschen Logen; unsere Freimaurer (abgesehen von der Loge zur aufgehenden Sonne) halten streng darauf, ihre romantischen Biederhirne vor jedem Luftzug jenes freien Geistes verschlossen zu halten, der in einer aufgeklärteren Zeit Deutschlands großen Geistern erst das Leben lebenswert gemacht hat. Was Goethe und Lessing Lebensbedingung war, ist für ihre mulmigen Brüder Nachfolger Gift. Die Grundsätze, die sie in ihrem Rundschreiben verzapfen, sind so zeitgemäß, daß man glauben könnte, Papa Hitler hätte sie ihnen in die Schreibmaschine diktiert. Und trotzdem ...

Und trotzdem, o bittres Los, sind die Nazis hinter den ach, so treudeutschen Bbrn. her. Diese Unverständigen machen keinen Unterschied zwischen der teuflischen Loge zur aufgehenden Sonne und den doch so zuverlässig reaktionären althergebrachten und eingefleischt nationalistischen Logen wie der zur Freundschaft: ihnen ist ein Freimaurer so schlecht wie der andere. Und darum gehen sie allen auf die Eisen, wie ein geheimes, aber nicht geheim gebliebenes Rundschreiben beweist, durch das Angaben „über die Beteiligung der Freimaurerlogen am politischen Leben" verlangt werden. Es ist recht interessant, welche Feststellungen zur Aufklärung dieser Betätigung verlangt werden: „Welche Freimaurerlogen sind an Ihrem Ort? Genaue Angaben (Straße, Hausnummer, Telefonnummer) der einzelnen Logenhäuser? Wann finden die regelmäßigen Logenabende statt? Wer sind die Führer der einzelnen Logen? Bemühen Sie sich, ein Mitgliederverzeichnis der Logen auf irgendeinem Wege zu bekommen. Senden Sie fotografische Aufnahmen der Logenhäuser, sowie fotografische Aufnahmen möglichst sämtlicher Mitglieder der Logen, wenn diese das Logenhaus betreten."

Daß es sich bei diesen Fragen und Anweisungen nicht um die Feststellung „politischer Betätigung" handelt, kann ein Blinder mit dem Stock fühlen. Das Rundschreiben macht merkwürdigerweise ganz den Eindruck, als wollte man nur das Material sammeln für den Tag der Abrechnung: was da eruiert werden soll — die Namen und Gesichter der Freimaurerbrüder, die Lage der Logenhäuser, die Tage, an denen die Logenabende stattfinden — kann bei der Aufklärung der politischen Tätigkeit zwar nichts nützen, bei künftigen Straf- und Racheaktionen, bei Freimaurerpogromen dagegen von unschätzbarem Werte sein.

Und dafür, liebe Brüder, seid ihr so nett reaktionär? Ix

Rollmaterial

Unsere Justiz wehrt sich immer wieder gegen den Vorwurf, sie sei eine Klassenjustiz. Sie tut aber leider fast nichts, was neues Vertrauen in sie wecken könnte. Im Gegenteil. Sie leistet sich immer wieder völlig unverständliche Entscheidungen. So jetzt wieder in einer Angelegenheit, die Professor Gumbel betrifft. In den „Schleswig-holsteinischen Hochschulblättern" war ein Artikel erschienen, in dem mit Bezug auf Professor Gumbel erklärt wurde: „Da gibt es überhaupt nichts zu diskutieren — im Dritten Reich wird sein Kopf in den Sand rollen." Wegen dieser eindeutigen Bedrohung hat Gumbel in Verbindung mit der Republikanischen Beschwerdestelle Berlin Strafantrag beim Oberstaatsanwalt in Kiel gestellt. Das Schöffengericht Kiel hat die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, da in der betreffenden Wendung eine Bedrohung nicht zu erblicken sei. Die Beschwerde des kieler Oberstaatsanwalts gegen diesen Beschluß ist von der Ferienstrafkammer I in Kiel aus den gleichen Gründen zurückgewiesen worden.

Man ist in Deutschland also schon so weit, daß mißliebige Persönlichkeiten von links öffentlich als solche namhaft gemacht werden dürfen, die bei der Etablierung des Dritten Reichs um die Ecke gebracht werden sollen.

In Gießen hat ein Gerichtsreferendar in einer öffentlichen Versammlung Professor Gumbel als ein „Schwein" bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft hat ein Einschreiten abgelehnt, da „der Beschuldigte seine Äußerung im guten Glauben und nicht leichtfertig" getan habe.

Blutopfer?

Da hie und da behauptet wird, die Offiziere, vor allem die höheren, hätten nicht gerade großen Anteil an dem Blutopfer des Weltkrieges, brachte der „Fridericus" neulich die Zahlen der in der Zeit vom 2. August 1914 bis 10. Januar 1919 bei mobilen und immobilen Formationen des deutschen Heeres eingetretenen Todesfälle. Neben 1 655 450 Mannschaften und Unteroffizieren findet man da an höheren Offizieren: 269 Oberstleutnants, 161 Oberste, 91 Generalmajore, 52 Generalleutnants, 19 Generale der Inf. usw., 3 Generaloberste und 2 Generalfeldmarschälle.

Das Blatt glaubt, daß angesichts dieser Zahlen der um die Würde des deutschen Volkes Bedachte zu dem Eingeständnis kommen müsse, „daß alle Kreise des deutschen Volkes ihren Anteil an dem Blutopfer des Krieges getragen haben".

Alle Zweifel sind aber trotzdem nicht behoben. Die Zahlen sind einem Werk entnommen, das den recht vorsichtigen Titel „Vom Sterben des deutschen Offizier-Corps" trägt. Sollte es sich vielleicht doch nicht um lauter Blutopfer handeln? Wo mögen zum Beispiel die zwei Generalfeldmarschälle gefallen sein?

Immer wieder: Gas

Das Luftschiff „Los Angeles" hat am 1. Oktober ein kleines Experiment ausgeführt: es entwickelte, als es über New York kreuzte, einen Rauchschleier, der im Ernstfall als Schutz gegen Fliegerangriffe dienen sollte. Der Rauch verdichtete sich zu einem Nebel, sank auf die Stadt und das staunende Publikum herab, brannte Löcher in die Kleider und beschädigte auch die unbedeckten Körperteile: Gesicht und Hände.

Die Sachverständigen, die nach einem Unglück meistens prompt auf der Bildfläche erscheinen, sind der Ansicht, das in dem Rauch enthaltene Tetrachlorit habe sich mit der Feuchtigkeit der Luft zu einer Säure verbunden, die die verderbliche Wirkung hervorbrachte.

Wir können beruhigt sein: wenigstens ein Sachverständiger wird den Ernstfall schon überleben und dann feststellen, woran und wieso und warum und wodurch wir krepiert sind.

Um den Strafvollzug

In Brandenburg ist ein Strafgefangener wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechens zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Mann war 1927 wegen eines ähnlichen Delikts zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach vier Jahren wurden ihm, weil er sich tadellos geführt hatte, verschiedene Vergünstigungen gewährt. Er durfte auf einem außerhalb des Zuchthauses gelegenen Arbeitsplatz arbeiten. Bei dieser Gelegenheit hat er wieder ein schweres Sittlichkeitsverbrechen begangen.

Das Gericht konnte nicht umhin, in seinem Urteil zu betonen, daß an dem Manne der humane Strafvollzug völlig versagt habe. Wenn man kein Gegner des modernen Strafvollzugs ist, muß man aus dem Vorkommnis andere Schlüsse ziehen. Der humane Strafvollzug hat hier nicht versagt, sondern er ist falsch angewandt worden. Man hat in dem Gefangenen im alten Geist einen Entgleisten und nicht einen mit einem abnormen Trieb Belasteten gesehen. Auf gute Führung reagierte man deshalb mechanisch mit Vergünstigungen. Der Mann hätte aber von anfang an unter die Hände des Arztes gehört und nicht in die Zuchthauszelle. Weil wir noch nicht so weit sind, mußte an seinem grausigen Beispiel wieder einmal demonstriert werden, daß mit dem modernen Strafvollzug erst ein ganz bescheidener Anfang gemacht ist. K. B.

Wenn's die Soldaten . . .

Am Sonnabendvormittag marschierten wieder einmal Soldaten durch Leipzigs Straßen. Das III. Bataillon des 11. (Sächs.) Infanterie-Regiments kehrte vom Truppenübungsplatz Königsbrück nach seinem Standort zurück ... Da hatte es für viele kein Zögern mehr gegeben, zu Fuß, zu Rad und im Kraftfahrzeug war man den einrückenden Truppen entgegengeeilt, in den Straßen aber, am Johannisplatz, in der Dresdner, der Wurzener, der Riesaer Straße standen dicke Menschenmauern, die Fenster waren geöffnet, erwartungsfrohe Menschen schauten aus den Wohnungen und konnten es nicht erwarten, daß die Soldaten kämen. Es war die alte frohe Begeisterung, die noch immer die Deutschen packt, wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren ...

Da kamen sie auch. Einige harmlose Panzerwagen-Attrappen machten mit viel Lärm den Anfang, dann folgten lange Reihen von Schlachtenbummlern, meist zu Rad, und schließlich hörte man den Spielmannszug, das Musikkorps schloß sich an, hoch zu Roß sah man dann den Stab, an seiner Spitze den Regimentskommandeur Oberst Neumann-Neurode. Ein Nachrichtenzug folgte, Soldaten, die treuen Meldehunde fest am Riemen, wurden besonders bewundert, schneidig rückten die Gespanne der Minenwerfer ein, dann sah man wieder Marschkolonnen, Kraftfahr-Abteilungen, Züge der Bagage und die Kompagnien der Infanterie.

Herzlich wurden sie alle empfangen, Blumen warfen die Anwohner aus den Fenstern, junge Mädchen drückten ganze Sträuße herbstlicher Astern den Leuten im feldgrauen Rock in die Hand, alte Männer und junge Burschen hatten Tritt gefaßt und marschierten tapfer mit, wieder andere verteilten Zigaretten und manchen Leckerbissen. Auch die braven Pferde kamen nicht zu kurz. Manches Roß glaubte zwar, die schönen Blumen seien zum Verzehren bestimmt und kaute sie höchst vergnügt hinter, aber freudige Spender hielten Zucker bereit und fanden dankbare Abnehmer.

Mustergültig war die Marschdisziplin der Truppen. Freilich, es gab mancherlei Verkehrsstockungen, allein für sie trug das militärbegeisterte Publikum die Verantwortung, das sich in die Marschierenden drängte und ihnen den Weg kaum freigeben wollte. Selbst in den Stadtteilen, deren Bevölkerung ansonsten als nicht sonderlich militärbegeistert angesprochen werden kann, rissen die durchmarschierenden Truppen die Stimmung mit und man hörte es oft bedauernd aussprechen, daß man ja jetzt so selten Soldaten zu Gesicht bekomme. So wurde der Marsch quer durch die Stadt bis hinaus zu den Kasernen zu einem schönen Empfang für die heimkehrenden Soldaten. Leipziger Neueste Nachrichten, 6. 9. 31.

Pädagogik

„Wem von uns Deutschen ginge beim Gedenken an unser altes, stolzes Heer nicht das Herz auf! Welchen Stolz hatte doch die Mutter, wenn der Junge heranwuchs und er fort mußte zum Militär. Voll Sorge war sie, weil sie sich trennen mußten und doch voll stolzer Freude. Die Mütter wußten: jetzt wird er zum Mann, lernt Ordnung und Pünktlichkeit. — Und nun erst die Mädchen! Zweierlei Tuch hat noch nie seine Anziehungskraft verloren. Alle die frischen Bengels, flott und forsch, rank und schlank waren sie; Ruck und Muck war in den Kerls; ja, das waren Burschen! ... Mit heißer Liebe zum alten Heer wurde dies Buch zusammengestellt. Für euch, ihr alten Knochen, die ihr vor und während des Krieges gedient habt, wurde das Buch geschrieben. Lest es! Freudentränen werden in euren Augen perlen, und in der Erinnerung an die schöne alte Dienstzeit werden eure Herzen aufjauchzen ... Und nun, deutsche Jugend! Du kennst ihn ja leider nicht, diesen „Kommiß"! Damit du ihn aber kennenlernen sollst, ist auch für dich dieses Buch geschrieben ... Denn das wollten wir: den inneren Geist des alten Heeres festhalten für die kommenden Geschlechter, ihnen berichten von der Liebe zum bunten Rock, von der herrlichen Kameradschaft, vom Frohsinn beim Kommiß, vom Lachen des Soldaten, von seinem Stolz auf Wehr und Waffe; ihnen beweisen, daß das alte Heer eine Volksschule war."

Aus einem Prospekt des Pädagogischen Verlags A. W. Zickfeld

Das Staatsverbrechen

König Alexander von Jugoslavien scheint bei seinen Untertanen nicht sehr beliebt zu sein, obwohl er kürzlich seiner Diktatur einen demokratischen Anstrich gegeben hat; das zeigt folgender Erlaß des Banus von Zagreb: „In der letzten Zeit kommt es immer öfters vor, daß auf den Geldmünzen das Bild des Königs verunstaltet wird. Wir machen darauf aufmerksam, daß jedermann, der das tut oder solche Geldstücke besitzt, wegen versuchten Attentats auf den König mit Kerker bis zu 20 Jahren bestraft wird."

Fortschritt wirkt sich als ein Stück antireligiöser Propaganda aus.

Bei peinlichster Toleranz des Staates gegenüber den Gläubigen wird so der entschiedenste Kampf gegen die Religion geführt und so ein konkretes Beispiel dafür gegeben, wie Religion vom Staate aus durchaus Privatsache sein muß, für die marxistische Organisation aber ein ständiges Kampfobjekt zur Aufklärung und Erziehung der Massen.

Vom Religionsunterricht abgemeldet sind in Leipzig 27,8, in Dresden 14,3, in Chemnitz 11,3 Prozent der Schulkinder; in ganz Sachsen sind es etwas unter 10 Prozent. — In Leipzig haben 60, in den anderen sächsischen Städten rund 20 Prozent der Lehrer den Religionsunterricht niedergelegt.

Rheinische Dichter

Jedes Jahr im Herbst versammelt sich der Bund rheinischer Dichter um einen anderen Stammtisch; er „tagt" reihum in am Rhein oder in der Nähe des Rheins liegenden Städten. Vor ein paar Tagen waren die Herren in Freiburg i. Br. beieinander; dabei sollen sie sich lange angeregt über das Thema „Landschaft und Dichtung" unterhalten haben. Da sie sehr darauf aus sind, daß auch die Öffentlichkeit von ihrem völlig unwichtigen Treiben Notiz nimmt, haben sich am Sonntag Abend ein paar von ihnen vor das Mikrofon gestellt. Was sie dabei, es waren ihrer fünf, von sich gegeben haben, das ist so typisch für diese Sorte von Dichtern und Dichtung, daß es sich wohl lohnte, zuzuhören. Umso mehr, als sich dabei Prominente produzierten wie R. H. Binding (Verfasser z. B. von „Reitvorschrift für eine Geliebte") und Casimir Edschmid (der „bestangezogene deutsche Dichter", wie er sich voller Stolz nennen läßt).

Edschmid z. B. sprach über den Feldberg, „nach dem viele sich sehnen, wie nach einer fernen Geliebten". Zu diesen „vielen" gehören laut Edschmid vor allem „Führer der Politik und der Wirtschaft". Das wird schon stimmen; denn um sich zu sehnen, muß man weit weg sein von „Deutschlands schönstem Skiterrain"; Arbeiter z. B. können sich weite Reisen dorthin sicher nicht leisten. Aber so etwas geht ja diese Herren Dichter nichts an; sie schwärmen mit Binding von einem „Rheinrausch", um dessentwillen sie sich allesamt immer von neuem wieder in unkontrollierbare Gefühle hineinsteigern. In der vorschriftsmäßigen Ekstase angekommen, rufen sie dann mit zitternder Stimme: „Wir sind Gefangene in seinem Anblick."

Einer von den fünfen, H. E. Busse, sagte etwas über den Bauern; bei diesem Thema nicht von der Not der Bauern zu sprechen, ist heute bestimmt recht schwer. Herr Busse hat das spielend fertig gebracht; er blieb beim „frommen Banne Gottes", meinte: „Die Landschaft predigt, sie spricht nicht", und ging dann sehr unzeitgemäß zu der Behauptung über: „Da dampfen die Schmalzpfannen", soweit sie nämlich noch nicht vom Gerichtsvollzieher gepfändet sind. Diese erläuternde Bemerkung wurde aber leider vergessen.

Bei diesem Zusammenkommen von Landschaft, Dichtung und Dichtern scheint man sich prinzipell und mit Erfolg bemüht zu haben, zu vergessen. Dafür erzählte man sich und andern etwa von „sirenensüßen Hügeln am Horizont" und von „Göttern mit Herzen aus Kristall". Solche Ausdrücke lassen sich ja leicht scheffelweise zusammenfinden, wenn man auf dem Standpunkt steht: „Alles ist Inwendigkeit."

Mit dieser Weltabgewandtheit und Wortklingelei hat man die bisherige Entwicklung dieses Bundes rheinischer Dichter konsequent weitergeführt. Voriges Jahr trafen sich die Herren z. B. in Duisburg; sie waren laut Programm hingekommen, um „Kontakt zu schaffen mit dem schaffenden Volk". Und dieser Kontakt sah so aus: In internen Besprechungen stellten Hatzfeld und Binding den Antrag, der Bund müsse es sich zur Aufgabe machen, den Welfenschatz dem deutschen Volke erhalten zu helfen. Das war sogar dem braven und ach so unrevolutionären Heinrich Lersch zu viel, und er sah sich veranlaßt, diesen Antrag zu bekämpfen. Immerhin wurde über dieses „aktuelle" und für das „schaffende Volk" so belangvolle Thema gute zehn Stunden stürmisch debattiert. Daraufhin markierte man Versöhnung und hörte sich die patriotische Reden ausgerechnet des Oberbürgermeisters Jarres an. Vom „schaffenden Volke" aber war außer Vertretern seiner Ausbeuter niemand zu sehen.

Es ward daher wohlgetan, daß man sich dieses Jahr zum neuen Wein nach Freiburg zurückgezogen hat; dort konnte man voll und ganz der sogenannten Kunst leben, wie diese Herren sie auffassen. Für sie hat das Wort keine Bedeutung, daß sich die wahre Bedeutung eines Künstlers in unserer Zeit nur nach dem Grade seiner sozialen Erkenntnis messen läßt. Vom Rhein sagte Binding: „Was kümmern ihn Wiesen mit schlanken Störchen?" Auch Dichter mit hohlen und wirklichkeitsfernen Frasen werden bestimmt den Rhein nicht kümmern. Und uns sind sie nichts als typische Repräsentanten einer vergangenen Zeit und eines sterbenden Systems.

E. Ernst

In dem Bericht der „Frankfurter Zeitung" (Nr. 745/46) über die Tagung der rheinischen Dichter heißt der Schlußsatz: „Ein kleines freiburger Kind aber, ein Schulmädel, das in diesen Tagen an seines Vaters Tisch über die „Tagung Rheinischer Dichter" reden hörte, fragte bedutsam in einem kindlichen Zweifel: „Sind das lebende?"

Naturwissenschaft mit Hindernissen

Im „Deutschen Volksblatt" liest man einen sogenannten wissenschaftlichen Artikel über die Frage einer neuen Eiszeit und über die Verlagerung der Erdpole. „Die Pole sind", so heißt es dort, „im Lauf der Erdgeschichte schon wiederholt umgeschlagen. Die Folgen waren selbstverständlich fürchterliche Erdkatastrofen, Eiszeiten, Kontinenteinstürze usw. Wahrscheinlich war auch die Sintflut die Folge einer solchen Veränderung."

Schön und gut. Das alles ist wohl diskutabel. Dann aber stutzt der fromme Verfasser. Er kommandiert sich: „Halt! Zurück marsch, marsch!" und fährt dann fort: „Aber die geistige Ursache der Sintflut nennt uns eindeutig die Heilige Schrift. Unsere Zeit täte wohl ganz gut daran, auch einmal über den ursächlichen Zusammenhang von Menschengehaben und Naturvorgängen nachzudenken."

Vermutlich meint damit der Autor etwa den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Sexualsitten in Sodom und der Schwefelbildung im kleinasiatischen Erdinnern. Das wird ja hier alles hemmungslos durcheinandergeworfen. Ebenso wie an anderer Stelle des gleichen braven Blatts der Fall von Jericho auf Josuas Kriegsmaschinen und ein Erdbeben zurückgeführt wird, während man doch dort sonst die geistige Ursache der Posaunen vorgesetzt bekommt.

Schließlich wird dem Leser auch noch widerspruchslos ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen § 218 und der Tätigkeit des Krakatau demonstriert werden.

Literatur

Robert Friedländer-Prechtl's Buch „Wirtschaftswende" ist im Verlag Paul List in Leipzig erschienen und kostet kartoniert 5.50 Mark.

Die Gemeinnützigen

Die „Christliche Welt" bringt einen instruktiven Artikel über das geschäftstüchtige bzw. -untüchtige Walten des Zentralausschusses für Innere Mission und der unter seiner Assistenz großgezogenen mehr oder weniger „gemeinnützigen" Unternehmen. Als ein solches wird auch die „Evangelische Sterbevorsorge" bezeichnet. Damit in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, es handle sich bei ihr um ein Wohlfahrtsunternehmen, wurde sie von der Wohlfahrtsabteilung des Zentralausschusses inszeniert. An ihrer Wiege stand u. a. auch der bekannte Deva-Pastor Cremer, dessen Verdienst dabei offenbar so groß war, daß er heute noch Zuwendungen von dieser Seite bekommt. Die Gemeinnützigkeit ist eben zu allen Dingen nütze. Besonders wenn sie nur auf dem Papier steht. Es sind sicher noch nie auf ein gemeinnütziges Unternehmen so viel eigennützige Hoffnungen gesetzt worden, wie auf dieses, von dem seine Gründer erwarteten, daß es Überschüsse abwerfe, mit denen man im gegebenen Augenblick der Kirche beispringen könne, falls sie einmal durch Ausfall der staatlichen Subventionen oder der Kirchensteuern in Bedrängnis kommen sollte.

Der Neugierige fragt, was eigentlich zu solchen Hoffnungen berechtige. Und er erfährt, daß man mit vollen Backen den „unveränderten Tarif des „Neuen Atlas" als evangelische Wohltat" anpreist. Was „eine Aktiengesellschaft aus rein geschäftlichen Gesichtspunkten und mit der Absicht, einen hohen Gewinn zu erzielen, Jedem ohne Unterschied gewährt, das wird durch eine großzügige Propaganda für die Glieder der Evangelischen Kirche zu einer Opfertat fürsorgender christlicher Liebe umgestempelt".

Der Artikelschreiber in der „Christlichen Welt" ruft entrüstet aus, mit solchen „Tricks" könne und dürfe die Innere Mission nicht arbeiten. Nun, bis jetzt tut sie es noch. Ihr ganzer imponierender Aufbau scheint zu einem guten Teil derartigen gemeinnützigen Geschäften sein Dasein zu verdanken. Mit den von Amerika als Anleihe zu einem niederen Zinsfuß überlassenen Pfunden (10 Millionen Mark) verstand man so zu wuchern, daß sich beachtliche Zwischengewinne ergaben, und von den Provinzverbänden der Inneren Mission wird behauptet, sie finanzierten zurzeit einen großen Teil ihrer Wohlfahrtsarbeit aus Provisionen, die sie als Werbestellen der Sterbevorsorge beziehen. Die Höhe dieser Provisionen betrage ein Mehrfaches dessen, was „weltliche" Vermittler bekommen, dabei würden die kleinen Agenten, die die fromme Kundschaft angeln müssen, so knapp gehalten, daß man immer wieder der Kirche darüber Vorwürfe mache.

Der Hauptmanager dieses einträglichen Unternehmens, das durch die äußerst entgegenkommende Unterstützung kirchlicher Instanzen Ende 1930 rund 1 150 000 Versicherte zählen konnte, bekommt 25 Jahre angemessene Tantiemen, und Pastor Cremer erhielt außer den geldlichen Zuwendungen noch einen Sitz im Aufsichtsrat des „Atlas" (von dem man sich inzwischen offenbar losgelöst hat). Nimmt man dazu, daß die verbleibenden Überschüsse in den Dienst der „Liebes"tätigkeit gestellt werden, und daß die gläubigen Versicherten in dem beseligenden Gefühl leben, sie genössen durch die Sterbevorsorge eine besondere Wohltat, durch die sie sich bis zum Grabe als treu umschlossene Glieder der Gemeinde fühlen können, so könnte man sagen: gut, dann ist allen wohlgetan.

Leider beseitigt diese allseitige Befriedigung aber nicht den peinlichen Eindruck über die Methoden dieser Liebestätigkeit. „Die Wohlfahrtsunternehmungen des Central-Ausschusses", sagt die „Christliche Welt" mit Recht, „haben vielfach nur durch starken Druck auf wirtschaftlich schwache Kreise Geld gebracht, das dann anderen wirtschaftlich schwachen Kreisen als Unterstützung zufließt. Dadurch wird wohl statistisch die Zahl der guten Werke einer bestimmten Firma vermehrt, aber nicht das Gute in der Welt."

Mit anderen Worten: das Volk zahlt neun Zehntel der ihm zuteil werdenden christlichen Nächstenliebe selber. Mit der Ausbeutung wird auch einmal diese Sorte von Wohlfahrt verschwinden.

Mauthe

Bei dem durch die Devaheimaffäre arg diskreditierten Zentralausschuß für Innere Mission ist endlich der Vorstand samt Verwaltungsrat und Finanzausschuß zurückgetreten.

Die beiden Präsidenten des „Einheitsverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften" erhalten je 100 000 Mark Jahresgehalt; die Generalanwälte je 30 000, die drei Direktoren je 60 000, die Fachreferenten je 24 000 Mark.

Die Stadt Duisburg hat 420 000 Einwohner. Davon werden heute 135 000 in irgendeiner Form unterstützt, weil sie keine Arbeit haben. Nimmt man nur an, daß 50 Prozent der Bevölkerung Familienangehörige sind, die nicht zu den Erwerbsfähigen gerechnet werden können, so bedeutet das, daß die Hälfte der Einwohner keine Arbeit hat und von der andern Hälfte unterstützt werden muß.

Letztes Wort

Obwohl ich gewillt war, die Diskussion über den Pazifismus nicht mehr fortzuführen, konnte ich mich der Bitte von Frau Frida Perlen, noch eine Erwiderung von ihr aufzunehmen, nicht verschließen. Jetzt aber endgültig Schluß!

D. Herausg.

Es ist nicht meine Aufgabe, ausführlich auf den Artikel von Max Barth in Nr. 39 der S.-Z. einzugehen. Nur eines will ich diesem Herrn der Schöpfung antworten: es scheint, daß Max Barth nichts von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit weiß, die nicht nur in Deutschland, sondern allüberall in der Welt höchst lebendig ist!

„Innenpolitisch ist der Pazifismus auf einem toten Geleise. Isoliert durch die Schuld seiner Führer." Soviel Worte, soviel Unrichtigkeiten! Max Barth hat selbst der Frankfurter Konferenz über „die modernen Kriegsmethoden und der Schutz der Bevölkerung" beigewohnt. Er weiß ganz genau, daß niemand anders als die Internationale Frauenliga den Schleier weggezogen hat von all den geheimen Vorbereitungen eines chemisch-bakteriologischen, eines Brisanzbomben- und Luftkrieges. Die Welt weiß heute durch die Internationale Frauenliga, was offen und geheim vorgeht, es gibt kein Vertuschen mehr — dies ist eine geschichtliche Tat der pazifistischen Frauen.

„Außenpolitisch hat er nichts zu melden." Wir haben sehr viel zu melden — wir Frauen der Internationalen Frauenliga. Die Weltabrüstungsaktion ist im vollen Gang allüberall in der Welt. In 20 Sprachen ist der Aufruf gedruckt und die öffentliche Meinung wird bearbeitet für Weltabrüstung. Im Januar 1932 findet eine zweite Expertenkonferenz in Genf statt als Auftakt zur Weltabrüstungskonferenz. Warten Sie ab, Max Barth, was wir melden werden.

Was fordert die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit? Sie tritt für den Zusammenschluß der Frauen in allen Ländern ein, die jeden Krieg und alle Kriegsvorbereitungen bekämpfen, sei es Angriffs- oder Verteidigungs-, internationaler oder Bürgerkrieg. Sie glauben an und arbeiten für:

1. die vollständige und allgemeine Abrüstung zu Lande, zur See und in der Luft, die Abschaffung der Hungerblockade und des Mißbrauchs der Wissenschaft zu zerstörenden Zwecken;

2. eine Weltorganisation zu sozialer, politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit;

3. die soziale, politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle, ohne Unterschied von Geschlecht, Rasse, Stand und Glaubensbekenntnis;

4. moralische Abrüstung durch Erziehung im Geiste menschlicher Einigkeit und Durchführung sozialer Gerechtigkeit.

Dafür arbeiten wir. Wir sind nicht am Ende, wir pazifistischen Frauen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, nein, Max Barth, wir sind, wie gesagt, recht lebendig.

Frida Perlen

Sehr verehrte Frau Perlen, eigentlich sollten Sie wissen, daß jene pubertäre Weltanschauung, nach der die Frau und ihre Bestrebungen nicht für voll zu nehmen sind, nicht die Ursache dafür sein kann, daß ich es unterlassen habe, die Frauenliga ausdrücklich auszunehmen. Vielmehr erschien mir ihre Heraushebung deshalb nicht angebracht, weil die Liga — meiner Ansicht nach — objektiv dieselbe politische Funktion erfüllt wie der übrige bürgerliche Pazifismus, und das unbeschadet ihrer subjektiven Forderungen, Tendenzen und Ideale.

B.

Es war einmal

Unsere Organisation ist demokratisch, und da ist es nötig, daß die Richtung aus der Masse heraus kommt. Wenn ich in meinem politischen Leben einen Gedanken konsequent und zäh durchgeführt habe, so ist es der, zu verhindern, daß ein Leithammeltum in der Partei aufkommt.

Wilhelm Liebknecht (Parteitag in Gotha, 1896)

In dem Augenblick, daß ein Mann, der in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, die beständige Fühlung mit der Masse verliert, weil er in eine andere soziale Position gelangt, ist die Gefahr vorhanden, daß er auf Abwege gerät und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhanges mit der Partei verliert.

Bebel (Parteitag in Erfurt, 1891)

Wenn wir unser schönes Ziel in nebelhafte Ferne rücken und immer betonen, daß erst künftige Generationen es erreichen werden, dann läuft uns die Masse mit vollkommenem Recht auseinander.

Bebel (Parteitag in Erfurt, 1891)

Zum Panzerkreuzer

Unsere Stellung zu der Flottenvorlage ergibt sich aus unserer prinzipiellen Haltung gegenüber dem Militarismus. Wir lehnen Militär- und Marineforderungen ab, weil solche Vorlagen zur Stärkung des Wirtschaftssystems führen, das wir bekämpfen, weil sie von einer Regierung gefordert werden, zu der wir kein Vertrauen haben, weil der Militarismus zu Wasser und zu Lande kulturwidrigen volksfeindlichen Zwecken dient, und weil die Kosten solcher Vorlagen hauptsächlich in einer Weise aufgebracht werden, gegen die wir, von unserem Standpunkt aus, als verwerflich und ungerecht — die besitzenden Klassen nicht genügend treffend, die besitzlosen Klassen aber unerträglich belastend — entschieden protestieren müssen.

Bericht der Reichstagsfraktion für den Parteitag in Mainz 1900

Oben und unten

Aus den Presseberichten über die neue Notverordnung: „Bestimmungen über die Herabsetzung von Dienstbezügen in der Privatwirtschaft. Gehälter über 15 000 Reichsmark jährlich können mit dreimonatiger Vorankündigung angemessen herabgesetzt werden, wenn die Weiterzahlung dem Arbeitgeber nach Treu und Glauben nicht länger zugemutet werden kann. Der Bezieher der Dienstbezüge kann den Vertrag kündigen oder gegen die Kürzung Klage erheben."

✦

Bergarbeitern, die 140 Mark im Monat verdienen, wird der Lohn durch Notverordnung um 7 Prozent gekürzt. Angemessen? Dreimonatige Vorankündigung? Recht zur Klage?

Geadelter Kindersegen

Margarete Sanger hat, wie schon in der Nummer 39 der S.-Z. berichtet wurde, in New-York ein einjähriges Geburten-Moratorium gefordert. Der darob tief entrüstete „Stahlhelm" preist ihr gegenüber den Duce Mussolini. Er habe „umgehend und mit prachtvoller Deutlichkeit die einzig richtige Antwort" erteilt: der Familie des Bäckermeisters Luigi Sperandini in Rom, die aus Vater, Mutter und 14 gesunden Kindern besteht, ist auf Vorschlag des Duce vom König von Italien der erbliche Adel verliehen worden.

Man adelt. Eine prachtvolle Methode, die dauernd schlimmer werdende italienische Krise zu bekämpfen, den Menschenmassen zu helfen, die die Wirtschaft nur noch in immer kleiner werdender Zahl aufzunehmen vermag. So ungefähr scheint sich auch Hugenberg (und seine Stahlhelm-Presse) die Sozialpolitik vorzustellen.

Gesinnung unterm Rockaufschlag

Vor dem Eingang eines jüdischen Einheitspreisgeschäftes traf ich kürzlich einen Bekannten, der mich mit den Worten anhielt: „Sie, Sie könnten mir einen Gefallen tun und mir in dem Laden da was holen!"

„Gerne, — aber warum gehen Sie denn nicht selbst hinein?"

Da hebt er das Revers seines Rockes hoch und sagt: „Nein, das kann ich nicht!" — das Abzeichen eines Funktionärs der NSDAP grinst mich an.

Ich schweige absichtlich und nehme seine Wünsche entgegen. „Holen Sie mir ein kleines Fläschchen Leim, aber vom allerbilligsten". Auf das „allerbilligste" schien er sehr großen Wert zu legen.

Ich holte ihm dann, was er haben wollte — Einheitspreis 25 Pfennig — und sagte: „Sie werden wohl nichts dagegen haben, wenn ich diese kleine Begebenheit in der „Sonntags-Zeitung" verewige?

Darauf war der Held anscheinend nicht gefaßt. In seiner Verwirrung sagte er nur: „Ja ... ja, ja, ... ja, eigentlich — haben Sie recht!" und tauchte unter in dem Gewühl der Straße.

Br.

Gebetserhörung

Aus dem Abreißkalender „Der christliche Hausfreund" (28. August 1931): „Wie schwer jene Zeit war, in der man in Deutschland ohne Karte kein Brot kaufen konnte, daran erinnert eine Leserin unsers Kalenders, die seit 40 Jahren bei einer Dame dient. Was beide in jener Zeit gelitten, das sei nicht zu beschreiben. Einmal aber habe sie die Not der alten Dame nicht mehr mitansehen können. Sie habe zu Gott geschrien, und dann sei sie zum Bäcker gegangen und habe um Brot gebeten. Der aber habe erklärt, ohne Karte kein Brot geben zu können, zumal ihm an dem Tag viel gestohlen worden sei. Als die Dienerin nach Hause kommt, steht ein Mann vor der Tür und gibt ihr zwei Brotkarten. O, diese Freude über die Treue Gottes, der das Schreien der Elenden hört und sich ihrer erbarmt! Ein andermal bittet sie Gott um eine Mark. In der Nähe einer Brücke wirbelt der Wind ein Blatt Papier mit einem Bild vor ihre Füße. Sie hebt es auf. Wie groß aber ist ihr Erstaunen, als sie daheim erkennt, daß Gott ihr statt der einen Mark fünf vor die Füße gelegt hat! Der Brief schließt mit den Worten: Ja, Gott ist gut zu mir!"

Und der arme Verlierer?

Kleinigkeiten

Die Herausfordernden. Bei einem Vaterländischen Abend des Kyffhäuser-Bundes hat General v. Metzsch über Deutschlands Rüstungsforderungen gesprochen. Gewichtige Kronzeugen aller Länder, rief er aus, haben die Versuchung, die in der herausfordernden deutschen Schwäche liegt, als die schwerste aller Kriegsgefahren bezeichnet, die über Europa schwebt. — Um diesen herausfordernden Eindruck zu zerstören bleibt uns nichts anderes übrig als zu rüsten.

Ursache und Wirkung. Die Geburtenzahl ist in den deutschen Großstädten im ersten Halbjahr 1931 durchschnittlich um ein Zehntel niedriger gewesen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders stark ist der Rückgang im katholischen rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — Da der fromme Katholik bekanntlich nicht der Geburtenverhütung huldigt, kann das Resultat nur auf Einschränkung des sündigen Sexualverkehrs zurückzuführen sein.

Die Aussprache. Severing hat neulich mit einer Abordnung der Polizeioffiziersvereinigung verhandelt. Zur Debatte stand die Teilnahme von Polizeioffizieren am Volksentscheid. Die „B.Z. am Mittag" schreibt hiezu: „Der Minister hat seinen früher zum Ausdruck gebrachten Standpunkt aufrechterhalten: eine bevorzugte Beförderung von Polizeioffizieren, die am Volksentscheid teilgenommen haben, könne nicht in Frage kommen." — Noch nicht!

Auch ein Vorschlag. In der „New York Times" machte der bekannte Journalist Will Rogers Vorschläge zur Bekämpfung der Krise. U. a. auch diesen: „Das Landwirtschaftsamt hat mit der Anordnung, jeden dritten Baumwollballen zu vernichten, eine glänzende Idee entwickelt. Die Hauptsache aber ist: es gibt in der Welt zu viel Menschen. Erschießt jeden dritten Mann. Das wäre ein sicherer Weg zurück zur Prosperität."

Nationale Not. Die großen berliner Ballstätten haben ihre Säle bis in den März und April hinein vermietet. Den „Reigen" der Bälle eröffnete letzten Samstag der Deutsche Luftfahrtverband. Ihm folgen Bälle des Deutschen Kolonialvereins, des Berliner Haus- und Grundbesitzervereins, des Nationalverbands Deutscher Offiziere usw. usw. — Das scheint ja ein lustiger Winter zu werden.

Herzerfrischendes. Die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung" findet den greulichen Ufa-Schmarrn „Die Schlacht von Bademünde" „recht gut geraten". Die in ihm getätigte Lustigkeit wirke, „auch wenn in einzelnen Situationen die Grenze des Anstands und der Sitte leicht überschritten wird, tausendmal herzerfrischender als jedes amerikanische Lustspiel". — Wenn Hugenberg im Hintergrund steht, nimmt ein echter Deutscher jeden Dreck, auch wenn er die Grenze des Anstands leicht und die des Geschmacks stark überschreitet, gern in Kauf.

Deutschlands Erneuerer. Der Sturm 1 der berliner S.A. hat sich ein Lied zugelegt, in dem folgende Stellen vorkommen: „Hurra, die Schüsse knattern hell, das Karl-Liebknecht-Haus steht in Flammen, da ist Sturm 1 ganz schnell zur Stell' und haut den Mist zusammen ... Revolverschuß und Mädchenkuß erfüllen unser Leben. Im Wechsel liegt der Hochgenuß, drum muß es beides geben."

Unzüchtig. Eine Zeitungsverkäuferin der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung ist wegen Verbreitung unsittlicher und unzüchtiger Schriften angeklagt worden. Sie hat die Nummer 37 der AIZ vertrieben, in der Bilder vom Lagerleben der Jungpioniere enthalten waren. Auf diesen Bildern waren nackte Jugendliche zu erblicken. — So weit sind wir also schon.

Urdeutsch. Aus der „Essener Allgemeinen Zeitung" vom 2. Oktober 1931: „Der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft, Ortsgruppe Essen, veranstaltete gestern im Folkwangmuseum einen Vortrag über das Thema: „Südwestafrika urdeutsches Land". Herr Pastor D. Johannsen sprach über die Eindrücke, die er auf seiner letzten Afrikareise gewonnen hatte. Er begann mit einer Schilderung des Landes und seiner Einwohner. Südwestafrika, dessen Ausdehnung mehr als doppelt so groß ist wie die Deutschlands, bietet sich vom Schiff aus als trostlose Wüste dar. Ein fast 160 Kilometer breiter flacher Küstenstreifen, die sogenannte Namib, macht einen solchen traurigen Eindruck, daß der Ankömmling entsetzt ausruft: Hier möchte ich nicht begraben sein." — Eine merkwürdige Vorstellung von urdeutsch.

Ein Unschuldslamm. Auf dem Landsitz des amerikanischen Marineministers Adams sind durch die Polizei 600 Kisten mit alkoholischen Getränken beschlagnahmt worden. Der Minister erklärte, sie gehörten nicht ihm, und er habe von ihrem Vorhandensein nichts gewußt. — Na, na, oller Seemann!

Vorübung. Die Königin Helene von Rumänien und die Prinzessin Irene von Griechenland sind dritter Klasse von Schottland nach London gereist. — Um das herzige „Volk" aus der Nähe kennen zu lernen — oder weil sie so eine Ahnung von kommenden Dingen haben?

Mo-Ho-Hu. Manche Leute machen Witze über die fremdartigen Abkürzungen des bolschewistischen Rußlands. Wozu in die Ferne schweifen? Wissen Sie, was oder wo Mo-Ho-Hu ist? Nein, nicht in der Mandschurei! Ein braver deutscher Heimatverein, der für „Mosel-Hochwald-Hunsrück" wirbt, hat sich diesen tibetanischen Namen beigelegt.

Zehnersatz. Ein hamburger Wohlfahrtserwerbsloser hat sich, da er magenkrank ist, wegen einer Beihilfe zur Instandsetzung seines mangelhaften Gebisses an das Wohlfahrtsamt gewandt. Er erhielt den Bescheid, dem Gesuch könne nicht stattgegeben werden; das Amt sei aber bereit, „zur Durchführung einer gewissen Diät eine Fleischhackmaschine zur Verfügung zu stellen".

Ein langes Jahr. In der Monatsschrift „Die Tat" lesen wir: „Es steht uns etwas Schauerliches bevor. Die deutsche Republik rüstet sich bereits, das hundertjährige Todesjahr Goethes zu begehen." — Das ist allerdings schauerlich.

Gottvertrauen. Ein badischer Pfarrer hat, nach der „Frankfurter Zeitung", den Arbeitslosen seiner Gemeinde empfohlen, mehr auf Gott zu vertrauen und sich nicht an Obst und Gemüse des Nachbarn zu vergreifen. Am andern Tag prangte an dem leeren Hühnerstall des Herrn Pfarrer ein Zettel: „Gottes Diener braucht keine Hühner", und am Garten: „Wer auf Gott vertraut, braucht kein Kraut".

Volksbund für Geistesfreiheit, Ortsgruppe Stuttgart. Sonntag, 11. Oktober, 18,30 Uhr im Städt. Jugendhaus, Hauffstraße 3, im Hans-Breuer-Zimmer: freigeistige Feierstunde. Sprecher F. Seiß; Thema: „Der Weg zum Frei-Denken." Jedermann hat Zutritt.

Stuttgart. Bund der Kriegsgegner: Mittwoch, 14. Oktober, 20 Uhr, spricht im Café Fürstenhof, Marienstraße 7, 2. Stock, Obersekretär Bachofer über den Bundestag der DFG in Trenthorst.

Freiwirtschaftsbund. Über das Thema „Wirtschaft ohne Gold" spricht Fox Reiner (Köln) jeweils um 20 Uhr: am 12. Oktober in Stuttgart im großen Saal des Bürgermuseums, am 13. Oktober in Feuerbach im Gasthaus zum Hirschen, am 14. Oktober in Waiblingen (Lokal noch unbestimmt).

Für den Fonds der S.-Z. sind eingegangen: bis 17. September: 115,80 Mark; vom 18. September bis 8. Oktober: 17,50 Mark; zusammen 133,30 Mark.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 32). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 18. Oktober 1931

12. Jahrgang, Nr. 42

Die Sonntags-Zeitung

Brüning-Hugenberg

Brüning hat sein Kabinett umgebildet: der Reichsverkehrsminister v. Guérard, der Minister des Innern Wirth und der Minister des Äußern Curtius sind ausgeschieden; als neue Männer sind eingezogen: Professor Warmbold als Wirtschaftsminister, Treviranus als Verkehrsminister, Staatssekretär Joël als Justizminister; das Ministerium des Innern hat Reichswehrminister Groener, das des Äußern Reichskanzler Brüning übernommen.

Auch das umgebildete Kabinett hat vor den Augen der „nationalen Opposition" keine Gnade gefunden. Bei der Heerschau in Bad Harzburg am vergangenen Sonntag ist ihm der schärfste Kampf angesagt worden. Der seit einem Jahr tobende Kampf zwischen Regierung und „nationaler Opposition", zwischen Brüning und Hugenberg, ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Er kann schon diese Woche entschieden werden; es ist allerdings auch möglich, daß Brüning noch einmal mit einer Mehrheit von ein paar wenigen Stimmen gerettet wird.

Es hat nicht viel Sinn, auszurechnen, woher diese paar Stimmen kommen könnten; wir wollen lieber einmal untersuchen, um welche politischen Ziele gekämpft wird und über welche Bundesgenossen die beiden Gegner verfügen.

Hinter Hugenberg und der „nationalen Opposition" steht die rheinisch-westfälische Schwerindustrie. Ihr Ziel: Selbstkostensenkung, d. h. Lohnsenkung, zu diesem Zweck Suspendierung des Tarifrechts, Zerschlagung der Gewerkschaften, völlige Loslösung der Regierung von der Sozialdemokratie; außerdem (wenigstens nach dem Willen eines Teils der Industrie) — ein „kleines Inflatiönchen", um die Schulden loszuwerden, die sie bisher schon nur durch (direkte und indirekte) Subventionen des Reichs hat tragen können.

Das Inflationskomplott hat allerdings seit den Veröffentlichungen der „Frankfurter Zeitung" an Gefährlichkeit verloren. Brünings Stellung ist dadurch wesentlich gestärkt worden. Die Regierung Brüning hätte überhaupt allen Grund, der „Frankfurter Zeitung" einen Orden zu verleihen für die mannigfache Hilfe, die ihr seit der Bankenkrise aus Frankfurt zuteil geworden ist. Es gibt keine Stelle in Deutschland, die so konsequent und beharrlich der (manchmal hilflosen und schwankenden) Reichsregierung einhämmert, was sie, besonders in der Finanz- und Währungspolitik, zu tun hat, wie die „Frankfurter Zeitung". Sie führt ihren Kampf häufig Seite an Seite mit der chemischen Industrie (die z. B. keine Bankschulden, also auch kein Interesse an einer Inflation hat und auch aus andern Gründen mit der rheinisch-westfälischen Industrie nicht immer einig ist); der Chemietrust erhält von der Regierung Brüning als Dank dann die Erfüllung seiner Zollwünsche.

So schroff wie in der Frage der Inflation ist der Gegensatz Brüning—Hugenberg in andern Punkten nicht. Auch die Regierung Brüning ist für weiteren Lohnabbau; dabei soll das Tarifrecht nicht aufgehoben, sondern nur „elastisch" gestaltet werden, die Gewerkschaften sollen nicht zu sehr vor den Kopf gestoßen, die Beziehungen zur SPD nicht ganz gelöst werden. (Wobei immer zu bedenken ist, daß auch Hugenberg, wenn er zur Macht käme, nicht alle seine Wünsche durchsetzen könnte.)

Außer auf einen Teil der Wirtschaft hat sich Brüning bisher immer auf den Reichspräsidenten und die Reichswehr stützen können. Auch jetzt noch? Die „Frankfurter Zeitung" hat einige Male darauf hingewiesen, daß in der Umgebung des Reichspräsidenten alles getan wird, um Hindenburg von Brüning wegzuziehen. Daß Hindenburg kurz vor der Tagung der „nationalen Opposition" in Harzburg Hitler empfangen hat, scheint darauf hinzudeuten, daß die Arbeit nicht ganz erfolglos war.

Dagegen kann sich Brüning im Kampf gegen rechts offenbar auf die Reichswehr immer noch verlassen. Zwischen den Generälen im Reichswehrministerium (den „Bürogenerälen", vor allem dem General Schleicher) und den Nationalsozialisten besteht ein Zerwürfnis, das noch aus der Zeit der Fememorde und Fememordprozesse stammt. Reichswehrminister Groener als Minister des Innern — ist das nicht ein Zeichen dafür, daß Brüning unter Umständen gewillt ist, sich nur noch auf die Reichswehr zu stützen?

Hermann List

PS.: Nach einem Bericht der „Neuen Montags-Zeitung" soll die Stellung des General Schleicher im Reichswehrministerium (gegen den sich der Haß der Nationalsozialisten ganz besonders richtet) erschüttert sein; der Einfluß jüngerer Offiziere, die mehr zu den Nationalsozialisten neigen, sei im Wachsen. Wieviel an dieser Meldung richtig ist, läßt sich schwer beurteilen.

Das Komplott

Die „Frankfurter Zeitung" hat in ihrem zweiten Morgenblatt vom 11. Oktober einen Artikel „Inflationspolitik als Verständigungsbasis gegen Brüning" veröffentlicht, in dem gesagt wird, während der Tage der Kabinettsumbildung hätten mehrere Wirtschaftsführer in Besprechungen mit dem Reichskanzler das Verlangen nach einer Inflation vorgebracht und die Erfüllung ihres Wunsches als Voraussetzung der Unterstützung des Kanzlers oder des Eintritts in das Kabinett bezeichnet. Brüning habe aber abgelehnt.

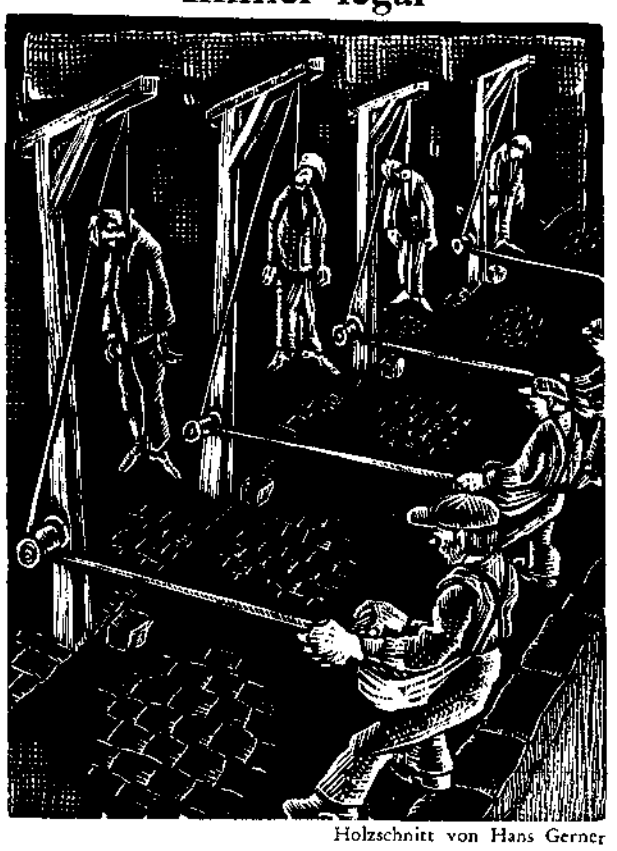
Dieser Bericht ist von einem halbamtlichen Nachrichtenbüro dementiert worden. Trotzdem hält die „Frankfurter Zeitung" an der Richtigkeit wenn auch nicht aller Einzelheiten, so doch der Gesamtdarstellung fest. (Schließlich ist es ja auch gleichgültig, ob man „Inflation" oder „Kreditausweitung" oder „Nachahmung des englischen Beispiels" oder sonstwie sagt.)

Die „Frankfurter Zeitung" hat dann in diesem Artikel auch einen Brief veröffentlicht, „der aus der Umgebung eines der beteiligten Schwerindustriellen stammt". In dem Brief heißt es u. a.: „Die westliche Industrie ... hofft, daß es nicht schwer sein wird, der Einigungsformel von Harzburg den Inflationsgedanken einzufügen. Hugenberg, der auf hohen Schulden sitzt, ist ohnehin dafür, ebenfalls die Leitung des Reichslandbundes. Die Geldtheorie der Nationalsozialisten kommt diesen Wünschen entgegen, weil sie konfus und goldfeindlich ist. Die alten Offiziere endlich verstehen zu wenig vom Geldwesen, um die Gefahren für ihre Pension zu sehen. Ein Teil hofft auch, bei der sogenannten Aufrüstung wieder in den aktiven Dienst treten zu können. Das ist übrigens eine falsche Hoffnung; denn Hugenberg und seine Freunde bei uns haben die feste Absicht, sich mit Frankreich (auf geschäftlicher Basis) zu verständigen und außenpolitisch kürzer zu treten als die Regierung Brüning.

Das Hauptziel der Tagung von Harzburg besteht darin, festzustellen, wie man zur Inflation gelangen kann und wie der Klassenkampf gegen Arbeiterschaft und Sparer zu führen ist. Gelingt die Herbeiführung der Inflation durch ein Kabinett Hugenberg nicht, so hofft man wenigstens in den Industriekreisen, durch publizistischen Pessimismus eine neue Bankenkrise und von dieser Seite her dann den Zusammenbruch des Geldwesens herbeiführen zu können."

Bezeichnend für die Gesinnung der Herren Industriellen, die ihre Schulden durch ein „kleines Inflatiönchen" loswerden wollen, ist auch folgende von dem Briefschreiber berichtete Kleinigkeit: „Der Reichskanzler schnitt auch (bei einer Unterredung mit den inflationsgierigen Herrn; d. Red.) die Frage an, wie sich die Industriellen denn die Lage der Sparer dächten, worauf einer von ihnen erklärt haben soll: sie müßten eben von vorne anfangen."

Immer legal



Holzschnitt von Hans Gerner

„Es müssen nicht immer Köpfe rollen; die Beseitigung kann ja auch unblutig geschehen. Das höchste Gericht des dritten Reiches wird eine Methode ausfindig machen, deren Durchführung ein Erzeugnis der deutschen Hanfindustrie vorübergehend im Preise steigern wird."

Stöhr, Abgeordneter der NSDAP, am 9. Okt. in Dessau

Jeder Deutsche hat das Recht . . .

Notverordnung vom 28. März, vom 17. Juli, vom 6. Oktober — durch diese drei Paragrafenwerke ist der Apparat geschaffen worden, mit dem die gesamte oppositionelle Presse vernichtet werden kann.

Die verhängnisvollste Bestimmungen ist § 2, Absatz 2, Ziffer 2 der Notverordnung vom 17. Juli, wonach jede Zeitung verboten werden kann, deren Inhalt eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" bedeutet. (Die Entscheidung darüber, ob eine solche Gefährdung vorliegt, ist in die Hände politischer Verwaltungsbehörden gelegt.) Die Verordnung vom 6. Oktober brachte nur noch einige Ergänzungen: Verbot der Lieferung von Ersatzblättern, strenge Bestrafung für Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften, Verschärfung der Strafen für literarischen Hochverrat.

Zur Durchführung dieser Notverordnungen sind die in der Reichsverfassung niedergelegten „Grundrechte" des deutschen Staatsbürgers außer Kraft gesetzt: jeder Deutsche hat ... nicht mehr das Recht, seine Meinung frei zu äußern (Art. 118), die Wohnung ist keine Freistätte mehr und nicht mehr unverletzlich (Art. 115); das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegrafen- und Fernsprechgeheimnis sind nicht mehr unverletzlich (Art. 117), usw.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt in einem Artikel über die drei Notverordnungen u. a.: „Wer heute behauptet, das deutsche Pressenotverordnungsrecht unterscheide sich nicht mehr wesentlich von dem Presserecht des fascistischen Italien, wird zur Antwort erhalten, das könne nicht wahr sein, denn in Italien dürfe man nur fascistisch schreiben, in Deutschland dagegen gebe es noch Blätter der verschiedenen politischen Richtungen. Dieser Einwand ist richtig, soweit es sich um die bisherige Handhabung der Notverordnungen, falsch, soweit es sich um das Prinzip handelt. Theoretisch genügen die Bestimmungen, deren Tragweite bisher nur in einzelnen besonders krassen Fällen erkennbar wurde, vollauf, um der Presse Deutschlands das Schicksal der italienischen Presse zu bereiten. Daß diese „Theorie" zur Praxis wird, — daß sich die Waffen, die man schmiedete, noch ganz anders gebrauchen lassen, als man nach den bisherigen Erfahrungen annimmt, das ist die wahre Gefahr dieser Notverordnungen."

Den oppositionellen Zeitungen, solange sie noch bestehen, bleibt nichts anderes übrig, als noch mehr als bisher sich der „Sklavensprache" zu bedienen, wie Lenin das genannt hat. K.

Schuhe

Ein Beispiel

Von Erich Schairer

Die Weltproduktion an Schuhen im Jahr 1930 darf auf rund 1000 Millionen Paar veranschlagt werden. Etwa die Hälfte davon, 500 Millionen Paar, entfällt auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Zehntel, 100 Millionen Paar, auf Deutschland. Und drei Prozent der Weltproduktion, 30 Millionen Paar, hat einzig und allein die Schuhfabrik von Thomas Bata in Zlin in der Tschechoslowakei geliefert.

Vier Fabriken vom Format Batas wären imstande, den deutschen Jahresbedarf an Schuhen zu decken, vorausgesetzt, daß auf den Kopf der Bevölkerung zwei Paar Schuhe gerechnet werden, wie Herr Bata das für menschenwürdig hält. (Das „Institut für Konjunkturforschung" schätzt den deutschen Jahresverbrauch an Schuhen auf etwa 85 Millionen Paar; 1,3 Paar pro Person.) Bata beschäftigt 10 000 Schuharbeiter. Die 1200 deutschen Schuhfabriken beschäftigen etwa 80 000.

Ein einzelner Schuhmacher braucht zur Anfertigung eines Paars Schuhe (einschließlich Zuschneiden der Schäfte) etwa zwei Tage. In den deutschen Schuhfabriken werden pro Arbeiter und Tag etwa vier Paar Schuhe produziert, also das Achtfache. In der Schuhfabrik Gebr. Neuburger A.G. in Bamberg ist es gelungen, die Tagesleistung pro Arbeiter auf acht Paar zu steigern (ohne Band). Bei Bata werden am laufenden Band pro Arbeiter täglich zehn bis zwölf Paar fertiggestellt. Und eine englische Fabrik hat kürzlich für den Staatssekretär des Kolonialamts, Herrn Thomas, ein Paar Herrenstiefel einschließlich Zuschneiden im Lauf einer halben Stunde fix und fertig geliefert, wobei etwa 100 einzelne Arbeiter beteiligt waren. Dies entspricht einer Tagesleistung von 20 Paar Stiefeln pro Arbeiter: eine Vervierzigfachung der ursprünglichen handwerklichen Produktivität.

Bata mit 10 Paar pro Tag und Arbeiter ist also noch kein endgültiger Rekord. Nehmen wir also als technische Möglichkeit eine arbeitstägliche Leistung von 16 Paar Schuhen an, so heißt das mit andern Worten, daß der Arbeitseffekt der deutschen Schuhindustrie vervierfacht werden könnte; daß also mit der Hälfte der Arbeiter in der halben Arbeitszeit ebensoviel erreicht werden könnte, daß 40 000 Arbeiter im Vierstundentag ebensoviel Schuhe herstellen würden wie 80 000 im Achtstundentag; bei gleichbleibender Lohnsumme würde das dann bedeuten, daß ein Schuhfabrikarbeiter in vier Stunden doppelt so viel verdienen würde wie vorher in acht.

Und zwar ohne daß deshalb die Schuhe teurer würden. Im Gegenteil: sie würden viel, viel billiger. Thomas Bata soll angekündigt haben, er gedenke bis zum Jahre 1935 so weit zu sein, daß er ein Paar guter Herrenschuhe zum Ladenpreis von 2,45 Mark, in Worten zwei Mark fünfundvierzig, auf den Markt bringen könne. Selbstverständlich wird er auch daran noch verdienen wollen. Die reinen Herstellungskosten (Materialkosten plus Arbeitslohn) eines Paars Schuhe, die heute im Laden 20 Mark kosten, betragen nach meinem Universalschlüssel heute schon nicht mehr als 2 Mark (10 Prozent des Ladenpreises). Die ungeheure Spanne zwischen Herstellungskosten und Ladenpreis, die den durch verbesserte Produktionstechnik erzielten Fortschritt (Verhältnis eins zu acht, siehe oben) glatt wieder aufhebt, rührt von der unwirtschaftlichen kapitalistischen Arbeitsorganisation (1200 Betriebe statt 4 oder meinetwegen 12) und dem unwirtschaftlichen Verteilungsapparat (16 000 Betriebe statt 1600) her.

Nur eine sozialistische Planwirtschaft kann die Möglichkeiten der heutigen Technik voll ausnützen. Sie sind ungeheuer, sie sind noch gar nicht voll erschlossen. Der Kapitalismus mit seinem regellosen, verlustreichen, unwirtschaftlichen Wirtschaften wird sie nie erschließen können. Die modernen Maschinen sind nur in einem vollbeschäftigten Großbetrieb an ihrem Platze, in einem Betrieb, der nicht für den Markt, sondern auf Bestellung produziert.

Bata hat es durch ein ganz raffiniertes Beteiligungssystem fertig gebracht, sozusagen nur auf Bestellung zu arbeiten: er wälzt das Lager- und Verlustrisiko beim Verkauf auf die Geschäftsführer seiner Verkaufsfilialen ab, die bei ihm fest bestellen müssen. Ebenso wie er das Verlustrisiko bei der Herstellung (schlechte und fehlerhafte Stücke, Verschwendung von Material) auf die Meister und Arbeiter abwälzt. Hierin liegt zu einem Teil das Geheimnis seines Erfolges. Hierin liegt allerdings auch die Quelle einer verschärften Ausbeutung der Arbeitskräfte, die am Band sowieso nichts zu lachen haben.

In einer sozialistischen Wirtschaft wird — siehe Rußland — zwar ebenfalls intensiv gearbeitet werden; aber der Arbeitstag in der Fabrik wird mit der Zeit auf die Hälfte des heutigen reduziert werden können.

Ob noch weiter, oder ob dazu noch das Tempo am Fließband herabgesetzt werden kann, das wird vom Verbrauchsanspruch der Konsumenten und von der Qualität der Waren abhängen.

Es ist nämlich keineswegs sicher, daß pro Kopf zwei Paar Schuhe im Jahr nötig sind. Wenn eines reichen würde, oder gar eines für zwei Jahre, — dann würden dementsprechend weniger Schuhe produziert zu werden brauchen (was in einer sozialistischen Wirtschaft nicht Arbeitslosigkeit, sondern weniger Arbeit pro Kopf, vermehrte Muße, bedeuten würde). Die sozialistische Wirtschaft hat ja nicht wie die privatkapitalistische den Umsatzfimmel, sie braucht nicht durch Modewechsel und Qualitätsverschlechterung zu forcieren. Wenn Leder richtig gegerbt und nachher richtig behandelt wird, so hält es nicht ein Jahr oder zwei, sondern zehn und mehr Jahre.

Ergo würden etwa in Deutschland statt 85 Millionen Schuhe im Jahr nur 60 oder 50 benötigt, und an der Arbeitszeit oder dem Arbeitstempo könnte infolgedessen ein weiteres Drittel oder mehr nachgelassen werden.

Nach dem Reichsbankausweis der Woche vom 4.—11. Oktober hat die Gold- und Devisendeckung der Reichsmark 30,1 Prozent betragen.

Kulturarbeit

Die Krise des Kapitalismus wirkt sich in den europäischen Ländern sehr scharf auch auf dem Gebiet des Unterrichtswesens aus. Lehrerabbau, Schulabbau — die Völker bezahlen das Versagen des wirtschaftlichen Systems, dem sie ausgeliefert sind, mit geistiger Unterernährung. Das kommt nicht unerwartet; wie so manche andere Vorhersage von Karl Marx hat sich auch die als richtig erwiesen: daß die bürgerliche Gesellschaft an einem bestimmten Punkt ihres Niedergangs ihren kulturellen Standard aufgeben müsse.

Im aufsteigenden Sozialismus ist es anders. Wer überzeugt ist, daß die kommunistischen Blätter in ihren Berichten über die Sowjetunion eitel Lüge und Schwindel verzapfen, der nehme sich das bürgerliche „Berliner Tageblatt" vor: dort erfährt er, was es mit dem kulturellen Aufbau in USSR auf sich hat. Der „außerordentlich umfangreiche Plan des Kulturkommissariats", dessen Hauptaufgabe die Liquidierung des Analfabetentums ist, „kann als erfüllt angesehen werden". Aus den abgelegensten Gegenden und den kleinsten Orten kommen Meldungen, daß die schulpflichtigen Kinder in sehr hohen Prozentsätzen den Schulen zugeführt sind, stellenweise zu 98 Prozent. Außerdem haben viele Erwachsene die Liquidierung ihres Analfabetentums in Angriff genommen. Wenn man bedenkt, welche Schwierigkeiten sich in dem unter dem Zarismus vernachlässigten und verlotterten, kulturell verschlampten Land mit zahlreichen ganz oder halb nomadischen Völkern, mit den nur mangelhaft ausgebauten Verkehrsmitteln sich der planmäßigen Unterrichtung und Erziehung des Volkes entgegenstellen, erscheinen einem diese Angaben überwältigend.

Besonders erfolgreich ist der Feldzug gegen die Unbildung in der Ukraine und in Sibirien. Für das Land, auf dem sich am meisten Widerstände ergeben, bildet man Lehrer aus, die selber Bauernsöhne sind. Sie werden von den Bauern gut aufgenommen und haben bessere Erfolge als Lehrer städtischer Herkunft. Von Moskau aus ist Anweisung erteilt, die Schulen nicht zu politischen Klubs zu machen, sondern als reine Unterrichtsanstalten zu führen. Das ist ohne Zweifel klug und richtig. Denn dadurch wird die Gefahr vermieden, daß die Bauern sich gegen die Teilnahme am Unterricht sträuben, weil der dumpfe Haß des Unwissenden sie gegen die bolschewistische Propagandainstitution mißtrauisch macht — während der Bauer, der lesen und denken gelernt hat, natürlich mit der Zeit auch seine instinkthafte Abneigung gegen die kommunistische Lehre überwindet und sich auf eigene Faust mit ihr beschäftigt. Es liegt im Wesen eines aufgeklärten Systems, möglichst vielen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihm zu befassen. Ein reaktionäres System dagegen hat Grund, mit der Mobilisierung der Intelligenz der Volksangehörigen vorsichtig zu sein, weil die sonst allzuleicht seine Widersprüche und Unzulänglichkeiten erkennen könnten. (Auch von diesem liberalistischen Gesichtspunkt aus wird die Logik unseres Kulturabbaus deutlich.)

In der Sowjetunion unterstützen auch die Gewerkschaften die Bildungsbestrebungen. Sie bemühen sich, die Arbeiter, die vom Land in die Stadt kommen, zu unterrichten. Bei der großen Fluktuation kommen auf diese Weise natürlich große Scharen der Arbeiter in die Erwachsenenschulen. Die Gewerkschaften hatten sich die Aufgabe gestellt, im Laufe dieses Jahres drei Millionen Analfabeten und Halb-Analfabeten den Betriebsschulen zuzuführen. Der Plan ist bereits zu mehr als 80 Prozent erfüllt. Die Gewerkschaftsschulen müssen wegen des ständigen Zustroms in vielen Orten erweitert werden. In den Städten werden Bauernuniversitäten eröffnet. Die Ermunterung zur Teilnahme am Unterricht in Schulen aller Grade wird durch fortgesetzte Kulturpropaganda besorgt. Eine große Rolle spielen dabei die „Unterrichtsbrigaden" der großen Betriebe, die regelmäßig in die Dörfer hinausziehen.

Daß bei der Kulturpropaganda und beim Unterricht auch der Kampf gegen Kirche und Gottesglauben eine Rolle spielt, ist selbstverständlich. Unterricht und Bildung sind schließlich unvollständig, wenn sie auf die Aufklärung über die großen Illusionen und illusionären Ideologien der Menschheit verzichten. Das weiß bei uns niemand besser als die Reaktion. Unser Kulturabbau, den die Pleite des Kapitalismus zwangsläufig mit sich bringt, ist für niemand so vorteilhaft wie für jene Kreise, denen daran liegt, die den Menschen eingeborene Neigung zu Dummheit und Aberglauben zu pflegen. Peng

Der Sowjet-Tonfilm „Der Weg ins Leben" ist für Jugendliche unter 18 Jahren nicht zugelassen worden. Die Polizeidirektion München hat den Film ganz verboten.

Prestige-Taktik

Die Schulungsarbeit der Wehrverbände an der nationalen Jugend ist nicht nur deshalb verderblich, weil sie ihr einen kriegslustigen Geist einpflanzt, sondern weil es zugleich der Geist der romantischen Gefühle und des sturen Draufgängertums ist, der uns schon im letzten Krieg in mehr als einer Hinsicht geschadet hat. Mit Husarenritten war schon damals wenig getan, und das monatelange Anrennen gegen schwierige Stellungen und der allzu bereitwillige Einsatz wertvollen Menschenmaterials auch bei bescheidener Gewinnmöglichkeit waren nur durch einen Geist zu erklären, der einem Exerzier-Reglement entstammte, das nicht auf die moderne Materialschlacht zugeschnitten war. Schon eine einfache Rechnung hätte ergeben, daß die konsequente Durchführung des „Koste es was es wolle"-Standpunktes bei der technischen Überlegenheit des Gegners ein Menschenreservoir erfordert hätte, das uns nicht zur Verfügung stand, und die Erfahrungen von einigen Monaten Krieg hätten auf den Standpunkt zurückführen müssen, daß eine wendigere Führung unter Umständen weiter bringe, als die Prestige-Taktik von Führern, die glaubten, „jeden Fußbreit" eroberten Bodens unter ungeheuren Menschenopfern verteidigen zu müssen, nur um die Stimmung der Truppe nicht zu beeinträchtigen.

Im „Militär-Wochenblatt" tritt ein Offizier a. D. dieser falschen Haltung entgegen, die durch überalterte soldatische Grundsätze hervorgerufen ist. Er weist auf den Grundsatz hin, man müsse dem Feind größere Verluste beibringen, als man selbst erleide, und stellt ihm jene Einstellung gegenüber, die den Ruhm einer Truppe von der Höhe ihrer Verluste abhängig macht. Es ist falsch, bei hohen Verlustziffern ohne weiteres auf besonderen Mut der betreffenden Truppe zu schließen. Oft liegt es auch nur an der schlechten Führung, einer Führung, die selbst im Materialkrieg den Grundsatz beibehalten hat, daß die Rettung von totem Material der Opferung von Menschenmaterial wert sei. „Was im Ausklang der Ritterzeit bei der tatsächlich schweren Ersetzbarkeit der ersten Bombarden allenfalls „Gesetz und Recht" sein mußte, das hatte sich bei der Armee gedankenlos „fortgeerbt wie eine ewige Krankheit"."

Es ist interessant, wie hier in einem Fachblatt ein gut Teil von jenem falschen „Elan" abgetan wird, der einstens bei der Stimmungsmache eine so große Rolle spielte. Es wird ohne weiteres zugegeben, daß wir uns durch ihn in unzähligen Fällen „geradezu nutzlose Verluste" zugezogen haben. Und es wird mit Ernst darauf hingewiesen, daß wir uns in Zukunft die verderbliche Prestige-Taktik einfach nicht mehr leisten können.

Wir hätten sie uns schon damals nicht leisten dürfen, wie der Ausgang des Krieges gezeigt hat. Und haben es doch getan. Ein nüchterner Krieg geht eben den hierzulande herrschenden Schablonenansichten von „Mut", „Tapferkeit" usw. usw. gegen den Strich. Man verliert ihn lieber „ehrenvoll" und „im Felde unbesiegt" und trainiert sich auf eine Wiederholung. Im selben Geist, wie das Treiben der Wehrverbände zeigt. Da ist nichts zu machen. M.

Falscher Opfergeist

In der katholischen Wochenschrift „Das neue Reich" wurde der Fall eines Schülers besprochen, der bei der Besichtigung einer Kaserne von einem Maschinengewehr getroffen wurde. Dazu wurde u. a. gesagt: „Der Junge ist als Opfer jener nationalen Hirnverbranntheit gefallen, die unentwegt den Geist von Langemark pflegt"; und damit im Zusammenhang wurde von dem „gefechtstaktisch übrigens geradezu widersinnigen" Massenopfer von Langemark gesprochen.

Die „Deutsche Zeitung" zeigt sich darüber in heller Empörung und ruft aus: „Als ob ein Symbol der Beurteilung aus dem Gesichtspunkt des simplen Nutzens und augenblicklichen Erfolges unterläge! So betrachtet kann kein Opfertod jemals sinnvoll sein."

Wenn junge Leute in einem nüchternen Wirtschaftskrieg als Opfer einer sturen Büffelstrategie fallen, muß man wohl als Nationalist die Frage nach dem simplen Nutzen aus dem Spiel lassen. Ob aber dadurch ihr Opfertod sinnvoller wird, ist zu bezweifeln.

K. B.

Stahlhelminische Weltanschauung

Wenn man das weltanschauliche Kuddelmuddel der Stahlhelmleute in konzentrierter Form genießen will, dann lese man folgenden Stahlhelmbericht über die Fahnenweihe der Wehrsport-Abteilung Breslau:

„Unter feierlichem Schweigen entfaltete sich die erste Wehrsportfahne des gesamten Bundes. Schwarz, Weiß und Rot, für die zwei Millionen ihr Leben ließen, das Haupt Johannes des Täufers in dem Stadtwappen, auf blauem Bande der Name Breslau und darunter beiderseitig in weißem Felde das silberne Eichenlaub, vom knorrigen, trutzfesten Baume heldischer Zeiten, der einstens dem mächtigsten Asen, Odins Sohn, dem hammerschwingenden Gott geweiht war, verbunden mit dem harten und sausenden Wort „Wehrsport". Beides, Vergangenheit und Gegenwart, als Sinnbild die grünende Eiche, der festgemauerte Stein deutscher Nibelungentreue weisen den Weg. Schon breitet der Adler seine Schwingen, seinen Fängen zu strömen strahlenförmig die preußischen Farben und das Antlitz des großen Ringens, der Stahlhelm dämmert in gepanzerter ehrner Wucht durch das schwarz-weiße Strahlenbündel hervor."

Was Johannes den Täufer betrifft, so wird die Stahlhelmleitung gut daran tun, Mißverständnissen vorzubeugen: das Bild könnte statt als Gegenstand der Verehrung im Gegenteil als Aufforderung zum Rollenlassen von Judenköpfen angesehen werden.

Hauskerle

Der „Stahlhelm" brachte in seiner letzten Nummer eine Abhandlung über die Gefolgschaften bei den Germanen. Sie seien, hieß es da, Erlesene gewesen, die in völliger Hausgemeinschaft mit ihrem Führer lebten. Wegen dieser Hausgenossenschaft hießen sie bei den Nordgermanen auch „Hauskerle" (Kerl: der Freie). Sie bildeten seine Ehren- und Leibwache, und nachts schliefen sie in der Halle des Hauses vor seinem Gemach.

Sicher wird durch solche Unterweisung der für die nationale Bewegung erwünschte Gefolgsgeist geweckt. Wer möchte nicht in der heutigen grauen Zeit ein „Erlesener" sein. In Harzburg durften die Mannen bereits die ihnen zugedachte Rolle spielen. Als die Führer — die fürstlichen und die mit dem sozialistischen Mäntelchen — bereits in den Luxushotels dinierten, standen die mit einem bescheidenen Zehrgeld versehenen „Erlesenen" noch fröstelnd auf der Straße herum. Und nachher lagen sie nicht in der „Halle des Hauses", sondern in den Massenquartieren. Dafür durften sie dann andern Tags die Staffage abgeben für ihrer Führer. Bei der illustren Hauptkundgebung fanden sie allerdings keinen Platz, es waren zuviel Exzellenzen, Fürsten, Bankdirektoren und andere feine Herrschaften da. Dafür einte sie dann wieder ein gemeinsamer Gottesdienst, der von einem leibhaftigen Hofprediger gehalten wurde.

Die Rolle der Ehren- und Leibwache ist also bereits verwirklicht. Wie wird es aber im dritten Reich mit der „Hausgemeinschaft" bestellt sein?

Silberstreifen?

Es liegt etwas in der Luft ... In Basel haben die Leiter der Welt ... will sagen: der Notenbanken einige Tage lang eifrig beraten; französische Finanzleute sind zu Verhandlungen nach Amerika gefahren, der Ministerpräsident Laval wird in einigen Tagen auch dort eintreffen; Hoover hat, da in USA eine Bankenkrise von größtem Ausmaße drohte, die amerikanischen Banken zur Gründung einer Akzeptbank mit 500 Millionen Dollars Kapital veranlaßt, die eine liberale Kreditpolitik betreiben soll — ein Schritt, der ähnlich wie der Moratoriumsvorschlag in USA eine kleine Hausse ausgelöst hat; nach den Verhandlungen mit Laval wird Hoover in 8 bis 14 Tagen vielleicht nocheinmal mit einem Vorschlag vor die Völker treten — es liegt etwas in der Luft. Die beiden Goldländer, Frankreich, das bisher unter der Krise relativ wenig gelitten hat, jetzt aber doch auch hineingerissen wird, und Amerika, das zwar sehr stark von der Krise mitgenommen worden ist, aber doch noch mehr Reserven hat als andere Länder, arbeiten jetzt ernstlich miteinander an der Überwindung der Krise. Seit einigen Tagen sehen manche Zeitungen in Deutschland schon Silberstreifen am Horizont blinken, sozusagen goldene Silberstreifen.

Wir wollen vorerst lieber noch etwas skeptisch sein; aber Tatsache ist, daß, von den sich angeblich selber regierenden Völkern nicht bemerkt, internationale Verhandlungen von größter Tragweite im Gange sind. Wahrscheinlich wissen das auch Hugenberg und seine Genossen sehr gut; daher ihr starker Drang zur Macht. Sie würden, zur Macht gelangt, sich im Innern häuslich einrichten und nach außen sehr sanft auftreten und die angefangenen Verhandlungen zum erfolgreichen Ende führen. Sie stünden dann als Retter da. Ist es nicht möglich, daß sie so rechnen? Pitt

Dementi

An der Berliner Börse waren Nachrichten verbreitet, daß bei der Sozialdemokratischen Partei A.G. wegen starker Kredit-Abzüge seitens des Publikums und wegen Eingefrorenheit der Aktiven Schwierigkeiten entstanden seien. Wie wir von Verwaltungsseite erfahren, sind diese Nachrichten aus der Luft gegriffen. Wahr ist vielmehr, daß die Gesellschaft in nicht aussichtslosen Stützungsverhandlungen mit der Reichsregierung steht. Es wird an die Beleihung von Grundsätzen gedacht.

(„Montag Morgen")

Käufliche Liebe

Von Hermann Mauthe

Vor vier Jahren ist das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Kraft getreten, durch das u. a. die Kasernierung der Prostitution und damit die sittenpolizeiliche Kontrolle aufgehoben wurde, die vordem eine empfindliche Einschränkung der persönlichen Freiheit der Prostituierten bedeutet hatte (außer dem Zwang der Kasernierung bestanden Verbote, nach denen bestimmte Straßen und Plätze oder öffentliche Räumlichkeiten wie Theater usw. nicht oder nur zu bestimmten Stunden aufgesucht werden durften). Nach dem neuen Gesetz wird nur noch mit Strafe bedroht, wer in einer Sitte oder Anstand verletzenden oder andere belästigenden Weise zur Unzucht auffordert oder sich dazu anbietet, oder wer in der Nähe von Kirchen, Schulen oder anderer zum Besuche durch Kinder oder Jugendliche bestimmten Örtlichkeiten, oder in einer Wohnung, in der Kinder zwischen drei und achtzehn Jahren wohnen, oder in einer Gemeinde mit weniger als 15 000 Einwohnern der Unzucht „nachgeht". Personen, die Prostituierte beherbergen, werden nur dann wegen Kuppelei bestraft, wenn mit der Wohnungsgewährung ein Ausbeuten der Prostituierten oder ein Anhalten zur Unzucht verbunden ist.

Das Gesetz ist aus einer zwiespältigen Haltung entstanden. Man spürt in ihm das Bestreben, die ganze Frage der Prostitution unter rein hygienischen Gesichtspunkten zu behandeln, aber gleichzeitig ist, besonders auch in seinen Auslegungen, eine weltanschauliche bzw. religiöse Unterbauung unverkennbar. Diejenigen, die sich aus der Praxis heraus keinen Illusionen auf eine nennenswerte Einschränkung der Prostitution hingaben, erhofften von dem neuen Gesetz, daß es doch mancher Prostituierten die Möglichkeit gebe, leichter als vordem wieder in ein geordnetes Leben zurückkehren zu können, und daß mit der Aufhebung der Bordelle ein gut Stück der Ausbeutung der Prostituierten verschwinde. Manche Mucker und Dunkelmänner erwarteten, daß durch geeignete Handhabung des Gesetzes eine weitere schrittweise Eindämmung der „Unzucht" möglich werde.

Zum Entsetzen dieser Mucker breitete sich statt dessen auch in Städten, wo zuvor im Straßenverkehr kaum etwas von der Prostitution zu spüren war, das „der Unzucht-Nachgehen" rapid aus. Das Straßenbild wandelt sich zum Teil so, daß nicht nur Pastoren, sondern auch Denkmalspfleger über das verschandelte Straßenbild zu jammern anfingen. Die einen fürchteten eine katastrofale Entflammung zurückgedämmter Sinnlichkeit, die anderen erblickten in dem Vorhandensein der Straßenmädchen eine Irritierung jener hehren Gefühle, die jeder Deutsche hat, wenn er in den Umkreis eines Standbildes gerät. Man suchte deshalb nach Handhaben, um der neuaufgetauchten Gefahren Herr zu werden. Solche sind trotz dem neuen Gesetz oder gerade wegen seiner ungenauen Formulierungen reichlich da.

Da ist zunächst der dehnbare Begriff der „Verletzung von Sittlichkeit und Anstand". Eine schwierige Angelegenheit in der an extremen Welt-Anschauungen so reichen Zeit. Leider vertreten Polizei und Gerichte allzuhäufig die Anschauungen der Mucker. Das Bayerische Oberste Landesgericht hat zum Beispiel erst dieser Tage entschieden, daß im Anlehnen an eine Hauswand mit übergeschlagenen Beinen und in koketten Blicken sehr wohl eine anstands- und sittenwidrige Art der Berufsausübung erblickt werden könne. Wie soll sich denn aber ein Mädchen nun anbieten? Das Anbieten ist nach dem Gesetz ja erlaubt! Ein Kommentator sagt: in einer für Dritte kaum bemerkbaren und zurückhaltenden Weise. Man denke! So zartsinnig geht es ja nicht einmal im „normalen" Liebesbetrieb zu. Von der Ehe ganz zu schweigen.

Bei ihr handelt es sich nun allerdings um einen von altersher sanktionierten Liebesbetrieb, während man es bei der Prostitution mit einem Gewerbe zu tun hat, das trotz seiner Duldung durch das Gesetz als ehrlos, unsittlich und anstößig gilt. Ein Straßenmädchen kann heute überall wohnen und unter den im Gesetz gegebenen Beschränkungen seinem Gewerbe nachgehen, aber es kann auch heute noch auf die Straße gesetzt werden, falls das sittliche Empfinden der Hausbewohner durch die Tatsache, mit einem Freudenmädchen unter einem Dach zu wohnen, „verletzt" ist.

Eine weitere Erschwerung des Gewerbes wird unter dem Bestreben betrieben, die Mädchen vor Ausbeutung zu schützen. Man kann ungestraft an sie vermieten, sofern die Mieten in „angemessenem Verhältnis" stehen, keine Ausbeutung stattfindet und es sich um keinen bordellartigen Betrieb handelt. Andere Auslegungen besagen, daß kein „übermäßiger" Vorteil erstrebt werden dürfe, daß man sich mit den „üblichen" Vermietergewinnen zu begnügen habe. Begriffe, über die schon manche kleine Vermieterinnen gestolpert sind, obwohl von ihnen heute durchschnittlich für Wohnung, Bedienung usw. bedeutend weniger gefordert wird als in den unter polizeilichen Schutzaufsicht gestellten Bordellen alten Schlags. (In manchen großstädtischen „Instituten" scheint dagegen eine unglaubliche Ausbeutung der „Assistentinnen" zu herrschen.)

Diese Unsicherheit, in die das Gesetz durch seine Formulierung alle stürzt, die mit dem Gewerbe zu tun haben, verrät die Absicht, sich nicht nur um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit und des öffentlichen Anstandes zu mühen und die heranwachsende Jugend vor gewissen Dingen zu schützen, sondern darüber hinaus der „Unsittlichkeit" zuleibe zu gehen. Welche Möglichkeiten der Auslegung bieten nur die Begriffe „der Unzucht-Nachgehen" oder „in der Nähe von Kirchen und Schulen"! Hellwig sagt, daß der Unzucht nachgegangen wird, wenn Unzucht getrieben wird. Von einem der Unzucht-Nachgehen in einem weiteren Sinne könne man aber auch schon dann sprechen, wenn versucht werde, Verbindungen anzuknüpfen mit Männern, mit denen erst später Unzucht getrieben werden soll. Darf nun in der Nähe von Kirchen und Schulen nur im weiteren Sinne nicht der Unzucht nachgegangen werden oder auch im engeren? Was heißt „in der Nähe"? Was heißt „bordellartiger Betrieb"? Die Antworten sind sehr verschieden.

Man hat durch diese Handhabung des Gesetzes nur erreicht, daß die Winkelprostitution immer mehr blüht. Die Polizei hat ja auch unter dem neuen Gesetz eine gewisse Kontrolle der berufsmäßigen Dirnen beibehalten, und sie hat ordnungspolizeilich noch Mittel genug, gegen sie vorzugehen, aber in die Verstecke der zum Teil erst unter dem neuen Gesetz aufgeblühten geheimen Prostitution reicht ihr Arm kaum. In jenen Bezirken ist aber die Gefahr der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten hundertmal größer als im Umkreis der Berufsdirnen.

Es gibt deshalb Leute, die eine „freiwillige" Kasernierung erstreben; Einrichtung von Häusern, in denen nur Dirnen wohnen, wo es sich aber um reine Mietsverhältnisse und keine Bordelle oder bordellartige Betriebe handelt; andere warnen gleichzeitig vor den sittlich verheerenden Folgen, die solche Großbetriebe der Lust mit sich bringen. Heimlich oder unheimlich? Das ist hier die Frage. Sie wird nie richtig entschieden werden, weil der Zwiespalt innerhalb der heutigen

Religion ist Privatsache

Die Geschichte einer These

Der wissenschaftliche Sozialismus deckt die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung auf und weist nach, daß diese nur durch natürliche Kräfte bestimmt wird. Für die Begriffe Gott und übernatürliche Mächte bleibt dabei kein Raum, im Gegenteil, sie werden als zeitlich bedingte Stufen der Menschheitsgeschichte erkannt, die mit zunehmender Erkenntnis der Menschen schließlich völlig verschwinden werden. Aus diesem Grunde kann er weder den religiösen Anschauungen noch ihren organisatorischen Vertretungen, den Kirchen, irgendwelche Konzessionen machen.

Das älteste Dokument der deutschen sozialdemokratischen Partei, das „Eisenacher Programm" von 1869, hält auch an dieser grundsätzlichen Auffassung fest, indem es klar und exakt als seine Forderung formuliert: „Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche." Aber bereits das „Gothaer Vereinigungsprogramm", das im Jahre 1875 angenommen wurde, begründet durch seine verschwommene Fixierung „Erklärung der Religion zur Privatsache" jene Konfusion, die hinfort die proletarische Bewegung beherrscht und schließlich zur völligen Preisgabe der ursprünglichen Auffassung geführt hat.

In das Jahr 1891 fällt die Formulierung des „Erfurter Programms", die den gefährlichen Satz aus dem Gothaer Programm wörtlich sich zu eigen macht, obwohl er nach dem Vorentwurf von Friedrich Engels beanstandet wird; dieser verlangt, daß die mißverständliche These durch eine eindeutige ersetzt wird. Schon einige Zeit vorher hatte Engels in seiner Einleitung zu Marxens „Bürgerkrieg in Frankreich" eine grundsätzliche Erläuterung zu dieser Frage gegeben und die Durchführung des Satzes, daß dem Staate gegenüber die Religion bloße Privatsache sei, als die notwendige Grundlage für die freie Aktion der Arbeiterklasse bezeichnet. Durch die Betonung der Worte „dem Staate gegenüber" wäre jede Unklarheit darüber beseitigt gewesen, als ob Religion die Privatangelegenheit jedes einzelnen Sozialisten sei, jene verheerende und den Marxismus in sein Gegenteil verkehrende Meinung, die schließlich auf dem Görlitzer Parteitag der SPD (1921) ihre faulste Frucht zur Welt bringt: „Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache". Bis zum Heidelberger Parteitag 1925 macht sich zwar allerlei Widerspruch gegen solche Verdrehung geltend, aber die Frage wird nicht grundsätzlich geklärt, sondern durch die einfache Lösung erledigt, daß man das ganze Religionskapitel einfach wegläßt.

Dieses feige Ausweichen allein konnte einen Führer wie Sollmann dazu ermutigen, daß er sich zu folgender Tollheit versteigt: „Der tiefere Grund und Sinn des berühmten Satzes von der Religion als Privatsache ist, daß der Marxismus mit den verschiedensten Weltanschauungen vereinbar ist", und daß bis heute in keiner parteioffiziellen Erklärung dem widersprochen worden ist.

In Wirklichkeit ist der „tiefere Grund und Sinn des berühmten Satzes", daß der Staat sich nicht in die religiösen Anschauungen seiner Bürger mischen solle, daß dagegen eine marxistisch-sozialistische Partei jeder Religion gegenüber einen ganz bestimmten Standpunkt einnehmen soll, nämlich den des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus, der atheistisch ist und die Religion als Opium fürs Volk betrachtet.

Hans Krauß

Der Fall Eckert

Stadtpfarrer Eckert ist der KPD beigetreten. Die Kirche hat ihn mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Den Vorsitz im Bund der Religiösen Sozialisten hat er niedergelegt, dagegen behält er (vorerst) die Geschäftsführung und bleibt in der Schriftleitung des Bundesblatts. Die KPD hat ihm die Freiheit seiner religiösen Überzeugung und die freie Betätigung in seinem Amt (was nach dem Vorgehen der Kirche allerdings nicht mehr in Frage kommt) zugesichert. Eckert soll seinen Übertritt als „den Anfang einer Neugestaltung im Verhältnis von Christentum und Kommunismus" betrachten (nach Stadtpfarrer Schenkel) und gewillt sein, eine Art religiös-kommunistischer Bewegung ins Leben zu rufen.

Man kann beim besten Willen nicht behaupten, daß hier, sowohl auf Seiten Eckerts wie der KPD, alles klar sei. Ist Eckert noch überzeugter Christ oder ist er auf dem Weg zum Atheismus? Wird er vielleicht als marxistischer Atheist aus Rußland zurückkehren? Will die KPD wirklich zulassen, daß Eckert in der Partei für das Christentum wirkt? Oder benützt sie ihn nur als „Kanone", die nach einigen Wochen in die Ecke gestellt wird? Oder glaubt sie, ihre Einwirkung und die Rußlandreise würden Eckert zum Atheisten machen? Viele Fragezeichen. Viele Unklarheiten.

◆

Aus einer Predigt, die Pfarrer Eckert am 4. Oktober im „Religiösen Sozialisten" veröffentlicht hat (am 3. Oktober ist er in Berlin in die KPD eingetreten): „Wir Menschen können nicht aus dem circulus vitiosus unserer irdischen Gebundenheit heraus. Eine größere Sicht, das Erkennen des Kommenden und dessen, was um dieses Kommenden willen geschehen muß, das können wir uns mit den Mitteln des Verstandes nicht erzwingen, das wird uns geschenkt aus Gnade von Gott ... Glaube nicht, daß deine Erfahrung, dein Können richtiger sei. Gehorche — nicht den Menschen — gehorche Gott, so wie Petrus Gott in Christus gehorchte, auch wenn du hinaus auf das tobende Meer der Leidenschaften getrieben wirst ... Herr Gott, gib, daß wir, die wir dienen wollen, den Auftrag zu hören bereit sind ... Laß uns freudig sein an deinem Werk, die Trauergeister verscheuchen, die unsere Seele umschatten. Wir wissen es, Christus siegt, sein Reich der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freude. Amen."

◆

Die filosofische Grundlage des Marxismus bildet, wie Marx und Engels wiederholt betont haben, der dialektische Materialismus ..., der absolut atheistisch ist, der jeder Religion entschieden feindlich gegenübersteht. Wir erinnern daran, daß der ganze Engelssche „Anti-Dühring", der von Marx im Manuskript gelesen worden ist, den Materialisten und Atheisten Dühring der Inkonsequenz seines Materialismus bezichtigt, weil er der Religion und der religiösen Filosofie ein Hintertürchen offen läßt. Wir wollen daran erinnern, daß Engels in seinem Werke über Ludwig Feuerbach dem letzteren den Vorwurf macht, daß er die Religion bekämpfte nicht um sie zunichtezumachen, sondern um sie zu erneuern, eine neue, „erhabene" Religion zu erfinden usw. Die Religion ist Opium für das Volk — dieser Marxsche Grundsatz ist der Angelpunkt der ganzen Weltauffassung des Marxismus in Fragen der Religion. Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die dem Schutze der Ausbeutung und der Betäubung der Arbeiterklasse dienen.

Lenin (1909)

Das ist etwas ganz anderes

Die Polizei in Wien hat einen Ungarn namens Matuschka verhaftet, der, wie es scheint (ich will mich vorsichtig ausdrücken), an den Attentaten von Jüterbog und Biatorbagy beteiligt war. Über diesen Matuschka heißt es in Berichten des „Berliner Tageblatts" u. a.:

„Er erzählt ungefragt, wie streng gottesgläubig er sei, und daß er keinen Sonntag versäume, die Messe zu besuchen. Wiederholt zeigt er das von ihm auf der Brust getragene Medaillon des Heiligen Antonius, der sein Schutzpatron sei ... Durchschnittsmensch, bei dem lediglich ein starkes religiöses Moment hervortrat. Er galt stets als strenggläubiger Katholik ..., über dessen Schreibtisch ein ungewöhnlich großes Christusbild hing."

Wenn das ein Lenin-Bild gewesen wäre — das Geschrei in den Blättern unserer Frommen über die Marx- und Lenin-Jünger hätte ich hören mögen.

Höflich

Der chinesisch-japanische Konflikt in der Mandschurei hat beinahe zu zerbrochenen Fensterscheiben in Berlin geführt. Die Wirte der chinesischen Restaurants, in denen bisher auch Japaner gespeist hatten, hängten an ihre Türen Plakate mit der Aufschrift: „Für Japaner verboten!" Da über dieses Verbot bei den Japanern große Entrüstung entstand und die Gefahr drohte, daß die Entrüstung sich in Tätlichkeiten entlade, mußte das berliner Polizeipräsidium eingreifen. Es hat die streitenden Nationen zwar nicht ganz versöhnen können, aber doch erreicht, daß die Verbotstafeln etwas weniger schroff gehalten sind. Die Japaner werden jetzt gebeten, das Lokal einstweilen zu meiden. Und ein Wirt war sogar so höflich, auf das Verbotsplakat zu schreiben: „Wir bitten Japaner, zu entschuldigen, daß sie dieses Lokal wegen der politischen Lage vorläufig nicht besuchen können."

Nach Kriegsende werden sie dann wieder friedlich miteinander speisen.

Die japanischen Truppen setzen ihren Vormarsch in der Mandschurei fort. Der Präsident der chinesischen Nationalregierung in Nanking, Tschiankaischek, hat erklärt, wenn der Völkerbund den Frieden nicht wiederherstelle, werde China sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Es werde selbst nicht davor zurückschrecken, das Land für ein halbes Jahrhundert finanziell zu ruinieren, indem es zur Erhaltung seiner heiligen Rechte und zur Rettung des Weltfriedens zum Kriege schreite.

Gold und Diamanten

Gold regiert die Welt. Das ist, sagen die einen, nicht zu ändern und hat auch seine Vorteile; andere dagegen meinen, das sei das größte Unglück und müsse und könne sofort geändert werden. Wir wollen uns jetzt in diesen Streit nicht einmischen, sondern das Thema „Gold" einmal von einer andern Seite betrachten.

Ende des 19. Jahrhunderts wurden in Südafrika Gold, Diamanten, Kupfer und Kohle entdeckt. In die weiten Steppen, wo sich bis dahin Neger und Buren um Weideplätze gestritten hatten, zogen englisches Kapital, Konzessionsgesellschaften, Geologen, Techniker ein und mit ihnen — schwarze Arbeiter. Europäische Farmer und Bergwerksgesellschaften kauften den größten Teil des Bodens auf, erstens weil man überall Schätze der Erde zu finden hoffte, und zweitens weil man den Negern das Land entziehen und sie dadurch zur Arbeit in den Bergwerken zwingen wollte.

Da die Zahl der in der Südafrikanischen Union lebenden Neger aber der aufblühenden Industrie nicht genügte, wurden in ganz Afrika, von Deutsch-Südwest-Afrika bis Ägypten, von Madagaskar bis Marokko, Agenturen eingerichtet, von denen die Neger zur Arbeit in den südafrikanischen Diamantenminen angeworben werden. Der Neger verläßt seinen Kral, arbeitet in den Minen, wohnt in einer primitiven Hütte oder in einem Massenquartier und wird nach neun Monaten wieder entlassen. Während dieser neun Monate kommt er nicht aus seinem Minenfeld heraus, damit er nicht Gold oder Diamanten auf die Seite bringen kann. Mit Elektrizität geladene Drahtverhaue machen ein Entweichen unmöglich. Bei der Entlassung wird er mit Röntgenstrahlen durchleuchtet, auf daß kein Körnchen Gold unbemerkt bleibe. Zum Reinigen der Diamanten von Schlackenkörnern, der letzten Vertrauensarbeit vor dem Wiegen, werden häufig zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilte Neger verwendet, die also überhaupt keine Aussicht haben, aus den Minenfeldern herauszukommen.

Ist der Arbeiter entlassen, dann verlocken ihn die Buden und Warenhäuser der Minenstadt dazu, sein verdientes Geld gleich wieder auszugeben. Europäische Anzüge, Schuhe, Seidenstrümpfe, Hausgerät und allerlei Kram werden mit nach Hause geschleppt, in den Urwald, revolutionieren dort Lebensgewohnheiten und auch Moralbegriffe und erwecken bisher nicht gekannte Bedürfnisse. Und bald genügt das, was das Maisfeld und ein paar Kühe oder Ziegen hergeben, nicht mehr; der Neger wandert wieder in die Minenstadt, unterwegs findet er Verpflegungsplätze (wie gut die europäischen Kapitalisten für ihre schwarzen Brüder sorgen!), vielleicht trifft er ein Lastauto, das ihn und andere Neger, die das gleiche Ziel haben, mitnimmt und ihm so die Mühsal der Wanderung erleichtert, dann arbeitet er neun Monate, kehrt wieder heim, kann bald der Lockung des Geldverdienens nicht widerstehen, macht sich wieder auf den Marsch, nimmt vielleicht eine Frau aus seinem Kral mit oder heiratet ein Mädchen aus einer Minenstadt und bleibt dort; aus einem Bauern oder Nomaden wird ein Proletarier, er wird Christ, er ist für die Zivilisation gewonnen.

Die Bedürfnisse wachsen. Der neugeschaffene Proletarier zieht mit seiner Familie in ein modernes Arbeiterviertel mit Spielplätzen, Krankenhäusern, Kirchen, Warenhäusern usw., er wünscht sich ein Auto, seine Söhne sollen studieren — und da stößt er auf Schranken; denn nur wenige sind auserwählt. Gleichzeitig kommt er aber auch mit andern Ideen in Berührung, er begreift Zusammenhänge, die er früher nicht geahnt hat, Gruppen schließen sich zusammen, es bilden sich Gewerkschaften, und ... Aber das ist ein Kapitel, das die Geschichte erst noch schreiben muß.

Konrad Rieger

Das schweigende Gewissen

Im „Evangelischen Kirchenblatt für Württemberg" wird der Brief einer Frau veröffentlicht, die offenbar einen verantwortlichen Posten innehat. In dem Brief, der die letzte Steuer-Amnestie behandelt, wird gesagt, es sei von der Stelle, bei der die Frau tätig ist, den Leuten geraten worden, die „Gelegenheit, seine Sachen und auch sein Gewissen in Ordnung zu bringen, ungesäumt zu ergreifen". Aber gerade die Frommen — nicht die Scheinfrommen — seien nicht sehr willig ... „Gerade die, die wir für überzeugte Christen halten müssen, die wir hoch schätzen und ihrer Gesinnung wegen ehren — die sind außerordentlich schwer zu bewegen, Verschwiegenes jetzt zu melden, gutzumachen. Manche kommen gar nicht. Die Weltleute sind weit ehrlicher! Wir wundern uns über den und jenen, von dem wir genau wissen, daß seine Angaben nicht gestimmt haben, nicht stimmen können — Väter in Christo, zu denen man als solchen aufschauen kann — aber hier schweigt das Gewissen." — Warum schweigt es wohl?

Gesellschaft zu groß ist. Die Prostitution ist mit ihr unlösbar verbunden. Das Heer derer, die aus Not zur Gelegenheitsprostitution kommen und derer, die vollends in die Berufsprostitution abrutschen, wird immer größer. Der Eifer, mit dem man diese Mädchen dann plötzlich vor Ausbeutung zu schützen sucht, könnte aufreizend wirken, wenn man nicht gleichzeitig das Endziel erkennen würde: der „Lust" den Boden abzugraben. Das ist ein vergebliches Bemühen. Wenn auch bei den Mädchen nicht immer das Angebot einem geschlechtlichen Bedürfnis gleichkommt, so sicher doch bei den Nachfragenden. Und sie sind mitnichten, wie gewisse Leute glauben machen wollen, Kinder einer sittenlosen Zeit, sondern überwiegend Vertreter der alten Generation. Die heutige Jugend, soweit sie in freien Anschauungen aufgewachsen ist, quält sich kaum mit jenen Nöten, die bei Ledigen und Verheirateten der alten Generation immer wieder zu dem heimlichen Hilfsmittel der Prostitution führt. Und sie ist aufgeklärt genug, um Dinge zu wissen, die man auch durch dieses Gesetz dem Volk vorenthalten möchte: man erschwert den Verschleiß von Schutz- und Verhütungsmitteln!

Aber eine richtige Aufklärung ist der beste Schutz gegen Geschlechtskrankheiten, und eine vernünftige Einstellung gegenüber geschlechtlichen Dingen die beste Vorbedingung, um gewisse unerfreuliche Erscheinungen der Prostitution zu beseitigen. Wenn sie heute stark verbunden ist mit verirrtem Trieb und Verbrechertum, darf man sie darum schelten? Sie ist noch von jeher der Abklatsch einer Zeit gewesen. Und die Leute, die immer noch mit sanft klimperndem Augenaufschlag sich zu Verteidigern der heutigen Gesellschaftsordnung machen, sollten sich erst mal an der eigenen Nase packen, ehe sie fortfahren, an den Symptomen herumzukurieren.

Die Ehe bleibt deshalb so beliebt, weil sie das Maximum an Versuchung mit dem Maximum an Gelegenheit verbindet.

Shaw

Das ganze Getue über Prostitution ist auf männlicher Seite Scheinheiligkeit, auf weiblicher Hysterie. Das alles ist heuchlerisches Wesen; und mir ist alle Unzucht lieber als Heuchelei und Scheinheiligkeit.

Fürst Chlodwig zu Hohenlohe

Der Freudenmarkt mag seine Auswüchse haben und seine Unordnung, Mißbräuche und irdische Mängel, seinen Ekel und Verdruß. Aber er ist die einzige Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft, die nicht von Grund aus verkommen ist.

Karl Kraus

Arbeitslose im Herbst

Irgendwo da springen Kinder,
über ihnen fliegen Drachen.
Es ist Herbst. Bald kommt der Winter.
Wer da Arbeit hat, kann lachen.

Und im Grase liegen Männer,
solches Arbeitslosenpack.
Denn es ist ein wirklich schöner,
herrlicher Oktobertag.

Erst liegt man auf seinem Rücken,
später liegt man auf dem Bauch.
Keiner muß sich dabei bücken,
und der Nachbar macht's so auch.

Und es fallen die Kastanien,
und die Blätter färben sich.
Fern im Süden, da liegt Spanien,
da geschieht was, bei uns nicht.

Bleibe liegen auf dem Rücken,
schön ist die Natur im Herbst.
Winters stechen keine Mücken,
möglich aber, daß du sterbst!

Eugen Bantel

Was mancher nicht weiß

Der „Kommunistische Bund ehemaliger Reichswehroffiziere" und der „Verein kommunistischer Stadtpfarrer" haben einen sozialistischen Wettbewerb eröffnet, welche der beiden Gruppen im November die meisten sozialdemokratisch organisierten Arbeiter für die KPD gewinnt. Der Sieger erhält eine Fahne mit der Aufschrift: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein."

Die in Harzburg aufmarschierten Nationalisten haben sich trotz einigen Gegensätzen zu einem Verein deutscher Harzardeure zusammengeschlossen. Zum Kassierer wurde mit allen gegen eine Stimme Dr. Schacht gewählt. Die eine Stimme gehörte einem Hitlerjungen, der Banklehrling ist.

Hinterzogene Steuern werden erlassen, falls rechtzeitig Reichsbahn-Anleihe 1931 gezeichnet wird. Da die Anleihebeträge auch von Kirchensteuern befreit sind, befürchtet die Kirche eine empfindliche Beeinträchtigung ihres Etats.

Die neulich zum Franzosenempfang abkommandierten Reichsbannerleute sangen vor dem Hotel Adlon begeistert: „Der Bahn, der kühnen folgen wir, die uns geführt Laval." Die Beteiligten wehren sich gegen die Version, es habe sich dabei nur um ein geistreiches Wortspiel gehandelt.

In einigen Zeitungen wurde behauptet, die erste Frage, die Hindenburg neulich an Hitler gerichtet habe, sei gewesen: „Waren Sie im Feld?" Die Sache so darstellen, heißt die ganze Unterredung bagatellisieren. Wie wir hören, lautete die Frage: „Bei welchem Regiment haben Sie gedient?"

Geschaukelt

Soeben wurde in Görlitz ein Heim für Schwerhörige eröffnet, dessen Insassen vom Portier auf die Manier geweckt werden, daß er von seiner Loge aus durch einen Hebeldruck die Matratzen der Schlafenden in wellenförmige Bewegung bringt.

Im Dritten Reich wird das auch für Nichtschwerhörige obligatorisch sein. Jeden Morgen Punkt 6 Uhr (Sonntags eine halbe Stunde später) drückt Adolf der Große in der Reichskanzlei auf einen Hebel — und ganz Deutschland erwacht. („Saar-Chronik")

Die Lektüre

Liebe S.-Z.! Im Zug zwischen Garmisch und München. Im Abteil sitzen drei Schulknaben, die mit großem Interesse Bücher lesen. Und zwar: 1. Der Heldentod des Fliegerleutnants. 2. Hans Fabers erster Kriegsflug. 3. Im Kampf ums Vaterland. Die Bücher stammten (nach dem Stempelaufdruck) aus der Bibliothek des Realgymnasiums Weilheim (Oberbayern).

Man ist das ja gewohnt, aber hier war es ein bißchen viel auf einmal.

O. D.

Literatur

Der unbekannte Diktator Thomas Bata. Von Rudolph Philipp. Agis-Verlag, Wien-Berlin. Preis gebunden 6 Mark. — Eine umfangreiche Streitschrift gegen den tschechischen Schuhfabrikanten Bata, in der seine Ausbeutungsmethoden beschrieben und z. T. dokumentarisch belegt werden. Der polemische Ton könnte den Verdacht erwecken, der Verfasser sei nicht immer objektiv. Aber eine Untersuchung des internationalen Arbeitsamts über das System Bata („Die Arbeitsbedingungen in einem rationalisierten Betrieb", Berlin 1930), die in der Form sehr zurückhaltend und vorsichtig gehalten ist, kommt sachlich ungefähr zu den gleichen Ergebnissen, nämlich daß Batas Riesenerfolg in erster Linie auf einer vollendeten Meisterschaft in der Ausnützung seiner Arbeiter beruht.

Sch.

Unternehmer-Literatur

Eine „Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse" und ein „Verein für soziale Aufklärung" in Dresden haben sich offenbar die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk in Nationalökonomie zu unterrichten; denn, sagt ein von diesen Vereinen herausgegebenes Flugblatt, „die Belehrung unaufgeklärter und unwissender Kreise ist Ehrenpflicht des Wissenden".

Wenn man mehrere Flugblätter dieser Wissenden angesehen hat, dann kommt man zu der Erkenntnis: Die deutschen Arbeiter haben's paradiesisch schön; ihre Löhne sind (zum Schaden natürlich der notleidenden Unternehmer) immer noch unglaublich hoch; und wenn einer genug hat vom Arbeiten, dann meldet er sich arbeitslos und geht stempeln oder er „macht krank". Auf einem Bild eines solchen Flugblatts sieht man z. B. den „Solidaritätsmax" an der Hobelbank schwitzen, währenddes der Fritz sich krank gemeldet hat und, eine Zigarre rauchend, vor einem Kino steht und sich überlegt, welchen Platz er sich von seinen Krankengeldern leisten kann; auf dem Bild daneben sitzt ein dicker Arbeitsloser im Lehnstuhl, trinkt Kaffee und hört sich gemütlich das Radio an. Unterschrift:

„Arbeitslos ist August Schmidt —
seht, w i e er darunter litt!
Maxe zahlt, muß Beitrag geben —
Solidarität soll leben!"

Siehst du, Maxe, das ganze Elend kommt bloss von den Sozialversicherungen und von den Marxisten, die für die Versicherungen schwärmen! Weg mit ihnen! Keine Solidarität mit deinen Kollegen, sondern mehr Vertrauen zu den Unternehmern! Dein Bruder hat doch einen Freund mit dem schönen Namen Klarmann, der macht dir alles klar: was Geld und Kapital und Zins ist und wie falsch die sozialistischen Programme sind. Zuletzt mußt du eingestehen, daß dir diese Dinge „bis heute noch vollkommen unbekannt waren. In meinen Gewerkschaftszeitungen habe ich nie davon gelesen." Du mußt dich eben, wenn du Aufklärung willst, mehr an die Unternehmer-Literatur halten.

•

Auf ähnlichem Niveau wie diese Flugblätter steht eine vom Langnamverein herausgegebene „Wirtschafts-Fibel", die den Titel trägt: „Warum arbeitslos?" In Dutzenden von Zeichnungen und schematischen Darstellungen wird immer nur das eine gezeigt: die Arbeitslosigkeit kommt von den hohen Löhnen und den Sozialversicherungen. Ein Beispiel: Am Tisch sitzen zehn Arbeiter und wollen von einer vor ihnen liegenden Wurst essen. Die Wurst stellt die „zur Verfügung stehende Lohnsumme" dar. Sie wird in zehn gleiche Teile geteilt, und alle zehn Arbeiter haben zu essen und sind zufrieden. So war das bis zum Jahr 1927. Dann aber, 1928 bis 1930, werden einige Arbeiter frech, sie machen sich breit, werfen drei ihrer Kollegen vom Tisch weg und können jetzt die Wurst in sieben Teile zerschneiden, so daß jeder mehr bekommt als früher; die drei aber sind arbeitslos und hungern, nur weil die sieben andern Arbeiter zu anspruchsvoll waren.

„Was ist also zu tun?" Die Löhne müssen herabgesetzt werden. Zuletzt sehen das sogar die Arbeiter ein und sagen: „Rücken wir doch etwas zusammen, dann haben die drei auch wieder Platz!" Jetzt wird die Wurst wieder in zehn Teile geteilt, und alle zehn Arbeiter sitzen wieder, wenn auch etwas zusammengedrängt, so doch zufrieden, am Tisch.

Höchst einfach! Daß die Gewerkschaften schon mehr als einmal den Vorschlag gemacht haben, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verkürzen und dafür mehr Arbeiter zu beschäftigen, also die Wurst lieber in zehn kleinere als in sieben größere Stücke zu teilen, daß aber die Unternehmer nicht damit einverstanden sind, das steht in der „Wirtschaftsfibel" nicht drin. Sie zeigt nur, daß die Arbeiter eben „etwas zusammenrücken" müssen. Ob dann in der rauhen Wirklichkeit die drei Hinausgeworfenen auch wieder einen Platz bekommen, ist eine andere Frage.

•

Flugblätter, Broschüren, kindlicher Text, stümperhafte Zeichnungen — ist so die ganze Unternehmerliteratur? Offenbar nicht; denn von etwas anderer Art ist ein drittes Beispiel, das ich noch anführen möchte: „Reparationsfibel", Verlagsbuchhandlung Broschek u. Co., Hamburg. Preis 2,80 Mark. Großes Format, gute Bilder, viersprachiger Text. Inhalt: Der arme Michel wird mit den 14 Punkten Wilsons hereingelegt, muß Kolonien, Schiffe, Waffen hergeben und dann noch Reparationen zahlen. Ohne Geld, mit leeren Taschen zieht er durch die Welt, die im Überfluß schwimmt. Im Überfluß? Jawohl. Krise in Italien, England, Nordamerika, Südamerika — gibt es nicht für die Reparationsfibel. Nur der Michel ist arm — und schuld daran sind die Reparationen. „Nehmt diese Last von der Welt und sie ist geheilt." Daß wir gegenwärtig gar keine Reparationen zahlen und es trotzdem wenig nach „Heilung" aussieht, das vergißt die Reparationsfibel; das wird ja auch von den übrigen Kritikern der Reparationen gern übersehen.

Das der Inhalt. Die mehrfarbigen Bilder sind zum größeren Teil sehr gut. Kein Wunder; denn im Vorwort heißt es: „Die von ihrer Tätigkeit am Münchner Simplicissimus in aller Welt bekannten Künstler Professor Olaf Gulbransson, Thomas Theodor Heine, Erich Schilling, Professor Schultz, Ed. Thöny und der Berliner Künstler Oskar Garvens haben die Blätter beigesteuert." Traurig, aber wahr. J a n H a g e l

---

Das ö s t e r r e i c h i s c h e P a r l a m e n t hat nach viertägiger scharfer Debatte am 3. Oktober das Finanzgesetz angenommen, durch das auf Verlangen des Völkerbunds die Staatsausgaben um 235 Millionen Schilling herabgesetzt werden. In Paris haben daraufhin die Verhandlungen über einen Kredit an Österreich begonnen. Der Schilling, der nach den offiziellen Notierungen um etwa 20 Prozent gesunken war, hat sich wieder befestigt.

Pervers

Wie der „Zeitungs-Verlag" entrüstet mitteilt, hatte die bekannte Kukirolfabrik einen „perversen" Reklameeinfall. Sie verschickte an die Zeitungen einen Reklametext in Form einer Denkschrift, in der die Einführung einer Hühneraugensteuer vorgeschlagen wird, von der das ganze Defizit der Reichsfinanzen gedeckt werden könne.

Der Einfall ist, wie man sieht, etwa auf dem geschmacklichen Niveau der übrigen Reklame dieser Firma. Da sie seither den Zeitungen hohe Einnahmen sicherte, nahm niemand Anstoß daran. Nun ist es auf einmal anders. Wir leben in einer Zeit, die sozusagen zu etwas verpflichtet. Deshalb haben nicht alle Zeitungen den „perversen" Reklametext aufgenommen. Und die, die es taten, bekamen von ihrem Verlegerorgan einen schweren Rüffel. Hier seien tiefgehende Sorgen der Reichspolitik in geschmackloser Weise verulkt, und die Aufnahme müsse vom Standpunkt des Ansehens der Presse aus verurteilt werden.

Das sind ja direkt masochistische Anwandlungen. Wahrscheinlich führen sie trotzdem nicht dazu, die schönen, wenn auch manchmal geschmacklosen Inserate der Firma ganz abzulehnen. Wenn etwas pervers wäre, wäre es dies. o h a

---

Durch die neue Notverordnung vom 6. Oktober wird die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ermächtigt, ein Drittel der Unterstützung nicht in bar, sondern in Naturalien auszubezahlen. Die Reichsanstalt ist sich noch nicht klar, wie die Naturalienzahlung durchgeführt werden soll.

Wie man zu Geld kommt

D u r c h P e d a n t e r i e

In Berlin ist dieser Tage ein Buchhalter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen Betrugs. Er hatte zehn Jahre lang seinen Posten inne und konnte sich rühmen, so genau und gewissenhaft gewesen zu sein, wie es nur ein Idealbuchhalter sein kann. Er kannte weder die Radiererei noch die Schmiererei gewisser Kollegen. Sie war ihm ein Greuel.

Da mußte es ihm nach zehn Jahren passieren, daß er einen Betrag von zweihundert Mark auf der Ausgabenseite in die falsche Kolonne setzte. Er brachte es nicht übers Herz, zu korrigieren. Sein Ordnungssinn und sein Buchhalterstolz sträubten sich dagegen. Und er ging hin und machte aus den zweihundert Mark zweitausend. Aus irregeleitetem Buchhalterehrgeiz. Daß er dann die überschüssigen achtzehnhundert Mark noch der Kasse entnehmen mußte, war eine zwangsläufige Handlung, die ihm gegen den Strich ging, aber nicht zu vermeiden war. Er ist so durch seine Pedanterie zum Betrüger geworden.

D u r c h G e s a n g

Ein evangelischer Pastor in der Provinz benötigte einiges Kapital. Er packte eine Anzahl Gesangbücher und Bibeln zusammen und fuhr mit vier Mitgliedern seines Kirchenchors nach Berlin zu dem Herrn Generaldirektor Jeppel vom Devaheim-Konzern. Bei dem wurde gerade im Kreise der Missionskollegen Geburtstag gefeiert, und was lag näher, als auf den Fittichen des Gesangs jenen Mann zu umrauschen, dem die vielen gläubigen Sparer ihr Geld anvertraut hatten?

Das Beginnen war von vollem Erfolg begleitet. Es wird berichtet, das Männerquartett des Pastors habe „von Herzen kommend und zu Herzen gehend" gesungen. Unter dem Eindruck dieser gefühligen Darbietungen bewahrten die Herren Jeppel und Cremer die Frage nach einer ausreichenden Sicherheit in ihrem Busen und bewilligten dem sangesfreudigen Amtsbruder 24 000 Mark.

Womit sich erwiesen hat, daß dem geistlichen Lied nicht nur ideelle Werte innewohnen. o h a

---

Das Vaterland ist die Gesamtheit von Personen, die du nicht einmal das Vergnügen hast zu kennen, und die dich von hinten erschießen, wenn du dich nicht für sie töten läßt. Vaterland, das ist eine Randglosse, ein Wort, das dazu dient, die Schafe auf die Schlachtbank zu schicken, um die Interessen der Schäfer, die daheim blieben, zu vertreten. P i t t i g r i l l i

Film und Wirklichkeit

In Berlin ist neulich die Wohnungseinrichtung eines bekannten weiblichen Filmstars versteigert worden. Aus dem Auktions-Katalog: Musiksalon mit Biedermeierflügel (sehr selten), Geschenk des Fürsten Blücher ... Japanzimmer mit großem chinesischem Hausaltar ... Schlafzimmer im Regence-Stil, holzgeschnitztes Gestell, seidengepolsterte Füllungen; zweites Schlafzimmer, franz. Bett im Louis XVI.-Stil ... Ölgemälde erster Meister, u. a. H. de Vliet (Gutachten Geheimrat Friedländers), van de Velde, Ruisdael, Pieter Santvoort ...

Die Leutchen bewegen sich anscheinend auch im Privatleben in der üblichen Kino-Aufmachung.

Sorge für die Kinder

Hugenbergs „Berliner Lokalanzeiger" bringt — vor Beginn des Krisenwinters — einen großen Artikel über das „Reitertreffen der Jugend in Ruheleben". Darüber steht in fetten Buchstaben: „M e h r K i n d e r m ü ß t e n r e i t e n. Jugend auf Pferden ein unvergleichlich reizvolles Bild."

Wenn nun dagegen jemand meint, mehr Kinder müßten zuerst menschenwürdig leben und genug zu essen haben, dann ist das natürlich ein unvergleichlich reizloses marxistisches Geschwätz.

•

Samenkörner

„Stadtvikar Hofmann zum Abschied. Wieder sehen wir einen treuen Führer scheiden. Im Mai 1928 übernahm Vikar Hofmann den Bund, der unter seiner Leitung bald fröhlich zu wachsen begann. Trotz der vielen Arbeit für Schule und Gemeinde, die auf seinen Schultern lag, hat er doch in nimmermüder Treue für uns und in unserer Mitte gearbeitet und manches Samenkorn gesät, das sich zur Frucht entwickelte ... Unser tiefgefühlter Dank und die besten Wünsche für seine neue Tätigkeit begleiten Vikar Hofmann nach München. Der evangelische Mädchenbund."

Inserat im Würzburger Generalanzeiger vom 1. Oktober

Jeder jeden Monat ein Buch

Für Oktober vier Bücher zur Auswahl:

Mussolini ohne Maske
Von Alfred Kurella. Preis 3,50 Mark
Eine Reportage über das Leben der Arbeiter Bauern, Pächter im fascistischen Italien (mit 200 Fotografien)

Die weisse Rose
Roman von B. Traven. Preis 5 Mark
Schildert den Kampf zwischen einer amerikanischen Ölgesellschaft und einem mexikanischen Eingeborenen, auf dessen Besitz Ölquellen entdeckt wurden

Gebärzwang und kein Ende
Von Emil Höllein. Preis 3,50 Mark
Der Kampf um die Kleinhaltung der Familie (Empfängnisverhütung)

Das kommunistische Manifest
Von Karl Marx und Friedrich Engels. Preis 0,90 Mark

Vom Verlag der S.-Z. zu beziehen gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung)

Und jetzt noch für November einen Abonnenten werben

Kleinigkeiten

2,30 Meter Teutschtum. Unter dem Ehrenprotektorat von Frau Winnifrid Wagner ist soeben ein „Siegfried-Krimhild-Bund" gegründet worden. Er stellt sich die Aufgabe, „Siegfrieds wirkliches Gewesensein zu beweisen und seine übermenschliche Größe von zweieinhalb Metern durch Ausgrabung seines Sarges festzustellen". Man nimmt an, daß auch Siegfrieds Schwiegermutter Ute, sowie Krimhild mindestens 2,30 Meter groß gewesen sind. Durch diese Feststellungen soll der heutigen Sportbewegung ein neues arisches Ziel gegeben werden: nämlich durch Nachahmung der im Nibelungenlied angegebenen Übungen einen vollkommenen Leib zu erwerben.

Offiziere. Der „Deutsche Offiziersbund" wendet sich in der Presse gegen die in der letzten Notverordnung enthaltene Höchstpensionsgrenze und gegen die Kürzung der Pensionen bei gleichzeitigem Arbeitseinkommen. Er empfiehlt den Betroffenen, im Einvernehmen mit den anderen Offiziersverbänden, den Rechtsweg zu beschreiten. — Die Opferwilligkeit der Offiziere kann sich mit derjenigen der Fürsten messen.

Frohe Botschaft. „Ulm hat wieder einen Regimentsstab und eine d r i t t e M i l i t ä r k a p e l l e", berichtet freudestrahlend der „Völkische Beobachter". — Nun muß sich alles, alles wenden.

Pleite vermeidbar. In der „Deutschen Zeitung" erklärt sich einer bereit, von festgefahrenen Unternehmungen „bei gesetzlich unanfechtbaren Maßnahmen" die Pleite abzuwenden. „Sie können", heißt es da, „Ihre Gläubiger in Raten, welche Ihnen wirtschaftlich erscheinen, nach I h r e m D i k t a t voll befriedigen ... Ehe Sie sich kopflos Ihren Gläubigern preisgeben ... nehmen Sie unverbindliche Rücksprache ... mit mir." — Das scheint ein kleiner Hugenberg zu sein.

Gelegenheitskauf. Die Sowjetregierung hat die Absicht, die russischen Kronjuwelen zu verkaufen. — Sollte mal eine Offerte in Doorn machen.

Trostvoll. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus London über die Folgen von Schachts Rede auf der harzburger Tagung geschrieben: „Die Rückwirkung an der Börse auf die deutschen Papiere wäre größer gewesen, wenn diese nicht schon einen so trostlosen Zustand erreicht hätten." — Gottlob: tiefer geht's nicht mehr!

Die Verständigung marschiert. In P a r i s ist die Aufführung des Films „Die Dreigroschenoper" von der Zensur verboten worden. In B e r l i n hat man einen nach der französischen Operette „Mamselle Nitouche" gedrehten Film verboten.

Kohlen. „In Dortmund-Barop hatten Erwerbslose, die zu ihrem Winterbedarf an Kohlen kommen wollten, auf dem Gelände der alten Zeche „Witwe" Kohlen gefördert. Sie trieben 20 kleine Schächte bis zu 12 Meter Tiefe in die Erde und förderten in Gruppen von sechs bis acht Mann täglich ungefähr 60 bis 80 Zentner Kohle. Da jedoch bei diesem Kohlenabbau nur primitive Abstützungen vorgenommen und ein Bergmann fast verschüttet worden wäre, ordnete die Bergpolizei die Sprengung der neuen Schächte, die zeitgemäße Namen wie „Brüning", „Notverordnung" usw. trugen, an." (Zeitungsmeldung)

Deutsche Erdkunde. Unter der Überschrift: „Ein Dorf gepfändet" schreibt der N.S.-Kurier: „In einer kleinen s ü d d e u t s c h e n Dorfgemeinde Holzheim bei Neuß spielte sich kürzlich usw." — Sie reden dauernd von deutscher Erde, sie singen dauernd vom deutschen Rhein, aber daß Neuß nicht in Süddeutschland, sondern am Niederrhein liegt, haben sie noch nicht gemerkt.

Notverordnungen. In den soeben erschienenen Nummern 7163/64 von Reclams Universalbibliothek sind die Notverordnungen zusammengestellt, die der Herr Reichspräsident im Juli und August erlassen hat. Es sind zusammen 48 (in Worten: achtundvierzig).

Zu spät. In London ist Oscar Wildes „Salome", die bisher nicht auf die Bühne gebracht werden durfte, uraufgeführt worden und durchgefallen. — Ein paar Jahrzehnte zu spät, Herrschaften: heute, da wir gerade den Geschmack am spritzigen Sexappeal verlieren, kann uns der bluttriefende schon gar nicht mehr kitzeln.

Zigeuner-Mission. Hugenbergs „Nachtausgabe" berichtet über das erfolgreiche Wirken eines Missionars Süßkind unter den berliner Zigeunern. Leider bekommt der Mann dabei auch eine Masse Heiratsanträge, „und nur mit viel Takt und Menschenkenntnis kann er sich, eingedenk seiner Mission, der Sympathiebezeugungen der leidenschaftlichen Zigeuner, die ihn zum Tanz auffordern, oder eines feurigen Zigeunermädchens, das ihn umarmen und küssen will, erwehren". — Der Mann hat keinen leichten Stand.

Sie werden ... Ein Student an einer süddeutschen Universität hat seinen Ausweis verloren. Der Ausweis wird auf einem Bahnhof gefunden und dem Universitäts-Sekretariat zugeschickt. Dieses schreibt an den Studenten folgende Karte, ohne Anrede: „Ihre Erkennungskarte wurde uns vom Bahnhof H. als Fundsache übersandt. Sie werden Ihren Dank dem Herrn Reichsbahnsekretär Y. daselbst aussprechen. I. A. ..." — Das nenn ich Erziehung zur Höflichkeit.

Der Reklamefachmann. Kürzlich hat Kaplan Fahsel in Berlin im „Deutschen Werbeklub" über die „Ethik der Werbung" gesprochen. Er gab einiges aus seinen Erfahrungen auf dem Gebiet der Werbung zum besten (Reklame-Vorträge bei Wertheim; Werbung für die Kirche), und verblüffte die anwesenden Reklamefachleute durch „prägnante Formulierungen". — Ein Pfarrer kann offenbar mitunter noch einen Händler lehren.

Mitteilungen des Verlags

In diesen Tagen zieht der Briefträger bei den Postabonnenten das Bezugsgeld für November ein. Vergeßt nicht, die Gebühr rechtzeitig zu bezahlen! Wer nach dem 25. Oktober bezahlt, muß der Post eine Sondergebühr von 20 Pfennig entrichten.

Jetzt ist es Zeit, für November noch einen neuen Abonnenten zu werben. Es weiß jeder einen Bekannten, der sich für die S.-Z. interessieren würde. Veranlaßt ihn zu einem Abonnement oder gebt seine Adresse dem Verlag an! Vielleicht gelingt es dann dieses-mal, die infolge des Verbots verlorengegangenen 200 Abonnenten vollends zu ersetzen.

Wer übernimmt in seinem Wohnort oder seiner Gegend für die S.-Z. Vertrieb und Propaganda? Über alles Nähere gibt der Verlag Auskunft.

Die Voruntersuchung gegen Hermann List (wegen Vorbereitung zum Hochverrat) ist abgeschlossen. Die Verhandlung wird vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden. Der Termin ist noch nicht festgesetzt.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 1[illegible] (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Und jetzt noch für November einen Abonnenten werben

Stuttgart, 25. Oktober 1931

12. Jahrgang, Nr. 43

Die Sonntags-Zeitung

Braunschweig — ein Signal

Am 16. Oktober sind im Reichstag die gegen das Gesamtkabinett gerichteten Mißtrauensanträge der „nationalen Opposition" und der Kommunisten mit 295 gegen 270 Stimmen abgelehnt worden. Das erneuerte (zweite) Kabinett Brüning war gerettet; der Reichstag wurde bis 23. Februar 1932 vertagt.

Bis kurz vor der Abstimmung war der Ausgang zweifelhaft. Der Kampf konzentrierte sich zuletzt um die Wirtschaftspartei. Die Nationalsozialisten ließen ihr durch den Pg. Göring sogar Ministerposten in der erhofften Rechtsregierung versprechen; die Regierung dagegen soll eine 100-Millionen-Garantie für die der Wirtschaftspartei nahestehenden Genossenschaftsbanken in Aussicht gestellt haben. Die Wirtschaftspartei hat das dementiert: sie habe sich nicht kaufen lassen, sondern nur aus vaterländischen Erwägungen gehandelt. Jedenfalls hat sie für Brüning gestimmt, und damit war er gerettet.

•

Wenn man von vereinzelten sozialdemokratischen Stimmen absieht, die zu jubeln begannen und sogar von der „Marneschlacht des Fascismus" redeten, dann muß man feststellen, daß Brünings Sieg nur mit gedämpftem Trommelklange gefeiert wurde. „Ende gut, alles — mäßig", schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung". Zu bedrohlich nahe war die Gefahr einer Rechtsregierung gewesen, zu wenig konnte man das Gefühl haben, die Gefahr sei wirklich überwunden. Denn wer nicht alles durch eine rosarote Brille betrachtet, sieht ohne weiteres, daß wir in den letzten Wochen auf dem Wege nach rechts ein tüchtiges Stück vorwärts gekommen sind. Beweise:

1. Die Führer der Nationalsozialisten sind auf die „staatsmännische" Linie eingeschwenkt. Hitler redet (wie Groener und Brüning) von der „Zusammenfassung aller verantwortungsbereiten Kräfte"; Frick erklärt im Reichstag, auch Mussolini habe sich zuerst an einer Koalitionsregierung beteiligt (warum sollten sich dann die Nazis nicht auch zunächst mit einer Koalitionsregierung begnügen?); daß die Nazis für Verständigung mit Frankreich sind, hat Frick ebenfalls sehr deutlich ausgesprochen. Daß diese realpolitische Haltung der Nazis viel gefährlicher ist als ihr bisheriges Geschrei, bedarf wohl keines Beweises.

2. Die Nazis haben in den letzten Wochen auf die Umgebung Hindenburgs spürbaren Einfluß bekommen.

3. Die Regierung Brüning ist nach rechts umgebildet worden. Reichswehrminister Groener hat das Innenministerium übernommen — von einer „verschleierten" Militärdiktatur kann man eigentlich kaum mehr reden. Jedenfalls ist der Schleier sehr großlöcherig. Zunächst sieht es ja so aus, als ob durch eine Militärdiktatur gerade eine Rechtsregierung verhindert werden sollte. Aber möglicherweise bildet diese „verschleierte" Diktatur nur eine Etappe auf dem Weg zu einer mehr oder weniger diktatorischen Rechtsregierung. Ob diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird, das hängt weniger vom Willen der Beteiligten als von der Entwicklung der Wirtschaftskrise und der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse ab.

•

Wenn man nicht von den französisch-amerikanischen Verhandlungen ein Wunder erhofft, dann wird man keine Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung entdecken. Die Krise verschärft sich immer noch, und immer entschlossener dringen die Kapitalisten darauf, die Krise auf ihre Art zu lösen: durch Abbau der Löhne. Bei den Metallarbeitern, im Ruhrbergbau, bei den Buchdruckern und in andern Branchen sind die Tarifverträge gekündigt worden. Überall drohen schwere Lohnkämpfe. Wie sind hier die Kräfteverhältnisse?

Und wie sind sie sonst? Die Vorgänge in Braunschweig am letzten Sonntag zeigen es deutlich; sie sind ein Signal. Wenn es in den nächsten Monaten bei Aufmärschen, bei Lohnkämpfen oder bei irgendeinem sonstigen Anlaß zu noch schärferen Auseinandersetzungen kommt — werden sich dann nicht ganz von selber die „verantwortungsbereiten Kräfte" zusammenfinden, auch ohne Reichstagsabstimmung? Die Nazis sind jedenfalls bereit dazu, sich zum Kampf gegen die Arbeiterschaft einsetzen zu lassen, und Groeners Programm bietet ohne weiteres die Möglichkeit zur Zusammenarbeit.

Nur die entschlossenste überparteiliche Abwehr der Arbeiterschaft kann die Gefahr noch vertreiben. H. List

---

Der braunschweigische Innenminister, der Nationalsozialist Klagges, hat den sozialdemokratischen „Braunschweiger Volksfreund" wegen seiner Berichterstattung über die Vorgänge am letzten Sonntag auf acht Wochen verboten.

„So steuern wir immer weiter von der Demokratie ab. Brünings politische Tätigkeit kann man doch nur dahin zusammenfassen, daß sie, mit einem Wort Bismarcks, die Vorfrucht der nationalen Diktatur bedeutet, das heißt, er gewöhnt das Volk an die Diktatur und ermöglicht es seinen Nachfolgern, sich zu behaupten, unter Hinweis auf ihren Vorgänger." („Deutsche Allgemeine Zeitung")

Groeners Programm

Reichswehrminister und Reichsinnenminister Groener hat einem Vertreter des WTB eine Erklärung übergeben, in der es u. a. heißt:

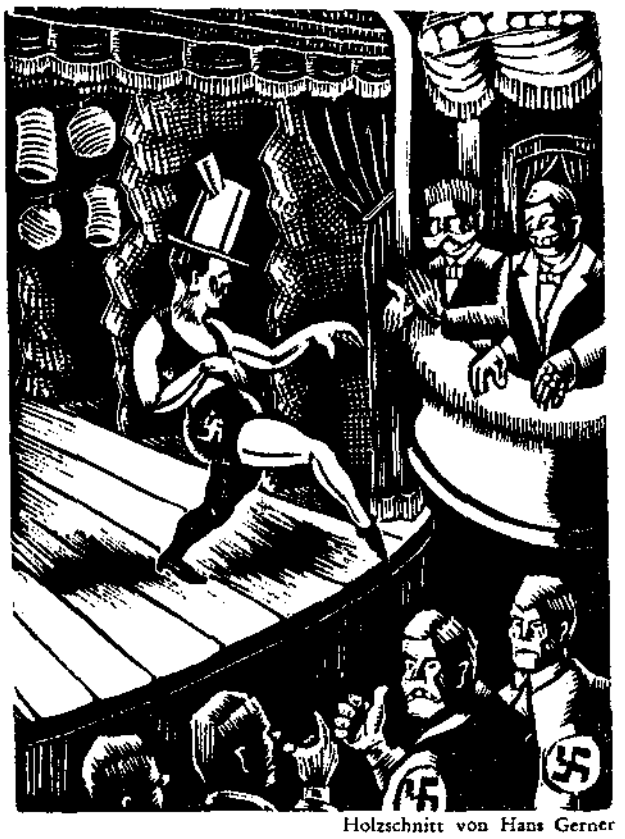
„Die Vereinigung wichtiger staatlicher Machtmittel des Reiches in meiner Hand ist heute mehr als zuvor eine Notwendigkeit, die wir zur Stärkung und Verdeutlichung der Autorität des Staates und zur Erfüllung der schweren Aufgaben des Winters brauchen.

Je stärker die politischen Spannungen im Innern werden, je weiter die Spaltung des Volkes in zwei Lager betrieben wird, desto wichtiger wird die Aufgabe der Staatsführung, alle aufbauwilligen Kräfte zu positiver Mitarbeit heranzuziehen.

Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Willkür in der politischen Betätigung Schranken gezogen werden, wenn sie auf den gewaltsamen Umsturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatswesens und unserer Kultur im Bolschewismus gerichtet ist.

Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfalle drakonische Ausnahmebestimmungen vom Herrn Reichspräsidenten zu erbitten.

In diesem Geiste werde ich die zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassenen Verordnungen handhaben."



Holzschnitt von Hans Gerner

Ei Adolf, du bist viel zu fein,
du schielst gern nach den Herrelein. (Volkslied)

Die bankrotten Inflationisten

Unter den Vertretern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie auf der Tagung der „nationalen Opposition" in Harzburg befanden sich Albert Vögler und Friedrich Flick, zwei leitende Männer des Stahltrusts. Was taten diese Herren bei den Heerhaufen der S.A.-Leute? Sie haben versucht, „der Einigungsformel von Harzburg den Inflationsgedanken einzufügen", wie die „Frankfurter Zeitung" geschrieben hat; denn sie stecken tief in Schulden.

Flick hat in der letzten Inflation sein Glück gemacht. Er spekulierte damals in oberschlesischen Werken und gelangte dann in die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, indem er Teile des Stinnes-Besitzes aufkaufte. Heute hat er Bankschulden in solcher Höhe, daß er sie wahrscheinlich nie wird zurückzahlen können; der Stahltrust hat, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, seine über das zulässige Maß hinausgehenden Verluste immer noch nicht angegeben. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Trust und der größte Teil der übrigen rheinisch-westfälischen Schwerindustrie hoffnungslos festgefahren sind. Deshalb verbünden sich die Herren Flick und Vögler mit der „nationalen Opposition", deren Ideen von „Federgeld" und „Binnenwährung" geeignet sind, der Inflation den Weg zu bahnen, und bestürmen die Regierung Brüning.

Und Brüning hat doch wahrhaftig schon einiges für die verschuldete Industrie getan. Er muß sogar selber zugeben, daß die Öffentlichkeit gar nicht alles erfahren habe. In der letzten Reichstagssitzung hat er u. a. einen Satz gesprochen, in dem es hieß: „In den Tagen, in denen wir die Banken stützen mußten und den Umfang unserer Hilfe für einzelne wirtschaftliche Unternehmungen sehr viel weiter ausdehnen mußten, als uns lieb war und als öffentlich bekannt ist ..." Und an einer andern Stelle seiner Rede sagte er, er werde jetzt gerade von den Leuten angegriffen, die ihn im Juni auf den Knien um Reichshilfe angefleht hätten.

Diese Leute — das sind die Herren von der Schwerindustrie und die Großagrarier. Sie werden vom Reich fortwährend durch Zölle oder durch direkte Subventionen unterstützt, aber trotzdem geraten sie immer tiefer in Schulden. Sie liegen vor Brüning auf den Knien und betteln. Dann bedrängen sie ihn in den vier Wänden seines Arbeitszimmers mit ihrem Wunsch nach einer Inflation, und als das erfolglos bleibt, lassen sie, in Harzburg und im Reichstag, zum offenen Angriff gegen Brüning und zum Raubzug auf die Reichskasse blasen (der Drang der verschuldeten Schwerindustriellen und Großagrarier zur Macht hat ja in der Hauptsache doch nur den einen Zweck: die Reichskasse, die Quelle aller Subventionen, in die Hand zu bekommen).

Der Angriff ist im Reichstag abgeschlagen worden. Aber die Gefahr ist dadurch nicht kleiner geworden. Fritz Lenz

---

Die langfristige Verschuldung des Bergbaus und der Eisenindustrie in Westdeutschland im Jahre 1930 wird auf rund 900 Millionen, die kurzfristige auf 530 Millionen geschätzt. Im Jahre 1931 hat die Gesamtverschuldung noch zugenommen.

Im preußischen Landtag hat am 14. Oktober der Zentrumsabgeordnete Baumhoff u. a. gesagt: „In Harzburg saß der Herd der Inflationsgefahr." Den daraufhin ausbrechenden Lärm von rechts brachte er dann zum Schweigen durch den Satz: „Schreien Sie nicht so laut, sonst redet einmal der Reichskanzler über das, was sich in den vier Wänden seines Arbeitszimmers zugetragen hat."

Wenn Brüning „auspacken" würde — er könnte wahrscheinlich mehr als einen der Heroen der „nationalen Opposition" unmöglich machen.

Der Weg der SAP

Von Richard Kleineibst, Löbau i. S.

Richard Kleineibst, einer der sozialdemokratischen Redakteure, die zur SAP gegangen sind, hat mich gebeten, in der S.-Z. auch einmal die „andere Seite" zu Wort kommen zu lassen. Ich komme der Bitte nach, allerdings nicht ohne die ausdrückliche Bemerkung, daß ich Kleineibsts Ausführungen für wenig überzeugend halte. D. Herausg.

An der Wiege der neugeborenen Sozialistischen Arbeiter-Partei hat sich, wie das so üblich ist, die Profetengabe der großen und kleinen Wahrsager entzündet. Die Skeptiker, die ja meist die dankbarere Rolle haben, überwiegen. Das ist, zumal in diesen Zeitläuften, begreiflich. Immerhin darf gefordert werden, daß man sich weniger auf Inspiration als auf kritische Untersuchung verläßt, bevor man Prognosen stellt.

Das hat, so scheint uns, die wir allerdings „Partei" sind, auch der Dreistern-Verfasser des Artikels „Die neue Partei" in der Sonntags-Zeitung vom 11. Oktober versäumt. Für ihn, und leider nicht nur für ihn, ist die Kommunistische Partei nichts anderes als eine — sagen wir — schärfere Spielart einer sozialistischen Partei. Sozialdemokratie gleich reformistische Entartung — Kommunistische Partei gleich Vertreterin des „reinen" Marxismus. Das ist die Formel, mit der man sich die Welt ungebührlich vereinfacht. Für die Entschlußfreudigkeit zweifellos günstig, für die politische Wirkung desaströs! Denn tatsächlich ist die KPD ihrem ganzen Aufbau nach streng diktatorisch, ohne das Regulativ demokratisch freier Meinungs- und Willensbildung zu jener versteinerten Starrheit verurteilt, die sie unfähig macht, politisch mehr zu tun als mit Schlagwortparolen zu agitieren, ähnlich wie die Nazis (mit denen sie noch manches andere gemein hat) den Opiumrausch von Zukunftsträumen zu verbreiten. Sie lebt, und freilich nicht schlecht, in der Hauptsache von den Fehlern der SPD und der Propaganda mit einem veridealisierten Sowjet-Rußland, dessen wichtigster außenpolitischer Exponent in Europa sie ist. Nur in diesem Zusammenhang kann ihre sinnlos auf putschistischen Umsturz gerichtete Politik verstanden werden, das immer wiederkehrende Techtelmechtel mit den Nationalsozialisten und vieles andere, was alles zu erwähnen und ausführlich zu begründen vielzuviel Raum in Anspruch nehmen würde.

Wenn sich eine Reihe alter und junger Sozialdemokraten von der SPD jetzt getrennt hat, so nicht so sehr, weil ihnen das Programm nicht mehr paßte, sondern vielmehr, weil dies Programm beinahe nur noch Aushängeschild war, weil die innerparteiliche Demokratie, nach ihrer Auffassung die unentbehrliche Grundlage jeder proletarischen Massenorganisation, autokratisch aufgehoben oder unwirksam gemacht wurde, weil die von der Parteibürokratie bestimmte politische Praxis der SPD sich mehr und mehr von den sozialistischen Grundsätzen, der sozialistischen Ideologie entfernte, sich an kleinbürgerlich-liberalistischen Ideen orientierte. Auch das nur Andeutungen, die aber leicht von jedem politisch Erfahrenen ergänzt und belegt werden können.

Wenn heute die Frage Demokratie oder Diktatur auf der Tagesordnung der aktuellen Politik steht, so doch ernsthaft nur in der Form: wie kann am zweckmäßigsten die Diktatur der andern, der großkapitalistisch-großagrarischen Oligarchen und ihrer Hilfstruppen verhindert werden? Und die Antwort lautet: nur durch Sammlung des Proletarierheeres, der Massen der Arbeitenden, unter einer einheitlichen Kampfparole. Sich dem Gegner, wie er es wünscht, auf dem Kampfboden zu stellen, wo er alle Vorteile der stärksten, durch nichts auszugleichenden Bewaffnung hat, wäre nicht mehr nur ein militärisches Abenteuer, sondern die sichere Niederlage des Proletariats, also ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Dagegen verfügt, wenn es einheitlich und geschlossen kämpft, das Proletariat nach wie vor über die ökonomischen Machtmittel, kann in einem durchindustrialisierten Land, wie es Deutschland ist, den militärisch stärkst bewaffneten Gegner in Tagen schon — Beispiel: der Kapp-Putsch — mattsetzen.

Hier beginnt die Aufgabe der neuen Partei, eine Aufgabe, deren Schwere nicht verkannt werden kann und wird. Durch Tolerierung eines Kabinetts Brüning ist sie freilich ebensowenig zu erfüllen wie durch die Proklamierung einer „Diktatur des Proletariats", die gewiß ganz bestimmte andere Voraussetzungen hat und, wie gesagt, zurzeit nicht auf der Tagesordnung der Geschichte Deutschlands steht. Gerade deshalb ist die Gefahr einer Irreleitung durch eine solche so leicht eingehende, aber doch illusionäre Parole, die höchstens den Wert eines ungedeckten Wechsels hat, so ungeheuer groß. Was nicht ausschließt, daß auch in diesem Kampf der Klassen das Wort gelten mag: à corsaire corsaire et demi. Doch das kann man jeden Tag auch aus dem Munde sozialdemokratischer Führer hören!

Auf Worte kommt es eben nicht an, sondern auf Taten. Und nicht zuletzt darauf, ob den breiten Massen ein wirklich einleuchtender, in seinen Etappen nachprüfbarer Weg aus dem Elend gezeigt werden kann. Das ist u. E. allerdings möglich; die Zeit schreit nach „Sozialismus in unserer Zeit". Ein an der konstruktiven Idee des Sozialismus orientiertes Aktionsprogramm für den Tageskampf, das sich auf die tatsächlich günstigen wirtschaftlichen Gegebenheiten stützen kann, müßte die Werbekraft entfalten, die notwendig ist, um sowohl den Scharlatanen — von rechts und links — wie den ängstlich zögernden und immer ausweichenden „Staatspolitikern" den Boden unter den Füßen wegzuziehen und das deutsche Proletariat in einer Organisation zusammenzufassen. Mag man das „Reformismus" nennen — er ist wesenhaft hundertmal radikaler als alles radikale Wortgepräge, hinter dem keine Idee, kein Plan steht. Auf die Revolutionierung der Köpfe, auf die Vertreibung überalterter und hohler Ideologien kommt es an — denn die ökonomische Entwicklung ist viel weiter, viel revolutionärer vorgeschritten als das Bewußtsein ihrer proletarischen Träger.

Wir sprechen, das sei zum Schluß ausdrücklich vermerkt, für uns, drücken unsere persönliche Meinung aus, die sicherlich nicht von allen Mitgliedern der neuen Partei geteilt wer-

den wird. Und wir wissen sehr wohl, daß auch in diesem Plan manche noch ungespielte Zukunftsmusik enthalten ist. Aber leicht denken wir uns die Einigung auf ein direktes Aktionsprogramm für den Tag und für die Stunde — für die mehr theoretischen Streitfragen, die heute nicht ausschlaggebend sind, wird die neue Partei die weitgehende Meinungsfreiheit bieten, die allein Gewähr ist für die Dauer einer Organisation, die mehr sein will als eine Sekte. Ob die SAP ihre vorläufige Funktion erfüllen wird, Aufnahmestellung für die Massen politisch heimatlos gewordener oder bald werdender Proletarier zu sein, wie wir es erhoffen, das muß schon die nächste Zukunft lehren.

Kurze Entgegnung

An die Redaktion der S.-Z.! Sie haben mich gebeten, auf den Artikel von Richard Kleineibst zu entgegnen. Es fällt mir nicht leicht, denn ich finde, Kleineibst geht am Wesentlichen vorbei. Damit aber kein Anlaß zu Mißverständnissen gegeben ist, will ich wenigstens einige Punkte kurz streifen.

Kleineibsts Kritik an der KPD ist mehr als oberflächlich. Auch ich bin der Ansicht, daß an der KPD manches zu kritisieren und zu bessern wäre, aber was Kleineibst sagt, ist einfach aus dem „Vorwärts" abgeschrieben.

„Wir machen es wie beim Kapp-Putsch" — das ist eine Parole, die man gegenwärtig häufig hören kann. Aber die so reden, bedenken nicht, daß die Lage heute doch wesentlich anders ist als 1920, daß vor allem die Macht der Reaktion, des Fascismus viel größer ist als damals. Wenn die Arbeiterschaft heute zu dem gleichen „ökonomischen Machtmittel" wie beim Kapp-Putsch greifen würde, müßte sie bald erkennen, daß sie dabei nicht stehen bleiben könnte. Dann würde nämlich sofort die Frage der Diktatur auf die Tagesordnung gestellt, die Kleineibst für nicht aktuell hält. Kleineibst sagt, die Diktatur der Gegner könne nur verhindert werden „durch Sammlung des Proletarierheeres unter einer einheitlichen Kampfparole". Gut; aber wie soll diese Parole lauten? Und wie soll für sie gekämpft werden? Die Führung einer nichtreformistischen Arbeiterpartei sollte doch erkennen, daß, sobald die Arbeiterschaft einmal entschlossen zu kämpfen begonnen hat, die Fragen der „Diktatur des Proletariats", der Räte usw. keine „theoretischen Streitfragen" mehr sind, sondern sehr aktuell, und von dieser Erkenntnis sollte man in ihrem Programm etwas spüren.

Das sind, wie gesagt, nur einige kurze Andeutungen. Im Ganzen: der Artikel der SAP hat mich in meiner Ansicht, daß der Weg der SAP sehr unklar ist, nur bestärkt. ***

Meinungsfreiheit

Einer der Vorwürfe der sozialdemokratischen Opposition gegen die S.P.D. ist der, daß die S.P.D. keine Meinungsfreiheit gewährt. Auf der Gründungsversammlung der neuen „Sozialistischen Arbeiter-Partei" hat Seydewitz, der Vorkämpfer der Meinungsfreiheit, dem Pfarrer Eckert erklärt, er dürfe auf der Konferenz nicht reden und es sei besser, er bleibe ihr fern. Auch dem badischen Funktionär Schäfer und anderen Vertretern ist es nicht gestattet worden zu reden. Schäfer ist, als er schon in der Rednerliste stand, gestrichen worden. Grund: Eckert, Schäfer und die übrigen wollten, wie man wußte, gegen die Gründung einer neuen Partei und für den Anschluß an die K.P.D. sprechen.

Auch in der S.A.P. besteht also nur Meinungsfreiheit für die Meinung der Führer.

Anträge

Nach den entscheidenden Abstimmungen über die Mißtrauensanträge am 16. Oktober haben die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten den Reichstag wieder verlassen und sind „zum Volk zurückgekehrt", und zwar gerade in dem Augenblick, als über einen kommunistischen Antrag, weitere Zahlungen nach dem Young-Plan zu verweigern, abgestimmt werden sollte. Der Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

In dem zurückgebliebenen Rumpfreichstag bildeten nun die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen die Mehrheit. So konnte eine Antrag, der Bau des Panzerkreuzers B solle eingestellt werden, durchgebracht werden. Die Regierung erklärte freilich, dieser Antrag sei nur eine „Empfehlung", sie sei nicht verpflichtet, ihn auszuführen. Das heißt: der Bau wird nicht eingestellt.

Ein Antrag, die Fürstenabfindung neu zu regeln, wurde in erster Lesung angenommen. Die zweite Lesung wurde aber verhindert und der Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen, d. h. begraben.

Militär oder Zivil?

Eine Woche nach der Tagung der „nationalen Opposition" in Harzburg haben die Nationalsozialisten in Braunschweig, wo ein gegen sie nachsichtiger Parteigenosse das Innenministerium hat, einen großen Aufmarsch abgehalten, mit Fahnenweihe, wie das ja im Vereinsleben sehr geschätzt wird. Der „Führer" hat markige Worte gesprochen; sie waren nicht frei von grollenden Untertönen: er mußte die Massen zur Geduld mahnen, sie scheinen ein wenig unzufrieden zu sein, weil es mit der Veranstaltung der großen Aktion einstweilen noch nichts geworden ist, vielmehr die ganze Demonstration der nationalen Opposition gegen Brüning lediglich in einem neuen Auszug aus den Hallen, in denen ohnehin nichts mehr entschieden wird, gipfelte.

Die Ungeduld der nationalen Scharen hat sich in Braunschweig in einigen Rachezügen nach den Arbeitervierteln ausgetobt. Es sind bis jetzt drei Tote und rund 70 Verwundete zu buchen. Wenn man die den Tätern zur Verfügung stehende oder ihnen in freiwilliger Liebedienerei ergebene Presse liest, ist freilich alles ganz anders. Da sind die Nazis so rein und unschuldig wie ungeborene Kinder.

Den gleichen Eindruck bekommt man merkwürdigerweise aus dem Bericht des Garnisonältesten von Braunschweig, des Obersten Geyer, der dem Reichswehrminister Groener — in dessen Eigenschaft als Reichs-Innenminister — referiert hat. Für den Obersten Geyer sieht es so aus, als ob die Züge der Nazis harm- und arglos durch die Straßen gewallfahrtet wären wie ein Keglerbund, der sein Stiftungsfest feiert. Es war alles „außerordentlich diszipliniert". Ja, und dann haben Böswillige das Pflaster aufgerissen, Steine geschmissen usw. und der Krach war da. Von den durch die Hakenkreuzler abgeriegelten Straßen, von den „Strafexpeditionen" in die Arbeitervierteln — die nichts anderes waren als Pogrome gegen die Arbeiterschaft — weiß der arglose Militär nichts. Und ohne Zweifel ist er da vollkommen gutgläubig.

Der wunde Punkt liegt anderswo. Es muß nicht an sich unzuträglich sein, wenn vorübergehend das Wehrministerium in der gleichen Hand liegt wie das Ministerium des Innern. Besonders nicht, wenn der Innenminister auch das Kommando über das Heer übernimmt. Bedenklicher ist es schon, wenn's umgekehrt kommt: wenn der General, dem die Armee untersteht, auch die Polizei, die Verwaltung, die Macht über Versammlungen, Presse, politische Meinungsäußerung ergreift. Doch selbst das muß nicht unbedingt schief gehen; die Persönlichkeit des Machthabenden spielt da auch noch mit, und Groener ist ja nicht der Ungeschickteste.

Aber eines müßte erwartet werden: Der Wehr-Innen-Minister muß seine Ressorts auseinanderhalten. Mag sich der Wehrminister durch Militärs über Heeresdinge berichten und beraten lassen — über zivile Fragen sollte er sich von zivilen Stellen informieren lassen. Zugegeben, daß das im Fall Braunschweig nicht so leicht war: der Innenminister dort ist ein Nationalsozialist, die Polizei, die — aus welchen Gründen, bleibt sich gleich — offenbar nicht vermocht hat, die Kriegszüge der Hakenkreuzler in die Arbeiterwelt zu verhindern, ist also vielleicht nicht die richtige Stelle, bei der man ganz zuverlässige Informationen holen kann. So mag Herr Groener gedacht haben. Aber wenn dem so ist, so hätte es sicherlich Wege gegeben, durch reichische Verwaltungsinstanzen ein ausführliches, detailliertes, weniger summarisch-naives Bild der Vorgänge zu erhalten als von dem als Soldat gewiß tüchtigen Obersten Geyer. (Das Reichsbanner hat einen sehr detaillierten Bericht veröffentlicht, der in krassem Widerspruch zu dem des Oberst Geyer steht.)

Der Fall sollte in Berlin zu denken geben. Die Trennung der Ressorts und der Zuständigkeit müßte gesichert werden. Wenn sich bewahrheitet, was die kommunistische Presse meldet: daß das Dezernat zur Bekämpfung radikaler Bewegungen — nämlich der Nachrichtenapparat des Reichsinnenministeriums — unter die Leitung des Generals Schleicher gestellt worden ist, so wäre das ein sehr bedauerliches Anzeichen dafür, daß die unglückliche Vermischung der Sfären schon um sich greift. Für die radikalen Bewegungen wird sich ja dadurch nicht viel ändern: die Linken werden nach wie vor gepiesackt, die Rechten geduldet werden — aber die Herren Republikaner sollten da doch mal ein wenig hineinsehen; vielleicht stellt sich heraus, daß durch diese Maßnahme einige ihrer so pietätvoll hochgehaltenen Grundprinzipien ins Schwanken geraten sind.

Max Barth

Die preußische Regierung plant, die Studierenden der pädagogischen Akademien zu Ostern 1932 an einigen wenigen Akademien zusammenzuziehen, ihre Ausbildung bis Ostern 1933 zu vollenden und dann sämtliche Akademien auf drei Jahre zu schließen.

Notwendige Klarstellung

Die Notverordnung vom 6. Oktober enthält besonders scharfe Bestimmungen gegen die oppositionelle Presse. Der Abschnitt über illegale Schriften hat eine sehr gefährliche Fassung erhalten und ist offenbar so schwerverständlich abgefaßt, daß in vielen Redaktionsstuben die Gehirne ein wenig aus dem Geleis geraten sind, als ihre Inhaber gezwungen waren, sich mit der neuen Verordnung vertraut zu machen. Zu gleicher Zeit mit dem Wortlaut der Verordnung wurde nämlich in einer Reihe von Zeitungen die Legende verbreitet, dem Drucker würden die Maschinen weggenommen, der Setzer würde eingesperrt, der Zeitungsverkäufer desgleichen, wenn sie Schriften, die nach Ansicht der Behörden hochverräterische Töne anschlügen, setzten, druckten, verkauften.

Von derartiger metternichischer Blödheit ist die Verordnung nun keineswegs besessen. Würde die eben gekennzeichnete Auffassung stimmen, so wäre zur Herausgabe einer Zeitung künftig ein höchst umständliches Verfahren nötig: man müßte ständig tagende Redaktionskonferenzen abhalten, an denen ein Gremium von Redakteuren, Verlegern, Druckern, Setzern und Zeitungsverkäufern Satz für Satz des Manuskripts begutachtete und auf seine Unanfechtbarkeit untersuchte.

Das kann die Reichsregierung nicht gewollt haben, und sie hat es einstweilen auch nicht gewollt.

Nach dem für Leute, die Deutsch können, ganz klaren Wortlaut der Notverordnung wird den an der Herausgabe und Verbreitung eines Blattes Beteiligten Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr angedroht, wenn erstens das Impressum der Schrift (Angabe von Drucker, Redaktör usw.) fehlt oder unrichtig ist, und wenn es, zweitens, „zur Verheimlichung des Ursprungs" weggelassen oder unvollständig oder unrichtig angegeben ist, und wenn, drittens, in dieser Schrift „das Verbrechen des Hochverrats, ein Vergehen gegen die Vorschrift über verbotene Vereine oder über verbotene Druckschriften oder eine nach den §§ 110 bis 112 des Strafgesetzbuches oder nach § 2 Nr. 2 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 strafbare Aufforderung oder Anreizung" begangen wird. Wenn Maschinen „zur Begehung eines nach diesen Vorschriften strafbaren Verbrechens oder Vergehens gebraucht oder bestimmt sind", können sie eingezogen werden.

Die Sachlage ist ganz klar: Drei Dinge sind Voraussetzung für eine Bestrafung nach diesem Paragrafen der Notverordnung: Erstens Fehlen oder Mangelhaftigkeit des Impressums; zweitens der Vorsatz der Verheimlichung des Ursprungs; drittens eine durch den Inhalt der Schrift gegebene Verletzung bestimmter Gesetze. Treffen diese drei Bedingungen zusammen, so können auch die Maschinen weggenommen werden. Andernfalls nicht.

Ix

Abwertung?

„In manchen industriellen Kreisen spricht man von der Schaffung einer „Abwertungskommission" die den Weg zu einer allgemeinen oder partiellen Schuldenreduzierung weisen soll. Während die Reichsmark unangetastet bleibt, will man eine Herabsetzung der Verpflichtungen vornehmen, wobei Gold- oder Devisenklauseln keine Rolle spielen. Wenn man so verfährt, ist eine Inflation tatsächlich nicht von Nöten, vielmehr würden von der Abwertung auch die Auslandsgläubiger betroffen werden, so daß der Erfolg für die verschuldeten Teile der Wirtschaft viel größer wäre als im Falle einer Markentwertung. Auf die Frage, wer dann überhaupt noch Kredite nach Deutschland zu geben bereit ist, hat man im industriellen Lager schon die Antwort bereit: Frankreich. In den letzten Wochen scheinen von industrieller Seite — ohne Wissen und gegen Willen der Reichsregierung — Verhandlungen in dieser Richtung geführt worden zu sein ...

Vielleicht hat man sogar schon einige Aussicht auf Erfolg. Frankreich ist an dem ausländischen Leihkapital, das in Deutschland liegt, nicht beteiligt. Da französische Interessen durch eine Schuldenabwertung nicht getroffen werden, und man sich in Paris mit den gefährdeten Privatgläubigern des Deutschen Reiches in keiner Weise solidarisch erklärt, liegt die Vermutung nahe, daß für politische Zugeständnisse französisches Kapital zu erhalten wäre. Nun meint man in jenen Kreisen, die diese Gedanken fördern, daß den Franzosen an neuen Zusicherungen der Regierung Brüning gar nichts gelegen ist, da man von ihr nichts zu befürchten hat. Viel teurer würden die Franzosen politische Konzessionen der „Nationalen Opposition" bezahlen. Auffallend ist es, wie maßvoll sich die Nationalsozialisten seit kurzem gegenüber Frankreich benehmen. Mit welchen Mitteln diese Zähmung der Nationalisten ermöglicht wurde, ist ein Geschäftsgeheimnis."

Bernhard Citron (Weltbühne)

Ich bin schamlos

Von Erich Scheurmann

Meine „Schamlosigkeit" hat einen überwältigenden Widerhall gefunden. Tagelang seufzte der Postbote unter der Last, die er zu meiner Waldhütte heraufschleppen mußte: Briefe, Briefe, Pakete, Pakete. Es brauchte jedesmal Stunden, um diese Liebesflut in sich aufzunehmen. Ich lernte in diesen Tagen wieder an das Gute im Menschen glauben. Und unsere Not ist nicht mehr, dank dieser Liebe.

Was besonders erfreute: niemand nahm Anstoß an meiner „Schamlosigkeit". Und alle möchten helfen. Irgendwie. „Mir ist nicht wohl, wenn ich jemanden in Not weiß", schreiben viele. Man bietet mir und den Meinen Heimat an. Ein Siedler schreibt: „Kommen Sie sofort. Mein Grundstück ernährt uns beide. Im Frühling werde ich Ihnen ein Lehm-Holzhaus bauen. Ich bleibe solange im Bahndienst, bis unser beider Existenz durch die Scholle gesichert ist." Hunderte bitten um Hals- und Kragenweite, um Schuhnummer und Leibeslänge, als wir schon längst mit Kleidern eingedeckt sind. Ich schreibe Dankesgrüße bis tief in die Nacht.

Andere senden ungefragt aus ihrem Überfluß. Oft verpackt wie Weihnachtspäckchen, stets begleitet von ernsten oder heiteren Worten. „Lieber Herr!", schreibt einer, „Sie bekommen anbei einige alte Hemden, die, wie ich zugebe, für Sie von keinem großem Wert mehr sein können. Aber besser ein altes Hemd, als gar keines. Die Hemden sind dünn, schlecht und werden nicht mehr lange halten. Man muß zunächst eines, wenn die Kälte zunimmt zwei, gegen Weihnachten drei davon tragen, im Januar, wenn es sehr kalt wird, würde ich am liebsten auf einmal den ganzen beiliegenden Vorrat anziehen, denn es verpflichtet ja zu nichts. Man erspart sich die Schublade. Immer eines wird gewaschen, wenn das andere frisch angezogen wird. Gegen das Frühjahr legt man sie in derselben Reihenfolge weg, so daß um Ostern rum der einhemdige Schriftsteller den schlechten Winter, wenn nicht gut, so doch erträglich überstanden hat."

Von überall her strömt der Atem der Menschlichkeit. Viele bitten, den Glauben an den Bruder nicht zu verlieren. Eine Fünfundachtzigjährige tröstet: „Als ich jung verheiratet war, ging es auch mir miserabel. Heute denke ich nicht mehr daran. Es geht alles vorüber, auch das Schlimmste."

Vielen ist durch die Schilderung meiner Lage, die eigene bevorzugte erst bewußt geworden. „Wie gut habe ich es doch gegen Sie. Aber man ist so anspruchsvoll. Ich schimpfe schrecklich bei jeder Gehaltskürzung."

Auffallend viele wollen mich trösten, indem sie auf die erbärmliche Zeit und Menschheit wettern. „Für dieses Volk habe ich keine Hoffnungen mehr; es wird und soll rettungslos im Sumpfe ersticken. „Fang bei dir selbst an, die Welt zu verbessern. Es ist der einzige Weg", antworte ich. Einige nehmen mich in strenges Verhör: „Warum heiraten Sie, warum zeugen Sie ein Kind in dieser Zeit?" Das sind Gewissensfragen, die tief loten. Ob meine Antworten überzeugt haben, weiß ich nicht.

Auch das muß gesagt sein: ein ganz kleines Trüpplein weiß nicht zu geben; es betrachtet mich als Schutt-Abladestelle. Ein Paket muß ich sofort verbrennen. Aus sanitären Gründen. Einige wollen für ihre Gabe eine Gegengabe. Sie ernennen mich zum Vertreter von allem Möglichen und Unmöglichen und versprechen „sehr hohe Prozente". Daß ich weder ein Giro- noch Bankkonto, für meine Einnahmen nicht einmal einen Geldbeutel habe, können viele nicht begreifen.

Alles in allem: Meine „Schamlosigkeit" ist mir zu einem großen Erlebnis geworden. Ich kenne fortan keine Sorge mehr, weiß ich doch jetzt, daß es überall Menschen gibt, die über das eigene Ich hinweg zum Bruder finden. „Schreibt nichts von Dank!" heißt es immer wieder. Dennoch: es tut mir leid, daß ich nicht allen persönlich danken kann. Ich tue es hiermit.

Das Rätsel Eckert

Unser Herrgott hat mancherlei Kostgänger. Speziell unter denen, die sich zu seiner näheren Umgebung zu rechnen pflegen, oder die vom marxistisch noch nicht verseuchten Volk naiverweise dorthin gerechnet werden.

Ich kenne einen Pfarrer, der war zwischendurch mal einige Zeit Geschäftsführer eines atheistischen Vereins. Dann ist er wieder Pfarrer geworden. Ist der Mann wohl Atheist und tut jetzt nur so? Ist er wieder „überzeugter Christ" geworden? Oder vorher schon immer gewesen, und hat's bloß nicht merken lassen?

Ein anderer Pfarrer, den ich einmal fragte, ob er eigentlich von der leiblichen Auferstehung Christi überzeugt sei, erwiderte nicht ohne Stolz: jawohl, und auch von der Auferweckung des Lazarus, sonst würde ich mich nicht unterstehen, eine Kanzel zu betreten. Der Mann ist später Nazi geworden. Er war übrigens ein Feinschmecker mit großem Verständnis für Saucen und ein guter Weinzahn.

Pfarrer Eckert, der jetzt Kommunist geworden ist, hat mir einmal auf eine ebenso indiskrete Anzapfung, nämlich ob er an das sogenannte Apostolikum glaube, mit einer gewissen Verwunderung im Ton ob meines anscheinenden Zweifels entgegnet: selbstverständlich, warum denn nicht? Ich war ein wenig erschlagen, denn der blonde Hüne sah halt gar nicht orthodox aus. Aber er war es einfach, und ich sah mich genötigt, meine Begriffe zu revidieren.

Die Sonntags-Zeitung (Nr. 42) findet es etwas verwunderlich, daß ein orthodoxer Pfarrer seelenruhig Kommunist wird; denn als Kommunist muß man doch Atheist sein. Sollte Eckert, der soeben noch von Gottes Gnade gepredigt hat und vom Sieg des Reiches Christi, „auf dem Wege" zum Atheismus sein?

Auf dem Wege? Wer weiß, ob Eckert nicht längst angelangt ist? Man kann vielleicht gleichzeitig Christ und Atheist sein. Nach meinen verschiedenen Erfahrungen würd' mich's nicht mehr besonders wundern.

Spaß beiseite: ich halte so etwas tatsächlich für möglich. Nämlich bei Menschen, die dem Leben und ihrer Umgebung nicht mit dem Verstand gegenübertreten, sondern mit dem Gefühl oder mit dem Willen. Beide Kategorien haben nicht das Bedürfnis nach einer bindenden Formulierung ihrer Weltanschauung. Sie sind Jude mit den Juden und Heide mit den Heiden, etwa wie man sich im Sommer leicht und im Winter warm anzieht, ohne daraus einen Grundsatz oder ein Bekenntnis zu machen. Ihre Haltung scheint manchem charakterlos; sie ist es im Grunde gar nicht. Ist es „charakterlos", in Afrika einen Tropenhelm und in Rußland eine Pelzmütze zu tragen?

Sehr vielen Leuten ist in der Tat Theismus oder Atheismus nichts anderes als eine Kopfbedeckung: man trägt sie, weil sie die andern auch tragen; man findet das richtig, man ist es so gewohnt, es fällt einem nicht ein, daran rütteln zu wollen. Warum? Weil es einem im Grunde gleichgültig

Matuschka gesteht

Als Urheber der Eisenbahnattentate bei Jüterbog und bei Bia-Torbagy hat diejenige Presse, die sich selbst als gutgesinnt zu bezeichnen pflegt, zunächst mal die Kommunisten angeprangert. Die Behauptung war leicht und leichtfertig aufgestellt; der Beweis war leider nicht zu erbringen. Und wenn man Pech haben soll, kommt gar einer und liefert den Gegenbeweis. Nun hat man also den Ungarn Matuschka gefaßt; die Indizien schienen seine Schuld an beiden Attentaten und an zwei weiteren, in der Nähe von Wien verübten, darzutun, und nach einigem Widerstreben hat er auch gestanden.

Matuschka ist offenbar ein nicht Normaler. Er scheint nahe am Irrsinn zu stehen. Er hatte eine Manie: in ganz Europa anonym berühmt zu werden, als geheimnisvoller Eisenbahnattentäter, und hat darum in jedem Land eine fänomenale Bahnkatastrofe anrichten wollen. Österreich, Deutschland, Ungarn waren erledigt; jetzt sollten andere drankommen.

Sein Nervensystem scheint zerrüttet zu sein. Bei den Nachtverhören rannte er immer wieder an die Wand, aus Furcht, der Kronleuchter werde auf ihn herabstürzen; er hatte alle möglichen schrecklichen Visionen, beruhigte sich aber, sobald man ihm die Fotografien seiner verstümmelten Opfer vorlegte. Nach den Aussagen seiner Frau sprang er nachts oft aus dem Bett, kleidete sich an, lief wie gehetzt davon und kam nach etwa einer Stunde wieder. Andere Indizien sind angeblich: rundes Kinn, abstehende Ohren, große, weit aufgerissene Augen. „In ihnen flackert sichtbar der Wahnsinn." Dann: starrer Blick, „wild, unmittelbar auf ein von innen gesetzes Ziel gerichtet".

Matuschka wird vielleicht eher dem Irren- als dem Gefangenenwärter in die Hände geraten. Aber vorläufig ist er noch nicht so weit. Vorläufig haben ihn noch die Untersuchungsbehörden. Wie die mit ihm umgehen, erfährt man aus einer Schilderung, die ihren Weg durch die bürgerliche Presse genommen hat:

Er ist „spät nachts einem neuerlichen Verhör unterzogen" worden. Er leugnete. „Seine Kraft schien aber bereits gebrochen. Er wurde immer unruhiger. Die Anfälle von Schreikrämpfen und Nervenzusammenbruch wiederholten sich." Nur gut, daß der vernehmende Polizeirat ein widerstandsfähigeres Nervensystem hatte. So konnte er schließlich, als der Verbrecher mitten im Verhör anfing zu weinen und zu beten, erkennen, „daß der Mann für ein Geständnis reif war". Und als er dem weinenden und betenden Psychopathen dann weitere Vorhaltungen machte, fing der an „zu zittern und zu jammern" und „bat mit erhobenen Händen um Gnade". Dann kam das Geständnis.

Und zwar — da der Verhörende der österreichische Kriminalist war — das Geständnis der Schuld an den beiden österreichischen Attentaten. Als er auf diese Weise „sein Gewissen erleichtert" hatte, „war die Situation so weit", daß auch der deutsche Kriminalrat Gennat und der ungarische Polizeirat Schweinitzer ins Zimmer gerufen werden konnten. Der Österreicher war fertig; er hatte erreicht, was seine Aufgabe war. Nun kamen neue Kräfte mit neuen Aufgaben dran. Matuschka aber, der spät nachts erneut vorgenommen worden, also schon zu Beginn des Hauptverhörs müde war, bekam keine Ablösung. Er durfte sich auch nicht ausruhen; er mußte mit dem ihm noch verbliebenen Kraftrest weiterarbeiten. „Matuschka war jetzt vollkommen zusammengebrochen." Er gestand und gestand; er bekannte sich als den Alleinschuldigen an den beiden anderen Attentaten. Seine Aufgabe in dieser Nachtsitzung war es, zu gestehen; er hat sie erfüllt. „Im Verhör ließ man sich nicht darauf ein, Matuschka nach den Gründen zu fragen, die ihn zu den furchtbaren Attentaten geführt hatten, weil das Wichtigste war, zunächst einmal ein Geständnis ohne Umschweife zu erlangen. Er war schon derart zermürbt ..."

Genug! Die Justiz kann bei der Aufklärung von Verbrechen und bei der Bearbeitung der vermutlich Schuldigen nicht mit Samthandschuhen zufassen. Aber wie paßt das in unsere Zeit: diese Knetung, Auspressung, Auswringung des Verhafteten? Ist diese Tortur, der man da den wehrlos Ausgelieferten aussetzt, wirklich wesensverschieden von der körperlichen Folter, die man im Mittelalter beliebt hat? Karl Fehr

Der Weißgardist

Die bürgerliche Presse kann nichts mehr dagegen machen: Matuschka, der Attentäter von Jüterbog und Bia-Torbagy, ist kein Kommunist. Nein, er ist ein sehr frommer Katholik, und gehörte nach dem Zusammenbruch der ungarischen Räte-Republik zu einer weißgardistischen Offizierskamarilla, die vom Hotel Royal in Budapest aus Arbeiterschlächtereien organisierte und dabei, wie Matuschka selbst sagt, „nicht viel Federlesens machte". Das „Tempo" veröffentlicht einen von einem Kameraden Matuschkas stammenden Bericht aus jenen Tagen, in dem es u. a. heißt:

„Am Morgen ging ich ins Lager und traf einen Oberleutnant und Zugkommandanten. Der erzählte mir strahlend, daß er am Abend, als er in die Baracke 9 eindrang, sofort reinen Tisch machte. „Ich habe nicht viel Federlesens gemacht, sondern habe sofort schießen lassen!" und er führte mich in die Baracke, deren Fußboden mit Blut besudelt war. Da lagen elf Tote mit Decken verhüllt. Der Oberleutnant hob die Decken nacheinander auf und zeigte mir nacheinander die Leichen, die von vielen Kugeln durchbohrt waren."

Dieser Oberleutnant war der Eisenbahnattentäter Matuschka.

Zeitungshändler im Wirtschaftskampf

Seit kurzem haben einige Verlage, darunter vor allem Ullstein und Scherl, die Preise ihrer illustrierten Blätter heraufgesetzt. Nicht die Verkaufspreise, aber die Preise, zu denen die Händler einkaufen müssen. Das bedeutet für die Straßenverkäufer, für diejenigen, die sich für die Herren Verleger die Beine ablaufen, eine Einnahmeverringerung von 20 bis 30 Prozent. Bei den „Illustrierten" handelt es sich um die „Berliner", die „Kölnische", das (frankfurter) „Illustrierte Blatt". Andere verbreitete Blätter, die gleichfalls verteuert wurden, sind: der „Uhu", die „Grüne Post", die „Dame", die „Koralle", Scherls „Magazin", die „Woche", „Denken und Raten". Dazu die Veröffentlichungen des Selle-Eysler-Verlags, z. B. „Wahre Geschichten" und „Wahre Romane".

Die Zeitungsverkäufer setzen sich gegen diese plötzliche Schmälerung ihres Verdienstes zur Wehr. In Stuttgart haben sie am 13. Oktober in einer Versammlung beschlossen, die betreffenden Verlage zu boykottieren. Zwei Tage später hat eine Versammlung in Berlin den selben Beschluß gefaßt. Die stuttgarter Händler haben aus eignem Entschluß mit der RGO Fühlung genommen; in der berliner Versammlung hat offenbar die RGO schon die Führung gehabt. Ullstein und Scherl werden sich freuen, daß sie es fertig gebracht haben, das Klassenbewußtsein einer bis jetzt nicht gewerkschaftlich kämpfenden Berufsschicht zu wecken.

In Stuttgart ist der Boykott offenbar nicht von allen konsequent durchgeführt worden, die ihn in der Versammlung mitgefordert haben. Es scheint, daß man sich außerdem vorerst damit begnügt, die Blätter der boykottierten Verlage nicht anzupreisen und nur andere anzubieten. Auf Verlangen des Käufers werden bis jetzt auch die boykottierten Zeitschriften hergegeben. Trotz der Halbheit dieser Maßnahme haben aber einzelne Verkäufer in einer Woche z. B. von der „Berliner Illustrirten" bis zu 50 und 70 Stück weniger abgesetzt als sonst.

Produktionskosten

Vor einiger Zeit wurde von dem Plan des preußischen Handelsministeriums berichtet, die ostpreußischen Handelskammern in eine Handelskammer in Königsberg zusammenzulegen. Natürlich wehren sich die betroffenen Handelskammern, unter Hinweis auf ihre sogenannten regionalen und lokalen Belange, mit Händen und Füßen. Es wird wohl noch lange dauern, bis die Vernunft siegt.

Bei uns in Württemberg fängt man gleich gar nicht damit an, obwohl auch hier einem die Groteske der Überorganisation fast täglich vor die Nase gehalten wird. Z. B. muß man in der württembergischen Presse fortwährend in schöner Abwechslung und hübscher neuer Variation der Entrüstung die „ernsten Sorgen" sämtlicher Handels- und Handwerkskammern lesen und die „energischen Forderungen", die sie hinsichtlich steuer-, wirtschafts-, kredit-, wohnungs-, sozialpolitischer usw. Maßnahmen zu stellen sich gezwungen sehen. Aber keine maßgebende Stelle erlaubt sich, die Wirtschaft zu einem rationellen Abbau auf diesem Gebiet zu zwingen und ihr vor allem zu sagen, daß hier — bei all diesen Spitzen-, Zwischen- und Unterverbänden, Kammern und Innungen — noch allerlei „Möglichkeiten der Produktionskosten-Senkung" vorhanden seien. Nicht nur bei den Lohnkosten, dem Punkt, aus dem die oberste Stelle in Württemberg die Wirtschaft so gern kurieren möchte. W.

Grenzberichtigung

Zwischen der Reichsregierung und dem schweizerischen Bundesrat werden demnächst Verhandlungen über den Übergang der auf schweizerischem Boden (im Kanton Schaffhausen) liegenden badischen Gemeinde Büsingen (700 Einwohner) an die Schweiz stattfinden. Auch der Ort Verenahof soll abgetreten werden. Für die beiden Enklaven will der Kanton Schaffhausen Waldgrundstücke an Baden abgeben.

Wenn es sich darum handelt, den Unfug des En- und Exklavenwesens abzuschaffen, scheinen die Deutschen mit Ausländern eher einig zu werden als mit Landsleuten.

Prämie für Nichtstun

Überall herrscht große Not aus Überfluß: es gibt zu viel Weizen, zu viel Kaffee, zu viel Baumwolle, zu viel Holz, zu viel Eisen, zu viel Kohle und auch viel zu viel Petroleum. Der Absatz stockt, die Profite sind in Gefahr. Was tun? Eine Frage, die zu überlegen sich schon lohnt, denn in der Petroleumindustrie sind 65—70 Milliarden Mark investiert.

Herr Kessler, Direktor der englisch-holländischen Ölgesellschaft Royal-Dutch-Shell, Mitarbeiter und wahrscheinlich Nachfolger Sir Henry Deterdings, hat sich über diese Frage auch den Kopf zerbrochen und ist zu folgendem Ergebnis gelangt: Die Rohölförderung muß auf der ganzen Welt eingeschränkt werden. Aber das genügt nicht; auch das Bohren nach neuen Quellen muß verboten werden, sonst würde wahrscheinlich jede Ölgesellschaft zwar die Förderung einschränken, dafür aber umso eifriger nach neuen Quellen bohren, um für die Zukunft die Möglichkeit zu erweiterter Ölproduktion zu haben, wodurch der Kampf dann später um so heftiger würde; die geplante Produktionseinschränkung wäre so, sagt Kessler, nur ein „bewaffneter Waffenstillstand".

Ländern, deren Ölförderung geringer ist als ihr Eigenverbrauch und Ländern mit rückgängiger Produktion dürfte keine Produktionseinschränkung auferlegt werden. So blieben nur drei Länder: die Vereinigten Staaten, Venezuela und Rumänien, die sich über eine Produktionseinschränkung verständigen müßten. (Rußland läßt Herr Kessler ganz aus dem Spiel, weil, wie er sagt, die Produktion dort in den nächsten Jahren kaum steigen und der Inlandsverbrauch wahrscheinlich zunehmen werde, eine für einen Ölindustriellen etwas merkwürdige Ansicht.)

Diese drei Länder also müßten ein Bohrverbot erlassen und eine Mindestproduktionsquote errechnen. Dann wird eine sehr komplizierte Verrechnungsmethode aufgestellt, an der uns nur folgendes interessiert: für jedes verkaufte Faß Erdöl müssen 0,08 Dollars an einen Fonds abgeführt werden, und aus diesem Fonds erhalten diejenigen Produzenten, die noch unter die für sie geltende Mindestquote heruntergehen, eine Entschädigung.

Dieser Plan werde, so hofft Herr Kessler, „der Industrie automatisch die alte Wohlfahrt zurückbringen". Wir wollen's auch hoffen.

Aber verrückt ist die Geschichte doch: es ist zwar bei vielen Kartellen so, daß die Produktion, die ein vereinbartes Maß überschreitet, mit Strafe belegt wird, aber nach Kesslers Plan würde nicht nur verboten, zu produzieren und neue Produktionsquellen zu erschließen, sondern auch demjenigen, der weniger produziert als ihm eigentlich gestattet ist, noch eine Prämie versprochen — das ist doch offenbar Wahnsinn und ein Zeichen, daß die heutige Wirtschaftsordnung reif zum Untergang ist. Jan Hagel

---

Die Weizenernte in Nordamerika (USA und Kanada) ist von 777 Millionen Bushels im Jahre 1910 auf 1096 Millionen Bushels 1926 gestiegen; die Weltweizenernte von 3468 Millionen Bushels 1922 auf 4306 Millionen Bushels 1926. Seither sind sowohl die Weltweizenernte wie die in Nordamerika noch weiter gestiegen, vor allem infolge der Anwendung des Mähdreschers.

Seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierter Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischer Anhängsel, so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zu viel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft unter größerer und geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeplechase (Wettrennen), um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen — im Graben des Krachs. Und so immer von neuem. Das haben wir nun seit 1825 volle fünfmal erlebt und erleben es in diesem Augenblick (1877) zum sechstenmal. Und der Charakter dieser Krisen ist so scharf ausgeprägt, daß Fourier sie alle traf, als er die erste bezeichnete als: crise pléthorique, Krisis aus Überfluß.

Friedrich Engels (1877)

---

ist. Vermutlich ist es dabei mit den „überzeugten" Atheisten ähnlich wie mit den „überzeugten" Christen. Es ist so leicht, überzeugt zu sein oder sich überzeugen zu lassen, wenn man dafür keinen Scheiterhaufen besteigen muß und man die ganze Chose überhaupt nicht ernst nimmt oder zu nehmen braucht.

Eckert gehört ohne Zweifel zu den Willens- und Tatmenschen. Er will herrschen und die Welt verändern. Zum Guten verändern und über das Böse Herr werden, versteht sich. Zum Studium der Theologie hat er sich wahrscheinlich (wie nicht wenige seiner Kollegen) nie sehr viel Zeit genommen. Er hat recht daran getan: das ist ein unfruchtbares Ding. Aber auch über Marx wird sich Eckert den Kopf nicht unnötig zerbrochen haben und zerbrechen. Er kämpft für die Befreiung der Unterdrückten, also, sagt er sich, ist sein Platz an der Seite der Marxisten. Genau wie er seinerzeit Theologe und Pfarrer geworden ist, um zu handeln und zu helfen, nicht um Lehrsätze zu verfechten und sich um Buchstaben zu kümmern. Die sind ihm, wenn man näher zusieht, herzlich gleichgültig.

Hoffentlich nimmt mir Eckert diesen Versuch einer psychologischen Deutung seines „Rätsels" nicht übel. Da ich an seiner subjektiven Ehrlichkeit nicht zweifeln mag, weiß ich keine andere. Erich Schairer

Die Durchschnittsehe

Der „Schwäbische Merkur" bringt einen langen Aufsatz über die Problematik der Dorfehe, in dem das Ergebnis einer Rundfrage zerpflückt wird. In den Antworten wurde, so findet der Artikelschreiber, zu sehr von der „idealen" und der zerrütteten Ehe gesprochen. Weit wichtiger scheint ihm ein Vergleich mit der „Durchschnittsehe", deren Bedeutung vielfach verkannt und unterschätzt werde.

Wie sieht nun diese verkannte Durchschnittsehe aus? Am Anfang „spielt die Liebe als seelisches Erleben keine allzu stürmische Rolle. Rasch wird Alltagsgewöhnung daraus, und da der Übergang fast immer unter der Schwelle des Bewußtseins und nur im Halbdunkel anklingender Gefühle stattfindet, so sind damit die größten Klippen schon umschifft. Richtig ist es, wenn man bei der Durchschnittsehe mehr von einem Nebeneinander als einem Füreinander spricht. Das hat in der Lebenspraxis seine großen Vorzüge und bewahrt vor vielen unnötigen Reibungen. Vor allem für das Familienleben mit Kindern ist Stetigkeit und Ruhe außerordentlich wichtig."

Der Verfasser hält dieses fürchterliche Nebeneinander für wünschenswert, falls es nur nicht ganz der religiösen Inhalte entbehrt. Wie aber, wenn auch sie nicht über das Halbdunkel „anklingender" Gefühle hinausreichen?

„Die Ehe ist auf dem Lande in der Auflösung begriffen. Wenn ich unsere heutige Dorfjugend ansehe ..., dann blutet mir das Herz. Was es da zu sehen gibt, spottet oft aller Beschreibung. In meiner Gemeinde gehörte es die letzten Jahre zur Ausnahme, wenn ein unbescholtenes Paar zur Trauung kam. Weil auch unsere Dorfjugend von heute in der Mehrheit bis in das noch schulpflichtige Alter, ungehemmt durch Eltern, Dienstherrschaft und Obrigkeit, das ehebrecherische Wesen schon vor der Ehe einübt ... Es ist geradezu erschütternd, welche Abgründe sexueller Verwirrung sich vor den Blicken des hinter den Vorhang Schauenden auftun. Der Geist der Hurerei geht wie eine Pest durch unsere Dörfer hindurch. Es wird nicht mehr lange dauern, so fällt auch da der Vorhang, den bäuerliche Ehrbarkeit nach außen vorläufig noch über diese Dinge gebreitet hat."

Ein Landpfarrer im „Schwäbischen Merkur"

Die Münchner Neuesten und die ewige Liebe

„Gottes Segen allen braven Mädchen und deren Eltern!" — so beginnt ein Heiratsinserat in den „Münchner Neuesten Nachrichten". „Vertrauend", so heißt es weiter, „auf die ewige Liebe u. vertrauend a. d. Münchner N. N., diese treue und zuverl. Dienerin des öffentl. Leb. wird mein Lebensglück nicht v. Zufall ei. Bektschft. abhäng. Elt. d. ohne Vorurteil schreib. will ich ei. gut. Sohn werd. u. sie unterstütz. Viell. hätt. sie ei. Auto gern, ev. Geschäft od. gar ei. Haus? Ich kauf's, beteil. mich a. all. u. verschmäh keine reiche Partie. Doch ein einf. Mädch., gottesf. u. klug, edelsinnig u. stark, spars. und voll Mitleid geg. Arme ist mir lieber als eine wankelmüt. Prinzessin. Darum freue Dich, Du Tugendsame, Du wahrhaft Einzigliebe. Siehe, es werd. s. zwei Herz. in reiner Liebe find. und einmal führe ich Dich im weiß. Kleid und blumengeschmückt a. d. Altar! Nun hab Mut! Ich bin kein Vermittler, sondern Selbtsinserent! Wahre Liebe ist heilig. Auch 1931! Also niemals käuflich! Und wahrhaftig wie ein Stücklein schon vom Himmel! Alle brav. Mdch. schreiben unter: „Nur echtes Gold! 257437" an die Münch. N. N. — Eltern und Verwandt. stelle ich mich gern zuerst persönl. vor. Grüß Gott!"

Vereinslied

Wir sind die Optimisten
vom Optimistenbund.
Wir glauben an die Zukunft
zu jeder, jeder Stund.

Mag's uns auch dreckig gehen,
wir lehnen uns nicht auf:
die Zeit bleibt niemals stehen,
die Zeit nimmt ihren Lauf.

Und hat sie ihn genommen
wohl um ein weit'res Jahr,
ist alles besser gekommen,
als es bis heute war.

Wir brauchen nicht zu sorgen:
kommt alles von allein,
aufs Heute folgt ein Morgen —
kann gar nicht anders sein.

O rede nicht vom Streite,
nicht von geballter Faust!
Wir drücken uns beiseite,
wenn du mal um dich haust.

Und pfeift auch jeder und alles
längst auf dem letzten Loch —
wir sitzen warm im Dalles
und halten das Banner hoch. Mufti Bufti

Literatur

Die heiligsten Güter. Von Ilja Ehrenburg. Malik-Verlag, Berlin. Kartoniert 3,50 Mark, in Leinen geb. 5,50 Mark. — Der Untertitel heißt: „Roman der großen Interessen", und die großen Interessen sind: Zündhölzer, Waffen, Aluminium, Platin usw. Ivar Kreuger, Basil Zaharoff, der tschechische Schuhkönig Bata und andere treten unter erdichteten Namen auf. Die Verknotung von Politik und Industrie, von Politik und Finanz wird bloßgelegt. Der Stil ist, mehr noch als bei anderen Büchern Ehrenburgs, dünn, von Reflexionen erfüllt, sprunghaft: Zwischenglieder der Entwicklung werden oft weggelassen, Resultate an Resultate gereiht. b.

Der Arbeiter-Fotograf. Nummer 10. Preis 30 Pfg. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. — Nicht nur für die Mitglieder des Arbeiterfotografen-Bundes von Wert sondern für jeden, der fotografiert.

Lübeck

Vor anderthalb Jahren erkrankten und starben in Lübeck die ersten mit dem Calmette-Tuberkulose-Mittel BCG (Bazillus Calmette-Guérin) behandelten Kinder. Jetzt findet der Prozeß statt gegen die verantwortlichen Ärzte Professor Deycke, Professor Klotz und Obermedizinalrat Altstaedt und gegen die Krankenschwester Schütze wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung. 75 der durch das Mittel mit Tuberkelbazillen infizierten Kinder starben, die anderen 168 leiden zum Teil noch heute unter den Folgen und haben Siechtum oder frühzeitigen Tod vor Augen (bei bereits „geheilten" traten erst dieser Tage Zahnausfall, Lähmungserscheinungen usw. auf). Deycke wird zur Last gelegt, daß er es unterlassen habe, die Präparate vor ihrer Verabreichung auf ihre Unschädlichkeit zu prüfen; gegen Altstaedt wird die gleiche Beschuldigung erhoben, außerdem noch die, daß er die Verwendung und die Wirkung des Mittels nicht kontrolliert habe; Klotz wird beschuldigt, er habe von den ersten Erkrankungen Professor Deycke nicht rechtzeitig verständigt, so daß die verderblichen Impfungen unnötig fortgesetzt wurden.

In der Voruntersuchung wurde festgestellt, daß die vom Pasteur-Institut in Paris bezogenen BCG-Kulturen einwandfrei waren. Die Hauptfrage in der Verhandlung ist die, durch welche Umstände die verderbliche Umwandlung eingetreten ist. Eine Menge Fachleute mühen sich um die Lösung. Ansicht 1 besagt, daß das BCG-Präparat nicht mehr virulent d. h. giftig werden könne; es wird auf die Möglichkeit einer Verunreinigung durch menschliche Bazillen hingewiesen (das BCG-Präparat besteht aus Rindertuberkelbazillen, deren Wirkung durch ein besonderes Verfahren „abgeschwächt" ist). Ansicht 2 hält ein Umschlagen der BCG-Kultur in die Virulenz absolut für möglich, besonders dann, wenn, wie in Lübeck, die Kultur auf anderen Nährböden als den von Calmette vorgeschriebenen herangezogen wird; außerdem wird behauptet, irgendwelche Schwächung des kindlichen Organismus gebe ebenfalls die Möglichkeit eines Aufflackerns der BCG-Kultur, auch die Abspaltung einer giftigen Variante in den einzelnen Kulturen wird für möglich gehalten.

Auf welche Weise die Kultur in Lübeck virulent wurde, wird sich in dem Prozeß aller Voraussicht nach nicht eindeutig feststellen lassen. Man hat bis jetzt erfahren, daß die BCG-Kultur im lübecker Laboratorium in demselben Raum verwahrt wurde, in dem sich auch noch wirksame Kulturen befanden. Eine fahrlässige Verunreinigung ist also wohl denkbar.

Daß aber das Verhalten von Deycke und Altstaedt insofern fahrlässig war, als sie ohne vorherige Tierversuche ein Mittel an hunderte von Kindern verfütterten, das trotz seiner grossen Verbreitung noch heftig umstritten ist, steht fest. Nach Professor Hahn war Lübeck in Deutschland der erste praktische Versuch mit dem BCG, das wußte Altstaedt. Ihm war ferner bekannt, daß das Reichsgesundheitsamt gegen die Einführung des Calmetteverfahrens Stellung genommen hatte, und daß zunächst Tierversuche empfohlen wurden. Er mußte von Schädigungen wissen, die zuvor da und dort, u. a. auch am moskauer Staatlichen Institut, festgestellt worden waren. Er war als Arzt dazu verpflichtet, sich von der Unschädlichkeit des im lübecker Laboratorium hergestellten Präparats zu überzeugen. Durch eigene Tierversuche oder durch Anfragen bei den dafür in Betracht kommenden Instituten.

Aber man hat sich in Lübeck für kompetent genug gehalten, das selbst zu entscheiden, und offensichtlich hielten von einer genauen Prüfung auch gewisse Rivalitäten ab, die im Verlaufe des Prozesses besonders spürbar wurden. Es ist nicht viel, was durchsickert, aber es genügt doch, um zu sehen, daß neben dem wissenschaftlichen Kampf um die diversen Tuberkulosemittel auch noch ein wirtschaftlicher tobt. Professor Dr. Friedmann, der berühmte Tuberkuloseforscher, soll ein sicheres Mittel gegen die Tuberkulose gefunden haben. Nun wird behauptet, es seien in der deutschen Tuberkuloseindustrie etwa dreieinhalb Milliarden in den Sanatorien und kostspieligen Instituten investiert, und Abertausenden werde nicht richtig geholfen, damit Sanatorien, farmazeutische Industrie usw. florierten. Es ist dem Laien nicht ersichtlich, ob der Kampf gegen Calmette nicht auch auf der Basis des Konkurrenzneides geführt wird. Sicher ist, daß auch das BCG-Mittel, wenigstens in Frankreich, rücksichtslosen Methoden seine Einführung verdankt. Auch die geschäftige Art, wie man es in Lübeck durch die Hebammen anpreisen und vertreiben ließ, wirkt peinlich. Beinahe so peinlich wie die wissenschaftliche Fahrlässigkeit, mit der es angewendet worden ist.

Die Betroffenen hätten gerne, daß in dem Prozeß auch diese Dinge deutlich würden, da sie unter dem Eindruck stehen, ihre Kinder seien als Versuchskaninchen mißbraucht worden. Wahrscheinlich aber werden die gewichtigen Dispute der Kapazitäten über die Möglichkeit eines Umschlagens der BCG-Kulturen in die Virulenz im Vordergrund bleiben. Daß es doch noch anders kommt, ist bei der behutsamen Art, mit der das Gericht vorgeht, kaum zu erwarten. Mauthe

---

Dr. W. Kröner, Charlottenburg, schreibt in einem Buch „Anticalmette", das die Probleme des lübecker Prozesses und der Bekämpfung der Tuberkulose behandelt:

„Seit achtzehn Jahren ist der Ärzteschaft das Mittel gegeben, welches ... imstande ist, diese mörderischste aller Seuchen auszurotten, nämlich die Vaccine von Professor F. F. Friedmann, Berlin ... Es kam, was mit Naturnotwendigkeit kommen mußte. Statt daß die Menschheit sich einmütig die Hand reichte, um dem Würger den Garaus zu machen, entbrannte der Kampf des Tuberkuloseinteressentenkapitals in allen seinen Ausläufern und Verzweigungen gegen die Ausrottung der Tuberkulose, und ein Teil — keineswegs die Gesamtheit — der Ärzteschaft schlug sich unwillkürlich auf die Seite des Materialismus, weil man ihr ja tatsächlich den Idealismus zugemutet hätte, den Ast abzusägen, auf dem sie sitzt. Denn dachte man die Konsequenzen der Friedmannschen Methode zu Ende, so war zweierlei vorauszusehen: Auf der einen Seite würde die Tuberkulose aussterben, Millionen von Menschen konnten geheilt, vor Siechtum, Verkrüppelung, Tod gerettet, bewahrt und beschützt werden, auf der anderen Seite mußten riesige Verluste bei der von der Krankheit lebenden Gegenseite mit mathematischer Sicherheit eintreten. Und das Tuberkulosekapital hat seinen Kampf nicht weniger skrupellos und nicht weniger erfolgreich geführt, als etwa das Alkoholkapital oder die Rüstungsindustrie oder andere große Trusts, die dadurch wachsen, daß andere fronen, leiden und sterben."

Königliche Poesie

König Ludwig I. von Bayern war ein gewaltiger Dichter vor dem Herrn und nannte sich selbst den „deutschen Barden". Einmal wurde er von einer jungen Dichterin um ein Autogramm gebeten. Er schrieb ihr:

„Ihr, welche Worte wünscht von meinen Händen,
der Dichterin, obgleich mir unbekannt,
will gerne diese Zeilen nun ich spenden:
wir sind Bewohnende desselben Land."

Gemeingefährlich

Herr Weißenberg, der Quarkprofet, ist ein Fall von symptomatischer Bedeutung. Die „Zeitschrift für Volksaufklärung gegen Kurpfuschertum und Heilmittelschwindel" hat sein bekanntes Treiben in klarer Weise als gemeingefährlich und schwindelhaft bezeichnet. Noch nie war die Wahrheit einer Behauptung offensichtlicher. Und noch nie war eine derartige Warnung notwendiger. Aber Herrn Weißenberg gelang es trotzdem, ein Gericht in Anspruch zu nehmen, um „Sühne für diese Beleidigung" zu bekommen (Gumbel wird es nicht so leicht gemacht). Das Gericht sprach den angeklagten Redaktör frei. Ein zweites kam zu dem gleichen Urteil. Die wahllose Behandlung mit weißem Käse, Schafgarbentee und Waschungen wurde als überaus gefährlich bezeichnet, ebenso die Anwendung einer „Teufelsschnur" zur Austreibung böser Geister und die Art seiner Fernbehandlungen.

Als besonders „verwerflich" wurde die Verquickung von „ärztlicher" Behandlung und Religion angesehen, ebenso die Tatsache, daß Weißenberg sich auf Altar- und anderen Bildern (Überschrift: „Gott und Gott") zusammen mit Christus darstellen und von seinen Anhängern als gottähnlicher Mensch und Fleisch gewordener heiliger Geist bezeichnen lasse. Das alles sei geeignet, die hysterische Veranlagung seiner Anhänger unheilsam zur Auslösung zu bringen. Sein Treiben könne aus allen diesen Gründen als gemeingefährlich und schwindelhaft bezeichnet werden.

Die schonende Behandlung, die Weißenberg bisher erfahren hat, läßt die Vermutung zu, daß die Anklagebehörden auch weiterhin seinem Treiben untätig zuschauen wollen. Warum wird der religiöse Klamauk Weißenbergs nicht an dem oft unnötigerweise benützten § 166 gemessen? Warum hat bis heute noch niemand diese Gleichstellung eines geschäftstüchtigen Rollkutschers mit Christus als eine Blasfemie empfunden, während künstlerisch wertvolle Bilder von Grosz, die sich lediglich gegen gewisse Verirrungen des Christentums wenden, wegen Gotteslästerung unter Anklage gestellt wurden? Warum kann unter den Augen der Behörden der irrsinnige Gottesdienstbetrieb der Weißenberg-Sekte vor sich gehen, während man bei den Freidenkerfeiern die leiseste geschmackliche Entgleisung mit polizeilichen Maßnahmen beantwortet?

Die Antwort ist verhältnismäßig leicht. Das Menschenmaterial, das sich im Umkreis Weißenbergs angesiedelt hat, ist zwar hysterisch oder ganz meschugge, und sein Treiben gerät immer wieder in die Nähe der Gemeingefährlichkeit, aber seine sektenmäßige Abkapselung hat auch wieder ihre Vorteile. Es bilden sich so Reservoirs minderwertiger Typen, die man im Interesse der Bequemlichkeit gewähren läßt. Man erkennt eben nicht nur den Tatbestand der Gotteslästerung, sondern auch den Irrsinn. Und die Weißenberger sind nicht die Einzigen. Auch das schützt sie. Wenn man bei ihnen anfangen würde, müßte man bei anderen weitermachen. Und das geht nicht. Der Irren sind zuviele. oha

Es war einmal

Wir dürfen zufrieden sein damit, daß sich so glänzend dokumentiert hat der Wille der Partei, daß wir nicht diplomatisieren wollen, daß wir in unserer Partei keine Staatsmännelei haben wollen, sondern daß wir entschlossen sind, den geraden Weg weiter zu gehen, den Weg, der dazu führen wird, unter Niederwerfung aller Gegner unser großes Ziel zu erreichen.

Paul Singer (Parteitag in Dresden, 1903)

So lange die Bekenner des Islam die absolute feste Überzeugung von der Wahrheit ihrer Lehre hatten, waren sie siegreich; sie verloren die Kraft zu siegen erst, als sie mit der abendländischen Kultur zu paktieren begannen. Die Überzeugung von der Notwendigkeit, ein bestimmtes Ziel zu erkämpfen, gibt eine ungeheure Kraft... Wenn ich den Genossen sage, es ist in der bürgerlichen Gesellschaft gar nicht so schlimm, sie ist im Grunde ganz gut; wenn ihr euch nur als artige Kinder benehmt, so ist sie bereit, euch Zuckerbrot zu geben und die Peitsche nicht zu gebrauchen; rede ich so, dann demoralisiert das; so kann das eine Partei, die kämpfen muß, nimmermehr zum Ziele führen.

Wilhelm Liebknecht (Parteitag in Hannover, 1899)

Abschuss Nr. 39

Der ehemalige Jagdflieger Udet ist aus Amerika zurückgekehrt, wo er in Cleveland an Luftspielen teilgenommen hat. Im „Berliner Lokalanzeiger" erzählt er von seinen Erfolgen und seinem Zusammentreffen mit dem ehemaligen Flieger Wannamaker, der von zweiundsechzig Abschüssen Udets der neununddreißigste war.

Die beiden Flieger drückten sich die Hand mit einer Herzlichkeit, die zwei ehemaligen Muskoten den Vorwurf vaterlandsloser Gesinnung eingetragen hätte. Dann wurde Udet von der reizenden Frau Wannamakers in deren gemütlichem Heim auf liebenswürdigste Weise „verwöhnt", im Gedenken daran, daß sich Udet nach dem Abschuß ihrem Manne gegenüber so ritterlich benommen hatte. Was lag da für Udet näher, als ein wenig nachdenklich zu werden? Gerade soviel, um die sympathische Ritterlichkeit, an die die ganze Szene gemahnte, nicht in völliger pazifistischer Weichlichkeit versinken zu lassen! Es beschlich ihn ein „eigenartiges Gefühl" bei dem Gedanken, welches Unheil er „beinahe über dieses friedliche Haus gebracht hätte". Ob er dabei auch an die einundsechzig andern gedacht hat, ist nicht erwähnt.

Derartige Geschichtchen sind deshalb so gefährlich, weil sie auf Kosten einer Ritterlichkeit gehen, die zu betätigen schon im letzten Krieg nur wenige Gelegenheit hatten; einer Ritterlichkeit, die die heutige Jugend einmal weder selbst anwenden kann, noch an sich erfahren wird. K. B.

Gut Schuss für Anna Luise

Über ein Schützenfest in Sonderhausen (Thüringen) berichtet „Der Deutsche, Sonderhäuser Anzeiger" u. a.:

„Auf den Schießständen hielt zunächst der Schützenhauptmann Richard Haußknecht eine kurze Begrüßungsansprache, in der er darauf hinwies, daß auch das diesjährige Schützenfest ein Volksfest im wahrsten Sinne des Wortes sei. Wir bekennen uns, so führte er weiter aus, mit ganzer Seele zum deutschen Schützentum ... Unser Ziel heißt: Dienst am Volk und Vaterland. Wir lassen uns nicht von unserem Weg, den uns unsere Väter Jahrhunderte gezeigt haben, abbringen, wir lassen uns unseren Gott nicht rauben ... Redner schloß mit einem dreimaligen „Gut Schuß" auf Ihre Durchlaucht Fürstin Anna Luise, den Ehrenmeister des deutschen Schützenbundes, Reichspräsident von Hindenburg, auf die Stadt Sondershausen und auf die Schützengesellschaft Sondershausen."

Um ein Höschen

In der Sozialen Abteilung des stuttgarter Gemeinderats ist über Zuschüsse beraten worden, die an Aussteuernähstuben zu geben sind. Es wurde bemängelt, daß in ihnen auch „seidene Wäsche mit allerlei Kinkerlitzchen" hergestellt werde; das zieme sich nicht für jene Kreise, die dort ihre Aussteuer anfertigen. Von anderer Seite wurde dann allerdings nichts dabei gefunden, wenn neben ganz einfacher Wäsche vielleicht noch ein seidenes Schlupfhöschen angefertigt werde, und so wird denn, unterstützt durch städtische Gelder, die Sittenverderbnis auch in den untersten Schichten Stuttgarts ihren Einzug halten.

Kleinigkeiten

Stunde der Soldaten. Im „Militär-Wochenblatt" werden Werbemaßnahmen vorgeschlagen, um die Reichswehr populärer zu machen. Eine „Stunde des Soldaten" soll im Rundfunk um Liebe werben für des Reiches Wehr; Litfaßsäule, Zeitung, Flugblatt, Film, Himmelsschreiber sollen herhalten, um Sportveranstaltungen der Reichswehr zu wahren Volksfesten zu machen. Schließlich wird noch empfohlen, die Kasernen zur Reklame zu benützen, über dem Haupteingang oder an den Uhrtürmen Lichtreklamebogen anzubringen, die wie „ein Fanal" in die Nacht hinausstrahlen. Als Text ist u. a. gedacht: „Verloren ein Volk, das sich nicht wehrt". — Wenn dieser Satz nur nicht falsch aufgefaßt wird!

So was gibt es. Von einem Siemensarbeiter berichtet die Presse, er habe auf seinem Grundstück ein Dank- und Erinnerungsmal für Kaiser Wilhelm II. errichtet. Wenn auch der künstlerische Wert nicht hoch zu bemessen sei, so habe das Denkmal doch den Vorzug, „das erste von Arbeiterhand angefertigte Mal zu sein, in das viel Liebe und Treue zu dem obersten Kriegsherrn mit hineingearbeitet" worden sei.

Die heilige Notverordnung. Wilhelm hat anläßlich der dritten Hauptversammlung des Vereins „Kaiserdank" ein Telegramm losgelassen, in dem Majestät der Hoffnung Ausdruck gibt, es möge mit Gottes gnädiger Hilfe gelingen, Verzweifelte zu trösten und bittere leibliche Not zu lindern: „Wir wollen alles daran setzen, die heilige Notverordnung Johannes des Täufers zu erfüllen: Wer zween Röcke hat, der gebe dem, der keinen hat, und wer Speise hat, tue auch also." — Hoffentlich tut auch ER also, und beläßt es nicht bei dem schönen Telegramm.

Die ausgeraubten Fürsten. In einer Versammlung in Dessau hat Prinz Auwi geklagt: „Was will man denn von uns noch haben, denen man schon alles genommen hat?" — Alles!

Andere Sitten. Russische Filmregisseure, unter ihnen der Regisseur des russischen Tonfilms „Der Weg ins Leben", Nikolai Ekk, haben in Berlin vor ihren deutschen Kollegen gesprochen. Dabei hat (nach den Zeitungsberichten) Fritz Lang den Leiter des Sowjetfilmtrusts, F. Misiano, gefragt: „Wie hoch sind die Verwaltungskosten?", und zur Antwort bekommen: „Acht Prozent. Ich als Leiter beziehe monatlich 300 Rubel Gehalt." — Was Fritz Lang darauf erwidert hat, steht nicht in dem Bericht.

Glückwunsch. Der „Aufrechte" nimmt davon Notiz, daß Paul Warncke, der Hauptschriftleiter des öden „Kladderadatsch", dieser Tage sein 25jähriges Jubiläum feiern konnte. „Er bewahrte", heißt es da, „dem Blatt seinen alten vaterländischen Ruf und sorgte dafür, daß es nicht den Charakter eines Witzblattes bekam." — Das ist ihm mit zunehmendem Alter allerdings immer besser gelungen.

Politische Papageien. In einer neapolitanischen Zeitung stand kürzlich folendes Inserat: „Papagei zu verkaufen, sehr beredsam, singt „Giovinezza". Vogelhandlung Palumbo." — Hier herrscht Ordnung im Tierreich. Hoffentlich machen das unsere Wegbereiter des dritten Reichs bald nach.

Teig. Im „Völkischen Beobachter" zeigt eine oberfränkische Firma ihre „Hakenkreuz- und Runen-Ausstechformen für Weihnachtsbäckereien" an. — Die Hakenkreuzform gibt, wie man ja seit langem zu sehen Gelegenheit hat, selbst dem schlappsten Teig Haltung.

Und jetzt noch für November einen Abonnenten werben

Stuttgarter, wenn du eine Kostprobe von Süßigkeiten aus dem dritten Reich genießen willst, dann geh einmal in eine Konditorei in der Rotebühlstraße; dort erhältst du Bonbons mit einem Hakenkreuz oder mit der Aufschrift „Heil Hitler".

Ein Lichtblick. Aus der „Berliner Nachtausgabe": „In Deutschland allgemein: meist Fortdauer des beständigen Wetters. Nur im Nordwesten allmählich Bevölkerungszunahme." — Gottseidank! endlich beginnen die Wolken am nationalen Himmel zu schwinden.

Hochkonjunktur. Nach der „Deutschen Hochschulstatistik" gab es im letzten Sommersemester 6501 evangelische Theologiestudenten; 1200 mehr als im Sommersemester des vorigen Jahres, und 2000 mehr als 1914. Trotz dieser rapiden Zunahme ist der Beruf noch nicht überfüllt.

Die „Wohltäter". Die bayerischen Bischöfe haben ein Hirtenschreiben erlassen, in dem auch die Klöster in Schutz genommen werden. Durch die aufopferungsvolle Tätigkeit der Ordensleute werde viel Not gelindert; Tausende erhielten täglich Suppe, Brot und sonstige Lebensmittel; noch nie sei ein Volk durch einen Klostersturm reicher geworden. — Ob ein Volk durch Klosterstürme reicher wird, mag dahingestellt bleiben, daß es aber durch die Klöster ärmer wird, bedarf keines Beweises.

Für Leib und Seele. Inserat in den evangelischen Gemeindeblättern Württembergs: „Kurhaus Nassachmühle (Post Uhingen) ... Zentralheizung, Andachten, Licht-Luftbad, Sitzbäder."

Das Stimulans. Ein englischer Gelehrter hat „festgestellt", daß weibliche Arbeiter mit Kopfschmerzen produktiver arbeiten als ohne. — Das werden sich unsere Krankenkassen nicht zweimal sagen lassen!

In Treue vereint. In Augsburg kommt auf je 40 Einwohner ein Verein. — Jeder neugeborene Augsburger wird bei der Anmeldung auf dem Standesamt gleich seinem Verein zugeteilt.

Kirchliche Mechanik. Die Presbyterianische Kirche Nordamerikas hat eine Kommission eingesetzt zum Studium „mechanischer gottesdienstlicher Einrichtungen". In der Kirche von Houston wurde ein „mechanischer Prediger" aufgestellt, ein Apparat, der Kirchenmusik, Gesang, Predigt und Gebet vorträgt. — Einmaliger Anschaffungspreis 1500 Dollar.

Bitte. Ein politischer Gefangener in einem fascistischen Staat, der zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, hat 1929 durch Skorbut seine Zähne verloren. Damals ist es ihm durch die Beihilfe von S.-Z.-Lesern ermöglicht worden, sich ein Gebiß anfertigen zu lassen. Seitdem ist er an Tuberkulose erkrankt und hat infolge einer Augenentzündung auf einem Auge die Sehkraft ganz, auf dem andern teilweise eingebüßt. Er braucht eine Brille, außerdem für den Winter einige warme Kleidungsstücke. Wer hilft durch einen kleinen Beitrag? Genauere Angaben können aus begreiflichen Gründen öffentlich nicht gemacht werden. Wer helfen und Näheres erfahren will, wende sich an die Redaktion der S.-Z.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Stuttgart, 1. November 1931

12. Jahrgang, Nr. 44

Die Sonntags-Zeitung

Der Wirtschaftsbeirat

Vor einem Jahr haben in Berlin die Metallarbeiter gestreikt, um die Herabsetzung ihrer Löhne zu verhindern. Nach vierzehn Tagen ist der Streik aufgegeben und der Lohnabbau durchgeführt worden. „Die Bahn ist frei für den Lohnabbau in ganz Deutschland!", haben damals die schwerindustriellen Zeitungen gejubelt.

Heute haben wir ein Jahr allgemeinen Lohnabbaus hinter uns und den umfassendsten Angriff nicht nur auf die Löhne, sondern auch auf das Tarifrecht vor uns.

Die Unternehmer der Schwerindustrie möchten das Tarifrecht zerschlagen, um in den einzelnen Betrieben ohne Rücksicht auf Tarifverträge und auf die Gewerkschaften die Löhne diktieren zu können. Die Regierung Brüning (und mit ihr die chemische Industrie, die es sich leisten kann, sozialpolitisch „vernünftiger" zu denken, weil bei ihrer hohen Konzentration eine Herabsetzung der Löhne und der sozialen Ausgaben nicht so sehr ins Gewicht fällt) ist um eine Nüance gemässigter, vor allem weil sie auf die Zentrumsgewerkschaften Rücksicht nehmen muß. Sie will deshalb das Tarifrecht nicht durch Befehl von oben (etwa mit Hilfe von Artikel 48) aufheben, sondern, womöglich unter Mitarbeit der Gewerkschaftsführer, durch Vereinbarungen „elastischer gestalten".

Zu diesem Zweck hat sie einen Wirtschaftsbeirat berufen. Er besteht aus Vertretern aller Wirtschaftszweige und einigen Gewerkschaftsvertretern. Am letzten Donnerstag ist er zum erstenmal, unter dem Vorsitz Hindenburgs, zusammengetreten.

Dieser Wirtschaftsbeirat ist eine der Einrichtungen des jetzigen halbfascistischen Regimes, durch die scheinbar der Einbruch des offenen Fascismus verhindert wird und die sich doch später mühelos dem fascistischen System einfügen werden; der Wirtschaftsbeirat wird dann zu einer fascistischen Ständekammer. (Andere Beispiele: Ausschaltung des Parlaments, Notverordnungen, Zusammenlegung des Wehr- und des Innenministeriums.)

Die erste Aufgabe des Beirates ist, wie gesagt, das Tarifrecht elastischer zu gestalten, damit die „notwendigen" Lohnherabsetzungen durchgeführt werden können, oder, wie die bürgerliche Presse sich ausdrückt, „eine neue wirtschafts- und lohnpolitische Linie zu schaffen". Und zwar unter Mitarbeit der Gewerkschaftsführer. Viel werden diese freilich nicht zu sagen haben; das ist ihnen schon sehr deutlich gemacht worden. Auf eine Kundgebung der Gewerkschaften, sie würden einen weiteren Lohnabbau nicht einfach hinnehmen, hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erwidert: „Die Drohung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände ist nicht sonderlich tragisch zu nehmen. Wir wissen nicht, ob sie sich wirklich noch so stark fühlen, um sich freiwillig aus der künftigen Entwicklung auszuschalten. Die Maßregeln, die in der nächsten Zeit getroffen werden, sind so zwangsläufig, daß es sich nur noch um die Frage handelt, ob sie mit den Gewerkschaften oder über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg erfolgen werden. Noch wünschen wir den ersten Weg. Doch wenn etwa die sozialistischen Verbände den zweiten vorziehen, so sind wir davon überzeugt, daß dadurch die sachliche Arbeit des Wirtschaftsbeirates keineswegs ernstlich gefährdet zu sein braucht."

Wenn die Abbauarbeit des Wirtschaftsbeirates ernstlich gefährdet werden sollte, müßten die Gewerkschaften schon andere Wege gehen.

Hermann List

„Wir leben in einer halb fascistischen Regierungsform, die bessere Möglichkeiten für die Staatsführung eröffnet als die westländische Formaldemokratie, von der sich die denkenden Deutschen in Scharen abwenden ... Das Provisorium der halb fascistischen Diktatur der Bürokratie wird nicht mehr lange vorhalten können. Dann ist der Augenblick da, um die neue Form der Staatsführung zu schaffen, unblutig, ohne Nahkampf auf der Straße, aber des Erfolges trotzdem gewiß."

Fritz Klein, Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in einer Broschüre „Auf die Barrikaden —?"

Sein Beweggrund

Herr von Kardorff, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, hat bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag mit der Minderheit seiner Partei für Brüning gestimmt. Über seine Gründe hat er einem Vertreter des „Neuen Wiener Journals" in einem Interview mitgeteilt:

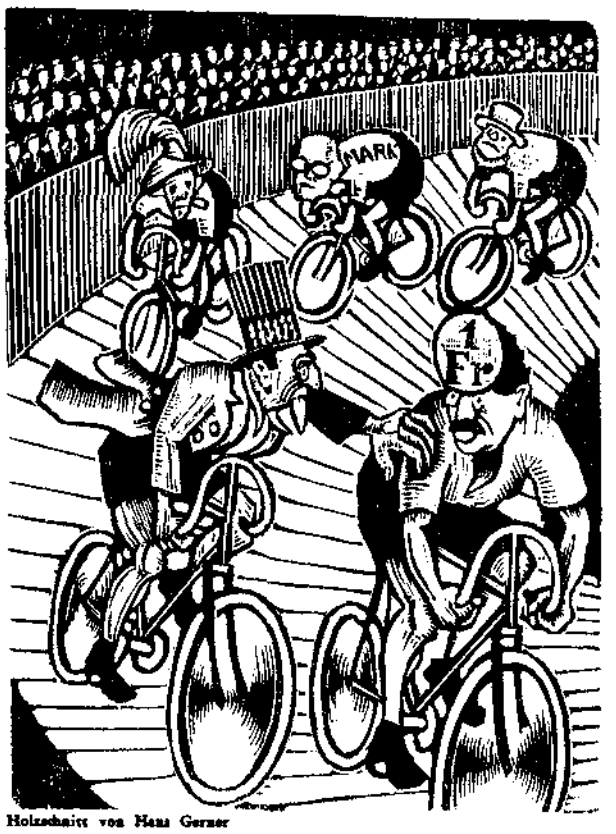
„Die Gründe, die mich dazu bewogen, für die Regierung zu stimmen, waren erstens außenpolitischer Natur, da zu befürchten stand, daß jene Fäden, die in den letzten Wochen Vielversprechendes anbahnten, abgerissen und nicht wieder angeknüpft worden wären, wenn die „nationale Opposition" das Ruder ergriffen hätte. Zweitens waren es innenpolitische Gesichtspunkte, da die leider notwendige Senkung der Löhne und die Beweglichmachung des Schlichtungswesens, wenn überhaupt, so nur dann von der Arbeiterschaft getragen werden wird, wenn eine Person eine solche Politik treibt, die nicht in klarem Gegensatz zur Arbeiterschaft steht. Und daß ein Mann wie Brüning mehr erreichen wird als ein Mann aus den Reihen seiner Gegner, war für mich klar."

Der Staatsmann

In Anhalt sitzen seit 1918 die Sozialdemokraten in der Regierung; meistens bestand die Regierung aus zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten. Nun hat kürzlich, wie der „Klassenkampf" berichtet, in einer Funktionärversammlung der SPD ein Funktionär, der Landesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, dem Genossen Ministerpräsidenten Deist vorgeworfen, die Personalpolitik der Regierung sei ein einziger Versager. (Gemeint war natürlich, in der Personalpolitik seien die Interessen der Partei nicht genügend gewahrt worden.)

Der Genosse Ministerpräsident verbat sich die Kritik an seiner Personalpolitik ganz entschieden. Und kurz darauf wurde der Kritiker von dem Personalreferenten der Regierung, einem Nichtsozialisten, vorgeladen und aufgefordert, er solle sein Anschuldigungsmaterial vorbringen.

So sehr fühlt sich also Deist als Staatsmann, daß er vom Standpunkt der Partei aus geübte Kritik durch staatliche Organe zurückweisen läßt.



Holzschnitt von Hans Gerner

Das Valuta-Rennen

Franc und Dollar

Frankreich ist dasjenige kapitalistische Land, das der Weltwirtschaftskrise am längsten und am erfolgreichsten Widerstand geleistet hat. Erst im Laufe des Jahres 1931 zeigten sich nennenswerte Depressionserscheinungen wie Steigen der Arbeitslosenziffern und Schrumpfung der Produktion. Aus seiner Ruhe aufgeschreckt aber wurde Frankreich erst von der durch den Pfundsturz ausgelösten akuten Währungskrise.

Der Pfundsturz brachte einigen französischen Banken so große Verluste, daß der Staat „stützen" mußte. Und er schuf vor allem, in Frankreich wie in der übrigen Welt, Unsicherheit und Angst. Auch die Banken in Holland, in der Schweiz und in andern Ländern hatten beim Pfundsturz Verluste erlitten und nun bestand sogar die Gefahr, daß auch der Dollar zu wanken beginne — also Flucht aus dem Dollar. Es wurden Gelder in solcher Menge zurückgezogen, daß die Vereinigten Staaten Gold ausführen mußten; im Laufe eines Monats sind 700 Millionen Dollar Gold von Amerika nach Europa verschifft worden.

Gleichzeitig wurde natürlich auch das Publikum in den Vereinigten Staaten nervös und hob sein Geld von den Banken ab. Eine Reihe von Banken krachten, die Dollarwährung war in Gefahr — was sollte die Regierung tun? Hoover suchte die Krise durch Kreditausweitung zu bekämpfen: die staatlichen Banken und eine neugegründete Bank wurden zu liberalerer Kreditabgabe angewiesen. Das brachte zwar manchen wankenden Unternehmungen und Banken Hilfe, erschütterte aber gleichzeitig das Vertrauen in die amerikanische Währung noch stärker und führte zu weiteren Rückzügen europäischer Guthaben aus USA. Man mußte damit rechnen, daß Hoover dem englischen Beispiel folgen und den Dollar „fallen lassen" werde.

Damit wäre auch die französische Währung bedroht gewesen. Folglich mußten die französischen Banken und die französische Regierung den amerikanischen Notenbanken eine andere Politik aufzwingen. Zwei Vertreter der Bank von Frankreich fuhren (schon vor Laval) nach New York und erreichten dort durch die Drohung, Frankreich werde seine kurzfristigen Kredite aus USA zurückziehen, daß die amerikanischen Banken ihre Politik völlig änderten. Der Diskontsatz wurde heraufgesetzt, d. h. der Kredit verteuert und dadurch eingeschränkt; außerdem wurde das Wechselmaterial strenger gesichtet. Hoover mußte also seine Politik der Kreditausweitung aufgeben und sich den französischen „Ratschlägen", die eine Kreditdeflation für gut hielten, fügen.

Diese Kreditcinschränkung im jetzigen Augenblick bringt eine Reihe von Betrieben, die sich bisher gerade noch halten konnten, zum Erliegen; das liegt (neben anderem) durchaus in der Absicht der französischen Politik, die den „Sinn" der Wirtschaftskrisen (Reinigung der Wirtschaft von leistungsunfähigen Betrieben) anerkennt und den Reinigungsprozeß bewußt unterstützt. Das oberste Ziel der französischen Politik gegenüber Amerika aber war: Verteidigung der amerikanischen (und dadurch der französischen) Währung.

Dieses Ziel hat Frankreich erreicht und zugleich einen nicht zu verachtenden politischen Machtzuwachs erhalten. Als Laval vierzehn Tage nach den Vertretern der Bank von Frankreich in Amerika eintraf, war seine Siegesbahn geebnet. Der Franc hatte über den Dollar gesiegt — deshalb konnte Laval die Angriffe auf den Vertrag von Versailles und den Young-Plan leicht abschlagen. Wie es mit der Abrüstung gehen wird, ob der Vertrag von Versailles in irgendeinem Punkt geändert werden wird, ob das Hoover-Moratorium verlängert werden wird — alles ist unentschieden; Frankreich hat überall freie Hand.

Die stabile Bevölkerungszahl; das Gleichgewicht zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion; die Anspruchslosigkeit und Sparsamkeit der Bevölkerung; die Neigung, auch in Zeiten guter Konjunktur vorsichtig zu wirtschaften, sich nicht zu „übernehmen" und sich nicht in gewagte Spekulationen einzulassen — das sind wohl die wichtigsten Grundlagen der französischen Machtposition. Auf diesen Grundlagen hat eine konsequente und kluge Politik, die 1918 im Wald von Compiègne begann und die sich (was der deutsche nationalistische Spießer gern vergißt) ebenso oft gegen England und Amerika wie gegen Deutschland richtete, das Gebäude der französischen Macht erstellt.

Als stärkster der kapitalistischen Staaten wird sich Frankreich jetzt der Verständigung mit Deutschland zuwenden.

Pitt

Der Schweizerfranken

Von Erich Schairer

Die Schweiz ist ein kleines Land in Europa, etwa doppelt so groß wie Württemberg; sie hat nicht ganz so viel Einwohner wie Berlin. Aber die schweizerische Währung ist heute die beste der Welt.

Aus den Schatzkammern nicht bloß des „Schuldnerlandes" Deutschland, sondern auch der „Gläubigerländer" England und Vereinigte Staaten von Amerika sind in den letzten Wochen Milliardenbeträge von Gold abgegeben worden, weil Gläubiger aus Angst vor einem Währungssturz ihre kurzfristigen Guthaben kündigten. Die Mark wird mit Mühe einigermaßen gehalten; das Pfund hat 20 Prozent Disagio; der Dollar, den man für die „Weltwährung" hielt, gilt auch nicht mehr als ganz sicher, obwohl Amerika doch „im Golde schwimmt". Ja sogar in Frankreich, gegenwärtig der stärksten Finanzmacht der Erde, ist man in letzter Zeit hie und da nervös geworden. Aber die Schweiz steht unerschüttert und blickt trotz Weltkrise „furchtlos in die Zukunft", wie der schweizerische Finanzminister Musy in einer Rundfunkrede gesagt hat.

Der schweizerische Geldumlauf beträgt gegenwärtig 1,4 Milliarden Franken, etwa das Fünffache der Vorkriegszeit. Die Goldreserven der schweizerischen Nationalbank belaufen sich auf 2,2 Milliarden. Der Schweizerfranken ist also allein mit Gold zu 160 Prozent gedeckt. Die Staatskasse hat in den Jahren 1926 bis 1930 rund 230 Millionen Franken Staatsschulden abgezahlt und 200 Millionen Reserven angesammelt; Kantone und Gemeinden haben ihr Vermögen in den gleichen fünf Jahren um 140 Millionen vermehrt. Die Spargutbaben der Bevölkerung sind 1926 bis 1930 von 3,4 auf 4,7 Milliarden gestiegen; die Banken haben ihre Reserven von 430 auf 645 Millionen, also um 50 Prozent vermehrt; ihre Barbestände betragen anderthalb Milliarden Franken. Kann ein so reiches Land überhaupt in finanzielle Verlegenheit kommen, auch wenn auf der übrigen Welt alles drunter und drüber geht? „Die Schweiz ist eine Arche", hat der französische Professor Charles Gide gesagt, „sie wird sich nicht überfluten lassen."

Und doch, behaupte ich, weiß man nicht sicher, ob nicht eines Tages auch die Schweiz auf ihrer einsamen Höhe ins Wanken und Fallen geraten wird. Auch Musy, den heute alle seine Kollegen auf Erden beneiden, hat in der oben zitierten Rede die Bemerkung fallen lassen, das Los der schweizerischen Banken liege in den Händen der Deponenten. Keine zuverlässigen Hände heutzutage! Die Schweiz ist, gerade wegen ihrer scheinbar ausnahmsweisen finanziellen Sicherheit, eine Art von europäischem Bankier geworden. Die kurzfristigen Depots, die in der Schweiz liegen, werden auf 10 Milliarden Franken geschätzt. Auch sie wäre also wohl nicht in der Lage, bei einem etwaigen allgemeinen Run ohne Schalterschließung und Moratorium auszukommen.

Solange der Schweizerfranken zu 60 Prozent mit Gold übergedeckt ist, wird zwar vielleicht kein Gläubiger aus purer Nervosität sein Guthaben zurückziehen, wie dies Deutschland, England, Amerika gegenüber geschehen ist. Aber es gibt auch noch andere Motive für Kündigungen als unbegründete Angst. Man kann z. B. auch aus Not sein Geld abheben müssen. Und wenn dieser Winter so ausfällt, wie er sich angekündigt hat, dann könnte dieser Fall bei dem einen oder andern Frankengläubiger eintreten.

Die Hochwertigkeit der schweizerischen Valuta hat außerdem auch noch eine Kehrseite: sie wirkt als Importprämie und Ausfuhrhindernis. Im Handelsverkehr mit dem Nachbar Deutschland hat dies bereits zu einer gewissen Gleichgewichtsstörung geführt. Die deutsche Einfuhr aus der Schweiz ist gegen 1930 um 30 Prozent gesunken, und der Einnahme-Ausfall der Schweiz infolge des seit Sommer 1931 katastrofal zurückgegangenen Reise- und Fremdenverkehrs geht in die Dutzende von Millionen. (Die 100 Mark-Gebühr ist zwar gefallen, aber die deutsche Devisensperre, die keinem Ausreisenden erlaubt, mehr als 200 Mark in die Schweiz mitzunehmen, wirkt anscheinend noch stärker prohibitiv.) Mit den Einnahmen aus der Fremdenindustrie hat die Schweiz bisher einen großen Teil ihrer passiven Handelsbilanz ausgeglichen. Diese Passivität steigt Deutschland gegenüber rapid an, da die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz infolge des deutschen Währungs-Disagios und Devisen-Hungers ebensosehr gestiegen wie die Einfuhr aus der Schweiz gesunken ist.

Der schweizerische Wirtschaftsminister Schultheß möchte aus diesen Grund den Handelsvertrag kündigen, um Zollerhöhungen durchführen zu können. Verhandlungen schweben; wenn es dabei ähnlich wie bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gehen sollte, dann könnte man einen kleinen deutsch-schweizerischen Wirtschaftskrieg erleben, der nicht bloß einige Mark, sondern auch etliche Schweizerfranken kosten würde.

Aepfel

Die große schweizerische Detailhandelsfirma Migros A.G. hat bei Äpfeln z. Z. folgende Ein- und Verkaufspreise (die erste Zahl gibt an, was der Landwirt erhält, die zweite, was der Käufer bezahlt): Boskop der Doppelzentner 25 bzw. 28 Franken, Goldparäne 19 bzw. 22 Franken, Baumanns Reinette 19 bzw. 22 Franken. Also eine Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinverkaufspreis von 12 bis 16 Prozent. Vorbildlich!

Die deutsche Gegenoffensive

Der französische Ministerpräsident Laval ist aus New York zurückgekehrt. Als nächste Nummer steht auf seinem Programm: Verständigung mit Deutschland. Unglücklicherweise kann man sich diese Verständigung in Paris nur als Erzwingung eines engeren Verhältnisses vorstellen. Es ist deshalb völlig logisch, wenn man in der Anhäufung des Goldes ein Mittel zur Befriedung Europas erblickt. Freilich ist diese Logik die gleiche wie diejenige, die glaubt, durch irrsinnige Rüstung ebenfalls den Frieden zu sichern.

Den französischen Vorbereitungen gegenüber hat Deutschland eine Offensive eingeleitet. Es ist von großer Bedeutung, daß zu gleicher Zeit, in der Laval bei Hoover vorsprach, der italienische Außenminister Grandi Berlin besucht hat. Grandi hat sich mit Brüning offenbar besonders gut verstanden. Seine Äußerungen über Gerechtigkeit zwischen den Völkern und über Gleichheit der Rechte waren diplomatisch-allgemein gehalten; aber immerhin mußte jeder daraus verstehen, was gemeint war. Deutlicher als er hat am selben Sonntag, an dem er in Berlin weilte, sein Chef, der Duce, in Neapel auf offenem Platze vor versammeltem Volk ausgesprochen, worum es sich handelt: Er hat vom Problem der Vertragsrevision und der internationalen Schulden geredet, die Gleichheit der Rechte gefordert, die Verschiedenheit des Rüstungsstands bei Besiegten und Siegern gerügt und die Änderung „einiger Klauseln der Friedensverträge" verlangt, „die die Völker an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds und der moralischen Verzweiflung gebracht haben". In diesen Freundschaftsbeteuerungen liegt der Kern einer Allianz gegen Paris und Versailles.

Außer dieser diplomatischen hat aber Deutschland auch eine wirtschaftliche Offensive begonnen. In den bevorstehenden wirtschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich wird dessen Position nicht ganz so stark sein, wie es seiner finanziellen Kraft, insbesondere seinem Goldschatz, entspräche. Denn die deutsche Politik der Lohnherabsetzung und der Preissenkung (im Außenhandel, notabene!) verschafft den deutschen Waren trotz aller Zollschranken Eintritt in Frankreich. Sie sind bis zu 40 Prozent billiger als die Produkte der französischen Industrie. Es ist also klar, daß Frankreich vom Standpunkt des Schutzes seiner Produktion und seines Handels aus ein sehr dringendes Interesse an einer Einigung mit Deutschland hat, während wir (vielleicht) noch etwas zuwarten könnten. Auch die Beschlüsse, die der Wirtschaftsbeirat zu fassen haben wird, werden sich auf der eingeschlagenen Linie des Lohn- und Preisabbaus bewegen. Man wird auf Kosten des deutschen Volkes die wirtschaftliche Kampfkraft der Exportindustrie steigern. Das ist unsere Methode, die Verständigung mit Frankreich zu erzwingen. Wer in diesem Spiel schließlich die meisten Trümpfe in der Hand hat, wird bei der Verständigungs-Partie das leichtere Spiel haben.

Max Barth

Der deutsche Ausfuhrüberschuß im September beträgt 387 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß in den ersten neun Monaten des Jahres 1931 ist um 1 Milliarde höher als der in den ersten neun Monaten des Jahres 1930.

Es war einmal

„Meine Herren! ... Man hat wiederholt in diesen Debatten überhaupt die polizeiliche Anmeldung damit zu begründen versucht, daß es notwendig sei, Ruhe und Ordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Mein Kollege Hue hat schon in der Sitzung am Sonnabend darauf hingewiesen, daß überall dort, wo sich Polizeiorgane in großer Anzahl, Gendarmenaufgebote während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1905 blicken ließen, die Aufrechterhaltung der Ruhe gefährdet war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir können bei jeder großen Streikbewegung bemerken, daß, wenn Pickelhauben auf dem Plan erscheinen, dann sofort Ruhe und Ordnung in Frage gestellt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dort geht es am geordnetsten und ruhigsten in der Arbeiterbewegung zu, wo die Ruhe und Ordnung von Funktionären der Gewerkschaftsbewegung selbst aufrechterhalten wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die gewerkschaftliche Disziplin und Selbsterziehung vermag mehr zu tun als die Abgesandten der Polizei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen wünschten wir, daß diese Befugnisse der Polizei überhaupt gestrichen werden. Das wird aber angesichts der Zusammensetzung dieses Reichstags ein frommer Wunsch bleiben ..."

Reichstagsabgeordneter Severing, jetzt preußischer Minister des Innern, am 8. April 1908 im Reichstag

O du mein Österreich

In der Nacht vom 12. auf 13. September haben die Heimwehren in Steiermark den „Marsch auf Wien" anzutreten versucht. Der Putsch ist verkracht, einmal weil die Zusammenarbeit innerhalb der Heimwehren nicht klappte, und dann, weil Heer und Polizei nicht, wie manche Putschisten-Führer erwarteten, auf die Seite der Heimwehren traten.

Freilich, sehr schroff sind Heer und Polizei gegen die Rebellen nicht gerade vorgegangen. Sie ließen ihnen fast überall Zeit, sich ruhig zurückzuziehen und ihre Waffen zu verstecken. So konnte die wiener „Arbeiterzeitung" acht Tage nach dem Putsch melden, in Donawitz bei Leoben (Steiermark) sei ein großes Waffenlager der Heimwehren eingerichtet worden und die Heimwehrführer rechneten schon das Datum für den nächsten Putschversuch aus.

Die Gerichte haben kein einziges Hochverratsverfahren eingeleitet. (So gut möchte man es auch haben, wird da Redakteur List in Stuttgart denken.) Christlich-soziale Politiker haben den Heimwehrführern, die sozusagen eben vom Putsch nach Hause kamen, Ministersessel angeboten, um bei der Beratung des Sanierungsprogramms den Einfluß der Sozialdemokraten auszuschalten. Beamte, die sich am Putsch beteiligt haben, sitzen weiterhin im Amt. Die Heimwehrführer reisen im Land umher und hetzen zu einem neuen Staatsstreichversuch. „Ich gelobe, daß wir diese Revolution fortsetzen werden bis zum siegreichen Ende; uns kann in diesem Staate nichts mehr davon abhalten, alles wegzufegen", hat Fürst Starhemberg kürzlich in Graz gesagt. Ungehindert können in Oberösterreich und Steiermark die Heimwehren ihre Vorbereitungen zu einem neuen Schlag treffen.

Und das Geld dazu stammt teilweise von den halbbankrotten Industriellen aus Westdeutschland. Vor ein paar Tagen hat der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer im Nationalrat behauptet, die Heimwehren hätten Mitte Oktober weit über 100 000 Schilling aus Deutschland erhalten, und zwar aus Düsseldorf, dem Sitz des Stahltrusts, zu dem auch die österreichische Alpine Montangesellschaft gehört.

*

Die deutschen und österreichischen Industriellen wollen die Heimwehren zum Kampf gegen die „Marxisten" einsetzen. Andere Kreise dagegen suchen die Heimwehren anderen Zwecken dienstbar zu machen: die sog. Legitimisten, die für die Restaurierung der Habsburger und für eine Wiedervereinigung Österreichs mit Ungarn arbeiten. Ihr Einfluß auf die Heimwehren scheint in letzter Zeit gewachsen zu sein. Auch sonst werden sie rühriger. Das christlich-soziale „Weltblatt" hat vor einigen Tagen einen Artikel einer prominenten Persönlichkeit (Seipel?) veröffentlicht, in dem die Wiedervereinigung mit Ungarn gefordert wird (es ist wohl das erstemal, daß das so offen ausgesprochen wird). Österreich sei allein nicht lebensfähig; der Anschluß an Deutschland sei ihm verwehrt; sowohl Österreich als auch Ungarn befänden sich ganz in der Hand Frankreichs, das offenbar von sich aus eine österreichisch-ungarische Union erstrebe — also müsse sich Österreich eben zum Anschluß an Ungarn bereit machen. Eine gemeinsame monarchische Spitze wäre vor allem dann zu begrüßen, wenn die Krone, die der Monarch mitbrächte, „golden" wäre.

*

Zu diesen Gefahren hinzu kommen nun seit einigen Wochen auch noch Bauernunruhen. Den Bauern in den Alpenländern geht es immer schlechter: die Preise für ihre Erzeugnisse sind gefallen, die Steuern und die Zinsenlast aber sind gestiegen. Nun revoltieren die Bauern gegen die Regierung und gegen die von ihnen gewählten christlich-sozialen Abgeordneten. Einige Abgeordnete sind in Versammlungen niedergeschrien worden, ebenso erging es dem Landwirtschaftsminister, und der frühere Bundeskanzler Ramek wurde sogar tätlich bedroht. Die Bauern fordern: Festsetzung eines Höchstgehaltes von 1500 Schilling, Neuregelung aller Steuern, Herabsetzung der Hypothekenzinsen auf 4 Prozent, Erfassung des ins Ausland geflüchteten Kapitals u. a. (z. B. auch Einstellung der Subventionen an die Staatstheater).

Sowohl die Heimwehren als auch die Nationalsozialisten suchen natürlich diese Erregung auszunützen. Bisher ist es den beiden rechtsradikalen Richtungen noch nicht gelungen, bei den Bauern, die fast ganz unter dem Einfluß der Christlich-Sozialen stehen, Fuß zu fassen. Jetzt aber hilft die aufs äusserste gestiegene wirtschaftliche Not mit, die Bauern in ihr Lager zu treiben.

Konrad Rieger

Weltmacht?

Über die Geschichte des Sturzes der englischen Arbeiteregierung macht der Labour-Abgeordnete Kenworthy in einem von der United Press verbreiteten Artikel interessante Ausführungen. Während der Kabinettsberatungen über das Sanierungsprogramm, sagt Kenworthy, hätten sich der Vizegouverneur der Bank von England und sein Stab in einem Nachbarzimmer befunden, von dort aus die Banken in Paris und New York über alle Einzelheiten der Kabinettsverhandlungen (Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen usw.) informiert und dann von Paris und New York die entsprechenden Anweisungen erhalten. Einmal habe das Kabinett zwei Stunden lang warten müssen, bis von Paris und New York die telefonische „Genehmigung" zu irgend einer geplanten Maßnahme eingetroffen sei. Vor allem hätten die Banken in Paris und New York ultimativ den Abbau der Arbeitslosenversicherung verlangt. England sei wie eine drittklassige südamerikanische Republik behandelt worden.

Als dann die Arbeiterregierung zurückgetreten sei, habe MacDonald beabsichtigt, eine diktatorische Regierung zu bilden. Der Plan sei aber gescheitert, weil MacDonald (was er in seiner Eitelkeit nicht erwartet habe) von fast allen Labour-Abgeordneten verlassen worden sei, weil die Gewerkschaften nicht mitgetan und weil die Matrosen gemeutert hätten; auch Polizei und Heer wären für die Diktatur nur eine unsichere Stütze gewesen.

Wahlsieg der englischen Regierung

Am 27. Oktober ist in England das Unterhaus neu gewählt worden. Die nationale Regierung MacDonald-Baldwin hat gesiegt. Das (bei Redaktionsschluß noch nicht endgültige) Resultat sieht so aus:

Für die Regierung		Gegen die Regierung	
Konservative	471	Arbeiterpartei	48
Partei MacDonald	14	Lloyd-George-Liberale	7
Liberale	63	Sonstige	2
Nationale Unabhängige	3		
	551		57

Vor der Auflösung des Unterhauses hatten die Konservativen 264, die Arbeiterpartei 286 und die Liberalen 58 Mandate.

England spart

Das Defizit im englischen Staatshaushalt und der Pfundsturz haben in den Herzen vieler Engländer das vaterländische Empfinden geweckt: Pensionäre verzichten auf einen Teil ihrer Bezüge, arme alte Frauen spenden der Staatskasse einige Pfund, die „Times" singen in einem langen Artikel das Lied von dem braven Engländer, der aus Trinidad seiner bedrohten Heimat fünf Pfund überwiesen hat, ein Regiment Soldaten hat sich bereit erklärt, den Rückweg vom Manöver zu Fuß zu machen (statt, wie vorgesehen per Eisenbahn) und was dergleichen patriotische Taten mehr sind.

Der Prinz von Wales aber hat den Vogel abgeschossen, indem er seine Landsleute aufforderte, künftig keine andern als englische Austern zu essen.

Wie könnte England nicht gerettet werden, wenn die besseren Kreise ihre Lebensweise in solcher vaterländischer Sparsamkeit reformieren?

Der Freundschaftspokal

Einem von den drei Brüdern Sklarek, Max, ist einmal von seinen Freunden ein Pokal geschenkt worden. Die Namen der Schenkenden wurden auf dem Pokal eingraviert. Diese Namenliste ist ein schönes Zeugnis deutscher Volksgemeinschaft: sie umfaßt Angehörige aller Parteien von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen. Die letzteren sind vertreten durch den Abgeordneten Pfarrer Wolf, der den Pokal bei der Überreichung und (wahrscheinlich sehr feuchten) Taufe sogar gesegnet hat.

Dieser silberne, 40 cm hohe Pokal gab, als er im Sklarek-Prozeß auf den Tisch des Gerichts gestellt wurde, einen erheiternden Lichtstrahl in unsere düstere Welt. Bei manchen Leuten waren allerdings die Gefühle gemischt. Die „Süddeutsche Zeitung", die sonst stets bereit ist, sich über die Entstellung der linken Lügenpresse zu entrüsten, half sich damit, daß sie das eine Auge zudrückte und den deutschnationalen Herrn Pfarrer überhaupt verschwinden ließ. Dafür schließt auf der nächsten Seite ein Artikel über die religiöse Erweckungs- und die nationale Freiheitsbewegung mit den fettgedruckten Worten Schleiermachers: „Oh, daß nur das Bild Gottes uns nicht verschwinde unter den verwirrenden Gestalten! Von seiner Furcht geleitet wird unser Denken ebenso rein und ebenso gesegnet sein, wie unser Handeln." (Übrigens — was heißt hier Handeln?)

W.

Ins Leben zurück

Von Paul Heinkel

Mein Kriegskamerad Oskar ist ein nationaler Mann. Um ihn zu schonen, sage ich stets, wir seien zusammen im „Feld" gewesen. In jenem „Feld" wimmelten auch Kronprinzens herum und ein Haufen Generäle. Es roch also stark nach Etappe. Dort setzte Oskar viereinhalb Jahre lang seine Manneskraft ein. Fürs Vaterland. Nebenbei auch oft für andere Dinge. Der Mensch lebt nicht vom Kommißbrot allein. Daß ich da um manches wußte, war ihm verflixt unangenehm. Er grüßte mich immer höchst widerwillig, aber nachdem die nationale Opposition eindeutig Oberwasser gewonnen hatte, hörte auch das auf. Wenn wir uns begegneten, sahen wir beide auf die Seite. Auf diese Weise wurde es wenigstens nicht klar, welcher von uns beiden den andern ignorierte.

Diesen Freund Oskar warf es nun vor einigen Monaten aufs Krankenlager. Und eines Tages war es seinen Angehörigen klar, daß es mit ihm zu Ende ging. Kein Arzt pflanzte mehr jene Hoffnung auf, an die sich die Ärzte noch heftiger klammern als die lieben Angehörigen, weil Patienten mitunter schwerer zu verschmerzen sind als Familienmitglieder. Oskar nahm die schmerzliche Eröffnung gefaßter entgegen als seine liebwerte Gemahlin. Und da er doch nicht national genug war, um seine letzten Stunden mit den in den vergangenen Jahren gepflogenen Frasen auszufüllen, fing er alsbald an, sein ganzes Leben gewissermaßen an seinem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen.

Manche helfen sich in dieser heiklen Situation durch einen Anflug von Kurzsichtigkeit, und kommen so meist zu halbwegs annehmbaren Resultaten. Oskar war nicht von ihrem Schlag. Er wog sich unbarmherzig — und fand sich zu leicht. Da überfiel ihn unabwendbar jener Bekenntnisdrang, der allein schon ein Zeichen dafür ist, daß es mit einem Menschen zu Ende geht. Man sucht sich noch rasch zu erleichtern, indem man den Angehörigen das Herz schwer macht, und man gewinnt die Achtung vor sich selber, indem man sich der Achtung der Angehörigen beraubt und sie in die zweifelhafte Situation versetzt, die Entrüstung durch Abschiedstränen zu maskieren.

Was Oskar zu berichten hatte, war für eine Frau, die langjährige Vorstandsdame im Luisenbund ist, sehr herb. Sie war als seine Braut damals bei Kriegsende die erste, die er durch schlichte Berichte über seine Heldentaten gewann. An ihr schulte er sich in langen und lauen Frühlingsnächten für die Ansprüche, die ein nationaler Stammtisch an Kriegsteilnehmer stellt. Er wob in trauten Gesprächen wahre Perlenschnüre hehrster Heldentaten, deren Glanzstück jene wuchtige Szene war, wie Oskar und noch einer seines heldischen Schlags bei Arras einen ganzen Graben räumten und dabei rund 50 Gefangene (auf ein paar mehr oder weniger kam es ja nicht an) machte. Wie oft hatte er dann später alle diese Geschichten und Heldentaten wieder erzählen müssen. Er gewann mit der Zeit ein inneres Verhältnis zu ihnen, und seine Liebe zu ihnen stieg in dem Maße, als sie durch Wiederholung pointierter und geschliffener wurden.

Und alle diese Geschichten, die zu Hause, im Freundeskreis, im eng oder weit gespannten nationalen Rahmen Liebe, Verehrung und Kampfbegeisterung weckten, alle diese Geschichten waren, wie er jetzt in unbegreiflicher Offenheit seinen Lieben eröffnete, „Kohl". Man war darauf gefaßt, ihn bald „hinüber"gehen zu sehen als nationaler Mann und „als Soldat und brav", und nun präsentierte er sich als ein Etappenschwein, das in der Nähe des großen Hauptquartiers „tätig" gewesen war, und Idee und Details zu jenem Heldenstückchen bei Arras aus der „Liller Feldzeitung", 2. Jahrgang, Seite 143 und folgende, geklaut hatte. Es nützte ihm nichts, daß er noch extra betonte, die Ausschmückung habe sich durch öftere Wiederholung in nationalen Kreisen von selbst ergeben. Die Familie hatte genug. Wilhelm, Oskars einziger Bruder, in dessen anfänglich hoffnungslos verkorkstem Leben dadurch eine Wendung eingetreten war, daß er Adolf Hitler täglich ähnlicher wurde, verließ mit einem zornig hervorgezischten „Deutschland erwache!" das Zimmer und zerschnitt auf diese Weise sozusagen das Leichentuch zwischen sich und seinem entarteten Bruder. Er, bei dem auf so wunderbare Weise Quantität in Qualität umgeschlagen war, wollte sich nicht in letzter Stunde noch seine Drittes-Reich-Karriere verderben.

Er war ein Draufgänger und nicht sehr klug. Ihm fehlten die Erfahrungen, die Oskars Gemahlin in den nationalen Frauenvereinen erworben hatte. Auch sie hatte das Geständnis Oskars einigermaßen erschüttert, aber da sie ihm von Anfang an kaum die Hälfte dessen geglaubt hatte, was er in gesprächigen Stunden von sich gab, war die Enttäuschung nicht allzu groß. Sie brachte es fertig, mitten in ihrer Verwirrung an das ehrenvolle Begräbnis zu denken, das ihr Mann bekommen werde, an die vielen Fahnen und Kränze und an die markigen Nachrufe. Erst als sie daran dachte, daß in ihnen auch jene Szene erwähnt werden könnte aus der „Liller Feldzeitung", 2. Jahrgang, Seite 143 und folgende, gab es ihr einen Stich. Einen ganz kleinen. Aber da es sich hier schließlich um keine Tatsachenschilderung handelte, sondern um einen Nachruf für einen national Zuverlässigen, hätte sie sich rasch vollends beruhigt, wenn ihr Mann nicht mit einer neuen Überraschung gekommen wäre. Er, der zwölf Jahre lang hemmungslos geflunkert hatte, hatte plötzlich das Bedürfnis, sich in wirklichen Kriegserinnerungen zu ergehen. Er verlangte dann nach mir, seinem Etappenkumpan, mit dem er manche tolle Sache ausgewetzt hatte. Das war mehr, als er seiner schwer geprüften Gattin zumuten konnte, und sie sagte ihm das auch rücksichtslos, währenddem sie erregt an ihrer vergoldeten Luisenbrosche herumnestelte. Da Oskar aber ziemlich schroff erklärte, er werde mit seinen letzten Lebenskräften sämtliche erreichbaren Nippesfiguren zertrümmern, die Germania mit dem gläsernen Lila-Busen, den Kaiser Wilhelm aus bronziertem Gips, und wenn es sein müsse auch noch die Weinkaraffe mit dem Bismarckstöpsel, da gab sie nach und ließ mich holen.

Als ich kam, war er sanft hinübergeschlummert. Nicht für immer. Auf seiner Stirne stand leichter Schweiß. Das Geständnis mußte ihn mächtig angestrengt haben. Als er dann nach Stunden erwachte, sah ich auf den ersten Blick, daß er die Krise überstanden hatte. Oskar war dem Tode entrissen. Ich beglückwünschte ihn von Herzen und gab zugleich meiner Freude über seine bemerkenswerte Sinnesänderung lebhaftesten Ausdruck. „Erinnerst du dich", sagte ich mit humorigem Augenblinzeln, „wie wir dem kommandierenden General einmal nachts eine gestopfte Gans vom Fensterbrett stahlen? Das Vergnügen, einen General hereingelegt zu haben, war größer als die Freude an dem Braten." Er sah mich kalt an und sagte mit Nachdruck: „Ich erinnere mich keineswegs." Drehte sich auf die andere Seite und schloß beharrlich die Augen. Seine Gemahlin, Oskars abermalige Wandlung begriffen habend, warf mir einen hämischen Blick zu und sagte triumfierend: „Er geht der Genesung entgegen." Ich wollte nicht mehr stören und empfahl mich.

Als ich nach einigen Wochen im Restaurant Kaiserhof am Stammtisch der nationalen Opposition vorüberkam, hörte ich gerade noch die Schlußpointe jener Heldentat von Arras. Es herrschte atemlose Stille in der ganzen Runde. Aller Augen hingen an dem Redner, und als er geendet hatte, brach eine hemmungslose Begeisterung los.

Der Redner war Oskar. Er war wieder völlig hergestellt.

Der überheizte Kessel

Anna Siemsen, die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, die jetzt zur SAP übergetreten ist, hat vor einiger Zeit eine Broschüre „Parteidisziplin und sozialistische Überzeugung" veröffentlicht. (E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin; Preis 40 Pfennig.) Die Broschüre enthält sehr kluge Bemerkungen über dieses Thema (daneben auch solche, denen ich nicht so ohne weiteres beistimmen möchte) und ein Kapitel über den Bürokratismus in der SPD, das wir uns einmal ansehen wollen.

Die Parteipolitik der SPD, sagt Anna Siemsen, ist nicht mehr „Ausdruck des proletarischen Massenbewußtseins und -willens", und zwar deshalb, weil die Partei einen Apparat von Berufsfunktionären geschaffen hat, deren Lebenssicherung von der Existenz der Partei und von ihrem Einfluß auf die Partei abhängig ist. Der Funktionär will in seiner Arbeit auf keine Weise gestört werden; alles soll reibungslos gehen, niemand soll ihm dreinreden. Die geschickte Abwehr jeder Kontrolle wird bei ihm zur Routine. „Wie der öffentliche Beamte dem kontrollierenden Parlament, so steht der beamtete Parteifunktionär der Masse der Parteigenossen gegenüber."

Infolgedessen sieht er die politische Lage meistens anders an als die Massen der Arbeiter. „Ein thüringer Heimarbeiter, der von 9 bis 12 Mark Wochenlohn mit seiner Familie leben muß, ein Wohlfahrtserwerbsloser, der vielleicht eine noch geringere Summe erhält oder als nicht hinreichend bedürftig ganz aus der Unterstützung fällt, ein überalteter Angestellter, dem der Augenblick immer näher rückt, in dem er endgültig aus dem Erwerbsleben gestoßen wird: ein wachsendes Millionenheer von Proletariern erlebt täglich in seinem persönlichen Schicksal das Wort, daß der Proletarier nichts zu verlieren habe als seine Ketten. Der Parteifunktionär sieht vor sich die ausgebaute mächtige Organisation, den gewaltigen Besitz an fixem und mobilem Kapital, an dauernd fließenden Beiträgen, an Einflußmöglichkeiten und sicherer Arbeit. Sein Leben ist erfüllt davon und gesichert durch sie. Er schrickt vor jeder Störung zurück, und wo er eine Gefährdung wahrnimmt — wie angesichts der fascistischen Gefahr — wird er bereit sein, mit großen, mit allergrößten Opfern diese Gefahr abzukaufen. Er wird notwendig einem Staate und einer Gesellschaft gegenüber, die dies sein Arbeits- und Machtgebiet unbehelligt lassen, eine konservative Haltung einnehmen."

Der Parteivorstand nützt natürlich diese Lage aus, um seine Politik durchzusetzen. „Mit tausend Fäden werden alle, die im Einflußbereich des Parteiapparates sich befinden, festgehalten auf der Linie, welche in diesem Parteiapparat von der Zentrale aus gefordert wird ... Es ist für jeden Parteiangestellten, jeden Redakteur und Parteisekretär ebenso wie für alle Bildungsfunktionäre, mögen sie nun hauptamtlich fungieren oder nebenamtlich aus ihrer Tätigkeit irgend ein Einkommen beziehen, eine schwierige, oft eine völlig unmögliche Sache, gegen die offizielle von der Zentrale inaugurierte und verfolgte Politik zu opponieren."

Als Beispiel bringt Anna Siemsen folgendes Gespräch: „Was ist eigentlich mit dem Genossen X.", fragt ein „Oppositioneller" einer großen Ortsgruppe einen anderen, „er stimmt in den Mitgliederversammlungen so sonderbar. Den einen Abend mit allen Anträgen der Opposition, den nächsten, wenn es um die gleiche Dinge geht, unweigerlich dagegen." „Du mußt nur aufpassen", war die Antwort, „er ist ja vom Ortssekretär abhängig. Wenn es ihm glückt, sich in eine Ecke oder hinter eine Säule zu setzen, daß der ihn nicht sehen kann, dann wagt er es, gegen ihn zu stimmen. Hat er aber Pech und kriegt keinen solchen Platz, dann riskiert er das nicht."

„Wie gering bereits der Kontakt zwischen Masse und offiziellem Parteiapparat ist, wie wenig dieser funktioniert, wenn es sich darum handelt, Massenstimmung zu registrieren, Massenbewußtsein zum Ausdruck zu bringen", das zeigt sich, sagt Anna Siemsen, vor allem bei der Stellung der SPD gegenüber dem Fascismus. Seit dem 14. September 1930 propagiert sie die Politik des kleineren Übels, die Unterstützung der sog. bürgerlichen Mitte, das Hinauszögern, Abwarten, Ertragen. Immer wieder predigt sie, die fascistische Gefahr sei im Abebben, die Sozialdemokratie dagegen sei gefestigt und im Aufstieg. Aber wachsende Arbeitslosigkeit, Abbau der Versicherungen und Notverordnungen wirken als eine Propaganda ganz anderer Art. „Die sozialdemokratische Parteileitung ist in einer ähnlichen Lage wie der deutsche Generalstab gegen Kriegsende. Auch im deutschen Heer funktionierte ein vollkommen ausgebauter Apparat dahin, einerseits durch tausend Röhren den Willen der Zentrale bis in den letzten Schützengraben zu leiten, andererseits jede gegenteilige Willensregung schon in der untersten Instanz zum Schweigen zu bringen. Die Kanäle demokratischer Information waren verstopft, die Ventile demokratischer Willensäußerung verschlossen. Als die glänzende Maschinerie dennoch in die Luft flog, wußten die zentralen Stellen keine andere Erklärung dafür, als daß die Hetzer und Mießmacher die Schuld trügen."

Man braucht diesen Ausführungen von Anna Siemsen kein Wort hinzuzufügen.

Fritz Lenz

Eine teure Reise

Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht eine Reisekosten-Abrechnung des vormaligen Oberbürgermeisters von Hagen, eines Parteigenossen des Herrn Hugenberg. Sie sieht so aus:

„Ich habe in Berlin die Eingemeindungsverhandlungen wahrgenommen, wie vom Stadterweiterungsausschuß beschlossen. Zu diesem Zwecke war ich abwesend von Sonntag, den 16. Juni, bis Samstag, den 22. Juni d. Js. Meine Frau hat sich wunschgemäß an dieser Reise beteiligt und war vom 16. bis 20. Juni in Berlin. An baren Aufwendungen sind dafür entstanden:

1. Reisekosten I. Klasse Hagen—Berlin mit Schlafwagenbenutzung	192.—
2. Reisekosten I. Klasse Berlin—Hagen	130.—
3. Hotel laut Rechnung	325.96
4. Bewirtungen	527.—
5. Sonstige eigene Verpflegung	160.—
6. Besondere Auslagen für Gepäck, Telefon, Telegramme, Autofahrten, Trinkgelder u. Besorgungen, für Karten usw.	395.—
Zusammen Rm.	1729.96

Ich bitte um Anweisung. Oberbürgermeister Finke."

Das macht pro Tag annähernd 300 Mark. Ist das die „altpreußische Sparsamkeit", von der die Deutschnationalen immer predigen?

Der Kreuzzug

Es scheint, daß die katholische Kirche ihre Aktion gegen die Gottlosen und die Bolschewisten neuerdings wieder verstärkt. Die „Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland" in München-Gladbach verschickt an die Herren Konfratres ein Schreiben, das eine Art Mobilmachungsplan für die „im Auftrage der Bischöfe übernommene Abwehrbewegung" darstellt (und von dem mir ein Exemplar in die Hände gefallen ist). Predigten, weltliche Kundgebungen und Verteilung von Flugblättern sind die hauptsächlichsten Waffen. Und auch in diesem Krieg braucht man Geld, Geld, Geld; also sammeln und abliefern! „Zum Schluß teilen wir Ihnen noch mit, daß wir eine eigene Forschungs- und Auskunftsstelle über Bolschewismus und Freidenkertum errichtet haben, die Ihnen gern mit jedem Rat und jeder Auskunft kostenlos zur Verfügung steht."

Zu welchen wissenschaftlichen Ergebnissen diese „Forschungsstelle" kommt, das zeigt ein dem Schreiben beigelegtes Flugblatt. „In Rußland seufzen 150 Millionen unter schrecklichster Glaubensverfolgung." Die bolschewistischen Parteibonzen sind „zum Teil Scheusale, die sich besonders in der ersten Zeit der bolschewistischen Herrschaft jedes Lasters erfrechten". „Blutschande, Vielweiberei und Mord am ungeborenen Kinde sind gesetzlich straflos." Wenn ein Kind das Glück hat, nicht im Mutterleibe ermordet zu werden, dann wird es unter hartem Terror zur Gottlosigkeit erzogen. Und Hunderttausende von armen Kindern läßt der Bolschewismus „verhungern und verlumpen".

Anno domini 1931 unter dem Protektorat der katholischen Kirche verbreitet.

Der betrunkene Bettler

Die Bolschewisten sind grausame Menschen. Während wir Deutsche unsere Minister a. D. mit viel Ehren und hohen Pensionen überschütten, behandeln die Bolschewisten z. B. ihren früheren Außenminister Tschitscherin geradezu unmenschlich: er bat in seinem alten Ministerium einige Male um Arbeit, wurde aber jedesmal schroff abgewiesen; zuletzt wurde ihm der Zutritt überhaupt verweigert; er kam immer weiter herunter, so daß er neulich von der moskauer Polizei als betrunkener Bettler aufgegriffen werden mußte.

So berichten wenigstens, nach einer Meldung aus Riga, einige deutsche Blätter. In Wirklichkeit lebt Herr Tschitscherin schon seit längerer Zeit als Kurgast in Wiesbaden.

Leider kann man nicht alle Lügen, die von Riga aus über russische Dinge in die Welt gesetzt werden, so leicht nachprüfen wie die vom betrunkenen Bettler Tschitscherin.

Druck von oben

Der Schah von Persien, noch in unseren Jugendtagen eine sagenhafte Gestalt wie etwa der Großmogul oder der Klabautermann oder das Rumpelstilzchen, ist heute eine Gestalt von sehr greifbarer Realität. Alles Märchenhafte hat er verloren; die Berührung mit der Wirklichkeit hat den wackeren Schah zu einer sehr nüchternen Realität gemacht.

Der jetzige, Riza Schah, hat, wie auch andere asiatische — ich will nicht sagen: Despoten, man wird gleich merken, warum — also, wie auch andere asiatische Herrscher, sich auf dem Weg über geschickt propagierte Volkstümlichkeit zur Macht aufgeschwungen; wie sie hat er mit Rußland sympathisiert, solange er sich noch auf das Wohlwollen der Volksmassen angewiesen wußte, um nach der Sicherung seiner Machtposition alle freiheitlichen Frasen und Parafrasen über Bord zu werfen und ein autokratisches Regime aufzurichten, das sich gewaschen hat. Infolgedessen gibt es in europäischen Ländern ein persisches Emigrantentum, das aus der Ferne die Hoffnungen des persischen Volkes auf Befreiung nährt.

Ein solcher persischer Emigrant ist der Student Mortesa Alawi, der in Berlin ein Blatt herausgegeben hat, in dem er den heimischen Autokraten angriff. Es ist ein paarmal beschlagnahmt worden, und als das nichts nützte, hat man schließlich den Vorkämpfer seiner unterjochten Brüder aus Preußen ausgewiesen. Riza Schah in Teheran konnte es nicht ertragen, daß eines seiner Landeskinder in Berlin über ihn die Wahrheit sagte. In Persien hätte er ihm ja ohne weiteres kurz und drakonisch den Prozeß machen können; aber da der Hassenswerte sich wohlweislich unter die kältere aber weniger lebensgefährliche Sonne nordischer Zonen verzogen hatte, mußte man sich damit begnügen, die gesetzlichen Möglichkeiten seines Zufluchtslandes, also Deutschlands, auszuschöpfen. Riza Schah stellte mithin Strafantrag gegen Alawi mit dem schon gemeldeten überraschenden Erfolg. Zu gleicher Zeit hat der brave Orientale gegen „Berlin am Morgen" geklagt, weil dieses Blatt ihn einen „orientalischen Despoten" genannt hat. Ein orientalischer Despot genannt zu werden, ist übrigens nicht gerade beleidigend; ich zum Beispiel würde mir kein Haar ausrupfen, wenn mich einer so hieße, und dabei bin ich gewiß viel weiter davon entfernt, es wirklich zu sein, als Mister Riza. Aber der ist nun mal so; er kann's nicht hören.

Das Verfahren gegen die Zeitung ist noch nicht abgeschlossen. Im übrigen hat man aber, wie gesagt, dem Wink aus Teheran gehorcht: der Student Alawi mußte den preußischen Staub von den Füßen schütteln. Wirklicher Grund: wir haben in Persien wirtschaftliche Interessen. Junkers hat den Flugdienst, deutsche Firmen bauen persische Eisenbahnen, die persische Nationalbank wird von Deutschen geleitet. Als der Schriftsteller Leo Matthias nach einer Reise durch Persien einiges Ungünstige über die orientalische Majestät gesagt hatte, schoß der Vizepräsident der Nationalbank, Otto Vogel, den Vogel ab, indem er einen Brief an die „Vossische Zeitung" richtete, worin er „energisches Vorgehen" gegen die „lügnerischen Darstellungen" des verruchten Matthias forderte.

Die persische Regierung hat wegen Alawi, wegen „Berlin am Morgen", wegen Matthias mit der Abberufung ihres Gesandten und dem Abbruch der Handelsbeziehungen gedroht, und damit erreicht, daß Deutschland das politische Asylrecht verletzte: das Auswärtige Amt hat sich — wie das „Berliner Tageblatt" sagt — „dem Druck Persiens gefügt" und „die preußischen Stellen dem Druck des Auswärtigen Amtes". So drückt einer den anderen, am obersten sitzt der Schah von Persien, und wer zu unterst liegt, wird zerquetscht.

Mara Bu

Billige Arbeitskräfte

Wer glaubt, daß die Landarbeiter-Frage schwer zu lösen sei, der unterschätzt die bäuerliche Schlauheit in sozialpolitischen Dingen ganz erheblich. Vom Wochenmarkt in Weimar hat kürzlich ein Bauer einen jungen Mann unter Hinweis auf seine heiratsfähige Tochter mitgenommen. Es wurde dann bald darauf Verlobung gefeiert, und der Bräutigam schaffte wacker im Hinblick auf den kommenden Lohn.

Als dann aber nach einiger Zeit Braut und Schwiegereltern zusehends kälter wurden, schließlich einen großen Krach inszenierten und den Bräutigam vor die Tür setzten, und als dann dieser auf Zahlung des rückständigen Lohnes klagte, stellte sich heraus, daß er schon der sechste war, der dort auf diese Weise seine Arbeitskraft in einer die Produktionskosten wenig belastenden Weise zur Verfügung gestellt hatte.

Die jungen Leute

Eine große Skepsis liegt heute über den Menschen. Wenn einer sein Nachtgebet zum Herrn schickt, überfliegt er gleichzeitig im Geist die apologetischen Beweise für die Existenz Gottes, und bevor jemand ein Geschäft aufmacht, wird schon an die Möglichkeit eines Vergleichs gedacht. Die Ehen beginnen in höchst sachlicher Weise mit Gütertrennung, und ehe sich Liebende finden, vereinbaren sie getrennte Kasse. Leute, die vordem selbstsicher in sich ruhten, fangen an, das Leben im allgemeinen und einige Dinge im besonderen problematisch zu finden. Generaldirektoren brüten hartnäckig über planwirtschaftlichen Problemen, Sozialdemokraten werden langsam an der Republik irre, und seriöse Brauereien genieren sich nicht, nebenher Limonade zu produzieren.

Es ist ein tolle Welt. Alles ist im Fluß, nur nicht die Kredite. Der Wechsel ist der einzige ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Selbst die langjährigen Abonnenten der Generalanzeigerpresse fragen sich bange, was eigentlich werden soll. Sie finden, daß es mehr gibt unter der Sonne, als sich Hugenbergs Maternkorrespondenz träumen läßt, und entwetzen heulend zu Hitlern. Aber während Adolfs Redefeuerwerk auf sie niederprasselt, seufzen sie insgeheim: „Einen Bismarck solltn mr halt wieder habn!"

Es wäre bitter um uns bestellt, wenn wir in unserer kitzeligen Lage nicht noch unseren akademischen Nachwuchs hätten, der den Mangel an überragenden Begabungen durch ein beneidenswertes Selbstbewußtsein auszugleichen versucht. Ob die jungen Leute nun bei der Wirtschaft, beim Staat, bei der Kirche oder sonstwo ihr Brot suchen, sie verstehen es immer noch, sich einen besonderen Nimbus zu geben. Sie sind unter einem Volk von Händlern, Gelegenheitsarbeitern und Gerichtsvollziehern die Einzigen, die sich noch einen Rest von Haltung bewahrt haben. Und das Volk ist gerne bereit, sie darnach einzustufen, auch wenn nichts dahinter ist. Wenn einer im Kaufladen Industrieprodukte verkauft, nennt man ihn Commis, wenn er den Verschleiß von „objektiven Kulturgütern" übernommen hat, ist er ein Volksbildner. Organisierungstalent wird grundverschieden bewertet, je nachdem, ob man einen Markenartikel oder Weltanschauung zu verbreiten sucht. Die Erzeugung von gemeinschaftsbildenden Kräften wird immer noch für wertvoller gehalten, als die Erzeugung von Kleister, obwohl die landläufigen Synthesen weniger Bindekraft haben als Syndetikon. Wenn einer im Betrieb die Seele des Arbeiters zu bearbeiten hat, dünkt er sich turmhoch über dem Kollegen, der in der Nebenabteilung mit einer neuen Legierung beschäftigt ist, und die Leute, die unsere Rechtsordnung zu handhaben berufen sind, würden es sich energisch verbitten, wollte man sie mit dem Verkehrsschutzmann an der Ecke vergleichen.

Es gibt Staatsanwälte, die sich wie Institutsvorsteher benehmen und den Angeklagten Moralpauken halten, und Herren, die Gemeinschaftsgeist auf Flaschen ziehen, obwohl sie selbst glänzend isoliert sind; es gibt Leute, die gegen Erfolgshonorar Arbeitsfreude wecken bei Proleten, und solche, die sich berufsmäßig in die naiven religiösen Vorstellungen alter Weiblein einfühlen, ihnen auf diese Weise „Gewißheiten" vermittelnd. Es gibt noch eine Unmenge ähnlicher Dinge.

Unsere Kultur ist ein Warenhaus. Es hat keine einheitliche Leitung und ist hundsmiserabel organsiert. Aber einzelne Verkäufer gefallen sich in einem seriösen Getue. Sie halten ihre Ladenhüter für die besseren, und suchen sie auf Kosten der anderen aufzudrängen. Und niemand ist da, der es ihnen beibringt, daß auch davon Neunzehntel Ramsch ist.

oha

Geköpft muss werden

„Des Mörders Blut soll vergossen werden „durch Menschen". So steht da. Kein Scheinfortschritt in der sog. Humanität kann dieses Wort auslöschen. Es ist ein verneinender Geist, der diese Worte bestreitet, ein Geist, der aus Revolutionen stammt und zu Revolutionen führt. Es ist solche Bestreitung ein Einspruch gegen die Grundgesetze in Gottes Welt. Auch moderne Todesarten, wie etwa die durch Elektrizität oder Hängen, werden diesem Worte nicht gerecht. Des Mörders Blut soll vergossen werden, und zwar durch den Menschen. Normalen Zeiten mit einem sittlichen Empfinden ist dies niemals zweifelhaft gewesen."

„Der Gärtner", Zeitschrift der Evang. Freien Gemeinden

Golf-Clubs

Es ist in letzter Zeit öfters von dem berliner Golf-Club berichtet worden, von den 300 000 Mark, die der Präsident des Clubs, Herr von Siemens, der Elektrizitäts- und Reichsbahngewaltige, und Herr von Burg, der Margarine-Wirtschaftsführer, dem Club gepumpt haben, von den 300 000 Mark, die die Danat-Bank vorgeschossen hat, von den Schulden des Clubs, die nahezu eine Million betragen usw. Dabei ist der berliner Golf-Club nicht der einzige in Deutschland, es gibt zum Beispiel — wozu in die Ferne schweifen? — auch in Stuttgart einen, in den die unter den Lohnlasten zusammenbrechenden württembergischen Wirtschaftsführer ungezählte Tausende hineinstecken.

Das Jubiläum

Zum Jubiläum des Virchow-Krankenhauses hat das „8 Uhr-Abendblatt" ihm bemerkenswert erscheinende Einzelheiten aus der Geschichte dieser Anstalt veröffentlicht. Einmal: Als nach Eröffnung des Krankenhauses Kaiser und Kaiserin angeschwirrt kamen, blieb zu aller Schrecken plötzlich die Turmuhr stehen. In der allgemeinen Verwirrung kam ein wackerer Krankenwärter auf den genialen Gedanken, die Zeiger der großen Uhr selber herumzudrehen (wobei er sich im Tempo nach seiner Taschenuhr richtete). Er hielt aus, bis Kaisers wieder fortwaren. (Man sollte ihm nachträglich noch den goldenen Zeiger des „8 Uhr-Abendblattes" verleihen.) Und dann: die Bäume der Mittelallee in dem Genesungspark des Krankenhauses stammen — können sich Untertanen eigentlich noch etwas Schöneres denken — aus der Siegesallee unseres verflossenen Wilhelms.

So was serviert man Lesern eines Blattes, das erst vor wenigen Tagen eine kiloschwere Ausgabe der deutsch-französischen Verständigung widmete. Freilich: auch sie war darnach.

K.B.

Literatur

Wahneuropa 1934. Eine Vision. Von Hans Gobsch. Fackelreiter-Verlag, Berlin. Preis 4,80 Mark. — Gobsch unternimmt den Versuch, die sich überstürzenden Vorgänge bei Ausbruch eines zukünftigen Krieges aufzuzeichnen. Er zeigt die Macht, die die Arbeiter in den Händen haben, die sie aber nicht auszunützen verstehen: Generalstreik. Der sozialistische Außenminister Frankreichs arbeitet zehn Jahre an seiner Organisierung, ruft ihn aus — und bläst ihn ab: die nationalen Belange sind bedroht, „das Vaterland" ist in Gefahr. Gobsch zeigt, was nach einem kommenden Krieg übrig bleibt: nichts. Was nicht durch Gas vernichtet wird, verbrennt. Bombengeschwader überfliegen fahrplanmäßig die Grenzen und werfen ihre Bomben ab; Gegenwehr ist nutzlos. Nachdem einige Großstädte vernichtet sind, mischen sich die Nachbarländer in den Streit und drohen mit Boykott, was zusammen mit den Aufständen der Arbeiter den Krieg sofort beendigt. Manches ist etwas kinohaft, aber im ganzen ist das Buch besser als sonst solche Vision.

—dk

Der Weg der Frau. Nummer 5. Ausgabe A, ohne Schnittmuster, 20 Pfg., Ausgabe B. mit Schnittmuster, 30 Pfg. Verlag „Der Weg der Frau", Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. — Diese Monatsschrift wird der proletarischen Frau viel besser dienen als die eines bürgerlichen Verlags; denn sie ist auf ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten zugeschnitten und in ihrer Sprache geschrieben.

b.

Stunde der Gefahr

Ein alter Militärwitz berichtet von einem Sicherheitsposten, den man vergessen hatte einzuziehen. Er zog noch jahrelang auf, als das Objekt, das er zu bewachen hatte, schon längst nicht mehr vorhanden war.

Es ist unmöglich, bei diesem Witz nicht an das Reichsbanner zu denken. Aufgescheucht durch den Aufmarsch der braunen Bataillone in Braunschweig und ihr Wüten in den Arbeitervierteln, haben sich seine Unterführer in Magdeburg versammelt, um zu der „Lage" Stellung zu nehmen. In einem Bericht, den Herr Hörsing an die Presse gelangen ließ, heißt es eingangs, daß sich das Reichsbanner innerlich und äußerlich dauernd gekräftigt habe.

Wir wollen es ihm glauben. Wozu aber hat es sich gekräftigt? Herr Hörsing sagt: um die Republik zu schützen. Es ist die alte Parole, die vor weiß Gott wieviel Jahren zur Gründung des Vereins geführt hat. Es hat sich an ihr nichts geändert. Aber an der Republik einiges. Da man jedoch nicht den Mut hat, sich das einzugestehen (sonst müßte man den verlorenen Posten einziehen), tut man wichtig vor einem Gebäude, an dem kaum noch etwas von der alten lieben Fassade dran ist, hält grimmig Ausschau nach einem Feind, der schon die Hauptstockwerke des Hauses besetzt hat, prahlt großsprecherisch, „in der Stunde der Gefahr" seinen Mann zu stellen, und pulvert sich gegenseitig auf durch den Gedanken, „Gewehr bei Fuß" zu stehen. Aber die blumigste Bildersprache, selbst wenn sie mit dem Kommißjargon geschmückt ist, täuscht nicht darüber hinweg, daß zu der Gewehr-bei-Fuß-Haltung das wichtigste Requisit fehlt.

Und weil man ohnmächtig ist, gefällt man sich in „scharfen Kundgebungen", die Kraft vortäuschen sollen, aus denen aber in jedem Satz die klägliche Rolle sichtbar wird, die man spielt. Hörsing orakelt am Schluß seiner Verlautbarung, man werde gegebenenfalls „zur Stelle" sein. Aber jede Zeile beweist eindringlich, daß es einem in den letzten Monaten und Jahren, in denen, bei Gott, sich manches entschieden hat, nie gelang, zur Stelle zu sein. Man hatte gar keine Gelegenheit dazu.

Es ist in dieser Zeit im Innern des Gebäudes, für das man sich einsetzen will, nicht zuletzt durch eigenes Zutun manches anders geworden, aber man beließ die Wache, die bereit ist, unter heftigem Verschleiß schlecht sitzender Parolen einen Inhalt zu verteidigen, der nicht mehr da ist. Und diese Wache ist dank der ihr erteilten nebelhaften Instruktionen auch heute noch jederzeit bereit, die Republik zu „schützen" gegen die eigenen Klassengenossen, die ihre Illusionen nicht zu teilen vermögen. Man lese nur, wie Herr Hörsing sich und seine Mannen „zur Lösung aller Lebensfragen der Republik" anbietet, und wie schlecht verhehlt sein Schmerz darüber ist, daß Bünde und Organisationen von rechts immer mehr mit den staatlichen Vollzugsorganen in Tuchfühlung kommen. Man möchte doch auch so gern so was. Die kommunistischen Arbeiter hätten dann wahrscheinlich so wenig zu lachen wie jetzt, wo die Nazis anfangen, da und dort Polizei zu spielen. Die verwaschenen Reichsbannerfrasen haben diese Situation reifen lassen. Und daß die Reaktion, falls ihr in nächster Zeit noch irgendwie durch das Proletariat eine „Stunde der Gefahr" beschieden sein sollte, das Reichsbanner durch geeignete Parolen auf die richtige Seite zu bringen verstünde, darüber besteht leider kaum ein Zweifel.

Die Leute sind ja bei einer Standpunktlosigkeit angelangt, die erschreckend ist. Und sie sind ohne Einsicht in die augenblicklichen Kräfteverhältnisse. Wer sich angewöhnt hat, mit einem Säbel zu rasseln, den man nicht hat, der verliert eben den Blick für reale Gegebenheiten. Wer lacht nicht, wenn man sich ausgerechnet heute dagegen verwahrt, daß bei einem Uniform- und Umzugsverbot durch das Reich auch das Reichsbanner einbezogen würde! Und wer weint nicht, wenn davon gesprochen wird, die Erbitterung (beim Reichsbanner und der Arbeiterschaft?) sei allgemein, daß der ehrwürdigen Person des Reichspräsidenten ein Mann wie Adolf Hitler nicht habe ferngehalten werden können!

Jede Glossierung ist da unmöglich. Es ist Stoff für eine Tragikomödie. Mauthe

Blinder Eifer

In Osaka (Japan) ist vor einigen Wochen ein Polizist auf so besondere Weise ums Leben gekommen, daß — offenbar aus Besorgnis, die Bevölkerung könnte sich zu sehr aufregen — den Zeitungen für eine Weile jede Verbreitung von Nachrichten über den Fall verboten war.

Es handelte sich um folgenden Vorfall: Die Polizeistation Sonezaki schickte zwei Kriminalbeamte nach dem Haus des Kommunisten Ongajima. Sie sollten nach aufrührerischer Literatur suchen und zwei Männer verhaften, die „radikale Druckschriften" verbreitet hatten.

Zu gleicher Zeit schickte die Polizeistation Izuo auch einige Detektive zu dem Haus. Sie trafen als erste ein, verhafteten die beiden Gesuchten und führten sie ab, ließen aber zwei Mann zur Überwachung des Hauses zurück, für den Fall, daß noch mehr Kommunisten auftauchen würden.

Es kamen keine. Dafür trafen aber die beiden Beamten von der Sonezaki-Station ein und fanden zwei ihnen unbekannte Männer vor. Das Weitere ergibt sich von selbst: jede Partei hielt die andere für kommunistisch und wollte sie festnehmen. Es gab einen Kampf, die Revolver knallten, und der Sergeant Kimura bekam eine Kugel in die Brust und war tot. Schließlich wurde durch Nachbarn die Polizei herbeigerufen, die dann die kämpfenden Überlebenden nach einiger Mühe trennte und sie über den Fall aufklärte.

Die Kommunisten sind halt ein beunruhigendes Element, selbst wenn sie gar nicht in Aktion treten.

Ist Ihnen bekannt, daß auf der Liste der Fertigwaren, die Rußland ausführt, elektrische Glühbirnen, Farbstoffe, Chemikalien, ja sogar Kleidungsstücke stehen?

Wissen Sie, daß Italien heute Makkaroni und Seide aus Rußland einführt?

Vermuten Sie, daß Frankreich die Kessel seiner Kriegsmarine mit Sowjetöl heizt und der größte Einzelkonsument dieses Öls ist? Und daß der zweitgrößte Einzelabnehmer die italienische Kriegsmarine ist?

H. R. Knickerbocker gibt hierüber verblüffende Berichte in dem eben erschienenen Buch

der rote handel lockt

Preis 5,80 Mark

Früher ist von dem selben Verfasser erschienen:

der rote handel droht

Preis 4,80 Mark

Geschichte einer Zeitung

Vor einigen Monaten ist im Saargebiet die Zeitung „Saar-Chronik" gegründet worden. Sie war nicht schlecht gemacht, hatte einen frischen Ton am Leibe und glänzte nicht durch Nationalismus. Nur wurde ein wenig viel und verdächtig laut vom „Saarländertum" getönt.

Das ging eine Zeit lang gut. Genau 16 Nummern lang. Dann aber, einen Tag, nachdem der Redaktion der S.-Z. zuverlässige Mitteilung darüber gemacht worden war, daß es sich um ein von Franzosen gegründetes und bezahltes, von Franzosen, Elsässern und Lothringern geschriebenes Blatt handle, erschien die Nummer 17 auf dem Plan.

Sie kam in zwei verschiedenen Ausgaben; die Bombe war geplatzt. Die eine Zeitung heißt: „Die Chronik", ist die Fortsetzung des bisherigen Blattes und macht für den saarländischen Separatismus, für Reichsfeindschaft und für Franzosentum Propaganda. (Das Jahr 1935 mit der Entscheidung über das Schicksal des Saarlandes rückt so allmählich heran.)

Das andere Blatt heißt nach wie vor „Saar-Chronik" und könnte gut und angenehm sein, wenn es nicht so blödsinnig-schmalzig in kitschigstem deutschem Patriotismus machte. Sein Herausgeber ist der gleiche, der die ersten 16 Nummern des von den Franzosen bezahlten Blattes produziert hat: ein ehemaliger Kriminalbeamter, der auf Verlangen der französischen Bergwerksdirektion die Redaktion des ursprünglichen Blattes übernommen hatte und nun den ganzen Schwindel entlarvt.

Der Streich ist fein und müßte Spaß machen, wenn nicht, wie gesagt, der gleiche Mann jetzt in den trübsten, larmoyantesten deutschvollbärtigen Spießbürgerton bis an den Hals hineingestiegen wäre. Das schwafelt davon, daß die anderen „die Jauche gleich kübelweise" über unser Volk gegossen hätten, schwadroniert von „aufrechten Männern" und meint sich selbst, grollt von „skrupellosen" Franzosen, von „Niedertracht" usw. Schade: man hätte da was Gutes und Brauchbares, Gelüftetes und Nützliches machen können — so wie die „Saar-Chronik" sich in Nummer 17 präsentiert, ist sie nichts von alledem. Sie kann einem so wenig imponieren wie die neue „Chronik". Das Franzosenblättchen und das Patriotenblättchen sind nur die beiden Seiten des selben Handschuhs. B.

Wie man daran sei . . .

In der Nr. 498 des „Stuttgarter Neuen Tagblatts" schreibt Handelsredakteur H. Dröse: „Das alte Sprichwort: „Er lügt wie gedruckt" gibt jener naiven Auffassung Ausdruck, der man auch heute noch hin und wieder begegnen kann, daß die Presse absichtlich unrichtige Nachrichten verbreite. Wer Gelegenheit gehabt hat, den Nachrichtendienst der Zeitungen auch hinter den Kulissen kennen zu lernen, wird schnell von dieser unrichtigen Anschauung befreit. Das Bestreben, wahrheitsgemäß zu berichten, ist der deutschen Journalistik erstes Leitmotiv."

In der gleichen Nummer schreibt Redakteur Günzler in einem Artikel „Man wisse, wie man daran sei ..." den Satz: „In einer gut geleiteten Zeitung steht alles im Dienst dieser Aufgabe, die Gegenwart treu wiederzugeben."

Wie treu die Gegenwart wiedergegeben wird, dafür finden wir in der gleichen Nummer ein gutes Beispiel. In dem Artikel von H. Dröse lesen wir: „Amerika steht mitten im Strudel der Rückwärtskrise. Der Nimbus seines Reichtums ist verflogen. Der vermeintliche Beherrscher der Welt steht bittend vor den Toren der Bank von Frankreich." Dagegen erfahren wir aus einer Meldung, die neben dem Artikel von W. Günzler steht, „daß die amerikanischen Regierungskreise eine sehr deutliche Sprache führen. Wie unter anderem mitgeteilt wird, hat Staatssekretär Stimson dem französischen Ministerpräsidenten erklärt, daß die amerikanische Hochfinanz sich durchaus in der Lage befindet, die gegenwärtige Krise ohne Hilfeleistung seitens Frankreichs zu überwinden."

Daß das Tagblatt „absichtlich unrichtige Nachrichten" verbreitet, wäre in diesem Fall zu viel gesagt; aber daß es die Aufgabe erfülle, „die Gegenwart treu wiederzugeben", oder daß man jetzt wisse, „wie man daran sei", das kann man auch nicht gut behaupten.

Der Ethiker

Wenn der hochgeistige und hochethische Kaplan Fahsel von seinem stuttgarter Vortrags-Arrangeur die telegrafische Mitteilung bekommt, daß man infolge unerwartet starken Andrangs einen größeren Saal habe nehmen müssen, und wenn der Herr Kaplan sich nicht damit begnügt, den neuen Erfolg der katholischen Idee in freudigem Dankgebet zu preisen, sondern außerdem den Bescheid gibt, daß er — nur bei Erhöhung des Honorars von 500 auf 1500 Mark den Vortrag halten werde, dann wird dieses Verhalten vielleicht manch harmloses Gemüt in Erstaunen setzen. (Und wenige werden es dem Veranstalter, der in höchster Not zunächst nachgab, verübeln, wenn er nachher gegen solchen allzu guten kirchlichen Magen revoltierte und den Herrn Kaplan, juristisch einwandfrei, auf Rückgabe des unter „Drohung" herausgepreßten Mehrbetrags verklagte.) W.

Die Traditionskompagnie

Wie der „Freie Angestellte", das Organ des ZdA, berichtet, sind in einer einzigen Abteilung des Warenhauses Karstadt in Hamburg zehn ehemalige Offiziere des Infanterie-Regiments 97 angestellt (1 Oberst, 1 Major, 4 Hauptleute, 4 Leutnants). Karstadt scheint da eine ganze Traditionskompagnie untergebracht zu haben.

Diese militarisierte Abteilung ist ausgerechnet die Revisionsabteilung. Wenn die Revisionen ähnlich durchgeführt werden wie die Besichtigungen beim alten Heer, dann ist es kein Wunder, daß der Konzern vor einiger Zeit in Schwierigkeiten geraten ist.

Der jüdische General

In London ist kürzlich General Sir John Monash gestorben. Die Zeitungen haben ihm überschwengliche Nachrufe gewidmet. „Daily Telegraph": „Der Sieg vom 8. August 1918, der „schwarze Tag der deutschen Armee", war in hohem Maße Monash zu verdanken, die Eroberung von St. Quentin einige Wochen später war ausschließlich Monashs Werk." Und „Morning Post": „... General Ludendorff hat selbst zugegeben, daß der Durchbruch des von Monash geführten australischen Korps bei Hamel die Wende des Krieges bedeutete."

Monash war Jude, und zwar orthodoxer Jude. Seine vom englischen Kriegsministerium veranstaltete Leichenfeier war in der Hampstead-Synagoge in London.

Hat Ludendorff vielleicht darum die Juden „gefressen", weil er von einem Juden besiegt worden ist?

Die Antwort

Liebe S.-Z.! Im berliner Osten demonstrieren erwerbslose Arbeiterfrauen. Sie stören die Ruhe und Ordnung durch Rufe wie: „Wir wollen Arbeit und Brot!" Bald erscheint die Schupo, um, wenn nötig, die Frauen auseinander zu prügeln. „Diese Weiber", sagt ein Schupomann, „wozu die sich nicht alles hergeben; sollen zuhause bei ihren Kochtöpfen bleiben!"

Worauf er von einer Arbeiterfrau die Antwort erhielt: „Mensch, wir haben ja jerade nischt im Kochpott; wir können doch keene Jummiknüttel braten." R. E.

Kleinigkeiten

Höbsch gesagt. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" kritisiert in einem Artikel „Die hohen Löhne" die Bemühungen der Regierung um Herabsetzung der Spitzengehälter in der Industrie und sagt: „Uns ist nichts bekannt, daß man jemals von industrieller Seite über die Zerstörung der Rentabilität der Unternehmungen durch zu hohe Gehaltsforderungen leitender Persönlichkeiten geklagt hätte." — Man hat dort mit Klagen über die hohen Arbeiterlöhne reichlich zu tun.

Hitler hat Angst. Der berliner Sender hatte eine Diskussion zwischen einer kommunistischen Studentin und einem nationalsozialistischen Studenten auf dem Programm. (Thema: „Deutschlands nationale Befreiung".) Sie ist nicht zustande gekommen, weil der Nationalsozialist von seiner Parteileitung keine Erlaubnis zur Beteiligung erhalten hat. — Weil es sich um einen kommunistischen Gegner gehandelt oder weil dieser Gegner eine Frau war?

Nur 18 000! Aus dem „NS-Kurier": „Weil dem Kommunisten die Maschine alles und der Mensch nichts ist, hat Stalin innerhalb drei Tagen 18 000 Arbeiter erschießen lassen." — Wieso nur 18 000? Wird allmählich alt und sentimental, dieser Stalin.

Schlagartig. In einer Rede während der letzten Reichstagssession hat Brüning auch davon gesprochen, die Regierung werde jetzt den Preisen (nicht nur den Löhnen) zu Leibe rücken. Er soll gesagt haben: „Die Regierung wird nunmehr auch auf einer schlagwortartigen Herabsetzung ... nein, schlagartigen Herabsetzung der Preise bestehen."

Ungerechte Bevorzugung. Die beiden letzten großen Reichstagsreden Brünings sind auf Schallplatten festgehalten worden. Leider hat man Bedenken, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, dagegen will man sie demnächst dem Reichstagspräsidenten und den übrigen Mitgliedern des Ältestenrates vorführen. — Die können aber lachen!

Verplappert. Der „Vorwärts" schreibt: „Die Spaltung bedeutet eine beklagenswerte Schwächung der Kaufkraft des Proletariats." — Der „Vorwärts" hat halt längst erkannt, daß eine Politik, die profitabel sein soll, nicht in Kampf sondern in Kauf und Verkauf besteht.

Nichts zu lachen. Eine berliner Tabakfirma hat Strafgelder eingeführt. Jeder Arbeiter, der beim Sprechen oder Lachen angetroffen wird, erhält einen Punkt. Jeder Punkt wird mit 25 Pfennig in Rechnung gestellt. Am Ende der Woche erfolgt dann ein entsprechender Abzug. — Die Arbeiter sollten den Urheber dieser Maßnahme mal ein wenig kitzeln. Aber so, daß er nichts zu lachen hat.

Schmeling. Unser berühmter Landsmann Schmeling, der durch eine der wunderbaren Fügungen des Himmels von Sharkey nicht k. o. geschlagen und mithin Weltmeister geworden ist, hat zwar versprochen, sich seinem „unterlegenen" Gegner erneut zu stellen, macht aber keine Anstalten dazu. Einem Mitarbeiter der englischen Zeitschrift „Sporting Life" hat er auf eine diesbezügliche Frage sogar erklärt: „Da ich Sharkey bereits einmal geschlagen habe, bin ich der Ansicht, daß sich ein weiteres Zusammentreffen zwischen ihm und mir erübrigt." — Boxen leicht gemacht.

Adel gefragt. In einem Meineidsprozeß gegen eine Freifrau von Wimmersperg, deren Mann im letzten Jahr gestorben ist, konnte man erfahren, daß der Adelstitel im demokratischen Deutschland sehr begehrt ist. Der verarmte Freiherr hielt sich in den Jahren 1919 bis 1925 dadurch über Wasser, daß er sieben „Kinder" adoptierte; außerdem war er viermal verheiratet.

Folgen der Gottlosigkeit. Wie der „Schwarzwälder Bote" aus Oehringen berichtet, wurde dort am Sonntagmorgen ein Treiber auf der Jagd erschossen, und zwar gerade zu der Zeit, als der Gottesdienst anfing. „Eine Warnung", meint das Blatt, „für all die vielen, die heute von einem Sonntagsgottesdienst nichts mehr wissen wollen!" — Sie machen, wie der Fall lehrt, die schrecklichsten Fehlschüsse, während die Frommen die herrlichsten Böcke schießen.

Das Experiment. Der englische Gelehrte Lodge will den Beweis erbringen, daß es ein Fortleben nach dem Tode gibt, und hofft auf diese Weise seinen Nachkommen 10 000 Dollar zu sichern, die Edison für den Beweis ausgesetzt hat, daß es ein Fortleben gibt. Lodge hat bei einem londoner Institut ein versiegeltes Schriftstück hinterlegt, dessen Inhalt er nach seinem Tode durch ein Medium wiedergeben will. — Es gibt Leute, die auf den Ausgang des Experiments riesig gespannt sind.

Beten hilft nicht. In einer deutschnationalen Versammlung in Nördlingen hat, wie ein Leser der S.-Z. berichtet, Pfarrer Traub u. a. gesagt: „Es helfen keine Proteste, kein Beten und keine Entschließungen, um die Gottlosenbewegung aus Rußland aufzuhalten; wir müssen das Übel in Deutschland an der Wurzel fassen und ausrotten." — Scheint kein sehr starkes Gottvertrauen zu haben.

Prediger in der Wüste. Letzten Sonntag hat Edgar Wallace, der bekannte Kriminalschriftsteller, in einer Kirche in Fleetwood eine Predigt gehalten. Da es unmöglich ist, von Wallace nicht gefesselt zu sein, war der Andrang so groß, daß die Leute stundenlang vor dem Gottesdienst anstanden. — Wem mag diese Predigt mehr zugute gekommen sein: dem lieben Gott oder dem Verleger von Wallace?

Gibt es noch Wunder? Unter diesem Stichwort sucht ein Privatforscher in einer berliner Zeitung Dokumente über außergewöhnliche Erlebnisse, die nach dem heutigen Stande der Wissenschaft unerklärbar sind. — Wer unter den Lesern schon Gespenster gesehen hat, möge sich melden; verwertbare Mitteilungen werden honoriert.

Pfui! „Berlin am Morgen" berichtet über einen Raubüberfall: „Sie konnte nur noch die letzten Stufen hinauftaumeln und brach dann im Briefträgerzimmer einem herbeieilenden Beamten ohnmächtig in die Arme." — Sowas tut eine feine Dame nicht.

Karlsruhe. S.-Z.-Leser treffen sich am Samstag, 31. Oktober, 20 Uhr, im Z.d.A.-Heim, Gartenstraße. Referent: Stern. Thema: Kapitalmarkt — Kredit — Währung.

Für den politischen Gefangenen (vgl. die Notiz in Nr. 43 der S.-Z.) sind bis jetzt eingegangen: 1 Mark von P. O., Stuttgart; 1,50 Mark von Pf., Hohenheim; 1 Mark von N. N., Pfronten; 2 Mark von N. N., Stuttgart; nochmals 2 Mark von N. N., Stuttgart.

Für den Fonds der S.-Z. sind in den letzten 14 Tagen noch 6 Mark eingegangen, die wir an den politischen Gefangenen weitergeleitet haben.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 52), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Beziehen Sie bitte Ihre Bücher durch den Verlag der S.-Z.

Bücher, die nicht auf Lager sind, werden so rasch als möglich beschafft

Stuttgart, 8. November 1931

12. Jahrgang, Nr. 45

Die Sonntags-Zeitung

Hitler ohne Hugenberg?

Als Brüning vor anderthalb Jahren das Reichskanzleramt übernahm, war sein politisches Ziel: Rechtsregierung ohne Hugenberg, Spaltung der damaligen „nationalen Opposition", der Deutschnationalen Volkspartei. Der Propagandist dieser Idee war sein Freund Treviranus. Der Versuch ist 1930 nicht gelungen. Zwar brach die Deutschnationale Volkspartei auseinander, aber die zu Brüning Abgefallenen bekamen bei den Septemberwahlen so wenig Sitze und die „nationale Opposition" verstärkte sich, trotz Hugenbergs Verlusten, durch das Anwachsen der Nationalsozialisten so sehr, daß Brüning wohl oder übel auf den Plan einer Rechtsregierung verzichten und sich auf die Sozialdemokraten stützen mußte.

Gegenwärtig macht Brüning einen ganz ähnlichen Versuch: Zerschlagung der „nationalen Opposition", Rechtsregierung ohne Hugenberg. Und zu den Propagandisten scheint auch diesesmal Herr Treviranus zu gehören. In ihm nahestehenden Zeitschriften sind gleich nach der harzburger Tagung einige Artikel über das Thema „Brüning und Hitler" erschienen, in denen gefragt wurde, ob der Nationalsozialismus wirklich „seinen Weg im Bündnis mit der finstersten, von der Schwerindustrie finanzierten sozialpolitischen Reaktion gehen" wolle. In einem dieser Artikel hieß es: „Für alles, was in den nächsten zehn Jahren Deutschland nottut, brauchen wir Herrn Hugenberg nicht einen Tag, weil hinter ihm die Kräfte von gestern und vorgestern stehen, die nur noch in einem Schattenreich gelten."

Seit dem Erscheinen dieser Artikel haben ein paar Besuche eine Fülle von zum Teil fantastischen Berichten ausgelöst. Z. B.: Hitler habe dem General Schleicher versprochen, die SA aufzulösen. Andere Lesart: Schleicher habe Hitler erklärt, er wolle bei Unruhen nicht die Reichswehr einsetzen, sondern dazu die SA verwenden (vor allem im Ruhrgebiet, wo ja die Reichswehr nur mit französischer Erlaubnis einrücken dürfte). Ferner: Brüning und Hindenburg seien damit einverstanden, daß die Nationalsozialisten nicht nur im Reich, sondern gleichzeitig auch in Preußen an der Macht beteiligt werden (sofort oder erst nach den preußischen Wahlen im Frühjahr?). Hindenburg habe erklärt, wenn es ihm seine Gesundheit erlaube, werde er im Frühjahr bei der Reichspräsidentenwahl wieder kandidieren; andernfalls empfehle er, den Reichswehrminister Groener zu wählen. Hindenburg habe auch dem Wunsch Hitlers, gleichzeitig mit der Reichspräsidentenwahl auch Reichtagswahlen stattfinden zu lassen, zugestimmt. Brüning dagegen sträube sich noch dagegen.

Gegenüber solchen Gerüchten muß man, gerade wenn man schon seit langem eine solche Entwicklung nach rechts vorausgesehen hat, zur Vorsicht mahnen, besonders weil das, was tatsächlich geschehen ist, schon alarmierend genug wirkt. Hitler ist von Hindenburg empfangen worden. Hitler hat zweimal mit General Schleicher verhandelt. Hitler erklärt seine Koalitionsbereitschaft; Hindenburg und Brüning scheinen bereit, die Nationalsozialisten an der Macht teilnehmen zu lassen. Es ertönen freilich sowohl im Zentrum wie bei den Nationalsozialisten immer wieder auch andere Stimmen, aber daß die Annäherung Hitler-Brüning in den letzten Wochen entscheidende Fortschritte gemacht hat, daran kann nicht gezweifelt werden.

Nun gibt es Optimisten, die glauben, Brüning treibe, ohne ernste Koalitionsabsichten, nur ein Spiel, um die „nationale Opposition" zu spalten. Aber das ist sicher fehlgeraten. Andere meinen, nach einem halben Jahr Regierungsbeteiligung sei die Macht der Nazis gebrochen und der fascistische Spuk verschwunden. Das ist ... sagen wir einmal: ebenfalls optimistisch. In Wirklichkeit ist eben eine Regierungbeteiligung der Nazis ein weiterer Schritt zum Fascismus, und mit jedem derartigen Schritt wird ein wirksamer Kampf gegen den Fascismus (der nur ein außerparlamentarischer Kampf sein kann) erschwert.

Übrigens: Wie lange wird das Zentrum noch die Freiheit der Wahl haben, ob es mit den Nazis zusammengehen solle oder nicht? Und wie lange wird es, wenn es eine Koalition eingegangen ist, die Führung behalten?

Am wichtigsten und gefährlichsten sind die Verhandlungen zwischen Schleicher und Hitler. Hier herrschte bisher Feindschaft — jetzt ist sie offenbar überwunden. Es scheint, daß wir uns im Laufe des Winters langsam ins dritte Reich hineinschleichern werden.

Hermann List

Die Wahlen in Anhalt

Vor vierzehn Tagen haben in Anhalt Kommunalwahlen stattgefunden. Über das Ergebnis geben folgende Zahlen Auskunft:

	Komm.-Wahlen 26. Okt. 1931	Reichstagswahlen 14. Sept. 1930	Komm.-Wahlen 1927
Kommunisten	30 340	23 742	15 308
Sozialdemokraten	67 317	84 979	75 992
Staatspartei u. Zentrum	8 610	8 283	13 962
Bürgerliche Rechte	27 398	55 286	53 303
Nationalsozialisten	76 331	43 634	—

In Mecklenburg-Schwerin haben am vergangenen Sonntag Landkreistagswahlen stattgefunden. Das Ergebnis ist das gleiche wie bei den andern Wahlen der letzten Zeit: starke Zunahme der Nationalsozialisten, schwächere Zunahme der Kommunisten, Abnahme der Sozialdemokraten (in Mecklenburg bis zu 40 Prozent), Zerreibung der bürgerlichen Parteien.

Die deutschen Auslandsschulden

Die deutsche Auslandsverschuldung beträgt nach den neuesten Schätzungen 23,5 Milliarden Reichsmark. Davon sind 12 Milliarden kurzfristig, 11,5 Milliarden langfristig (d. h. für länger als 12 Monate) angelegt.

Der größte Gläubiger ist Amerika, dann folgen England, Holland und die Schweiz. Frankreich ist nur mit etwa einer Milliarde beteiligt (wobei man allerdings berücksichtigen muß, daß ein Teil des von England, Holland und der Schweiz geliehenen Geldes aus Frankreich stammt).

Holzschnitt von Hans Gerner

Adolf, wie hast du dir verändert!

Der Kampf beginnt

Der französische Ministerpräsident Laval ist aus Amerika zurückgekehrt. Das Communiqué über seinen Besuch ist zwar ziemlich unverbindlich gehalten, läßt aber doch in einigen Sätzen erkennen, was das Ergebnis der französisch-amerikanischen Besprechungen war. Die beiden Regierungen, heißt es da, „erkennen an, daß vor Ablauf des Hoover-Moratoriums irgend ein Abkommen darüber notwendig sein dürfte, durch das die Periode der geschäftlichen Depression überbrückt wird. Die Initiative in dieser Angelegenheit sollte baldigst von den europäischen Mächten, die hauptsächlich daran beteiligt sind, ergriffen werden im Rahmen der Abkommen, die vor dem 1. Juli 1931 galten."

Das heißt, wenn man es aus der Amtssprache übersetzt: 1. Es soll ein neues Abkommen über Reparationen und Schulden getroffen werden. 2. Dieses Abkommen soll provisorisch sein („durch das die Periode der geschäftlichen Depression überbrückt wird"). 3. Der Young-Plan wird als immer noch geltendes Recht anerkannt („im Rahmen der Abkommen usw."). 4. Die Verhandlungen sollen zunächst von Deutschland und Frankreich geführt werden. Frankreich hat von Amerika eine Art Blankovollmacht erhalten.

Noch während Laval unterwegs war, hat in Berlin der „Stillhalteausschuß" des Wirtschaftsbeirates (der Beirat hat sich sofort in einige Ausschüsse aufgelöst) über die deutsch-französischen Verhandlungen beraten. Ebenso hat in Berlin die deutsche Sektion der deutsch-französischen Kommission (der Frucht des berliner Besuchs Lavals) getagt. Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hösch, hat diesen Beratungen in Berlin beigewohnt und ist dann sofort nach Paris gefahren, um Laval die deutschen Vorschläge zu überbringen. Die deutsch-französische Verständigung geht, wie man sieht, jetzt im Eiltempo vor sich.

Es wird eben allmählich für die beiderseitigen Hauptinteressenten, die Industriellen, höchste Zeit. In Deutschland stehen ganze Industriezweige am Abgrund; sie können wahrscheinlich nur noch gerettet werden, wenn politische Beruhigung und französisches Geld ihren Einzug halten. Und in Frankreich wächst, weil die Produktion zurückgeht und das deutsche Dumping droht, die Einsicht, daß die Krise schließlich auch auf Frankreich übergreifen könnte.

Vorerst beziehen die beiden Partner einmal ihre Stellungen. Deutschland schiebt die Frage der kurzfristigen Kredite in den Vordergrund, Frankreich die der Reparationen. Die ausländischen kurzfristigen Kredite (die die merkwürdige Eigenschaft haben, daß sie bei jeder neuen Schätzung um einige Milliarden wachsen; vor zwei Monaten waren es 5½, jetzt sind es schon 12 Milliarden) sind durch das Stillhalteabkommen bis Februar in Deutschland belassen. Aber was geschieht dann? Der Februar 1932 ist für Deutschland ein sehr bedrohliches Datum. Eine Verständigung über die kurzfristigen Kredite ist für die deutschen Unterhändler das dringendste Bedürfnis. Frankreich dagegen möchte diesen Trumpf der kurzfristigen Kredite möglichst lange in der Hand behalten. Daher die Verschiedenheit der Stellungen.

Schließlich werden sich die beiden Partner aber doch einigen. Und beim Versöhnungsfest werden wahrscheinlich schon die Nazis mit am Tisch sitzen, vielleicht auf Wunsch der Franzosen, die sich viel sicherer fühlen, wenn sie mit einer Rechtsregierung abschließen können (denn von einer sozialdemokratischen Opposition haben sie nichts zu fürchten, wohl aber von einer nationalistischen). „Schon trägt", schreibt der dortmunder „Generalanzeiger", „Herr Leopold von Hösch Brünings Botschaft zu Laval, daß die Verständigung mit Frankreich und über Frankreichs Forderungen nunmehr von der Reichsregierung durchgeführt werde und daß dieser Verständigung die Führer der national-aktiven Kräfte durch ihre Regierungsteilnahme ihr Siegel zu geben wünschten. Mehr Garantien, mehr „Sicherheit" kann Frankreich billigerweise nicht verlangen."

Pitt

Noch nicht so weit

Von Erich Schairer

Eine Zeit wie die heutige, sollte man denken, müßte eigentlich außerordentlich günstig für den Sozialismus sein. Wenn es doch auf der Hand liegt, wie der Kapitalismus an allen Ecken und Enden versagt, wie er das Kapital vergeudet, die Arbeitskräfte brachliegen und die Menschen buchstäblich bei vollen Scheunen verhungern läßt, — dann müßte es unnötig sein, einem derartigen Anschauungsunterricht überhaupt noch ein Wort hinzuzufügen. Zweimal nicht angesichts einer hochvollendeten, in ihren Errungenschaften und ihrem Denken Allgemeingut gewordenen Technik, wo das hinterste Dorf der großen Gemeinschaft Erde und Menschheit angeschlossen ist, wo alle Winkel erreichbar, alle Kräfte und Vorräte meß- und zählbar geworden sind. Da müßte wahrhaftig der Bornierteste und Konservativste einsehen, daß die alte Wirtschaftsordnung nicht mehr zeitgemäß, daß eine neue, eine internationale Planwirtschaft ebenso notwendig wie möglich geworden ist.

Also müßten überall die Menschen — zum mindesten alle diejenigen, die unter dem Kapitalismus zu leiden haben — in Scharen den sozialistischen Parteien zuströmen und sich dafür einsetzen, daß auf irgend eine Weise, mit Gewalt oder nicht, einem überlebten, unbrauchbar gewordenen System das Ende bereitet wird.

In Wirklichkeit ist eher das Gegenteil der Fall: die Zeit ist ungünstig für den Sozialismus. Von einer stärkeren Ausbreitung seiner Anschauungen und Forderungen kann gegenwärtig nicht die Rede sein; geschweige denn von einer Zunahme seiner politischen Macht in der Welt. Die Weltwirtschaftsbaisse dauert an und es ist ein zweiter, schlimmerer Krisenwinter vor der Tür; aber es sieht fast so aus, als ob die Krise sich nicht bloß auf den Kapitalismus, sondern ebensosehr auf seinen Gegner und künftigen Erben, den Sozialismus, erstrecken würde.

In der Schweiz und in England sind in der zweiten Oktoberhälfte Parlamentswahlen gewesen, in Deutschland einige provinzielle politische Wahlen. Nirgends war von einem siegreichen Vormarsch des Sozialismus etwas zu bemerken. In der Schweiz hat die Sozialdemokratie (die dort bedeutend weiter links steht als in Deutschland) mit der Wahlparole „Planwirtschaft" gearbeitet; sie ist auf breiteste Verständnislosigkeit gestoßen. Es ist ihr dank intensivster Wahlagitation gelungen, sich gut zu behaupten und etwa 10 Prozent an Stimmen zu gewinnen; ein „Sieg", wie er auf dem anscheinend glänzenden Boden der wirtschaftlichen Situation erwartet werden durfte, war es nicht. In England haben laut „Frankfurter Zeitung" mindestens 10 Prozent der Anhänger der Arbeiterpartei „national" gestimmt; die Partei hat 20 Prozent Wahlstimmen verloren und ist bis auf weiteres politisch vollständig erledigt. Auch in Deutschland haben nicht bloß die Sozialdemokraten, deren Sozialismus ja ziemlich fragwürdig ist, schwere Verluste zu buchen gehabt; auch die Kommunisten, deren Weizen doch jetzt blühen sollte, haben bei weitem nicht so viel zugenommen wie ihre Konkurrenzpartei in der Arbeiterschaft abgenommen hat. Triumfiert haben lediglich die Nationalsozialisten, wie in England die mit lauter „nationalen" Parolen arbeitenden Konservativen.

Offenbar sind Unsicherheit, Elend und Verarmung, wenigstens im heute vorhandenen Ausmaß, keine Motoren für den Sozialismus. Auf die europäische zivilisierte Bevölkerung wirkt eine schwere Wirtschaftskrise nicht revolutionierend, nicht anfeuernd und vorwärtstreibend, sondern lähmend. Auch viele sogenannte Sozialisten reagieren unter ihrem Druck rein bürgerlich; sie denken nicht an den Sozialismus, sondern an ihre paar Spargroschen oder Ämtchen, die ihnen bei etwaigen „Experimenten" verloren gehen könnten. Wie will man es da dem Bürger selber verübeln, wenn sein einziger Gedanke lautet: rette sich, wer kann! Dies und nichts anderes ist die Devise der englischen „Pfundwahlen" gewesen.

Man kann hie und da die Befürchtung ausgesprochen hören, in Deutschland und anderswo stünden diesen Winter kommunistische Unruhen bevor. Daß es in einzelnen großen Industriezentren zu örtlichen Revolten und Verzweiflungsausbrüchen kommen kann, ist denkbar; eine revolutionäre Erhebung in größerem Stil ist sehr unwahrscheinlich. Die kommunistische Partei wird wohl kaum im Ernst mit so etwas rechnen. Sie ist nicht dazu gerüstet, aber die Gegenseite, der ein Aufstand von links ausgezeichnet passen würde, umso besser.

Auch von Rußland her wäre eine kräftige Unterstützung einer revolutionären Bewegung im Westen schwerlich zu erwarten. Die Russen haben im eigenen Hause beide Hände voll zu tun, um über den Winter und das Frühjahr hinwegzukommen.

Eine sehr merkwürdige Erscheinung: auch der sozialistische Aufbau in Rußland hat unter der kapitalistischen Weltkrise schwer zu leiden. Die Russen müssen ihren Import an Maschinen, den sie zur Erfüllung ihres industriellen und landwirtschaftlichen Programms noch auf lange hinaus nötig haben, mit exportierten Waren bezahlen; und der allgemeine Preissturz entwertet diese Ausfuhr, die hauptsächlich aus Rohstoffen wie Holz, Getreide, Öl besteht, viel mehr als die Preise der russischen Importartikel gesunken sind. Es ergibt sich die paradoxe Folgerung, daß die Russen an einer Heilung der kapitalistischen Weltkrise interessiert sind. Der Fünfjahresplan wird durch die Erschütterungen des Weltmarkts ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen; es ginge rascher und reibungsloser voran mit der neuen sozialistischen Wirtschaft in Rußland, wenn die kapitalistische Umwelt blühen statt dahinwelken würde. So sehr ist die ganze Weltwirtschaft in sich verkettet, daß sogar ein Erdteil wie Rußland, in dem alle Möglichkeiten zur autonomen Entfaltung gegeben sind, wenigstens zeitweilig durch eine Weltwirtschaftskrise in dieser Entfaltung gestört und gehemmt wird.

Das wäre nicht so schlimm, wenn es ganz gleichgültig wäre, in welchem Tempo die Entwicklung des russischen Sozialismus vor sich geht. Das ist es aber nicht. Rußland muß eilen,

aus innen- und außenpolitischen Gründen. Denn immer noch droht die Intervention oder eine kriegerische Verwicklung; und auch für das russische Volk gibt es wahrscheinlich eine zeitliche Grenze seiner Leidensfähigkeit.

Summa: die Zeit für den Sieg des Sozialismus ist trotz aller anscheinenden Überreife der Verhältnisse noch nicht gekommen.

Der Völkerbund hat im September vorgeschlagen, die Regierungen, die an der Abrüstungskonferenz 1932 teilnehmen werden, sollen sich verpflichten, vom 1. November an ein Jahr lang ihre Rüstungsausgaben nicht zu erhöhen. Da sämtliche beteiligten Regierungen zugestimmt haben, hat das „Rüstungsfeierjahr" am 1. November begonnen.

Ausnahmerecht

Den Seeleuten ist vor einigen Wochen durch Schiedsspruch die Heuer um 13,5 Prozent gekürzt worden. Daraufhin brach am 2. Oktober im hamburger Hafen auf dem Hapag-Dampfer „Bochum" der erste Streik aus. Man holte die Besatzung mit Polizeigewalt von Bord und stellte sie nach der Seemannsordnung unter Anklage wegen Meuterei. Das konnte indessen nicht verhindern, daß der Streik auch auf andere Schiffe übergriff; auf See, in Rotterdam, Antwerpen, Liverpool, Marseille, Kopenhagen, Leningrad und Odessa wurde der Parole der Streikleitung Folge geleistet; 170 Schiffe wurden in der ersten Hälfte des Oktober bestreikt. In der bürgerlichen Presse hörte man nur von den Vorkommnissen in den russischen Häfen, und man versäumte natürlich nicht, das Ganze zu einer Hetze gegen Rußland zu benützen.

Der Empfang der Meuterer-Schiffe in den deutschen Heimathäfen wurde zu einer Aktion größten Stils. Flugzeuge umkreisten die Schiffe, Torpedo- und Polizeiboote wurden eingesetzt. Man holte die Seeleute wie Schwerverbrecher von Bord und stellte sie vor Sondergerichte, wo in Schnellverfahren eine Masse Gefängnisstrafen verhängt worden sind. Wegen Meuterei. Gemäß der Seemannsordnung vom Jahre 1902, die die „Rechte" der Matrosen auf den deutschen „Kauffahrteischiffen" regelt.

Diese Seemannsordnung ist ein herrlich Ding, würdig der großen Zeit, der sie entstammt. Der Kapitän hat nach ihr Befugnisse eines Sklavenhalters. Er ist „bei einer Widersetzlichkeit oder bei beharrlichem Ungehorsam zur Anwendung aller Mittel befugt, welche erforderlich sind, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen. Zu diesem Zweck ist ihm auch die Anwendung von körperlicher Gewalt in dem durch die Umstände gebotenen Maße gestattet. Er darf ferner gegen die Beteiligten die geeigneten Sicherungsmaßregeln ergreifen und sie nötigenfalls während der Reise fesseln." Streik ist nach § 101 als Meuterei mit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis bedroht; Rädelsführer werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Dies gilt nicht nur für die Fahrt auf See, sondern auch für den Aufenthalt in den Häfen. Da der Matrose immer nur von Fahrt zu Fahrt angeheuert wird, hat er also gar keine Möglichkeit, seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ohne nicht sofort Gefängnis zu riskieren.

Rund 500 Seeleute sollen der Meuterei angeklagt sein. Den Sondergerichten wohnten die Reeder bei, die nach dem Krieg durch klotzige staatliche Subventionen wieder fett geworden sind; in den Anklagereden der Staatsanwälte grollte die Entrüstung über die Gewissenlosigkeit der Seeleute, die den armen Reedern so viel Schaden zugefügt habe.

Nun sitzen die meisten der Seeleute hinter Schloß und Riegel, und wenn sie herauskommen, wird schon dafür gesorgt sein, daß sie nicht so schnell wieder angeheuert werden. Es gibt ja genug andere, die froh sind, wenn sie nur mal wieder ankommen. M.

Keine Arbeitslosenversicherung mehr?

Nach Pressemeldungen soll der Vorstand des Reichsstädtebundes verlangt haben, daß die Arbeitslosenversicherung vorläufig aufgehoben, d. h. daß der Rechtsanspruch auf die Arbeitslosenversicherung beseitigt werde. Erwerbslose sollen künftig nur nach einer Bedürftigkeitsprüfung unterstützt werden, ohne Rücksicht darauf, ob und wie lange sie bisher Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt haben.

Ein berliner Blatt teilt mit, „daß eine ähnliche Forderung auch von den ausländischen Gläubigern für die Verlängerung des Stillhalteabkommen geltend gemacht werde".

Eisen und Kohle

Die deutsche Eisen- und Stahlproduktion beträgt heute etwa 40 Prozent der Produktion im Jahr 1929. Die Eisenindustrie hat sich bisher nur halten können, weil sie eine Dumping-Ausfuhr betrieb und dafür im Inlandsverkauf die Preise hoch hielt und weil sie auf die verschiedensten Arten von der Regierung subventioniert wurde (eines der einträglichsten Geschenke des Reiches an die Schwerindustrie war die Rettung der Danatbank).

Jetzt ist durch den Pfundsturz das Dumping erschwert, Absatzmärkte drohen an die Engländer verloren zu gehen. Und die Subventionen? Wird das Reich immer wieder einspringen? Der Angriff der Schwerindustriellen auf die Regierungsmacht in Harzburg und dann in Berlin ist nicht geglückt, der Griff in die Reichskasse ist fehlgeschlagen. Riesige Bankkredite sind eingefroren; der Pleitegeier schwebt über den Betrieben.

Daher die Inflationspläne und, als diese zurückgestellt werden mußten, die Propaganda für die „Abwertung", für eine Herabsetzung aller Bankschulden. Aber vorerst sind das alles nur Pläne; dagegen ist es eine spürbare Realität, daß die Produktion sinkt und die Schulden steigen. Schon gehen Gerüchte um, der Stahltrust, nach dem Chemietrust der größte deutsche Trust, werde seine Zahlungen einstellen.

Kein Wunder, daß die Herren des Trusts nach einem Sündenbock suchen. Sie scheinen ihn in Herrn Flick gefunden zu haben, der bisher als einer der maßgebenden Männer des Trusts galt. (In dem Artikel „Die bankrotten Inflationisten" in Nr. 43 der S.-Z. ist von ihm schon einmal die Rede gewesen.) Er hat sich nach der Inflation (während der er in Oberschlesien spekulierte) aus Resten des Stinnes-Besitzes eine Machtgrundlage geschaffen und hat dann später Aktien des Stahltrusts erworben. Er gilt als der Leiter der jetzt so verhängnisvoll wirkenden Investitionspolitik der Schwerindustrie. Er soll daher abgesägt werden. Aber dem Stahltrust wird das auch nicht mehr viel nützen.

*

Auf den Halden im Ruhrgebiet liegen etwa 12 Millionen Tonnen Steinkohlen. In ganz Deutschland also mindestens 15 Millionen Tonnen. Das ist, wenn man gering schätzt, ein Wert von 600 Millionen Mark.

15 Millionen Tonnen Steinkohlen sind mehr als 10 Prozent der gesamten Produktion des Jahres 1930 (142 Millionen Tonnen).

Wenn ein Zehntel einer Jahresproduktion auf den Halden liegt, wenn die Produktion immer mehr zurückgeht, wenn an eine Steigerung des Inlandabsatzes nicht gedacht werden kann und eine Forcierung des Exports durch den Pfundsturz aufs äußerste erschwert ist, wenn die vollen Lager bis obenhin mit Schulden überlastet sind, dann kann man sich selber ausrechnen, wie groß die Gefahr ist, daß die Kohlenindustrie die weitere Produktion und die Zahlungen einstellt. Also bei der Kohlenindustrie genau das gleiche wie bei der Eisenindustrie: Pleite.

Im vormonopolistischen Kapitalismus wäre das Mittel zur Überwindung dieser Krise gewesen: Senkung der Preise. Und zwar wären die Preise unter dem Druck der freien Konkurrenz von selber heruntergegangen, die Lager hätten sich geleert und die Produktion wäre wieder in Gang gekommen. Heute geht das nicht so einfach: die Kohlenindustrie ist kartelliert und hält die Preise (wenigstens im Inland) trotz Absatzmangel hoch, höher, am höchsten.

Könnte aber da, fragen nun einige Leute, nicht die Regierung eingreifen, das Kartell sprengen und eine Herabsetzung der Preise diktieren? Wer nicht pariert, wird enteignet! Am Ende könnte die Regierung vielleicht sogar sämtliche Zechen verstaatlichen und ein Kohlenmonopol einrichten.

Die Regierung könnte das schon, wenn sie könnte. Sie hätte nämlich dabei nicht nur die Kohlenindustrie, das Industriekapital, gegen sich, sondern auch das Bankkapital, das dadurch seine auf die Warenlager gegebenen Kredite verlieren würde; also stünde das vereinigte Industrie- und Bankkapital gegen sie, das Finanzkapital, wie es die Marxisten nennen.

Es ist lehrreich, sich gerade an diesem Beispiel die Bedeutung solcher Schlagworte einmal klar zu machen: Bankkapital und Industriekapital haben die gleichen Interessen, sind schon weitgehend zum Finanzkapital verschmolzen. Und das Finanzkapital hat solchen Einfluß auf den Staat und ist schon so mit dem Staatsapparat verfilzt, daß keine Regierung es wagen kann, gegen seine Interessen etwas zu unternehmen.

Wer diese Zusammenhänge auch nur halbwegs durchschaut hat, der sagt nicht mehr: die Regierung könnte doch hier das Kartell sprengen und dort die Preise herabsetzen und hier dies und dort jenes tun; der weiß, daß eine kapitalistische Regierung das nicht kann; und der weiß auch den Weg, der aus dem heutigen kapitalistischen Bankrott herausführt. Fritz Lenz

Bankrott — oder nicht?

Wenige Leute haben wahrscheinlich eine Ahnung davon, in welchem Grade Wirtschaft und Finanzen der kapitalistischen Staaten zerrüttet sind. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß in den meisten Staaten heute der offene Bankrott nur noch durch Stillhalteverträge und Moratorien verhindert oder verschleiert wird.

Wer's nicht glaubt, der nehme einmal die Übersicht „Die Lage in der Welt" im November-Heft der „Tat" zur Hand. Aus ihr sieht man: Normal sind Währung und Geldverkehr (im Inland und mit dem Ausland) nur noch in der Schweiz, in Holland, Belgien, Frankreich, Japan und in der Südafrikanischen Union; wenn man will, kann man allenfalls noch die USA dazu rechnen. In den übrigen Ländern ist die Währung entweder vom Gold gelöst und nicht mehr stabil (England, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Portugal, Rhodesien, Ägypten, Australien) oder unterwertet (Mexiko und sämtliche südafrikanische Staaten) oder sie kann nur noch durch Devisenzwangswirtschaft gehalten werden (Deutschland, Österreich, die Randstaaten, die Balkanstaaten usw.).

Der Geldverkehr im Innern ist (abgesehen von den sechs obenerwähnten krisenfesten Staaten) normal nur noch in England, Lettland, Venezuela, Columbien, Ecuador, Rhodesien und Ägypten; in den übrigen Staaten sehen wir ungesunde Kreditaufblähung (z. B. Litauen), geschlossene Börsen (Deutschland, Österreich, Ungarn, Griechenland usw.), heftige Bankenkrisen (Jugoslawien, Rumänien, USA), Zahlungsstockungen oder Moratorien (Spanien, Portugal, Chile).

Der Geldverkehr mit dem Ausland ist in Europa (wieder abgesehen von den krisenfesten Ländern) nur in einigen kleineren Staaten und in Spanien normal. Die Staaten, deren Währung vom Gold gelöst ist, haben Goldabgabeverbote, und Deutschland, Österreich und Ungarn sind durch Moratorien gesichert. Ganz schlimm sieht es in Südamerika aus: normal ist der Zahlungsverkehr mit dem Ausland nur noch in Paraguay, Venezuela und Columbien; die übrigen Staaten haben ihre Zahlungen ganz oder teilweise eingestellt. Ebenso hat Australien seine Zahlungen fast ganz eingestellt.

Heißt man das nun Bankrott oder nicht?

Die Verpflichtung

Der weimarische „Nationalsozialist" veröffentlicht einen Vertrag des volksparteilichen Geschäftsführers und Abgeordneten im Landtagswahlkreis Eisenach-Meiningen. Darnach ist dieser Abgeordnete, Knittel, vom Verbande der Mitteldeutschen Industrie angestellt. In dem Vertrag heißt es: „In seiner parlamentarischen Tätigkeit verpflichtet sich Herr Knittel, in Landtag und Ausschüssen das Gesamtinteresse der Industrie im Einvernehmen mit dem Industrieverband wahrzunehmen. Er hat dem Industrieverband insbesondere regelmäßig Bericht über alle Vorkommnisse im Parlament zu geben, die die Industrie berühren."

Die Klarheit wirkt hier sympathisch. Bei hundert Andern ist die Bindung ebenso eng, nur steht das nicht in den Verträgen.

In Preußen sind alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel grundsätzlich verboten worden.

Block schlägt sich, Block verträgt sich

Die schönen Worte. „Die Deutschnationalen", so heißt es in einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung" zur stuttgarter Gemeinderatswahl und zum mißlungenen Bürgerblock, „gehen allein in den Wahlkampf, weil sie niemals mit den marxistenfreundlichen Brüningparteien zusammengehen können."

Die noch schöneren Tatsachen. In der württembergischen Regierung sitzen zwei Brüning-Männer, ein Demokrat, ein Volksnationaler und — der deutschnationale Herr Finanzminister.

Russischer Strafvollzug

Von Hermann Mauthe

Das russische Strafgesetzbuch kennt den bei uns trotz stufenmäßigem Strafvollzug immer noch herrschenden Grundsatz der Sühne und Vergeltung nicht. Es gibt keine „Strafen" mehr, sondern nur noch Maßnahmen des sozialen Schutzes. Sie werden angewandt, um neuen Verbrechen vorzubeugen und um die Anpassung der betreffenden Personen an die Bedingungen des Gemeinschaftslebens im Staat der Werktätigen herbeizuführen. Ausdrücklich abgelehnt wird die Zufügung fysischer Leiden oder die Verletzung der Menschenwürde. Die Maßnahmen gerichtlich-bessernder Art erstreben die Besserung und Erziehung der Häftlinge durch Arbeit und Arbeitsschulung und durch kulturelle Aufklärung. Daneben gibt es für Pathologische oder Jugendliche eine Reihe medizinischer oder medizinisch-pädagogischer Maßnahmen.

Die Maßnahmen gerichtlich-bessernder Art bestehen aus: Freiheitsentziehung in Besserungsarbeitslagern, Freiheitsentziehung in den allgemeinen Gefängnissen (Zuchthäuser gibt es nicht); Zwangsarbeit ohne Freiheitsentziehung. Daneben gibt es noch: Erklärung zum Feind der Werktätigen (mit Ausweisung aus dem Gebiet der USSR verbunden); Ausweisung in verschiedenen Formen; Dienstentlassung, verbunden mit dem Verbot, ein bestimmtes Amt zu bekleiden; Verbot, eine bestimmte Tätigkeit auszuüben; öffentlichen Tadel; Vermögenskonfiskation (ganz oder teilweise); Geldstrafe oder Wiedergutmachung von angerichteten Schäden, und schließlich: Verwarnung.

Freiheitsentziehung wird auf die Dauer von einem bis zu zehn Jahren verhängt. Kein Delikt wird mit mehr als zehn Jahren geahndet; auch bei Gesamtstrafen wird nicht darüber hinausgegangen, getreu dem Grundsatz, daß nicht Rache und Vergeltung das Ziel der sozialen Maßnahmen sein kann (nur auf Delikte, die sich gegen die Grundlagen des Sowjetregimes richten, steht unter Umständen Todesstrafe; die Behandlung sozial-schädlicher Elemente, wozu alle gehören, die bewußt die aufbauende Arbeit des proletarischen Staates stören, ist von der gewöhnlicher Verbrecher verschieden). Freiheitsentziehung bis zu drei Jahren wird in den allgemeinen Gefängnissen verbüßt; bei Strafen von drei bis zehn Jahren kommen Besserungsarbeitslager in Betracht; Freiheitsentziehung unter einem Jahr wird meist durch Zwangsarbeit ohne Haft ersetzt. Sie besteht darin, daß der Verurteilte verpflichtet wird, eine vom Gericht festgesetzte Zeit lang in einem ihm zugewiesenen Betrieb zu arbeiten.

Das Ziel des russischen Strafvollzugs ist es, an Stelle der Gefängnisse Erziehungsanstalten und Arbeitskolonien zu setzen. Oberster Grundsatz: Verbot jeder Erniedrigung und Quälerei. Es fehlt infolgedessen das sadistische System der kleinen Verbote und Vergünstigungen, das selbst im deutschen Stufenstrafvollzug wiederkehrt und bei Anwendung durch unzulängliche, pädagogisch und psychologisch ungeschulte Hilfskräfte zu den fatalsten Wirkungen führt. In Rußland besteht z. B. völlige Rauchfreiheit, ohne jede Beschränkung hinsichtlich Quantum oder Zeitdauer. Bei der Arbeit, beim Spaziergang, in der Zelle, dürfen sich die Häftlinge so viel sie wollen unterhalten. Korrespondenz darf beliebig und in jeder Sprache geführt werden, ebenso ist es ohne weiteres erlaubt, Zeitungen zu halten. Pakete dürfen von einmal innerhalb zwei Wochen bis zweimal innerhalb einer Woche empfangen werden, je nachdem zu welcher Kategorie der Häftling gehört. Ebenso ist es mit Besuchen. Es können bis zu zwei Besuche in der Woche stattfinden. Außerdem können Besuche auf Grund besonderer Erlaubnis erfolgen. Die Häftlinge der mittleren und oberen Kategorie haben das Recht auf sieben bis vierzehn Tage Urlaub im Jahr; außerdem wird Bauern für Feldarbeiten ein jährlicher Urlaub von drei bis vier Monaten gewährt (jährlich fahren 20 bis 30 000 Häftlinge zu Feldarbeiten in die Heimat).

Neben diesen selbstverständlichen Erleichterungen, die bei uns entweder nicht existieren oder aber durch ein raffiniertes System zur „pädagogischen" Beeinflussung der Sträflinge benützt werden (um sie, wie es in der preußischen Strafvollzugsordnung so schön heißt, „zu einem gesetzmäßigen und geordneten Leben" zu erziehen), ist alles vermieden, was in kapitalistischen Ländern bewußt getan wird, um den Sträfling seine Ausnahmestellung stündlich ins Bewußtsein zu rücken. So gibt es in Rußland keine eigentliche Sträflingskleidung; der Häftling bekommt Kleider gestellt, aber er kann auch seine eigenen tragen. Er wird, wenn er den Freiheitsentzug antritt, genau darüber belehrt, welche Rechte er als Häftling hat (Beschwerderecht usw.); in den meisten Gefängnissen steht ihm jederzeit ein Rechtsbeistand zur Verfügung. Er sieht sich einer klaren Situation gegenüber, während bei uns dem „Ermessen" der Vollzugsbeamten viel zu viel Spielraum gelassen ist und das, was der Gefangene an Hilfe und Beistand für sein Anstalts- und sein späteres Leben erzielen kann, viel zu sehr von der Güte der fürsorgerischen und seelsorgerischen Hilfskräfte und seinem eigenen Wohlverhalten abhängt. Bei uns ist der Gefangene vor die Aufgabe gestellt, sich einer militärischen Ordnung zu fügen und denen gegenüber, von denen die Vergünstigungen ausgehen, lieb Kind zu markieren; in Rußland wird nur eine natürliche Einordnung von ihm verlangt. Er wird fast kaum verwaltet. Die Anzahl der uniformierten Beamten ist auf ein Minimum beschränkt. Die Ordnung wird von Aufsehern aufrechterhalten, die von den Gefangenen selbst gewählt sind. Kameradschafts- und Genossengerichte sitzen über kleinere Verfehlungen von sich aus zu Gericht und sprechen bestimmte, ihnen gerecht dünkende Strafen aus, die dann allerdings noch der Bestätigung der Gefängnisleitung bedürfen. Die Zellen sind geöffnet; die Häftlinge können sich innerhalb des Gebäudes und auf dem Hof nach Belieben bewegen.

Diese Methode weitgehender Freiheit und Selbsterziehung findet man auch bei der kulturellen Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die zum großen Teil der Initiative der Häftlinge selbst überlassen ist. Bildungsbetrieb auf dem Verordnungswege wird so weit als möglich vermieden. Es gibt überall Kulturkommissionen der Häftlinge; sie veranstalten Arbeitsgemeinschaften, Konzerte, Theatervorstellungen, Literaturabende, sportliche Unterhaltungen, geben eigene Zeitungen heraus (in denen eine sehr freie Kritik geübt wird) usw. usw. Einzelne Gefängnisse sind direkt luxuriös eingerichtet. Aber dieser äußere Aufwand ist nicht das wichtigste. Auch in Deutschland haben wir ein paar Paradeanstalten. Leider ist in ihnen allzuviel aufgepappt, während die Struktur des ganzen russischen Strafvollzugs, auch nach dem Urteil unverdächtiger bürgerlicher Fachleute, einen viel lebendigeren Geist verrät. Der Zwiespalt, der sich bei uns zwischen einer auf Sühne und Vergeltung aufgebauten Rechtsprechung und einem weithin auf dem Papier stehenden „humanen" Strafvollzug auftut, ist dort eben nicht vorhanden.

Grundlage der Erziehungstätigkeit in den russischen Anstalten ist die glückliche Verkoppelung mit nützlicher, produktiver Arbeit. Die Arbeit in unseren Gefängnissen besteht zum großen Teil in einer stumpfsinnigen Beschäftigung, die zudem mit ein paar Pfennigen pro Tag bezahlt wird. Die meisten russischen Gefängnisse haben sich heute schon wirkliche Werkstätten und Fabriken angegliedert, in denen der Häftling seine Kräfte und Fähigkeiten wecken und erhalten kann. Obwohl vielfach die Mittel zu ihrer Erstellung sehr knapp waren, existierten Ende 1926 bereits 190 Fabrikbetriebe und 525 Werkstätten. Die Mehrzahl der Haftanstalten baute diese Betriebe ohne jede finanzielle Hilfe auf. Daß die Häftlinge durch eine solche zielbewußte Aufbauarbeit eine vorzügliche Erziehung fürs weitere Leben erfahren, liegt auf der Hand. Ein großer Ansporn ist für sie dadurch gegeben, daß ihnen bei besonders produktiver Arbeit zwei Arbeitstage als drei Tage Haft angerechnet werden können; so besteht die Möglichkeit, die Haftzeit um ein Drittel zu kürzen.

Die Sowjetunion verfolgt energisch das Ziel, an Stelle der

Die Katastrofe in England

Bei den englischen Wahlen ist die Labour Party fast vernichtet worden. Von 289 Abgeordnetensitzen sind ihr 237 verloren gegangen. Die Gegner, d. h. die Regierungsparteien, haben 551 Sitze erobert. Die bisher stärkste Partei des Unterhauses, die LP, ist zu einem Bruchteil der bisher zweitstärksten, der konservativen, zusammengeschmolzen. Die „nationale Regierung", das heißt: die Koalition der um MacDonald Gescharten, ist fast identisch mit der konservativen Partei. Die ist nun Herrin des Landes.

Sie hat ihren Triumf ziemlich billig erhalten. Für 11,8 Millionen Stimmen hat sie 470 Mandate bekommen, während die Labour Party trotz ihrer 6,7 Millionen (1,5 Millionen weniger als bei der Wahl von 1929) nur 52 Sitze erhalten hat. Aus diesen Zahlen und ihrem Mißverhältnis ergibt sich ohne weiteres, worin die Hauptursache der Niederlage der Arbeiterpartei liegt: im Wahlsystem. Es ist in der Tat verblüffend altmodisch und ungerecht. Sieger ist in jedem Wahlkreis derjenige, der die relative Mehrheit erhält. Stichwahlen gibt es nicht. Wer also bei drei Kandidaten von 30 000 Stimmen etwa 11 000 bekommt, der hat den Parlamentssitz; die 19 000 Wähler, die sich auf die zwei anderen Kandidaten verteilen, bleiben ohne Vertretung.

Dieses Wahlsystem trägt aber nicht die Alleinschuld an der Katastrofe. Denn schließlich müßte es auch bei diesem Modus möglich sein, in dem stark industrialisierten und proletarisierten England relative Mehrheiten für Arbeiterkandidaten herauszuschlagen. Es steckt mehr hinter der Sache.

Diese Wahlen sind vor allem ein Beweis für die Unrichtigkeit des beliebten Satzes, daß der Engländer ein von Natur aus politischer und außerdem politisch geschulter Mensch sei. Er ist es nicht. Denn man sieht, daß die große Masse der englischen Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger, kurz: der wirtschaftlich Schwachen, die Gelegenheit nicht benutzt hat, ihre politischen Ideen zu verwirklichen, ihre Ziele anzustreben, ihre Interessen zu verteidigen, sondern daß sie wie eine führerlose Herde hinter der Dudelsackpfeife des schottischen Hirten MacDonald hergelaufen ist, der ihr statt ihrer eigenen Hoffnungen und Wünsche die lockende Fata morgana des bürgerlichen Ideals vor die Augen zauberte. Ja, die Schafe waren noch konsequenter als ihr Führer und Verführer; sie sagten sich: wenn schon, denn schon — und stürzten sich kopfüber in eine Burgfriedens- und Nationale-Bruderschafts-Illusion wie wir uns anno 1914. Nicht die konsequente Erstrebung und Erkämpfung durchdachter politischer Ziele ist ihre Sache, sondern die spontane, gefühlsmäßige Reaktion auf akute Situationen. Sie waren alle auf einmal ein einig Volk von Brüdern; selbst in vielen Industriegegenden kamen die Labour-Kandidaten nicht durch. Das Volk hat genau so instinktiv und kleinbürgerlich reagiert wie anno 1924, als es auf den gefälschten Sinowjewbrief hin die Zahl der Labour-Parlamentarier von 191 auf 151 herabwählte. Aber diesesmal ist die Katastrofe um ein Vielfaches größer.

Die unmarxistische Haltung der englischen Arbeiter-Partei hat sich gerächt. Die Labour ist immer nur eine liberale Partei gewesen, hat keine feste Theorie als Basis gehabt, hat kein Innenleben geführt, war als Partei nur in Gestalt ihrer Parlamentsfraktion lebendig und hat die Massen nicht geschult — ihre Mitglieder nicht, und erst recht nicht ihre nichtorganisierten Anhänger. Kein Wunder, daß die englische Arbeiterschaft jetzt versagt hat.

Die Folge der neuen Konstellation ist: Absolute Herrschaft der Konservativen. Das bedeutet nach außen: Schutzzollpolitik und reserviertere Haltung gegenüber den kontinentalen Angelegenheiten, für die Völker des Kontinents Erschwerung des Exports nach Großbritannien. Nach innen aber: Drosselung der Sozialfürsorge, Sanierungsversuche auf Kosten der Nichtbesitzenden, Politik à l'allemande: mit Notverordnungen und Halbfascismus. Vielleicht liegt darin eine Hoffnung; diese Politik gegen das Volk wird vielleicht den einzigen, die in England Marxismus und marxistische Schulung des Proletariats betreiben, den Kommunisten, endlich den Weg zu den Massen öffnen und auch in den frommen Gemütern der gläubigen Gewerkschaftler die Ahnung aufdämmern lassen, daß es mit liberalen, humanitären Rezepten, wie sie MacDonald, Bernard Shaw und die selige Fabian Society parat hielten, nicht zu schaffen ist, sondern daß die Arbeiter schon selbst ihre Interessen vertreten müssen. Und zwar nicht mit opportunistischer Gschaftelhuberei, sondern mit systematischer, konsequenter politischer Arbeit.

Max Barth

Evangelische Korruption

In einem Zivilprozeß, den der Konkursverwalter der „Baugenossenschaft des Deutschen Evangelischen Volksbundes" gegen Generaldirektor Jeppel von der Devaheim angestrengt hat, geht es um die Schweigegelder, die nach einer Erklärung Jeppels an verschiedene Zeitungen und Persönlichkeiten gegeben worden sind, um gewisse „Fehldispositionen" vor der Öffentlichkeit zu vertuschen.

Die Gelder der großen Auslandsanleihe der inneren Mission sind zu gewagten Termin- und Börsengeschäften und allerhand sonstigen Transaktionen verwendet worden, obwohl ihre Verwendung im Interesse der christlichen Liebestätigkeit vertraglich ganz genau festgelegt war. Um diese dunklen Geschichten zu vertuschen, sind, wie Jeppels behauptet, insgesamt etwa 300 000 Mark Schweigegelder verausgabt worden. So habe der Buchhalter der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen, der selbst Unterschlagungen in Höhe von 530 000 Mark begangen hat, 36 000 Mark bekommen, da er gedroht habe, seine Kenntnisse über die verheerenden Zustände in der inneren Mission publizistisch zu verwerten; mit dem „Berliner Herold", in dem Andeutungen über die Zustände bei der Hilfskasse gekommen waren, habe man verhandelt und dann eine Zahlung von 8000 Mark vereinbart, und nachdem der „Industrie-Courier" Angriffe veröffentlicht habe, seien dieser Zeitung 40 000 Mark als Schweigegeld bezahlt worden.

Es scheint auch sonst mit den Geldern der Auslandsanleihe sehr großzügig umgegangen worden zu sein. Pfarrer Müller, dem Vorsitzenden der „Baugenossenschaft des Deutschen Evangelischen Volksbundes", sind von dem Auslandssegen 25 000 Mark persönlich gutgeschrieben worden; von den Auslandsgeldern, die an die Genossenschaft selbst geflossen sind, wurden 250 000 Mark überhaupt nicht verbucht. Es ist heute noch nicht geklärt, wohin sie eigentlich geraten sind.

Die vertrauensseligen Geldgeber in Amerika werden Augen machen, wenn sie von diesen pastoralen „Fehldispositionen" hören. Sie werden in Zukunft vorsichtiger sein. Wie steht es aber mit den klotzigen Geldern, die jährlich aus dem Inland den Werken der inneren Mission zufließen? Dürfen ihre Geber mehr Vertrauen haben?

hm

Die Osthilfe

Zum Nachfolger von Treviranus als Kommissar für die Osthilfe soll der Landvolk-Abgeordnete Schlange-Schöningen ernannt werden. „Die offizielle Ernennung", heißt es in einem amtlichen Bericht, „dürfte in wenigen Tagen erfolgen, nachdem durch eine besondere Verordnung der sachliche Komplex des Osthilfewesens geklärt worden ist."

Nach andern Meldungen ist der „sachliche Komplex" durchaus noch nicht geklärt, sondern bestehen noch starke Gegensätze zwischen Preußen und dem Reich. Um was geht es?

Es hat sich herausgestellt, daß die Osthilfe bis jetzt ein völliger Fehlschlag gewesen ist. Man hat eine Unmenge Geld in ein Faß ohne Boden geschüttet. Weder die direkten Subventionen der Osthilfe noch die höchsten Agrarzölle haben die Rentabilität des deutschen Getreidebaus wiederherstellen können. Die Schulden der großen Betriebe im Gebiet der Osthilfe sind gewachsen. Jetzt können nicht einmal mehr die Zinsen bezahlt werden.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder: das verlorene Kapital wird restlos abgeschrieben, die bankrotten Güter werden aufgeteilt und für Siedler zur Verfügung gestellt. Das verlangt die preußische Regierung. Dieser Plan könnte allerdings nur durchgeführt werden, wenn die gesamte Agrarpolitik geändert und an Stelle der Unterstützung des Getreidebaues der Schutz der Veredelungsproduktion treten würde.

Oder: man ordnet ein Schuldenmoratorium und eine allgemeine Herabsetzung der Schuldzinsen an. Das würde also Besitzerhaltung und Rettung des von den Banken geliehenen Kapitals bedeuten. Für diese Lösung setzt sich offenbar der neue Ostkommissar Schlange-Schöningen ein. (Außerdem soll der geografische Bereich der Osthilfe auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt werden!)

Welche Richtung siegen wird, das ist bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht zweifelhaft.

Propaganda-Trauer

Am 26. Oktober 1931 lasen wir im „Freiheitskampf", der „amtlichen" Tageszeitung der NSDAP in Sachsen, folgende

Anordnung
9. November — Reichstrauertag

1. Der 9. November ist seit dem Jahre 1926 für immer zum Reichstrauertag der NSDAP erklärt worden.

2. Jede Ortsgruppe der NSDAP des gesamten Reichsgebietes hält am Sonntag, den 8. November, oder am Montag, den 9. November, eine Trauerfreier ab, deren Besuch für alle Pgg. Ehrenpflicht ist.

3. Die Fahnen der Partei sind am 9. November umflort. Wo es möglich ist, wird Halbmast geflaggt.

4. Am Vormittag des 9. November wird von allen Ortsgruppen an den Gräbern aller seit dem Jahre 1919 gefallenen Pgg. und Kameraden ein Kranz niedergelegt. Es sind grüne Kränze aus Laub-, Lorbeer- oder Nadelzweigen zu verwenden. Jeder Kranz trägt unsere offizielle Kranzschleife.

Ebenso legen die Ortsgruppen am Gefallenendenkmal ihres Ortes einen Kranz mit Schleife und Inschrift nieder.

5. Die vorschriftsmäßigen Kranzschleifen: a) Dem toten Kameraden — NSDAP. b) Den toten Kameraden — NSDAP. werden von den Zeugmeistereien zum ermäßigten Preis von 3 RM. das Stück zuzüglich Porto und Verpackung geliefert. Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Zeugmeisterei Mitte, Dresden-A., Ferdinandplatz 1, für Freistaat Sachsen, Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt.

6. Diese Anordnung ist von allen Ortsgruppen genauestens zu befolgen und auszuführen.

gez. H. Franke, stellv. Reichspropaganda-Leiter.

Im nationalsozialistischen Jargon wäre dazu etwa dies zu sagen: Hier sieht man wieder einmal, wie das Andenken der im Kampf um deutsche Ehre gefallenen Frontsoldaten durch schmierigste Reklamemachenschaften geschändet wird. Übrigens bestätigt sich erneut, daß die ganze Partei nur eine Konsumentenorganisation des Warenhauses „Reichszeugmeisterei" darstellt. Im Geiste erblicken wir bereits den telegrafischen Dank des Führers: „Ich und die ganze Reichszeugmeisterei sind stolz auf eure Schleifenkäufe. Unsere Bewegung allein wird einmal Deutschland retten. Adolf Hitler, Parteibesitzer."

Ganze Abteilung trauert, marsch marsch!

Gerhard Lindner

Der Reichsinnenminister Groener hat das vom braunschweigischen Innenminister Klagges angeordnete Verbot des sozialdemokratischen „Volksfreundes" (Braunschweig) aufgehoben. Darauf hat Klagges zunächst verfügt, daß das Verbot trotzdem bestehen bleibt, dann aber diese Verfügung wieder zurückgezogen, so daß der „Volksfreund" also erscheinen darf.

Das Siebenmonatskind

Ein junger Lehrer im Württembergischen heiratete ungefähr zur gleichen Zeit, zu der er in den Schuldienst übernommen wurde. Nach sieben Monaten wurde er Vater. Es entspann sich folgendes Geplänkel:

Das Ministerium an den Lehrer: er solle sich verantwortlich äußern, wieso er schon nach sieben Monaten usw.

Der Lehrer schließt das Schreiben in den Schreibtisch und antwortet nicht.

Kurze Zeit darauf: Der Schulrat erscheint. Wie es mit der Äußerung zu der Frage des Ministeriums sei?

Der Lehrer: Ein Siebenmonatskind. Das gibt es doch! Alles in Ordnung.

Der Schulrat: Na, gut; dann schreiben Sie das und legen ein ärztliches Attest bei.

Der Lehrer: Nein.

Nach drei Tagen: Entlassung aus dem Schuldienst. Der Lehrer mit seinen Unterlagen spornstreichs zur kommunistischen „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung". Am nächsten Tag Interpellation im Landtag. Einmütigkeit der Parteien von links angefangen bis Volkspartei (Zentrum ausgenommen): Für den Lehrer.

Aufforderung des Ministeriums oder einer ihm unterstehenden Behörde: Der Lehrer solle um Wiedereinstellung eingeben.

Der Lehrer bleibt fest: Gibt nicht ein.

Dagegen: Neuer Krach im Landtag.

Wiedereinstellung des Lehrers (ohne daß er ein Gesuch gemacht hat), allerdings in einem anderen Ort.

Kampf um das Siebenmonatskind siegreich beendet.

---

alten Gefängnisse ein Netz von landwirtschaftlichen, Handwerks- und Fabrikarbeitskolonien zu setzen. Wo das Prinzip, wie in der bei Moskau liegenden Kolonie „Bolschewa", restlos durchgeführt ist, ist, wie Fachleute zugestehen mußten, von einem Strafvollzug fast keine Rede mehr. Die Kolonie „Bolschewa" besteht aus einer Reihe von Genossenschafts- und Einzelsiedlungshäusern, die alle im Grünen liegen. Läden, Klubhäuser, Speisehäuser, Sportplätze, alles ist da. Was aber wichtiger ist: die Lebensbedingungen sind denen der entsprechenden landwirtschaftlichen oder industriellen Verhältnisse angepaßt. Die einschlägigen Gesetze über Arbeitsschutz, Arbeitsrecht usw. gelten auch für die Häftlinge. Ihre Entlohnung ist ebenfalls entsprechend. Sie bewegen sich innerhalb der Kolonie völlig frei, erhalten sogar auf Wunsch Tagesurlaub nach Moskau. Verheiratete können ihre Frauen bei sich haben. Eine ganze Anzahl entlassener Gefangener ist in der Kolonie geblieben. Sie arbeiten zusammen mit den andern.

Der Erfolg dieses „Straf"vollzugs, der nur noch in Sicherungs- und Erziehungsmaßnahmen besteht? Rußland hat den geringsten Prozentsatz an Rückfälligen (22 Prozent gegen 50 und mehr in anderen zivilisierten Staaten); es ist dem System der Demütigungen und den verschlossenen Zellen ein Ende gemacht, die bei uns trotz humanem Strafvollzug noch wahre Hochschulen des Verbrechens sind und in deren Halbdunkel mehr an Menschentum zerbricht als in der „Freiheit" des widersinnigen kapitalistischen Alltags.

Wir Wilden . . .

In dem Gefängnis des Federaldistrikts Mexiko ist seit 1924 der sogenannte „Ehebesuch" eingeführt. Anfangs war er nur für kirchlich oder zivilrechtlich Getraute erlaubt, da es aber in Mexiko sehr viel „wilde" oder nur durch die Gewerkschaften registrierte Ehen gibt, hat man die Vergünstigung auf alle Gefangenen, auch auf die Ledigen, ausgedehnt. Voraussetzung für die Vergünstigung ist: eine Strafzeit von mehr als zwei Monaten und gute Führung im Sinne der Hausordnung. Die Besuchten unterstehen der ärztlichen Kontrolle; die Besucher müssen ein ärztliches Gesundheitszeugnis mitbringen. Jeder Besucher bzw. jede Besucherin bekommt eine Ausweiskarte. Wenn triftige Gründe vorhanden sind, dürfen die Partner oder Partnerinnen gewechselt werden; es werden jedoch nicht mehr als drei Karten ausgegeben. Die weiblichen Insassen werden, um unerwünschte Geburten im Gefängnis zu verhüten, in der Anwendung von Schutzmitteln beraten.

Die Stimmungs- und Erregungszustände und die geschlechtlichen Verirrungen, wie sie in Deutschlands Gefängnissen an der Tagesordnung sind, sind in Mexiko durch diese vernünftige Einrichtung so gut wie beseitigt. Auch in Spanien beabsichtigt die neue Leitung des Gefängniswesens den Ehebesuch für alle Gefangenen einzuführen. Ebenso ein weitherziges System von Beurlaubungen.

In den rund 1700 Strafanstalten Deutschlands sorgen 1500 Geistliche regelmäßig für das „seelische Wohl" der Gefangenen; dagegen erfolgt in der Hälfte aller Anstalten eine Zuziehung des Arztes nur von Fall zu Fall.

Gerädert muss werden

„Der arme Mann im schwäbischen Wald", der Rundfunkkritiker der „Süddeutschen Zeitung", hat sich erkältet und ist nun „an sein Stübchen gefesselt ... In der Ofenröhre wärmelt ein kleiner gelber Topf mit Salbei-Tee und über die grünen Schüsselkacheln baumelt von der in weiße, viereckige Felder geteilten Täfelung der Zimmerdecke, am Trockengestell, ein halbes Dutzend roter frischgewaschener Schnupftücher herab. Von dem gedrechselten dunkelbraunen Eckstab dieses Gestells hat ein Spinnlein seinen Faden hinübergezogen zur Wand und Dürers „Ritter, Tod und Teufel" ganz dort übersponnen."

Ein Idyll muß die Hütte des „armen Mannes" sein! Da sitzt nun, stell ich mir vor, der alte Mann im Lehnstuhl am Ofen. Und eine Atmosfäre von wohliger Behaglichkeit und, stell ich mir vor, auch Güte und Menschlichkeit erfüllt den Raum. Dann schaltet er den Lautsprecher ein, hört und kritisiert. „Mit seinem Hörbericht „Gegen Eisenbahnattentate" hat uns Paul Laven wieder einmal etwas recht Gutes zusammengestellt. Es fehlte am Schluß nur die Szene, wie man in früheren Zeiten solche Schufte zur Abschreckung anderer und ohne viel Federlesens um ihre kranke Veranlagung unbarmherzig öffentlich gerädert hat. Unsere Strafen genügen nicht, daß das Entsetzen denen in die Knochen führe, die mit ähnlichen Gedanken spielen."

Wahrscheinlich hat es im Mittelalter nur deswegen keine Eisenbahnattentate gegeben, weil damals das Rädern so abschreckend wirkte. Aber Spaß beiseite: Armer Mann, nimm einmal in dein Idyll im schwäbischen Wald ein paar Kriminalstatistiken mit; da kannst du sehen, daß im Mittelalter trotz grausamen Strafen keineswegs weniger Kapitalverbrechen vorgekommen sind als heute und daß in den Ländern ohne Todesstrafe Morde durchaus nicht häufiger sind als in Ländern, in denen noch geköpft wird. Dann wirst du ein andermal deine wirklich idyllische Rundfunkkritik nicht durch so martialische Sätze verderben.

Jan Hagel

Die Kriminellen

Der Theaterkritiker des „Schwäbischen Merkur" will in einer Besprechung der neuen Oper des Herrn von Reznicek die Vorliebe des Publikums für Kriminalfälle ein wenig anprangern. Als ahnungsvoller Engel, der seine Pappenheimer, das gute Publikum der Opernpremieren kennt, drückt er das so aus: „Bei der kriminellen Veranlagung des Opern-Publikums glauben die Komponisten mit erschütternden Texten sicherer zu gehen."

Da werden sich die Merkur- und Theater-Abonnenten gefreut haben! Und was sagt das Polizeipräsidium dazu?

Ein Dr. Kunze in Aachen hat eine „Katholisch-soziale Nationalpartei Deutschlands gegründet. Ihr Motto heißt: „Das Kreuz im Herzen, das Schwert im Munde!" — Scheint sich um eine Art von christlichen Fakiren zu handeln.

Literatur

Straßen ohne Ende. Fürsorge-Roman von Justus Ehrhardt. Agis-Verlag, Berlin. Preis kartoniert 2,80 Mark. — An einem typischen Fall wird hier das Schicksal der der Verwahrlosung anheimgefallenen Großstadtjugend geschildert: die niederziehenden Einflüsse des Elends- und Großstadtmilieus, und der zwangsläufige Abrutsch, sobald einmal ein Fehltritt getan ist. Es wird viel dumpfe Enge sichtbar, aber auch manches gesunde heroische Bemühen, oben zu bleiben oder aus dem Sumpf herauszukommen. Gezeigt wird mit aller Deutlichkeit, wie gerade dieses Bemühen durch das Walten des behördlichen Fürsorgebetriebs eher gehemmt als gefördert wird, wie die lebendigen Hilfskräfte der Fürsorge unter dem Übermaß der Aufgabe und dem bürokratischen Betrieb in der Entfaltung gehemmt sind. Der Stil ist anfangs etwas manieriert und starr, aber bald spürt man jene Wärme und innere Anteilnahme, die nur der aufzubringen vermag, der durch alle diese Dinge wachen Sinnes durchgegangen ist.

M.

Die Universum-Bücherei bietet ihren Mitgliedern für einen Monatsbeitrag von 1,10 Mark: 1. Ein Buch pro Quartal nach freier Auswahl. 2. Eine illustrierte Zeitschrift, das „Magazin für Alle". 3. Größere Werke gegen bequeme Ratenzahlung. In der Universum-Bücherei sind Werke erschienen von Franz Mehring, Lenin, Gorki, Sinclair, Barbusse, Tucholsky, Zille, Gläser, Zola, Schiller, Heine u. a. Interessenten wenden sich an die „Universum-Bücherei für Alle", Berlin W 8, Wilhelmstr. 48.

Das Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik (RSFSR) vom 22. November 1926 ist im Verlag Walter de Gruyter u. Co., Berlin, erschienen. Kostet leider 4 Mark.

Beziehen Sie bitte Ihre Bücher durch den Verlag der S.-Z.

Bücher, die nicht auf Lager sind, werden so rasch als möglich beschafft

Tuberkuloseinteressentenkapital

Kein schönes Wort, und auch keine schöne Sache. In Nr. 43 der S.-Z. ist kurz davon die Rede gewesen. Aus dem Buch „Anticalmette" von Dr. W. Kröner waren einige Sätze zitiert, die besagten: seit achtzehn Jahren gibt es ein Mittel, dessen Anwendung imstande wäre, die Tuberkulose auszurotten: das F-Mittel, die Vaccine von Professor Friedmann, aber das Tuberkuloseinteressentenkapital verhindert die allgemeine Anwendung.

Diese Sätze brachten der Redaktion einige Zuschriften ein, die vor allem zwei Fragen behandelten:

1. Ist die Friedmann-Vaccine wirklich ein sicheres Mittel gegen die Tuberkulose? Darauf sagt Friedmann, beginnende Lungentuberkulose werde durch sein Mittel in über 90 Prozent aller Fälle geheilt. Der Arzt und Schriftsteller Credé stimmt dem zu (im dortmunder „Generalanzeiger"). Andere sind wieder anderer Ansicht. Der Kampf zwischen den verschiedenen Ansichten wird mit einer solchen Gehässigkeit und oft mit so gemeinen Mitteln geführt, daß dadurch die zweite Frage beinahe schon beantwortet wird, nämlich die:

gibt es überhaupt ein „Tuberkuloseinteressentenkapital"? Darauf hat Professor Friedmann selber in Heft 44 des „Tagebuchs" eine sehr deutliche Antwort gegeben. „Daß es nicht nur einen Tuberkulosekapitalismus, sondern einen mächtigen, international versippten Medizinalkapitalismus gibt ..., ist nicht eine Fiktion beziehungswahngetrübter Gehirne, sondern eine Tatsache, die jeder Sehende konstatiert ... Wer wie ich und meine ärztlichen Anhänger in der Welt jahrzehntelang den Kampf gegen diesen Moloch führen mußte, weiß es: Paul Ehrlich (dessen zwei amtliche Unschädlichkeitsgutachten über das F-Mittel übrigens der preußische Medizinaldirektor Kirchner, das Haupt der Tuberkulin- und Sanatoriumindustrie, sechs Jahre lang trotz Ehrlichs Protesten böswillig verheimlicht hatte, bis Kirchner deswegen 1919 fristlos abgesetzt wurde) — Paul Ehrlich erzählte Schleich und mir in Frankfurt a. M. 1913, wie er, solange er die Heilung der Syfilis durch eine oder zwei Salvarsan-Injektionen proklamierte, als Charlatan verleumdet wurde von denselben Ärzten, die ihn später, als sich Dutzende von Serieninjektionen als notwendig herausstellten, als Wohltäter feierten. Professor Laqueur schilderte mir, wie er im Berliner Verein für innere Medizin ... mitten in seinem erbetenen Insulin-Vortrag niedergebrüllt wurde, als er offen zu bekennen wagte, daß innerliche Insulinkuren von vielen Zuckerkranken selbständig und ohne ärztliche Hilfe durchgeführt werden könnten. Ein berliner Ordinarius riet mir vor Jahren allen Ernstes, außer der einen oder zwei zur Heilung genügenden F-Injektionen die Ärzte noch einige Scheininjektionen (mit Kochsalz oder Wasser) vornehmen zu lassen. Der lübecker Arzt Dr. Melhorn, der sich, seine Familie und mehr als 1000 Tuberkulöse laut seiner Veröffentlichungen mit dem F-Mittel heilte, jetzt aber die Ponndorf-Tuberkulin-Serienimpfung propagiert, erklärte Kröner gegenüber ganz treuherzig, das F-Mittel heile zu schnell, bei Ponndorf dagegen verliere man die Patienten nicht aus der Spruchstunde. Unzählige Male haben Schleich, Dührssen und ich diese jetzt wieder von Kröner mit 43 vollen Namen substanzierten Vorwürfe, „warum die Heilung der Tuberkulose verhindert wird", öffentlich ausgesprochen — kein Prozeß wurde gegen uns angestrengt."

Laien, die sich für diese Dinge interessieren, mögen sich den „Tagebuch"-Artikel beschaffen. Sie werden dort noch eine ganze Reihe von sehr detaillierten Beschuldigungen finden. Solange die Vorwürfe, die dort erhoben werden, nicht zurückgewiesen sind (es ist ja nicht das erstemal, daß sie erhoben werden), muß man einem schon erlauben, an das Vorhandensein eines Tuberkuloseinteressentenkapitals zu glauben.

Das „8 Uhr-Abendblatt" hat die Professoren Calmette und Friedmann zu einer öffentlichen Diskussion über den lübecker Prozeß aufgefordert. Friedmann hat sich bereit erklärt, Calmette hat abgelehnt.

Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt in ihren „Randbemerkungen" (Nr. 257): „Die blutroten Herrn im Kreml haben befohlen, daß kein Russe im Bereich einer 120 Kilometer breiten Zone Radio besitzen darf." — Bitte um Aufklärung: wo liegt diese Zone?

Rund um den Film

Es gibt heute in Deutschland kaum Filme, die sich ernsthaft mit den Problemen unseres gesellschaftlichen Zusammenseins beschäftigen; was wir haben, zeichnet sich, wenn es hoch kommt, durch artistische Spielerei aus, im übrigen aber ist es übelste Anpassung an die Bedürfnisse der Massenbeeinflussung durch Kitzelung primitivster Wunschträume und Instinkte.

Die russische Produktion, die selbstverständlich auch dem reinen Unterhaltungsbedürfnis Rechnung tragen muß, hat ein gesundes Fundament in einer Anzahl von Filmen, in denen die ideologischen Forderungen und die Strömungen einer in völliger Umbildung begriffenen Welt zum Gegenstand der Handlung gemacht sind. Neben dem ausgezeichneten Jugendfürsorgefilm „Der Weg ins Leben" sind für die nächste Zeit angekündigt: „Das Totenhaus" nach Dostojewskis Roman; „Die Sonne geht im Westen auf", in dem die Frage der Arbeitslosigkeit behandelt wird; „Prosperitj", der einen Querschnitt durch das amerikanische Wirtschaftsleben gibt; „Ahnenkult", in dem der Daseinskampf der chinesischen Bauern gezeigt wird; „Metall", der den ökonomischen Kampf des europäischen Proletariats darstellt, und „Das Leben der Autos", in dem die Welt der rationalisierten kapitalistischen Wirtschaft eingefangen ist.

Interessant sind daneben die Richtlinien, nach denen die amerikanische Filmindustrie ihre Filme herstellt.

Gesetzliche und kulturelle Institutionen der herrschenden Gesellschaftsordnung dürfen nach ihnen nicht „lächerlich" gemacht — also nicht kritisiert werden. Das Publikum soll zu ihr eine „positive", d. h. eine indolente oder bejahende Einstellung bekommen. Die „Heiligkeit" der Familie und der Ehe darf nicht angetastet werden; eine ernsthafte Diskussion über wichtige Probleme ist also unterbunden. Leidenschaften und „Emotionen" dürfen nur in Ausnahmefällen dargestellt werden. Das religiöse Gefühl darf nicht „verletzt" werden; Geistliche und andere Funktionäre von religiösen Gemeinden dürfen nicht als komische oder böse Charaktere dargestellt werden. Geschichte, Institutionen und Kultur prominenter Völker sind zu achten, usw. usw.

Was bei solchen Richtlinien in der Praxis herauskommt, zeigt die durchschnittliche amerikanische Produktion zur Genüge.

Der deutsche Film soll diesen Winter in den Dienst der „geistigen" Winterhilfe gestellt werden. Die arbeitslosen Massen sollen durch ihn ihren Jammer vergessen.

Dieses schöne Bestreben entspringt natürlich nicht nur menschenfreundlichen Regungen. Einmal besteht ganz allgemein das Bedürfnis, die Arbeitslosen zu „zerstreuen", d. h., sie dem Einfluß „aufrührerischer" Elemente zu entziehen und von der Straße wegzubringen, andererseits möchten die Filmtheater auch ein Geschäft machen. Sie hoffen als Lohn für ihr wohltätiges Tun von den Gemeinden Ermäßigungen der Lustbarkeitssteuer herauszuschinden, so daß sie trotz ihrer Gutherzigkeit auf ihre Rechnung kommen werden.

Was den Arbeitslosen dann geboten werden wird, zeigt eine der ersten berliner Veranstaltungen dieser Art, in der eine der üblichen hugenbergschen Militärhumoresken vorgeführt wurde.

Max Winkler

Zur Hebung der Wehrfreudigkeit

„... Bezeichnend ist auch die folgende Zensur-Entscheidung bei einer Militärposse. Hierin befand sich eine scherzhafte Dialogstelle, beim Abschied im Manöver-Quartier sagt ein Soldat zur Quartierwirtin: „An Ihren Schweinebauch werde ich immer denken." Dieser zur Hebung der Wehrfreudigkeit durchaus geeignete Scherz wurde verboten. Welch verdorbene Fantasie der ... Zensoren!"

(„Lichtbildbühne")

Der erste Gedanke

Professor Samoilowitsch erzählt: Als ich mit dem „Krassin" die Rote-Zelt-Gruppe Nobiles rettete, sagte der tschechische Meteorologe Behounek, noch auf der Eisscholle: „Donnerwetter, so ein Schiff müßte ich für meine Forschungen haben!"

Als wir Mariano und Zappi, die beiden Italiener der „Malmgreen-Gruppe", aufgenommen hatten, war Marianos erstes Wort: „Wo kann ich mich hier rasieren lassen?"

Kleinigkeiten

Der Kern. „Der Kern der sozialen Frage ist", so liest man im Stahlhelm-Blatt, „das zerstörte seelische Verhältnis zwischen Mensch und Wirtschaft, nicht bloß der Inhalt der Lohntüte. Wo der Arbeiter zur Würde seines Menschentums gelangt ist, ist die soziale Frage gelöst. Das sind Werte, die sich in Geld überhaupt nicht ausdrücken lassen." — Und vor allem nicht mit Geld bezahlt werden müssen.

Der großmütige „Aufklärer". Der „Völkische Beobachter" beteuert glückerfüllt: „Überall dort, wo Pg. Prinz August Wilhelm von Preußen als Redner auftritt, läßt er sich höchstens die Fahrtspesen bezahlen. In den allermeisten Versammlungen lehnt er also jegliche Entschädigung ab und verlangt von sich aus überhaupt nichts. Soweit uns bekannt ist, hat Pg. Prinz August Wilhelm von Preußen im ganzen deutschen Reichsgebiet seine begeistert aufgesuchten Aufklärungsvorträge vollkommen kostenlos ausgeführt." — Na ja, die Spesen hat er halt schon im voraus bekommen, aber nicht von der NSDAP, sondern vom deutschen Volk.

Das bittere Ende. Das „Katholische Sonntagsblatt" schreibt zu Eckerts Übertritt zur KPD u. a. folgendes: „Man wird da unwillkürlich an manche Gestalten der französischen Revolution erinnert, wie z. B. an einen Eulogius Schneider, der katholischer Geistlicher war, dann aber zu den Revolutionären überging und schließlich auf dem Schafott endete." — So geht es allen, die den rechten Pfad verlassen.

Unsere lieben Fürsten. Nach einer kleinen Anfrage im württembergischen Landtag sind auf dem Gute Monrepos des Herzogs Albrecht von Württemberg und auf den Gütern des Grafen Rechberg-Donzdorf zahlreiche polnische Arbeiter und auf dem Gestüt Weil des Prinzen von Wied ganze Serbenfamilien beschäftigt. — Die „Landeskinder" gucken inzwischen in den Mond.

Immer legal. Aus einer Preisliste 1931/32 des Nazi-Sporthauses Arendt, Sulzbach-Oberpfalz: „Nr. 1060 a Schulterriemen, extra stark mit Stahleinlage, D.R.G.M., als Verteidigungswaffe, Stück 3,80."

„Juda, verreck'!" In der italienischen Armee gibt es zwei jüdische Korpskommandanten; der Chef-Ingeniör der italienischen Marine, der Kronanwalt des obersten Staatsgerichtshofes in Venedig und der Rektor der Universität in Rom sind Juden. Der Oberrabbiner von Venedig ist Kommandeur des italienischen Kronenordens. — Demnach scheint auch Mussolini „verjudet" zu sein.

Öffentlich verbrannt. Die Kriminalpolizei des Distrikts Recklinghausen hat kürzlich eine große Menge Schmuggelgut: Tabak, Zigarren, Zigaretten, Kaffee, Tee, Schokolade usw. im Gesamtwert von rund 100 000 Mark auf einem öffentlichen Platz verbrannt. Das Volk, das sich heute kaum ein gescheites Essen, viel weniger einen kleinen Extragenuß leisten kann, konnte zusehen.

In den Sternen ... Der frühere Direktor des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungs-Gesellschaften, Regierungsrat Damm, hat einige Hunderttausend unterschlagen und veruntreut. In der Verhandlung kam heraus, daß er sich auf eine ganze Reihe fantastischer Privatgeschäfte eingelassen hatte, bei denen er sich zuvor Horoskope auf Grund der jeweiligen Gestirnskonstellation stellen ließ. Die Mißerfolge erklärte er dadurch, daß er unter dem Kreis des Krebses geboren und deshalb ein leicht beeinflußbarer Mensch sei.

Zum einzigen Schafstall. Aus einem von der „Catholica Unio", München, verbreiteten „Ablaßgebet zu Ehren der hl. Theresia vom Kinde Jesu für Rußland": „Bewirke, daß namentlich bei der Jugend die englische Reinheit und alle christlichen Tugenden in neuer Blüte erstehen, damit dieses edle Volk von aller Knechtschaft befreit zum einzigen Schafstall zurückkehre."

Astlochgucken als Dienst. Der Direktor eines kölner Gymnasiums hat in die Tür zum Schülerlokus ein Loch sägen und eine Glasscheibe einsetzen lassen. Die aufsichtführenden Lehrer haben die Aufgabe, durch dieses gläserne Astloch zu kontrollieren, ob die Schüler drinnen nicht rauchen oder unzüchtige Dinge treiben. — Wenn man so einem Direktor mal so ein Glasscheibchen in den Schädel einsetzen könnte ...!

Idyll. Letzten Sonntag machte ich einen Krankenbesuch im katholischen Marienspital (in Stuttgart). Streng fromme Sache! Vor dem Haus, in einer kleinen Anlage, saß ein Trupp Kranker und sang fröhlichen Herzens seinen Choral. Nämlich: „Völker, hört die Signale!"

DEUTSCH IM 15.-20. TAUSEND
RUSSISCH UND HOLLÄNDISCH, DEMNÄCHST AUCH PORTUGIESISCH, SCHWEDISCH UND FRANZÖSISCH
LIEGT JETZT VOR
HANS OTTO HENELS
EROS IM STACHELDRAHT
17 Liebes- und Lebensläufe. Solid gebunden, 208 Seiten stark ..... RM 2.80
Geschlechtsnot mannigfacher Art draußen und daheim, der Krieg als Zerstörer auch des Liebesglücks, verseuchend, vertierend. Das Buch erschüttert durch seine Ehrlichkeit.
Vorrätig ist es in jeder guten Buchhandlung. Sonst auch direkter Bezug möglich vom
Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15
Postscheckkonto: Berlin 83 229

Schlager-Angebot
das Beachtung finden muß
Schlafzimmer birkenfarbig lackiert, schönes Modell, komplett 270.-
Schlafzimmer Eiche furn. mit Glas und Marmor, komplett 430.-
Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel in grosser Auswahl und ebenfalls billig
Prima Wollmatratzen, 3 teil. m. Keil, Jaquard u. gestreift 29,50 26,- 22,50
Freie Lieferung
Kostenlose Lagerung
Zahlungserleichterung
Möbel-, Betten-, Aussteuerhaus
Winter
STUTTGART
Tübingerstr. 92

Druck-sachen für Handel Industrie und Gewerbe
Buchdruckerei
Fr. Späth
Waiblingen-Stuttgart
Ludwigsburgerstr. 3

Neuerscheinung
B. Traven, Die Baumwollpflücker
Preis 5 Mark
Ein Abenteuer-, Arbeiter- und Vagabundenroman aus Mexiko
Von Traven sind früher im Buchhandel erschienen:
Das Totenschiff. Preis 5 Mark
Die weiße Rose. Preis 5 Mark

Ist Ihnen bekannt, daß auf der Liste der Fertigwaren, die Rußland ausführt, elektrische Glühbirnen, Farbstoffe, Chemikalien, ja sogar Kleidungsstücke stehen?
Wissen Sie, daß Italien heute Makkaroni und Seide aus Rußland einführt?
Vermuten Sie, daß Frankreich die Kessel seiner Kriegsmarine mit Sowjetöl heizt und der größte Einzelkonsument dieses Öls ist? Und daß der zweitgrößte Einzelabnehmer die italienische Kriegsmarine ist?
H. R. Knickerbocker gibt hierüber verblüffende Berichte in dem eben erschienenen Buch
der rote handel lockt
Preis 5,80 Mark
Früher ist von dem selben Verfasser erschienen:
der rote handel droht
Preis 4,80 Mark

SPART BEI DER
SPAREINLAGEN ZU DEN GÜNSTIGSTEN BEDINGUNGEN
BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, A.G.
BERLIN S 14, WALLSTRASSE 65
Zahlstelle: Stuttgart, Kronenstrasse 24

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 15. November 1931

12. Jahrgang, Nr. 46

Die Sonntags-Zeitung

An die Kette legen . . .

Die Disputation zwischen Schwarzkutten und Braunhemden über eine Teilung der Regierungsgewalt ist vorläufig ergebnislos abgebrochen worden. Hintennach behaupten jetzt beide Parteien, es sei ihnen gar nicht ganz ernst gewesen. „Eine Diskussion mit einem Gegner ist nichts als eine Frage der allgemeinen Klärung", schreibt die „Germania", und die Nationalsozialisten sind wieder zu ihrem polternden Ton zurückgekehrt.

Links: erleichtertes Aufatmen: das Zentrum hält also doch noch Stand; es wird ihm vielleicht doch noch gelingen, die Nationalsozialisten zu zermürben! Diese Stimmung findet man nicht nur bei den Sozialdemokraten (deren Politik sich ja auf diese Hoffnung gründet), sondern bis in die Reihen der Kommunisten hinein. Nun kann man natürlich nicht bestreiten, daß diese Entwicklung (Zermürbung der Nationalsozialisten durch das Zentrum) möglich ist, aber sie ist heute nicht einmal mehr wahrscheinlich. Und eine Politik, die sich auf diese Möglichkeit einstellt, ist äußerst verhängnisvoll. Die Parteien, die den Fascismus bekämpfen wollen, müssen eine durchaus selbständige Politik treiben und dürfen sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen und auf die Kraft ihrer Gefolgschaft (das ist in diesem Fall die Arbeiterschaft). Das ist alles selbstverständlich und sollte eigentlich nicht gesagt werden müssen; aber leider ist es nicht ganz unnötig, es auszusprechen . . .

*

Vorerst regiert also das Zentrum noch, zusammen mit der Reichswehr. Der Regierungskurs geht dabei scharf nach rechts. Zwei Beispiele aus den letzten Tagen: Dr. Spiecker, Leiter der Überwachungsstelle für radikale Bestrebungen im Reichsinnenministerium, ein linker Zentrumsmann aus Wirths Tagen, wird auf Nimmerwiedersehen beurlaubt, und in einem Rundfunkstreit kämpft Gröner gegen Preußen und die Sozialdemokraten.

Gegen die KPD wird ein Pressefeldzug inszeniert; Meldungen über Zersetzungsarbeit in der Reichswehr tauchen auf; nächsten Dienstag werden die Innenminister der Länder in Berlin über die Bekämpfung der kommunistischen Bewegung beraten — offenbar soll ein Verbot der KPD, vielleicht sogar der Belagerungszustand vorbereitet werden.

Hier möchten die Nationalsozialisten gerne dabei sein; sie möchten sich einschalten. Offen bieten sie sich als Helfer an, wenn das „Untermenschentum" an die Kette gelegt werden soll. Wird das Zentrum das Angebot im Augenblick der Gefahr ablehnen? Ablehnen können? Hermann List

„Wer behauptet, für die Sicherheit und Ordnung in Deutschland sich einsetzen zu wollen, der muß zunächst einmal die kommunistische Partei unschädlich machen. Hier kann er sein Meisterstück zeigen ... Die Brutstätten der Mordorganisationen auszuräuchern, der Hydra die Köpfe abzuschlagen, das niemals besserungsfähige Untermenschentum an die Kette zu legen, das ist die erste Voraussetzung, wenn das deutsche Volk für die unermeßlichen Aufgaben, die seiner harren, endlich Ruhe bekommen soll."
(„Völkischer Beobachter")

Ein Rundfunkstreit

Am 9. November hat der Reichsbannerführer Höltermann im berliner Sender eine Rede gehalten. Das Manuskript der Rede ist vorher dem politischen Überwachungsausschuß (der aus zwei Vertretern Preußens und einem Vertreter des Reichs besteht) vorgelegt worden. Der Reichsvertreter verlangte eine Reihe von Änderungen, denen die Vertreter Preußens nur zum Teil zustimmten. Da sie die Mehrheit hatten, wurde der Vortrag in der von ihnen gebilligten Fassung genehmigt.

Der Vertreter des Reichs aber überbrachte das Manuskript sofort dem Reichsinnenminister Gröner. Dieser erklärte, auch er sei der Ansicht, daß der Vortrag in der vom Ausschuß gebilligten Fassung „nicht tragbar" sei, schrieb einen Brief an das preußische Staatsministerium und legte diesem nahe, das Manuskript zu ändern. Der Brief kam aber erst in die Hände des zuständigen Staatssekretärs, als der Vortrag schon gehalten war.

Nun verlangt der Reichswehr- und -innenminister, daß die Zusammensetzung der Überwachungsausschüsse (die bei jedem Sender aus einem Vertreter des Reichs und zwei Vertretern der jeweiligen Länder bestehen) geändert werden, damit der Vertreter des Reichs nicht so leicht überstimmt werden kann. Und damit wird der Deckel von einem Hexenkessel von Fragen der Rundfunkpolitik und der Reichs- und Länderpolitik gehoben.

Wir wollen davon schweigen und nur bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, wie jetzt allmählich auch die Sozialdemokraten in der von ihnen geknüpften Schlinge der Notverordnungen gefangen werden. (Vgl. auch das Verbot des braunschweiger „Volksfreunds".)

Die Brückenreparatur

Der Krieg in der Mandschurei zwischen China und Japan geht weiter. Der Völkerbund hat bisher (abgesehen vom Empfangen und Verschicken von Noten) noch nichts getan. In den Noten an den Völkerbund stellt jede der streitenden Parteien sich als das friedliche Lamm und die Gegenpartei als den bösen Wolf dar. Die Japaner machen dem Völkerbund nun schon zum zweitenmal klar, daß sie nur deswegen Truppen in der Mandschurei stehen haben, damit eine von den Chinesen zerstörte Brücke über den Nonni-Fluß repariert werden könne.

Die Reparatur kann unter Umständen sehr teuer werden.

Front der Vernünftigen

Als die neugewählte Hamburger Bürgerschaft ihr Präsidium zu wählen hatte, war sie ein einig Volk von Brüdern — gegen die Kommunisten. Der Fraktionsführer der Sozialdemokraten, Podeyn, redete von der „Front der vernünftigen Menschen"; und das „Stuttgarter Neue Tagblatt", das nur mit Mühe seine nationalsozialistischen Triebe einstweilen noch zügelt, kommentiert: „Diese Front ist ohne disziplinarische Mittel bei der Präsidentenwahl von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten zustande gekommen und hat alle kommunistischen Angriffe wirkungslos verpuffen lassen." — Solches Lob aus solchem Munde — da kann man nur gratulieren!

Holzschnitt von Hans Gerner

Der Völkerbund

Rohstoff-Hausse

Zur Abwechslung will ich der Redaktion der S.-Z. einmal einen kleinen Bericht über die Warenmärkte schicken. Es geht dort nämlich zurzeit sehr bewegt zu.

Seit Anfang Oktober erleben wir eine ziemlich stürmische Hausse in Rohstoffen. An der Spitze der Hausse-Bewegung steht das Getreide. Weizen z. B. ist vom 1. Oktober bis 6. November in Chicago von 47 auf 66 gestiegen (Währung und Quantum ist ja gleichgültig; das Verhältnis ist wichtig), Roggen in Chicago von 37 auf 50, Mais von 35 auf 47. Auch in Deutschland, das durch seine Schutzzollpolitik vom Weltgetreidemarkt fast völlig „abgehängt" ist, haben wir ja von der Hausse-Bewegung etwas gespürt.

Zucker und Kaffee haben „angezogen" und „liegen fest". Baumwolle ist in den letzten Wochen um etwa 15 Prozent gestiegen; auch die Preise von Leder und Häuten gehen in die Höhe.

Auch verschiedene Metalle sind im Preis gestiegen. Kupfer z. B. in Berlin vom 1. Oktober bis 6. November von 53 auf 61, Zink von 20 auf 23.

Leinsaat „behauptet", Kautschuk abgeschwächt.

Das war der Stand der wichtigsten Rohstoffe etwa am 6. November. Seither hat sich die Hausse am Getreidemarkt fortgesetzt, die Märkte der übrigen Rohstoffe haben sich behauptet.

Die Ursache dieser Rohstoff-Hausse war zunächst die Ankündigung Hoovers, die amerikanischen Banken würden eine liberalere Kreditpolitik treiben. Der Besuch Lavals hat zwar dieser Kreditpolitik bald ein Ende gemacht, aber der Preisanstieg hat sich trotzdem fortgesetzt. Erstens weil die in manchen Ländern nach dem Pfundsturz drohende Inflationsgefahr eine „Flucht in die Sachwerte" hervorrief, und zweitens weil bei manchen Rohstoffen die Lagervorräte zurückgegangen sind.

Wenn man untersuchen will, ob die gegenwärtige Rohstoffstoff-Hausse wirklich zu einem Konjunkturumschwung führen wird (was manche Optimisten hoffen), dann ist natürlich diese zuletzt angeführte Ursache (Rückgang der Lagervorräte) am wichtigsten. Vorrätevernichtung und Produktionsdrosselung haben offenbar bei manchen Rohstoffen ihre Wirkung getan. Bei Kaffee z. B. läßt sich ein Rückgang der Weltvorräte feststellen; ebenso bei Getreide (besonders bei Weizen) und pflanzlichen Ölen. Bei Kupfer wird eine erneute starke Produktionsdrosselung erwogen, was sich wohl bald auf die Preise auswirken wird.

Es lassen sich also ohne Zweifel Ansätze zu einem Konjunkturumschwung konstatieren. Andererseits freilich stehen dem Umschwung eine Reihe von Hindernissen entgegen, vor allem die politische Beunruhigung und die ungeheure Kaufkraftvernichtung, die in vielen Ländern immer noch fortgesetzt wird. Fritz Lenz

Letzte Meldung vor Redaktionsschluß: An den Warenmärkten ist ein starker Rückschlag eingetreten. Red. d. S.-Z.

Einer Reutermeldung aus Rio de Janeiro zufolge beabsichtigt die brasilianische Regierung, auf ihren Eisenbahnen Briketts zu verfeuern, die aus gepreßten Kaffeebohnen hergestellt werden. Sie hofft, dadurch die Vorräte an Kaffee, die bisher ins Meer geworfen wurden, aufzubrauchen. Außerdem hat sie Versuche angeordnet, um aus den Kaffeebohnen Alkohol, Öl und Zellulose zu gewinnen.

Büsingen bleibt badisch

In Nr. 43 der S.-Z. ist berichtet worden, zwischen der Reichsregierung und dem schweizerischen Bundesrat stünden Verhandlungen über den Austausch von Exklaven bevor: die auf schweizerischem Boden liegende badische Gemeinde Büsingen solle gegen Waldgrundstücke ausgetauscht werden.

Jetzt wird gemeldet, daß die deutsche und die badische Regierung diesen Austausch abgelehnt haben. Der hundertjährige Konflikt zwischen Baden und der Schweiz wegen Büsingen wird also wohl auch im 20. Jahrhundert nicht gelöst werden.

Balkanoperette

Der König macht Wahlen

Von X. Y. Z., Serajewo

Am 8. November haben auf Anordnung des Königs Alexander die Wahlen zum jugoslavischen Parlament stattgefunden.

Der Anfang Dezember 1918 gegründete Staat bekam den Namen „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" (SHS) und hatte schon vor seiner Konstituierung infolge der Streitereien zwischen den feindlichen Brüdern die schwersten Gefahren zu bestehen. Denn die Serben wollten weniger eine Vereinigung auf panslavischer, föderalistischer Grundlage als vielmehr eine großserbische Zentralisation. Dabei sind von den 12,5 Millionen Südslaven nur 42 Prozent Serben, die Kroaten machen 21 Prozent der Bevölkerung, die Slowenen 7 Prozent aus. Der große Rest zerfällt in ein Gemisch von Minderheiten der verschiedensten Rassen und Religionen: Deutsche, bosnische Mohamedaner, Magyaren, Rumänen, Italiener usw.

Der Kampf um die innere Gestaltung dieses Staates wogt seit seiner Gründung ununterbrochen hin und her, wobei die Serben, im Besitz der Machtmittel, die anderen unterdrückten. Eine verwirrende Fülle von Intrigen, Wortgefechten und Morden kennzeichnen die kurze Geschichte dieses Staates. Besonders war die kroatische Bauernpartei ein dauernder Hemmschuh für die Pläne der Serben.

Da machte am 6. Januar 1929 König Alexander einen Putsch mit Hilfe des Heeres. Er ernannte sich zum alleinigen Diktator, um dem Lande „inneren Frieden und äußere Geltung" zu verschaffen. Der Staat hieß fortan Jugoslavien. Das Parlament wurde aufgelöst; gegen jede Art von Opposition wurden unerhört scharfe Ausnahmegesetze erlassen. Die Presse wurde gänzlich von der Regierung übernommen und subventioniert. Selbst die ausländischen Berichterstatter wurden unter Beobachtung gestellt. So befindet sich zurzeit nur noch ein ständiger, offizieller reichsdeutscher Journalist in Belgrad, die anderen bekamen die Pässe zugestellt.

Die inneren Verhältnisse besserten sich aber keineswegs. Die Unterdrückung der Minderheit führte zu einer wachsenden Verbitterung. Die Folge waren verschiedene Sabotageakte, die durch die Zensur dem Ausland nur lückenhaft bekannt wurden, da das Brief- und Telegrammgeheimnis besonders nach dem Ausland de facto aufgehoben ist.

Der Großteil der Bevölkerung treibt Landwirtschaft. Die Regierung versuchte nun durch Stützungskäufe den Getreidepreis zu halten. Durch die internationale Agrarkrise führte dieser Plan zu großen Verlusten. Das Getreide konnte überhaupt noch nicht abgesetzt werden; die Bauern haben ihr Getreide los und kein Geld. Es wurde ihnen zuerst erklärt, der Erlös werde auf die Steuern verrechnet. Als aber diese fällig wurden und das Getreide nicht im Ausland abgesetzt werden konnte, mußten die Bauern trotzdem sofort bezahlen — oder wurden gepfändet.

Die innere Lage wird weiter verschärft durch die Tatsache, daß sämtliche höheren Ämter nur von Serben besetzt werden. Das reizt immer wieder den Stolz der Kroaten, die im Rahmen der Habsburger Doppelmonarchie eine weitgehende Autonomie genossen hatten. Besonders das Heer ist ganz in serbischen Händen. Der kostspielige Militär- und Polizeiapparat verschlingt die Gelder, die für die Erschließung und für den Aufbau des Landes verwendet werden sollten. Dabei neigt sich die Scheinblüte der letzten Jahre deutlich ihrem Ende zu. Verschiedene Banken befinden sich in ernstlichen Schwierigkeiten. Das Budget ist nicht ausgeglichen, alte Anleihen werden bald fällig. Woher neue bekommen?

Damit entwickelte sich die innere zu einer äußeren politischen Krise. Das zeigte sich am deutlichsten anläßlich des „Hooverjahres", als Jugoslavien als einziger Staat dem Abkommen nicht beitrat. Frankreich sprang auch diesmal wieder hilfreich ein, verlangte aber neben den wirtschaftlichen noch politische Garantien, ehe es erneut seinen Sparstrumpf öffnete und eine Anleihe von 300 Millionen Franken gab. Die wichtigste dieser Garantien war, daß eine Verfassung gegeben und ein Parlament gewählt werden sollte.

Der König gab seine Zustimmung. Er und seine (von ihm ernannten) Minister hofften durch eine „gute" Wahl ein besonders kräftiges Argument gegen die Minderheitenbeschwerden beim Völkerbund zu bekommen. Außerdem hoffte man auf eine propagandistische Wirkung bei den Kulturstaaten. Damit begann nun die Balkanoperette einer Wahl. Man hatte schon früher tüchtige Vorarbeit geleistet. Die Einteilung des Landes in neun Banate war rein nach dem Gesichtspunkt erfolgt, in möglichst vielen den Serben eine Mehrheit zu verschaffen bzw. die völkischen Einheiten zu spalten.

Am 3. September kam dann die königliche Bekanntmachung, daß die Diktatur beendet sei und der König eine neue Verfassung erlassen habe, kraft welcher am 8. November Wahlen stattfinden sollten.

Das am 7. September erlassene Wahlgesetz hob keineswegs die während der Diktatur erlassenen Gesetze gegen die Opposition auf. Diese Gesetze verbieten jede Partei, deren Tätigkeit sich gegen die jetzige Regierung richtet. Die Versammlungsfreiheit war ebenfalls aufgehoben worden. Außerdem wurde durch Bedingungen, die unmöglich zu erfüllen waren, die Aufstellung von Wahllisten verhindert. So kam es, daß überhaupt nur eine Liste, die der Staatspartei, an deren Spitze der Ministerpräsident General Schiwkowitsch kandidierte, zur Wahl stand. Die Wahl war öffentlich. Der Abstimmende hatte in einer ausliegenden Liste den ihm genehmen Kandidaten zu bezeichnen. Wer nicht gewählt hat, dem drohen von den Behörden oder von seinem Brotherrn alle nur möglichen Schikanen. (Es werden z. B. Dörfer je nach dem Abstimmungsergebnis bei der Steuerschätzung eingestuft.)

Den passiven Widerstandsgürtel der Oppositionsparteien hat nur eine durchbrochen: die der deutschen Minderheit. Unter ihrem Führer Dr. Stefan Kraft haben sie mit General Schiwkowitsch einen Vertrag geschlossen, wonach sie sechs

bis sieben Kandidaten aufstellen dürfen und auch ferner wohlwollend geduldet werden.

Von diesen Kandidaten ist nur einer, Dr. Kraft, gewählt worden, ein magerer Gewinn, wenn man bedenkt, daß sich die Deutschen durch ihre Wahlbeteiligung mit den übrigen Minderheiten entzweit haben und jetzt als Stützen des Regimes der brutalen Gewalt angesehen werden. Im übrigen haben etwa 70 Prozent der Wahlberechtigten für die Regierungsliste gestimmt, 30 Prozent haben sich enthalten. (In Agram, der Hauptstadt Kroatiens, haben nur 42 Prozent für die Regierung gestimmt.)

An der inneren und äußeren Politik Jugoslawiens wird das Wahlergebnis nichts ändern.

Der krisenfeste Arbeiter

In einer Versammlung in Darmstadt am 8. November hat der Reichsfinanzminister Dietrich über die Weltwirtschaftskrise gesprochen und dabei u. a. gesagt:

„In der Arbeitslosenversicherung, für die wir die unerhörte Summe von über drei Milliarden ohne jeden Gegenwert an arbeitswillige Menschen zahlen, liegt der Kern unserer inneren Nöte. Wie weit mit Arbeitsbeschaffung geholfen werden kann, ist ein weiterer Streitpunkt. Aber an eins müssen wir denken: eine Entwicklung hervorzurufen, bei der wir einen krisenfesten Arbeiter schaffen, das heißt einen Arbeiter, den nicht der Verlust der Arbeitsstelle sofort besitz- und mittellos macht, einen Mann mit so viel Land, daß er darauf einen erheblichen Teil seines eigenen Bedarfs produzieren kann."

Das ist das Ideal der kapitalistischen Führer: der krisenfeste Arbeiter. Man gibt ihm ein oder zwei Morgen Land am Rand der Großstadt, da soll er sich seine Hütte und seinen Hühnerstall zimmern, seinen Kohl bauen und Kleintierzucht treiben. Man braucht ihm dann keinen so hohen Lohn zu zahlen. Und wenn er entlassen wird, braucht er keine Arbeitslosenunterstützung mehr, sondern soll sich selbst ernähren, so gut es geht.

Herrlich weit haben wir's gebracht, daß unsere Führer aus der „Krise aus Überfluß" keinen andern Weg mehr wissen!

Die Regierung beabsichtigt, für die Ansiedlung von 20 000 Erwerbslosen 50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Zurück zum Lendenschurz

Der „Früchtehandel", das Fachorgan der Früchte- und Gemüsebranche, stellt uns überzivilisierten, anspruchsvollen Europäern die Neger als Vorbild hin. Und zwar in folgenden Sätzen:

„Es ist ein Zeichen der Zeit, wenn z. B. aus den Tropen gemeldet wird, daß Kreise der Eingeborenen, die unter den schlechten Verhältnissen sehr leiden, beschlossen haben, der mühsam errungenen Kultur den Rücken zu kehren. Man will sogar die europäische Kleidung aufgeben und durch den Lendenschurz ersetzen! ... Das geschieht ... zu der gleichen Zeit, wo in Deutschland ein siebzehnjähriges Kind nach „allgemein verbindlichem Tarif" pro Woche sage und schreibe 38 Mark verdienen muß und wo es noch Branchen gibt, die wöchentlich über 100 Mark Wochenlohn zahlen an Arbeiter, die vor dem Kriege noch lang nicht die Hälfte verdienten."

Es geht den Arbeitern in Deutschland immer noch viel zu gut. So lange sie sich nicht mit Bananenschalen bekleiden, ist es noch nicht schlimm.

Rezept für Gehaltsabbau

Am 4. Juni 1786 hat Friedrich der Große einem Geheimrat v. T., der ihm als bestes Mittel zur Sanierung der Staatskasse Gehaltskürzungen empfohlen hatte, folgendes Schreiben geschickt:

„Ich danke dem Geheimen Rat von T. für Seine guten Gesinnungen und Seinen ökonomischen Rat. Ich finde aber solchen umso weniger applikabel, als die Leute jener Klasse ohnehin schon so kümmerlich leben müssen, da die Lebensmittel und alles jetzt so teuer ist, und sie eher eine Verbesserung als Abzug haben müssen. Indessen will ich doch Seinen Plan und die darin liegende gute Gesinnung annehmen und Seinen Vorschlag an Ihm selber zur Anwendung bringen und Ihm jährlich 1000 Thaler mit dem Vorbehalte am Traktament abziehen, daß Er sich übers Jahr wieder melden soll und mir berichten kann, ob dieser Etat Seinen eigenen häuslichen Einrichtungen vorteilhaft oder schädlich sei. Im ersten Fall will ich Ihn von Seinem so großen als unverdienten Gehalte von 4000 Thaler auf die Hälfte heruntersetzen und bei Seiner Beruhigung Seine ökonomische Gesinnung loben, und auf die anderen, die sich deshalb melden werden, diese Verfügung in Applikation bringen."

Als Gesamtzahl der Arbeitslosen am 31. Oktober wird von der Reichsanstalt 4 622 000 angegeben.

Der Fall Schlaffer

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schlaffer ist vom Schnellgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er nach Beendigung einer großen Revolutionskundgebung in Stuttgart auf Verlangen der 8000 Teilnehmer einige politische Worte gesprochen hat. Die drei Monate sind das Mindestmaß, das von der Notverordnung für sein Verbrechen vorgesehen ist. Das Gericht konnte, sobald es einmal die Schuld des Angeklagten annahm, nicht milder strafen. Vielleicht hätte sich ein anderer Richter geschickt aus der leicht komischen Affäre gezogen, indem er die Schuld — nicht gefunden hätte.

Denn schließlich handelte es sich um eine Bagatelle: Die Revolutionsfeier war vom Polizeipräsidenten unter ganz besonders schweren Auflagen genehmigt worden. Schlaffers Rede, die zuerst im Wortlaut der Polizei vorgelegen hatte, wurde nicht zugelassen; die Übertragung von Reden und Ansprachen aus Moskau war untersagt; genehmigt waren nur die Verlesung eines Artikels von Hermann Remmele und diejenigen „Reden, Ansprachen, Verlesungen, Sprechchöre und dergleichen, die dem Polizeipräsidium im Wortlaut vorgelegen haben und ausdrücklich nicht beanstandet worden sind". Ferner mußten der Polizei „sämtliche Redner und Verleser von Kundgebungen, Resolutionen oder Entschließungen sowie die Vorleser von Sprechchören, Eidesformeln u. ä." vor der Veranstaltung namentlich bekanntgegeben werden.

Es war ferner in der Verfügung des Polizeipräsidiums ausgesprochen, daß man sich bei Zuwiderhandlungen das Recht vorbehalte, „weitere Veranstaltungen der KPD bis auf weiteres nicht mehr zuzulassen, letzteres insbesondere auch dann nicht, wenn vor oder nach der Veranstaltung entgegen dem bestehenden Verbot Demonstrationsversuche unter freiem Himmel gemacht werden sollten". Dieser absonderliche Passus würde wohl kaum die Sanktion eines Richters finden; er war ein Lapsus, und es ist anzunehmen, daß selbst das Polizeipräsidium aus ihm nicht die angedrohte Konsequenz gezogen hätte, falls wirklich vor oder nach der Feier Demonstrationen vorgekommen wären. Denn man mag schließlich einen Versammlungsleiter oder eine veranstaltende Organisation verantwortlich machen für Zwischenfälle, die sich im Verlauf der Veranstaltung ereignen — man kann sie unmöglich verantwortlich machen für das Benehmen der Versammlungsteilnehmer außerhalb des Saales, auf dem Weg von und zu ihren Wohnungen. Und erst recht die Erwägung, daß ein solcher Passus gegnerische Organisationen geradezu locken muß, durch Veranstaltung von Klamauk vor oder nach der Veranstaltung den Veranstaltern die Polizei auf den Hals zu hetzen, macht die Unmöglichkeit einer solchen Konsequenz klar.

Unter den oben geschilderten Umständen hat nun der Abgeordnete Schlaffer auf immer wiederholtes Verlangen der Versammlungsteilnehmer nach Schluß der Feier etwa vier Minuten gesprochen. Er begann mit einigen beruhigenden Worten und schloß mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Gemeindewahlen. Die Anwesenden, die vorher noch gerufen hatten: „Wir gehen nicht fort, bevor Genosse Schlaffer gesprochen hat!" gingen zufrieden nach Hause, und alles war gut. Hätte er nicht geredet, so hätte es sicher einen Tumult gegeben.

Vielleicht war sich auch der Kriminalbeamte, der in der Zelle der Lautverstärkungsanlage saß, um nötigenfalls den Lautsprecher auszuschalten, darüber klar, daß zur Beruhigung der Masse einige Sätze Schlaffers das geeignetste Mittel wären. Hätte er nicht so gedacht, so hätte er doch schleunigst den Lautsprecher abstellen und so wenigstens verhindern müssen, daß der Großteil der Zuhörerschaft, der ohne Lautsprecher den Redner nicht hätte hören können, von Schlaffers staatsgefährlicher Stimme erreicht wurde. Er hat es nicht getan — man wird ihm doch nun nicht gar noch wegen Beihilfe den Prozeß machen?

Max Barth

Sklavenarbeit

Beim Völkerbund existiert auch eine Kommission zur Bekämpfung der Zwangsarbeit in den Kolonien. Wahrscheinlich ist sie für die nächsten zehn Jahre mit der Ausfertigung von umfangreichen Denkschriften beschäftigt, und sicher hat diese Tätigkeit den Zweck, die kolonisierenden Staaten auf absehbare Zeit nicht in ihren Geschäften zu stören. Die Tatbestände, die hier in mühseliger Aktenarbeit zusammengetragen werden, sind ja weithin bekannt. Man weiß, daß die Eingeborenen da und dort unter den verschiedensten Methoden zu Zwangsarbeit herangezogen werden; nicht nur für öffentliche Arbeiten, sondern auch für private Unternehmungen. Die Entlohnung dieser modernen Sklaven ist gleich null. Und um das, was sie erhalten, werden sie meist noch auf raffinierte Weise geprellt.

Frankreich ist in diesen Ausbeutungsmethoden besonders findig. Die stolzen Triumfe, die es vor kurzem auf seiner Kolonialausstellung gefeiert hat, waren nur möglich durch die Blutarbeit der zur Arbeit gepreßten Eingeborenen. Neuerdings hat man, wie die Zeitschrift „Geopolitik" berichtet, in Französisch-Westafrika den Versuch unternommen, in den Baumwollplantagen am Niger indochinesische Kulis anzusiedeln. In nächster Zeit sollen ferner in Französisch-Guinea Versuche mit indochinesischen Sträflingen gemacht werden. Wenn sie sich „bewähren", soll die Verpflanzung im großen Maßstabe erfolgen. Das Menschenreservoir im Osten ist ja unerschöpflich, und der Terror, der dort augenblicklich gegen „Rebellen" im Schwung ist, sorgt schon dafür, daß die Richtigen in das mörderische Klima Guineas verpflanzt werden.

Die Zeitschrift „Geopolitik" spricht im Hinblick auf diese Dinge von Ansätzen zu moderner Sklavenarbeit, die ein Beweis dafür seien, daß uns die Franzosen auf dem Gebiet der Kolonisation entschieden überlegen seien.

Wie herrlich könnten wir da mittun, wenn wir nur Kolonien hätten!

Studenten

Die nationalsozialistisch geleitete Deutsche Studentenschaft an der Universität Halle hat, nachdem der Radau um den evangelischen Theologen Professor Dehn halbwegs beigelegt schien, einen Aufruf veröffentlicht, der mehr als alles andere zeigt, in welcher sturen Geistesverfassung ein großer Teil der deutschen akademischen Jugend sich heute befindet. Schon als die Studentenschaft im Frühjahr ds. Js. in Heidelberg gegen Dehn anging und ihn so weit brachte, auf die von der theologischen Fakultät angebotene Professur zu verzichten, wunderte man sich, warum die Herrchen sich so wenig der Mühe unterzogen hatten, die Vorwürfe, die sie Dehn machten, einwandfrei nachzuprüfen. Es genügte zu hören, Dehn sei Sozialist und Pazifist, um ihn in den Augen der jungen Leute als „einen nach Charakter und Anschauungen sehr fragwürdigen Dozenten" erscheinen zu lassen.

Über die Fragwürdigkeit ihrer eigenen Haltung haben sie keine Zeit, einmal ernsthaft nachzudenken, ihnen genügt es schon, eine von der ihrigen abweichende Meinung über das Heldentum der im Weltkrieg Gefallenen zu hören, um sofort mit der Anklage der Totenschmähung zur Hand zu sein. Sie halten ja den Nationalsozialismus für die edle Frucht der Blutsaat des Massenmordens, und sich selbst für die berufenen Vollstrecker des Willens der Toten, die nach der Meinung der Hitlerjünglinge schon deshalb nicht für einen „Dreck" gefallen sein können, weil sie angeblich alle das Heldenideal im Kopf hatten, von dem auch Adolfs Heerscharen beseelt sind, wenn sie händelsüchtig in die Saalschlachten ziehen. Die edlen Gefühle und das „heilige Wollen" in Ehren, aber solch gefühlsmäßiger Drang ist auch dann noch gefährlich, wenn er nicht wie im Falle der heutigen studentischen Jugend zu Neunzehntel in einem unreinlichen Gemisch hohler Lesebuch- und Zeitungsfrasen erstickt ist.

In dem Aufruf wird etwas von nationalem Wollen und pazifistischem Ungeist gefaselt, glühender Haß denen angekündigt, die „uns" das deutsche Heldenideal rauben wollen, und zuletzt auf das Blutopfer von Langemark verwiesen. Aber gerade Langemark ist ein Schulbeispiel für jenen sturen Draufgängergeist, der uns schon im letzten Krieg gefährlich geworden ist. Selbst wenn es stimmen würde, daß junge Soldaten vor Langemark in so dekorativer Weise in den Tod gegangen wären, wie das heute behauptet wird, bliebe immer noch die Sinnlosigkeit ihres Einsatzes, und es wäre schon der Mühe wert, sich einmal mit diesen ganzen Fragen so ernst auseinanderzusetzen wie das Professor Dehn in seinem Vortrag in Magdeburg offenbar getan hat. Aber schon die Tatsache, daß die jungen Leute unbedenklich eine Linie ziehen zwischen Langemark und ihrem Draufgängertum in Parteiversammlungen, deren Opfer letzten Sonntag zusammen mit den Opfern des Weltkriegs „geehrt" wurden, zeigt die Oberflächlichkeit ihrer Betrachtungsweise. Wer an einem Heldenideal klebt, das zu betätigen gar kein Raum mehr ist, liefert sich leicht der Möglichkeit aus, eines schönes Tages nicht als ein Held, sondern als ein Dummkopf zu erscheinen, und er darf sich nicht wundern, wenn Andersgesinnte sich dagegen wehren, Mitopfer seiner sturen romantischen Haltung zu werden.

Mauthe

In der berliner Stadtverordnetenversammlung haben die Nationalsozialisten einen Antrag auf „Besteuerung der Fremdworte in öffentlichen Ankündigungen" eingebracht. — Eine Besteuerung von schlechtem Deutsch wäre, wie ein Blick in die Nazizeitungen lehrt, vielleicht einträglicher.

G. W. Fr. Hegel

Ein revolutionärer Denker

Von Hermann List

Am 14. November 1831 ist Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Professor in Berlin, an der Cholera gestorben (geboren 1770 in Stuttgart).

Hegel — ein revolutionärer Denker? Weil er 1792 als Theologiestudent im tübinger Stift zusammen mit Hölderlin und Schelling einen politischen Klub gründete und aufrührerische Reden führte? Weil die Stiftler damals eines Tages nach dem Essen aufstanden und, statt zu beten, im Chor die Marseillaise sangen, die ihnen ihr Kommilitone Hegel übersetzt hatte?

Oder weil er noch als kgl. preußischer Professor in Berlin in seinen Vorlesungen die französische Revolution einen „herrlichen Sonnenaufgang" nannte?

Oder weil er alljährlich, bis zu seinem Tod, am Tage des Bastille-Sturms ein Glas auf die Ideen von 1789 leerte?

Nein; sondern weil er, konsequent wie kein Filosof vor ihm, die dialektische Methode anwandte und weil diese Methode revolutionär ist. „Wir sagen, daß alle Dinge zu Gericht gehen, und haben hiermit die Anschauung der Dialektik, als der allgemeinen unwiderstehlichen Macht, vor welcher nichts, wie sicher und fest dasselbe sich auch dünken möge, zu bestehen vermag."

◆

Wer metafysisch denkt, betrachtet die Erscheinungen (sei's der Natur sei's der Geschichte) als etwas Starres, Zufälliges; die Gegensätze sind für ihn scharf geschieden: hie gut, hie böse; hie Wahrheit, hie Irrtum; hie Herr, hie Knecht; hie Sozialismus, hie Kapitalismus, oder was für Beispiele wir nun nehmen wollen. Der Dialektiker dagegen betrachtet die Erscheinungen in ihrem Entstehen und Vergehen, in ihrer Entwicklung, und zwar in ihrer sich nach bestimmten Gesetzen vollziehenden Entwicklung. Und in der Entwicklung sieht er die Einheit der Gegensätze, deren Kampf die Entwicklung vorwärts treibt.

◆

Das ist alles ziemlich abstrakt ausgedrückt. Machen wir uns das Gesagte an einem Beispiel etwas deutlicher, und zwar am Beispiel der Geschichtsbetrachtung Hegels.

Hegel hat die Geschichtsauffassung der Materialisten des 18. Jahrhunderts, der Aufklärungszeit, überwunden. Diese glaubten, der menschliche Verstand regiere die Welt und die Geschichte; dieser Fürst ist ein Verbrecher und stürzt sein Volk ins Unglück, jener ist ein gütiger Mensch und bringt seinem Volk Glück. Dieser Staatsmann ist töricht, jener weise; je nachdem geht der Gang der Geschichte rückwärts oder vorwärts. Das Merkantil-System (das zu jener Zeit vom fysiokratischen System abgelöst wurde) hat versagt, weil es eine Verirrung des menschlichen Geistes war; wären die Menschen gescheiter gewesen, dann hätten sie es gar nicht eingeführt. So wird für den naiven Materialismus alles in der Geschichte ein Spiel des Zufalls.

Hegel dagegen faßte die Geschichte als einen Entwicklungsprozeß auf und versuchte, den allmählichen Fortschritt dieses Prozesses durch alle scheinbaren Zufälligkeiten zu verfolgen und die ihn bestimmenden Gesetze zu entdecken. Alles, was geschieht, ist notwendig und vernünftig — und wert, daß es nach einiger Zeit zugrunde geht. Das Merkantilsystem z. B. ist für Hegel nicht dem Kopf irgend eines Idioten entsprungen, sondern das Produkt einer gewissen Entwicklungsstufe, also für eine bestimmte Zeitdauer notwendig und vernünftig. Die Entwicklung aber geht weiter, das System entspricht nicht mehr den Bedürfnissen der Zeit, stirbt ab und macht einem andern Platz, das schon während des Absterbens des vorhergehenden allmählich sich gebildet hat. Das Alte, das eine Zeit lang vernünftige Wirklichkeit war, verschwindet, und in dem Maße, in dem es vergeht, entsteht das Neue — das ist der vom Kampf der Gegensätze vorwärtsgetriebene dialektische Prozeß. An die Stelle der Zufälligkeit der menschlichen Willkür und Einsicht setzt Hegel also die Notwendigkeit und die Gesetzmäßigkeit. „Das Dialektische ... ist das Prinzip, wodurch allein immanenter Zusammenhang und Notwendigkeit in den Inhalt der Wissenschaft kommt."

Dabei sind für Hegel alle Erscheinungen einer bestimmten Epoche (Filosofie, Recht, Kunst, Wirtschaft usw.) aufs engste verbunden. „Nur mit dieser Religion kann diese Staatsform vorhanden sein, so wie in diesem Staate nur diese Philosophie und diese Kunst." (Spengler hat das 100 Jahre später mit großem Tamtam wieder entdeckt.) Diesen Zusammenhang erklärt Hegel dadurch, daß er hinter allen Erscheinungen eine einheitliche Ursache sucht und entdeckt: den Weltgeist. Alle Ereignisse der Natur- und Menschengeschichte sind für ihn nur Erscheinungsformen des selbständig wirkenden und sich entwickelnden Geistes. Das ist der Idealismus Hegels.

◆

Dieser Idealismus Hegels ist überwunden worden vom Marxismus, vom dialektischen Materialismus, der sich vom naiven Materialismus der Aufklärungszeit eben dadurch unterscheidet, daß er dialektisch ist, daß er von Hegel die Dialektik übernommen hat. Auch Marx, Engels, Lenin und alle Marxisten sehen in der Geschichte einen gesetzmäßig verlaufenden, von menschlicher Willkür unabhängigen Prozeß; auch sie betrachten z. B. den Kapitalismus nicht als „böse" oder als eine Verirrung des menschlichen Geistes, sondern als eine auf einer bestimmten Entwicklungsstufe notwendige historische Periode, die vom Sozialismus, der ja gleichzeitig mit dem Absterben des Kapitalismus schon sich entwickelt, abgelöst werden wird; auch sie suchen nach einer gemeinsamen Ursache aller Erscheinungen, finden sie allerdings nicht, wie Hegel, im Weltgeist, sondern in den Produktionsverhältnissen (wozu in gewissem Sinne auch Boden, Klima usw., die „Naturbedingungen der Arbeit", wie Marx sagt, gehören). Damit ist die idealistische Dialektik Hegels auf den Kopf, bzw. vom Kopf auf die Füße gestellt und im dialektischen Materialismus „aufgehoben". In ihm lebt die Filosofie Hegels heute noch fort.

◆

Wir haben als Beispiel die Geschichtsbetrachtung gewählt, weil sie im Marxismus die größte Rolle spielt. Aber die Dialektik läßt sich natürlich auch auf jedem andern Gebiet anwenden (weil eben die Wirklichkeit dialektisch ist); besonders die Natur liefert eine Überfülle von Beispielen dialektischer Entwicklungsprozesse. Auch viele filosofische Fragen lassen sich nur dialektisch lösen, z. B. die des Verhältnisses von Notwendigkeit und Freiheit oder von relativer und absoluter Wahrheit. („Die materialistische Dialektik von Marx und Engels schließt unbedingt den Relativismus ein, d. h. sie gibt die Relativität aller unserer Kenntnisse zu, aber nicht im Sinne der Verneinung der objektiven Wahrheit, sondern im Sinne der geschichtlichen Bedingtheit der Grenzen der Annäherung unserer Kenntnisse an diese Wahrheit." Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus.) Darüber mehr als An-

Friedmann

Auf den Artikel „Tuberkuloseinteressentenkapital" in der letzten Nummer der S.-Z. haben wir folgende Zuschrift erhalten, zu der wir nur in einem Punkt etwas bemerken möchten: wäre es (entgegen der Meinung des Verfassers) nicht der Mühe wert, die Vorwürfe Friedmanns einmal genau zu untersuchen und zurückzuweisen? D. Red.

Es ist kein Zweifel, daß kapitalistische Tendenzen auch in der Medizin eine große Rolle spielen. Es ist z. B. unerträglich, wie technische (Höhensonne!) und chemische Kapitalinteressen das Tun einer großen Zahl von Ärzten beeinflussen. Wenn man das so gut als möglich unterbinden will, gibt es wohl keinen andern Weg als den der sog. Sozialisierung des Heilwesens, eine Lösung, die auffallenderweise Widerstände gefühlsmäßiger Art nicht zuletzt in sozialistischen Kreisen findet.

Aber es ist ungeheuerlich, wenn Friedmann und seine Freunde und „Interessenten" bei der andern Seite von „Tuberkuloseinteressentenkapital" reden; das hört sich wirklich an wie: „Haltet den Dieb!"

Friedmann hat nicht etwa wie Ehrlich seine Methode, ehe er sie geldlich verwertete, den großen Instituten und Heilstätten zu einer sachlichen Nachprüfung übergeben, sondern er hat sie — schon einige Jahre vor dem Krieg — zunächst in Amerika „ausgewertet", d. h. er hat in eigenen Behandlungsinstituten mit entsprechender Reklame sein Mittel spritzen lassen; als sich das in Amerika nicht mehr rentierte, nachdem es den Reiz der Neuheit verloren hatte, ließ Friedmann sein Mittel in Deutschland nachprüfen, d. h. man konnte es dann gegen recht gute Bezahlung kaufen. Damals haben die meisten großen Kliniken an umfangreichem Krankenmaterial das F-Mittel versucht und sind, fast durch die Bank, zu negativen Resultaten gekommen (ich selber habe an der chirurgischen Klinik in Bonn an etwa 100 Fällen mit einem anderen Arzt zusammen das F-Mittel gespritzt; wir haben keinen Nutzen, aber in vielen Fällen Schaden gesehen). Es liegt auf der Hand, daß man nach diesen Resultaten nirgends Lust verspürte, seinen Kranken eine solche Behandlung zuzumuten. Es muß dazu bemerkt werden, daß bei der Beurteilung eines Heilmittels gegen Tuberkulose die Schwierigkeit darin liegt, daß die Tuberkulose eine chronische Krankheit ist, mit wechselvollem, aber im ganzen immerhin gutartigem Verlauf, und daß in den letzten 20 Jahren die Tuberkulosesterblichkeit in allen Ländern wesentlich zurückgegangen ist, seitdem man ihre soziale Behandlung (Heilstätte, Sanierung durch nachgehende Lungenfürsorge und dgl.) nicht mehr vernachlässigte. In Deutschland z. B. ist sie von gegen 30 Prozent in einzelnen Ländern wie z. B. Baden, das früher (Tabakarbeiter) teilweise eine sehr hohe Sterblichkeit hatte, unter 10 Prozent gesunken, alles ohne Friedmann, allerdings bei Besserung der sozialen Verhältnisse der Industrie-Arbeiter (es gibt darüber eine ausgezeichnete Arbeit von Georg Wolff-Berlin „Industrialisierung und Tuberkulosesterblichkeit", die jedem interessierten Laien in die Hand gedrückt werden sollte). Wenn man die Friedmannliteratur der letzten Jahre überschaut, dann findet man bei kritischer Prüfung kaum eine Arbeit, die überzeugend einen Einfluß des F-Mittels auf den Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit dartut.

Aber es ist ja nutzlos, vor Laien in drei Sätzen etwa den Nachweis liefern zu wollen, daß das F-Mittel tatsächlich nichts taugt; denn man müßte dabei Bücher schreiben und könnte dann auch noch lange nicht den Laien als Richter anerkennen, da er die praktische Erfahrung nicht hat und da die medizinische Beweisführung von der einen und der anderen Seite für ihn immer noch Hokuspokus bedeutet, wie auch jetzt wieder der Calmette-Prozeß in Lübeck zeigt. Hier kommt es auf etwas ganz anderes an: Friedmann hat vor, besonders aber nach dem Krieg in einer durchaus kapitalistischen, profitgierigen Weise sein Mittel „auszuwerten" versucht. Er hat, da er wissenschaftliche und praktische Beweise für die Heilkraft seines Mittels nicht in genügender Weise beibringen konnte, mit politischen Mitteln versucht, den Absatz des F-Mittels zu steigern. Er hat es z. B. verstanden, den Postminister zu bewegen, daß er allen Postbeamten, die tuberkulosekrank sind, durch deren Vorgesetzten eröffnen ließ, daß sie sich mit Friedmann spritzen lassen müßten. Friedmann hat an vielen Orten sozusagen Monopole für diese Behandlung an einzelne Ärzte übertragen, ein Vorgehen, das bei ärztlicher Behandlung sonst nicht geübt wird, weil das dem ärztlichen Anstand widerspricht.

Wenn in dem „Tagebuch"-Artikel von Friedmann nun Märchen über Kirchner und Paul Ehrlich angeführt werden, neben vielen andern, so kann nur gesagt werden, daß die ärztliche Welt sich gegen Friedmann nicht mehr wendet, weil es zwecklos ist, sich in ewige Diskussionen mit ihm einzulassen. Was das Entscheidende ist: Friedmann und seine Anhänger sind durchaus im kapitalistischen Sinne Interessentengruppe und haben kein Recht, anderen das vorzuwerfen, was sie bei sich selber suchen können. Es wird sich im Lager der Ärzte kaum einer finden, der es für notwendig hält, Friedmann im „Tagebuch" zu widerlegen: keiner hat Zeit genug und Interesse, sich hier immer wieder in nutzlose Diskussionen und schließlich Prozesse zu verwickeln, die auch dann eine ungeheure Belastung für den Arzt, der mit anderen Dingen beschäftigt ist, darstellen, wenn man sie gewinnt.

Für den sozialistischen Arzt bedeutet Friedmann keine erfreuliche Erscheinung. Wir sozialistischen Ärzte verlangen sachliche Prüfung neuer Mittel, wir verlangen aber vor allem, daß bei sozialen Krankheiten nie vergessen wird, daß sie mit sozialen Mitteln behandelt werden müssen.

Dr. Eduard Kahn

Halb so schlimm

Aus der Kirche werde einer klug! Sie tut immer, als ob die Heere der Gottlosen stündlich bereit wären, die schwachen kirchlichen Hürden zu überfluten und die frommen Herden samt den unzähligen Hirten zu verschlingen. Selbst wenn man jenen Prozentsatz an Übertreibungen in Abzug bringt, der heute im Kampf der Geister nun einmal üblich ist, bliebe nach dem allem noch eine recht bedrohliche Lage der Kirche, so daß es nur verständlich wäre, wenn besonders aktive Streiter im Herrn sich heute emsig auf die Auseinandersetzung mit dem Antichrist einexerzieren.

In Wirklichkeit ist jedoch alles nur halb so schlimm, wenn man so einem prominenten kirchlichen Vertreter wie dem Superintendenten Dibelius glauben darf. In einer Sonntagsbetrachtung im „Tag" wundert er sich direkt, daß trotz der Freidenkerpropaganda die Kirchenaustrittsbewegung sich in so mäßigen Grenzen halte. Er hält sie in ihrem heutigen Umfange gewissermaßen für eine normale Erscheinung und glaubt, daß auch ohne Freidenkerpropaganda die Zahl der Dissidenten in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten unaufhörlich wachsen werde. Eine solche Scheidung, bei der der unnötige Ballast jener Vielen abgestoßen werde, die nur noch äußerlich zur Kirche gehören, bedeute nicht eine Schwächung der Kirche, sondern eine Stärkung ihrer Kraft.

Nach dieser Darstellung müßte die Kirche eigentlich froh sein, wenn ihr die Freidenkerbewegung nach Möglichkeit hilft, die segensreiche Metamorfose zu beschleunigen. Und wenn sie ihr etwas vorzuwerfen hätte, so doch nur dies, daß sie mit offensichtlich unzulänglichen Mitteln arbeitet, so daß die vielen Lauen nicht dazu kommen, im biblischen Sinne „kalt" zu werden, was wiederum zur Folge hat, daß die Kirche als Ganzes nicht „warm" werden kann.

Die Freidenker, das steht nach allem fest, sind ein Hemmschuh für die Kirche. Aber sind sie es nun im Sinne der landläufigen Gottlosenbekämpfung oder im Sinne des Herrn Dibelius? Es ist nicht leicht zu entscheiden. K. B.

Im Jahr 1930 sind in Berlin rund 67 000 Personen aus der Kirche ausgetreten, 9000 mehr als im Vorjahr. Davon waren 59 000 evangelisch (2 Prozent der Evangelischen), 6800 katholisch (1,5 Prozent), 600 jüdisch.

Nach den berliner Blättern ist an den Massenaustritten die „allgemein schlechte Wirtschaftslage" schuldig. (Die katholische Kirche hat denn auch sofort alle Kirchensteuern in Höhe von 4 Mark und darunter gestrichen.)

Sonst hieß es immer, gerade in Notzeiten erweise sich die christliche Kirche als „Hort der Schwachen und Bedrängten".

Gotteslästerung

Vom Schöffengericht Berlin-Mitte ist der Leiter einer antichristlichen Revue zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil in dem Stück der liebe Gott in verschiedenen Verkleidungen, u. a. als Hausknecht, gezeigt worden war. An den Darbietungen hatte niemand Anstoß gekommen, außer zwei Herrn, die extra zu diesem Zwecke gekommen waren.

Vor Gericht vertrat ein Zeuge die Ansicht, der liebe Gott brauche zu seiner Ehrenrettung nicht die Hilfe des Staatsanwaltes; ein anderer erklärte, er habe sich deshalb nicht in seinen religiösen Gefühlen verletzt gesehen, weil er ja nicht wisse, was für ein Kostüm der liebe Gott in Wirklichkeit trage.

Die Anstoßnehmenden siegten. Es erfolgte Verurteilung wegen Gotteslästerung. Wirklicher Grund: in der Revue war eindeutig die Rolle der Kirche im Klassenkampf aufgezeigt worden. So was wiegt schwerer als die schlimmsten Entgleisungen in der Darstellung biblischer Figuren. Sie nehmen die Herren von der Kirche tagtäglich ohne Anstand hin, wie die Praxis der theaterspielenden christlichen Vereine zeigt.

Ein besserer Herr

Die Not bringt es mit sich, daß häufig Menschen wegen Betrug vor Gericht stehen, die in besseren Zeiten mit den Gesetzen nie in Konflikt geraten wären. Da werden vor allem häufig für einen Mehrverdienst von ein paar Pfennigen Bestellzettel nachträglich geändert; das trägt dann, wenn es herauskommt, den Betreffenden ein paar Wochen ein.

Vor dem Schöffengericht Stuttgart stand vor ein paar Tagen ein ganz großer Betrüger, der unter Vorspiegelung falscher Tatsachen seine Mitmenschen gleich gründlich hereingelegt hat; mit Ach und Krach hat es bei ihm zu einem Monat Gefängnis gelangt. Dafür ist er aber auch der Dr. jur. Eberhard Freiherr von Palm, gehört also zu einer bekannten württembergischen Adelsfamilie.

Der Herr Baron hat es sehr lange toll treiben dürfen; seit 1918 wirft er das Geld anderer Leute mit beiden Händen zum Fenster hinaus. Da er dabei einen ziemlich üblen Lebenswandel führte und dazu noch in München eine Bürgerliche heiratete, wurde er enterbt; sein jüngerer Bruder übernahm auch das Fideikommiß Meßbach im Jagsttal. Wiederholt wurden dem Herrn Baron seine Schulden bezahlt; von seiner Mutter erhielt er zu diesem Zweck einmal 160 000 Mark, von seiner Großmutter, der Freifrau von Kiderlen-Wächter, 60 000 Mark und von der übrigen Familie weitere 120 000 Mark. Man sieht, mit Kleinigkeiten hat er sich nicht abgegeben. Und heute hat er wieder Schulden von über einer halben Million.

Auch hier in Stuttgart hat er sich einige Betrügereien zuschulden kommen lassen. In allen Fällen hatte er den Leuten vorgemacht, er habe trotz der Enterbung vom Vermögen seines Vaters einen Pflichtteil zu bekommen, den er auf 150 000 Mark errechnete. Dabei wußte er genau, daß er im allergünstigsten Falle höchstens ein paar tausend Mark herausschlagen konnte. Die Richtigkeit der von ihm bewußt falsch angegebenen Sachlage ließ er sich von zwei bekannten münchner Anwälten begutachten; daraus ist einwandfrei zu sehen, wie raffiniert er bei allen seinen Aktionen vorgegangen ist. Außerdem wurden seine Geschäfte stets von einem Generalbevollmächtigten erledigt.

Auf dieser Grundlage und unter dem weiteren Vorbringen, er werde das Viermillionen-Dollarvermögen seiner Großmutter erben, schädigte er einen inzwischen verstorbenen Architekten um 16 000 Mark und einen weiteren Geldgeber um 7000 Mark. Schecks ohne Deckung und Wechsel, von deren Einlösung gar keine Rede sein konnte, gab der Herr Baron als Gegenleistung. Trotzdem wurde der Tatbestand des Betrugs für diese Fälle als nicht erwiesen angesehen. Im dritten bekannt gewordenen stuttgarter Fall hatte der Angeklagte einer verarmten Apothekerswitwe 1700 Mark abgeschwindelt.

Natürlich sollte nun das Früchtchen für verrückt erklärt werden. Ein Psychiater meinte, er sei in seiner „krankhaften Sorglosigkeit das Objekt skrupelloser Ausbeutung" geworden, was sich wie ein guter Witz anhört. Dann marschierte ein Schwager des Angeklagten als Zeuge auf; der Baron St. Andre, früher Kammerherr des württembergischen Königs, schilderte aus begreiflichen Gründen ungefähr die halbe Verwandtschaft als geistig nicht normal. Die Gräfin Waldersee, die Frau des China-Generalfeldmarschalls, z. B. war nach seiner Schilderung religiös wahnsinnig. Bezeichnend für die Geldbegriffe dieser erlauchten Kreise war es auch, daß dieser Baron das Vermögen der Freifrau von Kiderlen-Wächter als „recht bescheiden" bezeichnete; es beträgt tatsächlich nur eine Million Dollars.

Rührend ist es, wie der Staatsanwalt sich bemühte, mildernde Umstände geltend zu machen; noch rührender seine Moralpauke, in der er dem Baron klar machen wollte, daß sein Benehmen seines Namens nicht würdig sei! Am allerrührendsten aber, daß er ausgerechnet eine Geldstrafe von ein paar tausend Mark beantragte. Dazu meinte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung, „das Gericht würde sich lächerlich vorkommen, wenn es eine Geldstrafe verhängen würde". Damit kann man einverstanden sein, nicht aber mit dem lächerlich geringen Strafmaß. So wird ein armer Teufel schon für eine Bagatelle bestraft. Hans Urban

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der zweiten Oktoberhälfte von 1 142 000 auf 1 185 000 gestiegen, in der Krisenfürsorge von 1 292 000 auf 1 350 000.

Die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen hat Ende September 1 208 000 betragen (heute sind es schätzungsweise 1 390 000).

---

deutungen zu machen, verbietet die Raumnot. Der ganze Aufsatz überhaupt hat ja seinen Zweck erfüllt, wenn er einige Leser zum genaueren Studium der materialistischen Dialektik anregt. Nur noch eine Frage muß beantwortet werden: warum ist die Dialektik revolutionär?

Die Dialektik, sagt Marx im „Kapital", „ist dem Bürgertum und seinen doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Fluß der Bewegung, also nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist".

+

Vielleicht wundert sich mancher, in einem Artikel über Hegel von Sozialismus und Marx und Lenin zu hören. „Aber", sagt Engels, „der wissenschaftliche Sozialismus ist nun einmal ein wesentlich deutsches Produkt und konnte nur bei der Nation entstehen, deren klassische Filosofie die Tradition der bewußten Dialektik lebendig erhalten hatte: in Deutschland. Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre spezielle Anwendung auf den modernen Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie war nur möglich vermittels der Dialektik. Und wenn die Schulmeister der deutschen Bourgeoisie die Erinnerung an die großen deutschen Filosofen und die von ihnen getragene Dialektik ertränkt haben im Sumpf eines öden Eklektizismus — wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, daß wir abstammen nicht nur von Saint Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel."

Schwäbisches Gemüt

Am stuttgarter Feuersee ist in später Nacht eine Frau von einem Schutzmann davon abgehalten worden, ins Wasser zu gehen. Es entspinnt sich folgender Dialog:

Frau: Lasset se me. I ka nemme leba.

Schutzmann (gütig): Beruhiget se sich no.

Frau: Noi, noi! I gang ens Wasser.

Schutzmann (leicht ungeduldig): Jetzt net. Kommet se no!

Frau: Noi, noi! Lasset se me! I gang jo nochher doch nei!

Schutzmann (kühl): Dös kennat se mache, wia se wöllet. Aber net solang i Denscht han.

Junger Stempelbruder bei Nacht

Manchmal scheint der Mond,
manchmal auch nicht.
Ich bin beides gewohnt,
Dunkel und Licht.

Ich liege oft wach,
ich schlafe nicht ein;
dicht unter dem Dach
penn ich allein.

Einer hat mich gefragt,
was ich tagsüber tu.
Ich hab ihm gesagt:
ich schaue nur zu.

Einer hat mich gefragt,
was ich gerne hätt.
Ich hab ihm gesagt:
ein Mädel ins Bett.

Wer in Arbeit steht,
der lebt noch fein;
wer stempeln geht,
der schläft allein.

Er guckt in den Mond
oder auch nicht.
Ich bin beides gewohnt,
Dunkel und Licht.

Mufti Bufti

Vorlesung über die Armut

In der Zeitschrift des Caritas-Verbandes äußert sich der tübinger katholische Theologie-Professor Simon folgendermaßen über den „Sinn der Armut".

„Das Schicksal der Kirche und der christlichen Gesellschaft hängt in einem viel höherem Maße als man glaubt von dem Armutsideal ab. Vielleicht hängt von der Pflege dieses Ideals mehr ab als von der organisatorischen Bekämpfung der Armut ... Nur wenn es konkret deutlich wird, daß die Kirche gewillt ist, das arme Leben Jesu wieder lebendig werden zu lassen, werden die Besitzenden in der Kirche den rechten Gebrauch von ihren materiellen Gütern machen, und werden die Armen den Unwert der irdischen Güter erkennen."

Diesen „rechten Gebrauch" kennt man ja: er wird so bleiben, wie er heute ist und wie er vor hundert und vor tausend Jahren war; er wird immer wieder dafür sorgen, daß den Anderen der Kinderglaube an den Unwert der irdischen Güter erhalten bleibt.

Praktisches Christentum

Liebe S.-Z.! Ein Pfarrer in Radebeul bei Dresden tritt in den Ruhestand. Seine Frau legt darum auch den Vorsitz im Frauenverein nieder. Man erwartet, daß sie etwas ausgibt. Das tut sie auch. In ihren Abschiedsworten sagt sie: „Und als Abschiedsgabe für meinen lieben Frauenverein habe ich mir vom Herrn Pfarrer (ihrem Mann) die Kollekte bei seiner Abschiedspredigt ausgebeten."

Der Traum einer Frau

Unsere heutige sogenannte bürgerliche Kultur bringt immer neue schätzenswerte Blüten hervor, immer neue noch schönere Mischungen von Geschäft, Lyrik, Erotik, Tanz und Auto-Wunschträumen. Einen beneidenswerten Vorsprung in der Reklame-Lyrik hat dabei die Firma Mercedes-Benz, da bei ihr der Lenz-Reim sich automatisch einstellt. „Der Traum einer Frau", Slow-Foxtrott von Hugo Hirsch, hat daher folgenden berauschenden Refrain:

Heute Nacht, heute Nacht, hab ich scharf an dich gedacht,
ich war in Stimmung so wie im Lenz
und hab geträumt, du schenkst mir 'nen Mercedes-Benz.

Literatur

Die Baumwollpflücker. Roman von B. Traven. Universitas Deutsche Verlags-A.G., Berlin. Preis gebunden 5 Mark. — Die Baumwollpflücker sind mit einer farbigen Lebendigkeit geschrieben, die weniger ein Produkt der Fantasie als Resultat starken Erlebens ist. Die Fabel ist nur Vorwand, um die heutige Wirklichkeit der indianischen Welt und damit den Zusammenstoß des Hochkapitalismus mit eben wieder sich auf ihre Kräfte besinnenden Völkern aufzuzeigen. Das Leben regelt sich in diesen Bezirken mit jener naiven Brutalität, die keine Illusionen aufkommen läßt. Rührend der elementare Durchbruch der Solidarität bei den bunt zusammengewürfelten und arg ausgebeuteten Baumwollpflückern, die sich über Unwissenheit und Dumpfheit hinweg ihrer Kraft bewußt werden; herrlich die gesunde Rücksichtslosigkeit, mit der die bereits organisierten Arbeiter ihre Macht zu gebrauchen wissen; daneben Schilderungen wie die eines Viehtransportes, in denen Mensch und Landschaft in verwegener Buntheit zusammenklingen. Man lese den Zusammenstoß des Helden mit den Banditen: und man hat in ein paar Seiten das ganze Land Mexiko. M.

Ina Iwersen. Ein Frauenschicksal von heute. Von Charlotte Köhn-Behrens. Süd-Verlag, Stuttgart. — Stilistisch und sprachlich: frei nach Courths-Mahler. Inhaltlich: Kleinstadtmädchen-Romantik, Abtreibung, Schuldgefühl, Fehlgeburt (Strafe des Himmels!), vermutete Dauer-Unfruchtbarkeit, schließlich aber doch noch Schwangerschaft und brav absolvierte Geburt. Aufjauchzen: „entsühnt!". Tendenz: reaktionär. B.

Die Neue Generation. 27. Jahrgang, Heft 10/11. Herausgegeben von Dr. Helene Stöcker, Berlin-Nikolassee. Preis 1,50 Mark. — Aus dem Inhalt: „Zur Geschichte der Sexualmoral"; „Die Lehre des Boulangismus"; „Fürsorgeerziehung in USSR".

La Tranchée des Baïonettes

Seit längerem schon verfolge ich mit Interesse Berichte und Schilderungen über den „Bajonettgraben" bei Verdun. Diese Hauptattraktion der heute von vielen besuchten ehemaligen Schlachtfelder soll auf die Weise entstanden sein, daß ein besetzter französischer Schützengraben plötzlich durch Artilleriefeuer bis auf die über den Graben ragenden Bajonette der Besatzung zugeschüttet worden sei. Die verschütteten toten Franzosen sollen also heute noch in diesem Graben stehen mit dem Gewehr in der Hand, dessen Mündung mit dem aufgepflanzten Bajonett dem Besucher dieser Stätte sichtbar ist.

In verschiedenen Schilderungen waren gewisse Zweifel über die Echtheit dieses Bajonettgrabens zu erkennen, da die hervorragenden Bajonette einen etwas „hineingesteckten" Eindruck machen. Ich selbst konnte bisher die Zweifel an der Echtheit dieser Kuriosität nicht teilen, da ich aus Erfahrung weiß, welche unglaublichen Zufälle im letzten Kriege beobachtet werden konnten.

Dieser Tage kam mir nun eine Schilderung in die Finger, die von einem ehemaligen französischen Leutnant namens Foucher stammt. Foucher befand sich damals in dem berühmten Bajonettgraben, konnte jedoch nach der Verschüttung noch rechtzeitig ausgegraben werden. Aus der Schilderung geht hervor, daß es sich bei der verschütteten Grabenmannschaft um den rechten Flügel der dritten und den linken Flügel der vierten Kompanie des französischen 137. Infanterie-Regiments handelt und daß die betreffenden Leute aus der Vendée und der Bretagne stammen. In der Schilderung heißt es wörtlich: „... Am 11. Juli 1916 setzte ein heftiges Vernichtungsfeuer ein, und an diesem Tag haben 15- und 21 cm-Granaten und noch größere den Graben der Bajonette gebildet. Die Leute erwarteten mit aufgepflanztem Bajonett den Angriff. Die Waffe stand in der Brustwehr in Reichweite der Soldaten, welche Handgranaten in der Hand hielten, bereit, den erwarteten Angriff zunächst mit der Handgranate abzuschlagen. Die vor und hinter und in dem Graben einschlagenden Geschosse verengten die Ränder des Grabens und begruben so unsere tapferen Leute. Dadurch, daß sie das Gewehr nicht in der Hand hielten, ist es gekommen, daß die Bajonette nach dem Einstürzen des Erdreichs herausschauten. Von diesem Abend an — dem 11. Juli 1916 — hatte der Graben das Aussehen, das man beim Waffenstillstand vorfand."

Dieser Bericht, der übrigens als offiziell gilt und sich in einem „Führer über die Schlachtfelder" befindet, hat nun auch in mir, einem ehemaligen Grabensoldaten, den Glauben an die Echtheit des Bajonettgrabens gründlich wankend gemacht. Ganz abgesehen davon, daß es bei einem derartigen Trommelfeuer wohl keinem Infanteristen eingefallen wäre, sein aufgepflanztes Gewehr vor sich auf den Schützenauftritt zu stellen, erblicke ich das Unglaublichste der ganzen Geschichte darin, daß dieses so stark beschossene Grabenstück ausgerechnet nach seiner Verschüttung plötzlich von jedem Artillerie- und Minenfeuer — und zwar über zwei Jahre lang, bis zum Waffenstillstand — verschont geblieben sein soll. Die Erhaltung des verschütteten Grabens wäre nur möglich gewesen, wenn die Franzosen unmittelbar darauf in breiter Front einen größeren Vorstoß gemacht und die Deutschen mehrere Kilometer zurückgeworfen hätten, oder aber wenn die Verschüttung am Tag vor dem Waffenstillstand erfolgt wäre. Daß aber die Franzosen nach der Verschüttung des Grabens diesen etwa tagsüber mit großen roten Flaggen und nachts mit Laternen abgesteckt und durch irgendwelche Verständigung mit den deutschen Artillerie- und Minenwerferkommandos erreicht haben, daß im Interesse eines späteren regen Fremdenverkehrs die Beschießung dieser Sehenswürdigkeit unterbleibt, ist wohl kaum anzunehmen. Von einer solchen „Internationale der Fremdenindustrie" habe ich wenigstens noch nichts gehört.

Carl Bauer

Kleinigkeiten

Der Künftige. Versammlungsanzeige im „Haller Tagblatt": „Fraktionsführer der 107 Nazi im Reichstag (künftiger Innenminister des dritten Reiches) Staatsminister Dr. Frick spricht am ..."

Deutsche Atemübungen. Der „Stahlhelm", unentwegtes Vorbild deutschen Wesens, schreibt folgendes Deutsch: „Sie (die neue deutsche Jugend) atmet mit freudigem Schwung den waffenklirrenden Schritt unserer Zukunft." — Wie die jungen Leute das wohl machen?

Weihnachtswunsch. Inserat in den „Münchner Neuesten Nachrichten": „Christkindlein! ich wünsche mir einen lieben Mann in sich. St. Man sagt, ich sei hübsch, blond, schlk., vermgd.!" — Vielleicht beschert dir der Weihnachtsmann Dietrich einen seiner krisensicheren Randsiedler?

Die Reste der Hochkonjunktur. Der große amerikanische Kau-Gummi-Konzern William Wrigley kann, trotz aller Krise, von schönen Absatz- und Gewinnziffern berichten. — Wenn die Leute eben sonst nichts mehr zu nagen und zu beißen haben ...

Musikkritik. Nach einer Musikkritik in den „Münchener Neuesten Nachrichten" hat es Furtwängler bei einer berliner Aufführung von Schuberts „Unvollendeter" verstanden, „ihren aus Lyrik geborenen Grundton durch die reife Glut der Farben hindurchzuspannen". In Strawinskys Petruschka-Suite hat er sogar „deren urwüchsige Erfindungskraft an der wirbelnden Keckheit ihrer instrumentalen Einfälle mit sprühender Laune entzündet". — Schmus.

Kann die Regierung die Liebe verbieten? Im Film „Berlin, Alexanderplatz" kommt ein Schlager vor, in dem es heißt: „Liebe kommt, Liebe geht — das kann keine Regierung verbieten." Als das Lied in der berliner Funkstunde zu hören war, vernahm man mit Staunen: „Liebe kommt, Liebe geht — das kann niemand auf Erden verbieten." — Man kann halt nie vorsichtig genug sein.

Die Anpassungsfähigen. Die Stabilisierung der Sowjetmacht zeitigt sonderbare Versuche der Kirche, sich dem neuen System anzupassen. So wird berichtet, daß in einer Kirche in Stalingrad neben dem Bild Christi das Bild Stalins aufgehängt worden ist. — Wird auf die kommunistische Jugend keinen großen Eindruck machen.

Probleme der Zeit. Aus der „Literarischen Welt": „Geschäftliche Mitteilung. „Der richtig ausgeführte Handkuß", „Schönheitspflege", „Anstandsregeln", „Essen seltener Speisen", „Der Arrangeur in der Gesellschaft", „Anrede und Titel", „Was man wissen soll" sind einige der vielen gründlich bearbeiteten Kapitel des neuen illustrierten „Gesellschaftlichen Wegweisers", 486 Seiten Großformat, 14,20 RM." usw. — Der richtige Wegweiser in unserer wirren Zeit.

Orakelhaft. Die „Frankfurter Zeitung" erzählt uns im Handelsteil (Nr. 837/38) von dem „delphinischen Kommuniqué" über den Besuch Lavals bei Hoover. — Fremdwörter sind Glückssache.

Gefährliche Waffen? In Jugoslawien kam bei der Regierung ein Antrag an, für den Besitz jeglicher Art von Rasierklingen künftig Waffenscheine vorzuschreiben. — Der Antrag stammt sicher von Frisören.

Die Aufdringlichen. Leute, die längst aus der Kirche ausgetreten sind, erhalten immer wieder Kirchensteuerzettel. Man soll sich das in jedem Fall energisch verbitten. Ein Charlottenburger, der das getan hat, bekam von der Kirchenbehörde die mimosenhafte Antwort: „In Zukunft wollen Sie sich eines anderen Tones befleißigen." — Es wäre besser, die Kirche würde sich endlich anderer Geschäftsmethoden befleißigen.

Der Blutpastor. Bei der Einweihung einer Nazifahne sprach ein evangelischer Geistlicher, dem „Völkischen Beobachter" zufolge, folgende Worte: „... Dieses Blutes wegen wird die Fahne, die wir heute weihen, nicht eine Fahne wie alle anderen. Es ist keine Sängerfahne, keine Schützen-, keine Turnerfahne. Diese Fahne mit dem schwarzen Hakenkreuz ist eine Blutfahne! Und wenn einst im pupurnen Glanze das Hakenkreuz aufleuchtet ..., dann habt ihr gesiegt ... und Gott war mit euch, denn ihr waret furchtlos und treu." — Amen.

Betrübliche Feststellung. Es bröckelt überall. Selbst die Anhänger der katholischen Kirche verstehen nicht mehr Latein. In fettester Überschrift vermeldet das „Deutsche Volksblatt", daß die St. Barbara-Kirche in Stuttgart-Hofen „neu renoviert" sei. — Oder meint es vielleicht, man müsse in der heutigen ungläubigen Zeit alles doppelt sagen?

Zu empfindlich. Die Filmzensur hat bei dem Film „Marys Start in die Ehe" aus dem Haupttitel „Ich bleib bei dir bis morgen früh" die Worte „bis morgen früh" gestrichen. — Ein anständiger Mensch bleibt nicht so lange bei seiner Braut.

Stuttgart. Samstag, 14. November, 20 Uhr spricht im Gustav Siegle-Haus Gabrielle Duchêne, Paris, über das Thema: Abrüstungswille in Frankreich. Eintritt 30 Pfg., für Erwerbslose frei.

Volksbund für Geistesfreiheit, Ortsgruppe Stuttgart. Sonntag, 15. November, vormittags 10 Uhr im Festsaal des Städt. Jugendhauses, Hauffstr. 3 (Rückgebäude, II. St.): freigeistige Morgenfeier mit öffentlicher Weihe der Neugeborenen (Kinderweihe). Sprecher: Ing. Fritz Seiß. Eintritt frei.

Nürnberg. Die Sonntags-Zeitung ist zu haben am Kiosk am Celtisplatz (Marie Gloe).

Quittung. Für den politischen Gefangenen (vgl. die Notiz in Nr. 43 der S.-Z.) sind eingegangen: Großkr. 5 Mark; Budnik 1 Mark; Kall., Stuttgart 0,50 Mark; Aug., Stuttgart 1 Mark; Sch., Bad Wildungen 3 Mark; Dietrich 2 Mark; Büchele 2 Mark; Hoyler 1 Mark; N. N., Stuttgart 2 Mark; Zondler 3 Mark; Pollmann 2 Mark; Pohle 2 Mark; Kayser 1 Mark; Boldt 5 Mark; Rila 3 Mark; Weiß, Kopenhagen 10 Mark; Dr. E., Stuttgart 5 Mark; Harild, Kopenhagen 3 Mark; N. N., Stuttgart 4 Mark; zusammen 55,50 Mark. In Nr. 44 der S.-Z. sind quittiert worden: 13,50 Mark; im ganzen also 69,00 Mark.

gustaf nagel — Th. Häusser — Wilh. Götz

Der „Erfolg" seines ersten „Notrufs" hat den stuttgarter Profeten Wilhelm Götz nicht schlafen lassen. Er ließ einen „Notruf Nr. 2" auf die (ach so geduldige) Mitwelt los und das Volk drängt sich zu Hauf' ...

War schon das erste Machwerk ein Sammelsurium von konfusen Ungereimtheiten, so ist diese Fortsetzung womöglich noch verstiegener. Dieser sonderbare Heilige wettert über alles und jedes, Rom und Moskau will er zerschlagen, er will das arme deutsche Volk aus tiefer Schmach erretten und die Arbeitslosigkeit in vier Wochen ratzekahl beseitigen! Nietzsche, Dostojewski, Schiller, Goethe, Schopenhauer werden wahllos zitiert, selbst Bibelverse sind in dem verworrenen Geistesprodukt verstreut wie die Rosinen im Kuchen. Moses, Solon, Sokrates, Laotse, Luther, Kepler, Napoleon, Zarathustra, Calvin, Zwingli, Stalin (genügt die Liste?) marschieren auf, — alles um diesen kleinen Möchtolini Wilhelm Götz mit dem „Knurren im Blick" mit einem Glorienschein zu umgeben und ihn als Märtyrer erscheinen zu lassen. Was dieser Mann von Volksbetrug, Gaunertrick, Götterdämmerung, Weltenwende und Weltgericht zusammenfaselt, geht auf keine Kuhhaut. Man möchte dem Ganzen als Motto die Worte Larochefoucaulds voransetzen: „Die Welt ist ein großes Narrenhaus, in dem jeder mit einer anderen fixen Idee herumläuft, die er für die allein richtige hält." kucki

An die Leser

Von der nächsten Nummer ab erscheint die S.-Z. in vergrößertem Umfang. Während die meisten andern Zeitungen ihren Raum einschränken, können wir, aus der Not der Inserate eine Tugend machend, den Textteil erweitern.

Das wird besonders bei der Werbung von neuen Abonnenten von Vorteil sein; denn der Einwand: „20 Pfennig für nur vier Seiten!" wird dann nicht mehr gemacht werden können. Wir möchten deshalb in den nächsten Wochen die Werbung verstärken. An jede Adresse die uns angegeben wird, schicken wir die S.-Z. vier Wochen lang kostenlos. Also:

Schickt bitte Adressen für Probenummern!

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 28 (Postfach 51). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Die Urteile über dieses Buch tragen ein doppeltes Gesicht

Während die einen es auf das lebhafteste begrüßen, lehnen die anderen es auf das leidenschaftlichste ab.

Pfarrer Schenkel muß wegen seiner Ketzereien aus der Kirche entfernt werden.
Das verlangen das Evang. Kirchenblatt in Württemberg, der Abgeordnete Bausch im Christl. Volksdienst, Pfarrer Gauger in „Licht und Leben."

Vertieft euch in dieses Buch, setzt euch mit ihm auseinander! Es wird Freude u. Segen bringen.
Hamburger Logenblatt.

DAS DOPPELGESICHT DES CHRISTENTUMS
Von Pfarrer Dr. G. Schenkel
kartoniert . . . RM 3,30
Leinen . . . . . RM 4,60
STRECKER UND SCHRODER VERLAG — STUTTGART

Dienst am Kunden!
für mich kein leeres Wort. Gute Qualität, sauberes Nachsieben, sorgfältige Anlieferung, freundliche, aufmerksame Bedienung, das ist, was der Kunde fordern kann und ihm geboten wird bei der
Kohlenhandlung
FRANZ BAUERLE
Kanzleistr. 8B — Fernsprecher 22244/45

Druck-sachen für Handel Industrie und Gewerbe
Buchdruckerei
Fr. Späth
Waiblingen-Stuttgart
Ludwigsburgerstr. 3

Schon über eine Viertelmillion
beträgt die europäische Auflage von Ernst Johannsens bereits in 14 Sprachen übersetzten Buch
4 WESTFRONT 1918 VIER VON DER INFANTERIE
Mehr als 70 Zeitungen des In- und Auslandes brachten das Werk in ihrem Feuilleton. — Inzwischen hat auch der danach gestaltete große Tobis-Westfront-Tonfilm seinen Siegeszug durch die ganze Welt angetreten.
Das Buch ist zum erschwinglichen Preis von 2,80 RM zu haben im Buchhandel
Fordern Sie Sonderprospekt über Kriegsbücher vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Leser der Sonntags-Zeitung
finden Ruhe und Erholung bei Gesinnungsfreunden in
Urach (Württ.)
Haus am grünen Weg.
Das Haus liegt direkt am Wasser und Wald; herrliche Felsen umgeben es, schönstes Wintersportgebiet der Schwäb. Alb.
Kostenlose Erlernung des Schisports durch fachkundigen Schifahrer.
Für Schriftsteller und intellektuelle kl. Einzelhäuschen zum ruhigen Arbeiten vorhanden. Schönstes Ziel für Wochenende. • Wochenend- und Pensionspreis bei guten, reichhaltigen vier Mahlzeiten 4 Mk. Bei längerem Aufenthalt Preisermäßigung, auf Wunsch veget. Küche.
Sofie Dabringhaus, Urach
(Württembg.) Haus am grünen Weg.

An jede angegebene Adresse schicken wir die S.-Z. vier Wochen lang kostenlos.

Schlager-Angebot
das Beachtung finden muß
Schlafzimmer birkenfarbig lackiert, schönes Modell, komplett 270.-
Schlafzimmer Eiche furn. mit Glas und Marmor, komplett 430.-
Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel in grosser Auswahl und ebenfalls billig
Prima Wollmatratzen, 3teil. m. Keil, Jaquard u. gestreift 29.50 26.- 22.50
Freie Lieferung
Kostenlose Lagerung
Zahlungserleichterung
Möbel-, Betten-, Aussteuerhaus
Winter
STUTTGART
Tübingerstr. 92

Ina Iwersen
Ein Frauenschicksal von heute
von Charlotte Köhn-Behrens
in Leinen gebunden nur RM. 2.—
Zu beziehen vom
VERLAG HANS GÖTZ, STUTTGART
Uhlandstrasse 4–8

Stuttgart, 22. November 1931

12. Jahrgang, Nr. 47

Die Sonntags-Zeitung

Moratorium im Osten

Da Anfang November in Mecklenburg für eine Reihe von landwirtschaftlichen Gütern die Zwangsversteigerung bevorstand, hat der Landbund in einem Schreiben an die mecklenburgische Presse folgende Drohung ausgesprochen: Wer auf einer Zwangsversteigerung Grund und Boden oder Inventar erwirbt, der wird von allen im Landbund zusammengeschlossenen Landwirten „geschäftlich, persönlich und gesellschaftlich" in Verruf erklärt. „Mit Händlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden, die mit solchen Verruferklärten in Geschäftsverbindung treten, wird sofort jede geschäftliche Verbindung abgebrochen."

Durch Boykott soll also die Zwangsversteigerung bankrotter Betriebe verhindert werden. Tatsächlich ist die Zahl der Zwangsversteigerungen in Deutschland seit Juli stark zurückgegangen; sie liegt heute weit unter der vom Jahre 1930. Ist das auf derartige Boykott-Drohungen zurückzuführen?

Wohl nur zum geringsten Teil. In der Hauptsache kommt es daher, daß die Gläubiger (vor allem die Hypotheken-Banken) von einer Zwangsversteigerung gar nichts zu erwarten haben. Niemand will bieten, teils aus Angst vor Boykott, teils weil kein Geld da ist, und so bleibt dem Gläubiger nichts übrig, als das Grundstück selber zu erwerben. (Die an zweiter Stelle stehenden Gläubiger gehen sowieso leer aus, weil die Grundstücke im Wert stark gefallen, häufig auch in den Jahren des Optimismus viel zu hoch beliehen worden sind).

So kommt es, daß die Gläubiger in den meisten Fällen auf die Zwangsversteigerung verzichten, um sich wenigstens einen Teil der Zins- und Mieteingänge zu erhalten und den Besitz über die Krise hinüberzuretten. In besseren Zeiten wird sich dann schon Rat finden.

Diesen schon bestehenden Zustand hat nun die Reichsregierung durch eine am 17. November erlassene „Notverordnung zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet" gesetzlich sanktioniert. Nach dieser Verordnung kann der Eigentümmer eines Grundstücks, wenn er seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, die Eröffnung eines „Sicherungsverfahrens" beantragen. Den gleichen Antrag kann auch ein Gläubiger stellen, der ein berechtigtes Interesse an der Fortführung eines ihm verschuldeten Betriebs nachweist. Es wird dann ein Treuhänder ernannt, der die Aufsicht über den „gesicherten" Betrieb übernimmt. In besonderen Fällen kann auch eine Zwangsverwaltung beantragt werden. Während der Dauer des Sicherungsverfahrens sind Zwangsversteigerungen unzulässig.

Praktisch bedeutet diese Verordnung, daß alle Besitzrechte gewahrt bleiben, daß auch die bankrottesten Gutsbesitzer ihre Güter behalten können. Eine Art „Kollektivbankrott".

Hätte es keinen andern Weg gegeben? Könnte nicht der Staat die bankrotten Betriebe aufkaufen und bäuerlichen Siedlern zur Verfügung stellen, die vor allem Veredelungsproduktion treiben? Genauer gefragt: wäre es politisch möglich? und: wäre es wirtschaftlich nützlich?

Politisch wäre es bei den heutigen Machtverhältnissen unmöglich; daran wird wohl niemand zweifeln.

Ob es wirtschaftlich nützlich wäre, ist eine schwierige Frage. Vor einigen Jahren noch hat man unbedenklich ja sagen können. Heute muß man feststellen, daß auch die Veredelungsproduktion in eine schwere Krise geraten ist. Die Preise sind zum Teil katastrofal zurückgegangen; trotzdem kein Absatz, weil die Kaufkraft fehlt. Soll man nun die Zahl der Produzenten noch vermehren? Da im Kapitalismus die Kaufkraft der Massen notwendigerweise beschränkt bleiben muß, wird man auf diese Frage nicht so ohne weiteres mit Ja antworten können.

In welche Sackgasse das kapitalistische System die Wirtschaft geführt hat, das sieht man in Deutschland am Schicksal der Landwirtschaft eigentlich noch deutlicher als an dem der Industrie. Kein Ausweg. Hermann List

PS.: Wie lange wird es dauern, bis das Moratorium auch auf andere Gebiete als das Osthilfegebiet ausgedehnt werden wird?

In einer Glosse über die Osthilfe schreibt der „Deutsche Volkswirt": „Die strukturelle Krise des deutschen Getreidebaues ist überlagert von einer Konjunkturkrise der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte. Während dieser Konjunkturkrise kann man nur dafür sorgen, daß die landwirtschaftliche Kreditorganisation und der Absatzapparat erhalten bleibt. Wenn sie vorüber ist, wird man die Struktur der deutschen Landwirtschaft umzubilden und die dauernd lebensunfähigen Teile, soweit sie dann noch vorhanden sind, möglichst schmerzlos auszuscheiden haben."

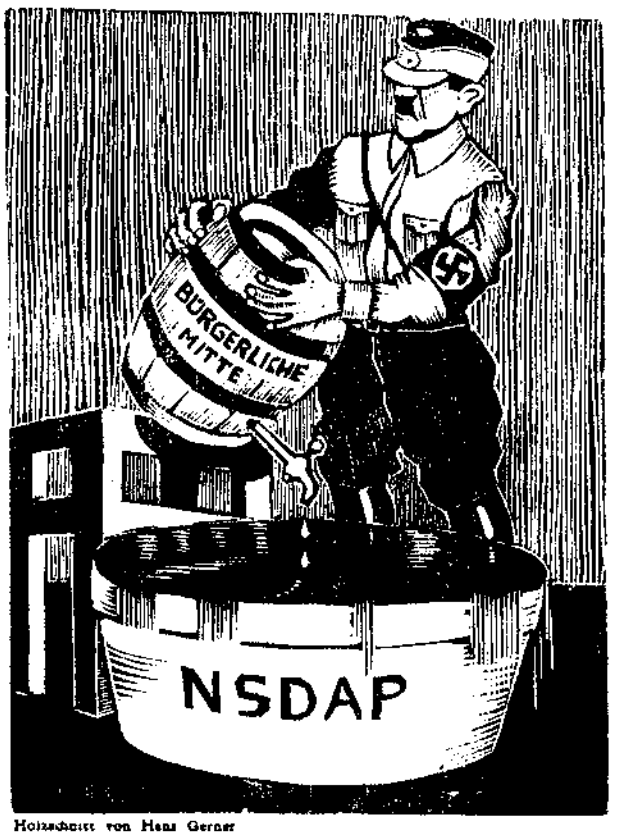
Das Faule über die Krise hinüberretten und dann ausscheiden — was für einen Sinn hat dann eigentlich die Krise?

Kollektivbankrott

Unter dieser Überschrift schreibt Professor M. J. Bonn in einem Artikel u. a.: „Der Sinn des Bankerotts ist die Beseitigung überzähliger Unternehmungen und die Anpassung der Leistungsfähigkeit an den Bedarf. Je größer die Anlagekapitalien eines Wirtschaftszweiges sind, desto konjunkturempfindlicher ist er, desto unvermeidlicher ist aber auch der Bankerott zur Überwindung der Krise." In Deutschland aber habe sich „trotz erschütternder Mißerfolge" der Glaube gebildet, das Werk müsse erhalten bleiben. „Es hat sich eine Art Staatsraison der Werksverherrlichung entwickelt, die allenfalls begreiflich wäre, wenn große wirtschaftliche Erfolge vorlägen; in einem Zeitpunkt, wo das ganze Unternehmen oft nur das äußere Zeichen verfehlter Kapitaldispositionen darstellt, berührt ein solcher Ausspruch sehr eigenartig. Er wird aber in den verschiedensten Formen immer wieder vorgebracht, insbesondere wenn es ans Schuldenzahlen geht."

Deshalb denken die Unternehmer an Inflation oder an eine „andere Form des kollektiven Bankrotts. Man verlangt eine allgemeine gesetzliche Herabsetzung der Schuldzinsen... Man sucht so dem Gläubiger die Folgen der unwirtschaftlichen Handlungen des Schuldners aufzubürden, der in der Tat in vielen Fällen sträflich gehandelt hat, als er zu hohem Zinsfuß Darlehen aufgenommen hat. Für diese Fehldisposition sollte nach kapitalistischer Übung der einzelne industrielle oder landwirtschaftliche Unternehmer büßen müssen, indem sein Unternehmen zum Erliegen kommt und er mit allen seinen Ansprüchen ausgeschaltet wird, ehe eine Neuorganisation beginnt. Diesen individuellen Bankrott, der die Lage bereinigt, sucht man durch verhüllten Kollektivbankerott zu vermeiden."

„Ein solcher Kollektivbankrott ist natürlich viel angenehmer als der Individualbankrott, weil man den Betrieb der überflüssigen Unternehmungen, die der Individualbankrott beseitigen würde, zeitweilig fortsetzen kann. Man will also weder die Fehler zugeben, die man begangen hat, noch will man zugeben, daß die verbauten Kapitalien verloren sind."



Holzschnitt von Hans Gerner

O je, da ist bald Matthäi am letzten

Die Wählen in Hessen

Am letzten Sonntag haben in Hessen Landtagswahlen stattgefunden. Das Ergebnis hat das eine Gute, daß es über die Siegerpartei keinen Zweifel aufkommen läßt. Es sieht so aus (in Klammern die Stimmenzahl von der Reichstagswahl am 14. September 1930, die Mandatszahl von der Landtagswahl 1927):

	Stimmen		Mandate	
NSDAP	291 189	(137 989)	27	(—)
Deutschnationale	10 857	(11 902)	1	(3)
Deutsche Volkspartei	18 325	(49 929)	1	(7)
Staatspartei	10 793	(38 829)	1	(5)
Radikaldemokraten	4 617	(—)	—	(—)
Christlich-Soziale	16 712	(19 086)	1	(—)
Volksrechtspartei	1 529	(4 702)	—	(3)
Landvolk	20 776	(57 577)	2	(9)
Zentrum	112 440	(104 246)	10	(13)
SPD	168 299	(215 747)	15	(24)
SAP	8 177	(—)	1	(—)
Komm. Opposition	14 954	(—)	1	(—)
KPD	106 775	(84 513)	10	(6)

Die bisher regierende Weimarer Koalition hat keine Mehrheit mehr. Wahrscheinlich werden Zentrum und Nationalsozialisten miteinander eine Regierung bilden, wenn auch die Verhandlungen eine Weile dauern werden.

Bis es soweit ist, wollen wir uns lieber einer andern Frage zuwenden, nämlich der, ob die Nationalsozialisten jetzt überhaupt noch nennenswert zunehmen können.

An den Mandatszahlen sieht man, daß die Nationalsozialisten aus den bürgerlichen Parteien (abgesehen vom Zentrum) so gut wie nichts mehr herausholen können. Sie haben die bürgerlichen Wähler (immer abgesehen vom Zentrum) alle zu sich herübergezogen; das bürgerliche Reservoir ist für sie erschöpft.

Das Zentrum werden sie kaum erschüttern können, und auch aus den Arbeiterparteien werden sie nur wenige Anhänger herüberziehen können (wenigstens solange sie nicht den Staatsapparat in Händen haben). Woraus mathematisch zu folgern wäre, daß die Nationalsozialisten zahlenmäßig ihren Höhepunkt erreicht haben.

Womit nicht gesagt ist, daß sie auch auf dem Höhepunkt ihrer tatsächlichen Macht angelangt sind. K.

Reiches Frankreich?

Aus einem Brief des pariser Vertreters einer württembergischen Firma:

„Abgesehen von diesem Einzelfall kann ich Ihnen sagen, daß die Leute hier in einer konstanten Aufregung sind. In Wirklichkeit sind die Geschäfte außerordentlich schwer, an jedem Verfalltag bleibt eine große Menge Wechsel unbezahlt und die Leute bemühen sich, soviel flüssiges Geld als möglich zu behalten, um jeder Eventualität gewachsen zu sein. Wenn auch die Bank viel Gold hat, so sind die Kaufleute deshalb um nichts reicher. Ich kann Ihnen nur sagen, daß es mir, wie vielen anderen französischen Kaufleuten, sehr einerlei ist, daß die Bank soviel Gold hat, deshalb haben wir keinen Sou mehr in unserer Tasche. Man hat die größten Schwierigkeiten, um seine Außenstände hereinzubekommen, und die Geschäfte werden mit jedem Tag schwieriger. Die Schlachten, die die großen Weltbanken sich liefern, interessieren uns nur soweit, als wir überzeugt sind, daß sie uns nur Schaden bringen können, denn wir sind überzeugt, daß sie uns nicht Gutes bringen können. Für uns bedeutet das nur, daß die Steuern in jedem Augenblick immer wieder erhöht werden."

Skandale

Von Walther Bollay

Gegenwärtig hat der Bürger der deutschen kapitalistischen Republik zwar nicht jeden Sonntag sein Huhn im Topf, aber jede Woche einen neuen Skandal in der Zeitung. Der neueste ist der Fall Schultheiß-Katzenellenbogen.

Der Ausgangspunkt für Ludwig Katzenellenbogen waren die Ostwerke, ein Spritkonzern. Während der Inflation gliederte er seinem Unternehmen mit Bankkrediten, die er entwertet zurückzahlte, noch Hefefabriken, Mühlen, chemische Fabriken, Zementfabriken und Brauereien an. Schließlich kaufte er noch einen Stoß Aktien des größten deutschen Brauereikonzerns Schultheiß-Patzenhofer, und das führte schließlich (September 1930) zu einer Fusion Schultheiß-Ostwerke.

Der Zweck dieser Fusion (von Seiten Katzenellenbogens) war, die Schulden des von der Krise schon stark gepackten Ostwerke-Konzerns auf die Schultheiß-Brauerei abzuwälzen, und das ist Herrn Katzenellenbogen geglückt. Und zwar durch falsche Buchungen, die auf verschiedene Weise bewerkstelligt wurden.

Da existierte z. B. in Holland eine Nutria-Gesellschaft. Wem sie gehörte, weiß man heute noch nicht genau; jedenfalls hatte sie nie etwas mit Pelzgeschäften zu tun, sondern diente dazu, die Bilanz der Ostwerke günstiger zu gestalten. In der Bilanz der Ostwerke 1930 tauchten nämlich 21 Millionen Mark auf, die die Nutria-Gesellschaft angeblich den Ostwerken schuldete. In Wirklichkeit war diese ganze Schuld ein riesiger Bluff, durch den bei den Fusionsverhandlungen die Brauerei Schultheiß getäuscht werden sollte und getäuscht wurde.

Ein anderer Fall: Katzenellenbogen hat 1929 die Danatbank (Jakob Goldschmidt) und die Commerz- und Privatbank (Direktor Reinhart) beauftragt, für Rechnung der Ostwerke Schultheiß-Aktien aufzukaufen. (Die Schultheiß-Aktien waren damals schon von 500 auf 300 gefallen; da Katzenellenbogen größere Posten Schultheiß-Aktien besaß und diese ihm als Unterlage für hohe Bankkredite dienten, hatte er ein Interesse an diesen Käufen, durch die der Kurs der Aktien gestützt wurde.) Er schuldete also diesen Banken, die für ihn Aktien aufgekauft hatten, etliche Millionen Mark. Bei der Fusion mit Schultheiß aber war von diesen Schulden mit keinem Wort die Rede. Schultheiß wurde über die Verpflichtungen seines Fusionspartners einfach im Unklaren gelassen.

Und hier beginnt nun die Schuld der Aufsichtsräte und der Bankdirektoren. Der Aufsichtsrat der Ostwerke ließ seinen Generaldirektor Katzenellenbogen ohne jede Kontrolle machen, was er wollte. Und der Aufsichtsrat des Schultheiß-Konzerns tat, wie wenn diese Schulden der Ostwerke gar nicht existierten, obwohl in diesem Aufsichtsrat neben andern Herr Jakob Goldschmidt von der Danat-Bank und Herr Reinhart von der Commerz- und Privatbank saßen, also gerade die Herren, bei denen die Ostwerke in der Kreide steckten. Aber diese beiden Aufsichtsratsmitglieder haben sich einfach unwissend gestellt und die übrigen Mitglieder nicht informiert. Sie haben unter eine Bilanz der Ostwerke, in der die Verpflichtungen gegenüber den beiden Banken nicht aufgeführt waren, eine Bilanz, die also gefälscht war, ihre Namen gesetzt.

Heute wird der Wert der Schultheiß-Aktien, die in den fetten Jahren der Hochkonjunktur auf 500 standen, auf 50 geschätzt. (Da in Deutschland die Börsen immer noch geschlossen sind, ist man auf Schätzungen angewiesen.) Die „Schultheiß-Patzenhofer Brauerei A.G." muß jetzt die Verluste decken, die ihr die Herren Katzenellenbogen, Goldschmidt und Reinhart zugefügt haben. Sie werden auf 60 Millionen geschätzt.

*

Der Fall Schultheiß-Katzenellenbogen unterscheidet sich grundsätzlich in nichts von der langen Reihe der deutschen Finanzskandale, die wir in den letzten Jahren erlebt haben (und die in den nächsten Monaten noch kommen werden). Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.G. (Favag), Nordwolle, Schultheiß, Karstadt, Linoleum-Trust, Zeche Ewald (die beiden letztgenannten Eiterbeulen sind noch nicht aufgebrochen) — es ist überall das Gleiche: eine Verschachtelung von Gesellschaften, Konzernen und Konzernteilen, die schließlich niemand mehr übersehen konnte außer einem oder zwei Herren. Im Favag-Prozeß hat ein Zeuge gesagt: „Man hat bei allen großen Zusammenbrüchen der letzten Jahre feststellen können, daß in den betreffenden Firmen irgendeine Persönlichkeit saß, die alle anderen, einschließlich Aufsichtsrat und Vorstand, in die Tasche steckte." Bei der Favag war es Direktor Dumcke, der alles „schaukelte", bei der Nordwolle waren es die Brüder Lahusen, die durch ihren guten alten Namen und ihre gesellschaftliche Stellung gedeckt waren, bei Karstadt Herr Schöndorff, bei Schultheiß Herr Katzenellenbogen, Lebemann vom Scheitel bis zur Sohle, usw., und alle waren gut befreundet mit Bankdirektoren, die ihnen zuliebe ständig beide Augen zudrückten. Bei den Banken liegt wohl die Hauptschuld an den meisten der deutschen Finanzskandale. Wenn die Banken nicht, sei's im Leichtsinn, sei's im Bewußtsein eines Vergehens, ihre Aufsichtspflichten in sträflicher Weise vernachlässigt und nicht ohne jede Kontrolle Kredite gegeben und Fusionen durchgeführt hätten, dann wäre die Reihe der Skandale nicht so groß geworden. Daß einzelne Bankdirektoren dabei auch strafgesetzlich gefehlt haben, ist nicht einmal so wichtig; daß sie volkswirtschaftlich gesündigt haben, ist wesentlicher.

Gemeinsam ist außerdem fast allen Skandalaffairen der letzten Zeit, daß ihre Keime auf dem Nährboden der Inflation gediehen sind. Überall taucht ein Bankier oder Konzerngewaltiger auf, der sich den Grundstock seines Vermögens auf mehr oder weniger reelle Weise während der Inflation erworben hat. Das optimistische Geschäftsgebaren, das in der Inflation üblich wurde, hat sich dann (nach der kurzen Stabilisierungsdepression 1924/25) in den Jahren der Hochkonjunktur fortgesetzt. In den Jahren 1926—1928, den Jahren des „ruchlosen Optimismus", ist der Grund für die heute

offenkundig werdenden Skandale gelegt worden. Private und öffentliche Wirtschaft, Bankdirektoren, Oberbürgermeister und Finanzminister haben ziemlich gleichmäßig gesündigt. Das Auslandsgeld strömte herein, Kredite wurden ohne Kontrolle gegeben, auf lange Sicht berechnete Investitionen (heute muß man sagen: Fehlinvestitionen) sind mit kurzfristigen Bankkrediten finanziert worden usw. Heute, nach zwei bis drei Jahren Krise, sitzt der Krach, und eine Lotterwirtschaft größten Stils wird sichtbar, bis hinauf zu den mächtigsten Konzernriesen. (Nur der Chemietrust macht eine Ausnahme.)

Man sollte sich freilich davor hüten, die Schuld an der Skandalserie ganz auf die Inflation oder auf einzelne Persönlichkeiten zu schieben. Im Grunde zeigen alle Krisen- und alle Hochkonjunkturperioden des Kapitalismus (es sind seit 1825 ja etwa ein Dutzend) das gleiche Bild: während der Hochkonjunktur hemmungslose Erweiterung der Produktion und des Produktionsapparates, begünstigt durch das kapitalistische Kreditsystem; die Wirtschaft kommt in Gang, „nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeplechase (Wettrennen), um endlich wieder anzulangen — im Graben des Krachs" (Engels 1877). Dann tritt notwendigerweise eine Stockung ein, Banken und Betriebe krachen, Bankrott folgt auf Bankrott, und dabei kommen allerlei Machinationen der Wirtschaftsführer ans Tageslicht, die meistens auf der Grenze des strafrechtlich Erlaubten zum Unerlaubten liegen und ohne Krise gut ausgegangen und deshalb im Dunkel geblieben wären. Im Deutschland der Nachinflationszeit mag die Unbedenklichkeit der Wirtschaftsführer größer gewesen sein als anderswo und zu andern Zeiten, aber die wesentlichen Erscheinungen waren in allen Krisen die gleichen.

Man sollte meinen, bei einem etwaigen neuen Konjunkturanstieg würden die Wirtschaftsführer, denen die Erfahrungen der Krise doch in den Knochen sitzen müßten, „vorsichtiger" sein. Aber ich nehme jede Wette an, daß genau die gleiche „Steeplechase" wieder beginnen wird.

Gegen Ludwig Katzenellenbogen und die vier übrigen Mitglieder des Generaldirektoriums der Schultheiß-Patzenhofer A.G. ist die Voruntersuchung eröffnet worden. Die fünf Herren werden beschuldigt, „als Mitglieder des Vorstands wissentlich in der Aufsichtsratssitzung vom 18. November 1930 und in der Generalversammlung vom 3. Januar 1931 den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr dargestellt oder verschleiert zu haben". Katzenellenbogen ist in Haft genommen, dann aber gegen eine Kaution von 100 000 Mark wieder aus der Haft entlassen worden.

Ob auch gegen die schuldigen Bankdirektoren ein Verfahren eingeleitet wird, steht noch nicht fest.

Wer soll bezahlen?

Dem Reichsinnenministerium liegt ein Gesetzentwurf vor, nach dem politische Parteien und Organisationen für alle Schäden finanziell haftbar gemacht werden können, die von Anhängern und Angehörigen der betreffenden Partei bei öffentlichen Ausschreitungen angerichtet werden. Als Angehörige sollen auch Leute gelten, die nur in einer lockeren Form für die Partei wirken; Mitgliedschaft ist nicht einmal unbedingt notwendig. Haftbarmachung tritt in allen Fällen ein, wenn die betreffende Partei nicht einwandfrei nachweisen kann, daß sie jede Sorgfalt zur Verhütung der Ausschreitungen angewandt hat.

In der Begründung des Entwurfes heißt es, schon die bloße Besorgnis vor einer derartigen Haftung werde bewirken, daß die Organisationen im eigenen Interesse ihre Mitglieder fest in die Hand nehmen, um Ausschreitungen zu verhindern. Leider wird dabei vergessen, daß die Parteien mit ihren Mitgliedern meist nur in recht loser Verbindung stehen, sie können sie niemals so sicher in der Hand haben, wie es hier verlangt wird. Ganz ihrem Einfluß entzogen sind aber die mitlaufenden Anhänger; eine Partei für deren Tun und Lassen verantwortlich zu machen, ist unmöglich; geradesogut, ja vielleicht mit noch mehr Berechtigung, könnte man eine Zeitung für das Treiben ihrer Leser haftbar machen.

Außerdem: auch das lebhafteste Interesse, seine Leute von Ausschreitungen zurückzuhalten, kann leicht dadurch durchkreuzt werden, daß von irgend einer Seite provoziert wird. Es soll ja sogar Leute geben, die für so was bezahlt werden. Gehört es wohl nach dem Gesetz zu der pflichtmäßigen Sorgfalt der Parteien, bei den Brotgebern dieser Leute auf ihre Beseitigung hinzuwirken? M.

In der Mandschurei haben die japanischen Truppen ihre Angriffe fortgesetzt und die chinesische Armee aufgerieben.

Unteroffizier Klaffus

Wenn man den nicht lebensunechten Sergeanten Himmelstoß aus dem Remarque-Film als Typus des preußischen Unteroffiziers bezeichnet, kriegen die noch vorhandenen Restbestände dieser Gilde der weiland kaiserlichen Zeit Zustände, brausen vor den Kadi und klagen um ihr Recht. Sie wollen alle beileibe keine Himmelstöße gewesen sein. Na, sollen sie wollen; wer sie genossen hat, weiß Bescheid.

Wir wollen schweigen und Himmelstoß ruhen lassen. Reden wir dafür lieber von Klaffus, welcher bei der Reichswehr in Lankwitz als Unteroffizier dient. Als Kammerunteroffizier — was noch ein Grad für sich ist, eine Stufe näher bei der Gottähnlichkeit. Selbiger Klaffus mußte sich am 18. September über einen Fahrer erschröcklich ärgern, denn dieser Sklave betrat die Kammer, um einige Brocken umzutauschen, und behielt frech die Mütze auf dem Kopf.

Klaffus wußte, wie man solches rügt: Er ließ ihn bis zuletzt warten und erledigte einstweilen alle anderen Anliegen; dann rief er ihn herein, stellte ihm ein Bein, trat ihm, als er auf dem Boden lag, verzeihen Sie, aber ein aufrechter Chronist läßt sich nicht bestechen, es muß heraus, er trat ihm in den Hintern. Dann ließ er ihn den Schreibtisch abräumen: Stück für Stück mußte im Laufschritt in ein Regal hinten, in der Ecke der Kammer getragen werden; Stück für Stück, auch Bleistift, Radiergummi, Stecknadel waren ein Transportgegenstand für sich. Und wenn der Soldat vorüberflitzte, stellte ihm sein Vorgesetzter teils das Bein, teils stumpte er ihn in den Rücken. Der Sport dauerte eine Stunde lang. Am nächsten Tage durfte der Mißliebige den Fußboden bohnern und nebenbei etzliche Tritte in den, verzeihen Sie usw. ..., einstecken. Bald darnach kam er bei der Paroleausgabe zu spät, mußte vor versammelter Mannschaft in Hockstellung herumhüpfen und ward dabei gleichfalls durch Fußtritte ermuntert.

Es liegt mir fern, diesen Klaffus nun etwa einen Himmelstoß zu nennen; er ist, im Gegenteil: Klaffus, eine Nummer für sich. Aber doch nicht ganz so für sich. Denn seine Methode hat nicht den Reiz der Neuheit; sie ist, wie vieles Schöne am neudeutschen Kommiß, ererbtes Gut aus kaiserlichen Glanztagen. Natürlich hat nicht jeder gleich getreten; aber es bleibt sich schließlich gleich, ob einer die Soldaten ins Gesäß tritt oder freiwillig Nachexerzieren übernimmt und die Muskoten auf dem Exerzierplatz herumhetzt, bis ihnen die Zunge zum Hals raushängt, sie über das vom Regen zu Matsch aufgeweichte Ackerfeld schleppt, alle paar Meter in den Dreck liegen läßt, schließlich zerknautscht, durchnäßt, mit Schlamm durchtränkt bis aufs Hemd, wie frisch aus dem Saustall Gezogene ins Quartier heimführt.

Vorsicht mit Protesten! Schon an dem so geschickt und fein gezeichneten Milieuunterschied (nämlich a) Exerzierplatz, also Garnison, b) Quartier, also Frontgebiet) merkt der Kundige, daß ich an sehr reale Fälle denke. Was gar die Fußtritte betrifft, so hat man auch da seine Erfahrung und kann aus eigener Anschauung berichten, daß selbst Offiziere sich gelegentlich nicht gescheut haben. Um wieder bei einem konkreten Fall zu bleiben: ich könnte den Leutnant mit Namen nennen, der auf unserem Vormarsch in Rumänien vor meinen Augen einen Marschkranken, der sich an den Wegrand setzte, um sich an die nachfolgende Bagage anzuschließen, zunächst mit Faustpüffen und dann mit Fußtritten wieder marschfähig zu machen versucht hat.

Klaffus ist natürlich ein Einzelfall, und es liegt meiner Schreibmaschine fern, ihn zum Typus stempeln zu wollen und damit sämtliche Himmelstöße zu Protesten anzuregen. Aber immerhin: der Einzelfall Klaffus ist doch kein einzelner Einzelfall; man hat seinesgleichen schon früher erlebt, und das, was er da mit dem mißliebigen Fahrer zelebriert hat, ist auch ein Teil der Tradition des wilhelminischen Heeres.

Das Schöffengericht Lichterfelde hat offenbar dieser Sachlage Rechnung getragen und dem wackeren Klaffus nicht die Alleinschuld an seinem Verhalten zugemessen: es hat ihn wegen Soldatenmißhandlung in drei Fällen verurteilt — trotz seinem tapferen Leugnen — aber nur zu fünf Wochen Festungshaft. Klaffus bekommt also für die freigebig verausgabten Fußtritte fünf Wochen Ehrenhaft und braucht während dieser Zeit keinen Dienst zu machen. Er ist für fünf Wochen zu ehrenvollem Privatisieren verurteilt, gesegn' es ihm der Herr!

Ix

„Einer der schwersten Schläge, die unsere Feinde uns ... versetzt haben, ist die Abschaffung unseres Volksheeres, der allgemeinen Dienstpflicht, die eine vorzügliche Schule für unsere heranwachsende Jugend körperlich und geistig war."

Prof. Dr. Otto Hoffmann in dem offiziellen Hochschulführer der Universität Münster i. W.

Staatskapitalismus in Italien

Als in diesem Sommer in Österreich die Kreditanstalt zusammenbrach, hörten wir Laien staunend, daß diese Bank etwa 70 Prozent der österreichischen Industrie kontrolliert. Und als dann der österreichische Staat für die Schulden der Kreditanstalt eine Garantie übernehmen mußte, lag kein Gedanke näher als der: der Staat soll doch die Bank vollends ganz übernehmen, dann hat er 70 Prozent der Industrie in der Hand, und Österreich ist auf dem besten Weg zu einer staatlichen Planwirtschaft.

Es ist in Österreich natürlich nichts derartiges geschehen.

Jetzt erleben wir einen ähnlichen Fall in Italien. Schon seit langem ist die Banca Commerciale Italiana die größte Bank Italiens. Während der Krise, die auch das facistische Italien nicht verschont hat, ist ihre Macht noch gewachsen; denn als große Industrieunternehmungen ins Wanken kamen, mußte sie überall einspringen, durch Beteiligung oder durch Stützungs-Aktienkäufe. Allmählich gelangte sie so zur gleichen Stellung wie die Kreditanstalt in Österreich: sie kontrollierte den größten Teil der italienischen Industrie.

Nun kam aber — die Krise verschärfte sich immer mehr — der Zeitpunkt, da auch die Banca Commerciale sanierungsbedürftig wurde, und da wurde sie — verstaatlicht. Zwar nicht direkt (es wurde eine neue, staatliche Bank gegründet, die fast den ganzen Besitz und fast alle Funktionen der Banca Commerciale übernahm, während diese formell noch weiter besteht), aber tatsächlich läuft es darauf hinaus, daß der fascistische Staat Herr der Banca Commerciale und damit Herr des größten Teils der Industrie geworden ist.

Der fascistische Staat hat also jetzt noch mehr als bisher schon Einfluß auf die Industrie, und zwar nicht nur gesetzlich-formellen, sondern tatsächlichen. Er hat jetzt, als kontrollierender Bankier, zu entscheiden, wie die Industrie die Krise meistern soll, welche Werke als unrentabel ausgeschieden, welche als widerstandsfähig unterstützt und über die Krise hinübergerettet werden sollen; er hat alle die Aufgaben auf sich geladen, die im kapitalistischen System eine Großbank zu erfüllen hat (oder sagen wir, nach den Erfahrungen in Deutschland, lieber: hätte).

Italien ist also in ein neues Stadium seines politischen und wirtschaftlichen Experimentes getreten: in das Stadium des vollen Staatskapitalismus. Es wird jetzt zeigen müssen, was ein Staatskapitalismus leisten kann, bei dem die Staatsmacht nicht in den Händen der arbeitenden Klasse liegt.

Konrad Rieger

Die deutsche Außenhandelsbilanz im Oktober ist mit 396 Millionen Mark aktiv. (Im September hat der Ausfuhrüberschuß 387 Millionen Mark betragen.)

Groeners Sieg

Zeitungsmeldung: „Der Konflikt zwischen dem Reich und Preussen wegen des berliner Rundfunkskandales ist durch eine Art Gentleman-Agreement zwischen Gröner und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun beigelegt worden. Braun soll sich bereit erklärt haben, einer Regelung zuzustimmen, die vorsieht, daß künftig in den Überwachungsausschüssen der Vertreter des Reiches nicht mehr überstimmt werden darf, daß also sein Einspruch genügt, um eine Veranstaltung zu verhindern." (Im Überwachungsausschuß jedes Senders sitzen zwei Vertreter des betr. Landes und ein Vertreter des Reichs; Red. d. S.-Z.)

A propos Funkrede

Inmitten der erregten Debatte, die um die ††† republikanische Funkrede des Redakteurs Höltermann entbrannt ist, hat man einer wichtigen Frage keine Aufmerksamkeit geschenkt. Da der Redner als Reichsbanner-Redakteur bezeichnet wurde, scheint es, als ob eine Organisation namens Reichsbanner als tatsächlich vorhanden bezeichnet werden soll. Das überrascht, und wäre ernstlicher Nachforschung wert. Viele bezweifeln die Richtigkeit der Behauptung, von einigen wird sogar bestritten, daß es jemals etwas derartiges gegeben habe; selbst wenn es einst aber existiert habe, sei es schon längst vom Erdboden verschwunden. Bei so widersprechenden Ansichten sollte man nicht versäumen, die Frage: „Gibt es ein Reichsbanner?" zu klären. („Montag Morgen")

Infibulation

Schon vor mehr als 100 Jahren hat man in Deutschland daran gedacht, die Geburtenzahl einzuschränken. Ein recht brauchbares Mittel dazu besteht nun bekanntlich darin, daß man die unehelichen Mütter nach allen Regeln der Kunst schikaniert. Beispielweise galten im Deutschland des 18. Jahrhunderts (zur Blütezeit des absolutistischen Polizeistaates also) Vorschriften, wonach der kommende uneheliche Erdenkloß bereits im Mutterleibe der Behörde gemeldet werden mußte. Auf Verheimlichung der unehelichen Schwangerschaft standen Strafen bis zu lebenslänglichem Zuchthaus. Sogar von den feineren Leuten verlangte der Staat etwas: „Herrschaften" nämlich waren verpflichtet, auf Schwangerschaften ihrer Dienstboten zu achten und davon unbedingt zunächst den Seelsorger zu benachrichtigen. Lag ein unehelich geschwängertes Mädchen in Wehen, so hatte die Hebamme zu fragen, „von wem und an welchen Orten sie geschwähet war, auch wo der Täter sich aufhalte". Dazu bestimmte eine Hebammenverordnung aus dem Jahre 1750: „Kommt es bey solchen Unehelichen nun zum gebähren, und die Bekenntnis ist noch nicht heraus, wer des Kindes Vater sey, so sollen sie mit Ernst in sie setzen und fragen, wer zum Kind Vater sey, mit andeuten, daß sie, bevor sie dieses wissen, gar nicht Hand anlegen dürfen."

Aber alle Schikanen halfen nicht; die realen Machtmittel fehlten. Deshalb kam gegen Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein gewisser C. A. Weinhold auf die Theorie der Infibulation. Zwar konnte er, obwohl er viele Anhänger fand, seine sinnigen Bestrebungen nicht durchsetzen. Sie seien aber hier trotzdem gewürdigt: besonders deshalb, weil sie wundervoll ausführlich und ausgeprägt den Standpunkt der herrschenden Klasse zum Ausdruck brachten.

Hören wir Herrn Weinhold persönlich: „Ich schlage als eine allgemeine und dringend notwendige Maßregel eine Art von unauflöslicher Infibulation mit Verlötung und metallischer Versiegelung vor, welche nicht anders als nur gewaltsam geöffnet werden kann, ganz geeignet, den Zeugungsakt bis in die Ehe zu verhindern." Darauf folgt eine genaue Beschreibung dieses Schlosses, dessen gewaltsame Eröffnung mit Ruten, mit der Tretmühle und mit hartem Gefängnis bestraft werden sollte. Die „Infibulation" sollte den Knaben vom 14. Lebensjahre ab angelegt und bis zum Eintritt in die Ehe bei den Männern angewandt werden, welche erweisbar nicht so viel Vermögen besäßen, um die außerehelich erzeugten Wesen bis zur gesetzmäßigen Selbständigkeit ernähren und erziehen zu können. „Sie verbleibe aber bei denen zeitlebens, welche niemals in die Lage kommen, eine Familie ernähren und erhalten zu können." Im einzelnen hatte sich der gute Weinhold die Sache so gedacht, daß

„1. ... allen Bettlern und andern außer der Ehe lebenden, verarmtesten Menschen, welche sich kaum selbst, am wenigsten aber noch ein Kind ernähren können, die Menschenerzeugung durch Infibulation unmöglich gemacht werde.

2. Muß ebenso allen arbeitsunfähigen, an langwierigen Krankheiten leidenden Menschen, welche bereits Almosen von den Communen erhalten, die Ehe versagt und die Infibulation angelegt werden.

3. Infibuliere man sämtliche männliche Dienstboten, Gesellen und Lehrlinge in den Städten und auf dem Lande und gestatte ihnen die Ehe nicht eher, als bis sie im Stande sind, außer sich auch Frau und Kinder ernähren zu können, halte sie unter strenger medicinal-polizeilicher Aufsicht durch öftere und unvermutete Visitationen, wegen heimlicher Eröffnung der metallischen Versiegelung, und wende im Übertretungsfalle die angezeigten Strafen ohne alle Ausnahmen ernstlich an.

4. Alle unverheirateten Militärpersonen in den untern Graden werden ohne Ausnahme infibuliert.

5. Da in freien Staaten Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze stattfinden muß, so kann die vornehme Jugend der Eximierten, insofern sie die Grenzen der Sittlichkeit überschreitet, nicht befreit bleiben, sondern wird sich mit einigen Modifikationen den gleichen Gesetzen unterwerfen müssen."

Es wundert einen nur, daß heute gewisse Kreise nicht mit ähnlichen Plänen auftreten. Wie die Dinge nun einmal liegen, erscheint mir das doch durchaus denkbar.

Gerhard Lindner

Schmus

Der bayrische Dichter Hans Carossa hat den schweizerischen Literaturpreis, den Gottfried-Keller-Preis, erhalten. Die „Süddeutsche Zeitung" läßt aus diesem Anlaß einen Herrn Böhmer ein Erkleckliches schwafeln, und zwar nicht über das Buch, das die hohe Ehrung auf Carossas Haupt herabbeschworen hat, sondern — Sie ahnen es nicht! — gegen Remarque. Der Preisträger wird zum willkommenen Anlaß, einen giftig gehaßten anderen Dichter anzubelfern; denn er, Carossa, hat auch einmal ein Kriegsbuch geschrieben: das „Rumänische Tagebuch". Dieses „Tagebuch" muß Herrn Böhmer als wirkungsvoller Hintergrund für das verächtliche Machwerk Remarques dienen.

Denn dieser Remarque, sagt Böhmer, ist ein Seelenvergifter und Carossa eine „heilsame Arznei". Wenn er Carossas „Tagebuch" liest, fällt es Böhmer „wie Schuppen von den Augen". Die Schuppen fallen, aber die Scheuklappen bleiben. Er tremoliert nach unoriginieller Methode vom „Erlebnis des Kriegs" und sagt, bei Remarque finde sich keiner, der diesem Erlebnis „Sinn und Bedeutung" zu verleihen suche. Versuchen Sie's mal, Mister B.; bei dem Versuch sind seinerzeit von acht oder zehn Millionen Deutscher, die ihn unternommen haben, zwei Millionen draufgegangen. Remarques Menschen, sagt Böhmer, sind „dem großen Schicksal innerlich nicht gewachsen". Nun hat keiner so richtig wie Remarque den Feldsoldaten gezeichnet (höchstens noch Renn); der wackre Böhmer pflaumt da eigentlich das seinerzeitige Volk in Waffen aufs ungenierteste an. Wenn man trotz dem Unfug, den sie mit uns getrieben haben, trotz der Misere, die sie über uns gebracht haben, trotz der Abneigung gegen Dreck, Schwindel, Leiden und Tod den Betrieb ausgehalten und den Kopf hingehalten hat, wie es ja die von Remarque geschilderten Vertreter des Feldheeres tun, dürfte man sich dem Schicksal immerhin „gewachsen" gezeigt haben; da sollte sich einer hintennach den Finger nicht mit solchem Tintengeschmock beklekkern — wenn er ein nationaler Mann sein will.

Ich weiß nicht, wo Herr Böhmer während des Krieges war. Wenn er aber etwa dort gewesen sein sollte, wo sich Remarques Helden tummeln, so wette ich, daß er wie sie und wir alle gefühlt und gelebt hat, nicht aber wie Carossas Paradesoldaten: „Viele sehnen sich wieder nach dem gefährlichen und härteren, aber würdigeren und freieren Leben vor dem Feind." Er hat sicher auch nicht so an Dichterstrofen gedacht: „Vielleicht sind sie allein es wert, daß man sich eine Weile auf den Bergen des Todes aufhalte, weil sie dort gewiß am reinsten und stärksten klingen." Sehr wahrscheinlich hat nicht einmal der Dichter Carossa diese wohlfrisierten Plattitüden gedacht, während er sich auf den Bergen des Todes aufhielt, sondern erst hintennach, als er im Tal des Lebens und im ungefährlicheren, weicheren Leben ohne Feind sein Tagebuch weiterdichtete.

Immerhin: einem Dichter ist die Poesie und das weltabgewandte Spiel der Fantasie zu verzeihen. Wenn aber einer daherkommt und in einer Tageszeitung solche courthsmahlerischen Lyrismen daherjournalistelt, wird einem speiübel.

Wirtschaftsmoral

Die Wirtschaftsskandale der letzten Zeit haben das „anständige Unternehmertum" auf den Plan gerufen. Reichlich spät. Aber nun ist es da und proklamiert den „Aufstand des ehrbaren Kaufmannes gegen geschäftliche Zweideutigkeit und Unsauberkeit". Was sich an Skandalen in den letzten Jahren in unserem Wirtschaftsleben abgespielt habe, sagt man, falle weniger dem kapitalistischen System zur Last als einem gewissen Unternehmertypus, gegen den es eine scharfe geschäftliche und vor allem auch persönliche Trennungslinie zu ziehen gelte. Man beabsichtigt die Gründung einer „Liga für anständige Wirtschaft" und hat zunächst einmal die Forderung nach wirtschaftlichen „Ehrengerichten" bei den Handelskammern erhoben. Die neue Institution der sogenannten „Wirtschaftsprüfer" möchte man gerne zu einem Werkzeug der „Wirtschaftsreinigung" ausbauen, wobei man es allerdings für notwendig hält, zu betonen, daß dann die Herren Wirtschaftsprüfer bei ihrer Anstellung nicht nur auf Sachkunde, sondern auch auf Charaktereigenschaften zu prüfen wären.

Dieser „Aufstand der Anständigen" mutet etwas sonderbar an. Wenn es erst einer besonderen Aktion bedarf, um die „Zerrbilder des Unternehmertums" nicht nur geschäftlich, sondern — man denke! — auch gesellschaftlich zu boykottieren, so muß man seither sehr laxen Ansichten von Standesehre usw. gehuldigt haben, und es ist zu befürchten, daß daran auch Ehrengerichte nicht viel ändern werden.

Man klammert sich in diesem plötzlich aufgeflammten Kampf an ein ganzes Vokabularium schmeichelhafter Standesbezeichnungen, indem man dem „ungesunden" Unternehmer, der keine „tiefere Bindung" kennt und nur skrupelloser „Pächter der Rente" ist, jene menschlich sympathischen Unternehmertypen entgegenstellt, durch deren verantwortungsbewußtes Walten unsere „erdverbundene Industrie" und unser „alteingesessener Handel" es so herrlich weit gebracht haben, bis dann durch irgendwelche „Elemente" diese ganz vortreffliche Wirtschaftsgebarung flöten ging.

Es stimmt ja schon, was dem „ungesunden" Unternehmertum vorgeworfen wird, daß es immer mehr zum händlerischen Spekulantentum heruntergesunken ist, und daß einem möglichst mühlos errafften Profit nachgestrebt wird. Und auch das stimmt, daß heute „im Schatten und unter dem Schutz einer durch Subventionen, Zölle, Kartelle, Monopole usw. manipulierten Wirtschaft" trotz Notzeit und Krise mühelos Vermögen ergattert werden. Aber so leicht es seither schon gewesen wäre, von Geschäftemachern abzurücken, deren Geschäftsgebaren sich eindeutig hart am Rande des Kriminellen bewegte, so schwer wird es sonst sein, die Grenze zwischen gesundem und ungesundem Unternehmertum zu finden. Die idealisierten Begriffe, die in Protestkundgebungen die Herzen höher schlagen lassen, sind in der rauhen Wirklichkeit des Geschäftslebens unbrauchbar, und es ist zu befürchten, daß die „Unanständigkeit" dem System tiefer eingegraben ist, als die wackeren Kämpen für „Wirtschaftsehrlichkeit" zugeben können. In Krisenzeiten ist das deutlicher sichtbar als sonst, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht auch in der guten alten Zeit dadurch einer groß wurde, daß er nicht gerade einer hundertprozentigen Anständigkeit huldigte.

Gesund oder ungesund? Die armen Wirtschaftsprüfer werden es nicht leicht haben. Sie werden manchen mit kritischen Augen betrachten müssen, der heute noch munter unter den Gesunden weilt. Es gibt hochgeachtete Persönlichkeiten, die schon lange durch die Devise „Die Gewinne mir, die Verluste dem Reich" eine beachtliche Rolle im deutschen Wirtschaftsleben spielen. Manche von ihnen lassen es sich sogar nicht nehmen, nebenher noch ihrer Arbeiterschaft etwas von dem verantwortungsbewußten Geist zu geben, der sie beseelt, indem sie ihnen kostenlos Arbeitsfreude und ähnliche schöne Tugenden vermitteln. Zwei Seelen wohnen ach in ihrer Unternehmerbrust. Leider gibt die eine immer den Ausschlag. Und das ist nach ehernen kapitalistischen Gesetzen nicht die gesunde.

Mauthe

Partei in Flammen

In Offenburg (Baden) sind zu einer nationalsozialistischen Versammlung Einladungen mit folgendem Wortlaut verbreitet worden: „Es spricht: Oberstleutnant a. D. Ahlemann, ehemaliger Kommandant von Tschingtau über das Thema: Die wirtschaftlichen Forderungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unter Mitwirkung der Feuerwehrkapelle Offenburg."

Das Gesicht der Demokratie

Breitkopf und Härtel in Leipzig haben ein „Bildwerk zur Geschichte der deutschen Nachkriegszeit" herausgebracht, ein gut ausgestattetes Machwerk, an dem man deshalb nicht vorbeigehen kann, weil es in Wort und Bild deutlich zeigt, was eigentlich die Kritik unserer Antipoden, der deutschen Rechtser, gegen die Demokratie zu sagen hat.

Nicht viel. Der Text — von Friedrich Georg Jünger in nicht unsympathischer Sprache dargeboten — kritisiert die heutige parlamentarische Demokratie als tödliche Krisis der liberalen Weltanschauung. Das ist richtig erkannt. Falsch ist aber die Problemstellung, mit der Jünger die Aufgabe der Zukunft herausschälen will. Wie schon die Rückschau unter Verzicht auf die Zugrundelegung ökonomischer und sozialer Tatbestände ganz in hergebracht idealistischem Sinn filosofierend ist, so natürlich erst recht der Teil, der Wege und Auswege zeigen soll. Man sieht wieder einmal, daß jede Betrachtung, die von einer vorgefaßten rein-filosofischen (wenn auch staatsfilosofischen) Idee ausgeht, keinen Boden unter den Füßen hat und sich deshalb in plätschernder Staatsmythologie verlieren muß. Diesen nationalen Theoretikern steht immer eine leidenschaftlich erfaßte Idee am Ausgangspunkt des Denkens; nach ihr soll sich die Wirklichkeit richten. Anstatt daß sie die Wirklichkeit an den Anfang des Erkenntnisbemühens stellen und nach Auffindung der Gesetze politischer Entwicklung den Versuch der Änderung unternehmen. Soviel zu Jüngers Text.

Der Bilderteil ist schlechter als der Texteil. Da ist mit manischer Beharrlichkeit Bild an Bild gereiht zu dem Zweck, die Demokratie zu diskreditieren. Es liegt nichts an dieser Demokratie; sie möge sich selbst verteidigen, wenn sie kann. Aber es liegt viel daran, zu betonen, daß nicht, wie dieses Buch es darstellt, die letzten Endes einzig Leidtragenden bei der demokratischen Wirtschaft die Nazis sind, von denen man ein paar fotografiert hat, wie sie, nach irgendeinem vollbrachten Bürger-Teilkrieg, sich beim Verbundenwerden in Leidenspose hinsinken lassen. Das ist falsch und verächtlich: es steht den Nationalsozialisten schlecht, zu tun, als seien sie von allen Seiten bedrohte und dem Meuchelmord ausgesetzte Ghettoangehörige.

Es steht ihnen auch schlecht, Schlageter, über dessen kuriose Tätigkeit im Dienste Polens und sabotierender deutscher Dunkelmänner-Bünde das nicht naziotisch verseuchte Deutschland einigermaßen im Bild ist, immer noch als Märtyrer hinzustellen — und über Erzberger dumm zu grinsen, weil er den schönen, handfesten, schlichtvolkstümlichen Spruch: „Erst schaff dein Sach, dann trink und lach!" geschätzt hat — diese positive, arbeitsfrohe, kernigdeutsche Lebensregel.

Was haben Sie sich eigentlich gedacht, Herr Edmund Schultz, der Sie für den Bilderteil verantwortlich zeichnen, als Sie die Behauptung, Gumbel habe gesagt, die Toten seien auf dem Felde der Unehre gefallen, kolportierten, jenen Satz, den Gumbel, wie viele andere Frontkämpfer, vielleicht gelegentlich gedacht haben mag, aber aus Pietät gegenüber toten Kameraden seinerzeit deutlich, wenn auch knapp, umgangen hat? Wahrscheinlich haben Sie sich nichts dabei gedacht, Schultz.

Ebensowenig wie bei dem Bilde Hirschfelds, dessen Lebenswerk so vielen von euch nationalistischen Männerbündlern zugute kommt, als Sie darunterschrieben: „Ein prominenter Vertreter der Sexualwissenschaft und Vorkämpfer eines neuen Ehrbegriffes, nach welchem die Ehre erst oberhalb des Nabels beginnt." Solche Sachen, mein Herzchen, lassen den Verdacht aufkeimen, daß es in nationalen Kreisen einen Ehrbegriff gibt, bei dem die Ehre erst bei der Beschimpfung und Besudelung des Gegners beginnt.

Oder was soll man sagen zum Bild der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Edenhotel, dessen Unterschrift lautet: „Von ihnen sollen einige an der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen sein. Die Leichen der Ermordeten wurden im Landwehrkanal gefunden." „Sollen"? — Schultz, Schultz!

Nein, es ist nicht viel mit euch los, Leute. Ihr habt ja nicht einmal den Mut, euch zu euch und eueren Taten zu bekennen. Die Gegner müßt ihr entweder als Schufte oder als Idioten hinstellen — feiner könnt ihr's nicht. Wer außer euch glaubt wirklich, daß Erzberger, als er über den Friedensschluß sprach, so blöd dahergeredet hat: „Wir müssen alles zugebe und alles zugebe, dann werde sie uns schon verzeihe"? Oder daß Fehrenbach in Spa ausländische Journalisten mit folgendem Sextanerlatein begrüßt hat: „La chose marche, die Dinge sind going"? Es ist ein Jammer mit euch, Kinder; ihr versteht euer Handwerk nicht; nicht einmal ein bißchen Satire bringt ihr fertig.

Max Barth

Kinderaussagen

Ein 45jähriger Laborant war vom brandenburger Schöffengericht wegen fortgesetzter Blutschande zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden; in der Berufungsverhandlung vor der potsdamer Strafkammer wurde der Angeklagte freigesprochen. Seine jetzt sechzehnjährige Tochter erklärte in dieser Verhandlung, sie habe alle früheren Aussagen aus den Fingern gesogen. Sie wollte ihren Vater aus dem Hause haben, um mit einem dem Vater nicht genehmen Liebhaber durchgehen zu können.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie zweifelhaft Kinderaussagen sind, besonders wenn es sich um sexuelle Dinge handelt.

•

Die Angelegenheit des bornstädter Amtsvorstehers Frenzel schwebt immer noch. Er ist in der Berufungsverhandlung am 1. Dezember letzten Jahres wegen Blutschande zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Die Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht wird wahrscheinlich erst Anfang nächsten Jahres stattfinden. Grund der Verzögerung soll der große Umfang des riesig angeschwollenen Aktenmaterials sein. Allein das Urteil des letzten Prozesses umfaßt 650 Seiten.

Frenzel hat durch diese Verzögerung bereits schweren materiellen Schaden erlitten. Und wer entschädigt ihn für die durch Jahre hindurch erlittenen seelischen Qualen, falls sich letzten Endes doch noch seine Unschuld herausstellen sollte?

•

Eine Beschwerde der Frau Frenzel gegen einen Beschluß des Amtsgerichts Potsdam, durch den ihr und ihrem Mann die Sorge für ihre Tochter Gertrud entzogen worden ist, wurde zurückgewiesen. Die Familie Frenzel weiß bis heute nicht, wo ihre Tochter untergebracht ist.

Das böse Beispiel

Im Kurfürstendamm-Theater in Berlin wird zurzeit „Die Heilige aus USA." von Ilse Langner aufgeführt. In dem Stück wird der Lebenslauf der Frau Mary Baker-Eddy, der Begründerin der „Christlichen Wissenschaft" (Christian Science), geschildert. Die deutsche Leitung dieser Bewegung erblickte in dem Stück eine Verächtlichmachung der geheiligten Person der Frau Mary Baker und stellte Strafantrag auf Grund des § 166. Der Antrag wurde wieder zurückgezogen, dagegen hat ein Mitglied von sich aus einen Strafantrag wegen Gotteslästerung und Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen gestellt. Da durch den § 166 nur Religionsgemeinschaften geschützt sind, die mit Korporationsrechten ausgestattet sind, und „Gott" selbst in dem Stück nicht gelästert wird, dürfte der Antrag wohl abgelehnt werden.

Der berliner Polizeipräsident hat übrigens die Aufführung des Stückes für Bußtag und Totensonntag verboten. In der Begründung heißt es, daß religiöse Menschen zu leicht die Parallele zwischen Mary Baker und Jesus Christus ziehen könnten. Das sollen sie offenbar nicht, wenigstens nicht an Festtagen. Vielleicht befürchtet man, der Lebenslauf der Mary Baker und die Geschichte der Christian Science könnten diesem oder jenem harmlosen Gemüt zeigen, auf welche absonderliche Art manchmal Religionsgemeinschaften zustandekommen. Das wäre dem inneren Frieden, den religiöse Menschen gerade an Festtagen brauchen, doch vielleicht in gewisser Hinsicht abträglich.

oha

Das günstige Resultat

In Karlsruhe ist kürzlich ein an Brechdurchfall erkranktes Kind gestorben, weil der Apotheker infolge unleserlicher Schrift des Arztes eine falsche Mischung verabreicht hat. Es wird anläßlich dieses Falles behauptet, daß in Deutschland jährlich etwa fünf oder sechs Personen durch falsche Rezeptausführung Schaden erleiden. Das sei in Anbetracht der Millionen von Rezepten, die jährlich ausgestellt werden, ein solch winziger Bruchteil, daß man sozusagen von „höherer Gewalt" reden könne.

Daraus nun zu schließen, daß die Ärzte trotz dem schlechten Ruf ihrer Handschrift verhältnismäßig deutlich schreiben, wird niemand einfallen; mehr wird man schon der Deutekunst der Apotheker zutrauen dürfen. Wahrscheinlich resultiert das günstige Ergebnis aber daher, daß ein großer Teil der Medikamente nicht sehr schädlich ist, und im übrigen viele Patienten trotz allem eine gute Konstitution haben.

Diese Kraftmeierei, dieser Aufguß aus der Durchhalte-Mentalität daheimgebliebener Vollbart-Professoren und sauergewordener Gouvernanten 1931 in Tassen gefüllt, sollte selbst nationalen Gemütern — aber nein: denen ist nichts zu fad; die sind so.

Max Barth

Kritik verboten

Der Schriftsteller Dannenberger in Essen, der als Autor des Romans „Union der festen Hand" unter dem Namen Erik Reger bekannt ist, hatte eine Aufführung des bochumer Stadttheaters kritisiert. Ungünstig.

Daraufhin bekam er keine Freikarten mehr. Die beleidigten Theaterherren schlossen ihn vom Genuß ihrer Darbietungen aus; wer nicht lobt — gleichviel, was für ein Salat ihm vorgesetzt wird, — der ist unerwünscht. Wollte Dannenberger seinen Beruf als Kritiker weiter ausüben, so mußte er sich Eintrittskarten kaufen.

Er tat's. Zweimal. Und zweimal wurde er durch die Leitung des Theaters verhindert, sich die Stücke, für die er sich einen Platz gekauft hatte, anzusehen. Man ließ ihn durch die Polizei aus dem Theater entfernen.

Er klagte auf Schadensersatz. Das Oberlandesgericht Hamm entschied, daß das Verhalten der Theaterleitung kein Akt der Willkür sei; sie habe sich vielmehr durch die seinerzeitige Kritik benachteiligt gefühlt und in Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen gehandelt.

Auf Deutsch: das Publikum darf zwar angeschmiert werden, man darf es durch gute Kritiken schlechter Aufführungen verlocken, ins Theater zu gehen. Die wirtschaftlichen Interessen der Theaterleitung, die aus schlechten Aufführungen Profit zieht, müssen geschützt werden; aber die künstlerischen und wirtschaftlichen Interessen des Publikums sind vogelfrei. Der Kritiker darf seine Pflicht, ein Stück seinem wahren Wert gemäß zu beurteilen und der Öffentlichkeit zu sagen, daß sie Blech als Gold verkauft bekommt, nicht ausüben.

Diese sinnlose Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm hat das Reichsgericht bestätigt. Die Sinnlosigkeit ist zum Prinzip geworden.

Nach diesem Urteil steht fest: 1. Wenn ein Kritiker nach bestem Wissen und Gewissen eine Theateraufführung für schlecht erklärt, hat die Theaterleitung das Recht, ihn vom Besuch ihres Lokals auszuschließen. 2. Liegt ein solcher Fall vor, so ist die Theaterleitung nicht einmal verpflichtet, den Kritiker als gewöhnlichen Theatergast gegen vollbezahlte Eintrittskarte zu ihren Aufführungen zuzulassen.

Wenn es unter den deutschen Theaterkritikern sowas wie Solidarität gäbe, dann müßten sie zum Protest gegen die Entscheidung des Reichsgerichts und gegen die Anmaßung der bochumer Theaterbonzen einmütig in den Streik treten. Sie sollten die Theater Deutschlands, die ja ohnehin zu 98 Prozent muffige, überholte, rheumatische Angelegenheiten sind, mit demjenigen Publikum allein lassen, das aus eingeborener Stupidität jeden Kohl frißt und sich überhaupt nicht fragt, ob er gut oder schlecht ist.

Peng

Kleine Bemerkungen

Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. Nur auf diesem Wege lernt er die Menschen richtig kennen.

Literaten, die das Volk poussieren, sind wie Leute, die ihre Liebesbedürfnisse in Stundenhotels befriedigen und dabei exaltierte Treueschwüre ausstoßen.

Die Langeweile feiner Restaurants wird nur dadurch einigermaßen erträglich, daß einer ab und zu mit dem Messer ißt.

Man soll niemals die Beschränktheit des Nebenmenschen als ein Plus für sich buchen.

Knechtschaft ist leichter abzustreifen als die Wunschträume, die sich während der Knechtschaft gebildet haben.

Seit die Pastoren sich in Geldgeschäften betätigen, fangen die Bankiers an, aufs Jenseits zu vertrösten.

Manche haben es mit ihrer „Bildung" wie gewisse Krämer: sie präsentieren stets ihr ganzes Warenlager, um ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen.

Unfaire Kampfesweise führt nur beim Sport zur Disqualifizierung; man sagt deshalb, er verrohe.

Manche Leute müssen sich mit dem Weltall konfrontieren, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß sie „beschränkt" sind.

Seitdem die Segnungen der Kosmetik und der Konfektion Allgemeingut geworden sind, wird viel weniger über Standesunterschiede geklagt.

hm

Es muß nicht sein

Im „Tag" leistet sich Superintendent Dibelius folgende Betrachtung zur Not der Zeit: „Es muß nicht sein, daß zwischen 10 und 20 Prozent aller versicherten Todesfälle — wie das zwei große Versicherungsgesellschaften neulich gemeldet haben — durch Selbstmord entstehen. Nein es muß nicht sein ... Wenn die äußeren Nöte, die das deutsche Volk heute durchzukämpfen hat, von unerhörter Schwere sind, dann ist dem deutschen Volk eben die Aufgabe gestellt, mehr innere Spannkraft zu bewähren, als andere Geschlechter aufzubringen brauchten. Und daß diese Spannkraft aufgebracht werden kann — darüber ist kein Zweifel."

Besonders wenn man einen Superintendenten-Gehalt bezieht.

Literatur

Hans Urian. Von Lisa Tetzner. Die Geschichte einer Weltreise. Mit 28 Zeichnungen und 2 Weltkarten. Verlag D. Gundert, Stuttgart. Kartoniert 2,80 Mark, in Halbleinen 3,80 Mark. — Die Geschichte eines kleinen Buben, der auszieht, Brot zu suchen, und erkennen muß, daß zwischen den Hunger und seine Stillung sich die Hand schiebt, die Geld fordert, daß das Geld nur für Arbeit zu bekommen ist und daß kein Arbeiter für die Arbeit so viel bekommt, wie er verdient. Hans Urian trifft auf den Hasen Trillewipp, der fliegen kann, und reist mit ihm um die Welt. Er sieht in USA die Fabrik, die Geschütze macht, mit denen afrikanische Völker niedergeworfen werden sollen, gerät in die Gefangenschaft der Neger, wird von einem chinesischen Kaufmann gekauft und mit den beiden Kameraden, die sich auf seiner Reise noch hinzugefunden haben, an einen Seidenfabrikanten in Hongkong verschachert. Aus der Hölle der Kinderarbeit in der Fabrik retten sich die drei Helden schließlich mit Hilfe ihres Hasen nach der Sowjetunion. Von dort kehrt Hans Urian später zu seiner Mutter zurück. Lisa Tetzners Erzählungsgabe ist bekannt; mit ihr ist in diesem Buch eine belehrende Darstellung verbunden, die nichts Lehr- und Lehrerhaftes an sich hat, und eine Gesinnung, die weit über der üblichen Gesinnungslosigkeit der Wald- und Wiesen-Kinderbücher steht. Schenkt eueren Kindern den „Hans Urian".

B.

Kabale und Liebe. Über Politik und Geschlechtsleben. Von Richard Linsert. Man-Verlag, Berlin W 15. — Ein starker Band von mehr als 600 Seiten, mit sehr vielen Abbildungen. Behandelt die Rolle erotischer Beziehungen (den Begriff im weitesten Sinne gefaßt) im Leben der Völker und Staaten. Die Bedeutung der Mätressen, die Bedeutung normaler wie anormaler erotischer Beziehungen, die Bedeutung der erotischen Veranlagung für die politische Auffassung und für Weltbild und Weltanschauung werden dargestellt. Natürlich wird über Skandalprozesse wie den gegen Eulenburg ausgiebig gehandelt; aber das Werk ist alles andere als eine Sammlung von Skandalchroniken. Es ist umfassend, befaßt sich vor allem mit dem Typischen und immer und überall Auftretenden, sucht die Prinzipien in wissenschaftlicher Weise herauszuschälen. Linsert ist, als Mitarbeiter Hirschfelds, für diese Arbeit besonders qualifiziert.

b.

Ein Unikum

In der Stadt Basel gibt es ein sozialdemokratisches Blatt, die „Basler Arbeiter-Zeitung", und ein kommunistisches, den „Basler Vorwärts". Beide Blätter werden — was sonst wahrscheinlich in ganz Europa nirgends vorkommt — in der gleichen Druckerei, der Basler Genossenschaftsdruckerei, hergestellt. Diese Druckerei gehört Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam.

Eine Idylle, wird man denken. Aber es ist nicht so, eher das Gegenteil ist richtig.

In letzter Zeit ist nämlich dort folgendes passiert: Zu den Gewerberichterwahlen hatte die Basler „Sektion" des schweizerischen Typografenbundes (der Gewerkschaft der Buchdruckergehilfen) eine Kandidatenliste aufgestellt. Die kommunistische Opposition in der Gewerkschaft kam mit einer Gegenliste. Die Basler „Typografia" erblickte darin ein „verbandsschädigendes Verhalten" und schloß die Unterzeichner jener Gegenliste aus. Zwei von ihnen waren in der Genossenschaftsdruckerei tätig, wo etwa 10 Kommunisten und 40 Sozialdemokraten arbeiten. Nun dürfen in der Basler Genossenschaftsdruckerei laut Statut nur freigewerkschaftlich organisierte Setzer und Drucker beschäftigt werden. Der Geschäftsführer der Druckerei, ein Sozialdemokrat, kündigte also den beiden ausgeschlossenen kommunistischen Kollegen. Aber der Druckereivorstand, in dem die Kommunisten in der Mehrheit sind, hob die Kündigung wieder auf. Die Belegschaft (in der Mehrheit sozialdemokratisch, siehe oben) erklärte nun, wenn die beiden nach dem Kündigungstermin weiter zur Arbeit kommen würden, so würden sie die Arbeit niederlegen.

Inzwischen hatten die Kommunisten in ihr Blatt, den „Basler Vorwärts", der von sozialdemokratischen Maschinensetzern gesetzt wird (während zugleich an der Herstellung der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung" auch Kommunisten mitarbeiten), einige scharfe Artikel gegen die sozialdemokratisch geleitete „Typografia" in Satz gegeben. Die Maschinensetzer weigerten sich, sie zu setzen. Als die Kommunisten versuchten, sich mit Handsatz zu helfen, kratzte der sozialdemokratische Stereotypör die betreffende Stelle auf der Platte wieder aus. Eine ganze Woche lang erschien der „Vorwärts" mit „Zensurlücken", weil die sozialistischen Setzer (die z. T. dem Vorstand der „Typografia" angehören) keine Beleidigungen gegen sich selber setzen wollten. Sie machten sich aber dadurch tarifbrüchig; denn im schweizerischen Buchdruckertarif steht ausdrücklich geschrieben, daß der Gehilfe unbesehen zu setzen hat, was der (in diesem Fall kommunistische) Prinzipal ihm aufgibt. Die Basler Genossenschaftsdruckerei hat erklärt, sie werde bei den Tarifinstanzen Klage wegen Tarifbruch erheben. Das Resultat müßte nach allen Vorgängen eine Maßregelung der Schuldigen sein.

Es wird nicht so weit kommen. Der Fall oder die beiden Fälle werden „politisch", d. h. auf Grund der Machtverhältnisse, namentlich auch der finanziellen, entschieden werden. Die beiden ausgeschlossenen und wiedereingestellten Setzer haben einen „Urlaub" angetreten; und die Klage vor dem Tarifgericht wird kaum zum Austrag kommen.

Man sieht jedoch, daß es heutzutage doch am Ende besser ist, sozialdemokratische Blätter werden in einer sozialdemokratischen und kommunistische in einer kommunistischen Druckerei gemacht. Kazenwadel

Der gutverstandene Engel

Man muß dem kürzlich 80 Jahre alt gewordenen Eduard Engel seine, wenn auch bescheidenen, literarischen Verdienste lassen: sein Fremdwörterkrieg war zwar oft stur, oft aber auch berechtigt. Er hat außerdem verdienstvoll für allerlei Eisenbahnfortschritte gekämpft, u. a. gegen die Trittbretter, auf denen die Schaffner in Sturm und Regen die Schnellzüge entlangturnen mußten. Aber wenn seine Geistesart im dritten Reich das deutsche Land völlig beherrschen wird, dann können wir unsere schwarz-weiß-roten Wunder erleben.

Als Vorgeschmack eine kleine Kostprobe aus seinem neuen Werk: „Selbstgedachtes".

„Moltke—: Ich habe im alten Reichstag den 90-Jährigen strack aufrecht schreiten sehen; habe mit ihm zu sprechen gehabt und bin, halblaut und deutlich gliedernd, von dem Schwerhörigen verstanden worden. Denk ich zurück an das Heldenzeitalter neudeutscher Geschichte, so sehe ich im Mittelpunkt Moltke. Bismarck nur neben ihm."

Sollte der auf den zweiten Platz gesetzte (weniger schwerhörige) Bismarck auf Engels deutliche Gliederung weniger aufmerksam gehört haben?

Der Ethiker

Die Redaktion der S.-Z. hat am 19. November folgendes Schreiben erhalten:

„Als Rechtsbeistand des Herrn Kaplan Fahsel, Berlin, teile ich Ihnen hierdurch mit:

In Ihrer Sonntags-Zeitung vom 1. November cr. brachten Sie über meinen Mandanten einen Artikel mit der Überschrift „Der Ethiker". Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie hiermit um Aufnahme folgender Berichtigung in der nach Empfang meiner Einsendung nächstfolgenden Nummer.

Die tatsächlichen Angaben des Artikels sind unrichtig. Es war ein Honorar von 800 Mark und nicht ein solches von 500 Mark für einen Vortrag im Sieglehaus vereinbart. Mein Mandant erfuhr erst am Nachmittag des Vortragstages, daß der Veranstalter nicht den Saal im Sieglehaus, sondern den weit größeren Saal der Liederhalle belegt habe. Es ist also unrichtig, daß mein Klient darüber vorher eine telegrafische Mitteilung bekommen haben soll. Mein Klient forderte darauf mit Recht ein entsprechend höheres Honorar als 800 Mark, und zwar zunächst 1500 Mark, und einigte sich dann mit dem Veranstalter auf 1350 Mark. Dieses Honorar erhielt er auch ausgezahlt. Somit ist in dieser Angelegenheit nur das Verhalten des Veranstalters, nicht aber das meines Mandanten zu beanstanden. Da der Veranstalter in einem jetzt schwebenden Prozeß den Versuch macht, einen Teil des Honorars zurück zu bekommen, verzichte ich, um in das schwebende Verfahren nicht einzugreifen, auf weitere Ausführungen als die hier erforderlich gewordene tatsächliche Richtigstellung. Hochachtungsvoll: der Rechtsanwalt ..."

Das ursprüngliche Honorar war also nicht 500, sondern 800 Mark, und die Saaländerung ist Kaplan Fahsel nicht telegrafisch, sondern auf irgend eine andere Weise mitgeteilt worden — im übrigen bestätigt die Berichtigung alles, was in der S.-Z. gestanden ist. Ich weiß nicht, ob das Ansehen Fahsels gehoben wird, wenn die Öffentlichkeit erfährt, daß er für einen einzigen Vortrag 1500 Mark verlangt.

Jetzt ist es noch Zeit

das Abonnement für Dezember zu erneuern

Piefke wirbt für Deutschland

Leutchen gibt es, sag ich Ihnen ...!

Ein französischer Kaufmann nahm unlängst seine Post aus dem Geschäftsbriefkasten. Sieh da, ein Brief aus Deutschland, sagte er sich, ein Auftrag sicher, das ist nett, man kann's brauchen in dieser miesen Zeit. Fröhlichen Herzens riß er den Umschlag auf.

Es war kein Auftrag. Es war was ganz anderes.

„Das deutsche Volk mit seiner wechselvollen Geschichte steht am Vorabend eines neuen Aufstiegs. Er wird vielleicht langsam gehen; aber die Welt wird mit ihm zu rechnen haben. Die Wurzeln der deutschen Kraft sind noch nicht verdorrt ... Das kulturelle Leben in Deutschland ist sehr aktiv. Den Beweis dafür bilden die zahlreichen Nobelpreise, die in den letzten Jahren an Deutsche verliehen worden sind."

So also schmust irgendein Herr Piefke seinen französischen Geschäftsfreund an. Er zieht vom Leder gegen die „Parteien des deutschen Liberalismus" und versichert, daß sie uns in den Abgrund führen. Aber gottlob, Rettung naht: noch gibt es Stahlhelm, Hugenberg und Hitler! Sie werden Deutschland, die Welt und Frankreich im besonderen retten. Wie?

„Die nationale Bewegung will keinen Revanchekrieg ..." Sie will nur „erträgliche Existenzbedingungen" und Kolonien. Der Erbfeind soll uns helfen, dann werden auch wir ihm dienen können. „Ohne gefestigte Kapitalsbasis und genügende Nahrungsmittel, der Waffen beraubt, ist Deutschland, der Träger einer alten, großen Kultur, die viel zum Aufstieg der weißen Rasse beigetragen hat, jedem Angriff von Osten ausgesetzt. Dschingis Chan steht wieder auf, im Gewand des Bolschewismus, und droht, die wundervolle europäische Kultur völlig zu vernichten ..." Sie sagen Kultur und meinen den Geldsack, wie immer.

„Völker der weißen Rasse, vereinigt euch! Verstärkt den Wall Deutschland! Lest deutsche Geschichte! Schon einmal, im Mittelalter, hat das Heer der deutschen Ritter — in Schlesien — die europäische Kultur gerettet, indem es die asiatischen Horden zurückwarf. Sichert euch das deutsche Schwert! Setzt euch ein für die militärische Autorität Deutschlands ... Macht Propaganda unter eueren Freunden ... Ich werde demnächst weitere Briefe folgen lassen, die Aufklärung über die Ziele der nationalen Bewegung, insbesondere des Stahlhelms verbreiten sollen."

Soweit Herr Piefke. Wenn einer von Links sich zu einem Franzosen an den Tisch setzt, ohne ihm in die Suppe zu spucken, schreit der gleiche Piefke Mordio. Aber wenn es gilt, die Reaktion in Deutschland zu stärken, den Profit zu erhöhen, den Militärstaat auszubauen, den Verleumdungs- und den Waffenkrieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten und zu führen, dann ist's eine andere Sache: dann wirft sich diese Sorte dem peinlich berührten Franzosen an die Brust, gräbt Hermann den Cherusker und die Wurzeln der deutschen Kraft aus dem Erdreich — voilà, das sind wir! Da versucht sich das mit ölig triefendem Gesabber dem auf Form haltenden und solch feuchter Vehemenz ganz und gar ungewohnten Erbfeind anzubiedern: komm, wir wollen wieder gut sein, ich verzeihe dir, daß ich dich einen Drecksack geheißen und dir mit der Mistgabel gedroht habe, leg deine Hand in meine Hand und schau mir treu ins seelenvolle Auge; laß uns aufbrechen, die deutsche Wehrmacht auszubauen, damit wir den asiatischen Horden die Zähne zeigen ... und (aber das sagt man nicht, das denkt man nur) die Meute der Deutschen, die sich's vielleicht nicht mehr so lange gefallen lassen wollen, daß wir von ihrem Elend in dulci jubilo leben, unter die Knute zwingen können!

So ungefähr sieht die deutsch-französische Verständigung auf stahlhelmisch aus. Nur auf stahlhelmisch? So sieht die deutsch-französische Verständigung aus. Mara Bu

Beschwerde

Liebe Sonntags-Zeitung!

Betr.: Abstellung eines groben Unfugs.

Meine Nerven werden beruflich sehr in Anspruch genommen, so daß ich des öfteren abends nicht gleich einschlafen kann und mitunter erst in den frühen Morgenstunden in einen tiefen Schlaf verfalle. Diese mir so notwendige Nachtruhe wird jedoch durch die umliegenden zahlreichen katholischen Kirchen empfindlich gestört, die gewöhnlich morgens gegen ¾6 Uhr — zuweilen auch schon um ½6 Uhr — in größeren und kleineren Zwischenräumen ihr volles Geläut ertönen lassen.

Nun bin ich der Ansicht, daß es demjenigen, der schon zu so früher Stunde ein unaufschiebbares Bedürfnis fühlt, sich religiös zu betätigen, unbenommen bleiben soll; aber dann kann er sich dazu seinen Wecker stellen. Wenn jedoch alle Glocken — und dazu recht ausgiebig (bei dem elektrischen Betrieb gibt es leider keine Ermüdung) — in Bewegung gesetzt werden, so betrachte ich das vom Standpunkt der übrigen, vielleicht in der Mehrheit befindlichen Mitmenschen als eine schwere Ruhestörung. Wo bliebe diese Duldsamkeit, wenn etwa die Kommunisten zu so nachtschlafender Zeit trommelnd und schalmeienblasend für ihre Sache werben würden?

Da unsere hochwohllöbliche Obrigkeit allenthalben mit unerbittlichem Eifer für „Ruhe und Ordnung" sorgt — wie ich höre, wird zu diesem Behufe in Ihrer Stadt sogar ein Feldzug gegen das Sinnbild des Heiligen Geistes, die harmlose Taube, geführt — so hege ich nicht den geringsten Zweifel, daß es nur eines geeigneten Hinweises bedarf, um die zuständige Kirchenbehörde zu dieser zarten Rücksichtnahme zu bewegen.

Wenn ich mich indessen in meinem unverbesserlichen Optimismus getäuscht haben sollte, so frage ich Sie, wo kann ich mich über diese aufdringliche, höchst unerwünschte Reklame beschweren? Mit freundlichen Gruß. L. H., Ludwigshafen

Zusammenhänge

Das Bayernwerk hat durch die großen Überschwemmungen in China einen Ausfall von vielen Millionen Kilowattstunden Strom erlitten. Zahlreiche chinesische Färbereien nämlich, Kunden der I. G. Farben und ihres Werkes Gersthofen bei Augsburg, wurden durch die Fluten vernichtet, und mit dem verringerten Absatz nach China sank auch der Verbrauch elektrischer Kraft in Gersthofen.

Mitteilungen des Verlags

Die Inserate haben der Redaktion einige Briefe gebracht, aus denen hier ein paar Stellen zitiert seien:

„... Soll das bedeuten, daß Sie auf Unabhängigkeit keinen Wert mehr legen?"

„Ob mit oder ohne Inserate — kämpfen Sie weiter!"

„Inserate wünschen wir nur in der Faschings-Nummer zu sehn."

„Erweiterung — ja! Aber ohne Inserate. Lieber den Preis verdoppeln oder verdreifachen." (Damit wären wohl nur wenige einverstanden.)

„Warum nicht auch künftig ohne Inserate? Es ist doch bisher so schön gegangen." (Manche Leute scheinen von dem furchtbaren Ernst der heutigen Situation — durch die freilich nicht nur die Existenz der S.-Z. bedroht ist — keine rechte Ahnung zu haben.)

„Trotz manchen Bedenken begrüße ich es, daß Sie jetzt Inserate aufnehmen und sich dadurch eine festere Basis schaffen. Die S.-Z. hätte sicher heute eine größere Bedeutung, wenn sie das schon früher getan hätte. Und hätte dabei genau so unabhängig bleiben können. Vielleicht sogar noch unabhängiger. Denn gefährlicher als die Abhängigkeit vom Inserenten (die sich vermeiden läßt) ist die Abhängigkeit vom — Abonnenten, vor allem vom neu zu gewinnenden. Ich habe manchmal den Eindruck gehabt, als ob die S.-Z. darunter gelitten hätte."

*

Aus einigen Zuschriften sehe ich, daß manche Leser meinen, der politische Gefangene, für den die S.-Z. um Unterstützung gebeten hat, sei ich. Ich bin zwar tief gerührt darüber, daß nun einige Leute im Gedanken an mich, der ich, relativ heiter, noch in Freiheit lebe, ihre Groschen geopfert haben, aber ich muß trotzdem feststellen: ich bin weder zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt noch skorbutkrank noch tuberkuloskrank. Das eingegangene Geld ist an den, der tatsächlich dieses grausige Schicksal erleidet (in einem außerdeutschen fascistischen Staat), abgesandt worden. Allen Gebern besten Dank! Hermann List

Kleinigkeiten

Das Wort sie sollen lassen stahn. Die evangelischen Frommen, die sich auf jede mögliche Weise dem Nationalsozialismus anbiedern, haben eine große Enttäuschung erlebt: der „Angriff" hat nämlich kürzlich unter dem Titel „Bauerngebet" den letzten Vers des Lutherliedes „Ein feste Burg ist unser Gott" abgedruckt und als Verfasser Hermann Löns angegeben. Der „Reichsbote", sich darob kaum fassen könnend, ruft bitter aus: „Wir sind erstaunt, sehr erstaunt!" — Wir nicht.

Aha! Julian Borchardt beginnt die Einleitung zu seiner Ausgabe des „Kapitals" von Marx (Laubsche Verlagsbuchhandlung) mit dem schlichten Satz: „Mit der deutschen November-Revolution 1918 hat die Ära des Sozialismus begonnen." — Das haben wir offenbar wieder mal verschlafen.

Gesichert. Nach Ludendorffs „Volkswarte" hat neulich ein evangelischer Geistlicher in einer münchener Versammlung folgenden Ausspruch getan: „Wir Protestanten brauchen in Bayern, vor allem in Südbayern, die Gottlosenbewegung aller Richtungen nicht zu fürchten. Wir stehen hier unter den Fittichen der katholischen Kirche, und die katholische Kirche hat die Polizei."

Stahlhelm-Akrobaten. Der Stahlhelmführer Düsterberg hat diese Woche in Stuttgart in engerem Kreis von führenden Männern der Wirtschaft über Wirtschaftspolitik gesprochen. Er äußerte sich dabei über die Notwendigkeit einer vertikalen berufständischen Gliederung nach dem Vorbild des pommerschen Landbunds, wo vom Großgrundbesitzer bis zum Landarbeiter alles in einem Bund vereint sei, und sagte wörtlich: „Wir im Stahlhelm stehen auf vertikaler Grundlage." — Eine merkwürdige Angelegenheit: da vertikal soviel wie senkrecht ist, scheint man beim Stahlhelm nur Akrobaten brauchen zu können.

Hofbericht 1931. Die „Neue Preußische Kreuzzeitung" vom 14. November 1931 meldet: „Ihre Majestät Kaiserin Hermine hat mit Gefolge für Montag, 16. November, ihren Besuch für die Vorstellung von Hans Kysers „Es brennt an der Grenze" im Deutschen Nationaltheater am Schiffbauerdamm angesagt."

Wettlauf nach Arbeit. In der „Frankfurter Zeitung" war dieser Tage folgende Anzeige zu lesen: „Ohne Gehalt suche ich Arbeit in Büro oder als Chauffeur (Privatwagen). Gute Kenntnisse in allen kaufmännischen Arbeiten, Führerschein 3b, gute Zeugnisse und erste Referenzen." — Ohne Kapitaleinlage wird er auch so nicht ankommen.

Die Peitsche. Die heilbronner „Abendzeitung" berichtet über eine Sitzung des Finanzausschusses im württembergischen Landtag. Dort soll Ministerialrat Dr. Dunz über den schlechten Eingang der Steuern berichtet haben und zu dem Schluß gekommen sein, daß angesichts der Zahlungsunwilligkeit der Bevölkerung nur noch die Peitsche helfe. — Das wäre ja richtiger Steuersadismus.

Gesunde Maßnahme. Bei 130 warschauer Studenten, die an judenfeindlichen Ausschreitungen teilgenommen haben, wurde die Zurückstellung von der allgemeinen Dienstpflicht während der Studienzeit aufgehoben. Sie haben ihre Einberufung zum Heeresdienst erhalten. Dort können sie sich austoben.

Der Kampf. Die Zeitschrift „Industrial Worker" berichtet aus Cleveland USA., es hätten sich für Erdarbeiten, bei denen 150 Mann benötigt wurden, nicht weniger als 13 000 Arbeiter gemeldet. Es kam zu Tumulten und regelrechten Kämpfen, bei denen Polizei eingesetzt werden mußte.

Literatur 1931. Aus einem neuen Roman „Barbaren" von Günter Weisenborn: „Im Gesicht genierte er sich und redete, doch etwas tiefer streckte er schon seine schweißleuchtende Hand aus ..."

Kulturbolschewismus. Vor der münchener Technischen Hochschule sind zwei Rossebändigergruppen aufgestellt worden. Rosse wie Bändiger sind unbekleidet und unzweifelhaft männlichen Geschlechts. Folge: Sturmlauf im „Bayrischen Kurier" gegen den Kulturbolschewismus: man schlage der natürlichen sittlichen Norm auf offener Straße ins Gesicht, verführe und vergifte die Schulkinder und fördere die geschlechtliche Hemmungslosigkeit. — München war mal eine Kunststadt — aber das ist lange her.

Ungeziefer. In mexikanischen Blättern wird ein Insektenvertilgungsmittel „Insectirida Shell" angeboten, das als Warenzeichen das Hakenkreuz führt. Der „Fridericus" entrüstet sich über diese tilgungsmittel „Insectirida Shell" angeboten, das als Warenzeichen für Insektenpulver. — Mit Unrecht. Das Hakenkreuz soll über jegliches Ungeziefer siegen, das heute noch die Erde bevölkert.

Fusionierte Weihnachtsfeiern. In Gaildorf haben auf Anregung des Bürgermeisters die Vereine beschlossen, der Not der Zeit entsprechend nur eine einzige gemeinsame Vereins-Weihnachtsfeier abzuhalten. — Immerhin ein Anfang.

Für den politischen Gefangenen sind noch 9 Mark eingegangen (H., Krefeld 5 Mark, Sch., Langen 1 Mark, N. N., Böblingen 3 Mark). Zusammen: 78 Mark.

Stuttgart. Bund der Kriegsgegner: Mitgliederversammlung Mittwoch, 25. November, 20 Uhr im „Fürstenhof", Marienstr. 7, 2 Tr. Lichtbildervortrag von H. Holoch über das Thema: „Als friedlicher Eroberer in Nordfrankreich".

Leser in Preußen, fragt an den preußischen Bahnhofsbuchhandlungen nach der Sonntags-Zeitung aus Stuttgart. Vielleicht gelingt es dann endlich, die S.-Z. dort einzuführen.

Neue Abonnenten bestellen die Zeitung bei ihrem Postamt oder ihrem Briefträger. Preis bei rechtzeitiger Bestellung (vor dem 25. des vorhergehenden Monats) nur 86 Pfennig.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Jetzt ist es noch Zeit

für Dezember einen neuen Abonnenten zu werben.

Stuttgart, 22. Nov. 1931 **Die Sonntags-Zeitung** 12. Jahrg. Nr. 47, 2. Blatt

Morgen wieder Krieg

Am Anfang der Weltwirtschaftskrise steht der Krieg von 1914 bis 1918. An ihrem Ende wird möglicherweise ein neuer Krieg stehen.

Der vergangene Krieg hat wirtschaftlich zwei Folgen gehabt, aus deren diametralem Gegensatz die Krise herausgewachsen ist: er hat die Konsumenten verarmen lassen und die Produktion aufgebläht.

Da die kriegführenden Staaten gegeneinander abgeschlossen waren, suchte jeder Staat bzw. Staatenverband „autonom" zu werden; Rohstoffländer gründeten Industrien, und Industrieländer suchten agrarisch vom Ausland unabhängig zu werden. Die neuen Gründungen, die in einer wiederhergestellten Weltwirtschaft nicht lebensfähig waren, wollten nach dem Krieg nicht wieder von der Bildfläche abtreten. Man begann sie künstlich zu schützen und zu erhalten, mit Hilfe von Subventionen, Zöllen und „Krediten". Je mehr investiert wurde, desto mehr stand auf dem Spiele, desto größer wurde der Zwang zu weiteren Hilfsaktionen, zur „Rationalisierung", zur fortgesetzten Fehlinvestition. Die Produktionskapazität der Welt ist infolge der Fortschritte der Technik (die mit jenem Zwang kausal zusammenhängen) heute so groß, daß eine mehrfache Menschheitszahl oder vervielfachte Bedürfnisse befriedigt werden könnten.

Dieser Riesenapparat arbeitet aber nur zu einem Bruchteil, weil die Konsumtähigkeit der Welt auf einen Bruchteil gesunken ist. Der Krieg hat das Produktionskapital vergrößert, aber das Konsumtionskapital (wenn der Ausdruck erlaubt ist), die letzten Endes für den Konsum bestimmten Vermögen und Spargelder, angegriffen und stark verringert. Und als er vorüber war, ging man nicht etwa daran, diese für den Gang der Wirtschaft so notwendigen Behälter wieder aufzufüllen, sondern man ließ sie, durch Steuereingriffe und Finanzkunststücke (Inflation!) erst recht auslaufen. Statt die Produktion zunächst zu drosseln und den Verbrauch zu forcieren, verfuhr man umgekehrt. Das Pferd wurde kunstvoll am Schwanze aufgezäumt.

Das Ergebnis ist die „Krise". Sie verschlimmert sich zusehends, weil es anscheinend überhaupt zu spät ist, auf dem falschen Wege umzukehren. Immer noch konzentriert sich das Interesse der Wirtschaftssanierer auf die Produktion. Man kreditiert weiter, man erhöht Zölle, baut Löhne und Sozialausgaben ab, um die Wirtschaft zu retten. Sie wird dadurch nur immer kränker und kränker. Sie könnte höchstens gesunden, wenn man ihr die zu ihrer Stützung ins Bodenlose geschütteten Milliarden entziehen und diese dem Konsum zuwenden würde. A fonds perdu, versteht sich (denn perdu ist das Geld ja doch). Nicht Lohnabbau, sondern Lohnerhöhungen; nicht Zollerhöhungen, sondern Zollabbau; nicht Produktions-, sondern Konsumtionskredite. Aber die „Sachverständigen" lachen, wenn man derartige Vorschläge macht.

Gibt es wirklich keinen Ausweg mehr aus der Sackgasse?

Es gäbe einen, den liberalistischen: radikalen Verzicht auf jegliche „Stützung" und Bindung. Abbau aller Zölle, Verbot aller Kartelle, Zurückziehung aller Kredite. Er würde als lebensgefährliche Roßkur wirken, aber vielleicht nach grossen Zusammenbrüchen und vielen mageren Jahren der kapitalistischen Wirtschaft ein Von-vorne-Anfangen erlauben. Er wird nicht beschritten werden, weil das Finanzkapital nicht den Mut der Verzweiflung aufbringt, der dazu nötig wäre.

Es gäbe noch einen, den sozialistischen: eine internationale Planwirtschaft, die ebenfalls alle künstlichen Hilfen und alle Abkapselung abschaffen und die übersichtlich gewordene Weltproduktion vernünftig ordnen, im wahren Sinn „rationalisieren" würde. Hierbei brauchte nicht einmal rigoros und überstürzt gehandelt zu werden; es könnten auf dem Weg über nationale Handels- und Wirtschaftsmonopole Übergangs- und Zwischenstadien eingeschaltet werden. Auch dieser Weg wird nicht beschritten werden, weil die internationalen Instanzen dazu fehlen, weil das Kapital trotz seinem internationalen Charakter den Nationalismus zu sehr hat ins Kraut schießen lassen, und weil er nach „Bolschewismus" aussieht.

Werden aber die verelendenden Völker dem fortschreitenden Bankrott ihrer Wirtschaft, bei dem doch sie, die Massen, die Haupt-Leidtragenden sind, noch auf Jahre hinaus ruhig zusehen? Gibt es vielleicht ein Mittel, um sie abzulenken, um der wachsenden inneren Spannung in den meisten Ländern ein Ventil zu schaffen, ehe der wirkliche Bolschewismus „ausbricht"?

Von altersher haben in solchen Fällen die Staatslenker zur „ultima ratio", zum Krieg gegriffen. Je länger die jetzige Krise dauert, desto größer wird die Gefahr, daß auch sie in einen Weltkrieg einmünden wird. Zündstoff dazu ist überall reichlich vorhanden. Es bedarf nur des Anstoßes, der zur lokalen Explosion führt, und diese wird sich dann automatisch fortpflanzen.

Die „Wirtschaft" könnte überdies in Erinnerung an früher zu der Auffassung gelangen, auch in einem künftigen Krieg werde man wieder schön verdienen und zu neuer Prosperität zurückkehren. Ein kurzsichtiger Schluß, denn unser Elend von heute ist ja nichts anderes als die Folge des Kriegs. Aber die Welt wird bekanntlich mit einem Minimum von Logik und Vernunft regiert.

Die einzige Hemmung, die bis jetzt diesen neuen Krieg noch verhindert, ist die Angst vor der Revolution, in die er einmünden könnte. Aber wer möchte dafür garantieren, daß ein solcher Damm halten wird?

Erich Schairer

Kurzes Nachwort: Krieg und Krise

Ich glaube nicht, daß man sagen kann, die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise sei das Ergebnis der Kriegsfolgen. Seit 100 Jahren hat die kapitalistische Wirtschaft etwa ein Dutzend solcher Krisen durchgemacht; in unserem Jahrhundert gleich in den ersten zwei Jahren, dann 1907 wieder, 1914 war die Krise schon im Gang, wurde aber durch den Krieg unterbrochen; 1921 wurde die Weltwirtschaft von einer Krise erschüttert, deren Heftigkeit der jetzigen beinahe nichts nachgab, und 1928 begann dann die gegenwärtige Krise.

Man sieht: der Krieg hat nicht einmal den Rhythmus der Krisen geändert; im Krisenzyklus erscheint er einfach als Hochkonjunktur. Er hat auch am Wesen der Krisen, das bei allen das gleiche war und ist, nichts geändert. Rohstoffländer hätten sich auch ohne den Krieg industrialisiert; der „freie" Kapitalismus hätte sich auch ohne Krieg in den „gebundenen", in den Monopolkapitalismus verwandelt (hat es ja schon vor dem Krieg getan). Wahrscheinlich kann man nur sagen, daß der Krieg die Entwicklung in diesen Richtungen etwas beschleunigt hat.

Außerdem ist ja weder die Kartellierung der Industrie noch die Verwandlung von Rohstoffländern in Industrieländer die Ursache der Krise, d. h. die Ursache davon, daß das „Produktionskapital" stärker wächst als das „Konsumtionskapital". Es läßt sich mathematisch nachweisen, daß dieses ungleiche Wachstum, diese Akkumulation von Kapital auf der einen und von Elend auf der andern Seite, im Kapitalismus notwendig ist, d. h. in einem Wirtschaftssystem, das in gesellschaftlicher Arbeit, aber bei Privateigentum der Produktionsmittel Waren für den Markt produziert; Marx hat das ja getan. Und ebenso notwendigerweise muß der Kapitalismus die Krise nicht durch Konsumtions-, sondern durch Produktionskredite überwinden. (Da die S.-Z. jetzt mehr Raum hat, gestattet sie mir vielleicht, später einmal für diese Behauptung den Beweis anzutreten.)

Zu den Auswegen: der liberalistische würde bedeuten, das Rad der Entwicklung bis zur vorkapitalistischen Zeit zurückzudrehen; das geht nicht. Und der sozialistische Ausweg, der Weg zur internationalen Planwirtschaft, ist nur gangbar, wenn vorher das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist.

Zum Thema „Krieg als Ausweg aus der Krise" möchte ich, Herrn Dr. Schairer beistimmend und ihn ergänzend, bemerken: der Krieg ist für einen Teil der Wirtschaft jedes Landes eine Zeit der Hochkonjunktur, also wünschenswert. Die Hausse, die in den letzten Wochen an den Warenmärkten geherrscht hat, ist zum Teil auf die Erwartung der Händler und Industriellen zurückzuführen, in der Mandschurei werde es doch noch zum „Klappen" kommen.

Fritz Lenz

PS der Redaktion: An der pariser Börse sind in den letzten Tagen die Aktien der Schwerindustrie, vor allem die Stahlaktien, stark gestiegen. Wird ebenfalls auf den Konflikt in der Mandschurei zurückgeführt.

Die Dorfkameradschaftsehe

Das sollten einmal andere Leute sagen und wagen, was in der Frauenzeitung des „Schwäbischen Merkur" steht!

Da wirbt, das früher hier schon zitierte Thema „Dorfehe" fortsetzend, ein Pfarrer um Verständnis für das „Miteinandergehen" auf dem Land, das nichts anderes sei als die Lindsay'sche Kameradschaftsehe. (Erst geht man miteinander, oder mit einem andern, wenn der erste nicht der rechte zu sein scheint. Ist man dann eine Weile miteinander gegangen und es zeigen sich Folgen dieses Verkehrs, erst dann wird, meistens, Verlobung gefeiert.) Da wird ein tieferer Blick in die Untergründe der Vererbung und in die Gewalten des Bluts verlangt. Da wird mit der Bitte um Beherzigung Gustav Frenssen zitiert: „Es gibt in Oberbayern Gegenden, wo manche Tochter ledig auf dem Hof des Vaters und, nach dessen Tod, des Bruders bleibt, und, von allen geachtet, unbescholten, Mutter mehrerer Kinder ist, die mit den Kindern des Bruders zusammen erzogen werden. So ist eine schmachvolle und kirchliche Unsitte gebrochen, etwas mittelalterlich Böses und Schmutziges abgeschafft und vernichtet. Daß ein reifes Weib, das keinen männlichen Zeitlebensgenossen gefunden hat, unfruchtbar dahinleben soll, dieses gemeine Unrecht ist hier abgeschafft. Diese Bauern sind in ihrem sittlichen Urteil vornehmere Leute als alle vornehme Gesellschaft und alle Sittenrichter in ganz Deutschland." Und schließlich wird sogar noch Luther aufgerufen, der des Philipp von Hessen Doppelehe geduldet und noch mehr Beweise einer natürlicheren Denkweise in diesen Dingen geliefert habe.

Alles schön, gut und vernünftig. Aber das nächstemal werden im „Merkur" natürlich wieder die eigentlichen Stamm-Abonnenten, die obenzitierten Sittenrichter der vornehmen Gesellschaft, zum Wort kommen. Es wird sich vielleicht der Kirchenpräsident der Sache annehmen, vielleicht wird auch der Polizeipräsident Erregung (öffentlichen Ärgernisses) konstatieren, vielleicht werden noch sonstige Götter donnern — und der Götterbote wird sich samt seinem Gewährsmann demutsvoll zurückziehen.

W. W.

Zahnstocher

Der amerikanische Schriftsteller Theodore Dreiser, wegen seiner sozialkritischen Werke schon des öftern Gegenstand gehässiger Angriffe, hat sich kürzlich mit einem Komitee in das von Arbeitskämpfen aufgewühlte Kohlenrevier von Süd-Kentucky begeben und ist von den Arbeitern mit Sympathie begrüßt worden. Er mußte also bekämpft werden.

Wie macht man das in Amerika? Man erstattet gerichtliche Anzeige wegen Unsittlichkeit. Das Personal des Continental-Hotels in Pineville hat nämlich festgestellt, daß sich eine ebenfalls zu dem Komitee gehörige Dame abends in Dreisers Zimmer begeben hat und dort bis zum Morgen geblieben ist. Beweis: Zahnstocher, die, von außen gegen die Tür gestellt, in der Frühe noch ebenso dastanden. Dreiser mußte sich, um der Vollstreckung des Haftbefehls zu entgehen, in einen andern Staat begeben.

Sollen wir in Deutschland über diese Affäre lachen? Müssen wir nicht zuerst vor die eigene Türe sehen? Gibt es nicht auch bei uns genügend fromme und mächtige Leute, die, wenn es sich um unangenehme Volksgenossen handelt, solche Zahnstochermethoden als bequeme und willkommene Ergänzung der Maschinengewehre betrachten?

Wie lange noch?

Kein Mensch will mehr über den Krieg reden. Schon seit Jahren sagt man es und wiederholt es immer.

Aber solange das alte Gesetz wirksam ist, nach dem die selben Ursachen die selben Wirkungen hervorbringen, darf der Krieg nicht als historische Angelegenheit behandelt werden, sondern als gegenwärtiges oder zukünftiges Ereignis. Auf jeden Fall gilt das für die Ursachen eines Krieges.

Um zu meiner Geschichte zu kommen: obgleich sie vom Kriege handelt, wird sie doch die Offiziere interessieren, die eines Tages beim friedlichen Kaffee zusammensaßen, in der bekannten gesättigten Atmosfäre, die Kaffeedunst und Tabakrauch erzeugen.

Es war vor einigen Jahren in Antibes, als die Stadt, eine der schönsten und malerischsten der mittelländischen Küste, noch nicht durch die Einteilung ihres Bodens in Parzellen verunstaltet war, als ihre alten Mauern noch nicht niedergerissen waren und das Fieber der Spekulation noch nicht in ihr wütete.

Einer der Offiziere, Leutnant Béranger vom 3. Infanterieregiment, gedachte gerührt seiner Kriegserlebnisse und erzählte den beiden Hauptleuten, die mit ihm am Tische saßen. Ein gewisser Stolz sprach aus der Erzählung Leutnant Bérangers. Er rühmte sich, deutsche Verwundete mit einem Gewehrkolben totgeschlagen zu haben.

Aber der Bataillonschef Mathis, der Garnisonskommandant von Gagnes, hatte zwei Tressen mehr als der Leutnant Béranger; also war es natürlich, daß er etwas Besseres zu erzählen wußte.

Und der andere Hauptmann — er gehörte einem ganz anderen Menschenschlag an — hat den Bericht aufgezeichnet.

„Ich stand", erzählte Mathis, Hauptmann und Kommandant eines Bataillons, „während der Februaroffensive bei Fleury. Wir machten in der Schlucht von Poudrière 200 deutsche Gefangene. Nach dem Gefecht ließ ich die entwaffneten Gefangenen in zwei Reihen antreten; 20 ließ ich dann aus dem Glied treten und befahl den 180 anderen, wieder in den Graben zu steigen. Die sollten zigouilliert werden. Meine Leute wollten erst nicht recht, aber auf meinen ausdrücklichen Befehl stürzten sie sich auf die Gefangenen ..."

Man kann sich die Szene vorstellen. Der Blutbefehl ist erteilt, aber die Soldaten stehen unschlüssig. Sollen sie diesen großen Trupp junger Menschen, die sie gar nicht kennen, hinmorden — ganz aus der Nähe? Es ist zuviel, es hemmt ihren Willen. Der Kommandant nennt das: „Sie wollten erst nicht recht". Seine Ehre verlangte, darüber zu triumfieren. Sein Ansehen wäre erledigt gewesen, wenn sie nicht gehorcht hätten. Sie mußten einfach gehorchen. Er droht ihnen, verspricht. Mit welcher Geste mag er seinen Sieg erreicht haben? Was mag er in diesem Augenblick geschrien haben? Er hat sein Ziel erreicht, ohne ein paar der Zögernden den Abhang hinunterzustoßen: erst ging ein Soldat auf die Deutschen los, riß einem vielleicht die Gurgel heraus oder stieß ihm ein Messer in den Bauch. Auch die andern Soldaten folgten, ließen sich von dem barbarischen gemeinen Rausch anstecken, den die Todesschreie des lebendigen, ausgeweideten Fleisches hervorriefen.

Der Kommandant Mathis fuhr in derselben Weise fort: „Alle wurden niedergemetzelt. Dann ließ ich die zwanzig übriggebliebenen zurückführen.

Mein Oberst fragte mich: ‚Ich dachte, sie hätten ein Bataillon Gefangene gemacht?'

Ich antwortete: ‚Ich habe 200 Gefangene gemacht, aber 180 sind in dem Graben geblieben, aus dem sie nie heraussteigen werden.'

Der Oberst riet mir mit gelangweilter Stimme: ‚Rühmen Sie sich damit lieber nicht, es könnte Sie ihre Uniform kosten.'

‚Deswegen werden die Orden nicht ausbleiben,' habe ich ihm geantwortet."

Tatsächlich erhielt der Hauptmann Mathis kurze Zeit später eine Auszeichnung. Er ist Bataillonskommandeur geworden — er hatte eigentlich mehr erwartet. Seitdem führte der Hauptmann den Orden der Ehrenlegion in verschiedenen Garnisonen spazieren.

So will es unsere Zivilisation, welche die Welt erobert und wehrlose Völker massakriert, weil sie „Wilde" sind.

Ich habe vor einigen Jahren den Fall veröffentlicht, habe ihn als einen der schändlichsten unserer verfluchten Zeit in der Presse gebrandmarkt. Der Progrès Civique hat sich gerührt, und die Liga für Menschenrechte hat sehr erschüttert getan.

Beide Organisationen fanden, solche Zustände seien unerträglich, und es müßte eine unbarmherzige Untersuchung stattfinden. Entweder Kommandant Mathis oder der verleumderische Schriftsteller müßte bestraft werden.

Die Liga für Menschenrechte übernahm es, den Fall zu klären. Viel hatte ich mir nie davon versprochen. Ein paar Jahre später habe ich die Liga um Auskunft über die Affäre gebeten. Sie hat mir geantwortet, daß sie sich mit dem Fall lieber nicht beschäftigen wolle, wenn ich nicht noch andere Zeugen namhaft machte; ich hätte nur einen zitiert, und ein lateinischer Spruch stelle richtig fest, daß ein einziger Zeuge nicht genüge: Testis unus, testis nullus. Wohl antwortete ich, daß der genannte Zeuge von besonderer Wichtigkeit sei, weil es sich um einen Offizier gleichen Ranges handle, der die Worte, die der Beschuldigte selbst erzählte, wiedergegeben habe, und daß der Veröffentlichung seines Berichts kein Dementi gefolgt sei.

Ein würdiges Schweigen war die Antwort. Das kennzeichnet die Liga. Wie lange wird es noch dauern, und Leute vom Schlage dieses Mathis werden wieder die Mörder kompagnieweise zur Verfügung haben?!

Henri Barbusse („Tatsachen")

Der fremde Herr

Er nahm neben mir Platz auf einer Bank, die in den Frankfurter Anlagen gegen den Main gestellt ist. Ein älterer Herr, sehr sorgfältig gekleidet, zu jugendlich fast, an seinen Jahren gemessen. Dunkelblauer Anzug mit scharfer Bügelfalte, Halbschuhe, seidene Socken, lila Hemd, Binde mit Perlennadel, ein Tüchlein kokett aus der Rocktasche, moderner hellgrauer Hut, das schmale Gesicht sorgsam rasiert, makellos glatt. Der Herr betrachtete prüfend seine schmalen wohlgepflegten Hände, legte die Handschuhe neben sich und grüßte. Ich sah ihn an: ein fester Kopf, scharfe Falten von der Nase zum Mund, kluge Augen, die Bewegungen beherrscht. Wie ich blickte er auf den Fluß, auf die Boote, Dampfer und Schleppzüge. Zwei Mädchen, die gepaddelt hatten, kamen im prallen Trikot, das Haar zerzaust, an uns vorbei. Mein Nachbar eröffnete ein Gespräch. Mißbilligend:

„Wie dreist diese Dinger, wie unkultiviert. Wollen wahrscheinlich Damen sein. Schauderhaft."

Ich entgegnete: „Sind vielleicht auch Damen. Gönnen Sie ihnen doch den Spaß. Wenn sie Zeit haben, tun sie besser daran, gesunden Sport zu treiben als daheim zu hocken und sich gebildet zu langweilen."

Mein Nachbar: „Ich bin nicht Ihrer Auffassung. Die Jugend von heute ist zügellos. Sie hat keine Haltung. Damen? Wo sehen Sie Damen? Haben wir noch eine Aristokratie? Gräfinnen steuern in Männerkleidung ein Flugzeug, fliegen um die Welt, lassen sich fotografieren, Komtessen brechen Auto-Rekorde und stellen sich den illustrierten Zeitungen, Töchter des Hochadels gehen zum Film, zum Tennis und Golf, nehmen Geld dafür, präsentieren sich gegen Eintrittskarten wie Tiere im Zoo. Tennis und Golf sind Spiele für Menschen von Distinktion. Man betrieb sie einst auf verborgenen Wiesen im Schloßpark. „Long, long ago."

Ich verteidigte die neue Zeit und ihre Aufgeschlossenheit, die demokratische Welle.

„Gehen Sie mir damit. Einen allgemeinen Mischmasch hat sie gebracht. Die Noblesse ist zum Teufel, das Auserwählte. Alles gehört allen."

Ich erwähnte die Vorzüge des länderbeherrschenden Autos.

„Dann haben Sie das Vergnügen an einem Jucker-Paar und an

einem eleganten Viererzug nie gehabt. Sie reiten nicht?"

Ich verneinte.

„Sie haben keine Fuchsjagd in Schottland mitgeritten. Mein Gott, diese Schönheit, dieser Glanz, diese noblen Erscheinungen." Er träumte zurück: „Abends dann das Diner, Konversation um dem Kamin, Wachskerzen, rauchende Herren im Frack in der Bibliothek, die Herzogin von Norfolk am Flügel, Lady Douglas sang Schubert. Was für eine Zeit."

Ich ließ ihn fantasieren. Er begann wieder: „Heute? Das stinkende Auto. Marquisen sitzen am Steuer. Heute? Statt der weißen Segeljacht das Motorboot. Angehörige der besten Gesellschaft tragen Olanzüge und greifen Rekorde an. Solche Erniedrigungen gab es früher nicht. Tempi passati! Der Kopf eines Reichsfreiherrn, ich habe ihn als jungen Menschen geliebt, begegnet mir in allen Sportblättern."

Da war nichts zu machen. Ich kitzelte weiter Groll aus ihm.

„Die Baronessen, wie burschikos. Im Winter schmeißen sie ihre Ski-Bretter in die Halle, stürmen über Orient-Teppiche, schrecklich die Ungebundenheit dieser enfants terribles. Die Fürstin Radziwill pflegt zu sagen: „Après nous le déluge!" Es wird wohl so kommen."

Nach einer Weile: „Sie rauchen?" Er bot seine silberne Zigarettendose. Ich nahm eine dicke Orientalin, mit vollendetem Anstand gab er mir Feuer. Wir rauchten. Er sprach weiter.

„Ich nehme an, daß Sie, ein gesetzter Mann, in manchem doch meiner Meinung sind. Garde-Kavallerie, das war noch etwas. Husaren, blank, wie aus dem Ei gepellt. Oder Jagden bei Majestät. Hubertusstock, Pleß, Springe, Schorfheide, Donaueschingen. Diners mit nachfolgendem bunten Abend. Es ging ja freilich etwas ungezwungen zu. An Intimeres denke ich auch: Schlößchen in Schlesien. Hoheit dort mit seiner Wiener Freundin versteckt. Offiziell im Ausland in diplomatischer Mission. Honni soit qui mal y pense. Heute machen Hoheit in Industrie. Was ist heute ein Schloß, was bedeuten Waldbesitz, Rittergüter, Fideikommisse?"

Ich stachelte weiter.

„Ich war in ganz Europa, kenne alle Personen von Familie, die deutsche, englische, italienische, spanische Aristokratie. Toujours en vedette! Verlobungen mitgemacht — Gott, diese Trousseaus, denkt man an die paar Hemdchen und Kleidchen, die jetzt Aussteuer sind — Hochzeiten in den feudalsten Häusern — welche Toiletten, welches Geschmeide! — Begräbnisse mit Bronzesärgen, hingestellt neben die Ahnen. In vieles habe ich die Nase hineingesteckt, ha, cherchez la femme, aber bitte: mit aller Diskretion. Natürlich ging es um die Frauen, aber mit welcher Delikatesse wurde das gedreht. Die Markgräfin Pallavicini pflegte zu sagen: C'est le ton qui fait la musique. Die Augen rechtzeitig zudrücken, darauf, mein Herr, kommt es im Leben an."

Ich bestätigte.

Er sprach weiter:

„Heute ist alles Plebs oder verjudet. Wir haben keine Hofrangliste mehr, keine Soireen, Hauskonzerte, keine Töchter von Linie, keine Söhne mit traditionell vornehmen Allüren, die angeboren sein müssen. Einer unserer Jungen, hoffnungsvoll, Studium in Bonn, Cambridge, Paris ist unter die Flieger gegangen, trägt abends nicht den Frack im Salon, hat keinen Sinn für ein blaues Ordensband. Unsere Tochter lernte (auch schon überflüssig, dieses Geschmier) die Malerei. Jetzt paddelt sie, läuft Ski, steckt im Winter in der Schweiz, wohnt im gleichen Hotel wie eine Frau Müller. Cosi fan tutte, so machen's alle. Schwindel alles, Genußsucht und Geldgier. Die Menschen haben nur noch einen Grundsatz: Corriger la fortune."

„War es nicht immer so? Nur in anderer Form?"

„Nein, ich zeigte es Ihnen ja. Wir kommen auf den Hund. Nicht einmal kultiviert Austern zu speisen verstehen wir noch. Wo haben Sie noch Soupers in erlesener Aufmachung? Wo noch einen aristokratischen Ball? Wo noch Kavaliere und Ritter ohne Furcht und Tadel, den Chevalier sans peur et sans reproche, wie Durchlaucht Fürst Hatzfeld gerne sagte? Es ist eine miserable Welt."

Noch eine Weile knurrte er so und pries die vergangenen Zeiten. Ich wollte weiteres von ihm hören:

„Da Sie so viel reisen, bleiben Sie wohl nicht lange in Frankfurt?"

„Nein, nur einige Tage. Wir haben Besuche abzustatten. Heute habe ich meinen freien Nachmittag." Und dann, der Wirkung gewärtig: „Ich bin nämlich Kammerdiener, fürstlicher Kammerdiener."

„Ah!" sagte ich nur.

„Nehmen Sie noch eine Zigarette?" fragte er lächelnd und präsentierte das Etui.

—ck

Die Maschine läuft

Ein Arbeitsloser in Frankfurt a. M. schuldete Anfang Juni 1931 einer bremer Firma den Betrag von 9.19 Mark. Die bremer Firma hatte ihn mehrfach gemahnt, und deshalb zahlte er am 6. Juni diesen Betrag auf das Postscheckkonto der Firma ein. Am 7. Juni erhält er einen Einschreibebrief des bremer Anwalts der Firma, in dem er aufgefordert wird, die Summe von 9.19 Mark nebst 8 v. H. Zinsen bis zum 12. Juni zu bezahlen. Da der Mann das Geld ja bereits überwiesen hat, läßt er dieses Schreiben unbeachtet. Daraufhin verklagt ihn der Anwalt wegen der nicht bezahlten 8 Prozent Zinsen, die den stolzen Betrag von 26 Pfennig ausmachen. Dieser Anwalt erwirkt auch in Bremen ein Versäumnisurteil über 26 Pfennig! Das Urteil wird rechtskräftig. Die Kosten betragen 7.60 Mark. Der Arbeitslose zahlt den Betrag nicht. Daraufhin wird gegen ihn vollstreckt und alsbald das Offenbarungseidverfahren in Gang gebracht. Hierdurch schwillt die Kostenschuld — alles wegen der 26 Pfennig — auf 14.76 Mark an. Um den Offenbarungseid zu vermeiden — der Mann hat Ehrgefühl — zahlt er 7.60 Mark. Das nützt ihm nichts. Der Anwalt besteht darauf, daß auch noch der Restbetrag in Höhe von 7.16 Mark bezahlt wird.

So der Tatbestand. Mit diesen 26 Pfennig sind beschäftigt gewesen: ein Rechtsanwalt, ein Amtsrichter und ein Urkundsbeamter und ein Gerichtsvollzieher in Frankfurt, weiter Schreibkräfte und Postbeamte in Bremen und Frankfurt. Alles wegen 26 Pfennig für Zinsen einer Schuld, die bereits bezahlt war.

So geschehen im Jahre der Notverordnungen 1931.

(„Frankfurter Zeitung")

DAS WEIHNACHTSBUCH DIESES WINTERS FÜR JEDEN GEWERKSCHAFTER:

WAHNEUROPA 1934

VON HANNS GOBSCH

Es gibt gegenwärtig keinen aktuelleren und spannenderen Lesestoff. Es geht in diesem Buch um Probleme, die alle Welt in Atem halten. Die fesselnde Handlung gruppiert sich um einen internationalen Gewerkschaftsführer von imponierender Tatkraft. Es zeigt sich, welch ausschlaggebenden Einfluß die Gewerkschaften bei internationalen Konflikten auszuüben berufen sind. Das Werk wird in alle Kultursprachen übersetzt, 31 Blätter bringen es als Zeitungsroman unterm Strich. Die in- und ausländische Presse, politische Führer wie Löbe und Sollmann, Schriftsteller vom Range eines Emil Ludwig und Thomas Mann, heben das Buch als

EIN EUROPÄISCHES EREIGNIS

begrüßt und ihm weiteste Verbreitung gewünscht.

Der 348 Seiten starke, erstklassig ausgestattete Leinenband kostet RM **4.80**

und ist vorrätig bei allen fortschrittlich eingestellten Buchhändlern. Sonst auch direkter Bezug möglich vom FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Postscheckkonto: Berlin 83229

Der Preis! Nein die Qualität macht's!

Brennmaterial ist ein Vertrauensartikel. Sie wissen, daß es in Anthrazitkohlen, Eiform-Briketts, Koks etc. gute und schlechte Qualitäten gibt. Ich führe nur das Beste! Auf kleinliche Gewinne durch Lieferung minderwertiger Ware verzichte ich

Kohlenhandlung

FRANZ BAUERLE

Kanzleistr. 88 — Fernsprecher 22244/45

Elektriker-Genossenschaft

EGMBH., STUTTGART, HACKSTRASSE 76

Telefon 40969 und 41188

Fil.: Cannstatt, Brückenstr. 37 (Tel. Umschalt.)

Elektrische Anlagen jeder Art und Größe.

Große Auswahl passender

WEIHNACHTSGESCHENKE

wie Beleuchtungskörper mod. Art, Wärmekissen, Heiz- und Kochapparate, Rauchverzehrer, Tauchsieder, Kaffeemasch., Staubsauger, Teekessel, Haartrockenapparate usw.

RADIO

Komplette Anlagen. Rundfunkgeräte aller Systeme. Batterien, Lautsprecher, alle Radio-Ersatzteile, Schallplatten. Musikverstärkeranlagen. Verlangen Sie unsern Illustrierten Radiokatalog.

Aufmerksame Bedienung — Auf Wunsch Teilzahlung ohne Aufschlag

NEUERSCHEINUNG

OTTO HELLER

DER UNTERGANG DES JUDENTUMS

DIE JUDENFRAGE
IHRE KRITIK IHRE LÖSUNG
DURCH DEN SOZIALISMUS

AUS DEM INHALT:

Kritik der Judenfrage Der Ursprung des Judentums Die „Sendung" Die Berufung Das Erbe Die letzte Etappe Kein Weg für Ahasver Die jüdische Religion Der Antisemitismus Bebels Parteitagsresolution Ein Brief Friedrich Engels Lenins Ansprache an die rote Armee Die Rassenfrage Die Unweisen von Zion Nächstes Jahr in Jerusalem? Sowjetmacht und Judenproblem Die jüdische Arbeiterbewegung Sowjetmacht und Judenhaß „Die Verjudung" der Sowjets Die Lösung der Judenfrage durch den Sozialismus Kolonisation in der UdSSR Birobidjan Die jüdische Sowjetjugend Protokoll einer Reise

388 Seiten. 5 Karten. Brosch. RM 4.50, Leinen RM 6.50

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN BERLIN

Ausverkauf

wegen Aufgabe sämtlicher

Knaben-Strickkleidung

nur reine Wolle verkaufe ich weit unter Fabrikpreis

Sweater Größe 0	Mk.	**2.25**
Anzüge Größe 0	Mk.	**4.50**
Hosen Größe 1—6	Mk.	**3.25**
Rodelgarnituren in allen Größen	Mk.	**5.50**

CARL Robert

Stuttgart, Marktstraße 8

Ski-Anzüge

neueste Modelle

A.C. VOLZ

Laden Hauptstätterstraße 52 („Sonne")
Laden Cannstatt, Marktstrasse 16 (Im Hause Lotterie Glöckle).

Berufskleidung

für alle Gewerbe

A.C. Volz Hauptgeschäft Breitestraße 4, 1. Stock

Einzelverkauf Breitestraße 4, 1. Stock
Laden Hauptstätterstraße 52 („Sonne")
Laden Cannstatt, Marktstr. 16 (i. H. Lott. Glöckle)

Für Probenummer-Adressen sind wir dankbar.

durch bequeme Teilzahlung im

Herren- u. Damen-Bekleidungshaus **HELIOS** G.m.b.H.

Stuttgart, Friedrichstraße 39-41

SCHIEDMAYER

PIANOFORTEFABRIK STUTTGART

zu den Verkaufsräumen mit den 5 Schaufenstern nur in

Neckarstrasse 12 Eckhaus
Tel. 26841—42

Miete, Gebrauchte Instrumente, Tausch, Stimmungen, Teilzahlungen

Flügel - Pianos - Harmonium

Weltberühmte Tonschönheit und Dauerhaftigkeit

Moderne **Herren-Bekleidung**

Sakkoanzüge v. 28.— an
Sportanzüge v. 21.— an
Regenmäntel v. 15.50 an
Trenchcoats v. 22.— an
Knickerbocker v. 6.50 an
Gestr. Hosen v. 3.50 an
Berufsmäntel v. 5.— an
Montageanzug v. 3.80 an
Knabenanzüge v. 5.50 an

Große Auswahl

Laufer

Stuttgart, Ilgenplatz 6 hinter d. Eberhardsbau

Erwerbslose erhalten 10% Rabatt

Verhüten ist besser als Abtreiben

Beziehen Sie:

Höllein, Gebärzwang u. kein Ende

(Preis 3,50 Mark)

durch den Verlag der S.-Z. (Nachnahme oder Vorauszahlung auf Postscheckkonto Stuttgart 19844 Die Sonntags-Zeitung)

Wer keinen Kleindruck lesen kann
Der schaff sich eine Brille an

F. Mollenkopf, Stuttgart

Optisches Institut

Torstrasse 10, beim Tagblatt-Turm, gegr. 1847

Stuttgart, 29. November 1931

12. Jahrgang, Nr. 48

Die Sonntags-Zeitung

Vom Kriegsschauplatz

In Paris ist der Völkerbundsrat zusammengetreten, um darüber zu beraten, ob er sich entschließen solle, den gleichzeitigen Aufenthalt chinesischer und japanischer Truppen in der Mandschurei als „Krieg" zu bezeichnen. Sind die Kämpfe in der Mandschurei nämlich nur friedliche Raufereien, dann braucht der Völkerbund nicht einzugreifen; bedeuten sie aber Krieg, dann muß er, laut Kellogg-Pakt und anderen Verträgen, irgend etwas unternehmen. Offenbar will sich der Völkerbund zwischen den beiden Extremen durchschlängeln und einmal eine Untersuchungskommission in die Mandschurei schicken.

•

Hoffentlich gelangt die Kommission rechtzeitig im fernen Osten an, um noch etwas von den Schlachtfeldern am Nonni-Fluß zu sehen, über deren Grauen ein Korrespondent der United Press berichtet. Er ist kurz nachdem die Japaner Tsitsikar erobert haben, am Nonni-Fluß eingetroffen. Dort stieß er immer wieder auf Haufen von Leichen, die, steifgefroren, zu zwanzig oder dreißig zusammengelegt waren. Besonders erschütternd der Anblick der Soldaten, die im Nahkampf erschlagen worden waren. Die Gräben an der Straße voll von zerstückelten und aufgerissenen Leichen. Überall tote Pferde, von wilden Hunden angefressen. Auch die Bauern aus den umliegenden Dörfern schnitten sich große Stücke gefrorenen Fleisches aus den Kadavern; suchten außerdem bei den Gefallenen Wertsachen oder Kleidungsstücke.

Die Verluste an Toten und Verwundeten auf beiden Seiten werden verschieden angeben: von 5000 bis 10 000.

•

In Paris tagt der Völkerbundsrat, der nur sehr schwach und sehr langsam auf die Kämpfe in der Mandschurei reagiert. In Paris gibt es aber auch eine Börse, die sehr rasch darauf reagiert. Dort (ebenso wie in New York) sind die Aktien der Rüstungsindustrien gestiegen, weil zwischen der französischen Industrie und Japan offenbar Lieferungsverträge über Kriegsmaterial bestehen. Die Männer der Börse denken gar nicht daran, diese Zusammenhänge zu verheimlichen (wenigstens solange es sich um einen Krieg im fernen Osten handelt). So schreibt z. B. das pariser Börsenblatt „Situation économique et financière":

„Das Steigen der Rohstoffpreise ist offenkundig das Resultat der Rüstungen Japans und anderer. Auf das Risiko hin, von den Pazifisten angegriffen zu werden, müssen wir sagen, daß der Krieg in der Mandschurei oder auch nur die Ausdehnung der japanischen Okkupation in der Mandschurei das Steigen der Rohstoffpreise begünstigen wird. Stets und überall sind kämpfende Heere wichtige Faktoren der Konsumtion. Außerdem werden die mobilisierten Männer der Produktion entzogen.

Wenn man von humanitären Gefühlen und politischen Erwägungen absieht, so muß man anerkennen, daß vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt derartige Faktoren, wenn sie nur die richtige Entwicklung erhalten, dazu beitragen werden, die Rohstofflager zu räumen."

Die imperialistischen Regierungen werden, wenn nicht in diesem Fall, so doch in einem späteren, schon dafür sorgen, daß „derartige Faktoren die richtige Entwicklung erhalten". Vorausgesetzt daß ihnen nicht ein Strich durch die Rechnung gemacht wird, ein Strich, der ihre Rechnung überhaupt abschließt.

Hermann List

„Alles zusammengenommen wird die Kommission des Völkerbundes, die die Dinge an Ort und Stelle untersuchen soll, vor allem auf die Grundfrage antworten müssen: Soll China offen oder verschlossen sein (nämlich für die imperialistische Ausbeutung)? Dann wird sie darüber urteilen müssen, ob die japanische Intervention für den internationalen Handel günstig ist und ob sie ein teilweises Heilmittel der Krise auf einem wichtigen Teil der Erde darstellt. Alles veranlaßt dazu, zu glauben, daß die Kommission bald darüber schlüssig geworden sein wird, und man kann sich leicht vorstellen, daß für diese Kommission nichts unangenehmer sein würde, während sie sich in der Mandschurei aufhält, als der Abmarsch der japanischen Truppen." Henri Korab im „Matin"

Eine Idee

Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, hat der Großindustrielle Vögler „den interessanten Vorschlag zur Debatte gestellt, als Gegenleistung für den als nötig angesehenen starken Lohnabbau eine Regelung einzuführen, die den Arbeitern bei Wiedereintreten der Rentabilität der Werke eine Beteiligung an dem dann sich ergebenden Reingewinn bieten könnte. Es handelt sich hiebei nicht um die Idee eines einzelnen Wirtschaftsführers oder einer einzigen Konzernverwaltung, diese Frage wird vielmehr seit einiger Zeit im Rahmen der gesamten Wirtschaft erörtert." Die Reichsregierung sei ebenfalls für eine „sehr weitgehende und sofortige Senkung des Lohnniveaus" und sehe „die Ausführung solcher Pläne als politischen und psychologischen Ausgleich für die geplante Lohnsenkung" an.

Eine prachtvolle Idee: während der Krise werden die Arbeiter an den Verlusten beteiligt und erhalten dafür ein — Versprechen. Wie es eingelöst wird, das werden dann die Lenker des dritten Reiches entscheiden.

Magnitostroi

Das größte Hüttenwerk der Sowjetunion, „Magnitostroi" in Magnitogorsk im Uralgebiet, ist vollendet. Schon vor sechs Wochen sollte diese „Hoffnung der ganzen Sowjetindustrie", wie Stalin das Werk nannte, in Betrieb genommen werden. aber es waren nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Stelle. Jetzt scheint es soweit zu sein. — Magnitostroi soll die Metallindustrie der Sowjetunion vom Ausland völlig unabhängig machen.

•

Ein aus der Sowjetunion zurückkehrender amerikanischer Fachmann berichtet, in verschiedenen Gegenden der Union seien Nikkelvorkommen entdeckt worden. Die Vorkommen seien so groß, daß die Sowjetunion bei richtiger Ausnützung bald nicht nur auf die Einfuhr von Nickel werde verzichten, sondern Nickel werde ausführen können.

Holzschnitt von Hans Gerber

Die „Verständigung" marschiert

Wenn die deutsche Regierung in gutem Glauben zu dem Schluß kommt, daß durch die Reparationszahlungen Wirtschaft und Währung Deutschlands in Gefahr gebracht werden könnten, dann hat sie nach dem Young-Plan das Recht, eine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu beantragen. Von diesem Recht hat sie am 20. November Gebrauch gemacht, indem sie bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) den Antrag stellte, die BIZ möge einen Ausschuß einberufen, der die deutsche Zahlungsfähigkeit nachprüfe, wobei auch die private Verschuldung Deutschlands mit berücksichtigt werden müsse.

Der Ausschuß wird in den nächsten Tagen zusammentreten. Vielleicht noch vor Weihnachten, vielleicht auch erst Anfang Januar wird sich dann eine Konferenz der beteiligten Regierungen mit dem Reparationsproblem beschäftigen. Die meisten deutschen Zeitungen verlangen jetzt ganz offen, daß die Reparationen völlig gestrichen werden, denn „wo nichts ist, hat auch Frankreich sein (vermeintliches) Recht verloren". So etwa hat Schacht vor acht Monaten gesagt: jetzt schreibt die „Frankfurter Zeitung" den Satz.

Aber vielleicht täuscht sich die „Frankfurter Zeitung"; denn vorerst hat die französische Regierung noch weit stärkere Trümpfe in der Hand als die deutsche.

Neben diesen offiziellen Beratungen gehen die vielleicht noch wichtigeren Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaft her. Der französische Großhandel plant, in Deutschland Geschäfte zu machen (durch Gründung von Filialen oder durch Zusammenarbeit mit deutschen Häusern). Französische Banken beabsichtigen, in Deutschland Zweigniederlassungen zu errichten. Vor allem aber bereitet sich die französische Industrie auf eine engere Verbindung mit der deutschen vor.

Der französischen Industrie bietet sich heute eine sehr günstige Gelegenheit, Einfluß auf die deutsche Industrie zu gewinnen. Die deutsche Industrie besitzt gut (häufig zu gut) ausgebaute, aber verschuldete Werke, deren Produktionsfähigkeit nur zu 50 Prozent oder noch weniger ausgenützt ist; es fehlt ihr an mobilen Kapitalien und am Absatz. Die französische Industrie dagegen verfügt über beides: sie hat zahlungskräftige Banken hinter sich und in Afrika und in den südosteuropäischen Staaten Absatzmärkte, die für den Kapitalismus erst zum Teil erschlossen sind. Für den Kapitalismus aber ist die Erschließung neuer, noch nicht durchkapitalisierter Märkte der bequemste (zeitweilige) Ausweg aus der Krise. Die Industrien der beiden Länder werden sich also, auch wenn noch so viele Schwierigkeiten im Wege stehen, schließlich doch einigen.

Die deutschen Industriellen werden es sich allerdings gefallen lassen müssen, daß sie in eine gewisse Abhängigkeit von ihren französischen Kollegen geraten. Denn in den meisten Fällen wird die „Verständigung" so vor sich gehen, daß französische Industrielle oder Banken Aktienpakete deutscher Unternehmungen erwerben. (Gerüchte über den Verkauf eines Aktien-Paketes des halbbankrotten Stahltrusts nach Frankreich mußten schon dementiert werden; es ist also irgend etwas im Gang.)

Dabei werden die Franzosen auch eine Bedingung stellen, mit der die deutschen Kapitalisten durchaus einig sind, nämlich: Abbau des „Sozialismus", und darunter verstehen die Herren: Abbau der Sozialpolitik, die angeblich die Rentabilität gefährdet. In Österreich, wo das französische Kapital ebenfalls einzudringen im Begriff ist, liegt der Fall ja ähnlich: dort ist vor einigen Wochen ein schon versprochener ausländischer Kredit nicht ausbezahlt worden, weil die vom österreichischen Parlament beschlossenen Sparmaßnahmen den ausländischen Geldgebern nicht genügten. In Deutschland ist die Regierung, bedrängt von den in- und ausländischen Kapitalisten, vielleicht gefügiger.

So sieht die „Verständigung" aus. Und wenn weit hinten in der Mandschurei (oder auch im näheren Osten) einmal Kanonen und Gasbomben benötigt werden, dann werden die deutsche und die französische Industrie vereint an den Lieferungen verdienen.

Pitt

Osthilfe

Über die neue Osthilfe-Verordnung ist in der letzten Nummer der S.-Z. schon das Wichtigste gesagt worden. Aber auf einige Wirkungen der Verordnung möchte ich doch noch hinweisen.

Die erste Wirkung der Verordnung wird die sein, daß alle verschuldeten Gutsbesitzer östlich der Elbe für ihren Besitz das „Sicherungsverfahren" und die Bestellung eines Treuhänders beantragen werden. (Der Treuhänder wird meistens ein guter Nachbar oder Vetter sein.) Dann ist der Gutsbesitzer vor jeder Gefahr gesichert: er braucht seine Schulden nicht zurückzuzahlen, braucht keine Zwangsversteigerung zu fürchten, die Zinsen seiner Schulden (abgesehen von der ersten Hypothek) kann er bzw. der Treuhänder einseitig, ohne Zustimmung des Gläubigers (!) herabsetzen, ja nicht nur die Zinsen, sondern auch den Kapitalbetrag seiner Schuld, und zwar bis auf die Hälfte. „Das Kapital der ersten Hypothek", hat der neue Ostkommissar Schlange-Schöningen der Presse mitgeteilt, „soll unter allen Umständen unangetastet bleiben. Ich rechne aber mit Sicherheit auch dort auf ein weiteres und freiwilliges Entgegenkommen dieser Institute in der Zinsenfrage." Bei den zweitrangigen Gläubigern wird ohne weiteres eine Herabsetzung der Zinsen und der Schuldsumme dekretiert, bei den erstrangigen wollen die Schuldner so gnädig sein und sich zu Verhandlungen herablassen.

Für das Osthilfegebiet sind also die wichtigsten Spielregeln des Kapitalismus außer Kraft gesetzt. Dafür ist eine neue aufgestellt worden: für die Schulden soll der Gläubiger oder der Staate aufkommen. Wenn es an die „Sozialisierung der Verluste" geht, dann sind die Großagrarier die konsequentesten Sozialisten.

Und nun denken wir einmal an die Gläubiger. Etwa eine Sparkasse in Ostdeutschland. Sie hat den größten Teil des an Gutsbesitzer ausgeliehenen Geldes verloren. Sie hält das nicht aus und bricht zusammen. Eine Wirkung der Osthilfe wird also sein, daß zwar nicht die Schuldner, aber die Gläubiger bankrott machen. (Und zu diesen Gläubigern gehören nicht nur Sparkassen, sondern auch Gewerbetreibende, die für geleistete Arbeit oder gelieferte Waren etwa Getreide versprochen bekommen haben, und Händler, die noch Eigentumsvorbehalte an ihren Lieferungen haben; alle derartigen Rechte können nämlich nach der Osthilfe-Verordnung für nichtig erklärt werden.)

Vielleicht hält die Sparkasse den Verlust aber auch aus. Dann wird sie, um liquid bleiben zu können, ihren andern Schuldnern kündigen, und zwar solchen, deren „Bonität" gut ist, bei denen also noch etwas zu holen ist. Eine weitere Folge der Osthilfe wird also so, daß in vielen Fällen nicht den zahlungsunfähigen, sonder den zahlungsfähigen Schuldnern gekündigt wird. (Diese Praxis wird allerdings auch jetzt schon von Hypotheken-Banken und auch von Großbanken geübt: sie kündigen ihren besten Schuldnern, um ihre zweifelhaften, von denen sie jetzt doch nichts bekommen könnten, über die Krise hinüberzuretten; der zahlungsschwächste Schuldner ist häufig am gesichertsten.)

Und nun denke man daran, daß natürlich die Gläubiger-Institute (Genossenschaften, Sparkassen etc.) in Ostdeutschland nicht isoliert, sondern durch viele Kanäle mit den Kreditinstituten im übrigen Deutschland verbunden sind. Wird es möglich sein, die Herabsetzung der Schulden und das Moratorium auf das Gebiet der Osthilfe zu beschränken? Ich kann es mir nicht anders vorstellen, als daß die Osthilfe-Notverordnung eine allgemeine Schuldenherabsetzung (in irgendeiner Form) nach sich ziehen wird.

Wahrscheinlich ist das auch von Anfang an die Absicht der Kreise gewesen, die hinter der Osthilfeverordnung stehen. Die Inflationspläne sind fehlgeschlagen — jetzt versucht man's eben auf diese Weise.

Daß man mit solchen Mitteln das erreichen könnte, was eigentlich der Zweck der Osthilfe sein sollte: die deutsche Landwirtschaft, vor allem den Getreidebau, wieder rentabel zu machen (gegenüber den agrartechnischen Umwälzungen in den überseeischen Getreideländern und in Rußland!) — daran ist natürlich gar nicht zu denken.

Walther Bollay

Das alte Lied

Der Wirtschaftsbeirat hat seine dreiwöchigen Beratungen beendet. Ergebnis: null. Selbst regierungsfromme Blätter geben zu, daß Brüning nur drei Wochen Zeit verloren hat. Die „Leitsätze" (die als Ergebnis der Beratungen des Beirats ausgegeben werden) mußte Brüning selber formulieren. Die wichtigsten dieser Leitsätze sind:

1. Die Preise müssen gesenkt werden, vor allem die gebundenen; auch die öffentlichen Tarife (Gas, Straßenbahnen usw.) sollen herabgesetzt werden.

2. Die Löhne müssen gesenkt werden, im Rahmen, aber unter „Auflockerung" der Tarifverträge.

Also: das alte Lied. Wir wissen ja aus häufigen Erfahrungen, wie ein Programm gleichzeitiger Lohn- und Preissenkung in der Praxis aussieht.

Auf Grund dieser Leitsätze wird die Reichsregierung Anfang Dezember ihr Winterprogramm veröffentlichen.

Die Reichsregierung beabsichtigt, in ihrem Winterprogramm die Umsatzsteuer von 0,85 auf 1,70 oder 2 Prozent zu erhöhen. Der Mehrertrag bei einer Verdoppelung des Satzes wird auf eine Milliarde Reichsmark geschätzt.

Kurzer Blick in einen Geschäftsbericht

Kürzlich sind die neuen Geschäftsberichte des schwerindustriellen Klöckner-Konzerns durch die Lande gegangen. Es haben wohl auch einige brave Nationalsozialisten, die sich für diese Werke des schaffenden deutschen Kapitals so wohlwollend zu interessieren pflegen, ein wenig hineingesehen und, die Bedauernswerten, die Seite gelesen, auf der unter der Überschrift „Aufsichtsrat" nicht nur deutsch-christliche Namen wie Klöckner, sondern auch andere, „raffende" Namen wie Louis Hagen, Solmssen, Goldschmidt, Oppenheim und Warburg zu finden sind.

Wer kann es den guten SA-Leuten verdenken, wenn sie solchem Aufsichtsrat ratlos gegenüberstehen?

Wieder mal Landesverrat

Das Reichsgericht hat den Schriftleiter der „Weltbühne", C. von Ossietzky, und den Schriftsteller Walter Kreiser zu je anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen Landesverrat.

Kreiser hat im März 1929 das Verbrechen begangen, in einem Artikel, der in der „Weltbühne" erschien, den Reichswehretat unter die Lupe zu nehmen, und zwar im besonderen das Kapitel „Luftfahrt", auf dem er Fachmann ist. Es war die Zeit des Lohmanns-Skandals, also eine Zeit, in der es Gewissenspflicht jedes anständigen politischen Publizisten und politischen Redakteurs war, mit besonderer Exaktheit darauf hinzuweisen, daß mit den Geldern des deutschen Volkes nicht verantwortungslos geaast werden dürfe. Kreiser hat nun bei der Besprechung des Etats den Vorwurf erhoben, es seien Verschleierungen vorgekommen.

Die Erfüllung dieser Pflicht, die von der zur Etatskritik in erster Linie berufenen Instanz, dem Reichstag, nicht oder doch nur in ungenügendem Maße besorgt worden ist, hat Kreiser und Ossietzky nun vor das Reichsgericht gebracht und soll sie ins Gefängnis bringen.

Die Verhandlung gegen die Beiden ist geheim geführt worden, angeblich aus Gründen der Staatssicherheit. Geheim war auch die Verkündigung der Urteilsbegründung. Spaßig genug! Denn was die beiden behauptet haben, war gar kein Verrat unbekannter Dinge, da die am Thema Luftfahrt interessierten ausländischen Stellen die betreffenden Tatsachen oder Nichttatsachen längst kannten und die ausländische Presse ihr Publikum über das, was in Deutschland in puncto Fliegerei getrieben wird, weit eingehender informiert hatte (und noch immer informiert) als die deutsche ihre deutsche Leserschaft. Was da noch geheimzuhalten war, wäre einem ausländischen Spionageoffizier wahrscheinlich nicht einmal die acht Groschen für den Überbringer der Nachricht wert gewesen.

Trotzdem: Ossietzky und Kreiser sollen sitzen. Daß man hinsichtlich der Durchführung des Strafvollzugs Einsicht und Nachsicht beweisen werde, ist in der Ära der scharfen reaktionären Winde kaum zu erhoffen. Die beiden Verurteilten müssen sogar noch froh sein, daß man ihnen mildernde Umstände zugebilligt hat — sie wären sonst ins Zuchthaus geschickt worden.

*

Ein anderer Fall von Vaterlandsrettung geht in diesen Tagen vor dem Oberlandesgericht Breslau vom Stapel.

Der polnische Staatsangehörige Sternal soll beim Stahlhelmtag, der am 30. und 31. Mai in Breslau stattgefunden hat, den Versuch gemacht haben, festzustellen, wieviele Stahlhelmer teilnahmen, wie sie ankamen, wo sie untergebracht waren und welche Reden gehalten wurden.

Der Stahlhelm ist zwar ein privater Kriegerverein, der beileibe nichts Militärisches an sich und auf gar keinen Fall Beziehungen zur Wehrmacht hat — trotzdem wird Sternal übel angekreidet, daß er sich um ihn gekümmert hat.

Die Dinge, die Sternal angeblich in Erfahrung bringen wollte, waren zwar im wesentlichen aus jeder deutschen Zeitung zu erfahren; auch die polnischen Vertreter in Deutschland konnten sich die Blätter kaufen, in denen unsere nationalen Männer in biererntstem Stolz die stattlichen (und noch ein wenig aufgerundeten) Zahlen nannten und die echtvaterländischen Stammtischreden der Stahlhelm-Herzöge wiedergaben. Es war also gar nichts da, was man versucht hätte, geheimzuhalten. Trotzdem wird Sternal vors Tribunal gezerrt.

Die Schwäche und Komik der Anklage zeigt sich sogar in der Formulierung: es wird ihm untauglicher Versuch und Eventualdolus vorgeworfen. Das heißt: er hat die geheimnisvollen Dinge, die er verraten wollte, nach Annahme des Staatsanwalts gar nicht in Erfahrung zu bringen vermocht, und es steht gar nicht fest, daß er sie, wenn er sie erfahren hätte, auch wirklich ans Ausland verraten hätte.

Und dafür wird nun die kostspielige Maschinerie in Bewegung gesetzt.

Max Barth

„Den Herrschaften, die glauben, mit den Interessen der Nation ungestraft Schindluder treiben zu können ... und die in ihrer herostratischen Dreistigkeit keinerlei Hemmungen mehr kennen, ist endlich das Handwerk zu legen. Das Leipziger Urteil ist gerade in dieser Beziehung ein kleiner Lichtpunkt in der sonst so trüben Dunkelheit und läßt erhoffen, daß vielleicht doch allmählich so etwas wie eine Dämmerung anbricht."

„Süddeutsche Zeitung", Stuttgart

§ 218 mordet

Wie das „12-Uhr-Mittagsblatt" berichtet, hat ein Dr. Rodecurth in Hannover den guten Gedanken gehabt, nachzukontrollieren, was eigentlich aus den Frauen wird, denen der Arzt die erbetene Schwangerschaftsunterbrechung abschlägt.

Er hat sich die Personalien von 35 Frauen notiert, die von ihm einen Eingriff verlangt hatten, die er aber nach sorgfältiger Untersuchung hatte wegschicken müssen. Nachdem die gebührenden Fristen verstrichen waren, forschte er nach, was aus den Frauen geworden war. Das Ergebnis: keine einzige der 35 hatte ihr Kind ausgetragen. Alle hatten einen Weg gefunden, zu abortieren. Dieser Weg war, wie vorauszusehen war, nicht immer der beste und zuträglichste; die von den Ärzten oder vielmehr von dem unsittlichen Paragrafen, der den Ärzten die Ausübung ihrer Berufspflicht verbietet, Abgewiesenen sind alle zum Kurpfuscher gegangen oder haben sich selbst geholfen. Drei von ihnen starben an den Folgen unsachgemäßer Eingriffe; sechs wurden so schwer geschädigt, daß sie sich schweren Operationen unterziehen mußten. Man darf also wohl annehmen, daß mindestens neun für künftige Kindererzeugung ein für alle Mal ausgeschaltet sind. Wäre der Eingriff erlaubt, und hätte ihn ein sachkundiger Arzt vorgenommen, so hätte wenigstens die Möglichkeit bestanden, daß die Frauen zu einem anderen Zeitpunkt, wenn sich bei ihnen die wirtschaftlichen Umstände oder andere Verhältnisse gebessert hätten, immer noch Kinder zur Welt gebracht hätten.

Soweit das Material. Die Schlußfolgerung ist klar; aber leider ist sie nicht bei allen die selbe. Die Herren mit der öligen Suada und die mit dem wotanhaften Pathos am Leib sagen natürlich: Was dieser Dr. Rodecurth in Hannover da festgestellt hat, beweist wieder einmal, daß es den Frauen jetzt schon viel zu leicht möglich ist, einen Abtreiber zu finden. Also: Beibehaltung, womöglich Verschärfung der Strafbestimmungen. Sie sind dafür, daß diese Frauen und alle ihre Schwestern, die in ähnliche Lagen geraten, zu Verbrecherinnen gestempelt und als solche behandelt werden.

Die anderen, wir, sehen natürlich im Material des Doktors Rodecurth einen Beweis dafür, daß es unverantwortlich ist, den Paragrafen 218 weiterhin zu dulden. Er nützt nichts, aber er schadet viel. Er erklärt nicht nur Jahr für Jahr eine Million deutscher Frauen zu Verbrecherinnen, bedroht nicht nur die seelische Gesundheit dieser Unglücklichen, die jahrelang vor einer Entdeckung Angst haben müssen, sondern mordet auch auf direktem Weg: er liefert die Frauen dem Pfuscher in die Hände und damit einen bestimmten Prozentsatz von ihnen dem Tod, und er macht einen weiteren Prozentsatz von ihnen unfruchtbar, verhindert also das, was er sichern will: die Geburt von Kindern.

Der Kampf gegen den Paragrafen 218 darf nicht aufgegeben werden. Hier handelt es sich um eines der wenigen Gebiete, auf denen man auch Teilerfolge annehmen muß. Aber man darf dabei nie vergessen, daß sie nur Etappen auf dem Weg zum Ziel sind und daß die wirkliche, endgültige und hundertprozentige Lösung dieser brennenden Frage nur zu erreichen ist durch die Errichtung einer Gesellschaftsordnung, die das Leben schützt statt es zu bedrohen — indem sie allen Geborenen die materielle Existenz sichert.

Karl Fehr

SW

Unsere Schupo hat neuerdings für den Straßenkampf gepanzerte Sonderwagen, SW bezeichnet. Nach einer in der „Neuen Montagszeitung" zitierten Broschüre des Polizeimajors Dr. Beyer stellen sie „ein polizeipolitisch normales Exekutivmittel" dar. Ihre Haupteigenschaften sind: „Geballte Feuerkraft, Rammvermögen, Deckungsmöglichkeit hinter Panzerschutz und erhebliche Fahrgeschwindigkeit." Dazu kommt noch der sogenannte psychologische Eindruck: „Schon die Kenntnis vom Vorhandensein eines SW vermag oft die abschreckende und vorbeugende Wirkung auszulösen. Aus diesem Grunde kann gelegentliches Zeigen des SW in ruhigen Zeiten (z. B. bei Übungen) polizeitaktisch zweckmäßig sein."

Bei aller technischen Vollkommenheit des Wagens, der ihn hauptsächlich zur Vorbereitung eines Sturmes geeignet macht, hat er doch auch einen gefährlichen Nachteil: er ist nur auf erstklassigen Straßen operationsfähig. Erst kürzlich blieb einer sogar mitten in Berlin auf dem Nollendorfplatz plötzlich stehen und konnte erst nach langem Hin und Her wieder in Gang gebracht werden. Der erste „psychologische Eindruck" war dementsprechend zwiespältig.

Tarifrecht à la Harzburg

Die Sozialreaktion marschiert Schritt für Schritt. Man sehe sich das Kampffeld der Tarife an. Es geht hier nicht mehr allein darum, wie sie verschlechtert werden, es geht nicht mehr allein um den Inhalt der Tarife, sondern auch um ihren Bestand.

In einem Ausspracheabend, den kürzlich in Stuttgart die „Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft", ein liberal-demokratischer Diskussionsklub, veranstaltet hat, ist zwar von dem tonangebenden Geschäftsführer der württembergischen Arbeitgeberverbände erklärt worden, daß bei den maßgebenden Industrie- und Arbeitgeberverbänden in Deutschland „kein Tarifunwille" festzustellen sei; aber die Frage ist, wielange diese Verbände noch den Ton angeben. Es sind nämlich innerhalb der Arbeitgeberschaft Kräfte am Werk, die mit diesen Verbänden und ihrer noch relativ vorsichtigen Politik keineswegs einverstanden sind. Diese Kräfte sind vor allem dort konzentriert, wo der Stahlhelm und Hugenberg steht. In der in der letzten Nummer der S.-Z. erwähnten kleinen Stahlhelmversammlung in Stuttgart — in der den württembergischen Wirtschaftsführern von Herrn Düsterberg und besonders von dem Stahlhelm-Wirtschaftsführer Halbig, einem mitteldeutschen Fabrikanten, Verfasser programmatischer Stahlhelm-Schriften, auseinandergesetzt wurde, was die vom „militärischen Gedanken bestimmte" Stahlhelm-Wirtschaftspolitik will — hat dieser Herr Halbig zunächst erklärt: der Reichsverband der Industrie, die Arbeitgeberverbände usw. wissen nicht, wozu sie da sind, sie tun nichts, sie bieten keine Hilfe, ihr einziger Sinn ist, Kontrahent der Gewerkschaften zu sein, und die von ihnen eingegangene Arbeitsgemeinschaft hat nur die roten Gewerkschaften gestärkt. Es erhob sich in dieser illustren Versammlung kein Widerspruch. Auch dann nicht, als der forsche Herr, von Werktarif und Werkgemeinschaft erzählend, kategorisch den sofortigen Abbau des Tarifrechts forderte.

Nun mag man einwenden: das ist nur der Stahlhelm, Herr Hugenberg, der hinter diesem steht, ist auch noch nicht allein das dritte Reich, und im Lager Hitlers ist man in diesen Dingen anderer Ansicht, denn erst kürzlich sind im „Völkischen Beobachter" die „Wirtschaftlichen" (der Verband nationaler Arbeitnehmer, der Reichsverband vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine usw.) deutlich abgekanzelt worden. Aber es scheint doch reichlich optimistisch, wenn man auf diese Gegensätze große Hoffnungen setzt. Wenn die harzburger Front und der fascistische Staat sich auf der ganzen Linie durchsetzen und die Macht in die Hand bekommen, werden sie, auch Hitler, sehr rasch den Dreh gefunden haben, der die „sozialistischen" Vorkämpfer der teutschen Arbeiterschaft, die „Wirtschafts-Unfriedlichen" der nationalen Front zum Schweigen und Kuschen bringt.

W. W.

Fern im Süd ...

In der Nacht vom 19. auf 20. November hat in Madrid die als Staatsgerichtshof fungierende spanische Nationalversammlung den Exkönig Alfons XIII. des Hochverrats für schuldig erklärt, weil er während des marokkanischen Feldzugs selbständig in die militärischen Aktionen eingegriffen und weil er die Diktatur Primo de Riveras zugelassen und unterstützt habe, was eine willkürliche Verfassungsverletzung bedeute. Durch den Spruch verliert der König seinen gesamten noch in Spanien befindlichen Besitz; die Rückkehr nach Spanien wird ihm verboten; jeder Spanier hat die Pflicht, ihn zu verhaften, falls er versuchen sollte, zurückzukehren.

Wahrscheinlich wird Alfons, der „Geschäftsmann auf dem Throne", auch noch in einige Prozesse verwickelt werden, weil er bei der Verteilung von Subventionen (besonders an Schiffahrtsgesellschaften) und bei der Vergebung von Monopolen (Petroleum, Telefon) keine ganz reinen Hände behalten hat.

Rauhe Sitten herrschen da unten in Spanien ...

Hilfswerk 1931/32

Liebe S.-Z.! Das Wohlfahrtsamt Nürnberg gibt Verbilligungskarten für Lebensmittel aus. 7 Pfennig Ermäßigung pro 1 Reichsmark. Dafür bekommt man in den Geschäften keine Rabattmarken mehr, die 5 Prozent Ermäßigung bedeuten. Also rund 2 Prozent mehr dann. Beim Brot: 1 Pfg. Ermäßigung pro Pfund. Nun gibt es viele Bäckereien in Nürnberg, bei denen man gegen Vorzeigung der Stempelkarte 3 Pfg. Ermäßigung pro Pfund erhält. Also ist das Wohlfahrtsamt teurer. Wahrscheinlich machen das die Druckkosten der Karten.

H. H.

Die Erwerbslosenindustrie

Von Paul Heinkel

Am zwanzigsten Jahrestag der Gründung des Erwerbslosen-Ehren-Dienstes (EED.) besuchte ich dessen Generalsekretär, Pastor Piepenschwick, um mir für die new yorker „Times" Informationen zu holen über die Prinzipien, durch die es dem EED. in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen war, die Erwerbslosen zu einem beachtlichen Faktor unseres wirtschaftlichen und kulturellen Daseins zu machen. Ich fand Pastor Piepenschwick in einer reizenden Villa, die aber ganz im Stile der vom EED. empfohlenen Wohnlauben gebaut war. Die schweren Eichentüren waren durch täuschende Kistendeckelfourniere den EED.-Türentypen angenähert, seidene Wandbespannungen hatten Zementsackmuster, und zu allem Überfluß waren an verschiedenen Stellen der massiven Wände jene Luftspalten eingebaut, die anfangs für die Bewohner der EED.-Lauben eine stete Quelle des Verdrusses waren. Ich sage absichtlich „anfangs". Denn als die EED.-Referentin für Raumgestaltung eines Tages in einer stürmischen Siedlersitzung den Vorschlag machte, an den undichten Stellen der Wohnlauben Glockenspiele in der Art der japanischen anzubringen, da waren die meisten begeistert über diese einfache Möglichkeit, die Mißklänge des Siedlerdaseins in reine Sfärenmusik zu verwandeln. Und in der Tat waren die EED.-Heimstätten nach der Einführung der Glockenspiele wie verwandelt. Eine besänftigende Musik zog durch die ganzen Kolonien. Vordem hatte man oft in rüder Weise über Rheumatismus geklagt, jetzt seufzte man, wenn es an windstillen stillen Tagen nicht durch die Ritzen zog.

Aber ich will Einzelheiten nicht vorwegnehmen. Vor allem nicht solche, die am wenigsten aus dem Geist der EED.-Kolonien herausgewachsen sind, in denen sonst alles aus den Tiefen der deutschen Volksseele geschöpft ist: von der Form der Mistbeete bis zum Marmeladebrotaufstrich, der dem EED.-Nachwuchs an Sonntagen das Leben versüßt. Das ganze Leben der vom EED. erfaßten Erwerbslosen bildet, wenn man in diesem Zusammenhang ein Fremdwort gebrauchen darf, eine Attraktion allerersten Ranges, die nicht in klingende Münze umzuwandeln geradezu eine nationale Sünde wäre. Piepenschwick plant deshalb die Organisation eines großzügigen EED.-Fremdenverkehrs. So wie der Ausländer früher nach Oberammergau oder Bayreuth wallfahrtete, um an den Quellen deutscher Kultur zu schlürfen, so soll er in Zukunft die EED.-Kolonien aufsuchen, um zu sehen, wie deutscher Geist den Fluch der Arbeitslosigkeit in Segen wandelte.

Piepenschwick klärte mich über die umfängliche Arbeit des EED. bereitwilligst auf. „Erster Grundsatz", sagte er, „war von anfang an die Durchdringung des deutschen Elends mit deutschem Gemüt. Unser materielles Elend ist nur zu ertragen durch eine Neugeburt der deutschen Seele. Sie ist Voraussetzung unseres Wiederaufstiegs. Wie Sie an den Zuständen in Deutschland sehen, sind wir auf dem rechten Wege. Gehen Sie nach England, nach Amerika oder sonst wohin, überall laborieren sie noch an den Problemen der Wirtschaftskrise. Das Elend der Slums von London ist ebenso trist wie das der Bowery in New York oder des Hafenviertels von Marseille. Einzig bei der Fremdenindustrie von Paris kann man einen bescheidenen Ansatz bemerken, das Elend zu einem volkswirtschaftlichen Faktor zu machen. Aber was kommt dort dabei heraus! Die künstliche Mache in den Apachenvierteln ist längst entlarvt, nur Dumme fallen noch darauf herein. Bei uns ist alles echt. Nichts ist gespielt. Sehen Sie die wundervolle Primitivität unserer Wohnlauben (bei deren Herstellung sich nebenbei gesagt deutscher Unternehmergeist wieder in altbewährter Weise betätigen konnte); hier benützt die Armut nicht ihr Elend, um in landläufigen Schablonenausdrükken anzuklagen, hier erhebt sie sich in einem schlichten Idyll zu innerer Größe. Das ist das sozusagen Attraktionelle, das zutiefst Deutsche. Die Leute hungern, aber sie tun es mit jener deutschen Innigkeit, die ihnen unser EED.-Bildungsapparat in jahrelanger Erziehungsarbeit beigebracht hat. Man sieht direkt, wie der Geist über die Materie siegt. Etwas, was gerade auch auf die Amerikaner einen unauslöschlichen Eindruck machen dürfte.

Die Leute saßen noch vor Jahren in den stinkigen Löchern ihrer Mietskasernen, verhetzt und ohne jeden Sinn für höhere Werte. Ihr Anblick war nicht zu ertragen; man hätte keine zwei Dutzend Fremde mit ihnen ins Land gelockt. Heute gewähren sie schon rein äußerlich einen wundervollen Anblick. Sie ballen sich wo sie gehen und stehen zu malerischen Gruppen. Manches wirkt wie eine Radierung von der Käthe Kollwitz. Aber in den tiefliegenden Augen liegt nicht mehr dumpfe Traurigkeit, sondern eine sieghafte Gewißheit. Man erlebt in den Kolonien Episoden, die in ihrer monumentalen Eindringlichkeit unvergeßlich bleiben. Vor Tagen starb in der Kolonie „Germania" eine Frau an Entkräftung. In den Händen hielt sie noch eine fast vollendete Kreuzstickarbeit. Auf der stand der unvergeßliche Spruch Gustav Stresemanns: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut." Ein Schulbeispiel für den Sieg unserer EED.-Idee. Man erinnert sich unwillkürlich an jene große Zeit, da das deutsche Volk eherne Standbilder nagelte und eiserne Kreuze in die Pantoffeln stickte. Das Pflanzen von Kohl wird dem EED.-Mann zur beispielhaften nationalen Tat, und wenn er abends sich zu seinem Stück Schwarzbrot einen Rettich zieht, erlebt er immer wieder das Wunder der Verbundenheit mit der Scholle. Eigens für EED.-Zwecke verfaßte Volkslieder, in die Erdgeruch und religiöse Motive hineingearbeitet sind, sorgen für das übrige. Das sprudelt abends in der Dämmerung wie aus unterirdischen Bronnen. Und wenn das Land auch nicht den Siedlern gehört, es ist doch ihr Vaterland, in dem sie wurzeln. Und so sehr sind sie von diesem Geist erfaßt, daß sie, wenn es nottut, nur widerwillig den kleinen Nebenverdienst in der nahen Fabrik erarbeiten, der zu ihrer bescheidenen Existenz noch solange notwendig ist, als die Andenkensache nicht funktioniert."

„Andenkensache?", sagte ich fragend. Piepenschwick sah mich leicht verärgert an. So, wie man Menschen ansieht, die eine lange Leitung haben und deswegen unmöglich Reporter bei der new yorker „Times" sein können. „Andenken", sagte er trocken, „sind bekanntlich die Grundlage jedes Fremdengeschäfts. Sollen wir etwa Eintrittspreise verlangen? Das läßt unsere nationale Würde denn doch nicht zu. Unsere Volksgenossen sind kein Schaubudenobjekt. Außerdem weckt Freiwilligkeit die Geberfreude. Die Leute werden gerne was mitnehmen: eine hübsche Brandmalerei mit irgend einem Spruch von Goethe oder Goebbels, oder die Rasenbank am Elterngrab aus Glanzpapier, oder sonst was. Unsere Andenkenabteilung hat im ganzen hundertzwo Muster zusammengestellt; lauter Originalsachen, den garantiert echten Geist deutscher Erwersblosigkeit atmend. Nach diesen Mustern soll nun systematisch gearbeitet werden. Aber die Leute wollen nicht recht. Sie haben die dummen Flausen im Kopf von landschaftlicher Eigenart und individueller Besonderheit. Als ob das bei dem Kram nicht Jacke wie Hose wäre!"

Ich wollte etwas erwidern, er schnitt mir jedoch das Wort ab. Diese ganze wichtigtuerische Eigenart sei keinen Pfifferling wert, wenn sie nicht rationell ausgenützt werde; aber er vertraue auch hier auf den EED.-Bildungsapparat, der habe schon ganz andere Dinge geschaukelt. Ich erfuhr, daß im ganzen etwa 5000 Kräfte die EED.-Schulungsarbeit leisten; eine Masse Offiziere und Akademiker habe auf diese Weise ersprießliche Arbeit gefunden. Die meisten seien ehrenamtlich tätig. Ich bewunderte den Opfersinn, der in diesen Zahlen zum Ausdruck kam. Piepenschwick winkte, indem er mir einen Likör eingoß, stürmisch ab. „Die Spesenrechnung ist die Zuflucht der Ehrenamtlichen", sagte er lachend.

Kleine Leute

Der Sklarekprozeß tagt nun schon seit Wochen und es ist kein Ende abzusehen. Eine solche Galerie von betrogenen Schiebern und geschobenen Ehrenmännern wird man nicht so schnell wieder beisammen finden. Und man kann sich nicht helfen: die Sklareks wirken nicht einmal am unsympathischsten. Sie sind mit allen Wassern gewaschene Geschäftsleute und zudem in der glücklichen Lage, selbst übers Ohr gehauen worden zu sein. Damit trumpfen sie nun auf. Man hat sie bei der Übernahme großer Warenlager der berliner Kleiderverwertungsgesellschaft (KVG) offenbar gründlich hereingelegt und sie haben dafür und für die „Übernahme" eines Defizits von 400 000 Mark, das bei der KVG vertuscht werden sollte, günstige Lieferungen bekommen; eines Tages war aus einfachen Lieferverträgen ein Monopolvertrag zur Belieferung städtischer Dienststellen geworden, aber es muß sie allerhand gekostet haben (der Buchhalter Lehmann schätzt die in vier bis fünf Jahren ausgegebenen Bestechungsgelder auf 1½ — 2 Millionen); wenn sie durch ihre Beziehungen zu den Stadtvätern Geschäfte machten, wurden sie nebenher tüchtig geschröpft, ob sich das nun um Grundstückskäufe, Kleidergeschäfte oder sonst was handelte. Dadurch sind sie nun in der Lage, die Geschädigten zu spielen, und sie haben immerhin den Anschein für sich, daß sie den andern mit ihren Bestechungsgeldern und Geschenken nicht gerade nachgelaufen sind.

Sie kamen alle von alleine! Einer der Sklareks behauptete, der halbe Magistrat habe sich in ihrem Umkreis gezeigt. Sicher waren es mehr, als sich hier in diesem Prozeß auf der Anklage- oder Zeugenbank befinden. Der Vorsitzende gibt sich alle Mühe, „die Nochschuldigen und Vielleichtschuldigen" aus dem Spiel zu lassen, will aber innerhalb des durch die Anklage gegebenen Rahmen alles tun, um die Dinge und ihre Hintergründe aufzuklären.

Mag das nun ganz gelingen oder nur zu einem gewissen Prozentsatz: es ist nicht sehr wichtig. Der Fall liegt klar. Er ist das Resultat eines falsch angewandten kommunalen Demokratismus, bei dem aus allen Parteien immer ganz bestimmte Typen an die Spitze geschwemmt wurden, denen mit den gegenseitig zugeschobenen Ämtern nicht immer auch der nötige Verstand zuteil ward. Dazu stellte sich noch was ein, was bei den meisten kleinen Leuten zu beobachten ist, die plötzlich zu Macht und Verantwortung kommen: sie sehen nicht ihre Grenzen oder sind durch die errungene Stellung gezwungen, sie aus Prestigegründen nicht zu sehen. Daher die Neigung zur Aufblähung des Apparates, daher auch die Gefahr, projektemachenden Geschäftsleuten ins Garn zu gehen.

Aber dieser ganze Fall wäre s o nicht möglich gewesen, wenn dazu nicht noch etwas anderes käme: der Drang der aufgestiegenen kleinen Leute nach gesellschaftlicher Geltung. Der Rennstall z. B. gab den Sklareks einen Nimbus, der die Stadtväter ganz vergessen ließ, woher eigentlich der Reichtum kam. Ihnen imponierte das alles so: die Rennen, die Jagden und die feudalen Diners, daß es ihnen gar nicht zum Bewußtsein kam, wie sehr sie selbst in den Augen der Sklareks die Rolle von kleinen Schnorrern spielten; von kleinen Leuten, mit denen man „es" machen konnte. Die Methoden, wie sie genommen werden mußten und genommen werden wollten, waren verschieden: die einen waren billig, die andern etwas anspruchsvoller, aber fast allen war diese Kleinleutehaltung eigen, selbst solchen mit beachtlichen Posten.

Wo zu aller Unzulänglichkeit noch die moralische kommt, da gibt es keinen guten Klang. Sie alle warfen sich weg, um „etwas" zu werden. Und sie hatten nicht einmal darin Format. Eine triste Angelegenheit. M a u t h e

Der Misthaufen

Leo Sklarek, von den Stadtbankdirektoren Schmidt und Hoffmann sprechend: „Sie haben uns wie die Vampire ausgesogen. So wahr ich hier stehe, sind wir in diesen M i s t hineingezogen worden" (Hoffmann begehrt schreiend auf) „Direktor Hoffmann hat sogar eine L e d e r h o s e bei mir bestellt, auf der stand: „G r ü e ß d i Gott im A l p e n l a n d!"

Und da gibt es noch Leute, die behaupten, daß man im Asfalt-Berlin kein Verständnis für bäuerliches Volkstum habe.

Im letzten Jahr sind in Deutschland 206 Bestrafungen wegen Verletzung des Gotteslästerungsparagrafen (§ 166) erfolgt.

Kollegialität

Eine große Rolle hat in der letzten Woche im lübecker Prozeß die Frage gespielt, wie weit untergeordnete Instanzen mit der Wahrheit hinter dem Berge hielten, um die Verantwortlichen zu decken. Es wurde festgestellt, daß Krankengeschichten abgeändert worden waren; bei der Vernehmung des Assistenten von Prof. Klotz, Dr. Wiener, sah sich der Vorsitzende genötigt, angesichts der „schwierigen Lage", in der sich die Zeugen durch „kollegiale Bindungen" befänden, an den Zeugeneid zu erinnern. Dr. Wiener mußte zugeben, daß er durch Vorgesetzte angehalten worden war, mit der Wahrheit „zurückzuhalten".

Offenbar entspringen solche Beweise ärztlicher Kollegialität berufsmäßigen Anschauungen. Darauf läßt ein Artikel schliessen, den Rechtsanwalt Wittern im lübecker Prozeß zitierte. Er stammt von Professor Dr. Fränkel, Breslau, und erschien in der „Deutschen-Medizinischen Wochenschrift". Darin heißt es: „Dem Arzte ist jede Kritik an der Diagnose und Behandlung eines zweiten Arztes untersagt. Gerichtliche Gutachten über Ärzte bedürfen der Milde. Auch der beamtete Kreisarzt soll, selbst wenn er Beweise eines fehlerhaften Vorgehens gegen einen anderen Arzt hat, diesen nicht bloßstellen."

Solche Auffassungen werden auch sonst in der Fachpresse vertreten. Anfang Oktober wurde in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" von einem fünfjährigen Knaben berichtet, bei dem man bei einer Operation im evangelischen Krankenhaus im Hamburg eine Pinzette entdeckte, die sich im Bauchraum von den unteren Rippen bis zum Beckenausgang gelagert hatte. Diese Pinzette war bei einer zehn Monate vorher in einem andern Krankenhaus erfolgten Operation zurückgeblieben. Die Leitung dieser Klinik gab später die Auskunft, daß sich während des Eingriffs nichts Besonderes ereignet habe, was das versehentliche Zurücklassen erklären könnte. Es lag also grobe Fahrlässigkeit vor. Trotzdem ist die Sache vertuscht worden. Der Verfasser des Artikels schreibt dazu u. a.: „Wir haben die Eltern des Kindes von unserem Fund nicht in Kenntnis gesetzt. Vertreten wir doch die Ansicht, daß bei der Entfernung von andernorts zurückgelassenen Fremdkörpern nicht nur das Interesse des Kranken, sondern auch das des Kollegen zu wahren ist. Gerichtsverhandlungen nützen niemand; sie schädigen nur das Ansehen des Standes."

Gerichtsverhandlungen nützen allerdings dann niemand, wenn auch in ihnen noch versucht wird, durch „zurückhaltende" Angaben die Sache der Kollegen so gut als möglich zu retten und das Ansehen des Standes zu wahren; ein Ansehen, das offenbar zu einem großen Teil darin besteht, für unfehlbar gehalten zu werden. Man braucht ja nicht der Ansicht zu sein, daß jede Geringfügigkeit vor die Öffentlichkeit gezerrt werden soll, aber wo beim Arzt eindeutig Fahrlässigkeit und beim Patienten offensichtlich eine Schädigung vorliegt, da sollte man die Besorgnis um das Ansehen des Standes zurückstellen. Man schadet ihm sonst nur.

M a x W i n k l e r

Sauber und würdig

Im lübecker Prozeß hat ein Schupo-Offizier einigen Zuhörern den Eintritt in den Verhandlungssaal verweigert mit der Begründung, ihre Wäsche sei nicht in Ordnung; er könne nur solche Personen einlassen, die mit weißer Wäsche erscheinen.

Der Vorsitzende erklärte daraufhin, daß der Offizier nicht in seinem Auftrage gehandelt habe; es könne jeder so im Gerichtssaal erscheinen, wie es seiner wirtschaftlichen Lage entspreche. Im übrigen möchte er bemerken, daß die Zuhörerschaft (die ja überwiegend aus Angehörigen gestorbener oder geschädigter Kinder besteht) sich bis jetzt so „würdig" benommen habe, wie man es gar nicht habe erwarten können.

Warum sich Leute, die nicht einmal blütenreine Wäsche anhaben, trotzdem wider Erwarten „würdig" benehmen, ist leicht zu erklären: die Würde ist bekanntlich in ihre Hand gegeben, dagegen die Seife, die müssen sie kaufen. o h a

---

„Die Arbeiter sind im Kriege, bis sie endlich nicht nur eine Schlacht, sondern den ganzen Feldzug gewonnen haben. Wenn den Staaten jedes Mittel im Kriege erlaubt ist, warum nicht den Arbeitern in ihrem Kriege ebenfalls? Der Arbeiter begeht nur immer den Fehler, daß er als ein anständiger Bürger angesehen werden will. Aber dafür gibt ihm niemand etwas."

B. T r a v e n in „Die Baumwollpflücker"

Ein friedliebender Kriegshetzer

Es ist ein gefährlicher Irrtum, nur den für einen Kriegshetzer zu halten, der offen und laut zum Krieg gegen ein anderes Land aufruft. Von jeher haben solche Leute über eine angebliche Bedrohung durch den bösen Nachbarn gejammert und damit erst recht die von ihnen gewünschte Explosivatmosfäre geschaffen. Diese Gesellen sind hundertmal gefährlicher als die lauten Schreier; vollends wenn sie sich mit schönen Frasen drapieren.

Einer von den allergefährlichsten dieser Sorte ist der Paneuropa-Graf Coudenhove-Kalergi; mit Recht propagieren deshalb ebensolche Vorkämpfer des imperialistischen Friedensgedankens die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Coudenhove. Denn wer ist eigentlich dieser Graf? Nun, sage mir, wer dich subventioniert, und ich will dir sagen, wer du bist: Coudenhoves Paneuropa-Bewegung lebt vom Gelde prominenter „Wirtschaftsführer" von der Linoleumindustrie bis zur Deutschen Bank. Herr von Stauß z. B. investiert sein kärgliches Geld nicht nur im Dritten Reich, sondern auch in Paneuropa. Nur sehr harmlose Gemüter können annehmen, daß diese beiden Bewegungen gegensätzliche Ziele anstreben.

Coudenhove orakelte lange Jahre hindurch so vorsichtig, daß selbst ehrliche Pazifisten (bürgerlicher Prägung natürlich) glaubten, ihn unterstützen zu müssen. Daß es allerdings mit seiner Friedensliebe, die jetzt sogar prämiert werden soll, nie weit her war, ließ sich aus seinen reichlich vorhandenen Schriften längst feststellen.

Und jetzt hat er es durch seine neue Schrift „ Stalin & Co." schlagend bewiesen. Darin zieht er (streng nach dem Rezept: „Wenn du den Krieg willst, dann rede vom Frieden") gegen Rußland vom Leder. Er stellt die verblüffende Behauptung auf: „Während das Abendland vom ewigen Frieden träumt, bereitet der Bolschewismus einen Religionskrieg gegen Europa vor." Man sieht es plastisch vor sich, wie dieses pudelhaft gutmütige Abendland selig träumt (und nebenbei Japan im Krieg gegen China und vielleicht bald Rußland unterstützt), und man fragt sich dabei nur: wo lebt denn der Herr Graf? Und dazu dann der Blödsinn vom „Religionskrieg"!

Wollte man das Machwerk widerlegen, man müßte eine ganze Broschüre schreiben; zwei seiner Behauptungen — nicht über russische, sondern über „abendländische" Zustände — seien hier noch kurz gestreift: er preist das hohe Gerechtigkeitsgefühl der europäischen Justiz und ein paar Seiten weiter meint er dann: „Das Maß an persönlicher Freiheit, das heute im Abendland herrscht, ist einzigartig in der Geschichte." Diese beiden Behauptungen, im Herbst 1931 niedergeschrieben, sind ein ungeheuerlicher Zynismus; denn sogar Coudenhove kann wissen, daß es nicht lauter Grafen auf der Welt gibt, sondern auch arbeitslose und entrechtete Proletarier. Er weiß es auch, aber, wenn es gilt, zum Krieg gegen die Sowjetunion zu hetzen, malt man eben in knalligen Farben „heilige Güter". Und wird dann für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen. H a n s U r b a n

---

„Nur e i n Mittel kann den Krieg zwischen Bolschewismus und Abendland verhindern: unbedingte Friedenspolitik Europas, gestützt auf militärische Übermacht. Zu diesem Zweck sollte Europa schnellstens einen europäischen Verteidigungsrat aus den Chefs seiner Generalstäbe bilden. Dieser Rat sollte aus seiner Mitte auf eine Reihe von Jahren einen Führer wählen, der im Kriegsfall den Oberbefehl über alle Heere Europas übernimmt. Als erster Schritt zur Schaffung einer europäischen Bundesarmee sollten sämtliche Kriegsflugzeuge Europas zu einer europäischen Luftflotte zusammengefaßt werden, als Kern der künftigen europäischen Streitmacht." C o u d e n h o v e - K a l e r g i in „Stalin u. Co." (S. 50)

Rekord

Das stuttgarter „Katholische Sonntagsblatt" berichtet voll Stolz davon, daß in Rio de Janeiro eine Christkönigsstatue errichtet worden ist, „die geradezu fantastische Maße aufweist. Mit dem Sockel ist sie 45 Meter hoch und übertrifft damit den weltberühmten Christus im Andengebirge noch um ein Bedeutendes. Die Kosten für das Standbild, die 720 000 Dollar betrugen, wurden durch Spenden der Katholiken von Rio de Janeiro zusammengebracht. Am Bau der Statue arbeiteten allein 30 Arbeiter mehr als zwei Jahre lang. Das Bild stellt Christus mit weit ausgebreiteten Armen dar, deren Spannweite beinahe 40 Meter beträgt, und ist weithin über Land und Meer sichtbar."

Der Likör war ausgezeichnet. Ich ließ durchblicken, daß ich wohl der Mann wäre, gewisse Artikel in die allmächtige Hearstpresse zu lancieren. Er zeigte sich hocherfreut. Man müsse darüber gleich in den nächsten Tagen zusammensitzen. Über die materielle Seite werde man sich schon einigen. Die deutsche Erwerbslosenindustrie sei gut fundiert. Als ich mich verabschiedete, las ich über der Tür den schönen Spruch: „Deutsch sein, heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun." Ausführung: Schwarzwälder Eigenart; EED.-Andenkenmuster Nr. 93.

Ein schnittiger EED.-Mercedeswagen brachte mich ins Hotel zurück.

Tabu

Der kürzlich verstorbene Regisseur Murnau hat auf den polynesischen Inseln den gegenwärtig in Stuttgart laufenden Film „Tabu" gedreht, in dem auf dem Hintergrund einer berauschenden Landschaft die ebenmäßige Schönheit von Naturkindern gezeigt wird. Leider kommt der Film den unbestimmten Sehnsüchten des von der Zivilisation verkorksten Menschen nach „paradiesischen" Zuständen und „glückseligen Inseln" ein wenig zu weit entgegen, jenem sentimentalischen „Heim"weh, das eigentlich ein Fernweh ist und meist nur dann zur Ruhe kommt, wenn es durch Kitsch befriedigt wird. Murnau hat in die Süße des tropischen Lebens noch etwas von dem Sacharingehalt amerikanischer Liebesgeschichten gemixt, gerade so viel, um einem den reinen Genuß dieses bildlich ausgezeichneten Films leicht zu trüben; die Menschen benehmen sich um ein paar Nüancen zu malerisch (obwohl sie das nicht so nötig haben wie etwa die munteren Statisten, die in Rheinfilmen egal mit Weinlaub im Haar und rheinischen Liedern auf den Lippen herumwimmeln); sie sind weder Stars noch Statisten, sondern unverfälschte Natur, aber ihre natürliche Grazie verrät an einigen Stellen die Regieanweisungen; der Eifer, sich Kränze ums Haupt zu winden und lieblich auszusehen, ist zu forciert, um echt zu sein.

Um nun aber zu zeigen, daß das solchermaßen frisierte „Paradies" auch nicht ganz frei ist von „Weh und Herzeleid", zeigt Murnau die Menschen nicht etwa bei der Arbeit, in den Verflechtungen des Alltags, sondern er erfindet die Liebesgeschichte der schönen Reri und des göttergleichen Matahi, deren Liebe dadurch tragisch endet, daß der steinalte Häuptling, einem alten Brauch folgend, Reri als Symbol der Reinheit den Göttern weihen will. Kein Mann soll sie berühren. Sie ist tabu und es liegt auf der Hand, daß der kühne Matahi durch diese Rechnung einen Strich macht. Er raubt Reri und flieht mit ihr auf benachbarte Inseln; aber die Rache des Schicksals folgt ihm, und zuletzt versinkt er in den unerbittlichen Wellen des Ozeans, während der Häuptling mit der offenbar immer noch unberührten Reri abzieht.

Diese Fabel gibt nun doch die Möglichkeit, etwas von dem wahren Wesen der Südseemenschen zu zeigen: in dem Tanzfest, durch das Reri für ihr neues Leben geweiht wird. Wenn die monotone Musik in immer tolleren Rhythmus verfällt, wenn der Tanz auf seinem Höhepunkt einer orgiastischen Raserei gleicht, dann ahnt wohl jeder die Verniedlichung, die an andern Stellen in diesem Film getrieben wird. Deutlich sichtbar wird das, wie die Beiden auf der Flucht auf eine von der Zivilisation beleckte Insel kommen. In ein paar episodischen Bildern blitzt etwas von dem auf, was heute auf den „paradiesischen Inseln" fast allgemein Wirklichkeit heißt. Schnaps und Konfektion drücken dem Leben ihren Stempel auf als würdige Symbole der durch die Commis und Missionare gebrachten „Zivilisation". Wenn Murnau das greuliche Milieu eines Schwofs in einer Schnapsbudike zeigt, in dem sich das herrlichste Menschenmaterial in einer lächerlichen Aufmachung kulturbeleckt wiederfindet, zeigt er das Schicksal des „Paradieses": das Herausgerissenwerden aus alten Bindungen einer gewachsenen Kultur und das Ausgeliefertsein an die nackte Ausbeutung. Man würde gerne die Liebesgeschichte in Kauf geben, wenn diese Wirklichkeit mehr zum Ausdruck gekommen wäre. Der Film hätte dadurch nichts an seiner Schönheit einzubüßen brauchen, er hätte nur ein Schicksal gezeigt, das ungefähr auch das Schicksal der Darstellerin der Reri ist: sie ist von Ziegfeld an dessen Revue nach New York verpflichtet worden.

Doch solche Wirklichkeit im Film darzustellen, ist offenbar noch auf lange hinaus tabu! h m

Literatur

Vasektomie — das Zaubermittel der Verjüngung. Herausgegeben von R u d o l f G r o ß m a n n, Kierling bei Wien, Schubertgasse 42. Preis 1 Mark, bei Mehrbezug Rabatt bis zu 50 Prozent. — Eine kleine Schrift über die Operation, mit der seinerzeit der grazer Professor Schmerz viele Männer auf ihren Wunsch unfruchtbar gemacht hat. Vasektomie ist ein absolut unschädlicher, oft verjüngend wirkender chirurgischer Eingriff, läßt sich in wenigen Minuten erledigen, hat keine Nachteile ... als den einen: daß der durchschnittene Samenstrang nicht wieder geflickt werden kann, wenn der Mensch später doch noch den Wunsch bekäme, ein Kind zu zeugen. Auskunft über den „Internationalen Bund für die Kontingentierung der Bevölkerung", in dessen Auftrag die kleine Broschüre herausgegeben ist, erteilt in Österreich der Herausgeber Großmann, in Deutschland die Verlagsbücherei „Erkenntnis und Befreiung im Sinne Leo Tolstois", Mannheim, Waldhofstraße 17. Das Schriftchen (24 Seiten) enthält auch eine übersichtliche und eingehende Darstellung der anderen Verhütungsmethoden. Es ist als Privatmanuskript gedruckt. B.

Der Staat ohne Arbeitslose. Drei Jahre „Fünfjahresplan". Bildwerk mit 256 zum Teil ganzseitigen Fotografien. Von Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf. Gustav Kiepenheuer, Verlag, Berlin. Preis kartoniert 4,50 Mark. — Reichtum an Bodenschätzen, gewaltiger technischer Aufschwung, Aktivierung der Massen des arbeitenden Volkes in jeder Beziehung, das ist der starke Eindruck, den man durch dieses Bilderwerk von dem Rußland von heute bekommt. In einem Nachwort erläutert Alfred Kurella an Hand von statistischem Material Idee und Ziel des Fünfjahresplanes. Bildmaterial ist in Aufnahme und Reproduktion gleich vorzüglich. m.

Gesellschaft und Wirtschaft. Kalender 1932, 54 Bildtafeln in Zwei- und Dreifarbendruck. Von H. C. B. Sommer und A. W. Bauche. E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. Preis 2 Mark. — Die Tafeln belehren, in erster Linie durch statistisch-grafische Darstellungen, über alle Gebiete aus Wirtschaft und Gesellschaft. Einige Beispiele: Umsätze der deutschen Volkswirtschaft, Kriminalität in Deutschland, Wohnungsverhältnisse, europäische Wirtschaftsverflechtung, jeweils mit Text und Literaturangaben.

Rote Signale. Neuer Deutscher Verlag. Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Preis 75 Pfennig. — Eine Auswahl aus den Gedichten, welche die AIZ (Arbeiter-Illustrierte) in den zehn Jahren ihres Bestehens veröffentlicht hat. Zu jedem Gedicht ein Foto — oder vielmehr umgekehrt: die Fotos haben die Anlässe zu den Gedichten gegeben. Alles natürlich politisch, sozial; manches zur Rezitation geeignet. Verfasser: Weinert, Tucholsky, Tiger, Slang und eine Reihe anderer, zweimal auch Barth.

Zeitschriften

Der Weg der Frau. Nr. 7. Verlag „Der Weg der Frau", Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Preis 30 Pfg., ohne Schnittmuster 20 Pfg. — Enthält neben Anregungen für Haushalt, Körperpflege usw. einen Artikel über die Stellung der Nazis zur Frauenfrage u. a.

Das neue Rußland. Doppelheft 8 und 9. Herausgeber: Erich Baron, Berlin-Pankow, Kavalierstraße 10. Preis 1 Mark. — Dem 14. Jahrestag der russischen Revolution gewidmet. Reich illustriert.

Eulenspiegel. Nr. 10. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8. Preis 20 Pfg. — Linksradikales satirisches Blatt. Sucht durch ein Preisausschreiben einen neuen Namen. Erster Preis: 50 Mark.

Der Arbeiter-Fotograf. Heft 11, Preis 30 Pfg. Verlag „Der Arbeiter-Fotograf, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. — Enthält u. a.: „Das Bild — eine Waffe im Klassenkampf", „Entwickeln von Kleinbildfilmen", „Praktische Winke".

Übereifrig

Vor kurzem waren drei Flieger gezwungen, mit ihrem Apparat in der Nähe von Konstanz notzulanden. Es stellte sich heraus, daß es sich um Antifascisten handelte, die — erschrecken Sie nicht, gnädige Frau! — gewillt waren, aus dem blauen italienischen Himmel Flugblätter niederrieseln zu lassen, in denen dem Fascismus und seinem Duce eingeheizt wurde.

Diese Absicht nahm ihnen nicht etwa Mussolini übel, der in Rom ahnungslos seinen Königstraum träumte, sondern die badischen Polizei- und Justizbehörden waren es, die sich schmerzlich berührt fühlten. Sie steckten die verbrecherischen Elemente ins Kittchen und eröffneten eine Untersuchung. Um zu verhindern, daß der Respekt vor dem italienischen Regierungschef beeinträchtigt werde, riskierten sie opferfreudig den vor sich selbst.

Was geht es uns an, wenn ein Ausländer die Absicht hat, seinem Ministerpräsidenten die Meinung zu sagen? fragt sich der normale Durchschnittsmensch. Bitte sehr, antworten die Herren in Konstanz: es g e h t uns an; denn nach § 102 des Strafgesetzbuchs sind feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten strafbar.

Dieser Paragraf 102 ist seit dem Bestehen unseres StGB im ganzen z w o Mal vor dem Reichsgericht zitiert worden: einmal anno 1881 und einmal anno 1905, beide Male erfolglos. Warum läßt man ihn nicht in seinem verdienten Grabe ruhen?

Die drei Verbrecher haben ihre Tat gar nicht zur Ausführung gebracht. Man hätte sie ja schließlich stoppen und nach Hause schicken können: „Kinder, laßt das, das haben wir nicht gern!" Aber warum mußte man sie gleich auf Wochen in Untersuchungshaft sperren? Hat man bei uns nicht genug Kommunisten? Muß man sich auch noch Ausländer schnappen, die mit ihrer Regierung nicht hundertprozentig zufrieden sind?

Die Schwere des Mißgriffs wird noch deutlicher, wenn man sich den ominösen § 102 anschaut und aus ihm ersieht, daß zur Einleitung einer Strafverfolgung ein A n t r a g der auswärtigen Regierung erforderlich ist, gegen die sich die pp. feindlichen Handlungen gerichtet haben. Dies gelesen, geschieht ein allgemeines Schütteln des Kopfes: Warum, ums Himmels willen, haben die konstanzer Behörden aus eigener Initiative zugegriffen? Kein Teufel hat einen Strafantrag gestellt; Mussolini hat sich nicht gemuckst. Und da werden die drei Leute einfach festgehalten, ins Loch gesteckt und sollen abwarten, ob der Duce sich's nicht doch noch einfallen läßt, zum deutschen Kadi zu laufen und ihre Häupter zu fordern! „Will man", fragt das „Berliner Tageblatt", „wenn er es nicht von selbst tut, Mussolini bitten, den Strafantrag noch nachträglich zu stellen, damit die konstanzer Justizbehörden eine Rechtfertigung für ihre bisherigen Maßnahmen und insbesondere für die von ihnen verhängte Untersuchungshaft erhalten?"

Das wolle Gott nicht! Ich wenigstens, wenn ich der Duce wäre, würde die Konstanzer in der Bredouille sitzen lassen und die Erwartung, daß ich mich durch Klagegezeter lächerlich machen würde, hohngrinsend enttäuschen. Dann müßten die Herren am Bodensee schauen, wie sie sich, Münchhausen gleich, am eigenen Zopf aus der selbstangerührten Sauce ziehen könnten. Dieses Schauspiel wäre mir ergötzlicher als das eines Kapitalprozesses gegen die verhinderten Zettelwerfer.

M a r a B u

Fürs deutsche Haus

In Hamburg hat der Fabrikant Stoltzenberg, bekannt durch das Phosgenunglück im Jahr 1928, ein Kochbuch herausgegeben. Keines für die gut bürgerliche Küche. Statt der üblichen Anleitung zur Herstellung von Knödeln usw. findet man genaue Rezepte zur häuslichen Fabrikation der verschiedensten Giftgase. „Man nehme" die von Herrn Stoltzenberg vorgeschriebenen Retorten und Tiegel, mische mit der nötigen Vorsicht die notwendigen Chemikalien und siehe da, man hat alles, was das Herze erfreut, falls Zerstörungslust es befällt. Z. B. die die Augen reizenden Weißkreuzstoffe, die Blaukreuzstoffe, unerträglich für die Schleimhäute der Nase und des Rachens, die Grünkreuzstoffe (Phosgen usw.), die schon in kleiner Konzentration die Lunge zerstören und den Tod herbeiführen. Wem sie nicht genügen, der findet noch die sogenannten Hautgifte (Gelbkreuz), zu denen auch Senfgas und Lewisitgase gehören. Die Wirkung dieser Gase ist nicht sehr schön; schon Phosgen zersetzt die Lunge zu einem eitrigen Brei, Senfgas zerstört sie so, daß sie das Vier- bis Sechsfache ihres normalen Umfanges erreicht und der Betroffene „in seinem eigenen Blute förmlich ertrinkt". Die Wirkung des Lewisits soll noch verheerender sein.

Zu allem dem gibt Herr Stoltzenberg Anleitung, und zwar jedermann. Er liefert die Apparatur und die Chemikalien, und der republikanische Staatsbürger, der auf Grund des Republikschutzgesetzes mindestens zu drei Monaten Gefängnis verdonnert wird, wenn er in einer Versammlung mit einer Hiebwaffe angetroffen wird, er kann — so hat es bis jetzt wenigstens den Anschein — lustig experimentieren und Giftgasmengen herstellen, die unter Umständen einen ganzen Stadtteil gefährden.

Das von den hamburger Chemischen Fabriken Stoltzenberg vertriebene „Giftgaskochbuch für Jedermann" ist inzwischen auf ausdrückliches Ersuchen des Reichsinnenministeriums wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit beschlagnahmt worden, nachdem „gewisse Zweifel" über die „Rechtslage" einigermaßen überwunden waren.

So verschieden ist es ...

Z w e i Z u s c h r i f t e n

„Ein Lapsus war die Beschwerde über das Kirchengeläute ... Sie beklagen sich über etwas, das auch für den Atheisten eine Wohltat bedeutet, und übersehen, daß es die ekelhaften Autos und vor allem Motorräder und ihre Besitzer sind, die man brandmarken sollte. Ist Ihnen unbekannt, daß ein Spaziergang oft dadurch erträglich wird, daß das Glockengeläute den Krach der Maschinen paralysiert? Wer die Glocken läutet, ist mir dabei gleichgültig."

Dr. N., Stuttgart

„Die „Beschwerde" Ihres L. H.-Korrespondenten in der Nr. 47 ist sicher vielen aus dem Herzen geschrieben und jeder, der noch nicht von einem muffigen Pfaffenkult angesteckt ist, muß diese Sätze Wort für Wort unterstreichen. Vor einiger Zeit wurde im bürgerlichen Zeitungslager viel in „Antilärm" gemacht, doch das Gebimmel und Gebammel der alleinseligmachenden Kirche wurde nicht erwähnt. ... Es ist ein Unfug sondergleichen."

E. R., Stuttgart

Beziehen Sie bitte Ihre Bücher durch den Verlag der S.-Z.

Bücher, die nicht auf Lager sind, werden so rasch als möglich beschafft

Das schönste Schwein der Welt

G. de la Fouchardière berichtet im „Oeuvre", daß Wilhelm II. einen Prozeß gewonnen hat. Nicht jenen, den die deutsche Justiz bis jetzt dem Volke schuldig geblieben ist und der, wenn es mit rechten Dingen zuginge, dem ausgerissenen Heldenkaiser ein ähnliches Urteil sprechen müßte, wie es jetzt gegen den spanischen Alfons ergangen ist: Beschlagnahmung seines Besitzes und Landesverweisung, beziehungsweise Einsperrung, falls er es wagen sollte, zurückzukehren.

Nein, Wilhelms Prozeß war eine viel schlichtere Sache. Es handelte sich um ein echtes Gloucester-Schwein, das „schönste Schwein der Welt". Das hatte Wilhelm anno 14 gekauft und mit gutem Gelde bezahlt. Es war ein Zuchtschwein, das die Rasse in Wilhelms Ställen zu ungeahnter Blüte bringen sollte. Ein herrlicher Stammbaum, ein tipptoppes Gutachten des Ausschusses der landwirtschaftlichen Vereinigung „Gloucester Old Spot" — Wilhelms Schwein war tadelfrei und einzigartig.

Als es bezahlt war, wurde es nach Tilbury gebracht und sollte nach Hamburg verfrachtet werden. Aber was tut Gott? Schickt eine Schweineepidemie, und die englischen Behörden, dickköpfig, wie sie nun mal sind, legen ihr Veto ein: das schönste Schwein der Welt muß in den Stall zurückgebracht werden.

Wochen vergingen, und mit ihnen verging die Epidemie. Das Schwein Seiner Majestät wanderte aufs neue gen Tilbury. Es wurde eingeschifft und sah hoffnungsvoll einer kinderreichen Zukunft im potsdamer Stall entgegen — da brach der Weltkrieg aus und machte es sozusagen zum Zivilgefangenen. Aber nicht genug damit, daß man das nunmehr deutsch gewordene Schwein verhinderte, nach seinem neuen Vaterland in See zu stechen: man mißbrauchte es auch schnöde, indem man es als „schönstes Schwein der Welt" drei Jahre lang eine mit einem Schlitz versehene Kasse spazierentragen ließ, in welche die Engländer Spenden fürs englische Rote Kreuz warfen. Nachdem es so drei Jahre dem bösen Feind gedient hatte, wurde es von seinem Schicksal ereilt: ein Zeppelinangriff zerstörte den Bauernhof, auf dem es untergebracht war, und machte dem Leben des herrlichen Tiers ein Ende.

Ja, und Wilhelm, wenn er schon einen Weltkrieg verloren und sein Recht auf die Krone verjuxt hatte, gedachte mitnichten, das so hinzunehmen. Alles — aber das nicht! Der Tod des Schweines erforderte Sühne. Er klagte wegen eines im Zusammenhang mit Kriegshandlungen erlittenen Schadens. Der Prozeß dauerte lange. Er endete damit, daß man Seiner Majestät Anspruch auf Schadenersatz zuerkannte, zugleich aber eine Rechnung über die Kosten einer dreijährigen Verpflegung aufstellte, so daß beides sich aufhob.

Damit ist die Sache endlich aus der Welt geschafft. Wilhelms Schlaf wird um einige schwere Träume leichter sein; die Akten über das schönste Schwein Seiner Majestät sind geschlossen. Ein versöhnender Abschluß hat den Fall erledigt.

Ix

Hitler aufgenordet

„Der Freiheitskampf", die „amtliche" Tageszeitung der NSDAP in Sachsen, hat am 7. November 1931 mit unverkennbarer Begeisterung die folgende Notiz gebracht:

„In der sehr weit verbreiteten und höchst angesehenen Zeitschrift „Revista da Semana" erschien im Oktoberheft das wohlgelungene Bild unseres Führers Adolf Hitler mit folgender Randbemerkung: ‚Der deutsche Mussolini ist Hitler und wirft seinen Schatten auf die Zukunft des Vaterlandes von Hindenburg, indem er die Legionen der deutschen Nationalsozialisten diszipliniert, um die Macht im Staate zu erobern. Hitler hat großes Ansehen und Einfluß bei den deutschen Volksmassen und verfügt über eine große und entscheidende Eigenschaft — er versteht zu wollen und zu hoffen. Er ist d i e b l o n d e S p h i n x von jenseits des Rheins.'"

Glücksspieler

Mit Rücksicht auf die immer stärker werdende Konkurrenz der ausländischen Bäder hat sich der Minister Treviranus (und, etwas vorsichtig, auch der Minister Dietrich) dahin geäußert, daß den großen deutschen Badeorten die Möglichkeit gegeben werden müsse, das Anziehungsmittel gewisser Glücksspiele benützen zu können. — Kein Wunder, daß Wirtschaftswundergläubige an den Segen der Glücksspiele glauben.

Der Freund

Hugenberg hat neulich in einer politischen Rede von seinem frühverstorbenen Freund O. E. H a r t l e b e n gesprochen. Wie wäre es, wenn die Presse oder die Ufa des Freundes Hugenberg für die Verbreitung von Hartlebens „gastfreiem Pastor" sorgen würden, jener wunderschönen kleinen Geschichte von dem Pfarrer, der pfeifenrauchend zum Bordellfenster herausguckt? Oder sollten, wenn Herr Hugenberg so freundschaftlich und gastlich wäre, die Parteigenossen, Stahlhelm-Pfarrer und Luisenbündlerinnen sich vielleicht ob solcher kulturbolschewistischen Verhöhnung von Anstand, Pfarrstand und Religion entrüsten?

EIN PEITSCHENHIEB

in die Fratze der Kriegsbestie ist das Buch von P e t e r R i s s

DIE GROSSE ZEIT

STAHLBAD ANNO 17

wovon der Fackelreiter-Verlag soeben eine neue Auflage von 10000 Exemplaren herausgeben konnte.

DAS Kriegsbuch des Arbeiters.

„Das Hauptwerk der deutschen Kriegsliteratur", ein Urteil der Auslandspresse.

Der Arzt und Dichter Friedrich Wolf empfiehlt „Stahlbad Anno 17" als „Volltreffer in die Stellung des Stahlhelm-Faschismus".

Jeder alte Krieger schenke dieses Buch seinem Sohn!

Der 449 Seiten starke Leinenband kostet RM 8.—. Es gibt aber auch eine billige Ausgabe zu RM **6.—**

Lassen Sie sich das Buch vorlegen bei

Ihrem Buchhändler oder fordern Sie Sonder-Prospekt an vom

Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15

Kleinigkeiten

Der Pokal. In der letzten Sportpalastversammlung hat Goebbels sich auch über das Wesen der Macht verbreitet. „Die Macht", sagte er, „ist sozusagen ein Wanderpokal zwischen denen, die sich um die Macht bewerben, und wenn der, der den Wanderpokal besitzt, ihn leistungsmäßig nicht mehr verdient, wird er ihm vom besseren Konkurrenten genommen." — Vorderhand steht er noch bei Brüning im Schrank, dicht neben den Preisen aus dem Turnverein.

Sta-Flieger. Gemäß Stahlhelmrundschreiben vom 1. 11. 31 ist das „Stahlhelm-Flieger-Korps" (St.F.K.) errichtet worden. In den Landesverbänden liegt die Aufsicht der fliegerischen Stahlhelmarbeit bei dem „Inspekteur des Flugwesens". Die Bezeichnungen sind entsprechend dem Zweck: Sta-Motorflugstaffel, Sta-Segelflugstaffel, Sta-Fliegervorschule, Sta-Fliegerschule. — Damit der Bürgerkrieg auch mit Bomben geführt werden kann.

Die Caritas. Der Bischof von Berlin hat bei einer Kundgebung im Sportpalast (zu Ehren der heiligen Elisabeth) über die „Caritas an uns selber" gesprochen. Er wußte gar Erbauliches zu tönen über die „Wohltat der Leidenszeit" und die „Lichtseiten der heutigen Not": „Die äußere Verelendung wird zur inneren Veredlung, die vielgestaltige äußere Verarmung zur mannigfachen Bereicherung der Seele, der Druck des Materiellen, des Wirtschaftlichen, des Irdischen zum Triumf des Geistigen, des Überirdischen, des Göttlichen." — Kurzum: der Mensch muß halt mal einen Winter lang von Gottes Wort allein leben.

Wehe, wenn sie losgelassen. Das „Katholische Sonntagsblatt" berichtet in einem Artikel über die Klosterstürme in Spanien auch vom „Kloster der unbeschuhten Karmeliterinnen" in Madrid. Es wurde dadurch gerettet, daß die „Mordbrenner" beim Anrücken auf eine Horde mit Küchenmessern bewaffneter Nonnen stießen, die sich unheildrohend an der Pforte aufgepflanzt hatten. Die Angreifer sollen ob diesem Anblick einfach davongelaufen sein. — Begreiflich.

Der Apéritif. Der tüchtige Verlagsdirektor des pariser sozialistischen Parteiblatts „Le Populaire" hat vorgeschlagen, die Propagandakasse durch die Fabrikation eines Apéritifs zu stärken. Der sozialistische Apéritif soll in Anlehnung an den Namen des Parteiblatts „Popu" getauft werden. — Was den Mägen der französischen Arbeiter wohl besser bekommen würde als dem Sieg ihrer Klasse.

Kostproben. In der von den Nationalsozialisten beherrschten Stadt Eutin hat die Stadtverwaltung mehrere Angestellte fristlos entlassen. Schwache Begründung: Besuch einer Versammlung des Reichsbanners. — Schwache Hoffnung: daß letzteres aufwacht.

Der Arbeiterführer. Snowden, neben MacDonald der getreueste Arbeiter-Lakai des Königs von England, ist Pair geworden und heißt jetzt Viscount Snowden of Ickornshaw. — So wird jeder Tugend ihr Lohn.

O du fröhliche ... Auf dem stuttgarter Rathaus hat ein sozialdemokratischer Gemeinderat den Antrag gestellt, für die Erwerbslosen auf dem Marktplatz einen Weihnachtsbaum aufzustellen; das trage zur inneren Zufriedenheit bei. — Wie wäre es, wenn er sich noch mit dem „Christkindchen" ins Benehmen setzte? Vielleicht beschert es noch etwas Arbeit dazu.

Deutsche Christen. In Altenburg in Thüringen haben die Nationalsozialisten bei den Kirchenvertreterwahlen eine eigene Liste „Deutsche Christen" aufgestellt. Von sechzehn Sitzen fielen fünf auf sie. — Man wird sie sicher williger zur Mitarbeit heranziehen als die religiösen Sozialisten.

Bange Frage. „Ob die blutigen Vorgänge in Spanien nicht auch in etwa eine Strafe Gottes sind für die immer noch geduldete barbarische Sitte der Stierkämpfe?" fragt das stuttgarter „Katholische Sonntagsblatt". — Ja, wer kann das wissen?

Für die Karbolmäuschen. Nachdem die Nazis sich einen „Frauenorden vom roten Hakenkreuz" zugelegt haben, bemühen sie sich, das nötige Sanitätermaterial zusammen zu bekommen. Die national zuverlässigen Apotheker in Schlesien und wohl auch anderswo haben ein Schreiben erhalten, in dem Militär-Verbandpäckchen, Drahtschienen, Mullbinden, Jodtinktur usw. erbeten werden. — Da kann der frischfröhliche Bürgerkrieg ja bald losgehen.

Geschmackvoll. Jimmy Walker, der Oberbürgermeister von New York, will zu Gunsten der Winterhilfe ein Fußballmatch austragen lassen zwischen der new yorker Polizei und den Gefangenen von Sing Sing. — Es wäre ja nicht das erstemal, daß in New York Verbrecher der Polizei den Ball zuspielen.

Ein gräßlicher Auftakt. Ein Herr von 85 Jahren, Otto Franz Gensichen, — die „Vossische Zeitung" nennt ihn einen „Veteranen der deutschen Literatur" — hat eine dreibändige Goethe-Biografie vollendet. I n V e r s e n! — Was für Schrecknisse mag das Jahr 1932 wohl noch für uns in Bereitschaft halten?

Kampf gegen den Kitsch. Im „Stahlhelm" ereifert sich einer gegen die kitschigen Vereinsfeiern: „Der Instinkt der jungen Generation ... lehnt Feiern ab, in denen inmitten von Bierdunst und Zigarrenqualm eine in Blech gehüllte Germania erscheint oder eine unfreiwillige Karikatur des großen Preußenkönigs auf die Tränendrüsen wirkt. Die Hohlheit solcher Feiern, die ihre säbelrasselnde Ideenlosigkeit mit Schminke und Kulissen und mottenzerfressenen Kostümen verhüllen, widert uns an". — Es ist kaum zum glauben.

Seelische Winterhilfe. In Hugenbergs „Lokalanzeiger" ergeht sich ein Generalsuperintendent D. Karow in kühnen Fantasien über „seelische Winterhilfe", d. h. darüber, wie die evangelische Kirche die Not dieses Winters lindern könne. Er meint, u. a. so: „Man könnte auch wohl nach außen hin, etwa durch Choralblasen von den Kirchtürmen, die Gedanken der Menschen aufwärts richten." — Je höher der Kirchturm, desto höher hinauf richten sich die Gedanken und die rotgefrorenen Nasen der Hungernden und Obdachlosen.

Geschmackssache. Eine berliner Parfümfirma veranstaltet gegenwärtig ein Preisausschreiben. Man bekommt ein paar Frauentypen im Bild und soll nun sagen, welches Parfüm zu welcher Dame paßt. Etwa: Parfüm 1: Voller Geheimnis und Zauber, betäubend aromatisch wie die Blumen der Nacht; Nr. 3: sonnig heiter, wie ein Hauch aus südlichen Gefilden; Nr. 5: beseligend wie die Blütenpracht des Orients; Nr. 6: ein Märchen aus heiligen Hainen; Nr. 7: schön wie Musik, undefinierbar und kompliziert. — Das wird allerhand Kopfzerbrechen machen.

Stuttgart. Die „Rote Studentengruppe" ladet alle Gegner der Arbeitsdienstpflicht zu einer Protestkundgebung ein. Freitag, 27. November, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sozialistische Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Stuttgart. Samstag, 28. November 1931, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Sängersaal des Gewerkschaftshauses (Eßlinger Straße). Genossin D u b y-Berlin spricht über das Thema: „Die politische Lage und die SAP." Freie Aussprache!

Celle, Poststraße 3. Brief ohne Unterschrift.

Leser in Preußen, fragt bitte an den Bahnhofsbuchhandlungen und Kiosken von Stilke nach der Sonntags-Zeitung aus Stuttgart. Vielleicht gelingt es dann, sie dort endlich einzuführen.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 52). Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Spitth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Stuttgart, 29. Nov. 1931 **Die Sonntags-Zeitung** 12. Jahrg. Nr. 48, 2. Blatt

So kam 14 der Krieg

Bald ein Jahr ist es jetzt her, daß in Heilbronn am Neckar Abraham Gumbel gestorben, der beste, vielleicht der einzige gründliche deutsche Kenner des gesamten Aktenmaterials über den Kriegsausbruch, das er mit unendlichem Fleiß durchgearbeitet hat. Gumbel hat eine ganze Bibliothek von amtlichen und privaten Büchern über dieses sein Spezialinteressengebiet hinterlassen; von den Publikationen seit 1918 wird es keine halbwegs wichtige geben, die er sich nicht erworben hätte.

Was geschieht mit dieser Bibliothek? Soll sie verstauben? Ist niemand da, der dieses Instrument zu benützen verstünde, um das immer noch fehlende Buch „Die Wahrheit über den Kriegsausbruch" zu schreiben? Ein Buch, das endlich den Nebelschleier durchbräche, der von einer geschickt, ja raffiniert arbeitenden patriotischen Propaganda von Anfang an über die geschichtlichen Tatsachen gebreitet worden ist? Wieviel Deutsche mag es geben, die auch nur halbwegs eine Ahnung haben, wie es zu der Katastrofe von 1914 gekommen ist?

Gumbel selber hat eine Reihe von Aufsätzen und polemischen Artikeln über die Fragen des Kriegsausbruches und der „Kriegsschuld" geschrieben, viele davon in den früheren Jahrgängen der „Sonntags-Zeitung". Zu einer zusammenfassenden und umfassenden Arbeit hat er bei seinem hohen Alter und unter den Ansprüchen der täglichen Berufsarbeit keine Zeit und keine Kraft gehabt. Denn die Aufgabe ist gewaltig; sie erfordert nicht bloß die Darstellungskunst eines Emil Ludwig, sondern ein jahrelanges Studium, kritische Fähigkeit und volle Unbestechlichkeit des Urteils, das von keiner Parteilichkeit oder Leidenschaft gebunden sein darf.

Das große Buch über den Kriegsausbruch, würdig eines neuen Ranke oder Mommsen, wird unter politischen Verhältnissen, wie sie heute sind, noch lange auf sich warten lassen. Aber vor einigen Wochen ist wenigstens ein kleines Buch darüber erschienen, das ich jedermann empfehlen kann und das wegen seines billigen Preises jedem erschwinglich ist: „So kam 14 der Krieg", von Dr. Franz Bühler, bei der Verlagsbuchhandlung Karl Zwing in Jena, Preis 2,80 Mark. Ich wünsche diesem nur etwas über 100 Seiten starken Büchlein größte Verbreitung. Es ist eine ausgezeichnete, fleissige, objektive Arbeit eines echten Historikers, der nichts anderes sucht als die Wahrheit.

Ein Wahrheit, die in diesem Fall unserem Volk, namentlich auch unserer lernenden und studierenden Jugend, geflissentlich vorenthalten wird. Man könnte oft verzweifeln, wenn man hört und liest, was bei uns über die sogenannte „Kriegsschuldlüge", meistens in Form der Lüge von der deutschen Unschuld, verzapft wird. Es gibt eine gut organisierte deutsche Propaganda-Zentrale zur Verbreitung falscher Vorstellungen über die Ereignisse von 1914 und ihre Vorgeschichte: den „Arbeitsausschuß deutscher Verbände", der die Öffentlichkeit eine zeitlang mit Publikationen überschwemmt hat und m. W. immer noch eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift herausgibt. Es ist Pflicht, dieser Stelle entgegenzuarbeiten, und dies kann nicht besser geschehen als durch die Empfehlung und Verbreitung der Schrift von Franz Bühler.

Ihr großer Vorzug, der sie vor der polemischen Literatur der politischen Linken gegen die Unschuldlüge auszeichnet, ist ihre wirklich vollendete Sachlichkeit. Die Bekämpfer der offiziellen Unschuldlüge und Darsteller der deutschen oder österreichischen Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch verfallen, meinetwegen verzeihlicherweise, oft in den Fehler, daß sie über ihr Ziel hinausschießen. Sie entlasten die gegnerischen Staatsmänner etwas zu stark, und sie neigen dazu, die deutschen und österreichischen Verantwortlichen etwas zu schwer zu belasten; als ob nicht auch bei wohlwollendster Betrachtung ihres Handelns nicht noch genug an ihnen hängen bliebe! Bühler vermeidet diesen Fehler. Er schimpft nirgends, auch wo er deutlich redet oder urteilt. Er moralisiert nicht, aber er beschönigt auch nicht; er häuft keine Scheiterhaufen, aber er mogelt auch nicht und unterschlägt nichts pro oder contra. Er drängt sich dem Leser nicht auf mit eiligen oder voreiligen Schlüssen und suggestiver Beeinflussung, sondern geht vor wie ein guter Richter, der den Geschworenen die objektive Urteilsfindung durch sachliche und kluge Verhandlungsführung zu ermöglichen sucht, ohne gleich mit seinem eigenen Standpunkt herauszuplatzen.

Wer Bühlers Büchlein zur Hand nimmt, wird in der Lage sein, über die Politik des Juli 1914 und ihre Voraussetzungen gerecht und richtig zu urteilen. Er wird nicht mehr daran zweifeln können, daß der sogenannte Weltkrieg ein Präventivkrieg des deutschen Generalstabs war, daß er von den österreichischen Diplomaten angezettelt und von den deutschen leichtsinnig heraufbeschworen worden ist, während ihm die Russen und Franzosen nicht ausweichen zu sollen glaubten und die Engländer ihn zunächst zu vermeiden suchten. Namentlich die klägliche Rolle des Hysterikers Wilhelms II. tritt mit großer Deutlichkeit hervor, obwohl der Verfasser von sich aus nichts unternimmt, um ihn bloßzustellen oder zu verunglimpfen. Besonders hoch ist es ihm anzuschlagen, daß er auch die Rolle der römischen Kurie nicht vergißt, die damals keinen Versuch gemacht hat, das heraufdrohende große Morden zu verhindern.

Mancher wird vielleicht denken, es sei nicht am Platze, ein solches Buch wie „So kam 14 der Krieg" gerade für den Weihnachtsbüchertisch zu empfehlen. Aber ich wollte mit diesem Hinweis doch nicht länger warten. Jetzt ist die Zeit, wo man sich überlegt, was für Bücher man verschenken kann, und ich weiß keinen spannenderen historischen Roman als den, der hier so billig und, nebenbei gesagt, in hübschem Gewande angeboten wird.

Es ist gut, ein solches Buch zu lesen, das wirklich geeignet ist, wie der Verfasser es in seinem kurzen Vorwort wünscht, „Dunkles zu klären und romantische Vorstellungen zugunsten gesünderer politischer Denkungsart auszurotten".

Erich Schairer

Die einen führen Krieg, die andern . . .

Im Spätherbst 1914, als die deutsche Armee in schweren Rückzugskämpfen in Nordfrankreich stand, wandte sich die Schwiegermutter des deutschen Kronprinzen, die Großherzogin-Witwe von Mecklenburg, an Poincaré mit der Bitte, er möge ihr gestatten, daß sie, wie gewohnt, die Wintermonate in Südfrankreich verbringe. Sie betonte dabei, daß sie durch ihre Witwenschaft ja wieder russische Fürstin geworden sei.

Poincaré hat die Erlaubnis gegeben, mit dem Bemerken, er hoffe, sie werde den Deutschen aus Südfrankreich keine Geheimnisse verraten. Aus dem 1. Band von Poincarés „Erinnerungen".

Dschugaschwili

In der bürgerlichen Presse verrät der ehemalige Erzieher Stalins, ein Priester Sowieso, daß Stalin eigentlich Dschugaschwili heißt, und wie es mit ihm war, als er das geistliche Seminar in Tiflis besuchte.

Er und seine Mitschüler waren ein wildes Volk: rachsüchtig, jähzornig, für die Wissenschaft wenig begabt. Ihr Hauptinteresse konzentrierte sich auf „Weiber und Wein". Mit 15 Jahren sproßten ihnen schon die Bärte. Beim bloßen Erwähnen von Frauenspersonen bekamen sie blutunterlaufene Augen. Sie bereiteten den Lehrern „in dieser Hinsicht" arge Sorgen, sogar solche, von denen es besser ist nicht zu sprechen. Solche Kerle waren das — und unter ihnen war Stalin der ärgste. Seine Kameraden nannten ihn schon damals den „Räuber". Er ging bei jeder Gelegenheit mit den Fäusten los und hatte selbst immer blaue Augen. Einmal zerstörte er in der Einzelhaft den ganzen Ofen. Sein Erzieher quält sich heute mit der bangen Frage: „War es der spätere Zerstörungsdrang, der sich schon hier in ihm offenbarte?" Er wird es schon gewesen sein!

Auch Rechnen war schon damals seine schwache Seite. In der Mathematik war er der Letzte. Auf die Frage, was eine bestimmte Addition ergebe, erwiderte er einmal dem Lehrer: „Tausend". „Nur Tausend?", fragte der Lehrer. „Na schön", sagte er, „dann eine Million!" Ob Tausend oder eine Million, es schien ihm völlig gleichgültig.

Die Kostproben genügen! Ein undisziplinierter, unbegabter Kopf! Einer, der sich auch mit der Weltrevolution gründlich verrechnen wird. Der deutsche Spießer kann sich beruhigt schlafen legen. K. B.

Der Schutzengel

Liebe S.-Z.! Der Prinz Lenar von Schweden ist auf der Insel Mainau aufgezogen. Es ist rührend, wie herablassend er zum Volke ist. Er heiratet sogar eine „Bürgerliche" und legt vielleicht noch seinen Prinzen ab und nimmt einen bürgerlichen Namen an. Auch hat er der nächstliegenden Gemeinde Litzelstetten einen 3½ Meter hohen Schutzengel aus Bronze vermacht. Der steht nun auf dem Gemeindeplatz.

Wahrscheinlich soll er vor der roten Welle schützen, die so viele Throne ins Wackeln bringt.

Das Hakenkreuz und die Frauen

Für die Wahlen zum stuttgarter Gemeinderat haben eine Reihe bürgerlicher Frauenverbände eine gemeinsame „überparteiliche Frauenliste" aufgestellt. Der „NS-Kurier" nimmt das zum Anlaß, sich über das Thema „Frau und Politik" sozusagen grundsätzlich zu ergehen. Auf folgende Weise:

„Wenn Frauen politisch sind, so sind sie noch um einen guten Teil problematischer, wie wenn sie sich den ihnen angemessenen Beschäftigungen widmen. Die Frau in der Politik haben wir schon so oft und deutlich „erlebt", daß wir von vornherein einen recht kritischen Maßstab an ihre politischen Qualitäten anzulegen gewohnt sind. Gewiß haben manche der politisierenden Frauen sich einen Namen gemacht. Aber war das ruhmenswert? Wir verzichten auf Beispiele, denn die Größen des marxistischen und sozialdemokratischen Lagers sind wirklich des Aufzählens nicht wert und in den anderen Parteien vermochten die Frauen keinerlei nennenswerte Positionen einzunehmen. Das hat gewiß niemand bedauert, denn die allgemeine Stimmung geht doch wohl dahin, daß es genug männliche Politiker gibt, um auf die weiblichen verzichten zu können." Und so weiter.

Eine besondere Frauenliste ist natürlich ein Unfug, und zwar deshalb, weil es in politischen Angelegenheiten keine Überparteilichkeit gibt. Ein weit größerer Unfug ist aber die anmaßliche und schnöselige Selbstgefälligkeit, mit der sich so ein Nazischmock da spreizt und dreht. Daß seine Ansichten über die Frauen im Grunde — mit nur geringen Variationen — die aller reaktionären Richtungen sind, macht sie noch lange nicht richtiger.

Immerhin ist es erfreulich, daß ein Vertreter der „größten Partei Deutschlands" öffentlich ausspricht, daß die Frauen bei ihnen keine Nummer haben. Vielleicht zieht doch ein Teil der vielen Frauen und Mädchen, denen die Hakenkreuzfraktionen in den deutschen Parlamenten den größeren Teil ihrer Mitglieder verdanken, bei den Wahlen ihre Konsequenz. Links schätzt man die Frauen nicht nur als Stimmvieh.

Peng

Stuttgart wird sittlich

Im stuttgarter städtischen Schwimmbad in der Büchsenstraße kam es manchmal vor (auch ich muß mich zu dieser Sunde bekennen), daß Badegäste, um sich abzutrocknen, ihre nasse Badehose ablegten, ohne sich hinter dem schutzenden Vorhang der Badezelle zu verbergen. Da gar nicht genugend Zellen vorhanden sind, ist man unter Umständen gezwungen, sich der Öffentlichkeit nackt zu präsentieren (falls man nicht ganz streng darauf bedacht ist, seine Blößen immer vor dem Ablegen der Badehose mit dem Hemd zu bedecken).

Obwohl in diesem Bad Männlein und Weiblein getrennt sind, scheinen einige Mucker (vielleicht aus Neid darüber, daß sie sich aus ästhetischen Gründen nicht nackt zeigen können), Anstoß genommen zu haben. Denn man bekommt jetzt vom Bademeister folgenden Zettel in die Hand gedrückt: „Sehr geehrter Herr! Ohne Badehose ist der Aufenthalt außerhalb der Badezelle nicht erlaubt. Bei Beschwerden ist Bestrafung möglich. Wir bitten daher um Rücksichtnahme. Die Bäderverwaltung."

Stuttgart empor, auch in punkto Sittlichkeit!

Fröhlicher Busstag

Am 18. November haben die Bewohner Deutschlands nördlich der Mainlinie Buß- und Bettag gefeiert (oder über sich ergehen lassen). Südlich vom Main dagegen hat man an diesem Tag der Arbeit gefront (soweit man welche hat). Nun haben die sog. „stillen" Feiertage immer ein etwas tristes Gesicht. Der Bürger will, wenn er nicht arbeiten darf, nicht still zu Hause sitzen, sondern sich vergnügen; an „stillen" Feiertagen aber verbieten ihm das Polizei und Sitte.

Da haben es die Einwohner von Frankfurt a. M. gut. Sie pilgern am Bußtag nach dem benachbarten hessischen Offenbach, wo man an diesem Tag nicht Buße tut, sondern teils wie an andern Tagen arbeitet, teils den anströmenden Frankfurtern das Leben vergnüglich macht. „Während sich," so berichtet die frankfurter „Neueste Zeitung", „der Zustrom der frankfurter Gäste nach Offenbach schon um die Mittagsstunde erheblich verstärkte, schwoll der „Fremdenverkehr" gegen Abend ganz gewaltig an. In allen Sälen der Stadt hatten unternehmungslustige Leute Tanzbelustigungen veranstaltet. Aus den vollbesetzten Gaststätten erscholl fröhliche Unterhaltungsmusik, die Kinos waren voll besetzt, überall herrschte eitel Lust und Freude. Erst spät in der Nacht verließen die letzten Frankfurter die gastliche Nachbarstadt."

So hat die deutsche Kleinstaaterei auch ihr Gutes!

Chicago

Von Heinrich Hauser

Die folgenden Bruchstücke sind dem soeben im Verlag S. Fischer erschienenen Buch „Feldwege nach Chicago" von Heinrich Hauser entnommen (Preis kart. 4,50 Mark, in Leinen geb. 5,50 Mark). Das Buch ist ein ausgezeichneter Bericht über eine Auto-Reise von Texas nach Chicago.

Erste Impressionen

Dies ist die schönste Stadt der Welt: ein technischer Traum in Aluminium, Glas, Stahl, Zement und künstlichen Sonnen, fremdartig wie ein anderer Stern. Fantastisch wie ein lebendiggewordener Roman von H. G. Wells. Die Zukunft der Zivilisation vorweggenommen; sehr zu spüren in den ersten Bauten der Weltausstellung von 1933.

◆

Noch in keiner Stadt habe ich mich so frei und glücklich gefühlt wie in Chicago. Nicht ich allein: alle Einwohner scheinen in ihre Stadt verliebt. In Chicago sein, bedeutet auf einem Gipfel stehen. Von Chicago aus sieht man auf alle Städte der Welt wie auf Vergangenheit. Berlin trägt ein Korsett, London ist verstaubt, Paris muffig und verschminkt.

◆

Frühmorgens an der Bar des Hotels: Betrunkene, die wie Tiere große, heiße Fleischstücke aus der Hand fressen und schlingen, die Mundwinkel voll braunem Fett. Betrunken sein heißt hier vergiftet sein. Die Wirkung des Methylalkohols ist schauerlich. Viele Menschen werden blind. Rausch endet in Starrkrampf oder in Amoklaufen. Es gibt Menschen, die Gefrierschutzmittel aus den Autokühlern trinken.

◆

Abends auf der Michigan Avenue: eine Straße so breit wie ein Meeresarm. Wie man fährt: wie die Lichterketten sich verschlingen, wie ihre Schleifen sich lösen. Man fährt, und man meint stillzustehen, so gering ist die eigene Bewegung im Strom der tausend Autos, alle in einer Richtung, alle im gleichen Tempo fahrend. Die roten Schlußlampen gleichen Leuchtkäferschwärmen. Wie die Scheinwerfer auf und nieder gleiten, im Lack der vorderen Wagen sich spiegelnd, wie das Zementband der Straße den Wagen wippt und wiegt — das ist wie Fliegen oder wie Traum.

◆

In den riesigen Parks sieht man die Menschen wie durch Fernrohre, so klein erscheinen sie auf den unendlichen Wiesen.

Abends stehen am Lake Michigan zwanzig Meilen Autos, alle Scheinwerfer gegen den See gekehrt: dort geht der Mond auf. Jedes Auto ist besetzt mit einem Liebespaar. Seufzer und Küsse, die Kette der zwanzig Meilen entlang. Unbeschreibliche Dinge geschehen, verkrampft, denn der Oberleib ist allen Blicken ausgesetzt: die Technik des Autos hat eine neue Technik der Erotik geschaffen. Endlich ist mir klar, woher der Siegeszug der Limousine rührt.

Die Schlachthäuser

Heute bei Armour. Die Schlachthäuser gehören zu den größten Sehenswürdigkeiten Chicagos seit Upton Sinclair. Fast alle europäischen Literaten haben sich zur Pflicht gemacht, über sie zu schreiben und entsetzt zu sein.

Die großen Viehhöfe liegen im Süden Chicagos, sie gehören der Stadt. Es ist ein Gelände wie eine Farm, von Mauern umgeben, von Polizei bewacht. Quer oben drüber fährt die Hochbahn, sie hat eine Station dicht an den Schlachthäusern. Die großen Firmen wie Armour und Swift haben ihre Anlagen hinter den Viehpferchen. Von der Hochbahn aus übersieht man das ganze Gelände, eine Holzstadt, alt in der Anlage mit Meilen und Meilen von Zäunen, deren Farbe grau verwittert ist. Auf Holzbrücken, schräg aufsteigend, überdacht, wird das Vieh in die Schlachthäuser getrieben. Man sieht von oben in die Pferche, die vollgestopft sind mit Vieh, ein Meer von Rinderrücken, blank in der Sonne; sie bewegen sich wie Wellen. In den Straßen zwischen den Pferchen gehen die Viehhändler; Cowboys galoppieren. Auf den Schienenfeldern rangieren die Viehzüge. Gebrüll steigt auf, wenn die Wagen aneinanderstoßen. Ein schwerer Geruch lagert über der Holzstadt, Angst, Schweiß und Dung.

Armour tötet in diesen flauen Zeiten ungefähr die Hälfte der früheren Zahlen. Sie töten heute neunhundert Rinder, vier- bis fünftausend Schafe und etwa viertausend Schweine.

... Wir gehen, das Töten der Rinder zu sehen. Wenn eine Herde Kühe die Schrägbahn zum Schlachthaus hinaufsteigt, stemmen die Tiere die Hufe gegen die steinernen Rasten. Die vordersten halten die Nasen am Boden, sie schnoppern den Blutgeruch. Das Fremde erschreckt sie, sie brüllen dumpf vor Angst. Ihr glattes Fell spiegelt in der Sonne. Sie sind jung, ihre Leiber sind rund und wohlgenährt. Wir folgen ihnen durch die dunklen Tunnels der Hallen, die Füße weich im trocknen Mist. Da tönen in der Ferne Schreie, Angstgebrüll. Wir gehen schneller. Ein Tor öffnet sich auf eine Galerie. Wie vom Dach einer Scheune sehen wir hinab in einen halbdunklen mächtigen Raum. Und das ist jetzt wie Traum: neben mir rasseln Krane, Neger brüllen, um die Maschinen zu übertönen. Ketten steigen auf: Aus der Tiefe tauchen Kadaver, einer nach dem andern, mächtige, enorme Säcke, aufgehängt an den Hinterbeinen. Wie Fische an der Angel aus dem Wasser, so tauchen sie aus dem Dunkel. Die Vorderbeine zappeln. Heller Schaum trieft von den Nüstern und Blut. Sie heben sich bis zu meiner Augenhöhe, dann schweben sie seitwärts davon.

Das Auge, an die Dunkelheit gewöhnt, sieht mehr: da sind vier enge Pferche in der Tiefe, getrennt durch Falltüren. Ein erhöhter Laufgang führt hinter den Pferchen vorbei. Da oben stehen Neger, Riesen, mit nackten Armen, muskulös wie Ringkämpfer. Von der Seite werden die Rinder in die Pferche getrieben. Getrieben durch ihre eigene Angst drängen sie sich vor mit entsetzlicher Gewalt. Hinter ihnen rasseln die Falltüren herab. Je drei Rinder sind in den Pferch gepreßt. Sie versuchen, zu entkommen, richten sich hoch auf den Hinterbeinen, versuchen, über die Wand zu springen. Auf diesen Augenblick warten die Neger. Sie schwingen ihre Hämmer hoch: lang sind die Hämmer, der Stil gut einen Meter, das Eisen verhältnismäßig klein, zwei Kilo vielleicht oder drei, das Eisenende etwas konisch zugespitzt. — Sie schwingen die Hämmer, zielen, schlagen die Rinder vor den Kopf. Es gibt einen dumpfen Ton, als schlügen sie auf nasses Holz. Die Augen des Rindes verdrehen sich zu weißen Scheiben. Manchmal bricht das Tier sofort zusammen. Aber öfter, viel öfter senkt es den Kopf, versucht auszuweichen, auszubrechen. Der Schläger steht so lange mit erhobenem Hammer, wartend, daß der Kopf wieder hochkommt. Manchmal brüllt das geschlagene Tier. Manchmal dauert es Minuten lang, und der Neger tötet inzwischen ein anderes Tier. Die Neger zielen auf keine bestimmte Stelle. Sie treffen zwischen die Ohren, vor die Stirn, eigentlich überall hin. Die Getroffenen fallen, ihre zuckenden Hufe treffen die Beine der noch Lebenden, machen sie steigen, dann hat der Neger leichtes Spiel.

Vier Pferche, vier Neger, die töten, je drei Rinder in jedem Pferch. Im Durchschnitt dauert es etwa zwanzig Sekunden, bis

jeder seine drei Rinder erledigt hat, dann öffnet sich die Seitenwand des Pferches, der Boden kippt sich seitwärts hoch. Die gefallenen Rinder rollen heraus wie aus einer Schublade. Noch zucken die Beine, aber die Leiber liegen still, große, halbgefüllte Säcke. Wie alle Pflanzenfresser verlieren sie im Tode schnell das Lebendige der Form. Sie wirken nicht mehr wie Tiere. Eine tote Katze bewahrt immer noch das Katzenhafte ihrer Form; ein toter Ochse ist ein Hügel.

Wieder kommt das Gerassel der Krane, wieder springen Neger auf die Kadaver, hängen sie in Schlingen. Schon wird neues Vieh in die Pferche getrieben.

Und nun — nun muß ich sagen, daß es nicht schrecklich ist. Es ist nicht schrecklich, weil von den Menschen, die hier arbeiten, eine solche selbstverständliche Gewohnheit ausgeht, die mich stärker beeindruckt als das Töten der Tiere. Das mag eine Art Selbstschutz sein. Wenn wir versuchen, uns einem schrecklichen Eindruck nicht zu unterwerfen, suchen wir instinktiv Halt an den Menschen, die uns umgeben. Das war im Krieg auch so. Ich kann mir vorstellen, daß selbst das Töten von Menschen den Menschen so selbstverständlich wird, daß sie nichts mehr dabei empfinden, das ist meine Vorstellung vom künftigen Krieg.

Von diesem Augenblick ab hört das Tier auf, Tier zu sein, es ist Fleisch. Und das Fleisch wird jetzt geschlachtet. Das Schlachten geschieht am laufenden Band, es ist oft beschrieben worden, so daß ich wenig darüber zu sagen brauche. Es geschieht weitgehend mit Maschinen. Elektrische Sägen zerschneiden das Rückgrat, Elektromotore rühren das Blut. Durch eine Maueröffnung trägt das Transportband die abgeschnittenen Köpfe über den Laufgang nach einem andern Haus. Die Schlächter haben eine Ausrüstung wie Soldaten. Die Schweineschlächter tragen Stahlhelme, die den Kopf gegen die zappelnden Füße der Tiere schützen. Die Beilschlächter tragen hohe Stiefel mit stählernen Kappen, um sich nicht in die Füße zu schlagen.

Während der Frühstückspausen beobachtete ich Gesichter, suchte nach Zeichen: was sind das für Menschen, diese Schlächter? Macht das Töten sie stumpf oder roh?

Ich glaube nicht. Wohl sind sie gehärtet gegen das Schreckliche in ihrem Beruf, aber wenn sie in der Frühstückspause an der Mauer der Fabrik sitzen, wenn ich sie fotografiere, dann ist das breite Grinsen dieser Negergesichter so gutartig, wie man nur wünschen kann.

KARLSRUHE

Öffentliche Volks-Versammlung

Am 1. Dezember 1931, 20 Uhr, spricht im „Elefanten" Fritz Linow, Berlin, über das Thema:

Kapitalismus in der Krise. Faschismus droht.

Freie Arbeiterunion Karlsruhe

Lest die Bücher von B. Traven

Ausverkauf

wegen Aufgabe sämtlicher

Knaben-Strickkleidung

nur reine Wolle

verkaufe ich

weit unter Fabrikpreis

Sweater Größe 0 ..... Mk. **2.25**

Anzüge Größe 0 ..... Mk. **4.50**

Hosen Größe 1—6 ..... Mk. **3.25**

Rodelgarnituren in allen Größen ..... Mk. **5.50**

CARL Robert

Stuttgart, Marktstraße 8

Qualität - Nachsiebung Ofenwartung

Auf die Qualität allein kommt es beim Brennmaterial nicht an. Die Ware muß auch sauber u. griesfrei sein. Wenn Sie dann noch Ihren Ofen verständnisvoll behandeln, haben Sie im Winter Freude an Ihrem warmen Heim. Meine qualitativ hochwertige Ware wird vor Anlieferung sauber nachgesiebt

Kohlenhandlung

FRANZ BAUERLE

Kanzleistr. 8B — Fernsprecher 222 44/45

geigenbau gambenbau

r. eras **erlbach i. v.**

Kleine S.-Z.-Anzeigen

Preis eines Feldes 3 Mark, eines Doppelfeldes 5 Mark

Erholung

finden die S.-Z.-Leser im Haus am grünen Weg, Urach (Wttbg). Wasser, Wald. Kostenlose Erlernung des Schisports durch fachk. Schifahrer.

Für Schriftsteller kl. Einzelhäuschen zum ruhig. Arbeiten • Wochenend- und Pensionspreis bei guten, reichhaltigen vier Mahlzeiten 4 RM. Bei längerem Aufenthalt Preisermäßigung, auf Wunsch veget. Küche.

Wer ist bereit

an seinem Wohnort die S.-Z. zu verkaufen oder Abonnenten zu werben, oder auf irgend eine Weise für die S.-Z. Propaganda zu machen?

Näheres vom Verlag der S.-Z. Stuttgart, Postfach 51.

Von **Nazi-Regierung** abgebaute Lehrerin, erfahrene Gemüsegärtn. (Prüf. Landwirtschafts-Kammer). Hauswirtsch. alle landwirtschaftliche Frauenarbeiten. 1jähr. Staatskurs im Turn., Nadelarb., Vorbereitung f. mittlere Klassen höherer Schulen, Anfangsunterricht i. Musik sucht Stellung jed. Art.

LUISE GRÜNBERG, Wolfenbüttel

Lehrerin

Abit., Lehrerakademie, Kaufm. Schule mit Erfolg, Schreibm., Stenographie, Buchführg., Vorb. für höhere Schulen, Anfangsunterricht in Musik, Hausw., sucht Stellung.

HILDE GRÜNBERG, Wolfenbüttel.

MÖBEL

kaufen Sie **am vorteilhaftesten** gegen bar oder **Zahlungserleichterung** bei

Möbel Klatt u. Lin. Halle

Katharinenstraße 2a

Politik, Tagesereignisse und Unterhaltung jeder Art

bietet Ihnen täglich, stündlich

JACOBs RADIO

Verlangen Sie kostenlose Preisblätter oder Vorführung in Ihrem Heim von

MUSIK-JAKOB

Königstrasse Nr. 33

Eingang Neue Brücke

Preislisten über Grammophone, Platten, Pianos, Harmonikas und sonstige Musikinstrumente.

Bosch Uhren, Goldwaren Bestecke, Reparaturen

Hauptstätterstrasse 53 — Telefon SA. 70167

Haben Sie schon einen neuen Abonnenten geworben?

3 Punkte

1. Zu Weihnachten Bücher schenken
2. Die Bücher durch den Verlag der S.-Z. beziehen
3. Die Bücher rechtzeitig bestellen

Bücher mit ein paar Worten zu empfehlen ist nicht ganz einfach. Wenn man den Leser nicht ganz einseitig nach einer bestimmten Richtung beeinflussen will, dann bleibt einem nichts übrig, als eine Liste aufzustellen und jedem Titel eine kurze Charakteristik des Inhalts hinzuzufügen, damit der Leser etwas Bescheid weiß. Das ist in der untenstehenden Liste getan. Die meisten der angeführten Bücher sind im Laufe dieses Jahres erschienen, einige sind auch schon älter — aber warum immer nur die allerneuesten Bücher kaufen? In einer der nächsten Nummern werden noch einige Neuerscheinungen besprochen werden.

Romane

Das Verbrechen des Pater Amaro. Roman von Eça de Queiroz. Preis geb. 6 Mark, brosch. 4 Mark. — Der Roman steht auf dem Index der katholischen Kirche: weil hier in glänzender Form Urtypen des in Weltgesinnung und Machtstreben verstrickten katholischen Priestertums für alle Zeiten festgehalten sind.

Die lebende Peitsche. Roman von Milo Urban. Preis 3 Mark. — Die Bewohner eines slowakischen Bergdorfes erleben den Krieg in seiner ganzen grausamen Sinnlosigkeit; ihr gesunder Sinn für Gerechtigkeit treibt sie zur Rebellion. Eines der besten Kriegsbücher.

Vaterlandslose Gesellen. Von Adam Scharrer. Preis brosch. 3,50 Mark, geb. 5 Mark. — Das Kriegsbuch eines Schlossers. Keine romantische Reportage; besonders wertvoll durch die Schilderung der Kriegswirkungen in der Heimat.

Eine Frau allein. Von Agnes Smedley. Brosch. 4 Mark, geb. 6 Mark. — Die Lebensgeschichte einer der eindrucksvollsten politischen Frauen unserer Zeit, von ihr selbst erzählt. Agnes Smedley ist die Korrespondentin der „Frankfurter Zeitung" im und für den Fernen Osten.

Stimme aus dem Leunawerk. Von Walter Bauer. Preis 2 Mark. — Prosa und Gedichte. Der Verfasser ist ein junger Lehrer. Sein Werk ist schöne Dichtung und doch illusionslose, wirkungsvolle Reportage.

Die Genossenschaft der Habenichtse. Roman von F. Panferow. Preis geb. 6 Mark. — Schildert in gegenständlicher Breite den zähen Kampf der russischen Dorfarmut, der „Habenichtse", mit den Kulaken um den Boden und um das neue Gesicht des Dorfes.

Die Kommune der Habenichtse. Roman von F. Panferow. Preis geb. 6 Mark. — Fortsetzung der „Habenichtse". Gezeigt werden: die fortschreitende Kollektivierung des Dorfes, die Erfolge und die Schwierigkeiten, wie sie in der Psyche des russischen Bauern begründet sind.

Sehr zu empfehlen sind die Bücher von B. Traven:

Die weiße Rose. Roman von B. Traven. Preis geb. 5 Mark. — Schildert den Kampf zwischen einer amerikanischen Ölgesellschaft und einem mexikanischen Eingeborenen, auf dessen Besitz Ölfelder entdeckt wurden.

Die Baumwollpflücker. Roman von B. Traven. Preis geb. 5 Mark. — In Schilderungen vom Leben auf Baumwollfarmen, von Streiks und Viehtransporten spiegeln sich der Existenzkampf des mexikanischen Proletariats und der landschaftliche Zauber Mexikos.

Das Totenschiff. Roman von B. Traven. Preis geb. 5 Mark.

Bücher über Russland

Das Experiment des Bolschewismus. Von Arthur Feiler. Preis brosch. 5 Mark, geb. 6,50 Mark. — Feiler ist kein Kommunist, sondern ein bürgerlicher Liberaler. Sein Buch, obwohl schon vor einigen Jahren geschrieben, ist immer noch als guter Bericht über den russischen Wirtschaftsaufbau zu empfehlen.

Sowjet-Union gestern, morgen, heute. Von Max Hodann. Preis geb. 8,80 Mark. — Ein kritischer und ehrlich-bewundernder Bericht über Sowjetrußland.

Rußland ja und nein. Von Hans Siemsen. Preis brosch. 5,80 Mark, geb. 7,50 Mark. — Gute Reportage über eine Reise nach Rußland (abgesehen von einigen absonderlichen Kapiteln über die GPU).

Der rote Handel droht. Von H. R. Knikkerbocker. Preis 4,80 Mark. — Bericht eines amerikanischen Journalisten über die Fortschritte des Fünfjahresplans und die der kapitalistischen Welt vom russischen Außenhandel drohenden Gefahren.

Der rote Handel lockt. Von H. R. Knikkerbocker. Preis 5,80 Mark. — Bericht über die Organisation des russischen Außenhandels in Europa, über Konkurrenzkämpfe der Abnehmer, Art der Ausfuhr in die verschiedenen Länder usw.

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Von M. Beer. Preis geb. 10 Mark. — Eine Geschichte des Sozialismus vom Altertum (Palästina, Griechenland, Rom) über das Mittelalter (Klöster, Ketzerbewegungen) bis zur Neuzeit (vom Bauernkrieg bis Marx und Lenin).

Mussolini ohne Maske. Von G. Kurella. Preis 3,50 Mark. — Bericht über eine Reise durch das Italien der Arbeiter, Bauern und Pächter. Mit 200 Fotos.

Stets aktuell

Das Kapital. Von Karl Marx. 2 Bände. In Leinen je 3,75 Mark. (Gekürzt).

Das Kapital. Von Karl Marx. Bearbeitet von J. Borchardt. Preis brosch. 5,20 Mark.

Das kommunistische Manifest. Von Karl Marx und Fr. Engels. Preis 0,90 Mark. — Sollte jedermann besitzen.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Von Friedr. Engels. Preis 1 Mark. — Die beste kurze Einführung in den Marxismus (1. Kapitel: Der utopische Sozialismus; 2. Kapitel: Der dialektische Materialismus; 3. Kapitel: Die kapitalistische Entwicklung).

Lenin, Sämtliche Werke. Bitte Prospekt verlangen!

Kleine Lenin-Bibliothek (enthält einzelne Aufsätze Lenins): Band I: Über Karl Marx; Band IV: Über Religion; Band VI: Über den historischen Materialismus.

Marxistische Bibliothek. Werke des Marxismus-Leninismus. Preis der Bände 2,50 bis 4 Mark. Bitte Prospekt verlangen!

Hegel oder Marx? Von Rudolf Haus. Preis 2,80 Mark. — Untertitel: Der Marxismus als Erbe und Überwinder der Hegelschen Filosofie unter besonderer Berücksichtigung der materialistischen Dialektik. Mit einem Anhang: Zum 60. Todestage Hegels, von G. Plechanow. (1891.)

Über die Rolle des Geldes in der Politik informieren:

Das Geld in der Politik. Von R. Lewinsohn (Morus). Preis broschiert 7 Mark, geb. 9,50 Mark.— Eine ausgezeichnete Darstellung dieses Themes mit ungeheuer viel Material.

Der Mann im Dunkel. Von R. Lewinsohn (Morus). Preis 3,50 Mark. — Die abenteuerliche Lebensgeschichte des Rüstungsindustriellen Sir Basil Zaharoff, der an allen Kriegen von 1890 bis 1925 Millionen verdient hat.

Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie. Von Otto Lehmann-Russbüldt. Preis 1,50 Mark. — Material über die internationale Verflechtung der Rüstungsindustrie.

Neuerscheinungen

Morgen wieder Krieg. Von Ludwig Bauer. Kartoniert 4,80 Mark. — Analyse des gegenwärtigen Zustandes Europas vom bürgerlich-liberalen Standpunkt aus: wirtschaftliche Zerrüttung, kein Vertrauen usw. Folgerung: Es muß zu einem neuen Krieg komm, wenn nicht ... Aber die Heilmittel, die der Verfasser angibt, taugen nicht viel.

Feldwege nach Chicago. Von Heinrich Hauser. Mit 35 Aufnahmen des Verfassers. Geh. 3,50 Mark, kart. 4,50 Mark, in Leinen 5,50 Mark. — Ein spannender Bericht über eine Auto-Reise von Texas nach Chicago und eine hervorragende Schilderung der Stadt Chicago. Man lernt Amerika mit ganz andern Augen zu betrachten. Eines der besten Bücher dieses Jahres.

Hans Urian. Von Lisa Tetzner. Preis kart. 2,80 Mark, Halbleinen 3,80 Mark. — Die Geschichte einer Weltreise. Ein Kinderbuch, das sich durch seine Weltzugewandtheit aus dem Brei der Bravheit- und Wohlverhaltens-Plärschereien heraushebt, mit denen man gemeinhin die Jugend zu langweilen und zu verderben pflegt.

Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf, „Der Staat ohne Arbeitslose — Drei Jahre Fünfjahresplan". 250 Bilder aus dem neuen Rußland. Preis 4,50 Mark.

Angekündigt wird:

Vom Malik-Verlag:

Sergej Tretjakow, „Feld-Herren". Der Kampf um eine Kollektivwirtschaft.

Ernst Ottwalt, „Denn sie wissen, was sie tun". Ein deutscher Richterroman.

Ilja Ehrenburg, „Die Traumfabrik". Chronik des Films.

Alex Wedding, „Ede und Unku". Ein Roman für Jungen und Mädchen.

Vom Verlag Ernst Rowohlt:

Arthur Rundt, „Der Mensch wird umgebaut". Der Fünfjahresplan und seine Folgen für die Individuen.

Ludwig Marcuse, „Heinrich Heine". Ein Leben zwischen gestern und morgen. — Eine Biografie Heines, die zeigt, wie aktuell Heine heute noch ist.

Stuttgart, 6. Dezember 1931

12. Jahrgang, Nr. 49

Die Sonntags-Zeitung

Die Zollmauern wachsen

Zum zweitenmal seit vierzehn Tagen hat die englische Regierung eine Liste von Einfuhrartikeln veröffentlicht, die mit einem 50prozentigen Wertzoll belastet werden. Die konservativen Schutzzöllner sind damit noch nicht zufrieden, denn Eisen und Kohle fehlen bis jetzt auf den Listen. Wahrscheinlich wird es sich die Regierung gründlich überlegen, ob sie Eisen- und Kohlenzölle einführen will; denn auf diese Zölle würden andere Staaten sofort mit Gegenmaßnahmen antworten; Deutschland, Frankreich und Belgien würden vielleicht sogar die Einfuhr von englischer Kohle sperren, und dann wäre der Schaden für England wohl größer als der Nutzen.

Die englische Regierung hat sich deshalb vorerst mit Zöllen begnügt, die in der Hauptsache Fertigwaren und Halbfabrikate treffen. Also z. B. Glaswaren, Staubsauger, Schreibmaschinen, Radioanlagen, Textilwaren, Linoleum, Toiletteartikel. Schon an dieser Aufzählung kann man sehen, daß die deutsche Industrie von den neuen englischen Zöllen sehr geschädigt werden wird; eine genaue Berechnung ergibt denn auch, daß an der Gesamteinfuhr der Waren, auf die jetzt Zölle gelegt werden, der deutsche Anteil 20 Prozent ausmacht. (Besonders hart betroffen wird die chemnitzer Strumpfindustrie; sie hat 1930 86 Prozent der englischen Einfuhr an Strümpfen geliefert.)

Die deutsche Regierung hat sofort Verhandlungen eingeleitet, um die englische Regierung zu einer Milderung der Zölle zu bewegen. Da auch die freundschaftlichsten Verhandlungen in der Politik nichts anderes sind als ein Machtkampf, hat sich die deutsche Regierung gerüstet so gut es ging. Sie hat sich vom Reichspräsidenten eine Zollermächtigung geben lassen, eine Geste der Drohung gegenüber England; sie läßt durch die Presse deutsche Gegenmaßnahmen ankündigen (der „Berliner Börsen-Courier" z. B. veröffentlicht schon eine Reihe von Zöllen, deren Erhöhung England am meisten schaden würde); sie läßt in der Presse vor allem das Argument stark betonen, daß Deutschland seine Schulden nur dann zurückzahlen könne, wenn seine Handelsbilanz immer aktiv bleibe, wenn also seine Ausfuhr nicht vermindert werde.

Wahrscheinlich werden alle diese Drohungen und Argumente sehr wenig Eindruck machen. Denn die englische Regierung hat, um die Wirtschaft ihres Landes zu retten, schließlich keine andere Wahl, als die Ausfuhr zu forcieren (durch das „Fallenlassen" des Pfunds) und die Einfuhr zu drosseln (durch die Zölle). Daß sie dadurch Gegenmaßnahmen anderer Länder hervorruft, also, auf weitere Sicht, auch die eigene Wirtschaft schädigt, darauf kann sie keine Rücksicht nehmen, so wenig als der Fabrikant Mayer, der seinen Betrieb nur noch durch Lohnsenkung in Gang zu halten vermag, daran denken kann, daß er durch die Lohnsenkung die Kaufkraft der Konsumenten schädigt, also, auf weitere Sicht, auch sein eigenes Geschäft. Die kapitalistische Konkurrenz (zwischen autonomen Staaten wie zwischen selbständigen Produzenten) läßt eben keine andere Lösung zu.

Pitt

Das englische Pfund ist in den letzten Tagen auf den Stand von 13,90 Reichsmark gefallen.

Der Reichspräsident hat auf Grund von Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsregierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Zölle zu ändern und eine vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

Am 7. Dezember beginnt in Basel die Tagung des Sonderausschusses der BIZ, der auf Antrag der deutschen Regierung einberufen worden ist. Er soll entscheiden, ob durch eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen die Wirtschaft und die Währung Deutschlands gefährdet würden.

Dementiert

Die „Schwarze Front", das Blatt der „revolutionären Nationalsozialisten" um Otto Strasser, hat vor einigen Tagen die Meldung veröffentlicht, Hitler und sein engerer Stab hätten am 18. und 19. November erneut über einen Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung verhandelt. Dabei habe Hitler gefordert: Frick wird Reichskanzler, Gregor Strasser Reichsminister des Innern, ein weiterer Nationalsozialist oder ein der Hitler-Partei genehmer Parteiloser (genannt wurden Geßler und Schacht) erhält ein wirtschaftliches Ministerium, Brüning beschränkt sich auf das Ministerium des Äußern, Groener auf das Reichswehrministerium. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts, mit Ausnahme Dietrichs, bleiben im Amt. Außerdem sollen die Neuwahlen in Preußen beschleunigt werden, und Hitlers Einbürgerung soll seine Kandidatur zum Reichspräsidenten ermöglichen. Reichskanzler Dr. Brüning habe in den Personalfragen zugestimmt und nur den Zeitpunkt dieser Veränderungen bis in den Februar verschieben wollen, um vorher die außenpolitischen Verhandlungen noch selbst zu führen. Außerdem bestehe er auf der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, und gerade dieses Punktes wegen sei die Einigung noch nicht vollständig geworden.

Hitler hat erregt dementiert. Die „Schwarze Front" hält ihre Meldung aufrecht und verspricht, noch weitere Einzelheiten zu veröffentlichen.

„Ehre entwickelt sich nur und erhält sich nur, wenn man nicht zu hungern braucht; denn das Ehrgefühl richtet sich nach den Mahlzeiten, die man hat, nach denen, die man sich wünscht, und nach denen, die man nicht hat. Darum gibt es drei Hauptklassen und drei verschiedene Ehrbegriffe."

B. Traven in „Die Baumwollpflücker"

Hilfe in der Not

Im Ruhrgebiet haben sich die Zechenbesitzer bereit erklärt, von den auf den Zechenhalden liegenden Kohlen bestimmte Mengen an die Erwerbslosen abzugeben. Zum Preis von durchschnittlich 50 Pfennig pro Zentner.

Das wäre sehr schön. Aber offenbar besteht die Gefahr, daß die Erwerbslosen für dieses Geld eine Ware bekommen, die mit 50 Pfennig noch gut bezahlt ist. Dem dortmunder „Generalanzeiger" ist eine Mitteilung zugegangen, wonach ein Grubenvertreter erklärt haben soll, seine Verwaltung gedenke die in der Nähe des essener Hafens lagernden Feinkohlen an die Erwerbslosen abzustoßen. Feinkohle ist, wie das Blatt schreibt, für Hausbrandzwecke eigentlich nur in gepreßter Form (Briketts) zu verwenden. Für diese, teilweise auch noch durch langes Lagern entwertete Kohle schwanke der Syndikatspreis zurzeit zwischen 41 und 55 Pfennig pro Zentner.

Sollte derartige Kohle an die Erwerbslosen abgegeben werden (sie haben keinen Anspruch auf Verabfolgung einer bestimmten Kohlensorte), so könnte statt der öffentlich proklamierten Wohltat vielleicht noch ein wirtschaftlicher Nachteil für die Erwerbslosen herausspringen.

Der Arbeitsdienst

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Stuttgart befaßt sich zurzeit (unter der Billigung der Hochschulleitung) heftig mit der Propaganda für den „freiwilligen" Arbeitsdienst. Das Abstimmungsergebnis einer Vollversammlung zeigt, daß etwas mehr als die Hälfte der Studierenden hinter diesen reaktionären Plänen stehen.

Die jungen Herren denken sich die Sache so, daß jeder, der sein Examen absolviert hat, freiwillig ein Jahr Arbeitsdienst macht und dafür später vom Vater Staat und ähnlichen nichtprivaten Arbeitgebern bei der Besetzung freier Stellen bevorzugt wird.

Sie entschleiern mit dieser Skizzierung ihres Plans in aller Naivität ein für die Vertreter der antimaterialistischen, hundertprozentig idealistischen Weltanschauung besonders wichtiges Motiv für den selbstlosen Dienst an der Gemeinschaft. Hinter ihrer Forderung stecken nicht nur die üblichen ach, so idealen Beweggründe, als da sind: nationale Ertüchtigung, militärische Vorbereitung, Ausbildung zur Technischen Nothilfe und disziplinierten, jederzeit verfügbaren und dirigierbaren Streikbrecherarmee — nein, da steckt noch was ganz anderes.

Es dürfte sich so allmählich in ganz Deutschland herumgesprochen haben, daß für die Scharen ausgelernter Akademiker, die Jahr für Jahr in zwei Schüben regimenterweise die Hochschulen verlassen, keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Sie sind zu achtzig und mehr Prozent bestimmt, eine Reservearmee akademischer Proletarier zu bilden. Das heißt: sie kommen in die gleiche soziale Lage wie der arbeitslose Proletarier, für ihre einzige verkaufbare Ware, die Arbeitskraft, besteht keine Nachfrage. Sie müssen sehen, wie sie mit Gottes und ihrer Väter Hilfe durchhalten. Und das tut weh und schmeckt sauer — obgleich im Durchschnitt die Väter der Herren Studierenden besser gestellt sind als die proletarischen Väter proletarischer Erwerbsloser und — wenn sie ein klein wenig Behaglichkeit aufgeben — immer noch den Herrn Sohn mit durchfüttern können.

Trotzdem: das geht doch nicht, nicht wahr? Haben wir schon auf Grund unserer sozialen Privilegien die Möglichkeit gehabt, vom Staat eine ordentliche Bildung in Empfang zu nehmen — wie sollten wir da, gleich einem gewöhnlichen Proleten, uns den Wechselfällen des wirtschaftlichen Schicksals aussetzen? Der Staat hat für uns zu sorgen.

Also verlangt man, daß der Staat oder die Kommune einen ein Jahr lang durchfüttert und einem noch ein kleines Taschengeld gibt. Dann liegt man dem alten Herrn wenigstens nicht auf der Tasche. Und dafür, daß man diese — letzten Endes den Arbeitern und wirklich Armen entzogene — Existenzsicherung für ein Jahr gnädigst angenommen hat, muß einen dann der Staat, sobald sich bei ihm ein Unterschlupf findet, auf ein Pöstchen setzen, das seinen Mann nährt.

Sehr ideal gedacht. Was die Herren wollen, das ist eine erneute Bestätigung ihrer sozialen Privilegien; eine ausdrückliche Bevorzugung vor dem wirtschaftlich schlechter gestellten Volksteil; eine Extragratifikation für ihre Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse; eine Sonderzuwendung, ausgerechnet in der Zeit der Zerstörung der Sozialversicherungen, der Aufhebung der Lebensgarantien für den arbeitenden Stand.

Es gibt wenige Fälle, die so drastisch wie dieser zeigen, was es mit dem selbstlosen Idealismus der christlich-bürgerlichen Weltanschauung auf sich hat. Das Streben nach dem Arbeitsdienst ist der Griff des Bürgertums nach dem Brot der Arbeiter.

Max Barth

Edle Kämpfer

Die Universitäten liegen augenblicklich in edlem Wettstreit: sie wollen sich gegenseitig im Rowdytum übertrumpfen. Nach Halle ist jetzt Jena an der Reihe. Der dortige Theologieprofessor Fascher hatte sich erlaubt, in einer Vorlesung einige Ansichten des Redakteurs Rosenberg vom „Völkischen Beobachter" über Christus zu kritisieren; daraufhin Radau im Hörsaal, Protestversammlung, in der Fascher von einem Theologiestudenten mit den Ausdrücken Idiot, infantil, Farisäer, hinterhältig, feig usw. bedacht wurde, Ergüsse im völkischen Blättchen, worin die Vorlesung Faschers als „eine Häufung ironischer Gemeinplätze und Redeblüten am laufenden Bande" bezeichnet wurde.

Schuld an diesen schweinischen Zuständen sind letzten Endes die Herren Rektoren, die allen diesen Flegeleien mit einer Milde entgegentreten, die dem Dünkel der jungen Herrchen nur noch kitzelt.

Willkür

Die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 895/96) schreibt: „Der Finanzminister wird ermächtigt, nach seinem Ermessen die Zölle abzuändern und seine Entscheidungen dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. (Die Genehmigung des Parlaments ist natürlich nur eine Formalität, der Finanzminister kann machen, was er will, „wenn es die Interessen des Landes erheischen", wie es im Gesetz heißt. Handelsrecht wird hier zur Willkür.)"

Überschrift: „Südslawisches Zollregime". Es handelt sich nämlich um den Finanzminister in Südslawien.

Mehrheit

Im Feuilleton des „NS-Kuriers" wird wieder einmal Schillers Demetrius zitiert: „Mehrheit ist Unsinn. Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen, der Staat muß untergehen, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

Auf den nächsten Seiten aber erhebt sich großes Triumfgeschrei darüber, daß die Nationalsozialisten wieder überwältigende Wahlsiege davongetragen und entscheidende Mehrheiten errungen haben.

Erschiessen!

Von ***

„Es geschieht nichts in der Bewegung — diese tröstliche Zuversicht kann ich den Herrschaften geben — ohne daß ich es weiß und ohne daß ich es billige. Ja noch mehr: es geschieht gar nichts, ohne daß ich es wünsche."

Hitler am 24. Febr. 1931 in einer Rede in München (nach dem Bericht des „Völkischen Beobachters")

Mitte September sind auf dem Boxheimer Hof bei Lampertheim a. d. Bergstraße einige Führer der hessischen Nationalsozialisten zu einer geheimen Besprechung zusammengekommen. Das Ergebnis dieser Besprechung war ein (offenbar schon länger vorbereitetes) Dokument: der „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach Wegfallen der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für die einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet". In der Bekanntmachung heißt es: „Ordnende Macht steht zurzeit allein bei den ... (SA, Landeswehren o. ä.). Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht, zur Rettung des Volkes die verwaiste Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben." Und dann folgt eine Liste der Verbrechen, die mit dem Tode bestraft werden. Jeder Widerstand gegen eine Anordnung eines SA-Mannes wird „grundsätzlich mit dem Tode bestraft". Wer mit einer Schußwaffe angetroffen wird, wird „ohne Verfahren auf der Stelle erschossen". Von Beamten geleistete Sabotage wird mit dem Tode bestraft. Und so fort. Lebensmittel müssen von den Bauern ohne Entgelt abgeliefert werden; jeder Verkauf von Lebensmitteln ist verboten. Die Lebensmittel werden dann gegen Karten von den SA verteilt. Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen unterbleiben; Zins- und Mietzinszahlungen werden eingestellt. Privateinkommen gibt es „bis zu anderweitiger Regelung" nicht mehr. „Dafür wird der gegenwärtige Vermögensstand durch Sicherung des Eigentumsstandes und Feststellung der berechtigten Ansprüche sichergestellt." (Das ist der „Sozialismus" der Nationalsozialisten!) Die „nationale Arbeitsdienstpflicht" wird eingeführt. Anspruch auf Ernährung hat nur, wer arbeitsdienstberechtigt ist. (Juden sind nicht arbeitsdienstberechtigt, dürfen nicht arbeiten, also auch nicht essen.)

Dieses Dokument ist von dem Wirtschaftsreferenten der NSDAP in Hessen, Dr. Schäfer, der offenbar bei solchen illegalen Bestrebungen nicht mitmachen wollte, dem frankfurter Polizeipräsidenten übergeben worden. So kam es an die Öffentlichkeit. Die Echtheit kann nicht mehr bestritten werden; es fragt sich nur: ist das Dokument auch außerhessischen Führern der Partei, vielleicht sogar der Parteileitung in München bekannt gewesen? und: stellt es Vorbereitung zum Hochverrat dar?

Als Außenstehender kann man diese Fragen natürlich nicht so ohne weiteres beantworten; es ist zunächst auch nicht so wichtig. Wesentlich ist, einige Vergleiche anzustellen und das Dokument in Beziehung zu den Ereignissen der letzten Monate zu bringen.

Ähnliche Drohungen mit Todesstrafen wegen Lappalien finden wir in den Proklamationen der Kapp-Regierung und in den Schriftstücken, die 1926 bei dem Kreis um Class und Hugenberg beschlagnahmt worden sind. Auch damals ist, wie beim Hessen-Dokument, die Illegalität der Bestrebungen getarnt worden durch eine harmlose Wendung wie: „nach Wegfallen der seitherigen obersten Staatsbehörden". Noch auffallender aber ist die Ähnlichkeit mit den Schriftstücken, die letzte Woche in Budapest bei rechtsradikalen Putschisten gefunden wurden: auch dort Todesstrafe auf die selben Vergehen wie im Hessendokument, auch dort „nationale Arbeitsdienstpflicht" und auch dort Bestrafung der Juden durch Entzug der Arbeitsberechtigung. Man kann natürlich sagen, die ersten Anordnungen einer Putschregierung seien in allen Fällen einander ähnlich, aber die Ähnlichkeiten zwischen dem Hessen-Dokument und den ungarischen Schriftstücken sind doch so groß und Beziehungen zwischen dem erwachenden Ungarn und dem erwachenden Deutschland wären nicht gerade außergewöhnlich, so daß ein Zusammenhang schon möglich (wenn auch nicht nachweisbar) ist.

Ein noch deutlicheres Gesicht aber erhält das Dokument, wenn man weiß, was für Pläne die SA sonst noch in den letzten Monaten gehabt haben. Am 4. Oktober hat (laut Veröffentlichung im „Vorwärts") der „Osaf-Stellvertreter" an die SA einen Befehl herausgegeben, in dem u. a. angeordnet wurde: Die Ausrüstung der SA ist sofort zu vervollständigen. Die SA wird umorganisiert, und zwar sollen die einzelnen Stürme an Orten liegen, „wo die SA-Leute ihrem Bekanntenkreis enthoben sind". Wer sich länger als drei Tage vom Standort seines Sturms entfernt, muß sich abmelden. Und so weiter. In jenen Tagen wurde von allen möglichen Orten gemeldet, daß die SA in der Umgebung von Großstädten zusammengezogen werden. Aus Schlesien z. B. kamen Nachrichten, auf einzelnen Gütern um Breslau seien bis zu 200 SA-Leute kaserniert. Offenbar rechnete die SA-Führung mit einer Gelegenheit zum Losschlagen am 16. Oktober, dem Tag, an dem im Reichstag über das Schicksal der Regierung Brüning entschieden wurde. Und in der Nacht zum 16. Oktober wurde auch in Hessen mobil gemacht, und zwar wurden die SA-Leute auf dem Boxheimer Hof zusammengezogen. Dort wartete man auf das Signal von Berlin. Als es ausblieb, wurde auch in Hessen abgeblasen.

Der nächste ins Auge gefaßte Zeitpunkt war dann offenbar der 9. November. Um Berlin lag die SA in Alarmbereitschaft. Ebenso die Polizei. Und ebenso das Reichsbanner. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beriet in der Nacht vom 9. und 10. November, ob der Generalstreik ausgerufen werden solle. Das „Vorwärts"-Gebäude war vom Reichsbanner geschützt. Die höheren Funktionäre der SPD sollen die Anweisung erhalten haben, ihre Familien in Sicherheit zu bringen. (Damals haben die Führer der SPD mit der KPD — offenbar mit der Reichstagsfraktion — Fühlung genommen, ob die beiden Parteien nicht, wenn die Fascisten losschlagen, gemeinsam handeln sollen.)

In den Zusammenhang dieser Ereignisse muß das Dokument vom Boxheimer Hof gestellt werden. Dann wird man

nicht behaupten können, es sei eine „Stilübung von Privatleuten" gewesen.

Ob Hitler, der ja seine Legalität beschworen hat, von diesen Dingen nichts weiß oder ob er ein Doppelspiel treibt oder ob er nicht Herr im Hause ist, ist gleichgültig. Die SA jedenfalls fühlen sich nicht an Legalitätsschwüre gebunden. Wie sie ihre Macht ausnützen würden, das zeigt das Hessen-Dokument auch dem bisher Anhnungslosen. Wenn es die Arbeit an der Schaffung der linken Einheitsfront vorwärts getrieben hat, dann sei es gepriesen.

Die Kommune

Ein Kapitel Filologie

Die Nationalsozialisten haben nicht nur das deutsche Parteiensystem, sondern auch die deutsche Sprache in Unordnung gebracht. Ogruf, Osaf, Pehgeh — wer wußte vor zwei Jahren etwas von diesen Wortgebilden? Autarkie, Raum, Untermenschentum, Kommune — heute jongliert jeder Hitlerjunge mit solchen Wörtern, die vor ein paar Jahren nur wenigen geläufig waren. Und auch heute ist sich mancher, der solche Wörter gebraucht, über die Bedeutung nicht ganz im klaren. Z. B. über die Bedeutung des zuletzt angeführten Wortes „Kommune".

„Kommune" kommt aus dem Lateinischen und bedeutet genau das selbe wie das deutsche Wort „Gemeinde". Mit dem Begriff „Kommunismus" hat es in der jetzigen Bedeutung nichts zu tun, wenn es auch sprachlich auf die selbe Wurzel zurückgeht. Nun hat es allerdings in der Geschichte eine Kommune (Gemeinde) gegeben, die mit Kommunismus etwas zu tun hatte, nämlich die „Pariser Kommune", die Herrschaft des Kleinbürgertums und des Proletariats in Paris vom 28. März bis 28. Mai 1871, die unter Mitwirkung Bismarcks von den Truppen der französischen Regierung blutig niedergeschlagen wurde. Aber auch die „Pariser Kommune" hat ihren Namen nicht wegen ihrer kommunistischen Bestrebungen erhalten, sondern deshalb, weil damals die „Diktatur des Proletariats" sich nur auf die Gemeinde Paris beschränkte.

Unsere Nazis brauchen natürlich von diesen Dingen nichts zu wissen. Sie führen selbstherrlich und autark ihren eigenen Sprachgebrauch ein: Kommune gleich kommunistische Partei. „Hurra, die Kommune macht mit!", hörte ich einen Nazi ausrufen, als bekannt wurde, daß die KPD sich am preußischen Volksentscheid beteiligen werde. „Die Kommune läuft ja vor der Polizei davon", hörte ich einen andern Nazi bei einer kommunistischen Demonstration sagen. Gemeint war in beiden Fällen: die kommunistische Partei oder die Kommunisten. Das ist der Sprachgebrauch bei den Nazis.

„Sorgen hat der Herr Bollay!", wird jetzt mancher Leser sagen. Aber vielleicht ist diese sprachliche Untersuchung doch nicht so ganz unwichtig. Die Überschrift des „Hessen-Dokuments" nämlich lautet: „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach Wegfallen der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für die einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet." Da hat nun Herr Oberreichsanwalt Werner gesagt, dieser Satz bedeute: die jetzige Regierung ist weggefallen; auf sie folgt eine Herrschaft der Kommunisten, dann wird auch diese überwunden, und dann erst sollen die Pläne der Nazis Wirklichkeit werden. Für ihn ist „Kommune" gleich „Herrschaft der Kommunisten" (offenbar spielt da — fälschlicherweise — die Erinnerung an die „Pariser Kommune" mit herein); also, hat er gefolgert, richten sich die Pläne der Nazi nicht gegen die jetzige Regierung, sind also kein Hochverrat. Für die Nazis aber bedeutet „Überwindung der Kommune" einfach: Vernichtung der kommunistischen Partei; nach ihrem Sprachgebrauch bedeutet der zitierte Satz: die jetzige Regierung fällt weg (auf welche Weise, wird nicht gesagt), darauf werden die Kommunisten zusammengehauen, und dann machen wir Ordnung.

Rein formell allerdings ist trotzdem keine Hochverratsabsicht nachzuweisen, denn es heißt nur: „nach Wegfallen der seitherigen obersten Staatsbehörden". Aber da der Satz nach Nazi-Sprachgebrauch (wie nachgewiesen) bedeutet, daß auf die jetzige Regierung keine Kommunisten-Herrschaft, sondern sofort die „ordnende Macht" der S.A. folgt, so wird man wohl annehmen dürfen, daß die S.A. am „Wegfallen" der seitherigen Regierung etwas beteiligt sein würden; denn ganz von selber geschieht ein solches „Wegfallen" gewöhnlich nicht.

So kann ein Filologe die Juristen belehren.

Walther Bollay

Krach in Paris

Ende November hat in Paris eine internationale Abrüstungskonferenz stattgefunden. Tausend Delegierte aus 30 Ländern vertraten 362 pazifistische Vereinigungen. Es war eine sehr ernsthaft und würdevoll aufgezogene Sache: Prominente aus aller Welt waren unter den Renommier-Sternen. Kurzum: es handelte sich um eine bürgerlich-pazifistische Kundgebung von prima Klasse.

Sie verlief einige Tage programmgemäß; aber ihr Abschluß war katastrofal. Die letzte große, öffentliche Veranstaltung, die in einer Resolution, einem Friedensaufruf an alle Welt, gipfeln sollte, wurde von der französischen „nationalen Opposition" (sozusagen) über den Haufen geworfen. Es gab blutige Köpfe; Herriot und Painlevé wurden im Trubel auf der von den Demonstranten gestürmten Bühne herumgeknufft; die Resolution konnte überhaupt nicht vorgelegt werden.

Die Demonstranten waren Mitglieder der „Action Française", der „Jeunesse Patriotique" und des Kriegervereins „Croix du Feu", auf deutsch: des „Feuerkreuzes", welcher poetische Name die Ähnlichkeit der Mentalität seiner Anbeter mit der unserer deutschen Hakenkreuzler noch unterstreicht: ist nicht auch das Hakenkreuz nach der abstrusen Mystagogie der Neugermanen das Symbol des Feuers?

Sie sind gar nicht weit voneinander entfernt, diese französischen Tribünenstürmer und Deutschenfresser und unsere eigenen Pazifistentöter und Franzosenvertilger. Sie sind eines Blutes und eines Willens. Sie haben beide das gleiche Ideal: jeder von ihnen will den anderen auffressen. Wenn die Regierungen Deutschlands und Frankreichs einen genialen Einfall hätten, so würden sie irgendwo in der Südsee oder so eine nette, umfangreiche Insel käuflich erwerben und ihren pp. wilden Patrioten die ersehnte Gelegenheit geben, die ihnen am Herzen liegenden nationalen Kulturen bis zum letzten Blutstropfen zu retten.

Diese organisierten Chauvinisten, die mit solcher Ausdauer über die Grenzen hinüber bellen, sind zwar als Kriegstreiber einstweilen noch lange nicht gefährlich, gefährlich aber zu jeder Stunde als Bürgerkriegshetzer und Bürgerkriegskämpfer. Das wissen natürlich ihre Herren sehr genau. In die Verständigungstechtelmechtel zwischen den Industriellen und ihren Dienern in den Ministersesseln haben die Hitler und Daudet, die Haken- und Feuerkreuzler ja nichts dreinzureden. Wenn sie aus Gründen politischen Szenenumbaus in den Vordergrund gerückt werden sollten, so werden sie getreulich ausführen, was ihre Drahtzieher und Drahtgeber von ihnen wollen: Herr Hitler wird, wenn's nottut, noch ganz andere Zugeständnisse an Frankreich machen als Herr Brüning. Er wird nicht über den Rhein marschieren, es sei denn als Erfüllungspolitiker.

Aber wenn hüben oder drüben einmal aus der glostenden Glut Flammen aufschlagen; wenn das Volk — sagen wir's mit Schiller: — in den Himmel greift, um sich aus den Sternen seine ewigen Rechte herabzuholen: dann kommt der große Tag der großen Patrioten.

Dann wird drüben und hüben der Aufsichtsratvorsitzende das Zeichen geben — und die so lange gebändigte Urkraft der Vaterlandsretter wird diejenigen, denen von Rechts wegen die Herrschaft zusteht und die von Unrechts wegen von der Bestimmung über ihr eigenes Leben ausgeschlossen sind, die Arbeiter, in den Dreck treten. Sie drohen mit ihren Schwetern über den Rhein; aber sie werden sie nicht gegen den Erbfeind ziehen, sondern gegen den Volksgenossen, gegen das eigene Volk zum Schutze und im Dienste seiner Ausbeuter.

Mara Bu

Justiz

Unter den Fällen, mit denen sich die „Liga für Menschenrechte" zurzeit befaßt, ist folgender:

Ein im Jahr 1917 zu sieben Jahren Zuchthaus Verurteilter ist am 10. November 1918 auf Verlangen des Soldatenrats vom Direktor des Zuchthauses Straubing unter Aushändigung eines Amnestiescheins entlassen worden. Er ging zu seiner Truppe, die in Bromberg lag und als Grenzschutz gegen Polen verwendet wurde, geriet in polnische Gefangenschaft und wurde erst im Juli 1921 frei.

Dieser anno 1918 Amnestierte muß nun seit dem 15. Februar 1928 den Rest seiner am 4. Oktober 1917 ausgesprochenen Strafe absitzen. Die sieben Jahre, die ihm längst erlassen sind, muß er zu Ende dienen. Er sitzt wieder in Straubing.

Die zuständigen Instanzen behaupten, der Soldatenrat habe kein Recht gehabt, zu amnestieren. So rächt sich am Amnestierten heute, 13 Jahre nach der „Revolution", noch die Amtsanmaßung des Soldatenrats; dem verurteilten Herrn G. wird man schon beibringen, daß der Soldatenrat seinerzeit (nach Ansicht der heutigen Behörden) zu Unrecht amtiert hat. Dem Zuchthausdirektor, der G. entlassen hat, also dem direkt Verantwortlichen, ist dagegen nichts geschehen. Er amtiert heute noch; G. ist heute wieder sein Kostgänger und Mieter wie anno 17/18. Selbst die Begnadigung des armen Teufels wird von den bayrischen Behörden abgelehnt.

Das ist das, was man in der Firma Deutsches Reich, Filiale Bayern, so unter Rechtsauffassung versteht.

Das grosse Geschäft

Im Nationalratssaal in Bern hat kürzlich eine Konferenz stattgefunden, in der über Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung in einem künftigen Kriege beraten wurde. Es kam dabei nicht mehr heraus, als auf allen diesen jetzt üblichen Konferenzen herauskommt: man faßte den Entschluß, alles zu tun, um unverzüglich geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Mit solchen Entschließungen ist erstens einmal erreicht, daß das Publikum zu der Überzeugung kommt, wirksamer Schutz sei überhaupt möglich; zum zweiten hat man, worauf auch der schweizerische „Aufbau" hinweist, unmerklich die Verantwortung für eine kommende Katastrofe auf die führenden Kreise des Volkes übertragen, die an den Konferenzen teilnehmen; und drittens ist jener freudige Optimismus geweckt, der immer und überall erblüht, wo es gilt, für eine neue große Sache das Material zu liefern. Wenn einer Katastrofe ein glänzendes Geschäft voran geht, wird sie kein kleines Geschlecht finden. Der Profit hat noch von jeher den größten Heroismus erzeugt. Bei denen, die ihn nachher hatten, und noch mehr bei den andern. Was nützt einem solchen Auftrieb gegenüber die oft wiederholte Feststellung der Sachverständigen, es gebe keinen wirksamen Schutz gegen den modernen Angriff aus der Luft!

Im „Aufbau" wird Professor Zangger vom gerichtlich-medizinischen Institut in Zürich zitiert, ein Fachmann für Gasgifte, der gegen den „geradezu mystisch-unsinnigen Glauben" ankämpft, man könne sich etwa durch Gasmasken wirksam schützen. Er weist darauf hin, daß bei den verschiedensten Katastrofen in Friedenszeiten dadurch, daß die Filtermasken an das sich entwickelnde Gas nicht angepaßt waren, eine Reihe schwerer Vergiftungen vorkamen. Zu dieser Anpassung wird man auch im Krieg in keiner Weise Gelegenheit haben: aus Zeitmangel und weil bei der Anwendung von Gasen die sogenannte Geruchs-Tarnung eine große Rolle spielen wird, durch die es unmöglich sein wird festzustellen, mit was für einem Gas man es zu tun hat. Einen Universalfilter gibt es bislang nicht. Und Schutzanzüge, die gegen die ätzenden Kampfstoffe ein wirksamer Schutz wären, erst recht nicht. Darauf wird von Kapazitäten wie Frau Dr. Woker unermüdlich hingewiesen. Man weiß das alles, man weiß, daß auch die kollektiven Schutzmaßnahmen (gassichere Unterstände usw.), selbst wenn ihre Durchführung für die ganze Bevölkerung eines Landes finanziell durch schwere Opfer ermöglicht wird, unter dem Zusammenwirken von Gas-, Brisanz- und Brandbomben ebenfalls illusorisch sein würden, aber im Hintergrund erhebt sich neben der allmächtigen Rüstungsindustrie die aufstrebende Schutzindustrie. Sie will ebenso glänzende Geschäfte machen wie ihre ältere Schwester, und sie wird es, wenn nur die Bevölkerung durch solche Luftschutzkonferenzen die nötige „Aufklärung" erfährt.

Kurt Epple

Der Wert des Menschen

In irgend einer freigeistigen Broschüre wurde des Menschen „unmittelbarer Wert" errechnet, durch Aufzählen seiner chemischen Bestandteile, als da sind Eisen, Zucker, Kalk, Fosfor, Magnesium, Kali usw. Es wurde solchermaßen ein Wert von rund vier Reichsmark ermittelt; was sicher nicht geeignet ist, das menschliche Selbstbewußtsein zu heben.

Die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung" bringt den Mut zu einer offenen Entrüstung über diese grausame Analyse nicht auf, deutet vielmehr nur an, daß bei einer Ermittlung des wirklichen Werts des Menschen auch das Seelen- und Gemütsleben (vom Geistesleben erwähnt sie bezeichnenderweise nichts) in Betracht zu ziehen sei.

Wahrscheinlich wurde es in der zitierten Rechnung deswegen nicht eingesetzt, weil es — wie der bloße Anblick eines Durchschnittsspießers zeigt — unbezahlbar ist.

„Mit Bürgerstolz kann man die Lebensverhältnisse des Arbeiters nicht bessern. Denn Bürgerstolz hat der Unternehmer selbst genug, und er weiß, wie er ihn zu seinen Gunsten zu gebrauchen hat. Das ist sein Schlachtfeld, wo er jeden Kniff kennt und jeden Angriff mit Erfolg zu parieren versteht."

B. Traven in „Die Baumwollpflücker"

Die Filmzensur

Von Hermann Mauthe

Angesichts der befremdenden Entscheidungen, die immer wieder von den Filmprüfstellen getroffen werden und hauptsächlich Filme betreffen, hinter denen ernstes künstlerisches Streben steckt oder deren Themen ein besonderes menschliches Interesse entgegengebracht wird, fragt sich der Staatsbürger in seiner Eigenschaft als Kinobesucher manchmal, wie eigentlich dieser hinter verschlossenen Türen amtierende Zensurapparat aussieht, was er bezweckt und was er erreicht. Man sieht die Unmasse von Filmen mittelmäßiger Kitschigkeit oder reaktionärer Tendenz und begreift nicht, wieso gerade die lebendigen und wirklichkeitsnahen so vielen Schwierigkeiten begegnen bei einer Behörde, deren im Lichtspielgesetz von 1920 verankerte Tätigkeit darin bestehen soll, verderbliche Einflüsse durch den Film vom Publikum fernzuhalten und dadurch indirekt das Niveau der Filmproduktion zu heben; begreift nicht, warum Filme wie „Sacco und Vanzetti", „Revolte im Erziehungshaus", „Kinder vor Gericht", „Potemkin", „Cyankali" usw. entweder ganz verboten oder erst nach langem Hin und Her und nach beträchtlicher Verfälschung ihrer ursprünglichen Fassung freigegeben wurden. Wird der Zensurapparat etwa willkürlich gehandhabt? Unterliegt er politischen Einflüssen? Warum ist seine Wirkung auf die Produktion keine bessere? Ist etwa nur die Handhabung des Gesetzes an dem kümmerlichen Resultat schuld oder liegt es am Gesetz selbst?

Die vier Leitsätze, die im Lichtspielgesetz für die Prüfung von Lichtbildstreifen aufgestellt sind, erklären schon einiges. Sie sind von einer erstaunlichen Dehnbarkeit. Es heißt da, daß die Zulassung eines Bildstreifens versagt werden könne, wenn die Vorführung geeignet sei, die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, das religiöse Empfinden zu verletzen, verrohend oder entsittlichend zu wirken oder das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Auch der Laie wittert angesichts solcher Formulierungen die Auslegungsmöglichkeiten, und selbst der Zusatz, daß die Zulassung wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungstendenz als solcher nicht versagt werden dürfe, schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß hier ein wundervolles Instrument vorliegt, Vormund und Erzieher und sonst noch einiges zu spielen, sofern man es für nötig hält.

Es kommt also alles auf die Auslegung der Leitsätze und auf die Zusammensetzung der Prüfstellen an. Darüber gibt in gedrängter Kürze die Broschüre „Verbotene Filme" von Wolfgang Petzet (Societäts-Verlag, Frankfurt a. M., Preis kart. 2,50 Mark) Auskunft, in welcher der Aufbau des Apparates gezeigt und die Spruchpraxis unter die Lupe genommen wird.

Am Aufbau des Apparates ist deutlich zu erkennen, wie weit der Einfluß des Volkes in den Prüfstellen gewünscht wird. Sie bestehen aus einem beamteten Vorsitzenden und vier Beisitzern. Zwei von diesen Beisitzern sind Vertreter des Lichtspielgewerbes und der Kunst und zwei der Volksbildungs- und Wohlfahrtsorganisationen. Zwischen ihnen steht der Vorsitzende, dessen Stimme meist den Ausschlag gibt, weil die Beisitzer, wie die Verteilung zeigt, in zwei gleich große gegensätzliche Gruppen zerfallen: die einen sind an weitgehender Freiheit interessiert (sofern der Vertreter von Kunst und Literatur der Linken angehört), die andern gehen unter einseitigen Erziehungs- oder Bewahrungsgesichtspunkten an ihre Aufgabe heran.

Der Vorsitzende ist nicht nur unabhängiger Verwaltungsrichter, sondern gleichzeitig auch Verwaltungsbeamter; er hat nach Seeger „beim Fehlen eines besonderen Organes zur Wahrung des öffentlichen Interesses im Prüfungsverfahren auch diese Interessen wahrzunehmen, wofür er gegebenenfalls Anweisungen seiner vorgesetzten Behörde entgegenzunehmen und zu befolgen hat". Diese vorgesetzte Behörde ist das Reichsinnenministerium. Vielleicht ist das mit eine Erklärung dafür, warum z. B. im Fall Remarque die Oberprüfstelle innerhalb drei Wochen zwei völlig entgegengesetzte Urteile über den Film zum besten gab: am 21. November 1930 war man dort noch der Ansicht, daß der Film „die Vorzüge des alten Heeres Tapferkeit, Zähigkeit und Kameradschaftsgeist durchaus erkennen" lasse; am 11. Dezember 1930 wurde der Film verboten wegen Gefährdung des deutschen Ansehens und weil er „jedes ethische Moment auf deutscher Seite vermissen" lasse. Inzwischen hatten allerdings Goebbels Mäuse am Umschwung der Auffassungen gearbeitet und diverse Sachverständige sich geäußert.

Diese Sachverständigen spielen, wie aus Petzets Broschüre zu ersehen ist, in der Spruchpraxis eine gewichtige Rolle, besonders wenn es sich um solche aus dem Auswärtigen Amt oder aus dem Wehr- oder Innenministerium handelt. In allen Fragen, welche die Kirchen berühren, werden von diesen aufgestellte Sachverständige beigezogen. Die Einsprüche und Beschwerden solcher Sachverständiger haben aufschiebende Wirkung. Aber auch andere Stellen haben genügend Möglichkeiten, unliebsamen Filmen den Weg in die Öffentlichkeit zu erschweren. Die Landeszentralbehörden können Antrag auf Widerruf einer Zulassung stellen, falls es sich herausstellt, daß einer der Verbotsgründe doch noch bei dem betreffenden Film zutrifft. Jede Polizeibehörde kann aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit einen Film verbieten, wenn ein Widerrufsverfahren gegen ihn läuft. Und daß solche laufen, dafür wird reichlich gesorgt. Aber es gibt noch weitere Möglichkeiten: als in München dem Film „Cyankali" durch Widerrufsverfahren nicht mehr beizukommen war, entzog die Polizei kurzerhand den Lichtspielhäusern für die Dauer aller Vorführungen des mißliebigen Filmes die Konzession. Auf Grund einer Polizeiverordnung vom 4. Januar 1872.

Es gibt noch mehr Absonderlichkeiten im Bereich der Filmzensur. Man orientiere sich bei Petzet über das neckische Spiel wechselnder Haltung bei den Prüfstellen, je nachdem ob es sich um einen Film mit Rechtstendenz oder etwa um ein republikanisches Erzeugnis handelt. Unnötig zu sagen, daß die republikanische Zensur sich gegen den republikanischen Film entschied; man muß die Gutachten der Sachverständigen des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums über den von der SPD herausgegebenen Film „Ins dritte Reich" genossen haben, um zu wissen, wo wir heute in Deutschland stehen.

Eine Quelle der Erheiterung sind die von Petzet gebotenen zahlreichen Kostproben von Entscheidungen und Definitionen der vier im Lichtspielgesetz niedergelegten Verbotsgründe. Sie sind manchmal so absurd, daß man geneigt sein könnte, das Ganze nicht ernst zu nehmen. Aber leider haben diese fortgesetzten Experimente, die geistige Kost des Bürgers schulmeisternd zu kontrollieren und ihn in das unmögliche Gewand eines „Normal-Kinobesuchers" zu zwängen, dazu geführt, daß originelle künstlerische und menschliche Leistungen beim Film immer seltener werden, weil man das Risiko des Verbots nicht auf sich nehmen kann. Dadurch ist dem reinen Geschäft zur Vormachtstellung verholfen, das mit seinem neutralen und gefälligen Schund durch alle Maschen

Brief aus Russland

Rostow am Asowschen Meer, 24. Oktober 1931.

Erzählen läßt sich das, was wir täglich sehen, nur schwer. Es sind ganz gewaltige Eindrücke. Selbst, wenn man trotz aller feierlichen Empfänge, trotz aller Begeisterung, die uns immer und immer wieder erfaßt, versucht, seine kritische und abwartende Haltung zu bewahren, es fällt eben schwer, zu kritisieren und ruhig zu bleiben, wo man einfach begeistert sein muß. Von der Sowjetgrenze bis Moskau, von Moskau bis Charkow und Dnjeprostroi und jetzt bis Rostow, immer wieder derselbe Eindruck. Ein Land, in dem ungeheuer gearbeitet wird. Es gibt keine Arbeitslosigkeit in Rußland. In den Betrieben, Baustellen und Fabriken, die wir bis jetzt besichtigt haben, herrscht durchweg sogar Mangel an unqualifizierten Arbeitern, von den qualifizierten ganz zu schweigen. Wer in Rußland arbeiten will, kann arbeiten und dadurch leben.

Was für den aus kapitalistischen Ländern kommenden Besucher am schwersten begreiflich ist, ist der Arbeitsenthusiasmus. Dieses Wort ist nicht nur ein Begriff, nicht nur ein Filmtitel, es ist eine Tatsache. Man erlebt sie zwangsweise. In den Fabriksälen, auf den Baustellen sieht man überall die roten Fahnen, die die Arbeitsstellen der Stoßbrigaden kennzeichnen. Ich habe auf der Baustelle einer Turbinenfabrik in Charkow mit einem 66 Jahre alten Arbeiter gesprochen. 49 Jahre hat er immer als Tagelöhner schwer gearbeitet. Jetzt besucht er eine Schule, um sich zu qualifizieren, und arbeitet in einer Stoßbrigade. Wenn man mit Arbeitern spricht — überall gibt es deutsch-sprechende Arbeiter, fast alle Jugendlichen sprechen leidlich deutsch, und verständlich machen kann man sich gegenseitig —, so gewinnt man die Überzeugung, daß es sich bei diesen Erfolgen keineswegs um raffinierte psychische Zwangsmethoden, nicht um Zwangsmethoden überhaupt handeln kann. Die Menschen arbeiten in der Tat für die Gemeinschaft, unter Opferung eines guten Teils individueller Bequemlichkeit. (Diesem zweifellos vorhandenen Idealismus wird durch ein geschickt, aber gerecht gestaffeltes Lohnsystem nachgeholfen.) Wer aber trotz aller vorhandenen handgreiflichen Gegenbeweise trotzdem weiterhin an Unterdrückung etc. glaubt, der muß sich vor einem Gegenargument geschlagen bekennen: die Arbeiter sind bewaffnet. Jeder Betriebsarbeiter hat das Recht, eine Waffe zu tragen. In den Klubs und in den Gesellschaftsräumen der Betriebe stehen die Gewehre und die sonstigen Waffen der Belegschaften. Es bestehen ständige Betriebsschutzwehren, in die jeder Arbeiter aufgenommen werden kann und danach bewaffnet wird. Es existieren die bewaffneten Organisationen zur Verteidigung der Sowjet-Union. Eine bewaffnete Arbeiterschaft kann man nicht einmal zeitweilig, beileibe nicht jahrelang unterdrücken. Die heranwachsende kommunistische Jugend wird auch nicht den leisesten Versuch einer Unterdrückung ertragen.

Von den drei großen Städten Moskau, Charkow und Rostow, die ich bis jetzt gesehen habe, hat mir natürlich Moskau weitaus am besten gefallen. Der rote Platz, es ist zu schön. Vor der gewaltigen Kremlmauer das Leninmausoleum. Täglich warten hunderte von Menschen auf Einlaß. Ohne polemisch zu werden: Vor keinem Lebensmittelgeschäft, nirgends wird es in Rußland je so eine lange Schlange gegeben haben, wie vor dem Mausoleum dieses Mannes.

Auch ich bin zusammen mit Eckert und einem Neger aus Nordamerika in der Reihe mit vielen anderen an seinem Sarge vorbeigegangen. Er liegt in einem hohen gläsernen Sarg. Seine Hände sind ganz schmal und fein. Sein Gesicht ist etwas kleiner geworden; die ursprünglich dunklen Haare und Bart jetzt rotblond. Nicht tot, nicht erstarrt, fast nur schlafend sieht er aus. An beiden Enden des Sarges steht ein Rotarmist. Kein Mensch spricht im Raum. Alle Blicke ruhen nur auf dem Gesicht des Toten. Auf der Mittelkuppel des Kreml weht eine große rote Fahne.

Das fesselndste Baudenkmal, was ich je gesehen habe, ist die Wassilikirche. Ich bin an einem Tage viermal vom Hotel extra ihretwegen zum roten Platz gelaufen. Sie hat mich noch weitaus stärker beeindruckt als die Reimser Kathedrale. Daß die Bolschewiken alles notwendige Verständnis für kirchliche und religiöse Kunst haben, geht daraus hervor, daß sie die Wassilikirche jetzt gründlich überholen und abstützen. Von den 1600 Moskauer Kirchen sind auch alle historisch und künstlerisch wertvollen erhalten. Daß das Monstrum von Erlöserkirche abgebrochen wird, ist wirklich kein Unglück.

Wie unsere weitere Reise verlaufen wird, ist noch nicht ganz heraus. Sicher ist bis jetzt folgendes: Von Rostow über den Gigant nach Suchum an der Ostküste des Schwarzen Meeres, von da quer durch den Kaukasus nach Baku. Rückweg nach Moskau, vielleicht über Tiflis. Spätestens am 4. oder 5. November werde ich wieder in Moskau sein.

Es wird vertuscht

Das Gesamtwerk der Inneren Mission ist nach der Meinung mancher Leute eine Wohltat, die noch viel zu wenig gewürdigt wird. Einer hat ausgerechnet, daß sich durch das sparsame Walten der geschlossenen konfessionellen Anstalten — wenn man sie in Vergleich setze zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten — jährlich in Deutschland eine „volkswirtschaftliche Ersparnis" von 300 Millionen Mark ergebe. Das wäre allerhand. Man könnte dafür schon einiges in Kauf nehmen, was eben so bei der christlichen Liebestätigkeit mit unterläuft. Aber Zahlen trügen! Und die Versicherung, daß dieses Resultat bei „gleicher fachlicher Leistung" erzielt werde, spricht mehr von Selbstvertrauen als von Selbsterkenntnis.

Wie derartige Ziffern zusammenkommen, zeigt eine Berechnung solcher Ersparnisse bei den Fürsorgeanstalten (im Jahresbericht 1930 des Landesverbandes der Inneren Mission in Württemberg): man berechnet die Preisspanne zwischen den Pflegesätzen privater Anstalten und den bedeutend höheren der öffentlich-rechtlichen Anstalten; dabei ergibt sich bei den konfessionellen Fürsorgeanstalten eine „Ersparnis für die öffentlichen Kassen" von jährlich rund 25 Millionen Mark. Eine verhältnismäßig einfache Rechnung. Leider läßt sich aber all das, was aus hundert sichtbaren und unsichtbaren, öffentlichen und privaten Quellen dem christlichen Wohlfahrtsapparat zufließt, nicht genau kontrollieren; man könnte sonst höchstwahrscheinlich feststellen, daß er sehr kostspielig ist und daß der größte Teil der von ihm geleisteten Wohltaten — direkt oder indirekt — vom Volk selbst bezahlt wird.

Hunderte von Berichten mühen sich alljährlich, das Werk der Inneren Mission ins rechte Licht zu setzen. Wie da manchmal argumentiert wird, zeigt ebenfalls der oben erwähnte Bericht aus Württemberg. Es wird dort behauptet, in den letzten zwei Jahren (1929/30) sei in kommunalen Fürsorgeanstalten zehnmal mehr revoltiert worden als in christlichen. Man registriert 15 „größere" Anstaltsrevolten: von ihnen sollen 9 in kommunalen und 6 in christlichen Anstalten stattgefunden haben. Ins Verhältnis gesetzt zu den Gesamtzahlen der in Anstalten untergebrachten Fürsorgezöglinge (rund 35 000 in konfessionellen und rund 5000 in kommunalen Anstalten) ergibt sich natürlich für die konfessionellen Anstalten ein sehr günstiges Resultat. Aber darf man so verfahren? Kann man bei zahlenmäßigen Angaben so vage Begriffe wie „größere" Revolten benützen? Kann man so was zum Beweis anführen, daß es in den konfessionellen Fürsorgeanstalten wohl „auszuhalten" sei? Besagt nicht schon dieses eine Wörtchen „aushalten" genug über den Geist der durch Zahlenkunststückchen verteidigten Erziehungsarbeit?

Man soll nicht mit Zahlen kommen, wo so offensichtlich ein Vertuschungssystem am Werk ist. Der augenblicklich im Vordergrund stehende Skandal der Anstalt Waldhof bei Templin ist kein Einzelfall. Der dort festgestellte Geist spukt in den meisten anderen Anstalten, wenn auch das dort aufgedeckte Prügelsystem (siehe S.-Z. Nr. 28) nicht überall ganz so brutal gehandhabt wird. Der Leiter der Anstalt, Pastor Grüber, der die Zustände in Waldhof bis zuletzt vertuschte, ist heute noch im Amt, obwohl bereits die Staatsanwaltschaft gegen ihn und 13 Erzieher der Anstalt Anklage erhoben hat (wegen vorsätzlicher Körperverletzung und fortgesetzter Gesundheitsschädigung der Zöglinge unter Übertretung der Amts- und Berufspflicht; gegen zwei wegen sittlicher Verfehlungen); diese Erzieher tun heute noch Dienst in Waldhof, und einer der wegen Sittlichkeitsvergehen Angeklagten „erzieht" in einer andern Anstalt der Inneren Mission lustig weiter. Schon monatelang arbeitet der Vertuschungsapparat; die Innere Mission hat gegen die Beschuldigten trotz allen Anklagen so gut wie nichts unternommen; der evangelische Reichserziehungsausschuß hat erst dieser Tage — nach der Eröffnung der Voruntersuchung — eine Erklärung veröffentlicht, in welcher der Fall in bekannter Weise rosig beleuchtet wird.

Man wird auch hier wieder so lange vertuschen, bis das Gerichtsurteil vorliegt, und dann wird man nicht sehr viel Aufhebens davon machen. Wie wenig Stoff liefert nur der Riesenskandal „Devaheim" der christlich orientierten Presse zur Betrachtung! Dagegen schickt der Himmel, wenn es bei den Frommen stinkt, immer wieder Sklareks und ähnliche Leute, an denen man sich wetzen kann.

Bei jedem christlichen Skandal ertönt immer wieder der betörende Ruf: „Es soll gewiß nichts beschönigt werden"; aber offenbar denken die Rufer dabei im Stillen an die Skandale der Gegenseite. M.

In der Fürsorgeanstalt Brüderhof, die dem evangelischen „Rauhen Haus" bei Hamburg angegliedert ist, kam es in der letzten Zeit zu verschiedenen Revolten, denen unmittelbar empörende Mißhandlungen durch die Erzieher vorausgegangen waren.

Wird das nun wohl in der Statistik der Inneren Mission zu den größeren oder kleineren Revolten gerechnet?

Die KPD regiert

„Also", sagte Heinz Neumann in einer Sitzung des ZK der KPD, „wir machen das so: In der Neujahrsnacht werden die Reichsregierung, die preußische Regierung und einige Wirtschaftsführer eine sehr wichtige Sitzung abhalten. Den Sicherheitsdienst bei dieser Sitzung haben zwei Schupo-Offiziere, die schon lange illegal der KPD angehören. Wir werden nun einfach 100 zuverlässige Parteigenossen in Schupo-Uniform stecken, und diese werden unter Führung der beiden Offiziere die Teilnehmer an der Sitzung verhaften."

Und so geschah es. Herr Brüning war zwar etwas erstaunt, als er nach den ersten Sätzen seiner einleitenden Rede einige Revolver vor sich sah — aber was konnte er machen außer gute Miene zum bösen Spiel?

Die verhaftete Regierung erließ, vom Revolver bedroht, eine Kundgebung an das Volk, worin sie erklärte, sie werde, um ihre ganze Arbeitskraft dem Wohle des Volkes widmen zu können, ein Jahr lang unter strenger Klausur im Regierungsgebäude leben. Der Verkehr mit der Außenwelt liege in der Hand von zehn neuernannten Staatssekretären.

Brüning, Braun und die übrigen Herren blieben also unter Bewachung im Regierungsgebäude, und in ihrem Namen regierte das ZK der KPD. Eine Notverordnung jagte die andere: eine Reichsreform wurde durchgeführt, die Banken verstaatlicht, die hohen Gehälter gesenkt, die Vermögens- und die Erbschaftssteuer verdoppelt, ein Außenhandelsmonopol wurde errichtet usw. usw. — und das dumme Volk glaubte immer, das sei das Werk der Regierung Brüning. Noch im Januar wurde mit großem Erfolg die Kollektivierung der Landwirtschaft begonnen, die Arbeitslosigkeit sank von Woche zu Woche, schon im März herrschte Arbeitermangel — und das dumme Volk merkte immer noch nicht, daß es nicht mehr von Brüning, sondern von der KPD regiert wurde. Erst am 14. April begann es der Redaktion der „Frankfurter Zeitung" zu dämmern: sie protestierte energisch gegen die „kalte Sozialisierung", die von der Regierung durchgeführt werde, und wurde prompt auf drei Monate verboten. Von da ab schlief alles wieder. Am 1. Mai schon konnten die Zeitungen „stolze Rückblicke" bringen, und am Ende des Jahres war Deutschland kommunistisch, glücklich und — immer noch ahnungslos.

Erst am letzten Tag des Jahres lüftete das ZK den Schleier: nicht die „Klausur-Regierung" hat regiert, sondern die KPD. Und wie! Planwirtschaft, keine Schulden mehr, keine Reparationen, keine Arbeitslosen, blühende Industrie, blühende Landwirtschaft, kein Klassenhaß und Klassenkampf mehr, Deutschland eine freie, einige Nation — alles in einem einzigen Jahr, ohne daß das deutsche Volk gemerkt hat, was eigentlich gespielt wurde! Denn, sagt das ZK, das deutsche Volk ist „unsäglich dumm und irregeleitet". Deshalb mußte die KPD auch im Geheimen regieren, denn „viele Millionen hätten den Tag des jüngsten Gerichts nahe gewähnt, wenn sie gewußt hätten, daß die KPD regiere". Und dann wäre das Experiment natürlich fehlgeschlagen.

Der Schmöker, in dem diese „realpolitische Utopie" verzapft wird, betitelt sich: „Die KPD regiert"; Verfasser: Konrad Giesecke; Verlag Günther Müller, Königsberg i. Pr.; Preis 2,85 Mark. Der Titel sollte eigentlich heißen: „Der Spaziergang ins Sowjet-Reich oder: Wie mache ich Deutschland über Nacht glücklich?"

Man wird wohl zu Ehren der KPD annehmen dürfen, daß keine Stelle der Partei mit diesem Buch etwas zu tun hat.

Hans Grauthoff

Reichsbankpräsident Luther hat einem amerikanischen Journalisten in einem Interview u. a. gesagt, Deutschland habe seit Herbst 1930 von seinen Schulden annähernd 5 Milliarden Reichsmark an das Ausland zurückgezahlt.

„Es laufen so viele Raubmörder herum, wirkliche und moralische, mit Brillanten an den Fingern und einer dicken Perle an der Halsbinde oder goldenen Sternen auf den Achseln, denen jeder Ehrenmann die Hand drückt und sich dabei noch geehrt fühlt. Jede Klasse hat ihre Raubmörder. Die der meinen werden gehenkt; diejenigen, die nicht meiner Klasse angehören, werden bei Mr. Präsident zum Ball eingeladen und dürfen auf die Sittenlosigkeit und Roheit, die in meiner Klasse herrscht, schimpfen."

B. Traven in „Die Baumwollpflücker"

---

des Gesetzes schlüpft. Der Dreck siegt und das Gute verkümmert oder hat es unendlich schwer, sich gegen diese famosen Verbündeten Geschäft—Zensur durchzusetzen.

Es liegt nicht an den Maßstäben des Gesetzes und nicht allein an der Spruchpraxis der Prüfstellen: es liegt im Wesen der Zensur selbst, die immer nur hemmen und nie lebendig fördern kann. Wenigstens so lange, als nicht einheitlicher Geist und gemeinsames Wollen das Volk beherrschen. Die freieste Gesellschaftsordnung der Welt muß, besorgt um ihren eigenen Bestand, die Strebungen nach Freiheit unterdrücken. Sie unterdrückt damit das Wertvollste. Die Russen z. B. haben es in dieser Beziehung leichter, weil sie unter einer verbindenden Idee stehen. Bei ihnen bedeutet die staatliche Kontrolle des Filmwesens lebendigste Entfaltung. Der nach den Leitsätzen des deutschen Lichtspielgesetzes konstruierte „Normal-Kinobesucher" ist kein Vorbild, nach dem man einen wichtigen Teil des geistigen Lebens eines Volkes regeln kann.

Die dritte Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 gibt die Handhabe, Filme wegen Gefährdung „lebenswichtiger Interessen des Staates" zu verbieten; also schon, wenn ihre Tendenz unter den heutigen Umständen nicht wünschenswert erscheint. Das Widerrufsrecht ist auch auf das Reichsinnenministerium ausgedehnt.

Der Normal-Kinobesucher

Dieses sonderbare Wesen vereinigt in sich die Geistigkeit eines Bewohners der deutschen Großstadt, der deutschen Kleinstadt und des deutschen Dorfes ..., und zwar sowohl des norddeutschen wie des süddeutschen; es gehört als gläubiges Mitglied der katholischen und der protestantischen Kirche an und huldigt dabei einer freigeistigen Weltanschauung; es errötet, wo eine anständige Frau erröten würde ..., hat jedoch Verständnis für gewisse Derbheiten, wie ein an Stammtischen verkehrender Mann. Gesehen hat es noch niemand; aber die Mitglieder der Prüfstellen wissen von ihm mit Sicherheit, daß es trotz seiner erstaunlichen Vielseitigkeit bedauerlich töricht ist und alles, was sie selber ohne weiteres verstehen und richtig bewerten, vollkommen mißversteht. Da außerdem seine seelische und körperliche Gesundheit von ziemlich labiler Natur und seine moralischen Grundsätze nicht allzu gefestigt sind, wäre es schlimm um dieses Wesen in einem Kino bestellt; es würde dort an allen seinen vielen Seiten fürchterlich zersetzt, ausgehöhlt, abgestumpft und aufgereizt werden, gäbe es keine Prüfstellen, deren Aufgabe es ist, mit den eigens für den Normal-Kinobesucher zugerichteten Paragrafen des Lichtspielgesetzes sich seiner anzunehmen und ihn vor Schaden zu bewahren. Wolfgang Petzet

---

Ich behaupte, daß sich ein Volk, wenn es ein halbes Jahrhundert die Herrschaft des amerikanischen Films erduldet, auf dem Wege des Abstiegs befindet. Ich behaupte, daß ein solches Volk, stumpfsinnig geworden durch oberflächliches und flüchtiges Vergnügen ..., eines Tages gar nicht mehr fähig sein wird, eine Sache von Wert zu betreiben oder sich überhaupt noch, wenn auch nur ein wenig, durch gedankliche Energie zu erheben. G. Duhamel

Drei Bilderbücher

Berühmte Zeitgenossen in unbewachten Augenblicken. Von Erich Salomon. Verlag Engelhorn, Stuttgart. Preis (erschrecken Sie nicht!) 14 Mark. — Die Konsumenten der „Berliner Illustrierten Zeitung" kennen die Bilder Salomons: Fotos von Sitzungen auf internationalen Konferenzen, im Reichstag, im Reichskabinett, Fotos von Brüning, Mussolini, Laval, MacDonald usw. usw. In diesem Buch sind sie gesammelt. Der Eindruck, den man von den Staatsmännern Europas bekommt, ist nicht immer ... schweigen wir lieber. Einmal sehen wir sogar eine Nachtsitzung, bei der die Teilnehmer (Tardieu, Loucheur, Curtius u. a.) eingeschlafen sind (Haager Reparationskonferenz). Im Vorwort erzählt Salomon, welche Tricks er oft anwenden muß, um die Zeitgenossen in unbewachten Augenblicken auf die Platte zu bekommen.

Von ganz anderer Art ist: **Deutschland von unten. Eine Reise durch die proletarische Provinz.** Von Graf Stenbock-Fermor. Verlag Engelhorn, Stuttgart. Preis geb. 7,50 Mark, kart. 5,50 Mark. — Bilder aus den Elendsgebieten Deutschlands (Frankenwald, Schlesien u. a.). Mit ausführlichem Text. Ein solches Bilderbuch sagt natürlich so wenig die „Wahrheit" über Deutschland wie ein Prosa-Bericht; Bilder können genau so wie Worte falsche Eindrücke vermitteln, wenn sie einseitig ausgewählt sind. Dieses Buch ist bewußt einseitig, der Titel sagt es und der Verfasser bestätigt es ausdrücklich: es zeigt „Deutschland von unten", zeigt Zustände, die in Salomons Buch und in illustrierten Zeitungen vergessen werden. Es ist sehr zu empfehlen.

Ebenso ein anderes Bilderbuch, das sich natürlich von Einseitigkeit auch nicht ganz fernhält: **Der Staat ohne Arbeitslose — Drei Jahre Fünfjahresplan.** Von E. Gläser und F. C. Weiskopf. 256 Bilder aus dem neuen Rußland. Verlag Kiepenheuer, Berlin. Preis 4,50 Mark. — Ausgezeichnete Bilder von dem Reichtum an Bodenschätzen, von der Aufbauarbeit und dem Leben der Schaffenden in Rußland. In einem Nachwort gibt Alfred Kurella einen kurzen Überblick über Aufbau und Ziele des Fünfjahresplans.

Literatur

Der Mensch wird umgebaut. Von Arthur Rundt. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin, Preis 4,80 Mark. — Eine Reihe von kurzen Schilderungen aus dem russischen Alltag, die zeigen sollen, wie der Fünfjahresplan den Menschen verändert. Mit Willen zur Objektivität und zum Verständnis geschrieben, oft freilich bleibt dieser Wille ohne Erfolg. Ein Beispiel: „In Sowjet-Rußland ist jede Strafanstalt zugleich Fabrik. Der Grundgedanke (!) der sowjetistischen Gefängnisreform ist: die ganze Arbeitskraft jedes Sträflings muß für die Gesellschaft nutzbar gemacht werden, es wäre sinnlos und unwirtschaftlich, den Sträfling hinter Gitterfenstern „sitzen" zu lassen und auf Staatskosten zu ernähren." Und der Gedanke, daß die Arbeit dem Sträfling sein Los und den Weg ins Leben erleichtern soll, spielt gar keine Rolle? Ein großer Mangel an dem Büchlein ist außerdem, daß nicht angegeben wird, wann die einzelnen Berichte geschrieben worden sind; einige tragen deutlich sichtbar einen Vollbart. L.

Richtigstellung. Hegel oder Marx? Von Rudolf Haus. Der Marxismus als Erbe und Überwinder der Hegelschen Filosofie unter besonderer Berücksichtigung der materialistischen Dialektik. Mit einem Anhang: Zum 60. Todestag Hegels, von G. Plechanow (1891). — Kostet nicht 2,80 Mark (wie in der Nr. 48 der S.-Z. angegeben), sondern 2,20 Mark.

Verbilligte Ausgaben. Die beiden Romane von F. Panferow, die jedem, der ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten und den Fortschritten der Kollektivierung des russischen Dorfes gewinnen will, sehr zu empfehlen sind („Die Genossenschaft der Habenichtse" und „Die Kommune der Habenichtse") werden jetzt in verbilligter Ausgabe vorgelegt. Preis je 4,80 Mark gebunden, 3,50 Mark kartoniert.

Beziehen Sie bitte Ihre Bücher durch den Verlag der S.-Z.

Bücher, die nicht auf Lager sind, werden so rasch als möglich beschafft

Es liegt eine Krone . . .

In dem Maße, in dem die Hitlerbewegung zunimmt, bekommen auch die Monarchisten wieder Rückgrat. Wie über Nacht ist in den Blättern der Reaktion die Diskussion in Gang gekommen; durchs Zeitungswäldchen weht ein frischfröhlicher Wind, und in Doorn hebt man schnuppernd die Nase: was spür ich da aus Deutschland für ein Zefirchen?

Selbst aus China muß eine Missionarsfrau, weil sie sonst nichts zu tun hat, mithelfen. Sie schickt ihren Bekannten in Deutschland Flugblätter des „Aufrechten", jenes Bundes der permanent in devoten Bückling vor Wilhelm Verharrenden. Da steht's, was wir so oft schon gelesen haben: Daß unser herrlicher Kaiser mitnichten geflohen, sondern nur um seines Volkes Wohl zu sichern (nicht das seiner eigenen Pelle) gen Holland gezogen ist. Und daß er dort als schlichter, arbeitssamer Bürgersmann lebt, der edle Dulder, wann endlich wird sein Volk einsehen ...

Weiter. In der Kreuzzeitung schreibt Wilhelms früherer Generalbevollmächtigter, Herr von Berg-Markienen, über „das Ende der Republik". In Berlin hat das „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot, Front der Kaiserlichen" durch seinen Bundesführer, Hauptmann a. D. Engelbrecht, die Forderung nach „Wiederaufrichtung der wehrhaften Erbmonarchie im Reich und in den Bundesstaaten" aufstellen lassen.

Im volksparteilichen „Vorstoß" erwägt Hermann Gladitz die Chancen der Monarchie. Er kommt zu einem vorerst negativen Ergebnis; aber man erhält nicht den Eindruck, daß er darüber sonderlich erfreut sei. Im „Kaiserjahrbuch 1931" legt Major a. D. von Sodenstern die legitimistische Auffassung dar und klar: „Wer Monarchist ist, muß auch Legitimist sein, muß die erbberechtigte Nachfolge des angestammten Herrscherhauses anerkennen. Das bezieht sich ebenso auf das Reich wie auf Preußen und die anderen Bundesstaaten." Usw. Keine Wahlmonarchie! sagt Sodenstern. „Das ist der tiefere Sinn monarchischer Staatsauffassung von dem bestehenden göttlichen Rechte, dem alle Völker sich zu beugen haben, daß sie sich der Entscheidung des Fürstenhauses fügt." (Dunkel,aber wahr!)

Ist das alles? Nein. Da haben wir den „Deutschen Adelstag". Alljährliches Palawer der Vertreter der Landesvereine. Abgehalten — dieses Jahr — am 22. und 23. Oktober in Berlin. Worunter standen die Verhandlungen? „Die Verhandlungen standen zwar unter dem Druck der heutigen düsteren Zeit, sie waren durchdrungen von der Überzeugung, daß der Adel zwar keine Rechte mehr hat, aber um so mehr Pflichten, daß er daher ..." usw. Und dann ein Bandwurm von Entschließung: „Bekenntnis zum Christentum", „Treue zum monarchischen Gedanken und zur Person des Monarchen", „Kampf für den nationalen Gedanken", „schützend vor die deutschen Fürsten", „Freiheit unseres Volkes", „Wehrfrage: Gleichberechtigung", „Heranziehung der Jugend ohne jede Ausnahme zur Reichsarbeitsdienstpflicht". „Mit schwerster Besorgnis sehen wir das ungehemmte" („ungehemmte", sagen sie!) „Auftreten der Gottlosen- und Freidenkerbewegung, deren Ziel der Sturz der Altäre ist, nachdem die Throne zerbrochen sind." Kurzum: ein Fanfarenklang, wie er seit langem nicht mehr erschallt ist.

Was lockt sie aus den Höhlen? Nichts anderes als der Aufstieg Hitlers. Sie wissen ganz genau, daß diese sogenannte nationale Freiheitsbewegung eine Revolte des Lakaienbluts ist. Hier wird, gottlob, wieder der Segen der Dienstbarkeit gepriesen und das Heil in einer straff und drakonisch durchgeführten Ständeordnung gefunden. Hier ist gut sein; hier laßt uns Hütten bauen.

Sie verlieren keine Zeit. Sie sind auf dem Posten, den sie anno 18 im Stich gelassen haben. Sie schicken Grüße, wenn zwei oder drei beisammen sind in ihrem Namen; denn sie wissen, wie einige huldvolle Worte sich rentieren. Dem oben genannten „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot" senden ihren Segen: der ehemalige Kaiser, der Kronprinz, seine Frau und der Prinz Oskar. Man muß das Volk bei Laune halten. Wer noch nicht zu steif ist, der begibt sich gleich in Tuchfühlung mit den freiwilligen Mamelucken: Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des Kronprinzen, ist beim Stahlhelm; Prinz Auwi ist eine Kanone bei den Nazis. Sie haben ein Ruder in jedem Boot.

Die Zusammenarbeit klappt, Der Trommler trommelt, und die Narren laufen ihm zu. Sie werden sich wundern, wenn sie erst einmal sehen, wohin er sie geführt hat. Peng

Irland

In Irland herrscht Belagerungszustand. Zwölf Organisationen, kommunistische und auch nationalistische, sind für illegal erklärt worden. Ein Standgericht aus fünf höheren Offizieren soll der Regierung als Werkzeug dienen bei ihrem Entschluß, „mit eiserner Hand durchzugreifen".

Die Zugehörigkeit zu einer der verbotenen Organisationen wird als landesverräterische Handlung betrachtet und geahndet. Das Standgericht ist zuständig für alle Fälle von Landesverrat, Zusammenrottung, Verunglimpfung des Staats und Besitz von Feuerwaffen.

Das Verfahren kann geheim durchgeführt werden. Die Richter haben, was die Strafen betrifft, sehr weitgehende Vollmachten. Unter den Strafen sind die Auspeitschung und die Todesstrafe ausdrücklich aufgeführt.

Es kracht im Gebälk. Nicht nur die Völker hören die Signale: auch die Regierungen sind nicht mehr taub. Sie reagieren, wie alle Regierungen: durch Anwendung schärfsten Terrors, durch Mißbrauch der Gewalt, die einstweilen noch in ihren Händen liegt, durch den Ausrottungsfeldzug gegen diejenigen Volksteile, die als Pioniere der neuen Epoche vor die Front der Volksmassen treten. Die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft wird täglich offenkundiger; immer weitere Kreise müssen die Situation erkennen. Der Kampf der herrschenden Klasse gegen das unterdrückte und rechtlose Volk kann nicht mehr verschleiert werden; der Klassenkrieg wird in voller Nacktheit offenbar.

Dem staatlichen Angriff auf den Kommunismus hat sich auch die katholische Kirche angeschlossen. Am 18. Oktober ist in sämtlichen Kirchen des Landes eine Kundgebung der Erzbischöfe und Bischöfe verlesen worden, die sich gegen den „Feldzug der Revolutionen und des Kommunismus" wandte. Sie enthielt den bekannten Schmus von der „Anmaßung", dem „Terror", dem „Blutvergießen", dem „fanatischen Gotteshaß" und dem „materialistischen Regime" der Bolschewiken. Zwei kommunistische Organisationen werden mit Namen genannt und für „sündhaft und irreligiös" erklärt. Kein Katholik könne ihnen als Mitglied angehören.

Die deutschen katholischen Geistlichen haben vor, im Dezember auch uns mit so einem Großkampftag gegen Kommunismus und Gottlosigkeit zu beglücken.

„Jede Beseitigung eines politischen Gegners auf dem Wege der Strafjustiz ist ein politischer Prozeß ... Der pseudopolitische Prozeß beginnt in der Regel mit Hausdurchsuchung und Verhaftung, das Weitere kann man getrost der Findigkeit des Untersuchungsrichters überlassen. Wie schon gesagt, man wird kriminell, wenn man mächtige Feinde hat."

„Im Tendenzprozeß ist die ganze Justiz — Gericht und Staatsanwalt — immer eine und dieselbe Garnitur. Sie ist das Organ der vereinigten Mächte, die es zum Prozeß gebracht ... Das Gericht ist die Spitze der gegen den Angeklagten zusammengetrommelten Stoßtruppe. Es will aber trotzdem das unabhängige, das beiden Teilen zugängliche Gericht spielen, und diese Rolle darf ihm nicht gelassen werden." Walter Rode in „Justiz"

Das Wandern ist . . .

Wenn Sie so reich wären, verehrter Leser, wie Sie wahrscheinlich arm sind, dann würden Sie eines Morgens im Briefkasten ein Schreiben finden, in dem Ihnen die „Allgemeine Treuhandgesellschaft" des Fürstentums Liechtenstein die Reize dieses Ländchens preist. Nicht die landschaftlichen, sondern die finanziellen Reize, die das Kapital aus aller Herren Länder anlocken.

Die Regierung von Liechtenstein — ein älterer Fürst, Franz I., und ein Landtag — ist nämlich mit der Besteuerung nicht so streng wie unser Landesvater Brüning; Sie können also z. B., wenn Sie schlau und Beherrscher einer A.G. sind, den Sitz Ihrer Gesellschaft nach Liechtenstein verlegen (Sie brauchen dazu in Vaduz nur ein paar Kontorräume zu mieten) und dann Ihre Bilanz so frisieren, daß Ihre Filialen in Deutschland keine Gewinne ausweisen, dann müssen Sie nur nach Liechtenstein Steuern zahlen und kommen bedeutend besser weg; denn dort wird nicht der Gewinn, sondern nur das Kapital besteuert, mit etwa 0,5 pro Tausend. (Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, die ich Ihnen aber nicht erklären will, weil ich's selber nicht recht verstehe.)

So ist es kein Wunder, daß auf die 154 Quadratkilometer des Alpenländchens im Jahre 1929 333, im Jahre 1930 579 und im Jahre 1931 noch einige hundert mehr Unternehmungen entfallen. Die meisten dieser Unternehmungen (rund 400 von den 579 im Jahre 1930) sind reichsdeutsch.

Die Gründung von Dachgesellschaften in Liechtenstein ist wohl die gebräuchlichste und gewinnbringendste Form der Kapitalflucht. In diesem Falle flieht das Kapital, weil es in Deutschland höher besteuert würde. In andern Fällen aber flieht es, weil es sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlt; es läßt sich dann in schweizer Franken umwandeln und auf einer Bank in Liechtenstein anlegen (in der Hauptstadt Vaduz mit 1400 Einwohnern gibt es zwei Banken und — nebenbei gesagt — 20 Rechtsanwälte).

Und in wieder andern Fällen flieht nicht nur das Kapital, sondern auch der Besitzer, weil ihm nicht nur sein Geld, sondern auch sein Leben lieb ist. Aber nicht nur solche Leute, die im dritten Reich nicht ganz sicher wären, wandern aus, sondern auch rechtsstehende Industrielle. So ist z. B. Herr v. Gontard, der geheime Kronzeuge im Prozeß gegen Bullerjahn, kürzlich Bürger von Liechtenstein geworden. Für reiche Leute ist das nämlich nicht sehr schwer: es kostet nur 30 0000 Franken (vor drei Jahren war der Preis noch 10 000 Franken). Die Millionärskolonie „Ebenholz" in Vaduz wächst in beinahe amerikanischem Tempo. Da leben die Herren, ohne Furcht vor Inflation, Hitler oder Stalin und beten jeden Abend: „Ich bin klein, mein Herz ist rein, ich bin ein Bürger von Liechtenstein."

Vaduz ist aber nicht der einzige Ort, wohin sich das wanderlustige Kapital begibt; auch Zürich, Genf, Luzern, Amsterdam, Haag sind Paradiese für Millionäre, und neuerdings scheint Luxemburg in Mode zu kommen; besonders englische Firmen flüchten sich dorthin.

Unsereiner kann froh sein, daß Brünings Abbauverordnungen ihm die Qual der Wahl ersparen. Jan Hagel

Für die Festtage

Ein Deutscher Karpfenausschuß, Unterausschuß im Reichs-Süßwasserausschuß, stößt uns die Nase darauf, daß Weihnachten und damit die Karpfensaison naht. Der Karpfenausschuß hat sich in dankenswerter Weise vorgenommen, „dem deutschen Weihnachtskarpfen in der deutschen Wirtschaft die Stellung zu verschaffen, die ihm gebührt". Er hat deshalb die Presse zu einem Informationsabend eingeladen, der „durch ein intimes Karpfen-Probeessen seinen erlebnisreichen Abschluß fand".

Immer werden Essen veranstaltet, wenn es um eine Sache schlecht steht. Und es steht schlecht um den deutschen Weihnachtskarpfen. Man wird ihn dieses Jahr um 50 Mark pro Zentner abstoßen müssen, während seine Produktionskosten 95 Mark betragen. Was liegt da näher, als den Karpfennimbus zu heben, durch irgend ein imponierendes Abzeichen, so wie man etwa das deutsche Frischei durch den wunderschönen stilisierten Adlerstempel dem Publikum teuer machte. Man weiß leider noch nicht recht, was es für ein Zeichen sein soll, und wahrscheinlich ist es für diese Weihnachten schon zu spät.

Der Deutsche Karpfenausschuß sollte sich möglichst bald an den Herrn Reichskunstwart wenden, damit wenigstens bis nächste Weihnachten ein recht geschmackvolles Reichskarpfenzeichen vorliegt, das dem deutschen Karpfen jene Beachtung erzwingt, die seinen Wert in den Augen der Konsumenten steigern wird. oha

Der Ethiker

In Ihrer gesch. Zeitung erschien unter diesem Stichwort eine Glosse über den hochwürdigen Herrn Kaplan Fahsel, welche, weder von mir veranlaßt noch inspiriert, vermutlich Ihr Resumée aufgrund der bisherigen Gerichtsverhandlungen in meiner Klage gegen den hochwürdigen Herrn Kaplan Fahsel darstellt. Es ist begreiflich, daß ihnen dabei kleine, nebenbeigesagt unwesentliche, Irrtümer unterlaufen konnten. Es ist auch nichts daran auszusetzen, daß der Rechtsbeistand des Beklagten diese formalen Fehler zu einer Richtigstellung benutzt. Daß er aber den Anlaß ausnutzt, um gleichzeitig zu polemisieren, also entgegen seiner treuherzigen Erklärung doch in das schwebende Verfahren einzugreifen, das ist nicht richtig. Ich muß daher als Geschädigter dieser Stimmungsmache gegenübertreten und stelle nun meinerseits fest:

1. Für die Vorträge in Stuttgart war ein für allemal ein Honorar von 500.— Mark vereinbart, wie ich dokumentarisch belegen kann, und seither, also seit ca. fünf Jahren, eingehalten worden. Trotzdem zwang mich Kaplan Fahsel durch seine Entweder-Oder-Forderung, für den Konnersreuth-Vortrag 800.— Mark als Honorar anzuerkennen.

2. Hiermit nicht genug glaubte der hochwürdige Herr einen Vorwand zu haben, seine Forderung nochmals, und zwar gleich auf 1500.— Mark zu erhöhen, als er bei seinem Eintreffen in Stuttgart feststellte, daß ich statt des ursprünglich von mir gewählten einen größeren Saal genommen hatte.

3. Abgesehen davon, daß ich gleichzeitig die Eintrittspreise wesentlich ermäßigte, ist noch nie für Stuttgart ein bestimmter Saal zur Bedingung gemacht worden oder vereinbart gewesen. Dagegen ist aus dem Text des Schreibens, mit dem der hochwürdige Herr Kaplan die erste Honorarmehrforderung von 800.— Mark zu legitimieren suchte, geradezu auf die Notwendigkeit der Wahl eines größeren Saales als seither zu schließen.

4. Der Prozeß geht nun eben darum, daß ich mich absolut nicht einigte, sondern unter dem Zwange der Drohung, falls ich nicht die Nachforderung bewillige, reise er, der Redner, sofort ab, im Rahmen meiner finanziellen Möglichkeiten vorerst nachgab, in der vagen Hoffnung, die spätere Nachprüfung, daß sich seine Ansprüche auf nichts gründen, werde den geistlichen Herrn veranlassen, seine wirtschaftliche Forderung zu berichtigen. Da diese — eigentlich selbstverständliche — Erwartung trog, wurde der Prozeß nötig.

Der Veranstalter

Kleinigkeiten

Aus der Gesellschaft. Der nationale Klub in Berlin hatte neulich einen großen Abend. Anwesend waren an bemerkenswerten Persönlichkeiten u. a.: „Kaiserin Hermine", der Herzog von Coburg und die Arbeiterführer Hitler und Goebbels. Man sei, meint ein Berichterstatter, wieder einmal an den Begriff „Hofgesellschaft" erinnert worden und vielleicht sei der Tag nicht fern, da die Schlagzeile „Hitler als Gast des ehemaligen Kaisers in Doorn" die Zeitungen ziere. — Durchaus möglich.

Der heimliche Diktator. In einer nationalsozialistischen Versammlung behauptete der Nazi-Abgeordnete Stegmann, Mussolini habe vor dem Empfang der deutschen Staatsmänner in Rom bei Hitler angefragt, ob ein solcher Empfang zweckmäßig sei oder nicht. — Ein solches Ansehen genießt Adolf bei den Großen der Welt.

Der heilige Stefan. Der katholische Bistumsverweser in Tyrnau (Slowakei) hat den Pfarrern seines Sprengels verboten, Festmessen zu Ehren des heiligen Stefan zu zelebrieren. Weil Stefan der ungarische Nationalheilige ist. — Hoffentlich setzt sich der Nationalitätenstreit nicht auch noch im Himmel fort.

Unsere Nationalen. Bei der letzen Frick-Versammlung in Stuttgart hat sich einer den Spaß gemacht, die vor der Stadthalle aufgestellten Autos auf ihre Herkunft zu untersuchen. Unter 145 Wagen waren 46 ausländische Fabrikate.

Die Wurzel des Übels. Der Papst hat in einer Ansprache gesagt: Diejenigen, die sich jetzt mit der Lösung der Weltkrise befaßten, hätten augenscheinlich das Vorhandensein Gottes vergessen — Natürlich! Daß da aber auch keiner dran gedacht hat!

Kirche bewaffnet sich. In Spanien ist ein groß angelegter Waffenschmuggel aus Frankreich aufgedeckt worden. Die Waffen, darunter Maschinengewehre, waren angeblich für den Schutz der Kirchen und Klöster in Nordspanien bestimmt; in Wirklichkeit rüstet die Kirche für den Kampf gegen die unbequeme Republik.

Ernst oder nicht —? Die „Vossische Zeitung" schreibt über die hessischen Nazi-Dokumente: „Wer ein besonnenes Urteil darüber gewinnen will, tut gut, mit nichternster Zurückhaltung an die Untersuchung heranzugehen." — Auch die nüchternste Zurückhaltung kann eine nichternste sein.

Im Fürstenbad. Einer der Prominenten der verkrachten Baugenossenschaft des Deutschen Evangelischen Volksbundes, Pastor Müller, hat zur Begutachtung der Rentabilität des Fürstenbades Heiligendamm vier Wochen lang mit Familie in dem Bad gelebt und der Baugenossenschaft dafür die hübsche Summe von 3372,65 Mark an Spesen angerechnet. — Auch einer der sogenannten „Ehrenamtlichen".

Die Heimlichkeit. Aus der „Frankfurter Zeitung": „Der heimliche Besuch Lavals bei Herrn Herriot ist in Lyon sehr beachtet worden." — Oder: unter interessierter Anteilnahme der gesamten Öffentlichkeit stattete Laval Herrn Herriot in allerstrengster Heimlichkeit einen Besuch ab.

Blutsuntreue Weiber. In der Nazizeitschrift „Der Weltkampf" ereifert sich einer gegen die „blutsuntreuen Weiber", deren „mädchenhafte Fügsamkeit, jungfräuliche Sittlichkeit und frauliche Bereitschaft zur Unterordnung" dahin sei. Schuld daran seien das Schlagwort von der Gleichberechtigung und der Materialismus, „die Weltanschauung der Tiere". — Durch sie ging das herrliche deutsche Dienstmädchenideal flöten.

Wohlgefällige Werke. Ein Bischof in Argentinien hat sämtliche Bruderschaften, religiöse Vereinigungen und Klöster verpflichtet, mindestens ein Exemplar einer katholischen Zeitung zu abonnieren, das sei „vor Gott verdienstvoller, als bei kirchlichen Festen Blumen und Blumenvasen aufzuhäufen". — Der Weg in den Himmel führt über Zeitungsabonnements.

Eine Provokation! In Paris ist eine internationale Kundgebung für den Frieden von Nationalisten gesprengt worden. Im Bericht des „Berliner Tageblatts" liest man: „Die vorbereitete Revolution, die ein Friedensruf an die Welt sein sollte ..." — Die Pazifisten hätten sich halt mit einer Resolution begnügen sollen!

Märchen der Technik. Die „B.Z. am Mittag" berichtet über einen vermißten Zugführer, den man schließlich im Klosett seines Güterzugs aufgefunden hat: „Der Zug hat inzwischen dreimal dieselbe Fahrt unternommen. Wahrscheinlich ist er einem Herzschlag erlegen." — Ich wette was, daß das gelogen ist.

Schlager schlagen ein. Das „8 Uhr-Abendblatt" hat eine Schlager-Matinee veranstaltet, in der sich das Publikum in einem Strom heiterer Melodien, „in denen es nur Liebe, Küsse, Mondschein, Blumen und schöne Frauen gibt", gesund badete. „So hat", sagt das Blatt, „der moderne Schlager ... eine mehr und mehr soziale Funktion übernommen ... Der Schlager ist in Musik gesetzte Demokratie der Gefühle ..." — So was ähnliches haben wir immer schon vermutet.

Der Weihnachtsbaum. In der Nr. 48 der S.-Z. ist berichtet worden, auf dem stuttgarter Rathaus habe ein sozialdemokratischer Gemeinderat den Antrag gestellt, für die Erwerbslosen öffentlich einen Weihnachtsbaum aufzustellen. Wir müssen reuig berichtigen: das war nicht in Stuttgart, sondern in Friedrichshafen.

Allen, die in den letzten Wochen Adressen für Probenummern geschickt haben, besten Dank! Wir werden an die angegebenen Adressen die S.-Z. vier Wochen lang schicken.

Für den politischen Gefangenen sind noch eingegangen: einmal 1 Mark und einmal 3 Mark; zusammen 82 Mark.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30. Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründet Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Neue Bücher

Der Staat ohne Arbeitslose — Drei Jahre Fünfjahresplan. Von Gläser-Weiskopf. Preis 4,50 Mark. — 256 Bilder aus dem neuen Rußland.

Deutschland von unten. Von Graf Stenbock-Fermor. Preis geb. 7,50 Mark, kart. 5,50 Mark. — Bilder aus den Elends- und Hungergebieten Deutschlands. Mit Text.

So kam 14 der Krieg. Von Franz Bühler. Preis 2,80 Mark. — Kurzer Bericht eines Historikers über den Juli 1914.

Der Untergang des Judentums. Von Otto Heller. Die Judenfrage, ihre Kritik, ihre Lösung durch den Sozialismus. Preis brosch. 4,50 Mark, in Leinen geb. 6,50 Mark.

Verbotene Filme. Eine Streitschrift. Von Wolfgang Petzet. Preis kart. 2,50 Mark. — Über den Apparat und die Wirkung der Filmzensur.

Angekündigt sind: vom Agis-Verlag:

Patrioten. Von Heinz Pol. Preis geb. 3,75 Mark, kartoniert 2,85 Mark. — Schildert das Zustandekommen des Young-Plans und zeigt, wer Politik macht.

Der Spion von Flandern. Von Heinrich Wandt. Preis geb. 3,75 Mark, kart. 2,85 Mark. — Fortsetzung von „Etappe Gent" und „Erotik und Spionage in der Etappe Gent". Beschreibt die Tätigkeit der geheimen deutschen Feldpolizei der vierten Armee.

Stuttgart, 6. Dez. 1931 **Die Sonntags-Zeitung** 12. Jahrg. Nr. 49, 2. Blatt

Rentabilität

Die Frankfurter Zeitung hat ihren Lesern kürzlich eine umfangreiche Gratisbeilage über das Thema „Nachkriegskapitalismus" geliefert. Ihr wirtschaftspolitischer Redaktor, Herr Dr. Erich Welter, sucht darin nachzuweisen, daß der Kapitalismus eben doch das beste aller Wirtschaftssysteme und keineswegs am Zusammenbrechen sei. Es handle sich nur darum, ihn von Schlacken und störenden Beimengungen wie z. B. staatlichen Eingriffen, Preisbindungen, politischen Belastungen zu befreien und in seiner alten Reinheit wiederherzustellen, dann werde auch die gegenwärtige, auf einem unglücklichen Zusammentreffen von verschiedenerlei Hemmungen beruhende Krise wieder verschwinden und neuer Prosperität Platz machen.

Es sei töricht, eine Wirtschaft, die „unter Nutzbarmachung des individuellen Gewinnstrebens eine optimale Anpassung der Erzeugungskräfte an die Bedarfswünsche der in ihr arbeitenden und konsumierenden Glieder vornimmt", als anarchische Wirtschaft zu bezeichnen. Eine sozialistische Planwirtschaft vermöge diese Anpassung nicht zu erreichen, weil ihr die automatische Steuerung durch Preis und Zins fehle; sie könne den technischen Fortschritt nicht wirtschaftlich verwerten, weil sie nicht über die Möglichkeit exakter Rentabilitätsberechnung verfüge und daher der Gefahr gigantischer Fehlinvestierungen ausgesetzt sei. Eine Planwirtschaft z. B. könne nicht feststellen, ob eine Glasmaschine mit einer täglichen Leistung von 60 000 Flaschen eigentlich ökonomisch zweckmäßiger sei als die Arbeit des ohne Maschine tätigen Glasbläsers, oder daß die Herstellung von synthetischem Kautschuk ökonomisch unzweckmäßig sei, weil sie viel teurer komme als die Gewinnung des natürlichen Kautschuks.

Ist das wahr, daß der Kapitalismus eine „optimale Anpassung" der Erzeugungskräfte an den Bedarf garantiert? Ich finde, es ist schon beinahe eine Unverfrorenheit, so etwas zu behaupten, solange die Preise beliebiger dringend benötigter Bedarfsartikel zehnfach über den Herstellungskosten liegen und sie deshalb für neunzig Prozent der Menschheit unerschwinglich machen, notabene auch bei glänzender Konjunktur. Was hilft mich alle privatwirtschaftliche Rentabilitätsberechnung, wenn ihr ganzer Erfolg der ist, daß es für mich unrentabel ist, eine Ware zu kaufen, mag ihre Herstellung und ihr Verkauf für die daran Beteiligten noch so rentabel sein? Wenn infolgedessen die Maschinen und die Arbeitskräfte im kapitalistischen System nur zu einem Bruchteil ausgenützt werden können (weil der Absatz der Produkte den technischen Möglichkeiten der Herstellung bei weitem nicht entspricht), — ist das rentabel, ist das „optimale Anpassung"? Oder wenn der Herr Kapitalist es rentabel findet, mich mit schlechter Ware übers Ohr zu hauen, für die ich ihm mein gutes Geld (nämlich so und so viel Arbeitsstunden) hingegeben habe, — ist das rentabel? Wenn unter der Herrschaft des Kapitalismus auch bei glänzender Konjunktur Millionen von Arbeitskräften brach liegen, weitere Millionen durch unmenschliche Ausbeutung vor der Zeit arbeitsunfähig werden, — ist das, volkswirtschaftlich betrachtet, rentabel? Ist es rentabel, Kaffee ins Meer zu schütten, Weizen zu verbrennen, Baumwolle unterzupflügen, damit der Profit von ein paar hundert oder tausend Kapitalisten nicht geschmälert werde? Ist es rentabel, Erfindungen wie das „ewige Zündholz" oder die „ewige Glühbirne" oder das unzerbrechliche Glas nicht auszunützen, damit von ein paar Aktiengesellschaften ungestört weiterverdient werden kann? Ist es rentabel, an Millionen von Kleinhändlern verschleierte Arbeitslosenunterstützungen zu zahlen? Tausende von Schiebern, Tantiemen- und Dividendenschluckern, faulenzenden Generaldirektoren, Syndikussen und Aktienspekulanten aus dem großen Topf gratis, und zwar anders als andere Arbeitslose, zu ernähren?

Zwischen volkswirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Rentabilität ist offenbar ein gewaltiger Unterschied. Oder, wenn jemand den Ausdruck „Rentabilität" nur für die letztere gelten lassen wollte: Rentabilität und Wirtschaftlichkeit ist bei weitem nicht dasselbe. Wenn die sozialistische Wirtschaft nicht wirtschaftlicher wäre als die kapitalistische, dann bestünde wenig Aussicht auf ihren Sieg, und man hätte wahrhaftig auch keinen Grund, ihn zu wünschen.

Gerade der technische Fortschritt ist es, der den Untergang des Kapitalismus beschleunigen wird, ja der ihn letzten Endes als Hauptursache herbeiführt. Das privatkapitalistische Profitsystem ist diesem Fortschritt nämlich nicht gewachsen. Die modernen Großmaschinen, wie jene Owensche Flaschenmaschine, können nur in einer Planwirtschaft rationell ausgenützt werden, sie sind nur in ihr „rentabel". Die Produktivkräfte sind dem Kapitalismus heute einfach über den Kopf gewachsen. Die Marktwirtschaft ist rückständig geworden, darum muß sie von einer anderen, rationelleren, rentableren abgelöst werden.

Ob die sozialistische Wirtschaft sich zur Rentabilitätsberechnung, d. h. zur Feststellung des Grades der Wirtschaftlichkeit ihrer Funktion, des Hilfsmittels von Preisen bedienen wird, oder wie lange sie das tun wird, ist nicht entscheidend. Der Preis ist nicht das einzige und durchaus kein vollkommenes Mittel zur Erkenntnis des wirtschaftlichen Optimums. Selbstverständlich wird auch eine sozialistische Wirtschaft, ja diese erst recht, mit dem kleinsten möglichen Kraftaufwand den größtmöglichen Erfolg zu erreichen streben. Dieser kategorische Imperativ regiert überall, wo überhaupt gewirtschaftet wird. Es hat ihn gegeben, längst ehe der Kapitalismus da war, und wird ihn geben, solange Menschen tätig sein müssen um Bedürfnisse zu befriedigen. (Wie es auch „Kapital" im Sinne von Produktionsmitteln immer gegeben hat und geben wird.)

Erich Schairer

Volkswirtschaftlicher Unterricht

„Wie kann Deutschlands Handelsbilanz aktiv gestaltet werden? A) Einleitung. 1.) ... Handelsvertragsverhandlungen, Zollpolitik ... 3.) Folgen einer Aktivität der Handelsbilanz. B) Ausführung. 1.) Wie können wir den Export steigern? a) Wohin könnten wir vielleicht noch mehr exportieren? Wir exportieren 75 Prozent nach Europa, 15 Prozent nach Amerika, 8 Prozent nach Asien ... b) Was können wir exportieren? Chemikalien, Farbe, Spielwaren ... 2.) Wie können wir den Export drosseln? a) In Bezug auf Fertigwaren-Einfuhr: Gewebe: 300 Millionen, Kleider, Wäsche 25 Millionen ... b) in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse; Weizen 390 Millionen ... c) Gemüse und Obt (Obst 204 Millionen, Südfrüchte 243 Millionen) ... 3.) Folgen: a) Der Binnenmarkt wird gestärkt ... b) Man braucht aus erspartem Import nicht auch mehr Export zu finanzieren. c) Man gewährt dem Inland Beschäftigung."

Was ist das? Das Inhaltsverzeichnis einer volkswirtschaftlichen Doktorarbeit? Nein, ein Aufsatzthema samt Disposition, das 16- bis 17jährige Mädchen in der Fortbildungs-Handelsschule in Cannstatt auszuarbeiten haben. Die Mädchen besitzen meist Volksschulbildung; sie sind beruflich teils im Kontor, teils im Verkauf beschäftigt.

Dabei ist das zitierte Thema noch nicht einmal das schlimmste. Ein anderes heißt: „England, Frankreich, Rußland und Deutschland." Da sollen die „psychologischen Verschiedenheiten" der vier Völker untersucht werden. Dabei wird Frankreich folgendermaßen charakterisiert: „B) Frankreich. I.) Die Politik beherrscht Frankreich (Diplomatie, Heer, Festungsbauten, Verhinderung der Zollunion), Revanchegedanken. II.) Formensinn (Mode, gesellschaftliches Sichbenehmen, Diplomatie). III.) „Rechtsanwaltsgedanken." IV.) Die französische Wirtschaft: Leihkapital, Ideal der Rentner."

Und nun stellen Sie sich bitte einmal vor, was ein 16jähriges Ladenfräulein über dieses blödsinnige Thema schreiben kann!

Einheitsfront

Einheitsfront gegen den Fascismus! — Daß sie notwendig ist, darüber sind sich alle Gegner des Fascismus einig; daß sie auch heute noch den Fascismus am weiteren Aufstieg hindern und ihn wieder zurückschlagen könnte, darüber besteht wohl auch kein Zweifel; daß die antifascistische Einheitsfront eine Einheitsfront des jetzt in verschiedenen Parteien und Organisationen zersplitterten Proletariats sein muß, ist ebenfalls klar. Die Frage ist: Wie soll und kann diese Einheitsfront geschaffen werden?

Über diese Frage sollen in der nächsten Zeit in der S.-Z. einige Artikel (womöglich Diskussionsartikel) veröffentlicht werden. Und die Leser werden gebeten, dabei mitzuhelfen.

In den letzten Wochen sind in verschiedenen Städten schon Ansätze zu einer Einheitsfront sichtbar geworden. Reichsbanner und Antifa arbeiten häufig zusammen, Kurierdienste werden organisiert usw., sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter rücken sich näher. (Spät genug, aber vielleicht noch rechtzeitig.) Wie kommt ein derartiges Zusammenarbeiten zustande? Unter welchen Parolen? Welche Aufgaben werden gestellt? Welche erreicht? Wie erreicht? Wer führt? Wodurch könnte die lose und nur zeitweilige Zusammenarbeit fester und dauernder gemacht werden, damit sie auch größeren Aufgaben gewachsen ist? Und so weiter. Wer zu antworten weiß, möge schreiben.

Dann Fragen mehr grundsätzlicher Natur. Vor ein paar Wochen, als die fascistische Gefahr bedrohlich wurde, haben die Sozialdemokraten mit den Kommunisten wegen eines eventuellen Zusammengehens Fühlung zu nehmen versucht. Müssen die Sozialdemokraten nicht fürchten, daß sie bei einem Zusammengehen mit den Kommunisten die Führung aus der Hand geben müßten? Ist es ihnen deshalb überhaupt möglich, ehrliche Einheitsfrontpolitik zu betreiben?

Nützen die Kommunisten alle Möglichkeiten, zu einer Einheitsfront zu gelangen, richtig aus? Wo zeigt ihre Arbeit Schwächen? Wie können sie überwunden werden? Sollen sich die Kommunisten nur an die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter wenden oder unter Umständen auch an die Führung von Organisationen (z. B. Gewerkschaften)? Mit welchen Losungen und Forderungen? Müssen die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn man sie für die Einheitsfront gewinnen will, zum Austritt aus ihrer Partei bewogen werden? Und so weiter, und so weiter.

Auf diese und andere zum Thema gehörenden Fragen möge jeder, der sich berufen fühlt, antworten. Möglichst kurz und sachlich.

Die Redaktion der S.-Z.

Ein Beispiel

„Was ist die proletarische Einheitsfront? Nichts anderes als der gemeinsame Kampf der Arbeitermassen in ihren Tagesforderungen gegen den Kapitalismus. Alle Arbeiter, ganz gleich welcher Parteizugehörigkeit, ob organisiert oder unorganisiert, gehören hinein in den täglichen Kampf für ein Stückchen Brot. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung.

Zwar wächst der Erfolg der Einheitsfront von unten, aus den Tiefen der Arbeitermasse selbst. Aber ich würde dennoch den Kommunisten raten, dabei auch nicht darauf zu verzichten, unter gegebenen Umständen auch mit den Spitzen der sozialdemokratischen Organisationen zu unterhandeln. Über den Gang der Unterhandlungen müßten die Massen jedoch dauernd und vollkommen unterrichtet werden. Auch dieser Weg wäre eine Schulung für die Massen, weil diese bei dem selbstverständlichen Versagen sozialdemokratischer Führer in der Frage der Herstellung einer Einheitsfront über die Köpfe dieser sabotierenden Führer hinweg doch zur Einheitsfront ihrer Klasse strömen würden."

Ein parteiloser Bauarbeiter in „Berlin am Morgen"

Aus neuen Büchern

Waldenburg

Ich bin in Waldenburg, der Hauptstadt des niederschlesischen Industriereviers.

Waldenburg ist ein reiner Industriekreis, nur 5 Prozent der Bevölkerung verdienen durch die Landwirtschaft. So sind die Bewohner auf Lebensmitteleinfuhr angewiesen. Die Preise werden dadurch hoch, Waldenburg ist eine der teuersten Städte Deutschlands.

Fast auf allen Zechen arbeiten die Bergleute unter ständiger Lebensgefahr. Das schroffe Antreibesystem unter Tag, die stete Arbeitshetze, das Akkordprinzip führen zu täglichen Unglücksfällen. Alle verfügbaren Kräfte liegen vor der Kohle, und die Sicherheitsmaßnahmen: die Anbringung von Wettertüren, der Verbau der Stollen usw. werden vernachlässigt.

Der Waldenburger Bergmann ist der am schlechtesten bezahlte Bergmann in Deutschland. Nach der Lohnordnung vom 1. September 1929 erhält ein Hauer 6,03 Mark pro Schicht; ein Schlepper 5,52 Mark. Im Monat verdient also der Hauer (der jeden Tag sein Leben aufs Spiel setzt) durchschnittlich 145 Mark. Wenn die Abzüge (Versicherungen) wegkommen, bleiben nicht viel mehr als 110 Mark übrig. Da aber viele Gruben Feierschichten einlegen, bringt es ein großer Teil der Bergleute noch nicht einmal auf 100 Mark im Monat.

Wir gehen durch Straßen, durch lange Reihen grauer Mietskasernen. Die Wände sind aussätzig und kahl, von Schmutz, Ruß und Alter zerfressen. Die Erde ist unterwühlt durch den Bergbau, viele Gebäude werden nur noch durch mächtige eiserne Anker zusammengehalten. Sprünge spalten die Häuserfronten. Manche Schulen und Mietwohnungen sind wegen der Einsturzgefahr geräumt.

Es geht über ausgetretene wackelige Treppen. Wir treten in die Wohnung der Bergmannsfamilie M. Ein durchdringender Geruch von Kartoffeln, Sauerkraut, Leder, alten Kleidern, Schweiß schlägt uns entgegen. Eine rothaarige Frau erhebt sich. Der mittelgroße Raum ist voller Menschen. Zerlumpte Kinder spielen auf dem Boden, sitzen auf Stühlen, dem schiefen Sofa, auf den Betten. Junge Burschen stehen herum, kleiden sich um, putzen ihre Stiefel, rasieren sich. Auf dem schmutzigen nassen Tisch sind Teller mit Speiseresten. In diesem Zimmer, gleichzeitig Küche, wohnen neun Personen. Außer den sechs Kindern noch ein Schlafbursche in „Pension". Neben dem Raum steht der Familie noch eine Dachkammer zur Verfügung, in der ein Bett untergebracht werden kann. Im ganzen sind drei Betten und das Sofa vorhanden. Seit zwanzig Jahren lebt die Familie hier.

In diesem Zimmer wird gekocht und gegessen, gewohnt und geschlafen. Hier werden die Kinder geboren. Hier liegen die Kranken. Hier sterben die Alten. Die Kinder sind dabei, wenn die Eltern geschlechtlich verkehren. Sie sind dabei, wenn die älteren Brüder mit ihren Bräuten schlafen. An den Wänden sind große feuchte Flecke. Die Tapete hängt an einigen Stellen zerfetzt herunter. An der einen Wand ist ein Spruch:

Beklage nie den Morgen,
der Müh und Arbeit gibt.
Es ist so schön zu sorgen
für Menschen, die man liebt.

An der anderen Wand ein knallbuntes Bild, zwei Kinder gehen auf dem schmalen Holzsteg über einen Abgrund, ein Engel behütet sie. Die „Wohnung" kostet 15 Mark Miete.

Wir kommen in eine Kellerwohnung. Feuchte eisige Luft umweht uns. Menschenausdünstungen füllen den Raum. Die mit schwarzem Ruß bedeckten winzigen Fenster werden niemals geöffnet. Sonst dringt der Staub der vorbeifahrenden Autos und der gegenüberliegenden Porzellanfabriken herein. Es ist stockdunkel, Tag und Nacht muß das elektrische Licht brennen. Vor dem Fenster hängt ein Vogelkäfig. Der Kanarienvogel läßt traurig die Flügel hängen. Auf der wackeligen Kommode stehen bunte Nippes. An der feuchten Wand Christusbilder und ein Spruch: „Wo ich bin und was ich tu, sieht mir Gott mein Vater zu." Hier wohnen sieben Personen in einem Raum. Vorhanden sind drei Betten und Matratzen am Boden. Monatsmiete für dieses Loch 14 Mark.

Oben im vierten Stock eines Hauses kommen wir in ein winziges Zimmer, vollgebaut mit Schränken, Kommoden, Tischen. In drückender Enge wohnen hier fünf Personen. Zum Schlafen gibt es zwei Betten. Das Fenster wird durch die nahe Außenwand der dicht gegenüberliegenden Mietskaserne verdunkelt. Hier muß ständig das Licht brennen. Miete 11,75 Mark.

Aus: Graf A. Stenbock-Fermor, Deutschland von unten (Preis kart. 5,50 Mark, geb. 7,50 Mark)

Brot und politische Analyse

Von Lenins „Sämtlichen Werken" ist soeben Band XXI erschienen. Er enthält die Aufsätze, Notizen, Briefe usw. vom 16. Juli bis 6. November 1917; er ist wohl der interessanteste der bisher erschienenen Bände. Der folgende Abschnitt ist dem Band entnommen. (Anfang Juli 1917 fanden in Petersburg und andern Städten riesige Demonstrationen statt; sie wurden z. T. unterdrückt, die bolschewistischen Führer wurden ausgewiesen oder verhaftet.)

Ich mußte nach den Julitagen (1917), dank der besonders fürsorglichen Aufmerksamkeit, mit der mich damals die Regierung Kerenski beehrte, illegal leben. Ich wurde natürlich von einem Arbeiter verborgen gehalten. In einem abgelegenen Arbeitervorort Petrograds, in einer kleinen Arbeiterwohnung wird das Mittagessen gereicht. Die Hausfrau bringt das Brot. Der Hausherr sagt: „Schau dir das ausgezeichnete Brot an. „Sie" wagen es jetzt wohl nicht, schlechtes Brot zu geben. Wir haben fast vergessen, daß es in Petrograd auch gutes Brot geben kann."

Mich überraschte diese klassenmäßige Einschätzung der Julitage. Meine Gedanken bewegten sich um die politische Bedeutung der Ereignisse, schätzten ihre Rolle im allgemeinen Gang der Ereignisse ab, untersuchten, welcher Situation dieser Zickzackweg der Geschichte entsprungen sei und welche Situation er schaffen werde, wie wir unsere Losungen und unseren Parteiapparat ändern müssen, um ihn den veränderten Verhältnissen anzupassen. An das Brot hatte ich, ein Mensch, der nie Not gekannt hatte, nicht gedacht. Das Brot stellte sich für mich irgendwie von selbst ein, etwa wie eine Art Nebenprodukt der schriftstellerischen Arbeit. Zu dem, was allem zugrunde liegt, zum Klassenkampf ums Brot, gelangt das Denken durch die politische Analyse auf einem ungewöhnlich komplizierten und verwickelten Wege.

Aber ein Vertreter der unterdrückten Klasse, wenn auch einer der gut bezahlten und sehr intelligenten Arbeiter, packt den Stier direkt bei den Hörnern, mit jener bewundernswerten Einfachheit und Geradheit, mit jener festen Entschlossenheit, mit jener erstaunlichen Klarheit des Blicks, von der wir Intellektuelle himmelweit entfernt sind. Die ganze Welt zerfällt in zwei Lager: „wir", die Werktätigen, und „sie", die Ausbeuter. Keine Spur von Verlegenheit aus Anlaß des Geschehenen: es ist eine der Schlachten im langen Kampf der Arbeit gegen das Kapital. Wo Holz gehackt wird — fliegen Späne.

Wie qualvoll ist doch diese „außerordentlich komplizierte Situation" der Revolution — so denkt und fühlt der bürgerliche Intellektuelle.

Wir haben „sie" fest angepackt, „sie" wagen nicht frech zu sein wie früher. Packen wir noch fester zu, erledigen wir sie ganz — so denkt und fühlt der Arbeiter.

Die Stadt Al Capones

Vor der Welt gilt Chicago als die Stadt des Verbrechens. Man kann aber die Lage in Chicago nur verstehen, wenn man sich vollkommen freimacht von unsern eigenen Begriffen von Polizei, Verbrechern und Verbrechen.

Die Auffassung der Bevölkerung von ihrer Polizei ist von der unsrigen vollkommen verschieden. Das Ansehen der Polizei ist gering, ihre Korruption in vielen Städten nur allzubekannt. Der Bürger fühlt sich von seiner Polizei eher bedroht als beschützt. Banken und große Unternehmen werden von ihrer privaten Hauspolizei geschützt, wohlhabende Wohnviertel organisieren ihren eigenen Bewachungsdienst, die Reichen halten sich Privatdetektive.

Ein Mensch wie Al Capone ist keineswegs der Kinderschreck, als der er immer hingestellt wird. Al Capone begann seine verbrecherische Laufbahn als Alkoholschmuggler. Er arbeitete erfolgreich und entwickelte eine große Organisation geschickter Mitarbeiter. Mit der Zeit wandten sich große und legale Geschäftsunternehmer an Capone um Schutz gegen andere Verbrecherbanden; ein Schutz, den ihnen die Polizei nicht garantieren konnte. Seine Machtstellung wuchs; wahrscheinlich ganz gegen seinen Willen wurde er auch in die Politik gedrängt. Arbeiterorganisationen mieteten die Protektion Capones in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Die Organisation Capones fungierte ganz einfach wie eine Art Kriminalpolizei und als private Schutztruppe. Der geschäftliche Ruf Capones ist weit besser als der von vielen sogenannten anständigen Firmen: er hält seine Verträge pünktlich ein.

Verbrechen ist heute in Amerika eine Großindustrie geworden, deren Jahresumsatz man auf eine Milliarde Dollar schätzt. Das Verbrechertum steht nicht „außerhalb" der Gesellschaft, sondern mitten in ihr. Darum kann ich mir nicht vorstellen, daß es gelingen wird, diese Industrie auszurotten oder auch nur wesentlich zu beschränken. Ich könnte mir nur eine Lösung denken: die

großen Verbrecherorganisationen legal zu machen als eine neue, wirksame Kriminalpolizei.

Das „Protektions"-Geschäft beginnt meist so, daß eine kleine Bande schwerer Jungen sich eine bestimmte Straße ihres Viertels wählt.

Sie besuchen meist zu zweit die Geschäfte: die Krämer, Schlächter, Friseure, Drogisten, die Restaurants, Garagen, Zigarettenläden, Schönheitssalons und Wäschereien. Sie wenden sich an den Inhaber: „Guten Morgen, es ist Ihnen ja wohl bekannt, daß in letzter Zeit viele Verbrechen geschehen. Gerade vorgestern sind hier in der Nachbarschaft zwei Läden ausgeräumt worden." (Das Ausräumen dieser Läden haben sie natürlich selbst besorgt.) „Wir haben da eine Schutzorganisation gegründet — hier ist unsere Geschäftskarte —, wir sind die Schutz- und Schirmgesellschaft ‚Starke Hand'. Wir fordern Sie zum Beitritt auf. Der Beitrag ist nicht der Rede wert (fünfzig bis hundert Dollar im Monat), dafür garantieren wir Ihnen vollständigen Schutz gegen jedes Übel auf der Welt, auch gegen unliebsame Konkurrenz mit einbegriffen. Unterzeichnen Sie bitte."

Weigert sich der Geschäftsinhaber, dann kommen sie am nächsten Tag wieder und erneuern ihren Vorschlag mit etwas größerer Dringlichkeit, indem sie etwa ihre Revolver sehen lassen. Im allgemeinen unterzeichnet dann der Kunde den Vertrag. Tut er es nicht, dann wird er wahrscheinlich am andern Morgen seine Schaufenster zertrümmert finden oder seine Ladenfront gesprengt, oder die Boten, die seine Ware bringen, werden abgefangen und schwer verhauen. Und wenn er dann noch immer nicht will, dann kommt eines guten Tages ein rauher Kunde in den Laden, kauft eine Kleinigkeit und schlägt im Weggehen den Geschäftsmann nieder. Am nächsten Tag — falls er nicht im Krankenhaus ist —, ist der Mann dann durchaus willig und bereit, sich „beschützen" zu lassen.

Heinrich Hauser in: Feldwege nach Chicago (kart. 4,50 Mark, geb. 5,50 Mark)

DEUTSCH IM 15.-20. TAUSEND

RUSSISCH UND HOLLÄNDISCH, DEMNÄCHST AUCH PORTUGIESISCH, SCHWEDISCH UND FRANZÖSISCH

LIEGT JETZT VOR

HANS OTTO HENELS

EROS IM STACHELDRAHT

17 Liebes- und Lebensläufe. Solid gebunden, 208 Seiten stark ..... RM 2.80

Geschlechtsnot mannigfacher Art draußen und daheim, der Krieg als Zerstörer auch des Liebesglücks, verseuchend, vertierend. Das Buch erschüttert durch seine Ehrlichkeit.

Vorrätig ist es in jeder guten Buchhandlung. Sonst auch direkter Bezug möglich vom

Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15

Postscheckkonto: Berlin 83229

FÜLLHALTER für jede Hand und jeden Geldbeutel bei SCHALLER MARIENSTR. 14 Von RM. 3.— an.

Meine freundliche Bedienung

wird von den Hausfrauen anerkannt. Meine Arbeiter sind schon jahrelang in meinen Diensten, kennen sich überall aus, schimpfen nicht und sind immer zuvorkommend. Auf meinem Büro werden Sie aufmerksam u. freundlich bedient; evtl. Anstände werden von einem Prokuristen oder vom Chef selbst erledigt

Kohlenhandlung FRANZ BAUERLE

Kanzleistr. 8B — Fernsprecher 222 44/45

Juwelier Max Dreifuss, Stuttg.

Königstrasse 36 II (Aufgang im Pelzh. Müller)

Bei-spiele

Tafellöffel 90 gr. vers. erste Marke Mk 1.60
Anhänger 14 Kt 585/ gestempelt Mk. 3.—
Ohrringe 14 Kt 585/ gestempelt Mk. 3.50
Damenringe echt Gold ..... Mk. 2.75
Damen-Armbanduhr Walz-Gold 5 Jahre Garantie ..... Mk. 7.80
Herren-Armbanduhr Anker mit Garantie ..... Mk. 8.50

Wenn Sie bei mir kaufen, sparen Sie viel Geld, denn Sie bezahlen bei mir keine Ladenmiete

geigenbau r. eras, erlbach i. v. gambenbau

VOLK in KETTEN UND UNSER KAMPF UM VOLLAMNESTIE!

Darüber spricht am Freitag, den 11. Dezember im „DINKELACKER-SAAL-BAU STUTTGART" abds. um 8 Uhr

POLIZEI-Oberleutnant a. D. Gerhard Giesecke, Berlin

Rote Hilfe Gross-Stuttgart. Eintritt 30 Pfg., Erwl. 10 Pfg.

Kammerrevue-Theater Stadtgarten Stuttg.

Montag, 7. Dez. bis Samst. 12. „

Der Mann, um den es sich dreht

von Max Heye

PREIS: —.90 bis 2.25 Mk.

Friedrichsbau-Theater

täglich 8¼ Uhr Sonntags 3½ u. 8¼

25 Schierseer spielen den lustigst. Schlager von 1931 Zwei Bauern im ¾ Takt

DIE GUTE POLLA KLINGE

RASIERMESSER von RM. 2.— an
RASIERAPPARATE von RM. —.50 an mit 1 Klinge
TASCHENMESSER
FAHRTENMESSER
SCHEREN
HAARSCHNEID-MASCHINEN
TISCHBESTECKE
zu billigsten Preisen
R. POLLA
Hirschstrasse 23
eig. Reparaturwerkst.

Kleine S.-Z.-Anzeigen

Preis eines Feldes 3 Mark, eines Doppelfeldes 5 Mark

Frankfurter S.Z.-Leserinnen und -Leser.

Mit wem kann ich freundschaftliche Beziehungen anknüpfen?

Voraussetzung: soziale Gesinnung, echte Naturverbundenheit, Freude am Wandern.

Adresse: HANS HERGERT, FRANKFURT a.M. Unt. Kalbacherweg 1

Wer ist bereit

an seinem Wohnort die S.-Z. zu verkaufen oder Abonnenten zu werben, oder auf irgend eine Weise für die S.-Z. Propaganda zu machen?

Näheres vom Verlag der S.-Z. Stuttgart, Postfach 51.

Junge, staatl. gepr. **Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerin** sucht, weil keine Aussicht auf staatl. Anstellung, Stellung im Haushalt (auch veget.) evtl. zur Vertretung der Hausfrau.

Angeb. unter XY 100 an die Redaktion der SZ.

Sekretärin

mit langjähriger Erfahrung in Buchhaltung, Korrespondenz und allen kaufm. Arbeiten sucht Stellung.

Angebote unter A 10 an die S.-Z.

Elektriker-Genossenschaft EGmbH., STUTTGART, HACKSTRASSE 76

Telefon 40969 und 41188

Fil.: Cannstatt, Brückenstr. 57 (Tel. Umschalt.)

Elektrische Anlagen jeder Art und Grösse.

Große Auswahl passender WEIHNACHTSGESCHENKE wie Beleuchtungskörper mod. Art, Wärmekissen, Heiz- und Kochapparate, Rauchverzehrer, Tauchsieder, Kaffeemasch., Staubsauger, Teekessel, Haartrockenapparate usw.

RADIO

Komplette Anlagen. Rundfunkgeräte aller Systeme Batterien, Lautsprecher, alle Radio-Ersatzteile, Schallplatten. Musikverstärkeranlagen. Verlangen Sie unsern illustrierten Radiokatalog.

Aufmerksame Bedienung — Auf Wunsch Teilzahlung ohne Aufschlag

Zu Weihnachten

finden Sie unter meiner reichhaltigen Auswahl in

Mantel- und Kleiderstoffen das praktische Geschenk

In reinwollenen Tweed und Diagonal habe ich hübsche Geschenkkartons zusammengestellt

für 1 Kleid	für 1 Kleid	für 1 Kleid	für 1 Kleid
4 m 7.50	4½ m 8.50	5 m 8.75	4½ m 10.-

Beachten Sie meine Schaufenster

MOTZER

Stuttgart, Königstraße 53, Ecke Hirschstraße

Haben Sie schon einen neuen Abonnenten geworben?

Neu! Soeben erschienen!

Vasektomie

das Zaubermittel der Verjüngung, ein tatsächl. Ratgeber für Alle

Preis RM. 1.— (Voreinsendung)

Verlag: Internationaler Bund für Kontingentierung der Bevölkerung MANNHEIM, Waldhofstr. 17

SPART BEI DER

SPARENLAGEN ZU DEN GÜNSTIGSTEN BEDINGUNGEN

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, AG

BERLIN S 14, WALLSTRASSE 65

Zahlstelle: Stuttgart, Kronenstrasse 24

MÖBEL

kaufen Sie am vorteilhaftesten gegen bar oder Zahlungserleichterung bei

Möbel Kluth u. Lin. Stuttgart

Katharinenstraße 2a

Politik, Tagesereignisse und Unterhaltung jeder Art bietet Ihnen täglich, stündlich

JACOB-RADIO

Verlangen Sie kostenlose Preisblätter oder Vorführung in Ihrem Heim von

MUSIK-JACOB STUTTGART Königstrasse Nr. 33 Eingang Neue Brücke

Preislisten über Grammophone, Platten, Pianos, Harmonikas und sonstige Musikinstrumente.

Auch Sie ...

. . . . . müssen sich von unserer unbedingten Leistungsfähigkeit überzeugen. Unsere Neueröffnung hat durch den großen Andrang bewiesen, daß wir nicht blos billig, sondern daß unsere Qualitäten auch gut sind. Hier ein neuer Beweis unserer unbedingten Leistungsfähigkeit:

Herrenhalbschuhe auf Rand gedoppelt ℳ 4.95
Herrenlackschuhe ..... ℳ 5.45
Herrenlackschuhe, echte Rahmenarbeit ℳ 8.85
Herrenhalbschuhe, Mastbox echte Rahmenarbeit ..... ℳ 7.85
Herrensportstiefel mit Doppelsohlen . ℳ 7.85
Herrensportstiefel, braun Rindbox weiß gedoppelt ..... ℳ 9.50
Herrensporthalbschuhe, Rahmenarbeit ℳ 7.85
Herrensonntagsstiefel ..... ℳ 5.85
Herrensonntagsstiefel in echter Rahmenarbeit, Boxkalf .... ℳ 10.85
Herrenmotorradstiefel, braun, gute Qual. ℳ 13.50
Herren-Ski-Stiefel mit Lederfutter nur ℳ 16.50
Herrenhausschuhe mit Ledersohle von ℳ 1.60 an
Knabensportstiefel mit Doppelsohle feine Lederausführung, 36/39 . . ℳ 7.85
Knabenstiefel, 27/35 ..... von ℳ 4.75 an
Knabenhalbschuhe mit Garantiesohlen ℳ 3.90
Knabenhalbschuhe, 36/39 ..... ℳ 4.90
Knabenstiefel, unsortiert, 23/26 . von ℳ 2.85 an
Fußballstiefel, unsortiert ..... ℳ 7.85

UNION-SCHUH Spezialhaus für Herren u. Knaben

Stuttgart, Leonhardspl. 8

(Sechstes Haus bei Breuninger)

Einziges Spezialschuhhaus dieser Art in Württemberg

A. DEMLING

LEGENDEN U. GEDICHTE

„Eine eindrückliche Predigt gegen soziale Ungerechtigkeit ist der „Sträfling", der das zwangsläufige Zugrundegehen eines gut gearteten armen Buben, an dem die Mitmenschen von Kind an schon sündigen, darstellt".

Basler Nationalzeitung.

Geb. RM. 2,80. In allen Buchhandlungen. Tor-Verlag, Stuttgart

Bosch Uhren, Goldwaren Bestecke, Reparaturen

Hauptstätterstrasse 53 — Telefon SA 70167

12. Jahrgang, Nr. 50
Stuttgart, 13. Dezember 1931

Die Sonntags-Zeitung

Einzelnummer:
20 Pfennig

Abbau en gros

Am 8. Dezember ist die „Vierte Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens", wie der offizielle Titel lautet, der letzte Band von Brünings gesammelten Werken, wie die nationalistische Presse boshaft schreibt, veröffentlicht worden. Diese Verordnung greift weit schärfer als eine ihrer Vorgängerinnen in die „Freiheit" der Wirtschaft ein; in manchen Punkten kann sie es mit der Kriegswirtschaft aufnehmen.

Die Preise der Kartelle, Syndikate und der „nächstfolgenden Wirtschaftsstufe" (wohl des Großhandels) in der Eisenwirtschaft, Eisen- und Metallverarbeitung, in der Baustoff-, Chemie-, Papier-, Glas-, Keramik- und Textilwirtschaft müssen am 1. Januar 1932 um 10 Prozent gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden. Ebenso die Preise der Markenwaren. Ebenso (gesondert aufgeführt) die Preise des Kohlen- und des Kalisyndikats.

Der Zins aller festverzinslichen Werte, soweit er mehr als 6 % ausmacht, wird gesenkt. Und zwar, wenn er jetzt zwischen 6 und 8% beträgt, auf 6%, wenn er mehr als 8% beträgt, im Verhältnis 8 : 6.

Die Mieten in Altbauten werden um 10% herabgesetzt; die Mieten in Neubauten entsprechend den ersparten Hypothekenzinsen.

Die Gehälter der Beamten werden um 9% gesenkt.

Die Löhne der Arbeiter werden gekürzt. Und zwar werden alle Tarifsätze auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt, es sei denn, daß sie gegenwärtig nicht mehr als 10% über diesem Niveau stehen; im letzteren Fall werden sie „nur" um 10% gekürzt. Am 30. April 1932 werden alle Tarifverträge hinfällig.

Die Umsatzsteuer wird auf 2% erhöht.

Bei den Sozialversicherungen sind „Reformen" geplant. Bei der Unfallversicherung z. B. kommen die kleinen Renten in Fortfall, wovon etwa 400 000 Personen betroffen werden.

*

Das ist der hauptsächliche Inhalt der neuen Verordnung. Sie zeigt, wie stark der Einfluß des reaktionären, rechten Flügels der Kapitalisten auf das Reichskabinett gewachsen ist: in der außerordentlich wichtigen Frage der Zinssenkung sind alle Argumente des „linken" Flügels (vertreten durch die „Frankfurter Zeitung") in den Wind geschlagen worden; gesiegt haben die Interessen der schwer verschuldeten Kohlen- und Eisenindustrie. Einig freilich waren sich die Unternehmer aller Richtungen wohl in der Frage des Lohnabbaus und der Vernichtung des Tarifrechts. Hier haben sie gründliche Arbeit gemacht. Jetzt wird nicht mehr bei größeren oder kleineren Gruppen der Lohn herabgesetzt, jetzt wird mit Hilfe der Regierung en gros abgebaut.

Und dabei wird praktisch das Tarifrecht vernichtet, eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterklasse. Und dadurch werden die Gewerkschaften in ihrem Bestand bedroht. Sehen die Führer der Gewerkschaften und der SPD das nicht? Offenbar nicht; sie erheben „Protest" gegen die Verordnungen, aber sie werden sie tolerieren. Brüning hat in seiner Rundfunkrede am 8. Dezember sehr scharfe Worte gegen die „Nebenregierung" Hitlers gebraucht, ein Zeichen, daß er gewillt ist, sich vorläufig immer noch auf die SPD zu stützen; und die SPD-Führer werden sich ihm nicht versagen. Denn immer noch halten sie sich an das Argument: Hitler wäre noch schlimmer; Brüning ist, trotz seinen vier Notverordnungen, das „kleinere Übel".

Nun ist es gewiß töricht, zu sagen: „Unter Hitler kann's auch nicht mehr schlimmer werden; lassen wir die Nazis einmal an die Macht, sie werden dann schon abwirtschaften!" Aber es ist beinahe ebenso töricht, zu glauben, die Tolerierung Brünings und seiner Notverordnungen hemme den Aufstieg des Fascismus. Das Gegenteil ist richtig: die Tolerierungspolitik stärkt den Fascismus (beweisen das nicht die Erfahrungen des vergangenen Jahres?) und schwächt die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Wenn aber die Tolerierungspolitik ... nicht aufgegeben (von den Führern), sondern wenn sie nicht mehr mitgemacht wird (von den Massen) und abgelöst wird durch den einheitlich geführten Kampf der Arbeiterklasse gegen Fascismus und gegen die Angriffe der Kapitalisten, dann bedeutet das eine Stärkung der Macht der Arbeiterschaft.

Dazu ist es aber jetzt, nach der vierten Notverordnung, höchste Zeit.

Fritz Lenz

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Reichstags beantragt. Falls der Antrag im Ältestenrat des Reichstags angenommen wird, soll Brüning beabsichtigen, den Reichstag aufzulösen.

Es geht schon los

In Zittau ist in der Nacht vom letzten Dienstag auf Mittwoch das Gewerkschaftshaus von etwa 100 Nationalsozialisten überfallen und angeblich nach Maschinengewehren durchsucht worden. Die Nationalsozialisten wurden dann von der Polizei aus dem Gebäude vertrieben.

Trotz Notverordnungen

Über die Steuereinnahmen des Reichs im Oktober 1931 im Vergleich zum Vorjahr gibt folgende Aufstellung Auskunft:

	Okt. 1931	Okt. 1930
Einkommensteuer	268,7	387,2
davon Lohnabzug	237,4	317,5
davon Kapitalertrag	2,6	25,5
Körperschaftssteuer	51,3	84,6
Umsatzsteuer	166,5	192,6
Wechselsteuer	4,2	3,6
Kapitalverkehrssteuer	2,1	4,5
davon Börsenumsatzsteuer	0,7	1,5
Kraftfahrsteuer	16,8	18,7
Zölle und Abgaben	289,6	327,2
davon Zölle	137,9	147,6
davon Tabaksteuer	47,6	90,4
davon Zuckersteuer	21,2	16,7
davon Biersteuer	36,4	50,2
davon Spiritusmonopol	14,6	16,7

Holzschnitt von Hans Gerner

„Sollen wir nicht auch nach Afrika einen Botschafter senden?"

Wirtschaftskriege

Man kann nicht mehr gut in der Einzahl reden: die ganze Welt wird erschüttert von Wirtschaftskriegen; es gibt kaum einen Staat mehr, der nicht gegen irgend einen andern einen Handelskrieg führt oder wenigstens die Einfuhrtore durch Zölle oder auf sonst eine Weise verrammelt. Im Sommer dieses Jahres sind Währungen und Finanzen in den Strudel der Krise gerissen worden, jetzt kommt der internationale Handel dran.

Die Kampfmethoden sind verschieden: vom Außenhandelsmonopol (Rußland) über Zölle bis zur Devisenzwangswirtschaft und Währungsverschlechterung entdecken wir alle nur möglichen Kampfmittel.

Die Devisenzwangswirtschaft haben seit Mitte dieses Jahres sechzehn europäische und acht überseeische Staaten eingeführt. In den meisten Fällen werden nur für diejenigen Einfuhrwaren Devisen zugeteilt, die als „lebenswichtig" angesehen werden; denn die Devisenzwangswirtschaft hat (abgesehen vom Währungsschutz) nur den Zweck, die Einfuhr zu drosseln, und bei den meisten Staaten erfüllt sie diesen Zweck so gut wie Zölle.

Andere Länder beginnen jetzt, die Einfuhr zu „kontingentieren". Seit Mitte 1931 sind sieben europäische Länder zu dieser Methode übergegangen (eine Anzahl hat die Absicht, bald auf diesem Wege zu folgen). Diese Länder lassen von einigen Waren nur bestimmte Mengen, „Kontingente", herein (Frankreich z. B. bei Holz, Fleisch u. a.). Die Schweiz will von Deutschland die Zustimmung zu über zwanzig Kontingenten, andernfalls — Zollkrieg.

Wieder andere Länder planen, die Umsatzsteuer für eingeführte Waren zu erhöhen, was natürlich nichts anderes ist als eine Einfuhrdrosselung.

Die Währungsverschlechterung wirkt in den meisten Fällen ebenfalls als Einfuhrbeschränkung (und Ausfuhrforcierung). 28 Staaten haben ihre Währung unter Parität sinken lassen — wen wundert es, daß diese Maßnahme, als Krisenhilfe für den einzelnen Staat gedacht, die Krise des internationalen Handels ungeheuer verschärft?

Sie hat diese Wirkung umso mehr, als einige der Länder mit verschlechterter Währung sich auch noch mit Zollmauern umgeben. Hauptbeispiel: England, Spanien, Holland, Dänemark, Polen und Italien haben (mit oder ohne Währungsverschlechterung) kurz vor England oder gleichzeitig die Zölle erhöht. Andere Staaten werden folgen.

Und jede neue Zollerhöhung ruft eine Abwehrmaßnahme hervor und führt in vielen Fällen zu einem Wirtschaftskrieg. Deutschland und die Schweiz, Deutschland und England, Frankreich und England, Schweden und England, Japan und Indien bedrohen einander mit Repressalien (um von kleineren Staaten zu schweigen). Überall Drosselung der Einfuhr, Drohung mit Gegenmaßnahmen, mit Vertragskündigung, mit Zollkrieg und — mit militärischem Krieg? O ja, im Hintergrund der verzweifelten Kämpfe um die Märkte, den die von der Krise erschütterten nationalen Staaten gegenwärtig führen, lauert der militärische imperialistische Krieg.

Der japanische Imperialismus hat ihn in der Mandschurei sogar schon eröffnet.

Pitt

Die S.-Z. als Weihnachtsgeschenk

Wenn Sie einem Ihrer Freunde ein wertvolles Weihnachtsgeschenk machen wollen, dann schenken Sie ihm ein Jahres- oder Halbjahresabonnement der Sonntags-Zeitung. Sie brauchen uns nur die Adresse anzugeben, an die die S.-Z. geschickt werden soll, und den Betrag auf Postscheckkonto Stuttgart 19844 (Die Sonntags-Zeitung) einzuzahlen (10 Mark für ein Jahr, 5 Mark für ein halbes Jahr).

Verlag der Sonntags-Zeitung

Hitler stösst vor

Herr Hitler rüstet sich zur Thronbesteigung. Er predigt seinen ungeduldigen Scharen noch einmal Geduld; die fälligen Pogrome müssen nocheinmal ein wenig hinausgeschoben werden. Er designiert seinen Botschafter für das Land, das seine Seele sucht, das heilige Land des Fascismus: Prinz Waldeck-Pyrmont soll als sein Vertreter nach Rom. Er schickt seinen Herrn Rosenberg nach London, läßt ihn um gut Wetter bitten und seinen baldigen höchsteigenen Besuch anmelden. Und er geht selbst an die Front: er redet selbst.

Im Hotel Kaiserhof zu Berlin hat er die Vertreter der englischen und der amerikanischen Presse empfangen und ihnen versichert, daß die Nazis nicht so schlimm seien, wie sie sind. Zum Beispiel wollten sie, wenn sie erst an der Spitze seien, die Privatschulden bezahlen. Was das boxheimer Dokument betreffe, so sei es „eine Arbeit einer Privatperson, die unter Beteiligung eines Spitzels, der sie später der Polizei auslieferte, zustandegekommen" sei. Er, Hitler, sei legal, besonders, da man ja sozusagen schon mit einem Bein in der Regierung stehe. Kein Zweifel, sagt er, wir kommen dran; jetzt oder in zwei, in fünf oder zehn Monaten. Die kommunistische Gefahr, sagt er, ist furchtbar; ihr könnt froh sein, daß wir Nazis da sind. Aber habt keine Angst: die SA sollen unter unserer Regierung weder zur Polizei noch zur Staatsmiliz werden, sagt er, sie sollen nur wie bisher „dem Schutze der Partei" dienen. Sie sind sein Abwehrmittel gegen einen sozialistischen oder kommunistischen Aufstand. Sagt er, und die deutsche Arbeiterschaft hat's gehört und sich gemerkt: der Oberosaf höchstselbst hat ausländischen Vertretern kapitalistischer Interessen versichert, daß die SA nicht gegen das Kapital, sondern nur gegen die Arbeiter marschieren sollen. Weil sie „zuverlässiger" seien als das Heer und die Polizei.

So also nimmt der (staatenlose?) Österreicher Hitler die diplomatischen Beziehungen mit dem Ausland auf, als wär er schon Duce Deutschlands. Freundliche Beziehungen zum ausländischen Kapital sind ihm wichtig; die zum deutschen Proleten sind kaum herzlich zu nennen.

Es scheint verschiedenen Meldungen nach sicher zu sein, daß Hitler in Berlin nicht nur mit den englischen und amerikanischen Zeitungsmännern Fühlung gesucht und gefunden hat, sondern auch mit dem Zentrum und mit Vertretern der „Wirtschaft". Außerdem hat er offenbar direkt oder indirekt mit dem General Schleicher — dem er ja kein Unbekannter war — verhandelt.

Auf der Rechten scheint man sich einig zu sein. Und links? Ist die Einheitsfront im Werden? Rüstet sich die SPD zum Widerstand?

Nein. Kein Zweifel, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter den Wunsch haben, gemeinsam mit ihren Klassengenossen gegen den Fascismus Front zu machen. Aber wer fragt nach den Massen? Die „Welt am Montag" behauptet zwar, der Mann, der in einem kommunistischen Blatt geschrieben hat, der Parteivorstand der SPD habe sich bereits für eine „nationale Regierung" von Braun bis Hitler entschieden, habe sich die Meldung aus den „unsauberen Fingern" gesogen.

Aber hat nicht Severing den Hakenkreuzlern in öffentlicher Versammlung (in Leipzig) geraten, ihre Terrormethoden aufzugeben: „Das ist die einzige Grundlage, auf der wir uns einigen können und die zu einem Wiederaufstieg Deutschlands führen kann." Was ist das anders als ein Tolerierungs-, wenn nicht gar ein Bündnisangebot?

Und hat nicht der „Vorwärts" vom 3. Dezember in einem großen Artikel ausgeführt, daß die Koalition mit Hitler nicht ohne weiteres prinzipiell abzulehnen sei. Es komme darauf an, wie innerhalb der Koalition die Kräfte verteilt seien. Und das deutsche Volk habe dann ja nach spätestens vier Jahren die Möglichkeit, den Fascismus abzuschaffen: durch — Neuwahlen!

Darf man nach solchen Äußerungen hoffen, daß die Führer der SPD den Entschluß finden werden, gegen den Fascismus und gegen Hitler Ernst zu machen? Nein. Die SPD ist kein Bollwerk gegen den Fascismus.

Ein Bollwerk, ja, mehr als das: die einzige Kampftruppe, die fähig ist, Hitler und sein volksverräterisches System zu erledigen, ist die Arbeiterschaft. Aber ihre Einigung kann nur von unten kommen. Nur im aktiven Zusammenwirken der Proleten beider Lager liegt der Sieg. In der Einheitsfront des Proletariats wird man, wenn nur die richtigen Parolen ausgegeben werden, nicht nur die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter finden, sondern auch die Schar der unorganisierten und einen großen Teil der christlichen.

Wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen ist, wird kein Naziheer sie besiegen. Wie die Einheitsfront herzustellen ist, ist das wichtigste und ernsteste Problem unserer Tage. Vielleicht hebt Hitlers volksfeindliche, kapitalfreundliche Attacke auf die Macht die proletarische Einheitsfront aus der Taufe. Dann hätte sein Dasein einen geschichtlichen Sinn erhalten.

Max Barth

Auslandspropaganda

Der dortmunder „Generalanzeiger" veröffentlicht eine Zuschrift aus dem Ausland, in der es u. a. heißt:

„Eine auffallende Beobachtung ist seit einiger Zeit zu machen, wenn man die Augen als auslandsdeutscher Republikaner offen hält. Massenhaft tauchen in den fremden Ländern junge Deutsche auf, die über einiges Geld verfügen und sich angeblich bemühen, eine Stellung als Handlungsgehilfe oder Techniker zu erhalten. Sie treiben in nicht übermäßig gründlicher Weise Sprachstudien, und es ist charakteristisch, daß sie fast durchweg schon in einem oder mehreren fremden Ländern gewesen sind und davon zu erzählen wissen. Die meisten der jungen Leute verschwinden nach wenigen Monaten wieder, ohne daß man den Eindruck hat, sie hätten sich sonderlich intensiv um eine Stellung beworben; sie haben, wenn sie abreisen, genügend Geld zur Verfügung und sind keineswegs niedergeschlagen über die angebliche Tatsache, daß sie zwecklos Zeit und Geld für den Versuch hinausgeworfen haben, sich in dieser Aera der allgemeinen Arbeitslosigkeit eine Position im Auslande zu verschaffen.

Alle diese jungen Deutschen sind fanatische Hitlerianer. Sie drängen sich an die schon längere Zeit im Lande wohnenden Deutschen heran, gehen in die deutschen Vereinigungen, sind mit Hitlerschem

Propagandamaterial ausgestattet und treiben eine intensive Agitation im Sinne ihres Herrn und Meisters. Sie tragen ungeniert das Hakenkreuz und geben auch vor den Ausländern, die schadenfroh zuhören, ihrem Haß gegen ihr eigenes Vaterland und ihrer Freude über gelegentliche Fehlschläge der deutschen Politik unverhohlen Ausdruck. Ist ihre Saat aufgegangen oder wird ihnen das Feld ihrer Betätigung zu gefährlich, dann packen sie ihre Koffer und reisen ab.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Hitler-Organisation junge, einigermaßen intelligente und sprachkundige Leute auf Lager hält, um sie ins Ausland zu schicken und auch von da aus die „Heilslehren" des „Dritten Reiches" zu betreiben."

Die neuen Internationalisten

Die Nationalsozialisten sind zu friedlichen Internationalisten und Paneuropäern geworden. Sie verhandeln in Berlin mit englischen und amerikanischen Journalisten, besprechen sich in London mit englischen Politikern, spinnen im Auftrag der Eisen- und Kohlenindustriellen ihre Fäden nach Paris (wenn sie auch in Versammlungen noch gegen den Erbfeind wettern), und ihre Beziehungen zu Italien werden immer freundschaftlicher. So freundschaftlich, daß sich in Rom eine nationalsozialistische Ortsgruppe bilden durfte und daß in Südtirol, wo alle andern deutschen Verbände verfolgt und unterdrückt werden, einige nationalsozialistische Ortsgruppen sich des besonderen Wohlwollens der italienischen Fascisten erfreuen.

Die Österreicher in den Grenzgebieten sind nicht sehr beglückt darüber; sie werfen den Nationalsozialisten vor, sie hätten Südtirol verraten. Und nicht mit Unrecht: im nationalsozialistischen Feldzug gegen die Schandverträge wird man den Schlachtruf: „Gebt uns Südtirol wieder!" nicht vernehmen. Dagegen sind die Nationalsozialisten in einer Versammlung der Christlichsozialen in Innsbruck so sehr zu Internationalisten geworden, daß sie (laut Bericht der „Frankfurter Zeitung") im Chore brüllten: „Südtirol verrecke!"

Immer legal

„Wir gehen in keine Regierung, wenn wir nicht das Heer und die Polizei in unsere Hände bekommen. Dann wollen wir dem deutschen Volke einmal etwas vorexerzieren. Wir wollen die legale, aber die Brachialgewalt im Staat, deshalb, weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre Dinge machen müssen. Wer nicht gehorcht, wird sehen, was mit ihm geschieht. Wir werden zeigen, was man mit der Presse und vor allem mit dem Rundfunk machen kann, wenn man die tausend Möglichkeiten der Regierungsgewalt in Händen hat. Wir werden die stärksten Beschützer des Privateigentums sein und möglichst wenig in die Wirtschaft hineinpfuschen, sondern jeden Unternehmer frei schalten lassen, der nicht gegen das allgemeine Interesse verstößt. Marxisten und demokratische Republikaner gibt es, wenn wir regieren, nicht mehr. Wir werden ihnen einige Zeit zum Umlernen lassen. Wer sich zu irgendeiner Internationale bekennt, hört auf, Deutscher zu sein, und wer etwa „Heil Moskau" rufen sollte, wird aufgehängt. Komme uns ja keiner, wenn wir die Macht haben, mit Mitleid. Wenn wir regieren, kommt der Endkampf; wenn wir versagen, kommt der Bolschewismus. Das wissen wir. Und weil wir wissen, daß dann wir gehenkt werden, sind wir so frei, vorher zu henken, und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen um Deutschlands willen, so haben wir es haben wollen. Entweder leben und befehlen wir, oder die anderen, dann krepieren wir."

Gregor Strasser in einer Rede in Stuttgart

Gemeinderatswahlen in Württemberg

Am 6. Dezember haben in Württenberg Wahlen zu den Gemeinderäten stattgefunden. In Stuttgart haben von 272 506 Wahlberechtigten 209 084 abgestimmt. Das sind 76,71 Prozent gegen 85,3 Prozent bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Das Ergebnis in Stuttgart ist folgendes:

		Reichstagswahl 14. 9. 30	Gemeinderatswahl 9. 12. 28
Kommunistische Opposition	4 037	—	—
Christlicher Volksdienst	9 075	12 351	7 096
Sozialdemokratische Partei	46 810	60 198	44 108
Zentrum	18 186	19 615	12 872
Deutschnationale Volkspartei	19 525	18 394	16 312
Frauenliste	4 760	—	—
Bürgerliche Einheitsliste (Demokraten, Volkspartei, Volksrechtpartei und Nationale Volksgemeinschaft)	23 104	51 897	38 570
Nationalsozialisten	44 599	22 587	1 541
Kommunisten	37 803	38 414	14 978

Den nötigen Kommentar kann sich jeder selbst dazu machen.

Bilanz des Arbeitsdienstes

In der „Sozialen Praxis" berichtet Dr. Syrup, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, über den bisher geleisteten „freiwilligen" Arbeitsdienst.

Bis zum 15. November 1931 waren der Reichsanstalt 197 „Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes" gemeldet. 120 davon brachten unmittelbar volkswirtschaftliche Werte; darunter befanden sich 46 Bodenverbesserungsarbeiten, 27 Wegbauten, 9 Aufforstungen und Rodungen und 22 ländliche Siedlungen. Andere Arbeiten dienten der Volksgesundheit und der körperlichen Ertüchtigung der Jugend: es handelt sich da hauptsächlich um die Anlegung von Sportplätzen. Dr. Syrup behauptet, daß die von den Arbeitsdienstlern ausgeführten Arbeiten auf andere Weise nicht zustande gekommen wären. Was man glauben kann oder auch nicht; die Gelder wären höchstwahrscheinlich auf anderem Wege der Produktion zugeflossen — wären in Form von normalen Arbeitssätzen bestimmten Arbeitern und Arbeiterkategorien zuteil geworden, während sie nun in kleinen Dosen nach den Tarifen der Arbeitslosenunterstützung verteilt worden sind.

Das letztere ist übrigens nicht ganz exakt. Denn die Gelder, die z. B. die Reichsanstalt beiträgt, werden gar nicht direkt an den Arbeiter ausgezahlt. Es gibt da nämlich eine Zwischeninstanz: den „Träger der Arbeit". Ein Viertel dieser Träger waren in den von der Statistik erfaßten Fällen Behörden (Staat, Provinz, Landkreis, Gemeinde). Unter den übrigen „Trägern" befinden sich: Kirchenverbände, gemeinnützige Verbände aller Art, Genossenschaften, Sportverbände, Wehrverbände (Stahlhelm, Jungdo), ja, sogar Gewerkschaften — auch die „Freien" (die theoretisch grundsätzliche Gegner der Arbeitsdienst pflicht sind).

Der „Träger der Arbeit" verliert nichts, wenn er so eine Sache organisiert. Er bekommt nämlich eine Pauschalsumme für eine bestimmte Zeit und eine bestimmte Arbeiterzahl. Ist etwa eine Arbeit geplant, die 12 Wochen dauern und 50 Arbeiter in Anspruch nehmen soll, so erhält der „Träger" von der Reichsanstalt 12 000 Mark. Der Arbeitswillige, der sich beteiligt, erhält für die Dauer seiner Mitarbeit seinen Lohn, und zwar auch dann, wenn sein Unterstützungsanspruch an die Reichsanstalt schon früher endet. Er kann also unter Umständen die Auszahlung der Unterstützung eine ganze Weile verlängern, beispielsweise um 19 Wochen, wenn sein Anspruch schon nach einer Woche erlischt und er zwanzig Wochen arbeitet. Auch erwerbslose Jugendliche erhalten auf solche Weise aus Reichsmitteln eine Unterstützung, die ihnen sonst nicht zustände.

In diesem Zustand liegt natürlich ein Zwang zur Beteiligung am Arbeitsdienst. Mit der Freiwilligkeit ist es nur soso.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß ausgesteuerten Erwerbslosen auf eine derartige Weise die Möglichkeit gegeben wird, gegen Dienstleistung Unterstützung zu erhalten. Die Kritik muß aber an verschiedenen anderen Punkten einsetzen: Die „Träger der Arbeit" werden durch die Einrichtung ermuntert, notwendige Arbeiten, um die sie nicht herumgekommen wären, durch Reichsmittel zu finanzieren oder doch mitzufinanzieren. Wahrscheinlich springt für diese Träger oft auch noch ein direkter finanzieller Gewinn heraus (vor allem durch die Verrechnung des Naturallohns). Der Beitrag der Reichsanstalt wirkt also als Subvention. Die Verbilligung solcher Arbeiten wirkt lohndrückend auf die in den entsprechenden Berufen in nichtsubventionierten Betrieben tätigen Arbeiterkategorien. Und schließlich: die nicht dem Arbeiterstande angehörenden, aus „Idealismus" sich am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligenden Studenten und sonstigen jungen Bürger beziehen auf diese Weise eine staatliche Unterstützung, die a) ihnen nach unserer Sozialversicherung nicht, die aber b) in Wirklichkeit den Arbeitern zusteht. So wird der Arbeitsdienst zur hintenrum eingeführten Sozialversicherung für Nichtproletarier — und das in einer Periode, in der die gesetzlich festgelegte Sicherung des Proletariers abgebaut wird.

Franz Kury

Arbeit für Ingenieure

Die Sowjetpresse weist darauf hin, daß in der USSR noch eine große Zahl von Ingenieuren und Technikern Arbeit finden können.

Birker, Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrats der USSR, erklärt, daß in der Union bereits 5000 ausländische Ingenieure arbeiten, darunter 1500 deutsche, daß viele dieser Ingenieure und Techniker nach Ablauf der Vertragsfrist ihre Verträge erneuert haben und daß andere, die nach Hause gefahren waren, wieder in die Union zurückgekehrt sind. Die USSR könne noch einige Tausend einstellen.

Die maßgebende Wirtschaftszeitung „Sa Industrialisaziu" schreibt: „Bei uns werden den Fachleuten die weitgehende schöpferische Initiative, grandioser Schwung, unbegrenzte Perspektiven der Erfindungstätigkeit und die reale Möglichkeit geboten, ihre Kenntnisse unmittelbar in der praktischen Arbeit zu verwerten. In den kapitalistischen Ländern werden die Arbeiter und Fachleute zur Untätigkeit verurteilt, werden ihre schöpferischen Kräfte vergeudet. Diese Gegenüberstellung kennzeichnet am beredsten den verwesenden Kapitalismus und den gigantischen Fortschritt des jungen sozialistischen Landes. Die von den Bolschewiki geführte Sowjetunion bietet den erwerbslosen ausländischen Ingenieuren an, in der Sowjetunion zu arbeiten. Nicht Almosen, nicht Brocken von der Tafel filantropischer Bourgeois, sondern gemeinsamer heroischer Kampf für die Schaffung des größten Industrielandes der Welt — das ist unser Angebot."

Klöster brennen

Der Klostersturm in Spanien ist den deutschen Ordensleuten in die Knochen gefahren. Im Lande Brünings werden sie zwar nicht so schnell etwas zu befürchten haben, aber man weiß doch nicht, was kommt. Die „Katholische Tat" hat deshalb eine Massenbroschüre „Klöster brennen!" herausgegeben. In Wort und Bild und Zahl wird da dem deutschen Volk vordemonstriert, was es an seinen Klöstern hat, welche Segensflut sich von ihnen ins hilfsbedürftige Land ergießt.

Leider beginnt die raffiniert aufgezogene Sache gleich mit einer faustdicken Lüge. Es wird behauptet, in Deutschland höre man Schreie „gellen": „Brennt die Klöster nieder!" Es gellt nicht! Und die Behauptung wird nur aufgestellt, um die Freidenker zu verdächtigen und einen wirkungsvollen Kontrast herauszustellen zwischen der Herzensroheit, die aus solchen Parolen spricht, und der überfließenden Liebe und Aufopferung, wie sie von den rund 70 000 Ordensschwestern und 3000 Ordensbrüdern in Deutschland geübt wird. Hundertfünfzig Millionen Mark „erspart jährlich das Reich an privater Fürsorge, weil es in Deutschland Klöster gibt", schreit es einem in fetten Lettern entgegen. Jede Nachtwache und jedes an Arbeitslose abgegebene Mittagessen ist zahlenmäßig erfaßt: „2 000 000 Nächte ohne Schlaf", „84 885 924 Pflegetage" usw., so protzt es aus knalligen Überschriften. Alles illustriert durch eindringliche Bilder, auf denen die „gebenden und nehmenden Hände" zu einer Ehrenkette christlicher Nächstenliebe verschlungen erscheinen. Und das alles aus reiner Selbstlosigkeit. Die Orden wollen nichts für sich, alles was sie an Vermögen anhäufen ist nur für die Sache.

Viele werden von dem auf solche Weise marktschreierisch gepriesenen katholischen Liebeswerk gerührt sein und überzeugt dem Schlußsatz in dieser Broschüre zustimmen: „Es muß Klöster geben!" Die Bereitwilligkeit, sich überzeugen zu lassen, ist ja so groß, und die Suggestivkraft von Bild und statistischen Zahlen tut noch das ihre. Aber stimmt denn das mit den Ersparnissen? Stimmt es mit der vorbehaltlosen Selbstlosigkeit der Orden? Man sehe sich ein paar andere Zahlen in dieser Broschüre an: 19 392 Betten in der Fürsorgeerziehung, 200 000 Kinder in Kindergärten, 30 000 Schülerinnen in Lyzeen, Studienanstalten, Frauenschulen usw. Hier wird nicht nur gedient, hier wird auch beeinflußt. Der Kirche Einfluß wächst mit ihren Wohltaten. Und wo das System hemmungslos geübt wird, wie jahrhundertelang in Spanien, da ist das Volk arm und der ganze Reichtum ist bei den Orden und Klöstern. Sie begnügen sich nicht mehr, nur Handlanger des kapitalistischen Systems zu sein, sondern fangen an, sich industrielle Werke anzugliedern und zu der geistigen Hörigkeit der Massen noch die materielle zu fügen.

Es muß keine Klöster geben. Wo sie gedeihen, herrscht die Unwissenheit, der Knechtssinn und der Bettelgeist. Und die so laut gepriesenen Wohltaten kommen das Volk teuer zu stehen. Es ist nicht von ungefähr, daß in Spanien die Klöster eines Tages in Flammen aufgingen.

Kurt Epple

Wetzrillen

Manchmal werden uralte Dinge wieder aktuell. So bringt jetzt zum Beispiel der deutschnationale „Tag", wohl nicht ganz zufällig, eine kleine Betrachtung über die sogenannten „Wetzrillen", wie man sie häufig bei alten Kirchen an den Steinen links und rechts vom Eingang findet. Sie stammen aus dem Mittelalter und sollen von den edlen Kämpen der Bauernkriege dazu benützt worden sein, bevor sie in den Streit zogen, ihre Lanzen und Schwerter zu „weihen". Was den Vorzug hatte, daß die Spitzen gleichzeitig in jenen Zustand versetzt wurden, der Vorbedingung für ein erfolgreiches Abmurksen des Gegners ist.

Da die Kirche — wenigstens die evangelische — den Nazis den Besuch des Gottesdienstes in voller Kriegsbemalung gestattet, ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß diese Rillen in absehbarer Zeit wieder zum „Weihen" verwendet werden. m

Die Junglehrernot

Und wie die Nazis ihr abhelfen wollen

Bericht von einer Universität

Das sächsische Volksbildungsministerium scheint sehr viel Vertrauen in die Begabung unserer Hitlerkommilitonen zu setzen. Es hat den Fachschaftsausschuß der filologischen Fakultät an der leipziger Universität um Vorschläge zur Linderung der Junglehrernot ersucht. Dieser Fachschaftsausschuß setzt sich aus Studenten zusammen, die in einer „Vollversammlung" der Filologen gewählt werden. Gegenwärtig gehören ihm nur Stahlhelmer und Nationalsozialisten an, wobei die letzteren bei weitem die Mehrheit stellen.

In dem Schreiben, das nun diese Herren ans Ministerium geschickt haben und in das wir Einblick nehmen konnten, wird natürlich zuerst einmal ein etwas merkwürdig modifizierter „numerus clausus" vorgeschlagen. Ferner sollen „fremdstämmige" Studenten, die man, offenbar infolge einer generösen Anwandlung, nicht gerade vollständig ausschalten möchte, fünffache Gebühren und Kolleggelder zahlen. Zur Belohnung dürfen sie dann auch kein Staatsexamen in Deutschland machen. Im übrigen handelt es sich bei diesen „Fremdstämmigen" nicht bloß um die volksvergiftenden Juden, deren Verfolgung uns ja aus dem Minderwertigkeitskomplex germanischen Heldentums ohne weiteres verständlich ist, sondern auch um harmlose Ausländer. So zum Beispiel um solche, die in Deutschland die deutsche Sprache studieren möchten, um sie später im Auslande zu lehren, — aber das haben unsere deutschen Erneuerer eben übersehen.

Bei dieser Gelegenheit verdient noch die gesinnungstüchtige Leistung einer anderen leipziger Fakultät gewürdigt zu werden. Am 16. November nämlich sollte in der Anatomie eine Vorklinikerfachschaft gegründet werden, und sogleich wurde der Antrag angenommen, „daß sich nur deutschstämmige Mediziner an der Fachschaft beteiligen dürfen", denn „Juden und Ausländer wollen wir nicht bei der Arbeit sehen". Daraufhin wurden tatsächlich etwa 20 bis 25 Studenten zum Verlassen der Versammlung gezwungen. Das ist Dienst an der Wissenschaft!

Doch zurück zu den Filologen. Nach Juden und Ausländern schmeißen sie die Frauen hinaus. Sie sagen: „Das Frauenstudium muß in weitgehendem Maße unterbunden werden. Es ist dabei zu bedenken, daß jede Stelle einem Mann als Ernährer verloren geht. Selbstverständlich sind Berufe, die sich speziell für Frauen eignen, ausgenommen. Gewisse Fächer, wie etwa Fysik, Biologie, Geschichte (nicht Kunstgeschichte), Mathematik, Chemie usw. sollen dem Frauenstudium prinzipiell verschlossen sein." Es hätte wenig Zweck, diese Auswahl zu kommentieren. Denn wir wissen doch: die Aufgabe der Frau besteht ja eigentlich nur darin, deutsche Kinder zu gebären und dem Manne untertan zu sein, und eine wissenschaftliche Ausbildung könnte da bloß Schaden anrichten. Wahrhaft trefflich hat dies Hitler persönlich in seinem Werke „Mein Kampf" formuliert: „Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein."

Die sonstigen Vorschläge unserer leipziger Filologen zur „Linderung der Junglehrernot" laufen fast durchweg darauf hinaus, daß die Altlehrer abzubauen seien. Danach wird es im tertium imperium filologorum sehr unkompliziert zugehen. Diese Vorschläge heißen, damit man sie auch recht zu würdigen vermag, „praktische Vorschläge". Höhere Lehrer, die 55 Jahre alt und unverheiratet oder Witwer ohne unversorgte Kinder sind, werden zwangspensioniert, ebenso verheiratete sechzigjährige Lehrer, die keine Kinder (mehr) zu ernähren haben. Solche, die noch Kinder versorgen müssen, dürfen sich wohl bis zu ihrem Tode abrackern: sie werden jedenfalls gar nicht erwähnt. Rücksicht auf etwa noch zu unterstützende andere Angehörige finden wir hier nicht.

Weiterhin wird empfohlen, vierzigjährige Junggesellen sofort auf Wartegeld zu setzen. Hier werden diejenigen, die Eltern haben, ausgenommen. (Pflicht der Eltern dürfte es nun sein, bis zum 55. Lebensjahre des Sohnes zu sterben.)

Und dann: „Sämtliche unverheirateten Lehrerinnen müssen mit 30 Jahren zwangsweise mit verkürzter Pension in den Ruhestand versetzt werden." Mit 30 Jahren schon in den Ruhestand — würde es sich da nicht besser machen, wenn die dreißigjährigen Lehrerinnen zwangsweise die Junggesellen über 55 zu heiraten aufbekämen?

Selbstverständlich kriegt auch die akademische Volksschullehrerbildung eins ab: sie ist „schnellstens aufzuheben". Das paßt so schön zu jenen nationalsozialistischen Agitatoren, die sich bei den Volksschullehrern damit anbiedern, daß sie angeblich für die akademische Vorbildung sind.

Ein anderer Punkt beschäftigt sich mit den Doppelverdienern. „Die Ehefrau eines höheren Lehrers darf durch freien Beruf das gemeinsame Einkommen nicht über 700 Mark bringen. Andernfalls wird dem Ehemann sein Gehalt entsprechend gekürzt. Wird das Gehalt dadurch unter 200 Mark gesenkt, so wird der Ehemann pensionslos entlassen. Befindet sich die Ehefrau in staatlicher Stellung, so wird ihr auf jeden Fall bei Verheiratung gekündigt." Eine verheiratete Frau wird also zum geistigen Nichtstun gezwungen. Die Anstellung nimmt ihr der Staat, und im freien Beruf darf sie auch kein Geld verdienen. Sie ist also auf die Gnade ihres „Ernährers" angewiesen.

Alles zielt auf einen Zwang zur Ehe und auf eine Unterdrückung der Frauen ab. Junggeselle darf man aus folgenden Gründen nicht sein: „Den höheren Lehrern, welche Junggesellen sind, wird, wenn sie das 35. Lebensjahr erreicht haben, das Gehalt um ein Drittel der Verheirateten gekürzt. Die Maßnahme gilt auch für die weiblichen Lehrkräfte." Von all diesen unverheirateten Elementen verlangt man offenbar absolute Abstinenz. Eigentlich sollte man sie zulöten, vielleicht lassen sich dann die Gehälter gar um die Hälfte vermindern.

Herr Schemm, M. d. R. und Herausgeber der „Nationalsozialistischen Lehrerzeitung", hat in einer Versammlung in Zwickau erklärt: „Junglehrernot und Gehaltsabbau ist mir wurscht!" Das Programm der leipziger Filologiestudenten „zur Linderung der Junglehrernot" sieht aus wie eine ins einzelne gehende Ausführung dieses markigen Satzes.

Zum Schluß möchte ich auf die Beziehungen der leipziger Studenten zu Herrn Schemm noch etwas näher eingehen. Für das laufende Wintersemester hatte die Erziehungswissenschaftliche Fachschaft für Volksschullehrerstudenten eine Reihe von offiziellen Vorträgen prominenter Fachpädagogen verschiedener Richtungen angesetzt. Hier kam es so weit, daß der in Aussicht genommene Vortrag des Sozialdemokraten Dr. Löwenstein von der Universität abgesetzt wurde, weil die fascistischen Rowdies mit Gewalttätigkeiten und Versammlungssprengung drohten, da Löwenstein Jude sei. Jüdische Wissenschaftler dürfen jetzt laut Asta-Beschluß keine Vorträge mehr an der leipziger Universität halten. Reden wird dagegen jener Herr Schemm, den der Deutsche Lehrerverein, der von Schemm andauernd beschimpft wird, in seltsamer Duldsamkeit noch nicht hinausgeworfen hat. Welches dürftige Format

Falsche Humanität

Für den kürzlich wegen Brandstiftung zu Gefängnis verurteilten Schriftsteller Karl Strecker haben der Verband Deutscher Erzähler und der Rheinische Dichterbund ein Gnadengesuch an das preußische Justizministerium eingereicht. Von der Dichterakademie wird wahrscheinlich ein gleicher Antrag gestellt werden. Man darf wohl annehmen, daß sich das preussische Justizministerium durch diese gewichtigen Stimmen nicht in seinen Entscheidungen beeinflussen lassen wird. Die Tatsache, daß einer ein nicht ganz unbekannter Schriftsteller ist, der das Mitleid seiner prominenten Kollegen erregt hat, sollte bei der Frage der Begnadigung so wenig Ausschlag gebend sein wie etwa die, daß ein Verurteilter Geld hat oder gesellschaftlich eine Rolle spielt.

Es ist von den Kreisen, die eine Angleichung unseres Rechts und unserer Rechtsprechung an die sozusagen demokratischen Zustände der Nachkriegszeit für wünschenswert halten (und zu ihnen gehören auch gewisse prominente Mitglieder der Dichterakademie), immer wieder mit Entrüstung aufgenommen worden, wenn sich beim Strafvollzug noch mehr als bei der Rechtsprechung der Klassencharakter unserer Justiz bemerkbar machte. Soll der sonst mit so viel Emfase verteidigte Grundsatz „Ohne Ansehen der Person" plötzlich nicht mehr gelten, wenn nicht Geld oder gesellschaftliche Stellung, sondern eine gewisse Popularität und ein wenig Talent um Ausnahmebehandlung werben?

Man hat sich in letzter Zeit über den Fall des hamburger Millionärs Vicenz aufgeregt, dem es durch gute Beziehungen gelungen ist, durch Bezahlung von 20 000 Reichsmark auf freien Fuß zu kommen, und man konnte zur selben Zeit feststellen, daß auch noch andere bessere Herrschaften auffällig schnell den Weg ins Freie fanden. Aber ist es denn ein so großer Unterschied, ob das Scheckbuch die Gefängnistore öffnet oder ein von Thomas Mann unterzeichneter Aufruf? Brandstifter bleibt in Gottesnamen Brandstifter, ob das nun ein kleiner Mann aus dem Mittelstand oder einer aus dem angesehenen Stand der Literaten ist. Den kleinen Brandstifter, der von den Bemühungen um Strecker liest, befällt wahrscheinlich echte Sehnsucht nach einem ähnlichen Schreibtalent, das plötzlich den Zugang zu dem sonst meist tausendfach verriegelten menschlichen Verständnis öffnet. So und so viele seines Schicksals haben unter den Einflüssen der Not gehandelt, so und so viele waren durchs Leben zerrüttet, als sie die letzte Dummheit begingen. Hinter ihrem Verlangen nach Verständnis und Begnadigung steht keine hochansehnliche Dichterakademie, man erwartet von ihnen, daß sie sich vom Leben nur so weit zerrütten lassen, als sich noch mit dem geltenden Strafgesetzbuch vereinbaren läßt, und für seelische Kompliziertheiten vermögen sie bei den Richtern erst recht kein Verständnis zu wecken.

Solche Kundgebungen wie die für Strecker, so menschlich schön sie auch sein mögen, sind deshalb bedenklich, weil durch sie fortgesetzt wird, was man auf einer anderen Ebene sonst bekämpft: das Streben nach Ausnahmebehandlung. Das etwas brutale Mittel des Geldes ist ersetzt durch sanft herniederträufelndes menschliches Verständnis. Aber dieses Verständnis ist klassenmäßig bedingt. Es gilt nicht dem vom Leben mitgenommenen Brandstifter, sondern dem Schriftsteller. Die Humanität stürzt sich auf Paradefälle und nährt so die demokratischen Illusionen über unsere Klassenjustiz. Inzwischen werden im Schatten dieser vom künstlich erzeugten Interesse der Öffentlichkeit beleuchteten Fälle Millionen von einem Apparat zermalmt, der sich selbst aufgeben müßte, wollte er die Maßstäbe allgemein anlegen, die anzulegen in den Paradefällen von ihm verlangt wird. Mauthe

Guter Ratschlag

In Stuttgart hat sich ein 16jähriger Bäckerlehrling das Leben genommen, offenbar weil er sich in seiner Arbeitsstelle Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen. Das „Stuttgarter Neue Tagblatt" schreibt über diesen Selbstmord:

„Er gibt Anlaß, gerade junge Menschen immer wieder vor diesem letzten Schritt zu warnen. Erwächst er auch aus einem begreiflichen, inneren Konflikt, so ist er doch gleichzeitig die Folge eines mangelnden Beurteilungsvermögens. Sicher wären auch in dem vorliegenden Falle die „Unregelmäßigkeiten" — es handelt sich um Gelder, die der Lehrling bei den Kunden eingezogen und unterschlagen hatte — auf relativ einfache Weise wieder gut zu machen gewesen. — Das Klügste wird freilich immer sein, sich überhaupt keine solchen Dinge zuschulden kommen zu lassen."

Da kann man nur sagen: Wie wahr gesprochen!

Die deutsche Schule

Der „Schulkampf" (Karl Kampfert-Verlag, Berlin C 2, Burgstraße 30), registriert in seiner Dezembernummer folgende Beispiele für den geistigen Hochstand unserer deutschen (höheren) Schulen:

Ludwigshafen a. Rh.: Eine Schülerin der Oberklasse hat sich aus der Stadtbibliothek das Buch „Kostja Rjabzew" entliehen. Ein Lehrer nimmt es ihr weg. Sturm im Lehrerkollegium; Sitzung des Lehrerrats; Urteil: Verweis und mehrstündiger Arrest wegen des „kommunistischen und unsittlichen Inhalts" des Buches.

Düsseldorf, Lessing-Oberrealschule: Dr. Hartmann, Nazi, Leiter der Technischen Nothilfe, Protektor des VDA, propagiert in der Klasse die Arbeitsdienstpflicht. Man müßte „die Erwerbslosen in Kasernen unterbringen, damit sie dann für ein paar Pfennige Taschengeld und Kost und Logis für den Staat arbeiten". — Schöne Seele!

Friedenau (Rheingauschule): Herr Wuthe, der am Geburtstag „unserer" verstorbenen Kaiserin einen Kranz auf ihrem Grab niedergelegt hat, spricht:

„Das heißt Herr von Schiller; das „von" will immer noch was heißen!"

„Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!"

„Eine halbe Maschinengewehrbreite nach rechts drehen."

„Ich liebe so etwas militärischen Zug."

Wuthe erzählt von seinen Kriegserlebnissen im Schützengraben und meint: „... werden Sie hoffentlich auch noch einmal kennen lernen!" Warum? „Nur Krieg und der Drill auf dem preußischen Kasernenhof kann die heute so energielose Jugend wieder energisch machen."

Darmstadt (Oberrealschule): Die Klasse will in der Pause nicht in den Hof gehen, weil es regnet. Ein Lehrer: „Sie gehen runter! Ob es regnet, entscheiden wir, nicht Sie!" — Jeder dieser Pädagogen ist halt ein lieber Gott auf eigene Faust.

Darmstadt (Liebig-Oberrealschule): Diskussion über Kultur und Zivilisation. Der Zeichenlehrer, Herr Dr. Getrost, kommt auf Frankreich zu sprechen. Quintessenz seiner Rede: In einigen Jahren wird die Bevölkerungszahl Frankreichs auf 21 Millionen gesunken sein; dann marschieren wir ein und kämpfen es nieder. (Deutscher Held: wenn der andere bestimmt nicht mehr stark genug ist, sich mit Aussicht auf Erfolg zu wehren, will er siegen gehn!) Ein Schüler bemerkt: „Herr Professor, Sie haben aber die Kriegsdienstverweigerer vergessen." Ein anderer Schüler wird dabei als Kriegsdienstverweigerer bezeichnet. Der Pädagog mit einem Blick auf dieses verbrecherische Element: „Diese Leute werden dann von den Offizieren vor der Front mit Revolvern hergetrieben, und, wenn es sein muß, erschossen."

So erziehen sie! Das verstehen sie unter ihrer Sendung, unter ihrer Berufung!

Mucker und Aufmucker

Der „Angriff" des Herrn Göbbels hat es wieder einmal für taktisch richtig gehalten, die Hugenberg-Presse wegen ihrer sogenannten undeutschen Unmoral anzugreifen. Er setzt der in Harzburg gemeinsam gelobten Treue zum Deutschtum die Artikel und Bilder der hugenberg'schen „Berliner Illustrierten Nachtausgabe" gegenüber, die Plaudereien, in denen die professionellen Eintänzer in den Vordergrund gerückt werden (manchmal werden sie sogar von den gutbezahlenden Damen im Auto nach Hause genommen!); die Modeberichte, in denen es heißt: „auch dieses Jahr wieder sind die blonden Frauen am begehrtesten", in denen „also die deutsche Frau zum Modeartikel, zum Weibchen und zur Ware herabgewürdigt wird, pfui Teufel noch einmal!"; die Anpreisung der Hosenröcke, die Bilder der halbnackten Girls; weiter allerlei Ufafilme, wie der vom „Tanzenden Kongreß", dessen Kern, die Handlungsweise des um ein kleines Mädchen statt um das europäische Schicksal bemühten Zaren, eine unerhörte Pflichtlosigkeit und Gemeinheit darstelle, aber als etwas Lustiges und Liebliches hingestellt werde; schließlich den Inseratenteil der Hugenberg-Presse, mit den zahllosen die Sittlichkeit unserer deutschen Jugend untergrabenden Anpreisungen der anrüchigsten Tanzlokale.

Der korntaler „Christliche Volksdienst" druckt das befriedigt ab, den Bundesgenossen auf der radikalen Rechten herzlich begrüßend. Er ist allerdings vorsichtig. Erstens meint er, er wolle hoffen, daß die Nationalsozialisten in diesem Kampf durchhalten. Und zweitens schreibt er: „Dieser Vorstoß des nationasozialistischen Angriffs ist auch die beste Antwort auf die unglaublich oberflächliche, um nicht zu sagen ... Verteidigung des Hugenberg-Konzern-Erzeugnisses durch den ehemaligen liberalen Pfarrer und Jatho-Kämpfer D. Traub in München." Das fehlende zweite Eigenschaftswort ist in der Setzerei sichtlich noch in letzter Minute unkenntlich gemacht worden (man kann eben noch ahnen, daß es „gewissenlos" hieß).

Die kleine Lücke ist ein Sinnbild. So ungefähr wie diese Angst vor der eigenen Courage dürfte der Mut und die Macht der Volksdienstleute aussehen, wenn die kapitalistische Diktatur vollends ganz stabilisiert ist. Als Kampftruppen gegen den Bolschewismus sind ja, so meint man dort, diese Leute zu gebrauchen, aber vom Geschäft verstehen sie nichts. Mucker brauchen wir, aber keine Aufmucker. W. W.

Von der andern Seite

Wer ist marxistisch?

Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt in einem Artikel „Der neue Gemeinderat" u. a.: „Seit der Christliche Volksdienst auf dem Rathaus eingezogen ist, hat sich gezeigt, daß er nahezu in allen Fragen mit den Marxisten geht. Marxisten und Volksdienst haben also zusammen 29 Sitze. Da auch Frau Kopp (früher bei den Demokraten) durchaus marxistisch denkt, so verfügen die marxistischen Parteien genau über die Hälfte der Stimmen."

Jakubowski

Die Staatsanwaltschaft hat in dem auf Veranlassung der Deutschen Liga für Menschenrechte eingeleiteten Wiederaufnahmeverfahren zugunsten des im Februar 1926 in Neustrelitz hingerichteten russischen Landarbeiters Jakubowski die Freisprechung mangels Beweises beantragt. Jakubowski wurde im Oktober 1925 trotz beharrlichen Leugnens auf Grund von Indizien wegen Ermordung seines unehelichen Kindes zum Tode verurteilt. Der demokratische Minister Hustedt lehnte ein in letzter Stunde eingereichtes Gnadengesuch ab; nach der Hinrichtung sträubten sich die an dem Justizirrtum beteiligten Behörden, den Fall wieder aufzurollen. Nach harten Kämpfen gelang es dann endlich im Jahr 1929, in einem Prozeß den Glauben an die Schuld Jakubowskis zu erschüttern; ein zweiter Prozeß im Jahr 1930 endete schließlich mit der Verurteilung der vier Hauptzeugen aus dem Jakubowski-Prozeß wegen Mords bzw. Beihilfe zum Mord und wegen Meineids.

Die letzte Entscheidung über diesen offensichtlichen Justizmord liegt jetzt bei der Strafkammer des Landgerichts Neustrelitz. Die Rehabilitierung, die ihr Spruch hoffentlich bringen wird, wird leider dem toten Jakubowski nichts mehr nützen.

Umgang mit Leichen

Die „Neue Montags-Zeitung" berichtet über die Durchführung von Sektionen im berliner Leichenschauhaus folgendes:

Tote werden obduziert, wenn der Verdacht vorliegt, daß sie durch ein Verbrechen ums Leben gekommen sind. Die Obduktionen haben sich in den letzten Jahren merkwürdig gehäuft, obwohl man annehmen sollte, daß sie nur in seltenen Fällen notwendig seien. Oft werden Selbstmörder seziert, obgleich nichts auf ein Verbrechen hindeutet. Grund: der Gerichtsarzt bekommt pro Sektion 24 Mark; oft kommt es vor, daß ein Arzt am selben Tag zwei oder drei Sektionen hat, also 48 oder 72 Mark extra einnimmt. Kinderleichen sind offenbar nur die von ganz kleinen Kindern; denn oft werden die Glieder künstlich gestreckt, so daß die Leiche die vorgeschriebene Länge bekommt, durch die sie 24 Mark wert wird.

Die Vorarbeiten — Ausziehen, Aufbahren, Aufmeißelung und Aufklappen der Hirnschale — besorgen die Helfer. Sie setzen und nähen nach der Obduktion auch die sezierten Leichen wieder zusammen: eine Arbeit, die Stunden dauern kann (die Sektion selbst dauert nur einen Bruchteil dieser Zeit). Der Helfer erhält 3 Mark.

Das Blatt versichert, daß seine Mitteilungen auf einwandfreiem Material beruhen.

Aus dem Gebiet der Osthilfe

Das „Neue Pommerische Tageblatt" meldet aus Deep, Kreis Köslin:

„Eine große Landhochzeit, wie sie hier seit Jahren nicht mehr stattgefunden hat, wurde hier gefeiert. Zwei Zentner Weizenmehl wurden im Hochzeitshaus verbacken. Ein drei Zentner schweres Mastkalb sowie ein 3-Zentner-Schwein und eine große Anzahl von Geflügel mußten ihr Leben lassen, um den über 100 Hochzeitsgästen als Festschmaus zu dienen. In sechs großen Fischerbooten fuhr die Hochzeitsgesellschaft über den Jamunder See, um dann in Autos die Fahrt über Lebus nach Jamund fortzusetzen, wo die Trauung des jungen Paares in der schönen Dorfkirche erfolgte."

Zu Mitgliedern des beratenden Sonderausschusses der BIZ, der seit 7. Dezember in Basel tagt, sind von den Notenbanken ihrer Länder berufen worden: Dr. Karl Melchior (Warburg & Co., Hamburg), Prof. Charles Rist (Paris), Sir Walter Layton (London), Staatsminister Emile Franqui (Brüssel), Prof. Alberte Beneduce (Rom), Dr. Walter Stewart (New York), D. Hohara (Japan).

---

diesen Mann dazu prädestiniert, offiziell in der leipziger Universität zu sprechen, zeigt sich darin, mit welchen Worten er sich in einer Zeitschrift, als deren Herausgeber er zeichnet, überzuckern läßt („Kampf" vom 10. Okt. 1931): „Schemm spricht! Diese zwei Worte hatten genügt, um den 2000 Menschen fassenden Lindenhofsaal bis auf den letzten Saal zu füllen. Alle die begeisterten Menschen wollten den Filosofen der Bewegung sprechen hören ... Ausgehend vom Inbegriff allen Lebens, von dem, was wir Gott nennen, baut Schemm sein Gedankengebäude auf. Hoch, himmelstürmend!" Das also steht der leipziger Universität auch bevor.

Eine einfache Frage: was ist von einer „Bewegung" zu halten, in der so etwas als „der Filosof" gilt?

Und wie kommt es, daß sich ein Ministerium sachliche Vorschläge zur Linderung der Junglehrernot von Angehörigen einer Bewegung erbittet, deren Filosof doch bereits erklärt hat, sowas sei ihm „wurscht"? Gerhard Lindner

Eine Ungehörigkeit

In der Anatomie der berliner Universität wurde kürzlich am Oberschenkel einer Leiche ein Hakenkreuz eingeschnitten. Offenbar von jemand, bei dem der wissenschaftliche Drang schwächer ist als die Begeisterung für Adolf den Großen. Geheimrat Fick, der Direktor der Anatomie, erklärte einem Interviewer, es komme immer wieder vor, daß Leichenteile bekritzelt würden. Solche Bubereien seien selbstverständlich Leichenschändung und würden von ihm verurteilt. Unerhört sei aber, so was in die Zeitung zu bringen. Diejenigen, die das getan hätten, würden vom Kultministerium streng bestraft werden. Streng bestraft!

Er hat recht, der Herr Geheimrat, wenn er sich über die Publizierung eines solchen Falles ärger aufregt als über den Unfug selbst. Man hat in letzter Zeit auch von anderer Seite gehört, in welch eigenartiger Weise zuweilen bei der Sektion von Leichen verfahren wird. So was schadet natürlich dem ärztlichen Nimbus. Und ihn zu erhalten ist wichtiger als alles andere.

Bei der Versteigerung des Mobiliars von Hohehorst, dem Herrenhaus von G. K. Lahusen, wurde auch eine holzgeschnitzte Kanzel aus dem Treppenhaus angeboten, auf der in lebensgroßen Figuren die Austreibung von Adam und Eva aus dem Paradies dargestellt ist. Die Angebote entsprachen nicht dem Wert des Stückes. — Offenbar störte manchen die fatale Symbolik.

Literatur

Denn sie wissen, was sie tun. Von Ernst Ottwald. Ein deutscher Justizroman. Malik-Verlag, Berlin. Kartoniert 2,85 Mark, in Leinen 4,80 Mark. — Ottwald schildert unsere Justiz, indem er einen anständigen, von gutem Willen beseelten Durchschnittsmenschen die juristische Laufbahn einschlagen läßt. Und da erlebt man mit Grausen, wie der gute Junge schön langsam verkommt und zum Mechanismus erstarrt, der die ganze sinnlose und haarsträubende Rechtsprechung, die bei uns so im Schwange ist, schließlich sinnvoll und richtig findet. Das Buch ist unanfechtbar und hat den Wert eines Dokuments, denn es verarbeitet alle großen Rechts- und Unrechtsfälle, die wir in Deutschland während der letzten Jahre miterlebt haben und dazu eine Menge erschütternder Bagatellfälle. Ottwald bietet jedem, der zweifelt, Belege für die Wahrhaftigkeit seiner Schilderungen an. Viele Personen treten unter ihren wahren Namen auf; wir kennen sie aus den Prozessen seit 1918. — Trotz der polemischen Aktualität ist das Buch als literarisches Werk vollkommen geglückt: es ist tatsächlich ein Roman, gut erzählt, in unbestechlicher Sprache und sauberer Logik, fesselnd und stark, kein Propaganda-Traktat, sondern ein wertvoller Tendenz-Roman. B.

Kohlenpott. Ein Buch von der Ruhr. Von Georg Schwarz. Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 11, Dreibundstraße 5. (Nur für Mitglieder.) — Eine Reihe von Einzelbetrachtungen, in denen unter dem Gesichtswinkel des Sozialisten Zustände und Einrichtungen des Riesenorganismus „Ruhrgebiet" beleuchtet werden. Dargestellt werden u. a. Atmosfäre und Menschen der Industrielandschaft; das kulturelle und wirtschaftliche Werden der Ruhrstädte; die Triebkräfte der Wirtschaft: die technisch-ökonomischen und die menschlichen; die Organe der Menschenbewirtschaftung usw. Aus allem ergibt sich das Bild einer immensen Leistung: beeinträchtigt durch das lähmende Gegeneinander kapitalistischen Macht- und Profitstrebens. Der Raubbau an Energien und Material schreit nach Planwirtschaft, das graue Dasein des Proletariats nach Sozialismus. Der Prolet erschöpft sich im zermürbenden Arbeitstrott; die Stoßkraft seiner klassenmäßigen Bindungen ist beeinflußt durch auf dem Boden der Entbehrung gewachsene Wunschbilder kleinbürgerlicher Prägung. Trotzdem glaubt der Autor, daß der latent vorhandene Haß gegen das System eines Tages „aus der Quantität der rebellierenden Gefühle seinen Umschlag in die Qualität der klassenbewußten Erkenntnisse erfahren" werde. Möge er recht behalten! M.

Die Rache des Kabunauri. Roman von Helena Bobinska. Verlag der Jugendinternationale, Berlin SO 16, Brückenstraße 10 b. Preis kartoniert 2,85 Mark. — Am Schicksal des Chewsurenjungen Niko werden die Schwierigkeiten gezeigt, die dem Kommunismus in den wilden Gegenden des Kaukasus entgegenstehen. Uralte Sitten und Gewohnheitsrechte hemmen die Aufklärung unter den Bergvölkern Georgiens, können sie aber nicht aufhalten. Hier ist ein Stück russischer Entwicklung und Wirklichkeit geschildert; der Roman ist ein lebendig geschriebener Anschauungsunterricht, der nicht im Tatsachenmaterial stecken bleibt. Ein Buch für die reifere Jugend (besonders für Jungens), das auch der Erwachsene mit Gewinn lesen kann. Die eingestreuten zahlreichen Zeichnungen illustrieren erstaunlich treffsicher Charaktere und Situationen des Romans. M.

Die Uhr. Von L. Pantelejew. Verlag der Jugendinternationale, Berlin. Preis 1,70 Mark. — Der ehemalige Fürsorgezögling Pantelejew, der uns bereits das Buch „Schkid, die Republik der Strolche" geschenkt hat, erzählt hier spannend und munter die Geschichte eines kleinen Strolchs, der durch eine von ihm geklaute Uhr ein ordentlicher Kerl wird. Für Kinder von 12 Jahren an. Wird sehr empfohlen! b.

Ede und Unku. Ein Roman für Jungen und Mädchen. Von Alex Wedding. Malik-Verlag, Berlin. Gebunden 3,75 Mark. — Das ist eine ganz patente Geschichte. (Macht auch uns großen Kindern Freude.) Der Herr Vorarbeiter Sperling ist schwer von Begriff und merkt nichts, selbst dann noch nicht, als er trotz seiner traditionellen Treue zum Unternehmer aufs Plaster gesetzt wird. Erst am Schluß des Buches, als er zum Streikbrecher degradiert werden soll, geht ihm ein Licht auf. (Lange Leitung!) Aber seine Geschichte läuft nur so nebenher. In Wirklichkeit handelt es sich um seinen Buben Ede, der mit unpassenden Leuten verkehrt: mit Maxe Klabunde, dem Sohn des Kommunisten, und Unku, dem Zigeunermädchen, und der mit Unterstützung seiner beiden peinlichen Bekannten in die Bresche springt, als Papa Sperling arbeitslos wird. Die Erlebnisse Edes und seiner Freundin sind so nett, und dabei beruht die Geschichte noch in der Hauptsache auf Wahrheit, und neun schöne Fotoseiten enthält das Buch auch, und die frische, flotte Sprache ist goldecht: kein Ton trifft daneben — kurz und gut: ich möchte 13 Jahre alt sein und das Buch zu Weihnachten geschenkt bekommen. Wer es seinen Kindern schenkt, wird es freilich auch selber lesen müssen; denn wie könnte er sonst verstehen, was gemeint ist, wenn die Nachkommenschaft aus der Schule heimkehrt und mitteilt: „Mani bock!" —? Ihr könnt Gift darauf nehmen, daß demnächst in Deutschland ein paar tausend Kinder anfangen werden, sich auf zigeunerisch zu unterhalten: „Brava tschabu!", „Kutsch mami!" und so. B.

Der Waffenhandel

Die genaue Erfassung des Waffenhandels ist deshalb unmöglich, weil Friedens- und Kriegsmaterialen aus denselben Werkstätten kommen und häufig identisch sind. Wenn Polen Flugzeuge oder Lastkraftwagen kauft, wer vermag dann zu sagen, ob sie für friedliche oder kriegerische Zwecke bestimmt sind? Wenn Ungarn Zyanamid kauft, wer weiß dann, ob es für seine Rübenfelder oder für seine Pulverfabriken ist?

Obwohl die Regierungen an dem Handel mit Kriegsmaterial gar nicht beteiligt sind, übt dieser doch mit der Zeit einen gewissen Einfluß auf das Gleichgewichtsverhältnis der Staaten aus. Irgendein Händler, der an Griechenland eine große Anzahl von Gewehren liefert, kann dadurch zum Bruch Griechenlands mit der Türkei beitragen; eine Granatenlieferung an Serbien mag Beunruhigung in Italien hervorrufen; eine geheime Lieferung von Maschinengewehren nach Ungarn führt möglicherweise zu Besorgnissen in Prag, Belgrad und Bukarest. Der Waffenhandel übt, und wenn er noch so privat ist, dennoch seinen Einfluß auf die Beziehungen der Staaten zueinander aus.

Auf diese Weise ist eine wirkliche „Nebendiplomatie" entstanden, die — ohne irgend einer Regierung verantwortlich zu sein — dennoch eine bedeutende, oft sogar entscheidende Rolle in den Beziehungen der Völker zueinander spielt.

So erkannte z. B. England im Jahre 1920 durch die Vereinbarung von San Remo als Gegenleistung dafür, daß es das Mandat über das Petroleumgebiet von Mosul erhielt, das französische Mandat über Damaskus an, obwohl es dies Gebiet früher dem Emir Faisal versprochen hatte. Aber der Emir und später die Drusen setzten nichtsdestoweniger den Krieg gegen Frankreich mit Hilfe von Schnellfeuergeschützen und Munition fort, die sicherlich nicht in Kleinasien hergestellt waren!

Zu derselben Zeit schloß die griechische Regierung mit der englischen Firma Vickers einen Vertrag auf Lieferung von Waffen und Munition gegen Kredit und warf auf Grund guter artilleristischer Ausrüstung die Banden Mustafa Kemals in das Innere Anatoliens zurück, bis schließlich Kemal sich auf Grund des Angora-Vertrages mit Frankreich plötzlich im Besitz zahlreicher Geschütze und Gewehre befand, die die französische Armee zu gelegener Stunde „ausrangiert" hatte. Innerhalb weniger Wochen trieb nun Kemal die griechischen Truppen bis ans Meer zurück. Ein amerikanischer Kriegsberichterstatter berichtete darüber: „Als Augenzeuge des griechischen Rückzugs konnte ich feststellen, daß die Geschütze und Maschinengewehre, die die Griechen zurückließen, sämtlich die Marke der englischen Firma Vickers trugen. Ich wohnte dann dem siegreichen Einmarsch der Türken in Smyrna bei, die ihrerseits großartige Geschütze von Creusot mit sich führten. An diesem Tage begriff ich, was Entente Cordiale bedeutet."

Offiziell befand Frankreich sich im Frieden mit Griechenland und wußte das Foreign Office von den Drusen nichts. Dem britischen Parlament hatte weder irgendein Bündnisvertrag mit Griechenland noch irgendein Antrag auf Kreditgewährung zum Zwecke des Unterhalts der griechischen Armee vorgelegen. Das französische Parlament hatte keinerlei Militärkonvention gebilligt, die die Bewaffnung der Türken vorsah. Aber es war der Firma Vickers nicht untersagt, Griechenland auf Kredit Geschütze zu liefern, so wenig wie es unternehmungslustigen französischen Händlern verboten war, den Türken französische Kanonen zu verkaufen, die sie sich nach dem Sieg durch allerlei Konzessionen bezahlen ließen.

Alle Großmächte verfügen über eine Nebendiplomatie, die außerhalb der Kanzleien, manchmal hinter deren Rücken und stets hinter dem Rücken der Parlamente, arbeitet; da ihr Vorgehen natürlich nur unter Verletzung der offiziellen Verträge möglich ist — denn sonst brauchte es nicht geheim zu sein —, so erzeugt es einen Zustand der Spannung zwischen Regierung und Völkern und ein ständiges Mißtrauen, das sie zu immer neuen Rüstungen zwingt.

Da dieser Waffenhandel rein privater Natur ist, kann niemand den Rüstungskonzernen verbieten, auch einmal eigene Heere auszurüsten. Wenn in dem Konkurrenzkampf, den die amerikanische Standard Oil-Gruppe mit der englischen-holländischen Royal Dutch Shell-Gruppe um Petroleumländereien in Mexiko führte, die mexikanische Regierung einmal eine Entscheidung traf, die der einen Gruppe Vorteile auf Kosten der andern brachte, so brach unfehlbar eine „Revolution" aus. Ebenso sicher marschierten beide Heere, sowohl die Regierungstruppen als auch die „Revolutionäre", ausgerechnet in das Petroleumgebiet von Tampico, und mit absoluter Sicherheit konnte man bei der einen Partei ausschließlich englische, bei der anderen ausschließlich amerikanische Kanonen, Maschinengewehre und Flugzeuge finden. Auf diese Weise war Mexiko zwanzig Jahre lang der Schauplatz ständiger Bürgerkriege, und wenn es jetzt zur Ruhe gekommen ist, so liegt das daran, daß die beiden Konkurrenten angesichts der vorhandenen Überproduktion von Petroleum zu der Einsicht gekommen sind, daß es besser sei, sich zu verständigen und die Ausbeutung weiterer Petroleumvorkommen durch andere zu verhindern.

Ein ähnliches Bild bietet heute China. Zwanzig Jahre lang ist dieses ungeheure Land jetzt in der Hand regelrechter „Kriegsunternehmer". Will man erfahren, woher ihre Munition kommt, so braucht man nur die Zeitungsberichte über die Besuche von Vertretern der Creusot, Krupp und Vickers zu verfolgen. Die großen Rüstungsfirmen beliefern die chinesischen Generäle mit Kanonen, Maschinengewehren und Munition im Überfluß, und die Bezahlung erfolgt aus dem Erlös von Plünderungen in den Provinzen.

Man sollte nun annehmen, daß dieser private Waffenhandel wenigstens mit dem Ausbruch eines Krieges aufhört, zum mindesten doch zwischen den kriegführenden Mächten. Das ist aber durchaus nicht der Fall.

Bekanntlich befindet sich unter den zahlreichen für die Herstellung von Kriegsmaterial unentbehrlichen Grundstoffen eine ganze Anzahl von Mineralien und Metallen, die nur in bestimmten Teilen der Welt vorkommen. So findet sich z. B. das für die Herstellung gewisser Edelstähle erforderliche Nikkel nur in Neukaledonien und Kanada; Bauxit, aus dem Aluminium gewonnen wird, nur in der Provence und in den Vereinigten Staaten; Mangan im Kaukasus usw.

Während des letzten Krieges fehlten dem deutschen Generalstab Aluminium für das Gerippe seiner Zeppeline, und Karbide und Zyanamid für seine Sprengstoffe. Gleichzeitig stellte der französische Generalstab fest, daß es den Fabriken der Alliierten nicht gelang, Magnetapparate von derselben Qualität wie diejenigen deutschen Ursprungs herzustellen. Daher die Unterlegenheit des französischen Flugwesens. So begann denn die Schweiz, aus Deutschland Mengen von Magnetapparaten, die in gar keinem Verhältnis zum eigenen Bedarf standen, und gleichzeitig aus Frankreich große Mengen Bauxit und Zyanamid einzuführen, für die sie selbst keine Verwendung hatte. (Der englische Admiral Consett hat enthüllt, daß ein ähnlicher Austausch zwischen England und Deutschland über Dänemark stattfand.)

Die Volksmassen, für die der einzige Zweck des Krieges die „Landesverteidigung" ist, nehmen Anstoß an diesem Austausch. Es erscheint ihnen befremdlich, daß französisches Aluminium dazu dient, französische Soldaten zu töten, und daß deutsche Soldaten mit Hilfe von deutschen Magnetapparaten getötet werden. In solchem Handel erblicken sie Hochverrat. Aber Generalstäbe und Regierungen gehen von ganz anderen Gesichtspunkten aus. Für sie ist ein Krieg ohne Sieg ein unnützer Krieg, der zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden muß. Es liegt also im beiderseitigen Interesse der feindlichen Generalstäbe, sich gegenseitig die Mittel zu verschaffen, um den Krieg „bis ans Ende" durchzuführen, d. h. bis einer der Kriegführenden sich geschlagen bekennt.

In Frankreich fanden in der dunkelsten Stunde des Krieges unter dem Ministerium Clemenceau gleichzeitig zwei Hochverratsprozesse statt. Bolo Pascha, der unter der Anklage stand, die Absicht gehabt zu haben, für deutsche Rechnung eine große Zeitung aufzukaufen, wurde erschossen, und mit Recht, denn es war sein Bestreben gewesen, den Willen des Volkes und des Heeres, bis ans Ende durchzuhalten, zu untergraben. In derselben Woche wurde eine Gruppe französischer Industrieller, die der Lieferung von Zyanamid und Karbiden an Deutschland über die Schweiz angeklagt waren, auf Antrag eines Vertreters der Regierung Clemenceau freigesprochen, denn durch diese Lieferungen hatten sie sowohl dem französischen wie dem deutschen Generalstab die Mittel verschafft, den Krieg bis zur endgültigen Entscheidung fortzuführen.

Francis Delaisi

Kleine Anfrage

Der Völkerbund wagt immer noch nicht, in dem chinesisch-japanischen Konflikt einzugreifen. Warum nicht? So fragt der französische Politiker Paul Faure im sozialdemokratischen „Populaire". Er fragt die Regierung, ob ihr bekannt sei, daß Japan große Bestellungen für Waffen und Munition bei den Creuzot-Werken aufgegeben habe und daß bei den Verhandlungen über diese Bestellungen von japanischer Seite der Wunsch ausgesprochen worden sei, die öffentliche Meinung Frankreichs müsse besser über die Rechtmäßigkeit der japanischen Ansprüche in der Mandschurei aufgeklärt werden. Ob der Regierung weiter bekannt sei, daß zu diesem Zweck in der Direktion der Creuzot-Werke ein permanenter Pressedienst eingerichtet worden sei, der eine Anzahl von Mitarbeitern großer Zeitungen zu seiner Verfügung habe.

Krieg erwünscht

Das Zentralorgan der Konservativen Partei Norwegens, „Morgenblatt" vom 25. 11. 31., schreibt:

„Wird es zu einem Krieg im Osten kommen? Es klingt vielleicht brutal, aber aus Gründen der Konjunktur wäre der Krieg sehr wünschenswert. Die Welt ist heute nicht anders als früher. Ein Krieg wird den Bedarf an Schiffstonnage vergrößern das Risiko der Warentransporte wird steigen, die Preise steigen ebenfalls und mit ihnen wird die Spekulation zunehmen. Dies bedeutet eine Umstellung des Außenhandels zum Vorteil der neutralen Länder und gesteigerte Bestellungen an deren Industrie. Die ganze Welt verfolgt daher mit größter Spannung die Entwicklung in der Mandschurei. Sowohl der Warenmarkt wie die Börsen registrieren alles, was vor sich geht. Wenn es ernst wird, so bedeutet das eine riesige Stimulation für das Wirtschaftsleben der ganzen Welt, das kann nicht bestritten werden. Wenn es aber nicht zum Krieg kommt, so wird die Welt noch lange auf eine natürliche Besserung warten müssen, denn diese ist noch weit entfernt."

Also ran an den Speck, die Sache will's!

Wohltätige Wirkungen

Eine argentinische Firma versendet an ihre Kunden regelmäßige Weltmarktberichte über die Preisbewegungen vor allem des Getreides. Sie berichtet unter dem 24. Oktober von einem schwachen Anziehen der Weizenpreise in Erwartung des damals drohenden chinesisch-japanischen Krieges und fügt hinzu:

„So müssen wir jetzt die Möglichkeit eines baldigen Abbruchs der Beziehungen zwischen den in Konflikt befindlichen Mächten verneinen und es bleibt daher sehr wenig Hoffnung auf die wohltätigen Wirkungen, die ein Kriegsausbruch hätte mit sich bringen können."

„Diese Einstellung", schreibt dazu ein Leser aus Argentinien, „ist in Argentinien keineswegs vereinzelt. Als Kriegslieferant ist Argentinien an gelegentlichen wohltätigen Kriegen ebenso interessiert wie die Fabrikanten von Kriegsmaterial.

Und noch eins: Was würde ein argentinischer Delegierter im Völkerbund tun? Wird er als Mitglied des Völkerbunds dem Frieden dienen? Wird er nicht vielmehr als Argentinier jeden nur möglichen Krieg fördern, um dessen „wohltätige Wirkungen" seinem Vaterlande zugute kommen zu lassen, das nun einmal auf Gedeih und Verderb mit dem Schwanken der Weizenpreise verbunden ist?"

Wenn Sie noch nicht wissen, was Sie zu Weihnachten kaufen oder schenken wollen, dann bestellen Sie eines der hier aufgezählten Bücher vom Verlag der S.-Z.

Neue Bücher

Der Staat ohne Arbeitslose — Drei Jahre Fünfjahresplan. Von Gläser-Weiskopf. Preis 4,50 Mark. — 256 ausgezeichnete Bilder aus dem neuen Rußland. Mit einem Nachwort über den Fünfjahresplan.

Deutschland von unten. Von Graf Stenbock-Fermor. Preis geb. 7,50 Mark, kart. 5,50 Mark. — Eine erschütternde Schilderung der Elends- und Hungergebiete Deutschlands, mit vielen Fotos.

So kam 14 der Krieg. Von Franz Bühler. Preis 2,80 Mark. — Kurzer Bericht eines Historikers über den Juli 1914.

Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, ihre Kritik, ihre Lösung durch den Sozialismus. Von Otto Heller. Preis brosch. 4,50 Mark, in Leinen geb. 6,50 Mark.

Neue Kinderbücher

Ede und Unku. Ein Roman für Jungen und Mädchen. Von Alex Wedding. Preis 3,75 Mark. — Für Kinder von etwa 13 Jahren an.

Die Uhr. Von L. Panteleiew. Preis 1,70 Mark. — Schildert, wie ein kleiner russischer Strolch, ein „Besprisorni", eine Uhr klaut, was für Abenteuer er infolgedessen durchmacht und wie er dann ein ordentlicher Kerl wird. Für Kinder von 12 Jahren an.

Die Rache des Kabunauri. Roman von Helena Bobinska. Preis 2,85 Mark. — Schildert sehr spannend am Schicksal eines Jungen, wie der Kommunismus in die wilden Gegenden des Kaukasus eindringt und auf welche Schwierigkeiten er stößt. Für die sog. „reifere Jugend". Kann aber auch von Erwachsenen mit Gewinn gelesen werden.

Hans Urian. Von Lisa Tetzner. Preis kart. 2,80 Mark, Halbleinen 3,80 Mark. — Die Geschichte einer Weltreise. Ein Kinderbuch, das sich durch seine Weltzugewandtheit aus dem Brei der Bravheit- und Wohlverhaltens-Plätscheleien heraushebt, mit denen man gemeinhin die Jugend zu langweilen und zu verderben pflegt. Für Kinder von 8 Jahren an.

Und etliches fiel unter die Dornen

In einem kürzlich abgehaltenen theologischen Fortbildungskurs in Stuttgart durfte, wie aus einem Bericht im Kirchlichen Anzeiger für Württemberg hervorgeht, ein Redner, Professor Dr. Wünsch aus Marburg, sich in drei Vorträgen über das Thema „Kapitalismus und Sozialismus als theologisches Problem" verbreiten und zu folgendem Ergebnis kommen: „Es scheint nur ein Weg gangbar, der des Sozialismus. Wir müssen den Mut haben, die Richtung einzuschlagen auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Neuordnung der Eigentumsverhältnisse, Planwirtschaft für die ganze Welt. Aufhebung der Interessengruppen und Klassen. Und das alles muß ein Werk der Arbeiterklasse sein, die dabei aber die Hilfe der bürgerlichen Intelligenz braucht. Das Ziel muß sein: Sicherung der materiellen Existenz zur Freiheit des Menschen. Die Kirche soll den Sozialisten Freiheit gewähren. Entscheiden muß sich der Einzelne. Er darf sich nicht mit dem „Gericht" entschuldigen, unter dem die Welt stehe, und deswegen sich zurückziehen." — Wieviel von diesem Samen wird aufgehen?

Und im selben Blatt des Evangelischen Pfarrvereins wird auseinandergesetzt, daß die studentischen Angriffe auf den Theologieprofessor Dehn in Halle ohne jede Gewissenhaftigkeit in der Tatsachenforschung geschehen seien, daß die Studenten kein freies Wort mehr ertragen können und nicht den Mut aufbringen, mit fremden Gedanken geistig zu ringen. — Wieviel Frucht werden diese Worte tragen?

W. W.

Kleinigkeiten

Immer legal. Laut Bericht der „Fränkischen Tagespost" vom 1. Dezember hat der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser, in mehreren Versammlungen in Breslau und Brieg gesagt: „Wenn wir oben sind, werden wir Breitscheid und Genossen zu Dreck schlagen. Eine Anzahl wird gehängt, die übrigen werden eingesperrt. Dann werden die deutschen Arbeiter einsehen, wie stark wir sind."

Eigene Marke. In einem von Nazis bewohnten Hause in Greiz-Schönfeld fanden Arbeiter eine Gewehrpatrone Modell 97 (Stahlmantelgeschoß), in deren Hülse ein Hakenkreuz eingestanzt war. — Sie müssen eben das Wahrzeichen ihrer Legalität überall anbringen und sei's auf Gewehrpatronen.

Eine Million. Der am 15. August veranstaltete Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags hat den preußischen Staat mehr als eine Million gekostet. — Nichts ist umsonst.

Unheilbar. Pommersche Reitervereine mit rund 700 Reitern haben in einer Staffette über eine Strecke von 1100 Kilometern dem Feldmarschall v. Mackensen treudeutsche Glückwünsche zu seinem 82. Geburtstag übermittelt. — Die Treue ist ein leerer Wahn, aber mitunter hartnäckig.

Zeichen der Zeit. Dieser Tage wurde eine Reihe berliner Schulmädchen festgenommen, die in einem Warenhaus am Alexanderplatz Diebstähle verübten. — Um ihren Angehörigen zu Weihnachten eine Freude machen zu können.

Die Weihe. Die münchener Polizei hat einen neuen Panzerwagen in Dienst gestellt. Wie aus einem Bild in der Presse ersichtlich ist, ist dieser Wagen unter Assistenz eines katholischen Geistlichen feierlich geweiht worden. Gottes Segen wird deshalb mit ihm sein. — Fragt sich nur, wem das zugute kommen wird. Der Polizei oder denen, gegen die der Wagen einmal eingesetzt wird.

Die Bedingung. Ein Maurer in Bayern hat sich vom Raiffeisenverein seines Ortes einen kleinen Zwischenkredit für einen Hausbau erbeten. Er bekam folgendes Schreiben: Seit Jahren liefern Sie keinen Beichtzettel mehr ab. Wenn Sie den heuer nicht abliefern, erhalten Sie vom Darlehnsverein kein Geld. gez. Kathol. Pfarramt, Sch. Pfarrer. — Lerne siedeln ohne zu beichten!

Besänftigung. Bei der stuttgarter Gemeinderatswahl waren jegliche Wahlumzüge verboten; dagegen betätigte sich die Heilsarmee am Wahltage — mehr als sonst — durch Darbietung von Posaunenchören. — Diese besänftigenden Einwirkungen haben, wie das Resultat der Wahl zeigt, nicht sehr viel genützt.

Sogar in England. In Leeds wurde eine wegen Abtreibung angeklagte Arbeiterfrau freigesprochen. Gründe: den sozial notleidenden Klassen müsse Geburteneinschränkung erlaubt werden; zudem sei England sowieso schon übervölkert.

50 Jahre. Unter der unverständlichen Überschrift „Erfolge auswärts" berichtet das „Stuttgarter Neue Tagblatt": „Herr Felix S., Privatmann, und seine Gattin Julie, geb. G. hier, feiern morgen Samstag im engsten Familienkreis in seltener Rüstigkeit das Fest der goldenen Hochzeit. Die Jubilare sind 50 Jahre Leser des Stuttgarter Neuen Tagblatts."

Not der Kleinstadt. Aus einem Zeitungsbericht: „Auch das hiesige Finanzamt wird aufgelöst und damit einer kleinen Stadt ein wirtschaftliches Glied genommen. Es erhebt sich hier lebhaft die Frage, was mit dem großen ... Gebäude des Klosters, wo seither das Finanzamt untergebracht war, geschehen wird. Wer hat das Kapital, um ein solches Objekt zu erwerben?" — Man hat uns alles genommen, man soll uns nicht auch noch die Finanzämter nehmen.

Auch das noch. Wie das „Organ der Varietéwelt" berichtet, sind für den heiligen Abend diesmal auch die sogenannten Junggesellenfeiern verboten, die einzelne Lokale seither veranstalteten, um bei Unverheirateten das Heimweh nach einem trauten Heim mit Tannenbaumzauber nicht aufkommen zu lassen. Kalt und frierend werden sie auf ihrer Bude sitzen, wenn nicht irgend eine Freundin sich ihrer erbarmt.

Greifen Sie zu, meine Damen! Inserat im „Berliner Lokal-Anzeiger: „Selbstinserent, Angestellter, Genußmittel, solide, strebsam sucht Ehekameradin usw." — Mahlzeit!

Verirrungen. In einem Artikel „Verirrungen evangelischer Theologen" schreibt Prof. H. Haug (Stuttgart) u. a.: „Wenn nach Jesu Wort alle Haare auf dem Haupt eines Menschen gezählt sind, so muß sich der Christ auch damit abfinden können, daß Menschenleiber durch berstende Fliegerbomben zerrissen oder durch giftige Gasschwaden verbrannt werden." — Und auch damit, daß Professoren solche Sätze von sich geben.

Stuttgart. Samstag, 12. Dezember, 20 Uhr, im Haus des Deutschtums, Karlsplatz: Abend des proletarischen Buches. Ansprache, Buchverlesungen, Gedichte, proletarische Schallplatten. Karten zu 40 Pfennig, für Erwerbslose 20 Pfennig.

Mannheim. Der Bund der Freunde der Sowjetunion ladet die S.-Z.-Leser auf Freitag, 18. Dezember, zu einer öffentlichen Diskussion über verschiedene aktuelle Probleme im Versammlungsraum in M 15,16 ein.

Karlsruhe. Die für 12. Dezember geplante Zusammenkunft fällt aus.

Die Empfänger von Probenummern, die von Januar an die S.-Z. abonnieren wollen, füllen jetzt die den Probenummern beiliegende Bestellkarte aus und werfen sie unfrankiert in den nächsten Briefkasten. Der Briefträger zieht dann das Bezugsgeld ein. Die Sonntags-Zeitung kostet (mit Bestellgeld) nur 86 Pfennig im Monat.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51). Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark. Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 1

Stuttgart, 13. Dez. 1931 **Die Sonntags-Zeitung** 12. Jahrg. Nr. 50, 2. Blatt

Der rechte Preis

Wenn man sagt, in der „freien" Wirtschaft, der Marktwirtschaft, entstehe der Preis einer Ware aus dem Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage, so konstatiert man eine Binsenwahrheit, mit der praktisch nicht viel anzufangen ist. Sie gilt ohne weiteres eigentlich nur für primitive Fälle, für den Austausch von Elfenbein gegen Glasperlen, für das Hin- und Herhandeln in einem orientalischen Bazar, oder für eine Versteigerung; kurz überall, da wo keine „festen" Preise bestehen. In der hochentwickelten, auf Arbeitsteilung und strenger Kalkulation beruhenden kapitalistischen Wirtschaft ist zwar das Spiel von Angebot und Nachfrage auch vorhanden, aber der Spielraum ist, wenigstens nach der einen Richtung eingeschränkt: durch die Herstellungskosten. Unter „Selbstkostenpreis" kann ein Unternehmer nicht produzieren. Angebot und Nachfrage entscheiden lediglich darüber, wie hoch nachher der Preis der Ware über den Selbstkosten angesetzt werden kann. Ford soll zwar im Anfang seine Autos unter Selbstkosten angeboten haben, aber das geschah aus kluger Berechnung; er konnte dadurch seinen Absatz so sehr steigern, daß der anfängliche Verlustpreis recht bald sehr profitabel war.

Die Herstellungskosten bestehen aus den Auslagen für Material und Arbeitslohn und den allgemeinen Unkosten wie Miete, Zinsen, Amortisationen, Steuern u. dgl. Alle diese Kosten lassen sich, wenn man ihnen nachgeht, auflösen in Kosten für Arbeitslohn und für Boden- bzw. Kapitalrente. Auch in der kapitalistischen Wirtschaft spielt also die Arbeit eine gewisse Rolle bei der Preisbildung. Eine Ware, in der viel Arbeit steckt, wird im allgemeinen teurer sein als eine solche, die wenig „Arbeitswert" enthält.

Wenn die Herstellungskosten lediglich aus Arbeitslöhnen (direkten und indirekten) bestünden, und auf dem Markt Angebot und Nachfrage wirklich frei aufeinander wirken könnten, dann wäre alles in schönster Ordnung. Die „freie" Wirtschaft wäre das beste aller denkbaren Systeme, und wir würden unsere Bedarfsartikel um den zehnten Teil ihrer heutigen Preise kaufen können. Aber die „Freiheit" unserer Wirtschaft wird durch den Kapitalismus verfälscht und in ihr Gegenteil umgebogen. Er verteuert die Waren, direkt und indirekt. Direkt durch den Anteil des Boden- und Kapitalzinses im Warenpreis, indirekt durch die Übermacht der kapitalstarken Warenangebotseite gegenüber der kapitalschwachen Nachfrageseite.

Wenn die Kapitalisten merken, daß die Preise zu sinken drohen, weil das Angebot an Waren zunimmt, etwa infolge größerer Produktivität des Bodens oder der Arbeit, dann schließen sie sich zusammen und halten mit ihrem Angebot zurück. Sie verpflichten sich gegenseitig, nicht unter einem gewissen Preis zu liefern, oder nur einen gewissen Teil ihrer Vorräte zu verkaufen, oder gar diese Vorräte teilweise zu vernichten. Die „Freiheit" der Wirtschaft ist infolgedessen heute ebenso scheinbar wie etwa die „Freiheiten" der Weimarer Verfassung. Die Verteurung der Waren durch diese Organisationen der Produzenten, die Kartelle und Truste, ist ein bekannter und heute viel besprochener Mißstand in der kapitalistischen Wirtschaft. Weniger auffallend und deshalb öffentlich nicht so viel kritisiert ist die warenverteuernde Wirkung der sozusagen unsichtbaren Monopole und Kartellbindungen, wie sie bei der Warenverteilung, im Handel, auftreten. Der Preisaufschlag, den die Ware zwischen dem Verlassen der Fabrik und ihrem Erscheinen auf dem Ladentisch erfährt, ist dabei gewöhnlich noch viel größer als der Extraprofit des Produzenten; ja bei landwirtschaftlichen Artikeln ist es vielfach so, daß der Produzent überhaupt kaum auf seine Kosten kommt, während der Handel große Aufschläge einsteckt. Der Großhandel beherrscht die Märkte durch seine Kapitalkraft, und der Kleinhandel verteuert die Ware merkwürdigerweise umgekehrt umsomehr, je kapitalschwächer er ist. Bei ihm ist es ähnlich wie bei den Produzentenkartellen: der Preis der Ware richtet sich nach den Unkosten desjenigen Gliedes (desjenigen Teilhabers am unsichtbaren Kartell aller Kleinhändler), das am unwirtschaftlichsten arbeitet, weil es den kleinsten Umsatz hat. Wenn an einem Ort zwei Krämer einen Laden haben, dann liefert derjenige, der dazu vermöge größeren Umsatzes oder besserer Fachkenntnisse imstande wäre, nicht billiger als der andere und schalter diesen dadurch vom Markte aus, sondern er verkauft ebenso teuer wie er und macht dabei auf Kosten des Konsumenten den größeren Profit. Das ist hier die tatsächliche Wirkung der „freien Konkurrenz"; genau die umgekehrte als die von den Theoretikern behauptete.

Es gibt eben in Wirklichkeit keine freie Konkurrenz, keine „freie Wirtschaft". Und darum wird eine nicht willkürlich, sondern grundsätzlich gebundene, eine planmässige Wirtschaft nicht zum wenigsten für den Konsumenten von heilsamen Folgen sein: in ihr werden die Preise auf einen Bruchteil der heutigen reduziert werden können. Auch wenn Reibungsverluste aller Art, bürokratische Schwerfälligkeit, fehlender guter Wille, mangelhafte Leistung usw. namentlich für die Übergangszeit einzukalkulieren sind, wird eine sozialistische Wirtschaft darum im Endeffekt viel, viel wirtschaftlicher arbeiten als die kapitalistische. In ihr wird der Warenpreis auf die reinen Herstellungs- und Verteilungskosten gedrückt werden können; und diese Kosten werden durch technische Verbesserungen ohne Zweifel noch weit unter den jetzigen Stand gesenkt werden können.

Profit gibt es dann zwar keinen mehr, aber dafür volle Entlohnung ehrlicher Arbeit. Eine Ware wird dann soviel kosten, als Arbeit in ihr steckt. Das ist der „gerechte" Preis, den die bürgerlichen Nationalökonomen bis jetzt mit weisem Zeigefinger für eine Utopie erklären.

Erich Schairer

Einheitsfront

Die unter dieser Überschrift erscheinenden Artikel sind Diskussionsartikel. Wer entgegnen will, möge es kurz und sachlich tun. D. Red.

Als am Vorabend der Hessenwahl Breitscheid der KPD ein vorsichtiges und verstecktes Bündnisangebot machte, war es sicher nicht seine Absicht, einen Schlußstein unter jene Politik der Sozialdemokratie zu setzen, die das Entstehen der fascistischen Massenpartei in Deutschland erst ermöglicht hat. Insoweit, aber auch nur insoweit, war die Antwort der „Roten Fahne" richtig, Brüning toleriere Hitler, die SPD toleriere Brüning, und Breitscheid wolle nun die KPD veranlassen, die SPD zu tolerieren.

Die politische Wirkung einer Handlung wird jedoch nicht durch die mehr oder minder edlen Absichten des Handelnden bestimmt. Hätte die KPD Breitscheid beim Wort genommen und unter Hinweis auf die spontane einheitliche Aktion der Massen in Braunschweig gemeinsame Demonstrationen und Massenstreiks gegen den Terror der Fascisten im ganzen Reich verlangt, dann hätte sie die Sozialdemokratie in eine schwere Krise gestürzt. Denn die SPD ist einerseits die Organisation des Teiles der Arbeiterklasse, der zwar schon die Notwendigkeit des Klassenkampfes innerhalb des kapitalistischen Systems, aber noch nicht die historische Aufgabe des Proletariats, die revolutionäre Beseitigung dieses Systems, begreift; sie ist andererseits ein Bestandteil des bürgerlichen Staatsapparates. Als Organisation des reformistischen, also noch unklaren und unentwickelten Klassenbewußtseins des Proletariats, die sie im Bewußtsein der Massen ist, ist sie genötigt, die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zu verteidigen, den Fascismus an der Machteroberung zu hindern. Als Teil des bürgerlichen Staatsapparates, als preußische, hessische und badische Staatsbürokratie muß sie jede wirkliche Aktion ihrer Massen fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Denn jede wirkliche Aktion der Massen wird erstens den Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Staatsapparat enthüllen, und zweitens wird die Bourgeoisie kein Interesse mehr daran haben, die reformistischen Arbeiterführer länger in ihrem Staatsapparat zu dulden, wenn sie dadurch nicht mehr die Arbeiterklasse vom Kampf um ihre Interessen abhalten kann.

Hätte die KPD die Rede Breitscheids mit einem Einheitsfrontangebot beantwortet, so hätte sie diesen Widerspruch zwischen dem wenn auch unentwickelten Klassenbewußtsein der reformistischen Proleten und der objektiven Rolle der SPD-Bürokratie als Teil der Staatsbürokratie bewußt gemacht. Wäre die SPD auf dieses Angebot im Moment eingegangen, dann wäre sie sehr schnell an die Grenze gestoßen, an der sie nicht mehr hätte mitkämpfen können, ohne ihre Funktion als Bestandteil des bürgerlichen Staatsapparates und damit ihr Wesen als Partei preiszugeben. Sie hätte sich dann ihren eigenen Proleten offen als Hindernis in der Verteidigung der proletarischen Interessen zeigen, die in Bewegung gesetzte Massenaktion verraten müssen. Hätte sie sofort das Einheitsfrontangebot zurückgewiesen, so hätte sie sich ebenso — erst recht nach Hessenwahlen und Best-Dokument — in Gegensatz zu ihren eigenen Massen gesetzt, die eine antifascistische Einheitsfront wollen. In beiden Fällen wäre es durch ein geschicktes Eingehen auf die Breitscheid-Rede möglich gewesen, breite Teile des heute noch reformistischen Proletariats durch die eigene Erfahrung im eigenen Kampf zur Klarheit über das Wesen der SPD und damit über die Schranken des Reformismus zu bringen, das Klassenbewußtsein dieser Massen zu entwickeln.

Die KPD hat sich jedoch darauf beschränkt, die richtige Erkenntnis des Wesens der Sozialdemokratie, die nur als Ergebnis ihres eigenen Kampfes von den Massen gewonnen werden kann, den Massen als Dogma vorzusetzen. Dadurch erscheint jetzt die wirkliche Feindin der proletarischen Einheit, die SPD, als ihre Anhängerin, und der wirkliche Vertreter der einheitlichen Klassenaktion, der Kommunismus, als Gegner des gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter. Die richtige Einschätzung des Wesens der SPD ist also als Dogma genommen zur Schranke der Entwicklung des proletarischen Bewußtseins geworden, weil sie gehindert hat, die Massen überhaupt in Bewegung zu bringen. Anstatt als immer wache Vertreterin der Gesamtinteressen der Arbeiterklasse die ganze Klasse zu der Klarheit über ihre historische Rolle zu führen, die die Voraussetzung ihres Sieges ist, hat die KPD, weil sie die richtigen Einsichten des Marxismus in ein starres Dogma verwandelt, sich zu einem von der Gesamtklasse losgelösten Teil der proletarischen Massen verwandelt. Den bewußtesten Teil des Proletariats von der Gesamtklasse lösen heißt aber nicht nur die Selbstbewußtseinsentwicklung der Gesamtklasse hindern und die Arbeiterklasse in entscheidender Stunde führerlos machen, es heißt außerdem diesen bewußtesten Teil der Arbeiterklasse in seiner eigenen Bewußtseinsentwicklung zurückwerfen. Werden die (wenn auch richtigen) Resultate marxistischen Denkens nicht mehr aus der gegebenen Wirklichkeit durch die politische Praxis ständig neu gewonnen, sondern an Stelle der Analyse der Wirklichkeit und des Handelns der Arbeiterklasse als Dogma gesetzt, so geht das entscheidende Moment des proletarischen Klassenbewußtseins, die marxistische Methode, vor die Hunde. Die richtigen Ergebnisse verwandeln sich damit in abstrakte Ideale und die KPD wird unfähig, ihre Aufgaben zu begreifen und zu erfüllen. Es kommt deshalb alles darauf an, die KPD von diesem falschen Weg abzubringen, ihr die Notwendigkeit vor Augen zu führen, die proletarische Einheitsfront da zu verwirklichen, wo sie durch den erwachenden Kampfwillen der reformistischen Arbeiter ermöglicht wird.

Wis

Einheitsfront an einer Universität

An der Universität Frankfurt a. M. haben sich alle marxistischen Studenten ohne Unterschied der Partei und Richtung zu einer gemeinsamen Kampforganisation zusammengeschlossen. In ihrer ersten gemeinsamen Veranstaltung brachten die Referate der Genossin Sevenich (SAP) und des Genossen Dünner (KPD) den Willen zum Ausdruck, über alle parteipolitischen Trennungen hinweg gemeinsam gegen den Fascismus und die Hochschulreaktion zu kämpfen. Gleichzeitig sind sich die roten Studenten bewußt, daß ihr Kampf nur ein Teil des Kampfes ist, den das Proletariat aller Länder gegen das kapitalistische System und für seine Befreiung kämpft. Die neugegründete Rote Studentengruppe (Freie Vereinigung sozialistischer Studenten), die die Mitglieder der KPD, SAP, KPO, des Leninbundes und auch einzelne Sozialdemokraten umfaßt, stellt sich deshalb an die Seite der revolutionären Arbeiterschaft. Sie fordert die Kommilitonen des ganzen Reiches auf, ihrem Beispiel zu folgen.

Bibeltexte

Einem Redakteur in der Westmark hielt der Pfarrer die Hochzeitspredigt über 2. Tim. 1, 7: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Zucht."

In der Traubibel des jungen Paares wurde die Stelle zum ewigen Gedenken notiert. Statt 2. Tim. 1, 7 schrieb der Pfarrer jedoch irrtümlich 1. Tim. 1, 7. Diese Stelle lautet: „Wollen der Schrift Meister sein und verstehen nicht, was sie sagen und was sie setzen."

•

Bei der stuttgarter Gemeinderatswahl hat ein Wähler einen Wahlvorschlag der Nationalsozialisten in die Urne geworfen, auf dem stand: „Jesaja 41, Vers 24: Siehe, ihr seid aus nichts, und euer Tun ist nichts und euch wählen ist ein Greuel."

Die Kerker von Budapest

Die folgende Schilderung ist dem Buch „Die Kerker von Budapest" von Sandor Kemeri entnommen. In diesem Buch berichtet eine ungarische Journalistin unter dem Namen Sandor Kemeri von ihren Erlebnissen in Horthy-Ungarn nach der Vernichtung der Sowjet-Herrschaft. Das Dokument von Boxheim und seine Ähnlichkeit mit Schriftstücken, die kürzlich bei weißgardistischen Putschisten in Ungarn gefunden wurden, machen die Schilderung heute wieder aktuell.

D. Red.

... Wir gehen durch das gut bewachte Tor. Die Hölle liegt hinter mir, aber ich fühle keine Erleichterung, ihr entronnen zu sein. Im Gegenteil: die dunkle Ahnung steigt in mir auf, daß ich schwerere Prüfungen zu bestehen, grausamere Qualen zu erdulden, alle Phasen des Fegefeuers zu durchwandern haben werde. Ich werde allein, verlassen und dazu verurteilt sein, unmenschlicher Leiden Zeuge zu sein, unfähig zu helfen, ja nur mein Mitleid zu äußern ...

„Nehmen Sie Abschied von der Vadászstraße", höre ich, da wir um die Ecke biegen. „Keine Sorge, hierher kommen Sie nicht so bald wieder!"

Als Antwort mache ich, aus meinen Gedanken aufgescheucht, dem Polizisten das Geständnis, daß ich vor Schwäche kaum weiterkann.

„Stützen Sie sich auf meinen Arm. Wir sind bald da. Es liegt ja in Ihrem eigenen Interesse, daß Sie so schnell als möglich verhört werden."

Um mich dreht sich die Welt in einem furchtbaren Wirbel. Ich weiß nicht, wie wir zur Kommandantur in der Szerecsenstraße kommen. Allem Leben fühle ich mich entrückt, sehe Menschen, Häuser, Läden mit ihren heiteren Farben wie durch einen Nebel. Nur der Jammer um das traurige Los meiner Leidensgenossen erfüllt mein Bewußtsein. Mit Bestimmtheit weiß ich es nicht, doch ich bin überzeugt, daß wir in dieser Stadt des Grauens unser viele sind, überall, in allen Gassen ...

Mit Hilfe des Polizisten schleppe ich mich in den ersten Stock hinauf. Im Vorzimmer, einem langen und breiten Raum, der mit Verhafteten angefüllt ist, die, wie ich, auf ihre Vorführung warten, breche ich fast zusammen. Ich lehne mich, um nicht lang hinzuschlagen, gegen die Wand. Auf den Stühlen sitzen die älteren Personen. Andere sitzen auf Tischen, wieder andere auf der Erde. Ich will eben ihrem Beispiel folgen, als der Polizist mit einem Stuhle zurückkehrt und mir mit gedämpfter Stimme zuraunt:

„Sie werden lange warten müssen. Ich will versuchen, Sie außer der Reihe vorzubringen."

Damit geht er hinaus.

Ich sehe mich um. Alle sind Gefangene, Gefangene ohne Verhör, blaß, erschöpft, krank. Manche haben geschwollene Backen mit blutunterlaufenen Flecken, einige den Kopf oder die Hand mit Bandagen umwickelt. Kein Zweifel, daß man sie mißhandelt hat.

Einem jungen, langaufgeschossenen Manne ist ein Auge ausgelaufen. Die noch blutige, fast zugeschwollene Höhle verrät, daß die Schläge, die dieses Unglück angerichtet haben, erst unlängst gefallen sind. Ein alter Mann wird von Fieberschauern geschüttelt. Dabei preßt er beide Hände krampfhaft auf den aufgetriebenen Leib. Einem Manne mit rotem Bart und einem Christuskopf läuft das Blut von den Händen, das zarte und feine Gesicht einer jungen Frau entstellen rote Striemen.

Wir betrachten uns lange. Keiner wagt ein Wort zu sprechen. Vier Soldaten bewachen uns mit aufgepflanztem Bajonett und wenden keinen Blick von uns.

Ich lerne bald dieses Esperanto der Augen, das uns ermöglicht, einander zu verstehen, selbst wenn wir verschiedene Sprachen reden. Alle Nationalitäten und Bekenntnisse sind vertreten: Österreicher, Bulgaren, Serben, Rumänen, Tschechen, Deutsche, Bosniaken und Ungarn mit traurigen Augen. Juden, Protestanten, Katholiken, Orthodoxe und Mohammedaner. Das erfahre ich aus den mit lauter Stimme geführten, von Schlägen unterbrochenen Vernehmungen, die in beiden Nebenzimmern stattfinden.

Wir sind alle Verfolgte, Opfer eines persönlichen, politischen oder religiösen Racheaktes. Wir alle sind, schuld- und rechtlos, dem gleichen Martyrium ausgeliefert ...

Plötzlich, hinter der Türe, Geräusche, die uns das Blut gerinnen machen. Mit namenlosem Entsetzen vernehmen wir Schläge, Schreie, Stöhnen, Röcheln, und das Herz schnürt sich uns in der Brust zusammen, daß wir stumm und untätig dabeistehen müssen. Aber unsere Augen sagen alles! Alle Schranken sind gefallen, ein einziger Gedanke verbindet uns: er ist unseresgleichen, dessen Recht und Leben man hier antastet!

Jetzt führen sie einen ungarischen Bauern in weißer Faltenhose und schwarzer Weste zum Verhör. Einen Dorfrichter. Er ist ein kräftiger Mann reiferen Alters. Sein Schritt ist fest, obgleich sein Gesicht entstellt ist von zahllosen Striemen. Aufrecht steht er zwischen zwei Soldaten, während der Richter ihn anschreit:

„Du bist also der verdammte Verbrecher, der das Volk mit jüdisch-kommunistischen Redensarten von der Kirche und vom Beichtstuhl fernhält?"

„Entschuldigen Sie, Herr Richter, aber diesen Namen verdiene ich nicht. Ich habe keineswegs jüdisch-kommunistische Reden gehalten. Sondern ich habe einfach nach der Messe einen Bericht aus Budapest vorgelesen. Und es ist nicht meine Schuld, daß ich mehr Zuhörer hatte als der Herr Pfarrer, der noch dazu einen Pick auf mich hat wegen eines Maisfeldes. Die Sache ist die ..."

„Maul halten! Wie kannst du wagen, mir zu widersprechen, wenn ich dir den Namen gebe, der dir zukommt, Mistvieh von einem Kommunistenhund? Behalte deinen Quatsch für dich! Hol der Teufel deinen Mais! Ich will wissen, was du den Leuten gesagt, womit du ihnen die Schädel verdreht hast."

„Ich habe nur einen Bericht aus Budapest vorgelesen."

„Das lügst du, Schwein! Aber du wirst bald bereit sein, die Wahrheit zu sagen."

Wir hören einen pfeifenden Ton und dumpfes Klatschen. Ich erkenne das Geräusch des Marterinstruments wieder: es ist der Horthy-Knüttel, mit dem am Abend vorher ein Polizist ein Strassenmädchen bearbeitete.

Der Alte scheint zähe und hartentschlossenen Willens zu sein. Denn er bleibt stumm. Unsere Augen sprühen auf, unter zitternden, halbgeschlossenen Lidern.

Der mörderische Knüttel hält nicht inne. Sekunden werden zu Ewigkeiten. Die Luft ist wie mit Elektrizität geladen. Wir möchten einen Schrei, eine Klage hören. Wir hören nichts als das Pfeifen und Klatschen. Es ist zum Irrsinnigwerden.

„Willst du gestehen, dreckiger roter Hund?" kreischt eine Stimme, die jeden menschlichen Klang verloren hat. „Willst du uns sagen, womit du die Leute behext hast?"

„Ich habe keinen behext. Ich habe nichts begangen."

„Was, das wagst du noch, nach der Probe, die du empfangen hast? Du willst mehr haben, roter Hund? Da ... da ... da ..."

Man hört Sporen klirren, dann ein Stampfen wie von Pferdehufen ..., dann ein Aufheulen, ein Röcheln, ein Schmerzensgestöhn,

das uns die Haare zu Berge, die Tränen des Entsetzens in die Augen treibt. Es ist, als hätte man einen Stier gefällt.

Selbst die Wachen können einen Aufschrei nicht unterdrücken: „Verdammt, sie haben ihm die ... herausgerissen!"

Man hat den armen, unglücklichen, unschuldigen Menschen entmannt, ihm Unterleib und Geschlecht zermalmt.

Das Röcheln erstirbt allmählich.

Die Männer beißen sich auf die Zähne, in ohnmächtiger Wut, die Frauen neigen den Kopf.

„Morgen mehr! Bringt ihn fort!" hört man die Stimme der richterlichen Bestie.

Durch die Scheiben der Türe sehen wir unseren Leidensgenossen, blutüberströmt, zusammengekrümmt, die Augen weit aus den Höhlen, auf einer Art Bahre, getragen von zwei Soldaten. Wir streicheln sein armes, zermartertes Gesicht mit unseren Blicken. Nur seine großen, dunklen Augen verraten noch ein wenig Leben. In welcher Hölle muß er verenden?

Es ist Mittag vorüber. Ich erwarte umsonst die Rückkehr des Polizisten. Es scheint ihm also nicht gelungen zu sein, meine Vernehmung zu beschleunigen. Ich stehe auf, um die Glieder ein wenig zu strecken. Am liebsten legte ich mich auf den nackten Boden. Doch ich wage es nicht.

Unsere Wachen werden abgelöst. Die Zeit schleicht dahin. Ein Verhör folgt dem anderen. Einige von uns werden abgeführt. Neu Hinzugekommene nehmen ihre Plätze ein. Auch die Beamten wechseln, aber die Torturen hör nicht auf. Sie sind wie eine Kette ohne Ende und bleiben sich, auch in der Reihenfolge, immer gleich: Faustschläge, Knüttelhiebe, Fußtritte ...

Ich bin so erschöpft, daß mir die letzte Widerstandskraft entschwindet.

Wie werde ich das Verhör ertragen?

Wessen bezichtigt man mich überhaupt?

Jetzt vernimmt man den jungen Mann mit dem ausgelaufenen Auge:

„Was hat Sie veranlaßt, den Vertrauensmann im Hause des Herrn Generals zu spielen?"

„Man hat mich für dieses Amt bestimmt, Herr Richter", antwortet eine sanfte Stimme. „Alle Mieter, der Wirt und auch der Herr General haben mich gewählt."

„Und wie haben Sie ihnen ihr Vertrauen belohnt. Sie schieläugiger Hund? Indem Sie die Dienstmädchen aufwiegelten und einen Mieter in eins der Zimmer hineinsetzten."

„Das Dienstmädchen habe ich geheiratet, und das Zimmer mußte ich zurücknehmen. Es wurden drei gebraucht, doch da die anderen keinen besonderen Eingang hatten, habe ich sie der Frau Generalin auf ihren Wunsch überlassen."

„Sie sollten vor Scham krepieren, dreckiger Jude, daß es nötig war, Sie darum zu ersuchen. Und wer hat Sie gebeten, an kommunistischen Versammlungen teilzunehmen und dort zu agitieren?"

„Niemand. Ich bin aus freien Stücken in die Versammlungen gegangen, aber niemals als Agitator."

„Leugnen Sie nicht. Sie besitzen eine vollständige kommunistische Bibliothek. Wo also haben Sie das Volk aufgehetzt?"

„Nirgends. Ich hatte nur den Wunsch, mich selbst fortzubilden."

„Schwindeln Sie doch nicht so, Sie verdammter Judenlümmel! Sie haben ja sogar das Haus, in dem Sie Ihr Vertrauensamt bekleideten, in Aufruhr versetzt. Los! Wo haben Sie agitiert, hier oder auf dem Lande?"

„Nirgends, Herr Richter."

„Wirst du auf der Stelle gestehen, Kommunistenhund! Oder ich schlage dir das andere Auge auch noch aus."

Wieder das furchtbare Aufprellen des Horthy-Knüttels. Es dauert nicht lange, Gott sei Dank. Denn der junge Mann ist, wie ich später höre, Epileptiker und bricht bald zusammen.

Es schlägt vier. Die Wachen werden zum zweiten Male abgelöst. Die Vernehmungen gehen weiter. Eine gleicht der anderen. Immer dieselben Flüche, dieselben Beschimpfungen, dieselben Mißhandlungen.

Wird man mich auch schlagen? Und werden die körperlichen Martern schmerzhafter sein als die seelischen?

Ich wünsche fast, daß man mich schlägt. Die anderen sind schuldlos wie ich. Ich will ihr Los teilen.

Tja!

Die Nacht ist kalt,
mich oder mir dünkt oder deucht, ich friere,
ich weiß nicht, warum ich in der kalten Nacht rumspaziere,
mir scheint, man wird dämlich und alt.

Morgen ist auch ein Tag,
komisch, wie das so von selber läuft —
oder ob einer das so eingerichtet haben mag?
(dolles Huhn!)
kurzum — morgen: ein Tag!
An dem man säuft
oder ersäuft
oder sich ersäuft,
je nachdem: ob man hat
oder Pech hat
oder satt hat.

Manche bleiben auch leben.
Sozusagen.

Mufti Bufti

Fürchterliches Elend

Die Nothilfe des „Deutschen Offiziersbundes" sucht das bittere Elend zu lindern, das in den Reihen seiner Pensionäre herrscht, und bittet daher um Gaben. Einige Beispiele zeigen, welche schlimmen Zustände zum Teil vorliegen: Der Witwe eines Majors ist durch Fortfall der Kinderzulagen ihrer jetzt 18- und 19jährigen Kinder die Pension um 100 Mark monatlich gekürzt worden, so daß ihr Monatseinkommen jetzt nur noch 368 Reichsmark beträgt; der Witwe eines Pfarrers ist ebenfalls durch Vollendung des 18. Lebensjahres ihres Sohnes die Pension gekürzt worden, sie beträgt nur noch 280 Mark monatlich: davon muß die Bedauernswerte eine Wohnungsmiete von allein 101 Mark monatlich bestreiten. Usw. usw.

Es ist einfach schauderhaft. Wie gut haben es doch da die unteren Schichten: sie haben keine großen Ansprüche ans Leben und sind außerdem in ihrem Willen zum Darben nicht durch Standesrücksichten gehemmt.

Der Filmheld

Douglas Fairbanks, der große amerikanische Filmheld, der heitere Hüpfer „Doug", rüstet in Paris eine Filmexpedition in die Mandschurei aus. Er will einen Groß-Tonfilm drehen, der ihn als Abenteurer durch die ganze Welt führen und natürlich auch einen richtigen Krieg aufweisen soll. Fairbanks äußerte seine Zufriedenheit darüber, daß ihm die Chinesen und Japaner große Kosten ersparen. Der Aufbau eines Schlachtgeländes sei doch eine sehr teure Angelegenheit, und im übrigen sei ein richtiger Krieg eben doch viel wirkungsvoller.

Soll man, im Interesse des Filmgeschäfts, dem Helden vielleicht einen echten, richtigen, wirkungsvollen Bauchschuß wünschen?

Höhere Wissenschaft

„Liebe S.-Z.! In der höheren Bauschule Stuttgart kommt einer der Fysik-Professoren auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen. Nach üblichen Schimpf-Tiraden über Sowjet-Rußland (minderwertige Währung, stundenlanges Anstehen um Brot etc.) meint er, auf Deutschland anspielend:

„In den Straßen herumziehen und Brot! Brot! Brot! schreien, ist natürlich bequemer als arbeiten. Würde man einem dieser Kerls Brot geben, würde er es wahrscheinlich wegwerfen und Gebratenes verlangen."

Diesem Herrn wäre zu empfehlen, das Buch: „Deutschland von Unten" von Graf Stenbock-Fermor zu lesen."

Eine sehr sanfte Empfehlung; würde wahrscheinlich nicht viel helfen.

Der Musikschrank der Zukunft

vereinigt
Radio und Schallplatte

Radio-Grüner
Marienstr. 1 - Ältestes Fachgeschäft Stuttgarts

Ein großer Posten
Woll- und Kamelhaardecken
mit 10% Rabatt
Christian Pfleiderer
Zum Weißen Haus
Stuttgart
Hauptstätterstraße Ecke Torstraße

FÜLLHALTER
für jede Hand und jeden Geldbeutel
bei SCHALLER MARIENSTR. 14
Von RM. 3.— an.

Bosch Uhren, Goldwaren
Bestecke, Reparaturen
Hauptstätterstrasse 53 — Telefon SA. 701 67

Hammerrevue-Theater Stadtgarten Stuttg.
Montag, 7. Dez. b. Samst. 12. Dez.
Der Mann, um den es sich dreht
von Max Heye
PREIS: —.90 bis 2.25 Mk.

Friedrichsbau-Theater
täglich 8¼
Sonntags 3½ u. 8¼
25 Schlierseer
spielen den lustigst. Schlager von 1931
Zwei Bauern im ¾ Takt

DIE GUTE POLLA KLINGE
RASIERMESSER von RM. 2.— an
RASIERAPPARATE von RM. —.50 an mit 1 Klinge
TASCHENMESSER
FAHRTENMESSER
SCHEREN
HAARSCHNEID-MASCHINEN
TISCHBESTECKE
zu billigsten Preisen
R. POLLA
Hirschstrasse 23
eig. Reparaturwerkst.

Kleine S.-Z.-Anzeigen
Preis eines Feldes 3 Mark, eines Doppelfeldes 5 Mark

24jähriger Glasbläser, led., sucht irgendwelche Arbeit und Verdienst, event. nur auf ½ Jahr, um wieder Unterstützung zu bekommen. Würde auch als Lehrling od. Volontär gehen. Auch für Vermittlung dankbar.
Angebote unter A 1 an die Redaktion der S.-Z.

Wer ist bereit
an seinem Wohnort die S.-Z. zu verkaufen oder Abonnenten zu werben, oder auf irgend eine Weise für die S.-Z. Propaganda zu machen?
Näheres vom Verlag der S.-Z. Stuttgart, Postfach 51.

Wohlwert
Einheitspreis - G. m. b. H.
Das Haus der 4000 Notwendigkeiten
Heilbronn Esslingen Ulm Kempten

Politik, Tagesereignisse und Unterhaltung jeder Art
bietet Ihnen täglich, stündlich
JACOB-RADIO
Verlangen Sie kostenlose Preisblätter oder Vorführung in Ihrem Heim von
MUSIK-JACOB
STUTTGART
Königstrasse Nr. 33
Eingang Neue Brücke
Preislisten über Grammophone, Platten, Pianos, Harmonikas und sonstige Musikinstrumente.

Trotz Grammophon! Trotz Radio!
PIANOS
H. Lubitz, Pianofabrik, Berlin SO 36
Seit 1878
Ratenzahlungen Garantie
Vertreter gesucht

Werke
Zeitschriften
Broschüren
Drucksachen
Buchdruckerei Späth, Waiblingen
Man verlange Offerte!

geigenbau
gambenbau
r. eras
erlbach i. v.

Radio fachmännisch
K. Hermann Miedaner
Stuttgart, Ludwigstr. 89, Telefon 64 301

Velourhüte
die große Mode von RM. 15.— an
Herrenhüte von RM. 3.50 an
Mützen von RM. 1.— an
HÄCKER
Stuttgart, Hirschstraße 29

MÖBEL
kaufen Sie
am vorteilhaftesten
gegen bar oder
Zahlungserleichterung
bei
Möbel Fehl u. Lin. Stuttgart
Katharinenstraße 2a

Verlangen Sie
Gratiszusendung
meines
Radio-Katalogs
Er enthält die Markengeräte wie
Sachsenwerk
Lumophon
Schaub
Lorenz
Mende
Kienk
Telag
Seibt
Saba
Owin
Nora
AEG
Musik- und Radio-Haus
Max Osterode
Stuttgart, Hauptstätterstr. 53—55
Telefon S A. 707 41—42

Teppiche
Vorlagen
Läufer
Tisch- und
Divandecken usw.
kaufen Sie
zu niedrigsten Preisen im
Teppichhaus Odenheimer
STUTTGART, Poststrasse 7

12. Jahrgang, Nr. 51
Stuttgart, 20. Dezember 1931

Die Sonntags-Zeitung

Einzelnummer: 20 Pfennig

Der Maschinenstürmer

Der Reichsbannerchef Otto Hörsing hat sich eine sonderbare Extratour geleistet: er hat am 1. Dezember mit der Herausgabe eines eigenen Blattes begonnen, unter dem Namen „Deutscher Volkskurier, Tageszeitung für Arbeitsbeschaffung, Wirtschaft und Politik". In den ersten beiden Nummern, zweimal hintereinander, hat Hörsing ein von ihm erdachtes umfangreiches „Arbeitsbeschaffungsprogramm" abgedruckt. Als leitender Redaktör zeichnete ein Zentrumsjournalist, Herr Thormann, früher an der „Rhein-Mainischen Volkszeitung", nachher an Wirths „Deutscher Republik". Sehr auffallend war, daß gleich die ersten Nummern sehr viele Inserate hatten.

Hörsing ist einer der Prominenten in der SPD. Er hatte aber vor seinem Schritt offenbar keine Fühlung mit dem Parteivorstand genommen und ebensowenig mit der Reichsbannerleitung. Diese rückte sofort ab und stellte den seitherigen Führer kalt; der Parteivorstand erteilte ihm einen Rüffel im „Vorwärts", und siehe da, nach ein paar Tagen stellte die neue Zeitung ihr Erscheinen wieder ein. Der Herausgeber hatte aus Parteidisziplin sein Kind in der Wiege ermordet.

Diese kleine Episode, die zunächst fast wie der Beginn einer weiteren Spaltung der SPD aussah, ist innerhalb der politischen Gesamtsituation in Deutschland sehr interessant. Sie war offenbar ein etwas verfrühter Versuch Hörsings und eines ihm nahestehenden „republikanischen" Kreises, mit dem Fascismus Frieden zu schließen, die Brücke zu den künftigen Machthabern hinüber zu schlagen. Sein Pech war, daß er sich über das Tempo der Annäherung des Zentrums an die Nationalsozialisten und die Tragfähigkeit der sozialdemokratischen Tolerierungstaktik ein klein wenig getäuscht hatte. Wenn Brüning jetzt schon mit Hitler paktiert hätte, und wenn dann die SPD auch die Nazi toleriert hätte (was sie totsicher nocheinmal tun wird), dann hätte der schlaue Papa Hörsing richtig spekuliert gehabt: er wäre, kaufmännisch ausgedrückt, „ins Geschäft gekommen", er wäre im richtigen Zeitpunkt eingestiegen bzw. umgestiegen. Aber der Zug hatte Verspätung, und so war der Anschluß für diesmal verpaßt. Der „Kurier" (so heißen sonst gegenwärtig nur Nazi-Blätter) mit seinem „Programm" (das kein Prozent Marxismus mehr enthält, sondern aufs Haar dem fascistischen ähnlich ist) mußte wieder zurückgepfiffen werden.

Nehmen wir uns dieses „Arbeitsbeschaffungs-Programm" einen Augenblick vor. Was hat sich der Herr Verfasser oder haben sich seine gut bürgerlichen Hintermänner da gedacht? Sein Kernpunkt lautet folgendermaßen: „Großarbeitsbeschaffung durch Drosselung der Übermechanisierung und schärfste Kontrolle der Mechanisierung und Betriebsstillegungen. Verkürzung der Arbeitszeit bis zur Hebung des Arbeitsmarkts auf die Stufe, an der die Arbeitszeit bis auf 48 Stunden pro Woche im allgemeinen wieder heraufgesetzt werden kann." Zur Erklärung heißt es: „Die überstürzte Rationalisierung und Übermechanisierung ist eine Quelle aller wirtschaftlichen Not. Die Maschine, soweit sie dem Menschen nicht nur die Schwerarbeit abnimmt, sondern darüber hinaus den Kopf- und Handarbeiter ersetzt, hat die Arbeitslosigkeit mit verschuldet."

Dieses Programm ist ausgesprochen reaktionär: es verlangt einen technischen Rückschritt, weil der Kapitalismus gemerkt hat, daß er dem technischen Fortschritt nicht gewachsen ist. Die Arbeitszeit soll — selbstverständlich ohne Lohnausgleich — vorübergehend gekürzt und nachher wieder verlängert werden, unter Verzicht auf die arbeitsparende Maschine mit ihrer Erhöhung der „fixen Kosten" (weil man ihre Arbeitszeit nicht ungestraft verkürzen und sie nicht einfach auf die Straße setzen kann).

Heute ist der Kapitalist „Maschinenstürmer" geworden, wie es einst die ersten arbeitslosen Weber und Spinner waren. Es ist ihm genau so gegangen wie Goethes Zauberlehrling: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los", und er sucht nach dem Zauberwort, das aus den entfesselten Mächten der Technik wieder einen schlichten Besen machen könnte, den man in die Ecke stellen kann, solange man ihn nicht braucht.

Demgegenüber würde ein sozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Hörsing wahrscheinlich nie begreifen wird, lauten müssen: Größtmögliche Verbesserung der Technik durch Fortentwicklung der Arbeitsteilung und Mechanisierung; fortdauernde Verkürzung der Arbeitszeit unter vollem Lohnausgleich, ja bei Erhöhung der Löhne, entsprechend der fortschreitenden Produktivität der Arbeit. Nicht: Verzicht auf die Maschine, möglichste Ausnützung der menschlichen Arbeitskräfte, sondern: möglichste Ausnützung der Maschine, Schonung der menschlichen Arbeitskräfte.

Das wird das privatkapitalistische System nie fertig bringen. In einer ungeordneten, willkürlichen Wirtschaft kann die hochentwickelte, komplizierte Maschine nicht voll ausgenützt werden; dafür sollen nach Hörsing lieber die Menschen ausgenützt werden, für die der Einzelunternehmer keine Anschaffungskosten aufzubringen und zu amortisieren hat, die er nicht einmal wegzuschaffen braucht, wenn sie kaput sind. Das besorgt ihm gratis die „Gesellschaft", die Opfer dafür werden von den Arbeitenden selber aufgebracht. Es ist etwa wie im Kriege, wo Geschütz, Bespannung und Lederzeug bekanntlich viel wertvoller waren als Kanoniere und Fahrer, die man „kostenlos" jederzeit durch neue ersetzen konnte.

Selbst wenn es so wäre, wie manche Romantiker glauben, daß die Menschen ohne Maschinen glücklicher leben würden, wäre es müssig, sich derartigen Träumereien hinzugeben. Ebensogut könnte man sich wünschen, daß das Lesen und Schreiben, vielleicht auch das Denken dazu, besser wieder abgeschafft würde. Die Maschine ist da, sie wird nicht mehr verschwinden, sondern immer vollkommener werden. Es handelt sich nicht darum, sie nicht oder nur mit Einschränkung und Vorsicht zu gebrauchen, sondern sie in ihrem vollen Umfang der Verbesserung der Lebenshaltung und der Erhöhung des Daseins dienstbar zu machen.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung vermag das nicht, wie Figura zeigt. Also handelt es sich darum, eine andere, bessere Wirtschaftsordnung zu schaffen, die dieser Aufgabe gewachsen ist: die sozialistische. Ihr Heraufkommen wird weder ein Hörsing noch ein Hitler aufhalten können.

Erich Schairer

Weihnachten 1931

Holzschnitt von Hans Gerner

Demonstriere zu Hause!

Rechts: Betrieb

Die nationalsozialistische Partei, und speziell ihr Duce und Heros Hitler, hat die Verfasser der boxheimer Morddokumente prompt desavouiert: was sie sich geleistet haben, war ihre Privatangelegenheit, damit hat sonst niemand was zu tun. Aus der Partei sind die sympathischen Autoren aber nicht ausgeschlossen worden. Und jetzt hat der von Nazis überschwemmte hessische Landtag den Haupturheber der Femegerichtsordnung, den Gerichtsassessor Dr. Best, zum Mitglied des hessischen gesetzgebenden Ausschusses und des hessischen Staatsgerichtshofs gewählt.

*

Die „Welt am Montag" behauptet, Hitler ziehe eine private Luftflotte auf. Die Dementis sind der Meldung auf dem Fuß gefolgt; mit ungewohntem Eifer haben die bezichtigten Albatros-Werke, das Reichswehrministerium, das Reichsverkehrsministerium und andere „zuständige Stellen" bestritten, daß etwas Wahres an der Sache sei. Auch diejenige bürgerliche Presse, die nur mühsam noch die Tarnkappe mittelbürgerlicher Gesinnung trägt, hat sich mächtig in die Fluten gestürzt, den Strom der Falschmeldungen mit starken Armen teilend. In Stuttgart z. B. hat das „Stuttgarter Neue Tagblatt", kaum daß die betreffende Nummer der „Welt am Montag" aus Berlin eingetroffen war, einen Beruhigungs- und Beschwichtigungssalm von sich gegeben.

Für nichtschwäbische Leser sei vermerkt, daß es sich bei diesem Blatt um eine angeblich ungefähr staatsparteiliche Zeitung handelt, die aber seit einiger Zeit mit großer Bereitwilligkeit die politischen Geschäfte der Nazis besorgt, und zwar so ungescheut, daß selbst die „Frankfurter Zeitung" es sich nicht hat verkneifen können, ihr einen sanften Nasenstüber zu geben, weil sie im württembergischen Wahlkampf (Gemeindewahlen) die Interessen Hitlers allzusehr gefördert hat.

*

Daß Hitler in der Tat die Absicht hat, sich eine Luftflotte zuzulegen, kann noch nicht mit schlüssigen Beweisen belegt werden. Das heißt, die Beweise wären natürlich schlüssig, wenn es sich statt um ihn um Kommunisten handelte: Bei den hessischen Wahlen sind sechs Flugzeuge als Propagandisten über Darmstadt herumgegondelt — auch wenn sie gemietet waren, zeugt das immerhin von nicht alltäglichem Interesse für Aeronautik. Und außerdem hat Hitler im Verordnungsblatt der obersten SA-Führung den Befehl ausgegeben, daß „alle mit der Flug waffe ausgebildeten Mitglieder der nationalsozialistischen Partei" bis zum 20. Dezember registriert werden sollen. Das ist doch recht deutlich.

*

Rechts ist Betrieb, meine Herrschaften — verlaßt euch drauf! Die Nazipresse berichtet, daß im November 53 000, in der ersten Dezemberhälfte 40000 neue Mitgliederanmeldungen eingegangen seien. Dieser Andrang könne nicht so rasch wie nötig bewältigt werden; deshalb würde für den Jänner die Neuaufnahme untersagt. Mitgliedersperre! Selbst wenn bei den Zahlen nach hakenkreuzlerischer Methode der Mund etwas voll genommen worden ist, geht aus der Meldung doch hervor, daß das Bürgertum, vor allem wohl das Kleinbürgertum, wahrscheinlich auch ein Teil des Beamtentums, in letzter Stunde (wie sie meinen) den Hafen der Partei mit der angeblich so großen Zukunft aufsucht. Wenn das Dritte Reich kommt, wollen sie ihre Mitgliedskarte haben, um nicht zwangsarbeiten oder hungern zu müssen. (Hunger für Juden, Zwangsarbeit für Nicht-SA-Leute sind ja schon angedroht.) Sie wollen auf der richtigen Seite liegen, wenn es losgeht. Sie glauben, daß die Situation geklärt ist und daß sie jetzt genau wissen, welcher Gaul gewinnen muß.

Peng

Staat, greif zu!

Seit den September-Wahlen 1930 stützt sich Brüning auf die Tolerierungspolitik der SPD. Von Zeit zu Zeit sind von Brüning (oder ihm nahestehenden Persönlichkeiten) Versuche gemacht worden, an Stelle der SPD die Nationalsozialisten als offene oder stille Regierungsteilhaber heranzuziehen, immer wieder ist öffentlich oder geheim darüber verhandelt worden — aber immer wieder hat sich die Einigung zerschlagen. Die SPD hat ihre Tolerierungspolitik länger durchhalten können, als mancher geglaubt hat. Sie hat aber — das sind die entscheidenden Argumente gegen die Tolerierungspolitik — nicht verhindern können (sondern, objektiv betrachtet, dazu beigetragen), daß die Verbindungen zwischen Nationalsozialisten und Regierung bzw. Staatsapparat immer enger geworden sind, hat nicht verhindern können (sondern, objektiv betrachtet, dazu beigetragen), daß die außerparlamentarische Macht der NSDAP ungeheuer gewachsen ist, hat nicht verhindern können (sondern, objektiv betrachtet, dazu beigetragen), daß die Arbeiterklasse das Erstarken des Fascismus und die Angriffe des Kapitals im allgemeinen tatenlos hingenommen hat.

Die SPD wird die Tolerierungspolitik fortsetzen. Sie hat in der vergangenen Woche gegen die Einberufung des Reichstags gestimmt und dadurch den verordneten Burgfrieden gewahrt und die Regierung über das Jahresende hinübergerettet. Durch diese Politik hat sie Brüning veranlaßt, sich wieder einmal (in Worten) scharf gegen die „Nebenregierung" Hitlers zu wenden (nachdem er die außenpolitischen Extratouren der Nazis eine Zeit lang stillschweigend, vielleicht sogar wohlwollend, geduldet hatte); als Gegengeschenk für die Fortsetzung der Tolerierungspolitik verlangte sie von der Regierung eine Wendung gegen rechts. „Staat, greif zu!" war die Parole, unter der sie diese Forderung an die Regierung stellte.

Der Erfolg war, wie gesagt, ein scharfes Wort Brünings gegen rechts und, vielleicht, das Abbremsen der Annäherung an Hitler. Mehr nicht; mehr konnte es nicht sein. Denn der Staat, der „zugreifen" soll, besteht ja nicht nur aus Herrn Brüning, sondern aus einem umfangreichen Beamtenapparat, der heute nicht so ... sagen wir einmal vorsichtig: nicht so zusammengesetzt ist, daß er geeignet wäre, gegen die Nationalsozialisten zuzugreifen. Die Gesetze, die gemacht werden, sind schon nicht gerade fascistenfeindlich, ihre Durchführung aber, ihre Handhabung ist vollends nicht ... Schweigen wir. Hier rächt sich die seit 1918 oft gerügte Personalpolitik der SPD. Die SPD hätte nach der „Revolution" ganz anders „zugreifen" müssen, besonders in den entscheidenden oberen Stellen, dann hätte die Parole „Staat, greif zu!" vielleicht mehr Wert.

Wie es im Staatsapparat heute aussieht, dafür zwei Beispiele aus der letzten Zeit. Da ist der Fall des Polizeimajors Lewit in Berlin, der, offenbar schon von andern Gelegenheiten her als wenig republikfreundlich bekannt, von Severing wegen allzu schneidigen Vorgehens gegen Reichsbannerleute nach Gleiwitz versetzt wurde. Deswegen entrüsteter Protest der Polizeioffizier-Vereinigung gegen Severing. Severing verwahrte sich sehr scharf, nannte das Vorgehen der Vereinigung „illoyal" und grotesk und brach die Beziehungen zu ihr ab. Man weiß natürlich nicht recht, wieviel Polizeioffiziere hinter dem Protest gegen Severing stehen. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: „Wir möchten glauben und hoffen, daß es sich bei dieser Sache nur um eine einzelne Gruppe von berliner Polizeioffizieren, die zum Teil wohl gar nicht mehr aktiv sind, handle." Auch wir möchten das glauben und hoffen; aber Glauben und Hoffnung genügen in einem solchen Fall nicht jedem; mancher möchte doch mit Sicherheit wissen, ob in Preußen, im republikanischen Bollwerk, der Minister seine Polizeioffiziere noch hinter sich hat.

Ein anderer Fall: In Staßfurt bei Magdeburg ist festgestellt worden, daß zwei nationalsozialistische Postbeamte alle Briefe, die an den sozialdemokratischen Bürgermeister gerichtet waren, öffneten, abschrieben und wieder verschlossen. Also Privatzensur der Nationalsozialisten!

Wer mit Beamten aller möglichen Verwaltungszweige in Berührung kommt, der weiß, daß diese beiden Fälle nicht vereinzelt dastehen. Die republikanische Gesinnung eines grossen Teils der Beamten, besonders in höheren Regionen, war nie weit her, und jetzt bereiten sie sich scharenweise auf den Übergang ins dritte Reich vor. Der Staatsapparat ist heute schon, wenn ich mich so ausdrücken darf: latent fascistisch.

Und ein solcher Staat, ein solcher Staatsapparat sollte „zugreifen" können?

Heinrich Michel

*

Nachwort der Redaktion: Es ist sehr nützlich, einmal wieder an eine der Hauptunterlassungssünden der SPD zu erinnern. Aber vielleicht ist es angebracht, vor einer Überschätzung der Wichtigkeit der Personalpolitik an sich zu warnen. Der Staatsapparat wird auf die Dauer (nicht in jedem einzelnen Punkt der Entwicklung) mit den Leuten besetzt sein, die den Interessen der herrschenden Klasse dienen. Wenn die Macht der herrschenden Klasse (vor allem die wirtschaftliche Macht) nicht gebrochen ist, dann ist auf die Dauer auch durch die Personalpolitik nichts auszurichten. Sozialdemokratische Polizeipräsidenten z. B. (deren es immer noch eine ziemliche Anzahl gibt) sind im „Zugreifen" gegen Fascisten auch nicht sehr viel energischer als andere. Dies, wie gesagt, nur eine Warnung vor Übertreibungen.

Selbsterkenntnis

Im „Illustrierten Beobachter", der illustrierten Zeitschrift der Nazi, steht folgender Aforismus: „Der Krieg gleicht alle Unterschiede aus: er macht Menschen zu Königen und Könige zu Menschen."

Selbst die Nazi scheinen diesen Spruch richtig zu beurteilen, denn sie bringen ihn unter der Rubrik „Humor".

In der gleichen Nummer findet sich außerdem folgender Vers:

„Tiefste Bescheidenheit und höchster Stolz
sind die Symbole des Großen;
Eitelkeit und Übermut die Charakteristika —
des Kleinen."

Ob die Hitlerianer jetzt erkennen, zu welcher Klasse sie gehören?

Legal oder illegal?

In den SA und SS der Nazi-Partei tobt seit Erlaß der letzten Notverordnung von neuem mit großer Heftigkeit die Diskussion: legal oder illegal? Es ist ganz klar, daß bei Formationen, die so ausschließlich „auf den Tag" dressiert sind, die ewig hinzögernde Politik Hitlers auf die Dauer nicht viel Gegenliebe findet. Sie wollen gar nicht ein langsames, geruhiges Hineinrutschen in die Macht, denn sie fürchten dabei um das zu kommen, was ihnen als letzte Erfüllung ihres SA-Daseins vorschwebt: die handgreifliche Abrechnung mit der verhaßten Gegenseite, die „Nacht der langen Messer". Es herrscht in gewissen Kreisen der SA eine beinahe kindliche Angst, der Systemwechsel könnte unblutig verlaufen und man könnte auch nachher nicht recht zum Zuge kommen.

Die Angst ist unbegründet und zeugt von wenig Einsicht in den Umschichtungsprozeß, der unser ganzes Dasein zurzeit erschüttert. Aber sie ist da, und wieder ist es wie schon öfters Herr Goebbels, von dem man radikale Töne hört. Es heißt, er sei nun nicht mehr länger gewillt, Hitlers Legalitätspolitik mitzumachen, es bestehe die Gefahr, daß die Mitglieder von selbst losbrechen würden, wenn nicht bald „etwas" geschehe, die beste Möglichkeit sei die, durch Mißachtung der Notverordnung, hauptsächlich soweit sie sich auf das Uniform- und Versammlungsverbot beziehe, ein Verbot der Partei zu provozieren, was automatisch einen Aufstand der SA- und SS-Leute zur Folge haben würde.

Doch war es mit solchen radikalen Äußerungen Goebbels nie weit her. Wahrscheinlich haben alle diese gerüchtweise auftauchenden Äußerungen nur den einen Zweck, die Unzufriedenheit in den Stürmen abzufangen. Hitlers Politik ist wohl für seine Partei immer noch die klügere. Von einem gewaltsamen Umsturz ist nicht ganz sicher, welche Gegenkräfte er auslösen wird; die legale Ablösung des heutigen Regimes dagegen wird unter Umständen dem Fascismus zunächst die Tolerierung von Kreisen sichern, die er nachher naturnotwendig unterjochen oder vernichten muß, wenn er selbst sich behaupten will. Ein Putsch bedeutet noch nicht sehr viel. Die Kräfteverteilung in Deutschland ist trotz allen Verschiebungen immer noch so, daß ihm ein recht zäher und erbitterter Kleinkrieg folgen muß. Hitler kalkuliert deshalb wohl richtig, wenn er den einseitigen Tatendrang der SA und SS zunächst im Zaune zu halten versucht, um nicht vorzeitig auf der Gegenseite eine Reaktion zu erwecken, die ihm vielleicht doch noch gefährlich werden könnte.

Je unklarer im Endkampf um die Macht anfangs die Fronten stehen, umso besser für die Nazis. Die Illusion, daß die heutige Lage des Systems auf die Bösartigkeit äußerer und innerer Feinde und die Unfähigkeit seitheriger Führer zurückzuführen sei, ist zu sehr Grundlage der ganzen Bewegung, als daß man wagen könnte, sie von vornherein radikal zu vernichten. Die raffinierte Vermanschung von sozialistischen Fragen mit nationalistischen Ideologien war eine Voraussetzung ihres rapiden Anwachsens, und Hitler wird deshalb alles verhindern, was zu offenkundig die klassenmäßigen Entscheidungen bloßlegt, die heute das ganze Gefüge Deutschlands und der Welt erschüttern, und zu brutal die sozialistischen Illusionen weiter Kreise seiner Anhänger nicht zuletzt in den SA zerstört. Er ist für den Anfang mehr an einer Koalitionsregierung interessiert, als er glauben machen will. Durch sie wird er die Möglichkeit haben, die zunehmende Verbitterung immer wieder auf die Bundesgenossen zu lenken, und die SA werden so lange keinen entscheidenden Widerstand finden, als in den Reihen der Koalitionsgenossen noch die Hoffnung besteht, des Fascismus auf sozusagen demokratischem Wege wieder Herr zu werden. Sie werden sich so viel wirkungsvoller in Reinigungsaktionen betätigen können.

Es wird vielleicht das Unglück Deutschlands sein, daß der Fascismus auf solche Weise an die Macht kommen wird. Es würde bedeuten, daß auf lange Zeit hinaus die wertvollen sozialistischen Kräfte erstickt wären, die heute noch in letzter Stunde entbunden werden könnten, wenn bei einem gewaltsamen fascistischen Putsch eine zielklare Führung zur Stelle wäre. Aber es hat den Anschein, daß mit dem einen so wenig zu rechnen ist wie mit dem andern. Mauthe

---

Dreizehn Staaten haben ihre am 15. Dezember fälligen Schuldenzahlungen an Amerika nicht geleistet, obwohl das Hoover-Moratorium vom amerikanischen Parlament noch nicht ratifiziert ist.

Im amerikanischen Kongreß hat Staatssekretär Stimson den Brief bekanntgegeben, den Hindenburg am 20. Juni 1931 an Hoover geschrieben und der dann zum Hoover-Moratorium geführt hat.

O du fröhliche . . .

Bis jetzt hat man in der Politik wenig von weihnachtlicher Ruhe gemerkt. Je näher wir den entscheidenden Monaten Januar und Februar zutreiben (einen andern Ausdruck als zutreiben kann man ja nicht gut gebrauchen), desto lebhafter wird es in den wirtschaftlichen und politischen Zentren.

In Basel berät der Sonderausschuß der BIZ über Reparationen und interalliierte Kriegsschulden. Deutschland verlangt, daß ihm nur die Verpflichtung auferlegt werden dürfe, nach Maßgabe seiner Zahlungsfähigkeit zahlen zu müssen (womit erreicht werden soll, daß in den nächsten Jahren überhaupt nichts bezahlt werden muß). Die Franzosen aber wollen auf diese Formulierung nicht eingehen; denn, sagen sie, warum soll ein Land, das verschwenderisch auf Pump gelebt hat, durch Streichung eines Teils seiner Schulden belohnt werden, während wir, die wir sparsamer gelebt haben, bestraft werden dadurch, daß wir unsere Kriegsschulden weiter bezahlen müssen? Amerika könnte ja diese Schwierigkeit beheben, indem es auf die Rückforderung seiner Gelder verzichtet, aber es will dies nur tun, wenn die europäischen Staaten abrüsten. Viel Aussicht auf irgend eine durchgreifende Lösung besteht nicht. Dabei muß man bedenken, daß in Basel nur die „Sachverständigen" beraten; im Januar nächsten Jahres werden dann erst die beteiligten Regierungen eine Konferenz abhalten und Beschlüsse fassen.

In Berlin beraten hinter verschlossenen Türen die grossen Bankherren der Welt oder ihre Vertreter über die privaten deutschen Schulden und über die Verlängerung des „Stillhalteabkommens". In ausländischen Blättern (die deutschen schweigen) liest man von großen Schwierigkeiten bei diesen Verhandlungen.

An den europäischen Börsen sind in der letzten und vorletzten Woche alle Anleihewerte stark gesunken. Holland, England, Belgien, Dänemark z. B. sahen ihre Staatspapiere um 20—30% fallen. Nur französische und schweizer Werte halten sich noch.

In Norwegen haben die zwei größten Banken die Zahlungen eingestellt.

In Deutschland ist die Zahl der Arbeitslosen auf über 5 Millionen gestiegen.

Die deutsche Ausfuhr im November ist gegenüber dem Oktober um 130 Millionen Mark (15 Prozent) zurückgegangen, eine Folge der Einfuhrdrosselung, die viele Länder durch Zölle oder Valutaverschlechterung betreiben.

Die Schweiz hat den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt. England will weder mit Deutschland noch mit Frankreich über die Herabsetzung seiner eben erst erhöhten Zölle verhandeln.

Der schweizer Finanzminister Musy hat im Nationalrat erklärt: eine Handelsbilanz mit einem Fehlbetrag von 900 Millionen Franken, eine notleidende Hotelerie, eine schwer gehemmte Ausfuhrindustrie und gefährdete Guthaben im Ausland — das sei die Bilanz der gegenwärtigen Lage; er kündigte (nach Brünings Rezept) entschlossene Deflationspolitik an: Erhöhung des Geldwertes, Herabsetzung der Mobiliar- und Immobiliarwerte, der Miet- und Pachtzinsen, der Preise und der Löhne.

In Japan ist die Regierung zurückgetreten. Die Bank von Japan hat erklärt, sie könne den Kurs des Jen nicht mehr kontrollieren und gebe deshalb den Goldstandard auf. Eine leichte Inflation hat begonnen. Auf den Märkten im fernen Osten hat sich daher die Konkurrenz zwischen der japanischen und englischen Industrie aufs äußerste verschärft.

In Südafrika wird lebhaft Propaganda für das Verlassen des Goldstandards gemacht.

In Holland ist die Währung in schwerer Gefahr, weil gewisse Kreise wegen ihrer Handelsbeziehungen mit dem fernen Osten ein „Inflatiönchen" wünschen, um der englischen und der japanischen Konkurrenz standhalten zu können.

Ich muß manchmal an den Artikel „Bankrott — und nun?" denken oder an das in der S.-Z. einmal zitierte Schreiben, das der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, im vergangenen Sommer an seinen französischen Kollegen, M. Moret von der Bank von Frankreich, gerichtet hat: „Wenn nicht drastische Maßnahmen zu seiner Rettung ergriffen werden, wird das kapitalistische System über die ganze zivilisierte Welt hin binnen einem Jahre zerstört sein. Ich möchte, daß diese Voraussage zu den Akten genommen wird, damit in zukünftiger Zeit auf sie Bezug genommen werden kann." Walther Bollay

Fall Reins

In dem Prozeß gegen den wegen Ermordung eines Briefträgers zum Tode verurteilten Reins sind neben dem medizinischen Sachverständigen auch pädagogische Kapazitäten zu Worte gekommen. Das Bestreben der Verteidigung, den Fall auch als soziales Problem aufzurollen und die Psychologie des jugendlichen Erwerbslosen von heute aufzeigen zu lassen, verdient volle Anerkennung. Unsere Justiz ist ja immer noch zu sehr geneigt, Verbrechen losgelöst von ihren sozialen Bedingtheiten zu betrachten, wie sie sich auch nur in Ausnahmefällen entschließen kann, angesichts der Wirrnisse abnormer Triebe die Frage der Unzurechnungsfähigkeit zu bejahen, falls nicht ganz offenkundig die Tatbestände des rückständigen Paragrafen 51 erfüllt sind. Sie ist besessen von der Furcht, auf solchen Wegen den Boden unter den Füßen zu verlieren, und diese Furcht ist ja auch nicht ganz unbegründet. Bei so viel Mitschuld einer verbrecherischen Gesellschaftsordnung wird leicht der Angeklagte zum Ankläger, und neben das richterliche Bestreben zu strafen und abzuschrecken tritt die stumme Forderung des Angeklagten nach Wiedergutmachung.

Diese Mitschuld ist in dem Prozeß Reins von den pädagogischen Sachverständigen weithin aufgezeigt worden, ganz allgemein und speziell auf Reins bezogen. Besonders von Justus Ehrhardt vom berliner Landesjugendamt (dem Verfasser des Fürsorgeromans „Straßen ohne Ende), der das Los der 700 000 jungen Leute, die heute beschäftigungslos auf der Straße liegen, als eine nationale Katastrofe bezeichnete, deren ganze Auswirkung sich erst in einigen Jahren zeigen werde, wenn die moralischen und sittlichen Werte dieser Jugendlichen völlig zerstört seien.

Es heißt, daß das Gericht (nachdem dem Auftreten der pädagogischen Sachverständigen erst Widerstand entgegengesetzt worden war) diesen Ausführungen „mit lebhaftestem Interesse" gefolgt sei. Ein Vorgang, der vielleicht doch in der Alltagspraxis der unzähligen Notdelikte einige Auswirkung haben wird, wenn nicht die Art und Weise, wie in einem Teil der berliner Presse ein Geschmuse um die Persönlichkeit Reins und seine Familie gemacht worden ist, nicht den ganzen Eindruck ins Gegenteil verkehrt. Es ist verständlich, wenn beim Bemühen der Pädagogen, die ganze Persönlichkeit eines Angeklagten zu umreißen, sich dessen Verantwortlichkeit in einem Gewebe von sozialen Verstrickungen verflüchtet, aber eine Berichterstattung, die unter der Flagge der Humanität und Fortschrittlichkeit nun um jeden Preis die Persönlichkeit eines Angeklagten interessant zu machen versucht und über dem neckischen, oft nicht gerade besonders tief gehenden psychologischen Gegackel nicht nur die Tat, sondern auch ihre Folgen vergißt — sie bewirkt, daß gerade unreifen und gefährdeten Menschen jeder vernünftige Maßstab verloren geht. Nicht von ungefähr gewahrt man immer mehr Entgleiste, die mit einer gewissen Selbstgefälligkeit vor Gericht über sich selbst und ihre rätselhafte Tiefe orakeln.

Gewiß: aus erblicher Belastung und unter den zermürbenden Einflüssen einer traurigen Welt braut sich oft manches zusammen, gegen das sich zu stemmen nicht so leicht, ja oft unmöglich ist. Aber man verschlimmert diese Situation, unter der heute leider allzuviele stehen, noch dadurch, daß man durch Sensationshascherei den letzten Rest eines Gefühls für eigene Verantwortlichkeit verwischt. Und man diskreditiert das Bestreben, unserer Justiz ein Gefühl auch für die sozialen Bedingtheiten des Verbrechens beizubringen, und gibt den sturen Vertretern einer auf Strafe und Vergeltung abzielenden Rechtsprechung den Vorwand, ihre alten Methoden rücksichtsloser Aburteilung beizubehalten. hm

Bis zur letzten Leitersprosse

Die neue Notverordnung hat durch das Verbot, Parteiuniformen und -abzeichen zu tragen, die Fabrikanten und Händler solcher Erzeugnisse schwer getroffen. Sie müssen sich jetzt auf „Friedens"-produktion umstellen oder es machen, wie der geschäftstüchtige Pg. Dieterle, der in der „Hessischen Landeszeitung" inseriert: „Als äußeres Zeichen der Treue zur Bewegung tragen wir jetzt Taschenspiegel mit Hoheitsabzeichen, Ziertücher mit Hakenkreuz oder Hoheitsabzeichen." Die äußere Form ist ja gar nicht so wichtig, will Pg. Dieterle sagen; da richten wir uns, wenn es sein muß, nach Brünings Geboten, denn „wir bleiben legal bis zur letzten Leitersprosse". Nach der letzten Leitersprosse hört dann die Legalität auf, das wissen wir schon. Bis dahin aber bleiben wir legal und tragen keine Abzeichen, wenn Brüning es verbietet; denn „wir Nationalsozialisten tragen die Ideen tief im Herzen". Und das Hakenkreuz, wie gehört, im Taschentuch.

Fürsorge?

Von Hanns Weinberg, Düsseldorf

Die „Innere Mission" besitzt in Deutschland eine große Zahl von Fürsorgeanstalten; die durchweg übliche Bezeichnung „Erziehungsheim" ändert nicht den Charakter der Fürsorgeanstalt und das spätere Schicksal der Entlassenen, mit dem Makel des Fürsorgezöglings behaftet um ihr Brot kämpfen zu müssen. Verschiedene Vorgänge und Enthüllungen aus letzter Zeit haben dem Ansehen der Anstalten der Inneren Mission nicht gerade zum Vorteil gereicht.

Im Bezirk Düsseldorf besitzt die Innere Mission vier Anstalten, zwei dienen der Aufnahme schulpflichtiger Kinder, und zwar solcher Kinder, die ausschließlich „aufgrund des die sittliche Erziehung gefährdenden Milieus" oder wegen des Verlustes der Eltern, nicht aber aus persönlichen Gründen — Gemeingefährlichkeit, Vagabondieren, Kriminalität — der Fürsorge überwiesen worden sind. (In Deutschland sind durchschnittlich 42% aller Fürsorgezöglinge ohne persönliches Verschulden in staatlich angeordnete Fürsorgeerziehung gekommen.)

Von den zwei Schulheimen diente bisher „Alt-Düsseltal" zur Aufnahme von gesunden Knaben und Mädchen; mit den späteren Gefahren, die sich aus dieser Anstaltsepoche unvermeidlich herleiten, noch nicht vertraut, fühlten sich die Kinder auf dem alten großen Gutshof von Alt-Düsseltal relativ wohl; sie hatten ansprechende Beschäftigung im Freien, gute Sportplätze, geschulte, gereifte und durchweg verständnisvolle Erzieher.

In Einbrungen, hinter Kaiserswerth bei Düsseldorf, liegt die zweite Schulanstalt, „Neu-Düsseltal". In ihr fanden bisher nur geistig Beschränkte und Schwachsinnige Aufnahme.

Es mag sein, daß das Schlagwort von „Sparmaßnahmen" für die Institute der Inneren Mission neuerdings besondere Bedeutung gewonnen hat. Man versuchte es erst mit den Erziehern, ersetzte sie durch junge Seminaristinnen; hierunter dürfen allerdings keine Junglehrerinnen verstanden werden, sondern ausschließlich junge Mädchen, die in den Heimen der Inneren Mission geschult worden sind. Diese Ersparnis erwies sich als unzulänglich, man mußte mehr einsparen, eine ganze Anstalt, und man entschied sich zur Einsparung derjenigen Anstalt, die direkt in der Großstadt liegt, also Alt-Düsseltal. Und welches Schicksal verhängte der wohldotierte Direktionsstab über die Kinder?

Neu-Düsseltal, bisher belegt mit 160 Kindern, soll 80 Zöglinge von Alt-Düsseltal aufnehmen; überführt sind bereits 40 Kinder. Über diese Maßnahme ließe sich debattieren, hätte man die gesunden Kinder zu selbständigen Gruppen — Familien nennt man sie — formiert, mit eigenen Räumen und Erziehern. Aber es handelt sich ja um Sparmaßnahmen! Deshalb hat man die Neueingelieferten einfach unter die dort bestehenden Familien aufgeteilt, so daß diese sich zurzeit zusammensetzen aus einem Viertel Gesunder und drei Viertel Schwachsinniger. Die Kinder sind dauernd, Tag und Nacht, bei jeder Beschäftigung außer den Schulstunden, zusammen. Feststeht, daß sich die Neueingelieferten dort unglücklich, gepeinigt und erniedrigt fühlen, so daß sie nur über Fluchtpläne nachgrübeln; ein Fluchtversuch erfolgte bereits. Wenn auch bald ein Nachschub folgen soll, so bleibt doch immerhin das Verhältnis von 1 : 2 zum Nachteil der gesunden Kinder bestehen.

Ich habe beide Anstalten in den letzten Tagen besucht. Nach Neu-Düsseltal, wo ich mehrere Stunden verweilte, nahm ich zwei unvoreingenommene Beobachter mit; wir hatten hier leider den Eindruck, daß die Kinder schlecht genährt aussahen und für die Jahreszeit zu leicht gekleidet waren, wenigstens die Knaben. Der Direktor dieser Anstalt versuchte, die Umgruppierungsmaßnahme zu rechtfertigen: infolge der Mischung sei ein erzieherischer, heilender Einfluß auf die Beschränkten zu erwarten.

Obwohl ich diese Erklärung nur als den Versuch einer Entschuldigung empfand, bat ich eine der namhaftesten Pädagoginnen Deutschlands, Frau Dr. Elisabeth Rotten, Leiterin des „Weltbunds für Erneuerung der Erziehung" und Herausgeberin der vorzüglichen pädagogischen Monatsschrift „Das Werdende Zeitalter", Dresden, um ihr Urteil. Frau Dr. Rotten antwortete:

„... Es ist schon richtig, daß moderne Pädagogen zum Teil gegen eine absolute Trennung völlig normaler und zurückgebliebener Kinder sind, daß dabei, und nicht ganz mit Unrecht, das Argument vorgebracht wird, daß man den weniger Regsamen die Anregung durch die geistig Wachen nicht ganz entziehen dürfe und daß häufig vermeintlich mangelnde Anlage nur auf Mangel an Ermutigung zurückzuführen ist ... Zweierlei ist hierbei aber völlig klar: 1) daß es sich hierbei nur um Grenzfälle handeln darf, bei denen nicht mit Sicherheit von ausgesprochenem Schwachsinn oder sonstigen konstitutionellen Defekten gesprochen werden kann; und ferner, daß die Zahl der Gesunden überwiegen und die ganze Gemeinschaft so lebenskräftig sein muß, daß sie eben in kleinerer Zahl auch Schwache mittragen und unter Umständen mitreißen kann ... Das Verhältnis von vier bis fünf Gesunden auf etwa zwanzig Kranke oder Abnorme (wie es zurzeit ist, W.) müsste also genau umgekehrt sein, wenn es sich in dem Sinne, wie man Ihnen gegenüber argumentiert hat, auswirken soll ..."

Anschließend zitiert Frau Dr. Rotten Beispiele von Versuchsschulen, die scheiterten, sobald „sie nicht mehr die genügende Substanz an überwiegend gesunden Kindern hatten, um auf die Schwachen oder Problematischen gesundend und festigend zu wirken".

Aber — und das ist hier das Entscheidende — es handelt sich bei den düsseldorfer Missionsanstalten nicht um ein ernsthaftes pädagogisches Experiment, es handelt sich einzig und allein um Sparmaßnahmen, bei deren Durchführung man sich nicht durch pädagogische und psychologische Bedenken hemmen läßt, es handelt sich ja ausschließlich um arme, hilflose, verwaiste Kinder, von denen nur einige wenige durch familiären Kontakt noch eine Beziehung zur Außenwelt haben.

Burgfrieden

St! nun wollen wir mal alle ganz still sein und uns, wie es die Regierung will, über die Weihnachtstage im trauten Heim aufhalten! Denn Burgfrieden soll herrschen.

Im Parterre, bei Portiers, die sind Zentrum, wird fromm Weihnachten gefeiert.

Eine Treppe höher, bei Obersekretärs, sitzen sie in erleuchteter Halle, haben Hakenkreuze an, grüßen einander auf italienisch mit erhobener Hand, rufen „Heil!" dabei und denken an ihren Adolf — und das ist kein Weihnachten, sondern das Julfest.

Wieder ein Stockwerk höher wohnt der Vorarbeiter und Betriebsrat Meyer, der lernt seine Rede auswendig, die er nachher bei der Weihnachtsfeier seiner Gewerkschaft halten muß; einen Christbaum gibt es nicht, denn Meyer ist Freidenker, das ist man sich schuldig. Willi, der im Frühjahr jugendgeweiht worden ist, trägt ein schwarzrotgoldenes Bändchen im Knopfloch und summt kindlich das Deutschlandlied. Papa Meyer memoriert halblaut: „Und werden wir die Errungenschaften der Revolution bis zum letzten Blutstropfen verteidigen". Anneliese, die sich vor dem Spiegel schön macht, ruft ab und zu kühn ein „Es lebe die Republik!" vor sich hin.

Und droben unterm Dach, wo Kommunistens hausen, haben sie alle den Sowjetstern angesteckt, der kleine Fritz darf die

Das Ende einer Illusion

Die evangelische Landeskirche Badens hat mit einer Konsequenz, die man bei dieser Institution nicht zu finden gewohnt ist, wenn es sich etwa um Hakenkreuzpfarrer, kriegs-, juden- und kommunistenhetzerische Kanzelfanatiker handelt, der Stimme ihres Gewissens gehorcht und den Pfarrer Eckert aus ihrem Munde gespien (um im angemessenen biblischen Tone zu reden).

Die Gründe: Eckert gehöre einer Partei an, die Bestandteil der auf ein prinzipiell antireligiöses Programm festgelegten Kommunistischen Internationale ist und die das antireligiöse Programm dieser Internationale auch in ihrer Arbeit betätigt. (Außerdem ist Eckert ja auch nach Rußland gefahren und hat sich dort umgesehen, ob das wahr ist, was so viele seiner Amtsbrüder an Märchen über die Sowjetunion erzählen. Das darf nicht sein. Wenn einer die Wahrheit wissen will, muß man ihm die Forschung verbieten. Denn „die Wahrheit wird euch frei machen", und das muß verhindert werden.) Allen Respekt vor der evangelischen Kirche: im Fall Eckert hat sie sich endlich einmal so katholisch gezeigt, wie sich eine Verkünderin ewiger, absoluter Lehren immer zeigen müßte, wenn man nicht annehmen soll, daß sie ihrer Sache nicht ganz sicher ist.

Eckert ist zur Höchstrafe verurteilt worden: Verlust der Amtsbezeichnung („Pfarrer"), des Einkommens, des Anspruchs auf Ruhegehalt und auf Hinterbliebenenversorgung, sowie des Rechts zur Vornahme von Amtshandlungen. Er darf sich nicht mehr Pfarrer nennen; er darf nicht taufen, nicht einsegnen, nicht trauen, nicht beerdigen — und was für weihevolle Handlungen es im Umkreis und Inkreis seelsorgerischer Geschäftsführung sonst noch geben mag. Und er hat vor allem keine Forderungen mehr an die Kirche zu stellen; seine Kompetenzen sind ihm gestrichen; man muß diesen Verfluchten womöglich auch wirtschaftlich aus dem Sattel heben. Er war jahrzehntelang ein treuer Diener der Kirche, er war ein Hirte seiner Schafe; er hat den Herren manchen störrischen Bock im Stall gehalten, wenn er ausbrechen wollte, denn sein „religiöser Sozialismus" wirkte als treffliches Lock- und Verführungsmittel auf die Ungebärdigen. Aber jetzt, da er sich erkühnte, einen geradezu lutherischen Schritt zu tun, mit einem „hier stehe ich, ich kann nicht anders!" zu sagen, was zu sagen not tat — jetzt ist es aus mit ihm.

Mag's für den Familienvater Eckert auch neue Sorgen bedeuten, Monatsgehalt und Anspruch auf Pension verloren zu haben: für den Bekenner und Politiker wird es von Vorteil sein. Er wird es leichter haben, den Weg, zu dem er sich vor Monaten entschlossen hat, zu Ende zu gehen. Die erste Konsequenz aus dem Urteil des kirchlichen Dienstgerichts hat er bereits gezogen: er ist aus der Kirche und aus dem „Bund religiöser Sozialisten" ausgetreten.

Eckert sagt: „Nach meiner festen Überzeugung ... ist die Kirche rettungslos verloren. Sie muß als ein Teil der innerlich faul und kraftlos gewordenen bürgerlichen Klassenfront zu Grunde gehen." Und über seinen Bund: „Der Ausgang der Kämpfe mit der Kirche in dem Augenblick, in dem ich auch nach außen hin unbezweifelbar von meiner revolutionären Entschlossenheit Bekenntnis ablegte durch meinen Beitritt zur KPD, hat für mich bewiesen, daß es aussichtslos ist, die Kirche irgendwie in Kontakt mit dem Sozialismus für den Neubau der menschlichen Gesellschaft einzusetzen ... Der Bund ist bei dieser Sachlage eher eine Hemmung für den revolutionären Klassenkampf als eine Hilfe zur Vorbereitung des Sozialismus. Er erweckt die gefährliche Illusion, als könne man von den Kirchen irgend etwas im Kampf des Proletariats um seine Befreiung erwarten."

Was den letzten Punkt betrifft, so muß man sagen, daß von den Kirchen schon was zu erwarten ist: nämlich strikte Feindschaft gegen das um seine Rechte kämpfende Proletariat, Waffenbündnis mit den Feinden der Arbeiterschaft, unnachgiebige Gegnerschaft gegen den Aufstieg der unterdrückten Klasse zur Herrschaft. Der Kampf der Kirche gegen Eckert ist ja selbst schon eine Fase dieses Kampfes der Kirche gegen den Arbeiter. Und die Unterstützung der Arbeiterfeinde, nämlich der Besitzenden und der Nationalsozialisten, durch die Kirche und durch zahllose amtierende Pfarrer — denen durch kein Dienstgericht Bezüge oder Titel oder Befugnis zu amtieren abgesprochen werden — ist das selbe.

Daß Eckert und die Kirche nichts mehr miteinander zu tun haben, ist erfreulich: die Entlarvung der Rolle der Kirche und des „Bundes religiöser Sozialisten" war längst fällig. Der Fall Eckert enthüllt die gefährliche Illusion, auf der dieser Bund ruht; an den religiösen Sozialisten ist es nun, zu erkennen und Konsequenzen zu ziehen.

Max Barth

Offenes Eingeständnis

In der „Württembergischen Hochschul-Zeitung" wird zurzeit die Frage des Arbeitsdienstes diskutiert. In einem Beitrag zum Thema sagt ein cand. geod. F. Warber:

„Der Freiwillige Arbeitsdienst ist nicht aus der Arbeitslosigkeit entsprungen. Seinen tieferen Sinn aber, vor allem seine rasche Erweiterung und Fortsetzung, bekam er erst durch die immer mehr zunehmende Arbeitslosigkeit, besonders unserer Jungakademiker. Daß sich die Stuttgarter Studentenschaft freiwillig ein Arbeitsjahr auferlegte, wonach alle, die nach Beendigung des Studiums keine Anstellung finden, ein Arbeitsjahr ableisten, ist der beste Beweis dafür ...

Selbstverständlich ist es nicht das Ziel eines jahrzehntelangen Bildungsganges, ein Jahr Arbeitsdienst zu leisten. Aber doch lieber ein Jahr köperlich arbeiten und primitiv leben als arbeitslos auf der Straße zu liegen und dem Staat zur Last zu fallen."

Das ist wenigstens ehrlich gesprochen! Macht keinen Schmus, ihr Herren, sondern gesteht wie dieser Warber ein: der Arbeitsdienst ist für euch einfach die erwünschte Möglichkeit, statt aus des Vaters Tasche ein Jahr lang aus dem Beutel des Volkes zu leben und den Arbeitern das Brot wegzunehmen. (Der Satz mit dem „dem Staat auf der Tasche liegen", ist eine leere Floskel; denn euch steht ja keine Arbeitslosenunterstützung zu.)

Noch was Nettes gesteht der muntere Warber offen ein: „Bei den in den Arbeitslagern zusammengeschlossenen Erwerbslosen und Akademikern wird der Wille erstehen, der Einflüssen wie Bolschewismus oder Kommunismus eine gesunde, starke und geschlossene Front entgegensetzt."

So ist's recht; sprecht es aus, was der Arbeitsdienst ideell (sozusagen) sein soll: antimarxistisches Exerzitium, Training fürs Dritte Reich!

Ix

In der Mandschurei sind erneut heftige Kämpfe zwischen Japaner und Chinesen ausgebrochen.

Zwischen Gerabronn und Waldsee

Mit einiger Spannung verfolgt man die preissenkende Wirkung der neuen Notverordnung. Die Furcht, nicht mehr ins Weihnachtsgeschäft zu kommen, die an die Kinderangst vor dem Weihnachtsmann erinnert, hat immerhin in verschiedenen Branchen und Geschäften den Anstoß dazu gegeben, die Preise umgehend zu senken. Nebenher wird unentwegt weiter gejammert, daß Eingriffe in den naturgesetzlichen Preisausgleich der Konkurrenzwirtschaft falsch und ungerecht seien, und daß die Verhältnisse von selbst überall den richtigen Preis erzwängen.

„Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so", heißt's in der Dreigroschenoper. Ein Blick in die letzten Veröffentlichungen des württembergischen Statistischen Landesamts bestätigt diese Feststellung. Er läßt erkennen, welche anarchischen Zustände, welche gewaltigen Unterschiede selbst zwischen einzelnen Orten des kleinen württembergischen Wirtschaftsbezirks bestehen. (Er zeigt auch, wie recht Erich Schairer mit seinem Artikel in der letzten Nummer der S.-Z. hatte, in dem er sich mit dem „rechten Preis" und den fragwürdigen Folgen der sogenannten freien Konkurrenz befaßte.)

Noch vor kurzer Zeit, am 1. November, kostete z. B. das Pfund Kalbfleisch in Ehingen 65 Pfg. und in Gerabronn 1 Mark; das Kilo Schwarzbrot in Hall 30 Pfg., in Rottenburg 50 Pfg.; das Pfund Erbsen in Gerabronn 20 Pfg., in Neckarsulm 42 Pfg.; das Pfund Linsen in Ludwigsburg 18 Pfg., in Feuerbach, Brackenheim, Waldsee 40 Pfg.; ein Zentner Speisekartoffel in Tuttlingen 2,50 Mark, in Heidenheim, Feuerbach, Calw 4,50 Mark; ein Pfund Vollreis in Ludwigsburg 20 Pfg., in Feuerbach, Ebingen, Wangen i. A. 45 Pfg.; ein Ei in Kirchheim u. d. T. und Brackenheim 10 Pfennig, in Schramberg 15 Pfg.; ein Liter Milch in Laupheim 18 Pfg., in Eßlingen, Neckarsulm, Neuenbürg 28 Pfg.; ein Pfund Süßbutter in Leutkirch 1,30 Mark, in Brackenheim 1,80 Mark.

Das Statistische Landesamt schreibt dazu: „Bei diesen starken örtlichen Preisunterschieden (teilweise sogar über 100%!) dürften Qualitätsunterschiede eine wesentliche Rolle spielen; immerhin ist bemerkenswert, daß die Preisspannungen auch in solchen Gegenständen bestehen, wo sich Qualitätsverschiedenheiten überhaupt nicht oder doch nicht in wesentlichem Maße geltend machen, wie Fleisch, Eier, Milch, Butter."

Die Frage, welch stattliche Gewinnmöglichkeiten sich in diesen Preisspannen kundtun, mag sich der Leser selbst beantworten.

W. W.

Theater

Bei einem „Fridericus-Abend" des Stahlhelm zugunsten der berliner Winterhilfe ist es hoch hergegangen. „Rumpelstilzchen", der Feuilletonlöwe nationaler Blätter, ist ganz begeistert. „Lange Kerls" von der Potsdamer Wachtparade in historischer Tracht und mit alten Gewehren in der Hand standen im Saal Ehrenposten und gaben den Generalen Friedrichs des Großen das Ehrengeleit, als sie die Bretter betraten, die augenblicklich den nationalen Kriegervereinen die Welt bedeuten.

Und dann betrat ihr „König und Held" das Podium: ER, Otto Gebühr der Große! Als er von da oben herab die Ansprache Friedrichs an seine Generale am Vorabend vor Leuthen von sich gab, da war der Jubel groß. Er „umbrandete" ihn direkt. Rumpelstilzchen selbst zeigt sich über diese Ansprache nicht ganz befriedigt. Er gesteht Otto dem Großen ohne weiteres zu, daß er zu den „Wortmächtigsten" gehöre, aber er hat ihn im stummen Film doch lieber. Er ist immer ein wenig enttäuscht, wenn ein Schauspieler historische Reden „irgend welcher Helden" wiedergibt; Rumpelstilzchen „stellt sich das nicht so glatt und klangvoll, sondern stockender und eruptiver vor, nicht so menschlich, sondern sozusagen überlebensgroß heroisch". Unter dem tut er es nicht, trotz der brandenden Begeisterung der andern.

Aber gleich darauf schlägt das Herz wieder höher. Fridericus wird von den langen Kerls heimgeleitet. Nicht in sein Zelt, sondern in die große Ehrenloge, „wo die heutige Kronprinzessin von Preußen", wo der Kronprinz und die andern Hohenzollerngäste des Stahlhelms ihren „Ahnherrn" fröhlich begrüßen: „Der kleine große König und der lange heutige Kronprinz, dieser in schlichtem Feldgrau, das ergibt ein wunderliches Bild. Den Zuschauern aber jauchzt das Herz. Sie haben an diesem Abend nicht nur viel gesehen, sondern auch viel erlebt; es ist ein lebendiges Leben, keine Gespensterei in Uniform."

Die lebenden Bilder in den alten vermoderten Theaterklamotten werden solange herabsteigen und sich mit der Wirklichkeit mischen, bis auch das Volk, dessen Jubel um solche Szenen brandet, wieder seine alte Rolle zugeteilt bekommen hat. Jene Rolle, die es je und je zu spielen hatte, wenn es zuvor mit Befreiungszauber besoffen gemacht worden war.

Karl Berger

Ins Stammbuch

Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht aus dem Brief eines württembergischen Politikers über die Gemeinderatswahlen u. a. folgende Sätze:

„Stärker als draußen im Lande waren die nationalsozialistischen Erfolge in Stuttgart. Hier ließ sich vornehmlich in den handwerklichen Schichten ein erheblicher Kreis von Wählern durch das Trommelfeuer der Hitler-Partei in außerordentlichem Maße suggestion trug auch die mehr oder weniger neutrale Haltung der größten bürgerlichen stuttgarter Zeitung bei, die diese in den letzten Monaten eingenommen hat und durch die sie die Werbekraft der Nationalsozialisten nicht unerheblich unterstützte."

Dieser sanfte Rippenstoß aus Frankfurt wird wohl die Leute im Hochhaus auch nicht mehr zur Umkehr bewegen.

Mahnung zum Fest

„Noch eine Mahnung ist um diese Zeit am Platze. Gar manche Menschen glauben, zu den Festtagen gehöre unumgänglich allabendlich auch ein gewaltiges Festmahl mit fetten Gerichten, schweren Weinen und starken Zigarren. Uns liegt gewiß nichts ferner als unseren Lesern die Festfreuden irgendwie beeinträchtigen zu wollen. Indessen, man sollte die Folgen eines zu wiederholten Malen überladenen Magens doch nicht allzusehr auf die leichte Achsel nehmen. Der menschliche Magen- und Darmkanal ist ein empfindliches Instrument ... und das, was man in dieser Hinsicht in gar so vielen Häusern um die Weihnachtszeit zu sehen bekommt, ist wirklich alles andere als naturgemäß. Also ein wenig Maßhalten ist gerade an diesen Tagen am Platze."

Frage: Wer sagt wem das?

Antwort: Der sozialdemokratische „Vorwärts" in seiner Nummer 579 seinen proletarischen Lesern. Oder galt die Mahnung nur den Sklarek-Genossen?

---

rote Fahne tragen, und so demonstrieren sie um den Tisch herum, im Gänsemarsch, und singen die Internationale.

So ungefähr meint die Notverordnung den Burg- und Weihnachtsfrieden.

In den Kirchen natürlich ist Hochbetrieb. Da dürfen sie für den lieben Gott demonstrieren, und die bunten Fahnen wallen, und die Pfarrer mahnen unpolitisch zu Eintracht und Frieden und zu Ausharren und Geduld, wenn auch die Zeit schwer ist und die Gottlosen ringsum dräuen, aber nicht mehr lange, gottlob, bald wird die Gesundung und Sittlichkeit wieder mit Riesenschritten einziehen und die Feinde werden erblassen und dahinsinken vor der Faust des Herrn, Burgfriede auf Erden!

Weihnachtsfrieden ... Jetzt wollen wir mal alle unsere politischen Abzeichen nehmen und uns in die Sofaecke setzen und schweigend im eigenen Heim demonstrieren und auf den Weihnachtsfrieden warten. Psst! hört ihr nicht? Auf leisen Sohlen kommt draußen, den Flur entlang, das liebe Christkind gegangen, schon naht es unserer Tür, gleich tritt's herein und bringt uns nichts.

Mara Bu

Die Museen und die Not

Im Finanzausschuß des württembergischen Landtags hat kürzlich der Kultminister mitgeteilt, daß die Stellen des ausscheidenden Direktors des Schloßmuseums und des demnächst in den Ruhestand tretenden Direktors des Landesgewerbemuseums künftig vereinigt werden sollen.

Ganz leise und vorsichtig fängt man also auch in diesen Bezirken mit dem Sparen an. Man hätte das schon längst tun können. Und man sollte möglichst bald noch weitere Museen durchwandern, nicht um immer wieder Bilder, sondern um endlich einmal Beamte umzugruppieren. Da wird z. B. die Stuttgarter Gemäldegalerie in der Neckarstraße und im Kronprinzenpalais von einem Direktor betreut, der sich s. Zt. einen Ministergehalt und, neben dem eigentlichen Urlaub, eine vierteljährige Freizeit jährlich für private Arbeiten ausbedang (seine bisher einzige Leistung, die Museumsordnung im Kronprinzenpalais, wird von den verschiedensten Fachleuten als fragwürdig bezeichnet); da thronen in weiteren Repräsentationsräumen noch andere gutbezahlte Herren samt Sekretärinnen etc. pp., die jahraus, jahrein die Bestände ordnen und hie und da krampfhaft eine kleine Sonderausstellung arrangieren. Was sollen sie auch sonst tun? Mit Ankäufen können sie sich nicht mehr beschäftigen, da zu diesem Zweck keine Gelder mehr bewilligt werden. Wie lange klappert denn noch dieser ausgedehnte Apparat? Jeder Kenner weiß doch, daß hier selbst der durchgreifendste Abbau von Persönlichkeiten und Gehältern noch keinen Abbau wirklicher Kulturbelange bedeuten würde.

Und das alles ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Kreis unseres aufgeblähten Kulturbetriebs, in dem die alten Blüten der wilhelminischen Epoche, die Wichtigtuerei, die Fassade, die Repräsentation trotz Not und Notverordnung munter weiterblühen.

Z.

Kümmel

Es geschehen Dinge, die man nicht für möglich halten sollte. Zum Beispiel dies: Im Herbst 1906 während der Korpsmanöver des 4. Armeekorps war eines Tages die Feldflasche Hindenburgs unversehens leer und ein zum Stab kommandierter Gefreiter namens Könnemann bekam den ehrenvollen Befehl, die Flasche füllen zu lassen. Er ließ sie füllen. Mit echtem Kümmel. Der kostete 1,30 Mark. Die legte Könnemann aus, aber er bekam sie nicht, weil die Herren beim Stab nicht daran dachten und Könnemann nicht den Mut aufbrachte, Hindenburg zu mahnen. Er bewahrte die Erinnerung an die ausgelegte Summe tief in seinem Herzen und bekam bis vor kurzem nicht den Rang, sie einzufordern. Aber dieser Tage hat er sich nun doch getraut. Er schrieb an Hindenburg, legte den Sachverhalt klar und fügte als guter deutscher Mann seinen Militärpaß und sein Führungszeugnis bei. Daraufhin hat Hindenburg umgehend zwanzig Mark an ihn überweisen lassen.

Wer weiß, ob Könnemann sich jemals getraut hätte, wenn wir nicht in einer Republik lebten. So erzieht die Demokratie zu Mannesmut. Wenns auch, wie der Fall lehrt, mitunter ein wenig lang dauert.

m.

Der wehrwissenschaftliche Lehrstuhl

„Ein erfreulicher Beschluß" überschreibt der „Stahlhelm" eine Mitteilung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Gießen, nach der in der letzten Kammersitzung des Asta auf Antrag der Großdeutschen Arbeitsgemeinschaft einstimmig beschlossen wurde, die hessische Regierung um Errichtung eines Lehrstuhls für Wehrwissenschaft an der Universität Gießen zu ersuchen.

Es war uns bis jetzt noch nicht möglich, sichere Einzelheiten über den Ausbau dieses Lehrstuhls zu erfahren. Vermutlich werden im wehrwissenschaftlichen Seminar vor allem praktische Übungen im Füllen von Handgranaten und Stinkbomben abgehalten. Da der Erbfeind nicht so leicht erreichbar sein wird, dürften wohl von der Staatsregierung marxistische Arbeitslose als Versuchsobjekte angefordert werden.

Literatur

Die Mietskaserne. Von Ernst Erich Noth. Societäts-Verlag, Frankfurt a. M. In Leinen geb. 4,80 Mark. — Die Geschichte eines Jungen, der in der Mietskaserne aufwächst und sich durch eine recht wirre Jugend durchquält. Stammt aus armseligstem Milieu, besucht als Freischüler die höhere Schule, geht schließlich mit Stipendium auf die Universität. Zeit: Krieg, Inflationsjahre usw. Ein subjektives Schicksal, offenbar in allem Wesentlichen Autobiografie. Erzählt mit viel Ressentiment und Reflexion statt mit Bildhaftigkeit, Plastik, Handlung und Dialog. Die üblichen Hemmungen, die dem Stil dieser literarischen Selbstbefreiungen und Abrechnungen mit qualvoller Vergangenheit anhaften. Die enge Bindung an das Erlebnis, das überwunden werden soll, verhindert das freie, souveräne Schalten mit dem Stoff, das Voraussetzung für wertvolle Leistung ist. Neigung zu symbolischen Namen: ein sehr idealer und idealisierter Fürsorgebeamter heißt Reiniger; einer der Maler werden will, heißt auch Maler; ich wette, daß der Name des Autors ein Pseudonym ist und auf das Thema des Buches hinweisen soll. Ob Noth literarisch Wertvolles zu geben hat, werden erst seine späteren, aus unbelastetem Gemüt geschaffenen Werke zeigen können. Dieses Buch hier ist übrigens in der Tendenz spießbürgerlich. Das Problem „Jugend in der Mietskaserne" ist gestellt, aber nicht gelöst; was als Lösung dieses sozialen Problems gegeben wird, ist eine individuelle, individualistische, keine prinzipielle, soziale Sache. Der Roman gehört zu einer gewissen Art Vorkriegsliteratur: der arme aber gescheite und tüchtige Knabe, der — durch Nacht zum Licht! — sich auf der sozialen Leiter eine Stufe höher hinauf quält — zum Filologen, so daß er grade seine Füße auf die Sprosse setzen kann, die sein Vater, wenn er sich reckt, eben noch mit den Fingerspitzen zu berühren vermag.

B.

Magazin für alle. Dezember-Heft. Verlag Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. 40 Seiten, Preis 10 Pfennig. — Enthält einen Artikel „Wie macht man Schallplatten?", Reisebeschreibungen, Erzählungen u. a. Reich illustriert.

Jetzt ist es noch Zeit

das Abonnement für Januar zu erneuern

Wenn die Zeitung vor dem 24. Dezember bei der Post bestellt wird, kostet sie nur 86 Pfennig im Monat.

Die „Vierte"

„Die Regierung hat sich längere Zeit mit der Möglichkeit einer Zinssenkung beschäftigt, niemals aber mit einer zwangsweisen. Alle anderen Nachrichten hierüber beruhen auf Sensationsmacherei, die zum Teil von interessierter Seite kam und aufs äußerste gefährlich und verwerflich ist."

Reichskanzler Dr. Brüning am 13. Nov. 1931 in Mainz.

Es scheint in Deutschland nicht mehr viel Menschen zu geben, die ein Werk wie die neueste Notverordnung kritisch und sachkundig prüfen können. So tief die Verordnung in das Wirtschaftsleben und in das Privatleben jedes Einzelnen eingreift, so kritiklos ist sie im allgemeinen aufgenommen worden. Als Entschuldigung kann man nur anführen, daß sich die Wirkungen der Verordnung erst allmählich zeigen werden.

Der Grundgedanke der Verordnung scheint der zu sein, das Niveau der Einkommen und der Preise, im privaten Haushalt also das der Einnahmen und der Ausgaben, gleichmäßig zu senken. Nehmen wir einmal an, das würde erreicht — was wäre dann eigentlich erreicht? Die Kaufkraft würde genau die gleiche bleiben wie vorher; die Wirtschaft würde also nicht angekurbelt. Nur der Export hätte günstigere Chancen (die freilich zum größten Teil durch die Einfuhrdrosselung in fast allen Ländern wieder zunichte gemacht werden). Und die Schuldenlast würde (nicht nominell, aber effektiv) steigen, und zwar im Inland wie im Ausland. Im gleichen Augenblick also, in dem die Regierung Brüning mit dem Ausland Verhandlungen über die Schulden führt, will sie durch die Steigerung des Geldwerts freiwillig die Schulden um etwa 10 Prozent heraufsetzen.

Das wären die Wirkungen, wenn tatsächlich Einkommen und Preise gleichmäßig gesenkt würden. Wahrscheinlich wird die Regierung das aber gar nicht erreichen; die Preise werden im Durchschnitt nicht so tief sinken wie die Einkommen (man denke nur an den riesenhaften Einkommenschwund durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit; man denke an die Erhöhung der Umsatzsteuer, die in einer Periode der Wirtschaftsschrumpfung wieder eine Menge kleiner Geschäftsleute vernichten wird). So lange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, kann auch der rigoroseste Eingriff des Staates in die Wirtschaft die Preise nicht willkürlich herauf- oder heruntersetzen.

Und noch weniger die Zinsen. Die diktierte Herabsetzung der Zinsen ist wohl der verhängnisvollste Teil der Notverordnung. Die Wirkung? Bei den schon bestehenden Schuldverhältnissen eine 10prozentige Einkommensverschiebung zwischen Schuldner und Gläubiger. Bei Schuldverhältnissen, die jetzt oder in Zukunft eingegangen werden — ja, da stockt man schon. An dem Tag, an dem die Notverordnung bekannt gegeben wurde, sank der Kurs der Hypothekenpfandbriefe so weit, bis bei nominell niedererem Zinssatz die Effektiv-Verzinsung die gleiche war wie vorher. Und wenn ich am 1. Januar eine Hypothek von 10 000 Mark aufnehme, dann bekomme ich wahrscheinlich nur 7000 Mark ausbezahlt. Ich muß also (bei 6%) für 7000 Mark tatsächlich im Jahr 600 Mark Zins bezahlen, das ist genau soviel wie früher bei 8 ⅓ % und Vollauszahlung von 7000 Mark. Der tatsächlich bezahlte Zinsfuß wird sich also auch künftig bei Hypotheken, Anleihen usw. nicht nach der Notverordnung richten, sondern nach Angebot und Nachfrage und nach der Sicherheit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Vorausgesetzt — daß in der näheren Zukunft überhaupt noch von der Aufnahme von Hypotheken oder Anleihen die Rede sein kann. Denn wenn auch die Wirkungen der neuen Notverordnung noch nicht alle zu übersehen sind — eines scheint doch festzustehen: die Notverordnung hat den deutschen Kapitalmarkt für absehbare Zeit völlig zerstört. Wenn man die Notverordnung mit irgendeinem andern ähnlichen „Ereignis" vergleichen will, dann muß man schon die Inflation heranziehen. Die Wirkungen werden ähnlich sein. Willkürlicher Bruch von Verträgen und einseitige Änderung von rechtlichen und finanziellen Verpflichtungen müssen sich rächen.

Ich schreibe das natürlich nicht, um der Regierung und den Kapitalisten den Rat zu geben, die Gesetze ihrer Wirtschaft besser zu beachten und sie bei ihrer Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen, sondern nur um zu zeigen, wie hilflos heute die Lenker von Wirtschaft und Politik dem Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft gegenüberstehen.

Es scheint, daß sich Brüning gegen den staatlichen Eingriff in die Zins- und Preisbewegung, der, soweit das noch möglich ist, die deutsche Wirtschaft noch mehr zerrütten wird, lange gesträubt hat. Aber schließlich hat er nachgegeben, offenbar weil er die „notwendige" Lohnsenkung nicht ohne Senkung aller andern Unkosten und ohne Preissenkung durchführen zu können glaubte, und weil er dem Ansturm der „Interessenten" nicht mehr standhalten konnte.

So wird die „Vierte", die vierte Notverordnung Brünings, in der Geschichte dastehen als der Versuch, die Krise des niedergehenden kapitalistischen Systems, das auf dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln und auf dem wenn auch nicht ganz freien, so doch vom Staat möglichst wenig behinderten Spiel der Kräfte beruht, zu meistern durch härteste Eingriffe des Staates in private Verträge und in den sich selbst regulierenden Mechanismus. Ein Versuch der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Karl Erich Vorbeck

„Die Ermächtigungen, die hier (in der neuen Notverordnung) dem Reichskommissar für die Preisüberwachung und Preissenkung erteilt werden, stellen einen derartig weitführenden Eingriff in die Privatwirtschaft dar, daß man Beispiele aus neuerer Zeit nur in Maßnahmen des russischen Staatskapitalismus finden kann. Der italienische Fascismus hat bei seiner Wirtschaftsreglung erheblich liberalere Maßnahmen angewandt."

„Kölnische Zeitung" (DVP)

Solidarität

In den letzten Monaten sind tausende klassenbewußter Arbeiter den Schlingen der Notverordnungen und Ausnahmegesetze, die von der Klassenjustiz fast durchweg gegen links angewandt wurden, zum Opfer gefallen. Über 6500 dieser Kämpfer für eine neue sozialistische Welt füllen die Kerker, weil sie ihr Recht der Koalitionsfreiheit, der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift ausübten. Viele dutzende Arbeiter, darunter auch solche des Reichsbanners, wurden in den letzten Wochen gerade in Württemberg ins Gefängnis geworfen, weil sie die unerträglichen Provokationen und Angriffe der Fascisten in gemeinsamer Front abwehrten. Keine Woche vergeht, in der nicht von schweren Urteilen wegen Verbrechens gegen den Paragrafen 218 berichtet wird. Auch hier sind es immer Proletarier, die dieser heuchlerische und mörderische Paragraf trifft.

Doch nicht bloß in unserm Land, in allen Ländern der ganzen Erde stehen heute die Proletarier in ihrem Endkampf um Arbeit, Brot, Freiheit, im Kampf, um ein morsches, abgewirtschaftetes, chaotisches kapitalistisches System zu beseitigen, und an seine Stelle eine wirkliche Ordnung, ein neues, zukunftsvolles System, den Sozialismus, zu setzen.

Noch aber wütet der Fascismus gerade in den Ländern, die am stärksten von der Wirtschaftskrise geschüttelt sind, die vielleicht am nächsten vor einer Umwälzung stehen. In Polen, China, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, aber auch in Deutschland, England, Amerika, überall, aus hunderten Kerkern vom Stillen Ozean bis zur Nordsee, von dem Rocky Mountains bis zu den Karpathen, von Kanton bis New York, überall recken sich die Hände gefangener, gefesselter, gefolterter politischer Gefangener durch die Stäbe! Sie fordern unsere Solidarität, unsere Kampfeshilfe!

Jeder von uns kann in die Lage dieser gefangenen Klassenkämpfer kommen. Jeder von uns hat sein Letztes für diese Genossen und Freiheitskämpfer zu geben, genau so wie auch diese Eingekerkerten ihr Letztes, ihre Freiheit und ihr Leben, für uns alle einzusetzen. Darum übt Solidarität! Tretet ein in die Rote Hilfe!

Sie ist keine jammernde, frömmelnde Caritas; sie ist ein Instrument im Klassenkampf der Werktätigen aller Länder. Sie gewährt den Angeklagten Rechtsschutz und materielle Hilfe, sie hat schon oft mit Erfolg durch ihre Protestaktionen Todesurteile des weißen Terrors verhindert. Sie kämpft für die hilflosen Opfer des § 218. Nicht zuletzt ist die Rote Hilfe ein leuchtendes Band der Solidarität der Klassenkämpfer, der notleidenden und hilfsbereiten Werktätigen aller Völker und Länder!

Dr. Friedrich Wolf

Der Ältestenrat des Reichstags hat am 16. Dezember die Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen, den Reichstag einzuberufen, mit 321 gegen 256 Stimmen abgelehnt.

Stolz weht die Flagge . . .

Im deutschnationalen „Tag" erzählt einer ein wunderschönes Erlebnis aus dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika: Es war im August 1930, als er bei Tsumeb von der Hererowerft her das Deutschlandlied ertönen hörte. Gespielt von der Eingeborenenkapelle. Erstaunt näher kommend gewahrt er am hohen Flaggenmast die Fahne Schwarz-weiß-rot aufgezogen. Ringsherum auf dem freien Platz marschieren Abteilungen von Hereros in alten Schutztruppen-Uniformen. Muntere Kommandos ertönen: „Stillgestanden! — Richt Euch! — Ree—chts um! — Kompanie marsch!" Zwischendurch rasseln die herrlichsten deutschen Kasernenhofblüten: „Nimm die Knochen zusammen! — Ich werde dir schon weiterhelfen! — Ich ziehe dir die Hammelbeine lang!" usw. Kommt eine Abteilung in die Nähe der Flagge, wird Tritt gefaßt wie es sich gehört, mit „Augen rechts" oder „Die Augen links". Kurzum: der vollendete deutsche Kasernenhof.

Was aber hat dies zu bedeuten? Der Berichterstatter kann es sich nicht erklären. Endlich wird es ihm kund: Es ist ein Kriegsspiel der Hereros zum 25. Todestag ihres letzten Oberkapitäns Samuel Maherero, der sie in dem Kampf gegen die Deutschen in den Jahren 1904 bis 1907 geführt hat; die Feier dieses Tages soll an anderen alten Hereroplätzen, an denen Hererokompanien stationiert sind, in ähnlicher Weise vor sich gegangen sein. Der Verfasser hält das alles für einen Beweis, daß die Hereros nach ihrer Unterwerfung die Deutschen als gerechte Herren kennen und achten gelernt hatten. Doch das ist seine Sache.

Sicher ist, daß hier mit einer gewissen Lust alter deutscher Kommandogeist und Kasernenhofjargon weiterbetrieben wird. Es heißt, daß viele alte Leute aus der deutschen Schutztruppe in den Eingeborenenkompanien Vorgesetztendienste tun. Das erklärt einiges; doch zeigte sich bei diesem Fest offenbar mehr, als selbst ein deutschnationaler Optimist erwarten kann. Der Berichterstatter des „Tag" fühlte sich wie zu Hause: Die Musikkapelle schmetterte alte preußische Militärmärsche, man hatte diverse Ochsen geschlachtet, Kaffernbier ward heimlich gebraut, und die Herero-Schönen präsentierten sich im höchsten Staat. Welchem Deutschen ginge da nicht das Herz auf! „Ein wirklich schönes Fest", ruft Hugenbergs Sendling aus, „bei dem man sich als Deutscher bei den Hereros heimisch fühlte! Ironie der Weltgeschichte: die preußisch-deutsche Tradition ausgerechnet gerade von den Hereros übernommen!"

Wenn's den Hereros nur auch ganz so ernst mit der Sache war, wie es der Herr Berichterstatter aufgefaßt hat. Man könnte sich denken, daß das alles mit einem gewissen Augenzwinkern vor sich ging. Aber vielleicht haben die Hereros gar nicht so viel Humor. In dem Aufsatz wird behauptet, sie seien unter den Eingeborenen die ausgesprochenen Herrenmenschen. Das ließe drauf schließen, daß das Ganze doch in jeder Beziehung ernst gemeint war.

Wenn es das wäre: es wäre ein schöner Erfolg unserer früheren Kolonialpolitik. Bei Gott!

oha

Kleinigkeiten

Geschmacklos. Die „Neue Preußische Kreuzzeitung" regt sich über eine Meldung auf, wonach beabsichtigt sein soll, im Hafen von Leningrad eine 110 Meter große Lenin-Statue zu errichten, die gleichzeitig als Leuchtturm eingerichtet werden soll; sie spricht höhnisch von einer „geschmackvollen Nippsache". — Wenn es sich um eine Bismarck-Statue für den hamburger Hafen handeln würde, wäre sie wahrscheinlich voll tobender Begeisterung.

Justiz. In Bonn wurde eine wegen Kindsmord angeklagte Landarbeiterin zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl sich in der Verhandlung ergeben hatte, daß das Kind überhaupt nicht lebend zur Welt gekommen war. Da das Mädchen ihr Kind aber gewürgt hat, war der Tatbestand des Mordversuchs erfüllt. — Mordversuche an Leichen sind demnach strafbar.

Rückkehr ins Mittelalter. Der Polizeipräfekt von Constantza (Rumänien) hat für die Prostituierten eine Uniform eingeführt: Knallrote Bluse, schwarze Schürze und am Mantelaufschlag nummerierte Blechmarke (während der kalten Monate, in denen man ja Bluse und Schürze nicht sieht). — Eigentlich gehörten sie außerdem an eine Kette gelegt, zu der nur die Polizei den Schlüssel hat. Alles andere ist sentimentale Halbheit.

Auch nur ein Mensch. Ein Redakteur vom stuttgarter „NS-Kurier" hatte zum Eintritt in den Nationalsozialistischen Schülerbund aufgefordert, nachdem kurz vorher vom württembergischen Kultministerium den Schülern jede politische Betätigung verboten worden war. Das Schwurgericht sprach den wegen Aufforderung zum Ungehorsam Angeklagten frei. Begründung: „Auch ein Redakteur ist nur ein Mensch und kann nicht alles wissen, was verordnet wird."

Klimbim um Gandhi. Gandhi hat, so berichtete die Telegrafen-Union aus Rom, nach Verrichtung des Gebetes sein Frühstück eingenommen, das aus rohen Früchten, rohem Gemüse und Ziegenmilch bestand. Letztere war von seinem Gastgeber, dem italienischen General Moris, unter großen Schwierigkeiten aus den Sabiner Bergen herbeigeschafft worden. — Als ob man in Rom Ziegenmilch aus dem Himalaya holen müßte.

Verlockend! Eine Firma hat ein Mundwasser zu verkaufen, dessen Gebrauch vom Rauchen abschrecken soll, und preist es folgendermaßen an: „An alle Raucher! Eine wundervolle Erfindung hat der bekannte Arzt Dr. med. Lustig gemacht. Er hat ein Mundwasser erfunden, nach dessen Gebrauch es niemand mehr möglich ist, mit Genuß zu rauchen." — Und alle, alle Raucher strömen nun in Scharen, um sich das Wasser zu kaufen, das ihnen die geliebte Zigarre, die begehrte Zigarette, die ans Herz gewachsene Pfeife — verekelt.

Seltsam! Im Zuchthaus Rendsburg ist ein Oberwachtmeister von einem Gefangenen mit einem Bügelbrett niedergeschlagen worden. Der „Berliner Tageblatt" bemerkt zu dem Vorfall: „Der Grund war seltsam: der Beamte hatte dem Sträfling untersagt, sich sein Essen zu wärmen." — Unbegreiflich, wie einer so aus dem Häuschen geraten kann wegen dem bißchen Schikane!

Bolschewismus. In den „Eisernen Blättern" wird die „Westdeutsche Bauzeitung", Köln, zitiert, in deren Nummer vom 25. Oktober die Kirchtürme als heilige Phalli „erklärt" worden seien. „Wie tief stecken wir schon im Bolschewismus!" ruft darob die Redaktion aus. — Was versteht ihr eigentlich alles unter Bolschewismus?

Stuttgart. Marxistische Arbeiter-Schule (Masch) Kolbstraße 4 B: Am Samstag, 19. Dezember, 20 Uhr, spricht im Gewerkschaftshause der bekannteste Dichter des Proletariats Erich Weinert seine Gedichte. Die Veranstaltung ist laut Notverordnung nur für Mitglieder der Masch und deren Angehörige erlaubt. Erwerbstätige 50 Pfg., Erwerbslose 25 Pfg. Vorverkauf: Redaktion der Sonntags-Zeitung, Arbeiterleihbibliothek Gartenstr. 32, Literaturvertrieb Holzstr. 19.

Ich bitte diejenigen Empfänger von Probenummern, die für Januar die Sonntags-Zeitung abonnieren wollen, bei der Post zu bestellen, indem sie die beiliegende Bestellkarte unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen. Der Briefträger zieht dann das Abonnementsgeld ein. Die Sonntags-Zeitung kostet nur 86 Pfennig im Monat.

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30, Postscheck-Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann Lim, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Höchste Zeit

ist es jetzt, sich für Weihnachten noch eines der untenstehenden Bücher vom Verlag der Sonntags-Zeitung, Stuttgart, Postfach 51, kommen zu lassen.

Neue Bücher

Der Staat ohne Arbeitslose — Drei Jahre Fünfjahresplan. Von Gläser-Weiskopf. Preis 4,50 Mark. — 256 ausgezeichnete Bilder aus dem neuen Rußland. Mit einem Nachwort über den Fünfjahresplan.

Deutschland von unten. Von Graf Stenbock-Fermor. Preis geb. 7,50 Mark, kart. 5,50 Mark. — Eine erschütternde Schilderung der Elends- und Hungergebiete Deutschlands (Frankenwald, Thüringer Wald, Erzgebirge, Waldenburg, Leuna, mit Erinnerungen aus dem mitteldeutschen Aufstand, u. a.), mit vielen Fotos.

So kam 14 der Krieg. Von Franz Bühler. Preis 2,80 Mark. — Kurzer Bericht eines Historikers über den Juli 1914.

Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, ihre Kritik, ihre Lösung durch den Sozialismus. Von Otto Heller. Preis brosch. 4,50 Mark, in Leinen geb. 6,50 Mark.

Neue Kinderbücher

Ede und Unku. Ein Roman für Jungen und Mädchen. Von Alex Wedding. Preis 3,75 Mark. — Für Kinder von etwa 13 Jahren an.

Die Uhr. Von L. Pantelejew. Preis 1,70 Mark. — Schildert, wie ein kleiner russischer Strolch, ein „Besprisorni", eine Uhr klaut, was für Abenteuer er infolgedessen durchmacht und wie er dann ein ordentlicher Kerl wird. Für Kinder von 12 Jahren an.

Die Rache des Kabunauri. Roman von Helena Bobinska. Preis 2,85 Mark. — Schildert sehr spannend am Schicksal eines Jungen, wie der Kommunismus in die wilden Gegenden des Kaukasus eindringt und auf welche Schwierigkeiten er stößt. Für die sog. „reifere Jugend". Kann aber auch von Erwachsenen mit Gewinn gelesen werden.

Hans Urian. Von Lisa Tetzner. Preis kart. 2,80 Mark, Halbleinen 3,80 Mark. — Die Geschichte einer Weltreise. Ein Kinderbuch, das sich durch seine Weltzugewandtheit aus dem Brei der Bravheit- und Wohlverhaltens-Plärschereien heraushebt, mit denen man gemeinhin die Jugend zu langweilen und zu verderben pflegt. Für Kinder von 8 Jahren an.

WOHLWERT

Einheitspreis - G. m. b. H.

Das Haus der 4000 Notwendigkeiten

Heilbronn Esslingen Ulm Kempten

Radio
fachmännisch
K. Hermann Miedaner
Preisermäßigung
10 Prozent und mehr
Stuttgart
Ludwigstraße Nr. 89
Telefon Nr. 64 301

Stuttgart, 20. Dez. 1931 **Die Sonntags-Zeitung** 12. Jahrg. Nr. 51, 2. Blatt

Einheitsfront

Auf die Bitte, die Leser mögen sich zu der Frage „Einheitsfront gegen Fascismus" äußern, sind so viele Artikel eingegangen, daß es ganz unmöglich ist, sie alle zu veröffentlichen. Viele mußten von vornherein als unbrauchbar ausgeschieden werden, weil sie an der Frage vorbeiredeten. Im ganzen bieten die eingesandten Artikel ein entmutigendes Bild von der Zerrissenheit der deutschen Linken; die meisten machen für irgend eine Partei oder Gruppe Propaganda. Es folgen nun hier einige Äußerungen von Mitgliedern verschiedener Parteien. In der nächsten Nummer wird, als vorläufiger Abschluß, ein zusammenfassender Artikel veröffentlicht werden. Die Red.

Schafft rote Einheit!

Von Rudi Breitscheid bis Heinz Neumann tönt der gleiche Ruf nach Einheit. Aber nur auf dem Boden der eigenen Partei, versteht sich. „Wir allein sind marxistisch!" rufen die Führer der Sozialdemokratie. „Unsere Partei ist die Klasse", hören wir das Echo von der kommunistischen Führerschaft. Die Taten beider Parteien aber sehen anders aus.

Klasseninteresse kann nur eine Partei vertreten, die in Wort und Tat die Klasse über die Partei stellt, die bereit ist, wenn der Augenblick es fordert, ihre Partei zugunsten der Klasse aufzugeben. Dieser Augenblick ist heute noch nicht da. Heute gilt es, allen Arbeitern einzuhämmern, daß nur Klassensolidarität Klassenmacht zeugt, daß gemeinsame Aufgaben gemeinsam am besten gelöst werden, daß man den „Putschisten", „Renegaten" und „Sozialfascisten" erst einmal näher kennenlernen muß, um zu entscheiden, ob die anständigen Menschen außerhalb der eigenen Parteigrenze aufhören. Prestige-Politik der proletarischen Parteien verhindert die gemeinsame proletarische Aktion und hilft dem Gegner. Klassensolidarität aller Arbeiter ist die Voraussetzung für die Abwehr des fascistischen Kapitalsangriffs.

Der Weg zur Einigung des Proletariats führt nicht über die Zerschlagung der proletarischen Parteien oder Gewerkschaften. Ehe die eine Partei die andere zerschlagen hätte, würde der Fascismus über beide triumfieren. Nur die Beseitigung des Parteiegoismus schafft den gemeinsamen Klassenboden und damit die Voraussetzung zur Beseitigung der einander bekämpfenden Bruderparteien.

Für die Einigung der Klasse ist von den Köpfen der Parteiapparate her nicht allzuviel zu erwarten. Parteiführer neigen naturgemäß zum Parteipatriotismus. Schafft die Einheit von unten! Die allen gemeinsame Plattform ist klar und eindeutig: der Wille, den Fascismus niederzuzwingen, die sozialistische Gesellschaft zu errichten. Gemeinsame zentrale und lokale Aufgaben fordern gemeinsame Lösung: Die proletarischen Wehrorganisationen müssen sich in einem Kartell zusammenschließen. Die proletarischen Jugendverbände müssen ein Einheitskartell bilden, um gemeinsame Kampfaufgaben wuchtiger, das heißt erfolgreicher lösen zu können, um sich bei der gemeinsamen Aktion sachlich näherzukommen, um gegenseitig Referenten auszutauschen, um gemeinsame Kurse, gemeinsame Arbeitsgemeinschaften, gemeinsame Feiern durchzuführen. Im Wirtschafts- und Kulturkampf bildet rote Einheitskartelle! Der Arbeitsdienst bedroht alle Jungproleten. Der Kampf gegen den § 218 geht nicht nur die KPD etwas an. Die Klassenjustiz empört jeden Arbeiter, ganz gleich, welcher Partei er angehört.

Heraus aus den Sektiererkundgebungen der Parteien, Gruppen und Grüppchen! Die Masse will die rote Einheit. Sie wird ihre Führer finden, die, dem Parteipatriotismus entgegen, Klassen-Kampf führen. Die SAP hat sich die historisch notwendige Aufgabe gestellt, in diesem Kampf zu führen. Ihr zögernden und mißmutigen, von den Parteiapparaten abgestoßenen Klassengenossen, kämpft mit uns für die Vereinigung der deutschen Arbeiterklasse! Genossen der KPD und SPD, kämpft in euren Parteien gegen den Parteiegoismus für die gemeinsame Lösung gemeinsamer Aufgaben!

Die proletarische Einheitsfront muß in den allernächsten Tagen erstehen, nicht erst, wenn uns das Blut der eigenen Genossen schmerzlich daran erinnert, daß wir einen Generalangriff abzuwehren haben. W. K.

Die KPD wird führen

... Es gibt keine Gruppe oder Partei, die seit Jahren die Entwicklung des Kapitalismus von dem Beginn der Stabilisierungspause über ein paar Jahre Hochkonjunktur zum Einbruch und immer stärkeren Vordringen der Krise richtig vorausgesehen und bei ihrer Politik in Rechnung gestellt hat, außer der kommunistischen Partei. Sie hat auch den Fascismus von Anfang an richtig analysiert als eine Herrschaftsform des niedergehenden Kapitalismus und gezeigt, daß ein isolierter Kampf gegen den Fascismus unmöglich ist, daß man gegen Fascismus und Kapitalismus und deren Helfershelfer, die Sozialfascisten, kämpfen muß. Ihre Linie hat sich als richtig erwiesen. Die Krise treibt jetzt die vom Reformismus enttäuschten Arbeiter scharenweise in die Reihen der KPD, weil sie fühlen oder erkennen, daß nur dort die Kraft ist, die ihnen Rettung bringen kann durch Niederringung des kapitalistischen Systems, das ihnen und der Mehrheit des Volkes nur Armut und Elend bringt. Nur die KPD, die sich in den letzten Jahren immer fester in den Massen verankert hat, wird daher die Einheitsfront des Proletariats und aller Werktätigen im Kampf gegen Fascismus und Kapitalismus führen.

Nötig ist dazu freilich fortwährende Agitation und Aufklärung unter den Erwerbslosen, den Betriebsarbeitern und unter den Angehörigen des Mittelstandes; kameradschaftlich muß mit den sozialdemokratischen Arbeitern in Betrieben und Gewerkschaften diskutiert werden; die Rolle, die ihre Führer spielen, muß ihnen gezeigt werden. Dann werden immer mehr von ihnen mit der KPD für Brot und Freiheit kämpfen. W. L.

Wo bleibt das Aktionsprogramm?

... Alle Kopf- und Handarbeiter leiden unter der gleichen Not, ihnen allen drohen von der Machtergreifung des Fascismus die gleichen Gefahren — das sind doch die Grundlagen, auf denen die Einheitsfront aufgebaut werden soll, von denen man ausgehen muß, wenn man die Einigung erreichen will. Hier muß man anknüpfen, an den täglichen Sorgen jedes Einzelnen, an den Kampf um den Lohn, jetzt z. B. an die Frage der Preisherabsetzung (Kontrolle — wer soll kontrollieren?), an die Bedrohung von Leben und Eigentum der Arbeiter und ihrer Organisationen durch die Fascisten, an die Sorgen der Frauen (§ 218, auch hier wieder Preise), an die Fragen der Schulpolitik (wo ja von den Nazis auch allerhand zu erwarten ist) usw.; ich kann das nicht alles so recht ausdrücken, Sie werden schon verstehen, was ich meine. Alle diese und andere Fragen müßte doch eine Partei, die im Kampf gegen Fascismus und Kapitalismus führen will, in einem Programm behandeln und ihre Lösung aufzeigen, aber nicht so summarisch wie etwa: Sowjet-Deutschland wird auch das und das bringen!, sondern jeden einzelnen Schritt, der zu gehen ist, soll sie zeigen und dabei führen, und mit jedem Schritt, den sie in irgend einer Frage vorwärts tut, wird sie mehr Anhang unter den Massen finden. Wenn sie aber bloß immer sagen: Kämpft für Sowjet-Deutschland! oder: kämpft gegen Fascismus unter Führung der KPD!, dann sagt man bei uns: Die reißen bloß das Maul auf, aber tun können sie auch nichts, und die Arbeiter haben kein rechtes Vertrauen, auch wenn sie sehen, daß es mit den Sozialdemokraten nichts mehr ist. So kann man keine Einheitsfront machen und den Fascismus nicht besiegen. K. R. (parteiloser Arbeiter)

Es ist klar, daß nur der ökonomische Kampf, nur der Kampf um sofortige unmittelbare Verbesserungen ihrer Lage die zurückgebliebensten Schichten der ausgebeuteten Masse aufzurütteln vermag, ihnen wirkliche Erziehung gibt und — in einer Revolutionsepoche — während weniger Monate aus ihnen eine Truppe politischer Kämpfer bildet. Lenin 1916 (Sämtliche Werke. Bd. 19, S. 442)

Einheit der Kommunisten

Einheit und Einheitsfront sind die beiden gegensätzlichen Seiten eines erfolgreichen Kampfes. Einheitsfront schließt man mit dem Gegner, der, obwohl Klassengenosse, noch nicht auf dem Standpunkt des Kommunismus steht. Der Zweck der Einheitsfront ist erstens der gemeinsame und nur dadurch erfolgreiche Kampf um solche Etappen, die auch der noch nicht revolutionäre Klassengenosse mit uns erreichen will; zweitens das Vorwärtstreiben dieser Arbeiter, indem wir ihnen gerade während des gemeinsamen Kampfes begreiflich machen, daß ein auf die Dauer erfolgreicher Kampf um Reformen im Interesse der Arbeiter zum Zusammenstoß mit der Staatsmacht führt, daß er also auf die Dauer ein Kampf gegen den bestehenden Staat für die proletarische Diktatur werden muß. Einheit dagegen ist nur möglich mit den Arbeitern und Intellektuellen, die klar und eindeutig für das Ziel der Kommunisten eintreten.

Diese beiden Pole, diese gegensätzlichen Teile des Kampfes, bedingen und durchdringen sich gegenseitig. Je einiger die Kommunisten unter sich sind, umso eher können sie die proletarische Einheitsfront erkämpfen. Und umgekehrt: je mehr die KPD für eine wirklich revolutionäre Einheitsfront eintritt, umso eher schafft sie Frieden in den eigenen Reihen.

Man muß den Hebel an beiden Stellen einsetzen. Man muß eintreten für die Einheitsfront — wohlgemerkt: Einheitsfront auch von oben, nicht nur von unten, denn sonst ist es unmöglich, die Massen zu erfassen, die noch an ihre reformistischen Führer glauben — und man muß eintreten für die Einheit der Kommunisten.

In Deutschland und international steht ein großer Teil der besten und geschultesten Kommunisten außerhalb der Reihen der Komintern. Trotzki und seine Anhänger, die „Brandleristen", Hugo Urbahns und der Leninbund — diese Gruppen sind zwar klein an Zahl, aber in ihnen vereinigen sich zum Teil gerade die ältesten und erfahrensten Kaders der kommunistischen Parteien. Allen diesen Gruppen hat die jeweilige Leitung der kommunistischen Parteien die Profezeiung in die Wiege gelegt: „Ihr werdet zu den Sozialdemokraten gehen, ihr werdet in der Bourgeoisie untergehen." Diese Protezeiung hat sich nicht erfüllt. Gewiß, es sind einige übergelaufen — Überläufer gibt es innerhalb und außerhalb der Mauern; keine politische Organisation ist gegen Überläufer gesichert. Aber das Gros ist dem Kommunismus treu geblieben, obwohl es schwerer ist, außerhalb der großen Partei, bekämpft und oft buchstäblich geschlagen gerade von den Genossen der Partei, Kommunist zu bleiben, als im Schoß der Masse.

Jetzt ist die Zeit gekommen, den Streit zu begraben. Riesengroß sind die Aufgaben, die vor der Kommunistischen Internationale stehen und vor ihrer Sektion in Deutschland, dem Land, das der entscheidende Klassenkampfschauplatz ist. Die KPD hat erkannt, daß sie zu einer proletarischen Einheitsfront aufrufen muß. Sie müßte erkennen, daß ihre Aufrufe umso ernster genommen werden, je weniger Kommunisten sie abstößt, je größer das Gewicht an Massen, aber auch an erfahrenen Revolutionären ist, das sie besitzt.

Wir dürfen uns nicht mit dieser Feststellung begnügen. Es gibt einen praktischen Weg zur Überwindung all der Splittergruppen. Wenn die KPD die Diskussion über die Fragen der kommunistischen Taktik freigibt, wenn — so lange wir noch legal arbeiten können — die Beschlüsse von unten nach oben gefaßt werden, wenn die Partei zu dem alten, leninschen Parteistandpunkt des demokratischen Zentralismus zurückkehrt, dann ist allen oppositionellen Gruppen die Existenzberechtigung genommen. Dann sterben sie wirklich ab, aber nicht in der Bourgeoisie oder in der Sozialdemokratie, sondern im Rahmen der geeinten Kommunistischen Partei. Die Differenzen, die es zwischen diesen Gruppen und der Partei in taktischen Fragen gibt, werden dann kameradschaftlich in freier Diskussion ausgetragen, die Mehrheit wird entscheiden und die Beschlüsse müssen auch von denen ausgeführt werden, die auf anderem Standpunkt stehen. Die Praxis wird zeigen, wer Recht hatte, und die Diskussionsfreiheit wird dazu führen, daß eine falsche Taktik schnell beseitigt wird.

Wenn die Partei eine Generalamnestie erläßt und alle wieder aufnimmt, die ihre Bereitschaft, für den Kommunismus zu kämpfen, bewiesen haben, dann werden nicht nur die kommen, die bereits Kommunisten sind. Die Tatsache, daß revolutionäre Kämpfer, die nur in taktischen Fragen von der Parteimehrheit differieren, draußen stehen, hält heute manchen ab, zur KPD zu kommen. Die geeinte Kommunistische Partei wird qualitativ und quantitativ wachsen und eher im Stande sein, die Aufgaben zu meistern, die die Geschichte ihr stellt. C. Arl

Rote Einheit auch in Stuttgart

Wie in Frankfurt a. M. haben sich auch in Stuttgart die revolutionär-sozialistischen Studenten der Technischen Hochschule, der Baugewerkschule und der Kunstgewerbeschule zu einer roten Studentengruppe zusammengeschlossen. Diese Gruppe ist dem „Reichsverband freisozialistischer Studenten" angegliedert. Sie umfaßt Mitglieder der KPD, der SAP, und Parteilose. SPD-Mitglieder konnte die Gruppe bisher nicht aufnehmen, da revolutionäre Sozialdemokraten auf den Hochschulen nicht aufzutreiben waren und ein Führer des republikanischen Studentenbundes, „zwar Sozialdemokrat, aber kein Sozialist", für unsere Arbeit nicht in Frage kam. Interessenten, Schüler, Studenten und Akademiker, wenden sich während der Weihnachtsferien an Walter Koch, Stuttgart, Seidenstr. 19 III.

Gebirgsdrama

In unserem Dorf gibt es ein Armenhaus, in dem die arbeitsunfähigen Alten bis zu ihrem Tod aufgehoben werden. Ein kleines uraltes Bauernhaus mit zwei Räumen, einen Schlafraum für die Männer, einen für die Weiber. Die Küche ist zugleich Aufenthaltsort für kalte Tage und im Winter, wenn sie nicht vor der Tür in der Sonne sitzen können.

Die Verpflegung besteht aus Einbrennsuppe, schwärzlicher Brühe, die Kaffee genannt wird, Knödeln, Mehlpapp, an Feiertagen schwimmen Fleischbrocken in der Suppe.

Die Schlafräume sind unheizbar, im Winter vereisen die feuchten Flecke an den Wänden. Die Nahrung gibt keine Körperwärme, in der Stadt würde man sagen: es fehlen Kohlehydrate, Kalorien.

Im Winter und frühen Frühjahr sterben die meisten.

Im allgemeinen herrschen Ruhe und Eintracht zwischen den Insassen.

Sie sind zu schwach, zu abgearbeitet nach einem langen schweren Leben und vor allem viel zu alt, um sich ernstlich über etwas freuen oder ärgern zu können. Affekte sind abgeklungen, die wäßrige Nahrung wirkt ihrerseits dämpfend.

Sie haben es alle früher nicht viel besser gehabt.

Jetzt brauchen sie nicht mehr arbeiten, das ist auch gut.

Einmal hat sich ein kommunistischer Redner zu ihnen, verlaufen, hat bessere Nahrung, Zentralheizung, Radio, staatliche Rente in tönenden Worten für das arbeitsunfähige Volk, menschenwürdige Behandlung, sorgenlos schönen Lebensabend für die alt gewordenen Schaffenden gefordert.

Die Alten haben verständnislos zugehört, mit offenen zahnlosen Mündern, tränenden Augen, bis der Gothelfersjosef mit zittriger Greisenstimme gerufen hat:

„Schmeißt's ihn außa, dös is a Sektierer, so a preißische Dampfnudel, außa!"

Das war die Stellungnahme des Armenhauses zum Kommunismus.

Eine Zeitlang wurde noch vom „Sektierer" gesprochen.

Da aber bald alle jene, die dies miterlebt hatten, ausgestorben waren und mündliche Überlieferung aus Gedächtnismangel nicht möglich war, wurde dies Ereignis bald vergessen.

Eines Tages jedoch wurde die hüstelnde, hinkende, zitternde Gemeinschaft der Alten durch ein fürchterliches Geschehnis erschüttert.

Der Vordermoserkarl, einbeiniger Siebziger, hatte den Muchtalerlenz nachts mit seinem Krückstock erschlagen.

Auf die Fragen der Gendarmen, warum er dies getan, sagte er bloß: „Zwegen dem Pottschamberl."

Mehr war nicht aus ihm herauszubringen. Er schwieg beharrlich; auch als man ihn festnahm und dem Kreisgerichtsgefängnis einlieferte, vermochte der Untersuchungsrichter nicht das wahre Motiv der furchtbaren Tat zu ergründen.

Erst die Sonntagsbeilage des Wochenblattes brachte Licht in das Dunkel dieses seltsamen Kriminalfalles, dessen Ursache eine lange Fehde zwischen beiden Männern gewesen.

Der Bürgermeister, zugleich Bäcker, Poststelle und Redakteur, dessen Feder fast jede Woche ein von allen bewundertes Gedicht lieferte, formulierte seine Recherchen folgendermassen:

„Die furchtbare Tat unseres Dorfarmen, der seinen Bettnachbarn ermordete, kam dadurch zustande, daß nur ein Pottschamberl für die neun männlichen Insassen unseres Armenhauses vorhanden, während die Weiberabteilung zwei Pottschamberl besitzt, was nach den Aussagen der Armenhausleitung für den ständigen Belag von vier weiblichen Insassen auch ausreichend ist. Trotz mehrfachen Ansuchens der Leitung des Armenhauses war es jedoch nicht möglich, die Anschaffung eines zweiten oder sogar dritten Pottschamberls für unsere männlichen Insassen zu erreichen. Selbst eine schriftliche Eingabe hatte nicht den gewünschten Erfolg, so daß nun sogar ein Menschenleben der Verständnislosigkeit der Zuständigen zum Opfer gefallen ist. Die Unstimmigkeiten der beiden Männer entstanden dadurch, daß zufälligerweise der Vordermoser sowie der Muchtaler des Nachts immer zu der gleichen Zeit das Pottschamberl zu benötigen pflegten. Der Vordermoser, dem ein Bein fehlt, während das andere schwach und schmerzhaft ist, wurde nun durch den Anblick des ruhig immer vor ihm das bewußte Gefäß benutzenden Muchtalers jedesmal in größte Erregung versetzt, die vorige Woche zu der unseligen Tat führte. Wir hoffen, daß die Herren des Gemeinderates endlich einsehen werden, daß ein zweites Pottschamberl durchaus kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit für unsere Dorfarmen ist, und unverzüglich ihre Einwilligung zur Anschaffung desselben geben."

Elisabeth von Castonier

Heinrich Hauser-Filme

Die Schwäbische Bilderbühne Stuttgart zeigt gegenwärtig im Planetarium einen Bildstreifen von Heinrich Hauser, betitelt: Die letzten Segelschiffe.

Das ist, was man seit dem glorreichen Siegeszug des Tonfilms in keinem Kintopp mehr zu sehen bekam: ein Film! Bildhaftigkeit, aus Erlebnissen des Gesichts geboren, mit der schöpferischen Empfindung eines Künstlers gestaltet. Amateuraufnahmen, packend in der Echtheit ihrer monumentalen Realistik. Die Fülle der von Hauser in der Einförmigkeit einer Ozeanfahrt geschauten ästethischen Werte läßt ahnen, was der Film heute sein könnte, wenn er nicht in die Hände der Geldmacher gefallen wäre.

Die Schwäbische Bilderbühne beabsichtigt in absehbarer Zeit auch den Film „Chicago" von Heinrich Hauser in Stuttgart zu zeigen.

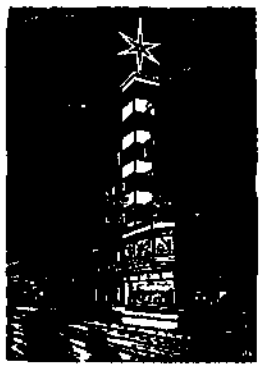
Vorführungen täglich 20,15 Uhr. Jugendvorführungen Mittwoch, Samstag, Sonntag, je 15,30 Uhr. Braun

Die nächste Nummer ist in Stuttgart im Straßenverkauf am Mittwoch, den 23. Dezember zu haben; an andern Orten wird sie am Donnerstag eintreffen.

FÜLLHALTER
für jede Hand und jeden Geldbeutel
bei SCHALLER MARIENSTR. 14
Von RM. 3.— an.

Jetzt ist es noch Zeit
für Januar einen neuen Abonnenten zu werben

Schöne und praktische Weihnachtsgeschenke



wie:
Kristall-, Metall- u. Holz-Kronen, Schirm-Kronen, Zuglampen, Marmor-, Glas- u. Seidenampeln, Ständer-, Lese-, Tisch-, Klavier- und Kipplampen

Koch- und Heiz-Apparate, Kaffeemaschinen, Teekessel Kochplatten, Broströster, Heizkissen, Oefen, Krawattenbügler, Wintersonnen, Staubsauger, Bohner usw.

kauft man preiswert und vorteilhaft im

LICHTHAUS LUZ
STUTTGART, Königstr. 48, Tel. 237 32/33/34

Der Musikschrank der Zukunft

vereinigt
Radio und Schallplatte

Radio-Grüner
Marienstr. 1 - Ältestes Fachgeschäft Stuttgarts

TOTAL-AUSVERKAUF

wegen Aufgabe unseres Fabrikbetriebs.

Wir müssen räumen bis zum 24. ds. Monats und verkaufen an jedermann die Bestände unseres Fabriklagers, einige hundert

HERREN-ANZÜGE
HERREN-MÄNTEL

aller Art zu jedem annehmbaren Preis.

Herrenkleider-Fabrik
BUCHWALTER & LUSTIG G.M.B.H.
Niederlassung Stuttgart, Königstr. 10 a, im Anbau Eingang Kronenstr. 1. Stock. Kein Laden.

Auch am Sonntag vor Weihnachten geöffnet.

Politik, Tagesereignisse und Unterhaltung jeder Art
bietet Ihnen täglich, stündlich

JACOB-RADIO

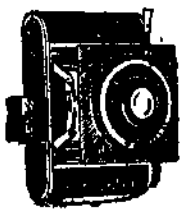
Verlangen Sie kostenlose Preisblätter oder Vorführung in Ihrem Heim von

MUSIK-JACOB
STUTTGART
Königstrasse Nr. 33
Eingang Neue Brücke

Preislisten über Grammophone, Platten, Pianos, Harmonikas und sonstige Musikinstrumente.

Kleinbild-Kamera

3 × 4



1) „Megor", 16 Aufn. auf Rollfilm 4/6,5, mit Objek. 4,5 . . RM. 30.00
mit Meyer-Trioplan 2,9 . . . . RM. 65.00
mit Meyer-Trioplan 2,8 . . . . . RM. 80.00
2) „Meira", 36 Aufn. 3x4 auf 1.60 m. Kino-Normalfilm, mit Trioplan 4,5 . . . . . RM. 48.00
3) „Ruberg", 4/6,5 RM. 9.80
4) Kl.-Bild.-Vergr.-App. v. RM. 45.— an

Kleine Anzahlung, Rest bis 12 Raten.
Katalog SS 31 geg. 50 Pfg. in Briefmarken.
K. A. Fischer Nchf.
Görlitz III, 682.

Klavier
kann geübt werden, gründl. Unterricht für Anfänger u. Fortgeschr. wird erteilt. Monat 6–8 RM. Marienstrasse 9, 3 r.

Bosch Uhren, Goldwaren
Bestecke, Reparaturen
Hauptstätterstrasse 53 — Telefon SA. 701 67

Sehschule Baden-Baden

Leitung: O. v. Köller

Am 4. Januar 1932 werde ich meine Sehschule eröffnen. Ich arbeite nach der Methode des amerik. Augenspezial. Dr. med. W. H. Bates. Es werden Brechungsfehler u. andere Augenleiden ohne Gläser und ohne Operation behandelt.

Sprechstunden von jetzt ab: Wochentags von 2½ bis 3½ Uhr nachm. in der Hauptstr. 11 a I

DIE GUTE POLLA KLINGE

RASIERMESSER von RM. 2.— an
RASIERAPPARATE von RM. —.50 an mit 1 Klinge
TASCHENMESSER
FAHRTENMESSER
SCHEREN
HAARSCHNEID-MASCHINEN
TISCHBESTECKE
zu billigsten Preisen
R. POLLA
Hirschstrasse 23
eig. Reparaturwerkst.

Werke
Zeitschriften
Broschüren
Drucksachen

Buchdruckerei Späth, Waiblingen
Man verlange Offerte!

Juwelier Max Dreifuss, Stuttg.
Königstrasse 36 II (Aufzug im Pelzh. Müller)

Tafellöffel 90 gr. vers. erste Marke Mk 1.60
Anhänger 14 Kt 585/ gestempelt Mk. 3.—
Ohrringe 14 Kt 585/ gestempelt Mk. 3.50
Damenringe echt Gold . . . . . Mk. 2.75
Damen-Armbanduhr Walz-Gold 5 Jahre Garantie . . . . . Mk. 7.80
Herren-Armbanduhr Anker mit Garantie . . . . . Mk. 8.50

Wenn Sie bei mir kaufen, sparen Sie viel Geld, denn Sie bezahlen bei mir keine Ladenmiete

Friedrichsbau-Theater
täglich 8¼
Sonntags 3½ u. 8¼
25 Schillerseer
spielen den lustigst. Schlager von 1931
Zwei Bauern im ¾ Takt

Lest die Bücher von B. Traven

10 ₰ — 25 ₰ — 75 ₰ — 1.- ₰ — 50 ₰

Das sind die 5 Preislagen

der Einheits-Preis-Handels-G.m.b.H.

WOHLWERT

Die Einheitspreis-Handels-G. m. b. H.,
der **Wohlwert** angeschlossen
verbilligt den Lebensunterhalt in großem Maße.

Cannstatt, Königstrasse 64
beim Wilhelmsplatz

Elektriker-Genossenschaft

EGMBH., STUTTGART, HACKSTRASSE 76
Telefon 40969 und 41188
Filiale Cannstatt, Brückenstr. 57 (Tel. Umschalt.)

Elektrische Anlagen jeder Art und Grösse.

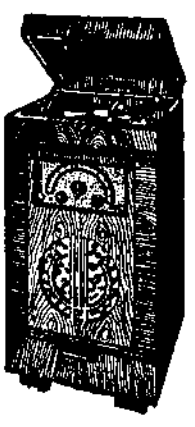
Große Auswahl passender
WEIHNACHTSGESCHENKE
wie Beleuchtungskörper mod. Art, Wärmekissen, Heiz- und Kochapparate, Rauchverzehrer, Tauchsieder, Kaffeemasch., Staubsauger, Teekessel, Haartrockenapparate usw.

RADIO
Komplette Anlagen. Rundfunkgeräte aller Systeme. Batterien, Lautsprecher, alle Radio-Ersatzteile, Schallplatten. Musikverstärkeranlagen. Verlangen Sie unsern Illustrierten Radiokatalog.

Aufmerksame Bedienung — Auf Wunsch Teilzahlung ohne Aufschlag

Trauringe
Gold- und Silberwaren
Bestecke
Uhren
in reicher Auswahl
Eigene Werkstätte
KARL MUNZ
Juwelier, Stuttgart
Marktstraße Nr. 4 – Gegr. 1887

Sicherer Empfang der europ. Großsender und erstklassige Schallplatten-Wiedergabe



auf elektr. Wege — das ist es, was man heute mit Recht von einem mod. Heimmusik-Gerät verlangt. Erst wenn sich zum Rundfunk die Schallplatte gesellt, lässt sich jederzeit ein Programm zusammenstellen, das ganz der jeweil. Stimmung entspricht.

Die Firma Barth war eine der ersten in Deutschland,
die die Eigenfabrikation von Kombinations-Apparaten Radio- Sprechmaschine aufgenommen hat. Viele Hunderte von Apparaten der eigenen Marke
„Melotrop"
wurden in eign. Werkstätten angefertigt.

Alle berühmten Marken-Apparate
finden Sie außerdem in den Vorführräumen der Firma Barth, z.B.: Telefunken, Nora, Schaub, Siemens, Electrola, Saba, Polyfar, Owin, Blaupunkt.

Diese große Auswahl, die langjährige Erfahrung in beiden Branchen, das an eigener Fabrikation herangeschulte Personal gibt Ihnen ganz besondere Garantien, daß Sie vom Radio-Musikhaus Barth eine fachmännisch einwandfreie Anlage äußerst preiswert montiert erhalten. Preise 265.-, 375.-, 495.-, 685.-, etc., mit Selbstaufnahme-Einrichtung Mk. 100.- mehr.

Radio-Musikhaus Barth
Alter Postplatz
24 Vorspielräume, 4 Spezialwerkstätten, Prüf- u. Meßraum, Störsuchabteilg.
Radio-Hilfe Barth — Telefon 64046 und 640 47

Kleine S.-Z.-Anzeigen

Preis eines Feldes 3 Mark, eines Doppelfeldes 5 Mark

Weihnachts-Ferien
verbringen Leser der Sonntags-Zeitung am schönsten und ruhigsten auf der Schwäb. Alb in Urach bei Gesinnungsfreunden. Herrlicher Buchenwald. Felsen und Wasser direkt beim Haus. Schönst. Wintersportgebiet der Schwäb. Alb. Kostenloser Skiunterricht. Für Schriftsteller und Intellektuelle kl. Einzelhäuschen zum ruhigen Arbeiten vorhanden. Wochenend und Pensionspreis bei 4 guten, reichhaltigen Mahlzeiten 4 Mk. (Auf Wunsch vegetarische Küche.)
Sofie Dabringhaus, Urach (Württembg.) Haus am grünen Weg.

Architekt und Innenarchitekt
sucht Aufträge und ist für Vermittlung solcher dankbar
Angebote unter Z 1 an die S.-Z.

12. Jahrgang, Nr. 52
Stuttgart, 27. Dezember 1931

Die Sonntags-Zeitung

Einzelnummer
20 Pfennig

Der Young-Plan bleibt

Seit stark zwei Wochen berät in Basel der Sonderausschuß der BIZ über die Frage, ob Deutschland in Zukunft, nach Ablauf des Hoover-Moratoriums, wieder Reparationen bezahlen soll. Der Ausschuß soll allerdings nur einen beratenden Bericht abfassen; endgültig wird erst eine Regierungskonferenz im Januar entscheiden. Aber wahrscheinlich wird sich diese Konferenz im großen ganzen an die Vorschläge des Ausschusses halten.

Wie stehen nun die Fronten im basler Ausschuß? Deutschland tritt mit dem Anspruch auf, von jeder Verpflichtung, Reparationen zu bezahlen, befreit zu werden. Frankreich dagegen hält grundsätzlich an seinem Recht auf die Youngplan-Zahlungen fest, wenn es auch offenbar bereit ist, das Moratorium bis zur Wiederkehr einer Konjunktur zu verlängern.

Die französische Regierung betreibt schon seit langem eine sehr geschickte Propaganda für ihren Standpunkt, in deren Mittelpunkt die Behauptung von der deutschen Verschwendung steht. Der Gedankengang dieser Propaganda, wie er in hunderten von Zeitungsartikeln in Frankreich, England und Amerika entwickelt worden ist, läßt sich etwa so zusammenfassen:

Deutschland hat, um sich von der Bezahlung seiner Schulden zu drücken, sein Geld entwertet (Inflation) und hat dann nach außen seinen Bankrott angemeldet. Darauf prüften Sachverständige die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und setzten die Reparationen herab (Dawes-Plan). Nun pumpte sich Deutschland in allen Ländern Geld zusammen und zahlte davon nicht nur die Reparationen, sondern baute auch Fabriken, Wohnungen und Sportplätze und lebte herrlich und in Freuden. Dann aber verlangte die deutsche Regierung nocheinmal, daß die Reparationen herabgesetzt werden, und siehe da: die Gläubiger waren so gutmütig und erfüllten die Bitte (Young-Plan). Und Deutschland pumpte weiter und zahlte seine Reparationsschulden mit gepumptem Geld. Und jetzt verlangt es zum drittenmal eine Schuldenrevidierung; es verlangt völlige Streichung der politischen Schulden, weil es sonst die privaten Schulden nicht zurückzahlen könne.

Gegen diesen Vorwurf der Verschwendung hat sich die deutsche Regierung erst sehr spät, erst in den letzten Wochen, zur Wehr gesetzt. Sie hat z. B. darauf hingewiesen, daß von den 18,5 Milliarden Mark, die in den Jahren 1924—1930 von der „öffentlichen Hand" aufgenommen worden sind, nur 265 Millionen für „Luxuszwecke" (Kunst und Wissenschaft, Sport u. a.) verwendet worden seien. Aber dieser Gegenfeldzug kam viel zu spät und hat wohl keine Wirkung mehr (um so weniger, als die These von der deutschen Verschwendung bis jetzt auch von sehr prominenten Deutschen, z. B. von Herrn Schacht und Herrn Thyssen, im In- und Ausland verbreitet worden ist).

Es hat nicht viel Sinn, zu untersuchen, ob die französische Regierung mit ihren Vorwürfen gegen Deutschland Recht hat oder nicht (wahrscheinlich sind die Vorwürfe im Kern berechtigt, aber stark übertrieben). Tatsache ist jedenfalls, daß die französische Regierung für ihre These schon lange eine geschickte Propaganda getrieben hat, ohne daß die deutsche Öffentlichkeit (und die deutsche Regierung?) etwas davon erfuhr (ein gutes Beispiel dafür, wie schlecht wir über die Vorgänge im Ausland unterrichtet werden). Und Tatsache ist ferner, daß aus diesem Grunde und weil Frankreich starke politische und wirtschaftliche Machtmittel besitzt, sowohl in Basel als auch auf der kommenden Regierungskonferenz die französische These siegen wird: Moratorium, aber im Rahmen des Young-Plans, der bestehen bleibt.

Für die Regierung Brüning (die soeben durch die in der vierten Notverordnung befohlene Geldwerterhöhung ihre Schuldenlast vergrößert hat, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß die politischen Schulden ganz gestrichen werden) bedeutet das entweder Verzicht auf die „Verständigung" mit Frankreich (und damit Verzicht auf die Hoffnung wirtschaftlicher Besserung) oder Annahme der französischen Bedingungen.

Die innenpolitischen Folgen beider Entscheidungen sind wohl die gleichen. Pitt

Die letzte Chance

Durchbruch im Westen

„Die Lage ist ähnlich wie im März 1918, als Ludendorff den entscheidenden Durchbruch im Westen versuchte. Es war die letzte große Chance für die deutsche Heeresleitung. Alles hing von dieser Offensive ab. Gelingt Herrn Brüning der diplomatische Durchbruch im Westen nicht, dann wird er abreten müssen. Sein Nachfolger steht schon bereit."

Deutsche Bergwerkszeitung 6. 12. 1931

Die Krise in Frankreich

Nach den jetzt vorliegenden Ziffern ist die französische Ausfuhr in den ersten zehn Monaten des Jahres 1931 um 10,5 Milliarden, d. h. um 30% zurückgegangen, während die Einfuhr um 7 Milliarden Francs, d. h. um 15% sank. Die Passivität der Außenhandelsbilanz beträgt bis jetzt 10,5 Milliarden Francs, gegen 7,5 im Vorjahr.

Durch die britischen Zölle hat der Schrumpfungsprozeß bei der Textilindustrie einen weiteren scharfen Antrieb erhalten. Die französische Seidenindustrie ist fast ganz stillgelegt.

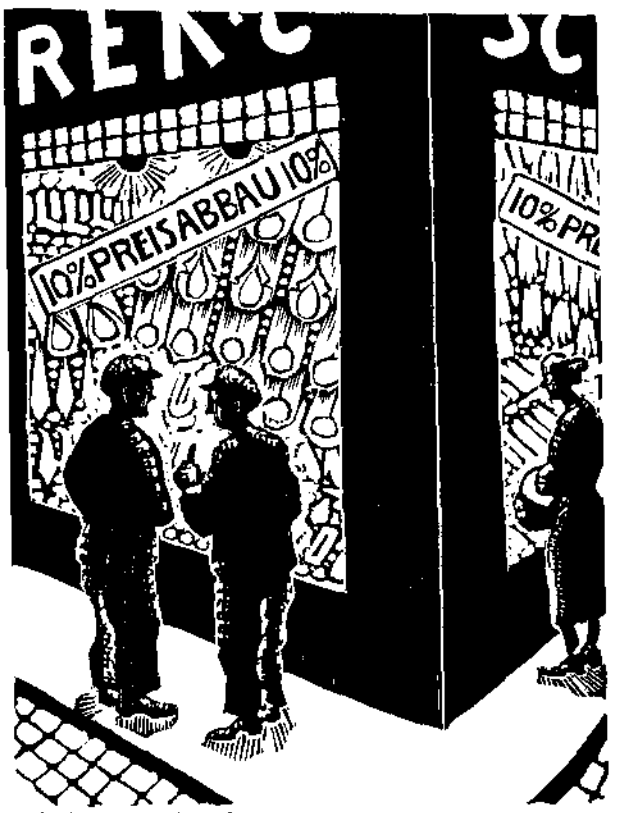
Die Automobilindustrie arbeitet nur noch mit der Hälfte ihrer Kapazität.

In den ersten neun Monaten 1931 lag die Eisenerzeugung 16% unter der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Stahlproduktion arbeitet noch mit 103 Hochöfen gegen 147 im Vorjahr. Der Beschäftigungsgrad der gesamten Eisenindustrie wird von „L'Usine" auf 50% der Kapazität geschätzt. Der Rückgang in der Produktion der Eisenindustrie wäre noch stärker, wenn sie nicht durch öffentliche Aufträge gestützt würde.

Nach der „Deutschen Bergwerkszeitung"

Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich wird auf 300 000 geschätzt, die der Kurzarbeiter auf 2,5 Millionen.



Holzschnitt von Hans Gerner

„Die Preise sind herabgesetzt — jetzt sollte man nur noch Geld haben!"

Konjunktur-Bericht

Der soeben erschienene Vierteljahrsbericht des Instituts für Konjunkturforschung stellt in seiner Beurteilung der Weltkrise fest: Die schwere internationale Kredit- und Währungskrise dauert an. Produktion und Umsätze schrumpfen weiter zusammen, in der industriellen Produktion verschärft sich der Rückgang. Neuinvestitionen haben fast ganz aufgehört; die Produktionsgütererzeugung beschränkt sich auf die Erhaltung des gegenwärtigen Produktionsapparates. An den Agrarmärkten herrscht Baisse.

Über die Krise in Deutschland sagt der Bericht:

„In Deutschland hat sich die Lage erneut zugespitzt. Produktion und Absatz sind anhaltend abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit steigt — auch konjunkturell — beschleunigt an. Die Zerrüttung der Kreditmärkte hat eher noch zugenommen. Auftragseingang und Rohstoffdispositionen, Symptome von Produktionsplanungen und -vorbereitungen, verharren im Rückgang.

In besonderer Weise wird die Lage Deutschlands durch die zunehmende Abschließung wichtiger Länder vom Weltmarkt durch Währungsverfall, Devisenreglementierungen, Zollerhöhungen, Einfuhrkontingentierungen und andere den Warenverkehr hemmende Maßnahmen erschwert. Die Rückwirkungen hieraus für Deutschland sind um so schwerwiegender, als Deutschland nur durch Ausfuhrsteigerung den Devisensaldo erarbeiten kann, dessen es zur Befriedigung seiner ausländischen Gläubiger bedarf."

Und wie steht's mit den Absatzmöglichkeiten im Inland? Das Arbeitseinkommen in Deutschland ist nach dem Bericht des Instituts im dritten Vierteljahr 1931 um 1,75 Milliarden Mark geringer als im dritten Vierteljahr 1930. Das Arbeitseinkommen im ganzen Jahr 1931 wird um etwa 6 Milliarden Mark niedriger sein als im Jahr 1930, um etwa 10 Milliarden niedriger als im Jahr 1929 (1929: 43 Milliarden, 1931: 33 Milliarden). Da man nur wenige Waren angeben kann (besonders Waren des täglichen Bedarfs), deren Preise seit 1929 ebenfalls um ein Fünftel bis ein Viertel gesunken sind, darf man wohl annehmen, daß das gesamte Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten seit 1929 um mindestens 5 Milliarden gesunken ist. (Die Wirkungen der neuesten Notverordnung sind bei diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt.)

Das ist der Konjunkturbericht an der Jahreswende 1931/32. Und wenn Sie jemand fragt: Wie war das vergangene Jahr?, so können Sie getrost antworten: Besser als 1932.

Fritz Lenz

Durch die in der neuen Notverordnung vorgesehenen Lohn- und Gehaltskürzungen wird das Arbeitseinkommen um rund 3 Milliarden gesenkt werden.

Die Regierung der Niederlande plant die Erhöhung aller bestehenden Zölle um 25%, die Einführung bestimmter Agrarzölle, eine Einfuhrkontingentierung, sowie ein Antidumpinggesetz.

Belgien hat erneut seine Agrarzölle ausgebaut durch wesentliche Erhöhung der Zollsätze auf Vieh, Fleisch und Butter.

Frankreich hat die Einfuhr von Zucker wegen der Bedrohung der französischen Rübenindustrie bis Juli nächsten Jahres kontingentiert. Die Maßnahme richtet sich hauptsächlich gegen Kuba.

England hat die dritte Liste von Zollerhöhungen veröffentlicht. Unter diese (ebenfalls 50prozentige) Erhöhung fallen u. a.: Foto-Apparate, Filme, Radio-Lampen, Mähmaschinen, Kleidung, Unterkleidung.

Jetzt ist es noch Zeit
für Januar einen neuen Abonnenten zu werben

Steirisches Recht

Der Putsch der österreichischen Heimwehren vom 13. September hat ein Nachspiel gefunden, das ganz seiner würdig ist: der Anführer des Putsches, Dr. Pfrimer, wegen Hochverrats und sieben anderer Vergehen angeklagt, ist am 18. Dezember vom Schwurgericht in Graz freigesprochen worden.

Die Gerichtsverhandlung hat den deutschen Zeitungen viel Stoff zu harmlosen Spötteleien geliefert. „Der Putsch bei der Kaffeetasse", „Pfrimer weiß von nichts", „Das Unschuldslämmlein Pfrimer" usw. — das waren so die Überschriften, mit denen deutsche Zeitungen den Putsch und die Haltung Pfrimers nach dem Putsch und bei der Gerichtsverhandlung zu charakterisieren suchten. Nun ist es ja richtig, daß Pfrimer sich seit dem 13. September nicht als revolutionärer Heros aufgespielt hat, sondern zunächst verduftet und erst wieder aufgetaucht ist, als es für ihn nicht mehr gefährlich war, es ist auch richtig, daß er sich vor Gericht um jede Verantwortung zu drücken gesucht hat — aber es ist falsch, danach den Putsch und den Prozeß zu beurteilen. Will man ein der Wirklichkeit näher kommendes Urteil gewinnen, dann muß man sich an folgende Tatsachen halten:

Bei der Abwehr des Putsches sind Heer und Polizei so vorsichtig und langsam vorgerückt, daß die Heimwehren alle ihre Waffen in Sicherheit bringen konnten. Nach dem Putsch tauchten sofort Meldungen auf, wonach die Heimwehren an entscheidenden Punkten Waffenlager anlegten. Keiner der Putschisten ist bestraft worden; keinem der Beamten, die sich auf die Seite der Heimwehren gestellt hatten, ist ein Haar gekrümmt worden; dagegen sind einige Arbeiter, die sich am 13. September zur Wehr gesetzt hatten, verurteilt worden. Die Führer der Heimwehren haben sofort nach dem Putsch mit einem Hetzfeldzug gegen die Regierung begonnen und landauf landab ganz öffentlich einen neuen Putsch angekündigt, der etwas anders ausfallen werde als der vom 13. September — kein Staatsanwalt ist eingeschritten. Und dann der Prozeß! Schon daß die Regierung es nicht wagte, den Prozeß aus Graz, einem Zentrum der Heimwehrbewegung, an einen andern Ort zu verlegen, zeigt, wer im Staatsapparat den Ton angibt. In Graz kam natürlich das Gericht (angenommen, daß es den Willen dazu hatte) gegen die Stimmung der Bevölkerung nicht auf, die ganz selbstverständlich einen Freispruch erwartete. Das Publikum im Gerichtssaal bejubelte das Urteil; es erscholl dabei der Ruf: „Heil das steirische Recht!" Und am Abend des 18. Dezembers drahtet der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung": „In den Straßen von Graz formieren sich jetzt unter Leitung Starhembergs die Heimwehrleute zum Fackelzug, und eine Stimmung herrscht in der Stadt wie nach einer gewonnenen Weltkriegsschlacht."

Steiermark ist nicht Österreich; wenigstens noch nicht. Aber der grazer Prozeß ist ein neuer Beweis dafür, wie fascistisch heute der österreichische Staatsapparat ist und wie stark die außerparlamentarische Macht des Fascismus wächst. Wenn nicht in der Heimwehrbewegung die persönliche Rivalität zwischen einzelnen Führern so groß wäre, wenn nicht Gegensätze bestünden zwischen Heimwehren und Nationalsozialisten und zwischen den Heimwehrgruppen verschiedener Gebiete, und wenn nicht im Hintergrund großdeutsche und legitimistische (d. h. habsburg- und ungarnfreundliche) Drahtzieher um den Einfluß auf die Heimwehrbewegung miteinander streiten würden, dann hätte der Fascismus in Österreich wahrscheinlich schon völlig gesiegt; denn die wirtschaftliche Not treibt ihm immer größere Massen, jetzt vor allem die Bauern der Gebirgsländer, in die Arme.

Das oft mißbrauchte Wort: ein Land befinde sich auf einem Vulkan, trifft auf Österreich zu wie kaum auf ein anderes gegenwärtig. Man weiß nie, wann ein neuer Putsch „ausbricht", der wahrscheinlich einen blutigen Bürgerkrieg hervorrufen würde; denn die Regierung ist schwach, und die beiden Gegner, Heimwehren und Sozialdemokraten, sind schwer bewaffnet. Konrad Rieger

Meldung des WTB vom 17. Dezember: „In Voitsberg (Steiermark) fand gestern abend gleichzeitig eine sozialdemokratische und eine nationalsozialistische Versammlung statt. Während der Versammlungen erhielt die Gendarmerie die Mitteilung, daß im Bürgermeisteramt Sprengmittel aufbewahrt seien. Die Gendarmerie fand bei der Durchsuchung tatsächlich 200 Handgranaten, die sie beschlagnahmte. Als dies in der sozialdemokratischen Versammlung bekannt wurde, eilten die Versammlungsteilnehmer zum Bürgermeisteramt, wo sie die Gendarmen entwaffneten. Ein Gendarm erhielt einen Messerstich ins Gesicht. Ihm wurde auch der Karabiner entrissen, mit dem ein Demonstrant gegen den Gendarm einen Schuß abfeuerte. Der Gendarm wurde verletzt; durch das gleiche Geschoß wurde eine Frau, die als Schriftführerin in der sozialdemokratischen Versammlung fungiert hatte, getötet. Nunmehr machten auch die Gendarmen von der Schußwaffe Gebrauch. Dadurch wurde eine Person getötet und sechs schwer verletzt."

Turanisches

Ende November ist in Budapest ein Putsch-Plan rechtsradikaler ungarischer Kreise aufgedeckt worden. Der Plan hat sehr viel Ähnlichkeit mit dem boxheimer Dokument der Nationalsozialisten; nur in einem Punkt besteht ein Unterschied: die ungarischen Verschwörer sind Monarchisten und wollten dem Lande Ungarn wieder einen König schenken.

Aber wen? Sie sind auf eine merkwürdige Idee verfallen: Irgendwelche rassenfanatische Gelehrten haben die sogenannte „turanische" Abstammungslehre geschaffen, wonach die magyarische Rasse (zu der, obwohl sie es heute gar nicht mehr gibt, sie auch die Ungarn rechnen) mit den Japanern verwandt ist. Die ungarischen Putschisten wollten deshalb den zweiten Sohn des Kaisers von Japan zum König von Ungarn berufen.

In ihrem schießwütigen Programm gingen die Ungarn übrigens noch einen Schritt weiter als die Hessen: sie dekretierten nämlich kurzerhand: Wer Schulden bezahlt oder eine Schuldentilgung entgegennimmt, wird erschossen.

Mit einer Ausnahme befinden sich jetzt alle SA-Gruppenstabsleitungen in Orten, wo die Wehrkreiskommandos der Reichswehr stehen. Die Führung haben überall ehemalige Offiziere. Alles Adlige, mit Ausnahme von zweien, die diese Funktion nur provisorisch ausüben. Nach dem „Vorwärts" vom 8. 12. 31

Werkspionage

In Ludwigshafen a. Rh. ist ein Prozeß gegen einige Arbeiter und einen kommunistischen Funktionär durchgeführt worden, weil sie versucht haben, ein Verfahren zur Herstellung von Karbolsäure auszuspionieren. Drei der Angeklagten wurden zu je zehn Monaten, einer wurde zu vier Monaten verurteilt, drei wurden freigesprochen. Alle sieben waren acht Monate in Haft.

Es wäre falsch, von einem Tendenzurteil zu sprechen; aber wenn man die Haftzeit mit der verhängten Strafe vergleicht, sieht man, daß es sich um ein Prestige-Urteil handelt, daß es vor allem das Ansehen der Justiz zu retten galt. Diese Urteile sind rein formale; in ihnen liegt das Eingeständnis, daß an dem ganzen Verrat verdammt wenig dran war. Besonders wenn man bedenkt, daß die „ausspionierte" Firma die mächtige I. G. ist, wird einem klar, wie geringfügig das Vergehen gewesen sein muß, wenn solche Formalbestrafungen ausgesprochen werden.

Der Fall regt wieder einmal an, sich über Wirtschaftsspionage einige Gedanken zu machen. Dieser Begriff ist nämlich einer der zweifelhaftesten und wackligsten im Strafrecht.

Was wird doch alles als „Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis" geschützt! Johannes Bückler hat im November in der „Weltbühne" eine Liste der bis dahin durch die Rechtsprechung als schutzwürdige Betriebsgeheimnisse behandelten Dinge und Tatsachen aufgestellt; man lese und staune:

„Warenabsatz; Einkaufsquellen; Lieferanten-, Kunden-, Agentenverzeichnisse; Fälligkeiten von Versicherungen; Rabatte, Verfahrensvorschriften; Rezeptbücher; Modelle; Muster; Kataloge; Methoden und Systeme; Bilanzen; geschäftliche Vorverhandlungen; daß zur Herstellung einer Ware nur bekannte und nicht wie vermutet auch wertvolle Stoffe benutzt werden; daß ein Medikament ekelerregende Bestandteile enthält; Geld- und Freiheitsstrafen des Geschäftsinhabers oder leitender Angestellter; technische Versuche; Brandunglück; Zahlungsschwierigkeit; Vorbereitungen zu saisonmäßiger Überraschung; eine Liste der Handelsbezeichnungen, welcher die Patentnummern gegenübergestellt sind; Patentanmeldungen vor ihrer Auslegung; Skizzenhefte mit besondern Maßen und technischen Einzelheiten; Akkordlöhne und ihre Berechnungsgrundlage; Musterkarten; Anzahl der hergestellten Maschinen und die dabei gezogenen Reingewinne."

Daran, daß diese Liste so umfangreich geworden ist, ist nicht allein die Justiz schuld: die Gerichte sind bei der Beurteilung, was ein Betriebsgeheimnis ist, was nicht, eben in allen Zweifelsfällen auf die Behauptung und Begründung des „geschädigten" Unternehmers angewiesen. Er allein kann schließlich sagen, ob die „verratene" Tatsache etc. für ihn „Geschäftsgeheimnis" ist oder nicht. Der Begriff ist einfach zu vag, zu ungreifbar, zu verschwommen.

Im „Berliner Tageblatt" schreibt Dr. Arno Blum über Betriebsspionage: „Die Gerichte und besonders das Reichsgericht sehen nämlich Dinge als Geschäftsgeheimnisse an und schützen sie mit allen Machtmitteln der Strafjustiz, die weder mit dem Geschäftsbetrieb unmittelbar etwas zu tun haben, noch wirklich geheim, das heißt außenstehenden Personen unbekannt sind. Private Geheimnisse des Geschäftsinhabers, Vorstrafen leitender Angestellten werden ebenso als Betriebgeheimnisse angesehen wie die Konstruktion von Maschinen, die man überall im Handel frei kaufen kann. Vor ganz kurzer Zeit ist sogar der Fall vorgekommen, daß ein Milchpanscher durch drei Instanzen hindurch ernstlich behauptete, daß durch Anzeige bei der Gesundheitspolizei sein „Betriebsgeheimnis" verletzt worden wäre." Der Milchpanscher war ein kleiner Mann; wer weiß, ob eine Großfirma, hätte sie einen solchen Prozeß durchgeführt, nicht in letzter Instanz schließlich Recht bekommen hätte. Oder gar schon in erster!

Blum sagt weiter: „Diese Überspannung der Begriffsauslegung geht aber parallel mit einer Gesetzgebung und Rechtsprechung, die sich keineswegs etwa gegen die eigentliche Industriespionage richtet, sondern fast nur gegen die eigenen Angestellten des betroffenen Unternehmens. Der Unternehmer, der an frühere Angestellte der Konkurrenz herantritt, um ihnen deren Geschäftsgeheimnisse abzukaufen, ist vom Reichsgericht freigesprochen worden; ein Optiker, der 37 Jahre lang in derselben Firma tätig war und sich dann selbständig machte, wurde verurteilt, weil er zu seiner Fabrikation Aufzeichnungen über Maße und Glassorten benutzte, die er sich während seiner Dienstzeit gemacht hatte."

Man sieht, wie hier ein strafrechtlicher Begriff eindeutig zum Mittel des Schutzes privatwirtschaftlicher Interessen gegen das berechtigte, von der Gesetzgebung gleichfalls geschützte Interesse anderer wird. Der Begriff des Verrats von Geschäftsgeheimnissen, in dieser Ausdehnung gefaßt, hat die Funktion, den Unternehmer vor neuen Konkurrenten zu schützen und ihm zugleich seine Angestellten wehrlos auszuliefern. Denn wenn es dem Angestellten verboten wird, von den in seinem Beruf erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen an anderer Stelle Gebrauch zu machen als an derjenigen, an der er sie erworben hat, ist er natürlich gezwungen, solang es irgend geht, seinem Herrn „treu" zu bleiben und, um seine Stelle nicht zu verlieren, gegebenenfalls auch sehr ungünstige Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Der Unternehmer aber hat keine Verpflichtung: wenn er den Angestellten nicht mehr brauchen kann oder nicht mehr haben will, kann er ihn entlassen. Eine Bedrohung seiner Geschäftsgeheimnisse bedeutet das für ihn ja nicht: jener bleibt gebunden; macht er Gebrauch, wird er bestraft. Deutlicher kann man kaum zeigen, wie die Justiz Funktion der Klassenherschaft ist.

Franz Kury

Das Ideal der Unternehmer

Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Gau Hamburg

Hbg. 36, den 1. 9. 31
Königstraße 11—13

An die Albingia Vers.A.G.

Hamburg

In der Annahme, daß auch Sie ein Interesse haben, Ihren Betrieb vom roten Terror zu befreien, empfehlen wir Ihnen, sich bei Bedarf von Arbeitskräften unserer Stellenvermittlung bedienen zu wollen. Telefon Nr. C 4 — 5268.

In unseren Listen werden nur würdige und zuverlässige Arbeiter geführt, denen vorbildliche Leistungen und Führung zur Pflicht gemacht wird. Diese Leute stehen seit Jahren in einem harten, opferreichen Kampf gegen Marxismus, Klassenkampf und wirtschaftliche Unvernunft und bilden daher für jeden Arbeitgeber wertvolle Stützen gegen roten Terror.

Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie sich unserer Vermittlung bedienen wollten. Mit geeigneten Vorschlägen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Hochachtungsvoll
Wirtschaftsamt des Stahlhelm
B. d. F. Gau Hamburg

Strafe für Preistreiberei

Die Leiter einiger leningrader Verkaufs-Kooperativen sind abgesetzt, einige von ihnen sind verhaftet worden. Grund: sie hatten die Verkaufspreise, entgegen den Vorschriften der Regierung, erhöht. Gegen die Leiter einiger Trusts, die den Kooperativen die Waren geliefert haben, ist ein Strafverfahren eröffnet worden. Die Staatsanwaltschaft will auch gegen andere derartige Betriebe, in Samara, Odessa und Kasan, vorgehen.

Wohlgemerkt: der Vorwurf, der diesen Leuten gemacht wird, heißt nicht — wie er bei uns heißen würde — daß sie sich auf Kosten der Firma (oder der Allgemeinheit) b e r e i c h e r t hätten. Nein; sie haben nur teurer verkauft, als sie sollten: z. B. Gebäck statt für 1,95 Rubel das Kilo für 2,50, Fischkonserven statt für 2 Rubel für 2,90 und 3; andere Waren statt mit dem vorgeschriebenen Aufschlag von 9, beziehungsweise 3,5 Prozent mit einem von 15, beziehungsweise 5,8. Sie haben auf diese Weise nicht in ihre Taschen gearbeitet sondern in die der Kooperativen, also der Allgemeinheit, letzten Endes. Aber das dürfen sie nicht.

Das Vorgehen der Behörden wird, wie das „Berliner Tageblatt" schreibt, damit begründet, „daß die Verkaufsorganisationen für den Konsumenten da seien und nicht umgekehrt". Sonderbarer Grundsatz, was?! „Durch die willkürliche Preispolitik der Kooperative werde die Kaufkraft des Konsumenten eingeschränkt, und er könne daher seinen Bedarf nicht voll befriedigen und müsse sich Einschränkungen auferlegen, die ihm keinesfalls zugemutet werden dürften."

Da ist's bei uns, gottlob, doch anders! Einschränkungen, die dem Konsumenten nicht zugemutet werden dürften, kennen wir nicht.

In Rußland wird im Jahr 1932 das Pressewesen weiter ausgebaut und zentralisiert. Das Regierungsorgan „Iswjestija" soll künftig in einer Auflage von 2,5 Millionen erscheinen, die „Prawda" soll 4 Millionen erreichen, die Bauernzeitung 5 Millionen. Die Prawda wird in 16 größeren Städten zugleich erscheinen; die Matern werden durch Flugzeuge aus Moskau geliefert.

Der Fall Vogl

Die schwache Position der Kirche als Gesinnungsgemeinschaft kennzeichnet sich dadurch, daß Hunderttausende aus ihr herausgehen, nur weil sie keine Lust mehr haben, die Beiträge zu bezahlen, und Hunderttausende nur deswegen drin bleiben, weil sie bei der heutigen Notlage die kirchlichen Unterstützungen „mitnehmen" wollen. Das Teilhaben an der kirchlichen Gesinnungsgemeinschaft verpflichtet zu nichts. Sie hat in ihren Reihen mehr oder weniger Gläubige und mehr oder weniger Ungläubige; es ist ungemein leicht, mit ihr in der „Nachfolge" zu sein; schwer macht sie es nur denjenigen, die austreten wollen.

Und schwer macht sie die Auseinandersetzung, die außerhalb ihrer Organisation in den breiten Volksmassen um sie eingesetzt hat. Sie empfindet diese Auseinandersetzung als Störung und Hetze und wünscht sie durch Polizeimaßnahmen unterdrückt. Sie sähe am liebsten die ganze Gottlosenbewegung und mit ihr die kommunistische verboten. Sie begreift nicht, daß auch ohne die schwache Nachhilfe des freidenkerischen Aufklärichts die Entwicklung weitergeht; sie möchte eine Bewegung stoppen, die nicht erst begonnen hat, seit man die Kirchenaustrittsscheine gedruckt haben kann, und sie wirft sich deshalb denjenigen in die Arme, für die ihr Walten von jeher von Segen war: der herrschenden Klasse.

Aber gerade durch dieses Verhalten ist sie die beste Förderin der Gottlosenbewegung. Sie demonstriert ihre Rolle im Klassenkampf so eindeutig, wie das keine Diskussion besser aufzeigen könnte. Sie ist jetzt wieder in Thüringen daran, einen Pfarrer um sein Brot zu bringen, weil er es gewagt hat, sich von Rußland und der russischen Wirklichkeit durch eigene Anschauung ein Bild zu machen, und dieses Bild der deutschen Arbeiterschaft in Vorträgen zu übermitteln. Pfarrer Dr. V o g l, der weder Kommunist noch Freidenker ist, ist in Freidenkerversammlungen den Lügen über Rußland (die ja zum großen Teil Falschmeldungen der christlichen Presse sind) entgegengetreten. Sein Vortrag, dessen Wortlaut dem thüringischen Landeskirchenrat schon lange vorliegt, bot keine Handhabe zum Einschreiten, dagegen wird jetzt behauptet, Vogl habe durch das Halten von Vorträgen in Freidenkerversammlungen „indirekt" zum Kirchenaustritt aufgefordert; bei diesen Versammlungen sei durch Plakate gegen den Gottesglauben und das Christentum gewirkt und zum Kirchenaustritt aufgefordert worden.

Es ist deswegen gegen Vogl ein Dienststrafverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Ausstoßung aus dem Pfarrstand. Er hat unter den Arbeitern über die Möglichkeit einer neuen Kultur durch den Sozialismus geredet, und das ist mehr, als mit der Würde eines Pfarrers vereinbar ist. Wenn er innerhalb der Kirche dem Unglauben und den Zeitnöten der Proleten durch einseitige „Aufklärung" über die Zustände in dem bösen Rußland begegnet wäre, wäre eitel Freude über ihn gewesen. Es ist sein Unglück, daß er am falschen Ort mit einem falschen Eifer sich um Erkenntnisse mühte, um die auch die Gottlosen ringen. Er hat damit auf eine Weise in den Klassenkampf eingegriffen, wie es die Kirche niemals wünschen kann. Statt der gläubigen Naivität und den Träumen auf ein Jenseits in gewohnter Weise Vorschub zu leisten, hat er mit den Massen über das Werden einer neuen Kultur gesprochen. Damit ist unmittelbar das gefährdet, mit dem die Kirche untrennbar verbunden ist: das kapitalistische Diesseits, das sich nur noch durch Jenseitsvertröstungen halten kann. So was kann sie nicht dulden.

Arthur Grashoff

Das Land der Prosperität

Der amerikanische Präsident Hoover hat dem Kongreß die Finanzlage dagestellt: Fehlbetrag im Laufe der Jahre 1931/33 insgesamt 4442 Millionen Dollar, das sind rund 18,7 Milliarden Mark.

Hoovers Programm schlägt vor: Erhöhung der Einkommensteuer um 1%, Herabsetzung der unteren Steuergrenze, Erhöhung des Steuerzuschlags für die hohen Einkommen um 100%, Erhöhung der Körperschafts- und Grundstücksteuern auf den Stand von 1921. Sondersteuern auf Autos, Rundfunk und Grammofone. Erhöhung der Zigaretten- und Vergnügungssteuer.

Auch wenn diese Vorschläge durchgeführt werden, bleibt ein Gesamtfehlbetrag von 1320 Millionen Dollar, der durch eine Anleihe gedeckt werden soll.

Unter dem Eindruck des neuen Steuerprogramms erreichten an der new yorker Börse zahlreiche Papiere neue Rekordtiefkurse.

Die Religion des Kapitals

Der Internationale Arbeiterverlag hat einen Neudruck der 1890 von P a u l L a f a r g u e, dem Schwiegersohn von Karl Marx, verfaßten Satire „Die Religion des Kapitals" herausgebracht, dem der folgende Abschnitt entnommen ist (Preis 50 Pfg.).

Ich bin das Kapital, der König der Welt.

Ich schreite einher, begleitet von der Lüge, dem Neid, dem Geiz, dem Betrug und dem Mord. Ich trage den Krieg in die Städte und in die Familien. Wo ich vorüberziehe, säe ich Wut, Verzweiflung, Trostlosigkeit.

Ich bin der unerbittliche Gott. Ich fühle mich wohl inmitten der Zwietracht und der Leiden. Ich martere die Lohnarbeiter und schone nicht meiner Auserwählten, der Kapitalisten.

Der Lohnarbeiter vermag sich mir nicht zu entziehen. Und wenn er, vor mir herfliehend wie das gehetzte Wild, die Berge überschreitet, so findet er mich jenseits der Berge wieder; und wenn er, um sich vor mir zu retten, den Ozean durchmißt, so warte ich seiner an dem Ufer, da er landet. Der Lohnarbeiter ist mein Gefangener und die Erde ist sein Gefängnis.

Ich mäste die Kapitalisten mit einem schwerfälligen und stupiden Wohlstand. Meine Auserwählten sind fysische und geistige Eunuchen. Ihre Nachkommenschaft geht zugrunde in Blödsinn und Impotenz.

Ich überschütte die Kapitalisten mit allem, was wünschenswert ist, aber ich nehme ihnen jeden Wunsch. Ich belaste ihre Tafeln mit den appetitlichsten Genüssen, aber sie haben den Appetit verloren; ich schmücke ihre Betten mit schönen und jungen Frauen, aber die Liebkosungen derselben vermögen nicht ihre entkräfteten Sinne wiederzuerwecken. Alles in der Welt ist ihnen ekel, schal und unersprießlich — sie vergähnen ihr Leben. Sie sehnen sich nach dem Nichts, und doch fürchten sie sich vor dem Tod.

Je nachdem es mir Vergnügen macht, und ohne daß es der Vernunft der Menschen gelingt, meine Gründe zu ermitteln, schlage ich auf meine Auserwählten los. Ich schleudere sie hinab in die Hölle der Lohnsklaverei.

Die Kapitalisten sind meine Werkzeuge. Ich bediene mich ihrer wie einer tausendsträhnigen Peitsche, um die stupide Herde der Lohnarbeiter zu geißeln. Ich erhebe meine Auserwählten auf die höchste Stufe in der Gesellschaft, aber ich verachte sie.

Ich bin der Gott, der die Welten bewegt und den Verstand der Menschen verwirrt.

Der Dichter des Altertums hat die Aera des Kapitalismus vorhergesagt. Er sprach: „Jetzt sind die Übel noch gemischt mit Gutem; aber eines Tages wird es weder Familienbande noch Gerechtigkeit noch Tugend mehr geben, Hades und Nemesis werden zum Himmel emporsteigen und das Übel wird ohne Heilmittel sein." (Hesiod, 800 v. Chr.) Die verkündete Zeit ist gekommen: gleich den gefräßigen Ungeheuern der Meere und den Raubtieren der Wälder verschlingen die Menschen einander ohne Erbarmen.

Ich lache über die Weisheit der Menschen.

Arbeite, und die Not wird dir fern bleiben; arbeite, und deine Speicher werden gefüllt sein mit Lebensmitteln — lehrte die alte Weisheit.

Ich aber sage:

Arbeite, und Mangel und Elend werden dein treuer Begleiter sein; arbeite, und du wirst dein letztes Wirtschaftsstück ins Leihamt tragen.

Ich bin der Gott, der die Staaten umwälzt. Ich beuge die Großen unter mein Gleichmachungsjoch, ich breche die anmaßenden Individualitäten, ich bilde die Menschen für die Gleichheit vor. Ich schaffe die Form für die kommende kommunistische Gesellschaft.

Die Menschen haben Brahma, Jupiter, Jehova, Jesus und Allah aus dem Himmel verjagt. Ich ziehe mich aus der Welt zurück, indem ich mich selbstmorde.

Wenn der Kommunismus Gesetz sein wird, wird die Herrschaft des Kapitals, des Gottes, der Generationen der Vergangenheit und der Gegenwart verkörpert, zu Ende sein. Das Kapital wird nicht mehr die Welt regieren, es wird der Sklave des Arbeiters sein, den es haßt. Der Mensch wird nicht mehr vor dem Werk seiner Hände und seines Geistes knien, er wird sich auf seine Füße stellen und aufrecht stehend die Natur als souveränen Herrscher betrachten.

Das Kapital wird der letzte Gott gewesen sein.

Drei Arbeitslose

Sie waren alle drei schon jahrelang arbeitslos. Nun saßen sie wieder einmal dumpf brütend beisammen und räsonierten über die aus den Fugen geratene Weltordnung. Sie fühlten sich sozusagen vom Leben losgelöst, obwohl sie in intensiver Weise Gegenstand verwaltungsmäßiger Maßnahmen waren. Für sie zählte das nicht. Die Listen und Karteien, in denen ihre Personalien vermerkt waren, konnten die verlorene Beziehung zum Leben nicht herstellen. Man bekam auf Grund der auf ihnen fein säuberlich notierten Fakten regelmäßig ein paar Mark ausbezahlt, die nicht zum Leben und nicht zum Sterben reichten. Bei Beginn des Winters gab es Koks und abgelegte alte Kleidungsstücke, in denen noch leicht der Wohlgeruch feiner gepflegter Leute haftete, vermischt mit dem Kampfergestank alter Flurkästen, und um Weihnachten flatterte ein Ausweis ins Haus, der zum Besuch einer mit deutscher Innigkeit und weihnächtlicher Stimmung geschwängerten Feier berechtigte. Man ließ sie über sich ergehen, weil am Schluß würdige Damen hübsch garnierte Päckchen verteilten, in denen ab und zu ein brauchbarer Gegenstand zu finden war.

Sie spotteten über alle diese Dinge und schimpften über die von hoffnungslosen Bürokraten getroffenen Regelungen. Aber es war nicht das Kritisieren von Leuten, die ernsthaft etwas zu ändern hoffen. Sie gefielen sich darin, um sozusagen das zu wahren, was ihnen dunkel als ihre Menschenwürde vorschwebte, und manchmal war darin sogar etwas von jener künstlichen Interessiertheit, mit der sich hie und da Hinterbliebene beim Friedhofsamt über Regiefehler bei der Beerdigung eines lieben Angehörigen beschweren. Sie waren eben schon jahrelang aus ihrem alten Dasein herausgerissen, und hatten nicht mehr die Spannkraft der Jungen, die anklägerisch auftrumpften und ihr Recht auf Arbeit geltend machten. Vielleicht hatten sie über diese Dinge nie sehr ernsthaft nachgedacht, oder aber sie machten sich keine Illusionen mehr, auf dem reichen Sortiment gehabter Enttäuschungen ausruhend. So was ist nicht klug, aber verständlich. Manche retten sich aus diesem Zustand durch eine erhöhte Geschäftigkeit. Sie erinnern sich, daß neben der behördlichen Fürsorge auch noch eine kirchliche da ist, legen sich Kummerfalten und wirkungsvolle Augenaufschläge zu, mit denen in jenen Bezirken immer noch etwas herauszuholen ist. Dies sind jedoch die ganz Verlorenen. Der Nächstenliebebetrieb hat sie verdorben.

Die drei, um die es sich hier handelt, saßen da, und träumten von ihrem früheren Ausgefülltsein durch ihren Beruf. Der eine war ein verhältnismäßig gutbezahlter „imitierter Lederarbeiter" gewesen. Er hatte jene schnittigen sehr viel vorstellenden Täschchen angefertigt, in deren Besitz sich die kleinen Mädchen aus den Läden und Kontoren wie Gräfinnen oder Privatsekretärinnen vorkommen, und war mit Liebe und Freude bei dieser Tätigkeit gewesen. Der andere war Goldarbeiter, anfertigend jene wunderbaren Anhänger und Kettchen, deren Goldglanz zu intensiv ist, um echt zu sein. Der dritte gar hatte in einer Porzellanfabrik gearbeitet, die in Serien hübsche Figuren herstellte, bestimmt, in Salons und

Die deutsche Presse

Wenn irgendwo in Amerika ein Mann den Ausspruch tut, der Versailler Vertrag gründe sich auf eine Lüge, so wird diese Meldung in den meisten deutschen Zeitungen in großer Aufmachung gebracht als „weiteres Erwachen des Auslandsgewissens". Und kommt es dann zur praktischen Erprobung in Verhandlungen, so wird die deutsche Öffentlichkeit immer wieder, wie im Kriege, davon überrascht, daß „die andern" keinerlei Verständnis für die deutsche Lage zeigen.

Gerade heute ist es wieder so, daß der deutsche Zeitungsleser glauben muß, die ganze Welt außer dem „verstockten Frankreich" sei für Revision des Youngplans oder gar für Streichung der gesamten Reparationszahlungen. Das ist Selbsttäuschung!

Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Vertretern verschiedenster Nationen zu sprechen, die alle darin übereinstimmten, daß es Deutschland zurzeit schlecht gehe, aber — anderen gehe es nicht viel besser. „Das deutsche Geschäft ist augenblicklich flau und wenig rentabel. Man muß abwarten, und schließlich hat man auch seine eigenen Sorgen." Wir lachen über die Anmaßung des Perserschahs, der sich als Nabel der Welt bezeichnet, und verfallen in dieselbe Überheblichkeit.

Einen guten Teil Schuld daran trägt die Berichterstattung der deutschen Presse. In innerdeutschen Angelegenheiten ist die Kontrolle durch Vergleichen von verschiedenen Zeitungsmeldungen noch einigermaßen möglich, obwohl, wie der Vorstand des „Vereins der Ausländischen Presse" in Berlin, der Holländer Blockzyl, einmal ausführte, die deutschen Zeitungen jede wahrheitsgemäße, vollständige Berichterstattung vermissen lassen. Und dabei gibt es noch Leute, die auf diese Form der „Meinungspresse" gegenüber der ausländischen „Meldungspresse" stolz sind. Nun mag das auch daher rühren, daß das deutsche Volk es natürlich findet, wenn ihm die Speise schön gut vorgekaut, fertig serviert wird. Es ist viel bequemer, das Vorgesetzte geduldig zu schlucken und je nach Bedarf wiederzukäuen, statt selbst zu denken und erst auszusuchen. Und daraus erklärt sich auch, warum man die wahre Auslandsstimmung gar nicht erfahren will — es könnte ernüchtern oder die vielen schönen Illusionen zerstören.

Man hat schon versucht, der Auslandsorganisation des WTB die Alleinschuld zu geben. Das offiziöse deutsche Welt-Nachrichtenbüro ist nämlich durch einen Ringvertrag mit den Hauptnachrichtenagenturen der Welt verbunden, z. B. mit Reuter (London), Havas (Frankreich), Associated Press (USA) u. a. Die Organisation ist so, daß WTB seine französischen Nachrichten z. B. nur über Havas beziehen kann und auf Sonderberichterstatter in französischen Gebieten verzichtet, und umgekehrt. In Paris ist dann ein deutscher Journalist, der die für Deutschland „passenden" Nachrichten auswählt. Aber außer WTB stehen den Zeitungen doch auch noch andere Nachrichtendienste zur Verfügung, neben einer Zahl ständiger eigener Berichterstatter in den fremden Hauptstädten. Freilich darf man von diesen nicht immer Objektivität erwarten. Die Herren glauben meist ihren Lesern gefallen zu müssen, und die Redaktion unterstützt dieses Bestreben noch. (Es gibt natürlich Ausnahmen, von denen besonders die „Frankfurter Zeitung" zu nennen ist.)

Doch was kann man den Journalisten große Vorwürfe machen, wenn selbst die Diplomaten einseitig gefärbte Berichte nach Berlin geben? Ein an führender Stelle eines deutschen Nachrichtendienstes für das Ausland stehender Mann gab darüber diesen Sommer in nichtöffentlichem Vortrag folgende Tatsachen zur Kenntnis: Zur Zeit der pariser Sachverständigenkonferenz (Frühjahr 1929) und später auch bei den haager Verhandlungen mußte man aus den deutschen Zeitungen den Eindruck gewinnen, als ob die Sympathien des Auslands auf Seiten Deutschlands wären. Besagter Nachrichtenfachmann ging deshalb zu dem ihm befreundeten damaligen Außenminister Stresemann und wies ihn auf das Bedenkliche solcher Stimmungsmache hin. Ganz erstaunt erklärte ihm dieser, daß die Meinung der Presse mit der des Auswärtigen Amtes völlig übereinstimme, und er zeigte ihm eine Reihe eben eingelaufener Berichte der deutschen Auslandsvertreter, die auch ausländische Zeitungsstimmen zitierten. Allerdings in Ausschnitten.

Am nächsten Tag erschien der Nachrichtenfachmann wieder bei Stresemann und brachte die vollständigen Berichte mit, die so ziemlich das Gegenteil besagten. Die Diplomaten hatten das selbe Verfahren angewandt wie Theater oder Buchverlage, die durch geschickte Ausschnitte selbst aus einer schlechten Kritik noch Angenehmes herausstellen. Als Stresemann darüber von den diplomatischen Vertretern Rechenschaft forderte, erhielt er die Antwort, daß ungünstige Berichte sich ungünstig für die Beurteilung des betreffenden Diplomaten auswirken und daß man deshalb immer möglichst Angenehmes zu berichten strebe. Stresemann versprach damals Besserung. Kurz darauf war er tot, und bis heute hat sich wohl daran nichts geändert.

Verhängnisvoll wirkt auch noch die Ressorteinteilung der deutschen Presse. Unter Politik versteht man meist parteipolitische Konflikte; höchstens wendet man den internationalen Konferenzen und den Ereignissen in England und Frankreich (vielleicht auch noch in Italien, Spanien oder USA) einige Aufmerksamkeit zu. Rußland erscheint meist nur, wenn es Ungünstiges zu melden gibt oder wenn wieder einmal der „Bolschewismus droht". China kann nur durch Revolutionen, Riesenüberschwemmungen oder Kriege die gebührende Aufmerksamkeit auf sich ziehen; noch schlimmer steht es mit einer vollständigen Berichterstattung in Bezug auf Südamerika. Und doch werden in diesen Riesengebieten die Schicksale von mehr als einer halben Milliarde Menschen entschieden.

Im Gegensatz dazu schickt besonders die englische und amerikanische Presse planmäßig Berichterstatter in diese Gebiete, die genaue Berichte bringen. Die Deutschen täuschen sich, wenn sie über ihren Autarkiebestrebungen und Parteizwistigkeiten vergessen, daß das Schwergewicht der Entscheidungen heute schon von Deutschland verlagert ist. Und eine Presse, die diese Erkenntnis hemmt oder hindert, macht sich deshalb des Betruges, nicht bloß der Lüge schuldig.

Wilhelm Schreiber

Terror in Polen

Nationale Organisationen der ukrainischen Minderheiten in Polen haben dem Völkerbund wieder einmal eine dringliche Beschwerde zugehen lassen, in der über zunehmenden Terror gegen die Ukrainer und über barbarische Mißhandlungen geklagt wird. Der Beschwerde wurde eine lange Liste von Mißhandlungsfällen beigegeben, die die Methoden der von der Polizei in den Gefängnissen geübten Brutalitäten beweisen sollen. Neben Mißhandlungen primitiver Art tauchen auch hier wieder jene raffinierten Grausamkeiten auf, wie man sie aus Berichten aus Jugoslawien, Bulgarien usw. schon in ähnlicher Weise kennt. Angewendet wird zum Beispiel:

„Aufhängen und Tränken". Der Häftling wird mit dem Kopf nach unten an einem Haken aufgehängt, der Kopf in einen Wassereimer bis zur Höhe der Ohren und Nasenlöcher gesteckt, der Häftling hierauf noch auf die Fußsohlen oder andere Körperstellen geschlagen. Durch die unwillkürliche Bewegung beim Schmerz sinkt der Kopf im Wasser unter, wodurch schmerzhafte Erstickungsanfälle hervorgerufen werden.

„Teetrinken". Dem mit dem Kopf nach unten auf eine Bank gelegten Häftling werden große Wassermengen mittels eines Trichters oder einer Teekanne in die Nasenlöcher und in den Mund eingegossen, bis Erstickungsanfälle eintreten.

„Umknicken der Finger". Die Finger werden nach rückwärts in den Gelenken umgebogen oder je zwei Finger derselben Hand gegeneinander auf 90 Grad auseinandergerissen. Usw. usw. Diese Methoden sind dem Völkerbund natürlich hinreichend bekannt. Die Eingabe wird in den Aktenständern der zuständigen Unterkommission verschwinden und es wird weiter gemartert und verfolgt werden.

Das Streben nach Freiheit und Entfaltung wächst sich heute innerhalb der Völker zu einer Machtprobe zwischen den einzelnen Schichten aus; der Fascismus muß zu den brutalsten Gewaltmitteln greifen, ob es sich nun um nationale Minderheiten oder um proletarische „Volksgenossen" handelt; die demokratischen Fassaden verschwinden und es beginnt der nackte Kampf darum, ob in den nächsten Jahrzehnten in Europa Fascismus oder Sozialismus herrschen wird.

In Polen ist der Kampf gegen das Proletariat noch schlimmer als gegen die nationalen Minderheiten. Im Kampf gegen sie gesellt sich zum nationalistischen noch der Klassenhaß. Das Proletariat hat gar keine andere Wahl mehr, als zu kämpfen. Große Streiks sind in Warschau, Lodz und an anderen Orten entbrannt; andere Industriegebiete wie z. B. das oberschlesische sind in ständiger Erregung. Die Arbeiter sitzen zu tausenden in den Gefängnissen; überall sind die Gefängnisordnungen verschärft; die proletarischen Gefangenen werden wie gemeine Verbrecher behandelt; man prügelt und foltert und die Galgen stehen für jeden bereit, der es wagt, aufzumucken. In Petrikau hat man bei einer Demonstration streikender Textilarbeiter vier Arbeiter herausgegriffen und sie einem Standgericht übergeben, das sie zum Tode verurteilte. Nur weil sie an der Demonstration teilgenommen haben. In anderen Orten haben Standgerichte Arbeiter wegen „Spionage zugunsten der Sowjetunion" zum Tode verurteilt. Sie haben das Verbrechen begangen, Kommunisten zu sein und an der Aktivierung des Proletariats zu arbeiten. Ihr Tod wird ein Gutes haben: er zeigt die Alternative, vor die das Proletariat früher oder später in allen Ländern gedrängt wird, und zerstört die hartnäckig haftenden demokratischen Illusionen. Auf einer Tagung der polnischen Legionäre in Tarnow umriß der Staatssekretär Stazinski die heutige Situation. „Es handelt sich", sagte er, „um eine Umwälzung, die uns zunächst als eine Konjunkturkrise vorkommt, die aber in Wirklichkeit die tiefste Erschütterung aller Grundfesten des gegenwärtigen Systems bedeutet."

Die Einsicht in diese Tatsache bestimmt bei den Fascisten die Methoden des Kampfes; wie steht's auf der Gegenseite, beim Proletariat?

Mauthe

Die schlechten Zeiten

Nach Zeitungsmeldungen sind in der letzten Woche bei Bernau in ungeheizten bzw. unheizbaren Wohnlauben zwei kleine Kinder erfroren.

Die heurige Berliner Saison steht, so gackert eine Vera von Huhn im „Neuen Wiener Journal", ganz im Zeichen der tiefen wirtschaftlichen Depression. Eine private Geselligkeit mit Bällen und Diners gibt es in diesem Winter nicht im großen Stil. Bei gelegentlichen Frühstücks oder kleinen freundschaftlichen Essen ist der eine Gang, der serviert wird, sorgfältigst zubereitet und man spricht ihm mit doppeltem Behagen zu. Ein exquisites Diner würde in diesem Winter als schlechter Stil empfunden werden. Im übrigen gibt man Tees. Unter dem Protektorat von Frau Staatssekretär Weißmann fand kürzlich ein großer Wohltätigkeits-Tee statt, bei dem Damen der Diplomatie und Gesellschaft wetteiferten, die Tische mit eigenem Porzellan und Silber geschmackvoll zu decken. Einer der schönsten Tische, von tiefdunklem Violett zu leuchtendem Rot abgestimmt, war der Tisch der Gräfin Dohna. Bei Frau Staatssekretär Meißner und Frau Vera Petschek-Caro schimmerten zarte Sèvres-Tassen auf köstlicher Spitzendecke, während der Nebentisch, an dem Baronin Heyden-Rynsch präsidierte, sich durch die reizenden jungen Frauen auszeichnete, die sie an ihm vereinigte. Einen sehr angeregten und stimmungsvollen Verlauf nahm der Abend, den der Gau Kurmark der Adelsgenossenschaft veranstaltete. Die Anwesenheit der Kronprinzessin gab dem Abend die Weihe. Die hohe Frau, in einer schwarzen Toilette mit golddurchwirktem Jäckchen entzückte wie stets durch den Charme, mit dem sie nach der Vorstellung Bekannte begrüßte ...

+

Die Ehe der Rosi Dolly, einer der beiden berühmten Dolly-Sisters, die sich vor drei Jahren einen kanadischen Milliardär eroberte, wurde (ebenfalls nach einer Mitteilung des „Neuen Wiener Journals") getrennt. Beide Parteien versicherten Ausfragern, daß sie sich weiterhin sehr schätzen, aber eben miteinander nicht mehr leben können. Denn Rosi Dolly will in Paris weilen, Sir Mortimer aber muß sich in Amerika aufhalten. Es gibt nur noch einige Unklarheiten über die Höhe der Abstandssumme. Zuerst soll Rosi zwei Millionen Francs jährlich beansprucht haben. Nun heißt es, daß sie sich mit einem Perlenhalsband im Wert von Millionen und mit 450 000 Francs jährlich begnügt — weil die Zeiten so schlecht seien und man da eben Rücksicht nehmen und Opfer bringen müsse.

W. W.

Jetzt ist es noch Zeit

das Abonnement für Januar zu erneuern

Wenn die Zeitung vor dem 24. Dezember bei der Post bestellt wird, kostet sie nur 86 Pfennig im Monat.

guten Stuben die Vertikows zu zieren und die Nippesschränke und den freien Platz über dem Klavier. Er erinnerte sich gerne an die eindrucksvollen Beethovenbüsten und an Goethes Olympierkopf, für den gerade im kommenden Jahr ein riesiger Absatz zu erzielen gewesen wäre, wenn nicht die Weltwirtschaftskrise mit rauher Hand eingegriffen hätte.

So saßen die drei da, voll Verlangen nach dem, was ihnen zuvor Sinn und Lebenszweck gewesen war. Hätte man sie unerwartet zurückversetzt in die alte Bindung, sie hätten das wahrscheinlich als Erfüllung ihres Seins empfunden. Sicher nicht als das Hinüberwechseln von einer Sinnlosigkeit in eine andere. Sie waren eben wie gesagt zu müde und zu entnervt, um sich darüber entscheidend klar zu werden. Und es war noch zu viel an Hochachtung vor dieser Welt in ihnen.

Karl Beyer

Rheinsberg

Das Städtchen Rheinsberg in der Mark, berühmt durch Friedrich den Großen und eine Liebesnovelle von Tucholsky, hat 3200 Einwohner. Als ich vor Jahren, von Mecklenburgs Seen herkommend, durchvagabundierte und zwei Tage Station machte, war es warmer September, die Straßen lagen unter „schwarzschattenden Kastanien" (es sind doch Kastanien?), die Jugendherberge hatte 40 Betten, aber sie wurden gerade alle ausgeklopft, und ich schlupfte in einem Privatquartier unter, wo der Hausvater mit Schnurrbart und in Gefreitenuniform an der Wand hing, und schrieb von dort aus einen Beschwerdebrief an die Vorsteherin des Ortsvereins vom Verband deutscher Jugendherbergen, „ich han lande vil gesên unde nam der besten gerne wâr", aber unähnlich Walter von der Vogelweide mußte ich der deutschen Stadt, nämlich dem märkischen Kleinod, dem Rheinsberg Friedrichs, meinen Tadel aussprechen: sowas sei noch nicht dagewesen usw. — 40 Betten, und alle nicht benutzbar, was werde man in weiten Deutschland denken, wenn ich, fahrender Vagant und Sänger, die schmähliche Mär hinaustrüge, usw. usw.

Ach, ich fürchte, die Frau Bürgermeisterin, an die sotane Epistel ging, nahm sich's nicht sehr zu Herzen. Denn Rheinsberg — ich kann euch nicht sagen, wie das ist: da fahren am Sonntag die Berliner in Armeen hin zum Wichkend, aber am Werktag schlummert die Welt, und wär in der Landschaft ein wenig mehr Schmiegsamkeit und feuchte Farbe, so lebte man da mitten in einem Bild von Schwind, mit Heimatglück und Fernenweh und Trompetengetön von Eichendorff. Im Park des Schlosses dösen verlorene Weiher und Rinnsale herum, Denksteine mit Epitafen verwittern seitab von den Wegen, auch seiner Hunde hat er, wie männiglich weiß, so gedacht, der alte Fritz, und nachts, als ich, ein für rheinsberger Verhältnisse beunruhigend unruhiger Gast, durch die Straßen schob, drückten sich geheimnisvolle Männer an den Staketenzäunen herum, aber nicht, was Sie meinen, nein: sie ließen das Licht ihrer Taschenlaternen, gegen den Boden gewandt, vor sich hingleiten, nein, auch keine Einbrecher oder Einbruchsstudenten, sondern sie suchten Regenwürmer und sammelten sie in Säckchen und Konservenbüchsen, denn am Tag, siehe, da geht der brave Rheinsberger angeln.

So war das in Rheinsberg, damals, und wenn man jetzt liest, daß das wackere Städtchen im ganzen ein Polizeiaufgebot von einem einzigen Mann hatte, weil zwei zu teuer gekommen wären und es auch mit einem allein ganz gut ging, schwellt einem nachträglich noch der Stolz die Brust: ich hab mit ihm gesprochen; es gab ihn, er war da in Fleisch und Blut, und er hat mir den Weg zum Schlößchen gezeigt — ohne daß ich freilich gewußt hätte, wie sehr er ein Unikum war in der Perle der Mark. Eine Träne ihm, diesem Unikum, dieser idyllischen Institution, eine Träne, denn, ach, bald wird er nicht mehr der Einzige sein, die Würde und den Glanz seiner Respekt-Stellung wird er teilen müssen, denn selbst im traulich-traumhaft dahindämmernden Rheinsberg, wo das Gras zu meiner Zeit so friedlich zwischen den sauberen Pflastersteinen und -platten sproß, kommen die Krisen und Konflikte unserer wirtschaftlich-politischen Situation zu heftigem Austrag: Nazis und Kommunisten treffen einander nicht nur mit harten Worten, sondern auch mit dito Taten, die Volksseele ist gespalten und in Wallung, und das freundlichschlummernde Rheinsberg denkt daran, seine „örtliche Polizeimacht" zu verstärken.

Man munkelt, daß es sich womöglich sogar um eine hundertprozentige Vermehrung handeln soll.

Mara Bu

Sing-Sing-Sensation

In der letzten Nummer der S.-Z. ist anläßlich des Falls Reins mit Recht von der Sensationshascherei gesprochen worden, mit der heute ein Teil der Öffentlichkeit und der Presse das Bemühen um humane Rechtsprechung in Mißkredit bringt. Ein sehr peinliches und warnendes Beispiel dafür, wie in Amerika die selben Fehler gemacht werden, liefern die Berichte über die letzte Sensation in „Sing-Sing", dem berühmtesten Zuchthaus Amerikas:

Die elegantesten Automobile von New York fuhren, so wird gemeldet, kürzlich vor dem Privattheater des Zuchthauses vor, um den künstlerischen Darbietungen der Zuchthäusler beizuwohnen. Es war die Elite von New York, die hier für großes Geld zugelassen wurde, und nur 1800 haben in den Boxen des Theaters, in dem sonst nur die Gefangenen zu sitzen pflegen, Platz gefunden. Der Abend wurde ein glänzender Erfolg. Die „Stars" durften sich unzählige Male verbeugen. Besonderen Applaus fand der Mörder Smith, dem es schon seinerzeit gelungen war, die Herzen der new yorker Gesellschaft zu erobern, als er beim Fußballkampf der Zuchthäusler gegen die Polizeimannschaft den Wachtmeister Karker in grandioser Weise überspielte und das siegbringende Tor errang ...

Z.

Michael heiratet

Am 18. Dezember gratulierte die nationalsozialistische Tageszeitung in Sachsen, „Der Freiheitskampf", dem bekannten Romanverfasser Göbbels zu seiner Vermählung wie folgt:

„Ganz unerwartet wurde vor kurzem bekannt, daß Pg. Dr. Goebbels heiraten wolle. Die bürgerliche Presse war „erstaunt" darüber, daß ein Mann von der Arbeitsüberlastung Dr. Goebbels auch noch Zeit gefunden habe, sich „eine Frau zu suchen".

Wir sind nicht erstaunt. Dr. Goebbels, ein Mann des Kampfes, einer der angefeindetsten Nationalsozialisten, den Juden und Untermenschen mit unbändigem Haß verfolgen, der gleichzeitig gehetzt und verfolgt wird von den Behörden dieses Systems, hat es verstanden, in wenig Jahren inmitten der Metropole neudeutscher Patentrepublikaner eine Bewegung aufzubauen, an der man heute einfach nicht mehr vorbeigehen kann:

Der Nationalsozialismus ist auch im roten Berlin eine Macht geworden!

Dr. Goebbels war just für Berlin der rechte Mann am rechten Ort. Zäh, verbissen, aktivistisch mit seltener Energie, so stand er als Künder der Wahrheit im Sündenbabel Berlin.

Heute feiert er Hochzeit. Millionen Deutsche gedenken seiner mit ganz besonderem Dank. Er wurde eine der markantesten Gestalten des Nationalsozialismus, die, von einem revolutionären Willen beseelt, Massen in Bewegung setzen konnte.

Möge er, der „Vater" seiner getreuen Berliner, nunmehr „Vater" seiner Familie werden! Heil zum heutigen Vermählungstage!"

Lesebuch 1931

Hindenburg wohnte einmal dem Unterricht in der Luisenschule in X. bei. Leutselig stellte er einige Fragen an die Kinder.

„Wohin", sagte er und deutete auf einen Blumenstrauß, „gehören diese Blumen?"

„Ins Pflanzenreich", antwortete ein liebliches Mädchen, das unter dem väterlichen Blick des greisen Feldmarschalls hold errötete.

„Und wohin jener Vogel auf dem Baum?"

„Ins Tierreich", war die treffende Antwort.

„Und wohin gehöre ich, mein Kind?"

Da schlug das Mädchen strahlend die Augen auf und sagte mit zarter Stimme: „Ins Kaiserreich, Herr General!"

Rote Gottlosigkeit droht

Die „Germania", das Zentralorgan der deutschen Katholikenpartei, veröffentlicht alarmierende Enthüllungen über „die neuen russischen Pläne zum Ausbau der Gottlosenpropaganda", die offenbar mit zum Fünfjahresplan gehört. Bloß daß sie viel gefährlicher ist als dieser, denn sie macht nicht Halt an der russischen Grenze: der Teufel kommt zollfrei durch die Luft daher, und es sind noch keine „Todesstrahlen" erfunden, die ihm den Garaus machen könnten.

Die russische Funkuniversität in Moskau, liest man da mit Schaudern, ist jetzt „vollständig in den Dienst der Gottlosenpropaganda gestellt". Sie erteilt in größtem Maßstab Fernunterricht in Gottlosigkeit. In allen Provinzstädten werden Aufnahmeorganisationen dafür eingerichtet; bis zum Frühjahr sollen 20 000 solcher Hörgemeinschaften oder „Auditorien" von je zehn Hörern, also 200 000 Hörer, dafür bereit stehen. Diese Akademiker des Satans, die wöchentlich oder gar täglich ihr gottloses Kolleg per Radio absolvieren, werden dann als neugebackene Agitatoren den Samen der Gottlosigkeit ins Volk streuen, und die scheußlichen Bolschewisten haben sich wahrscheinlich das Datum genau ausgerechnet, an dem der letzte Anhänger Gottes in Rußland „liquidiert" sein wird. Wie prompt der rote Apparat arbeitet, hat man ja an Pfarrer Eckert gesehen: eben noch „religiöser Sozialist" und gläubiger Verkünder des Apostolikums, ist er in das Land des Antichrists gefahren und prompt als Gottloser zurückgekommen.

Nun kommen ja zum Glück die deutschen Zentrumsschäflein nicht nach Rußland hinein. Auch den SPD-Lämmern ist es von ihren Hirten verboten, dort zu weiden. Und da das Russische im Lande Brünings ein wenig bekanntes und schwer zu erlernendes Idiom ist, so könnten auch die Radiosendungen der roten Funkakademie bei uns kaum Schaden anrichten, wenn diese nicht, o Schwerenot, auch auf kirgisisch, tatarisch und deutsch unterrichten würde. In Rußland gibt es ja eine deutsche Minderheit, die sogar u. a. eine eigene deutsche Republik, die Republik der Wolgadeutschen, bildet. Den Russen deutscher Zunge wird Gottlosigkeit auf deutsch gepredigt, und niemand ist da, der das verhindern oder verbieten könnte. Niemand kann es aber auch den reichsdeutschen Radiohörern, soweit sie im Besitz eines geeigneten Aufnahmeapparats sind, verwehren, sich solche Sendungen anzuhören. Da liegt die große Gefahr, vor der „Germania" zittert und der gegenüber sie die zuständigen Stellen zur „größten Wachsamkeit" und zur „schärfsten Abwehr" aufruft. Es ist höchste Zeit dazu, denn, so ruft sie verzweifelt: „in Deutschland gibt es schon kommunistische Hörgemeinschaften, die mit dem besten Funkmaterial ausgerüstet sind, um russische Sendungen entgegenzunehmen"!

Was tun? Wie bekämpft man die drohende Gottlosigkeit? Es sind verschiedene Wege möglich. Man könnte zum Beispiel an geistige Waffen denken. Die Anhänger des Christentums könnten durch sittlich vollkommenes Wandeln und Erfüllung der in ihren heiligen Schriften verkündeten Gebote die Kinder des Teufels zu beschämen und zu entwaffnen versuchen. Wenn ich recht berichtet bin, haben die Christen der ersten Jahrhunderte auf diese Weise dem Heidentum gegenüber bemerkenswerte Erfolge davongetragen.

Aber wahrscheinlich wird eine solche Methode heutigentags nicht für zeitgemäß gelten dürfen. Wie wäre es, wenn die katholische Kirche, etwa unter Assistenz ihrer protestantischen Schwester, auch vors Mikrofon träte und als Gegenaktion gegen die Invasion von Osten ein Trommelfeuer von religiösen Vorträgen auf Deutschland und die Welt herniederregnen ließe? Wenn sie auch Agitatoren ausbildete, die dann von Haus zu Haus christliche Gesinnung verbreiten und der Gottlosigkeit von vornherein das Wasser abgraben würden?

Kein übler Gedanke, aber vielleicht stünde der zu erwartende Erfolg doch nicht im rechten Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln. Gibt es nicht einen einfacheren und billigeren Weg?

Doch, natürlich. Man hat einfach dafür zu sorgen, daß der gemeine Mann in Deutschland sich einen Radioaufnahmeapparat, der zum Hören des moskauer Senders befähigt, nicht anschaffen kann. Den „besseren" Herrschaften mit einwandfreier Gesinnung kann es kaum etwas schaden, wenn sie einmal ein Kolleg aus Moskau einschalten; ihnen bedeutet die Gottlosigkeit keine akute Gefahr. Also hat man die Vier-, vielleicht auch die Dreiröhrenapparate für diese Kreise zu reservieren; für die breite Masse sollten womöglich nur Detektorenempfänger gestattet sein.

Man könnte meinen, schon der Preis der verschiedenen Apparate gewähre eine solche Garantie. Aber das stimmt nicht. Haben wir nicht oben gehört, daß es kommunistische Kreise gibt, die mit „bestem Funkmaterial" ausgestattet sind, weil sie ihre Batzen zusammengelegt haben oder vom rollenden Rubel unterstützt werden? Also muß dafür gesorgt werden, daß derartige Leute einen guten Radioapparat auch um teures Geld nicht bekommen können.

Es wird nichts anderes übrig bleiben, als seine Anschaffung an einen Berechtigungsnachweis zu knüpfen, in dem eine „zuständige Stelle" dem Erwerber seine gute Gesinnung oder Glaubensfestigkeit bestätigt.

Ein weites Feld für die ersprießliche Tätigkeit der freilich mit Arbeit schon überhäuften geistlichen Herren. Sie werden sich wohl künftig noch dieser neuen Aufgabe unterziehen müssen. Sie ist heikel, zugegeben, aber die Kirche ist mit ganz anderen Schwierigkeiten fertig geworden und weiß sich bewährte Hilfsmittel dazu zu verschaffen. Das walte Adolf, und: prosit Neujahr!

Erich Schairer

Eine eigentümliche Sache

Vor einigenTagen hat endlich der Prüfungstermin für die Konkursforderungen der Devaheimsparer stattgefunden. Dabei erfuhr man, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, daß sich der Gläubigerausschuß der Devaheim zu einer Interessenvertretungsgesellschaft zusammengeschlossen hat, in der die Sparer — nichts zu sagen haben. Für sie hat die Notgemeinschaft des Herrn Generalsuperintendenten Dibelius bisher 950 000 Mark zusammengebracht. Zu sehen bekommen sie davon nichts. Die Nachfolgegesellschaft der Devaheim, die Allgemeine Bau- und Zweckspar-A.G. (ABZ.) verschickt nämlich an alle Devaheim- und Deupag-Sparer ein Schreiben, in dem es heißt:

„Ihr Übertritt in die ABZ. ist die Voraussetzung für Ihre Teilnahme an der Hilfsaktion. Da die Mittel der Notgemeinschaft ausschließlich für den Hilfsplan zur Verfügung gestellt werden und zur Aufwertung der alten Sparguthaben in der neuen Gesellschaft dienen, bedeutet eine Ablehnung des Übertritts, daß Sie sich selbst aus der Hilfsaktion ausschließen, auf Ihren Anteil an den Hilfsmitteln (der Notgemeinschaft) verzichten und sich mit der aus der Konkursmasse zu erwartenden Quote begnügen."

Die von kirchlichen Kreisen freiwillig gegebenen Gelder der Notgemeinschaft werden also in einem neuen Unternehmen verwurstelt, und die betrogenen Sparer werden gezwungen, in eine Gesellschaft hineinzugehen, von der noch gar nicht vorauszusehen ist, wie sie sich bei den verhältnismäßig geringen Zuschüssen aus der Notgemeinschaft entwickeln wird. Sind die 950 000 Mark für ein derartiges Experiment hergegeben worden?

Der Pfarrer von Bellenberg

Bellenberg, ein kleiner Ort südöstlich von Ulm, aber schon auf bayrischer Erde, hat, wie der Pfarrer sagt, 700 Seelen. Nicht alle lieben ihn; manche sind seine „Gegner und Feinde". So nennt sie wenigstens der Anwalt aus Köln, der herbeigeeilt ist, um dem Herrn Pfarrer zur Seite zu stehen.

Der Pfarrer steht in Stuttgart vor dem Gericht, als Nebenkläger gegen den vom Staatsanwalt angeklagten Redakteur des „Schwäbischen Echo".

Was hat der kommunistische Redakteur so Beleidigendes gesagt? Nun, Verschiedenes. Er hat behauptet, der Pfarrer rede zu den Schülern per „Ochs, Rindvieh, Seckel und Hure"; er strafe diejenigen, die keinen Beitrag zu einer sogenannten „Kindheit-Jesu-Spende" brächten, ab; er habe ein Mädchen gezwungen, dreimal zu sagen: „Ich bin ein Affe!" er habe ein krankes Kind strafweise auf Holzscheiten knien lassen; er habe schließlich auf die Bezichtigung, er hätte sich auch in sittlicher Hinsicht gegen seine Schülerinnen nicht ganz einwandfrei verhalten, in einer Weise reagiert (Tränen, Bitte um Verzeihung), die ein Eingeständnis enthalten habe. Der Pfarrer wird schließlich öfters ein „Pfaffe" und einmal ein „Unmensch" genannt. Das also die Beleidigungen.

Der genaue Wortlaut der ganzen Artikel wird verlesen. Dann spricht der Angeklagte. Nach dem Angeklagten und dem Vertreter des Nebenklägers kommt der Pfarrer zu Wort. Schwört, wird zu den einzelnen Beleidigungen vernommen.

Selten hab ich so ein klägliches Schauspiel erlebt. Der große, fünfzigjährige Mann mit dem Speckgenick murmelt, stammelt, bringt hilflos, bäuerisch-schwerfällig, in kindlich stilisierten Sätzen seine Aussagen. Punkt für Punkt darf er als Zeuge, der alle Chancen der Glaubwürdigkeit für sich hat, gegen den Angeklagten und seine Behauptungen sprechen; und Punkt für Punkt macht er Ausflüchte, rettet er sich in vage, allgemeine, schemenhafte Formulierungen. Immer wieder: er kann sich nicht erinnern. Sein Glück: ein Eid wiegt schwer! In zwei Fällen macht er von seinem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch: einmal bei den Holzscheiten und einmal bei nicht einwandfreier Berührung von Mädchenröcken.

Ergebnis: nach langem Sträuben geht der Angeklagte darauf ein, zu bedauern, daß er einige formale Beleidigungen ausgesprochen hat („Pfaffe, Unmensch"), und zu erklären, daß er seine Behauptungen zurücknimmt, insoweit als sie nicht erweislich wahr sind, daß er aber die Feststellung, wie weit sie erweislich wahr seien, dem Disziplinargericht überlasse. Dafür zieht der Pfarrer seinen Strafantrag zurück. Die Kosten trägt zum größeren Teil der Angeklagte.

Er kann einem leid tun, dieser Pfarrer, trotz dem Charakterbild, das sich in der Verhandlung von ihm ergeben hat. Wie er da stammelt und sich nicht mehr erinnern kann und so vieles vergessen hat, und sein Zeugnis verweigert, weil er in Gefahr kommen könnte, sich einer strafbaren Handlung bezichtigen zu müssen, und wie er dann seine Kosten aufs Nötigste beschränkt, auf die 13,20 Mark für die Bahnfahrt, als hätte es nun noch irgendeinen Wert, den Beleidiger zu versöhnen — und dann (nocheinmal gerettet, aber wer weiß, auf wie lange) mit einem Spruch, der ihm formal recht gibt, ihn sachlich aber mit schwerstem Verdacht belastet, abgeht, um in sein Dorf, unter seine 700 Seelen heimzukehren: das ist nichts zum Lachen. Er ist k. o.: ob nun das Disziplinargericht sich mit ihm befaßt, ob nur eine Kaltstellung durch seine kirchliche Behörde ihm blüht, oder ob er auch noch vor ein weltliches Gericht treten muß, und zwar als Angeklagter, nicht als Zeuge — das alles ist Nebensache; die Form, in der man die Bilanz unter sein Wirken setzen wird, ändert nichts daran, daß er über einen kleinen kommunistischen Redakteur gestolpert und dabei auf der Strecke geblieben ist. Erledigt.

mb

Noch nicht dagewesen

Eine merkwürdige Entscheidung hat, wie das „Oeuvre" vom 13. Dezember 1931 berichtet, ein pariser Gericht gefällt:

Ein junger Ingenieur hatte ein Mädchen geheiratet, das frisch aus dem Kloster kam. Es hatte bei den Nonnen die übliche Erziehung genossen, die ja auch eine Vorbereitung auf die Ehe einschließt, aber sich mehr mit der imaginären, illusionären religiösen Seite dieser Institution zu befassen pflegt als mit der realen, natürlichen. Man hatte zwar die Seele gedrillt, aber Belehrung und Unterrichtung über die selbstverständlichste natürliche Funktion, um die es sich zwischen Gatten handelt, unterlassen. Die Brautnacht ergab infolgedessen eine Katastrofe, und der junge Ehemann wandte sich enttäuscht und empört einer Stenotypistin zu, die zwar keine Klostererziehung genossen hatte, es aber trotz ihres ledigen Standes hinsichtlich der für das Wohlgedeihen einer Ehe wesentlichen körperlichen Übung mit einer nicht von Nonnen erzogenen Ehefrau aufnehmen konnte.

Worauf die Frau zum Kadi ging, auf Scheidung klagte und Erfolg hatte. Nun aber kommt das Novum, das Besondere und Interessante: der Richter sprach ihr einen Schadensersatz für ihren Verlust zu. Es ist nicht ganz klar, worin der Verlust bestand. Das, was ihr Eintagsgatte der anderen geschenkt hatte, ist kaum ein Verlust zu nennen, denn die Klägerin hat es ja von vornherein strikt abgelehnt, selber Empfängerin zu sein. Und der seelische Schaden, den der Mann in der Brautnacht angerichtet haben kann, wird auch nicht allzu gewaltig gewesen sein, im Gegenteil: vielleicht ist der Frau diese erste Erfahrung für eine eventuelle zweite Ehe nicht ohne Nutzen. Übrigens durfte der Gatte ja wohl des guten Glaubens sein, daß bei der Gattin vollkommenes Einverständnis damit vorauszusetzen sei, daß er ihr in dieser Nacht nehmen sollte, was sie im Kloster naturgemäß nicht hatte verlieren können. Oder sollte es dem Ehemann am Ende tatsächlich gelungen sein, in dieser einen Nacht die Ehe zu vollziehen? Ist der Schadensersatz von 10 000 Franken schließlich einfach die Bezahlung für die Defloration? Das wäre das Allerdrolligste an diesem drolligen Fall: eine mit Erfolg durchgeführte Klage wegen Defloration der eigenen Ehefrau!

Ix

Der Heimatdienst

Unter der Überschrift „Wo gespart werden kann. — Die Reichszentrale für Heimatdienst, die überflüssigste Einrichtung des Reichs" schreibt der „Völkische Beobachter": „Diese Reichszentrale hat die Aufgabe, die Politik der Reichsregierung in Propagandaschriften zu verteidigen und für sie Stimmung zu machen. Natürlich kostet sie Geld, sehr viel Geld. Da diese Gelder vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen, finanziert er diese Propaganda, auch wenn er gesinnungsmäßig gegen sie kämpft. Alles in allem kostet diese Reichszentrale den Steuerzahler 1931 nicht weniger als 1 558 000 Mark ... Wenn man sich auch bemüht hat, bei dieser gänzlich unnötigen Behörde 1931 wesentliche Ersparnisse zu machen, so sind wir doch der Ansicht, daß diese Reichszentrale ganz zu verschwinden hat. Die 1,5 Millionen können, weiß Gott, besser verwandt werden."

Diesmal kann man mit dem „Völkischen Beobachter" völlig übereinstimmen.

Kleinigkeiten

Größenwahn. Die Zeitschrift „Deutsches Landvolk" hatte gegen einen bestimmten Naziunterführer polemisiert; daraufhin bekam sie ein Schreiben von der Organisations-Abteilung II München, Abt. Landwirtschaft, in dem der Redaktion angekündigt wird, sie werde im dritten Reich auswandern müssen, wenn sie sich weiterhin so verhalte. — Bloß auswandern?

Die Schlußfolgerung. Gandhi hat bei einem Interview in der Schweiz erklärt, wenn man die Grausamkeit des Krieges abschaffen wolle, müsse man vegetarisch leben, das Fleischessen mache brutal und gewalttätig; darum werde auch den japanischen Soldaten, die sonst meist fleischlos lebten, jetzt im mandschurischen Krieg ein Pfund Rindfleisch verabreicht. — Schnaps wirkt sicherer und schneller.

Gesinnungsgenossen. Ein Apotheker in Charleville bietet als „ideales Weihnachtsgeschenk" Gasmasken in allen Kopfgrößen an. Hugenbergs „Montag" bemerkt hierzu: die Forderung „Kein Europäer ohne Schutzmittel" bestehe nicht zu unrecht, aber das Angebot von Gasmasken als „ideales Weihnachtsgeschenk" setze doch wohl die Geistesverfassung eines Franzosen vom Schlage dieses Apothekers voraus. — Seine Geistesverfassung ist wahrscheinlich gar nicht so weit von der Hugenbergs entfernt.

Die kommende Einheitsfront. Inserat im NS-Kurier: „Weihnachtsfreude bereiten den Kinderherzen SA- und SS-Leute mit Kapelle aus Zinn ebenso Reichswehrsoldaten zu haben bei Pg. A. Ruoff usw." — Die Spielwarenhändler sind die wahren Politiker.

Zettelchen. Ein holländischer Gärtner hat in seinen Blumenkohl Zettelchen gelegt mit der Inschrift: „Dieser Blumenkohl erzielte bei der Versteigerung 2 Cent; wieviel wird der Verbraucher zahlen müssen?" Schon nach drei Tagen kam ein Zettel aus dem Haag zurück; die betreffende Käuferin hatte 35 Cent bezahlt. Andere Gärtner ahmen jetzt diese Zettelchenmethode nach, manche legen sogar noch Rückporto bei. — Ein etwas umständliches und kostspieliges Verfahren, um die Preisspanne festzustellen.

Hochbetrieb. Das berliner Polizeigefängnis beherbergte im vergangenen Jahr rund 35 000 „Gäste". Die Zahl wäre bedeutend größer und der Platz würde wahrscheinlich lange nicht ausreichen, wenn die Gerichte nicht weitgehend mit Bewährungsfrist arbeiten würden. — Wie wird das erst im nächsten Jahr werden?

„Weihnachtswünsche eines SA-Mannes" steht über einem Bücherinserat des Verlags Westermann im „Völkischen Beobachter". Als erstes Buch wird ein Roman „Verratene Heimat" angepriesen. — Wohl Südtirol?

Nur immer so weiter. Nach einer neuen Verfügung des Reichspostministeriums sind fürderhin Postsendungen, auf denen in „leicht erkennbarer Weise" Parteiparolen, Abbildungen von Parteiabzeichen oder sonstige Abbildungen „politischer Art" angebracht sind, als gegen das öffentliche Wohl verstoßend von der Beförderung auszuschließen. — Hoffentlich sind wenigstens noch Goethezitate gestattet.

Der holde Wahn. Eine amerikanische Firma hat in Doorn das Privatleben Seiner ehemaligen Majestät Wilhelms II. und seiner jetzigen Gattin Hermine aufgenommen. Wilhelm soll in die Herstellung des Films nur unter der Bedingung eingewilligt haben, daß er in allen Ländern, nur nicht in Deutschland vorgeführt werden darf. — Glaubt offenbar immer noch, er hätte noch ein Prestige zu verlieren.

Schlüpfer—iges. Im Schaufenster der „Hamburger Volkswarte" war ein vollkommen zerrissener und schmutziger Damenschlüpfer ausgestellt, mit dem irgend jemand von der hamburger „Winterhilfe" beglückt worden war. Die Sipo hat ihn umgehend beschlagnahmt. — So was darf man in Deutschland wohl Arbeitslosen anbieten, aber nicht ausstellen.

Der Paneuropäer. Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Verlag inseriert im „Berliner Tageblatt": „Coudenhove-Kalergi, „Stalin & Co". Ist das erfolgreichste Buch gegen die Bolschewisten." — Rühmt sich auch noch!

Für Kinder. Im „Völkischen Beobachter" wird Nazi-Spielzeug angeboten; u. a. Bleisoldaten in der verbotenen SA-Uniform, eine Burg „SA-Heim", ein Gesellschaftsspiel „Parlamentarismus" und ein Holzbaukasten „Braunes Haus", mit dem jedes Nazikind sein eigenes braunes Häuschen bauen kann.

Nippes. Gandhi kann man jetzt als Porzellanfigur käuflich erwerben. Nackt, mit übergeschlagenen Beinen sitzt er da, bereit, als Prunkstück in die „gewaltlosen" Salons Deutschlands einzugehen. — Er wird dort unter den anderen Nippes sicher eine Attraktion darstellen.

Ein interessanter Versuch. Die „Wiener Mittagszeitung" meldet: „Eine Anzahl ausgezeichneter Furztonfilme aus aller Welt gibt der Urania die Möglichkeit, von Zeit zu Zeit eine Reihe von Vorführungen einzuschieben ... Es ist ein erster Versuch, den die Urania in diesem Sinne wagt — die Resonanz des Publikums bleibt abzuwarten." — Bei freudiger Resonanz des Publikums und guter Akustik des Saales gewiß eine imposante Kundgebung!

Verflixte Angelegenheit. In der Gemeinde Kunschitz in Mähren hat jahrelang ein falscher Priester des Amtes gewaltet. Jetzt sind 185 von ihm geschlossene Ehen für ungültig erklärt worden; alle diesen Ehen entsprossenen Kinder gelten als unehelich und müssen nach erneuter Eheschließung legitimiert werden.

Doppelt genäht. Aus der „Welt am Abend": „In der Nähe von Schmöckwitz wurde die Leiche eines etwa 60 Jahre alten unbekannten Mannes gefunden. Er hatte sich erschossen und dann aufgehängt." — Pervers, aber geschickt!

Die Schlußartikel über das Thema „Einheitsfront" mußten auf die nächste Nummer verschoben werden.

Die Korrespondenz, die bei der Redaktion der S.-Z. einläuft, hat in den letzten Wochen so zugenommen, daß es unmöglich geworden ist, Briefe und Anfragen, denen kein Rückporto beiliegt, zu beantworten.

Empfänger von Probenummern, benützt die beiliegende Bestellkarte zum Abonnement für Januar!

Redaktion und Verlag der Sonntags-Zeitung: Stuttgart, Tübinger Straße 18 (Postfach 51), Telefon 246 30. Postscheck Konto Stuttgart 198 44. Begründer: Dr. Erich Schairer. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Hermann List, Stuttgart. Preis: Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post bezogen monatlich 86 Pfennig (einschließlich Bestellgeld), unter Streifband monatlich 1 Reichsmark Druck: Buchdruckerei Fr. Späth, Waiblingen-Stuttgart, Ludwigsburger Straße 3

Die S.-Z. als Weihnachtsgeschenk

Wenn Sie einem Ihrer Freunde ein wertvolles Weihnachtsgeschenk machen wollen, dann schenken Sie ihm ein Jahres- oder Halbjahresabonnement der Sonntags-Zeitung. Sie brauchen uns nur die Adresse anzugeben, an die die S.-Z. geschickt werden soll, und den Betrag auf Postscheckkonto Stuttgart 198 44 (Die Sonntags-Zeitung) einzuzahlen (Inland 10 Mark für ein Jahr, 5 Mark für ein halbes Jahr, Ausland 12 bzw. 6 Mark).

Verlag der Sonntags-Zeitung

Stuttgart, 27. Dez. 1931

Die Sonntags-Zeitung

12. Jahrg. Nr. 52, 2. Blatt

Rundfunkfragen

Die politische Rundfunkkritik

Mitarbeitern des Rundfunks kann es, selbst bei Diskussionen, passieren, daß von der Rundfunkleitung zwar gegen „das vorgeschlagene Thema und die Redner an und für sich" nichts eingewandt, daß aber gleichwohl einzelne zum Thema gehörige Aussagen gestrichen oder geändert werden und daß dadurch der Inhalt der Darbietung zwangsweise umgemodelt wird. Davon weiß der harmlose Hörer nichts; er hat nur manchmal, sehr zum Nachteile des Vortragenden, den Eindruck, daß dieser von seinem Gegenstand nichts verstehe. Der Rundfunkmitarbeiter aber hat nur die Wahl zwischen völligem Verzicht und Konzessionen. Man wird es ihm nicht verübeln können, wenn er, als der wirtschaftlich schwächere Teil, nachgibt. Er ist oft genug auf die Honorare angewiesen (die übrigens, entgegen einer weitverbreiteten Auffassung, bei Lichte betrachtet äußerst niedrig bemessen sind; erst in letzter Zeit wurden sie den freien Mitarbeitern ganz empfindlich gekürzt). Und auch ein anderes ist zu bedenken: bei völligem Verzicht würde ausschließlich die gegnerische Richtung zu Worte kommen — anders ausgedrückt: wer auf besondere Gesinnungsreinheit bedacht ist, überläßt das Feld dem Gegner. So liegt der Fall, wenn, wie heute, das Prinzip der „Neutralität" herrscht.

Unbedingt muß also hier der Rat zu Konzessionen gegeben werden. Es wäre aber falsch, wollte man glauben, ich fände diese Halbheiten schön. Es muß vielmehr, zum mindesten für einen Teil des Programms, der Grundsatz der „Parität" gefordert werden. Dem Programm könnten beispielsweise zahlreiche Diskussionen eingegliedert werden, die keiner politischen Zensur zu unterliegen hätten. Bisher ist es vorgekommen, daß bereits angesetzte Diskussionen wieder abgesetzt werden mußten, weil sie „zu gewagt" erschienen. Und nur wenige Sender haben es überhaupt mit derartigen Diskussionen ernstchaft versucht.

Völlig verfehlt ist der häufig gehörte Vorwurf, die deutschen Sender seien „marxistisch verseucht". Dies zu einer Zeit, da die den Sendeleitungen übergeordneten politischen Überwachungsausschüsse fast durchweg rechts orientiert sind! Daß die irrige Anschauung Platz greifen konnte, liegt jedoch unter anderm auch daran, daß die Programmkritik von der linken Seite nicht immer mit der erforderlichen Entschiedenheit geführt wird. Vielfach beklagen sich linksgerichtete Programmleiter über unzureichende Unterstützung ihrer Arbeit.

Bevor wir aber hierauf näher eingehen, wollen wir untersuchen, warum Proteste, die von links her kommen, von vornherein wesentlich leichter wiegen als Proteste von rechts. Da nämlich die Sendegesellschaften neben anderem auch recht nüchtern denkende Geschäftsunternehmer sind, ist es nicht allein der Respekt vor dem Überwachungsausschuß, der die politische Linie bestimmt. Man rechnet — und das ist keineswegs ein kindlicher Privatkalauer von mir — man rechnet wie folgt: Ein Hörer, der sich unter Protest abmeldet, ist gleichzusetzen mit einem Verlust von 24 Mark pro Jahr, 1000 Hörer, die sich abmelden, bedeuten einen Verlust von 24 000 Mark. Nun befinden sich aber unter tausend linksgerichteten Hörern sehr viele Erwerbslose, jedenfalls weit mehr als unter tausend Hörern der rechten Seite; Erwerbslose aber sind von den Gebühren befreit. Daraus ergibt sich höchst einfach die verhältnismäßige Minderwertigkeit jeder Linksopposition.

Dies nur nebenbei. Nun zur Frage, warum die linke Kritik so mangelhaft ist.

Gewöhnlich ist es so, daß die Rundfunkkritiker der Zeitungen gelegentlich selbst am Mikrofon Vorträge halten und dadurch wenn auch nicht korrumpiert, so doch in gewissem Sinne paralysiert sind. Oder ein anderer, ähnlicher, Fall. Da gibt es zum Beispiel etliche sozialdemokratische Bastlervereine mit schönen Zeitschriften. Aber nicht selten verhalten sich diese sozialdemokratischen Zeitschriften übertrieben indifferent, — die Redakteure freuen sich eben sehr, wenn sie mal ein neues Empfangsgerät bekommen, an dem sie ein bißchen herumspielen können. Ich hätte dies nicht erwähnt, wenn mich nicht kürzlich ein prominenter Rundfunkmann, der für das Programm eines deutschen Senders mitverantwortlich ist, tiefbetrübt auf diesen blamablen Zustand hingewiesen hätte.

Verkehrt und schädlich scheint mir auch die Haltung vieler Kommunisten dem Rundfunk gegenüber. Parität an Stelle der Neutralität zu fordern, genügt ihnen nicht, denn sie lehnen jeden „Reformismus" (Änderung innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung) in sogenannter revolutionärer Konsequenz ab. Gleichwohl stellen sie tatsächlich Forderungen an den Rundfunk, und ihre Forderungen sind, wenn man sie unter die Lupe nimmt, sogar zweifellos „reformistisch", aber dieser Reformismus ist Irrsinn: sie verlangen nämlich, daß ein zu 80 Prozent proletarisch-revolutionäres Programm gesendet werden solle, da 80 Prozent der Bevölkerung dem Proletariat angehören und ein solches Programm in deren Interesse liege. Mit einem derartigen Ansinnen tritt man dann an die literarischen Angestellten des Rundfunks heran. Mit der gleichen Erfolgsaussicht könnte man von den Sendeleitungen auch fordern, sie sollten die Weltrevolution ausrufen. Viel konsequenter — wenn auch nicht geistreicher — wäre es, die Kommunisten verzichteten auf jede Beeinflussung des heutigen Rundfunks und warteten auf Sowjetdeutschland. Das tun sie aber nicht, sondern sie schimpfen statt dessen auf die paar linksgerichteten Programmleiter, die sich alle erdenkliche Mühe geben, innerhalb der ihnen gesetzen Schranken ein anständiges Programm auszuarbeiten.

Die linke Kritik ist also so zersplittert, daß die Reaktion im Rundfunk leicht die Oberhand zu gewinnen vermag. Die Reaktion weiß, was sie will — die Linke aber hat keine Schlagkraft. Läßt sich daran nichts ändern? H. J. Lieven

Ohne Gebühren?

Der folgende Vorschlag eines Fachmanns wird wohl bei manchem Leser und Rundfunkhörer Bedenken hervorrufen.

Fast vier Millionen deutsche Rundfunkhörer zahlen monatlich ihre zwei Mark dafür, daß ihnen erlaubt ist, Rundfunk mitanzuhören. Wenn man bedenkt, daß in kapitalstarken Ländern, zum Beispiel in Frankreich und Amerika, eine solche Gebühr nicht erhoben wird und daß sich dort die Rundfunksender lediglich aus den Einnahmen der Rundfunkreklame erhalten, so muß man doch fragen, ob in Deutschland nicht eine ähnliche Lösung möglich wäre.

Von den beteiligten Stellen wird entgegengehalten, der Rundfunk sei ein Kulturinstitut, die Reklame dürfe deshalb im deutschen Rundfunk so gut wie keinen Platz erhalten. Aber gibt es nicht Mittel und Wege, den Rundfunk mit Reklame so auszubauen, daß die „kulturellen Werte" nicht wesentlich beeinträchtigt werden?

Der Rundfunk hat zwei Hauptaufgaben: 1. einen allgemein unterhaltenden Teil und 2. einen belehrenden Teil. Wenn nun der unterhaltende Teil, wie zum Beispiel in Amerika, auf Kosten verschiedener Firmen bestritten würde, so könnte man gegen diese Sparmethode sicher nicht viel einwenden. Selbstverständlich müßte die Reklame in einer Form gehalten werden — und dies ist durchaus möglich, — die nicht aufdringlich und marktschreierisch ist und trotzdem ihre Wirkung nicht verfehlt. In Amerika zum Beispiel werden von erstklassigen Künstlern Konzerte im Rundfunk veranstaltet, bei denen die betreffende Firma nicht nur die Künstler bezahlt, sondern auch noch eine Reklamegebühr entrichtet; dafür wird lediglich am Anfang und am Ende des Konzertes gesagt, daß das Konzert von der betreffenden Firma den Rundfunkhörern gestiftet sei.

Aber nicht nur der rein unterhaltende, sondern auch der belehrende Teil kann durch die Reklame ohne Kosten für das Volk finanziert werden. Wir wissen, daß viele Fabriken und viele großen Betriebe Wert darauf legen, ihre Herstellungsmethoden und ihre Verfahren der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das ist für die betreffende Firma eine gute Reklame und wird stets Interesse beim Publikum finden. Es ist dabei durchaus nicht nötig, daß die Firma für sich selbst marktschreierisch Reklame macht. Die sachliche Bekanntgabe an vier Millionen Rundfunkhörer genügt an sich. Heute werden derartige Reportagen nicht nur ohne Kosten für die betreffenden Firmen veranstaltet, sondern die Rundfunksender haben jeweils ganz erhebliche Kosten dafür zu tragen. Auch die Übertragung der Unterhaltungsmusik aus den Kaffeehäusern abends geschieht heute auf Kosten der Rundfunksender. Ich bin überzeugt, daß viele Betriebe, Fabriken und Konzert-Gaststätten gern dafür bezahlen würden.

Die zurzeit den deutschen Rundfunksendern zur Verfügung stehende Reklamezeit wird unseren Erkundigungen nach stark begehrt. Aber die Reklame wird zu unmöglichen Zeiten gesandt und wird von den zuständigen Stellen offenbar sehr stiefmütterlich behandelt. Trotzdem gibt es Ansätze zu guter Funkreklame. Vom Südfunk wurde z. B. vor einiger Zeit eine Reklame-Reportage aus der Süddeutschen Gastwirtschafts- und Nahrungsmittelmesse übertragen, die für den Hörer sehr interessant und für die Messeveranstalter sicher erfolgreich war. Die besondere Viertelstunde des Warenhauses Hermann Tietz, Stuttgart, die in letzter Zeit auch in Form von Reportagen aus dem Warenhause selbst gebracht wurde, zeigt auch, wie eine Reklame durch den Rundfunk unterhaltend gemacht werden kann. Diese Methoden stecken noch in den Kinderschuhen, was wohl daran liegt, daß heute die Sendegesellschaften nicht auf die Einnahmen daraus angewiesen sind. Sie erhalten ja die nötigen Gelder Monat für Monat aus den Taschen der Bevölkerung. P. T.

Die Höhe der Gebühren

In Amerika, Frankreich und Holland muß der Rundfunkhörer überhaupt keine Gebühren zahlen. Über die Höhe der im Monat zu bezahlenden Gebühr in den übrigen Ländern gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Deutschland	2,00 Mark	Dänemark	0,94 Mark
Norwegen	1,86 Mark	Schweden	0,94 Mark
Jugoslawien	1,85 Mark	Finnland	0,88 Mark
Ungarn	1,75 Mark	England	0,85 Mark
Lettland	1,62 Mark	Rumänien	0,60 Mark
Italien	1,32 Mark	Bulgarien	0,51 Mark
Tschechoslowakei	1,25 Mark	Spanien	0,20 Mark
Polen	1,18 Mark	Belgien	0,20 Mark
Österreich	1,18 Mark	Rußland	0,09 Mark
Schweiz	1,02 Mark		

Die Reichspost hat im Jahre 1930, bei einem Teilnehmerstand Ende 1930 von 3 505 509 Hörern, insgesamt an Gebühren 78,3 Millionen Mark eingenommen. Davon wurden an die Rundfunkgesellschaften aber nur 39,4 Millionen Mark weitgegeben, der Rest blieb in der Kasse der Post (oder mußte an die Reichskasse weitergegeben werden?). Außerdem mußten die Funkgesellschaften für die Benutzung der Sender und für die zur Verfügung gestellten Fernleitungen usw. 5,3 Millionen Mark an die Reichspost abliefern.

Im Jahre 1931 rechnet man mit einer Einnahme von rund 80 Millionen Mark an Rundfunkgebühren, die auf ähnliche Weise verteilt werden.

Lokales

Die Stadt Stuttgart erfreut sich seit einigen Wochen des zweifelhaften Rufes, eines jener sensationell aufgemachten Blätter zu besitzen, die ihr Geschäft durch Enthüllungen über das Liebesleben gehobener Gesellschaftsschichten und durch die Ausschlachtung kleiner Skandale mittels knalliger Schlagzeilen und schlechten Hintertreppendeutschs zum Gedeihen zu bringen trachten.

Nicht daß der Unternehmer, der etwa seine Macht mißbraucht, um seine Arbeiterinnen zu willfährigen Objekten seiner Sexualbefriedigung zu machen, geschützt werden soll. Der Widerspruch gegen ein Blatt wie diese „Süddeutsche Freie Presse" geht nicht auf die Anprangerung berechtigter Greuel- und Scheueltaten, sondern auf die Art, wie derartiges ausgewalzt, breitgeschmatzt und durchgekaut wird.

Und dieser Protest ist deswegen unerläßlich, weil das genannte Blatt versucht, sich das Aussehen einer gesellschaftskritischen, einer aus revolutionärem Instinkt die herrschende Klasse anklagenden Zeitung zu geben. Es versucht, sich an die Rockschöße der proletarischen Bewegung zu hängen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei Erscheinungen seiner Art um ausgesprochene Verfallsprodukte einer entarteten Lebensform: der kapitalistischen. Die Weltanschauung, die in den Spalten des so großspurig auftretenden Organs seiner selbst sich breit macht, ist abgeschmackt bourgeois, hintertreppenhaft, moritätlich: jener allzu bekannte Teig aus Sentimentalität, Moralin, Gruselin und Lüsternheit. Daß gelegentlich (außer den von auswärts bezogenen Matern mit sexuellen Sensationchen) der eine oder andere Artikel aus der „Welt am Abend" oder einem anderen Links-Blatt abgedruckt wird, wäscht das Gesicht dieses Machwerks nicht rein. Es ist (um ein vielleicht etwas unkritisches Publikum aufzuklären) nötig, auszusprechen, daß ein solches Blatt nicht in der Front der Arbeiterklasse steht, sondern auf der anderen Seite der Barrikade (und das nicht als Kämpfer, sondern als Ausüber einer Funktion, nicht unähnlich jener, die bei allen Kriegen in der Etappe und in besonders dafür bestimmten Etablissements nicht durchaus erstklassigen Rufes ausgeübt wird). — th

Kinder, seid vorsichtig . . .

Von Vera Inber

Es war einmal ein alter Lift, und dieser Käfig machte einen recht trübseligen Eindruck. Durch das ständige Stockaufwärts- und Stockabwärtsgleiten war er verbittert, er quietschte schließlich in seinen Angeln, und während des Herabgleitens heulte er leise wie ein verwundeter Wolf. Manchmal kam es sogar vor, daß er ganz aus dem Rahmen seines Pflichtbewußtseins trat und zwischen zwei Stockwerken hängen blieb, wobei er düster auf die Leute blickte, die die Treppe hinaufkrochen.

Liftboy war Jakow Mitrochin, elf Jahre alt, Eltern unbekannt. Er war von irgendeinem Hof hergekommen, der Nachtwächter hatte ihn liebgewonnen, und so war er jetzt beim Fahrstuhl. Laut Instruktion der Hausverwaltung ließ Jakow Mitrochin niemand allein im Lift fahren, beförderte jeden Fahrgast persönlich und erhob von ihm — ebenfalls instruktionsgemäß — fünf Kopeken.

An langen Winterabenden, wenn vor dem Haustor der Sturm heulte, Jakow Mitrochin aber auf die Hausbewohner wartete, die im Theater oder zu Besuch waren, pflegte er über das Leben nachzudenken. Dieses Nachdenken bestand darin, daß er feststellte, seine Filzschuhe seien schon schlecht, daß der Nachtwächter Mitrofan Awgjejitsch, der ihn an Kindes Statt angenommen hatte, recht kräftig auf ihn einzuschlagen pflegte, wenn es ihm paßte, vor allem aber, daß er die Hiebe gewöhnlich ganz schuldlos erhielt, und daß es gut wäre, einen Bleistift zu finden, um irgend etwas Ordentliches zu lernen. Immer wieder sah er sich die Konstruktion des Lifts an, den Innenraum, die Sitzplätze, die Druckknöpfe. Besonders den einen: drückt man fest auf den, so bleibt der Lift in voller Fahrt stehen. Sehr interessant!

Gingen abends die Erwachsenen ins Theater oder hatten sie bei sich zu Hause Gäste zum Tee, so pflegten zu Unterhaltungszwecken die kleinen Schafpelzchen und Pelzmützchen des ganzen Hauses angelaufen zu kommen. Manchmal verlief sich zu ihm sogar eine kleine Samtkapuze, sechsjährig, namens Lalja. Laljas Mutter, eine üppige Dame, einer großen Kommode ähnlich, war über die Bekanntschaft sehr gekränkt.

„Lalja, das ist doch nur ein verwahrloster rotznäsiger Junge — er kann stehlen, vielleicht töten —, lutsch nicht am Finger! Kannst du dir denn keine anderen Freunde suchen?"

Hörte Jakow Mitrochin solche Worte, pflegte er wohl ein wenig vorwurfsvoll dreinzublicken, schwieg jedoch.

Und die runde, blonde Lalja, die einer kleinen Kugel ähnlich sah, versuchte trotzdem ganz nahe an Jakow Mitrochin vorüberzugehen, um ihn anlächeln zu können.

◆

Eines Tages war unten, gleich bei der Tür des Lifts, wo gewöhnlich die Ankündigungen für die Hausparteien standen, folgender Anschlag zu lesen:

„Alle Kinder dieses Hauses werden für morgen, drei Uhr nachmittags, zu einer Versammlung eingeladen im Stübchen unter der Treppe, wo der Schafpelz für den Wächter liegt. Es handelt sich um sehr wichtige Vorschläge. Eintritt frei. Kinder aus Nachbarhäusern müssen, falls sie teilnehmen wollen, je zwei Pfefferminzkuchen mitbringen!"

Als erste las Laljas Mama diesen Anschlag, zunächst durch den Zwicker, dann mit freiem Auge, und begab sich darauf sofort ins Kontor der Hausverwaltung. Der Stellvertreter des Hausmeisters erschien.

„Was tun Sie nur, Genosse Polajtis?" fragte Laljas Mama. „Wie können Sie so etwas zulassen?" Und sie wies mit ihrem Handschuh nach der Ankündigung. „Man verdirbt unsere Kinder — und dazu schweigen Sie!? Weshalb schweigen Sie? Selbstverständlich wird Lalja nicht hingehen, aber darum handelt es sich nicht, hier handelt es sich um das Prinzip!"

Genosse Polajtis trat näher, schneuzte sich und erwiderte: „Darin sehe ich gar nichts Besonderes, Bürgerin. Die Kinder haben das Recht, sich zu organisieren, zwecks Verteidigung ihrer professionellen Interessen!"

Laljas Mama verschluckte sich förmlich vor Entrüstung und knirschte mit den Zähnen.

„Was für Interessen können sie denn haben, sie sind ja alle noch gar nicht trocken hinter den Ohren. Ich bin überzeugt, daß diese Ankündigung von Jurka aus Wohnung Nr. 18 stammt. Dazu ist er noch der Sohn eines Obergeschäftsführers!"

Der Obergeschäftsführer Selesnjow, ein finsterer, nierenleidender Mensch, betrachtete die Ankündigung mit mißtrauischem Blick und dachte: Ich erkenne die Schrift meines Jurij. Was aus dem Jungen werden soll, weiß ich nicht. Wahrscheinlich ein Hochstapler oder Abenteurer in der Art von Pilsudski.

Die Kinder benahmen sich so, als hätten sie die Ankündigung gar nicht bemerkt. Man konnte bloß auf der Treppe ungeheuer viel Schmutz von kleinen Füßen bemerken, und in den umliegenden Nachbarhäusern war die Nachfrage nach Pfefferminzkuchen so stark, daß man in den Geschäften fürchtete, von den Lieferanten nicht genügend rasch Nachschub zu bekommen.

Die Nacht verlief ruhig, aber am Morgen wurde es schon zeitig lebendig. Als erste kam die Milchfrau angefahren, die erzählte, draußen herrsche ein furchtbarer Sturm, und es sei so finster, daß sie ihr Pferd beinahe mit dem Schwanz nach vorn eingespannt hätte. Die Milch sei infolgedessen um eine Kopeke teurer geworden. Die Mißgunst der Elemente hing über dem Hause. Trotzdem ging Selesnjow ins Bureau, in der Aktentasche sein Diätfrühstück, und Laljas Mama ging zu Lapins, um sich über die Revolution im Milchgeschäft zu unterrichten.

Das Kindervolk des Hauses aber saß in seinen Zimmern und verhielt sich verdächtig still.

Nach fünf Uhr, als sich die Mehrzahl der Eltern, von Dienst, Schneetreiben und Mittagessen ermüdet, ein wenig zur Ruhe begeben hatte und die Zeitungen nach und nach ihren Händen entglitten, huschten kleine Schatten die Treppe hinab — es war klar: sie begaben sich in die Stube, wo der Schafpelz lag.

Laljas Mutter, nachdem sie bei Lapins festgestellt hatte, daß die Milch wirklich teurer geworden war (in Töpfen gab es überhaupt keine!), legte sich ebenfalls ein wenig zur Ruhe — inmitten einer Unmasse von Polsterkissen, von denen jedes ungefähr die Größe eines Autoreifens hatte. In der Küche stritt die Kinderfrau mit der Wäscherin, ob es einen Gott gebe oder nicht. Die Zentralheizung fauchte leise, und plötzlich hörte man eine Türe ins Schloß fallen.

Sogleich sprang Laljas Mama auf und mußte sich überzeugen, daß ihre Tochter Lalja verschwunden war.

Rasch warf sie das erste beste Kleidungsstück über, das ihr in die Hände kam, stürmte hinaus und läutete an der gegenüberliegenden Tür. Der Obergeschäftsführer Selesnjow, in warmer Wollweste, öffnete persönlich.

„Meine Lalja ist fort — und wahrscheinlich auch Ihr Jurij. Wie ich glaube," sagte Laljas Mama, „halten sie unter der Treppe eine Versammlung ab, mit einem Wort: die beste Gelegenheit, eine Halsentzündung zu erwischen!"

Unmutig erwiderte der Obergeschäftsführer: „Mein Jurij ist ein überspannter Junge, ich vermute sogar, daß die ganze Sache sein Werk ist. Ich werde sofort meinen Mantel anziehen."

Zu zweit gingen sie hinaus und waren eben im Begriff, die Treppe hinunterzusteigen, als neben ihnen der Lift ächzte, der vom

sechsten Stockwerk in die Tiefe glitt. Jakow Mitrochin aber, als er die beiden sah, ließ die Maschine halten, zog die Schiebetür auf und sagte trocken: „Bitte schön!"

◆

Um dieselbe Zeit versammelte sich unter der Treppe, in dem kleinen Zimmer, wo der Schafpelz lag, eine so große Menge von Kindern, daß man kaum atmen konnte. Es roch so stark nach Pfefferminz, daß man glauben konnte, man wäre in einer Apotheke.

Jurij Selesnjow stand auf einem alten Sessel und war im Begriff, den Vorsitz zu übernehmen. Jeden Augenblick lief sein Adjutant herbei — Viktor, ein parteiloser, zwölfjähriger Junge —, um Instruktionen einzuholen.

„Jurij, da ist ein Mädchen aus dem Nachbarhause gekommen, mit einem Wickelkind auf dem Arm — hat es Stimmrecht?"

Da begann das Wickelkind derart heftig seine Stimme zu erheben, daß es allen in den Ohren gellte.

„Genossen," versuchte Jurij, es zu überschreien, „ich bringe zur allgemeinen Kenntnisnahme, daß nur jene, die selbst gehen können, ihre Stimme abgeben dürfen. Wer das Wort ergreifen will, möge sich hier vormerken lassen. Wir haben nicht viel Zeit. Wir schreiten zur Frage der Wiederwahl der Eltern!"

Lalja, ganz blaß und mit glänzenden Augen, drängte nach vorn, zu Viktor, und sagte mit leiser Stimme: „Merken Sie auch mich vor! Ich will sprechen. Schreiben Sie nur: Lalja aus dem vierten Stock!"

„Über welche Frage, Genossin, wollen Sie sprechen?"

„Über die Frage der warmen Hosen, sie jucken unerträglich. Und über verschiedene andere Dinge ..."

Jurij klopfte mit einem Pfefferminzkuchen auf das Fensterbrett und begann: „Genossen! Ich will ein paar Worte sagen. Verschiedene Leute — Metallarbeiter, Verkäufer, sogar Stiefelputzer — haben ihren eigenen Verband, der sie vor Ausbeutung schützt, nur wir Kinder sind machtlos. Jeder von uns kann von Eltern, Mutter — besonders vom Vater, wenn er kranke Nieren hat — verhöhnt werden, so viel es ihnen beliebt. Das geht nicht so weiter! Ich schlage vor, eine Reihe von Forderungen zu stellen und Losungen auszuarbeiten, die zeitgemäß sind. Wer ist dafür, wer dagegen, wer enthält sich der Abstimmung?"

„Hier ist Jakow Mitrochin vorgemerkt," teilte Viktor mit, „um über die Frage zu sprechen, ob es erlaubt sei, ihn hinter die Ohren zu schlagen. Er ist aber abwesend."

Scharfsinnig runzelte Jurij die Stirn, dann sagte er: „Ist sicherlich beschäftigt. Eine dringende Angelegenheit scheint ihn abzuhalten. Wir wollen ihm sein Recht, zu sprechen, reservieren!"

Die Versammlung wurde immer stürmischer. Es gab viele brennende Fragen. Man erwähnte auch, daß die Erwachsenen schon allzu eingebildet wären und den Kindern sogar schon verböten, auf den Gängen der Kommunalwohnungen zu spielen. Auch davon war die Rede, daß man hie und da unbedingt die Schuhe in den Pfützen abwaschen müsse.

Die Verteidigung der Kinderrechte war zum ersten Male auf eine organisierte Grundlage gestellt worden.

◆

Anderthalb Stunden lang hing der Lift zwischen dem zweiten und dritten Stockwerk. Vergebens klopfte Laljas Mama, warf sich hin und her, vergebens hielt sich der Herr Obergeschäftsführer mit den Händen die Nierengegend. Auf alle Fragen erwiderte Jakow Mitrochin, er könne nichts tun, der Lift werde eine Zeitlang hängen bleiben, dann werde er schon wieder von selbst in Gang kommen.

Als Laljas Mama, halb tot vor Unruhe und Aufregung, endlich wieder zu ihren weichen Polstern zurückkehrte, sah sie, daß Lalja vor dem Schreibtisch ihres Vaters saß. Dort schrieb sie in großen Lettern mit Blaustift auf ein Blatt Papier die Losung, die wahrscheinlich auf der Versammlung ausgearbeitet worden war: „Kinder, seid vorsichtig in der Wahl eurer Eltern!"

Laljas Mama wurde vor Entsetzen blaßgrün.

Am folgenden Tag wurde ihr durch die Kinderfrau ein Brief zugestellt. Sie war erstaunt, in dem unsauberen Kuvert einen festen Gegenstand zu finden. Es war ein großes, schmutziges Fünfkopekenstück. Das Schreiben aber lautete:

„Bürgerin!

Hier gebe ich Ihnen die fünf Kopeken für den Lift zurück. Von wegen der Gerechtigkeit. Ich ließ den Lift absichtlich halten, damit sich Ihre Tochter Lalja in Angelegenheit ihrer persönlichen Interessen aussprechen konnte.

Für den analfabetischen Jakow Mitrochin:
Jurij Selesnjow."

Liebe S.-Z.

Als am letzten Montag das Alte Schloß in Stuttgart abbrannte, entfuhr meiner Wirtin folgender tiefempfundene Klageruf: „Jetzt ischt bald gar nix mehr vom Kenig do!"

Was trägt der feine Mann?

Der „Stahlhelm" veröffentlicht in großer Aufmachung einen „Modebericht im Zeichen des Uniformverbots". Die Frage „Was trägt nun der feine Mann?" steht fett darüber und die Antwort wird mit Liebe und Sorgfalt erteilt:

Es werden graue Strümpfe empfohlen, graue Hemden, graue Kragen, grüne Binder, Anzüge aus grauem oder graugrünem Tuch (wer lebhafteren Eindruck wünscht, läßt den Kragen resedagrün arbeiten); graue Regenmäntel und Regenjacken aus Gabardine oder Zeltleinen (doch gilt es auch für durchaus schick, alte Militärmäntel zu tragen); grüne Hüte mit nicht zu breiter Krempe, vorn aufgeschlagen, auf dem Land die alten Bauernmützen; Schlipsnadeln, die dem Herrn die persönliche Note geben, etwa in der Form der S-Rune (manche Herrn tragen, um die Krawatte nicht zu zerstechen, die Nadel auf dem Rockaufschlag).

Die Redaktion des „Stahlhelm" fügt noch hinzu, daß die Farbe des Anzugs durch keine Notverordnung vorgeschrieben, feldgraues Zivil also erlaubt sei, außerdem erachte sie es als selbstverständlich, daß jeder Deutsche, der bereit sei, für sein Vaterland sein Leben in die Schanze zu schlagen, als Bekenntnis nicht einer politischen, sondern einer soldatischen Gesinnung ein schwarz-weiß-rotes Bändchen im Knopfloch tragen dürfe.

Man sieht: Notverordnung macht erfinderisch. Der unentwegte Harzburger, der statt zu Seldte zu Hitler schwört, hat dann weiter noch seinen waffenscheinfreien schießenden Bleistift für Gas- und Schreckschuß (Der Schlager 1932: „Pg. schütze dein Leben!") und kann somit, während er sein Weihnachtsgebäck in Hakenkreuz- und Runen-Ausstechform im trauten deutschen Heim genießt, getrost dem neuen Jahr ins Auge blicken. W. W.

Deutsche Weihnacht

Im Braunen Haus in Berlin war dieser Tage eine Deutsche Weihnachtsausstellung. Der deutsche Schmücke-dein-Heim-Drang feierte wahre Orgien. Man sah Sinniges und Heldisches in jeder Technik; alles verziert mit Hakenkreuzen, Wolfsangeln, altgermanischen Zeichen, ob es sich nun um Kaffeegeschirre, Bettdecken, Aschenbecher oder Schnupftücher handelte. In der Buchabteilung prangte der Leitspruch, der der ganzen Veranstaltung vorschwebte: „Es gilt, Deutsche Kunst wieder dahin zu bringen, woher sie einst kam: Aus dem Deutschen Volk und aus heiliger deutscher Muttererde."

Nach dieser Kostprobe ist sie eher auf dem direkten Weg ins Kitschmuseum.

KEINE GOLDWÄHRUNG,
sondern Stabilisierung des Index
Preisgabe des Zinses zugunsten der Währung.
Trotz Abschaffung der Goldwährung
KEINE AUTARKIE

KEINE ZÖLLE, sondern
Freihandel und Frieden.
Voraussetzung des Freihandels:
Aufhebung der privaten Grundrente durch
FREILAND

Beseitigung des Kapitaleinkommens bei freier Wirtschaft. Niederringung des Kapitalismus bei vollster persönlicher Freiheit —
das sind die neuen Möglichkeiten die
Silvio Gesell in seinem Hauptwerk:
DIE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTS-ORDNUNG
den verzweifelnden Völkern eröffnet.

Soeben in neuer erweiterter Auflage erschienen. 400 Seiten Umfang. Jeder muß sich heute mit Gesell und der Freiwirtschaft auseinandersetzen.

Preise: kart. 5.— RM., gebd. 6.50 RM., Ln. 7.— RM.

Die kartonierten und gebundenen Einbände sind mit einem neuartigen Cellophan überzogen, von dem jeder Schmutz wieder abgewaschen werden kann. Dadurch sind die Bücher besonders haltbar.
Wir liefern auch jede andere freiwirtschaftliche Literatur.

Stirn-Verlag Hans Timm Hochheim, Kreis Erfurt
Postscheckkonto Berlin 71924

Der Musikschrank der Zukunft

vereinigt
Radio und Schallplatte

Radio-Grüner
Marienstr. 1 • Ältestes Fachgeschäft Stuttgarts

HUT
BREUNING
Torstr. 14

Sehschule Baden-Baden
Leitung: O. v. Köller

Am 4. Januar 1932 werde ich meine Sehschule eröffnen. Ich arbeite nach der Methode des amerik. Augenspezial. Dr. med. W. H. Bates. Es werden Brechungsfehler u. andere Augenleiden ohne Gläser und ohne Operation behandelt.

Sprechstunden von jetzt ab: Wochentage von 2½ bis 3½ Uhr nachm. in der Hauptstr. IIa I

Beliebte Weihnachtsgeschenke!

	die ½ Flasche RM.
Weinbrand, eigene Abfüllung	2.40
Weinbrand Kempe, Exquisit	3.50
Weinbrand, J. Denis, Henry Mounié u. Co.	3.50
Zwetschgenwasser, Ia alt	2.80
Schwarzwälder Kirschwasser, eig. Abfüllung	3.—
Edler von Lorch	3.65
Cherry Brandy, Fürst Neuffen „Gold"	4.25
Noisettes, v. Landauer u. Macholl	3.75
Advocat (Eicrême) v. Mercedes-Weinbrennereien	3.20
Blutorange .... v. Mercedes-Weinbrennereien Feuerbach	3.35

H. & O. Marquardt
Weinhandlung
Fernspr. 20464 STUTTGART Königstr. 22

Kleine S.-Z.-Anzeigen
Preis eines Feldes 3 Mark, eines Doppelfeldes 5 Mark

Wer ist bereit
an seinem Wohnort die S.-Z. zu verkaufen oder Abonnenten zu werben, oder auf irgend eine Weise für die S.-Z. Propaganda zu machen?
Näheres vom Verlag der S.-Z. Stuttgart, Postfach 51.

Winter im Schwarzwald
Frau Mia Kunter, Klosterreichenbach O.-A. Freudenstadt, nimmt gern Gesinnungsgenossen in ihrem Heim auf. Ganze Pension RM. 3.50 pro Tag. Zimmer mit Frühstück RM 1.50. Günstiges Gelände zum Skilauf. (Baiersbronner Skischanzen!)

Jeder Radiohörer lese
Die Funk-Illustrierte
die bodenständige, schwäbische Heimatzeitung
Mit dem offiziellen, ausführlichen Programm des Stuttgart-Freiburg-Mühlacker-Großsenders
Erste, älteste und reichhaltigste 20 Pfg.-Zeitung für den Sendebezirk Württemberg und Baden.
Ausgabe A monatlich .... M. -.80
Ausgabe B (grosse Ausgabe) mit den vollständigen europäischen Sender-Programmen monatl. M. 1.10
Jeder ständige Bezieher ist kostenlos gegen Unfall versichert. Jeder Briefträger, jede Postanstalt, jede Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.
Bestellen Sie noch heute! Probenummern kostenlos.
Verlag Wilhelm Herget
Stuttgart, Reinsburgstraße 14
Fernruf 62718 und 62391

Schmerzen beseitigt sofort
bei Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven, Muskelschmerzen, das unschädliche ärztlich geprüfte und begutachtete Spezial-Rheumapräparat
HONOSAL
(Best.: Dimethylamenophen, Acid. phenylcinch, phenac, Lithium)

Wenn auch Sie wieder gesund werden wollen
dann machen Sie sofort einen Versuch mit meinem Honosal. Ich befreie Sie von Ihren Qualen und Schmerzen. Geben Sie die Hoffnung nicht auf. Wie schrecklich auch Ihr Fall sein mag, und selbst, wenn Sie alles andere bereits vergeblich versucht haben. Honosal faßt das Leiden an der Wurzel. Honosal löst die Harnsäure, das Gift des menschlichen Körpers, wodurch eine rasche und dauernde Wirkung erzielt wird. Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel, für die Gesundheit ist das beste gerade gut genug.

Hiermit erkläre ich an Eidesstatt!
Wenn Sie nach Verbrauch meiner Kur keinen Erfolg erzielen, so zahle ich Ihnen den vollen Betrag zurück.

Scheuen Sie nicht die kleine Ausgabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. Honosal bringt auch ihnen Heilung und prompte Beseitigung der Schmerzen. Tausenden ist bereits geholfen. Ärztliche Gutachten und Dankschreiben gratis, dieselben werden auch jeder Sendung beigelegt.
Preis RM. 5.— gegen Nachnahme, bei Voreinsendung erfolgt der Versand portofrei durch die Apotheke.

Kurt Schmidt, Rahlstedt (Kr. Stormarn)
Bachstrasse 24 (Villa Heilbronn)

DIE GUTE POLLA KLINGE
RASIERMESSER von RM. 2.— an
RASIERAPPARATE von RM. —.50 an mit 1 Klinge
TASCHENMESSER
FAHRTENMESSER
SCHEREN
HAARSCHNEIDMASCHINEN
TISCHBESTECKE
zu billigsten Preisen
R. POLLA
Hirschstrasse 23
eig. Reparaturwerkst.

Radio
fachmännisch
K. Hermann Miedaner
Preisermäßigung
10 Prozent und mehr
Stuttgart
Ludwigstrasse Nr. 89
Telefon Nr. 64301

Bosch Uhren, Goldwaren
Bestecke, Reparaturen
Hauptstätterstrasse 53 — Telefon SA. 70167

Friedrichsbau-Theater
täglich 8¼
Sonntags 3¼ u. 8¼
25 Schlierseer
spielen den lustigst. Schlager von 1931
Zwei Bauern im ¾ Takt

Werke
Zeitschriften
Broschüren
Drucksachen
Buchdruckerei Späth, Waiblingen
Man verlange Offerte!

Klavier
kann geübt werden, gründl. Unterricht für Anfänger u. Fortgeschr. wird erteilt. Monat 6–8 RM. Marienstrasse 9, 3 r.

Lest die Bücher von B. Traven